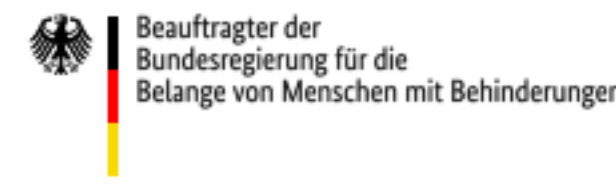


## Artikel 27 Arbeit und Beschäftigung

**(1)** Die Vertragsstaaten anerkennen das gleiche Recht von Menschen mit Behinderungen auf Arbeit; dies beinhaltet das Recht auf die Möglichkeit, den Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen, die in einem offenen, integrativen und für Menschen mit Behinderungen zugänglichen Arbeitsmarkt und Arbeitsumfeld frei gewählt oder angenommen wird. Die Vertragsstaaten sichern und fördern die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit, einschließlich für Menschen, die während der Beschäftigung eine Behinderung erwerben, durch geeignete Schritte, einschließlich des Erlasses von Rechtsvorschriften, um unter anderem

- a) Diskriminierung aufgrund von Behinderung in allen Angelegenheiten im Zusammenhang mit einer Beschäftigung gleich welcher Art, einschließlich der Auswahl-, Einstellungs- und Beschäftigungsbedingungen, der Weiterbeschäftigung, des beruflichen Aufstiegs sowie sicherer und gesunder Arbeitsbedingungen, zu verbieten;
- b) das gleiche Recht von Menschen mit Behinderungen auf gerechte und günstige Arbeitsbedingungen, einschließlich Chancengleichheit und gleichen Entgelts für gleichwertige Arbeit, auf sichere und gesunde Arbeitsbedingungen, einschließlich Schutz vor Belästigungen, und auf Abhilfe bei Missständen zu schützen;
- c) zu gewährleisten, dass Menschen mit Behinderungen ihre Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte gleichberechtigt mit anderen ausüben können;
- d) Menschen mit Behinderungen wirksamen Zugang zu allgemeinen fachlichen und beruflichen Beratungsprogrammen, Stellenvermittlung sowie Berufsausbildung und Weiterbildung zu ermöglichen;
- e) für Menschen mit Behinderungen Beschäftigungsmöglichkeiten und beruflichen Aufstieg auf dem Arbeitsmarkt sowie die Unterstützung bei der Arbeitssuche, beim Erhalt und der Beibehaltung eines Arbeitsplatzes und beim beruflichen Wiedereinstieg zu fördern;
- f) Möglichkeiten für Selbständigkeit, Unternehmertum, die Bildung von Genossenschaften und die Gründung eines eigenen Geschäfts zu fördern;
- g) Menschen mit Behinderungen im öffentlichen Sektor zu beschäftigen;



Suchbegriff

- Der Beauftragte
- Themen**
- Koordinierungsstelle
- Kultur
- Schlichtungsstelle BGG
- Presse und Aktuelles

**INHALT**

- Wichtige rechtliche Grundlagen
- Rehabilitation und Teilhabe
- Barrierefreiheit
- Familie, Frauen, Kinder und Jugendliche
- Bildung und Arbeit**
  - Schule
  - Studium
  - Ausbildung
  - Arbeit
    - Berufliche Förderung
    - › **Teilhabe am Arbeitsleben**
    - Nachteilsausgleiche
    - Werkstätten für behinderte Menschen und andere Leistungsanbieter
    - Budget für Arbeit
- Gesundheit und Pflege
- Soziales
- Internationale und EU-Politik
- Gedenkstätte T4

## Teilhabe am Arbeitsleben

Chancengleichheit bedeutet Teilhabe an allen Bereichen unserer Gesellschaft. Die Teilhabe am Arbeitsleben spielt dabei eine besondere Rolle.

Nutzen Sie auch

- [Leichte Sprache](#)
- [Vorlesen](#)

Die Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben gehört zu den wichtigsten sozialpolitischen Aufgaben, denn Erwerbsbeteiligung sichert nicht nur die Existenz, sondern schafft auch soziale Kontakte und soziale Anerkennung und trägt damit entscheidend zu einer gelungenen Lebensführung bei. Durch Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben sollen Hemmnisse, die auf Grund einer Behinderung bestehen, beseitigt oder zumindest soweit abgemildert werden, dass eine Tätigkeit auf dem offenen Arbeitsmarkt möglich ist. Das Sozialgesetzbuch (SGB) IX - Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen - bildet die zentrale Rechtsgrundlage.

Weitere Informationen zum Thema Teilhabe am Arbeitsleben finden Sie im Themenblock [Bildung und Arbeit](#).

### Links

- › [Portal einfach teilhaben: Ausbildung im Betrieb](#)
- › [Portal einfach teilhaben: Finanzielle Leistungen](#)

**INFODIENST**

Abonnieren Sie hier unseren Kultur-Newsletter.

› [Abonnieren](#)

**AKTUELLE PRESSEMITTEILUNGEN**

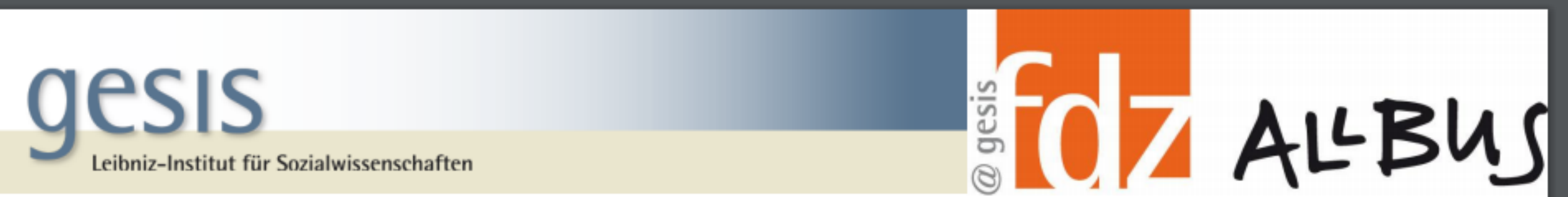
- › [Jürgen Dusel fordert Abschaffung der Wahlrechtsausschlüsse vor der Europawahl - Gastbeitrag in der Süddeutschen Zeitung](#)
- › [Konferenz zum Thema Barrierefreie Stadtplanung und Wohnungsbau / Behindertenbeauftragter der Bundesregierung heute in Stuttgart \(Beginn 13Uhr\)](#)

[nach oben](#)

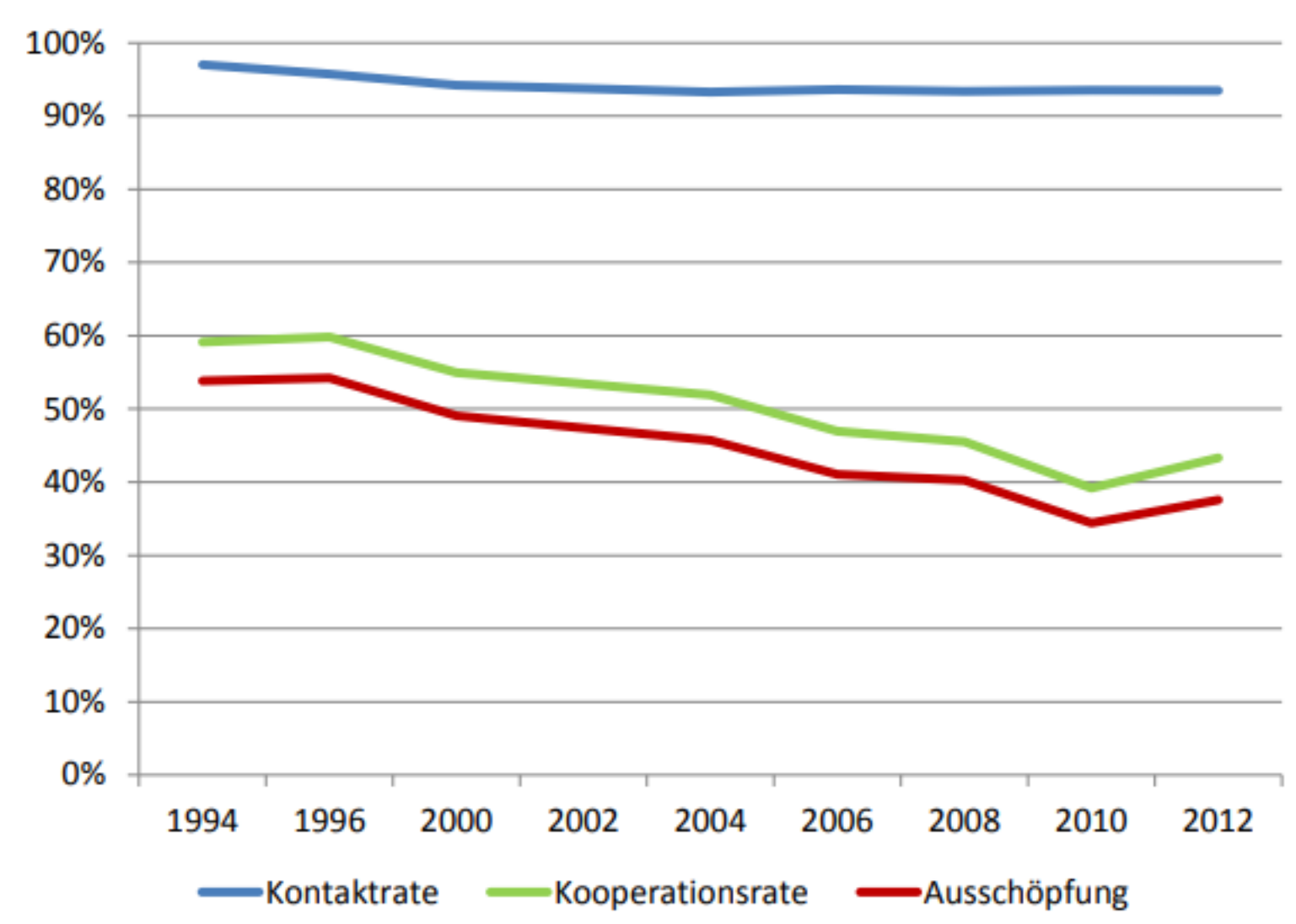


### Ausschöpfungsquoten

- im europäischen Vergleich eher mittleres Preisniveau pro Interview



## Nonresponse- und Ausschöpfungsquoten ALLBUS 1994 - 2012





deutsch english

Suche  ✓

Aktuell

Informationen

BAG WfbM

LAG WfbM

Berufliche Bildung

Entgeltsystematik

Werkstätten:Messe

exzellente-Preise

SROI

Teilhabe für alle

Links

Kalender

Archiv

Download

Publikationen

Presse

Kontakt

Impressum

Datenschutz

## Was sind Werkstätten? 05.08.13

Werkstätten sind gemeinnützige Dienstleister für diejenigen Menschen, die der allgemeine Arbeitsmarkt wegen Art oder Schwere ihrer Behinderung nicht will. Werkstätten stehen erwachsenen Menschen mit geistigen, psychischen und schweren körperlichen Behinderungen offen.

Werkstätten integrieren - sie erbringen Eingliederungsleistungen. Gesetzlich gefordert sind die berufsbildenden und persönlichkeitsfördernden Maßnahmen, die pädagogische, therapeutische, soziale, psychologische, pflegerische und medizinische Dienste umfassen. Ziel der Werkstatt ist es, die individuelle Leistungsfähigkeit der Beschäftigten zu entwickeln, wiederzugewinnen und so zu erhöhen, dass sie entweder in der Werkstatt ein Mindestmaß an wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung erbringen oder sogar ins Erwerbsleben eingegliedert werden können.

Jedem Menschen mit Anspruch auf Werkstattförderung wird nach dem Eingangsverfahren eine zweijährige berufliche Förderung im "Berufsbildungsbereich" und danach bei Bedarf ein angemessener Beschäftigungsplatz angeboten. Es ist die vorrangige Aufgabe der Werkstätten, jedem behinderten Beschäftigten durch individuelle Hilfe die volle Teilnahme am Arbeitsleben und am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen, unabhängig von seiner Leistungsfähigkeit, sofern nur ein Minimum wirtschaftlich verwertbarer Arbeit bewältigt werden kann.

Die behinderten Menschen werden von sozialen Fachdiensten betreut und individuell gefördert (Sozialpädagogen und Sozialarbeiter, Ergotherapeuten, Krankengymnasten, Psychologen, Ärzte). Auch Angebote wie z. B. Unterricht im Lesen, Rechnen, Schreiben oder Hilfen durch Sport und Gymnastik bis hin zu hauswirtschaftlichen Kursen gehören zum Dienstleistungsspektrum der Werkstätten.

### Werkstätten sichern das Recht auf Arbeit

Es ist doch so: Wer gesellschaftlich akzeptiert sein will, braucht eine anerkannte und sinnvolle Arbeit. Vor allem aus der wertschöpfenden Arbeit schöpft der Mensch Identifikation und Selbstbewusstsein; die regen ihn zu einem aktiven Umgang mit der Umwelt an. Menschen mit schweren körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderungen waren bis in die 1960er Jahre vom Arbeitsleben weitgehend ausgeschlossen. Auch heute noch haben sie wegen Art oder Schwere ihrer Behinderungen kaum die Möglichkeit, eine reguläre Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu finden. Dies ist nur mit einer besonderen Förderung, Betreuung oder Begleitung möglich. Ein regelmäßiges und unterhaltsicherndes Einkommen durch eigene Arbeit können sie nicht erzielen. Hier helfen die Werkstätten durch berufliche und persönlichkeitsbildende Förderung, einen gleichberechtigten Platz in unserer Gesellschaft zu erlangen.

### Werkstätten sind keine Erwerbsbetriebe

Werkstätten sind keine Erwerbsbetriebe, sondern Einrichtungen zur beruflichen Rehabilitation. Nicht Produktion und Umsatz stehen im Vordergrund der Werkstattarbeit, sondern berufsfördernde, berufsbildende und solche Leistungen, die den behinderten Erwachsenen helfen, ihre Persönlichkeit zu entwickeln. Das entscheidende arbeitspädagogische und arbeitstherapeutische Eingliederungsinstrument ist die sinnvolle und individuell gestaltete Arbeit auf Arbeitsplätzen, die den Bedürfnissen, Interessen und Neigungen der Werkstattbeschäftigten entsprechen.

Da nicht Produktivität und wirtschaftliche Effizienz im Mittelpunkt stehen, sondern arbeitsfördernde Leistungen, ist das wirtschaftliche Gesamtergebnis nicht so hoch, dass daraus existenzsichernde Arbeitsentgelte gezahlt werden können. Das monatliche Arbeitsentgelt beträgt im Bundesdurchschnitt rund 180 Euro. Die Höhe der Arbeitsentgelte variiert - je nach Werkstattkonzeption und Leistungsfähigkeit - und erreicht in Einzelfällen ein existenzsicherndes Niveau.



## Nutzerhinweis

Bitte beachten Sie, dass es mit dem Browser Google Chrome zu Problemen beim Download von Dokumenten in unserem Downloadbereich kommen kann. Nutzen Sie daher bitte Browser wie Mozilla Firefox und Internetexplorer.

## Werkstatt im Wandel



## FAQs zum BTHG



## FAQs Bildungsrahmenpläne



## "exzellente"-Preise





**Arbeitswelt** 16.07.18

### Erste Landesvermittlungsstelle im Saarland eingerichtet



Die Mitglieder der Vermittlungsstelle: Jörg Denne, Elke Ferner und Michael Schmaus (v. l.).  
© SPD-Bundestagsfraktion

Am Donnerstag, den 12. Juli 2018, wurde die Vermittlungsstelle für alle elf Werkstätten im Saarland offiziell vorgestellt. Eine landesweite außergerichtliche Schiedsinstanz wie im Saarland ist bisher bundesweit einmalig.

Nach § 6 Werkstätten-Mitwirkungsverordnung (WMVO) dürfen sowohl Werkstattrat als auch Werkstatteleitung bei Uneinigkeit in Sachen Mitwirkung und Mitbestimmung die Vermittlungsstelle anrufen.

#### Dreiergesspann für mehr Mitbestimmung

Die Vermittlungsstelle besteht aus drei Personen: eine Person, die vom Werkstattrat benannt ist, eine Person, die von der Werkstatt benannt ist, und eine Vorsitzende bzw. ein Vorsitzender, auf die bzw. den sich Werkstatt und Werkstattrat einigen.

Im Saarland besteht das dreiköpfige Team aus Jörg Denne, Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft Werkstatträte (LAG WR) Saarland, Michael Schmaus, Geschäftsführer der Landesarbeitsgemeinschaft Werkstätten für behinderte Menschen (LAG WfbM) Saarland und Elke Ferner, ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretärin.

Während die Vermittlungsstelle in Angelegenheiten der Mitbestimmung abschließend entscheidet, macht sie in Angelegenheiten der Mitwirkung einen Einigungsvorschlag. In letzterem Fall entscheidet die Werkstatteleitung unter Berücksichtigung dieses Vorschlages allerdings abschließend.

#### Novellierung stärkt Selbstvertretung

Die WMVO hat das Ziel, die Mitwirkung in Werkstätten genauer auszugestalten. Der Werkstattrat soll soweit wie möglich mit den gleichen Rechten gegenüber der Werkstatt ausgestattet werden, die auch Beschäftigtenvertretungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt besitzen. Die BAG WfbM hatte gemeinsam mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales und den Werkstatträten Deutschland Vorschläge für Verbesserungen vorgelegt, die im Bundesteilhabegesetz umgesetzt wurden und zum 1. Januar 2017 in Kraft traten.



**FAQs zum BTHG**

 **Fragen und Antworten zum Bundesteilhabegesetz**

**FAQs Bildungsrahmenpläne**

 **Fragen und Antworten zu harmonisierten Bildungsrahmenplänen**

**"exzellente"-Preise**



**Mehr BAG WfbM-Angebote**

**Werkstätten-Messe 2019**  
27.-30. März 2019, Messezentrum Nürnberg 



deutsch english

Suche ✓

- Aktuell
- Informationen
- Download
- Publikationen
- Presse
- Kontakt
- Impressum
- Datenschutz

## Verdienst in Werkstätten 26.04.18

Laut Statistik des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zur Rentenversicherung von Menschen mit Behinderungen in Werkstätten betrug im Jahr 2016 das durchschnittliche monatliche Arbeitsentgelt eines Werkstattbeschäftigten etwa 180 Euro. Darin enthalten sind 26 Euro Arbeitsförderungsgeld (AFöG) (seit 01.01.2017: 52 Euro), 75 Euro Grundbetrag (seit 01.08.2016: 80 Euro) und ein durchschnittlicher Steigerungsbetrag von 79 Euro pro Monat.

### Entgeltsituation

Die Beschäftigung in Werkstätten entspricht nicht der Erwerbsarbeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt. Menschen, die aufgrund einer Behinderung voll erwerbsgemindert sind, haben einen Rechtsanspruch auf die Werkstatteleistung. Diese ermöglicht ihnen einerseits durch Qualifizierung und Beschäftigung Eingliederung in das Arbeitsleben und fördert sie dabei in ihrer Entwicklung. Geeigneten Personen ermöglicht die Werkstatteleistung den Übergang auf den allgemeinen Arbeitsmarkt. Es handelt sich bei Werkstattbeschäftigten also nicht um Arbeitnehmer im klassischen Sinne. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass sie für ihre Arbeit in der Werkstatt keinen (Mindest-)Lohn erhalten. Werkstätten sind nach § 219 SGB IX verpflichtet, ihnen ein ihrer Leistung angemessenes Arbeitsentgelt zu bezahlen.

Das Entgelt wird aus dem Arbeitsergebnis der Werkstatt bezahlt. Das Arbeitsergebnis ist die Differenz aus den Erträgen und den notwendigen Kosten des laufenden Betriebs im Arbeitsbereich der Werkstatt. § 12 der Werkstättenverordnung (WVO) legt fest, dass Werkstätten mindestens 70 Prozent des Ergebnisses in Form von Entgelten an die Beschäftigten auszahlen müssen. Maximal 30 Prozent dürfen als Ertragsschwankungs- oder Ersatz- und Modernisierungsrücklage gebildet werden. Das bedeutet im Klartext: Das Geld, das die Beschäftigten erwirtschaften, geht ihnen direkt zu mindestens 70 Prozent zu. Das Entgelt setzt sich aus zunächst zwei unterschiedlichen Komponenten zusammen: einem Grundbetrag und einem Steigerungsbetrag. Dazu kommen ein AFöG und ein Zuschuss zur Altersrente.

### a) Grundbetrag

Der Grundbetrag ist ein Mindestentgelt, das jeder Beschäftigte unabhängig von seiner Leistungsfähigkeit erhält. Es ist in der Höhe dem Ausbildungsgeld im Berufsbildungsbereich im zweiten Jahr angeglichen und liegt derzeit bei 80 Euro im Monat. Hintergrund dessen ist, dass niemand nach dem Übergang aus dem Berufsbildungsbereich in den Arbeitsbereich finanziell schlechter gestellt werden soll. Die Höhe des Ausbildungsgeldes bemisst sich allerdings an einem Bedarf und ist nicht Ausdruck einer Leistungsfähigkeit. Dieser Zusammenhang ist wichtig: Zwar ist ein Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung Voraussetzung für die Beschäftigung im Arbeitsbereich einer Werkstatt. Allerdings ist das Mindestmaß laut diverser höchstrichterlicher Entscheidungen sehr niedrigschwellig anzulegen und es besagt nicht, dass die Beschäftigten im Arbeitsbereich mindestens 80 Euro erwirtschaften können müssen.

### b) Steigerungsbetrag

Das Gesetz gibt aber vor, dass den Beschäftigten ein ihrer Leistung angemessenes Arbeitsentgelt bezahlt wird. Deshalb tritt neben den leistungsunabhängigen Grundbetrag ein leistungsabhängiger Steigerungsbetrag. Der Steigerungsbetrag bemisst sich nach der individuellen Arbeitsleistung der behinderten Menschen, insbesondere unter Berücksichtigung von Arbeitsmenge und Arbeitsgüte. Das bedeutet, die Werkstätten verteilen den Teil des Arbeitsergebnisses, der nach Zahlung des Grundbetrages noch verfügbar ist, auf die Beschäftigten, wobei deren Leistungsfähigkeit berücksichtigt wird. Die genauen Leistungs- und Verteilungskriterien regeln die Werkstätten in Entgeltordnungen.

### c) Arbeitsförderungsgeld

Neben dem Grund- und Steigerungsbetrag, die aus dem Arbeitsergebnis der Werkstatt gezahlt werden, bekommen Werkstattbeschäftigte ein AFöG. Dieses wird vom zuständigen Rehabilitationsträger zusätzlich zu den Vergütungen an die Werkstätten gezahlt. Das AFöG liegt aktuell bei 52 Euro. AFöG erhalten grundsätzlich alle Beschäftigten, unabhängig von ihrer Leistungsfähigkeit, jedoch nur, wenn deren Arbeitsentgelt zusammen mit dem Arbeitsförderungsgeld den Betrag von 351 Euro nicht übersteigt.

### d) Veranlagung in der Rente

Zusätzlich zu den Entgeltbestandteilen, die den Beschäftigten direkt ausgezahlt werden, bekommen Beschäftigte einen besonderen Nachteilsausgleich in Form einer Aufstockung ihrer Rentenbeiträge. Das bedeutet, sie werden rentenrechtlich so veranlagt, als ob sie 80 Prozent der sozialversicherungsrechtlichen Bezugsgröße verdienen. Die Bezugsgröße entspricht dem Durchschnittsentgelt der gesetzlichen Rentenversicherung im vorvergangenen Kalenderjahr. Der Bund stockt dafür den Differenzbetrag zu den Rentenbeiträgen der tatsächlichen Entgelthöhe auf. Das entspricht im Schnitt einem Zuschuss von über 400 Euro monatlich, der sich in der späteren Rentenhöhe auswirkt.

## Nutzerhinweis

Bitte beachten Sie, dass es mit dem Browser Google Chrome zu Problemen beim Download von Dokumenten in unserem Downloadbereich kommen kann. Nutzen Sie daher bitte Browser wie Mozilla Firefox und Internetexplorer.

## Werkstatt im Wandel



## FAQs zum BTHG



## FAQs Bildungsrahmenpläne



## "exzellente"-Preise





deutsch english

Suche

Aktuell

- Informationen
- BAG WfbM
- LAG WfbM
- Berufliche Bildung
- Entgeltsystematik
- Werkstätten:Messe
- exzellente Preise
- SROI
- Teilhabe für alle
- Links
- Kalender
- Archiv

- Download
- Publikationen
- Presse
- Kontakt
- Impressum
- Datenschutz

## Menschen in Werkstätten 22.01.19

Anspruch auf einen Werkstattplatz haben erwachsene Menschen, die wegen der Art oder Schwere ihrer Behinderung keine betriebliche Berufsausbildung und keine übliche Erwerbsarbeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt bekommen.

Es sind hauptsächlich Menschen mit geistigen Behinderungen, denen die Erwerbswirtschaft keine Angebote macht. In den letzten Jahren steigt jedoch der Anteil an Werkstattbeschäftigten, die eine oder mehrere psychische Behinderungen haben.

Es gibt mannigfaltige Definitionen von Behinderungen. Gemeinsam ist ihnen, dass sie wenig aussagekräftig sind. Im Jahr 2001 hat sich die Weltgesundheitsorganisation (WHO) von ihrer überkommenen, stark defizitorientierten Definition von Behinderung getrennt, die veraltete internationale Klassifikation (ICIDH-1) aufgegeben und eine völlig neue, differenzierte Klassifikation (ICIDH-2 / ICF) verabschiedet. Die berücksichtigt endlich die zahlreichen gesellschaftlichen und physikalischen Umweltfaktoren.

Die Mitglieder der BAG WfbM haben zum 01.01.2018 folgende Zahlen gemeldet:

Eingangsverfahren und Berufsbildungsbereich:	29.348
Arbeitsbereich:	264.895
Summe:	294.243

*dazu kommt der:*

Förderbereich ohne Sozialversicherung:	18.146
Gesamtangebot an Unterstützungsleistung:	312.389

Anteil der Werkstattbeschäftigten mit bestimmten Behinderungsarten zum 01.01.2018

geistige Behinderung:	75,55 %
psychische Behinderung:	20,97 %
körperliche Behinderungen:	3,48 %

### Kennzahlenvergleich der BAGüS

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe (BAGüS) veröffentlicht ebenfalls [Kennzahlen](#). Diese stellen die bundesweiten Ergebnisse und Entwicklungen in den Bereichen Wohnen und Arbeit/Beschäftigung dar. Die [Kennzahlen](#) der BAGüS beschränken sich nicht auf die BAG WfbM-Mitglieder, sondern umfassen alle von den Sozialhilfeträgern finanzierten Leistungen/Plätze.

### Anzahl Werkstätten in Deutschland in den Jahren (Anzahl BAG WfbM-Mitglieder in Klammern)

- 2002: 668 (629 = 94,2 %)
- 2003: 669 (630 = 94,2 %)
- 2004: 678 (633 = 93,4 %)
- 2005: 687 (628 = 91,4 %)
- 2006: 698 (644 = 92,3 %)
- 2007: 700 (651 = 93,0 %)
- 2008: 710 (656 = 92,3 %)
- 2009: 715 (661 = 92,4 %)
- 2010: 719 (667 = 92,8 %)
- 2011: 721 (676 = 93,8 %)
- 2012: 723 (679 = 93,9 %)
- 2013: 724 (682 = 94,2 %)
- 2014: 726 (683 = 94,1 %)
- 2015: 730 (680 = 93,2 %)
- 2016: 728 (678 = 93,1 %)
- 2017: 731 (681 = 93,2 %)
- 2018: 736 (681 = 92,5 %)

### Nutzerhinweis

Bitte beachten Sie, dass es mit dem Browser Google Chrome zu Problemen beim Download von Dokumenten in unserem Downloadbereich kommen kann. Nutzen Sie daher bitte Browser wie Mozilla Firefox und Internetexplorer.

### Werkstatt im Wandel



### FAQs zum BTHG



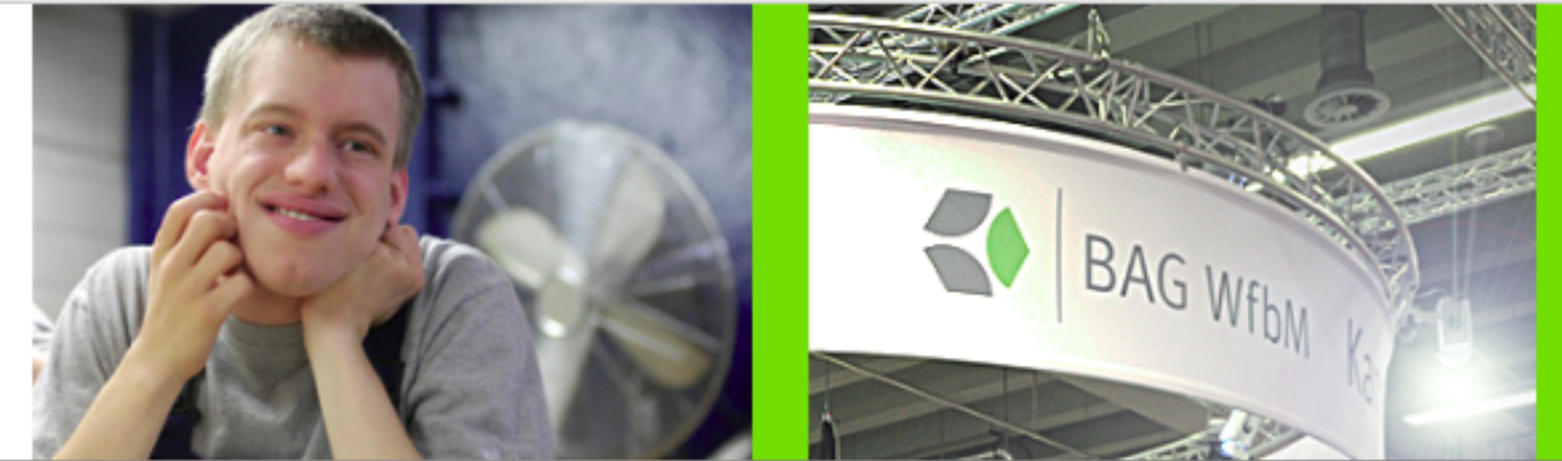
### FAQs Bildungsrahmenpläne



### "exzellente"-Preise







deutsch english  
Suche  ✓

- Aktuell**
- Politik
- Arbeitswelt
- Bildung**
- Europa
- Panorama
- Stellenanzeigen
- Stellungnahmen

- Informationen
- Download
- Publikationen
- Presse
- Kontakt
- Impressum
- Datenschutz

**Bildung** 17.04.07

### Empfehlungen für die Arbeit der Vertrauensperson

Im Auftrag des LAG WfbM-Vorstands Rheinland-Pfalz wurden Empfehlungen aufgestellt, die die Arbeitssituation der Vertrauensperson des Werkstattrates verbessern und näher bestimmen sollen. Sie wurden von einer Arbeitsgruppe unter Leitung des stellvertretenden LAG WfbM-Vorsitzenden Helmut Heller 2006 erarbeitet. Der LAG WfbM-Vorstand hat allen Mitgliedswerkstätten in Rheinland-Pfalz empfohlen, die Ergebnisse zu übernehmen.

Vertrauenspersonen haben eine zentrale Rolle bei der Umsetzung des SGB IX und der WMVO. „Von ihrem persönlichen Engagement, ihrer Fachlichkeit und von ihrer Unterstützungsleistung hängt es vielfach mit entscheidend davon ab, in welchem Maß es den betroffenen Menschen mit Behinderungen in Werkstätten gelingt, ihre Interessen und Rechte überhaupt erst wahrzunehmen, zu artikulieren und durchzusetzen.“

Zusätzlich wurde eine Aufgabenbeschreibung für Vertrauenspersonen erarbeitet. Diese konkretisiert die Anforderungen der Funktion und spiegelt so berechnete Erwartungen des Werkstattrates und der Werkstatteleitung wider. Aus den Aufgaben- und Kompetenzanforderungen kann der jeweilige Personalentwicklungsbedarf individuell abgeleitet werden. Die Aufgabenbeschreibung definiert zudem Rechte, Pflichten und Befugnisse der Vertrauensperson in der Werkstatt. Die unterschiedlichen Formen der Mitwirkungsverordnungen (WMVO, CMVO, DWMV) und die Mitwirkungspraxis verlangen eine bessere Absicherung für die Rolle als Interessensvertretung: „Das dem Werkstattrat jeweils eingeräumte Maß an Mitsprache oder Mitbestimmung tangiert die Arbeit der Vertrauensperson erheblich: Dort, wo es zwischen Werkstatteleitung und Werkstattrat um ein Mehr an Einflußnahme geht, ist das Konfliktpotential erheblich höher.“. Damit steigen auch die Anforderungen an die Vertrauensperson.

In den jeweiligen Verordnungen gibt es noch Stellen, an denen nachgebessert werden muß. Diese Lücken sollen auf freiwilliger Basis durch werkstattinterne Regelungen geschlossen werden – so die Empfehlung aus Rheinland-Pfalz. Als Beispiel für die Gestaltungsmöglichkeiten der Werkstatt wird die Festlegung eines besonderen Kündigungsschutzes (analog Betriebsräten bzw. Mitarbeitervertretern) und ein bestimmtes Zeitbudget für die Arbeit in der Funktion Vertrauensperson genannt. Generell geht es darum, geeignete Voraussetzungen für ein professionelles Handeln der Vertrauenspersonen sicherzustellen. So können die gesetzlichen Maßgaben und Zielsetzungen sogar noch übertroffen werden.

Im Laufe des Jahres 2007 soll die Empfehlung in „einfache Sprache“ übersetzt werden. Zudem wird die LAG WfbM zusätzlich ein Forum zum Austausch von Vertrauenspersonen anbieten.

[Die Empfehlungen können Sie hier downloaden](#)



**FAQs zum BTHG**



**Fragen und Antworten zum Bundesteilhabegesetz**

**FAQs Bildungsrahmenpläne**



**Fragen und Antworten zu harmonisierten Bildungsrahmenplänen**

**"exzellent"-Preise**



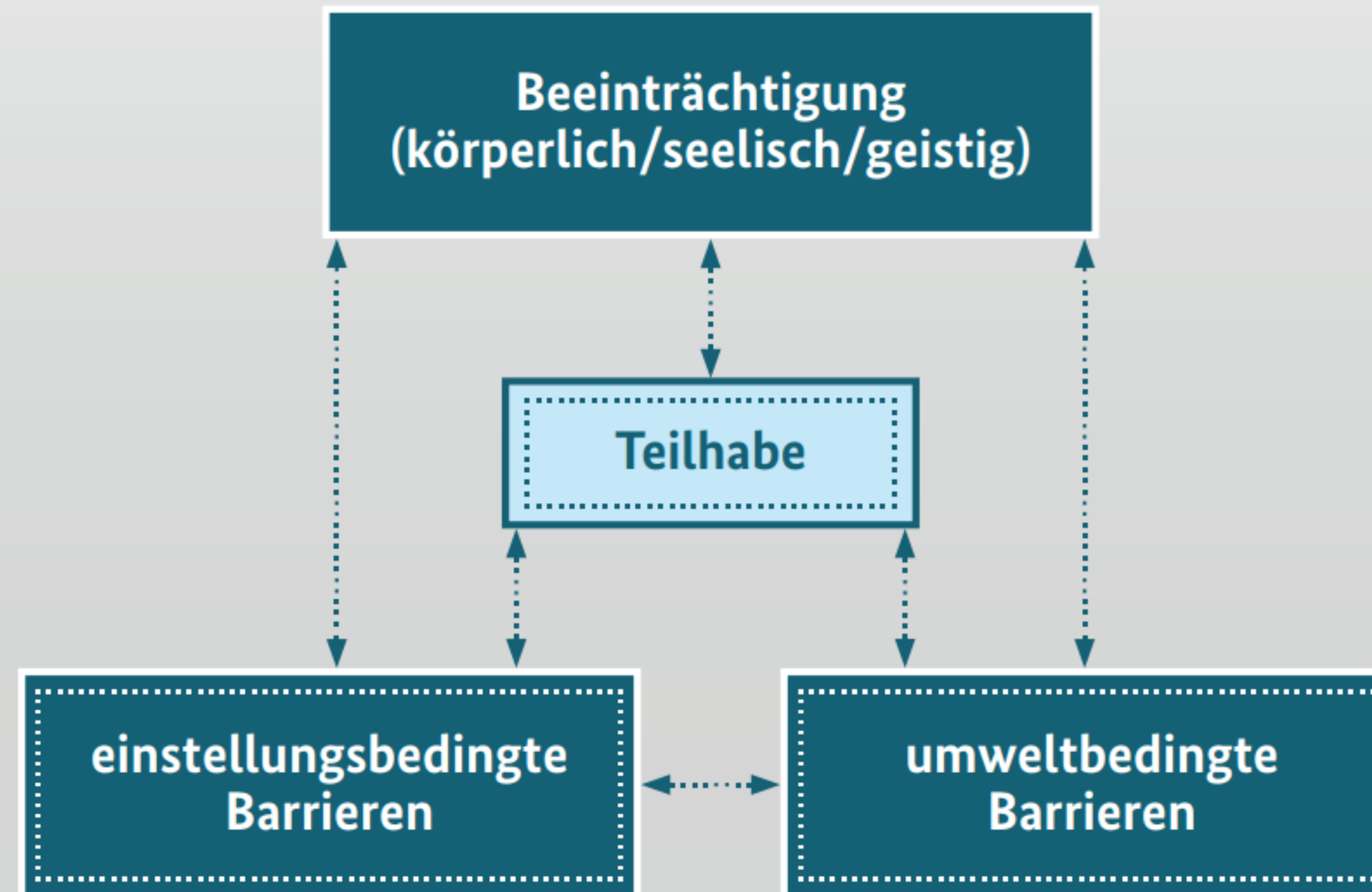
**Mehr BAG WfbM-Angebote**

**Werkstätten-Messe 2019**  
27.-30. März 2019, Messezentrum Nürnberg





# Behindertenbegriff nach UN-Behindertenrechtskonvention



## Einleitung

Mitbestimmung ist gelebte Demokratie am Arbeitsplatz und hat sich über viele Jahrzehnte in Betrieben und Unternehmen bewährt. Sie ist eine Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg und den sozialen Frieden in Deutschland.

Wenn Digitalisierung und Globalisierung die Arbeit verändern, die Organisation und den Alltag in den Betrieben, dann ist Mitbestimmung besonders wichtig, damit faire Kompromisse gefunden werden und gute Lösungen, die Arbeitgebern und Beschäftigten gleichermaßen nutzen. Mitbestimmung bietet die Möglichkeit die Chancen der Digitalisierung erfolgreich und zum Vorteil aller zu nutzen.

Dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre Rechte kollektiv bündeln, geltend machen und durchsetzen können, ist ein Grundrecht. Damit die Interessenvertretung der Beschäftigten gewährleistet bleibt und Entscheidungen in den Unternehmen auf der Höhe der Zeit getroffen werden können, müssen Betriebsräte wissen, was in ihren Betrieben vor sich geht.

Deswegen stellt das Gesetz zur Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit und Werkverträgen die Informationsrechte des Betriebsrates unmissverständlich klar und stärkt damit ihre Position. Das Gesetz regelt zudem klar, unter welchen Voraussetzungen Arbeitnehmerüberlassung vorliegt.

4

Das Vorhalten einer Vorratsverleiherlaubnis und die nachträgliche Umetikettierung von Werkverträgen in Leiharbeit sind damit nicht mehr möglich.

Diese Transparenz schafft die Chance, dass Betriebsräte auf Augenhöhe mitbestimmen können, wie die Arbeit im Betrieb organisiert wird. Darüber hinaus zählen nach der Neuregelung jetzt Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter in ihrem Einsatzbetrieb bei den Schwellenwerten in der Betriebsverfassung und der Unternehmensmitbestimmung grundsätzlich mit.

In Zeiten der Globalisierung ist es wichtig, Mitbestimmung auch grenzüberschreitend zu sichern. Wenn Unternehmen innerhalb Europas übernommen, verschmolzen oder umstrukturiert werden,





- Hauptmenü**
- Home
- Wir über uns
- Werkstattentag 2016
- News
- Werkstätten
- Schaufenster
- Werkstatträte
- Intern
- Kontakt
- Datenschutz
- Impressum

## Wir über uns...

Die Werkstätten für Menschen mit Behinderung in Sachsen bieten Menschen, die wegen Art oder Schwere ihrer Behinderung nicht, noch nicht oder noch nicht wieder auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt beschäftigt werden können, eine berufliche Bildung oder einen Arbeitsplatz. Die Werkstätten ermöglichen damit nicht nur Teilhabe am Arbeitsleben sondern auch Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft: Arbeit als Lebensqualität.

Werkstätten sind als Arbeitgeber und zuverlässige Partner von Unternehmen der Region wichtige Standortfaktoren. Rund 17.600 Menschen mit Behinderung in den sächsischen Werkstätten bieten ein breites Spektrum von Dienstleistungen und Produkten an. Mit ihren individuellen Möglichkeiten der beruflichen Aus- und Weiterbildung, den vielfältigen integrativen Arbeitsmöglichkeiten innerhalb und außerhalb der Werkstatt sowie ihrem Know-how auf dem Gebiet der Beratung und Arbeitsassistenz sind Werkstätten ein kompetenter Systemanbieter von Eingliederungsleistungen.

Die Landesarbeitsgemeinschaft der Werkstätten für behinderte Menschen in Sachsen (LAG WfbM Sachsen e. V.) fördert den Austausch, die Vernetzung und die Zusammenarbeit der Werkstätten in Sachsen. Es ist der Anspruch der Mitglieder der LAG WfbM Sachsen, gemeinsam mit den Leistungsträgern, Interessenverbänden und Vertretern aus Politik und Gesellschaft die Ausbildung und Beschäftigung behinderter Menschen abzusichern und weiterzuentwickeln.

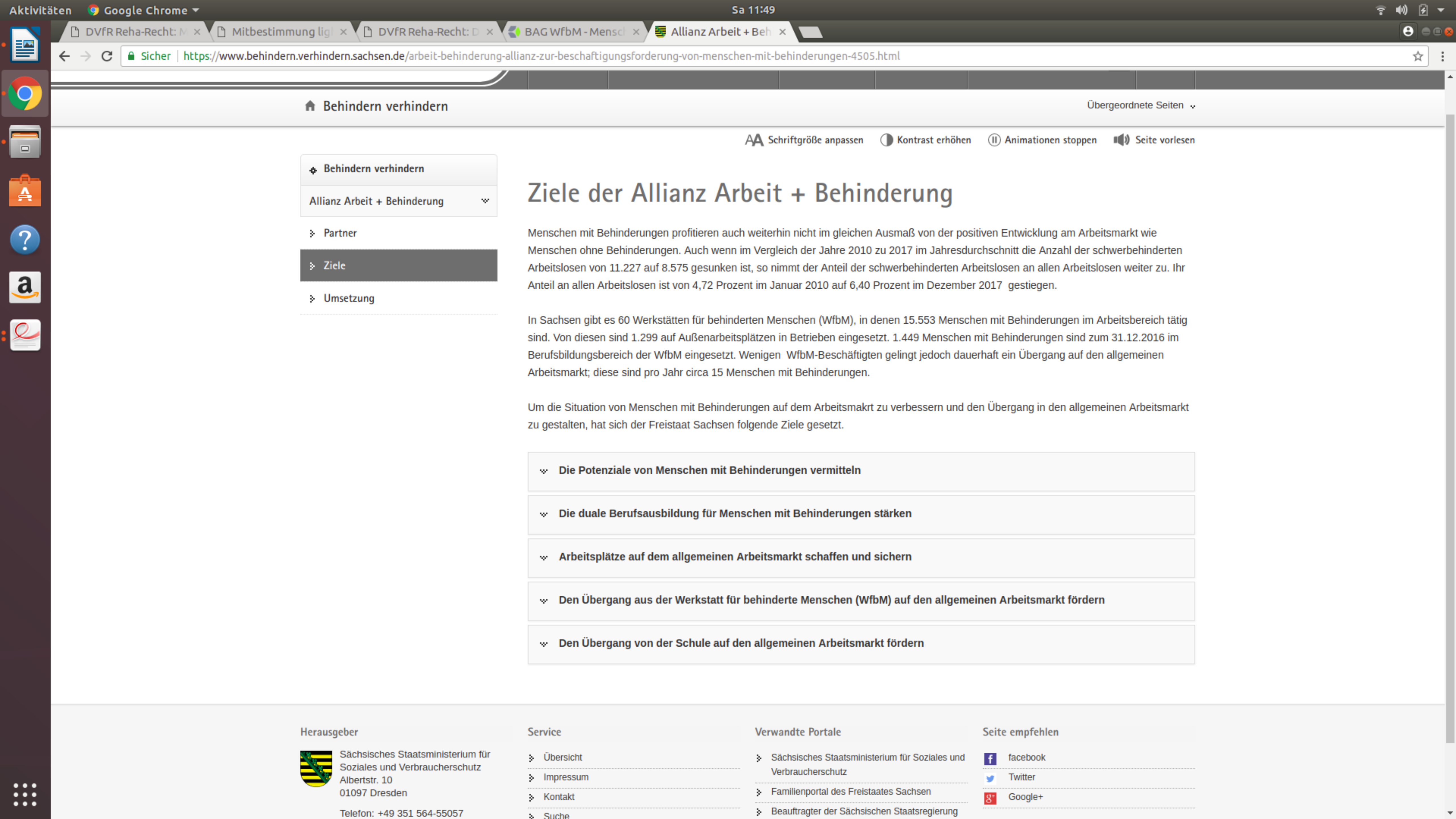
LAG WfbM Sachsen e.V.



- Schaufenster
- Werkstatträte
- Intern
- Kontakt
- Datenschutz
- Impressum

ID	Name	PLZ	Ort
1	Hohwald Werkstätten Neustadt	01844	Neustadt
4	Wichern Werkstätten	01705	Freital
5	Gamiger Werkstätten	01809	Dohna
6	Pirnaer Werkstätten	01796	Pirna
9	LH Werkstatt Reichenbach gGmbH	08468	Reichenbach
11	Werkstätten Obervogtland	08606	Oelsnitz
14	Göltzschtalwerkstätten Vogtland	08209	Auerbach
17	Werkstatt für Behinderte "St. Martin"	04779	Wermisdorf
19	Behindertenzentrum Delitzsch gGmbH	04509	Delitzsch
22	Werkstatt für behinderte Menschen Oschatz	04758	Oschatz
27	Elbaue-Werkstätten gGmbH	04860	Torgau
30	Diakonische Werkstätten Großenhain	01558	Großenhain
33	Lebenshilfe Werkstatt für behinderte Menschen	01587	Riesa
37	DRK Werkstätten Meißen	01662	Meißen
39	Freiberger Werkst. "Friedrich v. Bodelschwingh"	09599	Freiberg
41	Roßweiner Werkstätten	04741	Roßwein
44	Mittweidaer Werkstätten der Lebenshilfe e.V.	09648	Mittweida
46	"Glück Auf" - Werkstätten	09618	Brand-Erbisdorf
48	Partner-Werkstätten	09217	Burgstädt
52	Oberlausitzer Werkstätten - Werkstatt Herrnhut	02747	Herrnhut
54	Pater-Kolbe Hof	02788	Schlegel
56	Zittauer Werkstätten e.V.	02763	Zittau
60	Werkstätten der Lebenshilfe Weißwasser gGmbH	02943	Weißwasser
62	Görlitzer Werkstätten e.V.	02827	Görlitz
67	Werkstätten Martinshof	02929	Rothenburg
70	Oberlausitzer Werkstätten - Werkstatt Löbau	02708	Löbau
72	Oberlausitzer Werkst. - Werkstatt Großenhennersdorf	02747	Großenhennersdorf
73	Anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen	04552	Borna
75	DRK Werkstätten Geithain	04643	Geithain
76	Oberlausitzer Werkstätten - Werkstatt Bautzen	02625	Bautzen
81	Kloster St. Marienstern - WfbM "St. Michael"	01920	Panschwitz-Kuckau
82	Missionshof Lieske	01920	Lieske
83	Lebenshilfe Bischofswerda	01877	Bischofswerda
87	Kleinwachauer Werkstätten	01454	Radeberg OT Liegau-Augustusbad
89	Christliches Sozialwerk gGmbH WfbM "St. Nikolaus"	01917	Kamenz
92	Lausitzer Werkstätten gemeinnützige GmbH	02977	Hoyerswerda
95	Werkstatt für behinderte Menschen Marienberg	09496	Marienberg
97	Annaberger Werkstätten	09456	Annaberg-Buchholz
99	Stollberger Werkstätten für behinderte Menschen	09366	Stollberg
103	INVITAS Werkstätten	08289	Schneeberg
107	Werkstatt der Lebenshilfe Schwarzenberg	08340	Schwarzenberg
109	WfbM "St. Mauritius"	08060	Zwickau
111	Lukaswerkstatt	08064	Zwickau
112	Behindertenwerkstatt Reinsdorf gGmbH	08141	Reinsdorf
114	Lebensbrücke Glauchau	08371	Glauchau
115	Lebensbrücke Werdau	08412	Werdau
116	WfbM Oberlungwitz	09353	Oberlungwitz
117	WfbM St. Josef Dresden	01237	Dresden
120	Produktwerk Graupa	01796	Pirna
121	Inpuncto Werkstätten	01157	Dresden
125	Luby Service	01257	Dresden
127	Weißiger Werkstätten	01328	Dresden
131	Christliches Sozialwerk gGmbH WfbM "St. Michael"	04289	Leipzig
133	Diakonie am Thonberg	04317	Leipzig
136	Lindenwerkstätten I	04177	Leipzig
139	Lebenshilfe Werkstatt Leipzig	04179	Leipzig
140	AWO Werkstätten Sachsen-West	04347	Leipzig
145	Stötteritzer Werkstätten Leipzig	04299	Leipzig
147	DIE WERKSTATT	09116	Chemnitz
148	Werkstatt "Am Neefepark"		





- Behindern verhindern
- Allianz Arbeit + Behinderung
- Partner
- Ziele**
- Umsetzung

## Ziele der Allianz Arbeit + Behinderung


Menschen mit Behinderungen profitieren auch weiterhin nicht im gleichen Ausmaß von der positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt wie Menschen ohne Behinderungen. Auch wenn im Vergleich der Jahre 2010 zu 2017 im Jahresdurchschnitt die Anzahl der schwerbehinderten Arbeitslosen von 11.227 auf 8.575 gesunken ist, so nimmt der Anteil der schwerbehinderten Arbeitslosen an allen Arbeitslosen weiter zu. Ihr Anteil an allen Arbeitslosen ist von 4,72 Prozent im Januar 2010 auf 6,40 Prozent im Dezember 2017 gestiegen.

In Sachsen gibt es 60 Werkstätten für behinderten Menschen (WfbM), in denen 15.553 Menschen mit Behinderungen im Arbeitsbereich tätig sind. Von diesen sind 1.299 auf Außenarbeitsplätzen in Betrieben eingesetzt. 1.449 Menschen mit Behinderungen sind zum 31.12.2016 im Berufsbildungsbereich der WfbM eingesetzt. Wenigen WfbM-Beschäftigten gelingt jedoch dauerhaft ein Übergang auf den allgemeinen Arbeitsmarkt; diese sind pro Jahr circa 15 Menschen mit Behinderungen.

Um die Situation von Menschen mit Behinderungen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern und den Übergang in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu gestalten, hat sich der Freistaat Sachsen folgende Ziele gesetzt.

- Die Potenziale von Menschen mit Behinderungen vermitteln
- Die duale Berufsausbildung für Menschen mit Behinderungen stärken
- Arbeitsplätze auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt schaffen und sichern
- Den Übergang aus der Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) auf den allgemeinen Arbeitsmarkt fördern
- Den Übergang von der Schule auf den allgemeinen Arbeitsmarkt fördern

### Herausgeber

 Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz  
Albertstr. 10  
01097 Dresden

Telefon: +49 351 564-55057

### Service

- Übersicht
- Impressum
- Kontakt
- Suche

### Verwandte Portale

- Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz
- Familienportal des Freistaates Sachsen
- Beauftragter der Sächsischen Staatsregierung

### Seite empfehlen

- facebook
- Twitter
- Google+



### Stellungnahme von Werkstattträte Deutschland zur Novellierung der Werkstättenmitwirkungsverordnung (WMVO)

Werkstattträte Deutschland begrüßt grundsätzlich die im Referentenentwurf zum Bundesteilhabegesetz enthaltenen Neuerungen in der Werkstättenmitwirkungsverordnung (WMVO). Der Entwurf zeigt viele Verbesserungen für Menschen mit Behinderung in Werkstätten auf und zeigt die Bemühungen Deutschlands, die UN-BRK umzusetzen. Um allen Menschen Zugang zur erneuerten Verordnung zu ermöglichen, fordern wir vom BMAS allerdings die Übersetzung der WMVO in leichte Sprache.

Wir möchten darauf hinweisen, dass die neue WMVO gleichberechtigte Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte für alle Werkstattträte schaffen soll, die nicht hinter die Regelungen der geltenden diakonischen WMVO zurück fallen dürfen. Darüber hinaus muss § 1 Abs. (2) WMVO: „Diese Verordnung findet keine Anwendung auf Religionsgemeinschaften und ihre Einrichtungen, soweit sie eigene gleichwertige Regelungen getroffen haben“ erhalten bleiben.

Im Folgenden werden wir einzelne Punkte aus dem Referentenentwurf bewerten und Alternativen aufzeigen.

#### Wir begrüßen die neuen Mitbestimmungsrechte für Werkstattträte ausdrücklich!

- Damit ist ein wichtiger Schritt zu mehr Emanzipation und Selbstbestimmung geschafft. Wir möchten darauf hinweisen, dass Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte aber unabhängig von der Geschäftsfähigkeit eines Menschen gelten müssen! Und wir wünschen auch, dass sich der Werkstatttrat nicht nur für die Beschäftigten im Arbeitsbereich, sondern auch für diejenigen im Berufsbildungsbereich von Werkstätten einsetzt. Die Menschen mit Behinderung im Berufsbildungsbereich sollen den Werkstatttrat im Gegenzug auch mitwählen dürfen.
- Bei den Mitbestimmungsrechten fordern wir eine Erweiterung in folgenden Bereichen: Verpflegung; Neu-, Um- und Erweiterungsbauten; Sanitär- und Aufenthaltsräume, Einstellung von Fachpersonal.
- Außerdem empfehlen wir die (Neu-)Aufnahme von begleitenden Maßnahmen und Fahrdiensten in die Mitbestimmung!
- Wir empfehlen die nähere Regelung der Mitbestimmung und ggf. die Schaffung unabhängiger Informations- und Beratungsstellen diesbezüglich.
- Bei der Verpflegung ist es uns ein wichtiges Anliegen darauf hinzuweisen, dass sich die bisherigen Regelungen zum Mittagessen in WfbM nicht ändern sollen! Die Trennung von Fachleistung und Leistung zum Unterhalt würde hier zu unnötiger Bürokratie führen und schlimmstenfalls Menschen mit Behinderung vom Mittagessen ausschließen.



Arbeitnehmerähnlichen Personen sind somit – im Gegensatz zum Arbeitnehmer – von ihrem Auftraggeber nicht persönlich abhängig.<sup>15</sup> Ihre Tätigkeit erfolgt grundsätzlich nicht aufgrund eines Arbeitsvertrages, sondern im Rahmen eines freien Dienst- oder Werkvertrages oder eines vergleichbaren Vertragstypus. Aus arbeitsrechtlicher Sicht sind arbeitnehmerähnlichen Personen der Gruppe der Selbstständigen zuzuordnen. Von diesen unterscheiden sie sich jedoch insofern, als dass sie von ihrem Auftraggeber wirtschaftlich abhängig und daher einem Arbeitnehmer vergleichbar schutzbedürftig sind.<sup>16</sup> Um diesem gegenüber den übrigen Selbstständigen erhöhten Maß an Schutzwürdigkeit Rechnung zu tragen, finden bestimmte arbeitsrechtliche Bestimmungen auch auf arbeitnehmerähnlichen Personen Anwendung.<sup>17</sup> Eine über die ausdrücklich geregelten Fälle hinausgehende analoge Anwendung sonstiger arbeitsrechtlicher Regelungen auf arbeitnehmerähnliche Personen lehnt das Bundesarbeitsgericht jedoch bisher ab.<sup>18</sup>

Die Frage, ob ein behinderter Mensch in einem Arbeitsverhältnis steht, richtet sich nach den allgemeinen arbeitsrechtlichen Kriterien, also dem Grad der persönlichen Abhängigkeit sowie dem Weisungsrecht des Arbeitgebers hinsichtlich Zeit, Ort und Dauer der Ausführung der vereinbarten Dienste. Liegt ein umfassendes Weisungsrecht vor, besteht ein abhängiges Beschäftigungsverhältnis. Bei Arbeitnehmern im Arbeitsbereich einer Werkstatt für behinderte Menschen muss daher die Arbeitsleistung gegenüber dem Betreuungs- oder Pflegeaufkommen für den behinderten Menschen deutlich überwiegen.<sup>19</sup> Die Abgrenzung zwischen Arbeitnehmern und arbeitnehmerähnlichen Beschäftigten in einer Werkstatt für behinderte Menschen wird damit im Einzelfall daran zu messen sein, ob das wirtschaftliche Ergebnis der Arbeit oder der therapeutische Effekt der Tätigkeit im Vordergrund steht.<sup>20</sup>

**3. Abgrenzung von Mitwirkungs- zu Mitbestimmungsrechten**

Der Begriff der Mitbestimmung umschreibt die Partizipation von Personen und Personengruppen an gesellschaftlichen Entscheidungen.<sup>21</sup> Mitbestimmungsrechte ermöglichen es Arbeitnehmern, ihre von den Auffassungen des Arbeitgebers abweichenden Vorstellungen zu innerbetrieblichen

15 LANGER, Heiko, in: Grobys/Panzer, StichwortKommentar Arbeitsrecht, 2. Aufl., Edition 2 2014, Arbeitnehmerähnliche Person, Rn. 1.  
16 LANGER, Heiko, (Fn. 15) Rn. 1.  
17 So gelten z.B. nach § 2 S. 2 BurlG die Bestimmungen des BurlG auch für arbeitnehmerähnliche Personen. Des Weiteren wird durch § 6 Abs. 1 Nr. 3 AGG und § 2 Abs. 2 Nr. 3 ArbSchG gewährleistet, dass arbeitnehmerähnliche Personen wie Arbeitnehmer Diskriminierungs- und Gesundheitsschutz genießen.  
18 BAG, Urteil vom 08.05.2007, Az.: 9 AZR 777/06.  
19 JABBEN, Jürgen, in: BeckOK SozR, Stand: 1. September 2014, Ed. 35, SGB IX § 138 Rn. 4.  
20 JABBEN, Jürgen, (Fn. 19) Rn. 5; PAHLEN, Ronald, in: Neumann/Pahlen/Majerski-Pahlen, SGB IX, 12. Aufl. 2010, § 138 SGB IX, Rn. 11.  
21 Definition nach BROCKHAUS online, <https://deutscher-bundestag.brockhaus-wissensservice.com/brockhaus/mitbestimmung> [Abruf: 11. Dezember 2014].



# Verzeichnis anerkannter Werkstätten für behinderte Menschen

Bundesagentur für Arbeit

Nürnberg, Mai 2017

---

## Hinweis:

**Das Verzeichnis der anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen nach § 142 Sozialgesetzbuch – Neuntes Buch – (SGB IX) wird nicht mehr als Printmedium, sondern nur noch im Internet geführt.**

Das aktuelle Verzeichnis hat den Stand vom 24. Mai 2017.

Die Informationen über das Leistungsangebot der einzelnen Werkstätten sind nach Auftragsarbeiten und Eigenprodukten gegliedert. Die Angaben hierzu entsprechen grundsätzlich den eigenen Darstellungen der Einrichtungen.

Die aufgeführten Werkstätten sind nach Bundesländern geordnet. Innerhalb der Länder erfolgt die Auflistung der Werkstätten in der Reihenfolge der Postleitzahlen.

Vertriebsgesellschaften, die im Auftrag von anerkannten WfbM Behindertenwaren vertreiben sowie Aufträge akquirieren und koordinieren, sind gesondert im Verzeichnis aufgeführt.

Der Anhang zum Verzeichnis enthält eine Zusammenstellung der der Bundesagentur für Arbeit bekannten Blindenwerkstätten i. S. des Blindenwaren-Vertriebsgesetzes (BliwaG) vom 9. April 1965. Die Zusammenstellung beruht auf Angaben der nach landesrechtlichen Regelungen für die Anerkennung nach § 5 BliwaG zuständigen Stellen; der Inhalt der Zusammenstellung ist insoweit unverbindlich.

Das Verzeichnis wurde von REHADAT erstellt.

Herausgegeben von der  
Bundesagentur für Arbeit

Postanschrift:  
Bundesagentur für Arbeit  
90327 Nürnberg  
E-Mail: [Zentrale.RP21@arbeitsagentur.de](mailto:Zentrale.RP21@arbeitsagentur.de)



## Hinweise zum Internet-Portal „REHADAT-Werkstätten“

REHADAT – Informationssystem zur beruflichen Teilhabe von Menschen mit Behinderung - wird gefördert durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und ist ein Projekt des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln.

REHADAT sammelt und veröffentlicht Informationen zu den Themen Behinderung, Integration und Beruf. Alle Informationen gibt es kostenlos im Internet unter [www.rehadat.de](http://www.rehadat.de). Momentan stehen rund 100.000 Einträge zur Verfügung, die laufend aktualisiert werden und mit externen Informationen verlinkt sind. Das Informationsangebot von REHADAT richtet sich an Menschen mit Behinderung und an alle, die sich für ihre berufliche Integration einsetzen.

REHADAT enthält neben den Internet-Portalen Hilfsmittel, Berufliche Bildung, Arbeitsleben und Behinderung, Gute Praxis, ELAN-Ausgleichsabgabe, Urteile und Gesetze, Angebote und Adressen, Literatur, Forschung, Statistik, ICF-Lotse auch das Portal „REHADAT-Werkstätten“. Sie können das REHADAT-Werkstätten-Portal unter der Internet-Adresse <http://www.rehadat-wfbm.de> aufrufen.

In dem Portal REHADAT-Werkstätten finden Sie

- Adressen, Ansprechpartner und weitere Informationen zu allen anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) und Blindenwerkstätten
- Auftragsarbeiten, Dienstleistungen und Produkte der WfbM. Dabei können Sie wie in einem Branchenverzeichnis gezielt nach bestimmten Auftragsarbeiten und Eigenprodukten der Werkstätten suchen. Durch die zusätzliche Eingabe von regionalen Kriterien wie Bundesländer, Postleitzahlen oder Orte können die Suchergebnisse weiter eingegrenzt werden. Es kann auch nach dem Namen einer ganz bestimmten Werkstatt recherchiert werden.
- Bildungs- und arbeitsmarktnahe Angebote der WfbM und ihrer Träger
- Allgemeine Informationen rund um die WfbM
- Ein Werkstatt-Porträt informiert zum Beispiel darüber,
  - welche behinderte Menschen aufgenommen werden,
  - wie viele behinderte Menschen dort beschäftigt sind,
  - ob Außenarbeitsplätze und Wohnmöglichkeiten angeboten werden,
  - ob Förder- und Betreuungsbereiche für schwerstbehinderte Menschen existieren,
  - welche begleitenden Hilfen / Fachdienste angeboten werden,
  - welche Tätigkeitsfelder im Berufsbildungsbereich angeboten werden,
  - wie der Übergang auf den allgemeinen Arbeitsmarkt gefördert wird.

Die gefundenen Informationen können ausgedruckt oder auf einem Computer gespeichert werden. Die Datenbank wird laufend aufgrund der von den Werkstätten gegebenen Informationen aktualisiert.

Weitere Informationen bei:

Institut der deutschen Wirtschaft Köln  
REHADAT  
Konrad-Adenauer-Ufer 21  
50668 Köln  
Telefon: 0221 4981-882  
E-Mail: [nacken@iwkoeln.de](mailto:nacken@iwkoeln.de)  
Internet: [www.rehadat.de](http://www.rehadat.de)



## Inhaltsverzeichnis

Hinweise zur REHADAT-Datenbank Werkstätten für behinderte Menschen	2
Bundesland Baden-Württemberg (Bezirk der Regionaldirektion Baden-Württemberg)	4
Bundesland Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)	74
Bundesland Berlin (Bezirk der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg)	157
Bundesland Brandenburg (Bezirk der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg)	176
Bundesland Bremen (Bezirk der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen)	205
Bundesland Hamburg (Bezirk der Regionaldirektion Nord)	210
Bundesland Hessen (Bezirk der Regionaldirektion Hessen)	212
Bundesland Mecklenburg-Vorpommern (Bezirk der Regionaldirektion Nord)	250
Bundesland Niedersachsen (Bezirk der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen)	271
Bundesland Nordrhein-Westfalen (Bezirk der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen)	342
Bundesland Rheinland-Pfalz (Bezirk der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland)	436
Bundesland Saarland (Bezirk der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland)	467
Bundesland Sachsen (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen)	474
Bundesland Sachsen-Anhalt (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen)	517
Bundesland Schleswig-Holstein (Bezirk der Regionaldirektion Nord)	542
Bundesland Thüringen (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen)	578

## Anhang:

Blindenwerkstätten	602
Vertriebsgesellschaften	613

**Arbeitstherapeutische Werkstätte Mannheim gGmbH**

**(Reg.-Nr. 6/65)**

Pfingstweidstr. 25-27  
68199 Mannheim  
Telefon: 0621 875910  
Telefax: 0621 87058  
E-Mail: [atw@atwmannheim.de](mailto:atw@atwmannheim.de)  
Homepage: <http://www.atwmannheim.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Metallmontage  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling, Demontagearbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung, Fotokopieren  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Digitale Archivierung  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten-und Grundstückspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Fahrradwerkstatt, Logistische Leistungen, Kurierdienste, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

**Weitere Betriebsstätten:**

Zweigwerkstatt  
F7, 17-18  
68159 Mannheim  
Telefon: 0621 20855  
Telefax: 0621 22185



**DIAKONIEWERKSTÄTTEN Rhein-Neckar  
Geschäftsbereichsleitung Werkstätten für Menschen mit  
Behinderung**

**(Reg.-Nr. 6/5)**

Friedrichstr. 46  
68199 Mannheim

Telefon: 0621 84104-0

Telefax: 0621 84104-36

E-Mail: [info@diakoniewerkstatt.de](mailto:info@diakoniewerkstatt.de)

Homepage: <http://www.gemeindediakonie-mannheim.de/arbeiten/unsere-werkstaetten/allgemeine-informationen>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen (z. B. Sägezuschneide, Bohren, Drehen, Fräsen, Flachs Schleifen), Fügen (z. B. Schweißen)

HOLZ: Einzel- und Serienteile, Palettenherstellung (Spezialpaletten), Möbelfertigung (Sonderanfertigung von Möbeln)

MONTAGE: Mechanische und elektromechanische Komponenten

MAILING UND VERSANDARBEITEN: Postversand: Falzen, Kuvrieren, Adressbearbeitung und Katalogversand

VERPACKUNGS- UND KONFEKTIONIERUNGSARBEITEN: Kleinmontage, Verpackung, Folienverpackung, Schachtelverpackung, Etikettendruck

CO-PACKING: Aufrichten und Bestücken von Verpackungen/Displays, logistische Dienstleistungen

VERARBEITUNG von WELLPAPPE: manuelle und maschinelle Verarbeitung von Wellpappe und Verbundwerkstoffen

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege (z. B. Reinigung und Pflege von Außenanlagen, Pflegeschnitte an Grünflächen und Sträuchern)

Produkte:

LEBENSMITTEL: Rhein-Neckar-Kiste (verschiedene Varianten)

SONSTIGE PRODUKTE: Verkauf und Lieferung von Scheitholz

**Weitere Betriebsstätten:**

Werkstatt Vogelstang

Kamenzerstr. 5

68309 Mannheim

Telefon: 0621 71603-0

Telefax: 0621 71603-11

Werkstatt Mallau

Bohnenbergerstr. 4

68219 Mannheim

Telefon: 0621 876880

Telefax: 0621 8768833

Werkstatt Weinheim

Daimlerstr. 22

69469 Weinheim

Telefon: 06201 9904-0

Telefax: 06201 9904-22

Werkstatt Neckarau

Morchfeldstr. 61

68199 Mannheim

Telefon: 0621 8752060-0

Telefax: 0621 875206-033

Werkstatt Industriepark Weinheim

Höhnerweg 2-4

69469 Weinheim

Telefon: 06201 806847

Telefax: 06201 182162

Berufliche Bildung

Mallastr. 76

68219 Mannheim

Telefon: 0621 854490-0

Telefax: 0621 8544901

**Rhein-Neckar-Werkstätten gGmbH**

**(Reg.-Nr. 6/67)**

Hatschekstr. 40  
69126 Heidelberg  
Telefon: 06221 3496-0  
Telefax: 06221 3496-50  
E-Mail: [info@rnw.de](mailto:info@rnw.de)  
Homepage: <http://www.rnw.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, CNC-Bearbeitung, serielle Möbelfertigung, Sonderanfertigungen  
ELEKTRO: Elektro-, Ventilmontage, Kabelkonfektionierung  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Daten- und Texterfassung, Datenpflege, EDV-Dienstleistungen auf Anfrage  
MAILING UND VERSANDARBEITEN: Serienbrieferstellung, Massenversand, Werbemittelversand  
MONTAGE und VERPACKUNGSARBEITEN: Kleinmontage, Konfektionierung, Kommissionierung  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Betriebsversorgung/Gemeinschaftsverpflegung (siehe: [www.geschmackwerkstatt.de](http://www.geschmackwerkstatt.de))  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Betriebsgastronomie, Logistische Leistungen, Qualitätssicherung

Produkte:

MÖBEL: Serienmöbel für Kliniken, Wohn- und Altenheime, Büros, Sonderanfertigungen für Firmen und Privatkunden, Holzserienteile für Büromöbelhersteller, den Reha-Bereich sowie Schulen

**Weitere Betriebsstätten:**

Rhein-Neckar-Werkstätten gGmbH  
Hardtstraße 110  
69124 Heidelberg-Kirchheim  
Telefon: 06221 714082-0  
Telefax: 06221 714082-9



## Baden-Württemberg (Bezirk der Regionaldirektion Baden-Württemberg)

### Heidelberger Werkstätten

(Reg.-Nr. 6/11)

Freiburger Str. 2  
69126 Heidelberg  
Telefon: 06221 3490-19  
Telefax: 06221 3490-1020  
E-Mail: [info@hd-werkstaetten.de](mailto:info@hd-werkstaetten.de)  
Homepage: <http://www.hd-werkstaetten.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, Fügen (z. B. Schweißarbeiten), Metallmontage, Spanabhebende Fertigung

KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung, Crimparbeiten, Löt- u. Endlötarbeiten, Verdrahtung Schaltkästen, Verarbeitung elektrostatische gefährdeter Bauteile (ESD)

TEXTIL: Näherei

lebensART: Die Nähwerkstatt lebensART stellt mit viel Liebe zum Detail wunderschöne Produkte aus hochwertigen Designerstoffen her (siehe: <http://www.lebensart-hd.de>).

RECYCLING: Demontagearbeiten

EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN

VERPACKUNGSARBEITEN: Sortieren, Bestücken, Verpacken, Disponieren

HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Möbelmontage u. kleinere Reparaturen

Produkte:

TEXTILWAREN: Produkte aus hochwertigen Designerstoffen: Taschen, Wohn- und Modeaccessoires (Siehe: Onlineshop: <http://www.lebensart-hd.de>).

Sonstige Produkte: Bauelemente, Fliegengitter

#### Weitere Betriebsstätten:

Werkstatt Hockenheim  
Speyerer Straße 3  
68766 Hockenheim  
Telefon: 06205 9465-0  
Telefax: 06205 9465-90

Werkstatt Sandhausen I  
Robert-Bosch-Straße 6  
69207 Sandhausen  
Telefon: 06224 9311-0  
Telefax: 06224 9311-22

Werkstatt Sandhausen II  
Industriestr. 26  
69207 Sandhausen  
Telefon: 06224 9312-0  
Telefax: 06224 9312-24

## Baden-Württemberg (Bezirk der Regionaldirektion Baden-Württemberg)

### Kurpfalz-Werkstatt für Behinderte der Lebenshilfe Wiesloch gGmbH (Reg.-Nr. 6/108)

In den Weinäckern 8  
69168 Wiesloch  
Telefon: 06222 9381-49  
Telefax: 06222 9381-51  
E-Mail: [info@lebenshilfe-wiesloch.de](mailto:info@lebenshilfe-wiesloch.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-wiesloch.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN / MONTAGE

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

## Baden-Württemberg (Bezirk der Regionaldirektion Baden-Württemberg)

### **NFp Nordbadische Fabrikproduktionen WfbM Werkstatt für psychisch behinderte Menschen**

(Reg.-Nr. 6/116)

Ludwig-Wagner-Str. 2  
69168 Wiesloch  
Telefon: 06222 77394-3390  
Telefax: 06222 77394-3399  
E-Mail: [nfp@sphv.de](mailto:nfp@sphv.de)  
Homepage: <http://www.nfp-wfbm.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Fügen, Metallmontage  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Grafische Gestaltung, Fotokopieren, Bedrucken von Gegenständen (z.B. Textildruck)  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Büroservice  
VERPACKUNGSARBEITEN: z.B. Kleinmontagen, Konfektionierung, Sortier-, Wiege- und Zählarbeiten  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Gastronomie, Logistische Leistungen, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

#### **Produkte:**

KUNSTHANDWERK: Upcyclingprodukte, Kreativprodukte

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Bahnhofstraße 29/2  
74909 Meckesheim  
Telefon: 06222 77394-3490  
Telefax: 06222 77394-3450

## Baden-Württemberg (Bezirk der Regionaldirektion Baden-Württemberg)

### **Caritaswerkstatt Weinheim Werkstatt für psychisch erkrankte Menschen**

(Reg.-Nr. 6/117)

Eisleberstr. 11  
69469 Weinheim  
Telefon: 06201 259398-0  
Telefax: 06201 2593989  
E-Mail: [k.hartmann@caritas-rhein-neckar.de](mailto:k.hartmann@caritas-rhein-neckar.de)  
Homepage: <http://www.caritas-rhein-neckar.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
HOLZ: Holzbearbeitung  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung, Fotokopieren  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Daten- und Texterfassung  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei  
GARTEN-/ LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege

#### **Produkte:**

MÖBEL: Kleinmöbel, Regale  
PAPIERWAREN  
SONSTIGE PRODUKTE: Bilderrahmen



## Baden-Württemberg (Bezirk der Regionaldirektion Baden-Württemberg)

### Stuttgarter Werkstätten der Lebenshilfe gGmbH

(Reg.-Nr. 6/17)

Löwentorstr. 18-20  
70191 Stuttgart  
Telefon: 0711 896908-0  
Telefax: 0711 896908-50  
E-Mail: [werkstaetten@lebenshilfe-stuttgart.de](mailto:werkstaetten@lebenshilfe-stuttgart.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-stuttgart.de>

#### Weitere Betriebsstätten:

Stuttgarter Werkstätten der Lebenshilfe gGmbH  
Werkstatt in Vaihingen  
Jurastr. 32  
70565 Stuttgart  
Telefon: 0711 782388-54  
Telefax: 0711 782388-78

Stuttgarter Werkstätten der Lebenshilfe gGmbH  
Sarweystraße 80  
70191 Stuttgart

## Baden-Württemberg (Bezirk der Regionaldirektion Baden-Württemberg)

### Neckartalwerkstätten des Caritasverbandes für Stuttgart e.V.

(Reg.-Nr. 6/28)

Hafenbahnstr. 35  
70329 Stuttgart  
Telefon: 0711 32028-0  
Telefax: 0711 32028-33  
E-Mail: [info-ntw@caritas-stuttgart.de](mailto:info-ntw@caritas-stuttgart.de)  
Homepage: <http://www.caritas-stuttgart.de/shops-dienstleister/neckartalwerkstaetten/neckartalwerkstaetten?searchterm=Neckartalwerkst%C3%A4tten>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Metallmontage  
DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (Großküche, Gastronomie), Wäscherei  
GARTEN-/ LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

**Werkstätten des Rehabilitationszentrums Rudolf-Sophien-Stift  
gGmbH**

**(Reg.-Nr. 6/34)**

Schockenriedstr. 40 + 40a  
70565 Stuttgart  
Telefon: 0711 16931-10  
Telefax: 0711 16931-95  
E-Mail: [heimerdinger@rrss.de](mailto:heimerdinger@rrss.de)  
Homepage: <http://www.rudolf-sophien-stift.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: CNC-Bearbeitung (Fräsen, Drehen), Metallbe- und -verarbeitung

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

DRUCK/GRAFIK: Druckerei (Offset-, Tampon- u. Digitaldruck),

Druckweiterverarbeitung (Industriebuchbinderei, Handbuchbinderei)

EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Daten- und Texterfassung, Digitale

Archivierung (z.B. Scanning)

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGS- und KONFEKTIONIERUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Näh- und Bügeldienst

GASTRONOMIE: Café, Restaurant, Catering

**Weitere Betriebsstätten:**

Werkstätten des  
Rehabilitationszentrums Rudolf-  
Sophien-Stift  
Leonberger Str. 220  
70199 Stuttgart  
Telefon: 0711 6011-0  
Telefax: 0711 6011-243

Werkstätten des  
Rehabilitationszentrums Rudolf-  
Sophien-Stift  
Senefelder Str. 87 A  
70176 Stuttgart  
Telefon: 0711 993374-32  
Telefax: 0711 993374-31

Werkstätten des  
Rehabilitationszentrums Rudolf-  
Sophien-Stift  
Schockenriedstr. 40  
70565 Stuttgart

Werkstätten des  
Rehabilitationszentrums Rudolf-  
Sophien- Stift  
Schockenriedstr. 40a  
70565 Stuttgart

Werkstätten des  
Rehabilitationszentrums Rudolf-  
Sophien- Stift  
Schockenriedstr. 44  
70565 Stuttgart  
Telefon: 0711 1693110  
Telefax: 0711 1693195  
E-Mail: [wfbm@rrss.de](mailto:wfbm@rrss.de)

Werkstätten des  
Rehabilitationszentrums Rudolf-  
Sophien-Stift  
Kleemannstr. 8  
70374 Stuttgart  
Telefon: 0711 55346304  
Telefax: 0711 55346305

Gastronomie der Werkstätten  
Rudolf-Sophien-Stift  
Rudolfs Küche und Café  
Rotebühlplatz 28  
70173 Stuttgart  
Telefon: 0711 26346812  
E-Mail: [cafe@rudolfs.de](mailto:cafe@rudolfs.de)

Außenarbeitsgruppe:



Gemeindepsychiatrisches Zentrum  
Stuttgart-Freiberg  
Himmelsleiter 60  
70437 Stuttgart-Freiberg  
Telefon: 0711 849491160  
Telefax: 0711 84949122

Betriebsstätte für psychisch  
behinderte Menschen:

Werkstätten des  
Rehabilitationszentrums Rudolf-  
Sophien-Stift  
Zentralvertrieb Diakonisches Werk  
der EKD  
Karlsruher Str. 11  
70771 Echterdingen  
Telefon: 0711 2159772

## Baden-Württemberg (Bezirk der Regionaldirektion Baden-Württemberg)

### **bhz Stuttgart e.V.**

**(Reg.-Nr. 6/15)**

Heigelinstr. 13  
70567 Stuttgart  
Telefon: 0711 71545-0  
Telefax: 0711 7155656  
E-Mail: [info@bhz.de](mailto:info@bhz.de)  
Homepage: <https://www.bhz.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage, Zerspanung  
MONTAGE: einfache Montagearbeiten  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN (PC-Service & Lettershop): Einscannen /  
Digitalisieren ab "A0" und damit zusammenhängende Kontrolltätigkeiten  
MAILING UND VERSANDARBEITEN: Etikettieren, Kuvertieren, etc.  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Reinigungsarbeiten,  
Vermietung u. Bewirtschaftung von Konferenzräumen (Cube  
Konferenzservice), Cube öffentliches Bistro  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen, Kalibrierung von  
Meßmitteln, Betrieb eines Lebensmittel Ladens (Tafelladen), Gastronomie  
(öffentliches Bistro)

#### **Produkte:**

KUNSTHANDWERK: Holzprodukte, Kerzen, Saisonartikel, Textilien, Seifen,  
Uhren, 3-D Buchstaben  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen  
SONSTIGE PRODUKTE: Reha-Mittel: medizinisch-technische Geräte,  
Inhaliergeräte

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Werkstatt Fasanenhof  
Heigelinstr. 13  
70567 Stuttgart  
Telefon: 0711 715450  
Telefax: 0711 7155656

WerkHaus Feuerbach  
Magirusstraße 26  
70469 Stuttgart  
Telefon: 0711 540815-0  
Telefax: 0711 540815-50

Tafelladen Feuerbach  
Hohnerstr. 21  
70469 Stuttgart  
Telefon: 0711 8179187  
Telefax: 0711 8179189

**Karl-Schubert-Gemeinschaft e.V.  
Werkstätten**

**(Reg.-Nr. 6/60)**

Kurze Str. 31  
70794 Filderstadt  
Telefon: 0711 77091-0  
Telefax: 0711 77091-50  
E-Mail: [info@ksg-ev.eu](mailto:info@ksg-ev.eu)  
Homepage: <http://www.ksg-ev.eu>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen (z.B. Bohren, Fräsen), Fügen, Metallbearbeitung,

HOLZ: Holzbearbeitung, Spielzeugherstellung, CNC Auftragsarbeiten

KUNSTSTOFF: Montage, Verpackung

TEXTIL/LEDER: Weberei

VERPACKUNGSARBEITEN: Industriemontage

MONTAGEARBEITEN: Industriemontage

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

Produkte:

TEXTIL-/LEDERWAREN: Haus- und Heimtextilien, Teppiche

LEBENSMITTEL: Brot und Backwaren (Demeter), Landwirtschaftliche

Erzeugnisse, Bioprodukte, Nudeln (Demeter)

KUNSTHANDWERK: Keramik, Kerzen

SPIELWAREN: Brett- und Gesellschaftsspiele, Holzspielwaren,

Therapeutisches Spielzeug

PAPIERWAREN: Schulhefte

SONSTIGE PRODUKTE: Choro-Musikinstrumente

**Weitere Betriebsstätten:**

Hauptwerkstatt mit Verwaltung

Kurze Str. 31

70794 Filderstadt

Weitere Betriebsstätte:

Außenstelle Neuenhaus

Aicherstraße 36

72631 Aichtal-Neuenhaus



**GWW - Gemeinnützige Werkstätten und Wohnstätten GmbH  
Zentralverwaltung**

**(Reg.-Nr. 6/20)**

Robert-Bosch-Str. 15  
71116 Gärtringen  
Telefon: 07034 27041-0  
Telefax: 07034 27041-103  
E-Mail: [kontakt@gww-netz.de](mailto:kontakt@gww-netz.de)  
Homepage: <http://www.gww-netz.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen (z.B. Fräsen), Fügen (z.B. Schweißen),  
Metallmontage

MONTAGEARBEITEN: von Kleinteilmontage bis Zusammenfügen von  
Baugruppen

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung

KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN: Pulverbeschichtung

RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling, Demontagarbeiten

DRUCK/GRAFIK: Fotokopieren, Bedrucken von Gegenständen (Tampondruck)

EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,

Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Logistische Leistungen,

Gastronomie,

Dichten, Schäumen, Kleben: Aufschäumen von einkomponentigem Elastomer  
auf unterschiedliche Materialien und Formen

Produkte:

SONSTIGE PRODUKTE: Festzeltgarnituren, Klappmöbel

**Weitere Betriebsstätten:**

WfbM Sindelfingen  
Waldenbucherstr. 34-36  
71065 Sindelfingen  
Telefon: 07031 795-0  
Telefax: 07031 795-299

WfbM Nagold  
Talstraße 12  
72202 Nagold  
Telefon: 07452 8431-0  
Telefax: 07051 8431-21

WfbM Calw  
Gottlob-Bauknecht-Str. 14  
75365 Calw  
Telefon: 07051 9320-0  
Telefax: 07051 9320-99

WfbM Calw  
Max-Planck-Str. 2  
75365 Calw  
Telefon: 07051 96988-200

WfbM Herrenberg  
Adlerstr. 3  
71083 Herrenberg  
Telefon: 07032 9495-0  
Telefax: 07032 9495-40

WfbM Magstadt  
Hutwiesenstr. 20  
71106 Magstadt  
Telefon: 07031 795-0

WfbM Holzgerlingen  
Max-Eyth-Str. 30  
71088 Holzgerlingen  
Telefon: 07031 435670-300  
Telefax: 07031 435670-399

WfbM Böblingen  
Schickardstr. 25  
71034 Böblingen  
Telefon: 07031 43752-0  
Telefax: 07031 43752-199

**Atrio Leonberg gGmbH**

**(Reg.-Nr. 6/23)**

Böblinger Str. 19/1  
71229 Leonberg  
Telefon: 07152 9752-0  
Telefax: 07152 9752-70  
E-Mail: [info@atrio-leonberg.de](mailto:info@atrio-leonberg.de)  
Homepage: <https://www.atrio-leonberg.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen (z.B. Fräsen, Bohren, Sägen), Fügen (z.B. Nieten)  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
VERPACKUNGS- und MONTAGEARBEITEN  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Gastronomie (Café B21), Kfz-Schilderstelle

Produkte:  
SONSTIGE PRODUKTE: Kfz-Schilder; Kunstprodukte

**Weitere Betriebsstätten:**

Werkstatt Leonberg  
Böblinger Straße 28  
71229 Leonberg  
Telefon: 07152 9752-12  
Telefax: 07152 9752-11

Werkstatt Höfingen  
Röntgenstraße 6  
71229 Leonberg  
Telefon: 07152 93940-13  
Telefax: 07152 93940-11

Werkstatt Pfad  
Röntgenstraße 12  
71229 Leonberg  
Telefon: 07152 93940-98  
Telefax: 07152 93940-11



**Diakonie Stetten e.V.  
Remstal Werkstätten  
Geschäftsbereichsleitung**

**(Reg.-Nr. 6/4)**

Schlossberg 20  
71394 Kernen  
Telefon: 07151 940-1414  
Telefax: 07151 940-1420  
E-Mail: [info@remstal-werkstaetten.de](mailto:info@remstal-werkstaetten.de)  
Homepage: <https://remstal-werkstaetten.diakonie-stetten.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, Prüfarbeiten  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
MONTAGE: von einfachen Montierarbeiten bis hin zur kompletten Montage von Baugruppen  
RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling, Kunststoff-Recycling, Metall-Recycling, Aktenvernichtung  
DRUCK/GRAFIK: Bedrucken von Gegenständen  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Gastronomie (Café Entrée am Marktplatz in Fellbach und Café Entrée im Gesundheitszentrum Schorndorf), Logistische Leistungen, Handel mit Gebraucht- und Neuwaren und "meinwerk"-Produkten aus den Remstal Werkstätten

Produkte:  
Eigenfertigung unter dem Label "meinwerk"  
LEBENSMITTEL: Landwirtschaftliche Bio-Erzeugnisse, Hausbelieferungsservice  
KUNSTHANDWERK  
SONSTIGE PRODUKTE: Anfeuerholz-Spächtele, Sammler-Briefmarken

**Weitere Betriebsstätten:**

Hauptwerkstatt:  
Werkstatt Waiblingen  
Oppenländerstraße 37  
71332 Waiblingen

Weitere Betriebsstätten:  
Rehawerkstatt Waiblingen  
Bahnhofstraße 49/1  
71332 Waiblingen

Werkstatt Schorndorf  
Stuttgarter Straße 67-69  
73614 Schorndorf

Werkstatt Mercedesstraße  
Mercedesstraße 16  
71394 Kernen

Werkstatt Hangweide  
Hangweide 10  
71394 Kernen

Pferdehof  
Schlossberg 98  
71394 Kernen

Gärtnerei Hangweide  
Hangweide 21  
71394 Kernen

Werkstatt Waldhausen  
Uferstraße 7  
73547 Lorch-Waldhausen

Rehawerkstatt Schorndorf  
Gottlob-Bauknecht-Str. 1-11  
Eingang Nord  
73614 Schorndorf

Werkstatt Fellbach  
Philipp-Reis-Straße 7  
70736 Fellbach

**Paulinenpflege Winnenden e.V.  
Backnanger Werkstätten**

**(Reg.-Nr. 6/51)**

Industriestr. 18  
71522 Backnang  
Telefon: 07191 183-0  
Telefax: 07191 183-140  
E-Mail: [bkw@paulinenpflege.de](mailto:bkw@paulinenpflege.de)  
Homepage: <https://www.paulinenpflege.de/bkw>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen (z.B. Sägerei), CNC-Bearbeitung, Metallmontage

KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

TEXTIL/LEDER: Näherei (Industrietextilien)

EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Digitale Archivierung  
(Scandienstleistungen)

VERPACKUNGSARBEITEN: Verpackungsautomaten

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Korbflechterei, Stuhlgeflechte,  
Laserbeschriftungen, Ultraschallschweißen

Produkte:

TEXTIL-/LEDERWAREN: Bekleidung

LEBENSMITTEL: Bioprodukte

KUNSTHANDWERK: Korb- und Stuhlflechtarbeiten

**Weitere Betriebsstätten:**

Murrhardter Werkstätten

Chemnitzer Straße 19

71540 Murrhardt

Telefon: 07192 920710

Telefax: 07192 920740

Reha-Werkstatt

Beim Erlenwäldchen 6

71522 Backnang

Telefon: 07191 965820

Telefax: 07191 965818

Werkstatt für körperbehinderte  
Menschen

Stuttgarter Straße 139

71522 Backnang

Telefon: 07191 183-180

Telefax: 07191 183-179

Werkstatt Winnenden

Max-Eyt-Straße 53-55

71364 Winnenden

Telefon: 07195 695-8872

Telefax: 07191 183-140



**Theo-Lorch Werkstätten gGmbH  
Standort Ludwigsburg**

**(Reg.-Nr. 6/6)**

Aldinger Str. 169  
71638 Ludwigsburg  
Telefon: 07141 2856-200  
Telefax: 07141 2856-290  
E-Mail: [info@theo-lorch-werkstaetten.de](mailto:info@theo-lorch-werkstaetten.de)  
Homepage: <http://www.theo-lorch-werkstaetten.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage  
MONTAGEARBEITEN  
BAU-/RENOVIERUNGSARBEITEN: Malergruppe  
DRUCK/GRAFIK: Bedrucken von Gegenständen (Tampondruck)  
VERWALTUNGSARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen

**Weitere Betriebsstätten:**

Zweigwerkstatt Bottwartal  
Hoftalstr. 2  
71723 Großbottwar  
Telefon: 07141 2856-300  
Telefax: 07141 2856-390

Standort Bietigheim  
Asperger Straße 26  
74321 Bietigheim-Bissingen  
Telefon: 07141 2856-100  
Telefax: 07141 2856-190

Betriebsstätten für psychisch  
behinderte Menschen:

Standort Reha-Werkstatt  
Kastanienallee 2  
71638 Ludwigsburg  
Telefon: 07141 2856-400  
Telefax: 07141 2856-490

Standort Reha-Werkstatt  
Hohenzollernstraße 6  
71638 Ludwigsburg  
Telefon: 07141 2856-400  
Telefax: 07141 2856-490

## Baden-Württemberg (Bezirk der Regionaldirektion Baden-Württemberg)

### LWV.Eingliederungshilfe GmbH WfbM Markgröningen

(Reg.-Nr. 6/55)

Dornierstr. 19  
71706 Markgröningen  
Telefon: 07145 93994100  
Telefax: 07145 93994111  
E-Mail: [karl-heinz.dettling@lwv-eh.de](mailto:karl-heinz.dettling@lwv-eh.de)  
Homepage: <http://www.lwv-eh.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Metallbearbeitung und -montage, Lasergravurtechnik

KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

TEXTIL/LEDER: Näherei

MAILING UND VERSANDARBEITEN

MONTAGE- UND VERPACKUNGSARBEITEN: Tankdeckel, Auslaufsysteme, Kabelhalterungen, Schaltschranksteckdosen, Elektrische Bauelemente, Montage Medizintechnik (Stethoskope, Laryngoskope, Zeckenpinzetten), Kommissionierung und Verpackung (Färbebeutel, Fixiersalz, Glasfarbenliner, Schrauben und Muttern)

HAUSWIRTSCHAFT: Catering (Betrieb von Schulmensen und Firmenkantinen)

SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung (Aktenscan A4 mit fachgerechter Vernichtung und Entsorgung)

Produkte:

TEXTIL-/LEDERWAREN: individuelle Bekleidung, Kulturbeutel, Handytaschen, Geldbeutel

## Baden-Württemberg (Bezirk der Regionaldirektion Baden-Württemberg)

### NeckarWerkstatt Sulz GmbH

(Reg.-Nr. 6/119)

Allmandgässle 5  
72172 Sulz am Neckar  
Telefon: 07454 96036-0  
Telefax: 07454 96036-115  
E-Mail: [info@neckarwerkstatt-sulz.de](mailto:info@neckarwerkstatt-sulz.de)  
Homepage: <http://www.neckarwerkstatt-sulz.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Fügen, Trennen, CNC-Bearbeitung (CNC-Drehen)

MONTAGEARBEITEN

TEXTIL: Näherei

RECYCLING: Demontagearbeiten

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Catering, Wäscherei (Bügelservice, Wäschelegerei)

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

**Schwarzwaldwerkstatt Dornstetten  
Gemeinnützige Werkstätten und Wohnheime  
für Menschen mit Behinderung GmbH**

**(Reg.-Nr. 6/46)**

Siemensstr. 18  
72280 Dornstetten  
Telefon: 07443 931-0  
Telefax: 07443 9312115  
E-Mail: [info@schwarzwaldwerkstatt.de](mailto:info@schwarzwaldwerkstatt.de)  
Homepage: <http://www.schwarzwaldwerkstatt.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen (z.B. Drehen, Fräsen bis L=2200), Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Möbelfertigung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
RECYCLING: Demontearbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Kfz-Werkstatt, Fahrradladen mit Werkstatt, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

Produkte:  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel, Pflanzenkübel  
SONSTIGE PRODUKTE: Fahrräder

**Weitere Betriebsstätten:**

Zweigwerkstatt für psychisch behinderte Menschen  
Riedsteige 30  
72280 Dornstetten  
Telefon: 07443 96380  
Telefax: 07443 963815



## Baden-Württemberg (Bezirk der Regionaldirektion Baden-Württemberg)

### **BruderhausDiakonie Behindertenhilfe und Sozialpsychiatrische Hilfen im Landkreis Freudenstadt Werkstättenverbund**

**(Reg.-Nr. 6/73)**

Buchenweg 4  
72297 Seewald-Schernbach  
Telefon: 07448 921-0  
Telefax: 07448 921-197  
E-Mail: [wfbm.fds@bruderhausdiakonie.de](mailto:wfbm.fds@bruderhausdiakonie.de)  
Homepage: [info@bruderhausdiakonie.de](http://info@bruderhausdiakonie.de)

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
MONTAGE- und VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering (Speiseversorgung)  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Haustechnik

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Werkhaus Horb (Werkstatt für  
psychisch behinderte Menschen)  
Saarstraße 2  
72160 Horb  
Telefon: 07451 557150  
Telefax: 07451 557152  
E-Mail: [wfbm.fds-  
horb@bruderhausdiakonie.de](mailto:wfbm.fds-horb@bruderhausdiakonie.de)

Werkhaus Freudenstadt (Werkstatt  
für psychisch behinderte Menschen)  
Wittlensweiler Str. 59  
72250 Freudenstadt  
Telefon: 07441 572813  
Telefax: 07441 572956  
E-Mail: [wfbm.fds-  
freudenstadt@bruderhausdiakonie.de](mailto:wfbm.fds-freudenstadt@bruderhausdiakonie.de)

## Baden-Württemberg (Bezirk der Regionaldirektion Baden-Württemberg)

### **ISBA gGmbH**

**(Reg.-Nr. 6/96)**

Fischerstr. 20  
72336 Balingen  
Telefon: 07433 9689-0  
Telefax: 07433 9689-31  
E-Mail: [info@isba-ggmbh.de](mailto:info@isba-ggmbh.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-zollernalb.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Metallmontage  
HOLZ: Holzmontage  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Kabelkonfektionierung  
BAU-/RENOVIERUNGSARBEITEN  
DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Logistische Leistungen,  
Umzugs- und Transportarbeiten

#### **Weitere Betriebsstätten:**

ISBA gGmbH  
Zieglerstraße 13  
72458 Albstadt-Ebingen  
Telefon: 07431 935304-10  
Telefax: 07431 935304-20  
E-Mail: [ebingen@isba-balingen.de](mailto:ebingen@isba-balingen.de)

ISBA gGmbH  
Fischerstraße 18  
72336 Balingen  
Telefon: 07433 9689-9966  
Telefax: 07433 9689-890

## Baden-Württemberg (Bezirk der Regionaldirektion Baden-Württemberg)

### ZAW gGmbH

(Reg.-Nr. 6/44)

Thanheimer Str. 46  
72406 Bisingen  
Telefon: 07476 899-100  
Telefax: 07476 899-102  
E-Mail: [info@lebenshilfe-zollernalb.de](mailto:info@lebenshilfe-zollernalb.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-zollernalb.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, CNC-Bearbeitung, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung, Fotokopieren, Bedrucken von Gegenständen  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Digitale Archivierung, Vervielfältigung von Datenträgern  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Gastronomie, Kaffeewerk

Produkte:  
LEBENSMITTEL: Kaffee aus eigener Produktion  
SONSTIGE PRODUKTE: Bauelemente

#### Weitere Betriebsstätten:

Kohlplattenstraße 17  
72459 Albstadt-Lautlingen  
Telefon: 07431 95736-100  
Telefax: 07431 95736-111

## Baden-Württemberg (Bezirk der Regionaldirektion Baden-Württemberg)

### Caritasverband im Landkreis Sigmaringen e.V. St. Franziskus Werkstatt anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen

(Reg.-Nr. 6/109)

Liebfrauenweg 2/1  
72488 Sigmaringen  
Telefon: 07571 74915-0  
Telefax: 07571 74915-18  
E-Mail: [wfb@caritas-sigmaringen.de](mailto:wfb@caritas-sigmaringen.de)  
Homepage: <http://www.caritas-sigmaringen.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
KARTONAGEN: Kartonmontage und Gefache  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung, Fotokopieren, Bedrucken von Gegenständen  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
SORTIER-/KONTROLL- UND VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE  
DIENSTLEISTUNGEN

### Mariaberger Werkstätten

(Reg.-Nr. 6/24)

Burghaldenstr. 1  
72501 Gammertingen  
Telefon: 07124 923-527  
Telefax: 07124 923-200  
E-Mail: [wfbm@mariaberg.de](mailto:wfbm@mariaberg.de)  
Homepage: <http://www.mariaberg.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen (z.B. Stanzen bis 200 Tonnen), CNC-Bearbeitung (bis 5-Achs-Bearbeitungszentrum), Metallmontage

KUNSTSTOFF: Kunststoffverarbeitung (bis 270 g Schussgewicht), Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung, Litzenfertigung

DRUCK/GRAFIK: Digitale Druckerei, Konfektion von Druckerzeugnissen

VERPACKUNGSARBEITEN: Konfektionierung von verschiedenen Produkten, Vorbereitung und Versand von kundenspezifischen Aussendungen mit Anschauungsmustern

SONSTIGE LEISTUNGEN: Landwirtschaft (BIOLAND zertifiziert & QS Zertifikat für Schweinemast & Mitglied in der Initiative Tierwohl)

Produkte:

LEBENSMITTEL: Eigenprodukte aus unserer Landwirtschaft (Frische Fleisch- und Wurstwaren zusammen mit BIOLAND Gemüse),

4 offizielle Schlachtermine rufen Freunde von hochwertigem Bioland - Fleisch auf den Plan.

SONSTIGE PRODUKTE: Kamin- und Brennholz

### Samariterstift Grafeneck Werkstatt an der Schanz

(Reg.-Nr. 6/77)

Graf-Zeppelin-Str. 3  
72525 Münsingen  
Telefon: 07381 9293-0  
Telefax: 07381 9293-12  
E-Mail: [werkstatt-an-der-schanz@samariterstiftung.de](mailto:werkstatt-an-der-schanz@samariterstiftung.de)  
Homepage: <http://www.samariterstiftung.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, Metallmontage

KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage

VERPACKUNGSARBEITEN: Kleinmontage, Konfektionieren

Produkte:

LEBENSMITTEL: Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Bioprodukte

#### Weitere Betriebsstätten:

Betriebsstätte für psychisch behinderte Menschen:

Werkstatt am Neckar

Heinrich-Otto-Str. 20

73240 Wendlingen

Telefon: 07024 46953-0

Telefax: 07024 46953-99



## Baden-Württemberg (Bezirk der Regionaldirektion Baden-Württemberg)

### **Behinderten-Förderung-Linsenhofen e.V. Werkstätten und Wohneinrichtungen für Menschen mit Behinderung**

(Reg.-Nr. 6/8)

Stattmannstr. 31  
72644 Oberboihingen  
Telefon: 07022 96366-0  
Telefax: 07022 96366-22  
E-Mail: [info@behinderten-foerderung.de](mailto:info@behinderten-foerderung.de)  
Homepage: <http://www.behinderten-foerderung.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen (z.B. Bohren, Senken, Gewindeschneiden, Stanzen),  
CNC-Bearbeitung (CNC-Drehen u. - Fräsen), Fügen (z.B. Schweißen,  
Pressen), Metallmontage  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeiten (z.B. Entgraten), Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung, Lötten und Prüfen  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe  
Firmen), Gastronomie (Café), Kreativwerkstatt

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Behinderten-Förderung-Linsenhofen  
e.V.  
Bodelschwinghstr. 13  
72636 Frickenhausen-Linsenhofen  
Telefon: 07025 90011-0  
Telefax: 07025 90011-22

## Baden-Württemberg (Bezirk der Regionaldirektion Baden-Württemberg)

### **LWV.Eingliederungshilfe GmbH WfbM Rappertshofen Reutlingen**

(Reg.-Nr. 6/66)

Rappertshofen 1  
72760 Reutlingen  
Telefon: 07121 629-200  
Telefax: 07121 629-210  
E-Mail: [info.reutlingen@lww-eh.de](mailto:info.reutlingen@lww-eh.de)  
Homepage: <http://www.lww-eh.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Daten- und Texterfassung, Vervielfältigung  
von Datenträgern, Sonstige EDV-Dienstleistungen  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Baugruppenmontage mit Beschaffungslogistik,  
Stempel-/Gravierabteilung und Laserabteilung

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Französische Allee 3  
72072 Tübingen  
Telefon: 07071 94255-0  
Telefax: 07071 94255-29  
Bismarckstr. 72  
72072 Tübingen

**BruderhausDiakonie  
Werkstätten**

**(Reg.-Nr. 6/27)**

Oberlinstr. 14  
72762 Reutlingen  
Telefon: 07121 278-520  
Telefax: 07121 278-508  
E-Mail: [werkstaetten@bruderhausdiakonie.de](mailto:werkstaetten@bruderhausdiakonie.de)  
Homepage: <http://www.bruederhausdiakonie.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen (z. B. Fräsen, Sägen, Drehen), CNC-Bearbeitung, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Spielzeugherstellung, CNC-Bearbeitung, Herstellung von Produkten aus Holz nach Kundenwunsch

MONTAGE: Baugruppenmontage

LACKIARBEITEN/BESCHICHTUNGEN (Holz)

DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung

EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Datenerfassung und

Reklamationsbearbeitung, Digitale Archivierung (Scannen von Dokumenten, Zeichnungen, Prospekten aller Formate; Hol- und Bringservice)

MAILING UND VERSANDARBEITEN: auch Lettershop

VERPACKUNGS- und KONFEKTIONIERUNGSARBEITEN: Materialien aller Art

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

Produkte:

LEBENSMITTEL: Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Bioprodukte

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen

SPIELWAREN: Holzspielwaren

**Weitere Betriebsstätten:**

Betriebsstätte (einschließlich Grafische Werkstatt)

Am Heilbrunnen 100

72766 Reutlingen

Telefon: 07121 14495-100

Telefax: 07121 14495-299

Homepage: [www.grafische-werkstaette.de](http://www.grafische-werkstaette.de)

Betriebsstätte

Gustav-Werner-Str. 24

72762 Reutlingen

Telefon: 07121 278-860

Telefax: 07121 278-818

Behindertenhilfe Ermstal

Schwalbenstadt 3

72581 Dettingen/Erms

Telefon: 07123 9794-0

Telefax: 07123 9794-34

BruderhausDiakonie

Werkstätten - WfbM Bad Urach

Münsinger Str. 96

72574 Bad Urach

Telefon: 07125 301-188

Telefax: 07125 301-159

BruderhausDiakonie

Werkstätten - WfbM Bad Urach

Zweigwerkstatt Dettingen/Erms

Wilhelm-Maybach-Str. 2

72581 Dettingen/Erms

Telefon: 07123 7205188

Telefax: 07123 720119

BruderhausDiakonie

Werkstätten - Landheim

Werkstätten

Wasserstetterstraße 8

72525 Münsingen

Telefon: 07383 943200

Telefax: 07383 943120

BruderhausDiakonie Buttenhausen

Betriebsstätte für psychisch

behinderte Menschen

Dottinger Straße 89

72525 Münsingen

Telefon: 07381 5017742

BruderhausDiakonie

Betriebsstätte für psychisch

behinderte Menschen im ZFP

Zwiefalten

## Baden-Württemberg (Bezirk der Regionaldirektion Baden-Württemberg)

### Freundeskreis Mensch e.V. Werkstatt für behinderte Menschen

(Reg.-Nr. 6/61)

Robert-Bosch-Str. 25  
72810 Gomaringen  
Telefon: 07072 6001-0  
Telefax: 07072 6001-180  
E-Mail: [info@freundeskreismensch.de](mailto:info@freundeskreismensch.de)  
Homepage: <http://www.freundeskreismensch.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung,  
Möbelfertigung, Spielzeugherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
LACKIARBEITEN/BESCHICHTUNGEN  
DRUCK/GRAFIK: Fotokopieren, Bedrucken von Gegenständen  
VERPACKUNGSARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege  
Produkte:  
MÖBEL: Kindergarten-/Schulmöbel, Regale  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen,  
Sonstiger Gartenbedarf  
SPIELWAREN: Holzspielwaren  
SONSTIGE PRODUKTE: Bauelemente

#### Weitere Betriebsstätten:

Zweigwerkstatt Rottenburg  
Felix-Wankel-Str. 38-42  
72108 Rottenburg  
Telefon: 07472 9386-0  
Telefax: 07472 9386-150

Betriebsstätten für psychisch  
behinderte Menschen:

Reha-Werkstatt Tübingen  
Katharinenstr. 24  
72072 Tübingen  
Telefon: 07071 130420  
Telefax: 07071 130429

Reha-Werkstatt Rottenburg  
Graf-Wolfegg-Str. 75  
72108 Rottenburg  
Telefon: 07472 93647-0  
Telefax: 07472 93647-8



**Lebenshilfe für Menschen mit Behinderung Kreisvereinigung  
Göppingen e.V.  
Werkstatt für behinderte Menschen**

**(Reg.-Nr. 6/7)**

Heubachstr. 6-10  
73092 Heiningen  
Telefon: 07161 94044-0  
Telefax: 07161 94044-39  
E-Mail: [cparoch@lh-goepingen.de](mailto:cparoch@lh-goepingen.de)  
Homepage: <http://www.lh-goepingen.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen (z.B. Fräsen, Drehen, Bohren), Fügen, Metallmontage  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Digitale Archivierung (Digitalisierung von Daten, Scannen von Dias)  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGS- UND KONFEKTIONIERUNGSARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen, Gastronomie,  
LANDWIRTSCHAFT (Bio-Bauernhof Albert-Rapp-Hof): Eierproduktion, Nudeln und landwirtschaftliche Produkte sowie Verkauf von diesen, Gemüseanbau  
Produkte:  
LEBENSMITTEL: Bioprodukte, Landwirtschaftliche Erzeugnisse

**Weitere Betriebsstätten:**

Hauptwerkstatt:  
Werkstatt Heiningen  
Heubachstr. 6 - 10  
73092 Heiningen  
Telefon: 07161 94044-20  
Telefax: 07161 94044-39

**Weitere Betriebsstätten:**

Werkstatt Eschenbach  
Schemelbergstr. 8-10  
73037 Göppingen-Voralb  
Telefon: 07161 98288-0  
Telefax: 07161 98288-39

Münnich-Werkstatt  
Daimlerstr. 33  
73037 Göppingen-Ursenwang  
Telefon: 07161 50449-20  
Telefax: 07161 50449-39

Werkstatt Geislingen  
Grube-Karl-Str. 36  
73312 Geislingen  
Telefon: 07331 71591-11  
Telefax: 07331 951115

Albert-Rapp-Hof  
Weilerweg 27  
73117 Wangen  
Telefon: 01761 9404448

Betriebsstätte für psychisch  
behinderte Menschen:

Werkstatt Göppingen  
Heilbronner Str. 15/1  
73037 Göppingen  
Telefon; 07161 50307128  
Telefax: 07161 50307109

**ARBEG, Arbeits- und Begegnungsstätten gemeinnützige GmbH  
Werkstatt Wernau**

**(Reg.-Nr. 6/110)**

Kirchheimer Str. 234  
73249 Wernau  
Telefon: 07153 9623-40  
Telefax: 07153 9623-32  
E-Mail: [werkstatt@arbeg.de](mailto:werkstatt@arbeg.de)  
Homepage: <http://www.arbeg.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGS- UND MONTAGEARBEITEN  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen, Qualitätssicherung  
(Produktkontrolle für externe Firmen)

**Weitere Betriebsstätten:**

ARBEG, Ziegenhof  
Domäne Weil 6  
73760 Ostfildern  
Telefon: 0711 1205106

Werkstatt im GANT  
Steinbergstraße 10  
72622 Nürtingen  
Telefon: 07022 7389-10  
Telefax: 07022 7389-18

**Samariterstiftung  
Ostalb-Werkstätten**

**(Reg.-Nr. 6/33)**

Karl-Bonhoeffer-Str. 2  
73450 Neresheim  
Telefon: 07326 84-0  
Telefax: 07326 84-93  
E-Mail: [ostalbwerkstaetten@samariterstiftung.de](mailto:ostalbwerkstaetten@samariterstiftung.de)  
Homepage: <http://www.samariterstiftung.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, CNC-Bearbeitung (Drehen, Fräsen), Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung, CNC-Fertigung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling, Demontagearbeiten  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen), Kaffeerösterei, Chocolaterie  
Produkte:  
LEBENSMITTEL: Kaffee, Schokolade ([www.samocca.de](http://www.samocca.de))  
MÖBEL: Arbeits- und Büromöbel, Regale, Wohnmöbel  
SPIELWAREN: Lernspielzeuge aus Holz ([www.naseweiss-spiele.de](http://www.naseweiss-spiele.de))  
SONSTIGE PRODUKTE: SCHILDER: Leit- und Orientierungssysteme ([www.luno.de](http://www.luno.de))

**Weitere Betriebsstätten:**

Werkstatt am Ipf  
Bergstr. 3  
73441 Bopfingen  
Telefon: 07362 9632-0  
Telefax: 07362 9632-20  
E-Mail: [werkstatt-am-  
ipf@samariterstiftung.de](mailto:werkstatt-am-<br/>ipf@samariterstiftung.de)

Werkstatt an der Hochbrücke  
Alte Heidenheimer Str. 30  
73431 Aalen  
Telefon: 07361 99968-200  
Telefax: 07361 36441  
E-Mail: [werkstatt-an-der-  
hochbruecke@samariterstiftung.de](mailto:werkstatt-an-der-<br/>hochbruecke@samariterstiftung.de)

Werkstatt am Albuch  
Carl-Zeiss-Str. 8  
73431 Aalen  
Telefon: 07361 94136-0  
Telefax: 07361 94136-11  
E-Mail: [werkstatt-am-  
albuch@samariterstiftung.de](mailto:werkstatt-am-<br/>albuch@samariterstiftung.de)

Werkstatt am Kocher  
WfbM für chronisch psychisch  
kranke Menschen  
Bahnhofstraße 65  
73430 Aalen  
Telefon: 07361 37025-12  
Telefax: 07361 37025-299  
E-Mail: [werkstatt-am-  
kocher@samariterstiftung.de](mailto:werkstatt-am-<br/>kocher@samariterstiftung.de)



**LWV.Eingliederungshilfe GmbH  
WfbM Rabenhof Ellwangen**

**(Reg.-Nr. 6/71)**

Rabenhof 1  
73479 Ellwangen-Rabenhof  
Telefon: 07961 873-0  
Telefax: 07961 873-120  
E-Mail: [thomas.klement@lww-eh.de](mailto:thomas.klement@lww-eh.de)  
Homepage: <http://www.lww-eh.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling, Demontagearbeiten  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Qualitätssicherung  
(Produktkontrolle für externe Firmen)  
Produkte:  
SPIELWAREN: Brett- und Gesellschaftsspiele, Holzspielwaren  
SONSTIGE PRODUKTE: Schilder, Stempel

**Weitere Betriebsstätten:**

Ludwig-Lutz-Str. 10  
73479 Ellwangen (Neunheim)  
Telefon: 07961 564708  
  
Werkstatt im Virngrund  
Ludwig-Lutz-Str. 10/1  
73479 Ellwangen  
Telefon: 07961 56956-11  
Telefax: 07961 56956-17

### Stiftung Haus Lindenhof, Vinzenz von Paul-Werkstätten

(Reg.-Nr. 6/40)

Lindenhofstr. 153  
73529 Schwäbisch Gmünd  
Telefon: 07171 802-310  
Telefax: 07171 802-399  
E-Mail: [alois.kohl@haus-lindenhof.de](mailto:alois.kohl@haus-lindenhof.de)  
Homepage: <http://www.haus-lindenhof.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

##### Auftragsarbeiten:

**MONTAGE:** Pressen/Nieten, Montage kompletter Baugruppen, O-Ring und Dichtpaketmontage mit Überprüfung

**METALL:** Metallbearbeitung: CNC Fräsen/Sägen, Bohren, Senken, Reiben, Gewindegewinde, Bürsten, Entgraten, Montieren, Nieten, Verstemmen, Ultraschallschweißen

**HOLZ:** Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Spielzeugherstellung

**KUNSTSTOFF:** Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage

**ELEKTRO:** Elektromontage, Kabelkonfektionierung (z. B. Kabelbaumfertigung),

**ACheck** (regelmäßige Prüfung aller ortsveränderlichen elektrischen Betriebsmittel)

**EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN:** Elektronische Datenverarbeitung,

Digitalisieren von Dokumenten und Datenspeicherung auf gängige Datenträger

**MAILING UND VERSANDARBEITEN:** Komplettservice im Bereich Mailing: vom Datenmanagement über den Druck bis zur Distribution

**VERPACKUNGSARBEITEN:** Konfektionieren und Verpacken, Skinverpackungen

**GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE:** Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

**HAUSWIRTSCHAFT:** Catering, Betrieb von Schulcaféterien

**SONSTIGE LEISTUNGEN:** Landwirtschaft (Bioland-Bauernhof),

Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

##### Produkte:

**LEBENSMITTEL:** Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Bioprodukte, Betrieb von Schulcaféterien

**SONSTIGE PRODUKTE:** Metzgerei-Haublöcke, Familien-System-Koffer (für Therapeuten, Systemberater und Supervisoren)

#### Weitere Betriebsstätten:

Christophorus Werkstatt Ellwangen  
Haller Straße 24  
73479 Ellwangen  
Telefon: 07961 9021-10  
Telefax: 07961 9021-24

Christophorus Werkstatt  
Außenstelle  
Haller Straße 37/1  
73479 Ellwangen  
Telefon: 07961 90210  
Telefax: 07961 902125

Oberer Haldenhof  
Bioland Betrieb  
73529 Schwäbisch Gmünd / Weiler  
Telefon: 07171 85573  
Telefax: 07171 805446

Salvator-Werkstatt  
Nepperbergstr. 17  
73525 Schwäbisch Gmünd  
Telefon: 07171 99647-10  
Telefax: 07171 99647-55  
E-Mail: [info.salvator@haus-lindenhof.de](mailto:info.salvator@haus-lindenhof.de)

Werkstatt für psychisch behinderte Menschen

Prodi-Werkstatt / St. Vinzenz  
Außenstelle  
Rechbergstr. 29  
73550 Waldstetten  
Telefon: 07171 10439121  
Telefax: 07171 10439129

## Baden-Württemberg (Bezirk der Regionaldirektion Baden-Württemberg)

### Christopherus Lebens- u. Arbeitsgemeinschaft Laufenmühle e.V. Werkstatt für behinderte Menschen

(Reg.-Nr. 6/95)

Laufenmühle 8  
73642 Welzheim  
Telefon: 07182 8007-0  
Telefax: 07182 8007-13  
E-Mail: [info@laufenmuehle.de](mailto:info@laufenmuehle.de)  
Homepage: <http://www.laufenmuehle.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei  
GARTEN-/ LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege, Tierpflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Betrieb des "Eins+Alles Erfahrungsfeld der Sinne"  
als WfbM und eines Shops zum Verkauf von Produkten der WfbM sowie  
anderer Produkte  
KAFFEEERÖSTEREI: Lohnrösten von Bio-Kaffee  
GASTRONOMIE: Betrieb eines Café-Restaurants und eines Cafés mit Rösterei

#### Produkte:

LEBENSMITTEL: Bio-Kaffee (Kaffeerösterei, Online-Handel: siehe <https://biokaffeemitsinn.de/>)  
KUNSTHANDWERK: Kerzen, Textilien  
GARTENBEDARF / GÄRTNEREIPRODUKTE: Sonstiger Gartenbedarf  
(Anzündholz, Insektenhotels)

#### Weitere Betriebsstätten:

Café + Rösterei  
Pfarrstraße 6  
73642 Welzheim  
Telefon: 07182 80444-24  
Telefax: 07182 80444-25  
E-Mail: [roesterei-welzheim@laufenmuehle.de](mailto:roesterei-welzheim@laufenmuehle.de)

## Baden-Württemberg (Bezirk der Regionaldirektion Baden-Württemberg)

### Stiftung Nikolauspflge Stiftung für blinde und sehbehinderte Menschen Werkstatt für behinderte Menschen

(Reg.-Nr. 6/105)

Hundsberger Str. 34  
73642 Welzheim  
Telefon: 07182 8002-100  
Telefax: 07182 8002-99  
E-Mail: [angelika.glasker@nikolauspflge.de](mailto:angelika.glasker@nikolauspflge.de)  
Homepage: <http://www.nikolauspflge.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
INDUSTRIE: Industrielle Montage-, Sortier- und Verpackungsarbeiten,  
Kommissionierung und Versand, Presstechnik  
DRUCK/GRAFIK: Bedrucken von Gegenständen (Tampondruck bis 80 mm),  
Brailledruck (Blindenschrift)  
BÜROKOMMUNIKATION: Lettershop, Bearbeitung von Adressdateien,  
blinden-, und sehbehinderten gerechte Texte, Laminieren  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscheservice, Warenverkauf, Patchen  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Postkarten, Musikauftritte (Black  
Points)

#### Produkte:

HAUSHALTSWAREN: Bürsten und Besen (in Kooperation mit dem Haus des  
Blindenhandwerks)  
PAPIERWAREN: Postkarten  
SONSTIGE PRODUKTE: diverse Dekorationsartikel

#### Weitere Betriebsstätten:

Betriebsstätte Stuttgart-  
Untertürkheim  
Beim Herzogenberg 15-17  
70327 Stuttgart  
Telefon: 0711 34271942  
(vorübergehend wegen  
Baumaßnahmen):  
Fritz-Müller-Straße 99  
73730 Esslingen  
Telefon: 0711 930216 37



## Baden-Württemberg (Bezirk der Regionaldirektion Baden-Württemberg)

### WEK

#### Werkstätten Esslingen-Kirchheim gGmbH

(Reg.-Nr. 6/75)

Röntgenstr. 36  
73730 Esslingen  
Telefon: 0711 930801-0  
Telefax: 0711 930801-30  
E-Mail: [info@w-e-k.de](mailto:info@w-e-k.de)  
Homepage: <http://www.w-e-k.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Reinigungsarbeiten  
Produkte:  
Kühlschrankmagnete  
Wäschekörbe Holz  
Einmal-Ich - Silberschmuck

#### Weitere Betriebsstätten:

WEK  
Marie-Curie-Str. 32  
73230 Kirchheim-Teck  
Telefon: 07021 9402-0  
Telefax: 07021 9402-30  
Café Morlock  
Am Aussichtsturm  
73207 Plochingen-Stumpfenhof  
Telefon: 07153 27192  
Telefax: 07153 27192  
E-Mail: [cafemorlock@yahoo.de](mailto:cafemorlock@yahoo.de)  
Homepage: [www.cafe-morlock.de](http://www.cafe-morlock.de)

## Baden-Württemberg (Bezirk der Regionaldirektion Baden-Württemberg)

### Filderwerkstatt des REHA-Vereins

#### Verwaltung

(Reg.-Nr. 6/103)

Rudolf-Diesel-Str. 13/1  
73760 Ostfildern-Nellingen  
Telefon: 0711 3466257  
Telefax: 0711 3466258  
E-Mail: [info@filderwerkstatt.de](mailto:info@filderwerkstatt.de)  
Homepage: <http://www.filderwerkstatt.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Metallmontage  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Kabelkonfektionierung  
DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Mostobstannahme mit Ankauf  
oder Saftumtausch, CAP-Lebensmittelmärkte  
Produkte:  
LEBENSMITTEL: Brot und Backwaren, Fleisch- und Wurstwaren,  
Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Bioprodukte

#### Weitere Betriebsstätten:

Zweigwerk Dettingen/Teck  
Kelterstraße 93-95  
73265 Dettingen/Teck  
Telefon: 07021 47544  
Telefax: 07021 483952

**Beschützende Werkstätte für geistig und körperlich Behinderte  
Heilbronn e.V.**

**(Reg.-Nr. 6/10)**

Längelterstr. 188  
74080 Heilbronn  
Telefon: 07131 4704-0  
Telefax: 07131 4704-170  
E-Mail: [info@bw-heilbronn.de](mailto:info@bw-heilbronn.de)  
Homepage: <https://www.bw-heilbronn.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Spielzeugherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffverarbeitung, Kunststoffbearbeitung  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Weberei  
LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN (Holz)  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung, Fotokopieren  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Kfz-Pflege, Industriemontage, Logistische Leistungen

**Weitere Betriebsstätten:**

Hauptwerkstatt:  
Beschützende Werkstätte  
Heilbronn-Böckingen  
Längelterstr. 188  
74080 Heilbronn-Böckingen  
Telefon: 07131 4704-0  
Telefax: 07131 4704-200

**Weitere Betriebsstätten:**

Beschützende Werkstätte Talheim  
Schmalzberg 5  
74388 Talheim  
Telefon: 07133 2008-0  
Telefax: 07133 2008-50

Beschützende Werkstätte Bad  
Friedrichshall  
Industriestr. 19-21  
74177 Bad Friedrichshall  
Telefon: 07136 9805-0  
Telefax: 07136 9805-98

Beschützende Werkstätte  
Ingelfingen  
Eichendorffstr. 18-20  
74653 Ingelfingen  
Telefon: 07940 9827-0  
Telefax: 07940 9827-40

Beschützende Werkstätte  
Schwäbisch Hall  
Aschenhausweg 10 + 30  
74523 Schwäbisch Hall  
Telefon: 0791 95417-0  
Telefax: 0791 95417-17

Beschützende Werkstätte  
Crailsheim  
Roßfelder Straße 52/3  
74564 Crailsheim  
Telefon: 07951 29606-0  
Telefax: 07951 29606-99

Beschützende Werkstätte  
Heilbronn-Kirchhausen  
Carl-Zeiss-Straße 9  
74078 Heilbronn  
Telefon: 07066 9005-0  
Telefax: 07066 9005-125

## Baden-Württemberg (Bezirk der Regionaldirektion Baden-Württemberg)

### Arbeits- und Wohnstätten gGmbH Therapeutikum

(Reg.-Nr. 6/82)

Kreuzäckerstr. 19 - 21  
74081 Heilbronn  
Telefon: 07131 5086-0  
Telefax: 07131 5086-20  
E-Mail: [info@therapeutikumheilbronn.de](mailto:info@therapeutikumheilbronn.de)  
Homepage: <http://www.therapeutikumheilbronn.de>

#### Weitere Betriebsstätten:

Arbeits- und Wohnstätten gGmbH  
Kreuzäckerstr. 38-40  
74081 Heilbronn

Arbeits- und Wohnstätten gGmbH  
Brechdarrweg 46  
74613 Öhringen

Arbeits- und Wohnstätten gGmbH  
Kreuzäckerstr. 26  
74081 Heilbronn

## Baden-Württemberg (Bezirk der Regionaldirektion Baden-Württemberg)

### Krautheimer Werkstätten für Menschen mit Behinderung gGmbH

(Reg.-Nr. 6/59)

In der Au 15  
74238 Krautheim  
Telefon: 06294 4287-0  
Telefax: 06294 4287-19  
E-Mail: [info@wfb-krautheim.de](mailto:info@wfb-krautheim.de)  
Homepage: [http://www.wfb-krautheim.de/index.php?site=wfb\\_krautheim](http://www.wfb-krautheim.de/index.php?site=wfb_krautheim)

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage

KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage

RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling, Metall-Recycling, Demontagearbeiten

DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung, Fotokopieren

EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN

SONSTIGE LEISTUNGEN: Buchhandel

Produkte:

PAPIERWAREN

**Evangelische Stiftung Lichtenstern  
Lichtensterner Werkstätten**

**(Reg.-Nr. 6/58)**

Im Teichelgarten 1  
74245 Löwenstein  
Telefon: 07130 10201  
Telefax: 07130 10258  
E-Mail: [werkstatt@lichtenstern.de](mailto:werkstatt@lichtenstern.de)  
Homepage: <http://www.lichtenstern.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Kabelkonfektionierung  
RECYCLING: Demontagearbeiten  
VERPACKUNGSARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Fahrradwerkstatt, Logistische Leistungen,  
Wartung und Reparatur von Rollstühlen, Verleih von Biergarnituren (Bänke und  
Tische), Wohnungsaufösungen

Produkte:  
TEXTIL-/LEDERWAREN: Bekleidung, Haus- und Heimtextilien  
SONSTIGE PRODUKTE: Fahrräder, Second-Hand-Kleidung

**Weitere Betriebsstätten:**

Dimbacher Straße 30  
74182 Obersulm  
Telefon: 07134 1380920

**Samariterstiftung  
Fränkische Werkstätten**

**(Reg.-Nr. 6/90)**

Gaildorfer Str. 31  
74423 Obersontheim  
Telefon: 07973 9691-46  
Telefax: 07973 969151  
E-Mail: [fraenkische-werkstaetten@samariterstiftung.de](mailto:fraenkische-werkstaetten@samariterstiftung.de)  
Homepage: <http://www.samariterstiftung.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen (z.B. Biegen), Trennen (z.B. Sägen, Drehen, Fräsen,  
Bohren, Lochstanzen)  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung, Elektrocheck  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN: just in time  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und  
Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Gastronomie (Café Samocca), Qualitätssicherung  
(Produktkontrolle für externe Firmen)

Produkte:  
LEBENSMITTEL: Kaffee ([www.samocca.de](http://www.samocca.de))  
KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel (z.B. Trauerkränze,  
Allerheiligengestecke, Adventskränze, Stickerl)  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen (Zierpflanzen,  
Balkonware)

**Weitere Betriebsstätten:**

Samariterstiftung  
Fränkische Werkstätten  
Zur Flügelaue 61  
74564 Crailsheim

Samariterstiftung  
Fränkische Werkstätten  
Ringstr. 2  
74523 Schwäbisch-Hall



## Baden-Württemberg (Bezirk der Regionaldirektion Baden-Württemberg)

### Sozialtherapeutische Gemeinschaften Weckelweiler e.V.

(Reg.-Nr. 6/38)

Heimstr. 10  
74592 Kirchberg/Jagst  
Telefon: 07954 970-0  
Telefax: 07954 970-160  
E-Mail: [info@weckelweiler-gemeinschaften.de](mailto:info@weckelweiler-gemeinschaften.de)  
Homepage: <http://www.weckelweiler-gemeinschaften.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

##### Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage, Stanzungen  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Palettenherstellung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung  
TEXTIL/LEDER: Näherei, Lederarbeiten, Weberei  
LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN: Malerarbeiten aller Art  
BAU-/RENOVIERUNGSARBEITEN - Maurer, Maler, Zimmerer  
DRUCK/GRAFIK: Fotokopieren  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege, Landwirtschaft (Demeterbetriebe)

##### Produkte:

TEXTIL-/LEDERWAREN: Bekleidung, Haus- und Heimtextilien, Lederwaren, Teppiche, Webwaren, Wollwäsche  
LEBENSMITTEL: Landwirtschaftliche Erzeugnisse (Obst u. Gemüse in Demeterqualität), Bioprodukte  
KUNSTHANDWERK: Kerzen, Textilien  
MÖBEL: Regale, Wohnmöbel, Leuchten  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte, Garten- und Landschaftsmöbel  
SPIELWAREN: Holzspielwaren, Therapeutisches Spielzeug  
SONSTIGE PRODUKTE: Bauelemente, Musikinstrumente

#### Weitere Betriebsstätten:

Hubertusmühle  
74582 Gerabronn-Amlshagen  
Telefon: 07952 92187811  
Telefax: 07952 92187825  
  
Dorfgemeinschaft Brettachhöhe  
74582 Gerabronn  
Telefon: 07952 9267-0  
Telefax: 07952 9267-277  
  
Dorfgemeinschaft Forellenhof  
74582 Gerabronn-Bügensteigen  
Telefon: 07952 9697-36  
Telefax: 07952 9697-51

## Baden-Württemberg (Bezirk der Regionaldirektion Baden-Württemberg)

### Johannes-Diakonie Mosbach Buchener Werkstätten

(Reg.-Nr. 6/114)

Karl-Tschamber-Str. 4  
74722 Buchen  
Telefon: 06281 5273-0  
Telefax: 06281 5273-20  
E-Mail: [ruediger.pluschek@johannes-diakonie.de](mailto:ruediger.pluschek@johannes-diakonie.de)  
Homepage: <http://www.johannes-diakonie.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

##### Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, CNC-Bearbeitung, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Kabelkonfektionierung  
KONFEKTIONIERUNGS-/ VERPACKUNGSARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Landschaftspflege (Komplettpflege von Aussenanlagen)  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

##### Produkte:

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Nistkästen  
SONSTIGE PRODUKTE: Weihnachtsartikel

**Werkstätten der Johannes-Diakonie Mosbach  
Mosbacher Werkstätten**

**(Reg.-Nr. 6/9)**

Neckarburkener Str. 25  
74821 Mosbach  
Telefon: 06261 88285  
Telefax: 06261 88672  
E-Mail: [svn.schuessler@johannes-diakonie.de](mailto:svn.schuessler@johannes-diakonie.de)  
Homepage: <http://www.johannes-diakonie.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Fügen, spanabhebende Metallbearbeitung, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Spielzeugherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
DRUCK/GRAFIK: Bedrucken von Gegenständen  
RECYCLING: Demontagearbeiten  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN: maschinell-unterstützte Verpackung  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei, Reinigungsarbeiten, Fideljo ([www.fideljo.de](http://www.fideljo.de))  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Qualitätssicherung  
(Produktkontrolle für externe Firmen), Nachbearbeiten von Produkten, Messer-  
und Scherenschleifen, Dienstleistungsgruppe im Bereich Bau, Abriss, Umzug  
und Entrümpelung

Produkte:  
TEXTIL-/LEDERWAREN: Bekleidung, Haus- und Heimtextilien  
KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Textilien  
PAPIERWAREN  
WERBEMITTEL

**Weitere Betriebsstätten:**

WfB am Berg  
Neckarburkener Str. 24  
74821 Mosbach

Neckar-Odenwald-Werkstätten  
Industriestr. 10  
74821 Mosbach  
Telefon: 06261 91879-0  
Telefax: 06261 91879-30

Wertheimer Werkstätten (WeW)  
Halbbrunnenweg 12  
97877 Wertheim  
Telefon: 09342 85813700  
Telefax: 09342 85813710

Betriebsstätte für psychisch  
behinderte Menschen:

Frankenland-Werkstätten  
Carl-Benz-Str. 3  
74722 Buchen  
Telefon: 06281 56480-0  
Telefax: 06281 56480-19

**Werkstätten der Johannes-Diakonie Mosbach  
Schwarzacher Werkstätten**

**(Reg.-Nr. 6/56)**

Schwanheimer Str. / Schwarzacher Hof  
74869 Schwarzach  
Telefon: 06262 22400  
Telefax: 06262 22551  
E-Mail: [michael.werner@johannes-diakonie.de](mailto:michael.werner@johannes-diakonie.de)  
Homepage: <http://www.johannes-diakonie.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, CNC-Bearbeitung, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Sonder-Palettenherstellung, Möbelfertigung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung, Lötarbeiten  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
PULVERBESCHICHTUNG  
DRUCK/GRAFIK: Bedrucken von Gegenständen (Thermotransferdruck)  
VERPACKUNGSARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
Produkte:  
LEBENSMITTEL: Bioprodukte (Saft)  
KUNSTHANDWERK: Kerzen  
MÖBEL: Arbeits- und Büromöbel  
SONSTIGE PRODUKTE: Töpferscheiben HSL

**Weitere Betriebsstätten:**

Betriebsstätte Neunkirchen  
Ernst-Schmitthelm-Str. 2  
74867 Neunkirchen  
Telefon: 06262 3842  
Telefax: 06262 4800

Betriebsstätte Eberbach  
Ohrsbergweg 4  
69412 Eberbach  
Telefon: 06271 9475614  
Telefax: 06271 9475619

**Kraichgau-Werkstatt für behinderte Menschen gGmbH**

**(Reg.-Nr. 6/79)**

Adolf-Münzinger-Str. 8  
74889 Sinsheim  
Telefon: 07261 9215-0  
Telefax: 07261/9215-33  
E-Mail: [info@kraichgau-wfbm.de](mailto:info@kraichgau-wfbm.de)  
Homepage: <http://www.kraichgau-werkstatt.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Möbelfertigung nach Kundenwunsch  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
RECYCLING: Papier- und Altkartonagen-Recycling  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (Küche: Zubereitung von Speisen, Frühstück)  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Herstellung von Polsterkissen (zu Verpackungszwecken) aus Kartonagen und Altpapier  
Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Bilder aus unserer Kunstwerkstatt  
KUNST-WERKSTATT: Outsider ART  
MÖBEL: Möbel nach Kundenwunsch, Arbeits- und Büromöbel, Kindergarten-/Schulmöbel, Kleinmöbel, Regale, Wohnmöbel  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel  
SONSTIGE PRODUKTE: Polsterkissen aus Altpapier und Kartonagen (zu Verpackungszwecken)

## Baden-Württemberg (Bezirk der Regionaldirektion Baden-Württemberg)

### **Caritasverband e.V. Pforzheim Reha-Werkstatt für psychisch behinderte Menschen**

(Reg.-Nr. 6/84)

Wilhelm-Lenz-Str. 25  
75177 Pforzheim  
Telefon: 07231 128-9440  
Telefax: 07231 128-9410  
E-Mail: [reha-werkstatt@caritas-pforzheim.de](mailto:reha-werkstatt@caritas-pforzheim.de)  
Homepage: <http://www.caritasverband-pforzheim.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Metallmontage  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage  
VERPACKUNGSARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering (Speisezubereitung für Kindergärten,  
Kinderhorte und Schulkindbetreuung, In einer ausgelagerten Großküche  
bereiten wir für Kindergärten und Schulen Mittagessen zu.)  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Qualitätskontrolle (für externe Firmen),  
Schmuckbereich (z.B. Finierarbeiten)

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Reha-Werkstatt für psychisch  
behinderte Menschen  
Ziegeleistr. 14-18  
75417 Mühlacker

## Baden-Württemberg (Bezirk der Regionaldirektion Baden-Württemberg)

### **Lebenshilfe Pforzheim Enzkreis e.V.**

(Reg.-Nr. 6/22)

Gablonzer Str. 6  
75181 Pforzheim  
Telefon: 07231 6095-0  
Telefax: 07231 6095-200  
E-Mail: [info@lebenshilfe-pforzheim.de](mailto:info@lebenshilfe-pforzheim.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-pforzheim.de>

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Zweigwerkstatt Wilferdinger Höhe  
Villinger Str. 1  
75179 Pforzheim  
Telefon: 07231 1472-0  
Telefax: 07231 1472-50

Im Letten 30  
75417 Mühlacker  
Telefon: 07041 96510  
Telefax: 07041 965199

Gablonzerstr. 7  
75181 Pforzheim

Gablonzerstr. 17/19  
75181 Pforzheim



## Baden-Württemberg (Bezirk der Regionaldirektion Baden-Württemberg)

### Auenhof Wohnen & Arbeiten gemeinnützige GmbH

(Reg.-Nr. 6/111)

Auweg 34  
75245 Neulingen-Bauschlott  
Telefon: 07237 4854-0  
Telefax: 07237 4854-10  
E-Mail: [info@auenhof.org](mailto:info@auenhof.org)  
Homepage: <http://www.auenhof.org>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

HAUSWIRTSCHAFT: Vorbereitungsküche (küchenfertige Vorbereitung von Gemüse: Putzen, Schälen, Schneiden, Würfeln u.a.),

Wäscherei: Bearbeitung Kundenwäsche gewerblich und privat

Produkte:

LEBENSMITTEL: Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Bioprodukte (Demeter-Gemüse roh + küchenfertig bearbeitet), Eier, Einmachprodukte (Brotaufstriche süß und herzhaft; Chutneys u.a.), Tees

## Baden-Württemberg (Bezirk der Regionaldirektion Baden-Württemberg)

### Dorfgemeinschaft Tennental

(Reg.-Nr. 6/94)

Ita-Wegmann-Str. 1  
75392 Deckenpfronn  
Telefon: 07056 926-0  
Telefax: 07056 926110  
E-Mail: [info@tenntal.de](mailto:info@tenntal.de)  
Homepage: <http://www.tenntal.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, Fügen

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Spielzeugherstellung

SONSTIGE LEISTUNGEN: Gastronomie, Landwirtschaft

Produkte:

LEBENSMITTEL: Brot und Backwaren, Fleisch- und Wurstwaren, Molkereierzeugnisse, Gemüse, Pestos, Marmeladen

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten

SPIELWAREN: Holzspielwaren, Therapeutisches Spielzeug

**HWK gGmbH**

**Hagsfelder Werkstätten und Wohngemeinschaften Karlsruhe  
gGmbH**

**(Reg.-Nr. 6/2)**

Am Storrenacker 9 - 11  
76139 Karlsruhe  
Telefon: 0721 6208-0  
Telefax: 0721 6208-175  
E-Mail: [info@hwk.com](mailto:info@hwk.com)  
Homepage: <http://www.hwk.com>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

**Auftragsarbeiten:**

**METALL:** Trennen (Drehen, Fräsen, Sägen, Bohren), Fügen, Metallmontage

**HOLZ:** Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung

**KUNSTSTOFF:** Kunststoffverarbeitung, Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage

**ELEKTRO:** Elektromontage, Kabelkonfektionierung

**TEXTIL/LEDER:** Näherei

**LACKIARBEITEN/BESCHICHTUNGEN**

**DRUCK/GRAFIK:** Fotokopieren, Bedrucken von Gegenständen

**EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN**

**MAILING UND VERSANDARBEITEN:** Lettershop, Druck & Mailservice

**VERPACKUNGSARBEITEN:** Montagearbeiten, Baugruppenmontage

**GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE:** Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege

**SONSTIGE LEISTUNGEN:** Logistische Leistungen, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

**Produkte:**

**LEBENSMITTEL:** Lebensmittelmarkt

**KUNSTHANDWERK:** Floristische Artikel, Holzarbeiten,

**MÖBEL:** Regale

**GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE:** Gärtnerei, Zierpflanzen und Balkonblumen

**SONSTIGE PRODUKTE:** Reha-Mittel: Medizinisch-technische Geräte, Therapieliegen,

Zubehör für die Physiotherapie, Reha, Krankengymnastik und medizinische Therapie

**Weitere Betriebsstätten:**

HWK gGmbH Betriebsstätte  
Südstadt

Werderstraße 9

76137 Karlsruhe

Telefon: 0721 93297-0

Telefax: 0721 93297-60

HWK gGmbH Betriebsstätte  
Grötzingen

Gärtnerei, Floristik und

Landschaftspflege

Am Viehweg 15

76229 Karlsruhe

Telefon: 0721 94870-0

Telefax: 0721 94870-50

HWK gGmbH Betriebsstätte  
Ettlingen 1

Hertzstraße 8

76275 Ettlingen

Telefon: 07243 3783-0

Telefax: 07234 3783-18

mit

CAP-Markt Ettlingen

Wilhelmstr. 4 c

76275 Ettlingen

Telefon: 07243 5232880

Telefax: 07243 5232882

HWK gGmbH Betriebsstätte  
Ettlingen 2

Robert-Bosch-Str.5

76275 Ettlingen

Telefon: 07243 3783-30

Telefax: 07243 3783-37

HWK gGmbH Betriebsstätte  
Hagsfeld 2

Am Storrenacker 27

76139 Karlsruhe

Telefon: 0721 94605-0

Telefax: 0721 94605-33

HWK gGmbH Betriebsstätte  
Neureut 1

Unterer Dammweg 9

76149 Karlsruhe

Telefon: 0721 97895-0

Telefax: 0721 97895-19

HWK gGmbH Betriebsstätte  
Neureut 2

Im kleinen Bruch 7

## Baden-Württemberg (Bezirk der Regionaldirektion Baden-Württemberg)

### WDL-Nordschwarzwald gGmbH Werkstätten Sinzheim

(Reg.-Nr. 6/47)

Müllhofener Str. 20  
76547 Sinzheim  
Telefon: 07221 989-0  
Telefax: 07221 989100  
E-Mail: [werkstaetten@wdl-ggmbh.de](mailto:werkstaetten@wdl-ggmbh.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-bba.de/de/wdl-ggmbh-de-umleitung.php>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Möbelfertigung  
ELEKTRO: Elektromontage  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau  
HAUSWIRTSCHAFT und Essensausgabe nur in eigenem Bereich  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Lebensmitteleinzelhandel

Produkte:  
TEXTIL-/LEDERWAREN: Haus- und Heimtextilien (Putztücher,  
Kirschkerneäckchen)  
MÖBEL: Möbel/Lattenroste ([www.benevita-lebenshilfe.de](http://www.benevita-lebenshilfe.de))

#### Weitere Betriebsstätten:

Werkstätten Achern  
Von-Drais-Str. 34  
77855 Achern  
Telefon: 07841 6980-0  
Telefax: 07841 6980-18

CAP-Markt  
Bühlertalstr. 4-8  
77815 Bühl  
Telefon: 07223 2816438  
Telefax: 07223 2816491

CAP-Markt Sandweier  
Sandweierer Str. 15  
76532 Baden-Baden (Sandweier)  
Telefon: 07221 8043915  
Telefax: 07221 8043917

Betriebsstätte für psychisch  
behinderte Menschen:

Bühler Werkstätten  
Fridolin-Stiegler-Str. 7 / Rheinstr. 64  
77815 Bühl  
Telefon: 07223 9454-0  
Telefax: 07223 9454-26

## MWW Murgtal-Werkstätten & Wohngemeinschaften gGmbH

(Reg.-Nr. 6/76)

Pionierweg 3-4  
76571 Gaggenau  
Telefon: 07225 6808-0  
Telefax: 07225 6808-499  
E-Mail: [info@murgtal-werkstaetten.de](mailto:info@murgtal-werkstaetten.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-rastatt-murgtal.com>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

#### Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen (z.B. Sägen, Bohren, Gewindeschneiden, Drehen, Fräsen),  
Fügen, Metallmontage, CNC-Bearbeitung (CNC-Drehmaschine)

KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

DRUCK/GRAFIK: Bedrucken von Gegenständen (Tampondruck)

EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Digitale Archivierung, Büroarbeiten

VERPACKUNGSARBEITEN: Elektro, Metall, Werbesendungen

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,

Landschaftspflege

#### SONSTIGE LEISTUNGEN:

Aktenvernichtung nach BDSG DIN 32 757 - Sicherheitsstufe 3,

Prüfung von ortsveränderlichen Geräten nach DIN VDE 0701/0702 BGV A3,

Montagearbeiten: Baugruppenmontage, Automobil

#### Produkte:

LEBENSMITTEL: Getränke (Apfelsaft)

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Sonstiger Gartenbedarf (Anfeuer-  
und Brennholz)

### Weitere Betriebsstätten:

Hauptwerkstatt  
Pionierweg 3-4  
76571 Gaggenau

#### Weitere Betriebsstätten:

Zweigwerkstatt Rastatt  
Alte Bahnhofstr. 5  
76437 Rastatt

Reha-Werkstatt  
Werkstatt für Menschen mit  
psychischer Erkrankung  
Alte Bahnhofstr. 3  
76437 Rastatt

Außenstelle der Reha-Werkstatt  
Rastatt  
Werkstatt für Menschen mit  
psychischer Erkrankung  
Raentaler Str. 22/1  
76437 Rastatt

Reha-Werkstatt  
Werkstatt für Menschen mit  
psychischer Erkrankung  
Außenstelle Muggensturm  
Bahnhofplatz 12  
76461 Muggensturm



**Lebenshilfe für Menschen mit Behinderungen Bezirk Bruchsal-Bretten e.V.**

**(Reg.-Nr. 6/42)**

Im Fuchsloch 5  
76646 Bruchsal  
Telefon: 07251 715-0  
Telefax: 07251 84445  
E-Mail: [werkstaetten@lebenshilfe-bruchsal.de](mailto:werkstaetten@lebenshilfe-bruchsal.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-bruchsal.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen (z.B. Sägen, Fräsen, Drehen, Bohren), Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Möbelfertigung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung, Elektrogeräteprüfung nach DGUV Vorschrift 3  
MONTAGEARBEITEN: von Kleinteilmontage bis Zusammenfügen von Baugruppen  
TEXTIL: Näherei, Zuschnitt, Stanzen, Kommissionieren  
RECYCLING: Demontagearbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei (Digital- und Transferdruck), Druckweiterverarbeitung, Bedrucken von Gegenständen  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Digitale Archivierung  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung

Produkte:  
TEXTILWAREN: Taschen aus Recyclingmaterial (Werbebanner)  
KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten (Geschenkartikel)  
MÖBEL: Kindergarten-/Schulmöbel (aus Holz)  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Insektenhotels  
SONSTIGE PRODUKTE: Saisonartikel

**Weitere Betriebsstätten:**

Untere Reut 21  
76676 Graben-Neudorf  
Telefon: 07255 7621-0  
Telefax: 07255 7621-140

Huttenheimer Landstraße 2  
76676 Graben-Neudorf  
Telefon: 07255 76589-10  
Telefax: 07255 76589-17

Hildastr. 15  
75015 Bretten  
Telefon: 07252 5364-0  
Telefax: 07252 5364-10

Gewerbestraße 21  
75015 Bretten-Gölshausen  
Telefon: 07252 58078-0  
Telefax: 07252 58078-25

Werkstatt für psychisch erkrankte Menschen:

Betriebsstätte für Menschen mit seelischer Behinderung  
Moltkestr. 24a  
76646 Bruchsal  
Telefon: 07251 724541-0  
Telefax: 07251 301170

## Baden-Württemberg (Bezirk der Regionaldirektion Baden-Württemberg)

### Reha-Werkstatt Offenburg Gesellschaft zur Förderung psychisch Kranker mbH - gemeinnützig

(Reg.-Nr. 6/83)

Im Unteren Angel 21a  
77652 Offenburg  
Telefon: 0781 9258-0  
Telefax: 0781 925880  
E-Mail: [wfb@reha-offenburg.de](mailto:wfb@reha-offenburg.de)  
Homepage: <http://www.reha-offenburg.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Metallmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
VERPACKUNGS- und KONFEKTIONIERUNGSARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Korb- und Stuhlflechtarbeiten

#### Weitere Betriebsstätten:

Reha-Werkstatt Lahr  
Rainer-Haungs-Straße 4  
77933 Lahr  
Telefon: 07821 95170  
Telefax: 07821 951722

Siehe auch Reg.-Nr.: 6/101

## Baden-Württemberg (Bezirk der Regionaldirektion Baden-Württemberg)

### ASW+W gemeinnützige GmbH

(Reg.-Nr. 6/31)

Im Seewinkel 3  
77652 Offenburg  
Telefon: 0781 9225-0  
Telefax: 0781 22215  
E-Mail: [info@lebenshilfe-offenburg.de](mailto:info@lebenshilfe-offenburg.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-offenburg.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen (z.B. Sägen, Bohren, Senken, Gewindeschneiden, Drehen), CNC-Bearbeitung (CNC-Fräsen), Fügen (z.B. Schutzgasschweißen)  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung, EQ-Check (Prüfung ortveränderlicher elektrischer Betriebsmittel nach DGUV Vorschrift 3)  
RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling (IT-Equipment)  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Digitale Archivierung (Daten digitalisieren)  
MONTAGE- UND VERPACKUNGSARBEITEN  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Datenträgervernichtung, Hausmeisterservice

#### Weitere Betriebsstätten:

Otto-Hahn-Straße 4  
77652 Offenburg  
Telefon: 0781 289438-31  
Telefax: 0781 12287214

Zweigwerkstätte Oberkirch  
Mönchsmatten 5  
77704 Oberkirch  
Telefon: 07802 9395-0  
Telefax: 07802 9395-10

**Hanauerland Werkstätten - Diakonie Kork  
Werk I**

**(Reg.-Nr. 6/14)**

Landstr. 1  
77694 Kehl-Kork  
Telefon: 07851 843506  
Telefax: 07851 84-3539  
E-Mail: [mgaller@wfbm-kork.de](mailto:mgaller@wfbm-kork.de)  
Homepage: <http://www.wfbm-kork.de/de/index.php>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Metallmontage  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Kabelkonfektionierung  
RECYCLING: Kork-Recycling, Demontearbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei (Digitaldruckerei), Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren, Bedrucken von Gegenständen (Transferdruck), Internetshop ([www.superphotoshop.de](http://www.superphotoshop.de) oder [www.superphotoshop.com](http://www.superphotoshop.com) - Kunden können sich unterschiedlichste Produkte individuell bedrucken lassen)  
VERPACKUNGSARBEITEN: Konfektionierung: Kosmetikartikel, Montagesets  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Gastronomie (Café)

**Produkte:**

PAPIERWAREN: z.B. Schreib-/Kollegeblöcke, Notizwürfel, Trennlaschen, Gedrehte Blöcke, Kalender mit Werbemöglichkeit  
BÜRO-BEDARF im Moderations-Bereich (Moderations-Koffer, Tafeln, Flip-Chart-Blöcke, Kärtchen)  
SONSTIGE PRODUKTE: Internetshop - [www.superphotoshop.de](http://www.superphotoshop.de): Wir bedrucken die unterschiedlichsten Produkte individuell nach Ihren Vorgaben.

**Weitere Betriebsstätten:**

Hanauerland Werkstätten  
Werk II  
Ehrmannstrasse 19  
77694 Kehl

Hanauerland Werkstätten  
Werk III  
Sundheimer Fort 6-8  
77694 Kehl-Sundheim

**WfB Haslach gGmbH  
Anerkannte Werkstätten für Menschen mit Behinderungen im  
Kinzig- und Elztal**

**(Reg.-Nr. 6/49)**

Mühlenbacher Str. 16  
77716 Haslach i. K.  
Telefon: 07832 797-0  
Telefax: 07832 797-97  
E-Mail: [geschaefsstelle@wfb-haslach.de](mailto:geschaefsstelle@wfb-haslach.de)  
Homepage: <http://www.Lhke.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, CNC-Bearbeitung, Metallmontage  
TEXTIL/LEDER: Näherei, Lederarbeiten, Prägen und Stanzen  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Bedrucken von Gegenständen (Sieb-, Tampon-, Laser-, Digital- und Textildruck)  
MAILING UND VERSANDARBEITEN: Lettershop  
VERPACKUNGSARBEITEN: Kommissionierung  
KAFFEE MOBIL: Kaffeeausschank auf Märkten und bei Veranstaltungen

**Produkte:**

TEXTIL-/LEDERWAREN: Lederwaren  
BÜROARTIKEL: Schreibgeräte, sonstige Büroartikel  
WERBEMITTEL: komplettes Angebot an Werbeartikel mit individuellem Aufdruck

**Weitere Betriebsstätten:**

WfbM Elzach  
Albert-Burger-Str. 1  
79215 Elzach  
Telefon: 07682 920910

WfbM Steinach  
Bildstöckle 4  
77790 Steinach  
Telefon: 07832 979066

## Baden-Württemberg (Bezirk der Regionaldirektion Baden-Württemberg)

### Reha-Werkstatt Fischerbach Gesellschaft zur Förderung psychisch Kranker mbH - gemeinnützig

(Reg.-Nr. 6/101)

Am Herrenberg 1  
77716 Fischerbach  
Telefon: 07832 979126  
Telefax: 07832 979127  
E-Mail: [wfb@reha-offenburg.de](mailto:wfb@reha-offenburg.de)  
Homepage: <http://www.reha-offenburg.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
VERPACKUNGS- und KONFEKTIONIERUNGSARBEITEN

#### Weitere Betriebsstätten:

Reha-Werkstatt Hausach  
Schätzlestraße 1  
77756 Hausach  
Telefon: 07831 93389-0  
Telefax: 07831 9338989

Siehe auch Reg-Nr.: 6/83

## Baden-Württemberg (Bezirk der Regionaldirektion Baden-Württemberg)

### Lahrer Werkstätten der Johannes-Diakonie Mosbach

(Reg.-Nr. 6/3)

Im Dornschlag 1  
77933 Lahr  
Telefon: 07821 9510-10  
Telefax: 07821 9510-19  
E-Mail: [wfb-lahr@johannes-diakonie.de](mailto:wfb-lahr@johannes-diakonie.de)  
Homepage: <http://www.johannes-diakonie.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, CNC-Bearbeitung, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Palettenherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung  
ELEKTRO: Elektromontage  
VERPACKUNGSARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege

#### Weitere Betriebsstätten:

Gärtnerei SonnenkLahr  
Joseph-Gerber-Str. 8  
77955 Ettenheim  
Telefon: 07821 9510-10  
Telefax: 07821 9510-19

## Baden-Württemberg (Bezirk der Regionaldirektion Baden-Württemberg)

### Behinderten-Werkstätten Villingen-Schwenningen gGmbH

(Reg.-Nr. 6/32)

Rietenstr. 30  
78054 Villingen-Schwenningen  
Telefon: 07720 33011  
Telefax: 07720 21054  
E-Mail: [info@werkstaetten-vs.de](mailto:info@werkstaetten-vs.de)  
Homepage: <http://www.werkstaetten-vs.de>



## Baden-Württemberg (Bezirk der Regionaldirektion Baden-Württemberg)

### Lebenshilfe Reha-Werkstatt gGmbH Verwaltung

(Reg.-Nr. 6/93)

Rietenstr. 30  
78054 Villingen-Schwenningen  
Telefon: 07720 33011  
Telefax: 07720 21054  
E-Mail: [info@werkstaetten-vs.de](mailto:info@werkstaetten-vs.de)  
Homepage: <http://www.werkstaetten-vs.de>

#### Weitere Betriebsstätten:

Werkstatt:  
Lebenshilfe Reha-Werkstatt gGmbH  
Steinkirchring 60  
78056 Villingen-Schwenningen  
Telefon: 07720 33521

## Baden-Württemberg (Bezirk der Regionaldirektion Baden-Württemberg)

### BruderhausDiakonie Behindertenhilfe und Sozialpsychiatrische Hilfen im Schwarzwald- Baar-Kreis Werkstatt Fischerhof

(Reg.-Nr. 6/106)

Bregenbach 11  
78147 Vöhrenbach-Hammereisenbach  
Telefon: 07657 9107-0  
Telefax: 07657 1001  
E-Mail: [bh.sph.sbk@bruderhausdiakonie.de](mailto:bh.sph.sbk@bruderhausdiakonie.de)  
Homepage: <http://www.bruderhausdiakonie.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen (Bohren, Senken, Drehen), Fügen (Nieten)  
MONTAGEARBEITEN: An Baugruppen für die Metall- und Elektroindustrie  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN: Für die Metall- und Elektroindustrie,  
Kartonagenverarbeitung  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering (Großküche)  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Anlagenpflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Gastronomie, Tierhaltung und Pferdepflege  
Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Keramik (Zier- und Gebrauchskeramik), Holzarbeiten

#### Weitere Betriebsstätten:

Betriebsstätte Donaueschingen  
Allensteinstr. 1  
78166 Donaueschingen  
Telefon: 0771 89668962  
Telefax: 0771 89668969  
  
Betriebsstätte Donaueschingen  
Breslauerstr. 31  
78166 Donaueschingen  
Telefon: 0771 89668960  
Telefax: 0771 89668969

## Baden-Württemberg (Bezirk der Regionaldirektion Baden-Württemberg)

### Werkstätten St. Pirmin

(Reg.-Nr. 6/25)

Am Rehbuck 6  
78224 Singen  
Telefon: 07731 96970-300  
Telefax: 07731 96970-349  
E-Mail: [st.pirmin@caritas-singen-hegau.de](mailto:st.pirmin@caritas-singen-hegau.de)  
Homepage: <http://www.caritas-singen-hegau.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: CNC-Bearbeitung, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
RECYCLING: Demontagearbeiten  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN: z.B. Montage, Konfektion  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

#### Weitere Betriebsstätten:

Werkstätte St. Michael  
Im Eschle 8  
78333 Stockach-Hindelwangen  
Telefon: 07731 96970-360  
Telefax: 07731 96970-379  
Email: [st.michael@caritas-singen-hegau.de](mailto:st.michael@caritas-singen-hegau.de)

## Baden-Württemberg (Bezirk der Regionaldirektion Baden-Württemberg)

### seewerk Radolfzell

(Reg.-Nr. 6/86)

Walter-Schellenberg-Str. 11  
78315 Radolfzell  
Telefon: 07732 9986-0  
Telefax: 07732 9986-55  
E-Mail: [seewerk@seewerk.com](mailto:seewerk@seewerk.com)  
Homepage: <http://www.caritas-kn.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
RECYCLING: Demontagearbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei (Digitaldruck)  
MAILING UND VERSANDARBEITEN: Werbemittelversand  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

#### Weitere Betriebsstätten:

seewerk Zweigstelle Konstanz  
Robert-Bosch-Str. 9  
78467 Konstanz  
Telefon: 07531 5923-0  
Telefax: 07531 5923-55  
E-Mail: [seewerk-b@seewerk.com](mailto:seewerk-b@seewerk.com)

## Baden-Württemberg (Bezirk der Regionaldirektion Baden-Württemberg)

### Werkstatt für behinderte Menschen Seewerk Werk II

(Reg.-Nr. 6/68)

Stickerinnenstr. 4  
78467 Konstanz  
Telefon: 07531 1200-270  
Telefax: 07351 1200-280  
E-Mail: [seewerk2@seewerk.com](mailto:seewerk2@seewerk.com)  
Homepage: <http://www.caritas-kn.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung  
ELEKTRO: Elektromontage  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN

## Baden-Württemberg (Bezirk der Regionaldirektion Baden-Württemberg)

### Lebenshilfe Landkreis Tuttlingen gemeinnützige GmbH Werkstatt für behinderte Menschen

(Reg.-Nr. 6/39)

Paracelsusweg 10  
78532 Tuttlingen  
Telefon: 07461 965840  
Telefax: 07461 96584-29  
E-Mail: [info@lebenshilfe-tuttlingen.de](mailto:info@lebenshilfe-tuttlingen.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-tuttlingen.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen (z.B. Bohren, Fräsarbeiten), CNC-Bearbeitung, Fügen (z.B. Laserschweißen, Pressen), Metallmontage  
MONTAGEARBEITEN  
TEXTIL: Krankenhauswäsche konfektionieren  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN: Diverse Briefsendungen drucken und verpacken, Elektroteile, medizintechnische Produkte verpacken, Kartonage (heften von Kartonagen, Kommissionierung von Verpackungen)  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege (Jahrespflege von privaten Gärten), Landschaftspflege (Jahrespflege von öffentlichen Einrichtungen / Gemeinden / Wohnbaugesellschaften)  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (Küche, Kantine im Landratsamt Tuttlingen), Wäscherei  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Logistische Leistungen, Qualitätssicherung

Produkte:  
LEBENSMITTEL: Apfelsaft-Herstellung (mobile Saftpresse)  
SONSTIGE PRODUKTE: Kaminanzünder

#### Weitere Betriebsstätten:

Betriebsstätte für psychisch behinderte Menschen:

Lebenshilfe Landkreis Tuttlingen  
gemeinnützige GmbH  
Donau-Werkstatt  
Zeughausstr. 40  
78532 Tuttlingen  
Telefon: 07461 965095-0  
Telefax: 07461 965095-29

## Baden-Württemberg (Bezirk der Regionaldirektion Baden-Württemberg)

### **Vinzenz von Paul Hospital gGmbH Vinzenz-Werkstätten Werkstatt für psychisch behinderte Menschen**

(Reg.-Nr. 6/118)

Schwenniger Str. 55  
78628 Rottweil  
Telefon: 0741 241-2505  
Telefax: 0741 241-992505  
E-Mail: [r.buehler@vvph.de](mailto:r.buehler@vvph.de)  
Homepage: <http://www.vvph.de/de/leistungsspektrum/eingliederungshilfe/vinzenz-werkstaetten.html>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Fügen, Metallmontage

HOLZ: Holzmontage

KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage

RECYCLING

DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung, Fotokopieren (Kopieraufträge), Bedrucken von Gegenständen (Sublimationsdruck von Tassen)

EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Daten- und Texterfassung, Sonstige EDV-Dienstleistungen

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN

Produkte:

HAUSHALTSWAREN: Tassen

PAPIERWAREN

SONSTIGE PRODUKTE: Geschenkartikel

## Baden-Württemberg (Bezirk der Regionaldirektion Baden-Württemberg)

### **Lebenshilfe im Kreis Rottweil gGmbH**

(Reg.-Nr. 6/43)

Im Webertal 18  
78713 Schramberg  
Telefon: 07402 9301-0  
Telefax: 07402 9301-45  
E-Mail: [info@lh-rw.de](mailto:info@lh-rw.de)  
Homepage: <http://www.lh-rw.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage

KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

DRUCK/GRAFIK: Druckerei

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN

SONSTIGE LEISTUNGEN: Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Zweigwerkstatt Rottweil

Saline 16

78628 Rottweil

Telefon: 0741 17456-0

Telefax: 0741 17456-34

E-Mail: [lebenshilfe@LH-RW.de](mailto:lebenshilfe@LH-RW.de)



## Baden-Württemberg (Bezirk der Regionaldirektion Baden-Württemberg)

### stiftung st. franziskus heiligenbronn Werkstatt für sinnesbehinderte Menschen

(Reg.-Nr. 6/99)

Kloster 2  
78713 Schramberg-Heiligenbronn  
Telefon: 07422 569-3501  
Telefax: 07422 569-3500  
E-Mail: [wfbm@stiftung-st-franziskus.de](mailto:wfbm@stiftung-st-franziskus.de)  
Homepage: <http://www.stiftung-st-franziskus.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

## Baden-Württemberg (Bezirk der Regionaldirektion Baden-Württemberg)

### BruderhausDiakonie im Landkreis Rottweil Werkstätten Fluorn-Winzeln

(Reg.-Nr. 6/85)

Burghaldenstr. 6-8  
78737 Fluorn-Winzeln  
Telefon: 07402 93899710  
Telefax: 07402 93899715  
E-Mail: [bhrw.wfbm2@bruderhausdiakonie.de](mailto:bhrw.wfbm2@bruderhausdiakonie.de)  
Homepage: <http://www.bruderhausdiakonie.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Fügen, Metallmontage  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei (Digitaldruck in kleinen Auflagen, Abwicklung von Druckaufträgen im Offset), Druckweiterverarbeitung (Wire O-Bindungen), Fotokopieren (Copy-Service), Grafische Gestaltung (Gestaltung von Flyern, Visitenkarten, Plakaten, Einladungen, Prospekten, Power-Point-Präsentationen), Herstellung von Buttons in verschiedenen Größen (auf Wunsch Gestaltung der Vorlage)  
MAILING UND VERSANDARBEITEN: Lettershop (Be- und Verarbeitung von Mailings und Serienbriefen, Personalisieren, Falzen, Kuvertieren, Versand)  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Digitale Archivierung (z. B. Akten, Belege), Einbindung in ein Dokument Management System  
VERPACKUNGS- und MONTAGEARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege, Tierpflege  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (Gastronomie, Großküche), Haushaltsnahe Dienstleistungen nach Absprache

#### Produkte:

KUNSTHANDWERK: Textilien, Accessoires, Seifen, Kirsch- und Dinkelkissen  
PAPIERWAREN: Post- und Einladungskarten, Umsetzung grafischer Auftragsarbeiten  
WERBEMITTEL (nach Kundenwunsch)

#### Weitere Betriebsstätten:

BruderhausDiakonie im Landkreis Rottweil  
Neutorstrasse 4-6  
78628 Rottweil  
Telefon: 0741 17526280  
Telefax: 0741 94248622  
E-Mail: [bhrw.kapuziner@bruderhausdiakonie.de](mailto:bhrw.kapuziner@bruderhausdiakonie.de)

**REHA-Verein Freiburg  
REHA-Werkstatt Verbund**

**(Reg.-Nr. 6/88)**

Berliner Allee 11a  
79110 Freiburg  
Telefon: 0761 3865-0  
Telefax: 0761 3865-100  
E-Mail: [info@reha-verein.de](mailto:info@reha-verein.de)  
Homepage: <http://www.reha-verein.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, CNC-Bearbeitung, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, CNC-Bearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung,  
Palettenherstellung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei, Stickerei  
DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Daten- und Texterfassung  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen, Qualitätssicherung  
(Produktkontrolle für externe Firmen)

Produkte:

TEXTIL-/LEDERWAREN: Haus- und Heimtextilien  
KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Korb- und Stuhlflechtarbeiten, Textilien  
MÖBEL: Arbeits- und Büromöbel, Kindergarten-/Schulmöbel, Kleinmöbel,  
Regale, Wohnmöbel  
SPIELWAREN: Brett- und Gesellschaftsspiele, Holzspielwaren, Puppen und  
Puppenmöbel, Stofftiere, Großspielgeräte  
WERBEMITTEL aus Holz und Textil nach Kundenvorgabe  
SONSTIGE PRODUKTE: Bauelemente

**Weitere Betriebsstätten:**

REHA-Werkstatt  
Im Hausgrün 14  
79312 Emmendingen  
Telefon: 07641 933420  
Telefax: 07641 9334229  
E-Mail: [emmendingen@reha-werkstatt.de](mailto:emmendingen@reha-werkstatt.de)

REHA-Werkstatt  
Haltinger Str. 6  
79379 Müllheim  
Telefon: 07631 16552  
Telefax: 07631 172884  
E-Mail: [muellheim@reha-werkstatt.de](mailto:muellheim@reha-werkstatt.de)

REHA-Werkstatt  
Hauptstr. 30  
79199 Kirchzarten  
Telefon: 07661 9899831  
Telefax: 07661 9899832  
E-Mail: [kirchzarten@reha-werkstatt.de](mailto:kirchzarten@reha-werkstatt.de)

**Caritaswerkstätten St. Georg  
Hauptwerkstätte Freiburg**

**(Reg.-Nr. 6/36)**

Uffhauser Str. 37a  
79115 Freiburg  
Telefon: 0761 45531-0  
Telefax: 0761 45531-40  
E-Mail: [werkstatt-uffhauserstrasse@caritas-freiburg.de](mailto:werkstatt-uffhauserstrasse@caritas-freiburg.de)  
Homepage: <https://www.caritas-freiburg.de>

**Weitere Betriebsstätten:**

Außenstelle Wiesentalstr.  
Wiesentalstr. 25  
79115 Freiburg  
Telefon: 0761 400406-0  
Telefax: 0761 408894  
E-Mail: [werkstatt-wiesentalstrasse@caritas-freiburg.de](mailto:werkstatt-wiesentalstrasse@caritas-freiburg.de)

Außenstelle für Körperbehinderte  
Im Stöckacker 18  
79224 Umkirch  
Telefon: 07665 9451-0  
Telefax: 07665 9451-14  
E-Mail: [werkstatt-umkirch@caritas-freiburg.de](mailto:werkstatt-umkirch@caritas-freiburg.de)

Außenstelle Schönberg  
Jechtinger Str. 1  
79111 Freiburg  
Telefon: 0761 888697-0  
E-Mail: [werkstatt-schoenberg@caritas-freiburg.de](mailto:werkstatt-schoenberg@caritas-freiburg.de)

Zweigwerkstätte Hochschwarzwald  
Im Bildstöckle 12  
79822 Titisee-Neustadt  
Telefon: 07651 9125-0  
Telefax: 07651 9125-40  
E-Mail: [werkstatt-titisee-neustadt@caritas-freiburg.de](mailto:werkstatt-titisee-neustadt@caritas-freiburg.de)

Zweigwerkstatt Markgräflerland  
Malteser Schloss  
Johanniterstr. 83 b  
79423 Heitersheim  
Telefon: 07634 528530  
Telefax: 07634 528540  
E-Mail: [werkstatt-heitersheim@caritas-freiburg.de](mailto:werkstatt-heitersheim@caritas-freiburg.de)

Zweigwerkstätte Kaiserstuhl  
Bahnhofstr. 19  
79359 Riegel  
Telefon: 07642 9025-0  
Telefax: 07642 9025-49  
E-Mail: [werkstatt-riegel@caritas-freiburg.de](mailto:werkstatt-riegel@caritas-freiburg.de)

Zweigwerkstätte March  
Gewerbstraße 19  
79232 March-Neuershausen  
Telefon: 07665 9212-0  
Telefax: 07665 95609  
E-Mail: [werkstatt-march@caritas-freiburg.de](mailto:werkstatt-march@caritas-freiburg.de)

Betriebsstätten für psychisch behinderte Menschen:

Freiburger Werkgemeinschaft  
Am Reichenbach 15 a  
79249 Merzhausen  
Telefon: 0761 45928-0

Telefax: 0761 45928-49  
E-Mail: [werkgemeinschaft-merzhausen@caritas-freiburg.de](mailto:werkgemeinschaft-merzhausen@caritas-freiburg.de)

Außenstelle Emmendingen  
Im Hausgrün 4  
79312 Emmendingen  
Telefon: 07461 933353  
Telefax: 07461 9333549  
E-Mail: [werkgemeinschaft-emmendingen@caritas-freiburg.de](mailto:werkgemeinschaft-emmendingen@caritas-freiburg.de)

Komturstraße 36  
79106 Freiburg

## Baden-Württemberg (Bezirk der Regionaldirektion Baden-Württemberg)

### **Werkstätten Am Bruckwald Sozialwerk Breisgau gGmbH**

**(Reg.-Nr. 6/92)**

Am Bruckwald 1  
79183 Waldkirch  
Telefon: 07681 4777-0  
Telefax: 07681 4777-111  
E-Mail: [am.bruckwald@hsw-freiburg.de](mailto:am.bruckwald@hsw-freiburg.de)  
Homepage: <http://www.hsw-freiburg.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Kistenfertigung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung

VERPACKUNGSARBEITEN

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Landschaftspflege

Produkte:

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Saisonartikel

MÖBEL: Kindergarten-/Schulmöbel, Kleinmöbel, Regale, Wohnmöbel

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel, Sonstiger Gartenbedarf

SPIELWAREN: Therapeutisches Spielzeug



## Baden-Württemberg (Bezirk der Regionaldirektion Baden-Württemberg)

### **Christophorus Gemeinschaft e.V. Werkzentrum Müllheim, Werksiedlung St. Christoph Kandern, Werksiedlung Niederweiler Verwaltung/Sekretariat**

(Reg.-Nr. 6/78)

Lindenstr. 4  
79379 Müllheim  
Telefon: 07631 1765-0  
Telefax: 07631 1765-13  
E-Mail: [kandern@werksiedlung.de](mailto:kandern@werksiedlung.de)  
Homepage: <http://www.werksiedlung.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen (z.B. Sägen), Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung (Pressen, Bohren, Schneiden), Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Weberei, Handweberei  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN: Konfektionierung, Versand  
Produkte:  
TEXTILWAREN: Teppiche, Stoffe  
LEBENSMITTEL: Brot und Backwaren  
KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Kerzen, Korbwaren, Saisonartikel, Textilien, Accessoires, Geschenkartikel  
MÖBEL: Kleinmöbel, Freizeitmöbel, Strandstühle, Brotschneideroste  
SPIELWAREN: Holzspielwaren, Therapeutisches Spielzeug  
BÜROARTIKEL: Blattablagen

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Hauptwerkstatt:  
Werksiedlung St. Christoph  
Kandern  
Glashütte 1  
79400 Kandern  
Telefon: 07626 9151-0

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Werksiedlung St. Christoph  
Niederweiler  
Lindenstraße 4  
79379 Müllheim  
Telefon: 07631 1765-0

Werkzentrum Müllheim  
Eisenbahnstraße 1a  
79379 Müllheim  
Telefon: 07631 9360718

## Baden-Württemberg (Bezirk der Regionaldirektion Baden-Württemberg)

### **Lebenshilfe Lörrach e.V. Werkstatt für behinderte Menschen**

(Reg.-Nr. 6/52)

Industriestr. 4  
79541 Lörrach-Haagen  
Telefon: 07621 4011-0  
Telefax: 07621 140195  
E-Mail: [wfbm@lebenshilfe-loerrach.de](mailto:wfbm@lebenshilfe-loerrach.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-loerrach.de>

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Werkstatt für psychisch behinderte Menschen:

Tumringer Str. 287  
79539 Lörrach  
Telefon: 07621 4012-0  
Telefax: 07621 140196  
E-Mail: [wts@lebenshilfe-loerrach.de](mailto:wts@lebenshilfe-loerrach.de)

**Werkstätten St. Josefshaus  
St. Josefshaus Herten Betriebs-gGmbH**

**(Reg.-Nr. 6/29)**

Hauptstr. 1  
79618 Rheinfelden  
Telefon: 07623 470-0  
Telefax: 07623 470-396  
E-Mail: [j.trueby@sankt-josefshaus.de](mailto:j.trueby@sankt-josefshaus.de)  
Homepage: <http://josefshaus-werkstaetten.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage, CNC-Bearbeitung  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Spielzeugherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
RECYCLING: Demontagearbeiten  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: hauswirtschaftliche Dienstleistungen  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Qualitätssicherung  
(Produktkontrolle für externe Firmen), allgemeine Dienstleistungen vor Ort

Produkte:

TEXTIL-/LEDERWAREN: Haus- und Heimtextilien  
KUNSTHANDWERK: Stuhlflechtarbeiten  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen  
SPIELWAREN: Holzspielwaren, Therapeutisches Spielzeug  
SONSTIGE PRODUKTE: Auf Anfrage

**Weitere Betriebsstätten:**

Zweigwerkstatt Bamlach  
Alte Weinstraße 2/1  
79515 Bad Bellingen  
Telefon: 07623 470-364

Zweigwerkstatt Markhof  
Leuengrabenmatt 3  
79639 Grenzach-Wylen  
Telefon: 07623 470-364

**Caritaswerkstätten Hochrhein gemeinnützige GmbH  
Verwaltung**

**(Reg.-Nr. 6/72)**

Schlüchtalstr. 1  
79761 Waldshut-Tiengen  
Telefon: 07741 605-0  
Telefax: 07741 605-256  
E-Mail: [info@caritas-wfbm-wt.de](mailto:info@caritas-wfbm-wt.de)  
Homepage: <http://www.caritas-hochrhein.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, CNC-Bearbeitung, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, CNC-Bearbeitung, Holzmontage, Palettenherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling, Demontagearbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren,  
Bedrucken von Gegenständen  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN: Manuelle und maschinelle Verpackung,  
Schrumpf-, Heißsiegelarbeiten, Folienschweißen, Konfektionierung  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Montagearbeiten/Industriemontage, Gastronomie  
(Cafe´Zwischen in Bad Säckingen und Waldshut-Tiengen)

Produkte:

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten  
SPIELWAREN: Holzspielwaren  
PAPIERWAREN  
BÜROARTIKEL  
WERBEMITTEL

**Weitere Betriebsstätten:**

Hauptwerkstatt:  
Werkstatt für behinderte Menschen  
"St. Ulrich"  
Von-Opel-Straße 5  
79761 Waldshut-Tiengen  
Telefon: 07741 605-0  
Telefax: 07741 605-199

Weitere Betriebsstätten:  
Werkstatt für behinderte Menschen  
Schlüchtalstraße 1  
79761 Waldshut-Tiengen  
Telefon: 07741 605-0  
Telefax: 07741 605-239

Werkstatt für behinderte Menschen  
Wallbach  
Rotfluhstraße 1  
79713 Bad Säckingen  
Telefon: 07761 5699-0  
Telefax: 07761 5699-49

Werkgemeinschaft Tiengen  
Kaitlestraße 6  
79761 Waldshut-Tiengen  
Telefon: 07741 605-303  
Telefax: 07741 605-399

Werkgemeinschaft Lauchringen  
Waldstraße 3  
79761 Waldshut-Tiengen/  
Lauchringen  
Telefon: 07741 605-403  
Telefax: 07741 605-499

Werkgemeinschaft Bad Säckingen  
Basler Straße 65  
79713 Bad Säckingen  
Telefon: 07761 9397503  
Telefax: 07761 9397529

## Baden-Württemberg (Bezirk der Regionaldirektion Baden-Württemberg)

### Reha-Zentrum Christiani

(Reg.-Nr. 6/87)

Freudenbergstr. 3-5  
79774 Albbruck  
Telefon: 07753 921112  
Telefax: 07753 921140  
E-Mail: [reha-zentrum@christiani-ev.de](mailto:reha-zentrum@christiani-ev.de)  
Homepage: <http://www.christiani-ev.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Möbelfertigung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei, Weberei  
VERPACKUNGSARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei

#### Weitere Betriebsstätten:

Reha-Zentrum Christiani  
Schnötring 11  
79804 Dogern

## Baden-Württemberg (Bezirk der Regionaldirektion Baden-Württemberg)

### Gemeindepsychiatrisches Zentrum Friedrichshafen gGmbH

#### Werkstatt für behinderte Menschen

(Reg.-Nr. 6/113)

Paulinenstr. 12  
88046 Friedrichshafen  
Telefon: 07541 4094-0  
Telefax: 07541 4094-150  
E-Mail: [info@gpz-fn.de](mailto:info@gpz-fn.de)  
Homepage: <http://www.gpz-fn.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Daten- und Texterfassung, Digitale Archivierung, Vervielfältigung von Datenträgern  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung



**Diakonie Pfingstweid e.V.  
Werkstätten für behinderte Menschen**

**(Reg.-Nr. 6/1)**

Hegenenstr. 2  
88069 Tettngang  
Telefon: 07542 970-161  
Telefax: 07542 970-101  
E-Mail: [info@pfingstweid.de](mailto:info@pfingstweid.de)  
Homepage: <http://www.pfingstweid.de/startseite>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage, CNC-Bearbeitung  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung,  
Spielzeugherstellung  
VERPACKUNGSARBEITEN  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen

Produkte:

SPIELWAREN: Holzspielwaren

**Weitere Betriebsstätten:**

Zweigwerkstatt Rohrbach  
Ernst-Zimmermann-Str. 15  
88045 Friedrichshafen  
Telefon: 07541 60331-0  
Telefax: 07541 60331-20

## Stiftung Liebenau

(Reg.-Nr. 6/18)

Siggenweiler Str. 11  
88074 Meckenbeuren  
Telefon: 07542 10-2300  
Telefax: 07542 10-2305  
E-Mail: [info@stiftung-liebenau.de](mailto:info@stiftung-liebenau.de)  
Homepage: <https://www.stiftung-liebenau.de>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Metallmontage  
HOLZ: Holzmontage  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
RECYCLING: Demontagearbeiten  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Digitale Archivierung / Aktenvernichtung  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei, Reinigungsarbeiten (Gebäudeservice)  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstwirtschaft, Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen), Umzugs- und Transportarbeiten, Landwirtschaft, Gastronomie  
Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Saisonartikel  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte, Sonstiger Gartenbedarf (Kamin- und Brennholz)  
PAPIERWAREN

### Weitere Betriebsstätten:

Stiftung Liebenau

mit folgenden eigenständigen  
Werkstattbetrieben:

Stiftung Liebenau Holding  
Siggenweilerstraße 11  
88074 Meckenbeuren-Liebenau  
Telefon: (07542)10-1232  
Telefax: (07542) 10-1269  
E-Mail: [info@stiftung-liebenau.de](mailto:info@stiftung-liebenau.de)  
Homepage: [www.stiftung-liebenau.de](http://www.stiftung-liebenau.de)

Liebenau Service GmbH  
Siggenweilerstraße 11  
88074 Meckenbeuren-Liebenau  
Telefon: (0 75 42) 10-7010  
Telefax: (0 75 42) 10-7999  
E-Mail: [info@lise-gmbh.de](mailto:info@lise-gmbh.de)  
Homepage: [www.lise-gmbh.de](http://www.lise-gmbh.de)

St. Gallus-Hilfe gGmbH  
Bereich Arbeit und Bildung  
Siggenweilerstraße 11  
88074 Meckenbeuren-Liebenau  
Telefon: (0 75 42) 10-2333  
Telefax: (0 75 42) 10-2305  
E-Mail: [info@st.gallus-hilfe.de](mailto:info@st.gallus-hilfe.de)  
Homepage: [www.st.gallus-hilfe.de](http://www.st.gallus-hilfe.de)

Mit folgenden Betriebsstätten:

Werkstatt Rosenharz  
Rosenharz 1  
88285 Bodnegg  
Telefon: 07520 929-2764  
Telefax: 07520 929-2781

Arbeitsintegrationsprojekt  
Karl-Maybach-Straße 15  
88239 Wangen (Amtzell-Geiselharz)  
Telefon: 07520 95623-0  
Telefax: 07520 95623-220

Arbeitsintegrationsprojekt (AIP)  
Markdorf  
Schießstattweg 11  
88677 Markdorf

Pontarlierstr. 9  
78048 Villingen-Schwenningen  
Telefon: 07721 2068269  
Mail: [fud-vs@st.gallus-hilfe.de](mailto:fud-vs@st.gallus-hilfe.de)

Arbeit und Bildung Leutkirch

**Baden-Württemberg (Bezirk der Regionaldirektion Baden-Württemberg)**

**BruderhausDiakonie  
Sozialpsychiatrische Hilfen Ravensburg - Bodenseekreis  
Verwaltung und Betriebsstätte**

**(Reg.-Nr. 6/74)**

Riesen 1  
88213 Ravensburg  
Telefon: 0751 7904-42  
Telefax: 0751 7904-32  
E-Mail: [sph.rv-fn@bruderhausdiakonie.de](mailto:sph.rv-fn@bruderhausdiakonie.de)  
Homepage: <http://www.bruederhausdiakonie.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Metallmontage  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Kaufmännische Arbeiten, Mailingaktionen,  
Warenvertrieb  
VERPACKUNGSARBEITEN UND VERSAND  
LEBENSMITTELBEARBEITUNG: Biozertifizierte Abfüllung von Lebensmitteln  
(Großgebände, Kleingebände, Flüssigkeiten)  
PRODUKTVEREDLUNG (Etikettierung von diversen Produkten)  
Produkte:  
LEBENSMITTEL: Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Bioprodukte (Bioland- und  
Demeter Landwirtschaft und Gärtnerei)

**Weitere Betriebsstätten:**

Hauptwerkstatt:  
WfbM Riesenhof  
Hinzistoblerstr. 10  
88212 Ravensburg  
Telefon: 0751 36362426  
Telefax: 0751 36362420

Weitere Betriebsstätte:

Werkstatt Wangen  
Simoniusstr. 9-11  
88239 Wangen  
Telefon: 07522 985626  
Telefax: 07522 985653

## OWB Oberschwäbische Werkstätten gem. GmbH

(Reg.-Nr. 6/12)

Jahnstr. 98  
88214 Ravensburg  
Telefon: 0751 36338-0  
Telefax: 0751 36338-65  
E-Mail: [info@owb.de](mailto:info@owb.de)  
Homepage: <http://www.owb.de>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

**METALL:**

Umformen (z.B. Biegen), Trennen (z.B. Spanen, Drehen, Bohren, Schleifen, Sägen, Fräsen, Entgraten, Fügen (z.B. Schweißen), Metallmontage, Pressen, Stanzen und Biegen von Stahl, Edelstahl sowie Aluminiums

**HOLZ:**

Holzbearbeitung, Holzmontage, Holzveredelung, Furnierarbeiten sowie dem finalen Lackieren der Erzeugnisse, Herstellung von Moderatorenkoffern aus Holz

**KUNSTSTOFF:**

Kunststoffverarbeitung, Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage

**VERPACKUNGSARBEITEN:**

Halb- oder vollautomatisches Verpacken, Konfektionieren, Einschweißen, Schrumpfen, Stretchen oder Umreifen.

**GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE:**

Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege (z.B. Pflegen kleiner und großer Garten- und Landschaftsanlagen, Heckenschneiden, Pflanzarbeiten, Rasenmähen)

**LOGISTIK, LAGER & VERSAND:**

Bestellung, Eingangskontrolle, Lagerhaltung, Verarbeitung, Kanbanfertigung, Qualitätskontrolle, Auslieferung "just-in-sequence" oder "just-in-time"

**EINZELHANDEL:**

- CAP-Supermarkt

- Cafésito-Kaffeerösterei (Ladenrösterei & Café), Cafésito-Kaffeerösterei (Werksverkauf)

**Produkte:**

**LEBENSMITTEL:**

Brot und Backwaren, Fleisch- und Wurstwaren, Landwirtschaftliche Erzeugnisse

**KUNSTHANDWERK:**

Holzarbeiten, Keramik, Kerzen, Saisonartikel

**HAUSHALTSWAREN**

**MÖBEL:**

Arbeits- und Büromöbel, Kindergarten-/Schulmöbel, Kleinmöbel, Regale, Wohnmöbel

**GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE:**

Pflanzen/Baumschulprodukte, Garten- und Landschaftsmöbel, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel, Sonstiger Gartenbedarf

**PAPIERWAREN**

**BÜROARTIKEL**

**WERBEMITTEL**

**SONSTIGE PRODUKTE:**

Bauelemente, Moderationsartikel (z.B. Pinnwände, Moderatorenkoffer, Papiere, Flipchart)

### Weitere Betriebsstätten:

OWB Oberschwäbische Werkstätten gem. GmbH  
Saarstr. 1  
88512 Mengen  
Telefon: 07572 7617-30  
Telefax: 07572 7144-81

OWB Oberschwäbische Werkstätten gem. GmbH  
Max-Eyth-Str. 11  
88353 Kisslegg  
Telefon: 07563 9103-30  
Telefax: 07563 7240-30

OWB Oberschwäbische Werkstätten gem. GmbH  
Friedrich-List-Str. 16  
88353 Kisslegg  
Telefon: 07563 9103-30  
Telefax: 07563 7240-30

OWB Oberschwäbische Werkstätten gem. GmbH  
Wachtelhau 3  
72488 Sigmaringen  
Telefon: 07571 7459-30  
Telefax: 07571 7459-441030

OWB Oberschwäbische Werkstätten gem. GmbH  
Schwarzachstraße 4  
88348 Bad Saulgau  
Telefon: 07572 7617-30  
Telefax: 07572 7144-81

**Weissenauer Werkstätten  
Werkstatt für behinderte Menschen**

**(Reg.-Nr. 6/48)**

Weingartshofer Str. 2  
88214 Ravensburg  
Telefon: 0751 7601-2010  
Telefax: 0751 7601-2016  
E-Mail: [monika.haerle@zfp-zentrum.de](mailto:monika.haerle@zfp-zentrum.de)  
Homepage: <https://www.zfp-web.de/>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
HOLZ: Holzbearbeitung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL: Weberei  
RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling, Metall-Recycling,  
Demontagearbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung,  
Fotokopieren, Lasergravur und Laserschnitt  
VERPACKUNGSARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und  
Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Fahrradwerkstatt, Umzugs- und Transportarbeiten

**Produkte:**

TEXTILWAREN: Teppiche  
LEBENSMITTEL: Brot und Backwaren, Landwirtschaftliche Erzeugnisse  
(Bioland-Gemüse), Getränke  
KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Textilien  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte  
PAPIERWAREN  
SONSTIGE PRODUKTE: Fahrräder

**Weitere Betriebsstätten:**

Außenstelle im GPZ Ravensburg  
GpZ-Werkstatt  
Reichlestr. 4  
88212 Ravensburg  
Telefon: 0751 25597  
Telefax: 0751 25598

Außenstelle Bad Schussenried  
Pfarrer-Leube-Straße 29  
88427 Bad Schussenried  
Telefon: 07583 33-1641  
Telefax: 07583 33-1643

Betriebsstätte "rebuy"  
Eywiesenstr. 5/1  
88212 Ravensburg  
Telefon: 0751 35294354  
Telefax: 0751 3524625

Betriebsstätte Wolfental  
Wolfentalerstraße 34  
88400 Biberach  
Telefon: 07351 506977  
Telefax: 07351 506993

**gemeinnützige St. Jakobus Behindertenhilfe GmbH  
Werkstatt St. Konrad Haslach**

**(Reg.-Nr. 6/91)**

Hoferweg 6  
88239 Wangen  
Telefon: 07528 928-0  
Telefax: 07528 928-613  
E-Mail: [wfbm@st-jakobus-behindertenhilfe.de](mailto:wfbm@st-jakobus-behindertenhilfe.de)  
Homepage: <http://www.st-jakobus-behindertenhilfe.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
HOLZ: klein Serien wie Insektenhotels und Insektenhäuser  
VERPACKUNGSARBEITEN  
MONTAGEARBEITEN

**Produkte:**

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Insektenhotel / Insektenhäuser  
SONSTIGE PRODUKTE:  
k-lumet - ökologische Feueranzünder für Kamin, Kachelöfen und Grill



## Baden-Württemberg (Bezirk der Regionaldirektion Baden-Württemberg)

### IWO-Integrations-Werkstätten Oberschwaben gGmbH

(Reg.-Nr. 6/115)

Stefan-Rahl-Str. 2  
88250 Weingarten  
Telefon: 0751 76907-0  
Telefax: 0751 76907-93  
E-Mail: [info@iwo-ggmbh.de](mailto:info@iwo-ggmbh.de)  
Homepage: <http://www.iwo-ggmbh.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Metallmontage

HOLZ: Holzmontage

KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Daten- und Texterfassung,

Digitale Archivierung (Beleg-Scanning und Bearbeitung),

Sonstige EDV-Dienstleistungen, Professionelle Datenlöschung,

Gebrauchtcomputer-Handel, Büromaterial-Verwaltung

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen, Lebensmittelmarkt (CAP-Markt),

Fahrradlieferservice (iwo bringt's zu Dir)

Produkte:

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Saisonartikel

SPIELWAREN: Brett- und Gesellschaftsspiele

SONSTIGE PRODUKTE: Computer und Zubehör (gebraucht)

## Baden-Württemberg (Bezirk der Regionaldirektion Baden-Württemberg)

### Die Zieglerschen - Nord - gemeinnützige GmbH

#### Neuland-Werkstätten

(Reg.-Nr. 6/16)

Hoffmannstr. 19  
88271 Wilhelmsdorf  
Telefon: 07503 929-630  
Telefax: 07503 929-632  
E-Mail: [wfbm-info@zieglersche.de](mailto:wfbm-info@zieglersche.de)  
Homepage: <http://www.zieglersche.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Zerspanung (z. B. Bohren, Fräsen, Drehen), Montage

HOLZ: Holzbearbeitung

KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung, Leuchtenmontage

VERPACKUNGSARBEITEN

SONSTIGE LEISTUNGEN: Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen), Fertigmontage verschiedenster Artikel

Produkte:

LEBENSMITTEL: Landwirtschaftliche Erzeugnisse (Bio-Gemüse, Gemüseveredelung, Kräuter, Obst), Bioprodukte, Fleisch- und Wurstwaren, Tee, Gewürze, Käse, Wein

KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Saisonartikel

HAUSHALTSWAREN: Backformausstecher, Kuchenbackformen, Mehlsiebe, Puderzuckerstreuer

#### Weitere Betriebsstätten:

NEULAND-Werkstätten

Haslachmühle

88263 Horgenzell

Telefon: 07503 929-630

Telefax: 07503 929-632

NEULAND-Werkstätten Aulendorf

Auf der Steige 60

88326 Aulendorf

Telefon: 07525 92289 101

Telefax: 07525 92289 131

**Evangelische Heimstiftung Stuttgart GmbH  
Stephanuswerk Isny  
Werkstatt für behinderte Menschen**

**(Reg.-Nr. 6/41)**

Maierhöfener Str. 56  
88316 Isny/Allgäu  
Telefon: 07562 74-1500  
Telefax: 07562 74-1509  
E-Mail: [info@ev-heimstiftung.de](mailto:info@ev-heimstiftung.de)  
Homepage: <http://www.stephanuswerk-isny.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
HOLZ: Spielzeugherstellung, Sprungseile  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektion  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN, Fotokopierarbeiten, Laminierarbeiten  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Logistische Leistungen,  
Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen),  
Industriemontagen aller Art, Töpferei,  
"Die Kaffeebohne" - Kaffeemanufaktur mit Gastronomie (siehe:  
[www.kaffeebohne-isny.de](http://www.kaffeebohne-isny.de)), Web-Shop mit Kaffee, Schokolade, Wein u.  
Geschenkversand

Produkte:  
LEBENSMITTEL: Kaffee ([www.kaffeebohne-isny.de](http://www.kaffeebohne-isny.de))  
KUNSTHANDWERK: Keramik, Saisonartikel  
PAPIERWAREN  
BÜROARTIKEL  
WERBEMITTEL  
SONSTIGE PRODUKTE: Kabelsätze: Leitungssätze in unterschiedlichen  
Ausführungen

**Weitere Betriebsstätten:**

Nadlerstraße 21  
88299 Leutkirch  
Telefon: 07561 9151248  
Telefax: 07561 9151249  
E-Mail:  
[wfbm.leutkirch@stephanuswerk.de](mailto:wfbm.leutkirch@stephanuswerk.de)

**Sprungbrett-Werkstätten gGmbH**

**(Reg.-Nr. 6/98)**

Immenrieder Str. 4  
88353 Kißlegg  
Telefon: 07563 9106-0  
Telefax: 07563 9106-18  
E-Mail: [michael.bertsch@sprungbrett-werkstaetten.de](mailto:michael.bertsch@sprungbrett-werkstaetten.de)  
Homepage: <http://www.sprungbrett-werkstaetten.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
HOLZ: Holzbearbeitung, Möbelfertigung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage (Leuchtenmontage), Kabelkonfektionierung, Lötarbeiten  
INDUSTRIEMONTAGE: Elektroteile, Werkzeuge, Gebrauchsartikel  
VERPACKUNGS- und KONFEKTIONIERUNGSARBEITEN: z. B. Abwiegen und Verpacken von Lebensmitteln

**St. Elisabeth-Stiftung  
Heggbacher Werkstattverbund  
Werkstatt für behinderte Menschen Biberach**

**(Reg.-Nr. 6/19)**

Im Schachen 4  
88447 Warthausen-Birkenhard  
Telefon: 07351 15890  
Telefax: 07351 158940  
E-Mail: [wfbm-biberach@st-elisabeth-stiftung.de](mailto:wfbm-biberach@st-elisabeth-stiftung.de)  
Homepage: <http://www.st-elisabeth-stiftung.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, CNC-Bearbeitung, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Palettenherstellung, Möbelfertigung, Holzmontage  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, CNC-Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Digitale Archivierung  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäsche sortieren und legen (Leihwäsche), Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Montagen aller Art, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

**Produkte:**

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Saisonartikel  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel, Pflanzen/Baumschulprodukte, Vogelfutterhäuschen / Nistkästen, Pflanzenkübel, Sonstiger Gartenbedarf (Gewächshäuser, Kompostsilos, Frühbeete, Hochbeete)  
PAPIERWAREN: Weihnachts- und Glückwunschkarten  
SONSTIGE PRODUKTE: Edelstahlkreuze

**Weitere Betriebsstätten:**

WfbM Laupheim  
Fockestr. 23  
88471 Laupheim  
Telefon: 07392 9652-0  
Telefax: 07392 965240

Kompetenzzentrum mechanische  
Fertigung  
Fockestr. 11  
88471 Laupheim  
Telefon: 07392 977970-30  
Telefax: 07392 977970-39

WfbM Ehingen  
Breslauer Str. 24  
89584 Ehingen  
Telefon: 07391 58060  
Telefax: 07391 580640

Außenstelle der WfbM Ehingen  
Berkacher Str. 42  
89584 Ehingen

WfbM Heggbach  
Heggbach  
88437 Maselheim  
Telefon: 07353 810  
Telefax: 07353 81-119

Werkgemeinschaft Ehingen  
Katharinasteige 7  
89584 Ehingen  
Telefon: 07391 77007-0  
Telefax: 07391 77007-40

**Außenstellen der WfbM Biberach:**

Rindenmooser Str. 25  
88400 Biberach

Moll-Halle  
Waldseer Str. 147  
88400 Biberach

Betriebsstätten für psychisch  
behinderte Menschen:

Werkgemeinschaft Bad Buchau  
Schussenrieder Str. 75  
88422 Bad Buchau  
Telefon: 07582 93060  
Telefax: 07582 930640

Saulgauer Str. 51  
88400 Biberach

## Baden-Württemberg (Bezirk der Regionaldirektion Baden-Württemberg)

### Camphill Werkstätten Hermannsberg gGmbH

(Reg.-Nr. 6/97)

Hermannsberg  
88633 Heiligenberg  
Telefon: 07552 2601-0  
Telefax: 07552 2601-39  
E-Mail: [Werkstatt@hermannsberg.de](mailto:Werkstatt@hermannsberg.de)  
Homepage: <http://www.hermannsberg.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung  
TEXTIL/LEDER: Handweberei, Teppichweberei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei

#### Produkte:

TEXTIL/LEDERWAREN: Haus- und Heimtextilien, Teppiche  
LEBENSMITTEL: Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Kräutertees, Milch- und  
Milcherzeugnisse  
KUNSTHANDWERK: Kerzen, Wohnraumaccessors  
MÖBEL: Wohnraummöbel, Betten, Kindermöbel  
SPIELWAREN: Kugelbahnen, Holzspielwaren, Geschicklichkeitsspiele,  
Balance-Spiele  
PAPIERWAREN: Papiererzeugnisse, Schulhefte

#### Weitere Betriebsstätten:

Außenstelle "Lichthof"  
88633 Heiligenberg  
Telefon: 07552 400370  
Telefax: 07552 400371

## Baden-Württemberg (Bezirk der Regionaldirektion Baden-Württemberg)

### Lebens- und Arbeitsgemeinschaft Lautenbach e.V.

(Reg.-Nr. 6/62)

Dorfgemeinschaft Lautenbach 1  
88634 Herdwangen-Schönach  
Telefon: 07552 2620  
Telefax: 07552 262162  
E-Mail: [vertrieb@lautenbach-ev.de](mailto:vertrieb@lautenbach-ev.de)  
Homepage: <http://www.lautenbach-ev.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Spielzeugherstellung  
TEXTIL/LEDER: Lederarbeiten, Schafwolleppiche  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

#### Produkte:

TEXTIL-/LEDERWAREN: Haus- und Heimtextilien, Lederbälle, Schafwolleppiche nach Maß  
LEBENSMITTEL: Fleisch- und Wurstwaren, Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Bioprodukte (DEMETER-Produkte)  
KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Keramik, Textilien  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte, Garten- und Landschaftsmöbel  
SPIELWAREN: Großbrettspiele, Holzspielwaren, Kinderfahrzeuge, Therapeutisches Spielzeug  
SONSTIGE PRODUKTE: Reha-Mittel (Esshilfeteller,  
Brettspiele: Mensch-Ärgere-Dich-Nicht für sehbehinderte Menschen,  
Immer 4 für sehbehinderte Menschen, Kacheln für Kachelofenbau

**Gemeindepsychiatrisches Zentrum Überlingen gGmbH (GpZ  
Überlingen)  
Werkstatt Überlingen**

**(Reg.-Nr. 6/112)**

Obere Bahnhofstr. 18  
88662 Überlingen  
Telefon: 07551 30118-0  
Telefax: 07551 30118-99  
E-Mail: [werkstatt@g-p-z.de](mailto:werkstatt@g-p-z.de)  
Homepage: <http://g-p-z.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: CNC-Bearbeitung (CNC-Fräsen, CNC-Drehen)  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung (CNC-Drehen, CNC-Fräsen)  
MONTAGEARBEITEN  
RECYCLING: Demontagearbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung,  
Letter- und Copyshop  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei  
SONSTIGE LEISTUNGEN: HANDEL: Onlineshop, ebay-Agentur

**Weitere Betriebsstätten:**

GpZ Überlingen - Gewerbegebiet  
Zum Degenhardt 12  
88662 Überlingen

**Camphill Werkstätten Lehenhof gGmbH**

**(Reg.-Nr. 6/35)**

Lehenhof 2  
88693 Deggenhausertal  
Telefon: 07555 92789910  
Telefax: 07555 801135  
E-Mail: [wfbm@lehenhof.de](mailto:wfbm@lehenhof.de)  
Homepage: <http://www.lehenhof.de/start>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
HOLZ: Kistenfertigung, Europaletten-Herstellung  
TEXTIL/LEDER: Weberei, Stickerei  
DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN: Kleinmontage, Konfektionieren, Folienschweißen, Etikettierung  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen

**Produkte:**

TEXTIL-/LEDERWAREN: Bekleidung, Haus- und Heimtextilien, Teppiche  
LEBENSMITTEL: Brot und Backwaren, Fleisch- und Wurstwaren, Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Bioprodukte,  
Käse, Milcherzeugnisse  
KUNSTHANDWERK: Textilien  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen (aus Holz), Pflanzenkübel, Sonstiger  
Gartenbedarf  
(Feueranzünder ( <http://www.lehenhof4you.de/kontor/index.php/de/Feueranzuender-k-lumet/c-KAT07/a-LE.7900> ),  
Grillanzünder, Anfeuerhilfen)  
PAPIERWAREN: Papiererzeugnisse, Schulhefte mit verschiedenen Lineaturen  
MÖBEL: Küchen  
EINZELHANDEL: Werkstatt- und Naturkostladen  
SONSTIGE PRODUKTE: Holzkisten



## Baden-Württemberg (Bezirk der Regionaldirektion Baden-Württemberg)

### Sprungbrett-Werkstätten gGmbH

(Reg.-Nr. 6/100)

Ziegeleistr. 46  
88697 Bermatingen  
Telefon: 07544 9527-0  
Telefax: 07544 9527-34  
E-Mail: [martin.hahn@sprungbrett-werkstaetten.de](mailto:martin.hahn@sprungbrett-werkstaetten.de)  
Homepage: <http://www.sprungbrett-werkstaetten.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage, Spanabhebende Bearbeitung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Weberei, Filzbearbeitung  
VERPACKUNGSARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

Produkte:

KUNSTHANDWERK: Gebrauchskeramik und kunstkeramische Unikate, Webartikel (handgewebte Teppiche, Schals, Plaids, Decken...), Filzartikel

#### Weitere Betriebsstätten:

Betriebsstätte Markdorf  
Arbeitsintegrationsprojekt (AIP)  
Markdorf  
Schießstattweg 11  
88677 Markdorf

## Baden-Württemberg (Bezirk der Regionaldirektion Baden-Württemberg)

### LWV.Eingliederungshilfe GmbH

#### WfbM Tannenhof Ulm

(Reg.-Nr. 6/37)

Saulgauer Str. 3  
89079 Ulm  
Telefon: 0731 4013-160  
Telefax: 0731 4013-475  
E-Mail: [adrian.donder@lww-eh.de](mailto:adrian.donder@lww-eh.de)  
Homepage: <http://www.lww-eh.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Metallbearbeitung, CNC-Bearbeitung (Drehen), Metallmontage  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage  
TEXTIL/LEDER: Näherei, Stickerei (Wäschekennzeichnung), Technischer Zuschnitt  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Digitale Archivierung, Großformat-Scan (bis DIN A0)  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (Schulverpflegung)  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Lagerlogistik

#### Weitere Betriebsstätten:

Gottlieb-Daimler-Str. 27  
89150 Laichingen

**Donau-Iller-Werkstätten Jungingen gemeinnützige GmbH**

**(Reg.-Nr. 6/21)**

Am Pfannenstiel 1  
89081 Ulm-Jungingen  
Telefon: 0731 96640-0  
Telefax: 0731 96640-80  
E-Mail: [info-uw@lebenshilfe-donau-iller.de](mailto:info-uw@lebenshilfe-donau-iller.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-donau-iller.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
HOLZ: Holzverarbeitung, Palettenherstellung, Spielzeugherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage, Laserbeschriftung von Kunststoff  
ELEKTROMONTAGE/INDUSTRIEMONTAGE  
DRUCK/GRAFIK: Bedrucken von Gegenständen (Tampondruck)  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SCHILDERBESCHRIFTUNG  
Produkte:  
GÄRTNEREIERZEUGNISSE  
KLEINMOEBEL AUS HOLZ  
KUNSTHANDWERK: Dekoartikel aus Uvfo und Holz, Schmuck  
WERBEARTIKEL / LASERBESCHRIFTUNG

**Weitere Betriebsstätten:**

Betriebsstätte Blaustein  
Lindenstraße 9  
89134 Blaustein  
Telefon: 07304 92843-0  
Telefax: 07304 92843-199  
E-Mail: [info-uw@lebenshilfe-donau-iller.de](mailto:info-uw@lebenshilfe-donau-iller.de)

**Ausgelagerte Bereiche:**

Gärtnerei St. Moritz 1  
St. Moritz 1  
89081 Ulm-Jungingen  
Telefon: 07348 948440  
Telefax: 07348 948441

CAP-Jungingen -  
Lebensmittelgeschäft  
Lehrer Str. 1  
89081 Ulm-Jungingen  
Telefon: 0731 9608133  
Telefax: 0731 9608135  
E-Mail: [cap-jungingen@lebenshilfe-donau-iller.de](mailto:cap-jungingen@lebenshilfe-donau-iller.de)

**Betriebsstätten für psychisch behinderte Menschen:**

Donau-Iller-Werkstätten Böfingen  
gGmbH  
Eberhard-Finckh-Straße 34  
89075 Ulm-Böfingen  
Telefon: 0731 926980-0  
Telefax: 0731 926980-80

Nelsonallee 6 (Halle 3003)  
89231 Neu-Ulm

## Baden-Württemberg (Bezirk der Regionaldirektion Baden-Württemberg)

### Werkstatt am Bahnhof Werkstatt für psychisch Kranke

(Reg.-Nr. 6/104)

In den Seewiesen 26  
89520 Heidenheim  
Telefon: 07321 9341-0  
Telefax: 07321 9341-20  
E-Mail: [f.raith@awo-heidenheim.de](mailto:f.raith@awo-heidenheim.de)  
Homepage: <http://awo-heidenheim.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling, Demontagearbeiten

VERPACKUNGSARBEITEN: Kalender- und Katalogkonfektionierung

SONSTIGE LEISTUNGEN: Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen), Nacharbeiten, Herstellung von Produktaccessoires (z.B. Zubehör)

## Baden-Württemberg (Bezirk der Regionaldirektion Baden-Württemberg)

### Heidenheimer gemeinnützige Werkstätten und Wohnheime HWW GmbH

(Reg.-Nr. 6/26)

Waldstr. 5-7  
89522 Heidenheim  
Telefon: 07321 348-0  
Telefax: 07321 348119  
E-Mail: [info@hwwgmbh.de](mailto:info@hwwgmbh.de)  
Homepage: <http://www.hwwgmbh.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

TEXTIL/LEDER: Näherei, Weberei

EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei

SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Qualitätssicherung  
(Produktkontrolle für externe Firmen)

#### Weitere Betriebsstätten:

Ottostraße 1  
89537 Giengen  
Telefon: 07322 95723-0  
Telefax: 07322 95723-219

**Caritas-Werkstätten  
Alois Eckert**

**(Reg.-Nr. 6/53)**

Waldstr. 40  
97922 Lauda-Königshofen  
Telefon: 09343 6235-0  
Telefax: 09343 623544  
E-Mail: [aew@caritas-tbb.de](mailto:aew@caritas-tbb.de)  
Homepage: <http://www.caritas-tbb.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen (z.B. Sägen), Fügen, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Kistenfertigung, Palettenherstellung,

Spielzeugherstellung

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung, Schaltschrankbau

VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei (Wäschemangel)

Produkte:

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten

SPIELWAREN: Brett- und Gesellschaftsspiele, Holzspielwaren, Puppen und Puppenmöbel

**Weitere Betriebsstätten:**

Caritas-Werkstätten

Grünsfeld

Leuchtenbergstr. 27

97947 Grünsfeld

Telefon: 09346 929477

E-Mail: [cwg@caritas-tbb.de](mailto:cwg@caritas-tbb.de)

Caritas-Werkstätten

Tauberbischofsheim

Dr.-Ulrich-Str. 11

97941 Tauberbischofsheim

Telefon: 09341 897092

E-Mail: [cwt@caritas-tbb.de](mailto:cwt@caritas-tbb.de)

Caritas-Werkstätten

St. Bonifatius

Albert-Schweitzer-Straße 27

97941 Tauberbischofsheim

Telefon: 09341 8495561

E-Mail: [cwb@Caritas-tbb.de](mailto:cwb@Caritas-tbb.de)

**Lebenshilfe Werkstätten e.V. Schmerlenbach  
Zentralverwaltung**

**(Reg.-Nr. 7/10)**

Bayreuther Str. 9  
63741 Aschaffenburg  
Telefon: 06021 44373-101  
Telefax: 06021 44373-700  
E-Mail: [zentrale@wfbm-schmerlenbach.de](mailto:zentrale@wfbm-schmerlenbach.de)  
Homepage: <http://www.wfbm-schmerlenbach.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Möbelfertigung

KUNSTSTOFF: Kunststoffverarbeitung, Kunststoffbearbeitung,

Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung

EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,

Landschaftspflege

WEINBAU/WEINBERGSPFLEGE

Produkte:

Lebensmittel: Wein (Anbau in BIOLAND-Qualität verschiedene Sorten

Portugieser, Regent, Riesling, Spätburgunder, Spätburgunder Weißherbst)

MÖBEL: Regale

SPIELWAREN: Brett- und Gesellschaftsspiele

PAPIERWAREN

**Weitere Betriebsstätten:**

Hauptwerkstatt:

Lebenshilfe Werkstätten e.V.

Schmerlenbach

Haibacher Straße 50

63768 Hösbach

Telefon: 06021 6362-0

Telefax: 06021 6362-50

Weitere Betriebsstätten:

Werkstatt Großheubach

Industriestr. 32

63920 Großheubach

Telefon: 09371 4034-0

Telefax: 09371 4034-40

Werkstatt Stockstadt

Wallstädter Str. 11

63811 Stockstadt

Telefon: 06027 41700

Telefax: 06027 417035

Werkstatt Aschaffenburg

Ansbacher Str. 4

63743 Aschaffenburg

Telefon: 06021 44373-0

Telefax: 06021 44373-600



**ISAR-WÜRM-LECH, IWL  
Werkstätten für behinderte Menschen gemeinnützige GmbH  
Werkstatt für psychisch behinderte Menschen München**

**(Reg.-Nr. 8/63)**

Arnulfstr. 205 / Rückgebäude  
80634 München  
Telefon: 089 130797-0  
Telefax: 089 1688451  
E-Mail: [muenchen@wfb-iwl.de](mailto:muenchen@wfb-iwl.de)  
Homepage: <http://www.wfb-iwl.de>

**Weitere Betriebsstätten:**

Betriebsstätte für psychisch behinderte Menschen  
Graf-Zeppelin-Str. 19  
86899 Landsberg/Lech  
Telefon: 08191 657280  
Telefax: 08191 65728750  
E-Mail: [info.gz@wfb-iwl.de](mailto:info.gz@wfb-iwl.de)

Betriebsstätte für psychisch behinderte Menschen  
Traubinger Str. 25  
82346 Machtfing  
Telefon: 08157 93140  
Telefax: 08157 4338  
E-Mail: [iwl.machtfing@wfb-iwl.de](mailto:iwl.machtfing@wfb-iwl.de)

### VUB Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft für Behindertenwerkstätten m.b.H.

(Reg.-Nr. 8/6)

Barlachstr. 26  
80804 München  
Telefon: 089 8393-8003  
Telefax: 089 8393-8010  
E-Mail: [info@pfennigparade.de](mailto:info@pfennigparade.de)  
Homepage: <http://www.pfennigparade.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Daten- und Texterfassung, Digitale Archivierung, Sonstige EDV-Dienstleistungen (Datenservice - Datenerfassung - Scanning, Web-Projekte, Direktmarketing - Lettershop - Archivierung)  
IT und IT-Technik  
- Service Support/Betrieb  
- IT-Infrastruktur  
- Netzwerkbetreuung  
Technik  
Elektroprüfung nach Unfallverhütungsvorschrift DGUV Vorschrift 3 (alt: BGV A3)  
(Siehe: <http://www.elektroprüfung-münchen.de> / <http://www.elektroprüfung-stuttgart.de> )  
Dokumenten-Management  
- Rechnungseingangsmanagement  
- Elektronische Personalakte  
- Posteingangsmanagement  
- Scanning und Mikroverfilmung  
- OCR  
- Indexierung  
- Archivierung  
Kaufmännisch-betriebswirtschaftliche Prozessunterstützung  
- Finanz- und Rechnungswesen  
- Rechnungsprüfung  
- Rechnungseingangsmanagement  
- Forderungsmanagement  
- Antragsbearbeitung  
- Controlling  
- Buchhaltung  
- Technisch-kaufmännische Sachbearbeitung  
- Fuhrparkverwaltung  
- Logistik  
- Import-/Exportsteuerung  
- IT-kaufmännische Sachbearbeitung  
- Projektmanagement / Projektmanagement-Assistenzen  
DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung  
MAILING UND VERSANDARBEITEN: Lettershop  
VERPACKUNGSARBEITEN: z. B. Konfektionierung  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Manuelle Dienstleistungen: z.B. CD's einkleben, Beilagen einlegen, Werbeaktionen  
Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Keramik, Kerzen, Korb- und Stuhflechtarbeiten, Saisonartikel, Textilien (Seidenmalerei), Gemälde  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte  
PAPIERWAREN

#### Weitere Betriebsstätten:

WKM Werkstatt für Körperbehinderte GmbH München  
Barlachstr. 26  
80804 München  
Telefon: 089 8393-4601  
Telefax: 089 8393-4980  
E-Mail: [josef.grimm@pfennigparade.de](mailto:josef.grimm@pfennigparade.de)  
Homepage: [www.werkstatt-pfennigparade.de](http://www.werkstatt-pfennigparade.de)

Gärtnerei "Am Hart"  
Rothplatzstr. 57  
80937 München  
Telefon: 089 3117245

Am Mitterfeld 7  
81829 München

Musenbergstr. 30-32  
81929 München

BKG Büro-Kommunikation GmbH  
Petuelring 108  
80807 München  
Telefon: 089 8393-8777  
Telefax: 089 8393-8366  
E-Mail: [katrin.fleger@pfennigparade.de](mailto:katrin.fleger@pfennigparade.de)  
Homepage: [www.bkg-service.de](http://www.bkg-service.de)

PSG Programmier-Service GmbH  
Werkstatt für körperbehinderte Menschen  
Petuelring 108  
80807 München  
Telefon: 089 8393-8505  
Telefax: 089 8393-8515  
E-Mail: [michael.lieb@pfennigparade.de](mailto:michael.lieb@pfennigparade.de)  
Homepage: [www.psg-online.de](http://www.psg-online.de)

PSG Programmier-Service GmbH  
Blumenstr. 8  
73779 Deizisau (bei Stuttgart)  
Telefon: 07153 8202-0  
Telefax: 07153 8202-114

VSF Verlags- und Sortimentsbuchbinderei GmbH  
Lise-Meitner-Straße 7  
85716 Unterschleißheim  
Telefon: 089 374293-0

Telefax: 089 374293-44  
E-Mail: [info@vsb-binderei.de](mailto:info@vsb-binderei.de)  
Homepage: [www.vsb-binderei.de](http://www.vsb-binderei.de)

Werkstatt für psychisch behinderte  
Menschen (Autisten)  
Ohmstr. 3  
85716 Unterschleißheim

## Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)

### **AWO-München ConceptLiving GmbH Werkstatt für psychisch behinderte Menschen**

**(Reg.-Nr. 8/65)**

Gneisenastr. 8  
80992 München  
Telefon: 089 13957829-80  
Telefax: 089 13957829-81  
E-Mail: [conceptliving@awo-muenchen.de](mailto:conceptliving@awo-muenchen.de)  
Homepage: <https://www.awo-muenchen.de/psychiatrie/awo-muenchen-conceptliving-gmbh/ueber-uns>

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Betriebsstätten für psychisch behinderte Menschen:

Holzwerkstatt ProNova  
Ständlerstraße 43  
81549 München  
Telefon: 089 68086180  
Telefax: 089 684043  
E-Mail: [werkstatt-pronova@perspektive-muenchen.de](mailto:werkstatt-pronova@perspektive-muenchen.de)  
Homepage: <http://www.perspektive-muenchen.de>

Werkstatt Projekt Print  
Admiralbogen 47  
80939 München  
Telefon: 089 1296046  
Telefax: 089 1237189  
E-Mail: [projekt-print@perspektive-muenchen.de](mailto:projekt-print@perspektive-muenchen.de)  
Homepage: <http://www.perspektive-muenchen.de>

Werkstatt Anderwerk  
Lernstatt Recycling  
Kreuzstraße 9  
85622 Feldkirchen  
Telefon: 089 901090-0  
Telefax: 089 90109030  
E-Mail: [recycling@anderwerk.de](mailto:recycling@anderwerk.de)  
Homepage: <http://www.anderwerk.de>

Backshop mit Cafeteria  
Admiralbogen 41-43  
80939 München

Hauswirtschaft Haidhausen  
Gravelottestr. 6 und 14  
81667 München

**Katholisches Jugendsozialwerk München e.V.  
Monsignore-Bleyer-Haus  
Anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen**

**(Reg.-Nr. 8/36)**

Avenariusstr. 13  
81243 München  
Telefon: 089 89691-711  
Telefax: 089 89691-899  
E-Mail: [thomas.heilmann@kjsw.de](mailto:thomas.heilmann@kjsw.de)  
Homepage: <http://mbh.kjsw.de/text.php?id=146>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

**Auftragsarbeiten:**

**METALL:** Umformen (z.B. Biegen), Trennen (z.B. Drehen, Fräsen, Bohren, Stanzen, Sägen), CNC-Bearbeitung (z.B. CNC-Drehen, CNC-Erodieren), Fügen (z.B. Schweißen), Metallmontage

**HOLZ:** Holzbearbeitung, Holzmontage, CNC-Bearbeitung (z.B. CNC-Fräsen), Möbelfertigung

**KUNSTSTOFF:** Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage

**ELEKTRO:** Kabelkonfektionierung

**LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN (Holz)**

**DRUCK/GRAFIK:** Druckweiter- und -endverarbeitung

**MAILING UND VERSANDARBEITEN**

**VERPACKUNGSARBEITEN:** Dienstleistungen und Lohnfertigungen im Verpackungs- und Konfektionsbereich

**HAUSWIRTSCHAFT:** Wäscherei

**GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE:** Garten- und Landschaftsbau

**SONSTIGE LEISTUNGEN:** Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen), Fachkraft für Arbeitssicherheit,

Mattenschneiderei: Zuschnitt von Filtermatten für Industrie-Absauganlagen

**Produkte:**

**LEBENSMITTEL:** Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Bioprodukte

**KUNSTHANDWERK:** Floristische Artikel, Holzarbeiten, Saisonartikel

**MÖBEL:** Arbeits- und Büromöbel, Kindergarten-/Schulmöbel, Kleinmöbel, Regale, Wohnmöbel

**GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE:** Pflanzen/Baumschulprodukte, Sonstiger Gartenbedarf

## Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)

### Lebenshilfe Werkstatt GmbH

(Reg.-Nr. 8/2)

Scharnitzstr. 11  
81377 München  
Telefon: 089 71008-0  
Telefax: 089 71008-18  
E-Mail: [info@lhw-muc.de](mailto:info@lhw-muc.de)  
Homepage: <http://www.lhw-muc.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage, Schweißen  
LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN: Oberflächenbeschichtung  
(Kathodische Tauchlackierung)  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
RECYCLING: Demontagearbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Digitale Archivierung (Datenarchivierung)  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering (Kantinenverpflegung), Wäscherei  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Logistische Leistungen  
Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Kerzen unterschiedlichster Art

#### Weitere Betriebsstätten:

Lebenshilfe Werkstatt GmbH  
Zweigwerkstatt Putzbrunn  
Theodor-Heuss-Str. 16a  
85640 Putzbrunn  
Telefon: 089 660042-0  
Telefax: 089 660042-18

Zweigwerkstatt Lerchenau  
Waldmeisterstraße 80  
80935 München  
Telefon: 089 3090739-11  
Telefax: 089 3090739-29

Betriebsstätte für psychisch  
behinderte Menschen:

Zweigwerkstatt Obersendling  
Rupert-Mayer-Str. 44  
81379 München  
Telefon: 089 7109018-15  
Telefax: 089 7109018-18

## Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)

### ICP-Werkstatt im Münchener Förderzentrum (MFZ)

#### Verwaltung

(Reg.-Nr. 8/60)

Garmischer Str. 241  
81377 München  
Telefon: 089 71007-108  
Telefax: 089 71007-102  
E-Mail: [alfons.forstpointner@icpmuenchen.de](mailto:alfons.forstpointner@icpmuenchen.de)  
Homepage: <http://www.icpmuenchen.de/Muenchner-Foerderzentrum/muenchner-foerderzentrum.htm>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
DRUCK/GRAFIK: Druckvorbereitung und -weiterverarbeitung, Grafische  
Gestaltung, Fotokopieren  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Daten- und Texterfassung, Sonstige EDV-  
Dienstleistungen  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei, Reinigungsarbeiten  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Lohnabfüllung, Teil- und Komplettmontagen,  
Fulfillment-Service  
Produkte:  
WERBEMITTEL  
SONSTIGE PRODUKTE: Bilderrahmen, Reha-Mittel

#### Weitere Betriebsstätten:

Werkstatt:  
ICP-Werkstatt im MFZ  
Burmesterstr. 26  
80939 München



**Südbayerische Wohn- und Werkstätten  
für Blinde und Sehbehinderte gGmbH**

**(Reg.-Nr. 8/14)**

Roßtaler Weg 2-4  
81549 München  
Telefon: 089 69346-0  
Telefax: 089 69346-299  
E-Mail: [info@sww-muenchen.de](mailto:info@sww-muenchen.de)  
Homepage: <http://sww-muenchen.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

MAILING UND VERSANDARBEITEN

KONFEKTIONIERUNGS- UND VERPACKUNGSARBEITEN: einfache  
Verpackungstätigkeiten (in Kartons, Beutel, Folie, Umschläge usw.), leichte  
Montage/Demontageaufgaben, Abzählaufträge, Konfektionierung von Sets

DATEN- UND AKTENVERNICHTUNG:

- Vernichtung und Entsorgung von Akten nach Sicherheitsstufe 3 DIN 32575 /  
DIN 66399.

- Vernichtung von Festplatten, CD's, USB-Sticks, Röntgenbildern, Handys usw.  
nach Sicherheitsstufe H-4, F-2, E,4, T-5 und O-4 DIN 66399.

Produkte:

TEXTIL: Teppiche, Haus- und Heimtextilien (Kissen, Bankauflagen, Textilkörbe,  
Aufbewahrungskörbe, Tischsets), Hunde- u. Katzenkörbe

KUNSTHANDWERK: Keramik (Schälchen, Teller und Tassen, Geschirrserien,  
Gartenartikel), auch individuelle Anfertigungen und Bemalung

SONSTIGE PRODUKTE: Reha-Mittel (Esshilfe-Teller, Trinkhilfe-Becher und -  
Tassen)

**Weitere Betriebsstätten:**

Werkstattmanufaktur in Sendling  
Daten- und Aktenvernichtung  
Gmunderstr. 33  
81379 München  
Telefon: 089 4613361-0  
Telefax: 089 4613361-29

**Caritas Brucker Werkstatt für Menschen mit Behinderung  
Werkstätten-Union Fürstenfeldbruck**

**(Reg.-Nr. 8/32)**

Maisacher Str. 68  
82256 Fürstenfeldbruck  
Telefon: 08141 614-0

Telefax: 08141 41979

E-Mail: [info-wfbffb@caritasmuenchen.de](mailto:info-wfbffb@caritasmuenchen.de)

Homepage: <https://www.caritas-nah-am-naechsten.de/Werkstaetten/Fuerstenfeldbruck/Default.aspx>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen (z.B. Sägen, Bohren, Gewindeschneiden), CNC-Bearbeitung (Drehen, Fräsen), Fügen, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Kofferfertigung, Lohnhobeln, Zuschnitte, Oberflächenbearbeitung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung

KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN (Holz)

DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren

EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Dokumentenservice

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN und KONFEKTIONIERUNG

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Lasergravieren

Produkte:

MÖBEL: Petö-Möbel für konduktive Förderung

**Weitere Betriebsstätten:**

Humboldtstraße 2a  
81543 München  
Telefon: 089 622706-0  
Telefax: 089 622706-63

Einsteinstraße 3  
85221 Dachau  
Telefon: 08131 32296-0  
Telefax: 08131 32296-40

Thalkirchner Str. 210  
81371 München  
Telefon: 089 72448740  
Telefax: 089 72448715

Brucker Werkstatt  
Bahnhofstr. 26  
82256 Fürstenfeldbruck

Betriebsstätte für psychisch  
behinderte Menschen:

Cepro  
Werkstatt für Menschen mit  
psychischen Problemen  
und Behinderungen  
Rudolf-Diesel-Str. 8  
85221 Dachau  
Telefon: 08131 2726393  
Telefax: 08131 279849  
E-Mail:  
[wfbm.cepro@caritasmuenchen.de](mailto:wfbm.cepro@caritasmuenchen.de)

**Kinder-, Jugend- und Erwachsenenhilfe e.V.  
Werdenfelser Werkstätten**

**(Reg.-Nr. 8/37)**

Dompfaffstr. 3  
82467 Garmisch-Partenkirchen  
Telefon: 08821 943094-11  
Telefax: 08821 943094-40  
E-Mail: [Werkstatt@kje-hilfe.de](mailto:Werkstatt@kje-hilfe.de)  
Homepage: <http://kje-hilfe.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung, uvm.

KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

TEXTIL/LEDER: Weberei

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei

Produkte:

TEXTIL-/LEDERWAREN: Teppiche

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Saisonartikel, Textilien

MÖBEL: Kleinmöbel, Regale

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel, Sonstiger Gartenbedarf

PAPIERWAREN

WERBEMITTEL

**Weitere Betriebsstätten:**

Betriebsstätte für Menschen mit  
seelischer Behinderung:

WWZentral, Werdenfelser

Werkstätten Zentral

Hauptstraße 60-64

82467 Garmisch-Partenkirchen

**Caritas Wendelstein Werkstätten  
des Caritasverbandes der Erzdiözese München-Freising e.V.  
Werk Raubling**

**(Reg.-Nr. 8/20)**

Mühlenstr. 7

83064 Raubling

Telefon: 08035 90999-0

Telefax: 08035 90999-55

E-Mail: [wendelstein-info@caritasmuenchen.de](mailto:wendelstein-info@caritasmuenchen.de)

Homepage: <https://www.caritas-nah-am-naechsten.de/Werkstaetten/Wendelstein/Default.aspx>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

TEXTIL/LEDER: Näherei, Weberei

DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung, Fotokopieren

EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei

AKTENVERNICHTUNG

SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen, Qualitätssicherung  
(Produktkontrolle für externe Firmen)

Produkte:

SPIELWAREN: Brett- und Gesellschaftsspiele, Holzspielwaren, Puppen und Puppenmöbel, Therapeutisches Spielzeug

TEXTIL-/LEDERWAREN: Teppiche

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Kerzen, Saisonartikel, Textilien

HAUSHALTSWAREN

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen

SONSTIGE PRODUKTE: "side by side" Design-Artikel von Werkstätten für behinderte Menschen

**Weitere Betriebsstätten:**

Werk Hochgernstraße

Hochgernstr. 16

83026 Rosenheim

Telefon: 08031 2465-0

Telefax: 08031 44741

Werk Aicherpark/ KOMPASS

Werkstatt für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen

Kolbermoorer Str. 34

83022 Rosenheim

Telefon: 08031 6509-0

Telefax: 08031 650922

### Chiemgau-Lebenshilfe-Werkstätten GmbH

(Reg.-Nr. 8/8)

Bodelschwinghstr. 2  
83301 Traunreut  
Telefon: 08669 86134-0  
Telefax: 08669 86134-155  
E-Mail: [info@clw-traunreut.de](mailto:info@clw-traunreut.de)  
Homepage: <http://clw-traunreut.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

HOLZ: Holzverpackungen: von der Holzpalette bis zur Transportkiste (registrierter Hersteller entsprechend dem IPPC-Standard), CNC-Bearbeitungszentrum (Fräsarbeiten), - Fertigung von Serienteilen, Reparatur von Europaletten (Lizenz D-277 EPAL), Individuelle Fertigung nach Kundenwunsch

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

MONTAGE- UND LOHNBEARBEITUNG: Baugruppen für Elektro- und Automobilindustrie, Bremsanlagen, Antennen- und Satellitenanlagen; Verschraubungen, Lötarbeiten, Berganker, Kabelkonfektionierung, Polieren von Metallteilen, Industrienähen, Montage und Bearbeitung nach Kundenwunsch

VERPACKUNGS- UND KONFEKTIONIERUNG: Displays, Zubehör- und Beutelbeipack, Schrumpfen, Skinnen von SB-Artikeln, Konfektionieren von Faltschachteln, Verpacken nach Kundenwunsch

HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (Küche: Cateringservice, Versorgung von Kindergärten und Schulen, Mittagstisch für interne und externe Gäste)

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau (z.B. Gartengestaltung), Garten- und Pflanzenpflege (z.B. Grünanlagen- und Gartenpflege, Obstaumschnitt, Grüngutentsorgung)

SONSTIGE LEISTUNGEN: Überwinterung von Kübelpflanzen

KFZ-WERKSTATT: Reparaturen sämtlicher PKW-Typen, Kundendienste, Reifenservice, inkl. Reifenverkauf, Bremsanlagenkontrolle mit hauseigenem Bremsenprüfstand, Wöchentliche Hauptuntersuchung und AU

LOHNABFÜLLUNG: Dichtmassen, Lebensmittel nach HACCP (zertifiziert nach ABCERT)

ALS KOOPERATIVER UND ZUVERLÄSSIGER PARTNER BIETEN WIR:

Zertifizierte Qualität, Leistungsfähigkeit, Termingerechte Lieferung, Marktgerechte Konditionen, Lagerlogistik und Fuhrpark

Produkte:

LEBENSMITTEL: Landwirtschaftliche Erzeugnisse (Bioland-Gärtnerei: Gemüsejungpflanzen, Saisongemüse aus ökologischem Anbau, Topfkräuter, Bio-Obst), Bioprodukte

HAUSHALTSWAREN: Brotzeitbretter, Fleischbretter

MÖBEL: Kleinmöbel (Fußbänke, CD-Ständer)

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen, Garten- und Landschaftsmöbel (Gartenbänke), Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel

#### Weitere Betriebsstätten:

Gärtnerei Johanneshof  
Großornach 4  
83119 Obing  
Telefon: 08624 1009  
Telefax: 08624 875232

Südwerkstätte Haslach  
Mühlgasse 18  
83278 Traunstein  
Telefon: 0861 9095903-202 oder  
-204  
Telefax: 0861 9095903-219

Oderberger Werkstätten  
Konrad-Zuse-Str. 1  
83301 Traunreut  
Telefon: 08669 86134-501  
Telefax: 08669 86134-530

Betriebsstätten für psychisch  
behinderte Menschen:

Fachwerkstatt für Menschen mit  
seelischer Erkrankung  
Werner-von-Siemens-Str. 33  
83301 Traunreut  
Telefon: 08669 86134-0  
Telefax: 08669 86134-434



## Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)

### **Pidinger Werkstätten GmbH der Lebenshilfe Berchtesgadener Land (Reg.-Nr. 8/50)**

Hirschloh 1 und 3  
83451 Piding  
Telefon: 08651 960-0  
Telefax: 08651 960-200  
E-Mail: [info@pwlh.de](mailto:info@pwlh.de)  
Homepage: <http://www.pwlh.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen (Biegen), Trennen (Sägen, Bohren), Fügen (Schweißen, Pressen, Schrauben), Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Spielzeugherstellung, CNC-Bearbeitung, Serienfertigung

KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage

EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Digitale Archivierung

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Catering (Großküche für den Eigenbedarf, ben. Einrichtungen u. Zweigstelle), Wäscherei  
(Abwicklung von Kundenaufträgen und Hauswäsche)

SONSTIGE LEISTUNGEN: Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

Produkte:

MÖBEL: Kleinmöbel

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel

## Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)

### **HOHENFRIED e.V.**

#### **Werkstätten**

**(Reg.-Nr. 8/56)**

Hohenfriedstr. 26  
83457 Bayerisch Gmain  
Telefon: 08651 7001-402  
Telefax: 08651 7001-411  
E-Mail: [info@hohenfried.de](mailto:info@hohenfried.de)  
Homepage: <https://www.hohenfried.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung

ELEKTRO: Konfektionierung von Kopfhörern

TEXTIL/LEDER: Näherei, Weberei

RECYCLING: Kork-Recycling, Bodenbeläge

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGS- und ABFÜLLARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Reinigungsarbeiten

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege, Landwirtschaft, Forstwirtschaft

METALLWERKSTATT / SCHMIEDE: Auftragsarbeiten in traditioneller Handschmiedekunst

LEBENSMITTELVEREDELUNG: Komponentenlieferung in BIO-Qualität für Großversorger

Produkte:

TEXTIL-/LEDERWAREN: Teppiche

LEBENSMITTEL: Brot und Kleingebäck in Demeter-Qualität, Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Bioprodukte

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Kerzen, Saisonartikel, Handschmiedekunst

MÖBEL: Betten, Regale, Wohnmöbel

SPIELWAREN: Brett- und Gesellschaftsspiele, Holzspielwaren, handgedrechselte Spielwaren, Objekte der  
Sinneserforschung nach Hugo Kükelhaus: z.B. Greiflinge

WERBEMITTEL

SONSTIGE PRODUKTE: Fackeln

**Inntal-Werkstätten Stiftung Attl**

**(Reg.-Nr. 8/30)**

Attel 17  
83512 Wasserburg/Inn  
Telefon: 08071 102121  
Telefax: 08071 102138  
E-Mail: [wfbm@stiftung.attl.de](mailto:wfbm@stiftung.attl.de)  
Homepage: <http://www.stiftung.attl.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Weberei  
VERPACKUNGSARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Kfz-Werkstatt

**Produkte:**

TEXTIL-/LEDERWAREN: Teppiche  
LEBENSMITTEL: Fleisch- und Wurstwaren, Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Bioprodukte  
MÖBEL: Kleinmöbel  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte  
SPIELWAREN: Brett- und Gesellschaftsspiele, Holzspielwaren, Puppen und Puppenmöbel  
PAPIERWAREN  
WERBEMITTEL  
SONSTIGE PRODUKTE: Designartikel

**Weitere Betriebsstätten:**

Inntal-Werkstätten Stiftung Attl  
Meiling 35  
83543 Rott/Inn  
Telefon: 08039 9070-0  
Telefax: 08039 907029

**Oberland Werkstätten GmbH  
Betrieb Gaißach  
Hauptverwaltung**

**(Reg.-Nr. 8/34)**

Lenggrieserstr. 19  
83674 Gaißach  
Telefon: 08041 7857-0  
Telefax: 08041 7857-85  
E-Mail: [info.gaissach@o-l-w.de](mailto:info.gaissach@o-l-w.de)  
Homepage: <http://www.o-l-w.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen (z. B. Drehen, Fräsen), Fügen, Metallmontage, Trowalisieren  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung (Gartenmöbel und -geräte, Grabkreuze)  
INDUSTRIEMONTAGE  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Kabelkonfektionierung  
VERPACKUNGS- und MONTAGEARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (Mittagsverpflegung, Versorgungsküchen, Ausgabeküchen), Wäscheservice für Groß- und Kleinkunden sowie für Krankenhäuser  
Produkte:  
siehe Homepage: <http://www.o-l-w.de/>

**Weitere Betriebsstätten:**

Betrieb Geretsried  
Gustav-Adolf-Str. 18  
82538 Geretsried  
Telefon: 08171 9347-0  
Telefax: 08171 9347-29

Betrieb Miesbach  
Am Windfeld 25  
83714 Miesbach  
Telefon: 08025 7037-0  
Telefax: 08025 7037-25

Wäscherei  
Betrieb Gaißach  
Erlenstr. 10  
83674 Gaißach  
Telefon: 08041 799970-0  
Telefax: 08041 799970-7

Betriebsstätten für seelisch  
behinderte Menschen:

Betrieb Polling  
Obermühlstr. 81  
82398 Polling  
Telefon: 0881 9246-0  
Telefax: 0881 9246-46

Betrieb Miesbach - T-E-S  
Maxlrainer Str. 10  
83714 Miesbach  
Telefon: 08025 9974384  
Telefax: 08025 9974385

**Landshuter Werkstätten GmbH  
Einrichtung der Lebenshilfe Landshut e.V.  
Geschäftsstelle / Zentrale Verwaltung**

**(Reg.-Nr. 8/3)**

Spiegelgasse 207  
84028 Landshut  
Telefon: 0871 974058-0  
Telefax: 0871 974058-99  
E-Mail: [info@lh-arbeit.de](mailto:info@lh-arbeit.de)  
Homepage: <http://www.lh-arbeit.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

**Auftragsarbeiten:**  
MONTAGE: Ablängen, Bekleben, Fügen, Komplettieren, Schrauben, Nieten, Sortieren, Wiegen, Zählen  
METALL: Trennen (z. B. Bohren, Drehen, Fräsen, Entgraten, Zerpanen, Sägen), Fügen (z.B. Schweißen)  
HOLZ: Holzbearbeitung (z. B. Zuschneiden, Hobeln, Fräsen, Bohren, Schleifen, Formatieren), Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffverarbeitung, Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
RECYCLING: Demontagearbeiten  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (z. B. Großküchen), Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

**Produkte:**  
TEXTILWAREN (Weberei): Haus- und Heimtextilien (z. B. Kissen), Teppiche (Fleckerlteppiche, Schafwollteppiche)  
KUNSTHANDWERK: Cajons, Keramikartikel, Lavendelsäckchen, Schlüsselanhänger, gefilzte Taschen und Geldbörsen, Kissen, Skulpturen und Bilder etc.  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Schmetterlingshäuschen  
SPIELWAREN: Holzspielwaren

**Weitere Betriebsstätten:**

Hauptwerkstatt:

Landshuter Werkstätten GmbH -  
Betrieb I  
Sonnenring 4  
84032 Altdorf/Landshut  
Telefon: 0871 93242-0  
Telefax: 0871 93242-99

Weitere Betriebsstätten:

Landshuter Werkstätten GmbH -  
Betrieb II  
Zieglerstraße 3  
94405 Landau/Isar  
Telefon: 09951 9852-0  
Telefax: 09951 9852-99

Landshuter Werkstätten GmbH -  
Betrieb III  
Hallstattstraße 17  
93309 Kelheim  
Telefon: 09441 5070  
Telefax: 09441 507-99

Landshuter Werkstätten GmbH -  
Betrieb IV  
Schwalbenfeldstraße 15  
84137 Vilsbiburg  
Telefon: 08741 9623-0  
Telefax: 08741 9623-99

Landshuter Werkstätten GmbH -  
Betrieb V  
Senefelderstr. 6  
84048 Mainburg  
Telefon: 08751 8455-0  
Telefax: 08751 8455-29

Landshuter Werkstätten GmbH -  
Betrieb VI  
Georg-Pöschl-Str. 10  
84056 Rottenburg an der Laaber  
Telefon: 08781 20122-0  
Telefax: 08781 20122-69

Landshuter Werkstätten GmbH  
Café am Dom  
Spiegelgasse 207  
84028 Landshut

Betriebsstätte für psychisch  
behinderte Menschen:

Landshuter Werkstätten GmbH

## Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)

### **Lebensgemeinschaft Höhenberg e.V. Höhenberg Werkstätten**

**(Reg.-Nr. 8/55)**

Höhenberg 8  
84149 Velden  
Telefon: 08086 9313-0  
Telefax: 08086 9313-105  
E-Mail: [info@hoehenberg.org](mailto:info@hoehenberg.org)  
Homepage: <http://www.hoehenberg.org>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

HOLZ: CNC-Bearbeitung

MONTAGE- UND VERPACKUNGSARBEITEN

SONSTIGE LEISTUNGEN: Kerzenproduktion

Produkte:

LEBENSMITTEL: Brot und Backwaren, Fleisch- und Wurstwaren, Landwirtschaftliche Erzeugnisse,  
Molkereiprodukte, Gärtnereiprodukte

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Kerzen, Filzprodukte, Schnitzarbeiten

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte

SONSTIGE PRODUKTE: Choroi-Musikinstrumente

## Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)

### **Sankt Josefs-Werkstatt für behinderte Menschen der Barmherzigen Brüder**

**(Reg.-Nr. 8/42)**

Algasing 1  
84405 Dorfen  
Telefon: 08081 934-0  
Telefax: 08081 934222  
E-Mail: [info@barmherzige-algasing.de](mailto:info@barmherzige-algasing.de)  
Homepage: <http://www.barmherzige-algasing.de/de>



**Ecksberger Werkstätten**

**(Reg.-Nr. 8/44)**

Ebinger Str. 1  
84453 Mühldorf  
Telefon: 08631 617-0  
Telefax: 08631 617-400  
E-Mail: [wfbm-muehldorf@ecksberg.de](mailto:wfbm-muehldorf@ecksberg.de)  
Homepage: <http://www.ecksberg.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Metallmontage, spanabhebende Metallbearbeitung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Weberei  
RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling, Demontearbeiten  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Digitale Archivierung  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei / Leasingwäsche  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau (Gärtnerei:  
Gemüsebau nach Bioland), Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen

Produkte:  
TEXTIL-/LEDERWAREN: Teppiche

**Weitere Betriebsstätten:**

Standort Bachham  
Bachham 1  
84431 Heldenstein  
Telefon: 08636 504-0  
Telefax: 08636 504-100  
E-Mail: [wfbm-bachham@ecksberg.de](mailto:wfbm-bachham@ecksberg.de)

Standort Mettenheim  
Gewerbestr. 3  
84562 Mettenheim  
Telefon: 08631 36275-0  
Telefax: 08631 36275-19  
E-Mail: [wfbm-mettenheim@ecksberg.de](mailto:wfbm-mettenheim@ecksberg.de)

PEP  
(Programm zur Eingliederung  
psychisch Kranker)  
Standort Mühldorf  
Industriepark Nr. 17  
84453 Mühldorf  
Telefon: 08631 16869-0  
Telefax: 08631 16869-37  
E-Mail: [pep@ecksberg.de](mailto:pep@ecksberg.de)

## Ruperti Werkstätten

(Reg.-Nr. 8/39)

Maybachstr. 7  
84503 Altötting  
Telefon: 08671 9845-0  
Telefax: 08671 9845-98  
E-Mail: [info@rupertiwerkstaetten.de](mailto:info@rupertiwerkstaetten.de)  
Homepage: <https://www.rupertiwerkstaetten.de>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
**METALLVERARBEITUNG**  
Trennen (z. B. Sägen, Bohren, Stanzen, Drehen), Fügen (z. B. Schweißen mit Schweißroboter und von Hand), Verarbeitung von Stahl und Aluminium  
**KOLLEKTORFERTIGUNG**  
Zuschnitt und Verarbeitung von Kupferrohren, Ultraschallschweißen, Lötten mit Lötroboter und von Hand, Herstellung von Absorbern und Finnen in AL/CU, AL/AL und CU/CU für Solarkollektoren  
**HOLZVERARBEITUNG**  
Holzbearbeitung, geölte Oberflächen, Paletten- und Bierträgerherstellung, 4-Achs-CNC-Fräse, Spielzeugherstellung, Wohnaccessoires  
**ELEKTROMONTAGE**  
Montage von elektrischen Baugruppen, Konfektionieren von Kabelbäumen, Komplettmontage von Leuchten  
**RECYCLING**  
Kunststoff-Recycling (z. B. Vermahlen von Kunststoffen) inklusive Datenvernichtung, Demontagearbeiten, Materialtrennung, Produktion von sortenreinem Kunststoffmahlgut  
**DRUCK**  
Bedrucken von verschiedenen Materialien mit Tampondruck und Digitaldruck, Bedrucken von Werbeartikel  
**KONFEKTIONIERUNG UND VERPACKUNG**  
Montage von sämtlichen Losgrößen, Konfektionierung von unterschiedlichen Kombinationen (z.B. Aufkleben von Mustern und Give aways)  
**GRAVUR**  
Laserbeschriftung ( z.B. Typenschilder, Türschilder, Give aways), Fräsergravur, Brailleschrift  
**KERAMIK**  
Herstellung von Garten- und Wohnaccessoires in unterschiedlichen Bränden, Prägearbeiten (z.B. Plaketten, Medaillen)

Produkte:  
**KUNSTHANDWERK**  
Keramik, Saisonartikel, Wohn- und Gartenaccessoires  
**SPIELWAREN**  
Brett- und Gesellschaftsspiele, Holzspielwaren, Lernspiele  
**PAPETERIE**  
Glückwunschkarten, Impulskarten

### Weitere Betriebsstätten:

Kollektorfertigung  
Aluminiumstr. 2a  
84513 Töging

Betriebsstätte für psychisch behinderte Menschen:

Werkstatt am Bahnhof WaB  
Betriebsstätte für Menschen mit psychischer Behinderung  
Oskar-von-Miller-Str. 1  
84503 Altötting

### Lebenshilfe Werkstätten der Region 10 GmbH

(Reg.-Nr. 8/35)

Am Franziskanerwasser 22  
85053 Ingolstadt  
Telefon: 0841 6232-0  
Telefax: 0841 6232-62  
E-Mail: [post@lebenshilfe-ingolstadt.de](mailto:post@lebenshilfe-ingolstadt.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-ingolstadt.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
MONTAGE: Auftragsarbeiten für die Automobilindustrie  
HOLZ: Holzbearbeitung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung  
TEXTIL/LEDER: Näherei, Weberei  
LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Bürodienstleistungen  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (Küche), Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau,  
Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Kfz-Werkstatt

Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Kerzen, Textilien  
MÖBEL: Arbeits- und Büromöbel, Regale  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte

#### Weitere Betriebsstätten:

Betrieb II  
Nördliche Grünauer Str. 38  
86633 Neuburg  
Telefon: 08431 581-0  
Telefax: 08431 581-28

Betrieb III  
Gutenbergstr. 8  
85080 Gaimersheim  
Telefon: 08458 3238-3  
Telefax: 08458 3238-59

Haus C  
Am Franziskanerwasser 10  
85053 Ingolstadt

Gut Aufeld  
Aufeld Str. 26  
85051 Ingolstadt-Hagenau  
Telefon: 08450 92418-10  
Telefax: 08450 92418-28

Lern- und Ausbildungszentrum  
Permoser Str. 84  
85057 Ingolstadt  
Telefon: 0841 6232-750  
Telefax: 0841 6232-777

## Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)

### Lebenshilfe Werkstätten der Region 10 GmbH Werkstatt für psychisch behinderte Menschen

(Reg.-Nr. 8/66)

Am Auwaldsee 72  
85053 Ingolstadt  
Telefon: 0841 6232-0  
Telefax: 0841 6232-62  
E-Mail: [pwfbm@lebenshilfe-ingolstadt.de](mailto:pwfbm@lebenshilfe-ingolstadt.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-ingolstadt.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzmontage, Kistenfertigung, Spielzeugherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Daten- und Texterfassung, Digitale Archivierung, Vervielfältigung von Datenträgern, Sonstige EDV-Dienstleistungen  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
GARTEN-/ LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Gastronomie  
Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Saisonartikel

#### Weitere Betriebsstätten:

Betriebsstätte für psychisch behinderte Menschen:  
  
LieblingsCafé  
Goethestr. 130  
85055 Ingolstadt  
Telefon: 0841 95199742  
Telefax: 0841 95199767  
E-Mail: [lieblingscafe@lebenshilfe-ingolstadt.de](mailto:lieblingscafe@lebenshilfe-ingolstadt.de)

## Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)

### Franziskuswerk Schönbrunn gGmbH - Werkstatt

(Reg.-Nr. 8/47)

Kaiserstr. 7  
85244 Schönbrunn  
Telefon: 08139 8005000  
Telefax: 08139 8005006  
E-Mail: [wfbm@schoenbrunn.de](mailto:wfbm@schoenbrunn.de)  
Homepage: <http://www.franziskuswerk.de/startseite.html>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Kabelkonfektionierung  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
Produkte:  
LEBENSMITTEL: Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Bioprodukte  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte, Garten- und Landschaftsmöbel, Pflanzenkübel  
PAPIERWAREN

**Isar Sempt Werkstätten GmbH  
Einrichtungen der Lebenshilfe Erding und Freising**

**(Reg.-Nr. 8/13)**

Gartenstr. 40  
85354 Freising  
Telefon: 08161 5381-0  
Telefax: 08161 5381-79  
E-Mail: [info@isw-freising.de](mailto:info@isw-freising.de)  
Homepage: <http://isw-freising.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage

KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

TEXTIL/LEDER: Näherei, Textildruck

RECYCLING: Demontagearbeiten

DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung,  
Fotokopieren, Bedrucken von Gegenständen

EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Daten- und Texterfassung

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN: z.B. Folienschweißen

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und  
Pflanzenpflege, Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe  
Firmen)

Produkte:

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte,  
Pflanzenkübel

PAPIERWAREN

WERBEMITTEL

SONSTIGE PRODUKTE: Scharniere, Möbelbänder

**Weitere Betriebsstätten:**

Isar Sempt Werkstätten GmbH  
Siglfinger Str. 22

85435 Erding

Telefon: 08122 99553-6

Telefax: 08122 99553-89

E-Mail: [info@isw-erding.de](mailto:info@isw-erding.de)

Homepage: [www.isw-erding.de](http://www.isw-erding.de)

Isar Sempt Werkstätten GmbH  
Burgharting 2

84434 Kirchberg

Telefon: 08706 94757-0

Telefax: 08706 94757-20

E-Mail: [info@isw-burgharting.de](mailto:info@isw-burgharting.de)

Homepage: [www.isw-burgharting.de](http://www.isw-burgharting.de)



### Steinhöringer Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM)

(Reg.-Nr. 8/16)

Münchener Str. 39

85643 Steinhöring

Telefon: 08094 182-127

Telefax: 08094 182-150

E-Mail: [vertrieb-wfbm-sth@kjf-muenchen.de](mailto:vertrieb-wfbm-sth@kjf-muenchen.de)

Homepage: <http://www.evs-steinhoering.de/de/arbeiten-foerdern/werkstaetten-als-partner-fuer-die-wirtschaft.html>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage, CNC-Bearbeitung

HOLZ: Holzbearbeitung, CNC-Bearbeitung, Kistenfertigung, Möbelfertigung,

Spielzeugherstellung

ELEKTRO: Elektromontage

LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN

DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung, Bedrucken von Gegenständen

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN

LASERARBEITEN: Gravuren

HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei

SONSTIGE LEISTUNGEN: Gastronomie (Speisekammer Ebersberg)

Produkte:

LEBENSMITTEL: Bioprodukte

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten

HAUSHALTSWAREN

MÖBEL: Arbeitsmöbel (Werkstattausstattung: Werkbänke, Arbeitstische, Kniehebelpressen)

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte, Garten- und Landschaftsmöbel, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Sonstiger Gartenbedarf

BÜROARTIKEL aus Holz: Klebefilmabroller, Locher, Hefter, Schreibgeräte, Schreibtischutensilien, Visitenkartenetuis, Brillenetuis, Stifteetuis, Lineale

WERBEMITTEL

SONSTIGE PRODUKTE: Reha-Mittel: FC-Tafel zur Gestützten

Kommunikation, Planungstafel, Werkbänke (K, L), Arbeitstische, Buchstütze/

Lesehilfe, Handkniehebelpresse

#### Weitere Betriebsstätten:

Fendsbacher Hof (WfbM)

Fendsbach 1

85669 Pastetten

Telefon: 08124 908-79

Telefax: 08124 908-36

E-Mail: [fendsbach@kjf-muenchen.de](mailto:fendsbach@kjf-muenchen.de)

Eglhartinger Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM)

Westring 4

85614 Kirchseeon

Telefon: 08091 5618-0

Telefax: 08091 5618-10

E-Mail: [wfb-eglharting@kjf-muenchen.de](mailto:wfb-eglharting@kjf-muenchen.de)

Betriebsstätte für psychisch behinderte Menschen:

Ebersberger Werkstätten Werkstatt für psychisch behinderte Menschen

Bahnhofsplatz 2

85560 Ebersberg

Telefon: 08092 24786-0

Telefax: 08092 24786-22

E-Mail: [i.fertigung-ebersberg@kjf-muenchen.de](mailto:i.fertigung-ebersberg@kjf-muenchen.de)

**Heilpädagogisches Centrum Augustinum (HPCA)  
HPCA-Werkstätten  
Werkstätte Oberschleißheim**

**(Reg.-Nr. 8/33)**

Hirschplanallee 2  
85764 Oberschleißheim  
Telefon: 089 31581-0  
Telefax: 089 31516-78  
E-Mail: [wfbm-osh@augustinum.de](mailto:wfbm-osh@augustinum.de)  
Homepage: <http://www.hpca.de/angebote-fuer-erwachsene>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen (Spanende Bearbeitung: z. B. Drehen, Bohren, Fräsen, Sägen), CNC-Bearbeitung (CNC-Dreh-,Fräs- und Blechbearbeitung), Metallmontage (Montage komplexer Baugruppen)  
ELEKTRO: Elektromontage, Platinenfertigung, Kabelkonfektionierung  
BESCHICHTUNG: Pulverbeschichtung, KtL, andere galvanische Oberflächen auf Anfrage  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN: Lebensmittelverpackung  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Garten- und Landschaftsbau  
INNENRAUMBEGRÜNUNG  
SONSTIGE LEISTUNGEN:  
KUNSTGALERIE: atelier-hpca: hochwertige Kunst am Bau  
Produkte:  
LEBENSMITTEL: Bioprodukte (Bio-Gemüse)  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Grünpflanzen für den Innenbereich (Hydro- und Erdkulturen)

**Weitere Betriebsstätten:**

HPCA-Werkstätte Harthof  
Olschewskibogen 25  
80935 München  
Telefon: 089 357140-0  
Telefax: 089 357140-90  
E-Mail: [wfbm-harthof@augustinum.de](mailto:wfbm-harthof@augustinum.de)

HPCA-Werkstätten Gärtnerei  
Hollern  
Am Geflügelhof 16  
85716 Unterschleißheim  
Telefon: 089 3177420  
Telefax: 089 3174880  
E-Mail: [gaertnerei-hollern@augustinum.de](mailto:gaertnerei-hollern@augustinum.de)  
Internet: [www.gaertnerei-hollern.de](http://www.gaertnerei-hollern.de)

**CAB Caritas Augsburg Betriebsträger gGmbH  
Ulrichswerkstätten Augsburg**

**(Reg.-Nr. 8/18)**

Hanreiweg 9  
86153 Augsburg  
Telefon: 0821 5606-0  
Telefax: 0821 5606-111  
E-Mail: [uw-a@cab-b.de](mailto:uw-a@cab-b.de)  
Homepage: <https://www.cab-b.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

**Auftragsarbeiten:**

**METALL:** Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage, Zerspanung, CNC-Bearbeitung (Drehen, Fräsen)

**HOLZ:** Holzbearbeitung, CNC-Bearbeitung (Holz), Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung

**KUNSTSTOFF:** Kunststoffmontage

**ELEKTRO:** Elektromontage, Kabelkonfektionierung

**MONTAGEARBEITEN**

**TEXTIL/LEDER:** Näherei

**DRUCK/GRAFIK:** Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung, Bedrucken von Gegenständen

**EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN:** Daten- und Texterfassung, Digitale Archivierung

**MAILING UND VERSANDARBEITEN**

**VERPACKUNGSARBEITEN**

**HAUSWIRTSCHAFT:** Catering/Partyservice, Wäscherei (auch Chemische Reinigung)

**GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE:** Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

**SONSTIGE LEISTUNGEN:** Gastronomie (Café Samocca Augsburg, Café am Milchberg), Gravuren (Lasertechnik),

Leichte Sprache: Seminare, Fortbildungen, Vorträge, Übersetzungen und Prüfungen

Unterstützte Kommunikation: Seminare, Fortbildungen, Vorträge

**Produkte:**

**LEBENSMITTEL:** Kaffee (selbstgerösteter Kaffee aus Rösterei Café Samocca - siehe: [www.samocca-augsburg.de](http://www.samocca-augsburg.de)), Hausgemachte Kuchen und Torten (Café am Milchberg)

**KUNSTHANDWERK:** Floristische Artikel

**GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE:** Pflanzen/Baumschulprodukte, Garten- und Landschaftsmöbel

**SONSTIGE PRODUKTE:** Reha-Mittel: CABito (Informationssystem für Menschen mit Kompetenzminderungen in den Bereichen Lese-, Text- und Sprachverständnis - siehe: [www.cabito.net](http://www.cabito.net))

**Weitere Betriebsstätten:**

Ulrichswerkstätten Aichach  
Flurstr. 52

86551 Aichach

Telefon: 08251 8762-31

Telefax: 08251 8762-40

E-Mail: [uw-aic@cab-b.de](mailto:uw-aic@cab-b.de)

Ulrichswerkstätten Schwabmünchen

Töpferstr. 11

86830 Schwabmünchen

Telefon: 08232 9631-0

Telefax: 08232 9631-13

E-Mail: [uw-smü@cab-b.de](mailto:uw-smü@cab-b.de)

Ulrichswerkstätten Hochfeld

Werner-von-Siemens-Str. 12

86159 Augsburg

Telefon: 0821 5606-726

Telefax: 0821 5606-711

E-Mail: [uw-hf@cab-b.de](mailto:uw-hf@cab-b.de)

**Schäfflerbach-Werkstätten Gemeinnützige GmbH**

**(Reg.-Nr. 8/62)**

Provinostr. 52 (Martini-Park)  
86153 Augsburg  
Telefon: 0821 5697566-0  
Telefax: 0821 5697566-99  
E-Mail: [info@schaefflerbach-werkstaetten.de](mailto:info@schaefflerbach-werkstaetten.de)  
Homepage: <http://www.schaefflerbach-werkstaetten.de>

### Dominikus-Ringeisen-Werkstätten Ursberg

(Reg.-Nr. 8/15)

Wolfhardstr. 1  
86513 Ursberg  
Telefon: 08281 92-2609  
Telefax: 08281 92-2601  
E-Mail: [wfbm.drw@ursberg.de](mailto:wfbm.drw@ursberg.de)  
Homepage: <http://www.ursberg.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

##### Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen (Bohren, Senken, Reiben, Drehen), Fügen, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Möbelfertigung,

Spielzeugherstellung, Sägearbeiten, Bauholz

KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

TEXTIL/LEDER: Näherei, Lederarbeiten, Weberei

DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren, Bedrucken von Gegenständen

EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Digitale Archivierung (Datenarchivierung)

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN / INDUSTRIELLE FERTIGUNG

HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Logistische Leistungen

##### Produkte:

TEXTIL-/LEDERWAREN: Lederwaren, Teppiche

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Korb- und Stuhflechtarbeiten, Textilien

HAUSHALTSWAREN

MÖBEL: Innenausbau, Küchen, Kleinmöbel, Fenster

SPIELWAREN: Brett- und Gesellschaftsspiele, Holzspielwaren

WERBEMITTEL

#### Weitere Betriebsstätten:

Filiale Holzen

Werkstatt für behinderte Menschen

Klosterstr. 1

86695 Allmannshofen

Telefon: 08273 798301

Telefax: 08273 798333

Filiale Pfaffenhausen

Werkstatt für behinderte Menschen

Regens-Rößle-Str. 2

87772 Pfaffenhausen

Telefon: 08265 718400

Telefax: 08265 718401

Dominikus-Ringeisen-Werkstätten

Werkstatt 180 GRAD (P-Werkstatt)

Werkstatt für behinderte Menschen

Hopfenweg 1

86381 Krumbach

Telefon: 08282 827208

Telefax: 08282 827351

Dominikus-Ringeisen-Werkstätten

"Spezialwerkstatt" für mehrfach behinderte blinde Menschen

Leiterhoferstr. 37

86157 Augsburg

## Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)

### Regens-Wagner-Werkstätten Hohenwart

(Reg.-Nr. 8/58)

Neuburger Str. 45  
86558 Hohenwart  
Telefon: 08443 85-2301  
Telefax: 08443 85-2302  
E-Mail: [wfbm-hohenwart@regens-wagner.de](mailto:wfbm-hohenwart@regens-wagner.de)  
Homepage: <http://regens-wagner-hohenwart.de/hp1/Startseite.htm>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Fügen, Metallmontage  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
DRUCK/GRAFIK: Fotokopieren  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Naturland-Gärtnerei

#### Produkte:

TEXTIL-/LEDERWAREN: Bekleidung  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte  
PAPIERWAREN  
SONSTIGE PRODUKTE: Kirschkernkissen, Beuteltaschen, Kamin-Anzünder

## Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)

### Stiftung Sankt Johannes Werkstätten

(Reg.-Nr. 8/31)

Diepoldstr. 40  
86688 Marxheim  
Telefon: 09097 809200  
Telefax: 09097 809208  
E-Mail: [wfbm@sanktjohannes.com](mailto:wfbm@sanktjohannes.com)  
Homepage: <http://www.sanktjohannes.com>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, CNC-Bearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung,  
Palettenherstellung, Möbelfertigung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Wasserstrahlschneiden  
ELEKTRO: Elektromontage  
TEXTIL: Näherei  
VERPACKUNGSARBEITEN  
WÄSCHEREI  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege

#### Produkte:

LEBENSMITTEL: Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Bioprodukte (Gemüse,  
Tomaten, Gurken, Paprika, Salat), Eier  
KUNSTHANDWERK: Keramik, Kerzen, Saisonartikel, Textilien  
MÖBEL: Arbeits- und Büromöbel, Möbel für soziale Einrichtungen und  
gewerbliche Unternehmen

#### Weitere Betriebsstätten:

Zirgesheimer Str. 25  
86609 Donauwörth  
Telefon: 09097 809200  
Telefax: 09097 809208



**Donau-Ries-Werkstätten GmbH  
Werkstätten für Menschen mit Behinderung der Lebenshilfe Donau- (Reg.-Nr. 8/53)  
Ries**

Industriestr. 29  
86720 Nördlingen  
Telefon: 09081 897-0  
Telefax: 09081 897-199  
E-Mail: [drw@lhdon.de](mailto:drw@lhdon.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-donau-ries.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
Vielfältige Dienstleistungen für Industrie, Handel und Handwerk:  
METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage, Schleifen, Entgraten  
HOLZ: Holzbearbeitung, Montage, Kistenfertigung, Displays,  
Spielzeugherstellung, Möbelfertigung  
KUNSTSTOFF: Bearbeitung, Montage  
ELEKTRO: Montage, Konfektionierung, Leiterplatten-Nutzentrennung  
RECYCLING: Elektro- und Elektronikrecycling, Demontagen  
DRUCK / GRAFIK: Druckweiterverarbeitung, Einschweissen,  
Kommissionierung, Bedrucken von Gegenständen (Tampondruck)  
MAILING- und VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNG: Umpacken, Konfektionierung, Einschweissen  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering (Küche), Wäscherei  
GARTEN- UND LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Baumschnitt, Landschaftspflege  
SAMOCCA: Kaffeerösterei, Caféhaus, Kaffeevertrieb  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Gastronomie (Werkstattcafé, Caféhaus  
SAMOCCA), Logistische Leistungen (Be- und Entladearbeiten,  
Kommissionierung, Verpackung, Zollabwicklung), Qualitätssicherung  
(Produktkontrolle für externe Firmen)  
Produkte:  
LEBENSMITTEL: SAMOCCA: Kaffeevertrieb  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel,  
Vogelfutterhäuschen/Nistkästen

**Weitere Betriebsstätten:**

Donau-Ries-Werkstätten GmbH  
Anton-Jaumann-Str. 9  
86663 Asbach-Bäumenheim  
Telefon: 0906 999093-0  
Telefax: 0906 999093-701

SAMOCCA-Café  
Eisengasse 1  
86720 Nördlingen  
Telefon: 09081 7890230  
Internet: [www.samocca-noerdlingen.de](http://www.samocca-noerdlingen.de)

## Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)

### Regens Wagner Holzhausen Magnus-Werkstätten

(Reg.-Nr. 8/24)

Magnusstr. 3-10  
86859 Igling-Holzhausen  
Telefon: 08241 999-0  
Telefax: 08241 999-100  
E-Mail: [rw-holzhausen@regens-wagner.de](mailto:rw-holzhausen@regens-wagner.de)  
Homepage: <http://regens-wagner-holzhausen.de/hp623/Magnus-Werkstaetten.htm>

#### Weitere Betriebsstätten:

Betriebsstätte  
Egon-Dittmann-Straße 8  
86807 Buchloe  
Telefon: 08241 960140

Betriebsstätte (inkl. CAP-Markt Landsberg)  
Katharinenstraße 7  
86899 Landsberg/Lech  
Telefon: 08191 4280856

Betriebsstätte CAP-Markt Penzing  
Landsberger Straße 18  
86929 Penzing  
Telefon: 08191 9736884

## Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)

### ISAR-WÜRM-LECH IWL

#### Werkstätten für behinderte Menschen gemeinnützige GmbH

(Reg.-Nr. 8/11)

Rudolf-Diesel-Str. 1-3  
86899 Landsberg/Lech  
Telefon: 08191 9241-0  
Telefax: 08191 9241-818  
E-Mail: [landsberg@wfb-iwl.de](mailto:landsberg@wfb-iwl.de)  
Homepage: <http://www.wfb-iwl.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage, CNC-Bearbeitung,  
Laserbearbeitung, Laserbeschriftung  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Möbelfertigung, CNC-Bearbeitung  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung, Leiterplattenbestückung  
THT

EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: allgemeine Bürotätigkeiten,  
Telefonzentrale, Korrespondenz, Auftragsabwicklung

VERPACKUNGSARBEITEN: Industrieprodukte, Medizinprodukte

MONTAGEARBEITEN: Bauteilmontage

HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (Business- und Eventcatering),  
Reinigungsarbeiten (Gebäudereinigung)

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege

#### Produkte:

MÖBEL: Arbeits- und Büromöbel, Kindergarten-/Schulmöbel, Regale,  
Wohnmöbel  
IWELO-Möbelsystem (Internet: [www.iwelo.de](http://www.iwelo.de))  
PAPIERWAREN

#### Weitere Betriebsstätten:

Traubinger Str. 23  
82346 Machtlfing  
Telefon: 08157 93140  
Telefax: 08157 4338  
E-Mail: [iwl.machtlfing@wfb-iwl.de](mailto:iwl.machtlfing@wfb-iwl.de)

**Herzogsägmühler Werkstätten**

**(Reg.-Nr. 8/19)**

Am Latterbach 3  
86971 Peiting-Herzogsägmühle  
Telefon: 08861 219251  
Telefax: 08861 2194350  
E-Mail: [werkstaetten@herzogsaegmuehle.de](mailto:werkstaetten@herzogsaegmuehle.de)  
Homepage: <http://www.herzogsaegmuehle.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Spielzeugherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
TEXTIL/LEDER: Näherei, Weberei  
DRUCK/GRAFIK/GRAVUR: Grafische Gestaltung, Bedrucken von Gegenständen, Gravur  
VERPACKUNGSARBEITEN  
MONTAGEARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

Produkte:  
TEXTILWAREN: Haus- und Heimtextilien, Teppiche  
LEBENSMITTEL: Bioprodukte  
KUNSTHANDWERK: Keramik, Kerzen, Textilien, Buchbindereiartikel  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen

**Weitere Betriebsstätten:**

Herzogsägmühler Werkstätten  
Peitinger Werkstatt  
Schachtstr. 1 und 3  
86971 Peiting  
Telefon: 08861 219502  
Telefax: 08861 219511  
E-Mail:  
[werkstaetten.peiting@herzogsaegmuehle.de](mailto:werkstaetten.peiting@herzogsaegmuehle.de)

ZENIT (Zentrum für integrative Arbeit)  
Schönriedlstr. 11a  
86971 Peiting

**Allgäuer Werkstätten GmbH**

**(Reg.-Nr. 8/7)**

Zeppelinstr. 5  
87437 Kempten  
Telefon: 0831 960288-0  
Telefax: 0831 960288-129  
E-Mail: [info@aw-ke.de](mailto:info@aw-ke.de)  
Homepage: <http://www.allgaeuer-werkstaetten.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen (z. B. Drehen, Fräsen), Fügen, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung

KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei

SONSTIGE LEISTUNGEN: Konfektionierung

Produkte:

MÖBEL: Regale

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel  
(Gartenbänke und -tische), Nistkästen

SONSTIGE PRODUKTE: Holz-Klappböcke, Flüssigseife

**Weitere Betriebsstätten:**

Steufzgen 83  
87435 Kempten  
Telefon: 0831 960288-400  
Telefax: 0831 960288-419

An der Eisenschmelze 21  
87527 Sonthofen  
Telefon: 08321 60779-0  
Telefax: 08321 60779-319

Schreinerei  
Zeppelinstraße 10  
87437 Kempten  
Telefon: 0831 960288-0  
Telefax: 0831 960288-209

An der Eisenschmelze 25 a  
87527 Sonthofen  
Telefon: 08321 60779-0  
Telefax: 08321 60779-319

Werkstatt für seelisch behinderte  
Menschen  
Eggener Berg 4  
87439 Kempten  
Telefon: 0831 960288-500  
Telefax: 0831 54051-519

**Wertachtal-Werkstätten GmbH Kaufbeuren-Marktoberdorf**

**(Reg.-Nr. 8/27)**

Porschestra. 30  
87600 Kaufbeuren  
Telefon: 08341 9007-0  
Telefax: 08341 9007-199  
E-Mail: [info@wertachtal.de](mailto:info@wertachtal.de)  
Homepage: <http://www.wertachtal.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

**Auftragsarbeiten:**

**METALL:** Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage, CNC-Bearbeitung

**HOLZ:** Holzbearbeitung, Holzmontage, Palettenherstellung

**KUNSTSTOFF:** Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage

**ELEKTRO:** Elektromontage, Kabelkonfektionierung, Kabelbedruckung, Kabelbäume, ESD-Montagen

**TEXTIL/LEDER:** Näherei, Lederarbeiten

**LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN**

**EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN:** Daten- und Texterfassung, Digitale

Archivierung

**MAILING UND VERSANDARBEITEN**

**VERPACKUNGSARBEITEN**

**HAUSWIRTSCHAFT:** Catering/Partyservice, Wäscherei, Reinigungsarbeiten

**GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE:** Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

**SONSTIGE LEISTUNGEN:** Logistische Leistungen

**Produkte:**

**TEXTIL-/LEDERWAREN:** Lederwaren, Haus- und Heimtextilien

**LEBENSMITTEL:** Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Bioprodukte

**GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE:** Garten- und Landschaftsmöbel

**Weitere Betriebsstätten:**

Johann-Georg-Fendt-Straße 24d

87616 Marktoberdorf

Telefon: 08342 9608-0

Telefax: 08342 9608-99

Großküche "Mahlzeit"

Porschestraße 18

87600 Kaufbeuren

Telefon: 08341 966219-0

Telefax: 08341 966219-30

E-Mail: [kueche@mahlzeit-](mailto:kueche@mahlzeit-catering.de)

[catering.de](http://www.mahlzeit-catering.de)

Internet: [www.mahlzeit-catering.info](http://www.mahlzeit-catering.info)

Hiebelerstraße 17

87629 Füssen

Telefon: 08362 93 92 85 - 10

Telefax: 08362 93 92 85 - 99

Betriebsstätten für psychisch behinderte Menschen:

Darrestraße 7

87600 Kaufbeuren-Neugablonz

Telefon: 08341 9645-0

Telefax: 08341 9645-99

Dieselstraße 7

87616 Marktoberdorf

Telefon: 08342 9608-0

Telefax: 08342 9608-99



**Unterallgäuer Werkstätten GmbH Memmingen / Mindelheim**

**(Reg.-Nr. 8/40)**

Altvaterstr. 9  
87700 Memmingen  
Telefon: 08331 9764-0  
Telefax: 08331 9764-50  
E-Mail: [info@uaw-mm.de](mailto:info@uaw-mm.de)  
Homepage: <http://www.uaw-mm.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, CNC-Bearbeitung, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung,

Möbelfertigung

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Mailing und Versandarbeiten

VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Reinigungsarbeiten

WÄSCHEREI

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und

Pflanzenpflege, Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Logistische Leistungen

Produkte:

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte,  
Garten- und Landschaftsmöbel, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel

**Weitere Betriebsstätten:**

Hauptwerkstatt:

Unterallgäuer Werkstätten GmbH -

Hauptwerkstatt Memmingen

Altvaterstr. 9

87700 Memmingen

Telefon: 08331 9764-0

Telefax: 08331 9764-50

Weitere Betriebsstätten:

Unterallgäuer Werkstätten GmbH -

Außenstelle

Dr. Karl-Lenz-Str. 5

87700 Memmingen

Telefon: 08331 9512-0

Telefax: 08331 9512-20

Unterallgäuer Werkstätten GmbH -

Werkstatt Mindelheim

Kanzelwandstraße 11

87719 Mindelheim

Telefon: 08261 7696-0

Telefax: 08261 7696-50

Unterallgäuer Werkstätten GmbH -

Außenstelle Mindelheim

Hochvogelstraße 9

87719 Mindelheim

Telefon: 08261 7696-0

Telefax: 08261 7696-65

Betriebsstätten für psychisch  
behinderte Menschen:

Werkstatt für psychisch behinderte  
Menschen

Schlachthofstr. 41

87700 Memmingen

Telefon: 08331 924598-0

Telefax: 08331 924598-98

Werkstatt für psychisch behinderte  
Menschen

Westernacherstraße 39

87719 Mindelheim

Telefon: 08261 7627-30

Telefax: 08261 7627-99

**Regens-Wagner-Werkstätten Lautrach**

**(Reg.-Nr. 8/52)**

Osterriederstr. 10  
87763 Lautrach  
Telefon: 08394 189-251  
Telefax: 08394 189-253  
E-Mail: [christine.dorn@regens-wagner.de](mailto:christine.dorn@regens-wagner.de)  
Homepage: <http://www.regens-wagner.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Metallbearbeitung, Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage

KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

TEXTIL/LEDER: Weberei

VERPACKUNGSARBEITEN: Ettiketieren, Umverpacken

HAUSWIRTSCHAFT: Catering (Verteilerküche), Wäscherei

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Qualitätssicherung nach Din EN ISO 9001:2008 (Produktkontrolle für externe Firmen)

LANDBAU: Landwirtschaft (als Dienstleistung)

CAP-MARKT: Lebensmittelhandel

Produkte:

TEXTIL-/LEDERWAREN: Haus- und Heimtextilien, Teppiche

LEBENSMITTEL: Landwirtschaftliche Erzeugnisse

KUNSTHANDWERK: Textilien, Weidenflechtarbeiten

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte

PAPIERWAREN

SONSTIGE PRODUKTE: Stellwände für Sicht-, Sonnen-, Windschutz, Rankhilfe

**Lebenshilfe für Menschen mit Behinderung e.V.  
Kreisvereinigung Lindau  
Lindenberger Werkstätten gGmbH**

**(Reg.-Nr. 8/49)**

Lauenbühlstr. 67  
88161 Lindenberg  
Telefon: 08381 8907-200  
Telefax: 08381 8907-209  
E-Mail: [info@lh-lindau.de](mailto:info@lh-lindau.de)  
Homepage: <http://www.lh-lindau.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Spielzeugherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffverarbeitung, Kunststoffbearbeitung  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung, Kabelmontage (Kabelbäume, Tastenschaltermontage)  
LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN  
MONTAGE: Montieren, Konfektionieren, einschl. Lebensmittel  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Saalvermietung mit und ohne Bewirtung  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)  
Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten  
SPIELWAREN: Holzspielwaren  
WERBEMITTEL

**Weitere Betriebsstätten:**

Betriebsstätte  
Ludwig-Keck-Str. 42  
88131 Lindau

**Donau-Iller-Werkstätten Neu-Ulm**

**(Reg.-Nr. 8/57)**

Finninger Str. 33  
89231 Neu-Ulm  
Telefon: 0731 97875-0  
Telefax: 0731 97875-80  
E-Mail: [e.saar@lebenshilfe-donau-iller.de](mailto:e.saar@lebenshilfe-donau-iller.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-donau-iller.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage und -Bearbeitung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
DRUCK/GRAFIK: Grafische Gestaltung, Fotokopieren  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Daten- und Texterfassung, Scannen von Dokumenten, Bildern und Dias, Kuvertieren  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Reinigungsarbeiten  
Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Korbflechtarbeiten

**Weitere Betriebsstätten:**

Stadtgärtnerei  
Am Kaltwässerle 21  
89231 Neu-Ulm  
Telefon: 0731 83063  
Telefax: 0731 9807879  
  
Donau-Iller-Werkstätten Neu-Ulm  
Nelsonallee 6  
Gebäude 3007  
89231 Neu-Ulm  
  
CAP-Markt Neu-Ulm  
Krankenhausstr. 1  
89231 Neu-Ulm  
Telefon: 0731 176251-0  
Telefax: 0731 176251-22  
E-Mail: [cap-neu-ulm@lebenshilfe-donau-iller.de](mailto:cap-neu-ulm@lebenshilfe-donau-iller.de)

**Donau-Iller-Werkstätten Senden gemeinnützige GmbH**

**(Reg.-Nr. 8/48)**

Gotenstr. 1  
89250 Senden  
Telefon: 07307 9460-0  
Telefax: 07307 9460-50  
E-Mail: [info-sw@lebenshilfe-donau-iller.de](mailto:info-sw@lebenshilfe-donau-iller.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-donau-iller.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
CNC: Drehen, Fräsen  
METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
MONTAGE: Baugruppenmontage, Gerätemontage  
DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN

Produkte:  
SONSTIGE PRODUKTE:  
Caravan-Vorzelte (winterfest) in Holzständerbauweise für Dauercamper  
([www.caravan-vorzelt.de](http://www.caravan-vorzelt.de))

**Weitere Betriebsstätten:**

Hauptwerkstatt:  
Donau-Iller Werkstätten gGmbH  
Werkstätte Senden  
Gotenstraße 1  
89250 Senden  
Telefon: 07307 94 60 0  
Telefax: 07307 94 60 50

Weitere Betriebsstätten:

Donau-Iller Werkstätten gGmbH  
Werkstätte Illertissen  
Dietenheimer Str. 41  
89257 Illertissen  
Telefon: 07303 90660 0  
Telefax: 07303 90660 20

Donau-Iller Werkstätten gGmbH  
Caravanzeltbau  
Teutonenstr. 1  
89250 Senden  
Telefon: 07307 952 772  
Telefax: 07307 952 870



## Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)

### **AWG Albertus-Magnus-Werkstätten Günzburg eine Einrichtung der CAB Caritas Augsburg Betriebsträger gGmbH (Reg.-Nr. 8/41)**

Auweg 37  
89312 Günzburg  
Telefon: 08221 20781-0  
Telefax: 08221 20781-33  
E-Mail: [awg@cab-b.de](mailto:awg@cab-b.de)  
Homepage: <https://www.cab-b.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage, CNC-Bearbeitung  
HOLZ: Holzbearbeitung, CNC-Bearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung,  
Palettenherstellung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren  
VERPACKUNGS- und MONTAGEARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei, Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und  
Pflanzenpflege, Landschaftspflege

Produkte:

LEBENSMITTEL: Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Nudeln  
KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Holzarbeiten, Saisonartikel  
HAUSHALTSWAREN  
MÖBEL: Arbeits- und Büromöbel  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte,  
Garten- und Landschaftsmöbel, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Außenstelle Emmausheim  
Äußere Günzburgerstr. 5  
89423 Gundelfingen  
Telefon: 09073 7097  
Telefax: 08221 20781-33  
E-Mail: [awg-emmausheim@cab-b.de](mailto:awg-emmausheim@cab-b.de)

Holzbearbeitungshalle  
Auweg 37  
89312 Günzburg

## Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)

### **Offene Werkstatt Schwaben KJF Berufsbildungs- und Jugendhilfzentrum Sankt Nikolaus (Reg.-Nr. 8/64)**

St. Nikolausstr. 6  
89350 Dürrlauingen  
Telefon: 08222 9980  
Telefax: 08222 998377  
E-Mail: [info@sankt-nikolaus.de](mailto:info@sankt-nikolaus.de)  
Homepage: <http://www.sankt-nikolaus.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling, Demontgearbeiten  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei, Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Logistische Leistungen, Umzugs- und Transportarbeiten

Produkte:

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte  
PAPIERWAREN

## Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)

### Regens-Wagner-Werkstätten

(Reg.-Nr. 8/43)

Georg-Schmid-Ring 15  
89407 Dillingen a.d. Donau  
Telefon: 09071 502-701  
Telefax: 09071 502-710  
E-Mail: [uwe.runnwerth@regens-wagner.de](mailto:uwe.runnwerth@regens-wagner.de)  
Homepage: <http://www.regens-wagner-dillingen.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen (Zerspanung, Bohren, Entgraten, Aluminium-Sägerei und -Stanzerei), CNC-Bearbeitung (CNC-Fräs- und -Bohrmaschinen), Metallmontage

SPEZIAL-MONTAGE: Bearbeitung und Konfektionierung von metallisiertem Gewebe

DRUCK/GRAFIK: Bedrucken von Gegenständen (Werbe- und Industriedruck mit Tampondruck- und Lasergravursystemen)

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGS- UND KONFEKTIONIERUNGSARBEITEN, Montagetätigkeiten

HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei, Catering/Partyservice (Küchen-Ausgabe und Imaging-Service)

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftspflege, Pferdestallservice

SONSTIGE LEISTUNGEN: zertifizierte Aktenvernichtung, Gastronomie (Kunst- und Kultur-Kneipe "Chili"), Werbe-Stickerei, Keramik-Atelier, Internet-Buchhandel mit gebrauchten Büchern "Bücherinsel"

Produkte:

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Keramik

WERBEMITTEL (Druck und Sticken)

## Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)

### Nordschwäbische Werkstätten GmbH der Lebenshilfe für Menschen mit Behinderung

(Reg.-Nr. 8/29)

Untere Hauptstr. 34  
89407 Dillingen a.d. Donau  
Telefon: 09071 584-0  
Telefax: 09071 584-450  
E-Mail: [info@lh-dlg.de](mailto:info@lh-dlg.de)  
Homepage: <http://www.lh-dlg.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, Metallmontage

HOLZ: Kistenfertigung, Palettenherstellung

KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage

ELEKTRO: Kabelkonfektionierung

TEXTIL/LEDER: Lederarbeiten

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

Produkte:

TEXTIL-/LEDERWAREN: Lederwaren

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte

#### Weitere Betriebsstätten:

Werkstätte Wertingen

Am Kaygraben 1

86637 Wertingen

Telefon: 08272 98690-0

Telefax: 08272 98690-18

## Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)

### **BZB - Behinderten-Zentrum Boxdorf gemeinnützige GmbH Boxdorfer Werkstatt**

(Reg.-Nr. 7/9)

Am Spund 4  
90427 Nürnberg  
Telefon: 0911 93099-0  
Telefax: 0911 93099-99  
E-Mail: [info@boxdorfer-werkstatt.de](mailto:info@boxdorfer-werkstatt.de)  
Homepage: <http://www.boxdorfer-werkstatt.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Fügen, Metallmontage

KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage

ELEKTRO: Kabelkonfektionierung

DRUCK/GRAFIK: Fotokopieren

EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Daten- und Texterfassung, Digitale Archivierung (Scanning), Indexierung und Verschlagwortung, Dia-Scanning und Bildbearbeitung, Sonstige EDV-Dienstleistungen (Web-Shop-Entwicklung und -pflege), Büro-Artikel-Logistik

MAILING UND VERSANDARBEITEN: Lettershop, Serienbriefferstellung, Massenversand, Werbemittelversand

VERPACKUNGSARBEITEN: Folienschweißen, Folienschumpfen, Kleinmontage, Konfektionierung

SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen, Werbe-Artikel-Logistik, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

Produkte:

BÜROARTIKEL: Schreibwaren, Ordner

PAPIERWAREN

WERBEMITTEL

## Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)

### **WerkStadt Lebenshilfe Nürnberg gGmbH**

(Reg.-Nr. 7/61)

Fahrradstr. 54  
90429 Nürnberg  
Telefon: 0911 58793-700  
Telefax: 0911 58793-725  
E-Mail: [werkstadt@lhnbg.de](mailto:werkstadt@lhnbg.de)  
Homepage: <http://www.werkstadt-lebenshilfe.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

DRUCK/GRAFIK: Bedrucken von Gegenständen (Tampondruck)

VERPACKUNGS- UND MONTAGEARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (Event- und Mittagsservice),

Wäscherei, Reinigungsarbeiten (Gebäudereinigung)

SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen

Produkte:

KUNSTHANDWERK: KunstRaum (Unsere Arbeitsgruppe Kunst organisiert regelmäßige Ausstellungen und Kunstprojekte; wir machen auch Auftragsarbeiten)

SONSTIGE PRODUKTE: Computer / IT Hardware (Zusammenbau von PCs oder Laptops nach Kundenwunsch) - siehe: [www.winwin-pc.de](http://www.winwin-pc.de); Bücherkiste

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Außenstelle:

WerkStadt Lebenshilfe Nürnberg  
gGmbH

Fürther Str. 212 / Gebäude C3

90429 Nürnberg

Telefon: 0911 58793-700

Telefax: 0911 58793-725

**noris inklusion gGmbH  
lebensraum nürnberg**

**(Reg.-Nr. 7/24)**

Bertolt-Brecht-Str. 6  
90471 Nürnberg  
Telefon: 0911 98185-0  
Telefax: 0911 98185-109  
E-Mail: [info@noris-inklusion.de](mailto:info@noris-inklusion.de)  
Homepage: <http://www.noris-inklusion.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung,

Fotokopieren

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege

Produkte:

KUNSTHANDWERK: Keramik

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen (Stauden, Zierpflanzen,  
Kräuter)

**Weitere Betriebsstätten:**

Werk West

Druckerei

Dorfäckerstr. 37

90427 Nürnberg

Telefon: 0911 322398-0

Telefax: 0911 322398-18

Werk Nord

Sieboldstraße 17

90411 Nürnberg

Telefon: 0911 58618-0

Telefax: 0911 58618-99

Gartenbau

Braillestr. 27

90425 Nürnberg

Telefon: 0911 366520-0

Telefax: 0911 366520-25

Töpferei

Eibacher Hauptstr. 108

90451 Nürnberg

Telefon: 0911 6498813

Telefax: 0911 6498815

Kompetenzzentrum Buch

Bucher Hauptstr. 102

90427 Nürnberg

## Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)

### **arbewe gemeinnützige GmbH Anerkannte Werkstatt für psychisch behinderte Menschen**

(Reg.-Nr. 7/56)

Robert-Schedl-Weg 4  
90471 Nürnberg  
Telefon: 0911 81206-0  
Telefax: 0911 81206-66  
E-Mail: [info@arbewe.de](mailto:info@arbewe.de)  
Homepage: <http://www.arbewe.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen (z.B. Fräsen, Drehen, Bohren, Senken, Gewindeschneiden, Sägen), Fügen (z.B. Löt-/Schweißarbeiten), Metallmontage, Vorrichtungsbau, Blechbearbeitung, Oberflächenschutz  
HOLZ: Industrielle Holzserienarbeiten, Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Baugruppenmontage, Abisolieren, Ablängen, Abmanteln, Bestücken, Crimpen, Löten, Schrumpfen, Verdrahten, Verkabeln, Prüfen, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei (Industrienäharbeiten)  
LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNG  
MONTAGEARBEITEN: Industriemontage, Sortier-, Wiege- und Zählerarbeiten  
VERPACKUNGSARBEITEN: verschiedene Verpackungsverfahren  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (kalte und warme Buffets)

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Zweigstelle Frankenstraße  
Frankenstraße 100  
Gebäude W 9  
90461 Nürnberg  
Telefon: 0911 81206-711  
Telefax: 0911 81206-763

Betriebsstätte für psychisch behinderte Menschen:

Zweigstelle Hansapark  
Schweinauer Hauptstraße 156  
90441 Nürnberg  
Telefon: 0911 81206-33  
Telefax: 0911 81206-763

## Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)

### **NWW - Nürnberger Wohn- und Werkstätten für Blinde und Sehbehinderte gGmbH**

(Reg.-Nr. 7/63)

Brieger Str. 2  
90471 Nürnberg  
Telefon: 0911 6606-0  
Telefax: 0911 6606-111  
E-Mail: [info@nww-nuernberg.de](mailto:info@nww-nuernberg.de)  
Homepage: <http://www.nww-nuernberg.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
HOLZ: Holzbearbeitung (z. B.: Hobeln, Sägen, Bohren, Schleifen), Kleinserien und Einzelanfertigung auf Kundenwunsch, Spielzeugherstellung  
VERPACKUNGSARBEITEN: Abzählen, Wiegen, Eintüten, Einpacken, Umverpacken, Kommissionieren, Versenden  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei (Waschen, Trocknen, Mangeln, Bügeln, Legen)  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Daten- und Aktenvernichtung, Sortierung, Recycling

#### **Produkte:**

KUNSTHANDWERK: Handgemachte Geschenk-Ideen und Dekorationsartikel aus Holz; Saisonartikel für Frühjahr, Sommer, Herbst und Winter sowie Ostern und Weihnachten;  
Dekorative Geschenkkarten, geprägt, genäht oder in 3D im exklusiven Design zu vielen Anlässen (Taufe, Geburtstag, Hochzeit, Weihnachten, Ostern u.v.m),  
Geschenktaschen aus recycelten Kunststofffolien,  
Dekorationsartikel aus Stoff  
SONSTIGE PRODUKTE:  
Reha-Mittel: Hilfsmittel für Blinde und Sehbehinderte: NWW-Scandi - Die Smartphone-Halterung, NWW-Paddi - Das Tablett-Bediensystem,  
Systembretter für system. Beratung

## Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)

### Goldbach Werkstatt Nürnberg gemeinnützige GmbH

(Reg.-Nr. 7/60)

Urbanstr. 4a  
90480 Nürnberg  
Telefon: 0911 9405529-0  
Telefax: 0911 9405529-30  
E-Mail: [info@goldbach-werkstatt.de](mailto:info@goldbach-werkstatt.de)  
Homepage: <http://www.goldbach-werkstatt.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
HOLZ: Holzbearbeitung, Kistenfertigung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung, Herstellung von Geschenkartikeln  
TEXTIL: Näherei, Weberei, Stickerei, Änderungsschneiderei, Einzelanfertigungen  
HAUSWIRTSCHAFT/KÜCHE: Catering/Partyservice, Bügelservice / Mangeln, Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege für Privathaushalte  
Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Keramik, Saisonartikel, Textilien, Geschenkartikel  
MÖBEL: Kindergarten-/Schulmöbel, Kleinmöbel, Regale, Einzelanfertigungen - Restauration  
SPIELWAREN: Brett- und Gesellschaftsspiele, Holzspielwaren, Puppen und Puppenmöbel

#### Weitere Betriebsstätten:

Goldbach Werkstatt Laden  
Zerzabelshofer Hauptstr. 1  
90480 Nürnberg  
Telefon: 0911 21714477

## Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)

### Dambacher Werkstätten für Behinderte gemeinnützige GmbH

(Reg.-Nr. 7/15)

Aldringerstr. 4  
90768 Fürth  
Telefon: 0911 99723-0  
Telefax: 0911 99723-219  
E-Mail: [info@dwfb.de](mailto:info@dwfb.de)  
Homepage: <http://www.dambacher-werkstaetten.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (Küche & Catering)  
SERVICE-DIENSTLEISTUNGEN  
SONSTIGE LEISTUNGEN:  
Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen),  
Prüfarbeiten, Industriemontage,  
Gastronomie (Samocca-Café)

#### Weitere Betriebsstätten:

Zweigstelle Kurgarten  
Kurgartenstraße 54  
90762 Fürth  
Telefon: 0911 99723-0  
Telefax: 0911 99723-119  
Café SAMOCCA  
Rudolf-Breitscheid-Straße 4  
90762 Fürth  
Telefon: 0911 253 555 93  
Telefax: 0911 384 631 81



**Regnitz-Werkstätten gemeinnützige GmbH**

**(Reg.-Nr. 7/33)**

Goerdelerstr. 3  
91058 Erlangen  
Telefon: 09131 7671-0  
Telefax: 09131 767176  
E-Mail: [info@regnitz-werkstaetten.de](mailto:info@regnitz-werkstaetten.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-erlangen.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, CNC-Bearbeitung, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, CNC-Bearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Spielzeugherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (auch Großküche)  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Lebensmittelverarbeitung und -verpackung  
Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten  
MÖBEL: Kleinmöbel  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen  
SPIELWAREN: Brett- und Gesellschaftsspiele, Holzspielwaren, Therapeutisches Spielzeug

**Weitere Betriebsstätten:**

Regnitz-Werkstätten gemeinnützige GmbH  
Felix-Klein-Str. 77  
91058 Erlangen  
Telefon: 09131 127190  
Telefax: 09131 127191

Regnitz-Werkstätten gemeinnützige GmbH  
Landschaftspflege/Gartenbau  
Goerdelerstraße 8  
91058 Erlangen  
Telefon: 09131 7671-26

Regnitz-Werkstätten gemeinnützige GmbH  
Goerdelerstraße 13  
91058 Erlangen

Regnitz-Werkstätten gemeinnützige GmbH  
Goerdelerstraße 21  
91058 Erlangen

Provisorien wegen Baumaßnahme bei der Hauptwerkstatt bis zum 30.6.2019:  
Goerdelerstraße 3 und 8  
Felix-Klein-Str. 77

**wabe Industrieservice Erlangen  
Werkstatt für psychisch kranke Menschen**

**(Reg.-Nr. 7/62)**

Am Pestalozziring 6  
91058 Erlangen  
Telefon: 09131 6171-0  
Telefax: 09131 6171-46  
E-Mail: [werkstatt@wabe-erlangen.de](mailto:werkstatt@wabe-erlangen.de)  
Homepage: <http://www.wabe-erlangen.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
ELEKTRONIKFERTIGUNG: Elektro-Montage, Kabelkonfektion, Leiterplattenbestückung, Bleifreies Lötten  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei (Digitaldruck), Druckweiterverarbeitung  
VERPACKUNGSARBEITEN, KONFEKTIONIERUNG etc.  
SONSTIGE LEISTUNGEN: VDE Prüfungen, Lieferungen

## Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)

### Aurach-Werkstatt

(Reg.-Nr. 7/55)

Würzburger Str. 29  
91074 Herzogenaurach  
Telefon: 09132 763-0  
Telefax: 09132 763-30  
E-Mail: [info@aurach-werkstatt.de](mailto:info@aurach-werkstatt.de)  
Homepage: <http://www.aurach-werkstatt.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung, Kabelbäume, Lötten  
MONTAGEARBEITEN: Montagen jeglicher Art für Industrie, Handwerk oder Handel  
DRUCKEN und PRÄGEN: Drucken und Prägen von MHD-Daten (Mindesthaltbarkeitsdatum) oder vergleichbarem  
MAILING UND VERSANDARBEITEN: Kuvertieren, Etikettieren  
VERPACKUNGSARBEITEN: Lohnarbeiten, Sliven, Faltschachteln.  
Folienschweißen, Folienschumpfen auch im Lebensmittelbereich, Verpacken und Etikettieren von Lebensmitteln wie Tee, Gewürzen, Kaffee  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen), Kontroll- und Sortierarbeiten

#### Weitere Betriebsstätten:

AUTEC  
Betriebsstätte für psychisch erkrankte Menschen  
Gewerbegebiet Ost 36  
91085 Weisendorf

## Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)

### Lebenshilfe Werkstätte für behinderte Menschen Schwabach-Roth gGmbH

(Reg.-Nr. 7/11)

Berliner Str. 14  
91126 Schwabach  
Telefon: 09122 181-400  
Telefax: 09122 181-410  
E-Mail: [wfbm-schwabach@lebenshilfe-schwabach-roth.de](mailto:wfbm-schwabach@lebenshilfe-schwabach-roth.de)  
Homepage: <http://lebenshilfe-schwabach-roth.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
RECYCLING: Kunststoff-Recycling, Demontgearbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Bedrucken von Gegenständen (Tampondruck), Lasergravurarbeiten  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen),  
AKTENVERNICHUNG: Aktenvernichtung, Papier- und Datenträgerentsorgung nach dem Bundesdatenschutzgesetz DIN 32757  
[www.aktvernichtungsprofis.de](http://www.aktvernichtungsprofis.de)  
KFZ-KENNZEICHEN Prägestelle: Amtlich zugelassene Prägestelle für Kfz-Kennzeichen und zertifiziert nach DIN EN ISO 9001  
[www.kennzeichenprofis.de](http://www.kennzeichenprofis.de)

#### Weitere Betriebsstätten:

Zweigwerkstatt Roth  
Nordring 1  
91154 Roth  
Telefon: 09171 9754-0  
Telefax: 09171 9754-42

### Regens Wagner Zell - Zeller Werkstätten

(Reg.-Nr. 7/46)

Zell A9  
91161 Hilpoltstein  
Telefon: 09177 97-301  
Telefax: 09177 97-302  
E-Mail: [wfbm-zell@regens-wagner.de](mailto:wfbm-zell@regens-wagner.de)  
Homepage: <http://www.regens-wagner-zell.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage, CNC-Bearbeitung

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

TEXTIL/LEDER: Näherei, Stickerei

VERPACKUNGS- UND MONTAGEARBEITEN: Serienmontage, Etikettieren

HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege

Produkte:

TEXTIL-/LEDERWAREN: Haus- und Heimtextilien

KUNSTHANDWERK: Wohn- und Gartenaccessoires aus Keramik und Metall,  
Saisonartikel, Textilien

#### Weitere Betriebsstätten:

Zeller Werkstätten

Betriebsstätte Nürnberg

Pommernstr. 9

90451 Nürnberg

Telefon: 0911 9887988-0

Telefax: 0911 9887988-88

### **Rummelsberger Dienste für Menschen mit Behinderung gemeinnützige GmbH Auhof-Werkstätten**

**(Reg.-Nr. 7/31)**

Auhof, Auhofer Weg 2  
91161 Hilpoltstein  
Telefon: 09174 99361  
Telefax: 09174 99261  
E-Mail: [werkstaetten@rummelsberger.net](mailto:werkstaetten@rummelsberger.net)  
Homepage: <http://www.rummelsberger-werkstaetten.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

**Auftragsarbeiten:**  
METALL: Trennen (Zerspanende Metallbearbeitung: Drehen und Fräsen, Bohren und Gewinden, Sägen, Stanzen), CNC-Bearbeitung, Fügen (z.B. WIG-Schweißung), Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung (Gartenmöbel und Terrassen), Spielzeugherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL: Textilherstellung  
DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung in Layout und DTP, Fotokopieren, Großformat-Druck, Bedrucken von Gegenständen (T-Shirt-Druck)  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Digitale Archivierung von Akten und Dia-Digitalisierung  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGS- und KONFEKTIONIERARBEITEN: Blistern, Schrumpfen  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei (Wäscheservice, Näherei)  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Montagearbeiten, Landwirtschaft/Tierpflege (heilpädagogischer Bauernhof), Hotel und Gastronomiebereich, Schmuckherstellung, Bäckerei, Gärtnerei, Verleih von Verkaufsständen, Automotive: Zubehör für Automobilbereich, Logistische Leistungen

**Produkte:**  
LEBENSMITTEL: Brot- und Backwaren (Bäckerei), Landwirtschaftliche Erzeugnisse  
KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Keramik, Saisonartikel, Schmuck  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen (Gärtnerei), Garten- und Landschaftsmöbel, Pflanzenkübel, Sonstiger Gartenbedarf  
SPIELWAREN: Holzspielwaren  
SONSTIGE PRODUKTE: Geschenkartikel, Verkaufsstände aus Holz (auch Verleih), Buchstützen aus Metall, Engel aus alten Gesangbüchern

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Altmühltal-Werkstätten  
Treuchtlingen  
Gstadter Straße 44  
91757 Treuchtlingen  
Telefon: 09142 94880-5801  
Telefax: 09142 94880-5810

Wichernhaus-Werkstätten  
Silbergasse 2  
90518 Altdorf  
Telefon: 09187 60-193  
Telefax: 09187 60-199

## Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)

### Moritzberg-Werkstätten - Anerkannte WfbM der Lebenshilfe Kreisvereinigung Nürnberger Land e.V.

(Reg.-Nr. 7/40)

Nessenmühlstr. 35  
91207 Lauf  
Telefon: 09123 975010  
Telefax: 09123 975099  
E-Mail: [info@lh-nla.de](mailto:info@lh-nla.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-nbg-land.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen (z. B. Bohren, Drehen, Fräsen), Fügen, Metallmontage

INDUSTRIEMONTAGE

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung

KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage

TEXTIL/LEDER: Näherei

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

Produkte:

TEXTIL-/LEDERWAREN: Haus- und Heimtextilien

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Textilien

HAUSHALTSWAREN

SPIELWAREN: Holzspielwaren, Stofftiere

## Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)

### Werkstätten der Lebensgemeinschaft e.V. Münzinghof

(Reg.-Nr. 7/58)

Münzinghof 9  
91235 Velden  
Telefon: 09152 9297-0  
Telefax: 09152 9297-82  
E-Mail: [werkstaetten@muenzinghof.de](mailto:werkstaetten@muenzinghof.de)  
Homepage: <http://www.muenzinghof.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen (z.B. Abkanten), Trennen (z.B. Drehen), Fügen (z.B. Schweißen - Alu, Edelstahl, Stahl), Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Möbelfertigung, Herstellung von Percussions-Instrumenten, Herstellung von Bienenkästen

HAUSHALTSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Landschaftspflege

Produkte:

LEBENSMITTEL: Brot und Backwaren, Fleisch- und Wurstwaren, Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Bioprodukte, Gemüse

KUNSTHANDWERK: Kerzen

HAUSHALTSWAREN: Ofenanzünder, Einkaufstaschen, Schlüsselbretter, Messerbretter, Möbel

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte (Frühjahrsblüher: Tulpen, Narzissen)

SONSTIGE PRODUKTE: Musikinstrumente, Percussion-Instrumente, Bienenkästen

## Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)

### Regens Wagner Stiftung Michelfeld Michelfelder Werkstätten

(Reg.-Nr. 7/27)

Klosterhof 2-10  
91275 Auerbach  
Telefon: 09643 300-220  
Telefax: 09643 300-222  
E-Mail: [wfbm-michelfeld@regens-wagner.de](mailto:wfbm-michelfeld@regens-wagner.de)  
Homepage: <http://regens-wagner-michelfeld.de/hp1/Startseite.htm>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen (z.B. Bohrarbeiten, Gewindeschneiden, Sägen), Metallmontage

MONTAGEN: Montagearbeiten einfacher und komplexer Teile

ELEKTRO: Kabelkonfektionierung

VERPACKUNGSARBEITEN: Verpacken von Einzelteilen, Kuvertieren von Briefen

HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Landschaftspflege

TEXTILE ARBEITSGRUPPE: Neuanfertigungen und Reparaturarbeiten von Fahnen, Standarten und Paramentik

Produkte:

KUNSTHANDWERK : Floristische Artikel

GARTENBEDARF / GÄRTNEREIPRODUKTE: Jungpflanzen und Gartenprodukte

## Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)

### Lebenshilfe Werkstätten Forchheim gemeinnützige GmbH

(Reg.-Nr. 7/45)

J.-F. Kennedy-Ring 27 c  
91301 Forchheim  
Telefon: 09191 6509-0  
Telefax: 09191 6509-190  
E-Mail: [rossol@lebenshilfe-forchheim.de](mailto:rossol@lebenshilfe-forchheim.de)  
Homepage: <http://werkstaetten.lebenshilfe-forchheim.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen (z. B. Sägen, Gewindeschneiden, Fräsen, Bohren), CNC-Technik, Metallmontage, Metalldemontage

HOLZ (Schreinerei): Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Spielzeugherstellung

KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage, Ultraschallschweißen

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

LACKIEREREI: Spritzlackieren, Beschichtungen

VERPACKUNG und KONFEKTIONIERUNG: Montage-, Kommissionier-, Etikettier- und Sortierarbeiten

HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (Großküchen-Service, Lieferservice)

SONSTIGE LEISTUNGEN: Qualitätssicherung; Qualitätskontrolle für externe Auftraggeber

Produkte:

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen

SPIELWAREN: Brett- und Gesellschaftsspiele

#### Weitere Betriebsstätten:

Zweigbetrieb Weilersbach

Ebermannstädter Str. 18

91365 Weilersbach

Telefon: 09191 6509210

Telefax: 09191 6509209

Betriebsstätte für psychisch behinderte Menschen:

Außenstelle "Schritt für Schritt"  
Arbeitsrehabilitation für Menschen

mit psychischer Erkrankung

Friedrich-Ludwig-Jahn-Str. 7

91301 Forchheim

Telefon: 09191 703667

Telefax: 09191 703748



## Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)

### **Barmherzige Brüder Gremsdorf Benedikt-Menni-Werkstatt**

(Reg.-Nr. 7/50)

Eustachius-Kugler-Str. 1  
91350 Gremsdorf  
Telefon: 09193 627290  
Telefax: 09193 627299  
E-Mail: [verwaltung@barmherzige-gremsdorf.de](mailto:verwaltung@barmherzige-gremsdorf.de)  
Homepage: <http://www.barmherzige-gremsdorf.de/de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Holzlackierung, Kistenfertigung,  
Palettenfertigung, Kickerproduktion, Herstellung von Vogelfutterhäuschen/  
Nistkästen  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage und Verpackung  
TEXTIL: Weberei  
LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN  
VERPACKUNGSARBEITEN: Verpacken auf Kundenwunsch  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Landschaftspflege

#### **Produkte:**

TEXTIL-/LEDERWAREN: Teppiche, Sitzkissen  
SPIELWAREN: Großspielgeräte (Kicker)  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Werk III  
Eustachius-Kugler-Straße 1  
91350 Gremsdorf

## Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)

### **Werkstatt für behinderte Menschen der Camphill-Gemeinschaft Hausenhof e.V.**

(Reg.-Nr. 7/59)

Hausenhof 7  
91463 Dietersheim  
Telefon: 09164 9984-0  
Telefax: 09164 9984-10  
E-Mail: [info@hausenhof.de](mailto:info@hausenhof.de)  
Homepage: <http://www.hausenhof.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

##### **Produkte:**

LEBENSMITTEL: Fleisch- und Wurstwaren, Landwirtschaftliche Erzeugnisse (z.B. Gemüse), Bioprodukte  
KUNSTHANDWERK: Kerzen, Textilien (Webprodukte)

### Westmittelfränkische Lebenshilfe Werkstätten GmbH

(Reg.-Nr. 7/14)

Hardtstr. 1  
91522 Ansbach  
Telefon: 0981 9525-0  
Telefax: 0981 9525-100  
E-Mail: [info@lebenshilfe-ansbach.de](mailto:info@lebenshilfe-ansbach.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-ansbach.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

##### Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen (z.B. Fräsen, Drehen, Bohren, Gewindeschneiden, Sägen)

Fügen (z.B. Schweißen), Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung

KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage (z.B. Baugruppen-Montage), Löten, Klemmen, Abisolieren

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN aller Art

HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei, Reinigungsarbeiten

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Wellpappe (Be- und Verarbeitung),

Automobilzulieferer, Logistische Leistungen, Qualitätssicherung

(Produktkontrolle für externe Firmen), Schilderprägung, Aktenvernichtung,

Plotter-Folien-Zuschnitt

Kfz-Werkstatt

Medienwerkstatt

CAP-Markt

##### Produkte:

TEXTIL-/LEDERWAREN: Teppiche

KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Holzarbeiten, Keramik, Saisonartikel, Textilien

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen

SPIELWAREN: Therapeutisches Spielzeug

SONSTIGE PRODUKTE: Bauelemente, Fahrtrafos für Modelleisenbahnen

#### Weitere Betriebsstätten:

Zweigstelle Feuchtwangen

Esbacher Weg 20

91555 Feuchtwangen

Telefon: 09852 6744-11

Telefax: 09852 6744-44

E-Mail: [verwaltung@lha-wfbm-feu.de](mailto:verwaltung@lha-wfbm-feu.de)

Zweigstelle Lenkersheim

Seemühlstraße 13

91438 Bad Windsheim/Lenkersheim

Telefon: 09841 6661-10

Telefax: 09841 6661-66

E-Mail: [verwaltung@lha-wfbm-lk.de](mailto:verwaltung@lha-wfbm-lk.de)

Betriebsstätte für psychisch behinderte Menschen:

Werkstatt West

Hardtstr. 24+30

91522 Ansbach

Telefon: 0981 9525-111

Telefax: 0981 9525-280

## Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)

### Diakonie Neuendettelsau Werkstatt Rothenburg

(Reg.-Nr. 7/75)

Erlbacher Str. 109  
91541 Rothenburg o.d. Tauber  
Telefon: 09861 87388-0  
Telefax: 09861 87388-29  
E-Mail: [wfbm.rothenburg@diakonieneuendettelsau.de](mailto:wfbm.rothenburg@diakonieneuendettelsau.de)  
Homepage: <https://www.diakonieneuendettelsau.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Metallmontage  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei, Stickerei  
RECYCLING: Demontagearbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Bedrucken von Gegenständen (T-Shirt-Druck)  
VERPACKUNGSARBEITEN  
GARTEN-/ LANDSCHAFTSPFLEGE: Landschaftspflege  
Produkte:  
TEXTIL-/LEDERWAREN: Haus- und Heimtextilien  
KUNSTHANDWERK: Textilien  
WERBEMITTEL

#### Weitere Betriebsstätten:

Werkstatt Oberzenn  
Wilhelm-Löhe-Str. 2  
91619 Oberzenn  
Telefon: 09844 97893-0  
Telefax: 09844 97893-59  
E-Mail:  
[wfbm.oberzenn@diakonieneuendettelsau.de](mailto:wfbm.oberzenn@diakonieneuendettelsau.de)

## Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)

### Diakonie Neuendettelsau Werkstatt Neuendettelsau

(Reg.-Nr. 7/64)

Altendettelsauer Str. 7  
91564 Neuendettelsau  
Telefon: 09874 83550  
Telefax: 09874 83555  
E-Mail: [wfbm.neuendettelsau@diakonieneuendettelsau.de](mailto:wfbm.neuendettelsau@diakonieneuendettelsau.de)  
Homepage: <http://www.diakonieneuendettelsau.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Spielzeugherstellung  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
Produkte:  
MÖBEL: Kleinmöbel  
SPIELWAREN: Puppen und Puppenmöbel  
WERBEMITTEL

## Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)

### Diakonie Neuendettelsau Werkstatt Bruckberg

(Reg.-Nr. 7/36)

An der Steinleiten 7  
91590 Bruckberg  
Telefon: 09824 58602  
Telefax: 09824 58601

E-Mail: [wfbm.bruckberg@diakonieneuendettelsau.de](mailto:wfbm.bruckberg@diakonieneuendettelsau.de)

Homepage: <http://www.behindertenhilfe-neuendettelsau.de/standorte/hauptstandorte/bruckberg/werkstatt>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, CNC-Bearbeitung

HOLZ: Holzmontage, Kistenfertigung

KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

TEXTIL: Näherei

RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling, Kork-Recycling, Kunststoff-Recycling, Demontagearbeiten

VERPACKUNGSARBEITEN

GARTEN-/ LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

Produkte:

KUNSTHANDWERK: Korb- und Stuhflechtarbeiten

## Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)

### Regens Wagner Absberg Absberger Werkstätten

(Reg.-Nr. 7/68)

Regens-Wagner-Str. 8  
91720 Absberg  
Telefon: 09175 909-1170  
Telefax: 09175 909-1172

E-Mail: [wfbm-absberg@regens-wagner.de](mailto:wfbm-absberg@regens-wagner.de)

Homepage: <http://www.regens-wagner.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage, CNC-Bearbeitung

KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage, Ultraschallverschweißen

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung, Crimpen, Löten

DRUCK/GRAFIK: Bedrucken von Gegenständen

VERPACKUNGSARBEITEN: Sortier- und Verpackungsarbeiten, Montagearbeiten

HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei, Reinigung

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Zuschnitt verschiedener Materialien (Stoff, Filz, Folien, Gore-Tex, Schaumstoffe etc.) mit einem CNC-Multifunktionscutter, Gastronomie (Bistro)

Produkte:

LEBENSMITTEL: Müßighofladen - Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Bio- und Regionalprodukte

KUNSTHANDWERK: Keramik

**Lebenshilfe für geistig Behinderte e.V. Kreisvereinigung  
Weißenburg -  
Weißenburger Werkstätten**

**(Reg.-Nr. 7/29)**

Treuchtlinger Str. 18  
91781 Weißenburg  
Telefon: 09141 8543-0  
Telefax: 09141 8543-50  
E-Mail: [verwaltung@wfb-wug.de](mailto:verwaltung@wfb-wug.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-weissenburg.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

**Auftragsarbeiten:**

**METALL:** Umformen (Verformung), Trennen (z. B. Bohren, Fräsen), CNC-Bearbeitung (CNC-Drehen und -Fräsen, CNC-Drehen mit Zweiseiten-Bearbeitung, Fügen (z. B. Schweißen), Metallmontage

**HOLZ:** Holzbearbeitung, CNC-Bearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung

**KUNSTSTOFF:** Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage

**ELEKTRO:** Elektromontage, Kabelkonfektionierung, Leuchtenbau

**TEXTIL/LEDER:** Näherei

**PULVERBESCHICHTUNGEN**

**RECYCLING:** Demontagearbeiten

**DRUCK/GRAFIK:** Bedrucken von Gegenständen (Siebdruck, Tampondruck, Tassendruck)

**BESCHRIFTUNG/VEREDELUNG:** Lasergravur, Prägung

**VERPACKUNGSARBEITEN**

**GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE:** Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

**SONSTIGE LEISTUNGEN:** Gastronomie, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

**Produkte:**

**KUNSTHANDWERK:** Holzarbeiten, Keramik, Saisonartikel, Filzartikel,

Recycling-Taschen

**GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE:** Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel, Igelhaus

**WERBEMITTEL:** Stifte, Feuerzeuge, Artikel jeder Art

**SONSTIGE PRODUKTE:** Bierzeltgarnituren in Brauereiqualität, Tische auch in Übergrößen bis 800 mm, Bänke mit Lehne

**Weitere Betriebsstätten:**

Grüne Gruppe  
Elkan-Naumburg-Str. 16  
91757 Treuchtlingen

Café Lebenskunst  
Marktplatz 26 a  
91710 Gunzenhausen  
Telefon: 09831 890944-0

Wei-Tec  
Elkan-Naumburg-Str. 24  
91757 Treuchtlingen  
Telefon: 09142 94888-69

## Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)

### Diakonie Neuendettelsau Werkstatt Pölsingen

(Reg.-Nr. 7/26)

Wilhelm-Löhe-Ring 7  
91805 Pölsingen  
Telefon: 09093 809300  
Telefax: 09093 809350  
E-Mail: [behindertenhilfe.pog@diakonieneuendettelsau.de](mailto:behindertenhilfe.pog@diakonieneuendettelsau.de)  
Homepage: <http://www.behindertenhilfe-neuendettelsau.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Palettenherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung  
LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung  
Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten

#### Weitere Betriebsstätten:

Außenstelle Laubenzedel  
Laubenzedel 58  
91710 Gunzenhausen  
Telefon: 09831 8841-0  
Telefax: 09831 89751

## Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)

### Jura-Werkstätten Lebenshilfe für Menschen mit Behinderung Kreisvereinigung Amberg-Sulzbach e.V.

(Reg.-Nr. 7/2)

Hans-Thoma-Str. 34  
92224 Amberg  
Telefon: 09621 779-0  
Telefax: 09621 83050  
E-Mail: [info@jura-werkstaetten.de](mailto:info@jura-werkstaetten.de)  
Homepage: <http://www.jura-werkstaetten.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen (Verformung), Trennen (z. B. Bohren, Fräsen), CNC-Bearbeitung (CNC-Drehen und -Fräsen, CNC-Drehen mit Zweiseiten-Bearbeitung, CNC-Sägeautomat), Fügen (z. B. Schweißen), Metallmontage, Trowalisieren  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Imkerbedarf (wie Beuten und Rähmchen, aber auch Fledermauskästen), Restauration (z.B. Biergarten-Garnituren)  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
DRUCK/GRAFIK: Fotokopieren  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN  
MAILING UND VERSANDARBEITEN: Kuvertierarbeiten  
VERPACKUNGSARBEITEN: Einfach- und Mehrfachverpackung, Skinnen, Schrumpfen  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege (Grünanlagen und Pflanzenpflege)  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Leicht- und Industriemontage (Baugruppen klein und groß, aber auch komplex)  
Produkte:  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel, Nistkästen (z. B. Fledermaus), Imkerbedarf (wie z.B. Bienenrähmchen und Beuten)

#### Weitere Betriebsstätten:

Jura-Werkstätten - Zweigstelle  
Lebenshilfe für Menschen mit Behinderung  
Eisenhammerstr. 30  
92237 Sulzbach-Rosenberg  
Telefon: 09661 106-0  
Telefax: 09661 6142  
Betriebsstätte für psychisch behinderte Menschen:  
WIRO Werkstatt für psychisch erkrankte Menschen  
Eisenhammerstr. 32  
92237 Sulzbach-Rosenberg  
Telefon: 09661 106-800  
Telefax: 09661 106142  
E-Mail: [info@wiro-werkstatt.de](mailto:info@wiro-werkstatt.de)  
Homepage: [www.wiro-werkstatt.de](http://www.wiro-werkstatt.de)



## Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)

### Lauterhofener Werkstätten

(Reg.-Nr. 7/52)

Karlshof 2  
92283 Lauterhofen  
Telefon: 09186 179-164  
Telefax: 09186 179-163  
E-Mail: [wfbm-lauterhofen@regens-wagner.de](mailto:wfbm-lauterhofen@regens-wagner.de)  
Homepage: <http://www.regens-wagner.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Metallmontage  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei

## Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)

### JURA-Werkstätten Neumarkt gemeinnützige GmbH

(Reg.-Nr. 7/39)

Lährer Weg 109  
92318 Neumarkt i.d.OPf.  
Telefon: 09181 691-0  
Telefax: 09181 691-222  
E-Mail: [info@jura-werkstaetten.com](mailto:info@jura-werkstaetten.com)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-neumarkt.de/arbeiten>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen (z.B. Biegen, Prägen), Trennen, Fügen (z.B. Pressen),  
CNC-Bearbeitung (z. B. Drehen, Fräsen)  
HOLZ: CNC-Bearbeitung (CNC-Fräsen), Holzmontage (Verleimen, Montieren),  
Kistenfertigung (Transportkisten), Palettenherstellung, Gartenmöbel  
ELEKTRO: Elektromontage (z.B. Abisolieren, Ablängen, Abmanteln,  
Bestücken, Schrumpfen, Verdrahten)  
PULVERBESCHICHTUNGEN: Oberflächentechnik: Phosphatieren,  
Pulverbeschichten, Sandstrahlen  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei (Digitaldruck, Tampondruck),  
Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung, Bedrucken von Gegenständen,  
Werbemittel  
MAILING UND VERSANDARBEITEN: Sortierung, Kuvertieren, Etikettieren,  
Frankieren, Postauslieferung  
VERPACKUNGSARBEITEN: Sortieren, Verpacken, Wiegen, Zählen,  
Folienschweißen, Schrumpfen, Kartonagenverpackung für die Industrie  
HAUSWIRTSCHAFT: Küche/Catering (Gemeinschaftsverpflegung/Kantine,  
Kindergärten/Schulen, Mittagsverpflegung), Gebäudereinigung  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen, Qualitätssicherung  
(Produktkontrolle für externe Firmen)

#### Produkte:

HAUSHALTSWAREN: Schneidbretter  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel  
PAPIERWAREN: Briefbögen, Visitenkarten, Broschüren, Druckartikel jeglicher  
Art  
WERBEMITTEL: Stifte, Feuerzeuge, Artikel jeglicher Art  
SONSTIGE PRODUKTE: Brennstoffhandel (K-Lumet Feueranzünder),  
Holzverpackungen (Überseekisten gem. IPPC-Standard,  
Containerverpackungen, Maschinengestelle, Paletten, Verpackungen aller Art),  
Metallwaren (CNC-Automatendrehteile, CNC-Frästeile)

#### Weitere Betriebsstätten:

Winnberger Weg 12  
92318 Neumarkt i.d. Oberpfalz  
Telefon: 09181 29847-0  
Telefax: 09181 29847-7

Deiningner Weg 145  
92318 Neumarkt i.d. Oberpfalz  
Telefon: 09181 50938-0  
Telefax: 09181 50938-29

Betriebsstätte für Menschen mit  
psychischer Erkrankung:

FOKOS Druckerei  
Winnberger Weg 17  
92318 Neumarkt i.d. Oberpfalz  
Telefon: 09181 2582-0  
Telefax: 09181 258258

**Holsteiner Werkstätten**

**(Reg.-Nr. 7/41)**

Regens-Wagner-Str. 22

92334 Berching

Telefon: 08460 18-200

Telefax: 08460 18-222

E-Mail: [wfbm-holstein@regens-wagner.de](mailto:wfbm-holstein@regens-wagner.de)

Homepage: <http://regens-wagner-holstein.de/hp1/Startseite.htm>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage

ELEKTRO: Elektromontage

DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Bedrucken von Gegenständen (Tampondruck und Siebdruck)

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei

SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

Produkte:

WERBEMITTEL

**Naab-Werkstätten GmbH  
Gemeinnützige Werkstätten für Menschen mit Behinderung**

**(Reg.-Nr. 7/48)**

St.-Vitalis-Str. 22  
92421 Schwandorf  
Telefon: 09431 723-0  
Telefax: 09431 723-50  
E-Mail: [info@naabwerkstaetten.de](mailto:info@naabwerkstaetten.de)  
Homepage: <http://www.naabwerkstaetten.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen (z. B. Bohren, Drehen, Fräsen, Sägen, Stanzen), Fügen (z. B. Schweißen), Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Herstellung von Serienteilen wie z.B. Ladenpräseniter, Regale, Gartenmöbel, Verpackungs- und Exportbehälter, Dienstleistungszuschnitte und Montagearbeiten

KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage

TEXTIL: Stoffe stanzen

LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN

VERPACKUNGSARBEITEN: Verpackungs- und Konfektionierungsarbeiten

HAUSWIRTSCHAFT: Wäscheversorgung und Wäscheleasing

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Fahrradwerkstatt

Produkte:

Verpackungs- und Exportbehälter verschiedener Größen aus Holz für Industrie; Ladenbau-Elemente; Verschiedene Möbelkomponenten (Regale, Aufsätze und Präseniter); Sonderprofileisten

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel, Pflanzenkübel (aus Holz)

SONSTIGE PRODUKTE aus Holz: Einwegpaletten in Standard- oder Sonderausführung für alle Anwendungsbereiche; Paletten aus Holzwerkstoffen wie Sperrholz oder OSB; Paletten nach Kundenspezifikationen und technischen Anforderungen; Schwerlastpaletten in Zwei- oder Vierwege-Ausführung; Transportkisten für Maschinenteile und Anlagen; Verschläge und Aufsteckrahmen; Holzzuschnitte. Alle Produkte auch wärmebehandelt gemäß ISPM 15 Standard.

**Weitere Betriebsstätten:**

Kleeblatt Werkstätte für Menschen mit seelischer Behinderung  
Dachelhofer Straße 89

92421 Schwandorf

Telefon: 09431 56008-0

Telefax: 09431 56008-50

E-Mail: [info-](mailto:info-)

[kb@naabwerkstaetten.de](mailto:kb@naabwerkstaetten.de)

Oberviechtacher Werkstätte

Industriegebiet West 17

92526 Oberviechtach

Telefon: 09671 3001-0

Telefax: 09671 3001-20

E-mail: [info-](mailto:info-)

[ovi@naabwerkstaetten.de](mailto:ovi@naabwerkstaetten.de)

**Dr. Loew Soziale Dienstleistungen  
Wernberger Werkstätten  
Werkstatt für behinderte Menschen gGmbH**

**(Reg.-Nr. 7/65)**

Gewerbering Süd 9 - 11  
92533 Wernberg-Köblitz  
Telefon: 09604 90931-10  
Telefax: 09604 9093120  
E-Mail: [wernbergerwerkstaetten@loew.de](mailto:wernbergerwerkstaetten@loew.de)  
Homepage: <http://www.dr.loew.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage, Spielzeugmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung, Transformatoren u. Spulenwickeln (maschinell)  
MAILING UND VERSANDARBEITEN aller Art  
VERPACKUNGSARBEITEN aller Art  
GASTRONOMIE/HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice  
SONSTIGE LEISTUNGEN:  
WIENER GEFLECHT: Möbelrestaurierungen, Instandsetzung von Stuhlgeflechten (Wiener Geflecht / Achteckgeflecht)  
Produkte:  
MÖBEL: Regale, Wohnmöbel  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel

**Weitere Betriebsstätten:**

Dienstleistung - Musik Café B 14  
Nürnbergerstr. 14  
92533 Wernberg-Köblitz  
Telefon: 09604 3505  
Telefax: 09604 909269  
E-Mail: [musikcafeb14@loew.de](mailto:musikcafeb14@loew.de)  
Homepage: [www.musik-cafe-b14.de](http://www.musik-cafe-b14.de)

### HPZ-Werkstätten GmbH

(Reg.-Nr. 7/5)

Zur Lebenshilfe 1  
92699 Irchenrieth  
Telefon: 09659 91-0  
Telefax: 09659 91-236  
E-Mail: [info@hpz-irchenrieth.de](mailto:info@hpz-irchenrieth.de)  
Homepage: <http://www.hpz-irchenrieth.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

##### Auftragsarbeiten:

**METALL:** Umformen, Trennen (z.B. Sägen, Bohren, Fräsen, Drehen, Stanzen),  
Fügen (z.B. Schweißen), Metallmontage, CNC-Bearbeitung  
**HOLZ:** Holzbearbeitung, Kistenfertigung, Möbelfertigung  
**KUNSTSTOFF:** Kunststoffverarbeitung, Kunststoffbearbeitung,  
Kunststoffmontage  
**ELEKTRO:** Elektromontage  
**BAU-/RENOVIERUNGSARBEITEN:** Malerarbeiten  
**DRUCK/GRAFIK:** Druckweiterverarbeitung  
**VERPACKUNGSARBEITEN**  
**HAUSWIRTSCHAFT:** Catering/Partyservice (Küche), Wäscherei  
**GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE:** Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege (z.B. Pflege von Außenanlagen)  
**SONSTIGE LEISTUNGEN:** Gastronomie (Café)

##### Produkte:

**KUNSTHANDWERK:** Kerzenwerkstatt (Herstellung und Verkauf von Kerzen),  
Metallwerkstatt (Deko-Artikel aus Metall)  
**MÖBEL:** Kleinmöbel, Regale, Wohnmöbel  
**GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE:** Garten- und Landschaftsmöbel,  
Pflanzenkübel, Sonstiger Gartenbedarf (Fertigung und Verkauf von Brennholz,  
k-lumet: Feueranzünder für Kamin und Grill)

#### Weitere Betriebsstätten:

HPZ-Regenbogen-Werkstatt für  
psychisch behinderte Menschen  
Zur Centralwerkstätte 1  
92637 Weiden  
Telefon: 0961 38963-0  
Telefax: 0961 38963201

Museumscafé Flossenbürg  
Silberhüttenstraße 42  
92696 Flossenbürg  
Telefon: 09603 9031464  
E-Mail: [museumscafe-  
flossenbuerg.de](mailto:museumscafe-flossenbuerg.de)  
Homepage: [http://museumscafe-  
flossenbuerg.de](http://museumscafe-<br/>flossenbuerg.de)

## Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)

### **retex Werkstatt GmbH anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen**

**(Reg.-Nr. 7/4)**

Kirchhoffstr. 4  
93055 Regensburg  
Telefon: 0941 78509-0  
Telefax: 0941 78509-20  
E-Mail: [info@retex.info](mailto:info@retex.info)  
Homepage: <http://www.retex.info/retex>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen (z.B. Fräsen, Sägen, Bohren), Fügen (z. B. Kleben), Metallmontage  
ELEKTRO: Bestücken, Verdrahten, Löten, Kabelbaumfertigung, Kabel ablängen, Crimpen  
MONTAGE: Montagen aller Art  
BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Serienbriefe, Mailing und Versandarbeiten, Adressrecherchen  
PAPIER- und VERPACKUNGSARBEITEN: Folieneinschweißen, Konfektionieren, Verpacken  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (Großküche: Mittagessen für Schulen und Kindergärten, Catering)

#### **Weitere Betriebsstätten:**

retex Werkstatt GmbH  
Im Gewerbepark D 54  
93059 Regensburg  
Telefon: 0941 698769-0  
Telefax: 0941 698769-20

retex Werkstatt GmbH  
Im Gewerbepark D 55a  
93059 Regensburg

retex Werkstatt GmbH  
Im Gewerbepark D 55b  
93059 Regensburg

retex Werkstatt GmbH  
Im Gewerbepark D 62  
93059 Regensburg

retex Werkstatt GmbH  
Im Gewerbepark D 65  
93059 Regensburg

## Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)

### **KJF Werkstätten gemeinnützige GmbH St. Johannes Werkstätte Regensburg Werkstatt für Menschen mit Körperbehinderung**

**(Reg.-Nr. 7/73)**

Kirchhoffstr. 3  
93055 Regensburg  
Telefon: 0941 690993-70  
Telefax: 0941 690993-79  
E-Mail: [wfbm-regensburg@kjf-werkstaetten.de](mailto:wfbm-regensburg@kjf-werkstaetten.de)  
Homepage: <http://www.kjf-werkstaetten.de>



**Regensburger Werkstätten  
WfbM Lappersdorf**

**(Reg.-Nr. 7/8)**

Michael-Bauer-Str. 16  
93138 Lappersdorf  
Telefon: 0941 83008-0  
Telefax: 0941 83008-11  
E-Mail: [karl-wilhelm.sandersfeld@rws-lh.de](mailto:karl-wilhelm.sandersfeld@rws-lh.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-regensburg.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen (Sägen, Stanzen, Bohren, Gewinde schneiden), CNC-Bearbeitung (CNC-Drehen, CNC-Fräsen und -Bohren), Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung (Sägen, Hobeln, Fräsen, Bohren, Schleifen)  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
MONTAGE: Montagearbeiten aller Art  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei (Waschdienstleistungen für Altenheime etc.)  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Dienstleistungen im grünen Bereich

Produkte:  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel (Ruhebänke und Tische), Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Trassierpflocke

**Weitere Betriebsstätten:**

WfbM Obertraubling  
Ernst-Frenzel-Str. 7  
93083 Obertraubling  
Telefon: 09401 9626-0  
Telefax: 09401 9626-11

WfbM Gebelkofen  
Wolkeringerstr. 3  
93083 Obertraubling  
Telefon: 0941 99895-200  
Telefax: 0941 99895-211

**Johann von Gott-Werkstatt**

**(Reg.-Nr. 7/22)**

Hauptstr. 17  
93189 Reichenbach  
Telefon: 09464 10-0  
Telefax: 09464 10-315  
E-Mail: [werkstaette@barmherzige-reichenbach.de](mailto:werkstaette@barmherzige-reichenbach.de)  
Homepage: <http://www.barmherzige-reichenbach.de/de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau

Produkte:  
LEBENSMITTEL: Landwirtschaftliche Erzeugnisse  
KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Holzarbeiten, Kerzen, Korb- und Stuhlflechterarbeiten, Saisonartikel  
HAUSHALTSWAREN  
MÖBEL: Kleinmöbel, Regale, Wohnmöbel  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen  
SPIELWAREN: Holzspielwaren, Puppen und Puppenmöbel  
PAPIERWAREN  
BÜROARTIKEL

### Behindertenwerkstätten Oberpfalz Betreuungs-GmbH

(Reg.-Nr. 7/13)

Hans-Eder-Str. 5  
93413 Cham  
Telefon: 09971 882-0  
Telefax: 09971 882-122  
E-Mail: [info@wfb-cham.de](mailto:info@wfb-cham.de)  
Homepage: <http://cms.wfb-cham.de/wp/index.php>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

##### Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen (z. B. Schleifen), CNC-Bearbeitung (Drehen, Fräsen, Bohren), Fügen, Metallmontagen und -demontagen

BETRIEBSMITTEL/VORRICHTUNGSBAU

HOLZ: Holzbearbeitung, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung

KUNSTSTOFF: CNC-Bearbeitung; Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

TEXTIL/LEDER: Näherei

DRUCK/GRAFIK: Bedrucken von Gegenständen (Beflockung von T-Shirts, Sportbekleidung etc.), Gravierarbeiten, Folienbeschriftungen und Schilder

MAILING UND VERSANDARBEITEN: Dienstleistungen aller Art

VERPACKUNGSARBEITEN

##### Produkte:

KUNSTHANDWERK: Textilien, Saisonartikel, Bilder in Acryl oder Öl auf Leinwand oder Holz, Grußkarten

SONSTIGE PRODUKTE: Gravierarbeiten, Schilder, Folienbeschriftungen, Vereinsbedarf

#### Weitere Betriebsstätten:

Behindertenwerkstätten Oberpfalz  
Betreuungs-GmbH

Zweigwerkstätten Bad Kötzing

Arnbrucker Str. 31

93444 Kötzing

Telefon: 09941 9417-0

Telefax: 09941 9417-32

Behindertenwerkstätten Oberpfalz  
Betreuungs-GmbH

Werkstätten für psychisch kranke

Menschen "ZiP"

Altenstadter Str. 9

93413 Cham

Telefon: 09971 392512-0

Telefax: 09971 392512-20

## Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)

### Dreiflüsse-Werkstätten

(Reg.-Nr. 8/5)

Georg-Philipp-Wörten-Str. 2  
94034 Passau  
Telefon: 0851 94963-0  
Telefax: 0851 94963-7930  
E-Mail: [info@dfw-pa.de](mailto:info@dfw-pa.de)  
Homepage: <http://www.dfw-pa.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen (z. B. Sägen, Bohren, Gewindeschneiden, Stanzerei, Zerspanung), CNC-Bearbeitung (CNC-Drehen und Fräsen), Fügen (Schweißerei, Punktschweißen), Blechbearbeitung

HOLZ: CNC-Bearbeitung (CNC-Plattenaufteilsäge), Kistenfertigung (Verpackungskisten), Palettenherstellung

BESCHICHTUNG: Pulverbeschichtung

DRUCK: Bedrucken von Werbeartikeln und Industriedrucke, Tampondruck, Folientransferdruck, Laserbeschriftungen

VERPACKUNGS- UND MONTAGEARBEITEN: Montage, Verpackung, industrielle Serienfertigung, Fertigen von diversen Teilen für Automobilzulieferer

HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei (Waschen, Trocknen, Mangeln, Finishen, Textilleasing, Abhol- und Lieferservice der Wäsche)

SONSTIGE LEISTUNGEN: Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen), Zusammenstellen von Getränkemischkästen, Bestücken von Getränkekästen mit Leerflaschen, Reinigen und Aufbereiten von Mehrwegverpackungen für Automobilzulieferer

Produkte:

KUNSTHANDWERK: Kerzen (Bienenwachskerzen)

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen

#### Weitere Betriebsstätten:

donauhof-Werkstätten

Donauhof 1a

94034 Passau

Telefon: 0851 955100

Telefax: 0851 95510-10

Werkstatt in Passau - WiP

Werkstatt für Menschen mit psychisch-seelischer Behinderung

Neuburger Str. 123

94036 Passau

## Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)

### Caritas-Werkstatt Pocking

(Reg.-Nr. 8/46)

Weizauer Weg 9  
94060 Pocking  
Telefon: 08531 9152-0  
Telefax: 08531 7656  
E-Mail: [verwaltung@wfb-pocking.de](mailto:verwaltung@wfb-pocking.de)  
Homepage: <http://www.caritas-werkstatt-pocking.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Koffer- und Schatullenfertigung, Kleinmöbelfertigung

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN

Produkte:

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten

HAUSHALTSWAREN

MÖBEL: Kleinmöbel

### Wolfsteiner Werkstätten

(Reg.-Nr. 8/45)

Zuppingerstr. 31  
94078 Freyung  
Telefon: 08551 9603-0  
Telefax: 08551 5605  
E-Mail: [info@wolfsteiner-werkstaetten.de](mailto:info@wolfsteiner-werkstaetten.de)  
Homepage: <http://www.wolfsteiner-werkstaetten.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

##### **Auftragsarbeiten:**

**METALL:** Metallbearbeitung durch CNC- gesteuerte Bearbeitungszentren, CNC- gesteuerte Dreh- und Fräsmaschinen, Halbautomatische Sägemaschinen, Manuelle Tisch- und Ständerbohrmaschinen  
**HOLZ:** Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung  
**LASERTECHNIK, WASSERSTRAHL (Holz)**  
**KUNSTSTOFF:** Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
**ELEKTRO:** Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
**TEXTIL/LEDER:** Näherei  
**LACKIARBEITEN/BESCHICHTUNGEN (Holz)**  
**RECYCLING:** Demontagearbeiten  
**VERPACKUNGSARBEITEN**  
**HAUSWIRTSCHAFT:** Wäscherei, Reinigung  
**SONSTIGE LEISTUNGEN:** Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen), Tagungs- und Freizeithaus mit barrierefreier Wellnessmöglichkeit (4 Sterne)

##### **Produkte:**

**TEXTIL-/LEDERWAREN:** Haus- und Heimtextilien  
**KUNSTHANDWERK:** Holzarbeiten, Saisonartikel  
**MÖBEL:** Kleinmöbel  
**GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE:** Garten- und Landschaftsmöbel, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen  
**SONSTIGE PRODUKTE:** Bauelemente

**KJF Werkstätten gemeinnützige GmbH  
Straubinger Werkstätten Sankt Josef**

**(Reg.-Nr. 8/28)**

Elbinger Str. 13 + 18  
94315 Straubing  
Telefon: 09421 3307-0  
Telefax: 09421 72249  
E-Mail: [info@kjf-werkstaetten.de](mailto:info@kjf-werkstaetten.de)  
Homepage: <http://www.kjf-werkstaetten.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Möbelfertigung

KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage

LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN

EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei, Reinigungsarbeiten

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Logistische Leistungen

Produkte:

LEBENSMITTEL: Bioprodukte

MÖBEL: Arbeits- und Büromöbel, Wohnmöbel

SONSTIGE PRODUKTE: Bauelemente

**Weitere Betriebsstätten:**

Geschäftsstelle des Trägers:

KJF Werkstätten gemeinnützige  
GmbH

Kirchhoffstr. 3

93055 Regensburg

Telefon: 0941 6909930

Telefax: 0941 69099319

Betriebsstätten:

KJF Werkstätten gemeinnützige  
GmbH

Straubinger Werkstätten St. Josef

Außenstelle Riedenburg

Schulstr. 32

93339 Riedenburg

Telefon: 09442 922000

Telefax: 09442 922005

KJF Werkstätten gemeinnützige  
GmbH

Straubinger Werkstätten St. Josef

Außenstelle Offenstetten

Vitusplatz 3

93326 Abensberg

Telefon: 09443 906737

Telefax: 09443 906739

KJF Werkstätten gemeinnützige  
GmbH

Bruder-Konrad-Werkstätten

Bayerwaldstraße 40

94360 Mitterfels

Telefon: 09961 94170

Telefax: 09961 941720

KJF Werkstätten gemeinnützige  
GmbH

Bruder-Konrad-Werkstätten

Außenstelle Hermannsberg

Bildungs- und Freizeithaus

Hermannsberg

93109 Wiesent

Telefon: 09482 959370

Telefax: 09482 959365

E-Mail: [info@haus-](mailto:info@haus-hermannsberg.de)

[hermannsberg.de](mailto:hermannsberg.de)

Homepage: [www.haus-](http://www.haus-hermannsberg.de)

[hermannsberg.de](http://hermannsberg.de)

KJF Werkstätten gemeinnützige  
GmbH

Eggenfelder Werkstätten St. Rupert

Lauterbachstraße 12

84307 Eggenfelden

## Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)

### **Eustachius Kugler-Werkstatt Barmherzige Brüder**

(Reg.-Nr. 7/54)

Äußere Passauer Str. 60  
94315 Straubing  
Telefon: 09421 978-400  
Telefax: 09421 978-402  
E-Mail: [harald.auer@barmherzige-straubing.de](mailto:harald.auer@barmherzige-straubing.de)  
Homepage: <http://www.barmherzige-straubing.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
ELEKTRO: Elektromontage  
TEXTIL/LEDER: Weberei, Näherei-Stickerei  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
MONTAGE- UND VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei

#### **Produkte:**

KUNSTHANDWERK: Handgewebte Teppiche aus Stoffen, Wolle und  
Textilgarn nach Maß (von 60 cm bis ca. 2,70 m Breite)

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Eustachius Kugler - Werkstatt  
Barmherzige Brüder  
Äußere Passauer Straße 49  
94315 Straubing

## Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)

### **Büheler Werkstätten der Sozialtherapeutischen Siedlung Büchel e.V.**

(Reg.-Nr. 8/54)

Postfach 55  
94374 Schwarzach  
Telefon: 09962 9403-13  
Telefax: 09962 9403-14  
E-Mail: [werkstattleitung@stsbuehel.de](mailto:werkstattleitung@stsbuehel.de)  
Homepage: <http://www.stsbuehel.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
HOLZ: Holzschnitzerei  
TEXTIL/LEDER: Weberei, Filzerei  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (Mensa)  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau

#### **Produkte:**

LEBENSMITTEL: Landwirtschaftliche Erzeugnisse (Kräuter und Gemüse der Saison), Bioprodukte  
TEXTIL-/LEDERWAREN: Haus- und Heimtextilien, Teppiche  
KUNSTHANDWERK: Textilien, Lampen  
SPIELWAREN: Stofftiere



### Deggendorfer Werkstätten

(Reg.-Nr. 8/17)

Max-Peinkofer-Str. 12  
94469 Deggendorf  
Telefon: 0991 38809-0  
Telefax: 0991 38809-50  
E-Mail: [info@deg-werk.de](mailto:info@deg-werk.de)  
Homepage: <http://www.deg-werk.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen (z.B. Freiformbiegen), Trennen, Laserschneiden, Fügen (z.B. Schweißen), Metallmontage, Werkzeugbau, Profilieren,

MONTAGE: Montagearbeiten wie Serienkleinteile montieren, Kleinteilebeutel bestücken, Baugruppenmontage

EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Digitale Archivierung

MAILING UND VERSANDARBEITEN: Versand von Prospekt- und

Werbematerialien

VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Logistische Leistungen, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

Produkte:

KUNSTHANDWERK: Saisonartikel

PAPIERWAREN

#### Weitere Betriebsstätten:

Regener Werkstätten

Osserstr. 8

94209 Regen

Telefon: 09921 9433-0

Telefax: 09921 2726

Mettener Werkstätten

Jahnstraße 10

94526 Metten

Telefon: 0991 270320

Telefax: 0991 27032-500

Osterhofener Werkstätten

Donau-Gewerbepark 20

94486 Osterhofen

Telefon: 09932 95488-0

Telefax: 09932 95488-500

Teisnacher Werkstätten

Technologie Campus 4

94244 Teisnach

Telefon: 09923 84209-100

Telefax: 09923 84209-200

Betriebsstätte für psychisch behinderte Menschen:

Plattlinger Werkstätten für

Psychisch Behinderte

Scheiblerstr. 2

94447 Plattling

Telefon: 09931 9110-0

Telefax: 09931 906986

## Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)

### Hochfränkische Werkstätten Hof

(Reg.-Nr. 7/30)

Südring 100  
95032 Hof/Saale  
Telefon: 09281 7546-0  
Telefax: 09281 7546-99  
E-Mail: [verwaltung@hw-hof.de](mailto:verwaltung@hw-hof.de)  
Homepage: <http://www.hw-hof.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Spielzeugherstellung

KUNSTSTOFF: Kunststoffverarbeitung, Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN (Holz)

DRUCK/GRAFIK: Bedrucken von Gegenständen

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen, Qualitätssicherung  
(Produktkontrolle für externe Firmen)

Produkte:

LEBENSMITTEL: Fleisch- und Wurstwaren, Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Bioprodukte

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Saisonartikel

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte,

Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel

PAPIERWAREN

WERBEMITTEL

SONSTIGE PRODUKTE: Biertische

#### Weitere Betriebsstätten:

Schaumbergstraße 4  
95032 Hof/Saale  
Telefon: 09281 54000-0  
Telefax: 09281 54000-33

Carl-Benz-Straße 8  
95032 Hof/Saale  
Telefon: 09281 1446-211  
Telefax: 09281 8509380

Schollenteichstraße 34  
95032 Hof/Saale  
Telefon: 09281 8339-786  
Telefax: 09281 8339-787

Martinsreuth 3  
95176 Konradsreuth  
Telefon: 09292 91060  
(Landwirtschaft), 09292 91061  
(Gärtnerei)  
Telefax: 09292 91069

## Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)

### Brückenwerk - Werkstatt für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen

(Reg.-Nr. 7/72)

Ziegelhüttener Str. 28  
95326 Kulmbach  
Telefon: 09221 8274530  
Telefax: 09221 8274966  
E-Mail: [info@brueckenwerk-kulmbach.de](mailto:info@brueckenwerk-kulmbach.de)  
Homepage: <http://www.brueckenwerk-kulmbach.de>

**Rummelsberger Anstalten  
Werkstatt für behinderte Menschen Schmeilsdorf**

**(Reg.-Nr. 7/66)**

Adolf-Geyer-Str. 6

95336 Mainleus

Telefon: 09229 97526-0

Telefax: 09229 8563

E-Mail: [wfbm-schmeilsdorf@rummelsberger.net](mailto:wfbm-schmeilsdorf@rummelsberger.net)

Homepage: [http://www.behindertenhilfe-rummelsberg.de/haus\\_schmeilsdorf.behindertenhilfe](http://www.behindertenhilfe-rummelsberg.de/haus_schmeilsdorf.behindertenhilfe)

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen

KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage

RECYCLING: Demontagearbeiten

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN

**Werkstatt für behinderte Menschen gGmbH der Diakonie Bayreuth  
Werk Bayreuth**

**(Reg.-Nr. 7/32)**

Ritter-von-Eitzenberger-Str. 27  
95448 Bayreuth  
Telefon: 0921 79974-0  
Telefax: 0921 79974-44  
E-Mail: [wfbm-bayreuth@diakonie-bayreuth.de](mailto:wfbm-bayreuth@diakonie-bayreuth.de)  
Homepage: <http://www.diakonie-bayreuth.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
MASCHINELLE FERTIGUNG in den Bereichen Metall, Holz und Kunststoff  
MONTAGE für alle Industrie- und Gewerbebezüge  
PALETTENBAU  
LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN: Pulverbeschichtung  
MAILING UND VERSANDARBEITEN: Lettershopdienstleistungen  
VERPACKUNGSARBEITEN: Verpackung für alle Industrie- und Gewerbebezüge  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
Produkte:  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel, Sonstiger Gartenbedarf (Grillanzünder K-Lumet)  
WERBEMITTEL: Tampondruck und Heißprägung auf zugekauften Werbemitteln  
SONSTIGE PRODUKTE: Paletten

**Weitere Betriebsstätten:**

Werk Kulmbach  
Alte-Mia-Straße 1  
95326 Kulmbach-Melkendorf  
Telefon: 09221 690395-0  
Telefax: 09221 690395-45

Lesecafé SAMOCCA im RW21  
Richard-Wagner-Straße 21  
95444 Bayreuth  
Telefon: 0921 50703836  
E-Mail: [rw21@diakonie-bayreuth.de](mailto:rw21@diakonie-bayreuth.de)  
Homepage: [www.samocca-bayreuth.de](http://www.samocca-bayreuth.de)

Haus Helfrecht  
Ritter-von-Eitzenberger-Straße 25  
95448 Bayreuth

INTEGRA Mensch  
Rhönstraße 25  
95448 Bayreuth

Betriebsstätten für psychisch behinderte Menschen:

IdA Bayreuth  
Schreinerei  
Christian-Ritter-von-Langheinrich-Straße 10  
95448 Bayreuth

IdA Bayreuth  
Haus Hagen  
Ritter-von-Eitzenberger-Straße 23  
95448 Bayreuth

## Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)

### Diakonie Neuendettelsau Werkstatt Himmelkron - Maintalwerkstatt

(Reg.-Nr. 7/37)

Klosterberg 4b/4c  
95502 Himmelkron  
Telefon: 09227 79704  
Telefax: 09227 79798  
E-Mail: [wfbm.himmelkron@DiakonieNeuendettelsau.de](mailto:wfbm.himmelkron@DiakonieNeuendettelsau.de)  
Homepage: <http://www.DiakonieNeuendettelsau.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Möbelfertigung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN

#### Produkte:

MÖBEL: Kindergarten-/Schulmöbel  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen

## Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)

### Lebenshilfe Marktredwitz Werkstatt für behinderte Menschen

(Reg.-Nr. 7/35)

Thölauer Str. 5a  
95615 Marktredwitz  
Telefon: 09231 9971-0  
Telefax: 09231 9971-97  
E-Mail: [andreas.weiss@lebenshilfe-marktredwitz.de](mailto:andreas.weiss@lebenshilfe-marktredwitz.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-marktredwitz.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Kabelkonfektionierung  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Grafische Gestaltung, Bedrucken von Gegenständen  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege

#### Produkte:

WERBEMITTEL

**KJF Werkstätten gemeinnützige GmbH  
Stiftlandwerkstätten Sankt Elisabeth  
Werkstätte für behinderte Menschen**

**(Reg.-Nr. 7/57)**

Leonberger Str. 28  
95666 Mitterteich  
Telefon: 09633 9233-3  
Telefax: 09633 9233-70  
E-Mail: [wfbm-mitterteich@kjf-werkstaetten.de](mailto:wfbm-mitterteich@kjf-werkstaetten.de)  
Homepage: <http://www.kjf-werkstaetten.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage, CNC-Bearbeitung

KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

RECYCLING: Demontagearbeiten

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege



### **Bamberger Lebenshilfe-Werkstätten gGmbH Verwaltung**

(Reg.-Nr. 7/6)

Moosstr. 75  
96050 Bamberg  
Telefon: 0951 1897-0  
Telefax: 0951 1897-2299  
E-Mail: [poststelle@lebenshilfe-bamberg.de](mailto:poststelle@lebenshilfe-bamberg.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-bamberg.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

**METALL:**

Zerspannung: CNC-Drehen, CNC-Fräsen, CNC-Sägen, Bohren, Gewinden

Blechbearbeitung: Kleinformatzuschnitte

Entgraten durch Gleitschlifftechnik

Umformen: Presse und Stanze

Schweißen: MIG/MAG, WIG

**HOLZ:**

Bearbeitung, Montage, Instandsetzung von Biertischgarnituren

**KUNSTSTOFF:**

Verarbeitung, Montage

**ELEKTRO:**

Montage

**RECYCLING:**

Annahme und Demontage von Elektroaltgeräten der Gerätegruppe 5

**VERPACKUNG / KONFEKTIONIERUNG:**

Mailingaktionen, Ver-, Umpacken, Etikettier- und Auszeichnungsarbeiten,

Sortier-, Wiege- und Zählarbeiten, Auslesetätigkeiten mit fotooptischer

Sortieranlage

**HAUSWIRTSCHAFT:**

Werkstattcafe "Grüne Oase"

**GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE**

**SONSTIGE LEISTUNGEN:**

Fahrradwerkstatt und Verkauf, KFZ-Schilder-Prägestelle, Herstellung von

Röstkaffee

**LASERBESCHRIFTUNG:**

für Kleinserien (Glas, Holz, Kunststoff)

**Produkte:**

**LEBENSMITTEL:** Kaffee ([www.adesse-kaffee.de](http://www.adesse-kaffee.de))

**KUNSTHANDWERK:** Stuhlflechten, Schmuck ([www.rehawe-schmuckdesign.de](http://www.rehawe-schmuckdesign.de))

**GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE:** k-lumet Feueranzünder für Kamin und Grill, Nisthilfen

**BÜCHER:** Annahme gebrauchter Bücher, Sortierung, Erfassung, Lagerung und Verkauf/Versand (Buch-Meister)

**SONSTIGE PRODUKTE:** Bauelemente aus Holz (Sichtschutzelemente, Sockelleisten, Zaunelemente), Musikinstrumente (Veeh-Harfe), Fahrräder und Zubehör ([www.rehawe-bikes.de](http://www.rehawe-bikes.de)),

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Hauptwerkstatt:

Werkstatt Moosstraße

Moosstraße 114

96050 Bamberg

Telefon: 0951 1897-1500

Telefax: 0951 1897-1505

Weitere Betriebsstätten:

Werkstatt Ohmstraße

Ohmstraße 1

96050 Bamberg

Telefon: 0951 1897-2000

Telefax: 0951 1897-2099

Werkstatt integra Mensch

Dr.-von-Schmitt-Straße 19

96050 Bamberg

Telefon: 0951 1897-2901

Telefax: 0951 1897-2999

Homepage: <http://www.integrामensch.de>

und

BBi - Zentrum für berufliche Bildung

Dr.-von-Schmitt-Straße 19

96050 Bamberg

Telefon: 0951 1897-2950

Telefax: 0951 1897-2999

Betriebsstätte für Menschen mit psychischer Erkrankung:

Werkstatt RehaWe

Gundelsheimer Straße 99

96052 Bamberg

Telefon: 0951 1897-1800

Telefax: 0951 1897-1899

(inkl. Erweiterungsbau)

## Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)

### Werkstätten St. Joseph gemeinnützige GmbH

(Reg.-Nr. 7/47)

Am Gutshof 14  
96224 Burgkunstadt  
Telefon: 09572 609866-20  
Telefax: 09572 609866-99  
E-Mail: [wfbm@wfbm-burgkunstadt.de](mailto:wfbm@wfbm-burgkunstadt.de)  
Homepage: <http://www.wfbm-burgkunstadt.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen (z.B. Sägen, Stanzen), Fügen  
HOLZ: Holzmontage  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege

Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Korb- und Stuhlflechtarbeiten, Textilien (Eigenprodukte aus der Näherei), Bambolario (Siehe: [www.bambolario.de](http://www.bambolario.de))  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte

#### Weitere Betriebsstätten:

Eichenweg 10  
96215 Lichtenfels  
Telefon: 09571 9554-0  
Telefax: 09571 9554-54  
E-Mail: [wfbm@wfbm-lichtenfels.de](mailto:wfbm@wfbm-lichtenfels.de)

Eichenweg 5  
96215 Lichtenfels  
Telefon: 09571 75506-200  
Telefax: 09571 75506-219

Maintalstraße 19  
96247 Michelau  
Telefon: 09574 65373110  
Telefax: 09574 65373115

## Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)

### Wefa GmbH - Carl-Link-Haus

#### Werkstatt für psychisch behinderte Menschen

(Reg.-Nr. 7/67)

Güterstr. 2  
96317 Kronach  
Telefon: 09261 962833-0  
Telefax: 09261 962833-418  
E-Mail: [info@wefa-ggmbh.de](mailto:info@wefa-ggmbh.de)  
Homepage: <http://www.wefa-ggmbh.de/standorte/carl-link-haus>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Fügen, Metallmontage  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage

**Wefa GmbH  
gemeinnützige Werkstätten für angepasste Arbeit**

**(Reg.-Nr. 7/7)**

Alte Str. 5  
96482 Ahorn  
Telefon: 09561 816-0  
Telefax: 09561 816-1105  
E-Mail: [info@wefa-ggmbh.de](mailto:info@wefa-ggmbh.de)  
Homepage: <http://www.wefa-ggmbh.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage

ELEKTRO: Elektromontage

EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN

VERPACKUNGSARBEITEN

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Landschaftspflege

LAND-/FORSTWIRTSCHAFT/GEMÜSEANBAU

INDUSTRIELLE MONTAGE: Montagearbeit für Automobilzulieferer mit

Materialeinkauf und Versand weltweit in den Bereichen:

Fensterheber, Sitzverstellungen, Wischeranlagen, Leuchten,

Belüftungssysteme und Bowdenzüge, Montagearbeit für die Elektroindustrie

Produkte:

SONSTIGE PRODUKTE: Bowdenzüge für Automobilindustrie

**Weitere Betriebsstätten:**

Wefa Kronach I  
Industriestr. 27  
96317 Kronach  
Telefon: 09261 6070-0  
Telefax: 09261 6070-2505

Wefa Kronach II  
Industriestr. 42  
96317 Kronach  
Telefon: 09261 6007-0  
Telefax: 09261 6007-2605

Wefa Seßlach  
Am Weißen Weg 3  
96145 Seßlach  
Telefon: 09569 9231-0  
Telefax: 09569 9231-2305

Wefa Seßlach  
Am Weißen Weg 5a  
96145 Seßlach  
Telefon: 09569 9231-0  
Telefax: 09569 9231-2305

Wefa Neustadt-Wildenheid  
Friedensstr. 4-6  
96465 Neustadt/Coburg  
Telefon: 09568 8901-0  
Telefax: 09568 8901-2705

Wefa Niederfüllbach  
Werkstatt für psychisch behinderte  
Menschen  
Rother Str. 1a  
96489 Niederfüllbach  
Telefon: 09565 6160-0  
Telefax: 09565 6160-118

Wefa Rödental  
Werkstatt für psychisch behinderte  
Menschen  
Lange Wiesen 4  
96472 Rödental  
Telefon: 09561 816-2230  
Telefax: 09561 816-2205

**Erthal-Sozialwerk gemeinnützige GmbH  
Werkstatt für psychisch kranke und behinderte Menschen**

**(Reg.-Nr. 7/53)**

Erthalstr. 1a  
97074 Würzburg  
Telefon: 0931 79605-0  
Telefax: 0931 79605-60  
E-Mail: [werkstatt@erthal-sozialwerk.de](mailto:werkstatt@erthal-sozialwerk.de)  
Homepage: <http://www.erthal-sozialwerk.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, CNC-Bearbeitung (CNC-Fräsen, CNC-Drehen),  
Fügen, Metallmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung, Schaltschrankbau

EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Digitale Archivierung (Scannarbeiten),

Mikroverfilmung, datenschutzgerechte Aktenvernichtung

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscheservice, Heißmangel,  
Bügelservice, Tischdeckenverleih

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege (z. B. Anlagenpflege)

SONSTIGE LEISTUNGEN: datenschutzgerechte Aktenvernichtung,  
Fahrradwerkstatt, Schraubenladen, Gastronomie (Café)

Produkte:

SONSTIGE PRODUKTE: Fahrräder, Schilder, Objektbeschilderung

**Weitere Betriebsstätten:**

Erthal-Sozialwerk gemeinnützige  
GmbH

Fahrradreparatur-Werkstatt

Sanderstraße 27

97070 Würzburg

Telefon: 0931 3539739

Telefax: 0931 4652865

Erthal-Sozialwerk gemeinnützige  
GmbH

Metall und Elektro

Winterhäuser Str. 89

97084 Würzburg

Telefon: 0931 61946-3

Telefax: 0931 61946-41

Erthal-Sozialwerk gemeinnützige  
GmbH

Betriebsstätte Aschaffenburg

Lilienthalstr. 6

63741 Aschaffenburg

Telefon: 06021 443748-0

**Mainfränkische Werkstätten GmbH  
Vereinigte Werkstätten für behinderte Menschen  
WfbM Würzburg**

**(Reg.-Nr. 7/12)**

Ohmstr. 13  
97076 Würzburg  
Telefon: 0931 20022-0  
Telefax: 0931 20022-25  
E-Mail: [info@mfw-gmbh.com](mailto:info@mfw-gmbh.com)  
Homepage: <http://www.mfw-gmbh.com>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
BAU-/RENOVIERUNGSARBEITEN  
RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling, Kork-Recycling, Kunststoff-  
Recycling, Metall-Recycling, Demontagearbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren,  
Bedrucken von Gegenständen  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN: auch im Lebensmittelbereich  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau,  
Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Logistische Leistungen

**Produkte:**

LEBENSMITTEL: Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Bioprodukte, Catering  
(Cook & Cill), Honig und Honigprodukte  
KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Holzarbeiten, Keramik, Saisonartikel  
HAUSHALTSWAREN: Weinkisten  
MÖBEL: Arbeits- und Büromöbel (Sonderanfertigungen)  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte,  
Garten- und Landschaftsmöbel, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen,  
Pflanzenkübel, Sonstiger Gartenbedarf  
WERBEMITTEL  
SONSTIGE PRODUKTE: Reha-Mittel, Therapeutische Lernhilfsmittel (ADS-  
Lernbox)

**Weitere Betriebsstätten:**

Betriebsstätte Würzburg-Ost  
Im Kreuz 1  
97076 Würzburg

Betriebsstätte Garten- und  
Landschaftsbau  
Äußere Aumühlenstraße 7A  
97076 Würzburg

## Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)

### **Werkstatt für Sehgeschädigte Würzburg GmbH Blindeninstitutsstiftung Würzburg**

**(Reg.-Nr. 7/49)**

Ohmstr. 7  
97076 Würzburg  
Telefon: 0931 2092-400  
Telefax: 0931 2092-439  
E-Mail: [wfs@blindeninstitut.de](mailto:wfs@blindeninstitut.de)  
Homepage: <http://www.blindeninstitut.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Möbelfertigung,  
Spielzeugherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage  
TEXTIL/LEDER: Lederarbeiten, Weberei  
VERPACKUNGSARBEITEN

Produkte:  
TEXTIL-/LEDERWAREN: Lederwaren, Teppiche  
KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Keramik, Korb- und Stuhlflechterarbeiten,  
Textilien  
SPIELWAREN: Holzspielwaren  
PAPIERWAREN

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Werkstatt für Sehgeschädigte  
Würzburg GmbH  
Franz-Ludwig-Straße 19/21  
97072 Würzburg  
Telefon: 0931 80001-600  
Telefax: 0931 80001-683

## Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)

### **Eisinger Werkstätte Anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen der St. Josefs-Stift gemeinnützige GmbH**

**(Reg.-Nr. 7/23)**

Pfarrer-Robert-Kümmert-Str. 1  
97249 Eisingen  
Telefon: 09306 209-700  
Telefax: 09306 209-750  
E-Mail: [eisinger.werkstaette@josefs-stift.de](mailto:eisinger.werkstaette@josefs-stift.de)  
Homepage: <http://www.eisinger-werkstaette.de>

## Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)

### **Mainfränkische Werkstätten GmbH Vereinigte Werkstätten für behinderte Menschen WfbM Kitzingen**

**(Reg.-Nr. 7/69)**

Floßhafenstr. 3  
97318 Kitzingen  
Telefon: 09321 91050-0  
Telefax: 09321 91050-25  
E-Mail: [wfbm.kitzingen@mfw-gmbh.com](mailto:wfbm.kitzingen@mfw-gmbh.com)  
Homepage: <http://www.mfw-gmbh.com>

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Mainfrankenhof Schwarzenau  
Alte Straße 2  
97359 Schwarzenau

Zentralküche Kitzingen  
Äußere Sulzfelder Str. 45  
97318 Kitzingen



## Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)

### Lebenshilfe für Behinderte e.V. Schweinfurt Werkstatt für behinderte Menschen Augsburg

(Reg.-Nr. 7/43)

Schulplatz 4  
97437 Haßfurt-Augsfeld  
Telefon: 09521 9470-0  
Telefax: 09521 9470-70  
E-Mail: [has@lebenshilfe-schweinfurt.de](mailto:has@lebenshilfe-schweinfurt.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-schweinfurt.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
VERPACKUNGSARBEITEN: Sortierarbeiten, Montagearbeiten

Produkte:  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel

#### Weitere Betriebsstätten:

Lebenshilfe für Behinderte e.V.  
Schweinfurt  
Sanderstraße 7  
97478 Knetzgau-Zell

## Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)

### Werkstatt der Lebenshilfe e.V. Schweinfurt Werkstatt für behinderte Menschen Sennfeld

(Reg.-Nr. 7/1)

Gottlieb-Daimler-Str. 3  
97526 Sennfeld  
Telefon: 09721 777-0  
Telefax: 09721 777-222  
E-Mail: [wfbm.se@lebenshilfe-schweinfurt.de](mailto:wfbm.se@lebenshilfe-schweinfurt.de)  
Homepage: <http://www.wfb-sennfeld.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Spielzeugherstellung  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung, Lötarbeiten  
MONTAGEARBEITEN  
TEXTIL/LEDER: Näherei, Stickerei, Textildruck  
LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN  
BAU-/RENOVIERUNGSARBEITEN: Maler- und Renovierungsarbeiten  
RECYCLING: Demontagearbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren,  
Bedrucken von Gegenständen  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Digitale Archivierung  
MAILING UND VERSANDARBEITEN: Lettershop  
VERPACKUNGSARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Lohnarbeiten, Qualitätsprüfungen, A-Check,  
Backwerkstatt

Produkte:  
TEXTILWAREN: Stoff- und Filzprodukte  
KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Glasfusing  
MÖBEL: Kleinmöbel  
SPIELWAREN: Brett- und Gesellschaftsspiele, Holzspielwaren,  
Therapeutisches Spielzeug  
PAPIERWAREN: Weihnachts- und Grußkarten  
BÜROARTIKEL  
SONSTIGE PRODUKTE: Musikinstrumente  
(siehe Produktkatalog des RAW)

#### Weitere Betriebsstätten:

Heckenweg 7  
97422 Schweinfurt  
Telefon: 09721 2019050  
Telefax: 09721 185625

Porschestr. 2  
97526 Sennfeld

Porschestr. 10  
97526 Sennfeld

Ernst-Sachs-Str. 90  
97421 Schweinfurt

Werkstätten für psychisch  
behinderte Menschen:

Reha- und Arbeitswerk (RAW)  
Rudolf-Diesel-Str. 19  
97424 Schweinfurt  
Telefon: 09721 675530  
Telefax: 09721 675531

Reha- und Arbeitswerk (RAW)  
Kurt-Römer-Str. 1  
97424 Schweinfurt  
Telefon: 09721 47331-230  
Telefax: 09721 47331-250  
E-Mail: [raw.se@lebenshilfe-schweinfurt.de](mailto:raw.se@lebenshilfe-schweinfurt.de)

## Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)

### Lebenshilfe für Behinderte e.V. Schweinfurt Werkstatt für behinderte Menschen Hohenroth

(Reg.-Nr. 7/44)

Eichenweg 8  
97618 Hohenroth  
Telefon: 09771 6280-0  
Telefax: 09771 6280-40  
E-Mail: [hoh@lh-sw.de](mailto:hoh@lh-sw.de)  
Homepage: <http://www.Lebenshilfe-Schweinfurt.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen (z.B. Bohren, Gewinden), CNC-Bearbeitung (CNC-Drehen, CNC-Fräsen)  
HOLZ: Holzverarbeitung  
MONTAGE- UND VERPACKUNGSARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

## Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)

### Dominikus-Ringeisen-Werk Werkstatt für behinderte Menschen Maria Bildhausen

(Reg.-Nr. 7/34)

Maria Bildhausen 8  
97702 Münnerstadt  
Telefon: 09766 81-520  
Telefax: 09766 81-505  
E-Mail: [wfbm-bildhausen@drw.de](mailto:wfbm-bildhausen@drw.de)  
Homepage: <http://www.bildhausen.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
HOLZ: Möbelfertigung  
VERPACKUNGSARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung  
Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Keramik, Korb- und Stuhlflechtarbeiten,  
Saisonartikel  
KERZENFERTIGUNG: Teelichtproduktion, Kerzen, Opferlichter  
MÖBEL: Kleinmöbel (Wohnaccessoires, CD-Ständer)  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen

#### Weitere Betriebsstätten:

Betriebsstätte Haus Noah  
Untere Au 2  
97702 Münnerstadt

Betriebsstätten  
- Klosterladen  
- Klostergärtnerei  
Maria Bildhausen 6  
97702 Münnerstadt

Betriebsstätte Klostergasthof  
Maria Bildhausen 2  
97702 Münnerstadt

**Lebenshilfe für Behinderte e.V. Schweinfurt  
Werkstatt für behinderte Menschen Nüdlingen**

**(Reg.-Nr. 7/51)**

Kettelerstr. 9  
97720 Nüdlingen  
Telefon: 0971 7228-0  
Telefax: 0971 7228-99  
E-Mail: [denninger@lebenshilfe-schweinfurt.de](mailto:denninger@lebenshilfe-schweinfurt.de)  
Homepage: <http://www.nuedlinger-werkstatt.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, CNC-Bearbeitung (Drehen, Fräsen) Fügen, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, CNC-Bearbeitung (bis 10 mm Plattenstärke)

KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung (CNC-Bearbeitung: Drehen, Fräsen), Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Batteriepack Konfektion

LACKIERARBEITEN

DRUCK/GRAFIK: Bedrucken von Gegenständen

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN: z. B. Konfektionieren

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Landschaftspflege (Grünanlagen)

SONSTIGE LEISTUNGEN: Gastronomie (Bistro: Öffnungszeiten von Mo. - Fr. 8 bis 16 Uhr), Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen), Kontroll- und Prüfarbeiten

Produkte:

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten (Holz-Edelstahlkombination)

**Weitere Betriebsstätten:**

Reha- und Arbeitswerk (RAW)  
Nüdlingen  
Kettelerstr. 11  
97720 Nüdlingen

## Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)

### **Mainfränkische Werkstätten GmbH Vereinigte Werkstätten für behinderte Menschen WfbM Gemünden**

**(Reg.-Nr. 7/70)**

Gartenstr. 53  
97737 Gemünden  
Telefon: 09351 5060-0  
Telefax: 09351 5060-30  
E-Mail: [wfbm.gemuenden@mfw-gmbh.com](mailto:wfbm.gemuenden@mfw-gmbh.com)  
Homepage: <http://www.mfw-gmbh.com>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, CNC-Bearbeitung, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Möbelfertigung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Daten- und Texterfassung  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Logistische Leistungen, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen), Komplette Systemleistungen von der Beschaffung aller Komponenten bis zur Auslieferung an den Kunden

Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten  
MÖBEL: Arbeits- und Büromöbel, Regale  
SONSTIGE PRODUKTE: REHA-Mittel: Universalwerkzeughalter ERGO Linear - ausgezeichnet mit dem Produktpreis der BAG:WfbM 2006, individuelle Arbeitssysteme, Transport- und Lagereinrichtungen aus Aluminiumprofilen

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Betriebsstätte Marktheidenfeld  
Am Sportzentrum 8  
97828 Marktheidenfeld

Garten- und Landschaftsbau  
Am Weinbergweg  
97816 Lohr a.M.

## Bayern (Bezirk der Regionaldirektion Bayern)

### **Werkstätten der Lebenshilfe e.V. Schweinfurt Werkstatt Hammelburg**

**(Reg.-Nr. 7/42)**

Berliner Str. 30  
97762 Hammelburg  
Telefon: 09732 78900-0  
Telefax: 09732 78900-40  
E-Mail: [hab@lebenshilfe-schweinfurt.de](mailto:hab@lebenshilfe-schweinfurt.de)  
Homepage: <http://www.Lebenshilfe-Schweinfurt.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen (z.B. Sägen, Bohren, Drehen, Fräsen, Gewinden), CNC-Bearbeitung  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Forstartikel (Hochsitze, Bockgerüste)  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
MONTAGE- UND VERPACKUNGSARBEITEN: Konfektionieren, Etikettieren  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftspflege (Grünanlagen)  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

**Mainfränkische Werkstätten GmbH**  
**Vereinigte Werkstätten für behinderte Menschen**  
**WfbM Ochsenfurt**  
**Mainfränkische Werkstätten GmbH**

**(Reg.-Nr. 7/71)**

Marktbreiter Str. 56  
97828 Ochsenfurt  
Telefon: 09331 8752-0  
Telefax: 09331 8752-40  
E-Mail: [wfbm.ochsenfurt@mfw-gmbh.com](mailto:wfbm.ochsenfurt@mfw-gmbh.com)  
Homepage: <http://www.mfw-gmbh.com>

**Weitere Betriebsstätten:**  
Tierpark Sommerhausen  
An der Tränk  
97286 Sommerhausen

**Mosaik-Werkstätten für Behinderte gGmbH  
Geschäftsstelle**

**(Reg.-Nr. 9/3)**

Ifflandstr. 12  
10179 Berlin  
Telefon: 030 219907-0  
Telefax: 030 219907-99  
E-Mail: [info@mosaik-berlin.de](mailto:info@mosaik-berlin.de)  
Homepage: <http://www.mosaik-berlin.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung

KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

TEXTIL/LEDER: Näherei

BAU-/RENOVIERUNGSARBEITEN

DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung (Buchbinderei)

EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN/LOGISTIK

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei, Reinigungsarbeiten

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

Produkte:

LEBENSMITTEL: Brot und Backwaren, Fleisch- und Wurstwaren,  
Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Bioprodukte

KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Holzarbeiten, Kerzen, Textilien,  
Saisonartikel, Bilder und Grafiken aus der Kunstwerkstatt

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte,  
Pflanzenkübel, Sonstiger Gartenbedarf

SPIELWAREN: Brett- und Gesellschaftsspiele

PAPIERWAREN

**Weitere Betriebsstätten:**

Hauptwerkstatt:

Werkstatt Mitte

Ifflandstr. 12

10179 Berlin

Telefon: 030 247549-0

Telefax: 030 247549-23

Weitere Betriebsstätten:

Werkstatt Spandau

Askaniering 155/156

13585 Berlin

Telefon: 030 375986-0

Telefax: 030 375986-59

Werkstatt Reinickendorf

Alt-Reinickendorf 26

13407 Berlin

Telefon: 030 498898-0

Telefax: 030 498898-26

Werkstatt Kreuzberg

Paul-Lincke-Ufer 41-43

10999 Berlin

Telefon: 030 616915-0

Telefax: 030 616915-15

Werkstatt Ökohof Kuhhorst - "Die  
Kuhhorster"

Dorfstraße 9 +13

16818 Kuhhorst

Telefon: 033922 60803

Telefax: 033922 60933

Gärtnerhof Charlottenburg

Fürstenbrunner Weg 72

14059 Berlin

Kühnemannstr. 4-6

13409 Berlin



**faktura gGmbH**  
**Anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen**

**(Reg.-Nr. 10/9)**

Rungestr. 17  
10179 Berlin  
Telefon: 030 2804277-0  
Telefax: 030 2804277-19  
E-Mail: [mail@faktura-berlin.de](mailto:mail@faktura-berlin.de)  
Homepage: <http://www.faktura-berlin.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
TEXTIL/FILZ: Näharbeiten vom kreativen Unikat bis zur Serienproduktion,  
Filzarbeiten aller Art  
BUTTONPRODUKTION: Fertigung nach individuellen Wünschen mit  
Anstecknadel oder Magnet  
BONBONMANUFAKTUR: Bonbon- und Lolliherstellung, GiveAway-  
Bonbontütchen  
BAU-/RENOVIERUNGSARBEITEN: Maler- und Tapezierarbeiten  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Digitale Archivierung  
(Dokumentenarchivierung), Sonstige EDV-Dienstleistungen (IT-  
Dienstleistungen, Webseitenerstellung)  
MAILING UND VERSANDARBEITEN: Versand und Lettershop  
VERPACKUNGSARBEITEN: Gestaltung und Herstellung von hochwertigen  
Verpackungen und Faltschachteln  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice  
HAUSTECHNIK: Dienstleistungsservice rund ums Gebäude  
Produkte:  
LEBENSMITTEL: Bonbons und Lollis, GiveAway-Bonbontütchen  
KUNSTHANDWERK/DESIGN: Accessoires in Filz und Textil

**Weitere Betriebsstätten:**

faktura gGmbH  
Rungestr. 18  
10179 Berlin

Kantine  
Rungestr. 19  
10179 Berlin

Kantine des Bezirksamtes Berlin  
Mitte  
Karl-Marx-Allee 31  
10178 Berlin

**Integral  
Anerkannte Werkstatt für Menschen mit Behinderungen**

**(Reg.-Nr. 10/6)**

Hermann-Blankenstein-Str. 49  
10249 Berlin  
Telefon: 030 417213-0  
Telefax: 030 417213-99  
E-Mail: [werkstatt@integral-berlin.de](mailto:werkstatt@integral-berlin.de)  
Homepage: <http://www.integral-berlin.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen (z.B. Drehen, Bohren, Fräsen, Zuschnitte),  
Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung,  
Möbelfertigung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Kabelkonfektionierung, Lötarbeiten  
BAU-/RENOVIERUNGSARBEITEN: Maler- und Tapezierarbeiten  
RECYCLING: Metall-Recycling, Demontagearbeiten, Aktenvernichtung  
DRUCK/GRAFIK: Digitaldruck, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung  
(von Flyern, Visitenkarten und Broschüren, Logoerstellung), Fotokopierservice  
MAILING UND VERSANDARBEITEN: Lettershop, Serienbrieffertigung,  
Massenversand, Werbemittelversand, Etikettierung  
VERPACKUNGSARBEITEN: Konfektionierung, Kleinmontage, Herstellung von  
Verpackungen, Kartonagen- und Papierverarbeitung, Folienschweißen,  
Sortierarbeiten  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (Imbisszubereitung für den  
Werkstattladen und die Pausenversorgung in der Betriebskantine und internes  
Catering), Wäscherei, Reinigungsarbeiten/Gebäudereinigung  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege, Gieß-Service  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Botendienst, Logistische Leistungen  
(Lagerarbeiten), Auftragsproduktion Lattenrahmen

**Produkte:**

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen  
(auch als Selbstbausatz)  
SPIELWAREN: Holzspielwaren (Puzzle - Motive: Berlin, Bundesrepublik,  
Europa, Afrika)  
PAPIERWAREN: Notizbücher, Fotoalben, Gruß- und Glückwunschkarten,  
Zettelboxen

**Weitere Betriebsstätten:**

Außenstelle  
Storkower Str. 125  
10407 Berlin  
Telefon: 030 4172130  
Telefax: 030 4121399

### **LWB - Lichtenberger Werkstätten gemeinnützige GmbH**

(Reg.-Nr. 10/3)

Bornitzstr. 63/65  
10365 Berlin  
Telefon: 030 5577932-0  
Telefax: 030 5577932-10  
E-Mail: [lwb@lwb.berlin](mailto:lwb@lwb.berlin)  
Homepage: <http://www.lwb.berlin>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
KUNSTSTOFF: Prüfung und Weiterverarbeitung von Gummiformteilen für die Autoindustrie  
ELEKTRO: Elektromontage, Montage von Lampen und elektrischen Bauelementen  
BAU-/RENOVIERUNGSARBEITEN: Werterhaltung von Räumen im Wohn- und Arbeitsbereich  
RECYCLING: Recycling von elektrischen und elektronischen Geräten, zertifizierter Entsorgungsbetrieb;  
Vernichtung von Akten und anderen Datenträgern gemäß BDSG, Stufe 4 für Papier und Stufe 4 für feste Datenträger  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Digitale Archivierung von Dokumenten; Büroarbeiten/Bürodienste/Öffentlichkeitsarbeit  
VERPACKUNGSARBEITEN: Sortieren/Verpackung/Montage/Umverpackung  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (Kochtätigkeit in der Versorgungsküche, Imbisszubereitung in den Betriebskantinen und Catering), Wäscherei, Reinigungsdienstleistungen  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
BOOTSBAU/HOLZBEARBEITUNG: Faltbootreparatur und -restaurierung, Näherei und Holzbearbeitung  
Tätigkeit auf Außenarbeitsplätzen bei externen Kunden

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Wotanstraße 18  
10365 Berlin  
Telefon: 030 558806-33  
Telefax: 030 558806-24  
Herzbergstraße 33-34, Haus 3  
10365 Berlin  
Telefon: 030 505094-42  
Telefax: 030 505094-23  
Vulkanstraße 13, Haus 7a  
10367 Berlin  
Telefon: 030 5544068-10  
Telefax: 030 5544068-11  
Allee der Kosmonauten 23 A  
10315 Berlin  
Telefon: 030 960653-20  
Telefax: 030 960653-21

**SPEKTRUM NetzWerk  
Anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen**

**(Reg.-Nr. 10/14)**

Oleanderstr. 18  
10407 Berlin  
Telefon: 030 479912-0  
Telefax: 030 479912-12  
E-Mail: [info@spektrum-berlin.de](mailto:info@spektrum-berlin.de)  
Homepage: <http://www.spektrum-netzwerk.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

TEXTIL/LEDER: Näherei, Änderungsschneiderei, textile Gestaltung  
DRUCK/GRAFIK: Grafische Gestaltung (Medien, Print und Internet, Design von Flyern, Visitenkarten und Broschüren, Logoerstellung)

EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Daten- und Texterfassung (Phonodiktat/ Transkription), Digitale Archivierung, Sonstige EDV-Dienstleistungen: Internetdienstleistungen, PC-Service, Einrichtung, Wartung und Systempflege von Netzwerken und Einzelarbeitsplätzen

IT/MEDIEN: Umwandlung von analogen Tonträgern, Film & Bildmaterialien zu digitalen Medien (Schallplatten auf CD, Super 8 Film und Video auf DVD; Dia, Fotonegative und Papierabzüge auf CD)

Weitere Informationen unter: [www.its-spektrum.de](http://www.its-spektrum.de)

MAILING UND VERSANDARBEITEN: Lettershop, Serienbrieferstellung, Massenversand, Werbemittelversand, Schreibarbeiten, Formular- und Listenerstellung

VERPACKUNGSARBEITEN: z. B. Folienschweißen, Kartonagen und Papierverarbeitung, Kleinmontage, Konfektionieren, Verpackung, Versand, Etikettierung

HAUSWIRTSCHAFT: Reinigungsarbeiten

SONSTIGE LEISTUNGEN: Kunst- und Handbuchbinderei/Papeterie:

Bindarbeiten, Layout und Herstellung von Jubiläumszeitungen, Verpackungsdesign und Produktion (Einzel- und Sonderanfertigungen), Designprodukte, Schmuckverpackungen, Schatullen, Etais (Einzel- und Sonderanfertigungen)

Produkte:

TEXTIL-/LEDERWAREN: Haus- und Heimtextilien (z. B. Kissen, Schürzen), Taschen

KUNSTHANDWERK

PAPIERWAREN: Gruß- und Glückwunschkarten nach eigenen Entwürfen, Ordner und Fotoalben, Bücher, CD-Cover, Leporellos, Schmuckverpackungen, Schatullen, Etais (Einzel- und Sonderanfertigungen)

BÜROARTIKEL

WERBEMITTEL

Mehr zu unseren Produkten erfahren Sie im Internet unter:

[www.handgemachtes-aus-berlin.de](http://www.handgemachtes-aus-berlin.de)

Gerne erstellen wir Ihnen auch ein individuelles Angebot auf unsere Produkte und Dienstleistungen.

**Weitere Betriebsstätten:**

Träger:

SPEKTRUM

Gesellschaft für berufliche Bildung und Integration mbH

Oleanderstr. 18  
10407 Berlin

**VIA Werkstätten gGmbH  
Anerkannte Werkstatt für Menschen mit Behinderung  
Geschäftsstelle**

**(Reg.-Nr. 10/74)**

GSG-Hof Geneststr. 5  
10829 Berlin  
Telefon: 030 44 35 47 70  
Telefax: 030 44 35 48 99  
E-Mail: [info@via-werkstaetten.de](mailto:info@via-werkstaetten.de)  
Homepage: <http://via-werkstaetten.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Möbelfertigung  
TEXTIL / LEDER: Filzarbeiten  
DRUCK / GRAFIK: Druckerei (z. B. Siebdruck), Grafische Gestaltung  
EDV- / BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Daten- und Texterfassung  
(Schreibservice), Verwaltungsdienstleistungen  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
GARTEN- / LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten-  
und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Reinigungsarbeiten  
DEKORATION: Herstellung von Dekorationen & Accessoires,  
THEATERPLASTIK / AUSSTATTUNG: Theater- und Veranstaltungstechnik,  
Plastiken & Skulpturen, Keramik  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Transportarbeiten, Instandhaltungsarbeiten (Haus  
und Gelände)

**Produkte:**

KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel (siehe: [www.blumenfisch-floristik.de](http://www.blumenfisch-floristik.de)),  
Keramik, Saisonartikel  
MÖBEL: Arbeits- und Büromöbel, Kleinmöbel, Regale, Küchen  
GARTENBEDARF / GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen / Baumschulprodukte,  
Pflanzenkübel  
SONSTIGE PRODUKTE: Bauelemente, Dekorationsartikel

**Weitere Betriebsstätten:**

**Hauptwerkstatt:**

Via Werkstätten gGmbH  
Reichartstraße 2  
10829 Berlin

**Weitere Betriebsstätten:**

Via Werkstätten gGmbH  
Lehderstraße 16-19  
13086 Berlin

Via Werkstätten gGmbH  
Methfesselstraße 10-12  
10965 Berlin

Via Werkstätten gGmbH  
Gästehaus und Schullandheim  
Wannsee

Am Sandwerder 11-13  
14109 Berlin

Homepage: [www.blumenfisch-schullandheim.de](http://www.blumenfisch-schullandheim.de)

Homepage: [www.blumenfisch-gaestehaus.de](http://www.blumenfisch-gaestehaus.de)

Via Werkstätten gGmbH  
Schönhauser Allee 174/175  
10119 Berlin

### VfJ Werkstätten GmbH

(Reg.-Nr. 9/1)

Grenzallee 53  
12057 Berlin  
Telefon: 030 68281-3  
Telefax: 030 68281-455  
E-Mail: [vfj@vfj-wfb.de](mailto:vfj@vfj-wfb.de)  
Homepage: <http://www.vfj-berlin.de/vfj-werkstaetten-portal.html>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, CNC-Bearbeitung, Fügen  
HOLZ: Holzmanufaktur: Herstellung von Designprodukten  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling  
DRUCK/GRAFIK: Fotokopieren  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Upcycling: PC-Technik /  
Hardwarekonfiguration  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Reinigungsarbeiten  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Fahrradwerkstatt, Logistische Leistungen,  
Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen), Reinraumfertigung,  
Abfüllen von pastösen und flüssigen Stoffen  
Produkte:  
SONSTIGE PRODUKTE: Fahrräder, Schilder, Kerzenhalter aus Metall

#### Weitere Betriebsstätten:

Bergiusstr. 38  
12057 Berlin  
Telefon: 030 68059528  
Telefax: 030 68059527  
  
Bergiusstr. 40  
12057 Berlin  
Telefon: 030 322952-454  
Telefax: 030 322952-451  
  
Zweigwerkstatt Adlershof  
Otto-Franke-Str. 83  
12489 Berlin  
Telefon: 030 677983-6  
Telefax: 030 677983-89  
  
Symeonstr. 4  
12279 Berlin  
Telefon: 030 7071397-0  
Telefax: 030 7071397-9  
  
Fahrradladen und Werkstatt  
Grenzallee 53  
12057 Berlin  
Telefon: 030 68281-435



### FSD Lwerk Berlin Brandenburg gemeinnützige GmbH

(Reg.-Nr. 9/6)

Kamenzer Damm 1  
12249 Berlin  
Telefon: 030 766906-0  
Telefax: 030 766906-77  
E-Mail: [lankwitz@lwnet.de](mailto:lankwitz@lwnet.de)  
Homepage: <http://www.lwerk-berlin.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

##### Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen (z.B. Sägen, Bohren), Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Möbelfertigung  
ELEKTRO: Elektroinstallation und -reparatur  
MALEREI: Bau-/Renovierungsarbeiten  
RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling, Demontgearbeiten  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei, Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Fahrradwerkstatt

##### Produkte:

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Kerzen, Schmuck, Nistkästen, Spielzeug  
HAUSHALTSWAREN: Tablett, Weinregale  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte, Garten- und Landschaftsmöbel, Pflanzenkübel  
PAPIERWAREN  
SONSTIGE PRODUKTE: Fahrräder

#### Weitere Betriebsstätten:

Betriebsstätte Gärtnerstraße  
Gärtnerstr. 14  
13055 Berlin  
Telefon: 030 981960-0  
Telefax: 030 981960-55  
E-Mail: [hsh@lwnet.de](mailto:hsh@lwnet.de)

Betriebsstätte Wartenberg  
Hagenower Ring 63-65  
13059 Berlin  
Telefon: 030 96248130  
Telefax: 030 96248155  
E-Mail: [wartenberg@lwnet.de](mailto:wartenberg@lwnet.de)

Außenstellen Marzahner Str.  
Bereich Recycling  
Marzahner Str. 30A  
13053 Berlin  
Telefon: 030 9824679  
E-Mail: [recycling@lwnet.de](mailto:recycling@lwnet.de)

Betriebsstätte Storkwinkel  
Im Storkwinkel 7  
10711 Berlin  
Telefon: 030 48480960  
Telefax: 030 48480977  
E-Mail: [storkwinkel@lwnet.de](mailto:storkwinkel@lwnet.de)

Werkstatt Wilmersdorf  
Wilhelmsaue 36  
10713 Berlin  
Telefon: 030 31980200  
Telefax: 030 31980222  
E-Mail: [wilmersdorf@lwnet.de](mailto:wilmersdorf@lwnet.de)

Brauerstr. 17-18  
12209 Berlin  
Telefon: 030 93951820  
Telefax: 030 93951822  
E-Mail: [lichterfelde@lwnet.de](mailto:lichterfelde@lwnet.de)

Jägerstr. 39  
12209 Berlin  
Telefon: 030 939518-45  
Telefax: 030 939518-20

Wilhelm-von-Siemens-Str. 32  
12277 Berlin  
Telefon: 030 93953120  
Telefax: 030 93953125  
E-Mail: [mariendorf@lwnet.de](mailto:mariendorf@lwnet.de)

Werkstatt Hohenschönhausen  
Bürknernfelder Str. 5-7  
13053 Berlin  
Telefon: 030 3229520-00  
Telefax: 030 3229520-01

E-Mail: buerk@lwnet.de

Potsdamer Str. 55  
14513 Teltow  
mit

Außenstelle Baumschule Birkholz  
Birkholzer Str. 4  
14979 Großbeeren  
Telefon: 03370 157476  
Telefax: 03370 157476  
E-Mail: mariendorf@lwnet.de

Kunstwerk Blisse  
Blissestr. 14  
10713 Berlin  
Telefon: 030 74770609  
E-Mail: kunst@lwnet.de

**Stephanus-Werkstätten Berlin gemeinnützige GmbH  
Anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen  
Geschäftsstelle**

**(Reg.-Nr. 10/28)**

Albertinenstr. 20  
13086 Berlin  
Telefon: 030 96249-980  
Telefax: 030 96249981  
E-Mail: [info@stephanus-werkstaetten.de](mailto:info@stephanus-werkstaetten.de)  
Homepage: <http://www.stephanus-werkstaetten.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Möbelfertigung und -montage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL: Weberei  
RECYCLING: Demontagearbeiten  
BAU-/RENOVIERUNGSARBEITEN: Malerarbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung (Buchbinderei), Werbe- und  
Textildruck  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei, Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau,  
Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Gastronomie (Café), WaschBar, Tagungsräume,  
Beherbergung  
Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Keramik, Kerzen, Textilien (Webarbeiten)  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Insektenhotels

**Weitere Betriebsstätten:**

Hauptwerkstatt 1:

Werkstatt Ulmenhof  
Grenzbergeweg 38  
12589 Berlin-Köpenick  
(Haus 4, Haus 8 und Haus 10)  
Telefon: 030 64847150  
Telefax: 030 6489498  
E-Mail: [uhof@stephanus.org](mailto:uhof@stephanus.org)

mit Betriebsstätten:

Betriebsstätte Wilhelminenhof  
Johannes-Kraatz-Str. 9  
(Zufahrt über Wilhelminenhofstraße  
76-77, Tor 7)  
12459 Berlin  
Telefon: 030 53024860  
Telefax: 030 53014171  
E-Mail: [whof@stephanus.org](mailto:whof@stephanus.org)

Betriebsstätte Rüdersdorf  
Fürstenwalderstr. 3  
15562 Rüdersdorf  
Telefon: 033638 2044  
Telefax: 033638 298866

TurmCafé  
Hochschule für Technik und  
Wirtschaft  
Ostendstr. 1-14  
12459 Berlin

Hauptwerkstatt 2:

Werkstatt Weißensee  
Nachtalbenweg 50 / Darßerstr.  
13088 Berlin-Weißensee  
Telefon: 030 962766-10  
Telefax: 030 962766-19  
E-Mail: [wsee@stephanus.org](mailto:wsee@stephanus.org)

mit Betriebsstätten:

Betriebsstätte  
An der Industriebahn 12-16  
13088 Berlin

Betriebsstätte  
Nachtalbenweg 61  
13088 Berlin

Hauptwerkstatt 3:

Werkstatt Johannesstift

Wilhelmstr. 26-30  
13593 Berlin-Spandau  
(Haus 20, Haus 24, Haus 26, Haus  
27)  
Telefon: 030 369968-0  
Telefax: 030 369968-180  
E-Mail: [jstift@stephanus.org](mailto:jstift@stephanus.org)

mit Betriebsstätten:

Betriebsstätte "Alte Tischlerei" und  
Betriebsstätte "Alter Quellenhof"  
Schönwalder Allee 26  
13587 Berlin  
Telefon: 030 323066-12  
Telefax: 030 323066-11

Betriebsstätte  
Am Oberhafen 16  
13597 Berlin

### **WERGO GmbH - Anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen**

**(Reg.-Nr. 10/7)**

Tassostr. 17  
13086 Berlin  
Telefon: 030 92 400 78 0  
Telefax: 030 92 400 78 18  
E-Mail: [info.wergo@wib-verbund.de](mailto:info.wergo@wib-verbund.de)  
Homepage: <http://www.wergo-werkstatt.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

**Auftragsarbeiten:**

**TEXTIL & DESIGN:**

Schneiderei, Stickerei, Anfertigung von Muster- und Probestücken, Fertigung von Produktreihen - z.B. Taschen, Etais, Produktion von Kleinserien für Damen, Herren, Kinder, Berufsbekleidung, Streetwear, Konfektionierung technischer Textilien

**HAUSWIRTSCHAFT:**

**Kantine & Catering**

Zubereitung von Speisen & Desserts.

Öffnungszeiten: Frühstück von 8:00 bis 9:30 Uhr und Mittag von 11:30 - 13:30 Uhr.

Wir übernehmen für Unternehmens-, Privatanlässe und Feiern das Catering.

Individuell bereiten wir für Sie kalte Platten, Salate und Desserts zu.

**Hauswirtschaft & Waschhaus**

Wäscherei, Reinigungsarbeiten (Grund- und Unterhaltsreinigung in Büro- und Gewerbeflächen), Vor- und Nachbereitung der Wäsche (Vorbehandlung, sortieren, bügeln und legen)

**GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE:**

Pflege von Grünflächen und Naturschutzgebiete. Pflege von Innenraumpflanzen. Anzucht von Gemüse, Kräutern und Blumen in unserer Gärtnerei Malchow.

Gartenmöbel restaurieren

**AUSGELAGERTE ARBEITSPLÄTZE:**

Begleitung und Unterstützung am Arbeitsplatz. Beratung zu Schulungen und Arbeitsplatzausstattung. Vorbereitung und Überleitung in sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz oder Ausbildung (auf Wunsch)

**Produkte:**

**TEXTIL & DESIGN**

Label "von Anderen" mit Produktlinien "Dein Plan" eigens für WERGO entwickeltes Stadtplan Design. Einkaufstaschen, Kulturtaschen, Etais, Kissen, Wärmflaschen, Schlüsselanhänger, Geldbörsen und vieles mehr mit individuellen Stadtplan Ausschnitten aus Berlin.

**GARTENBEDARF / GÄRTNEREIPRODUKTE:**

Wir bieten Samenmischungen in verschiedenen eigenen entwickelten Mischungen an. Auf Wunsch werden auch individuelle Mischungen entwickelt.

**Kräutergarten Malchow**

Frische Kräuter im Topf // verschiedene Basilikumsorten, Oregano, Dill, Petersilie u.v.m.

Gemüsepflanzen im Topf // verschiedene Tomatensorten, Gurken, Kürbis, Rettich, Rote Beete u.v.m.

weitere Produkte // Marmeladen, Sirups, Chutneys, Kräutersalze und getrocknete Kräuter

#### **Weitere Betriebsstätten:**

**Betriebsstätte Malchow**

Garten- und Landschaftspflege

Dorfstr. 38 D

13051 Berlin

Telefon: 030 92 09 23 27

Telefax: 030 92 09 25 86

**Dienstleistungsgruppe**

Waschhaus

Storkower Straße 50

10409 Berlin

Telefon: 030 92 09 15 62

Telefax: 030 92 400 78 18

**nbw**

**Nordberliner Werkgemeinschaft gGmbH**

**(Reg.-Nr. 10/5)**

Triftstr. 36  
13127 Berlin  
Telefon: 030 474794-0  
Telefax: 030 474794-69  
E-Mail: [marketing@nbw.de](mailto:marketing@nbw.de)  
Homepage: <http://nbw.de>

### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Tischlerarbeiten

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

TEXTIL/LEDER: Näherei

DRUCK/GRAFIK: Fotokopieren, Digitaldruck

EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Daten- und Texterfassung (Datenpflege),

Digitale Archivierung, Digitalisieren von Dias, Fotos, Videos, LPs und

Musikkassetten

MAILING UND VERSANDARBEITEN: Lettershop, Serienbriefherstellung,

Massenversand, Werbemittelversand

VERPACKUNGSARBEITEN / LOHNVERPACKUNG: Kleinmontage,

Konfektionierung

HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,

Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Qualitätssicherung

(Produktkontrolle für externe Firmen)

Produkte:

TEXTILWAREN: Taschen (Jeanstaschen, Rollstuhltaschen)

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Keramik, Textilien, Saisonartikel

SPIELWAREN: Stofftiere (Teddymanufaktur - mehr Infos unter:

[www.cosaherzklopfen.de](http://www.cosaherzklopfen.de))

### **Weitere Betriebsstätten:**

Werkstattladen

Triftstraße 36

13127 Berlin

Triftstraße 38

13127 Berlin

Telefon: 030 474794-0

Telefax: 030 474794-69

Triftstraße 26

13127 Berlin

Telefon: 030 9442283

Telefax: 030 94417510

Böhlener Str. 51

12627 Berlin

Telefon: 030 565981-0

Telefax: 030 565981-19

Theaterwerkstatt Thikwa

Fidicinstraße 3

10965 Berlin

Telefon: 030 50564716

E-Mail: [mail@thikwa.de](mailto:mail@thikwa.de)

Homepage: [www.thikwa.de](http://www.thikwa.de)

Mylauer Weg 1

12627 Berlin

Telefon: 030 32532197

Telefax: 030 32532330

Stollberger Straße 79

12627 Berlin (Hellersdorf)

Telefon: 030 24533358



**Kaspar Hauser Stiftung  
Anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen**

**(Reg.-Nr. 9/7)**

Pankstr. 8-10  
13156 Berlin  
Telefon: 030 474905-0  
Telefax: 030 474905-99  
E-Mail: [info@kh-stiftung.de](mailto:info@kh-stiftung.de)  
Homepage: <http://www.kht-berlin.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

TEXTIL/LEDER: Näherei, Ausbesserungsnäherei

BAU-/RENOVIERUNGSARBEITEN: Malerarbeiten

DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung (Buchbinderei)

VERPACKUNGSARBEITEN: Verpackungs- und Konfektionierungsarbeiten

HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei, Reinigungsarbeiten

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,

Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Prüfung der ortsveränderlichen Geräte

Produkte:

TEXTILWAREN: Haus- und Heimtextilien (Decken, Kissen, Schürzen, Vorhänge)

LEBENSMITTEL: Bioprodukte (Olivenöl, Gewürz-, Öl und Essig, Oliven)

KUNSTHANDWERK: Keramik, Bienenwaxkerzen, Textilien, Schmuck

PAPIERWAREN: Notizbücher, Fotoalben, Gruß- und Glückwunschkarten, Zettelboxen

BÜROARTIKEL: Ablagekästen, Schreibtischunterlagen

SONSTIGE PRODUKTE: Bauelemente (Zäune, Tore, Geländer)

**Weitere Betriebsstätten:**

Rolandstraße 18/19

13156 Berlin

Telefon: 030 474905-0

Telefax: 030 474905-99

Platanenstr. 114

13156 Berlin

Telefon: 030 9120778-0

Telefax: 030 9120778-59

Wäscherei

Rolandstr. 97

13156 Berlin

Telefon: 030 47485017

**Sozialdienst katholischer Frauen e.V. Berlin  
Delphin Werkstätten  
Anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen**

**(Reg.-Nr. 10/73)**

Wilhelm-Kuhr-Str. 66  
13187 Berlin  
Telefon: 030 493014-6  
Telefax: 030 493014-76  
E-Mail: [delphinwerkstaetten@skf-berlin.de](mailto:delphinwerkstaetten@skf-berlin.de)  
Homepage: <http://www.delphinwerkstaetten-skf.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen (Bohren, Fräsen, Drehen, Sägen), Fügen (Pressen),  
Metallbearbeitung, Metallmontage  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Löten und Verzinnen, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei, Stickerei  
RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling, Demontagearbeiten  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Sonstige EDV-Dienstleistungen (PC-  
Upcycling / PC-Aufbereitung)  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei (Waschen, Textil-Naßreinigung)  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und  
Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Akten- und Datenträgervernichtung  
GASTRONOMIE: Café  
Produkte:  
TEXTIL-/LEDERWAREN: Bekleidung, Änderungsarbeiten, Haus- und  
Heimtextilien, Accessoires  
KUNSTHANDWERK: Keramik, Kerzen  
SPIELWAREN: Stofftiere

**Weitere Betriebsstätten:**

Außenstelle Garten- und  
Landschaftspflege / Montage  
Gewerbezentrum Pankow  
Pankstraße 8-10, Haus 6 Eingang  
M  
13127 Berlin-Buchholz  
Telefon: 030 47485161  
Telefax: 030 47485232

Außenstelle Wäscherei  
Ahornallee 1  
13156 Berlin  
Tel./Fax: 030 477532606

Außenstelle Agnes Neuhaus Café  
Schönhauser Straße 41  
13158 Berlin  
Tel./Fax: 030 477532560  
[www.agnesneuhaus-cafe.de](http://www.agnesneuhaus-cafe.de)

Geschäftsstelle/Träger:  
Sozialdienst katholischer Frauen  
e.V.  
Schönhauser Str. 41  
13158 Berlin  
Telefon: 030 477532-0  
Telefax: 030 477532-705  
E-Mail: [geschaefsstelle@skf-berlin.de](mailto:geschaefsstelle@skf-berlin.de)

### **Berliner Werkstätten für Menschen mit Behinderung GmbH (BWB) BWB-Nord und Verwaltung**

(Reg.-Nr. 9/2)

Westhafenstr. 4  
13353 Berlin  
Telefon: 030 39096-0  
Telefax: 030 39096-197  
E-Mail: [info@bwb-gmbh.de](mailto:info@bwb-gmbh.de)  
Homepage: <http://www.bwb-gmbh.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen (Sägen, Bohren, Fräsen, Drehen), Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Möbelfertigung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffspritzerei, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung, Leiterplattenbestückung  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung, Fotokopieren, Bedrucken von Gegenständen (Sieb- und Tampondruck)  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Kfz-Restaurierung, Kfz-Pflege

#### **Weitere Betriebsstätten:**

BWB-Süd  
Fontanestr. 30  
12049 Berlin  
Telefon: 030 39096-0  
Telefax: 030 39096597

BWB-Werkstatt am Hafen  
Lahnstr. 1-3  
12055 Berlin  
Telefon: 030 39096-0

BWB-Südwest  
Goerzallee 299  
14167 Berlin  
Telefon: 030 390960  
Telefax: 030 39096697

BWB-Wupperstraße  
Wupperstr. 10  
14167 Berlin  
Telefon: 030 3909-60

Kräuterhof Lübars  
Alt Lübars 15  
13469 Berlin  
Telefon: 030 390960  
Telefax: 030 39096719

BWB-Ost  
Blumberger Damm 233-239  
12687 Berlin  
Telefon: 030 39096-0  
Telefax: 030 39096928

BWB-Wolfener Straße  
Wolfener Str. 36  
14167 Berlin  
Telefon: 030 39096-0

Integrations-Management der BWB  
(IMB)  
Friedrichstr. 231  
10969 Berlin  
Telefon: 030 39096-0

## USE, Union Sozialer Einrichtungen gGmbH

(Reg.-Nr. 9/5)

Koloniestr. 133-136  
13359 Berlin  
Telefon: 030 497784-0  
Telefax: 030 4939798  
E-Mail: [mail@u-s-e.org](mailto:mail@u-s-e.org)  
Homepage: <http://www.u-s-e.org>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

#### Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung  
TEXTIL/LEDER: Schneiderei, Lederarbeiten, Stickerei  
BAU-/RENOVIERUNGSARBEITEN: Malerei: Anstricharbeiten, Lackieren, Tapezieren, dekorative Putze und Wandgestaltung, Trockenbau, Bodenbeläge  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei (z.B. Offsetdruckerei), Druckweiterverarbeitung (z.B. Buchbinderei), Grafische Gestaltung, Bedrucken von Gegenständen, Digitaldruck, Lettershop  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering und Veranstaltungsservice, Wäscherei, Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
BOOTSBAU UND -SERVICE: Neubau, Reparaturen aller Art, Blitzmaßnahmen bei Regattaschäden, Trailerservice, europaweiter Bootstransfer  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Fahrradwerkstatt, Gastronomie (Restaurantschiff Ars Vivendi), Tierpflege

#### Produkte:

TEXTIL-/LEDERWAREN: Bekleidung, Haus- und Heimtextilien, Lederwaren  
LEBENSMITTEL: Brot und Backwaren, Kuchen, Patisserie  
KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Holzarbeiten, Keramik, Korb- und Stuhlflechtarbeiten, Besen, Bürsten, Handbuchbindartikel, Designprodukte  
HAUSHALTSWAREN  
MÖBEL: Arbeits- und Büromöbel, Kindergarten-/Schulmöbel, Kleinmöbel, Regale, Wohnmöbel  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte, Garten- und Landschaftsmöbel, Pflanzenkübel  
SPIELWAREN: Brett- und Gesellschaftsspiele, Holzspielwaren  
PAPIERWAREN: Kalender, Notizhefte, Boxen  
SONSTIGE PRODUKTE: Bauelemente, Fahrräder, Fahrradständer, Schilder

### Weitere Betriebsstätten:

Zweigwerkstatt  
Genter Str. 8  
13353 Berlin-Wedding  
Telefon: 030 4690570-0  
Telefax: 030 4690570-31

Genter Str. 10  
13353 Berlin  
Telefon: 030 4614413

Zweigwerkstatt  
Eichbuschallee 4  
12437 Berlin  
Telefon: 030 9225137-00  
Telefax: 030 9225137-29

pier36eins  
Wassersportallee 2  
12527 Berlin-Grünau  
Telefon: 030 677880-0  
Telefax: 030 677880-107 oder -110

DIM 26  
Oranienstraße 26  
10999 Berlin  
Telefon: 030 285030-0  
Telefax: 030 285030-115

WfbM Biomalz Gewerbehof  
Union Sozialer Einrichtungen  
gGmbH  
Iserstr. 8 (Haus 2, EG)  
14513 Teltow  
Telefon: 03328 31240-20  
Telefax: 03328 31240-99

**compass Gesellschaft für Integration und Teilhabe mbH  
Anerkannte Werkstatt für Menschen mit Behinderung**

**(Reg.-Nr. 10/15)**

Nordbahnstr. 17  
13359 Berlin  
Telefon: 030 322940-0  
Telefax: 030 322940-111  
E-Mail: [kontakt@compassgmbh.de](mailto:kontakt@compassgmbh.de)  
Homepage: <http://www.compassgmbh.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

BAU-/RENOVIERUNGSARBEITEN

DRUCK/GRAFIK: Grafische Gestaltung

EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Daten- und Texterfassung, Sonstige EDV-Dienstleistungen (Imagefilme, Webseiten-Erstellung)

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei

SONSTIGE LEISTUNGEN: Fahrradwerkstatt, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

Produkte:

SPIELWAREN: Stofftiere

**LebensWerkGemeinschaft gGmbH  
Werkstatt für Menschen mit Behinderung**

**(Reg.-Nr. 9/4)**

Teltower Damm 269  
14167 Berlin  
Telefon: 030 847883-300  
Telefax: 030 847883-445  
E-Mail: [info@werkgemeinschaft-bb.de](mailto:info@werkgemeinschaft-bb.de)  
Homepage: <http://werkgemeinschaft-bb.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung,

Möbelfertigung, Spielzeugherstellung

KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage

ELEKTRO: Kabelkonfektionierung

TEXTIL/LEDER: Näherei, Weberei

DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung

VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Reinigungsarbeiten

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau,

Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Hausmeisterservice, Lampenherstellung

Produkte:

TEXTIL-/LEDERWAREN: Haus- und Heimtextilien, Teppiche

LEBENSMITTEL: Bioprodukte, Demeter Tees, Gewürze

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Keramik, Kerzen (z. B.

Bienenwachskerzen), Saisonartikel, Textilien

HAUSHALTSWAREN: Gebrauchskeramik

MÖBEL: Kindergarten-/Schulmöbel, Kleinmöbel

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel,

Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel

PAPIERWAREN

BÜROARTIKEL

SONSTIGE PRODUKTE: Lampen

**Weitere Betriebsstätten:**

Außenstelle Rohrlack (Demeter-

Gärtnerei)

Sternhof

Dorfstraße 19

16845 Rohrlack

Telefon: 033928 71222

Telefax: 033928 71224

Betriebsstätte

Königin-Luise-Straße 94

14195 Berlin

Telefon: 030 84108905

Telefax: 030 84108907

Betriebsstätte

Clayallee 81

14195 Berlin

Telefon: 030 841895534

Telefax: 030 841895540

Betriebsstätte

Teltower Damm 283

14167 Berlin

Betriebsstätte

Alt-Schönow 2 a

14165 Berlin

Betriebsstätte

Barsikower Weg 5

16845 Rohrlack



## Integrationswerkstätten g GmbH Niederlausitz

(Reg.-Nr. 10/56)

Schwarzer Weg 1  
01968 Senftenberg  
Telefon: 03573 7073-0  
Telefax: 03573 2159  
E-Mail: [info@wbs-senftenberg.de](mailto:info@wbs-senftenberg.de)  
Homepage: <http://www.wbs-senftenberg.de/de/startseite.php>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

#### Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage, Stanzen  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Palettenherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling, Metall-Recycling,  
Demontagearbeiten  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei, Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und  
Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Logistische Leistungen,  
Umzugs- und Transportarbeiten,  
Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen), Verleih und Aufbau  
von Holzhütten, Verkaufsständen und Festzelten,  
Tierpark Senftenberg, Tierparkimbiss, Schullandheim für Schulklassen/  
Übernachtungen

#### Produkte:

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel  
SONSTIGE PRODUKTE: Fahrradständer, Bauelemente: Fenster und Türen  
aus Kunststoff und Aluminium,  
Insektenschutzrahmen u. -rollos, Fliegengitter, Rollläden/Außenjalousien,  
Sonnenschutz, Vertikaljalousien,  
Plissees, Markisen, Vordächer, Balkonverkleidungen, Wintergärten,  
Holzbriketts,  
Elektroanschluss- und -verlängerungsleitungen

### Weitere Betriebsstätten:

Außenstelle Lauchhammer Süd  
Amselweg / Gewerbehof 6  
01979 Lauchhammer  
Telefon: 03574 8861-6  
Telefax: 03574 8861-70

Landschulheim "Südsee"  
01968 Niemtsch  
Telefon: 03573 62127  
Telefax: 03573 62127  
E-Mail: [schullandheim@wbs-senftenberg.de](mailto:schullandheim@wbs-senftenberg.de)

Bistro am Tierpark Senftenberg  
Steindamm 24  
01968 Senftenberg  
E-Mail: [bistro@wbs-senftenberg.de](mailto:bistro@wbs-senftenberg.de)

## Lebenshilfe Werkstätten Hand in Hand gemeinnützige GmbH Geschäftssitz

(Reg.-Nr. 10/8)

Inselstr. 4  
03051 Cottbus OT Gallinchen  
Telefon: 0355 590220  
Telefax: 0355 5902299  
E-Mail: [info@lebenshilfe-handinhand.de](mailto:info@lebenshilfe-handinhand.de)  
Homepage: <http://lebenshilfe-handinhand.de>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Spielzeugherstellung, Serienfertigung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
BAU-/RENOVIERUNGSARBEITEN: Malerarbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren  
LASERSCHNEID-/GRAVURARBEITEN  
EDV/BÜRODIENSTLEISTUNGEN  
VERPACKUNGSARBEITEN: Folienschweißen, Kartonagen u. Papierverarbeitung, Kleinmontage, Konfektionieren  
HAUSWIRTSCHAFT: Küche/Kantine, Catering/Partyservice, Feine Küche (Herstellung von Lebensmitteln), Wäscherei, Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege, Gärtnerei, Bio-Tierzucht, Bio-Gärtnerei  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Umzugs- und Transportarbeiten, Buchversand, Sozialkaufhaus

### Produkte:

LEBENSMITTEL: Bioprodukte, Bio-Kräuter, Fruchtaufstriche, Fertiggerichte  
KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Holzprodukte, Keramik, Kerzen, Flechtarbeiten  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel

### Weitere Betriebsstätten:

Werkstatt Cottbus Mitte  
Ostrower Damm 2  
03046 Cottbus

Töpferei und Verkaufsladen  
Ostrower Damm 2  
03046 Cottbus

Werkstatt Peitz  
Gewerbepark 14  
03185 Peitz

Außenstelle der Werkstatt Cottbus  
Mitte  
Lobedanstraße 15-16  
03046 Cottbus

Werkstatt Guben  
Franz-Mehring-Str. 9 A  
03172 Guben

Fertigungs- und  
Dienstleistungszentrum (FDS)  
Cottbus  
Am Großen Spreeweher 7  
03044 Cottbus

Außenstelle Guben - Gärtnerei  
Gartenstraße 34  
03172 Guben

Außenstell Guben - Montagehalle  
Kaltenborner Str. 64  
03172 Guben

Außenstelle Gube - Am  
Wasserwerk  
Am Wasserwerk 5  
03172 Guben

Schreinerei Gallinchen  
Inselstr. 5  
03051 Cottbus

Biohof Auguste (Kolkwitz)  
Ströbitzer Str. 31  
03099 Kolkwitz

Nebengebäude Park Branitz  
Kastanienallee 11  
03046 Cottbus

Außenstelle Burg (Spreewald)  
"Kraeuterey"  
Byhleguher Straße 17  
03096 Burg (Spreewald)

### BWS Behindertenwerk GmbH

(Reg.-Nr. 10/2)

Wiesenweg 58  
03130 Spremberg  
Telefon: 03563 342181  
Telefax: 03563 342199  
E-Mail: [info@bws-spremberg.de](mailto:info@bws-spremberg.de)  
Homepage: <http://www.bws-spremberg.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

##### Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, Fügen (z. B. Schweißarbeiten - WIG, MIG/MAG, Autogen), Metallmontage

KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

DRUCK/GRAFIK: Druckerei (Druckvorstufe, Druck: Digital- / Offsetdruck), Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung (Layout), Fotokopieren, Bedrucken von Gegenständen (z.B. Gliedermaßstäbe, Werbemittel)

MONTAGE- UND VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei (Waschen, Trocknen, Nassreinigen, Legen, Bügeln/Mangeln, Tischwäscheverleih, Wäschekennzeichnung, Abhol- und Lieferservice), Reinigungsarbeiten (Gebäudeservice)

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Gastronomie / Hotelbetrieb ("Fliedermannhof"), Begegnungsstätte ("Bücherklause"), Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

#### Weitere Betriebsstätten:

Betriebsstätte Forst (Lausitz)  
Ebereschenweg 25 + 27  
03149 Forst (Lausitz)  
Telefon: 03562 972310  
Telefax: 03562 972377

Betriebsstätte Kolkwitz  
Gewerbeparkstraße 19  
03099 Kolkwitz  
Telefon: 0355 7840936  
Telefax: 0355 7840936

Wäscherei "Waschbrett"  
Karl-Marx-Straße 91  
03130 Spremberg  
Telefon: 03563 605195  
Telefax: 03563 342199

Zentrum für Arbeits- und  
Berufsförderung (ZAB)  
Dianaweg 2 + 4  
03130 Spremberg  
Telefon: 03563 345164  
Telefax: 03563 345199

Gastronomie / Hotelbetrieb  
"Fliedermannhof"  
Erste Kolonie 13  
03096 Burg (Spreewald)  
Telefon: 035603 75960  
Telefax: 035603 759629  
E-Mail: [info@fiedermannhof.de](mailto:info@fiedermannhof.de)  
Homepage: [www.fiedermannhof.de](http://www.fiedermannhof.de)

Begegnungsstätte "Bücherklause"  
Am Kirchplatz 1  
03130 Spremberg  
Telefon: 03563 342757

**Arbeiterwohlfahrt Regionalverband Brandenburg Süd e.V.  
Spreewaldwerkstätten**

**(Reg.-Nr. 10/25)**

Thomas-Müntzer-Str. 12  
03222 Lübbenau / Spreewald  
Telefon: 03542 8944-0  
Telefax: 03542 8944-19  
E-Mail: [spreewaldwerkstaetten@awo-bb-sued.de](mailto:spreewaldwerkstaetten@awo-bb-sued.de)  
Homepage: <https://www.awo-bb-sued.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
HOLZ: Holzbearbeitung, Kleinmöbelfertigung  
ELEKTRO: Elektromontage  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei (in Lübbenau und in Lübben),  
Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege  
Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Kerzen, Saisonartikel, Textilien

**Weitere Betriebsstätten:**

Verwaltung:

Arbeiterwohlfahrt Regionalverband  
Brandenburg Süd e.V.  
Fachbereich WfbM  
Rudolf-Breitscheid-Straße 24  
03222 Lübbenau/Spreewald  
Telefon: 03542 9384-202

Weitere Betriebsstätten:

Spreewaldwerkstätten Lübben  
Hartmannsdorfer Straße 15  
15907 Lübben (Spreewald)  
Telefon: 03546 278699-4

Spreewaldwerkstätten Luckau  
Berliner Straße 16  
15926 Luckau  
Telefon: 03544 5083-14

Spreewaldwerkstätten Kittlitz  
Kittlitzer Dorfstr. 1  
03222 Kittlitz

## Elster-Werkstätten gemeinnützige GmbH

(Reg.-Nr. 10/23)

An den Steinenden 11  
04916 Herzberg/Elster  
Telefon: 03535 4054-0  
Telefax: 03535 4054-12  
E-Mail: [info@elster-werkstaetten.de](mailto:info@elster-werkstaetten.de)  
Homepage: <http://www.elster-werkstaetten.de>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

#### Auftragsarbeiten:

**METALL:** Umformen, Trennen, Fügen (z.B. Schweißen - MAG/WIG - MIG), Metallmontage, CNC-Bearbeitung, 3D-Laserschneiden, 2D-Wasserstrahlschneiden, Fließformen, Oberflächenbehandlung  
**HOLZ:** Holzbearbeitung, CNC-Bearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung  
**ELEKTRO:** Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
**DRUCK/GRAFIK:** Druckerei (Offset- und Digitaldruck), Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung, Fotokopieren, Bedrucken von Gegenständen  
**VERPACKUNGSARBEITEN**  
**HAUSWIRTSCHAFT:** Catering/Partyservice  
**GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE:** Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
**SONSTIGE LEISTUNGEN:** Gastronomie, Logistische Leistungen im Rahmen der Werkstatt, Landwirtschaft (ökologischer Landbau und ökologische Eierproduktion)

#### Produkte:

**LEBENSMITTEL:** Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Bioprodukte (Obst, Gemüse, Eier aus ökologischem Landbau)  
**KUNSTHANDWERK:** Floristische Artikel (Sehen Sie sich unsere Angebote in unserem Internet-Blumenshop an: [www.florafinesse.de](http://www.florafinesse.de)), Holzarbeiten, Saisonartikel  
**GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE:** Pflanzen/Baumschulprodukte, Sonstiger Gartenbedarf  
**SPIELWAREN:** Holzspielwaren, Saisonartikel  
**WERBEMITTEL:** Bauschilder, Textilien, Gravuren  
**SONSTIGE PRODUKTE:** Bauelemente, Schilder

### Weitere Betriebsstätten:

Niederlassung Luckenwalde  
Rudolf-Breitscheid-Str. 78  
14943 Luckenwalde  
Telefon: 03371 6291-0  
Telefax: 03371 6291-513  
E-Mail: [werkstatt.luckenwalde@elster-werkstaetten.de](mailto:werkstatt.luckenwalde@elster-werkstaetten.de)

Niederlassung Massen  
Ludwig-Erhard-Str. 15  
03238 Massen  
Telefon: 03531 7305-6  
Telefax: 03531 7305-72  
E-Mail: [werkstatt.massen@elster-werkstaetten.de](mailto:werkstatt.massen@elster-werkstaetten.de)

Niederlassung Kraupa  
Prieschkaer Weg 6  
04910 Kraupa  
Telefon: 03533 4837-0  
Telefax: 03533 4837-37  
E-Mail: [werkstatt.kraupa@elster-werkstaetten.de](mailto:werkstatt.kraupa@elster-werkstaetten.de)

Niederlassung Bad Liebenwerda  
Zu den Bürgerhufen 2  
04924 Bad Liebenwerda OT Lausitz  
Telefon: 035341 4773-0  
Telefax: 035341 4773-253  
E-Mail: [werkstatt.liebenwerda@elster-werkstaetten.de](mailto:werkstatt.liebenwerda@elster-werkstaetten.de)

Niederlassung Ludwigsfelde  
Graf-von-Zeppelin-Str. 2  
14974 Ludwigsfelde  
Telefon: 03378 2067-0  
Telefax: 03378 2067-13  
E-Mail: [werkstatt.ludwigsfelde@elster-werkstaetten.de](mailto:werkstatt.ludwigsfelde@elster-werkstaetten.de)

Niederlassung Jüterbog  
Im Grund 4  
14913 Jüterbog  
Telefon: 03372 44370611  
Telefax: 03378 44370613  
E-Mail: [werkstatt.jueterbog@elster-werkstaetten.de](mailto:werkstatt.jueterbog@elster-werkstaetten.de)

Druckhaus ELSTER-  
WERKSTÄTTEN  
Badstraße 25  
04916 Herzberg/Elster  
Telefon: 03535 403731

Telefax: 03535 5041  
E-Mail: [das.druckhaus@elsterwerkstaetten.de](mailto:das.druckhaus@elsterwerkstaetten.de)

Grünhaus ELSTER-  
WERKSTÄTTEN  
An den Steinenden 13  
04916 Herzberg/Elster  
Telefon: 03535 4054-180/181  
Telefax: 03535 4054-188

Metallhaus ELSTER-  
WERKSTÄTTEN  
An den Steinenden 2  
04916 Herzberg/Elster  
Telefon: 03535 4054-142/143  
Telefax: 03535 4054-158

Bildungs- und Begegnungsstätte  
BlauHaus  
Badstraße 29  
04916 Herzberg/Elster  
Telefon: 03535 4830-100  
Telefax: 03535 4830-199  
E-Mail: [blauhaus@elsterwerkstaetten.de](mailto:blauhaus@elsterwerkstaetten.de)  
<http://www.elsterpark-herzberg.de/gastronomie/blauhaus/>

Halle in Elsterwerda  
(Erweiterungshalle)  
Frauenhorststraße 1  
04910 Elsterwerda



## OBERLIN WERKSTÄTTEN gGmbH

(Reg.-Nr. 10/11)

Hermannswerder 5  
14473 Potsdam  
Telefon: 0331 20156-15  
Telefax: 0331 20156-50  
E-Mail: [info@oberlin-werkstaetten.de](mailto:info@oberlin-werkstaetten.de)  
Homepage: <http://oberlin-werkstaetten.de>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen (Drehen, Fräsen, Bohren), Fügen, Metallmontage  
ELEKTRO: Elektromontage (z.B. Lampenmontagen), Kabelkonfektionierung, Löten  
LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN: Lackpulverbeschichtung, Sandstrahlen  
RECYCLING: Aktenvernichtung, Elektro-/Elektronik-Recycling  
DRUCK/GRAFIK: Fotokopieren  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Digitale Archivierung (Scannen und Archivieren)  
MAILING UND VERSANDARBEITEN: Lettershop (Briefwerkstatt)  
VERPACKUNGSARBEITEN: Konfektionierung  
HAUSWIRTSCHAFT: Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Bautenschutz mittels Mikrowelle, Fahrradwerkstatt  
Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Keramik, Korb- und Stuhlflechterarbeiten  
HAUSHALTSWAREN: Bürsten und Besen  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen  
SONSTIGE PRODUKTE: Fahrräder, Briefmarken, Knöpfe

### Weitere Betriebsstätten:

Arbeitsbereich für psychisch Kranke:  
Kombi-Service-Potsdam (KSP)  
Leiterstrasse 10a  
14473 Potsdam  
Telefon: 0331 7481528  
E-Mail: [ksp.wfbm@oberlinhaus.de](mailto:ksp.wfbm@oberlinhaus.de)

Berufsbildungsbereich und Fahrradwerkstatt:  
Tornowstraße 40  
14473 Potsdam  
Telefon: 0331 20149-32 oder -33  
E-Mail: [fahrrad.wfbm@oberlinhaus.de](mailto:fahrrad.wfbm@oberlinhaus.de)

Garten- und Landschaftspflege:  
Hermannswerder 5B  
14473 Potsdam  
Telefon: 0331 2313-176  
E-Mail: [av1.wfbm@oberlinhaus.de](mailto:av1.wfbm@oberlinhaus.de)

Holz- und Bautenschutz  
Hermannswerder 4  
14473 Potsdam

Fahrradwerkstatt Michendorf  
Langerwischerstr. 27  
14552 Michendorf  
Telefon: 033205 234949  
Telefax: 033205 24258  
E-Mail: [michendorf.wfbm@oberlinhaus.de](mailto:michendorf.wfbm@oberlinhaus.de)

Metall u. Bürodienstleistung des KSP:  
Küsselstraße 45  
14473 Potsdam  
Telefon: 0331 97931936  
E-Mail: [metall.wfbm@oberlinhaus.de](mailto:metall.wfbm@oberlinhaus.de)  
Telefon: 0331 88718203  
E-Mail: [digital-ksp.wfbm@oberlinhaus.de](mailto:digital-ksp.wfbm@oberlinhaus.de)

## DRK Behindertenwerkstätten Potsdam gGmbH

(Reg.-Nr. 10/12)

Kohlhasenbrückerstr. 106  
14480 Potsdam  
Telefon: 0331 23747-0  
Telefax: 0331 23747-30  
E-Mail: [info@drk-wfbm.de](mailto:info@drk-wfbm.de)  
Homepage: <http://www.drk-wfbm.de>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

#### Auftragsarbeiten:

**METALL:** Trennen (z. B. Drehen, Sägen, Bohren, Fräsen, Schleifen), Fügen (z. B. Schweißen)  
**ELEKTRO:** Elektromontage, Prüfung ortsveränderlicher Betriebsmittel (sog. DGUV4- Prüfung)  
**RECYCLING:** Elektro-/Elektronik-Recycling (zertifizierter Entsorgungsbetrieb nach ElektroG zur qualitätsgerechten Zerlegung von Computeranlagen, Monitoren und Elektronikzeugnissen)  
**DRUCK/GRAFIK:** Druckerei (Digital- und Offsetdruck - inkl. Druckvorstufe), Druckweiterverarbeitung (z. B. buchbinderische Weiterverarbeitung), Grafische Gestaltung (Broschüren, Visitenkarten, Flyer, Layouterstellung nach Kundenwunsch), Fotokopieren (Kopier- und Scanarbeiten), Bedrucken von Gegenständen (Tampondruck, Lasergravur)  
**EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN:** Digitale Archivierung (Scannen und Digitalisieren)  
**MAILING UND VERSANDARBEITEN:** Erstellen, Adressieren, Kuvertieren, Versenden  
**VERPACKUNGSARBEITEN:** Konfektionieren, Montieren, Sortieren und Verpacken (inkl. Lager)  
**GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE:** Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege (z. B.: Rasenpflege, Laubbeseitigung, Beet- und Gehölzpflege)  
**HAUSWIRTSCHAFT:** Catering- und Veranstaltungsservice  
**SONSTIGE LEISTUNGEN:** Industriereinigung (Reinigung von Umverpackungen und Transporttrays)

#### Produkte:

**LEBENSMITTEL:** Brot und Backwaren (Catering)  
**KUNSTHANDWERK:** Holz- und Papierartikel, Zier- und Gebrauchskeramik, Textilien (Filz-, Seidenartikel), saisonale Dekorationsartikel  
**PAPIERWAREN:** Geschäftspapiere (Kopfbögen, Visitenkarten, Flyer), Kalender, Karten  
**WERBEMITTEL:** Bedruckte Kugelschreiber, div. Kleinmaterialien (auf Anfrage)  
**SONSTIGE PRODUKTE:** Gravurarbeiten (Stempelfertigung, Lasergravur)

### Weitere Betriebsstätten:

#### "Workhaus"

Elektro - Altgeräte - Recycling und Industriewäsche  
Arthur-Scheunert-Allee 2  
14558 Nuthetal OT Rehbrücke  
Telefon: 033200 501283

### **Evang. Diakonissenhaus Berlin-Teltow Teltower Diakonische Werkstätten**

(Reg.-Nr. 10/13)

Lichterfelder Allee 45

14513 Teltow

Telefon: 03328 433-210

Telefax: 03328 433-331

E-Mail: [joachim.kettner@diakonissenhaus.de](mailto:joachim.kettner@diakonissenhaus.de)

Homepage: <https://www.diakonissenhaus.de/menu/menschen-mit-behinderung/arbeiten/teltower-diakonische-werkstaetten>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Fügen (z.B. Pressen), Metallmontage

KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung, automotive Komponenten  
(Zertifiziert nach DIN ISO)

RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling, Demontagearbeiten

DRUCK/GRAFIK: Druckerei (Laserdruck), Druckweiterverarbeitung

EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Digitale Archivierung (Aktenarchivierung)

MAILING UND VERSANDARBEITEN: Seriendruck, eigene Postfiliale

VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei, Mietwäsche, Reinigungsarbeiten

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und  
Pflanzenpflege, Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Logistische Leistungen,

Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

Produkte:

LEBENSMITTEL: Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Getränke (Tee), Kräuter,  
Gewürze, Kräuteresig (Bio-Zertifiziert nach EG-Norm)

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte

Unsere Produkte können Sie auch über unseren Online-Shop ([www.gartenkraeuter.de](http://www.gartenkraeuter.de)) beziehen.

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Adolf-Damaschke-Str. 12

14572 Werder

Telefon: 03327 570046

Haus Fliedner 1. OG

Lichterfelder Allee 45

14513 Teltow

Haus Buche EG

Lichterfelder Allee 45

14513 Teltow

## Brandenburg (Bezirk der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg)

### Rathenower Werkstätten gGmbH

(Reg.-Nr. 10/39)

Heidefeldstr. 17  
14712 Rathenow  
Telefon: 03385 5341-3  
Telefax: 03385 534140  
E-Mail: [info@rathenower-werkstaetten.de](mailto:info@rathenower-werkstaetten.de)  
Homepage: <http://www.rathenower-werkstaetten.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Paletten Herstellung, Möbelfertigung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Stickerei  
BAU-/RENOVIERUNGSARBEITEN  
RECYCLING: Metall-Recycling, Demontearbeiten  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei, Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Umzugs- und Transportarbeiten

#### Produkte:

LEBENSMITTEL: Landwirtschaftliche Erzeugnisse  
KUNSTHANDWERK: Saisonartikel  
MÖBEL: Regale, Überdachte Sitzgelegenheiten  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte, Garten- und Landschaftsmöbel, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel, Sonstiger Gartenbedarf  
WERBEMITTEL: Aufsteller, Schaukästen

#### Weitere Betriebsstätten:

Böhner-Chaussee 2  
14712 Rathenow  
Elslaake Kohlhof 1  
14715 Seeblick  
Gewerbegebiet Gebäude 75  
Robert-Koch-Str. 7  
14727 Premnitz  
Rhinower Straße 47/48  
14715 Seeblick / OT Hohennauen  
GaLa / Friedhofspflege  
Friedhofsweg 6  
14712 Rathenow

## Brandenburg (Bezirk der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg)

### Lebenshilfe Werkstatt Brandenburg an der Havel gGmbH

(Reg.-Nr. 10/53)

Potsdamer Landstr. 11  
14776 Brandenburg/Havel  
Telefon: 03381 5259-0  
Telefax: 03381 200286  
E-Mail: [werkstatt@lebenshilfe-brb.de](mailto:werkstatt@lebenshilfe-brb.de)  
Homepage: [https://www.lebenshilfe-brb.de/de/dl\\_einrichtungen/werkstatt/index.php](https://www.lebenshilfe-brb.de/de/dl_einrichtungen/werkstatt/index.php)

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Möbelfertigung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL: Bedrucken und Besticken, Verpacken und Versenden  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

#### Produkte:

KUNSTHANDWERK: Keramik (Zier- und Gebrauchskeramik)  
MÖBEL: Kindergarten-/Schulmöbel, Regale, Wohnmöbel  
SONSTIGE PRODUKTE: Bauelemente, WC-Trennwände für den Trockenbereich - System Hego, Online-Buchhandel

#### Weitere Betriebsstätten:

Wredowstraße 6/7  
14776 Brandenburg/Havel  
Telefon: 03381 280863  
Telefax: 03381 280868  
Zweigstelle Getränkemarkt  
Am Gallberg 1a  
14770 Brandenburg/Havel  
Telefon: 03381 302777  
Telefax: 03381 303620  
Online Buchhandel  
Warschauer Str. 11  
14772 Brandenburg/Havel

### Landesausschuss für Innere Mission Wohn- und Werkstätten 'Theodor-Fliedner' WfbM Brandenburg

(Reg.-Nr. 10/10)

Belziger Chaussee 6  
14776 Brandenburg/Havel  
Telefon: 03381 5295-0  
Telefax: 03381 529579  
E-Mail: [fliedner@lafim.de](mailto:fliedner@lafim.de)  
Homepage: <https://www.lafim.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung  
TEXTIL/LEDER: Stickerei  
RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei, Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Fahrzeugaufbereitung

#### Produkte:

LEBENSMITTEL: Landwirtschaftliche Erzeugnisse  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte,  
Garten- und Landschaftsmöbel, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel

#### Weitere Betriebsstätten:

Träger:  
Landesausschuss für Innere Mission  
Geschäftsstelle  
Berliner Straße 148  
14467 Potsdam  
Telefon: 0331 271870  
Telefax: 0331 271870

#### Betriebsstätten:

Hauptwerkstatt und Betriebsstätte  
"Kreativbereich"  
Belziger Chaussee 6  
14776 Brandenburg/Havel  
Telefon: 03381 5295-0  
Telefax: 03381 5295-79

Zweigwerkstatt Bad Belzig  
Im Gewerbegebiet Seedoche 9  
14806 Bad Belzig  
Telefon: 033841 38790  
Telefax: 033841 387929

Zweigwerkstatt Falkensee  
Spandauer Str. 113  
14612 Falkensee  
Telefon: 03322 233645  
Telefax: 03322 233646

Zweigwerkstatt Nauen  
Robert-Bosch-Str. 17  
14641 Nauen  
Telefon: 03321 74408-0  
Telefax: 03321 74408-29

Dienstleistungszentrum (DLZ)  
Niemegker Straße 46  
14806 Bad Belzig  
Telefon: 033841 3879-12  
Telefax: 033841 3879-29

Verpackungs- und Logistikzentrum (VLZ)  
Hallesche Straße 6  
14612 Falkensee  
Telefon: 03322 12640-11  
Telefax: 03322 12460-29

Metallwerkstatt  
Grüne Aue 15  
14776 Brandenburg an der Havel  
Telefon: 03381 798790  
Telefax: 03381 7987918





### Gronenfelder Werkstätten gGmbH

(Reg.-Nr. 10/42)

Gronenfelder Weg 22  
15234 Frankfurt (Oder)  
Telefon: 0335 68389-0  
Telefax: 0335 6838999  
E-Mail: [kontakt@gronenfelder-werkstaetten.de](mailto:kontakt@gronenfelder-werkstaetten.de)  
Homepage: <http://www.gronenfelder-werkstaetten.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Möbelfertigung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei, Weberei  
LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei, Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Jungpflanzenanzucht  
LANDWIRTSCHAFT: Tierhaltung, Pflanzenbau  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Formsteinbau

#### Produkte:

TEXTIL-/LEDERWAREN: Teppiche  
LEBENSMITTEL: Brot und Backwaren, Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Bioprodukte  
KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Keramik, Textilien  
MÖBEL: Arbeits- und Büromöbel, Kindergarten-/Schulmöbel, Regale, Wohnmöbel  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel  
SONSTIGE PRODUKTE: Bauelemente, Ziegel/Formsteine aus Ton, Nisthilfen/-steine aus Ton

#### Weitere Betriebsstätten:

Ladenwerkstatt  
Berliner Str. 14  
15230 Frankfurt (Oder)  
Telefon: 0335 6857273  
Telefax: 0335 6857275  
E-Mail:  
[ladenwerkstatt@gronenfelder-werkstaetten.de](mailto:ladenwerkstatt@gronenfelder-werkstaetten.de)

Wäscherei der Ladenwerkstatt  
Ziegelstr. 35-39  
15230 Frankfurt (Oder)  
Telefon: 0335 6066906

Textilwerkstatt  
Ziegelstr. 39  
15230 Frankfurt (Oder)  
Telefon: 0335 6066905  
E-Mail: [textil@gronenfelder-werkstaetten.de](mailto:textil@gronenfelder-werkstaetten.de)

Industriemontage  
Berliner Str. 14  
15230 Frankfurt (Oder)  
Telefon: 0335 68389-22

Wildpark Rosengarten  
Am Wildpark 1  
15230 Frankfurt (Oder)  
Telefon: 0335 68389-46  
E-Mail: [wildpark@gronenfelder-werkstaetten.de](mailto:wildpark@gronenfelder-werkstaetten.de)

Bistro am Wildpark  
Am Wildpark 1  
15230 Frankfurt (Oder)  
Telefon: 0335 28397-94  
E-Mail: [kueche@gronenfelder-werkstaetten.de](mailto:kueche@gronenfelder-werkstaetten.de)

Café Luise  
Luisenstr. 21-24  
15234 Frankfurt (Oder)  
Telefon: 0335 555752  
E-Mail: [cafe-luise@gronenfelder-werkstaetten.de](mailto:cafe-luise@gronenfelder-werkstaetten.de)  
Homepage: [www.cafe-luise-ffo.de](http://www.cafe-luise-ffo.de)

Tante Emma Laden  
Humboldtstr. 22  
15230 Frankfurt (Oder)  
Telefon: 0335 28396333  
E-Mail: [tante.emma@gronenfelder-werkstaetten.de](mailto:tante.emma@gronenfelder-werkstaetten.de)

Gesingstraße 11  
15234 Frankfurt (Oder)

**Märkisch-Oderland Werkstätten  
Werkstatt für behinderte Menschen der Lebenshilfe für Menschen  
mit geistiger Behinderung Märkisch-Oderland e.V.**

**(Reg.-Nr. 10/16)**

Am Biotop 24  
15344 Strausberg  
Telefon: 03341 30379-10  
Telefax: 03341 30379-49  
E-Mail: [wfbm@lebenshilfe-mol.de](mailto:wfbm@lebenshilfe-mol.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-mol.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
HOLZ: Holzbearbeitung, Möbelfertigung (Kleinmöbel)  
MONTAGEARBEITEN: Industriemontagen, Komplettierungen  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
RECYCLING: Kunststoff-Recycling, Metall-Recycling, Demontagearbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung, Fotokopieren  
VERPACKUNGSARBEITEN: Neu- und Umverpackungen  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei, Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Raumvermietung (Vermietung von Großräumen für Veranstaltungen Seminare und Feiern), Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

**Produkte:**

KUNSTHANDWERK: Keramik, Textilien (Filzprodukte)  
MÖBEL: Kleinmöbel (Sonderanfertigung auf Anfrage)  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/ Nistkästen

**Weitere Betriebsstätten:**

Außenstelle  
Prötzeler Chaussee 7  
15344 Strausberg  
Telefon: 03341 39014-13

Außenstelle  
Am Gewerbering 14  
15374 Müncheberg  
Telefon: 033432 74769-52

## Christophorus-Werkstätten der Samariteranstalten

(Reg.-Nr. 10/1)

Am Bahndamm 9  
15517 Fürstenwalde  
Telefon: 03361 567400  
Telefax: 03361 567444  
E-Mail: [info@christophorus-werkstaetten.de](mailto:info@christophorus-werkstaetten.de)  
Homepage: <http://www.christophorus-werkstaetten.de>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Palettenherstellung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei, Lederarbeiten, Polsterei  
RECYCLING: Demontagearbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei (Siebdruck), Druckweiterverarbeitung (Papierweiterverarbeitung)  
VERPACKUNG und KONFEKTIONIERUNG  
HAUSWIRTSCHAFT: Reinigungsarbeiten (Gebäudereinigungen)  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
AKTENVERNICHUNG  
FAHRRADSERVICE: Fahrradwerkstatt (u.a. Fahrradcodierung - Diebstahlschutz)  
ONLINE-HANDEL: gebrauchter Bücher  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Industrielle Montage und Demontage, Kfz-Werkstatt (Reinigung, Räder- und Reifen, Umbau, Kleinreparaturen, einschl. DEKRA-Abnahme), Qualitätsprüfungen (Produktkontrolle für externe Firmen),  
Produkte:  
TEXTIL-/LEDERWAREN: Bekleidung, Haus- und Heimtextilien, Lederwaren  
KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Keramik, Kerzen, Saisonartikel, Textilien  
HAUSHALTSWAREN: z.B. Untersetzer, Frühstücksbrettchen, Tee- und Kaffeeservice  
MÖBEL: Kleinmöbel, Regale  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen  
SPIELWAREN: Holzspielwaren, Stofftiere  
SONSTIGE PRODUKTE: Reha-Mittel: Der inklusive Tisch (Tisch für Rollstuhlfahrer)  
Online-Shop: [www.shop.christophorus-werkstaetten.de](http://www.shop.christophorus-werkstaetten.de)

### Weitere Betriebsstätten:

HORIZONT-WERKSTATT  
Straße des Friedens 8  
15848 Tauche - OT Görzdorf  
Telefon: 033675 5092 oder 033675 72039  
Telefax: 033675 5092

CHRISTOPHORUS-SHOP  
August-Bebel-Str. 1-4  
15517 Fürstenwalde  
Telefon: 03361 567462  
Telefax: 03361 567444

Tandem Werkstatt  
Alte Neuendorfer Str. 4a  
15517 Fürstenwalde  
Telefon: 03361 567463

### **format gGmbH** **Anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen**

(Reg.-Nr. 10/17)

Lindenstr. 46  
15517 Fürstenwalde  
Telefon: 03361 3699-0  
Telefax: 03361 3699-30  
E-Mail: [post@formatweb.de](mailto:post@formatweb.de)  
Homepage: <http://www.formatweb.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

##### **Auftragsarbeiten:**

**METALL:** Spanabhebende Bearbeitung, Blechbearbeitung, Zuschnitte, Schweißen, Sandstrahlen,

**HOLZ:** Holzbearbeitung, Holzmontage

**KUNSTSTOFF:** Kunststoffmontage

**ELEKTRO:** Baugruppenmontage, Kabelkonfektionierung

**RECYCLING:** Elektro-/Elektronik-Recycling, Demontage

**Druckerei:** Druckweiterverarbeitung, Satz- und Gestaltung, Offset- und Digitaldruck, Kopieren

**VERPACKUNGSARBEITEN:** Beipacks erstellen, Komplettieren, Ent- und Verpacken, Folienschweißen

**HAUSWIRTSCHAFT:** Wäscherei

**GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE:** Objektpflege, Garten- und Landschaftspflege

**Werbemitteldruck:** Sublimationsdruck, Textildruck, Tampondruck, Materialberatung

##### **Produkte:**

**LEBENSMITTEL:** Fleisch- und Wurstwaren, Geflügel, Teemischungen, Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Bioprodukte

**HANDEL MIT:** Bio-Backwaren, Naturprodukte, Keramik, Edelbrände, Bio-Wein

**WERBEMITTEL**

#### **Weitere Betriebsstätten:**

**Standort Woltersdorf**

Zweigwerkstatt

Am Sportplatz 11

15569 Woltersdorf

Telefon: 03362 8846-0

Telefax: 03362 8846-30

E-Mail: [woltersdorf@formatweb.de](mailto:woltersdorf@formatweb.de)

**Standort Neuendorf**

Tier- und Kräuterhof

Kräuterweg 3

15518 Steinhöfel / OT Neuendorf

Telefon: 03361 340966

Telefax: 03361 340966

E-Mail: [neuendorf@formatweb.de](mailto:neuendorf@formatweb.de)

**Standort Seelow**

Zweigwerkstatt

Müncheberger Weg 6

15306 Seelow

Telefon: 03346 852529-0

Telefax: 03346 852529-30

E-Mail: [seelow@formatweb.de](mailto:seelow@formatweb.de)

### Zeesener Werkstatt des ASB Königs Wusterhausen GmbH

(Reg.-Nr. 10/50)

Im Gewerbepark 29

15711 Zeesen/Königs Wusterhausen

Telefon: 03375 9213-10

Telefax: 03375 9213-25

E-Mail: [leitung-werkstatt@asb-mb.de](mailto:leitung-werkstatt@asb-mb.de)

Homepage: <http://www.asb-mittel-brandenburg.de/einrichtungen/zeesener-werkstatt>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Spielzeugherstellung

KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

BAU-/RENOVIERUNGSARBEITEN

RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling, Kunststoff-Recycling, Metall-Recycling, Demontagearbeiten

DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei, Reinigungsarbeiten

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau,

Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen, Qualitätssicherung

(Produktkontrolle für externe Firmen)

Produkte:

KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Holzarbeiten

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte,

Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Sonstiger Gartenbedarf

#### Weitere Betriebsstätten:

Außenstelle

Gärtnerei

Rathausstr. 10a

15749 Mittenwalde

Telefon: 033764 25800

Telefax: 033764 25801

Im Gewerbepark 30

15711 Königs Wusterhausen, OT

Zeesen

Außenstelle für chronisch psychisch

Kranke

Montagebereich

Im Gewerbepark 28

15711 Königs Wusterhausen, OT

Zeesen

## Brandenburg (Bezirk der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg)

### Wünsdorfer Werkstätten gGmbH Anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen OT Wünsdorf

(Reg.-Nr. 10/24)

Sapherscher Weg 1  
15806 Zossen OT Wünsdorf  
Telefon: 033702 605-0  
Telefax: 033702 605-11  
E-Mail: [info@wwg-gmbh.de](mailto:info@wwg-gmbh.de)  
Homepage: <http://www.wwg-gmbh.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
HOLZ: Holzbearbeitung, Möbelfertigung und -aufarbeitung,  
Spielzeugherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung, Lampenherstellung  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGS- und KONFEKTIONIERUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege (z.B. Pflege von Grünflächen, Parkplätzen, Gehwegen,  
Betriebsgeländen)  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Umzugs- und Transportarbeiten,  
Fahrzeugaufbereitung

#### Produkte:

MÖBEL: Regale, Einbaumöbel, Ergotherapietisch (Multifunktionstisch)  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel  
PAPIERWAREN

#### Weitere Betriebsstätten:

Multimediacenter  
OT Wünsdorf  
Berliner Allee 48  
15806 Zossen  
Telefon: 033702 21646

Wünsdorfer Werkstätten gGmbH  
Zweigstelle Ludwigsfelde  
Neckarstraße 50  
14974 Ludwigsfelde  
Telefon: 03378 518939-0

## Brandenburg (Bezirk der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg)

### Lebenshilfe Oder-Neiße-Werkstätten e. V.

(Reg.-Nr. 10/41)

Ringstr. 7  
15890 Eisenhüttenstadt  
Telefon: 03364 71126  
Telefax: 03364 751025  
E-Mail: [info@wfb-onw-eh.de](mailto:info@wfb-onw-eh.de)  
Homepage: <http://www.wfb-onw-eh.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung,  
Möbelfertigung, Reparaturarbeiten, Carports, Pergolen  
TEXTIL: Näherei, Stickerei, Reparaturnäherei  
RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling, Demontearbeiten  
VERPACKUNGSARBEITEN: Montage/Demontage, Kartonierung,  
Konfektionierung, Leichtmontage  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (Pausenversorgung), Wäscherei,  
Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege (Neuanlage, Bepflanzung)

#### Produkte:

KUNSTHANDWERK: Saisonartikel  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen

#### Weitere Betriebsstätten:

Zweigwerkstatt Frankfurt/O.  
Südring 55  
15236 Frankfurt/Oder  
Telefon: 0335 540538  
Telefax: 0335 540786

Ringstr. 14, Haus 6  
15890 Eisenhüttenstadt

**gGmbH 'Lebenshilfe'**

**Anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen Eberswalde**

**(Reg.-Nr. 10/69)**

Dr.-Zinn-Weg 22  
16225 Eberswalde  
Telefon: 03334 63989-0  
Telefax: 03334 63989-32  
E-Mail: [werkstatt@lebenshilfe-barnim.de](mailto:werkstatt@lebenshilfe-barnim.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-barnim.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung,

Möbelfertigung

KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

TEXTIL/LEDER: Näherei, Stickerei

BAU-/RENOVIERUNGSARBEITEN

RECYCLING: Demontagearbeiten

VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei, Reinigungsarbeiten

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

Produkte:

KUNSTHANDWERK: Keramik, Saisonartikel

MÖBEL: Arbeits- und Büromöbel, Kindergarten-/Schulmöbel, Kleinmöbel, Regale, Wohnmöbel

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen,

Pflanzenkübel, Sonstiger Gartenbedarf

SPIELWAREN: Brett- und Gesellschaftsspiele, Holzspielwaren, Puppenmöbel

SONSTIGE PRODUKTE: Bauelemente

**Weitere Betriebsstätten:**

Dr.-Zinn-Weg 1-2  
16225 Eberswalde  
Telefon: 03334 239260

Angermünder Chaussee 1  
16225 Eberswalde

Mertensstr. 1  
16225 Eberswalde



**Stephanus-Werkstätten gemeinnützige GmbH Bad Freienwalde  
Anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen**

**(Reg.-Nr. 10/40)**

Regenbogenallee 18

16259 Bad Freienwalde/OT Altranft

Telefon: 03344 4173-40

Telefax: 03344 4173-45

E-Mail: [wfbm-bad-freienwalde@stephanus.org](mailto:wfbm-bad-freienwalde@stephanus.org)

Homepage: <http://www.stephanus.org/standorte/betriebsstaette-altranft-stephanus-werkstaetten-ggmbh-bad-freienwalde>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Möbelfertigung, Zäune, Tore, Überdachungen, Holzfiguren und Schnitzereien

TEXTIL/LEDER: Näherei, Weberei

RECYCLING

DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung, Fotokopieren, Bedrucken von Gegenständen und T-Shirts

VERPACKUNGSARBEITEN / KONFEKTIONIERUNGEN

HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Reinigungsarbeiten

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: allgemeine Montagen, Gastronomie, Keramikbereich, Korbflechterei

Produkte:

KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Holzarbeiten, Keramik, Kerzen, Korb- und Stuhlflechtarbeiten, Saisonartikel, Textilien

MÖBEL: Kleinmöbel, Regale

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte,

Garten- und Landschaftsmöbel, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen,

Pflanzenkübel, Sonstiger Gartenbedarf

PAPIERWAREN / DRUCKEREIPRODUKTE

WERBEMITTEL

SONSTIGE PRODUKTE: Bauelemente (auf Anfrage), Bilderrahmen, Schilder

**Weitere Betriebsstätten:**

Betriebsstätte Gärtnerei

Freienwalder Straße 25

16259 Falkenberg

Telefon: 033458 30780

Waldgaststätte Köhlerei

Sonnenburger Straße 3c

16259 Bad Freienwalde

Telefon: 03344 331435

Betriebsstätte Beethovenstraße

Beethovenstr. 23

16259 Bad Freienwalde

Telefon: 03344 30059-0

## Hoffnungstaler Werkstätten gGmbH Anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen

(Reg.-Nr. 10/54)

Sydower Feld 1  
16359 Biesenthal  
Telefon: 03337 430-0  
Telefax: 03337 430102  
E-Mail: [wfbm@lobetal.de](mailto:wfbm@lobetal.de)  
Homepage: <http://www.lobetal.de/INTERNET>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage

HOLZ: Holzmontage, Palettenherstellung

ELEKTRO: Elektromontage

RECYCLING: Metall-Recycling, Kunststoff-Recycling, Upcycling von  
Fahrrädern

VERPACKUNGSARBEITEN: Verpackung, Versand

HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei, Reinigungsarbeiten (Objektreinigung)

MOLKEREI: Joghurt, Sahne, Ayrar, Quark

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau,

Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege, Baumschule/Zierpflanzenbau

(Auftragsproduktion), Obstbaumveredelung, Überwinterung

SONSTIGE LEISTUNGEN: Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe  
Firmen),

Gastronomie:

Betrieb "Haus Schwärzetal" in Eberswalde als Kultur- u. Tagungshaus

Betrieb "Mauercafé" in Berlin gegenüber Mauergedenkstätte

Produkte:

LEBENSMITTEL: Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Bioprodukte

(Molkereiverkauf z.B. Joghurt, Rahm, Quark), Getränke (Apfelsaft)

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte,  
Pflanzenkübel

### Weitere Betriebsstätten:

Hoffnungstaler Werkstätten gGmbH  
Hauptwerkstatt Biesenthal  
Sydower Feld 1  
16359 Biesenthal  
Telefon: 03337 430101  
Telefax: 03337 430102

Hoffnungstaler Werkstätten gGmbH  
Betriebsstätte Blütenberg  
Ortsteil Lichterfelde  
16244 Schorfheide / OT Lichterfelde  
Telefon: 03334 202821  
Telefax: 03334 202812

Hoffnungstaler Werkstätten gGmbH  
Bio-Molkerei  
Sydower Feld 1  
16359 Biesenthal  
Telefon: 03337 430430  
Telefax: 03337 430432  
Homepage: [www.lobetaler-bio.de](http://www.lobetaler-bio.de)

Hoffnungstaler Werkstätten gGmbH  
Bereich Gartenlandschaftsbau  
Bodenschwinghstraße 29  
16321 Lobetal  
Telefon: 03338 66314  
Telefax: 03338 66235

Hoffnungstaler Werkstätten gGmbH  
Werkstatt für psychisch Behinderte  
Login  
Ulitzkastraße 1  
16321 Bernau  
Telefon: 03338 768971  
Telefax: 03338 768969

Hoffnungstaler Werkstätten gGmbH  
Förder- und Beschäftigungsbereich  
Sydower Feld 1  
16359 Biesenthal  
Telefon: 03337 430220  
Telefax: 03337 430222

Hoffnungstaler Werkstätten gGmbH  
Außenstelle Dreibrück  
Platanenweg 3a  
Ortsteil Dreibrück  
16818 Deutschhof  
Telefon: 033922 79851  
Telefax: 033922 79851

Hoffnungstaler Werkstätten gGmbH  
Zweigwerkstatt Erkner  
Sonnenweg 5

15537 Erkner  
Telefon: 03362 581560  
Telefax: 03362 581544

Hoffnungstaler Werkstätten gGmbH  
Zweigwerkstatt Reichenwalde/  
Storkow  
Kurzer Weg 9  
15859 Storkow  
Telefon: 033678 442980  
Telefax: 033678 442982

Hoffnungstaler Werkstätten gGmbH  
Zweigstelle Reichenwalde  
Dahmsdorfer Str. 9  
15526 Reichenwalde

Hoffnungstaler Werkstätten gGmbH  
Haus Schwärzetal  
Weinbergstr. 6a  
16225 Eberswalde  
Telefon: 03334 25680  
Telefax: 03334 22336  
E-Mail: haus-  
schwaerzetal@lobetal.de  
Homepage: [www.schwaerzetal.de](http://www.schwaerzetal.de)

Hoffnungstaler Werkstätten gGmbH  
Neubau Dankort  
(Spendenverwertung / Verkauf)  
Bodelschwinghstraße 5  
16321 Bernau / OT Lobetal

Hoffnungstaler Werkstätten gGmbH  
Lobetaler BIO-Milchladen  
Bodelschwinghstraße 27  
16321 Bernau / OT Lobetal

### Caritas-Werkstatt für behinderte Menschen St. Johannesberg

(Reg.-Nr. 10/30)

Berliner Str. 93  
16515 Oranienburg  
Telefon: 03301 5239-0  
Telefax: 03301 5239-11  
E-Mail: [info@caritas-werkstatt.de](mailto:info@caritas-werkstatt.de)  
Homepage: <http://www.caritas-werkstatt.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

##### Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage, CNC-Bearbeitung, Bohrvorfertigung - Konfektionierung von Bohrer-Rohlingen  
HOLZ: Holzverarbeitung (Beutenbau und Zubehör, Zuschnitte, Bohrungen, Fräsen, Hobeln)

KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

TEXTIL/LEDER: Näherei

RECYCLING: Demontagearbeiten, Wertstofftrennung

DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung, Bedrucken von Gegenständen, Werbegrafik

VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (Küche: Mittagessenzubereitung, Belieferung von Kindertagesstätten, Schulen/sozialen Einrichtungen, Kantinen- und Veranstaltungsservice, Lieferservice), Wäscherei, Reinigungsarbeiten

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,

Landschaftspflege, ganzjährige Gräberpflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen (Transport und

Lieferverkehr), Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

##### Produkte:

LEBENSMITTEL: Honig und Marmeladen

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Imkereizubehör und Beutenbau, Sonstiger Gartenbedarf (Kamin- und Feuerholz)

WERBEMITTEL (Industrieaufträge)

#### Weitere Betriebsstätten:

##### Träger:

Caritas Familien- und Jugendhilfe  
gGmbH

Tübinger Str. 5

10715 Berlin

Telefon: 030 85784-135

Telefax: 030 85784-205

##### Weitere Betriebsstätten:

Josefshaus

Berliner Str. 91

16515 Oranienburg

Faktor C

Am Heidering 20

16515 Oranienburg

Telefon: 03301-5239-160

Telefax: 03301-5239-134

E-Mail: [info@faktor-c.com](mailto:info@faktor-c.com)

Homepage: [www.faktor-c.com](http://www.faktor-c.com)

Betriebsstätte Aderluch

Aderluch 54

16515 Oranienburg

Telefon: 03301 5239-26

Telefax: 03301 5239-132

### **Nordbahn gGmbH - Werkstatt für behinderte Menschen**

(Reg.-Nr. 10/57)

Glienicker Chaussee 6  
16567 Schönfließ  
Telefon: 033056 838-0  
Telefax: 033056 838-10  
E-Mail: [info@nordbahn-ggmbh.de](mailto:info@nordbahn-ggmbh.de)  
Homepage: <http://www.nordbahn-ggmbh.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

**METALL:** Trennen (Gewindeschneiden, Reiben, Drehen), Metallmontage, eigener Sondermaschinenbau

**HOLZ:** Holzbearbeitung, Holzmontage, Möbelfertigung (Freiraummöbel), Leistenfertigung

**KUNSTSTOFF:** Kunststoffmontage und Verpackung

**ELEKTRO:** Elektromontage, Kabelkonfektionierung

**TEXTIL:** Änderungsschneiderei, Pferdedeckenreparatur (Siehe: [www.pferdedeckenservice.com](http://www.pferdedeckenservice.com)), Bügelei

**LACKIARBEITEN/BESCHICHTUNGEN (Holz)**

**DRUCK/GRAFIK:** Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung, Geschäftsausstattungen, Broschüren, spez. Klebetechnologie, Stempelservice,

Außenwerbung und Beschriftung, Folienbeschriftung

**MAILING UND VERSANDARBEITEN**

**VERPACKUNGSARBEITEN:** Wiege- und Zählarbeiten

**HAUSWIRTSCHAFT:** Reinigungsarbeiten, Aufgangsreinigung,

Pferdedeckenwäsche

**GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE:** Forstarbeit, Garten- und Pflanzenpflege, Extensivpflege, Baumpflege

**SONSTIGE LEISTUNGEN:** Zulieferer der Automobilindustrie, vollautomatische Qualitätsprüfungen, teilautomatisierte Produktionsprozesse, industrielle Lohndienstleistungen

Produkte:

**KUNSTHANDWERK:** Keramik

**GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE:** Garten- und Landschaftsmöbel (Parkbänke, Banklatten)

**SONSTIGE PRODUKTE:** Bauelemente

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Bürocontainer  
Glienicker Chaussee 6  
16567 Schönfließ

**Havelwerkstatt der Lebenshilfe für geistig Behinderte  
Oberhavel Nord e.V.**

**(Reg.-Nr. 10/22)**

Darrgang 2a  
16792 Zehdenick  
Telefon: 03307 302690  
Telefax: 03307 4701-15  
E-Mail: [Lebenshilfe-Oberhavel-Nord\\_eV@t-online.de](mailto:Lebenshilfe-Oberhavel-Nord_eV@t-online.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-oberhavel-nord-ev.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Metallbearbeitung: z.B. Bohren, Drehen, Gewinde-Schneiden,  
Sägen, Schleifen

HOLZ: Holzbearbeitung, Kistenfertigung, Palettenherstellung

KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

VERPACKUNGSARBEITEN: auch für Medizinprodukte

HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei, Reinigungsarbeiten

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau,

Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe  
Firmen)

Produkte:

LEBENSMITTEL: Landwirtschaftliche Erzeugnisse

KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Saisonartikel

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte,  
Sonstiger Gartenbedarf

**Weitere Betriebsstätten:**

Luisenhof / Reiterhof  
16775 Liebenberg  
Telefon: 033094 80137

Gärtnerei  
Bahnhofstraße 3/4  
16792 Zehdenick  
Telefon: 03307 2329

Erweiterungsbau  
Darrgang 2a  
16792 Zehdenick

Ausgabestelle  
Friedhofstr. 7-8  
16792 Zehdenick

## Stephanus-Werkstätten Ostprignitz-Ruppin WfbM Kyritz

(Reg.-Nr. 10/27)

Leddiner Weg 17

16866 Kyritz

Telefon: 033971 871-0

Telefax: 033971 87131

E-Mail: [wfbm-kyritz@stephanus.org](mailto:wfbm-kyritz@stephanus.org)

Homepage: <http://www.stephanus.org/standorte/stephanus-werkstaetten-ostprignitz-ruppin>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, CNC-Bearbeitung, Fügen, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Möbelfertigung

KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

TEXTIL/LEDER: Näherei, Stickerei

LACKIARBEITEN/BESCHICHTUNGEN

RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling, Demontgearbeiten

VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Reinigungsarbeiten

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Landwirtschaft: Hofladen für Fleisch und Wurst von  
Rind und Schwein,

Getreideanbau, Mutterkuhhaltung, Schweinemast, Grasvermehrung

Produkte:

TEXTIL-/LEDERWAREN: Haus- und Heimtextilien

LEBENSMITTEL: Fleisch- und Wurstwaren

KUNSTHANDWERK: Textilien

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel,  
Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel, Sonstiger Gartenbedarf

WERBEMITTEL

PAPIERWAREN: Herstellung von Röntgentaschen

### Weitere Betriebsstätten:

Betriebsstätte Neuruppin

Lilienthalring 19

16816 Neuruppin

Telefon: 03391 40271-0

Telefax: 03391 4027140

E-Mail: [wfbm-](mailto:wfbm-)

[neuruppin@stephanus.org](mailto:neuruppin@stephanus.org)

Betriebsstätte Heilbrunn

Heilbrunner Str. 3

16845 Wusterhausen OT Brunn

Telefon: 033979 14297 oder

033979 15998 oder 033979 86836

Telefax: 033979 15997

E-Mail: [wfbm-](mailto:wfbm-)

[heilbrunn@stephanus.org](mailto:heilbrunn@stephanus.org)

Betriebsstätte Wittstock

Alfred-Wegener-Straße 17+19

16909 Wittstock

Telefon: 03394 40238-0

Telefax: 03394 4023819

E-Mail: [wfbm-](mailto:wfbm-)

[wittstock@stephanus.org](mailto:wittstock@stephanus.org)

Betriebsstätte

Brenckenhoffstr. 15

16816 Neuruppin



### Stephanus-Werkstätten Templin Anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen

(Reg.-Nr. 10/70)

Röddelinerstr. 37  
17268 Templin  
Telefon: 03987 20650  
Telefax: 03987 206512  
E-Mail: [wfbm-templin@stephanus-werkstaetten.de](mailto:wfbm-templin@stephanus-werkstaetten.de)  
Homepage: <http://www.stephanus.org/standorte/stephanus-werkstaetten-templin>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen (z. B. Abkanten), Trennen (z. B. Drehen, Stanzen, Gewindeschneiden), Fügen (z. B. Schweißen), Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung, Fräsen in 4 Achsen  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung, Produktionsarbeiten für Elektroindustrie  
TEXTIL/LEDER: Lederarbeiten, Schuhmacherei: Schuh- u. Lederwarenreparatur  
RECYCLING: Kunststoff-Recycling, Metall-Recycling, Demontagearbeiten  
KUVERTIERUNG UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (Frühstücksversorgung/nur intern), Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN:  
KFZ-Pflege: Komplettreinigung inkl. Motorwäsche, aber auch Teileinigung nach Absprache,  
Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

#### Produkte:

TEXTIL-/LEDERWAREN: Haus- und Heimtextilien  
KUNSTHANDWERK: Korb- und Stuhlflechtarbeiten  
MÖBEL: Regale, Wohnmöbel (Schränke, Betten, Sonderanfertigungen)  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel, Sonstiger Gartenbedarf (z.B. Grills)  
SPIELWAREN: Holzspielwaren, Therapeutisches Spielzeug  
SONSTIGE PRODUKTE: Bauelemente (z.B. Tore, Zäune, Treppen, Leiter), Schilder, Pellets (aus Holz)

#### Weitere Betriebsstätten:

Außenstelle Gärtnerei  
Röddelinerstr. 37  
17268 Templin  
Telefon: 03987 206538  
Telefax: 03987 206549

Außenstelle Wäscherei  
Röddelinerstraße 37  
17268 Templin  
Telefon: 03987 206539  
Telefax: 03987 206512

Außenstelle Elektromontage  
Röddelinerstraße 38  
17268 Templin  
Telefon: 03987 206547  
Telefax: 03987 2065884

### Uckermärkische Werkstätten gemeinnützige Gesellschaft mbH Anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen

(Reg.-Nr. 10/60)

Automeile 12  
17291 Prenzlau  
Telefon: 03984 87100  
Telefax: 03984 804498  
E-Mail: [info@um-werkstaetten.de](mailto:info@um-werkstaetten.de)  
Homepage: <http://www.um-werkstaetten.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

##### Auftragsarbeiten:

**METALL:** Umformen (z.B. Abkanten), Trennen (z.B. Sägen, Bohren, Gewindeschneiden, Drehen, Fräsen, Zuschnitte, Stanzen), Fügen (z.B. Schweißen)

**HOLZ (Tischlerei):** Holzbearbeitung, Möbelaufarbeitung, Palettenherstellung

**ELEKTRO:** Elektromontage, Lötarbeiten, Kabelkonfektionierung

**TEXTIL:** Näherei (Näharbeiten für Industrie, Änderungsschneiderei Damen und Herren), Polsterei (Demontage und Aufpolstern von Stühlen, Hocker, Couchgarnituren und Liegen, Bepolsterung von Türen)

**GRAVUR:** Industrie- und Kunstgravur

**DRUCK/GRAFIK:** Druckerei (Fertigung von Druckerzeugnissen), Bedrucken von Gegenständen (z.B. Textildruck, Beflocken von Textilien, Autobeschriftung)

**VERPACKUNGSARBEITEN:** Kommissionierung und Verpackung von Einzelteilen

**HAUSWIRTSCHAFT:** Wäscherei (Sortieren, Waschen, Bügeln von Haushalts- und Tischwäsche sowie Arbeitsbekleidung), Unterhaltsreinigung, Reinigungsarbeiten

**GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE:** Gala: Garten- und Landschaftsarbeiten

##### Produkte:

**LEBENSMITTEL:** gärtnerische Erzeugnisse, Bioprodukte (Bio-Gemüse)

**KUNSTHANDWERK:** Floristische Artikel, Holzarbeiten, Keramik, Korb- und Stuhlflechtarbeiten

**GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE:** Pflanzen/Baumschulprodukte (Pflanzenanzucht), Garten- und Landschaftsmöbel (Bänke), Vogelfutterhäuschen/Nistkästen

**SONSTIGE PRODUKTE:** Schilder, Einwegpaletten

#### Weitere Betriebsstätten:

##### Hauptwerkstatt:

Berliner Straße 121  
16303 Schwedt/Oder  
Telefon: 03332 582970  
Telefax: 03332 5829769

##### Weitere Betriebsstätten:

Automeile 12  
17291 Prenzlau  
Telefon: 03984 87100  
Telefax: 03984 804498

Außenstelle  
Berliner Tor 26 d  
16278 Angermünde  
Telefon: 03331 22709  
Telefax: 03331 25168

Außenstelle  
Franz-Wienholz-Str. 40  
17291 Prenzlau  
Telefon: 03984 808490  
Telefax: 03984 804498

Gärtnerei  
An der Gärtnerei 2  
16278 Pinnow  
Telefon: 033335 41530  
Telefax: 033335 30199

Triftstr. 1  
17291 Prenzlau  
Telefon: 03984 87100  
Telefax: 03984 804498

Außenstelle  
Klosterstr. 16  
17291 Prenzlau

**Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung  
Kreisvereinigung Prignitz e.V.  
Prignitz-Werkstätten**

**(Reg.-Nr. 10/72)**

Hirtenweg 8  
19322 Wittenberge  
Telefon: 03877 9529-0  
Telefax: 03877 952925  
E-Mail: [prignitz-werkstaetten@lebenshilfe-prignitz.de](mailto:prignitz-werkstaetten@lebenshilfe-prignitz.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-prignitz.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung,  
Möbelfertigung, Spielzeugherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei, Lederarbeiten, Stickerei  
RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Stempel  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und  
Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Logistische Leistungen,  
Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Holzarbeiten, Keramik, Saisonartikel  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte  
SPIELWAREN: Holzspielwaren  
WERBEMITTEL

**Weitere Betriebsstätten:**

Zweigwerkstatt Pritzwalk  
Hermann-Graebke-Str. 10  
16328 Pritzwalk  
Telefon: 03395 764542  
Telefax: 03395 764537

Gärtnerei Perleberg  
Hamburger Chaussee 32  
19348 Perleberg  
Telefon: 03876 302456  
Telefax: 03876 302468

Herrmann-Graepke Str. 7  
16908 Pritzwalk

Kyritzerstr. 5B  
19322 Wittenberge

Eva-von-Thiele-Winckler-Weg 11  
16909 Heiligengrabe

Dienstleistungszentrum am Stern  
Perleberger Str. 177/178  
19322 Wittenberge

Zweigwerkstatt Werktec (Halle 1 +2)  
Zur Karthane 1  
19322 Wittenberge  
Telefon: 03877 9529-823  
Telefax: 03877 9529-850

Am Schöpfwerk 2  
19322 Wittenberge

**Lebenshilfe Bremerhaven  
Anerkannte Werkstätten für Menschen mit Behinderung  
Ortsvereinigung Bremerhaven e.V.**

**(Reg.-Nr. 2/22)**

Adolf-Kolping-Str. 29  
27578 Bremerhaven  
Telefon: 0471 96267-0  
Telefax: 0471 96267-99  
E-Mail: [info@lebenshilfe-bremerhaven.de](mailto:info@lebenshilfe-bremerhaven.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-bremerhaven.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen (z.B. Bohren), Fügen  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffverarbeitung, Kunststoffbearbeitung  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN: Kartontage - Herstellung von Kartons und Einlagen  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Fahrradwerkstatt

**Produkte:**

LEBENSMITTEL: Brot und Backwaren  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel  
SONSTIGE PRODUKTE: Bauelemente, Fahrräder, Schilder, Holzleitern (Bau), Holzarbeitstritte, Holzkeile, Lotsenleiter-Stufen, Kartons

**Weitere Betriebsstätten:**

Albert-Schweitzer-Haus  
Hakenweg 25  
27578 Bremerhaven  
Telefon: 0471 96268-0  
Telefax: 0471 96268-99

Fahrradladen und  
Reparaturwerkstatt "Drahtesel"  
Heinrich-Brauns-Str. 6  
27578 Bremerhaven  
Telefon: 0471 96266-41  
Telefax: 0471 96266-49

Werkstatt am Grabensmoor  
Adolf-Kolping-Str. 10  
27578 Bremerhaven  
Telefon: 0471 96265-0  
Telefax: 0471 96265-28

Bäckerei & Bistro "Brötchengeber"  
Adolf-Kolping-Str. 24  
27578 Bremerhaven  
Telefon: 0471 96266-50  
Telefax: 0471 96266-99

**Elbe-Weser Werkstätten gemeinnützige GmbH  
Geschäftsstelle**

**(Reg.-Nr. 2/41)**

Mecklenburger Weg 42  
27578 Bremerhaven  
Telefon: 0471 689-0  
Telefax: 0471 689140  
E-Mail: [info@eww.de](mailto:info@eww.de)  
Homepage: <http://www.eww.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Möbelfertigung (auch Reparatur), Spielzeugherstellung

KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

GAS-UND ÖLBRENNERMONTAGE: Montage von verschiedenen Gas- und Ölbrennern, sowie die Montage von Brennwärmtthermen

DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung, Fotokopieren, Bedrucken von Gegenständen

BUCHBINDEREI

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGS- und KONFEKTIONIERUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei, Reinigungsarbeiten

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Lattenrostproduktion, Gemüsehof, Gastronomie (Bistro und Café), Kerzenwerkstatt, Logistische Leistungen, Thrombose-Prophylaxe-Strumpf-Aufbereitung (TPS)

Produkte:

LEBENSMITTEL: Landwirtschaftliche Erzeugnisse

KUNSTHANDWERK: Kerzen, Holzarbeiten, Saisonartikel, Kunsthandwerkartikel, Papeterie, Keramik, etc.

MÖBEL: Kleinmöbel, Kindermöbel

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel, Pflanzen/Baumschulprodukte, Sonstiger Gartenbedarf

SPIELWAREN: Holzspielwaren, Puppenwagen und -möbel, Brett- und Gesellschaftsspiele

PAPIERWAREN

**Weitere Betriebsstätten:**

Werk I (Metall-, Holzwerkstatt, Kantine/Küche, Verpackungsabteilung, Konfektionierung/Montage)  
Mecklenburger Weg 42  
27578 Bremerhaven  
Telefon: 0471 689-122/ -127/ -116/ -125/ -119  
Telefax: 0471 689-153

Werk II (Gas- und Ölbrennerrmontage)  
Heinrich-Brauns-Straße 9  
27578 Bremerhaven  
Telefon: 0471 689-136  
Telefax: 0471 689-153

Werk III (Kunststoff-, Keramikwerkstatt)  
Heinrich-Brauns-Str. 7 / Adolf-Kolping-Str. 11  
27578 Bremerhaven  
Telefon: 0471 689-132/ -131  
Telefax: 0471 9265940

Werk IV (Dienstleistungsgruppe "Alfred-Wegener-Institut")  
Heinrich-Brauns-Str. 8  
27578 Bremerhaven  
Telefon: 0471 926898-323  
Telefax: 0471 936898-332

Werk V (Dienstleistungsgruppe TPS-Aufbereitung)  
Heinrich-Brauns-Str. 8  
27578 Bremerhaven  
Telefon: 0471 926898-330  
Telefax: 0471 936898-335

Werk VI (Lattenrost-Produktion)  
Am Bredenmoor 6  
27578 Bremerhaven  
Telefon: 0471 8061026  
Telefax: 0471 8061027

Werk VII (Buchbinderei, Druckerei "Blatt für Blatt")  
Am Breedenmoor 10  
27578 Bremerhaven  
Telefon: 0471 969132-0  
Telefax: 0471 969132-15

Zentrallager  
Telefon: 0471 969132-16

Gartenbau (Gartenpflege,  
Baumschnitt)  
Am Bredenmoor 11  
27578 Bremerhaven  
Telefon: 0471 20101  
Telefax: 0471 8062586

Wäsche-Service-Center  
(Objektwäsche, Mangeln, TPS-  
Reinigung)  
Am Bredenmoor 9  
27578 Bremerhaven  
Telefon: 0471 9833315/ -11  
Telefax: 0471 9833333

Bistro (Frühstück, Mittagessen,  
Kaffee & Kuchen)  
Kleiner Blink 20a  
27580 Bremerhaven  
Telefon: 0471 9840813  
Telefax: 0471 9840818

Cafe Klönschnack  
Poststraße 55  
27576 Bremerhaven  
Telefon: 0471 801073  
Telefax: 0471 8061633

Kerzenwerkstatt "Lichtblick" (Kerzen  
in echter Handarbeit)  
Rickmersstraße 67  
27568 Bremerhaven  
Telefon: 0471 9481733  
Telefax: 0471 9481735

Dienstleistungsgruppe "Klinikum  
Bremerhaven-Reinkenheide"  
Postbrook Str. 103  
27574 Bremerhaven  
Telefon: 0471 2993282 / 2992600

Dienstleistungsgruppe "Bürgerpark  
Süd"  
Ludwig-Börne-Straße 26  
27578 Bremerhaven  
Telefon: 0471 9026738

Gemüseshof  
"Olendiek" (Gemüseanbau & -  
verkauf)  
Cappeler Niederstrich 1  
27639 Wurster Nordseeküste/ OT  
Cappel  
Telefon: 04741 1317  
Telefax: 04741 3667

CAP-Markt Wremen  
(Lebensmittelmarkt Wremen)  
In der Langen Straße 24  
27638 Wurster Nordseeküste/ OT  
Wremen  
Telefon: 04705 95103210  
Telefax: 04705 95103219

### Werkstatt Bremen, Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen Martinshof, Anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen

(Reg.-Nr. 2/21)

Hoffmannstr. 11 - Leitung und Zentralverwaltung  
28201 Bremen  
Telefon: 0421 361-5788  
Telefax: 0421 361-16896  
E-Mail: [office@werkstatt.bremen.de](mailto:office@werkstatt.bremen.de)  
Homepage: <http://www.martinshof-bremen.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALLBEARBEITUNG: Trennen (z. B. Drehen, Fräsen, Bohren, Sägen)  
HOLZ: Holzbearbeitung (z. B. Sägen, Hobeln) CNC-Bearbeitung (z. B. CNC-Fräs- und Zuschnittarbeiten), Transportbehälter- und Möbelfertigung

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung, Prüfung ortsveränderlicher Elektrischer Betriebsmittel (E-Check)

TEXTIL/LEDER: Serienfertigung technischer Textilien, Lederarbeiten

DRUCK/GRAFIK: Druckerei (Offset s/w u. zweifarbig, Digitaldruck Printprodukte)

EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Dokumentenmanagement, Mikroverfilmung, Drucken, Hochgeschwindigkeitsscannen A5-A3, Scannen Großformate s/w bis A 0, Kopieren s/w und Farbe bis A3

MAILING UND VERSANDARBEITEN: Schwerpunkt personalisierte / terminierte Versendungen, Konfektionierung v. unterschiedlichen Versandprodukten

VERPACKUNGSARBEITEN: Schrumpfen, Folienschweißen, Sortier- und Wiegearbeiten, Abfüll- und Verpackungsarbeiten im Bereich Trockenlebensmittel (einschl. Bio-Produkte)

HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (Kantine), Reinigungsarbeiten

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Fahrradwerkstatt, Automobilzulieferer, Reha-Hilfsmittel (Reparatur, Lagerung und Auslieferung), Lebensmittelherstellung (Eigenfertigung Kaffee, Tee und Konfitüren), Dienstleistungserbringung über Außenarbeitsgruppen (Grünpflege/Recycling, KFZ-Pflege, Verpackung, Reinigung, Lagerverwaltung und Lagerarbeiten)

Produkte:

TEXTIL-/LEDERWAREN: Haus- und Heimtextilien

LEBENSMITTEL: Kaffee, Tee und Konfitüren/Marmeladen

KUNSTHANDWERK: Keramik, Kerzen

HAUSHALTSWAREN: Bürsten und Besen

MÖBEL: Kindergarten-/Schulmöbel, Möbel für Außenbereiche

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte (z. B. Pflanzen, Stauden, Kräuter)

SONSTIGE PRODUKTE: Fahrräder

#### Weitere Betriebsstätten:

Hauptwerkstatt:

Werkstatt Bremen - Betriebsstätte Mitte

Buntentorsteinweg 94

28201 Bremen

Telefon: 0421 361-5778

Telefax: 0421 361-5848

Betriebsstätte Mitte

City-Shop

Am Markt 1

28195 Bremen

Telefon: 0421 361-2011

Telefax: 0421 361-2111

Betriebsstätte Mitte

allgemeine Lohnfertigung

Kattenturmer Heerstraße 251

28277 Bremen

Telefon: 0421 361-3040

Telefax: 0421 361-15544

Betriebsstätte Mitte

Airport-Shop

Flughafenallee 23

28199 Bremen

Telefon: 0421 361-19300

Telefax: 0421 361-19400

Betriebsstätte Nord

Martinsheide 8

28757 Bremen

Telefon: 0421 361-7743

Telefax: 0421 361-79723

Betriebsstätte Nord

Textil

Hindenburgstraße 16

28717 Bremen

Telefon: 0421 361-7160

Betriebsstätte Süd

Betriebsstätte Westerdeich

Woltmershauser Straße 257

28197 Bremen

Telefon: 0421 361-8611

Telefax: 0421 361-8148

Betriebsstätte Ost

Georg-Gries-Str. 1

28329 Bremen

Telefon: 0421 361-16923

Telefax: 0421 361-96679

Betriebsstätte Ost



Mühlheimer Straße 4  
28327 Bremen  
Telefon: 0421 361-3515  
Telefax: 0421 361-16939

Betriebsstätte West  
Betriebsstätte Schiffbauerweg  
Ludwig-Plate-Straße 7  
28237 Bremen  
Telefon: 0421 361-9107  
Telefax: 0421 361-15885

Betriebsstätten für seelisch  
behinderte Menschen

Betriebsstätte Mitte  
Druckerei  
In der Vahr 76  
28329 Bremen  
Telefon: 0421 361-3040  
Telefax: 0421 361-15544

Betriebsstätte Mitte  
KWADRAT  
Wilhelm-Kaisen-Brücke 4  
28196 Bremen  
Telefon: 0421 361-16863  
Telefax: 0421 361-96972

Betriebsstätte West  
Waller Fahrradladen und Werkstatt  
Textil, Industriefertigung  
Waller Ring 20  
28219 Bremen  
Telefon: 0421 361-8044  
Telefax: 0421 361-18172

Betriebsstätte West  
Gärtnerei Suhrfelde  
Im Suhrfelde 5  
28207 Bremen  
Telefon: 0421 440300  
Telefax: 0421 440306

Hemelinger Fahrradladen und  
Werkstatt  
Diedrich-Wilkens-Straße 49/53  
28309 Bremen  
Telefon: 0421 361-3603  
Telefax: 0421 361-3207

### Elbe-Werkstätten GmbH

(Reg.-Nr. 1/41)

Nymphenweg 22  
21077 Hamburg  
Telefon: 040 42868-0  
Telefax: 040 42868-1009  
E-Mail: [info@elbe-werkstaetten.de](mailto:info@elbe-werkstaetten.de)  
Homepage: <http://www.elbe-werkstaetten.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

##### Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, CNC-Bearbeitung, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, CNC-Bearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung, Fotokopieren  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Digitale Archivierung  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Fahrradwerkstatt, Gastronomie

##### Produkte:

KUNSTHANDWERK: Korb- und Stuhlflechtarbeiten  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen  
PAPIERWAREN  
SONSTIGE PRODUKTE: Fahrräder, Guttasyn-Arbeitsschutzschürzen

#### Weitere Betriebsstätten:

Elbe Nord  
Meiendorfer Mühlenweg 119  
22159 Hamburg  
Telefon: 040 42868-0  
Telefax: 040 42868-1009  
E-Mail: [info@elbe-werkstaetten.de](mailto:info@elbe-werkstaetten.de)

Elbe Mitte  
Südring 38  
22303 Hamburg  
Telefon: 040 42868-0  
Telefax: 040 42868-1009  
E-Mail: [info@elbe-werkstaetten.de](mailto:info@elbe-werkstaetten.de)

Elbe Ost  
Rahel-Varnhagen-Weg 39  
21035 Hamburg  
Telefon: 040 42868-0  
Telefax: 040 42868-1009  
E-Mail: [info@elbe-werkstaetten.de](mailto:info@elbe-werkstaetten.de)

Elbe West  
Friesenweg 5b-d  
22763 Hamburg  
Telefon: 040 42868-0  
Telefax: 040 42868-1009  
E-Mail: [info@elbe-werkstaetten.de](mailto:info@elbe-werkstaetten.de)

Elbe Süd  
Nymphenweg 22  
21077 Hamburg  
Telefon: 040 42868-0  
Telefax: 040 42868-1009  
E-Mail: [info@elbe-werkstaetten.de](mailto:info@elbe-werkstaetten.de)

Betriebsstätte für psychisch  
behinderte Menschen:

Elbe ReTörn  
Behringstraße 16a  
22715 Hamburg  
Telefon: 040 42868-0  
Telefax: 040 42868-1009  
E-Mail: [info@elbe-werkstaetten.de](mailto:info@elbe-werkstaetten.de)

### alsterarbeit gGmbH Alsterdorfer Werkstätten

(Reg.-Nr. 1/19)

Elisabeth-Flügge-Str. 10  
22337 Hamburg  
Telefon: 040 5077-04  
Telefax: 040 5077-3856  
E-Mail: [info@alsterarbeit.de](mailto:info@alsterarbeit.de)  
Homepage: <http://www.alsterarbeit.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung, Bildhauerei  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei (auch Änderungsschneiderei), Lederarbeiten, Schuhmacherei  
RECYCLING: Demontagearbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei (Offsetdruck, Digitaldruck), Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung, Fotokopieren, Bedrucken von Gegenständen (z.B. Tampondruck, Textildruck), Folienschriften, Digitaldruck auf Folie und Bannermaterial bis 2,2 m Breite, Werbetechnik  
MAILING UND VERSANDARBEITEN: Full Service incl., Portooptimierung, Dublettenabgleich, Auslieferung beim Frachtführer  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: IT-Dienstleistungen, Betreuung von Internetseiten, Stempelherstellung  
VERPACKUNGSARBEITEN: Konfektionierung, Sortierung, Kontrolle, Komplettlösungen  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei, Haustechnik  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Fahrradwerkstatt, Logistische Leistungen, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen), Professionelle Musik-, Film- und Theaterproduktionen, Gastronomie, Werbetechnik, Fahrzeugbeschriftungen, Carwrapping, Lasergravuren

Produkte:

LEBENSMITTEL: Brot und Backwaren, Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Bioprodukte  
KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Holzarbeiten, Keramik, Kerzen, Stuhlflechtarbeiten, Kunstmalerei, Holzbildhauerei, Textildruck  
MÖBEL: Arbeits- und Büromöbel  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte, Garten- und Landschaftsmöbel  
SPIELWAREN: Holzspielwaren, Großspielgeräte  
PAPIERWAREN  
WERBEMITTEL, Bedrucken von Werbemitteln (Tampondruck), Digitaldruck  
XXL, Fahrzeugbeschriftung, bedruckte Folien  
SONSTIGE PRODUKTE: Fahrräder, PC-Fertigung, Seifen, Stempel

#### Weitere Betriebsstätten:

Hauptwerkstatt:  
alsterkontec  
Elisabeth-Flügge-Str. 10  
22337 Hamburg  
Telefon: 040 50773648  
Telefax: 040 50774137

Weitere Betriebsstätten:  
alstermarkt  
Alsterdorfer Markt 10/12  
22297 Hamburg  
Telefon: 040 50773680  
Telefax: 040 50774190

alsterpaper (Druck und  
Versandzentrum)  
Wiesendamm 22a  
22305 Hamburg  
Telefon: 040 298100110  
Telefax: 040 298100111  
Internet: [www.alsterpaper.de](http://www.alsterpaper.de)

alsterproducts  
Brookdeich 54  
21029 Hamburg-Bergedorf  
Telefon: 040 888856810  
Telefax: 040 888856822

alsternetwork  
Neumann-Reichardt-Str. 34  
22041 Hamburg  
Telefon: 040 288048120  
Telefax: 040 288048125

Betriebsstätten für psychisch  
behinderte Menschen:

alsterfemo  
Oehleckerring 25  
22419 Hamburg  
Telefon: 040 53324150  
Telefax: 040 53324151

alsterfemo II  
Tarpenring 13  
22419 Hamburg

alstergärtner Blumen- und  
Zierpflanzenbau  
August-Krogmann-Straße 96  
22159 Hamburg  
Telefon: 040 64551308  
Telefax: 040 64551307

## Hessen (Bezirk der Regionaldirektion Hessen)

### **Arbeitstherapeutischer Verein e.V. Werkhof Am Park Schönfeld Verwaltung und Teil-Werkstatt**

(Reg.-Nr. 4/54)

Bosestr. 9c  
34121 Kassel  
Telefon: 0561 93277-0  
Telefax: 0561 34833  
E-Mail: [atv@werkhof-am-park.de](mailto:atv@werkhof-am-park.de)  
Homepage: <http://www.werkhof-am-park.de>

**Weitere Betriebsstätten:**  
Werkhof Am Park Schönfeld  
Bosestr. 7  
34121 Kassel

## Hessen (Bezirk der Regionaldirektion Hessen)

### **Sozialgruppe Kassel e.V. Kasseler Werkstatt - Werk 1**

(Reg.-Nr. 4/7)

Mündener Str. 45  
34123 Kassel  
Telefon: 0561 95234-0  
Telefax: 0561 95234-34  
E-Mail: [info@kasseler-werkstatt.de](mailto:info@kasseler-werkstatt.de)  
Homepage: <http://www.kasseler-werkstatt.de/das-soziale-dienstleistungsunternehmen>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: CNC-Bearbeitung (Drehen, Fräsen), konventionelle  
Metallbearbeitung und Gleitschleiftechnik  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
RECYCLING: Demontagearbeiten  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN: Industrieverpackungs- und -montagearbeiten  
KOMMISSIONIERUNG  
HAUSWIRTSCHAFT  
GEBÄUDE- und UNTERHALTUNGSREINIGUNG  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE  
SONSTIGE LEISTUNGEN:  
AKTEN- und DATENVERNICHTUNG  
BILDUNG: Bildungsreferat "Pffikus" - Weiterbildung für Menschen mit und  
ohne Behinderung

Produkte:  
LEBENSMITTEL: Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Bioprodukte (Gemüse)  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte  
(Blumen)

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Kasseler Werkstatt - Werk 2  
Werner-Heisenberg-Str. 18  
34123 Kassel  
Telefon: 0561 5806-0  
Telefax: 0561 5806-100 (Zentrale),  
0561 5806-200 (Logistik),  
0561 5806-250 (Metallbearbeitung)

Kasseler Werkstatt  
Fachbereich Gartenbau  
Oberzwehrener Str. 105  
34132 Kassel  
Telefon: 0561 512221  
Telefax: 0561 517100

### Baunataler Diakonie Kassel e.V.

(Reg.-Nr. 4/1)

Kirchbaunaer Str. 19  
34225 Baunatal  
Telefon: 0561 94951-0  
Telefax: 0561 94951-110  
E-Mail: [info@bdks.de](mailto:info@bdks.de)  
Homepage: <http://www.bdks.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

##### Auftragsarbeiten:

METALL: CNC-Bearbeitung (CNC-Fräsen, CNC-Drehen, Schleifen - Rund und Flach, CNC-Blechbearbeitung)

HOLZ: Holzbearbeitung, Kistenfertigung (Transportbehälter für Industrie)

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

TEXTIL: Berufsbekleidung, Stickarbeiten, Nähen von Spezialgeweben

RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling, Demontagearbeiten

DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung, Fotokopieren, Bedrucken von Gegenständen (Tampondruck)

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGS- UND KONFEKTIONIERUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei nach BGR 500 und RKI-Richtlinien

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Werbetechnik, Industriemontage

##### Produkte:

LEBENSMITTEL: Fleisch- und Wurstwaren, Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Bioprodukte, Gemüse

MÖBEL: Arbeits- und Büromöbel

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Balkon- und Beetpflanzen

#### Weitere Betriebsstätten:

##### Hauptwerkstatt:

Baunataler Werkstätten  
Kirchbaunaer Str. 21  
34225 Baunatal  
Telefon: 0561 94951-5  
Telefax: 0561 94951-610

##### Weitere Betriebsstätten:

Metallwerkstatt  
Harzweg 15  
34225 Baunatal  
Telefon: 0561 949518-0  
Telefax: 0561 949518-10

Caldener Werkstätten  
Breslauer Str. 15  
34379 Calden  
Telefon: 05674 9986-0  
Telefax: 05674 9986-10

Hofgeismarer Werkstätten  
Erlenweg 4  
34369 Hofgeismar  
Telefon: 05671 9984-0  
Telefax: 05671 9984-44

Hofgeismarer Arbeitsbereiche  
Schützenhofweg 17-19  
34369 Hofgeismar  
Telefon: 05671 5070808  
Telefax: 05671 9967-29

Waberner Werkstätten  
Landgrafenstr. 32  
34590 Wabern  
Telefon: 05683 9993-0  
Telefax: 05683 9993-49

Malsfelder Werkstätten und DIAkom  
Malsfeld  
Dr.-Reimer-Straße 3  
34323 Malsfeld-Ostheim  
Telefon: 05661 92336-0  
Telefax: 05661 92336-25

##### Betriebsstätten für psychisch behinderte Menschen:

DIAkom Kassel  
Schillerstraße 54  
34117 Kassel  
Telefon: 0561 816405-0  
Telefax: 0561 816405-10

DIAkom Fuldabrück  
Ostring 10

34277 Fuldabrück  
Telefon: 0561 95967-0  
Telefax: 0561 95967-30

DIAkomp Hofgeismar  
Neue Straße 13  
34369 Hofgeismar  
Telefon: 0561 766496-0  
Telefax: 0561 766496-20

DIAkomp Zierenberg  
Raiffeisenstr. 7  
34289 Zierenberg  
Telefon: 05606 5184-0  
Telefax: 05606 518410

## Hessen (Bezirk der Regionaldirektion Hessen)

### **Bathildisheim e.V. Bathildisheimer Werkstätten Neu-Berich - Verwaltung**

**(Reg.-Nr. 4/40)**

Bathildisstr. 7  
34454 Bad Arolsen  
Telefon: 05691 8907-61  
Telefax: 05691 8907-99  
E-Mail: [info@bathildisheim.de](mailto:info@bathildisheim.de)  
Homepage: <http://www.bathildisheim.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Klassische Metallwerkstatt incl. CNC-Bearbeitungen (z.B. Drehen, Bohren, Fräsen, Zerspanungsarbeiten),  
Entgraten größerer Mengen mittels Rommelmaschine  
HOLZ: Montage / Zusammenbau und Dekoartikel  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei (Druckarbeiten), Druckweiterverarbeitung (z.B. Binden), Fotokopieren  
MAILING UND VERSANDARBEITEN: Versand von Broschüren  
VERPACKUNGSARBEITEN: Montage und Konfektionieren für Industrie und Handwerk  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege (z.B. Hecken- und Baumschnitt inkl. Grünschnittbeseitigung)  
AKTENVERNICHTUNG: Vernichtung von Datenträgern gemäß DIN 66399  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen (Logistische Kleinaufträge im Bereich Bad Arolsen, Korbach)

#### **Produkte:**

KUNSTHANDWERK: Kerzen, Seifen, Dekoartikel  
HAUSHALTSWAREN: Bürsten und Besen (für Industrie und Haushalt)  
BÜROARTIKEL: gebrauchte Aktenordner, gebrauchte Aktenregister, gebrauchte Klarsichtfolien, gebrauchte Schnellhefterstreifen  
SONSTIGE PRODUKTE: Kaminofenanzünder ("Zündel-Bündel und Zündeltüte")

#### **Weitere Betriebsstätten:**

##### **Hauptwerkstatt:**

Emilie Engelmann Straße 2  
34454 Bad Arolsen Neu-Berich

##### **Weitere Betriebsstätten:**

Bathildisheimer Werkstätten  
Bathildisstr. 7  
34454 Bad Arolsen

Außenstelle Volkmarser Tagwerk  
Gerichtsstr. 9b  
34471 Volksmarsen

### Lebenshilfe-Werk Kreis Waldeck-Frankenberg e.V. Korbacher Werkstätten

(Reg.-Nr. 4/24)

Christian-Paul-Str. 2  
34497 Korbach  
Telefon: 05631 5006-110  
Telefax: 05631 5006-109  
E-Mail: [k.hille@lhw-wf.de](mailto:k.hille@lhw-wf.de)  
Homepage: <http://www.lhw-wf.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung

KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage

LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN

VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau (z.B. Gemüse-, Zierpflanzenbau), Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen), Landwirtschaft, Imkerei, Gastronomie (Bio Bistro/Café)

Produkte:

LEBENSMITTEL: Fleisch- und Wurstwaren, Landwirtschaftliche Erzeugnisse (Gemüse: Schlangengurken, Tomaten, Paprika, Auberginen, Salate, Feldsalat, Ruccola, Zwiebeln etc.), Bioprodukte, Honig

BISTRO: Buffet

KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Holzarbeiten, Saisonartikel

MÖBEL: Auftragsfertigung Möbel, Garten- und Landschaftsmöbel

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte (z.B. Zier-, Beet-, Balkon-, Gemüsepflanzen), Garten- und Landschaftsmöbel, Pflanzenkübel

#### Weitere Betriebsstätten:

Schreinerei

Am Stege 4

34497 Korbach

Telefon: 05631 5006-980

Telefax: 05631 5006-986

Hofgut Rocklinghausen

34477 Twistetal

Telefon: 05695 9798-300

Telefax: 05695 9798-330

Bio-Garten Flechtdorf GmbH

Vor dem Prinzenberg

34519 Diemelsee-Flechtdorf

Telefon: 05633 9896-0

Telefax: 05633 9896-30

Internet: [www.bio-garten-flechtdorf.de](http://www.bio-garten-flechtdorf.de)

Stellwerk

(Berufsbildungsbereich)

Pyritzer Str. 24

34497 Korbach

Betriebsstätte für seelisch  
behinderte Menschen:

Ziegelfeld 1

34497 Korbach

Telefon: 05631 5006-800

Telefax: 05631 5006-809



### Hephata Hessisches Diakoniezentrum e.V. Hephata Werkstatt für behinderte Menschen

(Reg.-Nr. 4/10)

Am Lindenplatz 1  
34613 Schwalmstadt  
Telefon: 06691 181118  
Telefax: 06691 181447  
E-Mail: [thilo.baetz@hephata.de](mailto:thilo.baetz@hephata.de)  
Homepage: <http://www.hephata.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung  
ELEKTRO: Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei, Industrie-Näherei  
LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN  
DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Daten- und Texterfassung (auch Datenpflege), Digitale Archivierung (Tonträger auf CD übertragen), Sonstige EDV-Dienstleistungen (Call- und Internet-Dienste)  
MAILING UND VERSANDARBEITEN: Lettershop  
VERPACKUNGSARBEITEN: Konfektionieren, Kleinmontagen, Folienschweißen, Papierarbeiten, Kartonagen  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Friedhofspflege, Blumen- und Zierpflanzenanbau  
SONSTIGE LEISTUNGEN: PKW-Anhängerbau, Handmontage

Produkte:

LEBENSMITTEL: Fleisch- und Wurstwaren, Kartoffeln, Eier (alles Bioprodukte)  
KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Korb- und Stuhlflechtarbeiten  
HAUSHALTSWAREN: Bürsten und Besen  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte (Blumen, Zierpflanzen, Stauden)  
SPIELWAREN: Therapeutisches Spielzeug  
PAPIERWAREN: Kartonagen, Wellpappenverarbeitung, Geschenkkartonage, Bastelmaterial

#### Weitere Betriebsstätten:

Biohof Gut Richerode (anerk.  
Bioland-Betrieb)  
34632 Jesberg  
Telefon: 06695 919010  
Telefax: 06695 919011

Biohof Herzberghaus  
Lindenweg 2  
36287 Breitenbach a.H.  
Telefon: 06675 92050  
Telefax: 06675 920528  
E-Mail:  
[herzberghaus@hephata.com](mailto:herzberghaus@hephata.com)

Biohof Gut Halbersdorf  
Schnellröder Straße  
34286 Spangenberg  
Telefon: 05663 94820  
Telefax: 05663 948210  
E-Mail:  
[gut.halbersdorf@hephata.com](mailto:gut.halbersdorf@hephata.com)

Batzenmühle  
34576 Homberg-Wernswig  
Telefon: 05684 99840  
Telefax: 05684 998410  
E-Mail:  
[batzenmuehle@hephata.com](mailto:batzenmuehle@hephata.com)

Martha-Mertz-Haus  
Soziale Rehabilitation  
Marburger Straße 25  
34613 Schwalmstadt  
Telefon: 06691 96100  
Telefax: 06691 961050  
E-Mail: [marta-mertz-  
haus@hephata.com](mailto:marta-mertz-<br/>haus@hephata.com)

Am Zechenhof  
34582 Borken-Nassenerfurth  
Telefon: 05682 70750  
Telefax: 05682 707510  
E-Mail:  
[am.zechenhof@hephata.com](mailto:am.zechenhof@hephata.com)

Alsfelder Biofleisch  
Pfarrwiesenweg 5  
36304 Alsfeld  
Telefon: 06631 96370  
Telefax: 06631 963710  
E-Mail:  
[biometzger.alsfeld@hephata.com](mailto:biometzger.alsfeld@hephata.com)

Bio-Geflügelhof Leuderoda  
Heinrich-Ruppel-Straße 18

34621 Frielendorf  
Telefon: 05684 7065  
Telefax: 05684 930187

Werkstatt an der Feuerwache  
An der Feuerwache 2  
34613 Schwalmstadt  
Telefon: 06691 91184-18  
Telefax 06691 91184-16

Betriebsstätten für seelisch  
behinderte Menschen:

Reha-Werkstatt Treysa  
Werkstatt für psychisch behinderte  
Menschen  
Ascheröder Str. 31  
34613 Schwalmstadt  
Telefon: 06691 911290  
Telefax: 06691 9112925  
E-Mail: reha-  
werkstatt.treysa@hephata.com  
Homepage: www.reha-werkstatt-  
treysa.de

Reha-Werkstatt Fritzlar  
Hellenweg 12 d  
34560 Fritzlar  
Telefon: 05622 79810  
Telefax: 05622 798125  
E-Mail: reha-  
werkstatt.fritzlar@hephata.com  
Homepage: www.reha-werkstatt-  
fritzlar.de

## Hessen (Bezirk der Regionaldirektion Hessen)

### Lebenshilfswerk Marburg-Biedenkopf e.V. Reha-Werkstätten

(Reg.-Nr. 4/25)

Frauenbergstr. 16  
35039 Marburg  
Telefon: 06421 94801-0  
Telefax: 06421 46509  
E-Mail: [info@reha-werkstaetten.net](mailto:info@reha-werkstaetten.net)  
Homepage: <http://www.lebenshilfswerk.net>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen (z. B. Bohren, Fräsen, Stanzen)  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Gravuren (Lasergravuren), Lötarbeiten,  
Gastronomie (BistroCafé lavari), Naturkostläden

Produkte:  
SONSTIGE PRODUKTE: Gravurschilder

#### Weitere Betriebsstätten:

Reha-Werkstätten Gladenbach  
Marktstraße 18  
35075 Gladenbach  
Berufsbildungsbereich der Reha-  
Werkstätten  
Raiffeisenstraße 18  
35039 Marburg

### **Lebenshilfwerk Marburg-Biedenkopf e.V. Lahnwerkstätten Marburg**

(Reg.-Nr. 4/17)

Industriestr. 14  
35041 Marburg  
Telefon: 06421 8009-0  
Telefax: 06421 8009-59  
E-Mail: [info@lhw-lwm.net](mailto:info@lhw-lwm.net)  
Homepage: <http://www.lebenshilfwerk.net>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Möbelfertigung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Gastronomie (Bistro Pausenzeit)

#### **Produkte:**

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten  
MÖBEL: Kleinmöbel, Regale, Wohnmöbel  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel,  
Pflanzkübel, Sonstiger Gartenbedarf, Gartenzäune und Tore  
SPIELWAREN: Holzspielwaren  
PAPIERWAREN  
BÜROARTIKEL  
SONSTIGE PRODUKTE: Bauelemente

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Wäscherei LAGUNA  
Industriestr. 11  
35041 Marburg-Wehrda  
Telefon: 06421 8009-39

### Lebenshilfe-Werk Kreis Waldeck-Frankenberg e.V. Frankenberger Werkstätten

(Reg.-Nr. 4/50)

Friedrich-Trost-Str. 5  
35066 Frankenberg/Eder  
Telefon: 06451 7221-210  
Telefax: 06451 7221-202 oder -212  
E-Mail: [m.henke@LHW-WF.de](mailto:m.henke@LHW-WF.de)  
Homepage: <http://www.LHW-WF.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (Küche), Wäscherei

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Tagungshaus und Hotel  
"Frankenauer Hof"  
Eichenwaldstr. 1  
35110 Frankenu  
Telefon: 06455 755830  
Telefax: 06455 7558365  
Homepage: [www.frankenauer-hof.de](http://www.frankenauer-hof.de)

Luisenstr. 10a  
35108 Allendorf/Eder  
Telefon: 06452 93898-290  
Telefax: 06452 93898-292

Betriebsstätten für seelisch  
behinderte Menschen:

Bahnhofstr. 17  
34537 Bad Wildungen  
Telefon: 05621 752986-222  
Telefax: 05621 752986-202

Sachsenberger Str. 3  
35066 Frankenberg-Schreufa  
Telefon: 06451 7221-893  
Telefax: 06451 7221-892

**Lebenshilfwerk Marburg-Biedenkopf e.V.  
Hinterländer Werkstätten**

**(Reg.-Nr. 4/36)**

Industriestr. 16  
35232 Dautphetal-Dautphe  
Telefon: 06466 9135-0  
Telefax: 06466 9135-35  
E-Mail: [info@hinterlaender-werkstaetten.net](mailto:info@hinterlaender-werkstaetten.net)  
Homepage: <http://www.lebenshilfwerk.net>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Kabelkonfektionierung  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (Kantinenbetrieb)  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Dorfladen

**Produkte:**

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen  
SONSTIGE PRODUKTE: Gürtel und Schlüsselanhänger aus Kletterseilen

**Weitere Betriebsstätten:**

s`Lädchen Hartenrod  
Schlierbacher Straße 3  
35080 Bad Endbach

Kantine Adient  
Wilhelmshütterstraße 17  
35232 Dautphetal

GEA Food Solution Germany GmbH  
Im Ruttert 1  
35216 Biedenkopf

### Limeswerkstatt

Grüninger Weg 26  
35415 Pohlheim-Garbenteich  
Telefon: 06404 804-111  
Telefax: 06404 804-104  
E-Mail: [limeswerkstatt@lebenshilfe-giessen.de](mailto:limeswerkstatt@lebenshilfe-giessen.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-giessen.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, CNC-Bearbeitung, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Möbelfertigung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffverarbeitung, Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Grafische Gestaltung, Bedrucken von Gegenständen (Siebdruck & Werbetechnik: Beschriftungen, Schilder, Messesystemen, Displays, T-Shirts etc.)  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Daten- und Texterfassung (Adresserfassungspflege), Digitale Archivierung ([www.scanservice-giessen.de](http://www.scanservice-giessen.de))  
MAILING UND VERSANDARBEITEN: Lettershop ([www.lettershop-giessen.de](http://www.lettershop-giessen.de)): Druck, Kuvertierung, Portooptimierung, bargeldlose Postabwicklung, Transport ins Postverteilzentrum  
VERPACKUNGSARBEITEN: z.B. Konfektionierung von Katalogen, Muster- und Produktmappen  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Logistische Leistungen, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

#### Produkte:

SONSTIGE PRODUKTE: Herstellung von "SOFTPAC"-Verpackungspolster (Transportverpackungen), Atemschutzdokumentationstafeln ([www.atemschutzdokumentation.de](http://www.atemschutzdokumentation.de)), KaffeeKlatsch mal anders (eine mit gemahlenem Bio-Arabica edelster Qualität gefüllte Postkarte - [www.kaffeeklatschmalanders.de](http://www.kaffeeklatschmalanders.de))

(Reg.-Nr. 4/2)

#### Weitere Betriebsstätten:

WeLo Werkstatt Lollar  
Rothweg 2  
35457 Lollar  
Telefon: 06406 806-0  
Telefax: 06406 806-20  
E-Mail: [welo@lebenshilfe-giessen.de](mailto:welo@lebenshilfe-giessen.de)

Integ-Mechanik  
Siemensstr. 8a  
35447 Reiskirchen  
Telefon: 06408 61631  
Telefax: 06408 61338  
E-Mail: [integ@lebenshilfe-giessen.de](mailto:integ@lebenshilfe-giessen.de)

Kompetenzzentrum für berufliche Bildung (KobBi)  
Berufsbildungsbereich  
Siemensstr. 6  
35394 Gießen  
Tel.: 0641 972 10 55-100  
Tel.: 0641 972 10 55-144

Betriebsstätten für seelisch behinderte Menschen:

Reha-Mitte  
Erdkauter Weg 13  
35394 Gießen  
Telefon: 0641 97509-0  
Telefax: 0641 97509-20  
E-Mail: [reha-mitte@lebenshilfe-giessen.de](mailto:reha-mitte@lebenshilfe-giessen.de)

Reha-West  
Robert-Bosch-Str. 6  
35398 Gießen  
Telefon: 0641 61087  
Telefax: 0641 67319  
E-Mail: [reha-west@lebenshilfe-giessen.de](mailto:reha-west@lebenshilfe-giessen.de)

### Hofgemeinschaft für heilende Arbeit e.V. Hofgut Friedelhausen

(Reg.-Nr. 4/39)

35457 Lollar  
Telefon: 06406 9165-0  
Telefax: 06406 9165-19  
E-Mail: [Hofgemeinschaft@friedelhausen.de](mailto:Hofgemeinschaft@friedelhausen.de)  
Homepage: <http://www.friedelhausen.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

HOLZ: Spielzeugherstellung, Dekorationsartikel

SONSTIGE LEISTUNGEN: Kaffeerösterei

Produkte:

LEBENSMITTEL: Fleisch- und Wurstwaren, Landwirtschaftliche Erzeugnisse,  
Bioprodukte, Kaffee (Kaffeerösterei)

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Gemeinschaft in Kehna

Kenenstr. 3

35096 Weimar-Kehna

Telefon: 06421 9744-0

Telefax: 06421 9744-98

E-Mail: [info@in-kehna.de](mailto:info@in-kehna.de)

Homepage: [www.in-kehna.de](http://www.in-kehna.de)



### Lebenshilfe Wetzlar-Weilburg e.V. Verwaltung

(Reg.-Nr. 4/21)

Friedensstr. 26  
35578 Wetzlar  
Telefon: 06441 9277-22  
Telefax: 06441 9277-44  
E-Mail: [info@lhww.de](mailto:info@lhww.de)  
Homepage: <http://www.lhww.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage, Zerspanen, CNC-Bearbeitung, allgemeine Schlossereiarbeiten

HOLZ: Holzbearbeitung, Kistenfertigung, Palettenherstellung

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN: Pulverbeschichtung

RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling, Demontagearbeiten

DRUCK/GRAFIK: Fotokopieren

EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN: von einfachsten PE-Beutel Verpackungen bis aufwendige Verpackungsarbeiten in Blisterformen

HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Industriemontage (Handmontage, Montage mit einfachen Betriebsmitteln, Montage mit Teilautomation, Montage mit 100% Prüfautomation)

Produkte:

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen

SPIELWAREN: Großspielgeräte

SONSTIGE PRODUKTE: Reha-Mittel (Strukturierungshilfe VOSH)

#### Weitere Betriebsstätten:

WfbM Florentine  
35619 Braunfels  
Telefon: 06442 304-0  
Telefax: 06442 304-51

WfbM Dilltalwerkstatt  
Loherstraße 16  
35614 Aßlar  
Telefon: 06441 8005-0  
Telefax: 06441 8005-50

Holzwerkstatt  
Am Schmittenberg 10  
35578 Wetzlar  
Telefon: 06441 924850  
Telefax: 06441 9248522

WfbM Löhnberg  
Eichenweg 16  
35792 Löhnberg  
Telefon: 06471 5062-0  
Telefax: 06471 5062-19

WfbM Wetzlar  
Friedensstr. 26  
35578 Wetzlar  
Telefon: 06441 9277-0  
Telefax: 06441 9277-44

Zentraler Berufsbildungsbereich  
Sophienstraße 7  
35576 Wetzlar  
Telefon: 06441-982268-0  
Telefax: 06441-982268-19

### **Diakonie Lahn Dill - Stephanus Werkstatt Anerkannte Werkstatt für Menschen mit psychischer Behinderung (Reg.-Nr. 4/52)**

Westendstr. 13  
35578 Wetzlar  
Telefon: 06441 2101090  
Telefax: 06441 2101099  
E-Mail: [werkstatt@diakonie-lahn-dill.de](mailto:werkstatt@diakonie-lahn-dill.de)  
Homepage: [http://www.stephanuswerkstatt.de/cms/front\\_content.php](http://www.stephanuswerkstatt.de/cms/front_content.php)

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Fügen (Dreherei), Metallmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung,  
Druckerzeugnisse aller Art  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN  
AKTENARCHIVIERUNG / -VERNICHTUNG  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering, Wäscherei

#### **Produkte:**

Druckerzeugnisse aller Art: Flyer, Broschüren, Gemeindebriefe, Vereinshefte,  
Visitenkarten, Wand- und Tischkalender, Briefpapier, Blocks

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Zweigwerkstatt Weilburg  
Viehweg 19  
35781 Weilburg  
Telefon: 06471 6294-0

Am Schmittenberg 12  
35578 Wetzlar

### **Lebenshilfe Dillenburg e.V. Dillenburger Werkstätten Werkstatt für behinderte Menschen**

**(Reg.-Nr. 4/20)**

Tiergartenstr. 14  
35683 Dillenburg  
Telefon: 02771 909-0  
Telefax: 02771 909-44  
E-Mail: [r.turk@lebenshilfe-dillenburg.de](mailto:r.turk@lebenshilfe-dillenburg.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-dillenburg.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage  
KUNSTSTOFF: Kunststoffverarbeitung, Kunststoffbearbeitung,  
Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (Kantinenbetrieb)  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau,  
Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Qualitätssicherung  
(Produktkontrolle für externe Firmen)  
Produkte:  
LEBENSMITTEL: Lebensmittelmarkt  
KUNSTHANDWERK  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Sonstiger Gartenbedarf (Kamin-  
und Brennholz)  
SONSTIGE PRODUKTE: Bücher (Gebraucht-Buchhandel)

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Zweigstelle Eibelshausen  
Hainbuchenstr. 11  
35713 Eschenburg-Eibelshausen  
Telefon: 02774 91370  
Telefax: 02774 6611

Zweigstelle Oberscheld  
Am Handstein  
35688 Dillenburg-Oberscheld  
Telefon: 02771 87280  
Telefax: 02771 23781

Zweigstelle Flammersbach  
Siemensstraße 2  
35708 Haiger-Flammersbach  
Telefon: 02773 91830  
Telefax: 02773 918317

Werkstatt für seelisch behinderte  
Menschen:

Reha-Werkstatt Haiger  
Industriestraße 9  
35708 Haiger  
Telefon: 02773 91780  
Telefax: 02773 917829

Verwaltung:  
Am Forstdenkmal 7  
35683 Dillenburg

### **Caritasverband für die Diözese Fulda e.V. Caritas Berufswege und Werkstätten Caritas-Werkstätten Fulda**

**(Reg.-Nr. 4/14)**

St. Vinzenz-Str. 52  
36041 Fulda  
Telefon: 0661 90233-0  
Telefax: 0661 90233-150  
E-Mail: [bernd.wystrach@caritas-fulda.de](mailto:bernd.wystrach@caritas-fulda.de)  
Homepage: <http://www.caritas-fulda.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage, CNC-Zerspanung (Fräsen u. Drehen)  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei (Offsetdruck), Grafische Gestaltung, Fotokopieren, Digitaldruck  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Digitale Archivierung  
MAILING UND VERSANDARBEITEN: z. B. DHL-Paketshop  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei, Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Umzugs- und Transportarbeiten, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen), Zeltvermietung, Messebau

#### **Produkte:**

LEBENSMITTEL: Fruchtaufstriche und Liköre (Herstellung und Vertrieb von Rhöner Fruchtgenuss ausschließlich mit Früchten aus regionaler Ernte - Mehr Informationen finden Sie im Internet: <http://www.rhoener-fruchtgenuss.de>  
Kultivierung und Vertrieb von Speisepilzen,  
Herstellung und Vertrieb von Kuchen  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Herstellung und Handel von Imkereibedarf

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Caritas-Werkstätten Schloß  
Haselstein  
Schloßbergstr. 4  
36167 Nüsttal-Haselstein  
Telefon: 06652 9661-0  
Telefax: 06652 9661-10  
E-Mail:  
[werkstatt.haselstein@caritas-fulda.de](mailto:werkstatt.haselstein@caritas-fulda.de)

Caritas-Werkstatt  
Ratgarstr. 13  
36037 Fulda  
Telefon: 0661 6205-0  
Telefax: 0661 6205-400

Werkstatt für seelisch behinderte  
Menschen:

CARISMA  
Zum Schulzenberg 12  
36041 Fulda-Maberzell  
Telefon: 0661 580084-0  
Telefax: 0661 580084-14  
E-Mail:  
[werkstatt.maberzell@caritas-fulda.de](mailto:werkstatt.maberzell@caritas-fulda.de)  
Homepage: [www.carisma-werkstatt.de](http://www.carisma-werkstatt.de)

CARISMAmedia  
Rabanusstraße 36  
36037 Fulda  
Telefon: 0661 3809406-0  
Telefax: 0661 3809406-9

Träger:  
Caritasverband für die Diözese  
Fulda e.V.  
Wilhelmstr. 2  
36037 Fulda

## Hessen (Bezirk der Regionaldirektion Hessen)

### **St. Antonius gGmbH Anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen**

(Reg.-Nr. 4/48)

An St. Kathrin 4  
36041 Fulda  
Telefon: 0661 1097-0  
Telefax: 0661 1097-208  
E-Mail: [info@antonius-fulda.de](mailto:info@antonius-fulda.de)  
Homepage: <http://www.antonius-fulda.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Spielzeugherstellung,  
Herstellung von Dekoartikeln

TEXTIL/LEDER

HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice

Produkte:

TEXTIL-/LEDERWAREN: Haus- und Heimtextilien (Tischdecken,  
Krabbeldecken, Schürzen, Duftkissen, Dinkelkissen etc.)

LEBENSMITTEL: Bioprodukte: Brot und Backwaren, Fruchtaufstriche, pikante  
Aufstriche, Liköre, Landwirtschaftliche Bio-Erzeugnisse (Kartoffeln, Gemüse,  
Salat, Getreide), Trockenobst, Gemüse vacuumiert

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Keramik, Korb- und Stuhlflechterarbeiten,  
Saisonartikel, Dekorationsartikel im Landhausstil

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen, Bio-Gemüse

SPIELWAREN: Brett- und Gesellschaftsspiele, Stofftiere

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Antonius-Hof  
Saturnstraße 14  
36041 Fulda  
Telefon: 0661 23130  
Telefax: 0661 240241  
E-Mail: [antonius-hof@antonius-fulda.de](mailto:antonius-hof@antonius-fulda.de)

## Hessen (Bezirk der Regionaldirektion Hessen)

### **Die Lebensgemeinschaft e.V. Sassen und Richthof**

(Reg.-Nr. 4/9)

Sassen (OT Queck)  
36110 Schlitz  
Telefon: 06642 802-0  
Telefax: 06642 802-128  
E-Mail: [info@lebensgemeinschaft.de](mailto:info@lebensgemeinschaft.de)  
Homepage: <http://www.lebensgemeinschaft.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

TEXTIL/LEDER: Weberei

Produkte:

TEXTIL-/LEDERWAREN: Teppiche

KUNSTHANDWERK: Keramik, Kerzen, Textilien

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Die Lebensgemeinschaft e.V.  
Richthof (OT Unter-Schwarz)  
36110 Schlitz  
Telefon: 06653 14-227  
Telefax: 06653 14-247

## Hessen (Bezirk der Regionaldirektion Hessen)

### Soziale Förderstätten für Behinderte e.V. Bebraer Werkstätten

(Reg.-Nr. 4/27)

Fröbelweg 2  
36179 Bebra  
Telefon: 06622 409-0  
Telefax: 06622 409-113  
E-Mail: [info@sfb-ev.de](mailto:info@sfb-ev.de)  
Homepage: <http://www.sfb-ev.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Möbelfertigung,  
Spielzeugherstellung

KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

TEXTIL/LEDER: Näherei

RECYCLING: Demontagearbeiten

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Qualitätssicherung  
(Produktkontrolle für externe Firmen),  
Handmontagearbeiten aller Art

Produkte:

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen,  
Pflanzenkübel

SPIELWAREN: Brett- und Gesellschaftsspiele, Holzspielwaren, Stofftiere

#### Weitere Betriebsstätten:

Zweigwerkstatt Bad Hersfeld  
Erfurter Str. 15  
36251 Bad Hersfeld  
Telefon: 06621 92350

Betriebsstätte für seelisch  
behinderte Menschen:

"Lichtblick I"  
Am Weinberg 43  
36251 Bad Hersfeld  
Telefon: 06621 65070  
Telefax: 06621 650222

"Lichtblick II"  
Goethestr. 1  
36179 Bebra  
Telefon: 06622 603595-0

## Hessen (Bezirk der Regionaldirektion Hessen)

### Gemeinschaft Altenschlirf

(Reg.-Nr. 4/34)

Erlenweg 9  
36358 Herbstein  
Telefon: 06643 709-0  
Telefax: 06643 709-139  
E-Mail: [info@gemeinschaft-altenschlirf.de](mailto:info@gemeinschaft-altenschlirf.de)  
Homepage: <https://gemeinschaft-altenschlirf.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

HOLZ: Möbelfertigung (Möbelbau, Küchen)

GARTEN-/ LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Landwirtschaft (Milchviehbetrieb, Geflügelhaltung),  
Lebensmitteleinzelhandel (Hof- und Bioladen, Lebensmittel-Supermarkt  
"Lädchen für alles")

Produkte:

LEBENSMITTEL: Brot und Backwaren (Bäckerei), Bioprodukte,  
Landwirtschaftliche Erzeugnisse (Obst, Gemüse), Käse und  
Frischmilchprodukte (Käserei)

TEXTILWAREN: Wollwerkstatt (Knüpf- und Webteppiche, Filzprodukte)

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Bienenwachskerzen (gezogen und  
gegossen)

GARTENBEDARF / GÄRTNEREIPRODUKTE: Sonstiger Gartenbedarf (Kamin-  
und Brennholz)

#### Weitere Betriebsstätten:

Gemeinschaft Altenschlirf  
Müser Straße 1  
36358 Herbstein-Stockhausen  
Telefon: 06647 9606-0  
Telefax: 06647 9606-179

### **bhvb - Behindertenhilfe Vogelsbergkreis e.V.**

**(Reg.-Nr. 4/23)**

Pestalozzistr. 1  
36358 Herbstein  
Telefon: 06643 91853-0  
Telefax: 06643 7246  
E-Mail: [info@bhvb.de](mailto:info@bhvb.de)  
Homepage: <http://www.bhvb.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

**METALL:**

Trennen, Fügen, Metallmontage, CNC-Bearbeitung

**HOLZ:**

Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung

**KUNSTSTOFF:**

Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage

**ELEKTRO:**

Elektromontage, Kabelkonfektionierung

**TEXTIL:**

Näherei

**DRUCK/GRAFIK:**

Druckerei, Druckweiterverarbeitung

**MAILING / VERSANDARBEITEN**

**MONTAGE / KONFEKTIONIERUNG**

**VERPACKUNGSARBEITEN**

**HAUSWIRTSCHAFT:**

Catering/Partyservice (Küche), Wäscherei, Reinigungsarbeiten

**GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE:**

Garten- und Pflanzenpflege

**SONSTIGE LEISTUNGEN:**

Logistische Leistungen, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

**Produkte:**

**TEXTILWAREN:**

Haus- und Heimtextilien

**KUNSTHANDWERK:**

Holzarbeiten, Keramik, Korb- und Stuhlflechtarbeiten, Saisonartikel

**GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE:**

Gartenmöbel, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel, sonstiger

Gartenbedarf

**SPIELWAREN:**

Brett- und Gesellschaftsspiele, Holzspielwaren, Puppen und Puppenmöbel,

therapeutisches Spielzeug

**SONSTIGE PRODUKTE:**

Jagdbedarf: Drückjagdhocker, Hochsitze

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Hauptwerkstatt:

Werkstatt Herbstein

Pestalozzistr. 1

36358 Herbstein

Telefon: 06643 91853-0

Telefax: 06643 7246

E-Mail: [werkstatt-herbstein@bhvb.de](mailto:werkstatt-herbstein@bhvb.de)

Werkstatt Alsfeld

Am Kreuzweg 6

36304 Alsfeld

Telefon: 06631 4008

Telefax: 06631 73960

E-Mail: [werkstatt-alsfeld@bhvb.de](mailto:werkstatt-alsfeld@bhvb.de)

Betriebsstätten für seelisch behinderte Menschen:

REHA-Werkstatt Lauterbach

Fuldaer Str. 8

36341 Lauterbach

Telefon: 06641 62756

Telefax: 06641 63541

E-Mail: [reha-werkstatt-lauterbach@bhvb.de](mailto:reha-werkstatt-lauterbach@bhvb.de)

REHA-Werkstatt THS Alsfeld

Theodor-Heuss-Straße 9

36304 Alsfeld

Telefon: 06631 91182 200

Telefax: 06631 91182 229

E-Mail: [reha-werkstatt@bhvb.de](mailto:reha-werkstatt@bhvb.de)



### Werraland Werkstätten e.V.

(Reg.-Nr. 4/16)

Hessenring 1  
37269 Eschwege  
Telefon: 05651 9260  
Telefax: 05651 12099  
E-Mail: [michaela.harnge@werraland-wfb.de](mailto:michaela.harnge@werraland-wfb.de)  
Homepage: <http://www.werraland-wfb.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage, CNC-Bearbeitung

(CNC-Zerspanung), Montage von Technischen Baugruppen

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Möbelfertigung,

Spielzeugherstellung, CNC-Bearbeitung

BRENNHOLZHERSTELLUNG: Scheitholz von 25/33 cm, Pellets, Holzbrikett

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

LACKIERARBEITEN / BESCHICHTUNGEN (Holz)

BAU-/RENOVIERUNGSARBEITEN

DRUCK/GRAFIK: Grafische Gestaltung, Bedrucken von Gegenständen

(Tampon- u. Heißprägedruck), Werbedruck (z.B. auf Feuerzeugen,

Kugelschreibern uvm.)

VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei, Reinigungsarbeiten

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und

Pflanzenpflege, Landschaftspflege

AKTENVERNICHTUNG

SONSTIGE LEISTUNGEN: Gastronomie, Hotel

Produkte:

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Kreativbereich (Keramik, Filz, Papier,

Karten aller Art)

GARTENBEDARF / GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/

Nistkästen, Sonstiger Gartenbedarf, Windspiele, Dekokugeln uvm.

SPIELWAREN: Brett- und Gesellschaftsspiele, Holzspielwaren,

Therapeutisches Spielzeug

#### Weitere Betriebsstätten:

Werraland Werkstätten

Metallzentrum

Schlesienstraße 14

37269 Eschwege

Telefon: 05651 2290743

Telefax: 05651 2290744

Integrierte Betriebsstätte

Witzenhausen (IBW)

Mündener Straße 17a

37213 Witzenhausen

Telefon: 05542 5003-0

Telefax: 05542 5003-22

**Aufwind - Verein für seelische Gesundheit e.V.  
Gemeinnützige Werkstätten Eschwege  
Geschäftsstelle / Verwaltung**

**(Reg.-Nr. 4/46)**

Neustadt 80-86  
37269 Eschwege  
Telefon: 05651 8099-0  
Telefax: 05651 8099-38  
E-Mail: [rolf.eckhardt@gwe-eschwege.de](mailto:rolf.eckhardt@gwe-eschwege.de)  
Homepage: <http://www.aufwind-wmk.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzmontage, Kistenfertigung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
RECYCLING: Demontagearbeiten  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen (Hochregallager 1250 qm),  
Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen), Saatbandproduktion  
und Verpackung

**Weitere Betriebsstätten:**

Hauptwerkstatt:

Gemeinnützige Werkstätten  
Eschwege GWE  
Am Baumesrain 8  
37269 Eschwege  
Telefon: 05651 8099-0

Weitere Betriebsstätten:

Gemeinnützige Werkstätten  
Eschwege GWE  
Thüringer Straße 12  
37269 Eschwege  
Telefon: 05651 22949-0  
Telefax: 05651 22949-12

Integrierte Betriebsstätte  
Witzenhausen (IBW)  
Mündener Straße 17a  
37213 Witzenhausen  
Telefon: 05542 5003-0  
Telefax: 05542 5003-22  
E-Mail: [ibw@gwe-eschwege.de](mailto:ibw@gwe-eschwege.de)

## Hessen (Bezirk der Regionaldirektion Hessen)

### frankfurter werkgemeinschaft e.V. Consors-Betriebe (WfbM) Werk I

(Reg.-Nr. 4/22)

Wingertstr. 29-31  
60316 Frankfurt am Main  
Telefon: 069 9494767-600  
Telefax: 069 9494767-699  
E-Mail: [f.polaschek@fwg-net.de](mailto:f.polaschek@fwg-net.de)  
Homepage: <http://www.consors-betriebe.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung, Fotokopieren, Bedrucken von Gegenständen  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Daten- und Texterfassung, Digitale Archivierung (Scannen)  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)  
Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Keramik

#### Weitere Betriebsstätten:

Werk II  
Musikantenweg 56-58  
60316 Frankfurt  
Telefon: 069 9494767-500  
Telefax: 069 9494767-599  
Geschäftsstelle:  
Kurt-Schumacher-Str. 43  
60313 Frankfurt/Main  
Telefon: 069 9494767-0  
Telefax: 069 9494767-399

## Hessen (Bezirk der Regionaldirektion Hessen)

### Praunheimer Werkstätten gemeinnützige GmbH Geschäftsstelle/Verwaltung

(Reg.-Nr. 4/12)

Christa-Maar-Str. 2  
60488 Frankfurt am Main  
Telefon: 069 95 80 26-0  
Telefax: 069 95 80 26-129  
E-Mail: [geschaeftsstelle@pw-ffm.de](mailto:geschaeftsstelle@pw-ffm.de)  
Homepage: <http://www.pw-ffm.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
HOLZ: Holzbearbeitung, CNC-Bearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Spielzeugherstellung  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Digitale Archivierung (Scannen, Indexieren, Online-Archivierung, Sicherheitsaufbewahrung und Entsorgung archivierten Schriftguts)  
MAILING UND VERSANDARBEITEN: Lettershop  
VERPACKUNGS- UND KONFEKTIONIERUNGSARBEITEN  
INDUSTRIEMONTAGE  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung (Transportieren, Lagern, Vernichten, Entsorgen), Logistische Leistungen, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen), Gravuren (z. B. Namens- und Firmenschilder)  
Produkte:  
SPIELWAREN: Brett- und Gesellschaftsspiele, Holzspielwaren  
KUNSTWERKSTATT: Kunstkalender, "Kunst in Serie", Kunstkarten, Original-Bilder

#### Weitere Betriebsstätten:

Hauptwerkstatt:  
Werkstatt Praunheim  
Christa-Maar-Str. 2  
60488 Frankfurt/Main  
Telefon: 069 958026-200  
Telefax: 069 958026-235  
Weitere Betriebsstätten:  
Werkstatt Fechenheim  
Wächtersbacher Str. 91  
60386 Frankfurt/Main  
Telefon: 069 942180-0  
Telefax: 069 418816  
Werkstatt Höchst  
Höchster Bahnstr. 2  
65929 Frankfurt/Main  
Telefon: 069 330082-0  
Telefax: 069 330082-15

### Frankfurter Verein für soziale Heimstätten e.V. Reha-Werkstatt Rödelheim

(Reg.-Nr. 4/32)

Biedenkopfer Weg 40a  
60489 Frankfurt/Main  
Telefon: 069 9074980  
Telefax: 069 90749825  
E-Mail: [rwr@frankfurter-verein.de](mailto:rwr@frankfurter-verein.de)  
Homepage: <http://www.reha-werkstaetten.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung, Überprüfung nach VDE 0701/0702, elektronische Lernsysteme

TEXTIL: Näherei, Stickerei

DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung, Fotokopieren

EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Scanservice: Archivierung, Weiterverarbeitung von Dokumenten

SCANSERVICE

MAILING UND VERSANDARBEITEN: Bearbeitung von Adressdatenbanken  
VERPACKUNGSARBEITEN, FEINMONTAGE UND KONFEKTIONIERUNG

HAUSWIRTSCHAFT: Catering (Küche: Gemeinschaftsverpflegung für Kinder und Erwachsene)

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Grundstücks- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege, Garten- und Landschaftsbau (Streuobst: Anbau und Pflegearbeiten, Pflanzenanzucht und Gemüseanbau)

SONSTIGE LEISTUNGEN: Fahrradwerkstatt, Gastronomie (Café basaglia:

Catering, Frühstück, Mittagessen, Kaffee, Kuchen - Küche und Service),

Mosterei: Saftproduktion, Lohnmosterei, Saftabfüllung, Etikettierung,

Ölabfüllung

Produkte:

LEBENSMITTEL: Mosterei: Bio-Säfte, Bio-Essige, Apfelmur, Bio-Apfelsherry, Honig, Schwarze Nüsse und weitere Bioprodukte

(Kontakt: [info@roter-hamm.de](mailto:info@roter-hamm.de), [www.roter-hamm.de](http://www.roter-hamm.de))

Küche: Mittagessen für Gemeinschaftsverpflegung, bio-zertifiziert

(Kontakt: [rwn-grosskueche@frankfurter-verein.de](mailto:rwn-grosskueche@frankfurter-verein.de))

Café basaglia: alle Speisen und Getränke sind bio-zertifiziert

(Kontakt: [cafe@cafebasaglia.de](mailto:cafe@cafebasaglia.de) und [www.cafebasaglia.de](http://www.cafebasaglia.de))

TEXTILWAREN: Bekleidung (Arbeitskleidung, Oberbekleidung), Taschen, Textile Verpackungen

SONSTIGE PRODUKTE: Fahrräder

#### Weitere Betriebsstätten:

Reha-Werkstatt-Eschenheimer Tor  
Eschersheimer Landstraße 26a  
60322 Frankfurt/Main  
Telefon: 069 959694-0  
Telefax: 069 95969410

Reha-Werkstatt Niederrad  
Betriebsstätte  
Lyoner Straße 1  
60528 Frankfurt/Main  
Telefon: 069 66544-0  
Telefax: 069 66544-200

Betriebsstätte  
Saonestr. 3a  
60528 Frankfurt/Main

Verwaltung:

Frankfurter Verein für soziale  
Heimstätten e.V.

Zentrale

Große Seestraße 41-43

60486 Frankfurt/Main

Telefon: 069 79405300

Telefax: 069 79405301

E-Mail: [info@frankfurter-verein.de](mailto:info@frankfurter-verein.de)

### Frankfurter Verein für soziale Heimstätten e.V. Reha-Werkstatt Oberrad

(Reg.-Nr. 4/8)

Buchrainstr. 18  
60599 Frankfurt/Main  
Telefon: 069 965220-0  
Telefax: 069 965220-10  
E-Mail: [rwo@frankfurter-verein.de](mailto:rwo@frankfurter-verein.de)  
Homepage: <http://www.reha-werkstaetten.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung

KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

INDUSTRIEMONTAGE: Auftragsarbeiten (verlängerte Werkbank) für Industriebetriebe, Montage und maschinelle Verarbeitung von Metall- und Kunststoffprodukten, Verpackung, Lagerung und Logistikdienstleistung

LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN

BAU-/RENOVIERUNGSARBEITEN

RECYCLING

EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN

SONSTIGE LEISTUNGEN: Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

Produkte:

HAUSHALTSWAREN

MÖBEL: Arbeits- und Büromöbel, Regale, Wohnmöbel

WERBEMITTEL

#### Weitere Betriebsstätten:

Reha-Werkstatt Oberrad  
Wienerstraße 124  
60599 Frankfurt/Main  
Telefon: 069 965220-0  
Telefax: 069 965220-10

Werkstatt Kalbach  
Talstr. 107  
60437 Frankfurt/Main

Verwaltung:

Frankfurter Verein für soziale  
Heimstätten e.V.  
Zentrale  
Große Seestraße 41-43  
60486 Frankfurt/Main  
Telefon: 069 79405300  
Telefax: 069 79405301  
E-Mail: [info@frankfurter-verein.de](mailto:info@frankfurter-verein.de)

## Hessen (Bezirk der Regionaldirektion Hessen)

### Diakonie-Werkstatt Wetterau / Friedberg

(Reg.-Nr. 4/15)

Straßheimer Str. 5  
61169 Friedberg  
Telefon: 06031 7252-700  
Telefax: 06031 7252-799  
E-Mail: [diakonie.werkstatt@diakonie-wetterau.de](mailto:diakonie.werkstatt@diakonie-wetterau.de)  
Homepage: <http://www.diakonie-wetterau.de/wfbm.html>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen (z.B. Zuschnitt), Fügen, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Kleinmöbelfertigung, Spielzeugherstellung

KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektrotechnische Prüfungen und Dokumentationen nach VBGA3, Lötarbeiten

DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung (z.B. Drahringbindung: Wire-o-Bindung), Grafische Gestaltung, Fotokopieren, Folienbeschriftungen, Kfz-Beschriftung

MAILING UND VERSANDARBEITEN: Erstellung, Fertigung und Versand von Massenauslieferungen jeglicher Art, Logistikdienstleistung für Versandhandel

VERPACKUNGS- UND MONTAGEARBEITEN: z.B. Konfektionierung, Folieren, Handmontagen aller Art und Qualitäts- und Quantitätsprüfungen

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Obstbau (Baumschnitt), Gartenpflege

Produkte:

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, historischer Schmuck, Filzprodukte, Fußmatten, antike Plastiken, Windspiele

MÖBEL: Kleinmöbel, z. B. kirchliche Funktionsmöbel, Steh- und Schreibpulte, Kindermöbel

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel (z. B. Holzbänke, Sitzgarnituren und Kindermöbel), Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzkübel

SONSTIGE PRODUKTE: Schilder, Raumschilder, -system

## Hessen (Bezirk der Regionaldirektion Hessen)

### Lebensgemeinschaft Bingenheim e.V.

#### Heim, Schule und Werkstätten für Seelenpflege-bedürftige Menschen

(Reg.-Nr. 4/41)

Schloßstr. 9  
61209 Echzell  
Telefon: 06035 81-0  
Telefax: 06035 81-126  
E-Mail: [kontakt@lebensgemeinschaft-bingenheim.de](mailto:kontakt@lebensgemeinschaft-bingenheim.de)  
Homepage: <http://www.lg-bingenheim.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung

TEXTIL: Weberei (z.B. Tücher, Decken, Teppiche)

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Gemüsebau, Saatgut Zucht

SONSTIGE LEISTUNGEN: Töpferei/Keramikherstellung: z.B. Geschirre, Fliesen, Gartenkeramik

Produkte:

TEXTILWAREN: Haus- und Heimtextilien, Teppiche, Taschen, Stoffe, Tücher

LEBENSMITTEL: Brot- und Backwaren (Bäckerei: Brot, Brötchen Klein- und Süßgebäcke), Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Bioprodukte, Milchprodukte

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Keramik, Kerzen, Textilien

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte/Saatgut

SPIELWAREN: Holzspielwaren, Keramik-Puppengeschirr

### Oberurseler Werkstätten für Menschen mit Behinderung

(Reg.-Nr. 4/19)

Oberurseler Str. 86-88  
61440 Oberursel/Taunus  
Telefon: 06171 5881-0  
Telefax: 06171 59679  
E-Mail: [info@o-wfb.de](mailto:info@o-wfb.de)  
Homepage: <http://www.o-wfb.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Spielzeugherstellung  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN / KONFEKTIONIERUNG  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung

#### Produkte:

KUNSTHANDWERK: Apfelweinträger / -deckel  
MÖBEL: Kindergarten-/Schulmöbel  
SPIELWAREN: Holzspielwaren

#### Weitere Betriebsstätten:

Zweigstelle Folkbertusstraße  
Folkbertusstraße 14  
61440 Oberursel/Taunus  
Telefon: 06171 5881-48  
Telefax: 06171 59679  
E-Mail: [info@o-wfb.de](mailto:info@o-wfb.de)

Zweigwerkstatt Schreinerei  
Zimmersmühlenweg 26  
61440 Oberursel/Taunus  
Telefon: 06171 2779442  
Telefax: 06171 2779447  
E-Mail: [info@o-wfb.de](mailto:info@o-wfb.de)

Betriebsstätte für seelisch  
behinderte Menschen:

Dienstleistungszentrum  
Zimmersmühlenweg 67  
61440 Oberursel/Taunus  
Telefon: 06171 5035-10  
Telefax: 06171 5035-22  
E-Mail: [info@zmw-ow.de](mailto:info@zmw-ow.de)



### Werkstätten Hainbachtal gemeinnützige GmbH

(Reg.-Nr. 4/4)

Waldstr. 353  
63071 Offenbach/Main  
Telefon: 069 850025  
Telefax: 069 85002-191  
E-Mail: [info@werkstaetten-hainbachtal.de](mailto:info@werkstaetten-hainbachtal.de)  
Homepage: <http://www.werkstaetten-hainbachtal.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Metallmontage (z. B. Baugruppenmontage, Kleinmontagearbeiten)  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage  
ELEKTRO: Elektromontage  
DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren, Serienbriefe in hohen Auflagen  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Daten- und Texterfassung (auch Datenpflege)  
MAILING UND VERSANDARBEITEN: Lettershop, Brief- und Buchversand, Konfektionierung von Presse-, Schulungs- und Kongressmappen  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
GASTRONOMIE: Waldcafé, Café Frieda "einfach lecker"  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen), intern: Transporte, Umzüge und haustechnische Leistungen

#### Produkte:

TEXTIL-/LEDERWAREN: Stofftaschen, Haus- und Heimtextilien (Kirschkerneissen)  
SONSTIGE PRODUKTE: Schlüsselanhänger

#### Weitere Betriebsstätten:

Zweigwerkstatt Rödermark  
Paul-Ehrlich-Straße 3-5  
63322 Rödermark (Ober-Roden)  
Telefon: 06074 48687-0  
Telefax: 06074 48687-222

Café Frieda "einfach lecker"  
Linsenberg 10  
63065 Offenbach/Main  
Telefon: 069 80109953  
Telefax: 069 80903920

Betriebsstätten für seelisch behinderte Menschen:

Reha Werkstatt "Im Linden"  
Lindenstraße 4  
63071 Offenbach/Main  
Telefon: 069 850006-0  
Telefax: 069 850006-66

Zweigwerkstatt Dietzenbach  
Theodor-Heuss-Ring 38  
63128 Dietzenbach  
Telefon: 06074 481609-0  
Telefax: 06074 481609-88

### **BWMK (Behinderten-Werk Main-Kinzig e.V.) Zentrale Dienste**

(Reg.-Nr. 4/3)

Vor der Kaserne 6  
63571 Gelnhausen  
Telefon: 06051 9218-1000  
Telefax: 06051 9218-9000  
E-Mail: [info@bwmk.de](mailto:info@bwmk.de)  
Homepage: <http://www.bwmk.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage, CNC-Bearbeitung  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling, Demontagearbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung, Fotokopieren, Bedrucken von Gegenständen  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Digitale Archivierung  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei, Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung

Produkte:

LEBENSMITTEL: Fleisch- und Wurstwaren, Landwirtschaftliche Erzeugnisse  
KUNSTHANDWERK  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen  
PAPIERWAREN  
WERBEMITTEL

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Barbarossa-Werkstätten  
Brentanostr. 11  
63589 Linsengericht-Altenhaßlau  
Telefon: 06051 9759-30  
Telefax: 06051 9759-60

Steinheimer Werkstätten  
Otto-Hahn-Str. 11  
63456 Hanau-Steinheim  
Telefon: 06181 6677-0  
Telefax: 06181 6677-60

Steinheimer Werkstätten  
Metallverarbeitung  
Senefelder Str. 2  
63456 Hanau-Steinheim  
Telefon: 06181 962611  
Telefax: 06181 962616

Bergwinkel-Werkstätten  
Am Schafleger  
36381 Schlüchtern  
Telefon: 06661 9675-0  
Telefax: 06661 9675-60

Dienstleistungszentrum  
Langenselbold  
Am Bahnhof 5 a  
63505 Langenselbold  
Telefon: 06184 93292-10  
Telefax: 06184 93292-33

Hofgut Marjoß  
Barackenhöfe  
36396 Steinau-Marjoß  
Telefon: 06660 9601-2  
Telefax: 06660 9601-6

Betriebsstätten für Menschen mit  
psychischen Erkrankungen:

Reha-Werkstatt Großauheim  
In den Heimerswiesen 1  
63457 Hanau-Großauheim  
Telefon: 06181 9599-3  
Telefax: 06181 9599-60

Reha-Werkstatt Gelnhausen  
Vor der Kaserne 6  
63571 Gelnhausen  
Telefon: 06051 9218-1000  
Telefax: 06051 9218-9000

Reha-Werkstatt Ost Bad-Soden-  
Salmünster  
Berliner Straße 7

## Hessen (Bezirk der Regionaldirektion Hessen)

### **Wetterauer Werkstätten der Behindertenhilfe Wetteraukreis gGmbH Geschäftsstelle**

**(Reg.-Nr. 4/18)**

Bahnhofstr. 61  
63667 Nidda  
Telefon: 06043 801-250  
Telefax: 06043 801-270  
E-Mail: [sekretariat@bhw-wetteraukreis.de](mailto:sekretariat@bhw-wetteraukreis.de)  
Homepage: <http://www.bhw-wetteraukreis.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, CNC-Bearbeitung, Fügen (z. B. Taumelnieten), Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Möbelfertigung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTILVEREDELUNG: Stickerei, Textildruck (Flex-, Flock- und Sublimationsdruck)  
DRUCK/GRAFIK: Digital-Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung, Fotokopieren (Copy-Shop), Mediendesign, Bedrucken von Buttons  
RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling, Demontagearbeiten  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
MONTAGEARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: HANDWERK: Flechtarbeiten an Stuhlsitzflächen (Achteckgeflecht), Aktenvernichtung, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)  
Produkte:  
TEXTILWAREN: Veredelte Textilien  
MÖBEL: Arbeits- und Büromöbel, Kindergarten-/Schulmöbel, Kleinmöbel, Regale, Wohnmöbel  
PAPIERWAREN: Drucksachen  
SONSTIGE PRODUKTE: Tisch-Accessoires (aus Holz und VA-Stahl)

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Wetterauer Werkstätten  
Usinger Straße 22  
61169 Friedberg  
Telefon: 06031 7232-0  
Telefax: 06031 7232-40

Hirzenhainer Werkstätten  
Junkernwiese 1  
63697 Hirzenhain-Merkenfritz  
Telefon: 06045 9626-0  
Telefax: 06045 9626-40

Reichelsheimer Werkstätten  
Dorn-Assenheimer Straße 25  
61203 Reichelsheim  
Telefon: 06035 9144-0  
Telefax: 06035 9144-92

Elektroentsorgungswerkstatt  
Stockheim  
Zum Hochbehälter 1  
63695 Glauburg-Stockheim  
Telefon: 06041 260  
Telefax: 06041 82807

Zentraler Berufsbildungsbereich  
Roland-Krug-Str. 15  
63667 Nidda-Bad Salzhausen

### Schottener Soziale Dienste gemeinnützige GmbH

(Reg.-Nr. 4/37)

Vogelsbergstr. 212  
63679 Schotten  
Telefon: 06044 6009-0  
Telefax: 06044 4394  
E-Mail: [info@schotten-sozial.de](mailto:info@schotten-sozial.de)  
Homepage: <http://www.schotten-sozial.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

##### Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen (z.B. Kanten, Biegen), Trennen (z.B. Entgraten, Schneiden, Bohren, Senken, Schleifen), Fügen (z.B. Schweißen)

HOLZ: Holzbearbeitung

TEXTIL/LEDER: Näherei

BAU-/RENOVIERUNGSARBEITEN

MONTAGE- und VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Landwirtschaft, Vogelpark (Tier- und Erlebnispark), Gastronomie (Café und Restaurant: Tagungen, Familienfeste, Events)

##### Produkte:

KUNSTHANDWERK

MÖBEL: Holzmöbel

SONSTIGE PRODUKTE: Vogelkäfige

#### Weitere Betriebsstätten:

Betriebsstätte Langgöns  
An der Hardt 2  
35428 Langgöns  
Telefon: 06403 7881-0  
Telefax: 06403 7881-29

Betriebsstätte Mücke-Merlau  
Flensunger Weg 53  
35325 Mücke-Merlau  
Telefon: 06400 9511112  
Telefax: 06400 9511122

Betriebsstätte Leisenwald  
Feldstr. 12  
63607 Leisenwald  
Telefon: 06053 61459-0  
Telefax: 06053 61459-20

Betriebsstätte Nieder-Ohmen  
Industriestr. 3  
35325 Mücke/Nieder-Ohmen  
Telefon: 06400 9136-0  
Telefax: 06400 913636

Betriebsstätte Seestraße  
Seestraße 28  
63679 Schotten  
Telefon: 06044 9875-0  
Telefax: 06044 9875-50

Betriebsstätte Taubenweg  
Taubenweg 1-3  
63679 Schotten  
Telefon: 06044 98758-127 oder  
-184  
Telefax: 06044 9875-50

Betriebsstätte Büdingen  
Pferdsbacherweg 8  
63654 Büdingen  
Telefon: 06042 9561590  
Telefax: 06042 9561592

Betriebsstätte Grünberg  
Eiserne Hand 33  
35305 Grünberg  
Telefon: 06401 22598-0  
Telefax: 06401 22598-14

## Hessen (Bezirk der Regionaldirektion Hessen)

### Heim- und Werkstätten Rauher Berg e.V.

(Reg.-Nr. 4/35)

Rauher Berg  
63683 Ortenberg  
Telefon: 06049 960073  
Telefax: 06049 885  
E-Mail: [a.weiss@rauher-berg.de](mailto:a.weiss@rauher-berg.de)  
Homepage: <http://rauher-berg.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

HOLZ: Kistenfertigung, Spielzeugherstellung

TEXTIL/LEDER: Weberei

VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

Produkte:

LEBENSMITTEL: Fleisch- und Wurstwaren, Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Bioprodukte

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Sonstiger Gartenbedarf (Brennholz)

SPIELWAREN: Holzspielwaren, Therapeutisches Spielzeug

## Hessen (Bezirk der Regionaldirektion Hessen)

### Der Magistrat der Wissenschaftsstadt Darmstadt

### Eigenbetrieb Darmstädter Werkstätten und Wohneinrichtungen

(Reg.-Nr. 4/28)

Schreberweg 2  
64289 Darmstadt  
Telefon: 06151 9770-0  
Telefax: 06151 133386  
E-Mail: [wfb@darmstadt.de](mailto:wfb@darmstadt.de)  
Homepage: <http://www.darmstaedter-werkstaetten.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

KUNSTSTOFF: Kunststoffverarbeitung, Kunststoffbearbeitung,  
Kunststoffmontage

DRUCK/GRAFIK: Bedrucken von Gegenständen

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Qualitätssicherung  
(Produktkontrolle für externe Firmen)

#### Weitere Betriebsstätten:

Betriebsstätte für psychisch  
behinderte Menschen:

Darmstädter Werkstatt für berufliche  
Rehabilitation

Heimstättenweg 99

64295 Darmstadt

Telefon: 06151 133387

Telefax: 06151 133416

**Mission Leben - Jugend- und Behindertenhilfe gGmbH  
WfbM Aumühle**

**(Reg.-Nr. 4/33)**

Auwiesenweg 20  
64291 Darmstadt  
Telefon: 06150 9696-0  
Telefax: 06150 9696-999  
E-Mail: [aumuehle@mission-leben.de](mailto:aumuehle@mission-leben.de)  
Homepage: <http://www.mission-leben.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

MONTAGETÄTIGKEITEN  
KONFEKTIONIERUNG  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT  
WÄSCHEREI  
GÄRTNEREI  
AKTENVERNICHTUNG

Produkte:

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen / Produkte zum Pflanzenschutz

### Stiftung Nieder-Ramstädter Diakonie Mühlal-Werkstätten

(Reg.-Nr. 4/30)

Dornwegshöhstr. 46 - 48  
64367 Mühlal  
Telefon: 06151 149-7091  
Telefax: 06151 149-7195  
E-Mail: [werkstaetten@nrd.de](mailto:werkstaetten@nrd.de)  
Homepage: <https://www.nrd.de/de/index.php>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

**METALL:** Trennen (z.B. Drehen, Bohren, Fräsen, Stanzen, Sägen, Gewindeschneiden, Stanzen und Entgraten), CNC-Bearbeitung (Drehen und Fräsen), Serienteile aller Art,

Montage von Fertigteilen

**HOLZ:** Holzbearbeitung (Sägen, Fräsen, Bohren, Schleifen), Technische Bauteile, Herstellung von Produkten in Serienfertigung, Messuhrkästen

**KUNSTSTOFF:** Kunststoffverarbeitung, Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage, Ultraschallschweißen,

Kosmetik- und Medizinprodukte verarbeiten wir in unserem "Sauberraum" in staubarmer Produktionsumgebung, die strengen Hygiene- und Desinfektionsvorschriften unterliegt.

**ELEKTRO:** Elektromontage, Kabelkonfektionierung

**DRUCK/GRAFIK:** Tampondruck (Bedrucken von Gegenständen unterschiedlichster Beschaffenheit, Werbeartikel, Kunststoffe, Elektronikteile, Bauteile)

**EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN:** Digitale Archivierung, Scannen (auf Datenträger oder direkter Datentransfer), Aktenvernichtung

**MAILING UND VERSANDARBEITEN:**

Mailing-Service, Falzen, Kuvertieren und Adressieren bis hin zur Portooptimierung, Erstellen und Drucken von Serienbriefen, Drucken und Kopieren, Ringbindung, Laminieren, Konfektionierung von Prospekten/Flyern

**MONTAGE- UND VERPACKUNGSARBEITEN:**

Montieren und Verpacken; Sortieren und Abzählen; Stecken und Pressen; Eintüten, Etikettieren; Kommissionieren

**HAUSWIRTSCHAFT:** Catering/Partyservice (Verpflegungsleistungen), Wäscherei (Waschen von Putzmops für Reinigungsunternehmen)

**GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE:** Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege (z.B.: Schnitтарbeiten, Baumfällungen, Bepflanzungen kompletter Anlagen

Pflege von Grünanlagen, Gartenarbeiten, Hydrokulturpflege, Salat- und Gemüseanbau, Schnittblumen, Jungpflanzenzucht, Waldarbeit mit Brennholzproduktion)

**SONSTIGE LEISTUNGEN:** Logistische Leistungen

Produkte:

**LEBENSMITTEL:** Landwirtschaftliche Bio-Erzeugnisse (z.B.: Kartoffeln und Milch)

**TEXTILWAREN:** Putzlappen (Textile Einwegputzlappen verschiedener Sortierung nach DIN-Norm 61650)

**KUNSTHANDWERK:** Floristische Artikel, Holzarbeiten, versch. Produkte unserer Tagesstätte

**GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE:** Pflanzen/Baumschulprodukte, Sonstiger Gartenbedarf (Brennholz)

**BRIEFMARKEN:** An Händler und Briefmarkensammler richtet sich unser Verkauf von Briefmarken in verschiedenen Sortierungen. Von der Einzelmarke bis hin zur kompletten Sammlung

#### Weitere Betriebsstätten:

Mühlal-Werkstatt 2

An der Flachsröße 2

64367 Mühlal

Telefon: 06151 149-7591

Telefax: 06151 149-7595

E-Mail: [MW-Kundenservice@nrd.de](mailto:MW-Kundenservice@nrd.de)

Grüner Bereich

Nieder-Beerbacher Str. 37

64367 Mühlal

Telefon: 06151 149-7210

Dieburger Werkstätten

Werk 1

Industriestraße 2-6

64807 Dieburg

Telefon: 06071 9635-12

E-Mail: [DIW1-Kundenservice@nrd.de](mailto:DIW1-Kundenservice@nrd.de)

Dieburger Werkstätten

Werk 2

Lagerstraße 33

64807 Dieburg

Telefon: 06071 9635-74

E-Mail: [DIW2-Kundenservice@nrd.de](mailto:DIW2-Kundenservice@nrd.de)

Betriebsstätte für psychisch behinderte Menschen:

Dieburger Werkstätten

Reha-Werkstatt

Darmstädter Str. 81

64839 Dieburg/Münster

Telefon: 06071 9206-5

Verwaltung:

Stiftung Nieder-Ramstädter

Diakonie

Bodelschwingweg 5

64367 Mühlal

Telefon: 06151 149-0

Telefax: 06151 149117



## Hessen (Bezirk der Regionaldirektion Hessen)

### REAS GmbH & Co. KG Werkstatt für behinderte Menschen

(Reg.-Nr. 4/53)

Am Steinhügel 1  
64397 Modautal/Asbach  
Telefon: 06167 7900-0  
Telefax: 06167 7900-27  
E-Mail: [info@reas.de](mailto:info@reas.de)  
Homepage: <http://www.reas.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Metallmontage

HOLZ: Holzmontage

KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage

ELEKTRO: Kabelkonfektionierung

RECYCLING: Kork-Recycling, Kunststoff-Recycling, Demontearbeiten

DRUCK/GRAFIK: Fotokopieren

VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (Großküche), Reinigungsarbeiten

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Umzugs- und Transportarbeiten, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

## Hessen (Bezirk der Regionaldirektion Hessen)

### Behindertenhilfe Bergstrasse gemeinnützige GmbH

(Reg.-Nr. 4/6)

Darmstädter Str. 150  
64625 Bensheim  
Telefon: 06251 7006-0  
Telefax: 06251 7006-44  
E-Mail: [info@bh-b.de](mailto:info@bh-b.de)  
Homepage: <http://www.bh-b.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage, etc.

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung,

Spielzeugherstellung

KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung, Platinenbestückung

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGS- UND MONTAGEARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (Mittagscatering für Firmen,

Schulen, etc.), Wäscherei

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,

Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen, Qualitätssicherung

(Produktkontrolle für externe Firmen)

Produkte:

KUNSTHANDWERK: Kreativartikel & Saisonartikel (Themen: Frühling & Sommer, Ostern, Halloween, Weihnachten)

HAUSHALTSWAREN: Teigbretter, Frühstücksbretter, Raclettespachteln, etc.

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen &

Nistkästen

#### Weitere Betriebsstätten:

Werkstatt Fürth

Erbacher Str. 63

64658 Fürth

Telefon: 06253 2009-0

Telefax: 06253 2009-40

Werkstatt Lorsch

Starkenburgring 11-13

64653 Lorsch

Telefon: 06251 93685-0

Telefax: 06251 93685-33

## Hessen (Bezirk der Regionaldirektion Hessen)

### Bensheimer Werkstätten

(Reg.-Nr. 4/47)

Sparkassenallee 7  
64625 Bensheim  
Telefon: 06251 85514-0  
Telefax: 06251 85514-14  
E-Mail: [info@wfb-bensheim.de](mailto:info@wfb-bensheim.de)  
Homepage: <http://www.wfb-bensheim.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen (Sägen, Bohren, Fräsen, Drehen - nur Aluminium)  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
DRUCK/GRAFIK: Fotokopieren, Druckweiterverarbeitung (z.B. Laminieren)  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Vervielfältigung von Datenträgern (CD's brennen und bedrucken - Thermotransferdruck - in Kleinserien bis 300 Stück)  
MAILING UND VERSANDARBEITEN: Infopost, Briefe, Päckchen, Pakete  
VERPACKUNGSARBEITEN:  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Montagearbeiten, Dauerversuche

#### Weitere Betriebsstätten:

Zweigwerkstatt Mörlenbach  
Werkstatt für psychisch kranke Menschen  
Industriestraße 42  
69509 Mörlenbach  
Telefon: 06209 797338-0  
Telefax: 06209 797338-9

## Hessen (Bezirk der Regionaldirektion Hessen)

### AWO Integra gGmbH - Bereich Arbeiten gemeinnützige Gesellschaft für Soziale Arbeit Werkstätten für Menschen mit Behinderung

(Reg.-Nr. 4/31)

Wiesenweg 23  
64739 Höchst/Odenwald - OT Mümling-Grumbach  
Telefon: 06163 9326-0  
Telefax: 06062 9326-40  
E-Mail: [info@integra-home.de](mailto:info@integra-home.de)  
Homepage: <http://www.awo-hs.org/inklusion/teilhabe-an-arbeit/werkstaetten>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Metallverarbeitung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffverarbeitung, Kunststoffmontage  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN: z.B. Montage und Konfektionierung  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (kompletter Veranstaltungsservice), Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Internetshop, Oldtimer - Kfz-Werkstatt, Stagemobil (mobile Veranstaltungsbühne), Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

#### Weitere Betriebsstätten:

Werk II  
Carl-Benz-Str. 6  
64711 Erbach  
Telefon: 06062 9426-0  
Telefax: 06062 942620  
  
Werkstatt für seelisch behinderte Menschen:  
  
Friedrich-Ebert-Str. 18  
64711 Erbach  
Telefon: 06062 9440-0  
Telefax: 06062 9440-33

Verwaltung  
Helmholtzstr. 3  
64711 Erbach

Träger:  
AWO Integra gGmbH  
gemeinnützige Gesellschaft für  
Soziale Arbeit  
Kruppstr. 105  
60388 Frankfurt

## Hessen (Bezirk der Regionaldirektion Hessen)

### Heydenmühle e.V.

(Reg.-Nr. 4/51)

Außerhalb 3  
64853 Otzberg-Lengfeld  
Telefon: 06162 9404-0  
Telefax: 06162 9404-80  
E-Mail: [werkstatt@heydenmuehle.de](mailto:werkstatt@heydenmuehle.de)  
Homepage: <http://www.heydenmuehle.de>

## Hessen (Bezirk der Regionaldirektion Hessen)

### EVIM Gemeinnützige Behindertenhilfe GmbH

(Reg.-Nr. 4/45)

Auguste-Victoria-Str. 16  
65185 Wiesbaden  
Telefon: 0611 99009-0  
Telefax: 0611 99009-44  
E-Mail: [behindertenhilfe@evim.de](mailto:behindertenhilfe@evim.de)  
Homepage: <http://www.evim.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
BAU-/RENOVIERUNGSARBEITEN  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Daten- und Texterfassung, Digitale Archivierung, Mikroverfilmung, Vervielfältigung von Datenträgern, Sonstige EDV-Dienstleistungen  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung

#### Weitere Betriebsstätten:

Reha-Werkstatt Wiesbaden  
Im Rad 18  
65197 Wiesbaden  
Telefon: 0611 89093-0  
Telefax: 0611 89093-10  
E-Mail: [reha-werkstatt@evim.de](mailto:reha-werkstatt@evim.de)

Reha-Druck  
Daimler Ring 6  
65205 Wiesbaden-Nordenstadt  
Telefon: 06122 12162  
Telefax: 06122 92517

ESCAN  
Adalbert-Stifter-Str. 15  
65375 Oestrich-Winkel  
Telefon: 06723 8040125  
Telefax: 06723 8040126

EKOM  
Schulstr. 48  
65795 Hattersheim  
Telefon: 06190 892724  
Telefax: 06190 892720

Betriebsstätte für seelisch  
behinderte Menschen  
Werkstatt auf der Au  
Auf der Au 24  
65510 Idstein  
Telefon: 06126 95906-0  
Telefax: 06126 95906-15

## Hessen (Bezirk der Regionaldirektion Hessen)

### Gemeinnütziger Verein für Behindertenhilfe Wiesbaden-Rheingau-Taunus Kreis e.V.

#### wfb Wiesbaden-Rheingau-Taunus

(Reg.-Nr. 4/13)

Hagenauer Str. 45  
65203 Wiesbaden  
Telefon: 0611 928200  
Telefax: 0611 9282044  
E-Mail: [simeon.ries@wfb-wiesbaden.de](mailto:simeon.ries@wfb-wiesbaden.de)  
Homepage: <http://www.wfb-wiesbaden.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Möbelfertigung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen

Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Saisonartikel  
MÖBEL: Arbeits- und Büromöbel  
SONSTIGE PRODUKTE: Reha-Mittel: Bürostühle

#### Weitere Betriebsstätten:

wfb Wiesbaden-Rheingau-Taunus  
Im Langenacker 4  
65329 Hohenstein-Breithardt  
Telefon: 06120 90530  
Telefax: 06120 1062

wfb Wiesbaden-Rheingau-Taunus  
Kirchstraße 29  
65326 Aarbergen  
Telefon: 06120 90620  
Telefax: 06120 6739

wfb Wiesbaden-Rheingau-Taunus  
Obere Bein 16  
65375 Oestrich-Winkel  
Telefon: 06723 91970  
Telefax: 06723 1535

wfb Wiesbaden-Rheingau-Taunus  
Pfälzer Str. 7-9  
65203 Wiesbaden  
Telefon: 0611 1749100  
Telefax: 0611 1749112

## Hessen (Bezirk der Regionaldirektion Hessen)

### Sankt Vincenzstift gGmbH Rheingau Werkstätten Rüdesheim (RWR)

(Reg.-Nr. 4/44)

Vincenzstr. 60  
65385 Rüdesheim  
Telefon: 06722 901405  
Telefax: 06722 901460  
E-Mail: [rwr@st-vincenzstift.de](mailto:rwr@st-vincenzstift.de)  
Homepage: <http://www.rheingau-werkstaetten.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Metallmontage  
HOLZ: Schreinerarbeiten aller Art  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Qualitätssicherung  
(Produktkontrolle für Externe)

#### Weitere Betriebsstätten:

WfbM Hugo-Asbach-Straße  
Hugo-Asbach-Str. 86  
65385 Rüdesheim am Rhein  
Telefon: 06722 901-600, -603

Wäscherei Aulhausen  
Vincenzstraße 60  
65385 Rüdesheim am Rhein  
Telefon: 06722 901-210

## Hessen (Bezirk der Regionaldirektion Hessen)

### Werkstätten für Behinderte Rhein-Main e.V.

(Reg.-Nr. 4/5)

Elsa-Brändström-Allee 15  
65428 Rüsselsheim  
Telefon: 06142 932-0  
Telefax: 06142 932-28  
E-Mail: [info@wfb-rhein-main.de](mailto:info@wfb-rhein-main.de)  
Homepage: <http://www.wfb-rhein-main.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN  
RECYCLING: Demontagearbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren, Herstellung von Imagebroschüren, Flyern, Produktkatalogen, Visitenkarten  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Digitale Archivierung  
VERPACKUNGSARBEITEN  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung  
Produkte:  
MÖBEL: Arbeits- und Büromöbel  
SONSTIGE PRODUKTE: Schilder, Stempel, Luftfrachtsicherungssysteme

#### Weitere Betriebsstätten:

Am Winkelgraben 2  
64584 Biebesheim  
Telefon: 06258 80080  
Telefax: 06258 800821

Opelstr. 19a  
64546 Mörfelden-Walldorf  
Telefon: 06105 40511-0  
Telefax: 06105 40511-20

Betriebsstätte für seelisch behinderte Menschen:

Solvere gGmbH  
Stahlstraße 34  
65428 Rüsselsheim  
Telefon: 06142 301981-0  
Telefax: 06142 301981-19

## Hessen (Bezirk der Regionaldirektion Hessen)

### Vitos Teilhabe gemeinnützige GmbH

### Vitos Behindertenhilfe Region Idstein

### Vitos Werkstatt für behinderte Menschen Idstein

(Reg.-Nr. 4/38)

Veitenmühlweg 10  
65510 Idstein  
Telefon: 06126 23-608  
Telefax: 06126 23-620  
E-Mail: [joerg.koehnemann@vitos-teilhabe.de](mailto:joerg.koehnemann@vitos-teilhabe.de)  
Homepage: <http://www.vitos-teilhabe.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
RECYCLING: Kork-Recycling  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege, Brennholzherstellung  
Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte, Sonstiger Gartenbedarf (Kamin- und Brennholz)  
SONSTIGE PRODUKTE: Korkgranulat als biologisches Dämmmaterial

### Lebenshilfe Limburg gemeinnützige GmbH

(Reg.-Nr. 4/11)

Wiesbadener Str. 15  
65549 Limburg/Lahn  
Telefon: 06431 993-0  
Telefax: 06431 993200  
E-Mail: [info@lebenshilfe-ldz.de](mailto:info@lebenshilfe-ldz.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-limburg-diez.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

##### Auftragsarbeiten:

**METALL:** Umformen, Trennen (z. B. Drehen, Bohren, Stanzen, Zuschnitt), CNC-Bearbeitung (z. B. CNC-Fräsen, CNC-Stangendreher), Fügen (z. B. Pressen, Roboter-Schweißen, Punktschweißen), Metallmontage, Metallbearbeitung-KFZ-Träger, Aluminium Profilzuschnitt, Aluminiumzuschnitte und Entgratungen von Profilstangen

**HOLZ:** Holzbearbeitung (z. B. Holzzuschnitt, Plattenzuschnitt, Fräsen), Holzmontage, Kistenfertigung (Überseekisten, Verpackungskisten, Verpackungskisten mit IPPC Standard), Sonderpaletten, Coilträger

**KUNSTSTOFF:** Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage, Heißformgebung von Schaumstoffen, Kleben, PE-, PP-, PET-Platten Verarbeitung, Kunststoffstanzen

**ELEKTRO:** Elektromontage, Kabelkonfektionierung, Lampenmontage, Gebäudeeinbauten, Moduleinbauten für Schaltschrankelemente, Modulverdrahtungen

**TEXTIL/LEDER:** Lederarbeiten, Stanzen, Textilkonfektionierung

**RECYCLING:** Elektro-/Elektronik-Recycling, Demontagearbeiten, Entsorgungsbetrieb, Sammelstelle für E-Geräte

**MAILING UND VERSANDARBEITEN:** Konfektionierung von Prospekteinlagen, Konfektionierung von Werbeträger

**VERPACKUNGSARBEITEN:** Schrumpffolieren mit Durchlass bis 300 x 400 mm, Kartonageverpackung, Beutelverpackungen, Schrauben- und Kleinteilverpackung, Verpackung von Montagesets, Verpackung von Medizinprodukten / Pflegeartikel.

**MONTAGEARBEITEN:** Handarbeiten zu Kartonverpackungen, Kunststoffmontagen, Metallmontagen, Kleinteilserien, Produktmontagen, Einpressen, Verschrauben, Klicken, Kleben, Zuschneiden

**HAUSWIRTSCHAFT:** Wäscherei für hauswirtschaftliche und gewerbliche Flachwäsche

**GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE:** Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege, Rasenanlagen

**FAHRRADSERVICE und -VERKAUF,** Fahrradmontage, E-Bikes, Fahrradinspektionen, Reparaturservice

**SONSTIGE LEISTUNGEN:** Logistische Leistungen (Lagerkonfektionierung und Kommissionierung, Großtrailerrampe für Speditionen. Lagerkapazität rd. 450 Pal.Stellplätze, Liefer- und Versandservice für Kurzstrecken 7,5 t LKW. Großtrailerrampe für Speditionen.)

**LOHNFERTIGUNG:** Fertigung mit beigestellten Maschinen und Anlagen

##### Produkte:

**SONSTIGE PRODUKTE:** E-Bikes, Fahrräder, Fahrradzubehör, Überseekisten mit IPPC Zertifikat, Großverpackungskisten bis zu 4 m, Kunststoff-Formprodukte bis 2 m, Heißformen von Matten und Flachschaumprodukten, Metallformprodukte bis 200 x 200 mm, Metallfräs- und Drehprodukte bis 60 mm Durchmesser nach Kundenzeichnungen.

#### Weitere Betriebsstätten:

Lebenshilfe Limburg gemeinnützige GmbH

Wiesbadener Str. 15

65549 Limburg

Telefon: 06431 993-241

Telefax: 06431 993-242

Lebenshilfe Limburg gemeinnützige GmbH

Werkstatt für psychisch Behinderte  
Eisenbahnstr. 1

65549 Limburg

Telefon: 06431 993-495

Telefax: 06431 993-499

Lebenshilfe Limburg gemeinnützige GmbH

Werkstatt Oderstraße

Rudolf-Schuy-Str. 18

65549 Limburg

Telefon: 06431 993-370

Telefax: 06431 993-380

Lebenshilfe Limburg gemeinnützige GmbH

Heinrich-Hertz-Str. 13

65582 Diez

Telefon: 06431 993-270

Telefax: 06431 993-271

Lebenshilfe Limburg gemeinnützige GmbH

Großmannswiese 26

65594 Runkel-Ennerich

Telefon: 06431 92175010

Telefax: 06431 993-499



## Hessen (Bezirk der Regionaldirektion Hessen)

### **EVIM Gemeinnützige Behindertenhilfe GmbH Werkstatt Schlocker-Stiftung**

(Reg.-Nr. 4/49)

Dürerstr. 25  
65795 Hattersheim  
Telefon: 06190 8998-0  
Telefax: 06190 8998-20  
E-Mail: [schlocker-stiftung-werkstatt@evim.de](mailto:schlocker-stiftung-werkstatt@evim.de)  
Homepage: <http://www.evim.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

ELEKTRO: Elektromontage

EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Daten- und Texterfassung, Digitale Archivierung (Scan-Dienstleistungen)

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN

MONTAGEARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Fahrradwerkstatt, Lager-/Logistikarbeiten

Produkte:

LEBENSMITTEL: Brot und Backwaren

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte

## Mecklenburg-Vorpommern (Bezirk der Regionaldirektion Nord)

### **Diakoniewerkstätten Neubrandenburg gGmbH**

(Reg.-Nr. 11/13)

Adolph-Kolping-Str. 16  
17034 Neubrandenburg  
Telefon: 0395 42954-0  
Telefax: 0395 42954-11  
E-Mail: [info@diakoniewerkstaetten.de](mailto:info@diakoniewerkstaetten.de)  
Homepage: <https://diakoniewerkstaetten.jimdo.com>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling, Demontagearbeiten,

Textilaufbereitung

DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Umzugs- und Transportarbeiten, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

Produkte:

TEXTIL-/LEDERWAREN: Putzlappen

LEBENSMITTEL: Landwirtschaftliche Erzeugnisse

KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Kerzen, Korb- und Stuhlflechtarbeiten

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte,

Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel

PAPIERWAREN

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Preetzer Str. 11  
17153 Stavenhagen  
Telefon: 039954 2777-0  
Telefax: 039954 2777-11

Zum Pfarrhaus 2a  
17039 Brunn / OT Dahlen  
Telefon: 039601 3014-0  
Telefax: 039601 3014-1

Autismusprojekt Teetzleben  
Dorfstraße 32  
17091 Groß Teetzleben  
Telefon: 03961 229449  
Telefax: 03961 262501

Burg Stargard  
Burg 1  
17094 Burg Stargard

Logistikcenter  
Rasgrader Straße 36  
17034 Neubrandenburg



### Peene Werkstätten GmbH

### Werkstätten und Wohnheime für Menschen mit Behinderung

(Reg.-Nr. 11/19)

Ockelweg 2  
17109 Demmin  
Telefon: 03998 2838-0  
Telefax: 03998 2838-11  
E-Mail: [pwg@peenewerkstaetten.de](mailto:pwg@peenewerkstaetten.de)  
Homepage: <http://www.peenewerkstaetten.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

##### Auftragsarbeiten:

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Holzelementefertigung, Möbelfertigung

ELEKTRO: Elektromontage (Montage von Baugruppen, Lampen-/  
Leuchtenmontage, Platinen bestücken), Kabelkonfektionierung (z.B. Ablängen,  
Abisolieren, Crimpen, Kabelarbeiten, Kabelbäume)

VERPACKUNGSARBEITEN: Konfektionierung aller Art

HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (auch Essen auf Rädern),

Wäscherei, Reinigungsarbeiten (z.B. Büro-, Hof-, Straßen- und  
Gebäudereinigung)

HAUSMEISTERDIENSTE

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Gastronomie (Bistro)

##### Produkte:

LEBENSMITTEL: Gemüse-Abokiste (Biogemüse aus eigener Gärtnerei)

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Keramik, Saisonartikel

MÖBEL: Kleinmöbel, Regale, Wohnmöbel

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel,  
Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel, Sonstiger Gartenbedarf

HOLZPARKETT: Massivparkett von 8 bis 22 mm Stärke aus einheimischen  
Eiche (Tafel-, Stab- und Lamparkett - Mosaik- und Hochkantlamellenparkett -  
Robustlamellen- und Klinkerparkett), andere Holzarten auf Nachfrage

HOLZBRIKETT: hergestellt aus Hartholzspänen ohne Zusätze

HOLZNÄGEL: hergestellt aus Eiche für Fachwerke

SONSTIGE PRODUKTE: Deko- und Gestaltungselemente, Treppenstufen,  
Leisten, Bilderrahmen und Bauelemente

#### Weitere Betriebsstätten:

Bioland-Gärtnerei "Querbeet"

Levenhäger Str. 7

18516 Süderholz / OT Griebenow

Telefon: 038332 80449

Telefax: 038332 80412

E-Mail:

[querbeet@peenewerkstaetten.de](mailto:querbeet@peenewerkstaetten.de)

Grimmener Werkstätten

Am Stadtwald 3

18507 Grimmen

Telefon: 038326 4616-0

Telefax: 038326 4616-1

E-Mail: [werkstatt-](mailto:werkstatt-grimmen@peenewerkstaetten.de)

[grimmen@peenewerkstaetten.de](mailto:grimmen@peenewerkstaetten.de)

Betriebsstätte "PeWe-II"

Drönnewitzer Straße 47

17109 Demmin

Telefon: 03998 28589-10

Telefax: 03998 28589-28

## Lebenshilfswerk Waren gGmbH

(Reg.-Nr. 11/30)

Gievitzer Str. 1/1a  
17192 Waren  
Telefon: 03991 61157-100  
Telefax: 03991 61157-101  
E-Mail: [info@lebenshilfswerk-waren.de](mailto:info@lebenshilfswerk-waren.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfswerk-waren.de>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

#### Auftragsarbeiten:

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung, Bildereinrahmungen

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

TEXTIL/LEDER: Näherei, Stickerei

VERPACKUNGS- und KONFEKTIONIERUNGSARBEITEN verschiedenster Art, Schrumpftunnel

HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (Küche: Versorgung mit Mittagessen, Partyservice), Wäscherei (Wäscherei und Textilreinigung für gewerbliche und private Kunden)

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

KERAMIKMANUFAKTUR: Fertigung von auftragsbezogenen Keramikartikeln

KERZENMANUFAKTUR: Fertigung von auftragsbezogenen Kerzen

HOTEL: Vermietung von Zimmern und Konferenzräumen, Herstellung von Konditoreiwaren (Kuchen, Torten, Hochzeitstorten, Pralinen, Fruchtaufstriche), Restaurant, Partyservice

#### Produkte:

LEBENSMITTEL: Landwirtschaftliche Erzeugnisse (Obst u. Gemüse), Torten und Pralinen, Fruchtaufstrich

KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Präsente, Keramik, Kerzen, Korb- und Stuhlflechtarbeiten, Saisonartikel

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte, Pflanzenkübel

### Weitere Betriebsstätten:

Gärtnerei Schwenzin  
Schwenzin 6  
17192 Schwenzin  
Telefon: 03991 122513  
Telefax: 03991 186969

Landschaftspflegehof  
Müritz Hof 1  
17192 Müritz Hof  
Telefon: 03991 61154-0  
Telefax: 03991 61154-15  
E-Mail:  
[mueritzhof@lebenshilfswerk-waren.de](mailto:mueritzhof@lebenshilfswerk-waren.de)

Landschaftsgärtnerei am  
Tiefwareensee  
Wossidlostr. 7  
17192 Waren  
Telefon: 03991 125641  
Telefax: 03991 180770  
E-Mail: [walossek@lebenshilfswerk-waren.de](mailto:walossek@lebenshilfswerk-waren.de)

Hotel Am Tiefwareensee  
Wossidlostr. 7  
17192 Waren  
Telefon: 03991 7475100  
Telefax: 03991 7475103  
Homepage: [www.hotel-am-tiefwareensee.de](http://www.hotel-am-tiefwareensee.de)  
E-Mail: [info@hotel-am-tiefwareensee.de](mailto:info@hotel-am-tiefwareensee.de)

Hauswirtschaftsbereich im  
Kindergarten Lütt Matten  
Schleswiger Str. 7  
17192 Waren  
Telefon: 03991 167204  
Telefax: 03991 167204  
E-Mail:  
[kindergarten@lebenshilfswerk-waren.de](mailto:kindergarten@lebenshilfswerk-waren.de)

Gievitzer Straße 88  
17192 Waren  
Telefon: 03991 611579-100  
Telefax: 03991 611579-105  
E-Mail: [montage@lebenshilfswerk-waren.de](mailto:montage@lebenshilfswerk-waren.de)

Laden Papillon  
Kirchenstraße 19  
17192 Waren  
Telefon: 03991 668490

### Rehabilitationszentrum Neustrelitz e. V. Neustrelitzer Werkstätten

(Reg.-Nr. 11/12)

Tannenhof 30  
17235 Neustrelitz  
Telefon: 03981 24680  
Telefax: 03981 246826  
E-Mail: [info@reha-zentrum.net](mailto:info@reha-zentrum.net)  
Homepage: <http://www.neustrelitzer-werkstaetten.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung

TEXTIL/LEDER: Näherei (Schneiderei), Stickerei

BAU-/RENOVIERUNGSARBEITEN

RECYCLING: Demontagearbeiten (z. B. Waschmaschinen, Geschirrspüler)

VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Reinigungsarbeiten

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und

Pflanzenpflege, Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Gastronomie (Tiergartengaststätte),

Reinigungsarbeiten an Reha-Technik (z. B. Rollstühle, Rollatoren, Pflegebetten  
u. ä.)

Produkte:

TEXTIL-/LEDERWAREN: Bekleidung, Haus- und Heimtextilien

KUNSTHANDWERK: Dekorationsartikel aus Holz und Keramik, Kerzen,

Kerzenständer

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte,

Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Sonstiger Gartenbedarf (Kaminholz, Kamin-  
und Grillanzünder)

SONSTIGE PRODUKTE: Bauelemente (z. B. Treppen, Türschwellen, Türen,  
Geländer, Tore, Zaunelemente), Dachkonstruktionen,

Terassenüberdachungen, Vordächer, Carports, Saunen

#### Weitere Betriebsstätten:

Betriebsstätte Stadtmitte

Am Tiergarten 14

17235 Neustrelitz

Telefon: 03981 204499

Telefax: 03981 2367959

Tiergartengaststätte

Am Tiergarten 14

17235 Neustrelitz

Telefon: 03981 204489

Betriebsstätte Bürgerseeweg

Bürgerseeweg 21

17235 Neustrelitz

Telefon: 03981 256757

Telefax: 03981 256776

## Gemeinnützige Werk- und Wohnstätten GmbH in Pasewalk

(Reg.-Nr. 11/17)

An den Stadtwerken 5  
17309 Pasewalk  
Telefon: 03973 20810  
Telefax: 03973 208140  
E-Mail: [info@gww-pasewalk.de](mailto:info@gww-pasewalk.de)  
Homepage: <http://www.gww-pasewalk.de>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

#### Auftragsarbeiten:

**METALL:** Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage, Zuschnitte von Metallteilen, Oberflächenveredelung, Punktschweißen  
**HOLZ:** Holzbearbeitung, Holzmontage, Palettenherstellung (Sonderpaletten, Reparatur), Nistkästen, Infotafeln für Rad- und Wanderwege  
**KUNSTSTOFF:** Kunststoffmontage  
**ELEKTRO:** Elektromontage  
**TEXTIL/LEDER:** Polsterei, Möbelaufarbeitung (Gebrauchtmöbel)  
**LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN:** Möbelaufarbeitung  
**DRUCK/GRAFIK:** Druckerei, Fotokopieren, Bedrucken von Gegenständen (Sieb-, Textildruck, Fahrzeugbeschriftung, Berufsbekleidung, Schilder)  
**MONTAGE UND VERPACKUNG:** Montage-, Demontearbeiten von Teilen und Baugruppen  
**VERPACKUNGSARBEITEN:** Konfektionierung, Folienschweißen  
**HAUSWIRTSCHAFT:** Catering (Mittagsversorgung), Wäscherei (Textilreinigung für gewerbliche und private Kunden), Dienstleistung im Bereich der Gebäudereinigung  
**GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE:** Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau (z. B. Gemüse- und Zierpflanzenbau: Gewächshaus- und Freilandkulturen), Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege, Grabpflege und Pflege von Grünanlagen für Friedhöfe  
**SONSTIGE LEISTUNGEN:** Winterdienst, Lohnschlachtung

#### Produkte:

**LEBENSMITTEL:** Fleisch- und Wurstwaren, landwirtschaftliche Erzeugnisse, Obst und Gemüse aus dem Gartenbau  
**KUNSTHANDWERK:** Floristische Artikel (z. B. Kranzbindarbeiten), Holzarbeiten, Keramik und Töpferwaren, Saisonartikel, Anfertigen von Präsenten und Strohbindarbeiten  
**MÖBEL:** Möbelbörse (Aufarbeitung Gebrauchtmöbel)  
**GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE:** Pflanzen/Baumschulprodukte, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Sonstiger Gartenbedarf (Brennholz)  
**WERBEMITTEL:** Werbemittel (Banner, Tafeln/Schilder, Schaufensterbeklebung etc.) für private und öffentliche Kunden

### Weitere Betriebsstätten:

Betriebsstätte Werkstatt  
Ueckermünde  
Belliner Str. 31 a  
17373 Ueckermünde  
Telefon: 039771 53680  
Telefax: 039771 536825

Betriebsstätte Gärtnerei  
Ueckermünde  
Reeperbahn 1  
17373 Ueckermünde  
Telefon: 039771 22941  
Telefax: 039771 54590

Betriebsstätte BBB Kastanienhof  
Robert-Koch-Straße  
17373 Ueckermünde  
Telefon: 039771 41547  
Telefax: 039771 579930

Betriebsstätte Woldegk  
Neubrandenburger Chaussee 13  
17348 Woldegk  
Telefon: 03963 2579191  
Telefax: 03963 2579199

Betriebsstätte Gärtnerei Koblenz  
Dorfstraße 14  
17309 Koblenz  
Telefon: 039743 50325  
Telefax: 039743 50335

Betriebsstätte Möbelbörse Torgelow  
Espelkamper Straße 10c  
17358 Torgelow  
Telefon: 03976 280076  
Telefax: 03976 280099

Betriebsstätte für psychisch  
behinderte Menschen:

Betriebsstätte "FLEXWORK"  
Bereich für Menschen mit  
psychischen Behinderungen  
Borkenstraße 18  
17358 Torgelow  
Telefon: 03976 280131  
Telefax: 03976 280133

### Bughenhagen-Werkstatt im Evang. Diakoniewerk Bethanien

(Reg.-Nr. 11/21)

Gewerbering 1  
17398 Ducherow  
Telefon: 039726 88250  
Telefax: 039726 88263  
E-Mail: [wbleit@bethanien-ducherow.de](mailto:wbleit@bethanien-ducherow.de)  
Homepage: <http://www.bethanien-ducherow.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

##### Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Fügen, Trennen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Holzmontage  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
RECYCLING: Demontagearbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren, Grafische Gestaltung  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Landwirtschaft

##### Produkte:

LEBENSMITTEL: Fleisch- und Wurstwaren, Landwirtschaftliche Erzeugnisse  
KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Holzarbeiten, Keramik, Kerzen, Korb- und Stuhlflechtarbeiten, Saisonartikel, Textilien  
HAUSHALTSWAREN  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte, Garten- und Landschaftsmöbel, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Sonstiger Gartenbedarf (Brennholz)  
SONSTIGE PRODUKTE: Bauelemente

#### Weitere Betriebsstätten:

Stralsunder Straße 2  
17389 Anklam  
Telefon: 03971 290560  
Telefax: 03971 290563

Am Spargelberg 3  
17424 Heringsdorf  
Telefon: 038378 3780  
Telefax: 038378 37822

Außenstelle der Bst. Heringsdorf  
Waldbühnenweg 3  
17424 Heringsdorf

Schulstraße 3  
17419 Zierchow  
Telefon: 038376 2952-0

### **Pommerscher Diakonieverein e. V. Greifenwerkstatt Greifswald**

**(Reg.-Nr. 11/10)**

Am Helmschäger Berg 7  
17489 Greifswald  
Telefon: 03834 5821-0  
Telefax: 03834 5821-99  
E-Mail: [greifenwerkstatt@pommerscher-diakonieverein.de](mailto:greifenwerkstatt@pommerscher-diakonieverein.de)  
Homepage: <http://www.pommerscher-diakonieverein.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung

TEXTIL/LEDER: Näherei

BAU-/RENOVIERUNGSARBEITEN: Maler-, Fußbodenverlege-, Tapezierarbeiten

DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung, Fotokopieren

MAILING UND VERSANDARBEITEN: Massensend, Serienbrieffertigung, Onlineversand

MONTAGE- UND VERPACKUNGSARBEITEN: Konfektionieren, Verpacken

HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (Frühstücks- und

Mittagsversorgung), Reinigungsarbeiten, Wäscherei

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Bioland-Gärtnerei und Bio-Landwirtschaft, Bio-Tierhaltung (Geflügel),

Fahrradwerkstatt, Gastronomie und Tagungshotel, Musikband,

Keramikwerkstatt, Hostien-Bäckerei, Atelier und Kerzenwerkstatt, Käserei

Produkte:

LEBENSMITTEL: Brot- und Backwaren (Hostienbäckerei), Fleisch- und Wurstwaren (Geflügelfleisch), Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Bioprodukte

(Bioland-Produkte: Gemüse, Käse, Fleisch, Wurst und Eier)

TEXTIL-/LEDERWAREN: Bekleidung, Haus- und Heimtextilien

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Keramik, Kerzen, Malerei und Skulpturen

MÖBEL: Arbeits- und Büromöbel, Kleinmöbel, Regale, Wohnmöbel

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel, Sonstiger Gartenbedarf

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Betriebsstätte Servicehaus  
Am Markt 23/24  
17489 Greifswald  
Telefon: 03834 5178-18  
Telefax: 03834 5178-25

Greifenwerkstatt Züssow  
Gustav-Jahn-Str. 4  
17495 Züssow  
Telefon: 038355 649-360  
Telefax: 038355 649-399

Betriebsstätte Wolgast  
Nexöer Straße 8  
17438 Wolgast  
Telefon: 03836 234265  
Telefax: 03836 234690

Betriebsstätte Bergen  
Industriestraße 18 a  
18528 Bergen  
Telefon: 03838 252372  
Telefax: 03838 822684

Betriebsstätte für psychisch  
behinderte Menschen:

Feldstr. 83  
17489 Greifswald  
Telefon: 03834 5419-26  
Telefax: 03834 5419-99

**Rostocker DRK Werkstätten gGmbH  
Hauptwerkstatt RW 1**

**(Reg.-Nr. 11/1)**

Hundsburgallee 11a  
18069 Rostock  
Telefon: 0381 20773-30  
Telefax: 0381 20773-90  
E-Mail: [johannisson@wfbm-rowe.de](mailto:johannisson@wfbm-rowe.de)  
Homepage: <http://www.wfbm-rowe.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Palettenherstellung, Möbelfertigung

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

TEXTIL/LEDER: Näherei

DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung

EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Logistische Leistungen, Prüfung  
nach BGV A3 (Elektrocheck)

Produkte:

KUNSTHANDWERK: Keramik, Kerzen, Saisonartikel

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen

SPIELWAREN: Holzspielwaren, Therapeutisches Spielzeug

**Weitere Betriebsstätten:**

Werkstattbereich RW2 mit  
Gartenwerk  
Hundsburgallee 9  
18069 Rostock  
Telefon: 0381 1283190

Werkstattbereich RW3  
An den Griebensöllen 4  
18069 Rostock  
Telefon: 0381 778556-31  
Telefax: 0381 778556-45

Werkstattbereich RW5  
Industriestraße 15  
18069 Rostock  
Telefon: 0381 207407-11

Betriebsstätte für psychisch  
behinderte Menschen:

Werkstattbereich RW4  
Charles-Darwin-Ring 5  
18059 Rostock  
Telefon: 0381 37745110



### Michaelwerk

(Reg.-Nr. 11/37)

Fährstr. 25  
18147 Rostock  
Telefon: 0381 645300  
Telefax: 0381 645333  
E-Mail: [wfbm@michaelshof.de](mailto:wfbm@michaelshof.de)  
Homepage: <http://www.wfbm.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung, Leimholzanfertigung

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

TEXTIL/LEDER: Näherei, Weberei, Stickerei

DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung (z.B. Drucksachenerstellung, Broschüren), Stempel- und Schilderherstellung, Anfertigung amtlicher Stempel und Siegel

MAILING UND VERSANDARBEITEN: Lettershop, Serienbriefherstellung, Massenversand, Werbemittelversand

VERPACKUNGSARBEITEN: Kartonagen und Papierverarbeitung,

Kleinteilemontagen, Konfektionierung, Folienschweißen

HAUSWIRTSCHAFT: Catering (Küchenbetrieb), Wäscherei, Reinigungsarbeiten

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Lasergravuren nach Kundenvorgabe

Produkte:

KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Holzarbeiten, Keramik, Saisonartikel, Textilien

MÖBEL: Kleinmöbel, Regale

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte,

Garten- und Landschaftsmöbel, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen,

Pflanzkübel, Sonstiger Gartenbedarf

SPIELWAREN: Holzspielwaren

SONSTIGE PRODUKTE: Bauelemente, Kunstoffschilder, Baustellenschilder

#### Weitere Betriebsstätten:

Michaelwerk Kröpelin

Am Stadtbach 1

18236 Kröpelin

Telefon: 038292 861710

Telefax: 038292 861861

E-Mail: [kw@michaelshof.de](mailto:kw@michaelshof.de)

Michaelwerk Bentwisch

Am Campus 18

18182 Bentwisch

Telefon: 0381 375383-0

Telefax: 0381 375383-22

E-Mail: [bentwerk@michaelshof.de](mailto:bentwerk@michaelshof.de)

Michaelwerk Insa 39

Dierkower Damm 39

18146 Rostock

Telefon: 0381 669183-280

Telefax: 0381 645 333

E-Mail: [dorle.thiel@michaelshof.de](mailto:dorle.thiel@michaelshof.de)

Betriebsstätte für psychisch behinderte Menschen:

Michaelwerk Kröpelin multiwerk

Hauptstraße 24

18236 Kröpelin

Telefon: 038292 8217-97

Telefax: 038292 8217-98

E-Mail: [multi-werk@michaelshof.de](mailto:multi-werk@michaelshof.de)

## Güstrower Werkstätten GmbH Hauptwerkstatt Glasewitzer Burg

(Reg.-Nr. 11/5)

Koppelweg 13  
18273 Güstrow  
Telefon: 03843 2347-0  
Telefax: 03843 2347-33  
E-Mail: [glasewitzer-burg@guestrower-werkstaetten.de](mailto:glasewitzer-burg@guestrower-werkstaetten.de)  
Homepage: <http://www.guestrower-werkstaetten.de>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Kistenfertigung, Möbelfertigung

KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN: Pulverbeschichtung

RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling, Kunststoff-Recycling

VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei, Reinigungsarbeiten

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,

Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung

Produkte:

LEBENSMITTEL: Landwirtschaftliche Erzeugnisse  
(Bauernhof in Werle, Bio-Hof)

### Weitere Betriebsstätten:

Werkstatt Koppelberg  
Auf der Dorfstätte 5  
17166 Teterow  
Telefon: 03996 1291-0  
Telefax: 03996 1291-20  
E-Mail: [koppelberg@guestrower-werkstaetten.de](mailto:koppelberg@guestrower-werkstaetten.de)

Landwirtschaftsbereich "Elisabeth-Hof"

Ausbau 3  
18258 Werle  
Telefon: 038453 20620  
Telefax: 038453 20620  
E-Mail: [werle@guestrower-werkstaetten.de](mailto:werle@guestrower-werkstaetten.de)

Güstrower Werkstätten GmbH  
Werkstatt "Am Gartenmarkt"  
Von-Moltke-Str. 29  
17166 Teterow  
Telefon: 03996 158848  
Telefax: 03996 158792

Güstrower Werkstätten GmbH  
Werkstatt "Am Augraben"  
Am Augraben 5  
18273 Güstrow  
Telefon: 03843 2347-87  
Telefax: 03843 2347-33

Güstrower Werkstätten GmbH  
Am Augraben 3  
18273 Güstrow

Güstrower Werkstätten GmbH  
Werkstatt "Winkelhausen"  
Rövertannen 21  
18273 Güstrow  
Telefon: 03843 2347-88  
Telefax: 03843 2347-33

Güstrower Werkstätten GmbH  
Heidenholzweg 7  
17166 Teterow

Betriebsstätten für psychisch  
behinderte Menschen:

Werkstatt Am Sonnenplatz  
Schondorfstr. 3  
18273 Güstrow  
Telefon: 03843 2347-53  
Telefax: 03843 2347-69

E-Mail: [sonnenplatz@guestrowerwerkstaetten.de](mailto:sonnenplatz@guestrowerwerkstaetten.de)

Güstrower Werkstätten GmbH  
Koppelweg 14  
18273 Güstrow

Güstrower Werkstätten GmbH  
Mühlenstraße 48  
18273 Güstrow

## Mecklenburg-Vorpommern (Bezirk der Regionaldirektion Nord)

### **CJD Ribnitz-Damgarten**

### **Anerkannte Werkstatt für Menschen mit Behinderung, Fördergruppe, Wohnheim und Ambulant Betreutes Wohnen**

**(Reg.-Nr. 11/40)**

Rostocker Landweg 6  
18311 Ribnitz-Damgarten  
Telefon: 03821 7091-0  
Telefax: 03821 7091-299  
E-Mail: [cjd-ribnitz-damgarten@cjd.de](mailto:cjd-ribnitz-damgarten@cjd.de)  
Homepage: <http://www.cjd-ribnitz-damgarten.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

HOLZ: Kistenfertigung, Möbelfertigung, Palettenherstellung,  
Sonderanfertigungen, Gestellbau (Strandkörbe, Holzgestelle für Polstermöbel),  
Holz- und Plattenzuschnitt und Bearbeitung

MONTAGE: Verschiedenste Montagearbeiten

VERPACKUNGSARBEITEN, SORTIERUNG

HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (Großküche/Bistro: Mittagsgerichte,  
Kalte Platten)

GEBÄUDEREINIGUNG: Reinigungs- und Pflegearbeiten, Baureinigung

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau (z. B.  
Rasen-, Beet- und Rabattenpflege, Neugestaltung von Flächen, Grabpflege)

SONSTIGE LEISTUNGEN: AKTENVERNICHTUNG: Vernichtung von Akten  
nach DIN 32757, Sicherheitsstufe 1,

LAGERWIRTSCHAFT: Fachgerechte Lagerung von Waren

Produkte:

KUNSTHANDWERK/KERAMIK: Vasen, Windlichter, Geschirr, Glocken,  
Leuchttürme, Räuchermännchen, Sparschweine, Tiere aus Perlen und  
Keramik, Karten für verschiedene Anlässe

KUNSTGEWERBE: Kissen, Taschen, Bildkollagen, Strohsterne, Patchworkteiler,  
Kunstmalerie, Blumengebinde, Peddigrohr, Textilien aus Filz, Topflappen,  
Puppenmöbel aus Holz, Geschenkanhänger, Fensterdekorationen,  
Raumschmuck

MÖBEL: Arbeits- und Büromöbel, Kindergarten-/Schulmöbel,

Wohnheimzimmer, Arztpraxen, Kücheneinrichtungen, Sonderanfertigungen

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel,

Holz pavillions, Sonstiger Gartenbedarf (z. B. Grills, Feuerkörbe)

SONSTIGE PRODUKTE: Bauelemente (Tore, Zäune, Geländer),

Holzveredelung (Massivholzdielen mit Endspundung, Glattkantbretter,  
Banklatten, Terrassendielen)

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Hauptwerkstatt:

Werkstatt Damgarten  
An der Mühle 24  
18311 Ribnitz-Damgarten  
Telefon: 03821 7087-0  
Telefax: 03821 721897

Weitere Betriebsstätte:

Werkstatt Ribnitz  
Rostocker Landweg 6  
18311 Ribnitz-Damgarten  
Telefon: 03821 7091-0  
Telefax: 03821 7091-299

## Stralsunder Werkstätten gGmbH

(Reg.-Nr. 11/2)

Albert-Schweitzer-Str. 1  
18437 Stralsund  
Telefon: 03831 4701-0  
Telefax: 03831 4701-22  
E-Mail: [info@stralsunder-werkstaetten.de](mailto:info@stralsunder-werkstaetten.de)  
Homepage: <http://wfbm-stralsund.de>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

**METALL:** Trennen (z.B. Bohren, Sägen), Fügen, Metallmontage, Demontage für Verschrottung

**HOLZ/TISCHLEREI:** Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung (z. B. Präsentkisten, Weinkisten, Pralinenkisten), Möbelfertigung (Möbelreparatur: Aufarbeiten von Möbeln, Türen, Fenstern), Bau von Holzhütten, Herstellung von Vermessungspfählen, individuelle Auftragsarbeiten

**TEXTIL/SCHNEIDEREI:** Näh- und Änderungsarbeiten, Kürzen von Hosen, Auswechseln von Reißverschlüssen, Nähen von Bojenflaggen und Industriefiltern

**GRAVIEREREI/DRUCK:** Gravuren auf Kunststoff, Holz, Leder, Metall, Folie, Glas, Acryl und Fliesen, Druck von Ausweisen, Namens- und sonstigen Schildern

**VERPACKUNGS- UND MONTAGEARBEITEN:** Verpackung von Kleinteilen, Verpackungsarbeiten für die Wirtschaft, Folienschweißen, Schrumpfarbeiten, Konfektionieren

**HAUSWIRTSCHAFT:** Wäscherei (Waschen, Mangeln und Bügeln von Bettwäsche, Betten und Zubehör, Tisch- und Haushaltswäsche, Ober- und Arbeitsbekleidung, Reinigung von Wischmopps)

**GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE:** Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege (z.B. Rasen- und Rabattenpflege, Heckenschnitte, Baumfällung/Gehölzschnitt, Entfernung von Sträuchern, Laubentsorgung, Schreddern von Kron- und Heckenschnitt, Verkauf von Schreddergut, Urbarmachung von verwilderten Grundstücken, Reinigung von Pflasterflächen, Entsorgung der Grünabfälle)

**AKTENVERNICHUNG:** Bereitstellung von Aktencontainern, Transport von Altakten, Aktenvernichtung gemäß den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes

**GASTRONOMIE:** Veranstaltungs- und Catering-Service, Kantine "Längsseits" auf dem Dänholm, Bistro "Delikater" im Tierpark

**ONLINE BUCHHANDEL "VIELFALT ERLEBEN":** PC-unterstützter Arbeitsbereich, Buchspenden werden von unseren Beschäftigten mithilfe einer Software erfasst, bewertet, anschließend in unserem Amazon-Buchhandel zum Verkauf angeboten und an den Kunden verschickt.

Produkte:

**TEXTILWAREN:** Verschiedene Eigenprodukte, u. a. Kissen und Decken, Taschen, Klammerbeutel und Dekorationsartikel

**KUNSTHANDWERK:** Holzarbeiten (z.B. Lichterbögen), Keramik (Dekorationsartikel, Geschirr, individuelle Auftragsarbeiten)

**HAUSHALTSWAREN:** Frühstücksbrettchen (mit Gravur)

**MÖBEL:** Kleinmöbel (z.B. Hocker), Möbel nach Maß (aus Holz)

**GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE:** Vogelfutterhäuschen/Nistkästen

**SPIELWAREN:** Puppenmöbel (Puppenbetten)

**SONSTIGE PRODUKTE:** Holzartikel (Geschenkböden, Hundelounge, Kaminholz- und Zeitungsträger, Gravuren auf verschiedene Materialien (z.B. Kugelschreiber, Ausweise, Schilder, Buttons)

### Weitere Betriebsstätten:

Außenstelle Landschaftspflege  
Dänholm  
Rudenstraße 14  
18439 Stralsund  
Telefon: 03831 280073

Betriebsstätte für psychisch  
behinderte Menschen:

Betriebsstätte Hafenstraße  
Hafenstr. 19  
18439 Stralsund  
Telefon: 03831 700700  
Telefax: 03831 292690

## Mecklenburg-Vorpommern (Bezirk der Regionaldirektion Nord)

### SOS-Dorfgemeinschaft Grimmen-Hohenwieden

(Reg.-Nr. 11/41)

Hohenwieden 17  
18507 Grimmen  
Telefon: 038326 6544-0  
Telefax: 038326 6544-32  
E-Mail: [dg-grimmen@sos-kinderdorf.de](mailto:dg-grimmen@sos-kinderdorf.de)  
Homepage: <http://www.sos-kinderdorf.de/dorfgemeinschaft-grimmen-hohenwieden>

## Mecklenburg-Vorpommern (Bezirk der Regionaldirektion Nord)

### Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Rügen-Stralsund e.V. Rügener Werkstätten

(Reg.-Nr. 11/25)

Tilzower Weg 35  
18528 Bergen/Rügen  
Telefon: 03838 8066-0  
Telefax: 03838 8066-12  
E-Mail: [wfbm@drk-ruegen-stralsund.de](mailto:wfbm@drk-ruegen-stralsund.de)  
Homepage: <http://www.drk-ruegen-stralsund.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Möbelfertigung, Strandkorbproduktion  
TEXTIL: Näherei, Stickerei  
DRUCK/GRAFIK: Siebdruckerei, Bedrucken von Gegenständen (Folientransfer, Tampondruck)  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering (Küche), Wäscherei, Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Fahrradwerkstatt, Logistische Leistungen

Produkte:  
MÖBEL  
WERBEMITTEL  
SONSTIGE PRODUKTE: Bauelemente, Fahrräder, Strandkörbe

#### Weitere Betriebsstätten:

Tilzower Weg 44  
18528 Bergen/Rügen  
Betriebsstätte für psychisch behinderte Menschen:  
Ringstraße 116  
18528 Bergen/Rügen

## Mecklenburg-Vorpommern (Bezirk der Regionaldirektion Nord)

### Inselwerkstätten

#### Insel e.V.

(Reg.-Nr. 11/42)

Kransdorf 1  
18573 Altefähr  
Telefon: 038306 612-0  
Telefax: 038306 612-11  
E-Mail: [inselwerkstaetten@kransdorf.de](mailto:inselwerkstaetten@kransdorf.de)  
Homepage: <http://www.kransdorf.de>

#### Weitere Betriebsstätten:

Siedlung  
18574 Poseritz / Ortsteil Glutzow  
Am Mühlenberg 3  
18574 Gustow

### **Dreescher Werkstätten gGes. für Menschen mit Behinderung mbH (Reg.-Nr. 11/7)**

Robert-Bunsen-Str. 11  
19061 Schwerin  
Telefon: 0385 6354-0  
Telefax: 0385 6354-199  
E-Mail: [info@dreescher-werkstaetten.de](mailto:info@dreescher-werkstaetten.de)  
Homepage: <http://www.dreescher-werkstaetten.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen  
HOLZ: Holzwerkstatt: individuelle Holzprodukte  
TEXTIL/LEDER: Näherei (Ausbesserungsnäherei)  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung, Fotokopieren  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN und MONTAGE: Sortieren, Komplettieren und Versandvorbereitung von Warengütern aller Art  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (Kantinenverkauf), Wäscherei, Reinigungsarbeiten (Gebäudereinigung)  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Töpferei (Herstellung von Gebrauchsgeschirr und sonstige Accessoires), Duft und Seife (Herstellung von Flüssig- und Gießseife)  
Produkte:  
PAPIERWAREN  
SONSTIGE PRODUKTE: Seifenherstellung, Holzprodukte

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Hauptwerkstatt:  
Werkstatt Bunsenstraße  
Robert-Bunsen-Str. 11  
19061 Schwerin  
Telefon: 0385 6354-0  
Telefax: 0385 6354-199  
Weitere Betriebsstätten:  
Werkstatt Sacktannen  
Sacktannen 12  
19057 Schwerin  
Telefon: 0385 6354-301  
Telefax: 0385 6354-399  
Werkstatt Marcusstraße  
Siegfried-Marcus-Straße 5  
19061 Schwerin  
Telefon: 0385 6354-401  
Telefax: 0385 6354-399  
Betriebsstätte für psychisch  
behinderte Menschen:  
Werkstatt Handelsstraße  
Handelsstraße 8 und 8a  
19061 Schwerin  
Telefon: 0385 6354-444  
Telefax: 0385 6354-399

### Ramper Werkstätten für Menschen mit Behinderungen im Diakoniewerk 'Neues Ufer' gGmbH

(Reg.-Nr. 11/3)

Retgendorfer Str. 4  
19067 Rampe  
Telefon: 03866 67122  
Telefax: 03866 67138  
E-Mail: [bthim@neues-ufer.de](mailto:bthim@neues-ufer.de)  
Homepage: <http://www.neues-ufer.de/index.php/aktuelles-29.html>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

##### Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, Metallmontage, Stahlseilfertigung, Sonderanfertigungen  
HOLZ: Holzbearbeitung, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung,  
Auftragsarbeiten, Brennholzherstellung und Lieferung

##### EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN

MONTAGE-, VERPACKUNGS- und VERSANDARBEITEN: Konfektionierung  
und Verpackung von Kleinteilen jeglicher Art, Montagearbeiten, Lager und  
Versand (Lagern, Konfektionieren, Verpacken u. Versenden von Artikeln im  
Kundenauftrag)

KREATIVWERKSTATT: Geschenkartikel aus Papier, Wolle, Holz, Metall u.v.m.

HAUSWIRTSCHAFT: Reinigungsarbeiten

KÜCHE - KANTINE: öffentlicher Mittagstisch, Veranstaltungsservice,  
Saalvermietung

GROSSWÄSCHEREI: Reinigung von Flachwäsche für Hotels, Wohn- und  
Altenheime, Krankenhäuser, Gewerbe- und Privatkunden, Reinigung und  
Vermietung von Wischmöppen

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege

LANDWIRTSCHAFT: Bauernhof: Anbau und Vermarktung von Bio-Gemüse,  
ökologische Rinderzucht

SONSTIGE LEISTUNGEN: tiergestützte Therapie, (Lamas, Esel, Pferd,  
Mischweine, Hund, Katze, Kaninchen, Mehrschweinchen, Seidenhühner)

##### Produkte:

LEBENSMITTEL: Landwirtschaftliche Erzeugnisse (Bio-Gemüse), Bioprodukte

KUNSTHANDWERK: Kerzen, Textilien (Wollprodukte), Holz-, Ton- und  
Papierarbeiten u.v.m.

MÖBEL: Regale, Wohnmöbel

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel,  
Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel

#### Weitere Betriebsstätten:

Betriebsstätte Schwerin  
Bistro-Restaurant "Salädchen" und  
Schauwerkstatt mit Korb- und  
Stuhlflechtere  
Wismarsche Straße 143  
19055 Schwerin

Betriebsstätte für Menschen mit  
psychischer Behinderung:

Korb- und Stuhlflechtere Crivitz  
Settiner Weg 10  
19089 Crivitz  
Telefon/Telefax: 03863 555507



**Lebenshilfswerk gGmbH - Hagenower Werkstätten und Betriebsstätten**

**(Reg.-Nr. 11/28)**

Dr. Raber-Str. 1  
19230 Hagenow  
Telefon: 03883 6103-0  
Telefax: 03883 6103-88  
E-Mail: [lhw@lhw-zukunft.de](mailto:lhw@lhw-zukunft.de)  
Homepage: <http://www.lhw-zukunft.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Kistenfertigung, Palettenherstellung  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Gastronomie (Café / Kaffeerösterei, Schokoladenherstellung)

**Produkte:**

LEBENSMITTEL: Kaffeerösterei und Verkauf, Schokoladenherstellung und Verkauf  
TEXTIL-/LEDERWAREN: Haus- und Heimtextilien  
KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzenkübel

**Weitere Betriebsstätten:**

Boizenburger Werkstätten  
Ringstr. 2  
19258 Boizenburg  
Telefon: 038847 62450  
Telefax: 038847 624510

Arche-Hof Domäne Kneese  
Dorfstr. 11  
19205 Kneese-Hof  
Telefon: 038876 310500  
Telefax: 038876 310517

Näh-Atelier & Werkstatt  
Sandstraße 1-3  
19230 Hagenow  
Telefon: 03883 6213295

Chocolaterie & Café Marie  
Markt 11  
19258 Boizenburg

Betriebsstätte für psychisch  
behinderte Menschen:

Betriebsstätte "Am Hasselsort"  
Am Hasselsort 12 a  
19230 Hagenow  
Telefon: 03883 641390  
Telefax: 03883 641396

**Lewitz-Werkstätten gGmbH**

**(Reg.-Nr. 11/23)**

Heide-Feld 9  
19370 Parchim  
Telefon: 03871 6282-0  
Telefax: 03871 6282-11  
E-Mail: [schirrmeister@lewitz-werkstaetten.de](mailto:schirrmeister@lewitz-werkstaetten.de)  
Homepage: <http://www.lewitzwerkstaetten.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung

ELEKTRO: Elektromontage

TEXTIL/LEDER: Näherei

DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren, Schnelldruck

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Gastronomie

Produkte:

LEBENSMITTEL: Landwirtschaftliche Erzeugnisse

KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte

**Weitere Betriebsstätten:**

Ludwigslust

Rennbahnweg 5/6

19288 Ludwigslust

Telefon: 03874 4225-20

Telefax: 03874 4225-11

Spornitz

Zur großen Heide 2

19372 Spornitz

Telefon: 038726 2632-20

Telefax: 038726 2632-1

Kantine Landratsamt Parchim

Putlitzer Str. 25

19370 Parchim

Telefon: 03871 722-1092

Kantine Landratsamt Ludwigslust

Garnisonsstrasse 1

19288 Ludwigslust

Telefon: 03874 2509813

### Dobbertiner Werkstätten für behinderte Menschen

(Reg.-Nr. 11/24)

Am Kloster  
19399 Dobbertin  
Telefon: 038736 86201  
Telefax: 038736 86212  
E-Mail: [wfbm-dobbertin@kloster-dobbertin.de](mailto:wfbm-dobbertin@kloster-dobbertin.de)  
Homepage: <http://www.kloster-dobbertin.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenreparatur  
TEXTIL/LEDER: Näherei, Textilsammlung u. -sortierung,  
Putzlappenschneiderei  
RECYCLING: Kork-Recycling, Textil-Recycling  
MAILING UND VERSANDARBEITEN: Werbemittelversand  
VERPACKUNGSARBEITEN: Folienschweißen, Konfektionieren, Kleinmontage,  
Kartonagen, Papierverarbeitung  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege  
Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Keramik, Kerzen

#### Weitere Betriebsstätten:

Sternberger Werkstätten für  
behinderte Menschen  
Rachower Moor  
19406 Sternberg  
Telefon: 03874 43420  
Telefax: 03847 434213  
E-Mail: [wfbm-sternberg@kloster-dobbertin.de](mailto:wfbm-sternberg@kloster-dobbertin.de)  
Industriestraße 4 a  
19386 Lübz  
Telefon: 038731 47681 oder 47669  
Telefax: 038731 47673

Brauhaus  
Am Koster  
19399 Dobbertin

CAP Markt Dobbertin  
Strasse der Jugend 9a  
19399 Dobbertin  
Telefon: 038736 80754  
E-Mail: [cap-markt-dobbertin@freenet.de](mailto:cap-markt-dobbertin@freenet.de)

### Grevesmühlener Werkstätten

(Reg.-Nr. 11/38)

Am Wasserturm 4  
23936 Grevesmühlen  
Telefon: 03881 7859-0  
Telefax: 03881 7859-46  
E-Mail: [info@diakoniewerk-gvm.de](mailto:info@diakoniewerk-gvm.de)  
Homepage: <http://www.diakoniewerk-gvm.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Kistenfertigung, Spielzeugherstellung

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

TEXTIL/LEDER: Näherei, Stickerei

VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Reinigungsarbeiten

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

Produkte:

TEXTIL-/LEDERWAREN: Haus- und Heimtextilien

KUNSTHANDWERK: Keramik

#### Weitere Betriebsstätten:

Grevesmühlener Werkstätten

An der Silberkuhle

23936 Upahl

Telefon: 03881 7859-51

Telefax: 03881 7859-44

Evangelisches Familienferiendorf

Boltenhagen

Ostseeallee 101

23946 Boltenhagen

Wölschendorfer Hof

Gemeindeplatz 28

23936 Wölschendorf

Betriebsstätten für psychisch behinderte Menschen:

Grevesmühlener Werkstätten

Grüner Weg 5

23936 Grevesmühlen

Telefon: 03881 75899-30

Telefax: 03881 75899-31

Tagungs- und Ferienhotel Haus am Meer

Ostseeallee 5

18225 Kühlungsborn

Telefon: 038293 4070

Telefax: 038293 40729

E-Mail:

[hausammeer@diakoniewerk-gvm.de](mailto:hausammeer@diakoniewerk-gvm.de)

**Wismarer Werkstätten GmbH  
- gemeinnützige Einrichtung für Menschen mit Behinderung**

**(Reg.-Nr. 11/29)**

Wendorfer Weg 24  
23966 Wismar  
Telefon: 03841 225916  
Telefax: 03841 225922  
E-Mail: [h.bunge@wismarer-werkstaetten-gmbh.de](mailto:h.bunge@wismarer-werkstaetten-gmbh.de)  
Homepage: <http://wismarer-werkstaetten-gmbh.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
HOLZ: Holzbearbeitung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Kabelkonfektionierung  
DRUCK/GRAFIK: Fotokopieren  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe  
Firmen)  
Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Holzarbeiten, Keramik, Saisonartikel,  
Webarbeiten

**Weitere Betriebsstätten:**

Nebelring 3  
18246 Bützow  
Telefon: 038461 4180  
Telefax: 038461 41816

Lukaswiese 1  
23970 Wismar  
Telefon: 03841 2259-0  
Telefax: 03841 225922

Metkenberg 1  
23970 Wismar  
Telefon: 03841 2259-17  
Telefax: 03841 2259-1017

**Verein für Blindenwohlfahrt Neukloster e.V.  
Neuklosteraner Behindertenwerkstatt für blinde, seh- und  
mehrfachbehinderte Menschen**

**(Reg.-Nr. 11/39)**

August-Bebel-Allee 5  
23992 Neukloster  
Telefon: 038422 30-0  
Telefax: 038422 30233  
E-Mail: [info@wfbm-neukloster.de](mailto:info@wfbm-neukloster.de)  
Homepage: <http://www.rehazentrum-neukloster.com/de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
MONTAGEARBEITEN FÜR DEN SCHIFFBAU  
HOLZ (TISCHLEREI): Holzbearbeitung, Holzmontage, Möbelfertigung  
VERPACKUNGS- UND SORTIERARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Reinigungsarbeiten, Wäschereileistungen  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege (z.B. Rasen-,  
Rabatten- und Heckenpflege, Gartenarbeiten, Umgestaltung von Kleingärten,  
Strauch- und Baumschnittarbeiten)  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Fahrzeugpflege von Pkw und Kleintransporter

Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Korb- und Stuhlflechtarbeiten (z.B. Tablett, diverse  
Körbe, Nisthilfen)  
HAUSHALTSWAREN: Bürsten und Besen (z.B. Handfeger, Staubwedel,  
Computerbürsten, Stubenbesen etc.)  
MÖBEL (Tischlereiprodukte): Arbeits- und Büromöbel, Kindergarten-/  
Schulmöbel, Regale, Küchen- und Wohnmöbel (Einbaumöbel für  
Rollstuhlfahrer)  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen  
SPIELWAREN: Koordinationsleitern, Fingerklemmschutz für Türen,  
Kinderspringseile  
SONSTIGE PRODUKTE: Tellerbesen für Straßenkehrmaschinen, Bauelemente  
(z.B. Zäune, Vermessungspfähle), Jagdkanzeln, Carports, Seilerei (z.B.  
handgefertigte Seile, Taue, Schornsteinfegerkehrleinen, Abschleppseile,  
Springseile), Werkzeughalter für Offshore - Windpark Montage  
Das ist nur ein Auszug unserer vielfältigen Produktpalette. Gern stehen wir  
Ihnen bei Anfragen und Interesse zur Verfügung.

**Weitere Betriebsstätten:**

Hechtskuhl 2  
23992 Neukloster  
Telefon: 038422 58777 (Industrielle  
Fertigung)  
Telefon: 038422 58778  
(Fahrzeugpflege)  
Telefax: 038422 20250

### Lebenshilfe Lüneburg-Harburg gemeinnützige GmbH

(Reg.-Nr. 2/15)

Vrestorfer Weg 1  
21339 Lüneburg  
Telefon: 04131 3018-0  
Telefax: 04131 18570  
E-Mail: [info@lhlh.org](mailto:info@lhlh.org)  
Homepage: <https://www.lhlh.eu>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

##### Auftragsarbeiten:

**METALL:** Trennen (Drehen, Bohren, Fräsen), Metallmontage  
**HOLZ:** Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung, CNC-Fertigung  
**ELEKTRO:** Elektromontage (z.B. Lampenmontage), Kabelkonfektionierung (z.B. Lötarbeiten, Crimpen von Aderendhülsen), Mechatronik  
**TEXTIL/LEDER:** Näherei (auch Nähen von Kunststoffplanen)  
**EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN:** Digitale Archivierung (Digitalisieren von Akten - bis DIN A3, persönlichen Unterlagen, Massenbeleggut)  
**MAILING UND VERSANDARBEITEN:** Lettershop, Werbemittelversand  
**VERPACKUNGSARBEITEN:** z.B. Konfektionierung, Folienschweißen, Bio-Zertifikat, IFS-Standard  
**HAUSWIRTSCHAFT:** Catering/Partyservice (Großküche: Essen auf Rädern, Speisen aller Art, Fernküche, Bio-zertifiziert), Groß-Wäscherei (Heimtextilien, Wäsche aus Gewerbe- und Haushalt, chemische Reinigung)  
**GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE:** Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Landschaftspflege, Pflasterarbeiten  
**SONSTIGE LEISTUNGEN:** Kfz-Werkstatt (Reparatur, Service, TÜV/ASU), Dienstleister (Haushandwerker, Maler, Elektriker)

##### Produkte:

**TEXTIL-/LEDERWAREN:** Leder-Hausschuhe für Kinder  
**MÖBEL:** Kindergarten-/Schulmöbel, Regale  
**GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE:** k-lumet Feueranzünder

#### Weitere Betriebsstätten:

Werkstatt Tostedt  
Zinnhütte 16-22  
21255 Tostedt  
Telefon: 04182 2008-0  
Telefax: 04182 21528  
E-Mail: [wfbm-tostedt@lhlh.org](mailto:wfbm-tostedt@lhlh.org)

Werkstatt Bessemerstraße  
(Schlosserei, Mechatronik, Wäscherei "Ladies")  
Bessemerstr. 10a  
21339 Lüneburg  
Telefon: 04131 233040  
Telefax: 04131 23304011  
E-Mail: [wfbm-bessemer@lhlh.org](mailto:wfbm-bessemer@lhlh.org)

Café-Restaurant "Sandkrug"  
Am Sande 27  
21335 Lüneburg  
Telefon: 04131 41277  
E-Mail: [sandkrug@lhlh.org](mailto:sandkrug@lhlh.org)

"FITZ" Für Integration Teilhabe  
Zukunft  
Werkstatt Winsen  
Borsteler Grund 24  
21423 Winsen  
Telefon: 04171 60824-11  
Telefax: 04171 60824-29  
E-Mail: [wfbm-winsen@lhlh.org](mailto:wfbm-winsen@lhlh.org)

Tischlerei  
Borsteler Grund 20  
21423 Winsen

Betriebsstätte für seelisch  
behinderte Menschen:

Werkstatt ViaNova  
Zunftstraße 5  
21244 Buchholz  
Telefon: 04181 2349899  
Telefax: 04181 2166982  
E-Mail: [vianova@lhlh.org](mailto:vianova@lhlh.org)



**Johann und Erika Loewe-Stiftung  
Werkstatt für seelisch behinderte Menschen**

**(Reg.-Nr. 2/69)**

Ochtmisser Str. 10  
21339 Lüneburg  
Telefon: 04131 679044  
Telefax: 04131 679018  
E-Mail: [wfbm@loewe-stiftung.de](mailto:wfbm@loewe-stiftung.de)  
Homepage: <http://www.loewe-stiftung.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

HOLZ: Holzbearbeitung, Oberflächenbearbeitung, Holzmontage,  
Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung, Möbelreparatur

LACKIERARBEITEN: Metall, Holz, Kunststoff

BAU-/RENOVIERUNGSARBEITEN: Innenraumsanierung, Wohn - und  
Nutzraum

HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Mittagstisch für Schulen und  
Kindergärten, Schulmensen

SCHÄLBETRIEB: Kartoffel- und Gemüseaufbereitung (Bio-Ware,  
konventionelle Ware)

SONSTIGE LEISTUNGEN: Bio-Landwirtschaft (Gemüseanbau), Abo-Gemüse-  
Kisten

Produkte:

LEBENSMITTEL: Brot und Backwaren, Landwirtschaftliche Erzeugnisse,  
Bioprodukte, Kalt- und Heißgetränke

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten

HAUSHALTSWAREN: Küchenutensilien aus Holz, Dekoartikel aus Holz

MÖBEL: Arbeits- und Büromöbel, Kindergarten-/Schulmöbel, Kleinmöbel,  
Regale, Wohnmöbel

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Gartenmöbel,  
Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Sonstiger Gartenbedarf, Kaminholz

SPIELWAREN: Brett- und Gesellschaftsspiele

SONSTIGE PRODUKTE: Bauelemente

**Weitere Betriebsstätten:**

Mensa Schule Katzenberg  
Scharnebecker Weg 10  
21365 Adendorf

Mensa-Küche Christianischule  
Thorner Straße 14  
21339 Lüneburg

## Niedersachsen (Bezirk der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen)

### SOS-Kinderdorf e.V.

#### SOS-Hof Bockum - Werkstatt für behinderte Menschen

(Reg.-Nr. 2/63)

Bockum 10

21385 Rehlingen

Telefon: 04132 91290

Telefax: 04132 912925

E-Mail: [sos-hof-bockum@sos-kinderdorf.de](mailto:sos-hof-bockum@sos-kinderdorf.de)

Homepage: <http://www.sos-kinderdorf.de/dorfgemeinschaft-hof-bockum>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Serienfertigung, Möbelfertigung

RECYCLING: PC/Hardware, Briefmarken

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN: z.B. Konfektionieren, Kuvertieren

HAUSWIRTSCHAFT: Catering (bei In-House Seminaren): Seminare bis 70

Personen, ohne Übernachtungsmöglichkeit

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau,

Garten- und Landschaftspflege

Produkte:

LEBENSMITTEL: Landwirtschaftliche Erzeugnisse (Gemüse, Feingemüse,

Kartoffeln), Milchprodukte, Rohmilchkäse (alles BIOLAND)

MÖBEL: Arbeits- und Büromöbel, Kindergarten-/Schulmöbel, Kleinmöbel,

Regale, Wohnmöbel

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte

(auch Jungpflanzen), Gartenmöbel (im Auftrag)

SONSTIGE PRODUKTE: Schilder, Holzbänke

#### Weitere Betriebsstätten:

SOS Hof Bockum

Tischlerei

Oldendorfer Str. 55

21385 Amelinghausen

SOS Hof Bockum

Gärtnerei

Bockum 10

21385 Rehlingen

## Niedersachsen (Bezirk der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen)

### Lebensgemeinschaft Birkenhof e.V.

#### Werkstätten Birkenhof

(Reg.-Nr. 2/83)

Karzer Str. 2

21398 Neetze

Telefon: 05850 97257-0

Telefax: 05850 97257-79

E-Mail: [werkstaetten@birkenhof-neetze.de](mailto:werkstaetten@birkenhof-neetze.de)

Homepage: <http://www.birkenhof-neetze.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Produkte:

TEXTIL-/LEDERWAREN: Haus- und Heimtextilien, Teppiche

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Textilien

SPIELWAREN: Holzspielwaren

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Sonstiger Gartenbedarf (Brennholz, Anzündholz)

SONSTIGE PRODUKTE: hochwertige Dielenbügel (Garderobenbügel)

**Luhe Werkstatt der Hipsy gGmbH  
Werkstatt für seelisch behinderte Menschen  
- Geschäftsstelle -**

**(Reg.-Nr. 2/81)**

Rote-Kreuz-Str. 6  
21423 Winsen  
Telefon: 04171 848842  
Telefax: 04171 848841  
E-Mail: [luhe-werkstatt@hipsy.de](mailto:luhe-werkstatt@hipsy.de)  
Homepage: <http://www.hipsy.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

**Auftragsarbeiten:**

HOLZ: Holzbearbeitung, Herstellung von Vogel-Futterhäusern und -Nistkästen

TEXTIL/LEDER: Näherei

DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung,  
Fotokopieren, Bedrucken von Gegenständen

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und  
Pflanzenpflege

**Produkte:**

TEXTILWAREN: Meditations-, Yoga-, Sitzkissen

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen,

Sonstiger Gartenbedarf (Kamin- und Brennholz)

**Weitere Betriebsstätten:**

**Hauptwerkstatt:**

Kreativhaus  
Amelinghäuser Str. 2  
21376 Salzhausen  
Telefon: 04172 988861  
Telefax: 04172 988947

**Weitere Betriebsstätten:**

Hipsydruck  
Lindenstraße 17  
21244 Buchholz  
Telefon: 04181 360069  
Telefax: 04181 923349  
Homepage: [www.hipsydruck.de](http://www.hipsydruck.de)

Copyshop Internetcafe  
Lindenstr. 12  
21244 Buchholz  
Telefon: 04181 9680910

Brennholzproduktion  
Amelinghäuser Straße 1  
21376 Salzhausen

### Deutsches Rotes Kreuz Schwinge Werkstätten Stade

(Reg.-Nr. 2/34)

Am Hofacker 14  
21682 Stade  
Telefon: 04141 8033-0  
Telefax: 04141 8033-333  
E-Mail: [s.hille@kv-stade.drk.de](mailto:s.hille@kv-stade.drk.de)  
Homepage: <http://www.schwingewerkstaetten.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

##### Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, CNC-Bearbeitung, Fügen (z. B. Schweissarbeiten), Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, CNC-Bearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung, Fotokopieren  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN/ Recycling, Konfektionierung, Etikettieren, Versenden, Montage  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering (Küche), Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege, Pflasterarbeiten  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Fahrradwerkstatt, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen), Fräsarbeiten GFK und CFK Werkstoffe, Fender-Cover

##### Produkte:

MÖBEL: Arbeits- und Büromöbel, Kleinmöbel  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel  
SONSTIGE PRODUKTE: Fender-Cover (Schutzhüllen für Bootsfender)

#### Weitere Betriebsstätten:

Am Hofacker 16  
21682 Stade

Am Hofacker 1  
21682 Stade

Betriebsstätten für seelisch behinderte Menschen:

Manufaktur  
Am Hofacker 14  
21682 Stade

ALDI Halle  
Betriebsstätte für seelisch behinderte Menschen  
Haddorfer Grenzweg 24  
21682 Stade

**ProTechna anerkannte gemeinnützige Werkstätten für seelisch behinderte Menschen**

**Träger: zentegra gemeinnützige GmbH**

**(Reg.-Nr. 2/55)**

Ammergastr. 72-74

26123 Oldenburg

Telefon: 0441 36139-320

Telefax: 0441 36139-322

E-Mail: [protechna@rehabverbundol.de](mailto:protechna@rehabverbundol.de)

Homepage: <http://www.zentegra.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Möbelfertigung

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

RECYCLING: Kunststoff-Recycling, Demontagearbeiten

EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN

SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen, Lagerhaltung, Fahrradstation, Kfz-Pflege (Reifenwäsche, Reifenlagerung)

Produkte:

LEBENSMITTEL: Landwirtschaftliche Erzeugnisse

KUNSTHANDWERK: Tiffanyartikel

**Weitere Betriebsstätten:**

Ammergauer Straße 76

26125 Oldenburg

Pfauenstraße 4

26135 Oldenburg

Telefon: 0441 21882-10

Telefax: 0441 21882-11

Gut Dauelsberg

Syker Straße 369

27751 Delmenhorst

Telefon: 04221 9322-0

Telefax: 04221 9322-18

E-Mail: [info@gut-dauelsberg.de](mailto:info@gut-dauelsberg.de)

Homepage: [www.gut-dauelsberg.de](http://www.gut-dauelsberg.de)

Wilhelmshavener Heerstraße 37 a

26125 Oldenburg

Telefon: 0441 361623-10

Telefax: 0441 361623-20

## Niedersachsen (Bezirk der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen)

### Gemeinnützige Werkstätten Oldenburg e.V.

(Reg.-Nr. 2/30)

Rennplatzstr. 203  
26125 Oldenburg  
Telefon: 0441 3405-0  
Telefax: 0441 3405-137  
E-Mail: [info@wfbm-oldenburg.de](mailto:info@wfbm-oldenburg.de)  
Homepage: <http://www.wfbm-oldenburg.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege

#### Produkte:

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Keramik, Kerzen, Saisonartikel, Textilien,  
Dekoständer aus Stahl/Edelstahl  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen,  
Sonstiger Gartenbedarf (z. B. Grill, Feueranzünder)  
SONSTIGE PRODUKTE: Ammerlandgrill, Feuerkorb, Grillzange, Rankgitter,  
Flaschenfant (Flaschenöffner), K-lumet - Feueranzünder, Stapelkisten, Hatter  
Für-Kluten (Sägespan-Presslinge für Kamin und Ofen)

#### Weitere Betriebsstätten:

Betriebsstätte Rigaer Weg  
Rigaer Weg 33  
26125 Oldenburg  
Telefon: 0441 93385-12  
Telefax: 0441 93385-11

Betriebsstätte Sandkrug  
Theodor-Heuss-Str. 5  
26209 Hatten-Sandkrug  
Telefon: 04481 9079-0  
Telefax: 04481 9079-44

Betriebsstätte Baumschulenweg  
Baumschulenweg 9  
26127 Oldenburg

Betriebsstätte Baumschulenweg  
Baumschulenweg 13  
26127 Oldenburg

Betriebsstätte Julius-Mosen-Platz  
Julius-Mosen-Platz 4  
26122 Oldenburg

GaLaBau  
Schellstedter Weg, Parzelle 26  
(Kleingartenparzelle)  
26125 Oldenburg

## Niedersachsen (Bezirk der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen)

### Baumhaus Werkstatt für behinderte Menschen gGmbH

(Reg.-Nr. 2/78)

Stedinger Str. 26 + 28  
26135 Oldenburg  
Telefon: 0441 21985-0  
Telefax: 0441 21985-115  
E-Mail: [unruh@baumhaus-ol.de](mailto:unruh@baumhaus-ol.de)  
Homepage: <http://www.baumhaus-ol.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
HOLZ: Holzwerkstatt  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftspflege,  
Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Fahrradwerkstatt, Gastronomie, Seifenherstellung

#### Produkte:

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Saisonartikel  
SONSTIGE PRODUKTE: Seifen, Filzartikel

#### Weitere Betriebsstätten:

"Seifenvilla"  
Stedinger Str. 34  
26135 Oldenburg

Alteneschstr. 3a  
26135 Oldenburg

### **Caritas Verein Altenoythe e.V. Soziale Arbeitsstätte (WfbM) Altenoythe**

(Reg.-Nr. 2/24)

Schulstr. 16  
26169 Friesoythe-Altenoythe  
Telefon: 04491 9242-0  
Telefax: 04491 3316  
E-Mail: [info-wfbm-alt@caritas-altenoythe.de](mailto:info-wfbm-alt@caritas-altenoythe.de)  
Homepage: <http://www.caritas-altenoythe.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung

KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

TEXTIL/LEDER: Näherei

LACKIARBEITEN/BESCHICHTUNGEN

RECYCLING: Demontagearbeiten

VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei, Reinigungsarbeiten

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und

Pflanzenpflege, Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Fahrradwerkstatt, Logistische

Leistungen

Produkte:

KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Holzarbeiten, Kerzen, Textilien,

Saisonartikel

HAUSHALTSWAREN: Holzprodukte (Tablets, Drehteller)

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Sonstiger Gartenbedarf (Grill,

Feuerkörbe)

SPIELWAREN: Spielzeugkisten (aus Holz)

SONSTIGE PRODUKTE: Fahrräder, Stromprüfer, Kabeltrommeln, Seifen

(Duschgel, Shampoo, Badesalz etc.), Sandsteinprodukte als Deko für Haus

und Garten für den Innen- und Außenbereich

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Berufsbildungsbereich  
Schulstraße 18  
26169 Friesoythe-Altenoythe

Caritas Werkstatt Cloppenburg  
Am Ostring 20-26  
49661 Cloppenburg  
Telefon: 04471 94800  
Telefax: 04471 84935

St.-Elisabeth-Stiftung  
St.-Elisabeth-Straße 10  
49686 Lastrup  
Telefon: 04472 950232  
Telefax: 04472 950100

Carl-Zeiss-Straße 9  
49661 Cloppenburg  
Telefon: 04471 1860864

Außenstelle Tischlerei  
Krähenweg 14  
26683 Saterland-Scharrel  
Telefon: 04492 913790  
Telefax: 04492 9137929

Betriebsstätten für seelisch  
behinderte Menschen:

Außenstelle  
Cloppenburger Auftrags- und  
Lohnfertigung (CALO)  
Betrieb für psychisch Kranke (WfB)  
Hemmelsbühren 2  
49661 Cloppenburg  
Telefon: 04471 2006 oder 947542  
Telefax: 04471 947543

Außenstelle  
CALO Nord  
Barßeler Str. 27  
26169 Friesoythe  
Telefon: 04491 938800  
Telefax: 04491 938802

Betriebsstätte für seelisch  
behinderte Menschen  
Meyer-Hof  
Emsteker Str. 67  
49661 Cloppenburg  
Telefon: 04471 9139851  
Telefax: 04471 947096



### **Gemeinnützige Gesellschaft für Paritätische Sozialarbeit mbH Wilhelmshaven Geschäftsführung und Zentrale Dienste**

**(Reg.-Nr. 2/1)**

Banter Weg 12  
26389 Wilhelmshaven  
Telefon: 04421 206-0  
Telefax: 04421 206-230  
E-Mail: [juergen.hoffmann@gps-wilhelmshaven.de](mailto:juergen.hoffmann@gps-wilhelmshaven.de)  
Homepage: <http://gemeinsam-unterstuetzen.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

**Auftragsarbeiten:**  
METALL: Umformen, Trennen (z.B. Stanzen, Bohren, Senken, Sägen), Fügen (z.B. Schweißen), Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Möbelfertigung  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

**Produkte:**  
MÖBEL: Arbeits- und Büromöbel, Kindergarten-/Schulmöbel, Kleinmöbel, Regale, Wohnmöbel  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel, Sonstiger Gartenbedarf (z.B. Profigrill)  
SONSTIGE PRODUKTE: Schilder, Feuerkorb, Feuerholzwagen, Wattmobil, Säulenaschenbecher, Kaminanzünder, Kerzen

#### **Weitere Betriebsstätten:**

**Hauptwerkstatt:**  
Werkstatt Wilhelmshaven  
Planckstr. 10  
26389 Wilhelmshaven  
Telefon: 04421 9914-0  
Telefax: 04421 9914-44

#### **Weitere Betriebsstätten:**

**Werkstatt Jever**  
Am Hillernsen Hamm 12 + 37  
26441 Jever  
Telefon: 04461 7572-0  
Telefax: 04461 7572-26

**Werkstatt Jeringhave**  
Rotenhahner Straße 4  
26316 Varel  
Telefon: 04451 9675-0  
Telefax: 04451 9675-14

**Werkstatt Westerscheps**  
Westerschepser Straße 12 - 14  
26188 Edeweicht  
Telefon: 04405 9889-0  
Telefax: 04405 9889-20

**Betriebsstätte Barkeler Busch**  
Barkel 99  
26419 Schortens

**Berufsbildungszentrum**  
Industriestr. 41 B  
26188 Edeweicht  
Telefon: 04405 98471-13

**Berufsbildungsbereich**  
Am Hillernsen Hamm 16  
26441 Jever  
Telefon: 04461 7572-23

#### **Betriebsstätten für psychisch behinderte Menschen:**

**ARTEC Roffhausen**  
Olympiastr. 1  
26419 Schortens  
Telefon: 04421 779900  
Telefax: 04421 7799012

**ARTEC Ammerland**  
Holljestr. 3+5  
26188 Edeweicht  
Telefon: 04405 9265-0  
Telefax: 04405 9265-24

ARTEC Ammerland/Rastede  
Wilhelmshavener Str. 35  
26180 Rastede-Liethe

ARTEC Ammerland - HIRO-Halle  
Lohacker 31  
26188 Edeweicht

## Niedersachsen (Bezirk der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen)

### Behindertenhilfe Norden gGmbH Verwaltung

(Reg.-Nr. 2/39)

Stellmacherstr. 4  
26506 Norden  
Telefon: 04931 9419-0  
Telefax: 04931 9419-10  
E-Mail: [info@behindertenhilfe-norden.de](mailto:info@behindertenhilfe-norden.de)  
Homepage: <http://www.behindertenhilfe-norden.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umfangreiche Metallbe- und -verarbeitung  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Spielzeugherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Industriemontage, Kabelkonfektionierung  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung, Bedrucken von Gegenständen  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei, Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)  
Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Holzarbeiten, Saisonartikel  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen  
SPIELWAREN: Brett- und Gesellschaftsspiele, Holzspielwaren  
WERBEMITTEL

#### Weitere Betriebsstätten:

Hauptwerkstatt:  
Birko-Tidofeld  
Metallbearbeitung -  
Industriemontagen  
Rheinstr. 11  
26506 Norden  
Telefon: 04931 9418-0  
Telefax: 04931 9418-14

#### Weitere Betriebsstätten

Birko-Leegemoor  
Stellmacherstr. 4  
26506 Norden  
Telefon: 04931 9419-0  
Telefax: 04931 9419-10

Gärtnerei Birkenhof  
Heerstr. 10  
26506 Norden-Bargebur  
Telefon: 04931 9414-0  
Telefax: 04931 9414-30

Nordsee-Werkstatt  
Metallwerkstatt  
Rheinstr. 13  
26506 Norden  
Telefon: 04931 91844-0  
Telefax: 04931 91844-11

Betriebsstätte für seelisch  
behinderte Menschen:

Nordsee-Werkstatt  
Norder Zentrum für Arbeit und  
Integration  
Stellmacherstr. 29 A  
26506 Norden

**Werkstätten für behinderte Menschen Aurich-Wittmund  
gemeinnützige GmbH  
Verwaltung und Betriebsstätte**

**(Reg.-Nr. 2/12)**

Kornkamp 1  
26605 Aurich/OT Schirum  
Telefon: 04941 17989-0  
Telefax: 04941 17989-19  
E-Mail: [info@wfbm-aurich-wittmund.de](mailto:info@wfbm-aurich-wittmund.de)  
Homepage: <http://www.wfbm-aurich-wittmund.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung, Demontage, Sortierung  
und Recycling  
METALL: Metallbearbeitung, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Transportkistenfertigung,  
Möbelfertigung  
VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege  
SB-MARKT: Präsentkörbe, Schulobstauslieferung, Warenauslieferung  
Produkte:  
KUNSTHANDWERK : Floristische Artikel (Sträuße, Gestecke, Grabschmuck,  
Tischdekoration, Geschenkideen)

**Weitere Betriebsstätten:**

Hauptwerkstatt:  
Im Hammrich 4/9  
26603 Aurich  
Telefon: 04941 1798-0  
Telefax: 04941 1798-50

Weitere Betriebsstätten:

Harlinger Werkstätten  
Osterpiep 18  
26409 Wittmund/OT Burhufe  
Telefon: 04973 9192-0  
Telefax: 04973 919250

Fehn-Werkstätten  
Amselweg 4a  
26639 Wiesmoor  
Telefon: 04944 9118-0  
Telefax: 04944 911850

Betriebsstätte für seelisch  
behinderte Menschen:

Oldersumer Str. 152  
26605 Aurich/OT Haxtum  
Telefon: 04941 697760  
Telefax: 04941 69776-11

### Ostfriesische Beschäftigungs- und Wohnstätten GmbH

(Reg.-Nr. 2/18)

Herderstr. 19  
26721 Emden  
Telefon: 04921 9488-0  
Telefax: 04921 9488-211  
E-Mail: [info@obw-emden.de](mailto:info@obw-emden.de)  
Homepage: <http://www.obw-emden.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

##### Auftragsarbeiten:

**METALL:** Umformen, Trennen, Fügen, allgemeine Montagemöglichkeiten, Zerspanung, Drehbearbeitung, Sägetechnik, Verpackung, Schweißen (Ausbildung nach TÜV-Norm)

**HOLZ:** Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Plattenzuschnitt, Zerspanungstechnik, Lackieren, Schleifen, Verpackung

**KUNSTSTOFF:** Kunststoffbearbeitung (Schneiden, Fräsen, Kleben), Kunststoffmontage, Kunststoffschweißen

**ELEKTRO:** Elektromontage, Kabelkonfektionierung

**TEXTIL/LEDER:** Taschenfertigung, Babyschuhe

**DRUCK/GRAFIK:** Druckerei (Digitaldruck), Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren, Siebdruck, Sublimationsdruck, Postkarten

**MAILING UND VERSANDARBEITEN**

**VERPACKUNGSARBEITEN**

**HAUSWIRTSCHAFT:** Wäscherei, Lebensmitteleigenproduktion

**GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE:** Garten- und Landschaftsbau, Landschaftspflege, Baumpflege, thermische Unkrautbekämpfung mit Heißwasser

##### Produkte:

**LEBENSMITTEL:** Lebensmitteleigenproduktion

**TEXTIL-/LEDERWAREN:** Taschenfertigung, Babyschuhe, diverse Geschenkartikel

**KUNSTHANDWERK:** Floristische Artikel (Trend-, Hochzeits-, Trauerfloristik), Schmuckherstellung, Saisonartikel, Holzarbeiten, Keramik

**GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE:** Pflanzen/Baumschulprodukte, Pflanzenkübel, Sonstiger Gartenbedarf (Brennholz, Kompost, Holzhackschnitzel)

**PAPIERWAREN:** Postkarten, Saisonartikel, diverse Geschenkartikel

#### Weitere Betriebsstätten:

obw-Druckerei / obw-Industriemontage / Berufsbildungsbereich  
Herderstr. 11  
26721 Emden  
Telefon: 04921 9488-0  
Telefax: 04921 9488-211

obw-Dollartwerkstatt (Berufsbildungsbereich)  
Dortmunder Str. 17  
26723 Emden  
Telefon: 04921 9488-300  
Telefax: 04921 9488-311

obw-Tischlerei  
Klaus-Groth-Str. 4  
26721 Emden  
Telefon: 04921 94 88-550  
Telefax: 04921 94 88-555

Werkstatt Friesland (Werkstatt für Menschen mit erhöhtem Unterstützungsbedarf)  
Föhrstr. 3  
26725 Emden  
Telefon: 04921 94 88-780  
Telefax: 04921 94 88-789

Betriebsstätten für psychisch behinderte Menschen:

EMLO (Emder Lohnfertigung)  
Herderstr. 21  
26721 Emden  
Telefon: 04921 3988-111  
Telefax: 04921 3988-128

EMLO Betrieb Leer  
Am Emsdeich 51  
26789 Leer  
Telefon: 04921 9488-380  
Telefax: 04921 9488-381

CAP-Lebensmittelmart  
Breslauer Straße 5  
26789 Leer  
Telefon: 04921-9488-111  
Telefax: 04921-9488-128

### Lebenshilfe Leer e.V.

(Reg.-Nr. 2/7)

Großer Stein 16  
26789 Leer  
Telefon: 0491 9605-0  
Telefax: 0491 9605-163  
E-Mail: [wfbm@lebenshilfe-leer.de](mailto:wfbm@lebenshilfe-leer.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-leer.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

##### Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, CNC-Bearbeitung, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Palettenherstellung, Möbelfertigung, CNC-Bearbeitung  
TEXTIL: Näherei  
LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN (Holz)  
RECYCLING: Demontagearbeiten  
BUCHBINDEREI/DRUCKWEITERVERARBEITUNG  
VERPACKUNGS- und MONTAGEARBEITEN  
INDUSTRIEMONTAGE  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

##### Produkte:

TEXTIL-/LEDERWAREN: Accessoires und Mode/Nähereiprodukte, wie Ledertaschen, Brotkorb, Tischset, Tischläufer, Topfhütchen  
HAUSHALTSWAREN: Brotbrett, Schinkenbrett  
MÖBEL: Kleinmöbel (Fußbank)  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Feuerschale, Gartenskulptur "Mensch im Wandel", Schmetterlingshaus, Vogelhotel, Vogelmotel, Watt'n Pott, Hexenhaus, Windspiel  
SONSTIGE PRODUKTE: Energiesparbodentreppe in verschiedenen Ausführungen und Abmessungen, Jagdartikel (Trophäenschilder)

#### Weitere Betriebsstätten:

Großer Stein 20  
26789 Leer

Am Emsdeich 1  
26789 Leer

Am Emsdeich 27  
26789 Leer

Cafeteria des Ubbo-Emmius-Gymnasiums  
Ubbo-Emmius-Str. 6  
26789 Leer  
Telefon: 0491 9607893  
E-Mail: [cafeteriaueg@lebenshilfe-leer.de](mailto:cafeteriaueg@lebenshilfe-leer.de)

Mensa des Teletta-Groß-Gymnasiums  
(Mensa-TGG)  
Gaswerkstr. 17  
26789 Leer  
Telefon: 0491 9711415  
E-Mail: [mensatgg@lebenshilfe-leer.de](mailto:mensatgg@lebenshilfe-leer.de)

### **Caritas Werkstätten nördliches Emsland GmbH Werkstatt Papenburg**

(Reg.-Nr. 2/35)

Werthmannstr. 11-18  
26871 Papenburg  
Telefon: 04961 9787-0  
Telefax: 04961 9787-15

E-Mail: [info@caritas-werkstatt-papenburg.de](mailto:info@caritas-werkstatt-papenburg.de)

Homepage: <http://www.caritas-os.de/caritas-werkstaetten/standorte/caritas-werkstatt-papenburg/caritas-werkstatt-papenburg>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Kistenfertigung, Palettenherstellung

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei (Heime/Hotels)

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege

Produkte:

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen,

Sonstiger Gartenbedarf (Gartengrills)

SPIELWAREN: Holzspielwaren (Bollerwagen)

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Werkstatt Börger

Kuhlenweg 7

26904 Börger

Telefon: 05953 921100

Telefax: 05953 921124

E-Mail: [w.ruester@caritas-werkstatt-boerger.de](mailto:w.ruester@caritas-werkstatt-boerger.de)

Werkstatt Dörpen

Forst-Arenberg-Straße 4

26892 Dörpen

Telefon: 04963 739848-0

Telefax: 04963 739848-15

Caritas-Werkstatt - Metallbereich

Flachsmeerstraße 36 A

26871 Papenburg

Telefon: 04961 97878-0

Telefax: 04961 978788

Berufsbildungsbereich

Bahnhofstraße 31

26871 Papenburg

Betriebsstätte für seelisch  
behinderte Menschen:

Flachsmeerstraße 32 A

26871 Papenburg

Telefon: 04961 940999-0

Telefax: 04961 940999-26

Betriebsstätte für Menschen mit

Hirnschädigungen

Behtlehem rechts 124

26871 Papenburg

## Niedersachsen (Bezirk der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen)

### Ökohof St. Josef gGmbH Ökohof-Werkstatt

(Reg.-Nr. 2/70)

Am Seitenkanal 16  
26871 Papenburg  
Telefon: 04968 96967-0  
Telefax: 04968 96967-23  
E-Mail: [info@sozialer-oe kohof.de](mailto:info@sozialer-oe kohof.de)  
Homepage: <http://www.sozialer-oe kohof.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

VERPACKUNGSARBEITEN

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Landwirtschaft

Produkte:

LEBENSMITTEL: Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Bioprodukte

## Niedersachsen (Bezirk der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen)

### Stiftung Lebensräume Ovelgöner Mühle Ovelgöner Werkstätten

(Reg.-Nr. 2/82)

Breite Str. 15  
26939 Ovelgönne  
Telefon: 04401 704737  
Telefax: 04401 704740  
E-Mail: [info@koenig-von-griechenland.de](mailto:info@koenig-von-griechenland.de)  
Homepage: <http://www.ovelgoenner-muehle.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

BAU-/RENOVIERUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei, Reinigungsarbeiten

SONSTIGE LEISTUNGEN: Gastronomie (Hotel: siehe [www.koenig-von-griechenland.de](http://www.koenig-von-griechenland.de)), Umzugs- und Transportarbeiten, Verarbeiten und Verpacken (Folie) von Gemüse

Produkte:

KUNSTHANDWERK: Keramik, Kerzen

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Ovelgöner Werkstätten

Breite Str. 20

26939 Ovelgönne

Telefon: 04401 704737

Telefax: 04401 704740



**CVJM-Sozialwerk Wesermarsch e.V.**

**(Reg.-Nr. 2/26)**

Helgoländer Damm 1  
26954 Nordenham  
Telefon: 04731 9691-0  
Telefax: 04731 9691-299  
E-Mail: [jan.geerts@sozialwerk-wesermarsch.de](mailto:jan.geerts@sozialwerk-wesermarsch.de)  
Homepage: <http://www.sozialwerk-wesermarsch.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, CNC-Bearbeitung (CNC-Drehautomaten, CNC-Fräszentrum)  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, CNC-Bearbeitungszentrum  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (Mittagsverpflegung), Wäscherei

**Weitere Betriebsstätten:**

CVJM-Sozialwerk Wesermarsch e.V.  
Verwaltung/Geschäftsführung und Hauptwerkstatt  
Helgoländer Damm 1  
26954 Nordenham  
Telefon: 04731 9691-0

**Weitere Betriebsstätten**

Hogekamp 3  
26931 Elsfleth  
Telefon: 04404 3597  
Telefax: 04404 2855

**Betriebsstätte für psychisch behinderte Menschen:**

Atenser Allee 115 b  
26954 Nordenham  
Telefon: 04731 9389-0  
Telefax: 04731 9389-25

## Delme-Werkstätten gGmbH

(Reg.-Nr. 2/40)

Industriestr. 6  
27211 Bassum  
Telefon: 04241 9301-0  
Telefax: 04241 9301-99  
E-Mail: [info@delme-wfbm.de](mailto:info@delme-wfbm.de)  
Homepage: <http://www.delme-wfbm.de>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, CNC-Bearbeitung, Fügen, Metallmontage, Metallverarbeitung  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung, Tischlerei  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektion  
TEXTIL/LEDER: Näherei, Änderungsschneiderei, Lederarbeiten  
RECYCLING: Kunststofffolien-Recycling, Metall-Recycling, Papier- / Papp-Recycling  
BÜRODIENSTLEISTUNGEN  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
MONTAGE  
HAUSWIRTSCHAFT: Großküchen, Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Entsorgungsfachbetrieb, Gastronomie (Bistro, Café), Fahrradwerkstatt, Fahrzeugpflege, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

Produkte:

TEXTIL-/LEDERWAREN: Bekleidung (Stirnbänder, Stulpen), Haus- und Heimtextilien (Körnerkissen, Knietablett, Sitzsäcke in verschiedenen Größen), Taschen, Lederwaren (Baby-Schuhe, Fliegenklatschen, Portemonnaies, Handytaschen)  
KUNSTHANDWERK: Keramik (Geschirr, Vasen, Dekoration), Kerzen (Kerzenmanufaktur)  
HAUSHALTSWAREN: Edelstahl-Flaschenöffner, Frühstücksbrettchen, Fleischbretter, Serviettenringe / Eierbecher, Gebrauchskeramik  
MÖBEL: Arbeits- und Büromöbel  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel (Gartenbänke), Vogelfutterhäuschen/ Nistkästen (auch Vogelvillen), Pflanzenkübel, sonstiger Gartenbedarf (Insektenhotels, Eichhörnchenfutterstation, Sichtschutzelemente, Wandlampen, Obelisken, Metallfiguren, Feuerkörbe)  
SPIELWAREN: Brett- und Gesellschaftsspiele (z. B. Esel-Spiel, Affen-ABC, Trinomino, Würfelspiel), Holzspielwaren, Großspielgeräte (Spiellandschaften für Kindergärten)  
SONSTIGE PRODUKTE: Fahrräder (individuelle Fahrradmontage, Serien- und Einzelmontagen), Edelstahl-Ringe, Bandscheibenwürfel

### Weitere Betriebsstätten:

Hauptwerkstatt:  
Betriebsstätte Bassum  
Industriestr. 6  
27211 Bassum  
Telefon: 04241 9301-0  
Telefax: 04241 9301-98

Weitere Betriebsstätten:

Zweigstelle Betriebsstätte Bassum  
Café & Bistro DELCASY  
Schloßweide 12  
28857 Syke  
Telefon: 04242 6099051  
Telefax: 04242 6099052

Betriebsstätte Delmenhorst  
Richtstr. 5-7  
27753 Delmenhorst  
Telefon: 04221 9172-0  
Telefax: 04221 9172-99

Betriebsstätte Delmenhorst  
Richtstr. 30-31  
27753 Delmenhorst  
Telefon: 04221 9172-0  
Telefax: 04221 9172-99

Betriebsstätte Ganderkesee  
Pestalozzistr. 4  
27777 Ganderkesee  
Telefon: 04222 9217-0  
Telefax: 04222 9217-99

Zweigstelle Ganderkesee /  
Urneburg  
Zur Straßenmeisterei 5  
27777 Ganderkesee  
Telefon: 04222 80581-0  
Telefax: 04222 80581-29

Betriebsstätte Sulingen  
Hasseler Weg 20  
27232 Sulingen  
Telefon: 04271 9310-0  
Telefax: 04271 9310-99

Betriebsstätte Weyhe  
Am Weidufer 30  
28844 Weyhe  
Telefon: 0421 80764-0  
Telefax: 0421 80764-99

Betriebsstätte Diepholz  
Siemensstr. 6  
49356 Diepholz  
Telefon: 05441 5923-0

Telefax: 05441 5923-99

Betriebsstätte Bildungszentrum  
Syke für berufliche Bildung  
Industriestr. 5-7  
28857 Syke  
Telefon: 04242 16883-0  
Telefax: 04242 16883-99

Betriebsstätten für psychisch  
beeinträchtigte Menschen (wid):

Werkstatt für Industrie und  
Dienstleistung Sulingen  
Hasseler Weg 19  
27232 Sulingen  
Telefon: 04271 9310-0  
Telefax: 04271 9310-69

Werkstatt für Industrie und  
Dienstleistung Syke  
Carl-Zeiss-Str. 8  
28857 Syke  
Telefon: 04242 9573-0  
Telefax: 04242 9573-99

Werkstatt für Industrie und  
Dienstleistung Delmenhorst  
Butjadinger Str. 10  
27751 Delmenhorst  
Telefon: 04221 9764-0  
Telefax: 04221 9764-99

Velo - Die Fahrradwerkstatt  
Am Bahnhof 1  
28857 Syke  
Telefon: 04242 57798-0  
Telefax: 04242 57798-99

**v. Bodelschwingsche Stiftungen Bethel  
Bethel im Norden  
proWerk - A & I Arbeit und Integration  
Werkstatt für psychisch behinderte Menschen**

**(Reg.-Nr. 2/56)**

Von-Lepel-Str. 5a  
27259 Freistatt  
Telefon: 05448 88-316  
Telefax: 05448 88-525  
E-Mail: [prowerk.freistatt@bethel.de](mailto:prowerk.freistatt@bethel.de)  
Homepage: <http://www.bethel-im-norden.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Metallbearbeitung  
HOLZ: Holzbearbeitung  
ELEKTRO: Elektromontage  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Wartung und Instandsetzung von  
Kopierern und Druckern  
VERPACKUNGS- UND MONTAGEARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Fahrradwerkstatt, Logistische Leistungen  
(Lagerung und Logistik), Fahrzeugpflege und Fahrdienst, Handel (Verkauf von  
Werkstattprodukten und Gebrauchsgütern), Auftragsarbeiten im  
Handarbeitsbereich

**Weitere Betriebsstätten:**

Verwaltung:

Von-Lepel-Str. 27  
27259 Freistatt  
Telefon: 05448 88316  
Telefax: 05448 88525

Betriebsstätten für psychisch  
behinderte Menschen:

Hans-Hermann-Meyer-Str. 6  
27232 Sulingen

Auf dem Esch 66  
49356 Diepholz

Achtung:  
Einrichtung ist ab 21.11.2001  
unselbständige Betriebsstätte der  
WfbM:  
Bethel proWerk  
Quellenhofweg 25  
33617 Bielefeld  
Telefon: 0521 144-3470  
Telefax: 0521 144-4385  
(dortige Reg.-Nr. 3/59)

## Lebenshilfe Rotenburg-Verden gemeinnützige GmbH Wümmen-Aller-Werkstätten

(Reg.-Nr. 2/43)

Westerholzer Weg 1-3  
27356 Rotenburg (Wümme)

Telefon: 04261 9443-0

Telefax: 04261 9443-43

E-Mail: [Arbeit@LhRowVer.de](mailto:Arbeit@LhRowVer.de)

Homepage: <http://www.lebenshilfe-rotenburg-verden.de/Lebenshilfe-Rotenburg-Verden>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung

KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling, Kunststoff-Recycling, Metall-Recycling, Demontearbeiten

EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Akten- und Datenträgervernichtung, Gastronomie

Produkte:

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte,

Sonstiger Gartenbedarf

SONSTIGE PRODUKTE: Bauelemente

### Weitere Betriebsstätten:

Zum Thingplatz 9

27283 Verden (Aller)

Telefon: 04231 9893-0 oder 04231  
9893-12

Telefax: 04231 9893-10

E-Mail: [waw-ver@LhRowVer.de](mailto:waw-ver@LhRowVer.de)

Hirtenweg 53

27356 Rotenburg (Wümme)

Telefon: 04261 963311

Telefax: 04261 963313

E-Mail:

[waw.hirtenweg@LhRowVer.de](mailto:waw.hirtenweg@LhRowVer.de)

LernWerkStadt

Hirtenweg 50

27356 Rotenburg (Wümme)

Telefon: 04261 8176-75

Telefax: 04261 8176-76

E-Mail:

[LernWerkStadt@LhRowVer.de](mailto:LernWerkStadt@LhRowVer.de)

Kiosk in den Berufsbildenden  
Schulen (BBS)

Neue Schulstr. 5

27283 Verden (Aller)

CAFESITObar

Große Str. 2

27356 Rotenburg (Wümme)

Telefon: 04261 8189355

Telefax: 04261 8189357

E-Mail: [cafesitobar@LhRowVer.de](mailto:cafesitobar@LhRowVer.de)

Betriebsstätten für seelische  
behinderte Menschen:

"Blume & Co." und "Schredderei"

Lindhoop 3

27308 Kirchlinteln

Telefon: 04236 999721

Telefax: 04236 942392

E-Mail: [DLZ.Blume@LhRowVer.de](mailto:DLZ.Blume@LhRowVer.de)

"aromatico"

Zum Eichhoop 2b

27356 Rotenburg (Wümme)

Telefon: 04261 816779

Telefax: 04261 816781

E-Mail: [aromatico@LhRowVer.de](mailto:aromatico@LhRowVer.de)

## Niedersachsen (Bezirk der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen)

### Werkstatt für behinderte Menschen der Rotenburger Werke der Inneren Mission

(Reg.-Nr. 2/14)

Lindenstr. 14  
27356 Rotenburg (Wümme)  
Telefon: 04261 920-0  
Telefax: 04261 920-298  
E-Mail: [wfbm@rotenburgerwerke.de](mailto:wfbm@rotenburgerwerke.de)  
Homepage: <http://www.rotenburgerwerke.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage (auf Anfrage)  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage (Lampen)  
TEXTIL/LEDER: Näherei, Lederarbeiten  
RECYCLING: Demontagearbeiten  
VERPACKUNGSARBEITEN aller Art  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen), Reparatur von Fahrrädern

Produkte:

KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Holzarbeiten, Keramik  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Sonstiger Gartenbedarf  
SPIELWAREN: Holzspielwaren  
SONSTIGE PRODUKTE: Fahrräder (neue und gebrauchte Fahrräder), E-Bikes

#### Weitere Betriebsstätten:

Werkstatt Birkenweg  
Birkenweg 17  
27356 Rotenburg (Wümme)  
Telefon: 04261 920-780  
Telefax: 04261 920-781

Werkstatt Königskamp  
Soltauer Str. 120  
27356 Rotenburg (Wümme)  
Telefon: 04261 63082-0 oder -26  
Telefax: 04261 63082-30

Gärtnerei Kalandshof  
Glummweg 1  
27356 Rotenburg (Wümme)  
Telefon: 04261 920826

Berufsbildungsbereich  
Verdener Str. 102  
27356 Rotenburg (Wümme)

## Niedersachsen (Bezirk der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen)

### Gärtnerhof Badenstedt WfbM für psychisch behinderte Menschen

(Reg.-Nr. 2/73)

Tarmstedter Str. 24  
27404 Zeven-Badenstedt  
Telefon: 04281 9371-0  
Telefax: 04281 9371-15  
E-Mail: [bestellungen@gaertnerhof.geso-hilfen.de](mailto:bestellungen@gaertnerhof.geso-hilfen.de)  
Homepage: <https://gaertnerhof-badenstedt.com>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

VERPACKUNGSARBEITEN  
SONSTIGE LEISTUNGEN: ökologische Baumschule

Produkte:

LEBENSMITTEL: Konfitüren, Gelees, Obstsäfte, Apfelsaft  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: ökologische Baumschule: Obstbäume (alte Sorten), Ziergehölze und Landschaftsgehölze aus ökologischem Anbau, Holzprodukte für den naturnahen Garten (Nistkästen, Vogelhäuser, Insektenhotels, Fledermauskästen, u.a.), Weidenflechtarbeiten (Rankhilfen, Dekokugeln u.a.)

#### Weitere Betriebsstätten:

Träger:  
GESO - gemeinnützige Gesellschaft für soziale Hilfen mbH  
Nordstr. 3  
27356 Rotenburg (Wümme)  
Telefon: 04261 85157812  
Telefax: 04261 85157811

**Lebenshilfe für Menschen mit Behinderungen Bremervörde/Zeven  
gemeinnützige GmbH -  
Vördewerk, Handwerk, Technik und Dienstleistungen**

**(Reg.-Nr. 2/37)**

Industriestr. 2  
27432 Bremervörde  
Telefon: 04761 9948-0  
Telefax: 04761 9948-44  
E-Mail: [werkstattleitung@voerdewerk.de](mailto:werkstattleitung@voerdewerk.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-bremervoerde.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung,  
Möbelfertigung, Spielzeugherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN  
RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling, Kunststoff-Recycling, Metall-  
Recycling, Demontearbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung  
MAILING UND VERSANDARBEITEN: Lettershop, Massenversand,  
Werbeaussendungen, Werbemittelversand  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei, Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau,  
Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen, Qualitätssicherung  
(Produktkontrolle für externe Firmen),  
KFZ-Werkstatt: PKW-Anhängerbau und -reparatur

Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Metallarbeiten, Saisonartikel  
MÖBEL: Regale  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsartikel,  
Vogelfutterhäuschen/Nistkästen/Fledermauskästen/Insektenhotels,  
Rosenbögen, Rankelemente  
SONSTIGE PRODUKTE: Bauelemente (z. B. Zäune aus Schmiedeeisen),  
Fahrradständer, PKW-Anhänger

**Weitere Betriebsstätten:**

Industriestr. 10  
27432 Bremervörde

Vördewerk  
Industriestraße 15  
27446 Selsingen  
Telefon: 04284 9300-0  
Telefax: 04761 994844

Außenstelle  
City Waschbär Wäscherei  
Bahnhofstr. 14  
27432 Bremervörde  
Telefon: 04761 921818  
Telefax: 04761 921819



### Werkhof und Wohnstätten Lebenshilfe Cuxhaven gGmbH

(Reg.-Nr. 2/42)

Neue Industriestr. 51  
27472 Cuxhaven  
Telefon: 04721 4398-0  
Telefax: 04721 439846  
E-Mail: [wwl@lebenshilfe-cuxhaven.de](mailto:wwl@lebenshilfe-cuxhaven.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-cuxhaven.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage

ELEKTRO: Kabelkonfektionierung

DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren, Satz,  
Layout

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN: Einschumpfarbeiten, Zähl-, Wiege- und  
Etikettierarbeiten

HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei (Waschen, Trocknen, Bügeln, Mangeln)

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und  
Pflanzenpflege, Pflasterarbeiten

TÖPFEREI: Keramikarbeiten nach Wunsch

Produkte:

KUNSTHANDWERK: Holzprodukte, Keramik

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel  
(Gartenbänke), Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Insektenhotels

#### Weitere Betriebsstätten:

Betriebsstätte Hemmoor

Oestingner Weg 33

21745 Hemmoor

Telefon: 04771 60063

Telefax: 04771 600646

E-Mail: [werkhof-](mailto:werkhof-hemmoor@lebenshilfe-cuxhaven.de)

[hemmoor@lebenshilfe-cuxhaven.de](mailto:hemmoor@lebenshilfe-cuxhaven.de)

Gartengruppe "De Goornlüüd"

Gartenpflege und Gartengestaltung

Neue Industriestraße 20

27472 Cuxhaven

Telefon: 04721 394196

Telefax: 04721 394197

Lebensmittelmarkt mit Lieferservice

CAP-Markt

Freiherr-vom-Stein-Str. 46

27472 Cuxhaven

Telefon: 04721 591533

Telefax: 04721 591534

Kulturbistro "KuBi"

Wernerstr. 22

27472 Cuxhaven

Telefon: 04721 5085220

Telefax: 04721 5085225

Betriebsstätten für seelisch  
behinderte Menschen:

Buchbinderei und Offsetdruckerei

"De Bookbinners"

Segelckestraße 45-47

27472 Cuxhaven

Telefon: 04721 681160

Telefax: 04721 681163

E-Mail: [debookbinners@lebenshilfe-](mailto:debookbinners@lebenshilfe-cuxhaven.de)  
[cuxhaven.de](mailto:debookbinners@lebenshilfe-cuxhaven.de)

Am Baumarkt 3

21745 Hemmoor

Telefon: 04771 60063

Telefax: 04771 600646

**Werkhof Beverstedt  
Werkstatt für seelisch behinderte Menschen**

**(Reg.-Nr. 2/86)**

Wachholz 6a  
27616 Beverstedt  
Telefon: 04747 873272  
Telefax: 04747 873316  
E-Mail: [werkhof-beverstedt@leb.de](mailto:werkhof-beverstedt@leb.de)  
Homepage: <http://wfbm-beverstedt.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

GARTEN-/ LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau (für private und gewerbliche Kunden)  
HAUSWIRTSCHAFT

Produkte:

LEBENSMITTEL: Veredelte Lebensmittel (Konfitüren, Gelees, Apfelsaft, Gemüse, Backmischungen, Kekse),  
Erzeugnisse aus dem Nutzgarten (saisonbedingt)  
KUNSTHANDWERK : Holzarbeiten (Dekorationsartikel)  
SPIELWAREN: Brett- und Gesellschaftsspiele (aus Holz)  
SONSTIGE PRODUKTE: Paddingrohrprodukte

### Ottersberger Manufakturen der Stiftung Leben und Arbeiten

(Reg.-Nr. 2/71)

Meinershagenerstr. 19 a  
27726 Worpsswede  
Telefon: 04794 93030  
Telefax: 04794 930318  
E-Mail: [k.kahlert@stiftung-leben-arbeiten.de](mailto:k.kahlert@stiftung-leben-arbeiten.de)  
Homepage: <http://www.leben-arbeiten.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

##### Auftragsarbeiten:

HOLZ: Holzbearbeitung, Kistenfertigung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung  
TEXTIL/LEDER: Näherei, Weberei  
BAU-/RENOVIERUNGSARBEITEN  
RECYCLING: Demontagearbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Fotokopieren  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei, Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

##### Produkte:

LEBENSMITTEL: Brot und Backwaren, Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Bioprodukte, Kaffee  
KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Textilien  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte, Pflanzenkübel  
SPIELWAREN: Brett- und Gesellschaftsspiele  
PAPIERWAREN

#### Weitere Betriebsstätten:

1. Betriebsstätten der Hauptwerkstatt Johnnishag:

Meinershagener Straße 13  
27726 Worpsswede

Osterwerder Straße 2  
27726 Worpsswede  
Telefon: 04792 951812

Außenarbeitsgruppe  
Landwehr 20 (Golfplatz)  
28865 Lilienthal

2. Betriebsstätten des Parzival-Hofes

Parzival-Hof  
Am Mühlenberg 24  
28870 Ottersberg-Quelkhorn  
Telefon: 04293 91710  
Telefax: 04293 917129

Am Mühlenberg 21  
28870 Ottersberg

Betriebsstätte Weidenhof  
Quelkhorer Landstr. 2/3  
28870 Ottersberg

3. Betriebsstätte und Verwaltung:

Niels-Stensen-Haus  
Worphauser Landstr. 55  
28865 Lilienthal-Worphausen

**Stiftung Maribondo da Floresta  
Kaufhaus Maribondo  
Anerkannte Werkstatt für behindert Menschen**

**(Reg.-Nr. 2/54)**

Bahnhofstr. 24-28  
27771 Osterholz-Scharmbeck  
Telefon: 04792 9539913  
Telefax: 04792 3383  
E-Mail: [info@schamaika.de](mailto:info@schamaika.de)  
Homepage: <http://www.maribondo.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
ELEKTRO: Elektromontage  
BAU-/RENOVIERUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Gastronomie, Mosterei,  
Kommissionierungsarbeiten

**Weitere Betriebsstätten:**

Verwaltung:  
Stiftung Maribondo da Floresta  
Bahnhofstr. 24-28  
27771 Osterholz-Scharmbeck

Weitere Betriebsstätten:

Semkenhof  
Waakhausen 4  
27726 Wörpswede

Stiftungsdorf Wörpedahl  
Bremer Landstraße 42-48  
27726 Wörpswede

Gasthaus Schamaika  
(Ausflugslokal/Wochenendplatz)  
Teufelsmoor Str. 33  
27711 Osterholz-Scharmbeck  
Telefon: 04796 951079

Cafeteria der  
Berufsbildenden Schulen  
Am Osterholze 2a  
27711 Osterholz-Scharmbeck  
Telefon: 04792 959715

Mühle von Rönn  
Lindenstraße 40  
27711 Osterholz-Scharmbeck  
Telefon: 04791 5021039

Mosterei  
Bahnhofstraße 18  
27711 Osterholz-Scharmbeck

## Niedersachsen (Bezirk der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen)

### **Werkstatt Nord gGmbH, Martinshof - Nord Anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen Geschäftsführung/Zentralverwaltung**

(Reg.-Nr. 2/75)

Hoffmannstr. 11  
28201 Bremen  
Telefon: 0421 361-5788  
Telefax: 0421 361-16896  
E-Mail: [werkstatt.nord@werkstatt.bremen.de](mailto:werkstatt.nord@werkstatt.bremen.de)  
Homepage: <http://www.martinshof-bremen.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Lohnfertigung und Montage

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Hauptwerkstätten:  
Werkstatt Nord gGmbH  
Jacob-Frerichs-Str. 8 und 10-16  
27711 Osterholz-Scharmbeck  
Telefon: 04791 80790-0  
Telefax: 04795 8079099

## Niedersachsen (Bezirk der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen)

### **Waldheim Werkstätten gemeinnützige GmbH**

(Reg.-Nr. 2/57)

Auf den Mehren 57  
28832 Achim  
Telefon: 04202 9559-13  
Telefax: 04202 9559-40  
E-Mail: [waldheim.werkstaetten@ewetel.net](mailto:waldheim.werkstaetten@ewetel.net)  
Homepage: <http://www.waldheim-werkstaetten.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung,  
Möbelfertigung, Spielzeugherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage  
LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN  
RECYCLING: Demontagearbeiten  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und  
Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
FAHRRADWERKSTATT

Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten  
MÖBEL: Kleinmöbel, Regale, Einbauschränke  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen,  
Pflanzenkübel  
SPIELWAREN: Holzspielwaren

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Café im Clüverhaus  
Große Kirchenstr. 1  
28832 Achim  
  
Industriestr. 61  
28876 Oyten  
  
Garten- und Landschaftsbau  
Helene-Grulke-Str. 5  
27299 Langwedel-Cluvenhagen

**Lobetalarbeit e.V. Celle**  
**Allertal-Werkstatt für behinderte Menschen**

**(Reg.-Nr. 2/58)**

Fuhrberger Str. 219  
29225 Celle  
Telefon: 05141 401-0  
Telefax: 05141 401-313  
E-Mail: [allertal-werkstatt@lobetalarbeit.de](mailto:allertal-werkstatt@lobetalarbeit.de)  
Homepage: <http://www.lobetalarbeit.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung  
TEXTIL/LEDER: Näherei, Stickerei, Textilveredelung  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Gastronomie (Allertal-Café; Hotel und Restaurant "Herrenhaus" NABU Gut Sander)

Produkte:  
LEBENSMITTEL: Fleisch- und Wurstwaren, Landwirtschaftliche Erzeugnisse  
KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Korb- und Stuhlflechtarbeiten, Saisonartikel  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Sonstiger Gartenbedarf  
WERBEMITTEL

**Weitere Betriebsstätten:**

Außenstelle Stübeckshorn  
Gärtnerei Herbula / Land- und Forstwirtschaft  
Stübeckshorn 31  
29614 Soltau  
Telefon: 05190 88189  
Telefax: 05190 88188

Allertal-Café  
Fuhrberger Str. 217  
29225 Celle  
Telefon: 05141 401-267  
Telefax: 05141 401-313  
E-Mail: [allertal-cafe@lobetalarbeit.de](mailto:allertal-cafe@lobetalarbeit.de)

"Herrenhaus" NABU Gut Sunder  
(Naturhotel und Restaurant)  
Sunder 1  
29308 Winsen OT Meißendorf  
Telefon: 05056 9710057  
Mobil: 0171 6545739

Frischmarkt  
Bergstr. 42  
29225 Celle  
Telefon: 05141 9784818  
E-Mail: [frischmarkt@lobetalarbeit.de](mailto:frischmarkt@lobetalarbeit.de)

## Lebenshilfe Celle gGmbH

(Reg.-Nr. 2/8)

Alte Dorfstr. 4  
29227 Celle  
Telefon: 05141 997-0  
Telefax: 05141 997-111  
E-Mail: [info@lhcelle.de](mailto:info@lhcelle.de)  
Homepage: <http://www.lhcelle.de>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage  
RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling, Demontearbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Digitale Archivierung (Aktendigitalisierung)  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN: Folienschweißen, Konfektionieren  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen),  
AKTENVERNICHTUNG: nach Bundesdatenschutzgesetz, auch Vernichtung elektronischer Datenträger (Festplatten)  
KAMINHOLZ: Herstellung und Lieferung  
Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Metall- u. Holzarbeiten  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel, Sonstiger Gartenbedarf (Grills, Kaminholz)  
SONSTIGE PRODUKTE: Bauelemente, Schilder, Gravuren

### Weitere Betriebsstätten:

Betriebsstätte Bergen  
Siedbosteler Feld 3  
29303 Bergen  
Telefon: 05051 4719-0  
Telefax: 05051 4719-11

Betriebsstätte Nienhagen  
Im Westfeld 3  
29336 Nienhagen  
Telefon: 05144 56093-0  
Telefax: 05144 56093-33

Betriebsstätten für psychisch behinderte Menschen:

Werkstatt für psychisch kranke Menschen, RückBauZentrum (RBZ)  
Goldbergweg 25  
29303 Bergen  
Telefon: 05051 4719-0  
Telefax: 05051 4719-11

Betriebsstätte für psychisch kranke Menschen  
Zentrum für Arbeit und Beratung  
Celle (ZAC)  
Alter Celler Weg 2  
29229 Celle  
Telefon: 05141 98060-100  
Telefax: 05141 98060-111



**Werk- und Lebensgemeinschaft Dalle e.V.**

**(Reg.-Nr. 2/44)**

An der Schule 2  
29348 Eschede  
Telefon: 05142 2385  
Telefax: 05142 4998  
E-Mail: [info@wlg-dalle.de](mailto:info@wlg-dalle.de)  
Homepage: <http://www.wlg-dalle.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

HOLZ: Holzbearbeitung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung

TEXTIL/LEDER: Weberei

HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

Produkte:

TEXTIL-/LEDERWAREN: Haus- und Heimtextilien, Teppiche

LEBENSMITTEL: Landwirtschaftliche Erzeugnisse

KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Holzarbeiten, Keramik, Saisonartikel, Textilien

MÖBEL: Kleinmöbel, Regale

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel

SPIELWAREN: Holzspielwaren

## Niedersachsen (Bezirk der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen)

### Haus der Lebenshilfe gemeinnützige GmbH

(Reg.-Nr. 2/17)

Am Funkturm 3-9  
29525 Uelzen  
Telefon: 0581 8854-0  
Telefax: 0581 8854-125  
E-Mail: [info@lebenleben.de](mailto:info@lebenleben.de)  
Homepage: <http://lebenleben.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Palettenherstellung  
BESCHICHTUNGEN: Oberflächenveredelung (Pulverbeschichtung)  
RECYCLING: Elektro-/Elektronikschrott-Recycling  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: IT-Dienstleistungen  
VERPACKUNGSARBEITEN: Verpackung von Medikamenten u. med.  
Verbrauchsartikeln nach GMP, Konfektionierung und Verpackung  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (Großküche: Speisenversorgung),  
Wäscherei (Waschen, Stärken, Mangeln, Bügelservice)  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Fahrzeugpflege/  
Fahrzeugaufbereitung, Gastronomie (Café)

Produkte:  
SONSTIGE PRODUKTE: Fertigung von Federholzmatratzenrahmen

#### Weitere Betriebsstätten:

Hermann-Löns-Str. 19  
29451 Dannenberg  
Telefon: 05861 9884-0  
Telefax: 05861 9884-44

Mensa Schulzentrum Dannenberg  
Riemannstr. 1  
29451 Dannenberg

Schulmensa und Cafeteria KGS  
Bad Bevensen  
Klein Bünstorfer Str. 7  
29549 Bad Bevensen

Café SAMOCCA  
Veerßer Str. 2  
29525 Uelzen  
Telefon: 0581 94879619

Wäscherei  
Emsberg 2  
29525 Uelzen

Betriebsstätte für seelisch  
behinderte Menschen:

Integra Dannenberg  
Lüneburger Str. 18  
29451 Dannenberg  
Telefon: 05861 806988-0

## Niedersachsen (Bezirk der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen)

### Martinshof e.V.

#### Werkstatt für behinderte Menschen

(Reg.-Nr. 2/52)

Klein Bollensen 2  
29559 Wrestedt  
Telefon: 05825 1231  
Telefax: 05825 1254  
E-Mail: [verwaltung@martinshof-ev.de](mailto:verwaltung@martinshof-ev.de)  
Homepage: <http://www.martinshof-ev.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Landwirtschaft

Produkte:  
LEBENSMITTEL: Brot und Backwaren, Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Bioprodukte  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte

**Werkstätten Bauckhof Stütensen fbM**

**(Reg.-Nr. 2/79)**

Stütensen 2

29571 Rosche

Telefon: 05803 964-0

Telefax: 05803 964-11

E-Mail: [info@bauckhof-stuetensen.de](mailto:info@bauckhof-stuetensen.de)

Homepage: <https://www.bauckhof.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Landwirtschaft

Produkte:

LEBENSMITTEL: Getrocknete Apfelringe mit und ohne Schokoladenüberzug

HAUSHALTSWAREN: Gebrauchskeramik, Kaminanzünder, Fußmatten

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte, Pflanzkübel, Gartenkeramik

## Heide-Werkstätten e.V.

(Reg.-Nr. 2/4)

Rudolf-Diesel-Str. 8-10  
29664 Walsrode  
Telefon: 05161 9823-0  
Telefax: 05161 9823-14  
E-Mail: [info@heide-werkstaetten.de](mailto:info@heide-werkstaetten.de)  
Homepage: <http://www.heide-werkstaetten.de>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

#### Auftragsarbeiten:

**METALL:** Umformen, Trennen, Fügen (Schweißen u.a. Alu und Edelstahl), Metallmontage  
**HOLZ:** Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Spielzeugherstellung  
**KUNSTSTOFF:** Kunststoffverarbeitung (Kleben, Schweißen, Stanzen)  
**ELEKTRO:** Elektromontage, Kabelkonfektionierung, Transformatoren  
**TEXTIL/LEDER:** Lederarbeiten, Schuhreparatur  
**EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN**  
**MAILING UND VERSANDARBEITEN**  
**VERPACKUNGSARBEITEN:** Einschweißarbeiten, Kartonagen  
**GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE:** Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
**SONSTIGE LEISTUNGEN:** Fahrradwerkstatt, Umzugs- und Transportarbeiten, Kfz-Werkstatt (Neubau u. Reparatur von PKW- und Pferdeanhängern), Gastronomie (Café Samocca)  
Weitere Informationen unter [www.heide-werkstaetten.de](http://www.heide-werkstaetten.de)

#### Produkte:

**KUNSTHANDWERK:** Floristische Artikel, Holzarbeiten, Saisonartikel, Textilien  
**MÖBEL:** Kleinmöbel, Regale  
**GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE:** Garten- und Landschaftsmöbel, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel, Sonstiger Gartenbedarf (Grills, Kaminholz, Feuerkörbe)  
**SPIELWAREN:** Brett- und Gesellschaftsspiele, Holzspielwaren, Puppen und Puppenmöbel, Stofftiere, Therapeutisches Spielzeug  
**BÜROARTIKEL**  
**SONSTIGE PRODUKTE:** Bauelemente, Fahrradständer, PKW-Anhänger, Pferdeanhänger, Jagdkanzeln, Schwerlastkartonagen  
Weitere Informationen unter [www.heide-werkstaetten.de](http://www.heide-werkstaetten.de)

### Weitere Betriebsstätten:

Werkstatt Walsrode  
Otto-Hahn-Straße 1  
29664 Walsrode  
Telefon: 05161 9823-51  
Telefax: 05161 9823-55  
E-Mail: [info@heide-werkstaetten.de](mailto:info@heide-werkstaetten.de)

Werkstatt Munster  
Speckenmoor 32  
29633 Munster  
Telefon: 05192 9815-0  
Telefax: 05192 9815-44  
E-Mail: [wfb.munster@heide-werkstaetten.de](mailto:wfb.munster@heide-werkstaetten.de)

Werkstatt Soltau  
Vor dem Weiherbusch 10  
29614 Soltau  
Telefon: 05191 96783-0  
Telefax: 05191 96783-33  
E-Mail: [wfb.soltau@heide-werkstaetten.de](mailto:wfb.soltau@heide-werkstaetten.de)

WerQART  
Schuhwerkstatt und Laden  
Lange Straße 37  
29664 Walsrode  
Telefon: 05161 735-72  
Telefax: 05161 48112-55  
E-Mail: [WerQART@heide-werkstaetten.de](mailto:WerQART@heide-werkstaetten.de)

Samocca  
(Kaffeerösterei-Café-Deli)  
Moorstraße 39  
29664 Walsrode  
Telefon: 05161 78896-25  
Telefax: 05161 78896-26  
E-Mail: [info@samocca-walsrode.de](mailto:info@samocca-walsrode.de)  
Homepage: [www.samocca-walsrode.de](http://www.samocca-walsrode.de)

Albert-Einstein-Straße 7  
29664 Walsrode

Betriebsstätten für psychisch behinderte Menschen:

Minerva  
Werkstatt für psychisch behinderte Menschen  
Visselhöveder Str. 2b  
29614 Soltau  
Telefon: 05191 9671-0  
Telefax: 05191 9671-11

E-Mail: [minerva@heide-werkstaetten.de](mailto:minerva@heide-werkstaetten.de)

Minerva "Holzwerkstatt"  
Werkstatt für psychisch behinderte  
Menschen  
Almhöhe 19  
29614 Soltau  
Telefon: 05191 931396-0  
Telefax: 05191 9671-11  
E-Mail: [minerva@heide-werkstaetten.de](mailto:minerva@heide-werkstaetten.de)

## Niedersachsen (Bezirk der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen)

### **Caritas-Werkstätten Hannover -Niels-Stensen-Haus- Anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen**

**(Reg.-Nr. 2/38)**

Engelbosteler Damm 72  
30167 Hannover  
Telefon: 0511 7082-0  
Telefax: 0511 7082-124 oder -599  
E-Mail: [info@c-w-hannover.de](mailto:info@c-w-hannover.de)  
Homepage: <http://www.c-w-hannover.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung

KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

TEXTIL/LEDER: Näherei

BAU-/RENOVIERUNGSARBEITEN

RECYCLING: Kunststoff-Recycling, Demontagearbeiten

DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren

EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Digitale Archivierung, Mikroverfilmung

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei, Reinigungsarbeiten

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Vermietung von Seminar- und Tagungsräumen (inkl. Catering und Service),

Boots-Refit (Restaurierung von Booten): Sandstrahlarbeiten, Antifouling und Lackieren von Segel- und Motorbooten, GFK-Reparaturen, Epoxidharz- und Polyesterverarbeitung, Osmoseschutz, Gelcoatreparaturen, Rumpflackierungen, Polierarbeiten, Folienbeschriftungen

Produkte:

MÖBEL: Kleinmöbel, Regale

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel

SPIELWAREN: Holzspielwaren, Therapeutisches Spielzeug

PAPIERWAREN

**Verein zur Förderung seelisch Behinderter e.V.  
Vahrenheider Werkstatt**

**(Reg.-Nr. 2/49)**

Dornierstr. 10  
30179 Hannover  
Telefon: 0511 635292  
Telefax: 0511 635353  
E-Mail: [info@vahrenheider-werkstatt.de](mailto:info@vahrenheider-werkstatt.de)  
Homepage: <http://www.psychosozialekompetenz.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Fügen, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Möbelrestaurierung, Spielzeugherstellung

KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage

ELEKTRO: Kabelkonfektionierung/Lötarbeiten

LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE

## Hannoversche Werkstätten gem. GmbH Verwaltung

(Reg.-Nr. 2/36)

Thurnithstr. 1  
30519 Hannover  
Telefon: 0511 5305-0  
Telefax: 0511 5305-100  
E-Mail: [info@hw-hannover.de](mailto:info@hw-hannover.de)  
Homepage: <http://www.hw-hannover.de>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, CNC-Bearbeitung, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Palettenherstellung, Kistenfertigung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
LACKIARBEITEN/BESCHICHTUNGEN  
BAU-/RENOVIERUNGSARBEITEN  
RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling, Metall-Recycling,  
Demontagearbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei, Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und  
Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Fahrradwerkstatt (Fahrradinspektion,  
Fahrradreparaturen), Kfz-Pflege (Fahrzuginnenreinigung und Pflege,  
Fahrzeugaußenpflege), Gastronomie

Produkte:

LEBENSMITTEL: Brot und Backwaren, Fleisch- und Wurstwaren,  
Landwirtschaftliche Erzeugnisse  
KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Korb- und Stuhlflechterarbeiten  
HAUSHALTSWAREN  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel,  
Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Sonstiger Gartenbedarf

### Weitere Betriebsstätten:

Hauptwerkstatt:

Hannoversche Werkstätten gem.  
GmbH - Einrichtung Kleefeld  
Lathusenstr. 20  
30625 Hannover  
Telefon: 0511 5305-0  
Telefax: 0511 5305-100

Weitere Betriebsstätten:

Hannoversche Werkstätten gem.  
GmbH - Einrichtung Hainholz  
Emil-Meyer-Str. 16  
30165 Hannover  
Telefon: 0511 35814-32  
Telefax: 0511 35814-30

Hannoversche Werkstätten gem.  
GmbH - Einrichtung Lüdersen  
Lebens- und Arbeitsort für  
Menschen mit Autismus  
Hiddestorfer Str. 2  
31832 Springe/Lüdersen  
Telefon: 05045 4802030  
Telefax: 05045 7067

Hannoversche Werkstätten gem.  
GmbH - Einrichtung Rethen  
Zur Sehlwiese 3  
30880 Laatzen/Rethen  
Telefon: 05102 93098-0

Hannoversche Werkstätten gem.  
GmbH  
Thurnithstr. 1  
30519 Hannover  
Telefon: 0511 5305-0  
Telefax: 0511 5305-100

Allerlei - Schöne Dinge  
Am Schaperplatz 2  
30625 Hannover  
Telefon: 0511 555456

Gastronomie - Institut für  
kommunale Verwaltung  
Wielandstr. 8  
30169 Hannover

Gastronomie - Region Hannover  
Hildesheimer Str. 20  
30169 Hannover

Kasino Ärztekammer  
Berliner Allee 20



30175 Hannover

Café anna leine  
Am hohen Ufer 3  
30159 Hannover  
Telefon: 0511 92013460  
E-Mail: [info@annaleine-hannover.de](mailto:info@annaleine-hannover.de)  
Homepage: <http://www.annaleine-hannover.de>

Betriebsstätte für blinde Menschen:

Hannoversche Werkstätten gem.  
GmbH - Einrichtung Kirchrode  
Kühnsstr. 18  
30559 Hannover  
Telefon: 0511 5104-230/-232  
Telefax: 0511 5104-237

## Niedersachsen (Bezirk der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen)

### Lebenshilfe Werkstatt Seelze

(Reg.-Nr. 2/47)

Vor den Specken 3B  
30926 Seelze  
Telefon: 05137 995-0  
Telefax: 05137 995-123  
E-Mail: [info@lebenshilfe-seelze.de](mailto:info@lebenshilfe-seelze.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-seelze.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling, Demontagearbeiten  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGS- UND MONTAGEARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

#### Produkte:

KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte

#### Weitere Betriebsstätten:

Hauptwerkstatt:  
Lebenshilfe Werkstatt Seelze  
Werk I  
Vor den Specken 3b  
30926 Seelze

Lebenshilfe Werkstatt Seelze  
Werk II  
Vor den Specken 5  
30926 Seelze

Lebenshilfe Werkstatt Seelze  
Werk IV  
Vor den Specken 9  
30926 Seelze

#### Weitere Betriebsstätte:

Lebenshilfe Werkstatt Seelze  
Garten- und Landschaftsbau /  
Bioland-Betrieb Lebensgrün  
Hof Holtensen  
Bultfeld 2  
30890 Barsinghausen-Holtensen  
Telefon: 05035 1877-128 / -131  
Telefax: 05035 1877-121

## Niedersachsen (Bezirk der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen)

### **Pestalozzi-Werkstatt**

(Reg.-Nr. 2/50)

Pestalozzistr. 22  
30938 Burgwedel  
Telefon: 05139 990-222  
Telefax: 05139 990-228  
E-Mail: [opaasch@pestalozzi-stiftung.de](mailto:opaasch@pestalozzi-stiftung.de)  
Homepage: <http://www.pestalozzi-stiftung.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Metallmontage  
HOLZ: Holzmontage, Palettenherstellung, Lattenrostherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage  
TEXTIL/LEDER: Näherei, Lederarbeiten  
RECYCLING: Demontagearbeiten  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei, Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau,  
Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Archivräumung,  
Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

Produkte:  
TEXTIL-/LEDERWAREN: Bekleidung

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Großküche  
Berkhopstraße 6  
30938 Burgwedel

Mensa Schulzentrum Burgwedel  
& Kioske Schulzentrum Burgwedel  
Auf der Ramhorst 2  
30938 Burgwedel  
Telefon: 05139 9720311  
Telefax: 05139 990-228

Betriebsstätte für seelisch  
behinderte Menschen:

Betriebsstätte Mellendorf  
Wedemarkstr. 50  
30900 Wedemark  
Telefon: 05130 6094462  
Telefax: 05130 6094466

## Niedersachsen (Bezirk der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen)

### **Musicon - WfbM Wennigsen Atelier zur Entfaltung der Sinne**

(Reg.-Nr. 2/80)

Albert-Einstein-Str. 2  
30974 Wennigsen  
Telefon: 05103 5032300  
E-Mail: [info@musicon-wennigsen.de](mailto:info@musicon-wennigsen.de)  
Homepage: <http://www.musicon-wennigsen.de/pages/verein/unser-leitbild.php>

**Lebenshilfe Hildesheim e.V.  
Werkstatt Hildesheim  
Verwaltung**

**(Reg.-Nr. 2/11)**

Am Flugplatz 9  
31137 Hildesheim  
Telefon: 05121 1709-80  
Telefax: 05121 1709-878  
E-Mail: [info@lhhi.de](mailto:info@lhhi.de)  
Homepage: <http://www.lhhi.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung,

Möbelfertigung, Spielzeugherstellung

KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

TEXTIL/LEDER: Näherei

DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung, Fotokopieren

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau,

Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

Produkte:

MÖBEL: Arbeits- und Büromöbel, Kindergarten-/Schulmöbel, Kleinmöbel,

Regale, Wohnmöbel

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte,

Sonstiger Gartenbedarf

SPIELWAREN: Brett- und Gesellschaftsspiele, Holzspielwaren, Puppen und

Puppenmöbel, Großspielgeräte

**Weitere Betriebsstätten:**

Hauptwerkstatt:

Werkstatt Hildesheim

Römerring 96

31137 Hildesheim

Telefon: 05121 1709-60

Telefax: 05121 1709-666

Weitere Betriebsstätten:

Werkstatt Hildesheim

Am Flugplatz 9

31137 Hildesheim

Telefon: 05121 1709-80

Telefax: 05121 1709-888

Werkstatt Hildesheim

Hildebrandstraße 95

31135 Hildesheim-Drispstedt

Telefon: 05121 1709-70

Telefax: 05121 1709-777

Werkstatt Hildesheim

Käthe-Paulus-Str. 7c

31137 Hildesheim

Telefon: 05121 1709-827

Werkstatt Hildesheim

Kantine im Kreishaus

Bischof-Janssen-Straße 31

31134 Hildesheim

Telefon: 05121 34744

E-Mail: [kantine.kreishaus@lhhi.de](mailto:kantine.kreishaus@lhhi.de)

**AWO Soziale Dienste Bezirk Hannover gGmbH - TRIALOG  
Werkstatt für Dienstleistung und Produktion (WDP)  
WfbM für seelisch behinderte Menschen**

**(Reg.-Nr. 2/66)**

Dornierstr. 2  
31137 Hildesheim  
Telefon: 05121 20686-0  
Telefax: 05121 20686-77  
E-Mail: [wdp@awo-trialog.de](mailto:wdp@awo-trialog.de)  
Homepage: <http://www.awo-trialog.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
HOLZ: Holzbearbeitung, CNC-Bearbeitung (5-Achs-CNC-Fertigung),  
Möbelfertigung  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
RECYCLING: Demontagearbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Grafische Gestaltung  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Seminarverwaltung, Sonstige EDV-  
Dienstleistungen (Webseitenserstellung)  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe  
Firmen),  
mobiler Hausmeister-Service und Tür- und Fenstermontage, eBay-Agentur  
(agentur 13),  
KFZ-Pflege und -Werkstatt, KFZ-Reinigung, -Reparatur und Pflege  
(Lackreinigung, Polieren etc.),  
Gastronomie: Café, Restaurant (Supp-Cultur), Einkaufsbringdienst,  
Minigolfanlage  
Produkte:  
KUNSTHANDWERK  
MÖBEL: Arbeits- und Büromöbel, Regale, Wohnmöbel  
SONSTIGE PRODUKTE: Bauelemente

**Weitere Betriebsstätten:**

Betriebsstätte "Kontor 13"  
Bahnhofsallee 13/14  
31134 Hildesheim  
Telefon: 05121 1740110  
Telefax: 05121 1740113

## proWerkstätten Himmelsthür gGmbH

(Reg.-Nr. 2/64)

Stadtweg 103a  
31139 Hildesheim  
Telefon: 05121 604-200  
Telefax: 05121 604-453  
E-Mail: [info@prowerkstaetten.de](mailto:info@prowerkstaetten.de)  
Homepage: <http://prowerkstaetten.kr1.de>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Metallmontage  
HOLZ: Holzmontage  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau,  
Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Bio-Landwirtschaft

Produkte:  
LEBENSMITTEL: Bioprodukte  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte

### Weitere Betriebsstätten:

Betriebsstätte Eduard-Ahlborn-  
Straße  
Eduard-Ahlborn-Straße 3  
31135 Hildesheim  
Telefon: 05121 604 2400  
Telefax: 05121 604 2419  
E-Mail: [info@prowerkstaetten.de](mailto:info@prowerkstaetten.de)

Betriebsstätte Wildeshausen  
Westring 15  
27793 Wildeshausen  
Telefon: 04431 83 607  
Telefax: 04431 83 608  
E-Mail:  
[wildeshausen@prowerkstaetten.de](mailto:wildeshausen@prowerkstaetten.de)

Betriebsstätte Wildeshausen  
Dr. Klingenbergstr. 83  
27793 Wildeshausen  
Telefon: 04431 83 630  
Telefax: 04431 83 608

Klostergut Sorsum  
Hinter dem Dorfe 18  
31139 Hildesheim-Sorsum  
Telefon: 05121 604 250  
Telefax: 05121 622 93

Wäscherei Hildesheim  
Am Nordfeld 4  
31139 Hildesheim-Sorsum  
Telefon: 05121 80919

**Lammetal-Werkstätten Lamspringe GmbH**

**(Reg.-Nr. 2/10)**

An der Pferdewiese 1  
31195 Lamspringe  
Telefon: 05183 9407-0  
Telefax: 05183 9407-111  
E-Mail: [info@lammetal.net](mailto:info@lammetal.net)  
Homepage: <http://www.lammetal.net>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, Metallmontage, Konventionelle Bearbeitung und CNC-Technik (im Bereich Drehen und Fräsen)

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Möbelfertigung auf Anfrage, Spielzeugherstellung

KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage

VERPACKUNGSARBEITEN aller Art

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen), Prägen von Kfz-Schildern, Schrumpfen von Artikeln bis 420x600 mm

Produkte:

KUNSTHANDWERK: Saisonartikel, Dekoartikel

HAUSHALTSWAREN: Mollen, Speisebretter, Tablett

MÖBEL: Kleinmöbel, Regale, Wohnmöbel (Betten, Schränke) auf Anfrage

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel, Terrassen

SPIELWAREN: Holzspielwaren, Puppen und Puppenmöbel, Therapeutisches Spielzeug (Lernspiele)

BÜROARTIKEL: Ablagekästen, Zettelkästen

SONSTIGE PRODUKTE: Kfz-Schilder

**Lebenshilfe Peine-Burgdorf GmbH -  
gemeinnützige Einrichtungen der Lebenshilfevereine Peine und  
Burgdorf**

**(Reg.-Nr. 2/20)**

Am Berkhöpen 3  
31234 Edemissen  
Telefon: 05176 189-0  
Telefax: 05176 923007  
E-Mail: [info@lhpb.de](mailto:info@lhpb.de)  
Homepage: <http://www.lhpb.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen (z.B. Drehen, Fräsen, Sägen, Gewinde schneiden), CNC-  
Bearbeitung, Fügen (z.B. Schweißen)  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Möbelfertigung,  
Spielzeugherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Kabelkonfektionierung, Löten  
TEXTIL/LEDER: Näherei, Lederarbeiten, Stickerei, Beflockungen, Patchen  
RECYCLING: Demontagearbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Bedrucken von Gegenständen  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN: Kartonageverpackungen, Einschrumpfarbeiten  
(Folien)  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege  
HAUSWIRTSCHAFT: Reinigungsarbeiten (Gebäudereinigung)  
Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Saisonartikel  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen,  
Pflanzkübel  
SPIELWAREN nach Anfrage  
BÜROARTIKEL  
WERBEMITTEL  
SONSTIGE PRODUKTE: Kfz-Schilder

**Weitere Betriebsstätten:**

Lehmkuhlenweg 1  
31224 Peine  
Telefon: 05171 99090  
Telefax: 05171 990989

Holzriesen 1  
31303 Burgdorf  
Telefon: 05136 8095-00  
Telefax: 05136 809521

Näherei Burgdorf  
Am Sägewerk 8  
31303 Burgdorf  
Telefon: 05136 9720343

Stick-tec Burgdorf  
Hannoversche Neustadt 19  
31303 Burgdorf  
Telefon: 05136 978912

Betriebsstätten für seelisch  
behinderte Menschen:

Rehatec Peine  
Werner-Nordmeyer-Str. 26  
31226 Peine  
Telefon: 05171 58580  
Telefax: 05171 56620

Lerchenstraße 20  
31303 Burgdorf



**Gut Adolphshof-Sozialtherapie gemeinnützige GmbH  
Werkstätten Adolphshof fbM**

**(Reg.-Nr. 2/76)**

Gut Adolphshof 1 e  
31275 Lehrte-Hämelerwald  
Telefon: 05175 953021  
Telefax: 05175 953022  
E-Mail: [sozialtherapie@adolphshof.de](mailto:sozialtherapie@adolphshof.de)  
Homepage: <http://www.adolphshof.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

HOLZ: Holzbearbeitung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung

HAUSWIRTSCHAFT: Reinigungsarbeiten

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Landwirtschaft, Kunstwerkstatt (Geschenkartikel, Briefkarten)

Produkte:

LEBENSMITTEL: Getränke (Apfelsaft - Demeter), Bioprodukte

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Saisonartikel, Textilien

HAUSHALTSWAREN: Schneidebretter, Untersetzer

MÖBEL: Kleinmöbel, Wohnmöbel

SPIELWAREN: Holzspielwaren

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel, Sonstiger Gartenbedarf (z. B. Kamin- und Brennholz, wachsgetränktes Anzündholz)

PAPIERWAREN: Notizbücher, Gruß- und Glückwunschkarten, Weihnachtskarten

BÜROARTIKEL: Ablagekästen, Zettelboxen

### Lebenshilfe Nienburg gemeinnützige GmbH - Werkstatt Nienburg/ Schäferhof

(Reg.-Nr. 2/48)

Forstweg 2, 4 + 8  
31582 Nienburg/Weser  
Telefon: 05021 987-0  
Telefax: 05021 62228  
E-Mail: [werkstatt-nie@lebenshilfe-nienburg.de](mailto:werkstatt-nie@lebenshilfe-nienburg.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-nienburg.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

##### Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage, Rohrbiegearbeiten, Gewinde schneiden und formen, Stanzen, Ausklinken, Walzen, Pressen, MAG-Schweißen

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Lattenrostfertigung

KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

TEXTIL/LEDER: Näherei

RECYCLING: Kunststoff-Recycling, Demontearbeiten

DRUCK/GRAFIK: Bedrucken von Gegenständen (Tampondruck)

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN: Konfektionieren, Kartonverpackung, Beutelverpackung

HAUSWIRTSCHAFT: Catering, Großküche, Heißmangel

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Großküche, Aktenvernichtung F, Kfz-Werkstatt, Kfz-Pflege und Aufbereitung, Logistische Leistungen, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

##### Produkte:

KUNSTHANDWERK: Saisonartikel, Textilien, Spiele, Dekoration

MÖBEL: Arbeits- und Büromöbel (Arbeitstische aus Metall)

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel (z. B. Außentische und -bänke aus Metall), Sonstiger Gartenbedarf (Holzkohlegrills)

SONSTIGE PRODUKTE: Metall: Kistenroller, Fassroller, Fahrradständer

#### Weitere Betriebsstätten:

Betriebsstätte Stolzenau

Bremer Str. 2 und 4

31592 Stolzenau

Telefon: 05761 9016-0

Telefax: 05761 9016-70

E-Mail: [werkstatt-sto@lebenshilfe-nienburg.de](mailto:werkstatt-sto@lebenshilfe-nienburg.de)

Betriebsstätte Rehburg

Meßloher Weg 5

31547 Rehburg-Loccum

Telefon: 05037 9780-20

Telefax: 05037 9780-22

E-Mail: [werkstatt-reh@lebenshilfe-nienburg.de](mailto:werkstatt-reh@lebenshilfe-nienburg.de)

Betriebsstätte Südring 13

Südring 13

31582 Nienburg/Weser

Telefon: 05021 604540

Telefax: 05021 604546

E-Mail: [werkstatt-nie2@lebenshilfe-nienburg.de](mailto:werkstatt-nie2@lebenshilfe-nienburg.de)

Betriebsstätte Nienburger Bruchweg 13

Nienburger Bruchweg 13

31582 Nienburg

Telefon: 05021 894200-1

Telefax: 05021 894200-9

E-Mail: [werkstatt-nie3@lebenshilfe-nienburg.de](mailto:werkstatt-nie3@lebenshilfe-nienburg.de)

Bildungs-BASIS

(Berufsbildungsbereich)

Südring 8

31582 Nienburg/Weser

Telefon: 05021 89418-70

Telefax: 05021 89418-77

E-Mail: [bbb-nbg@lebenshilfe-nienburg.de](mailto:bbb-nbg@lebenshilfe-nienburg.de)

Café/Bistro Lespresso

Lange Str. 11

31582 Nienburg

Telefon: 05021 8965313

E-Mail: [info@lespresso-nienburg.com](mailto:info@lespresso-nienburg.com)

Homepage: [www.lespresso-nienburg.com](http://www.lespresso-nienburg.com)

Großküche Steimbke

Am Koppelberg 54

31634 Steimbke

Telefon: 05026 3349669

E-Mail: kueche-  
steimbke@lebenshilfe-nienburg.de

Betriebsstätte für seelisch  
behinderte Menschen:

Betriebsstätte für seelisch  
behinderte Menschen "PUR"  
Ziegelkampstr. 12  
31582 Nienburg/Weser  
Telefon: 05021 96388-0  
Telefax: 05021 96388-8  
E-Mail: werkstatt-pur@lebenshilfe-  
nienburg.de

## Paritätische Lebenshilfe Schaumburg-Weserbergland GmbH Verwaltung

(Reg.-Nr. 2/5)

Ostring 6  
31655 Stadthagen  
Telefon: 05721 700-0  
Telefax: 05721 700-218  
E-Mail: [info@paritaetische-lebenshilfe.de](mailto:info@paritaetische-lebenshilfe.de)  
Homepage: <http://www.paritaetische-lebenshilfe.de>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

#### Auftragsarbeiten:

**METALL:** Umformen, Trennen, CNC-Bearbeitung, Fügen, Metallmontage  
**HOLZ:** Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung  
**KUNSTSTOFF:** Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
**ELEKTRO:** Kabelkonfektionierung  
**TEXTIL/LEDER:** Näherei, Teppichbearbeitung  
**RECYCLING:** Elektro-/Elektronik-Recycling, Kork-Recycling, Demontagearbeiten, Kunststoffmahlen (Messergranulat)  
**EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN:** Daten- und Texterfassung  
**MAILING UND VERSANDARBEITEN:** Lettershop, Serienbrieferstellung, Massenversand, Werbemittelversand, Archivierung  
**VERPACKUNGSARBEITEN:** Folienschweißen, Kartonagen und Papierverarbeitung, Kleinmontage, Konfektionieren  
**HAUSWIRTSCHAFT:** Catering/Partyservice (Großküche - Lieferung von Mittagessen), Reinigungsarbeiten  
**GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE:** Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
**SONSTIGE LEISTUNGEN:** Aktenvernichtung, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

#### Produkte:

**MÖBEL:** Kindergarten-/Schulmöbel, Kleinmöbel, Regale  
**GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE:** Garten- und Landschaftsmöbel, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel

### Weitere Betriebsstätten:

Anerkannte Werkstätten im  
Landkreis Schaumburg:

Lothar-Wittko-Werkstatt  
Ostring 8a  
31655 Stadthagen  
Telefon: 05721 700-120  
Telefax: 05721 700-128

August-Lücke-Werkstatt  
Neumarktstr. 42  
31683 Obernkirchen  
Telefon: 05724 97200-650  
Telefax: 05724 97200-654

Werkstatt Rinteln  
Dieselstr. 3/6  
31737 Rinteln  
Telefon: 05751 4001-230  
Telefax: 05751 4001-233

Betriebsstätte für seelisch  
behinderte Menschen:

Industrie-Service Stadthagen  
Am Helweg 12  
31655 Stadthagen  
Telefon: 05721 89333-700  
Telefax: 05721 89333-719

Anerkannte Werkstätten im  
Landkreis Hameln-Pyrmont:

Werkstatt Afferde  
Betriebsstättenleiter: Helmut Waber  
Scheckfeldweg 1  
31789 Hameln  
Telefon: 05151 5758-528  
Telefax: 05151 5758-595  
E-Mail: [h.waber@paritaetische-lebenshilfe.de](mailto:h.waber@paritaetische-lebenshilfe.de)

Gerd-Hahlbrock-Werkstatt  
Hahlbrockweg 1  
31789 Hameln  
Telefon: 05151 5759-34  
Telefax: 05151 5759-51

Betriebsstätte für seelisch  
behinderte Menschen:

Industrie-Service Afferde  
Auf dem Rübencampe 8  
31789 Hameln-Afferde  
Telefon: 05151 5758-562

## Niedersachsen (Bezirk der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen)

**Deutsches Taubblindenwerk gGmbH**  
**Wohnheim und Werkstatt für höresehbehinderte und taubblinde** (Reg.-Nr. 2/51)  
**Menschen Hessisch Oldendorf**

Pötzer Kirchweg 5  
31840 Hessisch Oldendorf  
Telefon: 05152 9418-0  
Telefax: 05152 9418-50  
E-Mail: [info@taubblindenwerk.de](mailto:info@taubblindenwerk.de)  
Homepage: <http://www.taubblindenwerk.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
HOLZ: Spielzeugherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN: Folienverschweißung/Verpackung

Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Dekorationsartikel aus Holz  
HAUSHALTSWAREN: Pinnwände aus Kork  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen (aus Kork)

### **my.worX gemeinnützige GmbH Göttingen** **Anerkannte Werkstatt für Menschen mit seelischer Behinderung**

(Reg.-Nr. 2/77)

Güterbahnhofstr. 11  
37073 Göttingen  
Telefon: 0551 384455-0  
Telefax: 0551 384455-20  
E-Mail: [info@myworx.eu](mailto:info@myworx.eu)  
Homepage: <http://www.myworx.eu>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

DRUCK/GRAFIK: Druckvorstufe, Grafische Gestaltung von Werbematerial (z.B. Flyer, Beschriftung f. Fahrzeuge, Briefpapier, Visitenkarten, Plakate, Fotobücher, Werbebroschüren etc.)

IT-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Daten- und Texterfassung (auch Datenpflege), Digitale Archivierung bis DIN A 1 (z.B. Papier-, Foto-, Audio-, Videodateien), Vervielfältigung von Datenträgern, Sonstige Bürodienstleistungen, Recherchearbeiten, Kontierung von Buchhaltungsbelegen, e-bay-Verkauf im Auftrag.

MAILING UND VERSANDARBEITEN: Serienbriefherstellung, Kommissionierung von Werbesendungen Werbemittelversand, Katalogversand, Mailings

HAUSHALTSSCHWAMM: Catering/Partyservice/Frühstücksservice/Mittagscatering (Privathaushalte, Betriebe, Events, Schulumenschen, Kindertagesstätten), Betreiber von Betriebskantinen

MONTAGE/LOGISTIK/VERSAND: Kleinmontagen, Elektromontagen, Konfektionierung, Qualitätssicherung, Verpackungsarbeiten für Internet-Versandhandel,

Fahrradendmontage, Fahrradreparaturen, Lagerhaltung, Logistikkdienstleistungen für online-Versandhandel, Gebrauchtradaufarbeitung, Gebrauchtrahandel, Herstellung von K-lumet Feueranzünder

GÖTTINGER MÜSLI COMPANY: Fertigung von Bio-Müsli nach individuellen Vorgaben, Fertigmüslis, Porridge, Nuss- und Fruchtmischungen, Saisonartikel, Geschenke, Firmenmüsli, Müsliriegel, Snacks, Teemischungen

Produkte:

LEBENSMITTEL: Brot und Backwaren (Kuchen, Torten, Kleingebäck), Snacks, Buffets, Menüs, biologische Müslimischungen, Bio-Müsliriegel, Bio-Snacks, Teemischungen

HAUSHALTSSCHWAMM: Feueranzünder K-Lumet

SONSTIGE PRODUKTE: aufgearbeitete Gebrauchträder

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Betriebsstätte Montage/  
Fahrradwerkstatt  
Weender Landstr. 29 A  
37073 Göttingen

Betriebsstätte digital media  
Güterbahnhofstr. 1a  
37073 Göttingen

## Göttinger Werkstätten gemeinnützige GmbH

(Reg.-Nr. 2/27)

Elliehäuser Weg 20  
37079 Göttingen  
Telefon: 0551 5065-0  
Telefax: 0551 5065-200  
E-Mail: [info@goe-we.de](mailto:info@goe-we.de)  
Homepage: <http://www.goettinger-werkstaetten.de>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

#### Auftragsarbeiten:

**METALL:** Umformen, Trennen (z. B. Drehen, Fräsen, Bohren, Sägen, Gleitschleifen), CNC-Bearbeitung, Fügen (z. B. Schweißen, Löten), Metallmontage, Sandstrahlen

**HOLZ:** Holzbearbeitung (z. B. Fräsen, Zuschneiden, Bohren, Leimen, Hobeln, Schleifen, Oberflächenveredlung), Holzmontage

**KUNSTSTOFF:** Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage

**ELEKTRO:** Elektromontage (Baugruppen), Kabelkonfektionierung (Ablängen, Abmanteln, Abisolieren, Crimpen, Löten, Verzinnen, Prüfen, Konfektionieren, Herstellung von Kabelbäumen)

**INDUSTRIEMONTAGE:** Baugruppen- und Komplettmontage, Klebearbeiten, Stanz-, Schneid- und Nietarbeiten, Konfektionierung

**TEXTIL:** Näherei, Weberei

**LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN (Holz)**

**DRUCK/GRAFIK:** Druckerei (Digitaldruck, Offsetdruck),

Druckweiterverarbeitung, Kreative Vorstufe, Druckvorstufe, Digitalworkflow, Fotokopieren

**VERPACKUNGSARBEITEN:** Verpacken, Folienschweißen, Schrumpfen, Konfektionieren, Sortieren, Wiegen/Zählen, Etikettieren, Prüfen, Kartonagen- und

Papierverarbeitung, Mailing-Aktionen

**HAUSWIRTSCHAFT:** Catering

**GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE:** Garten- und Pflanzenpflege (z. B. Rasenpflege, Beetpflege, Gehölzschnitt, Pflanz- und Saatarbeiten, Schreddern/Entsorgen), Landschaftspflege

**SONSTIGE LEISTUNGEN:** Gastronomie, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

#### Produkte:

**TEXTILWAREN:** Haus- und Heimtextilien (Schürzen aus gummiertem Baumwollgewebe)

**KUNSTHANDWERK:** Handgewebte Produkte

### Weitere Betriebsstätten:

Betriebsstätte Gimte  
Brunnenweg 14  
34346 Hann. Münden/OT Gimte  
Telefon: 05541 9866-0

Druckerei  
Robert-Bosch-Breite 10  
37079 Göttingen  
Telefon: 0551 5065-0

Göttinger Frischmenü  
August-Spindler-Straße 1  
37079 Göttingen  
Telefon: 0551 5065-260

VHS-Bistro  
Bahnhofsallee 7  
37081 Göttingen  
Telefon: 0551 5065-0

Betriebsstätte für seelisch  
behinderte Menschen:

Karl-Arnold-Straße 13  
37079 Göttingen  
Telefon: 0551 3073-73



**Harz-Weser-Werkstätten gemeinnützige GmbH  
Werkstatt Osterode**

**(Reg.-Nr. 2/19)**

Rotemühlenweg 21  
37520 Osterode am Harz  
Telefon: 05522 961-6  
Telefax: 05522 961-410  
E-Mail: [info@h-w-w.de](mailto:info@h-w-w.de)  
Homepage: <http://www.h-w-w.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

**Auftragsarbeiten:**

**METALL:** Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage, CNC-Bearbeitung  
**HOLZ:** Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung  
**KUNSTSTOFF:** Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
**ELEKTRO:** Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
**TEXTIL/LEDER:** Näherei  
**DRUCK/GRAFIK:** Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren  
**EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN:** Digitale Archivierung (Datendigitalisierung)  
**MAILING UND VERSANDARBEITEN**  
**VERPACKUNGSARBEITEN**  
**HAUSWIRTSCHAFT:** Catering/Partyservice (z.B. Kantinenbewirtschaftung), Wäscherei, Reinigungsarbeiten  
**GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE:** Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
**SONSTIGE LEISTUNGEN:** Logistische Leistungen, Gebäudemanagement

**Produkte:**

**KUNSTHANDWERK:** Kunstwerke, Keramik, Saisonartikel  
**MÖBEL:** Arbeits- und Büromöbel, Kindergarten-/Schulmöbel, Kleinmöbel, Regale, Wohnmöbel  
**GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE:** Garten- und Landschaftsmöbel, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Sonstiger Gartenbedarf  
**SONSTIGE PRODUKTE:** Kfz- und Fun-Schilder

**Weitere Betriebsstätten:**

**Verwaltung:**

Rotemühlenweg 19  
37520 Osterode/Harz

**Weitere Betriebsstätten:**

**Werkstatt Dassel**  
Maschweg 17  
37586 Dassel  
Telefon: 05564 970-0  
Telefax: 05564 970222

**Werkstatt Northeim**  
Sülbendweg 8  
37154 Northeim  
Telefon: 05551 9858-0  
Telefax: 05551 985858

**Außenarbeitsgruppe am  
Königsplatz  
Marienvorstadt 2**  
37520 Osterode am Harz  
Telefon: 05522 310310  
Telefax: 05522 310311

**Wäscherei**  
An der Leege 2a  
37520 Osterode am Harz  
Telefon: 05522 916830  
Telefax: 05522 9168316

**FAIRKAUF Osterode**  
Rollberg 10  
37520 Osterode  
Telefon: 05522 5028672  
Telefax: 05522 5028673

**Berufsbildungsbereich**  
Schlesische Str. 11a  
37520 Osterode

**Ernst-Müller-Allee 6**  
37520 Osterode am Harz

**Schlachthofweg 18**  
37520 Osterode am Harz

**Ausgelagerte Großküche der  
Werkstatt Dassel (alte Kaserne)**  
Yorkstr. 8  
37627 Stadtoldendorf

**Kantinen/Caféterias:**

**Paul-Gerhard-Schule 1-3**  
37586 Dassel

BBS II  
An der Leege 2b  
37520 Osterode

Betriebsstätten für seelisch  
behinderte Menschen:

HaWeTec Holzminden 1  
Rehwiese 12  
37603 Holzminden  
Telefon: 05531 990690  
Telefax: 05531 9906925

HaWeTec Holzminden 2  
Rehwiese 20  
37603 Holzminden  
Telefon: 05531 120771  
Telefax: 05531 120789

HaWeTec Osterode  
Rotemühlenweg 13 und 15  
37520 Osterode/Harz  
Telefon: 05522 9616  
Telefax: 05522 961411

HaWeTec Northeim  
Borsigstr. 23  
37154 Northeim  
Telefon: 05551 987670  
Telefax: 05551 919680

Lange Lage 11  
37154 Northeim

FAIRKAUF Holzminden  
Obere Straße 27  
37603 Holzminden  
Tel.: 05531 9918466  
Fax: 05531 9918467  
E-Mail: fairkauf-hol@h-w-w.de

## Niedersachsen (Bezirk der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen)

### **WfbM des Lebensbaum e.V.**

**(Reg.-Nr. 2/72)**

Scheerenberger Str. 65  
37520 Osterode am Harz  
Telefon: 05522 506637  
Telefax: 05522 5059803  
E-Mail: [buero@lebensbaum-osterode.de](mailto:buero@lebensbaum-osterode.de)  
Homepage: <http://www.lebensbaum-osterode.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage  
TEXTIL/LEDER: Stickerei, Filzarbeiten, Schmuckherstellung  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering (Küche, Café), Wäscherei  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Tonarbeiten (Reiben, Formen, Gestalten)

Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Saisonartikel, Schmuck, Dekorationsartikel (Holz, Filz, Ton)  
PAPIERWAREN: Glückwunschkarten

## Lebenshilfe Braunschweig gemeinnützige GmbH

(Reg.-Nr. 2/28)

Kaiserstr. 18  
38100 Braunschweig  
Telefon: 0531 4719-0  
Telefax: 0531 4719381  
E-Mail: [info@lebenshilfe-braunschweig.de](mailto:info@lebenshilfe-braunschweig.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-braunschweig.de>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

#### Auftragsarbeiten:

**METALL:** Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage, Schmiedearbeiten, Schweißfachbetrieb zertifiziert nach DIN 18800-7:2008-11 Klasse C  
**HOLZ:** Holzbearbeitung, Holzmontage, Möbelfertigung, Saunabau, CNC-Bearbeitungszentrum

**ELEKTRO:** Elektromontage, Kabelkonfektionierung

**MONTAGEN:** Einzel- und Serienaufträge, komplexe Baugruppen, Systemlieferant

**TEXTIL/LEDER:** Näherei, Schneiderei, Änderungsschneiderei

**BAU-/RENOVIERUNGSARBEITEN:** Maler- und Tapezierarbeiten, Kleinere Maurer- und Putzarbeiten, Kleinere Fliesenarbeiten

**DRUCK/GRAFIK:** Druckerei (Digitaldruck und Vierfarb-Offsetdruckmaschine), Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung

**EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN:** Digitale Archivierung, Daten- und Texterfassung, Indexierung

**MAILING UND VERSANDARBEITEN:** Letter- und Mailingcenter, Massenversand, Werbemittelversand

**VERPACKUNGSARBEITEN:** Folienschweißen- und schrumpfen, Kartonagen- und Papierverarbeitung, Kleinmontagen, Konfektionierung

**HAUSWIRTSCHAFT:** Menüservice und Großküche, Bistro, Catering ab 40 Personen, Wäscherei, Reinigungsarbeiten (Hausreinigung), Handwerkliche Dienste

**GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE:** Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege, Gesamtjahrespflege, Baumpflege/Baumkletterer

**SONSTIGE LEISTUNGEN:** Aktenvernichtung Stufe 3 (Entsorgungsfachbetrieb gemäß § 56 KrWG), Fahrradwerkstatt, Fahrzeugpflege, Gastronomie (Café)

**HANDEL: FAIRKAUF** (Sozialkaufhaus) mit Möbelhalle, Komplettäumung, Werkstattladen, Versandhandel

#### Produkte:

**KUNSTHANDWERK:** Holzarbeiten, Keramik, Textilien, Schmuck, Saisonartikel  
**KUNSTATELIER**

**GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE:** Sonstiger Gartenbedarf (Gartenaccessoires: Feuerschalen, Gartenstäbe, Kamin- und Feueranzünder)

**PAPIERWAREN:** Notizbücher, Weihnachtskarten, Gruß- und Glückwunschkarten

**SONSTIGE PRODUKTE:** Bauelemente (Zäune, Tore, Zier-, Fenster-Trenngitter, Geländer) nach individuellen Kundenwünschen, Spezialfahrräder (Liegefahrräder, Dreiräder) über unser Fahrradfachgeschäft radspezial

### Weitere Betriebsstätten:

Bildungszentrum  
Petzvalstr. 54  
38104 Braunschweig  
Telefon: 0531 4719-344  
Telefax: 0531 4719-381

radspezial Fahrradgeschäft und -werkstatt

Petzvalstr. 54  
38104 Braunschweig  
Telefon: 0531 4719-249  
Telefax: 0531 4719-381

Schrotweg 2  
38162 Cremlingen  
Telefon: 0531 4719-155  
Telefax: 0531 4719-381

Boltenberg 8  
38126 Braunschweig  
Telefon: 0531 4719-101  
Telefax: 0531 4719-381

Fachdienst Betriebliche Integration  
Boltenberg 8  
38126 Braunschweig  
Telefon: 0531 4719-104  
Telefax: 0531 4719-381

**FAIRKAUF**  
Stecherstraße 4  
38100 Braunschweig  
Telefon: 0531 4719-190  
Telefax: 0531 4719-381

Heinz-Scheer-Str. 2+3  
38126 Braunschweig  
Telefon: 0531 4719-333  
Telefax: 0531 4719-381

GEYSO20 atelier - galerie - sammlung  
Geysstraße 19/20  
38106 Braunschweig  
Telefon: 0531 4719-196  
Telefax: 0531 4719-381

Kantine der Agentur für Arbeit  
Braunschweig  
Cyriaksring 10  
38118 Braunschweig  
Telefon: 0531 4719-342  
Telefax: 0531 4719-381

Café Flora in der Gärtnerei Volk  
Hasenwinkel 1  
38114 Braunschweig

Telefon: 0157 56210660

Kantine DINER in der Nordzucker  
AG  
Küchenstraße 9  
38100 Braunschweig  
Telefon: 0531 4719-344  
Telefax: 0531 4719-381

Versandhandel/Bürodienste im  
Rebenpark  
Rebenring 31  
38106 Braunschweig  
Telefon: 0531 4719-273  
Telefax: 0531 4719-381

Betriebsstätten für seelisch  
behinderte Menschen:

Industrie Service  
Reha-Werkstatt für Menschen mit  
seelischen Beeinträchtigungen  
Ludwigstr. 14  
38106 Braunschweig  
Telefon: 0531 4719-273  
Telefax: 0531 4719-381

Möbelhalle im Rebenpark  
Geysstraße 20  
38106 Braunschweig  
Telefon: 0531 4719-195

Garten- und Landschaftsbau  
Petzvalstr. 36a  
38104 Braunschweig  
Telefon: 0531 4719-292  
Telefax: 0531 4719-381

## Niedersachsen (Bezirk der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen)

### Mehrwerk gGmbH Verwaltung

(Reg.-Nr. 2/62)

Erzberg 23  
38126 Braunschweig  
Telefon: 0531 12043800  
Telefax: 0531 12043850  
E-Mail: [wfbm@neuerkerode.de](mailto:wfbm@neuerkerode.de)  
Homepage: <http://www.neuerkerode.de/wfbm>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
HOLZ: Holzmontage  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Kabelkonfektionierung  
INDUSTRIEMONTAGE  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
KARTONAGENKONFEKTIONIERUNG  
GARTEN- & LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Dienstleistungen für Industrieunternehmen  
DIENSTLEISTUNGSGRUPPE / AUSSENARBEITEN BEI INDUSTRIEKUNDEN

#### Produkte:

KUNSTHANDWERK: Saisonartikel (Oster- und Weihnachtsartikel, Raumschmuck, Tischdekoration)  
GARTENBEDARF / GÄRTNEREIPRODUKTE: KLOSTERGÄRTNEREI  
PAPIERWAREN: Glückwunsch- und Weihnachtskarten

#### Weitere Betriebsstätten:

Hauptwerkstatt:  
Mehrwerk gGmbH  
Erzberg 23  
38126 Braunschweig-Rautheim

#### Weitere Betriebsstätte:

Mehrwerk gGmbH  
Betriebsstätte Mühlenhof  
Am Mühlenhof 2  
38173 Sickinge-Neuerkerode

## Niedersachsen (Bezirk der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen)

### CJD Salzgitter - Hallendorfer Werkstätten Christliches Jugenddorfwerk Deutschlands e.V.

(Reg.-Nr. 2/23)

Kanalstr. 55  
38229 Salzgitter  
Telefon: 05341 4019-0  
Telefax: 05341 4019-99  
E-Mail: [cjd.wfb.salzgitter@cjd.de](mailto:cjd.wfb.salzgitter@cjd.de)  
Homepage: <http://www.cjd-salzgitter.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, CNC-Bearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage  
LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN  
RECYCLING: Demontagearbeiten  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (Küche), Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

#### Produkte:

KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Holzarbeiten  
MÖBEL: Kleinmöbel, Kleinserien und Sonderanfertigungen  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte, Garten- und Landschaftsmöbel, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen  
SPIELWAREN: Brett- und Gesellschaftsspiele, Puppenhäuser

**Lebenshilfe Salzgitter e.V. Sölter Dienstleister  
Werkstatt für Menschen mit psychischen Erkrankungen**

**(Reg.-Nr. 2/61)**

Kreuzacker 2  
38259 Salzgitter  
Telefon: 05341 8722-80  
Telefax: 05341 872299  
E-Mail: [werkstatt@lebenshilfe-sz.de](mailto:werkstatt@lebenshilfe-sz.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-sz.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Metallbearbeitung - z.B. Blecharbeiten (z.B. Bau und Montage von Rattenköderstationen)  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Digitale Archivierung (Scann-Dienstleistungen)  
VERPACKUNG UND KONFEKTIONIERUNG: z.B. Verpackungs- und Abfüllarbeiten von Maritimen Artikel und Biodünger für Baumärkte usw.  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei, Textildruck  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau

**Weitere Betriebsstätten:**

"Ostfalia Hochschule" für  
angewandte Wissenschaften  
Mensa Casino  
Karl-Scharfenberg-Str. 55-57  
38229 Salzgitter-Calbecht  
Telefon: 05341 87579200  
Telefax: 05341 87579200  
E-Mail: [kueche.lebenshilfe@fh-wolfenbuettel.de](mailto:kueche.lebenshilfe@fh-wolfenbuettel.de)

### Lebenshilfe Helmstedt-Wolfenbüttel gemeinnützige GmbH

(Reg.-Nr. 2/45)

Mascheroder Str. 7  
38302 Wolfenbüttel  
Telefon: 05331 937-0  
Telefax: 05331 937-237  
E-Mail: [info@lebenshilfe-he-wf-ggmbh.de](mailto:info@lebenshilfe-he-wf-ggmbh.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-he-wf-ggmbh.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

##### Auftragsarbeiten:

**METALL:** Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage, Blechbearbeitung  
**HOLZ:** Massivholztischlerei, Holzbearbeitung, CNC-Bearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Möbelfertigung (Möbelbau), Spielzeugherstellung  
**KUNSTSTOFF:** Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
**ELEKTRO:** Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
**TEXTIL/LEDER:** Näherei, Änderungsschneiderei  
**RECYCLING:** Demontagearbeiten  
**EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN:** Digitale Archivierung (Fotos, Dias, Videos, Schallplatten), Vervielfältigung von Datenträgern  
**MAILING UND VERSANDARBEITEN**  
**VERPACKUNGSARBEITEN**  
**HAUSWIRTSCHAFT:** Catering/Partyservice (Großküche), Wäscherei, Reinigungsarbeiten  
**GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE:** Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

##### Produkte:

**TEXTIL-/LEDERWAREN:** Haus- und Heimtextilien  
**MÖBEL:** Kleinmöbel  
**GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE:** Garten- und Landschaftsmöbel, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen

#### Weitere Betriebsstätten:

Werkstatt Helmstedt  
Beendorfer Str. 1  
38350 Helmstedt  
Telefon: 05351 5890-0  
Telefax: 05351 5890-37

Werkstatt Helmstedt  
Landgrabentrift 2b  
38350 Helmstedt  
Telefon: 05351 587043  
Telefax: 05351 587044

Werkstatt Fümmlerse  
Fümmler Str. 83  
38304 Wolfenbüttel  
Telefon: 05331 90169-0  
Telefax: 05331 90169-37

Betriebsstätten für psychisch behinderte Menschen:

W.I.R. - Werkstatt für  
Industriemontage und Recycling  
für seelisch Behinderte  
Porschestraße 13A  
38350 Helmstedt (OT Emmerstedt)  
Telefon: 05351 54459-0  
Telefax: 05377 54459-37

W.I.R. - Werkstatt für  
Industriemontage und Recycling  
für seelisch Behinderte  
Halchtersche Str. 16  
38304 Wolfenbüttel  
Telefon: 05331 90097-0  
Telefax: 05331 90097-37



**Lebenshilfe Wolfsburg gemeinnützige Gesellschaft mbH  
Werkstatt für Menschen mit Behinderung**

**(Reg.-Nr. 2/2)**

Suhler Str. 10  
38444 Wolfsburg  
Telefon: 05361 870-0  
Telefax: 05361 75033  
E-Mail: [lebenshilfe@lhwob.de](mailto:lebenshilfe@lhwob.de)  
Homepage: <http://www.lhwob.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, CNC-Bearbeitung, Fügen, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, CNC-Bearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung,

Möbelfertigung, Möbelrestauration

KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage

MONTAGEARBEITEN: Industriemontage

TEXTIL/LEDER: Textilveredlung - Privat- sowie Industrie-Druck-Stick- und Näh-  
Aufträge, Bedrucken, Besticken, Beflocken und Thermotransferdruck

VERPACKUNGSARBEITEN: Lebensmittel nach Hygieneschutzverordnung,  
Sortieren, Zählen, Wiegen

HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und  
Pflanzenpflege, Landschaftspflege

Produkte:

LEBENSMITTEL: verschiedene Konditoreiprodukte

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel,

Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, sonstiger Gartenbedarf (z. B. Feuerkörbe)

MÖBEL: Möbelverkauf

SONSTIGE PRODUKTE: Bauelemente (z. B. Zäune, Gitter, Tore)

**Weitere Betriebsstätten:**

Betriebsstätte für seelisch  
behinderte Menschen:

Niederlassung REMOTEC

Robert-Bosch-Weg 1

38446 Wolfsburg

Telefon: 05361 870-0

Telefax: 05361 4648725

### Lebenshilfe Gifhorn gemeinnützige GmbH

(Reg.-Nr. 2/29)

Im Heidland 19  
38518 Gifhorn  
Telefon: 05371 892-0  
Telefax: 05371 892-119  
E-Mail: [info@lebenshilfe-gifhorn.de](mailto:info@lebenshilfe-gifhorn.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-gifhorn.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

##### Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage, CNC-Bearbeitung  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Sonderverpackungen nach Kundenvorgaben  
TEXTIL: Stickerei, Beflockung und Besticken von Textilien und Werbeträgern  
MONTAGEARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
KOMMISSIONIERUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (Essensangebote für Schulen und Kindertagesstätten), Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: KFZ-Schilderprägung, KFZ-Aufbereitung

##### Produkte:

LEBENSMITTEL: Landwirtschaftliche Erzeugnisse  
KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Holzarbeiten, Gartengestaltungselemente aus Corten-Stahl  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Sonstiger Gartenbedarf  
SONSTIGE PRODUKTE: KFZ-Schilder

#### Weitere Betriebsstätten:

Im Heidland 35  
38518 Gifhorn  
Telefon: 05371 892-200  
Telefax: 05371 892-219  
E-Mail: [wfbm2@lebenshilfe-gifhorn.de](mailto:wfbm2@lebenshilfe-gifhorn.de)

Wäscheservice  
Torstr. 2  
38518 Gifhorn  
Telefon: 05371 54901  
E-Mail: [waescherei@lebenshilfe-gifhorn.de](mailto:waescherei@lebenshilfe-gifhorn.de)

Betriebsstätte für seelisch behinderte Menschen:

Gifhorer Arbeits- und Dienstleistungszentrum (GAZ)  
Hüttenweg 4  
38518 Gifhorn  
Telefon: 05371 58899-0  
Telefax: 05371 58899-19  
E-Mail: [gaz@lebenshilfe-gifhorn.de](mailto:gaz@lebenshilfe-gifhorn.de)

## Niedersachsen (Bezirk der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen)

### Diakonische Werkstätten Kästorf der Diakonischen Betriebe Kästorf GmbH D.B.K.

(Reg.-Nr. 2/31)

Hauptstr. 51  
38518 Gifhorn  
Telefon: 05371 721-588  
Telefax: 05371 721-852  
E-Mail: [wfbm@diakonie-dbk.de](mailto:wfbm@diakonie-dbk.de)  
Homepage: <http://www.diakonie-dbk.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung

KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN

BAU-/RENOVIERUNGSARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN und INDUSTRIE-MONTAGE

HAUSWIRTSCHAFT: Catering/ Partyservice, Reinigungsarbeiten

GARTEN-/ LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Kfz-Werkstatt, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

Produkte:

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Keramik, Saisonartikel

MÖBEL: Arbeits- und Büromöbel, Kindergarten-/Schulmöbel, Kleinmöbel, Regale, Wohnmöbel

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Sonstiger Gartenbedarf

SPIELWAREN: Holzspielwaren

## Niedersachsen (Bezirk der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen)

### Der Hof - Heilpädagogischer Bauernhof und Integrative Freizeitgestaltung e.V.

(Reg.-Nr. 2/59)

Zum Hof 1  
38550 Isenbüttel  
Telefon: 05374 9557-0  
Telefax: 05374 9557-14  
E-Mail: [der-hof@t-online.de](mailto:der-hof@t-online.de)  
Homepage: <http://www.der-hof-isenbuettel.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

Produkte:

LEBENSMITTEL: Brot und Backwaren, Fleisch- und Wurstwaren, Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Bioprodukte

**Lebenshilfe Goslar gemeinnützige GmbH  
'Die Werkstatt'  
Werkstatt für behinderte Menschen**

**(Reg.-Nr. 2/25)**

Probsteiburg  
38644 Goslar  
Telefon: 05321 3371-0  
Telefax: 05321 3371-255  
E-Mail: [peter.fischer@lebenshilfe-goslar.de](mailto:peter.fischer@lebenshilfe-goslar.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-goslar.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen (z.B. Drehen, Fräsen), CNC-Bearbeitung (z.B. CNC-Drehen, CNC-Fräsen), Fügen, Metallmontage, Metallarbeiten  
HOLZ: Holzbearbeitung, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung, Lattenrostmontage  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei (z.B. Nähen und Ändern von Gardinen und Vorhängen inkl. Montage), Polsterei (Aufarbeitung und Reparatur von Polstermöbeln, Sesseln, Stühlen, etc.)  
LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN  
BAU-/RENOVIERUNGSARBEITEN: Malerarbeiten, Außenfassaden, Fußbodenverlegearbeiten  
RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling, Demontagearbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung, Fotokopieren, CtP, Digitaldruck, Bedrucken von Gegenständen (T-Shirt Druck, Fahrzeugwerbung)  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau (z.B. Wegebau), Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Umzugs- und Transportarbeiten, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen), Beratung und Montage von Sonnenschutz jeglicher Art (Plissee, Lamellenvorhänge, etc.)  
Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Holzarbeiten, Kerzen  
HAUSHALTSWAREN  
MÖBEL: Arbeits- und Büromöbel, Kindergarten-/Schulmöbel, Kleinmöbel, Regale  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel, Sonstiger Gartenbedarf  
SPIELWAREN: Brett- und Gesellschaftsspiele, Holzspielwaren, Puppen und Puppenmöbel  
PAPIERWAREN: handgeschöpftes Karten aller Art (Geburtstagskarten, Weihnachtskarten, Trauerkarten, Anhänger, etc.)  
WERBEMITTEL: T-Shirt Druck, Fahrzeugwerbung  
SONSTIGE PRODUKTE: Bauelemente (z.B. Metallzäune)

**Weitere Betriebsstätten:**

"DIE RAUMAUSSTATTER"  
Gutenbergstrasse 5A  
38640 Goslar  
Telefon: 05321 3949001  
Telefax: 05321 3949006  
Mobil: 0163 8337170  
E-Mail: [polsterei@lebenshilfe-goslar.de](mailto:polsterei@lebenshilfe-goslar.de)

Kantine der Agentur für Arbeit  
Goslar  
Robert-Koch-Str. 11  
38642 Goslar

**Lebenshilfe Nordhorn gGmbH  
Werkstatt am See  
Werkstatt für behinderte Menschen**

**(Reg.-Nr. 2/9)**

Lindenallee 98  
48527 Nordhorn  
Telefon: 05921 8062-0  
Telefax: 05921 806250  
E-Mail: [info@lebenshilfe-nordhorn.de](mailto:info@lebenshilfe-nordhorn.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-nordhorn.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Palettenherstellung, Möbelfertigung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege

**Weitere Betriebsstätten:**

Geschäftsführung und Verwaltung  
Stadtring 45  
48527 Nordhorn  
Telefon: 05921 8061-0  
Telefax: 05921 8061-50

Werkstatt I  
Cafeteria BBS  
Am Bölt 5  
48527 Nordhorn

Werkstatt I  
Mensa Lise-Meitner-Gymnasium  
Bosthorst 10  
49828 Neuenhaus

Werkstatt II  
Frieslandstr. 2  
48527 Nordhorn  
Telefon: 05921 8064-0  
Telefax: 05921 806450

Werkstatt IV  
Lindenallee 98  
48527 Nordhorn  
Telefon: 05921 8065-0  
Telefax: 05921 806550

Werkstatt V  
Alfred-Mozer-Str. 52  
48527 Nordhorn  
Telefon: 05921 8061-20  
Telefax: 05921 806150

Werkstatt VI  
Betriebsstätte Stadtring/RAWE  
West  
Berufsbildungsbereich  
48529 Nordhorn

Werkstatt VI  
Kaffeehaus Samocca  
Stadtring 45  
48527 Nordhorn  
Telefon: 05921 71380-140  
Internet: [www.samocca-nordhorn.de](http://www.samocca-nordhorn.de)

Betriebsstätten für psychisch  
behinderte Menschen:

Werkstatt III  
Lohnbetriebe Nordhorn  
Werkstatt für psychisch behinderte  
Menschen

Alfred-Mozer-Str. 10  
48527 Nordhorn  
Telefon: 05921 8063-0  
Telefax: 05921 806350

Werkstatt III  
Berufsbildungsbereich Lohnbetriebe  
Nordhorn  
Bernhard-Niehuis-Str. 19-21  
48529 Nordhorn  
Telefon: 05921 7123153  
Telefax: 05921 7123253

## Niedersachsen (Bezirk der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen)

### Die Brücke e.V.

#### WfbM für psychisch erkrankte Menschen

(Reg.-Nr. 2/53)

Charlottenstr. 18  
48529 Nordhorn  
Telefon: 05921 8003-0  
Telefax: 05921 8003-23  
E-Mail: [info@diebruecke-ev.de](mailto:info@diebruecke-ev.de)  
Homepage: <http://www.diebruecke-ev.de/leistungen-1/werkstatt-f%C3%BCr-behinderte-menschen>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen (z. B. Biegen), Trennen (z. B. Sägen, Schleifen, Stanzen, Bohren), Fügen (z. B. Schweißen) Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung (z. B. Sägen, Schleifen, Verbinden, Konstruieren), Holzmontage  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung (z. B. Schweißen, Entgraten), Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung, Schaltschrankbau, Motorenumbau  
VERPACKUNGSARBEITEN: Befüllen, Kleben, Schweißen, Wiegen

#### Produkte:

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel (Stehtische), Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Sonstiger Gartenbedarf (Feuerkörbe, Kunstvögel für den Garten)  
SPIELWAREN: Holzspielwaren, Schaukelmotorräder für Kleinkinder und vieles mehr. - Je nach Anfrage!

#### Weitere Betriebsstätten:

Charlottenstraße 11b  
48529 Nordhorn

**Heilpädagogische Hilfe Osnabrück  
osnabrücker werkstätten gGmbH**

**(Reg.-Nr. 2/16)**

Postfach 42 24  
49032 Osnabrück  
Telefon: 0541 9991-0  
Telefax: 0541 9991-484  
E-Mail: [info@os-hho.de](mailto:info@os-hho.de)  
Homepage: <http://www.os-hho.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: spanende Metallbearbeitung, CNC-Bearbeitung, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,

Landschaftspflege

Produkte:

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel,

Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Sonstiger Gartenbedarf (Weidenflechten)

SPIELWAREN: Großspielgeräte

**Weitere Betriebsstätten:**

Hauptwerkstatt:

Werkstatt Sutthausen

Industriestr. 17

49082 Osnabrück

Telefon: 0541 9991-0

Telefax: 0541 9991-482

Industriestr. 11 + 13

49082 Osnabrück

Schlosserei

Industriestr. 15

49082 Osnabrück

Berufsbildungsbereich

Industriestr. 16

49082 Osnabrück

Telefon: 0541 9991-224

Großküche

Ernst-Sievers-Str. 45-47

49078 Osnabrück

Berufsbildungsbereich

Anna-Gastvogel-Str. 45-47

49084 Osnabrück

Werkstatt Schleddehausen

Heinrich-Gerdom-Str. 2

49143 Bissendorf-Schleddehausen

Telefon: 05402 9901-0

Telefax: 05402 9901-99

Werkstatt Hilter

Dyckerhoffstr. 6

49176 Hilter

Telefon: 05424 2330-0

Telefax: 05424 2330-14

Wohnheim Holterberg

Am Lärchenhang 2

49176 Hilter

Werkstatt Wallenhorst

Marie-Curie-Straße 6

49134 Wallenhorst

Telefon: 05407 8731-0

Telefax: 05407 8731-33

Werkstatt Melle

Oststr. 31

49324 Melle

Telefon: 05422 92139-0

Telefax: 05422 92139-299

Schul- und Betriebscafeterien:



Cafeteria BBS  
Natruper Str. 50  
49076 Osnabrück

Cafeteria BBS  
Pottgraben 4  
49074 Osnabrück

Cafeteria BBS  
Brinkstr. 17  
49082 Osnabrück

Cafeteria BBS  
Lindenstr. 1  
49324 Melle

Kantine Gymnasium Carolinum  
Kleine Domfreiheit 20  
49074 Osnabrück

Kantine Fa. Mölk Pressegrasso  
Berghoffstr. 11  
49090 Osnabrück

Kantine Gymnasium Graf  
Stauffenberg  
Gottlieb-Planck-Str. 1  
49080 Osnabrück

Kantine Gymnasium Wüste  
Kromschröderstr. 33  
49080 Osnabrück

Cafeteria BBS Schölerberg  
Schölerbergstr. 20  
49082 Osnabrück

Cafeteria Schulzentrum Sebastopol  
Knollstr. 143  
49088 Osnabrück

Café Schulzentrum Hagen  
Schopmeyerstr. 20  
49170 Hagen

Stadtgaleriecafé  
Große Gildewart 14  
49074 Osnabrück

Betriebsstätten für seelisch  
behinderte Menschen:

OSNA-Technik Hasetor  
Senator-Wagner-Weg 8  
49088 Osnabrück  
Telefon: 0541 33149-0  
Telefax: 0541 201698

Gärtnerei des AMEOS Klinikum  
Osnabrück  
Senator-Wagner-Weg 8  
49088 Osnabrück

OSNA-Technik Bad Iburg  
Kreienbrink 8b  
49186 Bad Iburg  
Telefon: 05403 7371-0  
Telefax: 05403 7371-49

OSNA-Technik Bohmte

Dr. Weymann-Str. 1  
49163 Bohmte  
Telefon: 05471 9500-0  
Telefax: 05471 9500-29

OSNA-Technik Fledder  
Gesmolder Str. 19 + 19a  
49084 Osnabrück  
Telefon: 0541 60084-0  
Telefax: 0541 60084-12

OSNA-Technik Hasbergen  
Tischlerei  
Eisenbahnweg 9  
49205 Hasbergen  
Telefon: 05405 9214-0  
Telefax: 05405 9214-37

Betriebsstätten für hörgeschädigte  
Menschen:

Knollstr. 96  
49088 Osnabrück  
Telefon: 0541 18009-0  
Telefax: 0541 18009-29

Hauswörmannsweg 92  
49080 Osnabrück

## Niedersachsen (Bezirk der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen)

### Andreaswerk e.V.

(Reg.-Nr. 2/32)

Landwehrstr. 7  
49377 Vechta  
Telefon: 04441 960-0  
Telefax: 04441 960-222  
E-Mail: [info@andreaswerk.de](mailto:info@andreaswerk.de)  
Homepage: <http://www.andreaswerk.de/de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen (z. B. Sägen, Mechanische Bearbeitung, Drehen, Fräsen, Bohren), Teilefertigung

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Möbelteilefertigung, Spielzeugherstellung

KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

INDUSTRIEMONTAGE: Konfektion, Teilemontage

DRUCK/GRAFIK: Druckerei (Digitaldruck), Druckweiterverarbeitung, Mailing, Buchbinderei

HAUSWIRTSCHAFT: Catering (Manufaktur), Wäscherei

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Kfz-Werkstatt, Bilderrahmenfertigung, Keramik, Bäckerei, Gastronomie (Café)

Produkte:

LEBENSMITTEL: Feingebäck (Bäckerei: Gebäck, Kekse)

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Saisonartikel

SPIELWAREN: Brett- und Gesellschaftsspiele, Holzspielwaren

#### Weitere Betriebsstätten:

Betriebsstätte Lohne

Brägeler Ring 42

49393 Lohne

Telefon: 04442 9334-0

Telefax: 04442 9334-22

Manufaktur

Große Straße 41

49377 Vechta

Telefon: 04441 97333-0

Telefax: 04441 97333-11

Betriebsstätte Steinfeld

Handorfer Str. 99

49439 Steinfeld

Telefon: 05492 92777-0

Telefax: 05492 9277722

Betriebsstätte für seelisch behinderte Menschen:

Werkstatt Brägeler Forst

Brägeler Forst 12

49393 Lohne

Telefon: 04442 70507-0

Telefax: 04442 70507-70

## Niedersachsen (Bezirk der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen)

### Lebens- und Arbeitsgemeinschaft Sonnenhof e.V. anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen

(Reg.-Nr. 2/68)

Schwichtelerstr. 43  
49377 Vechta-Langförden  
Telefon: 04447 96963-0  
Telefax: 04447 96963-14  
E-Mail: [info@sonnenhof-ev.de](mailto:info@sonnenhof-ev.de)  
Homepage: <http://www.sonnenhof-ev.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

HOLZ: Einzelanfertigung auf Anfrage möglich

TEXTIL: Einzelanfertigung auf Anfrage möglich

SONSTIGE LEISTUNGEN: Landwirtschaft

Produkte:

LEBENSMITTEL: Landwirtschaftliche Erzeugnisse und Bioprodukte, wie Lammfleisch- und -wurst, Eier und im Sommer Gemüse, geschälte und vakuumierte Kartoffeln an Großverbraucher (Demeter-Qualität), Apfel-/Birnsaft

TEXTIL-/LEDERWAREN: Lammfelle, Wolle, (natur und gefärbt), Filzartikel (z.B. Filzschuhe, -blumen und -sitzkissen)

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten (Dekorations- und Geschenkartikel: Sterne, Weihnachtsbäume, Sternschnuppen

jeweils mit Teelicht, Osterhasen, Sonnenblumen u.a.)

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen

SONSTIGE PRODUKTE: Heu (Demeter-Qualität), Brennholz

**Lichtblick Wahlde gemeinnützige GmbH  
Hofgemeinschaft Wahlde**

**(Reg.-Nr. 2/65)**

Wahlde 6  
49434 Neuenkirchen-Vörden  
Telefon: 05493 91330-110  
Telefax: 05493 91330-119  
E-Mail: [lichtblick@lichtblick-hof-wahlde.de](mailto:lichtblick@lichtblick-hof-wahlde.de)  
Homepage: <http://www.lichtblick-hof-wahlde.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

HOLZ: Holzbearbeitung, Kleinmöbelfertigung (Tischlereiaufträge, Kleinserien)

TEXTIL: Weberei (Webartikel, Teppiche, Tischläufer, Handtücher etc.)

HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (Küche: Mittagsmahlzeiten), Wäscherei (Wäschepflege),  
Reinigungsarbeiten (Raumpflege)

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

Produkte:

TEXTILIEN: Webwaren

LEBENSMITTEL: Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Bioprodukte, Obst und Gemüse, Gemüse-Abokisten (Hofladen),  
Naturkosthandel, Schulobst

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Geschenkartikel, Schlüsselbretter etc.

HAUSHALTSWAREN: Brotbrettchen (aus Holz)

MÖBEL: Kleinmöbel

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen / Nistkästen

**Heilpädagogische Hilfe Bersenbrück gGmbH  
Bersenbrücker Gemeinnützige Werkstätten GmbH**

**(Reg.-Nr. 2/46)**

Robert-Bosch-Str. 3 - 7  
49593 Bersenbrück  
Telefon: 05439 9449-0  
Telefax: 05439 9449-69  
E-Mail: [info@hph-bsb.de](mailto:info@hph-bsb.de)  
Homepage: <http://www.hph-bsb.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, CNC-Zerspanung, Fügen, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung

KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

TEXTIL/LEDER: Näherei, Reinigung und Reparatur von Pferddecken

DRUCK/GRAFIK: Druckerei (Offsetdruck - s/w), Druckweiterverarbeitung,

Buchbinderei

allgemeine VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSHALTSWIRTSCHAFT: Catering/Küche

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,

Landschaftspflege

Produkte:

LEBENSMITTEL: PRÄSENTBOXEN: Osnabrücker Landpartie (erlesene

Erzeugnisse aus dem nördlichen Osnabrücker Land - siehe: [http://](http://www.osnabruecker-landpartie.de)

[www.osnabruecker-landpartie.de](http://www.osnabruecker-landpartie.de))

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten (Dekorationsartikel), Malerei (Acryl, Öl auf Leinwand)

HAUSHALTSWAREN: Tablett (aus Holz)

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen (aus Holz)

PAPIERWAREN: Buchbinderei (handgebundene Bücher, Fotoalben, Accessoires)

**Weitere Betriebsstätten:**

Cantina

Ravensbergstraße 15c

49593 Bersenbrück

Telefon: 05439 6039367

E-Mail: [cantina@hph-bsb.de](mailto:cantina@hph-bsb.de)

Betriebsstätte Möhringsburg

An der Möhringsburg 4

49635 Badbergen

Küche IGS

Schorfteichstraße 21

49584 Fürstenau

Telefon: 05901 931137

E-Mail: [igs-fuerstenau@hph-bsb.de](mailto:igs-fuerstenau@hph-bsb.de)

Albert-Einstein-Straße 4

49593 Bersenbrück

Bahnhofstraße 7

49565 Bramsche

Betriebsstätten für seelisch behinderte Menschen:

IMPULS Arbeit und Bildung in Fürstenau

Am Pottebruch 21

49584 Fürstenau

Telefon: 05901 9302-0

Telefax: 05901 9302-22

E-Mail: [impuls-fuerstenau@hph-bsb.de](mailto:impuls-fuerstenau@hph-bsb.de)

IMPULS Arbeit und Bildung in Bramsche

Hermann-Bohne-Str. 9

49565 Bramsche

Telefon: 05461 9464-0

Telefax: 05461 9464-44

E-Mail: [impuls-bramsche@hph-bsb.de](mailto:impuls-bramsche@hph-bsb.de)

### St.-Vitus-Werk Gesellschaft für heilpädagogische Hilfe mbH Werkstatt für behinderte Menschen

(Reg.-Nr. 2/6)

Zeissstr. 5  
49716 Meppen  
Telefon: 05931 807103  
Telefax: 05931 807177  
E-Mail: [mail@vitus.info](mailto:mail@vitus.info)  
Homepage: <http://www.vitus.info/startseite.jsessionid=65B624C8381761C944B63A488E60032B>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Bearbeitung von Stahl- und Aluminiummetallen  
HOLZ: Zuschnitt und Bearbeitung von Massivholz und Plattenmaterial  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
MONTAGEARBEITEN aller Art  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei  
GARTEN-/ LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege (Baum- und Heckenschnitt, Pflegearbeiten)

#### Produkte:

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Kerzen  
GARTENBEDARF: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen  
SPIELWAREN: Holzspielwaren  
PAPIERWAREN: Grußkarten, Kondolenzkarten

#### Weitere Betriebsstätten:

Fillastraße 4  
49716 Meppen-Bokeloh  
Telefon: 05931 93610  
Telefax: 05931 936113

Betriebsstätte für Menschen mit  
erworbenen Hirnschädigungen -  
MEH

Fillastraße 2  
49716 Meppen-Bokeloh

Schulze-Delitzsch-Str. 12  
49716 Meppen

Cafeteria der Berufsfachschule  
Friedrichstr. 19  
49716 Meppen

Hilfe für das autistische Kind  
Regionalverband Weser-Ems e.V.  
Hüttenstraße 9  
49716 Meppen  
Telefon: 05931 2472  
Telefax: 05931 929682  
E-Mail: [Autismus-Meppen@t-online.de](mailto:Autismus-Meppen@t-online.de)  
Web: <http://www.autismus-weser-ems.de/>

Café am Dom  
Martinusplatz 1  
49733 Haren  
Telefon: 05932 997004

Alte Rathausstraße 4  
49767 Twist-Rühlerfeld

Gut Kellerberg 2  
49733 Haren-Emmeln

Cafè Koppelschleuse  
An der Koppelschleuse 20  
49716 Meppen  
Telefon: 05931 4965677

Tecpark  
Daimlerstr. 1  
49716 Meppen

Betriebsstätte für psychisch  
behinderte Menschen:

Außenstelle der WfbM / Meppener  
Lohnbetrieb (MLB)  
Betriebsstätte für psychisch  
behinderte Menschen

Schwefinger Str. 21a  
49716 Meppen  
Telefon: 05931 9836-0  
Telefax: 05931 9836-47

## Niedersachsen (Bezirk der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen)

### Christophorus-Werk Lingen e.V. Verwaltung

(Reg.-Nr. 2/3)

Dr.-Lindgen-Str. 5-7  
49809 Lingen  
Telefon: 0591 9142-0  
Telefax: 0591 914296-800  
E-Mail: [wfbm@christophorus-werk.de](mailto:wfbm@christophorus-werk.de)  
Homepage: <http://www.christophorus-werk.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Palettenherstellung  
ELEKTRO: Elektromontage  
VERPACKUNGS- UND MONTAGEARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege (z.B. Friedhofpflege), Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Landwirtschaft (Biolandbau: Gemüse)

Produkte:  
LEBENSMITTEL: Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Bioprodukte (Biolandbau: Gemüse)  
SONSTIGE PRODUKTE: Eigenproduktion von Siegerschleifen (Reitsport, Vogel-, Katzen-, Hundausstellungen), Eigenproduktion Kaminanzünder K-Lumets

#### Weitere Betriebsstätten:

Hauptwerkstatt:  
Hohenfeldstraße 22/26  
49809 Lingen

#### Weitere Betriebsstätten:

Hof Vaal  
Borkener Straße 12  
48480 Schapen  
Telefon: 05458 936669-30

Betriebsstätte für psychisch behinderte Menschen  
Herrenkamp 20  
49808 Lingen  
Telefon: 0591 71006-0  
Telefax: 0591 71006-20

## Niedersachsen (Bezirk der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen)

### Hof Blekker WfbM des gemeinsam leben und wohnen e.V.

(Reg.-Nr. 2/74)

Am Feriengebiet 5  
49843 Uelsen  
Telefon: 05942 989377  
Telefax: 05942 989699  
E-Mail: [hof@blekker-uelsen.de](mailto:hof@blekker-uelsen.de)  
Homepage: <http://www.gemeinsam-leben-und-wohnen.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Landschaftspflege mit Bentheimer Landschaften  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Gastronomie (Café-Betrieb), Gestaltung von Geschenk- und Weihnachtskarten etc.

Produkte:  
LEBENSMITTEL: Brot und Backwaren, Fleisch- und Wurstwaren, Landwirtschaftliche Erzeugnisse, kulinarische Leckerbissen aus der eigenen Herstellung  
KUNSTHANDWERK: Geschenk- und Dekorationsartikel (handgefertigt)  
Weitere Informationen finden Sie auf unserer Homepage [www.gemeinsam-leben-und-wohnen.de](http://www.gemeinsam-leben-und-wohnen.de)



**Herforder Werkstätten GmbH  
Füllenbruch-Betrieb**

**(Reg.-Nr. 3/106)**

Ackerstr. 31  
32051 Herford  
Telefon: 05221 9153-0  
Telefax: 05221 9153-160  
E-Mail: [info@herforder-werkstaetten.de](mailto:info@herforder-werkstaetten.de)  
Homepage: <http://www.herforder-werkstaetten.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Möbelfertigung,

Spielzeugherstellung

KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

TEXTIL/LEDER: Näherei

RECYCLING: Kunststoff-Recycling, Demontagarbeiten

DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung,

Fotokopieren

EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,

Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Lasergravuren, Logistische Leistungen,

Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

Produkte:

KUNSTHANDWERK: Kerzen, Geschenkideen

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel  
(Liegestühle), Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Sonstiger Gartenbedarf  
(Grillzangen)

SONSTIGE PRODUKTE: Lasergravuren

**Weitere Betriebsstätten:**

Werkstatt Heidsiek

Lilienthalstraße 20

32052 Herford

Wellbrocker Weg 87

32051 Herford

Betriebsstätten für psychisch  
behinderte Menschen:

Industrieservice Radewig

Jöllenbecker Weg 2a

32051 Herford

Telefon: 05221 9154-0

Telefax: 05221 53047

Industrieservice Königstraße

Königstraße 53

32584 Löhne

Telefon: 05732 9046-0

Telefax: 05732 9046-10

**Lübbecker Werkstätten gemeinnützige GmbH  
Betriebsstätte Am Osterbruch**

**(Reg.-Nr. 3/15)**

Hausstätte 21  
32312 Lübbecke  
Telefon: 05741 323-0  
Telefax: 05741 323-18  
E-Mail: [info@luebbecker-werkstaetten.de](mailto:info@luebbecker-werkstaetten.de)  
Homepage: <http://www.luebbecker-werkstaetten.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage, CNC-Bearbeitung (Fräsen, Drehen),  
Aluminiumbearbeitung: Sägen von Aluminiumprofilen (auch Gehrungsschnitte),  
Bearbeitung von Aluminiumprofilen (Fräsen, Bohren, Gewindeschneiden etc.),  
Aluminiumplattenbearbeitung (Sägen, Fräsen, Bohren, Gewindeschneiden etc.)  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Möbelfertigung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung (z. B. Sägen, Fräsen, Bohren etc.),  
Kunststoffmontage  
INDUSTRIEMONTAGEN aller Art  
SANDSTRAHLEN  
ELEKTRO: Elektromontage, (z.B. Leuchtenmontage), Kabelkonfektionierung,  
Lötarbeiten  
RECYCLING: Demontagearbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren, Bedrucken von  
Gegenständen (Werbedruck)  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (Küche)  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe  
Firmen), Gastronomie - Imbissbetrieb - LeCA-Grill (<http://www.lebenshilfe-luebbecke.de/luebbecker-werkstaetten/industrieservice/catering/leca-grill-oberbehme/>), sonstige Dienstleistungen

Produkte:  
Brennholz

**Weitere Betriebsstätten:**

Betriebsstätte Mehnenfeld  
Mehner Dorf 21  
32351 Stemwede  
Telefon: 05745 9696-0  
Telefax: 05745 2766

Betriebsstätte Hunnebrock  
Kleiststr. 20-24  
32257 Bünde  
Telefon: 05223 9260-0  
Telefax: 05223 9260-26

Betriebsstätte Oberbehme  
August-Thyssen-Str. 1  
32278 Kirchlengern  
Telefon: 05223 180893-30  
Telefax: 05223 180893-55

Betriebsstätten für psychisch  
behinderte Menschen:

Betriebsstätte STABAK-  
Industrieservice  
Kaiserstraße 5/5a  
32312 Lübbecke  
Telefon: 05741 3187-0  
Telefax: 05741 90892

Betriebsstätte STABAK-  
Industrieservice  
Hausstätte 20  
32312 Lübbecke  
Telefon: 05741 323-801

Betriebsstätte ReTec-  
Industrieservice  
Junkersstr. 50-54  
32257 Bünde-Ennigloh  
Telefon: 05223 650997-0  
Telefax: 05223 650997-31

**Diakonie-Stiftung-Salem gGmbH  
Diakonische Werkstätten Minden**

**(Reg.-Nr. 3/50)**

Friedrich-Wilhelm-Str. 87a  
32423 Minden  
Telefon: 0571 93409-0  
Telefax: 0571 93409-318  
E-Mail: [wfb@diakonie-stiftung-salem.de](mailto:wfb@diakonie-stiftung-salem.de)  
Homepage: <http://www.diakonie-stiftung-salem.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: CNC-Bearbeitung, konventionelle Metallbearbeitung  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Möbelfertigung  
ELEKTRO: Elektromontage, Litzerfertigung, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL: Näherei (Textilverarbeitung, komplexe Näharbeiten)

VERPACKUNGSARBEITEN

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau (z.B. Erstellung kompletter Außenanlagen, Wegebau, Pflanzarbeiten, Zaunanlagen, Teichbau/Entwässerung), Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege (z.B. Rasen- und Gehölzschnitt, Baumfällarbeiten)

SONSTIGE LEISTUNGEN: Industrielle Montage, Kfz-Werkstatt (Inspektionen, Reparaturen, Unfallschäden, AU-Abnahme, Wagenpflege, Gasanlagenprüfung)

Produkte:

TEXTILWAREN: Haus- und Heimtextilien

LEBENSMITTEL: Bioprodukte

MÖBEL: Arbeits- und Büromöbel, Wohnmöbel, Küchen, Ladeneinrichtungen

SPIELWAREN: Großspielgeräte (Kindergartenspielgeräte - Außenspielgeräte)

**Weitere Betriebsstätten:**

Hauptwerkstatt:

Albert-Clos-Werkstatt I  
Brühlstraße 16-20  
32423 Minden/Westfalen  
Telefon: 0571 8389-0  
Telefax: 0571 8389-442  
E-Mail: [acw1@diakonie-stiftung-salem.de](mailto:acw1@diakonie-stiftung-salem.de)

KFZ-Abteilung  
Brühlstraße 11-13  
32423 Minden/Westfalen  
Telefon: 0571 38847-500  
Telefax: 0571 38847-502

Albert-Clos-Werkstatt II  
Friedrich-Wilhelm-Straße 87a  
32423 Minden/Westfalen  
Telefon: 0571 93409-0  
Telefax: 0571 93409-318  
E-Mail: [acw2@diakonie-stiftung-salem.de](mailto:acw2@diakonie-stiftung-salem.de)  
mit  
Bildungszentrum  
Tietzelweg 5  
32423 Minden  
Telefon: 0571 5092368-0  
E-mail: [bildungszentrum-wfbm@diakonie-stiftung-salem.de](mailto:bildungszentrum-wfbm@diakonie-stiftung-salem.de)

Hof Klanhorst  
Große Klanhorst 5  
32469 Petershagen  
Telefon: 05726 9701-0  
Telefax: 05726 9701-22  
E-Mail: [biohof@diakonie-stiftung-salem.de](mailto:biohof@diakonie-stiftung-salem.de)

Tischlerei  
Schwarzer Weg 22  
32423 Minden  
Telefon: 0571 3856424  
Telefax: 0571 3856497  
E-mail: [tischlerei@diakonie-stiftung-salem.de](mailto:tischlerei@diakonie-stiftung-salem.de)

Aussenstelle DS Smith Packaging  
Minden  
Karlstraße 51  
32423 Minden  
Telefon: 0571 3855-20  
Telefax: 0571 3855-220

E-mail:  
wellpappenverarbeitung@diakonie-  
stiftung-salem.de

Betriebsstätte für psychisch  
behinderte Menschen:

Nikolaus-Krage-Werkstatt I  
Gesellenweg 17  
32427 Minden  
Telefon: 0571 50510-50  
Telefax: 0571 50510-70  
E-Mail: nkw1@diakonie-stiftung-  
salem.de

Nicolaus-Krage-Werkstatt II  
Fischerallee 9  
32423 Minden  
Telefon: 0571 88804-0  
Telefax: 0571 88804-252  
E-mail: nkw2@diakonie-stiftung-  
salem.de

Nicolaus-Krage-Werkstatt III  
Gesellenweg 13-15  
32423 Minden

## Wittekindshofer Werkstätten

(Reg.-Nr. 3/64)

Sonnenbreite 18  
32549 Bad Oeynhausen  
Telefon: 05734 61-2101  
Telefax: 05734 61-2111  
E-Mail: [wfbm@wittekindshof.de](mailto:wfbm@wittekindshof.de)  
Homepage: <http://www.wittekindshof.de>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

#### Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage, CNC-Bearbeitung  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Palettenherstellung, Möbelfertigung  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei, Weberei, Polsterei  
LACKIARBEITEN/BESCHICHTUNGEN  
VERPACKUNGSARBEITEN: Blister- u. Tütenverpackungen, Folien-,  
Schrumpf- und Umverpackungen  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und  
Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Industriemontagen (Montage von Bauteilen und  
Baugruppen),  
Orgelwartung (Generalüberholungen, Reparaturen, Reinigung inkl.  
Nachintonation),  
Flechtere: Restaurierung / Erneuerung von Freischwingern und  
Teehausstühlen (u.a. von Thonet)

#### Produkte:

TEXTIL-/LEDERWAREN: Haus- und Heimtextilien  
KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Kerzen, Korb- und Stuhlflechtarbeiten,  
Saisonartikel, Textilien  
HAUSHALTSWAREN: Bürsten und Besen, Körbe (auch Maßanfertigungen),  
Tabletts  
MÖBEL: Arbeits- und Büromöbel, Kindergarten-/Schulmöbel, Regale,  
Wohnmöbel  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel,  
Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Sonstiger Gartenbedarf  
SPIELWAREN: Großspielgeräte  
PAPIERWAREN  
SONSTIGE PRODUKTE: Geschenkartikel / Wohnaccessoires (Windlichter,  
Holzfiguren, Karten)

### Weitere Betriebsstätten:

WfbM Ulenburg  
Eschweg 2  
32584 Löhne  
Telefon: 05732 9709-50  
Telefax: 05732 9709-60

WfbM Vorwerk  
Richteweg 13  
32549 Bad Oeynhausen  
Telefon: 05734 61-2190  
Telefax: 05734 61-2197

WfbM Benkhausen  
Benkhauser Str. 25  
32339 Espelkamp  
Telefon: 05743 9309-50  
Telefax: 05743 9309-60

mit Außenstelle  
GAZ  
Fritz-Souchon-Str. 27  
32339 Espelkamp  
Telefon: 05772 936197

Betriebsstätte Dornenbreite  
Dornenbreite 9  
32549 Bad Oeynhausen  
Telefon: 05731 302090-10  
Telefax: 05731 302090-29

**eeWerk, Stiftung Eben-Ezer**

**(Reg.-Nr. 3/92)**

Alter Rintelner Weg 28  
32657 Lemgo  
Telefon: 05261 215-303  
Telefax: 05261 215-375  
E-Mail: [eewerk@eewerk.de](mailto:eewerk@eewerk.de)  
Homepage: <http://www.eben-ezer.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen (z. B. Sägen, Drehen), Fügen, CNC-Bearbeitung (CNC-Fräsen), Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung

KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

TEXTIL/LEDER: Weberei

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

LEBENSMITTELVERARBEITUNG: Milchabfüllung, Kartoffelschälung

Produkte:

TEXTIL-/LEDERWAREN: Haus- und Heimtextilien, Teppiche

BIO-LEBENSMITTEL: Fleisch- und Wurstwaren, Landwirtschaftliche Erzeugnisse (Kartoffeln, Grünkohl, Spinat), Molkereiprodukte

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Saisonartikel, Textilien

MÖBEL: Arbeits- und Büromöbel, Kindergarten-/Schulmöbel, Kleinmöbel, Wohnmöbel

SPIELWAREN: Holzspielwaren, Puppen und Puppenmöbel

SONSTIGE PRODUKTE: Notenständer

**Weitere Betriebsstätten:**

Zweigwerkstatt Lemgo-Lieme  
Im Hengstfeld 33  
32657 Lemgo-Lieme

Meierhof  
Buchenstr. 52  
32657 Lemgo

**Lebenshilfe Lemgo e.V.  
Werkstatt Begatal**

**(Reg.-Nr. 3/105)**

Bahnhofstr. 39  
32694 Dörentrup-Bega  
Telefon: 05263 9499-0  
Telefax: 05263 9499-10  
E-Mail: [stranghoener@lebenshilfe-lemgo.de](mailto:stranghoener@lebenshilfe-lemgo.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-lemgo.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung, Lattenrostfertigung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage, Sortierarbeiten  
ELEKTRO: Elektromontage  
TEXTIL/LEDER: Näherei, Lederarbeiten  
RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling, Demontagarbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Bedrucken von Gegenständen (Tampondruck)  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei, Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

**Produkte:**

TEXTIL-/LEDERWAREN: Haus- und Heimtextilien  
LEBENSMITTEL: Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Bioprodukte  
KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Holzarbeiten, Kerzen, Saisonartikel, Textilien  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte, Sonstiger Gartenbedarf (z.B. Brennholz)  
SPIELWAREN: Holzspielwaren, Stofftiere  
PAPIERWAREN

**Weitere Betriebsstätten:**

Außenstelle Dorfgemeinschaft  
Elfenborn  
Elfenborn 5  
32689 Kalletal-Elfenborn  
Telefon: 05755 346  
Telefax: 05755 417

Außenstelle c/o Fa. Schwering &  
Hasse  
Brunnenstraße 15  
32676 Lügde  
Telefon: 05281 988-252  
Telefax: 05281 988-259

Werkstatt Großer Stein  
Großer Stein 67  
32657 Lemgo  
Telefon: 05261 28898-00  
Telefax: 05261 28898-01

Werkstatt Laubke I  
Werkstatt für psychisch behinderte  
Menschen  
Kleiner Schratweg 10  
32657 Lemgo  
Telefon: 05261 9711-00  
Telefax: 05261 9711-01  
E-Mail: [info@werkstatt-laubke.de](mailto:info@werkstatt-laubke.de)  
Internet Homepage: [www.werkstatt-laubke.de](http://www.werkstatt-laubke.de)

Werkstatt Laubke II  
Werkstatt für psychisch behinderte  
Menschen  
Zunftstr. 37  
32657 Lemgo  
Telefon: 05261 9711-00  
Telefax: 05261 9711-286



**Lippisches Blindenwerk gGmbH**

**(Reg.-Nr. 3/100)**

Kiefernweg 1  
32758 Detmold  
Telefon: 05231 6300-0  
Telefax: 05231 6300-515  
E-Mail: [wfbm@lippisches-blindenwerk.de](mailto:wfbm@lippisches-blindenwerk.de)  
Homepage: <http://www.lbsv.org/index.php?ID=16>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung  
VERPACKUNGSARBEITEN

**Weitere Betriebsstätten:**

Werk II  
Bielefelder Straße 384  
32758 Detmold  
Telefon: 05231 966535

## Lebenshilfe Detmold e.V. - Gutswerkstätten

(Reg.-Nr. 3/11)

Gut Johannental  
32760 Detmold  
Telefon: 05231 9213-0  
Telefax: 05231 9213-70  
E-Mail: [info@lebenshilfe-detmold.de](mailto:info@lebenshilfe-detmold.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-detmold.de>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

#### Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
RECYCLING: Metall-Recycling, Demontagearbeiten  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

#### Produkte:

TEXTIL-/LEDERWAREN: Bekleidung, Haus- und Heimtextilien  
LEBENSMITTEL: Brot und Backwaren, Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Getränke, Bioprodukte,  
Obstsäfte, Gelees, Fruchtaufstriche, Obstwein, Nektar, Gemüsesaft, Gemüsetrunk (alles nach Bioland-Richtlinien)  
MÖBEL: Regale  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte,  
Sonstiger Gartenbedarf  
Zierpflanzen nach Bioland-Richtlinien

### Weitere Betriebsstätten:

Lohmannshof  
Erbhofstr. 30  
32760 Detmold-Hiddesen  
Telefon: 05231 9851-0  
Telefax: 05231 9851-70

Stöltinghof  
Steinstoß 21  
32756 Detmold  
Telefon: 05231 878509-0  
Telefax: 05231 878509-7

Werre-Werkstatt  
Wilberger Str. 4  
32760 Detmold  
Telefon: 05231 9551-0  
Telefax: 05231 955170

Vahlhausen  
Blomberger Str. 354  
32760 Detmold  
Telefon: 05231 602275-0  
Telefax: 05231 602275-7

Betriebsstätten für psychisch behinderte Menschen:

City-Werkstatt  
Elisabethstr. 83  
32756 Detmold  
Telefon: 05231 9215-0  
Telefax: 05231 9215-70

mit  
Außenstelle "Casino Telekom"  
Braunenbrucher Weg 18  
32758 Detmold  
Telefon: 05231 736999  
Telefax: 05231 736998

KAP-Horn  
Jahnstr. 4  
32805 Horn-Bad Meinberg  
Telefon: 05234 820900  
Telefax: 05234 820902

Egge-Werkstatt  
Carl-Zeiss-Str. 6  
32805 Horn-Bad Meinberg  
Telefon: 05234 202940  
Telefax: 05234 2029470

## Nordrhein-Westfalen (Bezirk der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen)

### INTEG GmbH

(Reg.-Nr. 3/94)

Groppendiek 2  
33014 Bad Driburg  
Telefon: 05253 4000-0  
Telefax: 05253 4000-693  
E-Mail: [info@integ-gmbh.de](mailto:info@integ-gmbh.de)  
Homepage: <http://www.integ-gmbh.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Metallmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
VERPACKUNGSSERVICE  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen

#### Weitere Betriebsstätten:

Groppendiek 14  
33014 Bad Driburg

Diekbrede 7  
33014 Bad Driburg

## Nordrhein-Westfalen (Bezirk der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen)

### Schlosswerkstätten

(Reg.-Nr. 3/70)

Merschweg 5  
33104 Paderborn  
Telefon: 05254 9972-0  
Telefax: 05254 9972-40  
E-Mail: [j.mathieu@cww-paderborn.de](mailto:j.mathieu@cww-paderborn.de)  
Homepage: <http://www.cww-paderborn.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Metallmontage, CNC-Bearbeitung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung, Fotokopieren  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

#### Weitere Betriebsstätten:

Biberweg 12  
33102 Paderborn  
Telefon: 05251 87974-0  
Telefax: 05251 87974-40

Betriebsstätten für psychisch behinderte Menschen:

Karl-Schurz-Str. 27  
33100 Paderborn  
Telefon: 05251 89231-0  
Telefax: 05251 89231-140

Pontanusstr. 62  
33102 Paderborn  
Telefon: 05251 1314-0  
Telefax: 05251 1314-40

Stettiner Str. 54  
33106 Paderborn  
Telefon: 05251 77981-0  
Telefax: 05251 77981-15

Graf-Zeppelin-Str. 25  
33181 Bad Wünnenberg-Haaren  
Telefon: 02957 9858-0  
Telefax: 02957 9858-18

**Werkstätten St. Nikolaus**

**(Reg.-Nr. 3/111)**

Westring 29  
33142 Büren  
Telefon: 02951 9835-0  
Telefax: 02951 9835-80  
E-Mail: [info@wfb-st-nikolaus-bueren.de](mailto:info@wfb-st-nikolaus-bueren.de)  
Homepage: <http://www.cwwerkstaetten-paderborn.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: CNC-Bearbeitung, Metallmontage  
KUNSTSTOFF: CNC-Bearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei (Offset-, Digitaldruck), Druckweiterverarbeitung,  
Grafische Gestaltung, Fotokopieren, Bedrucken von Gegenständen (Keramik /  
Textil),  
Stempelfertigung  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN: z. B. Montagearbeiten, Kommissionierung etc.  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau,  
Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

**Weitere Betriebsstätten:**

Stiepenweg 70  
34414 Warburg  
Telefon: 05641 7617-0  
Telefax: 05641 761736

Anton-Böhlen-Straße 9  
34414 Warburg  
Telefon: 05641 7448-0  
Telefax: 05641 7558111

Betriebsstätte für psychisch  
behinderte Menschen:

Anton-Böhlen-Straße 11  
34414 Warburg

## wertkreis Gütersloh gGmbH

(Reg.-Nr. 3/46)

Im Heidkamp 20  
33334 Gütersloh  
Telefon: 05241 9505-0  
Telefax: 05241 9505-129  
E-Mail: [wertkreis@gt-net.de](mailto:wertkreis@gt-net.de)  
Homepage: <http://www.wertkreis-gt.de>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

#### Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, Fügen, spanende Bearbeitung, Metallmontage, Lasern

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung

KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

TEXTIL/LEDER: Lederarbeiten, Polsterei

RECYCLING: Kunststoff-Recycling

DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung

EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau

SONSTIGE LEISTUNGEN: Winterdienst

#### Produkte:

LEBENSMITTEL: Brot und Backwaren, Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Konfitüren, Chutneys, Gemüse-, Rinder-, Geflügelfonds (alles nach Biolandrichtlinien)

SONSTIGE PRODUKTE: KFZ-Schilder

### Weitere Betriebsstätten:

Hauptwerkstatt  
Werkstatt Gütersloh  
Hans-Böckler-Straße 53  
33334 Gütersloh  
Telefon: 05241 9505200  
Telefax: 05241 9505299

Werkstatt Wiedenbrück  
Holunderstraße 34  
33378 Rheda-Wiedenbrück  
Telefon: 05242 92840  
Telefax: 05242 9284409

Kiebitzhof  
Rhedaer Straße 220  
33334 Gütersloh  
Telefon: 05241 5000-112  
Telefax: 05241 5000-113  
<http://www.kiebitzhof.de>

mit Bäckerei und Fleischerei  
Rhedaer Str. 222  
und  
Gewächshaus  
Rhedaer Str. 215  
33334 Gütherloh

Werkstatt Halle  
Kleine Heide 3  
33790 Halle / Westf.  
Telefon: 05201 87350  
Telefax: 05201 873520

Bereich Berufliche Bildung  
Auf'm Kampe 10  
33334 Gütersloh  
Leitung: Andrea Hünneke  
Telefon: 05241 2115300  
Telefax: 05241 2115399

Betriebsstätten für psychisch  
behinderte Menschen:

Werkstatt Gütersloh  
Im Heidkamp 20  
33334 Gütersloh  
Telefon: 05241 9505141  
Telefax: 05241 9505129

Werkstatt Gütersloh  
Fritz-Blank-Straße 147  
33334 Gütersloh  
Telefon: 05241 709444350

Werkstatt Rietberg  
Industriestraße 7c  
33397 Rietberg

Telefon: 05244 90370  
Telefax: 05244 903727

Werkstatt Brockhagen  
Michaelisstraße 4  
33803 Steinhagen  
Telefon: 05204 870650

**Bethel proWerk  
Anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen  
Geschäftsführung**

**(Reg.-Nr. 3/59)**

Quellenhofweg 25  
33617 Bielefeld  
Telefon: 0521 144-3471  
Telefax: 0521 144-2538  
E-Mail: [prowerk@bethel.de](mailto:prowerk@bethel.de)  
Homepage: <http://www.prowerk-bethel.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen (z.B. Sägen, Fräsen, Drehen), CNC-Bearbeitung, Metallmontage, Fügen  
HOLZ: Holzbearbeitung, CNC-Bearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung, Elektronikfertigung  
TEXTIL/LEDER: Näherei, Weberei  
RECYCLING: Demontearbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung, Fotokopieren  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Sonstige EDV.Dienstleistungen  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
MONTAGE- UND VERPACKUNG: Konfektionierung, Verpackung, Baugruppenfertigung  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering, Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Handwerksbuchbinderei und Papierrestaurierung, Stuhlflechtere, Hotel, Gastronomie, Cafeterien, Lebensmittel-Lieferservice, Gebäudereinigung, Briefmarkenaufbereitung, Gebäudeservice, Schlosserei, Tischlerei, Zimmerei,  
Fahrradwerkstatt, Kfz-Werkstatt, Landwirtschaft, Logistische Leistungen, Umzugs- und Transportarbeiten

Produkte:  
TEXTIL-/LEDERWAREN: Bekleidung, Haus- und Heimtextilien  
LEBENSMITTEL: Catering  
KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Holzarbeiten, Keramik, Kerzen, Saisonartikel, Textilien, Seifen, Duschgel, Shampoo  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte  
SPIELWAREN: Brett- und Gesellschaftsspiele, Holzspielwaren, Therapeutisches Spielzeug  
PAPIERWAREN

**Weitere Betriebsstätten:**

Hauptwerkstatt:  
Werkstatt am Quellenhofweg  
Quellenhofweg 27  
33617 Bielefeld  
Telefon: 0521 144-3470  
Telefax: 0521 144-4385

**Weitere Betriebsstätten:**

Textilhaus Julia von Bodelschwingh  
Bildungszentrum  
Quellenhofweg 13  
33617 Bielefeld  
Telefon: 0521 144-3073  
Telefax: 0521 144-6216

Bernhard-Mosberg-Werkstatt  
Quellenhofweg 35  
33617 Bielefeld  
Telefon: 0521 144-4555  
Telefax: 0521 144-3885

Werkstatt Hiram  
Karl-Siebold-Weg 44  
33617 Bielefeld  
Telefon: 0521 144-2806  
Telefax: 0521 144-5084

Werkstatt Eicheneck  
Karl-Siebold-Weg 56  
33617 Bielefeld  
Telefon: 0521 144-2806  
Telefax: 0521 144-4996

Werkstatt Ebenezer  
Ebenezerweg 7  
33617 Bielefeld  
Telefon: 0521 144-2806  
Telefax: 0521 144-5142

Werkstatt Brokstraße  
Brokstraße 72  
33605 Bielefeld  
Telefon: 0521 144-3181  
Telefax: 0521 144-1800

Bildungszentrum Schopf  
Brokstraße 72a  
33605 Bielefeld  
Telefon: 0521 144-2727  
Telefax: 0521 144-2728

Werkstatt Grabe  
Stadtring 85



33647 Bielefeld  
Telefon: 0521 144-1720  
Telefax: 0521 144 1770

Werkstatt Senne  
Kampstraße 47  
33659 Bielefeld  
Telefon: 0521 144-7465  
Telefax: 0521 144-1740

mit  
Fahrzeugpflege u. Service  
Wilhelmsdorfer Str. 1  
33689 Bielefeld  
Telefon: 0521 3296830  
Telefax: 0521 3296832

Werkstatt Basan  
Eichhofweg 27  
33689 Bielefeld  
Telefon: 0521 144-1365  
Telefax: 0521 144-1770

Werkstatt am Bullerbach  
Rudolf-Hardt-Weg 5  
33689 Bielefeld  
Telefon: 0521 144-1769  
Telefax: 0521 144-1725

Werkstatt Kracks  
Dunlopstr. 39-43  
33689 Bielefeld  
Telefon: 0521 144-1582  
Telefax: 0521 144-1737

Betriebsstätten für psychisch  
behinderte Menschen:

Werkstatt am Meierteich  
Hügelstraße 8  
33613 Bielefeld  
Telefon: 0521 144-4858  
Telefax: 0521 144-4870

Werkstatt Haller Weg  
Abteilung für psychisch behinderte  
Menschen  
Haller Weg 47  
33617 Bielefeld  
Telefon 0521 144-6282  
Telefax: 0521 144-6299

Keramikwerkstatt  
Grete-Reich-Weg 10  
33617 Bielefeld  
Telefon: 0521 144-3879  
Telefax: 0521 144-5557

Spielkiste / Laden Mobile  
Kantensiek 9  
33617 Bielefeld  
Telefon: 0521 144-3953  
Telefax: 0521 144-5523

Botenmeisterei + Post-Shop  
Königsweg 14  
33617 Bielefeld  
Telefon: 0521 144-3778  
Telefax: 0521 144-5784

Gärtnerei / Grüne Dienstleistungen

Paracelsusweg 2a  
33689 Bielefeld  
Telefon: 0521 144-1720/-1678  
Telefax: 0521 144-1770/-1740

proWerk - A & I Arbeit und  
Integration  
(Werkstatt für psychisch behinderte  
Menschen)  
Von-Lepel-Str. 5a  
27259 Freistatt  
Telefon: 05448 88316  
Telefax: 05448 88525  
E-Mail:  
thomas.bremermann@bethel.de

Hans-Hermann-Meyer-Str. 6  
27232 Sulingen

Betriebsstätte für psychisch  
behinderte Menschen  
Auf dem Esch 66  
49356 Diepholz

## Nordrhein-Westfalen (Bezirk der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen)

### **Werkhaus GmbH Bielefelder Werkstätten für behinderte Menschen**

**(Reg.-Nr. 3/4)**

Am Möllerstift 22  
33647 Bielefeld  
Telefon: 0521 44708-0  
Telefax: 0521 44708-32  
E-Mail: [info@werkhaus-bielefeld.de](mailto:info@werkhaus-bielefeld.de)  
Homepage: <http://www.werkhaus-bielefeld.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen (z.B. Drehen, Fräsen), Fügen, Metallmontage, 3D-Messen  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage  
RECYCLING: Demontagearbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei (Digitaldruck), Druckweiterverarbeitung,  
Fotokopieren, Bedrucken von Gegenständen (Tampondruck),  
Laserbeschriftung  
MAILING UND VERSANDARBEITEN: Dokumentenarchivierung, Postversand,  
Serienbriefe  
VERPACKUNGSARBEITEN: Konfektionierung, Kommissionierung  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Facility Management, Backshop  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen, Qualitätssicherung  
(Produktkontrolle für externe Firmen)

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Betriebsstätte Oldentrup  
Oldermannshof 3  
33719 Bielefeld  
Telefon: 0521 23839-555  
Telefax: 0521 23839-666

**W.A.G. - Werkstätten Am Grünenberg  
Anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen der  
Lebenshilfe Höxter - Werkstätten und Kita gGmbH**

**(Reg.-Nr. 3/74)**

Am Lintrott 18, 22-24  
37671 Höxter-Ottbergen  
Telefon: 05275 98930  
Telefax: 05275 523  
E-Mail: [wag@lebenshilfe-hoexter.de](mailto:wag@lebenshilfe-hoexter.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-hoexter.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage, Zerspanen  
HOLZ: Holzbearbeitung, CNC-Bearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung,  
Bauholzfertigung, Feilenhefte, Brennholz, Fertigung von Zulieferteilen für die  
Industrie

KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

VERPACKUNGSARBEITEN

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege

Produkte:

LEBENSMITTEL: Brot und Backwaren, Bio- und Vollwertprodukte

KUNSTHANDWERK: Kerzen

SONSTIGE PRODUKTE: Schilder

**Weitere Betriebsstätten:**

Betriebsstätte für psychisch  
behinderte Menschen:

REKON

Am Königsfeld 19

33034 Brakel

Telefon: 05272 37903-0

Telefax: 05272 3790337

## Werkstatt für angepasste Arbeit GmbH

(Reg.-Nr. 3/79)

Marienburger Str. 24  
40599 Düsseldorf  
Telefon: 0211 882584-0  
Telefax: 0211 882584-1900  
E-Mail: [info@wfaa.de](mailto:info@wfaa.de)  
Homepage: <http://www.wfaa.de>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

#### Auftragsarbeiten:

**METALL:** Trennen, Fügen (z.B. Pressen, Taumeln, Nieten, Verschrauben), mechanische Bearbeitung, Fahrradmontage, Metallmontage  
**HOLZ:** Holzbearbeitung, Holzmontage, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung  
**KUNSTSTOFF:** Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
**ELEKTRO:** Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
**TEXTIL/LEDER:** Näherei  
**RECYCLING:** Demontagearbeiten  
**DRUCK/GRAFIK:** Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren, Gravieren  
**EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN:** Daten- und Texterfassung, Digitale Archivierung (Beleggut bis DIN A3 - Buchscannen bis DIN A2 doppelseitig / DIN A1 einseitig, DIA-Scannen, Foto-Scannen), Online-Shop  
**MAILING UND VERSANDARBEITEN**  
**VERPACKUNGSARBEITEN:** Flowpackverpackungen  
**HAUSWIRTSCHAFT:** Wäscherei (zertifiziert nach RAL-GZ 992/1 und RAL-GZ 992/3; Berufsbekleidung, Gastro- und Küchenwäsche, Hotelwäsche, Wäsche aus Pflegeeinrichtungen, Feuchtwischbezüge, Chemische Reinigung)  
**GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE:** Garten- und Landschaftsbau, Gartenpflege, Landschaftspflege  
**SONSTIGE LEISTUNGEN:** Logistische Leistungen, Tisch- und Raumdekorationen

#### Produkte:

**LEBENSMITTEL:** Brot und Backwaren (z.B. Kuchen, Torten), Landwirtschaftliche Erzeugnisse, zertifiziert nach Bioland: Honig, Gemüse und Schnittkräuter  
**KUNSTHANDWERK:** Floristische Artikel, Saisonartikel  
**TEXTIL:** Kinderschürzen, Puppenbettgarnituren  
**MÖBEL:** Kindergarten-/Schulmöbel, Kleinmöbel, Regale, Wohnmöbel  
**SPIELWAREN:** Holzspielwaren, Puppenmöbel  
**SONSTIGE PRODUKTE:** Gravur-Schilder

### Weitere Betriebsstätten:

#### Hauptwerkstatt:

Werkstatt für angepasste Arbeit GmbH  
Marienburger Str. 24  
40599 Düsseldorf  
Telefon: 0211 882584-1000  
Telefax: 0211 882584-1900

#### Weitere Betriebsstätten:

Theodorstr. 295a  
40472 Düsseldorf  
Telefon: 0211 882584-6000  
Telefax: 0211 882584-6900

Zülpicher Str. 8  
40549 Düsseldorf  
Telefon: 0211 882584-7000  
Telefax: 0211 882584-7900

In der Steele 21  
40599 Düsseldorf  
Telefon: 0211 882584-5000  
Telefax: 0211 882584-5900

In den Großen Banden 60  
40225 Düsseldorf  
Telefon: 0211 882584-4000  
Telefax: 0211 882584-4900

Café Südpark  
In den Großen Banden 58  
40225 Düsseldorf  
Telefon: 0211 882584-4064  
Telefax: 0211 882584-4900

#### Betriebsstätten für psychisch behinderte Menschen:

Eichelstr. 31  
40599 Düsseldorf  
Telefon: 0211 882584-3000  
Telefax: 0211 882584-3900

Karl-Hohmann-Str. 32/34  
40599 Düsseldorf  
Telefon: 0211 882584-2000  
Telefax: 0211 882584-2900  
mit  
Logistikzentrum  
Karl-Hohmann-Str. 24  
40599 Düsseldorf  
Telefon: 0211 882584-2000  
Telefax: 0211 882584-2900  
und

Betriebskantine der  
Regionaldirektion der BA  
Josef-Gockeln-Str. 7  
40474 Düsseldorf  
Telefon: 0211 882584-5000  
Telefax: 0211 882584-5900

Werkstatt für angepasste Arbeit  
GmbH  
Wacholderstraße 40  
40489 Düsseldorf  
Telefon: 0211 882584-8700  
Telefax: 0211 882584-8900

Verkaufsläden:

Hofladen Südpark  
In den Großen Banden 58  
40225 Düsseldorf  
Telefon: 0211 882584-4062  
Telefax: 0211 882584-4900

Spielwelt in den Düsseldorf  
Arcaden  
Friedrichstr. 129-133  
40217 Düsseldorf  
Telefon: 0211 30366132  
Telefax: 0211 30366133

## WFB Werkstätten des Kreises Mettmann GmbH

(Reg.-Nr. 3/27)

Kronprinzstr. 39  
40764 Langenfeld  
Telefon: 02173 9052-0  
Telefax: 02173 9052-127  
E-Mail: [wfblangenfeld@wfbme.de](mailto:wfblangenfeld@wfbme.de)  
Homepage: <http://www.wfbme.de>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, CNC-Bearbeitung, Fügen, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Möbelfertigung

KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Digitale Archivierung

VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei (Heißmangel)

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,

Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen, Qualitätssicherung  
(Produktkontrolle für externe Firmen)

Produkte:

MÖBEL: Messebau, Regale

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Tierschutz: Bienenhotels,  
Fledermauskästen, Vogelhäuser / Nistkästen

### Weitere Betriebsstätten:

WFB Langenfeld  
Lise-Meitner-Str. 13  
40764 Langenfeld  
Telefon: 02173 9052-0  
Telefax: 02173 9052-637

WFB Velbert  
Flandersbacher Weg 8  
42549 Velbert  
Telefon: 02173 9052-0  
Telefax: 02173 9052-487  
mit  
Außenstelle  
Fichtestr. 1  
42549 Velbert

WFB Ratingen  
Scheifenkamp 12  
40880 Ratingen  
Telefon: 02173 9052-0  
Telefax: 02173 9052-387  
mit  
Außenstelle  
Elisabethstr. 17  
40880 Ratingen

Betriebsstätten für psychisch  
behinderte Menschen:

WZA Werkstatt zur Arbeitsförderung  
Carl-Leverkus-Straße 19  
40764 Langenfeld  
Telefon: 02173 9052-0  
Telefax: 02173 9052-727

NWA Niederbergische Werkstatt zur  
Arbeitsförderung  
Langenberger Straße 203  
42551 Velbert  
Telefon: 02173 9052-0  
Telefax: 02173 9052-587

## Hephata-Werkstätten gGmbH

(Reg.-Nr. 3/25)

Karl-Barthold-Weg 1  
41065 Mönchengladbach  
Telefon: 02161 246300  
Telefax: 02161 246350  
E-Mail: [alexander.pape@hephata-mg.de](mailto:alexander.pape@hephata-mg.de)  
Homepage: <http://www.hephata-mg.de/werkstatten-reha-dienstleistungen>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

#### Auftragsarbeiten:

**METALL:** CNC-Bearbeitung, konventionelle Bearbeitung, Umformen, Trennen (z.B. Sägen, Bohren, Entgraten, Fräsen, Drehen, Gewindeschneiden), Gewinde rollen, Kopierdrehen, Sechskanten, Serienfertigung, Fügen, Metallmontage (z.B. Baugruppenmontage)  
**HOLZ:** Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung (z.B. Transportkisten, Überseekisten), Palettenherstellung (Einwegpaletten, Sonderpaletten), Ladungsträger, Verschläge, Spulen, Haspeln, Keile, Radienhölzer, Luftfracht, Zuschnitte, IPPC  
**KUNSTSTOFF:** Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
**ELEKTRO:** Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
**RECYCLING:** Demontearbeiten  
**DRUCK/GRAFIK:** Druckerei, Fotokopieren, Offset Ein- und Mehrfarbig, Digitaldruck  
**EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN:** Digitale Archivierung (Aufbereitung, Scannen, Archivieren)  
**MAILING UND VERSANDARBEITEN**  
**VERPACKUNGSARBEITEN:** Blistern, Schrumpfarbeiten, Etikettierung, Folienvolleinschlag  
**HAUSWIRTSCHAFT:** Catering/Partyservice  
**GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE:** Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
**SONSTIGE LEISTUNGEN:** Logistische Leistungen, Flechtarbeiten für die Möbelreparatur

#### Produkte:

**KUNSTHANDWERK:** Floristische Artikel, Korb- und Stuhlflechtarbeiten  
**GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE:** Pflanzen/Baumschulprodukte, Sonstiger Gartenbedarf  
**PAPIERWAREN**  
**WERBEMITTEL** (Werbegeschenke aus Edelstahl, Getränkekühler und -wärmer / Die Mini Küheltasche "Cool Bag")

### Weitere Betriebsstätten:

Garten-Shop  
Dahler Kirchweg 48  
41069 Mönchengladbach  
Telefon: 02166 94895-0  
Telefax: 02166 94895-11

Benninghof  
Benninghofer Weg 82  
40822 Mettmann  
Telefon: 02104 1473-00  
Telefax: 02104 1473-30

Erftr. 18  
41238 Mönchengladbach  
Telefon: 02166 9850-0  
Telefax: 02166 9850-50

Tippweg 40  
41236 Mönchengladbach  
Telefon: 02166 9978-0  
Telefax: 02166 9978-11

Spielkaulenweg 4  
41063 Mönchengladbach  
Telefon: 02161 4968-0  
Telefax: 02161 4968-110

Betriebsstätten für psychisch behinderte Menschen:

Ottostr. 2  
41238 Mönchengladbach  
Telefon: 02166 99018-0  
Telefax: 02166 99018-8

Freiligrathstr. 16  
41238 Mönchengladbach  
Telefon: 02166 9297-0  
Telefax: 02166 9297-11

Betriebsstätte für Menschen mit erworbener Hirnschädigung:

Urftr. 250-252  
41239 Mönchengladbach



## GWN Gemeinnützige Werkstätten Neuss GmbH

(Reg.-Nr. 3/60)

An der Hammer Brücke 9  
41460 Neuss  
Telefon: 02131 9234-0  
Telefax: 02131 9234-199  
E-Mail: [info@gwn-neuss.de](mailto:info@gwn-neuss.de)  
Homepage: <http://www.gwn-neuss.de>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

#### Auftragsarbeiten:

**METALL:** Umformen, Trennen (z.B. Stanzen, Sägen, Drehen, Fräsen), CNC-Bearbeitung, Fügen, Metallmontage, Blechbearbeitung,

**HOLZ:** Holzbearbeitung, CNC-Bearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung

**KUNSTSTOFF:** Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage

**ELEKTRO:** Elektromontage, Kabelkonfektionierung

**RECYCLING:** Elektro-/Elektronik-Recycling, Metall-Recycling, Demontearbeiten, Abholdienste

**DRUCK/GRAFIK:** Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren, Hand- und Industriebuchbinderei

**EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN:** Vervielfältigung von Datenträgern (CDs, DVDs)

**MAILING UND VERSANDARBEITEN:** Schriftenversand, Lagerung, Konfektionierung, Digitale Datenverarbeitung, Lettershop

**VERPACKUNGSARBEITEN:** Cellophanieren, Banderolieren, Folienschweißen, Preisauszeichnungen, Lagerung

**GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE:** Garten- und Pflanzenpflege,

Landschaftspflege, Innenraumbegrünung, Hydrokultur-Anzucht und -Pflege

**SONSTIGE LEISTUNGEN:** Aktenvernichtung, und Archiv-Entsorgung,

Logistische Leistungen, Umzugs- und Transportarbeiten,

Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen), Betriebsintegrierte

Arbeitsplätze (BiAp) in diversen Branchen und Unternehmen

#### Produkte:

**KUNSTHANDWERK:** Floristische Artikel, Saisonartikel

**GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE:** Pflanzen/Baumschulprodukte,

Pflanzenkübel, Hydrokulturpflanzen, Beet- und Balkonpflanzen

**PAPIERWAREN**

### Weitere Betriebsstätten:

#### Hauptwerkstatt:

Betriebsstätte An der Hammer  
Brücke

An der Hammer Brücke 9

41460 Neuss

Telefon: 02131 9234-200

#### Weitere Betriebsstätten:

Betriebsstätte Gärtnerei Am  
Leuchtenhof

Am Leuchtenhof 12

41462 Neuss

Telefon: 02131 9234-300

Betriebsstätte Am Krausenbaum

Am Krausenbaum 11

41464 Neuss

Telefon: 02131 9234-500

Betriebsstätte Sperberweg

Am Sperberweg 45

41468 Neuss

Telefon: 02131 9234-400

Betriebsstätte für psychisch

behinderte Menschen:

Betriebsstätte Am Henselsgraben

Am Henselsgraben 3

41470 Neuss

Telefon: 02131 9234-600

**VARIUS Werkstätten  
Lebenshilfe Rhein-Kreis Neuss gemeinnützige GmbH**

**(Reg.-Nr. 3/24)**

Winzerather Str. 19  
41516 Grevenbroich  
Telefon: 02182 179-0  
Telefax: 02182 179199  
E-Mail: [info@varius.ws](mailto:info@varius.ws)  
Homepage: <https://www.varius.ws>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

**Auftragsarbeiten:**

**METALL:** Umformen, Trennen (z.B. Stanzen, Nibbeln, Bohren, Sägen, Fräsen, Drehen, Schleifen), CNC-Bearbeitung (z.B. Fräsen, Drehen), Fügen, Montagetätigkeiten; Umfangreicher Maschinenpark vorhanden

**HOLZ:** Holzbearbeitung, Kistenfertigung, Palettenherstellung (Umfangreicher Maschinenpark vorhanden)

**ELEKTRO:** Elektromontage, Kabelkonfektionierung

**LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN**

**RECYCLING:** Demontagearbeiten

**DRUCK/GRAFIK:** Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Buchbinderei, Industriebuchbinderei

**VERPACKUNGSARBEITEN:** Sortierung, Etikettierung und Konfektionierung (Abholung und Anlieferung der Ware möglich)

**HAUSWIRTSCHAFT:** Bügeln, Mangeln

**GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE:** Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

**Produkte:**

**GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE:** Vogelfutterhäuschen, Nistkästen, Dekorationsartikel, Brennholz (mit Anlieferung in der näheren Region)

**Weitere Betriebsstätten:**

"Betriebsstelle die Mangel"

Am Hammerwerk 21  
41516 Grevenbroich  
Telefon: 02181 4769861  
Telefax: 02181 4769862

"Betriebsstätte Hemmerden II"

Daimlerstr. 17  
41516 Grevenbroich  
Telefon: 02182 8200-0  
Telefax: 02182 8200-299

"Betriebsstätte Deelen"

Frankenstr. 24-26  
41569 Rommerskirchen  
Telefon: 02183 4302-01  
Telefax: 02183 4302-29

"Betriebsstätte GV-Ost"

Lise-Meitner-Str. 7  
41515 Grevenbroich  
Telefon: 02181 6906-0  
Telefax: 02181 6906-19

Betriebsstätte für psychisch behinderte Menschen:

"Betriebsstätte Phoenix"

Werkstatt für Menschen mit psychischer Beeinträchtigung  
Benzstr. 6  
41515 Grevenbroich  
Telefon: 02181 81994-0  
Telefax: 02181 81994-26

## Nordrhein-Westfalen (Bezirk der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen)

### proviel GmbH Werkstatt für psychisch behinderte Menschen

(Reg.-Nr. 3/108)

Milchstr. 5  
42117 Wuppertal  
Telefon: 0202 24508-0  
Telefax: 0202 24508-94120  
E-Mail: [info@proviel.de](mailto:info@proviel.de)  
Homepage: <http://www.proviel.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Metallbearbeitung (Alle üblichen spanabhebenden Verfahren), CNC-Bearbeitung  
ELEKTRO: Elektromontage (Auch ESD-geschützt)  
MONTAGEN (Teil- und Komplettmontagen)  
LASERBESCHRIFTUNG (Auf verschiedenste Materialien)  
VERPACKUNG / KONFEKTIONIERUNG

#### Weitere Betriebsstätten:

Farbmühle 13  
42285 Wuppertal  
CAP-Markt  
Ringelbusch 9  
42113 Wuppertal  
Telefon: 0202 175817166  
E-Mail: [info@cap-wuppertal.de](mailto:info@cap-wuppertal.de)  
Homepage: [www.cap-wuppertal.de](http://www.cap-wuppertal.de)

## Nordrhein-Westfalen (Bezirk der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen)

### Troxler-Haus Sozialtherapeutische Werkstätten gemeinnützige GmbH

(Reg.-Nr. 3/10)

Zum Alten Zollhaus 2  
42281 Wuppertal  
Telefon: 0202 27053-0  
Telefax: 0202 27053-88  
E-Mail: [info@troxler-werkstaetten.de](mailto:info@troxler-werkstaetten.de)  
Homepage: <http://www.troxler-werkstaetten.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Metallarbeiten  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Möbelfertigung (z.B. Stühle)  
TEXTIL/LEDER: Lederarbeiten (Taschen, Geldbörsen, Brillenetuis etc.)  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN: Konfektionierung und Kommissionieren  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei (Waschen und legen aller gängigen Textilien)

#### Produkte:

LEBENSMITTEL: Brot und Backwaren (Demeter), Kaffee  
RÖSTEREI: Filterkaffee, Espresso  
FILZPRODUKTE  
KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Kerzen, Kupferarbeiten, Produkte aus Leder, Musikinstrumente  
MÖBEL: Arbeits- und Büromöbel, Kindergarten-/Schulmöbel, Kleinmöbel, Regale, Wohnmöbel (z.B. stapelbare, formschöne Stühle)  
PAPIERWAREN: Schulhefte, pädagogisches Material  
SONSTIGE PRODUKTE: Musikinstrumente (Choroi), Gitarren, Seifen

#### Weitere Betriebsstätten:

Werkhof Rose Ausländer  
Zum Lohbusch 70  
42111 Wuppertal  
Telefon: 0202 27711-50  
Telefax: 0202 27711-72  
Zweigwerkstatt  
Hatzfelder Straße 191  
42281 Wuppertal

**Lebenshilfe Werkstätten Wuppertal gemeinnützige GmbH**

**(Reg.-Nr. 3/41)**

Heidestr. 72  
42349 Wuppertal  
Telefon: 0202 4792-0  
Telefax: 0202 4792-237  
E-Mail: [info@lebenshilfe-wuppertal.de](mailto:info@lebenshilfe-wuppertal.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-wuppertal.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

HOLZ: Holzbearbeitung, CNC-Bearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung,  
Palettenherstellung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung

ELEKTRO: Elektromontage

DRUCK/GRAFIK: Fotokopieren, Bedrucken von Gegenständen (z. B.  
Mehrwegbecher)

VERPACKUNGSARBEITEN

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Kfz-Werkstatt, Mehrwegbecher-Verleih (auch  
Bedruckung), Seifenproduktion

Produkte:

WERBEMITTEL (z. B. Mehrwegbecher)

SONSTIGE PRODUKTE: Seifen

**Weitere Betriebsstätten:**

Hauptwerkstatt:

Heidestr. 72  
42349 Wuppertal

mit Außenstelle:

Kfz-Werkstatt  
Zandershöfe 13  
42369 Wuppertal  
Telefon: 0202 470061  
Telefax: 0202 5199754

Weitere Betriebsstätte:

Hauptstraße 139  
42349 Wuppertal  
Telefon: 0202 4792-0  
Telefax: 0202 4792-237

### Lebenshilfe - Werkstatt für Behinderte gGmbH Solingen

(Reg.-Nr. 3/56)

Freiheitstr. 9-11  
42719 Solingen  
Telefon: 0212 5995-0  
Telefax: 0212 5995-110  
E-Mail: [info@wfb-solingen.de](mailto:info@wfb-solingen.de)  
Homepage: <http://www.wfb-solingen.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

##### Auftragsarbeiten:

**METALL:** Zerspanung (z. B. Bohren, Senken, Gewindeschneiden, Drehen),  
CNC-Bearbeitung (z. B. CNC/NC-Fräsen), Fügen (z. B. Punktschweißen),  
Rändeln, Kleinmontage

**KUNSTSTOFF:** Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage

**ELEKTRO:** Elektromontage, Kabelkonfektion, Kühlkörperkonfektion,  
Lampenfertigung, Baugruppenfertigung für Automobilindustrie, Demontage,  
Baugruppenkonfektionierung, Punktschweißen

**ULTRASCHALL:** Reinigen, Schweißen

**DRUCK/GRAFIK:** Bedrucken von Gegenständen (Tampondruck)

**MAILING UND VERSANDARBEITEN:** Briefsendungen, Etikettendruck,  
Etikettieren

**VERPACKUNGSARBEITEN:** Montage, Konfektionierung, Verpackung,  
Bauteilmontage, Demontage, Skinnen, Blistern/Siegeln, Schrumpfen,  
Serienfertigung

**GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE:** Garten- und Landschaftsbau,  
Landschaftspflege (Anlagen- und Grünflächenpflege, Baumfällarbeiten),  
Brennholzherstellung

**SONSTIGE LEISTUNGEN:** Logistische Leistungen (flexible Lagerstellplätze,  
Fuhrpark)

##### Produkte:

**GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE:** Pflanzen/Baumschulprodukte  
(Zierpflanzenanbau)

#### Weitere Betriebsstätten:

##### Gärtnerei

Langhansstr. 20  
42697 Solingen  
Telefon: 0212 5995-400  
Telefax: 0212 5995-410

Alsenstr. 16  
42719 Solingen

Zwilling J. A. Henckels AG  
Grünewalderstr. 14-22  
42657 Solingen

Betriebsstätte für psychisch  
behinderte Menschen:

Werkstatt am Südpark  
Alexander-Coppel-Straße 19-21  
42651 Solingen  
Telefon: 0212 5995-100  
Telefax: 0212 5995-150  
E-Mail: [info@wfb-solingen.de](mailto:info@wfb-solingen.de)

## Nordrhein-Westfalen (Bezirk der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen)

### Lebenshilfe Remscheid e.V. Werkstatt für behinderte Menschen - LWRS

(Reg.-Nr. 3/61)

Thüringsberg 7 - 9  
42897 Remscheid  
Telefon: 02191 993-0  
Telefax: 02191 993-101  
E-Mail: [info@lwrs.de](mailto:info@lwrs.de)  
Homepage: <http://www.lwrs.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen (z.B. Gewindeschneiden, Bohren, Reiben, Entgraten, Drehen, Fräsen, Sägen), CNC-Bearbeitung (z.B. CNC-Fräsen, CNC-Drehen), Fügen (z.B. Pressen), Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, CNC-Bearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung

KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Digitaldruck, Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren

EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Digitale Archivierung

VERPACKUNGSARBEITEN: Schrumpfen, Skinnen, Wiegen, Heften, Tackern, Folienschweißen, Crimpen, Kontrollieren

HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (Großküche), Wäscherei

SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung (Papier, Ordner, digitale Datenträger, Röntgenbilder, etc.), Archivräumung

#### Weitere Betriebsstätten:

Werkstatt Tenter Weg  
Tenter Weg 20-22  
42897 Remscheid  
Telefon: 02191 933430  
Telefax: 02191 9334311

Betriebsstätte für psychisch  
behinderte Menschen:

Lesota-Werk  
Am Weidenbroich 25  
(Industriegebiet Bergisch-Born)  
42897 Remscheid  
Telefon: 02191 4793-0  
Telefax: 02191 4793-31

## Nordrhein-Westfalen (Bezirk der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen)

### Werkstatt Lebenshilfe Bergisches Land GmbH

(Reg.-Nr. 3/83)

Altenhöhe 11  
42929 Wermelskirchen  
Telefon: 02196 9503-0  
Telefax: 02196 84809  
E-Mail: [info@lhbl.de](mailto:info@lhbl.de)  
Homepage: <http://www.lhbl.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage, CNC-Bearbeitung

KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: IT-Dienstleistungen (Customizing & Roll-out, Hardwaremanagement, Mitarbeiterkaufprogramme)

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN

SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen und Einlagerung

#### Weitere Betriebsstätten:

Hauptwerkstatt:

Werk I (Zentrale)  
Altenhöhe 11  
42929 Wermelskirchen  
Telefon: 02196 9503-0  
Telefax: 02196 84809

Weitere Betriebsstätten:

Werk II  
Albert-Einstein-Straße 6  
42929 Wermelskirchen

Werk III  
Handelsstraße 16  
42929 Wermelskirchen

## Werkstätten der Arbeiterwohlfahrt Dortmund GmbH

(Reg.-Nr. 3/99)

Lindenhorster Str. 38  
44147 Dortmund  
Telefon: 0231 8475-0  
Telefax: 0231 847522  
E-Mail: [info@awo-werkstaetten.de](mailto:info@awo-werkstaetten.de)  
Homepage: <http://www.awo-ww.de/wad/templates/index.php5>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

#### Auftragsarbeiten:

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung  
TEXTIL: Näherei, Stickerei  
RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling, Kork-Recycling, Kunststoff-Recycling, Metall-Recycling, Demontagearbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung, Fotokopieren, Bedrucken von Gegenständen  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Reinigungsarbeiten  
INDUSTRIEWÄSCHEREI: Objektwäsche (Seniorenzentren, Hotel, Gastronomie, Arztpraxen, etc.), Reinigung von Wischbezügen  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Logistische Leistungen, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

#### Produkte:

TEXTILIEN: Bekleidung, Haus- und Heimtextilien  
LEBENSMITTEL: Brot und Backwaren, Fleisch- und Wurstwaren, Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Bioprodukte  
KUNSTATELIER: Bilder, Kunstdrucke, Plakate, Flyer  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte, sonstiger Gartenbedarf  
SPIELWAREN: Brett- und Gesellschaftsspiele, Holzspielwaren, Therapeutisches Spielzeug

### Weitere Betriebsstätten:

Schulthenhof  
Stockumerstr. 109  
44229 Dortmund  
Telefon: 0231 79220100  
Telefax: 0231 79220127  
E-Mail: [info@awo-schulthenhof.de](mailto:info@awo-schulthenhof.de)  
Homepage: [www.awo-schulthenhof.de](http://www.awo-schulthenhof.de)

Werkbereich Gartenbau  
Steinkühlerweg 76  
44263 Dortmund

Außenarbeitsgruppe  
Unterstützende Kommunikation  
Leuthardtstraße 13  
44135 Dortmund  
Telefon: 0231 53461890

Betriebsstätten für psychisch  
behinderte Menschen:

SerBiTec  
Zweigwerkstatt für psychisch kranke  
Menschen  
Lindenhorster Straße 44  
44147 Dortmund  
Telefon: 0231 567858-0  
Telefax: 0231 567858-59  
EMail: [info@serbitec.de](mailto:info@serbitec.de)  
Homepage: [www.awo-werkstaetten.de](http://www.awo-werkstaetten.de)

Außenarbeitsgruppe:  
Zentrum für Therapeutisches Reiten  
Bahnstraße 95  
44532 Lünen  
Telefon: 02306 963180



**Christopherus-Haus  
Werkstätten Gottessegen gemeinnützige GmbH**

**(Reg.-Nr. 3/77)**

Kobbendelle 40  
44229 Dortmund  
Telefon: 0231 9738-0  
Telefax: 0231 9738-200  
E-Mail: [info@werkstaetten-gottessegen.de](mailto:info@werkstaetten-gottessegen.de)  
Homepage: <http://www.wfb-gottessegen.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung

TEXTIL/LEDER: Näherei, Weberei, Stickerei

DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung, Fotokopieren

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Mosterei

Produkte:

TEXTIL-/LEDERWAREN: Bekleidung, Haus- und Heimtextilien, Lederwaren, Teppiche

LEBENSMITTEL: Brot und Backwaren, Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Getränke, Demeter- und Bioprodukte

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Kerzen, Saisonartikel, Textilien

MÖBEL: Arbeits- und Büromöbel, Kindergarten-/Schulmöbel, Wohnheimmöbel, Küchenmöbel

SPIELWAREN: Holzspielwaren, Puppenmöbel, Therapeutisches Spielzeug

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen

PAPIERWAREN

**Weitere Betriebsstätten:**

Christopherus-Haus  
Werkstätten Gottessegen  
gemeinnützige GmbH  
Schmiedestraße 33  
44866 Bochum  
Telefon: 02327 9875-0  
Telefax: 02327 9875-99  
E-Mail: [zweigwerkstatt-bochum@werkstaetten-gottessegen.de](mailto:zweigwerkstatt-bochum@werkstaetten-gottessegen.de)

Christopherus-Haus  
Werkstätten Gottessegen  
gemeinnützige GmbH  
Mosterei  
Auf dem Schnee 143  
44247 Dortmund  
Telefon: 0231 770014

Christopherus-Haus  
Werkstätten Gottessegen  
gemeinnützige GmbH  
Gärtnerei "Gut Königsmühle"  
Ellinghauser Str. 309  
44359 Dortmund  
Telefon: 0231 9369893-0 oder 0231 6967949  
E-Mail: [koenigsmuehle@werkstaetten-gottessegen.de](mailto:koenigsmuehle@werkstaetten-gottessegen.de)  
Homepage: [www.gut-koenigsmuehle.de](http://www.gut-koenigsmuehle.de)

Christopherus-Haus  
Werkstätten Gottessegen  
gemeinnützige GmbH  
Gut Königsmühle  
Ellinghauser Straße 219  
44359 Dortmund  
Telefon: 0231 3955490-10  
Telefax: 0231 3955490-17

**Werkstatt Über den Teichen GmbH**

**(Reg.-Nr. 3/5)**

Oberevingerstr. 149  
44339 Dortmund  
Telefon: 0231 9880-0  
Telefax: 0231 9880-180  
E-Mail: [info@wuet.de](mailto:info@wuet.de)  
Homepage: <http://www.wuet.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage, CNC-Bearbeitung  
(Drehen, Fräsen), Lasergravuren

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Möbelfertigung, Lasergravuren

KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage

TEXTIL/LEDER: Näherei, Stickerei, Sublimations-Druck, Flock- und  
Foliendruck

DRUCK/GRAFIK: Bedrucken von Gegenständen (Tampondruck)

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN: Skin, Blister, Schrumpfen, Preisauszeichnung,  
Konfektionierung

SONSTIGE LEISTUNGEN: Fahrradwerkstatt, Gastronomie (Café Spezial),  
Logistische Leistungen, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe  
Firmen)

Produkte:

TEXTIL-/LEDERWAREN: Bekleidung für Beruf und Freizeit, Haus- und  
Heimtextilien

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Laserschnitte und -gravuren

WERBEMITTEL

SONSTIGE PRODUKTE: Fahrräder

**Weitere Betriebsstätten:**

Hans Winkler Werkstatt  
Osterfeldstr. 45  
44339 Dortmund  
Telefon: 0231 9880-0  
Telefax: 0231 9880-180

**wewole Stiftung  
wewole WERKEN gGmbH**

**(Reg.-Nr. 3/32)**

Langforthstr. 24  
44628 Herne  
Telefon: 02323 934-0  
Telefax: 02323 934-177  
E-Mail: [info@wewole.de](mailto:info@wewole.de)  
Homepage: <http://www.wewole.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, CNC-Bearbeitung, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, CNC-Bearbeitung, Holzmontage, Palettenherstellung  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Grafische Gestaltung, Druckweiterverarbeitung  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Daten- und Texterfassung, Digitale Archivierung, Vervielfältigung von Datenträgern (z. B. CD's, DVD's in Kleinserien)  
MAILING UND VERSANDARBEITEN: Lettershop, Massenversand, Infopost, Werbemittelversand  
VERPACKUNGS- und MONTAGEARBEITEN: z. B. Folienschweißen, Konfektionieren, Kleinmontage  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei, Externe Reinigungsdienste  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Kfz-Werkstatt, Kfz-Pflege, Logistische Leistungen

Produkte:

LEBENSMITTEL: Landwirtschaftliche Erzeugnisse (z. B.: Tomaten, Gurken, Paprika, Eier, Kartoffeln, Zwiebeln, Obst, Gemüse)  
KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Saisonartikel  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte, Sonstiger Gartenbedarf (z. B. Feuerkorb, Insektenhotel)  
SONSTIGE PRODUKTE: Taubensportartikel, Volieren, Hundeböden

**Weitere Betriebsstätten:**

Grüner Bereich  
Nordstraße 189  
44628 Herne  
Telefon: 02323 9857-12

Industrieservice Erinpark  
Am Förderturm 13  
44575 Castrop-Rauxel

Betriebsstätte für psychisch behinderte Menschen:

Industrieservice Zechenring  
Zechenring 11  
44628 Herne

**Altenbochumer-Werkstätten**

**(Reg.-Nr. 3/97)**

Auf der Heide 24  
44803 Bochum  
Telefon: 0234 93887-0  
Telefax: 0234 93887-99  
E-Mail: [christoph.pasch@johanneswerk.de](mailto:christoph.pasch@johanneswerk.de)  
Homepage: <http://www.altenbochumer-werkstaetten.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage  
TEXTIL: Näherei  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Textilien  
HAUSHALTSWAREN  
MÖBEL: Kleinmöbel, Regale  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Gartenmöbel, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel  
SPIELWAREN: Brett- und Gesellschaftsspiele, Holzspielwaren

**Weitere Betriebsstätten:**

Dannenbaumstraße 63  
44803 Bochum  
Telefon: 0234 29835910  
Telefax: 0234 29835919

## Werkstatt Constantin - Bewatt

(Reg.-Nr. 3/96)

Hiltroper Str. 164  
44807 Bochum  
Telefon: 0234 95997-17  
Telefax: 0234 95997-50  
E-Mail: [vertrieb@diakonie-ruhr.de](mailto:vertrieb@diakonie-ruhr.de)  
Homepage: <http://www.werkstattconstantin-bewatt.de>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

#### Auftragsarbeiten:

**METALL:** Umformen (z.B. Biegen, Kanten), Trennen (z.B. Zerspanung, Bohren, Drehen, Sägen, Stanzen, Schneiden), Fügen (z.B. Nieten, Pressen)

**KUNSTSTOFF:** Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage, Zerspanung

**ELEKTRO:** Elektromontage, Kabelkonfektionierung, Elektrische

Betriebsmittelprüfung nach DGUV Vorschrift 3

**TEXTIL:** Näherei, Auftragsarbeiten

**BESCHICHTUNGEN:** Pulverbeschichtung, Sandstrahlen

**BAU-/RENOVIERUNGSARBEITEN:** Malerarbeiten

**EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN:** Digitale Archivierung

**MONTAGE- UND VERPACKUNGSARBEITEN:** z. B. Konfektionierung von Glückwunschkarten

**HAUSWIRTSCHAFT:** Catering (Essensausgabe), Reinigungsarbeiten

**GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE:** Garten- und Pflanzenpflege,

Landschaftspflege, Erstellung von Gehölzkatastern

**SONSTIGE LEISTUNGEN:** Logistische Leistungen, Qualitätssicherung

(Produktkontrolle für externe Firmen),

Übergangsmanagement, Vermittlung von Praktika und Außenarbeitsplätzen

#### Produkte:

Kreativprodukte

Müllkammerboxen (Siehe Internetseite: [www.muellkammerbox.de](http://www.muellkammerbox.de))

### Weitere Betriebsstätten:

Außenstelle Wattenscheid

Schmiedestr. 28

44866 Bochum

Telefon: 02327 91071-0

Telefax: 02327 91071-19

Betriebsstätten für psychisch

behinderte Menschen:

Außenstelle Bewatt

Rombacher Hütte 7

44795 Bochum

Telefon: 0234 32497-0

Telefax: 0234 43794

Außenstelle Bewatt (Gartenbau)

Rombacher Hütte 4

44795 Bochum

Telefon: 0234 579392-0

Telefax: 0234 325551

## GSE Gesellschaft für Soziale Dienstleistungen Essen mbH

(Reg.-Nr. 3/9)

Grabenstr. 101  
45141 Essen  
Telefon: 0201 8546-0  
Telefax: 0201 8546-1099  
E-Mail: [wfbm@gse-essen.de](mailto:wfbm@gse-essen.de)  
Homepage: <http://www.gse-essen.com/index.html>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Nietbearbeitung

Montagearbeiten aller Art

HOLZ: Holzbearbeitung, Transportsicherung, Displaybau, Möbelfertigung  
(Individueller Möbelbau, Büromöbel-Fertigung)

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

TEXTIL/LEDER: Näherei

BAU-/RENOVIERUNGSARBEITEN: Malerarbeiten

RECYCLING: Demontgearbeiten

DRUCK/GRAFIK: Bedrucken von Gegenständen, Tampondruck

EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN

MAILING UND VERSANDARBEITEN: Lettershop

VERPACKUNGSARBEITEN: Skinverpackungen, Schrumpferpackungen,

Einschweißen

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,

Landschaftspflege

AKTENVERNICHTUNG

SONSTIGE LEISTUNGEN: Fahrradwerkstatt

### Weitere Betriebsstätten:

Hauptwerkstatt:

Frillendorf

Nünningstraße 10

45141 Essen

Telefon: 0201 8546-5100

Telefax: 0201 8546-5199

Borbeck

Grasstr. 12

45356 Essen

Telefon: 0201 8546-5600

Telefax: 0201 8546-5699

Dellwig

Helmstr. 5

45359 Essen

Telefon: 0201 8546-6100

Telefax: 0201 8546-6199

Holsterhausen

Am Funkturm 10

45145 Essen

Telefon: 0201 8546-5800

Telefax: 0201 8546-5899

Kray

Heinrich-Sense-Weg 50

45307 Essen

Telefon: 0201 8546-6200

Telefax: 0201 8546-6299

Betriebsstätten für psychisch  
behinderte Menschen:

Nord I

Graf-Beust-Allee 21

45141 Essen

Telefon: 0201 8546-6500

Telefax: 0201 8546-6599

Nord II

Bersonstr. 17

45141 Essen

Telefon: 0201 8546-6300

Telefax: 0201 8546-6399

mit

Außenstelle

Bersonstr. 10

45141 Essen

Rüttenscheid

Wittenbergstr. 2-4

45131 Essen

Telefon: 0201 8546-6400

Telefax: 0201 8546-6499

**Franz Sales Werkstätten GmbH**

**(Reg.-Nr. 3/114)**

Dahlhauser Str. 239  
45279 Essen  
Telefon: 0201 8536-3  
Telefax: 0201 8536-460  
E-Mail: [werkstaetten@franz-sales-haus.de](mailto:werkstaetten@franz-sales-haus.de)  
Homepage: <http://www.franz-sales-haus.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Palettenherstellung, Möbelfertigung,  
Spielzeugherstellung  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege  
Produkte:  
TEXTIL-/LEDERWAREN: Haus- und Heimtextilien  
LEBENSMITTEL: Brot und Backwaren, Fleisch- und Wurstwaren, Bioprodukte  
HAUSHALTSWAREN: Bürsten und Besen  
MÖBEL: Kindergarten-/Schulmöbel, Regale  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte,  
Vogelfutterhäuschen/Nistkästen  
SPIELWAREN: Holzspielwaren, Stofftiere  
PAPIERWAREN

**Weitere Betriebsstätten:**

Zweigbetrieb Zehnthof  
Am Zehnthof 53  
45307 Essen  
Telefon: 0201 18556360  
Telefax: 0202 18556350  
  
Zweigbetrieb Ruhrau  
Kleine Ruhrau 20  
45279 Essen  
Telefon: 0201 18535411  
Telefax: 0201 18535419  
  
Zweigbetrieb Huttrop  
Steeler Straße 261  
45138 Essen  
Telefon: 0201 2769-800  
Telefax: 0201 2769-801  
  
Klosterberghof Bioland-Bauernhof  
Weg am Berge 39  
45279 Essen  
Telefon: 0201 3104263  
  
Zweigbetrieb Kupferdreh  
Hinsbecker Löh 10  
45257 Essen-Kupferdreh  
Telefon: 0201 809819-11  
  
Zweigbetrieb Alte Post  
Kupferdreher Str. 137  
45257 Essen-Kupferdreh  
Telefon: 0201 47976030



**Fliedner Werkstätten - eine Einrichtung der Theodor Fliedner  
Stiftung  
Verwaltung**

**(Reg.-Nr. 3/91)**

Pilgerstr. 3

45473 Mülheim an der Ruhr

Telefon: 0208 4448-0

Telefax: 0208 4448-155

E-Mail: [info@werkstaetten.fliedner.de](mailto:info@werkstaetten.fliedner.de)

Homepage: [https://www.fliedner.de/de/menschen\\_mit\\_behinderung/fliedner\\_werkstaetten/fliedner\\_werkstaetten.php](https://www.fliedner.de/de/menschen_mit_behinderung/fliedner_werkstaetten/fliedner_werkstaetten.php)

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Möbelfertigung

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

RECYCLING: Elektro-Recycling

DRUCK/GRAFIK: Bedrucken von Gegenständen

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen, Geschirrverleih

Produkte:

KUNSTHANDWERK: Kerzen, Saisonartikel

MÖBEL: Arbeits- und Büromöbel, Kindergarten-/Schulmöbel, Kleinmöbel, Regale, Wohnmöbel

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel,

Pflanzen/Baumschulprodukte, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Sonstiger

Gartenbedarf

WERBEMITTEL: Keramik, Porzellan und Glas

**Weitere Betriebsstätten:**

Hauptwerkstatt:

Betriebsstätte Mühlenbergheide

Mühlenbergheide 23

45481 Mülheim an der Ruhr

Telefon: 0208 4448-350

Telefax: 0208 4448-355

Weitere Betriebsstätten:

Betriebsstätte Mühlenhof

Am Mühlenhof 150

45481 Mülheim an der Ruhr

Telefon: 0208 4448-341

Telefax: 0208 4448-344

Betriebsstätte Lahnstraße

Lahnstraße 44

45478 Mülheim an der Ruhr

Telefon: 0208 4448-201

Telefax: 0208 4448-205

Betriebsstätte Pilgerstraße

Pilgerstraße 3

45473 Mülheim an der Ruhr

Telefon: 0208 4448-410

Fliedner Werkstätten

Betriebsstätte Weselerstraße

Weselerstraße 120

45478 Mülheim an der Ruhr

Telefon: 0208 4448-571/572

Betriebsstätten für psychisch behinderte Menschen:

Betriebsstätte Kranbahnallee

Kranbahnallee 6

45473 Mülheim an der Ruhr

Telefon: 0208 4448-541

Telefax: 0208 4448-505

Betriebsstätte Boverstraße

Boverstraße 21

45473 Mülheim an der Ruhr

Telefon: 0208 4448-519

Telefax: 0208 4448-555

**Diakonisches Werk im Kirchenkreis Recklinghausen  
Recklinghäuser Werkstätten gGmbH**

**(Reg.-Nr. 3/88)**

Alte Grenzstr. 90  
45663 Recklinghausen  
Telefon: 02361 3002-0  
Telefax: 02361 300250  
E-Mail: [info@diakonie-kreis-re.de](mailto:info@diakonie-kreis-re.de)  
Homepage: <https://www.diakonie-kreis-re.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, CNC-Bearbeitung (Drehen, Fräsen), Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Spielzeugherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN  
RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren, Bedrucken von Gegenständen  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

**Weitere Betriebsstätten:**

Werkstatt Hubertusstraße  
Hubertusstr. 24  
45657 Recklinghausen  
Telefon: 02361 923870  
Telefax: 02361 92387-20

Werkstatt Waltrop  
Zur Pannhütt 53  
45731 Waltrop  
Telefon: 02309 78457-0  
Telefax: 02309 78457-10

Autismuszentrum  
Unterlippe 27  
45731 Waltrop  
Telefon: 02309 9627-0  
Telefax: 02309 9627-28

Glück-Auf-Werkstatt  
Hasselbruchstr. 74  
45701 Herten  
mit Erweiterungsbau  
Fördergruppenhaus  
Hasselbruchstr. 24  
Telefon: 0209 36159-0  
Telefax: 0209 36159-17

Dorstener Werkstatt  
Thüringer Str. 24  
46286 Dorsten  
Telefon: 02369 9164-0  
Telefax: 02369 9164-50

Hans-Böckler-Str. 22  
45665 Recklinghausen  
Telefon: 02361 5820653

Werkstatt Schacht 6  
Hülsbergstr. 994  
45772 Marl  
Telefon: 02365 925950-0  
Telefax: 02365 925950-30

Betriebsstätten für psychisch  
behinderte Menschen:

Werkstatt Förderturm I  
Hubertusstr. 35b  
45657 Recklinghausen  
Telefon: 02361 1861-15  
Telefax: 02631 1861-82

Hubertusstr. 43  
45711 Recklinghausen

Werkstatt Förderturm II

In den Hofwiesen 24  
45711 Datteln  
Telefon: 02363 381600  
Telefax: 02363 38160-47

Tagesstätte für psychisch erkrankte  
Menschen  
Horneburger Str. 49  
45711 Datteln  
Telefon: 02363 363657  
Telefax: 02363 363664

Dietrich-Bonhoeffer-Zentrum  
Dietrich-Bonhoeffer-Weg 3  
45699 Herten  
Telefon: 02366 939242-11  
Telefax: 02366 939242-99

**Sozialwerk St. Georg Werkstätten gGmbH  
Emscher Werkstatt**

**(Reg.-Nr. 3/103)**

Emscherstr. 41  
45891 Gelsenkirchen  
Telefon: 0209 7004-254  
Telefax: 0209 7004-474  
E-Mail: [a.vaneyk@wfb.sozialwerk-st-georg.de](mailto:a.vaneyk@wfb.sozialwerk-st-georg.de)  
Homepage: <http://www.sozialwerk-st-georg.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage, CNC-Bearbeitung  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei, Stickerei  
RECYCLING: Demontagearbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Grafische Gestaltung, Fotokopieren  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Digitale Archivierung  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Fahrzeugpflege, Reifenservice

Produkte:

KUNSTHANDWERK: Kerzen  
PAPIERWAREN: Gruß- und Glückwunschkarten, Weihnachtskarten

**Weitere Betriebsstätten:**

Werkstatt für Menschen mit  
Autismus  
Uechtingstr. 89a  
45881 Gelsenkirchen  
Telefon: 0209 7004-550  
Telefax: 0209 7004-552

Lenne Werkstatt  
Breite Wiese 26  
57392 Schmallenberg  
Telefon: 02972 3010  
Telefax: 02972 301-144

Werkstatt für Menschen mit  
Autismus  
Auf der Lake 7a  
57392 Schmallenberg

Betriebsstätten für psychisch  
behinderte Menschen:

ELTEX  
Emscherstr. 62  
45891 Gelsenkirchen

SIMS (Schmallenberger Industrie  
Montage Service)  
Breite Wiese 24 und 30  
57392 Schmallenberg  
Telefon: 02972 301175

Café LebensArt und Fahrzeugpflege  
Theodor-Otte-Str. 152  
45891 Gelsenkirchen  
Telefon: 0209 7004-409  
Telefax: 0209 7004-229

## Nordrhein-Westfalen (Bezirk der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen)

### Gelsenkirchener Werkstätten für angepasste Arbeit gGmbH

(Reg.-Nr. 3/6)

Braukämperstr. 100  
45899 Gelsenkirchen  
Telefon: 0209 95896-0  
Telefax: 0209 95896-88  
E-Mail: [info@werkverein-ge.de](mailto:info@werkverein-ge.de)  
Homepage: <http://www.werkverein-ge.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Fügen  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
VERPACKUNGS- und MONTAGEARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
Produkte:  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Insektenhotels  
SONSTIGE PRODUKTE: Rettungstücher und Evakuierungssysteme (Weitere Informationen: [www.rettungstuch.com](http://www.rettungstuch.com)), Eingleishilfen für Baufahrzeuge

#### Weitere Betriebsstätten:

Braukämperstr. 105  
45899 Gelsenkirchen  
Telefon: 0209 95896-0  
Telefax: 0209 95896-88  
Wilhelminenstr. 127  
45889 Gelsenkirchen  
Telefon: 0209 48914  
Telefax: 0209 9443526

## Nordrhein-Westfalen (Bezirk der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen)

### Caritaswerkstätten Gladbeck

(Reg.-Nr. 3/21)

Mühlenstr. 1-3  
45964 Gladbeck  
Telefon: 02043 2967-0  
Telefax: 02043 2967-44  
E-Mail: [info-cw@caritas-gladbeck.de](mailto:info-cw@caritas-gladbeck.de)  
Homepage: <https://www.caritas-gladbeck.de/angebote-und-beratung/fuer-menschen-mit-behinderungen/arbeiten>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Metallbearbeitung  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage  
ELEKTRO: Elektromontage  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei (Digitaldruck), Grafische Gestaltung  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Digitale Archivierung  
MAILING UND VERSANDARBEITEN: Lettershop  
VERPACKUNGSARBEITEN, KONFEKTIONIERUNG, INDUSTRIEMONTAGE  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Deutsche Post / DHL, Kiosk, Bootsverleih

#### Weitere Betriebsstätten:

KONTEXT  
Werkstatt für psychisch behinderte Menschen  
Haldenstr. 17  
45966 Gladbeck  
Telefon: 02043 3161-0  
Telefax: 02043 3161-32  
E-Mail: [kontext@caritaswerkstaetten.de](mailto:kontext@caritaswerkstaetten.de)

**Lebenshilfe Oberhausen gGmbH**

**(Reg.-Nr. 3/48)**

Königshardter Str. 226  
46145 Oberhausen  
Telefon: 0208 99628-0  
Telefax: 0208 99628-50  
E-Mail: [lwo@lebenshilfe-oberhausen.de](mailto:lwo@lebenshilfe-oberhausen.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-oberhausen.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

**Auftragsarbeiten:**

**METALL:** Trennen, Fügen, Metallmontage  
**KUNSTSTOFF:** Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
**ELEKTRO:** Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
**RECYCLING:** Elektro-/Elektronik-Recycling  
**DRUCK/GRAFIK:** Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren  
**EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN:** Digitale Archivierung  
**MAILING UND VERSANDARBEITEN**  
**VERPACKUNGSARBEITEN**  
**GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE:** Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

**Produkte:**

**KUNSTHANDWERK:** Floristische Artikel, Saisonartikel  
**PAPIERWAREN**  
**SONSTIGE PRODUKTE:** Kunststofffenster

**Weitere Betriebsstätten:**

**Hauptwerkstatt:**

Königshardter Werkstatt  
Eberbsachstr. 21  
46145 Oberhausen  
Telefon: 0208 9962810  
Fax: 0208 9962850

**Weitere Betriebsstätten:**

Werkstatt im Lipperfeld  
Zur Eisenhütte 9  
46047 Oberhausen  
Telefon: 0208 85038-0  
Telefax: 0208 85038-50  
mit  
Fahrzeugaufbereitung  
Zur Eisenhütte 14  
46047 Oberhausen

**Floristik und Friedhofsgärtnerei  
"Florian"**

Harkortstr. 67  
46119 Oberhausen  
Telefon: 0208 607544  
Telefax: 0208 9402200

Werkstatt am Waldteich  
Im Waldteich 7  
46147 Oberhausen  
Telefon: 0208 94099-30  
Telefax: 0208 94099-50

**Betriebsstätte für psychisch  
behinderte Menschen:**

Werkstatt am Kaisergarten  
Max-Planck-Ring 50  
46045 Oberhausen  
Telefon: 0208 69098-0  
Telefax: 0208 69098-99

Außenstelle  
Fahnhofstraße 11  
46117 Oberhausen

## Bottroper Werkstätten gGmbH

(Reg.-Nr. 3/7)

Heinrich-Theißen-Str. 7  
46240 Bottrop-Eigen  
Telefon: 02041 9905-90  
Telefax: 02041 990597  
E-Mail: [btw@diakonisches-werk.de](mailto:btw@diakonisches-werk.de)  
Homepage: <http://www.bottroper-werkstaetten.de>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Zerspannung, CNC-Bearbeitung, Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzmontage, Kistenfertigung, Möbelfertigung (Gartenmöbel),  
Schränkmontage  
SERIENMONTAGE: Industrieprodukte, Verkaufsdiskontrollen, Baumarktartikel,  
Non-Food-Artikel  
ELEKTROMONTAGE: Kabelkonfektionierung, Leuchtenmontage,  
Verdrahtungen, Lötarbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT  
REKLAMATIONSARBEITEN für Hersteller von EDV-Hardware  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE für Gewerbekunden, Straßenbegleitgrün,  
Parkanlagen, Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Fahrradwerkstatt, Logistische Leistungen,  
Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen),  
Landwirtschaft (ökologischer Gemüsebau und Mastschweine),  
Therapeutisches Reiten, Pferdepflege: Heiltherapeutisches Reiten,  
Behindertenreitsport, Hippotherapie

### Produkte:

LEBENSMITTEL: in Naturland Qualität (Biologische Landwirtschaft - Eier,  
Schweinefleisch, Kartoffeln, Gemüse, Säfte, Honig, weitere Bioprodukte), Brot  
und Backwaren, Fleisch- und Wurstwaren, geschälte Kartoffeln, Vorprodukte  
für die Küche: Stifeln, Scheiben, Reibekuchenteig, Salate etc.  
KUNSTHANDWERK: Acrylmalerei, Wandkalender, Postkarten, Leckerlitaschen  
für Hunde und Pferde  
GARTENBEDARF / GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel  
(Gartenbänke, Stehtische), Pflanzkübel, Komposter  
SONSTIGE PRODUKTE:  
FAHRRÄDER: generalüberholte Gebrauchträder, Zubehör, Ersatzteile

### Weitere Betriebsstätten:

Hauptwerkstatt:  
Rheinbabenerkstatt  
Heinrich-Theißen-Str. 7  
46240 Bottrop  
Telefon: 02041 99050  
Telefax: 02041 990550  
E-Mail:  
[rheinbabenwerkstatt@diakonisches-werk.de](mailto:rheinbabenwerkstatt@diakonisches-werk.de)

### Weitere Betriebsstätten:

Rotthoffs Hof  
Münsterstr. 43  
46244 Bottrop-Kirchhellen  
Telefon: 02045 960069  
Telefax: 02045 960159  
E-Mail: [rh@diakonisches-werk.de](mailto:rh@diakonisches-werk.de)

### Betriebsstätten für psychisch behinderte Menschen:

Das Werkhaus I  
Gabelsberger Str. 19  
46238 Bottrop  
Telefon: 02041 773380  
Telefax: 02041 77338-22

Das Werkhaus II  
An der Knippenburg 52  
46238 Bottrop  
Telefon: 02041 18320  
Telefax: 02041 183230

Das Werkhaus III  
Schwickingsfeld 51  
46282 Dorsten  
Telefon: 02362 9217111  
Telefax: 02362 9217126

Bildungswerkstatt  
Berufsbildungsbereich für psychisch  
erkrankte Menschen  
Im Blankenfeld 6-8  
46238 Bottrop  
Telefon: 02041 3729495  
E-Mail: [biwe@diakonisches-werk.de](mailto:biwe@diakonisches-werk.de)



**Werkstatt für Menschen mit Behinderungen  
Büngern-Technik**

**(Reg.-Nr. 3/18)**

Stangenkamp 2  
46414 Rhede  
Telefon: 02872 9288-0  
Telefax: 02872 9288-2299  
E-Mail: [kontakt@buengern-technik.de](mailto:kontakt@buengern-technik.de)  
Homepage: <http://buengern-technik.de/de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, CNC-Bearbeitung, Lasergravieren, Holzmontage,  
Spielzeugherstellung

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

VERPACKUNGSARBEITEN

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und  
Pflanzenpflege, Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Kommissionierung, logistische Leistungen

Produkte:

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Kerzen

SPIELWAREN: Holzspielwaren

PAPIERWAREN: Gruß- und Glückwunschkarten, Weihnachtskarten

SONSTIGE PRODUKTE: Lehr- und Lernmittel (aus Holz)

METALL: Verstellbeschläge

**Weitere Betriebsstätten:**

WfbM Büngern-Technik

Zweigwerkstatt Borken

Siemensstr. 17 + 19

46325 Borken

Telefon: 02861 80998-80

Telefax: 02861 80998-9999

E-mail: [kontakt@buengern-technik.de](mailto:kontakt@buengern-technik.de)

WfbM Büngern-Technik

Im Fisserhook 8

46395 Bocholt

Telefon: 02871 27437-0

Telefax: 02871 27437-2499

E-mail: [kontakt@buengern-technik.de](mailto:kontakt@buengern-technik.de)

integra Industrieservice

Werkstatt für Menschen mit  
psychischen Behinderungen

Voßkamp 20

46414 Rhede

Telefon: 02872 9288-60

Telefax: 02872 9288-2799

E-mail: [kontakt@integra-industrieservice.de](mailto:kontakt@integra-industrieservice.de)

integra Industrieservice

Werkstatt für Menschen mit  
psychischen Behinderungen

Binnenpaß 1

46414 Rhede

Telefon: 02872 9288-40

Telefax: 02872 9288-2599

E-mail: [kontakt@integra-Industrieservice.de](mailto:kontakt@integra-Industrieservice.de)

**Lebenshilfe Werkstätten Unterer Niederrhein gGmbH**

**(Reg.-Nr. 3/42)**

Groiner Allee 10  
46459 Rees  
Telefon: 02851 920-0  
Telefax: 02851 7681  
E-Mail: [info@lebenshilfe-rees.de](mailto:info@lebenshilfe-rees.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-rees.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, CNC-Bearbeitung, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, CNC-Bearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung,  
Palettenherstellung

KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen

Produkte:

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte  
PAPIERWAREN

SONSTIGE PRODUKTE: Bilderrahmen

**Weitere Betriebsstätten:**

mit

Kfz-Werkstatt und Waschanlage

Anholter Straße 28

46459 Rees-Millingen

Weitere Betriebsstätten:

Werkstatt Alpen-Veen

Dorfstr. 93

46519 Alpen-Veen

Telefon: 02802 7566-0

Telefax: 02802 7566-227

Werkstatt Wesel-Obrighoven

Am Schornacker 111a

46485 Wesel-Obrighoven

Telefon: 0281 20644-10

Telefon: 0281 20644-50

Am Schornacker 123

46485 Wesel-Obrighoven

**Spix e.V.  
Werkstatt für behinderte Menschen**

**(Reg.-Nr. 3/123)**

Bocholter Str. 8  
46487 Wesel  
Telefon: 0281 319285-140  
Telefax: 0281 319285-130  
E-Mail: [wfbm@spix-ev.de](mailto:wfbm@spix-ev.de)  
Homepage: <http://www.spix-ev.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
VERPACKUNGS- und MONTAGEARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Fahrradwerkstatt

**Weitere Betriebsstätten:**

weitere Betriebsstätten für  
psychisch behinderte Menschen

GLEIS 31 (Fahrradstation)  
Franz-Etzel-Platz 11  
46483 Wesel  
Telefon: 0281 47362670

Werkstatt Emmerich  
Arnheimer Str. 42  
46446 Emmerich  
Telefon: 02822 6969651

Café Vesalia  
Franz-Ebert-Platz 14  
46483 Wesel  
Telefon: 0281 47364388

Weseler Friedhof  
Caspar-Baur-Str. 20  
46483 Wesel  
Telefon: 0281 28600

**Albert-Schweitzer-Einrichtungen für Behinderte gGmbH  
Werkstatt für behinderte Menschen**

**(Reg.-Nr. 3/86)**

Nikolaus-Groß-Str. 4  
46535 Dinslaken  
Telefon: 02064 41840  
Telefax: 02064 12167  
E-Mail: [btheis@ase-dinslaken.de](mailto:btheis@ase-dinslaken.de)  
Homepage: <http://www.ase-dinslaken.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen (z.B. Bohren), CNC-Bearbeitung (CNC-Drehen)

HOLZ: Holzbearbeitung, Fertigung von Holzverpackungen für die Großindustrie, Kistenfertigung (Transportkisten), Möbelfertigung (Einbaumöbel Serie),

Palettenherstellung, Transportkeile, Lagerhölzer

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

TEXTIL/LEDER: Näherei

RECYCLING: Demontagearbeiten

DRUCK/GRAFIK: Fotokopieren

MAILING UND VERSANDARBEITEN: Lettershop

VERPACKUNGSARBEITEN aller Art sowie Konfektionierung

HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei für Altenheime, Gastronomie und Industrie

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege, Zaunbau

SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Logistische Leistungen

Produkte:

KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Holzarbeiten

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen

**Weitere Betriebsstätten:**

Zweigstelle Schreinerei

Friedrich-List-Str. 4

46539 Dinslaken

Telefon: 02064 41860

Telefax: 02064 17476

Zweigstelle Werkstatt II

Thyssenstr. 112

46535 Dinslaken

Telefon: 02064 604010

Telefax: 02064 604029

Zweigstelle Grüner Bereich

Flurstr. 78

46535 Dinslaken

Telefon: 02064 57624 / 02064

424394

Telefax: 02064 424566

Betriebsstätte für psychisch behinderte Menschen:

Zweigstelle Werkstatt I

Thyssenstr. 175

46535 Dinslaken

Telefon: 02064 43540

Telefax: 02064 4354-10

**Duisburger Werkstatt für Menschen mit Behinderung gGmbH  
Verwaltung**

**(Reg.-Nr. 3/49)**

Kalkweg 10e  
47055 Duisburg  
Telefon: 0203 348597-0  
Telefax: 0203 348597-13  
E-Mail: [info@wfbm-duisburg.de](mailto:info@wfbm-duisburg.de)  
Homepage: <http://www.wfbm-duisburg.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL: Näherei, Stickerei  
LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN  
RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung, Fotokopieren  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Daten- und Texterfassung, Digitale Archivierung, Vervielfältigung von Datenträgern  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei, Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Fahrradwerkstatt (im Aufbau), Gastronomie, Umzugs- und Transportarbeiten, Verkauf von Artikeln aus anerkannten Werkstätten für Menschen mit Behinderung

Produkte:

TEXTIL-/LEDERWAREN: Haus- und Heimtextilien  
LEBENSMITTEL: Brot und Backwaren  
KUNSTHANDWERK: Korb- und Stuhlflechtarbeiten, Saisonartikel  
PAPIERWAREN

**Weitere Betriebsstätten:**

Hauptwerkstatt:  
Betriebsstelle Neudorf  
Kalkweg 10  
47055 Duisburg  
Telefon: 0203 664064  
Telefax: 0203 664713

Weitere Betriebsstätten:

Betriebsstelle Neumühl  
Hölscherstr. 23  
47167 Duisburg  
Telefon: 0203 99533-0  
Telefax: 0203 99533-33

Betriebsstelle Rötgersbach  
Schlachthofstr. 44  
47167 Duisburg  
Telefon: 0203 48292-0  
Telefax: 0203 48292-11

Café / Restaurant - Der Kleine Prinz  
Schwanenstr. 5  
47051 Duisburg  
Telefon: 0203 2982027  
Telefax: 0203 2982419  
E-Mail: [derkleineprinz@wfbm-duisburg.de](mailto:derkleineprinz@wfbm-duisburg.de)

Betriebsstätten für psychisch  
behinderte Menschen:

SEPOS I, III, IV (Provisorium)  
Kalkweg 10 e  
47055 Duisburg  
Telefon: 0203 298609-0  
Telefax: 0203 298609-29

SEPOS II  
Ruhrdeich 20  
47059 Duisburg

ARS VIVENDI  
Tonhallenstr. 11  
47051 Duisburg  
Telefon: 0203 2982090  
Telefax: 0203 2982191  
E-Mail: [info@arsvivendi-duisburg.de](mailto:info@arsvivendi-duisburg.de)  
Homepage: <http://www.arsvivendi-shop.de>

Café Ziegenpeter  
Liebigstraße 70  
47053 Duisburg  
Telefon: 0203 72999546  
Telefax: 0203 72999547

E-Mail: [info@ziegenpeter-  
duisburg.de](mailto:info@ziegenpeter-<br/>duisburg.de)  
Homepage: [www.ziegenpeter-  
duisburg.de](http://www.ziegenpeter-<br/>duisburg.de)

Garten- und Landschaftspflege im  
Rheinpark  
- Ga-La 01 (psychisch behinderte  
Menschen)  
- Ga-La 02 (geistig behinderte  
Menschen)

## Nordrhein-Westfalen (Bezirk der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen)

### **ThyssenKrupp Steel Europe AG Werksicherheit/Dienstleistungen Duisburg Werkstatt für behinderte Menschen**

**(Reg.-Nr. 3/58)**

Franz-Lenze-Str., Tor 3  
47166 Duisburg  
Telefon: 0203 5244114  
Telefax: 0203 5241203  
E-Mail: [uwe.damrau@thyssenkrupp.com](mailto:uwe.damrau@thyssenkrupp.com)

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, CNC-Bearbeitung, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, CNC-Bearbeitung Holzmontage, Kistenfertigung,  
Möbelfertigung  
TEXTIL/LEDER: Näherei, Lederarbeiten, Polsterei  
LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Fahrradwerkstatt, Bürostuhlreparatur,  
Gravierarbeiten, Kaufm. Serviceleistungen, Schlüsseldienst

#### **Produkte:**

TEXTIL-/LEDERWAREN: Lederwaren, Planen, Abdeckungen  
MÖBEL: Arbeits- und Büromöbel, Regale  
SONSTIGE PRODUKTE: Schilder, Beschriftungsfolien, Plakate, Aufkleber,  
Schlüssel

#### **Weitere Betriebsstätten:**

ThyssenKrupp Steel Europe AG  
Dienstleistungen  
Werkstatt für behinderte Menschen  
Eberhardtstr. 12  
44145 Dortmund  
Telefon: 0231 844-4619

**Caritas Wohn- und Werkstätten Niederrhein gGmbH  
CWWN**

**(Reg.-Nr. 3/72)**

Gutenbergstr. 36  
47443 Moers  
Telefon: 02841 989-0  
Telefax: 02841 989-149  
E-Mail: [info@cwwn.de](mailto:info@cwwn.de)  
Homepage: <http://www.cwwn.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage, CNC-Bearbeitung  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Möbelfertigung, CNC-Bearbeitung

KUNSTSTOFF: Kunststoffmontagearbeiten

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

TEXTIL/LEDER: Näherei, Stickerei

RECYCLING: Demontagearbeiten

DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung: Wire-O-Technik, Flächen- und Streifenverarbeitung, Konfektionierung von Mailings etc.

VERPACKUNGSARBEITEN: Skin- und Blisterarbeiten, Folienschrupfen, Beutel Header Verpackung, Etiketierarbeiten

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen

Produkte:

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten (Holzprodukte), Glasprodukte, Metallprodukte

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen

WERBEMITTEL

WEITERE INFORMATIONEN: [www.cwwn.de/index.php?id=8](http://www.cwwn.de/index.php?id=8)

**Weitere Betriebsstätten:**

Außengruppe Landschaftspflege  
Wittfeldstr. 50  
47441 Moers

Nordring 24  
47495 Rheinberg  
Telefon: 02843 961-0  
Telefax: 02843 961-49

Nordring 56  
47495 Rheinberg

Hochstr. 114 und 116  
47228 Duisburg (Rheinhausen)  
Telefon: 02065 99770  
Telefax: 02065 62450

Betriebsstätten für psychisch  
behinderte Menschen:

W8ZIG  
Geitlingstr. 2-6  
47228 Duisburg (Rheinhausen)  
Telefon: 02065 9977-411  
Telefax: 02065 9977-467  
Homepage: [www.w8zig.de](http://www.w8zig.de)

W8ZIG  
Rheinfeld 6  
47495 Rheinberg  
Homepage: [www.w8zig.de](http://www.w8zig.de)



## Haus Freudenberg GmbH

(Reg.-Nr. 3/40)

Am Freudenberg 40  
47533 Kleve  
Telefon: 02821 742-0  
Telefax: 02821 47858  
E-Mail: [info@haus-freudenberg.de](mailto:info@haus-freudenberg.de)  
Homepage: <http://www.haus-freudenberg.de>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

**Auftragsarbeiten:**  
METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage  
LACKIERARBEITEN/PULVERBESCHICHTUNG  
HOLZ: Kistenfertigung, Palettenherstellung,  
Möbelfertigung (Gestaltung von Arbeits- und Lebensräumen mit verschiedenen  
Möbelprogrammen: Arbeits- u. Büromöbel, Kindergarten-/Schulmöbel)  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
RECYCLING: Demontagearbeiten  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Dokumentenarchivierung  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN: Abwicklung der logistischen Aufgaben wie  
Materialdisposition, Versand, Bestands- und Qualitätsprüfungen, Lagerhaltung,  
Speditierung, Skinnen, Blistern, Folienschweißen, Tiefziehen, Schrumpfen  
(auch von Langteilen), Konfektionierung (von Displays), Massenversand,  
Sortier-, Wiege- und Zählerarbeiten, Abfüllung (Leimabfüllung)  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei und Heißmangel  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und  
Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Logistische Leistungen

**Produkte:**  
KUNSTHANDWERK: Krippenbau  
MÖBEL: Arbeits- und Büromöbel, Kindergarten-/Schulmöbel, Wohnheimmöbel  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen, Garten- und  
Landschaftsmöbel  
SONSTIGE PRODUKTE: Dekorationsartikel

### Weitere Betriebsstätten:

Kiosk und Mensabetrieb  
(im Berufskolleg Kleve)  
Nassauer Allee 23-25  
47533 Kleve

Verteilerküche und Cafeteria  
(im Landwirtschaftszentrum Haus  
Riswick)  
Elsenpass 5  
47533 Kleve

Betriebsrestaurant, Cafeteria und  
Kiosk  
Boschstr. 10  
47533 Kleve

Weitere Betriebsstätten

Zweigniederlassung Geldern  
Stauffenbergstr. 26  
47608 Geldern  
Telefon: 02831 9232-0  
Telefax: 02831 89049

Zweigniederlassung Kranenburg  
Grabenstr. 2  
47559 Kranenburg  
Telefon: 02826 9928-0  
Telefax: 02826 496

Zweigniederlassung Geldern-  
Baersdonk  
Baersdonk 11  
47608 Geldern  
Telefon: 02831 80956  
Telefax: 02831 89940

Pflanzenmarkt FLORANTA´S  
Baersdonk 11  
47608 Geldern  
Telefon: 02831 9777860  
Telefax: 02831 9777866  
Homepage: [www.florantas.de](http://www.florantas.de)

Zweigniederlassung Issum-Oernten  
Rheurdter Str. 214  
47661 Issum  
Telefon: 02845 9497-0  
Telefax: 02845 9497-20

Zweigniederlassung Goch  
Höster Weg 26  
47574 Goch  
Telefon: 02823 929-0  
Telefax: 02823 975301

Betriebsstätten für psychisch  
behinderte Menschen:

FREDA  
Delbrückstr. 18  
47623 Kevelaer  
Telefon: 02832 9780-0  
Telefax: 02832 976630

FREDA  
Zweigniederlassung Bedburg-Hau  
Johann-van-Aken-Ring 12  
47551 Bedburg-Hau  
Telefon: 02821 7620-0  
Telefax: 02821 7620-90

Spezialitätencafé SAMOCCA  
Hagsche Str. 71  
47533 Kleve  
Telefon: 02821 7113931  
Telefax: 02821 7113932

## Heilpädagogisches Zentrum Krefeld - Kreis Viersen gGmbH

(Reg.-Nr. 3/2)

Hochbend 21  
47918 Tönisvorst  
Telefon: 02156 4801-0  
Telefax: 02156 4801-22  
E-Mail: [F.Hermes@hpzkrefeld.de](mailto:F.Hermes@hpzkrefeld.de)  
Homepage: <http://www.hpz-krefeld-viersen.de>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

#### Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, Fügen, CNC-Bearbeitung (Drehen, Fräsen), Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage, Acrylbearbeitung  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
BAU-/RENOVIERUNGSARBEITEN: Malerarbeiten, Renovierung  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung, Fotokopieren, Bedrucken von Gegenständen  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN aller Art (maschinell und manuell)  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei, Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Fahrradwerkstatt, Logistische Leistungen, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen), Schilderherstellung

#### Produkte:

SONSTIGE PRODUKTE: Therapie-Wassersprudelsäulen, Schilder (Firmen- u. Türschilder)

### Weitere Betriebsstätten:

Siemensstr. 75-83  
47805 Krefeld  
Telefon: 02151 37210  
Telefax: 02151 372166

An der Schanz 1  
47929 Grefrath-Vinkrath  
Telefon: 02158 9162-0  
Telefax: 02158 9162-20

Am Bahndamm 17  
41334 Nettetal  
Telefon: 02153 73790  
Telefax: 02153 737920

Werkstatt Krefeld-Uerdingen  
Adolf-Dembach-Straße 15  
47829 Krefeld-Uerdingen  
Telefon: 02151 65038950  
Telefax: 02151 65038940

Betriebsstätten für psychisch behinderte Menschen:

Werkstatt Impuls Kempen  
Heinrich Horten Str. 6 b  
47906 Kempen  
Telefon: 02152 9577-0  
Telefax: 02152 9577-20

Werkstatt Impuls - Zweigstelle  
Tempelsweg 24  
47918 Tönisvorst  
Telefon: 02151 9934-30  
Telefax: 02151 9934-31

Werkstatt Impuls - Zweigstelle  
Schiefbahner Straße 11  
41748 Viersen  
Telefon: 02162 359027  
Telefax: 02162 359060

Werkstatt Impuls - Zweigstelle  
Emil-Schäfer-Str. 24  
47800 Krefeld  
Telefon: 02151 52418-90  
Telefax: 02151 52418-99

## Westfalenfleiß GmbH - Arbeiten und Wohnen

(Reg.-Nr. 3/68)

Kesslerweg 38-42  
48155 Münster  
Telefon: 0251 61800-0  
Telefax: 0251 61800-55  
E-Mail: [info@westfalenfleiss.de](mailto:info@westfalenfleiss.de)  
Homepage: <http://www.westfalenfleiss.de>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

#### Auftragsarbeiten:

**METALL:** Trennen (z.B. Bohren), Fügen, Metallmontage  
**HOLZ:** Holzbearbeitung, Holzmontage, Palettenherstellung, Kistenfertigung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung  
**KUNSTSTOFF:** Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
**ELEKTRO:** Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
**TEXTIL:** Industriehäherei  
**LACKIERARBEITEN**  
**DRUCK/GRAFIK:** Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren, Bedrucken von Gegenständen (Tampondruck)  
**MAILING UND VERSANDARBEITEN**  
**VERPACKUNGSARBEITEN:** z.B. Blister- und Skinverpackungen  
**HAUSWIRTSCHAFT:** Catering/Partyservice, Wäscherei, Reinigungsarbeiten  
**GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE:** Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
**SONSTIGE LEISTUNGEN:** Logistische Leistungen, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen), Abfüll- und Etikettierarbeiten (Abfüllen ab 8 ml), Fahrrad-Verleih

#### Produkte:

**LEBENSMITTEL:** Landwirtschaftliche Erzeugnisse  
**KUNSTHANDWERK:** Floristische Artikel  
**HAUSHALTSWAREN:** Bürsten und Besen (eigene Herstellung - auch Sonderanfertigungen und Reparaturen), Reinigungsartikel aller Art  
**GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE:** Garten- und Landschaftsmöbel (Gartenbänke), Pflanzen/Baumschulprodukte, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen  
**SPIELWAREN:** Holzspielwaren, Puppenmöbel, Therapeutisches Spielzeug  
**WERBEMITTEL**

### Weitere Betriebsstätten:

#### Außenstellen:

Schreinerei  
Kesslerweg 21  
48155 Münster  
und  
Höltenweg 118  
48155 Münster  
Telefon: 0251 61800-51

Zweigwerkstatt Telgte  
Im Orkotten 25-27  
48291 Telgte  
Telefon: 02504 690211  
Telefax: 02504 690222

Zweigwerkstatt Gut Kinderhaus  
Am Max-Klemens-Kanal 19  
48159 Münster  
Telefon: 0251 92103-56  
Telefax: 0251 92103-59

Zweigwerkstatt Nord  
Rudolf-Diesel-Str. 43  
48157 Münster  
Telefon: 0251 89971-15 (-40)  
Telefax: 0251 89971-14

#### Betriebsstätten für psychische behinderte Menschen:

Industrieservice Münster (ISM)  
Höltenweg 105  
48155 Münster  
Telefon: 0251 62737-0  
Telefax: 0251 62737-22  
Homepage: [www.industrieservice.muenster.de](http://www.industrieservice.muenster.de)

Industrieservice Münster (ISM)  
Zum Kaiserbusch 14  
48165 Münster  
Telefon: 0251 39903-0  
Telefax: 0251 39903-22

Industrieservice Münster (ISM)  
Rudolf-Diesel-Str. 4  
48157 Münster  
Telefon: 0251 68619-0  
Telefax: 0251 68619-22

## Alexianer Werkstätten GmbH

(Reg.-Nr. 3/113)

Alexianerweg 49  
48163 Münster  
Telefon: 02501 96625222  
Telefax: 02501 96625229  
E-Mail: [wfb@alexianer.de](mailto:wfb@alexianer.de)  
Homepage: <http://www.alexianer-werkstaetten.de>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung, Lötarbeiten, Herstellung von LED-Ketten, Verkabelung von Schaltkästen und Gongmontage

TEXTIL/LEDER: Näherei (Tischwäscheherstellung, Kissenproduktion, Fertigstellen von Bekleidungsstücken, Änderungsarbeiten)

RECYCLING: Kerzenrecycling (Produktion von Opferkerzen)

EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Digitale Archivierung, EDV-Service, Web-Design, Gestaltung von Flyern und Broschüren

MAILING UND VERSANDARBEITEN: Lettershop

VERPACKUNGSARBEITEN: Abfüllung und Verpackung von chemischen und technischen Produkten in die verschiedensten Gebinde, Etikettieren von Rundgebinden in verschiedenen Größen und Materialien, Displaybau, Einschweißen und Schrumpffolienverpackung

HAUSWIRTSCHAFT: Catering

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

HAUSMEISTERSERVICE: Tapezieren, Mal- und Lackierarbeiten, Verputzarbeiten, Trockenbau, Möbelreparatur, Wartung Heizung und Sanitär, Wartung von Filteranlagen, Prüfung elektrischer ortsveränderlicher Betriebsmittel, Umgebungs- und Gartenarbeiten

SONSTIGE LEISTUNGEN: Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

Produkte:

LEBENSMITTEL: Brot und Backwaren

KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Holzarbeiten, Saisonartikel

MÖBEL: Arbeits- und Büromöbel, Kindergarten-/Schulmöbel, Kleinmöbel, Regale, Wohnmöbel

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte, Pflanzenkübel

### Weitere Betriebsstätten:

AlexOffice

Servatiiplatz 3

48143 Münster

Telefon: 02501 96627940

AlexTagWerk

Kapellenweg 75

48249 Dülmen

AlexProWerk

Anton-Bruchhausen-Str. 1

48147 Münster

Telefon: 02501 96625601

AlexTischWerk

Am Kaiserbusch 1

48165 Münster

AlexFörderWerk

Alexianerweg 49

48147 Münster

Klostergärtnerei

Alexianerweg 49

48163 Münster

Betriebsstätten für psychisch behinderte Menschen:

Alexianer Werkstätten GmbH

Gremberghovener Str. 32

51149 Köln

Telefon: 02203 3691-12600

Telefax: 02203 3691-12619

Alexianer Werkstätten GmbH

Mathias-Brüggen-Str. 16

50827 Köln

Telefon: 0221 709003-0

Telefax: 0221 709003-99

Alexianer Klostergärtnerei

Gremberghovener Str. 32 / Kölner Str. 64

51149 Köln

Telefon: 02203 3691-12700

Telefax: 02203 3691-12709

Alexianer Werkstätten für Menschen mit erworbenen Hirnschädigungen

Emil-Hoffmann-Str. 55-57

50996 Köln

Telefon: 02236 929160

Telefax: 02236 9291619

Alexianer Werkstätten GmbH

Toyotaallee 40-42

50858 Köln-Marsdorf

Alexianer Werkstätten GmbH

Romaneustr. 7

51063 Köln

## Freckenhorster Werkstätten

(Reg.-Nr. 3/17)

Bussmannsweg 14  
48231 Warendorf  
Telefon: 02581 944-0  
Telefax: 02581 944-299  
E-Mail: [werkstatt@kcv-waf.de](mailto:werkstatt@kcv-waf.de)  
Homepage: <http://www.freckenhorster-werkstaetten.de>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage, Herstellung von Bilderrahmen, CNC-Bearbeitung  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung, CNC-Bearbeitung, Herstellung von Bilderrahmen  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN  
RECYCLING: Demontagearbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung, Fotokopieren, Bedrucken von Gegenständen, Glasstrahlen, Beschriftungen, Serviettendruck, Stanzen  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Digitale Archivierung  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Gastronomie, Qualitätssicherung

### Produkte:

TEXTIL-/LEDERWAREN: Haus- und Heimtextilien  
LEBENSMITTEL: Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Bioprodukte  
KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Holzarbeiten, Keramik, Kerzen, Saisonartikel, Sandsteinartikel, Servietten, Bilderrahmen, Glasstrahlen  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel, Gartenaccessoires aus Metall, Holz und Stein  
SPIELWAREN: Holzspielwaren, Puppen und Puppenmöbel, Stofftiere  
PAPIERWAREN: Archivmappen, Archivkartonagen, Grußkarten  
SONSTIGE PRODUKTE: Schilder, Bilderrahmen

### Weitere Betriebsstätten:

Außenstelle:  
Kerzenmanufaktur der  
Freckenhorster Werkstätten  
Am Steintor 56 A  
48167 Münster  
Telefon: 02506 2973  
Telefax: 02506 6315

Werse-Technik  
Grüner Weg 95  
59269 Beckum  
Telefon: 02521 8291-50  
Telefax: 02521 8291-40

Vattheuershof  
Am Neuen Baum 6  
59229 Ahlen  
Telefon: 02382 762-0  
Telefax: 02382 762-180

Werk Ost / Der Laden  
Industriestr. 7  
48231 Warendorf  
Telefon: 02581 9457-0  
Telefax: 02581 9457-99

Hof Lohmann  
Gronhorst 10  
48231 Warendorf  
Telefon: 02581 9419920  
Telefax: 02581 9419919

Zweigstelle Oelde  
Am Landhagen 14  
59302 Oelde  
Telefon: 02522 83425-0  
Telefax: 02522 83425-199

Betriebsstätten für psychisch  
behinderte Menschen:

Olfe-Service  
Kruppstr. 22  
59227 Ahlen  
Telefon: 02382 9811-0  
Telefax: 02382 9811-19

Print-Tec  
Bussmannsweg 11  
und  
Everswinkeler Straße 66  
48231 Warendorf  
Telefon: 02581 944-0  
Telefax: 02581 944-295

Werse-Technik  
Neubeckumer Str. 7c



59269 Beckum  
Telefon: 02521 9355-0  
Telefax: 02521 9355-40

Rad-Station  
Bahnhofstraße 11  
48231 Warendorf  
Telefon: 02581 7899770  
Telefax: 02581 7899799

## Nordrhein-Westfalen (Bezirk der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen)

### **Werkstätten Karthaus im Anna-Katharinen-Stift-Krankenhaus**

**(Reg.-Nr. 3/69)**

Weddern 14a  
48249 Dülmen  
Telefon: 02594 8932-0  
Telefax: 02594 8932-206  
E-Mail: [info@werkstaetten-karthaus.de](mailto:info@werkstaetten-karthaus.de)  
Homepage: <http://www.werkstaetten-karthaus.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen (z.B. Drahtbiegearbeiten), Trennen, Fügen,  
Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Spielzeugherstellung  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL: Näherei, Stickerei  
RECYCLING: Kunststoff-Recycling  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung,  
Fotokopieren, Bedrucken von Gegenständen, Siebdruck  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung  
Produkte:  
TEXTILWAREN: Krabbeldecken, Kissen, Kindertaschen und -Rucksäcke  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte  
SPIELWAREN: Brett- und Gesellschaftsspiele, textile Spielwaren

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Betriebsstätten für psychisch  
behinderte Menschen:

Handwerk-, Industrie- und  
Dienstleistungsservice (HID) I  
Industriestraße 7  
48249 Dülmen-Dernekamp  
Telefon: 02594 9451-0  
Telefax: 02594 9451-33

Handwerk-, Industrie- und  
Dienstleistungsservice (HID) II  
Wierlings-Busch 7  
48249 Dülmen-Dernekamp  
Telefon: 02594 78922-0  
Telefax: 02594 7892-13

## Nordrhein-Westfalen (Bezirk der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen)

### Stift Tilbeck GmbH Tilbecker Werkstätten

(Reg.-Nr. 3/1)

Tilbeck 2  
48329 Havixbeck  
Telefon: 02507 981-0  
Telefax: 02507 981-370  
E-Mail: [mail@stift-tilbeck.de](mailto:mail@stift-tilbeck.de)  
Homepage: [http://www.tilbecker-werkstaetten.de/\\_rubric/index.php?rubric=Tilbecker-Werkstaetten](http://www.tilbecker-werkstaetten.de/_rubric/index.php?rubric=Tilbecker-Werkstaetten)

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage, CNC-Bearbeitung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Digitale Archivierung  
MAILING UND VERSANDARBEITEN: Lettershop, Mailing  
VERPACKUNGSARBEITEN: Konfektionierung  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)  
Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Kerzen, Saisonartikel, Textilien  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen  
SPIELWAREN: Stofftiere  
PAPIERWAREN

#### Weitere Betriebsstätten:

ZBQ - Zentrum für berufliche Bildung und Qualifizierung  
Otto-Hahn-Straße 10  
48301 Nottuln  
Telefon: 02502 2219111

Betriebsstätte für psychisch behinderte Menschen:

WENO  
Liebigstr. 8  
48301 Nottuln  
Telefon: 02502 9407-0  
Telefax: 02502 9407-50  
E-mail: [mail@weno-nottuln.de](mailto:mail@weno-nottuln.de)

## Nordrhein-Westfalen (Bezirk der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen)

### Caritas-Emstor-Werkstätten Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM)

(Reg.-Nr. 3/104)

Edisonstr. 10  
48432 Rheine  
Telefon: 05971 79112-0  
Telefax: 05971 79112-79  
E-Mail: [wfbm@caritas-rheine.de](mailto:wfbm@caritas-rheine.de)  
Homepage: <http://www.caritas-rheine.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Fahrradwerkstatt

#### Weitere Betriebsstätten:

Radstation Rheine  
Am Hauptbahnhofe 6  
48431 Rheine  
Telefon: 05971 162903  
Telefax: 05971 162905

Betriebsstätten für psychisch behinderte Menschen:

Stolbergstr. 9-11  
48429 Rheine  
Telefon: 05971 991279

Birkenallee 151  
48432 Rheine

## Nordrhein-Westfalen (Bezirk der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen)

### Camphill Werkstätten Steinfurt Verwaltung

(Reg.-Nr. 3/117)

Sellen 101  
48565 Steinfurt-Burgsteinfurt  
Telefon: 02551 8336010  
Telefax: 02551 8336011  
E-Mail: [werkstaetten@camphill-steinfurt.de](mailto:werkstaetten@camphill-steinfurt.de)  
Homepage: <http://www.camphill-steinfurt.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

Produkte:

LEBENSMITTEL: Brot und Backwaren, Bioprodukte (DEMETER)

KUNSTHANDWERK: Kerzen (handgezogen)

## Nordrhein-Westfalen (Bezirk der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen)

### Wittekindshofer Werkstätten Gronau

(Reg.-Nr. 3/65)

Schürblick 4  
48599 Gronau  
Telefon: 02562 916-300  
Telefax: 02562 916-331  
E-Mail: [wfbm-gronau@wittekindshof.de](mailto:wfbm-gronau@wittekindshof.de)  
Homepage: <http://www.wittekindshof.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Möbelfertigung

ELEKTRO: Elektromontage

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Reinigungsarbeiten

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege

Produkte:

MÖBEL: Arbeits- und Büromöbel, Kindergarten-/Schulmöbel, Regale,  
Wohnmöbel

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Lossenstr. 21  
48599 Gronau

Schürblick 2  
48599 Gronau

**Caritaswerkstätten Langenhorst  
Werk Ochtrup**

**(Reg.-Nr. 3/14)**

Waldstr. 15  
48607 Ochtrup  
Telefon: 02553 925-0  
Telefax: 02553 925-222  
E-Mail: [info@cw-l.de](mailto:info@cw-l.de)  
Homepage: <http://www.cw-l.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, CNC-Bearbeitung, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, CNC-Bearbeitung, Holzmontage, Möbelfertigung,  
Spielzeugherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
RECYCLING: Demontagearbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung,  
Fotokopieren, Bedrucken von Gegenständen  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei, Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und  
Pflanzenpflege, Landschaftspflege

Produkte:

TEXTIL-/LEDERWAREN: Haus- und Heimtextilien  
KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Saisonartikel, Textilien  
HAUSHALTSWAREN  
MÖBEL: Kindergarten-/Schulmöbel, Kleinmöbel, Regale, Holzmöbel  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel,  
Vogelfutterhäuschen/Nistkästen  
SPIELWAREN: Brett- und Gesellschaftsspiele, Holzspielwaren, Puppen und  
Puppenmöbel, Stofftiere  
ELEKTROARTIKEL: LED-Produkte  
WERBEMITTEL  
SONSTIGE PRODUKTE: Bilderrahmen, Strandkörbe, Dekoartikel

**Weitere Betriebsstätten:**

Werk Steinfurt  
Liedekerker Str. 34  
48565 Steinfurt-Burgsteinfurt  
Telefon: 02551 8356-0  
Telefax: 02551 8356-40

Werk PROTEC I  
für psychisch behinderte Menschen  
Hauptstr. 29-31  
48607 Ochtrup  
Telefon: 02553 7226-0  
Telefax: 02553 7226-17

Werk PROTEC II  
für psychisch behinderte Menschen  
Am Langenhorster Bahnhof 6-8  
48607 Ochtrup  
Telefon: 02553 72278-0  
Telefax: 02553 72278-20

Zweigstelle Emsdetten  
Rheiner Str. 151  
48282 Emsdetten  
Telefon: 02572 958875-0  
Telefax: 02572 958875-20

**Stiftung Petrus Canisius  
Haus Früchting  
Werkstatt für behinderte Menschen**

**(Reg.-Nr. 3/109)**

Ellewick 14

48691 Vreden

Telefon: 02564 914-0

Telefax: 02564 914-309

E-Mail: [wfbm@hausfruechting.de](mailto:wfbm@hausfruechting.de)

Homepage: [http://www.hausfruechting.de/\\_rubric/index.php?rubric=Home](http://www.hausfruechting.de/_rubric/index.php?rubric=Home)

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung

KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

VERPACKUNGSARBEITEN

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege (z.B. Grab- und Friedhofspflege),  
Landschaftspflege

Produkte:

KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel (Hochzeits- und Trauerfloristik, Gestecke, Kerzenkonfektionierung,  
floristische Accessoires), Dekorationsartikel

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte

PAPIERWAREN: Gruß- und Glückwunschkarten, Einladungskarten

**Werkstätten Haus Hall GmbH  
Hauptwerkstatt**

**(Reg.-Nr. 3/35)**

Tungerloh-Capellen 4  
48712 Gescher  
Telefon: 02542 703-7101  
Telefax: 02542 703-7909  
E-Mail: [wfb@haushall.de](mailto:wfb@haushall.de)  
Homepage: <http://www.werkstaetten-haushall.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, CNC-Bearbeitung (CNC-Zerspanung), Fügen, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Möbelfertigung, Kaminholzherstellung

KUNSTSTOFF: Kunststoffverarbeitung, Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung, Elektrokonfektion von medizinischen Geräten

TEXTIL/LEDER: Näherei

RECYCLING: Metall-Recycling, Demontgearbeiten

VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Großküche, Wäscherei

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege, Garten- und Landschaftsbau (Bio-Obstplantage)

SONSTIGE LEISTUNGEN: Montage, Qualitätssicherung (Produktkontrolle im Auftrag), Entsorgungsfachbetrieb

Produkte:

LEBENSMITTEL: Bioprodukte (Bio-Säfte, Bio-Liköre, Bio-Fruchtaufstriche)

KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Kerzen, Saisonartikel

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Sonstiger Gartenbedarf (Kaminholz)

**Weitere Betriebsstätten:**

Zweigwerkstatt Coesfeld  
Borkener Straße 74  
48653 Coesfeld  
Telefon: 02541 806-7461  
Telefax: 02541 806-7469

Zweigwerkstatt Ahaus  
Industriestraße 5-7  
48683 Ahaus  
Telefon: 02561 429197-0  
Telefax: 02561 429197-19

Zweigwerkstatt Stadtlöhn  
Burgstraße 44  
48703 Stadtlöhn  
Telefon: 02563 905018-10  
Telefax: 02563 905018-30

Betriebsstätten für psychisch behinderte Menschen:

Zweigwerkstatt InHand Ahaus  
Industriestraße 17  
48683 Ahaus  
Telefon: 02561 429197-20  
Telefax: 02561 429197-69

Zweigwerkstatt InHand Velen  
Industriestraße 4  
46342 Velen  
Telefon: 02863 382919-0  
Telefax: 02863 382919-20

Zweigwerkstatt InHand Coesfeld  
Borkener Str. 83  
48653 Coesfeld  
Telefon: 02863 382919-0  
Telefax: 02863 382919-20

**Benediktushof gGmbH  
Werkstatt für behinderte Menschen**

**(Reg.-Nr. 3/115)**

Meisenweg 15  
48734 Reken  
Telefon: 02864 889-0  
Telefax: 02864 889-111  
E-Mail: [info@benediktushof.de](mailto:info@benediktushof.de)  
Homepage: <http://www.benediktushof.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung

KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

VERPACKUNGSARBEITEN

SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Verleihstation für Rollfietsen

Produkte:

KUNSTHANDWERK: Kerzen

MÖBEL: Kleinmöbel, Regale



**Ledder Werkstätten des Diakonischen Werkes im Kirchenkreis  
Tecklenburg gGmbH**

**(Reg.-Nr. 3/3)**

Ledder Dorfstr. 65  
49545 Tecklenburg-Ledde  
Telefon: 05482 72-0  
Telefax: 05482 72-137  
E-Mail: [info@ledgerwerkstaetten.de](mailto:info@ledgerwerkstaetten.de)  
Homepage: <http://www.ledgerwerkstaetten.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Gartenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen), Gastronomie (Café Samocca), Kaffeerösterei

Produkte:

LEBENSMITTEL: Bioprodukte  
KUNSTHANDWERK: Kerzen  
HAUSHALTSWAREN: Bilder- und Sitztablets, Windlichter  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Nistkästen, Hordengatter  
SONSTIGE PRODUKTE: Buchenholzkeile, K-LUMET Kaminholanzünder

**Weitere Betriebsstätten:**

Betriebstätte Settel  
Ladberger Str. 108  
49525 Lengerich

Gut Stapenhorst  
Stapenhorster Str. 38  
49525 Lengerich  
Telefon: 05481 37100  
Telefax: 05482 72-37

Hof Feldmann  
Am Proll 12  
49545 Tecklenburg-Ledde  
Telefon: 05482 93920  
Telefax: 05482 9392-93

Betriebstätte Maybachstr.  
Maybachstr. 1  
49479 Ibbenbüren  
Telefon: 05451 94480  
Telefax: 05451 944850

Hof Schulte-Herkendorf  
Herkenstr. 16  
49545 Tecklenburg-Ledde  
Telefon: 05481 9347-10  
Telefax: 05481 9347-20

Betriebstätte Hegemann  
Industriestr. 13  
48369 Saerbeck  
Telefon: 02574 8889430  
Telefax: 05482 88894312

Betriebstätte Ladbergen  
Ruthmeiers Esch 2  
49549 Ladbergen

Betriebstätten für psychisch  
behinderte Menschen:

Betriebstätte Kipp  
Jahnstr. 3  
49525 Lengerich  
Telefon: 05481 84750  
Telefax: 05481 847520

Betriebstätte Gausepohl  
Große Straße 94  
49477 Ibbenbüren  
Telefon: 05451 96310  
Telefax: 05451 18085

Betriebstätte Zwenger  
Glücksburger Str. 33  
49477 Ibbenbüren

Telefon: 05451 93888-0  
Telefax: 05451 93888-50

Betriebstätte Schnieders  
Glücksburger Str. 23  
49477 Ibbenbüren  
Telefon: 05451 547321  
Telefax: 05451 547329

Betriebsstätte Dierkes  
Glücksburger Str. 21  
49477 Ibbenbüren  
Telefon: 05451 547314  
Telefax: 05451 547320

Café Samocca  
Münsterstr. 14  
49525 Lengerich  
Telefon: 05481 305631  
Telefax: 05481 305634

Ladenlokal "Visavis Samocca"  
Wielandstr. 24  
49525 Lengerich  
Telefon: 05481 3049895

## Nordrhein-Westfalen (Bezirk der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen)

### Reha-Betriebe Erftland gGmbH für Rehabilitation

(Reg.-Nr. 3/31)

Heisenbergstr. 9-11  
50126 Bergheim  
Telefon: 02271 765-0  
Telefax: 02271 765-100  
E-Mail: [info@reha-betriebe.de](mailto:info@reha-betriebe.de)  
Homepage: <http://www.reha-betriebe.de>

#### Weitere Betriebsstätten:

Werkstatt Brühl  
Stotzheimer Weg 1  
50321 Brühl-Vochem  
Telefon: 02232 7638-3  
Telefax: 02232 7638-400

Außenstelle  
Heisenbergstr. 7  
50126 Bergheim-Zieverich

**WIR GmbH  
Werkstatt für Integration und Rehabilitation  
Hauptwerkstatt und Verwaltung**

**(Reg.-Nr. 3/47)**

Neumannstr. 2  
50354 Hürth  
Telefon: 02233 8076-0  
Telefax: 02233 8076-79  
E-Mail: [info@wir-ggmbh.de](mailto:info@wir-ggmbh.de)  
Homepage: <http://www.wir-ggmbh.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

**Auftragsarbeiten:**

HOLZ: Holzmontage, Kistenfertigung, Möbelfertigung, Messebau,  
Holzelemente, Weihnachtsstände, Produktverkaufsstände

MONTAGE: diverse Montagen aller Art

ELEKTRO: Elektromontage

TEXTIL: Näherei (Taschen, Schürzen, Körnerkissen, Auftragsarbeiten)

DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung,  
Fotokopieren, Bedrucken von Gegenständen

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege, Baumfällung, Pflanzungen

SONSTIGE LEISTUNGEN:

PAPIERWERKSTATT: Schachteln, Kladden, Notizbücher, Klemmbretter,  
Fotoalben, Auftragsarbeiten

KUNSTHANDWERK: Gemälde aufspannen auf Keilrahmen

**Produkte:**

TEXTIL-/LEDERWAREN: Taschen, Schürzen, Körnerkissen, Auftragsarbeiten

MÖBEL/SCHREINEREI: Kleinmöbel, Regale, Wohnmöbel, Holzelemente,  
Holztransportkisten, Weihnachtsmarktstände

PAPIERWAREN: Schachteln, Kladden, Notizbücher, Klemmbretter, Fotoalben,  
Auftragsarbeiten

**Weitere Betriebsstätten:**

Zum Frenser Feld 1

50127 Bergheim

Telefon: 02271 83995-53

Telefax: 02271 83995-44

**GWK  
Gemeinnützige Werkstätten Köln GmbH**

**(Reg.-Nr. 3/43)**

Im Gewerbegebiet Pesch 12  
50767 Köln  
Telefon: 0221 5982-0  
Telefax: 0221 5982-124  
E-Mail: [info@gwk-koeln.de](mailto:info@gwk-koeln.de)  
Homepage: <http://www.gwk-koeln.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
MONTAGEARBEITEN: z. B. Baugruppenfertigung  
BAU-/RENOVIERUNGSARBEITEN: Malerarbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung, Fotokopieren  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Digitale Archivierung  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Reinigungsarbeiten (Fenster- und Gebäudereinigung)  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung  
Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Keramik (z. B. Keramikfries fürs Bad in Handarbeit)  
HAUSHALTSWAREN aus Keramik: z. B. kunstvolle Teller, Tassen, Schüsseln, Schalen u.m. in Handarbeit  
Siehe: <http://www.kunsthaukat18.de>

**Weitere Betriebsstätten:**

Werkstatt Bergisch Gladbach  
Schlodderdicher Weg 59  
51469 Bergisch Gladbach  
Telefon: 0221 5982-500  
Telefax: 0221 5982-517

Werkstatt Kalk  
Heinrich-Bützler-Str. 3  
51103 Köln  
Telefon: 0221 5982-400  
Telefax: 0221 5982-425

Werkstatt Rodenkirchen  
Sürther Straße 310  
50999 Köln  
Telefon: 0221 5982-600  
Telefax: 0221 5982-626

Kunsthau Kat18 - Ateliers, Galerie  
und Kaffeebar  
Kartäuserwall 18  
50678 Köln  
Telefon: 0221 5982-627  
Telefax: 0221 5982-626  
E-Mail: [poestges@gwk-koeln.de](mailto:poestges@gwk-koeln.de)  
Homepage: <http://www.kunsthaukat18.de>

Betriebsstätte für psychisch  
behinderte Menschen:

Werkstatt Palette  
Lüderichstr. 8  
51105 Köln  
Telefon: 0221 5982-300  
Telefax: 0221 5982-342

## Caritas Wertarbeit

(Reg.-Nr. 3/54)

Frohnhofstr. 41  
50827 Köln  
Telefon: 0221 59701-0  
Telefax: 0221 5970175  
E-Mail: [info@caritas-werkstaetten-koeln.de](mailto:info@caritas-werkstaetten-koeln.de)  
Homepage: <http://www.caritas-wertarbeit.de>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

#### Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage

KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

TEXTIL/LEDER: Näherei

DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung, Fotokopieren

EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Daten- und Texterfassung (auch Datenpflege), Digitale Archivierung, Abo-Verwaltung

MAILING UND VERSANDARBEITEN: Lettershop, Serienbriefe, Porto-Optimierung

VERPACKUNGSARBEITEN

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege

#### Produkte:

TEXTIL: Näherei: Kostüme, Home-Accessoires, Kappen

KUNSTHANDWERK: Schmuck (Halsketten)

### Weitere Betriebsstätten:

Caritas Wertarbeit  
Clara-Fey-Haus  
Manteuffelstr. 3  
51103 Köln  
Telefon: 0221 9857701  
Telefax: 0221 9857739  
Homepage: [www.caritas-wertarbeit.de](http://www.caritas-wertarbeit.de)

Caritas Wertarbeit  
Richard-Byrd-Straße 27  
50829 Köln  
Telefon: 0221 59701-22  
Telefax: 0221 59701-10

Caritas Wertarbeit  
CariPrint  
Heinrich-Rohlmann-Str. 13  
50829 Köln  
Telefon: 0221 379549-02  
Telefax: 0221 379549-04  
Homepage: [www.cariprint.de](http://www.cariprint.de)

Betriebsstätte für Menschen mit  
psychischer Behinderung:

Caritas Wertarbeit  
CariGreen  
Broichstr. 40  
51109 Köln  
Telefon: 0221 27649-03

Caritas Wertarbeit  
CariTec  
Heinrich-Rohlmann-Str. 13  
50829 Köln  
Telefon: 0221 379549-01  
Telefax: 0221 379549-05  
Homepage: [www.caritec.de](http://www.caritec.de)  
(mit Gartenaußengruppe)

mit Außenstelle  
Von-Hüenefeld-Str. 1-1A  
50829 Köln

**Sozial-Betriebe-Köln gGmbH  
SBK-Werkstätten  
Werkstatt Poll**

**(Reg.-Nr. 3/52)**

Poller Kirchweg 60-68  
51105 Köln  
Telefon: 0221 98388-0  
Telefax: 0221 98388-24  
E-Mail: [sbk.werkstatt@sbk-koeln.de](mailto:sbk.werkstatt@sbk-koeln.de)  
Homepage: <http://www.sbk-koeln.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Herstellung komplexer Rotationsdrehteile (z.B. Ventile für die Druckbehältertechnik)  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Möbelfertigung, Großspielgeräte für den Außenbereich, Sonderanfertigungen  
ELEKTRO: Kabelkonfektionierung, BGV A2, Sicherheitstechnische Kontrolle (STK), Bettenwartung und Instandsetzung  
ELEKTROMECHANIK: Montage: Wartung und Instandsetzung von elektromechanischen Geräten (z.B. Klammer- und Umreifungsmaschinen)  
BAUGRUPPENMONTAGE: Montage kleiner bis komplexer (System-) Baugruppen mit mehrfacher 100% Kontrolle; Zusammenstellung von Ersatzteilpacks und Durchführung von Umpack- und Umetikettierungsarbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN  
DIGITALE ARCHIVIERUNG: Digitalisierung aller Formate bis A 0 (inklusive Bücher, Baupläne...); Massendigitalisierung von Standortformularen bis hin zu Einzelordnern, strukturierte Datenablage inkl. Schlagwortsuche  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
KONFEKTIONIERUNG: Verpackungsarbeiten vom Umpacken über die Vereinzelung/ Zusammenfassung bis zur Zusammenstellung von Produktmischen inkl. Vereinnahmung, Erfassung, Etikettierung, Versand, Lieferung, 100% Kontrolle nach jeder Stufe  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege (auch Baumpflege), Landschaftspflege  
Produkte:  
MÖBEL: Kindergarten-/Schulmöbel, Regale  
SPIELWAREN: Holzspielwaren, Großspielgeräte  
PAPIERWAREN

**Weitere Betriebsstätten:**

Werkstatt Bickendorf  
Wilhelm-Mauser-Str. 10-12  
50827 Köln  
Telefon: 0221 958442-0  
Telefax: 0221 958442-25  
mit  
Venloer Straße 713  
50827 Köln

**Lebenshilfe - Werkstätten Leverkusen/Rhein-Berg gGmbH  
Zentrale Verwaltung**

**(Reg.-Nr. 3/36)**

von-Ketteler-Str. 124  
51371 Leverkusen  
Telefon: 0214 86811-100  
Telefax: 0214 86811-382  
E-Mail: [info@wfbm-lev.de](mailto:info@wfbm-lev.de)  
Homepage: <http://www.wfbm-lev.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, CNC-Bearbeitung, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung (z.B. Hochfrequenzschweißen, Ultraschallschweißen), Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling  
DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)  
Produkte:  
MÖBEL: Kindergarten-/Schulmöbel, Kleinmöbel, Regale  
PAPIERWAREN

**Weitere Betriebsstätten:**

Hauptwerkstatt:  
Werkstatt Bürrig  
Von-Ketteler-Str. 124  
51371 Leverkusen  
Telefon: 0214 8669-0  
Telefax: 0214 8669-111  
  
Werkstatt Refrath  
Flehbachmühlenweg 8  
51427 Bergisch Gladbach  
Telefon: 02204 9218-0  
Telefax: 02204 9218-60  
  
Werkstatt Wipperfürth  
Alte Bahnhofstr. 28  
51688 Wipperfürth  
Telefon: 02267 8864-0  
Telefax: 02267 8864-20  
  
Werkstatt Quettingen  
Maybachstraße 19  
51381 Leverkusen  
Telefon: 02171 7069-0  
Telefax: 02171 7069-20

**PBH Papierservice 'Britanniahütte' gGmbH  
Werkstatt für psychisch behinderte Menschen**

**(Reg.-Nr. 3/73)**

Britanniahütte 10  
51469 Bergisch Gladbach  
Telefon: 02202 95585-0  
Telefax: 02202 95585-16  
E-Mail: [papierservice@pbh-gl.de](mailto:papierservice@pbh-gl.de)  
Homepage: <http://www.pbh-gl.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
ELEKTRO: Elektromontage  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei (Digitaldruck), Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren, Bedrucken von Gegenständen (Tampondruck)  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Digitale Archivierung (Scanning)  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN: z.B. Kleinmontage  
Produkte:  
PAPIERWAREN



## Nordrhein-Westfalen (Bezirk der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen)

### **BWO Behinderten Werkstätten Oberberg GmbH**

(Reg.-Nr. 3/39)

Faulmerter Str. 21  
51674 Wiehl  
Telefon: 02262 718-0  
Telefax: 02262 718-200  
E-Mail: [info@bwo-wiehl.de](mailto:info@bwo-wiehl.de)  
Homepage: <http://www.bwo-wiehl.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen (z.B. Drehen, Fräsen), Fügen, Metallmontage  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
RECYCLING: Demontagearbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung, Fotokopieren  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering (Gemeinschaftsverpflegung: Firmen, Schulen, Kindergärten), Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege (z. B. Grabpflege), Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen), Kamin- und Brennholz-Herstellung

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Standort Morsbach-Lichtenberg  
Industriestraße 10  
51597 Morsbach  
Telefon: 02262 718-312  
Telefax: 02262 718-300

Standort Wiehl-Bomig  
Am Verkehrskreuz 16  
51674 Wiehl  
Telefon: 02262 718-410  
Telefax: 02262 718-400

## Nordrhein-Westfalen (Bezirk der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen)

### **RAPS Gemeinnützige Werkstätten GmbH**

(Reg.-Nr. 3/110)

Lockenfeld 3  
51709 Marienheide  
Telefon: 02261 92680  
Telefax: 02261 926850  
E-Mail: [info@wfbm-raps.de](mailto:info@wfbm-raps.de)  
Homepage: <http://www.wfbm-raps.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, CNC-Bearbeitung, Fügen, Metallmontage  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
RECYCLING: Demontagearbeiten  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Daten- und Texterfassung, Digitale Archivierung, Mikroverfilmung  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (Mittagsversorgung)  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel  
PAPIERWAREN

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Betriebsstätte mit Gärtnerei  
Lockenfeld 15  
51647 Gummersbach  
Telefon: 02261 91347-0  
Telefax: 02261 91347-20

Lockenfeld 5  
51647 Gummersbach

Betriebsstätte Boxberg  
Marie-Curie-Str. 1  
51545 Waldbröl

**Lebenshilfe Aachen Werkstätten & Service GmbH**

**(Reg.-Nr. 3/62)**

Neuenhofstr. 170  
52078 Aachen  
Telefon: 0241 92811-0  
Telefax: 0241 562800  
E-Mail: [info@werkstatt-ac.de](mailto:info@werkstatt-ac.de)  
Homepage: <http://www.werkstatt-ac.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage, CNC-Bearbeitung  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (Veranstaltungscatering: Café und Bistrobetrieb  
in der Freizeit- und Begegnungsstätte der Lebenshilfe Aachen e.V -  
Veranstaltungen bis zu 50 Personen)  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen, Qualitätssicherung  
(Produktkontrolle für externe Firmen)  
Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Wandkalender Kunstaixpress, Grußkarten  
MÖBEL: Kindergarten-/Schulmöbel

**Weitere Betriebsstätten:**

Hergelsmühlenweg 5  
52080 Aachen-Haaren  
Telefon: 0241 9677-0  
Telefax: 0241 166828

**PRODIA KOLPING WfbM gemeinnützige GmbH  
Werkstatt für psychisch behinderte Menschen**

**(Reg.-Nr. 3/67)**

Karl-Kuck-Str. 21-23  
52078 Aachen  
Telefon: 0241 5156075-0  
Telefax: 0241 5156075-30  
E-Mail: [info@prodia-wfb.de](mailto:info@prodia-wfb.de)  
Homepage: <http://www.prodia-wfbm.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Möbelfertigung,  
Spielzeugherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung, E-Check  
TEXTIL/LEDER: Näherei, Weberei, Stickerei  
BAU-/RENOVIERUNGSARBEITEN: Malerarbeiten, Trockenbau, Abrissarbeiten  
RECYCLING: Kunststoff-Recycling, Demontagearbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Fotokopieren  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN  
MAILING UND VERSANDARBEITEN: Lettershop  
VERPACKUNGSARBEITEN: Klein u. Großserien für Industrie, Handel und  
Handwerk  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen  
Produkte:  
TEXTIL-/LEDERWAREN: Haus- und Heimtextilien  
KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Saisonartikel, Textilien  
MÖBEL: Kleinmöbel, Regale, Wohnmöbel  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel,  
Vogelfutterhäuschen/Nistkästen  
PAPIERWAREN

**Weitere Betriebsstätten:**

Philipsstr. 8  
52068 Aachen  
Telefon: 0241 151374  
Telefax: 0241 18298809

## Caritas-Behindertenwerk GmbH

(Reg.-Nr. 3/53)

Aachener Str. 87  
52249 Eschweiler  
Telefon: 02403 7907-10  
Telefax: 02403 7907-13  
E-Mail: [michael.doersch@cbw-gmbh.de](mailto:michael.doersch@cbw-gmbh.de)  
Homepage: <http://www.cbw-gmbh.de>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen (z.B. Sägen, Fräsen), Fügen, Metallmontage, Aluminiumbe- und verarbeitung

HOLZ: Holzbearbeitung, Kistenfertigung, Palettenherstellung

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

RECYCLING: CD-Recycling (auch Video, MC, DVD)

DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Grafische Gestaltung, Fotokopieren

EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei (mit Näherei)

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen),

Spezialisierung im Bereich Automotive, Verpackung Med. Produkte,

Zentralsterilisation: Sterilisation medizinischer OP-Geräte

### Weitere Betriebsstätten:

Hauptwerkstatt:

Caritas-Behindertenwerk GmbH -  
Werk 1 -

Aachener Str. 87  
52249 Eschweiler  
Telefon: 02403 7907-44  
Telefax: 02403 7907-13

Weitere Betriebsstätten:

Caritas-Behindertenwerk GmbH -  
Werk 2 -

Ernst-Abbé-Str. 10  
52477 Alsdorf  
Telefon: 02404 9077-0  
Telefax: 02404 86771

Caritas-Behindertenwerk GmbH -  
Werk 3 -

Honigmannstr. 13  
52146 Würselen  
Telefon: 02405 41310-0  
Telefax: 02405 41310-30

Caritas-Behindertenwerk GmbH -  
Werk 5 -

Am Handwerkerzentrum 13  
52156 Monschau-Imgenbroich  
Telefon: 02472 8036-0  
Telefax: 02472 8036-10

Caritas-Behindertenwerk GmbH -  
Werk 6 -

Max-Plank-Str. 9a  
52249 Eschweiler  
Telefon: 02403 7047-11  
Telefax: 02403 7047-30

Betriebsstätten für psychisch  
behinderte Menschen:

Caritas-Behindertenwerkstatt GmbH  
- Werk 4 -

Zweigwerkstatt für Menschen mit  
psychischer Behinderung  
Max-Plank-Str. 19  
52249 Eschweiler  
Telefon: 02403 8760-14  
Telefax: 02403 8760-15

Caritas-Behindertenwerk GmbH -  
Werk 4a -

Zweigwerkstatt für Menschen mit  
psychischer Behinderung  
Industriestr. 8  
52134 Herzogenrath-Kohlscheid

## Nordrhein-Westfalen (Bezirk der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen)

### Rurtalwerkstätten Lebenshilfe Düren gemeinnützige GmbH

(Reg.-Nr. 3/29)

Veldener Straße 7-9  
52349 Düren  
Telefon: 02421 4908-0  
Telefax: 02421 4908-109  
E-Mail: [kontakt@rurtalwerkstaetten.de](mailto:kontakt@rurtalwerkstaetten.de)  
Homepage: <http://www.rurtalwerkstaetten.de/rtw/index.php>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage, CNC-Bearbeitung  
(CNC-Fräsen, CNC-Drehen)  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung,  
Fotokopieren  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering (z. B. Kantinenverpflegung), Wäscherei und  
Heißmangel  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und  
Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe  
Firmen)  
Produkte:  
PAPIERWAREN  
SONSTIGE PRODUKTE: Div. Holzprodukte

#### Weitere Betriebsstätten:

Betriebsstätte Stockheim  
Schäfersgraben 24  
52372 Kreuzau-Stockheim  
Telefon: 02421 12183-0  
Telefax: 02421 12183-109

Betriebsstätte Paradiesbenden  
Paradiesbenden 16  
52349 Düren  
Telefon: 02421 59197-0  
Telefax: 02421 59197-69

Betriebsstätte Huchem Stammeln  
Industriestraße 2 / Rurbenden 28  
52382 Niederzier  
Telefon: 02428 806-0  
Telefax: 02428 806-109

Betriebsstätten für psychisch  
behinderte Menschen:

Betriebsstätte RurTec  
Rurbenden 16  
52382 Niederzier  
Telefon: 02428 9413-0  
Telefax: 02428 9413-69

Betriebsstätte RurTec Düren  
Rurstraße 162  
52349 Düren  
Telefon: 02421 49185-0  
Telefax: 02421 49185-19

**Lebenshilfe Heinsberg e.V., Verein für Menschen mit Behinderung  
Werkstatt für behinderte Menschen Heinsberg**

**(Reg.-Nr. 3/34)**

Richard-Wagner-Str. 5  
52525 Heinsberg-Oberbruch  
Telefon: 02452 969100  
Telefax: 02452 969499  
E-Mail: [info@lebenshilfe-heinsberg.de](mailto:info@lebenshilfe-heinsberg.de)  
Homepage: <https://www.lebenshilfe-heinsberg.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, CNC-Bearbeitung, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, CNC-Bearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung,  
Palettenherstellung, Möbelfertigung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung, Fotokopieren  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Daten- und Texterfassung, Digitale  
Archivierung, Vervielfältigung von Datenträgern  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und  
Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Gastronomie (Cafés),  
Logistische Leistungen, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe  
Firmen)

Produkte:

MÖBEL: Arbeits- und Büromöbel, Regale, Wohnmöbel  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel,  
Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Sonstiger Gartenbedarf  
PAPIERWAREN: Grußkarten zu allen Anlässen, auch große Stückzahlen  
individualisierter Stückzahlen  
WERBEMITTEL: Kugelschreiber, Tassen, Spielwaren und vieles mehr!  
SONSTIGE PRODUKTE: K-Lumet - Kamin- und Grillanzünder

**Weitere Betriebsstätten:**

Werkstatt für behinderte Menschen  
(WfbM)  
Betrieb 1 und 2  
Richard-Wagner-Straße 5  
52525 Heinsberg  
Telefon: 02452 9690  
Telefax: 02452 969499

Werkstatt für behinderte Menschen  
(WfbM)  
Betrieb 3  
Borsigstr. 86 a  
52525 Heinsberg  
Telefon: 02452 91080  
Telefax: 02452 910819

Werkstatt für behinderte Menschen  
Betrieb 4 (Industriepark GIPCO)  
Brüsseler Allee 26  
41812 Erkelenz  
Telefon: 02431 9452110  
Telefax: 02431 9452119

## Nordrhein-Westfalen (Bezirk der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen)

### Prospex gGmbH Werkstatt für psychisch behinderte Menschen

(Reg.-Nr. 3/16)

Laakstr. 19  
52525 Heinsberg  
Telefon: 02452 9509-0  
Telefax: 02452 9509-299  
E-Mail: [info@prospex.de](mailto:info@prospex.de)  
Homepage: <http://www.prospex.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen (z.B. Bohren), Fügen (z.B. Schweißen), Metallmontage, Metallbau  
HOLZ (Schreinerei): Kistenfertigung, Erstellen von Bauteilen, Möbelfertigung (Beliefen der Möbelindustrie),  
Fertigen von Holzprodukten in industriellen Kleinserien  
KUNSTSTOFF: Kunststoffverarbeitung (Geothermieprodukte)  
TEXTIL/LEDER (Schuhmacherei): Bearbeitung, Fertigung von hochwertigen Einzelstücken aus Leder  
DRUCK/GRAFIK: Bedrucken von Gegenständen (Werbetechnik: Bedrucken und Beschriften von Textilien, Schildern und Fahrzeugen nach Vorgaben)  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Digitale Archivierung, Mikroverfilmung, Aktenarchivierung in unseren Lagern  
VERPACKUNGSARBEITEN: Verpacken und Bearbeiten von Glas-, Blech- und Kunststoffprodukten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Landschaftspflege (Anlegen und Pflegen von Gärten und Grünflächen)  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Montage (Endmontage, Veredelung von Produkten), Logistische Leistungen (Lagern, Kommissionieren und Disponieren von Produkten)  
Bootsverleih mit Cafe in Heinsberg (Bootshaus am Lago Laprello)  
Infocenter mit Cafe, Minigolf, Kanufahren und Wohnmobilstellplatz in Gangelt  
Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Saisonartikel  
MÖBEL: Kisten  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel  
WERBEMITTEL  
SONSTIGE PRODUKTE: Schilder

#### Weitere Betriebsstätten:

Brüsseler Allee 11  
41812 Erkelenz

## Nordrhein-Westfalen (Bezirk der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen)

### GVP Gemeinnützige Werkstätten Bonn GmbH

(Reg.-Nr. 3/116)

Pfaffenweg 27  
53227 Bonn  
Telefon: 0228 9753-100  
Telefax: 0228 9753-179  
E-Mail: [gvp@gvp-bonn.de](mailto:gvp@gvp-bonn.de)  
Homepage: <http://www.gvp-bonn.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen

#### Weitere Betriebsstätten:

Maarstraße 98a  
53227 Bonn  
In den Wiesen 1-3  
53227 Bonn  
mit Anbau  
Pfaffenweg 47  
53227 Bonn



**Bonner Werkstätten  
Lebenshilfe Bonn gGmbH  
Zentralverwaltung und Werk 1**

**(Reg.-Nr. 3/26)**

Allerstr. 43  
53332 Bornheim  
Telefon: 02222 8302-0  
Telefax: 02222 8302-157  
E-Mail: [info@bonnerwerkstaetten.de](mailto:info@bonnerwerkstaetten.de)  
Homepage: <http://www.bonnerwerkstaetten.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Sonderanfertigungen, Exportverpackungen nach IPSP-15  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung, Verdrahtung von Steuerungen und Verteilungen, Montage von Leuchten  
TEXTIL/NÄHEREI: Yogaartikel (verschiedene Kissenformen, Matten), Tischdecken, einfache Taschenformen, industrielle Fertigung von textilen Produkten aus dem technischen Bereich  
RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung, Fotokopieren  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Daten- und Texterfassung  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (Großküche)  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen

Produkte:  
KUNSTHANDWERK AUS EIGENPRODUKTION: Handgeschöpfte Karten und Papierprodukte, Mosaikarbeiten, Kerzen, Filzprodukte  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte, Sonstiger Gartenbedarf (z. B. Erden)

**Weitere Betriebsstätten:**

Werk 2 Bonn-Beuel  
Röhfeldstraße 5  
53227 Bonn  
Telefon: 02222 8302-0  
Telefax: 02222 8302-204  
E-Mail:  
[werk2@bonnerwerkstaetten.de](mailto:werk2@bonnerwerkstaetten.de)

Werk 3 Meckenheim  
Industriepark Kottenforst  
Am alten Stauwehr 14-16  
53340 Meckenheim  
Telefon: 02222 8302-0  
Telefax: 02222 8302-305  
E-Mail:  
[werk3@bonnerwerkstaetten.de](mailto:werk3@bonnerwerkstaetten.de)

Garten- und Landschaftsbau  
Haberstraße 9  
53121 Bonn  
Telefon: 02222 8302-0  
Telefax: 02222 8302-405  
E-Mail:  
[gartenbau@bonnerwerkstaetten.de](mailto:gartenbau@bonnerwerkstaetten.de)

**Lebensgemeinschaft Eichhof gGmbH**

**(Reg.-Nr. 3/63)**

Eichhof 8  
53804 Much-Eichhof  
Telefon: 02295 9202-0  
Telefax: 02295 9202-39  
E-Mail: [info@eichhof.org](mailto:info@eichhof.org)  
Homepage: <http://www.eichhof.org>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
Metall-, Holz- und Elektroverarbeitung

Produkte:  
LEBENSMITTEL: Brot und Backwaren, Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Bioprodukte (in den Bereichen Bäckerei und Landwirtschaft - Demeter)  
KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Keramik (Töpferei), Kerzen (aus 100% reinem Bienenwachs), Metallarbeiten

**Rhein Sieg Werkstätten der Lebenshilfe gemeinnützige GmbH**

**(Reg.-Nr. 3/44)**

Uckendorfer Str. 10  
53844 Troisdorf  
Telefon: 02241 8809-0  
Telefax: 02241 8809-988  
E-Mail: [info@wfrheinsieg.de](mailto:info@wfrheinsieg.de)  
Homepage: <http://www.wfrheinsieg.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Digitale Archivierung (Datenarchivierung)  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Heißmangel  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Logistische Leistungen

**Weitere Betriebsstätten:**

Werkstatt Eitorf  
Im Auel 10-12a  
53783 Eitorf  
Telefon: 02243 9191-0  
Telefax: 02243 9191-34

Außenstelle Bergheim Mechanik  
Ampèrestraße 12  
53844 Troisdorf-Bergheim  
Telefon: 0228 945336-0  
Telefax: 0228 945336-2

Außenstelle Bergheim  
Integrationsbereich  
Ampèrestr. 5a  
53844 Troisdorf-Bergheim  
Telefon: 0228 9458-174  
Telefax: 0228 9458-176

Werkstatt Much  
Bövingen 142  
53804 Much  
Telefon: 02245 9185-10  
Telefax: 02245 9185-11

Werkstatt INTEC - Integration und Technik  
Werkstatt für psychisch behinderte Menschen  
Am Turm 15-23  
53721 Siegburg  
Telefon: 02241 12731-210  
Telefax: 02241 12731-211

**NEW Nordeifelwerkstätten gGmbH  
Zentrale Verwaltung**

**(Reg.-Nr. 3/82)**

Lisztstr. 1a  
53881 Euskirchen  
Telefon: 02251 77756-100  
Telefax: 02251 77756-231  
E-Mail: [info@new-eu.de](mailto:info@new-eu.de)  
Homepage: <http://www.new-eu.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen (z.B. Drehen, Bohren, Fräsen), CNC-Bearbeitung, Fügen, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Saunabau - Kistenfertigung, Palettenherstellung

KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

MONTAGE: Pumpenmontage, Drucklufttechnik, Ablängen, Abisolieren,

Verzinnen, Aufquetschen, Montage von Steckern, Schaltern und Kupplungen

INDUSTRIEWÄSCHE: industrielle Reinigung von Mehrwegbehältern und

Mehrwegboxen

RECYCLING: Kunststoff-Recycling

DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung,

Fotokopieren, Bedrucken von Gegenständen

EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGS- UND KONFEKTIONIERUNGSARBEITEN

(Skinblisterverpacken, Folienschweißen, Schrumpfen, Abfüllen und Wiegen)

HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei und Heißmangel

GROSSKÜCHE MIT CATERING UND BEWIRTSCHAFTUNG EXTERNER

KANTINEN

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und

Pflanzenpflege, Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Qualitätssicherung

(Produktkontrolle für externe Firmen),

LAGER UND LOGISTIK: Lagern und Versenden

Produkte:

KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte,

Vogelfutterhäuschen/Nistkästen

WERBEMITTEL

SONSTIGE PRODUKTE:

SAUNEN und SAUNAZUBEHÖR: Elementkabinen, Blockbohlenkabinen,

Designsaunen, Gartensaunen - (Vertrieb ausschließlich über Fachhändler, kein

Direktvertrieb)

**Weitere Betriebsstätten:**

Hauptwerkstatt:

NEW Ülpnich

Werkstatt für geistig und mehrfach

behinderte Menschen

53909 Zülpich-Ülpnich

Auf den Steinen 10

Telefon: 02252 3009-0

Telefax: 02252 3009-23

Weitere Betriebsstätten:

NEW Zingsheim

Werkstatt für geistig- und mehrfach

behinderte Menschen

Auf der Heide 25

53947 Nettersheim-Zingsheim

Telefon: 02486 8015-0

Telefax: 02486 8015-23

Betriebsstätten für psychisch

behinderte Menschen:

NEW Euskirchen-Kuchenheim

Grondahlsmühle 14-16

53881 Euskirchen-Kuchenheim

Telefon: 02251 77756-0

Telefax: 02251 77756-460

Teilzeitwerkstatt

Grondahlsmühle 12 b

53881 Euskirchen-Kuchenheim

Telefon: 02251 77756-0

Telefax: 02251 77756-67

NEW Kall

Siemensring 23

53925 Kall

Telefon: 02441 99406-0

Telefax: 02441 99406-16

**AWO Siegener Werkstätten  
Verwaltung**

**(Reg.-Nr. 3/20)**

Koblenzer Str. 140  
57072 Siegen  
Telefon: 0271 3386-200  
Telefax: 0271 3386-219  
E-Mail: [werkstaetten@awo-siegen.de](mailto:werkstaetten@awo-siegen.de)  
Homepage: <http://www.awo-siegen.de/themen/werkstaetten>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

**Auftragsarbeiten:**

**METALL:** Umformen, Trennen, CNC-Bearbeitung, Fügen, Metallmontage, Lasergravur

**HOLZ:** Holzbearbeitung, CNC-Bearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Spielzeugherstellung, Lasergravur, Laserschneiden

**KUNSTSTOFF:** Kunststoffmontage, Lasergravur, Laserschneiden

**ELEKTRO:** Elektromontage, Kabelkonfektionierung, Schaltschrankbau

**TEXTIL/LEDER:** Näherei

**BAU-/RENOVIERUNGSARBEITEN**

**DRUCK/GRAFIK:** Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren, Bedrucken von Gegenständen (Tampondruck)

**EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN**

**MAILING UND VERSANDARBEITEN**

**VERPACKUNGSARBEITEN**

**HAUSWIRTSCHAFT:** Catering/Partyservice

**GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE:** Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

**SONSTIGE LEISTUNGEN:** Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

**Produkte:**

**TEXTIL-/LEDERWAREN:** Haus- und Heimtextilien

**KUNSTHANDWERK:** Holzarbeiten

**GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE:** Pflanzen/Baumschulprodukte, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen

**SPIELWAREN:** Brett- und Gesellschaftsspiele, Holzspielwaren, Puppen und Puppenmöbel, Stofftiere, Therapeutisches Spielzeug

**SONSTIGE PRODUKTE:** Reha-Mittel (Materialbox zur Moto-Diagnostik, IDA-Koffer - MELBA), Turn- und Sportgeräte für das Kinderturnen

**SOFTWARE:** UWE4 - Universelles Werkzeug zur Entwicklungsplanung

**Weitere Betriebsstätten:**

**Hauptwerkstatt:**

Werkstatt Netphen-Deuz  
Weiherdamm 3

57250 Netphen-Deuz

Telefon: 02737 505-0

Telefax: 02737 505-188

E-Mail: [sw-deuz@awo-siegen.de](mailto:sw-deuz@awo-siegen.de)

**Weitere Betriebsstätten:**

**Werkstatt Wittgenstein**

Jägersgrund 16

57339 Erndtebrück-Schameder

Telefon: 02753 5954-0

Telefax: 02753 5954-55

E-Mail: [sw-wittgenstein@awo-siegen.de](mailto:sw-wittgenstein@awo-siegen.de)

**Werkstatt Siegen-Heidenberg**

Garnisonsring 14

57072 Siegen

Telefon: 0271 35906-0

Telefax: 0271 35906-99

E-Mail: [sw-siegen@awo-siegen.de](mailto:sw-siegen@awo-siegen.de)

**Betriebsstätte für psychisch behinderte Menschen:**

**STS Siegener Technik Service**

Effertsufer 60

57072 Siegen

Telefon: 0271 3386-443

Telefax: 0271 3386-499

E-Mail: [sts@awo-siegen.de](mailto:sts@awo-siegen.de)

mit Außenstelle

Effertsufer 74

57072 Siegen

**WTS Wittgensteiner Technik**

Service

Melbacher Höhe 17

57339 Erndtebrück-Schameder

Telefon: 02753 5954-6

Telefax: 02753 5954-77

E-Mail: [wts@awo-siegen.de](mailto:wts@awo-siegen.de)

## Nordrhein-Westfalen (Bezirk der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen)

### Werthmann-Werkstätten

(Reg.-Nr. 3/28)

Askay 42  
57439 Attendorn  
Telefon: 02722 921-0  
Telefax: 02722 921-2010  
E-Mail: [info.ww@caritas-olpe.de](mailto:info.ww@caritas-olpe.de)  
Homepage: <https://www.werthmann-werkstaetten.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Möbelfertigung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektro-Montage, Kabelkonfektionierung  
DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Digitale Archivierung, Aktenvernichtung  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

Produkte:  
MÖBEL: Kleinmöbel, Regale  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel, Sonstiger Gartenbedarf  
PAPIERWAREN: Gruß-, Glückwunsch-, Weihnachtskarten

#### Weitere Betriebsstätten:

Abteilung Lennestadt-Meggen  
Sachtlebenstr. 2  
57368 Lennestadt  
Telefon: 02721 60074-0  
Telefax: 02721 60074-2610

Betriebsstätten für psychisch erkrankte Menschen:

Abteilung Olpe  
Günsestr. 20  
57462 Olpe  
Telefon: 02761 9653-0  
Telefax: 02761 9653-2310

Nebenstelle Welschen-Ennest  
Kölner Str. 1  
57399 Kirchhundem-Welschen Ennest  
Telefon: 02764 26133-2710  
Telefax: 02764 26133-2723

## Nordrhein-Westfalen (Bezirk der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen)

### Blindenwerk Westfalen gGmbH

#### Werkstätten für mehrfach behinderte blinde und sehbehinderte Menschen

(Reg.-Nr. 3/118)

Schillerstr. 26  
58089 Hagen  
Telefon: 02331 30619-0  
Telefax: 02331 30619-299  
E-Mail: [kontakt@bw-w.de](mailto:kontakt@bw-w.de)  
Homepage: <http://www.blww.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Spielzeugherstellung, Vasen und andere Dekoartikel  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
VERPACKUNGSARBEITEN

Produkte:  
LEBENSMITTEL: selbst hergestellte Marmeladen  
TEXTILWAREN: Strickwaren  
KUNSTHANDWERK: selbst gezeigte Kerzen, Grußkarten aus eigener Herstellung, Vasen aus Holz

#### Weitere Betriebsstätten:

Hauptwerkstatt:  
Werkstatt Hagen  
Schillerstr. 26  
58089 Hagen

Weitere Betriebsstätte:

Zweigwerkstatt Valbert  
Auf der Hardt 22  
58540 Meinerzhagen-Valbert

**Caritasverband Hagen e.V.  
St. Laurentius-Werkstätte**

**(Reg.-Nr. 3/38)**

Walzenstr. 2  
58093 Hagen  
Telefon: 02331 3588-0  
Telefax: 02331 3588-88  
E-Mail: [st.laurentius@caritas-hagen.de](mailto:st.laurentius@caritas-hagen.de)  
Homepage: <https://www.caritas-hagen.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung  
ELEKTRO: Elektromontage  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren  
VERPACKUNGSARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
Produkte:  
MÖBEL: Kleinmöbel, Wohnmöbel  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Sonstiger Gartenbedarf

**Weitere Betriebsstätten:**

St. Laurentius-Werkstätte II  
Konrad-Adenauer-Ring 33  
58135 Hagen  
Telefon: 02331 127223-0  
Telefax: 02331 127223-14

Betriebsstätte für psychisch behinderte Menschen:

CRELA Werkstätte Hagen  
Konrad-Adenauer-Ring 31  
58135 Hagen  
Telefon: 02331 37625-0  
Telefax: 02331 37625-14

**AWO Werkstattverbund, Werkstatt Asbeck  
Werkstatt für Geistig- und Körperbehinderte**

**(Reg.-Nr. 3/84)**

Neuenlander Str. 1-5  
58285 Gevelsberg  
Telefon: 02332 955150  
Telefax: 02332 955151  
E-Mail: [werkstattverbund@awo-en.de](mailto:werkstattverbund@awo-en.de)  
Homepage: <http://www.awo-werkstattverbund.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage, CNC-Bearbeitung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
MAILING UND VERSANDARBEITEN: Fotokopieren  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering (Großküche), Gemeinschaftsverpflegung:  
Großküche "Enculina" beliefert KiTas, Schulen, OGS, Kantinen - ab 10 Essen pro Bestellung  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

**Weitere Betriebsstätten:**

Werkstatt Stefansbecke  
Werkstatt für Geistig- und Körperbehinderte  
Harkortstraße 8-10  
45549 Sprockhövel  
Telefon: 02339 916150  
Telefax: 02339 916151  
E-Mail: [wfbm-stefansbecke@awo-en.de](mailto:wfbm-stefansbecke@awo-en.de)

Werkstatt Elektrotechnik  
Betriebsstätte für psychisch behinderte Menschen  
Gewerbestraße 15  
45549 Sprockhövel/Haßlinghausen  
Telefon: 02339 9298422  
Telefax: 02339 9298410  
E-Mail: [wfbm-elektrotechnik@awo-en.de](mailto:wfbm-elektrotechnik@awo-en.de)

## Nordrhein-Westfalen (Bezirk der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen)

### Evangelische Stiftung Volmarstein

(Reg.-Nr. 3/71)

Hartmannstr. 24

58300 Wetter

Telefon: 02335 6393510

Telefax: 02335 6393790

E-Mail: [info@esv.de](mailto:info@esv.de)

Homepage: [http://www.esv.de/index.php?option=com\\_content&view=article&id=106&Itemid=99](http://www.esv.de/index.php?option=com_content&view=article&id=106&Itemid=99)

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Metallmontage

KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN

SONSTIGE LEISTUNGEN: Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

Produkte:

SONSTIGE PRODUKTE: Briefmarken-Sortimente für Händler

Rollstuhlschaukel, die von Menschen mit Behinderungen für Menschen mit Behinderungen entwickelt wurde. Die Schaukel wird auch von ihnen gefertigt und vertrieben.

Eigenfertigung

#### Weitere Betriebsstätten:

Evangelische Stiftung Volmarstein -  
Nebenstelle

Tiefendorfer Str. 16

58093 Hagen-Berchum

Telefon: 02334 929412

Telefax: 02234 929419

## Nordrhein-Westfalen (Bezirk der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen)

### Frauenheim Wengern - Werkstatt für behinderte Menschen

(Reg.-Nr. 3/107)

Am Böllberg 185

58300 Wetter-Wengern

Telefon: 02335 97910

Telefax: 02335 979170

E-Mail: [werkstatt@frauenheim-wengern.de](mailto:werkstatt@frauenheim-wengern.de)

Homepage: <http://www.frauenheim-wengern.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei, Reinigungsarbeiten

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau,

Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Fleischerei, Wurstherstellung nach Bioland-Richtlinien

Produkte:

LEBENSMITTEL: Fleisch- und Wurstwaren, Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Bioprodukte

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte, Sonstiger Gartenbedarf

#### Weitere Betriebsstätten:

Außenstelle Montage

Albringhauserstr. 124a

58300 Wetter

Außenstelle Berufsbildungsbereich

Albringhauserstr. 130

58300 Wetter

Telefon: 02335 888451

Außenstelle Montage

Nordstr. 12

58300 Wetter



## Nordrhein-Westfalen (Bezirk der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen)

### Homborner Werkstatt

(Reg.-Nr. 3/112)

von-Bodelschwingh-Str. 2

58339 Breckerfeld

Telefon: 02338 899-190

Telefax: 02338 899-266

E-Mail: [info@homborner-werkstatt.de](mailto:info@homborner-werkstatt.de)

Homepage: <http://www.bethel-regional.de/homborner-werkstatt-breckerfeld.html>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage

KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

RECYCLING: Kunststoff-Recycling, Demontearbeiten

DRUCK/GRAFIK: Bedrucken von Gegenständen, Tampondruck

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,

Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung

Produkte:

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Sonstiger Gartenbedarf (Kamin- und Brennholz)

#### Weitere Betriebsstätten:

Berufsbildungsbereich

Dödterstr. 10

58095 Hagen

Telefon: 02331 2040154

Kreativwerkstatt Dödterstraße

Dödterstr. 10

58095 Hagen

Telefon: 02331 37610 171

## Nordrhein-Westfalen (Bezirk der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen)

### SoVD Sozialverband Deutschland Lebenshilfe gGmbH Lebenshilfe Witten - Werkstatt für behinderte Menschen

(Reg.-Nr. 3/75)

Dortmunder Str. 75

58453 Witten

Telefon: 02302 2895 - 0

Telefax: 02302 2895 - 120

E-Mail: [post@sovd-lebenshilfe.de](mailto:post@sovd-lebenshilfe.de)

Homepage: <http://www.sovd-lebenshilfe.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, CNC-Bearbeitung, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Spielzeugherstellung, Bilderrahmenherstellung

MONTAGE- und VERPACKUNGSARBEITEN

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und

Pflanzenpflege, Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen

Produkte:

KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Holzarbeiten

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte

SPIELWAREN: Holzspielwaren

PAPIERWAREN

#### Weitere Betriebsstätten:

Betriebsstätte für psychisch  
behinderte Menschen:

IDL (Industrie Dienstleistungen)

Wittener Bruch 44-46

58453 Witten

**Märkische Werkstätten  
Ev. Johanneswerk e.V.**

**(Reg.-Nr. 3/98)**

Freisenbergstr. 33  
58513 Lüdenscheid  
Telefon: 02351 9580-0  
Telefax: 02351 9580-27  
E-Mail: [christoph.pasch@johanneswerk.de](mailto:christoph.pasch@johanneswerk.de)  
Homepage: <http://www.maerkische-werkstaetten.de>

**Weitere Betriebsstätten:**

Hauptwerkstatt und Regionale Geschäftsführung:

Werk Freisenberg  
Freisenbergstraße 33  
58513 Lüdenscheid  
Telefon: 02351 9580-0  
Telefax: 02351 9580-876  
E-Mail: [Christoph.Pasch@johanneswerk.de](mailto:Christoph.Pasch@johanneswerk.de)

Weitere Betriebsstätten:

Werk Kierspe  
Am Funkenhof 1  
58566 Kierspe  
Telefon: 02359 29496-0  
Telefax: 02359 29496-10

Werk Werdohl  
Gewerbestr. 10  
58791 Werdohl  
Telefon: 02392 9190-0  
Telefax: 02392 9190-22

Werk Wefelshohl  
Wefelshohler Str. 48  
58511 Lüdenscheid  
Telefon: 02351 67140-0  
Telefax: 02351 67140-22

Werk INTEGRA  
Betriebsstätte für Menschen mit psychischen Erkrankungen  
Kerkhagen 18 und 22  
58513 Lüdenscheid  
Telefon: 02351 9387-0  
Telefax: 02351 9387-22

Werk Schalksmühle  
Schulstr. 10  
58579 Schalksmühle-Klagenbach  
Telefon: 02355 50823-0  
Telefax: 02355 50823-27

**Iserlohner Werkstätten gGmbH  
Geschäftsführung und Zentralverwaltung**

**(Reg.-Nr. 3/51)**

Giesestr. 35  
58636 Iserlohn  
Telefon: 02371 9766-0  
Telefax: 02371 9766-190  
E-Mail: [info@iswe.de](mailto:info@iswe.de)  
Homepage: <http://www.iswe.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Fügen, Metallmontage  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage  
RECYCLING: Industrieller Rückbau  
DRUCK/GRAFIK: Fotokopieren  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen, Qualitätssicherung  
(Produktkontrolle für externe Firmen)  
System- und Modullieferant, Zukauf von zu bearbeitenden Stücken,  
Kommissionierung und Montage

**Weitere Betriebsstätten:**

Hauptwerkstatt:  
Pastor-Horstmann-Werkstatt  
Ernst-Stenner-Str. 19  
58675 Hemer  
Telefon: 02372 9766-0  
Telefax: 02372 9766-623

Werkstatt Iserlohn  
Niddastr. 7  
58636 Iserlohn  
Telefon: 02371 9766-0  
Telefax: 02371 9766-299

Werkstatt Langer Brauck  
Langer Brauck 5  
Gewerbegebiet Rombrock  
58642 Iserlohn-Sümmern  
Telefon: 02371 9766-0  
Telefax: 02371 9766-730

Betriebsstätten für psychisch  
behinderte Menschen:

Technischer Industrieservice  
Menden  
Baufastraße 11  
58708 Menden  
Telefon: 02371 9766-0  
Telefax: 02371 9766-868

Industrie & Büroservice und  
Zentralverwaltung  
Giesestr. 35  
58636 Iserlohn  
Telefon: 02371 9766-0  
Telefax: 02371 9766-90

**Lebenshilfe Hamm e.V.  
Werkstatt für behinderte Menschen**

**(Reg.-Nr. 3/80)**

Gallberger Weg 2  
59063 Hamm  
Telefon: 02381 585-0  
Telefax: 02381 585-123  
E-Mail: [info@lebenshilfe-hamm.de](mailto:info@lebenshilfe-hamm.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-hamm.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

**METALL und KUNSTSTOFFBEARBEITUNG:** Trennen (z. B. Bohren, Gewindeschneiden, Drehen, Fräsen, Sägen), Stahlarbeiten, Kunststoffbearbeitung

**ELEKTRO:** Kabelkonfektionierung, Elektromontage (z.B. Gewindeschneiden, Verdrahtung der Komponenten, Kleben, Verschrauben nach Drehmomentvorgaben, Verpacken, Etikettieren)

**RECYCLING:** Kunststoff-Recycling, Metall-Recycling, Demontearbeiten  
**MAILING UND VERSANDARBEITEN**

**VERPACKUNGSARBEITEN:** Kartonverpackung, Beutelverpackung, Luftpolsterverpackung, Schaumverpackung, Konfektionieren, Sortieren, Qualitätskontrolle, Etikettendruck

**MONTAGE:** Kleben, Löten, Pressen, Schrauben, Verpacken, Etikettieren

**GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE:** Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege (z.B. Park- und Grünanlagenpflege, Rasen- und Wiesenpflege, Beetpflege, Strauch- und Heckenschnitt, Fällarbeiten, Reinigung von Pflasterflächen)

Produkte:

**KUNSTHANDWERK:** Saisonartikel

**MÖBEL:** Kindergarten-/Schulmöbel, Kleinmöbel, Regale

**GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE:** Garten- und Landschaftsmöbel, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Sonstiger Gartenbedarf

**PAPIERWAREN**

**Weitere Betriebsstätten:**

mit

Qualifizierungs- und  
Bildungszentrum  
Galberger Weg 31  
59063 Hamm  
Telefon: 02381 585930  
Telefax: 02381 585997

Weitere Betriebsstätten:

Zweigwerkstatt  
Grünstr. 145  
59065 Hamm  
Telefon: 02381 585-0  
Telefax: 02381 585-263

Betriebsstätte für psychisch  
behinderte Menschen:

Lebenshilfe-Industrie-Service  
Rastenburger Str. 3  
59065 Hamm  
Telefon: 02381 987699-0  
Telefax: 02381 987699-99

**Hellweg-Werkstätten 'Martin Luther King'**

**(Reg.-Nr. 3/8)**

Südkamener Str. 52  
59174 Kamen  
Telefon: 02307 924040  
Telefax: 02307 71869  
E-Mail: [hellwegwerkstaetten-mlk.kamen@pertheswerk.de](mailto:hellwegwerkstaetten-mlk.kamen@pertheswerk.de)  
Homepage: <http://perthes-stiftung.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Metallmontage  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
VERPACKUNGSARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege

**Weitere Betriebsstätten:**

Betriebsteil "Nicolaï"  
In der Schlenke 39  
59192 Bergkamen-Oberaden  
Telefon: 02306 9800-0  
Telefax: 02306 84168  
E-Mail: [hellwegwerkstaetten-nwo.bergkamen@pertheswerk.de](mailto:hellwegwerkstaetten-nwo.bergkamen@pertheswerk.de)

Betriebsteil "Schacht III"  
Zum Schacht III  
59192 Bergkamen-Rünthe  
Telefon: 02389 98370-0  
Telefax: 02389 98370-5  
E-Mail: [hellwegwerkstaetten-schacht@pertheswerk.de](mailto:hellwegwerkstaetten-schacht@pertheswerk.de)

Betriebsstätte für psychisch  
behinderte Menschen:

Betriebsteil "Hellweg-Industrie-  
Service" (H.I.S.)  
Abt. f. psych. Behinderte  
Hafenweg 7 und 9  
59192 Bergkamen-Rünthe  
Telefon: 02389 92519-0  
Telefax: 02389 92519-29  
E-Mail: [hellwegwerkstaetten-his.bergkamen@pertheswerk.de](mailto:hellwegwerkstaetten-his.bergkamen@pertheswerk.de)

## Caritas-Werkstätten Nordkirchen

(Reg.-Nr. 3/22)

Mühlenstr. 60  
59394 Nordkirchen  
Telefon: 02596 914-0  
Telefax: 02596 4146  
E-Mail: [kubiak@caritas-coesfeld.de](mailto:kubiak@caritas-coesfeld.de)  
Homepage: <http://www.caritas-coesfeld.de>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Fügen, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Spielkistenfertigung,

Kindermöbelfertigung, Holzspielzeugherstellung

KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung, Lötarbeiten

TEXTIL: Näherei, Weberei, Stickerei

BAU-/RENOVIERUNGSARBEITEN: Wohnungsrenovierungen

RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling, Demontagarbeiten

DRUCK/GRAFIK: Fotokopieren, Bedrucken von Gegenständen (Tampondruck)

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und

Pflanzenpflege, Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Fahrradwerkstatt, Qualitätssicherung

(Produktkontrolle für externe Firmen)

Produkte:

TEXTILWAREN: Haus- und Heimtextilien

KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Holzarbeiten, Keramik, Kerzen,

Wohnaccessoires, Textilien

HAUSHALTWAREN: Porzellan

MÖBEL: Kindergarten-/Schulmöbel, Kleinmöbel, Regale

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen

SPIELWAREN: Holzspielwaren, Puppen und Puppenmöbel

PAPIERWAREN

WERBEMITTEL

### Weitere Betriebsstätten:

Lünen I

Pierbusch 40

44536 Lünen

Telefon: 0231 987340-0

Telefax: 0231 987340-40

E-Mail: [wfbm.luenen@caritas-coesfeld.de](mailto:wfbm.luenen@caritas-coesfeld.de)

Lünen II

In den Telgen 5

44536 Lünen

Tetekum Lüdinghausen

Werner-von-Siemens-Str. 6

59348 Lüdinghausen

Telefon: 02591 7996-0

Telefax: 02591 7996-59

E-Mail:

[wfbm.luedinghausen@caritas-coesfeld.de](mailto:wfbm.luedinghausen@caritas-coesfeld.de)

mit

Werner-von-Siemens-Str. 2

59348 Lüdinghausen

Außenstellen:

Zentralküche Ascheberg

Biete 54

59387 Ascheberg

Telefon: 02593 951729

E-Mail: [zentralkueche@caritas-coesfeld.de](mailto:zentralkueche@caritas-coesfeld.de)

Davertweg 6

48308 Senden Ottmarsbocholt

Mühlenflut 36

59387 Ascheberg

Betriebsstätten für psychisch  
behinderte Menschen:

InduTex

Seppenrader Str. 54

59348 Lüdinghausen

Telefon: 02591 208884-0

Telefax: 02591 208884-3399

E-Mail: [indutex@caritas-coesfeld.de](mailto:indutex@caritas-coesfeld.de)

InduPart I

In den Telgen 7

44536 Lünen

Telefon: 02306 9801-2900

Telefax: 02306 9801-2999

E-Mail: [indupart@caritas-coesfeld.de](mailto:indupart@caritas-coesfeld.de)

## Nordrhein-Westfalen (Bezirk der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen)

### **Börde-Werkstätten im Evang. Perthes Werk e.V. Klevinghaus-Werkstatt**

(Reg.-Nr. 3/89)

Bleskenweg 7  
59494 Soest  
Telefon: 02921 9689-0  
Telefax: 02921 968989  
E-Mail: [boerdewerkstaetten-kw.soest@pertheswerk.de](mailto:boerdewerkstaetten-kw.soest@pertheswerk.de)  
Homepage: <http://perthes-stiftung.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzverpackungen gem. IPPC-Standard, Holzbearbeitung,  
Holzmontage, Palettenherstellung, Spielzeugherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN  
RECYCLING: Demontagearbeiten  
VERPACKUNGSARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe  
Firmen)

Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Saisonartikel  
HAUSHALTSWAREN  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel,  
Vogelfutterhäuschen/Nistkästen  
SPIELWAREN: Brett- und Gesellschaftsspiele, Holzspielwaren, Puppen und  
Puppenmöbel, Therapeutisches Spielzeug  
PAPIERWAREN

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Wichern-Werkstatt-Werl  
Zur Mersch 3  
59457 Werl  
Telefon: 02922 870355-0  
Telefax: 02922 870355-44  
E-Mail: [boerdewerkstaetten-ww.werl@pertheswerk.de](mailto:boerdewerkstaetten-ww.werl@pertheswerk.de)

Herzfeld-Werkstatt  
Gewerbegebiet 27  
59510 Lippetal  
Telefon: 02923 9724-0  
Telefax: 02923 9724-77

Werkstatt für psychisch behinderte  
Menschen:

BIS Börde-Industrie-Service  
Unionstr. 12 a+c  
59457 Werl  
Telefon: 02922 870359-0  
Telefax: 02922 870359-35  
E-Mail: [boerdewerkstaetten-bis.werl@pertheswerk.de](mailto:boerdewerkstaetten-bis.werl@pertheswerk.de)



## Nordrhein-Westfalen (Bezirk der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen)

### Werkstatt für Behinderte Lippstadt gemeinnützige GmbH

(Reg.-Nr. 3/30)

Holzstr. 27  
59556 Lippstadt  
Telefon: 02941 8899-0  
Telefax: 02941 8899-250  
E-Mail: [info@wfb-lippstadt.de](mailto:info@wfb-lippstadt.de)  
Homepage: <http://www.wfb-lippstadt.de>

#### Weitere Betriebsstätten:

Zweigstelle Lambertweg  
Lambertweg 15  
59556 Lippstadt  
Telefon: 02941 8899300  
Telefax: 02941 8899350

Zweigstelle Warstein  
Walter-Rathenau-Ring 36  
59581 Warstein  
Telefon: 02902 9719-0  
Telefax: 02902 9719-650

Betriebsstätten für psychisch behinderte Menschen:

Zweigstelle STARTEC  
Windmüllerstr. 12  
59557 Lippstadt  
Telefon: 02941 8899400  
Telefax: 02941 8899450

Zweigstelle STARTEC II  
Gaußstr. 17  
59557 Lippstadt  
Telefon: 02941 8899-500  
Telefax: 02941 8899-511

## Nordrhein-Westfalen (Bezirk der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen)

### Westfälische Werkstätten GmbH

#### Gemeinnützige Werkstatt für behinderte Menschen

(Reg.-Nr. 3/55)

Allee 7  
59556 Lippstadt / Benninghausen  
Telefon: 02945 981-05  
Telefax: 02945 981-5905  
E-Mail: [info@westfaelische-werkstaetten.de](mailto:info@westfaelische-werkstaetten.de)  
Homepage: <http://www.westfaelische-werkstaetten.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Metallmontage

KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage

RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling, Kunststoff-Recycling, Metall-Recycling, Demontagarbeiten

VERPACKUNGSARBEITEN

GARTEN- UND PARKPFLEGE

SONSTIGE LEISTUNGEN: Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

Produkte:

KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel

**Caritas-Werkstätten Arnsberg**

**(Reg.-Nr. 3/33)**

Altes Feld 28  
59821 Arnsberg  
Telefon: 02931 5208-0  
Telefax: 02931 5208-195  
E-Mail: [info-wfbm@caritas-arnsberg.de](mailto:info-wfbm@caritas-arnsberg.de)  
Homepage: <http://www.caritas-arnsberg.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

**Auftragsarbeiten:**

**METALL:** Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage, CNC-Bearbeitung  
(CNC-Fräsen, CNC-Drehen), 3-D Druck

**KUNSTSTOFF:** Kunststoffmontage

**ELEKTRO:** Elektromontage, Kabelkonfektionierung

**LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN**

**BAU-/RENOVIERUNGSARBEITEN**

**DRUCK/GRAFIK:** Fotokopieren, Bedrucken von Gegenständen

**MAILING UND VERSANDARBEITEN**

**VERPACKUNGSARBEITEN**

**GROSSKÜCHE/HAUSWIRTSCHAFT:** Catering

**GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE:** Garten- und Landschaftsbau, Garten- und

Pflanzenpflege, Landschaftspflege

**SONSTIGE LEISTUNGEN:** Logistische Leistungen, Qualitätssicherung

(Produktkontrolle für externe Firmen)

**Produkte:**

**KUNSTHANDWERK:** Floristische Artikel, Kerzen, Grußkarten, Saisonartikel

**GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE:** Pflanzen/Baumschulprodukte,

Sonstiger Gartenbedarf (Grill- und Kaminanzünder)

**Weitere Betriebsstätten:**

**Hauptwerkstatt:**

Standort Arnsberg  
Altes Feld 28  
59821 Arnsberg  
Telefon: 02931 5208-0  
Telefax: 02931 5208-195

**Weitere Betriebsstätten:**

Standort Meschede  
Am Heerweg 1  
59872 Meschede  
Telefon: 0291 952704-0  
Telefax: 0291 952704-29

Arbeits- und Bildungszentrum  
ABZ Oeventrop  
Im Neyl 20/20a  
59823 Arnsberg  
Telefon: 02937 969848-10  
Telefax: 02937 969848-95

**Betriebsstätte für psychisch  
behinderte Menschen:**

Standort Neheim  
Im Ohl 16 a  
59757 Arnsberg  
Telefon: 02932 9787-0  
Telefax: 02932 9787-77

**Caritas-Werkstätten St. Martin**

**(Reg.-Nr. 3/57)**

Mühlenweg 58  
59929 Brilon  
Telefon: 02961 9718-100  
Telefax: 02961 9718120  
E-Mail: [e.kraft@caritas-brilon.de](mailto:e.kraft@caritas-brilon.de)  
Homepage: <https://www.caritas-brilon.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffverarbeitung  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN  
DRUCK/GRAFIK: Bedrucken von Gegenständen, Etikettendruck  
VERPACKUNGSARBEITEN: Konfektionieren  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege

**Weitere Betriebsstätten:**

Caritas-Werkstätten St. Martin  
Zweigwerkstatt Marsberg  
Am Leimenbusch 7  
34431 Marsberg  
Telefon: 02992 9700-0  
Telefax: 02992 9700-428

Caritas-Werkstätten St. Martin  
Außenstelle Hinterm Gallberg  
Hinterm Gallberg 10-12  
59929 Brilon  
Telefon: 02961 9718200  
Telefax: 02961 9718231

Caritas-Werkstätten St. Martin  
Lamfert 8  
59955 Winterberg

**Außenarbeitsgruppe:**

"Friedhof"  
59929 Brilon

Betriebsstätten für psychisch  
behinderte Menschen:

Caritas-Werkstätten St. Martin IDL I  
Gallbergweg 46  
59929 Brilon  
Telefon: 02961 9718300  
Telefax: 02961 9718340

Caritas-Werkstätten St. Martin IDL II  
Sintfeldweg 9a  
59929 Brilon  
Telefon: 02961 9718600  
Telefax: 02961 9718686

## Nordrhein-Westfalen (Bezirk der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen)

### Josefsheim gGmbH Bigger Werkstätten WfbM

(Reg.-Nr. 3/95)

Heinrich-Sommer-Str. 13  
59939 Olsberg  
Telefon: 02962 800-0  
Telefax: 02962 800-444  
E-Mail: [r.beul@josefsheim-bigge.de](mailto:r.beul@josefsheim-bigge.de)  
Homepage: <http://www.josefsheim-bigge.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen (z. B.: Sägen, Gewindeschneiden), CNC-Bearbeitung (z. B.: CNC-Drehen), Fügen  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Palettenherstellung, Spielzeugherstellung, Dekorations- u. Geschenkartikelherstellung, Massivholzbearbeitung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
MONTAGE: Baugruppen  
ELEKTRO: Elektromontage  
LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN: Konfektionierarbeiten  
LANDWIRTSCHAFTLICHE ARBEITEN: Viehhaltung, Naturschutzpflege, Lammfleischverkauf  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Kerzenherstellung, Grußkartenherstellung

Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Kerzen, Holzdekorationsartikel  
SPIELWAREN: Holzspielwaren  
PAPIERWAREN: Grußkarten

#### Weitere Betriebsstätten:

Außenstelle:  
Haus Bruno  
Negertalstr. 18  
59939 Olsberg (Brunskappel)

weitere Betriebsstätten:

Hans-Körling-Str. 1  
59939 Olsberg

Lipperoder Werkstätten  
Josefshaus Lipperode  
Bismarckstraße 9  
59558 Lippstadt  
Telefon: 02941 9604-0  
Telefax: 02941 9604-90

## Rheinland-Pfalz (Bezirk der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland)

### Lebenshilfe-Werke Trier GmbH

(Reg.-Nr. 5/15)

Diedenhofener Str. 27  
54294 Trier  
Telefon: 0651 81007-0  
Telefax: 0651 81007-250  
E-Mail: [verwaltung@lebenshilfe-werke.de](mailto:verwaltung@lebenshilfe-werke.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-werke.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Metallmontage, Zerspanen  
HOLZ: Holzbearbeitung, Kistenfertigung, Palettenherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN: Konfektionieren  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

Produkte:  
LEBENSMITTEL: Fleisch- und Wurstwaren, Landwirtschaftliche Erzeugnisse (Obst, Gemüse), Edelbrände  
KUNSTHANDWERK: Korb- und Stuhlflechtarbeiten, Saisonartikel, Textilien  
SONSTIGE PRODUKTE: Präsentkisten

#### Weitere Betriebsstätten:

Hofgut Serrig  
54455 Serrig  
Telefon: 06581 9145-0  
Telefax: 06581 914550  
E-Mail: [hofgut@lebenshilfe-werke.de](mailto:hofgut@lebenshilfe-werke.de)  
Homepage: <http://www.hofgut-serrig.de>

**Caritas Werkstätten für behinderte Menschen GmbH**

**(Reg.-Nr. 5/30)**

Diedenhofener Str. 9  
54294 Trier  
Telefon: 0651 82850-0  
Telefax: 0651 82850-50  
E-Mail: [leitzgen.juergen@caritas-region-trier.de](mailto:leitzgen.juergen@caritas-region-trier.de)  
Homepage: <http://www.caritas-werkstaetten-trier.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

**Auftragsarbeiten:**  
METALL: Trennen, Fügen, CNC-Bearbeitung (Bohren, Drehen), Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung, Fertigung von Reviereinrichtungen und Bänken  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
TEXTIL: Näherei  
DRUCK/GRAFIK: Fotokopieren  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering (Küche: Kantinenmahlzeiten, Mahlzeitendienst), Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Gartenbau (Anbau saisonales Gemüse, Frühlings- u. Sommerblüher, Festtagsfloristik, Präsente)

**Produkte:**

TEXTIL-/LEDERWAREN: Bekleidung, Haus- und Heimtextilien  
KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Holzarbeiten, Saisonartikel  
MÖBEL: Arbeits- und Büromöbel, Kindergarten-/Schulmöbel  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel (Parkbänke und Gartengarnituren), Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Sonstiger Gartenbedarf  
SONSTIGE PRODUKTE: Bauelemente, Reviereinrichtungen (Jagdkanzeln, Ansitze)

**Weitere Betriebsstätten:**

Diedenhofener Straße 11a  
54294 Trier  
Telefon: 0651 82850-0  
Telefax: 0651 82850-51

Außenstelle Hermeskeil  
Industriegebiet Grafenwald  
54411 Hermeskeil  
Telefon: 06503 994157  
Telefax: 06503 994158

## Rheinland-Pfalz (Bezirk der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland)

### St. Bernhards-Werkstätten Schönfelderhof

(Reg.-Nr. 5/32)

Schönfelderhof  
54313 Zemmer  
Telefon: 06580 912-0  
Telefax: 06580 912-111  
E-Mail: [info@bb-schoenfelderhof.de](mailto:info@bb-schoenfelderhof.de)  
Homepage: <http://www.bb-schoenfelderhof.de/bbsfh/index.php>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Palettenherstellung, Möbelfertigung, Bilderrahmenfertigung, Zaunherstellung  
ELEKTRO: Elektromontage  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

#### Produkte:

LEBENSMITTEL: Brot und Backwaren, Fleisch- und Wurstwaren, Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Getränke: Säfte (Apfelsaft)  
KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten (Holzkreuze), Kreatives aus Stoff  
GARTENBEDARF / GÄRTNEREIPRODUKTE: Sonstiger Gartenbedarf (Edelstahlgrill, Futterraufe)  
SONSTIGE PRODUKTE: Vermessungspfähle, Rankgitter und Sichtschutzelemente als System, Handschuhhalter

#### Weitere Betriebsstätten:

Betriebsstätte Schweich  
Am Bahndamm 4  
54338 Schweich

## Rheinland-Pfalz (Bezirk der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland)

### Lebenshilfe Werkstatt Konz

(Reg.-Nr. 5/40)

Granastr. 113  
54329 Konz  
Telefon: 06501 9274-0  
Telefax: 06501 9274-120  
E-Mail: [wfbm@lebenshilfe-trier-saarburg.de](mailto:wfbm@lebenshilfe-trier-saarburg.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-trier-saarburg.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
MONTAGE- UND VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (Großküche), Wäscherei, Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

#### Produkte:

KUNSTHANDWERK : Holzarbeiten (verschiedene kreative Holzfiguren, die wir gerne auf Bestellung anfertigen)  
PAPIERWAREN: Glückwunsch- und Weihnachtskarten

**DRK-Sozialwerk Bernkastel-Wittlich gGmbH**

**(Reg.-Nr. 5/24)**

Am Kurpark 18  
54470 Bernkastel-Kues  
Telefon: 06531 505-0  
Telefax: 06531 505-50  
E-Mail: [info@drk-sozialwerk.de](mailto:info@drk-sozialwerk.de)  
Homepage: <http://www.drk-sozialwerk.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen (z.B. Drehen, Fräsen, Bohren, Entgraten),  
Fügen (z.B. Schweißen), Metallmontage, Schleifen, Sandstrahlen,  
Aluminiumbearbeitung  
HOLZ: Kistenfertigung, Palettenherstellung, Herstellung von Produkten aus  
Holz nach Kundenwunsch

ELEKTRO: Kabelkonfektionierung

LACKIARBEITEN/PULVERBESCHICHTUNGEN

VERPACKUNGS- UND MONTAGEARBEITEN: Manuelles Verpacken,  
Abwiegen, Montage von Sanitär-Armaturen, Demontage verschiedener  
Industrieteile

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und  
Pflanzenpflege, Landschaftspflege

HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (Küche, Belieferung von Kantinen),  
Wäscherei (Tischwäsche, Flachwäsche und Arbeitsbekleidung)

SONSTIGE LEISTUNGEN: Weinbau (Sektherstellung im Lohnverfahren nach  
traditionellen Verfahren, Anbau, Abfüllung, Versand von Weinen und Sekten),  
Rebenveredelung (Herstellung von Pfropfreben), Landwirtschaft,  
Pferdeponen, Außenarbeitsplätze: Vinothek, Fischzucht Himmerod

Produkte:

LEBENSMITTEL: Landwirtschaftliche Erzeugnisse (z.B. Salat und Gemüse),  
Wein, Sekt

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte

**Weitere Betriebsstätten:**

Zweigwerkstatt I  
DRK-Cusanus-Hofgut  
Wehlener Plateau  
54470 Bernkastel-Kues  
Telefon: 06531 9603-0  
Telefax: 06531 9603-31

"Zweigwerkstatt Industriegebiet"  
Außenstelle Gewerbestraße  
Gewerbestraße 2  
54470 Bernkastel-Kues  
Telefon: 06531 501979-13  
und

Außenstelle  
Rebenveredelung  
Hermann-Zillig-Straße 1  
54470 Bernkastel-Kues  
Telefon: 06531 3151

Außenstelle Cusanusstraße  
Betriebsstätte für Menschen mit  
psychischen Beeinträchtigungen  
Cusanustr. 64  
54470 Bernkastel-Kues  
Telefon: 06531 500817

Außenstelle Panoramastraße  
Betriebsstätte für Menschen mit  
psychischen Beeinträchtigungen  
Panoramastraße 2-4  
54470 Bernkastel-Kues  
Telefon: 06531 9719131

Wittegra gGmbH  
Otto-Hahn-Str. 3  
54516 Wittlich

Wittegra gGmbH  
Röntgenstraße 2  
54516 Wittlich



## Rheinland-Pfalz (Bezirk der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland)

### **Gemeinnützige Westeifel Werke GmbH der Lebenshilfen Bitburg, (Reg.-Nr. 5/25) Daun, Prüm**

Vulkanring 7  
54568 Gerolstein  
Telefon: 06591 16-0  
Telefax: 06591 16-111  
E-Mail: [info@westeifel-werke.de](mailto:info@westeifel-werke.de)  
Homepage: <http://www.westeifel-werke.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Metallbearbeitung, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage

KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage

DRUCK/GRAFIK: Bedrucken von Gegenständen (Luftballon-Druckerei)

VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Catering

Produkte:

KUNSTHANDWERK: Perlenschmuck und Accessoires

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel,

Pflanzenkübel, Abfallbehälter, Fahrradständer, Projekte im Freiraumbereich

WERBEMITTEL (z. B. bedruckte Luftballons)

SONSTIGE PRODUKTE: Kfz-Schilder, Spaß-Schilder

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Unter den Birken 2

54636 Wißmannsdorf-Hermesdorf

Telefon: 06527 9274-0

Telefax: 06527 9274-12

Industriestr. 1

54595 Weinsheim

Telefon: 06551 9559-0

Telefax: 06551 9559-44

## Rheinland-Pfalz (Bezirk der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland)

### **EuWeCo gGmbH - Europäische Werkstätten Cooperation gGmbH (Reg.-Nr. 5/42)**

Industriestr. 1 A  
54595 Weinsheim  
Telefon: 06551 14737-0  
Telefax: 06551 14737-12  
E-Mail: [jmorbach@euweco-online.de](mailto:jmorbach@euweco-online.de)  
Homepage: <http://www.euweco-online.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Digitale Archivierung

VERPACKUNGS- und MONTAGEARBEITEN

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau / Mobile

Dienste

SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Betriebsstätte:

Hamsterweg 6

54550 Daun-Pützborn

Telefon: 06592 1732-11

Telefax: 06592 1732-33

Verwaltung:

Vulkanring 7

54568 Gerolstein

**in.betrieb gGmbH  
Gesellschaft für Teilhabe und Integration**

**(Reg.-Nr. 5/11)**

Carl-Zeiss-Str. 2  
55129 Mainz  
Telefon: 06131 5802-0  
Telefax: 06131 5802-113  
E-Mail: [info@inbetrieb-mainz.de](mailto:info@inbetrieb-mainz.de)  
Homepage: <http://www.inbetrieb-mainz.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen (z.B. Drehen, Fräsen, Bohren), Montagearbeiten  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung  
RECYCLING: Elektro-Recycling (Zertifizierter Entsorgungsbetrieb,  
Einsammlung, Verwertung und Entsorgung, Beförderung und Behandlung von  
Elektro- und Elektronikgeräten)  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Digitale Archivierung, Sonstige EDV-  
Dienstleistungen (Datenbankhandling)  
LETTERSHP AND MAILING: Fotokopien und Laserdrucke bis DIN A3,  
Erstellung von Serienbriefen, Druck von Adresstiketten, Infobriefe und  
Infopost, Bestücken von Ordnern und Mappen, Klebe- und Ringbindung  
VERPACKUNGSARBEITEN: Manuelle und Maschinelle (Schrumpferpackung,  
Kodieren, Blistern) Kabelmontage  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und  
Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
AKTENVERNICHTUNG: Nach den Richtlinien des  
Bundesdatenschutzgesetzes Schutzklasse 2 / Sicherheitsstufe 3 - DIN 66399,  
Gesetzeskonforme Dokumentation der Vernichtung  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen, Umzugs- und  
Transportarbeiten,  
Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen), Autowaschstraße,  
Autopflege (Innen- und Außen-Reinigung)

**Weitere Betriebsstätten:**

Am Neuberg 2  
55268 Nieder-Olm  
Telefon: 06136 758-0  
Telefax: 06136 758-311

**gpe gGmbH, ServiceCenter**

**(Reg.-Nr. 5/35)**

Galileo-Galilei-Str. 9a  
55129 Mainz  
Telefon: 06131 66940-10  
Telefax: 06131 66940-15  
E-Mail: [info@gpe-mainz.de](mailto:info@gpe-mainz.de)  
Homepage: <http://www.gpe-mainz.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

**Auftragsarbeiten:**  
HOLZ: Möbelfertigung (z.B. maßgefertigte, individuelle Möbelstücke, Einbauschränke, Küchenarbeitsplatten)  
TEXTIL/LEDER: Näherei (Schneiderei: Änderungen aller Art, Maßanfertigungen von Hosen, Westen, Blusen, Anfertigung von Heimtextilien, Herstellung von textilen Spielsachen)  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung (z.B. Buchbinderei, Broschürenherstellung, Buchreparaturen, Prägungen etc.), Grafische Gestaltung (z. B. Druck und Gestaltung von Visitenkarten, Briefpapier, Einladungen, Diplomarbeiten etc.), Fotokopieren  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (mehrere Kantinen), Wäscherei (Wäsche- und Textilpflege)  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Gastronomie (Gast Hof Grün, INN-Küche)

**Produkte:**  
TEXTILWAREN: Haus- und Heimtextilien (Anfertigung von Vorhängen, Stores, Kissenbezüge, Tischdecken, Tagesdecken etc.), textile Spielsachen (z. B. Spielhäuschen, Tunnels, Riesenbälle, Würfel etc.)  
KUNSTHANDWERK: Kunstwerkstatt (Kunstdrucke, Kunst-Postkarten, Auftragsarbeiten - z.B. Anfertigung von Portraits als Zeichnung, Malerei oder Fotografie, Gemälde in Acryl nach Vorlage, Graffiti auf Leinwand nach Vorlage)  
PAPIERWAREN: Karten, Fotoalben, Ordner, Mappen, Schreibmappen, Anfertigung individueller Produkte

**Weitere Betriebsstätten:**

ServiceCenter Montage- und Verpackungsservice + Schneiderei  
Rheinhessenstraße 17  
55129 Mainz  
Telefon: 06131 95846-16 (Montage- und Verpackung)  
Telefon: 06131 95846-19 (Schneiderei)  
E-Mail: [montage-und-verpackung@gpe-mainz.de](mailto:montage-und-verpackung@gpe-mainz.de)  
E-Mail: [schneiderei@gpe-mainz.de](mailto:schneiderei@gpe-mainz.de)

ServiceCenter INN-Küche  
Gleiwitzer Straße 4  
55131 Mainz  
Telefon: 06131 578958  
E-Mail: [innkueche@gpe-mainz.de](mailto:innkueche@gpe-mainz.de)

ServiceCenter Textil- und Wäschepflege  
Mainzer Str. 28  
55218 Ingelheim  
Telefon: 06131 5151560  
E-Mail: [textilpflege@gpe-mainz.de](mailto:textilpflege@gpe-mainz.de)

**Zoar Werkstätten Alzey**

**(Reg.-Nr. 5/47)**

Hagenstr. 53  
55232 Alzey  
Telefon: 06731 902-0  
Telefax: 06731 7892  
E-Mail: [werkstatt-alzey@zoar.de](mailto:werkstatt-alzey@zoar.de)  
Homepage: <http://www.zoar.de>

**Weitere Betriebsstätten:**

Zoar-Werkhaus Alzey  
Spießgasse 97  
55232 Alzey  
Telefon: 06731 9977-30  
Telefax: 06731 9977-48  
E-Mail: [werkhaus-alzey@zoar.de](mailto:werkhaus-alzey@zoar.de)

## Rheinland-Pfalz (Bezirk der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland)

### Zoar-Werkstätten Heidesheim

(Reg.-Nr. 5/46)

Binger Str. 46  
55262 Heidesheim  
Telefon: 06132 507162  
Telefax: 06132 507204  
E-Mail: [werkstatt-heidesheim@zoar.de](mailto:werkstatt-heidesheim@zoar.de)  
Homepage: <http://www.zoar.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Produkte:

Mit diesem Link werden Sie zu unseren Web-Verkaufsplattformen geleitet:  
<http://www.zoar.de/index.php?id=160>

## Rheinland-Pfalz (Bezirk der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland)

### Rheinhessen-Werkstatt der Nieder-Ramstädter Diakonie

(Reg.-Nr. 5/18)

Spiesheimer Weg 33  
55286 Wörrstadt  
Telefon: 06732 9407-0  
Telefax: 06732 9407-7918  
E-Mail: [gerda.hiemeyer@nrd-online.de](mailto:gerda.hiemeyer@nrd-online.de)  
Homepage: <https://www.nrd.de/de/index.php>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

#### Weitere Betriebsstätten:

Rheinhessen-Werkstatt - Küche

Bahnhofstraße 45a

55270 Jugenheim

Telefon: 06130 9292-7990

Telefax: 06130 9292-7995

**Lebenshilfe Werkstätten Bad Kreuznach gGmbH**

**(Reg.-Nr. 5/7)**

Burgenlandstr. 9  
55543 Bad Kreuznach  
Telefon: 0671 88840-0  
Telefax: 0671 88840-66  
E-Mail: [info@lebenshilfe-kh.de](mailto:info@lebenshilfe-kh.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-kreuznach.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, CNC-Bearbeitung, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, CNC-Bearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
DRUCK/GRAFIK: Bedrucken von Gegenständen  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Kfz-Pflege, Beschriftungen (z.B. Kfz, Banner)

**Produkte:**

MÖBEL: Kleinmöbel  
SONSTIGE PRODUKTE: Holzkisten

**Weitere Betriebsstätten:**

Betriebsstätte Bretzenheim  
In den Zehn Morgen 7  
55559 Bretzenheim  
Telefon: 0671 83840-0  
Telefax: 0671 83840-66

**Stiftung kreuznacher diakonie  
Bereich Arbeit und Qualifizierung  
Bereichsleitung**

**(Reg.-Nr. 5/20)**

Talweg 1  
55590 Meisenheim  
Telefon: 06753 10-251  
Telefax: 06753 3211  
E-Mail: [info@diakonie-werkstaetten.de](mailto:info@diakonie-werkstaetten.de)  
Homepage: <http://www.diakonie-werkstaetten.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kisten, Spielzeugherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Grafische Gestaltung, Fotokopieren, Bedrucken von Gegenständen  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen

Produkte:  
LEBENSMITTEL: Landwirtschaftliche Erzeugnisse: Geflügel, Fleisch- und Wurstwaren, Eier, Bioprodukte (Bioland Geflügelhof)  
KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Goldschmiede (historischer und moderner Schmuck, Ehrenabzeichen)  
HAUSHALTSWAREN: Brotzeitbretter  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Sonstiger Gartenbedarf (Edelstahl-Grills)  
MÖBEL: Kleinmöbel wie Spielzeugkisten, Regale, Wohnaccessoires  
BÜROARTIKEL: Schreibtischaccessoires  
SONSTIGE PRODUKTE: Stuck-Urnen, Bio-Urnen, Papier-Urnen, Repliken historischer Fundobjekte

**Weitere Betriebsstätten:**

Hauptwerkstatt:  
Talweg 8  
55590 Meisenheim

**Weitere Betriebsstätten:**

Betrieb Meisenheim  
Raumbacher Straße 42  
55590 Meisenheim  
Telefon: 06753 9345-200  
Telefax: 06753 3001

Bad Kreuznach Betrieb 1  
Hans-Schumm-Str. 10  
55543 Bad Kreuznach  
Telefon: 0671 605-3378  
Telefax: 0671 605-3795

Bad Kreuznach Betrieb 2  
Hans-Schumm-Str. 2  
55543 Bad Kreuznach  
Telefon: 0671 605-3949  
Telefax: 0671 605-3252

Betrieb Kirn  
Carl-Simon-Str. 1  
55606 Kirn  
Telefon: 06752 9125-0  
Telefax: 06752 9125-55

Betrieb Bad Sobernheim  
Haystraße 26  
55566 Bad Sobernheim  
Telefon: 06751 8536-0  
Telefax: 06751 8536-29

Betrieb Asbacher Hütte  
An der Landesstraße 160  
55758 Asbacher Hütte  
Telefon: 06786 9516-02  
Telefax: 06786 9516-10

Niederreidenbacher Hof  
55743 Bad Kreuznach  
Telefon: 06784 98396-0  
Telefax: 06784 98396-11

Betrieb Bad Kreuznach 2  
Riegelgrube 21  
55543 Bad Kreuznach

**Nahe-Hunsrück-Werkstätten (NHW)**

**Werkstatt für Behinderte der Lebenshilfe Obere Nahe gGmbH**

**(Reg.-Nr. 5/10)**

Weißbarr 11-13

55743 Idar-Oberstein

Telefon: 06781 202-0

Telefax: 06781 20219

E-Mail: [heiko.schacht@lhio.de](mailto:heiko.schacht@lhio.de)

Homepage: <http://www.lebenshilfe-idar-oberstein.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage

KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage

DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei, Reinigungsarbeiten

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau,  
Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Qualitätssicherung, Schilder mit Folie bekleben

**Weitere Betriebsstätten:**

Weidenberg 1

55743 Idar-Oberstein

Telefon: 06784 9003012

Telefax: 06784 9003029

Nahestraße 48

55743 Idar-Oberstein

Telefon: 06781 568733-0

Telefax: 06781 568733-33



**Rhein-Mosel-Werkstatt für behinderte Menschen gGmbH**

**(Reg.-Nr. 5/14)**

Ernst-Sachs-Str. 10  
56070 Koblenz  
Telefon: 0261 80803-0  
Telefax: 0261 8080350  
E-Mail: [info.kob@rmw-koblenz.de](mailto:info.kob@rmw-koblenz.de)  
Homepage: <http://www.rmw-koblenz.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, CNC-Bearbeitung, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Spielzeugherstellung  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling  
DRUCK/GRAFIK: Fotokopieren  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Digitale Archivierung (Archivierung- und Scandienste)  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering, Wäscherei, Heißmangel  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung

**Produkte:**

TEXTIL-/LEDERWAREN: Haus- und Heimtextilien, Webwaren aller Art  
HAUSHALTSWAREN: Bürsten und Besen, Ziegenhaarprodukte  
KUNSTHANDWERK: Ziegenhaarprodukte  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel (Liegemöbel für Gartenbereich und Wanderwege Marke Rontondo)  
SPIELWAREN: Holzspielwaren (auf Anfrage)  
SONSTIGE PRODUKTE: Tellerbesen für Großkehrmaschinen

**Weitere Betriebsstätten:**

Betriebsstätte Kastellaun  
Auf Dornbruch 6  
56288 Kastellaun  
Telefon: 06762 9334-0  
Telefax: 06762 9334-50

Berufsbildungsbereich der Rhein-Mosel-Werkstatt für behinderte Menschen gGmbH  
Auf Dornbruch 9  
56288 Kastellaun  
Telefon: 06762 9334-0  
Telefax: 06762 9334-50

Betriebsstätte Simmern  
Im Boorstück 1  
55469 Simmern  
Telefon: 06761 9320-0  
Telefax: 06761 9320-25

Betriebsstätte Weißenthurm  
Hafenstr. 10  
56575 Weißenthurm  
Telefon: 02637 9203-0  
Telefax: 02637 9203-100

Betriebsstätte Koblenz I - Metall  
Ernst-Sachs-Str. 4  
56070 Koblenz  
Telefon: 0261 80803-0  
Telefax: 0261 80803-50

Betriebsstätte Koblenz II  
Theo-Mackeben-Str. 22  
56070 Koblenz  
Telefon: 0261 20172-600  
Telefax: 0261 20172-650

Fordstraße 4b  
56288 Kastellaun

## Rheinland-Pfalz (Bezirk der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland)

### Bethesda-St. Martin gemeinnützige Gesellschaft mbH Rheinwerkstatt

(Reg.-Nr. 5/36)

Mainzer Str. 8  
56154 Boppard  
Telefon: 06742 8747-300  
Telefax: 06742 8747-310  
E-Mail: [rheinwerkstatt@stiftung-bethesda.de](mailto:rheinwerkstatt@stiftung-bethesda.de)  
Homepage: <http://www.stiftung-bethesda.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Möbelfertigung (auch Möbelrestaurierung), Spielzeugherstellung  
DRUCK/GRAFIK (WERBETECHNIK): Grafische Gestaltung, Fotokopieren, Bedrucken von Gegenständen (z.B. Textilien, Schilder, KFZ-Beschriftung)  
VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Großküche  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Haus- und Außentechnik (Mülltrennung und -entsorgung, Reparaturarbeiten jeglicher Art), Kaufmännische Verwaltung und Beschaffung (Listen erstellen, Angebote einholen und sichten, Bestellungen), Dekorationen  
Produkte:  
LEBENSMITTEL: Öl- und Senferstellung, Apfelsaftproduktion  
KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Holzarbeiten  
SONSTIGE PRODUKTE: Schilder

#### Weitere Betriebsstätten:

Betriebsstätte Hellerwald  
Hellerwaldstraße 2  
56154 Boppard

## Rheinland-Pfalz (Bezirk der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland)

### Förder- und Wohnstätten gemeinnützige GmbH Werkstatt für behinderte Menschen

(Reg.-Nr. 5/41)

Anne-Frank-Str. 1  
56220 Kettig  
Telefon: 02637 94350  
Telefax: 02637 9435-709  
E-Mail: [info@fws-kettig.de](mailto:info@fws-kettig.de)  
Homepage: <http://www.fws-kettig.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
TEXTIL/WEBEREI: Wäschekennzeichnung - Patchen, verschiedenste Webprodukte  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN: z.B. Kleinmontage, Konfektionierung und Verpackung  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung nach datenschutzrechtlichen Bestimmungen DIN 66399  
Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Keramik, Korbflechterarbeiten, Kerzenherstellung  
HAUSHALTSWAREN: hochwertige Bürsten und Besen  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Nisthilfen, Dekoartikel  
SONSTIGE PRODUKTE: Buttons

**Mosellandwerkstätten Ebernach-Kühr gGmbH**

**(Reg.-Nr. 5/38)**

Am Laach 8  
56253 Treis-Karden  
Telefon: 02672 931-0  
Telefax: 02672 931-111  
E-Mail: [s.muentnich@mosellandwerkstaetten.de](mailto:s.muentnich@mosellandwerkstaetten.de)  
Homepage: <http://mosellandwerkstaetten.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen (z.B. Drehen, Fräsen, Bohren, Senken, Reiben, Sägen),  
CNC-Bearbeitung (CNC-Drehen, Kunststoff und Metall bis 300 mm  
Durchmesser und 400 mm Länge), Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung (z.B. Bohren, Fräsen, Hobeln, Kleben, Sägen,  
Schreiner- und Tischlerarbeiten), CNC-Bearbeitung (CNC-  
Bearbeitungszentrum) Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung (Ein-,  
Mehrwegpaletten), Möbelfertigung (z.B. Regale)  
KUNSTSTOFF: CNC-Bearbeitungszentrum  
TEXTIL/LEDER: Näherei, Lederarbeiten, Schuhreparaturen  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Gravierarbeiten (CNC-gesteuert mit max.  
Gravurfläche 500\*300 mm), Wanderwegbeschilderung in Holz und Kunststoff

**Weitere Betriebsstätten:**

Kloster Ebernach  
Bruder-Maximilian-Str. 1  
56812 Cochem  
Telefon: 02671 6078-0  
Telefax: 02671 6078-25

Herz-Jesu-Haus Kühr  
Markstraße 62  
56332 Niederfell  
Telefon: 02607 69-203  
Telefax: 02607 69-200

**Werkstätten der Stiftung Scheuern  
Verwaltung**

**(Reg.-Nr. 5/21)**

Am Burgberg 16  
56377 Nassau/Lahn  
Telefon: 02604 979-0  
Telefax: 02604 979-109  
E-Mail: [info@stiftung-scheuern.de](mailto:info@stiftung-scheuern.de)  
Homepage: <http://www.stiftung-scheuern.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen (z.B. Senken, Drehen, Fräsen), Fügen, Metallmontage, Ablängen von Stabware

HOLZ: Holzbearbeitung, CNC-Bearbeitung, Holzmontage, Palettenherstellung, Möbelfertigung, Plattenzuschnitte, Plattenbearbeitung, Kanten bis 8 mm Stärke belegen

ORTHOPÄDIE-SCHUHTECHNIK: Orthopädische Schuhe, Einlagen, Schuhzurichtungen, Lederarbeiten (Herstellung, Pflege und Reparatur aller Art)  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei (Digital- und Offsetdruck),

Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung, Fotokopieren

MAILING UND VERSANDARBEITEN: Einzel- und Massenversand mit "Rundum-Service" durch den Letter-Shop

MONTAGE- und VERPACKUNGSARBEITEN aller Art

GASTRONOMIE Catering/Partyservice (Gastronomischer Service, Verpflegungsleistung für Großeinrichtungen), Schul- und Seniorenverpflegung

WÄSCHEREI: Miet- und Lohnwäsche aller Art, RAL-GZ zertifiziert, Näh- und Reparaturarbeiten an Textilien

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

Produkte:

LEBENSMITTEL: Landwirtschaftliche Erzeugnisse (aus dem Obstanbau)

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Keramik, Kerzen

MÖBEL: Arbeits- und Büromöbel, Kindergarten-/Schulmöbel, Kleinmöbel, Regale, Wohnmöbel, Einbaumöbel

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel, Vogelfutterhäuschen, Nistkästen

**Weitere Betriebsstätten:**

Hauptwerkstatt:  
Im Mühlbachtal  
56377 Nassau

Weitere Betriebsstätten:

Betriebsstätte und Verwaltung  
Am Burgberg 16  
56377 Nassau

Zweigwerkstatt  
Auf dem Hunzel  
56379 Singhofen

Werkstattbereich Metall  
Telefon: 02604 979-700  
Telefax: 02604 979-109  
E-Mail: [m.ehl@stiftung-scheuern.de](mailto:m.ehl@stiftung-scheuern.de)

Wäscherei  
Telefon: 02604 979-719  
Telefax: 02604 979-109

Montage- und  
Dienstleistungszentrum  
Nieverner Str. 9  
56130 Bad Ems  
Telefon: 02603 9314810  
Telefax: 02603 9314817  
Homepage: [www.mdz-bad-ems.de](http://www.mdz-bad-ems.de)

Orthopädie - Schuhtechnik  
Obertal 12  
56377 Nassau/Lahn  
Telefon: 02604 6564  
Telefax: 02604 951004

BIS - Berufsbildungs- und  
Integrationservice  
Wipsch 1  
56130 Bad Ems  
Telefon: 02603 9318710  
Telefax: 02603 9318722

## Caritas-Werkstätten Westerwald-Rhein-Lahn

(Reg.-Nr. 5/17)

Warthestr. 21  
56410 Montabaur  
Telefon: 02602 1307-0  
Telefax: 02602 1307-50  
E-Mail: [mail@caritaswerkstaetten-wwrl.de](mailto:mail@caritaswerkstaetten-wwrl.de)  
Homepage: <http://www.caritaswerkstaetten-wwrl.de>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage, CNC-Bearbeitung  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
LACKIARBEITEN/BESCHICHTUNGEN  
RECYCLING: Demontearbeiten, Annahmestelle für Leuchtstoffröhren und Energiesparlampen  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei, Heißmangel  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)  
LOGISTISCHE LEISTUNGEN: u.a. Vermietung Euro-Stellplätze

Produkte:  
LEBENSMITTEL: CAP-Lebensmittelmarkt: Produkte des täglichen Bedarfs  
KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Saisonartikel  
MÖBEL: Kleinmöbel  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel

### Weitere Betriebsstätten:

Betrieb St. Goarshausen  
Dolkstr. 5  
56346 St. Goarshausen  
Telefon: 06771 93050  
Telefax: 06771 930550

Betrieb Rotenhain  
Bahnhofstr. 9  
56459 Rotenhain  
Telefon: 02661 9856-13  
Telefax: 02661 9856-50

Betrieb Niederelbert  
Horresserstr. 16  
56412 Niederelbert  
Telefon: 02602 2007  
Telefax: 02602 947473

Betrieb Nauort  
Schulstr. 16  
56237 Nauort  
Telefon: 02601 1622

Betrieb Lahnstein  
Goethestr. 20  
56112 Lahnstein  
Telefon: 06771 93050

Betrieb MoDiTec Montabaur  
Warthestr. 30, Moselstr. 1 und  
Weserstr. 5  
56410 Montabaur  
Telefon: 02602 1307-34

Betrieb MoDiTec Lahnstein  
Johann-Baptist-Ludwig-Straße 14  
56112 Lahnstein  
Telefon: 02621 62894-04

CAP-Lebensmittelmarkt  
Hundsangen  
Hauptstr. 49a  
56414 Hundsangen  
Telefon: 06435 5480031  
Telefax: 06435 5480032

**Engerser Werkstätten  
Heinrich-Haus gGmbH  
Verwaltung**

**(Reg.-Nr. 5/27)**

Neuwieder Str. 21 a  
56566 Neuwied  
Telefon: 02622 892-2680/2681  
Telefax: 02622 892-2670  
E-Mail: [info@heinrich-haus.de](mailto:info@heinrich-haus.de)  
Homepage: <http://www.heinrich-haus.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

**Auftragsarbeiten:**

**METALL:** Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage, CNC-Bearbeitung  
**HOLZ:** Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Spielzeugherstellung, CNC-Bearbeitung, CAD Konstruktion

**ELEKTRO:** Elektromontage, Kabelkonfektionierung

**LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN**

**DRUCK/GRAFIK:** Druckerei, Druckweiterverarbeitung (z.B. Buchbinderei),

Fotokopieren, Bedrucken von Gegenständen

**EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN**

**MAILING UND VERSANDARBEITEN**

**VERPACKUNGSARBEITEN**

**HAUSWIRTSCHAFT:** Catering/Partyservice

**GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE:** Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

**SONSTIGE LEISTUNGEN:** Aktenvernichtung, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen), KfZ-Instandhaltung

**Produkte:**

**KUNSTHANDWERK:** Keramik, Korb- und Stuhlflechterarbeiten

**MÖBEL:** Wohnmöbel

**GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE:** Pflanzen/Baumschulprodukte, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen

**PAPIERWAREN**

**Weitere Betriebsstätten:**

**Hauptwerkstatt:**

Werkstatt Engers  
Heinrich-Haus gGmbH  
Am Hohen Rhein 4  
56566 Neuwied  
Telefon: 02622 892-3693

**Weitere Betriebsstätten:**

Werkstatt St. Katharinen  
Heinrich-Haus gGmbH  
Linzer Str. 118  
53562 St. Katharinen  
Telefon: 02622 892-1252  
Telefax: 02622 892-1260

Förderzentrum Else-Meurer-Haus  
Heinrich-Haus gGmbH  
Neuwieder Str. 46 a  
56566 Neuwied-Engers  
Telefon: 02622 892-3670

Kompetenzwerkstatt Neuwied  
Heinrich-Haus gGmbH  
Sohler Weg 65  
56564 Neuwied  
Telefon: 02622 892-1510

Holzzentrum  
Heinrich-Haus gGmbH  
Stiftsstr. 1  
56566 Neuwied-Heimbach-Weis  
Telefon: 02622 892-4282  
Telefax: 02622 892-4284

Culterra Landschaftspflege  
Heinrich-Haus gGmbH  
Stiftsstr. 1  
56566 Neuwied-Heimbach-Weis  
Telefon: 02622 892-4414  
Telefax: 02622 892-4590

KfZ-Servicestation  
Januaris-Zick-Str. 12  
56566 Neuwied  
Telefon: 02622 892-3894  
Telefax: 02622 892-3812

CAP-Markt  
Linzer Str. 90  
53562 St. Katharinen  
Telefon: 02622 892-1252  
Telefax: 02622 892-1260

**St. Josefs-Werkstätten Plaidt**

**(Reg.-Nr. 5/34)**

Gewerbegebiet Saffiger Str. 14  
56637 Plaidt  
Telefon: 02632 952-0  
Telefax: 02632 952-397  
E-Mail: [info.wfbm@bb-saffig.de](mailto:info.wfbm@bb-saffig.de)  
Homepage: <http://www.bb-saffig.de/bbsaf/index.php>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, CNC-Bearbeitung (Drehen u. Fräsen), Fügen,  
Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung,  
Möbelfertigung, Möbelrestauration  
TEXTIL/LEDER: Näherei, Lederarbeiten, Polsterei  
DRUCK/GRAFIK: Fotokopieren, Bedrucken von Gegenständen (Tampondruck,  
Thermotransferdruck)  
VERPACKUNGSARBEITEN  
MONTAGEARBEITEN  
KONFEKTIONIEREN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau,  
Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Auto-Service-Station (Waschanlage, Lack- und  
Polsterpflege, Innenraumreinigung)

**Weitere Betriebsstätten:**

(Café)  
Pöschstr. 18  
56648 Saffig  
Telefon: 0625 31-0  
Telefax: 0625 31100



**St. Raphael Caritas Alten- und Behindertenhilfe GmbH  
Geschäftsbereich Arbeit**

**(Reg.-Nr. 5/13)**

Ludwig-Erhard-Str. 17  
56727 Mayen  
Telefon: 02651 4968-0  
Telefax: 02651 495822  
E-Mail: [info@scrab.de](mailto:info@scrab.de)  
Homepage: <https://www.st-raphael-cab.de/behindertenhilfe/caritas-werkstaetten>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen (z.B. Bohren), CNC-Bearbeitung (CNC-Drehen/-Fräsen), Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling, Kork-Recycling, Demontagearbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Bedrucken von Gegenständen (Siebdruck, Tampondruck)  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN, Montagearbeiten, Konfektionieren  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei, Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Logistische Leistungen

**Weitere Betriebsstätten:**

Hauptwerkstatt:

Caritas Werkstätten St. Johannes  
Polcher Straße 160  
56727 Mayen  
Telefon: 02651 9853-0  
Telefax: 02651 901372  
E-Mail: [mayen@scrab.de](mailto:mayen@scrab.de)

weitere Betriebsstätten:

Caritas Werkstätten St. Johannes  
Service- und Logistikzentrum  
Ludwig-Erhard-Str. 17  
56727 Mayen  
Telefon: 02651 70098-00  
Telefax: 02651 70098-05  
E-Mail: [service.logistik@scrab.de](mailto:service.logistik@scrab.de)

Ludwig-Erhard-Str. 14  
56727 Mayen

Caritas Werkstätten St. Elisabeth  
Kripper Str. 25  
53489 Sinzig  
Telefon: 02642 9702-30  
Telefax: 02642 7258  
E-Mail: [sinzig@scrab.de](mailto:sinzig@scrab.de)

Caritas Werkstätten St. Elisabeth  
INTEC-Betriebe  
Kripper Straße 26  
53489 Sinzig  
Telefon: 02642 9702-30  
Telefax: 02642 7258  
E-Mail: [intec.sinzig@scrab.de](mailto:intec.sinzig@scrab.de)

Caritas Werkstätten St. Stephan  
August-Horch-Str. 6  
56751 Polch  
Telefon: 02654 9397-0  
Telefax: 02654 9397-50  
E-Mail: [polch@scrab.de](mailto:polch@scrab.de)

Caritas Werkstätten St. Anna  
Eifel-Maar-Park 17  
56766 Ulmen  
Telefon: 02676 9527-0  
Telefax: 02676-9527-29  
E-Mail: [ulmen@scrab.de](mailto:ulmen@scrab.de)

Caritas Werkstätten St. Vinzenz  
August-Horch-Str. 12  
56812 Cochem  
Telefon: 02671 91696-0  
Telefax: 02671 5524

E-Mail: [cochem@scrab.de](mailto:cochem@scrab.de)

Caritas Werkstätten St. Vinzenz  
INTEC-Betriebe  
August-Horch-Straße 5 - 7  
56812 Cochem  
Telefon: 02671 980653  
Telefax: 02671 980654  
E-Mail: [intec.cochem@scrab.de](mailto:intec.cochem@scrab.de)

Caritas Werkstätten  
INTEC-Betriebe  
Christine-Demmer-Str. 20  
53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler  
Telefon: 02641 91139-100  
Telefax: 02641 91139-199

Außenstellen:

Kripper Straße 27  
53489 Sinzig

Moselstr. 39  
53489 Sinzig

**Westerwald-Werkstätten GmbH**

**(Reg.-Nr. 5/23)**

Friedrichstr. 2  
57537 Mittelhof-Steckenstein  
Telefon: 02742 9325-0  
Telefax: 02742 4685  
E-Mail: [info@wfbm-ak.de](mailto:info@wfbm-ak.de)  
Homepage: <http://www.wfbm-ak.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, CNC-Bearbeitung, Fügen, Metallmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung, Schaltschrankbau  
RECYCLING: Demontagearbeiten  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNG: Verpackungsarbeiten, Kleinmontage, Konfektionierung  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering, Partyservice, Gemeinschaftsverpflegung  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau,  
Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

**Weitere Betriebsstätten:**

Hauptwerkstatt:  
Werkstatt Mittelhof  
Friedrichstr. 2  
57537 Mittelhof  
Telefon 02742 9325-0  
Telefax 02742 9325-46  
E-Mail [u.hohn@wfbm-ak.de](mailto:u.hohn@wfbm-ak.de)

Weitere Betriebsstätten:

Werkstatt Flammersfeld  
Auf der Brück 4  
57632 Flammersfeld  
Telefon: 02685 95160  
Telefax: 02685 8662  
E-Mail: [k.spiller@wfbm-ak.de](mailto:k.spiller@wfbm-ak.de)

Werkstatt Altenkirchen  
Driescheider Weg 57  
57610 Altenkirchen  
Telefon: 02681 983021-18  
Telefax: 02681 983021-14  
Email: [s.zeller@wfbm-ak.de](mailto:s.zeller@wfbm-ak.de)

Betriebsstätte für Menschen mit  
psychischer Behinderung:

Werkstatt Wissen  
Werkstatt für Menschen mit  
psychischer Behinderung  
Walzwerkstr. 24  
57537 Wissen  
Telefon: 02742 967044-0  
Telefax: 02742 967044-21  
E-Mail: [m.sanner@wfbm-ak.de](mailto:m.sanner@wfbm-ak.de)

**Ökumenisches Gemeinschaftswerk Pfalz GmbH  
Westpfalz-Werkstätten Landstuhl**

**(Reg.-Nr. 5/29)**

Bruchwiesenstr. 31  
66849 Landstuhl  
Telefon: 06371 936-0  
Telefax: 06371 936-109  
E-Mail: [brivera@gemeinschaftswerk.de](mailto:brivera@gemeinschaftswerk.de)  
Homepage: <http://www.gemeinschaftswerk.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen (z.B. Fräsen, Drehen, Bohren, Entgraten, Gewindeschneiden, Stanzen), Fügen (z.B. Nieten)  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Möbelfertigung  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling, Demontagearbeiten  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN: Montieren, Demontieren, Konfektionieren, Sortieren  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei (Waschen, Bügeln, Mangeln)  
GASTRONOMIE: Essenausgaben, Kantinenbetriebe, Hofcafé Langenfelderhof, Bistro Stellwerk  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN:  
SCHILDERPRÄGUNG: allgemeine Hinweisschilder, KFZ-Schilderherstellung, Grafische Gestaltung, Gravur- und Laserschilder, Anmeldeservice für Autohändler, Werbebanner  
REINIGUNG UND LOGISTIK: Waschen von Mehrwegpackmitteln (KLT / Tray 's) sowie Trinkbechern aus Kunststoff, Transport, Logistik  
Produkte:  
SONSTIGE PRODUKTE: Schilder, Lasergravur, Werbebanner

**Weitere Betriebsstätten:**

DiPro  
Dienstleistung und Produktion  
Schulstraße 6  
66877 Ramstein-Miesenbach  
Telefon: 06371 5909-00  
Telefax: 06371 5909-39

DiPro  
Dienstleistung und Produktion  
Friedenstr. 106  
67657 Kaiserslautern  
Telefon: 0631 340699-0  
Telefax: 0631 340699-19

Betriebsstätte Kaiserslautern  
Sauerwiesen 18  
67661 Kaiserslautern  
Telefon: 06301 701-0  
Telefax: 06301 701-109

Hofcafé Langenfelderhof  
Reichenbacher Weg  
67686 Mackenbach  
Telefon: 06374 995568

**Heinrich Kimmle Stiftung  
Pirminiuswerkstätten und WaW  
Geschäftsstelle**

**(Reg.-Nr. 5/1)**

Rodalber Str. 152  
66953 Pirmasens  
Telefon: 06331 546-90  
Telefax: 06331 546-400  
E-Mail: [dobrani@hk-stiftung.de](mailto:dobrani@hk-stiftung.de)  
Homepage: <http://www.hk-stiftung.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, Fügen  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN: Pulverbeschichtung, Strahltechnik  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung,  
Fotokopieren, Bedrucken von Gegenständen  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Digitale Archivierung  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege  
Produkte:  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel,  
Vogelfutterhäuschen/Nistkästen  
SONSTIGE PRODUKTE: Festzelt- und Partygarnituren, Rückenlehnen,  
Stehklapptische, Stehtische

**Weitere Betriebsstätten:**

**Hauptwerkstatt:**

Pirminiuswerkstatt Pirmasens  
Rodalber Straße 190  
66953 Pirmasens  
Telefon: 06331 546-3  
Telefax: 06331 546400  
E-Mail: [pirminiuswerkstatt@hk-stiftung.de](mailto:pirminiuswerkstatt@hk-stiftung.de)

**Weitere Betriebsstätten:**

Pirminiuswerkstatt Staffelhof  
Industriestr. 17-19  
66989 Petersberg-Staffelhof  
Telefon: 06331 546-0  
Telefax: 06331 546130  
E-Mail: [pwstaffelhof@hk-stiftung.de](mailto:pwstaffelhof@hk-stiftung.de)

Pirminiuswerkstatt Zweibrücken  
Etzelweg 237  
66482 Zweibrücken  
Telefon: 06331 8701-0  
Telefax: 06331 8701-34  
E-Mail: [pwzweibruecken@hk-stiftung.de](mailto:pwzweibruecken@hk-stiftung.de)

Werkstatt am Waisenhaus  
Werkstatt für psychisch behinderte  
Menschen  
Waisenhausstr. 21 c  
66953 Pirmasens  
Telefon: 06331 546-80  
Telefax: 06331 546-877  
E-Mail: [waw1@hk-stiftung.de](mailto:waw1@hk-stiftung.de)

Werkstatt am Wasserturm  
Werkstatt für psychisch behinderte  
Menschen  
Rodalber Str. 152  
66953 Pirmasens  
Telefon: 06331 546-60  
Telefax: 06331 546-777  
E-Mail: [waw@hk-stiftung.de](mailto:waw@hk-stiftung.de)

Pirminiuswerkstatt Münchweiler  
Riegelbrunnerhof 12  
66981 Münchweiler/Rodalben  
Telefon: 06395 91016-0  
Telefax: 06395 91016-20

**Diakonissen Speyer-Mannheim  
Maudacher Werkstatt  
Anerkannte Werkstatt für Menschen mit Behinderung**

**(Reg.-Nr. 5/16)**

Schweigener Str. 1  
67067 Ludwigshafen  
Telefon: 0621 53835-30  
Telefax: 0621 53835-48  
E-Mail: [wfbm@diakonissen.de](mailto:wfbm@diakonissen.de)  
Homepage: <http://www.diakonissen.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
DRUCK: Druckweiterverarbeitung (Flyer, Broschüren, Bindungen, Laminieren bis DIN A 3, Falzen, Heften, Ösen, Bohren/Lochen), Fotokopieren (Schwarz-Weiß und Farbkopien bis DIN A 3)  
MAILING UND VERSANDARBEITEN: Mailingservice  
VERPACKUNG- UND MONTAGEARBEITEN: Bearbeitung von Teilen und Komplettierung, Teilmontage, Endmontage, Demontage, Einschweißen, Sortieren, Abfüllen, Verpacken, Umpacken, Qualitätsprüfung, Logistik und Transport  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (KÜCHE: Lieferung von Mittagessen von Montag bis Freitag),  
Wäscherei (BÜGELSERVICE: Bearbeitung von Trockenwäsche, sortieren, legen, bandarolieren, verpacken, Annahme und Bearbeitung von Bügelwäsche, Bügeln von Privat- und Kundenwäsche, gesamte Oberbekleidung, Arbeitsbekleidung, Bettwäsche, Tischwäsche),  
Reinigungsarbeiten (Reinigung innerhalb der Werkstatt sowie externe Reinigungsaufträge)  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau (z. B. Pflanzarbeiten, Zaunbau, Pflasterarbeiten), Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege (z. B. Fällarbeiten, Pflegearbeiten, Reinigungs- und Kehrdienste)  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Fahrradwerkstatt (Reparatur-Arbeiten)

**Weitere Betriebsstätten:**

Diakonissen Speyer-Mannheim  
Maudacher Werkstatt  
Bügelservice  
Silgestraße 3  
67067 Ludwigshafen  
Telefon: 0621 53835-45

Diakonissen Speyer-Mannheim  
Maudacher Werkstatt  
Garten  
Hilgardstraße 26  
67346 Speyer  
Telefon: 06232 22-1503

Diakonissen Speyer-Mannheim  
Maudacher Werkstatt  
Bügelservice  
Stöberstraße 13  
67346 Speyer  
Telefon: 06232 3185766  
Telefax: 06232 3185768

**Ökumenisches Gemeinschaftswerk Pfalz GmbH  
Ludwigshafener Werkstätten**

**(Reg.-Nr. 5/8)**

Rheinhorststr. 30  
67071 Ludwigshafen-Oggersheim  
Telefon: 0621 6373-00  
Telefax: 0621 6373-120  
E-Mail: [luw@gemeinschaftswerk.de](mailto:luw@gemeinschaftswerk.de)  
Homepage: <http://www.gemeinschaftswerk.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung  
ULTRASCHALLSCHWEIßEN  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
DRUCK/GRAFIK: Bedrucken von Gegenständen (Tampondruck)  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN und KONFEKTIONIERUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei, Catering (Küche)  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Abfüllarbeiten von Pulvern und Granulaten,  
Plissierarbeiten, Plisterarbeiten

**Weitere Betriebsstätten:**

Im Lettenhorst 21  
67105 Schifferstadt  
Telefon: 06235 4979-0  
Telefax: 06235 4979-19



## Dürkheimer Werkstätten der Lebenshilfe Bad Dürkheim e.V.

(Reg.-Nr. 5/2)

Sägmühle 6  
67098 Bad Dürkheim  
Telefon: 06322 938-0  
Telefax: 06322 938-181  
E-Mail: [info@lebenshilfe-duew.de](mailto:info@lebenshilfe-duew.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-duew.de>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

#### Auftragsarbeiten:

**METALL:** Umformen, Trennen (z.B. Bohren, Fräsen), CNC-Bearbeitung, Fügen, Metallmontage, Trovalisieren  
**HOLZ:** Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung (Geschenkkisten), Palettenherstellung  
**ELEKTRO:** Elektromontage (Abschaltbare Stromkästen und Stecker - Berg)  
**DRUCK/GRAFIK:** Fotokopieren, Bedrucken von Gegenständen  
**MAILING UND VERSANDARBEITEN**  
**VERPACKUNGSARBEITEN:** Kleinmontage, Etikettieren, Banderolieren, Fügen, Kuvertieren, Umpacken  
**HAUSWIRTSCHAFT:** Catering/Partyservice (Küche), Wäscherei, Reinigungsarbeiten  
**GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE:** Forstarbeit, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
**SONSTIGE LEISTUNGEN:** Landwirtschaft, Weinbau (Biolandbetrieb), Leprima-Ökomarkt (Vertrieb von ökologisch hergestellten Produkten aus dem Hof und Weinbau)

#### Produkte:

**TEXTILWAREN:** Filz-Hausschuhe nach Maß  
**LEBENSMITTEL:** Demeterbetrieb Kleinsägmühlerhof: Brot und Backwaren, Fleisch- und Wurstwaren, Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Bioprodukte, Milch und Milchprodukte  
Weinbau Biolandbetrieb: Wein, Sekt, Secco, Traubensaft, Glühwein  
**KUNSTHANDWERK:** Floristische Artikel, Holzarbeiten, Saisonartikel  
**GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE:** Garten- und Landschaftsmöbel, Pflanzenkübel, Sonstiger Gartenbedarf  
**SONSTIGE PRODUKTE:** Bauelemente (Gartenzäune aus Holz), Geschenkkisten, Carports, Pergolen, Industrieverpackungen

### Weitere Betriebsstätten:

Betriebsstätte Im Bruch  
Bruchstraße 79 a  
67086 Bad Dürkheim

Kleinsägmühlerhof der Lebenshilfe e.V.

Demeterbetrieb  
Kleinsägmühle 2  
67317 Altleiningen  
Telefon: 06356 9638-0  
Telefax: 06356 9638-30

Leprima  
Der Ökomarkt  
der Lebenshilfe Bad Dürkheim e.V.  
Sägmühle 17  
67098 Bad Dürkheim  
Telefon: 06322 938-200  
Telefax: 06322 938-201

Weinbau  
der Lebenshilfe Bad Dürkheim e.V.  
Biolandbetrieb  
Sägmühle 15  
67098 Bad Dürkheim  
Telefon: 06322 938-135  
Telefax: 06322 938-167

**Mehrgenerationenhof Obersülzen/Grünstadt**

**(Reg.-Nr. 5/39)**

Hauptstr. 52  
67271 Obersülzen  
Telefon: 06359 9694-0  
Telefax: 06359 9694-40  
E-Mail: [FV-MGH@t-online.de](mailto:FV-MGH@t-online.de)  
Homepage: <http://foerderverein-frankenthal.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen (z. B. Drehen, Fräsen), Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Herstellung von Grabkreuzen  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung (z. B. Ultraschallschweißen), Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Kabelkonfektionierung  
VERPACKUNGSARBEITEN: Montage, Konfektionierung  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: KFZ-Schilderprägestelle

Produkte:  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Sonstiger Gartenbedarf (Brennholz)  
SONSTIGE PRODUKTE: KFZ-Schilder

**Weitere Betriebsstätten:**

Wäscherei  
Ringgasse 22  
67269 Grünstadt  
Telefon: 06359 92454-20  
Telefax: 06359 9694-40

Schilderprägestelle  
Hauptstr. 86  
67304 Eisenberg  
Telefon: 06351 407423  
Telefax: 06359 9694-40

**Wichern-Werkstätten**

**(Reg.-Nr. 5/28)**

Rudolf-Diesel-Str. 3  
67454 Haßloch  
Telefon: 06324 92978-0  
Telefax: 06324 92978-20  
E-Mail: [Wichern-werkstatt@evh-pfalz.de](mailto:Wichern-werkstatt@evh-pfalz.de)  
Homepage: <http://www.wichern-werkstätten.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice  
WÄSCHE- und BÜGELSERVICE: Waschen, Mangeln und Bügeln (Tischwäsche, Bettwäsche, Hemden, Oberbekleidung)  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Logistische Leistungen, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen), Kostümverleih, PRÜFSERVICE: Elektrogeräte (DGUV A3), Leitern, Tore, Krane, Anschlagmittel

Produkte:  
TEXTIL-/LEDERWAREN: Taschen aus hochwertigem Tuchloden (eigenes Label la Wi - Landauer Wichern-Werkstätten)

**Weitere Betriebsstätten:**

Hauptwerkstatt:  
Wichern-Werkstätten  
Rudolf-Diesel-Str. 3  
67454 Haßloch  
Telefon: 06324 92978-0  
Telefax: 06324 92978-20

Weitere Betriebsstätten:  
St.-Klara-Klosterweg 7-9  
67346 Speyer  
Telefon: 06232 3185-0  
Telefax: 06232 3185-20

Draisstr. 14  
67346 Speyer  
Telefon: 06232 6411-0  
Telefax: 06232 6411-16

Gustav-Ullrich-Str. 43  
76756 Bellheim  
Telefon: 07272 97203-0  
Telefax: 07272 97203-18

Horst-Str. 43  
76829 Landau  
Telefon: 06341 283860  
Telefax: 06341 2838615

Schillerstraße 56a  
67071 Ludwigshafen  
Telefon: 0621 67028-0  
Telefax: 0621 67028-20

**Lebenshilfe Einrichtungen gGmbH Worms  
Werkstatt für behinderte Menschen**

**(Reg.-Nr. 5/6)**

Kurfürstenstr. 1-3  
67549 Worms  
Telefon: 06241 508-0  
Telefax: 06241 508-123  
E-Mail: [info@lebenshilfe-worms.de](mailto:info@lebenshilfe-worms.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-worms.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, Metallmontage, CNC-Bearbeitung  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung (Geschenk-, Transport- und Weinkisten), Möbelfertigung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Fahrradwerkstatt, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

Produkte:

LEBENSMITTEL: Feinkostprodukte (Nudeln, Gewürze, Salze, saisonale und regionale Spezialitäten)  
KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Holzarbeiten, Saisonartikel, Schmuck, Taschen, Karten, Kunstobjekte und Bilder  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte  
SONSTIGE PRODUKTE: Fahrräder (neu und gebraucht), Fahrradbedarf

**Weitere Betriebsstätten:**

Werkstatt Angepasster Arbeit  
(WAA)

Eckenbertstr. 7  
67549 Worms  
Telefon: 06241 2038166  
Telefax: 06241 2038199

Gärtnerei  
Pipinstr. 4 a  
67549 Worms  
Telefon: 06241 207704  
Telefax: 06241 970580

Werkstatt für Genuss  
Eckenbertstr. 7a  
67549 Worms  
Telefon 06241 2038-210  
Telefax 06241 2038-212

Außenstelle:

Radhaus  
Von-Steuben-Str. 8  
67549 Worms  
Telefon 06241 24208  
Telefax 06241 933290  
E-Mail: [radhaus@lebenshilfe-worms.de](mailto:radhaus@lebenshilfe-worms.de)  
Internet: [www.radhaus-worms.de](http://www.radhaus-worms.de)

**Zoar-Werkstätten Kaiserslautern**

**(Reg.-Nr. 5/37)**

Kniebrech 6  
67657 Kaiserslautern  
Telefon: 0631 34074-200  
Telefax: 0631 34074-212  
E-Mail: [werkstatt-kaiserslautern@zoar.de](mailto:werkstatt-kaiserslautern@zoar.de)  
Homepage: <http://www.zoar.de>

**Zoar-Werkstätten Rockenhausen**

**(Reg.-Nr. 5/12)**

Industriestr. 2  
67806 Rockenhausen  
Telefon: 06361 452-400  
Telefax: 06361 3225  
E-Mail: [kurt.philipp@zoar.de](mailto:kurt.philipp@zoar.de)  
Homepage: <http://www.zoar.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, Fügen, Bohren, Nieten, Fräsen

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Palettenherstellung, Möbelfertigung

KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffschweißen, Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

RECYCLING: Demontagearbeiten

DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren

EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN

MAILING UND VERSANDARBEITEN: Massenversand, Serienbrieffertigung, Werbemittelversand, Kuvertieren

VERPACKUNGSARBEITEN: Skin- und Blister-Verpackungen, Folienschweißen, Kleinteilemontage, Konfektionieren

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Kfz-Werkstatt, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

Produkte:

KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Holzarbeiten

MÖBEL: Arbeits- und Büromöbel, Regale, Wohnmöbel

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte

**Südpfalzwerkstatt gemeinnützige GmbH  
Verwaltung und Werk 1 Offenbach**

**(Reg.-Nr. 5/3)**

Jakobstr. 34  
76877 Offenbach/Queich  
Telefon: 06348 616-0  
Telefax: 06348 616-211  
E-Mail: [info@suedpfalzwerkstatt.de](mailto:info@suedpfalzwerkstatt.de)  
Homepage: <http://www.suedpfalzwerkstatt.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, Fügen, spanende Bearbeitung (CNC-Drehmaschinen, CNC-Bearbeitungszentrum), Metallmontage  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
TEXTIL/LEDER: Näherei, Polsterei  
LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN: Pulverbeschichtung, Entfetten, Sandstrahlen  
DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung (z.B. Broschürenfertigung), Grafische Gestaltung, Fotokopieren, Digitaldruck, Bedrucken von Gegenständen (Tampondruck)  
MAILING UND VERSANDARBEITEN: Mailingaktionen, drucken, individualisieren, kuvertieren, adressieren, postaufliefern  
VERPACKUNGSARBEITEN: Blister- und Schrumpfarbeiten, Karton-, Sleeve- und Beutelverpackungen, Banderolen, Etikettieren, Umverpacken, Folienschweißen, Konfektionierung, Kontrolle, Klarsichtverpackungen, individuelle Verpackungsformen  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: KFZ-Schilderprägung

**Produkte:**

SPIELWAREN: Therapeutisches Spielzeug  
SONSTIGE PRODUKTE: Schilderprägung, Plakatständer, Heftdrahthalter für den Obst- und Weinbau, Bewegungsbausteine und Bohnensäckchen, Autozubehör-Artikel "max4car"  
[www.suedpfalzwerkstatt.de](http://www.suedpfalzwerkstatt.de)  
[www.max4car.de](http://www.max4car.de)

**Weitere Betriebsstätten:**

Offenbach Werk 2  
Jakobstraße 47  
76877 Offenbach  
Telefon: 06348 616-0  
Telefax: 06348 616-101

Alzheimer Weg 4  
76863 Herxheim  
Telefon: 07276 9642-0  
Telefax: 07276 9642-49

Im Wolfsgewanne 1  
76744 Wörth  
Telefon: 07271 9237-0  
Telefax: 07271 9237-49

**reha gmbh Saarbrücken**

**(Reg.-Nr. 5/22)**

Dudweilerstr. 72  
66111 Saarbrücken  
Telefon: 0681 93621-0  
Telefax: 0681 93621-920  
E-Mail: [info@rehagmbh.de](mailto:info@rehagmbh.de)  
Homepage: <http://www.rehagmbh.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Daten- und Texterfassung, Digitale  
Archivierung  
MAILING UND VERSANDARBEITEN: Lettershop  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Logistische Leistungen  
(Lagerwirtschaft und Artikelpflege)

**Weitere Betriebsstätten:**

reha gmbh  
Marketing Center  
Konrad-Zuse-Str. 6  
66115 Saarbrücken  
Telefon: 06821 93621-0  
Telefax: 06821 93621-900

reha gmbh  
LogistikCenter  
Dillinger Straße 79  
66822 Lebach  
Telefon: 0681 93621-500  
Telefax: 0681 93621-520

reha gmbh  
Kunst & Handwerk  
Bildstocker Str. 6  
66538 Neunkirchen  
Telefon: 0681 93621-600  
Telefax: 0681 93621-620



**Lebenshilfe für Menschen mit Behinderung Obere Saar e.V.  
Bübinger Werke**

**(Reg.-Nr. 5/4)**

Industriestr. 8  
66129 Saarbrücken-Bübingen  
Telefon: 06805 902-0  
Telefax: 06805 902-111  
E-Mail: [av@buebinger-werke.de](mailto:av@buebinger-werke.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-obere-saar.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

**Auftragsarbeiten:**

**METALL:** Umformen (z.B. Abkanten, Biegen, Prägen), Trennen (z.B. Schneiden, Drehen, Fräsen, Bohren, Senken), Fügen (z.B. Schweißen), Metallmontage, CNC-Bearbeitung  
**HOLZ:** Holzbearbeitung, CNC-Bearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung  
**KUNSTSTOFF:** Kunststoffbearbeitung (z.B. Tiefziehen, Zerspanen, Bohren, Kleben), Kunststoffverarbeitung  
**ELEKTRO:** Elektromontage, Kabelkonfektionierung (z.B. Ablängen, Abisolieren, Crimpen, Kabelbäume)  
**LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN:** Nasslackieren von Metall u. Holz, Pulverbeschichten  
**RECYCLING:** Kunststoff-Recycling, Metall-Recycling, Demontearbeiten  
**DRUCK/GRAFIK:** Fotokopieren, Bedrucken von Gegenständen  
**VERPACKUNGSARBEITEN:** Skin- und Blisterverpackungen, Konfektionieren  
**HAUSWIRTSCHAFT:** Catering/Partyservice  
**GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE:** Garten- und Landschaftsbau (Bioland-Betrieb mit den Bereichen Landwirtschaft, Obstbau, Gemüsebau, Kelterei, Garten- und Landschaftsbau), Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
**SONSTIGE LEISTUNGEN:** Tierhaltung (Rinder, Schweine, Legehennen und Hähnchen), Gastronomie (Landgasthaus Wintringer Hof - siehe [www.landgasthaus.saarland](http://www.landgasthaus.saarland)) Logistische Leistungen, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

**Produkte:**

**LEBENSMITTEL:** Fleisch- und Wurstwaren, Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Bioprodukte (Bioland-Betrieb - siehe [www.wintringer-hof.de](http://www.wintringer-hof.de))  
**KUNSTHANDWERK:** Floristische Artikel, Holzarbeiten  
**MÖBEL:** Arbeits- und Büromöbel, Kindergarten-/Schulmöbel, Kleinmöbel, Regale, Wohnmöbel  
**GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE:** Pflanzen/Baumschulprodukte, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel  
**SPIELWAREN:** Holzspielwaren  
**BÜROARTIKEL**  
**SONSTIGE PRODUKTE:** Bauelemente, Fahrradständer

**Weitere Betriebsstätten:**

Bübinger Werke

Hauptwerkstatt:

Werk I  
Industriestr. 8  
66129 Saarbrücken-Bübingen  
Telefon: 06805 902-0  
Telefax: 06805 902-111

Weitere Betriebsstätten:

Werk II  
Industriestr. 29  
66129 Saarbrücken-Bübingen  
Telefon: 06805 902-0  
Telefax: 06805 902-111

Werk III  
Wiesenstr. 1  
66129 Saarbrücken-Bübingen  
Telefon: 06805 902-900  
Telefax: 06805 902-911

Werk Püttlingen  
Zur Bergehalde 6  
66346 Püttlingen  
Telefon: 06898 9610-0  
Telefax: 06898 9610-11

Wintringer Hof  
Am Wintringer Hof 7  
66271 Kleinblittersdorf  
Telefon: 06805 902-411  
Telefax: 06805 902-420  
Hofladen: 06805 902-416  
Gärtnerei: 06805 902-417  
Garten- und Landschaftsbau: 06805 902-411

## Saarland (Bezirk der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland)

### **GBQ Saar mbH** **Anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen**

(Reg.-Nr. 5/19)

Bismarckstr. 57-59  
66333 Völklingen  
Telefon: 06898 10-4960  
Telefax: 06898/10-4840  
E-Mail: [gbq.wfb@saarstahl.com](mailto:gbq.wfb@saarstahl.com)

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Kistenfertigung, Palettenherstellung

ELEKTRO: Elektromontage, Überprüfung und Reparatur von nicht ortsgebundenen Elektrowerkzeugen und -geräten

TEXTIL/LEDER: Näherei, Lederarbeiten

LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN

DRUCK/GRAFIK: Druckerei (Offset-, Sieb-, Digitaldruck), Druckweiterverarbeitung

SONSTIGE LEISTUNGEN: Fahrradwerkstatt, Schlüssel- und Metalletikettenanfertigung, Messmittelüberwachung

Produkte:

SONSTIGE PRODUKTE: Schilder

## Saarland (Bezirk der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland)

### **Ökumenisches Gemeinschaftswerk Pfalz GmbH** **Blieskasteler Werkstätten**

(Reg.-Nr. 5/33)

Industriering 7  
66440 Blieskastel  
Telefon: 06842 9226-0  
Telefax: 06842 9226-40  
E-Mail: [epaulus@gemeinschaftswerk.de](mailto:epaulus@gemeinschaftswerk.de)  
Homepage: <http://www.gemeinschaftswerk.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

MONTAGE

EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Digitale Archivierung

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNG und KONFEKTIONIERUNG

SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung

## Saarland (Bezirk der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland)

### **SWA - Saarpfalz-Werkstatt für angepasste Arbeit gemeinnützige GmbH** **eine Einrichtung der Lebenshilfe**

(Reg.-Nr. 5/45)

Im großen Gunterstal 15  
66440 Blieskastel-Webenheim  
Telefon: 06842 51093-0  
Telefax: 06842 51093-20  
E-Mail: [info@saarpfalz-werkstatt.de](mailto:info@saarpfalz-werkstatt.de)  
Homepage: <http://www.saarpfalz-werkstatt.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: CNC-Bearbeitung (Drehen, Fräsen etc.)  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Kabelkonfektionierung  
RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling, Kunststoff-Recycling,  
Demontagearbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung,  
Fotokopieren  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN: Montage-/Konfektionierungs-/  
Verpackungsarbeiten  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Verwaltung:  
Gesundheitspark  
Klaus-Tussing-Str. 2a  
66386 St. Ingbert

#### **Weitere Betriebsstätte:**

Vogelbacherweg 96  
66442 Homburg-Erbach  
Telefon: 06841 982260  
Telefax: 06841 9822619

## Saarland (Bezirk der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland)

### **Haus Sonne e.V.** **Jean Schoch-Werkgemeinschaft**

(Reg.-Nr. 5/31)

Brühlgasse 3  
66453 Gersheim-Walsheim  
Telefon: 06843 9000-0  
Telefax: 06843 9000-55  
E-Mail: [wfbm@haussonne.de](mailto:wfbm@haussonne.de)  
Homepage: <http://www.haussonne.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
HOLZ: Holzbearbeitung  
TEXTIL/LEDER: Handweberei  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau,  
Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

#### **Produkte:**

LEBENSMITTEL: Brot und Backwaren, Fleisch- und Wurstwaren,  
Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Bioprodukte  
KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Kerzen, Textilien  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen  
PAPIERWAREN: Schulhefte, Schreibblöcke, Zettelboxen, gebundene  
Notizbücher

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Neukahlenberger Hof  
66440 Blieskastel-Böckweiler  
Telefon: 06842 9238-0  
Telefax: 06842 9238-15

**DPS SAARWORK GmbH  
Werk Neunkirchen (Zentrale)**

**(Reg.-Nr. 5/43)**

Betzenhölle 30  
66538 Neunkirchen  
Telefon: 06821 92086-0  
Telefax: 06821 92086-190  
E-Mail: [info@saarwork.de](mailto:info@saarwork.de)  
Homepage: [http://www.saarwork.de/web/cms/front\\_content.php](http://www.saarwork.de/web/cms/front_content.php)

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage, Schlossereibetrieb (klassisch)  
HOLZ: Brennholzproduktion ([www.kaminholz-saar.de](http://www.kaminholz-saar.de)), zertifiziert beim Bundesverband Brennholz sowie KWF  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage, Folienverpackungen (Polyolefineinschrumpffolienverpackungen bis zu 10.000 St. / Tag)  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
RECYCLING: Demontagearbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung, Fotokopieren  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel ([www.flowerwork.de](http://www.flowerwork.de))  
MÖBEL: Arbeits- und Büromöbel, Regale  
SONSTIGE PRODUKTE: Brennholz ([www.kaminholz-saar.de](http://www.kaminholz-saar.de))

**Weitere Betriebsstätten:**

Werk St. Wendel  
Schengener Straße 1  
66606 St. Wendel  
Telefon: 06821 920860

**WZB - Werkstattzentrum für behinderte Menschen der Lebenshilfe  
gGmbH**

(Reg.-Nr. 5/5)

Am Beckerwald 31  
66583 Spiesen-Elversberg  
Telefon: 06821 793-0  
Telefax: 06821 793150  
E-Mail: [wzb@wzb.de](mailto:wzb@wzb.de)  
Homepage: <http://www.wzb.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Möbelfertigung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei, Dekontamination und Sterilisation von  
Reinraumbekleidung  
RECYCLING: Demontagearbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung,  
Fotokopieren, Bedrucken von Gegenständen  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering (Großküche)  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Gastronomie (Restaurant), Hotel, Schlachthof,  
Logistische Leistungen, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe  
Firmen)

Produkte:

LEBENSMITTEL: Fleisch- und Wurstwaren (Metzgerei, Schlachthof,  
Herstellung und Verkauf), Landwirtschaftliche Erzeugnisse  
TEXTILWAREN: Herstellung von Reinraumbekleidung  
MÖBEL: Arbeits- und Büromöbel, Kindergartenmöbel, Möbel für Ärzte- und  
Patientenzimmer  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen, Blüher, Keimlinge,  
Setzlinge, Sonstiger Gartenbedarf  
DRUCKEREIPRODUKTE  
PAPIERWAREN  
WERBEMITTEL

**Weitere Betriebsstätten:**

Werk II  
Remmesweilerstraße 18  
66646 Urexweiler  
Telefon: 06827 90210  
Telefax: 06827 902150

Werk III  
Altseiterstal 11  
66538 Neunkirchen  
Telefon: 06821 7930  
Telefax: 06821 793187  
Homepage: [www.wzb-reinraum.de](http://www.wzb-reinraum.de)

Werk IV  
Gewerbepark 6  
66583 Spiesen-Elversberg  
Telefon: 06821 7930  
Telefax: 06821 793195

Wendelinushof  
Missionshausstr. 50  
66606 St. Wendel  
Telefon: 06851 93987-0  
Telefax: 06851 93987-29  
E-Mail: [info@wendelinushof.de](mailto:info@wendelinushof.de)  
Homepage: [www.wendelinushof.de](http://www.wendelinushof.de)

Zentrum für Integration und  
berufliche Bildung (ZIB)  
Irrgartenstr. 32  
66538 Neunkirchen

**B. Paulus GmbH**

(Reg.-Nr. 5/26)

Blättelbornweg 6  
66663 Merzig  
Telefon: 06861 77080  
Telefax: 06861 770840  
E-Mail: [zentrale@b-paulus.de](mailto:zentrale@b-paulus.de)  
Homepage: <http://www.bpaulus.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau

Produkte:

LEBENSMITTEL: Tiefkühlprodukte (Fisch, Obst, Gemüse)

## Saarland (Bezirk der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland)

### **CEB-IN - Centrum für soziale Inklusion gemeinnützige GmbH Werkstatt für psychisch behinderte Menschen**

(Reg.-Nr. 5/48)

Industriestr. 6-8  
66663 Merzig-Hilbringen  
Telefon: 06861 9308-40  
Telefax: 06861 9308-25  
E-Mail: [cebin@ceb-akademie.de](mailto:cebin@ceb-akademie.de)  
Homepage: <http://www.ceb-akademie.de>

## Saarland (Bezirk der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland)

### **Arbeiterwohlfahrt - Landesverband Saarland e.V. V.I.B. Verbund für Integration und Bildung Werkstätten für behinderte Menschen**

(Reg.-Nr. 5/9)

Konrad-Adenauer-Allee 2-4  
66763 Dillingen  
Telefon: 06831 767-102  
Telefax: 06831 767-132  
E-Mail: [vib@lvsaarland.awo.org](mailto:vib@lvsaarland.awo.org)  
Homepage: <http://www.awo-saarland.de/index.php?id=startseite>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, CNC-Bearbeitung, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Spielzeugherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei, Stickerei  
RECYCLING: Kunststoff-Recycling, Metall-Recycling, Demontearbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Fotokopieren  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Daten- und Texterfassung, Digitale Archivierung, Mikroverfilmung, Vervielfältigung von Datenträgern, Scannen und Digitalisieren von Großformaten (Baupläne, Plakate etc.)  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei, Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen, Qualitätssicherung

#### **Produkte:**

TEXTIL-/LEDERWAREN: Haus- und Heimtextilien  
KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Keramik  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Weiskirchener Straße 34  
66687 Wadern-Nunkirchen  
Telefon: 06874 1831-0  
Telefax: 06874 1831-40

Zum Spießkopf 3  
66709 Weiskirchen/Weierweiler  
Telefon: 06874 327  
Telefax: 06874 7050

Cäcilienstraße 17  
66763 Dillingen

Ensdorf I  
Auf Nauwies 1-3  
66806 Ensdorf  
Telefon: 06831 127190  
Telefax: 06831 12719303

Ensdorf II  
Auf Nauwies 1-3  
66806 Ensdorf  
Telefon: 06831 12719610  
Telefax: 06831 12719801

Berckheimstr. 1  
66763 Dillingen

Atelier Kerativ  
Schillerstraße 6  
66740 Saarlouis

**Inpuncto Werkstätten  
Lebenshilfe Dresden e.V.  
Anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen**

**(Reg.-Nr. 14/5)**

Schleswiger Str. 17

01157 Dresden

Telefon: 0351 424 97 50

Telefax: 0351 424 97 52

E-Mail: [wfbm@lebenshilfe-dresden.de](mailto:wfbm@lebenshilfe-dresden.de)

Homepage: <http://www.lebenshilfe-dresden.de/de/arbeit/arbeitsangebote/index.php>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen (z.B. Sägen, Entgraten, Bohren, Gewindeschneiden, Fräsen, Drehen)

HOLZ: Tischler- und Zimmererarbeiten

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

RECYCLING: Entsorgungsfachbetrieb Elektroaltgeräte

DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung

MAILING UND VERSANDARBEITEN

HANDMONTAGE UND VERPACKUNG

HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Landschaftspflege (Rasen- und

Sauberhaltungspflege)

DATENTRÄGERVERNICHUNG: Akten und Festplatten

SONSTIGE LEISTUNGEN: Fahrradwerkstatt, Stuhlflechterarbeiten

Produkte:

KUNST-ATELIER

KUNSTHANDWERK: Keramik

FILZPRODUKTE

**Weitere Betriebsstätten:**

Meißner Str. 41

01445 Radebeul

Telefon: 0351 655 634 30

Blochmannstraße 10-22

01069 Dresden

Telefon: 0351 435 09 90

Werftstraße 5

01139 Dresden-Übigau

Telefon: 0351 796 644 80

Löbtauer Straße 15

01067 Dresden

Telefon: 0351 320 390 10



## Sachsen (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen)

### **CSW - Christliches Sozialwerk gemeinnützige GmbH WfbM Sankt Josef Anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen**

**(Reg.-Nr. 14/57)**

Mügelner Str. 27  
01237 Dresden  
Telefon: 0351 2047697-0  
Telefax: 0351 2047697-99  
E-Mail: [info@werkstatt-sankt-josef.de](mailto:info@werkstatt-sankt-josef.de)  
Homepage: <http://www.werkstatt-sankt-josef.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen (z. B. Sägen, Fräsen, Gewindeschneiden, Drehen, Bohren), Fügen, Metallmontage, Vorrichtungsbau, Herstellung von Edelstahlplaketten  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
MAILING UND VERSANDARBEITEN: Mailing, Briefkonfektion, Postversand  
VERPACKUNGSARBEITEN: Einschweißen verschiedenster Produkte in Schrumpffolie, Konfektion von Beuteln und Kartonagen  
HAUSWIRTSCHAFT: Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege, Reinigung im öffentlichen Raum, mobile Reinigung, Hydrokulturenspflege

#### **Produkte:**

KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Keramik, Kerzen, Korbarbeiten, Saisonartikel, Textilien  
HAUSHALTSWAREN  
SONSTIGE PRODUKTE: Baumplaketten

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Straße des 17. Juni 25  
Gebäude 118 - 1. OG  
01257 Dresden

eigentliche Hauptwerkstatt - wegen Hochwasser momentan geschlossen:  
Zschierener Elbstr. 11  
01259 Dresden  
Telefon: 0351 2180960  
Telefax: 0351 2023274

## Sachsen (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen)

### **Cultus gGmbH der Landeshauptstadt Dresden Luby-Service - Anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen**

**(Reg.-Nr. 14/15)**

Altleuben 10  
01257 Dresden  
Telefon: 0351 2049-200  
Telefax: 0351 2049-165  
E-Mail: [luby@cultus-dresden.de](mailto:luby@cultus-dresden.de)  
Homepage: <http://www.cultus-dresden.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (Cateringservice in eigenen Objekten und extern), Wäscherei (persönliche und gewerbliche Wäsche, Näh- und Reparaturarbeiten, Moppwäsche, SB Waschsalon), Reinigungsarbeiten (gewerblich), haushaltsnahe Sonderaufgaben (leichte Umzüge, Aufräumarbeiten, Transporte)  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege, Baumschnitt und -fällungen  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Vermietung von Veranstaltungsräumen für Konferenzen, Tagungen, Feiern etc. inkl. Catering (Mehrzwecksaal bis max. 270 Personen, Festsaal für ca. 40 Personen)

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Wohnpark "Elsa Fenske"  
Freiberger Straße 18  
01067 Dresden

Restaurant "Fledermaus"  
Pirnaer Landstraße 130  
01257 Dresden

Kantine Finanzamt Dresden  
Rabener Straße 1  
01069 Dresden

**Evangelische Behindertenhilfe Dresden und Umland gGmbH  
Weißiger Werkstätten**

**(Reg.-Nr. 14/8)**

An der Prießnitzau 28

01328 Dresden

Telefon: 0351 26629-0

Telefax: 0351 26629-150

E-Mail: [wfbm@evangelische-behindertenhilfe-dresden.de](mailto:wfbm@evangelische-behindertenhilfe-dresden.de)

Homepage: <http://www.evangelische-behindertenhilfe-dresden.de/content>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, CNC-Bearbeitung, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung,

Möbelfertigung, Spielzeugherstellung

KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei (Dienstleistungen)

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,

Landschaftspflege

Produkte:

KUNSTHANDWERK: Weißiger Keramik

**Weitere Betriebsstätten:**

Pieschener Werkstätten

Großenhainer Straße 101

01127 Dresden

Telefon: 0351 205663-0

Telefon: 0351 205663-19

E-Mail: [wfbm-pw@evangelische-behindertenhilfe-dresden.de](mailto:wfbm-pw@evangelische-behindertenhilfe-dresden.de)

Landschaftspflege Kaditz

Treidlerstraße 3

01139 Dresden

Telefon: 0351 4841-125

Telefax: 0351 4841-123

E-Mail: [wfbm@evangelische-behindertenhilfe-dresden.de](mailto:wfbm@evangelische-behindertenhilfe-dresden.de)

**Kleinwachau - Sächsisches Epilepsiezentrum Radeberg  
gemeinnützige GmbH  
Kleinwachauer Werkstätten  
Werkstatt für behinderte Menschen**

**(Reg.-Nr. 14/70)**

Wachauer Str. 30  
01454 Radeberg/OT Liegau-Augustusbad  
Telefon: 03528 431-0  
Telefax: 03528 431-1710  
E-Mail: [Werkstatt@Kleinwachau.de](mailto:Werkstatt@Kleinwachau.de)  
Homepage: <http://www.Kleinwachau.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

**Auftragsarbeiten:**

**METALL:** Fügen (z. B. Bohren, Gewinde Schneiden, Entgraten), Metallmontage  
**HOLZ:** Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung,  
Herstellung von Eigenprodukten, Auftragsarbeiten und Einzelfertigungen:  
Weihnatskollktion, Haushaltsartikel, Spielzeuge  
**MONTAGE:** Kommissionsarbeiten, Zählen, Montieren, Kleben, Verpacken  
**TEXTIL/LEDER:** Näherei  
**GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE:** Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau,  
Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege (auch als Pflegeverträge) mit  
Profi-Technik für Vertikutieren, Mulchmähen, Wildwuchsmähen, Sportrasen  
sowie Hänge

**Produkte:**

**KUNSTHANDWERK:** Keramik, Saisonartikel aus Holz und Keramik,  
Dekorationsartikel, Pflanzgefäße  
**HAUSHALTWAREN:** Holztablets, Schneidbretter, Gebrauchsgeschirr - auch  
in Einzelfertigung nach Wunsch  
**MÖBEL:** Wohnmöbel (Tische, Hocker, Bänke und weitere Möbel in  
Einzelfertigung nach Wunsch)  
**GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE:** Garten- und Landschaftsmöbel,  
Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel  
**SPIELWAREN:** Brett- und Gesellschaftsspiele, Holzspielwaren  
**SONSTIGE PRODUKTE:** Kaminanzünder K-LUMET

**Weitere Betriebsstätten:**

Außenstelle  
Stolpener Str. 12  
01454 Radeberg  
Telefon: 03528 431-0

### Diakonische Werkstätten Großenhain

(Reg.-Nr. 14/39)

Eichenallee 21  
01558 Großenhain  
Telefon: 03522 55490  
Telefax: 03522 554919  
E-Mail: [wfbm@diakonie-rg.de](mailto:wfbm@diakonie-rg.de)  
Homepage: <http://www.diakonie-rg.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Palettenherstellung, Kistenfertigung, Möbelfertigung

KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage

MONTAGEARBEITEN

DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung, Fotokopieren, Bedrucken von Gegenständen (z.B. Textilveredelung), Beschriftungen (Fahrzeuge, Schautafeln, Schaufenster)

VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

Produkte:

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten

MÖBEL: Kleinmöbel, Regale

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel

WERBEMITTEL

SONSTIGE PRODUKTE: Schilder, Briefkästen

#### Weitere Betriebsstätten:

Betriebsstätte Elmobrücke

An der Elmobrücke

01558 Großenhain

Telefon: 03522 3089371

Telefax: 03522 3089372

E-Mail: [elmo.wfbm@diakonie-rg.de](mailto:elmo.wfbm@diakonie-rg.de)

Außenstelle für chronisch psychisch Kranke

Eichenallee 21

01558 Großenhain

Druckerei

Telefon: 03522 554955

Telefax: 03522 554933

E-Mail: [druckerei.wfbm@diakonie-rg.de](mailto:druckerei.wfbm@diakonie-rg.de)

Wäscherei

Telefon: 03522 554950

Telefax: 03522 554933

E-Mail:

[waescherei.wfbm@diakonie-rg.de](mailto:waescherei.wfbm@diakonie-rg.de)

### **Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Riesa e.V. Anerkannte WfbM**

(Reg.-Nr. 14/7)

Villerupter Str. 6  
01587 Riesa  
Telefon: 03525 747-0  
Telefax: 03525 747199  
E-Mail: [info@lebenshilfe-riesa.de](mailto:info@lebenshilfe-riesa.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-riesa.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Kleinmöbelfertigung, Spielzeugherstellung, Dekoartikel

KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung, Bestücken/Löten von Leiterplatten, Bauelementevorbereitung

TEXTIL: Näherei, Änderungen

BAU-/RENOVIERUNGSARBEITEN: kleinere Renovierungen

RECYCLING: Demontagearbeiten

MAILING UND VERSANDARBEITEN: Sortieren, Etikettieren als Vorbereitung zum Versand

VERPACKUNGSARBEITEN: Verpackung von Waren und weiteren Kleinartikeln

HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei, Reinigungsarbeiten

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

Produkte:

TEXTILWAREN: Bekleidung, Haus- und Heimtextilien

LEBENSMITTEL: Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Bioprodukte

KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Holzarbeiten (auch Requisiten), Dekoartikel aus Holz (auch für Freilandgestaltung), Keramik, Saisonartikel, Textilien

MÖBEL: Kleinmöbel, Regale

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte, Garten- und Landschaftsmöbel, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen,

Pflanzenkübel, Sonstiger Gartenbedarf

SPIELWAREN: Brett- und Gesellschaftsspiele, Holzspielwaren,

Therapeutisches Spielzeug, Großspielgeräte

PAPIERWAREN: Karten

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Betriebsstätte für cpk  
Oelsitzer Weg  
01587 Riesa

Betriebsstätte für geistig behinderte Menschen  
Wittenberger Str. 9  
05191 Riesa

Betriebsstätte Kreuzstraße  
Kreuzstr. 8  
01587 Riesa

### DRK Werkstätten Meißen

(Reg.-Nr. 14/14)

Ziegelstr. 5  
01662 Meißen  
Telefon: 03521 76370  
Telefax: 03521 763743  
E-Mail: [wfbm.meissen@drksachsen.de](mailto:wfbm.meissen@drksachsen.de)  
Homepage: <http://wfbm.drksachsen.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Palettenherstellung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung, Herstellung von Zäunen, Vogel-, Nist- und Futterkästen

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

MONTAGE/KOMPLETTIERUNG

RECYCLING: Demontagearbeiten, Kleidersammlung (Aufstellung und Abholung von Containern)

DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Beschriftungen (Fahrzeuge, Werbeschilder, Werbeträgern, Rollup, Schaufenster etc.)

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei (auch Roll- und Bügelarbeiten), Reinigungsarbeiten

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege, Beräumung von Grundstücken

SONSTIGE LEISTUNGEN: Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

Produkte:

TEXTIL-/LEDERWAREN: Bekleidung

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Kerzenständer, Saisonartikel

MÖBEL: Kleinmöbel, Regale, Sitzgruppen, Einzelanfertigungen (auf Anfrage)

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel, Sonstiger Gartenbedarf

SONSTIGE PRODUKTE: Bauelemente (Einzelanfertigungen auf Anfrage, z. B. Zäune)

#### Weitere Betriebsstätten:

DRK Werkstätten Meißen  
Ziegelstraße 2  
01662 Meißen

**Diakonisches Werk - Stadtmission Dresden e.V.  
Wichern-Werkstätten  
Werkstatt für behinderte Menschen**

**(Reg.-Nr. 14/65)**

Otto-Dix-Str. 5  
01705 Freital  
Telefon: 0351 6488531  
Telefax: 0351 6488541  
E-Mail: [wichern.werkstaetten@diakonie-dresden.de](mailto:wichern.werkstaetten@diakonie-dresden.de)  
Homepage: <https://www.diakonie-dresden.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Zuschnitt, CNC-Bearbeitung (Drehen und Fräsen), Fügen, Metallmontage (Baugruppen), Teilefertigung nach Zeichnung  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung (Spezialpaletten), Transportschlitten-Fertigung nach Zeichnung, alles auch mit IPPC-Holz  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung, Bauelementevorbereitung, Handlötarbeiten  
VERPACKUNGSARBEITEN: Verpacken von Druckerzeugnissen, Eintüten von Werbeartikeln, Briefaktionen  
LASER SCHNEID- UND GRAVIERSYSTEM: Schneiden von Plast, Holz, Leder, Pappe und Papier, Lasergravur auf Plaste, Edelstahl, Dipond, Holz, Leder, Papier  
HAUSWIRTSCHAFT: Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege, Landschaftsgestaltung  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Handmontage (universelle Montagearbeiten, nach Muster oder Zeichnung)  
HELFERTÄTIGKEITEN und einfache DIENSTLEISTUNGEN im Rahmen von Außenarbeitsplätzen direkt in Ihrem Unternehmen

**Weitere Betriebsstätten:**

Freiberger Straße 69/71  
01159 Dresden



**AWO SONNENSTEIN gemeinnützige GmbH  
Pirnaer Werkstätten  
Anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen**

**(Reg.-Nr. 14/21)**

Schloßpark 9-12

01796 Pirna

Telefon: 03501 79720

Telefax: 03501 797210

E-Mail: [pirnaer-werkstaetten@awo-sonnenschein.de](mailto:pirnaer-werkstaetten@awo-sonnenschein.de)

Homepage: <http://www.awo-in-sachsen.de/unternehmen/uber-uns/awo-sonnenstein>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Fügen, Metallmontage

KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage

VERPACKUNGSARBEITEN

**Weitere Betriebsstätten:**

Betriebsstätte Heidenau

Hauptstraße 52

01809 Heidenau

Telefon: 03529 516693

Telefax: 03529 529815

Werkstatt Dippoldiswalde

Industriering 15a

01744 Dippoldiswalde OT

Reinholdshain

Telefon: 03504 62560

Telefax: 03504 625610

Geschäftsstelle:

AWO SONNENSTEIN

gemeinnützige GmbH

Beratung-Behindertenhilfe-

Psychosoziale Dienste

Georg-Palitzsch-Straße 10

01239 Dresden

Telefon: 0351 2804750

Telefax: 0351 2804751

E-Mail: [info@awo-sonnenstein.de](mailto:info@awo-sonnenstein.de)

Homepage: [www.awo-](http://www.awo-sonnenstein.de)

[sonnenstein.de](http://www.awo-sonnenstein.de)

## Sachsen (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen)

### **Dorfgemeinschaft Dittersbach gGmbH Produktwerk Graupa**

(Reg.-Nr. 14/6)

Richard-Wagner-Str. 36  
01796 Pirna OT Graupa  
Telefon: 03501 5823120  
Telefax: 03501 5823121  
E-Mail: [info@dorfgemeinschaft-dittersbach-ggmbh.de](mailto:info@dorfgemeinschaft-dittersbach-ggmbh.de)  
Homepage: <http://www.dg-graupa.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung

KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage/-demontage

RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling, Kork-Recycling, Kunststoff-Recycling, Metall-Recycling,

Demontagarbeiten

DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren

VERPACKUNGSARBEITEN

SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Umzugs- und Transportarbeiten, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

Produkte:

KUNSTHANDWERK: Keramik

## Sachsen (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen)

### **Gut Gamig e.V. Rehabilitations- und Begegnungsstätten Gamiger Werkstätten (WfbM)**

(Reg.-Nr. 14/99)

Ortsteil Gamig, Gamig Nr. 2  
01809 Dohna  
Telefon: 03529 5058-0  
Telefax: 03529 5058-10  
E-Mail: [info@gut-gamig.de](mailto:info@gut-gamig.de)  
Homepage: <http://www.gut-gamig.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

HOLZ: Holzbearbeitung, Möbelfertigung

TEXTIL: Näherei, Weberei

SONSTIGE LEISTUNGEN: Möbelrestaurierung, Stuhlpolsterung, Stuhlflechtarbeiten

Produkte:

LEBENSMITTEL: Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Bioprodukte (Ökoprodukte)

KUNSTHANDWERK: Keramik, Textilien

GÄRTNEREIPRODUKTE: saisonale Pflanzen und Gemüse

SPIELWAREN: Holzspielwaren, Puppenmöbel, Stofftiere

## Sachsen (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen)

### Lebenshilfe Pirna-Sebnitz-Freital e.V. Hohwald-Werkstätten Neustadt

(Reg.-Nr. 14/86)

Heinrich-Hertz-Str. 2  
01844 Neustadt  
Telefon: 03596 5616-0  
Telefax: 03596 5616-701  
E-Mail: [info@lebenshilfe-pirna-sebnitz-freital.de](mailto:info@lebenshilfe-pirna-sebnitz-freital.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-pirna-sebnitz-freital.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Kabelkonfektionierung  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Landschaftspflege  
Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten  
MÖBEL: Kleinmöbel, Regale  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel  
SONSTIGE PRODUKTE: Bilderrahmen

#### Weitere Betriebsstätten:

Betriebsstätte für chronisch psychisch kranke Menschen  
Heinrich-Hertz-Str. 6  
01844 Neustadt  
Telefon: 03596 509760  
Telefax: 03596 509437  
Heinrich-Hertz-Straße 4a  
01844 Neustadt

## Sachsen (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen)

### Lebenshilfe Werkstätten Bischofswerda

(Reg.-Nr. 14/66)

Carl-Maria-von-Weber-Str. 13  
01877 Bischofswerda  
Telefon: 03594 743760  
Telefax: 03594 743788  
E-Mail: [kontakt@lebenshilfe-bischofswerda.de](mailto:kontakt@lebenshilfe-bischofswerda.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-bischofswerda.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Möbelfertigung (z.B. Gartenmöbel), Fertigung nach Kundenwunsch  
KUNSTSTOFF: Montage von Kunststoffformteilen, Sortierarbeiten  
TEXTIL/LEDER: Näherei (Hosenträger, Bettlakenspanner, Kommissionierung)  
RECYCLING: Annahme von Elektro- und Elektronik-Schrott, Demontearbeiten  
MONTAGEARBEITEN: Spiegelschrankmontage  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (Küche: Speisenzubereitung, Catering, feierliche Buffets), Wäscherei (Privatwäsche, Geschäftswäsche, Hygienewäsche, Heißmangeln, Bügeln)  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege (z. B. Rasenpflege, Strauch- und Heckenschnitt), Landschaftspflege (z. B.: Park- und Rabattenpflege)  
Produkte:  
KUNSTHANDWERK: kreative Holzarbeiten  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel, Vogelfutterhäuschen, Nistkästen, Pflanzenkübel  
SONSTIGE PRODUKTE: Bauelemente

#### Weitere Betriebsstätten:

Drebnitzer Weg 4; Halle 32  
01877 Bischofswerda  
Carl-Maria-von-Weber-Str. 15  
01877 Bischofswerda  
Werkstatt für chronisch psychisch kranke Menschen  
Bautzner Str. 56  
01877 Bischofswerda

## Sachsen (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen)

### **CSW - Christliches Sozialwerk gemeinnützige GmbH WfbM Sankt Nikolaus**

(Reg.-Nr. 14/50)

Oswald-Kahnt-Str. 1  
01917 Kamenz  
Telefon: 03578 3846-0  
Telefax: 03578 3846-19  
E-Mail: [post@csw-kamenz.de](mailto:post@csw-kamenz.de)  
Homepage: <http://www.csw-kamenz.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling, Demontagearbeiten  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (auch Raumvermietung),  
Wäscherei, Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau,  
Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Kamin- und  
Feuerholzherstellung,  
Logistische Leistungen, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe  
Firmen)

#### **Produkte:**

TEXTILWAREN: Haus- und Heimtextilien (Tischdecken), Fahnen  
KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Keramik  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Kamin- und Brennholz

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Betriebsstätte Rauschwitz  
Hauptstr. 12  
01920 Rauschwitz

Lorenzshof  
Neschwitzer Straße 38  
01917 Kamenz - OT Jesau

## Sachsen (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen)

### **Kloster St. Marienstern Werkstatt für behinderte Menschen St. Michael**

(Reg.-Nr. 14/67)

Am Montschik 1  
01920 Panschwitz-Kuckau  
Telefon: 035796 80450  
Telefax: 035796 80459  
E-Mail: [wfb@st-marienstern.de](mailto:wfb@st-marienstern.de)  
Homepage: <http://www.st-marienstern.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung,  
Spielzeugherstellung, Laubsägearbeiten  
VERPACKUNGSARBEITEN: Entgratungsarbeiten, E-Montage,  
Folienschweissen, Kartonagen und Papierverarbeitung, Kleinmontage,  
Konfektionieren  
HAUSWIRTSCHAFT: Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Herstellung von Kerzen verschiedener Formen

#### **Produkte:**

LEBENSMITTEL: Brot und Backwaren  
KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Holzarbeiten, Keramik,  
Kerzenproduktion  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzenkübel

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Holzhackschnitzelanlage / Heizhaus  
Am Kloster  
01920 Panschwitz-Kuckau

**Missionshof Lieske  
Wohnheim und Werkstatt für Behinderte**

**(Reg.-Nr. 14/73)**

Hauptstr. 30

01920 Oßling

Telefon: 035792 571-0

Telefax: 035792 57112

E-Mail: [missionshof@t-online.de](mailto:missionshof@t-online.de)

Homepage: [http://www.diakonie-kamenz.de/behindertenhilfe\\_missionshof\\_-\\_wohnheim\\_de.html](http://www.diakonie-kamenz.de/behindertenhilfe_missionshof_-_wohnheim_de.html)

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage

VERPACKUNGSARBEITEN

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Landschaftspflege

Produkte:

LEBENSMITTEL: Fleisch- und Wurstwaren

### Diakoniewerk Oberlausitz e.V. - Oberlausitzer Werkstätten (OLW) Werkstatt Bautzen

(Reg.-Nr. 14/72)

Edisonstr. 20  
02625 Bautzen  
Telefon: 03591 53203-241  
Telefax: 03591 53203-299  
E-Mail: [alin.pufe-heyder@olw.de](mailto:alin.pufe-heyder@olw.de)  
Homepage: <http://www.diakoniewerk-oberlausitz.de/werkstatt-bautzen-edisonstrasse.html>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Fotokopieren  
VERPACKUNGSARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Fahrradwerkstatt, Stempelherstellung  
Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Keramik, Saisonartikel  
SONSTIGE PRODUKTE: Bauelemente, Fahrräder, Stempel

#### Weitere Betriebsstätten:

Diakoniewerk Oberlausitz e.V.  
OLW - Werkstatt Bautzen  
Betriebsstätte Wilthener Straße  
Wilthener Str. 32  
02625 Bautzen  
Telefon: 03591 355570  
Telefax: 03591 355571

Diakoniewerk Oberlausitz e.V.  
OLW - Werkstatt Bautzen  
Edisonstraße 17  
02625 Bautzen

Diakoniewerk Oberlausitz e.V.  
OLW - Werkstatt Bautzen  
Betriebsstätte Kirschau  
Bautzener Str. 103  
02681 Kirschau  
Telefon: 03591 53203 240  
Telefax: 03591 53203 299

Diakoniewerk Oberlausitz e.V.  
Außenstelle im Objekt  
Handelszentrum Oberland  
02681 Wilthen

Verbundwerkstatt:  
Diakoniewerk Oberlausitz e.V.  
OLW - Werkstatt Löbau  
Weißenberger Straße 61  
02708 Löbau  
Telefon: 03585 451400  
Telefax: 03585 451599

Träger:  
Diakoniewerk Oberlausitz e.V.  
Oberlausitzer Werkstätten  
Edisonstraße 17  
02625 Bautzen  
Telefon: 03591-53203212  
Telefax: 03591-53203212

### Diakoniewerk Oberlausitz e.V. Oberlausitzer Werkstätten - Werkstatt Löbau

(Reg.-Nr. 14/53)

Weißberger Str. 61  
02708 Löbau  
Telefon: 03585 451400  
Telefax: 03585 451599  
E-Mail: [werkstatt.loebau@olw.de](mailto:werkstatt.loebau@olw.de)  
Homepage: <http://www.olw.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung

KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

RECYCLING: Demontagearbeiten

DRUCK/GRAFIK: Bedrucken von Gegenständen

VERPACKUNGSARBEITEN

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege

Produkte:

MÖBEL: Regale

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte,

Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel

WERBEMITTEL

#### Weitere Betriebsstätten:

Zweigwerkstatt:

OLW - Werkstatt Großhennersdorf

Heuscheuner Weg

02747 Großhennersdorf

Telefon: 035873 47501

Telefax: 035873 47517

Außenstelle:

OLW - Werkstatt Löbau

Weißberger Str. 59

02708 Löbau

Telefon: 03585 452946

Zweigwerkstatt:

OLW - Werkstatt Herrnhut

Gewerbestr. 1

02747 Herrnhut

Telefon: 035873 36000

Telefax: 035873 360036

Träger:

Diakoniewerk Oberlausitz e.V.

Oberlausitzer Werkstätten

Edisonstraße 17

02625 Bautzen

Telefon: 03591 53203212

Telefax: 03591 53203212

### Zittauer Werkstätten e.V.

(Reg.-Nr. 14/56)

Gerhart-Hauptmann-Str. 76  
02763 Zittau  
Telefon: 03583 687310  
Telefax: 03583 687333  
E-Mail: [info@ziwerk.de](mailto:info@ziwerk.de)  
Homepage: <http://www.ziwerk.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

##### Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen (z. B. Bohren, Drehen, Fräsen), Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL: Näherei, Weberei, Stickerei  
LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN (Holz)  
DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung, Bedrucken von Gegenständen, Laser-Gravur  
VERPACKUNGSARBEITEN (jeder Art)  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei, Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Fahrradwerkstatt, Gravur

##### Produkte:

TEXTILWAREN: Bekleidung, Haus- und Heimtextilien  
KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Holzarbeiten, Keramik, Kerzen, Korb- und Stuhlflechtarbeiten, Saisonartikel, Textilien  
MÖBEL: Arbeits- und Büromöbel, Kindergarten-/Schulmöbel, Kleinmöbel, Regale  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte, Garten- und Landschaftsmöbel, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel, Sonstiger Gartenbedarf  
SPIELWAREN: Brett- und Gesellschaftsspiele, Holzspielwaren  
WERBEMITTEL  
SONSTIGE PRODUKTE: Fahrräder, Schilder (Gravurarbeiten)

#### Weitere Betriebsstätten:

Zittauer Werkstätten - Werkstatt  
N.E.MO  
Bereich für psychisch behinderte  
Menschen  
Neiße-Str. 5  
02763 Zittau  
Telefon: 03583 580930  
Telefax: 03583 580938

Zittauer Werkstätten -  
Zweigwerkstatt  
Oskar-Auster-Weg 1  
02763 Zittau  
Telefon: 03583 51870  
Telefax: 03583 5187200

Zittauer Werkstätten  
Südstr. 104  
02763 Zittau



## Sachsen (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen)

### **Pater-Kolbe-Hof Werkstatt für behinderte Menschen**

(Reg.-Nr. 14/97)

Klostergutweg 3  
02788 Schlegel  
Telefon: 035843 28126  
Telefax: 035843 28129  
E-Mail: [pater-kolbe-hof@t-online.de](mailto:pater-kolbe-hof@t-online.de)  
Homepage: <http://www.pater-kolbe-hof.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Palettenherstellung

Profilhölzer aller Art, Dielung, Paneele, Terrassenhölzer, Herstellung von Kamin- und Brennholz, Zaunherstellung, dekorative Kerzenständer

KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN (Holz)

VERPACKUNGSARBEITEN / Etikettierarbeiten, Sortierarbeiten

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege (z.B. Grünanlagenpflege)

## Sachsen (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen)

### **Görlitzer Werkstätten e.V. anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen**

(Reg.-Nr. 14/54)

Friedrich-Engels-Str. 39  
02827 Görlitz  
Telefon: 03581 4238-30  
Telefax: 03581 4238-39  
E-Mail: [kontakt@goewerk.de](mailto:kontakt@goewerk.de)  
Homepage: <http://www.goewerk.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen (Bohren bis 10 mm), Fügen, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung, Verpackungshölzer (nach ISPM Nr. 15), Brennstoffherstellung

KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung, Fotokopieren

PAPIERVERARBEITUNG

KALENDERBINDUNG

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN: Sortieren, Arbeiten mit Zählwagen, Etikettieren, Befüllen, Einschweißen, Schrumpfen, Sleeven, Verpacken

HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei, Reinigung, Catering (Ausgabeküche)

SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

Produkte:

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Korbflechtarbeiten, Saisonartikel, Textilien

MÖBEL: Kleinmöbel, Regale

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen

KAMIN- UND BRENNHOLZPRODUKTION

SPIELWAREN: Brett- und Gesellschaftsspiele, Holzspielwaren, Therapeutisches Spielzeug

PAPIERWAREN: Schreib- und Zeichenblöcke

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Hauptwerkstatt:

Görlitzer Werkstätten  
Friedrich-Engels-Str. 39  
02827 Görlitz

Weitere Betriebsstätten:

Görlitzer Werkstätten  
Am Schützenhaus 1  
02826 Görlitz

Görlitzer Werkstätten  
Gartenstraße 25  
02894 Reichenbach/OL

Görlitzer Werkstätten  
Außenstelle MAVE für psychisch  
kranke Menschen  
Am Klinikum 7  
02828 Görlitz

### **Martinshof Rothenburg Diakoniewerk Werkstätten Martinshof - anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen**

(Reg.-Nr. 14/26)

Mühlgasse 10  
02929 Rothenburg  
Telefon: 035891 380  
Telefax: 035891 38110  
E-Mail: [info@martinshof-diakoniewerk.de](mailto:info@martinshof-diakoniewerk.de)  
Homepage: <http://www.martinshof-diakoniewerk.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: CNC-Bearbeitung (Fräsen), Metallmontage  
HOLZ: CNC-Bearbeitung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffverarbeitung (z.B. Spritzgießen,  
Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
VERPACKUNGSARBEITEN: Verpackung und Konfektionierung, Stanzen von  
Kartonagen  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei, Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und  
Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Umzugs- und Transportarbeiten  
STANZEN: eigene Herstellung von Stanzschnitten nach Zeichnung oder  
Muster, Stanzen verschiedener Materialien  
Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Keramik, Korb- und  
Stuhlflechtarbeiten  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte  
SONSTIGE PRODUKTE: Dichtungen (Flachdichtungen aus Gummi, Kork,  
Dichtungsmaterialien)

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Martinshof Rothenburg  
Diakoniewerk  
Hauptwerkstatt  
Bahnhofstr. 17/19  
02906 Niesky  
Telefon: 03588 250023  
Telefax: 03588 250020

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Nebenwerkstatt  
Mühlgasse 10  
02929 Rothenburg/Oberlausitz  
Telefon: 035891 38-124  
Telefax: 035891 38110

Mühlgasse 2a  
02929 Rothenburg/Oberlausitz

Nebenwerkstatt  
Säricherer Straße 16 a  
02923 Kodersdorf

### Werkstätten der Lebenshilfe Weißwasser gemeinnützige GmbH

(Reg.-Nr. 14/91)

Industriestraße Ost 7  
02943 Weißwasser  
Telefon: 03576 256830  
Telefax: 03576 256855  
E-Mail: [info@lebenshilfe-weisswasser.de](mailto:info@lebenshilfe-weisswasser.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-weisswasser.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

##### Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen (konventionelles Drehen und Fräsen, Bohren, Senken, Gewindeschneiden, Feilen, Entgraten), Fügen, Metallmontage,  
HOLZ: kreative Holzgestaltung, Fertigung von diversen Holzartikeln für den privaten Verbrauchermarkt

INDUSTRIEMONTAGE: Einzel- und Baugruppenmontage

ELEKTRO: Elektromontage

RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling (Elektroaltgeräte)

VERPACKUNGS- und MONTAGEARBEITEN: Sondermontage,

Konfektionierung, Zählarbeiten, Prüf- und Sortierarbeiten

HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei, Reinigungsarbeiten (Gebäudereinigung)

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,

Landschaftspflege

LASERGRAVUR: Beschilderungen für gewerbliche und private Zwecke

##### Produkte:

SONSTIGE PRODUKTE: Schildergravur, Dekoartikel aus Holz

#### Weitere Betriebsstätten:

Betriebsstätte 2

Werkstatt für chronisch psychisch kranke Menschen

Köbelner Straße 78

02953 Bad Muskau

Telefon: 035771 639660

Telefax: 035771 639670

Betriebsstätte 3

Industriestraße West 9

02943 Weißwasser

### Lausitzer Werkstätten gemeinnützige GmbH Dienstleistungszentrum Seidewinkel

(Reg.-Nr. 14/90)

Am Speicher 4  
02977 Hoyerswerda  
Telefon: 03571 91250  
Telefax: 03571 912555  
E-Mail: [kontakt@wfb-hoy.de](mailto:kontakt@wfb-hoy.de)  
Homepage: <http://www.lausitzer-werkstaetten.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Möbelfertigung

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung,  
Fotokopieren

VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei, Reinigungsarbeiten

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Fahrradwerkstatt

Produkte:

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen, Nistkästen,  
Pflanzenkübel

SONSTIGE PRODUKTE: Bauelemente, Fahrräder

Alle unsere Produkte finden Sie in unserem Online-Shop unter <http://www.lausitzer-werkstaetten.de/produktkatalog/holzarbeiten.html>

#### Weitere Betriebsstätten:

Lausitzer Werkstätten  
gemeinnützige GmbH  
Dienstleistungszentrum Nardt  
Ackerstr. 27  
02977 Hoyerswerda  
Telefon: 03571 9125-60  
Telefax: 03571 912555

Lausitzer Werkstätten  
gemeinnützige GmbH  
Förder- und Betreuungsbereich  
Am Speicher 4  
02977 Hoyerswerda  
Telefon: 03571 913862

Lausitzer Werkstätten  
gemeinnützige GmbH  
Industriestraße B Nr. 8  
02977 Hoyerswerda

Lausitzer Werkstätten  
gemeinnützige GmbH  
Lausitzer Seenlandklinikum  
Garten- und Landschaftspflege  
Maria-Grollmuß-Straße 10  
02977 Hoyerswerda

## Sachsen (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen)

### Diakonisches Werk Innere Mission Leipzig e.V. Lindenwerkstätten WfbM - Werkstatt I

(Reg.-Nr. 14/64)

Roßmarktstr. 17-19  
04177 Leipzig  
Telefon: 0341 4782200  
Telefax: 0341 4782230  
E-Mail: [lindenwfb-leipzig.wl@diakonie-leipzig.de](mailto:lindenwfb-leipzig.wl@diakonie-leipzig.de)  
Homepage: <http://www.diakonie-leipzig.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Spielzeugherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei, Stickerei  
RECYCLING: Metall-Recycling, Demontagearbeiten  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei (Waschen und Trocknen von Flachwäsche, Oberbekleidung, Wischbezüge - Möppe)  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Gewächshaus

Produkte:

LEBENSMITTEL: Fleisch- und Wurstwaren, Landwirtschaftliche Erzeugnisse (z.B. Gemüse)  
KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Keramik  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte (Blumen), Vogelfutterhäuschen/Nistkästen  
SPIELWAREN: Holzspielwaren, Therapeutisches Spielzeug  
SONSTIGE PRODUKTE: Lehrmaterial (Godly-Play-Materialien)

#### Weitere Betriebsstätten:

Werkstatt II  
An den Werkstätten 4  
04451 Panitzsch  
Telefon: 034291 440-250  
Telefax: 034291 440-251  
E-Mail: [lindenwfb-panitzsch@diakonie-leipzig.de](mailto:lindenwfb-panitzsch@diakonie-leipzig.de)

Am Handwerkerzentrum 2  
04451 Borsdorf OT Panitzsch

Werkstatt III  
Edisonstr. 26/28  
04435 Schkeuditz  
Telefon: 034204 7048-0  
Telefax: 034204 7048-30  
E-Mail: [lindenwfb-schkeuditz@diakonie-leipzig.de](mailto:lindenwfb-schkeuditz@diakonie-leipzig.de)

Am Lindenauer Markt 22  
04177 Leipzig  
Telefon: 0174 1524970

## Sachsen (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen)

### Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Leipzig e.V. - Lebenshilfe Werkstatt Leipzig

(Reg.-Nr. 14/89)

Ernst-Keil-Str. 15  
04179 Leipzig  
Telefon: 0341 45339-0  
Telefax: 0341 4533918  
E-Mail: [info@lebenshilfe-leipzig.de](mailto:info@lebenshilfe-leipzig.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-leipzig.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, CNC-Bearbeitung, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling, Kork-Recycling, Metall-Recycling, Demontagearbeiten  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

Produkte:

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen  
SPIELWAREN: Brett- und Gesellschaftsspiele, Holzspielwaren, Therapeutisches Spielzeug  
SONSTIGE PRODUKTE: Schilder

**CSW - Christliches Sozialwerk gemeinnützige GmbH  
WfbM Sankt Michael**

**(Reg.-Nr. 14/96)**

Prager Str. 390  
04289 Leipzig  
Telefon: 0341 86908-0  
Telefax: 0341 86908-43  
E-Mail: [info@wfbm-st-michael.de](mailto:info@wfbm-st-michael.de)  
Homepage: <http://www.wfbm-st-michael.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
DRUCK/GRAFIK:  
- Druckerei  
Digitaldruck mehrfarbig  
Geschäftspost, Visitenkarten, Lieferscheine (auch mit Papier zum Selbstdurchschreiben)  
- Druckweiterverarbeitung (Buchbinderei)  
Falten, Falzen, Kleben, Heißkleben, Leimen, Binden, Spiralisieren  
Lochen; Einsatz einer 4-Lochpapierbohrmaschine  
VERPACKUNGSARBEITEN und LEICHTMONTAGE:  
Zusammenstellung von Sortimenten und Werbesendungen  
Kuvertierarbeiten, Mailing (ca. 10.000Stck./Tag)  
Verpackung in Kartonagen, Folie oder Blister  
Montage von elektrischen bzw. elektronischen Bauelementen  
Einschweißen von Büchern, Broschüren etc. mit einem industriellen Hochleistungseinschweißautomaten  
maximale Abmessungen des Produktes: Breite: 410 mm, Höhe:150mm, Länge: 1000mm (ca. 10.000Stck./Tag)  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE:  
Grünflächen- bzw. gartenpflegerische Arbeiten, auch in öffentlichen Anlagen  
Produkte:  
PAPIERWAREN: Notizblöcke, Notizzettelwürfel, Schreib- und Zeichenblöcke, Trennstreifen, Karteikarten  
Die Übernahme weiterer Arbeiten ist nach Absprache möglich. Rufen Sie uns an oder kommen Sie einfach vorbei.

**Weitere Betriebsstätten:**

Christian-Grunert-Str. 2  
04288 Leipzig-Holzhausen

## Sachsen (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen)

### Stötteritzer Werkstätten

(Reg.-Nr. 14/68)

Oberdorfstr. 15  
04299 Leipzig  
Telefon: 0341 8631780  
Telefax: 0341 8631786  
E-Mail: [info@wfb-leipzig.de](mailto:info@wfb-leipzig.de)  
Homepage: <http://www.wfb-leipzig.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
MONTAGEARBEITEN  
STUHLFLECHTEREI  
DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN: Kleinteilmontage (Montagearbeiten aller Art; Verpackung, Konfektionierung)  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (Zubereiten und Verkauf von Frühstück und Mittagessen; Partyservice bis ca. 150 Personen; Catering für private und geschäftliche Anlässe)  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege (Anlage und Pflege von öffentlichem und privatem Grün, Gehölzverschnitt, Fällen von Bäumen)

Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Korb- und Stuhlflechtarbeiten

#### Weitere Betriebsstätten:

Stötteritzer Werkstätten  
Oberdorfstraße 45  
04299 Leipzig  
Telefon: 0341 8631780  
Telefax: 0341 8631786

## Sachsen (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen)

### Diakonische Leipziger gGmbH (DLG) - Diakonie am Thonberg

(Reg.-Nr. 14/84)

Eichlerstr. 2  
04317 Leipzig  
Telefon: 0341 2677000  
Telefax: 0341 2677099  
E-Mail: [info@dat-leipzig.de](mailto:info@dat-leipzig.de)  
Homepage: <http://www.dat-leipzig.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, CNC-Bearbeitung, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung, Parkettarbeiten, Polsterarbeiten  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN  
BAU-/RENOVIERUNGSARBEITEN  
RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling, Demontagearbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei (z. B. Digital-, Offsetdruck), Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung, Fotokopieren, Bedrucken von Gegenständen (z. B. Tampon-, Transfer-, Sublimations-, Siebdruck)  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Daten- und Texterfassung  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei, Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Autopflege, Tierfriedhof

Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Saisonartikel, Filzarbeiten  
PAPIERWAREN: handgeschöpftes Papier

#### Weitere Betriebsstätten:

Abteilung Gartenbau /  
Landschafts- / Friedhofspflege  
Handwerkerhof 6a  
04316 Leipzig  
Telefon: 0341 65229557  
Telefax: 0341 65229558  
E-Mail: [gala@dat-leipzig.de](mailto:gala@dat-leipzig.de)

Abteilung Papier / Druck /  
Verpackung  
Dauthestraße 6  
04317 Leipzig  
Telefon: 0341 2677 009  
Telefax: 0341 41371817008

Städtisches Altenpflegeheim Martin  
Andersen Nexö  
Riebeckstraße 51  
04317 Leipzig



## Sachsen (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen)

### **AWO - Werkstätten**

(Reg.-Nr. 14/10)

Braunstr. 27-29  
04347 Leipzig  
Telefon: 0341 2392400  
Telefax: 0341 2392456  
E-Mail: [u.richter@awowerkstaetten.de](mailto:u.richter@awowerkstaetten.de)  
Homepage: <http://www.awowerkstaetten.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei, Stickerei  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Werkstatt Markkleeberg  
Hauptstr. 101  
04416 Markkleeberg  
Telefon: 0341 3588012  
Telefax: 0341 3581171

## Sachsen (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen)

### **Sozial- und Beschäftigungszentrum Delitzsch gGmbH**

(Reg.-Nr. 14/63)

Richard-Wagner-Str. 18a  
04509 Delitzsch  
Telefon: 034202 736-0  
Telefax: 034202 51147  
E-Mail: [info@wfbm-delitzsch.de](mailto:info@wfbm-delitzsch.de)  
Homepage: <http://www.wfbm-delitzsch.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
HOLZ:  
Tischlerei: Holzbearbeitung, CNC-Bearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung  
ELEKTRO:  
Elektromontage, Kabelkonfektionierung, Löt-Arbeiten  
TEXTIL/LEDER:  
Näherei: Änderungsschneiderei, Stickerei  
DRUCK/GRAFIK:  
Druckerei: Farblaserdruck, Geschäftspapiere und andere Druck-Arbeiten, Stempelherstellung, Textildruck, Lasergravur  
VERPACKUNGSARBEITEN:  
Verpacken von Halbfertigwaren, Sortieren, Etikettieren  
HAUSWIRTSCHAFT:  
Wäscherei: Waschen verschiedener Textilien, Mangeln von Handtüchern, Tisch- und Bettwäsche  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE:  
Landschaftspflege: Anlegen von Rasenflächen, Mäh-Arbeiten, Heckenschnitt, Pflege von Rabatten-Anlagen, Pflanzungen  
SONSTIGE LEISTUNGEN:  
Kfz-Schilderprägestelle: Kfz-Kennzeichen aller Art, Parkplatzschilder, Fun-Schilder, Ausfuhrversicherungen, Kurzzeitversicherungen

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Schulze-Delitzsch-Center  
Bereich Druckerei und Näherei  
Holzstraße 1 - 5  
04509 Delitzsch  
Telefon: 034202 304612  
Telefax: 034202 304617

Betriebsstätte Montage  
Bereich LED-Montage, LED-Leuchtmittel-Montage  
Heinrich-Rudolf-Hertz-Straße 2  
04509 Delitzsch  
Telefon: 034202 344854, 034202 351956



## Sachsen (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen)

### Sozial-Arbeiten-Wohnen Borna gGmbH

(Reg.-Nr. 14/85)

Am Wilhelmschacht 1  
04552 Borna  
Telefon: 03433 2769-0  
Telefax: 03433 2769-35  
E-Mail: [drechsler@lebenshilfe-borna.de](mailto:drechsler@lebenshilfe-borna.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-borna.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage, Stanzen  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Kerzen- und Seifenproduktion  
Produkte:  
SONSTIGE PRODUKTE: Kerzen- und Seifenproduktion

#### Weitere Betriebsstätten:

Außenstelle Zedlitz  
Waldstraße 4  
04552 Borna OT Zedlitz  
Telefon: 03433 778041  
Telefax: 03433 708043  
  
Außenstelle Borna  
Am Wilhelmsschacht 8  
04552 Borna  
Telefon: 03433 746870  
Telefax: 03433 74687109

## Sachsen (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen)

### DRK-Werkstätten Geithain

(Reg.-Nr. 14/78)

Tautenhainer Str. 13 B  
04643 Geithain  
Telefon: 034341 312-0  
Telefax: 034341 312-23  
E-Mail: [mehner@drk-geithain.de](mailto:mehner@drk-geithain.de)  
Homepage: <http://www.drk-geithain.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALLBEARBEITUNG: Trennen, Fügen, speziell Schweißen mit einem Roboter, Metallmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
HOLZBEARBEITUNG: Herstellung von Zaunanlagen, Gartengerätehäuser, Carports, Sonderanfertigungen  
LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN  
(Farbgebung: Spritzen, Handlackierung u. Imprägnierung im Holzbereich)  
DRUCK/GRAFIK: Bedrucken von Gegenständen  
(Siebdruck: Werbeaufdrucke und ähnliches auf Holz, Keramik, Plast u.s.w.)  
MONTAGEARBEITEN: unterschiedliche Baugruppen nach Kundenwunsch, Komplettierung  
VERPACKUNGSARBEITEN  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Digitale Archivierung (Scannen von Akten und Unterlagen)  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Landschaftspflege  
Produkte:  
LBEBENSMITTEL: Landwirtschaftliche Erzeugnisse (Gemüse, Kräuter, Beerenobst)  
KUNSTHANDWERK : Floristische Artikel (Gestecke passend zu Anlass und Jahreszeit), Holzarbeiten, Keramikprodukte (Töpferei)  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Blumen

### **Roßweiner Werkstätten Diakonisches Werk Döbeln e.V.**

(Reg.-Nr. 14/88)

Stadtbadstr. 16 - 24  
04741 Roßwein  
Telefon: 034322 462-0  
Telefax: 034322 46210  
E-Mail: [wfbm@diakonie-doebeln.de](mailto:wfbm@diakonie-doebeln.de)  
Homepage: <http://www.wfbm-rosswein.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung  
Möbelrestauration  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei, Legerei, Zuschnitt  
BAU-/RENOVIERUNGSARBEITEN (Zimmerei)  
DRUCK/GRAFIK: Bedrucken von Gegenständen  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

Produkte:

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Korb- und Stuhlflechterarbeiten, Saisonartikel  
MÖBEL: Kindergarten-/Schulmöbel  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel  
SPIELWAREN: Drachen  
BÜROARTIKEL  
SONSTIGE PRODUKTE: Bauelemente, Notenständer, Gitarrenständer

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Werkstatt Roßwein II  
Werkstatt für psychisch behinderte Menschen  
Wehrstraße 27  
04741 Roßwein  
Telefon: 034322 4620  
Telefax: 034322 46210

Werkstatt Hartha  
Chemnitzer Str. 8  
04746 Hartha  
Telefon: 034328 66810  
Telefax: 034328 668-29

## Sachsen (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen)

### **Lebenshilfe e.V. Regionalvereinigung Oschatz Werkstatt für behinderte Menschen Oschatz**

**(Reg.-Nr. 14/93)**

Ernst-Schneller-Str. 16  
04758 Oschatz  
Telefon: 03435 9779-10  
Telefax: 03435 9779-44  
E-Mail: [wfbm.oschatz@t-online.de](mailto:wfbm.oschatz@t-online.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-oschatz.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Kistenfertigung, Palettenherstellung  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei

Produkte:  
LEBENSMITTEL: Landwirtschaftliche Erzeugnisse  
SONSTIGE PRODUKTE: Verkaufshütten aus Holz

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Zweigwerkstatt (Holzbearbeitung)  
Hofstr. 6  
04758 Leuben  
Telefon: 03435 920339  
Telefax: 03435 920339

Gärtnerei  
Am Thalgut 13  
04758 Oschatz  
Telefon: 03435 929772  
Telefax: 03435 929772

O-SCHATZ-PARK  
Am Stadtbad 1  
04758 Oschatz  
Telefon: 03435 939754

Pension am Park  
Am Brühl 7  
04758 Oschatz  
Telefon: 03435 986907  
Telefax: 03435 986908

## Sachsen (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen)

### **CSW - Christliches Sozialwerk gemeinnützige GmbH Werkstatt für behinderte Menschen St. Martin**

**(Reg.-Nr. 14/98)**

Schloßstr. 7a  
04779 Wernsdorf  
Telefon: 034364 88399-10  
Telefax: 034364 88399-19  
E-Mail: [monika.kretschmer@agenda-orange.org](mailto:monika.kretschmer@agenda-orange.org)  
Homepage: <http://www.christliches-sozialwerk-ggmbh.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Landschaftspflege

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Außenstelle  
Bahnhofstr. 6a  
04779 Wernsdorf-Mahlis

### **AWO - Werkstätten**

(Reg.-Nr. 14/18)

Schiemannstr. 7  
04808 Wurzen  
Telefon: 03425 9057-0  
Telefax: 03425 9057-25  
E-Mail: [u.richter@awowerkstaetten.de](mailto:u.richter@awowerkstaetten.de)  
Homepage: <http://www.awowerkstaetten.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

**Auftragsarbeiten:**  
METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN (Holz)  
RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling, Demontagearbeiten  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

**Produkte:**  
TEXTILWAREN: Bekleidung  
KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Holzarbeiten, Keramik

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Zweigwerkstatt Grimma  
Hengstbergstr. 4/6  
04668 Grimma  
Telefon: 03437 76050  
Telefax: 03437 760555

Zweigwerkstatt Eilenburg  
Gustav-Adolf-Ring 10  
04838 Eilenburg  
Telefon: 03423 75850  
Telefax: 03423 7585102

### Elbaue-Werkstätten gGmbH der Lebenshilfe Torgau e. V.

(Reg.-Nr. 14/83)

Aueweg 2  
04860 Torgau  
Telefon: 03421 703-600  
Telefax: 03421 703-611  
E-Mail: [email@elbaue-werkstaetten.de](mailto:email@elbaue-werkstaetten.de)  
Homepage: <http://www.elbaue-werkstaetten.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

##### Auftragsarbeiten:

**METALL:** Umformen, Trennen (z.B. Bohren), Fügen, Metallmontage  
**HOLZ:** Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Herstellung von Paletten, Möbelfertigung, Fertigen und Aufbau von Carports, Bau von Holzställen, Nistkästen  
**TEXTIL/LEDER:** Näherei, Stickerei, Reparatur- und Ausbesserungsarbeiten von Kleidung  
**DRUCK/GRAFIK:** Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Bedrucken von Gegenständen  
**VERPACKUNGSARBEITEN**  
**HAUSWIRTSCHAFT:** Catering (Küche), Wäscherei, Reinigung  
**GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE:** Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Landschaftspflege, Fällen von Bäumen

##### Produkte:

**KUNSTHANDWERK:** Floristische Artikel  
**MÖBEL:** Kleinmöbel, Regale  
**GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE:** Pflanzen, Garten- und Landschaftsmöbel, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel, Sonstiger Gartenbedarf  
**WERBEMITTEL**  
**SONSTIGE PRODUKTE:** Bauelemente, Fahrradständer

#### Weitere Betriebsstätten:

Elbaue-Werkstätten gGmbH  
Nachtweideweg 7  
04860 Torgau  
Telefon: 03421 703034

Elbaue-Werkstätten gGmbH  
Am Stadtpark 3  
04860 Torgau  
Telefon: 03421 701494

Elbaue-Werkstätten gGmbH  
Bäckerstraße 15  
04860 Torgau  
Telefon: 03421 9685139

## Sachsen (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen)

### Werkstatt für behinderte Menschen St. Mauritius

(Reg.-Nr. 14/13)

Newtonstr. 1  
08060 Zwickau  
Telefon: 0375 27133-0  
Telefax: 0375 27133-11  
E-Mail: [info@st-mauritius-werkstaetten.de](mailto:info@st-mauritius-werkstaetten.de)  
Homepage: <http://www.st-mauritius-werkstaetten.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Möbelfertigung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage  
TEXTIL/LEDER: Näharbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Bedrucken von Gegenständen (mit Tampondrucktechnik),  
Papierverarbeitung  
MONTAGEARBEITEN: Industriemontage, Kleinteilmontage  
RECYCLING: Demontagearbeiten  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Landwirtschaft  
Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Keramik, Saisonartikel  
MÖBEL: Arbeits- und Büromöbel, Kleinmöbel, Regale, Wohnmöbel  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen,  
Pflanzenkübel

#### Weitere Betriebsstätten:

Pferde- und Straußenhof  
Königswalde  
Bachstraße 13  
08412 Werdau OT Königswalde  
Telefon: 03761 7608-25  
Telefax: 03761 7608-38  
E-Mail: [pension@st-mauritius-werkstaetten.de](mailto:pension@st-mauritius-werkstaetten.de)  
Homepage: [www.pferde-und-straussenhof.de](http://www.pferde-und-straussenhof.de)  
Außenstelle Haus 8  
Werdauer Straße 62  
08056 Zwickau  
Telefon: 0375 271408-20 oder 0375  
271408-17

## Sachsen (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen)

### Stadtmission Zwickau e.V. - Lukaswerkstatt

(Reg.-Nr. 14/33)

Cainsdorfer Str. 15  
08064 Zwickau  
Telefon: 0375 77009-0  
Telefax: 0375 77009-50  
E-Mail: [lukaswerkstatt@stadtmission-zwickau.de](mailto:lukaswerkstatt@stadtmission-zwickau.de)  
Homepage: <http://www.lukaswerkstatt.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren, Bedrucken von  
Gegenständen  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und  
Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Keramik, Korb- und Stuhlflechterarbeiten, Saisonartikel  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte  
PAPIERWAREN  
BÜROARTIKEL

#### Weitere Betriebsstätten:

Außenstelle  
Innere Zwickauer Straße 21 A  
08062 Zwickau

## Sachsen (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen)

### Behindertenwerkstatt Reinsdorf gemeinnützige GmbH

(Reg.-Nr. 14/27)

Gabelsberger Str. 8  
08141 Reinsdorf  
Telefon: 0375 277590  
Telefax: 0375 2775919  
E-Mail: [info@behindertenwerkstatt-reinsdorf.de](mailto:info@behindertenwerkstatt-reinsdorf.de)  
Homepage: <http://www.behindertenwerkstatt-reinsdorf.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen (Kanten), Trennen (Stanzen, Fräsen), Fügen, CNC-Bearbeitung (Drehen und Fräsen)  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
LACKIARBEITEN/BESCHICHTUNGEN/STRAHLEN  
RECYCLING: Demontagearbeiten  
Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Kerzen  
MÖBEL: Regale

#### Weitere Betriebsstätten:

Außenstelle für psychisch behinderte Menschen  
Karl-Liebknecht-Straße 53  
08112 Wilkau-Haßlau  
Telefon: 0375 6067437

Betriebsstätte Kirchberg  
Bahnhofstraße 28a  
08107 Kirchberg

## Sachsen (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen)

### Diakonisches Werk im Kirchenbezirk Auerbach e.V. Göltzschtalwerkstätten Vogtland

(Reg.-Nr. 14/28)

Alte Falkensteiner Str. 2  
08209 Auerbach OT Rebesgrün  
Telefon: 03744 2610  
Telefax: 03744 261116  
E-Mail: [info@diakonie-auerbach.de](mailto:info@diakonie-auerbach.de)  
Homepage: <http://www.diakonie-auerbach.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Möbelfertigung, Serienfertigung, CNC-Bearbeitung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
RECYCLING: Textil-Recycling, PET Recycling  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren  
VERPACKUNGSARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau  
Produkte:  
TEXTIL-/LEDERWAREN: Bekleidung  
LEBENSMITTEL: Landwirtschaftliche Erzeugnisse  
KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel  
HOLZPRODUKTE  
PAPIERWAREN  
WERBEMITTEL; KALENDER

#### Weitere Betriebsstätten:

Diakonisches Werk im  
Kirchenbezirk Auerbach e.V.  
Göltzschtalwerkstätten Vogtland  
Zweigwerkstatt Klingenthal  
Neue Wiesen 2  
08248 Klingenthal  
Telefon: 037467 6450  
Telefax: 037467 64516

Diakonisches Werk im  
Kirchenbezirk Auerbach e.V.  
Göltzschtalwerkstätten Vogtland  
Außenstelle für chronisch-psychisch  
kranke Menschen  
Goethestr. 13  
08209 Auerbach / OT Rebesgrün  
Telefon: 03744 2610

## Sachsen (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen)

### **INVITAS - Lebenshilfwerk gemeinnützige GmbH Anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen Schneeberg**

(Reg.-Nr. 14/9)

Silberbachstr. 10  
08289 Schneeberg  
Telefon: 03772 3939-0  
Telefax: 03772 3939-99  
E-Mail: [kontakt@invitas.org](mailto:kontakt@invitas.org)  
Homepage: <http://www.invitas-ggmbh.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (Pausenversorgung), Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Gastronomie (Café SAMOCCA)  
Produkte:  
MÖBEL: Arbeits- und Büromöbel, Kindergarten-/Schulmöbel, Kleinmöbel, Regale, Wohnmöbel  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Hauptwerkstatt - Bereich 2  
Am Gerichtsberg 20  
08289 Schneeberg

Berufsbildungszentrum  
Silberbachstr. 8  
08289 Schneeberg

Außenstelle Tischlerei  
Anton-Günther-Str. 21  
08301 Bad Schlema  
Telefon: 03772 39507-3  
Telefax: 03772 39507-7

Außenstelle Schönheide  
Hauptstr. 174  
08304 Schönheide  
Telefon: 037755 58-31

SAMOCCA-Café  
Bahnhofstr. 11  
08280 Aue  
Telefon: 03771 2766075  
Telefax: 03771 2766072

## Sachsen (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen)

### **Werkstatt der Lebenshilfe Schwarzenberg Anerkannte WfbM**

(Reg.-Nr. 14/16)

Industriestr. 10  
08340 Schwarzenberg  
Telefon: 03774 1804-0  
Telefax: 03774 1804-29  
E-Mail: [wfbm@lh-szb.de](mailto:wfbm@lh-szb.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-schwarzenberg.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen (z.B. Gewindeschneiden, Bohren), Metallmontage  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
RECYCLING: Aktenrecycling, Datenträgervernichtung  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Straße der Einheit 55  
08340 Schwarzenberg



### **Diakoniewerk Westsachsen gemeinnützige GmbH WfbM 'Lebensbrücke' Glauchau-Niederlungwitz**

(Reg.-Nr. 14/92)

Am Lungwitzbach 11  
08371 Glauchau  
Telefon: 03763 7802-0  
Telefax: 03763 7802-33  
E-Mail: [lebensbruecke.glauchau@diakonie-westsachsen.de](mailto:lebensbruecke.glauchau@diakonie-westsachsen.de)  
Homepage: <http://www.diakonie-westsachsen.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

**METALL:** Trennen (z.B. Zerspanen, Entraten), Fügen (z.B. Taumelnieten),  
CNC-Bearbeitung (Bohr- und Fräsarbeiten), Metallmontage  
**HOLZ:** Holzmontage, Kistenfertigung, Kleinmöbelfertigung, CNC-Bearbeitung,  
Fertigung von Transportvorrichtungen, Massivholzerzeugnisse für  
Kunstgewerbe / Design  
**ELEKTRO:** Elektromontage (Montage, Demontage und Reparatur elektrischer  
Baugruppen, Leuchtenbau und elektrische Baugruppen - inkl. Lötarbeiten)  
**TEXTIL:** Herstellen von diversen Filzerzeugnissen und nähen  
**DRUCK/GRAFIK:** Druckerei (Digitaldruck), Grafische Gestaltung (Gestaltung  
und Entwurf für Druck und Folienverarbeitung), Bedrucken von Gegenständen  
(industrieller Siebdruck bis max. Druckgröße von 600 x 1300 mm,  
Textilveredlung mit Folie, Druck und Strasssteine), KFZ-Beschriftungen  
**MONTAGE- UND VERPACKUNGSARBEITEN:** verschiedene  
Baugruppenmontagen für Fahrzeugindustrie und Sanitärindustrie,  
automatische Verpackung (Einschweißen in Folie und Beutel)  
**HAUSWIRTSCHAFT:** Catering (Frühstücksversorgung), Reinigungsarbeiten  
**GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE:** Landschaftspflege (Pflege von  
Grünflächen und Außenanlagen)

Produkte:

**KUNSTHANDWERK:** Floristische Artikel, Holzarbeiten, Saisonartikel, Textilien  
**GARTENBEDARF / GÄRTNEREIPRODUKTE:** Garten- und Landschaftsmöbel,  
Vogelfutterhäuschen, Nistkästen, Pflanzkübel, Terakottaprodukte,  
Fensterbilder und Weihnachtsartikel  
**WERBEMITTEL**

#### **Weitere Betriebsstätten:**

WfbM "Lebensbrücke" Glauchau-  
Niederlungwitz  
Achatstraße 1  
09356 St. Egidien

**Diakoniewerk Westsachsen gemeinnützige GmbH  
WfbM 'Lebensbrücke' Werdau OT Langenhessen**

**(Reg.-Nr. 14/101)**

Ulmenstr. 1  
08412 Werdau OT Langenhessen  
Telefon: 03761 18260  
Telefax: 03761 182627  
E-Mail: [lebensbruecke.werdau@diakonie-westsachsen.de](mailto:lebensbruecke.werdau@diakonie-westsachsen.de)  
Homepage: <http://www.diakonie-westsachsen.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen (Bohren, Sägen, Fräsen), Metallmontage,  
Aluminiumbearbeitung (auch CNC-Bearbeitung)  
HOLZ: Holzbearbeitung (konventionell und CNC gestützte Serienfertigung),  
Holzmontage  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung (konventionell und CNC gestützte  
Serienfertigung)  
ELEKTRO: Bauteil- und Elektromontage, Kabel- und Leitungskonfektionierung  
(Löten, Crimpen, Widerstandsschweißen), Leuchtenfertigung (auch LED)  
LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN: tauchen und spritzen auf Anfrage  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und  
Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe  
Firmen)

**Weitere Betriebsstätten:**

Heimstätten Sichern  
Am Walde 8  
08412 Werdau

**LH Werkstatt Reichenbach gGmbH  
Anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen**

**(Reg.-Nr. 14/95)**

Dammsteinstr. 24  
08468 Reichenbach  
Telefon: 03765 7846-11  
Telefax: 03765 784620  
E-Mail: [info@lhwerkstatt-reichenbachggmbh.de](mailto:info@lhwerkstatt-reichenbachggmbh.de)  
Homepage: <http://www.lhwerkstatt-reichenbachggmbh.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: CNC-Bearbeitung, Trennen, Umformen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: CNC-Bearbeitung, Möbelfertigung, Holzbearbeitung, Holzmontage,  
Kistenfertigung

KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling, Metall-Recycling,  
Demontagearbeiten

DRUCK/GRAFIK: Bedrucken von Gegenständen (Tampondruck)

VERPACKUNGSARBEITEN

SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung

Produkte:

KUNSTHANDWERK : Holzarbeiten, Keramik (Ton)

MÖBEL: Wohnmöbel, Arbeits- und Büromöbel, Kindergarten-/Schulmöbel,  
Regale, Kleinmöbel

HAUSHALTWAREN: Kerzenständer, Weinregale, Geschirr (Ton), Tablett (z.B.  
Stollen-, Wurstbretter)

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel  
(z. B. Gartenbänke), Vogelfutterhäuschen / Nistkästen, Pflanzenkübel

WERBEMITTEL: Bedrucken von Artikeln mit Rundformen (außer Keramik)

**Weitere Betriebsstätten:**

Buchenstraße 10  
08468 Reichenbach

Montagewerkstatt Mowest  
Betriebsbereich für psychisch  
kranke Menschen  
Dammsteinstraße 28  
08468 Reichenbach  
Telefon: 03765 7846-11  
Telefax: 03765 7846-20

### Lebenshilfe Plauen gGmbH Werkstättenverbund

(Reg.-Nr. 14/35)

Hofwiesenstr. 3  
08527 Plauen  
Telefon: 03741 3910-0  
Telefax: 03741 3910-107  
E-Mail: [h.schaarschmidt@lebenshilfe-plauen.de](mailto:h.schaarschmidt@lebenshilfe-plauen.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-plauen.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage

AUFTRAGSFERTIGUNG: Komplettierung, Industriemontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung,

Zaunriegel und Zaunlatten mit und ohne Farbgebung

KUNSTSTOFF: Kunststoffverarbeitung, Kunststoffbearbeitung,

Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

VERPACKUNGSARBEITEN

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und

Pflanzenpflege, Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe

Firmen), Zulieferer der Automobilindustrie

Produkte:

KUNSTHANDWERK: Keramik, Holzdekoartikel

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen,

Pflanzenkübel

SPIELWAREN: Holzspielwaren (Kaufmannsläden, Bauernhof, verschiedene

Fahrzeuge, Holzbaukasten u.a.), Puppen und Puppenmöbel (Puppenstuben

mit und ohne Möbelausstattung, Puppenbett)

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Lebenshilfe Plauen gGmbH

Werkstatt am Preißelpöhl

Jößnitzer Str. 110

08525 Plauen

Telefon: 03741 598830

Telefax: 03741 404858

Lebenshilfe Plauen gGmbH

Werkstatt in Reißig

Jocketaer Str. 99 + 100

08525 Plauen

Telefon: 03741 404307

Telefax: 03741 404322

## Sachsen (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen)

### Obervogtländischer Verein für Innere Mission Marienstift e.V. Werkstätten Obervogtland Verwaltung

(Reg.-Nr. 14/29)

Pestalozzistr. 30  
08606 Oelsnitz/V.  
Telefon: 037421 483-0  
Telefax: 037421 483-222  
E-Mail: [info@werkstaetten-obervogtland.de](mailto:info@werkstaetten-obervogtland.de)  
Homepage: <http://www.marienstift-oelsnitz.de/cms/website.php>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen (z.B. Gewindeschneiden, Bohren)  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenherstellung, Palettenherstellung, CNC-Bearbeitung (CNC Fräse 2 Ebenen Bearbeitungsgröße max. 1m x1,2m)  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage, Sortierarbeiten  
LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Pflanzenpflege  
Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Keramik, Vasen, Übertöpfe, Plaketten, Saisonartikel, Fertigung nach Kundenwünschen  
MÖBEL: Kleinmöbel  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel, Sonstiger Gartenbedarf  
SONSTIGE PRODUKTE: Bauelemente (z. B. Zäune), Anfertigung von Holzartikeln aller Art

#### Weitere Betriebsstätten:

Hauptwerkstatt:  
WfbM Obervogtland  
Am Johannisberg 4  
08606 Oelsnitz  
Telefon: 037421 483-0  
Telefax: 037421 483 - 222

#### Weitere Betriebsstätten:

WfbM Obervogtland  
Stiftsweg 6 und 8  
08606 Oelsnitz  
Telefon: 037421 27596  
Telefax: 037421 25342

WfbM Obervogtland  
Außenstelle Schilbach  
Am Heim 6  
08621 Schöneck OT Schilbach  
Telefon: 037464 331726

## Sachsen (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen)

### SFZ Förderzentrum gGmbH Die Werkstatt

(Reg.-Nr. 14/100)

Flemmingstr. 8c (Haus 69)  
09116 Chemnitz  
Telefon: 0371 3344-175  
Telefax: 0371 3344-350  
E-Mail: [Cornelia.knorr@sfz-chemnitz.de](mailto:Cornelia.knorr@sfz-chemnitz.de)  
Homepage: <http://www.sfz-chemnitz.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Metallmontage, Sortierarbeiten, Zuschnitt  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Möbelfertigung (Kleinmöbel)  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage, Sortierarbeiten  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
RECYCLING: Demontage, Sortierarbeiten  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Punkschriftübersetzungen  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei, Spülküche  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Kunsthandwerk (Keramik, Korb, Besen usw.)  
Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Keramik, Korb- und Stuhlflechterarbeiten (auch Reparaturen), Korbmacherei, Filzprodukte  
HAUSHALTSWAREN: Bürsten und Besen, Kokosmatten  
SONSTIGE PRODUKTE: K-Lumet (Kamin- und Grillanzünder)

#### Weitere Betriebsstätten:

Die Werkstatt  
Flemmingstraße 8c (Haus 18)  
09116 Chemnitz

Die Werkstatt  
Flemmingstraße 8c (Haus 39)  
09116 Chemnitz

### Lebenshilfe Chemnitz für Menschen mit Behinderung e. V. Werkstatt am Neefepark

(Reg.-Nr. 14/3)

Mauersbergerstr. 3  
09117 Chemnitz  
Telefon: 0371 80805-0  
Telefax: 0371 80805-111  
E-Mail: [hwfb@ov-lebenshilfe-chemnitz.de](mailto:hwfb@ov-lebenshilfe-chemnitz.de)  
Homepage: <http://www.ov-lebenshilfe-chemnitz.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage, CNC-Bearbeitung  
(CNC-Drehen, CNC-Fräsen)  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzverarbeitung  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffspritzguss,  
Kunststoffmontage, Bauelementevorbereitung  
LASERBEARBEITUNG  
RECYCLING: Demontagearbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung, Buchbinderei  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: (Hygiene-)Wäscherei  
GARTEN-/ LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe  
Firmen)

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Zweigwerkstatt M13  
Mauersbergerstr. 13  
09117 Chemnitz  
Telefon: 0371 909831-0  
Telefax: 0371 909831-19

Standort Einsiedel  
Wiesenufer 8  
09123 Chemnitz  
Telefon: 0371 28140-80  
Telefax: 0371 28140-96

Werkstatt am Zwönitztal  
Obere Hauptstraße 8  
09235 Burkhardtsdorf  
Telefon: 03721 446  
Telefax: 03721 271376

Schönauer Werkstätten  
Karl-Drais-Straße 4  
09116 Chemnitz  
Telefon: 0371 40012-6  
Telefax: 0371 40012-88

Geschäftsstelle  
Am Rathaus 2  
09111 Chemnitz  
Telefon: 0371 28140-0  
Telefax: 0371 28140-99

**PARTNER-Werkstatt für behinderte Menschen der Stadtmission  
Chemnitz e.V.**

**WfbM Burgstädt & FBB Burgstädt**

**(Reg.-Nr. 14/69)**

Reinhard-Schmidt-Str. 7

09217 Burgstädt

Telefon: 03724 1858-0

Telefax: 03724 1858-30

E-Mail: [info.partner-werkstaetten@stadtmission-chemnitz.de](mailto:info.partner-werkstaetten@stadtmission-chemnitz.de)

Homepage: <http://wfb-chemnitz.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, CNC-Bearbeitung, Fügen

HOLZ: CNC-Bearbeitung, Palettenherstellung

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

TEXTIL/LEDER: Näherei, Lederarbeiten, Weberei

LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN

RECYCLING: Demontagearbeiten

VERPACKUNGSARBEITEN

Produkte:

TEXTIL-/LEDERWAREN: Lederwaren, Teppiche

**Weitere Betriebsstätten:**

Christian-Wehner-Straße 7

09113 Chemnitz

Telefon: 0371 450033-0

Telefax: 0371 450033-40

Werkstatt für behinderte Menschen  
im Wichernhaus

Am Kinderheim 4-8

09437 Waldkirchen

Telefon: 037294 178-0

Telefax: 037294 178-11

E-Mail: [info@wichernhaus-waldkirchen.de](mailto:info@wichernhaus-waldkirchen.de)

Betriebsstätten für psychisch  
behinderte Menschen:

Christian-Wehner-Straße 7

09113 Chemnitz

Telefon: 0371 450033-0

Telefax: 0371 450033-40

Burkersdorfer Weg 2

09232 Hartmannsdorf

Telefon: 03722 409436

Telefax: 03722 409438

## Sachsen (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen)

### **Lebenshilfewerk Hohenstein-Ernstthal e.V. Werkstatt für behinderte Menschen Oberlungwitz**

(Reg.-Nr. 14/12)

Am Sachsenring 11  
09353 Oberlungwitz  
Telefon: 03723 698960  
Telefax: 03723 6989627  
E-Mail: [glaess@lehiwe.de](mailto:glaess@lehiwe.de)  
Homepage: <http://www.lehiwe.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage, Oberflächenbearbeitung

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung

KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

TEXTIL: Näherei

VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,

Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Bauhilfsarbeiten (Beladen v. Containern,

Aufräumarbeiten)

Produkte:

SONSTIGE PRODUKTE: Bauelemente

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Lebenshilfewerk Hohenstein-  
Ernstthal e.V.

Hohensteiner Str. 1  
09353 Oberlungwitz

## Sachsen (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen)

### **Lebenshilfe Stollberg gemeinnützige GmbH Stollberger Werkstätten**

(Reg.-Nr. 14/75)

Albert-Schweitzer-Str. 2  
09366 Stollberg  
Telefon: 037296 7730  
Telefax: 037296 77321  
E-Mail: [k.klaus@lebenshilfe-stollberg.de](mailto:k.klaus@lebenshilfe-stollberg.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-stollberg.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung,

Möbelfertigung

KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

VERPACKUNGSARBEITEN

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,

Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen, Qualitätssicherung

(Produktkontrolle für externe Firmen)

Produkte:

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel,

Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel, Sonstiger Gartenbedarf

SONSTIGE PRODUKTE: Bauelemente

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Außenstelle Thalheim 1

Hauptstr. 25

09380 Thalheim

Telefon: 03721 263930

Telefax: 03721 2639316

Betriebsstätten für chronisch  
psychisch Kranke:

Außenstelle Thalheim 2

Gartenstr. 2

09380 Thalheim

Telefon: 03721 84205

Telefax: 03721 880204

Außenstelle Stollberg 2

Jahnsdorfer Str. 6a

09366 Stollberg

Telefon: 037296 920419

Telefax: 037296 920426



## Sachsen (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen)

### Annaberger Werkstätten im Lebenshilfewerk Annaberg e.V.

(Reg.-Nr. 14/17)

Damaschkestr. 6a  
09456 Annaberg-Buchholz  
Telefon: 03733 5657-0  
Telefax: 03733 5657-58  
E-Mail: [info@lhw-ana.de](mailto:info@lhw-ana.de)  
Homepage: <http://lebenshilfewerk-ana.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, Metallmontage, Metallbearbeitung

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung

KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

ALLGEMEINE MONTAGE- UND VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

GASTRONOMIE: Speisenerlieferung, Ausgabeküchen und Portionslieferservice

SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen

Produkte:

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Keramik

MÖBEL: Regale

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel (Gartenbänke)

SPIELWAREN: Holzspielwaren

## Sachsen (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen)

### Lebenshilfewerk Mittleres Erzgebirge e.V.

#### Werkstatt für behinderte Menschen Marienberg

(Reg.-Nr. 14/80)

Industriestr. 1b  
09496 Marienberg  
Telefon: 03735 91510  
Telefax: 03735 915145  
E-Mail: [info@lebenshilfewerk-mek.de](mailto:info@lebenshilfewerk-mek.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfewerk-mek.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung

KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung

TEXTIL/LEDER: Näherei, Stickerei

VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

Produkte:

KUNSTHANDWERK: Keramik

SONSTIGE PRODUKTE: Bauelemente aus Holz

#### Weitere Betriebsstätten:

Werkstatt für behinderte Menschen

Olbernhau

Grünthaler Str. 81a

09526 Olbernhau

Telefon: 037360 1670

Telefax: 037360 16750

Dörfelstraße 14

09526 Olbernhau

Berufsbildungsbereich der WfbM

Marienberg

Am Goldkindstein 1

09496 Marienberg

## Sachsen (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen)

### Diakonisches Werk Freiberg e.V. Freiberger Werkstätten 'Friedrich von Bodelschwingh'

(Reg.-Nr. 14/23)

Hainichener Str. 104  
09599 Freiberg  
Telefon: 03731 2634-0  
Telefax: 03731 2634-44  
E-Mail: [werkstatt@diakonie-freiberg.de](mailto:werkstatt@diakonie-freiberg.de)  
Homepage: <http://www.diakonie-freiberg.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung, Fotokopieren, Bedrucken von Gegenständen  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen), Kerzenherstellung

Produkte:

KUNSTHANDWERK: Kerzen  
PAPIERWAREN

#### Weitere Betriebsstätten:

Freiberger Werkstätten  
Betriebsstätte für chronisch  
psychisch Kranke  
Hainichener Str. 104  
09599 Freiberg

## Sachsen (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen)

### Lebenshilfe e.V. Freiberg - 'Glück Auf'-Werkstätten Zentrale Verwaltung - ST Langenau

(Reg.-Nr. 14/94)

Am Schacht 7  
09618 Brand-Erbisdorf  
Telefon: 037322 593-0  
Telefax: 037322 59340  
E-Mail: [info@lebenshilfe-freiberg.de](mailto:info@lebenshilfe-freiberg.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-freiberg.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
RECYCLING: Demontagearbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Bedrucken von Gegenständen  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei

Produkte:

KUNSTHANDWERK: Keramik  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen  
PAPIERWAREN  
WERBEMITTEL

#### Weitere Betriebsstätten:

Hauptwerkstatt:  
Lebenshilfe e.V. Freiberg  
"Glück Auf"-Werkstätten  
WfbM Oederan  
Kleine Ringstraße 17  
09569 Oederan  
Telefon: 037292 2893-0  
Telefax: 037292 289370

Zweigwerkstatt:  
Lebenshilfe e.V. Freiberg  
"Glück Auf"-Werkstätten  
WfbM Langenau  
Am Schacht 7  
09618 Brand-Erbisdorf  
Telefon: 037322 5930  
Telefax: 037322 59340

### Mittweidaer Werkstätten

(Reg.-Nr. 14/2)

Leipziger Str. 35  
09648 Mittweida  
Telefon: 03727 62000  
Telefax: 03727 620012  
E-Mail: [werkstatt@lebenshilfe-mw.de](mailto:werkstatt@lebenshilfe-mw.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-mw.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege

#### Weitere Betriebsstätten:

Betriebsstätte für psychisch Kranke  
09648 Mittweida

**Evangelische Stadtmission Halle Eingliederungshilfe gGmbH  
WfbM Saalekreis  
Verwaltung**

**(Reg.-Nr. 12/70)**

Weidenplan 3-5  
06108 Halle/Saale  
Telefon: 0345 2178-0  
Telefax: 0345 2178-199  
E-Mail: [info@stadtmission-halle.de](mailto:info@stadtmission-halle.de)  
Homepage: <http://www.stadtmission-halle.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage, Laserbeschriftung  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Möbelfertigung, Möbelrestauration,  
Kistenfertigung, Palettenherstellung, Laserbeschriftung  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling, Metall-Recycling,  
Demontgearbeiten  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Digitale Archivierung (z. B. Akten),  
Büroservice, Mediengestaltung  
MAILING UND VERSANDARBEITEN: Serienbriefe, Info- und Werbesendungen  
VERPACKUNGSARBEITEN: Elektronikbauteile, Kosmetik, Kleinteile,  
Sanitärartikel etc.  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei, Kartoffeln schälen  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau (Obstbau),  
Landschaftspflege (z. B. Entbuschung, Mäharbeiten, Heu und Stroh pressen)  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Hausmeisterservice

**Produkte:**

LEBENSMITTEL: Bienenhonig, Fruchtaufstriche, Landwirtschaftliche  
Erzeugnisse (Eier aus Freilandhaltung, Obst: Süßkirschen, Sauerkirschen,  
Pflaumen, Aprikosen, Quitten, Johannisbeeren)  
KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel (z. B. Blumensträuße, Gestecke,  
Gebinde, Tischschmuck für jeden Anlass), Kerzen, Keramik, Filzprodukte,  
Bilder (Malerei, Grafik, Zeichnen), Saisonartikel  
MÖBEL: Möbelbörse (Verkauf und Reparatur gebrauchter Möbel), Serien- und  
Einzelfertigung, Restauration alter Möbel  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel  
(z. B. Gartenbänke), Sonstiger Gartenbedarf (z. B. Kaminholz, Holzbriketts)  
WERBEMITTEL: Aufsteller, Aluminiumrahmen  
SONSTIGE PRODUKTE: Bauelemente (Gartenzäune aus Holz), Paletten,  
Kisten

**Weitere Betriebsstätten:**

Hauptwerkstatt Johannashall  
Promenade 15 b  
06198 Salzatal / Johannashall  
Telefon: 034607 3030  
Telefax: 034607 30330

**Weitere Betriebsstätten:**

Oppin  
Zeppelinring 2  
06188 Landsberg  
Telefon: 034604 2490  
Telefax: 034604 24930

Leipziger Chaussee 191 b  
06112 Halle (Saale)

Am Gewerbepark II Nr. 8  
06179 Teutschenthal

Floristik-Werkstattladen  
Röntgenstrasse 2  
06120 Halle (Saale)  
Telefon: 0345 68489351

Breite Str. 10  
06108 Halle

Betriebsstätten für psychisch  
behinderte Menschen:

Johannashall  
Promenade 17  
06198 Salzatal  
Telefon: 034607 3030

Weidenplan 3 - 5  
06108 Halle

Fleischerstr. 35  
06108 Halle

## Sachsen-Anhalt (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen)

### Hallesche Behindertenwerkstätten e.V.

(Reg.-Nr. 12/13)

Blumenauweg 59  
06120 Halle/Saale  
Telefon: 0345 55503  
Telefax: 0345 5550407  
E-Mail: [kontakt@hbwev.de](mailto:kontakt@hbwev.de)  
Homepage: <http://www.hbwev.emenue.net>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Spielzeugherstellung  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Bedrucken von Gegenständen  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei, Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Holzarbeiten, Keramik, Kerzen, Saisonartikel, Textilien  
HAUSHALTSWAREN  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel  
PAPIERWAREN  
WERBEMITTEL: z.B. Folienbeschriftung von Fahrzeugen, Schildern oder Zeltplanen  
SONSTIGE PRODUKTE: Schilder

#### Weitere Betriebsstätten:

Delitzscher Straße 69a  
06116 Halle  
Telefon: 0345 5632844  
Telefax: 0345 5632846

Zechenhausstraße 20  
06120 Halle

Betriebsstätte für psychisch behinderte Menschen:

Südstadtring 60  
06128 Halle  
Telefon: 0345 122768-0  
Telefax: 0345 12276822

## Sachsen-Anhalt (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen)

### Lebenshilfe e.V. Halle - Saale-Werkstätten

#### Anerkannte WfbM

(Reg.-Nr. 12/49)

Böllberger Weg 174  
06128 Halle/Saale  
Telefon: 0345 13353-0  
Telefax: 0345 13353-10  
E-Mail: [info@lebenshilfe-halle.de](mailto:info@lebenshilfe-halle.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-halle.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege, Pflasterarbeiten  
Produkte:  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel

#### Weitere Betriebsstätten:

Betriebsstätte 2  
Wipperweg 19  
06122 Halle  
Telefon: 0345 8045559  
Telefax: 0345 6902860

Betriebsstätte 3  
Holleben  
Südstraße 4a  
06179 Teutschenthal  
Telefon: 0174 9688532

## Sachsen-Anhalt (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen)

### Stiftung Samariterherberge Horburg

(Reg.-Nr. 12/41)

Burgauenstr. 23  
06237 Leuna OT Horburg  
Telefon: 034204 686-0  
Telefax: 034204 686-16  
E-Mail: [mail@wfbm-horburg.de](mailto:mail@wfbm-horburg.de)  
Homepage: <http://www.stiftung-samariterherberge.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Metallmontage, A-Fertiger Automobilbranche, CAM-Entwicklungen, Halbzeugfertigung  
HOLZ: Kistenfertigung, Palettenherstellung, Spielzeugherstellung, Bausätze  
KUNSTSTOFF: Kunststoffverarbeitung, Kunststoffmontage  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
BAU-/RENOVIERUNGSARBEITEN: Bauservice, Räumen, Leichtbau, Isolation  
DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung, Beschriftungen  
VERPACKUNGSARBEITEN: Zählen, Wiegen, Versand  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei, Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege (auch Grundstückspflege)

Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Keramik, Deko, Stoff  
HAUSHALTSWAREN

#### Weitere Betriebsstätten:

Simon-Hoffmann-Str. 6  
06217 Merseburg  
Telefon: 03461 3425-14 oder  
034204 686-0

Lutherstr. 14  
06231 Bad Dürrenberg  
Telefon: 03462 5196004

## Sachsen-Anhalt (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen)

### Heilpädagogische Hilfe Querfurt e.V.

(Reg.-Nr. 12/27)

Pappelstr. 4  
06268 Querfurt  
Telefon: 034771 91330  
Telefax: 034771 91353  
E-Mail: [info@querfurter-werkstaetten.de](mailto:info@querfurter-werkstaetten.de)  
Homepage: <http://www.querfurter-werkstaetten.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung (Einzelaufträge/Einzelanfertigung)  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
TEXTIL/LEDER: Näherei (Nähen, Stanzen), Lederarbeiten  
VERPACKUNGS- UND MONTAGEARBEITEN: Sortieren, Etikettieren, Verpacken, Einzelaufträge  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

Produkte:  
MÖBEL: Einzelaufträge/Einzelanfertigungen aus Holz  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel (Holzbänke und -tische), Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Sonstiger Gartenbedarf  
SONSTIGE PRODUKTE: Bauelemente, Weinkisten, Paletten

#### Weitere Betriebsstätten:

Merseburger Str. 70  
06268 Querfurt

## Mitteldeutsche Werkstätten gemeinnützige GmbH

(Reg.-Nr. 12/26)

Alleebreite 19  
06295 Lutherstadt-Eisleben  
Telefon: 03475 74630  
Telefax: 03475 746330  
E-Mail: [info@lebenshilfe-eisleben.de](mailto:info@lebenshilfe-eisleben.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-eisleben.de>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

**Auftragsarbeiten:**  
METALL: Trennen (z.B. Bohrarbeiten), Fügen, Metallmontage, Herstellung von Kleiderbügeln  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung (Weinkisten in verschiedenen Größen), Herstellung von Keilrahmen  
MONTAGEARBEITEN: Herstellung von Lattenrosten; Montage-Auftragsarbeiten, Montage von Posterdrucken auf Keilrahmen  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage, Ultraschallschweißen  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei, Ausbesserungsarbeiten, Kürzen von Hosen, Reißverschlüsse erneuern, Upcycling mit Textilien  
RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling, Metall-Recycling, Demontagearbeiten, CD-Recycling  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung, Fotokopieren, Bedrucken von Gegenständen, Werbegestaltung, Beschriften von Fahrzeugen  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN: Verpackungsarbeiten jeglicher Art, auch für Lebensmittelindustrie, Sortier- und Konfektionierungsarbeiten  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei (Wäschereileistungen für Privatkunden, Firmen, Gaststätten und Krankenhäuser), Reinigungsarbeiten im eigenen Haus und für Privatkunden  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau (Anbau und Zucht von Aroniapflanzen, Züchten von Speisepilzen, Züchten von Kräutern für Gaststätten und Bioläden), Garten- und Pflanzenpflege (z.B. Grabpflege), Landschaftspflege  
KAMINHOLZPRODUKTION: Spalten von Misch- und Hartholz in verschiedenen Längen  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

### Produkte:

LEBENSMITTEL: Pilze, Kräuter und Aronia (Züchten von Speisepilzen, Kräutern und Aroniapflanzen)  
KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Holzarbeiten, Keramik, Korb- und Stuhlflechtarbeiten, Saisonartikel, Textilien  
MÖBEL UND HAUSHALTWAREN: Lattenroste, Keilrahmen mit Schattenfuge für Künstlerbedarf, Metall-Kleiderbügel  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel (Sitzbänke), Pflanzen/Baumschulprodukte, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel, Hochbeete nach Kundenwunsch  
WERBEMITTEL: Visitenkarten, Briefköpfe, Flyer oder andere Werbeprodukte, Beschriften von Fahrzeugen, Werbebanner u.a.m.

### Weitere Betriebsstätten:

Hüttenberg 22  
und Hüttenstraße 4-5  
06343 Mansfeld OT Großörner  
Telefon: 03476 8662-0  
Telefax: 03476 8662-16

Alleebreite 4  
06295 Lutherstadt-Eisleben  
Telefon: 03475 7259-405/406  
Telefax: 03475 7259407

Betriebsstätte für psychisch behinderte Menschen:

Ortsteil Neckendorf  
06295 Lutherstadt-Eisleben  
Telefon: 03475 602661



**Lebenshilfe gemeinnützige GmbH Köthen  
Anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen**

**(Reg.-Nr. 12/48)**

Wattrelos-Ring 9  
06366 Köthen  
Telefon: 03496 50830  
Telefax: 03496 508329  
E-Mail: [info@lebenshilfe-koethen.de](mailto:info@lebenshilfe-koethen.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-koethen.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelmontage

KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Überprüfung ortsveränderlicher elektrischer Geräte

RECYCLING: Demontagearbeiten

MAILING UND VERSANDARBEITEN: Versand von Werbematerialien

VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (Mittagessen), Wäscherei, Reinigungsarbeiten

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

Produkte:

KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Saisonartikel

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen,

Sonstiger Gartenbedarf



**Lebenshilfe Bernburg gGmbH  
Werkstatt für behinderte Menschen  
Verwaltung**

**(Reg.-Nr. 12/7)**

An der Fuhne 9  
06406 Bernburg  
Telefon: 03471 63896-0  
Telefax: 03471 63896-13  
E-Mail: [info@lebenshilfe-bbg.de](mailto:info@lebenshilfe-bbg.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-bbg.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

**Auftragsarbeiten:**

**HOLZ:** Holzbearbeitung, Holzmontage, Palettenherstellung (Herstellung von Einwegpaletten), Möbelfertigung

**KUNSTSTOFF:** Kunststoffmontage, Montage Schalungszubehör

**ELEKTRO:** Elektromontage

**TEXTIL/LEDER:** Näherei

**BAU-/RENOVIERUNGSARBEITEN:** Bauhilfsarbeiten, Abriss- und Abbrucharbeiten

**VERPACKUNGSARBEITEN** verschiedenster Art

**GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE:** Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege, Pflasterarbeiten

**SONSTIGE LEISTUNGEN:** Aktenvernichtung, Winterdienst, Autopflegedienst, Herstellung von Kaminholz, Arbeit mit Tieren, Schrumpfarbeiten, Beschallung und Band

**Produkte:**

**KUNSTHANDWERK:** Holzarbeiten, Saisonartikel, Keramikartikel für den Innen- und Außenbereich, Geschenkartikel

**Weitere Betriebsstätten:**

**Hauptwerkstatt:**

Werkstatt Bernburg  
Carl-Zeiss-Str. 2  
06406 Bernburg  
Telefon: 03471 347512  
Telefax: 03471 347513

**Weitere Betriebsstätten**

Werkstatt Baalberge  
Gewerbegebiet "An der alten Ziegelei"  
06406 Bernburg OT Baalberge  
Telefon: 03471 362963  
Telefax: 03471 362964

Werkstatt Ilberstedt  
Am Bahnhof 3  
06408 Ilberstedt  
Telefon: 03471 34667-31  
Telefax: 03471 34667-36

**Betriebsstätte für psychisch erkrankte Menschen:**

Werkstatt Peißen  
Grönaer Weg 9  
06406 Bernburg OT Peißen  
Telefon: 03471 30199-0  
Telefax: 03471 30199-30

## Lebenshilfe Harzvorland gGmbH Geschäftsführung und Verwaltung

(Reg.-Nr. 12/68)

Bestehornstraße 2  
06449 Aschersleben  
Telefon: 034741 780-0 oder 03473 91368-0  
Telefax: 03473 91368-199  
E-Mail: [lebenshilfe-harz@t-online.de](mailto:lebenshilfe-harz@t-online.de)  
Homepage: <http://www.Lebenshilfe-Harzvorland.de>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

#### Auftragsarbeiten:

**METALL:** Umformen (Abkanten, Biegen), Trennen (manuelles Gewindeschneiden, Bohren, Sägen, Entgraten), Fügen (Nieten), Komplettierungsarbeiten  
**HOLZ:** Holzbearbeitung und -aufarbeitung, Anfertigung nach Kundenwunsch (z.B. Türen, Gartenmöbel, Hundehütten, Vogelhäuser, Nistkästen etc.), Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung  
**KUNSTSTOFF:** Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
**ELEKTRO:** Elektromontage, Kabelkonfektionierung, Lötarbeiten, Pressarbeiten, Bestückung von Leiterplatten  
**MONTAGE & VERPACKUNG:** verschiedenste Montage- und Demontgearbeiten (Demontage von Einzelteilen und Baugruppen), Folienschweißen, Kleinmontage (Falten und Falzen), Konfektionierung, Sortieren, Wiegen, Zählarbeiten, Anleimen (mit Hand oder Maschine), Klebearbeiten  
**VERSANDARBEITEN:** Etikettieren, Kuvertieren, Postverpackung  
**REINRAUM:** Fertigung und Verpackung von diversen Schläuchen für den Medizinbedarf, Komplettierung von Hahnenbänken, Dispensern, Sauerstoffbrillen  
**HAUSWIRTSCHAFT:** Reinigungsarbeiten, Küchenarbeiten  
**GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE:** Grünanlagenpflege (z.B.: Bepflanzung und Pflege von Rabatten, Rasen- und Großflächen und Gärten, Schreddern, Unkrautbekämpfung, Fegen, Heckenschnitt)  
**SONSTIGE LEISTUNGEN:** Logistische Leistungen, Entrümplungs- und Transportarbeiten, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

#### Produkte:

**KUNSTHANDWERK:** Ton- & Keramikartikel, Textilien, Floristik (künstlich, Trockengestecke)  
**MÖBEL:** Regale  
**GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE:** Gartenmöbel, Vogelfutterhäuschen, Nistkästen  
**SONSTIGE PRODUKTE:** Papierkörbe, Überdachungen

### Weitere Betriebsstätten:

#### Hauptwerkstatt:

Betriebsstätte für psychisch behinderte Menschen  
Kampstraße 8  
06467 Stadt Seeland / OT Hoym  
Telefon: 034741 780-0  
Telefax: 034741 780-229

#### Weitere Betriebsstätten:

Hinter dem Turm 4-6  
06449 Aschersleben  
Telefon: 034741 780-0

Betriebsstätte Hertzstraße  
Hertzstraße 6/8  
06449 Aschersleben  
Telefon: 034741 780-0

## Sachsen-Anhalt (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen)

### teamwork-wfbm-neinstedt Evangelische Stiftung Neinstedt

(Reg.-Nr. 12/2)

Am Rumberg 38  
06502 Thale-Neinstedt  
Telefon: 03947 99601  
Telefax: 03947 99-640  
E-Mail: [teamwork-wfb@neinstedt.de](mailto:teamwork-wfb@neinstedt.de)  
Homepage: <http://www.teamwork-wfbm.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Möbelfertigung, Lattenrostmontage  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage  
DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Entsorgungsfachbetrieb

Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Keramik

#### Weitere Betriebsstätten:

WfbM-Gruppe Marienhof  
Neinstedt  
Am Rumberg  
06502 Thale-Neinstedt

Betriebsstätten für psychisch  
behinderte Menschen:

ERAS-Kreuzhilfe  
Neinstedter Straße 1a  
06502 Thale  
Telefon: 03947 941609 oder  
7729064  
Telefax: 03947 941610

ERAS-Maschinenhalle  
Parkstraße 1  
06502 Thale  
Telefon: 03947 610772  
Telefax: 03947 610885

## Sachsen-Anhalt (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen)

### Lebenshilfe Harzkreis-Quedlinburg gemeinnützige Gesellschaft mbH

#### WfbM Weddersleben

(Reg.-Nr. 12/5)

Quedlinburger Str. 2  
06502 Thale OT Weddersleben  
Telefon: 03946 9810-0  
Telefax: 03946 9810-299  
E-Mail: [info@lebenshilfe-hz-qlb.de](mailto:info@lebenshilfe-hz-qlb.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-hz-qlb.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Metallmontage, Metallbau (z. B. Zäune, Tore)  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Brennholz  
ELEKTRO: Elektromontage  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering (Kantine), Wäscherei, Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und  
Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Gastronomie, Tierpension, Kunstwerkstatt: Papier,  
Montage

Produkte:  
PAPIERWAREN: handgeschöpfte Papiere, Papeterie-Erzeugnisse,  
Speisekarten  
SONSTIGE PRODUKTE: Verkaufshütten und Stehtische (aus Holz),  
Papierschöpfrahmen (aus Holz)

#### Weitere Betriebsstätten:

Zweigwerkstatt Quedlinburg  
Groß Orden 22  
06484 Quedlinburg  
Telefon: 03946 9810-400  
Telefax: 03946 9810-499

Kaffeerösterei und Café  
Cafégarden  
Lange Gasse 30  
06484 Quedlinburg  
Telefon: 03946 9810-550  
Telefax: 03946 9810-259

### Südharz-Werkstätten im CJD Sangerhausen

(Reg.-Nr. 12/24)

Grabenweg 16  
06526 Sangerhausen  
Telefon: 03464 249-1769  
Telefax: 03464 249-1729  
E-Mail: [wfb.sangerhausen@cjd.de](mailto:wfb.sangerhausen@cjd.de)  
Homepage: <http://www.cjd-sachsen-anhalt.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Fertigung nach Kundenwunsch  
INDUSTRIEMONTAGE  
RECYCLING: Demontagearbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Offsetdruckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung, Fotokopieren  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei, Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
Produkte:  
KUNSTHANDWERK : Zier- und Gebrauchskeramik, Kerzen, Textilien (Stoffe, Strick- und Näharbeiten)  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel, Sonstiger Gartenbedarf (Gartendekoration aus Holz)  
SONSTIGE PRODUKTE: Bauelemente (z.B. Zäune, Tore aus Holz)

#### Weitere Betriebsstätten:

Hasentorstraße 10  
06526 Sangerhausen  
Verwaltung:  
CJD Sangerhausen  
Hasentorstraße 7  
06526 Sangerhausen  
Telefon: 03464 249-0  
Telefax: 03464 249-1170  
E-Mail: [cjd.sangerhausen@cjd.de](mailto:cjd.sangerhausen@cjd.de)

**Integra Weißenfelser Land gGmbH  
Werkstatt für behinderte Menschen  
Verwaltung**

**(Reg.-Nr. 12/63)**

Naumburger Str. 85-87  
06667 Weißenfels  
Telefon: 03443 831214  
Telefax: 03443 804189  
E-Mail: [post@integra-wl.de](mailto:post@integra-wl.de)  
Homepage: <http://www.integra-wl.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

**Auftragsarbeiten:**

**METALL:** Trennen, Fügen, Metallmontage, Zuschnitte

**HOLZ:** Holzbe- und verarbeitung

**TEXTIL/LEDER:** Lederarbeiten, Stanzarbeiten, Zuschnitte (Leder / Filz)

**VERPACKUNGSARBEITEN** für Nahrungs- und Genussmittel mit IFS 6-Zertifikat, Verpacken von Pralinen

**HAUSWIRTSCHAFT:** Wäscherei, Reinigungsarbeiten (Haus- und Objektreinigung)

**GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE:** Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

**KERAMIKWERKSTATT:** Herstellung von Keramikarbeiten

**"PROMENADENLADEN" & WASCHBAR:** Verkauf der selbst hergestellten Produkte in WfbM & Keramikwerkstatt, Annahme von Textilien für die Wäscherei

**Produkte:**

**KUNSTHANDWERK:** Keramik

**Weitere Betriebsstätten:**

**Hauptwerkstatt:**

**Betriebsteil I**

Am Frauenholze 1

06667 Weißenfels

Telefon: 03443 831214

Telefax: 03443 804189

**Weitere Betriebsstätte:**

**Betriebsteil II**

Naumburger Straße. 85-87

06667 Weißenfels

Telefon: 03443 23715-221

**Betriebsteil III**

Promenade 7-9

06667 Weißenfels

Telefon: 03443 33994-0

**Betriebsteil IV**

Schlachthofstraße. 24-26

06667 Weißenfels

Telefon: 03443 339712-0

## Sachsen-Anhalt (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen)

### Caritas Behindertenwerk GmbH Burgenlandkreis

(Reg.-Nr. 12/50)

Am Weinberge 2  
06721 Osterfeld  
Telefon: 034422 409-0  
Telefax: 034422 409-90  
E-Mail: [post@caritas-wfbm.de](mailto:post@caritas-wfbm.de)  
Homepage: <http://www.caritas-wfbm.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Möbelfertigung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
Diverse MONTAGE- und VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE  
SONSTIGE LEISTUNGEN: KOMMISSIONIERUNG von Süßwaren u.a.

#### Weitere Betriebsstätten:

Außenstelle  
Naumburger Straße 50  
06721 Osterfeld

Außenstelle  
Nordstraße 15  
06618 Naumburg/Saale

Betriebsstätte für psychisch  
behinderte Menschen:

Marienring 12  
06618 Naumburg/Saale  
Telefon: 03445 703144  
Telefax: 03445 703154

## Sachsen-Anhalt (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen)

### Diakonieverein e.V. Bitterfeld-Wolfen-Gräfenhainichen Wolfener Werkstätten

(Reg.-Nr. 12/64)

Lützowweg 1, OT Wolfen  
06766 Bitterfeld-Wolfen  
Telefon: 03494 36670  
Telefax: 03494 366761  
E-Mail: [info@diakonie-wolfen.de](mailto:info@diakonie-wolfen.de)  
Homepage: <http://www.diakonie-wolfen.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen (z.B. Sägen, Bohren, Gewindeschneiden, Drehen, Fräsen, Schleifarbeiten), Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Gipskartonzuschnitte / Holzzuschnitte, Anfertigung von Einzelartikeln  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei, Lederarbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei (z.B. Flyer, Faltblätter, Karten, Plakate), Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren  
VERPACKUNGSARBEITEN: Süßwaren, Drogerieartikel, Sanitärartikel  
MONTAGEARBEITEN: Sanitärartikel, Klingelanlagen, Formteile für Wintergärten  
HAUSWIRTSCHAFT: Reinigungsarbeiten (z.B. Büro- und Sanitäranlagen)  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege (z.B. Pflanzarbeiten, Mäharbeiten, Verschnitt von Bäumen und Sträuchern, Laubbeseitigung)  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Fahrradwerkstatt

#### Produkte:

KUNSTHANDWERK : Holzarbeiten, Keramik (Topferprodukte)

#### Weitere Betriebsstätten:

Rosa-Luxemburg-Str. 72  
06773 Gräfenhainichen  
Telefon: 034953 8129011  
Telefax: 034953 8129025

Thalheimer Str. 89  
06766 Bitterfeld-Wolfen  
Telefon: 03494 667024-11  
Telefax: 03494 667024-20

Guardianstr. 16  
06766 Bitterfeld-Wolfen  
Telefon: 03494 6677521  
Telefax: 03494 6212511

## Sachsen-Anhalt (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen)

### Diakoniegesellschaft Wohnen und Arbeiten mbH Zweigniederlassung Werkstatt für behinderte Menschen

(Reg.-Nr. 12/3)

Horstdorfer Str. 20  
06844 Dessau-Roßlau  
Telefon: 0340 230111-0  
Telefax: 0340 230111-20  
E-Mail: [info@wfbm-dessau.de](mailto:info@wfbm-dessau.de)

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Kistenfertigung, Palettenherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung  
LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Grafische Gestaltung, Fotokopieren, Bedrucken von Gegenständen  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Schilderherstellung, KFZ-Service  
Produkte:  
SONSTIGE PRODUKTE: Fahrräder, Schilder

#### Weitere Betriebsstätten:

Außenstellen:

Elisabethstr. 24/24a  
06847 Dessau-Roßlau

Dorfstr. 18  
06842 Dessau-Roßlau

Am Eichengarten 9  
06842 Dessau-Roßlau

Kreuzbergstraße 139/141  
06849 Dessau-Roßlau

"self-made - der Kfz-Service"  
Zunftstr. 6  
06847 Dessau-Roßlau

Waschsalon  
Stiftstr. 18b  
06844 Dessau-Roßlau

## Sachsen-Anhalt (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen)

### Lebenshilfe Roßlau e. V.

(Reg.-Nr. 12/51)

Waldesruh 9A  
06862 Dessau-Roßlau  
Telefon: 034901 645-0  
Telefax: 034901 645-45  
E-Mail: [info@lebenshilfe-rosslau.de](mailto:info@lebenshilfe-rosslau.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-rosslau.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen (Zuschnittarbeiten), Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Palettenherstellung  
RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Schriften, Werbung & Design (Visitenkarten, Tischkarten, Servietten, Folienbeschriftung)  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei, Wäsche legen  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Verarbeitung von Wellpappe

#### Weitere Betriebsstätten:

Wäscherei der Lebenshilfe Roßlau e. V.

Rosenstr. 4  
06869 Coswig/Anhalt  
Telefon: 034903 6226

## Werkstatt für behinderte Menschen im Augustinuswerk e.V.

### Verwaltung

Melanchthonstr. 6  
06886 Lutherstadt-Wittenberg  
Telefon: 03491 4177-0  
Telefax: 03491 6189-590  
E-Mail: [wfbm@augustinuswerk.de](mailto:wfbm@augustinuswerk.de)  
Homepage: <http://www.augustinuswerk.de>

(Reg.-Nr. 12/1)

### Auftragsarbeiten / Produkte:

#### Auftragsarbeiten:

**METALL:** Umformen, Trennen (z. B. Bohren, Gewindeschneiden), Fügen (Schweißen), Metallmontage

**HOLZ:** Holzbearbeitung, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelaufarbeitung

**KUNSTSTOFF:** Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage

**TEXTIL/LEDER:** Näherei

**DRUCK/GRAFIK:** Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren, Buchbinderei, Werbeschriften, Lasergravieren, Stempelherstellung, Professionelle

Einrahmungen, Großformatdruck bis A0

**VERPACKUNGSARBEITEN:** Verpackung/Konfektionierung bis zur Postversendung aus einer Hand

**HAUSWIRTSCHAFT:** Catering/Partyservice

**GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE:** Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

**SONSTIGE LEISTUNGEN:** Umzugs- und Transportarbeiten

#### Produkte:

**KUNSTHANDWERK:** Floristische Artikel, Korb- und Stuhlflechtarbeiten

**SPIELWAREN:** Holzspielwaren

**PAPIERWAREN**

**SONSTIGE PRODUKTE:** Bauelemente nach Kundenwunsch (Qualitäts-Kunststofffenster, Fliegengitter, Rolläden, Tore, Türen, Handläufe)

### Weitere Betriebsstätten:

#### Hauptwerkstatt:

Gottlieb-Daimler-Str. 2  
06886 Lutherstadt-Wittenberg

Telefon: 03491 6189-0

Telefax: 03491 6189-590

#### Weitere Betriebsstätten:

Gewerbepark 5

06917 Jessen

Telefon: 03537 2036-0

Telefax: 03537 2036-19

Am Heideberg 18

06886 Lutherstadt-Wittenberg

Telefon: 03491 6189 800

Telefax: 03491 6189 809

Am Heideberg 20

06886 Lutherstadt-Wittenberg

Stadthalle 2/3

06886 Lutherstadt-Wittenberg

Telefon: 03491 5050990

Betriebsstätte für seelisch behinderte Menschen:

Sternstraße 51

06886 Lutherstadt-Wittenberg

Telefon: 03491 6189 300

Telefax: 03491 6189 349

Nussbaumweg 7-9

06886 Lutherstadt-Wittenberg

Telefon: 03491 6189543

Telefax: 03491 6189590



### Altmark-Werkstätten im CJD Salzwedel

(Reg.-Nr. 12/69)

Bergener Straße 2  
29410 Salzwedel  
Telefon: 03901 86673-0  
Telefax: 03901 86673-33  
E-Mail: [cjd.salzwedel@cjd.de](mailto:cjd.salzwedel@cjd.de)  
Homepage: <http://www.cjd-sachsen-anhalt.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Möbelfertigung, Bienenrahmenfertigung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage, Verschweißung von Baugruppen  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung, Fotokopieren  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering, Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
Produkte:  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel, Wabenrahmen für Imker  
PAPIERWAREN

#### Weitere Betriebsstätten:

Gerstedter Weg 9b  
29410 Salzwedel  
Telefon: 03901 306036  
Telefax: 03901 3059578

## Diakonie-Werkstätten Halberstadt gGmbH

(Reg.-Nr. 12/67)

Am Bahndamm 9  
38820 Halberstadt  
Telefon: 03941 5650-0  
Telefax: 03941 5650-25  
E-Mail: [info@diakonie-werkstaetten-halberstadt.de](mailto:info@diakonie-werkstaetten-halberstadt.de)  
Homepage: <http://www.diakonie-werkstaetten-halberstadt.de>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Möbelfertigung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung (Warmverformung), Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage  
DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung  
BUCHBINDEREI: Buchbinderarbeiten  
VERPACKUNGSARBEITEN: Verpackung von Lebensmitteln in Kleingebinde (Bio-Zertifikat)  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei (Wasch- und Bügelservice)  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
Produkte:  
MÖBEL: Kleinmöbel  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Sonstiger Gartenbedarf  
PAPIERWAREN

### Weitere Betriebsstätten:

Garten- und Landschaftsbau  
Wernigeröder Str. 56-57  
38820 Halberstadt  
Telefon: 03941 442394  
Telefax: 03941 445584  
E-Mail: [gala@diakonie-werkstaetten-halberstadt.de](mailto:gala@diakonie-werkstaetten-halberstadt.de)

Betriebsstätte für sinnesbehinderte und taubblinde Menschen:

Werkstatt am Park  
Straße der Opfer des Faschismus  
18  
38820 Halberstadt  
Telefon: 03941 620600  
Telefax: 03941 6206025  
E-Mail: [sinn@diakonie-werkstaetten-halberstadt.de](mailto:sinn@diakonie-werkstaetten-halberstadt.de)

Betriebsstätte für psychisch behinderte Menschen:

Buchbinderei  
Im Sülzeteiche 18  
38820 Halberstadt  
Telefon: 03941 611533  
Telefax: 03941 611536  
E-Mail: [bubi@diakonie-werkstaetten-halberstadt.de](mailto:bubi@diakonie-werkstaetten-halberstadt.de)

## Sachsen-Anhalt (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen)

### Lebenshilfe Wernigerode gGmbH

(Reg.-Nr. 12/40)

Veckenstedter Weg 71/75  
38855 Wernigerode  
Telefon: 03943 9237-0  
Telefax: 03943 923737  
E-Mail: [r.korn@lh-wr.de](mailto:r.korn@lh-wr.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-wernigerode.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage, Reparatur von Gitterboxpaletten  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung  
ELEKTRO: Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
RECYCLING: Kunststoff-Recycling, Demontagearbeiten, Folien und Pappe  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei, Änderungsschneiderei, Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen

#### Produkte:

KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Holzarbeiten, Keramik, Kerzen, Saisonartikel, Textilien  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Sonstiger Gartenbedarf

#### Weitere Betriebsstätten:

Karl-Marx-Straße 28a  
38855 Wernigerode

Betriebsstätte für psychisch behinderte Menschen:

"Service-Werkstatt für Industrie und Handel"  
Fischerhof 1  
38855 Wernigerode  
Telefon: 03943 501888

## Sachsen-Anhalt (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen)

### Werkstatt für behinderte Menschen der Pfeifferschen Stiftungen Magdeburg

(Reg.-Nr. 12/9)

Pfeifferstr. 10  
39114 Magdeburg  
Telefon: 0391 8505-0  
Telefax: 0391 8505-366  
E-Mail: [wfb@pfeiffersche-stiftungen.de](mailto:wfb@pfeiffersche-stiftungen.de)  
Homepage: <http://www.pfeiffersche-stiftungen.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage  
TEXTIL/LEDER: Näherei, Stickerei  
LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN (Holz)  
BAU-/RENOVIERUNGSARBEITEN  
RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling, Kunststoff-Recycling, Metall-Recycling, Demontagearbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Holzarbeiten, Kerzen, Korb- und Stuhflechtarbeiten  
HAUSHALTSWAREN  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte, Garten- und Landschaftsmöbel, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel

## Sachsen-Anhalt (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen)

### Lebenshilfe-Werk Magdeburg gemeinnützige GmbH

(Reg.-Nr. 12/10)

Sülzeanger 1  
39128 Magdeburg  
Telefon: 0391 25531-0  
Telefax: 0391 2524037  
E-Mail: [info@lebenshilfe-md.de](mailto:info@lebenshilfe-md.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-md.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen (z.B. Drehen, Fräsen), CNC- Bearbeitung, Fügen (z.B. Schweißen)  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Möbelfertigung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

#### Produkte:

KUNSTHANDWERK: Keramik, Kerzen, Stuhlflechtarbeiten, Textilien  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel  
SPIELWAREN: Holzspielwaren

#### Weitere Betriebsstätten:

Westring 36  
39110 Magdeburg

Sülzborn 9  
39128 Magdeburg

Leipziger Str. 8  
39112 Magdeburg

## Sachsen-Anhalt (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen)

### CJD Schönebeck

### Salzland-Werkstätten für behinderte Menschen

(Reg.-Nr. 12/42)

Industriestr. 8  
39218 Schönebeck  
Telefon: 03928 769-400  
Telefax: 03928 7698-144  
E-Mail: [cjd.schoenebeck@cjd.de](mailto:cjd.schoenebeck@cjd.de)  
Homepage: <http://www.cjd-sachsen-anhalt.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei, Lederarbeiten, Stickerei  
DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei, Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

#### Produkte:

KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Holzarbeiten, Keramik, Korb- und Stuhlflechtarbeiten, Saisonartikel  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte, Garten- und Landschaftsmöbel, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel, Sonstiger Gartenbedarf

## Sachsen-Anhalt (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen)

### Lebenshilfe für behinderte Menschen - Kreisverein Burg e. V.

(Reg.-Nr. 12/14)

Am Brunnenfeld 7  
39288 Burg  
Telefon: 03921 4568-0  
Telefax: 03921 4568-70  
E-Mail: [sekretariat@lebenshilfe-burg.de](mailto:sekretariat@lebenshilfe-burg.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-burg.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Palettenherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
RECYCLING: Demontagearbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Umzugs- und Transportarbeiten, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Keramik

#### Weitere Betriebsstätten:

Kantinenversorgung  
In der Alten Kaserne 2  
39288 Burg  
Telefon: 03921 984992

Werkstattcafé  
Am Brunnenfeld 14  
39288 Burg

## Sachsen-Anhalt (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen)

### Bodelschwingh-Haus Wolmirstedt Behindertenhilfe gGmbH- Geschäftsbereich WfbM Verwaltung

(Reg.-Nr. 12/60)

Bleicher Weg 1  
39326 Wolmirstedt  
Telefon: 039201 62501  
Telefax: 039201 62522  
E-Mail: [wfbm@bodelschwingh-haus.de](mailto:wfbm@bodelschwingh-haus.de)  
Homepage: <http://www.bodelschwingh-haus.emenue.net>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen (Bohren), Fügen (Löten) Metallmontage und -demontage  
HOLZ: Holzmontage (Lattenroste, Boxspringbetten)  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage und -demontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung, Lötarbeiten  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling, Demontagearbeiten, Kühlgeräteentsorgung  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei, Catering/Partyservice (Küche: Speisenversorgung warm und kalt; Herstellung warmer und kalter Buffets)  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege (Rasenschnitt, Hecken- und Sträucherschnitt, Bepflanzung, Hofreinigung)  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Umzugs- und Transportarbeiten, Sperrmüllberäumung, Wohnungsberäumung

#### Weitere Betriebsstätten:

Hauptwerkstatt:  
Angerstr. 14  
39326 Wolmirstedt

#### Weitere Betriebsstätten:

Handwerkerring 15  
39326 Wolmirstedt  
Telefon: 039201 703390  
Telefax: 039201 7033930

Glindenberger Str. 6 d  
39326 Wolmirstedt  
Telefon: 039201 706909  
Telefax: 039201 706910

Handwerkerring 5  
39326 Wolmirstedt  
Telefon: 039201 908544  
Telefax: 039201 908542

**Lebenshilfe Ostfalen gGmbH  
WfbM Hundisburg**

**(Reg.-Nr. 12/8)**

Jacob-Bührer-Str. 5  
39343 Hundisburg  
Telefon: 03904 6699-0  
Telefax: 03904 6699-37  
E-Mail: [info@lebenshilfe-ostfalen.de](mailto:info@lebenshilfe-ostfalen.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-ostfalen.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, Fügen, Umformen (z.B. Tiefziehen bis 700 kN - 70t)  
HOLZ: Holzbearbeitung (z.B. Dekorplattenbearbeitung, Kantenanleimen bis 8 mm), Holzmontage, Möbelfertigung (Serienmontage von Holzmöbeln), CNC-Holzbearbeitungszentrum  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei, Polsterei  
LACKIARBEITEN/BESCHICHTUNGEN: Lackieren von Metall  
RECYCLING: Demontagearbeiten  
INDUSTRIEREINIGUNG: Waschen von Paletten und KLT's  
VERPACKUNGSARBEITEN: Kleinmontage, Konfektionieren  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (Großküche), Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

Produkte:

KUNSTHANDWERK: Kerzen, Saisonartikel

**Weitere Betriebsstätten:**

WfbM Bülstringen  
Hafenstr. 1  
39345 Bülstringen  
Telefon: 039058 9769-0  
Telefax: 039058 9769-27

WfbM Seehausen I  
Seehausen  
Am See 24  
39164 Wanzleben-Börde  
Telefon: 039407 936870  
Telefax: 039407 936880

WfbM Seehausen II  
Wanzlebener Allee 11  
39164 Wanzleben-Börde  
Telefon: 039407 93069-0  
Telefax: 039407 93069-27

Betriebsstätte für seelisch  
behinderte Menschen:

PRO - Produktion, Rehabilitation  
Ostfalen  
Hafenstraße 50  
39340 Haldensleben  
Telefon: 03904 725954-10  
Telefax: 03904 725954-19

**Anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen  
Matthias-Claudius-Haus  
Diakonie Wohn- und Werkstätten**

**(Reg.-Nr. 12/16)**

Neubrandslébener Weg 10b  
39387 Oschersleben  
Telefon: 03949 9456-510  
Telefax: 03949 9456-533  
E-Mail: [sekretariat@claudiushaus.de](mailto:sekretariat@claudiushaus.de)  
Homepage: <http://www.claudiushaus.de/.home>

**Weitere Betriebsstätten:**  
Hermann-Krebs-Straße 5-6  
39387 Oschersleben  
Telefon: 03949 9456-410

Bereich Küche  
Friedrichstr. 15c  
39387 Oschersleben  
Telefon: 03949 98788

Katharinenstift Schneidlingen  
Hospitalstr. 4  
39435 Schneidlingen  
Telefon: 039267 9310

Betriebsstätte für psychisch und geistig behinderte Menschen:

Am Pfefferbach 18  
39387 Oschersleben  
Telefon: 03949 9456-512  
Telefax: 03949 9456-230

**Lebenshilfe Bördeland gemeinnützige Gesellschaft mbH  
Werkstatt für behinderte Menschen**

**(Reg.-Nr. 12/19)**

Strandbadstr. 1  
39418 Staßfurt  
Telefon: 039263 985810  
Telefax: 03925 8008-32  
E-Mail: [sekretariat@lebenshilfe-boerdeland.de](mailto:sekretariat@lebenshilfe-boerdeland.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-boerdeland.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung  
TEXTIL/LEDER: Näherei (Änderungsschneiderei), Wäscherei  
DRUCK/GRAFIK: Copyshop: Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren (bis A0 in Farbe und s/w)  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Digitale Archivierung (Scannen von Plänen und deren Speicherung auf verschiedene Datenträger)  
VERPACKUNGS- und MONTAGEARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei, Reinigungsarbeiten (Gebäudereinigung)  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen, Floristik, Tiergarten, Gastronomie (Café), Touristische Begegnungsstätte, Gravurarbeiten  
Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Holzarbeiten, Keramik, Kerzen, Saisonartikel  
SPIELWAREN: Großspielgeräte (Spielhütten und Sandkästen)  
PAPIERWAREN: z. B. Einladungskarten, Tischkarten, Danksagungskarten  
SONSTIGE PRODUKTE: Bauelemente (z. B. Zäune, Geländer, Handläufe), Schilder, Terrassenüberdachungen, Carports

**Weitere Betriebsstätten:**

Alte Str. 27  
39435 Egeln  
Telefon: 039268 32562  
Telefax: 039268 34040  
Speiseservice  
Gewerbegebiet Bodewiesen  
Brunnenweg 16  
39444 Hecklingen  
Telefon: 03925 284787  
Telefax: 03925 280072  
Tiergarten und Café  
Luisenplatz 11  
39418 Staßfurt  
Telefon Tiergarten: 03925 323063  
Telefon Café Tiergarten: 03925 813437  
Floristik "pur" und Werkstattladen  
Hohenerxlebener Str. 85  
39418 Staßfurt  
Telefon: 03925 301090  
Telefax: 03925 378142  
Betriebsstätte für psychisch  
behinderte Menschen:  
Service-Center am Bahnhof  
Gartenstraße. 4-5  
39418 Staßfurt  
Telefon: 03925 3788881  
Telefax: 03925 3788882



## Lebenshilfe für behinderte Menschen e. V. Region Stendal

(Reg.-Nr. 12/6)

Birkholzer Chaussee 5  
39517 Tangerhütte  
Telefon: 03935 934030  
Telefax: 03935 2679  
E-Mail: [info@lebenshilfe-sdl.de](mailto:info@lebenshilfe-sdl.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-sdl.de>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

**METALL:** Trennen (z. B. Sägearbeiten, Schleif- und Entgratungsarbeiten),  
Fügen (z. B. Punktschweißen, Nieten), Metallmontage, Waschen von  
Metallteilen nach Industriestandard

**HOLZ:** Holzbearbeitung, Holzmontage, Palettenbau, Herstellung von  
Eigenprodukten (z. B. Gartenbänke mit Tisch)

**TEXTIL/LEDER:** Änderungs- und Industrie-Näherei

**MAILING UND VERSANDARBEITEN:** Online-Versand

**MONTAGE & VERPACKUNG:** Schrumpfarbeiten (Einschrumpfen von  
Produkten), Kartonagen- und Papierverarbeitung, Kleinmontage (Falten und  
Falzen), Konfektionieren, Sortieren, Wiegen, Zählarbeiten, verschiedenste  
Montage- und Demontearbeiten (Demontage von Einzelteilen und  
Baugruppen)

**VERPACKUNG LEBENSMITTEL:** Verpacken von Trockenfrüchten

**HAUSWIRTSCHAFT:** Catering (Großküche, Essen auf Rädern,  
Kantinenbetrieb), Wäscherei (Waschen, Mangeln, Bügeln für Privat und  
Gewerbe, Textil-Reinigung)

**GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE:** Gartenbau- und Landschaftspflege,  
Garten- und Grünanlagenpflege (z. B. Bepflanzung und Pflege von Rabatten,  
Rasen und Großflächen und Gärten, Schreddern, Unkrautbekämpfung, Fegen,  
Heckenschnitt), Grabpflege

**SONSTIGE LEISTUNGEN:** Gastronomie (Tangercafé), Begegnungsstätte  
(Radlerrast)

Produkte:

**LEBENSMITTEL:** Wurstwaren, Landwirtschaftliche Erzeugnisse

**KUNSTHANDWERK:** Floristische Artikel, Holzarbeiten, Keramik, Kerzen,  
Textilien

**GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE:** Garten- und Landschaftsmöbel  
(z. B. Gartenbänke mit Tisch), Pflanzen/Baumschulprodukte, Sonstiger  
Gartenbedarf

### Weitere Betriebsstätten:

Zweigwerkstatt für behinderte  
Menschen "Hofgut"  
Ortsteil Uchtspringe  
Zum alten Gut 5  
39576 Stendal  
Telefon: 039325 22912

## Elbe-Havel-Werkstätten gemeinnützige GmbH

(Reg.-Nr. 12/17)

Gewerbegebiet-Süd 15  
39524 Schönhausen  
Telefon: 039323 844-0  
Telefax: 039323 38813  
E-Mail: [geschaeftsleitung@elbe-havel-werkstaetten.de](mailto:geschaeftsleitung@elbe-havel-werkstaetten.de)  
Homepage: <http://www.elbe-havel-werkstaetten.de>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

#### Auftragsarbeiten:

**METALL:** Metallbearbeitung, Trennen (z. B. Schleifarbeiten), Metallmontage  
**HOLZ:** Holzbearbeitung (z. B. Bohren, Fräsen, Hobeln, Leimen, Schleifen, Sägen, Klammern), Holzmontage  
**KUNSTSTOFF:** Kunststoffbearbeitung, Zuschnitt u. Konfektionierung  
**TEXTIL/LEDER:** Näherei/Polsterei: Zuschnitt für Textil und Leder, Nähen für Industrie, Privat und Gewerbe, Ausbesserungsnäherei, Knöpfe beziehen, Hunde und Katzenbetten fertigen, Kissen nähen, füllen und schließen  
**Schaumstoffbearbeitung:** schneiden, konfektionieren, flocken  
**RECYCLING:** Elektro-/Elektronik-Recycling, Demontearbeiten  
**DRUCK:** Druckerei (Offset- und Digitaldruck), Druckweiterverarbeitung (z. B. Perforieren, Lochen, Heften, Papier schneiden), Fotokopieren (Kopieren in Schwarz/Weiss und Farbe), Bedrucken von Gegenständen (Textildruck), Beschriftungen für Fahrzeuge aller Art  
**VERPACKUNGS- und MONTAGEARBEITEN:** Kleinmontage, Verpacken, Sortier- Wiege- und Zählarbeiten  
**HAUSWIRTSCHAFT:** Catering/Paryservice (Küche: Versorgerküche, Kantinenversorgung, Essen auf Rädern), Reinigungsarbeiten (Grundflächen)  
**WÄSCHEREI:** Waschen, Mangeln, Bügeln für Privat und Gewerbe, WetCare - Formen von Bekleidung im Dampfverfahren, Waschen und Mangeln von Flachwäsche, Reinigen von Pferdedecken, Waschen von Wischmopp  
**GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE:** Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
**SONSTIGE LEISTUNGEN:** Aktenvernichtung (Vernichtung von Akten- und Datenträgern nach BDSG), Kommunikationszentrum: Vermittlung von Telefonverbindungen  
**TIERPARK/TIERASYL/TIERPENSION:** Pflegearbeiten, Vermittlung, Fütterung, Gehege- und Objektpflege  
**FAHRZEUGPFLEGE:** Fahrzeugaufbereitung, Innen- und Außenreinigung, Unterbodenpflege, Komplettreinigung, Polsterreinigung, auch Wohnwagen, Kleintransporter, Kleinbusse

#### Produkte:

**TEXTIL-/LEDERWAREN:** Haus- und Heimtextilien (Werkschürzen für Kinder, Cocktailschürzen, Kissen) Hunde- und Katzenbetten  
**KUNSTHANDWERK:** Floristische Artikel, Holzarbeiten, Bilderrahmen  
**GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE:** Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Hunde- und Katzenhütten  
**PAPIERWAREN**

### Weitere Betriebsstätten:

Werkstattladen und AB  
Landschaftspflege  
Hagenstr. 1  
39307 Genthin  
Telefon: 03933 3656  
Telefax: 03933 822370

Werkstattladen und AB Montage  
Genthiner Str. 17  
39539 Havelberg  
Telefon: 039387 21745  
Telefax: 039387 72038

Tierasy/Tierpension/Tierpark/  
Werkstattladen Zabakuck  
Am Park 11  
39307 Zabakuck  
Telefon: 039348 927-40/48  
Telefax: 039348 927-49

Betriebsstätte Fahrzeugpflegehalle  
Gewerbegebiet Süd 10  
39524 Schönhausen  
Telefon: 039323 798423 oder  
798424  
Telefax: 039323 798425

Betriebsstätte Wäscherei  
Gewerbegebiet Süd 10  
39524 Schönhausen  
Telefon: 039323 79917

**Lebenshilfe Osterburg gemeinnützige Gesellschaft mbH  
anerkannte Werkstatt für Menschen mit Behinderung**

**(Reg.-Nr. 12/43)**

Düsedauer Str. 26  
39606 Osterburg  
Telefon: 03937 2216-0  
Telefax: 03937 2216-38  
E-Mail: [info@lebenshilfe-osterburg.de](mailto:info@lebenshilfe-osterburg.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-osterburg.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Entfettung und Entgratung von Metallen  
HOLZ: Lattenrostproduktion  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
TEXTIL/LEDER: Näherei (Änderungsschneiderei, Gardinennäherei, Industrielles Nähen)  
MAILING UND VERSANDARBEITEN: Massensendungen  
VERPACKUNGSARBEITEN: Konfektionieren, Kleinmontage  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei/Heißmangel für gewerbliche und private Kunden  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Autoservice: Fahrzeugreinigung (außen/innen), Lackaufbereitung  
Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Keramik, Kerzen

**Weitere Betriebsstätten:**

Außenstelle Autopflege  
Schilddorf 4  
39606 Osterburg  
  
Außenstelle Wäscherei, Näherei,  
Montage  
Am Schaugraben 3  
39606 Osterburg  
  
Betriebsstätte für psychisch  
behinderte Menschen:  
  
Haus Prisma  
Am Schaugraben 3  
39606 Osterburg

**Lebenshilfe 'ALTMARK - WEST' gemeinnützige GmbH  
Werkstatt für behinderte Menschen**

**(Reg.-Nr. 12/11)**

An den Burgstücken 5  
39638 Gardelegen  
Telefon: 03907 8077-0  
Telefax: 03907 807755  
E-Mail: [info@lebenshilfe-altmark-west.de](mailto:info@lebenshilfe-altmark-west.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-altmark-west.de/cms/index.php>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Metallbearbeitung  
HOLZ: Zubehör zur Haustierhaltung, Kamin- und Brennholzherstellung, Lohnarbeit  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage, Automobilteile  
RECYCLING: Kunststoff-Recycling  
DRUCK/GRAFIK: Fotokopieren  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering (Küche, Kantine), Wäscherei, Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege, Friedhofspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Tiergehege pflegen, Radspeicher (Räderhotel / Autoreifenlagerung)  
Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Keramik, Kerzen, Saisonartikel, Dekorationsartikel  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Sonstiger Gartenbedarf (z. B. Kamin- und Brennholz)  
SONSTIGE PRODUKTE: Fahrradständer, Bauelemente (z. B. Zäune, Tore), Bänke, Tische, Arbeitshilfen

**Weitere Betriebsstätten:**

Zweigwerkstatt Mieste  
Riesebergstr. 39  
39649 Gardelegen OT Mieste  
Telefon: 039082 98005  
Telefax: 039082 98001

Außenstelle M + M  
An der breiten Gehre 13  
39638 Gardelegen  
Telefon: 03907 807776

Außenstelle  
Kunststoffrecycling-Radspeicher  
An der Breiten Gehre 23  
39638 Gardelegen  
Tel. 03907 778011  
Fax 03907 7769420

Wäscherei "Waschbiene"  
Am Lindenberg 5  
39638 Gardelegen  
Telefon: 03907 807160

Werkstatt für behinderte Menschen  
- Außenstelle  
Kiefernweg 6  
39638 Gardelegen  
Telefon: 03907 807280  
Telefax: 03907 807281

Betriebsstätte für psychisch  
behinderte Menschen:

Werkstatt für seelisch behinderte  
Menschen - Außenstelle D + M  
Am Lindenberg 6  
39638 Gardelegen  
Telefon: 03907 779326  
Telefax: 03907 779327

## Schleswig-Holstein (Bezirk der Regionaldirektion Nord)

### Louisenhof gGmbH Werkstatt Louisenhof

(Reg.-Nr. 1/38)

Industriestr. 8 a  
21493 Schwarzenbek  
Telefon: 04151 8980-0  
Telefax: 04151 8980-218  
E-Mail: [info@louisenhof.org](mailto:info@louisenhof.org)  
Homepage: <https://www.louisenhof.org>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Digitale Archivierung, Vervielfältigung von Datenträgern  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Gastronomie, Hofcafé, Landwirtschaft, BIOLAND-Betrieb, Kaminholzfertigung und Auslieferung

#### Produkte:

LEBENSMITTEL: Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Bioprodukte  
KUNSTHANDWERK: Kerzen  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Sonstiger Gartenbedarf (Kamin- und Brennholz)

#### Weitere Betriebsstätten:

Louisenhof 5 + 7  
21493 Louisenhof, Gemeinde Müssen

## Schleswig-Holstein (Bezirk der Regionaldirektion Nord)

### Norderstedter Werkstätten

(Reg.-Nr. 1/18)

Stormarnstr. 5-11  
22844 Norderstedt  
Telefon: 040 521141-0  
Telefax: 040 5256839  
E-Mail: [info@norderstedter-werkstaetten.de](mailto:info@norderstedter-werkstaetten.de)  
Homepage: <http://www.norderstedter-werkstaetten.de/de/startseite>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung, Möbelrestauration mit Lackierung, Spielzeugherstellung  
RECYCLING: Demontearbeiten  
VERPACKUNGSARBEITEN  
TEXTIL: Veredelung, Werbeanbringung  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

#### Produkte:

MÖBEL: Kindergarten-/Schulmöbel, Kleinmöbel, Regale, Wohnmöbel

#### Weitere Betriebsstätten:

Betriebsstätten für psychisch behinderte Menschen:

Schützenwall 30  
22844 Norderstedt  
Telefon: 040 521141-88  
Telefax: 040 521141-89

Das CONTOR . Werbeideen  
Ohechaussee 11  
22848 Norderstedt  
Telefon: 040 32595451  
Telefax: 040 32595453

**Lebenshilfewerk ELBE gGmbH**

**(Reg.-Nr. 1/44)**

Gremsbargen 2  
22869 Schenefeld  
Telefon: 040 38676998  
Telefax: 040 38676998  
E-Mail: [buchhaltung@lebenshilfewerk-schenefeld.de](mailto:buchhaltung@lebenshilfewerk-schenefeld.de)  
Homepage: <http://www.lhw-elbe.de>

## Stormarner Werkstätten Ahrensburg

(Reg.-Nr. 1/9)

Kurt-Fischer-Str. 7  
22926 Ahrensburg  
Telefon: 04102 486-0  
Telefax: 04102 44438  
E-Mail: [info@wfbm-ahrensburg.de](mailto:info@wfbm-ahrensburg.de)  
Homepage: <http://www.werkstatt-ahrensburg.de/de/startseite>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

#### Auftragsarbeiten:

**METALL:** Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage  
**HOLZ:** Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung  
**KUNSTSTOFF:** Kunststoffmontage  
**ELEKTRO:** Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
**TEXTIL/LEDER:** Näherei, Polsterei, Schneiderei  
**EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN:** Digitale Archivierung  
**VERPACKUNGSARBEITEN**  
**HAUSWIRTSCHAFT:** Wäscherei  
**GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE:** Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Landschaftspflege, Landschaftspflege  
**SONSTIGE LEISTUNGEN:** Aktenvernichtung (zertifiziert), Logistische Leistungen (auch Lager), Umzugs- und Transportarbeiten, Hausmeisterservice, Kfz-Werkstatt, Fahrzeugpflege, Malerei

#### Produkte:

**LEBENSMITTEL:** Imkerei: Honig  
**TEXTIL-/LEDERWAREN:** diverse Artikel aus Feuerwehruniformen wie Handytaschen, Kulturtaschen, Stifterollen etc.  
**KUNSTHANDWERK:** Holzarbeiten  
**SPIELWAREN:** Holzspielwaren, Großspielgeräte  
**GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE:** Pflanzen/Baumschulprodukte, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen  
**SONSTIGE PRODUKTE:** Imkerei: Lederbalsam

### Weitere Betriebsstätten:

Werkstatt Bad Oldesloe  
Rögen 56-58  
23843 Bad Oldesloe  
Telefon: 04531 889-0  
Telefax: 04531 86798  
E-Mail: [info@wfbm-od.de](mailto:info@wfbm-od.de)

Rögen 54  
23843 Bad Oldesloe  
Telefon: 04531 889-0  
Telefax: 04531 86798

Berufsbildungsbereich  
Sandkamp 3  
23843 Bad Oldesloe  
Telefon: 04531 889-0  
Telefax: 04531 889159

Betriebsstätte Bargteheide  
Garten- und Landschaftsbau  
Am Bornberg 2  
22941 Bargteheide  
Telefon: 04532 501696  
Telefax: 04532 501698

Betriebsstätten für psychisch  
behinderte Menschen:

Betriebsstätte Bad Oldesloe  
Rögen 4  
23843 Bad Oldesloe  
Telefon: 04531 889-0  
Telefax: 04531 889-279

Werkstatt 4  
Betriebsstätte Elmenhorst  
Fischbeker Straße 7a  
23869 Elmenhorst  
Telefon: 04531 889-0  
Telefax: 04531 889-289

Tatwerk Reinbek  
Halskestraße 4  
21465 Reinbek  
Telefon: 040 7975454-0  
Telefax: 040 7975454-29

### **Werkgemeinschaften fbM der Hermann Jülich Werkgemeinschaft e.V.**

(Reg.-Nr. 1/42)

Dorfstr. 27  
22929 Hamfelde  
Telefon: 04154 8438-0  
Telefax: 04154 8438-19  
E-Mail: [dialog@werkgemeinschaften.de](mailto:dialog@werkgemeinschaften.de)  
Homepage: <https://www.werkgemeinschaften.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
In allen Werkstätten werden begrenzt auch Auftragsarbeiten übernommen.

#### **GASTRONOMIE:**

CAFÉ und RESTAURANTBETRIEB auch für private oder geschäftliche

Anlässe

Mittagstisch

Catering für Tagungen und andere Aufträge

#### **Produkte:**

LEBENSMITTEL: Landwirtschaftliche Erzeugnisse (Gemüse),

Kräuterwerkstatt (Demeter) - Teesorten, getrocknete Kräuter,

Trockenobstwerkstatt - Trockenobst für Müsli, Apfelinge auch mit Schoko

BIENZUCHT zur Herstellung von Honig

TEXTIL-/LEDERWAREN: Webwaren, Filzwaren

MÖBEL: Kleinmöbel

PAPIERWAREN: Papierwerkstatt - Ringbücher, Fotoalben

BÜROARTIKEL

SONSTIGE PRODUKTE: Kamin- und Brennholz

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Bornkampsweg 38 k  
22926 Ahrensburg / OT Wulfsdorf  
Telefon: 04102 4583-15

Donnerblock 18-24  
22929 Köthel  
Telefon: 04159 8120-0  
Telefax: 04159 812047

Robben Café  
Bornkampsweg 31 I  
22926 Ahrensburg / OT Wulfsdorf



## **Vorwerker Diakonie gemeinnützige GmbH** **Geschäftsbereich Arbeit und berufliche Bildung für Menschen mit** (Reg.-Nr. 1/24) **Behinderung**

Triftstr. 139 - 143  
23554 Lübeck  
Telefon: 0451 400250140  
Telefax: 0451 400250300  
E-Mail: [info@vorwerker-diakonie.de](mailto:info@vorwerker-diakonie.de)  
Homepage: <http://www.vorwerker-diakonie.de>

### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

**Auftragsarbeiten:**  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL: Näherei, Weberei  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei (Digitaldruck - schwarz/weiß & Farbe bis DIN A3+; Großformatdruck - Plakate/Poster/Stoffbanner bis DIN A0), Druckweiterverarbeitung (Papierverarbeitung - Laminieren/Falzen/Rillen/ Bindungen), Grafische Gestaltung (Mediengestaltung - Flyer/Plakate/Magazine/ Karten/Bildbearbeitung), Fotokopieren (Kopierarbeiten - bis 110 Seiten pro Minute), Lasergravur/Stempelproduktion  
MAILING UND VERSANDARBEITEN: Mailingservice (Druck/Kuvertieren/ Versand/Portooptimierung)  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Digitale Archivierung (z. B. Scandienstleistungen), Elektronische Datenverarbeitung  
VERPACKUNGS- UND MONTAGEARBEITEN: Montage, Verpackung, Konfektionierung von Kartonagen  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei, Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Logistische Leistungen, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen), Gastronomie (Café Ulrich, Kunstcafé, Walbaum Café), Gastehäuser (Christophorushaus, BÄK Ratzeburg, Gästehaus Domkloster Ratzeburg, Evangelische Jugend-, Freizeit- und Bildungsstätte Koppelsberg), Seifenmacherei, Besen- und Bürstenmacherei

### **Produkte:**

TEXTIL-/LEDERWAREN: Bekleidung, Haus- und Heimtextilien, Lederwaren, Teppiche  
LEBENSMITTEL: Brot und Backwaren (z. B. Brot, Brötchen, Kekse, Torten), Fleisch- und Wurstwaren, Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Bioprodukte (z. B. Gemüse, Kräuter), Meiereiprodukte, Käse, Eis  
KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Keramik, Kerzen, Saisonartikel, Textilien, Webwaren  
HAUSHALTSWAREN: z. B. Seifen, Bürsten und Besen  
MÖBEL: Arbeits- und Büromöbel, Kindergarten-/Schulmöbel, Kleinmöbel, Regale, Wohnmöbel  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen  
SPIELWAREN: Brett- und Gesellschaftsspiele, Holzspielwaren, Puppen und Puppenmöbel, Therapeutisches Spielzeug  
PAPIERWAREN  
BÜROARTIKEL

### **Weitere Betriebsstätten:**

2. Hand & Metall  
Sereetzer Weg 2  
23554 Lübeck  
Telefon: 0451 400263012  
Telefax: 0451 400263050  
Wichern-Werkstatt  
Tischlerei  
Ratekauer Weg 2  
23554 Lübeck  
Telefon: 0451 400263022  
Telefax: 0451 400263526  
Gästehaus Domkloster (Wohnen und Arbeiten)  
Domhof 33  
23909 Ratzeburg  
Telefon: 04541 86310  
Telefax: 04541 863127  
Hof Ziegelhorst (Wohnen und Arbeiten)  
Ziegelhorst  
23627 Groß Sarau  
Telefon: 0451 400257110  
Telefax: 04509 7079423  
Vorwerker Steinofenbackstube  
Siemenstr. 10  
23560 Lübeck  
Telefon: 0451 400257741  
Telefax: 0451 400257749  
Fachwerkstatt für sehbehinderte und blinde Menschen  
Memelstraße 6  
23554 Lübeck  
Telefon: 0451 400250134  
Telefax: 0451 400256337  
Druckkontor 2.0  
Eutiner Ring 8a  
23611 Bad Schwartau  
Telefon: 0451 4002 50298  
Telefax: 0451 4002 57944  
Ev. Jugend-, Freizeit- und Bildungsstätte Koppelsberg  
Koppelsberg 12  
24106 Plön  
Telefon: 04522 507215  
Telefax: 04522 507229

Betriebsstätte für psychisch  
beeinträchtigte Menschen:

Service-Kontor  
Vorwerker Straße 103  
23554 Lübeck  
Telefon: 0451 4002 56720  
Telefax: 0451 4002 56729

## **Marli GmbH Gemeinnütziges Unternehmen für Menschen mit Behinderungen Verwaltung**

**(Reg.-Nr. 1/5)**

Carl-Gauß-Str. 13-15  
23562 Lübeck  
Telefon: 0451 6203-0  
Telefax: 0451 6203-146  
E-Mail: [info@marli.de](mailto:info@marli.de)  
Homepage: <http://www.marli.de/rs/index.html>

### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

#### **Auftragsarbeiten:**

**METALL:** Umformen (z.B. Abkantarbeiten), Trennen (z.B. Bohr- und Senkarbeiten, Sägen und Ablängen bis 100 mm Durchmesser - auch nicht metallische Werkstoffe, Stanzarbeiten, Dreharbeiten, Entgratungsarbeiten, Fräsarbeiten, Zuschnitt von Halbzeugen und Blechen - auch nicht metallische Werkstoffe und Materialien), Fügen (z.B. Schweißarbeiten), Montagearbeiten, Feinblechbearbeitung

**HOLZ:** Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenfertigung, Möbelfertigung (Gartenmöbel)

**KUNSTSTOFF:** Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage

**ELEKTRO:** Elektromontage, Kabelkonfektionierung

**TEXTIL/LEDER:** Näherei (Lohn- und Eigenprodukte)

**DRUCK/GRAFIK:** Druckerei, Druckweiterverarbeitung (z.B. Buchbinderei: Buch-Reparatur, Fertigung von gebundenen Artikeln), Fotokopieren (Copyshop: Kopien/Digitaldruck bis Format A3, Digitale Bilder sofort am Foto Kiosk), Bedrucken von Gegenständen

**EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN**

**MAILING UND VERSANDARBEITEN**

**VERPACKUNGSARBEITEN**

**HAUSWIRTSCHAFT:** Catering (Betriebsgastronomie), Wäscherei (Waschen, Stärken, Imprägnieren, Trocknen, Legen, Bügeln, Mangeln)

**GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE:** Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

**SONSTIGE LEISTUNGEN:** Aktenvernichtung, Fahrdienst, Kfz-Werkstatt, Reifenservice (Reifenmontage, Reifeneinlagerung), Gastronomie, Handelsgeschäfte

#### **Produkte:**

**KUNSTHANDWERK:** Keramik, Kerzen, Saisonartikel

**GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE:** Gartenmöbel

**PAPIERWAREN:** Fotoalben, Tagebücher, Mappen, Gästebücher

### **Weitere Betriebsstätten:**

Hauptwerkstatt:  
Marli GmbH  
Marli-Werkstätten  
Arnimstraße 95  
23566 Lübeck  
Telefon: 0451 6203-166

Marli GmbH  
Marli-Werkstätten  
Im Gleisdreieck 35  
23566 Lübeck  
Telefon: 0451 6203-380

Marli GmbH  
Marli-Werkstätten  
Im Gleisdreieck 51  
23566 Lübeck  
Telefon: 0451 6203-380

Marli GmbH  
Marli-Hof  
Wesloer Landstr. 5 b/c  
23566 Lübeck  
Telefon: 0451 6203-440

Marli GmbH  
Fahrdienst  
Arnimstr. 95  
23566 Lübeck  
Telefon: 0451 6203-130

Marli GmbH  
Berufsbildungsbereich  
Heiweg 110  
23566 Lübeck

Betriebsstätten für psychisch behinderte Menschen:

Marli GmbH  
Marli-Werkstätten  
Im Gleisdreieck 26  
23566 Lübeck  
Telefon: 0451 6203-440

Marli GmbH  
Marli-Betriebsgastronomie  
Carl-Gauß-Straße 13-15  
23562 Lübeck  
Telefon: 0451 6203-170

Träger:  
Marli GmbH  
Carl-Gauß-Straße 13-15

## Schleswig-Holstein (Bezirk der Regionaldirektion Nord)

### Die Ostholsteiner gGmbH Werkstatt für angepasste Arbeit Eutin

(Reg.-Nr. 1/21)

Siemensstr. 19  
23701 Eutin  
Telefon: 04521 7026-0  
Telefax: 04521 7026-49  
E-Mail: [ew@die-ostholsteiner.de](mailto:ew@die-ostholsteiner.de)  
Homepage: <http://www.die-ostholsteiner.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: CNC-Bearbeitung, Trennen (z.B. Sägen, Gleitschleifen), Metallmontage  
KUNSTSTOFF: mechanische Bearbeitung, Montagearbeiten  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
PULVERBESCHICHTEN: alle Metallteile (Größen auf Anfrage), alle RAL Farben  
RECYCLING: Elektrogeräte-Demontage  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, grafische Gestaltung, Erstellung von Web-Seiten, Fotokopieren, Drucksachen aller Art (z. B. Visitenkarten, Flyer, Briefpapier)  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Sonstige EDV-Dienstleistungen  
MAILING UND VERSANDLOGISTIG: Mailing, Konfektionierung, Versand, Logistik  
VERPACKUNGSARBEITEN: Konfektionierung und Versandlogistik, Konfektionierung und Verpackung unter Reinraumbedingungen  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (Küche: Lieferung von Mittagsverpflegung, Catering, Partyservice), Wäscherei (Waschen, Mangeln und Bügeln), separate Tierdeckenwäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: auf Anfrage

#### Produkte:

KUNSTHANDWERK: Kerzen (ziehen und gießen), handgemachte Bilder, Deko-Artikel für innen  
PAPIERWAREN: z.B. Briefpapier, Drucksachen aller Art  
WERBEMITTEL  
SONSTIGE PRODUKTE: Schilder  
Ladengeschäft Scandy: schwedische Süßigkeiten, handgewebte Wolldecken, Ledertaschen, Wohnaccessoires, Garten-Deko, handgemachte Kerzen für innen und außen, Geschenkartikel

#### Weitere Betriebsstätten:

Werkstatt für angepasste Arbeit  
Schwentinental  
Henri-Dunant-Str.  
24223 Schwentinental  
Telefon: 04307 8999-52  
Telefax: 04307 8399-94  
E-Mail: [sw@die-ostholsteiner.de](mailto:sw@die-ostholsteiner.de)

Berufsbildungszentrum Eutin  
Elisabethstr. 70  
23701 Eutin  
Telefon: 04521 830649-0  
Telefax: 04521 830649-9  
E-Mail: [bbz@die-ostholsteiner.de](mailto:bbz@die-ostholsteiner.de)

Berufliche Integration  
Die Ostholsteiner gGmbH  
Elisabethstr. 72  
23701 Eutin  
Telefon: 04521 845997-0  
Telefax: 04521 845997-9  
E-Mail: [bi@die-ostholsteiner.de](mailto:bi@die-ostholsteiner.de)

Werkstattladen Scandy  
Die Ostholsteiner gGmbH  
Peterstr. 28  
23701 Eutin  
Telefon: 04521 775507  
E-Mail: [info@scandy-eutin.de](mailto:info@scandy-eutin.de)  
Homepage: [www.scandy-eutin.de](http://www.scandy-eutin.de)

Betriebsstätte für psychisch  
beeinträchtigte Menschen:

Werkstatt für angepasste Arbeit EW  
2  
Siemensstr. 2  
23701 Eutin  
Telefon: 04521 7026-0  
Telefax: 04521 7026-95  
E-Mail: [ew2@die-ostholsteiner.de](mailto:ew2@die-ostholsteiner.de)

### Die Ostholsteiner gGmbH Werkstatt für angepasste Arbeit Oldenburg

(Reg.-Nr. 1/22)

Göhler Str. 39-41  
23758 Oldenburg  
Telefon: 04361 9088-0  
Telefax: 04361 9088-29  
E-Mail: [ow@die-ostholsteiner.de](mailto:ow@die-ostholsteiner.de)  
Homepage: <http://www.die-ostholsteiner.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling, Metall-Recycling,

Demontearbeiten

EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Daten- und Texterfassung, Digitale

Archivierung, Sonstige EDV-Dienstleistungen

MAILING UND VERSANDARBEITEN: Konfektionierung, Mailing, Versand,  
Logistik

VERPACKUNGSARBEITEN: Konfektionierung und Versandlogistik,

Konfektionierung und Verpackung unter Reinraumbedingungen

MONTAGEARBEITEN: Montagearbeiten aller Art auf Anfrage

HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (Küche: Lieferung von

Mittagsverpflegung, Catering, Partyservice)

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und  
Pflanzenpflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Taschen aus Segeltuch und  
LKW-Plane

Produkte:

KUNSTHANDWERK (TalentenHaus): Kerzen (ziehen und gießen),

Keramikartikel, Deko-Artikel für innen und außen

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen,

Sonstiger Gartenbedarf (Garten-Deko)

#### Weitere Betriebsstätten:

Werkstatt für angepasste Arbeit

Heiligenhafen

Die Ostholsteiner gGmbH

Eichholzweg 25

23774 Heiligenhafen

Telefon: 04362 9065-0

Telefax: 04362 9065-23

E-Mail: [hw@die-ostholsteiner.de](mailto:hw@die-ostholsteiner.de)

Berufsbildungsbereich

Berufsbildungszentrum Oldenburg

Göhler Straße 60

23758 Oldenburg

und

Berufsbildungszentrum

Heiligenhafen

Eichholzweg 24

23774 Heiligenhafen

Telefon: 04521 830649-0

Telefax: 04521 830649-9

E-Mail: [bbz@die-ostholsteiner.de](mailto:bbz@die-ostholsteiner.de)

Betriebsstätte für psychisch  
behinderte Menschen:

Werkstatt für angepasste Arbeit

Oldenburg im Zentrum

Schuhstr. 46-48

23758 Oldenburg

Telefon: 04361 1302

Telefax: 04361 1307

E-Mail: [ow-zentrum@die-ostholsteiner.de](mailto:ow-zentrum@die-ostholsteiner.de)

## Segeberger Wohn- und Werkstätten - des Landesvereins für Innere Mission in Schleswig-Holstein

### 1. Hauptwerkstatt Werkstatt Wahlstedt

(Reg.-Nr. 1/26)

Industriestr. 11b  
23812 Wahlstedt  
Telefon: 04554 9057-00  
Telefax: 04554 9057-28  
E-Mail: [schnack.sabiene@sewowe.de](mailto:schnack.sabiene@sewowe.de)  
Homepage: <http://www.sewowe.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
TISCHLEREI: Holzbearbeitung, Einwegpalettenherstellung, CNC-  
Bohrbearbeitungszentrum, Plakatträgerherstellung  
LATTENROSTMONTAGE  
ELEKTRO: Kabelbaumherstellung  
INDUSTRIEMONTAGE: Metall, Holz, Elektro etc., Demontage,  
Schaltermontage  
POLSTEREI: Neupolsterungen von Stühlen, Serienfertigung, Stuhlflechtere  
RECYCLING: Metall-Recycling, Demontagearbeiten  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Fotokopieren, Mailing, Versandarbeiten,  
Serienbriefherstellung, Massenversand, Werbemittelversand  
VERPACKUNGSARBEITEN: Schrumpferpackung, Cellophanieren - auch mit  
Aufreißfaden, Verpacken von Hygieneartikeln  
KONFEKTIONIERUNG: Alle Produkte aus der Industrie, Abbeuteln von  
Süßwaren mit Mehrkopfwage, Teeabfüllung mit Linearwaage  
HAUSWIRTSCHAFT  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen, Qualitätssicherung  
(Produktkontrolle für externe Firmen)

Produkte:  
SONSTIGE PRODUKTE: Schilder, Plakatschilder

#### Weitere Betriebsstätten:

##### 2. Hauptwerkstatt:

Segeberger Wohn- und Werkstätten

-

Werkstatt Kaltenkirchen  
Porsching 2  
24568 Kaltenkirchen  
Telefon: 04191 9536-6  
Telefax: 04191 88684  
E-Mail:  
[info.kaltenkirchen@sewowe.de](mailto:info.kaltenkirchen@sewowe.de)

##### Weitere Betriebsstätten

##### Betriebsstätte Rickling:

1. Freizeit-, Tagungs- und  
Begegnungsstätte Fichtenhof  
An der Kirche 1 und 6  
24635 Rickling  
Telefon: 04328 17047-0  
Telefax: 04328 17047-37  
E-Mail: [fichtenhof@sewowe.de](mailto:fichtenhof@sewowe.de)  
Internet: [www.fichtenhof.org](http://www.fichtenhof.org)

2. Lindenhof  
Daldorfer Str. 2  
24635 Rickling  
Telefon: 04328 18-214  
Telefax: 04328 18-762  
E-Mail: [info@sewowe.de](mailto:info@sewowe.de)

3. Falkenhorst F 5  
Gutsstraße / OT Kuhlen  
24635 Rickling  
Telefon: 04328 18-524 (-589)  
Telefax: 04328 18-561  
E-Mail: [info@sewowe.de](mailto:info@sewowe.de)

4. Thetmarshof Th 10  
Taubenholzweg 2  
24635 Rickling  
Telefon: 04328 18-613 (-612 / -633)  
Telefax: 04328 18-626  
E-Mail: [info@sewowe.de](mailto:info@sewowe.de)

##### Betriebsstätten für psychisch behinderte Menschen:

Werkstatt Henstedt-Ulzburg  
Krögerskoppel 19  
24558 Henstedt-Ulzburg  
Telefon: 04193 968729

Telefax: 04193 968723

Werkstatt Bad Segeberg  
Wachholderstr. 2  
23795 Bad Segeberg  
Telefon: 04551 96583  
Telefax: 04551 965844

Café Spindel  
Kurhausstraße 38  
23795 Bad Segeberg  
Telefon: 04551 9089562  
Telefax: 04551 9089564  
E-Mail: [info@cafe-spindel.de](mailto:info@cafe-spindel.de)  
Homepage: [www.cafe-spindel.de](http://www.cafe-spindel.de)

### Förderwerkstatt Forsthaus gGmbH

(Reg.-Nr. 1/43)

Am Rögen 18 und 26  
23843 Bad Oldesloe  
Telefon: 04531 809161  
Telefax: 04531 667043  
E-Mail: [foeweforst@aol.com](mailto:foeweforst@aol.com)  
Homepage: <http://www.foerderwerkstatt-forsthaus.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

##### Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL: Näherei, Lederarbeiten, Weberei, Stickerei  
LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN  
BAU-/RENOVIERUNGSARBEITEN  
RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling, Kork-Recycling, Kunststoff-Recycling, Metall-Recycling, Demontagearbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung, Fotokopieren, Bedrucken von Gegenständen  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Daten- und Texterfassung, Digitale Archivierung, Vervielfältigung von Datenträgern, Sonstige EDV-Dienstleistungen  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei, Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Fahrradwerkstatt, Gastronomie, Kfz-Werkstatt, Landwirtschaft, Logistische Leistungen, Umzugs- und Transportarbeiten, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen), Palettieren von Feuerholz

##### Produkte:

TEXTIL-/LEDERWAREN: Lederwaren  
KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Holzarbeiten, Keramik, Kerzen, Saisonartikel, Textilien  
HAUSHALTSWAREN  
MÖBEL: Arbeits- und Büromöbel, Kindergarten-/Schulmöbel, Kleinmöbel, Regale, Wohnmöbel  
SPIELWAREN: Brett- und Gesellschaftsspiele, Holzspielwaren, Puppen und Puppenmöbel, Stofftiere, Therapeutisches Spielzeug, Großspielgeräte  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte, Garten- und Landschaftsmöbel, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel, Sonstiger Gartenbedarf  
WERBEMITTEL  
SONSTIGE PRODUKTE: Bauelemente, Bilderrahmen, Fahrräder, Fahrradständer, Schilder, Jagdbedarf, Internethandel

#### Weitere Betriebsstätten:

##### Träger:

Förderwerkstatt Forsthaus gGmbH  
Pöllitzer Weg 21a  
23843 Bad Oldesloe  
Telefon: 04531 809-0  
Telefax: 04531 809222



**Stecknitz-Werkgemeinschaften gGmbH**

**(Reg.-Nr. 1/45)**

Hauptstr. 30

23847 Bliestorf

Telefon: 04501 8204-0

Telefax: 04501 820424

E-Mail: [b.feddern@sampo-hof.de](mailto:b.feddern@sampo-hof.de)

Homepage: <https://www.thorsmoerk.de/stecknitz-werkgemeinschaft-wfbm>

**Weitere Betriebsstätten:**

Kastorfer Straße 4

23847 Bliestorf

Am Brink 7

23919 Rondeshagen

Zum Ruum 8

23919 Rondeshagen

### Möllner Werkstätten Lebenshilfswerk Kreis Herzogtum Lauenburg

(Reg.-Nr. 1/3)

Bürgermeister-Oetken-Str. 1  
23879 Mölln  
Telefon: 04542 8098-0  
Telefax: 04542 809888  
E-Mail: [lhw@lhw-zukunft.de](mailto:lhw@lhw-zukunft.de)  
Homepage: <http://www.lhw-zukunft.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Möbelfertigung (z.B. Schulmöbelfertigung)  
RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling, Demontagearbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Büroservice  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (Mittagstisch, Mensabetrieb), Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Eventservice

Produkte:  
LEBENSMITTEL: Bioprodukte  
MÖBEL: Kindergarten-/Schulmöbel  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen  
SPIELWAREN: Holzspielwaren  
DEKOARTIKEL: Kerzen

#### Weitere Betriebsstätten:

Möllner Werkstätten  
Mühlenstr. 10-12  
23879 Mölln  
Telefon: 04542 8589-11  
Telefax: 04542 8589-88

Geesthachter Werkstätten  
Heuweg 82-84  
21502 Geesthacht  
Telefon: 04152 8834-0  
Telefax: 04152 8834-30

Tempelhofer Weg 15  
21502 Geesthacht  
Telefon: 04152 885150  
Telefax: 04152 8851530

Mensa Mölln  
Auf dem Schulberg  
23879 Mölln  
Telefon: 04542 8277303  
Telefax: 04542 8277304

Haus der Sozialen Dienste  
Grambeker Weg 111  
23879 Mölln  
Telefon: 04542 8467-0  
Telefax: 04542 8467-999

Berufliches Förderzentrum  
Schwarzenbek  
Betriebsstätte für den zentralen  
Berufsbildungsbereich und  
Menschen mit erworbener  
Hirnschädigung  
Hans-Koch-Ring 13  
21493 Schwarzenbek

Betriebsstätten für psychisch  
behinderte Menschen:

Schwarzenbeker-Werkstätten  
Röntgenstr. 18  
21493 Schwarzenbek  
Telefon: 04151 8895-0  
Telefax: 04151 8895-21  
E-Mail: [lhw-schwarzenbek@lhw-zukunft.de](mailto:lhw-schwarzenbek@lhw-zukunft.de)

Ratzeburger Werkstätten  
Robert-Bosch-Str. 6  
23909 Ratzeburg  
Telefon: 04541 803-283  
Telefax: 04541 803-462

### **Brücke Schleswig-Holstein gGmbH Starthilfe Kiel - Werkstatt für psychisch behinderte Menschen**

**(Reg.-Nr. 1/39)**

Muhliusstr. 84  
24103 Kiel  
Telefon: 0431 98206-31  
Telefax: 0431 98206-35  
E-Mail: [mailbox@bruecke-sh.de](mailto:mailbox@bruecke-sh.de)  
Homepage: <http://www.bruecke-sh.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN: Pulverbeschichtung  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Grafische Gestaltung, Bedrucken von  
Gegenständen

EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Daten- und Texterfassung

HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei

SONSTIGE LEISTUNGEN: Fahrradwerkstatt (Fahrradstation mit Werkstatt,  
Verleih und Parkhaus), Gastronomie

Produkte:

TEXTIL-/LEDERWAREN: Diverse Textilprodukte aus recycelten Materialien, z.  
B. Handytaschen, Umhängetaschen, Utensilos, Pulswärmer, Sitzkissen,  
Tierkleidung/-Leinen etc.

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Wäscherei; Fahrradladen; abs  
Serviceleistungen  
Papierbearbeitung, Grafik, Druck  
etc

Muhliusstraße 94  
24103 Kiel  
Telefon: 0431 98205-0  
Telefax: 0431 9719723

Pulverbeschichtung  
Knooper Weg 30  
24103 Kiel  
Telefon: 0431 90663-45  
Telefax: 0431 90663-57

Antiquariat  
Knooper Weg 22 (Laden und  
Online-Handel)  
24103 Kiel  
Telefon: 0431 5878573 (Laden)  
Telefax: 0431 6967498  
Telefon: 0431 6967296 (Online-  
Handel)

Adelheidstraße 26  
24103 Kiel  
Telefon: 0431 98288756

Café Kessel (Krankenhauscafeteria)  
Niemannsweg 147  
24105 Kiel  
Telefon: 0431 8950-580  
Telefax: 0431 8950-582

Textil-Recycling  
Fleethörn 38  
24103 Kiel  
Telefon: 0431 5192009  
Telefax: 0431 5192190

## Schleswig-Holstein (Bezirk der Regionaldirektion Nord)

### Werk- und Betreuungsgemeinschaft Kiel e.V. Handwerkerhof Fecit

(Reg.-Nr. 1/27)

Faluner Weg 30  
24109 Kiel  
Telefon: 0431 53736-0  
Telefax: 0431 53736-66  
E-Mail: [info@handwerkerhof-fecit.de](mailto:info@handwerkerhof-fecit.de)  
Homepage: <http://www.handwerkerhof-fecit.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Handwerklich gearbeitete Zier- und Nutzgegenstände

#### Weitere Betriebsstätten:

Gärtnerei  
Schinkelhüttener Weg 20  
24214 Schinkel  
Telefon: 04346 6000439  
Telefax: 04346 6000440

## Schleswig-Holstein (Bezirk der Regionaldirektion Nord)

### Stiftung Drachensee Arbeit und Wohnen für Menschen mit Behinderungen Werkstatt am Drachensee

(Reg.-Nr. 1/2)

Hamburger Chaussee 221  
24113 Kiel  
Telefon: 0431 6484-0  
E-Mail: [info@drachensee.de](mailto:info@drachensee.de)  
Homepage: <http://www.drachensee.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Spielzeugherstellung  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren, Digitale Archivierung (Dias und Filme)  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering  
TEXTILPFLEGE: Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege, Gewächshaus  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen (Lagerwirtschaft, Lagerung von PKW-Rädern)  
AUSSENARBEITSGRUPPEN: Bereich Logistik, Verpacken, Sortieren  
Die Stiftung Drachensee betreibt im Auftrag der Landeshauptstadt Kiel das Eiderbad in Kiel-Hammer und ist Betreiberin der Kantine "dieWirtschaft" im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes Schleswig-Holstein

Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Papier-Design-Produkte, Bilder, Textilwaren, Produkte aus alten Seekarten (Wat Moi), Skulpturen  
SPIELWAREN: Holzspielwaren  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzstäbe, Rankhilfen

#### Weitere Betriebsstätten:

Bunsenstr. 32  
24145 Kiel  
Telefon: 0431 6484-500

Eingangsverfahren/  
Berufsbildungsbereich  
Seekoppelweg 5b  
24113 Kiel  
Telefon: 0431 6484-160

Betriebsstätte für psychisch  
behinderte Menschen:

Hamburger Chaussee 334  
24113 Kiel  
Telefon: 0431 6484-150

**Werkforum**

**Werkstatt für psychisch behinderte Menschen**

**(Reg.-Nr. 1/40)**

Liebigstr. 20

24145 Kiel

Telefon: 0431 260974-0

Telefax: 0431 260974-11

E-Mail: [werkforum@kieler-fenster.de](mailto:werkforum@kieler-fenster.de)

Homepage: <http://www.werkforum-kiel.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

TEXTIL/LEDER: Näherei, Polsterei, Segeltuchmanufaktur (Herstellung von Flaggen, Taschen, Zelten, Sonnenschutz)

DRUCK/GRAFIK: Grafische Gestaltung, Druckweiterverarbeitung

EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Daten- und Texterfassung, Sonstige EDV-Dienstleistungen

SONSTIGE LEISTUNGEN: Schmuckgusswerkstatt

Produkte:

TEXTIL-/LEDERWAREN: Segeltücher, Taschen, Flaggen, Zelte, Sonnenschutz

KUNSTHANDWERK: Schmuck (Metall-Design)

PAPIERWAREN

**Weitere Betriebsstätten:**

Werkforum Mediengestaltung

Borsigstraße 15

24145 Kiel

Telefon: 0431 260974-20

Telefax: 0431 260974-21

## **Preetzer Werkstätten Lebenshilfwerk Kreis Plön gGmbH**

(Reg.-Nr. 1/20)

Gewerestr. 3  
24211 Preetz  
Telefon: 04342 7666-0  
Telefax: 04342 7666-90  
E-Mail: [axel.schwark@lebenshilfwerk.de](mailto:axel.schwark@lebenshilfwerk.de)  
Homepage: <http://www.preetzer-werkstaetten.de>

### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffverarbeitung, Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
BAU-/RENOVIERUNGSARBEITEN: Hausmeistertätigkeiten  
RECYCLING: Demontagearbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung, Bedrucken von Gegenständen, Textildruck  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Umzugs- und Transportarbeiten, Logistische Leistungen, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

Produkte:

TEXTIL-/LEDERWAREN: Haus- und Heimtextilien, Taschen  
KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Keramik  
HAUSHALTSWAREN  
MÖBEL: Wohnmöbel (Kindermöbel)  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel, Sonstiger Gartenbedarf  
SPIELWAREN: Brett- und Gesellschaftsspiele, Holzspielwaren, Puppen und Puppenmöbel  
PAPIERWAREN  
BÜROARTIKEL  
WERBEMITTEL  
SONSTIGE PRODUKTE: Bauelemente, Schilder, Reha-Mittel, Kinderküchen, Windmühlen, therapeutische Wutkeulen, Räucherofen, Räucherhaken, Gewürzräuchermischung, Druckpressen, Schneeschieber

### **Weitere Betriebsstätten:**

Berufsbildungsbereich  
Gewerestr. 8  
24211 Preetz

Betriebsstätten für psychisch behinderte Menschen:

Werkstatt Am Dänenkamp  
Kieler Str. 34  
24211 Preetz  
Telefon: 04342 798721  
Telefax: 04342 798710

Standort 2:  
Werkstatt Am Dänenkamp  
Industriestr. 9  
24211 Preetz

Standort 3:  
Werkstatt Am Dänenkamp  
Gewerestr. 6  
24211 Preetz

## Schleswig-Holstein (Bezirk der Regionaldirektion Nord)

### **Eiderheim Wohn- und Werkstätten für behinderte Menschen**

(Reg.-Nr. 1/1)

An der Bahn 100  
24220 Flintbek  
Telefon: 04347 907-0  
Telefax: 04347 907-261  
E-Mail: [info@eiderheim.de](mailto:info@eiderheim.de)  
Homepage: <http://www.eiderheim.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung

RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling

DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung

Produkte:

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel, Sonstiger

Gartenbedarf

SONSTIGE PRODUKTE: Reviereinrichtungen, Ansitzkanzeln, Ansitzleitern, Hundehütten, Fütterungen

## Schleswig-Holstein (Bezirk der Regionaldirektion Nord)

### **Lebens- und Werkgemeinschaften Grebinsrade e.V. Grebinsrader Werkstätten**

(Reg.-Nr. 1/30)

Wittenberger Weg 10a  
24238 Martensrade  
Telefon: 04384 59595-0  
Telefax: 04384 1512  
E-Mail: [info@grebinsrade.de](mailto:info@grebinsrade.de)  
Homepage: <http://www.grebinsrade.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Produkte:

LEBENSMITTEL: Brot und Backwaren, Fleisch- und Wurstwaren, Landwirtschaftliche Erzeugnisse (Gemüse -  
saisonal)

KUNSTHANDWERK: Bienenwachskerzen, Filzprodukte, Webartikel

### St. Nicolaiheim Sundsacker e.V. Kappeler Werkstätten

(Reg.-Nr. 1/33)

Mehlbydiek 21  
24376 Kappeln  
Telefon: 04642 9144-0  
Telefax: 04642 9144-42  
E-Mail: [prod@kappeler-werkstaetten.de](mailto:prod@kappeler-werkstaetten.de)  
Homepage: <http://www.kappeler-werkstaetten.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Möbelfertigung,  
Spielzeugherstellung

KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

TEXTIL/LEDER: Näherei, Lederarbeiten, Weberei, Stickerei

LACKIARBEITEN/BESCHICHTUNGEN

BAU-/RENOVIERUNGSARBEITEN

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau,

Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen

Produkte:

TEXTIL-/LEDERWAREN: Bekleidung, Haus- und Heimtextilien, Lederwaren,  
Teppiche

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Saisonartikel (Oster- und  
Weihnachtsartikel), Textilien (z.B. Seidenmalerei, Seidenartikel, Handweberei)

MÖBEL: Arbeits- und Büromöbel (Werktische, höhenverstellbare  
Schreibtische), Kindergarten-/Schulmöbel, Kleinmöbel, Regale,  
Wohnmöbel (Schränke, Betten, Küchenmöbel)

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte,  
Garten- und Landschaftsmöbel, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen,

Pflanzenkübel, Sonstiger Gartenbedarf

SPIELWAREN: Brett- und Gesellschaftsspiele, Holzspielwaren (Bollerwagen,  
Schaukelpferde, Kleinspielzeug), Puppen- und Puppenmöbel, Stofftiere,

Therapeutisches Spielzeug, Großspielgeräte

SONSTIGE PRODUKTE: Bauelemente (z.B. Zäune, Balkonbretter, Tore, Gitter,  
Geländer), Fahrradständer, Jagdliche Einrichtungen,

Reha-Mittel: Ergo Tisch (höhenverstellbarer)

#### Weitere Betriebsstätten:

Mehlbydiek 14  
24376 Kappeln

Mehlbydiek 17  
24376 Kappeln

Mehlbydiek 26  
24376 Kappeln

Betriebsstätte für psychisch  
behinderte Menschen:

Lornsenstraße 5  
24392 Süderbrarup



**Brückenfeiler - Werkstatt für psychisch behinderte  
Menchen der Brücke Neumünster gGmbH**

**(Reg.-Nr. 1/37)**

Wrangelstr. 12  
24539 Neumünster  
Telefon: 04321 492892  
E-Mail: [wfpb@bruecke-ggmbh.de](mailto:wfpb@bruecke-ggmbh.de)  
Homepage: <http://www.bruecke-ggmbh.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

TEXTIL: Näherei, Stickerei, Textildruck (Siebdruckerei, Beschriftungen)

DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung, Bedrucken von Gegenständen

DRUCKWERK: Digital- und Offsetdruck, Satzarbeiten, Papier-Schneidearbeiten

BESCHRIFTUNGSSERVICE: Fahrzeug- und Schaufensterbeschriftungen, Herstellung von Schildern, Siebdruckerei

VIDEO-/AUDIOBEARBEITUNG: Sicherung von Videos auf DVD,

Sicherung von Schallplatten und Musikkassetten auf CD, Bearbeitung von alten Familienvideos usw., Digitalisierung von Dias

REUSE: Computeraufbereitung und Vertrieb; zertifizierter Löschbetrieb

HAUSWIRTSCHAFT: Kantinenbetrieb: Frühstück, Mittagstisch, Catering

FAHRRADLADEN und WERKSTATT (Fahrradladen Rad+Tat: Neu- und Gebrauchtfahrräder, Reparatur in eigener Werkstatt, behindertengerechte Umbauten)

Produkte:

TEXTIL-/LEDERWAREN: Bekleidung und modische Accessoires, Haus- und Heimtextilien, Kinderbekleidung, div. Schlüsselbänder

WERBEMITTEL: z.B. Baumwolltaschen, Shirts, Schlüsselanhänger, Berufsbekleidung

SONSTIGE PRODUKTE: Fahrräder (neu und gebraucht), Online Gebrauchtbuchhandel bei Amazon,

Fortbildungsbüro der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie

### Lebenshilfswerk Neumünster GmbH

(Reg.-Nr. 1/14)

Rügenstr. 5  
24539 Neumünster  
Telefon: 04321 8703-0  
Telefax: 04321 8703-70  
E-Mail: [info@lebenshilfe-werk-nms.de](mailto:info@lebenshilfe-werk-nms.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-werk-nms.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

##### Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN  
DRUCK/GRAFIK: Fotokopieren  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen, Umzugs- und Transportarbeiten

##### Produkte:

LEBENSMITTEL: Landwirtschaftliche Erzeugnisse  
TEXTILWAREN: Bekleidung, Haus- und Heimtextilien  
KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Holzarbeiten, Keramik, Saisonartikel, Goldschmiede  
MÖBEL: Kindergarten-/Schulmöbel, Kleinmöbel, Regale, Wohnmöbel  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Gartenbedarf  
SPIELWAREN: Holzspielwaren, Puppen und Puppenmöbel, Großspielgeräte  
SONSTIGE PRODUKTE: Bauelemente

#### Weitere Betriebsstätten:

Zweigwerkstatt Gärtnerei  
Baumschulenweg 1  
24537 Neumünster  
Telefon: 04321 63634  
Telefax: 04321 962375

Betriebsstätte für psychisch  
behinderte Menschen:

Oderstr. 58  
24539 Neumünster  
Telefon: 04321 851580  
Telefax: 04321 851582

**Erlenhof Aukrug WfBM  
Landesverein für Innere Mission**

**(Reg.-Nr. 1/4)**

Itzehoer Str. 26  
24613 Aukrug-Innien  
Telefon: 04873 998-0  
Telefax: 04873 998-77  
E-Mail: [info@erlenhof.org](mailto:info@erlenhof.org)  
Homepage: <http://www.erlenhof.org>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

TEXTIL: Näherei, Stickerei, Polsterei

VERPACKUNGSARBEITEN: Hochwertige Verpackungsarbeiten, Montagen, Lebensmittelverpackung und Dienstleistungen bei Ihnen vor Ort

HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (Mittagsangebote Außer Haus für Kindergärten und Schulen), Wäscherei (Personenbezogenes Waschen für Firmen und Alten- und Pflegeheime -Tagesleistung ca. 3,5t-, Tischwäsche sowie Textilreinigung)

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau (für Firmen und Privatkunden)

SONSTIGE LEISTUNGEN: Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen), Gastronomie (Café mit selbst gebackenen Torten, Frühstücksangeboten und kleinen Mahlzeiten, auch für kleine Gesellschaften buchbar), Lasergravur, Autobeschriftung und Werbeartikel in Kleinserien nach Kundenwunsch

Produkte:

TEXTILWAREN: Bekleidung, Haus- und Heimtextilien aller Art

LEBENSMITTEL: Alles aus der Region im Eigenanbau

KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel (Kränze und Grabschmuck, Dekoartikel

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte

## Werkstätten Rendsburg-Eckernförde Rendsburger Werkstatt

(Reg.-Nr. 1/11)

Büsumer Str. 135-137  
24768 Rendsburg  
Telefon: 04331 4671-0  
Telefax: 04331 4671-25  
E-Mail: [ulla.kiesbye@rendsburger-werkstatt.de](mailto:ulla.kiesbye@rendsburger-werkstatt.de)  
Homepage: <http://www.ngd.de>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage, Sandstrahlen  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
LACKIERARBEITEN/PULVERBESCHICHTUNG und chemische Vorbehandlungen (Siehe: [www.H-O-T-online.de](http://www.H-O-T-online.de))  
INDUSTRIEMONTAGE: Verpacken, Umpacken, Vorbereitung für Lagerhaltungssysteme  
TEXTIL/LEDER: Näherei, Polsterei  
BAU-/RENOVIERUNGSARBEITEN: Bautischlerei  
DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung, Fotokopieren, Bedrucken von Gegenständen, Siebdruckerei, Beschriftungen, Folienbeschriftung, T-Shirt-Druck  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Daten- und Texterfassung, Digitale Archivierung, Vervielfältigung von Datenträgern, Sonstige EDV-Dienstleistungen (z.B.: Computer Remarketing), IT-Service, ebay-Verkäufe  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN und Montgearbeiten  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege, Baumschule  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Kfz-Werkstatt, Logistische Leistungen, Gastronomie (café tagespost), Pensionspferdehaltung (45 Boxenplätze), Wohnmobil-Hafen (45 Stellplätze), Bienenhaltung, Fahrradwerkstatt, Gravuren, Labor für Meeresbiologie, Schmuckschmiedearbeiten, Hausmeisterdienste, Haushaltsauflösungen, Schilderherstellung

Produkte:

LEBENSMITTEL: Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Bioprodukte, Gemüse-Abokiste, Kuchen und Torten, Kaffee aus eigener Röstung (Homepage: [www.eckernfoerder-kaffeeoesterei.de](http://www.eckernfoerder-kaffeeoesterei.de))  
KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Schmuck aus der Schmuckschmiede, kunsthandwerkliche Textil-/Filzprodukte, Ton, Papier, Souvenirs, Kerzen  
OSTSEEKUNST-WERKSTATT: Bilder, Postkarten (Homepage: [www.ostseekunst-werkstatt.de](http://www.ostseekunst-werkstatt.de))  
MÖBEL: Kindergarten-/Schulmöbel, Kleinmöbel, Regale, Tische, Schränke  
POLSTERMÖBEL  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Sonstiger Gartenbedarf (z.B. Brennholz, Kamin- und Grillanzünder 'k-lumet')  
PAPIERWAREN  
WERBEMITTEL  
LEUCHTIDEEN: Dekoleuchten/-laternen  
KÖRPERPFLEGEPRODUKTE: Seifenprodukte (Shampoo, Seifen, Haarwaschmittel, Badesalz etc.)  
SONSTIGE PRODUKTE: Bauelemente, Fahrräder, Schilder (Gravurarbeiten), Neue und Gebrauchte PCs, Folienschriften, Aufkleber  
ONLINE-SHOP: <https://eckwerk-shop.ngd.de/> , <https://foerde-shop.ngd.de/>

### Weitere Betriebsstätten:

Fockbeker Werkstatt  
Ringstraße 7-9  
24787 Fockbek  
Telefon: 04331 66780  
Telefax: 04331 63412  
E-Mail: [fockbeker.werkstatt@wfb-rd-eck.de](mailto:fockbeker.werkstatt@wfb-rd-eck.de)

Fockbeker Werkstatt  
Ringstraße 2  
24787 Fockbek  
Telefon: 04331 66780  
Telefax: 04331 63412

Hohenwestedter Werkstatt  
Itzehoer Str. 55  
24594 Hohenwestedt  
Telefon: 04871 7697-0  
Telefax: 04871 7697-30  
E-Mail: [info@hohenwestedter-werkstatt.de](mailto:info@hohenwestedter-werkstatt.de)  
Homepage: [www.hohenwestedter-werkstatt.de](http://www.hohenwestedter-werkstatt.de)

Eckernförder Werkstatt  
Holm 17-21  
24340 Eckernförde  
Telefon: 04351 7372-0  
Telefax: 04351 7372-22  
E-Mail: [info@wfbm-eck.de](mailto:info@wfbm-eck.de)  
Homepage: [www.eckernfoerder-werkstatt.de](http://www.eckernfoerder-werkstatt.de)

Marienhof  
Elbinger Straße / Kronwerker Moor  
24768 Rendsburg  
Telefon: 04331 4678-0  
Telefax: 04331 4678-60  
E-Mail: [info@fnl-marienhof.de](mailto:info@fnl-marienhof.de)  
Homepage: [www.fnl-marienhof.de](http://www.fnl-marienhof.de)

Betriebsstätten für psychisch behinderte Menschen:

Werkstätten Materialhof  
Bahnhofstr. 12-16  
24768 Rendsburg  
Telefon: 04331 1433-0  
Telefax: 04331 1433-33  
E-Mail: [info@materialhof.de](mailto:info@materialhof.de)  
Homepage: [www.materialhof.de](http://www.materialhof.de)

Kompass 98  
Kolm 10  
24340 Eckernförde

## Schleswig-Holstein (Bezirk der Regionaldirektion Nord)

### **Brücke Werkstatt Werkstatt für psychisch behinderte Menschen**

**(Reg.-Nr. 1/46)**

An den Reesenbetten 13  
24782 Büdelsdorf  
Telefon: 04431 132347  
Telefax: 04431 132315  
E-Mail: [wfbm@bruecke.org](mailto:wfbm@bruecke.org)  
Homepage: <http://www.bruecke.org>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung  
(Druckvorlagen erstellen)  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Reinigungsarbeiten  
HAUSSERVICE: Pflege und Instandsetzung von Gebäuden, Aufbau und  
Reparatur von Möbeln, Maler- und Tapezierarbeiten, Umzüge, Winterdienste,  
Sperrmüllentsorgung, Gardinen montieren, Fußböden verlegen, Trockenbau  
GARTEN-/ LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege, Brennholzherstellung  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Fahrradwerkstatt (Reinigung,  
Wartung, Reparatur)

Produkte:  
LEBENSMITTEL: Dessert-Manufaktur und Catering (Herstellung von Desserts,  
Fingerfood, Pralinen sowie Buffets)  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Kamin- und Brennholz

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Träger:  
Brücke Rendsburg-Eckernförde e.V.  
Ahlmannstr. 2  
24768 Rendsburg  
Telefon: 04331 132362

## Schleswiger Werkstätten

(Reg.-Nr. 1/17)

Mühlenredder 19  
24837 Schleswig  
Telefon: 04621 8510  
Telefax: 04621 851260  
E-Mail: [info@schleswiger-werkstaetten.de](mailto:info@schleswiger-werkstaetten.de)  
Homepage: <http://www.schleswiger-werkstaetten.de/de/startseite>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

#### Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen (z.B. Drehen, Fräsen, Bohren)  
HOLZ: Holzbearbeitung, Palettenherstellung, Möbelfertigung, Reitsport  
Hindernisbau  
ELEKTRO: Elektromontage (Baugruppenmontage), Kabelkonfektionierung  
LACKIARBEITEN/BESCHICHTUNGEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau,  
Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Fahrradwerkstatt,  
Kerzenproduktion  
capito - Büro für barrierefreie Kommunikation: Übersetzungsdienstleistungen,  
Gebäudebegehung/Gebäudeanalyse, Sensibilisierungs-Workshops

#### Produkte:

LEBENSMITTEL: Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Bioprodukte  
TEXTILWAREN: Taschen (individuelle Fertigung aus hochwertigem Segelstoff)  
KUNSTHANDWERK: Kerzen  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Sonstiger Gartenbedarf  
SPIELWAREN: Holzspielwaren  
SONSTIGE PRODUKTE: Fahrräder, Gebraucht-Buchhandel

### Weitere Betriebsstätten:

Schleswiger Werkstätten  
Holzverarbeitung und Montage  
Ratsteich 6  
24837 Schleswig  
Telefon: 04621 851-0  
Telefax: 04621 51946

Schleswiger Werkstätten  
Kunststoffbeschichtung  
Ratsteich 15  
24837 Schleswig  
Telefon: 04621 851-0  
Telefax: 04621 957162

Schleswiger Werkstätten  
Baumschule und Gartenbau  
Auring 6  
24893 Taarstedt/Westerakeby  
Telefon: 04622 1201  
Telefax: 04622 188837

Schleswiger Werkstätten  
Fahrradmontage, Montage und  
Berufliche Bildung  
Heinrich-Hertz-Straße 13-15  
24837 Schleswig  
Telefon: 04621 851236

Ostsee-Marine-Service  
Nestleweg 8  
24376 Kappeln  
Telefon: 04642 4141  
Telefax: 04642 2530

Organische Abfall-Rückgewinnung  
Dehnhöft  
24161 Altenholz  
Telefon: 04349 9175-0  
Telefax: 04349 917520

Buch-Café  
Werner-von-Siemens-Straße 3  
24837 Schleswig  
Telefon: 04621 85509-0  
Telefax: 04621 85509-10

GO 8  
Georg-Ohm-Straße 8  
24837 Schleswig  
Telefon: 04621 95145-0  
Telefax: 04621 95145-10

Sylter Werkstätten  
Zum Fliegerhorst 33  
25980 Sylt/OT Tinnum  
Telefon: 04651 8863700  
Telefax: 04651 88637020

Geestwerk  
Werkstraße 15  
24848 Kropp  
Telefon: 04624 457510  
Telefax: 04624 4575110

Betriebsstätten für psychisch  
behinderte Menschen:

Biohof Kubitzberg  
Kubitzberg 2  
24161 Altenholz  
Telefon: 0431 329460  
Telefax: 0431 3294621

Schleiwerk Schuby  
Husumer Straße 11  
24850 Schuby  
Telefon: 04621 851-0  
Telefax: 04621 945810

Schleiwerk Schleswig  
Werner-von-Siemens-Straße 8  
24837 Schleswig  
Telefon: 04621 98494-15  
Telefax: 04621 98494-10

## Mürwiker Werkstätten GmbH Zentrale

(Reg.-Nr. 1/6)

Raiffeisenstr. 12 - 14  
24941 Flensburg  
Telefon: 0461 50306-0  
Telefax: 0461 50306-800  
E-Mail: [info@muerwiker.de](mailto:info@muerwiker.de)  
Homepage: <http://www.muerwiker.de>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

#### Auftragsarbeiten:

**METALL:** Trennen (Schneiden, Drehen, Fräsen, Bohren, Senken, Reiben, Sägen), CNC-Bearbeitung, Fügen (Zusammensetzen, Pressen, Schrauben, Klammern, Schweißen, Lötten, Kleben), Metallmontage, Schlosserei  
**HOLZ:** Holzbearbeitung (Bohren, Fräsen, Hobeln, Kleben, Sägen, Schreiner-, Tischlerarbeiten), Holzmontage, zertifizierte Europalettenreparatur (Euro-, Ein-, Mehrwegpaletten)  
**ELEKTRO:** Elektromontage (Montage von Baugruppen, Lampen-/ Leuchtenmontage, Platinen bestücken, Montage elektrische Pumpen), Lötarbeiten, Kabelbaumkonfektionierung (z. B. Ablängen, Abisolieren, Crimpen, Kabelarbeiten, Kabelbäume), Prüfung ortsveränderlicher Verbraucher (A-Check)  
**TEXTIL/LEDER:** Näherei, Schneiderei, Artikel aus Filz, Textilstanzungen  
**EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN:** Daten- und Texterfassung, Digitale Archivierung (z. B. Dias, Fotografien), Aktenvernichtung  
**MAILING UND VERSANDARBEITEN:** Serienbrieferstellung, Massenversand, Werbemittelversand  
**VERPACKUNGSARBEITEN:** Lebensmittel-Verpackung, Folienschweißen, Kartonagen und Papierverarbeitung, Kleinmontage, Konfektionieren, Displayerstellung und -Bestückung, Schrumpfarbeiten, Textilverpackung, Etikettieren von Verpackungen, Aufstellen von Kartonagen  
**HAUSWIRTSCHAFT:** Catering (z.B. Belieferung von Essen), Reinigungsarbeiten (z.B. Büro-, Hof-, Straßen- und Gebäudereinigung, Toilettenreinigung)  
**GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE:** Forstarbeit (z.B. Holzeinschlag, Waldpflege, Bodenarbeiten), Pflege (z.B. Rasen mähen, Heckenschnitt, Grab- und Hydrokulturlpflege, Pflege von Park- und Grünanlagen, Firmengeländen, Spiel- und Sportplätzen)  
**GARTEN- UND LANDSCHAFTSBAU:** Teichbau, Wegebau, Pflaster- und Erdarbeiten, Gartenpflege, Planungen, Pflanzungen, Baum- und Knickpflege, Baumfällung und Schredderarbeiten, Wurzelstubbelbeseitigung  
**SONSTIGE LEISTUNGEN:** Aktenvernichtung, Lager- und Logistkarbeiten, Onlineversand (Bunte Steine aus Dänemark - An- und Verkauf der Steine),  
**LANDWIRTSCHAFT:** Getreideanbau, Silage, Rinderzucht  
**MONTAGEARBEITEN:** Kunststoffspielzeug, Metall-, Kunststoff- und Styropormontagen, Lebensmitteltransportbandmontage  
**GETRÄNKE:** Abfüllung von Getränken, Konfektionierung mit Wunschetiketten  
**KFZ-PFLEGE:** Aufarbeitung von Fahrzeugen bis 3,5 t Gesamtgewicht für private und gewerbliche Kunden

#### Produkte:

**KUNSTHANDWERK:** Textilien, Schönes aus Filz  
**HAUSHALTSWAREN:** Bürsten und Besen  
**GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE:** Sonstiger Gartenbedarf (Anmachholz, Kamin- und Brennholz, Gartengrill)  
**SONSTIGE PRODUKTE:** Sattelitenempfangsanlagen-Halter aus Metall

### Weitere Betriebsstätten:

Mürwiker Werkstätten GmbH  
Raiffeisenstr. 12-14  
24941 Flensburg  
Telefon: 0461 50306-0  
Telefax: 0461 50306-800

Treeneweg 10  
24943 Flensburg  
Telefon: 0461 50306-0  
Telefax: 0461 50306-800

Glyngöre 7  
24955 Harrislee  
Telefon: 0461 50306-0  
Telefax: 0461 50306-800

Landwirtschaftlicher Betrieb  
Rabenholz 1  
24989 Dollerup  
Telefon: 04636 1279 (Werkstatt)  
Telefax: 04636 9768090

Weberstr. 6  
25899 Niebüll  
Telefon: 0461 50306-0  
Telefax: 0461 50306-800

Schmiedestraße 9  
25899 Niebüll  
Telefon: 0461 50306-0  
Telefax: 0461 50306-800

Gewerbegrund 2  
24955 Harrislee  
Telefon: 0461 50306-0  
Telefax: 0461 50306-800

Gewerbegrund 4  
24955 Harrislee  
Telefon: 0461 7749096  
Telefax: 0461 7749107

Berufliche Bildung  
Raiffeisenstraße 17  
24941 Flensburg  
Telefon: 0461 50306-218  
Telefax: 0461 50306-800

Harkmoor 3  
24980 Munkbrarup  
Telefon: 04631 408-275  
Telefax: 04631 408-262

Fritz-Jannsen-Straße 1  
25899 Niebüll  
Telefon: 0461 50306-0



Telefax: 0461 50306-800

Betriebstätten für psychisch  
behinderte Menschen:

Spektrum  
Westerallee 160  
24941 Flensburg  
Telefon: 0461 50306-0  
Telefax: 0461 50306-800

Spektrum  
Westerallee 154  
24941 Flensburg  
Telefon: 0461 50306-0  
Telefax: 0461 50306-800

Spektrum  
Westerallee 155  
24941 Flensburg  
Telefon: 0461 50306-0  
Telefax: 0461 50306-800

NOVA  
Westermooringer Straße 4  
25899 Niebüll  
Telefon: 0461 50306-0  
Telefax: 0461 50306-800

NOVA II  
Fritz-Jannsen-Straße 3  
25899 Niebüll  
Telefon: 0461 50306-0  
Telefax: 0461 50306-800

## Schleswig-Holstein (Bezirk der Regionaldirektion Nord)

### Holländerhof - Werk- und Wohnstätten für behinderte Menschen

(Reg.-Nr. 1/12)

Preesterberg 20  
24943 Flensburg  
Telefon: 0461 676-0  
Telefax: 0461 676155  
E-Mail: [info@hollaenderhof.de](mailto:info@hollaenderhof.de)  
Homepage: <http://www.hollaenderhof.de/de/startseite>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und  
Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung

#### Produkte:

MÖBEL: Arbeits- und Büromöbel (höhenverstellbare Schreib-, Montage-,  
Schweißische)  
SONSTIGE PRODUKTE: Schilder

#### Weitere Betriebsstätten:

Trollsee-Werkstatt  
Trollseeweg 19 a  
24939 Flensburg  
Telefon: 0461 670670-60  
Telefax: 0461 670670-70

## Glückstädter Werkstätten

(Reg.-Nr. 1/15)

Stadtstr. 36  
25348 Glückstadt  
Telefon: 04124 607-0  
Telefax: 04124 607-188  
E-Mail: [info@glueckwerk.de](mailto:info@glueckwerk.de)  
Homepage: <http://www.glueckstaedter-werkstaetten.de/de/startseite>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

#### Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen (z. B. Sägen, Bohren, Gewindeschneiden, Fräsen, Drehen), CNC-Bearbeitung, Fügen (Schweißen)

TEXTIL/LEDER: Industrienäherei (Schneiden, Nähen, Sticken)

DRUCK/GRAFIK: Druckerei (Offset- und Digitaldruck), Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung, Bedrucken von Gegenständen (z. B. T-Shirt-Druck)

EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Daten- und Texterfassung, Digitale Archivierung (Scannen, Kennzeichnen, Archivieren)

#### MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGS- und MONTAGEARBEITEN: Industriemontage, Kunststoff- und Metallbeschläge, Kartonagen, elektrische Bauelemente, Schokolade und Pralinen

HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (Großküche: 2-Gänge-Menü an allen Wochentagen, Kartoffelschälküche), Wäscherei (Textilreinigung: Flachwäsche und persönliche Kleidung, Kennzeichnung, Reparieren/Stopfen, Mangeln, Legen und Sortieren, Hol- und Bringservice)

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau (Hof- und Spielplatzeinrichtung, Bepflanzung), Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege (z. B. Baum- und Strauchschnitt, Schreddern)

SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Gravurwerkstatt (Gravur auf allen Materialien, Schilder, Folienbeschriftung), Fahrradservice (Reparatur und Verleih von Fahrrädern, Verkauf von Gebrauchträdern, auch Elektrofahrräder), Einzelhandel, Gastronomie (himmel + erde/Itzehoe, Bistro im DwerWerk/Itzehoe, Mittagstisch AVS Schumacherallee/Itzehoe, Glückwerk/Glückstadt, Eisenbahncafé/Glückstadt), Logistische Leistungen (Lagerwirtschaft und Logistik: Kennzeichnen, Einlagern, Kommissionierung, Beförderung von eigenen, fremden und bereitgestellten Produkten)

#### Produkte:

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzenschale, Sonstiger Gartenbedarf (Feuerkörbe)

PAPIERWAREN: Kalender

SONSTIGE PRODUKTE: Dekoartikel

### Weitere Betriebsstätten:

Edendorf  
Alte Landstr. 110  
25524 Itzehoe  
Telefon: 04821 4042-0  
Telefax: 04821 4042-28

DwerWerk  
Emmy-Noether-Straße 9  
25524 Itzehoe  
Telefon: 04821 6854-0

WASCHBOTE Textilpflege & Service  
Handwerkerallee 17  
25358 Horst  
Telefon: 04126 39555-11  
Telefax: 04126 39555-29

Werkstatt 5  
Münzerstraße 2  
25348 Glückstadt  
Telefon: 04124 607-0  
Telefax: 04124 607-188

Berufsbildungsbereich:  
elmar  
Elmshorner Arbeitsassistenten  
Gemeindenähe Betriebliche  
Berufsbildung  
An der Bahn 1  
25336 Elmshorn  
Telefon: 04121 2610512  
Telefax: 04121 2610513

Betriebsstätten für psychisch  
behinderte Menschen:

Boje - Berufliche Orientierung und  
Eingliederung für Menschen mit  
psychischer Erkrankung Itzehoe  
Schumacherallee 8  
25524 Itzehoe  
Telefon: 04821 95748-0  
Telefax: 04821 95748-88

Boje - Berufliche Orientierung und  
Eingliederung für Menschen mit  
psychischer Erkrankung Glückstadt  
Große Kremper Straße 1-3  
25348 Glückstadt  
Telefon: 04124 60390-0  
Telefax: 04124 60390-28  
(Weitere Standorte: Große Kremper  
Straße 5 und 36)

Boje - Berufliche Orientierung und  
Eingliederung für Menschen mit  
psychischer Erkrankung Elmshorn  
Holstenstr. 21  
25335 Elmshorn  
Telefon: 04121 29133-0  
Telefax: 04121 29133-28

## Schleswig-Holstein (Bezirk der Regionaldirektion Nord)

### Lebenshilfewerk Pinneberg für Behinderte gemeinnützige GmbH Werkstatt Eichenkamp

(Reg.-Nr. 1/13)

Rellinger Str. 55  
25421 Pinneberg  
Telefon: 04101 5406-0  
Telefax: 04101 5406-300  
E-Mail: [info@lhwfbm.de](mailto:info@lhwfbm.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-online.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, CNC-Bearbeitung, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Möbelfertigung  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Landwirtschaft

#### Weitere Betriebsstätten:

Außenstelle Elmshorn  
Daimlerstr. 5  
25337 Elmshorn  
Telefon: 04121 437252  
Telefax: 04121 437255

Außenstelle "Viel Harmonie"  
Rellinger Straße 27-29  
25421 Pinneberg  
Telefon: 04101 8529662  
Telefax: 04101 2081132

Gut Schäferhof  
Schäferweg 33a  
25482 Appen  
Telefon: 04101 8080856  
E-Mail: [kontakt@gut-schaeferhof.de](mailto:kontakt@gut-schaeferhof.de)  
Homepage: [www.gut-schaeferhof.de](http://www.gut-schaeferhof.de)

## Schleswig-Holstein (Bezirk der Regionaldirektion Nord)

### **AWO Schleswig-Holstein gGmbH Das Werkschiff Werkstatt für psychisch behinderte Menschen**

**(Reg.-Nr. 1/34)**

Koppelstr. 30  
25421 Pinneberg  
Telefon: 04101 5857-0  
Telefax: 04101 5857-20  
E-Mail: [dirk-uwe.schmidt@awo-sh.de](mailto:dirk-uwe.schmidt@awo-sh.de)  
Homepage: <http://www.awo-sh.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung, Fotokopieren  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Digitalisierung analoger Medien (LP's, Dias, Videos, Audiokassetten, Super 8), Gestaltung und Pflege von Internetseiten, Akten-Digitalisierung  
VERPACKUNGSARBEITEN und Konfektionierungsarbeiten  
INDUSTRIEMONTAGE  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei

Produkte:  
SONSTIGE PRODUKTE: Reha-Mittel (Tasttafeln für Sehbehinderte)

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Wäscherei und Industriemontage  
Mühlenstraße 2  
25421 Pinneberg

## Schleswig-Holstein (Bezirk der Regionaldirektion Nord)

### **Brücke Schleswig-Holstein gGmbH Werkstatt Westküstenservice Werkstatt für psychisch behinderte Menschen Verwaltung**

**(Reg.-Nr. 1/35)**

Wilhelm-Biel-Str. 5  
25524 Itzehoe  
Telefon: 04821 6791-0  
Telefax: 04821 6791-30  
E-Mail: [mailbox@bruecke-sh.de](mailto:mailbox@bruecke-sh.de)  
Homepage: <http://www.bruecke-sh.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung  
LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei

Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten  
MÖBEL: Arbeits- und Büromöbel, Kindergarten-/Schulmöbel, Kleinmöbel, Regale, Wohnmöbel  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel, Sonstiger Gartenbedarf  
SPIELWAREN: Großspielgeräte (Kinderbauwagen)

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Ladencafé  
Feldschmiede 83a  
25524 Itzehoe  
Telefon: 04821 6791-24  
Telefax: 04821 6791-30

Potthofstraße 2  
25524 Itzehoe

Bahnhofstraße 30  
25524 Itzehoe

Berufsbildungsbereich  
Berliner Straße 20  
25336 Elmshorn

### Stiftung Mensch

(Reg.-Nr. 1/16)

Eescher Weg 67  
25704 Meldorf  
Telefon: 04832 999-0  
Telefax: 04832 999-31  
E-Mail: [info@stiftung-mensch.com](mailto:info@stiftung-mensch.com)  
Homepage: <http://www.stiftung-mensch.com>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

##### Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage, Solaranlagenträger  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Plakataufsteller  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei, Lederarbeiten, Weberei (Museumsweberei)  
DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau,  
Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Gastronomie (Café, Bistro), Qualitätssicherung  
(Produktkontrolle für externe Firmen)

##### Produkte:

TEXTIL-/LEDERWAREN: Bekleidung, Haus- und Heimtextilien, Teppiche  
LEBENSMITTEL: Fleisch- und Wurstwaren  
KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Holzarbeiten, Keramik, Korb- und  
Stuhlflechtarbeiten, Textilien  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen,  
Pflanzkübel, Sonstiger Gartenbedarf  
PAPIERWAREN  
SONSTIGE PRODUKTE: Strandkörbe

#### Weitere Betriebsstätten:

Dithmarscher Museums-  
Werkstätten  
Papenstraße 2  
25704 Meldorf  
Telefon: 04832 999-471  
Telefax: 04832 999-472

Außenstelle Heide  
Rüsdorfer Str. 15a  
25746 Heide  
Telefon: 04832 999-710  
Telefax: 04832 993-720

Landwirtschaftsmuseum mit Café,  
Bistro und Galerie "Neue  
Holländerei"  
Jungfernstieg 4  
25704 Meldorf  
Telefon: 04832 999-770 / -771  
Telefax: 04832 999-772

Bauernhof / Landschaftspflege  
Epenwöhrdenerfeld 21  
25704 Meldorf-Epenwöhrden  
Telefon: 04832 999-57

Strandkorb Manufaktur und  
Tischlerei  
Marschenpark  
Grenzweg 22  
25704 Meldorf  
Telefon: 04832 999-31

Außenstelle Brunsbüttel  
Eddelaker Straße 139  
25541 Brunsbüttel  
Telefon: 04832 999-241  
Telefax: 04832 999-31

Betriebsstätte für psychisch  
behinderte Menschen:

Außenstelle Neuwerk  
Neuwerkstr. 1-3  
25746 Heide  
Telefon: 04832 999-611  
Telefax: 04832 999-630

**Herbert Feuchte Stiftungsverbund gGmbH  
Heider Werkstätten**

**(Reg.-Nr. 1/23)**

Hinrich-Schmidt-Str. 38-40  
25746 Heide  
Telefon: 0481 8599-0  
Telefax: 0481 8599-38  
E-Mail: [kontakt@stiftungsverbund.de](mailto:kontakt@stiftungsverbund.de)  
Homepage: <http://www.stiftungsverbund.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Spielzeugherstellung  
VERPACKUNGSARBEITEN (Fachverpackungen)  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (z.B. Schulverpflegung),  
Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau,  
Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Fahrradwerkstatt

**Produkte:**

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Saisonartikel  
SPIELWAREN: Holzspielwaren  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte,  
Garten- und Landschaftsmöbel, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel  
SONSTIGE PRODUKTE: Fahrräder (gebraucht)

**Weitere Betriebsstätten:**

Heider Werkstätten  
Jaster-Halle  
Hinrich-Schmidt-Straße 36  
25746 Heide  
Telefon: 0481 8599-0  
Telefax: 0481 8599-34

## Husumer Werkstätten

(Reg.-Nr. 1/25)

Dieselstr. 14  
25813 Husum  
Telefon: 04841 987-0  
Telefax: 04841 74825  
E-Mail: [info@wfbm-husum.de](mailto:info@wfbm-husum.de)  
Homepage: <http://www.husumer-werkstaetten.de>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

#### Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Polsterei  
LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN  
DRUCK/GRAFIK: Fotokopieren, Bedrucken von Gegenständen  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei, Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Fahrradwerkstatt, Kfz-Werkstatt, Gastronomie

#### Produkte:

KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Holzarbeiten, Kerzen, Saisonartikel  
MÖBEL: Arbeits- und Büromöbel  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Sonstiger Gartenbedarf  
PAPIERWAREN  
BÜROARTIKEL  
SONSTIGE PRODUKTE: Bauelemente, Fahrradständer, Schilder

### Weitere Betriebsstätten:

Otto-Hahn-Str. 7  
25813 Husum  
Telefon: 04841 987-0  
Telefax: 04841 74625  
E-Mail: [ohs@wfbm-husum.de](mailto:ohs@wfbm-husum.de)

Otto-Hahn-Str. 9  
25813 Husum  
Telefon: 04841 987-0  
Telefax: 04841 2098  
E-Mail: [schilder@wfbm-husum.de](mailto:schilder@wfbm-husum.de)

Siemensstr. 29  
25813 Husum  
Telefon: 04841 987-0  
Telefax: 04841 74825

Dieselstr. 14  
25813 Husum  
Telefon: 04841 987-0  
Telefax: 04841 74825

Industriestr. 36-42  
25813 Husum  
Telefon: 04841 987-0  
Telefax: 04841 74825

Heidehof  
Garten- und Landschaftspflege  
Heidehof 2  
25860 Horstedt  
Telefon: 04841 987-0  
Telefax: 04841 987-290

Betriebsstätten für psychisch  
behinderte Menschen:

Die Tide  
Hermann-Tast-Str. 31  
25813 Husum  
Telefon: 04841 987-0  
Telefax: 04841 987-599  
E-Mail: [info@wfpbm.de](mailto:info@wfpbm.de)

"Husumer Insel"  
Neustadt 101 und 106  
25813 Husum  
Telefon: 04841 6619-50  
Telefax: 04841 6619-66  
E-Mail: [wfpbm@husumerinsel.de](mailto:wfpbm@husumerinsel.de)

Betriebsstätte für Menschen mit  
erworbener Hirnschädigung:

Werkstatt Dravendahl  
Dreisdorfer Str. 13  
25821 Breklum

## Schleswig-Holstein (Bezirk der Regionaldirektion Nord)

### PARITÄTISCHES Haus Schöneberg gGmbH Geschäftsstelle

(Reg.-Nr. 1/10)

Gartenstr. 3  
25938 Wyk  
Telefon: 04681 7482-0  
Telefax: 04681 7482-11  
E-Mail: [info@foehrer-werkstaetten.de](mailto:info@foehrer-werkstaetten.de)  
Homepage: <http://www.haus-schoeneberg.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

**Auftragsarbeiten:**  
DRUCK/GRAFIK: Bedrucken von Filz, T-Shirts, Jacken, Taschen etc. im Thermo-Druckverfahren oder Siebdruck für externe Kunden/Firmen.  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (Grossküche: Mittagessenverpflegung für Schulen, Kindergärten, Vereine, Gruppen, Essen auf Rädern und eigenen Bedarf, auf Nachfrage auch einmalig für Veranstaltungen), Wäscherei (zertifiziert nach RAL-GZ 992 Sachgemäße Wäschepflege, RAL-GZ 992/1 Haushalts- und Objektwäsche und RAL-GZ 992/2 Krankenhauswäsche)  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege (z. B. Rasen mähen, Heckenschnitt), Landschaftspflege, Kamin- und Brennholz  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Friesenbaum, Nistkästen, Kubb-Spiel, Schneidbretter, Topfuntersetzer

**Produkte:**  
LEBENSMITTEL: Honig aus eigener Imkerei,  
Mittagessen: Auswahl zwischen 2 Menüs für Schulen, Kindergärten, ambulante Pflege, Reisegruppen  
KUNSTHANDWERK: Holzartikel (z. B. Friesische Weihnachtsbäume, Kubb-Spiele), Sitzkissen aus Filz, Untersetzer, Mousepads, Tischauflagen, Schlüsselanhänger aus Filz in "Föhr-Form". Alle Artikel wahlweise mit oder ohne Motiv (Thermo-Druckverfahren)  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Insektenhotels; Sonstiger Gartenbedarf: z.B. Kamin- und Brennholz  
SONSTIGE PRODUKTE: Seifen aus eigener Siederei  
Alle Produkte finden Sie auch auf unserer Website unter:  
[www.handgemacht-auf-foehr.de](http://www.handgemacht-auf-foehr.de)

#### Weitere Betriebsstätten:

Werkstatt:  
Paritätisches Haus Schöneberg  
gGmbH  
Föhrer Werkstätten  
Am Friesental 4  
25938 Oevernum



### **Lebenshilfe für geistig Behinderte Altenburg e.V., Anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen "Pleißenaue"**

**(Reg.-Nr. 13/79)**

Am Fünfminutenweg Süd Nr. 11  
04603 Windischleuba  
Telefon: 03447 8529-0  
Telefax: 03447 81172  
E-Mail: [lebenshilfe-altenburg@t-online.de](mailto:lebenshilfe-altenburg@t-online.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-altenburg.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen (z.B. Bohren, Senken, Reiben), Fügen (z.B. Punktschweißen), Metallmontage (z.B. Pressenmontage)

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

TEXTIL/LEDER: Näherei (Näherei von Sanitärartikeln, Änderungsnäherei, Reparaturen)

LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN

BAU-/RENOVIERUNGSARBEITEN: Haus- und Hofdienstleistungen, Wegebau

RECYCLING: Metall-Recycling, Kunststoff-Recycling

DRUCK/GRAFIK: Bedrucken von Gegenständen (Tampondruck)

VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

Produkte:

KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Holzarbeiten, Keramik, Kerzen, Saisonartikel

HAUSHALTSWAREN

MÖBEL: Kleinmöbel, Regale, Bänke

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel, Sonstiger Gartenbedarf

SPIELWAREN: Therapeutisches Spielzeug, Großspielgeräte

WERBEMITTEL

SONSTIGE PRODUKTE: Bauelemente

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Außenbereich II

Am Fünfminutenweg Süd Nr. 12  
04603 Windischleuba

Betriebsstätte für psychisch  
behinderte Menschen:

Am Fünfminutenweg Nord Nr. 13  
04603 Windischleuba  
Telefon: 03347 898870

## Thüringen (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen)

### **Markus-Gemeinschaft e.V. Werkstatt für behinderte Menschen**

(Reg.-Nr. 13/85)

Hauptstr. 1  
06577 Hauteroda  
Telefon: 034673 7369-10  
Telefax: 034673 7369-15  
E-Mail: [info@markus-gemeinschaft.de](mailto:info@markus-gemeinschaft.de)  
Homepage: <http://www.gutshof-hauteroda.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

HOLZ: Holzbearbeitung, Kistenfertigung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung

HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei, Reinigungsarbeiten

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Landwirtschaft

Produkte:

LEBENSMITTEL: Brot und Backwaren, Fleisch- und Wurstwaren, Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Getränke (Säfte)

Bioprodukte

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten

MÖBEL: Arbeits- und Büromöbel, Wohnmöbel

SPIELWAREN: Holzspielwaren

## Thüringen (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen)

### **Diakonestiftung Weimar Bad Lobenstein gemeinnützige GmbH Werkstatt für behinderte Menschen Hauptwerkstatt Altengesees**

(Reg.-Nr. 13/25)

Altengesees 29  
07368 Remptendorf  
Telefon: 036643 30-0  
Telefax: 036643 30-127  
E-Mail: [werkstatt.altengesees@diakonie-wl.de](mailto:werkstatt.altengesees@diakonie-wl.de)  
Homepage: <http://www.diakonie-wl.de>

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Saalfelder Werkstätten "An der Heide"

An der Heide 32

07318 Saalfeld

Telefon: 03671 5256-0

Telefax: 03671 5256-27

Betriebsstätten für psychisch behinderte Menschen:

Bad Lobensteiner Werkstätten

Unterlemnitzer Gewerbegebiet 6

07356 Bad Lobenstein

Telefon: 036651 828-0

Telefax: 036651 828-27

Reha-Werkstatt Saalfeld

Industriestraße 2

07318 Saalfeld

## Thüringen (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen)

### Pößnecker Werkstätten gGmbH

(Reg.-Nr. 13/33)

Naßäckerstr. 15  
07381 Pößneck  
Telefon: 03647 5051-0  
Telefax: 03647 505128  
E-Mail: [info@wfbm-awo.de](mailto:info@wfbm-awo.de)  
Homepage: <http://www.awo-sok.de/start/einrichtungen/eingliederungshilfe/poessnecker-werkstaetten-ggmbh>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen (z. B. Drehen, Fräsen, Bohren), CNC-Bearbeitung (CNC Drehen und CNC Fräsen), Fügen, Metallmontage  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen, Umzugs- und Transportarbeiten

#### Produkte:

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, (diverse Holzartikel) Keramik, Saisonartikel, Textilien, Karten  
PAPIERWAREN

#### Weitere Betriebsstätten:

Naßäckerstr. 9  
07381 Pößneck

## Thüringen (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen)

### Lebensgemeinschaft Wickersdorf in Trägerschaft der Helga Jacobeit Stiftung Wickersdorf Wickersdorfer Werkstätten

(Reg.-Nr. 13/71)

Wickersdorf 1 - OT Wickersdorf  
07422 Saalfelder Höhe  
Telefon: 036736 330-0  
Telefax: 036736 33014  
E-Mail: [sekretariat@lebensgemeinschaft-wickersdorf.com](mailto:sekretariat@lebensgemeinschaft-wickersdorf.com)  
Homepage: <http://www.lg-wickersdorf.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
HOLZ: Holzbearbeitung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung  
TEXTIL/LEDER: Weberei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

#### Produkte:

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Keramik, Kerzen, Textilien  
MÖBEL: Kindergarten-/Schulmöbel, Regale  
SPIELWAREN: Holzspielwaren  
PAPIERWAREN

## Thüringen (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen)

### **Lebenshilfe Werkstätten Gera gemeinnützige GmbH Anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen Verwaltung**

**(Reg.-Nr. 13/23)**

Otto-von-Guericke-Str. 6  
07552 Gera  
Telefon: 0365 552154-0  
Telefax: 0365 552154-29  
E-Mail: [info@lebenshilfe-gera.de](mailto:info@lebenshilfe-gera.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-gera.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen (z.B. Fräsen, Gewindeherstellung), Fügen, Metallmontage, CNC-Bearbeitung (CNC-Fräsen)  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung (Biegearbeiten in Acryl), Kunststoffmontage (Montage von Baugruppen)  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung, Elektroleuchten  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN: auch Sortierung und Verpackung von Hühnereiern  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau (Biogemüsebau), Garten- und Pflanzenpflege (Garten- und Parkanlagen), Landschaftspflege (Auftragsarbeiten zur Pflege, Wartung und Reinigung)  
Produkte:  
LEBENSMITTEL: Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Bioprodukte (Biogurken, Biotomaten)

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Hauptwerkstatt:  
Carl-Zeiss-Str. 9  
07552 Gera  
Telefon: 0365 43791-0  
Telefax: 0365 43791-50

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Schäfereistr. 1  
07546 Gera  
Telefon: 0365 4211961  
Telefax: 0365 26495

Biogewächshaus Aga  
Straße der Freundschaft 25A  
07554 Gera-Aga  
Telefon: 036695 327852  
Telefax: 036695 327884  
E-Mail: [info@biohof-aga.de](mailto:info@biohof-aga.de)  
Homepage: [www.biohof-aga.de](http://www.biohof-aga.de)

Werkstatt für psychisch behinderte Menschen  
Otto-von-Guericke-Straße 6  
07552 Gera  
Telefon: 0365 830564-0  
Telefax: 0365 830564-24

## Thüringen (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen)

### **Arbeiter-Samariter-Bund KV Saale-Holzland-Kreis e.V. Holzlandwerkstätten**

**(Reg.-Nr. 13/22)**

Jugendwaldheim 18  
07639 Bad Klosterlausnitz  
Telefon: 036601 9274-0  
Telefax: 036601 9274-11  
E-Mail: [info@asb-shk.de](mailto:info@asb-shk.de)  
Homepage: <http://www.asb-shk.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen (z.B. Bohr- und Fräsarbeiten), Metallmontage  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung, Lötten  
VERPACKUNGSARBEITEN: in allen Bereichen  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

## Thüringen (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen)

### Rehabilitations-Zentrum Stadroda gGmbH Roda-Werkstatt

(Reg.-Nr. 13/81)

Taschenweg 2  
07646 Stadroda  
Telefon: 036428 5400-0  
Telefax: 036428 5400-29  
E-Mail: [info@roda-werkstatt.de](mailto:info@roda-werkstatt.de)  
Homepage: <http://www.roda-werkstatt.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Bearbeiten (z. B. Drehen, Bohren, Fräsen, Gewindeschneiden), CNC-Bearbeitung (Fräsen), Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung, Holzverpackungen  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Digitale Archivierung (Scannen von Aktenmaterial, Belegen, etc.), Mikroverfilmung  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung

Produkte:

KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Holzarbeiten, Kerzen  
MÖBEL: Kleinmöbel, Regale  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Anzündhilfen (k-lumet)  
SPIELWAREN: Holzspielwaren, Puppenmöbel

#### Weitere Betriebsstätten:

Lehmbergtal 7  
07646 Stadroda-Tröbnitz  
Telefon: 036428 123745

## Thüringen (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen)

### Saale Betreuungswerk der Lebenshilfe Jena gemeinnützige GmbH Verwaltung/Geschäftsstelle

(Reg.-Nr. 13/20)

Ernst-Haeckel-Platz 2  
07745 Jena  
Telefon: 03641 4613-1000  
Telefax: 03641 4613-1066  
E-Mail: [info@sbw-jena.de](mailto:info@sbw-jena.de)  
Homepage: <http://www.sbw-jena.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Metallbearbeitung, Metallverarbeitung, Metallmontage  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage  
RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling, Papier-/Pappe-Recycling (Aktenvernichtung), Recycling von elektronischen Datenträgern  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren (Laserkopieren schwarzweiß/farbig), Bedrucken von Gegenständen  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Digitale Archivierung  
VERPACKUNGSARBEITEN  
KONFEKTIONSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice  
GARTEN- & LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege, Weinbau, Zimmerpflanzenpflege

Produkte:

LEBENSMITTEL: Getränke (Wein)

#### Weitere Betriebsstätten:

Hauptwerkstatt:

Am Flutgraben 14  
07743 Jena

Weitere Betriebsstätte:

Drackendorf-Center 4  
07751 Jena

### Schleizer Werkstätten gGmbH Werkstatt für behinderte Menschen

(Reg.-Nr. 13/83)

Komturstieg 6  
07907 Schleiz  
Telefon: 03663 424340  
Telefax: 03663 4243422  
E-Mail: [info@schleizer-werkstaetten.de](mailto:info@schleizer-werkstaetten.de)  
Homepage: <http://www.schleizer-werkstaetten.de/startseite.html>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzmontage, Kreativprodukte auf Bestellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Prüfarbeiten und Montage  
TEXTIL/LEDER: Näherei, Ausbessern und Legen von Klinikwäsche  
VERPACKUNGSARBEITEN: Verpackungs- und Kommissionierarbeiten aller Art  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering (Speiseversorgung), Wäscherei, Reinigungsarbeiten, Hausmeistertätigkeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Pflanzenpflege (z.B. Rasen- und Heckenschnitt, Herbstpflege, Laubentsorgung), Brennholzaufbereitung  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen, Umzugs- und Transportarbeiten, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Geraer Straße 24c  
07907 Schleiz  
Telefon: 03663 420812

## Vogtlandwerkstätten gGmbH Greiz

(Reg.-Nr. 13/21)

Vogtlandwerkstätten 1  
07957 Langenwetzendorf OT Naitschau  
Telefon: 036625 606-0  
Telefax: 036625 606-10  
E-Mail: [info@vogtlandwerkstaetten.de](mailto:info@vogtlandwerkstaetten.de)  
Homepage: <http://www.vogtlandwerkstaetten.info>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: CNC-Bearbeitung (z. B. Drehen, Fräsen, Bohren), Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Imkereiprodukte  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Grafische Gestaltung, Bedrucken und Lasern von Artikeln, Folienplotten, Anfertigung von Stempeln  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering (Speisenversorgung), Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE  
SONSTIGE LEISTUNGEN: KFZ-Pflege

Produkte:  
IMKEREIBEDARF: Beuten, Rähmchen  
MÖBEL: Regale  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte, Garten- und Landschaftsmöbel, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen  
WERBETECHNIK: Werbeflächen, Streuwerbung, Textildruck  
LASERGRAVUR: Stempel, Artikel aus sämtlichen Materialien

### Weitere Betriebsstätten:

Stelzen 57a  
07922 Tanna  
Telefon: 037435 5158-0  
Telefax: 037435 5158-100  
E-Mail:  
[stelzen@vogtlandwerkstaetten.de](mailto:stelzen@vogtlandwerkstaetten.de)

Dreiseithof  
Ortsstraße 33  
07957 Langenwetzendorf  
Telefon: 036625 53010

Betriebsstätten psychisch kranke Menschen:

Reha-Werkstatt Greiz  
An der Greika 1  
07973 Greiz  
Telefon: 03661 4568-0  
Telefax: 03661 4568-111  
E-Mail:  
[greiz@vogtlandwerkstaetten.de](mailto:greiz@vogtlandwerkstaetten.de)

Reha-Werkstatt Zeulenroda  
Weißendorfer Straße 6  
07937 Zeulenroda-Triebes  
Telefon: 036628 9712-0  
Telefax: 036628 9712-20  
E-Mail: reha-  
[zr@vogtlandwerkstaetten.de](mailto:zr@vogtlandwerkstaetten.de)

### Eichsfelder Werkstätten e.V.

(Reg.-Nr. 13/26)

Auf der Rinne 32  
37308 Heiligenstadt  
Telefon: 03606 5906-0  
Telefax: 03606 5906-58  
E-Mail: [wfbm@eichsfelder-werkstaetten.de](mailto:wfbm@eichsfelder-werkstaetten.de)  
Homepage: <http://www.eichsfelder-werkstaetten.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN  
RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling, Kunststoff-Recycling, Metall-Recycling, Demontagearbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung, Fotokopieren, Bedrucken von Gegenständen  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei, Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Kfz-Werkstatt, Logistische Leistungen, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

Produkte:

KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Holzarbeiten, Keramik, Kerzen, Saisonartikel, Textilien  
HAUSHALTSWAREN  
MÖBEL: Arbeits- und Büromöbel, Kindergarten-/Schulmöbel, Kleinmöbel, Regale  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte, Garten- und Landschaftsmöbel, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel, Sonstiger Gartenbedarf  
SPIELWAREN: Brett- und Gesellschaftsspiele, Holzspielwaren, Puppen und Puppenmöbel, Therapeutisches Spielzeug  
PAPIERWAREN  
SONSTIGE PRODUKTE: Bauelemente, Fahrradständer, Schilder

#### Weitere Betriebsstätten:

Heinestr. 35  
37327 Leinefelde-Worbis  
Telefon: 03605 543080  
  
Zentrum Berufliche Bildung  
Bahnhofstr. 4  
37308 Heilbad-Heiligenstadt  
Telefon: 03605 65709-0  
  
Betriebsstätte für psychisch  
behinderte Menschen:  
  
Bahnhofstr. 4  
37308 Heilbad Heiligenstadt  
Telefon: 03606 65709-0



**Werkstatt für behinderte Menschen  
St. Johannesstift gGmbH**

**(Reg.-Nr. 13/4)**

Unterhof 154  
37308 Schimberg  
Telefon: 036082 454-401  
Telefax: 036082 454-292  
E-Mail: [g.volkmar@johannesstiftershausen.de](mailto:g.volkmar@johannesstiftershausen.de)  
Homepage: <http://www.johannesstiftershausen.de/index.php?id=11>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Metallmontage  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei (Waschen, Mangeln), Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Landwirtschaft (Kartoffelanbau, Rinderhaltung, Schweinehaltung, Hühnerhaltung)

**Produkte:**

LEBENSMITTEL: Fleisch- und Wurstwaren, Landwirtschaftliche Erzeugnisse  
KUNSTHANDWERK: Keramik (eigene Erzeugnisse je nach Saison)

**Weitere Betriebsstätten:**

Dingelstädter Str. 30  
37351 Kefferhausen  
Telefon: 036075 569710

**Lebenshilfe für Menschen mit Behinderung Leinefelde-Worbis e.V.  
Leinefelde**

**(Reg.-Nr. 13/27)**

Ernemannstr. 6  
37327 Leinefelde-Worbis  
Telefon: 03605 20099-3  
Telefax: 03605 20099-99  
E-Mail: [e.schoenau@lebenshilfe-worbis.de](mailto:e.schoenau@lebenshilfe-worbis.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-leinefelde-worbis.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung,  
Möbelfertigung, Spielzeugherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei  
RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling, Demontagearbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Bedrucken von Gegenständen  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Fertigung von Karnevalsartikeln

**Produkte:**

TEXTIL-/LEDERWAREN: Bekleidung, Haus- und Heimtextilien  
KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Saisonartikel  
HAUSHALTSWAREN  
MÖBEL: Kleinmöbel, Regale  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel,  
Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel, Sonstiger Gartenbedarf  
SPIELWAREN: Brett- und Gesellschaftsspiele, Holzspielwaren,  
Therapeutisches Spielzeug  
WERBEMITTEL  
SONSTIGE PRODUKTE: Bauelemente

**Weitere Betriebsstätten:**

Jägerstr. 1  
37339 Leinefelde-Worbis

## Thüringen (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen)

### Diakoniewerk der Superintendenturen Sonneberg und Hildburghausen / Eisfeld e.V.

#### Wefa Sonneberg

Köppelsdorfer Str. 153  
96515 Sonneberg  
Telefon: 03675 4091220  
Telefax: 03675 4091222  
E-Mail: [wefa.son@diakoniewerk-son-hbn.de](mailto:wefa.son@diakoniewerk-son-hbn.de)  
Homepage: <http://www.diakoniewerk-son-hbn.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Metallmontage  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage  
RECYCLING: Demontagearbeiten  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

(Reg.-Nr. 13/45)

#### Weitere Betriebsstätten:

Wefa Eisfeld  
Hintere Bahnhofstr. 1  
98673 Eisfeld  
Telefon: 03686 3937-10  
Telefax: 03686 3937-20  
E-Mail: [wefa.eisfeld@diakoniewerk-son-hbn.de](mailto:wefa.eisfeld@diakoniewerk-son-hbn.de)

Wefa Hildburghausen  
Roter Hügel 4  
98673 Hildburghausen  
Telefon: 03685 4041910  
Telefax: 03685 4041920  
E-Mail: [wefa-hbn@diakoniewerk-son-hbn.de](mailto:wefa-hbn@diakoniewerk-son-hbn.de)

Fabrikstraße 24  
98660 Kloster Veßra

Betriebsstätte für psychisch behinderte Menschen:

REHA-Werkstatt  
Schreiberstraße 39  
96515 Sonneberg  
Telefon: 03675 468900

## Thüringen (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen)

### Suhler Werkstätten gemeinnützige GmbH

Weidbergstr. 2  
98527 Suhl  
Telefon: 03681 8930-0  
Telefax: 03681 8930-19  
E-Mail: [info@suhler-werkstaetten.de](mailto:info@suhler-werkstaetten.de)  
Homepage: <http://www.suhler-werkstaetten.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage, CNC-Bearbeitung  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung, Fotokopieren, Bedrucken von Gegenständen  
VERPACKUNGSARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen

(Reg.-Nr. 13/40)

#### Weitere Betriebsstätten:

Werkstattladen "Treffpunkt"  
Lilliplatz 8-10  
98527 Suhl  
Telefon: 03681 4136049  
Telefax: 03681 4149202  
E-Mail: [laden@suhler-werkstaetten.de](mailto:laden@suhler-werkstaetten.de)

Weidbergstraße 29  
98527 Suhl

**Stiftung Rehabilitationszentrum Thüringer Wald  
Schleusinger REHA-Werkstätten  
Werkstatt Oberrod**

**(Reg.-Nr. 13/82)**

Schleusinger Str. 15  
98553 Nahetal-Waldau  
Telefon: 036878 206250  
Telefax: 036878 206268  
E-Mail: [vorstand@reha-schleusingen.de](mailto:vorstand@reha-schleusingen.de)  
Homepage: <http://www.reha-schleusingen.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Fügen  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Möbelfertigung,  
Spielzeugherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage  
LACKIERARBEITEN  
DRUCK/GRAFIK: Fotokopieren, Bedrucken von Gegenständen  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe  
Firmen), Sortierung  
Produkte:  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel,  
Pflanzenkübel  
SPIELWAREN: Holzspielwaren, Puppen und Puppenmöbel  
WERBEMITTEL  
SONSTIGE PRODUKTE: Bilderrahmen, Schilder, bedruckte Holzwaren

**Weitere Betriebsstätten:**

Werkstatt Schleusingen  
Hildburghäuser Straße 36  
98553 Schleusingen  
Telefon: 036841 26180  
Telefax: 036841 26260

Wäscherei  
Themarer Str. 4  
98553 Schleusingen  
Telefon: 036841 31003

### Diakonische Behindertenhilfe Bad Salzungen-Schmalkalden e.V. (Reg.-Nr. 13/73)

Im Beierstal 10  
98596 Trusetal  
Telefon: 036840 84-0  
Telefax: 036840 8433  
E-Mail: [info@diakonische-behindertenhilfe.de](mailto:info@diakonische-behindertenhilfe.de)  
Homepage: <http://www.diakonische-behindertenhilfe.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

##### Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen (z.B. Bohren, Gewindeschneiden), CNC-Bearbeitung (CNC-Drehen)

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Spielzeugherstellung (Herstellung von Federspielgeräten)

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling

VERPACKUNGSARBEITEN und INDUSTRIEMONTAGE

HAUSWIRTSCHAFT: Wäscherei

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,

Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung

##### Produkte:

SPIELWAREN: Großspielgeräte (Federspielgeräte)

#### Weitere Betriebsstätten:

Diakonie-Werkstätten Bad Salzungen  
Lindigallee 5  
36433 Bad Salzungen  
Telefon: 03695 55780  
Telefax: 03695 557834

Diakonie-Werkstätten Vacha/  
Oberzella 2  
Einersbergstraße 8  
36404 Vacha/Oberzella  
Telefon: 036962 3540-0  
Telefax: 036962 354029

Betriebsstätten für psychisch  
behinderte Menschen:

Diakonie-Werkstätten Fambach  
Neue Wiese 16  
98597 Fambach  
Telefon: 036848 4040  
Telefax: 036848 404109

Diakonie-Werkstätten Allendorf  
Hermannstraße 5  
36433 Bad Salzungen  
Telefon: 03695 609891  
Telefax: 03695 608992

Diakonie-Werkstätten Vacha/  
Oberzella 1  
Einersbergstraße 10  
36404 Vacha/Oberzella  
Telefon: 036962 17767  
Telefax: 036962 177678

### **LebenshilfeWerk Meiningen gGmbH Werkstatt für behinderte Menschen**

(Reg.-Nr. 13/43)

Wolfsgrube 3  
98617 Meiningen  
Telefon: 03693 507030  
Telefax: 03693 5070399  
E-Mail: [postanuns@lebenshilfe-meiningen.de](mailto:postanuns@lebenshilfe-meiningen.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfe-meiningen.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

**METALL:** Umformen (z.B. Biegen), Trennen (z.B. Bohren, Stanzen, Senken, Sägen), CNC-Bearbeitung (Drehen und Fräsen), Fügen (z.B. Schweißen - beispielhaft Schutzgas, Elektro, Autogen), Metallmontagen aller Art, Schlosserarbeiten aller Art wie beispielhaft Hart- und Weichlöten, Ablängen, Herstellung z.B. von Geländern und Absturzsicherungen, Fenstergittern, Abzugshauben, Reparatur von Containern, Einhausungen aus Edelstahl, Torbau und anderes mehr

**KUNSTSTOFF:** Kunststoffverarbeitung, Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage, Herstellung von Kunststoffteilen durch Spritzgußverfahren

**ELEKTRO:** Elektromontage, Kabelkonfektionierung

**RECYCLING:** Kunststoff-Recycling, Demontgearbeiten

**EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN**

**MAILING UND VERSANDARBEITEN**

**VERPACKUNGSARBEITEN**

**HAUSWIRTSCHAFT:** Catering/Partyservice, Reinigungsarbeiten

**GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE:** Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

**SONSTIGE LEISTUNGEN:** Aktenvernichtung, Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe Firmen)

Produkte:

**SONSTIGE PRODUKTE:** Tellerbesen für Straßenkehrmaschinen

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Am Stückelgarten 12  
98617 Meiningen

Betriebsstätte für psychisch  
behinderte Menschen:

Im Wiesgrund 4  
98617 Meiningen-Untermaßfeld

## Thüringen (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen)

### Lebenshilfwerk Ilmenau/Rudolstadt e.V. Ilmenauer Werkstätten

(Reg.-Nr. 13/42)

Ziolkowskistr. 18  
98693 Ilmenau  
Telefon: 03677 8468-0  
Telefax: 03677 8468-38  
E-Mail: [info-il@lhw-il-ru.de](mailto:info-il@lhw-il-ru.de)  
Homepage: <http://www.lebenshilfwerk-ilmenau-rudolstadt.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei, Stickerei  
LACKIERARBEITEN/BESCHICHTUNGEN  
DRUCK/GRAFIK: Bedrucken von Gegenständen  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

Produkte:  
MÖBEL: Kindergarten-/Schulmöbel, Kleinmöbel, Regale  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel, Sonstiger Gartenbedarf  
SPIELWAREN: Holzspielwaren, Puppen und Puppenmöbel  
PAPIERWAREN  
WERBEMITTEL  
SONSTIGE PRODUKTE: Bauelemente

#### Weitere Betriebsstätten:

Heidecksburg Werkstätten  
An den Katzenlöchern 8  
07407 Rudolstadt  
Telefon: 03672 42950  
Telefax: 03672 429599  
E-Mail: [info-ru@lhw-il-ru.de](mailto:info-ru@lhw-il-ru.de)

Betriebsstätten für psychisch behinderte Menschen:

Werkstatt am Wald  
Am Wald 1  
98693 Ilmenau  
Telefon: 03677 200813  
Telefax: 03677 207429  
E-Mail: [info-amwald@lhw-il-ru.de](mailto:info-amwald@lhw-il-ru.de)

Werkstatt an der Bleichwiese  
Röntgenstraße 2d  
07407 Rudolstadt  
Telefon: 03672 477812  
Telefax: 03672 477829

## Thüringen (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen)

### Rennsteig Werkstätten gGmbH

(Reg.-Nr. 13/72)

Am Herrnberg 16  
98724 Neuhaus am Rennweg  
Telefon: 03679 7927-0  
Telefax: 03679 792727  
E-Mail: [info@rennsteig-werkstaetten.de](mailto:info@rennsteig-werkstaetten.de)  
Homepage: <http://www.rennsteig-werkstaetten.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
METALL: Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
DRUCK/GRAFIK: Bedrucken von Gegenständen  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Digitale Archivierung (Scan-Dienstleistung)  
VERPACKUNGSARBEITEN  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (Küche: Speisenservice)

Produkte:  
WERBEMITTEL

#### Weitere Betriebsstätten:

Betriebsstätte für psychisch kranke Menschen:

Am Bornhügel 14  
98724 Neuhaus am Rennweg  
Telefon: 03679 7927-60  
Telefax: 03679 7927-71

**Christophoruswerk Erfurt gem. GmbH  
Christophorus-Werkstätten Erfurt**

**(Reg.-Nr. 13/12)**

Walter-Gropius-Str. 1  
99085 Erfurt  
Telefon: 0361 6005-200  
Telefax: 0361 6005-253  
E-Mail: [mail@christophoruswerk.de](mailto:mail@christophoruswerk.de)  
Homepage: <http://www.christophoruswerk.de>

**Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
METALL: Fügen, Metallmontage  
HOLZ: Verpackungselemente für Garagentore  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei, Lederarbeiten, Stickerei  
BAU-/RENOVIERUNGSARBEITEN: Maler- und Tapezierarbeiten  
RECYCLING: Demontagearbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Grafische Gestaltung, Fotokopieren  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN: auch Lebensmittelverpackung  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (Küche), Wäscherei (auch Medizinische Wäsche), Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege (auch Grabpflege und -bepflanzung), Landschaftspflege, Kaminholz  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, PKW-Handwäsche inkl. Innenraumpflege  
Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Keramik, Kerzen, Textilien, Seiden- und Wachsmalerei, Geschenkartikel  
PAPIERWAREN: Glückwunschkarten

**Weitere Betriebsstätten:**

Betriebsstätte für psychisch kranke  
und seelisch behinderte Menschen:

Leipziger Str. 71 (Gebäude A)  
99085 Erfurt  
Telefon: 0361 6005-307  
Telefax: 0361 6005-311



## Thüringen (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen)

### CJD Erfurt - Erfurter Werkstätten

(Reg.-Nr. 13/13)

Donaustr. 2 A  
99089 Erfurt  
Telefon: 0361 7834406  
Telefax: 0361 7834445  
E-Mail: [annerose.goehler@cjd.de](mailto:annerose.goehler@cjd.de)  
Homepage: <http://www.cjd-erfurt.de>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

INDUSTRIEMONTAGE: Montagearbeiten aller Art

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN: Lohnverpackung, Folienschweißen und -schrumpfen, Verpacken, Palettieren, Versandfertig machen

HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (Großküche - Direkte Lieferung innerhalb Erfurts), Wäscherei

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Logistische Leistungen (z.B. Lagerung von Waren in unserem Hochregallager, Kommissionierung)

Produkte:

KUNSTHANDWERK: Stuhlflechtereie (Exklusive Geflechte - Wiener Geflecht, Halb- und Vollsonnen- bzw. Sterngeflecht,  
Flechten, Reparatur und Restaurierung aus einer Hand)

## Thüringen (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen)

### Werkstatt am Kesselbrunn - Marienstift Arnstadt

(Reg.-Nr. 13/47)

Am Kesselbrunn 46b  
99310 Arnstadt  
Telefon: 03628 6114-0  
Telefax: 03628 6114-30  
E-Mail: [schrader@ms-arn.de](mailto:schrader@ms-arn.de)  
Homepage: <http://www.ms-arn.de/werkstatt-am-kesselbrunn.html>

#### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, Fügen, Metallmontage, Drahtver- und -bearbeitung, Drahtbiegeteile, Abhängehaken für Pulverbeschichtung, MIG/MAG-Schweißen, Zuschnittarbeiten von Flach- & Profilstahl

HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung, Fertigung von Glas- & Sprossenrahmen, Aufarbeitung / Restauration von alten Möbeln

RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling, Demontagearbeiten

VERPACKUNGSARBEITEN: Kommissionieren, Sortieren, Montagearbeiten

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Landschaftsbau, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Außenarbeitsplätze: Betreiber im Tierpark Arnstadt (Pflege der Tiere & Grünanlagen, Kiosk, Besucherführungen) und die "Drei Gleichen Burg"- Mühlburg (Pflege der Burganlage, Kiosk, Besucherführungen, Verkauf von Souvenirs, wechselnde Ausstellungen zu regionalen Themen)

Produkte:

SONSTIGE PRODUKTE: Kleintiergehege

#### Weitere Betriebsstätten:

Mühlburg

99869 Drei Gleichen - OT Mühlberg

## Lebenshilfe-Werk Weimar/Apolda e.V. Werkstatt für behinderte Menschen Kromsdorf

(Reg.-Nr. 13/74)

Süßborner Weg 41

99441 Kromsdorf

Telefon: 03643 83220

Telefax: 03643 832211

E-Mail: [info@lhw-we-ap.de](mailto:info@lhw-we-ap.de)

Homepage: [http://cms.lebenshilfewerk-weimar-apolda.de/cms/front\\_content.php?idart=2&lang=1](http://cms.lebenshilfewerk-weimar-apolda.de/cms/front_content.php?idart=2&lang=1)

### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, Fügen, Metallmontage

KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung

ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung

TEXTIL/LEDER: Stickerei

RECYCLING: Demontagearbeiten

DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren

EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN

MAILING UND VERSANDARBEITEN

VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei, Reinigungsarbeiten

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,

Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung

Produkte:

KUNSTHANDWERK: Keramik

### Weitere Betriebsstätten:

Beim Weidige 13

99510 Apolda

Telefon: 03644 6511-0

Telefax: 03644 651140

Hydrometer

Weimarer Berg 3

99510 Apolda

Telefon: 03644 515472

Telefax: 03644 5162271

Egendorf

Egendorf Nr. 1

99444 Blankenhain

Telefon: 036459 44925

Telefax: 036459 44931

Saalborn

Im Dorfe 32

99444 Blankenhain/Saalborn

Telefon: 036459 42929

Über der Nonnenwiese 5

99428 Weimar-Tröbsdorf

Telefon: 03643 7402031

Telefax: 03643 7402044

Betriebsstätten für psychisch  
behinderte Menschen:

Jägerstr. 32

99510 Apolda

Telefon: 03644 552494

Schubertstr. 10

99423 Weimar

Telefon: 03643 776410

Telefax: 03643 776411

Hydrometer

Weimarer Berg 3

99510 Apolda

Telefon: 03644 515474

Reha WfbM Legefild

In der Buttergrube 1

99428 Weimar / OT Legefild

Telefon: 03643 908518-11

Telefax: 03643 908518-18

## Finneck-Werkstätten Zentral-Verwaltung

(Reg.-Nr. 13/14)

Mühltal 9  
99636 Rastenberg  
Telefon: 036377 763112  
Telefax: 036377 763111  
E-Mail: [finneck-werkstaetten@stiftung-finneck.de](mailto:finneck-werkstaetten@stiftung-finneck.de)  
Homepage: <https://www.stiftung-finneck.de>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

#### Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen (z.B. Sägen, Bohren, Drehen), Fügen (z.B. Schweißen)

HOLZ: Holzbearbeitung, Möbelfertigung, Auftragsfertigung für Industrie,  
Handwerk und Privatkunden, Spielzeugherstellung

TEXTIL/LEDER: Näherei (Änderungsschneiderei)

DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung (Herstellung von Flyern und  
Werbematerialien), Bedrucken von Gegenständen

EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Bildbearbeitung

MAILING UND VERSANDARBEITEN

MONTAGEARBEITEN: für Fahrzeuglieferindustrie, Computerindustrie,  
Bauindustrie, Kabelkonfektionierung

VERPACKUNGSARBEITEN: auch Kräuterverpackungen,  
Lebensmittelverpackungen

HAUSWIRTSCHAFT: Catering, Reinigungsarbeiten, Näharbeiten

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Garten- und  
Pflanzenpflege, Landschaftspflege

SONSTIGE LEISTUNGEN: Qualitätssicherung (Produktkontrolle für externe  
Firmen), Kfz-Schilder-Herstellung

#### Produkte:

LEBENSMITTEL: Landwirtschaftliche Erzeugnisse (Gärtnerei: Obst, Beeren,  
Gemüse, Saft)

TEXTILWAREN: Haus- und Heimtextilien (z.B. Kissen, Bezüge)

HAUSHALTSWAREN: Schneidbretter (aus Holz)

MÖBEL (aus Holz): Regale, Wohnmöbel

GARTENBEDARF / GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel  
(Gartenbänke und -tische aus Holz)

SPIELWAREN: pädagogische Spiele (aus Holz)

WERBEMITTEL

SONSTIGE PRODUKTE: Schilder

### Weitere Betriebsstätten:

#### Hauptwerkstatt:

Am Unterwege 4  
99610 Sömmerda  
Telefon: 03634 320830  
Telefax: 03634 320855

#### Weitere Betriebsstätten:

Zweigwerkstatt Artern  
Otto-Brünner-Str. 8  
06556 Artern  
Telefon: 03466 7401-30  
Telefax: 03466 7401-31

Zweigwerkstatt Sömmerda  
Franz-Mehring-Straße 18  
99610 Sömmerda  
Telefon: 03634 31980  
Telefax: 03634 319822

Außenstelle Rastenberg  
Mühltal 9  
99636 Rastenberg  
Telefon: 036377 763-140  
Telefax: 036377 763-401

Nordstraße 16  
06556 Artern

Betriebsstätten für psychisch  
behinderte Menschen:

REHA-Werkstatt  
Rheinmetallstr. 1  
99610 Sömmerda  
Telefon: 03634 315560  
Telefax: 03634 3155621

Reha Außenstelle  
Esperstedter Str. 29  
06567 Bad Frankenhausen  
Telefon: 034671 559960  
Telefax: 034671 55736

### **Nordthüringer Werkstätten gemeinnützige GmbH**

(Reg.-Nr. 13/3)

Hinter der Steinmühle 6  
99734 Nordhausen  
Telefon: 03631 928-0  
Telefax: 03631 928-280  
E-Mail: [werkstatt@nordthueringer-lebenshilfe.de](mailto:werkstatt@nordthueringer-lebenshilfe.de)  
Homepage: <https://www.nordthueringer-lebenshilfe.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:

METALL: CNC-Bearbeitung, Metallmontage

KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage

ELEKTRO: Elektromontage

TEXTIL/LEDER: Näherei

RECYCLING: Elektro-/Elektronik-Recycling, Demontagarbeiten

VERPACKUNGSARBEITEN

HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Wäscherei, Reinigungsarbeiten

GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit (Baumfällarbeiten), Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege

Produkte:

KUNSTHANDWERK: Holzarbeiten, Keramik, Kerzen, Korb- und Stuhlflechtarbeiten, Saisonartikel (Ostern, Weihnachten)

GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte (Weiden), Garten- und Landschaftsmöbel

SONSTIGE PRODUKTE: Bauelemente (Zaun- und Sichtschutzelemente aus Holz mit Weide geflochten)

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Wäscherei und Montage

Hinter der Steinmühle 6

99734 Nordhausen

Telefon: 03631 9280

Telefax: 03631 928200

Teichwiese 2

99755 Klettenberg

Telefon: 036336 570863

Betriebsstätten für psychisch behinderte Menschen:

Hesseröder Str. 63a

99734 Nordhausen

Telefon: 03631 928-240

Leipziger Straße 3

99762 Niedersachsenwerfen

Telefon: 036331 505912

## Diako Diakonie-Verbund Eisenach gemeinnützige GmbH Anerkannte Werkstatt für Menschen mit einer Behinderung Fachbereich Arbeit - Geschäftsstelle

(Reg.-Nr. 13/7)

Friedensstr. 10  
99817 Eisenach  
Telefon: 03691 7452-640  
Telefax: 03691 7452-1616  
E-Mail: [j.koehler@diako-thueringen.de](mailto:j.koehler@diako-thueringen.de)  
Homepage: <http://www.diako-thueringen.de>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

#### Auftragsarbeiten:

METALL: Umformen, Trennen, CNC-Bearbeitung (Fräsen), Fügen (z. B. Schweißarbeiten), Metallmontage, mechanische Bearbeitung,  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Palettenherstellung, Möbelfertigung, Spielzeugherstellung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffbearbeitung, Kunststoffmontage  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung, Baugruppenmontage, Regenerierung von Wechsel- und Drehstromzählern  
TEXTIL/LEDER: Näherei, Stickerei  
RECYCLING: Kunststoff-Recycling, Demontearbeiten  
DRUCK/GRAFIK: Druckweiterverarbeitung, Fotokopieren, Bedrucken von Gegenständen  
EDV-/BÜRODIENSTLEISTUNGEN: Digitale Archivierung  
MAILING UND VERSANDARBEITEN  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice, Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Forstarbeit, Garten- und Pflanzenpflege, Landschaftspflege  
HAUSMEISTERDIENSTLEISTUNGEN  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Fahrradservice und Reparaturen, Logistische Leistungen, Industrielle Reinigung (Kleinladungsträger, Trays)

#### Produkte:

LEBENSMITTEL: Honig und Honigprodukte,  
THÜRINGER TEE- UND KRÄUTERMANUFAKTUR: diverse Tee- und Kräutermischungen, Gewürzsalz, Duftkissen  
KUNSTWERKSTATT: Bilder, Reliefs, Keramik- und Fliesengestaltung  
KERZENWERKSTATT: individuell gestaltete Kerzen, Gießkerzen in diversen Formen und Farbgestaltungen, gezogene Kerzen  
MÖBEL: Kastenmöbel aus Dekorspanplatte, Objekteinrichtungen, Möbel für Wohnzimmer, Möbel für Funktionsräume  
WERBEMITTEL: Taschenadventskranz, Kirchenjahresuhr, gestaltete Karten  
SONSTIGE PRODUKTE: Fahrräder, Tapeziertische, regenerierte Wechselstromzähler, geeichte Wechselstromzähler, regenerierte Drehstromzähler

### Weitere Betriebsstätten:

#### Hauptwerkstatt:

"Eisenacher Werkstatt"  
Altstadtstraße 28  
99817 Eisenach  
Telefon: 03691 7452-611  
Telefax: 03691 7452-615

#### Weitere Betriebsstätten:

"Nesselalwerkstatt"  
Zum Wehr 14  
99819 Eisenach / OT Stockhausen  
Telefon: 036920 846-0  
Telefax: 036920 84640

"Unstrut-Hainich-Werkstatt"  
Am Fliegerhorst 41  
99947 Bad Langensalza  
Telefon: 03603 8612-0  
Telefax: 03603 861237

"Stiftsgut Nägelstedt"  
(Betriebsstätte der Unstrut-Hainich-Werkstatt)  
Lange Straße 12  
99958 Nägelstedt  
Telefon: 03604 277842  
Telefax: 03604 277843

Werratalwerkstatt  
Carl-Grübel-Straße 110  
99826 Frankenroda

Betriebsstätten für psychisch behinderte Menschen:

Reha Werkstatt Treff 3  
Schmelzerstr. 3-5  
99817 Eisenach

Der Laden  
Schmelzerstr. 8-10  
99817 Eisenach

Reha Werkstatt Sonnenhof  
(Betriebsstätte der Unstrut-Hainich-Werkstatt)  
Zum Homburger Felde 2a  
99947 Bad Langensalza

"Hörselbergwerkstatt"  
Ernst-Thälmann-Str. 90a  
99817 Eisenach  
Telefon: 03691 7090-3

Telefax: 03691 7090-400

Betriebstätte der  
Hörselbergwerkstatt:  
Adam-Opel-Straße 5  
99817 Eisenach

## Thüringen (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen)

### **Bodelschwingh-Hof Mechterstädt e.V. WfbM Mechterstädt**

**(Reg.-Nr. 13/30)**

Gleicher Weg 1-10  
99880 Hörsel OT Mechterstädt  
Telefon: 03622 915-0  
Telefax: 03622 915-159  
E-Mail: [service@bodelschwingh-hof.de](mailto:service@bodelschwingh-hof.de)  
Homepage: <http://www.bodelschwingh-hof.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

**Auftragsarbeiten:**  
METALL: CNC-Bearbeitung (z.B. CNC-Fräsen), Trennen (z.B. Bohren, Gewindeschneiden, Sägen), Fügen (z. B. Punktschweißen), Metallmontage, Serienfertigungen  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Möbelfertigung (z.B. Tischplatten für Werk- und Arbeitstische), Palettenherstellung, Spezialverpackungen, Oberflächenbehandlungen (Lackieren und Ölen)  
TEXTIL: Näherei  
MONTAGE- UND VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering/Partyservice (Großküche/Kantine), Wäscherei  
GARTEN-/ LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Landschaftsbau, Landschaftspflege

**Produkte:**  
TEXTIL-/LEDERWAREN: Haus- und Heimtextilien (Nähereiprodukte)  
KUNSTHANDWERK: Keramikprodukte (Zier- und Gebrauchskeramiki)  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Garten- und Landschaftsmöbel (Gartenbänke), Pflanzen/Baumschulprodukte (Balkon- und Beetpflanzen)  
MÖBEL: Arbeits- und Büromöbel (Werkbänke, Arbeitstische)

#### **Weitere Betriebsstätten:**

Rudloffstraße 13  
99867 Gotha  
Telefon: 03621 735009  
Telefax: 03621 735130

Südstraße 15  
99867 Gotha  
Telefon: 03621 4346-0  
Telefon: 03621 4346-11

Betriebsstätten für psychisch  
behinderte Menschen:

WfbM am Tenneberg  
Werkstatt für psychisch Kranke  
Tennebergstraße 2  
99880 Waltershausen  
Telefon: 03622 2084923  
Telefax: 03622 2084921

Rudloffstraße 11 a  
99867 Gotha  
Telefon: 03621 7350060  
Telefax: 03621 7350061

## Mühlhäuser Werkstätten für Behinderte e.V. Vorstand / Verwaltung

(Reg.-Nr. 13/2)

Trefffurter Weg 14 a  
99974 Mühlhausen  
Telefon: 03601 4881-0  
Telefax: 03601 4881-81  
E-Mail: [sekretariat@muehlhaeuser-werkstaetten.de](mailto:sekretariat@muehlhaeuser-werkstaetten.de)  
Homepage: <http://www.muehlhaeuser-werkstaetten.de>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

#### Auftragsarbeiten:

METALL: Trennen, Fügen, CNC-Bearbeitung, Sägen, Fräsen, Metallmontage  
HOLZ: Holzbearbeitung, Holzmontage, Kistenfertigung, Möbelfertigung,  
Spielzeugherstellung, Laserbearbeitung  
KUNSTSTOFF: Kunststoffmontage, Kunststoffbearbeitung (Laserbearbeitung)  
ELEKTRO: Elektromontage, Kabelkonfektionierung  
TEXTIL/LEDER: Näherei, Kostümschneiderei  
DRUCK/GRAFIK: Druckerei, Grafische Gestaltung (Entwurf und Druck von  
Printerzeugnissen)  
VERPACKUNGSARBEITEN  
HAUSWIRTSCHAFT: Catering (Speisen, Gemeinschaftsverpflegung),  
Wäscherei, Reinigungsarbeiten  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege,  
Landschaftspflege, Landwirtschaft mit Schweine- und Entenhaltung, Hofladen  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Qualitätssicherung  
(Produktkontrolle für externe Firmen), Kostümverleih, Hotel, Gastronomie,  
Kerzenherstellung, Töpferei, Papierschöpfen

#### Produkte:

TEXTIL-/LEDERWAREN: Herstellung von Kostümen, Gardinen, Polstern  
LEBENSMITTEL: Fleisch- und Wurstwaren, Landwirtschaftliche Erzeugnisse  
KUNSTHANDWERK: Floristische Artikel, Tischlereiarbeiten, Kerzen, Keramik,  
Korb- und Stuhlflechtarbeiten, Saisonartikel, Textilien, kreative Filzwaren,  
Kunstgegenstände  
MÖBEL: Kleinmöbel, Regale, Wohnmöbel  
GARTENBEDARF/GÄRTNEREIPRODUKTE: Pflanzen/Baumschulprodukte,  
Garten- und Landschaftsmöbel, Vogelfutterhäuschen/Nistkästen, Pflanzenkübel  
SPIELWAREN: Puppen und Puppenmöbel, Stofftiere

### Weitere Betriebsstätten:

#### Hauptwerkstatt:

Dietrich-Bonhoeffer-Werkstätten  
An den Wiesen 1  
99974 Mühlhausen  
Telefon: 03601 4881-0  
Telefax: 03601 4881-80

#### Weitere Betriebsstätten:

Großküche Schützenberg  
Johannisstraße 59  
99974 Mühlhausen  
Telefon: 03601 4039544  
Telefax: 03601 4039520

Zweigwerkstatt Ebeleben  
Teichmühlenweg 1/1a  
99713 Ebeleben  
Telefon: 036020 761-0  
Telefax: 036020 761-160

Landgasthof "Alter Bahnhof"  
Bahnhofstraße 69  
99988 Heyerode  
Telefon: 036024 6231-0  
Telefax: 036024 6231-18

Gärtnerei  
Schillerweg 9  
99974 Mühlhausen  
Telefon: 03601 758155  
Telefax: 03601 886923

#### BBB

Trefffurter Weg 2  
99974 Mühlhausen  
Telefon: 03601 4881-91  
Telefax: 03601 880165

#### BBB / Kreativbereich

Werkstraße 1  
99713 Ebeleben  
Telefon: 036020 760-130 BBB /  
-145 Kreativbereich  
Telefax: 036020 761-175

#### Zweigwerkstatt Ebeleben

Fleischerei Voigt  
Am Frauentor 4  
99974 Mühlhausen  
Telefon: 03601 448687

#### Betriebsstätten für psychisch behinderte Menschen:

Zweigwerkstatt Ebeleben



Außenstelle für seelisch behinderte  
Menschen  
Am Kalkhügel 4  
99706 Sondershausen  
Telefon: 036020 761-201  
Telefax: 036020 761-260

Reha-Werkstatt am Schadeberg  
Gustav-Walter-Str. 4  
99974 Mühlhausen  
Telefon: 03601 888680  
Telefax: 03601 888622

## Thüringen (Bezirk der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen)

### **Gut Sambach gGmbH Sozialtherapie & ökol. Landbau**

**(Reg.-Nr. 13/84)**

Gutsstr. 1  
99974 Mühlhausen  
Telefon: 03601 85115-0  
Telefax: 03601 85115-52  
E-Mail: [info@gut-sambach.de](mailto:info@gut-sambach.de)  
Homepage: <http://www.gut-sambach.de>

#### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
GARTEN-/LANDSCHAFTSPFLEGE: Garten- und Pflanzenpflege

Produkte:  
LEBENSMITTEL: Brot und Backwaren, Fleisch- und Wurstwaren, Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Käse, Getränke  
(Saft)



# Blindenwerkstätten

Zusammenstellung der der Bundesagentur für Arbeit bekannt gegebenen Blindenwerkstätten im Sinne des Blindenwarenvertriebsgesetzes vom 9. April 1965.

Das Blindenwarenvertriebsgesetz wurde mit Wirkung vom 14.09.2007 aufgehoben. Für die staatlich anerkannten Blindenwerkstätten gilt ein Bestandsschutz.

## Blindenhilfswerk Dresden e.V.

Louis-Braille-Str. 6  
01099 Dresden  
Telefon: 0351 2105950  
Telefax: 0351 2105951  
E-Mail: [kontakt@blindenhilfswerk-dresden.de](mailto:kontakt@blindenhilfswerk-dresden.de)  
Homepage: <http://www.blindenhilfswerk-dresden.de>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
Herstellung von Bürsten aller Art  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Herstellung von Technischen Bürsten und Spezialbesen aller Art.  
Bestückung und Wiederbeborstung von Technischen Bürsten, Reparaturen

Produkte:  
HAUSHALTSWAREN: Bürsten und Besen  
SONSTIGE PRODUKTE: Technische Bürsten, Spezialbesen, Industriebürsten, Wellness- und Körperpflegebürsten, Tierbürsten

### Weitere Betriebsstätten:

Blindenwerkstatt Markkleeberg  
Werner-Rummelt-Straße 10  
04416 Markkleeberg

## Blindenhandwerk GmbH Berlin

Karl-Marx-Str. 188  
12043 Berlin  
Telefon: 030 2826105  
Telefax: 030 2826105  
E-Mail: [info@blindenhandwerk-berlin.de](mailto:info@blindenhandwerk-berlin.de)  
Homepage: <http://www.blindenhandwerk-berlin.de>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

Produkte:  
TEXTIL-/LEDERWAREN: Bekleidung (z.B. Arbeits- und Berufsbekleidung, Strümpfe), Haus- und Heimtextilien (z.B. Bade-, Hand-, Küchen-, Arbeits-, Saunatücher, Reinigungstextilien, Tischwäsche etc.)  
KUNSTHANDWERK: Kerzen  
HAUSHALTSWAREN: Bürsten und Besen, Fußmatten, Korbwaren, Schaufeln, Hygiene-Kunststoff-Artikel  
WERBEMITTEL: Werbetextilien mit Einstickung oder Einwebung  
SONSTIGE PRODUKTE: Handwerker- und Malerbedarf, Pinsel, Stricke, Strümpfe  
Nähere Informationen und Bilder zu unseren Produkten finden Sie im Internet unter der Adresse:  
[www.blindenhandwerk-berlin.de](http://www.blindenhandwerk-berlin.de)

## **Blindenhilfswerk Berlin e.V. Blindenwerkstatt**

Rothenburgstr. 14/15  
12165 Berlin  
Telefon: 030 790139930  
Telefax: 030 790139953  
E-Mail: [info@Blindenhilfswerk-Berlin.de](mailto:info@Blindenhilfswerk-Berlin.de)  
Homepage: <https://blindenhilfswerk-berlin.de>

### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Produkte:  
KUNSTHANDWERK: Korb- und Stuhlflechtarbeiten & Reparaturen  
HAUSHALTSWAREN: Bürsten und Besen

## **Blindenhilfswerk für das Land Brandenburg e.V. Anerkannte Blindenwerkstatt**

Rudolf-Breitscheid-Str. 49  
14482 Potsdam  
Telefon: 0331 7482046  
Telefax: 0331 7482047  
E-Mail: [Blindenhilfswerk@t-online.de](mailto:Blindenhilfswerk@t-online.de)  
Homepage: <http://www.blindenhilfswerk-potsdam.de>

### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Produkte:  
TEXTIL-/LEDERWAREN: Haus- und Heimtextilien  
HAUSHALTSWAREN: Bürsten und Besen

### **Weitere Betriebsstätten:**

Blindenhilfswerk für das Land  
Brandenburg e.V.  
BT Hölzerproduktion  
Fontanestr. 9-11  
16767 Leegebruch  
Telefon: 03304 250325

## **Blindenhandwerk Fritz Reuter gemeinnützige GmbH**

Carl-Friedrich-Flemming Str. 14  
19061 Schwerin  
Telefon: 0385 4842036  
Telefax: 0385 4864057  
E-Mail: [schwerin@blindenwerkstaette.de](mailto:schwerin@blindenwerkstaette.de)  
Homepage: <http://www.blindenwerkstaette.de>

## **Blindenwerkstatt Harburg Stefan Bruhs e.K.**

Hans-Fitze-Str. 2  
21073 Hamburg  
Telefon: 040 76757105  
Telefax: 040 76758061  
E-Mail: [info@blindenwerkstatt-harburg.de](mailto:info@blindenwerkstatt-harburg.de)  
Homepage: <http://www.bws-harburg.de>

### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
TEXTIL/LEDER: Weberei, Stickerei

Produkte:  
TEXTIL-/LEDERWAREN: Bekleidung, Haus- und Heimtextilien  
KUNSTHANDWERK: Korb- und Stuhlflechtarbeiten  
HAUSHALTSWAREN: Bürsten und Besen

## **Arbeitsgemeinschaft Blinder Handwerker Otto Hadenfeldt & Co.KG Blindenwerkstatt**

Flaßbarg 55  
22549 Hamburg  
Telefon: 040 836128  
Telefax: 040 8318548  
E-Mail: [blindenwerkstatt@gmx.de](mailto:blindenwerkstatt@gmx.de)  
Homepage: <http://www.blindenhandwerk.info>

## **Blindenwerkstatt Bolius GmbH**

Alter Flughafen 22  
30179 Hannover  
Telefon: 0511 635179  
Telefax: 0511 375829  
E-Mail: [info@boliusgmbh.de](mailto:info@boliusgmbh.de)  
Homepage: <http://www.boliusgmbh.de>

### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
TEXTIL/LEDER: Weberei

Produkte:  
TEXTIL-/LEDERWAREN: Haus- und Heimtextilien  
HAUSHALTSWAREN: Bürsten und Besen

## **Blinden- und Sehbehindertenverband Niedersachsen e.V. Staatlich anerkannte Blindenwerkstatt**

Kühnsstr. 18  
30559 Hannover  
Telefon: 0511 5104-0  
Telefax: 0511 5104-400  
E-Mail: [info@blindenverband.org](mailto:info@blindenverband.org)  
Homepage: <http://www.blindenverband.org>

### **Weitere Betriebsstätten:**

Ostfriesische Blindenwerkstätten im Blinden- und Sehbehindertenverband Niedersachsen e.V.  
Hauptstr. 70  
26789 Leer-Loga  
Telefon: 0491 72253  
Telefax: 0491 71940  
E-Mail: [arbeitsfuersorge@blindenverband.org](mailto:arbeitsfuersorge@blindenverband.org)

Gemeinnützige Blinden- und Taubblindenwerkstatt GmbH  
Gandhistr. 13  
30559 Hannover  
Telefon: 0511 51 04 222  
E-Mail: [taubblindenwerkstatt@blindenverband.org](mailto:taubblindenwerkstatt@blindenverband.org)

Gemeinnützige Blindenhandwerksgemeinschaft GmbH  
Kühnsstr. 18  
30559 Hannover  
Telefon: 0511 51 04 0  
Telefax: 0511 51 04 400  
E-Mail: [blindenhandwerksgemeinschaft@blindenverband.org](mailto:blindenhandwerksgemeinschaft@blindenverband.org)

## **Landesbildungszentrum für Blinde**

Bleekstr. 22  
30559 Hannover  
Telefon: 0511 5247-0  
Telefax: 0511 5247-349  
E-Mail: [webkontakt@lbzb.de](mailto:webkontakt@lbzb.de)  
Homepage: <http://www.lbzb.de>

## **Gemeinnützige Blinden- und Taubblindenwerkstatt GmbH**

Gandhistr. 13  
30559 Hannover  
Telefon: 0511 5104-222  
Telefax: 0511 5104-400  
E-Mail: [taubblindenwerkstatt@blindenverband.org](mailto:taubblindenwerkstatt@blindenverband.org)  
Homepage: <http://www.blindenverband.org>

## **Blindhandwerksgemeinschaft gGmbH**

Kühnsstr. 18  
30559 Hannover  
Telefon: 0511 5104-100  
Telefax: 0511 5104-400  
E-Mail: [blindenhandwerksgemeinschaft@blindenverband.org](mailto:blindenhandwerksgemeinschaft@blindenverband.org)

## **Staatlich anerkannte Blindenwerkstätte Holger Sieben e.K.**

Heide 11  
31547 Rehburg  
Telefon: 05766 943300  
Telefax: 05766 943305  
E-Mail: [h.sieben@bws-loccum.de](mailto:h.sieben@bws-loccum.de)  
Homepage: <http://www.bws-loccum.de>

### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
TEXTIL/LEDER: Näherei, Weberei, Stickerei, Strickerei (Strumpfproduktion)  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Seilerei

Produkte:  
TEXTILWAREN: Bekleidung, Haus- und Heimtextilien  
KUNSTHANDWERK: Korb- und Stuhflechtarbeiten, Textilien, Kerzenherstellung  
HAUSHALTSWAREN: Bürsten und Besen (Handarbeit, Sonderanfertigungen)  
SONSTIGE PRODUKTE: Seilereiprodukte

## **Deutsches Blinden- & Sehbehindertenwerk gemeinnützige GmbH**

Waldstr. 1  
32105 Bad Salzuffen  
Telefon: 05766 94320  
Telefax: 05766 94331  
E-Mail: [mail@dbsw.eu](mailto:mail@dbsw.eu)  
Homepage: <http://www.dbsw.eu>

## **Blindenwerkstatt Reinhard Pickl**

Im Rosengarten 18  
36391 Sinntal  
Telefon: 06664 1425  
Telefax: 06664 1425

## **Blindenwerkstätte Dorsten GmbH**

Am Wasserturm 25  
46282 Dorsten  
Telefon: 02362 9196-0  
Telefax: 02362 43633  
E-Mail: [blindenwerkstaette-dorsten@t-online.de](mailto:blindenwerkstaette-dorsten@t-online.de)  
Homepage: <http://www.blindenwerkstaette-dorsten.de>

## **Duisburger Blindenwerkstätte Elisabeth Peters Inh.: Elisabeth Peters Blindenwerkstatt**

Rheintörchenstr. 8  
47055 Duisburg  
Telefon: 0203 770313  
Telefax: 0203 772607  
E-Mail: [blindenwerkstaette@mail.isis.de](mailto:blindenwerkstaette@mail.isis.de)

## Manufaktur Blindenwerkstatt Rosemarie Kaniss e.K.

Kommandantenstr. 37  
47057 Duisburg  
Telefon: 0203 663084  
Telefax: 0203 69340  
E-Mail: [Kaniss@Blindenwerkstatt.de](mailto:Kaniss@Blindenwerkstatt.de)  
Homepage: <http://www.Blindenwerkstatt.de>

## Eifeler Blinden-Weberei GmbH Blindenwerkstatt

An der Binnesburg 2-6  
52393 Hürtgenwald  
Telefon: 02429 2077  
Telefax: 02429 7464  
E-Mail: [info@arbeitsring.de](mailto:info@arbeitsring.de)  
Homepage: <http://www.arbeitsring.de>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
TEXTIL/LEDER: Weberei, Stickerei

Produkte:  
TEXTIL-/LEDERWAREN: Bekleidung (z.B. Arbeits- und Berufsbekleidung, Strümpfe),  
Haus- und Heimtextilien (z.B. Bade-, Hand-, Frottier-, Geschirr-, Arbeits-, Dental-, Spültücher, Aufnehmer,  
Tischwäsche etc.), Bestickungen  
WERBEMITTEL: Werbetextilien mit Einstickung oder Einwebung  
Nähere Informationen und Bilder zu unseren Produkten finden Sie im Internet unter der Adresse:  
[www.arbeitsring.de](http://www.arbeitsring.de)

## Arbeitsring anerkannter Blindenwerkstätten Schlich GmbH Blindenwerkstatt

An der Binnesburg 2-6  
52393 Hürtgenwald  
Telefon: 02429 2072  
Telefax: 02429 7464  
E-Mail: [info@arbeitsring.de](mailto:info@arbeitsring.de)  
Homepage: <http://www.arbeitsring.de>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

Produkte:  
TEXTIL-/LEDERWAREN: Bekleidung (Berufsschürzen, Arbeitshandschuhe, Strümpfe), Haus- und Heimtextilien (z.B.  
Tischwäsche, Küchen-, Arbeits- und Reinigungstücher, Wischer, Frottierserie etc.),  
Freizeit- und Liegetücher  
HAUSHALTSWAREN: Bürsten und Besen, Korbwaren, Matten, Schaufeln, Hygiene-Kunststoff-Artikel  
WERBEMITTEL: Werbetextilien mit Einstickung oder Einwebung  
SONSTIGE PRODUKTE: Handwerker- und Malerbedarf, Pinsel, Stricke  
Nähere Informationen und Bilder zu unseren Produkten finden Sie im Internet unter der Adresse: <http://www.arbeitsring.de>

## Blindenwerk-Polytec gGmbH

Theo-Mackeben-Str. 22  
56070 Koblenz  
Telefon: 0261 20172-400  
Telefax: 0261 80803-151  
E-Mail: [info.bw@rmw-koblenz.de](mailto:info.bw@rmw-koblenz.de)  
Homepage: <http://www.blindenwerk-koblenz.de>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
Spezialbürsten für fast alle Bereiche auf Anfrage oder Vorlage

Produkte:  
TEXTIL-/LEDERWAREN: Haus- und Heimtextilien  
HAUSHALTSWAREN: Bürsten und Besen, Ziegenhaarprodukte  
KUNSTHANDWERK: Ziegenhaarprodukte  
SONSTIGE PRODUKTE: Tellerbesen für Großkehrmaschinen

## Landesschule für Blinde und Sehbehinderte Neuwied Lehrwerkstatt Bürsten- und Pinselmacher

Feldkircher Str. 100  
56567 Neuwied  
Telefon: 02631 970-123  
Telefax: 02631 970-180  
E-Mail: [follmann.nicole@lbs-neuwied.lsjv.rlp.de](mailto:follmann.nicole@lbs-neuwied.lsjv.rlp.de)  
Homepage: <http://www.blindenschule-neuwied.de>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

Produkte:  
HAUSHALTSWAREN: Bürsten und Besen

## Blindenwerkstätte Betzdorf Notgemeinschaft Blinder

Hellerstr. 9  
57518 Betzdorf  
Telefon: 02741 9215-0  
Telefax: 02741 9215-20 und -21  
E-Mail: [email@bws-betzdorf.de](mailto:email@bws-betzdorf.de)  
Homepage: <http://shop.bws-betzdorf.de>

## Blinden-Arbeitszentrale Saar e.V. Blindenwerkstatt

Maibrunnerweg 1  
66578 Schiffweiler  
Telefon: 06821 68391  
Telefax: 06821 64964  
E-Mail: [info@blinden-arbeitszentrale.de](mailto:info@blinden-arbeitszentrale.de)

### Auftragsarbeiten / Produkte:

Produkte:  
TEXTIL-/LEDERWAREN: Haus- und Heimtextilien  
HAUSHALTSWAREN: Bürsten und Besen

## Blindenwerkstatt Alfred Volk

Am Gewerbering 15  
67373 Dudenhofen  
Telefon: 06232 3939  
Telefax: 06232 33222

### Auftragsarbeiten / Produkte:

Auftragsarbeiten:  
HOLZ: Holzbearbeitung

Produkte:  
HAUS- und HEIMTEXTILIEN  
KUNSTHANDWERK: Korb- und Stuhlflechtarbeiten  
HAUSHALTSWAREN: Bürsten und Besen

## Blindenwerkstätte Kornwestheim GmbH

Max-Planck-Str. 18  
70806 Kornwestheim  
Telefon: 07154 6274  
Telefax: 07154 29085  
E-Mail: [info@blindenwerkstatt-kornwestheim.de](mailto:info@blindenwerkstatt-kornwestheim.de)  
Homepage: <http://www.blindenwerkstatt-kornwestheim.de>

### Auftragsarbeiten / Produkte:

Produkte:  
TEXTIL-/LEDERWAREN: Bekleidung (z.B. Arbeits- und Berufsbekleidung, Strümpfe),  
Haus- und Heimtextilien (z.B. Bade-, Hand-, Küchen-, Arbeits-, Saunatücher, Reinigungstextilien, Tischwäsche etc.)  
KUNSTHANDWERK: Kerzen, Korb- und Stuhlflechtarbeiten  
HAUSHALTSWAREN: Bürsten und Besen, Korbwaren, Schaufeln, Hygiene-Kunststoff-Artikel  
WERBEMITTEL: Werbetextilien mit Einstickung oder Einwebung  
SONSTIGE PRODUKTE: Handwerker- und Malerbedarf, Pinsel, Stricke, Strümpfe  
Nähere Informationen und Bilder zu unseren Produkten finden Sie im Internet unter der Adresse:  
[www.blindenwerkstatt-kornwestheim.de](http://www.blindenwerkstatt-kornwestheim.de)

## Blindenwerkstätte Manfred Heiß

Friedhofstr. 17  
73430 Aalen



## Nikolauspflge Haus des Blindenhandwerks gemeinnützige GmbH

Fritz-Müller-Str. 99  
73730 Esslingen  
Telefon: 0711 939216-0  
Telefax: 0711 317619  
E-Mail: [kontakt@nikomanufakt.de](mailto:kontakt@nikomanufakt.de)  
Homepage: <http://www.nikolauspflge.de>

### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
Besen- und Bürstenherstellung  
Sonderanfertigungen auf Anfrage  
Restauration historischer Bürsten

### **Produkte:**

TEXTILWAREN: Haus- und Heimtextilien (z.B. Frotteeware)  
KUNSTHANDWERK  
HAUSHALTWAREN: Bürsten und Besen, Pinsel, Schrubber, Wäscheklammern, Fußmatten, Flechtwaren

## Blindenwerkstatt Erich Scheiffert

Hans-Thoma-Weg 12  
74321 Bietigheim  
Telefon: 07142 44711  
Telefax: 07142 940471

## stiftung st. franziskus heiligenbronn Blindenwerkstatt

Kloster 2  
78713 Schramberg  
Telefon: 07422 569-3288  
Telefax: 07422 569-3464  
E-Mail: [blindenwerkstatt@stiftung-st-franziskus.de](mailto:blindenwerkstatt@stiftung-st-franziskus.de)  
Homepage: <http://www.stiftung-st-franziskus.de>

### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
DRUCK/GRAFIK: Bedrucken von Gegenständen (Tampondruck)

### **Produkte:**

KUNSTHANDWERK: Korb- und Stuhlflechtarbeiten  
HAUSHALTWAREN: Bürsten und Besen, Fußmatten

## **BLINDUSA - Blinden- und Sehbehindertearbeit**

Bozener Straße 1 / Haus 75  
86165 Augsburg  
Telefon: 0821 6504280  
Telefax: 0821 65042811  
E-Mail: [info@blindusa.de](mailto:info@blindusa.de)  
Homepage: <http://www.blindusa.de>

### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
RECYCLING: Datenträgervernichtung  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Aktenvernichtung, Kommissionierung

Produkte:  
HAUSHALTSWAREN: Bürsten und Besen, Blindenwaren, Korbwaren

## **Vereinigte Blindenwerkstätten Schmid & Co KG**

Junkersstr. 15  
89231 Neu-Ulm  
Telefon: 0731 77640  
Telefax: 0731 76896  
E-Mail: [info@bwnu.de](mailto:info@bwnu.de)  
Homepage: <http://www.bwnu.de>

## **Blinden-Arbeitsfürsorge-Werkstätten Nürnberg GmbH Blindenwerkstatt**

Scheinfelder Str. 7  
90431 Nürnberg  
Telefon: 0911 355350  
Telefax: 0911 352920  
E-Mail: [nuernberg@blindenwerkstaette.de](mailto:nuernberg@blindenwerkstaette.de)  
Homepage: <http://www.blindenwerkstaette.de>

## **Staatlich anerkannte Blindenwerkstatt Bayerwald e.K.**

Herzogsreuter Straße 76  
94146 Hinterschmiding  
Telefon: 08551 9155-0  
Telefax: 08551 915858  
E-Mail: [info@blindenwerkstatt-bayerwald.de](mailto:info@blindenwerkstatt-bayerwald.de)  
Homepage: <http://www.blindenwerkstatt-bayerwald.de>

### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Auftragsarbeiten:  
VERPACKUNGSARBEITEN  
SONSTIGE LEISTUNGEN: Fertigung von Besen - Bürsten - Handfeger - Körbe

Produkte:  
HAUSHALTSWAREN: Besen - Bürsten - Handfeger - Körbe

## Blindenwerkstätte Wunsiedel GmbH

Pfälzer Gäßchen 11  
95632 Wunsiedel  
Telefon: 09232 970-0  
Telefax: 09232 970-230  
E-Mail: [wunsiedel@blindenwerkstaette.de](mailto:wunsiedel@blindenwerkstaette.de)  
Homepage: <http://www.blindenwerkstaette.de>

## Blinden-Handwerker-Fürsorge Gotha/Thüringen GmbH

Kindleber Str. 39  
99867 Gotha  
Telefon: 03621 8204-0  
Telefax: 03621 8204-18  
E-Mail: [gotha@blindenwerkstaette.de](mailto:gotha@blindenwerkstaette.de)  
Homepage: <http://www.blindenwerkstaette.de>

### **Auftragsarbeiten / Produkte:**

Produkte:  
HAUSHALTSWAREN: Bürsten und Besen

# Vertriebsgesellschaften

die im Auftrag von anerkannten WfbM Behindertenwaren vertreiben, Aufträge akquirieren und koordinieren.

Zusammenschluss von anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen

Hinweis: Weitere Informationen zu verschiedenen Genossenschaften der Werkstätten für behinderte Menschen sind im Internet unter [www.gdw-wfb.de](http://www.gdw-wfb.de) eingetragen.

Möglichkeit der Verrechnung von Aufträgen auf die Ausgleichsabgabe:

Bei der Vergabe von Aufträgen an Zusammenschlüsse anerkannter WfbM gelten die rechtlichen Voraussetzungen gem. § 140 Abs. 3 Sozialgesetzbuch – Neuntes Buch (SGB IX) – entsprechend der Verrechnungsmöglichkeit bei den anerkannten WfbM.

## **GFA Sachsen gGmbH** **Gesellschaft für Auftragsbeschaffung und Auftragsvergabe an Werkstätten für behinderte Menschen /** **gdw süd - Geschäftsstelle Leipzig**

Am Schenkberg 8  
04349 Leipzig  
Telefon: 034298 13298  
Telefax: 034298 13299  
E-Mail: [info@gfa-sachsen.org](mailto:info@gfa-sachsen.org)  
Homepage: <http://www.gfa-sachsen.org>

- Vertrieb von Produkten aus Dienstleistungen der Werkstätten für behinderte Menschen
- Akquirierung von Aufträgen Kundenberatung
- Koordinierung werkstattübergreifender Aufträge/Projektmanagement
- Bereiche:
- Recycling von: Elektroschrott, Elektrotechnik, weiße und braune Ware
- Aktenvernichtung
- Kühlgeräteentsorgung
- Bildröhrenaufbereitung
- Montage
- Druck und Papier
- Leiterplattenbestückung
- Textil
- Holz
- Kommissionierung und Verpackung
- Landschaftspflege
- Wäscherei

## **gdw mitte** **Genossenschaft der Werkstätten für behinderte Menschen Mitte eG** **Geschäftsstelle Berlin**

Oranienburger Str. 13/14  
10178 Berlin  
Telefon: 030 99270505  
Telefax: 030 99270507  
E-Mail: [kontakt@gdw-mitte.de](mailto:kontakt@gdw-mitte.de)  
Homepage: <http://www.gdw-mitte.de>

- Vertrieb von Dienstleistungen und Produkten der regionalen Werkstätten für behinderte Menschen
- Auftragsakquisition
- Kundenberatung
- Koordinierung werkstattübergreifender Aufträge/Projektmanagement
- Bürodienstleistungen: Digitale Archivierung, Aktenvernichtung, Mailing-/Versandarbeiten, Druck- und Kopierarbeiten
- Elektro(nik)-Altgeräte-Recycling
- Montage, Verpackung, Konfektionierung
- Garten- und Landschaftspflege
- Wäschereidienstleistungen
- und vieles mehr

## Initiative Mensch - Kooperationsverband e.V.

August-Bebel-Allee 5  
23992 Neukloster  
Telefon: 038422 3022-0  
Telefax: 038422 3022-5  
E-Mail: [kontakt@initiative-mensch.de](mailto:kontakt@initiative-mensch.de)  
Homepage: <http://www.initiative-mensch.de>

- Tätigkeitsfelder:
- Bundesweite Entwicklung und Vertrieb von "Eigenprodukten" von anerkannten Werkstätten und anerkannten Blindenwerkstätten
- Organisation und Durchführung von gemeinsamen Projekten der Mitgliedswerkstätten
- Vertrieb von Eigenprodukten aus den Produktgruppen:
  - Spielwaren
  - Seile
  - Haushaltswaren
  - Möbel
  - Naturschutz
  - Sport
  - Textilien
  - Büro
  - Elektro
  - Kunst
  - Druck
  - Freizeit
  - Lohnaufträgen

## gdw nord Genossenschaft der Werkstätten für behinderte Menschen e.G. Geschäftsstelle Rendsburg

Am Kreishafen 23-25  
24768 Rendsburg  
Telefon: 04331 12696-0  
Telefax: 04331 12696-19  
E-Mail: [info@gdw-nord.de](mailto:info@gdw-nord.de)  
Homepage: <http://www.gdw-nord.de>

- Erbringung von Dienstleistungen und Vertrieb von Produkten anerkannter Werkstätten für behinderte Menschen
- aus folgenden Bereichen:
  - Elektrorecycling
  - Metallver- und bearbeitung
  - Holzver- und bearbeitung
  - Montage
  - Kommissionierung und Verpackung
  - Aktenvernichtung
  - Elektro
  - Kunststoff
  - Druck und Papier
  - EDV-Service
  - Mailing
  - Aktenvernichtung
  - Digitale Datenarchivierung
  - Textil
  - Pulverlackbeschichtung

## gdw mitte Genossenschaft der Werkstätten für behinderte Menschen eG Berlin, Brandenburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Thüringen

Frankfurter Str. 227b  
34134 Kassel  
Telefon: 0561 475966-0  
Telefax: 0561 475966-75  
E-Mail: [kontakt@gdw-mitte.de](mailto:kontakt@gdw-mitte.de)  
Homepage: <http://www.gdw-mitte.de>

- Vertrieb von Dienstleistungen und Produkten der regionalen Werkstätten für behinderte Menschen
- Auftragsakquisition
- Kundenberatung
- Koordinierung werkstattübergreifender Aufträge/Projektmanagement
- Bürodienstleistungen: Digitale Archivierung, Aktenvernichtung, Mailing-/Versandarbeiten, Druck- und Kopierarbeiten
- Elektro(nik)-Altgeräte-Recycling
- Montage, Verpackung, Konfektionierung
- Garten- und Landschaftspflege
- Wäschereidienstleistungen
- und vieles mehr

## **gdw nord**

### **Genossenschaften der Werkstätten für behinderten Menschen in Norddeutschland eG Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Bremen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt**

Salzburger Str. 22  
39387 Oschersleben  
Telefon: 03949 94848-0  
Telefax: 03949 94848-29  
E-Mail: [info@gdw-nord.de](mailto:info@gdw-nord.de)  
Homepage: <http://www.gdw-nord.de>

- Vertrieb von Produkten aus Werkstätten für behinderte Menschen
- Auftragsbeschaffung und -koordination für die Mitgliedseinrichtungen
- Entsorgung von Elektronik-Altgeräten
- Entwicklung und Vertrieb von Halb- und Fertigprodukten
- Koordination und Schulung der Mitgliedseinrichtungen im Elektronikschrott-Bereich
- Durchführung und Vermittlung technischer und betriebswirtschaftlicher Beratung für Werkstätten für behinderte Menschen

## **gdw mitte**

### **Genossenschaft der Werkstätten für behinderte Menschen Mitte eG Geschäftsstelle Nordrhein-Westfalen**

Katernberger Str. 107  
45327 Essen  
Telefon: 0201 201217-0  
Telefax: 0201 201217-20  
E-Mail: [kontakt@gdw-mitte.de](mailto:kontakt@gdw-mitte.de)  
Homepage: <http://www.gdw-mitte.de>

- Vertrieb von Dienstleistungen und Produkten der regionalen Werkstätten für behinderte Menschen
- Auftragsakquisition
- Kundenberatung
- Koordinierung werkstattübergreifender Aufträge/Projektmanagement
- Bürodienstleistungen: Digitale Archivierung, Aktenvernichtung, Mailing-/Versandarbeiten, Druck- und Kopierarbeiten
- Elektro(nik)-Altgeräte-Recycling
- Montage, Verpackung, Konfektionierung
- Garten- und Landschaftspflege
- Wäschereidienstleistungen
- und vieles mehr

## **CaP Handy Marketinggesellschaft e.V.**

Hauptstr. 57  
48249 Dülmen  
Telefon: 02548 9191-33  
Telefax: 02548 9191-32  
E-Mail: [caphandy@t-online.de](mailto:caphandy@t-online.de)  
Homepage: <http://www.caphandy.de>

- Vertrieb von Produkten aus anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen, z. B.:
- Zier- und Gebrauchskeramik,
- Holzspielzeug, Unterhaltungsspiele,
- Haushaltsartikel, Kleinmöbel,
- Büroartikel, Schreibpapier,
- Puzzlespiele, Schaukelpferde, Spielkisten,
- Kinder-Textil-Freizeithemden

## VAB GmbH

### Vertrieb, Auftragsbeschaffung und Bildung zur Teilhabe am Arbeitsleben

Zeissstr. 5  
49716 Meppen  
Telefon: 05931 807130 oder 0177 3376358  
(Mobil)  
Telefax: 05931 807177  
E-Mail: [vab.gmbh@t-online.de](mailto:vab.gmbh@t-online.de)  
Homepage: <http://www.vab-wfb.de>

- Kooperationsgesellschaft der Werkstätten:
- Altenoythe, Bersenbrück, Lingen, Meppen, Nordhorn, Osnabrück, Papenburg, Vechta
- Vertrieb von Produkten aus Dienstleistungen der anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen in Niedersachsen
- Auftragsbeschaffung und -koordinierung für die Mitgliedseinrichtungen
- Kundenberatung
- BEREICHE:
- Recycling
- Metallverarbeitung
- Druck und Grafik
- Werbeartikel
- Verpackung und Versand
- Holzverarbeitung
- Kunsthandwerk / Kerzen
- Leder- und Textilverarbeitung
- Handwerkstätigkeiten
- Garten- und Landschaftsbau

## gdw süd

### Genossenschaft der Werkstätten für behinderte Menschen Süd eG Baden-Württemberg, Bayern, Saarland, Sachsen

Haußmannstr. 200  
70188 Stuttgart  
Telefon: 0711 490467-0  
Telefax: 0711 490467-99  
E-Mail: [info@gdw-sued.de](mailto:info@gdw-sued.de)  
Homepage: <http://www.gdw-sued.de>

- Vertrieb von Leistungen aus Werkstätten für behinderte Menschen, insbesondere in Baden-Württemberg, Bayern und Sachsen, aus den Bereichen:
- Metall
- Elektro und Elektronik
- Kunststoff
- Holz
- Textil und Leder
- Recycling
- Druck und Grafik
- Kommissionierung und Verpackung
- Landschaftspflege
- Aktenvernichtung
- Büroservice
- Montage inkl. Beschaffung der Einzelteile

## VaW gGmbH

### Verbund anerkannter Werkstätten für behinderte Menschen gGmbH

Alte Str. 5  
96482 Ahorn  
Telefon: 09561 816-0  
Telefax: 09561 816-118  
E-Mail: [info@vaw-ggmbh.de](mailto:info@vaw-ggmbh.de)

- Ihr Partner in Serienfertigung
- Problemlösungen in der Serienproduktion / Industriellen Montage
- Planung und Erstellung der Produktionsmittel
- Material Disposition
- Abwicklung der Aufträge mit ihren Kunden
- Ein großes Potential an qualifizierten Fach- und Arbeitskräften
- Metallbearbeitung
- Bohren, Drehen, Fräsen, Gewindeschneiden, Sägen, CNC-Fräsen
- Bohrmaschine, Biegen
- Stanzen, Verarbeitung von Stangenmaterial

# **BULLETIN DER BUNDESREGIERUNG**

**Nr. 144-1 vom 1. Dezember 2016**

## **Rede der Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Andrea Nahles,**

zum Bundesteilhabegesetz – BTHG  
vor dem Deutschen Bundestag  
am 1. Dezember 2016 in Berlin:

Herr Präsident!

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen!

Weniger behindern, mehr möglich machen: Das ist der Kern des Bundesteilhabegesetzes. Dieses neue Sozialgesetzbuch IX steht damit in einer Reihe wichtiger politischer Wegmarken auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft.

Begonnen haben wir in Deutschland diesen Weg vor mehr als 20 Jahren. 1994 haben wir das Verbot der Benachteiligung von Behinderten in unserer Verfassung festgeschrieben. 2001 ist das SGB IX in Kraft getreten. Seit 2009 gilt die UN-Behindertenrechtskonvention auch bei uns. Heute gehen wir auf diesem Weg den nächsten Schritt. Das ist ein großer, ein mutiger Schritt; denn es ist nichts Geringeres als ein Systemwechsel. Wir führen die Eingliederungshilfe aus der Sozialhilfe heraus und bringen sie – gesetzestechnisch – an die richtige Stelle als Leistungsrecht in das SGB IX. Auf unserem Weg haben wir viel erlebt: Zweifel, Kritik, gezielte Desinformation, auch Enttäuschung und Zorn, ebenso jedoch Zuspruch und Ermunterung. Ein anspruchsvoller politischer Prozess ist daraus geworden. Nun liegt das neue SGB IX vor uns. Es ist im Prozess noch einmal besser geworden. Wir haben noch einmal zusätzliche Finanzmittel erstritten. Darüber freue ich mich sehr.



Lassen Sie mich an *drei* Punkten verdeutlichen, was das Bundesteilhabegesetz ist und was wir erreicht haben:

*Erstens.* Wir vereinfachen die Verwaltung für die Bürgerinnen und Bürger: ein Leistungsantrag, wo bisher viele nötig waren. Die Leistungen werden aus einer Hand erbracht. Entscheidend ist die Unterstützung für die Menschen mit Behinderung und nicht etwa, was der einzelne Träger dem anderen zu sagen hat. Das müssen diese nun untereinander klären, aber nicht mehr auf dem Rücken der Betroffenen. Das ist wirklich ein großer Fortschritt.

Der *zweite* wichtige Punkt ist: Bei der Eingliederungshilfe werden Einkommen und Vermögen von Ehe- und Lebenspartnern künftig nicht mehr herangezogen. Diese lebensfremde Regelung wurde von vielen schlicht als Heiratshindernis empfunden. Das schaffen wir nun ab. Auch die Freigrenzen für eigenes Einkommen und Vermögen werden um ein Vielfaches angehoben, damit es sich lohnt, eine Arbeit aufzunehmen. Der Schonbetrag für Vermögen in der Sozialhilfe wird ebenfalls erhöht. Das ist ein wichtiges Ergebnis, das die Bundestagsfraktionen in den Verhandlungen noch erzielen konnten.

Die *dritte* wichtige Verbesserung sind neue Chancen auf Arbeit vor allem auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt. Wir wollen mit dem Budget für Arbeit Arbeitgeber dafür gewinnen, sich für Menschen mit Behinderung zu entscheiden. Das tun noch immer zu wenige. 39.000 Unternehmen in Deutschland beschäftigen niemanden mit Behinderung. Das darf nicht so bleiben. Wir gehen nun den Weg mit dem Budget für Arbeit. Einige Bundesländer wie mein Heimatland Rheinland-Pfalz haben das schon ausprobiert. Es besteht aber für die Betroffenen die Möglichkeit, in die Werkstatt zurückzukehren, wenn es auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt nicht klappt. Wir machen daraus keine ideologische Frage. Wir schaffen vielmehr eine praktische Regelung, die den Betroffenen helfen soll, den notwendigen Mut aufzubringen, um den angeblichen Schonbereich der Werkstätten zu verlassen.

Das sind nur *drei* Meilensteine auf dem Weg hin zu einer inklusiven Gesellschaft. Ein großes Thema in der Debatte war auch die Schnittstelle zwischen Eingliederungshilfe

und Pflege. Da möchte ich mich bei den Kollegen aus dem Gesundheitsbereich bedanken, insbesondere bei Minister Gröhe; denn hierzu mussten wir viele Sachen miteinander klären. Hierzu haben auch die Länder im Bundesrat einen guten Vorschlag eingebracht. Für Menschen mit Behinderung sollte die Hilfe zur Pflege über die Eingliederungshilfe erbracht werden. Wir nennen das Lebenslagenansatz. Ich freue mich, dass das so gelungen ist.

Ich bin froh, dass die Verhandlungen diese Lösung erbracht haben. Es war nicht immer einfach, aus den vielschichtigen und – das muss ich ehrlich zugeben – teilweise völlig gegensätzlichen Interessenlagen einigungsfähige Positionen zu entwickeln. Wir haben uns dafür sehr viel Zeit genommen. Über ein Jahr bevor das Gesetz überhaupt auf den Weg kam, haben wir einen Dialog mit allen Beteiligten, mit Kommunen und Ländern, geführt und Interessen abgeglichen. Es ist wichtig, dass wir an dieser Stelle sagen, dass es auch Interessenkonflikte gibt und dass diese ein Stück weit bleiben werden. Dass wir in Zukunft auf dem Weg, den wir heute mit einem guten Fundament versehen, noch viele Baustellen haben werden, ist klar. Aber das schmälert nicht den großen Fortschritt, den wir heute auf den Weg bringen.

Ich möchte mich bei allen bedanken, auch bei den Kritikern, die sich in sehr deutlicher Form zu Wort gemeldet haben. Ich möchte an dieser Stelle sagen: Ich sehe das als Fortschritt an. Früher war Behinderung etwas – ich habe eine behinderte Tante –, das versteckt wurde. Die Familie hat sich dafür mehr oder weniger geschämt. Da war eine ganz andere Haltung. Wir und die Betroffenen selber haben uns langsam aus dieser Haltung herausgearbeitet. Wenn die Betroffenen sich heute laut in diesen Prozess einbringen, dann ist das doch gut. Das ist genau das, was wir wollen. Ich habe mich gelegentlich darüber geärgert, wie ich mich auch über andere ärgere. Jetzt sind wir aber auch da ein Stück weit in der ganz normalen Auseinandersetzung, und das ist auch richtig so.

Ein solches Gesetz, das wir über Jahre erarbeitet haben, macht man nicht allein. Ich möchte ausdrücklich meinem Haus, Abteilung V, danken und besonders Gabriele Lösekrug-Möller, meiner Parlamentarischen Staatssekretärin, die die Begabung hat, die mir manchmal abgeht, nämlich ausgleichend zu wirken. In diesem Sinne vielen Dank.

Auch die Beteiligungskultur in diesem Gesetzgebungsverfahren, dieser intensive Dialog, ist etwas Besonderes und, wie ich finde, Vorbildliches, was wir auch in anderen Gesetzgebungsverfahren gebrauchen können. Das wird auch weitergehen.

Die neuen Regelungen der Eingliederungshilfe werden erst am 1. Januar 2020 in Kraft treten. Die Regelungen zum leistungsberechtigten Personenkreis, die zu vielen Sorgen geführt haben, führen wir erst ab dem 1. Januar 2023 ein. Bis dahin wollen wir miteinander erproben und gemeinsam lernen. Ich bin mir sicher, dass sich viele der jetzigen Ängste auf der Strecke, so hoffe ich, positiv auflösen werden. Da bin ich ganz zuversichtlich. Aber diese Zeit nehmen wir uns; denn wir wollen die Leute mitnehmen. Wir wollen den Menschen die Ängste nehmen. Deshalb haben wir eine längere Einleitungsphase bei diesem Gesetz.

Wenn wir feststellen, dass es noch besser geht, dann müssen wir das eben machen. So geht gute Politik, liebe Kolleginnen und Kollegen, so kommen wir weiter bei der Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen. Denn das ist es, was unser Herzensanliegen ist. Das ist heute mit einem neuen Gesetz auf einem guten Weg.

\* \* \* \* \*

– Fachbeitrag B7-2018 –

24.10.2018

## **Die Umsetzung der reformierten Werkstätten- Mitwirkungsverordnung aus Sicht der Beteiligten Ergebnisse aus Gruppendiskussionen – Teil II<sup>1</sup>**

*Von Viviane Schachler, Hochschule Fulda*

### **I. Thesen**

Die durch das Bundesteilhabegesetz (BTHG) reformierte Werkstätten-Mitwirkungsverordnung (WMVO) wird noch nicht flächendeckend eingehalten und angewendet. Gleichwohl sind Auswirkungen der Reform erkennbar, die auch auf Lücken in der Umsetzung der WMVO von 2001 verweisen.

### **II. Einleitung**

Im Zuge des BTHG sind für die gewählte Interessenvertretung der Beschäftigten mit Behinderungen in Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) weitreichende Änderungen erfolgt. Um eine empirische Grundlage für den derzeitigen Umsetzungsstand der seit Januar 2017 gültigen Neuerungen bereitzustellen, wurden mit Vertreter\*innen der im Kern davon betroffenen Stellen Gruppendiskussionen durchgeführt. An diesen beteiligten sich primär Werkstattrat\*innen, aber auch Vertrauens-/Assistenzpersonen und Werkstattleitungen/Geschäftsführungen.<sup>2</sup> Die genaue methodische Vorgehensweise ist in dem vorausgehenden Teilbeitrag I dargestellt. Ebenso ist dort skizziert, inwieweit die Beteiligten über die Neuerungen bereits informiert sind. Der vorliegende Folgebeitrag greift nun auf, welche Knackpunkte für deren Umsetzung in den Gruppendiskussionen

---

<sup>1</sup> Dieser Beitrag wurde unter [www.reha-recht.de](http://www.reha-recht.de) als Fachbeitrag B7-2018 in der Kategorie B: Arbeitsrecht veröffentlicht; Zitiervorschlag: Schachler: Die Umsetzung der reformierten Werkstätten-Mitwirkungsverordnung aus Sicht der Beteiligten. Ergebnisse aus Gruppendiskussionen – Teil II; Beitrag B7-2018 unter [www.reha-recht.de](http://www.reha-recht.de); 24.10.2018. Die Studie wurde im Rahmen des Projektes „Partizipatives Monitoring der aktuellen Entwicklung des Rehabilitations- und Teilhaberechts“ durchgeführt (Auftrag und fachliche Begleitung durch Prof. Dr. Gudrun Wansing, Dr. Mario Schreiner, HU Berlin).

<sup>2</sup> Als „Werkstattrat“ werden allgemein sowohl das Gremium in WfbM als auch die ihm angehö- rigen Mitglieder bezeichnet. Im Folgenden werden die Schreibweisen „Werkstattrat“ für das Gremium und „Werkstattrat\*innen“ für die ihm angehö- rigen Vertreter\*innen verwendet.

benannt wurden bzw. welchen Themen dabei eine besondere Bedeutung zugesprochen wird. Abschließend wird auf die forschungsleitenden Fragestellungen Bezug genommen.

### **III. Ergebnisdarstellung: Inhalte der Gruppendiskussionen**

#### **1. Zentrale Themen der Umsetzung in den Einrichtungen**

##### **Abstimmungswege**

Im Bereich der Mitbestimmung muss der Werkstattrat als Gremium angesprochen werden, das macht die Bearbeitung langwierig. Die genauen Verfahrenswege müssen erst aufgebaut und gefunden werden, indem z. B. ein Formular standardmäßig an den Werkstattrat übergeben wird oder Personen in Ausschüssen beteiligt werden. Dies wird auch von Personen berichtet, die einer diakonischen Einrichtung angehören. Ungeklärt ist auch noch, ob immer alle Werkstatratsmitglieder abstimmen müssen oder das Mandat z. B. an einen Gesamtwerkstattrat weitergereicht werden kann. Eine Assistenz-/Vertrauensperson berichtet, dass die eigene Geschäftsführung nicht verstehen will, dass der Werkstattrat als Gremium einbezogen werden muss und es nicht ausreicht, wenn lediglich die Vorsitzenden informiert werden. Unklar ist zudem, was eigentlich als Gespräch, als offizielle Information und Zustimmung gilt. Ob z. B. für ein Gespräch immer vorab etwas Schriftliches zugehen muss oder auch „Tür- und Angelgespräche“ als Information zählen. In toto ist man noch in der Findung der genaueren Abstimmungsprozesse.

##### **Die Rolle und das Verhalten von Leitungen und der Geschäftsführung**

Den Werkstattleitungen kommt eine ganz wesentliche Rolle in der Umsetzung der neuen WMVO zu, die mit darüber entscheidet, ob Mitbestimmung verwirklicht werden kann. Gerade bei Werkstatträten, die viel Unterstützung brauchen, hängt dies ganz wesentlich von der Haltung der Leitung oder auch der Geschäftsführung ab.<sup>3</sup> Diese müssen die Werkstatträte nun ernster nehmen. Vielen fällt dies noch schwer. So wird die neue WMVO auch nicht von allen akzeptiert und zum Teil wird versucht, die Mitbestimmungsrechte zu umgehen. Andere Leitungen sind hingegen sehr engagiert und weiten die bestehenden Rechte aus. Die Gruppe des lokalen Werkstatrats berichtet, dass die Leitung sie nun mehr informiert und ernster nimmt. Hierdurch habe die Leitung nun auch gemerkt, dass sie etwas zu sagen haben und ernsthaft arbeiten möchten.

Insgesamt haben die Leitungen nach Meinung einer Vertrauensperson/Assistenz eine „Bringschuld“ und müssten für das Agieren mit dem Werkstattrat geschult werden. Auch

---

<sup>3</sup> WfbM weisen unterschiedliche Organisationsstrukturen auf. In größeren Werkstätten gibt es häufig Werkstattleitungen (u. a. auch Betriebs- oder Betriebsstättenleitungen genannt) und übergeordnete Geschäftsführungen, wohingegen in kleineren WfbM die Geschäftsführungs- und Leitungsfunktion auch durch eine Person wahrgenommen werden kann (vgl. Thesing 2017, S. 60 f.). In den hier zusammengefassten Textstellen wird sowohl über Leitungen als auch Geschäftsführungen berichtet.

ein Werkstattrat beschreibt die Umsetzung der Mitbestimmungsrechte primär als einen persönlichen Lernprozess der Leitungen, wie es in der folgenden Aussage zum Ausdruck kommt:

*„Also jetzt auch mit Mitbestimmungsrechten? Klar, also da hat sich einiges verändert und wird auch immer noch weiter verändern. Ich denke mal, bloß da müssen die/ die Geschäftsführung muss da erst mal auch viel an sich selber arbeiten und gucken (allgemeines Lachen) ‚Wie komme ich damit klar‘.“* (Werkstattrat lokal)

### **Betriebsrat / Mitarbeitervertretung**

Auch der Betriebsrat ist zur Einbeziehung des Werkstattrats gefordert und bringt diesem mehr Aufmerksamkeit entgegen. Dies äußert sich z. B. durch ein erwähntes erstmaliges Treffen der Gremien oder das Mitdenken der neuen Rechte des Werkstattrats für die eigene Betriebsratsarbeit einer Vertrauensperson. Für das Verhältnis der Gremien wird benannt, dass Vorsicht geboten ist, damit der Werkstattrat nicht für die Eigeninteressen der Leitung oder des Betriebsrates eingespannt wird.

## **2. Rahmenbedingungen der Umsetzung**

### **Vermittlungsstelle: ignorierte Instanz der WMVO**

Auffällig ist in den Gruppendiskussionen, dass nicht bei allen Werkstattrat\*innen die Funktion der Vermittlungsstelle bekannt ist. So wird deren Einrichtung irrtümlich als Neuerung der reformierten WMVO oder als freiwillige Leistung der Werkstätten geschildert und diese sogar in einem Fall mit einer Vermittlungsstelle im Sinne einer Telefonzentrale der Werkstatt verwechselt. Insgesamt ist derzeit viel Bewegung im Thema Vermittlungsstelle, die bislang in der Werkstattratsarbeit eher ignoriert wurde. Offenbar waren von den allermeisten Werkstätten keine Vermittlungsstellen eingerichtet worden. Nun hat sie eine andere, aufgewertete Rolle, da ihr nicht mehr nur eine beratende, sondern eine richtungweisende Funktion zukommt. In der überregionalen Vertretung der Werkstatträte tauchen Anfragen zur guten Besetzung und dem genauen Einschaltungsverfahren der Stellen auf. Es ist nicht einfach, Personen für dieses Amt zu finden. In kleineren Bundesländern werden derzeit zentrale Landesvermittlungsstellen gegründet. In einem großen Bundesland funktioniert solch eine Pool-Lösung nicht.

Kritisiert wird die schlechtere Position der Vermittlungsstelle in der DWMV (Diakoniewerkstättenmitwirkungsverordnung), in der die Entscheidungen der Stelle nicht bindend sind. Die Aushebelung der Schlichtungssprüche durch Werkstattleitungen wird befürchtet. Dies führe sogar dazu, dass es für diakonische Einrichtungen keine Motivation gäbe, die Stellen überhaupt einzurichten.

### **Finanzierung der überregionalen Interessenvertretung**

Die Finanzierung und formale Ausgestaltung der Landesarbeitsgemeinschaften (LAG) der Werkstatträte ist im Entstehen, in den letzten zwei Jahren hat sich viel entwickelt. Die Finanzierung auf Bundesebene ist noch ungeklärt. In einem genannten Bundesland

ist auch die LAG WfbM dabei, die überregionale Arbeit mit den Werkstatträten aufzubauen.

Pro Werkstattbeschäftigten sind die Kosten der überregionalen Werkstatttratsarbeit so geringe Beträge, dass diese in einem anderen Bundesland nicht in Frage gestellt werden. In einem dritten Bundesland laufen derzeit die Verhandlungen für den Landesverband, der bisher ohne genau geregelte Finanzierung lief. Da nun die Kosten für die überregionale Werkstatttratsarbeit durch die Werkstätten getragen werden müssen, gerät vor allem auch die Finanzierung der örtlichen Werkstatttratsarbeit in den Fokus.

### **Finanzierung der Werkstatttratsarbeit vor Ort – „gemauschelt, gefuschelt, gesaubeutelt oder einfach nur zurechtgedengelt?“<sup>4</sup>**

In das Thema der Finanzierung kommt insgesamt viel Bewegung. Für zwei Bundesländer wird berichtet, dass sich die Ausstattung des Werkstatttrats (mit Vollzeitkräften als Vertrauensperson/Assistenzkraft/Bürokraft, Büros etc.) spürbar verbessert hat. Begründet wird dies von einem Werkstattleiter damit, dass es vor 2017 in dem Bundesland keine vernünftige Finanzierung für die Werkstatttratsarbeit gab und diese nicht durchsetzbar war. Durch die nun gute Finanzierung läuft die Arbeit mit den Werkstatträten nicht mehr nur nebenbei. Hier haben viele WfbM Personen zur Unterstützung des Werkstatttrats neu eingestellt.

In einem dritten thematisierten Bundesland wird durch die Kostenverhandlungen für die überregionale Werkstatttratsarbeit die Arbeit der örtlichen Werkstatträte erstmalig mit genauen Posten der anfallenden Kosten betrachtet.<sup>5</sup> Bisher waren diese in dem Pauschalbetrag „werkstattnotwendige Kosten“ enthalten, woraus der Werkstatttrat nach dem Gutdünken der Leitung einen Betrag erhalten hat. Da nun die Werkstatttratsarbeit mit den genauen anfallenden Kosten (Assistenz, Büro, Reisekosten, Freistellung etc.) betrachtet wird, fällt auf, dass dafür eigentlich ein großer Betrag zur Verfügung stehen müsste. Auch der im Umsetzungsprozess des BTHG erwähnte Betrag von 50 Cent pro Beschäftigten wäre ein großer Betrag, den die Werkstatträte aber nicht bekommen.<sup>6</sup> Der Sozialleistungsträger ist nun irritiert, dass für die Werkstatttratsarbeit auf einmal so viel Geld

---

<sup>4</sup> So der folgende Gesprächsverlauf aus Gruppe 2 über die bisherige Finanzierung der Werkstatttratsarbeit:

*„Assistenz/Vp. 3: ... Vorher wurde halt sehr viel/  
Assistenz/Vp. 4: Gemauschelt.  
Assistenz/Vp. 3: Genau. Wie sagst du? Ich hätt/  
Assistenz/Vp. 4: Gemauschelt.  
Assistenz/Vp. 3: Ich hätte jetzt gefuschelt (lachend) gesagt ...  
Assistenz/Vp. 4: Gefuschelt? Gefuschelt.  
Werkstatttrat lokal/übr. 2: Gesaubeutelt. (allgemeines Lachen) ...  
Werkstatttrat lokal/übr. 1: Ja. Zurechtgedengelt.“*

<sup>5</sup> In der Gruppendiskussion wird dies wörtlich so formuliert, dass die Werkstatttratsarbeit mit genauen Posten hinterlegt werden muss.

<sup>6</sup> „Der Aufwand für die Tätigkeit der Frauenbeauftragten in Werkstätten für behinderte Menschen gehört zu den sog. ‚werkstattnotwendigen Kosten‘ (§ 39 Absatz 1 WMVO), die von den Trägern der Eingliederungshilfe getragen werden. Für die vergleichbare Arbeit der

gefordert wird, da es diese bereits seit 2001 verpflichtend gibt. Auch in einem erwähnten vierten Bundesland haben die Werkstätten es bisher versäumt, die Kosten für die Werkstattratsarbeit in den Einrichtungen richtig mitzudenken, gegenüber dem Leistungsträger einzufordern und sich refinanzieren zu lassen. Die Unterschiede in der Finanzierung sind in den Bundesländern insgesamt gravierend.

### **3. Bewertung und genannte Problemstellen der reformierten WMVO**

Nach Einschätzung einer Vertrauensperson/Assistenz bestanden, juristisch betrachtet, auch vor der Reform bereits viele Rechte für Werkstatträte, die durchgesetzt und eingeklagt hätten werden können, was in der Praxis aber keiner machte. Deswegen wird die Veränderung der WMVO als sehr positiv bewertet, wenngleich damit auch noch nicht automatisch eine Umsetzung der Mitbestimmung erfolgt. Insgesamt hält die Person erleichtert fest: „Der Werkstattrat ist plötzlich so in den Fokus gerückt“ (Assistenz/Vp.).

Als Problem wird benannt, dass die WMVO sehr „schwammig“ ist, womit diese nach eigenem Gutdünken der Leitungen ausgelegt werden kann. In der überregionalen Vertretung sind die drei verschiedenen Verordnungen (WMVO, DWMV, CWMO – Caritas-Werkstätten-Mitwirkungsverordnung) ein kontroverses Thema, da sie alle unterschiedlich sind. Sie vergrößern den Arbeitsaufwand.

#### **Die Diakonische Mitwirkungsverordnung wird als schlecht bewertet**

Die DWMV beinhaltet bereits seit 2004 Mitbestimmungsrechte für den Werkstattrat. Im Vergleich zur staatlichen WMVO wird die überarbeitete DWMV in den Gruppen nun als schlechter eingestuft. Als Knackpunkt wird benannt, dass nach der staatlichen WMVO die Vermittlungsstellen verbindliche Schlichtungssprüche aussprechen können, was in die DWMV nicht eingefügt wurde, womit die endgültigen Entscheidungen bei der Geschäftsführung verbleiben. Dies führe wiederum dazu, dass keine Motivation vorhanden sei, Vermittlungsstellen für diakonische Einrichtungen einzurichten. Für die eigene Einrichtung schätzt ein Werkstattrat die Geschäftsführung so ein, dass diese vorhandene Schlupflöcher nutzen werde, um sich nicht an Schlichtungssprüche halten zu müssen und befürchtet dies auch für weitere Werkstätten. Als Beispiel für ein Schlupfloch wird der Vorschub der Dringlichkeit benannt.<sup>7</sup>

---

Werkstatträte in den Einrichtungen sind in den Tageskostensätzen rechnerisch etwa 0,50 Euro je Tag/Beschäftigten enthalten.“ (Deutscher Bundestag 2016, S. 214)

<sup>7</sup> In den Inhalten zeigen sich für die unterschiedlichen Versionen der CWMO, DWMV und WMVO außer den genannten Problemstellen keine weiteren Bedeutungszuschreibungen oder Unterschiede in dem Umsetzungsstand.



## IV. Analysen und Interpretation

### 1. Wie werden die neuen Vorgaben der WMVO für Werkstatträte in der Praxis ausgestaltet und wahrgenommen?

Festhalten lässt sich zunächst, dass die Umsetzung der Neuerungen begonnen hat, vor Ort in den Werkstätten bereits spürbar erlebbar ist und einrichtungsbezogen unterschiedlich weit vorangeschritten ist. Die reformierte WMVO betrifft im Kern zwei Bereiche, den erhöhten Beteiligungsgrad des Gremiums (a) und die verbesserte Ressourcenausstattung des Werkstattrats (b). Analysieren lässt sich insgesamt, dass Werkstatträte von Seiten des Fachpersonals der Werkstätten hochgradig unterschiedlich akzeptiert und unterstützt werden, was wiederum das Aktivitäts- und Ausstattungsniveau der Gremien im Bereich der neuen Vorgaben beeinflusst. Dies schließt an ältere Forschungsergebnisse an (vgl. Breit/Kotthoff 1990).

#### a) Der erhöhte Beteiligungsgrad

Die Ausgestaltung der erweiterten Beteiligungsbefugnisse zeigt sich nach den Ergebnissen als ein Prozess, der schrittweise und anlassbezogen mit konkreten Mitbestimmungsfällen vollzogen wird. Wahrgenommene Mitbestimmung in Form von eigenverantwortlichen Entscheidungen gelingt dabei in unterschiedlichem Maße. Für selbstständige Entscheidungen ist einerseits der Werkstattrat gefordert, seine erweiterten Befugnisse auszufüllen. Andererseits sind dazu jedoch auch kooperierende Werkstattleitungen und Geschäftsführungen notwendig. Hier zeigen sich unterschiedliche Umgangsformen, die von unterstützenden und aktiv fördernden Verhaltensweisen bis zu Leitungen reichen, die versuchen, den Werkstattrat bewusst zu umgehen.

Übergreifend wird dargestellt, dass es die mit den erweiterten Rechten verbundenen Abstimmungswege und Beteiligungsprozesse in den Werkstätten noch aufzubauen gilt. Auch in diakonischen Einrichtungen, die seit 2004 Mitbestimmungsrechte vorsehen. Zudem berichten Werkstattrat\*innen, dass sie nun deutlich mehr informiert werden. Hierzu lässt sich anmerken, dass sich die Informationspflichten von Seiten der Werkstatt durch die neue WMVO nicht verändert haben; so gilt nach wie vor:

*„Die Werkstatt hat den Werkstattrat in den Angelegenheiten, in denen er ein Mitwirkungsrecht oder ein Mitbestimmungsrecht hat, vor Durchführung der Maßnahme rechtzeitig, umfassend und in angemessener Weise zu unterrichten und anzuhören.“ (§ 5 Abs. 3 Satz 1 WMVO)*

Die Berichte über die veränderten Informationswege lassen sich so interpretieren, dass die Werkstätten ihren Pflichten nun mehr Aufmerksamkeit schenken und diesen jetzt besser oder auch erstmalig nachkommen.

Die praktizierte Anwendung der neuen WMVO offenbart, dass offene Fragen zu deren genaueren Auslegung bestehen. Bspw. an den folgenden Stellen:

- Wie weitreichend ist die Mitbestimmung des Werkstattrats in den Bereichen „Werkstattordnung“ und „soziale Aktivitäten“ (§ 5 Abs. 2 Nr. 1 und 9 WMVO)?
- Wie gestalten sich Unterrichts- und Anhörungspflichten genauer aus (§ 5 Abs. 3 WMVO)?
- Wie verbindlich ist das Einrichten von Vermittlungsstellen (§ 6 WMVO)?

### **b) Die verbesserte Ressourcenausstattung des Werkstattrats**

Die nun bessere Ausstattung der Gremien ist mit Finanzierungsfragen verbunden, bspw. im Bereich der überregionalen Interessenvertretung allgemein oder personenbezogen bei anfallenden Assistenzkosten. Hierzu sind noch nicht in allen Bundesländern Regelungen mit den Leistungsträgern gefunden, auch für die Bundesebene. In einigen Bundesländern hat sich die Ausstattung der Werkstattratsarbeit verbessert, was vor Ort in den Werkstätten auch ankommt. Offene Fragen stellen sich hier u. a. folgende:

- In welchem Mindestumfang sind Vertrauenspersonen und Bürokräfte (§ 39 Abs. 2 und 3 WMVO) bereitzustellen?
- Wer trägt durch das Amt anfallende Assistenzkosten bei einrichtungsbezogener oder außerhalb der Einrichtung anfallender Tätigkeiten?

## **2. Welchen Themen und Aspekten der Neuerungen wird besondere Relevanz zugesprochen, welchen nicht?**

Obwohl sie keine Neuerung der reformierten WMVO darstellt, sondern lediglich deren Einschaltungs- und Auswirkungsprozedere verändert ist, bildet die Vermittlungsstelle nach § 6 WMVO einen besonders betonten Inhalt in der Umsetzung der reformierten WMVO. Schlummer wies bereits 2004 (S. 78) darauf hin, dass die Einführung der Vermittlungsstellen in WfbM in größerem Maße noch ausstehend ist. Aus den Gesprächsinhalten der Gruppendiskussionen lässt sich folgern, dass sich hieran auch nach 17 Jahren gültiger WMVO nichts verändert hat und zum Großteil erst jetzt begonnen wird, Vermittlungsstellen zu bilden. Wie der Mitwirkungs- und Mitbestimmungsanspruch der Werkstatträte ohne (real vorhandene) vermittelnde bzw. entscheidende Instanzen eingelöst werden soll, bleibt fragwürdig.

Breit thematisiert wird für die Ressourcenänderungen die Finanzierung der Werkstattratsarbeit. Durch die nun verbindliche Kostenübernahme der überregionalen Interessenvertretung (§ 39 Abs. 1 WMVO) gerät vor allem auch die Finanzierung der einrichtungsbezogenen Werkstattratsarbeit in den Blick, wird hinterfragt und ist zumindest für ein Bundesland nun auch verbessert worden. Für die verbesserten Arbeitsgrundlagen des Werkstattrats werden der erhöhte Schulungsanspruch bei wiederholter Amtsausführung (§ 37 Abs. 4 WMVO) sowie die vergrößerte Mitgliederanzahl (§ 3 Abs. 1 WMVO) und Freistellungsmöglichkeiten (§ 37 Abs. 4 WMVO) in großen WfbM in den Gruppendiskussionen nicht gesondert erwähnt. Gleiches gilt für die kleineren Detailver-

änderungen der Mitwirkungsrechte (u. a. Darstellung und Verwendung des Arbeitsergebnisses in Leichter Sprache; § 5 Abs. 1 Nr. 1 WMVO). Zu dem nun erhöhten Schulungsanspruch lässt sich anfragen, in welchem Umfang dieser in den Werkstätten überhaupt genutzt wird und inwieweit dieser an die zustehenden Ansprüche (15 bzw. 20 Tage pro Amtszeit) heranreicht. So deuten die erwähnten eigenen Schulungen über die neue WMVO in den Gruppendiskussionen in einem Umfang von null bis zu acht Tagen auf große Unterschiede in den Werkstätten hin. Die Möglichkeit, mit einer externen Vertrauensperson zu arbeiten (§ 39 Abs. 3 WMVO), taucht nur am Rande auf. Unklar bleibt Werkstatträ\*innen dabei, wie man jemanden von extern gewinnen kann.

Bei der Überführung vorheriger Mitwirkungs- in nunmehr Mitbestimmungsfälle (§ 5 Abs. 2 WMVO) werden für die drei Bereiche Ordnung im Arbeitsbereich, soziale Aktivitäten sowie Arbeitsentgelte/Auszahlungsmodalitäten von Erfahrungen aus der Umsetzungspraxis berichtet. Die sechs anderen Bereiche (Beschäftigungszeiten, Urlaubsplanungsgrundsätze, überwachende technische Einrichtungen, Verpflegung, Gestaltung der Sanitär- und Aufenthaltsräume, Grundsätze der Fort- und Weiterbildung) werden im Zusammenhang mit Mitbestimmungsbefugnissen nicht gesondert erwähnt.

### 3. Haben sich bereits Veränderungen ergeben?

Nach Blankenburg (1977, S. 40 f.) lassen sich Gesetze hinsichtlich ihrer Geltung (bezogen auf regelhaft eingehaltene Vorschriften bzw. deren Gebrauch), ihrer Wirksamkeit (gemessen an den mit der Gesetzgebung intendierten Zielen) und ihren Auswirkungen (im Sinne aller weiteren auftretenden un-/gewollten Folgen) betrachten. Auch die aktuellere Rechtssoziologie unterscheidet zwischen der Geltung, den tatsächlichen oder symbolischen Wirkungen und den Effekten von verabschiedeten Gesetzen, wozu verschiedene Begriffsverständnisse bestehen (vgl. Baer 2017, S. 255 ff.; Rambašek 2017, S. 151). Angelehnt an diese Unterscheidungen lässt sich die derzeitige Situation folgendermaßen charakterisieren:

- Im Sinne einer regelhaften Anwendung der neuen Paragraphen zeigt die reformierte WMVO derzeit größtenteils noch keine Wirkung.
- Das mit dem BTHG formulierte Ziel *„Im Schwerbehindertenrecht ... sollen Mitwirkungsmöglichkeiten von Menschen mit Behinderungen in Werkstätten für behinderte Menschen verbessert ... werden.“* (Deutscher Bundestag 2016, S. 3) ist in der Praxis für die Interessenvertretung der Werkstatträte bereits wirksam erlebbar. Bezogen auf Frauenbeauftragte nach § 222 Abs. 5 SGB IX kann dazu keine Aussage getroffen werden.
- Die Reform der WMVO zeigt Auswirkungen bzw. Effekte. Diese betreffen im Kern,
  - eine stärkere Beachtung des Werkstattrats als Gremium;
  - die verbesserte Arbeitsausstattung, die sich neben den Neuerungen auch auf die bereits zuvor bestehenden Grundlagen der Werkstattratsarbeit bezieht;
  - die gestärkte Position von weniger aktiven („schwachen“) Werkstatträten mit einer bisher geringen Bedeutungsrelevanz in WfbM;

- die Thematisierung und Bildung von Vermittlungsstellen zur Einlösung der Beteiligungsansprüche.

## V. Fazit und Ausblick

Mit den durchgeführten Gruppendiskussionen ist eine handlungsbezogene Grundlage gegeben, um den derzeitigen Umsetzungsstand der reformierten WMVO (bezogen auf Werkstatträte) aus Sicht der Beteiligten charakterisieren zu können. Für die Reichweite der Aussagen wird kein Generalisierungsanspruch erhoben, jedoch ist mit den Teilnehmenden aus zehn unterschiedlichen Bundesländern ein guter Querschnitt gegeben, der durchaus als empirisch fundierte Momentaufnahme des aktuellen Stands gelten kann. In Teil I wurde dargestellt, wie sich die Wissensbestände als Voraussetzung der Inanspruchnahme von Recht nach den Ergebnissen gestalten. Hier fällt das geringe Anspruchswissen auf, das es für die Werkstattrat\*innen noch auszugleichen gilt. In der Rechtssoziologie wird ein niedriges Anspruchswissen auch auf Abhängigkeitsbeziehungen und ungleiche Verhältnisse zurückgeführt (vgl. Baer 2017, S. 223 ff.). Um hier zu konterkarieren, könnte die verbindliche Einführung von Vermittlungsstellen ein höheres Anspruchswissen generieren. So kommt mit dem potenziellen Einschalten der Stellen die Reichweite der Befugnisse anschaulich zum Ausdruck. Und auch der mangelnden Rechtskenntnis der WMVO von Werkstattleitungen könnte damit begegnet werden. Den Wissensbeständen entsprechend ist man von einer umfänglichen Geltung der reformierten WMVO derzeit wohl noch weit entfernt, jedoch kommt in den Themenbereich Bewegung. So zeigt sich auch, dass Grundlagen der WMVO von 2001 nicht in allen Bereichen gegeben sind.

Mit der Ausweitung der Beteiligungsrechte vollziehen sich insgesamt weitreichende Veränderungen, die über die reine Umsetzung der Neuerungen hinausgehen. Ein „Arbeiten auf Augenhöhe“ von Werkstattrat und Leitungen wird vorgegeben und ein „Ernstnehmen“ des Gremiums damit gewissermaßen erzwungen. Wie sich mit den berichteten Reaktionen und Haltungen von Werkstattleitungen andeutet, ist dies teilweise irritierend und wird nicht von allen Seiten befürwortet und akzeptiert. Umso wichtiger ist es, dass eine gute Unterstützung bereitgestellt wird, damit Werkstatträte ihre erweiterten Befugnisse auch ausfüllen können. Die Hinweise aus den Gruppendiskussionen, dass eine vernünftige Finanzierung bisher nicht in jedem Bundesland vorhanden ist, sind weiter zu verfolgen. Zudem sind die benötigten Ressourcen auch gremiums- und personenabhängig, wenn es beispielsweise um Assistenz oder Reisetätigkeiten mit Assistenz geht, für die auch in der überregionalen Interessenvertretung ungeklärte Fragen bestehen. Eine sowohl länder- als auch einrichtungsbezogene transparente Vorgehensweise (einrichtungsbezogen z. B. mit der Nutzung eines eigenständigen Budgets) könnte Orientierung bieten und Verdachtsmomenten, dass der Werkstattrat ihm zustehende Gelder nicht bekomme, entgegenwirken.

Als weitere objektive Komponente der Inanspruchnahme von Recht (vgl. Baer 2017, S. 226 f.) lässt sich anfragen, inwieweit die Beteiligungsrechte des Werkstattrats ohne ver-

mittelnde Instanzen überhaupt eingelöst werden können.<sup>8</sup> Für den Einsatz der Vermittlungsstellen müssen Fristen beachtet werden. Es ist schwierig, geeignete Besetzungen zu finden. So ist auch nur schwer vorstellbar, dass diese in einem Konfliktfall einvernehmlich und schnell eingerichtet werden können. Abschließend lässt sich deswegen noch einmal für eine verbindliche Einführung der Vermittlungsstellen plädieren, die es gerade für diakonische Einrichtungen weiter zu thematisieren gilt.

Wie sich die skizzierten Ergebnisse im Hinblick auf den aktuellen Fach- und Umsetzungsdiskurs zum BTHG deuten und verorten lassen, wird weiterführend in dem erwarteten Beitrag „Mitbestimmung light? Die Reform der Werkstätten-Mitwirkungsverordnung durch das Bundesteilhabegesetz“ (vgl. Schachler/Schreiner 2017a; b) – **Teil III** dargestellt.

### Literaturangaben

Baer, S. (2017): Rechtssoziologie. Eine Einführung in die interdisziplinäre Rechtsforschung. 3. Aufl. Baden-Baden.

Blankenburg, E. (1977): Über die Unwirksamkeit von Gesetzen. In: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie, Jg. 63, Heft 1, S. 31–58.

Breit, H./Kotthoff, H. (1990): Zwischen Interessenvertretung und Betreuung. Die Mitwirkung der Behinderten in den Werkstätten für Behinderte. Bonn.

Deutscher Bundestag (2016): Gesetzentwurf der Bundesregierung. Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen. (Bundesteilhabegesetz – BTHG). Bundestags-Drucksache 18/9522. <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/095/1809522.pdf>, zuletzt abgerufen am 27.09.2018.

Rambauser, T. (2017): Behinderte Rechtsmobilisierung. Eine rechtssoziologische Untersuchung zur Umsetzung von Artikel 19 der UN-Behindertenrechtskonvention. Wiesbaden.

Schachler, V./Schreiner, M. (2017a): Mitbestimmung light? Die Reform der Werkstätten-Mitwirkungsverordnung durch das Bundesteilhabegesetz – Teil I: Mitbestimmungsrechte und Ressourcenstärkung; Beitrag B2-2017 unter [www.reha-recht.de](http://www.reha-recht.de); 26.04.2017.

Schachler, V./Schreiner, M. (2017b): Mitbestimmung light? Die Reform der Werkstätten-Mitwirkungsverordnung durch das Bundesteilhabegesetz – Teil II: Frauenbeauftragte und kirchenrechtliche Verordnungen; Beitrag B3-2017 unter [www.reha-recht.de](http://www.reha-recht.de); 28.04.2017.

---

<sup>8</sup> Nach einer These von Blankenburg (1977, S. 54) braucht es für wirksames Recht vermittelnde Institutionen, die besonders für sozial benachteiligte Gruppen bedeutsam sind.

Schlummer, W. (2004): Verantwortung ernst nehmen. Mitwirkung in Werkstätten für behinderte Menschen. In: Heilpädagogik online. [http://sonderpaedagoge.quibbling.de/hpo/2004/heilpaedagogik\\_online\\_0104.pdf](http://sonderpaedagoge.quibbling.de/hpo/2004/heilpaedagogik_online_0104.pdf), zuletzt abgerufen am 17.10.2018.

Thesing, S. (2017): Berufliche Bildung im Zielkonflikt. Umsetzungsbedingungen des gesetzlichen Auftrags der WfbM. Hamburg. <http://ediss.sub.uni-hamburg.de/volltexte/2017/8379/>, zuletzt abgerufen am 26.09.2018.

---

Ihre Meinung zu diesem Fachbeitrag ist von großem Interesse für uns.  
Wir freuen uns auf Ihren Kommentar auf [www.reha-recht.de](http://www.reha-recht.de).

---

– Fachbeitrag B6-2018 –

18.10.2018

## **Die Umsetzung der reformierten Werkstätten- Mitwirkungsverordnung aus Sicht der Beteiligten Ergebnisse aus Gruppendiskussionen – Teil I<sup>1</sup>**

*Von Viviane Schachler, Hochschule Fulda*

### **I. Thesen**

Die durch das Bundesteilhabegesetz (BTHG) reformierte Werkstätten-Mitwirkungsverordnung (WMVO) wird noch nicht flächendeckend eingehalten und angewendet. Gleichwohl sind Auswirkungen der Reform erkennbar, die auch auf Lücken in der Umsetzung der WMVO von 2001 verweisen.

### **II. Die reformierte WMVO als Beitrag zur Partizipation im Teilhabesystem**

Bedingt durch ihre geschichtliche Entwicklung, ihre bundesweiten Versorgungsstrukturen und ihre Konzeption als Großeinrichtungen nehmen Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) innerhalb der Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben eine zentrale Stellung ein. Inwieweit der Dominanz dieses Einrichtungstyps auch eine qualitative Berechtigung und Fortführung zukommt, wird im Zuge der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention zunehmend kontrovers diskutiert (vgl. z. B. Palleit 2016). Vor diesem Hintergrund sind im Sinne von Partizipation und Teilhabe mit dem BTHG auch die Interessenvertretungen von Menschen mit Behinderungen in WfbM, im Rahmen der Werkstatträte, gestärkt und deren formale Rechte ausgeweitet worden.<sup>2</sup> Dies stellt die erste Reform der WMVO seit ihrer Einführung 2001 dar. Die Neuerungen betreffen im Wesentlichen die folgenden drei Bereiche (eine detaillierte Darstellung und Einordnung findet sich bei Schachler/Schreiner 2017a):

---

<sup>1</sup> Dieser Beitrag wurde unter [www.reha-recht.de](http://www.reha-recht.de) als Fachbeitrag B6-2018 in der Kategorie B: Arbeitsrecht veröffentlicht; Zitiervorschlag: Schachler: Die Umsetzung der reformierten Werkstätten-Mitwirkungsverordnung aus Sicht der Beteiligten. Ergebnisse aus Gruppendiskussionen – Teil I; Beitrag B6-2018 unter [www.reha-recht.de](http://www.reha-recht.de); 18.10.2018.

<sup>2</sup> Als „Werkstattrat“ werden allgemein sowohl das Gremium in WfbM als auch die ihm angehö- rigen Mitglieder bezeichnet. Im Folgenden werden die Schreibweisen „Werkstattrat“ für das Gremium und „Werkstattrat\*innen“ für die ihm angehö- rigen Vertreter\*innen verwendet.

- Änderungen der Ressourcen des Werkstattrats (u. a. erhöhter Fortbildungsanspruch, externe Vertrauensperson als mögliche Unterstützung, Kostenübernahme der überregionalen Interessenvertretung).
- Einführung von Mitbestimmungsrechten in ausgewählten Bereichen.
- Wahl einer Frauenbeauftragten aus dem Kreis der weiblichen Werkstattbeschäftigten.

Die zentralste Änderung für den Werkstattrat bildet dabei die Ausweitung der Rechte von ehemals lediglich Unterrichts- und Mitwirkungsmöglichkeiten zu nunmehr neun verbindlichen Mitbestimmungsrechten. In diesen Angelegenheiten ist die Werkstattleitung nun auf die Zustimmung oder Konsensfindung mit dem Werkstattrat angewiesen oder alternativ auf die streitschlichtenden Vermittlungsstellen, was den Beteiligungsgrad und die Befugnisse des Werkstattrats deutlich erhöht. Beibehalten ist im Reformprozess die Möglichkeit für kirchliche Träger, eigene Verordnungen zu formulieren, was diese in Form der Caritas-Werkstätten-Mitwirkungsverordnung – CWMO und der Diakonie-Werkstättenmitwirkungsverordnung – DWMV wahrnehmen (vgl. hierzu Schachler/Schreiner 2017b). Damit existieren für die Arbeit der Werksatträge insgesamt drei verschiedene Verordnungen. Die vor Ort gültige Verordnung richtet sich dabei an der jeweiligen Trägerschaft der WfbM aus. Eine Besonderheit findet sich dazu in der DWMV, die bereits seit ihrer Einführung 2004 Mitbestimmungsrechte vorsah.

Nun erfolgt eine Rechtsumsetzung in dem Sinne, dass geltende Normen ausgeführt und beansprucht werden, keineswegs voraussetzungslos. Gerade Menschen mit Behinderungen begegnen in ihrer Rechtsmobilisierung und -durchsetzung benachteiligenden Hürden (vgl. Rambašek 2017). Darüber, wie der Umsetzungsprozess der reformierten WMVO nach über 15-monatiger Gültigkeit in der Praxis vorangeschritten ist und wie die neuen Rechte der Werkstatträge bisher ausgestaltet werden, gibt die hier vorgestellte explorative Studie „Umsetzung der neuen Regelungen der Werkstätten-Mitwirkungsverordnung durch das Bundesteilhabegesetz (BTHG)“<sup>3</sup> Auskunft. Dezidiert ist dabei die Perspektive von Menschen mit Behinderungen beachtet. Die Einführung der Frauenbeauftragten ist hierbei bewusst ausgespart, da diese weitergehende Themenbereiche berührt (vgl. Schachler 2018), die in dem vorliegenden Rahmen nicht behandelt werden konnten.

### III. Methodisches Vorgehen

Die explorative Studie ist als Momentaufnahme angelegt. Tabelle 1 zeigt das realisierte Forschungsdesign. Um detaillierte Informationen über den fokussierten Inhalt sowie da-

---

<sup>3</sup> Die Studie wurde im Rahmen des Projektes „Partizipatives Monitoring der aktuellen Entwicklung des Rehabilitations- und Teilhaberechts“ durchgeführt (Auftrag und fachliche Begleitung durch Prof. Dr. Gudrun Wansing, Dr. Mario Schreiner, HU Berlin).



mit verbundene Einschätzungen zu gewinnen, wurde als Erhebungsmethode die ermittelnde Gruppendiskussion gewählt (vgl. Lamnek 1998, S. 29 f.). Bei der Auswahl der Teilnehmenden wurde darauf geachtet, die drei zentralen Stellen (Werkstatträte, Werkstattleitungen und Vertrauenspersonen) zu beteiligen, die von den Neuerungen der WMVO und deren Umsetzung betroffen sind. Hierzu wurde ein mehrperspektivisches Sampling verfolgt. Die Teilnehmenden wurden sowohl über offene Aufrufe der Interessenverbände als auch über gezielte Ansprachen gewonnen.

**Tabelle 1: Darstellung des Forschungsdesigns (orientiert an Flick 2010, S. 253)**

<b>Theoretischer Rahmen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Diskussion zur Berechtigung der WfbM im Hinblick auf die UN-BRK</li> <li>• Im Zuge des BTHG reformierte WMVO</li> </ul>
<b>Zielsetzung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Explorative Beschreibung des Umsetzungsstands der reformierten WMVO (bezogen auf Werkstatträte) unter besonderer Berücksichtigung der Sichtweisen von Menschen mit Behinderungen sowie der verschiedenen Akteure, die mit dem Thema befasst sind</li> </ul>
<b>Fragestellungen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wie werden die neuen Vorgaben der WMVO für Werkstatträte in der Praxis ausgestaltet und wahrgenommen?</li> <li>• Welchen Themen und Aspekten wird dabei besondere Relevanz zugesprochen?</li> <li>• Haben sich bereits Veränderungen ergeben?</li> </ul>
<b>Methodische Umsetzung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Qualitativer Erhebungszugang: leitfadengestützte Gruppendiskussionen</li> <li>• Auswertungsmethode: qualitative Inhaltsanalyse nach Kuckartz (2016)</li> </ul>
<b>Fallauswahl / Gruppenbildung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Primäre Teilnahme von Werkstatträt*innen, zudem von Geschäftsführungen/Werkstattleitungen sowie von Unterstützungs-/Vertrauenspersonen</li> <li>• Einbezug von Tätigkeitserfahrung auf den verschiedenen Ebenen (überregionale Interessenvertretung und einrichtungsbezogene, lokale WfbM)</li> <li>• Berücksichtigung der drei Arbeitsgrundlagen: WMVO, DWMV und CWMO</li> </ul>
<b>Zeitraumen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Durchführung der Gruppendiskussionen im Zeitraum April bis Juni 2018</li> </ul>

<b>Generalisierungsziele</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>In dem Sampling sind einflussreiche sowie unterschiedliche Fälle vertreten, was die Aussagereichweite erhöht. Ein Generalisierungsanspruch wird nicht erhoben</li> </ul>
------------------------------	---

Insgesamt wurden vier Gruppendiskussionen mit einem gesprächsunterstützenden Leitfaden durch die Autorin durchgeführt. Tabelle 2 zeigt eine Übersicht über die realisierte Gruppenbesetzung in der Reihenfolge der Durchführung. Mit den 18 Teilnehmenden sind insgesamt Personen aus **zehn verschiedenen Bundesländern** in den Diskussionen vertreten. Mit elf Werkstattrat\*innen ist dabei dezidiert die Teilnahme von Menschen mit Behinderungen berücksichtigt.

**Tabelle 2: Realisierte Gruppenbesetzung und eingenommene Perspektiven\***

Gruppe 1: Einrichtungsververtretungen und Unterstützungs-/Vertrauenspersonen	<ul style="list-style-type: none"> <li>Zwei Assistenz-/Vertrauenspersonen</li> <li>Drei Werkstattleitungen/Geschäftsführungen (davon einmal mit überregionaler Tätigkeit)</li> </ul>
Gruppe 2: Werkstattrat*innen und Unterstützungs-/Vertrauenspersonen	<ul style="list-style-type: none"> <li>Drei Werkstattrat*innen (davon zweimal mit überregionaler Tätigkeit)</li> <li>Zwei Assistenz-/Vertrauenspersonen</li> </ul>
Gruppe 3: Überregionale Werkstattrat*innen	<ul style="list-style-type: none"> <li>Vier Werkstattrat*innen mit überregionaler Tätigkeit</li> </ul>
Gruppe 4: Lokaler Werkstattrat	<ul style="list-style-type: none"> <li>Vier Werkstattrat*innen einer Einrichtung als natürliche Gruppe (ohne überregionale Tätigkeit)</li> </ul>

\* Aus Anonymitätsgründen sind die Angaben nicht weiter differenziert.

Die Amtserfahrungen als Werkstattrat\*in reichen bis zur Einführung der WMVO vor 17 Jahren zurück, die kürzeste Amtszeit liegt bei sechs Monaten. Die Arbeitserfahrung in oder mit WfbM umfasst in den Gruppen ein Spektrum von rund vier bis zu 40 Jahren. Auch die Größen der jeweils zugehörigen WfbM weisen eine große Spannweite von 130 bis zu über 3.000 Werkstattbeschäftigten auf. Alle teilnehmenden Assistenzen/Vertrauenspersonen sind auch überregional tätig. Teilweise nehmen sie zusätzlich geschäftsführende Funktionen in den Interessenvertretungen ein.

Die verschriftlichten Gesprächsinhalte der Gruppendiskussionen wurden anhand der inhaltlich strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse nach Kuckartz (2016) ausgewertet. Dabei wurden folgende Kategorien gebildet: Umsetzungsstand, Informationsstand, Ausstattung und Finanzierung, Bewertung, Vermittlungsstelle, sonstige aktuelle Veränderungen. Im folgenden Kapitel sowie in dem Teilbeitrag II werden zentrale Ergebnisse dargestellt.

#### **IV. Sind die Werkstatträte und -leitungen bereits gut informiert und wie ist die Umsetzung der Neuerungen bisher vorangeschritten?**

Um geltendes Recht wahrnehmen und nutzen zu können, braucht es zunächst ein Wissen über die dazugehörigen Normen (vgl. Baer 2017, S. 219 ff.). In dem vorliegenden Erhebungsmaterial zeigt sich zum Wissensstand der Neuerungen ein facettenreiches Bild.

##### **1. Ergebnisdarstellung: Inhalte aus der Erhebung zum Informationsstand**

###### **Die Informationsmöglichkeiten sind sehr gut**

Die vorhandenen Möglichkeiten für Werkstatträte, sich informieren zu können, werden in den Gruppendiskussionen als sehr gut eingeschätzt. So gibt es viele Publikationen in Leichter Sprache, Fortbildungen werden angeboten und genutzt. Empfohlen werden zudem Arbeitspapiere und der direkte Austausch untereinander. Vor allem die Beispiele von anderen Werkstatträten sind für die Umsetzung hilfreich, anschaulich und ideengebend. Geteilt wird die Einschätzung, dass ein Wissen über die Neuerungen bei den Werkstatträten noch nicht deren tatsächliche Umsetzung bedeutet. Um zu erlernen, mit den neuen Rechten und Verantwortungen umzugehen, wird ein Input von außen als notwendig angesehen.

###### **Werkstatträte sind (teilweise) informiert**

Die Einschätzungen zum Informationsstand der Werkstatträte fallen unterschiedlich aus. So wird einerseits benannt, dass lediglich interessierte sowie auf Landesebene tätige Werkstattrat\*innen von den Neuerungen wissen, aber noch nicht alle. In einer anderen Gruppe wird geäußert, dass die meisten Werkstattrat\*innen oder zumindest die ersten Vorsitzenden informiert sind und in einer bestimmten Region sogar alle. Geteilt wird die Einschätzung, dass es noch an einem Wissen darüber mangelt, was mit den Neuerungen gemacht werden kann und wie diese umgesetzt werden können. Betont wird dabei, dass es hierfür auch entsprechender Kompetenzen bedarf und es an einem Schulungsangebot zur Rechtsdurchsetzung für Werkstatträte mangelt, wie es in der folgenden Aussage zum Ausdruck kommt:

*„Also ist ja schön und gut, wenn ich weiß, was mir zusteht. Aber wenn ich nicht verhandeln kann, nützt mir das gar nichts. ... Also das ist wirklich ein Armutszeugnis, dass viele eben auch nicht wissen, wie sie es machen. Und da sollte man noch eben da ansetzen. Das ist ein Thema, wo es zu wenig gibt, ja. Also viel machen über Schulungen für das Grundwissen, aber nicht wie sie ihre/ sich durchsetzen können. Das fehlt noch eben. Das müsste eben noch ein bisschen mehr flächendeckender sein.“ (Werkstattrat lokal/überra.)*

Die von den teilnehmenden Werkstattrat\*innen genutzten Fortbildungsangebote weisen, bezogen auf den Umfang, ein großes Spektrum auf. Dieses reicht von einer achttägigen Schulung eines Werkstattrats bis zu einer singulären und als enttäuschend bewerteten Veranstaltung über das BTHG einer anderen Person. Im Saarland werden alle Werk-

staträte flächendeckend jeweils eine Woche geschult. Materialien in Leichter Sprache werden genutzt. Die Wissensaneignung erfolgte zudem über Gespräche und das „Zerpflücken“ der neuen Paragraphen auf Werkstattratssitzungen, aber auch in der Freizeit. Noch nicht alle teilnehmenden Werkstattrat\*innen haben an Informationsveranstaltungen zu den Neuerungen teilgenommen. So berichtet der lokale Werkstattrat, dass bei ihm lediglich die beiden Vorsitzenden die neue WMVO am Wochenende gelesen und in Werkstattratssitzungen darüber gesprochen haben, eine weitere Wissensaneignung ist bisher nicht erfolgt.

### **Für Leitungen wird ein Schulungsbedarf konstatiert**

In der Gesamteinschätzung sind lediglich interessierte Werkstattleitungen informiert. Manche Werkstaträte müssen ihre Leitung erst auf die Neuerungen aufmerksam machen und zeigen Eigeninitiative, damit etwas passiert. Der dringende Schulungsbedarf von Leitungen zur Umsetzung der Mitbestimmungsrechte wird geäußert. Deren mangelndes Wissen äußert sich auch, wenn es um die Finanzierung der Werkstattratsarbeit geht. Tabelle 3 zeigt fallbezogen, wie der Informationsstand der Werkstattleitungen in den verschiedenen Gruppen dargestellt wird.

**Tabelle 3: Fallbezogene Darstellung Informationsstand der Leitungen**

<b>Einrichtungsververtretungen &amp; Unterstützungs-/Vertrauenspersonen</b>
Interessierte Werkstattleitungen sind informiert, aber definitiv noch nicht alle. Manche Leitungen werden durch ihre Werkstaträte auf die Neuerungen aufmerksam gemacht. Eine Leitung benennt, dass sie die Neuerungen ab und an zur Umsetzung nachliest.
<b>Werkstattrat*innen &amp; Unterstützungs-/Vertrauenspersonen</b>
Bemängelt wird, dass Leitungen die Mitbestimmungsrechte nicht kennen, was zu deren Umsetzung dringend notwendig ist. Das Nichtwissen um die Inhalte der WMVO äußert sich auch, wenn es um die Finanzierung der Werkstattratsarbeit geht.
<b>Überregionale Werkstattrat*innen</b>
Der Wissensstand des Werkstattpersonals ist in der Einrichtung von einer Person schlecht, ohne den eigenen Input würde nichts passieren.
<b>Lokaler Werkstattrat</b>
Der Werkstattleiter hat ein Heft zum Nachlesen der Neuerungen. Es steht ein Wechsel in der Geschäftsführung an, ob die neue Person gut informiert ist, kann nicht eingeschätzt werden.

## **2. Ergebnisanalyse: Rechtskenntnis und Anspruchswissen**

In der Rechtssoziologie wird die tatsächliche, aktive Rechtsnutzung durch Einzelpersonen oder Gruppen als Mobilisierung von Recht bezeichnet. Nach Baer (2017, S. 219 ff.) lässt sich das dazu benötigte Wissen als grundlegendes, grobes Rechtsbewusstsein, als speziellere Rechtskenntnis und als individuell empfundenenes Anspruchswissen über

durchsetzbare Rechte differenzieren.<sup>4</sup> Mit dieser Unterscheidung lässt sich festhalten, dass die neuen Inhalte der WMVO mittlerweile als grobe Rechtskenntnis bei vielen Werkstatträtern angekommen sind. Jedoch hapert es noch an einem entsprechenden Anspruchswissen, das die zentralere Stufe der Rechtswahrnehmung bildet. Zudem lässt sich den Ergebnissen zufolge eine mangelnde Rechtskenntnis bei Werkstattleitungen konstatieren.

### 3. Ergebnisdarstellung: Inhalte aus der Erhebung zum Umsetzungsstand

Übereinstimmend wird in den Gruppen dargestellt, dass man bei der Umsetzung der Neuerungen noch am Üben ist, Routine hat sich noch nicht eingestellt. Langsam kommt die neue WMVO in vielen Werkstätten gut an, aber in kleineren noch lange nicht. In ein bis zwei Jahren könnte es nach Meinung eines Werkstattrats soweit sein, dass die Beteiligten nach der WMVO gut arbeiten können. Bezogen auf die eigene Einrichtung der Teilnehmenden zeigt sich eine große Spannweite in der realisierten Umsetzung. Diese reicht von maßgeblicher Einbeziehung und erwünschter Mitbestimmung, über die schleppend funktionierende Mitbestimmung, bis dahin, dass es Werkstatträtern noch sehr schwerfällt, die allgemeinen Möglichkeiten in die Umsetzung vor Ort zu transferieren und wahrzunehmen. Ein Werkstattleiter wünscht sich manchmal ein „stärkeres Gegenüber“, um nicht in den Verdacht der Manipulation zu kommen. Die Gruppe des lokalen Werkstattrats merkt, dass sie als Gremium nun mehr informiert und einbezogen, aber bei Angelegenheiten der Mitbestimmung auch weiterhin übergangen werden. Insgesamt erlebt diese Gruppe die Umsetzung der reformierten WMVO dennoch positiv, was sie mit dem Vergleich auf die ihnen zuvor nicht zugesprochenen Befugnisse begründen, wie es in folgendem Gesprächsausschnitt zum Ausdruck kommt:

„Werkstattrat lokal 3: ... *Die Gesetzeslage hat sich geändert. Und jetzt werden wir eben mehr gefragt. Das heißt, sollten die in der Werkstatt irgendwas vorhaben, werden wir gefragt, ob wir das wollen. Und also die sogenannte Mitbestimmung, das ist/ Ich finde es gut, dass wir einfach mehr gefragt werden. Weil zuvor wurde alles hinter unserem Rücken*

Werkstattrat lokal 2: *Beschlossen.*

Werkstattrat lokal 3: *beschlossen. Und wir hatten nichts zu mit/ Wir konnten nicht sagen "Nein, nein, so wollen wir das nicht" oder "Hey, können wir das anders machen".*  
Moderatorin: *Hm (bejahend).*

Werkstattrat lokal 2: *Läuft jetzt um einiges besser, ja."*

---

<sup>4</sup> Unter Rechtsbewusstsein wird ein grundlegendes und grobes Rechtswissen verstanden, eine Art Empfinden „*dafür, wie die Dinge an diesem Ort und zu dieser Zeit ... sein sollen*“ (Baer 2017, S. 220). Demgegenüber umfasst Rechtskenntnis das konkretere Wissen, jedoch auch eher bezogen auf einen groben Normgehalt, die „*message*“ (ebd., S. 222) als auf genaue Detailformulierungen. Anspruchswissen ist schließlich die persönliche Ansicht darüber, selbst eigene Rechte zu haben und darüber auch verfügen zu können (vgl. ebd.).

Die Mitbestimmungsrechte bedeuten insgesamt mehr Verantwortung für den Werkstatt- rat, was in den Diskussionen mehrfach betont wird. Die neuen Rechte auszufüllen ist ein Prozess, der nach Einschätzung der Gruppen 1 und 2 kleinschrittig erarbeitet und begleitet werden muss. Die erweiterten Beteiligungsrechte machen die Arbeit für Werk- statträt\*innen nun interessanter, aber bedeuten auch mehr Aufwand, vor allem, wenn Dinge von Seiten der Einrichtung zu kurzfristig angegangen werden. Der Wind wird für einen Werkstatt- rat nun spürbar rauer. Manche Werkstatt- rät\*innen haben Ängste, die Verantwortung auszufüllen. Wichtig ist nach Gruppe 3, dass die Endverantwortung für rechtliche Fragestellungen die Werkstatt trägt. Insgesamt werden die Werkstatt- räte von Leitungen und dem Werkstatt- personal zwar immer noch nicht ganz ernst genommen, trotzdem stärkt die Mitbestimmung vor allem bisher schwache Werkstatt- räte in ihrer Prä- senz und Durchsetzungskraft. Bei Werkstatt- räten, die vorher schon aktiv gefördert wur- den, hat sich das Verhältnis zur Leitung nicht wesentlich verändert.

#### **4. Ergebnisdarstellung: Inhalte aus der Erhebung zur Umsetzung konkreter Mit- bestimmungsrechte**

Erfahrungen mit konkreten Mitbestimmungsrechten werden für die Bereiche Ordnung und Verhalten im Werkstattbereich, soziale Aktivitäten der Werkstattbeschäftigten und Arbeitsentgelte benannt. Für den Bereich „Ordnung und Verhalten im Werkstattbereich“ bestehen ungeklärte Fragen, was die Auslegung und Reichweite dieses Mitbestim- mungsrechts angeht. Werkstatt- rät\*innen berichten, dass das Werkstatt- personal Mitbe- stimmungsrechte im Bereich soziale Aktivitäten missachtet bzw. so umbenennt, dass der Werkstatt- rat übergangen werden kann. Die genannten Erfahrungen mit der neuen Mitbestimmung in konkreten Anwendungsfällen sind vielfältig und reichen von einem Werkstatt- leiter, der eine Mitbestimmung des Werkstatt- rats richtiggehend einfordern muss, bis hin zu einem Werkstatt- rat, der sein Widerspruchsrecht nutzt und sich hier in dem großen Einrichtungsgefüge sogar in einer freieren Position als die eigene Leitung und die Mitarbeitervertretung erlebt. Tabelle 4 zeigt, wie konkrete Mitbestimmungsfälle in den einzelnen Gruppen dargestellt werden.

**Tabelle 4: Fallbezogene Darstellung – konkrete Mitbestimmungsrechte**

Einrichtungsververtretungen & Unterstützungs-/Vertrauenspersonen
In einer WfbM stand die Kündigung eines Werkstattvertrags an, wozu der Leiter vorab eine Stellungnahme des Werkstattrats einforderte. Für diesen war es schwierig, die mit dem Mitbestimmungsrecht einhergehende Verantwortung auszufüllen. Ob die Abmahnung für Werkstattbeschäftigte unter die Beteiligung des Werkstattrats fällt oder nicht, konnte ein anderer Werkstattleiter mit der WMVO nicht klären, er bezog den Werkstattrat ein.
Werkstatt*rät*innen & Unterstützungs-/Vertrauenspersonen
Ein Werkstattrat ist nun in der Lohnfindungsrunde mit einem Mitbestimmungsrecht immer dabei und passt auf, wenn es um Herabstufungen geht. Ein anderer Werkstattrat hat Widerspruch eingelegt, als es um die Neuordnung/Änderung der Entgeltordnung der Gesamteinrichtung ging. Hier erlebte er sich sogar in einer freieren Position als die Werkstattleitung und die Mitarbeitervertretung. Die Erfahrung wird als „Schattenboxen“, mit einhergehenden Nachteilen, aber letztlich als Erfolg beschrieben.
Überregionale Werkstatt*rät*innen
Es wird berichtet, dass Geschäftsführer vorhandene soziale Aktivitäten so umbenennen, dass diese im Wortlaut keinen Gegenstandsbereich des Mitbestimmungsrechts „soziale Aktivitäten der Werkstattbeschäftigten“ mehr bilden, um den Werkstattrat so umgehen zu können. Bspw. würden Sommerfeste in „Werbeaktion für die Werkstatt“ umbenannt oder die Weihnachtsfeier werde zu einem „Geschenk von der Werkstatt an die Beschäftigten“ umgetauft.
Lokaler Werkstattrat
Der Werkstattrat weiß, dass er im Bereich soziale Aktivitäten umgangen wird, wo er eigentlich Mitspracherecht hat und dieses auch wahrnehmen möchte. Wie er dies ändern könnte, stellt er nicht dar.

**V. Zwischenfazit: Partizipationsmöglichkeiten sind gegeben, jedoch in ihrer Reichweite noch nicht ausreichend bekannt**

Für die Stellung des Werkstattrats innerhalb der WfbM bedeutet die Ausweitung der Mitwirkungs- auf Mitbestimmungsrechte eine zentrale Änderung. Stufenmodelle, welche die Reichweite von Beteiligungsaktivitäten charakterisieren, gehen erst ab einer erfolgreichen Mitbestimmung an Entscheidungen von Partizipation aus (vgl. Arnstein 1969; Wright et al. 2010, S. 42). Als verpflichtend vorgesehene Gremien sind die Wirkungsmöglichkeiten der Werkstatt\*räte im Werkstattalltag nun verbindlich erhöht. Für Entscheidungen in gewissen Angelegenheiten ist es notwendig, dass deren Mitglieder nicht nur unterrichtet oder einbezogen werden, sondern auch, dass diese auf deren Zustimmung treffen und idealerweise mitgestaltet werden. Zudem kann der Werkstattrat auch von sich aus Initi-

ative ergreifen, welche nun eine höhere Wirkintensität bekommt. Diese mit der reformierten WMVO verbundenen Konsequenzen sind nach den dargestellten Ergebnissen bei vielen Beteiligten noch nicht in ihrer Reichweite angekommen. Lücken zeigen sich bspw. in der Rechtskenntnis von Leitungen oder dem mangelnden Anspruchswissen von Werkstatträ\*innen. Neben den subjektiven Komponenten der Wissensbestände hängt die aktive Inanspruchnahme von Recht jedoch auch von objektiven Komponenten ab. Der folgende **Teil II des Beitrags** stellt dar, welche Aspekte in den Gruppendiskussionen zur Umsetzung der WMVO besonders betont werden und zugleich solche objektiven Komponenten bilden. Zudem wird dort ein abschließendes Fazit bezogen auf die forschungsleitenden Fragestellungen und den Umsetzungsstand gegeben.

Weiterführend wird der erwartete Beitrag „Mitbestimmung light? Die Reform der Werkstätten-Mitwirkungsverordnung durch das Bundesteilhabegesetz – Teil III“ die Ergebnisse in den derzeitigen Fachdiskurs einordnen.

### Literaturangaben

Arnstein, S. R. (1969): A Ladder of Citizen Participation. Online verfügbar: <http://lithgow-schmidt.dk/sherry-arnstein/ladder-of-citizen-participation.html>, zuletzt abgerufen am 27.08.2018.

Baer, S. (2017): Rechtssoziologie. Eine Einführung in die interdisziplinäre Rechtsforschung. 3. Aufl. Baden-Baden.

Flick, U. (2010): 4.1 Design und Prozess qualitativer Forschung. In: Flick, U./von Kardorff, E./Steinke, I. (Hrsg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. 8. Aufl. Reinbek b. H., S. 252–265.

Kuckartz, U. (2016): Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung. 3. Aufl. Wiesbaden.

Lamnek, S. (1998): Gruppendiskussion. Theorie und Praxis. Weinheim.

Palleit, L. (2016): Inklusiver Arbeitsmarkt statt Sonderstrukturen. Warum wir über die Zukunft der Werkstätten sprechen müssen. <http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/show/inklusive-arbeitsmarkt-statt-sonderstrukturen>, zuletzt abgerufen am 27.08.2018.

Rambašek, T. (2017): Behinderte Rechtsmobilisierung. Eine rechtssoziologische Untersuchung zur Umsetzung von Artikel 19 der UN-Behindertenrechtskonvention. Wiesbaden.

Schachler, V. (2018): Frauenbeauftragte in Werkstätten für behinderte Menschen: Zusammenhänge der Einführung und verordnungsrechtliche Ausgestaltung. In: RP Reha – Recht und Praxis der Rehabilitation. Schwerpunkt Rehabilitation und Gender, Heft 2/2018, S. 39-46.



Schachler, V./Schreiner, M. (2017a): Mitbestimmung light? Die Reform der Werkstätten-Mitwirkungsverordnung durch das Bundesteilhabegesetz – Teil I: Mitbestimmungsrechte und Ressourcenstärkung; Beitrag B2-2017 unter [www.reha-recht.de](http://www.reha-recht.de); 26.04.2017.

Schachler, V./Schreiner, M. (2017b): Mitbestimmung light? Die Reform der Werkstätten-Mitwirkungsverordnung durch das Bundesteilhabegesetz – Teil II: Frauenbeauftragte und kirchenrechtliche Verordnungen; Beitrag B3-2017 unter [www.reha-recht.de](http://www.reha-recht.de); 28.04.2017.

Wright, M. T./von Unger, H./ Block, M. (2010): Partizipation der Zielgruppe in der Gesundheitsförderung und Prävention. In: Wright, M. T. (Hrsg.): Partizipative Qualitätsentwicklung in der Gesundheitsförderung und Prävention. Bern, S. 35–52.

---

Ihre Meinung zu diesem Fachbeitrag ist von großem Interesse für uns.  
Wir freuen uns auf Ihren Kommentar auf [www.reha-recht.de](http://www.reha-recht.de).

---

– Fachbeitrag B2-2017 –

26.04.2017

## **Mitbestimmung light? Die Reform der Werkstätten-Mitwirkungsverordnung durch das Bundesteilhabegesetz Teil I: Mitbestimmungsrechte und Ressourcenstärkung<sup>1</sup>**

*Von Viviane Schachler, Hochschule Fulda, und Dr. Mario Schreiner, Universität Kassel*

### **I. Arbeitnehmerähnlicher Rechtsstatus als Ausgangspunkt zum Werkstattrat**

Personen, die Leistungen nach § 41 Sozialgesetzbuch (SGB) IX (ab 1. Januar 2018 § 58 SGB IX) erhalten und in Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) beschäftigt sind, haben seit 1996 einen arbeitnehmerähnlichen Rechtsstatus. Dieser wurde erstmalig in § 54b im Rahmen einer Novelle des Schwerbehindertengesetzes (SchwbG) festgeschrieben. Der Rechtsstatus der Werkstattbeschäftigten, sprich der Beschäftigten im Arbeitsbereich der WfbM, wurde später in § 138 des SGB IX und in dem zum Ende des Jahres 2016 verabschiedeten Bundesteilhabegesetz (BTHG) (ab 1. Januar 2018 § 221 SGB IX) im Wortlaut übernommen.<sup>2</sup> Aus dieser besonderen Form des Beschäftigungsverhältnisses ergeben sich Differenzen zu Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt.<sup>3</sup> Einer der resultierenden Unterschiede ist, dass die Interessen der WfbM-Beschäftigten nicht in einem Betriebsrat – wie auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt üblich –, sondern durch einen Werkstattrat vertreten werden. Die Bildung von Werkstatträten als Beteiligungsgremium ist seit der Änderung des SchwbG in 1996 vorgeschrieben. Allerdings waren zu diesem Zeitpunkt Art und Umfang der Beteiligung noch nicht rechtsverbindlich geregelt, sie wurden in den Werkstätten vielmehr auf der Grundlage individueller Absprachen festgelegt. Erst im Zuge der Einführung des SGB IX im Jahre 2001 wurde die Mitwirkung von Werkstattbeschäftigten rechtsverbindlich geregelt (§ 139 SGB IX; ab 1. Januar 2018 § 222 SGB IX). Weitergehende Verordnungsermächtigungen zum Werkstattrat greift § 144 Abs. 2 SGB IX (ab 1. Januar 2018 § 227

---

<sup>1</sup> Dieser Beitrag wurde unter [www.reha-recht.de](http://www.reha-recht.de) als Fachbeitrag B2-2017 in der Kategorie B: Arbeitsrecht veröffentlicht; Zitiervorschlag: Schachler/Schreiner: Mitbestimmung light? Die Reform der Werkstätten-Mitwirkungsverordnung durch das Bundesteilhabegesetz – Teil I: Mitbestimmungsrechte und Ressourcenstärkung; Beitrag B2-2017 unter [www.reha-recht.de](http://www.reha-recht.de); 26.04.2017.

<sup>2</sup> In den WfbM werden auch Leistungen im Berufsbildungsbereich, Eingangsverfahren (§ 40 SGB IX, ab 1. Januar 2018 § 57 SGB IX) und den angegliederten Förder- oder Tagesstätten erbracht (§ 136 Abs. 3 SGB IX, ab 1. Januar 2018 § 219 Abs. 3 SGB IX). Personen, die diese Leistungen in Anspruch nehmen, haben einen anderen Rechtsstatus.

<sup>3</sup> Vgl. z. B. Cramer 2009, 24 f. zum Rechtsstatus Werkstattbeschäftigter.

Abs. 2 SGB IX) auf. Dieser legt fest, dass die Zusammensetzung, Aufgaben und Befugnisse des Werkstattrates in einer Verordnung zu erlassen sind und stellt somit die Grundlage der 2001 erlassenen Werkstätten-Mitwirkungsverordnung (WMVO) dar.

Im Zuge der Einführung des Bundesteilhabegesetzes wurde auch die WMVO mit Gültigkeit zum 01.01.2017 erstmalig reformiert. Mit der Neufassung sollen die Werkstatträte weitreichend in ihrer Position und ihren Rechten gestärkt werden. Es stellt sich jedoch die Frage, ob mit den Neuerungen die gewünschten Wirkungen faktisch erreicht werden. Im Vergleich mit den Befugnissen der Betriebsräte auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt deutet wenig auf eine gleichrangige Stellung der Werkstatträte hin, objektiv betrachtet scheint es sich vielmehr um eine „Lightversion“ von Mitbestimmung zu handeln. Im vorliegenden sowie einem zweiten anknüpfenden Beitrag (B3-2017) werden Aufgaben und Funktionen der Werkstatträte beschrieben und die aus der Neufassung des SGB IX und der WMVO resultierenden Veränderungen aufgegriffen sowie sich möglicherweise ergebende Konsequenzen für Werkstatträte und Werkstattbeschäftigte kritisch erläutert.

## II. Allgemeine Aufgaben der Werkstatträte

Betriebliche Partizipation von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ist in Deutschland mittels abgestufter Beteiligungsrechte organisiert. In verschiedenen betrieblichen Angelegenheiten bestehen nach dem Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) für den Betriebsrat Unterrichts-, Beratungs- und Vorschlagsrechte, die in Summe lediglich Mitwirkungsrechte darstellen, bei denen die letzte Entscheidungshoheit (auch bei vorhandenen Meinungsverschiedenheiten) beim Arbeitgeber verbleibt. Demgegenüber verschiebt sich bei den vorhandenen Mitbestimmungsrechten die Entscheidungsmacht zu einem paritätischen Verhältnis, bei dem beide Parteien eine gleichwertige Position einnehmen. Wird in Angelegenheiten der Mitbestimmung kein Konsens erreicht, können Entscheidungen den vorhandenen Einigungsstellen übertragen werden.<sup>4</sup> Laut des neu gefassten § 1 Abs. 1 der WMVO<sup>5</sup> vertreten Werkstatträte durch Mitwirkung und nunmehr auch Mitbestimmung alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einem arbeitnehmerähnlichen Rechtsverhältnis in WfbM. Durch das BTHG ist der Geltungsbereich der Verordnung durch Regelungen zur „Interessenvertretung der in Werkstätten beschäftigten behinderten Frauen durch Frauenbeauftragte“ (§ 1 Abs. 1 WMVO) erweitert worden.<sup>6</sup>

Grundsätzlich hat der Werkstatttrat die Aufgabe, „darüber zu wachen, dass die zugunsten der Werkstattbeschäftigten geltenden Gesetze, Verordnungen, Unfallverhütungsvorschriften und mit der Werkstatt getroffenen Vereinbarungen durchgeführt werden“ (§ 4

---

<sup>4</sup> Vgl. Kißler et al. 2011, S. 65.

<sup>5</sup> In der Neufassung der WMVO ist die Abfolge der Paragraphen unverändert geblieben. Neu eingeführt wurde der Abschnitt 4a mit den §§ 39 a–c WMVO.

<sup>6</sup> Vgl. Teil II des Beitrags „Frauenbeauftragte und kirchenrechtliche Verordnungen“, Abschnitt II.

Abs. 1 WMVO). Hierzu gehören vor allem arbeitsrechtliche Vorschriften und Grundsätze, die das arbeitnehmerähnliche Rechtsverhältnis betreffen. Beispielsweise:

- Beschäftigungszeiten
- Persönlichkeitsbildung der Werkstattbeschäftigten
- Urlaubsregelungen
- Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall und Vergütung an Feiertagen
- Umsetzung des Mutterschutzes, der Elternzeit, des Persönlichkeitsschutzes und der Haftungsbeschränkung (§ 4 Abs. 1 Nr. 1 WMVO).

Zum allgemeinen Aufgabenbereich der Werkstattträte gehört es, zu prüfen, ob die bedingt durch die Fürsorgepflicht geltenden Mitwirkungs- und Beschwerderechte und die Vorgaben zur Ausgestaltung der Werkstattverträge der Werkstattbeschäftigten durch die Werkstatt<sup>7</sup> beachtet werden (vgl. § 4 Abs. 1 WMVO). Weiter sind Aufgaben des Werkstattrates, Maßnahmen bei der Werkstatt zu beantragen, die dem Betrieb der Werkstatt und den Werkstattbeschäftigten dienen (vgl. § 4 Abs. 2 WMVO) sowie die Entgegennahme der Anregungen und Beschwerden von Werkstattbeschäftigten, falls diese berechtigt sind (vgl. § 4 Abs. 3 WMVO).

Damit der Werkstatttrat seinen Aufgaben nachkommen kann, besteht grundsätzlich eine Informationspflicht zu aktuellen Ereignissen, zukünftigen Planungen u. v. m. seitens der Werkstatt. Es ist vorgesehen, dass sich die Werkstatt und der Werkstatttrat i. d. R. monatlich absprechen (§ 8 WMVO). In der Praxis können je nach Werkstattstruktur unterschiedliche Personen damit gemeint sein, bspw. Geschäftsführer, Werkstatt- oder Betriebsstättenleiterinnen bzw. -leiter. Darüber hinaus hat der Werkstatttrat die Pflicht, mindestens einmal jährlich eine Werkstattversammlung der Werkstattbeschäftigten einzuberufen (§ 9 WMVO).

Die Aufgaben des Werkstattrates erstrecken sich demnach umfänglich auf die Belange der Werkstattbeschäftigten im betrieblichen Alltag der WfbM und sie sind in ihrer grundsätzlichen Ausrichtung mit denen eines Betriebsrates auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu vergleichen. Allerdings sind die Befugnisse des Werkstattrates nicht so umfänglich, wie sie das BetrVG vorsieht. Wie folgend erläutert wird, werden mit der Neufassung der WMVO die Rechte des Werkstattrates jedoch gestärkt und in Teilen erweitert.

---

<sup>7</sup> In der WMVO wird grundsätzlich davon gesprochen, dass der „Werkstatt“ bestimmte Aufgaben obliegen, so dass diese also die Gegenpartei des Werkstattrats darstellt.

### III. Legitimation und Struktur der Werkstatträte

Die Werkstatträte werden durch die Werkstattbeschäftigten mit einem arbeitnehmerähnlichen Rechtsverhältnis gewählt. Wahlberechtigt sind alle Beschäftigten mit diesem Status im Arbeitsbereich. Wählbar sind diese, wenn sie wenigstens seit sechs Monaten in der WfbM beschäftigt sind (vgl. § 139 Abs. 3 SGB IX, ab 1. Januar 2018 § 222 Abs. 3 SGB IX; § 10, 11 WMVO). Die Teilnehmenden im Eingangsverfahren und Berufsbildungsbereich nehmen nicht an den Wahlen des Werkstattrats teil. Die Rechtsstellung der Beschäftigten im Eingangsverfahren und im Berufsbildungsbereich richtet sich nach § 36 SGB IX (ab 1. Januar 2018 § 52 SGB IX), wonach diese optional eigene Vertretungen zu ihrer Mitwirkung wählen können. Die Struktur und Kompetenzbereiche dieser Vertretungen sind nicht weiter geregelt. Der Werkstattrat soll jedoch „die Interessen der im Eingangsverfahren und im Berufsbildungsbereich der Werkstätten tätigen behinderten Menschen in angemessener und geeigneter Weise“ (§ 139 Abs. 1 Satz 2 SGB IX; ab 1. Januar 2018 § 222 Abs. 1 Satz. 2 SGB IX) beachten, wenn diese über keine eigenen Vertretungen verfügen. Eine personale Interessenvertretung für den Förderbereich bzw. die Förderstätten unter dem Dach der Werkstatt ist nicht vorgesehen. Die Beschäftigten im Berufsbildungsbereich sowie die Menschen in den Förderbereichen verfügen in der betrieblichen Praxis der WfbM i. d. R. über keine eigenständige Interessenvertretung, mitunter werden einzelne Vertreterinnen oder Vertreter jedoch bei den Werkstattratssitzungen involviert.<sup>8</sup>

Analog zum Betriebsrat beträgt die regelmäßige Amtszeit des Werkstattrats vier Jahre. In der alten Fassung der WMVO bestand der Werkstattrat aus mindestens drei gewählten Vertreterinnen und Vertretern, was in der Neufassung ebenfalls Gültigkeit behält. Allerdings verändert sich die Staffelung der Anzahl der Werkstatratsmitglieder. Die Neufassung der Verordnung erweitert die Berechnung der Mitglieder auf der Grundlage der Beschäftigtenzahl der jeweiligen WfbM. Vormalig konnte ein Werkstattrat maximal sieben Personen umfassen. Laut der WMVO-Neufassung ist es nun möglich, dass dieser künftig zwischen drei und dreizehn Mitglieder umfasst (vgl. Tabelle 1).

---

<sup>8</sup> Diese Beschreibung generiert sich aus Gesprächen der Autorin mit Werkstatträten aus verschiedenen Einrichtungen bzw. den Praxiserfahrungen des Autors, die nicht empirisch belegt sind. Inhaltlich deutet sich hier ein Forschungsdesiderat an.

**Tabelle 1: Anzahl der Mitglieder des Werkstattrates nach Größe der WfbM (eigene Darstellung nach § 3 Abs. 1 WMVO)**

Anzahl der wahlberechtigten Werkstattbeschäftigten	Anzahl der Mitglieder des Werkstattrates
bis 200 Wahlberechtigte	drei Mitglieder
201 bis 400 Wahlberechtigte	fünf Mitglieder
401 bis 700 Wahlberechtigte	sieben Mitglieder
701 bis 1.000 Wahlberechtigte	neun Mitglieder
1.001 bis 1.500 Wahlberechtigte	elf Mitglieder
mehr als 1.500 Wahlberechtigte	dreizehn Mitglieder

Im Vergleich zur Zahl der Betriebsratsmitglieder nach § 9 BetrVG fällt die Mitgliederanzahl des Werkstattrats jedoch weiterhin geringer aus. So gibt das BetrVG für die Arbeitnehmervertretung deutlich höhere Mitgliederzahlen vor, beispielsweise bei 201 bis 400 Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmern neun oder bei 1.501 bis 2.000 Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmern 17 Mitglieder. Im Rahmen des Gesetzgebungsprozesses zum BTHG und der Neufassung der WMVO wurde nicht erläutert oder begründet, weshalb der Werkstattrat weiterhin personell geringer ausgestattet bleibt als Betriebsräte auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt. Da mit einer höheren Anzahl von Werkstattträten Mehrkosten für die Träger der Eingliederungshilfe einhergehen, könnte man hier einen ökonomischen Zusammenhang vermuten. So wird Mitte 2016 angegeben, dass die Tageskostensätze der Werkstätten für die Arbeit der Werkstattträte ca. 0,50 € pro Tag und Beschäftigten umfassen und mit der Ressourcenerweiterung der Werkstattträte eine Kostenerhöhung von rund 1 Million Euro zu erwarten ist.<sup>9</sup>

Neben der Möglichkeit, die vorsitzende Person des Werkstattrats ab 200 Wahlberechtigten freizustellen, werden die Ressourcen des Werkstattrats durch eine mögliche Freistellung des bzw. der stellvertretenden Vorsitzenden ab 700 Werkstattbeschäftigten (§ 37 Abs. 3 Satz 3 WMVO) erweitert (vgl. Tabelle 2). Auch diese Neuerung bleibt hinter den Freistellungsregelungen nach § 38 BetrVG zurück. Gründe dafür wurden auch in diesem Punkt nicht dargelegt. Ergänzt werden die Rechte des Werkstattrats durch die Erhöhung des Schulungsanspruchs (§ 37 Abs. 4 Satz 2 WMVO). Neu ist auch, dass die Werkstatt künftig die Kosten tragen muss, die durch die überregionale Interessenvertretung der Werkstattträte auf Bundes- oder Landesebene entstehen (§ 39 Abs. 1 Satz 2 WMVO). Eine größere Wahlfreiheit wird dem Werkstatttrat zudem bei der Auswahl seiner Vertrauensperson eingeräumt, die er zu seiner Unterstützung einsetzen kann. Anders als bisher muss diese nicht mehr zwingend dem Fachpersonal der Werkstatt angehören

<sup>9</sup> Vgl. Bundesregierung 2016, S. 219.

(§ 39 Abs. 3 Satz 1 WMVO). Denkbar wären bspw. durch den Werkstatttrat ausgewählte externe Unterstützungspersonen, wie dies in Hamburg bereits erfolgreich praktiziert wird.

**Tabelle 2: Änderungen der Ressourcen des Werkstatttrats  
(eigene Darstellung nach WMVO)**

Bisherige Vorgaben der WMVO	Neue Regelung der WMVO
<ul style="list-style-type: none"> <li>Die Freistellung des/der Vorsitzenden ist ab 200 Wahlberechtigten möglich.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Zusätzlich ist die Freistellung des/der stellvertretenden Vorsitzenden ab 700 Wahlberechtigten möglich.</li> </ul>
<ul style="list-style-type: none"> <li>Der Schulungsanspruch bei wiederholter Amtsausführung beträgt <b>10</b> Tage pro regelmäßigem Amtszeitraum.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Der Schulungsanspruch bei wiederholter Amtsausführung beträgt <b>15</b> Tage pro regelmäßigem Amtszeitraum.</li> </ul>
<ul style="list-style-type: none"> <li>Die Kostenübernahme bei Tätigkeiten des Werkstatttrats der überregionalen Interessenvertretung ist nicht geregelt.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Die Kosten der überregionalen Interessenvertretung müssen durch die Werkstatt übernommen werden.</li> </ul>
<ul style="list-style-type: none"> <li>Die Vertrauenspersonen müssen dem Fachpersonal der Werkstatt angehören.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Die Vorgabe zur Wahl der Vertrauensperson aus dem Kreis des Fachpersonals entfällt.</li> </ul>

#### IV. Novum Mitbestimmung – Was ändert sich bei den Beteiligungsrechten?

Im Rahmen der Reform der WMVO kommt es zur Ausweitung der bisherigen Rechte des Werkstatttrats. Im Kern werden ausgewählte Inhalte vorheriger Mitwirkungsfälle in neun einzelne Mitbestimmungsrechte überführt (vgl. Tabellen 3 und 4). Im Kompetenzbereich der Mitwirkung verbleiben fünf bisherige Angelegenheiten, die jedoch um drei Neuerungen ergänzt werden. Zum einen ist künftig vorgesehen, dass zur Mitwirkung bei der „Darstellung und Verwendung des Arbeitsergebnisses“ (§ 5 Abs. 1 Nr. 1 WMVO) die monetären Verhältnisse auch in Leichter Sprache darzulegen sind. Zum anderen ist die Gestaltung der Arbeitskleidung nunmehr auch als Mitwirkungsfall aufgeführt. Dies deutet an, dass in der WMVO im Unterschied zum BetrVG den im Alltag konkret erlebbaren Themen eine größere Bedeutung zukommt. So ist ein Beteiligungsrecht des Betriebsrats bei der Gestattung von Arbeitskleidung im BetrVG nicht separat aufgeführt, jedoch durch das Mitbestimmungsrecht in Fragen der Ordnung und des Verhaltens der Beschäftigten im Betrieb nach § 87 Abs. 1 Nr. 1 BetrVG mit abgedeckt. Neu eingeführt wird das Mitwirkungsrecht des Werkstatttrats bei der dauerhaften Arbeitsplatzumsetzung von Beschäftigten, sofern dies verlangt wird. Im Falle der Umsetzung besteht darüber hinaus auch weiterhin immer ein Unterrichtsrecht des Werkstatttrats (§ 7 Abs. 1 WMVO). Das heißt, dass der Werkstatttrat über die Umsetzung rechtzeitig und umfassend mittels der notwendigen Unterlagen zu unterrichten ist. Dies greift ebenfalls im Falle der Einstellung oder der Ver- bzw. Umsetzung des Fachpersonals (§ 7 Abs. 1 Nr. 3 WMVO).

Für die insgesamt drei Unterrichtsrechte nach § 7 WMVO gibt es in der Reform keine inhaltlichen Änderungen oder erweiterte Befugnisse.

In den Bereichen, in denen für den Werkstattrat nach § 5 WMVO ein Mitwirkungs- und nunmehr auch Mitbestimmungsrecht besteht, ist die Werkstatt verpflichtet, den Werkstattrat „vor Durchführung der Maßnahme rechtzeitig, umfassend und in angemessener Weise zu unterrichten und anzuhören“ (§ 5 Abs. 3 Satz 1 WMVO). Kommt es zwischen den Parteien zu einem inhaltlichen Dissens, kann sowohl die Werkstatt als auch der Werkstattrat die Vermittlungsstelle einschalten (§ 5 Abs. 3 Satz 3 WMVO), die als Schlichtungsinstanz nach § 6 WMVO besteht. Die Vermittlungsstelle setzt sich unverändert aus drei Personen zusammen: zwei paritätisch von Werkstattrat und Werkstatt benannte Beisitzerinnen bzw. Beisitzer sowie einer thematisch bewanderten Person, auf den sich die Parteien einigen müssen und welche den Vorsitz der Schlichtungsinstanz einnimmt (§ 6 Abs. 1 WMVO). Wird die Vermittlungsstelle von Werkstattrat oder Werkstatt involviert, muss diese einen Einigungsvorschlag innerhalb von zwölf Tagen beschließen. Falls dieser Zeitraum in den Mitwirkungsfällen nach § 5 Abs. 1 nicht eingehalten wird, zählt die Entscheidung der Werkstatt (§ 6 Abs. 3 Satz 4 WMVO). Nach den neuen Vorgaben hat die Vermittlungsstelle zudem „unverzüglich tätig zu werden“ (§ 6 Abs. 2 Satz 1).

In den Bereichen, in denen für den Werkstattrat ein Mitwirkungsrecht besteht, muss die Werkstatt wie bisher einen Einigungsvorschlag der Vermittlungsstelle zwar berücksichtigen, ist jedoch zur letztlichen Entscheidung befugt (§ 5 Abs. 4 WMVO). Tritt dieser Fall für ein nunmehr bestehendes Mitbestimmungsrecht des Werkstattrats auf, kommt es zum eigentlichen Novum der Reform: der Vermittlungsstelle obliegt die endgültige Entscheidung, sofern es sich nicht um einen Bereich handelt, der auch die nicht behinderten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Werkstatt (als Gegenstand der Arbeitnehmervertretung) betrifft und nur einheitlich geregelt werden kann (§ 5 Abs. 5 WMVO).

Handelt es sich im Streitfall nun um einen Sachverhalt, der auch die Arbeitnehmervertretung der nicht behinderten Beschäftigten tangiert, „haben die Beteiligten auf eine einvernehmliche Regelung hinzuwirken“ (§ 5 Abs. 6 Satz 1 WMVO). Da sich die WMVO in Anlehnung an das BetrVG entwickelt hat, liegen in den Angelegenheiten der Beteiligung durchaus Überschneidungen vor. Beispielsweise für die Mitbestimmungsbereiche der Ordnung und des Verhaltens der Werkstattbeschäftigten im Arbeitsbereich, der Arbeitszeitgestaltung oder der Urlaubsplanung (§ 87 Abs. 1 BetrVG).<sup>10</sup> Käme es nun in einer dieser Angelegenheiten zum Dissens zwischen Werkstattrat und Werkstatt, bliebe zwar eine „ergänzende Vereinbarung besonderer behindertenspezifischer Regelungen zwischen Werkstattrat und Werkstatt [...] unberührt“ (§ 5 Abs. 6 Satz 1 WMVO), dennoch ersetzt der „Einigungsvorschlag der Vermittlungsstelle [...] nicht die Entscheidung der Werkstatt“ (§ 6 Abs. 3 Satz 1 WMVO). In Zweifelsfällen verbleibt die endgültige Entscheidung demnach bei der Werkstatt.

---

<sup>10</sup> Vgl. auch Cramer 2009, S. 400.



**Tabelle 3: Änderungen der Mitwirkungsrechte durch die neuen Vorgaben der WMVO (eigene Darstellung nach § 5 WMVO alte und neue Fassung)**

Bisherige Vorgaben § 5 WMVO zu <u>Mitwirkungsrechten</u>	Neue Regelung § 5 WMVO zu <u>Mitwirkungsrechten</u>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Darstellung / Verwendung des Arbeitsergebnisses; Gestaltung der Arbeitsentgelte und Auszahlungsmodalitäten</li> <li>• Gesundheitsschutz und Unfallverhütungsvorschriften</li> <li>• Fort- und Weiterbildung, arbeitsbegleitende Maßnahmen, Übergang auf den allgemeinen Arbeitsmarkt</li> <li>• Gestaltung der Arbeit (Plätze, Ablauf, Umgebung) und von Sanitär-/ Aufenthaltsräumen</li> <li>• Bauliche oder grundlegende organisatorische Veränderungen</li> <li>• Ordnung im Arbeitsbereich/ Werkstattordnung</li> <li>• Beschäftigungszeiten</li> <li>• Urlaubsgrundsätze und Urlaubsplanung; Festlegung des Urlaubs für einzelne Werkstattbeschäftigte, bei fehlendem Einvernehmen mit der Werkstatt</li> <li>• Überwachende technische Einrichtungen</li> <li>• Verpflegung</li> <li>• Soziale Aktivitäten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Darstellung / Verwendung des Arbeitsergebnisses – <b>Neu!</b> <u>auch in Leichter Sprache</u></li> <li>• Gesundheitsschutz und Unfallverhütungsvorschriften</li> <li>• „Weiterentwicklung der Persönlichkeit und Förderung des Übergangs auf den allgemeinen Arbeitsmarkt“</li> <li>• Gestaltung der Arbeit (Plätze, Ablauf, Umgebung, Verfahren, <b>Neu!</b> <u>Arbeitskleidung</u>)</li> <li>• Bauliche oder grundlegende organisatorische Veränderungen</li> <li>• <b>Neu!</b> <u>Arbeitsplatzumsetzung, auf Wunsch der Betroffenen</u></li> </ul>

Es wird befürchtet, dass mit dieser Regelung die neuen Mitbestimmungsrechte faktisch „ausgehobelt“ werden. Noch vor der Verabschiedung des BTHG wurde von den Fachverbänden<sup>11</sup> kritisiert, dass „die dem Werkstatttrat eingeräumten Mitbestimmungsrechte in Mitwirkungsrechte ‚umgewandelt‘ [werden – d. Verf.], sobald eine Angelegenheit nur einheitlich für Arbeitnehmer und Werkstattbeschäftigte geregelt werden kann. Mit der [...] Regelung wird das zugegebenermaßen bestehende Spannungsverhältnis zwischen den Mitbestimmungsrechten des Werkstatttrats und des Betriebsrats/ Personalrats damit einseitig zu Lasten der Werkstattbeschäftigten gelöst.“<sup>12</sup>

<sup>11</sup> Die Fachverbände für Menschen mit Behinderung bezeichnet die gemeinsame Vertretung des Bundesverbands evangelische Behindertenhilfe e. V., des Bundesverbands für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e. V., der Bundesvereinigung Lebenshilfe e. V., der Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie e. V. sowie des Bundesverbands anthroposophisches Sozialwesen e. V. Weiterführende Informationen: <http://www.diefachverbaende.de> (Stand: 20.02.2017).

<sup>12</sup> Deutscher Bundestag 2016, S. 88.

Die neuen Mitbestimmungsrechte des Werkstattrats in Angelegenheiten der Verpflegung und der Gestaltung von Sanitär- und Aufenthaltsräumen (§ 5 Abs. 2 Nr. 5 und Nr. 8 WMVO) sind erst seit dem Regierungsentwurf des BTHG vom 22.06.2016 vorgesehen.<sup>13</sup> In dem vorherigen Referentenentwurf vom 26.04.2016 waren diese noch als Mitwirkungsrechte gestaltet.<sup>14</sup> Mit diesen Änderungen wurden Forderungen der Werkstattträte Deutschland und der Bundesvereinigung Lebenshilfe aufgegriffen.<sup>15</sup> Nicht aufgenommen wurde u. a. die Forderung zur Einführung von eigenen Werkstattträten für separate Betriebsstätten, was mit einer befürchteten unterschiedlichen Meinungsbildung der separaten Räte und deren möglichen Schwächung gegenüber der Werkstatt begründet wird.<sup>16</sup>

**Tabelle 4: Änderungen der Mitbestimmungsrechte durch die neuen Vorgaben der WMVO**

Bisherige Vorgaben § 5 WMVO zu <u>Mitbestimmungsrechten</u> (vereinfachte Darstellung)	Neue Regelung § 5 WMVO zu <u>Mitbestimmungsrechten</u> (vereinfachte Darstellung)
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Keine</li> <li>• Optional nach einvernehmlicher Vereinbarung<sup>17</sup></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ordnung im Arbeitsbereich / Werkstattordnung</li> <li>• Beschäftigungszeiten</li> <li>• Urlaubsplangrundsätze</li> <li>• Überwachende technische Einrichtungen</li> <li>• Verpflegung</li> <li>• Soziale Aktivitäten</li> <li>• Gestaltung der Arbeitsentgelte und Auszahlungsmodalitäten</li> <li>• „Grundsätze für die Fort- und Weiterbildung“</li> <li>• „Gestaltung von Sanitär- und Aufenthaltsräumen“</li> <li>• Optional: weitere Formen der Beteiligung</li> </ul>

Gemäß den erfolgten Änderungen heißt es künftig auch in der Werkstattverordnung (WVO): „Die Werkstatt hat den Menschen mit Behinderungen im Sinne des § 13 Absatz 1 Satz 1 eine angemessene Mitbestimmung und Mitwirkung durch Werkstattträte [...] zu ermöglichen“ (§ 14 WVO). Jedoch wurde die Erweiterung nicht in den Wortlaut

<sup>13</sup> Vgl. Bundesregierung 2016, S. 181.

<sup>14</sup> Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) 2016, S. 178 f., 180 f.

<sup>15</sup> Vgl. Werkstattträte Deutschland 2016, S. 7ff.; Bundesvereinigung Lebenshilfe e. V. 2016, S. 17.

<sup>16</sup> Vgl. Bundesregierung 2016, S. 375.

<sup>17</sup> Vgl. Cramer 2009, S. 401.

der Vorgaben zur Eltern- und Betreuerversammlung ergänzt. So heißt es wie bisher, die WfbM „unterrichten die Personen, die behinderte Menschen gesetzlich vertreten oder mit ihrer Betreuung beauftragt sind, einmal im Kalenderjahr in einer Eltern- und Betreuerversammlung in angemessener Weise über die Angelegenheiten der Werkstatt, auf die sich die Mitwirkung erstreckt“ (§ 222 Abs. 4 Satz 1 SGB IX ab 1. Januar 2018 – Hervorhebung d. Verf.). Hier stellen sich die Fragen, ob sich dieses Unterrichtsrecht – im Sinne einer stringenten Entwicklung – künftig nicht auch auf die Angelegenheiten der Mitbestimmung erstrecken soll und warum dieses an dieser Stelle nicht explizit aufgeführt ist.

## V. Fazit

Die Werkstattträte sollen durch die Einführung neuer Möglichkeiten der Mitwirkung und Mitbestimmung nach der Neufassung der WMVO in ihren Rechten gestärkt werden. Die (teilweisen) Veränderungen von Mitwirkungs- hin zu Mitbestimmungsrechten stellen einen Schritt in Richtung Partizipation an Regelungen und Abläufen des betrieblichen Alltags in den WfbM dar. Dennoch bleiben die Befugnisse der Werkstattträte hinter denen von Betriebsräten auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt deutlich zurück. So sieht das BetrVG eine stärkere Beteiligung bei allgemeinen personellen Angelegenheiten (§§ 92–95 BetrVG), weitergehende Mitbestimmungsrechte (§ 87 BetrVG), Vetorechte (etwa § 101 BetrVG) und einen weitaus stärkeren Zugang zum Arbeitsgericht (etwa § 23 Abs. 3 BetrVG) vor. Auch im Vergleich der zugesprochenen Arbeitsressourcen der Interessenvertretungen hinken die Ressourcen der Werkstattträte trotz der Neuerungen, etwa bei der Mitgliederanzahl oder der Freistellung, hinterher. Insgesamt bleiben die Rechte der Werkstattträte laut Harry Fuchs und Hans Nakielski (2016, S. 267) auch hinter denen der Schwerbehindertenvertretungen in Betrieben des allgemeinen Arbeitsmarktes zurück, und die Durchsetzungskraft des Werkstatttrats wird von diesen beiden Autoren trotz der Änderungen als eher gering eingestuft. Als mögliche Ursachen für die immer noch bestehenden Diskrepanzen der betrieblichen Beteiligung zwischen Personen mit einem arbeitnehmerähnlichen Status und Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitnehmern im Sinne des BetrVG lassen sich verschiedene Begründungszusammenhänge anführen: Beispielsweise, dass dem Personenkreis in WfbM die Kompetenzen für (betriebswirtschaftliche) Entscheidungen nicht zugetraut werden oder, dass mit einer Ausweitung der Beteiligungsrechte in WfbM immer auch Kostenfaktoren zu Lasten der Leistungsträger (wie in Abschnitt III dargestellt) einhergehen.<sup>18</sup>

Anlass zu weiterer Kritik bietet die Regelung zum einheitlichen Werkstatttrat für eine anerkannte WfbM inklusive aller Zweig- und Betriebsstätten. Dieser scheint in der Praxis vor strukturellen Problemen zu stehen, da Zweig- und Hauptwerkstätten in den bundesdeutschen Flächenstaaten häufig einige Kilometer entfernt voneinander liegen und oftmals eine schlechte Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr aufweisen, so-

---

<sup>18</sup> Vgl. Schlummer/Schütte 2006, S. 75; Wendt 2002, S. 323.

dass Zweigwerkstätten in einigen Gebieten Gefahr laufen, keinen Zugang zum Werkstatttrat zu haben bzw. der Werkstatttrat sich über das andersörtliche Geschehen persönlich schlecht informieren kann.

Trotz dieser Einschränkungen des Umfangs der Partizipationsmöglichkeiten im Vergleich zu Betriebsrat und Schwerbehindertenvertretung sowie den möglichen strukturellen Schwierigkeiten aufgrund der einheitlichen Vertretung, bedeuten die in der WMVO enthaltenen Neuregelungen eine Stärkung des Werkstattrates. Die Umwandlung von Mitwirkungs- zu Mitbestimmungsrechten ist ein weitreichender Schritt hin zur Mitsprache in den Werkstätten. Die Verstärkung von Tragweite und Verbindlichkeit der Entscheidungen der Vermittlungsstelle (§ 6 WMVO) stellt eine Verbesserung für die Durchsetzung der Belange der Werkstattbeschäftigten dar. Die Regelung ermöglicht unparteiische Entscheidungen in interessengeleiteten Streitfällen zum Wohle der gesamten Werkstatt. Ebenfalls bietet die Neuregelung, dass die Vertrauenspersonen des Werkstattrates nicht mehr zwangsläufig dem Fachpersonal der Werkstatt angehören müssen, die Chance, dass eine unabhängige Person den Werkstatttrat souverän unterstützen kann. Diese kann sich bei Bedarf auch für Positionen einsetzen, die beim Fachpersonal der Werkstatt und bei der Werkstatteleitung unpopulär sind. In der Praxis bleibt bzgl. der personellen Ausgestaltung des Amtes der Vertrauensperson allerdings abzuwarten, welche Personen bereit und geeignet sind, den Werkstatttrat zu unterstützen bzw. ob es trotz der geänderten Möglichkeiten überhaupt zu wahrnehmbaren Änderungen in der Besetzung kommen wird. In toto gilt es, kritisch zu beobachten, wie den seit Januar 2017 bestehenden neuen Rechten und Pflichten, insbesondere in den Bereichen der Mitbestimmung, in den Werkstätten in der Praxis zukünftig Folge geleistet werden wird.

## Literatur

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2016): Referentenentwurf des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen (Bundesteilhabegesetz – BTHG). Bearbeitungsstand: 26.04.2016. [http://www.gemeinsam-einfach-ma-chen.de/SharedDocs/Downloads/DE/AS/BTHG/Referentenentwurf\\_BTHG.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](http://www.gemeinsam-einfach-ma-chen.de/SharedDocs/Downloads/DE/AS/BTHG/Referentenentwurf_BTHG.pdf?__blob=publicationFile&v=2).

Bundesvereinigung Lebenshilfe e. V. (2016): Stellungnahme der Bundesvereinigung Lebenshilfe e. V. zum Referentenentwurf des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zum Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen (Bundesteilhabegesetz – BTHG). 18. Mai 2016. Zu finden unter dem Link: <https://www.lebenshilfe.de/wData/downloads/stellungnahmen/BVLH/BVLH-Stellungnahme-RefE-BMAS-BTHG.pdf?listLink=1>.

Bundesregierung (2016): Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen (Bundesteilhabegesetz – BTHG). Bear-

beitungsstand: 22.06.2016. [http://www.gemeinsam-einfach-machen.de/Shared-Docs/Downloads/DE/AS/BTHG/Gesetzentwurf\\_BTHG.pdf?\\_blob=publication-File&v=4](http://www.gemeinsam-einfach-machen.de/Shared-Docs/Downloads/DE/AS/BTHG/Gesetzentwurf_BTHG.pdf?_blob=publication-File&v=4).

Cramer, H. H. (2009): Werkstätten für behinderte Menschen. 5. Aufl. München.

Deutscher Bundestag (2016): Ausschussdrucksache 18(11)801 Materialien zur öffentlichen Anhörung von Sachverständigen in Berlin am 7. November 2016. <https://www.bundestag.de/blob/478802/8143f89ef011cff143f5c4c991d95433/materialzusammenstellung-data.pdf>.

Fuchs, H. /Nakielski, H. (2016): Entwurf des BTHG: Verbesserungen im Schwerbehindertenrecht. In: Soziale Sicherheit Nr. 7/2016, S. 267–268.

Kißler, L./Greifenstein, R./Schneider, K. (2011): Die Mitbestimmung in der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden.

Schlummer, W./Schütte, U. (2006): Mitwirkung von Menschen mit geistiger Behinderung. Schule, Arbeit, Wohnen. München, Basel.

Wendt, S. (2002): Die neue Mitwirkungsverordnung für Werkstätten in der Praxis. In: Geistige Behinderung Nr. 4/41. Jg., S. 321–330.

Werkstatträte Deutschland (2016): Stellungnahme von Werkstatträte Deutschland zum Bundesteilhabegesetz. Sechs gemeinsame Kernforderungen zum Bundesteilhabegesetz zum Referentenentwurf vom 26. April 2016. [http://www.reha-recht.de/fileadmin/user\\_upload/Infothek/Politik/2016/Stellungnahme\\_BTHG\\_WMVO\\_Werkstattraete\\_Deutschland\\_.pdf](http://www.reha-recht.de/fileadmin/user_upload/Infothek/Politik/2016/Stellungnahme_BTHG_WMVO_Werkstattraete_Deutschland_.pdf).

---

Ihre Meinung zu diesem Fachbeitrag ist von großem Interesse für uns.  
Wir freuen uns auf Ihren Kommentar auf [www.reha-recht.de](http://www.reha-recht.de).

---



ersichtlich, dass er seine Leistungsfähigkeit und seine Persönlichkeit verbessert habe. Das Gutachten aus dem Jahr 1984 sei obsolet. Der Kläger sei Leistungsträger. Da der Kläger Arbeitnehmer sei, gelte für ihn das Mindestlohngesetz und damit ein Stundensatz von EUR 8,50 ab Januar 2015.

- <sup>14</sup> Der Kläger beantragt,
- <sup>15</sup> die Beklagte zu verurteilen, an den Kläger EUR 10.159,58 nebst fünf Prozentpunkten Zinsen über dem Basiszinssatz seit dem 11. Februar 2015 zu zahlen.
- <sup>16</sup> Das beklagte Hilfswerk beantragt,
- <sup>17</sup> die Klage abzuweisen.
- <sup>18</sup> Das beklagte Hilfswerk hält die Klage für unbegründet, da der Kläger in einem arbeitnehmerähnlichen Vertragsverhältnis stünde und damit nur die - auch ordnungsgemäß gezahlte - Vergütung nach § 138 Abs. 2 SGB IX verlangen könne. Diese sei nicht sittenwidrig. Insofern könne keine angemessene Vergütung iSv. § 612 Abs. 2 BGB verlangt werden, zumal die Berechnungsgrundlagen bestritten würden. Das Mindestlohngesetz finde auf das Vertragsverhältnis der Parteien ebenfalls keine Anwendung. Dieses gelte gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 MiLoG nur für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, was der Kläger nicht sei. Er sei nicht in der Lage, beispielsweise als Fahrer auf dem freien Arbeitsmarkt eingesetzt werden. Noch am 5. Mai 2014 habe der Betreuer des Klägers ihn als förderungsbedürftig iSv. § 136 Abs. 1 Satz 2 SGB IX angesehen. Damit stehe beim Kläger die Betreuung und Förderung und nicht die Arbeitsleistung im Vordergrund.
- <sup>19</sup> Im Übrigen wird hinsichtlich der Einzelheiten des Sach- und Streitstandes auf die Schriftsätze, Unterlagen und Protokolle verwiesen.

Gründe

- <sup>20</sup> A. Die auszulegende Klage ist unbegründet.
- <sup>21</sup> I. Der Zahlungsantrag ist dahingehend auszulegen, dass der Kläger eine Vergütung als Arbeitnehmer begehrt. Er beruft sich durchgängig auf den Bestand eines Arbeitsverhältnisses und die daraus ableitbaren Folgen für die angemessene Arbeitsvergütung, die hier geltend gemacht wird. Nicht dagegen Gegenstand ist eine Vergütung als arbeitnehmerähnlicher Mitarbeiter iSd. § 138 Abs. 2 SGB IX. Es handelt sich insoweit nicht um eine Eingruppierungsklage mit dem Ziel, eine andere Eingruppierung iSd. Lohnordnung des beklagten Hilfswerks für schwerbehinderte Menschen zu erreichen. Dies ergibt sich bereits daraus, dass der Kläger keinerlei Sachvortrag zur ordnungsgemäßen Eingruppierung leistet. Der Klage kann nicht einmal entnommen werden, dass der Kläger der Auffassung ist, ihm stünde unter Zugrundelegung der Lohnordnung eine höhere Vergütung zu.
- <sup>22</sup> II. Die Klage ist unbegründet. Der Kläger hat weder für das Jahr 2014 Anspruch auf eine angemessene Vergütung im Sinne von § 612 Abs. 2 BGB (1.) noch auf Mindestlohn im Sinne von § 1 MiLoG für den Monat Januar 2015 (2.).
- <sup>23</sup> 1. Der Kläger hat keinen Anspruch auf die Zahlung einer angemessenen Vergütung iSv. § 612 Abs. 2 BGB.
- <sup>24</sup> a) Es kann dahinstehen, ob § 612 Abs. 2 BGB auch für arbeitnehmerähnliche Dienstverträge Anwendung findet. Voraussetzung ist in jedem Falle, dass eine Vergütung vertragsmäßig nicht bestimmt ist, sei es, dass eine Vereinbarung dazu generell fehlt oder dass die Vergütungsabrede sittenwidrig ist



27 3.3 Die Anspruchsvoraussetzungen für eine Förderung der Klägerin zur Teilnahme an Maßnahmen im Arbeitstrainingsbereich der Werkstätten des Beigeladenen sind wegen mangelnder Leistungsfähigkeit der Klägerin nicht gegeben. Berufsfördernde und ergänzende Leistungen zur Rehabilitation setzen nach § 58 Abs 1 iVm § 36 Nr 2 Arbeitsförderungsgesetz (AFG) ua voraus, daß der Antragsteller für die angestrebte berufliche Tätigkeit geeignet ist und voraussichtlich mit Erfolg an der Maßnahme teilnehmen wird. Diese allgemeine Förderungsvoraussetzung für Maßnahmen der beruflichen Bildung konkretisiert § 58 Abs 1a Nr 2 S 2 Arbeitsförderungsgesetz (AFG) dahin, daß Behinderte im Arbeitstrainingsbereich nur gefördert werden, sofern erwartet werden kann, daß sie nach Teilnahme an diesen Maßnahmen in der Lage sind, wenigstens ein Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung iS des § 54 Abs 3 Schwerbehindertengesetz (SchwbG) zu erbringen. Die Verweisung des Gesetzestextes auf § 52 Abs 3 Schwerbehindertengesetz (SchwbG) aF beruht darauf, daß der Gesetzgeber versäumt hat, den Gesetzestext an die Bekanntmachung des Schwerbehindertengesetz (SchwbG) vom 26. August 1986 (BGBl I 1421) redaktionell anzupassen (BSG SozR 3-4100 § 58 Nr 6). Die Vorschrift verlangt - wie das Landessozialgericht (LSG) nicht verkannt hat - eine von der BA vorzunehmende und von den Sozialgerichten voll überprüfbare Prognose des vom Behinderten durch das Arbeitstraining zu erwartenden Leistungsvermögens. Ist zu erwarten, daß der Behinderte nach der Teilnahme an dem Arbeitstraining in der Lage ist, wenigstens ein Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung zu erbringen, so ist - bei Vorliegen der Anspruchsvoraussetzungen im übrigen - der Förderungsanspruch begründet. Ein Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung ist zu erwarten, wenn der Behinderte an der Herstellung der von diesen Werkstätten vertriebenen Waren und Dienstleistungen durch nützliche Arbeit beteiligt werden kann. Eine solche Arbeitsleistung ist ausreichend, ohne daß es auf ein wirtschaftliches Verhältnis von Personalaufwand und Arbeitsergebnis iS betriebswirtschaftlicher Erwägungen ankommt (BSG SozR 4100 § 58 Nr 14; BSG SozR 3-4100 § 58 Nr 6). Maßgebend ist danach, ob die Klägerin in dem noch für eine Förderung der Teilnahme am Arbeitstrainingsbereich zur Verfügung stehenden weiteren Jahr eine Entwicklung nehmen wird, die sie befähigt, im Werkstattbereich mit einem Personalschlüssel von 1:12 mitzuarbeiten. Diese rechtlichen Maßstäbe hat das Landessozialgericht (LSG) nicht verkannt, wobei es noch von dem für die Klägerin günstigeren Personalschlüssel von 1:6 im Arbeitstrainingsbereich ausgegangen ist. Es hat die Erwartung, die Klägerin werde nach dem weiteren Jahr der Betreuung im Arbeitstrainingsbereich der Werkstätten ein Mindestmaß an wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung erbringen, verneint. Diese Prognose beruht auf Beobachtungen des Leistungsverhaltens der Klägerin im Eingangsverfahren und Arbeitstrainingsbereich, dem Verhalten der Klägerin in der Förder- und Betreuungsgruppe, der sie seit September 1991 angehört, sowie Stellungnahmen von psychologischen und psychiatrischen Sachverständigen. Die Feststellung, wonach die Klägerin praktisch dauernd individueller Zuwendung und Aufsicht bedarf und sich einer sachlichen Tätigkeit, die nicht nur spielerisch ist, nur zuwendet, wenn sie sich an eine Betreuungsperson gewöhnt hat und diese sie ständig betreut, liegt auf tatsächlichem Gebiet. Sie schließt die Erwartung aus, daß die Klägerin bis zum Ende des Arbeitstrainings unter den Gegebenheiten der Werkstätten eine Entwicklung nehmen wird, die das Mindestmaß an Selbständigkeit und Stetigkeit des Arbeitsverhaltens mit sich bringt, die eine Tätigkeit in dieser mit einem Personalschlüssel von 1:12 ausgestatteten WfB kennzeichnet. An die tatsächlichen Feststellungen des Landessozialgericht (LSG) ist der Senat gebunden (§ 163 SGG), denn





dar, dass die ihre Kündigung vom 31.05.2011 hätte möglicherweise entzogen (vgl. LAG Baden-Württemberg, 26.01.2009, a. a. O.) stützen könnte, nicht vor.

<sup>75</sup> cc) Die von der Beklagten aufgrund dieser Einstellung der Förderleistungen unter dem 27.07.2012 erneut außerordentlich zum 03.06.2011 rückwirkend erklärte Kündigung ist Gegenstand eines weiteren Rechtsstreits der Parteien (2 Ca 1511/12 L, Arbeitsgericht Hamm). Sie war im vorliegenden Verfahren nicht zu berücksichtigen.

<sup>76</sup> 2. Aus den ausgeführten Gründen vermochte auch die von der Beklagten ersatzweise erklärte ordentliche Kündigung das Werkstattverhältnis der Klägerin nicht zu beenden.

<sup>77</sup> II. Die Kündigung scheidet entgegen der Rechtsansicht der Klägerin nicht bereits an einer nicht ordnungsgemäßen Beteiligung des bei der Beklagten gebildeten Werkstattrats.

<sup>78</sup> Die in § 139 SGB IX geregelte Mitwirkung des Werkstattrats bezieht sich auf die Interessen der im Eingangsverfahren und im Berufsbildungsbereich der Werkstätten tätigen behinderten Menschen, § 138 Abs. 1 S. 2 SGB IX. Das Mitwirkungsrecht besteht in einem Informationsanspruch und einem Anhörungsrecht des Werkstattrats (vgl. § 139 Abs. 4 S. 1 SGB IX). Das Gesetz umschreibt den Gegenstand der Mitwirkung in Abs. 1 nur allgemein und überlässt deren Konkretisierung nach § 144 Abs. 2 SGB IX dem zuständigen Bundesministerium, welche durch den Erlass der Werkstätten-Mitwirkungsverordnung (WMVO) vom 25.06.2001 erfolgt ist. Gemäß § 7 Abs. 1 Nr. 1 WMVO ist der Werkstattrat zu unterrichten bei der Beendigung des arbeitnehmerähnlichen Rechtsverhältnisses zur Werkstatt. Gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 WMVO hat die Werkstatt den Werkstattrat in den Angelegenheiten, in denen er ein Unterrichtsrecht hat, rechtzeitig und umfassend unter Vorlage der erforderlichen Unterlagen zu unterrichten.

<sup>79</sup> Die Beklagte hat, von der Klägerin in beiden Instanzen nicht substantiiert bestritten, vorgetragen, sie habe den Werkstattrat am 06.06.2011 in Person von dessen Vorsitzenden über die fristlose Kündigung telefonisch unterrichtet. Damit hat eine rechtzeitige Unterrichtung im Sinne des § 7 Abs. 2 S. 1 WMVO ersichtlich nicht stattgefunden. Rechtzeitig im Sinne dieser Bestimmung ist eine Unterrichtung regelmäßig nur, wenn sie vor der praktischen Umsetzung der Maßnahme, die vorliegend in der Beendigung des arbeitnehmerähnlichen Rechtsverhältnisses zur Werkstatt liegt, erfolgt. Dies war nicht der Fall. Die Kündigung vom 31.05.2011 war der Klägerin nämlich bereits zugegangen, bevor die Unterrichtung des Werkstattrats durch die Beklagte vorgenommen wurde. Gleichwohl führt die nicht rechtzeitige Unterrichtung nicht zur Unwirksamkeit der Kündigung vom 31.05.2011. Anders als etwa § 102 BetrVG sieht die Werkstätten-Mitwirkungsverordnung Rechtsfolgen bei unterlassener bzw. nicht rechtzeitiger Unterrichtung nicht vor und insbesondere nicht die Unwirksamkeit der personellen Maßnahme.

<sup>80</sup> C. Die Kostenentscheidung folgt aus §§ 91, 344 ZPO.

<sup>81</sup> Gründe für eine Zulassung der Revision gemäß § 72 Abs. 2 ArbGG waren nicht gegeben.

Permalink: <https://openjur.de/u/634609.html> (<http://oj.is/634609>)



**Beschlußempfehlung und Bericht**  
**des Ausschusses für Gesundheit (14. Ausschuß)**

**zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung**  
**– Drucksachen 13/2440, 13/2764 –**

**Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Sozialhilferechts**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Brigitte Lange, Klaus Kirschner,**  
**Rudolf Dreßler, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD**  
**– Drucksache 13/2442 –**

**Reform des Sozialhilferechts**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Andrea Fischer (Berlin),**  
**Marieluise Beck (Bremen), Matthias Berninger, weiterer Abgeordneter**  
**und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**  
**– Drucksache 13/2437 –**

**Entlastung und Weiterentwicklung der Sozialhilfe**

**zu dem Antrag der Gruppe der PDS**  
**– Drucksache 13/2438 –**

**Sicherung der Aufgaben des Bundessozialhilfegesetzes bis zur Einführung**  
**einer bedarfsorientierten Grundsicherung**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Heidi Knake-Werner**  
**und der weiteren Abgeordneten der PDS**  
**– Drucksache 13/275 –**

**Mehrbedarf der Sozialhilfe in den neuen Bundesländern**

## A. Problem

### a) Gesetzentwurf der Bundesregierung

Die Entwicklung der Sozialhilfe ist insbesondere dadurch gekennzeichnet, daß die Zahl der Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt und die Ausgaben der Sozialhilfe seit Jahren erheblich steigen. Dies gefährdet zunehmend nicht nur die Funktionsfähigkeit der betroffenen öffentlichen Haushalte, sondern auch die Qualität der Sozialhilfe und dadurch ihre Akzeptanz bei Hilfebedürftigen wie auch in der Gesellschaft.

### b) Antrag der Fraktion der SPD

Das Bundessozialhilfegesetz steht in seiner Funktion als letztes Instrument zur Verhinderung von Armut und Ausgrenzung nicht zur Disposition; es ist für den Sozialstaat unverzichtbar. Es ist als Einzelfallhilfe für akute und vorübergehende Notlagen angelegt. Es eignet sich deshalb weder als Finanzierungselement für auf Dauer zu gewährende Leistungen noch als Ausfallbürge unzureichender Leistungssysteme. Die Kommunen und Landkreise als Träger der Sozialhilfe dürfen durch systemfremde Leistungen finanziell nicht länger überfordert werden. Die der Sozialhilfe vorgelagerten Sozialleistungen müssen so ausgebaut und ergänzt werden, daß der Nachrang der Sozialhilfe wieder hergestellt wird. Aufgabe der Sozialhilfe ist die Sicherung des Existenzminimums. Dazu ist die Erfüllung des Bedarfsdeckungsprinzips unverzichtbar.

### c) Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Als das Bundessozialhilfegesetz 1962 in Kraft trat, war man optimistisch, daß dieses letzte Netz der sozialen Sicherung mit den Problemen der materiellen Existenzsicherung immer weniger und meist nur vorübergehend befaßt sein würde. Diese Hoffnung hat sich als trügerisch erwiesen. Die Erschütterungen der Arbeitsgesellschaft seit den siebziger Jahren, der Wandel der familiären Lebensformen und erhebliche Einschnitte in die der Sozialhilfe vorgelagerten Sicherungssysteme haben die Zahl der Sozialhilfebezieher kontinuierlich ansteigen lassen. Die Fähigkeit, eigenständig seinen Lebensunterhalt zu sichern, hat sich auch in den Bevölkerungsgruppen vermindert, die ehemals als gesichert galten.

Mit der Bewältigung dieser Situation ist die auf Einzelfallunterstützung zugeschnittene Sozialhilfe sowohl konzeptionell als auch finanziell überfordert. Auf die Sozialhilfebedürftigkeit ganzer Bevölkerungsgruppen ist das Bundessozialhilfegesetz nicht ausgerichtet.

### d) Anträge der Gruppe der PDS

Bei anhaltend hoher Erwerbslosigkeit und wachsender gesellschaftlicher Mobilität nehmen die sozialen Risiken für die Bürgerinnen und Bürger weiter zu. Gleichzeitig führen gewandelte Einstellungen und veränderte Lebensmuster zu neuen Anforderungen an die soziale Sicherung. Das Sicherungssystem in der Bun-

desrepublik Deutschland ist diesem Wandel nicht gewachsen. Die Zweige der Sozialversicherungen sind nach wie vor einseitig an der Erwerbsarbeit orientiert, und die unbezahlt geleistete Arbeit wird in den Sozialversicherungen weiterhin kaum berücksichtigt. Als Auffangnetz für die unterschiedlichen sozialen Risiken und als Sicherung derjenigen, die ihren Lebensunterhalt nicht oder nur zum Teil aus eigener Kraft bestreiten können, bleibt die Sozialhilfe.

Weiter soll die Bundesregierung beauftragt werden, die Mehrbedarfsregelung des Bundessozialhilfegesetzes (§ 23) in den neuen Bundesländern rückwirkend zum 1. Januar 1994 in vollem Umfang zur Anwendung zu bringen.

## **B. Lösung**

Der Gesetzentwurf sieht vor, die Leistungen der Sozialhilfe und ihre Voraussetzungen soweit wie möglich zielgerechter auszugestalten sowie die Maßnahmen zu verstärken, die eine Überwindung der Hilfebedürftigkeit fördern. Außerdem werden die zu erwartenden weiteren Ausgabensteigerungen vor allem der Hilfe in Einrichtungen bei gleichzeitiger Erhaltung der Qualität begrenzt und die Regelsatzentwicklung auf ein stabileres Fundament als bisher gestellt. Die Entgelte für Behinderte, die in Werkstätten für Behinderte beschäftigt sind, werden durch Stärkung der Wirtschaftlichkeit der Werkstätten verbessert. Der wachsenden sozialen Einheit Deutschlands wird durch den Abbau einschränkender Sonderregelungen für die Sozialhilfe in den neuen Bundesländern Rechnung getragen.

Durch die von den Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. eingebrachten und vom Ausschuß mehrheitlich angenommenen Anträge werden im wesentlichen folgende Änderungen vorgesehen:

- Bei den Schuldnerberatungsstellen und anderen Fachberatungsstellen kann eine pauschalierte Kostenübernahme erfolgen.
- Die Mehrbedarfsregelung für ältere oder erwerbsunfähige Personen in Form einer pauschalierten Mehrleistung wird gestrichen, da dies jedoch im Einzelfall nicht zu Leistungskürzungen führen soll, ist eine Besitzstandsklausel vorgesehen.
- Die Hilfen zur Arbeit werden weiter verbessert (§ 20 b Abs. 2)
- In § 108 SGB X wird eine Verzinsung des Erstattungsanspruchs eingeführt.
- In dem neuen § 54 c des Schwerbehindertengesetzes wird die Mitwirkung der Behinderten in den Werkstätten für Behinderte und ihrer gesetzlichen Vertreter und Betreuer in Angelegenheiten der Werkstatt für Behinderte geregelt.
- Die Zusammensetzung des Sozialbeirats wird verändert (§ 135).

## **Mehrheitsentscheidung**

Der so geänderte Gesetzentwurf wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stim-

men der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Mitglieds der Gruppe der PDS angenommen.

**C. Alternativen**

Ablehnung des Gesetzentwurfs und Zustimmung zu den Anträgen.

**D. Kosten**

Der Gesetzentwurf hat für den Bund keine finanziellen Auswirkungen.

Auf seiten der Länder und Kommunen wird es durch die Reform zu Einsparungen kommen, die jedoch zur Zeit nicht bezifferbar sind. Geringen Mehrausgaben zum Beispiel für die Beschäftigung in Werkstätten für Behinderte stehen deutliche Minderaufwendungen durch die Begrenzung des Anstiegs der Regelsätze sowie der Vergütungen (Pfleagesätze) in Einrichtungen gegenüber.

## Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Gesetzentwurf der Bundesregierung – Drucksachen 13/2440, 13/2764 – in der aus der anliegenden Zusammenstellung ersichtlichen Fassung anzunehmen,
2. den Antrag der Abgeordneten Brigitte Lange, Klaus Kirschner, Rudolf Dreßler, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD – Drucksache 13/2442 – abzulehnen,
3. den Antrag der Abgeordneten Andrea Fischer (Berlin) Marie-luise Beck (Bremen), Matthias Berninger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/2437 – abzulehnen,
4. den Antrag der Gruppe der PDS – Drucksache 13/2438 – und
5. den Antrag der Abgeordneten Dr. Heidi Knake-Werner und der weiteren Abgeordneten der PDS – Drucksache 13/275 – abzulehnen.

Bonn, den 28. Februar 1996

### Der Ausschuß für Gesundheit

**Dr. Dieter Thomae**  
Vorsitzender

**Ulf Fink**  
Berichterstatter

**Brigitte Lange**  
Berichterstatterin

**Andrea Fischer (Berlin)**  
Berichterstatterin

**Dr. Gisela Babel**  
Berichterstatterin

**Dr. Heidi Knake-Werner**  
Berichterstatterin

## Zusammenstellung

des Entwurfs eines Gesetzes zur Reform des Sozialhilferechts

– Drucksachen 13/2440, 13/2764 –

mit den Beschlüssen des Ausschusses für Gesundheit (14. Ausschuß)

### Entwurf

### Beschlüsse des 14. Ausschusses

#### Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Sozialhilferechts

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

#### Artikel 1

##### Änderung des Bundessozialhilfegesetzes

Das Bundessozialhilfegesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. März 1994 (BGBl. I S. 646), zuletzt geändert durch . . ., wird wie folgt geändert:

1. § 3 wird wie folgt geändert:

a) An Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:

„Wird die Leistung an den Hilfeempfänger durch eine Einrichtung erbracht, ist durch die Vereinbarungen nach Abschnitt 7 zu gewährleisten, daß diese Leistung den Grundsätzen des Satzes 1 entspricht.“

b) In Absatz 2 Satz 2 werden die Wörter „eine Vereinbarung nach § 93 Abs. 2 besteht“ durch die Wörter „Vereinbarungen nach Abschnitt 7 bestehen“ ersetzt.

#### Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Sozialhilferechts

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

#### Artikel 1

##### Änderung des Bundessozialhilfegesetzes

Das Bundessozialhilfegesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. März 1994 (BGBl. I S. 646), zuletzt geändert durch . . ., wird wie folgt geändert:

1. unverändert

1a. § 3 a wird wie folgt gefaßt:

#### „§ 3 a

##### Vorrang der offenen Hilfe

Die erforderliche Hilfe ist soweit wie möglich außerhalb von Anstalten, Heimen oder gleichartigen Einrichtungen zu gewähren. Dies gilt insbesondere in Fällen, in denen eine stationäre Hilfe aus persönlichen, familiären oder örtlichen Umständen nicht zumutbar oder eine ambulante Hilfe nicht mit unverhältnismäßigen Mehrkosten verbunden ist.“

1b. § 5 wird wie folgt geändert:

a) Der bisherige Wortlaut wird Absatz 1.

b) Es wird folgender Absatz 2 angefügt:

„(2) Wird einem nicht zuständigen Träger der Sozialhilfe oder einer nicht zuständigen Gemeinde im Einzelfall bekannt, daß Sozialhilfe beansprucht wird, so sind die darüber bekannten Umstände dem zuständigen Träger der Sozialhilfe oder der von ihm beauftragten Stelle unverzüglich mitzuteilen und vorhandene Unterlagen zu übersenden. Ergeben sich

## Entwurf

## Beschlüsse des 14. Ausschusses

## 2. § 10 wird wie folgt geändert:

- a) Der Überschrift werden die Wörter „und zu anderen Trägern“ angefügt.
- b) In Absatz 2 werden nach dem Wort „Wohlfahrtspflege“ die Wörter „und den Verbänden anderer Träger“ eingefügt.

## 3. § 15 a wird wie folgt geändert:

- a) Der bisherige Wortlaut wird Absatz 1. Nach Satz 1 werden die folgenden Sätze eingefügt:

„Sie soll gewährt werden, wenn sie gerechtfertigt und notwendig ist und ohne sie Wohnungslosigkeit einzutreten droht. Die Hilfe nach Satz 1 soll an den Vermieter oder andere Empfangsberechtigte gezahlt werden, wenn die zweckentsprechende Verwendung durch den Hilfesuchenden nicht sichergestellt ist; der Hilfesuchende ist hiervon schriftlich zu unterrichten.“

- b) Folgender Absatz 2 wird angefügt:

„(2) Geht bei einem Gericht eine Klage auf Räumung von Wohnraum im Falle der Kündigung eines Mietverhältnisses nach § 554 des Bürgerlichen Gesetzbuches ein, so teilt das Gericht dem zuständigen örtlichen Träger der Sozialhilfe zur Wahrnehmung der in Absatz 1 bestimmten Aufgaben unverzüglich

1. den Tag des Eingangs der Klage,
2. die Namen und die Anschriften der Parteien,
3. die Höhe des monatlich zu entrichtenden Mietzinses,
4. die Höhe des geltend gemachten Mietzinsrückstandes oder der geltend gemachten Entschädigung und
5. den Termin zur mündlichen Verhandlung, sofern dieser bereits bestimmt ist,

mit. Außerdem kann der Tag der Rechtshängigkeit mitgeteilt werden. Die Übermittlung unterbleibt, wenn die Nichtzahlung des Mietzinses nach dem Inhalt der Klageschrift offen-

daraus die Voraussetzungen für die Gewährung, ist für das Einsetzen der Sozialhilfe die Kenntnis der nicht zuständigen Stelle maßgebend.“

- 2. In § 12 Abs. 2 werden die Wörter „das Wachstum“ durch die Wörter „ihre Entwicklung und ihr Heranwachsen“ ersetzt.

## 2a. § 13 wird wie folgt geändert:

- a) In der Überschrift wird das Wort „Krankenversicherungsbeiträge“ durch die Wörter „Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge“ ersetzt.
- b) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Soweit nach den Absätzen 1 und 2 Krankenversicherungsbeiträge übernommen werden, sind auch die damit zusammenhängenden Beiträge zur Pflegeversicherung zu übernehmen.“

## 3. § 15 a wird wie folgt geändert:

- a) unverändert

- b) Folgender Absatz 2 wird angefügt:

„(2) Geht bei einem Gericht eine Klage auf Räumung von Wohnraum im Falle der Kündigung des Mietverhältnisses nach § 554 des Bürgerlichen Gesetzbuches ein, so teilt das Gericht dem zuständigen örtlichen Träger der Sozialhilfe oder der von diesem beauftragten Stelle zur Wahrnehmung der in Absatz 1 bestimmten Aufgaben unverzüglich

1. den Tag des Eingangs der Klage,
2. die Namen und die Anschriften der Parteien,
3. die Höhe des monatlich zu entrichtenden Mietzinses,
4. die Höhe des geltend gemachten Mietzinsrückstandes und der geltend gemachten Entschädigung und
5. den Termin zur mündlichen Verhandlung, sofern dieser bereits bestimmt ist,

mit. Außerdem kann der Tag der Rechtshängigkeit mitgeteilt werden. Die Übermittlung unterbleibt, wenn die Nichtzahlung des Mietzinses nach dem Inhalt der Klageschrift offen-

## Entwurf

sichtlich nicht auf Zahlungsunfähigkeit des Mieters beruht. Die übermittelten Daten dürfen auch für entsprechende Zwecke der Kriegsopferfürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz verwendet werden.“

## 4. § 16 wird wie folgt gefaßt:

## „ § 16

*Vermutung der Bedarfsdeckung*

*Lebt ein Hilfesuchender gemeinsam mit anderen Personen in einer Wohnung oder in einer entsprechenden anderen Unterkunft, so wird vermutet, daß sie gemeinsam wirtschaften (Haushaltsgemeinschaft) und daß der Hilfesuchende von ihren Leistungen zum Lebensunterhalt erhält, soweit dies nach ihrem Einkommen und Vermögen erwartet werden kann. Wenn nicht gemeinsam gewirtschaftet wird oder der Hilfesuchende von Mitgliedern der Haushaltsgemeinschaft ausreichende Leistungen zum Lebensunterhalt nicht erhält, ist ihm Hilfe zum Lebensunterhalt zu gewähren. Satz 1 ist nicht auf Hilfesuchende anzuwenden, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben oder die nach § 39 Abs. 1 behindert oder nach § 68 pflegebedürftig sind oder einzelne für ihren Lebensunterhalt erforderliche Tätigkeiten nicht verrichten können und von in Satz 1 genannten Personen betreut werden; dies gilt auch, wenn die genannten Voraussetzungen einzutreten drohen und das gemeinsame Wohnen im wesentlichen zu dem Zweck gegenseitiger Hilfe und Unterstützung erfolgt.“*

## 5. § 17 wird wie folgt geändert:

a) Der bisherige Wortlaut wird Absatz 1.

b) Es wird folgender Absatz angefügt:

„(2) Wenn zur Überwindung von Hilfebedürftigkeit ein besonderes Zusammenwirken des Hilfebedürftigen und des Trägers der Sozialhilfe erforderlich ist, soll hierüber in geeigneten Fällen eine schriftliche Vereinbarung abgeschlossen werden.“

## 6. Nach § 20 werden folgende Paragraphen eingefügt:

## „ § 20 a

*Förderung der Arbeitsaufnahme*

(1) Soweit es im Einzelfall geboten ist, kann auch durch Maßnahmen nach den Absätzen 2 bis 5 darauf hingewirkt werden, daß der Hilfeempfänger sich um Arbeit bemüht und Arbeit findet. Die Maßnahmen haben sich an dem Ziel einer unbefristeten Beschäftigung auszurichten. Die Bestimmungen des Arbeitsförderungsgesetzes gehen den Bestimmungen der Absätze 2 bis 5 und des § 20 b vor.

## Beschlüsse des 14. Ausschusses

sichtlich nicht auf Zahlungsunfähigkeit des Mieters beruht. Die übermittelten Daten dürfen auch für entsprechende Zwecke der Kriegsopferfürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz verwendet werden.“

## 4. entfällt

## 5. § 17 wird wie folgt geändert:

a) unverändert

b) Dem Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:

„Die Kostenübernahme kann auch in Form einer pauschalierten Förderung der Schuldnerberatungsstelle oder anderer Fachberatungsstellen erfolgen.“

c) Es wird folgender Absatz angefügt:

„(2) Wenn zur Überwindung von Hilfebedürftigkeit ein besonderes Zusammenwirken des Hilfebedürftigen und des Trägers der Sozialhilfe erforderlich ist, soll hierüber in geeigneten Fällen eine schriftliche Vereinbarung abgeschlossen werden.“

## 6. Nach § 20 werden die folgenden Paragraphen eingefügt:

## „ § 20 a

*Förderung der Arbeitsaufnahme*

(1) Soweit es im Einzelfall geboten ist, kann auch durch Maßnahmen nach den Absätzen 2 bis 6 darauf hingewirkt werden, daß der Hilfeempfänger sich um Arbeit bemüht und Arbeit findet. Die Maßnahmen haben sich an dem Ziel einer unbefristeten Beschäftigung auszurichten. Die Bestimmungen des Arbeitsförderungsgesetzes gehen den Bestimmungen der Absätze 2 bis 6 und des § 20 b vor.



## Entwurf

(2) Die Träger der Sozialhilfe können Arbeitgebern, die Hilfeempfänger als Arbeitnehmer einstellen, Zuschüsse gewähren, wenn der Hilfeempfänger ohne den Zuschuß eine Beschäftigung nicht erlangen kann, die erforderlich ist

1. zur Eingliederung oder Wiedereingliederung in den allgemeinen Arbeitsmarkt oder
2. zur Erreichung einer vollen Leistung am Arbeitsplatz, die erst einer Einarbeitungszeit bedarf.

Der Zuschuß soll nur für Hilfeempfänger gewährt werden, die unmittelbar vor Beginn der Arbeitsaufnahme ununterbrochen mindestens sechs Monate laufende Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten haben; die Tätigkeit in einer Maßnahme nach § 19 steht dem Bezug von laufenden Leistungen gleich. Der Zuschuß kann bei Vorliegen der Voraussetzungen nach Satz 1 Nr. 1 bis zur Dauer von 24 Monaten und bei Vorliegen der Voraussetzungen nach Satz 1 Nr. 2 bis zur Dauer von sechs Monaten gewährt und soll im Zeitablauf vermindert werden; er soll die Höhe der vor Beginn der Arbeitsaufnahme gezahlten Sozialhilfeleistungen, die durch die Arbeitsaufnahme entfallen, nicht übersteigen.

(3) Hilfesuchende können im Zusammenhang mit Arbeitsgelegenheiten nach den §§ 19 und 20 durch Maßnahmen zur beruflichen Qualifikation unterstützt werden. Die Maßnahmen sollen insbesondere darauf gerichtet sein, berufliche Kenntnisse und Fertigkeiten festzustellen, zu vermitteln, zu erweitern oder der technischen Entwicklung anzupassen. Hat der Hilfesuchende bereits einmal an einer Maßnahme nach Satz 1 teilgenommen, ist die Teilnahme an einer weiteren Maßnahme in der Regel nur möglich, wenn diese geeignet ist, die erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten zu ergänzen oder zu erweitern.

(4) Nimmt ein Hilfeempfänger eine Tätigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt auf, kann ihm bis zur Dauer von sechs Monaten ein monatlicher Zuschuß gewährt werden. Der Zuschuß kann bei Vollzeitwerbstätigkeit im ersten Monat bis zur Höhe des Regelsatzes für einen Haushaltsvorstand festgesetzt werden und vermindert sich monatlich; er soll jedoch die Höhe der vor Beginn der Arbeitsaufnahme gezahlten Sozialhilfeleistungen, die durch die Arbeitsaufnahme entfallen, nicht übersteigen.

(5) *Nimmt ein Hilfeempfänger eine vorübergehende Beschäftigung auf, die nach ihrer Eigenart auf längstens drei Monate befristet ist, kann ihm zur Verstärkung des Arbeitsanreizes ein Zuschuß zum Lohn gewährt werden. Der Zuschuß kann bis zu 25,- DM arbeitstäglich betragen; er soll nur für Beschäftigungen mit einer Arbeitszeit von mindestens 36 Stunden in der Woche oder sechs Stunden täglich gewährt werden.*

## Beschlüsse des 14. Ausschusses

(2) unverändert

(3) unverändert

(4) unverändert

**(5) Der Träger der Sozialhilfe kann einem Hilfeempfänger, der eine der Natur der Sache nach auf längstens drei Monate befristete, nicht nur kurzzeitige Beschäftigung aufnimmt, einen Zuschuß gewähren. Er beträgt bis zu 25 Deutsche Mark täglich und wird für jeden Tag gewährt, an dem der Hilfeempfänger mindestens sechs Stunden beschäftigt war.**

## Entwurf

## Beschlüsse des 14. Ausschusses

## § 20b

## Durchführung

(1) Träger der Sozialhilfe können Aufgaben nach diesem Unterabschnitt gemeinsam durchführen oder durchführen lassen. Soweit Träger anderer Sozialleistungen mit der Durchführung beauftragt werden, findet § 88 Abs. 1 Satz 2 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch keine Anwendung.

(2) Die Durchführung von Maßnahmen nach §§ 19, 20 und 20a Abs. 3 kann anderen Stellen übertragen werden. Das Nähere ist durch Vereinbarung zu regeln.

(3) Mit der Gewährung von Leistungen nach § 20a Abs. 2 und 3 können auch örtliche Dienststellen der Bundesanstalt für Arbeit beauftragt werden. Die Dienststellen der Bundesanstalt für Arbeit dürfen die Beauftragung nur ablehnen, wenn die Durchführung der eigenen Aufgaben wesentlich beeinträchtigt würde. Die dadurch entstehenden Kosten einschließlich der Verwaltungskosten sind von den Trägern der Sozialhilfe zu übernehmen, soweit die Bundesanstalt für Arbeit in den Fällen des § 20a Abs. 2 nicht selbst Eingliederungsbeihilfe oder einen Einarbeitungszuschuß gewährt oder im Fall des § 20a Abs. 3 nicht selbst die Teilnahme an einer Maßnahme der beruflichen Fortbildung oder Umschulung fördert; hierüber kann eine Vereinbarung geschlossen werden. Wenn die Dienststellen der Bundesanstalt für Arbeit im Auftrag des Sozialhilfeträgers Leistungen nach § 20a Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 oder § 20a Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 gewähren, sind die Vorschriften des Arbeitsförderungsgesetzes über Einarbeitungszuschüsse oder Eingliederungsbeihilfen und die dazu ergangenen Anordnungen entsprechend anzuwenden.

(4) Erbringen Dienststellen der Bundesanstalt für Arbeit bereits Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz, die § 20a Abs. 2, 3 und 5 entsprechen oder andere Maßnahmen zur Eingliederung in das Berufsleben, sollen auf Antrag und nach Kostenübernahmeerklärung des Trägers

## § 20b

## Durchführung

(1) unverändert

(2) Die Durchführung von Maßnahmen nach den §§ 19, 20 und 20a Abs. 3 kann anderen Stellen übertragen werden, **insbesondere privaten oder gemeinnützigen Trägern von Maßnahmen. Die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten nach § 19, in deren Rahmen das übliche Arbeitsentgelt gewährt wird, soll nach Möglichkeit anderen Stellen übertragen werden.** Das Nähere ist durch Vereinbarung zu regeln. **Eine Übernahme von Kosten anderer Stellen kann auch in Form einer pauschalierten Förderung erfolgen.**

(3) Mit der Gewährung von Leistungen nach § 20a Abs. 2, 3 und 5 können auch örtliche Dienststellen der Bundesanstalt für Arbeit beauftragt werden. Die Dienststellen der Bundesanstalt für Arbeit dürfen die Beauftragung nur ablehnen, wenn die Durchführung der eigenen Aufgaben wesentlich beeinträchtigt würde. Die dadurch entstehenden Kosten einschließlich der Verwaltungskosten sind von den Trägern der Sozialhilfe zu übernehmen, soweit die Bundesanstalt für Arbeit in den Fällen des § 20a Abs. 2 nicht selbst Eingliederungsbeihilfe oder einen Einarbeitungszuschuß gewährt oder im Fall des § 20a Abs. 3 nicht selbst die Teilnahme an einer Maßnahme der beruflichen Fortbildung oder Umschulung fördert; hierüber kann eine Vereinbarung geschlossen werden. Wenn die Dienststellen der Bundesanstalt für Arbeit im Auftrag des Sozialhilfeträgers Leistungen nach § 20a Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 oder § 20a Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 gewähren, sind die Vorschriften des Arbeitsförderungsgesetzes über Einarbeitungszuschüsse oder Eingliederungsbeihilfen und die dazu ergangenen Anordnungen entsprechend anzuwenden.

(4) unverändert

## Entwurf

## Beschlüsse des 14. Ausschusses

der Sozialhilfe geeignete Hilfeempfänger, die nicht die weiteren Voraussetzungen des Arbeitsförderungsgesetzes erfüllen, in diese Maßnahmen einbezogen werden.

(5) Bei der Gründung und Betätigung anderer Stellen im Sinne von Absatz 2 können die Dienststellen der Bundesanstalt für Arbeit die Träger der Sozialhilfe unterstützen.

## § 20 c

## Arbeitsgemeinschaften

Zur Unterstützung von Maßnahmen der Hilfe zur Arbeit und zur Verbesserung von Möglichkeiten zur Wiedereingliederung arbeitsfähiger Hilfeempfänger in das Berufsleben sollen die Träger der Sozialhilfe, die Dienststellen der Bundesanstalt für Arbeit sowie Vertreter der Arbeitgeber, der Gewerkschaften und anderer auf diesem Gebiet tätigen Stellen in örtlichen Arbeitsgemeinschaften zusammenarbeiten.“

7. § 22 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „Regelsätzen gewährt“ durch die Wörter „bundeseinheitlichen Regelsätzen gewährt, die in den Ländern erhöht oder abgesenkt werden können“ ersetzt.

b) Die Absätze 2 bis 4 werden wie folgt gefaßt:

„(2) Zur Bemessung der Regelsätze werden in der Rechtsverordnung nach Absatz 3 ein statistisches Verfahren und für die jährliche Anpassung der Regelsätze ein Fortschreibungsmodus festgelegt (Regelsatzformel). Die Regelsatzbemessung hat Stand und Entwicklung von Nettoeinkommen, Verbraucherverhalten und Lebenshaltungskosten zu berücksichtigen. Sie hat auch zu gewährleisten, daß bei Haushaltsgemeinschaften von Ehepaaren mit drei Kindern die Regelsätze zusammen mit Durchschnittsbeträgen für Kosten von Unterkunft und Heizung sowie für einmalige Leistungen um mindestens 15 vom Hundert unter den erzielten monatlichen durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelten unterer Lohn- und Gehaltsgruppen einschließlich anteiliger einmaliger Zahlungen zuzüglich Kindergeld und Wohngeld in einer entsprechenden Haushaltsgemeinschaft mit einem alleinverdienenden Vollzeitbeschäftigten bleiben. Die Regelsätze bestimmen sich jährlich zum 1. Juli nach dem aus der Regelsatzformel errechneten Ergebnis, das das Bundesministerium für Gesundheit jeweils bis zum 1. März des Jahres bekannt gibt.

(3) Die Bundesregierung erläßt durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Vorschriften über Inhalt, Aufbau und Bemessung der Regelsätze. Die Rechtsverordnung kann einzelne laufende Leistungen von der Gewährung nach Regelsätzen ausnehmen

(5) unverändert

## § 20 c

## Arbeitsgemeinschaften

unverändert

7. unverändert

## Entwurf

## Beschlüsse des 14. Ausschusses

und über ihre Gestaltung Näheres bestimmen. Die Landesregierungen können durch Rechtsverordnung jeweils zum 1. Juli abweichende Regelsätze festlegen, wenn dies die auf ihr Gebiet angewandte Regelsatzformel zuläßt; sie können die Träger der Sozialhilfe ermächtigen, unter denselben Voraussetzungen regionale Regelsätze festzulegen.

(4) In den Jahren 1996 bis 1998 erhöhen sich die Regelsätze auf der Basis der am 30. Juni 1996 geltenden Regelsätze abweichend von den Bestimmungen der Absätze 2 und 3 jeweils zum 1. Juli für ein Jahr um den Vomhundertsatz, um den sich die Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung im Bundesgebiet ohne neue Bundesländer und ohne Berücksichtigung der Veränderung der Belastung bei Renten verändert.“

## 8. § 25 wird wie folgt geändert:

## a) Absatz 1 wird wie folgt gefaßt:

„(1) Wer sich weigert, zumutbare Arbeit zu leisten oder zumutbaren Maßnahmen nach §§ 19 bis 20a nachzukommen, hat keinen Anspruch auf Hilfe zum Lebensunterhalt. Die Hilfe ist in einer ersten Stufe um mindestens 25 vom Hundert des maßgebenden Regelsatzes zu kürzen. Der Hilfeempfänger ist vorher entsprechend zu belehren.“

## b) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz eingefügt:

„(2a) Widerspruch und Klage gegen Bescheide, die auf den Absätzen 1 und 2 beruhen, haben keine aufschiebende Wirkung.“

## 7a. § 23 wird wie folgt geändert:

## a) Absatz 1 wird wie folgt gefaßt:

„(1) Für werdende Mütter nach der zwölften Schwangerschaftswoche ist ein Mehrbedarf von 20 vom Hundert des maßgebenden Regelsatzes anzuerkennen, soweit nicht im Einzelfall ein abweichender Bedarf besteht.“

## b) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz eingefügt:

„(1a) Für Personen, die das 60. Lebensjahr vollendet haben oder die unter 60 Jahren und erwerbsunfähig im Sinne der gesetzlichen Rentenversicherung sind, gilt Absatz 1 in der am . . . (Tag vor dem Inkrafttreten) geltenden Fassung, wenn für sie zu diesem Zeitpunkt ein Mehrbedarf nach dieser Vorschrift anerkannt war.“

## 8. § 25 Abs. 1 wird wie folgt gefaßt:

„(1) Wer sich weigert, zumutbare Arbeit zu leisten oder zumutbaren Maßnahmen nach den §§ 19 bis 20a nachzukommen, hat keinen Anspruch auf Hilfe zum Lebensunterhalt. Die Hilfe ist in einer ersten Stufe um mindestens 25 vom Hundert des maßgebenden Regelsatzes zu kürzen. Der Hilfeempfänger ist vorher entsprechend zu belehren.“

## 8a. § 26 wird wie folgt geändert:

## a) Der bisherige Wortlaut wird Absatz 1 und wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird nach den Wörtern „oder des“ die Angabe „§ 40 des“ eingefügt.

bb) In Satz 2 werden nach dem Wort „Lebensunterhalt“ die Wörter „als Beihilfe oder als Darlehen“ eingefügt.

## Entwurf

## Beschlüsse des 14. Ausschusses

9. § 40 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 Nr. 6 werden nach dem Wort „Arbeitsleben“ die Wörter „insbesondere in einer anerkannten Werkstatt für Behinderte oder in einer sonstigen Beschäftigungsstätte (§ 41)“ eingefügt.
  - b) Die Absätze 2 und 3 werden gestrichen.
10. Nach § 40 wird folgender Paragraph eingefügt:
- „§ 41
- Hilfe zur Beschäftigung in einer Werkstatt für Behinderte
- (1) Behinderten, bei denen wegen Art oder Schwere ihrer Behinderung arbeits- und berufsfördernde Maßnahmen mit dem Ziel der Eingliederung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt nicht in Betracht kommen, die aber die Voraussetzungen für eine Beschäftigung in einer Werkstatt für Behinderte erfüllen (Aufnahmevoraussetzungen), wird Hilfe zur Beschäftigung in einer anerkannten Werkstatt für Behinderte gewährt. Die Hilfe in einer sonstigen Beschäftigungsstätte kann gewährt werden.
- (2) Begriff und Aufgaben der Werkstatt für Behinderte, die für sie geltenden fachlichen Anforderungen und die Aufnahmevoraussetzungen richten sich nach den §§ 54 bis 57 des Schwerbehindertengesetzes und den zu seiner Durchführung nach § 57 Abs. 2 des Schwerbehindertengesetzes erlassenen Vorschriften in ihrer jeweiligen Fassung.
- (3) Bei der Hilfe zur Beschäftigung in einer Werkstatt für Behinderte hat der Träger der Sozialhilfe alle für die Erfüllung der Aufgaben und der fachlichen Anforderungen der Werkstatt für
- b) Es wird folgender Absatz 2 angefügt:
- „(2) Absatz 1 findet keine Anwendung auf Auszubildende,
1. die auf Grund von § 2 Abs. 1 a des Bundesausbildungsförderungsgesetzes keinen Anspruch auf Ausbildungsförderung oder auf Grund von § 40 Abs. 1 Satz 2 und 3 des Arbeitsförderungsgesetzes keinen Anspruch auf Berufsausbildungsbeihilfe haben oder
  2. deren Bedarf sich nach § 12 Abs. 1 Nr. 1 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes oder nach § 40 Abs. 1 b Nr. 1 des Arbeitsförderungsgesetzes bemißt.“
- 8b. § 28 wird wie folgt geändert:
- a) Der bisherige Wortlaut wird Absatz 1.
  - b) Es wird folgender Absatz 2 angefügt:
- „(2) Der Anspruch des Berechtigten auf Hilfe in einer Einrichtung oder auf Pflegegeld steht, soweit die Leistung dem Berechtigten gewährt worden wäre, nach seinem Tode demjenigen zu, der die Hilfe erbracht oder die Pflege geleistet hat.“
9. unverändert
10. unverändert

## Entwurf

## Beschlüsse des 14. Ausschusses

Behinderte notwendigen Personal- und Sachkosten im Rahmen der Vereinbarungen nach Abschnitt 7 zu übernehmen. Dazu gehören auch die mit der wirtschaftlichen Betätigung der Werkstatt in Zusammenhang stehenden Aufwendungen, wenn und soweit diese unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse in der Werkstatt und der dort beschäftigten Behinderten nach Art und Umfang über die in einem Wirtschaftsunternehmen üblicherweise entstehenden Kosten hinausgehen. Vereinbarungen über die Inanspruchnahme des Arbeitsergebnisses der Werkstatt zur Minderung der Vergütungen nach § 93a Abs. 2 (Nettoerlösrückführung) sind unzulässig.

(4) Das Bundesministerium für Gesundheit bestimmt im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates im einzelnen, welche Arten oder Bestandteile der nach Absatz 3 zu übernehmenden Kosten zu berücksichtigen sind.“

## 11. § 72 wird wie folgt geändert:

## a) Die Absätze 1 und 2 werden wie folgt gefaßt:

„(1) Personen, bei denen besondere Lebensverhältnisse mit sozialen Schwierigkeiten verbunden sind, ist Hilfe zur Überwindung dieser Schwierigkeiten zu gewähren, wenn sie aus eigener Kraft hierzu nicht fähig sind. Soweit der Hilfebedarf durch Leistungen nach anderen Bestimmungen dieses Gesetzes oder nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch (Kinder- und Jugendhilfe) gedeckt wird, gehen diese der Hilfe nach Satz 1 vor.

(2) Die Hilfe umfaßt alle Maßnahmen, die notwendig sind, um die Schwierigkeiten abzuwenden, zu beseitigen, zu mildern oder ihre Verschlimmerung zu verhüten, vor allem Beratung und persönliche Betreuung für den Hilfesuchenden und seine Angehörigen, Hilfen zur Ausbildung, Erlangung und Sicherung eines Arbeitsplatzes sowie Maßnahmen bei der Erhaltung und Beschaffung einer Wohnung. Zur Durchführung der erforderlichen Maßnahmen ist in geeigneten Fällen ein Gesamtplan zu erstellen.“

## b) In Absatz 4 wird Satz 2 gestrichen.

## 10a. Dem § 67 Abs. 1 wird folgender Satz angefügt:

„Auf die Blindenhilfe ist das Pflegegeld nach dem Elften Buch Sozialgesetzbuch in vollem Umfang anzurechnen.“

## 10b. In § 70 Abs. 1 Satz 2 werden nach dem Wort „werden“ folgende Wörter eingefügt: „wenn durch sie die Unterbringung in einer Anstalt, einem Heim oder einer gleichartigen Einrichtung nicht vermieden oder verzögert werden kann“.

## 11. unverändert

## Entwurf

## Beschlüsse des 14. Ausschusses

- c) In Absatz 5 werden die Wörter „Der Bundesminister für Familie und Senioren“ durch die Wörter „Das Bundesministerium für Gesundheit“ ersetzt.
12. In § 76 Abs. 2 a werden die Wörter „Von dem Einkommen sind“ durch die Wörter „Bei Personen, die laufende Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten, sind von dem Einkommen“ ersetzt.
12. In § 76 Abs. 2 a werden die Wörter „Von dem Einkommen sind“ durch die Wörter „Bei Personen, die Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten, sind von dem Einkommen“ ersetzt.
- 12a. In § 79 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 wird jeweils das Wort „bisher“ gestrichen.
- 12b. In § 81 Abs. 1 Nr. 5 werden die Wörter „der in § 69 a Abs. 1 oder Abs. 2 genannte Schweregrad der Hilflosigkeit“ durch die Wörter „ein in § 69 a genannter Schweregrad der Pflegebedürftigkeit“ ersetzt.
13. § 85 wird wie folgt geändert:
13. unverändert
- a) Der bisherige Wortlaut wird Absatz 1.
- b) Es wird folgender Absatz angefügt:
- „(2) Bei der Hilfe in einer Anstalt, einem Heim oder einer gleichartigen Einrichtung wird von dem Einkommen, das der Hilfeempfänger aus einer Beschäftigung im Sinne von § 40 Abs. 1 Nr. 6 erzielt, die Aufbringung der Mittel in Höhe von einem Achtel des Regelsatzes für einen Haushaltsvorstand zuzüglich 25 vom Hundert des diesen Betrag übersteigenden Einkommens aus der Beschäftigung nicht verlangt.“
14. In § 88 Abs. 4 werden die Wörter „Der Bundesminister für Familie und Senioren“ sowie in § 117 Abs. 1 Satz 7 und in § 117 Abs. 2 Satz 6 die Wörter „Das Bundesministerium für Familie und Senioren“ jeweils durch die Wörter „Das Bundesministerium für Gesundheit“ ersetzt.
14. unverändert
15. In § 90 Abs. 4 werden in Satz 1 vor dem Schlußpunkt die Wörter „oder in den Fällen des § 20 a Abs. 4 und 5 ein Zuschuß gezahlt wird“ eingefügt.
15. § 90 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „Personen nach § 28“ durch die Wörter „bei Gewährung von Hilfe in besonderen Lebenslagen auch seine Eltern oder sein nicht getrennt lebender Ehegatte“ ersetzt.
- b) In Absatz 4 werden in Satz 1 vor dem Schlußpunkt die Wörter „oder in den Fällen des § 20 a Abs. 4 und 5 ein Zuschuß gezahlt wird“ eingefügt.
16. In § 91 Abs. 2 wird Satz 1 wie folgt geändert:
16. § 91 wird wie folgt geändert:
- a) Nach der Angabe „§ 85“ wird die Angabe „Abs. 1“ eingefügt.
- a) In Absatz 1 Satz 1 werden nach dem Wort „Aufwendungen“ die Wörter „zusammen mit dem unterhaltsrechtlichen Auskunftsanspruch“ eingefügt.
- b) Vor dem Schlußpunkt wird eingefügt:  
„; § 76 Abs. 2 a ist nicht anzuwenden“.
- b) In Absatz 2 Satz 1 werden
- aa) nach der Angabe „§ 85“ die Angabe „Abs. 1“ eingefügt,
- bb) vor dem Schlußpunkt die Wörter „; § 76 Abs. 2 a ist nicht anzuwenden“ eingefügt.

## Entwurf

## Beschlüsse des 14. Ausschusses

## 17. § 93 wird wie folgt geändert:

## a) Absatz 1 wird wie folgt gefaßt:

„(1) Zur Gewährung von Sozialhilfe sollen die Träger der Sozialhilfe eigene Einrichtungen einschließlich Dienste nicht neu schaffen, soweit geeignete Einrichtungen anderer Träger vorhanden sind, ausgebaut oder geschaffen werden können. Sind sowohl Einrichtungen der in § 10 Abs. 2 genannten Träger als auch anderer Träger vorhanden, die zur Erbringung der Leistung in gleichem Maße geeignet sind, soll der Träger der Sozialhilfe Vereinbarungen nach Absatz 2 vorrangig mit den in § 10 Abs. 2 genannten Trägern abschließen, sofern bei gleichem Inhalt, Umfang und Qualität der Leistung die Vergütung nicht höher ist.“

## b) Die Absätze 2 und 3 werden wie folgt gefaßt:

„(2) Wird die Leistung von einer Einrichtung erbracht, ist der Träger der Sozialhilfe zur Übernahme der Vergütung für die Leistung nur verpflichtet, wenn mit dem Träger der Einrichtung oder seinem Verband eine Vereinbarung über

1. Inhalt, Umfang und Qualität der Leistungen (Leistungsvereinbarung),
2. die Vergütung, die sich aus Pauschalen und Beträgen für einzelne Leistungsbereiche zusammensetzt (Vergütungsvereinbarung) und
3. die Prüfung der Wirtschaftlichkeit und Qualität der Leistungen (Prüfungsvereinbarung)

besteht. Die Vereinbarungen müssen den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Leistungsfähigkeit entsprechen.

## c) In Absatz 3 wird Satz 1 wie folgt neu gefaßt:

„Für die Vergangenheit kann der Träger der Sozialhilfe den übergegangenen Unterhalt außer unter den Voraussetzungen des Bürgerlichen Rechts nur von der Zeit an fordern, zu welcher er dem Unterhaltspflichtigen die Gewährung der Hilfe schriftlich mitgeteilt hat.“

## d) In Absatz 4 werden dem jetzigen Wortlaut folgende Sätze vorangestellt:

„Der Träger der Sozialhilfe kann den auf ihn übergegangenen Unterhaltsanspruch im Einvernehmen mit dem Hilfeempfänger auf diesen zur gerichtlichen Geltendmachung rückübertragen und sich den geltend gemachten Unterhaltsanspruch abtreten lassen. Kosten, mit denen der Hilfeempfänger dadurch selbst belastet wird, sind zu übernehmen.“

## 17. § 93 wird wie folgt geändert:

## a) Absatz 1 wird wie folgt gefaßt:

„(1) Zur Gewährung von Sozialhilfe sollen die Träger der Sozialhilfe eigene Einrichtungen einschließlich Dienste nicht neu schaffen, soweit geeignete Einrichtungen anderer Träger vorhanden sind, ausgebaut oder geschaffen werden können. **Vereinbarungen nach Absatz 2 sind nur mit Trägern von Einrichtungen abzuschließen, die insbesondere unter Berücksichtigung ihrer Leistungsfähigkeit und der Gewährleistung der Grundsätze des § 3 Abs. 1 zur Erbringung der Leistungen geeignet sind.** Sind Einrichtungen vorhanden, die in gleichem Maße geeignet sind, soll der Träger der Sozialhilfe Vereinbarungen vorrangig mit Trägern abschließen, **deren Vergütung bei gleichem Inhalt, Umfang und Qualität der Leistung nicht höher ist als die anderer Träger.**“

## b) unverändert



## Entwurf

## Beschlüsse des 14. Ausschusses

(3) Ist eine der in Absatz 2 genannten Vereinbarungen nicht abgeschlossen, kann der Träger der Sozialhilfe Hilfe durch diese Einrichtung nur gewähren, wenn dies nach der Besonderheit des Einzelfalles geboten ist.

Hierzu hat der Träger der Einrichtung ein Leistungsangebot vorzulegen, das die Voraussetzung des § 93a Abs. 1 erfüllt, und sich schriftlich zu verpflichten, Leistungen entsprechend diesem Angebot zu erbringen. Vergütungen dürfen nur bis zu der Höhe übernommen werden, wie sie der Sozialhilfeträger am Ort der Unterbringung oder in seiner nächsten Umgebung für vergleichbare Leistungen nach den nach Absatz 2 abgeschlossenen Vereinbarungen mit anderen Einrichtungen trägt. Für die Prüfung der Wirtschaftlichkeit und Qualität der Leistungen gelten die Vereinbarungsinhalte des Sozialhilfeträgers mit vergleichbaren Einrichtungen entsprechend. Der Sozialhilfeträger hat die Einrichtung über Inhalt und Umfang dieser Prüfung zu unterrichten. Absatz 7 gilt entsprechend.“

c) Die Absätze 4 und 5 werden gestrichen.

c) unverändert

d) Absatz 6 wird wie folgt gefaßt:

d) unverändert

„(6) Die am 18. Juli 1995 vereinbarten oder durch die Schiedsstelle festgesetzten Pflegesätze dürfen bezogen auf das Jahr 1995 beginnend mit dem 1. April 1996 in den Jahren 1996, 1997 und 1998 jährlich nicht höher steigen als eine Vorausschätzung über die im laufenden Kalenderjahr je Mitglied zu erwartende durchschnittliche Veränderungsrate der nach § 270 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch in der bis zum 31. Dezember 1995 geltenden Fassung zu ermittelnden beitragspflichtigen Einnahmen der Mitglieder aller Krankenkassen. Der Vorausschätzung ist die bis dahin bekannte Entwicklung der beitragspflichtigen Einnahmen sowie der gesamtwirtschaftlichen Daten zugrunde zu legen; Änderungen des Beitragsrechts in der gesetzlichen Krankenversicherung können berücksichtigt werden. Das Bundesministerium für Gesundheit trifft die Vorausschätzung jeweils zum 1. März eines jeden Jahres getrennt für das Beitrittsgebiet und das übrige Bundesgebiet; sie wird im Bundesanzeiger bekanntgegeben. Diese Vorausschätzung ist jeweils ab dem 1. April des laufenden bis zum 31. März des nachfolgenden Jahres für die Anpassung der Pflegesätze zugrunde zu legen. Werden nach dem 31. Dezember 1995 für Einrichtungen oder für Teile von Einrichtungen erstmals Vereinbarungen abgeschlossen, sind als Basis die Vereinbarungen des Jahres 1995 von vergleichbaren Einrichtungen zugrunde zu legen. Wird im Einvernehmen mit dem Träger der Sozialhilfe, mit dem eine Vereinbarung besteht, der Zweck der Einrichtung wesentlich geändert oder werden erhebliche bau-

## Entwurf

## Beschlüsse des 14. Ausschusses

liche Investitionen vorgenommen, gilt Satz 5 entsprechend. Werden nach dem 31. Dezember 1995 erstmals unterschiedliche Pflegesätze für einzelne Leistungsbereiche oder Leistungsangebote mit einer Einrichtung vereinbart, dürfen die sich hieraus ergebenden Veränderungen den Rahmen nicht übersteigen, der sich aus einer einheitlichen Veranlagung der Gesamtleistungsangebote nach Satz 1 ergeben würde.“

## e) Absatz 7 wird wie folgt geändert:

aa) Die Wörter „, soweit nicht nach § 68 weitergehende Leistungen zu gewähren sind“ werden gestrichen.

## bb) Es werden folgende Sätze angefügt:

„Satz 1 gilt nicht, soweit Vereinbarungen nach dem Achten Kapitel des Elften Buches Sozialgesetzbuch nicht im Einvernehmen mit dem Träger der Sozialhilfe getroffen worden sind. Absatz 6 findet Anwendung.“

18. Nach § 93 werden folgende Paragraphen eingefügt:

## „§ 93a

## Inhalt der Vereinbarungen

(1) Die Vereinbarung über die Leistung muß die wesentlichen Leistungsmerkmale festlegen, mindestens jedoch die betriebsnotwendigen Anlagen der Einrichtung, den von ihr zu betreuenden Personenkreis, Art, Ziel und Qualität der Leistung, Qualifikation des Personals sowie die erforderliche sächliche und personelle Ausstattung. In die Vereinbarung ist die Verpflichtung der Einrichtung aufzunehmen, im Rahmen des vereinbarten Leistungsangebotes Hilfeempfänger aufzunehmen und zu betreuen. Die Leistungen müssen ausreichend, zweckmäßig und wirtschaftlich sein und dürfen das Maß des Notwendigen nicht überschreiten.

(2) Vergütungen für die Leistungen nach Absatz 1 bestehen mindestens aus den Pauschalen für Unterkunft und Verpflegung (Grundpauschale) und für die Maßnahmen (Maßnahmepauschale) sowie aus einem Betrag für betriebsnotwendige Anlagen einschließlich ihrer Ausstattung (Investitionsbetrag). Förderungen aus öffentlichen Mitteln sind anzurechnen. Die Maßnahmepauschale wird nach Gruppen für Hilfeempfänger mit vergleichbarem Hilfebedarf kalkuliert. Einer verlangten Erhöhung der Vergütung auf Grund von Investitionsmaßnahmen braucht der Träger der Sozialhilfe nur zuzustimmen, wenn er der Maßnahme zuvor zugestimmt hat.

(3) Die Träger der Sozialhilfe vereinbaren mit dem Träger der Einrichtung Grundsätze und Maßstäbe für die Wirtschaftlichkeit und die Qua-

18. unverändert

## Entwurf

## Beschlüsse des 14. Ausschusses

litätssicherung der Leistungen sowie für das Verfahren zur Durchführung von Wirtschaftlichkeits- und Qualitätsprüfungen. Das Ergebnis der Prüfung ist festzuhalten und in geeigneter Form auch den Leistungsempfängern der Einrichtung zugänglich zu machen.

## § 93 b

## Abschluß von Vereinbarungen

(1) Die Vereinbarungen nach § 93 Abs. 2 sind vor Beginn der jeweiligen Wirtschaftsperiode für einen zukünftigen Zeitraum (Vereinbarungszeitraum) abzuschließen; nachträgliche Ausgleichs sind nicht zulässig. Kommt eine Vereinbarung nach § 93 a Abs. 2 innerhalb von sechs Wochen nicht zustande, nachdem eine Partei schriftlich zu Verhandlungen aufgefordert hat, entscheidet die Schiedsstelle nach § 94 auf Antrag einer Partei unverzüglich über die Gegenstände, über die keine Einigung erreicht werden konnte. Gegen die Entscheidung ist der Rechtsweg zu den Verwaltungsgerichten gegeben. Einer Nachprüfung der Entscheidung in einem Vorverfahren bedarf es nicht; die Klage hat keine aufschiebende Wirkung.

(2) Vereinbarungen und Schiedsstellenentscheidungen treten zu dem darin bestimmten Zeitpunkt in Kraft. Wird ein Zeitpunkt nicht bestimmt, so werden Vereinbarungen mit dem Tag ihres Abschlusses, Festsetzungen der Schiedsstelle mit dem Tag wirksam, an dem der Antrag bei der Schiedsstelle eingegangen ist. Ein jeweils vor diesen Zeitpunkt zurückwirkendes Vereinbaren oder Festsetzen von Vergütungen ist nicht zulässig. Nach Ablauf des Vereinbarungszeitraums gelten die vereinbarten oder festgesetzten Vergütungen bis zum Inkrafttreten neuer Vergütungen weiter.

(3) Bei unvorhersehbaren wesentlichen Veränderungen der Annahmen, die der Vereinbarung oder Entscheidung über die Vergütung zugrunde lagen, sind die Vergütungen auf Verlangen einer Vertragspartei für den laufenden Vereinbarungszeitraum neu zu verhandeln. Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend.

## § 93 c

Außerordentliche Kündigung  
der Vereinbarungen

Der Träger der Sozialhilfe kann die Vereinbarungen nach § 93 Abs. 2 ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen, wenn die Einrichtung ihre gesetzlichen oder vertraglichen Verpflichtungen gegenüber den Leistungsempfängern und deren Kostenträgern derart gröblich verletzt, daß ein Festhalten an den Vereinbarungen nicht zumutbar ist. Das gilt insbesondere dann, wenn in der Prüfung nach § 93 a Abs. 3 oder auf andere Weise festgestellt wird, daß Leistungsempfänger infolge der Pflichtverletzung zu Schaden kom-

## Entwurf

## Beschlüsse des 14. Ausschusses

men, gravierende Mängel bei der Leistungserbringung vorhanden sind, dem Träger der Einrichtung nach dem Heimgesetz die Betriebserlaubnis entzogen oder der Betrieb der Einrichtung untersagt wird oder die Einrichtung nicht erbrachte Leistungen gegenüber den Kostenträgern abrechnet. Die Kündigung bedarf der Schriftform. § 59 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch bleibt unberührt.“

19. Vor § 94 wird folgende Vorschrift eingefügt:

## „§ 93 d

Verordnungsermächtigung; Rahmenverträge

(1) Das Bundesministerium für Gesundheit wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates zu § 93 Abs. 2 und § 93 a Abs. 2 in der jeweils ab 1. Januar 1999 geltenden Fassung Vorschriften zu erlassen über

1. die nähere Abgrenzung der den Vergütungspauschalen und -beträgen nach § 93 Abs. 2 zugrunde zu legenden Kostenarten und -bestandteile sowie die Zusammensetzung der Investitionsbeträge nach § 93 a Abs. 2;
2. den Inhalt und die Kriterien für die Ermittlung und Zusammensetzung der Maßnahmepauschalen, die Merkmale für die Bildung von Gruppen mit vergleichbarem Hilfebedarf nach § 93 a Abs. 2 sowie die Zahl dieser zu bildenden Gruppen.

(2) Die überörtlichen Träger der Sozialhilfe und die kommunalen Spitzenverbände auf Landesebene schließen mit den Vereinigungen der Träger der Einrichtungen auf Landesebene gemeinsam und einheitlich Rahmenverträge zu den Leistungs-, Vergütungs- und Prüfungsvereinbarungen nach § 93 Abs. 2 in der ab 1. Januar 1999 geltenden Fassung ab. Für Einrichtungen, die einer Kirche oder Religionsgemeinschaft des öffentlichen Rechts oder einem sonstigen freigemeinnützigen Träger zuzuordnen sind, können die Rahmenverträge auch von der Kirche oder Religionsgemeinschaft oder von dem Wohlfahrtsverband abgeschlossen werden, dem die Einrichtung angehört. In den Rahmenverträgen sollen die Merkmale und Besonderheiten der jeweiligen Hilfeart berücksichtigt werden.

(3) Die Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe, die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände und die Vereinigungen der Träger der Einrichtungen auf Bundesebene vereinbaren gemeinsam und einheitlich Empfehlungen zum Inhalt der Verträge nach Absatz 2.“

20. § 100 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Nr. 1 wird wie folgt gefaßt:

- „1. für die Hilfe in besonderen Lebenslagen für die in § 39 Abs. 1 und 2 genannten Personen, wenn es erforderlich ist, die

19. unverändert

20. § 100 wird wie folgt geändert:

a) unverändert

## Entwurf

## Beschlüsse des 14. Ausschusses

Hilfe in einer Anstalt, einem Heim oder einer gleichartigen Einrichtung oder einer Einrichtung zur teilstationären Betreuung zu gewähren."

## b) Absatz 1 Nr. 2 wird wie folgt gefaßt:

„2. für die Eingliederungshilfe für Behinderte nach § 39, soweit sich dafür die sachliche Zuständigkeit nicht bereits aus Nummer 1 ergibt.“

## c) In Absatz 1 Nr. 5 werden die Wörter „wenn es erforderlich ist, die Hilfe in einer Anstalt, einem Heim oder einer gleichartigen Einrichtung oder in einer Einrichtung zur teilstationären Betreuung zu gewähren,“ gestrichen.

## d) Absatz 2 wird wie folgt gefaßt:

„(2) In den Fällen des Absatzes 1 Nr. 1 bis 5 erstreckt sich die Zuständigkeit des überörtlichen Trägers auf alle Leistungen an den Hilfeempfänger, für welche die Voraussetzungen nach diesem Gesetz gleichzeitig vorliegen, wenn die Hilfe in einer Anstalt, einem Heim oder einer gleichartigen Einrichtung gewährt wird; das gilt entsprechend für die Hilfe nach § 15.“

## 21. § 116 wird wie folgt geändert:

## a) Dem Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:

„Auskunftspflichtig nach den Sätzen 1 und 2 sind auch Personen, von denen nach § 16 vermutet wird, daß sie Leistungen zum Lebensunterhalt an andere Mitglieder der Haushaltsgemeinschaft erbringen; die Auskunftspflicht der Finanzbehörden nach § 21 Abs. 4 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch erstreckt sich auch auf diese Personen.“

## Beschlüsse des 14. Ausschusses

## b) Absatz 1 Nr. 2 wird wie folgt gefaßt:

„2. für die Eingliederungshilfe für Behinderte nach § 39, soweit sich dafür die sachliche Zuständigkeit nicht bereits aus Nummer 1 ergibt, **auch wenn andere Leistungsträger Hilfe in der Einrichtung erbringen.**“

## c) unverändert

## d) unverändert

## 20a. § 102 wird wie folgt geändert:

## a) Der bisherige Wortlaut wird Absatz 1.

## b) Es wird folgender Absatz 2 angefügt:

„(2) Die Träger der Sozialhilfe gewährleisten eine angemessene fachliche Fortbildung ihrer Fachkräfte, die auch die Aufgaben nach § 17 einschließt.“

## 20b. An § 111 Abs. 2 wird folgender Satz angefügt:

„Die Begrenzung auf 5 000 Deutsche Mark gilt, wenn die Kosten für die Mitglieder eines Haushalts im Sinne von § 11 Abs. 1 Satz 2 zu erstatten sind, abweichend von Satz 1 für die Mitglieder des Haushalts zusammen.“

## 20c. § 113 a wird gestrichen.

## 21. § 116 wird wie folgt geändert:

## a) In Absatz 1 Satz 1 werden nach dem Wort „Unterhaltspflichtigen“ die Wörter „, ihre nicht getrennt lebenden Ehegatten“ eingefügt.

## b) Dem Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:

„Auskunftspflichtig nach den Sätzen 1 und 2 sind auch Personen, von denen nach § 16 **trotz Aufforderung unwiderlegt** vermutet wird, daß sie Leistungen zum Lebensunterhalt an andere Mitglieder der Haushaltsgemeinschaft erbringen; die Auskunftspflicht der Finanzbehörden nach § 21 Abs. 4 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch erstreckt sich auch auf diese Personen.“

## Entwurf

- b) In Absatz 2 werden die Wörter „Hilfeeempfänger, Unterhaltspflichtigen oder Kostenersatzpflichtigen“ durch die Wörter „Hilfeeempfänger oder nach Absatz 1 Auskunftspflichtigen“ ersetzt.

22. § 122 Satz 2 wird gestrichen.

23. In § 125 Abs. 4 werden die Wörter „Der Bundesminister für Familie und Senioren“ durch die Wörter „Das Bundesministerium für Gesundheit“ und die Wörter „der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung“ durch die Wörter „das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung“ ersetzt.

24. Die Überschrift vor § 127 wird wie folgt gefaßt:

„Abschnitt 13  
Sozialhilfestatistik, Sozialhilfebeirat“.

## Beschlüsse des 14. Ausschusses

- c) In Absatz 2 wird nach dem Wort „Unterhaltspflichtigen“ das Wort „oder“ durch die Wörter „und deren nicht getrennt lebenden Ehegatten sowie“ ersetzt.

21 a. § 117 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

- aa) In Satz 2 wird das Wort „Sozialversicherungsnummer“ durch das Wort „Versicherungsnummer“ ersetzt.
- bb) In Satz 7 werden die Wörter „Familie und Senioren“ durch das Wort „Gesundheit“ ersetzt.

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

- aa) In Satz 2 werden nach den Wörtern „anderen Sozialhilfeträger“ die Wörter „oder einer zentralen Vermittlungsstelle im Sinne des Absatzes 1 Satz 7“ eingefügt.
- bb) In Satz 6 werden die Wörter „Familie und Senioren“ durch das Wort „Gesundheit“ ersetzt.

c) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

aa) Nach Satz 2 wird folgender Satz eingefügt:

„Die Überprüfung kann auch regelmäßig im Wege des automatisierten Datenabgleichs mit den Stellen durchgeführt werden, bei denen die in Satz 3 jeweils genannten Daten zuständigkeitshalber vorliegen.“

bb) In Satz 5 wird die Angabe „Satz 3“ durch die Angabe „Satz 4“ ersetzt.

21 b. Dem § 121 wird folgender Satz angefügt:

„Mit Zustimmung des Leistungsberechtigten sind die Aufwendungen auch für den Zeitraum bis zur Entscheidung über die Gewährung von Sozialhilfe zu erstatten; die Zustimmung wird vermutet, wenn der Leistungsberechtigte die Leistung vor der Entscheidung nicht selbst bei dem zuständigen Träger der Sozialhilfe in Anspruch nimmt.“

22. entfällt

23. unverändert

24. unverändert

## Entwurf

## Beschlüsse des 14. Ausschusses

25. Nach § 134 wird folgender § 135 eingefügt:

## „§ 135

## Sozialhilfebeirat

(1) Der Sozialhilfebeirat berät die Bundesregierung im Rahmen der Zuständigkeit des Bundes über Fragen der Sozialhilfe.

(2) Der Sozialhilfebeirat besteht aus

1. drei Vertretern der örtlichen Träger der Sozialhilfe,
2. einem Vertreter der überörtlichen Träger der Sozialhilfe,
3. drei Vertretern der Freien Wohlfahrtspflege,
4. einem Vertreter des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e. V.,
5. vier Vertretern der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften.

(3) Die Bundesregierung beruft die Mitglieder für die Dauer von vier Jahren. Die Vertreter

1. der örtlichen Träger der Sozialhilfe werden von der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände,
2. der überörtlichen Träger der Sozialhilfe werden von der Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe,
3. der Freien Wohlfahrtspflege werden von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege

vorgeschlagen. Vor Berufung der Vertreter der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften ist die Hochschulrektorenkonferenz anzuhören.

(4) Die Geschäfte des Sozialhilfebeirats führt das Bundesministerium für Gesundheit.

(5) Das Nähere regelt das Bundesministerium für Gesundheit durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates.“

25. Nach § 134 wird folgender § 135 eingefügt:

## „§ 135

## Sozialhilfebeirat

(1) unverändert

(2) Der Sozialhilfebeirat besteht aus

1. drei Vertretern der örtlichen Träger der Sozialhilfe,
2. einem Vertreter der überörtlichen Träger der Sozialhilfe,
3. drei Vertretern der Freien Wohlfahrtspflege,
4. einem Vertreter des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e. V.,
- 4a. zwei Vertretern der privat-gewerblichen Einrichtungen im Sinne von § 93 Abs. 1,**
5. vier Vertretern der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften.

(3) Die Länder berufen

1. die Vertreter nach Absatz 2 Nr. 1 im Einvernehmen mit der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände,
2. den Vertreter nach Absatz 2 Nr. 2 im Einvernehmen mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe,
3. einen Vertreter nach Absatz 2 Nr. 4a im Einvernehmen mit dem Bundesverband Privater Alten- und Pflegeheime e. V., der Bundesarbeitsgemeinschaft Privater Heime e. V. und dem Verband Alten- und Behindertenhilfe, wenn diese Verbände dazu einen gemeinsamen Vorschlag vorlegen, und
4. zwei Vertreter nach Absatz 2 Nr. 5.

Die Bundesregierung beruft

1. Die Vertreter nach Absatz 2 Nr. 3 im Einvernehmen mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege,
2. den Vertreter nach Absatz 2 Nr. 4 im Einvernehmen mit dem Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V.,
3. einen Vertreter nach Absatz 2 Nr. 4a im Einvernehmen mit dem Bundesverband Privater Alten- und Pflegeheime e. V., der Bundesarbeitsgemeinschaft Privater Heime e. V. und dem Verband Alten- und Behindertenhilfe, wenn diese Verbände dazu einen gemeinsamen Vorschlag vorlegen, und
4. zwei Vertreter nach Absatz 2 Nr. 5.

(4) unverändert

(5) Das Nähere regelt das Bundesministerium für Gesundheit durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates.“

## Entwurf

26. § 152 wird wie folgt gefaßt:

„Die Maßgaben nach Anlage I Kapitel X Sachgebiet H Abschnitt III Nr. 3 Buchstaben *d*) und *g*) in Verbindung mit Artikel 3 des Einigungsvertrages sind nicht mehr anzuwenden.“

## Artikel 2

## Änderung des Achten Buches Sozialgesetzbuch

Das Achte Buch Sozialgesetzbuch – Kinder- und Jugendhilfe (Artikel 1 des Gesetzes vom 26. Juni 1990, BGBl. I S. 1163) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Mai 1993 (BGBl. I S. 637), zuletzt geändert durch . . . , wird wie folgt geändert:

1. § 35 a wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 Satz 3 wird gestrichen.
- b) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„(2) Aufgabe und Ziel der Hilfe, die Bestimmung des Personenkreises sowie die Art der Maßnahmen richten sich nach folgenden Bestimmungen des Bundessozialhilfegesetzes, soweit diese auf seelisch behinderte oder von einer solchen Behinderung bedrohte Personen Anwendung finden:

1. § 39 Abs. 3 und § 40,
2. § 41 Abs. 1 bis 3 Satz 2 und Abs. 4 mit der Maßgabe, daß an die Stelle der Vereinbarungen nach § 93 des Bundessozialhilfegesetzes Vereinbarungen nach § 77 dieses Buches treten,
3. die Verordnung nach § 47 des Bundessozialhilfegesetzes.“

c) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3.

## Beschlüsse des 14. Ausschusses

26. § 152 wird wie folgt gefaßt:

„Die Maßgaben nach Anlage I Kapitel X Sachgebiet H Abschnitt III Nr. 3 Buchstabe *g* in Verbindung mit Artikel 3 des Einigungsvertrages sind nicht mehr anzuwenden.“

## Artikel 1 a

## Änderung des Ersten Buches Sozialgesetzbuch

Das Sozialgesetzbuch – Allgemeiner Teil – vom 11. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3015), zuletzt geändert durch . . . , wird wie folgt geändert:

1. Artikel I wird wie folgt geändert:

a) § 27 Abs. 1 Nr. 4 wird wie folgt gefaßt:

„4. Hilfe zur Erziehung, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche sowie Hilfe für junge Volljährige.“

b) § 29 Abs. 2 wird wie folgt gefaßt:

„(2) Zuständig sind die in den §§ 19 bis 24, 27 und 28 genannten Leistungsträger.“

2. In Artikel II § 1 Nr. 15 werden nach den Wörtern „15. das Bundessozialhilfegesetz,“ die Wörter „auch soweit § 9 Abs. 4 des Asylbewerberleistungsgesetzes die entsprechende Anwendung des Bundessozialhilfegesetzes vorsieht,“ eingefügt.

## Artikel 2

## Änderung des Achten Buches Sozialgesetzbuch

Das Achte Buch Sozialgesetzbuch – Kinder- und Jugendhilfe (Artikel 1 des Gesetzes vom 26. Juni 1990, BGBl. I S. 1163) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Mai 1993 (BGBl. I S. 637), zuletzt geändert durch . . . , wird wie folgt geändert:

1. unverändert



## Entwurf

## Beschlüsse des 14. Ausschusses

## 2. § 45 wird wie folgt geändert:

- a) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 eingefügt:

„(3) Sind in einer Einrichtung Mängel festgestellt worden, so soll die zuständige Behörde zunächst den Träger der Einrichtung über die Möglichkeiten zur Abstellung der Mängel beraten. Wenn die Abstellung der Mängel Auswirkungen auf Entgelte oder Vergütungen nach § 93 des Bundessozialhilfegesetzes haben kann, so ist der Träger der Sozialhilfe an der Beratung zu beteiligen, mit dem Vereinbarungen nach dieser Vorschrift bestehen. Werden festgestellte Mängel nicht abgestellt, so können den Trägern der Einrichtung Auflagen erteilt werden, die zur Beseitigung einer eingetretenen oder Abwendung einer drohenden Beeinträchtigung oder Gefährdung des Wohls der Kinder oder Jugendlichen erforderlich sind. Wenn sich die Auflage auf Entgelte oder Vergütungen nach § 93 des Bundessozialhilfegesetzes auswirkt, so entscheidet über ihre Erteilung die zuständige Behörde im Benehmen mit dem Träger der Sozialhilfe, mit dem Vereinbarungen nach dieser Vorschrift bestehen. Die Auflage ist nach Möglichkeit in Übereinstimmung mit Vereinbarungen nach den §§ 93 bis 94 des Bundessozialhilfegesetzes auszugestalten.“

- b) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4.

## 2. unverändert

## 3. § 89 h wird gestrichen.

## Artikel 2 a

## Änderung des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch

§ 108 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch vom 18. August 1980 (BGBl. I S. 1469, 2218), das zuletzt durch . . . geändert worden ist, wird wie folgt gefaßt:

## „§ 108

## Erstattung in Geld, Verzinsung

(1) Sach- und Dienstleistungen sind in Geld zu erstatten.

(2) Ein Erstattungsanspruch der Träger der Sozialhilfe, der Kriegsopferfürsorge und der Jugendhilfe ist von anderen Leistungsträgern

1. für die Dauer des Erstattungszeitraums und
2. für den Zeitraum nach Ablauf eines Kalendermonats nach Eingang des vollständigen, den gesamten Erstattungszeitraum umfassenden Erstattungsantrags beim zuständigen Erstattungsverpflichteten bis zum Ablauf des Kalendermonats vor der Zahlung

auf Antrag mit 4 vom Hundert zu verzinsen. Die Verzinsung beginnt frühestens nach Ablauf von sechs Kalendermonaten nach Eingang des vollständigen Leistungsantrags des Leistungsberechtigten beim zuständigen Leistungsträger, beim Fehlen eines Antrags nach Ablauf eines Kalendermonats nach Bekanntgabe der Entscheidung über die Leistung. § 44 Abs. 3 des Ersten Buches findet Anwendung; § 16 des Ersten Buches gilt nicht.“

## Entwurf

## Beschlüsse des 14. Ausschusses

**Artikel 3****Änderung des Schwerbehindertengesetzes**

Das Schwerbehindertengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. August 1986 (BGBl. I S. 1421, 1550), das zuletzt durch Artikel 97 des Gesetzes vom 5. Oktober 1994 (BGBl. I S. 2911) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 54 wird wie folgt gefaßt:

## „§ 54

**Begriff der Werkstatt für Behinderte**

(1) Die Werkstatt für Behinderte ist eine Einrichtung zur Eingliederung Behinderter in das Arbeitsleben. Sie hat denjenigen Behinderten, die wegen Art oder Schwere der Behinderung nicht, noch nicht oder noch nicht wieder auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt beschäftigt werden können,

1. eine angemessene berufliche Bildung und eine Beschäftigung zu einem ihrer Leistung angemessenen Arbeitsentgelt aus dem Arbeitsergebnis anzubieten und
2. zu ermöglichen, ihre Leistungsfähigkeit zu entwickeln, zu erhöhen oder wiederzugewinnen und dabei ihre Persönlichkeit weiterzuentwickeln.

Sie muß über ein möglichst breites Angebot an Arbeitstrainings- und Arbeitsplätzen sowie über qualifiziertes Personal und einen begleitenden Dienst verfügen.

(2) Die Werkstatt steht allen Behinderten im Sinne des Absatzes 1 unabhängig von Art oder Schwere der Behinderung offen, sofern erwartet werden kann, daß sie spätestens nach Teilnahme an Maßnahmen im Arbeitstrainingsbereich wenigstens ein Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung erbringen werden. Dies ist nicht der Fall bei Behinderten, bei denen trotz einer der Behinderung angemessenen Betreuung eine erhebliche Selbst- oder Fremdgefährdung zu erwarten ist oder das Ausmaß der erforderlichen Betreuung und Pflege die Teilnahme an Maßnahmen im Arbeitstrainingsbereich oder sonstige Umstände ein Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung im Arbeitsbereich dauerhaft nicht zulassen.

(3) Behinderte, die die Voraussetzungen für eine Beschäftigung in einer Werkstatt nicht erfüllen, sollen in Einrichtungen oder Gruppen betreut und gefördert werden, die der Werkstatt angegliedert sind.“

2. Nach § 54 werden die folgenden Paragraphen eingefügt:

## „§ 54 a

**Aufnahme in die Werkstatt für Behinderte**

(1) Anerkannte Werkstätten haben diejenigen Behinderten aus ihrem Einzugsgebiet, die die Aufnahmevoraussetzungen gemäß § 54 Abs. 2 erfül-

**Artikel 3****Änderung des Schwerbehindertengesetzes**

Das Schwerbehindertengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. August 1986 (BGBl. I S. 1421, 1550), das zuletzt durch Artikel 97 des Gesetzes vom 5. Oktober 1994 (BGBl. I S. 2911) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. unverändert

2. Nach § 54 werden die folgenden Paragraphen eingefügt:

## „§ 54 a

**unverändert**

## Entwurf

len, aufzunehmen, wenn Leistungen durch die Sozialleistungsträger gewährleistet sind oder die Behinderten die Kosten selbst übernehmen; die Möglichkeit zur Aufnahme in eine andere anerkannte Werkstatt nach Maßgabe des § 3 des Bundessozialhilfegesetzes oder entsprechenden Regelungen bleibt unberührt. Die Verpflichtung zur Aufnahme gilt unabhängig von

1. der Ursache der Behinderung,
2. der Art der Behinderung, wenn in dem Einzugsgebiet keine besondere Werkstatt für Behinderte für diese Behinderungsart vorhanden ist, und
3. der Schwere der Behinderung, der Minderung der Leistungsfähigkeit und einem besonderen Bedarf an Förderung, begleitender Betreuung oder Pflege.

(2) Die Verpflichtung, die Behinderten in der Werkstatt zu beschäftigen, besteht, solange die Aufnahmevoraussetzungen nach Absatz 1 vorliegen.

## § 54 b

## Arbeitsentgelt Behinderter

Die Werkstätten sind verpflichtet, aus ihrem Arbeitsergebnis an die im Arbeitsbereich beschäftigten Behinderten ein Arbeitsentgelt zu zahlen. Das Arbeitsentgelt soll sich aus einem Grundbetrag in Höhe des Ausbildungsgeldes, das die Bundesanstalt für Arbeit nach den für sie geltenden Vorschriften Behinderten im Arbeitstrainingsbereich zuletzt leistet, und, soweit das Arbeitsergebnis die Zahlung zuläßt, einem leistungsangemessenen Steigerungsbetrag zusammensetzen. Der Steigerungsbetrag ist nach der individuellen Arbeitsleistung der Behinderten zu bemessen, insbesondere unter Berücksichtigung von Arbeitsmenge und Arbeitsgüte.“

## Beschlüsse des 14. Ausschusses

## § 54 b

## Rechtsstellung und Arbeitsentgelt Behinderter

**(1) Behinderte im Arbeitsbereich anerkannter Werkstätten stehen, wenn sie nicht Arbeitnehmer sind, zu den Werkstätten in einem arbeitnehmerähnlichen Rechtsverhältnis, soweit sich aus dem zugrundeliegenden Sozialleistungsverhältnis nichts anderes ergibt.**

(2) Die Werkstätten sind verpflichtet, aus ihrem Arbeitsergebnis an die im Arbeitsbereich beschäftigten Behinderten ein Arbeitsentgelt zu zahlen. Das Arbeitsentgelt soll sich aus einem Grundbetrag in Höhe des Ausbildungsgeldes, das die Bundesanstalt für Arbeit nach den für sie geltenden Vorschriften Behinderten im Arbeitstrainingsbereich zuletzt leistet, und, soweit das Arbeitsergebnis die Zahlung zuläßt, einem leistungsangemessenen Steigerungsbetrag zusammensetzen. Der Steigerungsbetrag ist nach der individuellen Arbeitsleistung der Behinderten zu bemessen, insbesondere unter Berücksichtigung von Arbeitsmenge und Arbeitsgüte.

**(3) Der Inhalt des arbeitnehmerähnlichen Rechtsverhältnisses ist unter Berücksichtigung des zwischen den Behinderten und dem Sozialleistungsträger bestehenden Sozialleistungsverhältnisses durch Werkstattverträge zwischen den Behinderten und dem Träger der Werkstatt näher zu regeln.**

## § 54 c

## Mitwirkung

**(1) Die in § 54 b Abs. 1 genannten Behinderten wirken unabhängig von ihrer Geschäftsfähigkeit durch Werkstattträte in den ihre Interessen berührenden Angelegenheiten der Werkstatt mit.**

**(2) Ein Werkstatttrat wird in Werkstätten sowie in Zweigwerkstätten mit mehr als 20 wahlberech-**

## Entwurf

## Beschlüsse des 14. Ausschusses

tigten Behinderten gewählt; er setzt sich aus mindestens drei Mitgliedern zusammen. In Zweigwerkstätten mit bis zu 20 wahlberechtigten Behinderten tritt an die Stelle des Werkstatrates ein Sprecher oder eine Sprecherin.

(3) Wahlberechtigt zum Werkstattrat sind alle in § 54 b Abs. 1 genannten Behinderten; von ihnen sind die Behinderten wählbar, die am Wahltag seit mindestens sechs Monaten in der Werkstatt beschäftigt sind.

(4) Das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung bestimmt durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates im einzelnen die Fragen, auf die sich die Mitwirkung erstreckt, die Zusammensetzung und die Amtszeit des Werkstatrates, die Durchführung der Wahl, insbesondere die Feststellung der Wahlberechtigung und der Wählbarkeit sowie Art und Umfang der Mitwirkung.

(5) Die Werkstätten für Behinderte unterrichten die gesetzlichen Vertreter und Betreuer von Behinderten im Arbeitsbereich einmal im Kalenderjahr in einer Eltern- und Betreuerversammlung in angemessener Weise über die Angelegenheiten der Werkstatt, auf die sich die Mitwirkung erstreckt, und hören sie dazu an.“

3. § 55 wird wie folgt gefaßt:

## „§ 55

Anrechnung von Aufträgen  
auf die Ausgleichsabgabe

(1) Arbeitgeber, die durch Aufträge an anerkannte Werkstätten für Behinderte zur Beschäftigung Behinderter beitragen, können 75 vom Hundert des auf die Arbeitsleistung der Werkstatt entfallenden Rechnungsbetrages solcher Aufträge (Gesamtrechnungsbetrag abzüglich Materialkosten) auf die Ausgleichsabgabe anrechnen. Bei Weiterveräußerung von Erzeugnissen anderer anerkannter Werkstätten für Behinderte ist die von diesen erbrachte Arbeitsleistung zu berücksichtigen. Die Werkstätten haben das Vorliegen der Anrechnungsvoraussetzungen in der Rechnung zu bestätigen.

(2) Voraussetzung für die Anrechnung ist, daß

1. die Aufträge innerhalb des Jahres, in dem die Verpflichtung zur Zahlung der Ausgleichsabgabe entsteht, von der Werkstatt für Behinderte ausgeführt und vom Auftraggeber bis spätestens 31. März des Folgejahres vergütet werden und
2. es sich nicht um Aufträge handelt, die Träger einer Gesamteinrichtung an Werkstätten für Behinderte vergeben, die rechtlich unselbständige Teile dieser Einrichtung sind.

(3) Bei der Vergabe von Aufträgen an Zusammenschlüsse anerkannter Werkstätten für Behinderte gilt Absatz 2 entsprechend.“

3. unverändert

## Entwurf

## Beschlüsse des 14. Ausschusses

## 4. § 57 wird wie folgt geändert:

## a) Absatz 2 wird wie folgt gefaßt:

„(2) Die Bundesregierung bestimmt durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates das Nähere über den Begriff und die Aufgaben der Werkstatt für Behinderte, die für sie geltenden fachlichen Anforderungen, die Aufnahmevoraussetzungen, den Begriff und die Verwendung des Arbeitsergebnisses und das Verfahren zur Anerkennung als Werkstatt für Behinderte.“

## b) Absatz 3 wird gestrichen.

## 5. § 58 wird wie folgt gefaßt:

## „§ 58

*Blindenwerkstätten*

*Die §§ 55 und 56 sind auch zugunsten der bei Inkrafttreten des Gesetzes bestehenden Blindenwerkstätten im Sinne des Blindenwarenvertriebsgesetzes vom 9. April 1965 (BGBl. I S. 311), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 23. November 1994 (BGBl. I S. 3475), anzuwenden.“*

**Artikel 4****Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes**

Das Arbeitsförderungsgesetz vom 25. Juni 1969 (BGBl. I S. 582), das zuletzt durch Artikel 93 des Gesetzes vom 5. Oktober 1994 (BGBl. I S. 2911) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 58 Abs. 1a Satz 1 Nr. 2 wird die Angabe „§ 52 Abs. 3“ durch die Angabe „§ 54 Abs. 2“ ersetzt.
2. In § 61 Abs. 1 wird die Angabe „§ 57 Abs. 3“ durch die Angabe „§ 57 Abs. 2“ ersetzt.
3. Dem § 147 Abs. 1 wird folgender Satz angefügt:  
„In den Fällen des Satzes 1 Nr. 3 ist auf Antrag vorläufig zu entscheiden.“

**Artikel 5****Änderung des Heimgesetzes**

Das Heimgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. April 1990 (BGBl. I S. 763), zuletzt geändert durch . . . , wird wie folgt geändert:

1. In § 3 werden nach dem Wort „Städtebau“ die Wörter „, dem Bundesministerium für Gesundheit“ eingefügt.
2. In § 5 Abs. 3 werden nach dem Wort „Sozialordnung“ die Wörter „und dem Bundesministerium für Gesundheit“ eingefügt.
3. § 8 wird wie folgt geändert:
  - a) In Absatz 3 werden nach dem Wort „Sozialordnung“ die Wörter „und dem Bundesministerium für Gesundheit“ eingefügt.

## 4. unverändert

## 5. entfällt

**Artikel 4****Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes**

Das Arbeitsförderungsgesetz vom 25. Juni 1969 (BGBl. I S. 582), das zuletzt durch Artikel 93 des Gesetzes vom 5. Oktober 1994 (BGBl. I S. 2911) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 40 Abs. 1 c wird gestrichen.
2. In § 58 Abs. 1a Satz 1 Nr. 2 wird die Angabe „§ 52 Abs. 3“ durch die Angabe „§ 54 Abs. 2“ ersetzt.
3. In § 61 Abs. 1 wird die Angabe „§ 57 Abs. 3“ durch die Angabe „§ 57 Abs. 2“ ersetzt.
4. Dem § 147 Abs. 1 wird folgender Satz angefügt:  
„In den Fällen des Satzes 1 Nr. 3 ist auf Antrag vorläufig zu entscheiden.“

**Artikel 5**

## unverändert

## Entwurf

- b) In Absatz 4 werden nach dem Wort „Pflegesatzvereinbarung“ die Wörter „oder Vereinbarungen nach den §§ 93 bis 94 des Bundessozialhilfegesetzes“ eingefügt.
4. In § 9 Abs. 4 werden nach dem Wort „Sozialordnung“ die Wörter „ dem Bundesministerium für Gesundheit“ eingefügt.
5. An § 11 Abs. 2 wird folgender Satz angefügt:
- „Wenn die Abstellung der Mängel Auswirkungen auf Entgelte oder Vergütungen nach den §§ 93 bis 94 des Bundessozialhilfegesetzes haben kann, ist der Träger der Sozialhilfe an der Beratung zu beteiligen, mit dem Vereinbarungen nach diesen Vorschriften bestehen.“
6. § 12 wird wie folgt geändert:
- a) Der bisherige Text wird Absatz 1.
- b) Es wird folgender Absatz angefügt:
- „(2) Auflagen und Anordnungen sind soweit wie möglich in Übereinstimmung mit Vereinbarungen nach den §§ 93 bis 94 des Bundessozialhilfegesetzes auszugestalten. Wenn sich die Auflage oder Anordnung auf Entgelte oder Vergütungen nach den §§ 93 bis 94 des Bundessozialhilfegesetzes auswirkt, ist über sie im Benehmen mit dem Träger der Sozialhilfe zu entscheiden, mit dem Vereinbarungen nach diesen Vorschriften bestehen.“
7. In § 14 Abs. 7 werden nach dem Wort „Wirtschaft“ die Wörter „ , dem Bundesminister für Gesundheit“ eingefügt.

## Artikel 6

## Änderung des Arbeitsgerichtsgesetzes

In § 2 Abs. 1 des Arbeitsgerichtsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Juli 1979 (BGBl. I S. 853, 1036), das zuletzt durch Artikel 3 Abs. 3 des Gesetzes vom 17. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2118) geändert worden ist, wird in Nummer 9 der Punkt durch ein Semikolon ersetzt und folgende Nummer angefügt:

- „10. bürgerliche Rechtsstreitigkeiten zwischen Behinderten im Arbeitsbereich von Werkstätten für Behinderte und den Trägern der Werkstätten aus dem zwischen ihnen bestehenden besonderen Rechtsverhältnis.“

## Beschlüsse des 14. Ausschusses

## Artikel 6

## Änderung des Arbeitsgerichtsgesetzes

Das Arbeitsgerichtsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Juli 1979 (BGBl. I S. 853, 1036), das zuletzt durch . . . geändert worden ist, wird **wie folgt geändert:**

- a) In § 2 Abs. 1 wird in Nummer 9 der Punkt durch ein Semikolon ersetzt und folgende Nummer **10** angefügt:

„10. bürgerliche Rechtsstreitigkeiten zwischen Behinderten im Arbeitsbereich von Werkstätten für Behinderte und den Trägern der Werkstätten aus den in § 54 b des Schwerbehindertengesetzes geregelten Rechtsverhältnissen.“

- b) In § 2 a Abs. 1 wird nach Nummer 3 folgende Nummer **3 a** eingefügt:

„3a. Angelegenheiten aus § 54 c des Schwerbehindertengesetzes;“

- c) § 10 wird wie folgt geändert:

aa) Die Angabe „3“ wird durch die Angabe „3 a“ ersetzt.

## Entwurf

## Beschlüsse des 14. Ausschusses

- bb) Nach der Zahl „1952“ werden ein Komma und die Wörter „dem § 54 c des Schwerbehindertengesetzes“ eingefügt.
- d) In § 83 Abs. 3 werden nach der Zahl „1952“ ein Komma und die Wörter „dem § 54 c des Schwerbehindertengesetzes“ eingefügt.

## Artikel 6 a

## Änderung des

## Bundesausbildungsförderungsgesetzes

§ 65 Abs. 3 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Juni 1983 (BGBl. I S. 645, 1680), das zuletzt durch ... geändert worden ist, wird gestrichen.

## Artikel 7

## Änderung der Regelsatzverordnung

An § 3 Abs. 1 der Verordnung zur Durchführung des § 22 BSHG (Regelsatzverordnung) vom 20. Juli 1962 (BGBl. I S. 515), die zuletzt durch die Dritte Verordnung zur Änderung der Regelsatzverordnung vom 7. Oktober 1991 (BGBl. I S. 1971) geändert worden ist, werden folgende Sätze angefügt:

„Vor Abschluß eines Vertrages über eine neue Unterkunft hat der Hilfeempfänger den dort zuständigen Träger der Sozialhilfe über die nach Satz 2 maßgeblichen Umstände in Kenntnis zu setzen; sind die Aufwendungen für die neue Unterkunft unangemessen hoch, ist der Träger der Sozialhilfe nur zur Übernahme angemessener Aufwendungen verpflichtet, es sei denn, er hat den darüber hinausgehenden Aufwendungen vorher zugestimmt. § 15a Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes ist auf die Gewährung von Leistungen für die Unterkunft entsprechend anzuwenden.“

## Artikel 7

## Änderung der Regelsatzverordnung

An § 3 Abs. 1 der Verordnung zur Durchführung des § 22 BSHG (Regelsatzverordnung) vom 20. Juli 1962 (BGBl. I S. 515), die zuletzt durch die Dritte Verordnung zur Änderung der Regelsatzverordnung vom 7. Oktober 1991 (BGBl. I S. 1971) geändert worden ist, werden folgende Sätze angefügt:

„Vor Abschluß eines Vertrages über eine neue Unterkunft hat der Hilfeempfänger den dort zuständigen Träger der Sozialhilfe über die nach Satz 2 maßgeblichen Umstände in Kenntnis zu setzen; sind die Aufwendungen für die neue Unterkunft unangemessen hoch, ist der Träger der Sozialhilfe nur zur Übernahme angemessener Aufwendungen verpflichtet, es sei denn, er hat den darüber hinausgehenden Aufwendungen vorher zugestimmt. § 15a Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes ist auf die Gewährung von Leistungen für die Unterkunft entsprechend anzuwenden. **Wohnungsbeschaffungskosten und Mietkautionen können bei vorheriger Zustimmung übernommen werden. Eine Zustimmung soll erteilt werden, wenn der Umzug durch den Träger der Sozialhilfe veranlaßt wird oder aus anderen Gründen notwendig ist und wenn ohne die Zustimmung eine Unterkunft in einem angemessenen Zeitraum nicht gefunden werden kann.**“

## Artikel 8

## Änderung der Eingliederungshilfe-Verordnung

Die Verordnung nach § 47 des Bundessozialhilfegesetzes (Eingliederungshilfe-Verordnung) vom 27. Mai 1964 (BGBl. I S. 339), in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Februar 1975 (BGBl. I S. 433), wird wie folgt geändert:

1. § 17 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 wird das Wort „Tätigkeit“ durch das Wort „Beschäftigung“ ersetzt.
- b) Absatz 2 wird wie folgt gefaßt:

„(2) Hilfe in einer sonstigen Beschäftigungsstätte nach § 41 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes kön-

## Artikel 8

unverändert

## Entwurf

## Beschlüsse des 14. Ausschusses

nen Behinderte erhalten, die mindestens die Voraussetzungen zur Aufnahme in einer Werkstatt für Behinderte (§ 54 a des Schwerbehindertengesetzes) erfüllen.“

## 2. § 19 wird wie folgt geändert:

- a) In Nummer 1 wird das Wort „oder“ durch ein Komma ersetzt; nach dem Wort „erleichtern“ werden die Wörter „oder diese vorzubereiten“ eingefügt.
- b) In Nummer 3 wird nach den Wörtern „möglich ist“ der Punkt durch ein Komma ersetzt und folgende Nummer 4 angefügt:
  - „4. Tätigkeiten zur Vorbereitung auf Maßnahmen der Eingliederung in das Arbeitsleben nach § 40 Abs. 1 Nr. 6 des Gesetzes.“

## Artikel 9

Änderung der Werkstättenverordnung  
Schwerbehindertengesetz

Die Dritte Verordnung zur Durchführung des Schwerbehindertengesetzes (Werkstättenverordnung Schwerbehindertengesetz – SchwbWV) vom 13. August 1980 (BGBl. I S. 1365), die durch die Erste Verordnung vom 14. Dezember 1992 (BGBl. I S. 2013) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

## 1. § 1 Abs. 1 wird wie folgt gefaßt:

„(1) Die Werkstatt für Behinderte (Werkstatt) hat zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß sie die Behinderten im Sinne des § 54 Abs. 2 des Schwerbehindertengesetzes aus ihrem Einzugsgebiet aufnehmen kann.“

## 2. In § 4 Abs. 1 Satz 2 wird die Angabe „§ 54 Abs. 3“ durch die Angabe „§ 54 Abs. 2“ ersetzt.

## 3. Dem § 5 wird folgender Absatz angefügt:

„(4) Der Übergang von Behinderten auf den allgemeinen Arbeitsmarkt ist durch geeignete Maßnahmen zu *ermöglichen*, insbesondere auch durch Beschäftigung auf ausgelagerten Arbeitsplätzen *bis zu einer Dauer von höchstens sechs Monaten*. Dabei hat die Werkstatt die notwendige arbeitsbegleitende Betreuung in der Übergangsphase sicherzustellen und darauf hinzuwirken, daß der zuständige Sozialleistungsträger seine Leistungen und nach dem Ausscheiden des Behinderten aus der Werkstatt die Hauptfürsorgestelle die begleitende Hilfe im Arbeits- und Berufsleben erbringen. *Im Benehmen mit dem zuständigen Sozialleistungsträger ist im Einzelfall eine Verlängerung der Beschäftigung auf ausgelagerten Arbeitsplätzen um bis zu sechs Monate möglich, wenn nur hierdurch der Übergang auf den allgemeinen Arbeitsmarkt ermöglicht werden kann.*“

## Artikel 9

Änderung der Werkstättenverordnung  
Schwerbehindertengesetz

Die Dritte Verordnung zur Durchführung des Schwerbehindertengesetzes (Werkstättenverordnung Schwerbehindertengesetz – SchwbWV) vom 13. August 1980 (BGBl. I S. 1365), die durch die Erste Verordnung vom 14. Dezember 1992 (BGBl. I S. 2013) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

## 1. unverändert

## 2. unverändert

## 3. Dem § 5 wird folgender Absatz angefügt:

„(4) Der Übergang von Behinderten auf den allgemeinen Arbeitsmarkt ist durch geeignete Maßnahmen zu **fördern**, insbesondere auch durch **eine zeitweise** Beschäftigung auf ausgelagerten Arbeitsplätzen. Dabei hat die Werkstatt die notwendige arbeitsbegleitende Betreuung in der Übergangsphase sicherzustellen und darauf hinzuwirken, daß der zuständige Sozialleistungsträger seine Leistungen und nach dem Ausscheiden des Behinderten aus der Werkstatt die Hauptfürsorgestelle die begleitende Hilfe im Arbeits- und Berufsleben erbringen.“



## Entwurf

## Beschlüsse des 14. Ausschusses

## 4. § 12 wird wie folgt geändert:

## a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Nach Satz 3 wird folgender Satz 4 eingefügt:

„Zusätzlich sind das Arbeitsergebnis und seine Verwendung auszuweisen.“

bb) Der bisherige Satz 4 wird Satz 5; in ihm werden nach dem Wort „Jahresabschluß“ die Wörter „einschließlich der Ermittlung des Arbeitsergebnisses und seiner Verwendung“ eingefügt.

## b) Nach Absatz 3 werden die folgenden Absätze angefügt:

„(4) Arbeitsergebnis im Sinne des § 54 b des Schwerbehindertengesetzes und der Vorschriften dieser Verordnung ist die Differenz aus den Erträgen und den notwendigen Kosten des laufenden Betriebs der Werkstatt. Die Erträge setzen sich zusammen aus den Umsatzerlösen, Zins- und sonstigen Erträgen aus der wirtschaftlichen Tätigkeit und den von den Sozialleistungsträgern erbrachten Kostensätzen. Zu den notwendigen Kosten des laufenden Betriebes zählen nicht die Kosten für die Arbeitsentgelte nach § 54 b des Schwerbehindertengesetzes.

(5) Das Arbeitsergebnis darf nur für Zwecke der Werkstatt verwendet werden, und zwar für

1. die Zahlung der Arbeitsentgelte nach § 54 b des Schwerbehindertengesetzes, in der Regel im Umfang von mindestens 70 vom Hundert des Arbeitsergebnisses,
2. die Bildung einer zum Ausgleich von Ertragsschwankungen notwendigen Rücklage, höchstens eines Betrages, der zur Zahlung der Arbeitsentgelte nach § 54 b des Schwerbehindertengesetzes für drei Monate erforderlich ist,
3. Ersatz- und Modernisierungsinvestitionen in der Werkstatt, soweit diese Kosten nicht aus den Rücklagen auf Grund von Abschreibung des Anlagevermögens für solche Investitionen, aus Leistungen der Sozialleistungsträger oder aus sonstigen Einnahmen zu decken sind oder gedeckt werden. Kosten für die Schaffung und Ausstattung neuer Werk- und Wohnstättenplätze dürfen aus dem Arbeitsergebnis nicht bestritten werden.

Abweichende handelsrechtliche Vorschriften über die Bildung von Rücklagen bleiben unberührt.“

## 5. § 13 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 Satz 1 wird die Angabe „§ 54 Abs. 2 Satz 1“ durch die Angabe „§ 54 Abs. 1 Satz 2 und § 54 b“ ersetzt und werden die Sätze 2 bis 4 gestrichen.

b) Absatz 3 wird gestrichen.

## 4. § 12 wird wie folgt geändert:

## a) unverändert

## b) Nach Absatz 3 werden die folgenden Absätze angefügt:

„(4) Arbeitsergebnis im Sinne des § 54 b des Schwerbehindertengesetzes und der Vorschriften dieser Verordnung ist die Differenz aus den Erträgen und den notwendigen Kosten des laufenden Betriebs der Werkstatt. Die Erträge setzen sich zusammen aus den Umsatzerlösen, Zins- und sonstigen Erträgen aus der wirtschaftlichen Tätigkeit und den von den Sozialleistungsträgern erbrachten Kostensätzen. Zu den notwendigen Kosten des laufenden Betriebes zählen nicht die Kosten für die Arbeitsentgelte nach § 54 b **Abs. 2** des Schwerbehindertengesetzes.

(5) Das Arbeitsergebnis darf nur für Zwecke der Werkstatt verwendet werden, und zwar für

1. die Zahlung der Arbeitsentgelte nach § 54 b **Abs. 2** des Schwerbehindertengesetzes, in der Regel im Umfang von mindestens 70 vom Hundert des Arbeitsergebnisses,
2. die Bildung einer zum Ausgleich von Ertragsschwankungen notwendigen Rücklage, höchstens eines Betrages, der zur Zahlung der Arbeitsentgelte nach § 54 b des Schwerbehindertengesetzes für drei Monate erforderlich ist,
3. Ersatz- und Modernisierungsinvestitionen in der Werkstatt, soweit diese Kosten nicht aus den Rücklagen auf Grund von Abschreibung des Anlagevermögens für solche Investitionen, aus Leistungen der Sozialleistungsträger oder aus sonstigen Einnahmen zu decken sind oder gedeckt werden. Kosten für die Schaffung und Ausstattung neuer Werk- und Wohnstättenplätze dürfen aus dem Arbeitsergebnis nicht bestritten werden.

Abweichende handelsrechtliche Vorschriften über die Bildung von Rücklagen bleiben unberührt.“

## 5. unverändert

## Entwurf

## Beschlüsse des 14. Ausschusses

6. In § 14 werden nach den Wörtern „Angelegenheiten der Werkstatt“ die Wörter „nach § 54 c des Schwerbehindertengesetzes“ eingefügt.

## Artikel 9a

**Änderung der Verordnung zu § 88 Abs. 2 des  
Bundessozialhilfegesetzes**

In § 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Buchstabe b, in Satz 2 und in Absatz 2 Satz 1 der Verordnung zu § 88 Abs. 2 Nr. 8 des Bundessozialhilfegesetzes vom 11. Februar 1988 (BGBl. I S. 150), die durch die Verordnung vom 23. Oktober 1991 (BGBl. I S. 2037) geändert worden ist, wird die Angabe „§ 69 Abs. 4 Satz 2“ jeweils durch die Angabe „§ 69a Abs. 3“ ersetzt.

## Artikel 10

**Anpassung anderer Rechtsvorschriften**

(1) In § 11 Abs. 3 Nr. 2 des Gesetzes über die Angleichung der Leistungen zur Rehabilitation vom 7. August 1974 (BGBl. I S. 1881), das zuletzt durch Artikel 15 des Gesetzes vom 29. Juli 1994 (BGBl. I S. 1890) geändert worden ist, wird die Angabe „§ 54 Abs. 3“ durch die Angabe „§ 54 Abs. 2“ ersetzt.

(2) In § 26 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 des Bundesversorgungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Januar 1982 (BGBl. I S. 21), das zuletzt durch das Zweite Gesetz zur Änderung des Sozialgesetzbuches vom 13. Juni 1994 (BGBl. I S. 1229) geändert worden ist, wird die Angabe „§ 54 Abs. 3“ durch die Angabe „§ 54 Abs. 2“ ersetzt.

(3) In § 567 Abs. 3 Satz 4 Nr. 2 der Reichsversicherungsordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 820-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch . . . geändert worden ist, wird die Angabe „§ 52 Abs. 3“ durch die Angabe „§ 54 Abs. 2“ ersetzt.

(4) In § 18 Nr. 2 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch (Artikel 1 des Gesetzes vom 18. Dezember 1989, BGBl. I S. 2261, 1990 I S. 1337), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 26. Juli 1994 (BGBl. I S. 1792) geändert worden ist, wird die Angabe „§ 54 Abs. 3“ durch die Angabe „§ 54 Abs. 2“ ersetzt.

## Artikel 11

**Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang**

Die auf den Artikeln 7 bis 9 beruhenden Teile der dort geänderten Verordnungen können auf Grund der jeweils einschlägigen Ermächtigungen in Verbindung mit diesem Artikel durch Rechtsverordnung geändert oder aufgehoben werden.

## Artikel 12

**Inkrafttreten**

Artikel 1 Nr. 1, Nr. 17 Buchstabe b und c und Nr. 18 treten am 1. Januar 1999 in Kraft. Artikel 1 Nr. 7 Buchstabe a tritt am 1. Juli 1999 in Kraft. Im übrigen tritt dieses Gesetz am . . . in Kraft.

## Artikel 10

unverändert

## Artikel 11

**Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang**

Die auf den Artikeln 7 bis 9a beruhenden Teile der dort geänderten Verordnungen können auf Grund der jeweils einschlägigen Ermächtigungen in Verbindung mit diesem Artikel durch Rechtsverordnung geändert oder aufgehoben werden.

## Artikel 12

unverändert

## Bericht der Abgeordneten Ulf Fink, Brigitte Lange, Andrea Fischer (Berlin), Dr. Gisela Babel und Dr. Heidi Knake-Werner

### A. Allgemeiner Teil

#### 1. Zum Beratungsverfahren

Der Deutsche Bundestag hat den Gesetzentwurf der Bundesregierung in seiner 58. Sitzung am 28. September 1995 in erster Lesung beraten und an den Ausschuß für Gesundheit zur federführenden Beratung und an den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung und den Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Mitberatung überwiesen. Der Gesetzentwurf wurde in der 71. Sitzung des Deutschen Bundestages am 23. November 1995 dem Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau nachträglich zur Mitberatung überwiesen. Den Antrag der Abgeordneten Brigitte Lange, Klaus Kirschner, Rudolf Dreßler, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD hat der Deutsche Bundestag in seiner 58. Sitzung am 28. September 1995 an den Ausschuß für Gesundheit zur federführenden Beratung und an den Innenausschuß, den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, den Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie an den Ausschuß für Raumwesen, Bauordnung und Städtebau zur Mitberatung überwiesen. Den Antrag der Abgeordneten Andrea Fischer (Berlin), Marieluise Beck (Bremen), Matthias Berninger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Deutsche Bundestag in derselben Sitzung an den Ausschuß für Gesundheit zur federführenden Beratung und an den Innenausschuß, den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung sowie den Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Mitberatung überwiesen. Der Antrag der Gruppe der PDS – Drucksache 13/2438 – wurde in derselben Sitzung an den Ausschuß für Gesundheit zur federführenden Beratung und an den Innenausschuß, den Finanzausschuß, den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, den Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie den Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau zur Mitberatung überwiesen. Der Antrag der Abgeordneten Dr. Heidi Knake-Werner und der weiteren Abgeordneten der PDS – Drucksache 13/275 – hat der Deutsche Bundestag in seiner 15. Sitzung am 26. Januar 1995 an den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung zur federführenden Beratung und an den Ausschuß für Gesundheit sowie den Haushaltsausschuß zur Mitberatung überwiesen. In seiner 18. Sitzung am 9. Februar 1995 hat der Deutsche Bundestag die Überweisung geändert. Die Federführung lag nun beim Ausschuß für Gesundheit, der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung war mitberatend beteiligt.

Der Ausschuß für Gesundheit nahm die Beratung des Gesetzentwurfs und der Anträge in seiner 25. Sitzung am 11. Oktober 1995 auf und beschloß, zu diesen Vorlagen eine öffentliche Anhörung von Sach-

verständigen durchzuführen. Diese Anhörung fand in der 33. Sitzung am 22. November 1995 statt. Als sachverständige Verbände waren Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V. (AWO), Arbeitsgemeinschaft Privater Heime (APH), Arbeitslosenverband Deutschland e. V. (ALV), Bundesanstalt für Arbeit (BA), Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe, Bundesarbeitsgemeinschaft der Werkstätten für Behinderte e. V. (BAG/WfB), Bundesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte (BAGH), Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen e. V., Bundesverband privater Alten- und Pflegeheime e. V. (BPA), Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Bundesvereinigung Lebenshilfe für geistig Behinderte e. V., Deutsche Angestellten Gewerkschaft (DAG), Deutscher Caritasverband e. V., Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), Der Paritätische Wohlfahrtsverband (DPWV), Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag, Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Deutsches Rotes Kreuz e. V. (DRK), Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e. V., Reichsbund der Kriegs- und Wehrdienststopfer, Behinderten, Sozialrentner und Hinterbliebenen e. V., Sozialverband VdK Deutschland, START, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V., Der Bevollmächtigte des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland bei der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Gemeinschaft, Kommissariat der Deutschen Bischöfe, Katholisches Büro Bonn, Zentralrat der Juden in Deutschland sowie als Einzelsachverständige Dr. Gerhard Bäcker (c/o Wirtschafts- u. Sozialwissenschaftliches Institut des DGB), Prof. Dr. Ulrich Bauder (Technische Unternehmensberatung), Dr. Wilhelm Breuer (Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik [ISG]), Prof. Dr. Friedrich Breyer (Universität Konstanz), Prof. Dr. Albrecht Brühl, Dr. Petra Buhr (Sonderforschungsbereich 186 der Universität Bremen – Projekt D 3 „Sozialhilfekarrieren“), Dr. Karl-Heinz Dittrich (Europäisches Forschungsinstitut Königswinter), Dipl.-Kfm. Eberhard Engerhoff (Kirchliche Dienstleistungs- und Beratungsgesellschaft für soziale Einrichtungen), Joachim Erhardt (Behindertenverband Gera), Prof. Dr. Walter Hanesch, Dr. Helmut Hartmann (Behörde Arbeit, Gesundheit und Soziales), Prof. Dr. Richard Hauser, Bruno Kaltenborn (c/o Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH), Prof. Dr. Stephan Leibfried (Zentrum für Sozialpolitik), Prof. Dr. Lutz Leisering (SFG, Universität Bremen), Maren Müller-Erichsen (Lebenshilfe), Reinhard Müller (c/o Paritätischer Wohlfahrtsverband), Thomas Naumann (Kreisbeigeordneter Landkreis Marburg-Biedenkopf), Dr. Volker Neumann (Professor für öffentliches Recht und Sozialrecht), Werner Nölken (Leiter des Kreissozialamtes Soest),

Prof. Dr. Josef Pietzcker (Institut für Staatsrecht – Universität Bonn), Harald Rein (Frankfurter Arbeitslosenzentrum), Prof. Rainer Roth (Fachhochschule für Sozialarbeit Frankfurt), Eckhard Schäfer („A 3“ – AG Arbeit und Ausbildung), Walter Schellhorn, Jens Schröter (Verband Alleinerziehender Väter und Mütter), Josef Schültke (Senatsverwaltung für Soziales) zu dieser Anhörung geladen. Auf die als Ausschußdrucksachen verteilten schriftlichen Stellungnahmen der Sachverständigen und das Wortprotokoll der Anhörung wird Bezug genommen.

Der Rechtsausschuß hat auf die Abgabe einer Stellungnahme verzichtet. Der Innenausschuß empfahl in seiner Stellungnahme vom 28. Februar 1996, die Anträge abzulehnen. Der Finanzausschuß teilte in seiner Stellungnahme vom 28. Februar 1996 mit, daß er den Antrag der Gruppe der PDS abgelehnt habe. Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung empfahl in seiner Stellungnahme vom 28. Februar 1996 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Mitglieds der Gruppe der PDS, dem Gesetzentwurf zuzustimmen. Weiter empfahl er, die Anträge abzulehnen. Der Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat von der Mitberatung abgesehen. Der Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau hat seine Beratung auf die §§ 15a, 72 und 100 des Gesetzentwurfs konzentriert, insoweit schlug er in seiner Stellungnahme vom 31. Januar 1996 einstimmig die Zustimmung zu dem Gesetzentwurf vor.

Der Ausschuß für Gesundheit setzte die Beratung in seinen weiteren Sitzungen fort und schloß die Beratung in seiner 44. Sitzung am 28. Februar 1996 ab. In dieser Sitzung stimmte er dem Gesetzentwurf in der Fassung der Beschlußempfehlung mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Mitglieds der Gruppe der PDS zu. Den Antrag der Fraktion der SPD lehnte der Ausschuß mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Mitglieds der Gruppe der PDS ab. Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Mitglieds der Gruppe der PDS bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der SPD abgelehnt. Der Antrag der Gruppe der PDS – Drucksache 13/2438 – fand mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Mitglieds der Gruppe der PDS bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der SPD keine Zustimmung. Der Antrag der Abgeordneten Dr. Heidi Knake-Werner und der weiteren Abgeordneten der PDS – Drucksache 13/275 – wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Mitglieds der Gruppe der PDS abgelehnt.

## 2. Zum Inhalt des Gesetzentwurfs und der Anträge

### a) Gesetzentwurf der Bundesregierung

Der Gesetzentwurf enthält keine linearen Leistungskürzungen. Schwerpunkte sind vielmehr die folgenden, im wesentlichen strukturellen Änderungen:

1. Die Arbeitsaufnahme von schwer vermittelbaren Sozialhilfeempfängern soll künftig durch befristete Lohnkosten- und Einarbeitungszuschüsse an Arbeitgeber, berufliche Qualifizierung und die Teilnahme an Arbeitsförderungsmaßnahmen unterstützt werden. Die Maßnahmen kann der Sozialhilfeträger selbst organisieren oder damit das Arbeitsamt beauftragen.
2. Der Arbeitsanreiz für schwer vermittelbare Sozialhilfeempfänger soll durch höhere Freibeträge beziehungsweise Zuschüsse verbessert werden. Die Zuschüsse sollen auf sechs Monate befristet und degressiv gestaltet werden. Darüber hinaus sollen anrechnungsfreie Zuschüsse zu einer Saisonbeschäftigung geleistet werden können.
3. Bei Verweigerung zumutbarer Arbeit soll künftig verbindlich eine Kürzung des Regelsatzes um mindestens 25 v. H. vorgesehen werden.
4. Ab 1999 soll der Bund Regelsätze festsetzen, die jährlich entsprechend der Veränderung von Nettoeinkommen, Verbraucherverhalten und Lebenshaltungskosten fortgeschrieben werden. Die Länder können aufgrund regionaler Besonderheiten unter Beachtung des Lohnabstandsgebotes davon abweichen.
5. Die am 30. Juni 1996 geltenden Regelsätze der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt sollen für eine Übergangszeit von drei Jahren in demselben Umfang angehoben werden, wie die Nettoarbeitsentgelte in den alten Ländern steigen.
6. Es soll klargestellt werden, daß die Hilfe zum Lebensunterhalt künftig um einen bestimmten Prozentsatz unter den Nettoarbeitsentgelten beziehungsweise verfügbaren Einkommen unterer Lohn- und Gehaltsgruppen liegen muß. Einmalige Leistungen der Sozialhilfe sind in die Vergleichsrechnung ebenso einzubeziehen wie einmalige Zahlungen an die Arbeitnehmer.
7. Einmalige Leistungen der Sozialhilfe sollen so weit wie möglich pauschaliert werden. Das soll durch den kurzfristigen Erlaß einer gesonderten Rechtsverordnung geschehen.
8. Die Pflegesätze in Einrichtungen sollen in den Kalenderjahren 1996, 1997 und 1998 nicht stärker steigen als die allgemeinen Löhne. Ab 1999 erfolgt die Vergütung durch Pauschalen für Leistungskomplexe.
9. Die Arbeitsentgelte der Behinderten in Werkstätten sollen verbessert werden.
10. Die zuständigen vorrangigen Sozialleistungsträger sollen künftig schneller über Anträge entscheiden oder Vorschüsse leisten. Hierzu werden im Bereich der Arbeitsförderung entsprechende Verbesserungen vorgenommen.

11. Zukünftig sollen rückständige Mieten von der Sozialhilfe übernommen werden, wenn sonst Wohnungslosigkeit einzutreten droht. Räumungsklagen sollen von den Amtsgerichten den Sozialhilfeträgern gemeldet werden, damit diese rechtzeitig vorbeugend tätig werden können.
12. Die Vermutung gegenseitiger Unterstützung in Haushaltsgemeinschaften wird konkretisiert.
13. In den neuen Ländern werden die Mehrbedarfsregelungen für Erwerbsunfähige und über 65jährige sowie Blindenhilfe und Pflegegeld dem Recht in den alten Ländern angeglichen.

Die vom Ausschuß angenommenen Änderungen haben im wesentlichen folgenden Inhalt:

- Ein verbesserter Wettbewerb im Bereich der Einrichtungen wird in § 93 verankert. Deshalb kann die ursprünglich in § 10 Abs. 2 vorgesehene Gleichstellung entfallen.
- Die Änderung in § 17 stellt klar, daß die Kostenübernahme auch in Form einer pauschalierten Förderung der Schuldnerberatungsstelle oder anderer Fachberatungsstellen erfolgen kann.
- Die Übernahme der Kosten anderer Stellen, die sich mit der Arbeitsvermittlung beschäftigen, kann auch in Form einer pauschalierten Förderung erfolgen. Dabei kann es sich auch um private Arbeitsvermittler handeln.
- Die Mehrbedarfsregelung für ältere oder erwerbsunfähige Personen in Form einer pauschalierten Mehrleistung wird gestrichen. Liegt eine persönliche Beeinträchtigung vor, die zu Mehraufwendungen im täglichen Leben führt, so können diese Aufwendungen durch besondere Leistungen im Sinne von § 11 Abs. 3 oder nach § 68 Abs. 1 zielgenauer übernommen werden. Für diejenigen, die schon jetzt entsprechenden Mehrbedarf beziehen, ist eine Besitzstandsklausel vorgesehen.
- In § 108 SGB X wird die eingeschränkte Verzinsung des Erstattungsanspruchs eingeführt.
- In dem neuen § 54 c des Schwerbehindertengesetzes wird die Mitwirkung der Behinderten in den Werkstätten für Behinderte und ihrer gesetzlichen Vertreter und Betreuer in Angelegenheiten der Werkstatt für Behinderte geregelt. In der Regelung werden die Erfahrungen mit § 14 der Werkstättenverordnung Schwerbehindertengesetz sowie die Ergebnisse eines Forschungsvorhabens über die Mitwirkung in Werkstätten für Behinderte berücksichtigt.
- Die Vertreter im Sozialhilfebeirat werden paritätisch von den Ländern und der Bundesregierung berufen.
- § 3 a: Die Änderung trägt der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts (Beschluß vom 6. August 1992) Rechnung. Der Träger der Sozialhilfe erhält damit nicht die Möglichkeit, ohne Berücksichtigung der Besonderheiten des Einzelfalles auf die stationäre Hilfe zu verweisen.

#### b) Antrag der Fraktion der SPD

Nach diesem Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, den Gesetzentwurf zurückzuziehen und dem Deutschen Bundestag einen Reformentwurf vorzulegen, der die Sicherstellung der Leistungsfähigkeit der Sozialhilfe mit der Reform der vorrangigen Sicherungssysteme verbindet. Dieser Reformentwurf soll sich an den folgenden Vorgaben orientieren:

##### 1. Den Nachrang der Sozialhilfe stärken

Alle arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger sollen in die aktive Arbeitsmarktpolitik einbezogen werden. Dadurch fallen bei den Sozialhilfeträgern Minderausgaben in Höhe von rd. 700 Mio. DM an, für die Finanzierungsbeiträge sind rd. 200 Mio. DM erforderlich, so daß mit Minderausgaben in Höhe von 500 Mio. DM gerechnet werden kann.

Die Lohnersatzleistungen, vor allem die Arbeitslosenhilfe, müssen so strukturiert werden, daß keine ergänzenden Sozialhilfeansprüche mehr entstehen. Auf keinen Fall darf die Arbeitslosenhilfe zeitlich befristet und/oder weiter gekürzt und die originäre Arbeitslosenhilfe gestrichen werden.

Das Kindergeld muß dynamisiert werden, über 1997 hinaus sind weitere Erhöhungen vorzusehen.

Das Wohngeld ist für Sozialhilfeempfänger deutlich anzuheben. Die Finanzierungskosten für eine Anhebung der heute etwa hälftigen Wohngeldleistung auf 100 v. H. betragen rd. 1,9 Mrd. DM, die jeweils zur Hälfte von Bund und Ländern aufzubringen sind. Eine derartige Verbesserung der Wohngeldleistungen führt bei den Sozialhilfeträgern zu einer Einsparung in einer Größenordnung von 1,5 Mrd. DM.

Für Behinderte ist ein vorrangiges Leistungsgesetz zu schaffen (SGB IX). Für Behinderte wurden im Rahmen der Eingliederungshilfe 1994 rd. 2,3 Mrd. DM ausgegeben. Je nach der Ausgestaltung des vorrangigen Leistungsrechts könnten Teile dieser Sozialhilfeleistungen gespart werden.

##### 2. Sozialhilfebedürftigkeit verhindern

Sozialhilfebedürftigkeit wird einerseits durch „armutsfeste“ vorrangige Sicherungssysteme und andererseits durch effektive Hilfen im Rahmen der Sozialhilfe überwunden. Dazu dient insbesondere die Hilfe zur Arbeit. Das bestehende rechtliche Instrumentarium der Hilfe zur Arbeit ist ausreichend, kann aber die verfehlte Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung und Leistungskürzungen im Arbeitsförderungsgesetz zu Lasten der Kommunen nicht auffangen. Es geht jetzt darum, die Angebote mit Qualifikationsanteilen zu verbinden und sie auf die unterschiedlichen Zielgruppen, etwa die Alleinerziehenden, präzise zuzuschneiden. Materielle Anreize zur Aufnahme von Arbeit sind effektiv zu gestalten.

### 3. Das Bedarfsdeckungsprinzip erhalten und das Existenzminimum sichern

In der Hilfe zum Lebensunterhalt ist der Regelsatz ein zentraler Parameter, der das Maß dafür darstellt, was den Menschen in unserer Gesellschaft zum Leben zugebilligt wird. Die Kriterien für die Bemessung müssen vom Gesetzgeber im Bundessozialhilfegesetz festgelegt werden. Die Festsetzungskompetenz der Länder muß erhalten bleiben und darf nicht auf den Bund übergehen.

Das Bedarfsdeckungsprinzip muß erhalten bleiben. Es sollte gesetzlich verankert werden, daß der Regelsatz in regelmäßigen Abständen, etwa alle fünf Jahre, auf der Grundlage verbrauchsstatistischer Erhebungen festzusetzen ist. In der Zwischenzeit sollte die Fortschreibung anhand der Preisentwicklung des regelsatzrelevanten Verbrauchs erfolgen. Auch dies muß gesetzlich vorgegeben werden

### 4. Das Bundessozialhilfegesetz den neuen Anforderungen anpassen.

Zur Stärkung der Handlungsautonomie der Sozialhilfeempfänger und Sozialhilfeempfängerinnen und zur Entlastung der Sozialämter ist es sinnvoll, mehr als bisher Leistungen zu pauschalieren. Die Berechnung des einzusetzenden Einkommens und insbesondere auch der abzusetzenden Beträge sind praxisgerecht auszugestalten.

Einkommensgrenzen, Einkommensbegriffe und Altersstufen bei Minderjährigen in den verschiedenen Sozialleistungsgesetzen sollten schrittweise mit den entsprechenden Regelungen im Bundessozialhilfegesetz harmonisiert werden.

Die Vorgabe des Gesundheitsstrukturgesetzes, ab 1997 Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt in die gesetzliche Krankenversicherung einzubeziehen, muß rechtzeitig gesetzlich konkretisiert werden. Dadurch ist auch die Einbeziehung aller Sozialhilfeempfänger in die Pflegeversicherung zu gewährleisten.

Die Auszahlung der Sozialhilfe sollte künftig regelmäßig auf ein bei den Sparkassen und Banken zu führendes Guthabenkonto erfolgen. Sollten Banken und Sparkassen sich nicht freiwillig zur Einrichtung derartiger Guthabenkonto bereit erklären, ist dies gesetzlich zu regeln.

#### c) Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Nach dem Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden,

1. den Gesetzentwurf zur Reform des Sozialhilferechts zurückzuziehen,
2. einen Gesetzentwurf zur Reform des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) vorzulegen, der die Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung nicht länger auf die Bezieher von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe beschränkt, sondern auch für arbeitslose Sozialhilfeempfänger regelhaft öffnet,

### 3. einen Gesetzentwurf vorzulegen, der das Leistungsrecht der medizinischen, sozialen und beruflichen Rehabilitation und Eingliederung behinderter Menschen in einem einzigen Gesetz zusammenfaßt (SGB IX),

einen vollständig überarbeiteten Gesetzentwurf zur Reform des Sozialhilferechts vorzulegen, der sich an folgenden Eckpunkten orientiert:

- a) Die Hilfe zur Arbeit in den §§ 18 bis 20 des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) wird von Arbeitsmarkt- und ordnungspolitischer Indienahme freigehalten. Sie wird vorrangig zur Hilfe bei individuellen Notlagen eingesetzt.
- b) Die Bundesregierung legt dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat in regelmäßigen Abständen einen Armutsbericht vor, der über die Entwicklung der Armut informiert, mögliche Gegenmaßnahmen skizziert und im Berichtszeitraum angewendete Maßnahmen auf ihre Wirkung hin untersucht. Mit der Ausarbeitung der Berichte beauftragt die Bundesregierung einen unabhängigen Sachverständigenrat.
- c) Das Bedarfsdeckungsprinzip bleibt als tragende Säule des Sozialhilferechts erhalten.
- d) Die Deckelung der Sozialhilfe-Regelsätze gemäß § 22 Abs. 4 (BSHG) endet wie vorgesehen am 30. Juni 1996. Die Suspendierung des bis zum 1. Juli 1993 geltenden Bedarfsbemessungssystems (Statistikmodell) wird aufgehoben.
- e) Die Festsetzung und Fortschreibung der Sozialhilfe-Regelsätze erfolgen durch das Parlament.
- f) Das Wunsch- und Wahlrecht der Leistungsberechtigten wird gestärkt.
- g) Die Unterhaltspflichten werden eingeschränkt. Unterhaltspflichtig zueinander sind nur noch Ehepaare und Eltern gegenüber ihren unverheirateten minderjährigen Kindern. Die Unterhaltspflicht von Eltern gegenüber ihren volljährigen Kindern, die noch in Erstausbildung stehen, ist durch die Einführung einer elternunabhängigen, bedarfsdeckenden und solidarisch finanzierten Ausbildungsförderung zu ersetzen. Um die materielle Absicherung der in Ausbildung stehenden Personen bis dahin zu gewährleisten, wird § 26 BSHG (Sonderregelung für Auszubildende) gestrichen. § 91 Abs. 2 BSHG wird so gefaßt, daß die Heranziehung von Eltern mit erwachsenen behinderten Kindern zu Unterhaltsbeiträgen für deren vollstationäre Betreuung ausgeschlossen wird.
- h) Die Rechtsposition von Sozialhilfeempfängern wird verbessert. Ihre Rechtsstellung im Sozialhilferecht wird an diejenige in den anderen „gehobenen“ Leistungsbereichen angepaßt.
- i) Deutsche und Ausländer werden in der Sozialhilfe gleichgestellt. Flüchtlinge und auch andere Gruppen dürfen nicht in ein Mindestversorgungssystem abgedrängt werden, dessen Leistungen unterhalb des soziokulturellen Minimums liegen.

- j) Der bedingte Vorrang freier nichtgewerblicher Träger der Sozialhilfe bleibt erhalten und wird auf selbstorganisierte Vereine, Initiativen und Projekte ausgedehnt.
- k) An der Finanzierung der Sozialhilfearbeitungen beteiligt sich der Bund in angemessener Höhe.

**d) Antrag der Gruppe der PDS (bedarfsorientierte Grundsicherung)**

Mit diesem Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, das Sozialhilferecht zu reformieren und sicherzustellen, daß

- das soziokulturelle Existenzminimum für alle Bürgerinnen und Bürger gewährleistet und den Bedürftigen wirklich geholfen wird;
- der Anspruch auf ein selbstbestimmtes Leben verwirklicht und eine eigenständige Existenz ermöglicht wird;
- der Nachrang der Sozialhilfe bekräftigt und sozialhilfefremde Aufgaben in andere Sicherungszweige verlagert werden;
- der Rechtsanspruch auf soziale Sicherung insgesamt gestärkt wird. Um dies auch sprachlich zu verdeutlichen, sollen in allen Paragraphen des Bundessozialhilfegesetzes die Wörter „Empfänger der Hilfe“, „Hilfempfeänger“ sowie „Hilfesuchender“ durch die Worte „Leistungsberechtigter“ und „Leistungsberechtigte“ ersetzt werden.

**1. Hilfe am Bedarf ausrichten**

Die Regelsätze werden zum 1. Juli 1996 letztmalig nach der Methode des Statistikmodells auf der Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe von 1988 berechnet.

Die Bundesregierung setzt zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Experten-/Expertinnengruppe ein, der neben Vertretern und Vertreterinnen der Wissenschaft auch solche der Wohlfahrtsverbände, Betroffenenorganisationen und Gewerkschaften angehören. Deren Aufgabe ist es, die Berechnungsverfahren zur Bedarfsermittlung sowie zur Festsetzung der Regelsätze, der einmaligen Leistungen und der Mehrbedarfe zu überarbeiten. Hierbei berücksichtigt sie ernährungswissenschaftliche, soziale und ökologische Kriterien.

Das gesetzliche Lohnabstandsgebot in § 22 des Bundessozialhilfegesetzes wird gestrichen. Ein Lohnabstandsgebot widerspricht den Prinzipien der Bedarfsorientierung.

**2. Besondere Bedarfslagen abdecken**

Das System der Mehrbedarfszulagen innerhalb der Sozialhilfe hat sich bewährt. Deshalb müssen die seit 1992 gekürzten Mehrbedarfe wieder auf den Stand von 1992 erhöht werden.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Mehrbedarfsregelung nach § 23 Abs. 1 Satz 1 und 2 des Bundessozialhilfegesetzes in den neuen Ländern rückwirkend zum 1. Januar 1994 in vollem Umfang zur Geltung zu bringen. Eine unterschiedliche Behandlung

beim Mehrbedarf für ältere Menschen ist nicht länger zu rechtfertigen, da Menschen in den neuen Bundesländern, die seit 1994 in Rente gehen, keinen Sozialzuschlag mehr erhalten.

**3. Die Wohnung sichern – tatsächliche Mietkosten übernehmen**

Eine menschenwürdige Wohnung gehört zu den unveräußerlichen sozialen Rechten in der Gesellschaft. Es soll deshalb Hilfe zum Lebensunterhalt gewährt werden, wenn so eine drohende Obdachlosigkeit verhindert werden kann. Durch Änderung des Bundessozialhilfegesetzes ist dabei sicherzustellen, daß die Hilfe lediglich bei einer vorübergehenden Notlage als Darlehen gewährt werden darf; ansonsten ist sie als Beihilfe auszuzahlen.

Die Übernahme der tatsächlichen Mietkosten bei Sozialhilfebedürftigkeit muß sichergestellt werden. Die Frage nach der Angemessenheit der Miethöhe darf angesichts der Situation auf dem Wohnungsmarkt nicht zu Lasten der Sozialhilfeberechtigten geregelt werden.

**4. Das Sozialhilferecht auf alle Inländer ausdehnen**

Eine gesonderte Behandlung von Ausländerinnen und Ausländern im Rahmen des Bundessozialhilfegesetzes ist sozialpolitisch nicht zu rechtfertigen. Weder läßt sich pauschal ein geringerer Bedarf für bestimmte Gruppen unterstellen noch läßt sich rechtfertigen, warum das Sozialstaatsgebot sich nicht auf Asylbewerberinnen und Asylbewerber erstrecken sollte. Weil die Menschenwürde unteilbar ist, wird das Asylbewerberleistungsgesetz wieder gestrichen. In § 120 BSHG werden ausländische Staatsangehörige unabhängig von Ursache, Motiv und Dauer ihres Aufenthaltes deutschen Staatsangehörigen im Geltungsbereich des Bundessozialhilfegesetzes gleichgestellt.

**5. Verdeckte Armut beseitigen**

Nach den Regelungen des Bundessozialhilfegesetzes soll die Sozialhilfe einsetzen, sobald dem Träger der Sozialhilfe oder den von ihm beauftragten Stellen bekannt wird, daß die Voraussetzungen für die Gewährung der Hilfe vorliegen. Allerdings erfolgt die Sozialhilfegewährung nur auf Antragstellung der potentiell Berechtigten. Dies führt zu einer hohen Dunkelziffer. Zahlreiche Leistungsberechtigte beantragen aus Unkenntnis oder Scham keine Hilfe.

**e) Antrag der Gruppe der PDS  
(Mehrbedarf in den neuen Bundesländern)**

Die Bundesregierung soll mit diesem Antrag beauftragt werden, die Mehrbedarfsregelung des Bundessozialhilfegesetzes (§ 23) in den neuen Bundesländern rückwirkend zum 1. Januar 1994 in vollem Umfang zur Anwendung zu bringen.

**3. Zu den Beratungen im Ausschuß**

Die Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. stellten eindeutig klar, daß es unverändert dabei bleibe, daß ein Rechtsanspruch auf Sozialhilfe



bestehe, daß es keine linearen Kürzungen gebe und daß das Bedarfsdeckungsprinzip erhalten bleibe. An diesen bewährten Grundsätzen werde nach wie vor festgehalten. Die Höhe der Sozialhilfe bleibe auch künftig so bemessen, daß ein menschenwürdiges Leben ermöglicht werde. Das Leistungsniveau der Sozialhilfe gehe über das physische Existenzminimum hinaus und gestatte auch künftig die Teilhabe am sozialen, kulturellen und sozialen Leben.

Sie betonten, die insbesondere bis 1993 steigenden Fallzahlen bei den Sozialhilfeleistungen oder das Anwachsen der Sozialhilfeausgaben insgesamt seien nicht ein Indikator für eine wachsende Armut in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Drittel aller Empfänger von Hilfen zum Lebensunterhalt seien Zuwanderer. Dabei handele es sich vor allem um Bürgerkriegsflüchtlinge und Asylbewerber. Dies sei vielmehr ein Kennzeichen der großen Hilfsbereitschaft der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland.

Weiter würden die Sozialämter immer stärker zu Voranschüssen. Bis zu 400 000 Bezieher von Sozialhilfeleistungen bekämen diese Leistungen nur, weil vorgelagerte Sozialleistungssysteme, namentlich die Arbeitslosenversicherung, nicht wenig Zeit bräuchten, um die jeweiligen Ansprüche zu prüfen. Für die Zeit der Prüfung der Anträge müßten die Sozialämter in Vorlage treten und Sozialhilfeleistungen auszahlen. Für eine gewisse Zeit arbeiteten zwei Behörden parallel, indem sie die Anspruchsvoraussetzungen prüften. Hier gelte es, Abhilfe zu schaffen.

Bei den Pflegesätzen in Einrichtungen, die zwei Drittel der Sozialhilfeausgaben ausmachten, müsse sichergestellt werden, daß sie künftig nicht stärker stiegen als Bruttolöhne. Man habe auf die Bruttolöhne Bezug genommen, damit die Personalkosten in diesen Einrichtungen einschließlich eventueller Erhöhungen gewährleistet seien. Man könne es sich nicht mehr leisten, daß die Pflegesätze in den Einrichtungen jährlich um 10 oder 15 v. H. stiegen.

Ergänzend werde man sich in den folgenden Jahren nicht mehr vorrangig an den Kosten eines Heimes orientieren, sondern an den Leistungen, die das Heim erbringe. Dies sei ein Vorschlag, der in die richtige Richtung gehe, denn er diene den wirtschaftlich arbeitenden und leistungsfähigen Heimen. Allein durch diese Maßnahme werde die Sozialhilfe um über 1 Mrd. DM jährlich entlastet.

Durch die vorübergehende Anbindung der Regelsatzerhöhung an die Nettolohnentwicklung werde ein weiteres Einsparvolumen in Höhe von 1 Mrd. DM erzielt, allerdings nur im Verhältnis zu der Situation, in der nichts geschähe. Sie hielten diese beiden Maßnahmebündel zur Verminderung des Kostenauftriebs für vertretbar, zumal sie auf den Zeitraum bis 1998 begrenzt seien.

Die Sozialhilfe leiste in vielen Fällen wertvolle und wirksame Hilfe. Der Bezug der Sozialhilfe sei in der Regel von kurzer Dauer und stelle für viele eine wichtige Brückenfunktion zur Überwindung von Notlagen dar. Im gegliederten System der sozialen Sicherheit müsse die Eigenverantwortung der So-

zialhilfe erhalten bleiben, wenn man nicht auf ein umfassend anderes Konzept, etwa des Bürgergeldes, umsteige.

Bei der Hilfe zur Arbeit gehe es um Menschen, die von keinem anderen sozialen Sicherungssystem erfaßt würden. Es handele sich um Sozialhilfeempfänger, die besondere Handicaps hätten. Sie würden von anderen Sozialsystemen nicht erfaßt. Es gehe in erster Linie darum, den Sozialhilfeempfängern durch konkrete Arbeitsangebote zur Selbständigkeit zu verhelfen und ihnen eine selbstverantwortliche Lebensgestaltung zu ermöglichen.

Ein Sozialhilfeempfänger, der beim Arbeitsamt nicht mehr leistungsberechtigt sei, stehe nicht im Mittelpunkt der Vermittlungsbemühungen des Arbeitsamtes. Dies sei verständlich, weil angesichts des knappen Gutes Arbeitsplatz seitens der Arbeitsämter natürlich vorrangig diejenigen vermittelt würden, die Leistungsbezieher seien und im Falle einer Vermittlung den Haushalt des Arbeitsamtes entlasteten. Diese Menschen dürfe man nicht allein lassen, nach dem Subsidiaritätsprinzip müßten sich die Kommunen um diese Menschen kümmern.

Bei einer Verweigerung der Annahme zumutbarer Arbeit sehe der Gesetzentwurf eine Kürzung des Regelsatzes um 25 v. H. zwingend vor; aus der bisherigen Kürzungsmöglichkeit werde eine Mußvorschrift. Dies sei gerechtfertigt, denn dem Hilfeempfänger, der arbeitslos sei und dem Arbeit zugemutet werden könne, stehe ein ganzes Instrumentarium von Fördermaßnahmen zur Verfügung. Verweigere er dennoch eine zumutbare Arbeit, dann sei eine Kürzung wie bei Beziehern von Arbeitslosenhilfe auch berechtigt.

Wichtig sei, daß in diesem Bereich die Kosten der Qualifizierung von den Trägern der Sozialhilfe übernommen würden. Dadurch werde eine langfristige Entlastung der Sozialhilfeträger erreicht werden, indem vor allem Jugendlichen, die aus dem normalen Leben gewissermaßen herausgefallen seien, mit diesen Qualifizierungsmaßnahmen wieder eine Motivation zur Arbeit gegeben werde, damit sie aus der Sozialhilfe wieder herausfinden können.

Das Lohnabstandsgebot werde vornehmlich durch Maßnahmen in anderen Politikbereichen, wie der Familien-, Steuer- oder Wohnungsbaupolitik garantiert. Insofern stehe dies nicht im Mittelpunkt der Reform des Sozialhilferechts. Bereits heute bestehe ein Abstand von 16 v. H. zwischen der Sozialhilfeleistung und dem unteren Lohn. Das Lohnabstandsgebot werde in dem Gesetzentwurf nur konkretisiert. Wichtig sei es, Anreize zu schaffen und zu erhalten, durch eigene Erwerbstätigkeit für sich selbst zu sorgen und nicht auf Fürsorge angewiesen zu sein.

Sie unterstrichen, daß zukünftig rückständige Mieten von der Sozialhilfe übernommen würden, wenn sonst Wohnungslosigkeit drohe. Es sei auch vorgesehen, daß von den Amtsgerichten die anhängigen Räumungsklagen den Sozialhilfeträgern mitgeteilt würden, damit diese kurzfristig präventiv tätig werden können, um die Schaffung von Obdachlosigkeit schon im Vorfeld zu vermeiden.



Den vom Bundesbeauftragten für den Datenschutz vorgetragene Bedenken gegen die automatische Mitteilungspflicht hielten die Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. entgegen, daß der Grund für die Obdachlosigkeit gerade sei, daß die Sozialhilfeträger, die die rückständigen Mieten übernehmen könnten, in den meisten Fällen viel zu spät informiert würden und es für entsprechende Maßnahmen dann zu spät sei. Die von Räumungsklagen Betroffenen seien häufig sehr unbeholfen. Die Bedenken des Bundesbeauftragten für den Datenschutz würden dieser wichtigen sozialpolitischen Zielsetzung nicht entsprechen. Daraufhin sah der Bundesbeauftragte für den Datenschutz seine Bedenken als ausgeräumt an.

Zu den eingebrachten Änderungsanträgen führten die Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. aus, daß es bei der Stellung der Freien Wohlfahrtspflege bei dem geltenden Recht bleiben solle; die ursprünglich in § 10 vorgesehene Gleichstellung mit den privat-gewerblichen Trägern von Einrichtungen solle entfallen. Dafür werde in § 93, wo es um die Auswahl der Heime gehe, bestimmt, daß nach Preis und Qualität ausgesucht werden müsse. Dort habe es bisher noch einen bedingten Vorrang für die Freie Wohlfahrtspflege gegeben. Dieser solle nun entfallen.

Ein weiterer Komplex betreffe die Durchführung der Maßnahmen der Hilfe zur Arbeit. Dabei seien Schlußfolgerungen aus der Anhörung gezogen worden. Zum einen hätten die Sozialhilfeträger vorgebracht, sie seien aufgrund ihrer personellen Kapazität gar nicht in der Lage, sich mit der Arbeitsvermittlung intensiv zu beschäftigen. Deshalb solle die Durchführung der Maßnahmen anderen Stellen übertragen werden können. Soweit es sich um Beschäftigungen mit dem üblichen Arbeitsentgelt handele, solle die Durchführung der Maßnahmen geeigneten anderen Stellen übertragen werden. Damit werde den Sozialhilfeämtern ein großes Instrumentarium von Hilfemöglichkeiten eröffnet, damit das, was im Gesetz gewollt sei, in der Praxis auch umgesetzt werde.

Es sei eine weitere Entbürokratisierung vorgesehen. Künftig solle eine Übernahme von Kosten anderer Stellen, die solche Maßnahmen durchführten, auch in Form einer pauschalierten Förderung erfolgen können. Damit sei ein wesentliches Hemmnis, das heute bestehe, ausgeschaltet, weil heute jeder nur individuell gefördert werden könne. Wenn man einen Vertrag beispielsweise mit START oder einer ähnlichen Einrichtung abschließe, dann handele es sich um Personengesamtheiten. Da sei es sehr schwer, das für jeden einzeln zu machen. Die pauschalierte Förderung sei auch für Schuldnerberatungsstellen vorgesehen. Auch hier entspreche die Individualförderung nicht ihren Zwecken.

Bei der Mehrbedarfsregelung sei vorgesehen, daß künftig der Mehrbedarfszuschlag, der lediglich dann ausgelöst werde, wenn eine Person das 65. Lebensjahr überschreite oder erwerbsunfähig sei, entfalle. Statt dessen werde eine Besitzstandsregelung für alle diejenigen eingeführt, die heute schon den

Mehrbedarfszuschlag erhalten. Bei neuen Fällen müsse tatsächlich nachgewiesen werden, ob ein Mehrbedarf notwendig sei.

Im Unterschied zu den fünfziger Jahren, in denen man pauschal davon ausgehen könne, daß in diesem Alter ein Mehrbedarf entstehe, könne man heute nicht mehr davon ausgehen, denn die Menschen im Alter von 65 Jahren seien noch sehr rüstig. Es gebe keinen Anlaß, nur an das Alter einen Mehrbedarf zu knüpfen. Man müsse im Einzelfall konkret prüfen, ob ein Mehrbedarf vorliege, dem dann im Rahmen der Pflegeversicherung auch entsprochen werden könne. Dies gelte auch für erwerbsunfähige Menschen.

Das Recht für die Behinderten in den Behindertenwerkstätten werde neu geregelt. In der Anhörung sei vorgetragen worden, daß deren Stellung in den Behindertenwerkstätten gänzlich ungeregelt sei. Die Änderungen sähen vor, daß den Behinderten in den Behindertenwerkstätten eine arbeitnehmerähnliche Stellung eingeräumt werde.

Bei dem Sozialhilfebeirat werde vorgesehen, daß die Vertreter von den Ländern und der Bundesregierung paritätisch berufen würden, denn die Länder hätten auf diesem Feld eine hohe Kompetenz. Deshalb sei es richtig, ihnen das hälftige Besetzungsrecht einzuräumen. Ferner sollten in diesem Beirat zwei Vertreter der privatgewerblichen Einrichtungen sein.

Die Sozialhilfeträger sollten von ihrer Funktion als Vorschußkasse befreit werden. Deshalb gebe es eine neue Regelung hinsichtlich der Arbeitsämter. Wenn ein nicht völlig unbegründeter Antrag vorliege, könnten die Arbeitsämter in pauschalierter Form Arbeitslosengeld auszahlen, damit nicht, wie bisher, zusätzlich bis zu 300 000 Bedürftige beim Sozialamt landeten. Bei den Rentenversicherungsträgern seien solche Regelungen nicht vorgesehen, weil dies bei den Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten problematisch sei, denn die Hälfte der Anträge werde nicht positiv beschieden. Wenn dort die Rentenversicherungsträger in pauschalierter Form vorab zahlten, entstünden unangemessene Erwartungen.

In den Fällen, in denen ein Rentenantrag positiv entschieden werde, müsse der Rentenversicherungsträger nach den Änderungsanträgen dem Sozialhilfeträger nicht nur die gezahlte Sozialhilfe erstatten, sondern diese Beträge auch verzinsen. Auf diese Art und Weise solle den Rentenversicherungsträgern ein Anreiz gegeben werden, sich mit der Berechnung der Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten nicht ewig Zeit zu lassen. Für den Rentenversicherungsträger solle es finanzneutral sein, ob er früher oder später zahle, aus einer Verzögerung solle er keinen Profit mehr ziehen können. Den Sozialämtern entstünden diese Zinsaufwendungen tatsächlich.

Sie erklärten, der generelle Vorrang ambulanter Versorgung werde verstärkt. Er solle insbesondere dann gelten, wenn nach den persönlichen, familiären und örtlichen Umständen den Hilfesuchenden eine stationäre Hilfe nicht zumutbar sei oder die Kosten der ambulanten Leistung nicht in einem unangemessenen Verhältnis höher seien als die Kosten einer zu-

mutbaren stationären Unterbringung einschließlich der Investitionskosten.

Die Mitglieder der Fraktion der SPD lehnten den Gesetzentwurf in Gänze ab. Deshalb brachten sie einen eigenen Antrag ein, mit dem sie die Bundesregierung aufforderten, den Gesetzentwurf zurückzuziehen und einen neuen Gesetzentwurf einzubringen. Mit der Ankündigung einer Reform habe die Bundesregierung in der Öffentlichkeit große Hoffnungen geweckt. Diese seien aber vollkommen enttäuscht worden. Die Anhörung habe deutlich gemacht, daß nahezu alle angehörten Betroffenen den Gesetzentwurf ablehnten. Auch die Änderungsanträge seien nicht geeignet, den Gesetzentwurf grundlegend zu verbessern. Auch der Bundesrat habe den Gesetzentwurf abgelehnt.

Auch sie waren der Auffassung, daß die Belastungen durch die Sozialhilfe zu begrenzen seien, die Kommunen könnten diese Ausgaben nicht mehr tragen. Das Problem könne man auf unterschiedliche Art angehen. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung versuche, innerhalb des Systems Leistungen einzusparen. Die Mitglieder der Fraktion der SPD erklärten deswegen, man könne die Probleme nicht innerhalb des Systems lösen, man müsse vielmehr die Ursachen der Sozialhilfebedürftigkeit angehen.

Wenn man die Sozialhilfe wieder auf ihre ursprüngliche Zielsetzung, nämlich Einzelhilfe in besonderen Notlagen zu leisten, zurückführen wolle, dann müsse man in den vorrangigen Leistungssystemen wieder die Bedingungen herstellen, damit die Sozialhilfe nicht immer wieder als Ausfallbürge einspringen müsse. Der Gesetzentwurf versuche nur, einige Reparaturen vorzunehmen. Damit werde aber das Ziel, so viele Menschen wie möglich aus der Sozialhilfe herauszuholen, verfehlt.

Sie unterstrichen, daß die Ausgaben für die Sozialhilfe gesenkt werden sollten und daß der Empfängerkreis minimiert werden sollte. Systemfremde Leistungen sollten aus dem Bundessozialhilfegesetz herausgenommen werden, die vorrangigen Sicherungssysteme sollten gestärkt werden. Auf diese Weise könnten die Kommunen entlastet werden. Bei der Hilfe zur Arbeit sollten die Sozialämter nicht zu einer Art Ersatzarbeitsamt werden. Die bewährte Partnerschaft zwischen öffentlicher und Freier Wohlfahrtspflege sollte nicht ausgehebelt werden.

Sie betonten, die Ausgabensteigerungen bei der Sozialhilfe beruhten nicht darauf, wie immer wieder behauptet werde, daß die Leistungen für den einzelnen Sozialhilfebezieher angestiegen seien. Es sei daran zu erinnern, daß in den letzten drei Jahren die Leistungen gedeckelt gewesen seien, die Erhöhungen der Leistungen hätten unter der Preissteigerung gelegen.

Man unterhalte sich heute über einen Betrag in Höhe von 526 DM pro Monat, das seien 17,50 DM pro Tag. Davon müsse ein Sozialhilfeempfänger sein Essen, seinen Haushalt, seine Körperpflege bestreiten, davon müßten Reparaturen und Fahrkarten bezahlt werden, davon müsse er, wenn es gerade noch gehe, ins Kino gehen können. Jetzt rede man auch dar-

über, ob man an diesen Beträgen noch einiges einsparen könne. Wenn gesagt werde, daß es keine Zuwächse mehr zu verteilen gebe, dann gebe es ganz andere Bereiche, in denen eingespart werden könne. Wo nichts vorhanden sei, da könne auch nicht eingespart werden.

Zu dem Lohnabstandsgebot stellten sie fest, daß es in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle schon heute eingehalten werde. Nur in bestimmten Konstellationen gebe es Fälle, bei denen Überschneidungen vorhanden seien. Dies betreffe vor allem große Familien mit mehreren Kindern. Diese sollten nicht darunter leiden, daß sie einen größeren Verbrauch hätten.

Sie betonten, die Sozialhilfe richte sich nach dem Bedarf, während sich der Lohn nach der Leistung richte. Es werde nicht danach gefragt, ob jemand davon leben könne. Der Vergleich von Bedarf und Leistung sei immer schief. Wenn man wirklich garantieren wolle, daß jemand von seinem Lohn leben könne, dann müsse man das Augenmerk auf die Systeme richten, die es den unteren Einkommensbezieher heute unmöglich machten, von ihrem eigenen Gehalt leben zu können.

Sie stellten fest, daß die Regelsätze insgesamt nicht stärker gestiegen seien als die Löhne. Es sei einzuräumen, daß die Sozialhilfesätze in dem Zeitraum von 1980 bis 1993 stärker gestiegen seien als die Löhne. Man müsse aber den Gesamtzeitraum von 1963 bis 1993 betrachten. Dann sehe das Bild anders aus, die Löhne seien in diesem Zeitraum stärker gestiegen als die Regelsätze. Die schnellere Steigerung in den Jahren 1980 bis 1993 sei darauf zurückzuführen, daß in dem Zeitraum zuvor die Regelsätze eklatant zurückgeblieben waren, so daß sich ein Nachholbedarf ergeben habe, um dies wieder auszugleichen. Insgesamt seien die Regelsätze in dem Gesamtzeitraum weniger stark gestiegen als die Löhne.

Sie wiesen darauf hin, daß nach den geltenden Bestimmungen schon jetzt jeder erwerbsfähige Sozialhilfebezieher verpflichtet sei, jede Arbeit anzunehmen. Dabei liege das Niveau der Zumutbarkeit in der Sozialhilfe weit unter der Zumutbarkeitsgrenze nach dem Arbeitsförderungsgesetz. Der Sozialhilfeempfänger müsse alles annehmen, ob es für einen Stundenlohn von zwei Mark sei, ob die Arbeitsstelle weit entfernt liege oder ob die Arbeit seiner Qualifikation entspreche. Schon heute stehe im Gesetz, daß derjenige, der Arbeit verweigere, keinen Anspruch auf Sozialhilfe habe. Insofern sei die erneute Diskussion um die Verpflichtung zur Arbeit sinnlos.

Sie erinnerten daran, daß der häufigste Grund von dem Bezug von Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen die Arbeitslosigkeit sei. Die Arbeitslosen seien die Gruppe mit der bei weitem höchsten Steigerungsrate in den letzten Jahren. Die Sozialhilfeausgaben wegen Arbeitslosigkeit lägen zwischenzeitlich bei über 6 Mrd. DM jährlich. Die Möglichkeit, eigenständig das Dasein zu sichern, habe sich nicht nur für die Randgruppen verschlechtert, sondern auch für die sozial unauffälligen Gruppen, die bis vor wenigen Jahren noch als gesichert galten.

Die Sozialhilfe an sich sei nicht das eigentliche Problem. Vielmehr sei die Zahl der Menschen, die von Sozialhilfe leben müßten, der Indikator eines gesellschaftlichen Problems. Besonders zu erwähnen sei, daß ein Drittel der Haushalte allein deswegen auf laufende Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen sei, weil die Menschen arbeitslos würden. Dies seien bei weitem keine Menschen, die ihre Zeit damit verbrächten, die üppigen Mittel der Sozialhilfe zu verprassen. Das seien über fünfzigjährige Männer, die in der Wirtschaft nicht mehr gebraucht würden, das seien junge Menschen, die keine Berufserfahrung und oft auch keine ausreichende Ausbildung hätten, das seien Frauen, die keine Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder fänden, das seien auch chronisch Erkrankte, die ihren erlernten Beruf nicht mehr ausüben könnten.

Seit den achtziger Jahren seien die Leistungen für die Arbeitslosen kontinuierlich gesenkt worden. Auf diese Art und Weise sei eine künstliche Sozialhilfebedürftigkeit geschaffen worden. Deshalb forderten sie keine weiteren Kürzungen oder Befristungen bei der Arbeitslosenhilfe. Die Arbeitslosenhilfe müsse das Existenzminimum absichern, so daß die Menschen nicht noch zusätzlich zu den Sozialämtern gehen müßten, um ergänzende Sozialhilfe zu beantragen.

Die Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnten den Gesetzentwurf der Bundesregierung ab und kritisierten, daß er nicht auf gewandelte Probleme eingehe sondern vielmehr die Symptome und nicht die Ursachen angehe. Der Gesetzentwurf verfolge nicht das Ziel, die Sozialhilfebedürftigkeit zu vermeiden, das sei auch *expressis verbis* in der Begründung des Gesetzentwurfs nachzulesen. Man könne nicht so verfahren, daß so weit wie möglich gekürzt werde. Das Ziel, Sozialhilfebedürftigkeit zu vermeiden, sei ein außerordentlich anspruchsvolles Vorhaben, dabei würden nicht nur Gelder innerhalb des Finanzausgleichs der Länder verschoben.

Die nach dem Gesetzentwurf vorgesehene Anpassung der Regelsätze lasse nicht erkennen, in welche Richtung die Entwicklung weiter gehen solle. Es würden nur drei Elemente aufgezählt, die in die zukünftige Bemessung des Regelsatzes eingehen sollten. Da aber der gesamte Gesetzentwurf unter der Zielsetzung der Kosteneinsparung stehe, sei davon auszugehen, daß die Regelsätze tendenziell sanken. Da müsse man sich tatsächlich fragen, ob das dem Sinn der Sozialhilfe noch gerecht werde.

Von seiten der Koalition werde immer wieder darauf verwiesen, es gebe keine Armut, weil die Sozialhilfe das Existenzminimum absichere. Dabei sei aber festzustellen, daß für einen großen Personenkreis ein Existenzminimum definiert werde, das weit unter dem tatsächlichen Existenzminimum liege. Die Zunahme der Zahl der Hilfebezieher sei ein Zeichen dafür, daß bei den Systemen der sozialen Sicherung offensichtlich Mängel vorhanden seien. Man könne Armut nicht einfach wegdefinieren.

Hinsichtlich der Hilfe zur Arbeit forderten sie eine Öffnung des Arbeitsförderungsgesetzes für die Empfänger von Sozialhilfe. Das sei auch ordnungspoli-

tisch sinnvoll. Dann habe man mit den Arbeitsämtern kompetente Behörden, die eine Eingliederung in den Arbeitsmarkt unterstützen könnten. Die vorgeschlagene Lösung bei der Hilfe zur Arbeit lehnten sie ab, man könne die Sozialämter, die ohnehin schon überlastet seien, mit der Aufgabe der Arbeitsvermittlung nicht überfrachten. Im übrigen könnten schon jetzt die Kommunen gar nicht so viel Arbeitsmöglichkeiten anbieten, wie sie die Sozialhilfeempfänger nachfragten.

Nach ihrer Auffassung führe der vorgesehene Mechanismus der Anpassung der Regelsätze zusammen mit der Konkretisierung des Lohnabstandsgebotes letztlich zu einer systematischen Senkung des Leistungsniveaus. Wenn der Kostenanstieg gebremst werden solle, dann führe das zu Kürzungen. Wenn dem nicht so wäre, dann wäre die ganze Operation des Gesetzentwurfs sinnlos.

Das Mitglied der Gruppe der PDS lehnte den Gesetzentwurf ebenfalls ab. Bei einer strukturellen Weiterentwicklung sei es notwendig, zunächst die strukturellen Mängel aufzuzeigen. Der reine Hinweis auf die Kostensteigerungen reiche nicht aus, es müßten vielmehr die Ursachen dafür aufgezeigt werden. Die eigentliche Steigerung der Kosten liege nicht bei den Hilfen zum laufenden Lebensunterhalt sondern bei den Hilfen in besonderen Lebenslagen. Deshalb könne man nicht darauf abstellen, daß die Kosten gestiegen seien. Die Kostensteigerung sei eine Folge des Anstiegs der Zahl der Empfänger.

Als Ursache für die Sozialhilfebedürftigkeit sei der Anstieg der Arbeitslosigkeit verantwortlich wie auch eine Reihe von Strukturdefiziten bei den vorgelagerten Sicherungssystemen. Mit Maßnahmen, die dort ansetzten, würde man dem Solidarprinzip wieder Geltung verschaffen, das in den letzten Jahren häufig durchbrochen worden sei.

Deshalb fordere sie, den Gesetzentwurf zurückzuziehen. Der Antrag ihrer Gruppe fordere die Schaffung einer sozialen Grundsicherung. Es müsse unbedingt am Bedarfsdeckungsprinzip festgehalten werden. Dabei solle eine Expertengruppe eingesetzt werden, die die Problematik untersuche. Die Bindung der Regelsätze an die Lohnentwicklung hielt sie für falsch. Nach einem Gutachten des DIW gebe es seit 1990 einen Rückgang des realen Lohns, bei einer Bindung an die Lohnentwicklung schlage dies voll auf die Sozialhilfe durch. Das Lohnabstandsgebot lehnte sie ebenfalls ab.

Den Sozialhilfeempfängern solle unbedingt der Zugang zur Erwerbstätigkeit ermöglicht werden. Dazu gehöre, daß diese voll in den Bereich des Arbeitsförderungsgesetzes einbezogen würden. Hier gebe es erheblichen Handlungsbedarf. Die Leistungskürzung von 25 v. H. bei Arbeitsverweigerung lehne sie ebenfalls ab, da dies nur das Vorurteil stütze, daß Sozialhilfeempfänger im Prinzip nicht arbeiten wollten. In der Bundesrepublik gebe es etwa 300 000 Menschen, die wegen zu geringer Erwerbseinkommen ergänzende Sozialhilfe bekämen.

Sie spreche sich gegen eine Ausweitung der Unterhaltspflicht aus, diese solle eingeschränkt werden

auf Ehegatten und Eltern gegenüber ihren Kindern. Eine Ausweitung auf die Vermutung des Unterhalts sei abzulehnen, denn dadurch werde die Beweislast umgekehrt. Weiter würden damit wichtige Selbsthilfestrukturen zerschlagen.

### B. Besonderer Teil

Soweit die Bestimmungen des Gesetzentwurfs unverändert übernommen wurden, wird auf deren Begründung verwiesen. Zu den vom Ausschuß angenommenen Änderungen ist folgendes zu bemerken:

#### Zu Artikel 1

##### Zu Nummer 1 a

Der generelle Vorrang ambulanter Versorgung wird verstärkt. Er soll insbesondere dann gelten, wenn nach den persönlichen, familiären und örtlichen Umständen den Hilfesuchenden eine stationäre Hilfe nicht zumutbar ist oder die Kosten der ambulanten Leistung nicht in einem unangemessenen Verhältnis höher sind als die Kosten einer zumutbaren stationären Unterbringung einschließlich der Investitionskosten.

Die Änderung trägt der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts (Beschluß vom 6. August 1992) Rechnung. Der Träger der Sozialhilfe erhält damit nicht die Möglichkeit, ohne Berücksichtigung der Besonderheiten des Einzelfalles auf die stationäre Hilfe zu verweisen.

##### Zu Nummer 1 b

Wird bei einer nicht zuständigen Kommune Sozialhilfe beansprucht, hat sie dies sowie die vorliegenden Kenntnisse und Unterlagen unverzüglich an den zuständigen Träger der Sozialhilfe weiterzuleiten. Für bestimmte Fälle wird entsprechend der neuen Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts (Urteil vom 18. Mai 1995 – 5 C 1.93) eine Leistungspflicht ab Kenntnis der nicht zuständigen Kommune vorgesehen. Die geltende Parallelregelung in § 16 Abs. 2 SGB I fand bislang im Sozialhilferecht weitgehend keine Anwendung, weil Sozialhilfe nicht von einem Antrag abhängt. In Einzelfällen kommt es deswegen zu Leistungsverzögerungen, die nicht gerechtfertigt sind. Die Ergänzung des § 5 ist der genannten Regelung unter Berücksichtigung der Besonderheiten der Sozialhilfe nachgebildet.

##### Zu Nummer 2

Die Änderung von § 10 Abs. 2 durch Artikel 1 Nr. 2 entfällt. Es erscheint nicht sachgerecht, die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege und privat-gewerbliche Träger von Einrichtungen, trotz unterschiedlicher Struktur, Zielorientierung und Leistungsvielfalt grundsätzlich gleichzustellen. Ein verbesserter Wettbewerb ist zielgenauer in § 93 zu verankern.

Als neue Nummer 2 wird eine Änderung von § 12 Abs. 2 eingestellt. Der besondere Bedarf von Kindern und Jugendlichen wird bisher nur durch ihr Wach-

tum konkretisiert. Dadurch wird zu einseitig auf äußere Merkmale abgestellt. Das Begriffspaar „Entwicklung“ und „Heranwachsen“ weist umfassender auf mögliche Bedarfe von Kindern und Jugendlichen hin, das heißt auch auf solche, die im Rahmen ihrer zu fördernden Entwicklung zu einem selbständigen und eigenverantwortlichen Menschen entstehen. Auf diese Weise soll auch stärker „Sozialhilfekarrieren“ entgegengewirkt werden.

##### Zu Nummer 2 a

In dem neuen Absatz 3 wird die Übernahme der Beiträge zur Pflegeversicherung geregelt. Es wird zur Klarstellung damit ausdrücklich dem im Pflegeversicherungsgesetz festgelegten Grundsatz „Pflegeversicherung folgt der Krankenversicherung“ Rechnung getragen. Die Überschrift wird entsprechend redaktionell geändert.

##### Zu Nummer 3

Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung, die der Angleichung an Artikel 7 Nr. 2 des Entwurfs des Gesetzes über Mitteilungen der Justiz von Amts wegen in Zivil- und Strafsachen in der aktuellen Fassung dienen, der eine identische Regelung vorsieht. Mit der Anpassung wird vermieden, daß zwei unterschiedliche Formulierungen für eine gesetzgeberische Absicht im Gesetzgebungsverfahren erörtert werden.

##### Zu Nummer 4

Eine Ausweitung der Vermutung der Bedarfsdeckung wird nicht vorgenommen. Die vorgeschlagene Neufassung von § 16 wirft eine Reihe von Fragen auf, die jetzt nicht abschließend erörtert werden können.

##### Zu Nummer 5

Die im geltenden Recht vorgesehene Kostenübernahme hat in der Praxis zu Schwierigkeiten geführt. Unklar ist, ob hier anstelle der nach dem Sozialhilferecht üblichen Kostenübernahme für den Einzelfall auch pauschalierende Lösungen möglich sind, weil Einzelabrechnungen mit Beratungsstellen wenig praktikabel sind. Eine pauschalierende Lösung wird nunmehr ausdrücklich zugelassen.

##### Zu Nummer 6

###### Zu § 20 a Abs. 1

Folgeänderung aus der Anfügung von Absatz 6.

###### Zu § 20 a Abs. 5

Die Regelung über Zuschüsse an Saisonarbeitnehmer wird der vorgegebenen Parallelregelung im Arbeitslosenhilfe-Reformgesetz angepaßt. Dies dient einer einheitlichen Praxis. Der Hinweis auf eine kurzzeitige Beschäftigung bezieht sich auch hier auf § 102 AFG. Die flexiblere Regelung „bis zu 25 Deutsche Mark“ trägt dem Individualisierungsgrundsatz der Sozialhilfe Rechnung.

## Zu § 20a Abs. 6

Die Regelung enthält die Ermächtigung, mit anderen Stellen Vereinbarungen zu dem Zweck abzuschließen, daß sie die Sozialhilfeempfänger in ein Arbeitsverhältnis übernehmen und über Zeitarbeitsverträge anderen Unternehmen überlassen. Die Vorschriften des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes sind dabei zu beachten. Mit der Zulassung dieser „Verleihung“ sollen Hilfeempfänger die Chance erhalten, sich im Rahmen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung an einem Arbeitsplatz zu bewähren, ohne daß der Entleiher das arbeitsrechtliche Risiko trägt. Dieses Risiko liegt letztlich bei dem Träger der Sozialhilfe. Die Regelung sieht zwar vor, daß andere Stellen Arbeitsverhältnisse zu dem Zweck der Arbeitnehmerüberlassung begründen können, läßt aber zwischenzeitliche Tätigkeiten für den Arbeitgeber zu. Mit dem nicht näher konkretisierten Begriff „andere Stellen“ wird verdeutlicht, daß dafür eine Vielzahl insbesondere freier Maßnahmeträger in Frage kommt, das Sozialamt selbst solche Maßnahmen aber nicht durchführt. Die weiteren Voraussetzungen konkretisieren die Gruppen von Hilfeempfängern, für die diese Maßnahmen zur Eingliederung in das Erwerbsleben geeignet erscheinen. Diese Zielsetzung ist zugleich für die Auswahl einer anderen Stelle maßgebend.

## Zu § 20b Abs. 2

Die Maßnahmen, auf die die Regelung verweist, werden in erheblichem Umfang von privaten oder gemeinnützigen Beschäftigungs- und Kooperationsgesellschaften und zunehmend auch durch gewerbliche Unternehmen durchgeführt. Dafür wird eine Rahmenregelung geschaffen und in ihrer Unterstützung auch die Arbeitsämter einbezogen (siehe Absatz 5). Arbeitsgelegenheiten, für die das übliche Arbeitsentgelt gezahlt wird (§ 19 Abs. 1 und 2 – Entgeltvariante) sollen zukünftig nach Möglichkeit durch andere Stellen geschaffen und in Folge als Maßnahme der Hilfe zur Arbeit durchgeführt werden. Es handelt sich in der Regel um tarifvertragsrechtliche und sozialversicherungspflichtige Arbeitsgelegenheiten, die innerhalb und außerhalb von Kommunen geschaffen werden und möglichst einheitlich durchzuführen sind. Die Kostenübernahme in pauschalierter Form wird zugelassen, um die Abwicklung für beide Seiten zu erleichtern.

## Zu § 20b Abs. 3

Die Regelung ist durch den Hinweis auf § 20a Abs. 5 zu erweitern, da nach dem Entwurf eines Arbeitslosenhilfe-Reformgesetzes auch die Dienststellen der Bundesanstalt für Arbeit solche Maßnahmen durchführen sollen.

## Zu Nummer 7a

Die Mehrbedarfsregelung für ältere oder erwerbsunfähige Personen in Form einer pauschalierten Mehrleistung wird gestrichen. Die verbesserte medizinische Versorgung und die steigende Lebenserwar-

tung der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland haben dazu geführt, daß in einem Alter von 65 Jahren nicht mehr generell von Gebrechlichkeit auszugehen ist, die einen Mehrbedarf begründet. Auch bei erwerbsunfähigen Personen muß im Sinne einer treffsicheren Gewährung von sozialen Leistungen künftig darauf abgestellt werden, ob die Gründe der Erwerbsunfähigkeit auch zu persönlichen Beeinträchtigungen geführt haben. Liegt eine persönliche Beeinträchtigung vor, die zu Mehraufwendungen im täglichen Leben führt, so können diese Aufwendungen durch besondere Leistungen im Sinne von § 11 Abs. 3 oder nach § 68 Abs. 1 zielgenauer übernommen werden. Dies soll jedoch im Einzelfall nicht zu einer Leistungskürzung führen, so daß in Absatz 1a eine Besitzstandsklausel eingeführt wird, die auch die Übergangsregelung des bisherigen Absatzes 1 Satz 2 umfaßt. Wegen der Einbeziehung der Übergangsregelung war die Besitzstandsklausel auf die Vollendung des 60. Lebensjahres zu beziehen.

## Zu Nummer 8

Die Streichung der in § 25 Abs. 2a vorgesehenen Vorschrift ist ein Ergebnis der Beratungen für ein Bündnis für Arbeit. Wird eine Arbeitsgelegenheit nach den §§ 19 und 20 durch Verwaltungsakt zur Verfügung gestellt und erfolgt bei Widerspruch und Verweigerung zumutbarer Arbeit eine Kürzung nach § 25 Abs. 1, dann soll vor Durchführung der Kürzung eine Überprüfung der Entscheidung möglich sein. Unberührt bleiben alle Fälle, in denen die Arbeitsgelegenheit dem Hilfeempfänger durch schlichtes Verwaltungshandeln angeboten wird.

## Zu Nummer 8a

Die Verweisung auf § 40 AFG stellt klar, daß Umschulung und Fortbildung keine Ausbildung im Sinne von § 26 darstellen. Die Möglichkeit darlehensweiser Leistungen ist eine Angleichung an die Regelungen des BAföG. Der neue Absatz 2 enthält die Übernahme der Regelungen aus § 65 Abs. 3 BAföG und § 40 Abs. 1 c AFG. Sie erfolgt aus rechtssystematischen Gründen und dient zugleich der besseren Handhabbarkeit in der Praxis. Zugleich werden als Folgeänderungen § 65 Abs. 3 BAföG und § 40 Abs. 1 c AFG gestrichen.

## Zu Nummer 8b

Beansprucht jemand Sozialhilfe und stirbt vor der Entscheidung des Trägers der Sozialhilfe, so geht der Anspruch unter. Da bei der Hilfe in Einrichtungen oder bei ambulanter Pflege die Entscheidungen oftmals längere Zeit beanspruchen und die Leistungen bereits von Dritten erbracht werden, führt die geltende Rechtslage dazu, daß Einrichtungen und Pflegepersonen trotz berechtigten Vertrauens auf Leistungen der Sozialhilfe leer ausgehen. Dies erscheint nicht gerechtfertigt und erschwert schnelle Hilfe durch Dritte. Die Neuregelung verhindert dies, indem sie den Anspruch des Hilfesuchenden, soweit er bis zu dessen Tode zu erfüllen gewesen wäre, auf einen Dritten übergehen läßt.

*Zu Nummer 10a*

Neben der Blindenhilfe werden ambulante Leistungen der Hilfe zur Pflege nach dem Bundessozialhilfegesetz wegen Blindheit nicht gewährt. Eine entsprechende ausdrückliche Regelung über das Verhältnis von Blindenhilfe und gleichartigen Leistungen der Pflegeversicherung fehlt bisher. Es wird daher klar gestellt, daß solche Leistungen der Pflegeversicherung auf die Blindenhilfe anzurechnen sind.

*Zu Nummer 10b*

Die Änderung enthält eine gesetzliche Ausnahme von dem Grundsatz, daß die Hilfe in der Regel nur vorübergehend gewährt werden soll. Hierdurch sollen Familien möglichst lange zusammenbleiben können und gleichzeitig teure stationäre Unterbringungen vermieden werden.

*Zu Nummer 12*

Die im Entwurf vorgesehene Absetzmöglichkeit nur bei Personen, die laufende Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten, ist aufzugeben. Die Beschränkung auf laufende Leistungen erscheint nicht sachgerecht.

*Zu Nummer 12a*

In Absatz 1 Nr. 3 und Absatz 2 Satz 1 Nr. 3 wird jeweils darauf abgestellt, ob jemand überwiegend unterhalten wird. Nach geltendem Recht hängt der Familienzuschlag unter anderem davon ab, ob jemand „bisher“ überwiegend unterhalten worden ist. Der Familienzuschlag auf die Einkommensgrenze blieb folglich in gleicher Höhe bestehen, wenn zum Beispiel ein ursprünglich unterhaltsberechtigtes Kind inzwischen wirtschaftlich selbständig geworden war. Dies wird durch die Änderung vermieden.

*Zu Nummer 12b*

Schwerstpflegebedürftige werden, soweit sie nicht Blindengeld oder Pflegegeld erhalten (Absatz 2), in die Einkommensgrenzen nach Absatz 1 Nr. 5 einbezogen, und die Formulierung wird dem § 69a angeglichen. Es handelt sich um Richtigstellungen.

*Zu Nummer 15*

Nach der geltenden Rechtslage ist streitig und von Gerichten verneint worden, daß Beihilfeansprüche eines Elternteils für sein Kind, das für den gleichen Bedarf Anspruch auf Sozialhilfe hat, übergeleitet werden können. Dies wird durch die Änderung von Absatz 1 Satz 1 zugelassen.

*Zu Nummer 16**Zu § 91 Abs. 1*

Die Änderung eröffnet den Trägern der Sozialhilfe die Möglichkeit der Stufenklage vor den Zivilgerichten und beseitigt die bisherige Notwendigkeit, den Auskunftsanspruch nach § 116 in einem getrennten

Verfahren vor den Verwaltungsgerichten durchzusetzen.

*Zu § 91 Abs. 2*

Die Begründung ist im Gesetzentwurf enthalten.

*Zu § 91 Abs. 3*

Die geltende Fassung des Absatzes 3 Satz 1 regelt den Zeitpunkt des Überganges eines Unterhaltsanspruches. Nach Einführung des gesetzlichen Forderungsüberganges durch das FKPG vom 23. Juni 1993 ist diese Fassung irreführend. In Anlehnung an die Formulierung in § 1613 Abs. 1 BGB wird nunmehr bestimmt, daß der aufgrund des Forderungsüberganges zu beanspruchende Unterhalt erst von einem Zeitpunkt an gefordert werden kann, zu dem der Unterhaltsverpflichtete über die Gewährung der Hilfe an den vormaligen Unterhaltsberechtigten informiert wird. Dies ist auch verbreitete Praxis.

*Zu § 91 Abs. 4*

Die Ergänzung des Absatzes 4 korrigiert die überwiegende Rechtsprechung, die nach Einführung des gesetzlichen Forderungsüberganges die Rückübertragung des Unterhaltsanspruches zur gerichtlichen Durchsetzung für nicht mehr zulässig erklärt hat. Dies hat zu einer spürbaren Verwaltungsmehrbelastung geführt. Die Neuregelung schließt aber aus, daß der Hilfeempfänger in Folge der Rückübertragung mit zusätzlichen Kosten belastet wird.

*Zu Nummer 17**Zu § 93 Abs. 1*

Durch die Änderung wird bei der Schaffung von Einrichtungen die Gleichbehandlung von privat-gewerblichen Trägern und Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege vorgesehen. Dies soll auch für den Abschluß von Vereinbarungen gelten, für die nur noch Leistung und Vergütung ausschlaggebend sind. Bestehende Einrichtungen werden zukünftig gleich behandelt, das heißt unabhängig davon, ob es sich um Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege, von privat-gewerblichen Trägern oder Kommunen handelt.

*Zu § 93 Abs. 7*

Die Regelungen des Pflegeversicherungsgesetzes lassen es zu, daß die genannten Vereinbarungen ausnahmsweise auch ohne Einvernehmen mit den Trägern der Sozialhilfe getroffen werden. Dadurch können Mehrkosten der Sozialhilfe ohne Zustimmung der zuständigen Träger entstehen. Um ihre unverzichtbare Kostenverantwortung zu erhalten, wird in Satz 2 in solchen Ausnahmefällen die Möglichkeit abweichender Vereinbarungen eröffnet. Der letzte Halbsatz von Satz 1, in dem einzelne Abweichungen von der Regelungsübernahme zugelassen sind, kann entfallen.

Der Hinweis auf Absatz 6 stellt klar, daß der Gesamtpflegesatz dadurch nicht insgesamt erhöht wird.

#### Zu Nummer 20

Durch die Ergänzung soll sichergestellt werden, daß für den in § 100 Abs. 1 genannten und in Einrichtungen untergebrachten Personenkreis der überörtliche Träger der Sozialhilfe auch dann zuständig ist, wenn in § 100 Abs. 1 genannte Leistungen von anderen Leistungsträgern erbracht werden, zum Beispiel der Renten-, Kranken- oder Pflegeversicherung.

#### Zu Nummer 20a

Die bisherige Anforderung des § 102 an Fachkräfte betrifft nur deren Ausbildung und Erfahrungen im Sozialwesen. Es ist im Bereich der Sozialhilfe anerkannt und vielfach Praxis, diese Voraussetzungen durch Fortbildungsmaßnahmen zu ergänzen. Für eine qualifizierte Bearbeitung von Angelegenheiten der Sozialhilfe, insbesondere der Beratung nach § 17, sind intensive und aktuelle Kenntnisse über angrenzende Rechtsgebiete und besondere Fähigkeiten im Umgang mit Hilfesuchenden erforderlich. Den Trägern der Sozialhilfe wird jedoch durch die Regelung ein weiterer Gestaltungsspielraum für die zu gewährleistende Fortbildung eingeräumt.

#### Zu Nummer 20b

Die bisherige Begrenzung der Kostenerstattung in Höhe von 5 000 DM in zwölf Monaten bezog sich auf den einzelnen Hilfeempfänger. Die Kostenerstattung bei Aufenthalt in einer Anstalt oder bei Unterbringung in einer anderen Familie betrifft in der Regel nur Einzelpersonen. Die Kostenerstattung bei Umzug oder bei Übertritt aus dem Ausland betrifft jedoch häufig Familien, das heißt Haushalte im Sinne von § 11 Abs. 1 Satz 2, die ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten. In diesen Fällen verhindert die bisherige Begrenzung auf 5 000 DM pro Person oftmals eine Kostenerstattung, so daß die §§ 107 und 108 auch in typischen Fällen nicht zur Anwendung kommen. Die Begrenzung wird deshalb auf 5 000 DM pro Haushalt im Sinne von § 1 Abs. 1 Satz 2 bezogen. Bei der Kostenerstattung gemäß den §§ 103 und 104 bleibt es in der Regel bei der bisherigen Regelung. Die Änderung dient auch der Vereinfachung. Es ist in Zukunft nicht mehr erforderlich, im Wege komplizierter Berechnungen die für den Haushalt einheitlich errechnete Hilfe auf die haushaltsangehörigen Hilfeempfänger umzulegen.

#### Zu Nummer 20c

§ 113a und § 89h SGB VIII sind parallel gelagerte Vorschriften, mit denen die Entscheidung über kostenrechtliche Streitigkeiten der Träger von Jugendhilfe und Sozialhilfe untereinander nach näher auszugestaltenden Schiedsgerichten übertragen werden sollen. Wegen dieser Vorschriften sind mittlerweile verfassungsrechtliche Bedenken erhoben worden. Es wurde entschieden, die Vorschriften bei nächster Gelegenheit zu streichen.

#### Zu Nummer 21

##### Zu § 116 Abs. 1 Satz 1

Ergänzend werden die nicht getrennt lebenden Ehegatten von Unterhaltspflichtigen in die Auskunftspflicht einbezogen. Ist ein Ehegatte des Unterhaltspflichtigen selbst nicht unterhaltspflichtig, zum Beispiel gegenüber seinen Schwiegereltern, so ist für die Leistungsfähigkeit des Unterhaltspflichtigen dennoch die wirtschaftliche Lage seines Ehegatten von Bedeutung. Insbesondere ist zu berücksichtigen, ob der Unterhaltspflichtige seinem Ehegatten auch Unterhalt zu leisten hat. Nach geltendem Recht ist der nicht unterhaltspflichtige Ehegatte nicht auskunftspflichtig, so daß der Träger der Sozialhilfe häufig auf bloße Behauptungen des Unterhaltspflichtigen angewiesen ist. Die Ergänzung schließt diese Lücke des Gesetzes.

##### Zu § 116 Abs. 1 letzter Satz

Die Änderung bezweckt, daß mit dem Hilfesuchenden zusammenwohnende Personen erst dann auskunftspflichtig werden, wenn sie die Vermutung des gemeinsamen Wirtschaftens und der Unterstützung trotz Aufforderung durch das Sozialamt nicht widerlegen. Aufgrund der Streichung von Artikel 1 Nr. 4 des Gesetzentwurfs handelt es sich dabei stets um verwandte oder verschwägte Personen. Deren Auskunftspflicht tritt also erst zu einem Zeitpunkt ein, zu dem sich die Vermutung der Unterstützung so verdichtet hat, daß das informationelle Selbstbestimmungsrecht nicht berührt wird.

##### Zu § 116 Abs. 2

Es handelt sich um eine Folgeänderung zur Änderung des Absatzes 1. Eine Auskunftspflicht des Arbeitgebers über Personen, von denen nach § 16 vermutet wird, daß sie Leistungen an oder für Hilfesuchende erbringen, ist nicht verankert worden.

#### Zu Nummer 21a

##### Zu § 117 Abs. 1

Die Versicherungsnummer im Sinne von § 147 SGB VI ist Anknüpfungspunkt des automatisierten Datenabgleichs.

##### Zu § 117 Abs. 2

Der Datenabgleich bezüglich möglicher weiterer Sozialhilfeleistungen anderer Träger soll bei der oder über die zentrale Vermittlungsstelle möglich sein. Die Regelung läßt offen, ob es eine oder mehrere zentrale Vermittlungsstellen geben wird.

##### Zu § 117 Abs. 3

Es ist streitig, ob nach dem geltenden Absatz 3 die Überprüfung innerhalb der Verwaltung, zum Beispiel mit der Kfz-Zulassungsstelle, auch durch automatisierten Datenabgleich erfolgen darf. Die Länder



haben sich weitgehend darauf verständigt, daß dies aufgrund des geltenden Wortlautes aus Datenschutzgründen nicht zulässig sei. Die Ergänzung stellt klar, daß und mit welchen Stellen der automatisierte Datenabgleich zulässig ist.

#### Zu Nummer 21 b

Nach der geltenden Regelung können Vorleistungen eines Dritten im Einzelfall nur bis zur Kenntnisnahme durch den Träger der Sozialhilfe übernommen werden. In Einzelfällen (zum Beispiel Urteile des Bundesverwaltungsgerichts vom 10. Mai 1979 – 5 C 79.77 – und 2. April 1987 – 5 C 64/84) hat dies zu dem unbefriedigenden Ergebnis geführt, daß der Nothelfer, zum Beispiel ein Krankenhaus, die Kosten nicht erstattet bekommen konnte, weil der Aufenthalt des Berechtigten nicht mehr bekannt war. In solchen Fällen soll in Zukunft eine Kostenerstattung an den Nothelfer möglich sein.

#### Zu Nummer 22

Es handelt sich um eine Folgeänderung aufgrund der Streichung von Artikel 1 Nr. 4.

#### Zu Nummer 25

##### Zu § 135 Abs. 2 und 3

In Ergänzung des Gesetzentwurfs sollen Vertreter der Träger privat-gewerblicher Einrichtungen beteiligt werden. Die Hälfte der Beiratsmitglieder wird zudem von den Ländern berufen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Erbringung von Sozialhilfeleistungen in dem Verantwortungsbereich der Länder steht. Folglich wird die unmittelbare Berufung von Vertretern der Leistungsträger und von zwei Vertretern der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften durch die Länder vorgesehen. Die übrigen Mitglieder werden von der Bundesregierung berufen.

##### Zu § 135 Abs. 5

Als Folge der Änderung in Absatz 3 wird für den Erlaß der Rechtsverordnung die Zustimmung des Bundesrates vorgesehen.

#### Zu Nummer 26

Folgeänderung zu der Änderung des § 23. Der Hinweis auf Buchstabe d wäre irreführend, da § 23 Abs. 1 Nr. 1 und 2, auf den sich dieser Buchstabe bezieht, gestrichen wurde.

#### Zu Artikel 1 a

##### Zu Nummer 1

Redaktionelle Anpassung an das SGB VIII.

##### Zu Nummer 2

Die Befugnis zur Nutzung und Übermittlung von Sozialdaten zum Zwecke der Überprüfung und Verwal-

tungshilfe ergibt sich aus § 117 BSHG in Verbindung mit den datenschutzrechtlichen Vorschriften des Sozialgesetzbuches, da das BSHG im Katalog des § 1 aufgeführt ist. Dies gilt nicht für die entsprechende Anwendung des § 117 BSHG durch § 9 AsylbLG. Deswegen wird ausdrücklich festgelegt, daß das Sozialgesetzbuch auch dann gilt, wenn § 9 Abs. 4 AsylbLG eine Vorschrift des BSHG für entsprechend anwendbar erklärt.

#### Zu Nummer 3

Siehe Begründung zu Artikel 1 Nr. 20 c.

#### Zu Artikel 2 a

In § 108 wird ein neuer Absatz 2 eingefügt, der eine Verzinsung des Erstattungsanspruchs vorsieht, den ein Träger der Sozialhilfe, der Kriegsopferfürsorge und der Jugendhilfe gegen einen dritten Sozialleistungsträger hat. Die genannten Leistungsträger werden hinsichtlich der Verzinsung dem leistungsberechtigten Antragsteller gleichgestellt (§ 44 SGB I). Insbesondere muß die Sozialhilfe als unterstes Netz der sozialen Sicherung häufig als „Vorschubkasse“ eintreten.

Wegen ihrer Gleichartigkeit werden in die Regelung auch die Träger der Kriegsopferfürsorge und der Jugendhilfe einbezogen. Für Erstattungsansprüche untereinander gilt die Verzinsungspflicht nicht, da sie sich nur auf „andere“ Sozialleistungsträger bezieht. Um bei geringen Erstattungsbeträgen einen unangemessen hohen Verwaltungsaufwand zu vermeiden, tritt die Verzinsungspflicht nur auf Antrag ein.

Satz 2 ist § 44 Abs. 2 SGB I nachgebildet und um die Maßgabe ergänzt, daß die Frist mit dem Eingang des vollständigen Leistungsantrags des Leistungsberechtigten – nicht des Erstattungsberechtigten – beginnt. Der Antrag des Sozialhilfeträgers nach § 91 a BSHG steht dem Antrag des Leistungsberechtigten im Sinne des Satzes 2 gleich, wenn die für die Bearbeitung des Leistungsantrages notwendigen Angaben vorliegen.

#### Zu Artikel 3

##### Zu Nummer 2

##### Zu § 54 b des Schwerbehindertengesetzes

In dem neuen Absatz 1 wird erstmals im Schwerbehindertengesetz die Rechtsstellung Behinderter in Werkstätten für Behinderte gesetzlich geregelt. Behinderte, die keinen Arbeitnehmerstatus haben, stehen danach in einem arbeitnehmerähnlichen Rechtsverhältnis, auf das arbeitsrechtliche Vorschriften und Grundsätze entsprechend anwendbar sind (zum Beispiel über Arbeitszeit, Urlaub, Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall, Entgeltzahlungen an Feiertagen, Erziehungsurlaub und Mutterschutz sowie über den Persönlichkeitsschutz und die Haftungsbeschränkung).

Durch den Absatz 3 erhalten die Behinderten gegen den Träger der Werkstatt einen Anspruch auf Ab-



schluß eines Werkstattvertrages, der die nähere inhaltliche Gestaltung des Rechtsverhältnisses zur Werkstatt (Arbeitszeit, Arbeitsentgelt und Urlaub) im Rahmen des zugrundeliegenden Sozialleistungsverhältnisses regelt.

#### Zu § 54 c des Schwerbehindertengesetzes

In dem neuen § 54 c wird die Mitwirkung der Behinderten in Werkstätten für Behinderte und ihrer gesetzlichen Vertreter und Betreuer in Angelegenheiten der Werkstatt für Behinderte geregelt. Das Fehlen gesetzlicher Regelungen hat in der bisherigen Praxis der Werkstätten für Behinderte zu Schwierigkeiten geführt. In der Regelung werden die Erfahrungen mit § 14 der Werkstättenverordnung Schwerbehindertengesetz sowie die Ergebnisse eines Forschungsvorhabens über die Mitwirkung in Werkstätten für Behinderte berücksichtigt.

Zu den Fragen, die für eine Mitwirkung in Betracht kommen, gehören insbesondere die Gestaltung der täglichen Arbeitszeit, der einheitliche Betriebsurlaub, der Unfall- und Gesundheitsschutz, die Entgeltzahlung, die Verpflegung, die Gestaltung von Sanitär- und Aufenthaltsräumen, die Fort- und Weiterbildung, Angelegenheiten des Arbeitsablaufs und der Umsetzung von Behinderten auf andere Arbeitsplätze sowie die Gestaltung von Arbeitsplätzen und die Unterrichtung über die wirtschaftliche Lage der Werkstatt und das Arbeitsergebnis.

In Absatz 4 wird das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung zum Erlaß einer Werkstatt-Mitwirkungsverordnung gesetzlich ermächtigt, in der im einzelnen die Fragen, auf die sich die Mitwirkung erstreckt, bestimmt werden und die notwendigen Einzelheiten wie die Zusammensetzung und die Amtszeit des Werkstattrates, die Durchführung der Wahl, die Feststellung der Wahlberechtigung und der Wählbarkeit sowie Art und Umfang der Mitwirkung zu regeln sind.

#### Zu Nummer 5

§ 58 des Schwerbehindertengesetzes soll nicht dahin gehend geändert werden, daß die für die Werkstätten für Behinderte festgelegten Vergünstigungen der §§ 55 und 56 des Schwerbehindertengesetzes nur noch von den zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Reform des Sozialhilferechts bereits bestehenden Blindenwerkstätten in Anspruch genommen werden können. Nach Darstellung des Deutschen Blindenverbandes sind auch noch in jüngster Zeit neue Blindenwerkstätten für den Teil Blinder, für den anderweitige „höherwertige“ berufliche Integration nicht erreichbar war, errichtet und anerkannt worden. Ob der Bau weiterer Blindenwerkstätten rehabilitationspolitisch und ökonomisch sinnvoll ist, ist im Einzelfall bei der Förderung des Baus solcher Anstalten zu beurteilen. Führt die Prüfung bei der investierten Förderung zu einer positiven Entscheidung, dann gibt es keinen Grund, eine solche neue, mit öffentlichen Mitteln geförderte Blindenwerkstatt von diesen Vergünstigungen auszuschließen.

#### Zu Artikel 4

Es handelt sich um eine Folgeänderung zur Änderung von § 26 BSHG.

#### Zu Artikel 6

Die Änderung des § 2 entspricht dem Gesetzentwurf.

Die Ergänzung der §§ 2 a, 10 und 83 sollen für Streitigkeiten in Mitwirkungsangelegenheiten nach § 54 c des Schwerbehindertengesetzes die Zuständigkeit der Arbeitsgerichte begründen. Die Streitigkeiten sollen im Beschlußverfahren (§§ 80 ff. Arbeitsgerichtsgesetz) geklärt werden. Dies entspricht der neueren Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts, wonach auch Rechtsstreitigkeiten, die die Schwerbehindertenvertretung betreffen, im Beschlußverfahren behandelt werden. Insoweit soll eine ausdrückliche Regelung hinsichtlich der Schwerbehindertenvertretung bei anderer Gelegenheit getroffen werden.

#### Zu Artikel 6 a

Es handelt sich um eine Folgeänderung zur Änderung von § 26 BSHG.

#### Zu Artikel 7

In § 3 Abs. 1 wird eingefügt, daß bei vorheriger Zustimmung auch Wohnungsbeschaffungskosten und Mietkautionen übernommen werden können und unter welchen Voraussetzungen eine Zustimmung auch zu unangemessen hohen Mieten erteilt werden kann. Die Übernahme von Wohnraumbeschaffungskosten und von Mietkautionen ist nach geltender Rechtslage grundsätzlich möglich. Diese Möglichkeit wird in der Praxis jedoch sehr unterschiedlich gehandhabt. Eine Regelung, die zwischen den Beteiligten für frühzeitige Rechtsklarheit sorgt, erscheint daher geboten.

#### Zu Artikel 9

##### Zu Nummer 3

In § 5 Abs. 4 wird die zeitliche Befristung der Beschäftigung auf ausgelagerten Arbeitsplätzen auf höchstens sechs Monate mit der Verlängerungsmöglichkeit um sechs Monate ersetzt durch den unbestimmten Rechtsbegriff der zeitweisen Beschäftigung. Die Praxis macht geltend, daß der Übergang von Werkstattbeschäftigten auf den allgemeinen Arbeitsmarkt in aller Regel eine längere Beschäftigung auf ausgelagerten Arbeitsplätzen erfordert als sechs Monate mit der Verlängerungsmöglichkeit auf zwölf Monate. An der grundsätzlichen Befristung des Übergangs muß aus Kostengründen festgehalten werden.

##### Zu den Nummern 4 und 5

Es handelt sich um Folgeänderungen zur Änderung der §§ 54 b und 54 c des Schwerbehindertengesetzes.

**Zu Artikel 9a**

Nach der Änderung des BSHG durch das Pflegeversicherungsgesetz muß nunmehr auf § 69a Abs. 3 BSHG verwiesen werden.

**Zu Artikel 11**

Die Regelung des Artikels 11 ist auf den eingefügten Artikel 9a zu erweitern.

Bonn, den 28. Februar 1996

**Ulf Fink**  
Berichtersteller

**Brigitte Lange**  
Berichterstatlerin

**Andrea Fischer (Berlin)**  
Berichterstatlerin

**Dr. Gisela Babel**  
Berichterstatlerin

**Dr. Heidi Knake-Werner**  
Berichterstatlerin





## **Antrag**

**der Abgeordneten Markus Kurth, Kerstin Andreae, Birgitt Bender, Dr. Thea Dückert, Britta Haßelmann, Brigitte Pothmer, Elisabeth Scharfenberg, Christine Scheel, Irmingard Schewe-Gerigk, Dr. Gerhard Schick, Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Dr. Harald Terpe und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Gesamtkonzept zur beruflichen Teilhabe behinderter Menschen**

Der Bundestag wolle beschließen:

#### **I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:**

Die derzeitige Situation für Menschen mit Behinderung am Arbeitsmarkt ist äußerst unbefriedigend. Das Ziel einer vorrangigen Teilhabe am Arbeitsleben auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt ist nur in bescheidenem Umfang erreicht. Die spezifische Arbeitslosenquote schwerbehinderter Menschen lag im Jahr 2007 mit 16,6 Prozent deutlich höher als die allgemeine Arbeitslosenquote mit 10,1 Prozent. Eine personenbezogene Förderung im Sinne einer Stärkung des Wunsch- und Wahlrechts insbesondere bei Personen mit erhöhtem Unterstützungsbedarf wird nur selten realisiert. Insgesamt ist zwar die absolute Zahl schwerbehinderter Arbeitsloser gesunken. Menschen mit Behinderung weisen jedoch weiterhin eine konstant niedrigere Beschäftigungsquote sowie eine deutlich höhere Arbeitslosenquote als der Durchschnitt der Bevölkerung auf. Insbesondere Frauen mit Behinderung sind von der schlechten Arbeitsmarktlage betroffen.

Im Wesentlichen können drei Grundprobleme für die schlechte Arbeitsmarktlage zusammengefasst werden: Erstens überwiegen noch immer direkte Finanztransfers von den Rehabilitationsträgern zu Institutionen beruflicher Teilhabe. Nur in seltenen Fällen werden Personen direkt gefördert. Der gestiegene Anspruch nach Selbstbestimmung und einer Stärkung des Wunsch- und Wahlrechts im Sinne echter Alternativen wird somit unterminiert. In der Konsequenz leben und arbeiten viele Menschen mit Behinderung noch immer im eigenen Milieu.

Eine solche Aussonderung behinderter Menschen beginnt schon in der Schulzeit. Das deutsche Bildungssystem ist bisher von der Idee und der Praxis des Förder-schulangebotes geprägt. Dies wurde auch von internationaler Ebene im Bericht des UN-Sonderberichterstatters für das Recht auf Bildung, Prof. Dr. Vernor Muñoz Villalobos, im Jahr 2006 kritisiert. In der Folge entstand während der letzten Jahrzehnte ein Automatismus, der von der Förderschule direkt zum Berufsbildungsbereich und zur Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) führte.

Zweitens besteht ein großer Mangel an Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt. Umfängliche Diskriminierungs- und Barrierefreiheit als Grundvoraussetzungen für die Öffnung von Zugängen sind trotz des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) aus dem Jahr 2006

und des Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG) aus dem Jahr 2002 bisher nur ansatzweise gegeben.

Drittens haben – trotz groß angelegter Vorhaben, wie die schon abgelaufene Kampagne „50 000 Jobs für Schwerbehinderte“ unter der ehemaligen rot-grünen Bundesregierung – Vorurteile seitens der Arbeitgeberinnen und -geber gegenüber behinderten Menschen weiterhin Bestand. Noch immer wird ihnen häufig ein geringeres Leistungsniveau unterstellt.

Neben diesen genannten drei fehlenden Grundvoraussetzungen – personenbezogene Förderung, diskriminierungs- und barrierefreie Arbeitsplätze sowie Vorurteilsfreiheit potentieller Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber – bestehen weitere grundlegende Probleme, die einem kohärenten Gesamtkonzept beruflicher Teilhabe entgegenstehen.

Da ist zum einen die Unübersichtlichkeit der Instrumente zur Beschäftigungsförderung und -sicherung für Menschen mit Behinderung. Betroffene wie auch Arbeitgeberinnen und -geber wissen nicht um ihre Rechte bzw. Pflichten und finden keine Ansprechpartner. Die Frage der verschiedenen Zuständigkeiten führt in der Praxis zu erheblichen Schnittstellenproblemen. Die Zusammenarbeit der verschiedenen Rehabilitationsträger erweist sich als ineffizient. Als mittelfristiges Ziel muss es daher darum gehen, die leistungsrechtlichen Vorschriften der Teilhabe am Arbeitsleben in einem Gesetz zusammenzuführen sowie die Durchführung der Leistungen nur einem Leistungsträger zu übertragen. Dieser Schritt ist allerdings sehr voraussetzungsvoll und sollte mit Bestrebungen nach einem Teilhabeleistungsgesetz zusammengedacht werden.

Darüber hinaus zeichnet sich die Bundesagentur für Arbeit nach ihrer Umstrukturierung durch eine deutlich restriktivere Förderpolitik aus. Die Förderung kurzfristiger Maßnahmen kann den Gesamtprozess der beruflichen Rehabilitation, wie im Neunten Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) vorgesehen, nicht gewährleisten.

Im Bereich der Werkstätten für behinderte Menschen mangelt es vielen behinderten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (den so genannten Werkstattbeschäftigten) an Alternativen sowie an auf die Person zugeschnittenen rehabilitativen Maßnahmen. Die Möglichkeiten der Mitbestimmung sind unzureichend.

Außerdem gibt es erhebliche Probleme bei der Finanzierung arbeitsmarktpolitischer Instrumente. Das Aufkommen aus der Ausgleichsabgabe, die Unternehmen mit mindestens 20 Arbeitsplätzen zahlen, sollten sie nicht auf wenigstens 5 Prozent der Arbeitsplätze schwerbehinderte Menschen beschäftigten, ist seit Jahren rückläufig. Von 2002 bis 2006 sank das Aufkommen um mehr als 120 Mio. Euro. Dies entspricht einem Einnahmeverlust von mehr als 20 Prozent. In der Folge können einzelne Integrationsämter nur noch sehr zurückhaltend mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln umgehen. Vielversprechende neue Instrumente wie die Existenzgründungsberatung für Menschen mit Behinderung finden nur selten Anwendung.

Nicht zuletzt die von der Bundesregierung am 30. März 2007 unterzeichnete UN-Konvention zur Förderung und zum Schutz der Rechte und Würde von Menschen mit Behinderung (A/RES/61/106) erfordert eine Ausrichtung der Sozialgesetzgebung am Prinzip des Nachteilsausgleichs. Artikel 27 des Übereinkommens beschreibt die Zugangsvoraussetzungen für Menschen mit Behinderung, um gleichberechtigt an Arbeit und Beschäftigung teilhaben zu können.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

die folgenden Anforderungen und Zielsetzungen durch die Wahrnehmung ihrer Exekutivaufgaben zu erfüllen und Vorschläge für notwendige Gesetzesänderungen vorzulegen:

1. Personen- statt Institutionenförderung: Zur Stärkung des Wunsch- und Wahlrechtes müssen alle Menschen mit Behinderung – unabhängig von der Art oder Schwere ihrer Behinderung – in die Lage versetzt werden, selbst entscheiden zu können, in welcher Form sie am Arbeitsleben teilhaben möchten. Dies kann sowohl eine Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt, in einem Integrationsprojekt oder aber bei Bedarf in einem geschützten Arbeitsmarkt sein, wie eine WfbM. Sie müssen individuell gefördert und bei Bedarf nach dem Prinzip des Nachteilsausgleichs dauerhaft unterstützt werden. Dies muss auch in Form eines dauerhaften Minderleistungsausgleiches (Lohnkostenzuschüsse) möglich sein sowie in Formen der Unterstützten Beschäftigung.
2. Ausweitung der Angebotsstrukturen: Um das Wunsch- und Wahlrecht konsequent durchzusetzen, bedarf es verschiedener Alternativen zur beruflichen Teilhabe. Zur Durchsetzung einer größeren Angebotsstruktur muss die objektive Strukturverantwortung der Rehabilitationsträger nach § 19 SGB IX gestärkt werden. Um die Transparenz des Leistungsangebotes der Erbringer zu erhöhen, müssen Leistungsart und -intensität einrichtungsübergreifend und überregional beschrieben werden.  
  
Ferner müssen auch Werkstattträger zur Stärkung des Wunsch- und Wahlrechtes behinderter Menschen ihre Angebotsstrukturen erweitern. So müssen sie verstärkt ihrer gesetzlichen Aufgabe nachkommen, arbeitsbegleitende Maßnahmen zur Erhaltung und Erhöhung der im Arbeitstrainingsbereich erworbenen Leistungs- oder Erwerbsfähigkeit und zur Weiterentwicklung der Persönlichkeit anzubieten sowie den Übergang geeigneter Personen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt zu fördern.
3. Gemeinsamer Unterricht: Um das alltägliche Miteinander von jungen Menschen mit und ohne Behinderung im gesellschaftlichen Leben zu fördern, muss der gemeinsame Unterricht zur Regel werden. Nur das tägliche Erleben von Anderssein sowie die Erprobung des gegenseitigen Anerkennens von klein auf macht die gleichberechtigte Wahrnehmung und Anerkennung von Menschen mit Behinderung und eine spätere Zusammenarbeit im Arbeitsleben zum Regelfall. Zusammen mit den Ländern müssen Entwicklungspläne erstellt werden, wie die Integration von Kindern mit zusätzlichem Förderbedarf zukünftig an den Regelschulen möglich wird.
4. Barrierefreie Arbeitsplätze: Das Behindertengleichstellungsgesetz muss mit dem Ziel weiterentwickelt werden, dass künftig deutlich mehr barrierefreie Arbeitsplätze entstehen. Hierfür müssen die beiden zentralen Instrumente des Behindertengleichstellungsgesetzes – die Zielvereinbarung und die Verbandsklage – gestärkt werden. Beim Instrument der Zielvereinbarung nach § 5 BGG müssen die Stellung der Verbände gestärkt sowie Fristen zur Herstellung von Barrierefreiheit gesetzlich festgelegt werden.
5. Diskriminierungsfreie Arbeitsplätze: Die europarechtlichen Antidiskriminierungsrichtlinien müssen vollständig umgesetzt und das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz entsprechend geändert werden. Zudem muss die Bundesregierung in ihrer Öffentlichkeitsarbeit stärker über das AGG informieren, über die gesellschaftlichen wie wirtschaftlichen Kosten von Diskriminierung und Ausgrenzung aufklären sowie das öffentliche Werben für eine Kultur des Respekts und der Chancengleichheit intensivieren.
6. Vorurteile beseitigen: Um Vorurteilen seitens der Arbeitgeberinnen und -geber bei der Einstellung von Menschen mit Behinderung zu begegnen, bedarf es zukünftig mehr Kampagnen, wie die bereits abgelaufene „50 000 Jobs für Schwerbehinderte“. Solche Informationsoffensiven müssen langfristig gesichert und als gesamtgesellschaftliche Aufgabe angesehen werden.

7. Rechtsanspruch auf Rehabilitation: Berufliche Rehabilitation soll die Erwerbsfähigkeit behinderter und von Behinderung bedrohter Menschen gemäß § 33 Absatz 1 SGB IX entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit erhalten, verbessern, herstellen oder wiederherstellen und die berufliche Eingliederung möglichst auf Dauer sichern. Ein einheitlicher Rechtsanspruch auf Rehabilitation muss für alle behinderten und von Behinderung bedrohten Menschen gewährleistet sein, unabhängig davon, welcher der insgesamt sieben Rehabilitationsträger zuständig ist. Deshalb müssen Rechtsansprüche jeweils explizit insbesondere in den Leistungsgesetzen im SGB II, III und VI verankert werden. Einschränkende Leistungsdefinitionen im SGB II und im SGB III, die die Ziele der beruflichen Rehabilitation gemäß § 33 Absatz 1 SGB IX einschränken oder übergehen, müssen gestrichen werden.

8. Beratung und Vermittlung für Arbeitsuchende: Bei allen Trägern des SGB II sollen qualifizierte Ansprechpartner und Abteilungen – wie sie beispielsweise in § 104 Absatz 4 SGB IX für die Bundesagentur für Arbeit verpflichtend vorgesehen sind – eingerichtet und finanziert werden. Diese sollen einen möglichen Rehabilitationsbedarf von Menschen mit Behinderung erkennen und an die zuständige Agentur für Arbeit weiterleiten.

Um die mangelnde Beauftragung sowie die unstabile Finanzierungsgrundlage des sehr erfolgreichen Instrumentes des Integrationsfachdienstes nach Kapitel 7 des SGB IX zu beheben, muss explizit klargestellt werden, dass sowohl die SGB-II-Träger als auch die Bundesagentur für Arbeit die Auftraggeber im Bereich der Vermittlung sind. Um den umfassenden Aufgaben des Integrationsfachdienstes nachkommen zu können, muss die zur Verfügung stehende monatliche Grundpauschale auf eine den realen Anforderungen entsprechende Basis angehoben werden.

9. Werkstätten für behinderte Menschen: Auch für den geschützten Arbeitsmarkt müssen das Selbstbestimmungsrecht sowie das Wunsch- und Wahlrecht der behinderten Menschen als oberstes Prinzip gelten. So müssen

- a) die Werkstätten vermehrt differenzierte und qualifizierte Berufsbildungs- und Beschäftigungsangebote vorhalten, wie etwa Außenarbeitsplätze oder die Möglichkeit der Teilzeitbeschäftigung;
- b) die Einzugsgebiete, wonach Arbeitsplätze nach Wohnort zugeteilt sind, aufgelöst werden;
- c) die Mindestgröße von Werkstätten aufgehoben werden;
- d) behinderte Menschen zukünftig die Möglichkeit haben, mit dem im Berufsbildungsbereich der Werkstatt erworbenen Ausbildungsstand Angebote der Berufsbildungs- und Berufsförderungswerke oder Angebote auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt in Anspruch zu nehmen. Hierfür müssen in den Werkstätten ein drittes Bildungsjahr eingeführt und die Möglichkeit geschaffen werden, mittels aufbauender Module einen Berufsabschluss zu erlangen;
- e) die Mitbestimmungsrechte der Werkstatträte gestärkt werden. Dazu muss über eine Evaluierung des § 139 SGB IX sowie der Werkstättenmitwirkungsverordnung (WMVO) geklärt werden, wie echte Mitbestimmungsrechte der Werkstatträte verwirklicht werden können. Perspektivisch müssen Werkstattbeschäftigte einen echten Arbeitnehmerstatus erlangen;
- f) auch sehr schwer und mehrfach behinderte Menschen, die nicht das Kriterium der sog. Werkstättfähigkeit nach § 136 Absatz 2 SGB IX erfüllen, behinderten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vergleichbar sozial abgesichert werden.



10. Persönliches Budget für berufliche Teilhabe: Um die Teilhabechancen und Selbstbestimmungsmöglichkeiten von Menschen mit Behinderung zu stärken, muss das Persönliche Budget nach § 17 SGB IX gestärkt sowie auch für den Bereich der beruflichen Teilhabe konsequent umgesetzt werden. Hierfür muss die Budgetassistenz als zusätzliche Leistung gewährt und finanziert werden. Zur verbesserten Inanspruchnahme des Persönlichen Budgets muss der gewährte Budgetbeitrag die Kosten der bisher gewährten Sachleistungen für ambulante oder stationäre Hilfen überschreiten dürfen.

Die Inanspruchnahme von Werkstattleistungen über ein Persönliches Budget muss auch ohne die Anbindung an eine Werkstatt uneingeschränkt möglich sein. Budgetnehmerinnen und -nehmer sollen auch dann vergleichbar den behinderten Werkstattmitarbeiterinnen und -mitarbeitern kranken-, pflege- und rentenversichert sein, wenn sie dem Berufsbildungsbereich vergleichbare integrative Berufsorientierungs- und Qualifizierungsangebote externer Anbieter oder betriebliche Alternativen zum Arbeitsbereich der WfbM in Anspruch nehmen. Ihr Status der Erwerbsunfähigkeit soll vorerst erhalten bleiben.

11. Existenzgründungsberatung: Um behinderten Menschen umfangreicher als bisher die Möglichkeit zu eröffnen, sich selbständig zu machen, muss es eine eigenständige Regelfinanzierung für Existenzgründungsberatungen für Menschen mit Behinderung geben. § 33 Absatz 6 SGB IX muss in seiner Konkretisierung unter Absatz 8 die Existenzgründungsberatung als neue Leistung aufnehmen. Alternativ muss das Instrument der Gründungsberatung als Ermessensleistung des Integrationsamtes unter § 102 Absatz 3 Nummer 1 Buchstabe c SGB IX aufgenommen werden. Die Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung (SchwbAV) ist in § 21 entsprechend anzupassen.
12. Finanzierung: Damit die Finanzierung der Leistungen durch die Integrationsämter nach § 102 SGB IX auch in Zukunft sichergestellt bleibt, muss die Beschäftigungspflicht der Unternehmen von derzeit 5 auf 6 Prozent angehoben werden. Die institutionelle Förderung von Werkstätten für behinderte Menschen durch Mittel der Ausgleichsabgabe muss auf ein Mindestmaß beschränkt werden.
13. Statistik: Um arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und Instrumente zukünftig besser evaluieren zu können, muss die Zahl der schwerbehinderten Erwerbstätigen als eine wesentliche Kennzahl durch die Bundesagentur für Arbeit statistisch erfasst werden. Hierfür muss die Meldepflicht der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber in § 28a ff. SGB IV auch die Erfassung der Schwerbehinderung beinhalten. Dies macht sowohl eine monatliche Berichterstattung als auch eine geschlechtsspezifische Differenzierung möglich.

Berlin, den 3. Dezember 2008

**Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion**

## Begründung

Die Forderungen an die Bundesregierung werden wie folgt begründet:

### Zu Nummer 1

Der Automatismus aus Förderschule, Berufsbildungsbereich und Werkstatt für behinderte Menschen steht den Bedürfnissen nach mehr Selbständigkeit und Selbstbestimmung diametral entgegen. Im Sinne einer Stärkung des Wunsch- und Wahlrechtes müssen alle Menschen mit Behinderung – unabhängig der Art oder Schwere ihrer Behinderung – in die Lage versetzt werden, selbst entscheiden zu können, in welcher Form sie am Arbeitsleben teilhaben möchten. Entscheidend ist, dass sie individuell gefördert und bei Bedarf nach dem Prinzip des Nachteilsausgleichs dauerhaft unterstützt werden.

Ein dauerhafter Minderleistungsausgleich wie etwa Zuschüsse zum Arbeitsentgelt (Lohnkostenzuschuss) käme optimaler Weise – jedoch nicht ausschließlich – für solche Menschen in Betracht, die ohne angesprochene Unterstützung nach § 43 SGB VI nicht fähig wären „unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes mindestens drei Stunden täglich erwerbstätig zu sein“. Dies beträfe insofern insbesondere den Personenkreis, deren Teilhabe am Arbeitsleben über eine Werkstatt für behinderte Menschen oder eine Tagesförderstätte sichergestellt wird. Eine „Kategorisierung“ ist bislang allerdings sehr problematisch, da es nach wie vor an einem einheitlichen, der Internationalen Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit folgendem, Instrument zur Feststellung einer wesentlichen Behinderung sowie des Hilfebedarfes fehlt.

Zu einem dauerhaften Nachteilsausgleich gehört auch die Möglichkeit aus verschiedenen Formen der Unterstützten Beschäftigung zu wählen. Grundlegend ist dabei, dass auch stark leistungsgeminderte Personen Arbeitsplätze außerhalb einer Werkstatt finden können. Das Konzept der Unterstützten Beschäftigung geht vom Menschen aus, (er)findet und gestaltet neue passgenaue (Nischen-)Arbeitsplätze und orientiert sich dabei an den Fähigkeiten, Wünschen und Potentialen des behinderten Menschen.

Kostenträger sowohl des Minderleistungsausgleichs als auch der Formen der Unterstützten Beschäftigung müssen sowohl die Träger für Leistungen in Werkstätten für behinderte Menschen sein als auch die Integrationsämter. Auch die Bundesagentur für Arbeit, die nach dem Übergang des behinderten Menschen vom Berufsbildungsbereich in den Arbeitsbereich bislang ihre „Trägerschaft verliert“, sollte Finanzverantwortung übernehmen. Nur so fällt für die Bundesagentur für Arbeit der negative Anreiz beim Übergang Berufsbildungsbereich – Arbeitsbereich weg. Ein fest vereinbarter Finanzschlüssel sowie eine klare Strukturverantwortung eines Trägers kann diese Zwischenlösung so gestalten, dass sie dem oder der Betroffenen nicht zum Negativen gereicht. Optimal und als mittelfristige Perspektive ist auch hier eine Zusammenführung leistungsrechtlicher Vorschriften der Teilhabe am Arbeitsleben in einem Gesetz vonnöten.

### Zu Nummer 2

Die Inanspruchnahme alternativer Werkstattleistungen in der Eingliederungshilfe nach dem SGB XII scheitert oft an der nicht ausreichend vorhandenen Angebotsvielfalt ambulanter Dienste. Dass es diese Angebote nicht gibt, hat mehrere Gründe. So haben es die Aufsichtsbehörden der Länder und des Bundes bislang nicht vermocht, die objektive Strukturverantwortung der Rehabilitationsträger nach § 19 SGB IX – auf die Entwicklung der notwendigen vielfältigen Angebotsstrukturen hinzuwirken – aufsichtsrechtlich durchzusetzen.

Des Weiteren wurde bis heute die Transparenz des Leistungsangebotes nicht erhöht. Bisher sind Leistungsart und Leistungsintensität schwer zu entschlüsseln.

Neben den genannten Faktoren sind es schließlich die Leistungserbringer, die von sich aus nur zaghafte eine Angebotsstruktur für neue Arbeits- und Beschäftigungsformen entwickeln. Zwar gibt es bei vielen Werkstattträgern und Werkstattverantwortlichen eine große Reformbereitschaft. Bisherige Innovationsprojekte sind allerdings oftmals nur sehr kleinflächig angelegt.

Um die Wahlmöglichkeiten nicht weiter einzuschränken, sind vergaberechtliche Ausschreibungen in der Eingliederungshilfe abzulehnen. Diese schränken die Anzahl der Anbieter ein und somit letztendlich auch das Wunsch- und Wahlrecht behinderter Menschen. Zudem besteht die Gefahr, dass vom Sozialhilfeträger ein Anbieter ausgewählt wird, der wohlmöglich aus Kostengründen einfach der billigste wäre. Die Qualität bliebe auf der Strecke.

#### Zu Nummer 3

Bildung spielt eine Schlüsselrolle für die Zukunft eines jeden Menschen, sowohl aus persönlicher als auch aus sozialer und beruflicher Sicht. Das Bildungssystem muss daher die Hauptrolle spielen, um eine persönliche Entwicklung und soziale Einbeziehung zu sichern, die allen Kindern und Jugendlichen erlauben wird, so unabhängig wie möglich zu sein. Die Salamanca-Erklärung der UNESCO bekräftigt in diesem Zusammenhang das Recht jedes Menschen auf Bildung und beschreibt die positiven internationalen Erfahrungen mit der inklusiven Beschulung behinderter und nicht behinderter Kinder. Das deutsche Bildungssystem ist bisher von der Idee und der Praxis der Aussonderung geprägt.

Die Erfahrung vieler Länder zeigt, dass die Integration von Kindern und Jugendlichen am besten in Schulen gelingt, die für alle Kinder einer Gemeinde da sind und günstige Bedingungen für gemeinsames Lernen und echtes Miteinander bieten. Der Erfolg der Inklusion in der Schule setzt allerdings gemeinsame Anstrengungen aller voraus. Integrationsfähigkeit hängt nicht primär von dem behinderten Kind ab. Das Umfeld Schule muss und kann so umgestaltet werden, dass kein Kind mehr ausgesondert wird, weil es den Anforderungen der Schule nicht entsprechen kann. Eine Veränderung des Bildungssystems in Richtung Inklusion ist ein wesentlicher Schritt zu einer Gesellschaft, in der tatsächlich alle einbezogen sind und teilhaben.

#### Zu Nummer 4

Das im Jahr 2002 beschlossene Behindertengleichstellungsgesetz konnte bislang nur unzureichend umfängliche Barrierefreiheit am Arbeitsplatz herstellen. Zwar werden Hilfsmittel wie z. B. Lesegeräte für sehbehinderte Menschen bei Vorhandensein eines Arbeitsvertrages über Mittel der Ausgleichsabgabe nach dem SGB IX von den Integrationsämtern finanziert. Geht es aber um die bauliche Barrierefreiheit, stoßen die jetzigen gesetzlichen Regelungen an ihre Grenzen. Noch immer bleiben vielen Menschen mit Behinderung Arbeitsplätze versperrt, weil die entsprechenden Gebäude nicht barrierefrei sind. Das Instrument der Zielvereinbarung wird nur äußerst selten angewandt. So wurden bis zum Oktober 2008 gerade einmal 15 Zielvereinbarungen abgeschlossen. Die Bundesregierung sieht für den Zeitraum 2009 bis 2011 eine projektartige Förderung zur Unterstützung der Verbände beim Instrument der Verbandsklage vor. Nach dieser Zeit soll evaluiert werden, ob eine dauerhafte Förderung im Sinne eines Kompetenzzentrums Sinn macht.

## Zu Nummer 5

Das im Jahr 2006 beschlossene Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz setzt die europarechtlichen Vorgaben nur unzureichend um. Die EU-Kommission hat deswegen drei Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland eingeleitet. In dem für die Rechte von Menschen mit Behinderung relevanten Mahnschreiben vom 31. Januar 2008 zur Umsetzung der EU-Richtlinie 2000/78/EG kritisiert die Kommission u. a. folgende Punkte:

1. Die Sanktionsregelungen bei Verstößen gegen Diskriminierungsverbote sind unzureichend. Sie setzen nach dem AGG ein Verschulden des Arbeitgebers voraus. Das war im vorher bestehenden § 81 Absatz 2 Nummer 2 SGB IX nicht der Fall.
2. Angemessene Vorkehrungen zur Gewährleistung des Zuganges zur Beschäftigung und Ausübung des Berufs sind im deutschen Recht nicht für alle Menschen mit Behinderung vorgesehen, sondern vor allem für schwerbehinderte Menschen.
3. Diskriminierte haben nach dem AGG nur zwei Monate Zeit, um Schadensersatzansprüche geltend zu machen.
4. Die Beteiligung von Antidiskriminierungsverbänden an Gerichtsverfahren ist zu stark beschränkt.

## Zu Nummer 6

Eine wesentliche Ursache für die Arbeitsmarktsituation von Menschen mit Behinderung betrifft die Einstellung der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber. Sind diese nur unzureichend über die Fähigkeiten Schwerbehinderter und die vielfältigen Fördermöglichkeiten nach dem SGB IX informiert, können Vorurteile Bestand haben und dazu führen, auf die Anstellung eines schwerbehinderten Menschen zu verzichten. Die Öffentlichkeitskampagne „50 000 Jobs für Schwerbehinderte“ aus dem Jahr 2001 hatte das Gesetz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter (SchwbBAG) vom 29. September 2000 zur Grundlage. Die Kampagne verfolgte das Ziel, über neue gesetzliche Rahmenbedingungen und Fördermöglichkeiten zu informieren. Dabei versuchte die Kampagne ganz bewusst nicht den Gedanken von Mitleid und Fürsorge in den Vordergrund zu stellen. Vielmehr wurde die Stärke, die ein Mensch trotz oder gerade wegen einer Behinderung haben kann, hervorgehoben.

## Zu Nummer 7

Da mit der Einführung des SGB IX im Jahr 2001 kein neuer Sozialleistungszweig geschaffen wurde, gelten in den einzelnen Leistungsgesetzen weiterhin unterschiedliche Rehabilitationsansprüche. Dies ist bei einer Mehrzahl der Rehabilitationsträger recht unproblematisch. Wenn die Leistungsvoraussetzungen erfüllt sind, sehen sie einen Rechtsanspruch auf berufliche Rehabilitationsleistungen vor.

Sowohl die Kataloge des SGB II als auch die des SGB III weichen mitunter von den Regelungen des SGB IX ab. Problematisch ist ferner, dass sowohl das SGB II als auch das SGB III unterschiedliche Rehabilitationsziele setzt als das SGB IX. So müssen die Leistungen im SGB III so eingesetzt werden, „dass sie der beschäftigungspolitischen Zielsetzung der Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung entsprechen“. Demnach können die jeweils geltenden politischen Zielsetzungen den Rechtsanspruch auf Rehabilitation zumindest im Rechtskreis des SGB III einschränken. Deutlicher wird die Relativierung des Rechtsanspruches durch die Konkretisierung des Rehabilitationszieles im SGB II. Rehabilitationsleistungen kommen hier nur in Betracht, wenn sie „zur Vermeidung oder Beseitigung, Verkürzung oder Verminderung der Hilfebedürf-

tigkeit erforderlich sind“. Die Ziele des § 33 Absatz 1 SGB IX werden sonach erheblich eingeschränkt.

Zu Nummer 8

Das Verfahren für Rehabilitation und Leistungen zur Teilhabe des SGB IX für erwerbsfähige behinderte und von Behinderung bedrohter Menschen nach dem SGB II ist sehr schwerfällig. Im Falle von erwerbsfähigen behinderten Menschen sind nach § 6 Absatz 1 SGB IX die Agenturen für Arbeit bzw. die zugelassenen kommunalen Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende zuständige Rehabilitationsträger. Um Leistungen gemäß § 33 SGB IX in Anspruch nehmen zu können, leiten die SGB-II-Träger aufgrund von Hinweisen oder festgestellten gesundheitlichen Einschränkungen gemäß § 6a SGB IX einen Prüfauftrag an die zuständige Agentur für Arbeit. Diese hat den Rehabilitationsbedarf festzustellen und die Arbeitsgemeinschaft bzw. die zuständigen kommunalen Träger hierüber und ihren Eingliederungsvorschlag schriftlich zu unterrichten. Die Erfahrung hat gezeigt, dass viele SGB-II-Träger ihren Prüfauftrag nur sehr restriktiv wahrnehmen. Einige kommunale Träger verstehen sich nicht als Leistungsträger der Rehabilitation, obwohl dies in § 6a Absatz 2 SGB II klar geregelt ist. Oftmals sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht qualifiziert, um Rehabilitationsbedarfe zu erkennen. Entsprechende Ansprechpersonen und Abteilungen fehlen.

Ein sehr erfolgreiches Instrument zur Vermittlung von behinderten Menschen mit besonderen Problemlagen in den ersten Arbeitsmarkt ist der Integrationsfachdienst nach § 109 ff. SGB IX. Integrationsfachdienste haben nach § 110 SGB IX die Aufgabe, (schwer-)behinderte Menschen für die Teilhabe am Arbeitsleben zu beraten, zu unterstützen, und zu vermitteln sowie die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber zu informieren, zu beraten und ihnen Hilfe zu leisten. Für die Beauftragung der Integrationsfachdienste sind gemäß § 111 SGB IX die Integrationsämter oder die zuständigen Rehabilitationsträger verantwortlich. Die Vergangenheit hat aber gezeigt, dass sich insbesondere die Bundesagentur für Arbeit sowie die SGB-II-Träger nur in unzureichendem Maße an der Beauftragung und Finanzierung der Integrationsfachdienste im Arbeitsschwerpunkt „Vermittlung“ beteiligen. Um den umfassenden Aufgaben des Integrationsfachdienstes nach § 110 SGB IX nachkommen zu können, reicht der in der Produktinformation zu § 37 SGB III bzw. § 16 SGB II vereinbarte monatliche Grundbetrag derzeit nicht aus.

Zu Nummer 9

- a) Werkstätten sind neben der Beschäftigung behinderter Menschen gemäß § 136 Absatz 1 SGB IX dazu verpflichtet, eben diesen eine berufliche Bildung anzubieten sowie ihre Leistungs- oder Erwerbsfähigkeit zu erhalten, zu entwickeln, zu erhöhen oder wiederzugewinnen und dabei ihre Persönlichkeit weiterzuentwickeln. Weiter soll der Übergang auf den allgemeinen Arbeitsmarkt gefördert werden. Dieser gesetzlichen Verpflichtung kommen einige Werkstätten nicht in dem Maße nach, wie dies vom Gesetzgeber intendiert war.
- b) Die derzeitige Festlegung der Einzugsgebiete durch die jeweilige Landesplanung schränkt das Wunsch- und Wahlrecht ein. Zwar gibt es auch nach geltendem Recht gemäß § 9 SGB XII bzw. § 9 Absatz 1 SGB IX die Möglichkeit, auch außerhalb des festgelegten Einzugsgebietes eine Werkstatt zu wählen, allerdings muss sich die Leistung an der Besonderheit des Einzelfalles richten.
- c) Nach § 7 der Werkstättenverordnung (WVO) soll eine Werkstatt in der Regel über mindestens 120 Plätze verfügen.



- d) Zu selbstverständlich gehen behinderte Menschen aus dem Berufsbildungsbereich in den Arbeitsbereich einer WfbM über. Ein Berufsbildungsbereich, der sich den Bedingungen einer Ausbildung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt annähert, kann einen solchen Automatismus unterbrechen. Hierfür müssen die § 4 Absatz 3 und § 5 der WVO geändert werden.
- e) Nach § 139 SGB IX haben in Werkstätten beschäftigte behinderte Menschen das Recht, durch Werkstatträte in den ihre Interessen berührenden Angelegenheiten der Werkstatt mitzuwirken. Näheres dazu regelt die Werkstättenmitwirkungsverordnung (WMVO), die am 25. Juni 2001 erlassen wurde. Hinweise deuten darauf hin, dass einige Betriebsleitungen nicht immer ihren Pflichten gegenüber den Werkstatträten nachkommen. Weder das SGB IX noch die WMVO sehen eine Evaluierung der Durchsetzung der Mitwirkungsrechte der Werkstatträte vor.
- f) So ist zu klären, inwiefern auch Menschen, bei denen beispielsweise von einer erheblichen Selbst- und Fremdgefährdung auszugehen ist und denen aufgrund dessen die „Werkstattfähigkeit“ nach § 136 Absatz 2 SGB IX ab-erkannt wird, sozial abgesichert werden können. Um mehr Menschen sozial abzusichern, ist Nordrhein-Westfalen mit seinen beiden Landschaftsverbänden einen besonderen Weg gegangen. In Nordrhein-Westfalen gibt es nur sehr wenige Plätze in Tagesförderstätten, da der Begriff der „Werkstattfähigkeit“ sehr weit ausgelegt wird und somit ein Großteil der sehr schwer und mehrfach behinderten Menschen in der Werkstatt rechtlich eingegliedert ist. Nach § 138 SGB IX stehen behinderte Menschen im Arbeitsbereich in einem arbeitnehmerähnlichen Rechtsverhältnis zu den Werkstätten. Der Inhalt dieses Rechtsverhältnisses ist weder im SchwbG noch im SGB IX ausdrücklich geregelt. Arbeitsrechtliche Gesetze finden auf arbeitnehmerähnliche Personen, allein aufgrund ihres Status, noch keine Anwendung.

#### Zu Nummer 10

Mit dem Inkrafttreten des Persönlichen Budgets zum 1. Juli 2004 wurde ein bedeutender Schritt zu mehr Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung getan. Bisher wurden allerdings nur sehr wenige Anträge auf das Persönliche Budget gestellt. Ein Problem ist, dass viele Menschen mit geistiger Behinderung bzw. seelischer Erkrankung bei der Selbstverwaltung des Persönlichen Budgets überfordert sind. Eine unabhängige Budgetassistenz stellt für diesen Personenkreis vielfach eine notwendige Voraussetzung dar. Ein weiterer Grund für die zurückhaltende Inanspruchnahme des Persönlichen Budgets ist die so genannte Deckelung. Diese besagt, dass der gewährte Budgetbetrag die Kosten der bisher gewährten Sachleistungen für ambulante oder stationäre Hilfe nicht überschreiten soll. Die Deckelung hat sich als wichtiges psychologisches Hemmnis erwiesen, das die Inanspruchnahme durch die Leistungsberechtigten erschwert.

Nach dem Wortlaut und dem Geist des Gesetzes sind auch Leistungen für behinderte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Werkstätten für behinderte Menschen grundsätzlich budgetfähig. Mit dem Persönlichen Budget können Leistungen wie Weiterbildungsmodule, Arbeitsassistenz und heilpädagogische Hilfen sowohl innerhalb als auch außerhalb einer Werkstatt eingekauft werden. So zumindest in der Theorie. In der Praxis gibt es bei der Inanspruchnahme von Werkstattleistungen über ein Persönliches Budget indes erhebliche Schwierigkeiten.

Nach heutiger Rechtsgrundlage verlieren Budgetnehmerinnen und -nehmer von Werkstattleistungen ihre Sozialversicherungsansprüche, wenn sie dem Berufsbildungsbereich ähnliche Angebote anderer Anbieter in Anspruch nehmen wollen. Bei einer Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt verlieren die Budgetnehmerinnen und -nehmer ihren Status der vollen Erwerbsminderung

nach § 43 SGB VI. Die jetzigen Bedingungen der ungeklärten Sozialversicherungsansprüche schränken die Inanspruchnahme Persönlicher Budgets für Werkstattleistungen stark ein. Alternativ und als Zwischenlösung könnte der oder die Beschäftigte formal den Status des oder der Werkstattbeschäftigten nach § 138 Absatz 1 SGB IX behalten, ohne jedoch Kontakt mit der Werkstatt aufnehmen zu müssen. Somit blieben der Erwerbsunfähigkeitsstatus und der Transfer der Sozialversicherungsbeiträge zumindest für einen noch näher festzulegenden Übergangszeitraum sichergestellt.

Zu Nummer 11

Die Existenzgründungsberatung ist für viele Menschen mit Behinderung von herausgehobener Bedeutung. Insbesondere für Menschen, die aufgrund einer anerkannten Behinderung nicht am allgemeinen Arbeitsmarkt teilnehmen können, ist der Weg in die Selbständigkeit oftmals eine notwendige Alternative zur sonst drohenden Arbeitslosigkeit. Einer Person etwa mit starkem Rheuma, die aufgrund ihrer gesundheitlichen Einschränkung nur sehr unflexibel bzw. unregelmäßig arbeiten kann, bietet sich durch die Existenzgründung die Möglichkeit, ihre Arbeitszeiten individuell einzuteilen. Probleme der Arbeitsplatzorganisation, der behinderungsbedingten Ruhephasen und der nicht barrierefreien Arbeitsstätten können somit eigenständig gelöst werden.

Die berufliche Selbständigkeit soll dabei nicht allein eine Alternative zur Arbeitslosigkeit sein. Vielmehr ist es Ziel, die Selbständigkeit auch als Alternative zu abhängiger Beschäftigung zu sehen. Leider mangelt es in gewöhnlichen Beratungsstellen für die Existenzgründung oft an Kenntnissen behinderungsspezifischer Belange sowie besonderer Fördermöglichkeiten. Diesem Problem gingen bzw. gehen bislang bundesweit drei Projekte auf den Grund: „enterability“ in Berlin, „GO! unlimited“ in Nordrhein-Westfalen und ein Projekt im Zentrum für selbstbestimmtes Leben behinderter Menschen (ZSL) in Mainz. Die spezifischen Beratungsangebote für Menschen mit Behinderung kombinieren die klassische Existenzgründungsberatung mit individuellen Einzelberatungen, in denen auch die Behinderung im jeweiligen sog. Businessplan integriert wird. Ferner wird über die vielfältigen Fördermöglichkeiten des SGB IX informiert. Diese so genannten One-Stop-Shops sind deshalb so wichtig, da sie die Beratung „aus einer Hand“ anbieten.

Die Erfahrung zeigt, dass Existenzgründungen von Menschen mit Behinderung durchaus nachhaltig sind. Zahlen liegen beispielsweise für das Projekt enterability in Berlin vor. Von Februar 2004 bis Ende August 2008 haben sich in Berlin insgesamt 116 Menschen mit Schwerbehinderung mit der Hilfe von enterability beruflich selbständig gemacht. Von 116 Gründerinnen und Gründern sind im August 2008 noch 95 am Markt. Das entspricht einer Quote von 82 Prozent. Von diesen Gründungen waren 57 Prozent länger als zwei Jahre und 34 Prozent länger als drei Jahre am Markt. Bislang werden Beratungen für behinderte Existenzgründerinnen und Existenzgründer auch über Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds finanziert. Projektartige Finanzierung gab es bislang zudem über das Integrationsamt Berlin oder über die „Aktion Mensch“. Eine eigenständige Regelfinanzierung gibt es bislang jedoch nicht.

Zu Nummer 12

Problematisch ist, dass das Gesamtaufkommen an der Ausgleichsabgabe seit Jahren stark rückläufig ist. Von 2001 bis 2006 sank das Aufkommen um mehr als 120 Mio. Euro, ein Einnahmeverlust von mehr als 20 Prozent. Zwar stieg das Aufkommen im Jahr 2007 wieder leicht an, verblieb dennoch insgesamt auf einem niedrigen Niveau. Als Konsequenz aus dem Rückgang der Ausgleichsabgabe müssen die Integrationsämter einige ihrer Leistungen zurückfahren. So

erhöht sich zwar die Zahl der Menschen, die auf Lohnkostenzuschüsse nach § 27 SchwbAV angewiesen sind. Dennoch müssen die Integrationsämter versuchen, diese Leistungsart, für die mit Abstand am meisten ausgegeben wird, herunterzufahren. Dies bleibt nicht ohne Auswirkungen auf die über 30 000 schwerbehinderten Menschen, deren Lohn zum Teil dauerhaft bezuschusst wird.

Ferner müssen auch die Leistungen an Integrationsprojekte nach § 28a SchwbAV zurückgefahren werden. Zwar gibt es noch viele finanzielle Verpflichtungen an laufende Integrationsprojekte, die Förderung neuer Projekte gerät allerdings ins Stocken. Darüber hinaus gehen die Leistungen der Integrationsfachdienste nach § 27a SchwbAV zurück. Als weitere finanzielle Belastung kommt auf die Integrationsämter das neue Instrument der Unterstützten Beschäftigung zu. Hiernach sind die Integrationsämter für die Berufsbegleitung schwerbehinderter Menschen verantwortlich, falls nach der Aufnahme eines regulären Beschäftigungsverhältnisses weiterhin Unterstützung notwendig ist.

Auf der anderen Seite nehmen Leistungen für Einrichtungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben nach den §§ 30 bis 34 SchwbAV einen großen Teil der Finanzmittel ein. Die institutionelle Förderung betrug im Jahr 2006 68,28 Mio. Euro, d. h. rund 17 Prozent der Gesamtausgaben der Integrationsämter.

Die inhärente Ambivalenz des Quotensystems, wonach bei Erfüllung der Beschäftigungspflicht Arbeitgeber keine Pflichtabgaben mehr zu zahlen hätten, trat seit dessen Bestehen im Jahr 1953 nicht zu Tage. Falls die Gefahr eines Tages bestünde, dass sich das System selbst ad absurdum führte, bedürfte es neuer Finanzierungsquellen für die Unterstützung von Menschen mit Schwerbehinderung.

Zu Nummer 13

Erst durch verlässliche Zahlen und Statistiken zur Beschäftigungssituation von Menschen mit Behinderung lassen sich arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und Instrumente evaluieren. Um wirkliche Aussagen auch im Zeitverlauf treffen zu können, bedarf es einer monatlichen Arbeitslosenquote für Menschen mit Behinderung als Relation schwerbehinderter Arbeitsloser zu schwerbehinderten Erwerbspersonen. Nur so kann verhindert werden, dass die Veränderung der absoluten Arbeitslosenzahlen Schwerbehinderter weiterhin Grundlage für arbeitsmarktpolitische Vorhaben ist. Die Erfassung der Zahl der schwerbehinderten Beschäftigten, mit der sich die Arbeitslosenquote Schwerbehinderter errechnen ließe, hat allerdings Mängel. Die Zahl der schwerbehinderten Beschäftigten wird gemäß § 80 SGB IX nur einmal jährlich von den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern an die Bundesagentur für Arbeit gemeldet. Diese Zahl beinhaltet keine schwerbehinderten Selbständigen sowie schwerbehindert abhängig Beschäftigte in Unternehmen mit weniger als 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Letztere sind gemäß § 80 Absatz 4 SGB IX von der Verpflichtung befreit, einmal jährlich die Beschäftigung Schwerbehinderter anzuzeigen. Einen groben Überblick über die Erwerbspersonenzahl Schwerbehinderter liefert zwar der Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes. Dieser hat jedoch nur Stichproben zur Basis und darf zu einer gewissenhaften Ermittlung der Arbeitslosenquote Schwerbehinderter nicht verwandt werden. Neben dieser Problematik ist auch eine geschlechtsspezifische Auswertung arbeitsmarktpolitischer Daten nicht möglich. Eine solche Differenzierung ist bislang bzw. nicht mehr vorgesehen.



## **Gesetzentwurf**

### **der Bundesregierung**

#### **Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen (Bundesteilhabegesetz – BTHG)**

##### **A. Problem und Ziel**

Am 26. März 2009 ist das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-Behindertenrechtskonvention – UN-BRK) in Deutschland in Kraft getreten. Die UN-BRK ist seither geltendes Recht und eine wichtige Leitlinie für die Behindertenpolitik in Deutschland. Bund, Länder und Gemeinden sowie die Sozialversicherung und andere Institutionen arbeiten ständig an der Weiterentwicklung der gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. Mit der Ratifikation der UN-BRK hat sich die Bundesrepublik Deutschland dazu bekannt, das deutsche Recht grundsätzlich in Übereinstimmung mit diesem Menschenrechtsübereinkommen weiterzuentwickeln.

Der Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen bei den Vereinten Nationen hat der Bundesrepublik Deutschland in seinen „Abschließenden Bemerkungen über den ersten Staatenbericht Deutschlands“ vom 13. Mai 2015 eine Vielzahl von Handlungsempfehlungen zur weiteren Umsetzung der UN-BRK gegeben. So soll die Bundesrepublik Deutschland unter anderem

- die gesetzliche Definition von Behinderung mit den allgemeinen Grundsätzen und Bestimmungen der UN-BRK in Einklang bringen,
- ausreichende Finanzmittel verfügbar machen, um die Deinstitutionalisierung und selbstbestimmtes Leben von Menschen mit Behinderungen zu fördern,
- die Voraussetzungen für einen inklusiven Arbeitsmarkt schaffen,
- eine Prüfung des Umfangs vornehmen, in dem Menschen mit Behinderungen ihr persönliches Einkommen verwenden, um ihre Bedarfe zu decken und selbstbestimmt zu leben, und
- Menschen mit Behinderungen soziale Dienstleistungen zur Verfügung stellen, die ihnen Inklusion, Selbstbestimmung und die Entscheidung, in der Gemeinschaft zu leben, ermöglichen.

Hinsichtlich der Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe haben Bund und Länder bereits im Vermittlungsverfahren zum Zwölften Buch Sozialgesetzbuch

(SGB XII) – Sozialhilfe – im Jahr 2003 die Vereinbarung getroffen, die Empfängerzahlen und Kosten in der Eingliederungshilfe, die seit Jahren signifikant steigen, gemeinsam aufzuarbeiten und Lösungen zu entwickeln. Die 84. Arbeits- und Sozialministerkonferenz (ASMK) hat am 15./16. November 2007 die Bundesregierung aufgefordert, „einen Gesetzentwurf zur Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe zu erarbeiten und eine Beteiligung des Bundes an den Kosten der Eingliederungshilfe zu prüfen“. Bis zur 91. ASMK wurde die Bundesregierung jährlich einstimmig aufgefordert, die „Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen zu einem modernen Teilhaberecht weiterzuentwickeln“. Zuletzt hat die 92. ASMK am 18./19. November 2015 das Vorhaben der Bundesregierung begrüßt, die Grundlagen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen durch ein neues Bundesteilhabegesetz zu reformieren.

Die Koalitionsparteien CDU, CSU und SPD haben sich im Koalitionsvertrag für die 18. Legislaturperiode darauf verständigt, die Integration von Menschen mit Behinderungen in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu begleiten und so die Beschäftigungssituation nachhaltig zu verbessern. Der Übergang zwischen Werkstätten für Menschen mit Behinderungen und dem ersten Arbeitsmarkt soll erleichtert, Rückkehrrechte sollen garantiert und die Erfahrungen mit dem „Budget für Arbeit“ einbezogen werden.

Die Leistungen für Menschen, „die aufgrund einer wesentlichen Behinderung nur eingeschränkte Möglichkeiten der Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft haben, sollen aus dem bisherigen „Fürsorgesystem“ [herausgeführt] und die Eingliederungshilfe zu einem modernen Teilhaberecht [weiterentwickelt werden]. Die Leistungen sollen sich am persönlichen Bedarf orientieren und entsprechend eines bundeseinheitlichen Verfahrens personenbezogen ermittelt werden. Leistungen sollen nicht länger institutionszentriert, sondern personenzentriert bereit gestellt werden.“ Dabei soll die Einführung eines Bundesteilhabegeldes geprüft werden. Die Neuorganisation der Ausgestaltung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen soll so geregelt werden, dass keine neue Ausgabendynamik entsteht. Bezüglich der im Koalitionsvertrag zudem zugesagten Entlastung der Kommunen um 5 Milliarden Euro jährlich ab 2018 haben sich Bund und Länder am 16. Juni 2016 darauf verständigt, dass zur Umsetzung der Entlastung der Umsatzsteueranteil der Gemeinden, die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft sowie der Umsatzsteueranteil der Länder erhöht werden sollen.

Mögliche Inhalte eines Bundesteilhabegesetzes wurden in einem breit angelegten Beteiligungsprozess vorab mit den Verbänden und Institutionen erörtert. Zu diesem Zweck hat die Bundesministerin für Arbeit und Soziales die hochrangige „Arbeitsgruppe Bundesteilhabegesetz“ eingesetzt. Nach dem Grundsatz der Selbstvertretung der Menschen mit Behinderungen „Nichts über uns ohne uns“, der auch Eingang in den Koalitionsvertrag für die 18. Legislaturperiode gefunden hat, stellten die Menschen mit Behinderungen und ihre Verbände die größte Anzahl an Mitgliedern in der Arbeitsgruppe. Die Arbeitsgruppe hat von Juli 2014 bis April 2015 in insgesamt neun Sitzungen die möglichen Reformthemen und -ziele eines Bundesteilhabegesetzes besprochen und die Kernpunkte der Reform erörtert und abgewogen.

Folgende Ziele sollen im Lichte der UN-BRK mit dem Gesetz verwirklicht werden:

- Dem neuen gesellschaftlichen Verständnis einer inklusiven Gesellschaft soll durch einen neu gefassten Behinderungsbegriff Rechnung getragen werden.
- Leistungen sollen wie aus einer Hand erbracht und zeitintensive Zuständigkeitskonflikte der Träger untereinander sowie Doppelbegutachtungen zulasten der Menschen mit Behinderungen vermieden werden.

- Die Position der Menschen mit Behinderungen im Verhältnis zu den Rehabilitationsträgern und den Leistungserbringern soll durch eine ergänzende unabhängige Teilhabeberatung gestärkt werden.
- Die Anreize zur Aufnahme einer Tätigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt sollen auf persönlicher und institutioneller Ebene verbessert werden.
- Die Möglichkeiten einer individuellen und den persönlichen Wünschen entsprechenden Lebensplanung und -gestaltung sollen unter Berücksichtigung des Sozialraumes bei den Leistungen zur sozialen Teilhabe gestärkt werden.
- Die Leistungen zur Teilhabe an Bildung sollen insbesondere im Hinblick auf studierende Menschen mit Behinderungen verbessert werden.
- Die Zusammenarbeit der unter dem Dach der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation befindlichen Rehabilitationsträger und die Transparenz des Rehabilitationsgeschehens sollen verbessert werden.
- Gleichzeitig soll die Steuerungsfähigkeit der Eingliederungshilfe verbessert werden, um keine neue Ausgabendynamik entstehen zu lassen und den insbesondere demographisch bedingten Ausgabenanstieg in der Eingliederungshilfe zu bremsen.
- Im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) – Grundsicherung für Arbeitssuchende – und im Sechsten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VI) – Gesetzliche Rentenversicherung – sollen präventive Maßnahmen ergriffen und neue Wege erprobt werden, um die Erwerbsfähigkeit von Menschen mit (drohenden) Behinderungen zu erhalten und so Übergänge in die Eingliederungshilfe zu reduzieren.
- Im Schwerbehindertenrecht soll das ehrenamtliche Engagement der Schwerbehindertenvertretungen gestärkt, sollen Mitwirkungsmöglichkeiten von Menschen mit Behinderungen in Werkstätten für behinderte Menschen verbessert und sollen die besonders schweren Beeinträchtigungen von taubblinden Menschen berücksichtigt werden.

## B. Lösung

Mit diesem Gesetz werden Empfehlungen aus den „Abschließenden Bemerkungen über den ersten Staatenbericht Deutschlands“ aufgegriffen und die Behindertenpolitik in Deutschland im Einklang mit der UN-BRK weiterentwickelt. Gleichzeitig werden Vorgaben des Koalitionsvertrages für die 18. Legislaturperiode auch im Lichte der Diskussionen in der Arbeitsgruppe Bundesteilhabegesetz umgesetzt, die u. a. vorsehen, die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen im Sinne von mehr Teilhabe und mehr Selbstbestimmung zu verbessern und die Eingliederungshilfe zu einem modernen Teilhaberecht weiterzuentwickeln. Darüber hinaus wird mit diesem Gesetz das Schwerbehindertenrecht weiterentwickelt.

Schwerpunkt dieses Gesetzes ist die Neufassung des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IX) – Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen –. Das SGB IX hat künftig die folgende Struktur:

- In Teil 1 ist das für alle Rehabilitationsträger geltende Rehabilitations- und Teilhaberecht zusammengefasst. Dieses allgemeine Recht wird durch zum Teil abweichungsfest ausgestaltete Regelungen im Sinne von Artikel 84 Absatz 1 Satz 5 des Grundgesetzes innerhalb des SGB IX gestärkt.

- In Teil 2 wird die aus dem SGB XII herausgelöste und reformierte Eingliederungshilfe als „Besondere Leistungen zur selbstbestimmten Lebensführung für Menschen mit Behinderungen“ geregelt. Das SGB IX wird insoweit zu einem Leistungsgesetz aufgewertet.
- In Teil 3 steht künftig das weiterentwickelte Schwerbehindertenrecht, das derzeit im SGB IX Teil 2 geregelt ist.

Im Einzelnen werden mit der Neufassung des SGB IX die folgenden Inhalte umgesetzt:

Das SGB IX Teil 1 wird gestärkt und verbindlicher ausgestaltet, ohne dabei das gegliederte Sozialleistungssystem in Frage zu stellen. Im SGB IX Teil 1 werden die allgemeinen, für alle Rehabilitationsträger geltenden Grundsätze normiert, während die jeweiligen Leistungsgesetze ergänzende Verfahrensspezifika regeln. Die Regelungen zur Zuständigkeitsklärung, Bedarfsermittlung, zum Teilhabeplanverfahren und zu den Erstattungsverfahren der Rehabilitationsträger untereinander werden geschärft und für alle Rehabilitationsträger verbindlich ausgestaltet. Zur Stärkung der Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen und zur Verbesserung ihrer Teilhabemöglichkeiten werden mit diesem Gesetz ergänzende Angebote einer von Leistungsträgern und Leistungserbringern unabhängigen – ausschließlich dem Leistungsberechtigten verpflichteten – Teilhabeberatung gefördert. Die Leistungskataloge zur medizinischen Rehabilitation, zur Teilhabe am Arbeitsleben und zur sozialen Teilhabe werden präzisiert und erweitert.

Das künftig im SGB IX Teil 2 geregelte Recht der Eingliederungshilfe wird konsequent personenzentriert ausgerichtet. Die notwendige Unterstützung erwachsener Menschen mit Behinderungen wird nicht mehr an einer bestimmten Wohnform, sondern unter ganzheitlicher Perspektive am notwendigen individuellen Bedarf ausgerichtet sein. Die mit dem SGB XII begonnenen Schritte einer Trennung von Fachleistung und von Leistungen zum Lebensunterhalt werden zum Abschluss gebracht. Die Eingliederungshilfe konzentriert sich künftig auf die reinen Fachleistungen. Die Leistungen zum Lebensunterhalt einschließlich Wohnen sollen wie bei Menschen ohne Behinderungen nach dem Dritten oder Vierten Kapitel des SGB XII bzw. nach dem SGB II erbracht werden. Die Gliederung nach ambulanten, teilstationären und vollstationären Leistungen wird deshalb für erwachsene Menschen mit Behinderungen aufgegeben. Bestehende Betreuungsmöglichkeiten in Wohnformen, wo Menschen mit Behinderungen zusammenleben, werden erhalten. Unter Berücksichtigung des Wunsch- und Wahlrechts wird auch künftig jeder erwachsene Mensch mit Behinderungen entsprechend seinen individuellen Bedarfen wohnen und sein Leben gestalten können. Für minderjährige Menschen mit Behinderung wird durch Sonderregelungen das geltende Recht weitergeführt, da die im Zusammenhang mit der Trennung von Fachleistungen und Leistungen zum Lebensunterhalt verbundenen Änderungen im Vierten Kapitel des SGB XII verortet werden und diese Regelungen nicht für Kinder und Jugendliche gelten. Die Diskussion zur Reform des SGB VIII bleibt davon unberührt.

Die Regelungen über die Anrechnung von Einkommen und die Heranziehung von Vermögen bei der Erbringung von Leistungen der Eingliederungshilfe werden stufenweise im Sinne der Betroffenen verbessert:

In einer ersten Stufe, die als Übergangsregelung bereits zum 1. Januar 2017 in Kraft tritt, profitieren Bezieher von Leistungen der Eingliederungshilfe von Verbesserungen bei der Anrechnung von eigenem Erwerbseinkommen und von einem gegenüber dem geltenden Recht deutlich erhöhten Vermögensfreibetrag, mit dem sie eine angemessene Lebensführung und eine angemessene Alterssicherung

sicherstellen können. Personen, die erwerbstätig sind und Leistungen der Hilfe zur Pflege erhalten, profitieren ebenfalls von Verbesserungen bei der Anrechnung von Einkommen und Heranziehung von Vermögen. Diese Übergangsregelungen gelten ebenso für die Leistungen der Hilfe zur Pflege und der Eingliederungshilfe nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG).

In einer zweiten Stufe, die zum 1. Januar 2020 in Kraft tritt, wird das derzeitige, dem Fürsorgegedanken verpflichtete Anrechnungsverfahren durch ein Beitragsverfahren ersetzt. Oberhalb eines Freibetrages sollen die leistungsberechtigten Menschen mit Behinderungen mit ihrem Einkommen zu den Aufwendungen der Eingliederungshilfe beitragen. Dabei kann die weit überwiegende Zahl der Betroffenen künftig deutlich mehr von ihren Einkünften behalten als nach dem derzeit geltenden Recht. Ziel des Beitragsmodells ist es auch, größere Anreize zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit zu schaffen. Die Verbesserungen bei der Einkommensanrechnung werden flankiert durch eine gegenüber der ersten Stufe weitere Anhebung des Vermögensfreibetrages. Personen, die erwerbstätig sind und Leistungen der Hilfe zur Pflege oder die ausschließlich Leistungen der Hilfe zur Pflege erhalten, profitieren dauerhaft von den in der ersten Stufe umgesetzten Verbesserungen bei der Anrechnung von Einkommen und Heranziehung von Vermögen. Das Einkommen und Vermögen des Partners des Leistungsberechtigten bleibt – auch im Sinne von Artikel 23 UN-BRK – anrechnungsfrei. Das Beitragsverfahren gilt ebenso für die Leistungen der Eingliederungshilfe nach dem BVG. Um der besonderen Lage der Beschädigten, ihrer Familienangehörigen und Hinterbliebenen im Recht der sozialen Entschädigung angemessen Rechnung zu tragen, werden zudem die Absetzbeträge angehoben. Die Beschäftigten in Werkstätten für behinderte Menschen sollen dadurch bessergestellt werden, dass ein geringerer Teil ihres Arbeitsentgelts auf die Grundsicherungsleistungen nach dem SGB XII Viertes Kapitel angerechnet wird.

Die Leistungen der neu ausgerichteten Eingliederungshilfe sollen passgenau bei den Betroffenen ankommen und sparsam und wirtschaftlich erbracht werden. Daher wird die Steuerungsfunktion der Leistungsträger gegenüber den Leistungserbringern gestärkt. Insbesondere wird für die Träger der Eingliederungshilfe eine praktikable, bundesweit vergleichbare Gesamtplanung normiert, die das für alle Rehabilitationsträger verbindlich geltende Teilhabeplanverfahren ergänzt. Erbrachte Leistungen werden künftig einem Prüfungsrecht des Leistungsträgers und einer Wirkungskontrolle unterzogen.

Die Maßnahmen zur Erhöhung der Steuerungsfähigkeit der Eingliederungshilfe werden von präventiven Maßnahmen in den Rechtskreisen SGB II und SGB VI flankiert, um Zugänge in die Eingliederungshilfe – und hier insbesondere in die Werkstätten für behinderte Menschen – zu vermeiden.

Die Reform des Rechts der Eingliederungshilfe hat auch Auswirkungen auf die Leistungen der Eingliederungshilfe im sozialen Entschädigungsrecht nach dem BVG. Insoweit sind die Regelungen im SGB IX Teil 2 entsprechend anzuwenden.

Das Schwerbehindertenrecht wird im neuen SGB IX Teil 3 weiterentwickelt. Die inhaltlichen Änderungen umfassen im Wesentlichen die Stärkung des ehrenamtlichen Engagements der Schwerbehindertenvertretungen, die Verbesserung der Mitwirkungsmöglichkeiten von Menschen mit Behinderungen in Werkstätten für behinderte Menschen, Regelungen zur Benutzung von Behindertenparkplätzen sowie die Schaffung eines Merkzeichens für taubblinde Menschen im Schwerbehindertenausweis.

### C. Alternativen

Mögliche Inhalte des Bundesteilhabegesetzes wurden in der vom 10. Juli 2014 bis zum 14. April 2015 tagenden Arbeitsgruppe Bundesteilhabegesetz erörtert. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe wurden in einem Abschlussbericht zusammengefasst. In der Arbeitsgruppe hat sich gezeigt, dass es in nahezu allen Handlungsfeldern, die mit diesem Gesetz aufgegriffen werden, eine Vielzahl von Handlungsalternativen gibt, die je nach Interessenlage der in der Arbeitsgruppe vertretenen Institutionen unterschiedlich präferiert werden. Mit diesem Gesetz wird unter Würdigung der Ergebnisse der Arbeitsgruppe ein Maßnahmenbündel umgesetzt, das insgesamt die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen verbessern und gleichzeitig die Ausgabendynamik in der Eingliederungshilfe bremsen soll.

Im Koalitionsvertrag für die 18. Legislaturperiode wurde vereinbart, die Einführung eines Bundesteilhabegeldes zu prüfen. Die Bundesregierung hat sich nach intensiver Prüfung der vorliegenden Modelle für ein Bundesteilhabegeld (u. a. Beschluss der 90. ASMK vom 27./28. November 2013, Entwurf eines „Gesetzes zur Sozialen Teilhabe“ vom Forum behinderter Juristinnen und Juristen vom Mai 2013) gegen die Einführung eines Bundesteilhabegeldes entschieden. Ein Bundesteilhabegeld wäre wenig zielgenau, würde den Kreis der Anspruchsberechtigten gegenüber denjenigen in der Eingliederungshilfe deutlich erhöhen, zu erheblichen Mitnahmeeffekten führen und den Bund mit mindestens 1 Milliarde Euro zusätzlichen Aufwendungen belasten.

### D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Die Haushaltsausgaben für den Bund sowie die Länder und Gemeinden sind in der nachfolgenden Tabelle dargestellt:

Finanzielle Auswirkungen Bundesteilhabegesetz in Millionen Euro (+ Belastung, – Entlastung)

	2017	2018	2019	2020
<b>Bund</b>				
Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung <sup>1</sup>	+8,0	+58	+58	+58
Teilhabeverfahrensbericht BAR <sup>1</sup>	+1,3	+1,0	+1,0	+1,0
Untersuchung und Umsetzungsunterstützung des Bundesteilhabegesetzes	+2,2	+3,0	+3,0	+3,0
Präventive Modellvorhaben SGB II	+10,0	+100,0	+100,0	+100,0
Präventive Modellvorhaben SGB VI	+10,0	+100,0	+100,0	+100,0
Zusätzliche Ausgaben der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (GruSi) <sup>2</sup> (umfasst auch die Erhöhung des Freibetrages für Werkstattbeschäftigte)	+126,0	+130,0	+133,0	+431,0
<b>Gesamt Bund</b>	<b>+157,5</b>	<b>+392,0</b>	<b>+395,0</b>	<b>+693,0</b>

<b>Länder/Gemeinden<sup>3</sup></b>				
Verbesserungen bei der Anrechnung von Einkommen und Vermögen in der Eingliederungshilfe <sup>2,4</sup>	+91,0	+95,0	+99,0	+355,0
Einführung Budget für Arbeit und andere Leistungsanbieter in der Eingliederungshilfe	0	+33,0	+67,0	+100,0
Verbesserungen bei den Leistungen zur Teilhabe an Bildung in der Eingliederungshilfe	0	0	0	+3
Trennung der Fachleistungen der Eingliederungshilfe von den Leistungen zum Lebensunterhalt <sup>2</sup>	-76,0	-79,0	-82,0	-378,0
Einführung trägerübergreifendes Teilhabeplanverfahren <sup>1</sup>	+10,0	+50,0	+50,0	+50,0
Effizienzrendite in der Eingliederungshilfe durch bessere Steuerung	0	0	0	-100,0
Einführung von Frauenbeauftragten in WfbM und Erhöhung der Zahl der Mitglieder der Werkstatträte in WfbM mit mehr als 700 Beschäftigten <sup>1</sup>	+5,0	+20,0	+20,0	+20,0
<b>Gesamt Länder/Gemeinden</b>	<b>+30,0</b>	<b>+119,0</b>	<b>+154,0</b>	<b>+50,0</b>
<p><sup>1</sup> Hier nachrichtlich, da grundsätzlich dem Erfüllungsaufwand (siehe Punkt 5 im Allgemeinen Teil der Begründung) zuzuordnen.</p> <p><sup>2</sup> Es wird von einer jährlichen Ausgabensteigerung um 4,17 Prozent ausgegangen. Dies entspricht dem durchschnittlichen Wachstum der Ausgaben für die Eingliederungshilfe in den Jahren 2010 bis 2014.</p> <p><sup>3</sup> Auf eine nach Ländern und Kommunen getrennte Darstellung wurde verzichtet, da in der Eingliederungshilfe sowohl die Kostentragung als auch die Zuständigkeiten in den jeweiligen Bundesländern durch Landesrecht unterschiedlich geregelt sind.</p> <p><sup>4</sup> Da es zu der Einkommens- und Vermögensverteilung der betroffenen behinderten Menschen wenig belastbare Daten gibt und die möglichen Verhaltensreaktionen der Betroffenen nur schwer eingeschätzt werden können, wird bei den Schätzungen zur Einkommens- und Vermögensanrechnung ein Risikoaufschlag von 20 Prozent vorgenommen.</p>				

## E. Erfüllungsaufwand

### E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Die betroffenen Bürgerinnen und Bürger werden jährlich um rund 349.000 Stunden vom Erfüllungsaufwand entlastet.

### E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Für die Wirtschaft entstehen jährliche Belastungen in Höhe von insgesamt 67,740 Millionen Euro. Bürokratiekosten aus Informationspflichten entstehen nicht.

Mit diesem Gesetz wird ein internationaler Vertrag, die UN-Behindertenrechtskonvention, umgesetzt. Damit ist das Gesetz von der „One in, one out“-Regel ausgenommen.

### **E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung**

Die Verwaltung wird jährlich mit 118,722 Millionen Euro (netto) (davon 43,012 Millionen Euro für Länder/Gemeinden) Erfüllungsaufwand belastet. Etwaiger Mehrbedarf an Sach- und Personalmitteln im Bundeshaushalt soll finanziell und stellenmäßig im jeweiligen Einzelplan ausgeglichen werden. Es entsteht ein einmaliger Umstellungsaufwand in Höhe von 24,300 Millionen Euro (davon 15,000 Millionen Euro für Länder/ Gemeinden).

### **F. Weitere Kosten**

Keine.



**BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND**  
**DIE BUNDESKANZLERIN**

Berlin, 5. September 2016

An den  
Präsidenten des  
Deutschen Bundestages  
Herrn Prof. Dr. Norbert Lammert  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung  
von Menschen mit Behinderungen  
(Bundesteilhabegesetz – BTHG)

mit Begründung und Vorblatt (Anlage 1).

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Die Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates gemäß § 6 Absatz 1 NKRG  
ist als Anlage 2 beigefügt.

Der Gesetzentwurf ist dem Bundesrat am 12. August 2016 als besonders eilbedürftig  
zugeleitet worden.

Die Stellungnahme des Bundesrates zu dem Gesetzentwurf sowie die Auffassung  
der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates werden unverzüglich  
nachgereicht.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Angela Merkel



**Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung  
von Menschen mit Behinderungen  
(Bundesteilhabegesetz – BTHG)**

Vom ...

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

I n h a l t s ü b e r s i c h t

- Artikel 1 Sozialgesetzbuch Neuntes Buch – Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen – (Neuntes Buch Sozialgesetzbuch – SGB IX)
- Artikel 2 Änderung des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (Übergangsrecht zum Jahr 2017)
- Artikel 3 Änderung des Ersten Buches Sozialgesetzbuch
- Artikel 4 Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch
- Artikel 5 Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch
- Artikel 6 Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch
- Artikel 7 Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch
- Artikel 8 Änderung des Siebten Buches Sozialgesetzbuch
- Artikel 9 Änderung des Achten Buches Sozialgesetzbuch
- Artikel 10 Änderung des Elften Buches Sozialgesetzbuch
- Artikel 11 Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch zum Jahr 2017
- Artikel 12 Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch zum Jahr 2018
- Artikel 13 Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch zum Jahr 2020
- Artikel 14 Änderung des Bundesversorgungsgesetzes
- Artikel 15 Weitere Änderung des Bundesversorgungsgesetzes zum Jahr 2020
- Artikel 16 Änderung des Umsatzsteuergesetzes zum Jahr 2017
- Artikel 17 Änderung des Umsatzsteuergesetzes zum Jahr 2018
- Artikel 18 Änderungen weiterer Vorschriften in Zusammenhang mit Artikel 2
- Artikel 19 Weitere Änderungen zum Jahr 2018
- Artikel 20 Weitere Änderungen zum Jahr 2020
- Artikel 21 Änderung der Eingliederungshilfe-Verordnung
- Artikel 22 Änderung der Werkstätten-Mitwirkungsverordnung
- Artikel 23 Änderung der Frühförderungsverordnung
- Artikel 24 Änderung der Aufwendererstattungs-Verordnung
- Artikel 25 Bekanntmachungserlaubnis und Umsetzungsunterstützung
- Artikel 26 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

## **Artikel 1**

### **Sozialgesetzbuch Neuntes Buch – Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen – (Neuntes Buch Sozialgesetzbuch – SGB IX)**

#### **Inhaltsübersicht**

### **Teil 1**

#### **Regelungen für Menschen mit Behinderungen und von Behinderung bedrohte Menschen**

### **Kapitel 1**

#### **Allgemeine Vorschriften**

- § 1 Selbstbestimmung und Teilhabe am Leben in der Gesellschaft
- § 2 Begriffsbestimmungen
- § 3 Vorrang von Prävention
- § 4 Leistungen zur Teilhabe
- § 5 Leistungsgruppen
- § 6 Rehabilitationsträger
- § 7 Vorbehalt abweichender Regelungen
- § 8 Wunsch- und Wahlrecht der Leistungsberechtigten

### **Kapitel 2**

#### **Einleitung der Rehabilitation von Amts wegen**

- § 9 Vorrangige Prüfung von Leistungen zur Teilhabe
- § 10 Sicherung der Erwerbsfähigkeit
- § 11 Förderung von Modellvorhaben zur Stärkung der Rehabilitation

### **Kapitel 3**

#### **Erkennung und Ermittlung des Rehabilitationsbedarfs**

- § 12 Maßnahmen zur Unterstützung der frühzeitigen Bedarfserkennung
- § 13 Instrumente zur Ermittlung des Rehabilitationsbedarfs

### **Kapitel 4**

#### **Koordinierung der Leistungen**

- § 14 Leistender Rehabilitationsträger
- § 15 Leistungsverantwortung bei Mehrheit von Rehabilitationsträgern

- § 16 Erstattungsansprüche zwischen Rehabilitationsträgern
- § 17 Begutachtung
- § 18 Erstattung selbstbeschaffter Leistungen
- § 19 Teilhabeplan
- § 20 Teilhabepankonferenz
- § 21 Besondere Anforderungen an das Teilhabepanverfahren
- § 22 Einbeziehung anderer öffentlicher Stellen
- § 23 Verantwortliche Stelle für den Sozialdatenschutz
- § 24 Vorläufige Leistungen

### **Kapitel 5**

#### **Zusammenarbeit**

- § 25 Zusammenarbeit der Rehabilitationsträger
- § 26 Gemeinsame Empfehlungen
- § 27 Verordnungsermächtigung

### **Kapitel 6**

#### **Leistungsformen, Beratung**

##### **A b s c h n i t t 1** **L e i s t u n g s f o r m e n**

- § 28 Ausführung von Leistungen
- § 29 Persönliches Budget
- § 30 Verordnungsermächtigung
- § 31 Leistungsort

##### **A b s c h n i t t 2**

##### **B e r a t u n g**

- § 32 Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung
- § 33 Pflichten der Personensorgeberechtigten
- § 34 Sicherung der Beratung von Menschen mit Behinderungen
- § 35 Landesärzte

### **Kapitel 7**

#### **Struktur, Qualitätssicherung und Verträge**

- § 36 Rehabilitationsdienste und -einrichtungen
- § 37 Qualitätssicherung, Zertifizierung
- § 38 Verträge mit Leistungserbringern

**Kapitel 8****Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation**

- § 39 Aufgaben
- § 40 Rechtsaufsicht
- § 41 Teilhabeverfahrensbericht

**Kapitel 9****Leistungen zur medizinischen Rehabilitation**

- § 42 Leistungen zur medizinischen Rehabilitation
- § 43 Krankenbehandlung und Rehabilitation
- § 44 Stufenweise Wiedereingliederung
- § 45 Förderung der Selbsthilfe
- § 46 Früherkennung und Frühförderung
- § 47 Hilfsmittel
- § 48 Verordnungsermächtigungen

**Kapitel 10****Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben**

- § 49 Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, Verordnungsermächtigung
- § 50 Leistungen an Arbeitgeber
- § 51 Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation
- § 52 Rechtsstellung der Teilnehmenden
- § 53 Dauer von Leistungen
- § 54 Beteiligung der Bundesagentur für Arbeit
- § 55 Unterstützte Beschäftigung
- § 56 Leistungen in Werkstätten für behinderte Menschen
- § 57 Leistungen im Eingangsverfahren und im Berufsbildungsbereich
- § 58 Leistungen im Arbeitsbereich
- § 59 Arbeitsförderungsgeld
- § 60 Andere Leistungsanbieter
- § 61 Budget für Arbeit
- § 62 Wahlrecht des Menschen mit Behinderungen
- § 63 Zuständigkeit nach den Leistungsgesetzen

**Kapitel 11****Unterhaltssichernde und andere ergänzende Leistungen**

- § 64 Ergänzende Leistungen
- § 65 Leistungen zum Lebensunterhalt
- § 66 Höhe und Berechnung des Übergangsgelds
- § 67 Berechnung des Regelentgelts
- § 68 Berechnungsgrundlage in Sonderfällen
- § 69 Kontinuität der Bemessungsgrundlage
- § 70 Anpassung der Entgeltersatzleistungen
- § 71 Weiterzahlung der Leistungen
- § 72 Einkommensanrechnung
- § 73 Reisekosten
- § 74 Haushalts- oder Betriebshilfe und Kinderbetreuungskosten

**Kapitel 12****Leistungen zur Teilhabe an Bildung**

- § 75 Leistungen zur Teilhabe an Bildung

**Kapitel 13****Soziale Teilhabe**

- § 76 Leistungen zur Sozialen Teilhabe
- § 77 Leistungen für Wohnraum
- § 78 Assistenzleistungen
- § 79 Heilpädagogische Leistungen
- § 80 Leistungen zur Betreuung in einer Pflegefamilie
- § 81 Leistungen zum Erwerb und Erhalt praktischer Kenntnisse und Fähigkeiten
- § 82 Leistungen zur Förderung der Verständigung
- § 83 Leistungen zur Mobilität
- § 84 Hilfsmittel

**Kapitel 14****Beteiligung der Verbände und Träger**

- § 85 Klagerecht der Verbände
- § 86 Beirat für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen
- § 87 Verfahren des Beirats
- § 88 Berichte über die Lage von Menschen mit Behinderungen und die Entwicklung ihrer Teilhabe
- § 89 Verordnungsermächtigung

## Teil 2

### Besondere Leistungen zur selbstbestimmten Lebensführung für Menschen mit Behinderungen (Eingliederungshilferecht)

#### Kapitel 1

##### Allgemeine Vorschriften

- § 90 Aufgabe der Eingliederungshilfe
- § 91 Nachrang der Eingliederungshilfe
- § 92 Beitrag
- § 93 Verhältnis zu anderen Rechtsbereichen
- § 94 Aufgaben der Länder
- § 95 Sicherstellungsauftrag
- § 96 Zusammenarbeit
- § 97 Fachkräfte
- § 98 Örtliche Zuständigkeit

#### Kapitel 2

##### Grundsätze der Leistungen

- § 99 Leistungsberechtigter Personenkreis
- § 100 Eingliederungshilfe für Ausländer
- § 101 Eingliederungshilfe für Deutsche im Ausland
- § 102 Leistungen der Eingliederungshilfe
- § 103 Sonderregelung für pflegebedürftige Menschen mit Behinderungen
- § 104 Leistungen nach der Besonderheit des Einzelfalles
- § 105 Leistungsformen
- § 106 Beratung und Unterstützung
- § 107 Übertragung, Verpfändung oder Pfändung, Auswahlermessen
- § 108 Antragserfordernis

#### Kapitel 3

##### Medizinische Rehabilitation

- § 109 Leistungen zur medizinischen Rehabilitation
- § 110 Leistungserbringung



**Kapitel 4****Teilhabe am Arbeitsleben**

- § 111 Leistungen zur Beschäftigung

**Kapitel 5****Teilhabe an Bildung**

- § 112 Leistungen zur Teilhabe an Bildung

**Kapitel 6****Soziale Teilhabe**

- § 113 Leistungen zur Sozialen Teilhabe  
§ 114 Leistungen zur Mobilität  
§ 115 Besuchsbeihilfen  
§ 116 Pauschale Geldleistung, gemeinsame Inanspruchnahme

**Kapitel 7****Gesamtplanung**

- § 117 Gesamtplanverfahren  
§ 118 Instrumente der Bedarfsermittlung  
§ 119 Gesamtplankonferenz  
§ 120 Feststellung der Leistungen  
§ 121 Gesamtplan  
§ 122 Teilhabezielvereinbarung

**Kapitel 8****Vertragsrecht**

- § 123 Allgemeine Grundsätze  
§ 124 Geeignete Leistungserbringer  
§ 125 Inhalt der schriftlichen Vereinbarung  
§ 126 Verfahren und Inkrafttreten der Vereinbarung  
§ 127 Verbindlichkeit der vereinbarten Vergütung  
§ 128 Wirtschaftlichkeits- und Qualitätsprüfung  
§ 129 Kürzung der Vergütung  
§ 130 Außerordentliche Kündigung der Vereinbarungen  
§ 131 Rahmenverträge zur Erbringung von Leistungen  
§ 132 Abweichende Zielvereinbarungen  
§ 133 Schiedsstelle  
§ 134 Sonderregelung zum Inhalt der Vereinbarungen zur Erbringung von Leistungen für minderjährige Leistungsberechtigte und in Sonderfällen

**Kapitel 9**  
**Einkommen und Vermögen**

- § 135 Begriff des Einkommens
- § 136 Beitrag aus Einkommen zu den Aufwendungen
- § 137 Höhe des Beitrages zu den Aufwendungen
- § 138 Besondere Höhe des Beitrages zu den Aufwendungen
- § 139 Begriff des Vermögens
- § 140 Einsatz des Vermögens
- § 141 Übergang von Ansprüchen
- § 142 Sonderregelungen für minderjährige Leistungsberechtigte und in Sonderfällen

**Kapitel 10**  
**Statistik**

- § 143 Bundesstatistik
- § 144 Erhebungsmerkmale
- § 145 Hilfsmerkmale
- § 146 Periodizität und Berichtszeitraum
- § 147 Auskunftspflicht
- § 148 Übermittlung, Veröffentlichung

**Kapitel 11**  
**Übergangs- und Schlussbestimmungen**

- § 149 Übergangsregelung für ambulant Betreute
- § 150 Übergangsregelung zum Einsatz des Einkommens

**T e i l 3**  
**B e s o n d e r e R e g e l u n g e n z u r T e i l h a b e s c h w e r b e h i n d e r t e r M e n -**  
**s c h e n ( S c h w e r b e h i n d e r t e n r e c h t )**

**Kapitel 1**  
**Geschützter Personenkreis**

- § 151 Geltungsbereich
- § 152 Feststellung der Behinderung, Ausweise
- § 153 Verordnungsermächtigung

## Kapitel 2

### Beschäftigungspflicht der Arbeitgeber

- § 154 Pflicht der Arbeitgeber zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen
- § 155 Beschäftigung besonderer Gruppen schwerbehinderter Menschen
- § 156 Begriff des Arbeitsplatzes
- § 157 Berechnung der Mindestzahl von Arbeitsplätzen und der Pflichtarbeitsplatzzahl
- § 158 Anrechnung Beschäftigter auf die Zahl der Pflichtarbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen
- § 159 Mehrfachanrechnung
- § 160 Ausgleichsabgabe
- § 161 Ausgleichsfonds
- § 162 Verordnungsermächtigungen

## Kapitel 3

### Sonstige Pflichten der Arbeitgeber; Rechte der schwerbehinderten Menschen

- § 163 Zusammenwirken der Arbeitgeber mit der Bundesagentur für Arbeit und den Integrationsämtern
- § 164 Pflichten des Arbeitgebers und Rechte schwerbehinderter Menschen
- § 165 Besondere Pflichten der öffentlichen Arbeitgeber
- § 166 Inklusionsvereinbarung
- § 167 Prävention

## Kapitel 4

### Kündigungsschutz

- § 168 Erfordernis der Zustimmung
- § 169 Kündigungsfrist
- § 170 Antragsverfahren
- § 171 Entscheidung des Integrationsamtes
- § 172 Einschränkungen der Ermessensentscheidung
- § 173 Ausnahmen
- § 174 Außerordentliche Kündigung
- § 175 Erweiterter Beendigungsschutz

## Kapitel 5

### Betriebs-, Personal-, Richter-, Staatsanwalts- und Präsidialrat, Schwerbehindertenvertretung, Inklusionsbeauftragter des Arbeitgebers

- § 176 Aufgaben des Betriebs-, Personal-, Richter-, Staatsanwalts- und Präsidialrates
- § 177 Wahl und Amtszeit der Schwerbehindertenvertretung

- § 178 Aufgaben der Schwerbehindertenvertretung
- § 179 Persönliche Rechte und Pflichten der Vertrauenspersonen der schwerbehinderten Menschen
- § 180 Konzern-, Gesamt-, Bezirks- und Hauptschwerbehindertenvertretung
- § 181 Inklusionsbeauftragter des Arbeitgebers
- § 182 Zusammenarbeit
- § 183 Verordnungsermächtigung

### **Kapitel 6**

#### **Durchführung der besonderen Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen**

- § 184 Zusammenarbeit der Integrationsämter und der Bundesagentur für Arbeit
- § 185 Aufgaben des Integrationsamtes
- § 186 Beratender Ausschuss für behinderte Menschen bei dem Integrationsamt
- § 187 Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit
- § 188 Beratender Ausschuss für behinderte Menschen bei der Bundesagentur für Arbeit
- § 189 Gemeinsame Vorschriften
- § 190 Übertragung von Aufgaben
- § 191 Verordnungsermächtigung

### **Kapitel 7**

#### **Integrationsfachdienste**

- § 192 Begriff und Personenkreis
- § 193 Aufgaben
- § 194 Beauftragung und Verantwortlichkeit
- § 195 Fachliche Anforderungen
- § 196 Finanzielle Leistungen
- § 197 Ergebnisbeobachtung
- § 198 Verordnungsermächtigung

### **Kapitel 8**

#### **Beendigung der Anwendung der besonderen Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter und gleichgestellter behinderter Menschen**

- § 199 Beendigung der Anwendung der besonderen Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen
- § 200 Entziehung der besonderen Hilfen für schwerbehinderte Menschen

## **Kapitel 9**

### **Widerspruchsverfahren**

- § 201 Widerspruch
- § 202 Widerspruchsausschuss bei dem Integrationsamt
- § 203 Widerspruchsausschüsse der Bundesagentur für Arbeit
- § 204 Verfahrensvorschriften

## **Kapitel 10**

### **Sonstige Vorschriften**

- § 205 Vorrang der schwerbehinderten Menschen
- § 206 Arbeitsentgelt und Dienstbezüge
- § 207 Mehrarbeit
- § 208 Zusatzurlaub
- § 209 Nachteilsausgleich
- § 210 Beschäftigung schwerbehinderter Menschen in Heimarbeit
- § 211 Schwerbehinderte Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter, Soldatinnen und Soldaten
- § 212 Unabhängige Tätigkeit
- § 213 Geheimhaltungspflicht
- § 214 Statistik

## **Kapitel 11**

### **Inklusionsbetriebe**

- § 215 Begriff und Personenkreis
- § 216 Aufgaben
- § 217 Finanzielle Leistungen
- § 218 Verordnungsermächtigung

## **Kapitel 12**

### **Werkstätten für behinderte Menschen**

- § 219 Begriff und Aufgaben der Werkstatt für behinderte Menschen
- § 220 Aufnahme in die Werkstätten für behinderte Menschen
- § 221 Rechtsstellung und Arbeitsentgelt behinderter Menschen
- § 222 Mitbestimmung, Mitwirkung, Frauenbeauftragte
- § 223 Anrechnung von Aufträgen auf die Ausgleichsabgabe
- § 224 Vergabe von Aufträgen durch die öffentliche Hand
- § 225 Anerkennungsverfahren
- § 226 Blindenwerkstätten
- § 227 Verordnungsermächtigungen

**Kapitel 13****Unentgeltliche Beförderung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Personenverkehr**

- § 228 Unentgeltliche Beförderung, Anspruch auf Erstattung der Fahrgeldausfälle
- § 229 Persönliche Voraussetzungen
- § 230 Nah- und Fernverkehr
- § 231 Erstattung der Fahrgeldausfälle im Nahverkehr
- § 232 Erstattung der Fahrgeldausfälle im Fernverkehr
- § 233 Erstattungsverfahren
- § 234 Kostentragung
- § 235 Einnahmen aus Wertmarken
- § 236 Erfassung der Ausweise
- § 237 Verordnungsermächtigungen

**Kapitel 14****Bußgeld- und Schlussvorschriften**

- § 238 Bußgeldvorschriften
- § 239 Stadtstaatenklausel
- § 240 Sonderregelung für den Bundesnachrichtendienst und den Militärischen Abschirmdienst
- § 241 Übergangsregelung

**Teil 1****Regelungen für Menschen mit Behinderungen und von Behinderung bedrohte Menschen****Kapitel 1****Allgemeine Vorschriften****§ 1****Selbstbestimmung und Teilhabe am Leben in der Gesellschaft**

Menschen mit Behinderungen oder von Behinderung bedrohte Menschen erhalten Leistungen nach diesem Buch und den für die Rehabilitationsträger geltenden Leistungsgesetzen, um ihre Selbstbestimmung und ihre volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu fördern, Benachteiligungen zu vermeiden oder ihnen entgegenzuwirken. Dabei wird den besonderen Bedürfnissen von Frauen und Kindern mit Behinderungen und von Behinderung bedrohter Frauen und Kinder sowie Menschen mit seelischen Behinderungen oder von einer solchen Behinderung bedrohter Menschen Rechnung getragen.

## § 2

**Begriffsbestimmungen**

(1) Menschen mit Behinderungen sind Menschen, die körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, die sie in Wechselwirkung mit einstellungs- und umweltbedingten Barrieren an der gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate hindern können. Eine Beeinträchtigung nach Satz 1 liegt vor, wenn der Körper- und Gesundheitszustand von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweicht. Menschen sind von Behinderung bedroht, wenn eine Beeinträchtigung nach Satz 1 zu erwarten ist.

(2) Menschen sind im Sinne des Teils 3 schwerbehindert, wenn bei ihnen ein Grad der Behinderung von wenigstens 50 vorliegt und sie ihren Wohnsitz, ihren gewöhnlichen Aufenthalt oder ihre Beschäftigung auf einem Arbeitsplatz im Sinne des § 156 rechtmäßig im Geltungsbereich dieses Gesetzbuches haben.

(3) Schwerbehinderten Menschen gleichgestellt werden sollen Menschen mit Behinderungen mit einem Grad der Behinderung von weniger als 50, aber wenigstens 30, bei denen die übrigen Voraussetzungen des Absatzes 2 vorliegen, wenn sie infolge ihrer Behinderung ohne die Gleichstellung einen geeigneten Arbeitsplatz im Sinne des § 156 nicht erlangen oder nicht behalten können (gleichgestellte behinderte Menschen).

## § 3

**Vorrang von Prävention**

(1) Die Rehabilitationsträger und die Integrationsämter wirken bei der Aufklärung, Beratung, Auskunft und Ausführung von Leistungen im Sinne des Ersten Buches sowie im Rahmen der Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern nach § 167 darauf hin, dass der Eintritt einer Behinderung einschließlich einer chronischen Krankheit vermieden wird.

(2) Die Rehabilitationsträger nach § 6 Absatz 1 Nummer 1 bis 4 und 6 und ihre Verbände wirken bei der Entwicklung und Umsetzung der Nationalen Präventionsstrategie nach den Bestimmungen der §§ 20d bis 20g des Fünften Buches mit, insbesondere mit der Zielsetzung der Vermeidung von Beeinträchtigungen bei der Teilhabe am Leben in der Gesellschaft.

(3) Bei der Erbringung von Leistungen für Personen, deren berufliche Eingliederung auf Grund gesundheitlicher Einschränkungen besonders erschwert ist, arbeiten die Krankenkassen mit der Bundesagentur für Arbeit und mit den kommunalen Trägern der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach § 20a des Fünften Buches eng zusammen.

## § 4

**Leistungen zur Teilhabe**

(1) Die Leistungen zur Teilhabe umfassen die notwendigen Sozialleistungen, um unabhängig von der Ursache der Behinderung

1. die Behinderung abzuwenden, zu beseitigen, zu mindern, ihre Verschlimmerung zu verhüten oder ihre Folgen zu mildern,
2. Einschränkungen der Erwerbsfähigkeit oder Pflegebedürftigkeit zu vermeiden, zu überwinden, zu mindern oder eine Verschlimmerung zu verhüten sowie den vorzeitigen Bezug anderer Sozialleistungen zu vermeiden oder laufende Sozialleistungen zu mindern,
3. die Teilhabe am Arbeitsleben entsprechend den Neigungen und Fähigkeiten dauerhaft zu sichern oder
4. die persönliche Entwicklung ganzheitlich zu fördern und die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft sowie eine möglichst selbständige und selbstbestimmte Lebensführung zu ermöglichen oder zu erleichtern.

(2) Die Leistungen zur Teilhabe werden zur Erreichung der in Absatz 1 genannten Ziele nach Maßgabe dieses Buches und der für die zuständigen Leistungsträger geltenden besonderen Vorschriften neben anderen Sozialleistungen erbracht. Die Leistungsträger erbringen die Leistungen im Rahmen der für sie geltenden Rechtsvorschriften nach Lage des Einzelfalles so vollständig, umfassend und in gleicher Qualität, dass Leistungen eines anderen Trägers möglichst nicht erforderlich werden.

(3) Leistungen für Kinder mit Behinderungen oder von Behinderung bedrohte Kinder werden so geplant und gestaltet, dass nach Möglichkeit Kinder nicht von ihrem sozialen Umfeld getrennt und gemeinsam mit Kindern ohne Behinderungen betreut werden können. Dabei werden Kinder mit Behinderungen alters- und entwicklungsentsprechend an der Planung und Ausgestaltung der einzelnen Hilfen beteiligt und ihre Sorgeberechtigten intensiv in Planung und Gestaltung der Hilfen einbezogen.

(4) Leistungen für Mütter und Väter mit Behinderungen werden gewährt, um diese bei der Versorgung und Betreuung ihrer Kinder zu unterstützen.

## § 5

### **Leistungsgruppen**

Zur Teilhabe am Leben in der Gesellschaft werden erbracht:

1. Leistungen zur medizinischen Rehabilitation,
2. Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben,
3. unterhaltssichernde und andere ergänzende Leistungen,
4. Leistungen zur Teilhabe an Bildung und
5. Leistungen zur sozialen Teilhabe.

## § 6

### **Rehabilitationsträger**

(1) Träger der Leistungen zur Teilhabe (Rehabilitationsträger) können sein:

1. die gesetzlichen Krankenkassen für Leistungen nach § 5 Nummer 1 und 3,
2. die Bundesagentur für Arbeit für Leistungen nach § 5 Nummer 2 und 3,
3. die Träger der gesetzlichen Unfallversicherung für Leistungen nach § 5 Nummer 1 bis 3 und 5; für Versicherte nach § 2 Absatz 1 Nummer 8 des Siebten Buches die für diese zuständigen Unfallversicherungsträger für Leistungen nach § 5 Nummer 1 bis 5,
4. die Träger der gesetzlichen Rentenversicherung für Leistungen nach § 5 Nummer 1 bis 3, der Träger der Alterssicherung der Landwirte für Leistungen nach § 5 Nummer 1 und 3,
5. die Träger der Kriegsopferversorgung und die Träger der Kriegsopferfürsorge im Rahmen des Rechts der sozialen Entschädigung bei Gesundheitsschäden für Leistungen nach § 5 Nummer 1 bis 5,
6. die Träger der öffentlichen Jugendhilfe für Leistungen nach § 5 Nummer 1, 2, 4 und 5 sowie
7. die Träger der Eingliederungshilfe für Leistungen nach § 5 Nummer 1, 2, 4 und 5.

(2) Die Rehabilitationsträger nehmen ihre Aufgaben selbständig und eigenverantwortlich wahr.

(3) Die Bundesagentur für Arbeit ist auch Rehabilitationsträger für die Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben für erwerbsfähige Leistungsberechtigte mit Behinderungen im Sinne des Zweiten Buches, sofern nicht ein anderer Rehabilitationsträger zuständig ist. Die Zuständigkeit der Jobcenter nach § 6d des Zweiten Buches für die Leistungen zur beruflichen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen nach § 16 Absatz 1 des Zweiten Bu-



ches bleibt unberührt. Die Bundesagentur für Arbeit unterrichtet das zuständige Jobcenter und die Leistungsberechtigten schriftlich über den festgestellten Rehabilitationsbedarf und ihren Eingliederungsvorschlag. Das Jobcenter entscheidet unter Berücksichtigung des Eingliederungsvorschlages innerhalb von drei Wochen über die Leistungen zur beruflichen Teilhabe.

## § 7

### **Vorbehalt abweichender Regelungen**

(1) Die Vorschriften im Teil 1 gelten für die Leistungen zur Teilhabe, soweit sich aus den für den jeweiligen Rehabilitationsträger geltenden Leistungsgesetzen nichts Abweichendes ergibt. Die Zuständigkeit und die Voraussetzungen für die Leistungen zur Teilhabe richten sich nach den für den jeweiligen Rehabilitationsträger geltenden Leistungsgesetzen. Das Recht der Eingliederungshilfe im Teil 2 ist ein Leistungsgesetz im Sinne der Sätze 1 und 2.

(2) Abweichend von Absatz 1 gehen die Vorschriften der Kapitel 2 bis 4 den für die jeweiligen Rehabilitationsträger geltenden Leistungsgesetzen vor. Von den Vorschriften in Kapitel 4 kann durch Landesrecht nicht abgewichen werden.

## § 8

### **Wunsch- und Wahlrecht der Leistungsberechtigten**

(1) Bei der Entscheidung über die Leistungen und bei der Ausführung der Leistungen zur Teilhabe wird berechtigten Wünschen der Leistungsberechtigten entsprochen. Dabei wird auch auf die persönliche Lebenssituation, das Alter, das Geschlecht, die Familie sowie die religiösen und weltanschaulichen Bedürfnisse der Leistungsberechtigten Rücksicht genommen; im Übrigen gilt § 33 des Ersten Buches. Den besonderen Bedürfnissen von Müttern und Vätern mit Behinderungen bei der Erfüllung ihres Erziehungsauftrages sowie den besonderen Bedürfnissen von Kindern mit Behinderungen wird Rechnung getragen.

(2) Sachleistungen zur Teilhabe, die nicht in Rehabilitationseinrichtungen auszuführen sind, können auf Antrag der Leistungsberechtigten als Geldleistungen erbracht werden, wenn die Leistungen hierdurch voraussichtlich bei gleicher Wirksamkeit wirtschaftlich zumindest gleichwertig ausgeführt werden können. Für die Beurteilung der Wirksamkeit stellen die Leistungsberechtigten dem Rehabilitationsträger geeignete Unterlagen zur Verfügung. Der Rehabilitationsträger begründet durch Bescheid, wenn er den Wünschen des Leistungsberechtigten nach den Absätzen 1 und 2 nicht entspricht.

(3) Leistungen, Dienste und Einrichtungen lassen den Leistungsberechtigten möglichst viel Raum zu eigenverantwortlicher Gestaltung ihrer Lebensumstände und fördern ihre Selbstbestimmung.

(4) Die Leistungen zur Teilhabe bedürfen der Zustimmung der Leistungsberechtigten.

## Kapitel 2

### **Einleitung der Rehabilitation von Amts wegen**

## § 9

### **Vorrangige Prüfung von Leistungen zur Teilhabe**

(1) Werden bei einem Rehabilitationsträger Sozialleistungen wegen oder unter Berücksichtigung einer Behinderung oder einer drohenden Behinderung beantragt oder erbracht, prüft dieser unabhängig von der Entscheidung über diese Leistungen, ob Leistungen zur Teilhabe voraussichtlich zur Erreichung der Ziele nach den §§ 1

und 4 erfolgreich sein können. Er prüft auch, ob hierfür weitere Rehabilitationsträger im Rahmen ihrer Zuständigkeit zur Koordinierung der Leistungen zu beteiligen sind. Werden Leistungen zur Teilhabe nach den Leistungsgesetzen nur auf Antrag erbracht, wirken die Rehabilitationsträger nach § 12 auf eine Antragstellung hin.

(2) Leistungen zur Teilhabe haben Vorrang vor Rentenleistungen, die bei erfolgreichen Leistungen zur Teilhabe nicht oder voraussichtlich erst zu einem späteren Zeitpunkt zu erbringen wären. Dies gilt während des Bezuges einer Rente entsprechend.

(3) Absatz 1 ist auch anzuwenden, um durch Leistungen zur Teilhabe Pflegebedürftigkeit zu vermeiden, zu überwinden, zu mindern oder eine Verschlimmerung zu verhüten. Die Aufgaben der Pflegekassen als Träger der sozialen Pflegeversicherung bei der Sicherung des Vorrangs von Rehabilitation vor Pflege nach den §§ 18a und 31 des Elften Buches bleiben unberührt.

(4) Absatz 1 gilt auch für die Jobcenter im Rahmen ihrer Zuständigkeit für Leistungen zur beruflichen Teilhabe nach § 6 Absatz 3 mit der Maßgabe, dass sie mögliche Rehabilitationsbedarfe erkennen und auf eine Antragstellung beim voraussichtlich zuständigen Rehabilitationsträger hinwirken sollen.

## § 10

### **Sicherung der Erwerbsfähigkeit**

(1) Soweit es im Einzelfall geboten ist, prüft der zuständige Rehabilitationsträger gleichzeitig mit der Einleitung einer Leistung zur medizinischen Rehabilitation, während ihrer Ausführung und nach ihrem Abschluss, ob durch geeignete Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben die Erwerbsfähigkeit von Menschen mit Behinderungen oder von Behinderung bedrohten Menschen erhalten, gebessert oder wiederhergestellt werden kann. Er beteiligt die Bundesagentur für Arbeit nach § 54.

(2) Wird während einer Leistung zur medizinischen Rehabilitation erkennbar, dass der bisherige Arbeitsplatz gefährdet ist, wird mit den Betroffenen sowie dem zuständigen Rehabilitationsträger unverzüglich geklärt, ob Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben erforderlich sind.

(3) Bei der Prüfung nach den Absätzen 1 und 2 wird zur Klärung eines Hilfebedarfs nach Teil 3 auch das Integrationsamt beteiligt.

(4) Die Rehabilitationsträger haben in den Fällen nach den Absätzen 1 und 2 auf eine frühzeitige Antragstellung im Sinne von § 12 nach allen in Betracht kommenden Leistungsgesetzen hinzuwirken und den Antrag ungeachtet ihrer Zuständigkeit für Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben entgegenzunehmen. Soweit es erforderlich ist, beteiligen sie unverzüglich die zuständigen Rehabilitationsträger zur Koordinierung der Leistungen nach Kapitel 4.

(5) Die Rehabilitationsträger wirken auch in den Fällen der Hinzuziehung durch Arbeitgeber infolge einer Arbeitsplatzgefährdung nach § 167 Absatz 2 Satz 4 auf eine frühzeitige Antragstellung auf Leistungen zur Teilhabe nach allen in Betracht kommenden Leistungsgesetzen hin. Absatz 4 Satz 2 gilt entsprechend.

## § 11

### **Förderung von Modellvorhaben zur Stärkung der Rehabilitation**

(1) Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales fördert im Rahmen der für diesen Zweck zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel im Aufgabenbereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende und der gesetzlichen Rentenversicherung Modellvorhaben, die den Vorrang von Leistungen zur Teilhabe nach § 9 und die Sicherung der Erwerbsfähigkeit nach § 10 unterstützen.

(2) Das Nähere regeln Förderrichtlinien des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Die Förderdauer der Modellvorhaben beträgt fünf Jahre. Die Förderrichtlinien enthalten ein Datenschutzkonzept.

(3) Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales kann durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates regeln, ob und inwieweit die Jobcenter nach § 6d des Zweiten Buches, die Bundesagentur für Arbeit

und die Träger der gesetzlichen Rentenversicherung bei der Durchführung eines Modellvorhabens nach Absatz 1 von den für sie geltenden Leistungsgesetzen sachlich und zeitlich begrenzt abweichen können.

(4) Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales untersucht die Wirkungen der Modellvorhaben nach Absatz 1. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales kann Dritte mit der Wirkungsforschung beauftragen.

### Kapitel 3

#### Erkennung und Ermittlung des Rehabilitationsbedarfs

##### § 12

###### **Maßnahmen zur Unterstützung der frühzeitigen Bedarfserkennung**

(1) Die Rehabilitationsträger stellen durch geeignete Maßnahmen sicher, dass ein Rehabilitationsbedarf frühzeitig erkannt und auf eine Antragstellung der Leistungsberechtigten hingewirkt wird. Die Rehabilitationsträger unterstützen die frühzeitige Erkennung des Rehabilitationsbedarfs insbesondere durch die Bereitstellung und Vermittlung von geeigneten barrierefreien Informationsangeboten über

1. Inhalte und Ziele von Leistungen zur Teilhabe,
2. die Möglichkeit der Leistungsausführung als Persönliches Budget,
3. das Verfahren zur Inanspruchnahme von Leistungen zur Teilhabe und
4. Angebote der Beratung, einschließlich der ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung nach § 32.

Die Rehabilitationsträger benennen Ansprechstellen, die Informationsangebote nach Satz 2 an Leistungsberechtigte, an Arbeitgeber und an andere Rehabilitationsträger vermitteln. Für die Zusammenarbeit der Ansprechstellen gilt § 15 Absatz 3 des Ersten Buches entsprechend.

(2) Absatz 1 gilt auch für Jobcenter im Rahmen ihrer Zuständigkeit für Leistungen zur beruflichen Teilhabe nach § 6 Absatz 3, für die Integrationsämter in Bezug auf Leistungen und sonstige Hilfen für schwerbehinderte Menschen nach Teil 3 und für die Pflegekassen als Träger der sozialen Pflegeversicherung nach dem Elften Buch.

(3) Die Rehabilitationsträger, Integrationsämter und Pflegekassen können die Informationsangebote durch ihre Verbände und Vereinigungen bereitstellen und vermitteln lassen. Die Jobcenter können die Informationsangebote durch die Bundesagentur für Arbeit bereitstellen und vermitteln lassen.

##### § 13

###### **Instrumente zur Ermittlung des Rehabilitationsbedarfs**

(1) Zur einheitlichen und überprüfbaren Ermittlung des individuellen Rehabilitationsbedarfs verwenden die Rehabilitationsträger systematische Arbeitsprozesse und standardisierte Arbeitsmittel (Instrumente) nach den für sie geltenden Leistungsgesetzen. Die Instrumente sollen den von den Rehabilitationsträgern vereinbarten Grundsätzen für Instrumente zur Bedarfsermittlung nach § 26 Absatz 2 Nummer 7 entsprechen. Die Rehabilitationsträger können die Entwicklung von Instrumenten durch ihre Verbände und Vereinigungen wahrnehmen lassen oder Dritte mit der Entwicklung beauftragen.

(2) Die Instrumente nach Absatz 1 Satz 1 gewährleisten eine individuelle und funktionsbezogene Bedarfsermittlung und sichern die Dokumentation und Nachprüfbarkeit der Bedarfsermittlung, indem sie insbesondere erfassen,

1. ob eine Behinderung vorliegt oder einzutreten droht,
2. welche Auswirkung die Behinderung auf die Teilhabe der Leistungsberechtigten hat,

3. welche Ziele mit Leistungen zur Teilhabe erreicht werden sollen und
4. welche Leistungen im Rahmen einer Prognose zur Erreichung der Ziele voraussichtlich erfolgreich sind.

(3) Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales untersucht die Wirkung der Instrumente nach Absatz 1 und veröffentlicht die Untersuchungsergebnisse bis zum 31. Dezember 2019.

(4) Auf Vorschlag der Rehabilitationsträger nach § 6 Absatz 1 Nummer 6 und 7 und mit Zustimmung der zuständigen obersten Landesbehörden kann das Bundesministerium für Arbeit und Soziales die von diesen Rehabilitationsträgern eingesetzten Instrumente im Sinne von Absatz 1 in die Untersuchung nach Absatz 3 einbeziehen.

## Kapitel 4

### Koordinierung der Leistungen

#### § 14

##### **Leistender Rehabilitationsträger**

(1) Werden Leistungen zur Teilhabe beantragt, stellt der Rehabilitationsträger innerhalb von zwei Wochen nach Eingang des Antrages bei ihm fest, ob er nach dem für ihn geltenden Leistungsgesetz für die Leistung zuständig ist; bei den Krankenkassen umfasst die Prüfung auch die Leistungspflicht nach § 40 Absatz 4 des Fünften Buches. Stellt er bei der Prüfung fest, dass er für die Leistung insgesamt nicht zuständig ist, leitet er den Antrag unverzüglich dem nach seiner Auffassung zuständigen Rehabilitationsträger zu und unterrichtet hierüber den Antragsteller. Muss für eine solche Feststellung die Ursache der Behinderung geklärt werden und ist diese Klärung in der Frist nach Satz 1 nicht möglich, soll der Antrag unverzüglich dem Rehabilitationsträger zugeleitet werden, der die Leistung ohne Rücksicht auf die Ursache der Behinderung erbringt. Wird der Antrag bei der Bundesagentur für Arbeit gestellt, werden bei der Prüfung nach den Sätzen 1 und 2 keine Feststellungen nach § 11 Absatz 2a Nummer 1 des Sechsten Buches und § 22 Absatz 2 des Dritten Buches getroffen.

(2) Wird der Antrag nicht weitergeleitet, stellt der Rehabilitationsträger den Rehabilitationsbedarf anhand der Instrumente zur Bedarfsermittlung nach § 13 unverzüglich und umfassend fest und erbringt die Leistungen (leistender Rehabilitationsträger). Muss für diese Feststellung kein Gutachten eingeholt werden, entscheidet der leistende Rehabilitationsträger innerhalb von drei Wochen nach Antragseingang. Ist für die Feststellung des Rehabilitationsbedarfs ein Gutachten erforderlich, wird die Entscheidung innerhalb von zwei Wochen nach Vorliegen des Gutachtens getroffen. Wird der Antrag weitergeleitet, gelten die Sätze 1 bis 3 für den Rehabilitationsträger, an den der Antrag weitergeleitet worden ist, entsprechend; die Frist beginnt mit dem Antragseingang bei diesem Rehabilitationsträger. In den Fällen der Anforderung einer gutachterlichen Stellungnahme bei der Bundesagentur für Arbeit nach § 54 gilt Satz 3 entsprechend.

(3) Ist der Rehabilitationsträger, an den der Antrag nach Absatz 1 Satz 2 weitergeleitet worden ist, nach dem für ihn geltenden Leistungsgesetz für die Leistung insgesamt nicht zuständig, kann er den Antrag im Einvernehmen mit dem nach seiner Auffassung zuständigen Rehabilitationsträger an diesen weiterleiten, damit von diesem als leistendem Rehabilitationsträger über den Antrag innerhalb der bereits nach Absatz 2 Satz 4 laufenden Fristen entschieden wird und unterrichtet hierüber den Antragsteller.

(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten sinngemäß, wenn der Rehabilitationsträger Leistungen von Amts wegen erbringt. Dabei tritt an die Stelle des Tages der Antragstellung der Tag der Kenntnis des voraussichtlichen Rehabilitationsbedarfs.

(5) Für die Weiterleitung des Antrages ist § 16 Absatz 2 Satz 1 des Ersten Buches nicht anzuwenden, wenn und soweit Leistungen zur Teilhabe bei einem Rehabilitationsträger beantragt werden.

## § 15

**Leistungsverantwortung bei Mehrheit von Rehabilitationsträgern**

(1) Stellt der leistende Rehabilitationsträger fest, dass der Antrag neben den nach seinem Leistungsgesetz zu erbringenden Leistungen weitere Leistungen zur Teilhabe umfasst, für die er nicht Rehabilitationsträger nach § 6 Absatz 1 sein kann, leitet er den Antrag insoweit unverzüglich dem nach seiner Auffassung zuständigen Rehabilitationsträger zu. Dieser entscheidet über die weiteren Leistungen nach den für ihn geltenden Leistungsgesetzen in eigener Zuständigkeit und unterrichtet hierüber den Antragsteller.

(2) Hält der leistende Rehabilitationsträger für die umfassende Feststellung des Rehabilitationsbedarfs nach § 14 Absatz 2 die Feststellungen weiterer Rehabilitationsträger für erforderlich und liegt kein Fall nach Absatz 1 vor, fordert er von diesen Rehabilitationsträgern die für den Teilhabeplan nach § 19 erforderlichen Feststellungen unverzüglich an. Die Feststellungen binden den leistenden Rehabilitationsträger bei seiner Entscheidung über den Antrag, wenn sie innerhalb von zwei Wochen nach Anforderung oder im Fall der Begutachtung innerhalb von zwei Wochen nach Vorliegen des Gutachtens beim leistenden Rehabilitationsträger eingegangen sind. Anderenfalls stellt der leistende Rehabilitationsträger den Rehabilitationsbedarf nach allen in Betracht kommenden Leistungsgesetzen umfassend fest.

(3) Die Rehabilitationsträger bewilligen und erbringen die Leistungen nach den für sie jeweils geltenden Leistungsgesetzen im eigenen Namen, wenn im Teilhabeplan nach § 19 dokumentiert wurde, dass

1. die erforderlichen Feststellungen nach allen in Betracht kommenden Leistungsgesetzen von den zuständigen Rehabilitationsträgern getroffen wurden,
2. auf Grundlage des Teilhabeplans eine Leistungserbringung durch die nach den jeweiligen Leistungsgesetzen zuständigen Rehabilitationsträger sichergestellt ist und
3. die Leistungsberechtigten einer nach Zuständigkeiten getrennten Leistungsbewilligung und Leistungserbringung nicht aus wichtigem Grund widersprechen.

Anderenfalls entscheidet der leistende Rehabilitationsträger über den Antrag in den Fällen nach Absatz 2 und erbringt die Leistungen im eigenen Namen.

(4) In den Fällen der Beteiligung von Rehabilitationsträgern nach den Absätzen 1 bis 3 ist abweichend von § 14 Absatz 2 innerhalb von sechs Wochen nach Antragsingang zu entscheiden. Wird eine Teilhabeplankonferenz nach § 20 durchgeführt, ist innerhalb von zwei Monaten nach Antragsingang zu entscheiden. Die Antragsteller werden von dem leistenden Rehabilitationsträger über die Beteiligung von Rehabilitationsträgern sowie über die für die Entscheidung über den Antrag maßgeblichen Zuständigkeiten und Fristen unverzüglich unterrichtet.

## § 16

**Erstattungsansprüche zwischen Rehabilitationsträgern**

(1) Hat ein leistender Rehabilitationsträger nach § 14 Absatz 2 Satz 4 Leistungen erbracht, für die ein anderer Rehabilitationsträger insgesamt zuständig ist, erstattet der zuständige Rehabilitationsträger die Aufwendungen des leistenden Rehabilitationsträgers nach den für den leistenden Rehabilitationsträger geltenden Rechtsvorschriften.

(2) Hat ein leistender Rehabilitationsträger nach § 15 Absatz 3 Satz 2 Leistungen im eigenen Namen erbracht, für die ein beteiligter Rehabilitationsträger zuständig ist, erstattet der beteiligte Rehabilitationsträger die Aufwendungen des leistenden Rehabilitationsträgers nach den Rechtsvorschriften, die den nach § 15 Absatz 2 eingeholten Feststellungen zugrunde liegen. Hat ein beteiligter Rehabilitationsträger die angeforderten Feststellungen nicht oder nicht rechtzeitig nach § 15 Absatz 2 beigebracht, erstattet der beteiligte Rehabilitationsträger die Aufwendungen des leistenden Rehabilitationsträgers nach den Rechtsvorschriften, die der Leistungsbewilligung zugrunde liegen.

(3) Der Erstattungsanspruch nach den Absätzen 1 und 2 umfasst die nach den jeweiligen Leistungsgesetzen entstandenen Leistungsaufwendungen und eine Verwaltungskostenpauschale in Höhe von 5 Prozent der erstattungsfähigen Leistungsaufwendungen. Eine Erstattungspflicht nach Satz 1 besteht nicht, soweit Leistungen zu Unrecht von dem leistenden Rehabilitationsträger erbracht worden sind und er hierbei grob fahrlässig oder vorsätzlich gehandelt hat.

(4) Für unzuständige Rehabilitationsträger ist § 105 des Zehnten Buches nicht anzuwenden, wenn sie eine Leistung erbracht haben,

1. ohne den Antrag an den zuständigen Rehabilitationsträger nach § 14 Absatz 1 Satz 2 weiterzuleiten oder
2. ohne einen weiteren zuständigen Rehabilitationsträger nach § 15 zu beteiligen,

es sei denn, die Rehabilitationsträger vereinbaren Abweichendes. Hat ein Rehabilitationsträger von der Weiterleitung des Antrages abgesehen, weil zum Zeitpunkt der Prüfung nach § 14 Absatz 1 Satz 3 Anhaltspunkte für eine Zuständigkeit auf Grund der Ursache der Behinderung bestanden haben, bleibt § 105 des Zehnten Buches unberührt.

(5) Hat der leistende Rehabilitationsträger in den Fällen des § 18 Aufwendungen für selbstbeschaffte Leistungen nach dem Leistungsgesetz eines nach § 15 beteiligten Rehabilitationsträgers zu erstatten, kann er von dem beteiligten Rehabilitationsträger einen Ausgleich verlangen, soweit dieser durch die Erstattung nach § 18 Absatz 4 Satz 2 von seiner Leistungspflicht befreit wurde. Hat ein beteiligter Rehabilitationsträger den Eintritt der Erstattungspflicht für selbstbeschaffte Leistungen zu vertreten, umfasst der Ausgleich den gesamten Erstattungsbetrag abzüglich des Betrages, der sich aus der bei anderen Rehabilitationsträgern eingetretenen Leistungsbefreiung ergibt.

(6) Für den Erstattungsanspruch des Trägers der Eingliederungshilfe, der öffentlichen Jugendhilfe und der Kriegsopferversorge gilt § 108 Absatz 2 des Zehnten Buches entsprechend.

## § 17

### **Begutachtung**

(1) Ist für die Feststellung des Rehabilitationsbedarfs ein Gutachten erforderlich, beauftragt der leistende Rehabilitationsträger unverzüglich einen geeigneten Sachverständigen. Er benennt den Leistungsberechtigten in der Regel drei möglichst wohnortnahe Sachverständige, soweit nicht gesetzlich die Begutachtung durch einen sozialmedizinischen Dienst vorgesehen ist. Haben sich Leistungsberechtigte für einen benannten Sachverständigen entschieden, wird dem Wunsch Rechnung getragen.

(2) Der Sachverständige nimmt eine umfassende sozialmedizinische, bei Bedarf auch psychologische Begutachtung vor und erstellt das Gutachten innerhalb von zwei Wochen nach Auftragserteilung. Das Gutachten soll den von den Rehabilitationsträgern vereinbarten einheitlichen Grundsätzen zur Durchführung von Begutachtungen nach § 25 Absatz 1 Nummer 4 entsprechen. Die in dem Gutachten getroffenen Feststellungen zum Rehabilitationsbedarf werden den Entscheidungen der Rehabilitationsträger zugrunde gelegt. Die gesetzlichen Aufgaben der Gesundheitsämter, des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung nach § 275 des Fünften Buches und die gutachterliche Beteiligung der Bundesagentur für Arbeit nach § 54 bleiben unberührt.

(3) Hat der leistende Rehabilitationsträger nach § 15 weitere Rehabilitationsträger beteiligt, setzt er sich bei seiner Entscheidung über die Beauftragung eines geeigneten Sachverständigen mit den beteiligten Rehabilitationsträgern über Anlass, Ziel und Umfang der Begutachtung ins Benehmen. Die in dem Gutachten getroffenen Feststellungen zum Rehabilitationsbedarf werden in den Teilhabeplan nach § 19 einbezogen. Absatz 2 Satz 3 gilt entsprechend.

(4) Die Rehabilitationsträger stellen sicher, dass sie Sachverständige beauftragen können, bei denen keine Zugangs- und Kommunikationsbarrieren bestehen.

## § 18

**Erstattung selbstbeschaffter Leistungen**

(1) Kann über den Antrag auf Leistungen zur Teilhabe nicht innerhalb einer Frist von zwei Monaten ab Antragseingang bei dem leistenden Rehabilitationsträger entschieden werden, teilt er den Leistungsberechtigten vor Ablauf der Frist die Gründe hierfür schriftlich mit (begründete Mitteilung).

(2) In der begründeten Mitteilung ist auf den Tag genau zu bestimmen, bis wann über den Antrag entschieden wird. In der begründeten Mitteilung kann der leistende Rehabilitationsträger die Frist von zwei Monaten nach Absatz 1 nur in folgendem Umfang verlängern:

1. um bis zu zwei Wochen zur Beauftragung eines Sachverständigen für die Begutachtung infolge einer nachweislich beschränkten Verfügbarkeit geeigneter Sachverständiger,
2. um bis zu vier Wochen, soweit von dem Sachverständigen die Notwendigkeit für einen solchen Zeitraum der Begutachtung schriftlich bestätigt wurde und
3. für die Dauer einer fehlenden Mitwirkung der Leistungsberechtigten, wenn und soweit den Leistungsberechtigten nach § 66 Absatz 3 des Ersten Buches schriftlich eine angemessene Frist zur Mitwirkung gesetzt wurde.

(3) Erfolgt keine begründete Mitteilung, gilt die beantragte Leistung nach Ablauf der Frist als genehmigt. Die beantragte Leistung gilt auch dann als genehmigt, wenn der in der Mitteilung bestimmte Zeitpunkt der Entscheidung über den Antrag ohne weitere begründete Mitteilung des Rehabilitationsträgers abgelaufen ist.

(4) Beschaffen sich Leistungsberechtigte eine als genehmigt geltende Leistung selbst, ist der leistende Rehabilitationsträger zur Erstattung der Aufwendungen für selbstbeschaffte Leistungen verpflichtet. Mit der Erstattung gilt der Anspruch der Leistungsberechtigten auf die Erbringung der selbstbeschafften Leistungen zur Teilhabe als erfüllt. Der Erstattungsanspruch umfasst auch die Zahlung von Abschlägen im Umfang fälliger Zahlungsverpflichtungen für selbstbeschaffte Leistungen.

(5) Die Erstattungspflicht besteht nicht,

1. wenn und soweit kein Anspruch auf Bewilligung der selbstbeschafften Leistungen bestanden hätte und
2. die Leistungsberechtigten dies wussten oder infolge grober Außerachtlassung der allgemeinen Sorgfalt nicht wussten.

(6) Konnte der Rehabilitationsträger eine unaufschiebbare Leistung nicht rechtzeitig erbringen oder hat er eine Leistung zu Unrecht abgelehnt und sind dadurch Leistungsberechtigten für die selbstbeschaffte Leistung Kosten entstanden, sind diese vom Rehabilitationsträger in der entstandenen Höhe zu erstatten, soweit die Leistung notwendig war. Der Anspruch auf Erstattung richtet sich gegen den Rehabilitationsträger, der zum Zeitpunkt der Selbstbeschaffung über den Antrag entschieden hat. Lag zum Zeitpunkt der Selbstbeschaffung noch keine Entscheidung vor, richtet sich der Anspruch gegen den leistenden Rehabilitationsträger.

(7) Die Absätze 1 bis 5 gelten nicht für die Träger der Eingliederungshilfe, der öffentlichen Jugendhilfe und der Kriegsopferfürsorge.

## § 19

**Teilhabeplan**

(1) Soweit Leistungen verschiedener Leistungsgruppen oder mehrerer Rehabilitationsträger erforderlich sind, ist der leistende Rehabilitationsträger dafür verantwortlich, dass er und die nach § 15 beteiligten Rehabilitationsträger im Benehmen miteinander und in Abstimmung mit den Leistungsberechtigten die nach dem individuellen Bedarf voraussichtlich erforderlichen Leistungen hinsichtlich Ziel, Art und Umfang funktionsbezogen feststellen und schriftlich so zusammenstellen, dass sie nahtlos ineinandergreifen.

(2) Der leistende Rehabilitationsträger erstellt in den Fällen nach Absatz 1 einen Teilhabeplan innerhalb der für die Entscheidung über den Antrag maßgeblichen Frist. Der Teilhabeplan dokumentiert

1. den Tag des Antragseingangs beim leistenden Rehabilitationsträger und das Ergebnis der Zuständigkeitsklärung und Beteiligung nach den §§ 14 und 15,
2. die Feststellungen über den individuellen Rehabilitationsbedarf auf Grundlage der Bedarfsermittlung nach § 13,
3. die zur individuellen Bedarfsermittlung nach § 13 eingesetzten Instrumente,
4. die gutachterliche Stellungnahme der Bundesagentur für Arbeit nach § 54,
5. die Einbeziehung von Diensten und Einrichtungen bei der Leistungserbringung,
6. erreichbare und überprüfbare Teilhabeziele und deren Fortschreibung,
7. die Berücksichtigung des Wunsch- und Wahlrechts nach § 8, insbesondere im Hinblick auf die Ausführung von Leistungen durch ein Persönliches Budget,
8. die Dokumentation der einvernehmlichen, umfassenden und trägerübergreifenden Feststellung des Rehabilitationsbedarfs in den Fällen nach § 15 Absatz 3 Satz 1,
9. die Ergebnisse der Teilhabeplankonferenz nach § 20,
10. die Erkenntnisse aus den Mitteilungen der nach § 22 einbezogenen anderen öffentlichen Stellen und
11. die besonderen Belange pflegender Angehöriger bei der Erbringung von Leistungen der medizinischen Rehabilitation.

(3) Der Teilhabeplan wird entsprechend dem Verlauf der Rehabilitation angepasst und darauf ausgerichtet, den Leistungsberechtigten unter Berücksichtigung der Besonderheiten des Einzelfalles eine umfassende Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zügig, wirksam, wirtschaftlich und auf Dauer zu ermöglichen. Dabei sichert der leistende Rehabilitationsträger durchgehend das Verfahren. Die Leistungsberechtigten können von dem leistenden Rehabilitationsträger Einsicht in den Teilhabeplan nach § 25 des Zehnten Buches verlangen.

(4) Die Rehabilitationsträger legen den Teilhabeplan bei der Entscheidung über den Antrag zugrunde. Die Begründung der Entscheidung über die beantragten Leistungen nach § 35 des Zehnten Buches soll erkennen lassen, inwieweit die im Teilhabeplan enthaltenen Feststellungen bei der Entscheidung berücksichtigt wurden.

(5) Ein nach § 15 beteiligter Rehabilitationsträger kann das Verfahren nach den Absätzen 1 bis 3 anstelle des leistenden Rehabilitationsträgers durchführen, wenn die Rehabilitationsträger dies in Abstimmung mit den Leistungsberechtigten vereinbaren. Die Vorschriften über die Leistungsverantwortung der Rehabilitationsträger nach den §§ 14 und 15 bleiben hiervon unberührt.

(6) Setzen unterhaltssichernde Leistungen den Erhalt von anderen Leistungen zur Teilhabe voraus, gelten die Leistungen im Verhältnis zueinander nicht als Leistungen verschiedener Leistungsgruppen im Sinne von Absatz 1.

## § 20

### **Teilhabeplankonferenz**

(1) Mit Zustimmung der Leistungsberechtigten kann der für die Durchführung des Teilhabeplanverfahrens nach § 19 verantwortliche Rehabilitationsträger zur gemeinsamen Beratung der Feststellungen zum Rehabilitationsbedarf eine Teilhabeplankonferenz durchführen. Die Leistungsberechtigten und die beteiligten Rehabilitationsträger können dem nach § 19 verantwortlichen Rehabilitationsträger die Durchführung einer Teilhabeplankonferenz vorschlagen. Von dem Vorschlag auf Durchführung einer Teilhabeplankonferenz kann abgewichen werden,

1. wenn der zur Feststellung des Rehabilitationsbedarfs maßgebliche Sachverhalt schriftlich ermittelt werden kann,



2. wenn der Aufwand zur Durchführung nicht in einem angemessenen Verhältnis zum Umfang der beantragten Leistung steht oder
3. wenn eine Einwilligung nach § 23 Absatz 2 nicht erteilt wurde.

(2) Wird von dem Vorschlag der Leistungsberechtigten auf Durchführung einer Teilhabepflichtkonferenz abgewichen, sind die Leistungsberechtigten über die dafür maßgeblichen Gründe zu informieren und hierzu anzuhören. Von dem Vorschlag der Leistungsberechtigten auf Durchführung einer Teilhabepflichtkonferenz kann nicht abgewichen werden, wenn Leistungen an Mütter und Väter mit Behinderungen bei der Versorgung und Betreuung ihrer Kinder beantragt wurden.

(3) An der Teilhabepflichtkonferenz nehmen Beteiligte nach § 12 des Zehnten Buches sowie auf Wunsch der Leistungsberechtigten die Bevollmächtigten und Beistände nach § 13 des Zehnten Buches sowie sonstige Vertrauenspersonen teil. Auf Wunsch oder mit Zustimmung der Leistungsberechtigten können Rehabilitationsdienste und Rehabilitationseinrichtungen an der Teilhabepflichtkonferenz teilnehmen. Vor der Durchführung einer Teilhabepflichtkonferenz sollen die Leistungsberechtigten auf die Angebote der ergänzenden unabhängigen Teilhabebeförderung nach § 32 besonders hingewiesen werden.

(4) Wird eine Teilhabepflichtkonferenz nach Absatz 1 auf Wunsch und mit Zustimmung der Leistungsberechtigten eingeleitet, richtet sich die Frist zur Entscheidung über den Antrag nach § 15 Absatz 4.

## § 21

### **Besondere Anforderungen an das Teilhabepflichtverfahren**

Ist der Träger der Eingliederungshilfe der für die Durchführung des Teilhabepflichtverfahrens verantwortliche Rehabilitationsträger, gelten für ihn die Vorschriften für die Gesamtplanung ergänzend. Ist der Träger der öffentlichen Jugendhilfe der für die Durchführung des Teilhabepflichtverfahrens verantwortliche Rehabilitationsträger, gelten für ihn die Vorschriften für den Hilfeplan nach § 36 des Achten Buches ergänzend.

## § 22

### **Einbeziehung anderer öffentlicher Stellen**

(1) Der für die Durchführung des Teilhabepflichtverfahrens verantwortliche Rehabilitationsträger bezieht unter Berücksichtigung der Interessen der Leistungsberechtigten andere öffentliche Stellen in die Erstellung des Teilhabepflichtplans in geeigneter Art und Weise ein, soweit dies zur Feststellung des Rehabilitationsbedarfs erforderlich ist.

(2) Bestehen im Einzelfall Anhaltspunkte für eine Pflegebedürftigkeit nach dem Elften Buch, soll der für die Durchführung des Teilhabepflichtverfahrens verantwortliche Rehabilitationsträger die zuständige Pflegekasse mit Zustimmung der Leistungsberechtigten informieren und am Teilhabepflichtverfahren beteiligen, soweit dies für den Rehabilitationsträger zur Feststellung des Rehabilitationsbedarfs erforderlich und nach den für die zuständige Pflegekasse geltenden Grundsätzen der Datenverwendung zulässig ist. Die §§ 18a und 31 des Elften Buches bleiben unberührt.

(3) Die Integrationsämter sind bei der Durchführung des Teilhabepflichtverfahrens zu beteiligen, soweit sie Leistungen für schwerbehinderte Menschen nach Teil 3 erbringen. Das zuständige Integrationsamt kann das Teilhabepflichtverfahren nach § 19 Absatz 5 anstelle des leistenden Rehabilitationsträgers durchführen, wenn die Rehabilitationsträger und das Integrationsamt dies in Abstimmung mit den Leistungsberechtigten vereinbaren.

(4) Die Jobcenter können dem nach Absatz 1 verantwortlichen Rehabilitationsträger ihre Beteiligung an der Durchführung des Teilhabepflichtverfahrens vorschlagen. Sie sind zu beteiligen, soweit es zur Feststellung des Rehabilitationsbedarfs erforderlich ist und dies den Interessen der Leistungsberechtigten entspricht. Die Aufgaben und die Beteiligung der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen ihrer Zuständigkeit nach § 6 Absatz 3 bleiben unberührt.

(5) Bestehen im Einzelfall Anhaltspunkte für einen Betreuungsbedarf nach § 1896 Absatz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuches, informiert der für die Durchführung des Teilhabeplanverfahrens verantwortliche Rehabilitationsträger mit Zustimmung der Leistungsberechtigten die zuständige Betreuungsbehörde über die Erstellung des Teilhabepplans, soweit dies zur Vermittlung anderer Hilfen, bei denen kein Betreuer bestellt wird, erforderlich ist.

## § 23

### **Verantwortliche Stelle für den Sozialdatenschutz**

(1) Bei der Erstellung des Teilhabepplans und der Durchführung der Teilhabepplankonferenz ist der für die Durchführung des Teilhabepplanverfahrens verantwortliche Rehabilitationsträger die verantwortliche Stelle für die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung von Sozialdaten nach § 67 Absatz 9 des Zehnten Buches sowie Stelle im Sinne von § 35 Absatz 1 des Ersten Buches.

(2) Vor Durchführung einer Teilhabepplankonferenz hat die nach Absatz 1 verantwortliche Stelle die Einwilligung der Leistungsberechtigten im Sinne von § 67b Absatz 2 des Zehnten Buches einzuholen, wenn und soweit anzunehmen ist, dass im Rahmen der Teilhabepplankonferenz Sozialdaten erhoben, verarbeitet oder genutzt werden, deren Erforderlichkeit für die Erstellung des Teilhabepplans zum Zeitpunkt der Durchführung der Teilhabepplankonferenz nicht abschließend bewertet werden kann. Die Verarbeitung und Nutzung von Sozialdaten nach Durchführung der Teilhabepplankonferenz ist nur zulässig, soweit diese für die Erstellung des Teilhabepplans erforderlich sind.

(3) Die datenschutzrechtlichen Vorschriften des Ersten und des Zehnten Buches sowie der jeweiligen Leistungsgesetze der Rehabilitationsträger bleiben bei der Zuständigkeitsklärung und bei der Erstellung des Teilhabepplans unberührt.

## § 24

### **Vorläufige Leistungen**

Die Bestimmungen dieses Kapitels lassen die Verpflichtung der Rehabilitationsträger zur Erbringung vorläufiger Leistungen nach den für sie jeweils geltenden Leistungsgesetzen unberührt. Vorläufig erbrachte Leistungen binden die Rehabilitationsträger nicht bei der Feststellung des Rehabilitationsbedarfs nach diesem Kapitel. Werden Leistungen zur Teilhabe beantragt, ist § 43 des Ersten Buches nicht anzuwenden.

## Kapitel 5

### **Zusammenarbeit**

## § 25

### **Zusammenarbeit der Rehabilitationsträger**

(1) Im Rahmen der durch Gesetz, Rechtsverordnung oder allgemeine Verwaltungsvorschrift getroffenen Regelungen sind die Rehabilitationsträger verantwortlich, dass

1. die im Einzelfall erforderlichen Leistungen zur Teilhabe nahtlos, zügig sowie nach Gegenstand, Umfang und Ausführung einheitlich erbracht werden,
2. Abgrenzungsfragen einvernehmlich geklärt werden,
3. Beratung entsprechend den in den §§ 1 und 4 genannten Zielen geleistet wird,
4. Begutachtungen möglichst nach einheitlichen Grundsätzen durchgeführt werden,

5. Prävention entsprechend dem in § 3 Absatz 1 genannten Ziel geleistet wird sowie
6. die Rehabilitationsträger im Fall eines Zuständigkeitsübergangs rechtzeitig eingebunden werden.

(2) Die Rehabilitationsträger und ihre Verbände sollen zur gemeinsamen Wahrnehmung von Aufgaben zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen insbesondere regionale Arbeitsgemeinschaften bilden. § 88 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 des Zehnten Buches gilt entsprechend.

## § 26

### Gemeinsame Empfehlungen

(1) Die Rehabilitationsträger nach § 6 Absatz 1 Nummer 1 bis 5 vereinbaren zur Sicherung der Zusammenarbeit nach § 25 Absatz 1 gemeinsame Empfehlungen.

(2) Die Rehabilitationsträger nach § 6 Absatz 1 Nummer 1 bis 5 vereinbaren darüber hinaus gemeinsame Empfehlungen,

1. welche Maßnahmen nach § 3 geeignet sind, um den Eintritt einer Behinderung zu vermeiden,
2. in welchen Fällen und in welcher Weise rehabilitationsbedürftigen Menschen notwendige Leistungen zur Teilhabe angeboten werden, insbesondere, um eine durch eine Chronifizierung von Erkrankungen bedingte Behinderung zu verhindern,
3. über die einheitliche Ausgestaltung des Teilhabeplanverfahrens,
4. in welcher Weise die Bundesagentur für Arbeit nach § 54 zu beteiligen ist,
5. wie Leistungen zur Teilhabe nach den §§ 14 und 15 koordiniert werden,
6. in welcher Weise und in welchem Umfang Selbsthilfegruppen, -organisationen und -kontaktstellen, die sich die Prävention, Rehabilitation, Früherkennung und Bewältigung von Krankheiten und Behinderungen zum Ziel gesetzt haben, gefördert werden,
7. für Grundsätze der Instrumente zur Ermittlung des Rehabilitationsbedarfs nach § 13,
8. in welchen Fällen und in welcher Weise der behandelnde Hausarzt oder Facharzt und der Betriebs- oder Werksarzt in die Einleitung und Ausführung von Leistungen zur Teilhabe einzubinden sind,
9. zu einem Informationsaustausch mit Beschäftigten mit Behinderungen, Arbeitgebern und den in § 166 genannten Vertretungen zur möglichst frühzeitigen Erkennung des individuellen Bedarfs voraussichtlich erforderlicher Leistungen zur Teilhabe sowie
10. über ihre Zusammenarbeit mit Sozialdiensten und vergleichbaren Stellen.

(3) Bestehen für einen Rehabilitationsträger Rahmenempfehlungen auf Grund gesetzlicher Vorschriften und soll bei den gemeinsamen Empfehlungen von diesen abgewichen werden oder sollen die gemeinsamen Empfehlungen Gegenstände betreffen, die nach den gesetzlichen Vorschriften Gegenstand solcher Rahmenempfehlungen werden sollen, stellt der Rehabilitationsträger das Einvernehmen mit den jeweiligen Partnern der Rahmenempfehlungen sicher.

(4) Die Träger der Renten-, Kranken- und Unfallversicherung können sich bei der Vereinbarung der gemeinsamen Empfehlungen durch ihre Spitzenverbände vertreten lassen. Der Spitzenverband Bund der Krankenkassen schließt die gemeinsamen Empfehlungen auch als Spitzenverband Bund der Pflegekassen ab, soweit die Aufgaben der Pflegekassen von den gemeinsamen Empfehlungen berührt sind.

(5) An der Vorbereitung der gemeinsamen Empfehlungen werden die Träger der Eingliederungshilfe und der öffentlichen Jugendhilfe über die Bundesvereinigung der Kommunalen Spitzenverbände, die Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe, die Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter sowie die Integrationsämter in Bezug auf Leistungen und sonstige Hilfen für schwerbehinderte Menschen nach Teil 3 über die Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter und Hauptfürsorgestellen beteiligt. Die Träger

der Eingliederungshilfe und der öffentlichen Jugendhilfe orientieren sich bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben nach diesem Buch an den vereinbarten Empfehlungen oder können diesen beitreten.

(6) Die Verbände von Menschen mit Behinderungen einschließlich der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege, der Selbsthilfegruppen und der Interessenvertretungen von Frauen mit Behinderungen sowie die für die Wahrnehmung der Interessen der ambulanten und stationären Rehabilitationseinrichtungen auf Bundesebene maßgeblichen Spitzenverbände werden an der Vorbereitung der gemeinsamen Empfehlungen beteiligt. Ihren Anliegen wird bei der Ausgestaltung der Empfehlungen nach Möglichkeit Rechnung getragen. Die Empfehlungen berücksichtigen auch die besonderen Bedürfnisse von Frauen und Kindern mit Behinderungen oder von Behinderung bedrohter Frauen und Kinder.

(7) Die beteiligten Rehabilitationsträger vereinbaren die gemeinsamen Empfehlungen im Rahmen der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation im Benehmen mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales und den Ländern auf der Grundlage eines von ihnen innerhalb der Bundesarbeitsgemeinschaft vorbereiteten Vorschlags. Der oder die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit wird beteiligt. Hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales zu einem Vorschlag aufgefordert, legt die Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation den Vorschlag innerhalb von sechs Monaten vor. Dem Vorschlag wird gefolgt, wenn ihm berechnete Interessen eines Rehabilitationsträgers nicht entgegenstehen. Einwände nach Satz 4 sind innerhalb von vier Wochen nach Vorlage des Vorschlags auszuräumen.

(8) Die Rehabilitationsträger teilen der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation alle zwei Jahre ihre Erfahrungen mit den gemeinsamen Empfehlungen mit, die Träger der Renten-, Kranken- und Unfallversicherung über ihre Spitzenverbände. Die Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation stellt dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales und den Ländern eine Zusammenfassung zur Verfügung.

(9) Die gemeinsamen Empfehlungen können durch die regional zuständigen Rehabilitationsträger konkretisiert werden.

## § 27

### **Verordnungsermächtigung**

Vereinbaren die Rehabilitationsträger nicht innerhalb von sechs Monaten, nachdem das Bundesministerium für Arbeit und Soziales sie dazu aufgefordert hat, gemeinsame Empfehlungen nach § 26 oder ändern sie unzureichend gewordene Empfehlungen nicht innerhalb dieser Frist, kann das Bundesministerium für Arbeit und Soziales mit dem Ziel der Vereinheitlichung des Verwaltungsvollzugs in dem Anwendungsbereich der §§ 25 und 26 Regelungen durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates erlassen. Richten sich die Regelungen nur an Rehabilitationsträger, die nicht der Landesaufsicht unterliegen, wird die Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates erlassen. Soweit sich die Regelungen an die Rehabilitationsträger nach § 6 Absatz 1 Nummer 1 richten, erlässt das Bundesministerium für Arbeit und Soziales die Rechtsverordnung im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Gesundheit.

## Kapitel 6

### Leistungsformen, Beratung

#### A b s c h n i t t 1

#### L e i s t u n g s f o r m e n

##### § 28

#### **Ausführung von Leistungen**

(1) Der zuständige Rehabilitationsträger kann Leistungen zur Teilhabe

1. allein oder gemeinsam mit anderen Leistungsträgern,
2. durch andere Leistungsträger oder
3. unter Inanspruchnahme von geeigneten, insbesondere auch freien und gemeinnützigen oder privaten Rehabilitationsdiensten und -einrichtungen nach § 36

ausführen. Der zuständige Rehabilitationsträger bleibt für die Ausführung der Leistungen verantwortlich. Satz 1 gilt insbesondere dann, wenn der Rehabilitationsträger die Leistung dadurch wirksamer oder wirtschaftlicher erbringen kann.

(2) Die Leistungen werden dem Verlauf der Rehabilitation angepasst und sind darauf ausgerichtet, den Leistungsberechtigten unter Berücksichtigung der Besonderheiten des Einzelfalles zügig, wirksam, wirtschaftlich und auf Dauer eine den Zielen der §§ 1 und 4 Absatz 1 entsprechende umfassende Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu ermöglichen.

##### § 29

#### **Persönliches Budget**

(1) Auf Antrag der Leistungsberechtigten werden Leistungen zur Teilhabe durch die Leistungsform eines Persönlichen Budgets ausgeführt, um den Leistungsberechtigten in eigener Verantwortung ein möglichst selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Bei der Ausführung des Persönlichen Budgets sind nach Maßgabe des individuell festgestellten Bedarfs die Rehabilitationsträger, die Pflegekassen und die Integrationsämter beteiligt. Das Persönliche Budget wird von den beteiligten Leistungsträgern trägerübergreifend als Komplexleistung erbracht. Das Persönliche Budget kann auch nicht trägerübergreifend von einem einzelnen Leistungsträger erbracht werden. Budgetfähig sind auch die neben den Leistungen nach Satz 1 erforderlichen Leistungen der Krankenkassen und der Pflegekassen, Leistungen der Träger der Unfallversicherung bei Pflegebedürftigkeit sowie Hilfe zur Pflege der Sozialhilfe, die sich auf alltägliche und regelmäßig wiederkehrende Bedarfe beziehen und als Geldleistungen oder durch Gutscheine erbracht werden können. An die Entscheidung sind die Leistungsberechtigten für die Dauer von sechs Monaten gebunden.

(2) Persönliche Budgets werden in der Regel als Geldleistung ausgeführt, bei laufenden Leistungen monatlich. In begründeten Fällen sind Gutscheine auszugeben. Mit der Auszahlung oder der Ausgabe von Gutscheinen an die Leistungsberechtigten gilt deren Anspruch gegen die beteiligten Leistungsträger insoweit als erfüllt. Das Bedarfsermittlungsverfahren für laufende Leistungen wird in der Regel im Abstand von zwei Jahren wiederholt. In begründeten Fällen kann davon abgewichen werden. Persönliche Budgets werden auf der Grundlage der nach Kapitel 4 getroffenen Feststellungen so bemessen, dass der individuell festgestellte Bedarf gedeckt wird und die erforderliche Beratung und Unterstützung erfolgen kann. Dabei soll die Höhe des Persönlichen Budgets die

Kosten aller bisher individuell festgestellten Leistungen nicht überschreiten, die ohne das Persönliche Budget zu erbringen sind. § 35a des Elften Buches bleibt unberührt.

(3) Werden Leistungen zur Teilhabe in der Leistungsform des Persönlichen Budgets beantragt, ist der nach § 14 leistende Rehabilitationsträger für die Durchführung des Verfahrens zuständig. Satz 1 findet entsprechend Anwendung auf die Pflegekassen und die Integrationsämter. Enthält das Persönliche Budget Leistungen, für die der Leistungsträger nach den Sätzen 1 und 2 nicht Leistungsträger nach § 6 Absatz 1 sein kann, leitet er den Antrag insoweit unverzüglich dem nach seiner Auffassung zuständigen Leistungsträger nach § 15 zu.

(4) Der Leistungsträger nach Absatz 3 und die Leistungsberechtigten schließen zur Umsetzung des Persönlichen Budgets eine Zielvereinbarung ab. Sie enthält mindestens Regelungen über

1. die Ausrichtung der individuellen Förder- und Leistungsziele,
2. die Erforderlichkeit eines Nachweises zur Deckung des festgestellten individuellen Bedarfs,
3. die Qualitätssicherung sowie
4. die Höhe der Teil- und des Gesamtbudgets.

Satz 1 findet keine Anwendung, wenn allein Pflegekassen Leistungsträger nach Absatz 3 sind und sie das Persönliche Budget nach Absatz 1 Satz 4 erbringen. Die Beteiligten, die die Zielvereinbarung abgeschlossen haben, können diese aus wichtigem Grund mit sofortiger Wirkung schriftlich kündigen, wenn ihnen die Fortsetzung der Vereinbarung nicht zumutbar ist. Ein wichtiger Grund kann für die Leistungsberechtigten insbesondere in der persönlichen Lebenssituation liegen. Für den Leistungsträger kann ein wichtiger Grund dann vorliegen, wenn die Leistungsberechtigten die Vereinbarung, insbesondere hinsichtlich des Nachweises zur Bedarfsdeckung und der Qualitätssicherung nicht einhalten. Im Fall der Kündigung der Zielvereinbarung wird der Verwaltungsakt aufgehoben. Die Zielvereinbarung wird im Rahmen des Bedarfsermittlungsverfahrens für die Dauer des Bewilligungszeitraumes der Leistungen in Form des Persönlichen Budgets abgeschlossen.

## § 30

### **Verordnungsermächtigung**

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Gesundheit durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Näheres zum Inhalt und zur Ausführung des Persönlichen Budgets, zum Verfahren sowie zur Zuständigkeit bei Beteiligung mehrerer Rehabilitationsträger zu regeln.

## § 31

### **Leistungsort**

Sach- und Dienstleistungen können auch im Ausland erbracht werden, wenn sie dort bei zumindest gleicher Qualität und Wirksamkeit wirtschaftlicher ausgeführt werden können. Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben können im grenznahen Ausland auch ausgeführt werden, wenn sie für die Aufnahme oder Ausübung einer Beschäftigung oder selbständigen Tätigkeit erforderlich sind.

## A b s c h n i t t 2

### B e r a t u n g

#### § 32

##### **Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung**

(1) Zur Stärkung der Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen und von Behinderung bedrohter Menschen fördert das Bundesministerium für Arbeit und Soziales eine von Leistungsträgern und Leistungserbringern unabhängige ergänzende Beratung als niedrigschwelliges Angebot, das bereits im Vorfeld der Beantragung konkreter Leistungen zur Verfügung steht. Dieses Angebot besteht neben dem Anspruch auf Beratung durch die Rehabilitationsträger.

(2) Das ergänzende Angebot erstreckt sich auf die Information und Beratung über Rehabilitations- und Teilhabeleistungen nach diesem Buch. Die Rehabilitationsträger informieren im Rahmen der vorhandenen Beratungsstrukturen und ihrer Beratungspflicht über dieses ergänzende Angebot.

(3) Bei der Förderung von Beratungsangeboten ist die von Leistungsträgern und Leistungserbringern unabhängige ergänzende Beratung von Betroffenen für Betroffene besonders zu berücksichtigen.

(4) Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales erlässt eine Förderrichtlinie, nach deren Maßgabe die Dienste gefördert werden können, welche ein unabhängiges ergänzendes Beratungsangebot anbieten. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales entscheidet im Benehmen mit der zuständigen obersten Landesbehörde über diese Förderung.

(5) Die Förderung erfolgt aus Bundesmitteln und ist bis zum 31. Dezember 2022 befristet. Die Bundesregierung berichtet den gesetzgebenden Körperschaften des Bundes bis zum 30. Juni 2021 über die Einführung und Inanspruchnahme der ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung.

#### § 33

##### **Pflichten der Personensorgeberechtigten**

Eltern, Vormünder, Pfleger und Betreuer, die bei den ihnen anvertrauten Personen Beeinträchtigungen (§ 2 Absatz 1) wahrnehmen oder durch die in § 34 genannten Personen hierauf hingewiesen werden, sollen im Rahmen ihres Erziehungs- oder Betreuungsauftrags diese Personen einer Beratungsstelle nach § 32 oder einer sonstigen Beratungsstelle für Rehabilitation zur Beratung über die geeigneten Leistungen zur Teilhabe vorstellen.

#### § 34

##### **Sicherung der Beratung von Menschen mit Behinderungen**

(1) Die Beratung durch Ärzte, denen eine Person nach § 33 vorgestellt wird, erstreckt sich auf geeignete Leistungen zur Teilhabe. Dabei weisen sie auf die Möglichkeit der Beratung durch die Beratungsstellen der Rehabilitationsträger hin und informieren über wohnortnahe Angebote zur Beratung nach § 32. werdende Eltern werden außerdem auf den Beratungsanspruch bei den Schwangerschaftsberatungsstellen hingewiesen.

(2) Nehmen Hebammen, Entbindungspfleger, medizinisches Personal außer Ärzten, Lehrer, Sozialarbeiter, Jugendleiter und Erzieher bei der Ausübung ihres Berufs Behinderungen wahr, weisen sie die Personensorgeberechtigten auf die Behinderung und auf entsprechende Beratungsangebote nach § 32 hin.

(3) Nehmen medizinisches Personal außer Ärzten und Sozialarbeiter bei der Ausübung ihres Berufs Behinderungen bei volljährigen Personen wahr, empfehlen sie diesen Personen oder ihren bestellten Betreuern, eine Beratungsstelle für Rehabilitation oder eine ärztliche Beratung über geeignete Leistungen zur Teilhabe aufzusuchen.

## § 35

**Landesärzte**

(1) In den Ländern können Landesärzte bestellt werden, die über besondere Erfahrungen in der Hilfe für Menschen mit Behinderungen und von Behinderung bedrohte Menschen verfügen.

(2) Die Landesärzte haben insbesondere folgende Aufgaben:

1. Gutachten für die Landesbehörden, die für das Gesundheitswesen und die Sozialhilfe zuständig sind, sowie für die zuständigen Träger der Sozialhilfe in besonders schwierig gelagerten Einzelfällen oder in Fällen von grundsätzlicher Bedeutung zu erstatten,
2. die für das Gesundheitswesen zuständigen obersten Landesbehörden beim Erstellen von Konzeptionen, Situations- und Bedarfsanalysen und bei der Landesplanung zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und von Behinderung bedrohter Menschen zu beraten und zu unterstützen sowie selbst entsprechende Initiativen zu ergreifen und
3. die für das Gesundheitswesen zuständigen Landesbehörden über Art und Ursachen von Behinderungen und notwendige Hilfen sowie über den Erfolg von Leistungen zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und von Behinderung bedrohter Menschen regelmäßig zu unterrichten.

## Kapitel 7

## Struktur, Qualitätssicherung und Verträge

## § 36

**Rehabilitationsdienste und -einrichtungen**

(1) Die Rehabilitationsträger wirken gemeinsam unter Beteiligung der Bundesregierung und der Landesregierungen darauf hin, dass die fachlich und regional erforderlichen Rehabilitationsdienste und -einrichtungen in ausreichender Anzahl und Qualität zur Verfügung stehen. Dabei achten die Rehabilitationsträger darauf, dass für eine ausreichende Anzahl von Rehabilitationsdiensten und -einrichtungen keine Zugangs- und Kommunikationsbarrieren bestehen. Die Verbände von Menschen mit Behinderungen einschließlich der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege, der Selbsthilfegruppen und der Interessenvertretungen von Frauen mit Behinderungen sowie die für die Wahrnehmung der Interessen der ambulanten und stationären Rehabilitationseinrichtungen auf Bundesebene maßgeblichen Spitzenverbände werden beteiligt.

(2) Nehmen Rehabilitationsträger zur Ausführung von Leistungen Rehabilitationsdienste und -einrichtungen in Anspruch, erfolgt die Auswahl danach, wer die Leistung in der am besten geeigneten Form ausführt. Dabei werden Rehabilitationsdienste und -einrichtungen freier oder gemeinnütziger Träger entsprechend ihrer Bedeutung für die Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen berücksichtigt und die Vielfalt der Träger gewahrt sowie deren Selbständigkeit, Selbstverständnis und Unabhängigkeit beachtet. § 51 Absatz 1 Satz 2 Nummer 4 ist anzuwenden.

(3) Rehabilitationsträger können nach den für sie geltenden Rechtsvorschriften Rehabilitationsdienste oder -einrichtungen fördern, wenn dies zweckmäßig ist und die Arbeit dieser Dienste oder Einrichtungen in anderer Weise nicht sichergestellt werden kann.

(4) Rehabilitationsdienste und -einrichtungen mit gleicher Aufgabenstellung sollen Arbeitsgemeinschaften bilden.



## § 37

**Qualitätssicherung, Zertifizierung**

(1) Die Rehabilitationsträger nach § 6 Absatz 1 Nummer 1 bis 5 vereinbaren gemeinsame Empfehlungen zur Sicherung und Weiterentwicklung der Qualität der Leistungen, insbesondere zur barrierefreien Leistungserbringung, sowie für die Durchführung vergleichender Qualitätsanalysen als Grundlage für ein effektives Qualitätsmanagement der Leistungserbringer. § 26 Absatz 4 ist entsprechend anzuwenden. Die Rehabilitationsträger nach § 6 Absatz 1 Nummer 6 und 7 können den Empfehlungen beitreten.

(2) Die Erbringer von Leistungen stellen ein Qualitätsmanagement sicher, das durch zielgerichtete und systematische Verfahren und Maßnahmen die Qualität der Versorgung gewährleistet und kontinuierlich verbessert. Stationäre Rehabilitationseinrichtungen haben sich an dem Zertifizierungsverfahren nach Absatz 3 zu beteiligen.

(3) Die Spitzenverbände der Rehabilitationsträger nach § 6 Absatz 1 Nummer 1 und 3 bis 5 vereinbaren im Rahmen der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation grundsätzliche Anforderungen an ein einrichtungsinternes Qualitätsmanagement nach Absatz 2 Satz 1 sowie ein einheitliches, unabhängiges Zertifizierungsverfahren, mit dem die erfolgreiche Umsetzung des Qualitätsmanagements in regelmäßigen Abständen nachgewiesen wird. Den für die Wahrnehmung der Interessen der stationären Rehabilitationseinrichtungen auf Bundesebene maßgeblichen Spitzenverbänden sowie den Verbänden von Menschen mit Behinderungen einschließlich der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege, der Selbsthilfegruppen und der Interessenvertretungen von Frauen mit Behinderungen ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Stationäre Rehabilitationseinrichtungen sind nur dann als geeignet anzusehen, wenn sie zertifiziert sind.

(4) Die Rehabilitationsträger können mit den Einrichtungen, die für sie Leistungen erbringen, über Absatz 1 hinausgehende Anforderungen an die Qualität und das Qualitätsmanagement vereinbaren.

(5) In Rehabilitationseinrichtungen mit Vertretungen der Menschen mit Behinderungen sind die nach Absatz 3 Satz 1 zu erstellenden Nachweise über die Umsetzung des Qualitätsmanagements diesen Vertretungen zur Verfügung zu stellen.

(6) § 26 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden für Vereinbarungen auf Grund gesetzlicher Vorschriften für die Rehabilitationsträger.

## § 38

**Verträge mit Leistungserbringern**

(1) Verträge mit Leistungserbringern müssen insbesondere folgende Regelungen über die Ausführung von Leistungen durch Rehabilitationsdienste und -einrichtungen, die nicht in der Trägerschaft eines Rehabilitationsträgers stehen, enthalten:

1. Qualitätsanforderungen an die Ausführung der Leistungen, das beteiligte Personal und die begleitenden Fachdienste,
2. die Übernahme von Grundsätzen der Rehabilitationsträger zur Vereinbarung von Vergütungen,
3. Rechte und Pflichten der Teilnehmer, soweit sich diese nicht bereits aus dem Rechtsverhältnis ergeben, das zwischen ihnen und dem Rehabilitationsträger besteht,
4. angemessene Mitwirkungsmöglichkeiten der Teilnehmer an der Ausführung der Leistungen,
5. Regelungen zur Geheimhaltung personenbezogener Daten,
6. Regelungen zur Beschäftigung eines angemessenen Anteils von Frauen mit Behinderungen, insbesondere Frauen mit Schwerbehinderungen sowie
7. das Angebot, Beratung durch den Träger der öffentlichen Jugendhilfe bei gewichtigen Anhaltspunkten für eine Kindeswohlgefährdung in Anspruch zu nehmen.

(2) Die Bezahlung tarifvertraglich vereinbarter Vergütungen sowie entsprechender Vergütungen nach kirchlichen Arbeitsrechtsregelungen kann bei Verträgen auf der Grundlage dieses Buches nicht als unwirtschaftlich abgelehnt werden. Auf Verlangen des Rehabilitationsträgers ist die Zahlung von Vergütungen nach Satz 1 nachzuweisen.

(3) Die Rehabilitationsträger wirken darauf hin, dass die Verträge nach einheitlichen Grundsätzen abgeschlossen werden. Dabei sind einheitliche Grundsätze der Wirksamkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit zu berücksichtigen. Die Rehabilitationsträger können über den Inhalt der Verträge gemeinsame Empfehlungen nach § 26 vereinbaren. Mit den Arbeitsgemeinschaften der Rehabilitationsdienste und -einrichtungen können sie Rahmenverträge schließen. Der oder die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit wird beteiligt.

(4) Absatz 1 Nummer 1 und 3 bis 6 wird für eigene Einrichtungen der Rehabilitationsträger entsprechend angewendet.

## Kapitel 8

### Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation

#### § 39

##### **Aufgaben**

(1) Die Rehabilitationsträger nach § 6 Nummer 1 bis 5 gestalten und organisieren die trägerübergreifende Zusammenarbeit zur einheitlichen personenzentrierten Gestaltung der Rehabilitation und der Leistungen zur Teilhabe im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft nach § 94 des Zehnten Buches. Sie trägt den Namen „Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation“.

(2) Die Aufgaben der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation sind insbesondere

1. die Beobachtung der Zusammenarbeit der Rehabilitationsträger und die regelmäßige Auswertung und Bewertung der Zusammenarbeit; hierzu bedarf es
  - a) der Erstellung von gemeinsamen Grundsätzen für die Erhebung von Daten, die der Aufbereitung und Bereitstellung von Statistiken über das Rehabilitationsgeschehen der Träger und ihrer Zusammenarbeit dienen,
  - b) der Datenaufbereitung und Bereitstellung von Statistiken über das Rehabilitationsgeschehen der Träger und ihrer Zusammenarbeit und
  - c) der Erhebung und Auswertung nicht personenbezogener Daten über Prozesse und Abläufe des Rehabilitationsgeschehens aus dem Aufgabenfeld der medizinischen und beruflichen Rehabilitation der Sozialversicherung mit Zustimmung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales,
2. die Erarbeitung von gemeinsamen Grundsätzen zur Bedarfserkennung, Bedarfsermittlung und Koordinierung von Rehabilitationsmaßnahmen und zur trägerübergreifenden Zusammenarbeit,
3. die Erarbeitung von gemeinsamen Empfehlungen zur Sicherung der Zusammenarbeit nach § 25,
4. die trägerübergreifende Fort- und Weiterbildung zur Unterstützung und Umsetzung trägerübergreifender Kooperation und Koordination,
5. die Erarbeitung trägerübergreifender Beratungsstandards und Förderung der Weitergabe von eigenen Lebenserfahrungen an andere Menschen mit Behinderungen durch die Beratungsmethode des Peer Counseling,
6. die Erarbeitung von Qualitätskriterien zur Sicherung der Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität im trägerübergreifenden Rehabilitationsgeschehen und Initiierung von deren Weiterentwicklung,

7. die Förderung der Partizipation Betroffener durch stärkere Einbindung von Selbsthilfe- und Selbstvertretungsorganisationen von Menschen mit Behinderungen in die konzeptionelle Arbeit der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation und deren Organe,
8. die Öffentlichkeitsarbeit zur Inklusion und Rehabilitation sowie
9. die Beobachtung und Bewertung der Forschung zur Rehabilitation sowie Durchführung trägerübergreifender Forschungsvorhaben.

#### § 40

##### **Rechtsaufsicht**

Die Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation untersteht der Rechtsaufsicht des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.

#### § 41

##### **Teilhabeverfahrensbericht**

(1) Die Rehabilitationsträger nach § 6 Absatz 1 erfassen

1. die Anzahl der gestellten Anträge auf Leistungen zur Rehabilitation und Teilhabe differenziert nach Leistungsgruppen im Sinne von § 5 Nummer 1, 2, 4 und 5,
2. die Anzahl der Weiterleitungen nach § 14 Absatz 1 Satz 2,
3. in wie vielen Fällen
  - a) die Zweiwochenfrist nach § 14 Absatz 1 Satz 1,
  - b) die Dreiwochenfrist nach § 14 Absatz 2 Satz 2 sowie
  - c) die Zweiwochenfrist nach § 14 Absatz 2 Satz 3 nicht eingehalten wurde,
4. die durchschnittliche Zeitdauer zwischen Erteilung des Gutachtenauftrages in Fällen des § 14 Absatz 2 Satz 3 und der Vorlage des Gutachtens,
5. die durchschnittliche Zeitdauer zwischen Antragseingang beim leistenden Rehabilitationsträger und der Entscheidung nach den Merkmalen der Erledigung und der Bewilligung,
6. die Anzahl der Ablehnungen von Anträgen sowie der nicht vollständigen Bewilligung der beantragten Leistungen,
7. die durchschnittliche Zeitdauer zwischen dem Datum des Bewilligungsbescheides und dem Beginn der Leistungen mit und ohne Teilhabeplanung nach § 19, wobei in den Fällen, in denen die Leistung von einem Rehabilitationsträger nach § 6 Absatz 1 Nummer 1 erbracht wurde, das Merkmal „mit und ohne Teilhabeplanung nach § 19“ nicht zu erfassen ist,
8. die Anzahl der trägerübergreifenden Teilhabeplanungen und Teilhabeplankonferenzen,
9. die Anzahl der nachträglichen Änderungen und Fortschreibungen der Teilhabepläne einschließlich der durchschnittlichen Geltungsdauer des Teilhabeplanes,
10. die Anzahl der Erstattungsverfahren nach § 16 Absatz 2 Satz 2,
11. die Anzahl der beantragten und bewilligten Leistungen in Form des Persönlichen Budgets,
12. die Anzahl der beantragten und bewilligten Leistungen in Form des trägerübergreifenden Persönlichen Budgets,

13. die Anzahl der Mitteilungen nach § 18 Absatz 1,
14. die Anzahl der Anträge auf Erstattung nach § 18 nach den Merkmalen „Bewilligung“ oder „Ablehnung“,
15. die Anzahl der Rechtsbehelfe sowie der erfolgreichen Rechtsbehelfe aus Sicht der Leistungsberechtigten jeweils nach den Merkmalen „Widerspruch“ und „Klage“,
16. die Anzahl der Leistungsberechtigten, die sechs Monate nach dem Ende der Maßnahme zur Teilhabe am Arbeitsleben eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufgenommen haben, soweit die Maßnahme von einem Rehabilitationsträger nach § 6 Absatz 1 Nummer 2 bis 7 erbracht wurde.

(2) Die Rehabilitationsträger nach § 6 Absatz 1 Nummer 1 bis 5 melden jährlich die im Berichtsjahr nach Absatz 1 erfassten Angaben an ihre Spitzenverbände, die Rehabilitationsträger nach § 6 Absatz 1 Nummer 6 und 7 jeweils über ihre obersten Landesjugend- und Sozialbehörden, zur Weiterleitung an die Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation in einem mit ihr technisch abgestimmten Datenformat. Die Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation wertet die Angaben unter Beteiligung der Rehabilitationsträger aus und erstellt jährlich eine gemeinsame Übersicht. Die Erfassung der Angaben soll mit dem 1. Januar 2018 beginnen und ein Kalenderjahr umfassen. Der erste Bericht ist 2019 zu veröffentlichen.

(3) Der Bund erstattet der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation die notwendigen Aufwendungen für folgende Tätigkeiten:

1. die Bereitstellung von Daten,
2. die Datenaufarbeitung und
3. die Auswertungen über das Rehabilitationsgeschehen.

## Kapitel 9

### Leistungen zur medizinischen Rehabilitation

#### § 42

##### **Leistungen zur medizinischen Rehabilitation**

(1) Zur medizinischen Rehabilitation von Menschen mit Behinderungen und von Behinderung bedrohter Menschen werden die erforderlichen Leistungen erbracht, um

1. Behinderungen einschließlich chronischer Krankheiten abzuwenden, zu beseitigen, zu mindern, auszugleichen, eine Verschlimmerung zu verhüten oder
2. Einschränkungen der Erwerbsfähigkeit und Pflegebedürftigkeit zu vermeiden, zu überwinden, zu mindern, eine Verschlimmerung zu verhindern sowie den vorzeitigen Bezug von laufenden Sozialleistungen zu verhüten oder laufende Sozialleistungen zu mindern.

(2) Leistungen zur medizinischen Rehabilitation umfassen insbesondere

1. Behandlung durch Ärzte, Zahnärzte und Angehörige anderer Heilberufe, soweit deren Leistungen unter ärztlicher Aufsicht oder auf ärztliche Anordnung ausgeführt werden, einschließlich der Anleitung, eigene Heilungskräfte zu entwickeln,
2. Früherkennung und Frühförderung für Kinder mit Behinderungen und von Behinderung bedrohte Kinder,
3. Arznei- und Verbandsmittel,
4. Heilmittel einschließlich physikalischer, Sprach- und Beschäftigungstherapie,
5. Psychotherapie als ärztliche und psychotherapeutische Behandlung,
6. Hilfsmittel sowie
7. Belastungsprobung und Arbeitstherapie.

(3) Bestandteil der Leistungen nach Absatz 1 sind auch medizinische, psychologische und pädagogische Hilfen, soweit diese Leistungen im Einzelfall erforderlich sind, um die in Absatz 1 genannten Ziele zu erreichen. Solche Leistungen sind insbesondere

1. Hilfen zur Unterstützung bei der Krankheits- und Behinderungsverarbeitung,
2. Hilfen zur Aktivierung von Selbsthilfepotentialen,
3. die Information und Beratung von Partnern und Angehörigen sowie von Vorgesetzten und Kollegen, wenn die Leistungsberechtigten dem zustimmen,
4. die Vermittlung von Kontakten zu örtlichen Selbsthilfe- und Beratungsmöglichkeiten,
5. Hilfen zur seelischen Stabilisierung und zur Förderung der sozialen Kompetenz, unter anderem durch Training sozialer und kommunikativer Fähigkeiten und im Umgang mit Krisensituationen,
6. das Training lebenspraktischer Fähigkeiten sowie
7. die Anleitung und Motivation zur Inanspruchnahme von Leistungen der medizinischen Rehabilitation.

#### § 43

### **Krankenbehandlung und Rehabilitation**

Die in § 42 Absatz 1 genannten Ziele und § 12 Absatz 1 und 3 sowie § 19 gelten auch bei Leistungen der Krankenbehandlung.

#### § 44

### **Stufenweise Wiedereingliederung**

Können arbeitsunfähige Leistungsberechtigte nach ärztlicher Feststellung ihre bisherige Tätigkeit teilweise ausüben und können sie durch eine stufenweise Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit voraussichtlich besser wieder in das Erwerbsleben eingegliedert werden, sollen die medizinischen und die sie ergänzenden Leistungen mit dieser Zielrichtung erbracht werden.

#### § 45

### **Förderung der Selbsthilfe**

Selbsthilfegruppen, Selbsthilfeorganisationen und Selbsthilfekontaktstellen, die sich die Prävention, Rehabilitation, Früherkennung, Beratung, Behandlung und Bewältigung von Krankheiten und Behinderungen zum Ziel gesetzt haben, sollen nach einheitlichen Grundsätzen gefördert werden. Die Daten der Rehabilitationsträger über Art und Höhe der Förderung der Selbsthilfe fließen in den Bericht der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation nach § 41 ein.

#### § 46

### **Früherkennung und Frühförderung**

(1) Die medizinischen Leistungen zur Früherkennung und Frühförderung für Kinder mit Behinderungen und von Behinderung bedrohte Kinder nach § 42 Absatz 2 Nummer 2 umfassen auch

1. die medizinischen Leistungen der fachübergreifend arbeitenden Dienste und Einrichtungen sowie
2. nichtärztliche sozialpädiatrische, psychologische, heilpädagogische, psychosoziale Leistungen und die Beratung der Erziehungsberechtigten, auch in fachübergreifend arbeitenden Diensten und Einrichtungen, wenn sie unter ärztlicher Verantwortung erbracht werden und erforderlich sind, um eine drohende oder bereits

eingetretene Behinderung zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu erkennen und einen individuellen Behandlungsplan aufzustellen.

(2) Leistungen zur Früherkennung und Frühförderung für Kinder mit Behinderungen und von Behinderung bedrohte Kinder umfassen weiterhin nichtärztliche therapeutische, psychologische, heilpädagogische, sonderpädagogische, psychosoziale Leistungen und die Beratung der Erziehungsberechtigten durch interdisziplinäre Frühförderstellen oder nach Landesrecht zugelassene Einrichtungen mit vergleichbarem interdisziplinärem Förder-, Behandlungs- und Beratungsspektrum. Die Leistungen sind erforderlich, wenn sie eine drohende oder bereits eingetretene Behinderung zum frühestmöglichen Zeitpunkt erkennen helfen oder die eingetretene Behinderung durch gezielte Förder- und Behandlungsmaßnahmen ausgleichen oder mildern.

(3) Leistungen nach Absatz 1 werden in Verbindung mit heilpädagogischen Leistungen nach § 79 als Komplexleistung erbracht. Die Komplexleistung umfasst auch Leistungen zur Sicherung der Interdisziplinarität. Maßnahmen zur Komplexleistung können gleichzeitig oder nacheinander sowie in unterschiedlicher und gegebenenfalls wechselnder Intensität ab Geburt bis zur Einschulung eines Kindes mit Behinderungen oder drohender Behinderung erfolgen.

(4) In den Landesrahmenvereinbarungen zwischen den beteiligten Rehabilitationsträgern und den Verbänden der Leistungserbringer wird Folgendes geregelt:

1. die Anforderungen an interdisziplinäre Frühförderstellen, nach Landesrecht zugelassene Einrichtungen mit vergleichbarem interdisziplinärem Förder-, Behandlungs- und Beratungsspektrum und sozialpädiatrische Zentren zu Mindeststandards, Berufsgruppen, Personalausstattung, sachlicher und räumlicher Ausstattung,
2. die Dokumentation und Qualitätssicherung,
3. der Ort der Leistungserbringung sowie
4. die Vereinbarung und Abrechnung der Entgelte für die als Komplexleistung nach Absatz 3 erbrachten Leistungen unter Berücksichtigung der Zuwendungen Dritter, insbesondere der Länder, für Leistungen nach der Verordnung zur Früherkennung und Frühförderung.

(5) Die Rehabilitationsträger schließen Vereinbarungen über die pauschalierte Aufteilung der nach Absatz 4 Nummer 4 vereinbarten Entgelte für Komplexleistungen auf der Grundlage der Leistungszuständigkeit nach Spezialisierung und Leistungsprofil des Dienstes oder der Einrichtung, insbesondere den vertretenen Fachdisziplinen und dem Diagnosespektrum der leistungsberechtigten Kinder. Regionale Gegebenheiten werden berücksichtigt. Der Anteil der Entgelte, der auf die für die Leistungen nach § 6 der Verordnung zur Früherkennung und Frühförderung jeweils zuständigen Träger entfällt, darf für Leistungen in interdisziplinären Frühförderstellen oder in nach Landesrecht zugelassenen Einrichtungen mit vergleichbarem interdisziplinärem Förder-, Behandlungs- und Beratungsspektrum 65 Prozent und in sozialpädiatrischen Zentren 20 Prozent nicht überschreiten. Landesrecht kann andere als pauschale Abrechnungen vorsehen.

(6) Kommen Landesrahmenvereinbarungen nach Absatz 4 bis zum 31. Juli 2019 nicht zustande, sollen die Landesregierungen Regelungen durch Rechtsverordnung entsprechend Absatz 4 Nummer 1 bis 3 treffen.

## § 47

### Hilfsmittel

(1) Hilfsmittel (Körperersatzstücke sowie orthopädische und andere Hilfsmittel) nach § 42 Absatz 2 Nummer 6 umfassen die Hilfen, die von den Leistungsberechtigten getragen oder mitgeführt oder bei einem Wohnungswechsel mitgenommen werden können und unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalles erforderlich sind, um

1. einer drohenden Behinderung vorzubeugen,
2. den Erfolg einer Heilbehandlung zu sichern oder
3. eine Behinderung bei der Befriedigung von Grundbedürfnissen des täglichen Lebens auszugleichen, soweit die Hilfsmittel nicht allgemeine Gebrauchsgegenstände des täglichen Lebens sind.

(2) Der Anspruch auf Hilfsmittel umfasst auch die notwendige Änderung, Instandhaltung, Ersatzbeschaffung sowie die Ausbildung im Gebrauch der Hilfsmittel. Der Rehabilitationsträger soll

1. vor einer Ersatzbeschaffung prüfen, ob eine Änderung oder Instandsetzung von bisher benutzten Hilfsmitteln wirtschaftlicher und gleich wirksam ist und
2. die Bewilligung der Hilfsmittel davon abhängig machen, dass die Leistungsberechtigten sich die Hilfsmittel anpassen oder sich in ihrem Gebrauch ausbilden lassen.

(3) Wählen Leistungsberechtigte ein geeignetes Hilfsmittel in einer aufwendigeren Ausführung als notwendig, tragen sie die Mehrkosten selbst.

(4) Hilfsmittel können auch leihweise überlassen werden. In diesem Fall gelten die Absätze 2 und 3 entsprechend.

#### § 48

### **Verordnungsermächtigungen**

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Gesundheit durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Näheres zu regeln

1. zur Abgrenzung der in § 46 genannten Leistungen und der weiteren Leistungen dieser Dienste und Einrichtungen und
2. zur Auswahl der im Einzelfall geeigneten Hilfsmittel, insbesondere zum Verfahren, zur Eignungsprüfung, Dokumentation und leihweisen Überlassung der Hilfsmittel sowie zur Zusammenarbeit der anderen Rehabilitationsträger mit den orthopädischen Versorgungsstellen.

## Kapitel 10

### Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben

#### § 49

### **Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, Verordnungsermächtigung**

(1) Zur Teilhabe am Arbeitsleben werden die erforderlichen Leistungen erbracht, um die Erwerbsfähigkeit von Menschen mit Behinderungen oder von Behinderung bedrohter Menschen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zu erhalten, zu verbessern, herzustellen oder wiederherzustellen und ihre Teilhabe am Arbeitsleben möglichst auf Dauer zu sichern.

(2) Frauen mit Behinderungen werden gleiche Chancen im Erwerbsleben zugesichert, insbesondere durch in der beruflichen Zielsetzung geeignete, wohnortnahe und auch in Teilzeit nutzbare Angebote.

(3) Die Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben umfassen insbesondere

1. Hilfen zur Erhaltung oder Erlangung eines Arbeitsplatzes einschließlich Leistungen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung,
2. eine Berufsvorbereitung einschließlich einer wegen der Behinderung erforderlichen Grundausbildung,
3. die individuelle betriebliche Qualifizierung im Rahmen Unterstützter Beschäftigung,
4. die berufliche Anpassung und Weiterbildung, auch soweit die Leistungen einen zur Teilnahme erforderlichen schulischen Abschluss einschließen,
5. die berufliche Ausbildung, auch soweit die Leistungen in einem zeitlich nicht überwiegenden Abschnitt schulisch durchgeführt werden,

6. die Förderung der Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit durch die Rehabilitationsträger nach § 6 Absatz 1 Nummer 2 bis 5 und

7. sonstige Hilfen zur Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben, um Menschen mit Behinderungen eine angemessene und geeignete Beschäftigung oder eine selbständige Tätigkeit zu ermöglichen und zu erhalten.

(4) Bei der Auswahl der Leistungen werden Eignung, Neigung, bisherige Tätigkeit sowie Lage und Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt angemessen berücksichtigt. Soweit erforderlich, wird dabei die berufliche Eignung abgeklärt oder eine Arbeitserprobung durchgeführt; in diesem Fall werden die Kosten nach Absatz 7, Reisekosten nach § 73 sowie Haushaltshilfe und Kinderbetreuungskosten nach § 74 übernommen.

(5) Die Leistungen werden auch für Zeiten notwendiger Praktika erbracht.

(6) Die Leistungen umfassen auch medizinische, psychologische und pädagogische Hilfen, soweit diese Leistungen im Einzelfall erforderlich sind, um die in Absatz 1 genannten Ziele zu erreichen oder zu sichern und Krankheitsfolgen zu vermeiden, zu überwinden, zu mindern oder ihre Verschlimmerung zu verhüten. Leistungen sind insbesondere

1. Hilfen zur Unterstützung bei der Krankheits- und Behinderungsverarbeitung,
2. Hilfen zur Aktivierung von Selbsthilfepotentialen,
3. die Information und Beratung von Partnern und Angehörigen sowie von Vorgesetzten und Kollegen, wenn die Leistungsberechtigten dem zustimmen,
4. die Vermittlung von Kontakten zu örtlichen Selbsthilfe- und Beratungsmöglichkeiten,
5. Hilfen zur seelischen Stabilisierung und zur Förderung der sozialen Kompetenz, unter anderem durch Training sozialer und kommunikativer Fähigkeiten und im Umgang mit Krisensituationen,
6. das Training lebenspraktischer Fähigkeiten,
7. die Anleitung und Motivation zur Inanspruchnahme von Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben und
8. die Beteiligung von Integrationsfachdiensten im Rahmen ihrer Aufgabenstellung (§ 193).

(7) Zu den Leistungen gehört auch die Übernahme

1. der erforderlichen Kosten für Unterkunft und Verpflegung, wenn für die Ausführung einer Leistung eine Unterbringung außerhalb des eigenen oder des elterlichen Haushalts wegen Art oder Schwere der Behinderung oder zur Sicherung des Erfolges der Teilhabe am Arbeitsleben notwendig ist sowie
2. der erforderlichen Kosten, die mit der Ausführung einer Leistung in unmittelbarem Zusammenhang stehen, insbesondere für Lehrgangskosten, Prüfungsgebühren, Lernmittel, Leistungen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung.

(8) Leistungen nach Absatz 3 Nummer 1 und 7 umfassen auch

1. die Kraftfahrzeughilfe nach der Kraftfahrzeughilfe-Verordnung,
2. den Ausgleich für unvermeidbare Verdienstauffälle des Leistungsberechtigten oder einer erforderlichen Begleitperson wegen Fahrten der An- und Abreise zu einer Bildungsmaßnahme und zur Vorstellung bei einem Arbeitgeber, bei einem Träger oder einer Einrichtung für Menschen mit Behinderungen, durch die Rehabilitationsträger nach § 6 Absatz 1 Nummer 2 bis 5,
3. die Kosten einer notwendigen Arbeitsassistenz für schwerbehinderte Menschen als Hilfe zur Erlangung eines Arbeitsplatzes,
4. die Kosten für Hilfsmittel, die wegen Art oder Schwere der Behinderung erforderlich sind
  - a) zur Berufsausübung,
  - b) zur Teilhabe an einer Leistung zur Teilhabe am Arbeitsleben oder zur Erhöhung der Sicherheit auf dem Weg vom und zum Arbeitsplatz und am Arbeitsplatz selbst, es sei denn, dass eine Verpflichtung des Arbeitgebers besteht oder solche Leistungen als medizinische Leistung erbracht werden können,



5. die Kosten technischer Arbeitshilfen, die wegen Art oder Schwere der Behinderung zur Berufsausübung erforderlich sind und
6. die Kosten der Beschaffung, der Ausstattung und der Erhaltung einer behinderungsgerechten Wohnung in angemessenem Umfang.

Die Leistung nach Satz 1 Nummer 3 wird für die Dauer von bis zu drei Jahren bewilligt und in Abstimmung mit dem Rehabilitationsträger nach § 6 Absatz 1 Nummer 1 bis 5 durch das Integrationsamt nach § 185 Absatz 4 ausgeführt. Der Rehabilitationsträger erstattet dem Integrationsamt seine Aufwendungen. Der Anspruch nach § 185 Absatz 4 bleibt unberührt.

(9) Die Bundesregierung kann durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Näheres über Voraussetzungen, Gegenstand und Umfang der Leistungen der Kraftfahrzeughilfe zur Teilhabe am Arbeitsleben regeln.

## § 50

### Leistungen an Arbeitgeber

(1) Die Rehabilitationsträger nach § 6 Absatz 1 Nummer 2 bis 5 können Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben auch an Arbeitgeber erbringen, insbesondere als

1. Ausbildungszuschüsse zur betrieblichen Ausführung von Bildungsleistungen,
2. Eingliederungszuschüsse,
3. Zuschüsse für Arbeitshilfen im Betrieb und
4. teilweise oder volle Kostenerstattung für eine befristete Probebeschäftigung.

(2) Die Leistungen können unter Bedingungen und Auflagen erbracht werden.

(3) Ausbildungszuschüsse nach Absatz 1 Nummer 1 können für die gesamte Dauer der Maßnahme geleistet werden. Die Ausbildungszuschüsse sollen bei Ausbildungsmaßnahmen die monatlichen Ausbildungsvergütungen nicht übersteigen, die von den Arbeitgebern im letzten Ausbildungsjahr gezahlt wurden.

(4) Eingliederungszuschüsse nach Absatz 1 Nummer 2 betragen höchstens 50 Prozent der vom Arbeitgeber regelmäßig gezahlten Entgelte, soweit sie die tariflichen Arbeitsentgelte oder, wenn eine tarifliche Regelung nicht besteht, die für vergleichbare Tätigkeiten ortsüblichen Arbeitsentgelte im Rahmen der Beitragsbemessungsgrenze in der Arbeitsförderung nicht übersteigen. Die Eingliederungszuschüsse sollen im Regelfall für höchstens ein Jahr gezahlt werden. Soweit es für die Teilhabe am Arbeitsleben erforderlich ist, können die Eingliederungszuschüsse um bis zu 20 Prozentpunkte höher festgelegt und bis zu einer Förderungshöchstdauer von zwei Jahren gezahlt werden. Werden die Eingliederungszuschüsse länger als ein Jahr gezahlt, sind sie um mindestens 10 Prozentpunkte zu vermindern, entsprechend der zu erwartenden Zunahme der Leistungsfähigkeit der Leistungsberechtigten und den abnehmenden Eingliederungserfordernissen gegenüber der bisherigen Förderungshöhe. Bei der Berechnung der Eingliederungszuschüsse nach Satz 1 wird auch der Anteil des Arbeitgebers am Gesamtsozialversicherungsbeitrag berücksichtigt. Eingliederungszuschüsse sind zurückzuzahlen, wenn die Arbeitsverhältnisse während des Förderungszeitraums oder innerhalb eines Zeitraums, der der Förderungsdauer entspricht, längstens jedoch von einem Jahr, nach dem Ende der Leistungen beendet werden. Der Eingliederungszuschuss muss nicht zurückgezahlt werden, wenn

1. die Leistungsberechtigten die Arbeitsverhältnisse durch Kündigung beenden oder das Mindestalter für den Bezug der gesetzlichen Altersrente erreicht haben oder
2. die Arbeitgeber berechtigt waren, aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist oder aus Gründen, die in der Person oder dem Verhalten des Arbeitnehmers liegen, oder aus dringenden betrieblichen Erfordernissen, die einer Weiterbeschäftigung in diesem Betrieb entgegenstehen, zu kündigen.

Die Rückzahlung ist auf die Hälfte des Förderungsbetrages, höchstens aber den im letzten Jahr vor der Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses gewährten Förderungsbetrag begrenzt; nicht geförderte Nachbeschäftigungszeiten werden anteilig berücksichtigt.

## § 51

**Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation**

(1) Leistungen werden durch Berufsbildungswerke, Berufsförderungswerke und vergleichbare Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation ausgeführt, wenn Art oder Schwere der Behinderung der Leistungsberechtigten oder die Sicherung des Erfolges die besonderen Hilfen dieser Einrichtungen erforderlich machen. Die Einrichtung muss

1. eine erfolgreiche Ausführung der Leistung erwarten lassen nach Dauer, Inhalt und Gestaltung der Leistungen, nach der Unterrichtsmethode, Ausbildung und Berufserfahrung der Leitung und der Lehrkräfte sowie nach der Ausgestaltung der Fachdienste,
2. angemessene Teilnahmebedingungen bieten und behinderungsgerecht sein, insbesondere auch die Beachtung der Erfordernisse des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung gewährleisten,
3. den Teilnehmenden und den von ihnen zu wählenden Vertretungen angemessene Mitwirkungsmöglichkeiten an der Ausführung der Leistungen bieten sowie
4. die Leistung nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit, insbesondere zu angemessenen Vergütungssätzen, ausführen.

Die zuständigen Rehabilitationsträger vereinbaren hierüber gemeinsame Empfehlungen nach den §§ 26 und 37.

(2) Werden Leistungen zur beruflichen Ausbildung in Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation ausgeführt, sollen die Einrichtungen bei Eignung der Leistungsberechtigten darauf hinwirken, dass diese Ausbildung teilweise auch in Betrieben und Dienststellen durchgeführt wird. Die Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation unterstützen die Arbeitgeber bei der betrieblichen Ausbildung und bei der Betreuung der auszubildenden Jugendlichen mit Behinderungen.

## § 52

**Rechtsstellung der Teilnehmenden**

Werden Leistungen in Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation ausgeführt, werden die Teilnehmenden nicht in den Betrieb der Einrichtungen eingegliedert. Sie sind keine Arbeitnehmer im Sinne des Betriebsverfassungsgesetzes und wählen zu ihrer Mitwirkung besondere Vertreter. Bei der Ausführung werden die arbeitsrechtlichen Grundsätze über den Persönlichkeitsschutz, die Haftungsbeschränkung sowie die gesetzlichen Vorschriften über den Arbeitsschutz, den Schutz vor Diskriminierungen in Beschäftigung und Beruf, den Erholungsurlaub und die Gleichberechtigung von Männern und Frauen entsprechend angewendet.

## § 53

**Dauer von Leistungen**

(1) Leistungen werden für die Zeit erbracht, die vorgeschrieben oder allgemein üblich ist, um das angestrebte Teilhabeziel zu erreichen. Eine Förderung kann darüber hinaus erfolgen, wenn besondere Umstände dies rechtfertigen.

(2) Leistungen zur beruflichen Weiterbildung sollen in der Regel bei ganztägigem Unterricht nicht länger als zwei Jahre dauern, es sei denn, dass das Teilhabeziel nur über eine länger andauernde Leistung erreicht werden kann oder die Eingliederungsaussichten nur durch eine länger andauernde Leistung wesentlich verbessert werden.

## § 54

**Beteiligung der Bundesagentur für Arbeit**

Die Bundesagentur für Arbeit nimmt auf Anforderung eines anderen Rehabilitationsträgers gutachterlich Stellung zu Notwendigkeit, Art und Umfang von Leistungen unter Berücksichtigung arbeitsmarktlicher Zweckmäßigkeit. Dies gilt auch, wenn sich die Leistungsberechtigten in einem Krankenhaus oder einer Einrichtung der medizinischen oder der medizinisch-beruflichen Rehabilitation aufhalten.

## § 55

**Unterstützte Beschäftigung**

(1) Ziel der Unterstützten Beschäftigung ist es, Leistungsberechtigten mit besonderem Unterstützungsbedarf eine angemessene, geeignete und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu ermöglichen und zu erhalten. Unterstützte Beschäftigung umfasst eine individuelle betriebliche Qualifizierung und bei Bedarf Berufsbegleitung.

(2) Leistungen zur individuellen betrieblichen Qualifizierung erhalten Menschen mit Behinderungen insbesondere, um sie für geeignete betriebliche Tätigkeiten zu erproben, auf ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis vorzubereiten und bei der Einarbeitung und Qualifizierung auf einem betrieblichen Arbeitsplatz zu unterstützen. Die Leistungen umfassen auch die Vermittlung von berufsübergreifenden Lerninhalten und Schlüsselqualifikationen sowie die Weiterentwicklung der Persönlichkeit der Menschen mit Behinderungen. Die Leistungen werden vom zuständigen Rehabilitationsträger nach § 6 Absatz 1 Nummer 2 bis 5 für bis zu zwei Jahre erbracht, soweit sie wegen Art oder Schwere der Behinderung erforderlich sind. Sie können bis zu einer Dauer von weiteren zwölf Monaten verlängert werden, wenn auf Grund der Art oder Schwere der Behinderung der gewünschte nachhaltige Qualifizierungserfolg im Einzelfall nicht anders erreicht werden kann und hinreichend gewährleistet ist, dass eine weitere Qualifizierung zur Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung führt.

(3) Leistungen der Berufsbegleitung erhalten Menschen mit Behinderungen insbesondere, um nach Begründung eines sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisses die zu dessen Stabilisierung erforderliche Unterstützung und Krisenintervention zu gewährleisten. Die Leistungen werden bei Zuständigkeit eines Rehabilitationsträgers nach § 6 Absatz 1 Nummer 3 oder 5 von diesem, im Übrigen von dem Integrationsamt im Rahmen seiner Zuständigkeit erbracht, solange und soweit sie wegen Art oder Schwere der Behinderung zur Sicherung des Beschäftigungsverhältnisses erforderlich sind.

(4) Stellt der Rehabilitationsträger während der individuellen betrieblichen Qualifizierung fest, dass voraussichtlich eine anschließende Berufsbegleitung erforderlich ist, für die ein anderer Leistungsträger zuständig ist, beteiligt er diesen frühzeitig.

(5) Die Unterstützte Beschäftigung kann von Integrationsfachdiensten oder anderen Trägern durchgeführt werden. Mit der Durchführung kann nur beauftragt werden, wer über die erforderliche Leistungsfähigkeit verfügt, um seine Aufgaben entsprechend den individuellen Bedürfnissen der Menschen mit Behinderungen erfüllen zu können. Insbesondere müssen die Beauftragten

1. über Fachkräfte verfügen, die eine geeignete Berufsqualifikation, eine psychosoziale oder arbeitspädagogische Zusatzqualifikation und eine ausreichende Berufserfahrung besitzen,
2. in der Lage sein, den Menschen mit Behinderungen geeignete individuelle betriebliche Qualifizierungsplätze zur Verfügung zu stellen und ihre berufliche Eingliederung zu unterstützen,
3. über die erforderliche räumliche und sächliche Ausstattung verfügen sowie
4. ein System des Qualitätsmanagements im Sinne des § 37 Absatz 2 Satz 1 anwenden.

(6) Zur Konkretisierung und Weiterentwicklung der in Absatz 5 genannten Qualitätsanforderungen vereinbaren die Rehabilitationsträger nach § 6 Absatz 1 Nummer 2 bis 5 sowie die Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter und Hauptfürsorgestellen im Rahmen der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation eine gemeinsame Empfehlung. Die gemeinsame Empfehlung kann auch Ausführungen zu möglichen Leistungsinhalten und zur Zusammenarbeit enthalten. § 26 Absatz 4, 6 und 7 sowie § 27 gelten entsprechend.

## § 56

### **Leistungen in Werkstätten für behinderte Menschen**

Leistungen in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen (§ 219) werden erbracht, um die Leistungs- oder Erwerbsfähigkeit der Menschen mit Behinderungen zu erhalten, zu entwickeln, zu verbessern oder wiederherzustellen, die Persönlichkeit dieser Menschen weiterzuentwickeln und ihre Beschäftigung zu ermöglichen oder zu sichern.

## § 57

### **Leistungen im Eingangsverfahren und im Berufsbildungsbereich**

(1) Leistungen im Eingangsverfahren und im Berufsbildungsbereich einer anerkannten Werkstatt für behinderte Menschen erhalten Menschen mit Behinderungen

1. im Eingangsverfahren zur Feststellung, ob die Werkstatt die geeignete Einrichtung für die Teilhabe des Menschen mit Behinderungen am Arbeitsleben ist sowie welche Bereiche der Werkstatt und welche Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben für die Menschen mit Behinderungen in Betracht kommen, und um einen Eingliederungsplan zu erstellen;
2. im Berufsbildungsbereich, wenn die Leistungen erforderlich sind, um die Leistungs- oder Erwerbsfähigkeit des Menschen mit Behinderungen so weit wie möglich zu entwickeln, zu verbessern oder wiederherzustellen und erwartet werden kann, dass der Mensch mit Behinderungen nach Teilnahme an diesen Leistungen in der Lage ist, wenigstens ein Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung im Sinne des § 219 zu erbringen.

(2) Die Leistungen im Eingangsverfahren werden für drei Monate erbracht. Die Leistungsdauer kann auf bis zu vier Wochen verkürzt werden, wenn während des Eingangsverfahrens im Einzelfall festgestellt wird, dass eine kürzere Leistungsdauer ausreichend ist.

(3) Die Leistungen im Berufsbildungsbereich werden für zwei Jahre erbracht. Sie werden in der Regel zunächst für ein Jahr bewilligt. Sie werden für ein weiteres Jahr bewilligt, wenn auf Grund einer fachlichen Stellungnahme, die rechtzeitig vor Ablauf des Förderzeitraums nach Satz 2 abzugeben ist, angenommen wird, dass die Leistungsfähigkeit des Menschen mit Behinderungen weiterentwickelt oder wiedergewonnen werden kann.

(4) Zeiten der individuellen betrieblichen Qualifizierung im Rahmen einer Unterstützten Beschäftigung nach § 55 werden zur Hälfte auf die Dauer des Berufsbildungsbereichs angerechnet. Allerdings dürfen die Zeiten individueller betrieblicher Qualifizierung und die Zeiten des Berufsbildungsbereichs insgesamt nicht mehr als 36 Monate betragen.

## § 58

### **Leistungen im Arbeitsbereich**

(1) Leistungen im Arbeitsbereich einer anerkannten Werkstatt für behinderte Menschen erhalten Menschen mit Behinderungen, bei denen wegen Art oder Schwere der Behinderung

1. eine Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt einschließlich einer Beschäftigung in einem Inklusionsbetrieb (§ 215) oder

2. eine Berufsvorbereitung, eine individuelle betriebliche Qualifizierung im Rahmen Unterstützter Beschäftigung, eine berufliche Anpassung und Weiterbildung oder eine berufliche Ausbildung (§ 49 Absatz 3 Nummer 2 bis 6)

nicht, noch nicht oder noch nicht wieder in Betracht kommt und die in der Lage sind, wenigstens ein Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung zu erbringen. Leistungen im Arbeitsbereich werden im Anschluss an Leistungen im Berufsbildungsbereich (§ 57) oder an entsprechende Leistungen bei einem anderen Leistungsanbieter (§ 60) erbracht. Die Leistungen werden längstens bis zum Ablauf des Monats erbracht, in dem das für die Regelaltersrente im Sinne des Sechsten Buches erforderliche Lebensalter vollendet wird.

(2) Die Leistungen im Arbeitsbereich sind gerichtet auf

1. die Aufnahme, Ausübung und Sicherung einer der Eignung und Neigung des Menschen mit Behinderungen entsprechenden Beschäftigung,
2. die Teilnahme an arbeitsbegleitenden Maßnahmen zur Erhaltung und Verbesserung der im Berufsbildungsbereich erworbenen Leistungsfähigkeit und zur Weiterentwicklung der Persönlichkeit sowie
3. die Förderung des Übergangs geeigneter Menschen mit Behinderungen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt durch geeignete Maßnahmen.

(3) Die Werkstätten erhalten für die Leistungen nach Absatz 2 vom zuständigen Rehabilitationsträger angemessene Vergütungen, die den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Leistungsfähigkeit entsprechen. Die Vergütungen berücksichtigen

1. alle für die Erfüllung der Aufgaben und der fachlichen Anforderungen der Werkstatt notwendigen Kosten sowie
2. die mit der wirtschaftlichen Betätigung der Werkstatt in Zusammenhang stehenden Kosten, soweit diese unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse in der Werkstatt und der dort beschäftigten Menschen mit Behinderungen nach Art und Umfang über die in einem Wirtschaftsunternehmen üblicherweise entstehenden Kosten hinausgehen.

Können die Kosten der Werkstatt nach Satz 2 Nummer 2 im Einzelfall nicht ermittelt werden, kann eine Vergütungspauschale für diese werkstattspezifischen Kosten der wirtschaftlichen Betätigung der Werkstatt vereinbart werden.

(4) Bei der Ermittlung des Arbeitsergebnisses der Werkstatt nach § 12 Absatz 4 der Werkstättenverordnung werden die Auswirkungen der Vergütungen auf die Höhe des Arbeitsergebnisses dargestellt. Dabei wird getrennt ausgewiesen, ob sich durch die Vergütung Verluste oder Gewinne ergeben. Das Arbeitsergebnis der Werkstatt darf nicht zur Minderung der Vergütungen nach Absatz 3 verwendet werden.

## § 59

### **Arbeitsförderungsgeld**

Die Werkstätten für behinderte Menschen erhalten von dem zuständigen Rehabilitationsträger zur Auszahlung an die im Arbeitsbereich beschäftigten Menschen mit Behinderungen zusätzlich zu den Vergütungen nach § 58 Absatz 3 ein Arbeitsförderungsgeld. Das Arbeitsförderungsgeld beträgt monatlich 26 Euro für jeden im Arbeitsbereich beschäftigten Menschen mit Behinderungen, dessen Arbeitsentgelt zusammen mit dem Arbeitsförderungsgeld den Betrag von 325 Euro nicht übersteigt. Ist das Arbeitsentgelt höher als 299 Euro, beträgt das Arbeitsförderungsgeld monatlich den Differenzbetrag zwischen dem Arbeitsentgelt und 325 Euro.

## § 60

### **Andere Leistungsanbieter**

(1) Menschen mit Behinderungen, die Anspruch auf Leistungen nach den §§ 57, 58 haben, können diese auch bei einem anderen Leistungsanbieter in Anspruch nehmen.

(2) Die Vorschriften für Werkstätten für behinderte Menschen gelten mit folgenden Maßgaben für andere Leistungsanbieter:

1. sie bedürfen nicht der förmlichen Anerkennung,
2. sie müssen nicht über eine Mindestplatzzahl und die für die Erbringung der Leistungen in Werkstätten erforderliche räumliche und sächliche Ausstattung verfügen,
3. sie können ihr Angebot auf Leistungen nach § 57 oder § 58 oder Teile solcher Leistungen beschränken und
4. sie sind nicht verpflichtet, Menschen mit Behinderungen Leistungen nach § 57 oder § 58 zu erbringen, wenn und solange die Leistungsvoraussetzungen vorliegen.

(3) Eine Verpflichtung des Leistungsträgers, Leistungen durch andere Leistungsanbieter zu ermöglichen, besteht nicht.

(4) Für das Rechtsverhältnis zwischen dem anderen Leistungsanbieter und dem Menschen mit Behinderungen gilt § 221 entsprechend.

## § 61

### **Budget für Arbeit**

(1) Menschen mit Behinderungen, die Anspruch auf Leistungen nach § 58 haben und denen von einem privaten oder öffentlichen Arbeitgeber ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis mit einer tarifvertraglichen oder ortsüblichen Entlohnung angeboten wird, erhalten mit Abschluss dieses Arbeitsvertrages als Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben ein Budget für Arbeit.

(2) Das Budget für Arbeit umfasst einen Lohnkostenzuschuss an den Arbeitgeber zum Ausgleich der Leistungsminderung des Beschäftigten und die Aufwendungen für die wegen der Behinderung erforderliche Anleitung und Begleitung am Arbeitsplatz. Der Lohnkostenzuschuss beträgt bis zu 75 Prozent des vom Arbeitgeber regelmäßig gezahlten Arbeitsentgelts, höchstens jedoch 40 Prozent der monatlichen Bezugsgröße nach § 18 Absatz 1 des Vierten Buches. Dauer und Umfang der Leistungen bestimmen sich nach den Umständen des Einzelfalles. Durch Landesrecht kann von dem Prozentsatz der Bezugsgröße nach Satz 2 zweiter Halbsatz nach oben abgewichen werden.

(3) Ein Lohnkostenzuschuss ist ausgeschlossen, wenn zu vermuten ist, dass der Arbeitgeber die Beendigung eines anderen Beschäftigungsverhältnisses veranlasst hat, um durch die ersatzweise Einstellung eines Menschen mit Behinderungen den Lohnkostenzuschuss zu erhalten.

(4) Die am Arbeitsplatz wegen der Behinderung erforderliche Anleitung und Begleitung kann von mehreren Leistungsberechtigten gemeinsam in Anspruch genommen werden.

(5) Eine Verpflichtung des Leistungsträgers, Leistungen zur Beschäftigung bei privaten oder öffentlichen Arbeitgebern zu ermöglichen, besteht nicht.

## § 62

### **Wahlrecht des Menschen mit Behinderungen**

(1) Auf Wunsch des Menschen mit Behinderungen werden die Leistungen nach den §§ 57 und 58 von einer nach § 225 anerkannten Werkstatt für behinderte Menschen, von dieser zusammen mit einem oder mehreren anderen Leistungsanbietern oder von einem oder mehreren anderen Leistungsanbietern erbracht.

(2) Werden Teile einer Leistung im Verantwortungsbereich einer Werkstatt für behinderte Menschen oder eines anderen Leistungsanbieters erbracht, so bedarf die Leistungserbringung der Zustimmung des unmittelbar verantwortlichen Leistungsanbieters.

## § 63

**Zuständigkeit nach den Leistungsgesetzen**

(1) Die Leistungen im Eingangsverfahren und im Berufsbildungsbereich einer anerkannten Werkstatt für behinderte Menschen erbringen

1. die Bundesagentur für Arbeit, soweit nicht einer der in den Nummern 2 bis 4 genannten Träger zuständig ist,
2. die Träger der Unfallversicherung im Rahmen ihrer Zuständigkeit für durch Arbeitsunfälle Verletzte und von Berufskrankheiten Betroffene,
3. die Träger der Rentenversicherung unter den Voraussetzungen der §§ 11 bis 13 des Sechsten Buches und
4. die Träger der Kriegsopferfürsorge unter den Voraussetzungen der §§ 26 und 26a des Bundesversorgungsgesetzes.

(2) Die Leistungen im Arbeitsbereich einer anerkannten Werkstatt für behinderte Menschen erbringen

1. die Träger der Unfallversicherung im Rahmen ihrer Zuständigkeit für durch Arbeitsunfälle Verletzte und von Berufskrankheiten Betroffene,
2. die Träger der Kriegsopferfürsorge unter den Voraussetzungen des § 27d Absatz 1 Nummer 3 des Bundesversorgungsgesetzes,
3. die Träger der öffentlichen Jugendhilfe unter den Voraussetzungen des § 35a des Achten Buches und
4. im Übrigen die Träger der Eingliederungshilfe unter den Voraussetzungen des § 99 Absatz 4.

(3) Absatz 1 gilt auch für die Leistungen zur beruflichen Bildung bei einem anderen Leistungsanbieter. Absatz 2 gilt auch für die Leistungen zur Beschäftigung bei einem anderen Leistungsanbieter sowie die Leistung des Budgets für Arbeit.

## Kapitel 11

## Unterhaltssichernde und andere ergänzende Leistungen

## § 64

**Ergänzende Leistungen**

(1) Die Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und zur Teilhabe am Arbeitsleben der in § 6 Absatz 1 Nummer 1 bis 5 genannten Rehabilitationsträger werden ergänzt durch

1. Krankengeld, Versorgungskrankengeld, Verletztengeld, Übergangsgeld, Ausbildungsgeld oder Unterhaltsbeihilfe,
2. Beiträge und Beitragszuschüsse
  - a) zur Krankenversicherung nach Maßgabe des Fünften Buches, des Zweiten Gesetzes über die Krankenversicherung der Landwirte sowie des Künstlersozialversicherungsgesetzes,
  - b) zur Unfallversicherung nach Maßgabe des Siebten Buches,
  - c) zur Rentenversicherung nach Maßgabe des Sechsten Buches sowie des Künstlersozialversicherungsgesetzes,
  - d) zur Bundesagentur für Arbeit nach Maßgabe des Dritten Buches,
  - e) zur Pflegeversicherung nach Maßgabe des Elften Buches,

3. ärztlich verordneten Rehabilitationssport in Gruppen unter ärztlicher Betreuung und Überwachung, einschließlich Übungen für behinderte oder von Behinderung bedrohte Frauen und Mädchen, die der Stärkung des Selbstbewusstseins dienen,
4. ärztlich verordnetes Funktionstraining in Gruppen unter fachkundiger Anleitung und Überwachung,
5. Reisekosten sowie
6. Betriebs- oder Haushaltshilfe und Kinderbetreuungskosten.

(2) Ist der Schutz von Menschen mit Behinderungen bei Krankheit oder Pflege während der Teilnahme an Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben nicht anderweitig sichergestellt, können die Beiträge für eine freiwillige Krankenversicherung ohne Anspruch auf Krankengeld und zur Pflegeversicherung bei einem Träger der gesetzlichen Kranken- oder Pflegeversicherung oder, wenn dort im Einzelfall ein Schutz nicht gewährleistet ist, die Beiträge zu einem privaten Krankenversicherungsunternehmen erbracht werden. Arbeitslose Teilnehmer an Leistungen zur medizinischen Rehabilitation können für die Dauer des Bezuges von Verletztengeld, Versorgungskrankengeld oder Übergangsgeld einen Zuschuss zu ihrem Beitrag für eine private Versicherung gegen Krankheit oder für die Pflegeversicherung erhalten. Der Zuschuss wird nach § 174 Absatz 2 des Dritten Buches berechnet.

## § 65

### Leistungen zum Lebensunterhalt

(1) Im Zusammenhang mit Leistungen zur medizinischen Rehabilitation leisten

1. Krankengeld: die gesetzlichen Krankenkassen nach Maßgabe der §§ 44 und 46 bis 51 des Fünften Buches und des § 8 Absatz 2 in Verbindung mit den §§ 12 und 13 des Zweiten Gesetzes über die Krankenversicherung der Landwirte,
2. Verletztengeld: die Träger der Unfallversicherung nach Maßgabe der §§ 45 bis 48, 52 und 55 des Siebten Buches,
3. Übergangsgeld: die Träger der Rentenversicherung nach Maßgabe dieses Buches und der §§ 20 und 21 des Sechsten Buches,
4. Versorgungskrankengeld: die Träger der Kriegsopferversorgung nach Maßgabe der §§ 16 bis 16h und 18a des Bundesversorgungsgesetzes.

(2) Im Zusammenhang mit Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben leisten Übergangsgeld

1. die Träger der Unfallversicherung nach Maßgabe dieses Buches und der §§ 49 bis 52 des Siebten Buches,
2. die Träger der Rentenversicherung nach Maßgabe dieses Buches und der §§ 20 und 21 des Sechsten Buches,
3. die Bundesagentur für Arbeit nach Maßgabe dieses Buches und der §§ 119 bis 121 des Dritten Buches,
4. die Träger der Kriegsopferfürsorge nach Maßgabe dieses Buches und des § 26a des Bundesversorgungsgesetzes.

(3) Menschen mit Behinderungen oder von Behinderung bedrohte Menschen haben Anspruch auf Übergangsgeld wie bei Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben für den Zeitraum, in dem die berufliche Eignung abgeklärt oder eine Arbeitserprobung durchgeführt wird (§ 49 Absatz 4 Satz 2) und sie wegen der Teilnahme an diesen Maßnahmen kein oder ein geringeres Arbeitsentgelt oder Arbeitseinkommen erzielen.

(4) Der Anspruch auf Übergangsgeld ruht, solange die Leistungsempfängerin einen Anspruch auf Mutterschaftsgeld hat; § 52 Nummer 2 des Siebten Buches bleibt unberührt.

(5) Während der Ausführung von Leistungen zur erstmaligen beruflichen Ausbildung von Menschen mit Behinderungen, berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen und Leistungen zur individuellen betrieblichen Qualifizierung im Rahmen Unterstützter Beschäftigung sowie im Eingangsverfahren und im Berufsbildungsbereich von anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen und anderen Leistungsanbietern leisten

1. die Bundesagentur für Arbeit Ausbildungsgeld nach Maßgabe der §§ 122 bis 126 des Dritten Buches und



2. die Träger der Kriegsopferfürsorge Unterhaltsbeihilfe unter den Voraussetzungen der §§ 26 und 26a des Bundesversorgungsgesetzes.

(6) Die Träger der Kriegsopferfürsorge leisten in den Fällen des § 27d Absatz 1 Nummer 3 des Bundesversorgungsgesetzes ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt nach § 27a des Bundesversorgungsgesetzes.

(7) Das Krankengeld, das Versorgungskrankengeld, das Verletztengeld und das Übergangsgeld werden für Kalendertage gezahlt; wird die Leistung für einen ganzen Kalendermonat gezahlt, so wird dieser mit 30 Tagen angesetzt.

## § 66

### Höhe und Berechnung des Übergangsgelds

(1) Der Berechnung des Übergangsgelds werden 80 Prozent des erzielten regelmäßigen Arbeitsentgelts und Arbeitseinkommens, soweit es der Beitragsberechnung unterliegt (Regelentgelt), zugrunde gelegt, höchstens jedoch das in entsprechender Anwendung des § 67 berechnete Nettoarbeitsentgelt; als Obergrenze gilt die für den Rehabilitationsträger jeweils geltende Beitragsbemessungsgrenze. Bei der Berechnung des Regelentgelts und des Nettoarbeitsentgelts werden die für die jeweilige Beitragsbemessung und Beitragstragung geltenden Besonderheiten der Gleitzone nach § 20 Absatz 2 des Vierten Buches nicht berücksichtigt. Das Übergangsgeld beträgt

1. 75 Prozent der Berechnungsgrundlage für Leistungsempfänger,
  - a) die mindestens ein Kind im Sinne des § 32 Absatz 1, 3 bis 5 des Einkommensteuergesetzes haben,
  - b) die ein Stiefkind (§ 56 Absatz 2 Nummer 1 des Ersten Buches) in ihren Haushalt aufgenommen haben oder
  - c) deren Ehegatten oder Lebenspartner, mit denen sie in häuslicher Gemeinschaft leben, eine Erwerbstätigkeit nicht ausüben können, weil sie die Leistungsempfänger pflegen oder selbst der Pflege bedürfen und keinen Anspruch auf Leistungen aus der Pflegeversicherung haben,
2. 68 Prozent der Berechnungsgrundlage für die übrigen Leistungsempfänger.

Leisten Träger der Kriegsopferfürsorge Übergangsgeld, beträgt das Übergangsgeld 80 Prozent der Berechnungsgrundlage, wenn die Leistungsempfänger eine der Voraussetzungen von Satz 3 Nummer 1 erfüllen, und im Übrigen 70 Prozent der Berechnungsgrundlage.

(2) Das Nettoarbeitsentgelt nach Absatz 1 Satz 1 berechnet sich, indem der Anteil am Nettoarbeitsentgelt, der sich aus dem kalendertäglichen Hinzurechnungsbetrag nach § 67 Absatz 1 Satz 6 ergibt, mit dem Prozentsatz angesetzt wird, der sich aus dem Verhältnis des kalendertäglichen Regelentgeltbetrages nach § 67 Absatz 1 Satz 1 bis 5 zu dem sich aus diesem Regelentgeltbetrag ergebenden Nettoarbeitsentgelt ergibt. Das kalendertägliche Übergangsgeld darf das kalendertägliche Nettoarbeitsentgelt, das sich aus dem Arbeitsentgelt nach § 67 Absatz 1 Satz 1 bis 5 ergibt, nicht übersteigen.

## § 67

### Berechnung des Regelentgelts

(1) Für die Berechnung des Regelentgelts wird das von den Leistungsempfängern im letzten vor Beginn der Leistung oder einer vorangegangenen Arbeitsunfähigkeit abgerechneten Entgeltabrechnungszeitraum, mindestens das während der letzten abgerechneten vier Wochen (Bemessungszeitraum) erzielte und um einmalig gezahltes Arbeitsentgelt verminderte Arbeitsentgelt durch die Zahl der Stunden geteilt, für die es gezahlt wurde. Das Ergebnis wird mit der Zahl der sich aus dem Inhalt des Arbeitsverhältnisses ergebenden regelmäßigen wöchentlichen Arbeitsstunden vervielfacht und durch sieben geteilt. Ist das Arbeitsentgelt nach Monaten bemessen oder ist eine Berechnung des Regelentgelts nach den Sätzen 1 und 2 nicht möglich, gilt der 30. Teil des in dem letzten vor Beginn der Leistung abgerechneten Kalendermonat erzielten und um einmalig gezahltes Arbeitsentgelt verminderten Arbeitsentgelts als Regelentgelt. Wird mit einer Arbeitsleistung Arbeitsentgelt erzielt, das für Zeiten

einer Freistellung vor oder nach dieser Arbeitsleistung fällig wird (Wertguthaben nach § 7b des Vierten Buches), ist für die Berechnung des Regelentgelts das im Bemessungszeitraum der Beitragsberechnung zugrunde liegende und um einmalig gezahltes Arbeitsentgelt verminderte Arbeitsentgelt maßgebend; Wertguthaben, die nicht nach einer Vereinbarung über flexible Arbeitszeitregelungen verwendet werden (§ 23b Absatz 2 des Vierten Buches), bleiben außer Betracht. Bei der Anwendung des Satzes 1 gilt als regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit die Arbeitszeit, die dem gezahlten Arbeitsentgelt entspricht. Für die Berechnung des Regelentgelts wird der 360. Teil des einmalig gezahlten Arbeitsentgelts, das in den letzten zwölf Kalendermonaten vor Beginn der Leistung nach § 23a des Vierten Buches der Beitragsberechnung zugrunde gelegen hat, dem nach den Sätzen 1 bis 5 berechneten Arbeitsentgelt hinzugerechnet.

(2) Bei Teilarbeitslosigkeit ist für die Berechnung das Arbeitsentgelt maßgebend, das in der infolge der Teilarbeitslosigkeit nicht mehr ausgeübten Beschäftigung erzielt wurde.

(3) Für Leistungsempfänger, die Kurzarbeitergeld bezogen haben, wird das regelmäßige Arbeitsentgelt zugrunde gelegt, das zuletzt vor dem Arbeitsausfall erzielt wurde.

(4) Das Regelentgelt wird bis zur Höhe der für den Rehabilitationsträger jeweils geltenden Leistungs- oder Beitragsbemessungsgrenze berücksichtigt, in der Rentenversicherung bis zur Höhe des der Beitragsbemessung zugrunde liegenden Entgelts.

(5) Für Leistungsempfänger, die im Inland nicht einkommensteuerpflichtig sind, werden für die Feststellung des entgangenen Nettoarbeitsentgelts die Steuern berücksichtigt, die bei einer Steuerpflicht im Inland durch Abzug vom Arbeitsentgelt erhoben würden.

## § 68

### **Berechnungsgrundlage in Sonderfällen**

(1) Für die Berechnung des Übergangsgeldes während des Bezuges von Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben werden 65 Prozent eines fiktiven Arbeitsentgelts zugrunde gelegt, wenn

1. die Berechnung nach den §§ 66 und 67 zu einem geringeren Betrag führt,
2. Arbeitsentgelt oder Arbeitseinkommen nicht erzielt worden ist oder
3. der letzte Tag des Bemessungszeitraums bei Beginn der Leistungen länger als drei Jahre zurückliegt.

(2) Für die Festsetzung des fiktiven Arbeitsentgelts ist der Leistungsempfänger der Qualifikationsgruppe zuzuordnen, die seiner beruflichen Qualifikation entspricht. Dafür gilt folgende Zuordnung:

1. für eine Hochschul- oder Fachhochschulausbildung (Qualifikationsgruppe 1) ein Arbeitsentgelt in Höhe von einem Dreihundertstel der Bezugsgröße,
2. für einen Fachschulabschluss, den Nachweis über eine abgeschlossene Qualifikation als Meisterin oder Meister oder einen Abschluss in einer vergleichbaren Einrichtung (Qualifikationsgruppe 2) ein Arbeitsentgelt in Höhe von einem Dreihundertsechzigstel der Bezugsgröße,
3. für eine abgeschlossene Ausbildung in einem Ausbildungsberuf (Qualifikationsgruppe 3) ein Arbeitsentgelt in Höhe von einem Vierhundertfünfzigstel der Bezugsgröße und
4. bei einer fehlenden Ausbildung (Qualifikationsgruppe 4) ein Arbeitsentgelt in Höhe von einem Sechshundertstel der Bezugsgröße.

Maßgebend ist die Bezugsgröße, die für den Wohnsitz oder für den gewöhnlichen Aufenthaltsort der Leistungsempfänger im letzten Kalendermonat vor dem Beginn der Leistung gilt.

## § 69

**Kontinuität der Bemessungsgrundlage**

Haben Leistungsempfänger Krankengeld, Verletztengeld, Versorgungskrankengeld oder Übergangsgeld bezogen und wird im Anschluss daran eine Leistung zur medizinischen Rehabilitation oder zur Teilhabe am Arbeitsleben ausgeführt, so wird bei der Berechnung der diese Leistungen ergänzenden Leistung zum Lebensunterhalt von dem bisher zugrunde gelegten Arbeitsentgelt ausgegangen; es gilt die für den Rehabilitationsträger jeweils geltende Beitragsbemessungsgrenze.

## § 70

**Anpassung der Entgeltersatzleistungen**

(1) Die Berechnungsgrundlage, die dem Krankengeld, dem Versorgungskrankengeld, dem Verletztengeld und dem Übergangsgeld zugrunde liegt, wird jeweils nach Ablauf eines Jahres ab dem Ende des Bemessungszeitraums an die Entwicklung der Bruttoarbeitsentgelte angepasst und zwar entsprechend der Veränderung der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (§ 68 Absatz 2 Satz 1 des Sechsten Buches) vom vorvergangenen zum vergangenen Kalenderjahr.

(2) Der Anpassungsfaktor wird errechnet, indem die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer für das vergangene Kalenderjahr durch die entsprechenden Bruttolöhne und -gehälter für das vorvergangene Kalenderjahr geteilt werden; § 68 Absatz 7 und § 121 Absatz 1 des Sechsten Buches gelten entsprechend.

(3) Eine Anpassung nach Absatz 1 erfolgt, wenn der nach Absatz 2 berechnete Anpassungsfaktor den Wert 1,0000 überschreitet.

(4) Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales gibt jeweils zum 30. Juni eines Kalenderjahres den Anpassungsfaktor, der für die folgenden zwölf Monate maßgebend ist, im Bundesanzeiger bekannt.

## § 71

**Weiterzahlung der Leistungen**

(1) Sind nach Abschluss von Leistungen zur medizinischen Rehabilitation oder von Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben weitere Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben erforderlich, während derer dem Grunde nach Anspruch auf Übergangsgeld besteht, und können diese Leistungen aus Gründen, die die Leistungsempfänger nicht zu vertreten haben, nicht unmittelbar anschließend durchgeführt werden, werden das Verletztengeld, das Versorgungskrankengeld oder das Übergangsgeld für diese Zeit weitergezahlt. Voraussetzung für die Weiterzahlung ist, dass

1. die Leistungsempfänger arbeitsunfähig sind und keinen Anspruch auf Krankengeld mehr haben oder
2. den Leistungsempfängern eine zumutbare Beschäftigung aus Gründen, die sie nicht zu vertreten haben, nicht vermittelt werden kann.

(2) Leistungsempfänger haben die Verzögerung von Weiterzahlungen insbesondere dann zu vertreten, wenn sie zumutbare Angebote von Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben nur deshalb ablehnen, weil die Leistungen in größerer Entfernung zu ihren Wohnorten angeboten werden. Für die Beurteilung der Zumutbarkeit ist § 140 Absatz 4 des Dritten Buches entsprechend anzuwenden.

(3) Können Leistungsempfänger Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben allein aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr, aber voraussichtlich wieder in Anspruch nehmen, werden Übergangsgeld und Unterhaltsbeihilfe bis zum Ende dieser Leistungen, höchstens bis zu sechs Wochen weitergezahlt.

(4) Sind die Leistungsempfänger im Anschluss an eine abgeschlossene Leistung zur Teilhabe am Arbeitsleben arbeitslos, werden Übergangsgeld und Unterhaltsbeihilfe während der Arbeitslosigkeit bis zu drei Monate

weitergezahlt, wenn sie sich bei der Agentur für Arbeit arbeitslos gemeldet haben und einen Anspruch auf Arbeitslosengeld von mindestens drei Monaten nicht geltend machen können; die Anspruchsdauer von drei Monaten vermindert sich um die Anzahl von Tagen, für die Leistungsempfänger im Anschluss an eine abgeschlossene Leistung zur Teilhabe am Arbeitsleben einen Anspruch auf Arbeitslosengeld geltend machen können. In diesem Fall beträgt das Übergangsgeld

1. 67 Prozent bei Leistungsempfängern, bei denen die Voraussetzungen des erhöhten Bemessungssatzes nach § 66 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 vorliegen und
  2. 60 Prozent bei den übrigen Leistungsempfängern,
- des sich aus § 66 Absatz 1 Satz 1 oder § 68 ergebenden Betrages.

(5) Ist im unmittelbaren Anschluss an Leistungen zur medizinischen Rehabilitation eine stufenweise Wiedereingliederung (§ 44) erforderlich, wird das Übergangsgeld bis zum Ende der Wiedereingliederung weitergezahlt.

## § 72

### **Einkommensanrechnung**

(1) Auf das Übergangsgeld der Rehabilitationsträger nach § 6 Absatz 1 Nummer 2, 4 und 5 wird Folgendes angerechnet:

1. Erwerbseinkommen aus einer Beschäftigung oder einer während des Anspruchs auf Übergangsgeld ausgeübten Tätigkeit, das bei Beschäftigten um die gesetzlichen Abzüge und um einmalig gezahltes Arbeitsentgelt und bei sonstigen Leistungsempfängern um 20 Prozent zu vermindern ist,
2. Leistungen des Arbeitgebers zum Übergangsgeld, soweit sie zusammen mit dem Übergangsgeld das vor Beginn der Leistung erzielte, um die gesetzlichen Abzüge verminderte Arbeitsentgelt übersteigen,
3. Geldleistungen, die eine öffentlich-rechtliche Stelle im Zusammenhang mit einer Leistung zur medizinischen Rehabilitation oder einer Leistung zur Teilhabe am Arbeitsleben erbringt,
4. Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit oder Verletztenrenten in Höhe des sich aus § 18a Absatz 3 Satz 1 Nummer 4 des Vierten Buches ergebenden Betrages, wenn sich die Minderung der Erwerbsfähigkeit auf die Höhe der Berechnungsgrundlage für das Übergangsgeld nicht ausgewirkt hat,
5. Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit, die aus demselben Anlass wie die Leistungen zur Teilhabe erbracht werden, wenn durch die Anrechnung eine unbillige Doppelleistung vermieden wird,
6. Renten wegen Alters, die bei der Berechnung des Übergangsgeldes aus einem Teilarbeitsentgelt nicht berücksichtigt wurden,
7. Verletzengeld nach den Vorschriften des Siebten Buches und
8. vergleichbare Leistungen nach den Nummern 1 bis 7, die von einer Stelle außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzbuchs erbracht werden.

(2) Bei der Anrechnung von Verletztenrenten mit Kinderzulage und von Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit mit Kinderzuschuss auf das Übergangsgeld bleibt ein Betrag in Höhe des Kindergeldes nach § 66 des Einkommensteuergesetzes oder § 6 des Bundeskindergeldgesetzes außer Ansatz.

(3) Wird ein Anspruch auf Leistungen, um die das Übergangsgeld nach Absatz 1 Nummer 3 zu kürzen wäre, nicht erfüllt, geht der Anspruch insoweit mit Zahlung des Übergangsgeldes auf den Rehabilitationsträger über; die §§ 104 und 115 des Zehnten Buches bleiben unberührt.

## § 73

**Reisekosten**

(1) Als Reisekosten werden die erforderlichen Fahr-, Verpflegungs- und Übernachtungskosten übernommen, die im Zusammenhang mit der Ausführung einer Leistung zur medizinischen Rehabilitation oder zur Teilhabe am Arbeitsleben stehen. Zu den Reisekosten gehören auch die Kosten

1. für besondere Beförderungsmittel, deren Inanspruchnahme wegen der Art oder Schwere der Behinderung erforderlich ist,
2. für eine wegen der Behinderung erforderliche Begleitperson einschließlich des für die Zeit der Begleitung entstehenden Verdienstausfalls,
3. für Kinder, deren Mitnahme an den Rehabilitationsort erforderlich ist, weil ihre anderweitige Betreuung nicht sichergestellt ist sowie
4. für den erforderlichen Gepäcktransport.

(2) Während der Ausführung von Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben werden im Regelfall auch Reisekosten für zwei Familienheimfahrten je Monat übernommen. Anstelle der Kosten für die Familienheimfahrten können für Fahrten von Angehörigen vom Wohnort zum Aufenthaltsort der Leistungsempfänger und zurück Reisekosten übernommen werden.

(3) Reisekosten nach Absatz 2 werden auch im Zusammenhang mit Leistungen zur medizinischen Rehabilitation übernommen, wenn die Leistungen länger als acht Wochen erbracht werden.

(4) Fahrkosten werden in Höhe des Betrages zugrunde gelegt, der bei Benutzung eines regelmäßig verkehrenden öffentlichen Verkehrsmittels der niedrigsten Beförderungsklasse des zweckmäßigsten öffentlichen Verkehrsmittels zu zahlen ist, bei Benutzung sonstiger Verkehrsmittel in Höhe der Wegstreckenentschädigung nach § 5 Absatz 1 des Bundesreisekostengesetzes. Bei Fahrpreiserhöhungen, die nicht geringfügig sind, hat auf Antrag des Leistungsempfängers eine Anpassung der Fahrkostenentschädigung zu erfolgen, wenn die Maßnahme noch mindestens zwei weitere Monate andauert. Kosten für Pendelfahrten können nur bis zur Höhe des Betrages übernommen werden, der unter Berücksichtigung von Art und Schwere der Behinderung bei einer zumutbaren auswärtigen Unterbringung für Unterbringung und Verpflegung zu leisten wäre.

## § 74

**Haushalts- oder Betriebshilfe und Kinderbetreuungskosten**

(1) Haushaltshilfe wird geleistet, wenn

1. den Leistungsempfängern wegen der Ausführung einer Leistung zur medizinischen Rehabilitation oder einer Leistung zur Teilhabe am Arbeitsleben die Weiterführung des Haushalts nicht möglich ist,
2. eine andere im Haushalt lebende Person den Haushalt nicht weiterführen kann und
3. im Haushalt ein Kind lebt, das bei Beginn der Haushaltshilfe noch nicht zwölf Jahre alt ist oder wenn das Kind eine Behinderung hat und auf Hilfe angewiesen ist.

§ 38 Absatz 4 des Fünften Buches gilt entsprechend.

(2) Anstelle der Haushaltshilfe werden auf Antrag des Leistungsempfängers die Kosten für die Mitnahme oder für die anderweitige Unterbringung des Kindes bis zur Höhe der Kosten der sonst zu erbringenden Haushaltshilfe übernommen, wenn die Unterbringung und Betreuung des Kindes in dieser Weise sichergestellt ist.

(3) Kosten für die Kinderbetreuung des Leistungsempfängers können bis zu einem Betrag von 160 Euro je Kind und Monat übernommen werden, wenn die Kosten durch die Ausführung einer Leistung zur medizinischen Rehabilitation oder zur Teilhabe am Arbeitsleben unvermeidbar sind. Es werden neben den Leistungen zur Kinderbetreuung keine Leistungen nach den Absätzen 1 und 2 erbracht. Der in Satz 1 genannte Betrag erhöht sich

entsprechend der Veränderung der Bezugsgröße nach § 18 Absatz 1 des Vierten Buches; § 160 Absatz 3 Satz 2 bis 5 gilt entsprechend.

(4) Abweichend von den Absätzen 1 bis 3 erbringen die landwirtschaftliche Alterskasse und die landwirtschaftliche Krankenkasse Betriebs- und Haushaltshilfe nach den §§ 10 und 36 des Gesetzes über die Alterssicherung der Landwirte und nach den §§ 9 und 10 des Zweiten Gesetzes über die Krankenversicherung der Landwirte, die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft für die bei ihr versicherten landwirtschaftlichen Unternehmer und im Unternehmen mitarbeitenden Ehegatten nach den §§ 54 und 55 des Siebten Buches.

## Kapitel 12

### Leistungen zur Teilhabe an Bildung

#### § 75

##### **Leistungen zur Teilhabe an Bildung**

(1) Zur Teilhabe an Bildung werden unterstützende Leistungen erbracht, die erforderlich sind, damit Menschen mit Behinderungen Bildungsangebote gleichberechtigt wahrnehmen können.

(2) Die Leistungen umfassen insbesondere

1. Hilfen zur Schulbildung, insbesondere im Rahmen der Schulpflicht einschließlich der Vorbereitung hierzu,
2. Hilfen zur schulischen Berufsausbildung,
3. Hilfen zur Hochschulbildung und
4. Hilfen zur schulischen und hochschulischen beruflichen Weiterbildung.

Die Rehabilitationsträger nach § 6 Absatz 1 Nummer 3 erbringen ihre Leistungen unter den Voraussetzungen und im Umfang der Bestimmungen des Siebten Buches als Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben oder zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft.

## Kapitel 13

### Soziale Teilhabe

#### § 76

##### **Leistungen zur Sozialen Teilhabe**

(1) Leistungen zur Sozialen Teilhabe werden erbracht, um eine gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen oder zu erleichtern, soweit sie nicht nach den Kapiteln 9 bis 12 erbracht werden. Hierzu gehört, Leistungsberechtigte zu einer möglichst selbstbestimmten und eigenverantwortlichen Lebensführung im eigenen Wohnraum sowie in ihrem Sozialraum zu befähigen oder sie hierbei zu unterstützen. Maßgeblich sind die Ermittlungen und Feststellungen nach den Kapiteln 3 und 4.

(2) Leistungen zur Sozialen Teilhabe sind insbesondere

1. Leistungen für Wohnraum,
2. Assistenzleistungen,
3. heilpädagogische Leistungen,
4. Leistungen zur Betreuung in einer Pflegefamilie,

5. Leistungen zum Erwerb und Erhalt praktischer Kenntnisse und Fähigkeiten,
6. Leistungen zur Förderung der Verständigung,
7. Leistungen zur Mobilität und
8. Hilfsmittel.

#### § 77

##### **Leistungen für Wohnraum**

(1) Leistungen für Wohnraum werden erbracht, um Leistungsberechtigten zu Wohnraum zu verhelfen, der zur Führung eines möglichst selbstbestimmten, eigenverantwortlichen Lebens geeignet ist. Die Leistungen umfassen Leistungen für die Beschaffung, den Umbau, die Ausstattung und die Erhaltung von Wohnraum, der den besonderen Bedürfnissen von Menschen mit Behinderungen entspricht.

(2) Aufwendungen für Wohnraum oberhalb der Angemessenheitsgrenze nach § 42a des Zwölften Buches sind zu erstatten, soweit wegen des Umfangs von Assistenzleistungen ein gesteigerter Wohnraumbedarf besteht.

#### § 78

##### **Assistenzleistungen**

(1) Zur selbstbestimmten und eigenständigen Bewältigung des Alltages einschließlich der Tagesstrukturierung werden Leistungen für Assistenz erbracht. Sie umfassen insbesondere Leistungen für die allgemeinen Erledigungen des Alltags wie die Haushaltsführung, die Gestaltung sozialer Beziehungen, die persönliche Lebensplanung, die Teilhabe am gemeinschaftlichen und kulturellen Leben, die Freizeitgestaltung einschließlich sportlicher Aktivitäten sowie die Sicherstellung der Wirksamkeit der ärztlichen und ärztlich verordneten Leistungen. Sie beinhalten die Verständigung mit der Umwelt in diesen Bereichen.

(2) Die Leistungsberechtigten entscheiden auf der Grundlage des Teilhabeplans nach § 19 über die konkrete Gestaltung der Leistungen hinsichtlich Ablauf, Ort und Zeitpunkt der Inanspruchnahme. Die Leistungen umfassen

1. die vollständige und teilweise Übernahme von Handlungen zur Alltagsbewältigung sowie die Begleitung der Leistungsberechtigten und
2. die Befähigung der Leistungsberechtigten zu einer eigenständigen Alltagsbewältigung.

Die Leistungen nach Nummer 2 werden von Fachkräften als qualifizierte Assistenz erbracht. Sie umfassen insbesondere die Anleitungen und Übungen in den Bereichen nach Absatz 1 Satz 2.

(3) Die Leistungen für Assistenz nach Absatz 1 umfassen auch Leistungen an Mütter und Väter mit Behinderungen bei der Versorgung und Betreuung ihrer Kinder.

(4) Sind mit der Assistenz nach Absatz 1 notwendige Fahrkosten oder weitere Aufwendungen des Assistenzgebers, die nach den Besonderheiten des Einzelfalles notwendig sind, verbunden, werden diese als ergänzende Leistungen erbracht.

(5) Leistungsberechtigten Personen, die ein Ehrenamt ausüben, sind angemessene Aufwendungen für eine notwendige Unterstützung zu erstatten, soweit die Unterstützung nicht zumutbar unentgeltlich erbracht werden kann. Die notwendige Unterstützung soll hierbei vorrangig im Rahmen familiärer, freundschaftlicher, nachbarschaftlicher oder ähnlich persönlicher Beziehungen erbracht werden.

(6) Leistungen zur Erreichbarkeit einer Ansprechperson unabhängig von einer konkreten Inanspruchnahme werden erbracht, soweit dies nach den Besonderheiten des Einzelfalles erforderlich ist.

## § 79

**Heilpädagogische Leistungen**

(1) Heilpädagogische Leistungen werden an noch nicht eingeschulte leistungsberechtigte Kinder erbracht, wenn nach fachlicher Erkenntnis zu erwarten ist, dass hierdurch

1. eine drohende Behinderung abgewendet oder der fortschreitende Verlauf einer Behinderung verlangsamt wird oder
2. die Folgen einer Behinderung beseitigt oder gemildert werden können.

Heilpädagogische Leistungen werden immer an schwerstbehinderte und schwerstmehrfachbehinderte Kinder, die noch nicht eingeschult sind, erbracht.

(2) Heilpädagogische Leistungen umfassen alle Maßnahmen, die zur Entwicklung des Kindes und zur Entfaltung seiner Persönlichkeit beitragen, einschließlich der jeweils erforderlichen nichtärztlichen therapeutischen, psychologischen, sonderpädagogischen, psychosozialen Leistungen und der Beratung der Erziehungsberechtigten, soweit die Leistungen nicht von § 46 Absatz 1 erfasst sind.

(3) In Verbindung mit Leistungen zur Früherkennung und Frühförderung nach § 46 Absatz 3 werden heilpädagogische Leistungen als Komplexleistung erbracht. Die Vorschriften der Verordnung zur Früherkennung und Frühförderung behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder finden Anwendung. In Verbindung mit schulvorbereitenden Maßnahmen der Schulträger werden die Leistungen ebenfalls als Komplexleistung erbracht.

## § 80

**Leistungen zur Betreuung in einer Pflegefamilie**

Leistungen zur Betreuung in einer Pflegefamilie werden erbracht, um Leistungsberechtigten die Betreuung in einer anderen Familie als der Herkunftsfamilie durch eine geeignete Pflegeperson zu ermöglichen. Bei minderjährigen Leistungsberechtigten bedarf die Pflegeperson der Erlaubnis nach § 44 des Achten Buches. Bei volljährigen Leistungsberechtigten gilt § 44 des Achten Buches entsprechend. Die Regelungen über Verträge mit Leistungserbringern bleiben unberührt.

## § 81

**Leistungen zum Erwerb und Erhalt praktischer Kenntnisse und Fähigkeiten**

Leistungen zum Erwerb und Erhalt praktischer Kenntnisse und Fähigkeiten werden erbracht, um Leistungsberechtigten die für sie erreichbare Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen. Die Leistungen sind insbesondere darauf gerichtet, die Leistungsberechtigten in Fördergruppen und Schulungen oder ähnlichen Maßnahmen zur Vornahme lebenspraktischer Handlungen einschließlich hauswirtschaftlicher Tätigkeiten zu befähigen, sie auf die Teilhabe am Arbeitsleben vorzubereiten, ihre Sprache und Kommunikation zu verbessern und sie zu befähigen, sich ohne fremde Hilfe sicher im Verkehr zu bewegen. Die Leistungen umfassen auch die blindentechnische Grundausbildung.

## § 82

**Leistungen zur Förderung der Verständigung**

Leistungen zur Förderung der Verständigung werden erbracht, um Leistungsberechtigten mit Hör- und Sprachbehinderungen die Verständigung mit der Umwelt aus besonderem Anlass zu ermöglichen oder zu erleichtern. Die Leistungen umfassen insbesondere Hilfen durch Gebärdensprachdolmetscher und andere geeignete Kommunikationshilfen. § 17 Absatz 2 des Ersten Buches bleibt unberührt.



## § 83

**Leistungen zur Mobilität**

(1) Leistungen zur Mobilität umfassen

1. Leistungen zur Beförderung, insbesondere durch einen Beförderungsdienst, und
2. Leistungen für ein Kraftfahrzeug.

(2) Leistungen nach Absatz 1 erhalten Leistungsberechtigte nach § 2, denen die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel auf Grund der Art und Schwere ihrer Behinderung nicht zumutbar ist. Leistungen nach Absatz 1 Nummer 2 werden nur erbracht, wenn die Leistungsberechtigten das Kraftfahrzeug führen können oder gewährleistet ist, dass ein Dritter das Kraftfahrzeug für sie führt und Leistungen nach Absatz 1 Nummer 1 nicht zumutbar oder wirtschaftlich sind.

(3) Die Leistungen nach Absatz 1 Nummer 2 umfassen Leistungen

1. zur Beschaffung eines Kraftfahrzeugs,
2. für die erforderliche Zusatzausstattung,
3. zur Erlangung der Fahrerlaubnis,
4. zur Instandhaltung und
5. für die mit dem Betrieb des Kraftfahrzeugs verbundenen Kosten.

Die Bemessung der Leistungen orientiert sich an der Kraftfahrzeughilfe-Verordnung.

(4) Sind die Leistungsberechtigten minderjährig, umfassen die Leistungen nach Absatz 1 Nummer 2 den wegen der Behinderung erforderlichen Mehraufwand bei der Beschaffung des Kraftfahrzeugs sowie Leistungen nach Absatz 3 Nummer 2.

## § 84

**Hilfsmittel**

(1) Die Leistungen umfassen Hilfsmittel, die erforderlich sind, um eine durch die Behinderung bestehende Einschränkung einer gleichberechtigten Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft auszugleichen. Hierzu gehören insbesondere barrierefreie Computer.

(2) Die Leistungen umfassen auch eine notwendige Unterweisung im Gebrauch der Hilfsmittel sowie deren notwendige Instandhaltung oder Änderung.

(3) Soweit es im Einzelfall erforderlich ist, werden Leistungen für eine Doppelausstattung erbracht.

## Kapitel 14

**Beteiligung der Verbände und Träger**

## § 85

**Klagerecht der Verbände**

Werden Menschen mit Behinderungen in ihren Rechten nach diesem Buch verletzt, können an ihrer Stelle und mit ihrem Einverständnis Verbände klagen, die nach ihrer Satzung Menschen mit Behinderungen auf Bundes-

oder Landesebene vertreten und nicht selbst am Prozess beteiligt sind. In diesem Fall müssen alle Verfahrensvoraussetzungen wie bei einem Rechtsschutzersuchen durch den Menschen mit Behinderungen selbst vorliegen.

## § 86

### **Beirat für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen**

(1) Beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales wird ein Beirat für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen gebildet, der das Bundesministerium für Arbeit und Soziales in Fragen der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen berät und bei Aufgaben der Koordinierung unterstützt. Zu den Aufgaben des Beirats gehören insbesondere auch

1. die Unterstützung bei der Förderung von Rehabilitationseinrichtungen und die Mitwirkung bei der Vergabe der Mittel des Ausgleichsfonds sowie
2. die Anregung und Koordinierung von Maßnahmen zur Evaluierung der in diesem Buch getroffenen Regelungen im Rahmen der Rehabilitationsforschung und als forschungsbegleitender Ausschuss die Unterstützung des Bundesministeriums bei der Festlegung von Fragestellungen und Kriterien.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales trifft Entscheidungen über die Vergabe der Mittel des Ausgleichsfonds nur auf Grund von Vorschlägen des Beirats.

(2) Der Beirat besteht aus 48 Mitgliedern. Von diesen beruft das Bundesministerium für Arbeit und Soziales

1. zwei Mitglieder auf Vorschlag der Gruppenvertreter der Arbeitnehmer im Verwaltungsrat der Bundesagentur für Arbeit,
2. zwei Mitglieder auf Vorschlag der Gruppenvertreter der Arbeitgeber im Verwaltungsrat der Bundesagentur für Arbeit,
3. sechs Mitglieder auf Vorschlag der Behindertenverbände, die nach der Zusammensetzung ihrer Mitglieder dazu berufen sind, Menschen mit Behinderungen auf Bundesebene zu vertreten,
4. 16 Mitglieder auf Vorschlag der Länder,
5. drei Mitglieder auf Vorschlag der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände,
6. ein Mitglied auf Vorschlag der Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter und Hauptfürsorgestellen,
7. ein Mitglied auf Vorschlag des Vorstands der Bundesagentur für Arbeit,
8. zwei Mitglieder auf Vorschlag des Spitzenverbandes Bund der Krankenkassen,
9. ein Mitglied auf Vorschlag der Spitzenvereinigungen der Träger der gesetzlichen Unfallversicherung,
10. drei Mitglieder auf Vorschlag der Deutschen Rentenversicherung Bund,
11. ein Mitglied auf Vorschlag der Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe,
12. ein Mitglied auf Vorschlag der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege,
13. ein Mitglied auf Vorschlag der Bundesarbeitsgemeinschaft für Unterstützte Beschäftigung,
14. fünf Mitglieder auf Vorschlag der Arbeitsgemeinschaften der Einrichtungen der medizinischen Rehabilitation, der Berufsförderungswerke, der Berufsbildungswerke, der Werkstätten für behinderte Menschen und der Inklusionsbetriebe,
15. ein Mitglied auf Vorschlag der für die Wahrnehmung der Interessen der ambulanten und stationären Rehabilitationseinrichtungen auf Bundesebene maßgeblichen Spitzenverbände und
16. zwei Mitglieder auf Vorschlag der Kassenärztlichen Bundesvereinigung und der Bundesärztekammer.

Für jedes Mitglied ist ein stellvertretendes Mitglied zu berufen.

## § 87

**Verfahren des Beirats**

Der Beirat für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen wählt aus den ihm angehörenden Mitgliedern von Seiten der Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Organisationen behinderter Menschen jeweils für die Dauer eines Jahres eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden und eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter. Im Übrigen gilt § 189 entsprechend.

## § 88

**Berichte über die Lage von Menschen mit Behinderungen und die Entwicklung ihrer Teilhabe**

(1) Die Bundesregierung berichtet den gesetzgebenden Körperschaften des Bundes einmal in der Legislaturperiode, mindestens jedoch alle vier Jahre, über die Lebenslagen der Menschen mit Behinderungen und der von Behinderung bedrohten Menschen sowie über die Entwicklung ihrer Teilhabe am Arbeitsleben und am Leben in der Gesellschaft. Die Berichterstattung zu den Lebenslagen umfasst Querschnittsthemen wie Gender Mainstreaming, Migration, Alter, Barrierefreiheit, Diskriminierung, Assistenzbedarf und Armut. Gegenstand des Berichts sind auch Forschungsergebnisse über Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit staatlicher Maßnahmen und der Leistungen der Rehabilitationsträger für die Zielgruppen des Berichts.

(2) Die Verbände der Menschen mit Behinderungen werden an der Weiterentwicklung des Berichtskonzeptes beteiligt.

## § 89

**Verordnungsermächtigung**

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales kann durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates weitere Vorschriften über die Geschäftsführung und das Verfahren des Beirats nach § 87 erlassen.

## Teil 2

**Besondere Leistungen zur selbstbestimmten Lebensführung für Menschen mit Behinderungen (Eingliederungshilferecht)**

## Kapitel 1

**Allgemeine Vorschriften**

## § 90

**Aufgabe der Eingliederungshilfe**

(1) Aufgabe der Eingliederungshilfe ist es, Leistungsberechtigten eine individuelle Lebensführung zu ermöglichen, die der Würde des Menschen entspricht, und die volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu fördern. Die Leistung soll sie befähigen, ihre Lebensplanung und -führung möglichst selbstbestimmt und eigenverantwortlich wahrnehmen zu können.

(2) Besondere Aufgabe der medizinischen Rehabilitation ist es, eine Beeinträchtigung nach § 99 Absatz 1 abzuwenden, zu beseitigen, zu mindern, auszugleichen, eine Verschlimmerung zu verhüten oder die Leistungsberechtigten soweit wie möglich unabhängig von Pflege zu machen.

(3) Besondere Aufgabe der Teilhabe am Arbeitsleben ist es, die Aufnahme, Ausübung und Sicherung einer der Eignung und Neigung der Leistungsberechtigten entsprechenden Beschäftigung sowie die Weiterentwicklung ihrer Leistungsfähigkeit und Persönlichkeit zu fördern.

(4) Besondere Aufgabe der Teilhabe an Bildung ist es, Leistungsberechtigten eine ihren Fähigkeiten und Leistungen entsprechende Schulbildung und schulische und hochschulische Aus- und Weiterbildung für einen Beruf zur Förderung ihrer Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu ermöglichen.

(5) Besondere Aufgabe der Sozialen Teilhabe ist es, die gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen oder zu erleichtern.

## § 91

### **Nachrang der Eingliederungshilfe**

(1) Eingliederungshilfe erhält, wer die erforderliche Leistung nicht von anderen oder von Trägern anderer Sozialleistungen erhält.

(2) Verpflichtungen anderer, insbesondere der Träger anderer Sozialleistungen, bleiben unberührt. Leistungen anderer dürfen nicht deshalb versagt werden, weil dieser Teil entsprechende Leistungen vorsieht; dies gilt insbesondere bei einer gesetzlichen Verpflichtung der Träger anderer Sozialleistungen oder anderer Stellen, in ihrem Verantwortungsbereich die Verwirklichung der Rechte für Menschen mit Behinderungen zu gewährleisten oder zu fördern.

(3) Im häuslichen Umfeld im Sinne des § 36 des Elften Buches der Leistungsberechtigten gehen die Leistungen der Pflegeversicherung nach dem Elften Buch und die Leistungen der Hilfe zur Pflege nach dem Siebten Kapitel des Zwölften Buches und die Leistungen der Hilfe zur Pflege nach dem Bundesversorgungsgesetz den Leistungen der Eingliederungshilfe vor, es sei denn, bei der Leistungserbringung steht die Erfüllung der Aufgaben der Eingliederungshilfe im Vordergrund. Außerhalb des häuslichen Umfelds gehen die Leistungen der Eingliederungshilfe den in Satz 1 genannten Leistungen vor.

## § 92

### **Beitrag**

Zu den Leistungen der Eingliederungshilfe ist nach Maßgabe des Kapitels 9 ein Beitrag aufzubringen.

## § 93

### **Verhältnis zu anderen Rechtsbereichen**

(1) Die Vorschriften über die Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem Zweiten Buch sowie über die Hilfe zum Lebensunterhalt und die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Zwölften Buch bleiben unberührt.

(2) Die Vorschriften über die Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten nach dem Achten Kapitel des Zwölften Buches, über die Altenhilfe nach § 71 des Zwölften Buches und über die Blindenhilfe nach § 72 des Zwölften Buches bleiben unberührt.

(3) Die Hilfen zur Gesundheit nach dem Zwölften Buch gehen den Leistungen der Eingliederungshilfe vor, wenn sie zur Beseitigung einer Beeinträchtigung mit drohender erheblicher Teilhabe einschränkung nach § 99 geeignet sind.

## § 94

**Aufgaben der Länder**

(1) Die Länder bestimmen die für die Durchführung dieses Teils zuständigen Träger der Eingliederungshilfe. Bis zu einer Bestimmung im Sinne des Satzes 1 bleiben die bislang für die Eingliederungshilfe nach dem Sechsten Kapitel des Zwölften Buches zuständigen Träger für die Eingliederungshilfe nach diesem Teil zuständig.

(2) Bei der Bestimmung durch Landesrecht ist sicherzustellen, dass die Träger der Eingliederungshilfe nach ihrer Leistungsfähigkeit zur Erfüllung dieser Aufgaben geeignet sind. Sind in einem Land mehrere Träger der Eingliederungshilfe bestimmt worden, unterstützen die obersten Landessozialbehörden die Träger bei der Durchführung der Aufgaben nach diesem Teil. Dabei sollen sie insbesondere den Erfahrungsaustausch zwischen den Trägern sowie die Entwicklung und Durchführung von Instrumenten zur zielgerichteten Erbringung und Überprüfung von Leistungen und der Qualitätssicherung einschließlich der Wirksamkeit der Leistungen fördern.

(3) Die Länder haben auf flächendeckende, bedarfsdeckende, am Sozialraum orientierte und inklusiv ausgerichtete Angebote von Leistungsanbietern hinzuwirken und unterstützen die Träger der Eingliederungshilfe bei der Umsetzung ihres Sicherstellungsauftrages.

(4) Zur Förderung und Weiterentwicklung der Strukturen der Eingliederungshilfe bildet jedes Land eine Arbeitsgemeinschaft. Die Arbeitsgemeinschaften bestehen aus Vertretern des für die Eingliederungshilfe zuständigen Ministeriums, der Träger der Eingliederungshilfe, der Leistungserbringer sowie aus Vertretern der Verbände für Menschen mit Behinderungen. Die Landesregierungen werden ermächtigt, durch Rechtsverordnung das Nähere über die Zusammensetzung und das Verfahren zu bestimmen.

(5) Die Länder treffen sich regelmäßig unter Beteiligung des Bundes sowie der Träger der Eingliederungshilfe zur Evidenzbeobachtung und zu einem Erfahrungsaustausch. Die Verbände der Leistungserbringer sowie die Verbände für Menschen mit Behinderungen können hinzugezogen werden. Gegenstand der Evidenzbeobachtung und des Erfahrungsaustausches sind insbesondere

1. die Wirkung und Qualifizierung der Steuerungsinstrumente,
2. die Wirkungen der Regelungen zum leistungsberechtigten Personenkreis nach § 99 sowie der neuen Leistungen und Leistungsstrukturen,
3. die Umsetzung des Wunsch- und Wahlrechtes nach § 104 Absatz 1 und 2,
4. die Wirkung der Koordinierung der Leistungen und der trägerübergreifenden Verfahren der Bedarfsermittlung und -feststellung und
5. die Auswirkungen des Beitrags.

Die Erkenntnisse sollen zur Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe zusammengeführt werden.

## § 95

**Sicherstellungsauftrag**

Die Träger der Eingliederungshilfe haben im Rahmen ihrer Leistungsverpflichtung eine personenzentrierte Leistung für Leistungsberechtigte unabhängig vom Ort der Leistungserbringung sicherzustellen (Sicherstellungsauftrag), soweit dieser Teil nichts Abweichendes bestimmt. Sie schließen hierzu Vereinbarungen mit den Leistungsanbietern nach den Vorschriften des Kapitels 8 ab. Im Rahmen der Strukturplanung sind die Erkenntnisse aus der Gesamtplanung nach Kapitel 7 zu berücksichtigen.

## § 96

**Zusammenarbeit**

(1) Die Träger der Eingliederungshilfe arbeiten mit Leistungsanbietern und anderen Stellen, deren Aufgabe die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen betrifft, zusammen.

(2) Die Stellung der Kirchen und Religionsgesellschaften des öffentlichen Rechts sowie der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege als Träger eigener sozialer Aufgaben und ihre Tätigkeit zur Erfüllung dieser Aufgaben werden durch diesen Teil nicht berührt.

(3) Ist die Beratung und Sicherung der gleichmäßigen, gemeinsamen oder ergänzenden Erbringung von Leistungen geboten, sollen zu diesem Zweck Arbeitsgemeinschaften gebildet werden.

(4) Sozialdaten dürfen im Rahmen der Zusammenarbeit nur erhoben, verarbeitet oder genutzt werden, soweit dies zur Erfüllung von Aufgaben nach diesem Teil erforderlich ist oder durch Rechtsvorschriften des Sozialgesetzbuches angeordnet oder erlaubt ist. Die Leistungsberechtigten sind über die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung ihrer Daten zu informieren. Sie sind auf ihr Recht hinzuweisen, der Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung ihrer Daten widersprechen zu können.

## § 97

**Fachkräfte**

Bei der Durchführung der Aufgaben dieses Teils beschäftigen die Träger der Eingliederungshilfe eine dem Bedarf entsprechende Anzahl an Fachkräften aus unterschiedlichen Fachdisziplinen. Diese sollen

1. eine ihren Aufgaben entsprechende Ausbildung erhalten haben und insbesondere über umfassende Kenntnisse
  - a) des Sozial- und Verwaltungsrechts,
  - b) über den leistungsberechtigten Personenkreis nach § 99 oder
  - c) von Teilhabebedarfen und Teilhabebarrierenverfügen,
2. umfassende Kenntnisse über den regionalen Sozialraum und seine Möglichkeiten zur Durchführung von Leistungen der Eingliederungshilfe haben sowie
3. die Fähigkeit zur Kommunikation mit allen Beteiligten haben.

Soweit Mitarbeiter der Leistungsträger nicht oder nur zum Teil die Voraussetzungen erfüllen, ist ihnen Gelegenheit zur Fortbildung und zum Austausch mit Menschen mit Behinderungen zu geben. Die fachliche Fortbildung der Fachkräfte, die insbesondere die Durchführung der Aufgaben nach den §§ 106 und 117 umfasst, ist zu gewährleisten.

## § 98

**Örtliche Zuständigkeit**

(1) Für die Eingliederungshilfe örtlich zuständig ist der Träger der Eingliederungshilfe, in dessen Bereich die leistungsberechtigte Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt zum Zeitpunkt der ersten Antragstellung hat oder in den zwei Monaten davor zuletzt gehabt hatte. Bedarf es nach § 108 Absatz 2 keines Antrags, ist der Zeitpunkt der Leistungsfeststellung nach § 120 maßgeblich. Diese Zuständigkeit bleibt bis zur Beendigung des Hilfebedarfs unabhängig vom Ort der Leistungserbringung bestehen. Die Zuständigkeit nach Satz 2 endet, wenn für einen zusammenhängenden Zeitraum von mindestens sechs Monaten kein Hilfebedarf besteht. Eine Unterbrechung des

Leistungsbezuges wegen stationärer Krankenhausbehandlung oder medizinischer Rehabilitation gilt nicht als Beendigung des Hilfebedarfs.

(2) Steht innerhalb von vier Wochen nicht fest, ob und wo der gewöhnliche Aufenthalt begründet worden ist oder ist ein gewöhnlicher Aufenthalt nicht vorhanden oder nicht zu ermitteln oder liegt ein Eilfall vor, hat der für den tatsächlichen Aufenthalt zuständige Träger der Eingliederungshilfe über die Leistung unverzüglich zu entscheiden und sie vorläufig zu erbringen. In den Fällen des Satzes 1 wird nach Klärung des gewöhnlichen Aufenthalts der Träger der Eingliederungshilfe nach Satz 1 örtlich zuständig und ist zur Kostenerstattung verpflichtet. Ist ein gewöhnlicher Aufenthalt nicht vorhanden oder nicht zu ermitteln, ist der Träger der Eingliederungshilfe örtlich zuständig, in dessen Bereich sich die Leistungsberechtigten tatsächlich aufhalten.

(3) Wird ein Kind in einer Einrichtung im Sinne von § 1 Absatz 2 des Ersten Buches geboren, tritt an die Stelle seines gewöhnlichen Aufenthalts der gewöhnliche Aufenthalt der Mutter.

(4) Als gewöhnlicher Aufenthalt im Sinne dieser Vorschrift gilt nicht der auf richterlich angeordneter Freiheitsentziehung beruhende Aufenthalt in einer Vollzugsanstalt sowie der Aufenthalt in einer stationären Einrichtung im Sinne von § 1 Absatz 2 des Ersten Buches. In diesen Fällen ist der Träger der Eingliederungshilfe örtlich zuständig, in dessen Bereich die leistungsberechtigte Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Zeitpunkt der Aufnahme in die Einrichtung hat oder in den letzten zwei Monaten vor der Aufnahme zuletzt gehabt hatte.

(5) Die Länder werden ermächtigt, abweichende Regelungen für die örtliche Zuständigkeit der Träger der Eingliederungshilfe des Landes zu erlassen.

(6) Abweichend von den Absätzen 1 bis 5 bleibt die am 31. Dezember 2019 nach § 98 Absatz 1 Satz 1, Absatz 2 Satz 1 und 4, Absatz 4 und 5 Satz 1 im Einzelfall begründete örtliche Zuständigkeit bestehen. Diese Zuständigkeit bleibt bis zur Beendigung des Hilfebedarfs unabhängig vom Ort der Leistungserbringung bestehen. Die Zuständigkeit nach Satz 2 endet, wenn für einen zusammenhängenden Zeitraum von mindestens sechs Monaten kein Hilfebedarf besteht. Eine Unterbrechung des Leistungsbezuges wegen stationärer Krankenhausbehandlung oder medizinischer Rehabilitation gilt nicht als Beendigung des Hilfebedarfs.

## Kapitel 2

### Grundsätze der Leistungen

#### § 99

##### **Leistungsberechtigter Personenkreis**

(1) Eingliederungshilfe ist Personen nach § 2 Absatz 1 Satz 1 und 2 zu leisten, deren Beeinträchtigungen die Folge einer Schädigung der Körperfunktion und -struktur sind und die dadurch in Wechselwirkung mit den Barrieren in erheblichem Maße in ihrer Fähigkeit zur Teilhabe an der Gesellschaft eingeschränkt sind. Eine Einschränkung der Fähigkeit zur Teilhabe an der Gesellschaft in erheblichem Maße liegt vor, wenn die Ausführung von Aktivitäten in mindestens fünf Lebensbereichen nach Absatz 2 nicht ohne personelle oder technische Unterstützung möglich oder in mindestens drei Lebensbereichen auch mit personeller oder technischer Unterstützung nicht möglich ist. Leistungsberechtigt nach diesem Teil sind auch Personen, denen nach fachlicher Kenntnis eine erhebliche Einschränkung im Sinne von Satz 2 mit hoher Wahrscheinlichkeit droht. Ist bei Personen nach § 2 Absatz 1 Satz 1 und 2 die Ausführung von Aktivitäten in weniger als fünf Lebensbereichen nicht ohne personelle oder technische Unterstützung möglich oder in weniger als drei Lebensbereichen auch mit personeller oder technischer Unterstützung nicht möglich, ist aber im Einzelfall in ähnlichem Ausmaß personelle oder technische Unterstützung zur Ausführung von Aktivitäten notwendig, können Leistungen der Eingliederungshilfe gewährt werden.

(2) Lebensbereiche im Sinne von Absatz 1 sind

1. Lernen und Wissensanwendung,
2. allgemeine Aufgaben und Anforderungen,

3. Kommunikation,
4. Mobilität,
5. Selbstversorgung,
6. häusliches Leben,
7. interpersonelle Interaktionen und Beziehungen,
8. bedeutende Lebensbereiche sowie
9. Gemeinschafts-, soziales und staatsbürgerliches Leben.

(3) Personelle Unterstützung im Sinne von Absatz 1 Satz 2 ist die regelmäßig wiederkehrende und über einen längeren Zeitraum andauernde Unterstützung durch eine anwesende Person. Bei Kindern und Jugendlichen bis zur Vollendung des 18. Lebensjahrs bleibt die Notwendigkeit von Unterstützung auf Grund der altersgemäßen Entwicklung unberücksichtigt.

(4) Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben nach Kapitel 4 erhalten Personen, die die Voraussetzungen nach § 58 Absatz 1 Satz 1 erfüllen.

(5) Die Bundesregierung kann durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates das Nähere über die Inhalte der Lebensbereiche nach Absatz 2 bestimmen.

## § 100

### **Eingliederungshilfe für Ausländer**

(1) Ausländer, die sich im Inland tatsächlich aufhalten, können Leistungen nach diesem Teil erhalten, soweit dies im Einzelfall gerechtfertigt ist. Die Einschränkung auf Ermessensleistungen nach Satz 1 gilt nicht für Ausländer, die im Besitz einer Niederlassungserlaubnis oder eines befristeten Aufenthaltstitels sind und sich voraussichtlich dauerhaft im Bundesgebiet aufhalten. Andere Rechtsvorschriften, nach denen Leistungen der Eingliederungshilfe zu erbringen sind, bleiben unberührt.

(2) Leistungsberechtigte nach § 1 des Asylbewerberleistungsgesetzes erhalten keine Leistungen der Eingliederungshilfe.

(3) Ausländer, die eingereist sind, um Leistungen nach diesem Teil zu erlangen, haben keinen Anspruch auf Leistungen der Eingliederungshilfe.

## § 101

### **Eingliederungshilfe für Deutsche im Ausland**

(1) Deutsche, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland haben, erhalten keine Leistungen der Eingliederungshilfe. Hiervon kann im Einzelfall nur abgewichen werden, soweit dies wegen einer außergewöhnlichen Notlage unabweisbar ist und zugleich nachgewiesen wird, dass eine Rückkehr in das Inland aus folgenden Gründen nicht möglich ist:

1. Pflege und Erziehung eines Kindes, das aus rechtlichen Gründen im Ausland bleiben muss,
2. längerfristige stationäre Betreuung in einer Einrichtung oder Schwere der Pflegebedürftigkeit oder
3. hoheitliche Gewalt.

(2) Leistungen der Eingliederungshilfe werden nicht erbracht, soweit sie von dem hierzu verpflichteten Aufenthaltsland oder von anderen erbracht werden oder zu erwarten sind.

(3) Art und Maß der Leistungserbringung sowie der Einsatz des Einkommens und Vermögens richten sich nach den besonderen Verhältnissen im Aufenthaltsland.



(4) Für die Leistung zuständig ist der Träger der Eingliederungshilfe, in dessen Bereich die antragstellende Person geboren ist. Liegt der Geburtsort im Ausland oder ist er nicht zu ermitteln, wird der örtlich zuständige Träger von einer Schiedsstelle bestimmt.

(5) Die Träger der Eingliederungshilfe arbeiten mit den deutschen Dienststellen im Ausland zusammen.

## § 102

### **Leistungen der Eingliederungshilfe**

(1) Die Leistungen der Eingliederungshilfe umfassen

1. Leistungen zur medizinischen Rehabilitation,
2. Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben,
3. Leistungen zur Teilhabe an Bildung und
4. Leistungen zur Sozialen Teilhabe.

(2) Leistungen nach Absatz 1 Nummer 1 bis 3 gehen den Leistungen nach Absatz 1 Nummer 4 vor.

## § 103

### **Sonderregelung für pflegebedürftige Menschen mit Behinderungen**

(1) Werden Leistungen der Eingliederungshilfe in Räumlichkeiten im Sinne von § 43a Satz 3 des Elften Buches erbracht, umfasst die Leistung auch die Pflegeleistungen in diesen Räumlichkeiten. Stellt der Leistungserbringer fest, dass der Mensch mit Behinderungen so pflegebedürftig ist, dass die Pflege in diesen Räumlichkeiten nicht sichergestellt werden kann, vereinbaren der Träger der Eingliederungshilfe und die zuständige Pflegekasse mit dem Leistungserbringer, dass die Leistung bei einem anderen Leistungserbringer erbracht wird; dabei ist angemessenen Wünschen des Menschen mit Behinderungen Rechnung zu tragen.

(2) Werden Leistungen der Eingliederungshilfe außerhalb einer Räumlichkeit im Sinne von § 43a Satz 3 des Elften Buches erbracht, umfasst die Leistung auch die Leistungen nach dem Siebten Kapitel des Zwölften Buches, soweit der Leistungsberechtigte Einkommen aus selbständiger oder nichtselbständiger Tätigkeit, das die Geringfügigkeitsgrenze des § 8 des Vierten Buches übersteigt, oder kurzfristiges Erwerbserwerbseinkommen bezieht.

## § 104

### **Leistungen nach der Besonderheit des Einzelfalles**

(1) Die Leistungen der Eingliederungshilfe bestimmen sich nach der Besonderheit des Einzelfalles, insbesondere nach der Art des Bedarfes, den persönlichen Verhältnissen, dem Sozialraum und den eigenen Kräften und Mitteln. Sie werden so lange geleistet, wie die Teilhabeziele nach Maßgabe des Gesamtplanes (§ 121) erreichbar sind.

(2) Wünschen der Leistungsberechtigten, die sich auf die Gestaltung der Leistung richten, ist zu entsprechen, soweit sie angemessen sind. Die Wünsche der Leistungsberechtigten gelten nicht als angemessen,

1. wenn und soweit die Höhe der Kosten der gewünschten Leistung die Höhe der Kosten für eine vergleichbare Leistung von Leistungserbringern, mit denen eine Vereinbarung nach Kapitel 8 besteht, unverhältnismäßig übersteigt und
2. wenn der Bedarf nach der Besonderheit des Einzelfalles durch die vergleichbare Leistung gedeckt werden kann.

(3) Bei der Entscheidung nach Absatz 2 ist zunächst die Zumutbarkeit einer von den Wünschen des Leistungsberechtigten abweichenden Leistung zu prüfen. Dabei sind die persönlichen, familiären und örtlichen Umstände angemessen zu berücksichtigen. Bei Unzumutbarkeit einer abweichenden Leistungsgestaltung ist ein Kostenvergleich nicht vorzunehmen.

(4) Auf Wunsch der Leistungsberechtigten sollen die Leistungen der Eingliederungshilfe von einem Leistungsanbieter erbracht werden, der die Betreuung durch Geistliche ihres Bekenntnisses ermöglicht.

(5) Leistungen der Eingliederungshilfe für Leistungsberechtigte mit gewöhnlichem Aufenthalt in Deutschland können auch im Ausland erbracht werden, wenn dies im Interesse der Aufgabe der Eingliederungshilfe geboten ist, die Dauer der Leistungen durch den Auslandsaufenthalt nicht wesentlich verlängert wird und keine unvermeidbaren Mehraufwendungen entstehen.

## § 105

### Leistungsformen

(1) Die Leistungen der Eingliederungshilfe werden als Sach-, Geld- oder Dienstleistung erbracht.

(2) Zur Dienstleistung gehören insbesondere die Beratung und Unterstützung in Angelegenheiten der Leistungen der Eingliederungshilfe sowie in sonstigen sozialen Angelegenheiten.

(3) Leistungen zur Sozialen Teilhabe können mit Zustimmung der Leistungsberechtigten auch in Form einer pauschalen Geldleistung erbracht werden, soweit es dieser Teil vorsieht. Die Träger der Eingliederungshilfe regeln das Nähere zur Höhe und Ausgestaltung der Pauschalen.

(4) Die Leistungen der Eingliederungshilfe werden auf Antrag auch als Teil eines Persönlichen Budgets ausgeführt. Die Vorschrift zum Persönlichen Budget nach § 29 ist insoweit anzuwenden.

## § 106

### Beratung und Unterstützung

(1) Zur Erfüllung der Aufgaben dieses Teils werden die Leistungsberechtigten, auf ihren Wunsch auch im Beisein einer Person ihres Vertrauens, vom Träger der Eingliederungshilfe beraten und, soweit erforderlich, unterstützt. Die Beratung erfolgt in einer für den Leistungsberechtigten wahrnehmbaren Form.

(2) Die Beratung umfasst insbesondere

1. die persönliche Situation des Leistungsberechtigten, den Bedarf, die eigenen Kräfte und Mittel sowie die mögliche Stärkung der Selbsthilfe zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft einschließlich eines gesellschaftlichen Engagements,
2. die Leistungen der Eingliederungshilfe einschließlich des Zugangs zum Leistungssystem,
3. die Leistungen anderer Leistungsträger,
4. die Verwaltungsabläufe,
5. Hinweise auf Leistungsanbieter und andere Hilfemöglichkeiten im Sozialraum und auf Möglichkeiten zur Leistungserbringung,
6. Hinweise auf andere Beratungsangebote im Sozialraum,
7. eine gebotene Budgetberatung.

(3) Die Unterstützung umfasst insbesondere

1. Hilfe bei der Antragstellung,
2. Hilfe bei der Klärung weiterer zuständiger Leistungsträger,

3. das Hinwirken auf zeitnahe Entscheidungen und Leistungen der anderen Leistungsträger,
4. Hilfe bei der Erfüllung von Mitwirkungspflichten,
5. Hilfe bei der Inanspruchnahme von Leistungen,
6. die Vorbereitung von Möglichkeiten der Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft einschließlich des gesellschaftlichen Engagements,
7. die Vorbereitung von Kontakten und Begleitung zu Leistungsanbietern und anderen Hilfemöglichkeiten,
8. Hilfe bei der Entscheidung über Leistungserbringer sowie bei der Aushandlung und dem Abschluss von Verträgen mit Leistungserbringern sowie
9. Hilfe bei der Erfüllung von Verpflichtungen aus der Zielvereinbarung und dem Bewilligungsbescheid.

(4) Die Leistungsberechtigten sind hinzuweisen auf die ergänzende unabhängige Teilhabeberatung nach § 32, auf die Beratung und Unterstützung von Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege sowie von Angehörigen der rechtsberatenden Berufe und von sonstigen Stellen.

#### § 107

##### **Übertragung, Verpfändung oder Pfändung, Auswählermessen**

(1) Der Anspruch auf Leistungen der Eingliederungshilfe kann nicht übertragen, verpfändet oder gepfändet werden.

(2) Über Art und Maß der Leistungserbringung ist nach pflichtgemäßem Ermessen zu entscheiden, soweit das Ermessen nicht ausgeschlossen ist.

#### § 108

##### **Antragserfordernis**

(1) Die Leistungen der Eingliederungshilfe nach diesem Teil werden auf Antrag erbracht. Die Leistungen werden frühestens ab dem Ersten des Monats der Antragstellung erbracht, wenn zu diesem Zeitpunkt die Voraussetzungen bereits vorlagen.

(2) Eines Antrages bedarf es nicht für Leistungen, deren Bedarf in dem Verfahren nach Kapitel 7 ermittelt worden ist.

### Kapitel 3

#### Medizinische Rehabilitation

#### § 109

##### **Leistungen zur medizinischen Rehabilitation**

(1) Leistungen zur medizinischen Rehabilitation sind insbesondere die in § 42 Absatz 2 und 3 und § 64 Absatz 1 Nummer 3 bis 6 genannten Leistungen.

(2) Die Leistungen zur medizinischen Rehabilitation entsprechen den Rehabilitationsleistungen der gesetzlichen Krankenversicherung.

## § 110

**Leistungserbringung**

(1) Leistungsberechtigte haben entsprechend den Bestimmungen der gesetzlichen Krankenversicherung die freie Wahl unter den Ärzten und Zahnärzten sowie unter den Krankenhäusern und Vorsorge- und Rehabilitations-einrichtungen.

(2) Bei der Erbringung von Leistungen zur medizinischen Rehabilitation sind die Regelungen, die für die gesetzlichen Krankenkassen nach dem Vierten Kapitel des Fünften Buches gelten, mit Ausnahme des Dritten Titels des Zweiten Abschnitts anzuwenden. Ärzte, Psychotherapeuten im Sinne des § 28 Absatz 3 Satz 1 des Fünften Buches und Zahnärzte haben für ihre Leistungen Anspruch auf die Vergütung, welche die Ortskrankenkasse, in deren Bereich der Arzt, Psychotherapeut oder der Zahnarzt niedergelassen ist, für ihre Mitglieder zahlt.

(3) Die Verpflichtungen, die sich für die Leistungserbringer aus den §§ 294, 294a, 295, 300 bis 302 des Fünften Buches ergeben, gelten auch für die Abrechnung von Leistungen zur medizinischen Rehabilitation mit dem Träger der Eingliederungshilfe. Die Vereinbarungen nach § 303 Absatz 1 sowie § 304 des Fünften Buches gelten für den Träger der Eingliederungshilfe entsprechend.

## Kapitel 4

## Teilhabe am Arbeitsleben

## § 111

**Leistungen zur Beschäftigung**

(1) Leistungen zur Beschäftigung umfassen

1. Leistungen im Arbeitsbereich anerkannter Werkstätten für behinderte Menschen nach den §§ 58 und 62,
2. Leistungen bei anderen Leistungsanbietern nach den §§ 60 und 62 sowie
3. Leistungen bei privaten und öffentlichen Arbeitgebern nach § 61.

(2) Leistungen nach Absatz 1 umfassen auch Gegenstände und Hilfsmittel, die wegen der gesundheitlichen Beeinträchtigung zur Aufnahme oder Fortsetzung der Beschäftigung erforderlich sind. Voraussetzung für eine Hilfsmittelversorgung ist, dass der Leistungsberechtigte das Hilfsmittel bedienen kann. Die Versorgung mit Hilfsmitteln schließt eine notwendige Unterweisung im Gebrauch und eine notwendige Instandhaltung oder Änderung ein. Die Ersatzbeschaffung des Hilfsmittels erfolgt, wenn sie infolge der körperlichen Entwicklung der Leistungsberechtigten notwendig ist oder wenn das Hilfsmittel aus anderen Gründen ungeeignet oder unbrauchbar geworden ist.

(3) Zu den Leistungen nach Absatz 1 Nummer 1 und 2 gehört auch das Arbeitsförderungsgeld nach § 59.

## Kapitel 5

### Teilhabe an Bildung

#### § 112

##### **Leistungen zur Teilhabe an Bildung**

(1) Leistungen zur Teilhabe an Bildung umfassen

1. Hilfen zu einer Schulbildung, insbesondere im Rahmen der allgemeinen Schulpflicht einschließlich der Vorbereitung hierzu; die Bestimmungen über die Ermöglichung der Schulbildung im Rahmen der allgemeinen Schulpflicht bleiben unberührt, und
2. Hilfen zur schulischen oder hochschulischen Ausbildung oder Weiterbildung für einen Beruf.

Die Hilfen nach Satz 1 Nummer 1 schließen Leistungen zur Unterstützung schulischer Ganztagsangebote in der offenen Form ein, die im Einklang mit dem Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule stehen und unter deren Aufsicht und Verantwortung ausgeführt werden, an den stundenplanmäßigen Unterricht anknüpfen und in der Regel in den Räumlichkeiten der Schule oder in deren Umfeld durchgeführt werden. Hilfen nach Satz 1 werden geleistet, wenn zu erwarten ist, dass der Leistungsberechtigte das Teilhabeziel nach der Gesamtplanung erreicht.

(2) Hilfen nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 werden erbracht für eine schulische oder hochschulische berufliche Weiterbildung, die

1. in einem zeitlichen Zusammenhang an eine duale, schulische oder hochschulische Berufsausbildung anschließt,
2. in dieselbe fachliche Richtung weiterführt und
3. es dem Leistungsberechtigten ermöglicht, das von ihm angestrebte Berufsziel zu erreichen.

Hilfen für ein Masterstudium werden abweichend von Satz 1 Nummer 2 auch erbracht, wenn das Masterstudium auf ein zuvor abgeschlossenes Bachelorstudium aufbaut und dieses interdisziplinär ergänzt, ohne in dieselbe Fachrichtung weiterzuführen.

(3) Hilfen nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 schließen folgende Hilfen ein:

1. Hilfen zur Teilnahme an Fernunterricht,
2. Hilfen zur Ableistung eines Praktikums, das für den Schul- oder Hochschulbesuch oder für die Berufszulassung erforderlich ist, und
3. Hilfen zur Teilnahme an Maßnahmen zur Vorbereitung auf die schulische oder hochschulische Ausbildung oder Weiterbildung für einen Beruf.

(4) Die in der Schule oder Hochschule wegen der Behinderung erforderliche Anleitung und Begleitung können an mehrere Leistungsberechtigte gemeinsam erbracht werden, soweit dies nach § 104 für die Leistungsberechtigten zumutbar ist und mit Leistungserbringern entsprechende Vereinbarungen bestehen. Die Leistungen nach Satz 1 sind auf Wunsch der Leistungsberechtigten gemeinsam zu erbringen.

## Kapitel 6

### Soziale Teilhabe

#### § 113

##### **Leistungen zur Sozialen Teilhabe**

(1) Leistungen zur Sozialen Teilhabe werden erbracht, um eine gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen oder zu erleichtern, soweit sie nicht nach den Kapiteln 3 bis 5 erbracht werden. Hierzu gehört, Leistungsberechtigte zu einer möglichst selbstbestimmten und eigenverantwortlichen Lebensführung im eigenen Wohnraum sowie in ihrem Sozialraum zu befähigen oder sie hierbei zu unterstützen. Maßgeblich sind die Ermittlungen und Feststellungen nach Kapitel 7.

(2) Leistungen zur Sozialen Teilhabe sind insbesondere

1. Leistungen für Wohnraum,
2. Assistenzleistungen,
3. heilpädagogische Leistungen,
4. Leistungen zur Betreuung in einer Pflegefamilie,
5. Leistungen zum Erwerb und Erhalt praktischer Kenntnisse und Fähigkeiten,
6. Leistungen zur Förderung der Verständigung,
7. Leistungen zur Mobilität,
8. Hilfsmittel,
9. Besuchsbeihilfen.

(3) Die Leistungen nach Absatz 2 Nummer 1 bis 8 bestimmen sich nach den §§ 77 bis 84, soweit sich aus diesem Teil nichts Abweichendes ergibt.

(4) Zur Ermöglichung der gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung in der Verantwortung einer Werkstatt für behinderte Menschen, einem anderen Leistungsanbieter oder dem Leistungserbringer vergleichbarer anderer tagesstrukturierender Maßnahmen werden die erforderliche sächliche Ausstattung, die personelle Ausstattung und die erforderlichen betriebsnotwendigen Anlagen des Leistungserbringers übernommen.

#### § 114

##### **Leistungen zur Mobilität**

Bei den Leistungen zur Mobilität nach § 113 Absatz 2 Nummer 7 gilt § 83 mit der Maßgabe, dass

1. die Leistungsberechtigten zusätzlich zu den in § 83 Absatz 2 genannten Voraussetzungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft ständig auf die Nutzung eines Kraftfahrzeugs angewiesen sind und
2. abweichend von § 83 Absatz 3 Satz 2 die Vorschriften der §§ 6 und 8 der Kraftfahrzeughilfe-Verordnung nicht maßgeblich sind.

## § 115

**Besuchsbeihilfen**

Werden Leistungen für einen oder mehrere Anbieter über Tag und Nacht erbracht, können den Leistungsberechtigten oder ihren Angehörigen zum gegenseitigen Besuch Beihilfen geleistet werden, soweit es im Einzelfall erforderlich ist.

## § 116

**Pauschale Geldleistung, gemeinsame Inanspruchnahme**

## (1) Die Leistungen

1. zur Assistenz zur Übernahme von Handlungen zur Alltagsbewältigung sowie Begleitung der Leistungsberechtigten (§ 113 Absatz 2 Nummer 2 in Verbindung mit § 78 Absatz 1 Nummer 1 und Absatz 5),
2. zur Förderung der Verständigung (§ 113 Absatz 2 Nummer 6) und
3. zur Beförderung im Rahmen der Leistungen zur Mobilität (§ 113 Absatz 2 Nummer 7 in Verbindung mit § 83 Absatz 1 Nummer 1)

können mit Zustimmung der Leistungsberechtigten als pauschale Geldleistungen nach § 105 Absatz 3 erbracht werden. Die zuständigen Träger der Eingliederungshilfe regeln das Nähere zur Höhe und Ausgestaltung der pauschalen Geldleistungen sowie zur Leistungserbringung.

## (2) Die Leistungen

1. zur Assistenz (§ 113 Absatz 2 Nummer 2),
2. zur Heilpädagogik (§ 113 Absatz 2 Nummer 3),
3. zum Erwerb und Erhalt praktischer Fähigkeiten und Kenntnisse (§ 113 Absatz 2 Nummer 5),
4. zur Förderung der Verständigung (§ 113 Absatz 2 Nummer 6),
5. zur Beförderung im Rahmen der Leistungen zur Mobilität (§ 113 Absatz 2 Nummer 7 in Verbindung mit § 83 Absatz 1 Nummer 1) und
6. zur Erreichbarkeit einer Ansprechperson unabhängig von einer konkreten Inanspruchnahme (§ 113 Absatz 2 Nummer 2 in Verbindung mit § 78 Absatz 6)

können an mehrere Leistungsberechtigte gemeinsam erbracht werden, soweit dies nach § 104 für die Leistungsberechtigten zumutbar ist und mit Leistungserbringern entsprechende Vereinbarungen bestehen. Maßgeblich sind die Ermittlungen und Feststellungen im Rahmen der Gesamtplanung nach Kapitel 7.

(3) Die Leistungen nach Absatz 2 sind auf Wunsch der Leistungsberechtigten gemeinsam zu erbringen, soweit die Teilhabeziele erreicht werden können.

**Kapitel 7****Gesamtplanung**

## § 117

**Gesamtplanverfahren**

- (1) Das Gesamtplanverfahren ist nach folgenden Maßstäben durchzuführen:

1. Beteiligung des Leistungsberechtigten in allen Verfahrensschritten, beginnend mit der Beratung,
2. Dokumentation der Wünsche des Leistungsberechtigten zu Ziel und Art der Leistungen,
3. Beachtung der Kriterien
  - a) transparent,
  - b) trägerübergreifend,
  - c) interdisziplinär,
  - d) konsensorientiert,
  - e) individuell,
  - f) lebensweltbezogen,
  - g) sozialraumorientiert und
  - h) zielorientiert,
4. Ermittlung des individuellen Bedarfes,
5. Durchführung einer Gesamtplankonferenz,
6. Abstimmung der Leistungen nach Inhalt, Umfang und Dauer in einer Gesamtplankonferenz unter Beteiligung betroffener Leistungsträger.
  - (2) Am Gesamtplanverfahren wird auf Verlangen des Leistungsberechtigten eine Person seines Vertrauens beteiligt.
  - (3) Bestehen im Einzelfall Anhaltspunkte für eine Pflegebedürftigkeit nach dem Elften Buch, soll der Träger der Eingliederungshilfe die zuständige Pflegekasse mit Zustimmung der Leistungsberechtigten informieren und am Teilhabeplanverfahren beteiligen, soweit dies für den Träger der Eingliederungshilfe zur Feststellung der Leistungen nach den Kapiteln 3 bis 6 erforderlich ist. Bestehen im Einzelfall Anhaltspunkte, dass Leistungen der Hilfe zur Pflege nach dem Siebten Kapitel des Zwölften Buches erforderlich sind, so soll der Träger dieser Leistungen mit Zustimmung der Leistungsberechtigten informiert und am Gesamtplanverfahren beteiligt werden, soweit dies zur Feststellung der Leistungen nach den Kapiteln 3 bis 6 erforderlich ist.
  - (4) Bestehen im Einzelfall Anhaltspunkte für einen Bedarf an notwendigem Lebensunterhalt, soll der Träger dieser Leistungen mit Zustimmung der Leistungsberechtigten informiert und am Gesamtplanverfahren beteiligt werden, soweit dies zur Feststellung der Leistungen nach den Kapiteln 3 bis 6 erforderlich ist.
  - (5) § 22 Absatz 5 ist entsprechend anzuwenden, auch wenn ein Teilhabeplan nicht zu erstellen ist.

## § 118

### **Instrumente der Bedarfsermittlung**

- (1) Der Träger der Eingliederungshilfe hat die Leistungen nach den Kapiteln 3 bis 6 unter Berücksichtigung der Wünsche des Leistungsberechtigten festzustellen. Die Ermittlung des individuellen Bedarfes des Leistungsberechtigten muss durch ein Instrument erfolgen, das sich an der Internationalen Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit orientiert. Das Instrument hat die Beschreibung einer nicht nur vorübergehenden Beeinträchtigung der Aktivität und Teilhabe in den folgenden Lebensbereichen vorzusehen:
  1. Lernen und Wissensanwendung,
  2. Allgemeine Aufgaben und Anforderungen,
  3. Kommunikation,
  4. Mobilität,
  5. Selbstversorgung,



6. häusliches Leben,
7. interpersonelle Interaktionen und Beziehungen,
8. bedeutende Lebensbereiche und
9. Gemeinschafts-, soziales und staatsbürgerliches Leben.

(2) Die Landesregierungen werden ermächtigt, durch Rechtsverordnung das Nähere über das Instrument zur Bedarfsermittlung zu bestimmen.

## § 119

### **Gesamtplankonferenz**

(1) Mit Zustimmung des Leistungsberechtigten kann der Träger der Eingliederungshilfe eine Gesamtplankonferenz durchführen, um die Leistungen für den Leistungsberechtigten nach den Kapiteln 3 bis 6 sicherzustellen. Die Leistungsberechtigten und die beteiligten Rehabilitationsträger können dem nach § 15 verantwortlichen Träger der Eingliederungshilfe die Durchführung einer Gesamtplankonferenz vorschlagen. Den Vorschlag auf Durchführung einer Gesamtplankonferenz kann der Träger der Eingliederungshilfe ablehnen, wenn der maßgebliche Sachverhalt schriftlich ermittelt werden kann oder der Aufwand zur Durchführung nicht in einem angemessenen Verhältnis zum Umfang der beantragten Leistung steht.

(2) In einer Gesamtplankonferenz beraten der Träger der Eingliederungshilfe, der Leistungsberechtigte und beteiligte Leistungsträger gemeinsam auf der Grundlage des Ergebnisses der Bedarfsermittlung nach § 118 insbesondere über

1. die Stellungnahmen der beteiligten Leistungsträger und die gutachterliche Stellungnahme des Leistungserbringers bei Beendigung der Leistungen zur beruflichen Bildung nach § 57,
2. die Wünsche der Leistungsberechtigten nach § 104 Absatz 2 bis 4,
3. den Beratungs- und Unterstützungsbedarf nach § 106,
4. die Erbringung der Leistungen.

(3) Ist der Träger der Eingliederungshilfe Leistungsverantwortlicher nach § 15, soll er die Gesamtplankonferenz mit einer Teilhabep plankonferenz nach § 20 verbinden. Ist der Träger der Eingliederungshilfe nicht Leistungsverantwortlicher nach § 15, soll er nach § 19 Absatz 5 den Leistungsberechtigten und den Rehabilitationsträgern anbieten, mit deren Einvernehmen das Verfahren anstelle des leistenden Rehabilitationsträgers durchzuführen.

(4) Beantragt eine leistungsberechtigte Mutter oder ein leistungsberechtigter Vater Leistungen zur Deckung von Bedarfen bei der Versorgung und Betreuung eines eigenen Kindes oder mehrerer eigener Kinder, so ist eine Gesamtplankonferenz mit Zustimmung des Leistungsberechtigten durchzuführen. Bestehen Anhaltspunkte dafür, dass diese Bedarfe durch Leistungen anderer Leistungsträger, durch das familiäre, freundschaftliche und nachbarschaftliche Umfeld oder ehrenamtlich gedeckt werden können, so informiert der Träger der Eingliederungshilfe mit Zustimmung der Leistungsberechtigten die als zuständig angesehenen Leistungsträger, die ehrenamtlich tätigen Stellen und Personen oder die jeweiligen Personen aus dem persönlichen Umfeld und beteiligt sie an der Gesamtplankonferenz.

## § 120

### **Feststellung der Leistungen**

(1) Nach Abschluss der Gesamtplankonferenz stellen der Träger der Eingliederungshilfe und die beteiligten Leistungsträger ihre Leistungen nach den für sie geltenden Leistungsgesetzen innerhalb der Fristen nach den §§ 14 und 15 fest.

(2) Der Träger der Eingliederungshilfe erlässt auf Grundlage des Gesamtplanes nach § 121 den Verwaltungsakt über die festgestellte Leistung nach den Kapiteln 3 bis 6. Der Verwaltungsakt enthält mindestens die bewilligten Leistungen und die jeweiligen Leistungsvoraussetzungen. Die Feststellungen über die Leistungen sind für den Erlass des Verwaltungsaktes bindend. Ist eine Gesamtplankonferenz durchgeführt worden, sind deren Ergebnisse der Erstellung des Gesamtplanes zugrunde zu legen. Ist der Träger der Eingliederungshilfe Leistungsverantwortlicher nach § 15, sind die Feststellungen über die Leistungen für die Entscheidung nach § 15 Absatz 3 bindend.

(3) Wenn nach den Vorschriften zur Koordinierung der Leistungen nach Teil 1 Kapitel 4 ein anderer Rehabilitationsträger die Leistungsverantwortung trägt, bilden die im Rahmen der Gesamtplanung festgestellten Leistungen nach den Kapiteln 3 bis 6 die für den Teilhabeplan erforderlichen Feststellungen nach § 15 Absatz 2.

(4) In einem Eilfall erbringt der Träger der Eingliederungshilfe Leistungen der Eingliederungshilfe nach den Kapiteln 3 bis 6 vor Beginn der Gesamtplankonferenz vorläufig; der Umfang der vorläufigen Gesamtleistung bestimmt sich nach pflichtgemäßem Ermessen.

## § 121

### Gesamtplan

(1) Der Träger der Eingliederungshilfe stellt unverzüglich nach der Feststellung der Leistungen einen Gesamtplan insbesondere zur Durchführung der einzelnen Leistungen oder einer Einzelleistung auf.

(2) Der Gesamtplan dient der Steuerung, Wirkungskontrolle und Dokumentation des Teilhabeprozesses. Er bedarf der Schriftform und soll regelmäßig, spätestens nach zwei Jahren, überprüft und fortgeschrieben werden.

(3) Bei der Aufstellung des Gesamtplanes wirkt der Träger der Eingliederungshilfe zusammen mit

1. dem Leistungsberechtigten,
2. einer Person seines Vertrauens und
3. dem im Einzelfall Beteiligten, insbesondere mit
  - a) dem behandelnden Arzt,
  - b) dem Gesundheitsamt,
  - c) dem Landesarzt,
  - d) dem Jugendamt und
  - e) den Dienststellen der Bundesagentur für Arbeit.

(4) Der Gesamtplan enthält neben den Inhalten nach § 19 mindestens

1. die im Rahmen der Gesamtplanung eingesetzten Verfahren und Instrumente sowie die Maßstäbe und Kriterien der Wirkungskontrolle einschließlich des Überprüfungszeitpunkts,
2. die Aktivitäten der Leistungsberechtigten,
3. die Feststellungen über die verfügbaren und aktivierbaren Selbsthilferessourcen des Leistungsberechtigten sowie über Art, Inhalt, Umfang und Dauer der zu erbringenden Leistungen,
4. die Berücksichtigung des Wunsch- und Wahlrechts nach § 8 im Hinblick auf eine pauschale Geldleistung und
5. die Erkenntnisse aus vorliegenden sozialmedizinischen Gutachten.

(5) Der Träger der Eingliederungshilfe hat der leistungsberechtigten Person Einsicht in den Gesamtplan zu gestatten.

## § 122

**Teilhabezielvereinbarung**

Der Träger der Eingliederungshilfe kann mit dem Leistungsberechtigten eine Teilhabezielvereinbarung zur Umsetzung der Mindestinhalte des Gesamtplanes oder von Teilen der Mindestinhalte des Gesamtplanes abschließen. Die Vereinbarung wird für die Dauer des Bewilligungszeitraumes der Leistungen der Eingliederungshilfe abgeschlossen, soweit sich aus ihr nichts Abweichendes ergibt. Bestehen Anhaltspunkte dafür, dass die Vereinbarungsziele nicht oder nicht mehr erreicht werden, hat der Träger der Eingliederungshilfe die Teilhabezielvereinbarung anzupassen. Die Kriterien nach § 117 Absatz 1 Nummer 3 gelten entsprechend.

## Kapitel 8

## Vertragsrecht

## § 123

**Allgemeine Grundsätze**

(1) Der Träger der Eingliederungshilfe darf Leistungen der Eingliederungshilfe nach diesem Teil mit Ausnahme der Leistungen nach § 113 Absatz 2 Nummer 2 in Verbindung mit § 78 Absatz 5 und mit § 116 Absatz 1 durch Dritte (Leistungserbringer) nur erbringen, soweit eine schriftliche Vereinbarung zwischen einem Leistungserbringer und dem für den ansässigen Leistungserbringer zuständigen Träger der Eingliederungshilfe besteht. Die Vereinbarung kann auch zwischen dem Träger der Eingliederungshilfe und dem Verband, dem der Leistungserbringer angehört, geschlossen werden.

(2) Die Vereinbarungen sind für alle übrigen Träger der Eingliederungshilfe bindend. Die Vereinbarungen müssen den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Leistungsfähigkeit entsprechen und dürfen das Maß des Notwendigen nicht überschreiten. Sie sind vor Beginn der jeweiligen Wirtschaftsperiode für einen zukünftigen Zeitraum abzuschließen (Vereinbarungszeitraum); nachträgliche Ausgleiche sind nicht zulässig. Die Ergebnisse der Vereinbarungen sind den Leistungsberechtigten in einer wahrnehmbaren Form zugänglich zu machen.

(3) Private und öffentliche Arbeitgeber gemäß § 61 sind keine Leistungserbringer im Sinne dieses Kapitels.

(4) Besteht eine schriftliche Vereinbarung, so ist der Leistungserbringer, soweit er kein anderer Leistungsanbieter im Sinne des § 60 ist, im Rahmen des vereinbarten Leistungsangebotes verpflichtet, Leistungsberechtigte aufzunehmen und Leistungen der Eingliederungshilfe unter Beachtung der Inhalte des Gesamtplanes nach § 121 zu erbringen. Die Verpflichtung zur Leistungserbringung besteht auch in den Fällen des § 116 Absatz 2.

(5) Der Träger der Eingliederungshilfe darf die Leistungen durch Leistungserbringer, mit denen keine schriftliche Vereinbarung besteht, nur erbringen, soweit

1. dies nach der Besonderheit des Einzelfalles geboten ist,
2. der Leistungserbringer ein schriftliches Leistungsangebot vorlegt, das für den Inhalt einer Vereinbarung nach § 125 gilt,
3. der Leistungserbringer sich schriftlich verpflichtet, die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Qualität der Leistungserbringung zu beachten,
4. der Leistungserbringer sich schriftlich verpflichtet, bei der Erbringung von Leistungen die Inhalte des Gesamtplanes nach § 121 zu beachten,
5. die Vergütung für die Erbringung der Leistungen nicht höher ist als die Vergütung, die der Träger der Eingliederungshilfe mit anderen Leistungserbringern für vergleichbare Leistungen vereinbart hat.

Die allgemeinen Grundsätze der Absätze 1 bis 3 und 5 sowie die Vorschriften zur Geeignetheit der Leistungserbringer (§ 124), zum Inhalt der Vergütung (§ 125), zur Verbindlichkeit der vereinbarten Vergütung (§ 127), zur Wirtschaftlichkeits- und Qualitätsprüfung (§ 128), zur Kürzung der Vergütung (§ 129) und zur außerordentlichen Kündigung der Vereinbarung (§ 130) gelten entsprechend.

(6) Der Leistungserbringer hat gegen den Träger der Eingliederungshilfe einen Anspruch auf Vergütung der gegenüber dem Leistungsberechtigten erbrachten Leistungen der Eingliederungshilfe.

## § 124

### **Geeignete Leistungserbringer**

(1) Sind geeignete Leistungserbringer vorhanden, soll der Träger der Eingliederungshilfe zur Erfüllung seiner Aufgaben eigene Angebote nicht neu schaffen. Geeignet ist ein externer Leistungserbringer, der unter Sicherstellung der Grundsätze des § 104 die Leistungen wirtschaftlich und sparsam erbringen kann. Die durch den Leistungserbringer geforderte Vergütung ist wirtschaftlich angemessen, wenn sie im Vergleich mit der Vergütung vergleichbarer Leistungserbringer im unteren Drittel liegt (externer Vergleich). Liegt die geforderte Vergütung oberhalb des unteren Drittels, kann sie wirtschaftlich angemessen sein, sofern sie nachvollziehbar auf einem höheren Aufwand des Leistungserbringers beruht und wirtschaftlicher Betriebsführung entspricht. In den externen Vergleich sind die im Einzugsbereich tätigen Leistungserbringer einzubeziehen. Die Bezahlung tariflich vereinbarter Vergütungen sowie entsprechender Vergütungen nach kirchlichen Arbeitsrechtsregelungen kann dabei nicht als unwirtschaftlich abgelehnt werden.

(2) Geeignete Leistungserbringer haben zur Erbringung der Leistungen der Eingliederungshilfe eine dem Leistungsangebot entsprechende Anzahl an Fach- und anderem Betreuungspersonal zu beschäftigen. Sie müssen über die Fähigkeit zur Kommunikation mit den Leistungsberechtigten in einer für die Leistungsberechtigten wahrnehmbaren Form verfügen und nach ihrer Persönlichkeit geeignet sein. Ungeeignet ist, wer rechtskräftig wegen einer Straftat nach den §§ 171, 174 bis 174c, 176 bis 180a, 181a, 182 bis 184g, 225, 232 bis 233a, 234, 235 oder 236 des Strafgesetzbuchs verurteilt worden ist. Das Fachpersonal muss zusätzlich über eine abgeschlossene berufsspezifische Ausbildung und dem Leistungsangebot entsprechende Zusatzqualifikationen verfügen.

(3) Sind mehrere Leistungserbringer im gleichen Maße geeignet, so hat der Träger der Eingliederungshilfe Vereinbarungen vorrangig mit Leistungserbringern abzuschließen, deren Vergütung bei vergleichbarem Inhalt, Umfang und Qualität der Leistung nicht höher ist als die anderer Leistungserbringer.

## § 125

### **Inhalt der schriftlichen Vereinbarung**

(1) In der schriftlichen Vereinbarung zwischen dem Träger der Eingliederungshilfe und dem Leistungserbringer sind zu regeln:

1. Inhalt, Umfang und Qualität einschließlich der Wirksamkeit der Leistungen der Eingliederungshilfe (Leistungsvereinbarung) und
2. die Vergütung der Leistungen der Eingliederungshilfe (Vergütungsvereinbarung).

(2) In die Leistungsvereinbarung sind als wesentliche Leistungsmerkmale mindestens aufzunehmen:

1. der zu betreuende Personenkreis,
2. die erforderliche sächliche Ausstattung,
3. Art, Umfang, Ziel und Qualität der Leistungen der Eingliederungshilfe,
4. die Festlegung der personellen Ausstattung,
5. die Qualifikation des Personals sowie
6. soweit erforderlich, die betriebsnotwendigen Anlagen des Leistungserbringers.

Soweit die Erbringung von Leistungen nach § 116 Absatz 2 zu vereinbaren ist, sind darüber hinaus die für die Leistungserbringung erforderlichen Strukturen zu berücksichtigen.

(3) Mit der Vergütungsvereinbarung werden unter Berücksichtigung der Leistungsmerkmale nach Absatz 2 Leistungspauschalen für die zu erbringenden Leistungen unter Beachtung der Grundsätze nach § 123 Absatz 2 festgelegt. Förderungen aus öffentlichen Mitteln sind anzurechnen. Die Leistungspauschalen sind nach Gruppen von Leistungsberechtigten mit vergleichbarem Bedarf oder Stundensätzen sowie für die gemeinsame Inanspruchnahme durch mehrere Leistungsberechtigte (§ 116 Absatz 2) zu kalkulieren. Abweichend von Satz 1 können andere geeignete Verfahren zur Vergütung und Abrechnung der Fachleistung unter Beteiligung der Interessenvertretungen der Menschen mit Behinderungen vereinbart werden.

(4) Die Vergütungsvereinbarungen mit Werkstätten für behinderte Menschen und anderen Leistungsanbietern berücksichtigen zusätzlich die mit der wirtschaftlichen Betätigung in Zusammenhang stehenden Kosten, soweit diese Kosten unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse beim Leistungserbringer und der dort beschäftigten Menschen mit Behinderungen nach Art und Umfang über die in einem Wirtschaftsunternehmen üblicherweise entstehenden Kosten hinausgehen. Können die Kosten im Einzelfall nicht ermittelt werden, kann hierfür eine Vergütungspauschale vereinbart werden. Das Arbeitsergebnis des Leistungserbringers darf nicht dazu verwendet werden, die Vergütung des Trägers der Eingliederungshilfe zu mindern.

## § 126

### **Verfahren und Inkrafttreten der Vereinbarung**

(1) Der Leistungserbringer oder der Träger der Eingliederungshilfe hat die jeweils andere Partei schriftlich zu Verhandlungen über den Abschluss einer Vereinbarung gemäß § 125 aufzufordern. Bei einer Aufforderung zum Abschluss einer Folgevereinbarung sind die Verhandlungsgegenstände zu benennen. Die Aufforderung durch den Leistungsträger kann an einen unbestimmten Kreis von Leistungserbringern gerichtet werden. Auf Verlangen einer Partei sind geeignete Nachweise zu den Verhandlungsgegenständen vorzulegen.

(2) Kommt es nicht innerhalb von drei Monaten, nachdem eine Partei zu Verhandlungen aufgefordert wurde, zu einer schriftlichen Vereinbarung, so kann jede Partei hinsichtlich der strittigen Punkte die Schiedsstelle nach § 133 anrufen. Die Schiedsstelle hat unverzüglich über die strittigen Punkte zu entscheiden. Gegen die Entscheidung der Schiedsstelle ist der Rechtsweg zu den Sozialgerichten gegeben, ohne dass es eines Vorverfahrens bedarf. Die Klage ist gegen den Verhandlungspartner und nicht gegen die Schiedsstelle zu richten.

(3) Vereinbarungen und Schiedsstellenentscheidungen treten zu dem darin bestimmten Zeitpunkt in Kraft. Wird ein Zeitpunkt nicht bestimmt, wird die Vereinbarung mit dem Tag ihres Abschlusses wirksam. Festsetzungen der Schiedsstelle werden, soweit keine Festlegung erfolgt ist, rückwirkend mit dem Tag wirksam, an dem der Antrag bei der Schiedsstelle eingegangen ist. Soweit in den Fällen des Satzes 3 während des Schiedsstellenverfahrens der Antrag geändert wurde, ist auf den Tag abzustellen, an dem der geänderte Antrag bei der Schiedsstelle eingegangen ist. Ein jeweils vor diesem Zeitpunkt zurückwirkendes Vereinbaren oder Festsetzen von Vergütungen ist in den Fällen der Sätze 1 bis 4 nicht zulässig.

## § 127

### **Verbindlichkeit der vereinbarten Vergütung**

(1) Mit der Vergütungsvereinbarung gelten alle während des Vereinbarungszeitraumes entstandenen Ansprüche des Leistungserbringers auf Vergütung der Leistung der Eingliederungshilfe als abgegolten.

(2) Einer Erhöhung der Vergütung auf Grund von Investitionsmaßnahmen, die während des laufenden Vereinbarungszeitraumes getätigt werden, muss der Träger der Eingliederungshilfe zustimmen, soweit er der Maßnahme zuvor dem Grunde und der Höhe nach zugestimmt hat.

(3) Bei unvorhergesehenen wesentlichen Änderungen der Annahmen, die der Vergütungsvereinbarung oder der Entscheidung der Schiedsstelle über die Vergütung zugrunde lagen, ist die Vergütung auf Verlangen

einer Vertragspartei für den laufenden Vereinbarungszeitraum neu zu verhandeln. Für eine Neuverhandlung gelten die Vorschriften zum Verfahren und Inkrafttreten (§ 126) entsprechend.

(4) Nach Ablauf des Vereinbarungszeitraumes gilt die vereinbarte oder durch die Schiedsstelle festgesetzte Vergütung bis zum Inkrafttreten einer neuen Vergütungsvereinbarung weiter.

## § 128

### **Wirtschaftlichkeits- und Qualitätsprüfung**

(1) Soweit tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass ein Leistungserbringer seine vertraglichen oder gesetzlichen Pflichten nicht erfüllt, prüft der Träger der Eingliederungshilfe oder ein von diesem beauftragter Dritter die Wirtschaftlichkeit und Qualität einschließlich der Wirksamkeit der vereinbarten Leistungen des Leistungserbringers. Zur Vermeidung von Doppelprüfungen arbeiten die Träger der Eingliederungshilfe mit den Trägern der Sozialhilfe, mit den für die Heimaufsicht zuständigen Behörden sowie mit dem Medizinischen Dienst der Krankenversicherung zusammen. Durch Landesrecht kann von der Einschränkung in Satz 1 erster Halbsatz abgewichen werden.

(2) Die Prüfung nach Absatz 1 kann ohne vorherige Ankündigung erfolgen und erstreckt sich auf Inhalt, Umfang, Wirtschaftlichkeit und Qualität einschließlich der Wirksamkeit der erbrachten Leistungen.

(3) Der Träger der Eingliederungshilfe hat den Leistungserbringer über das Ergebnis der Prüfung schriftlich zu unterrichten. Das Ergebnis der Prüfung ist dem Leistungsberechtigten in einer wahrnehmbaren Form zugänglich zu machen.

## § 129

### **Kürzung der Vergütung**

(1) Hält ein Leistungserbringer seine gesetzlichen oder vertraglichen Verpflichtungen ganz oder teilweise nicht ein, ist die vereinbarte Vergütung für die Dauer der Pflichtverletzung entsprechend zu kürzen. Über die Höhe des Kürzungsbetrags ist zwischen den Vertragsparteien Einvernehmen herzustellen. Kommt eine Einigung nicht zustande, entscheidet auf Antrag einer Vertragspartei die Schiedsstelle. Für das Verfahren bei Entscheidungen durch die Schiedsstelle gilt § 126 Absatz 2 und 3 entsprechend.

(2) Der Kürzungsbetrag ist an den Träger der Eingliederungshilfe bis zu der Höhe zurückzuzahlen, in der die Leistung vom Träger der Eingliederungshilfe erbracht worden ist und im Übrigen an die Leistungsberechtigten zurückzuzahlen.

(3) Der Kürzungsbetrag kann nicht über die Vergütungen refinanziert werden. Darüber hinaus besteht hinsichtlich des Kürzungsbetrags kein Anspruch auf Nachverhandlung gemäß § 127 Absatz 3.

## § 130

### **Außerordentliche Kündigung der Vereinbarungen**

Der Träger der Eingliederungshilfe kann die Vereinbarungen mit einem Leistungserbringer fristlos kündigen, wenn ihm ein Festhalten an den Vereinbarungen auf Grund einer groben Verletzung einer gesetzlichen oder vertraglichen Verpflichtung durch den Leistungserbringer nicht mehr zumutbar ist. Eine grobe Pflichtverletzung liegt insbesondere dann vor, wenn

1. Leistungsberechtigte infolge der Pflichtverletzung zu Schaden kommen,
2. gravierende Mängel bei der Leistungserbringung vorhanden sind,
3. dem Leistungserbringer nach heimrechtlichen Vorschriften die Betriebserlaubnis entzogen ist,
4. dem Leistungserbringer der Betrieb untersagt wird oder

5. der Leistungserbringer gegenüber dem Leistungsträger nicht erbrachte Leistungen abrechnet.

Die Kündigung bedarf der Schriftform. § 59 des Zehnten Buches gilt entsprechend.

## § 131

### **Rahmenverträge zur Erbringung von Leistungen**

(1) Die Träger der Eingliederungshilfe schließen auf Landesebene mit den Vereinigungen der Leistungserbringer gemeinsam und einheitlich Rahmenverträge zu den schriftlichen Vereinbarungen nach § 125 ab. Die Rahmenverträge bestimmen

1. die nähere Abgrenzung der den Vergütungspauschalen und -beträgen nach § 125 Absatz 1 zugrunde zu liegenden Kostenarten und -bestandteile sowie die Zusammensetzung der Investitionsbeträge nach § 125 Absatz 2,
2. den Inhalt und die Kriterien für die Ermittlung und Zusammensetzung der Leistungspauschalen, die Merkmale für die Bildung von Gruppen mit vergleichbarem Bedarf nach § 125 Absatz 3 Satz 3 sowie die Zahl der zu bildenden Gruppen,
3. die Höhe der Leistungspauschale nach § 125 Absatz 3 Satz 1,
4. die Zuordnung der Kostenarten und -bestandteile nach § 125 Absatz 4 Satz 1,
5. die Festlegung von Personalrichtwerten oder anderen Methoden zur Festlegung der personellen Ausstattung,
6. die Grundsätze und Maßstäbe für die Wirtschaftlichkeit und Qualität einschließlich der Wirksamkeit der Leistungen sowie Inhalt und Verfahren zur Durchführung von Wirtschaftlichkeits- und Qualitätsprüfungen und
7. das Verfahren zum Abschluss von Vereinbarungen.

Für Leistungserbringer, die einer Kirche oder Religionsgemeinschaft des öffentlichen Rechts oder einem sonstigen freigemeinnützigen Träger zuzuordnen sind, können die Rahmenverträge auch von der Kirche oder Religionsgemeinschaft oder von dem Wohlfahrtsverband abgeschlossen werden, dem der Leistungserbringer angehört. In den Rahmenverträgen sollen die Merkmale und Besonderheiten der jeweiligen Leistungen berücksichtigt werden.

(2) Die durch Landesrecht bestimmten maßgeblichen Interessenvertretungen der Menschen mit Behinderungen wirken bei der Erarbeitung und Beschlussfassung der Rahmenverträge mit.

(3) Die Vereinigungen der Träger der Eingliederungshilfe und die Vereinigungen der Leistungserbringer vereinbaren gemeinsam und einheitlich Empfehlungen auf Bundesebene zum Inhalt der Rahmenverträge.

(4) Kommt es nicht innerhalb von sechs Monaten nach schriftlicher Aufforderung durch die Landesregierung zu einem Rahmenvertrag, so kann die Landesregierung die Inhalte durch Rechtsverordnung regeln.

## § 132

### **Abweichende Zielvereinbarungen**

(1) Leistungsträger und Träger der Leistungserbringer können Zielvereinbarungen zur Erprobung neuer und zur Weiterentwicklung der bestehenden Leistungs- und Finanzierungsstrukturen abschließen.

(2) Die individuellen Leistungsansprüche der Leistungsberechtigten bleiben unberührt.

(3) Absatz 1 gilt nicht, soweit auch Leistungen nach dem Siebten Kapitel des Zwölften Buches gewährt werden.

## § 133

**Schiedsstelle**

(1) Für jedes Land oder für Teile eines Landes wird eine Schiedsstelle gebildet.

(2) Die Schiedsstelle besteht aus Vertretern der Leistungserbringer und Vertretern der Träger der Eingliederungshilfe in gleicher Zahl sowie einem unparteiischen Vorsitzenden.

(3) Die Vertreter der Leistungserbringer und deren Stellvertreter werden von den Vereinigungen der Leistungserbringer bestellt. Bei der Bestellung ist die Trägervielfalt zu beachten. Die Vertreter der Träger der Eingliederungshilfe und deren Stellvertreter werden von diesen bestellt. Der Vorsitzende und sein Stellvertreter werden von den beteiligten Organisationen gemeinsam bestellt. Kommt eine Einigung nicht zustande, werden sie durch Los bestimmt. Soweit die beteiligten Organisationen der Leistungserbringer oder die Träger der Eingliederungshilfe keinen Vertreter bestellen oder im Verfahren nach Satz 3 keine Kandidaten für das Amt des Vorsitzenden und des Stellvertreters benennen, bestellt die zuständige Landesbehörde auf Antrag eines der Beteiligten die Vertreter und benennt die Kandidaten für die Position des Vorsitzenden und seines Stellvertreters.

(4) Die Mitglieder der Schiedsstelle führen ihr Amt als Ehrenamt. Sie sind an Weisungen nicht gebunden. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Die Entscheidungen werden mit der Mehrheit der Mitglieder getroffen. Ergibt sich keine Mehrheit, entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

(5) Die Landesregierungen werden ermächtigt, durch Rechtsverordnung das Nähere zu bestimmen über

1. die Zahl der Schiedsstellen,
2. die Zahl der Mitglieder und deren Bestellung,
3. die Amtsdauer und Amtsführung,
4. die Erstattung der baren Auslagen und die Entschädigung für den Zeitaufwand der Mitglieder der Schiedsstelle,
5. die Geschäftsführung,
6. das Verfahren,
7. die Erhebung und die Höhe der Gebühren,
8. die Verteilung der Kosten,
9. die Rechtsaufsicht sowie
10. die Beteiligung der Interessenvertretungen der Menschen mit Behinderungen.

## § 134

**Sonderregelung zum Inhalt der Vereinbarungen zur Erbringung von Leistungen für minderjährige Leistungsberechtigte und in Sonderfällen**

(1) In der schriftlichen Vereinbarung zur Erbringung von Leistungen für minderjährige Leistungsberechtigte zwischen dem Träger der Eingliederungshilfe und dem Leistungserbringer sind zu regeln:

1. Inhalt, Umfang und Qualität einschließlich der Wirksamkeit der Leistungen (Leistungsvereinbarung) sowie
2. die Vergütung der Leistung (Vergütungsvereinbarung).

(2) In die Leistungsvereinbarung sind als wesentliche Leistungsmerkmale insbesondere aufzunehmen:

1. die betriebsnotwendigen Anlagen des Leistungserbringers,
2. der zu betreuende Personenkreis,



3. Art, Ziel und Qualität der Leistung,
4. die Festlegung der personellen Ausstattung,
5. die Qualifikation des Personals sowie
6. die erforderliche sächliche Ausstattung.

(3) Die Vergütungsvereinbarung besteht mindestens aus

1. der Grundpauschale für Unterkunft und Verpflegung,
2. der Maßnahmepauschale sowie
3. einem Betrag für betriebsnotwendige Anlagen einschließlich ihrer Ausstattung (Investitionsbetrag).

Förderungen aus öffentlichen Mitteln sind anzurechnen. Die Maßnahmepauschale ist nach Gruppen für Leistungsberechtigte mit vergleichbarem Bedarf zu kalkulieren.

(4) Die Absätze 1 bis 3 finden auch Anwendung, wenn volljährige Leistungsberechtigte Leistungen zur schulischen Ausbildung für einen Beruf nach § 112 Absatz 1 Nummer 2 erhalten, soweit diese Leistungen in besonderen Ausbildungsstätten über Tag und Nacht für Menschen mit Behinderungen erbracht werden.

## Kapitel 9

### Einkommen und Vermögen

#### § 135

##### **Begriff des Einkommens**

(1) Maßgeblich für die Ermittlung des Beitrages nach § 136 ist die Summe der Einkünfte des Vorvorjahres nach § 2 Absatz 2 des Einkommensteuergesetzes sowie bei Renteneinkünften die Bruttorente des Vorvorjahres.

(2) Wenn zum Zeitpunkt der Leistungsgewährung eine erhebliche Abweichung zu den Einkünften des Vorvorjahres besteht, sind die voraussichtlichen Jahreseinkünfte des laufenden Jahres im Sinne des Absatzes 1 zu ermitteln und zugrunde zu legen.

#### § 136

##### **Beitrag aus Einkommen zu den Aufwendungen**

(1) Bei den Leistungen nach diesem Teil ist ein Beitrag zu den Aufwendungen aufzubringen, wenn das Einkommen im Sinne des § 135 der antragstellenden Person sowie bei minderjährigen Personen der Eltern oder des Elternteils die Beträge nach Absatz 2 übersteigt.

(2) Ein Beitrag zu den Aufwendungen ist aufzubringen, wenn das Einkommen im Sinne des § 135 überwiegend

1. aus einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung oder selbständigen Tätigkeit erzielt wird und 85 Prozent der jährlichen Bezugsgröße nach § 18 Absatz 1 des Vierten Buches übersteigt oder
2. aus einer nicht sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung erzielt wird und 75 Prozent der jährlichen Bezugsgröße nach § 18 Absatz 1 des Vierten Buches übersteigt oder
3. aus Renteneinkünften erzielt wird und 60 Prozent der jährlichen Bezugsgröße nach § 18 Absatz 1 des Vierten Buches übersteigt.

(3) Die Beträge nach Absatz 2 erhöhen sich für den nicht getrennt lebenden Ehegatten oder Lebenspartner, den Partner einer eheähnlichen oder lebenspartnerschaftsähnlichen Gemeinschaft um 15 Prozent sowie für jedes

unterhaltsberechtigtes Kind im Haushalt um 10 Prozent der jährlichen Bezugsgröße nach § 18 Absatz 1 des Vierten Buches.

(4) Übersteigt das Einkommen im Sinne des § 135 einer in Absatz 3 erster Halbsatz genannten Person den Betrag, der sich nach Absatz 2 ergibt, findet Absatz 3 keine Anwendung. In diesem Fall erhöhen sich für jedes unterhaltsberechtigtes Kind die Beträge nach Absatz 2 um 5 Prozent der jährlichen Bezugsgröße nach § 18 Absatz 1 des Vierten Buches.

(5) Ist der Leistungsberechtigte minderjährig und lebt im Haushalt der Eltern, erhöht sich der Betrag nach Absatz 2 um 75 Prozent der jährlichen Bezugsgröße nach § 18 Absatz 1 des Vierten Buches für jeden Leistungsberechtigten. Die Absätze 3 und 4 sind nicht anzuwenden.

### § 137

#### **Höhe des Beitrages zu den Aufwendungen**

(1) Die antragstellende Person im Sinne des § 136 Absatz 1 hat aus dem Einkommen im Sinne des § 135 einen Beitrag zu den Aufwendungen nach Maßgabe der Absätze 2 und 3 aufzubringen.

(2) Wenn das Einkommen die Beträge nach § 136 Absatz 2 übersteigt, ist ein monatlicher Beitrag in Höhe von 2 Prozent des den Betrag nach § 136 Absatz 2 bis 4 übersteigenden Betrages als monatlicher Beitrag aufzubringen. Der nach Satz 1 als monatlicher Beitrag aufzubringende Betrag ist auf volle 10 Euro abzurunden.

(3) Der Beitrag ist von der zu erbringenden Leistung abzuziehen.

(4) Ist ein Beitrag von anderen Personen aufzubringen als dem Leistungsberechtigten und ist die Durchführung der Maßnahme der Eingliederungshilfeleistung ohne Entrichtung des Beitrages gefährdet, so kann im Einzelfall die erforderliche Leistung ohne Abzug nach Absatz 3 erbracht werden. Im Umfang des Beitrages sind die Aufwendungen zu ersetzen.

### § 138

#### **Besondere Höhe des Beitrages zu den Aufwendungen**

(1) Ein Beitrag ist nicht aufzubringen bei

1. heilpädagogischen Leistungen nach § 113 Absatz 2 Nummer 3,
2. Leistungen zur medizinischen Rehabilitation nach § 109,
3. Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben nach § 111 Absatz 1 Nummer 1 und 2,
4. Leistungen zur Teilhabe an Bildung nach § 112 Absatz 1 Nummer 1,
5. Leistungen zur schulischen Ausbildung für einen Beruf nach § 112 Absatz 2 Nummer 2, soweit diese Leistungen in besonderen Ausbildungsstätten über Tag und Nacht für Menschen mit Behinderungen erbracht werden,
6. Leistungen zum Erwerb und Erhalt praktischer Kenntnisse und Fähigkeiten nach § 113 Absatz 1 Nummer 5, soweit diese der Vorbereitung auf die Teilhabe am Arbeitsleben nach § 111 Absatz 1 Nummer 1 und 2 dienen,
7. Leistungen nach § 113 Absatz 1, die noch nicht eingeschulten leistungsberechtigten Personen die für sie erreichbare Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft ermöglichen sollen.
8. gleichzeitiger Gewährung von Leistungen zum Lebensunterhalt nach dem Zweiten oder Zwölften Buch oder nach § 27a des Bundesversorgungsgesetzes,

(2) Wenn ein Beitrag nach § 137 aufzubringen ist, ist für weitere Leistungen im gleichen Zeitraum oder weitere Leistungen an minderjährige Kinder im gleichen Haushalt nach diesem Teil kein weiterer Beitrag aufzubringen.

(3) Bei einmaligen Leistungen zur Beschaffung von Bedarfsgegenständen, deren Gebrauch für mindestens ein Jahr bestimmt ist, ist höchstens das Vierfache des monatlichen Beitrages einmalig aufzubringen.

(4) Wenn eine volljährige nachfragende Person Leistungen bedarf, ist von den Eltern oder dem Elternteil ein Beitrag in Höhe von monatlich 32,08 Euro aufzubringen. § 94 Absatz 2 Satz 3 und Absatz 3 des Zwölften Buches gilt entsprechend.

#### § 139

##### **Begriff des Vermögens**

Zum Vermögen im Sinne dieses Teils gehört das gesamte verwertbare Vermögen. Die Leistungen nach diesem Teil dürfen nicht abhängig gemacht werden vom Einsatz oder von der Verwertung des Vermögens im Sinne des § 90 Absatz 2 Nummer 1 bis 8 des Zwölften Buches und eines Barvermögens oder sonstiger Geldwerte bis zu einem Betrag von 150 Prozent der jährlichen Bezugsgröße nach § 18 Absatz 1 des Vierten Buches.

#### § 140

##### **Einsatz des Vermögens**

(1) Die antragstellende Person sowie bei minderjährigen Personen die im Haushalt lebenden Eltern oder ein Elternteil haben vor der Inanspruchnahme von Leistungen nach diesem Teil die erforderlichen Mittel aus ihrem Vermögen aufzubringen.

(2) Soweit für den Bedarf der nachfragenden Person Vermögen einzusetzen ist, jedoch der sofortige Verbrauch oder die sofortige Verwertung des Vermögens nicht möglich ist oder für die, die es einzusetzen hat, eine Härte bedeuten würde, soll die beantragte Leistung als Darlehen geleistet werden. Die Leistungserbringung kann davon abhängig gemacht werden, dass der Anspruch auf Rückzahlung dinglich oder in anderer Weise gesichert wird.

(3) Die in § 138 Absatz 1 genannten Leistungen sind ohne Berücksichtigung von vorhandenem Vermögen zu erbringen.

#### § 141

##### **Übergang von Ansprüchen**

(1) Hat eine Person im Sinne von § 136 Absatz 1 einen Anspruch gegen einen anderen, der kein Leistungsträger im Sinne des § 12 des Ersten Buches ist, kann der Träger der Eingliederungshilfe durch schriftliche Anzeige an den anderen bewirken, dass dieser Anspruch bis zur Höhe seiner Aufwendungen auf ihn übergeht.

(2) Der Übergang des Anspruches darf nur insoweit bewirkt werden, als bei rechtzeitiger Leistung des anderen entweder die Leistung nicht erbracht worden wäre oder ein Beitrag aufzubringen wäre. Der Übergang ist nicht dadurch ausgeschlossen, dass der Anspruch nicht übertragen, verpfändet oder gepfändet werden kann.

(3) Die schriftliche Anzeige bewirkt den Übergang des Anspruches für die Zeit, für die der leistungsberechtigten Person die Leistung ohne Unterbrechung erbracht wird. Als Unterbrechung gilt ein Zeitraum von mehr als zwei Monaten.

(4) Widerspruch und Anfechtungsklage gegen den Verwaltungsakt, der den Übergang des Anspruches bewirkt, haben keine aufschiebende Wirkung. Die §§ 115 und 116 des Zehnten Buches gehen der Regelung des Absatzes 1 vor.

## § 142

**Sonderregelungen für minderjährige Leistungsberechtigte und in Sonderfällen**

(1) Minderjährigen Leistungsberechtigten und ihren Eltern oder einem Elternteil ist bei Leistungen im Sinne des § 138 Absatz 1 Nummer 1, 2, 4, 5 und 7 die Aufbringung der Mittel für die Kosten des Lebensunterhalts nur in Höhe der für den häuslichen Lebensunterhalt ersparten Aufwendungen zuzumuten, soweit Leistungen über Tag und Nacht erbracht werden.

(2) Sind Leistungen von einem oder mehreren Anbietern über Tag und Nacht oder über Tag oder für ärztliche oder ärztlich verordnete Maßnahmen erforderlich, sind die Leistungen, die der Vereinbarung nach § 134 Absatz 3 zugrunde liegen, durch den Träger der Eingliederungshilfe auch dann in vollem Umfang zu erbringen, wenn den minderjährigen Leistungsberechtigten und ihren Eltern oder einem Elternteil die Aufbringung der Mittel nach Absatz 1 zu einem Teil zuzumuten ist.

(3) Bei Leistungen, denen Vereinbarungen nach § 134 Absatz 4 zugrunde liegen, geht der Anspruch einer volljährigen Person auf Unterhalt gegenüber ihren Eltern wegen Leistungen nach dem Dritten Kapitel des Zwölften Buches nur in Höhe von bis zu 24,68 Euro monatlich über. § 94 Absatz 2 Satz 3 und Absatz 3 des Zwölften Buches gilt entsprechend.

## Kapitel 10

## Statistik

## § 143

**Bundesstatistik**

Zur Beurteilung der Auswirkungen dieses Teils und zu seiner Fortentwicklung werden Erhebungen über

1. die Leistungsberechtigten und
  2. die Ausgaben und Einnahmen der Träger der Eingliederungshilfe
- als Bundesstatistik durchgeführt.

## § 144

**Erhebungsmerkmale**

(1) Erhebungsmerkmale bei den Erhebungen nach § 143 Nummer 1 sind für jeden Leistungsberechtigten

1. Geschlecht, Geburtsjahr, Staatsangehörigkeit, Bundesland, Kennnummer des Trägers, mit anderen Leistungsberechtigten zusammenlebend, erbrachte Leistungsarten im Laufe und am Ende des Berichtsjahres,
2. die Höhe der Bedarfe für jede erbrachte Leistungsart, die Höhe des aufgebrachten Beitrags nach § 92, die Art des angerechneten Einkommens, Beginn und Ende der Leistungserbringung nach Monat und Jahr, die für mehrere Leistungsberechtigte erbrachte Leistung, die Leistung als pauschalierte Geldleistung, die Leistung durch ein Persönliches Budget sowie
3. gleichzeitiger Bezug von Leistungen nach dem Zweiten, Elften oder Zwölften Buch.

(2) Merkmale bei den Erhebungen nach Absatz 1 Nummer 1 und 2 nach der Art der Leistung sind insbesondere:

1. Leistung zur medizinischen Rehabilitation,

2. Leistung zur Beschäftigung im Arbeitsbereich anerkannter Werkstätten für behinderte Menschen,
3. Leistung zur Beschäftigung bei anderen Leistungsanbietern,
4. Leistung zur Beschäftigung bei privaten und öffentlichen Arbeitgebern,
5. Leistung zur Teilhabe an Bildung,
6. Leistung für Wohnraum,
7. Assistenzleistung nach § 113 Absatz 2 Nummer 2 in Verbindung mit § 78 Absatz 1 Nummer 1,
8. Assistenzleistung nach § 113 Absatz 2 Nummer 2 in Verbindung mit § 78 Absatz 1 Nummer 2,
9. heilpädagogische Leistung,
10. Leistung zum Erwerb praktischer Kenntnisse und Fähigkeiten,
11. Leistung zur Förderung der Verständigung,
12. Leistung für ein Kraftfahrzeug,
13. Leistung zur Beförderung insbesondere durch einen Beförderungsdienst,
14. Hilfsmittel im Rahmen der Sozialen Teilhabe und
15. Besuchsbeihilfen.

(3) Erhebungsmerkmale nach § 143 Nummer 2 sind das Bundesland, die Ausgaben gesamt nach der Art der Leistungen die Einnahmen gesamt und nach Einnahmearten sowie die Höhe der aufgebracht Beiträge gesamt.

#### § 145

##### **Hilfsmerkmale**

(1) Hilfsmerkmale sind

1. Name und Anschrift des Auskunftspflichtigen,
2. Name, Telefonnummer und E-Mail-Adresse der für eventuelle Rückfragen zur Verfügung stehenden Person,
3. für die Erhebung nach § 143 Nummer 1 die Kennnummer des Leistungsberechtigten.

(2) Die Kennnummern nach Absatz 1 Nummer 3 dienen der Prüfung der Richtigkeit der Statistik und der Fortschreibung der jeweils letzten Bestandserhebung. Sie enthalten keine Angaben über persönliche und sachliche Verhältnisse des Leistungsberechtigten und sind zum frühestmöglichen Zeitpunkt, spätestens nach Abschluss der wiederkehrenden Bestandserhebung, zu löschen.

#### § 146

##### **Periodizität und Berichtszeitraum**

Die Erhebungen erfolgen jährlich für das abgelaufene Kalenderjahr.

#### § 147

##### **Auskunftspflicht**

- (1) Für die Erhebungen besteht Auskunftspflicht. Die Angaben nach § 145 Nummer 2 sind freiwillig.
- (2) Auskunftspflichtig sind die Träger der Eingliederungshilfe.

## § 148

**Übermittlung, Veröffentlichung**

(1) Die in sich schlüssigen und nach einheitlichen Standards formatierten Einzeldatensätze sind von den Auskunftspflichtigen elektronisch bis zum Ablauf von 40 Arbeitstagen nach Ende des jeweiligen Berichtszeitraums an das jeweilige statistische Landesamt zu übermitteln.

(2) An die fachlich zuständigen obersten Bundes- oder Landesbehörden dürfen für die Verwendung gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften und für Zwecke der Planung, jedoch nicht für die Regelung von Einzelfällen, vom Statistischen Bundesamt und von den statistischen Ämtern der Länder Tabellen mit statistischen Ergebnissen übermittelt werden, auch soweit Tabellenfelder nur einen einzigen Fall ausweisen. Tabellen, die nur einen einzigen Fall ausweisen, dürfen nur dann übermittelt werden, wenn sie nicht differenzierter als auf Regierungsbezirksebene, bei Stadtstaaten auf Bezirksebene, aufbereitet sind.

(3) Die statistischen Ämter der Länder stellen dem Statistischen Bundesamt für Zusatzaufbereitungen des Bundes jährlich unverzüglich nach Aufbereitung der Bestandserhebung und der Erhebung im Laufe des Berichtsjahres die Einzelangaben aus der Erhebung zur Verfügung. Angaben zu den Hilfsmerkmalen nach § 145 dürfen nicht übermittelt werden.

(4) Die Ergebnisse der Bundesstatistik nach diesem Kapitel dürfen auf die einzelnen Gemeinden bezogen veröffentlicht werden.

## Kapitel 11

## Übergangs- und Schlussbestimmungen

## § 149

**Übergangsregelung für ambulant Betreute**

Für Personen, die Leistungen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen erhalten, deren Betreuung am 26. Juni 1996 durch von ihnen beschäftigte Personen oder ambulante Dienste sichergestellt wurde, gilt § 3a des Bundessozialhilfegesetzes in der am 26. Juni 1996 geltenden Fassung.

## § 150

**Übergangsregelung zum Einsatz des Einkommens**

Abweichend von Kapitel 9 sind bei der Festsetzung von Leistungen für Leistungsberechtigte, die am 31. Dezember 2019 Leistungen nach dem Sechsten Kapitel des Zwölften Buches in der Fassung vom 31. Dezember 2019 erhalten haben und von denen ein Einsatz des Einkommens über der Einkommensgrenze gemäß § 87 des Zwölften Buches in der Fassung vom 31. Dezember 2019 gefordert wurde, die am 31. Dezember 2019 geltenden Einkommensgrenzen nach dem Elften Kapitel des Zwölften Buches in der Fassung vom 31. Dezember 2019 zugrunde zu legen, solange der nach Kapitel 9 aufzubringende Beitrag höher ist als der Einkommenseinsatz nach dem am 31. Dezember 2019 geltenden Recht.

### Teil 3

## Besondere Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen (Schwerbehindertenrecht)

### Kapitel 1

#### Geschützter Personenkreis

#### § 151

##### **Geltungsbereich**

(1) Die Regelungen dieses Teils gelten für schwerbehinderte und diesen gleichgestellte behinderte Menschen.

(2) Die Gleichstellung behinderter Menschen mit schwerbehinderten Menschen (§ 2 Absatz 3) erfolgt auf Grund einer Feststellung nach § 152 auf Antrag des behinderten Menschen durch die Bundesagentur für Arbeit. Die Gleichstellung wird mit dem Tag des Eingangs des Antrags wirksam. Sie kann befristet werden.

(3) Auf gleichgestellte behinderte Menschen werden die besonderen Regelungen für schwerbehinderte Menschen mit Ausnahme des § 208 und des Kapitels 13 angewendet.

(4) Schwerbehinderten Menschen gleichgestellt sind auch behinderte Jugendliche und junge Erwachsene (§ 2 Absatz 1) während der Zeit ihrer Berufsausbildung in Betrieben und Dienststellen oder einer beruflichen Orientierung, auch wenn der Grad der Behinderung weniger als 30 beträgt oder ein Grad der Behinderung nicht festgestellt ist. Der Nachweis der Behinderung wird durch eine Stellungnahme der Agentur für Arbeit oder durch einen Bescheid über Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben erbracht. Die Gleichstellung gilt nur für Leistungen des Integrationsamtes im Rahmen der beruflichen Orientierung und der Berufsausbildung im Sinne des § 185 Absatz 3 Nummer 2 Buchstabe c.

#### § 152

##### **Feststellung der Behinderung, Ausweise**

(1) Auf Antrag des behinderten Menschen stellen die für die Durchführung des Bundesversorgungsgesetzes zuständigen Behörden das Vorliegen einer Behinderung und den Grad der Behinderung zum Zeitpunkt der Antragstellung fest. Auf Antrag kann festgestellt werden, dass ein Grad der Behinderung oder gesundheitliche Merkmale bereits zu einem früheren Zeitpunkt vorgelegen haben, wenn dafür ein besonderes Interesse glaubhaft gemacht wird. Beantragt eine erwerbstätige Person die Feststellung der Eigenschaft als schwerbehinderter Mensch (§ 2 Absatz 2), gelten die in § 14 Absatz 2 Satz 2 und 3 sowie § 17 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 Satz 1 genannten Fristen sowie § 60 Absatz 1 des Ersten Buches entsprechend. Das Gesetz über das Verwaltungsverfahren der Kriegsopferversorgung ist entsprechend anzuwenden, soweit nicht das Zehnte Buch Anwendung findet. Die Auswirkungen auf die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft werden als Grad der Behinderung nach Zehnergraden abgestuft festgestellt. Eine Feststellung ist nur zu treffen, wenn ein Grad der Behinderung von wenigstens 20 vorliegt. Durch Landesrecht kann die Zuständigkeit abweichend von Satz 1 geregelt werden.

(2) Feststellungen nach Absatz 1 sind nicht zu treffen, wenn eine Feststellung über das Vorliegen einer Behinderung und den Grad einer auf ihr beruhenden Erwerbsminderung schon in einem Rentenbescheid, einer entsprechenden Verwaltungs- oder Gerichtsentscheidung oder einer vorläufigen Bescheinigung der für diese Entscheidungen zuständigen Dienststellen getroffen worden ist, es sei denn, dass der behinderte Mensch ein Interesse

an anderweitiger Feststellung nach Absatz 1 glaubhaft macht. Eine Feststellung nach Satz 1 gilt zugleich als Feststellung des Grades der Behinderung.

(3) Liegen mehrere Beeinträchtigungen der Teilhabe am Leben in der Gesellschaft vor, so wird der Grad der Behinderung nach den Auswirkungen der Beeinträchtigungen in ihrer Gesamtheit unter Berücksichtigung ihrer wechselseitigen Beziehungen festgestellt. Für diese Entscheidung gilt Absatz 1, es sei denn, dass in einer Entscheidung nach Absatz 2 eine Gesamtbeurteilung bereits getroffen worden ist.

(4) Sind neben dem Vorliegen der Behinderung weitere gesundheitliche Merkmale Voraussetzung für die Inanspruchnahme von Nachteilsausgleichen, so treffen die zuständigen Behörden die erforderlichen Feststellungen im Verfahren nach Absatz 1.

(5) Auf Antrag des behinderten Menschen stellen die zuständigen Behörden auf Grund einer Feststellung der Behinderung einen Ausweis über die Eigenschaft als schwerbehinderter Mensch, den Grad der Behinderung sowie im Falle des Absatzes 4 über weitere gesundheitliche Merkmale aus. Der Ausweis dient dem Nachweis für die Inanspruchnahme von Leistungen und sonstigen Hilfen, die schwerbehinderten Menschen nach diesem Teil oder nach anderen Vorschriften zustehen. Die Gültigkeitsdauer des Ausweises soll befristet werden. Er wird eingezogen, sobald der gesetzliche Schutz schwerbehinderter Menschen erloschen ist. Der Ausweis wird berichtigt, sobald eine Neufeststellung unanfechtbar geworden ist.

## § 153

### **Verordnungsermächtigung**

(1) Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates nähere Vorschriften über die Gestaltung der Ausweise, ihre Gültigkeit und das Verwaltungsverfahren zu erlassen.

(2) Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die Grundsätze aufzustellen, die für die medizinische Bewertung des Grades der Behinderung, die Kriterien für die Bewertung der Hilflosigkeit und die Voraussetzungen für die Vergabe von Merkzeichen maßgebend sind, die nach Bundesrecht in den Schwerbehindertenausweis einzutragen sind.

## Kapitel 2

### **Beschäftigungspflicht der Arbeitgeber**

## § 154

### **Pflicht der Arbeitgeber zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen**

(1) Private und öffentliche Arbeitgeber (Arbeitgeber) mit jahresdurchschnittlich monatlich mindestens 20 Arbeitsplätzen im Sinne des § 156 haben auf wenigstens 5 Prozent der Arbeitsplätze schwerbehinderte Menschen zu beschäftigen. Dabei sind schwerbehinderte Frauen besonders zu berücksichtigen. Abweichend von Satz 1 haben Arbeitgeber mit jahresdurchschnittlich monatlich weniger als 40 Arbeitsplätzen jahresdurchschnittlich je Monat einen schwerbehinderten Menschen, Arbeitgeber mit jahresdurchschnittlich monatlich weniger als 60 Arbeitsplätzen jahresdurchschnittlich je Monat zwei schwerbehinderte Menschen zu beschäftigen.

(2) Als öffentliche Arbeitgeber im Sinne dieses Teils gelten

1. jede oberste Bundesbehörde mit ihren nachgeordneten Dienststellen, das Bundespräsidialamt, die Verwaltungen des Deutschen Bundestages und des Bundesrates, das Bundesverfassungsgericht, die obersten Gerichtshöfe des Bundes, der Bundesgerichtshof jedoch zusammengefasst mit dem Generalbundesanwalt, sowie das Bundeseisenbahnvermögen,



2. jede oberste Landesbehörde und die Staats- und Präsidialkanzleien mit ihren nachgeordneten Dienststellen, die Verwaltungen der Landtage, die Rechnungshöfe (Rechnungskammern), die Organe der Verfassungsgerichtsbarkeit der Länder und jede sonstige Landesbehörde, zusammengefasst jedoch diejenigen Behörden, die eine gemeinsame Personalverwaltung haben,
3. jede sonstige Gebietskörperschaft und jeder Verband von Gebietskörperschaften,
4. jede sonstige Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts.

#### § 155

##### **Beschäftigung besonderer Gruppen schwerbehinderter Menschen**

(1) Im Rahmen der Erfüllung der Beschäftigungspflicht sind in angemessenem Umfang zu beschäftigen:

1. schwerbehinderte Menschen, die nach Art oder Schwere ihrer Behinderung im Arbeitsleben besonders betroffen sind, insbesondere solche,
  - a) die zur Ausübung der Beschäftigung wegen ihrer Behinderung nicht nur vorübergehend einer besonderen Hilfskraft bedürfen oder
  - b) deren Beschäftigung infolge ihrer Behinderung nicht nur vorübergehend mit außergewöhnlichen Aufwendungen für den Arbeitgeber verbunden ist oder
  - c) die infolge ihrer Behinderung nicht nur vorübergehend offensichtlich nur eine wesentlich verminderte Arbeitsleistung erbringen können oder
  - d) bei denen ein Grad der Behinderung von wenigstens 50 allein infolge geistiger oder seelischer Behinderung oder eines Anfallsleidens vorliegt oder
  - e) die wegen Art oder Schwere der Behinderung keine abgeschlossene Berufsbildung im Sinne des Berufsbildungsgesetzes haben,
2. schwerbehinderte Menschen, die das 50. Lebensjahr vollendet haben.

(2) Arbeitgeber mit Stellen zur beruflichen Bildung, insbesondere für Auszubildende, haben im Rahmen der Erfüllung der Beschäftigungspflicht einen angemessenen Anteil dieser Stellen mit schwerbehinderten Menschen zu besetzen. Hierüber ist mit der zuständigen Interessenvertretung im Sinne des § 176 und der Schwerbehindertenvertretung zu beraten.

#### § 156

##### **Begriff des Arbeitsplatzes**

(1) Arbeitsplätze im Sinne dieses Teils sind alle Stellen, auf denen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter sowie Auszubildende und andere zu ihrer beruflichen Bildung Eingestellte beschäftigt werden.

(2) Als Arbeitsplätze gelten nicht die Stellen, auf denen beschäftigt werden:

1. behinderte Menschen, die an Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben nach § 49 Absatz 3 Nummer 4 in Betrieben oder Dienststellen teilnehmen,
2. Personen, deren Beschäftigung nicht in erster Linie ihrem Erwerb dient, sondern vorwiegend durch Beweggründe karitativer oder religiöser Art bestimmt ist, und Geistliche öffentlich-rechtlicher Religionsgemeinschaften,
3. Personen, deren Beschäftigung nicht in erster Linie ihrem Erwerb dient und die vorwiegend zu ihrer Heilung, Wiedereingewöhnung oder Erziehung erfolgt,
4. Personen, die an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nach dem Dritten Buch teilnehmen,

5. Personen, die nach ständiger Übung in ihre Stellen gewählt werden,
6. Personen, deren Arbeits-, Dienst- oder sonstiges Beschäftigungsverhältnis wegen Wehr- oder Zivildienst, Elternzeit, unbezahlten Urlaubs, wegen Bezuges einer Rente auf Zeit oder bei Altersteilzeitarbeit in der Freistellungsphase (Verblockungsmodell) ruht, solange für sie eine Vertretung eingestellt ist.

(3) Als Arbeitsplätze gelten ferner nicht Stellen, die nach der Natur der Arbeit oder nach den zwischen den Parteien getroffenen Vereinbarungen nur auf die Dauer von höchstens acht Wochen besetzt sind, sowie Stellen, auf denen Beschäftigte weniger als 18 Stunden wöchentlich beschäftigt werden.

#### § 157

##### **Berechnung der Mindestzahl von Arbeitsplätzen und der Pflichtarbeitsplatzzahl**

(1) Bei der Berechnung der Mindestzahl von Arbeitsplätzen und der Zahl der Arbeitsplätze, auf denen schwerbehinderte Menschen zu beschäftigen sind (§ 154), zählen Stellen, auf denen Auszubildende beschäftigt werden, nicht mit. Das Gleiche gilt für Stellen, auf denen Rechts- oder Studienreferendarinnen und -referendare beschäftigt werden, die einen Rechtsanspruch auf Einstellung haben.

(2) Bei der Berechnung sich ergebende Bruchteile von 0,5 und mehr sind aufzurunden, bei Arbeitgebern mit jahresdurchschnittlich weniger als 60 Arbeitsplätzen abzurunden.

#### § 158

##### **Anrechnung Beschäftigter auf die Zahl der Pflichtarbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen**

(1) Ein schwerbehinderter Mensch, der auf einem Arbeitsplatz im Sinne des § 156 Absatz 1 oder Absatz 2 Nummer 1 oder 4 beschäftigt wird, wird auf einen Pflichtarbeitsplatz für schwerbehinderte Menschen angerechnet.

(2) Ein schwerbehinderter Mensch, der in Teilzeitbeschäftigung kürzer als betriebsüblich, aber nicht weniger als 18 Stunden wöchentlich beschäftigt wird, wird auf einen Pflichtarbeitsplatz für schwerbehinderte Menschen angerechnet. Bei Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf weniger als 18 Stunden infolge von Altersteilzeit gilt Satz 1 entsprechend. Wird ein schwerbehinderter Mensch weniger als 18 Stunden wöchentlich beschäftigt, lässt die Bundesagentur für Arbeit die Anrechnung auf einen dieser Pflichtarbeitsplätze zu, wenn die Teilzeitbeschäftigung wegen Art oder Schwere der Behinderung notwendig ist.

(3) Ein schwerbehinderter Mensch, der im Rahmen einer Maßnahme zur Förderung des Übergangs aus der Werkstatt für behinderte Menschen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt (§ 5 Absatz 4 Satz 1 der Werkstättenverordnung) beschäftigt wird, wird auch für diese Zeit auf die Zahl der Pflichtarbeitsplätze angerechnet.

(4) Ein schwerbehinderter Arbeitgeber wird auf einen Pflichtarbeitsplatz für schwerbehinderte Menschen angerechnet.

(5) Der Inhaber eines Bergmannsversorgungsscheins wird, auch wenn er kein schwerbehinderter oder gleichgestellter behinderter Mensch im Sinne des § 2 Absatz 2 oder 3 ist, auf einen Pflichtarbeitsplatz angerechnet.

#### § 159

##### **Mehrfachanrechnung**

(1) Die Bundesagentur für Arbeit kann die Anrechnung eines schwerbehinderten Menschen, besonders eines schwerbehinderten Menschen im Sinne des § 155 Absatz 1 auf mehr als einen Pflichtarbeitsplatz, höchstens drei Pflichtarbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen zulassen, wenn dessen Teilhabe am Arbeitsleben auf

besondere Schwierigkeiten stößt. Satz 1 gilt auch für schwerbehinderte Menschen im Anschluss an eine Beschäftigung in einer Werkstatt für behinderte Menschen und für teilzeitbeschäftigte schwerbehinderte Menschen im Sinne des § 158 Absatz 2.

(2) Ein schwerbehinderter Mensch, der beruflich ausgebildet wird, wird auf zwei Pflichtarbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen angerechnet. Satz 1 gilt auch während der Zeit einer Ausbildung im Sinne des § 51 Absatz 2, die in einem Betrieb oder einer Dienststelle durchgeführt wird. Die Bundesagentur für Arbeit kann die Anrechnung auf drei Pflichtarbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen zulassen, wenn die Vermittlung in eine berufliche Ausbildungsstelle wegen Art oder Schwere der Behinderung auf besondere Schwierigkeiten stößt. Bei Übernahme in ein Arbeits- oder Beschäftigungsverhältnis durch den ausbildenden oder einen anderen Arbeitgeber im Anschluss an eine abgeschlossene Ausbildung wird der schwerbehinderte Mensch im ersten Jahr der Beschäftigung auf zwei Pflichtarbeitsplätze angerechnet; Absatz 1 bleibt unberührt.

(3) Bescheide über die Anrechnung eines schwerbehinderten Menschen auf mehr als drei Pflichtarbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen, die vor dem 1. August 1986 erlassen worden sind, gelten fort.

## § 160

### Ausgleichsabgabe

(1) Solange Arbeitgeber die vorgeschriebene Zahl schwerbehinderter Menschen nicht beschäftigen, entrichten sie für jeden unbesetzten Pflichtarbeitsplatz für schwerbehinderte Menschen eine Ausgleichsabgabe. Die Zahlung der Ausgleichsabgabe hebt die Pflicht zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen nicht auf. Die Ausgleichsabgabe wird auf der Grundlage einer jahresdurchschnittlichen Beschäftigungsquote ermittelt.

(2) Die Ausgleichsabgabe beträgt je unbesetztem Pflichtarbeitsplatz

1. 125 Euro bei einer jahresdurchschnittlichen Beschäftigungsquote von 3 Prozent bis weniger als dem geltenden Pflichtsatz,
2. 220 Euro bei einer jahresdurchschnittlichen Beschäftigungsquote von 2 Prozent bis weniger als 3 Prozent,
3. 320 Euro bei einer jahresdurchschnittlichen Beschäftigungsquote von weniger als 2 Prozent.

Abweichend von Satz 1 beträgt die Ausgleichsabgabe je unbesetztem Pflichtarbeitsplatz für schwerbehinderte Menschen

1. für Arbeitgeber mit jahresdurchschnittlich weniger als 40 zu berücksichtigenden Arbeitsplätzen bei einer jahresdurchschnittlichen Beschäftigung von weniger als einem schwerbehinderten Menschen 125 Euro und
2. für Arbeitgeber mit jahresdurchschnittlich weniger als 60 zu berücksichtigenden Arbeitsplätzen bei einer jahresdurchschnittlichen Beschäftigung von weniger als zwei schwerbehinderten Menschen 125 Euro und bei einer jahresdurchschnittlichen Beschäftigung von weniger als einem schwerbehinderten Menschen 220 Euro.

(3) Die Ausgleichsabgabe erhöht sich entsprechend der Veränderung der Bezugsgröße nach § 18 Absatz 1 des Vierten Buches. Sie erhöht sich zum 1. Januar eines Kalenderjahres, wenn sich die Bezugsgröße seit der letzten Neubestimmung der Beträge der Ausgleichsabgabe um wenigstens 10 Prozent erhöht hat. Die Erhöhung der Ausgleichsabgabe erfolgt, indem der Faktor für die Veränderung der Bezugsgröße mit dem jeweiligen Betrag der Ausgleichsabgabe vervielfältigt wird. Die sich ergebenden Beträge sind auf den nächsten durch fünf teilbaren Betrag abzurunden. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales gibt den Erhöhungsbetrag und die sich nach Satz 3 ergebenden Beträge der Ausgleichsabgabe im Bundesanzeiger bekannt.

(4) Die Ausgleichsabgabe zahlt der Arbeitgeber jährlich zugleich mit der Erstattung der Anzeige nach § 163 Absatz 2 an das für seinen Sitz zuständige Integrationsamt. Ist ein Arbeitgeber mehr als drei Monate im Rückstand, erlässt das Integrationsamt einen Feststellungsbescheid über die rückständigen Beträge und zieht diese ein. Für rückständige Beträge der Ausgleichsabgabe erhebt das Integrationsamt nach dem 31. März Säumniszuschläge nach Maßgabe des § 24 Absatz 1 des Vierten Buches; für ihre Verwendung gilt Absatz 5 entsprechend. Das Integrationsamt kann in begründeten Ausnahmefällen von der Erhebung von Säumniszuschlägen absehen.

Widerspruch und Anfechtungsklage gegen den Feststellungsbescheid haben keine aufschiebende Wirkung. Gegenüber privaten Arbeitgebern wird die Zwangsvollstreckung nach den Vorschriften über das Verwaltungszwangsverfahren durchgeführt. Bei öffentlichen Arbeitgebern wendet sich das Integrationsamt an die Aufsichtsbehörde, gegen deren Entscheidung es die Entscheidung der obersten Bundes- oder Landesbehörde anrufen kann. Die Ausgleichsabgabe wird nach Ablauf des Kalenderjahres, das auf den Eingang der Anzeige bei der Bundesagentur für Arbeit folgt, weder nachgefordert noch erstattet.

(5) Die Ausgleichsabgabe darf nur für besondere Leistungen zur Förderung der Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben einschließlich begleitender Hilfe im Arbeitsleben (§ 185 Absatz 1 Nummer 3) verwendet werden, soweit Mittel für denselben Zweck nicht von anderer Seite zu leisten sind oder geleistet werden. Aus dem Aufkommen an Ausgleichsabgabe dürfen persönliche und sächliche Kosten der Verwaltung und Kosten des Verfahrens nicht bestritten werden. Das Integrationsamt gibt dem Beratenden Ausschuss für behinderte Menschen bei dem Integrationsamt (§ 186) auf dessen Verlangen eine Übersicht über die Verwendung der Ausgleichsabgabe.

(6) Die Integrationsämter leiten den in der Rechtsverordnung nach § 162 bestimmten Prozentsatz des Aufkommens an Ausgleichsabgabe an den Ausgleichsfonds (§ 161) weiter. Zwischen den Integrationsämtern wird ein Ausgleich herbeigeführt. Der auf das einzelne Integrationsamt entfallende Anteil am Aufkommen an Ausgleichsabgabe bemisst sich nach dem Mittelwert aus dem Verhältnis der Wohnbevölkerung im Zuständigkeitsbereich des Integrationsamtes zur Wohnbevölkerung im Geltungsbereich dieses Gesetzbuches und dem Verhältnis der Zahl der im Zuständigkeitsbereich des Integrationsamtes in den Betrieben und Dienststellen beschäftigungspflichtiger Arbeitgeber auf Arbeitsplätzen im Sinne des § 156 beschäftigten und der bei den Agenturen für Arbeit arbeitslos gemeldeten schwerbehinderten und diesen gleichgestellten behinderten Menschen zur entsprechenden Zahl der schwerbehinderten und diesen gleichgestellten behinderten Menschen im Geltungsbereich dieses Gesetzbuchs.

(7) Die bei den Integrationsämtern verbleibenden Mittel der Ausgleichsabgabe werden von diesen gesondert verwaltet. Die Rechnungslegung und die formelle Einrichtung der Rechnungen und Belege regeln sich nach den Bestimmungen, die für diese Stellen allgemein maßgebend sind.

(8) Für die Verpflichtung zur Entrichtung einer Ausgleichsabgabe (Absatz 1) gelten hinsichtlich der in § 154 Absatz 2 Nummer 1 genannten Stellen der Bund und hinsichtlich der in § 154 Absatz 2 Nummer 2 genannten Stellen das Land als ein Arbeitgeber.

## § 161

### **Ausgleichsfonds**

Zur besonderen Förderung der Einstellung und Beschäftigung schwerbehinderter Menschen auf Arbeitsplätzen und zur Förderung von Einrichtungen und Maßnahmen, die den Interessen mehrerer Länder auf dem Gebiet der Förderung der Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben dienen, ist beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales als zweckgebundene Vermögensmasse ein Ausgleichsfonds für überregionale Vorhaben zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben gebildet. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales verwaltet den Ausgleichsfonds.

## § 162

### **Verordnungsermächtigungen**

Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates

1. die Pflichtquote nach § 154 Absatz 1 nach dem jeweiligen Bedarf an Arbeitsplätzen für schwerbehinderte Menschen zu ändern, jedoch auf höchstens 10 Prozent zu erhöhen oder bis auf 4 Prozent herabzusetzen; dabei kann die Pflichtquote für öffentliche Arbeitgeber höher festgesetzt werden als für private Arbeitgeber,
2. nähere Vorschriften über die Verwendung der Ausgleichsabgabe nach § 160 Absatz 5 und die Gestaltung des Ausgleichsfonds nach § 161, die Verwendung der Mittel durch ihn für die Förderung der Teilhabe

- schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben und das Vergabe- und Verwaltungsverfahren des Ausgleichsfonds zu erlassen,
3. in der Rechtsverordnung nach Nummer 2
    - a) den Anteil des an den Ausgleichsfonds weiterzuleitenden Aufkommens an Ausgleichsabgabe entsprechend den erforderlichen Aufwendungen zur Erfüllung der Aufgaben des Ausgleichsfonds und der Integrationsämter,
    - b) den Ausgleich zwischen den Integrationsämtern auf Vorschlag der Länder oder einer Mehrheit der Länder abweichend von § 160 Absatz 6 Satz 3 sowie
    - c) die Zuständigkeit für die Förderung von Einrichtungen nach § 30 der Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung abweichend von § 41 Absatz 2 Nummer 1 dieser Verordnung und von Inklusionsbetrieben und -abteilungen abweichend von § 41 Absatz 1 Nummer 3 dieser Verordnungzu regeln,
  4. die Ausgleichsabgabe bei Arbeitgebern, die über weniger als 30 Arbeitsplätze verfügen, für einen bestimmten Zeitraum allgemein oder für einzelne Bundesländer herabzusetzen oder zu erlassen, wenn die Zahl der unbesetzten Pflichtarbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen die Zahl der zu beschäftigenden schwerbehinderten Menschen so erheblich übersteigt, dass die Pflichtarbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen dieser Arbeitgeber nicht in Anspruch genommen zu werden brauchen.

### Kapitel 3

#### Sonstige Pflichten der Arbeitgeber; Rechte der schwerbehinderten Menschen

##### § 163

##### **Zusammenwirken der Arbeitgeber mit der Bundesagentur für Arbeit und den Integrationsämtern**

(1) Die Arbeitgeber haben, gesondert für jeden Betrieb und jede Dienststelle, ein Verzeichnis der bei ihnen beschäftigten schwerbehinderten, ihnen gleichgestellten behinderten Menschen und sonstigen anrechnungsfähigen Personen laufend zu führen und dieses den Vertretern oder Vertreterinnen der Bundesagentur für Arbeit und des Integrationsamtes, die für den Sitz des Betriebes oder der Dienststelle zuständig sind, auf Verlangen vorzulegen.

(2) Die Arbeitgeber haben der für ihren Sitz zuständigen Agentur für Arbeit einmal jährlich bis spätestens zum 31. März für das vorangegangene Kalenderjahr, aufgegliedert nach Monaten, die Daten anzuzeigen, die zur Berechnung des Umfangs der Beschäftigungspflicht, zur Überwachung ihrer Erfüllung und der Ausgleichsabgabe notwendig sind. Der Anzeige sind das nach Absatz 1 geführte Verzeichnis sowie eine Kopie der Anzeige und des Verzeichnisses zur Weiterleitung an das für ihren Sitz zuständige Integrationsamt beizufügen. Dem Betriebs-, Personal-, Richter-, Staatsanwalts- und Präsidialrat, der Schwerbehindertenvertretung und dem Inklusionsbeauftragten des Arbeitgebers ist je eine Kopie der Anzeige und des Verzeichnisses zu übermitteln.

(3) Zeigt ein Arbeitgeber die Daten bis zum 30. Juni nicht, nicht richtig oder nicht vollständig an, erlässt die Bundesagentur für Arbeit nach Prüfung in tatsächlicher sowie in rechtlicher Hinsicht einen Feststellungsbescheid über die zur Berechnung der Zahl der Pflichtarbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen und der besetzten Arbeitsplätze notwendigen Daten.

(4) Die Arbeitgeber, die Arbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen nicht zur Verfügung zu stellen haben, haben die Anzeige nur nach Aufforderung durch die Bundesagentur für Arbeit im Rahmen einer repräsentativen Teilerhebung zu erstatten, die mit dem Ziel der Erfassung der in Absatz 1 genannten Personengruppen, aufgegliedert nach Bundesländern, alle fünf Jahre durchgeführt wird.

(5) Die Arbeitgeber haben der Bundesagentur für Arbeit und dem Integrationsamt auf Verlangen die Auskünfte zu erteilen, die zur Durchführung der besonderen Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter und ihnen gleichgestellter behinderter Menschen am Arbeitsleben notwendig sind.

(6) Für das Verzeichnis und die Anzeige des Arbeitgebers sind die mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter und Hauptfürsorgestellen abgestimmten Vordrucke der Bundesagentur für Arbeit zu verwenden. Die Bundesagentur für Arbeit soll zur Durchführung des Anzeigeverfahrens in Abstimmung mit der Bundesarbeitsgemeinschaft ein elektronisches Übermittlungsverfahren zulassen.

(7) Die Arbeitgeber haben den Beauftragten der Bundesagentur für Arbeit und des Integrationsamtes auf Verlangen Einblick in ihren Betrieb oder ihre Dienststelle zu geben, soweit es im Interesse der schwerbehinderten Menschen erforderlich ist und Betriebs- oder Dienstgeheimnisse nicht gefährdet werden.

(8) Die Arbeitgeber haben die Vertrauenspersonen der schwerbehinderten Menschen (§ 177 Absatz 1 Satz 1 bis 3 und § 180 Absatz 1 bis 5) unverzüglich nach der Wahl und ihren Inklusionsbeauftragten für die Angelegenheiten der schwerbehinderten Menschen (§ 181 Satz 1) unverzüglich nach der Bestellung der für den Sitz des Betriebes oder der Dienststelle zuständigen Agentur für Arbeit und dem Integrationsamt zu benennen.

## § 164

### **Pflichten des Arbeitgebers und Rechte schwerbehinderter Menschen**

(1) Die Arbeitgeber sind verpflichtet zu prüfen, ob freie Arbeitsplätze mit schwerbehinderten Menschen, insbesondere mit bei der Agentur für Arbeit arbeitslos oder arbeitsuchend gemeldeten schwerbehinderten Menschen, besetzt werden können. Sie nehmen frühzeitig Verbindung mit der Agentur für Arbeit auf. Die Bundesagentur für Arbeit oder ein Integrationsfachdienst schlägt den Arbeitgebern geeignete schwerbehinderte Menschen vor. Über die Vermittlungsvorschläge und vorliegende Bewerbungen von schwerbehinderten Menschen haben die Arbeitgeber die Schwerbehindertenvertretung und die in § 176 genannten Vertretungen unmittelbar nach Eingang zu unterrichten. Bei Bewerbungen schwerbehinderter Richterinnen und Richter wird der Präsidialrat unterrichtet und gehört, soweit dieser an der Ernennung zu beteiligen ist. Bei der Prüfung nach Satz 1 beteiligen die Arbeitgeber die Schwerbehindertenvertretung nach § 178 Absatz 2 und hören die in § 176 genannten Vertretungen an. Erfüllt der Arbeitgeber seine Beschäftigungspflicht nicht und ist die Schwerbehindertenvertretung oder eine in § 176 genannte Vertretung mit der beabsichtigten Entscheidung des Arbeitgebers nicht einverstanden, ist diese unter Darlegung der Gründe mit ihnen zu erörtern. Dabei wird der betroffene schwerbehinderte Mensch angehört. Alle Beteiligten sind vom Arbeitgeber über die getroffene Entscheidung unter Darlegung der Gründe unverzüglich zu unterrichten. Bei Bewerbungen schwerbehinderter Menschen ist die Schwerbehindertenvertretung nicht zu beteiligen, wenn der schwerbehinderte Mensch die Beteiligung der Schwerbehindertenvertretung ausdrücklich ablehnt.

(2) Arbeitgeber dürfen schwerbehinderte Beschäftigte nicht wegen ihrer Behinderung benachteiligen. Im Einzelnen gelten hierzu die Regelungen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes.

(3) Die Arbeitgeber stellen durch geeignete Maßnahmen sicher, dass in ihren Betrieben und Dienststellen wenigstens die vorgeschriebene Zahl schwerbehinderter Menschen eine möglichst dauerhafte behinderungsrechte Beschäftigung finden kann. Absatz 4 Satz 2 und 3 gilt entsprechend.

(4) Die schwerbehinderten Menschen haben gegenüber ihren Arbeitgebern Anspruch auf

1. Beschäftigung, bei der sie ihre Fähigkeiten und Kenntnisse möglichst voll verwerten und weiterentwickeln können,
2. bevorzugte Berücksichtigung bei innerbetrieblichen Maßnahmen der beruflichen Bildung zur Förderung ihres beruflichen Fortkommens,
3. Erleichterungen im zumutbaren Umfang zur Teilnahme an außerbetrieblichen Maßnahmen der beruflichen Bildung,

4. behindernsgerechte Einrichtung und Unterhaltung der Arbeitsstätten einschließlich der Betriebsanlagen, Maschinen und Geräte sowie der Gestaltung der Arbeitsplätze, des Arbeitsumfelds, der Arbeitsorganisation und der Arbeitszeit, unter besonderer Berücksichtigung der Unfallgefahr,
5. Ausstattung ihres Arbeitsplatzes mit den erforderlichen technischen Arbeitshilfen

unter Berücksichtigung der Behinderung und ihrer Auswirkungen auf die Beschäftigung. Bei der Durchführung der Maßnahmen nach Satz 1 Nummer 1, 4 und 5 unterstützen die Bundesagentur für Arbeit und die Integrationsämter die Arbeitgeber unter Berücksichtigung der für die Beschäftigung wesentlichen Eigenschaften der schwerbehinderten Menschen. Ein Anspruch nach Satz 1 besteht nicht, soweit seine Erfüllung für den Arbeitgeber nicht zumutbar oder mit unverhältnismäßigen Aufwendungen verbunden wäre oder soweit die staatlichen oder berufsgenossenschaftlichen Arbeitsschutzvorschriften oder beamtenrechtliche Vorschriften entgegenstehen.

(5) Die Arbeitgeber fördern die Einrichtung von Teilzeitarbeitsplätzen. Sie werden dabei von den Integrationsämtern unterstützt. Schwerbehinderte Menschen haben einen Anspruch auf Teilzeitbeschäftigung, wenn die kürzere Arbeitszeit wegen Art oder Schwere der Behinderung notwendig ist; Absatz 4 Satz 3 gilt entsprechend.

## § 165

### **Besondere Pflichten der öffentlichen Arbeitgeber**

Die Dienststellen der öffentlichen Arbeitgeber melden den Agenturen für Arbeit frühzeitig frei werdende und neu zu besetzende sowie neue Arbeitsplätze (§ 156). Haben schwerbehinderte Menschen sich um einen solchen Arbeitsplatz beworben oder sind sie von der Bundesagentur für Arbeit oder einem von dieser beauftragten Integrationsfachdienst vorgeschlagen worden, werden sie zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen. Eine Einladung ist entbehrlich, wenn die fachliche Eignung offensichtlich fehlt. Einer Inklusionsvereinbarung nach § 166 bedarf es nicht, wenn für die Dienststellen dem § 166 entsprechende Regelungen bereits bestehen und durchgeführt werden.

## § 166

### **Inklusionsvereinbarung**

(1) Die Arbeitgeber treffen mit der Schwerbehindertenvertretung und den in § 176 genannten Vertretungen in Zusammenarbeit mit dem Inklusionsbeauftragten des Arbeitgebers (§ 181) eine verbindliche Inklusionsvereinbarung. Auf Antrag der Schwerbehindertenvertretung wird unter Beteiligung der in § 176 genannten Vertretungen hierüber verhandelt. Ist eine Schwerbehindertenvertretung nicht vorhanden, steht das Antragsrecht den in § 176 genannten Vertretungen zu. Der Arbeitgeber oder die Schwerbehindertenvertretung kann das Integrationsamt einladen, sich an den Verhandlungen über die Inklusionsvereinbarung zu beteiligen. Das Integrationsamt soll dabei insbesondere darauf hinwirken, dass unterschiedliche Auffassungen überwunden werden. Der Agentur für Arbeit und dem Integrationsamt, die für den Sitz des Arbeitgebers zuständig sind, wird die Vereinbarung übermittelt.

(2) Die Vereinbarung enthält Regelungen im Zusammenhang mit der Eingliederung schwerbehinderter Menschen, insbesondere zur Personalplanung, Arbeitsplatzgestaltung, Gestaltung des Arbeitsumfelds, Arbeitsorganisation, Arbeitszeit sowie Regelungen über die Durchführung in den Betrieben und Dienststellen. Dabei ist die gleichberechtigte Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben bei der Gestaltung von Arbeitsprozessen und Rahmenbedingungen von Anfang an zu berücksichtigen. Bei der Personalplanung werden besondere Regelungen zur Beschäftigung eines angemessenen Anteils von schwerbehinderten Frauen vorgesehen.

(3) In der Vereinbarung können insbesondere auch Regelungen getroffen werden

1. zur angemessenen Berücksichtigung schwerbehinderter Menschen bei der Besetzung freier, frei werdender oder neuer Stellen,
2. zu einer anzustrebenden Beschäftigungsquote, einschließlich eines angemessenen Anteils schwerbehinderter Frauen,
3. zu Teilzeitarbeit,

4. zur Ausbildung behinderter Jugendlicher,
5. zur Durchführung der betrieblichen Prävention (betriebliches Eingliederungsmanagement) und zur Gesundheitsförderung,
6. über die Hinzuziehung des Werks- oder Betriebsarztes auch für Beratungen über Leistungen zur Teilhabe sowie über besondere Hilfen im Arbeitsleben.

(4) In den Versammlungen schwerbehinderter Menschen berichtet der Arbeitgeber über alle Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Eingliederung schwerbehinderter Menschen.

#### § 167

##### **Prävention**

(1) Der Arbeitgeber schaltet bei Eintreten von personen-, verhaltens- oder betriebsbedingten Schwierigkeiten im Arbeits- oder sonstigen Beschäftigungsverhältnis, die zur Gefährdung dieses Verhältnisses führen können, möglichst frühzeitig die Schwerbehindertenvertretung und die in § 176 genannten Vertretungen sowie das Integrationsamt ein, um mit ihnen alle Möglichkeiten und alle zur Verfügung stehenden Hilfen zur Beratung und mögliche finanzielle Leistungen zu erörtern, mit denen die Schwierigkeiten beseitigt werden können und das Arbeits- oder sonstige Beschäftigungsverhältnis möglichst dauerhaft fortgesetzt werden kann.

(2) Sind Beschäftigte innerhalb eines Jahres länger als sechs Wochen ununterbrochen oder wiederholt arbeitsunfähig, klärt der Arbeitgeber mit der zuständigen Interessenvertretung im Sinne des § 176, bei schwerbehinderten Menschen außerdem mit der Schwerbehindertenvertretung, mit Zustimmung und Beteiligung der betroffenen Person die Möglichkeiten, wie die Arbeitsunfähigkeit möglichst überwunden werden und mit welchen Leistungen oder Hilfen erneuter Arbeitsunfähigkeit vorgebeugt und der Arbeitsplatz erhalten werden kann (betriebliches Eingliederungsmanagement). Soweit erforderlich, wird der Werks- oder Betriebsarzt hinzugezogen. Die betroffene Person oder ihr gesetzlicher Vertreter ist zuvor auf die Ziele des betrieblichen Eingliederungsmanagements sowie auf Art und Umfang der hierfür erhobenen und verwendeten Daten hinzuweisen. Kommen Leistungen zur Teilhabe oder begleitende Hilfen im Arbeitsleben in Betracht, werden vom Arbeitgeber die Rehabilitationsträger oder bei schwerbehinderten Beschäftigten das Integrationsamt hinzugezogen. Diese wirken darauf hin, dass die erforderlichen Leistungen oder Hilfen unverzüglich beantragt und innerhalb der Frist des § 14 Absatz 2 Satz 2 erbracht werden. Die zuständige Interessenvertretung im Sinne des § 176, bei schwerbehinderten Menschen außerdem die Schwerbehindertenvertretung, können die Klärung verlangen. Sie wachen darüber, dass der Arbeitgeber die ihm nach dieser Vorschrift obliegenden Verpflichtungen erfüllt.

(3) Die Rehabilitationsträger und die Integrationsämter können Arbeitgeber, die ein betriebliches Eingliederungsmanagement einführen, durch Prämien oder einen Bonus fördern.

#### Kapitel 4

##### **Kündigungsschutz**

#### § 168

##### **Erfordernis der Zustimmung**

Die Kündigung des Arbeitsverhältnisses eines schwerbehinderten Menschen durch den Arbeitgeber bedarf der vorherigen Zustimmung des Integrationsamtes.



## § 169

**Kündigungsfrist**

Die Kündigungsfrist beträgt mindestens vier Wochen.

## § 170

**Antragsverfahren**

(1) Die Zustimmung zur Kündigung beantragt der Arbeitgeber bei dem für den Sitz des Betriebes oder der Dienststelle zuständigen Integrationsamt schriftlich. Der Begriff des Betriebes und der Begriff der Dienststelle im Sinne dieses Teils bestimmen sich nach dem Betriebsverfassungsgesetz und dem Personalvertretungsrecht.

(2) Das Integrationsamt holt eine Stellungnahme des Betriebsrates oder Personalrates und der Schwerbehindertenvertretung ein und hört den schwerbehinderten Menschen an.

(3) Das Integrationsamt wirkt in jeder Lage des Verfahrens auf eine gütliche Einigung hin.

## § 171

**Entscheidung des Integrationsamtes**

(1) Das Integrationsamt soll die Entscheidung, falls erforderlich, auf Grund mündlicher Verhandlung, innerhalb eines Monats vom Tag des Eingangs des Antrages an treffen.

(2) Die Entscheidung wird dem Arbeitgeber und dem schwerbehinderten Menschen zugestellt. Der Bundesagentur für Arbeit wird eine Abschrift der Entscheidung übersandt.

(3) Erteilt das Integrationsamt die Zustimmung zur Kündigung, kann der Arbeitgeber die Kündigung nur innerhalb eines Monats nach Zustellung erklären.

(4) Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die Zustimmung des Integrationsamtes zur Kündigung haben keine aufschiebende Wirkung.

(5) In den Fällen des § 172 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 3 gilt Absatz 1 mit der Maßgabe, dass die Entscheidung innerhalb eines Monats vom Tag des Eingangs des Antrages an zu treffen ist. Wird innerhalb dieser Frist eine Entscheidung nicht getroffen, gilt die Zustimmung als erteilt. Die Absätze 3 und 4 gelten entsprechend.

## § 172

**Einschränkungen der Ermessensentscheidung**

(1) Das Integrationsamt erteilt die Zustimmung bei Kündigungen in Betrieben und Dienststellen, die nicht nur vorübergehend eingestellt oder aufgelöst werden, wenn zwischen dem Tag der Kündigung und dem Tag, bis zu dem Gehalt oder Lohn gezahlt wird, mindestens drei Monate liegen. Unter der gleichen Voraussetzung soll es die Zustimmung auch bei Kündigungen in Betrieben und Dienststellen erteilen, die nicht nur vorübergehend wesentlich eingeschränkt werden, wenn die Gesamtzahl der weiterhin beschäftigten schwerbehinderten Menschen zur Erfüllung der Beschäftigungspflicht nach § 154 ausreicht. Die Sätze 1 und 2 gelten nicht, wenn eine Weiterbeschäftigung auf einem anderen Arbeitsplatz desselben Betriebes oder derselben Dienststelle oder auf einem freien Arbeitsplatz in einem anderen Betrieb oder einer anderen Dienststelle desselben Arbeitgebers mit Einverständnis des schwerbehinderten Menschen möglich und für den Arbeitgeber zumutbar ist.

(2) Das Integrationsamt soll die Zustimmung erteilen, wenn dem schwerbehinderten Menschen ein anderer angemessener und zumutbarer Arbeitsplatz gesichert ist.

(3) Ist das Insolvenzverfahren über das Vermögen des Arbeitgebers eröffnet, soll das Integrationsamt die Zustimmung erteilen, wenn

1. der schwerbehinderte Mensch in einem Interessenausgleich namentlich als einer der zu entlassenden Arbeitnehmer bezeichnet ist (§ 125 der Insolvenzordnung),
2. die Schwerbehindertenvertretung beim Zustandekommen des Interessenausgleichs gemäß § 178 Absatz 2 beteiligt worden ist,
3. der Anteil der nach dem Interessenausgleich zu entlassenden schwerbehinderten Menschen an der Zahl der beschäftigten schwerbehinderten Menschen nicht größer ist als der Anteil der zu entlassenden übrigen Arbeitnehmer an der Zahl der beschäftigten übrigen Arbeitnehmer und
4. die Gesamtzahl der schwerbehinderten Menschen, die nach dem Interessenausgleich bei dem Arbeitgeber verbleiben sollen, zur Erfüllung der Beschäftigungspflicht nach § 154 ausreicht.

### § 173

#### **Ausnahmen**

(1) Die Vorschriften dieses Kapitels gelten nicht für schwerbehinderte Menschen,

1. deren Arbeitsverhältnis zum Zeitpunkt des Zugangs der Kündigungserklärung ohne Unterbrechung noch nicht länger als sechs Monate besteht oder
2. die auf Stellen im Sinne des § 156 Absatz 2 Nummer 2 bis 5 beschäftigt werden oder
  - a) das 58. Lebensjahr vollendet haben und Anspruch auf eine Abfindung, Entschädigung oder ähnliche Leistung auf Grund eines Sozialplanes haben oder
  - b) Anspruch auf Knappschaftsausgleichsleistung nach dem Sechsten Buch oder auf Anpassungsgeld für entlassene Arbeitnehmer des Bergbaus haben,

wenn der Arbeitgeber ihnen die Kündigungsabsicht rechtzeitig mitgeteilt hat und sie der beabsichtigten Kündigung bis zu deren Ausspruch nicht widersprechen.

(2) Die Vorschriften dieses Kapitels finden ferner bei Entlassungen, die aus Witterungsgründen vorgenommen werden, keine Anwendung, sofern die Wiedereinstellung der schwerbehinderten Menschen bei Wiederaufnahme der Arbeit gewährleistet ist.

(3) Die Vorschriften dieses Kapitels finden ferner keine Anwendung, wenn zum Zeitpunkt der Kündigung die Eigenschaft als schwerbehinderter Mensch nicht nachgewiesen ist oder das Versorgungsamt nach Ablauf der Frist des § 152 Absatz 1 Satz 3 eine Feststellung wegen fehlender Mitwirkung nicht treffen konnte.

(4) Der Arbeitgeber zeigt Einstellungen auf Probe und die Beendigung von Arbeitsverhältnissen schwerbehinderter Menschen in den Fällen des Absatzes 1 Nummer 1 unabhängig von der Anzeigepflicht nach anderen Gesetzen dem Integrationsamt innerhalb von vier Tagen an.

### § 174

#### **Außerordentliche Kündigung**

(1) Die Vorschriften dieses Kapitels gelten mit Ausnahme von § 169 auch bei außerordentlicher Kündigung, soweit sich aus den folgenden Bestimmungen nichts Abweichendes ergibt.

(2) Die Zustimmung zur Kündigung kann nur innerhalb von zwei Wochen beantragt werden; maßgebend ist der Eingang des Antrages bei dem Integrationsamt. Die Frist beginnt mit dem Zeitpunkt, in dem der Arbeitgeber von den für die Kündigung maßgebenden Tatsachen Kenntnis erlangt.

(3) Das Integrationsamt trifft die Entscheidung innerhalb von zwei Wochen vom Tag des Eingangs des Antrages an. Wird innerhalb dieser Frist eine Entscheidung nicht getroffen, gilt die Zustimmung als erteilt.

(4) Das Integrationsamt soll die Zustimmung erteilen, wenn die Kündigung aus einem Grund erfolgt, der nicht im Zusammenhang mit der Behinderung steht.

(5) Die Kündigung kann auch nach Ablauf der Frist des § 626 Absatz 2 Satz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs erfolgen, wenn sie unverzüglich nach Erteilung der Zustimmung erklärt wird.

(6) Schwerbehinderte Menschen, denen lediglich aus Anlass eines Streiks oder einer Aussperrung fristlos gekündigt worden ist, werden nach Beendigung des Streiks oder der Aussperrung wieder eingestellt.

## § 175

### **Erweiterter Beendigungsschutz**

Die Beendigung des Arbeitsverhältnisses eines schwerbehinderten Menschen bedarf auch dann der vorherigen Zustimmung des Integrationsamtes, wenn sie im Falle des Eintritts einer teilweisen Erwerbsminderung, der Erwerbsminderung auf Zeit, der Berufsunfähigkeit oder der Erwerbsunfähigkeit auf Zeit ohne Kündigung erfolgt. Die Vorschriften dieses Kapitels über die Zustimmung zur ordentlichen Kündigung gelten entsprechend.

## Kapitel 5

### **Betriebs-, Personal-, Richter-, Staatsanwalts- und Präsidialrat, Schwerbehindertenvertretung, Inklusionsbeauftragter des Arbeitgebers**

## § 176

### **Aufgaben des Betriebs-, Personal-, Richter-, Staatsanwalts- und Präsidialrates**

Betriebs-, Personal-, Richter-, Staatsanwalts- und Präsidialrat fördern die Eingliederung schwerbehinderter Menschen. Sie achten insbesondere darauf, dass die dem Arbeitgeber nach den §§ 154, 155 und 164 bis 167 obliegenden Verpflichtungen erfüllt werden; sie wirken auf die Wahl der Schwerbehindertenvertretung hin.

## § 177

### **Wahl und Amtszeit der Schwerbehindertenvertretung**

(1) In Betrieben und Dienststellen, in denen wenigstens fünf schwerbehinderte Menschen nicht nur vorübergehend beschäftigt sind, werden eine Vertrauensperson und wenigstens ein stellvertretendes Mitglied gewählt, das die Vertrauensperson im Falle der Verhinderung vertritt. Ferner wählen bei Gerichten, denen mindestens fünf schwerbehinderte Richter oder Richterinnen angehören, diese einen Richter oder eine Richterin zu ihrer Schwerbehindertenvertretung. Satz 2 gilt entsprechend für Staatsanwälte oder Staatsanwältinnen, soweit für sie eine besondere Personalvertretung gebildet wird. Betriebe oder Dienststellen, die die Voraussetzungen des Satzes 1 nicht erfüllen, können für die Wahl mit räumlich nahe liegenden Betrieben des Arbeitgebers oder gleichstufigen Dienststellen derselben Verwaltung zusammengefasst werden; soweit erforderlich, können Gerichte unterschiedlicher Gerichtszweige und Stufen zusammengefasst werden. Über die Zusammenfassung entscheidet der Arbeitgeber im Benehmen mit dem für den Sitz der Betriebe oder Dienststellen einschließlich Gerichten zuständigen Integrationsamt.

(2) Wahlberechtigt sind alle in dem Betrieb oder der Dienststelle beschäftigten schwerbehinderten Menschen.

(3) Wählbar sind alle in dem Betrieb oder der Dienststelle nicht nur vorübergehend Beschäftigten, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben und dem Betrieb oder der Dienststelle seit sechs Monaten angehören;

besteht der Betrieb oder die Dienststelle weniger als ein Jahr, so bedarf es für die Wählbarkeit nicht der sechsmo-  
natigen Zugehörigkeit. Nicht wählbar ist, wer kraft Gesetzes dem Betriebs-, Personal-, Richter-, Staatsanwalts-  
oder Präsidiartrat nicht angehören kann.

(4) In Dienststellen der Bundeswehr sind auch schwerbehinderte Soldatinnen und Soldaten wahlberechtigt  
und auch Soldatinnen und Soldaten wählbar.

(5) Die regelmäßigen Wahlen finden alle vier Jahre in der Zeit vom 1. Oktober bis 30. November statt.  
Außerhalb dieser Zeit finden Wahlen statt, wenn

1. das Amt der Schwerbehindertenvertretung vorzeitig erlischt und ein stellvertretendes Mitglied nicht nach-  
rückt,
2. die Wahl mit Erfolg angefochten worden ist oder
3. eine Schwerbehindertenvertretung noch nicht gewählt ist.

Hat außerhalb des für die regelmäßigen Wahlen festgelegten Zeitraumes eine Wahl der Schwerbehindertenver-  
tretung stattgefunden, wird die Schwerbehindertenvertretung in dem auf die Wahl folgenden nächsten Zeitraum  
der regelmäßigen Wahlen neu gewählt. Hat die Amtszeit der Schwerbehindertenvertretung zum Beginn des für  
die regelmäßigen Wahlen festgelegten Zeitraums noch nicht ein Jahr betragen, wird die Schwerbehindertenver-  
tretung im übernächsten Zeitraum für regelmäßige Wahlen neu gewählt.

(6) Die Vertrauensperson und das stellvertretende Mitglied werden in geheimer und unmittelbarer Wahl  
nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl gewählt. Im Übrigen sind die Vorschriften über die Wahlanfechtung,  
den Wahlschutz und die Wahlkosten bei der Wahl des Betriebs-, Personal-, Richter-, Staatsanwalts- oder Präsidi-  
arates sinngemäß anzuwenden. In Betrieben und Dienststellen mit weniger als 50 wahlberechtigten schwerbe-  
hinderten Menschen wird die Vertrauensperson und das stellvertretende Mitglied im vereinfachten Wahlverfahren  
gewählt, sofern der Betrieb oder die Dienststelle nicht aus räumlich weit auseinanderliegenden Teilen besteht. Ist  
in einem Betrieb oder einer Dienststelle eine Schwerbehindertenvertretung nicht gewählt, so kann das für den  
Betrieb oder die Dienststelle zuständige Integrationsamt zu einer Versammlung schwerbehinderter Menschen  
zum Zwecke der Wahl eines Wahlvorstandes einladen.

(7) Die Amtszeit der Schwerbehindertenvertretung beträgt vier Jahre. Sie beginnt mit der Bekanntgabe des  
Wahlergebnisses oder, wenn die Amtszeit der bisherigen Schwerbehindertenvertretung noch nicht beendet ist,  
mit deren Ablauf. Das Amt erlischt vorzeitig, wenn die Vertrauensperson es niederlegt, aus dem Arbeits-, Dienst-  
oder Richter Verhältnis ausscheidet oder die Wählbarkeit verliert. Scheidet die Vertrauensperson vorzeitig aus dem  
Amt aus, rückt das mit der höchsten Stimmenzahl gewählte stellvertretende Mitglied für den Rest der Amtszeit  
nach; dies gilt für das stellvertretende Mitglied entsprechend. Auf Antrag eines Viertels der wahlberechtigten  
schwerbehinderten Menschen kann der Widerspruchsausschuss bei dem Integrationsamt (§ 202) das Erlöschen  
des Amtes einer Vertrauensperson wegen grober Verletzung ihrer Pflichten beschließen.

(8) In Betrieben gilt § 21a des Betriebsverfassungsgesetzes entsprechend.

## § 178

### **Aufgaben der Schwerbehindertenvertretung**

(1) Die Schwerbehindertenvertretung fördert die Eingliederung schwerbehinderter Menschen in den Be-  
trieb oder die Dienststelle, vertritt ihre Interessen in dem Betrieb oder der Dienststelle und steht ihnen beratend  
und helfend zur Seite. Sie erfüllt ihre Aufgaben insbesondere dadurch, dass sie

1. darüber wacht, dass die zugunsten schwerbehinderter Menschen geltenden Gesetze, Verordnungen, Tarif-  
verträge, Betriebs- oder Dienstvereinbarungen und Verwaltungsanordnungen durchgeführt, insbesondere  
auch die dem Arbeitgeber nach den §§ 154, 155 und 164 bis 167 obliegenden Verpflichtungen erfüllt werden,
2. Maßnahmen, die den schwerbehinderten Menschen dienen, insbesondere auch präventive Maßnahmen, bei  
den zuständigen Stellen beantragt,

3. Anregungen und Beschwerden von schwerbehinderten Menschen entgegennimmt und, falls sie berechtigt erscheinen, durch Verhandlung mit dem Arbeitgeber auf eine Erledigung hinwirkt; sie unterrichtet die schwerbehinderten Menschen über den Stand und das Ergebnis der Verhandlungen.

Die Schwerbehindertenvertretung unterstützt Beschäftigte auch bei Anträgen an die nach § 152 Absatz 1 zuständigen Behörden auf Feststellung einer Behinderung, ihres Grades und einer Schwerbehinderung sowie bei Anträgen auf Gleichstellung an die Agentur für Arbeit. In Betrieben und Dienststellen mit in der Regel mehr als 100 beschäftigten schwerbehinderten Menschen kann sie nach Unterrichtung des Arbeitgebers das mit der höchsten Stimmenzahl gewählte stellvertretende Mitglied zu bestimmten Aufgaben heranziehen. Ab jeweils 100 weiteren beschäftigten schwerbehinderten Menschen kann jeweils auch das mit der nächsthöheren Stimmenzahl gewählte Mitglied herangezogen werden.

(2) Der Arbeitgeber hat die Schwerbehindertenvertretung in allen Angelegenheiten, die einen einzelnen oder die schwerbehinderten Menschen als Gruppe berühren, unverzüglich und umfassend zu unterrichten und vor einer Entscheidung anzuhören; er hat ihr die getroffene Entscheidung unverzüglich mitzuteilen. Die Durchführung oder Vollziehung einer ohne Beteiligung nach Satz 1 getroffenen Entscheidung ist auszusetzen, die Beteiligung ist innerhalb von sieben Tagen nachzuholen; sodann ist endgültig zu entscheiden. Die Schwerbehindertenvertretung hat das Recht auf Beteiligung am Verfahren nach § 164 Absatz 1 und beim Vorliegen von Vermittlungsvorschlägen der Bundesagentur für Arbeit nach § 164 Absatz 1 oder von Bewerbungen schwerbehinderter Menschen das Recht auf Einsicht in die entscheidungsrelevanten Teile der Bewerbungsunterlagen und Teilnahme an Vorstellungsgesprächen.

(3) Der schwerbehinderte Mensch hat das Recht, bei Einsicht in die über ihn geführte Personalakte oder ihn betreffende Daten des Arbeitgebers die Schwerbehindertenvertretung hinzuzuziehen. Die Schwerbehindertenvertretung bewahrt über den Inhalt der Daten Stillschweigen, soweit sie der schwerbehinderte Mensch nicht von dieser Verpflichtung entbunden hat.

(4) Die Schwerbehindertenvertretung hat das Recht, an allen Sitzungen des Betriebs-, Personal-, Richter-, Staatsanwalts- oder Präsidialrates und deren Ausschüssen sowie des Arbeitsschutzausschusses beratend teilzunehmen; sie kann beantragen, Angelegenheiten, die einzelne oder die schwerbehinderten Menschen als Gruppe besonders betreffen, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen. Erachtet sie einen Beschluss des Betriebs-, Personal-, Richter-, Staatsanwalts- oder Präsidialrates als eine erhebliche Beeinträchtigung wichtiger Interessen schwerbehinderter Menschen oder ist sie entgegen Absatz 2 Satz 1 nicht beteiligt worden, wird auf ihren Antrag der Beschluss für die Dauer von einer Woche vom Zeitpunkt der Beschlussfassung an ausgesetzt; die Vorschriften des Betriebsverfassungsgesetzes und des Personalvertretungsrechts über die Aussetzung von Beschlüssen gelten entsprechend. Durch die Aussetzung wird eine Frist nicht verlängert. In den Fällen des § 21e Absatz 1 und 3 des Gerichtsverfassungsgesetzes ist die Schwerbehindertenvertretung, außer in Eilfällen, auf Antrag einer betroffenen schwerbehinderten Richterin oder eines schwerbehinderten Richters vor dem Präsidium des Gerichtes zu hören.

(5) Die Schwerbehindertenvertretung wird zu Besprechungen nach § 74 Absatz 1 des Betriebsverfassungsgesetzes, § 66 Absatz 1 des Bundespersonalvertretungsgesetzes sowie den entsprechenden Vorschriften des sonstigen Personalvertretungsrechts zwischen dem Arbeitgeber und den in Absatz 4 genannten Vertretungen hinzugezogen.

(6) Die Schwerbehindertenvertretung hat das Recht, mindestens einmal im Kalenderjahr eine Versammlung schwerbehinderter Menschen im Betrieb oder in der Dienststelle durchzuführen. Die für Betriebs- und Personalversammlungen geltenden Vorschriften finden entsprechende Anwendung.

(7) Sind in einer Angelegenheit sowohl die Schwerbehindertenvertretung der Richter und Richterinnen als auch die Schwerbehindertenvertretung der übrigen Bediensteten beteiligt, so handeln sie gemeinsam.

(8) Die Schwerbehindertenvertretung kann an Betriebs- und Personalversammlungen in Betrieben und Dienststellen teilnehmen, für die sie als Schwerbehindertenvertretung zuständig ist, und hat dort ein Rederecht, auch wenn die Mitglieder der Schwerbehindertenvertretung nicht Angehörige des Betriebes oder der Dienststelle sind.

## § 179

**Persönliche Rechte und Pflichten der Vertrauenspersonen der schwerbehinderten Menschen**

- (1) Die Vertrauenspersonen führen ihr Amt unentgeltlich als Ehrenamt.
- (2) Die Vertrauenspersonen dürfen in der Ausübung ihres Amtes nicht behindert oder wegen ihres Amtes nicht benachteiligt oder begünstigt werden; dies gilt auch für ihre berufliche Entwicklung.
- (3) Die Vertrauenspersonen besitzen gegenüber dem Arbeitgeber die gleiche persönliche Rechtsstellung, insbesondere den gleichen Kündigungs-, Versetzungs- und Abordnungsschutz, wie ein Mitglied des Betriebs-, Personal-, Staatsanwalts- oder Richterrates. Das stellvertretende Mitglied besitzt während der Dauer der Vertretung und der Heranziehung nach § 178 Absatz 1 Satz 4 und 5 die gleiche persönliche Rechtsstellung wie die Vertrauensperson, im Übrigen die gleiche Rechtsstellung wie Ersatzmitglieder der in Satz 1 genannten Vertretungen.
- (4) Die Vertrauenspersonen werden von ihrer beruflichen Tätigkeit ohne Minderung des Arbeitsentgelts oder der Dienstbezüge befreit, wenn und soweit es zur Durchführung ihrer Aufgaben erforderlich ist. Sind in den Betrieben und Dienststellen in der Regel wenigstens 100 schwerbehinderte Menschen beschäftigt, wird die Vertrauensperson auf ihren Wunsch freigestellt; weitergehende Vereinbarungen sind zulässig. Satz 1 gilt entsprechend für die Teilnahme der Vertrauensperson und des mit der höchsten Stimmenzahl gewählten stellvertretenden Mitglieds sowie in den Fällen des § 178 Absatz 1 Satz 5 auch des jeweils mit der nächsthöheren Stimmenzahl gewählten weiteren stellvertretenden Mitglieds an Schulungs- und Bildungsveranstaltungen, soweit diese Kenntnisse vermitteln, die für die Arbeit der Schwerbehindertenvertretung erforderlich sind.
- (5) Freigestellte Vertrauenspersonen dürfen von inner- oder außerbetrieblichen Maßnahmen der Berufsförderung nicht ausgeschlossen werden. Innerhalb eines Jahres nach Beendigung ihrer Freistellung ist ihnen im Rahmen der Möglichkeiten des Betriebes oder der Dienststelle Gelegenheit zu geben, eine wegen der Freistellung unterbliebene berufliche Entwicklung in dem Betrieb oder der Dienststelle nachzuholen. Für Vertrauenspersonen, die drei volle aufeinander folgende Amtszeiten freigestellt waren, erhöht sich der genannte Zeitraum auf zwei Jahre.
- (6) Zum Ausgleich für ihre Tätigkeit, die aus betriebsbedingten oder dienstlichen Gründen außerhalb der Arbeitszeit durchzuführen ist, haben die Vertrauenspersonen Anspruch auf entsprechende Arbeits- oder Dienstbefreiung unter Fortzahlung des Arbeitsentgelts oder der Dienstbezüge.
- (7) Die Vertrauenspersonen sind verpflichtet,
  1. über ihnen wegen ihres Amtes bekannt gewordene persönliche Verhältnisse und Angelegenheiten von Beschäftigten im Sinne des § 156, die ihrer Bedeutung oder ihrem Inhalt nach einer vertraulichen Behandlung bedürfen, Stillschweigen zu bewahren und
  2. ihnen wegen ihres Amtes bekannt gewordene und vom Arbeitgeber ausdrücklich als geheimhaltungsbedürftig bezeichnete Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse nicht zu offenbaren und nicht zu verwerthen.Diese Pflichten gelten auch nach dem Ausscheiden aus dem Amt. Sie gelten nicht gegenüber der Bundesagentur für Arbeit, den Integrationsämtern und den Rehabilitationsträgern, soweit deren Aufgaben den schwerbehinderten Menschen gegenüber es erfordern, gegenüber den Vertrauenspersonen in den Stufenvertretungen (§ 180) sowie gegenüber den in § 79 Absatz 1 des Betriebsverfassungsgesetzes und den in den entsprechenden Vorschriften des Personalvertretungsrechts genannten Vertretungen, Personen und Stellen.
- (8) Die durch die Tätigkeit der Schwerbehindertenvertretung entstehenden Kosten trägt der Arbeitgeber. Das Gleiche gilt für die durch die Teilnahme des mit der höchsten Stimmenzahl gewählten stellvertretenden Mitglieds an Schulungs- und Bildungsveranstaltungen nach Absatz 4 Satz 3 entstehenden Kosten. Satz 1 umfasst auch eine Bürokraft für die Schwerbehindertenvertretung in erforderlichem Umfang.
- (9) Die Räume und der Geschäftsbedarf, die der Arbeitgeber dem Betriebs-, Personal-, Richter-, Staatsanwalts- oder Präsidialrat für dessen Sitzungen, Sprechstunden und laufende Geschäftsführung zur Verfügung stellt,

stehen für die gleichen Zwecke auch der Schwerbehindertenvertretung zur Verfügung, soweit ihr hierfür nicht eigene Räume und sächliche Mittel zur Verfügung gestellt werden.

## § 180

### **Konzern-, Gesamt-, Bezirks- und Hauptschwerbehindertenvertretung**

(1) Ist für mehrere Betriebe eines Arbeitgebers ein Gesamtbetriebsrat oder für den Geschäftsbereich mehrerer Dienststellen ein Gesamtpersonalrat errichtet, wählen die Schwerbehindertenvertretungen der einzelnen Betriebe oder Dienststellen eine Gesamtschwerbehindertenvertretung. Ist eine Schwerbehindertenvertretung nur in einem der Betriebe oder in einer der Dienststellen gewählt, nimmt sie die Rechte und Pflichten der Gesamtschwerbehindertenvertretung wahr.

(2) Ist für mehrere Unternehmen ein Konzernbetriebsrat errichtet, wählen die Gesamtschwerbehindertenvertretungen eine Konzernschwerbehindertenvertretung. Besteht ein Konzernunternehmen nur aus einem Betrieb, für den eine Schwerbehindertenvertretung gewählt ist, hat sie das Wahlrecht wie eine Gesamtschwerbehindertenvertretung.

(3) Für den Geschäftsbereich mehrstufiger Verwaltungen, bei denen ein Bezirks- oder Hauptpersonalrat gebildet ist, gilt Absatz 1 sinngemäß mit der Maßgabe, dass bei den Mittelbehörden von deren Schwerbehindertenvertretung und den Schwerbehindertenvertretungen der nachgeordneten Dienststellen eine Bezirksschwerbehindertenvertretung zu wählen ist. Bei den obersten Dienstbehörden ist von deren Schwerbehindertenvertretung und den Bezirksschwerbehindertenvertretungen des Geschäftsbereichs eine Hauptschwerbehindertenvertretung zu wählen; ist die Zahl der Bezirksschwerbehindertenvertretungen niedriger als zehn, sind auch die Schwerbehindertenvertretungen der nachgeordneten Dienststellen wahlberechtigt.

(4) Für Gerichte eines Zweiges der Gerichtsbarkeit, für die ein Bezirks- oder Haupttrichterrat gebildet ist, gilt Absatz 3 entsprechend. Sind in einem Zweig der Gerichtsbarkeit bei den Gerichten der Länder mehrere Schwerbehindertenvertretungen nach § 177 zu wählen und ist in diesem Zweig kein Haupttrichterrat gebildet, ist in entsprechender Anwendung von Absatz 3 eine Hauptschwerbehindertenvertretung zu wählen. Die Hauptschwerbehindertenvertretung nimmt die Aufgabe der Schwerbehindertenvertretung gegenüber dem Präsidialrat wahr.

(5) Für jede Vertrauensperson, die nach den Absätzen 1 bis 4 neu zu wählen ist, wird wenigstens ein stellvertretendes Mitglied gewählt.

(6) Die Gesamtschwerbehindertenvertretung vertritt die Interessen der schwerbehinderten Menschen in Angelegenheiten, die das Gesamtunternehmen oder mehrere Betriebe oder Dienststellen des Arbeitgebers betreffen und von den Schwerbehindertenvertretungen der einzelnen Betriebe oder Dienststellen nicht geregelt werden können, sowie die Interessen der schwerbehinderten Menschen, die in einem Betrieb oder einer Dienststelle tätig sind, für die eine Schwerbehindertenvertretung nicht gewählt ist; dies umfasst auch Verhandlungen und den Abschluss entsprechender Inklusionsvereinbarungen. Satz 1 gilt entsprechend für die Konzern-, Bezirks- und Hauptschwerbehindertenvertretung sowie für die Schwerbehindertenvertretung der obersten Dienstbehörde, wenn bei einer mehrstufigen Verwaltung Stufenvertretungen nicht gewählt sind. Die nach Satz 2 zuständige Schwerbehindertenvertretung ist auch in persönlichen Angelegenheiten schwerbehinderter Menschen, über die eine übergeordnete Dienststelle entscheidet, zuständig; sie gibt der Schwerbehindertenvertretung der Dienststelle, die den schwerbehinderten Menschen beschäftigt, Gelegenheit zur Äußerung. Satz 3 gilt nicht in den Fällen, in denen der Personalrat der Beschäftigungsbehörde zu beteiligen ist.

(7) § 177 Absatz 3 bis 8, § 178 Absatz 1 Satz 4 und 5, Absatz 2, 4, 5 und 7 und § 179 gelten entsprechend, § 177 Absatz 5 mit der Maßgabe, dass die Wahl der Gesamt- und Bezirksschwerbehindertenvertretungen in der Zeit vom 1. Dezember bis 31. Januar, die der Konzern- und Hauptschwerbehindertenvertretungen in der Zeit vom 1. Februar bis 31. März stattfindet, § 177 Absatz 6 mit der Maßgabe, dass bei den Wahlen zu überörtlichen Vertretungen der zweite Halbsatz des Satzes 3 nicht gilt.

(8) § 178 Absatz 6 gilt für die Durchführung von Versammlungen der Vertrauens- und der Bezirksvertrauenspersonen durch die Gesamt-, Bezirks- oder Hauptschwerbehindertenvertretung entsprechend.

## § 181

**Inklusionsbeauftragter des Arbeitgebers**

Der Arbeitgeber bestellt einen Inklusionsbeauftragten, der ihn in Angelegenheiten schwerbehinderter Menschen verantwortlich vertritt; falls erforderlich, können mehrere Inklusionsbeauftragte bestellt werden. Der Inklusionsbeauftragte soll nach Möglichkeit selbst ein schwerbehinderter Mensch sein. Der Inklusionsbeauftragte achtet vor allem darauf, dass dem Arbeitgeber obliegende Verpflichtungen erfüllt werden.

## § 182

**Zusammenarbeit**

(1) Arbeitgeber, Inklusionsbeauftragter des Arbeitgebers, Schwerbehindertenvertretung und Betriebs-, Personal-, Richter-, Staatsanwalts- oder Präsidialrat arbeiten zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben in dem Betrieb oder der Dienststelle eng zusammen.

(2) Die in Absatz 1 genannten Personen und Vertretungen, die mit der Durchführung dieses Teils beauftragten Stellen und die Rehabilitationsträger unterstützen sich gegenseitig bei der Erfüllung ihrer Aufgaben. Vertrauensperson und Inklusionsbeauftragter des Arbeitgebers sind Verbindungspersonen zur Bundesagentur für Arbeit und zu dem Integrationsamt.

## § 183

**Verordnungsermächtigung**

Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates nähere Vorschriften über die Vorbereitung und Durchführung der Wahl der Schwerbehindertenvertretung und ihrer Stufenvertretungen zu erlassen.

## Kapitel 6

## Durchführung der besonderen Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen

## § 184

**Zusammenarbeit der Integrationsämter und der Bundesagentur für Arbeit**

(1) Soweit die besonderen Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben nicht durch freie Entschließung der Arbeitgeber erfüllt werden, werden sie

1. in den Ländern von dem Amt für die Sicherung der Integration schwerbehinderter Menschen im Arbeitsleben (Integrationsamt) und
  2. von der Bundesagentur für Arbeit
- in enger Zusammenarbeit durchgeführt.

(2) Die den Rehabilitationsträgern nach den geltenden Vorschriften obliegenden Aufgaben bleiben unberührt.



## § 185

**Aufgaben des Integrationsamtes**

(1) Das Integrationsamt hat folgende Aufgaben:

1. die Erhebung und Verwendung der Ausgleichsabgabe,
2. den Kündigungsschutz,
3. die begleitende Hilfe im Arbeitsleben,
4. die zeitweilige Entziehung der besonderen Hilfen für schwerbehinderte Menschen (§ 200).

Die Integrationsämter werden so ausgestattet, dass sie ihre Aufgaben umfassend und qualifiziert erfüllen können. Hierfür wird besonders geschultes Personal mit Fachkenntnissen des Schwerbehindertenrechts eingesetzt.

(2) Die begleitende Hilfe im Arbeitsleben wird in enger Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit und den übrigen Rehabilitationsträgern durchgeführt. Sie soll dahingehend wirken, dass die schwerbehinderten Menschen in ihrer sozialen Stellung nicht absinken, auf Arbeitsplätzen beschäftigt werden, auf denen sie ihre Fähigkeiten und Kenntnisse voll verwerten und weiterentwickeln können sowie durch Leistungen der Rehabilitationsträger und Maßnahmen der Arbeitgeber befähigt werden, sich am Arbeitsplatz und im Wettbewerb mit nicht-behinderten Menschen zu behaupten. Dabei gelten als Arbeitsplätze auch Stellen, auf denen Beschäftigte befristet oder als Teilzeitbeschäftigte in einem Umfang von mindestens 15 Stunden, in Inklusionsbetrieben mindestens zwölf Stunden wöchentlich beschäftigt werden. Die begleitende Hilfe im Arbeitsleben umfasst auch die nach den Umständen des Einzelfalles notwendige psychosoziale Betreuung schwerbehinderter Menschen. Das Integrationsamt kann bei der Durchführung der begleitenden Hilfen im Arbeitsleben Integrationsfachdienste einschließlich psychosozialer Dienste freier gemeinnütziger Einrichtungen und Organisationen beteiligen. Das Integrationsamt soll außerdem darauf Einfluss nehmen, dass Schwierigkeiten im Arbeitsleben verhindert oder beseitigt werden; es führt hierzu auch Schulungs- und Bildungsmaßnahmen für Vertrauenspersonen, Inklusionsbeauftragte der Arbeitgeber, Betriebs-, Personal-, Richter-, Staatsanwalts- und Präsidialräte durch. Das Integrationsamt benennt in enger Abstimmung mit den Beteiligten des örtlichen Arbeitsmarktes Ansprechpartner, die in Handwerks- sowie in Industrie- und Handelskammern für die Arbeitgeber zur Verfügung stehen, um sie über Funktion und Aufgaben der Integrationsfachdienste aufzuklären, über Möglichkeiten der begleitenden Hilfe im Arbeitsleben zu informieren und Kontakt zum Integrationsfachdienst herzustellen.

(3) Das Integrationsamt kann im Rahmen seiner Zuständigkeit für die begleitende Hilfe im Arbeitsleben aus den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln auch Geldleistungen erbringen, insbesondere

1. an schwerbehinderte Menschen
  - a) für technische Arbeitshilfen,
  - b) zum Erreichen des Arbeitsplatzes,
  - c) zur Gründung und Erhaltung einer selbständigen beruflichen Existenz,
  - d) zur Beschaffung, Ausstattung und Erhaltung einer behinderungsgerechten Wohnung,
  - e) zur Teilnahme an Maßnahmen zur Erhaltung und Erweiterung beruflicher Kenntnisse und Fertigkeiten und
  - f) in besonderen Lebenslagen,
2. an Arbeitgeber
  - a) zur behinderungsgerechten Einrichtung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen für schwerbehinderte Menschen,
  - b) für Zuschüsse zu Gebühren, insbesondere Prüfungsgebühren, bei der Berufsausbildung besonders betroffener schwerbehinderter Jugendlicher und junger Erwachsener,

- c) für Prämien und Zuschüsse zu den Kosten der Berufsausbildung behinderter Jugendlicher und junger Erwachsener, die für die Zeit der Berufsausbildung schwerbehinderten Menschen nach § 151 Absatz 4 gleichgestellt worden sind,
  - d) für Prämien zur Einführung eines betrieblichen Eingliederungsmanagements und
  - e) für außergewöhnliche Belastungen, die mit der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen im Sinne des § 155 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a bis d, von schwerbehinderten Menschen im Anschluss an eine Beschäftigung in einer anerkannten Werkstatt für behinderte Menschen oder im Sinne des § 158 Absatz 2 verbunden sind, vor allem, wenn ohne diese Leistungen das Beschäftigungsverhältnis gefährdet würde,
3. an Träger von Integrationsfachdiensten einschließlich psychosozialer Dienste freier gemeinnütziger Einrichtungen und Organisationen sowie an Träger von Inklusionsbetrieben,
  4. zur Durchführung von Aufklärungs-, Schulungs- und Bildungsmaßnahmen,
  5. nachrangig zur beruflichen Orientierung,
  6. zur Deckung eines Teils der Aufwendungen für ein Budget für Arbeit.
- (4) Schwerbehinderte Menschen haben im Rahmen der Zuständigkeit des Integrationsamtes aus den ihm aus der Ausgleichsabgabe zur Verfügung stehenden Mitteln Anspruch auf Übernahme der Kosten einer Berufsbegleitung nach § 55 Absatz 3.
- (5) Schwerbehinderte Menschen haben im Rahmen der Zuständigkeit des Integrationsamtes für die begleitende Hilfe im Arbeitsleben aus den ihm aus der Ausgleichsabgabe zur Verfügung stehenden Mitteln Anspruch auf Übernahme der Kosten einer notwendigen Arbeitsassistenz.
- (6) Verpflichtungen anderer werden durch die Absätze 3 bis 5 nicht berührt. Leistungen der Rehabilitationsträger nach § 6 Absatz 1 Nummer 1 bis 5 dürfen, auch wenn auf sie ein Rechtsanspruch nicht besteht, nicht deshalb versagt werden, weil nach den besonderen Regelungen für schwerbehinderte Menschen entsprechende Leistungen vorgesehen sind; eine Aufstockung durch Leistungen des Integrationsamtes findet nicht statt.
- (7) Die §§ 14, 15 Absatz 1, die §§ 16 und 17 gelten sinngemäß, wenn bei dem Integrationsamt eine Leistung zur Teilhabe am Arbeitsleben beantragt wird. Das Gleiche gilt, wenn ein Antrag bei einem Rehabilitationsträger gestellt und der Antrag von diesem nach § 16 Absatz 2 des Ersten Buches an das Integrationsamt weitergeleitet worden ist. Ist die unverzügliche Erbringung einer Leistung zur Teilhabe am Arbeitsleben erforderlich, so kann das Integrationsamt die Leistung vorläufig erbringen. Hat das Integrationsamt eine Leistung erbracht, für die ein anderer Träger zuständig ist, so erstattet dieser die auf die Leistung entfallenden Aufwendungen.
- (8) Auf Antrag führt das Integrationsamt seine Leistungen zur begleitenden Hilfe im Arbeitsleben als Persönliches Budget aus. § 29 gilt entsprechend.

## § 186

### **Beratender Ausschuss für behinderte Menschen bei dem Integrationsamt**

- (1) Bei jedem Integrationsamt wird ein Beratender Ausschuss für behinderte Menschen gebildet, der die Teilhabe der behinderten Menschen am Arbeitsleben fördert, das Integrationsamt bei der Durchführung der besonderen Regelungen für schwerbehinderte Menschen zur Teilhabe am Arbeitsleben unterstützt und bei der Vergabe der Mittel der Ausgleichsabgabe mitwirkt. Soweit die Mittel der Ausgleichsabgabe zur institutionellen Förderung verwendet werden, macht der Beratende Ausschuss Vorschläge für die Entscheidungen des Integrationsamtes.
- (2) Der Ausschuss besteht aus zehn Mitgliedern, und zwar aus
  1. zwei Mitgliedern, die die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vertreten,
  2. zwei Mitgliedern, die die privaten und öffentlichen Arbeitgeber vertreten,
  3. vier Mitgliedern, die die Organisationen behinderter Menschen vertreten,

4. einem Mitglied, das das jeweilige Land vertritt,
5. einem Mitglied, das die Bundesagentur für Arbeit vertritt.

(3) Für jedes Mitglied ist eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter zu berufen. Mitglieder und Stellvertreterinnen oder Stellvertreter sollen im Bezirk des Integrationsamtes ihren Wohnsitz haben.

(4) Das Integrationsamt beruft auf Vorschlag

1. der Gewerkschaften des jeweiligen Landes zwei Mitglieder,
2. der Arbeitgeberverbände des jeweiligen Landes ein Mitglied,
3. der zuständigen obersten Landesbehörde oder der von ihr bestimmten Behörde ein Mitglied,
4. der Organisationen behinderter Menschen des jeweiligen Landes, die nach der Zusammensetzung ihrer Mitglieder dazu berufen sind, die behinderten Menschen in ihrer Gesamtheit zu vertreten, vier Mitglieder.

Die zuständige oberste Landesbehörde oder die von ihr bestimmte Behörde und die Bundesagentur für Arbeit berufen je ein Mitglied.

## § 187

### **Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit**

(1) Die Bundesagentur für Arbeit hat folgende Aufgaben:

1. die Berufsberatung, Ausbildungsvermittlung und Arbeitsvermittlung schwerbehinderter Menschen einschließlich der Vermittlung von in Werkstätten für behinderte Menschen Beschäftigten auf den allgemeinen Arbeitsmarkt,
2. die Beratung der Arbeitgeber bei der Besetzung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen mit schwerbehinderten Menschen,
3. die Förderung der Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt, insbesondere von schwerbehinderten Menschen,
  - a) die wegen Art oder Schwere ihrer Behinderung oder sonstiger Umstände im Arbeitsleben besonders betroffen sind (§ 155 Absatz 1),
  - b) die langzeitarbeitslos im Sinne des § 18 des Dritten Buches sind,
  - c) die im Anschluss an eine Beschäftigung in einer anerkannten Werkstatt für behinderte Menschen, bei einem anderen Leistungsanbieter (§ 60) oder einem Inklusionsbetrieb eingestellt werden,
  - d) die als Teilzeitbeschäftigte eingestellt werden oder
  - e) die zur Aus- oder Weiterbildung eingestellt werden,
4. im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen die besondere Förderung schwerbehinderter Menschen,
5. die Gleichstellung, deren Widerruf und Rücknahme,
6. die Durchführung des Anzeigeverfahrens (§ 163 Absatz 2 und 4),
7. die Überwachung der Erfüllung der Beschäftigungspflicht,
8. die Zulassung der Anrechnung und der Mehrfachanrechnung (§ 158 Absatz 2, § 159 Absatz 1 und 2),
9. die Erfassung der Werkstätten für behinderte Menschen, ihre Anerkennung und die Aufhebung der Anerkennung.

(2) Die Bundesagentur für Arbeit übermittelt dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales jährlich die Ergebnisse ihrer Förderung der Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt nach dessen näherer Bestimmung und fachlicher Weisung. Zu den Ergebnissen gehören Angaben über

die Zahl der geförderten Arbeitgeber und schwerbehinderten Menschen, die insgesamt aufgewandten Mittel und die durchschnittlichen Förderungsbeträge. Die Bundesagentur für Arbeit veröffentlicht diese Ergebnisse.

(3) Die Bundesagentur für Arbeit führt befristete überregionale und regionale Arbeitsmarktprogramme zum Abbau der Arbeitslosigkeit schwerbehinderter Menschen, besonderer Gruppen schwerbehinderter Menschen, insbesondere schwerbehinderter Frauen, sowie zur Förderung des Ausbildungsplatzangebots für schwerbehinderte Menschen durch, die ihr durch Verwaltungsvereinbarung gemäß § 368 Absatz 3 Satz 2 und Absatz 4 des Dritten Buches unter Zuweisung der entsprechenden Mittel übertragen werden. Über den Abschluss von Verwaltungsvereinbarungen mit den Ländern ist das Bundesministerium für Arbeit und Soziales zu unterrichten.

(4) Die Bundesagentur für Arbeit richtet zur Durchführung der ihr in diesem Teil und der ihr im Dritten Buch zur Teilhabe behinderter und schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben übertragenen Aufgaben in allen Agenturen für Arbeit besondere Stellen ein; bei der personellen Ausstattung dieser Stellen trägt sie dem besonderen Aufwand bei der Beratung und Vermittlung des zu betreuenden Personenkreises sowie bei der Durchführung der sonstigen Aufgaben nach Absatz 1 Rechnung.

(5) Im Rahmen der Beratung der Arbeitgeber nach Absatz 1 Nummer 2 hat die Bundesagentur für Arbeit

1. dem Arbeitgeber zur Besetzung von Arbeitsplätzen geeignete arbeitslose oder arbeitssuchende schwerbehinderte Menschen unter Darlegung der Leistungsfähigkeit und der Auswirkungen der jeweiligen Behinderung auf die angebotene Stelle vorzuschlagen,
2. ihre Fördermöglichkeiten aufzuzeigen, soweit möglich und erforderlich, auch die entsprechenden Hilfen der Rehabilitationsträger und der begleitenden Hilfe im Arbeitsleben durch die Integrationsämter.

## § 188

### **Beratender Ausschuss für behinderte Menschen bei der Bundesagentur für Arbeit**

(1) Bei der Zentrale der Bundesagentur für Arbeit wird ein Beratender Ausschuss für behinderte Menschen gebildet, der die Teilhabe der behinderten Menschen am Arbeitsleben durch Vorschläge fördert und die Bundesagentur für Arbeit bei der Durchführung der in diesem Teil und im Dritten Buch zur Teilhabe behinderter und schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben übertragenen Aufgaben unterstützt.

(2) Der Ausschuss besteht aus elf Mitgliedern, und zwar aus

1. zwei Mitgliedern, die die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vertreten,
2. zwei Mitgliedern, die die privaten und öffentlichen Arbeitgeber vertreten,
3. fünf Mitgliedern, die die Organisationen behinderter Menschen vertreten,
4. einem Mitglied, das die Integrationsämter vertritt,
5. einem Mitglied, das das Bundesministerium für Arbeit und Soziales vertritt.

(3) Für jedes Mitglied ist eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter zu berufen.

(4) Der Vorstand der Bundesagentur für Arbeit beruft die Mitglieder, die Arbeitnehmer und Arbeitgeber vertreten, auf Vorschlag ihrer Gruppenvertreter im Verwaltungsrat der Bundesagentur für Arbeit. Er beruft auf Vorschlag der Organisationen behinderter Menschen, die nach der Zusammensetzung ihrer Mitglieder dazu berufen sind, die behinderten Menschen in ihrer Gesamtheit auf Bundesebene zu vertreten, die Mitglieder, die Organisationen der behinderten Menschen vertreten. Auf Vorschlag der Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter und Hauptfürsorgestellen beruft er das Mitglied, das die Integrationsämter vertritt, und auf Vorschlag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales das Mitglied, das dieses vertritt.

## § 189

**Gemeinsame Vorschriften**

(1) Die Beratenden Ausschüsse für behinderte Menschen (§§ 186, 188) wählen aus den ihnen angehörenden Mitgliedern von Seiten der Arbeitnehmer, Arbeitgeber oder Organisationen behinderter Menschen jeweils für die Dauer eines Jahres eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden und eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter. Die Gewählten dürfen nicht derselben Gruppe angehören. Die Gruppen stellen in regelmäßig jährlich wechselnder Reihenfolge die Vorsitzende oder den Vorsitzenden und die Stellvertreterin oder den Stellvertreter. Die Reihenfolge wird durch die Beendigung der Amtszeit der Mitglieder nicht unterbrochen. Scheidet die Vorsitzende oder der Vorsitzende oder die Stellvertreterin oder der Stellvertreter aus, wird sie oder er neu gewählt.

(2) Die Beratenden Ausschüsse für behinderte Menschen sind beschlussfähig, wenn wenigstens die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Die Beschlüsse und Entscheidungen werden mit einfacher Stimmenmehrheit getroffen.

(3) Die Mitglieder der Beratenden Ausschüsse für behinderte Menschen üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus. Ihre Amtszeit beträgt vier Jahre.

## § 190

**Übertragung von Aufgaben**

(1) Die Landesregierung oder die von ihr bestimmte Stelle kann die Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Ausweise nach § 152 Absatz 5, für die eine Feststellung nach § 152 Absatz 1 nicht zu treffen ist, auf andere Behörden übertragen. Im Übrigen kann sie andere Behörden zur Aushändigung der Ausweise heranziehen.

(2) Die Landesregierung oder die von ihr bestimmte Stelle kann Aufgaben und Befugnisse des Integrationsamtes nach diesem Teil auf örtliche Fürsorgestellen übertragen oder die Heranziehung örtlicher Fürsorgestellen zur Durchführung der den Integrationsämtern obliegenden Aufgaben bestimmen.

## § 191

**Verordnungsermächtigung**

Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates das Nähere über die Voraussetzungen des Anspruchs nach § 49 Absatz 8 Nummer 3 und § 185 Absatz 5 sowie über die Höhe, Dauer und Ausführung der Leistungen zu regeln.

## Kapitel 7

## Integrationsfachdienste

## § 192

**Begriff und Personenkreis**

(1) Integrationsfachdienste sind Dienste Dritter, die bei der Durchführung der Maßnahmen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben beteiligt werden.

(2) Schwerbehinderte Menschen im Sinne des Absatzes 1 sind insbesondere

1. schwerbehinderte Menschen mit einem besonderen Bedarf an arbeitsbegleitender Betreuung,

2. schwerbehinderte Menschen, die nach zielgerichteter Vorbereitung durch die Werkstatt für behinderte Menschen am Arbeitsleben auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt teilhaben sollen und dabei auf aufwendige, personalintensive, individuelle arbeitsbegleitende Hilfen angewiesen sind sowie
3. schwerbehinderte Schulabgänger, die für die Aufnahme einer Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt auf die Unterstützung eines Integrationsfachdienstes angewiesen sind.

(3) Ein besonderer Bedarf an arbeits- und berufsbegleitender Betreuung ist insbesondere gegeben bei schwerbehinderten Menschen mit geistiger oder seelischer Behinderung oder mit einer schweren Körper-, Sinnes- oder Mehrfachbehinderung, die sich im Arbeitsleben besonders nachteilig auswirkt und allein oder zusammen mit weiteren vermittlungshemmenden Umständen (Alter, Langzeitarbeitslosigkeit, unzureichende Qualifikation, Leistungsminderung) die Teilhabe am Arbeitsleben auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt erschwert.

(4) Der Integrationsfachdienst kann im Rahmen der Aufgabenstellung nach Absatz 1 auch zur beruflichen Eingliederung von behinderten Menschen, die nicht schwerbehindert sind, tätig werden. Hierbei wird den besonderen Bedürfnissen seelisch behinderter oder von einer seelischen Behinderung bedrohter Menschen Rechnung getragen.

### § 193

#### **Aufgaben**

(1) Die Integrationsfachdienste können zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben (Aufnahme, Ausübung und Sicherung einer möglichst dauerhaften Beschäftigung) beteiligt werden, indem sie

1. die schwerbehinderten Menschen beraten, unterstützen und auf geeignete Arbeitsplätze vermitteln,
2. die Arbeitgeber informieren, beraten und ihnen Hilfe leisten.

(2) Zu den Aufgaben des Integrationsfachdienstes gehört es,

1. die Fähigkeiten der zugewiesenen schwerbehinderten Menschen zu bewerten und einzuschätzen und dabei ein individuelles Fähigkeits-, Leistungs- und Interessenprofil zur Vorbereitung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt in enger Kooperation mit den schwerbehinderten Menschen, dem Auftraggeber und der abgebenden Einrichtung der schulischen oder beruflichen Bildung oder Rehabilitation zu erarbeiten,
2. die Bundesagentur für Arbeit auf deren Anforderung bei der Berufsorientierung und Berufsberatung in den Schulen einschließlich der auf jeden einzelnen Jugendlichen bezogenen Dokumentation der Ergebnisse zu unterstützen,
3. die betriebliche Ausbildung schwerbehinderter, insbesondere seelisch und lernbehinderter, Jugendlicher zu begleiten,
4. geeignete Arbeitsplätze (§ 156) auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu erschließen,
5. die schwerbehinderten Menschen auf die vorgesehenen Arbeitsplätze vorzubereiten,
6. die schwerbehinderten Menschen, solange erforderlich, am Arbeitsplatz oder beim Training der berufspraktischen Fähigkeiten am konkreten Arbeitsplatz zu begleiten,
7. mit Zustimmung des schwerbehinderten Menschen die Mitarbeiter im Betrieb oder in der Dienststelle über Art und Auswirkungen der Behinderung und über entsprechende Verhaltensregeln zu informieren und zu beraten,
8. eine Nachbetreuung, Krisenintervention oder psychosoziale Betreuung durchzuführen sowie
9. als Ansprechpartner für die Arbeitgeber zur Verfügung zu stehen, über die Leistungen für die Arbeitgeber zu informieren und für die Arbeitgeber diese Leistungen abzuklären,
10. in Zusammenarbeit mit den Rehabilitationsträgern und den Integrationsämtern die für den schwerbehinderten Menschen benötigten Leistungen zu klären und bei der Beantragung zu unterstützen.

## § 194

**Beauftragung und Verantwortlichkeit**

(1) Die Integrationsfachdienste werden im Auftrag der Integrationsämter oder der Rehabilitationsträger tätig. Diese bleiben für die Ausführung der Leistung verantwortlich.

(2) Im Auftrag legt der Auftraggeber in Abstimmung mit dem Integrationsfachdienst Art, Umfang und Dauer des im Einzelfall notwendigen Einsatzes des Integrationsfachdienstes sowie das Entgelt fest.

(3) Der Integrationsfachdienst arbeitet insbesondere mit

1. den zuständigen Stellen der Bundesagentur für Arbeit,
  2. dem Integrationsamt,
  3. dem zuständigen Rehabilitationsträger, insbesondere den Berufshelfern der gesetzlichen Unfallversicherung,
  4. dem Arbeitgeber, der Schwerbehindertenvertretung und den anderen betrieblichen Interessenvertretungen,
  5. der abgebenden Einrichtung der schulischen oder beruflichen Bildung oder Rehabilitation mit ihren begleitenden Diensten und internen Integrationsfachkräften oder -diensten zur Unterstützung von Teilnehmenden an Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben,
  6. den Handwerks-, den Industrie- und Handelskammern sowie den berufsständigen Organisationen,
  7. wenn notwendig, auch mit anderen Stellen und Personen,
- eng zusammen.

(4) Näheres zur Beauftragung, Zusammenarbeit, fachlichen Leitung, Aufsicht sowie zur Qualitätssicherung und Ergebnisbeobachtung wird zwischen dem Auftraggeber und dem Träger des Integrationsfachdienstes vertraglich geregelt. Die Vereinbarungen sollen im Interesse finanzieller Planungssicherheit auf eine Dauer von mindestens drei Jahren abgeschlossen werden.

(5) Die Integrationsämter wirken darauf hin, dass die berufsbegleitenden und psychosozialen Dienste bei den von ihnen beauftragten Integrationsfachdiensten konzentriert werden.

## § 195

**Fachliche Anforderungen**

(1) Die Integrationsfachdienste müssen

1. nach der personellen, räumlichen und sächlichen Ausstattung in der Lage sein, ihre gesetzlichen Aufgaben wahrzunehmen,
2. über Erfahrungen mit dem zu unterstützenden Personenkreis (§ 192 Absatz 2) verfügen,
3. mit Fachkräften ausgestattet sein, die über eine geeignete Berufsqualifikation, eine psychosoziale oder arbeitspädagogische Zusatzqualifikation und ausreichende Berufserfahrung verfügen, sowie
4. rechtlich oder organisatorisch und wirtschaftlich eigenständig sein.

(2) Der Personalbedarf eines Integrationsfachdienstes richtet sich nach den konkreten Bedürfnissen unter Berücksichtigung der Zahl der Betreuungs- und Beratungsfälle, des durchschnittlichen Betreuungs- und Beratungsaufwands, der Größe des regionalen Einzugsbereichs und der Zahl der zu beratenden Arbeitgeber. Den besonderen Bedürfnissen besonderer Gruppen schwerbehinderter Menschen, insbesondere schwerbehinderter Frauen, und der Notwendigkeit einer psychosozialen Betreuung soll durch eine Differenzierung innerhalb des Integrationsfachdienstes Rechnung getragen werden.

(3) Bei der Stellenbesetzung des Integrationsfachdienstes werden schwerbehinderte Menschen bevorzugt berücksichtigt. Dabei wird ein angemessener Anteil der Stellen mit schwerbehinderten Frauen besetzt.

#### § 196

##### **Finanzielle Leistungen**

(1) Die Inanspruchnahme von Integrationsfachdiensten wird vom Auftraggeber vergütet. Die Vergütung für die Inanspruchnahme von Integrationsfachdiensten kann bei Beauftragung durch das Integrationsamt aus Mitteln der Ausgleichsabgabe erbracht werden.

(2) Die Bezahlung tarifvertraglich vereinbarter Vergütungen sowie entsprechender Vergütungen nach kirchlichen Arbeitsrechtsregelungen kann bei der Beauftragung von Integrationsfachdiensten nicht als unwirtschaftlich abgelehnt werden.

(3) Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter und Hauptfürsorgestellen vereinbart mit den Rehabilitationsträgern nach § 6 Absatz 1 Nummer 2 bis 5 unter Beteiligung der maßgeblichen Verbände, darunter der Bundesarbeitsgemeinschaft, in der sich die Integrationsfachdienste zusammengeschlossen haben, eine gemeinsame Empfehlung zur Inanspruchnahme der Integrationsfachdienste durch die Rehabilitationsträger, zur Zusammenarbeit und zur Finanzierung der Kosten, die dem Integrationsfachdienst bei der Wahrnehmung der Aufgaben der Rehabilitationsträger entstehen. § 26 Absatz 7 und 8 gilt entsprechend.

#### § 197

##### **Ergebnisbeobachtung**

(1) Der Integrationsfachdienst dokumentiert Verlauf und Ergebnis der jeweiligen Bemühungen um die Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben. Er erstellt jährlich eine zusammenfassende Darstellung der Ergebnisse und legt diese den Auftraggebern nach deren näherer gemeinsamer Maßgabe vor. Diese Zusammenstellung soll insbesondere geschlechtsdifferenzierte Angaben enthalten zu

1. den Zu- und Abgängen an Betreuungsfällen im Kalenderjahr,
2. dem Bestand an Betreuungsfällen,
3. der Zahl der abgeschlossenen Fälle, differenziert nach Aufnahme einer Ausbildung, einer befristeten oder unbefristeten Beschäftigung, einer Beschäftigung in einem Integrationsprojekt oder in einer Werkstatt für behinderte Menschen.

(2) Der Integrationsfachdienst dokumentiert auch die Ergebnisse seiner Bemühungen zur Unterstützung der Bundesagentur für Arbeit und die Begleitung der betrieblichen Ausbildung nach § 193 Absatz 2 Nummer 4 und 5 unter Einbeziehung geschlechtsdifferenzierter Daten und Besonderheiten sowie der Art der Behinderung.

#### § 198

##### **Verordnungsermächtigung**

(1) Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates das Nähere über den Begriff und die Aufgaben des Integrationsfachdienstes, die für sie geltenden fachlichen Anforderungen und die finanziellen Leistungen zu regeln.

(2) Vereinbaren die Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter und Hauptfürsorgestellen und die Rehabilitationsträger nicht innerhalb von sechs Monaten, nachdem das Bundesministerium für Arbeit und Soziales sie dazu aufgefordert hat, eine gemeinsame Empfehlung nach § 196 Absatz 3 oder ändern sie die unzureichend gewordene Empfehlung nicht innerhalb dieser Frist, kann das Bundesministerium für Arbeit und Soziales Regelungen durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates erlassen.



## Kapitel 8

### Beendigung der Anwendung der besonderen Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter und gleichgestellter behinderter Menschen

#### § 199

##### **Beendigung der Anwendung der besonderen Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen**

(1) Die besonderen Regelungen für schwerbehinderte Menschen werden nicht angewendet nach dem Wegfall der Voraussetzungen nach § 2 Absatz 2; wenn sich der Grad der Behinderung auf weniger als 50 verringert, jedoch erst am Ende des dritten Kalendermonats nach Eintritt der Unanfechtbarkeit des die Verringerung feststellenden Bescheides.

(2) Die besonderen Regelungen für gleichgestellte behinderte Menschen werden nach dem Widerruf oder der Rücknahme der Gleichstellung nicht mehr angewendet. Der Widerruf der Gleichstellung ist zulässig, wenn die Voraussetzungen nach § 2 Absatz 3 in Verbindung mit § 151 Absatz 2 weggefallen sind. Er wird erst am Ende des dritten Kalendermonats nach Eintritt seiner Unanfechtbarkeit wirksam.

(3) Bis zur Beendigung der Anwendung der besonderen Regelungen für schwerbehinderte Menschen und ihnen gleichgestellte behinderte Menschen werden die behinderten Menschen dem Arbeitgeber auf die Zahl der Pflichtarbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen angerechnet.

#### § 200

##### **Entziehung der besonderen Hilfen für schwerbehinderte Menschen**

(1) Einem schwerbehinderten Menschen, der einen zumutbaren Arbeitsplatz ohne berechtigten Grund zurückweist oder aufgibt oder sich ohne berechtigten Grund weigert, an einer Maßnahme zur Teilhabe am Arbeitsleben teilzunehmen, oder sonst durch sein Verhalten seine Teilhabe am Arbeitsleben schuldhaft vereitelt, kann das Integrationsamt im Benehmen mit der Bundesagentur für Arbeit die besonderen Hilfen für schwerbehinderte Menschen zeitweilig entziehen. Dies gilt auch für gleichgestellte behinderte Menschen.

(2) Vor der Entscheidung über die Entziehung wird der schwerbehinderte Mensch gehört. In der Entscheidung wird die Frist bestimmt, für die sie gilt. Die Frist läuft vom Tag der Entscheidung an und beträgt nicht mehr als sechs Monate. Die Entscheidung wird dem schwerbehinderten Menschen bekannt gegeben.

## Kapitel 9

### Widerspruchsverfahren

#### § 201

##### **Widerspruch**

(1) Den Widerspruchsbescheid nach § 73 der Verwaltungsgerichtsordnung erlässt bei Verwaltungsakten der Integrationsämter und bei Verwaltungsakten der örtlichen Fürsorgestellen (§ 190 Absatz 2) der Widerspruchsausschuss bei dem Integrationsamt (§ 202). Des Vorverfahrens bedarf es auch, wenn den Verwaltungsakt ein Integrationsamt erlassen hat, das bei einer obersten Landesbehörde besteht.

(2) Den Widerspruchsbescheid nach § 85 des Sozialgerichtsgesetzes erlässt bei Verwaltungsakten, welche die Bundesagentur für Arbeit auf Grund dieses Teils erlässt, der Widersprachausschuss der Bundesagentur für Arbeit.

## § 202

### **Widersprachausschuss bei dem Integrationsamt**

(1) Bei jedem Integrationsamt besteht ein Widersprachausschuss aus sieben Mitgliedern, und zwar aus zwei Mitgliedern, die schwerbehinderte Arbeitnehmer oder Arbeitnehmerinnen sind, zwei Mitgliedern, die Arbeitgeber sind, einem Mitglied, das das Integrationsamt vertritt, einem Mitglied, das die Bundesagentur für Arbeit vertritt, einer Vertrauensperson schwerbehinderter Menschen.

(2) Für jedes Mitglied wird ein Stellvertreter oder eine Stellvertreterin berufen.

(3) Das Integrationsamt beruft auf Vorschlag der Organisationen behinderter Menschen des jeweiligen Landes die Mitglieder, die Arbeitnehmer sind, auf Vorschlag der jeweils für das Land zuständigen Arbeitgeberverbände die Mitglieder, die Arbeitgeber sind, sowie die Vertrauensperson. Die zuständige oberste Landesbehörde oder die von ihr bestimmte Behörde beruft das Mitglied, das das Integrationsamt vertritt. Die Bundesagentur für Arbeit beruft das Mitglied, das sie vertritt. Entsprechendes gilt für die Berufung des Stellvertreters oder der Stellvertreterin des jeweiligen Mitglieds.

(4) In Kündigungsangelegenheiten schwerbehinderter Menschen, die bei einer Dienststelle oder in einem Betrieb beschäftigt sind, der zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung gehört, treten an die Stelle der Mitglieder, die Arbeitgeber sind, Angehörige des öffentlichen Dienstes. Dem Integrationsamt werden ein Mitglied und sein Stellvertreter oder seine Stellvertreterin von den von der Bundesregierung bestimmten Bundesbehörden benannt. Eines der Mitglieder, die schwerbehinderte Arbeitnehmer oder Arbeitnehmerinnen sind, muss dem öffentlichen Dienst angehören.

(5) Die Amtszeit der Mitglieder der Widersprachausschüsse beträgt vier Jahre. Die Mitglieder der Ausschüsse üben ihre Tätigkeit unentgeltlich aus.

## § 203

### **Widersprachausschüsse der Bundesagentur für Arbeit**

(1) Die Bundesagentur für Arbeit richtet Widersprachausschüsse ein, die aus sieben Mitgliedern bestehen, und zwar aus zwei Mitgliedern, die schwerbehinderte Arbeitnehmer oder Arbeitnehmerinnen sind, zwei Mitgliedern, die Arbeitgeber sind, einem Mitglied, das das Integrationsamt vertritt, einem Mitglied, das die Bundesagentur für Arbeit vertritt, einer Vertrauensperson schwerbehinderter Menschen.

(2) Für jedes Mitglied wird ein Stellvertreter oder eine Stellvertreterin berufen.

(3) Die Bundesagentur für Arbeit beruft

1. die Mitglieder, die Arbeitnehmer oder Arbeitnehmerinnen sind, auf Vorschlag der jeweils zuständigen Organisationen behinderter Menschen, der im Benehmen mit den jeweils zuständigen Gewerkschaften, die für die Vertretung der Arbeitnehmerinteressen wesentliche Bedeutung haben, gemacht wird,
2. die Mitglieder, die Arbeitgeber sind, auf Vorschlag der jeweils zuständigen Arbeitgeberverbände, soweit sie für die Vertretung von Arbeitgeberinteressen wesentliche Bedeutung haben, sowie
3. das Mitglied, das die Bundesagentur für Arbeit vertritt, und
4. die Vertrauensperson.

Die zuständige oberste Landesbehörde oder die von ihr bestimmte Behörde beruft das Mitglied, das das Integrationsamt vertritt. Entsprechendes gilt für die Berufung des Stellvertreters oder der Stellvertreterin des jeweiligen Mitglieds.

(4) § 202 Absatz 5 gilt entsprechend.

#### § 204

##### **Verfahrensvorschriften**

(1) Für den Widerspruchsausschuss bei dem Integrationsamt (§ 202) und die Widerspruchsausschüsse bei der Bundesagentur für Arbeit (§ 203) gilt § 189 Absatz 1 und 2 entsprechend.

(2) Im Widerspruchsverfahren nach Kapitel 4 werden der Arbeitgeber und der schwerbehinderte Mensch vor der Entscheidung gehört; in den übrigen Fällen verbleibt es bei der Anhörung des Widerspruchsführers.

(3) Die Mitglieder der Ausschüsse können wegen Besorgnis der Befangenheit abgelehnt werden. Über die Ablehnung entscheidet der Ausschuss, dem das Mitglied angehört.

### Kapitel 10

#### Sonstige Vorschriften

#### § 205

##### **Vorrang der schwerbehinderten Menschen**

Verpflichtungen zur bevorzugten Einstellung und Beschäftigung bestimmter Personengruppen nach anderen Gesetzen entbinden den Arbeitgeber nicht von der Verpflichtung zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen nach den besonderen Regelungen für schwerbehinderte Menschen.

#### § 206

##### **Arbeitsentgelt und Dienstbezüge**

(1) Bei der Bemessung des Arbeitsentgelts und der Dienstbezüge aus einem bestehenden Beschäftigungsverhältnis werden Renten und vergleichbare Leistungen, die wegen der Behinderung bezogen werden, nicht berücksichtigt. Die völlige oder teilweise Anrechnung dieser Leistungen auf das Arbeitsentgelt oder die Dienstbezüge ist unzulässig.

(2) Absatz 1 gilt nicht für Zeiträume, in denen die Beschäftigung tatsächlich nicht ausgeübt wird und die Vorschriften über die Zahlung der Rente oder der vergleichbaren Leistung eine Anrechnung oder ein Ruhen vorsehen, wenn Arbeitsentgelt oder Dienstbezüge gezahlt werden.

#### § 207

##### **Mehrarbeit**

Schwerbehinderte Menschen werden auf ihr Verlangen von Mehrarbeit freigestellt.

#### § 208

##### **Zusatzurlaub**

(1) Schwerbehinderte Menschen haben Anspruch auf einen bezahlten zusätzlichen Urlaub von fünf Arbeitstagen im Urlaubsjahr; verteilt sich die regelmäßige Arbeitszeit des schwerbehinderten Menschen auf mehr

oder weniger als fünf Arbeitstage in der Kalenderwoche, erhöht oder vermindert sich der Zusatzurlaub entsprechend. Soweit tarifliche, betriebliche oder sonstige Urlaubsregelungen für schwerbehinderte Menschen einen längeren Zusatzurlaub vorsehen, bleiben sie unberührt.

(2) Besteht die Schwerbehinderteneigenschaft nicht während des gesamten Kalenderjahres, so hat der schwerbehinderte Mensch für jeden vollen Monat der im Beschäftigungsverhältnis vorliegenden Schwerbehinderteneigenschaft einen Anspruch auf ein Zwölftel des Zusatzurlaubs nach Absatz 1 Satz 1. Bruchteile von Urlaubstagen, die mindestens einen halben Tag ergeben, sind auf volle Urlaubstage aufzurunden. Der so ermittelte Zusatzurlaub ist dem Erholungsurlaub hinzuzurechnen und kann bei einem nicht im ganzen Kalenderjahr bestehenden Beschäftigungsverhältnis nicht erneut gemindert werden.

(3) Wird die Eigenschaft als schwerbehinderter Mensch nach § 152 Absatz 1 und 2 rückwirkend festgestellt, finden auch für die Übertragbarkeit des Zusatzurlaubs in das nächste Kalenderjahr die dem Beschäftigungsverhältnis zugrunde liegenden urlaubsrechtlichen Regelungen Anwendung.

## § 209

### Nachteilsausgleich

(1) Die Vorschriften über Hilfen für behinderte Menschen zum Ausgleich behinderungsbedingter Nachteile oder Mehraufwendungen (Nachteilsausgleich) werden so gestaltet, dass sie unabhängig von der Ursache der Behinderung der Art oder Schwere der Behinderung Rechnung tragen.

(2) Nachteilsausgleiche, die auf Grund bisher geltender Rechtsvorschriften erfolgen, bleiben unberührt.

## § 210

### Beschäftigung schwerbehinderter Menschen in Heimarbeit

(1) Schwerbehinderte Menschen, die in Heimarbeit beschäftigt oder diesen gleichgestellt sind (§ 1 Absatz 1 und 2 des Heimarbeitsgesetzes) und in der Hauptsache für den gleichen Auftraggeber arbeiten, werden auf die Arbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen dieses Auftraggebers angerechnet.

(2) Für in Heimarbeit beschäftigte und diesen gleichgestellte schwerbehinderte Menschen wird die in § 29 Absatz 2 des Heimarbeitsgesetzes festgelegte Kündigungsfrist von zwei Wochen auf vier Wochen erhöht; die Vorschrift des § 29 Absatz 7 des Heimarbeitsgesetzes ist sinngemäß anzuwenden. Der besondere Kündigungsschutz schwerbehinderter Menschen im Sinne des Kapitels 4 gilt auch für die in Satz 1 genannten Personen.

(3) Die Bezahlung des zusätzlichen Urlaubs der in Heimarbeit beschäftigten oder diesen gleichgestellten schwerbehinderten Menschen erfolgt nach den für die Bezahlung ihres sonstigen Urlaubs geltenden Berechnungsgrundsätzen. Sofern eine besondere Regelung nicht besteht, erhalten die schwerbehinderten Menschen als zusätzliches Urlaubsgeld 2 Prozent des in der Zeit vom 1. Mai des vergangenen bis zum 30. April des laufenden Jahres verdienten Arbeitsentgelts ausschließlich der Unkostenzuschläge.

(4) Schwerbehinderte Menschen, die als fremde Hilfskräfte eines Hausgewerbetreibenden oder eines Gleichgestellten beschäftigt werden (§ 2 Absatz 6 des Heimarbeitsgesetzes) können auf Antrag eines Auftraggebers auch auf dessen Pflichtarbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen angerechnet werden, wenn der Arbeitgeber in der Hauptsache für diesen Auftraggeber arbeitet. Wird einem schwerbehinderten Menschen im Sinne des Satzes 1, dessen Anrechnung die Bundesagentur für Arbeit zugelassen hat, durch seinen Arbeitgeber gekündigt, weil der Auftraggeber die Zuteilung von Arbeit eingestellt oder die regelmäßige Arbeitsmenge erheblich herabgesetzt hat, erstattet der Auftraggeber dem Arbeitgeber die Aufwendungen für die Zahlung des regelmäßigen Arbeitsverdienstes an den schwerbehinderten Menschen bis zur rechtmäßigen Beendigung seines Arbeitsverhältnisses.

(5) Werden fremde Hilfskräfte eines Hausgewerbetreibenden oder eines Gleichgestellten (§ 2 Absatz 6 des Heimarbeitsgesetzes) einem Auftraggeber gemäß Absatz 4 auf seine Arbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen angerechnet, erstattet der Auftraggeber die dem Arbeitgeber nach Absatz 3 entstehenden Aufwendungen.

(6) Die den Arbeitgeber nach § 163 Absatz 1 und 5 treffenden Verpflichtungen gelten auch für Personen, die Heimarbeit ausgeben.

#### § 211

##### **Schwerbehinderte Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter, Soldatinnen und Soldaten**

(1) Die besonderen Vorschriften und Grundsätze für die Besetzung der Beamtenstellen sind unbeschadet der Geltung dieses Teils auch für schwerbehinderte Beamtinnen und Beamte so zu gestalten, dass die Einstellung und Beschäftigung schwerbehinderter Menschen gefördert und ein angemessener Anteil schwerbehinderter Menschen unter den Beamten und Beamtinnen erreicht wird.

(2) Absatz 1 gilt für Richterinnen und Richter entsprechend.

(3) Für die persönliche Rechtsstellung schwerbehinderter Soldatinnen und Soldaten gelten die §§ 2, 152, 176 bis 182, 199 Absatz 1 sowie die §§ 206, 208, 209 und 228 bis 230. Im Übrigen gelten für Soldatinnen und Soldaten die Vorschriften über die persönliche Rechtsstellung der schwerbehinderten Menschen, soweit sie mit den Besonderheiten des Dienstverhältnisses vereinbar sind.

#### § 212

##### **Unabhängige Tätigkeit**

Soweit zur Ausübung einer unabhängigen Tätigkeit eine Zulassung erforderlich ist, soll schwerbehinderten Menschen, die eine Zulassung beantragen, bei fachlicher Eignung und Erfüllung der sonstigen gesetzlichen Voraussetzungen die Zulassung bevorzugt erteilt werden.

#### § 213

##### **Geheimhaltungspflicht**

(1) Die Beschäftigten der Integrationsämter, der Bundesagentur für Arbeit, der Rehabilitationsträger sowie der von diesen Stellen beauftragten Integrationsfachdienste und die Mitglieder der Ausschüsse und des Beirates für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (§ 86) und ihre Stellvertreterinnen oder Stellvertreter sowie zur Durchführung ihrer Aufgaben hinzugezogene Sachverständige sind verpflichtet,

1. über ihnen wegen ihres Amtes oder Auftrages bekannt gewordene persönliche Verhältnisse und Angelegenheiten von Beschäftigten auf Arbeitsplätzen für schwerbehinderte Menschen, die ihrer Bedeutung oder ihrem Inhalt nach einer vertraulichen Behandlung bedürfen, Stillschweigen zu bewahren und
2. ihnen wegen ihres Amtes oder Auftrages bekannt gewordene und vom Arbeitgeber ausdrücklich als geheimhaltungsbedürftig bezeichnete Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse nicht zu offenbaren und nicht zu bewerten.

(2) Diese Pflichten gelten auch nach dem Ausscheiden aus dem Amt oder nach Beendigung des Auftrages. Sie gelten nicht gegenüber der Bundesagentur für Arbeit, den Integrationsämtern und den Rehabilitationsträgern, soweit deren Aufgaben gegenüber schwerbehinderten Menschen es erfordern, gegenüber der Schwerbehindertenvertretung sowie gegenüber den in § 79 Absatz 1 des Betriebsverfassungsgesetzes und den in den entsprechenden Vorschriften des Personalvertretungsrechts genannten Vertretungen, Personen und Stellen.

#### § 214

##### **Statistik**

(1) Über schwerbehinderte Menschen wird alle zwei Jahre eine Bundesstatistik durchgeführt. Sie umfasst die folgenden Erhebungsmerkmale:

1. die Zahl der schwerbehinderten Menschen mit gültigem Ausweis,
  2. die schwerbehinderten Menschen nach Geburtsjahr, Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Wohnort,
  3. Art, Ursache und Grad der Behinderung.  
(2) Hilfsmerkmale sind:
    1. Name, Anschrift, Telefonnummer und Adresse für elektronische Post der nach Absatz 3 Satz 2 auskunftspflichtigen Behörden,
    2. Name und Kontaktdaten der für Rückfragen zur Verfügung stehenden Personen,
    3. die Signiernummern für das Versorgungsamt und für das Berichtsland.
- (3) Für die Erhebung besteht Auskunftspflicht. Auskunftspflichtig sind die nach § 152 Absatz 1 und 5 zuständigen Behörden. Die Angaben zu Absatz 2 Nummer 2 sind freiwillig.

## Kapitel 11

### Inklusionsbetriebe

#### § 215

##### **Begriff und Personenkreis**

(1) Inklusionsbetriebe sind rechtlich und wirtschaftlich selbständige Unternehmen oder unternehmensinterne oder von öffentlichen Arbeitgebern im Sinne des § 154 Absatz 2 geführte Betriebe oder Abteilungen zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt, deren Teilhabe an einer sonstigen Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt auf Grund von Art oder Schwere der Behinderung oder wegen sonstiger Umstände voraussichtlich trotz Ausschöpfens aller Fördermöglichkeiten und des Einsatzes von Integrationsfachdiensten auf besondere Schwierigkeiten stößt.

(2) Schwerbehinderte Menschen nach Absatz 1 sind insbesondere

1. schwerbehinderte Menschen mit geistiger oder seelischer Behinderung oder mit einer schweren Körper-, Sinnes- oder Mehrfachbehinderung, die sich im Arbeitsleben besonders nachteilig auswirkt und allein oder zusammen mit weiteren vermittlungshemmenden Umständen die Teilhabe am allgemeinen Arbeitsmarkt außerhalb eines Inklusionsbetriebes erschwert oder verhindert,
2. schwerbehinderte Menschen, die nach zielgerichteter Vorbereitung in einer Werkstatt für behinderte Menschen oder in einer psychiatrischen Einrichtung für den Übergang in einen Betrieb oder eine Dienststelle auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt in Betracht kommen und auf diesen Übergang vorbereitet werden sollen,
3. schwerbehinderte Menschen nach Beendigung einer schulischen Bildung, die nur dann Aussicht auf eine Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt haben, wenn sie zuvor in einem Inklusionsbetrieb an berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen teilnehmen und dort beschäftigt und weiterqualifiziert werden, sowie
4. schwerbehinderte Menschen, die langzeitarbeitslos im Sinne des § 18 des Dritten Buches sind.

(3) Inklusionsbetriebe beschäftigen mindestens 30 Prozent schwerbehinderte Menschen im Sinne von Absatz 1. Der Anteil der schwerbehinderten Menschen soll in der Regel 50 Prozent nicht übersteigen.

(4) Auf die Quoten nach Absatz 3 wird auch die Anzahl der psychisch kranken beschäftigten Menschen angerechnet, die behindert oder von Behinderung bedroht sind und deren Teilhabe an einer sonstigen Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt auf Grund von Art oder Schwere der Behinderung oder wegen sonstiger Umstände auf besondere Schwierigkeiten stößt.

## § 216

**Aufgaben**

Die Inklusionsbetriebe bieten den schwerbehinderten Menschen Beschäftigung, Maßnahmen der betrieblichen Gesundheitsförderung und arbeitsbegleitende Betreuung an, soweit erforderlich auch Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung oder Gelegenheit zur Teilnahme an entsprechenden außerbetrieblichen Maßnahmen und Unterstützung bei der Vermittlung in eine sonstige Beschäftigung in einem Betrieb oder einer Dienststelle auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt sowie geeignete Maßnahmen zur Vorbereitung auf eine Beschäftigung in einem Inklusionsbetrieb. Satz 1 gilt entsprechend für psychisch kranke Menschen im Sinne des § 215 Absatz 4.

## § 217

**Finanzielle Leistungen**

- (1) Inklusionsbetriebe können aus Mitteln der Ausgleichsabgabe Leistungen für Aufbau, Erweiterung, Modernisierung und Ausstattung einschließlich einer betriebswirtschaftlichen Beratung und für besonderen Aufwand erhalten.
- (2) Die Finanzierung von Leistungen nach § 216 Satz 2 erfolgt durch den zuständigen Rehabilitationsträger.

## § 218

**Verordnungsermächtigung**

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates das Nähere über den Begriff und die Aufgaben der Inklusionsbetriebe, die für sie geltenden fachlichen Anforderungen, die Aufnahmevoraussetzungen und die finanziellen Leistungen zu regeln.

## Kapitel 12

## Werkstätten für behinderte Menschen

## § 219

**Begriff und Aufgaben der Werkstatt für behinderte Menschen**

(1) Die Werkstatt für behinderte Menschen ist eine Einrichtung zur Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben im Sinne des Kapitels 10 des Teils 1 und zur Eingliederung in das Arbeitsleben. Sie hat denjenigen behinderten Menschen, die wegen Art oder Schwere der Behinderung nicht, noch nicht oder noch nicht wieder auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt beschäftigt werden können,

1. eine angemessene berufliche Bildung und eine Beschäftigung zu einer ihrer Leistung angemessenen Arbeitsentgelt aus dem Arbeitsergebnis anzubieten und
2. zu ermöglichen, ihre Leistungs- oder Erwerbsfähigkeit zu erhalten, zu entwickeln, zu erhöhen oder wiederzugewinnen und dabei ihre Persönlichkeit weiterzuentwickeln.

Sie fördert den Übergang geeigneter Personen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt durch geeignete Maßnahmen. Sie verfügt über ein möglichst breites Angebot an Berufsbildungs- und Arbeitsplätzen sowie über qualifiziertes

Personal und einen begleitenden Dienst. Zum Angebot an Berufsbildungs- und Arbeitsplätzen gehören ausgelagerte Plätze auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt. Die ausgelagerten Arbeitsplätze werden zum Zwecke des Übergangs und als dauerhaft ausgelagerte Plätze angeboten.

(2) Die Werkstatt steht allen behinderten Menschen im Sinne des Absatzes 1 unabhängig von Art oder Schwere der Behinderung offen, sofern erwartet werden kann, dass sie spätestens nach Teilnahme an Maßnahmen im Berufsbildungsbereich wenigstens ein Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung erbringen werden. Dies ist nicht der Fall bei behinderten Menschen, bei denen trotz einer der Behinderung angemessenen Betreuung eine erhebliche Selbst- oder Fremdgefährdung zu erwarten ist oder das Ausmaß der erforderlichen Betreuung und Pflege die Teilnahme an Maßnahmen im Berufsbildungsbereich oder sonstige Umstände ein Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung im Arbeitsbereich dauerhaft nicht zulassen.

(3) Behinderte Menschen, die die Voraussetzungen für eine Beschäftigung in einer Werkstatt nicht erfüllen, sollen in Einrichtungen oder Gruppen betreut und gefördert werden, die der Werkstatt angegliedert sind. Die Betreuung und Förderung kann auch gemeinsam mit den Werkstattbeschäftigten in der Werkstatt erfolgen. Die Betreuung und Förderung soll auch Angebote zur Orientierung auf Beschäftigung enthalten.

## § 220

### **Aufnahme in die Werkstätten für behinderte Menschen**

(1) Anerkannte Werkstätten nehmen diejenigen behinderten Menschen aus ihrem Einzugsgebiet auf, die die Aufnahmevoraussetzungen gemäß § 219 Absatz 2 erfüllen, wenn Leistungen durch die Rehabilitationsträger gewährleistet sind; die Möglichkeit zur Aufnahme in eine andere anerkannte Werkstatt nach Maßgabe des § 9 des Zwölften Buches oder entsprechender Regelungen bleibt unberührt. Die Aufnahme erfolgt unabhängig von

1. der Ursache der Behinderung,
2. der Art der Behinderung, wenn in dem Einzugsgebiet keine besondere Werkstatt für behinderte Menschen für diese Behinderungsart vorhanden ist, und
3. der Schwere der Behinderung, der Minderung der Leistungsfähigkeit und einem besonderen Bedarf an Förderung, begleitender Betreuung oder Pflege.

(2) Behinderte Menschen werden in der Werkstatt beschäftigt, solange die Aufnahmevoraussetzungen nach Absatz 1 vorliegen.

(3) Leistungsberechtigte Menschen mit Behinderungen, die aus einer Werkstatt für behinderte Menschen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt übergegangen sind oder bei einem anderen Leistungsanbieter oder mit Hilfe des Budgets für Arbeit am Arbeitsleben teilnehmen, haben einen Anspruch auf Aufnahme in eine Werkstatt für behinderte Menschen.

## § 221

### **Rechtsstellung und Arbeitsentgelt behinderter Menschen**

(1) Behinderte Menschen im Arbeitsbereich anerkannter Werkstätten stehen, wenn sie nicht Arbeitnehmer sind, zu den Werkstätten in einem arbeitnehmerähnlichen Rechtsverhältnis, soweit sich aus dem zugrunde liegenden Sozialleistungsverhältnis nichts anderes ergibt.

(2) Die Werkstätten zahlen aus ihrem Arbeitsergebnis an die im Arbeitsbereich beschäftigten behinderten Menschen ein Arbeitsentgelt, das sich aus einem Grundbetrag in Höhe des Ausbildungsgeldes, das die Bundesagentur für Arbeit nach den für sie geltenden Vorschriften behinderten Menschen im Berufsbildungsbereich zuletzt leistet, und einem leistungsangemessenen Steigerungsbetrag zusammensetzt. Der Steigerungsbetrag bemisst sich nach der individuellen Arbeitsleistung der behinderten Menschen, insbesondere unter Berücksichtigung von Arbeitsmenge und Arbeitsgüte.



(3) Der Inhalt des arbeitnehmerähnlichen Rechtsverhältnisses wird unter Berücksichtigung des zwischen den behinderten Menschen und dem Rehabilitationsträger bestehenden Sozialleistungsverhältnisses durch Werkstattverträge zwischen den behinderten Menschen und dem Träger der Werkstatt näher geregelt.

(4) Hinsichtlich der Rechtsstellung der Teilnehmer an Maßnahmen im Eingangsverfahren und im Berufsbildungsbereich gilt § 52 entsprechend.

(5) Ist ein volljähriger behinderter Mensch gemäß Absatz 1 in den Arbeitsbereich einer anerkannten Werkstatt für behinderte Menschen im Sinne des § 219 aufgenommen worden und war er zu diesem Zeitpunkt geschäftsunfähig, so gilt der von ihm geschlossene Werkstattvertrag in Ansehung einer bereits bewirkten Leistung und deren Gegenleistung, soweit diese in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen, als wirksam.

(6) War der volljährige behinderte Mensch bei Abschluss eines Werkstattvertrages geschäftsunfähig, so kann der Träger einer Werkstatt das Werkstattverhältnis nur unter den Voraussetzungen für gelöst erklären, unter denen ein wirksamer Vertrag seitens des Trägers einer Werkstatt gekündigt werden kann.

(7) Die Lösungserklärung durch den Träger einer Werkstatt bedarf der schriftlichen Form und ist zu begründen.

## § 222

### **Mitbestimmung, Mitwirkung, Frauenbeauftragte**

(1) Die in § 221 Absatz 1 genannten behinderten Menschen bestimmen und wirken unabhängig von ihrer Geschäftsfähigkeit durch Werkstattträte in den ihre Interessen berührenden Angelegenheiten der Werkstatt mit. Die Werkstattträte berücksichtigen die Interessen der im Eingangsverfahren und im Berufsbildungsbereich der Werkstätten tätigen behinderten Menschen in angemessener und geeigneter Weise, solange für diese eine Vertretung nach § 52 nicht besteht.

(2) Ein Werkstatttrat wird in Werkstätten gewählt; er setzt sich aus mindestens drei Mitgliedern zusammen.

(3) Wahlberechtigt zum Werkstatttrat sind alle in § 221 Absatz 1 genannten behinderten Menschen; von ihnen sind die behinderten Menschen wählbar, die am Wahltag seit mindestens sechs Monaten in der Werkstatt beschäftigt sind.

(4) Die Werkstätten für behinderte Menschen unterrichten die Personen, die behinderte Menschen gesetzlich vertreten oder mit ihrer Betreuung beauftragt sind, einmal im Kalenderjahr in einer Eltern- und Betreuerversammlung in angemessener Weise über die Angelegenheiten der Werkstatt, auf die sich die Mitwirkung erstreckt, und hören sie dazu an. In den Werkstätten kann im Einvernehmen mit dem Träger der Werkstatt ein Eltern- und Betreuerbeirat errichtet werden, der die Werkstatt und den Werkstatttrat bei ihrer Arbeit berät und durch Vorschläge und Stellungnahmen unterstützt.

(5) Behinderte Frauen im Sinne des § 221 Absatz 1 wählen in jeder Werkstatt eine Frauenbeauftragte und eine Stellvertreterin. In Werkstätten mit mehr als 700 wahlberechtigten Frauen wird eine zweite Stellvertreterin gewählt, in Werkstätten mit mehr als 1 000 wahlberechtigten Frauen werden bis zu drei Stellvertreterinnen gewählt.

## § 223

### **Anrechnung von Aufträgen auf die Ausgleichsabgabe**

(1) Arbeitgeber, die durch Aufträge an anerkannte Werkstätten für behinderte Menschen zur Beschäftigung behinderter Menschen beitragen, können 50 Prozent des auf die Arbeitsleistung der Werkstatt entfallenden Rechnungsbetrages solcher Aufträge (Gesamtrechnungsbetrag abzüglich Materialkosten) auf die Ausgleichsabgabe anrechnen. Dabei wird die Arbeitsleistung des Fachpersonals zur Arbeits- und Berufsförderung berücksichtigt, nicht hingegen die Arbeitsleistung sonstiger nichtbehinderter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Bei Weiterveräußerung von Erzeugnissen anderer anerkannter Werkstätten für behinderte Menschen wird die von diesen

erbrachte Arbeitsleistung berücksichtigt. Die Werkstätten bestätigen das Vorliegen der Anrechnungsvoraussetzungen in der Rechnung.

(2) Voraussetzung für die Anrechnung ist, dass

1. die Aufträge innerhalb des Jahres, in dem die Verpflichtung zur Zahlung der Ausgleichsabgabe entsteht, von der Werkstatt für behinderte Menschen ausgeführt und vom Auftraggeber bis spätestens 31. März des Folgejahres vergütet werden und
2. es sich nicht um Aufträge handelt, die Träger einer Gesamteinrichtung an Werkstätten für behinderte Menschen vergeben, die rechtlich unselbständige Teile dieser Einrichtung sind.

(3) Bei der Vergabe von Aufträgen an Zusammenschlüsse anerkannter Werkstätten für behinderte Menschen gilt Absatz 2 entsprechend.

#### § 224

##### **Vergabe von Aufträgen durch die öffentliche Hand**

(1) Aufträge der öffentlichen Hand, die von anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen ausgeführt werden können, werden bevorzugt diesen Werkstätten angeboten. Die Bundesregierung erlässt mit Zustimmung des Bundesrates hierzu allgemeine Verwaltungsvorschriften.

(2) Absatz 1 gilt auch für Inklusionsbetriebe.

#### § 225

##### **Anerkennungsverfahren**

Werkstätten für behinderte Menschen, die eine Vergünstigung im Sinne dieses Kapitels in Anspruch nehmen wollen, bedürfen der Anerkennung. Die Entscheidung über die Anerkennung trifft auf Antrag die Bundesagentur für Arbeit im Einvernehmen mit dem überörtlichen Träger der Sozialhilfe. Die Bundesagentur für Arbeit führt ein Verzeichnis der anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen. In dieses Verzeichnis werden auch Zusammenschlüsse anerkannter Werkstätten für behinderte Menschen aufgenommen.

#### § 226

##### **Blindenwerkstätten**

Die §§ 223 und 224 sind auch zugunsten von auf Grund des Blindenwarenvertriebsgesetzes anerkannten Blindenwerkstätten anzuwenden.

#### § 227

##### **Verordnungsermächtigungen**

(1) Die Bundesregierung bestimmt durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates das Nähere über den Begriff und die Aufgaben der Werkstatt für behinderte Menschen, die Aufnahmevoraussetzungen, die fachlichen Anforderungen, insbesondere hinsichtlich der Wirtschaftsführung, sowie des Begriffs und der Verwendung des Arbeitsergebnisses sowie das Verfahren zur Anerkennung als Werkstatt für behinderte Menschen.

(2) Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales bestimmt durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates im Einzelnen die Errichtung, Zusammensetzung und Aufgaben des Werkstattrats, die Fragen, auf die sich Mitbestimmung und Mitwirkung erstrecken, einschließlich Art und Umfang der Mitbestimmung und Mitwirkung, die Vorbereitung und Durchführung der Wahl, einschließlich der Wahlberechtigung und der Wählbarkeit, die Amtszeit sowie die Geschäftsführung des Werkstattrats einschließlich des Erlasses einer Geschäftsordnung und der persönlichen Rechte und Pflichten der Mitglieder des Werkstattrats und der Kostentragung. In

der Rechtsverordnung werden auch Art und Umfang der Beteiligung von Frauenbeauftragten, die Vorbereitung und Durchführung der Wahl einschließlich der Wahlberechtigung und der Wählbarkeit, die Amtszeit, die persönlichen Rechte und die Pflichten der Frauenbeauftragten und ihrer Stellvertreterinnen sowie die Kostentragung geregelt. Die Rechtsverordnung kann darüber hinaus bestimmen, dass die in ihr getroffenen Regelungen keine Anwendung auf Religionsgemeinschaften und ihre Einrichtungen finden, soweit sie eigene gleichwertige Regelungen getroffen haben.

## Kapitel 13

### Unentgeltliche Beförderung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Personenverkehr

#### § 228

##### **Unentgeltliche Beförderung, Anspruch auf Erstattung der Fahrgeldausfälle**

(1) Schwerbehinderte Menschen, die infolge ihrer Behinderung in ihrer Bewegungsfähigkeit im Straßenverkehr erheblich beeinträchtigt oder hilflos oder gehörlos sind, werden von Unternehmern, die öffentlichen Personenverkehr betreiben, gegen Vorzeigen eines entsprechend gekennzeichneten Ausweises nach § 152 Absatz 5 im Nahverkehr im Sinne des § 230 Absatz 1 unentgeltlich befördert; die unentgeltliche Beförderung verpflichtet zur Zahlung eines tarifmäßigen Zuschlages bei der Benutzung zuschlagpflichtiger Züge des Nahverkehrs. Voraussetzung ist, dass der Ausweis mit einer gültigen Wertmarke versehen ist.

(2) Die Wertmarke wird gegen Entrichtung eines Betrages von 80 Euro für ein Jahr oder 40 Euro für ein halbes Jahr ausgegeben. Der Betrag erhöht sich in entsprechender Anwendung des § 160 Absatz 3 jeweils zu dem Zeitpunkt, zu dem die nächste Neubestimmung der Beträge der Ausgleichsabgabe erfolgt. Liegt dieser Zeitpunkt innerhalb der Gültigkeitsdauer einer bereits ausgegebenen Wertmarke, ist der höhere Betrag erst im Zusammenhang mit der Ausgabe der darauffolgenden Wertmarke zu entrichten. Abweichend von § 160 Absatz 3 Satz 4 sind die sich ergebenden Beträge auf den nächsten vollen Eurobetrag aufzurunden. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales gibt den Erhöhungsbetrag und die sich nach entsprechender Anwendung des § 160 Absatz 3 Satz 3 ergebenden Beträge im Bundesanzeiger bekannt.

(3) Wird die für ein Jahr ausgegebene Wertmarke vor Ablauf eines halben Jahres ihrer Gültigkeitsdauer zurückgegeben, wird auf Antrag die Hälfte der Gebühr erstattet. Entsprechendes gilt für den Fall, dass der schwerbehinderte Mensch vor Ablauf eines halben Jahres der Gültigkeitsdauer der für ein Jahr ausgegebenen Wertmarke verstirbt.

(4) Auf Antrag wird eine für ein Jahr gültige Wertmarke, ohne dass der Betrag nach Absatz 2 in seiner jeweiligen Höhe zu entrichten ist, an schwerbehinderte Menschen ausgegeben,

1. die blind im Sinne des § 72 Absatz 5 des Zwölften Buches oder entsprechender Vorschriften oder hilflos im Sinne des § 33b des Einkommensteuergesetzes oder entsprechender Vorschriften sind oder
2. die Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem Zweiten Buch oder für den Lebensunterhalt laufende Leistungen nach dem Dritten und Vierten Kapitel des Zwölften Buches, dem Achten Buch oder den §§ 27a und 27d des Bundesversorgungsgesetzes erhalten oder
3. die am 1. Oktober 1979 die Voraussetzungen nach § 2 Absatz 1 Nummer 1 bis 4 und Absatz 3 des Gesetzes über die unentgeltliche Beförderung von Kriegs- und Wehrdienstbeschädigten sowie von anderen Behinderten im Nahverkehr vom 27. August 1965 (BGBl. I S. 978), das zuletzt durch Artikel 41 des Zuständigkeitsanpassungs-Gesetzes vom 18. März 1975 (BGBl. I S. 705) geändert worden ist, erfüllten, so lange ein Grad der Schädigungsfolgen von mindestens 70 festgestellt ist oder von mindestens 50 festgestellt ist und sie infolge der Schädigung erheblich gehbehindert sind; das Gleiche gilt für schwerbehinderte Menschen, die diese Voraussetzungen am 1. Oktober 1979 nur deshalb nicht erfüllt haben, weil sie ihren Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt zu diesem Zeitpunkt in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet hatten.

(5) Die Wertmarke wird nicht ausgegeben, solange eine Kraftfahrzeugsteuerermäßigung nach § 3a Absatz 2 des Kraftfahrzeugsteuergesetzes in Anspruch genommen wird. Die Ausgabe der Wertmarken erfolgt auf Antrag durch die nach § 152 Absatz 5 zuständigen Behörden. Die Landesregierung oder die von ihr bestimmte Stelle kann die Aufgaben nach den Absätzen 2 bis 4 ganz oder teilweise auf andere Behörden übertragen. Für Streitigkeiten in Zusammenhang mit der Ausgabe der Wertmarke gilt § 51 Absatz 1 Nummer 7 des Sozialgerichtsgesetzes entsprechend.

(6) Absatz 1 gilt im Nah- und Fernverkehr im Sinne des § 230, ohne dass die Voraussetzung des Absatzes 1 Satz 2 erfüllt sein muss, für die Beförderung

1. einer Begleitperson eines schwerbehinderten Menschen im Sinne des Absatzes 1, wenn die Berechtigung zur Mitnahme einer Begleitperson nachgewiesen und dies im Ausweis des schwerbehinderten Menschen eingetragen ist, und
2. des Handgepäcks, eines mitgeführten Krankenfahrstuhles, soweit die Beschaffenheit des Verkehrsmittels dies zulässt, sonstiger orthopädischer Hilfsmittel und eines Führhundes; das Gleiche gilt für einen Hund, den ein schwerbehinderter Mensch mitführt, in dessen Ausweis die Berechtigung zur Mitnahme einer Begleitperson nachgewiesen ist.

(7) Die durch die unentgeltliche Beförderung nach den Absätzen 1 bis 6 entstehenden Fahrgeldausfälle werden nach Maßgabe der §§ 231 bis 233 erstattet. Die Erstattungen sind aus dem Anwendungsbereich der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 1191/69 und (EWG) Nr. 1107/70 des Rates (ABl. L 315 vom 3.12.2007, S. 1) ausgenommen.

## § 229

### **Persönliche Voraussetzungen**

(1) In seiner Bewegungsfähigkeit im Straßenverkehr erheblich beeinträchtigt ist, wer infolge einer Einschränkung des Gehvermögens (auch durch innere Leiden oder infolge von Anfällen oder von Störungen der Orientierungsfähigkeit) nicht ohne erhebliche Schwierigkeiten oder nicht ohne Gefahren für sich oder andere Wegstrecken im Ortsverkehr zurückzulegen vermag, die üblicherweise noch zu Fuß zurückgelegt werden. Der Nachweis der erheblichen Beeinträchtigung in der Bewegungsfähigkeit im Straßenverkehr kann bei schwerbehinderten Menschen mit einem Grad der Behinderung von wenigstens 80 nur mit einem Ausweis mit halbseitigem orangefarbenem Flächenaufdruck und eingetragenen Merkzeichen „G“ geführt werden, dessen Gültigkeit frühestens mit dem 1. April 1984 beginnt, oder auf dem ein entsprechender Änderungsvermerk eingetragen ist.

(2) Zur Mitnahme einer Begleitperson sind schwerbehinderte Menschen berechtigt, die bei der Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln infolge ihrer Behinderung regelmäßig auf Hilfe angewiesen sind. Die Feststellung bedeutet nicht, dass die schwerbehinderte Person, wenn sie nicht in Begleitung ist, eine Gefahr für sich oder für andere darstellt.

(3) Schwerbehinderte Menschen mit außergewöhnlicher Gehbehinderung sind Personen mit einer erheblichen mobilitätsbezogenen Teilhabebeeinträchtigung, die einem Grad der Behinderung von mindestens 80 entspricht. Eine erhebliche mobilitätsbezogene Teilhabebeeinträchtigung liegt vor, wenn sich die schwerbehinderten Menschen wegen der Schwere ihrer Beeinträchtigung dauernd nur mit fremder Hilfe oder mit großer Anstrengung außerhalb ihres Kraftfahrzeuges bewegen können. Hierzu zählen insbesondere schwerbehinderte Menschen, die auf Grund der Beeinträchtigung der Gehfähigkeit und Fortbewegung – dauerhaft auch für sehr kurze Entfernungen – aus medizinischer Notwendigkeit auf die Verwendung eines Rollstuhls angewiesen sind. Verschiedenste Gesundheitsstörungen (insbesondere Störungen bewegungsbezogener, neuromuskulärer oder mentaler Funktionen, Störungen des kardiovaskulären oder Atmungssystems) können die Gehfähigkeit erheblich beeinträchtigen. Diese sind als außergewöhnliche Gehbehinderung anzusehen, wenn nach versorgungsärztlicher Feststellung die Auswirkung der Gesundheitsstörungen sowie deren Kombination auf die Gehfähigkeit dauerhaft so schwer ist, dass sie der unter Satz 1 genannten Beeinträchtigung gleich kommt.

## § 230

**Nah- und Fernverkehr**

(1) Nahverkehr im Sinne dieses Gesetzes ist der öffentliche Personenverkehr mit

1. Straßenbahnen und Obussen im Sinne des Personenbeförderungsgesetzes,
2. Kraftfahrzeugen im Linienverkehr nach den §§ 42 und 43 des Personenbeförderungsgesetzes auf Linien, bei denen die Mehrzahl der Beförderungen eine Strecke von 50 Kilometern nicht übersteigt, es sei denn, dass bei den Verkehrsformen nach § 43 des Personenbeförderungsgesetzes die Genehmigungsbehörde auf die Einhaltung der Vorschriften über die Beförderungsentgelte gemäß § 45 Absatz 3 des Personenbeförderungsgesetzes ganz oder teilweise verzichtet hat,
3. S-Bahnen in der 2. Wagenklasse,
4. Eisenbahnen in der 2. Wagenklasse in Zügen und auf Strecken und Streckenabschnitten, die in ein von mehreren Unternehmern gebildetes, mit den unter Nummer 1, 2 oder 7 genannten Verkehrsmitteln zusammenhängendes Liniennetz mit einheitlichen oder verbundenen Beförderungsentgelten einbezogen sind,
5. Eisenbahnen des Bundes in der 2. Wagenklasse in Zügen, die überwiegend dazu bestimmt sind, die Verkehrsnachfrage im Nahverkehr zu befriedigen (Züge des Nahverkehrs),
6. sonstigen Eisenbahnen des öffentlichen Verkehrs im Sinne von § 2 Absatz 1 und § 3 Absatz 1 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes in der 2. Wagenklasse auf Strecken, bei denen die Mehrzahl der Beförderungen eine Strecke von 50 Kilometern nicht überschreitet,
7. Wasserfahrzeugen im Linien-, Fähr- und Übersetzverkehr, wenn dieser der Beförderung von Personen im Orts- und Nachbarschaftsbereich dient und Ausgangs- und Endpunkt innerhalb dieses Bereiches liegen; Nachbarschaftsbereich ist der Raum zwischen benachbarten Gemeinden, die, ohne unmittelbar aneinander grenzen zu müssen, durch einen stetigen, mehr als einmal am Tag durchgeführten Verkehr wirtschaftlich und verkehrsmäßig verbunden sind.

(2) Fernverkehr im Sinne dieses Gesetzes ist der öffentliche Personenverkehr mit

1. Kraftfahrzeugen im Linienverkehr nach § 42a Satz 1 des Personenbeförderungsgesetzes,
2. Eisenbahnen, ausgenommen der Sonderzugverkehr,
3. Wasserfahrzeugen im Fähr- und Übersetzverkehr, sofern keine Häfen außerhalb des Geltungsbereiches dieses Gesetzbuchs angelaufen werden, soweit der Verkehr nicht Nahverkehr im Sinne des Absatzes 1 ist.

(3) Die Unternehmer, die öffentlichen Personenverkehr betreiben, weisen im öffentlichen Personenverkehr nach Absatz 1 Nummer 2, 5, 6 und 7 im Fahrplan besonders darauf hin, inwieweit eine Pflicht zur unentgeltlichen Beförderung nach § 228 Absatz 1 nicht besteht.

## § 231

**Erstattung der Fahrgeldausfälle im Nahverkehr**

(1) Die Fahrgeldausfälle im Nahverkehr werden nach einem Prozentsatz der von den Unternehmern oder den Nahverkehrsorganisationen im Sinne des § 233 Absatz 2 nachgewiesenen Fahrgeldeinnahmen im Nahverkehr erstattet.

(2) Fahrgeldeinnahmen im Sinne dieses Kapitels sind alle Erträge aus dem Fahrkartenverkauf. Sie umfassen auch Erträge aus der Beförderung von Handgepäck, Krankenfahrstühlen, sonstigen orthopädischen Hilfsmitteln, Tieren sowie aus erhöhten Beförderungsentgelten.

(3) Werden in einem von mehreren Unternehmern gebildeten zusammenhängenden Liniennetz mit einheitlichen oder verbundenen Beförderungsentgelten die Erträge aus dem Fahrkartenverkauf zusammengefasst und

dem einzelnen Unternehmer anteilmäßig nach einem vereinbarten Verteilungsschlüssel zugewiesen, so ist der zugewiesene Anteil Ertrag im Sinne des Absatzes 2.

(4) Der Prozentsatz im Sinne des Absatzes 1 wird für jedes Land von der Landesregierung oder der von ihr bestimmten Behörde für jeweils ein Jahr bekannt gemacht. Bei der Berechnung des Prozentsatzes ist von folgenden Zahlen auszugehen:

1. der Zahl der in dem Land in dem betreffenden Kalenderjahr ausgegebenen Wertmarken und der Hälfte der in dem Land am Jahresende in Umlauf befindlichen gültigen Ausweise im Sinne des § 228 Absatz 1 von schwerbehinderten Menschen, die das sechste Lebensjahr vollendet haben und bei denen die Berechtigung zur Mitnahme einer Begleitperson im Ausweis eingetragen ist; Wertmarken mit einer Gültigkeitsdauer von einem halben Jahr und Wertmarken für ein Jahr, die vor Ablauf eines halben Jahres ihrer Gültigkeitsdauer zurückgegeben werden, werden zur Hälfte gezählt,
2. der in den jährlichen Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes zum Ende des Vorjahres nachgewiesenen Zahl der Wohnbevölkerung in dem Land abzüglich der Zahl der Kinder, die das sechste Lebensjahr noch nicht vollendet haben, und der Zahlen nach Nummer 1.

Der Prozentsatz ist nach folgender Formel zu berechnen:

$$\text{nach Nummer 1 errechnete Zahl/nach Nummer 2 errechnete Zahl} \times 100.$$

Bei der Festsetzung des Prozentsatzes sich ergebende Bruchteile von 0,005 und mehr werden auf ganze Hundertstel aufgerundet, im Übrigen abgerundet.

(5) Weist ein Unternehmen durch Verkehrszählung nach, dass das Verhältnis zwischen den nach diesem Kapitel unentgeltlich beförderten Fahrgästen und den sonstigen Fahrgästen den nach Absatz 4 festgesetzten Prozentsatz um mindestens ein Drittel übersteigt, wird neben dem sich aus der Berechnung nach Absatz 4 ergebenden Erstattungsbetrag auf Antrag der nachgewiesene, über dem Drittel liegende Anteil erstattet. Die Länder können durch Rechtsverordnung bestimmen, dass die Verkehrszählung durch Dritte auf Kosten des Unternehmens zu erfolgen hat.

(6) Absatz 5 gilt nicht in Fällen des § 233 Absatz 2.

## § 232

### **Erstattung der Fahrgeldausfälle im Fernverkehr**

(1) Die Fahrgeldausfälle im Fernverkehr werden nach einem Prozentsatz der von den Unternehmern nachgewiesenen Fahrgeldeinnahmen im Fernverkehr erstattet.

(2) Der maßgebende Prozentsatz wird vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen und dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur für jeweils zwei Jahre bekannt gemacht. Bei der Berechnung des Prozentsatzes ist von folgenden, für das letzte Jahr vor Beginn des Zweijahreszeitraumes vorliegenden Zahlen auszugehen:

1. der Zahl der im Geltungsbereich dieses Gesetzes am Jahresende in Umlauf befindlichen gültigen Ausweise nach § 228 Absatz 1, auf denen die Berechtigung zur Mitnahme einer Begleitperson eingetragen ist, abzüglich 25 Prozent,
2. der in den jährlichen Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes zum Jahresende nachgewiesenen Zahl der Wohnbevölkerung im Geltungsbereich dieses Gesetzes abzüglich der Zahl der Kinder, die das vierte Lebensjahr noch nicht vollendet haben, und der nach Nummer 1 ermittelten Zahl.

Der Prozentsatz ist nach folgender Formel zu errechnen:

$$\text{nach Nummer 1 errechnete Zahl/nach Nummer 2 errechnete Zahl} \times 100.$$

§ 231 Absatz 4 letzter Satz gilt entsprechend.

## § 233

**Erstattungsverfahren**

(1) Die Fahrgeldausfälle werden auf Antrag des Unternehmers erstattet. Bei einem von mehreren Unternehmern gebildeten zusammenhängenden Liniennetz mit einheitlichen oder verbundenen Beförderungsentgelten können die Anträge auch von einer Gemeinschaftseinrichtung dieser Unternehmer für ihre Mitglieder gestellt werden. Der Antrag ist bis zum 31. Dezember für das vorangegangene Kalenderjahr zu stellen, und zwar für den Nahverkehr nach § 234 Satz 1 Nummer 1 und für den Fernverkehr an das Bundesverwaltungsamt, für den übrigen Nahverkehr bei den in Absatz 4 bestimmten Behörden.

(2) Haben sich in einem Bundesland mehrere Aufgabenträger des öffentlichen Personennahverkehrs auf lokaler oder regionaler Ebene zu Verkehrsverbänden zusammengeschlossen und erhalten die im Zuständigkeitsbereich dieser Aufgabenträger öffentlichen Personennahverkehr betreibenden Verkehrsunternehmen für ihre Leistungen ein mit diesen Aufgabenträgern vereinbartes Entgelt (Bruttoprinzip), können anstelle der antrags- und erstattungsberechtigten Verkehrsunternehmen auch die Nahverkehrsorganisationen Antrag auf Erstattung der in ihrem jeweiligen Gebiet entstandenen Fahrgeldausfälle stellen, sofern die Verkehrsunternehmen hierzu ihr Einverständnis erteilt haben.

(3) Die Unternehmer oder die Nahverkehrsorganisationen im Sinne des Absatzes 2 erhalten auf Antrag Vorauszahlungen für das laufende Kalenderjahr in Höhe von insgesamt 80 Prozent des zuletzt für ein Jahr festgesetzten Erstattungsbetrages. Die Vorauszahlungen werden je zur Hälfte am 15. Juli und am 15. November gezahlt. Der Antrag auf Vorauszahlungen gilt zugleich als Antrag im Sinne des Absatzes 1. Die Vorauszahlungen sind zurückzuzahlen, wenn Unterlagen, die für die Berechnung der Erstattung erforderlich sind, nicht bis zum 31. Dezember des auf die Vorauszahlung folgenden Kalenderjahres vorgelegt sind. In begründeten Ausnahmefällen kann die Rückforderung der Vorauszahlungen ausgesetzt werden.

(4) Die Landesregierung oder die von ihr bestimmte Stelle legt die Behörden fest, die über die Anträge auf Erstattung und Vorauszahlung entscheiden und die auf den Bund und das Land entfallenden Beträge auszahlen. § 11 Absatz 2 bis 4 des Personenbeförderungsgesetzes gilt entsprechend.

(5) Erstreckt sich der Nahverkehr auf das Gebiet mehrerer Länder, entscheiden die nach Landesrecht zuständigen Landesbehörden dieser Länder darüber, welcher Teil der Fahrgeldeinnahmen jeweils auf den Bereich ihres Landes entfällt.

(6) Die Unternehmen im Sinne des § 234 Satz 1 Nummer 1 legen ihren Anträgen an das Bundesverwaltungsamt den Anteil der nachgewiesenen Fahrgeldeinnahmen im Nahverkehr zugrunde, der auf den Bereich des jeweiligen Landes entfällt; für den Nahverkehr von Eisenbahnen des Bundes im Sinne des § 230 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 bestimmt sich dieser Teil nach dem Anteil der Zugkilometer, die von einer Eisenbahn des Bundes mit Zügen des Nahverkehrs im jeweiligen Land erbracht werden.

(7) Hinsichtlich der Erstattungen gemäß § 231 für den Nahverkehr nach § 234 Satz 1 Nummer 1 und gemäß § 232 sowie der entsprechenden Vorauszahlungen nach Absatz 3 wird dieses Kapitel in bundeseigener Verwaltung ausgeführt. Die Verwaltungsaufgaben des Bundes erledigt das Bundesverwaltungsamt nach fachlichen Weisungen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales in eigener Zuständigkeit.

(8) Für das Erstattungsverfahren gelten das Verwaltungsverfahrensgesetz und die entsprechenden Gesetze der Länder. Bei Streitigkeiten über die Erstattungen und die Vorauszahlungen ist der Verwaltungsrechtsweg gegeben.

## § 234

**Kostentragung**

Der Bund trägt die Aufwendungen für die unentgeltliche Beförderung

1. im Nahverkehr, soweit Unternehmen, die sich überwiegend in der Hand des Bundes oder eines mehrheitlich dem Bund gehörenden Unternehmens befinden (auch in Verkehrsverbänden), erstattungsberechtigte Unternehmer sind sowie
2. im Fernverkehr für die Begleitperson und die mitgeführten Gegenstände im Sinne des § 228 Absatz 6.

Die Länder tragen die Aufwendungen für die unentgeltliche Beförderung im übrigen Nahverkehr.

## § 235

**Einnahmen aus Wertmarken**

Von den durch die Ausgabe der Wertmarken erzielten jährlichen Einnahmen erhält der Bund einen Anteil von 27 Prozent. Dieser ist unter Berücksichtigung der in der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni eines Kalenderjahres eingegangenen Einnahmen zum 15. Juli und unter Berücksichtigung der vom 1. Juli bis 31. Dezember eines Kalenderjahres eingegangenen Einnahmen zum 15. Januar des darauffolgenden Kalenderjahres an den Bund abzuführen.

## § 236

**Erfassung der Ausweise**

Die für die Ausstellung der Ausweise nach § 152 Absatz 5 zuständigen Behörden erfassen

1. die am Jahresende im Umlauf befindlichen gültigen Ausweise, getrennt nach Art und besonderen Eintragungen,
2. die im Kalenderjahr ausgegebenen Wertmarken, unterteilt nach der jeweiligen Gültigkeitsdauer und die daraus erzielten Einnahmen

als Grundlage für die nach § 231 Absatz 4 Satz 2 Nummer 1 und § 232 Absatz 2 Satz 2 Nummer 1 zu ermittelnde Zahl der Ausweise und Wertmarken. Die zuständigen obersten Landesbehörden teilen dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales das Ergebnis der Erfassung nach Satz 1 spätestens bis zum 31. März des Jahres mit, in dem die Prozentsätze festzusetzen sind.

## § 237

**Verordnungsermächtigungen**

(1) Die Bundesregierung wird ermächtigt, in der Rechtsverordnung auf Grund des § 153 Absatz 1 nähere Vorschriften über die Gestaltung der Wertmarken, ihre Verbindung mit dem Ausweis und Vermerke über ihre Gültigkeitsdauer zu erlassen.

(2) Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur werden ermächtigt, durch Rechtsverordnung festzulegen, welche Zuggattungen von Eisenbahnen des Bundes zu den Zügen des Nahverkehrs im Sinne des § 230 Absatz 1 Nummer 5 und zu den zuschlagpflichtigen Zügen des Nahverkehrs im Sinne des § 228 Absatz 1 Satz 1 zweiter Halbsatz zählen.



## Kapitel 14

## Bußgeld- und Schlussvorschriften

## § 238

**Bußgeldvorschriften**

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen § 154 Absatz 1 Satz 1, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 162 Nummer 1, oder entgegen § 154 Absatz 1 Satz 3 einen schwerbehinderten Menschen nicht beschäftigt,
2. entgegen § 163 Absatz 1 ein Verzeichnis nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht in der vorgeschriebenen Weise führt oder nicht oder nicht rechtzeitig vorlegt,
3. entgegen § 163 Absatz 2 Satz 1 oder Absatz 4 eine Anzeige nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig erstattet,
4. entgegen § 163 Absatz 5 eine Auskunft nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erteilt,
5. entgegen § 163 Absatz 7 Einblick in den Betrieb oder die Dienststelle nicht oder nicht rechtzeitig gibt,
6. entgegen § 163 Absatz 8 eine dort bezeichnete Person nicht oder nicht rechtzeitig benennt,
7. entgegen § 164 Absatz 1 Satz 4 oder 9 eine dort bezeichnete Vertretung oder einen Beteiligten nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig unterrichtet oder
8. entgegen § 178 Absatz 2 Satz 1 erster Halbsatz die Schwerbehindertenvertretung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig unterrichtet oder nicht oder nicht rechtzeitig anhört.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu zehntausend Euro geahndet werden.

(3) Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Absatz 1 Nummer 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die Bundesagentur für Arbeit.

(4) Die Geldbußen fließen in die Kasse der Verwaltungsbehörde, die den Bußgeldbescheid erlassen hat. § 66 des Zehnten Buches gilt entsprechend.

(5) Die nach Absatz 4 Satz 1 zuständige Kasse trägt abweichend von § 105 Absatz 2 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten die notwendigen Auslagen. Sie ist auch ersatzpflichtig im Sinne des § 110 Absatz 4 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten.

## § 239

**Stadtstaatenklausel**

(1) Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg wird ermächtigt, die Schwerbehindertenvertretung für Angelegenheiten, die mehrere oder alle Dienststellen betreffen, in der Weise zu regeln, dass die Schwerbehindertenvertretungen aller Dienststellen eine Gesamtschwerbehindertenvertretung wählen. Für die Wahl gilt § 177 Absatz 2, 3, 6 und 7 entsprechend.

(2) § 180 Absatz 6 Satz 1 gilt entsprechend.

## § 240

**Sonderregelung für den Bundesnachrichtendienst und den Militärischen Abschirmdienst**

(1) Für den Bundesnachrichtendienst gilt dieses Gesetz mit folgenden Abweichungen:

1. Der Bundesnachrichtendienst gilt vorbehaltlich der Nummer 3 als einheitliche Dienststelle.
2. Für den Bundesnachrichtendienst gelten die Pflichten zur Vorlage des nach § 163 Absatz 1 zu führenden Verzeichnisses, zur Anzeige nach § 163 Absatz 2 und zur Gewährung von Einblick nach § 163 Absatz 7 nicht. Die Anzeigepflicht nach § 173 Absatz 4 gilt nur für die Beendigung von Probearbeitsverhältnissen.
3. Als Dienststelle im Sinne des Kapitels 5 gelten auch Teile und Stellen des Bundesnachrichtendienstes, die nicht zu seiner Zentrale gehören. § 177 Absatz 1 Satz 4 und 5 sowie § 180 sind nicht anzuwenden. In den Fällen des § 180 Absatz 6 ist die Schwerbehindertenvertretung der Zentrale des Bundesnachrichtendienstes zuständig. Im Falle des § 177 Absatz 6 Satz 4 lädt der Leiter oder die Leiterin der Dienststelle ein. Die Schwerbehindertenvertretung ist in den Fällen nicht zu beteiligen, in denen die Beteiligung der Personalvertretung nach dem Bundespersonalvertretungsgesetz ausgeschlossen ist. Der Leiter oder die Leiterin des Bundesnachrichtendienstes kann anordnen, dass die Schwerbehindertenvertretung nicht zu beteiligen ist, Unterlagen nicht vorgelegt oder Auskünfte nicht erteilt werden dürfen, wenn und soweit dies aus besonderen nachrichtendienstlichen Gründen geboten ist. Die Rechte und Pflichten der Schwerbehindertenvertretung ruhen, wenn die Rechte und Pflichten der Personalvertretung ruhen. § 179 Absatz 7 Satz 3 ist nach Maßgabe der Sicherheitsbestimmungen des Bundesnachrichtendienstes anzuwenden. § 182 Absatz 2 gilt nur für die in § 182 Absatz 1 genannten Personen und Vertretungen der Zentrale des Bundesnachrichtendienstes.
4. Im Widerspruchsausschuss bei dem Integrationsamt (§ 202) und in den Widerspruchsausschüssen bei der Bundesagentur für Arbeit (§ 203) treten in Angelegenheiten schwerbehinderter Menschen, die beim Bundesnachrichtendienst beschäftigt sind, an die Stelle der Mitglieder, die Arbeitnehmer oder Arbeitnehmerinnen und Arbeitgeber sind (§ 202 Absatz 1 und § 203 Absatz 1), Angehörige des Bundesnachrichtendienstes, an die Stelle der Schwerbehindertenvertretung die Schwerbehindertenvertretung der Zentrale des Bundesnachrichtendienstes. Sie werden dem Integrationsamt und der Bundesagentur für Arbeit vom Leiter oder von der Leiterin des Bundesnachrichtendienstes benannt. Die Mitglieder der Ausschüsse müssen nach den dafür geltenden Bestimmungen ermächtigt sein, Kenntnis von Verschlussachen des in Betracht kommenden Geheimhaltungsgrades zu erhalten.
5. Über Rechtsstreitigkeiten, die auf Grund dieses Buches im Geschäftsbereich des Bundesnachrichtendienstes entstehen, entscheidet im ersten und letzten Rechtszug der oberste Gerichtshof des zuständigen Gerichtszweiges.

(2) Der Militärische Abschirmdienst mit seinem Geschäftsbereich gilt als einheitliche Dienststelle.

## § 241

**Übergangsregelung**

(1) Abweichend von § 154 Absatz 1 beträgt die Pflichtquote für die in § 154 Absatz 2 Nummer 1 und 4 genannten öffentlichen Arbeitgeber des Bundes weiterhin 6 Prozent, wenn sie am 31. Oktober 1999 auf mindestens 6 Prozent der Arbeitsplätze schwerbehinderte Menschen beschäftigt hatten.

(2) Eine auf Grund des Schwerbehindertengesetzes getroffene bindende Feststellung über das Vorliegen einer Behinderung, eines Grades der Behinderung und das Vorliegen weiterer gesundheitlicher Merkmale gelten als Feststellungen nach diesem Buch.

(3) Die nach § 56 Absatz 2 des Schwerbehindertengesetzes erlassenen allgemeinen Richtlinien sind bis zum Erlass von allgemeinen Verwaltungsvorschriften nach § 224 weiter anzuwenden.

(4) Auf Erstattungen nach Kapitel 13 dieses Teils ist § 231 für bis zum 31. Dezember 2004 entstandene Fahrgeldausfälle in der bis zu diesem Zeitpunkt geltenden Fassung anzuwenden.

(5) Soweit noch keine Verordnung nach § 153 Absatz 2 erlassen ist, gelten die Maßstäbe des § 30 Absatz 1 des Bundesversorgungsgesetzes und der auf Grund des § 30 Absatz 16 des Bundesversorgungsgesetzes erlassenen Rechtsverordnungen entsprechend.

(6) Bestehende Integrationsvereinbarungen im Sinne des § 166 in der bis zum 1. Januar 2018 geltenden Fassung gelten als Inklusionsvereinbarungen fort.

## Artikel 2

### Änderung des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (Übergangsrecht zum Jahr 2017)

Das Neunte Buch Sozialgesetzbuch, das zuletzt durch Artikel 1 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
  - a) Die Angabe zu § 83 wird wie folgt gefasst:  
„§ 83 Inklusionsvereinbarung“.
  - b) Die Angabe zu § 139 wird wie folgt gefasst:  
„§ 139 Mitbestimmung, Mitwirkung, Frauenbeauftragte“.
  - c) Die Angabe zu § 158 wird wie folgt gefasst:  
„§ 158 Sonderregelungen für den Bundesnachrichtendienst und den Militärischen Abschirmdienst“.
2. § 69 Absatz 1 wird wie folgt geändert:
  - a) In Satz 1 werden nach den Wörtern „Grad der Behinderung“ die Wörter „zum Zeitpunkt der Antragstellung“ eingefügt.
  - b) Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:  
„Auf Antrag kann festgestellt werden, dass ein Grad der Behinderung oder gesundheitliche Merkmale bereits zu einem früheren Zeitpunkt vorgelegen haben, wenn dafür ein besonderes Interesse glaubhaft gemacht wird.“
3. In § 82 Satz 4 wird das Wort „Integrationsvereinbarung“ durch das Wort „Inklusionsvereinbarung“ ersetzt.
4. § 83 wird wie folgt geändert:
  - a) In der Überschrift sowie in Absatz 1 Satz 1 und 4 wird jeweils das Wort „Integrationsvereinbarung“ durch das Wort „Inklusionsvereinbarung“ ersetzt.
  - b) Nach Absatz 1 Satz 4 wird folgender Satz eingefügt:  
„Das Integrationsamt soll dabei insbesondere darauf hinwirken, dass unterschiedliche Auffassungen überwunden werden.“
  - c) Nach Absatz 2 Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:  
„Dabei ist die gleichberechtigte Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben bei der Gestaltung von Arbeitsprozessen und Rahmenbedingungen von Anfang an zu berücksichtigen.“
5. § 94 wird wie folgt geändert:
  - a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „durch Abwesenheit oder Wahrnehmung anderer Aufgaben“ gestrichen.

- b) Absatz 4 wird wie folgt gefasst:
- „(4) In Dienststellen der Bundeswehr sind auch schwerbehinderte Soldatinnen und Soldaten wahlberechtigt und auch Soldatinnen und Soldaten wählbar.“
- c) Folgender Absatz 8 wird angefügt:
- „(8) In Betrieben gilt § 21a des Betriebsverfassungsgesetzes entsprechend.“
6. § 95 Absatz 1 Satz 4 wird durch die folgenden Sätze ersetzt:
- „In Betrieben und Dienststellen mit in der Regel mehr als 100 beschäftigten schwerbehinderten Menschen kann sie nach Unterrichtung des Arbeitgebers das mit der höchsten Stimmenzahl gewählte stellvertretende Mitglied zu bestimmten Aufgaben heranziehen. Ab jeweils 100 weiteren beschäftigten schwerbehinderten Menschen kann auch das mit der nächsthöheren Stimmenzahl gewählte stellvertretende Mitglied herangezogen werden.“
7. § 96 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 4 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 2 wird die Angabe „200“ durch die Angabe „100“ ersetzt.
- bb) Satz 4 wird wie folgt gefasst:
- „Satz 3 gilt auch für das mit der höchsten Stimmenzahl gewählte stellvertretende Mitglied sowie in den Fällen des § 95 Absatz 1 Satz 5 auch jeweils für das mit der nächsthöheren Stimmenzahl gewählte weitere stellvertretende Mitglied.“
- b) Dem Absatz 8 wird folgender Satz angefügt:
- „Satz 1 umfasst auch eine Bürokraft für die Schwerbehindertenvertretung in erforderlichem Umfang.“
8. § 97 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 6 Satz 1 wird das Wort „Integrationsvereinbarungen“ durch das Wort „Inklusionsvereinbarungen“ ersetzt.
- b) In Absatz 7 wird der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt und werden die Wörter „§ 94 Absatz 6 mit der Maßgabe, dass bei den Wahlen zu überörtlichen Vertretungen der zweite Halbsatz des Satzes 3 nicht anzuwenden ist.“ angefügt.
9. In § 128 Absatz 4 Satz 1 wird die Angabe „§ 2 Abs. 1 und 2, §§“ durch die Angabe „die §§ 2,“ ersetzt.
10. § 131 wird wie folgt gefasst:

„§ 131

Statistik

(1) Über schwerbehinderte Menschen wird alle zwei Jahre eine Bundesstatistik durchgeführt. Sie umfasst die folgenden Erhebungsmerkmale:

1. die Zahl der schwerbehinderten Menschen mit gültigem Ausweis,
2. die schwerbehinderten Menschen nach Geburtsjahr, Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Wohnort,
3. Art, Ursache und Grad der Behinderung.

(2) Hilfsmerkmale sind:

1. Name, Anschrift, Telefonnummer und Adresse für elektronische Post der nach Absatz 3 Satz 2 auskunftspflichtigen Behörden,
2. Name und Kontaktdaten der für Rückfragen zur Verfügung stehenden Personen,
3. die Signiernummern für das Versorgungsamt und für das Berichtsland.

(3) Für die Erhebung besteht Auskunftspflicht. Auskunftspflichtig sind die nach § 69 Absatz 1 und 5 zuständigen Behörden. Die Angaben zu Absatz 2 Nummer 2 sind freiwillig.“

11. § 139 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„§ 139

Mitbestimmung, Mitwirkung, Frauenbeauftragte“.

b) Folgender Absatz 5 wird angefügt:

„(5) Behinderte Frauen im Sinne des § 138 Absatz 1 wählen in jeder Werkstatt eine Frauenbeauftragte und eine Stellvertreterin. In Werkstätten mit mehr als 700 wahlberechtigten Frauen wird eine zweite Stellvertreterin gewählt, in Werkstätten mit mehr als 1 000 wahlberechtigten Frauen werden bis zu drei Stellvertreterinnen gewählt.“

12. § 144 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales bestimmt durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates im Einzelnen die Errichtung, Zusammensetzung und Aufgaben des Werkstattrats, die Fragen, auf die sich Mitbestimmung und Mitwirkung erstrecken, einschließlich Art und Umfang der Mitbestimmung und Mitwirkung, die Vorbereitung und Durchführung der Wahl einschließlich der Wahlberechtigung und der Wählbarkeit, die Amtszeit sowie die Geschäftsführung des Werkstattrats einschließlich des Erlasses einer Geschäftsordnung und der persönlichen Rechte und Pflichten der Mitglieder des Werkstattrats und der Kostentragung. In der Rechtsverordnung werden auch Art und Umfang der Beteiligung von Frauenbeauftragten, die Vorbereitung und Durchführung der Wahl einschließlich der Wahlberechtigung und der Wählbarkeit, die Amtszeit, die persönlichen Rechte und die Pflichten der Frauenbeauftragten und ihrer Stellvertreterinnen sowie die Kostentragung geregelt. Die Rechtsverordnung kann darüber hinaus bestimmen, dass die in ihr getroffenen Regelungen keine Anwendung auf Religionsgemeinschaften und ihre Einrichtungen finden, soweit sie gleichwertige Regelungen getroffen haben.“

13. Dem § 146 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Schwerbehinderte Menschen mit außergewöhnlicher Gehbehinderung sind Personen mit einer erheblichen mobilitätsbezogenen Teilhabebeeinträchtigung, die einem Grad der Behinderung von mindestens 80 entspricht. Eine erhebliche mobilitätsbezogene Teilhabebeeinträchtigung liegt vor, wenn sich die schwerbehinderten Menschen wegen der Schwere ihrer Beeinträchtigung dauernd nur mit fremder Hilfe oder mit großer Anstrengung außerhalb ihres Kraftfahrzeuges bewegen können. Hierzu zählen insbesondere schwerbehinderte Menschen, die auf Grund der Beeinträchtigung der Gehfähigkeit und Fortbewegung – dauerhaft auch für sehr kurze Entfernungen – aus medizinischer Notwendigkeit auf die Verwendung eines Rollstuhls angewiesen sind. Verschiedenste Gesundheitsstörungen (insbesondere Störungen bewegungsbezogener, neuromuskulärer oder mentaler Funktionen, Störungen des kardiovaskulären oder Atmungssystems) können die Gehfähigkeit erheblich beeinträchtigen. Diese sind als außergewöhnliche Gehbehinderung anzusehen, wenn nach versorgungsärztlicher Feststellung die Auswirkung der Gesundheitsstörungen sowie deren Kombination auf die Gehfähigkeit dauerhaft so schwer ist, dass sie der unter Satz 1 genannten Beeinträchtigung gleich kommt.“

14. § 148 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 werden die Wörter „zum genehmigten Beförderungsentgelt“ gestrichen.

b) In Absatz 4 Satz 2 Nummer 1 wird der zweite Halbsatz wie folgt gefasst:

„Wertmarken mit einer Gültigkeitsdauer von einem halben Jahr und Wertmarken für ein Jahr, die vor Ablauf eines halben Jahres ihrer Gültigkeitsdauer zurückgegeben werden, werden zur Hälfte gezahlt.“

15. Dem § 150 Absatz 3 wird folgender Satz angefügt:

„In begründeten Ausnahmefällen kann die Rückforderung der Vorauszahlungen ausgesetzt werden.“

16. In § 154 Absatz 1 wird die Angabe „§ 70“ durch die Angabe „§ 70 Absatz 1“ ersetzt.

17. § 158 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„§ 158

Sonderregelungen für den Bundesnachrichtendienst und den Militärischen Abschirmdienst“.

b) Der Wortlaut wird Absatz 1.

c) Folgender Absatz 2 wird angefügt:

„(2) Der Militärische Abschirmdienst mit seinem Geschäftsbereich gilt als einheitliche Dienststelle.“

18. Dem § 159 wird folgender Absatz 8 angefügt:

„(8) Bestehende Integrationsvereinbarungen im Sinne des § 83 in der bis zum ... [einsetzen: Datum des Inkrafttretens nach Artikel 26 Absatz 2 dieses Gesetzes] geltenden Fassung gelten als Inklusionsvereinbarungen fort.“

### Artikel 3

#### Änderung des Ersten Buches Sozialgesetzbuch

Das Erste Buch Sozialgesetzbuch – Allgemeiner Teil – (Artikel I des Gesetzes vom 11. Dezember 1975, BGBl. I S. 3015), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 19. Juli 2016 (BGBl. I S. 1757) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 28a wie folgt gefasst:

„§ 28a Leistungen der Eingliederungshilfe“.

2. § 28 Absatz 1 Nummer 3 wird aufgehoben.

3. Nach § 28 wird folgender § 28a eingefügt:

„§ 28a

Leistungen der Eingliederungshilfe

(1) Nach dem Recht der Eingliederungshilfe können in Anspruch genommen werden:

1. Leistungen zur medizinischen Rehabilitation,
2. Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben,
3. Leistungen zur Teilhabe an Bildung,
4. Leistungen zur Sozialen Teilhabe.

(2) Zuständig sind die durch Landesrecht bestimmten Behörden.“

4. § 29 Absatz 1 wird wie folgt geändert:

a) Nach Nummer 2 wird folgende Nummer 2a eingefügt:

„2a. Leistungen zur Teilhabe an Bildung, insbesondere

- a) Hilfen zur Schulbildung, insbesondere im Rahmen der allgemeinen Schulpflicht und zum Besuch weiterführender Schulen einschließlich der Vorbereitung hierzu,
  - b) Hilfen zur schulischen Berufsausbildung,
  - c) Hilfen zur Hochschulbildung,
  - d) Hilfen zur schulischen beruflichen Weiterbildung.“.
- b) Nummer 3 wird wie folgt gefasst:
- „3. Leistungen zur Sozialen Teilhabe, insbesondere
- a) Leistungen für Wohnraum,
  - b) Assistenzleistungen,
  - c) heilpädagogische Leistungen,
  - d) Leistungen zur Betreuung in einer Pflegefamilie,
  - e) Leistungen zum Erwerb und Erhalt praktischer Kenntnisse und Fähigkeiten,
  - f) Leistungen zur Förderung der Verständigung,
  - g) Leistungen zur Mobilität,
  - h) Hilfsmittel,“.
5. In § 35 Absatz 1 Satz 4 werden nach dem Wort „Vereinigungen,“ die Wörter „gemeinsame Servicestellen,“ gestrichen.

#### **Artikel 4**

##### **Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch**

Das Zweite Buch Sozialgesetzbuch – Grundsicherung für Arbeitsuchende – in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Mai 2011 (BGBl. I S. 850, 2094), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 31. Juli 2016 (BGBl. I S. 1939) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 21 Absatz 4 Satz 1 wird jeweils die Angabe „§ 33“ durch die Angabe „§ 49“ ersetzt.
2. In § 23 Nummer 4 wird die Angabe „§ 69“ durch die Angabe „§ 152“ ersetzt.

#### **Artikel 5**

##### **Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch**

Das Dritte Buch Sozialgesetzbuch – Arbeitsförderung – (Artikel 1 des Gesetzes vom 24. März 1997, BGBl. I S. 594, 595), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 31. Juli 2016 (BGBl. I S. 1939) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 125 wie folgt gefasst:  
„§ 125 Bedarf bei Maßnahmen in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen oder bei einem anderen Leistungsanbieter nach § 60 des Neunten Buches“.
2. In § 26 Absatz 1 Nummer 1 wird die Angabe „35“ durch die Angabe „51“ ersetzt.
3. In § 27 Absatz 2 Satz 2 Nummer 3 wird die Angabe „28“ durch die Angabe „44“ ersetzt.

4. In § 46 Absatz 2 wird die Angabe „2“ durch die Angabe „3“ ersetzt.
5. In § 73 Absatz 1 wird die Angabe „104“ durch die Angabe „187“ ersetzt.
6. § 90 wird wie folgt geändert:
  - a) In Absatz 2 Satz 1 wird die Angabe „104“ durch die Angabe „187“ ersetzt.
  - b) In Absatz 3 wird die Angabe „2“ durch die Angabe „3“ ersetzt.
7. § 117 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Leistungen im Eingangsverfahren und Berufsbildungsbereich werden von anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen oder anderen Leistungsanbietern nach den §§ 57, 60 und 62 des Neunten Buches erbracht.“
8. § 118 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Die Leistungen werden auf Antrag durch ein Persönliches Budget erbracht; § 29 des Neunten Buches gilt entsprechend.“
9. § 119 wird wie folgt geändert:
  - a) In Satz 1 Nummer 2 wird die Angabe „38a“ durch die Angabe „55“ ersetzt.
  - b) In Satz 2 werden die Wörter „Kapitels 6 des Teils 1“ durch die Wörter „Kapitels 11 des Teils 1“ ersetzt.
10. § 122 Absatz 1 wird wie folgt geändert:
  - a) In Nummer 2 wird die Angabe „38a“ durch die Angabe „55“ ersetzt.
  - b) In Nummer 3 werden nach dem Wort „Menschen“ die Wörter „oder bei einem anderen Leistungsanbieter nach § 60 des Neunten Buches“ eingefügt.
11. § 125 wird wie folgt geändert:
  - a) Der Überschrift werden die Wörter „oder bei einem anderen Leistungsanbieter nach § 60 des Neunten Buches“ angefügt.
  - b) Im Wortlaut werden nach dem Wort „Menschen“ die Wörter „oder bei einem anderen Leistungsanbieter nach § 60 des Neunten Buches“ eingefügt.
12. In § 126 Absatz 1 werden nach dem Wort „Menschen“ die Wörter „oder bei einem anderen Leistungsanbieter nach § 60 des Neunten Buches“ eingefügt.
13. In § 127 Absatz 1 Satz 1 wird die Angabe „33, 44, 53 und 54“ durch die Angabe „49, 64, 73 und 74“ ersetzt.
14. In § 346 Absatz 2 werden nach den Wörtern „Werkstatt für behinderte Menschen“ die Wörter „, bei einem anderen Leistungsanbieter nach § 60 des Neunten Buches“ eingefügt und wird die Angabe „143“ durch die Angabe „226“ ersetzt.

## Artikel 6

### Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch

Das Fünfte Buch Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Krankenversicherung – (Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 1988, BGBl. I S. 2477, 2482), das zuletzt durch ... geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 2 Absatz 2 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Die Leistungen werden auf Antrag durch ein Persönliches Budget erbracht; § 29 des Neunten Buches gilt entsprechend.“



2. In § 5 Absatz 1 Nummer 7 wird die Angabe „143“ durch die Angabe „226“ ersetzt und werden nach dem Wort „Heimarbeit“ die Wörter „oder bei einem anderen Leistungsanbieter nach § 60 des Neunten Buches“ eingefügt.
3. In § 9 Absatz 2 Nummer 4 wird die Angabe „68“ durch die Angabe „151“ ersetzt.
4. In § 11 Absatz 1 Nummer 5 wird die Angabe „17 Abs. 2 bis 4“ durch die Angabe „29“ ersetzt.
5. § 13 wird wie folgt geändert:
  - a) In Absatz 3 Satz 2 wird die Angabe „15“ durch die Angabe „18“ ersetzt.
  - b) Absatz 3a Satz 9 wird wie folgt gefasst:

„Für Leistungen zur medizinischen Rehabilitation gelten die §§ 14 bis 24 des Neunten Buches zur Koordinierung der Leistungen und zur Erstattung selbst beschaffter Leistungen.“
6. In § 23 Absatz 5 Satz 1 wird die Angabe „9“ durch die Angabe „8“ ersetzt.
7. § 40 wird wie folgt geändert:
  - a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
    - aa) In Satz 1 wird die Angabe „§ 20 Abs. 2a“ durch die Angabe „§ 37 Absatz 3“ ersetzt.
    - bb) In Satz 2 wird die Angabe „9“ durch die Angabe „8“ ersetzt.
  - b) In Absatz 3 Satz 1 wird die Angabe „9“ durch die Angabe „8“ ersetzt.
8. In § 43 Absatz 1 werden im Satzteil vor Nummer 1 die Angabe „44“ durch die Angabe „64“ und die Angabe „53 und 54“ durch die Angabe „73 und 74“ ersetzt.
9. In § 43a Absatz 1 wird die Angabe „30“ durch die Angabe „46“ ersetzt.
10. § 49 Absatz 4 wird aufgehoben.
11. In § 60 Absatz 5 wird die Angabe „53 Abs. 1 bis 3“ durch die Wörter „73 Absatz 1 bis 3“ ersetzt.
12. § 137d wird wie folgt geändert:
  - a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
    - aa) In Satz 1 wird die Angabe „20 Abs. 1“ durch die Angabe „37 Absatz 1“ ersetzt.
    - bb) In Satz 3 wird die Angabe „20“ durch die Angabe „37“ ersetzt.
  - b) In Absatz 2 Satz 2 wird die Angabe „20 Abs. 1“ durch die Angabe „37 Absatz 1“ ersetzt.
13. Dem § 251 Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:

„Satz 1 Nummer 2 und Satz 2 gelten für einen anderen Leistungsanbieter nach § 60 des Neunten Buches entsprechend.“
14. § 275 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 wird wie folgt gefasst:
  - „2. zur Einleitung von Leistungen zur Teilhabe, insbesondere zur Koordinierung der Leistungen nach den §§ 14 bis 24 des Neunten Buches, im Benehmen mit dem behandelnden Arzt.“
15. § 284 Absatz 1 wird wie folgt geändert:
  - a) In Nummer 16 wird nach dem Wort „Durchführung“ ein Komma eingefügt.
  - b) Folgende Nummer 17 wird angefügt:

„17. die Erfüllung der Aufgaben der Krankenkassen als Rehabilitationsträger nach dem Neunten Buch“.

## Artikel 7

### Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch

Das Sechste Buch Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Rentenversicherung – in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 2002 (BGBl. I S. 754, 1404, 3384), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 21. Dezember 2015 (BGBl. I S. 2517) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:
  - a) In Nummer 2 Buchstabe a wird die Angabe „143“ durch die Angabe „226“ ersetzt und werden nach dem Wort „Heimarbeit“ die Wörter „oder bei einem anderen Leistungsanbieter nach § 60 des Neunten Buches“ eingefügt.
  - b) In Nummer 3 wird die Angabe „38a“ durch die Angabe „55“ ersetzt.
2. § 13 Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Die Leistungen werden auf Antrag durch ein Persönliches Budget erbracht; § 29 des Neunten Buches gilt entsprechend.“
3. § 15 wird wie folgt geändert:
  - a) In Absatz 1 Satz 1 wird die Angabe „26 bis 31“ durch die Angabe „42 bis 47“, die Angabe „26“ durch die Angabe „42“ und die Angabe „30“ durch die Angabe „46“ ersetzt.
  - b) In Absatz 2 Satz 1 wird die Angabe „21“ durch die Angabe „38“ ersetzt.
4. § 16 wird wie folgt gefasst:

#### „§ 16

#### Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben

Die Träger der gesetzlichen Rentenversicherung erbringen die Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben nach den §§ 49 bis 54 des Neunten Buches, im Eingangsverfahren und im Berufsbildungsbereich der Werkstätten für behinderte Menschen nach § 57 des Neunten Buches sowie entsprechende Leistungen bei anderen Leistungsanbietern nach § 60 des Neunten Buches.“

5. § 21 wird wie folgt geändert:
  - a) In Absatz 1 werden die Wörter „Teil 1 Kapitel 6“ durch die Wörter „Teil 1 Kapitel 11“ ersetzt.
  - b) In Absatz 3 wird die Angabe „49“ durch die Angabe „69“ ersetzt.
6. In § 28 werden die Wörter „§ 44 Abs. 1 Nr. 2 bis 6 und Abs. 2“ durch die Wörter „§ 64 Absatz 1 Nummer 2 bis 6 und Absatz 2“ und wird die Angabe „53 und 54“ durch die Angabe „73 und 74“ ersetzt.
7. In § 32 Absatz 3 wird die Angabe „46 Abs. 1“ durch die Angabe „66 Absatz 1“ ersetzt.
8. § 162 wird wie folgt geändert:
  - a) In Nummer 2a werden nach den Wörtern „Werkstatt für behinderte Menschen“ die Wörter „oder nach einer Beschäftigung bei einem anderen Leistungsanbieter nach § 60 des Neunten Buches“ eingefügt und werden die Wörter „Integrationsprojekt (§ 132 Neuntes Buch)“ durch die Wörter „Inklusionsbetrieb (§ 215 des Neunten Buches)“ ersetzt.
  - b) In Nummer 3 wird die Angabe „38a“ durch die Angabe „55“ ersetzt.

9. § 168 Absatz 1 wird wie folgt geändert:
  - a) In Nummer 2 werden jeweils nach dem Wort „Einrichtung“ die Wörter „oder dem anderen Leistungsanbieter nach § 60 des Neunten Buches“ eingefügt.
  - b) In Nummer 2a werden nach den Wörtern „Werkstatt für behinderte Menschen“ die Wörter „oder nach einer Beschäftigung bei einem anderen Leistungsanbieter nach § 60 des Neunten Buches“ eingefügt, werden das Wort „Integrationsprojekt“ durch das Wort „Inklusionsbetrieb“, die Wörter „(§ 132 Neuntes Buch)“ durch die Wörter „(§ 215 des Neunten Buches)“ und das Wort „Integrationsprojekte“ jeweils durch das Wort „Inklusionsbetriebe“ ersetzt.
  - c) In Nummer 3b wird die Angabe „38a“ durch die Angabe „55“ ersetzt.
10. In § 176 Absatz 3 Satz 2 werden nach dem Wort „Menschen“ die Wörter „oder entsprechenden Leistungen bei einem anderen Leistungsanbieter nach § 60 des Neunten Buches“ eingefügt.
11. § 179 wird wie folgt geändert:
  - a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
    - aa) Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Für behinderte Menschen nach § 1 Satz 1 Nummer 2 Buchstabe a, die im Arbeitsbereich einer anerkannten Werkstatt für behinderte Menschen oder bei einem anderen Leistungsanbieter nach § 60 des Neunten Buches tätig sind, erstattet der Bund den Trägern der Einrichtung oder dem anderen Anbieter nach § 60 des Neunten Buches die Beiträge, die auf den Betrag zwischen dem tatsächlich erzielten monatlichen Arbeitsentgelt und 80 Prozent der monatlichen Bezugsgröße entfallen, wenn das tatsächlich erzielte monatliche Arbeitsentgelt 80 Prozent der monatlichen Bezugsgröße nicht übersteigt; der Bund erstattet den Trägern der Einrichtung oder dem anderen Leistungsanbieter nach § 60 des Neunten Buches ferner die Beiträge für behinderte Menschen im Eingangsverfahren und im Berufsbildungsbereich einer anerkannten Werkstatt für behinderte Menschen oder in einer entsprechenden Bildungsmaßnahme bei einem anderen Leistungsanbieter nach § 60 des Neunten Buches, soweit Satz 2 nichts anderes bestimmt.“
    - bb) In Satz 2 werden nach dem Wort „Einrichtung“ die Wörter „oder dem anderen Leistungsanbieter nach § 60 des Neunten Buches“ und nach den Wörtern „Werkstätten für behinderte Menschen“ die Wörter „oder in einer entsprechenden Bildungsmaßnahme bei einem anderen Leistungsanbieter nach § 60 des Neunten Buches“ eingefügt.
    - cc) Satz 3 wird wie folgt gefasst:

„Für behinderte Menschen, die im Anschluss an eine Beschäftigung in einer nach dem Neunten Buch anerkannten Werkstatt für behinderte Menschen oder im Anschluss an eine Beschäftigung bei einem anderen Leistungsanbieter nach § 60 des Neunten Buches in einem Inklusionsbetrieb (§ 215 des Neunten Buches) beschäftigt sind, gilt Satz 1 entsprechend.“
    - dd) In Satz 4 werden nach dem Wort „Einrichtungen“ die Wörter „, anderen Leistungsanbietern nach § 60 des Neunten Buches“ eingefügt und wird das Wort „Integrationsprojekten“ durch das Wort „Inklusionsbetrieben“ ersetzt.
    - ee) In den Sätzen 5 und 7 werden jeweils nach dem Wort „Einrichtungen“ die Wörter „, anderen Leistungsanbieter nach § 60 des Neunten Buches“ eingefügt und wird jeweils das Wort „Integrationsprojekte“ durch das Wort „Inklusionsbetriebe“ ersetzt.
  - b) In Absatz 1a Satz 2 werden nach dem Wort „Werkstätten“ die Wörter „oder bei einem anderen Leistungsanbieter nach § 60 des Neunten Buches“ eingefügt.
12. In § 180 werden nach dem Wort „Einrichtungen“ die Wörter „, bei anderen Leistungsanbietern nach § 60 des Neunten Buches“ eingefügt und wird das Wort „Integrationsprojekten“ durch das Wort „Inklusionsbetrieben“ ersetzt.

## Artikel 8

### Änderung des Siebten Buches Sozialgesetzbuch

Das Siebte Buch Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Unfallversicherung – (Artikel 1 des Gesetzes vom 7. August 1996, BGBl. I S. 1254), das zuletzt durch Artikel 3 Absatz 2 des Gesetzes vom 26. Juli 2016 (BGBl. I S. 1824) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Absatz 1 Nummer 4 werden nach den Wörtern „Werkstätten für behinderte Menschen“ die Wörter „, bei einem anderen Leistungsanbieter nach § 60 des Neunten Buches“ eingefügt und wird die Angabe „143“ durch die Angabe „226“ ersetzt.
2. § 26 Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt gefasst:  
„Die Leistungen werden auf Antrag durch ein Persönliches Budget nach § 29 des Neunten Buches erbracht; dies gilt im Rahmen des Anspruchs auf Heilbehandlung nur für die Leistungen zur medizinischen Rehabilitation.“
3. In § 27 Absatz 1 Nummer 7 wird die Angabe „26“ durch die Angabe „42“ ersetzt
4. In § 34 Absatz 8 Satz 2 wird die Angabe „21“ durch die Angabe „38“ ersetzt.
5. § 35 Absatz 1 wird wie folgt gefasst:  
„(1) Die Unfallversicherungsträger erbringen die Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben nach den §§ 49 bis 55 des Neunten Buches, in Werkstätten für behinderte Menschen nach den §§ 57 und 58 des Neunten Buches, bei anderen Leistungsanbietern nach § 60 des Neunten Buches sowie als Budget für Arbeit nach § 61 des Neunten Buches.“
6. In § 39 Absatz 1 wird die Angabe „44“ durch die Angabe „64“ und die Angabe „53 und 54“ durch die Angabe „73 und 74“ ersetzt.
7. In § 42 wird die Angabe „54“ durch die Angabe „74“ ersetzt.
8. In § 50 wird die Angabe „46 bis 51“ durch die Angabe „66 bis 71“ ersetzt.
9. In § 58 Satz 1 wird die Angabe „46“ durch die Angabe „66“ ersetzt.
10. § 162 Absatz 2 Satz 2 wird wie folgt gefasst:  
„Dabei sollen sie auch die in Inklusionsvereinbarungen (§ 166 des Neunten Buches) getroffenen Maßnahmen der betrieblichen Prävention (§ 167 des Neunten Buches) berücksichtigen.“

## Artikel 9

### Änderung des Achten Buches Sozialgesetzbuch

Das Achte Buch Sozialgesetzbuch – Kinder- und Jugendhilfe – in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. September 2012 (BGBl. I S. 2022), das zuletzt durch ... geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 10 Absatz 4 wird wie folgt geändert:
  - a) In Satz 1 werden nach dem Wort „dem“ die Wörter „Neunten und“ eingefügt.
  - b) In Satz 2 wird nach dem Wort „dem“ das Wort „Zwölften“ durch das Wort „Neunten“ ersetzt.

2. § 35a Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Aufgabe und Ziele der Hilfe, die Bestimmung des Personenkreises sowie Art und Form der Leistungen richten sich nach Kapitel 6 des Teil 1 des Neunten Buches sowie § 90 und den Kapiteln 3 bis 6 des Teils 2 des Neunten Buches, soweit diese Bestimmungen auch auf seelisch behinderte oder von einer solchen Behinderung bedrohte Personen Anwendung finden und sich aus diesem Buch nichts anderes ergibt.“

3. In § 45 Absatz 6 Satz 2 und 4 wird jeweils die Angabe „75“ durch die Angabe „76“ ersetzt.

## Artikel 10

### Änderung des Elften Buches Sozialgesetzbuch

Das Elfte Buch Sozialgesetzbuch – Soziale Pflegeversicherung – (Artikel 1 des Gesetzes vom 26. Mai 1994, BGBl. I S. 1014, 1015), das zuletzt durch ... geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 35a wie folgt gefasst:  
„§ 35a Teilnahme an einem Persönlichen Budget nach § 29 des Neunten Buches“.
2. In § 7a Absatz 1 Satz 7 werden die Wörter „, insbesondere den gemeinsamen Servicestellen nach § 23 des Neunten Buches,“ gestrichen.
3. § 13 Absatz 3 wird wie folgt geändert:
  - a) In Satz 3 wird das Wort „Zwölften“ durch das Wort „Neunten“ ersetzt.
  - b) In Satz 5 werden nach dem Wort „Einrichtungen“ die Wörter „und Räumlichkeiten“ eingefügt.
4. In § 20 Absatz 1 Satz 2 Nummer 7 wird die Angabe „143“ durch die Angabe „226“ ersetzt und werden nach dem Wort „Heimarbeit“ die Wörter „oder bei einem anderen Leistungsanbieter nach § 60 des Neunten Buches“ eingefügt.
5. In § 28 Absatz 1 Nummer 14 wird die Angabe „17 Abs. 2 bis 4“ durch die Angabe „29“ ersetzt.
6. § 35a wird wie folgt geändert:
  - a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

#### „§ 35a

Teilnahme an einem Persönlichen Budget nach § 29 des Neunten Buches“.

- b) In Satz 1 werden die Wörter „Pflegebedürftige können“ durch die Wörter „Pflegebedürftigen werden“ und werden die Wörter „auch als Teil eines trägerübergreifenden Budgets nach § 17 Abs. 2 bis 4 des Neunten Buches in Verbindung mit der Budgetverordnung und § 159 des Neunten Buches erhalten“ durch die Wörter „durch ein Persönliches Budget nach § 29 des Neunten Buches erbracht“ ersetzt.
- c) In Satz 2 werden die Wörter „Der beauftragte Leistungsträger nach § 17 Abs. 4 des Neunten Buches“ durch die Wörter „Der Leistungsträger, der das Persönliche Budget nach § 29 Absatz 3 des Neunten Buches durchführt,“ ersetzt.

## Artikel 11

### Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch zum Jahr 2017

Das Zwölfte Buch Sozialgesetzbuch – Sozialhilfe – (Artikel 1 des Gesetzes vom 27. Dezember 2003, BGBl. I S. 3022, 3023), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 31. Juli 2016 (BGBl. I S. 1939) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Das Inhaltsverzeichnis wird wie folgt geändert:
  - a) Nach der Angabe zu § 42 wird folgende Angabe zu § 42a eingefügt:  
„§ 42a Mehrbedarfe“.
  - b) Nach der Angabe zu § 60 wird folgende Angabe zu § 60a eingefügt:  
„§ 60a Sonderregelungen zum Einsatz von Vermögen“.
  - c) Nach der Angabe zu § 66 wird folgende Angabe zu § 66a eingefügt:  
„§ 66a Sonderregelungen zum Einsatz von Vermögen“.
2. Dem § 30 wird folgender Absatz 8 angefügt:  
„(8) § 42a Absatz 2 ist entsprechend anzuwenden.“
3. Nach § 42 wird folgender § 42a eingefügt:

#### „§ 42a

#### Mehrbedarfe

(1) Für Bedarfe, die nicht durch den Regelsatz abgedeckt sind, wird ergänzend zu den Mehrbedarfen nach § 30 ein Mehrbedarf nach Absatz 2 anerkannt.

(2) Für die Mehraufwendungen bei gemeinschaftlicher Mittagsverpflegung

1. in einer Werkstatt für behinderte Menschen nach § 39 des Neunten Buches,
2. bei einem anderen Leistungsanbieter nach § 56 oder
3. im Rahmen vergleichbarer anderer tagesstrukturierender Angebote

wird ein Mehrbedarf anerkannt. Die Mehraufwendungen je Arbeitstag sind ein Dreißigstel des Betrags, der sich nach § 2 Absatz 1 Satz 2 der Sozialversicherungsentgeltverordnung in der jeweiligen Fassung ergibt, abzüglich der Eigenbeteiligung. Für die Höhe der Eigenbeteiligung ist der Betrag zugrunde zu legen, der sich nach § ... [einsetzen: Vorschrift des neu zu verkündenden RBEG] des Regelbedarfs-Ermittlungsgesetzes ergibt. Für die Ermittlung des monatlichen Bedarfs sind fünf Arbeitstage je Woche und 220 Arbeitstage je Kalenderjahr zugrunde zu legen.“

4. Nach § 60 wird folgender § 60a eingefügt:

#### „§ 60a

#### Sonderregelungen zum Einsatz von Vermögen

Bis zum 31. Dezember 2019 gilt für Personen, die Leistungen nach diesem Kapitel erhalten, ein zusätzlicher Betrag von bis zu 25 000 Euro für die Lebensführung und die Alterssicherung im Sinne von § 90 Absatz 3 Satz 2 als angemessen; § 90 Absatz 3 Satz 1 bleibt unberührt.“

5. Nach § 66 wird folgender § 66a eingefügt:

„§ 66a

Sonderregelungen zum Einsatz von Vermögen

Für Personen, die Leistungen nach diesem Kapitel erhalten, gilt ein zusätzlicher Betrag von bis zu 25 000 Euro für die Lebensführung und die Alterssicherung im Sinne von § 90 Absatz 3 Satz 2 als angemessen, sofern dieser Betrag ganz oder überwiegend als Einkommen aus selbständiger und nichtselbständiger Tätigkeit der Leistungsberechtigten während des Leistungsbezugs erworben wird; § 90 Absatz 3 Satz 1 bleibt unberührt.“

6. Nach § 75 Absatz 2 Satz 2 werden die folgenden Sätze eingefügt:

„Geeignete Träger von Einrichtungen dürfen nur solche Personen beschäftigen, die nicht rechtskräftig wegen einer Straftat nach den §§ 171, 174 bis 174c, 176 bis 180a, 181a, 182 bis 184g, 225, 232 bis 233a, 234, 235 oder 236 des Strafgesetzbuchs verurteilt worden sind. Das Nähere zu Satz 3 regeln die Länder.“

7. § 82 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 3 Satz 2 wird die Angabe „25“ durch die Angabe „50“ ersetzt.  
b) Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 3a eingefügt:

„(3a) Für Personen, die Leistungen der Hilfe zur Pflege erhalten, ist ein Betrag in Höhe von 40 Prozent des Einkommens aus selbständiger und nichtselbständiger Tätigkeit der Leistungsberechtigten abzusetzen, höchstens jedoch 65 Prozent der Regelbedarfsstufe 1 nach der Anlage zu § 28. Für Personen, die Leistungen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen erhalten, gilt Satz 1 bis zum 31. Dezember 2019 entsprechend.“

## Artikel 12

### Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch zum Jahr 2018

Das Zwölfte Buch Sozialgesetzbuch – Sozialhilfe – (Artikel 1 des Gesetzes vom 27. Dezember 2003, BGBl. I S. 3022, 3023), das zuletzt durch Artikel 11 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Das Inhaltsverzeichnis wird wie folgt geändert:

- a) Die Angabe zu § 56 wird wie folgt gefasst:

„§ 56 (weggefallen)“.

- b) Nach der Angabe zu § 138 werden die folgenden Angaben eingefügt:

„§ 139 Übergangsregelung zur Erbringung von Leistungen nach dem Sechsten Kapitel für die Zeit vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2019

### Siebzehntes Kapitel

#### Regelungen zur Teilhabe am Arbeitsleben für die Zeit vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2019

#### § 140 Teilhabe am Arbeitsleben

## Achtzehntes Kapitel

Regelungen für die Gesamtplanung für die Zeit vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2019

- § 141 Gesamtplanverfahren
  - § 142 Instrumente der Bedarfsermittlung
  - § 143 Gesamtplankonferenz
  - § 143a Feststellung der Leistungen
  - § 144 Gesamtplan
  - § 145 Teilhabezielvereinbarung“.
2. § 42a Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt geändert:
    - a) In Nummer 1 wird die Angabe „39“ durch die Angabe „56“ ersetzt.
    - b) In Nummer 2 wird die Angabe „§ 56“ durch die Wörter „§ 60 des Neunten Buches“ ersetzt.
  3. In § 54 Absatz 1 Satz 1 werden in dem Satzteil vor Nummer 1 die Wörter „Leistungen der Eingliederungshilfe sind neben den Leistungen nach den §§ 26, 33, 41 und 55 des Neunten Buches“ durch die Wörter „Leistungen der Eingliederungshilfe sind neben den Leistungen nach § 141 und neben den Leistungen nach den §§ 26 und 55 des Neunten Buches in der am 31. Dezember 2017 geltenden Fassung“ ersetzt.
  4. § 56 wird aufgehoben.
  5. § 63 Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Die Leistungen der Hilfe zur Pflege werden auf Antrag auch als Teil eines Persönlichen Budgets ausgeführt. § 29 des Neunten Buches ist insoweit anzuwenden.“
  6. In § 82 Absatz 2 Nummer 5 werden die Wörter „und Erhöhungsbeträge des Arbeitsentgelt im Sinne von § 43 Satz 4 des Neunten Buches“ gestrichen.
  7. § 92 Absatz 2 Satz 1 Nummer 7 wird wie folgt gefasst:

„7. bei Leistungen in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen nach § 58 des Neunten Buches und bei anderen Leistungsanbietern nach § 60 des Neunten Buches,“.
  8. Die folgenden §§ 139 bis 145 werden angefügt:

## „§ 139

Übergangsregelung zur Erbringung von Leistungen nach dem Sechsten Kapitel für die Zeit vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2019

(1) Die am 31. Dezember 2017 vereinbarten oder durch die Schiedsstellen festgesetzten Vergütungen nach § 75 Absatz 3 Nummer 2 mit den Pauschalen für Unterkunft und Verpflegung (Grundpauschale) und für die Maßnahmen (Maßnahmepauschale) sowie einem Betrag für betriebsnotwendige Anlagen einschließlich ihrer Ausstattung (Investitionsbetrag) gelten, soweit sie die Erbringung von Leistungen nach dem Sechsten Kapitel zum Inhalt haben, bis zum 31. Dezember 2019 weiter. Werden nach dem 31. Dezember 2017 erstmals Vereinbarungen für Einrichtungen abgeschlossen, sind als Basis die Vereinbarungen des Jahres 2017 von vergleichbaren Einrichtungen zugrunde zu legen. Tariflich vereinbarte Vergütungen sowie entsprechende Vergütungen nach kirchlichen Arbeitsrechtsregelungen sind grundsätzlich als wirtschaftlich anzusehen. § 77 Absatz 1 und 2 gilt entsprechend.

(2) Auf Verlangen einer Vertragspartei sind die Vergütungen für den Geltungszeitraum nach Absatz 1 neu zu verhandeln.



(3) Die am 31. Dezember 2017 geltenden Rahmenverträge im Sinne des § 79 in der am 31. Dezember 2017 geltenden Fassung bleiben, soweit sie die Erbringung von Leistungen nach dem Sechsten Kapitel zum Inhalt haben, bis zum 31. Dezember 2019 in Kraft.

## Siebzehntes Kapitel

### Regelungen zur Teilhabe am Arbeitsleben für die Zeit vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2019

#### § 140

##### Teilhabe am Arbeitsleben

(1) Leistungen zur Beschäftigung erhalten Personen nach § 53, die die Voraussetzungen nach § 58 Absatz 1 Satz 1 des Neunten Buches erfüllen.

(2) Leistungen zur Beschäftigung umfassen

1. Leistungen im Arbeitsbereich anerkannter Werkstätten für behinderte Menschen nach den §§ 58 und 62 des Neunten Buches,
2. Leistungen bei anderen Leistungsanbietern nach den §§ 60 und 62 des Neunten Buches sowie
3. Leistungen bei privaten und öffentlichen Arbeitgebern nach § 61 des Neunten Buches.

(3) Leistungen nach Absatz 2 umfassen auch Gegenstände und Hilfsmittel, die wegen der gesundheitlichen Beeinträchtigung zur Aufnahme oder Fortsetzung der Beschäftigung erforderlich sind. Voraussetzung für eine Hilfsmittelversorgung ist, dass der Leistungsberechtigte das Hilfsmittel bedienen kann. Die Versorgung mit Hilfsmitteln schließt eine notwendige Unterweisung im Gebrauch und eine notwendige Instandhaltung oder Änderung ein. Die Ersatzbeschaffung des Hilfsmittels erfolgt, wenn sie infolge der körperlichen Entwicklung der Leistungsberechtigten notwendig ist oder das Hilfsmittel aus anderen Gründen ungeeignet oder unbrauchbar geworden ist.

(4) Zu den Leistungen nach Absatz 2 Nummer 1 und 2 gehört auch das Arbeitsförderungsgeld nach § 59 des Neunten Buches.

## Achtzehntes Kapitel

### Regelungen für die Gesamtplanung für die Zeit vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2019

#### § 141

##### Gesamtplanverfahren

(1) Das Gesamtplanverfahren ist nach den folgenden Maßstäben durchzuführen:

1. Beteiligung der Leistungsberechtigten in allen Verfahrensschritten, beginnend mit der Beratung,
2. Dokumentation der Wünsche der Leistungsberechtigten zu Ziel und Art der Leistungen,
3. Beachtung der Kriterien
  - a) transparent,
  - b) trägerübergreifend,

- c) interdisziplinär,
  - d) konsensorientiert,
  - e) individuell,
  - f) lebensweltbezogen,
  - g) sozialraumorientiert und zielorientiert,
4. Ermittlung des individuellen Bedarfes,
  5. Durchführung einer Gesamtplankonferenz,
  6. Abstimmung der Leistungen nach Inhalt, Umfang und Dauer in einer Gesamtplankonferenz unter Beteiligung betroffener Leistungsträger.

(2) Am Gesamtplanverfahren wird auf Verlangen des Leistungsberechtigten eine Person seines Vertrauens beteiligt.

(3) Bestehen im Einzelfall Anhaltspunkte für eine Pflegebedürftigkeit nach dem Elften Buch, soll der Träger der Sozialhilfe die zuständige Pflegekasse mit Zustimmung der Leistungsberechtigten informieren und am Gesamtplanverfahren beteiligen, soweit dies zur Feststellung der Leistungen nach den §§ 54 und 141 erforderlich ist. Bestehen im Einzelfall Anhaltspunkte, dass Leistungen der Hilfe zur Pflege nach dem Siebten Kapitel erforderlich sind, so soll der Träger dieser Leistungen mit Zustimmung der Leistungsberechtigten informiert und am Gesamtplanverfahren beteiligt werden, soweit dies zur Feststellung der Leistungen nach den §§ 54 und 141 erforderlich ist.

(4) Bestehen im Einzelfall Anhaltspunkte für einen Bedarf an notwendigem Lebensunterhalt, soll der Träger dieser Leistungen mit Zustimmung der Leistungsberechtigten informiert und am Gesamtplanverfahren beteiligt werden, soweit dies zur Feststellung der Leistungen nach den §§ 54 und 141 erforderlich ist.

## § 142

### Instrumente der Bedarfsermittlung

(1) Der Träger der Sozialhilfe hat die Leistungen nach den §§ 54 und 141 unter Berücksichtigung der Wünsche des Leistungsberechtigten festzustellen. Die Ermittlung des individuellen Bedarfes erfolgt durch ein Instrument, das sich an der Internationalen Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit orientiert. Das Instrument hat die Beschreibung einer nicht nur vorübergehenden Beeinträchtigung der Aktivität und Teilhabe in den folgenden Lebensbereichen vorzusehen:

1. Lernen und Wissensanwendung,
2. allgemeine Aufgaben und Anforderungen,
3. Kommunikation,
4. Mobilität,
5. Selbstversorgung,
6. häusliches Leben,
7. interpersonelle Interaktionen und Beziehungen,
8. bedeutende Lebensbereiche und
9. Gemeinschafts-, soziales und staatsbürgerliches Leben.

(2) Die Landesregierungen werden ermächtigt, durch Rechtsverordnung das Nähere über das Instrument zur Bedarfsermittlung zu bestimmen.

## § 143

## Gesamtplankonferenz

(1) Mit Zustimmung der Leistungsberechtigten kann der Träger der Sozialhilfe eine Gesamtplankonferenz durchführen, um die Leistungen für Leistungsberechtigte nach den §§ 54 und 141 sicherzustellen. Die Leistungsberechtigten und die beteiligten Rehabilitationsträger können dem nach § 15 des Neunten Buches verantwortlichen Träger der Sozialhilfe die Durchführung einer Gesamtplankonferenz vorschlagen. Von dem Vorschlag auf Durchführung einer Gesamtplankonferenz kann abgewichen werden, wenn der Träger der Sozialhilfe den maßgeblichen Sachverhalt schriftlich ermitteln kann oder der Aufwand zur Durchführung nicht in einem angemessenen Verhältnis zum Umfang der beantragten Leistung steht.

(2) In einer Gesamtplankonferenz beraten der Träger der Sozialhilfe, der Leistungsberechtigte und beteiligte Leistungsträger gemeinsam auf der Grundlage des Ergebnisses der Bedarfsermittlung mit den Leistungsberechtigten insbesondere über

1. die Stellungnahmen der beteiligten Leistungsträger und der gutachterlichen Stellungnahme des Leistungserbringers bei Beendigung der Leistungen zur beruflichen Bildung nach § 57 des Neunten Buches,
2. die Wünsche der Leistungsberechtigten nach § 9,
3. den Beratungs- und Unterstützungsbedarf nach § 11,
4. die Erbringung der Leistungen.

(3) Ist der Träger der Sozialhilfe Leistungsverantwortlicher nach § 15 des Neunten Buches, soll er die Gesamtplankonferenz mit einer Teilhabeplankonferenz nach § 20 des Neunten Buches verbinden. Ist der Träger der Eingliederungshilfe nicht Leistungsverantwortlicher nach § 15 des Neunten Buches, soll er nach § 19 Absatz 5 des Neunten Buches den Leistungsberechtigten und den Rehabilitationsträgern anbieten, mit deren Einvernehmen das Verfahren anstelle des leistenden Rehabilitationsträgers durchzuführen.

(4) Beantragt eine leistungsberechtigte Mutter oder ein leistungsberechtigter Vater Leistungen zur Deckung von Bedarfen bei der Versorgung und Betreuung eines eigenen Kindes oder mehrerer eigener Kinder, so ist eine Gesamtplankonferenz mit Zustimmung des Leistungsberechtigten durchzuführen. Bestehen Anhaltspunkte dafür, dass diese Bedarfe durch Leistungen anderer Leistungsträger, durch das familiäre, freundschaftliche und nachbarschaftliche Umfeld oder ehrenamtlich gedeckt werden können, so informiert der Träger der Sozialhilfe mit Zustimmung der Leistungsberechtigten die als zuständig angesehenen Leistungsträger, die ehrenamtlich tätigen Stellen und Personen oder die jeweiligen Personen aus dem persönlichen Umfeld und beteiligt sie an der Gesamtplankonferenz.

## § 143a

## Feststellung der Leistungen

(1) Nach Abschluss der Gesamtplankonferenz stellen der Träger der Sozialhilfe und die beteiligten Leistungsträger ihre Leistungen nach den für sie geltenden Leistungsgesetzen innerhalb der Fristen nach den §§ 14 und 15 des Neunten Buches fest.

(2) Der Träger der Sozialhilfe erlässt auf Grundlage des Gesamtplans nach § 145 den Verwaltungsakt über die festgestellte Leistung nach den §§ 54 und 141. Der Verwaltungsakt enthält mindestens die bewilligten Leistungen und die jeweiligen Leistungsvoraussetzungen. Die Feststellungen über die Leistungen sind für den Erlass des Verwaltungsaktes bindend. Ist eine Gesamtplankonferenz durchgeführt worden, sind deren Ergebnisse der Erstellung des Gesamtplans zugrunde zu legen. Ist der Träger der Sozialhilfe Leistungsverantwortlicher nach § 15 des Neunten Buches, sind die Feststellungen über die Leistungen für die Entscheidung nach § 15 Absatz 3 des Neunten Buches bindend.

(3) Wenn nach den Vorschriften zur Koordinierung der Leistungen nach Teil 1 Kapitel 4 des Neunten Buches ein anderer Rehabilitationsträger die Leistungsverantwortung trägt, bilden die auf Grundlage der

Gesamtplanung festgestellten Leistungen nach den §§ 54 und 141 die für den Teilhabeplan erforderlichen Feststellungen nach § 15 Absatz 2 des Neunten Buches.

(4) In einem Eilfall erbringt der Träger der Sozialhilfe Leistungen der Eingliederungshilfe nach den §§ 54 und 141 vor Beginn der Gesamtplankonferenz vorläufig; der Umfang der vorläufigen Gesamtleistung bestimmt sich nach pflichtgemäßem Ermessen.

#### § 144

##### Gesamtplan

(1) Der Träger der Sozialhilfe stellt unverzüglich nach der Feststellung der Leistungen einen Gesamtplan insbesondere zur Durchführung der einzelnen Leistungen oder einer Einzelleistung auf.

(2) Der Gesamtplan dient der Steuerung, Wirkungskontrolle und Dokumentation des Teilhabeprozesses. Er geht der Leistungsabsprache nach § 12 vor. Er bedarf der Schriftform und soll regelmäßig, spätestens nach zwei Jahren, überprüft und fortgeschrieben werden.

(3) Bei der Aufstellung des Gesamtplanes wirkt der Träger der Sozialhilfe zusammen mit

1. dem Leistungsberechtigten,
2. einer Person ihres Vertrauens und
3. den im Einzelfall Beteiligten, insbesondere mit
  - a) dem behandelnden Arzt,
  - b) dem Gesundheitsamt,
  - c) dem Landesarzt,
  - d) dem Jugendamt und
  - e) den Dienststellen der Bundesagentur für Arbeit.

(4) Der Gesamtplan enthält neben den Inhalten nach § 19 des Neunten Buches mindestens

1. die im Rahmen der Gesamtplanung eingesetzten Verfahren und Instrumente sowie die Maßstäbe und Kriterien der Wirkungskontrolle einschließlich des Überprüfungszeitpunkts,
2. die Aktivitäten der Leistungsberechtigten,
3. die Feststellungen über die verfügbaren und aktivierbaren Selbsthilferessourcen des Leistungsberechtigten sowie über Art, Inhalt, Umfang und Dauer der zu erbringenden Leistungen,
4. die Berücksichtigung des Wunsch- und Wahlrechts nach § 9 im Hinblick auf eine pauschale Geldleistung und
5. die Erkenntnisse aus vorliegenden sozialmedizinischen Gutachten.

(5) Der Träger der Sozialhilfe hat der leistungsberechtigten Person Einsicht in den Gesamtplan zu gestatten.

#### § 145

##### Teilhabezielvereinbarung

Der Träger der Sozialhilfe kann mit dem Leistungsberechtigten eine Teilhabezielvereinbarung zur Umsetzung der Mindestinhalte des Gesamtplanes oder von Teilen der Mindestinhalte des Gesamtplanes abschließen. Die Teilhabezielvereinbarung wird für die Dauer des Bewilligungszeitraumes der Leistungen der Eingliederungshilfe abgeschlossen, soweit sich aus ihr nichts Abweichendes ergibt. Bestehen Anhaltspunkte dafür, dass die Vereinbarungsziele nicht oder nicht mehr erreicht werden, hat der Träger der Sozialhilfe die Teilhabezielvereinbarung anzupassen. Die Kriterien nach § 142 Absatz 1 Nummer 3 gelten entsprechend.“

### Artikel 13

#### Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch zum Jahr 2020

Das Zwölfte Buch Sozialgesetzbuch – Sozialhilfe – (Artikel 1 des Gesetzes vom 27. Dezember 2003, BGBl. I S. 3022, 3023), das zuletzt durch Artikel 12 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Das Inhaltsverzeichnis wird wie folgt geändert:
  - a) Die Angabe zu § 14 wird wie folgt gefasst:  
„§ 14 (weggefallen)“.
  - b) Nach der Angabe zu § 27b wird folgende Angabe zu § 27c eingefügt:  
„§ 27c Sonderregelung für den Lebensunterhalt“.
  - c) Die Angabe zum Sechsten Kapitel wird wie folgt gefasst:  
„Sechstes Kapitel (weggefallen)“.
  - d) Die Angaben zu den §§ 53 bis 60 werden wie folgt gefasst:  
„§ 53 (weggefallen)  
§ 54 (weggefallen)  
§ 55 (weggefallen)  
§ 56 (weggefallen)  
§ 57 (weggefallen)  
§ 58 (weggefallen)  
§ 59 (weggefallen)  
§ 60 (weggefallen)“.
  - e) Die Angabe zu § 60a wird gestrichen.
  - f) Nach der Angabe zu § 74 werden die folgenden Angaben zum Zehnten Kapitel wie folgt gefasst:

#### „Zehntes Kapitel

#### Vertragsrecht

- |       |   |
|-------|---|
| § 75  | Allgemeine Grundsätze                         |
| § 76  | Inhalt der Vereinbarungen                     |
| § 76a | Zugelassene Pflegeeinrichtungen               |
| § 77  | Verfahren und Inkrafttreten der Vereinbarung  |
| § 77a | Verbindlichkeit der vereinbarten Vergütung    |
| § 78  | Wirtschaftlichkeits- und Qualitätsprüfung     |
| § 79  | Kürzung der Vergütung                         |
| § 79a | Außerordentliche Kündigung der Vereinbarungen |
| § 80  | Rahmenverträge                                |
| § 81  | Schiedsstelle“.                               |

- g) Die Angaben zu § 92a wird gestrichen.
  - h) Die Angabe zu § 139 wird wie folgt gefasst:  
„§ 139 Übergangsregelung für Bedarfe für Unterkunft und Heizung ab dem Jahr 2020“.
  - i) Die Angaben zu dem Siebzehnten und dem Achtzehnten Kapitel werden gestrichen.
2. In § 4 Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „, mit den gemeinsamen Servicestellen der Rehabilitationsträger“ gestrichen.
  3. § 8 wird wie folgt geändert:
    - a) Nummer 4 wird aufgehoben.
    - b) Die bisherigen Nummern 5 bis 7 werden die Nummern 4 bis 6.
  4. In § 13 Absatz 1 Satz 1 werden nach den Wörtern „Die Leistungen“ die Wörter „nach dem Fünften bis Neunten Kapitel“ eingefügt.
  5. § 14 wird aufgehoben.
  6. § 15 Absatz 2 Satz 2 wird aufgehoben.
  7. In § 19 Absatz 3 werden die Wörter „Eingliederungshilfe für behinderte Menschen,“ gestrichen.
  8. § 27 Absatz 3 wird wie folgt gefasst:  
„(3) Personen, die ihren Lebensunterhalt aus eigenen Mitteln und Kräften bestreiten können, jedoch einzelne im Haushalt erforderliche Tätigkeiten nicht verrichten können, erhalten auf Antrag einen angemessenen Zuschuss, wenn ihnen die Aufbringung der für die geleistete Hilfe und Unterstützung notwendigen Kosten nicht in voller Höhe zumutbar ist. Als angemessen gelten Aufwendungen, die üblicherweise als Anerkennung für unentgeltlich geleistete Hilfen und Unterstützungen oder zur Abgeltung des entsprechenden Aufwandes geleistet werden. Den Zuschuss erhält nicht, wer einen entsprechenden Anspruch auf Assistenzleistungen nach § 78 des Neunten Buches hat.“
  9. § 27b Absatz 1 wird wie folgt gefasst:  
„(1) Der notwendige Lebensunterhalt umfasst
    - 1. in Einrichtungen den darin erbrachten Lebensunterhalt,
    - 2. in stationären Einrichtungen zusätzlich den weiteren notwendigen Lebensunterhalt.Der notwendige Lebensunterhalt in stationären Einrichtungen entspricht dem Umfang der Bedarfe nach § 42 Nummer 1, 2 und 4 Buchstabe b.“
  10. Nach § 27b wird folgender § 27c eingefügt:

„§ 27c

Sonderregelung für den Lebensunterhalt

§ 27b gilt entsprechend für Leistungsberechtigte nach diesem Kapitel, wenn sie

1. minderjährig sind, nicht in einer Wohnung nach § 42b Absatz 2 Satz 2 leben und ihnen Leistungen nach Teil 2 des Neunten Buches über Tag und Nacht erbracht werden, oder
2. volljährig sind und für die § 142 Absatz 3 des Neunten Buches anzuwenden ist, weil ihnen Leistungen der schulischen Bildung in besonderen Ausbildungsstätten für Menschen mit Behinderungen über Tag und Nacht erbracht werden.“

11. § 30 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
    - aa) In Nummer 2 wird das Komma am Ende gestrichen.
    - bb) In dem Satzteil nach Nummer 2 wird die Angabe „69 Abs. 4“ durch die Angabe „152 Absatz 4“ und die Angabe „69 Abs. 5“ durch die Angabe „152 Absatz 5“ ersetzt.
  - b) Absatz 4 wird wie folgt gefasst:

„(4) § 42a Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden auf Leistungsberechtigte, die das 15. Lebensjahr vollendet haben.“
12. In § 34a Absatz 1 Satz 3 werden die Wörter „dem Sechsten Kapitel“ durch die Wörter „Teil 2 des Neunten Buches“ ersetzt.
13. In § 39 Satz 3 Nummer 2 wird die Angabe „§ 53 behindert“ durch die Wörter „§ 99 des Neunten Buches in Fähigkeit zur Teilhabe an der Gesellschaft in erheblichem Maße eingeschränkt sind“ ersetzt.
14. § 42 wird wie folgt geändert:
- a) In Nummer 2 wird das Komma am Ende durch die Wörter „sowie Bedarfe nach § 42a,“ ersetzt.
  - b) Nummer 4 Buchstabe b wird wie folgt gefasst:

„b) bei Leistungsberechtigten in stationären Einrichtungen nach § 27b Absatz 1 Nummer 2 sowie Leistungsberechtigten in besonderen Ausbildungsstätten für Menschen mit Behinderungen nach § 27c Nummer 2 in Höhe der durchschnittlichen angemessenen tatsächlichen Aufwendungen für die Warmmiete eines Einpersonenhaushaltes im Bereich des nach § 46b zuständigen Trägers,“
15. § 42a wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 wird das Wort „wird“ durch das Wort „werden“ und werden die Wörter „ein Mehrbedarf nach Absatz 2“ durch die Wörter „die Mehrbedarfe nach den Absätzen 2 bis 4“ ersetzt.
  - b) Die folgenden Absätze 3 und 4 werden angefügt:

„(3) Für Leistungsberechtigte mit Behinderungen, denen Hilfen zur Schulbildung oder Hilfen zur schulischen oder hochschulischen Ausbildung nach § 112 Absatz 1 Nummer 1 und 2 des Neunten Buches geleistet werden, wird ein Mehrbedarf von 35 Prozent der maßgebenden Regelbedarfsstufe anerkannt. In besonderen Einzelfällen ist der Mehrbedarf nach Satz 1 über die Beendigung der dort genannten Leistungen hinaus während einer angemessenen Einarbeitungszeit von bis zu drei Monaten anzuerkennen. In den Fällen des Satzes 1 oder des Satzes 2 ist § 30 Absatz 1 Nummer 2 nicht anzuwenden.

(4) Die Summe des nach Absatz 3 und § 30 Absatz 1 bis 5 insgesamt anzuerkennenden Mehrbedarfs darf die Höhe der maßgebenden Regelbedarfsstufe nicht übersteigen.“
16. § 42b wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Für die Anerkennung von Bedarfen für Unterkunft und Heizung bei

    1. Leistungsberechtigten, die in einer Wohnung nach Satz 2 leben, gelten die Absätze 3 und 4,
    2. Leistungsberechtigten, die nicht in einer Wohnung nach Nummer 1 leben, weil ihnen allein oder zu zweit ein persönlicher Wohnraum und zusätzliche Räumlichkeiten zur gemeinschaftlichen Nutzung nach Satz 3 zu Wohnzwecken überlassen werden, gelten die Absätze 5 und 6,
    3. Leistungsberechtigten, die weder in einer Wohnung nach Nummer 1 noch in einem persönlichen Wohnraum und zusätzlichen Räumlichkeiten nach Nummer 2 untergebracht sind und für die § 42 Nummer 4 Buchstabe b nicht anzuwenden ist, gilt Absatz 7.

Wohnung ist die Zusammenfassung mehrerer Räume, die von anderen Wohnungen oder Wohnräumen baulich getrennt sind und die in ihrer Gesamtheit alle für die Führung eines Haushalts notwendigen

Einrichtungen, Ausstattungen und Räumlichkeiten umfassen. Persönlicher Wohnraum ist ein Wohnraum, der Leistungsberechtigten allein oder zu zweit zur alleinigen Nutzung überlassen wird, und zusätzliche Räumlichkeiten sind Räume, die ihnen zusammen mit weiteren Personen zur gemeinsamen Nutzung überlassen werden.“

b) Nach Absatz 4 werden die folgenden Absätze 5 und 6 eingefügt:

„(5) Für leistungsberechtigte Personen, die in Räumlichkeiten nach Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 leben, werden die tatsächlichen Aufwendungen für die Unterkunft, soweit sie angemessen sind, als Bedarf berücksichtigt für

1. die persönlichen Räumlichkeiten, wenn sie allein bewohnt werden, in voller Höhe, wenn sie von zwei Personen bewohnt werden, jeweils hälftig,
2. die persönlich genutzten Räumlichkeiten, die vollständig oder teilweise möbliert zur Nutzung überlassen werden, in der sich daraus ergebenden Höhe,
3. die Räumlichkeiten, die vorrangig zur gemeinschaftlichen Nutzung der leistungsberechtigten Person und anderer Bewohner bestimmt sind (Gemeinschaftsräume), mit einem Anteil, der sich aus der Anzahl der vorgesehenen Nutzer bei gleicher Aufteilung ergibt.

Für die tatsächlichen Aufwendungen für die Heizung werden die auf die persönlichen Räumlichkeiten und Gemeinschaftsräume nach Satz 1 entfallenden Anteile als Bedarf anerkannt, soweit sie angemessen sind. Tatsächliche Aufwendungen für Unterkunft und Heizung nach den Sätzen 1 und 2 gelten als angemessen, wenn sie die Höhe der durchschnittlichen angemessenen tatsächlichen Aufwendungen für die Warmmiete eines Einpersonenhaushaltes im örtlichen Zuständigkeitsbereich des für die Ausführung des Gesetzes nach diesem Kapitel zuständigen Trägers nach § 46b nicht überschreiten. Überschreiten die tatsächlichen Aufwendungen die Angemessenheitsgrenze nach Satz 3, können um bis zu 25 Prozent höhere als die angemessenen Aufwendungen anerkannt werden, wenn die leistungsberechtigte Person die höheren Aufwendungen durch einen Vertrag mit gesondert ausgewiesenen Wohn- und Wohnnebenkosten nachweist und diese Wohnkosten und damit verbundene Nebenkosten im Verhältnis zu vergleichbaren Wohnformen angemessen sind. Sind in diesen Verträgen Aufwendungen für Haushaltsstrom, Gebühren für Telekommunikation sowie Gebühren für den Zugang zu Rundfunk, Fernsehen und Internet mit berücksichtigt, sind diese Gebühren nach der Anzahl der in einer baulichen Einheit lebenden Personen zu gleichen Teilen aufzuteilen und jeweils getrennt auszuweisen.

(6) Übersteigen die Aufwendungen für die Unterkunft nach Absatz 4 den der Besonderheit des Einzelfalles angemessenen Umfang und hat der für die Ausführung des Gesetzes nach diesem Kapitel zuständige Träger Anhaltspunkte dafür, dass ein anderer Leistungsträger diese Aufwendungen ganz oder teilweise zu übernehmen verpflichtet ist, wirkt er auf eine sachdienliche Antragstellung bei diesem Träger hin. Übersteigen die tatsächlichen Aufwendungen die Angemessenheitsgrenze nach Absatz 5 Satz 4 um mehr als 25 Prozent, umfassen die Leistungen nach Teil 2 des Neunten Buches auch diese Aufwendungen, solange eine Senkung der Aufwendungen insbesondere durch einen Wechsel der Räumlichkeiten nach Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 nicht möglich ist.“

c) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 7.

17. Dem § 46b wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) Für Leistungen nach diesem Kapitel an Personen, die Leistungen der Eingliederungshilfe nach Maßgabe des Neunten Buches erhalten, ist § 98 Absatz 1 bis 5 des Neunten Buches entsprechend anzuwenden.“

18. § 52 Absatz 5 wird aufgehoben.



19. Die Überschrift zum Sechsten Kapitel wird wie folgt gefasst:

„Sechstes Kapitel  
(weggefallen)“.

20. Die §§ 53 bis 60a werden aufgehoben.

21. In § 63b Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „diesem Buch“ durch die Wörter „Teil 2 des Neunten Buches“ ersetzt.

22. In § 64h Absatz 2 Nummer 1 werden die Wörter „dem Sechsten Kapitel“ durch die Wörter „Teil 2 des Neunten Buches“ ersetzt.

23. In § 67 Satz 2 werden nach dem Wort „Achten“ die Wörter „und Neunten“ eingefügt.

24. § 71 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 1 werden nach dem Wort „Buches“ die Wörter „sowie den Leistungen der Eingliederungshilfe nach Teil 2 des Neunten Buches“ eingefügt.

b) Folgender Absatz 5 wird angefügt:

„(5) Die Leistungen der Altenhilfe sind mit den übrigen Leistungen dieses Buches, den Leistungen der Eingliederungshilfe nach dem Neunten Buch, den Leistungen der örtlichen Altenhilfe und der kommunalen Infrastruktur zur Vermeidung sowie Verringerung der Pflegebedürftigkeit und der Inanspruchnahme der Leistungen der Eingliederungshilfe zu verzahnen. Die Ergebnisse der Teilhabeplanung und Gesamtplanung nach dem Neunten Buch sind zu berücksichtigen.“

25. Dem § 72 wird folgender Absatz 6 angefügt:

„(6) Die Blindenhilfe wird neben Leistungen nach Teil 2 des Neunten Buches erbracht.“

26. Das Zehnte Kapitel wird wie folgt gefasst:

„Zehntes Kapitel  
Vertragsrecht

## § 75

### Allgemeine Grundsätze

(1) Der Träger der Sozialhilfe darf Leistungen nach dem Siebten bis Neunten Kapitel mit Ausnahme der Leistungen der häuslichen Pflege, soweit diese gemäß § 64 durch Personen, die dem Pflegebedürftigen nahe stehen, oder als Nachbarschaftshilfe übernommen werden, durch Dritte (Leistungserbringer) nur erbringen, soweit eine schriftliche Vereinbarung zwischen einem Leistungserbringer und dem für den ansässigen Leistungserbringer zuständigen Träger der Sozialhilfe besteht. Die Vereinbarung kann auch zwischen dem Träger der Sozialhilfe und dem Verband, dem der Leistungserbringer angehört, geschlossen werden. Die Vereinbarungen sind für alle übrigen Träger der Sozialhilfe bindend. Die Vereinbarungen müssen den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Leistungsfähigkeit entsprechen und dürfen das Maß des Notwendigen nicht überschreiten. Sie sind vor Beginn der jeweiligen Wirtschaftsperiode für einen zukünftigen Zeitraum abzuschließen (Vereinbarungszeitraum); nachträgliche Ausgleiche sind nicht zulässig. Die Ergebnisse sind den Leistungsberechtigten in einer wahrnehmbaren Form zugänglich zu machen.

(2) Sind geeignete Leistungserbringer vorhanden, soll der Träger der Sozialhilfe zur Erfüllung seiner Aufgaben eigene Angebote nicht neu schaffen. Geeignet ist ein Leistungserbringer, der unter Sicherstellung

der Grundsätze des § 9 Absatz 1 die Leistungen wirtschaftlich und sparsam erbringen kann. Geeignete Träger von Einrichtungen dürfen nur solche Personen beschäftigen, die nicht rechtskräftig wegen einer Straftat nach den §§ 171, 174 bis 174c, 176 bis 180a, 181a, 182 bis 184g, 225, 232 bis 233a, 234, 235 oder 236 des Strafgesetzbuches verurteilt worden sind. Das Nähere zu Satz 3 regeln die Länder. Die durch den Leistungserbringer geforderte Vergütung ist wirtschaftlich angemessen, wenn sie im Vergleich mit der Vergütung vergleichbarer Leistungserbringer im unteren Drittel liegt (externer Vergleich). Liegt die geforderte Vergütung oberhalb des unteren Drittels, kann sie wirtschaftlich angemessen sein, sofern sie nachvollziehbar auf einem höheren Aufwand des Leistungserbringers beruht und wirtschaftlicher Betriebsführung entspricht. In den externen Vergleich sind die im Einzugsbereich tätigen Leistungserbringer einzubeziehen. Tariflich vereinbarte Vergütungen sowie entsprechende Vergütungen nach kirchlichen Arbeitsrechtsregelungen sind grundsätzlich als wirtschaftlich anzusehen.

(3) Sind mehrere Leistungserbringer im gleichen Maße geeignet, hat der Träger der Sozialhilfe Vereinbarungen vorrangig mit Leistungserbringern abzuschließen, deren Vergütung bei vergleichbarem Inhalt, Umfang und vergleichbarer Qualität der Leistung nicht höher ist als die anderer Leistungserbringer.

(4) Besteht eine schriftliche Vereinbarung, ist der Leistungserbringer im Rahmen des vereinbarten Leistungsangebotes verpflichtet, Leistungsberechtigte aufzunehmen und zu betreuen.

(5) Der Träger der Sozialhilfe darf die Leistungen durch Leistungserbringer, mit denen keine schriftliche Vereinbarung getroffen wurde, nur erbringen, soweit

1. dies nach der Besonderheit des Einzelfalles geboten ist,
2. der Leistungserbringer ein schriftliches Leistungsangebot vorlegt, das für den Inhalt einer Vereinbarung nach § 76 gilt,
3. der Leistungserbringer sich schriftlich verpflichtet, die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Qualität der Leistungserbringung zu beachten,
4. die Vergütung für die Erbringung der Leistungen nicht höher ist als die Vergütung, die der Träger der Sozialhilfe mit anderen Leistungserbringern für vergleichbare Leistungen vereinbart hat.

Die allgemeinen Grundsätze der Absätze 1 bis 4 und 6 sowie die Vorschriften zum Inhalt der Vereinbarung (§ 76), zur Verbindlichkeit der vereinbarten Vergütung (§ 77a), zur Wirtschaftlichkeits- und Qualitätsprüfung (§ 78), zur Kürzung der Vergütung (§ 79) und zur außerordentlichen Kündigung der Vereinbarung (§ 79a) gelten entsprechend.

(6) Der Leistungserbringer hat gegen den Träger der Sozialhilfe einen Anspruch auf Vergütung der gegenüber dem Leistungsberechtigten erbrachten Leistungen.

## § 76

### Inhalt der Vereinbarungen

(1) In der schriftlichen Vereinbarung mit Erbringern von Leistungen nach dem Siebten bis Neunten Kapitel sind zu regeln:

1. Inhalt, Umfang und Qualität einschließlich der Wirksamkeit der Leistungen (Leistungsvereinbarung) sowie
2. die Vergütung der Leistung (Vergütungsvereinbarung).

(2) In die Leistungsvereinbarung sind als wesentliche Leistungsmerkmale insbesondere aufzunehmen:

1. die betriebsnotwendigen Anlagen des Leistungserbringers,
2. der zu betreuende Personenkreis,
3. Art, Ziel und Qualität der Leistung,
4. die Festlegung der personellen Ausstattung,

5. die Qualifikation des Personals sowie
  6. die erforderliche sächliche Ausstattung.
- (3) Die Vergütungsvereinbarung besteht mindestens aus

1. der Grundpauschale für Unterkunft und Verpflegung,
2. der Maßnahmepauschale sowie
3. einem Betrag für betriebsnotwendige Anlagen einschließlich ihrer Ausstattung (Investitionsbetrag).

Förderungen aus öffentlichen Mitteln sind anzurechnen. Die Maßnahmepauschale ist nach Gruppen für Leistungsberechtigte mit vergleichbarem Bedarf sowie bei Leistungen der häuslichen Pflegehilfe für die gemeinsame Inanspruchnahme durch mehrere Leistungsberechtigte zu kalkulieren. Abweichend von Satz 1 können andere geeignete Verfahren zur Vergütung und Abrechnung der Leistung unter Beteiligung der Interessenvertretungen der Menschen mit Behinderungen vereinbart werden.

#### § 76a

##### Zugelassene Pflegeeinrichtungen

(1) Bei zugelassenen Pflegeeinrichtungen im Sinne des § 72 des Elften Buches richten sich Art, Inhalt, Umfang und Vergütung

1. der ambulanten und teilstationären Pflegeleistungen,
2. der Leistungen der Kurzzeitpflege,
3. der vollstationären Pflegeleistungen,
4. der Leistungen bei Unterkunft und Verpflegung und
5. der Zusatzleistungen in Pflegeheimen

nach dem Achten Kapitel des Elften Buches, soweit die Vereinbarungen nach dem Achten Kapitel des Elften Buches im Einvernehmen mit dem Träger der Sozialhilfe getroffen worden sind und nicht nach dem Siebten Kapitel weitergehende Leistungen zu erbringen sind.

(2) Der Träger der Sozialhilfe ist zur Übernahme gesondert berechneter Investitionskosten nach dem Elften Buch nur verpflichtet, soweit die zuständige Landesbehörde ihre Zustimmung nach § 82 Absatz 3 Satz 3 des Elften Buches erteilt oder der Träger der Sozialhilfe mit dem Träger der Einrichtung eine entsprechende Vereinbarung nach dem Zehnten Kapitel über die gesondert berechneten Investitionskosten nach § 82 Absatz 4 des Elften Buches getroffen hat.

#### § 77

##### Verfahren und Inkrafttreten der Vereinbarung

(1) Der Leistungserbringer oder der Träger der Sozialhilfe hat die jeweils andere Partei schriftlich zu Verhandlungen über den Abschluss einer Vereinbarung gemäß § 76 aufzufordern. Bei einer Aufforderung zum Abschluss einer Folgevereinbarung sind die Verhandlungsgegenstände zu benennen. Die Aufforderung durch den Leistungsträger kann an einen unbestimmten Kreis von Leistungserbringern gerichtet werden. Auf Verlangen einer Partei sind geeignete Nachweise zu den Verhandlungsgegenständen vorzulegen.

(2) Kommt es nicht innerhalb von drei Monaten, nachdem eine Partei zu Verhandlungen aufgefordert wurde, zu einer schriftlichen Vereinbarung, so kann jede Partei hinsichtlich der strittigen Punkte die gemeinsame Schiedsstelle anrufen. Die Schiedsstelle hat unverzüglich über die strittigen Punkte zu entscheiden. Gegen die Entscheidung der Schiedsstelle ist der Rechtsweg zu den Sozialgerichten gegeben, ohne dass es eines Vorverfahrens bedarf. Die Klage ist nicht gegen die Schiedsstelle, sondern gegen den Verhandlungspartner zu richten.

(3) Vereinbarungen und Schiedsstellenentscheidungen treten zu dem darin bestimmten Zeitpunkt in Kraft. Wird in einer Vereinbarung ein Zeitpunkt nicht bestimmt, wird die Vereinbarung mit dem Tag ihres Abschlusses wirksam. Festsetzungen der Schiedsstelle werden, soweit keine Festlegung erfolgt ist, rückwirkend mit dem Tag wirksam, an dem der Antrag bei der Schiedsstelle eingegangen ist. Soweit in den Fällen des Satzes 3 während des Schiedsstellenverfahrens der Antrag geändert wurde, ist auf den Tag abzustellen, an dem der geänderte Antrag bei der Schiedsstelle eingegangen ist. Ein jeweils vor diesem Zeitpunkt zurückwirkendes Vereinbaren oder Festsetzen von Vergütungen ist in den Fällen der Sätze 1 bis 4 nicht zulässig.

#### § 77a

##### Verbindlichkeit der vereinbarten Vergütung

(1) Mit der Vergütungsvereinbarung gelten alle während des Vereinbarungszeitraums entstandenen Ansprüche des Leistungserbringers auf Vergütung der Leistung als abgegolten.

(2) Einer Erhöhung der Vergütung auf Grund von Investitionsmaßnahmen, die während des laufenden Vereinbarungszeitraums getätigt werden, muss der Träger der Sozialhilfe zustimmen, soweit er der Maßnahme zuvor dem Grunde und der Höhe nach zugestimmt hat.

(3) Bei unvorhergesehenen wesentlichen Änderungen der Annahmen, die der Vergütungsvereinbarung oder der Entscheidung der Schiedsstelle über die Vergütung zugrunde lagen, sind die Vergütungen auf Verlangen einer Vertragspartei für den laufenden Vereinbarungszeitraum neu zu verhandeln. Für eine Neuverhandlung gelten die Vorschriften zum Verfahren und Inkrafttreten (§ 77) entsprechend.

(4) Nach Ablauf des Vereinbarungszeitraums gelten die vereinbarten oder durch die Schiedsstelle festgesetzten Vergütungen bis zum Inkrafttreten einer neuen Vergütungsvereinbarung weiter.

#### § 78

##### Wirtschaftlichkeits- und Qualitätsprüfung

(1) Soweit tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass ein Leistungserbringer seine vertraglichen oder gesetzlichen Pflichten nicht erfüllt, prüft der Träger der Sozialhilfe oder ein von diesem beauftragter Dritter die Wirtschaftlichkeit und Qualität einschließlich der Wirksamkeit der vereinbarten Leistungen des Leistungserbringers. Zur Vermeidung von Doppelprüfungen arbeiten die Träger der Sozialhilfe mit den Leistungsträgern nach Teil 2 des Neunten Buches, mit den für die Heimaufsicht zuständigen Behörden sowie mit dem Medizinischen Dienst der Krankenversicherung zusammen. Durch Landesrecht kann von der Einschränkung in Satz 1 erster Halbsatz abgewichen werden.

(2) Die Prüfung erfolgt ohne vorherige Ankündigung und erstreckt sich auf Inhalt, Umfang, Wirtschaftlichkeit und Qualität einschließlich der Wirksamkeit der erbrachten Leistungen.

(3) Der Träger der Sozialhilfe hat den Leistungserbringer über das Ergebnis der Prüfung schriftlich zu unterrichten. Das Ergebnis der Prüfung ist dem Leistungsberechtigten in einer wahrnehmbaren Form zugänglich zu machen.

#### § 79

##### Kürzung der Vergütung

(1) Hält ein Leistungserbringer seine gesetzlichen oder vertraglichen (vereinbarten) Verpflichtungen ganz oder teilweise nicht ein, ist die vereinbarte Vergütung für die Dauer der Pflichtverletzung entsprechend zu kürzen. Über die Höhe des Kürzungsbetrags ist zwischen den Vertragsparteien Einvernehmen herzustellen. Kommt eine Einigung nicht zustande, entscheidet auf Antrag einer Vertragspartei die Schiedsstelle. Für das Verfahren bei Entscheidungen durch die Schiedsstelle gilt § 77 Absatz 2 und 3 entsprechend.

(2) Der Kürzungsbetrag ist an den Träger der Sozialhilfe bis zu der Höhe zurückzuzahlen, in der die Leistung vom Träger der Sozialhilfe erbracht worden ist, und im Übrigen an den Leistungsberechtigten zurückzuzahlen.

(3) Der Kürzungsbetrag kann nicht über die Vergütungen refinanziert werden. Darüber hinaus besteht hinsichtlich des Kürzungsbetrags kein Anspruch auf Nachverhandlung gemäß § 77a Absatz 2.

#### § 79a

##### Außerordentliche Kündigung der Vereinbarungen

Der Träger der Sozialhilfe kann die Vereinbarungen mit einem Leistungserbringer fristlos kündigen, wenn ihm ein Festhalten an den Vereinbarungen auf Grund einer groben Verletzung einer gesetzlichen oder vertraglichen Verpflichtung durch die Vertragspartei nicht mehr zumutbar ist. Eine grobe Pflichtverletzung liegt insbesondere dann vor, wenn in der Prüfung nach § 78 oder auf andere Weise festgestellt wird, dass

1. Leistungsberechtigte infolge der Pflichtverletzung zu Schaden kommen,
2. gravierende Mängel bei der Leistungserbringung vorhanden sind,
3. dem Leistungserbringer nach heimrechtlichen Vorschriften die Betriebserlaubnis entzogen ist,
4. dem Leistungserbringer der Betrieb untersagt wird oder
5. der Leistungserbringer nicht erbrachte Leistungen gegenüber dem Leistungsträger abrechnet.

Die Kündigung bedarf der Schriftform. § 59 des Zehnten Buches bleibt unberührt.

#### § 80

##### Rahmenverträge

(1) Die überörtlichen Träger der Sozialhilfe und die örtlichen Träger der Sozialhilfe im Zuständigkeitsbereich des überörtlichen Trägers schließen mit den Vereinigungen der Leistungserbringer gemeinsam und einheitlich Rahmenverträge zu den Vereinbarungen nach § 76 ab. Die Rahmenverträge bestimmen

1. die nähere Abgrenzung der den Vergütungspauschalen und -beträgen nach § 76 zugrunde zu legenden Kostenarten und -bestandteile sowie die Zusammensetzung der Investitionsbeträge nach § 76,
2. den Inhalt und die Kriterien für die Ermittlung und Zusammensetzung der Maßnahmepauschalen, die Merkmale für die Bildung von Gruppen mit vergleichbarem Bedarf nach § 76 Absatz 3 Satz 3 sowie die Zahl der zu bildenden Gruppen,
3. die Festlegung von Personalrichtwerten oder anderen Methoden zur Festlegung der personellen Ausstattung,
4. die Grundsätze und Maßstäbe für die Wirtschaftlichkeit und Qualitätssicherung einschließlich der Wirksamkeit der Leistungen sowie Inhalt und Verfahren zur Durchführung von Wirtschaftlichkeits- und Qualitätsprüfungen und
5. das Verfahren zum Abschluss von Vereinbarungen.

Für Leistungserbringer, die einer Kirche oder Religionsgemeinschaft des öffentlichen Rechts oder einem sonstigen freigemeinnützigen Träger zuzuordnen sind, können die Rahmenverträge auch von der Kirche oder Religionsgemeinschaft oder von dem Wohlfahrtsverband abgeschlossen werden, dem der Leistungserbringer angehört. In den Rahmenverträgen sollen die Merkmale und Besonderheit der jeweiligen Leistungen berücksichtigt werden.

(2) Die durch Landesrecht bestimmten maßgeblichen Interessenvertretungen der Menschen mit Behinderungen wirken bei der Erarbeitung und Beschlussfassung der Rahmenverträge mit.

(3) Die Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe, die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände und die Bundesvereinigungen der Leistungserbringer vereinbaren gemeinsam und einheitlich Empfehlungen zum Inhalt der Rahmenverträge nach Absatz 1.

(4) Kommt es nicht innerhalb von sechs Monaten nach schriftlicher Aufforderung durch die Landesregierung zu einem Rahmenvertrag, kann die Landesregierung durch Rechtsverordnung die Inhalte regeln.

## § 81

### Schiedsstelle

(1) Für jedes Land oder für Teile eines Landes wird eine Schiedsstelle gebildet.

(2) Die Schiedsstelle besteht aus Vertretern der Leistungserbringer und Vertretern der örtlichen und überörtlichen Träger der Sozialhilfe in gleicher Zahl sowie einem unparteiischen Vorsitzenden.

(3) Die Vertreter der Leistungserbringer und deren Stellvertreter werden von den Vereinigungen der Leistungserbringer bestellt. Bei der Bestellung ist die Trägervielfalt zu beachten. Die Vertreter der Träger der Sozialhilfe und deren Stellvertreter werden von diesen bestellt. Der Vorsitzende und sein Stellvertreter werden von den beteiligten Organisationen gemeinsam bestellt. Kommt eine Einigung nicht zustande, werden sie durch Los bestimmt. Soweit beteiligte Organisationen keinen Vertreter bestellen oder im Verfahren nach Satz 3 keine Kandidaten für das Amt des Vorsitzenden und des Stellvertreters benennen, bestellt die zuständige Landesbehörde auf Antrag einer der beteiligten Organisationen die Vertreter und benennt die Kandidaten.

(4) Die Mitglieder der Schiedsstelle führen ihr Amt als Ehrenamt. Sie sind an Weisungen nicht gebunden. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Die Entscheidungen werden mit der Mehrheit der Mitglieder getroffen. Ergibt sich keine Mehrheit, entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

(5) Die Landesregierungen werden ermächtigt, durch Rechtsverordnung das Nähere über

1. die Zahl der Schiedsstellen,
2. die Zahl der Mitglieder und deren Bestellung,
3. die Amtsdauer und Amtsführung,
4. die Erstattung der baren Auslagen und die Entschädigung für den Zeitaufwand der Mitglieder der Schiedsstelle,
5. die Geschäftsführung,
6. das Verfahren,
7. die Erhebung und die Höhe der Gebühren,
8. die Verteilung der Kosten sowie
9. die Rechtsaufsicht

zu bestimmen.“

27. § 82 Absatz 3a Satz 2 wird aufgehoben.

28. Dem § 89 Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:

„Bestehen neben den Bedarfen für Leistungen nach diesem Buch gleichzeitig Bedarfe für Leistungen nach Teil 2 des Neunten Buches, so ist das über der Einkommensgrenze liegende Einkommen nur zur Hälfte zu berücksichtigen.“

29. § 90 Absatz 2 Nummer 3 wird wie folgt gefasst:

„3. eines sonstigen Vermögens, solange es nachweislich zur baldigen Beschaffung oder Erhaltung eines Hausgrundstücks im Sinne der Nummer 8 bestimmt ist, soweit dieses Wohnzwecken von Menschen

mit erheblichen Teilhabe Einschränkungen (§ 99 des Neunten Buches) oder von blinden Menschen (§ 72) oder pflegebedürftigen Menschen (§ 61) dient oder dienen soll und dieser Zweck durch den Einsatz oder die Verwertung des Vermögens gefährdet würde.“

30. § 92 wird wie folgt gefasst:

„§ 92

Beschränkung des Einkommenseinsatzes auf die häusliche Ersparnis

(1) Erhält eine Person, die nicht in einer Wohnung nach § 42a Absatz 2 Satz 2 lebt, Leistungen nach dem Dritten, Vierten, Fünften, Siebten, Achten oder Neunten Kapitel oder Leistungen für ärztliche oder ärztlich verordnete Maßnahmen, so kann die Aufbringung der Mittel für die Leistungen nach dem Dritten und Vierten Kapitel von ihr und den übrigen in § 19 Absatz 3 genannten Personen verlangt werden, soweit Aufwendungen für den häuslichen Lebensunterhalt erspart werden.

(2) Darüber hinaus soll in angemessenem Umfang die Aufbringung der Mittel aus dem gemeinsamen Einkommen der leistungsberechtigten Person und ihres nicht getrennt lebenden Ehegatten oder Lebenspartners verlangt werden, wenn die leistungsberechtigte Person auf voraussichtlich längere Zeit Leistungen in einer stationären Einrichtung bedarf. Bei der Prüfung, welcher Umfang angemessen ist, ist auch der bisherigen Lebenssituation des im Haushalt verbliebenen, nicht getrennt lebenden Ehegatten oder Lebenspartners sowie der im Haushalt lebenden minderjährigen unverheirateten Kinder Rechnung zu tragen.

(3) Hat ein anderer als ein nach bürgerlichem Recht Unterhaltspflichtiger nach sonstigen Vorschriften Leistungen für denselben Zweck zu erbringen, wird seine Verpflichtung durch Absatz 2 nicht berührt. Soweit er solche Leistungen erbringt, kann abweichend von Absatz 2 von den in § 19 Absatz 3 genannten Personen die Aufbringung der Mittel verlangt werden.“

31. § 92a wird aufgehoben.

32. In § 93 Absatz 1 Satz 3 werden die Wörter „und des § 92 Abs. 1“ gestrichen.

33. In § 94 Absatz 2 Satz 1 werden die Wörter „behindert im Sinne von § 53 oder“ sowie die Wörter „Sechsten und“ gestrichen.

34. § 97 Absatz 3 Nummer 1 wird aufgehoben.

35. § 98 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 5 werden die Wörter „Sechsten bis“ durch die Wörter „Siebten und“ ersetzt.

b) Folgender Absatz 6 wird angefügt:

„(6) Soweit Leistungen der Eingliederungshilfe nach Teil 2 des Neunten Buches zu erbringen sind, richtet sich die örtliche Zuständigkeit für gleichzeitig zu erbringende Leistungen nach diesem Buch nach § 98 des Neunten Buches, soweit das Landesrecht keine abweichende Regelung trifft.“

36. § 118 Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:

a) In Nummer 3 wird das Wort „und“ am Ende durch ein Komma ersetzt.

b) In Nummer 4 wird der Punkt am Ende durch das Wort „und“ ersetzt.

c) Folgende Nummer 5 wird angefügt:

„5. ob und in welcher Höhe und für welche Zeiträume von ihnen Leistungen der Eingliederungshilfe nach Teil 2 des Neunten Buches bezogen werden oder wurden.“

37. § 121 Nummer 1 Buchstabe c wird aufgehoben.

38. § 122 Absatz 3 wird wie folgt geändert:
- a) In Nummer 2 werden die Wörter „Sechsten und“ gestrichen.
  - b) Nummer 3 wird aufgehoben.
39. § 128c Nummer 7 wird wie folgt gefasst:
- „7. Aufwendungen für Unterkunft und Heizung sowie sonstige Hilfen zur Sicherung der Unterkunft, getrennt nach Leistungsberechtigten,
- a) die in einer Wohnung
    - aa) allein leben,
    - bb) die im Haushalt mit Verwandten ersten und zweiten Grades leben,
    - cc) die in einer Wohngemeinschaft leben,
  - b) bei Leistungsberechtigten, die nicht in einer Wohnung leben zusätzlich nach
    - aa) allein lebend,
    - bb) mit einer weiteren Person lebend,“.
40. § 139 wird wie folgt gefasst:

„§ 139

Übergangsregelung für Bedarfe für Unterkunft und Heizung ab dem Jahr 2020

(1) Für Leistungsberechtigte,

1. die am 31. Dezember 2019 nach dem Dritten oder Vierten Kapitel und zugleich nach dem Sechsten Kapitel leistungsberechtigt sind und
2. die am 31. Dezember 2019 in einer Unterkunft leben, für die Bedarfe für Unterkunft und Heizung nach § 35 anerkannt werden,

sind, wenn

3. sie am 1. Januar 2020 leistungsberechtigt nach dem Dritten oder Vierten Kapitel sind und zugleich Leistungen nach Teil 2 des Neunten Buches beziehen und
4. die Unterkunft nach Nummer 2 am 1. Januar 2020 als persönlicher Wohnraum und zusätzliche Räumlichkeiten nach § 42b Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 gilt,

für diese Unterkunft die Bedarfe für Unterkunft und Heizung nach § 42b Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 und Satz 2 zu berücksichtigen.

(2) Leistungsberechtigten,

1. die am 31. Dezember 2019 nach dem Dritten oder Vierten Kapitel und zugleich nach dem Sechsten Kapitel leistungsberechtigt sind und
2. denen am 31. Dezember 2019 Bedarfe für Unterkunft und Heizung nach § 27b Absatz 1 Satz 2 in Verbindung mit § 42 Nummer 4 zweiter Teilsatz anzuerkennen sind,

sind, wenn sie am 1. Januar 2020 leistungsberechtigt nach dem Dritten oder Vierten Kapitel sind und zugleich Leistungen nach Teil 2 des Neunten Buches beziehen, für diese Unterkunft ab dem 1. Januar 2020 Bedarfe für Unterkunft und Heizung nach § 42b Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 und Satz 3 anzuerkennen, solange sich keine Veränderung in der Unterbringung ergibt, durch die diese die Voraussetzungen einer Wohnung nach § 42b Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 und Satz 2 erfüllt.“

41. Das Siebzehnte und das Achtzehnte Kapitel werden aufgehoben.



## Artikel 14

### Änderung des Bundesversorgungsgesetzes

Das Bundesversorgungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Januar 1982 (BGBl. I S. 21), das zuletzt durch Artikel 3 Absatz 7 des Gesetzes vom 26. Juli 2016 (BGBl. I S. 1824) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 9 Absatz 2 werden im Satzteil vor Nummer 1 die Wörter „§ 17 Absatz 2 bis 4 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch in Verbindung mit der Budgetverordnung“ durch die Wörter „§ 29 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch“ ersetzt.
2. In § 25d Absatz 3 Nummer 5 werden die Wörter „und Erhöhungsbeträge des Arbeitsentgelts im Sinne von § 43 Satz 4 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch“ gestrichen.
3. § 26 wird wie folgt geändert:
  - a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Beschädigte erhalten Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben nach den §§ 49 bis 55 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch sowie Leistungen im Eingangsverfahren und im Berufsbildungsbereich der Werkstätten für behinderte Menschen nach § 57 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch und entsprechende Leistungen bei anderen Leistungsanbietern nach § 60 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch.“
  - b) Absatz 4 wird wie folgt geändert:
    - aa) In dem Satzteil vor Nummer 1 werden die Wörter „zur Teilhabe am Arbeitsleben einschließlich der Leistungen im Eingangsverfahren und im Berufsbildungsbereich einer anerkannten Werkstatt für behinderte Menschen“ durch die Wörter „nach Absatz 1“ ersetzt.
    - bb) In Nummer 2 wird die Angabe „50“ durch die Angabe „70“ ersetzt.
    - cc) In Nummer 3 wird die Angabe „54“ durch die Angabe „74“ ersetzt.
    - dd) In Nummer 5 wird die Angabe „53“ durch die Angabe „73“ ersetzt.
4. § 26a wird wie folgt geändert:
  - a) In Absatz 1 werden die Wörter „Teil 1 Kapitel 6“ durch die Wörter „Teil 1 Kapitel 11“ ersetzt.
  - b) In Absatz 2 Satz 2 Buchstabe b werden die Wörter „§ 46 Abs. 1 Satz 1 oder § 47 Abs. 1“ durch die Wörter „§ 66 Absatz 1 Satz 1 oder § 67 Absatz 1“ ersetzt.
5. § 27d wird wie folgt geändert:
  - a) In Absatz 1 Nummer 3 werden die Wörter „behinderte Menschen“ durch die Wörter „Menschen mit Behinderungen“ ersetzt.
  - b) In Absatz 5 Satz 1 Nummer 1 Buchstabe b wird die Angabe „31“ durch die Angabe „47“ ersetzt.

## Artikel 15

### Weitere Änderung des Bundesversorgungsgesetzes zum Jahr 2020

Das Bundesversorgungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Januar 1982 (BGBl. I S. 21), das zuletzt durch Artikel 14 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

## 1. § 26c Absatz 5 wird wie folgt gefasst:

„(5) Bei der Festsetzung der Einkommensgrenze tritt an die Stelle des Grundbetrages nach § 25e Absatz 1 Nummer 1 ein Grundbetrag

1. in Höhe von 4,25 Prozent des Bemessungsbetrages bei
  - a) der Hilfe zur Pflege in einer stationären oder teilstationären Einrichtung, wenn diese Hilfe voraussichtlich auf längere Zeit erforderlich ist, sowie
  - b) der häuslichen Pflege von Pflegebedürftigen der Pflegegrade 2 und 3,
2. in Höhe von 8,5 Prozent des Bemessungsbetrages bei dem Pflegegeld für Pflegebedürftige des Pflegegrades 4.

Der Familienzuschlag beträgt 40 Prozent des Grundbetrages nach § 25e Absatz 1 Nummer 1. In den Fällen des Satzes 1 Nummer 2 beträgt der Familienzuschlag für den nicht getrennt lebenden Ehegatten oder Lebenspartner die Hälfte des Grundbetrages nach Satz 1 Nummer 1, wenn beide Ehegatten oder Lebenspartner blind oder behindert im Sinne des § 1 Absatz 1 Satz 2 der Verordnung zur Durchführung des § 90 Absatz 2 Nummer 9 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch sind.“

## 2. § 27d wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 3 Satz 1 wird durch die folgenden Sätze ersetzt:

„Für die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen nach Absatz 1 Nummer 3 gilt Teil 2 Kapitel 1 bis 7 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch entsprechend, soweit dieses Gesetz nichts Abweichendes bestimmt. Für die übrigen Hilfen in besonderen Lebenslagen nach Absatz 1 gelten die §§ 47, 49 bis 52, das Achte Kapitel und die §§ 72, 74 und 88 Absatz 2 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch entsprechend. Die Leistungen nach Absatz 1 sind unter Berücksichtigung der Lage der Beschädigten oder Hinterbliebenen zu erbringen.“

- b) Die Absätze 5 bis 7 werden wie folgt gefasst:

„(5) Für den Einsatz von Einkommen und Vermögen bei der Erbringung der Leistungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen gelten anstelle des § 25c Absatz 1 und 2 sowie der §§ 25d bis 25f die Bestimmungen des Teils 2 Kapitel 9 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch mit der Maßgabe, dass abweichend von § 136 Absatz 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch ein Beitrag zu den Aufwendungen aufzubringen ist, wenn das Einkommen nach § 135 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch überwiegend

1. aus einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung oder selbstständigen Tätigkeit erzielt wird und 100 Prozent der jährlichen Bezugsgröße nach § 18 Absatz 1 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch übersteigt oder
2. aus einer nicht sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung erzielt wird und 90 Prozent der jährlichen Bezugsgröße nach § 18 Absatz 1 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch übersteigt oder
3. aus Renteneinkünften erzielt wird und 75 Prozent der jährlichen Bezugsgröße nach § 18 Absatz 1 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch übersteigt.

Für den Einsatz von Vermögen gilt § 25c Absatz 3 entsprechend.

(6) Bei der Festsetzung der Einkommensgrenze tritt bei der Blindenhilfe nach § 72 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch an die Stelle des Grundbetrages nach § 25e Absatz 1 Nummer 1 ein Grundbetrag in Höhe von 8,5 Prozent des Bemessungsbetrages. Der Familienzuschlag beträgt 40 Prozent des Grundbetrages nach § 25e Absatz 1 Nummer 1. Für den nicht getrennt lebenden Ehegatten oder Lebenspartner beträgt der Familienzuschlag 2,13 Prozent des Bemessungsbetrages, wenn beide Ehegatten oder Lebenspartner blind oder behindert im Sinne des § 1 Absatz 1 Satz 2 der Verordnung zur Durchführung des § 90 Absatz 2 Nummer 9 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch sind.

(7) Für den Einsatz von Einkommen bei der Erbringung der Leistungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen gilt § 150 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch entsprechend.“

## Artikel 16

### Änderung des Umsatzsteuergesetzes zum Jahr 2017

Nach § 4 Nummer 15b des Umsatzsteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Februar 2005 (BGBl. I S. 386), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 19. Juli 2016 (BGBl. I S. 1730) geändert worden ist, wird folgende Nummer 15c eingefügt:

- „15c. Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben nach § 33 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch, die von Einrichtungen des öffentlichen Rechts oder anderen Einrichtungen mit sozialem Charakter erbracht werden. Andere Einrichtungen mit sozialem Charakter im Sinne dieser Vorschrift sind Rehabilitationsdienste und -einrichtungen nach den §§ 19 und 35 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch, mit denen Verträge nach § 21 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch abgeschlossen worden sind;“.

## Artikel 17

### Änderung des Umsatzsteuergesetzes zum Jahr 2018

§ 4 des Umsatzsteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Februar 2005 (BGBl. I S. 386), das zuletzt durch Artikel 16 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Nummer 14 Buchstabe b Satz 2 Doppelbuchstabe ee wird die Angabe „21“ durch die Angabe „38“ ersetzt.
2. In Nummer 15c wird die Angabe „33“ durch die Angabe „49“, die Angabe „19 und 35“ durch die Angabe „36 und 51“ und die Angabe „21“ durch die Angabe „38“ ersetzt.
3. Nummer 16 Satz 1 wird wie folgt geändert:
  - a) In Buchstabe e wird die Angabe „111“ durch die Angabe „194“ ersetzt.
  - b) In Buchstabe f wird die Angabe „142“ durch die Angabe „225“ ersetzt.
  - c) Buchstabe h wird wie folgt gefasst:

„h) Einrichtungen, mit denen eine Vereinbarung nach § 123 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch oder nach § 76 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch besteht;“.
4. In Nummer 19 Buchstabe b wird die Angabe „143“ durch die Angabe „226“ ersetzt.

## Artikel 18

### Änderungen weiterer Vorschriften in Zusammenhang mit Artikel 2

(1) Das Betriebsverfassungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. September 2001 (BGBl. I S. 2518), das zuletzt durch Artikel 3 Absatz 4 des Gesetzes vom 20. April 2013 (BGBl. I S. 868) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 80 Absatz 1 Nummer 4 wird das Wort „Schwerbehinderter“ durch die Wörter „schwerbehinderter Menschen einschließlich der Förderung des Abschlusses von Inklusionsvereinbarungen nach § 83 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch“ ersetzt.
2. In § 88 wird der Punkt am Ende durch ein Semikolon ersetzt und wird folgende Nummer 5 angefügt:

„5. Maßnahmen zur Eingliederung schwerbehinderter Menschen.“

3. Dem § 92 Absatz 3 wird folgender Satz angefügt:

„Gleiches gilt für die Eingliederung schwerbehinderter Menschen nach § 80 Absatz 1 Nummer 4.“

(2) § 14 der Werkstättenverordnung vom 13. August 1980 (BGBl. I S. 1365), die zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2959) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

„§ 14

Mitbestimmung, Mitwirkung, Frauenbeauftragte

Die Werkstatt hat den Menschen mit Behinderungen im Sinne des § 13 Absatz 1 Satz 1 eine angemessene Mitbestimmung und Mitwirkung durch Werkstatträte sowie den Frauenbeauftragten eine angemessene Interessenvertretung zu ermöglichen.“

(3) Die Schwerbehindertenausweisverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juli 1991 (BGBl. I S. 1739), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 7. Juni 2012 (BGBl. I S. 1275) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 1 Absatz 5 wird wie folgt gefasst:

„(5) Der Ausweis ist als Identifikationskarte nach dem in der Anlage zu dieser Verordnung abgedruckten Muster 5 auszustellen.“

2. § 3 Absatz 1 wird wie folgt geändert:

a) In Nummer 1 werden die Wörter „6 Abs. 1 Nr. 14 des Straßenverkehrsgesetzes oder entsprechender straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften“ durch die Wörter „146 Absatz 3 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch“ ersetzt.

b) In Nummer 7 wird der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt und wird folgende Nummer 8 angefügt:  
„8. TBl, wenn der schwerbehinderte Mensch wegen einer Störung der Hörfunktion mindestens einen Grad der Behinderung von 70 und wegen einer Störung des Sehvermögens einen Grad der Behinderung von 100 hat.“

(4) Die Versorgungsmedizin-Verordnung vom 10. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2412), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 11. Oktober 2012 (BGBl. I S. 2122) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Dem § 3 wird folgender Absatz 6 angefügt:

„(6) Die Verbände von Menschen mit Behinderungen und Berechtigten nach dem sozialen Entschädigungsrecht auf Bundesebene erhalten ein Mitberatungsrecht im Beirat. Der Deutsche Behindertenrat benennt dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales hierzu zwei sachverständige Personen für den Zeitraum der Berufungsperiode des Beirats. Er berücksichtigt dabei die Anliegen von Verbänden, die die Belange von Berechtigten nach dem sozialen Entschädigungsrecht vertreten, auch soweit sie nicht Mitglieder des Deutschen Behindertenrates sind. Das Mitberatungsrecht beinhaltet auch das Recht zur Anwesenheit bei der Beschlussfassung. Absatz 5 Satz 2 bis 4 gilt entsprechend. Die Geschäftsordnung des Beirats gilt auch für die vom Deutschen Behindertenrat benannten Personen.“

2. Die Anlage zu § 2 wird wie folgt geändert:

a) Im Inhaltsverzeichnis der Anlage zu § 2 wird die Angabe zu Teil D Nummer 3 wie folgt gefasst:

„3. (aufgehoben)“.

b) Teil D Nummer 3 wird aufgehoben.

## Artikel 19

### Weitere Änderungen zum Jahr 2018

(1) In § 10 Absatz 1 Satz 1 des Gesetzes über die Alterssicherung der Landwirte vom 29. Juli 1994 (BGBl. I S. 1890, 1891), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 21. Dezember 2015 (BGBl. I S. 2557) geändert worden ist, werden die Wörter „§§ 18, 44 Abs. 1 Nr. 3 bis 6 und § 53“ durch die Wörter „§§ 31, 64 Absatz 1 Nummer 3 bis 6 und § 73“ ersetzt.

(2) § 13 des Behindertengleichstellungsgesetzes vom 27. April 2002 (BGBl. I S. 1467, 1468), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 19. Juli 2016 (BGBl. I S. 1757) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 wird die Angabe „57“ durch die Angabe „82“ ersetzt.
2. In Absatz 3 Satz 1 wird die Angabe „64“ durch die Angabe „82“ ersetzt.

(3) Das Berufsbildungsgesetz vom 23. März 2005 (BGBl. I S. 931), das zuletzt durch Artikel 436 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 51 Absatz 1 wird die Angabe „36“ durch die Angabe „52“ ersetzt.
2. In § 95 Absatz 2 Satz 3 wird die Angabe „64“ durch die Angabe „86“ ersetzt.

(4) In § 1 Nummer 2 der Rechtsnormen des Tarifvertrags zur Regelung eines Mindestlohns für pädagogisches Personal vom 15. November 2011 in der Fassung des Änderungstarifvertrags Nr. 2 vom 27. Januar 2015 vom 10. Dezember 2015 (BAnz. AT 22.12.2015 V1) wird die Angabe „35“ durch die Angabe „51“ ersetzt.

(5) Das Betriebsverfassungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. September 2001 (BGBl. I S. 2518), das zuletzt durch Artikel 18 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 32 wird die Angabe „94“ durch die Angabe „177“ ersetzt.
2. In § 52 wird die Angabe „97 Abs. 1“ durch die Angabe „180 Absatz 1“ ersetzt.
3. In § 59a wird die Angabe „97 Abs. 2“ durch die Angabe „180 Absatz 2“ ersetzt.

(6) Das Arbeitsgerichtsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Juli 1979 (BGBl. I S. 853, 1036), das zuletzt durch ... geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Absatz 1 Nummer 10 wird die Angabe „138“ durch die Angabe „221“ ersetzt.
2. In § 2a Absatz 1 Nummer 3a wird die Angabe „94, 95, 139“ durch die Angabe „177, 178 und 222“ ersetzt.
3. In § 10 Satz 1 wird die Angabe „139“ durch die Angabe „222“ ersetzt.
4. In § 83 Absatz 3 wird die Angabe „94, 95, 139“ durch die Angabe „177, 178 und 222“ ersetzt.

(7) In § 51 Absatz 1 Nummer 7 des Sozialgerichtsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 1975 (BGBl. I S. 2535), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 11. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2222) geändert worden ist, wird die Angabe „69“ durch die Angabe „152“ ersetzt.

(8) § 3a Absatz 2 des Kraftfahrzeugsteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. September 2002 (BGBl. I S. 3818), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 8. Juni 2015 (BGBl. I S. 901) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Satz 1 wird die Angabe „145 Abs. 1 Satz 1“ durch die Wörter „228 Absatz 1 Satz 1“ ersetzt.
2. In Satz 2 wird die Angabe „145“ durch die Angabe „228“ ersetzt.

(9) In § 6 Absatz 1 Satz 3 des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes vom 25. Juli 1991 (BGBl. I S. 1606, 1677), das zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 19. Dezember 2007 (BGBl. I S. 3024) geändert worden ist, wird die Angabe „47, 48“ durch die Angabe „67 und 68“ ersetzt.

(10) In § 17 Absatz 2 Satz 4 des Bundesanstalt-Post-Gesetzes vom 14. September 1994 (BGBl. I S. 2325), das zuletzt durch Artikel 3 und 4 des Gesetzes vom 28. Mai 2015 (BGBl. I S. 813) geändert worden ist, wird die Angabe „93 bis 100“ durch die Angabe „176 bis 183“ ersetzt.

(11) Das BfAI-Personalgesetz vom 8. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2370), das durch Artikel 253 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 7 Absatz 1 werden die Wörter „des Teils 2“ durch die Wörter „des Teils 3“ ersetzt.
2. In § 8 Absatz 4 wird die Angabe „2“ durch die Angabe „3“ ersetzt.

(12) § 68 Nummer 3 Buchstabe c der Abgabenordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 2002 (BGBl. I S. 3866; 2003 IS. 61), die zuletzt durch Artikel 3 Absatz 13 des Gesetzes vom 26. Juli 2016 (BGBl. I S. 1824) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

„c) Inklusionsbetriebe im Sinne des § 215 Absatz 1 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch, wenn mindestens 40 Prozent der Beschäftigten besonders betroffene schwerbehinderte Menschen im Sinne des § 215 Absatz 1 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch sind; auf die Quote werden psychisch kranke Menschen im Sinne des § 215 Absatz 4 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch angerechnet.“

(13) In § 2 Nummer 3 des Stromsteuergesetzes vom 24. März 1999 (BGBl. I S. 378; 2000 I S. 147), das zuletzt durch Artikel 11 des Gesetzes vom 3. Dezember 2015 (BGBl. I S. 2178) geändert worden ist, wird die Angabe „136“ durch die Angabe „219“ ersetzt.

(14) In § 65 Absatz 1 Nummer 1, 2 Buchstabe a, Absatz 2 Satz 1 und Absatz 4 Satz 1 der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Mai 2000 (BGBl. I S. 717), die zuletzt durch Artikel 11 des Gesetzes vom 3. Dezember 2015 (BGBl. I S. 2178) geändert worden ist, wird jeweils die Angabe „69“ durch die Angabe „152“ ersetzt.

(15) § 6 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes vom 20. April 2009 (BGBl. I S. 799), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 11 des Gesetzes vom 17. Februar 2016 (BGBl. I S. 203) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 7 Satz 2 wird die Angabe „136“ durch die Angabe „219“ ersetzt.
2. In Absatz 9 Satz 2 wird die Angabe „35 Abs.“ durch die Angabe „51 Absatz“ ersetzt.

(16) Die Verordnung zur Kriegsopferfürsorge vom 16. Januar 1979 (BGBl. I S. 80), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 20. Juni 2011 (BGBl. I S. 1114) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:
  - a) In Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 wird die Angabe „81 Abs. 4 Satz 1 Nr. 5“ durch die Wörter „164 Absatz 4 Satz 1 Nummer 5“ ersetzt.
  - b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
    - aa) In Nummer 1 wird die Angabe „34 Abs. 2“ durch die Angabe „50 Absatz 3“ ersetzt.
    - bb) In Nummer 2 Satz 3 werden die Wörter „34 Abs. 3 Satz 4 bis 6“ durch die Wörter „50 Absatz 4 Satz 5 bis 8“ ersetzt.
    - cc) In Nummer 3 wird die Angabe „81 Abs. 4 Satz 1 Nr. 4“ durch die Wörter „164 Absatz 4 Satz 1 Nummer 4“ ersetzt.
2. In § 15 wird die Angabe „33 Abs. 7“ durch die Angabe „49 Absatz 7“ ersetzt.
3. § 25 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Die Befugnis zur Mitnahme einer Begleitperson ist gesondert ärztlich zu begründen, es sei denn, die Berechtigung zur Mitnahme einer Begleitperson nach § 229 Absatz 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch ist nachgewiesen durch

1. einen entsprechenden Bescheid der nach § 152 Absatz 4 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch zuständigen Behörde oder
2. einen Ausweis nach § 152 Absatz 5 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch mit einem Vermerk nach § 3 Absatz 2 der Schwerbehindertenausweisverordnung.“

(17) Die Werkstättenverordnung vom 13. August 1980 (BGBl. I S. 1365), die zuletzt durch Artikel 18 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird die Angabe „136 Abs. 2“ durch die Angabe „219 Absatz 2“ ersetzt.
  2. § 2 wird wie folgt geändert:
    - a) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 1a eingefügt:

„(1a) Ein Tätigwerden des Fachausschusses unterbleibt, soweit ein Teilhabeplanverfahren nach den §§ 19 bis 23 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch durchgeführt wird.“
    - b) In Absatz 2 wird die Angabe „38a“ durch die Angabe „55“ ersetzt.
  3. In § 3 Absatz 1 Satz 2 wird die Angabe „136“ durch die Angabe „219“ ersetzt.
  4. § 4 wird wie folgt geändert:
    - a) In Absatz 1 Satz 2 wird die Angabe „136 Abs. 2“ durch die Angabe „219 Absatz 2“ ersetzt.
    - b) Absatz 6 wird wie folgt geändert:
      - aa) In Satz 1 Nummer 3 wird die Angabe „Integrationsprojekt (§ 132“ durch die Angabe „Inklusionsbetrieb (§ 215“ ersetzt.
      - bb) In Satz 3 wird die Angabe „40 Abs. 3 Satz 2“ durch die Wörter „57 Absatz 3 Satz 2“ und wird die Angabe „(§ 40 Abs. 3 Satz 3“ durch die Wörter „(§ 57 Absatz 3 Satz 3“ ersetzt.
  5. In § 8 Absatz 1 Satz 1 wird die Angabe „136“ durch die Angabe „219“ ersetzt.
  6. § 12 wird wie folgt geändert:
    - a) In Absatz 3 werden die Wörter „136 Abs. 1 Satz 2 und § 138“ durch die Wörter „219 Absatz 1 Satz 2 und § 221“ ersetzt.
    - b) Absatz 4 wird wie folgt geändert:
      - aa) In Satz 1 wird die Angabe „138“ durch die Angabe „221“ ersetzt.
      - bb) In Satz 3 werden die Wörter „41 Abs. 3 Satz 3 und 4“ durch die Wörter „58 Absatz 3 Satz 2 und 3“, die Angabe „41 Abs. 3“ durch die Angabe „58 Absatz 3“, die Angabe „138 Abs. 2“ durch die Angabe „221 Absatz 2“ und die Angabe „43“ durch die Angabe „59“ ersetzt.
    - c) Absatz 5 Satz 1 wird wie folgt geändert:
      - aa) In Nummer 1 wird die Angabe „138 Abs. 2“ durch die Angabe „221 Absatz 2“ ersetzt.
      - bb) In Nummer 2 wird die Angabe „138“ durch die Angabe „221“ ersetzt.
    - d) In Absatz 6 Satz 1 wird die Angabe „142“ durch die Angabe „225“ ersetzt.
  7. In § 13 Absatz 2 werden die Wörter „136 Abs. 1 Satz 2 und § 138“ durch die Wörter „219 Absatz 1 Satz 2 und § 221“ ersetzt.
  8. In § 14 wird die Angabe „139“ durch die Angabe „222“ ersetzt.
  9. In § 15 Absatz 2 wird die Angabe „137 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2“ durch die Wörter „220 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2“ ersetzt.
  10. In § 17 Absatz 1 Satz 1 wird die Angabe „136“ durch die Angabe „219“ ersetzt.
  11. § 20 wird aufgehoben.
- (18) Die Werkstätten-Mitwirkungsverordnung vom 25. Juni 2001 (BGBl. I S. 1297) wird wie folgt geändert:
1. In § 1 Absatz 1 wird die Angabe „138 Abs. 1“ durch die Angabe „221 Absatz 1“ und die Angabe „139“ durch die Angabe „222“ ersetzt.
  2. In § 4 Absatz 3 wird die Angabe „36“ durch die Angabe „52“ ersetzt.

3. In § 8 Absatz 1 Satz 1 wird die Angabe „36“ durch die Angabe „52“ ersetzt.

(19) Die Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung vom 28. März 1988 (BGBl. I S. 484), die zuletzt durch Artikel 3 Absatz 15 des Gesetzes vom 26. Juli 2016 (BGBl. I S. 1824) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 14 Absatz 1 wird wie folgt geändert:

a) In Nummer 3 wird das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt.

b) In Nummer 4 wird der Punkt am Ende durch das Wort „und“ ersetzt.

c) Folgende Nummer 5 wird angefügt:

„5. Leistungen zur Deckung eines Teils der Aufwendungen für ein Budget für Arbeit.“

2. § 15 Absatz 1 wird wie folgt geändert:

a) Nummer 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Buchstabe a wird die Angabe „71“ durch die Angabe „154“ ersetzt.

bb) In Buchstabe b werden die Wörter „71 Abs. 1 Satz 2 und § 72“ durch die Wörter „154 Absatz 1 Satz 2 und § 155“ ersetzt.

cc) In Buchstabe e werden die Wörter „81 Abs. 3 Satz 1, Abs. 4 Satz 1 Nr. 1, 4 und 5 und Abs. 5 Satz 1“ durch die Wörter „164 Absatz 3 Satz 1, Absatz 4 Satz 1 Nummer 1, 4 und 5 und Absatz 5 Satz 1“ ersetzt.

b) In Nummer 2 wird die Angabe „33 Abs. 3 Nr. 3“ durch die Wörter „49 Absatz 3 Nummer 4“ ersetzt.

3. In § 16 wird die Angabe „104 Abs. 3“ durch die Angabe „187 Absatz 3“ ersetzt.

4. § 17 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 wird das Wort „Integrationsprojekten“ durch das Wort „Inklusionsbetrieben“ ersetzt.

b) In Absatz 1b wird die Angabe „38a Abs. 3“ durch die Angabe „55 Absatz 3“ ersetzt.

5. In § 18 Absatz 1 Satz 2 wird die Angabe „102 Abs. 5 Satz 2“ durch die Wörter „185 Absatz 6 Satz 2“ und wird die Angabe „102 Abs. 6 Satz 3“ durch die Wörter „185 Absatz 7 Satz 3“ ersetzt.

6. In § 26 Absatz 2 werden die Wörter „81 Abs. 3 Satz 1, Abs. 4 Satz 1 Nr. 4 und 5 und Abs. 5“ durch die Wörter „164 Absatz 3 Satz 1, Absatz 4 Satz 1 Nummer 4 und 5 und Absatz 5“, wird die Angabe „§ 71“ durch die Angabe „§ 154“ und werden die Wörter „§ 71 Abs. 1 Satz 2 und § 72“ durch die Wörter „§ 154 Absatz 1 Satz 2 und § 155“ ersetzt.

7. In § 26a wird die Angabe „71 Abs. 1“ durch die Angabe „154 Absatz 1“ ersetzt.

8. In § 26b wird die Angabe „68 Abs. 4“ durch die Angabe „151 Absatz 4“ ersetzt.

9. § 27 Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Arbeitgeber können Zuschüsse zur Abgeltung außergewöhnlicher Belastungen erhalten, die mit der Beschäftigung eines schwerbehinderten Menschen verbunden sind, der nach Art oder Schwere seiner Behinderung im Arbeits- und Berufsleben besonders betroffen ist (§ 155 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a bis d des Neunten Buches Sozialgesetzbuch) oder im Anschluss an eine Beschäftigung in einer anerkannten Werkstatt für behinderte Menschen oder bei einem anderen Leistungsanbieter im Sinne des § 60 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch oder in Teilzeit (§ 158 Absatz 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch) beschäftigt wird, vor allem, wenn ohne diese Leistungen das Beschäftigungsverhältnis gefährdet würde.“

10. In § 27a wird die Angabe „2“ durch die Angabe „3“ und die Angabe „113“ durch die Angabe „196“ ersetzt.



11. § 28a wird wie folgt gefasst:

„§ 28a

Leistungen an Inklusionsbetriebe

Inklusionsbetriebe im Sinne des Kapitels 11 des Teils 3 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch können Leistungen für Aufbau, Erweiterung, Modernisierung und Ausstattung einschließlich einer betriebswirtschaftlichen Beratung und besonderen Aufwand erhalten.“

12. § 29 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 1 wird die Angabe „102 Abs. 2 Satz 6“ durch die Wörter „185 Absatz 2 Satz 6“ ersetzt.
- b) In Absatz 2 Satz 2 wird die Angabe „102 Abs. 1“ durch die Angabe „185 Absatz 1“ ersetzt.

13. In § 30 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 wird die Angabe „136“ durch die Angabe „219“ ersetzt.

14. In § 31 Absatz 2 Nummer 4 wird die Angabe „142“ durch die Angabe „225“ ersetzt.

15. In § 41 Absatz 1 Nummer 2 wird die Angabe „72“ durch die Angabe „155“ ersetzt.

16. § 46 wird wie folgt gefasst:

„§ 46

Übergangsregelungen

Abweichend von § 41 können Mittel des Ausgleichsfonds verwendet werden zur Förderung von Inklusionsbetrieben und -abteilungen nach Kapitel 11 des Teils 3 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch, die nicht von öffentlichen Arbeitgebern im Sinne des § 154 Absatz 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch geführt werden, soweit die Förderung bis zum 31. Dezember 2003 bewilligt worden ist, sowie für die Förderung von Einrichtungen nach § 30 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 bis 6, soweit Leistungen als Zinszuschüsse oder Zuschüsse zur Deckung eines Miet- oder Pachtzinses für bis zum 31. Dezember 2004 bewilligte Projekte erbracht werden.“

(20) Die Schwerbehindertenausweisverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juli 1991 (BGBl. I S. 1739), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 7. Juni 2012 (BGBl. I S. 1275) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 1 wird die Angabe „69 Abs. 5“ durch die Angabe „152 Absatz 5“ ersetzt.
- b) In Absatz 3 werden die Wörter „151 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Buchstabe a“ durch die Wörter „234 Satz 1 Nummer 2“ ersetzt.

2. § 3 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

- aa) In Nummer 1 wird die Angabe „§ 146 Absatz 3“ durch die Angabe „§ 229 Absatz 3“ ersetzt.
- bb) In Nummer 4 wird die Angabe „145“ durch die Angabe „228“ ersetzt.
- cc) In Nummer 7 werden die Wörter „146 Absatz 1 Satz 1“ durch die Wörter „229 Absatz 1 Satz 1“ ersetzt.

- b) In Absatz 2 wird die Angabe „146 Absatz 2“ durch die Angabe „229 Absatz 2“ ersetzt.

3. § 3a wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 2 Satz 4 wird die Angabe „145 Abs. 1 Satz 3“ durch die Wörter „228 Absatz 2 Satz 1“ ersetzt.

- b) Absatz 3 Satz 2 wird aufgehoben.
  - c) In Absatz 4 Satz 1 werden die Wörter „nach Löschung des Vermerks durch das Finanzamt“ gestrichen.
4. § 6 Absatz 1 wird wie folgt geändert:
- a) In Nummer 1 wird die Angabe „69 Abs. 1 und 4“ durch die Wörter „152 Absatz 1 und 4“ ersetzt.
  - b) In Nummer 2 wird die Angabe „69 Abs. 2“ durch die Angabe „152 Absatz 2“ und die Angabe „69 Abs. 5“ durch die Angabe „152 Absatz 5“ ersetzt.
5. In § 7 wird die Angabe „69 Abs. 5“ durch die Angabe „152 Absatz 5“ ersetzt.

(21) Die Wahlordnung Schwerbehindertenvertretungen in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. April 1990 (BGBl. I S. 811), die durch Artikel 54 des Gesetzes vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1046) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

- 1. In § 1 Absatz 2 Satz 3 wird die Angabe „94 Abs. 6 Satz 4“ durch die Wörter „177 Absatz 6 Satz 4“ ersetzt.
- 2. In § 22 Absatz 3 Satz 1 wird die Angabe „97 Abs. 8“ durch die Angabe „180 Absatz 8“ ersetzt.
- 3. In § 23 wird die Angabe „94 Abs. 1 Satz 3“ durch die Wörter „177 Absatz 1 Satz 3“ ersetzt.
- 4. In § 24 Absatz 2 Satz 2 wird die Angabe „94 Abs. 6 Satz 4“ durch die Wörter „177 Absatz 6 Satz 4“ ersetzt.

(22) In § 3 Absatz 2 des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2975) werden die Wörter „Gemeinsame Servicestellen,“ gestrichen.

## Artikel 20

### Weitere Änderungen zum Jahr 2020

(1) In § 3 Absatz 2 des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2975), das durch Artikel 19 Absatz 22 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird die Angabe „75 Absatz 3“ durch die Angabe „76 Absatz 1“ ersetzt.

(2) Das Sozialgerichtsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 1975 (BGBl. I S. 2535), das zuletzt durch Artikel 19 Absatz 7 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

- 1. In § 10 Absatz 1 Satz 1, § 12 Absatz 5, § 14 Absatz 4, § 31 Absatz 1 Satz 1, § 46 Absatz 4 und in § 51 Absatz 1 Nummer 6a werden nach den Wörtern „Angelegenheiten der Sozialhilfe“ jeweils die Wörter „einschließlich der Angelegenheiten nach Teil 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch“ eingefügt.
- 2. In § 13 Absatz 4 werden nach den Wörtern „der Sozialhilfe“ die Wörter „einschließlich der Angelegenheiten nach Teil 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch“ eingefügt.
- 3. In § 29 Absatz 2 Nummer 1 wird die Angabe „80“ durch die Angabe „81“ ersetzt.
- 4. In § 75 Absatz 2 und 5 sowie in § 197a Absatz 3 werden nach den Wörtern „Träger der Sozialhilfe“ die Wörter „einschließlich der Leistungen nach Teil 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch“ eingefügt.

(3) § 193 Absatz 3 Nummer 4 des Versicherungsvertragsgesetzes vom 23. November 2007 (BGBl. I S. 2631), das zuletzt durch Artikel 15 des Gesetzes vom 19. Februar 2016 (BGBl. I S. 254) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

- „4. Empfänger laufender Leistungen nach dem Dritten, Vierten und Siebten Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch und Empfänger von Leistungen nach Teil 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch sind für die Dauer dieses Leistungsbezugs und während Zeiten einer Unterbrechung des Leistungsbezugs von weniger als einem Monat, wenn der Leistungsbezug vor dem 1. Januar 2009 begonnen hat.“

(4) Das Zweite Gesetz über die Krankenversicherung der Landwirte vom 20. Dezember 1988 (BGBl. I S. 2477, 2557), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 21. Dezember 2015 (BGBl. I S. 2557) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 2 Absatz 6a Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Satz 1 gilt entsprechend für Empfänger von Leistungen nach dem Dritten, Vierten und Siebten Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch, für Empfänger von Leistungen nach Teil 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch und für Empfänger laufender Leistungen nach § 2 des Asylbewerberleistungsgesetzes.“

2. § 24 Absatz 1 Nummer 8 wird wie folgt gefasst:

„8. mit Ablauf des Vortages, an dem ein anderweitiger Anspruch auf Absicherung im Krankheitsfall begründet wird oder der Wohnsitz oder gewöhnliche Aufenthalt in einen anderen Staat verlegt wird, bei Versicherungspflichtigen nach § 2 Absatz 1 Nummer 7; dies gilt nicht für Mitglieder, die Empfänger von Leistungen nach dem Dritten, Vierten und Siebten Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch oder Empfänger von Leistungen nach Teil 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch sind.“

(5) Dem § 15 des Wohn- und Betreuungsvertragsgesetzes vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2319), das durch Artikel 2 des Gesetzes vom 19. Februar 2016 (BGBl. I S. 254) geändert worden ist, wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) In Verträgen mit Verbrauchern, die Leistungen nach Teil 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch in Anspruch nehmen, müssen die Vereinbarungen den aufgrund des Teils 2 Kapitel 8 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch getroffenen Regelungen entsprechen. Absatz 1 Satz 2 ist entsprechend anzuwenden.“

(6) In § 2 Absatz 1 des Asylbewerberleistungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. August 1997 (BGBl. I S. 2022), das zuletzt durch Artikel 8 Absatz 4 des Gesetzes vom 31. Juli 2016 (BGBl. I S. 1939) geändert worden ist, wird nach der Angabe „6 bis 7“ das Wort „ist“ durch das Wort „sind“ ersetzt und werden nach den Wörtern „das Zwölfte Buch Sozialgesetzbuch“ die Wörter „und Teil 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch“ eingefügt.

(7) § 4 Satz 1 Nummer 16 Buchstabe l des Umsatzsteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Februar 2005 (BGBl. I S. 386), das zuletzt durch Artikel 17 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

„l) Einrichtungen, bei denen im vorangegangenen Kalenderjahr die Betreuungs- oder Pflegekosten in mindestens 25 Prozent der Fälle von den gesetzlichen Trägern der Sozialversicherung, den Trägern der Sozialhilfe, den Trägern der Eingliederungshilfe nach § 94 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch oder der für die Durchführung der Kriegsopferversorgung zuständigen Versorgungsverwaltung einschließlich der Träger der Kriegsopferfürsorge ganz oder zum überwiegenden Teil vergütet worden sind,“.

## Artikel 21

### Änderung der Eingliederungshilfe-Verordnung

Die Eingliederungshilfe-Verordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Februar 1975 (BGBl. I S. 433), die zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 27. Dezember 2003 (BGBl. I S. 3022) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 6 wird die Angabe „26“ durch die Angabe „42“ ersetzt.

2. In § 8 Absatz 1 wird die Angabe „33 und 55“ durch die Angabe „49 und 76“ ersetzt.

3. § 9 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 wird die Angabe „26, 33 und 55“ durch die Angabe „42, 49 und 76“ ersetzt.

b) In Absatz 3 wird die Angabe „26, 33 und 55“ durch die Angabe „42, 49 und 76“ ersetzt.

4. In § 10 Absatz 1 wird die Angabe „26, 33 und 55“ durch die Angabe „42, 49 und 76“ ersetzt.
5. In § 13a Satz 1 wird die Angabe „33 und 41“ durch die Angabe „49 und 58“ ersetzt.
6. In § 17 Absatz 1 Satz 1 wird die Angabe „33 und 41“ durch die Angabe „49 und 58“ ersetzt.

## Artikel 22

### Änderung der Werkstätten-Mitwirkungsverordnung

Die Werkstätten-Mitwirkungsverordnung vom 25. Juni 2001 (BGBl. I S. 1297), die zuletzt durch Artikel 19 Absatz 18 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht werden nach der Angabe zu § 39 die folgenden Angaben zum Abschnitt 4a eingefügt:

„Abschnitt 4a

#### Frauenbeauftragte und Stellvertreterinnen

§ 39a Aufgaben und Rechtsstellung

§ 39b Wahlen und Amtszeit

§ 39c Vorzeitiges Ausscheiden“.

2. § 1 Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Diese Verordnung gilt für die Mitbestimmung und die Mitwirkung der in § 138 Absatz 1 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch genannten Menschen mit Behinderungen (Werkstattbeschäftigte) in Werkstattangelegenheiten und die Interessenvertretung der in Werkstätten beschäftigten behinderten Frauen durch Frauenbeauftragte.“

3. § 3 Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Der Werkstattrat besteht in Werkstätten mit in der Regel

1. bis zu 200 Wahlberechtigten aus drei Mitgliedern,
2. 201 bis 400 Wahlberechtigten aus fünf Mitgliedern,
3. 401 bis 700 Wahlberechtigten aus sieben Mitgliedern,
4. 701 bis 1 000 Wahlberechtigten aus neun Mitgliedern,
5. 1 001 bis 1 500 Wahlberechtigten aus elf Mitgliedern und
6. mehr als 1 500 Wahlberechtigten aus 13 Mitgliedern.“

4. § 5 wird wie folgt gefasst:

„§ 5

#### Mitwirkung und Mitbestimmung

(1) Der Werkstattrat hat in folgenden Angelegenheiten ein Mitwirkungsrecht:

1. Darstellung und Verwendung des Arbeitsergebnisses, insbesondere Höhe der Grund- und Steigerungsbeträge, unter Darlegung der dafür maßgeblichen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse auch in leichter Sprache,

2. Regelungen über die Verhütung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten sowie über den Gesundheitsschutz im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften oder der Unfallverhütungsvorschriften,
3. Weiterentwicklung der Persönlichkeit und Förderung des Übergangs auf den allgemeinen Arbeitsmarkt,
4. Gestaltung von Arbeitsplätzen, Arbeitskleidung, Arbeitsablauf und Arbeitsumgebung, Einführung neuer Arbeitsverfahren,
5. dauerhafte Umsetzung Beschäftigter im Arbeitsbereich auf einen anderen Arbeitsplatz, wenn die Betroffenen eine Mitwirkung des Werkstattrates wünschen,
6. Planung von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie neuer technischer Anlagen, Einschränkung, Stilllegung oder Verlegung der Werkstatt oder wesentlicher Teile der Werkstatt, grundlegende Änderungen der Werkstattorganisation und des Werkstattzwecks.

(2) Der Werkstattrat hat in folgenden Angelegenheiten ein Mitbestimmungsrecht:

1. Ordnung und Verhalten der Werkstattbeschäftigten im Arbeitsbereich einschließlich Aufstellung und Änderung einer Werkstattordnung,
2. Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit, Pausen, Zeiten für die Erhaltung und Erhöhung der Leistungsfähigkeit und zur Weiterentwicklung der Persönlichkeit, Verteilung der Arbeitszeit auf die einzelnen Wochentage und die damit zusammenhängende Regelung des Fahrdienstes, vorübergehende Verkürzung oder Verlängerung der üblichen Arbeitszeit,
3. Arbeitsentgelte, insbesondere Aufstellung und Änderung von Entlohnungsgrundsätzen, Festsetzung der Steigerungsbeträge und vergleichbarer leistungsbezogener Entgelte, Zeit, Ort und Art der Auszahlung sowie Gestaltung der Arbeitsentgeltbescheinigungen,
4. Grundsätze für den Urlaubsplan,
5. Verpflegung,
6. Einführung und Anwendung technischer Einrichtungen, die dazu bestimmt sind, das Verhalten oder die Leistung der Werkstattbeschäftigten zu überwachen,
7. Grundsätze für die Fort- und Weiterbildung,
8. Gestaltung von Sanitär- und Aufenthaltsräumen und
9. soziale Aktivitäten der Werkstattbeschäftigten.

(3) Die Werkstatt hat den Werkstattrat in den Angelegenheiten, in denen er ein Mitwirkungsrecht oder ein Mitbestimmungsrecht hat, vor Durchführung der Maßnahme rechtzeitig, umfassend und in angemessener Weise zu unterrichten und anzuhören. Beide Seiten haben auf ein Einvernehmen hinzuwirken. Lässt sich Einvernehmen nicht herstellen, kann jede Seite die Vermittlungsstelle anrufen.

(4) In Angelegenheiten der Mitwirkung nach Absatz 1 entscheidet die Werkstatt unter Berücksichtigung des Einigungsvorschlages endgültig.

(5) Kommt in Angelegenheiten der Mitbestimmung nach Absatz 2 keine Einigung zustande und handelt es sich nicht um Angelegenheiten, die nur einheitlich für Arbeitnehmer und Werkstattbeschäftigte geregelt werden können und die Gegenstand einer Vereinbarung mit dem Betriebs- oder Personalrat oder einer sonstigen Mitarbeitervertretung sind oder sein sollen, entscheidet die Vermittlungsstelle endgültig.

(6) Soweit Angelegenheiten im Sinne von Absatz 1 oder 2 nur einheitlich für Arbeitnehmer und Werkstattbeschäftigte geregelt werden können und soweit sie Gegenstand einer Vereinbarung mit dem Betriebs- oder Personalrat oder einer sonstigen Mitarbeitervertretung sind oder sein sollen, haben die Beteiligten auf eine einvernehmliche Regelung hinzuwirken. Die ergänzende Vereinbarung besonderer behindertenspezifischer Regelungen zwischen Werkstattrat und Werkstatt bleiben unberührt. Unberührt bleiben auch weitergehende, einvernehmlich vereinbarte Formen der Beteiligung in den Angelegenheiten des Absatzes 1.“

5. § 6 wird wie folgt geändert:
  - a) Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Die Vermittlungsstelle hat unverzüglich tätig zu werden.“
  - b) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Der Einigungsvorschlag der Vermittlungsstelle ersetzt in den Angelegenheiten nach § 5 Absatz 1 sowie in den Angelegenheiten nach § 5 Absatz 2, die nur einheitlich für Arbeitnehmer und Werkstattbeschäftigte geregelt werden können, nicht die Entscheidung der Werkstatt. Bis dahin ist die Durchführung der Maßnahme auszusetzen. Das gilt auch in den Fällen des § 5 Absatz 5 und 6. Fasst die Vermittlungsstelle in den Angelegenheiten nach § 5 Absatz 1 innerhalb von zwölf Tagen keinen Beschluss für einen Einigungsvorschlag, gilt die Entscheidung der Werkstatt.“
6. Dem § 13 Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:

„Dem Wahlvorstand muss mindestens eine wahlberechtigte Frau angehören.“
7. In § 32 Absatz 2 Satz 2 werden nach dem Wort „Werkstattrats“ die Wörter „und die Frauenbeauftragte“ eingefügt.
8. § 37 wird wie folgt geändert:
  - a) In Absatz 3 Satz 3 wird der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt und werden die folgenden Wörter angefügt:

„in Werkstätten mit mehr als 700 Wahlberechtigten auch die Stellvertretung.“
  - b) In Absatz 4 Satz 2 werden die Wörter „zehn Tage“ durch die Angabe „15 Tage“ ersetzt.
9. § 39 wird wie folgt geändert:
  - a) Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Das Gleiche gilt für die Kosten, die durch die Teilnahme an Schulungs- und Bildungsveranstaltungen nach § 37 Absatz 4 oder durch die Interessenvertretung auf Bundes- oder Landesebene entstehen.“
  - b) In Absatz 3 Satz 1 werden die Wörter „aus dem Fachpersonal“ gestrichen.
10. Nach § 39 wird folgender Abschnitt 4a eingefügt:

„Abschnitt 4a

Frauenbeauftragte und Stellvertreterinnen

§ 39a

Aufgaben und Rechtsstellung

(1) Die Frauenbeauftragte vertritt die Interessen der in der Werkstatt beschäftigten behinderten Frauen gegenüber der Werkstattleitung, insbesondere in den Bereichen Gleichstellung von Frauen und Männern, Vereinbarkeit von Familie und Beschäftigung sowie Schutz vor körperlicher, sexueller und psychischer Belästigung oder Gewalt. Werkstattleitung und Frauenbeauftragte sollen in der Regel einmal im Monat zu einer Besprechung zusammentreten.

(2) Über Maßnahmen, die Auswirkungen in den in Absatz 1 genannten Bereichen haben können, unterrichtet die Werkstattleitung die Frauenbeauftragte rechtzeitig, umfassend und in angemessener Weise. Beide Seiten erörtern diese Maßnahmen mit dem Ziel des Einvernehmens. Lässt sich ein Einvernehmen nicht herstellen, kann jede Seite die Vermittlungsstelle anrufen. Die Werkstatt entscheidet unter Berücksichtigung des Einigungsvorschlages endgültig.

(3) Die Frauenbeauftragte hat das Recht, an den Sitzungen des Werkstattrates und an den Werkstattversammlungen (§ 9) teilzunehmen und dort zu sprechen.

(4) Die Stellvertreterinnen vertreten die Frauenbeauftragte im Verhinderungsfall. Darüber hinaus kann die Frauenbeauftragte ihre Stellvertreterinnen zu bestimmten Aufgaben heranziehen.

(5) Die Frauenbeauftragte und ihre Stellvertreterinnen sind von ihrer Tätigkeit ohne Minderung des Arbeitsentgeltes zu befreien, wenn und soweit es zur Durchführung ihrer Aufgaben erforderlich ist. Die Tätigkeit steht der Werkstattbeschäftigung gleich. In Werkstätten mit mehr als 200 wahlberechtigten Frauen ist die Frauenbeauftragte auf Verlangen von der Tätigkeit freizustellen, in Werkstätten mit mehr als 700 wahlberechtigten Frauen auch die erste Stellvertreterin. Die Befreiung nach den Sätzen 1 und 3 erstreckt sich nicht auf Maßnahmen nach § 5 Absatz 3 der Werkstättenverordnung. Im Übrigen gelten § 37 Absatz 1 und 2, 4 bis 6 sowie die §§ 38 und 39 für die Frauenbeauftragte und die Stellvertreterinnen entsprechend.

### § 39b

#### Wahlen und Amtszeit

(1) Die Wahlen der Frauenbeauftragten und der Stellvertreterinnen sollen zusammen mit den Wahlen zum Werkstattrat stattfinden. Wahlberechtigt sind alle Frauen, die auch zum Werkstattrat wählen dürfen (§ 10). Wählbar sind alle Frauen, die auch in den Werkstattrat gewählt werden können (§ 11).

(2) Wird zeitgleich der Werkstattrat gewählt, soll der Wahlvorstand für die Wahl des Werkstattrates auch die Wahl der Frauenbeauftragten und ihrer Stellvertreterinnen vorbereiten und durchführen. Anderenfalls beruft die Werkstatt eine Versammlung der wahlberechtigten Frauen ein, in der ein Wahlvorstand und dessen Vorsitzende gewählt werden. Auch drei wahlberechtigte Frauen können zu dieser Versammlung einladen. Für die Vorbereitung und Durchführung der Wahl gelten die §§ 14 bis 28 entsprechend.

(3) Für die Amtszeit der Frauenbeauftragten und ihrer Stellvertreterinnen gilt § 29 entsprechend. Das Amt der Frauenbeauftragten und ihrer Stellvertreterinnen erlischt mit Ablauf der Amtszeit, Niederlegung des Amtes, Ausscheiden aus der Werkstatt, Beendigung des arbeitnehmerähnlichen Rechtsverhältnisses oder erfolgreicher Wahlanfechtung.

### § 39c

#### Vorzeitiges Ausscheiden

(1) Scheidet die Frauenbeauftragte vor dem Ablauf der Amtszeit aus dem Amt aus, wird die erste Stellvertreterin zur Frauenbeauftragten.

(2) Scheidet eine Stellvertreterin vorzeitig aus ihrem Amt aus, rückt die nächste Stellvertreterin beziehungsweise aus der Vorschlagsliste die Bewerberin mit der nächsthöheren Stimmenzahl nach. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

(3) Können die Ämter der Frauenbeauftragten und der Stellvertreterinnen aus der Vorschlagsliste nicht mehr besetzt werden, erfolgt eine außerplanmäßige Wahl der Frauenbeauftragten und der Stellvertreterinnen.

(4) Hat außerhalb des für die regelmäßigen Wahlen festgelegten Zeitraumes eine Wahl zu den Ämtern der Frauenbeauftragten und ihrer Stellvertreterinnen stattgefunden, so sind sie in dem auf die Wahl folgenden nächsten Zeitraum der regelmäßigen Wahlen neu zu wählen. Hat die Amtszeit zu Beginn des für die nächsten regelmäßigen Wahlen festgelegten Zeitraumes noch nicht ein Jahr betragen, sind die Frauenbeauftragte und ihre Stellvertreterinnen in dem übernächsten Zeitraum der regelmäßigen Wahlen neu zu wählen.“

## Artikel 23

### Änderung der Frühförderungsverordnung

Die Frühförderungsverordnung vom 24. Juni 2003 (BGBl. I S. 998) wird wie folgt geändert:

1. In § 1 wird die Angabe „30“ durch die Angabe „46“ ersetzt.
2. § 2 wird wie folgt geändert:
  - a) Satz 1 wird wie folgt geändert:
    - aa) In Nummer 1 wird das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt.
    - bb) In Nummer 2 wird der Punkt am Ende durch das Wort „und“ ersetzt.
    - cc) Folgende Nummer 3 wird angefügt:

„3. weitere Leistungen (§ 6a).“
  - b) Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Die erforderlichen Leistungen werden unter Inanspruchnahme von fachlich geeigneten interdisziplinären Frühförderstellen, von nach Landesrecht zugelassenen Einrichtungen mit vergleichbarem interdisziplinärem Förder-, Behandlungs- und Beratungsspektrum und von sozialpädiatrischen Zentren unter Einbeziehung des sozialen Umfelds der Kinder ausgeführt.“
  - c) Satz 3 wird aufgehoben.
3. § 3 wird wie folgt geändert:
  - a) In Satz 1 werden nach den Wörtern „Interdisziplinäre Frühförderstellen“ die Wörter „oder nach Landesrecht zugelassene Einrichtungen mit vergleichbarem interdisziplinärem Förder-, Behandlungs- und Beratungsspektrum“ eingefügt.
  - b) In Satz 2 werden nach den Wörtern „interdisziplinäre Frühförderstellen“ die Wörter „oder nach Landesrecht zugelassene Einrichtungen mit vergleichbarem interdisziplinärem Förder-, Behandlungs- und Beratungsspektrum“ eingefügt.
4. § 4 wird wie folgt geändert:
  - a) In Satz 2 werden nach den Wörtern „interdisziplinären Frühförderstellen“ die Wörter „oder nach Landesrecht zugelassenen Einrichtungen mit vergleichbarem interdisziplinärem Förder-, Behandlungs- und Beratungsspektrum“ eingefügt.
  - b) Folgender Satz wird angefügt:

„Leistungen durch sozialpädiatrische Zentren werden in der Regel in ambulanter und in begründeten Einzelfällen in mobiler Form oder in Kooperation mit Frühförderstellen erbracht.“
5. § 5 Absatz 1 wird wie folgt geändert:
  - a) Satz 1 wird wie folgt geändert:
    - aa) Im Satzteil vor Nummer 1 wird die Angabe „30“ durch die Angabe „46“ ersetzt.
    - bb) Nummer 3 wird wie folgt gefasst:

„3. medizinisch-therapeutische Leistungen, insbesondere physikalische Therapie, Physiotherapie, Stimm-, Sprech- und Sprachtherapie sowie Ergotherapie, soweit sie auf Grund des Förder- und Behandlungsplans nach § 7 erforderlich sind.“



b) Die folgenden Sätze werden angefügt:

„Die Erbringung von medizinisch-therapeutischen Leistungen im Rahmen der Komplexleistung Frühförderung richtet sich grundsätzlich nicht nach den Vorgaben der Heilmittelrichtlinien des Gemeinsamen Bundesausschusses. Medizinisch-therapeutische Leistungen werden im Rahmen der Komplexleistung Frühförderung nach Maßgabe und auf der Grundlage des Förder- und Behandlungsplans erbracht.“

6. In § 6 wird die Angabe „56“ durch die Angabe „79“ ersetzt.

7. Nach § 6 wird folgender § 6a eingefügt:

„§ 6a

Weitere Leistungen

Weitere Leistungen der Komplexleistung Frühförderung sind insbesondere

1. die Beratung, Unterstützung und Begleitung der Erziehungsberechtigten als medizinisch-therapeutische Leistung nach § 5 Absatz 2,
2. offene, niedrighschwellige Beratungsangebote für Eltern, die ein Entwicklungsrisiko bei ihrem Kind vermuten. Dieses Beratungsangebot soll vor der Einleitung der Eingangsdiagnostik in Anspruch genommen werden können,
3. Leistungen zur Sicherstellung der Interdisziplinarität; diese sind insbesondere:
  - a) Durchführung regelmäßiger interdisziplinärer Team- und Fallbesprechungen, auch der im Wege der Kooperation eingebundenen Mitarbeiter,
  - b) die Dokumentation von Daten und Befunden,
  - c) die Abstimmung und der Austausch mit anderen, das Kind betreuenden Institutionen,
  - d) Fortbildung und Supervision,
4. mobil aufsuchende Hilfen für die Erbringung heilpädagogischer und medizinisch-therapeutischer Leistungen außerhalb von interdisziplinären Frühförderstellen, nach Landesrecht zugelassenen Einrichtungen mit vergleichbarem interdisziplinärem Förder-, Behandlungs- und Beratungsspektrum und sozialpädiatrischen Zentren.

Für die mobile Form der Frühförderung kann es sowohl fachliche als auch organisatorische Gründe geben, etwa unzumutbare Anfahrtswege in ländlichen Gegenden. Eine medizinische Indikation ist somit nicht die notwendige Voraussetzung für die mobile Erbringung der Komplexleistung Frühförderung.“

8. § 7 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 1 werden nach den Wörtern „Die interdisziplinären Frühförderstellen“ die Wörter „, nach Landesrecht zugelassene Einrichtungen mit vergleichbarem interdisziplinärem Förder-, Behandlungs- und Beratungsspektrum“ und nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

b) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„(2) Im Förder- und Behandlungsplan sind die benötigten Leistungskomponenten zu benennen, und es ist zu begründen, warum diese in der besonderen Form der Komplexleistung nur interdisziplinär erbracht werden können.“

c) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3.

9. § 8 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 2 werden nach den Wörtern „interdisziplinärer Frühförderstellen“ die Wörter „sowie der nach Landesrecht zugelassenen Einrichtungen mit vergleichbarem interdisziplinärem Förder-, Behandlungs- und Beratungsspektrum“ eingefügt.
- b) In Absatz 4 Satz 1 werden nach den Wörtern „Interdisziplinäre Frühförderstellen“ die Wörter „, nach Landesrecht zugelassene Einrichtungen mit vergleichbarem interdisziplinärem Förder-, Behandlungs- und Beratungsspektrum“ eingefügt.

10. § 9 wird wie folgt gefasst:

#### „§ 9

#### Teilung der Kosten der Komplexleistung

Die Übernahme oder Teilung der Kosten zwischen den beteiligten Rehabilitationsträgern für die nach den §§ 5, 6 und 6a zu erbringenden Leistungen werden nach § 46 Absatz 5 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch geregelt.“

### Artikel 24

#### Änderung der Aufwendererstattungs-Verordnung

Die Aufwendererstattungs-Verordnung vom 11. Juli 1975 (BGBl. I S. 1896), die zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2959) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 1 werden die Absätze 1 und 2 wie folgt gefasst:

„(1) In den Fällen des § 1 Satz 1 Nummer 2 Buchstabe a und des § 162 Nummer 2 und 2a des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch werden den Trägern der Einrichtungen, den anderen Leistungsanbietern nach § 60 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch und den Trägern der Inklusionsbetriebe die nach § 179 Absatz 1 Satz 1 und 3 des Sechsten Buches entstandenen Aufwendungen für Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung von den Ländern erstattet. Zuständig für die Erstattung ist jeweils das Land, in dem die Einrichtung, der andere Leistungsanbieter nach § 60 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch oder der Inklusionsbetrieb liegt.

(2) Der Bund erstattet den Ländern den Betrag, den diese an die Träger der Einrichtungen, die anderen Leistungsanbieter nach § 60 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch oder die Träger der Inklusionsbetriebe gezahlt haben.“

2. § 3 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 werden nach dem Wort „Einrichtungen“ die Wörter „und der anderen Leistungsanbieter nach § 60 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch“ eingefügt.
- b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
  - aa) In Satz 1 werden nach dem Wort „Einrichtungen“ die Wörter „, an die anderen Leistungsanbieter nach § 60 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch“ eingefügt und wird das Wort „Integrationsprojekte“ durch das Wort „Inklusionsbetriebe“ ersetzt.
  - bb) In Satz 3 werden nach dem Wort „Einrichtung“ die Wörter „, der andere Leistungsanbieter nach § 60 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch“ eingefügt und werden die Wörter „des Integrationsprojekts“ durch die Wörter „Träger des Inklusionsbetriebs“ ersetzt.

c) Absatz 3 Satz 1 wird durch die folgenden Sätze ersetzt:

„Wird eine Einrichtung anerkannt oder nimmt ein anderer Leistungsanbieter nach § 60 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch oder ein Inklusionsbetrieb seine Tätigkeit auf und liegt noch keine Abrechnung vor, so werden die Abschläge wie folgt ermittelt: Der Träger der Einrichtung, der andere Leistungsanbieter nach § 60 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch oder der Träger des Inklusionsbetriebs meldet der nach Landesrecht zuständigen Stelle die Zahl der im Zeitpunkt der Anerkennung oder der Aufnahme der Tätigkeit beschäftigten Menschen mit Behinderungen.“

d) In Absatz 5 wird das Wort „Integrationsprojekte“ durch das Wort „Inklusionsbetriebe“ ersetzt.

3. In § 4 Absatz 1 Satz 1 werden nach dem Wort „Einrichtungen“ die Wörter „, den anderen Leistungsanbietern nach § 60 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch“ eingefügt und wird das Wort „Integrationsprojekte“ durch das Wort „Inklusionsbetriebe“ ersetzt.

## Artikel 25

### Bekanntmachungserlaubnis und Umsetzungsunterstützung

(1) Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales kann den Wortlaut des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch in der vom 1. Januar 2020 an geltenden Fassung im Bundesgesetzblatt bekannt machen.

(2) Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales kann im Einvernehmen mit den Ländern die Ausführung der Leistungen nach Artikel 1 Teil 2 untersuchen und die Träger der Eingliederungshilfe bei der Umsetzung der neu eingeführten Regelungen begleiten. Die Erkenntnisse aus der Untersuchung und der Umsetzungsbegleitung sollen ab dem 1. Januar 2020 mit den Erkenntnissen der Evidenzbeobachtung in der Eingliederungshilfe zusammengeführt werden. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales kann im Benehmen mit den Ländern Dritte mit der Untersuchung und der Umsetzungsunterstützung beauftragen.

## Artikel 26

### Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich der Absätze 2 bis 4 am 1. Januar 2018 in Kraft. Gleichzeitig treten das Neunte Buch Sozialgesetzbuch – Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen – (Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Juni 2001, BGBl. I S. 1046, 1047), das zuletzt durch Artikel 2 dieses Gesetzes geändert worden ist, und die Budgetverordnung vom 27. Mai 2004 (BGBl. I S. 1055) außer Kraft.

(2) Die Artikel 2, 18, 22 und 25 Absatz 2 treten am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(3) Die Artikel 11 und 16 treten am 1. Januar 2017 in Kraft.

(4) Am 1. Januar 2020 treten in Kraft:

1. in Artikel 1 Teil 2 die Kapitel 1 bis 7 sowie 9 bis 11 mit Ausnahme von § 99 Absatz 5 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch,
2. Artikel 10 Nummer 3,
3. die Artikel 13, 15 und 20.

Gleichzeitig tritt die Eingliederungshilfe-Verordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Februar 1975 (BGBl. I S. 433), die zuletzt durch Artikel 21 dieses Gesetzes geändert worden ist, außer Kraft.

## Begründung

### A. Allgemeiner Teil

#### I. Zielsetzung und Notwendigkeit der Regelungen

##### I.1 UN-BRK

Am 26. März 2009 ist das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-Behindertenrechtskonvention – UN-BRK) in Deutschland in Kraft getreten. Die UN-BRK ist seither geltendes Recht und eine wichtige Leitlinie für die Behindertenpolitik in Deutschland. Bund, Länder und Kommunen sowie die Sozialversicherung und andere Institutionen arbeiten ständig an der Weiterentwicklung der gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. Mit der Ratifikation der UN-BRK hat sich die Bundesrepublik Deutschland dazu bekannt, das deutsche Recht grundsätzlich in Übereinstimmung mit diesem Menschenrechtsübereinkommen weiterzuentwickeln.

Hinsichtlich der Umsetzung der UN-BRK hat Deutschland schon viel erreicht. Es gibt zahlreiche Gesetze, Regelungen, Maßnahmen und Projekte auf Bundes-, Landes und kommunaler Ebene, die das Recht auf selbstbestimmtes Leben, Teilhabe und Inklusion von Menschen mit Behinderungen ermöglichen und fördern. Schon lange vor der Ratifizierung der UN-BRK wurde mit der Aufnahme des Benachteiligungsverbots in Artikel 3 Absatz 3 Grundgesetz (GG) im Jahr 1994 der grundlegende Wandel in der Behindertenpolitik verfassungsmäßig manifestiert. Die nächsten Schritte auf Bundesebene waren 2001 ein eigenes Gesetzbuch für die Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen – das Neunte Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) und die Verabschiedung des Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG). Das BGG soll im Sinne der UN-BRK weiterentwickelt werden. 2006 trat das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) in Kraft. Es schützt Menschen im Arbeitsleben und Zivilrechtsverkehr vor Diskriminierungen nicht nur auf Grund einer Behinderung, sondern auch aufgrund der Rasse oder der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, des Alters oder der sexuellen Identität. Der Nationale Aktionsplan der Bundesregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (NAP), die derzeit in Arbeit befindliche Weiterentwicklung des Nationalen Aktionsplans (NAP 2.0), die Aktionspläne, Maßnahmen und Leistungen der Länder und Kommunen sowie anderer staatlicher und privater Organisationen helfen bei der Umsetzung der UN-BRK in der Praxis.

In der Behindertenpolitik des 21. Jahrhunderts in Deutschland geht es nicht nur um ein gut ausgebautes Leistungssystem, sondern vielmehr um die Verwirklichung von Menschenrechten durch gleichberechtigte Teilhabe am politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben. Es geht um Inklusion und Chancengleichheit in der Bildung, um berufliche Integration und um die gesamtgesellschaftliche Aufgabe, allen Bürgerinnen und Bürgern ein selbstbestimmtes Leben in einer barrierefreien Gesellschaft zu ermöglichen und Diskriminierungen abzubauen. Vor diesem Hintergrund hat der Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen bei den Vereinten Nationen der Bundesrepublik Deutschland in seinen „Abschließenden Bemerkungen über den ersten Staatenbericht Deutschlands“ vom 13. Mai 2015 eine Vielzahl von Handlungsempfehlungen zur weiteren Umsetzung der UN-BRK gegeben. So soll die Bundesrepublik Deutschland unter anderem

- die gesetzliche Definition von Behinderung mit den allgemeinen Grundsätzen und Bestimmungen der UN-BRK in Einklang bringen,
- ausreichende Finanzmittel verfügbar machen, um die Deinstitutionalisierung und selbstbestimmtes Leben zu fördern,
- die Voraussetzungen für einen inklusiven Arbeitsmarkt schaffen,
- eine Prüfung des Umfangs vornehmen, in dem Menschen mit Behinderungen ihr persönliches Einkommen verwenden, um ihre Bedarfe zu decken und selbstbestimmt zu leben und

- Menschen mit Behinderungen soziale Dienstleistungen zur Verfügung stellen, die ihnen Inklusion, Selbstbestimmung und die Entscheidung, in der Gemeinschaft zu leben, ermöglichen.

Ein wesentliches Recht, das die UN-BRK präzisiert, ist das Recht auf Zugang zur Arbeitswelt. Arbeit zu finden und den Arbeitsplatz sowie die Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten, sind wichtige Voraussetzungen für eine gleichberechtigte Teilhabe behinderter Menschen am Leben in der Gesellschaft. Die Teilhabe am Arbeitsleben gehört daher zu den Kernbereichen der Politik der Bundesregierung für Menschen mit Behinderungen und ist ein zentrales Handlungsfeld des Nationalen Aktionsplans der Bundesregierung zur Umsetzung der UN-BRK.

Ein Blick auf die Beschäftigungssituation der schwerbehinderten Menschen zeigt eine insgesamt positive Entwicklung in den vergangenen Jahren. Die Zahl der bei beschäftigungspflichtigen Arbeitgebern beschäftigten schwerbehinderten Menschen steigt stetig auf zuletzt rund 1,1 Millionen in 2012. Auch die Beschäftigungsquote steigt. Sie lag 2013 bei 4,7 Prozent. Die Zielmarke von 5 Prozent ist damit noch nicht erreicht, aber die Tendenz ist ansteigend. Das zeigt, dass sich das aktuelle System von Beschäftigungspflicht und Ausgleichsabgabe grundsätzlich bewährt hat, so dass Änderungen insoweit nicht erforderlich sind. Gleichwohl ist festzustellen, dass schwerbehinderte Menschen auf Jobsuche nicht in gleichem Umfang wie nicht schwerbehinderte Menschen von der anhaltend guten Arbeitsmarktlage profitiert haben. Die Zahl der arbeitslosen schwerbehinderten Menschen ist im Jahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr um ein Prozent angestiegen, während die allgemeine Arbeitslosigkeit in diesem Zeitraum um zwei Prozent zurückgegangen ist.

Auch die Spitzenverbände der Wirtschaft (Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Deutscher Industrie- und Handelskammertag, Zentralverband des Deutschen Handwerks) haben sich in der „Inklusionsinitiative für Ausbildung und Beschäftigung“ dazu bekannt, bei ihren Mitgliedsbetrieben für mehr Beschäftigung schwerbehinderter Menschen zu werben. Durch das von ihnen gestartete Projekt „Wirtschaft Inklusiv“ stehen 15 Inklusionslotsen in acht Projektregionen für Information und Beratung der Betriebe bereit. In den Betrieben sind in erster Linie die Schwerbehindertenvertretungen die Multiplikatoren für den Inklusionsgedanken. Gleichzeitig unterstützen sie die Arbeitgeber, wenn es um die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen geht. Sie entlasten die Arbeitgeber auch, etwa bei Verhandlungen mit den Agenturen für Arbeit oder den Integrationsämtern.

## **I.2 Bund-Länder-Diskussionsprozess zur Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe**

Hinsichtlich der Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe haben Bund und Länder bereits im Vermittlungsverfahren zum Zwölften Buch Sozialgesetzbuch – Sozialhilfe – (SGB XII) im Jahre 2003 die Vereinbarung getroffen, die seit Jahren signifikant steigenden Empfängerzahlen und Kosten in der Eingliederungshilfe gemeinsam aufzuarbeiten und Lösungen zu entwickeln. In einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen“ wurde der Arbeits- und Sozialministerkonferenz (ASMK) 2008 ein erstes Vorschlagspapier für die Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe vorgelegt und von dieser einstimmig gebilligt. 2009 legte die Arbeitsgruppe Eckpunkte für ein Reformgesetz der Eingliederungshilfe vor, die von der ASMK ebenfalls einstimmig zur Kenntnis genommen wurden; gleichzeitig wurde die Bundesregierung aufgefordert, den Entwurf eines Reformgesetzes so rechtzeitig vorzulegen, dass es noch in der seinerzeitigen Legislaturperiode des Bundestages verabschiedet werden kann.

Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe sah die Notwendigkeit einer vertieften Bearbeitung noch klärungsbedürftiger Fragen, die in Begleitprojekten erfolgte. Die Ergebnisse flossen in fortentwickelte Eckpunkte ein, die von der ASMK 2010 mit einstimmigem Beschluss zur Kenntnis genommen wurden. Als zentrale Aussage sprachen die Länder ihre Erwartung aus, dass die Bundesregierung einen Arbeitsentwurf für ein Gesetz so rechtzeitig vorlegt, dass dieses noch in der 17. Legislaturperiode verabschiedet werden kann.

Daraufhin setzte die Bund-Länder-Arbeitsgruppe die Arbeiten fort, indem die Eckpunkte konkretisiert wurden. Die Ergebnisse sind in das „Grundlagenpapier zu den Überlegungen der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen“ der ASMK“ vom 23. August 2012 eingeflossen. Die ASMK 2012 hat mit einstimmigem Beschluss das Grundlagenpapier zur Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe zur Kenntnis genommen und eine Länder-Arbeitsgruppe beauftragt, eine Konzeption für ein Bundesleistungsgesetz unter Einbeziehung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen zur erarbeiten.

Die Länder-Arbeitsgruppe hat daraufhin 2013 einen „Bericht für die ASMK zu einem Bundesleistungsgesetz“ erarbeitet. Dieser enthält neben inhaltlichen Vorschlägen zur strukturellen Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe entsprechend dem Grundlagenpapier u. a. Vorschläge zu verschiedenen Maßnahmen zur Übernahme der

Kosten der Eingliederungshilfe durch den Bund bzw. zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Eingliederungshilfe. Der Bericht wurde von der ASMK 2013 zustimmend zur Kenntnis genommen; der Bund wird einstimmig aufgefordert, umgehend ein „Bundesleistungsgesetz“ zu erarbeiten.

Die ASMK 2014 begrüßt mit Bezug auf den Koalitionsvertrag für die 18. Legislaturperiode mit einstimmigem Beschluss, dass der Bund die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen aus dem Fürsorgesystem herauslösen will und „sich mit mindestens 5 Mrd. Euro netto pro Jahr an den Kosten der reformierten Eingliederungshilfe beteiligen wird.“ Der Bund wird erneut aufgefordert, einen Gesetzentwurf zu erarbeiten, der spätestens im Sommer 2016 von Bundestag und Bundesrat verabschiedet werden kann. In Bezug auf den Inhalt fordert der Beschluss im Wesentlichen, dass der Gesetzentwurf dem „Bericht für die ASMK zu einem Bundesleistungsgesetz“ der Länderarbeitsgruppe und dem Grundlagenpapier entspricht.

Zuletzt hat die 92. ASMK am 18./19. November 2015 einstimmig das Vorhaben der Bundesregierung begrüßt, die Grundlagen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen durch ein neues Bundesteilhabegesetz zu reformieren.

### **I.3 Koalitionsvertrag für die 18. Legislaturperiode**

Die Koalitionsparteien CDU, CSU und SPD haben sich im Koalitionsvertrag für die 18. Legislaturperiode darauf verständigt, die Integration von Menschen mit Behinderungen in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu begleiten und so die Beschäftigungssituation nachhaltig zu verbessern. Der Übergang zwischen Werkstätten für Menschen mit Behinderungen und dem ersten Arbeitsmarkt sollen erleichtert, Rückkehrrechte garantiert und die Erfahrungen mit dem „Budget für Arbeit“ einbezogen werden.

Die Leistungen an Menschen, die aufgrund einer wesentlichen Behinderung nur eingeschränkte Möglichkeiten der Teilhabe am Leben der Gesellschaft haben, sollen aus dem bisherigen „Fürsorgesystem“ herausgeführt und die Eingliederungshilfe zu einem modernen Teilhaberecht weiterentwickelt werden. Die Leistungen sollen sich am persönlichen Bedarf orientieren und entsprechend eines bundeseinheitlichen Verfahrens personenbezogen ermittelt werden. Leistungen sollen nicht länger institutionszentriert, sondern personenzentriert bereitgestellt werden. Dabei soll die Einführung eines Bundesteilhabegeldes geprüft werden. Die Neuorganisation der Ausgestaltung der Teilhabe zugunsten der Menschen mit Behinderungen soll so geregelt werden, dass keine neue Ausgabendynamik entsteht.

Bezüglich der im Koalitionsvertrag zudem zugesagten Entlastung der Kommunen um 5 Milliarden Euro jährlich ab 2018 haben sich Bund und Länder am 16. Juni 2016 darauf verständigt, dass zur Umsetzung der Entlastung der Umsatzsteueranteil der Gemeinden, die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft sowie der Umsatzsteueranteil der Länder erhöht werden sollen.

### **I.4 Arbeitsgruppe Bundesteilhabegesetz**

Die Inhalte dieses Gesetzes wurden in einem breit angelegten Beteiligungsprozess vorab mit den Betroffenen und Institutionen erörtert. Zu diesem Zweck hat die Bundesministerin für Arbeit und Soziales die hochrangige „Arbeitsgruppe Bundesteilhabegesetz“ eingesetzt. Nach dem Grundsatz der Selbstvertretung der Menschen mit Behinderungen „Nichts über uns ohne uns“, der auch Eingang in den Koalitionsvertrag für die 18. Legislaturperiode gefunden hat, stellten die Menschen mit Behinderungen und ihre Verbände die größte Anzahl an Mitgliedern in der Arbeitsgruppe. Die Arbeitsgruppe hat im Zeitraum Juli 2014 bis April 2015 in insgesamt neun Sitzungen die möglichen Reformthemen und -ziele eines Bundesteilhabegesetzes besprochen und die Kernpunkte der Reform erörtert und abgewogen. Zur Erarbeitung eines konsentierten Zahlenfundaments für die finanzwirksamen Reformelemente hat die Arbeitsgruppe eine Unterarbeitsgruppe Statistik und Quantifizierung eingesetzt, um eine erste Abschätzung finanzieller Auswirkungen zu bekommen. In der Gesetzesfolgenabschätzung dieses Gesetzes wurde auf Ergebnisse dieser Unterarbeitsgruppe zurückgegriffen, soweit es möglich war. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe Bundesteilhabegesetz und der Unterarbeitsgruppe Statistik und Quantifizierung sind im Internet unter [www.gemeinsam-einfach-machen.de](http://www.gemeinsam-einfach-machen.de) veröffentlicht.

### **I.5 Ziele des Gesetzes**

Folgende Ziele sollen im Lichte der UN-BRK mit dem Gesetz verwirklicht werden:

- Dem neuen gesellschaftlichen Verständnis nach einer inklusiven Gesellschaft im Lichte der UN-BRK soll durch einen neu gefassten Behinderungsbegriff Rechnung getragen werden.
- Leistungen sollen wie aus einer Hand erbracht und zeitintensive Zuständigkeitskonflikte der Träger untereinander sowie Doppelbegutachtungen zulasten der Menschen mit Behinderungen vermieden werden.
- Die Position der Menschen mit Behinderungen soll im Verhältnis zu den Rehabilitationsträgern und den Leistungserbringern durch eine ergänzende unabhängige Teilhabeberatung gestärkt werden.
- Die Anreize zur Aufnahme einer Tätigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt sollen auf persönlicher und institutioneller Ebene verbessert werden.
- Die Möglichkeiten einer individuellen und den persönlichen Wünschen entsprechenden Lebensplanung und -gestaltung sollen unter Berücksichtigung des Sozialraumes bei den Leistungen zur Sozialen Teilhabe gestärkt werden.
- Die Leistungen zur Teilhabe an Bildung sollen insbesondere im Hinblick auf studierende Menschen mit Behinderungen verbessert werden.
- Die Zusammenarbeit der unter dem Dach der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (BAR) befindlichen Rehabilitationsträger und die Transparenz des Rehabilitationsgeschehens soll verbessert werden.
- Das Recht der Eingliederungshilfe soll zu einem modernen Teilhaberecht weiterentwickelt werden, in dessen Mittelpunkt der Mensch mit seinen behinderungsspezifischen Bedarfen steht. Gleichzeitig soll keine neue Ausgabendynamik entstehen und die bestehende durch Verbesserungen in der Steuerungsfähigkeit der Eingliederungshilfe gebremst werden.
- Im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch – Grundsicherung für Arbeitsuchende – (SGB II) und im Sechsten Buch Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Rentenversicherung – (SGB VI) sollen präventive Maßnahmen ergriffen und neue Wege erprobt werden, um die Erwerbsfähigkeit von Menschen mit (drohenden) Behinderungen zu erhalten und so Übergänge in die Eingliederungshilfe zu reduzieren.
- Im Schwerbehindertenrecht sollen das ehrenamtliche Engagement der Schwerbehindertenvertretungen gestärkt, Mitwirkungsmöglichkeiten von Menschen mit Behinderungen in Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) verbessert und die besonders schweren Beeinträchtigungen von taubblinden Menschen berücksichtigt werden.

## **II. Wesentlicher Inhalt des Entwurfs**

Schwerpunkt dieses Gesetzes ist die Neufassung des SGB IX. Das SGB IX hat künftig die folgende Struktur:

- Im SGB IX, Teil 1 ist das für alle Rehabilitationsträger geltende Rehabilitations- und Teilhaberecht zusammengefasst. Dieses allgemeine Recht wird durch zum Teil abweichungsfest ausgestaltete Regelungen im Sinne von Artikel 84 Absatz 1 Satz 5 GG innerhalb des SGB IX gestärkt.
- Im SGB IX, Teil 2 wird die aus dem SGB XII herausgelöste und reformierte Eingliederungshilfe als „Besondere Leistungen zur selbstbestimmten Lebensführung für Menschen mit Behinderungen“ geregelt. Das SGB IX wird insoweit zu einem Leistungsgesetz aufgewertet.
- Im SGB IX, Teil 3 steht künftig das weiterentwickelte Schwerbehindertenrecht, das derzeit im Teil 2 des SGB IX geregelt ist.

Dabei werden insbesondere die folgenden Inhalte umgesetzt:

## II.1 Weiterentwicklung SGB IX, Teil 1

Das SGB IX, Teil 1 ist das Ergebnis einer fast drei Jahrzehnte währenden Diskussion über ein einheitliches Rehabilitationsrecht für Menschen mit Behinderungen. Im Fokus stand dabei immer die Frage, ob für Rehabilitationsleistungen ein neuer und eigenständiger Sozialleistungszweig mit einem eigenständigen Leistungsträger geschaffen oder das bestehende, über alle Sozialleistungsgebiete ausstrahlende Behindertenrecht, besser koordiniert und übersichtlicher ausgestaltet werden sollte. Der Gesetzgeber hat sich dazu entschieden, an dem gegliederten System festzuhalten. Er hat aber Vorkehrungen und Instrumente geschaffen, die Nachteile des gegliederten Systems zu reduzieren bzw. zu beseitigen. Koordination und Kooperation der Rehabilitationsträger und Konvergenz der Teilhabe- und Rehabilitationsleistungen sind Kernziele und Kernelemente des SGB IX. Das SGB IX verpflichtet die Rehabilitationsträger auf gemeinsame Ziele und Instrumente.

Die vergangenen 15 Jahre seit Inkrafttreten des SGB IX haben aber gezeigt, dass Koordination, Kooperation und Konvergenz nicht im ursprünglich gewünschten und erwarteten Umfang vollzogen werden. Die Folge sind Zuständigkeitsstreitigkeiten zwischen den Trägern, unnötige Mehrfachbegutachtungen und zu lange Bearbeitungszeiten der Anträge, die regelmäßig zu Lasten der Betroffenen gehen. Der „Teilhabebericht der Bundesregierung über die Lebenslagen von Menschen mit Behinderung“ vom 31. Juli 2013 (Bundestagsdrucksache 17/14476, S. 52 f.) beschreibt in der Praxis ein „kompliziertes System von unterschiedlichen Trägerschaften und Zuständigkeiten“ und ein „Kompetenzgerangel unterschiedlicher Zuständigkeiten“.

Mit diesem Gesetz soll das SGB IX, Teil 1 gestärkt und verbindlicher ausgestaltet werden, ohne dabei das gegliederte System in Frage zu stellen. Im Einzelnen ist vorgesehen:

- Im SGB IX, Teil 1 werden die allgemeinen, für alle Rehabilitationsträger geltenden Grundsätze normiert, während die jeweiligen Leistungsgesetze ergänzende Verfahrensspezifika regeln.
- Die Regelungen zur Zuständigkeitsklärung, Bedarfsermittlung, zum Teilhabeplanverfahren und zu den Erstattungsverfahren der Rehabilitationsträger untereinander werden geschärft und gelten künftig für alle Rehabilitationsträger verbindlich.
- Die Leistungskataloge zur Medizinischen Rehabilitation, zur Teilhabe am Arbeitsleben und zur Sozialen Teilhabe werden präzisiert und erweitert. Sie gelten künftig für alle Rehabilitationsträger, soweit sie für die jeweilige Leistungsgruppe zuständig sind. Soweit die Rehabilitationsträger über diese Leistungskataloge abweichende Leistungen erbringen, werden diese in den jeweiligen Leistungsgesetzen geregelt.

Die Rolle der Pflegeversicherung wird unter Beachtung des bewährten Grundsatzes „Rehabilitation vor Pflege“ im Verfahren gestärkt.

Im SGB IX, Teil 1 sind die folgenden wesentlichen Änderungen vorgesehen:

### II.1.1 Neudefinition des Behinderungsbegriffs

Der Behinderungsbegriff wird sprachlich an die Artikel 1 Satz 2 und die Präambel Buchstabe e) der UN-BRK angepasst. Zwar lehnt sich der Behinderungsbegriff nach § 2 Absatz 1 SGB IX und § 3 BGG schon eng an die „Internationale Klassifikation der Funktionsfähigkeit und Behinderung“ (ICIDH-2) an, die das Ziel der Teilhabe an den verschiedenen Lebensbereichen (Partizipation) in den Vordergrund gerückt hat; allerdings kann der Behinderungsbegriff im Hinblick auf die UN-BRK noch weiter konkretisiert werden. Mit der Neudefinition kommt vielmehr zum Ausdruck, dass sich die Behinderung erst durch gestörte oder nicht entwickelte Interaktion zwischen dem Individuum und seiner materiellen und sozialen Umwelt manifestiert. Die Regelung korrespondiert dabei mit dem angestrebten novellierten Behinderungsbegriff im Behinderungsgleichstellungsgesetz und gründet sich in ihrem Verständnis wesentlich auf das bio-psychosoziale Modell der Weltgesundheitsorganisation (englisch World Health Organization, WHO) das der Internationalen Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit (ICF) zugrundliegt.

Der Behinderungsbegriff hat eine klärende und maßstabsbildende Funktion für die Rehabilitationsträger. Die persönlichen Leistungsvoraussetzungen richten sich unverändert nach den geltenden Leistungsgesetzen.



### II.1.2 Leistungen wie aus einer Hand gewähren – Teilhabeplanverfahren weiterentwickeln

Um „Leistungen wie aus einer Hand“ gewähren zu können und Nachteile des gegliederten Systems der Rehabilitation für die Menschen mit Behinderungen abzubauen, wird künftig für alle Rehabilitationsträger ein verbindliches, partizipatives Teilhabeplanverfahren vorgeschrieben.

Ausgangspunkt des neuen Teilhabeplanverfahrens ist die Zuständigkeitsnorm des § 14 SGB IX – alt als Kern des heutigen Teilhaberechts. Aufgrund von § 14 SGB IX – alt kann für einen Antrag auf träger- oder leistungsgruppenübergreifende Teilhabeleistungen nur ein Träger zuständig sein. Dieser Träger ist auch zuständig für die Einleitung und Durchführung des Teilhabeplanverfahrens und die Begutachtung. Diese Vorgehensweise stellt sicher, dass über den Antrag auf Teilhabeleistungen rechtzeitig und umfassend entschieden wird, auch wenn Einzelfragen der Zuständigkeit noch offen sind. Hierdurch kann das Prinzip der „Leistungen wie aus einer Hand“ bei trägerübergreifenden Fallkonstellationen verwirklicht werden.

Als Ausgleich zu der strengen Zuständigkeitszuweisung werden stringente Möglichkeiten der Kostenerstattung im Innenverhältnis zwischen den Rehabilitationsträgern geschaffen. Die Kostenerstattung umfasst die Aufwendungen für die Leistungen, die für die anderen beteiligten Rehabilitationsträger erbracht wurden und eine Verwaltungskostenpauschale. Zur Verhinderung von „Verschiebehöfen“ zu Lasten der Eingliederungshilfe erhalten die Träger der Eingliederungshilfe gegenüber den anderen Rehabilitationsträgern einen zusätzlichen Zinsanspruch.

Das neue Teilhabeplanverfahren stellt die Verwaltungen der Rehabilitationsträger und die Leistungsberechtigten vor große fachliche Herausforderungen. In den Verwaltungen werden zur Umsetzung des Verfahrens Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen des Personals erforderlich sein. Damit korrespondiert die Einführung einer flächendeckenden unabhängigen Teilhabeberatung. Menschen mit Behinderungen erhalten dadurch die Möglichkeit, sich ergänzend zur Beratung durch die Rehabilitationsträger bereits im Vorfeld der Beantragung konkreter Leistungen unabhängig von Leistungsträgern und Leistungserbringern beraten zu lassen (s. II.1.3.).

Andere öffentliche Stellen wie z. B. die Pflegeversicherung, die Träger der öffentlichen Jugendhilfe (mit Ausnahme der Leistungen nach § 35a des Achten Buches Sozialgesetzbuch – Kinder- und Jugendhilfe – (SGB VIII)), die nicht Rehabilitationsträger sind, deren Einbindung zur Feststellung des Rehabilitationsbedarfes aber erforderlich ist, werden einbezogen. Das neue Verfahren bildet hinsichtlich der Zuständigkeitsklärung die langjährige Rechtsprechung des Bundessozialgerichts zum § 14 SGB IX in der bisherigen Fassung ab.

### II.1.3 Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung

Zur Stärkung der Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen und zur Verbesserung ihrer Teilhabemöglichkeiten werden mit diesem Gesetz – neben der gesetzlichen Verpflichtung der Sozialleistungsträger – ergänzende Angebote einer von Leistungsträgern und Leistungserbringern unabhängigen – ausschließlich dem Leistungsberechtigten verpflichteten – Teilhabeberatung gefördert. Die Beratung soll frühzeitig, bereits vor Entstehen eines Anspruchs auf Rehabilitations- und Teilhabeleistungen ansetzen. Bestehende Strukturen, insbesondere der Länder, sollen dabei genutzt und ggf. ausgebaut werden. In der Umsetzung soll auf Basis einer Förderrichtlinie die Etablierung und Weiterentwicklung flächendeckender Teilhabeberatungsstrukturen zuwendungsrechtlich unterstützt werden. Besonderes Augenmerk liegt hierbei auf der Beratung von Menschen mit Behinderungen durch Menschen mit Behinderungen, dem sogenannten „Peer Counseling“, das in Artikel 26 Absatz 1 auch von der UN-BRK gefordert wird. Die Förderentscheidung trifft das Bundesministerium für Arbeit und Soziales im Benehmen mit der zuständigen obersten Landesbehörde.

### II.1.4 Teilhabe am Arbeitsleben verbessern

Die Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben werden personenzentriert weiterentwickelt. Vorrangiges Ziel ist eine Teilhabe am Arbeitsleben von Menschen mit Behinderungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt. Es entspricht dem Verständnis der UN-BRK, für Menschen mit Behinderungen „Beschäftigungsmöglichkeiten und beruflichen Aufstieg auf dem (allgemeinen) Arbeitsmarkt [...] zu fördern“ (Artikel 27). Im Übrigen wird hier die in den „Abschließenden Bemerkungen über den ersten Staatenbericht Deutschlands“ formulierte Empfehlung aufgegriffen, die Voraussetzungen für einen inklusiven Arbeitsmarkt zu schaffen. Jeder Mensch mit Behinderung soll entsprechend seinem individuellen Leistungsvermögen durch passgenaue Leistungen und Förderung die für ihn größtmögliche Teilhabe am Arbeitsleben erreichen. Im Interesse der Menschen mit Behinderungen soll eine Beschäftigung weder eine Über- noch eine Unterforderung gemessen an seinem Leistungsvermögen bedeuten.

Bei der Teilhabe am Arbeitsleben geht es darum, Menschen mit Behinderungen mehr Möglichkeiten insbesondere auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu verschaffen. Die beabsichtigten Regelungen gehören zu einem Gesamtprogramm, das in den letzten Jahren Schritt für Schritt umgesetzt wird: Die Unterstützte Beschäftigung bietet seit 2009 auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt neue Chancen für Menschen mit Behinderungen im Grenzbereich zur WfbM. Über die Initiative Inklusion (Handlungsfeld 1) wird die berufliche Orientierung aus dem Ausgleichsfonds gefördert. Ziel ist es, mittelfristig alle Schülerinnen und Schüler mit Behinderung in Förder- und Regelschulen über ihre individuellen Möglichkeiten für den weiteren beruflichen Werdegang zu orientieren (gemeinsam mit den Eltern, Lehrkräften, potenziellen Dienstleistern und Leistungsträgern).

Chancen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt im Anschluss an eine berufliche Orientierung gibt es nur, wenn die entsprechenden Ausbildungs- und Arbeitsplätze auch bereit stehen: Die Handlungsfelder 2 und 3 der Initiative Inklusion stellen deshalb Mittel für zusätzliche Ausbildungs- und Arbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen zur Verfügung. Im Rahmen des Förderprogramms der Bundesregierung zur intensivierten Eingliederung und Beratung von schwerbehinderten Menschen entwickeln Agenturen für Arbeit, gemeinsame Einrichtungen und zugelassene kommunale Träger fortschrittliche Konzepte, um schwerbehinderte Menschen zusätzlich zum Regelgeschäft in Ausbildung und Beschäftigung zu integrieren. Darüber hinaus wirbt die deutsche Wirtschaft mit der Kampagne „Inklusion gelingt“ und dem Projekt „Wirtschaft Inklusiv“ bei ihren Mitgliedsunternehmen dafür, mehr Arbeits- und Ausbildungsplätze für Menschen mit Behinderung bereitzustellen. Dieses Ziel verfolgt auch die Förderung der Inklusionskompetenz bei Handwerks-, Industrie- und Handelskammern sowie Landwirtschaftskammern im Handlungsfeld 4 der Initiative Inklusion. Weitere Arbeitsplätze auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt werden entstehen, wenn entsprechend dem Beschluss des Deutschen Bundestages vom 24. September 2015 Integrationsprojekte stärker gefördert werden.

Mit diesem Gesetz sollen vor allem den Menschen mit Behinderungen, die heute einen Anspruch auf Leistungen in einer WfbM haben, Chancen außerhalb der Werkstatt eröffnet werden. Das Gesamtprogramm wird damit abgerundet.

Für Menschen mit Behinderungen, die dauerhaft voll erwerbsgemindert sind, wird die Möglichkeit eröffnet, entweder in einer WfbM oder bei einem anderen Leistungsanbieter zu arbeiten oder eine Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt aufzunehmen. Die Zulassung anderer Leistungsanbieter erfolgt mit Maßgaben unter den strengen Zulassungskriterien für WfbM. So sollen ein hoher Qualitätsstandard gesichert und Verdrängungseffekte regulär Beschäftigter vermieden werden.

Künftig sollen Arbeitgeber, die bereit sind, dauerhaft voll erwerbsgeminderte Menschen, die Anspruch auf Leistungen im Arbeitsbereich einer WfbM haben, zu beschäftigen, durch ein „Budget für Arbeit“ unterstützt werden, mit dem ein unbefristeter Lohnkostenzuschuss zum Ausgleich der dauerhaften Minderleistung des behinderten Beschäftigten und eine im Einzelfall notwendige Anleitung und Begleitung am Arbeitsplatz finanziert werden können. Menschen mit Behinderungen, die sich für eine Förderung durch das Budget für Arbeit entscheiden, haben ein Rückkehrrecht in die WfbM. Soweit die Betroffenen Leistungen der Eingliederungshilfe beziehen, wird das Budget für Arbeit vom Träger der Eingliederungshilfe erbracht.

Mit dem Budget für Arbeit greift dieses Gesetz erfolgreiche Projekte aus den Bundesländern auf: Unter anderem Rheinland-Pfalz, Hamburg, Niedersachsen und die Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe haben das Budget für Arbeit auf regionaler Ebene erprobt und dabei nachhaltige Erfolge bei der Integration von dauerhaft voll erwerbsgeminderten Menschen mit Behinderungen in den allgemeinen Arbeitsmarkt erzielt.

#### II.1.5 Soziale Teilhabe stärken

Das SGB IX enthält einen offenen Katalog mit Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft, der für alle Rehabilitationsträger gilt, die die entsprechenden Leistungen erbringen. Mit der personenzentrierten Neuausrichtung der Eingliederungshilfe gewinnen die bisherigen Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft besondere Bedeutung für die Eingliederungshilfe. An der bisherigen Systematik wird festgehalten. Entsprechend werden daher im SGB IX, Teil 1 zur Rechtssicherheit und Rechtsklarheit übergreifend diejenigen Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft, die von allen maßgeblichen Rehabilitationsträgern erbracht werden, neu strukturiert, um bisher unbenannte Leistungstatbestände ergänzt, teilweise konkretisiert und als Leistungen der „Soziale Teilhabe“ definiert. Klarstellend wird ein neuer Leistungstatbestand für Assistenzleistungen eingeführt. Zu den Assistenzleistungen gehören auch entsprechende Leistungen, die Mütter und Väter mit Behinderungen bei

der Erfüllung ihres Erziehungsauftrags benötigen, oftmals als „Elternassistenz“ oder „begleitete Elternschaft“ bezeichnet.

In der Eingliederungshilfe werden die Möglichkeiten einer individuellen und den persönlichen Wünschen entsprechenden Lebensplanung und -gestaltung weiter gestärkt. Dem wird mit klarstellenden Regelungen zur Sozialen Teilhabe im SGB IX, Teil 2 Rechnung getragen. Im Teil 2 wird zudem eine Grundlage geschaffen, einfache wiederkehrende Leistungen mit Zustimmung der leistungsberechtigten Personen als pauschale Geldleistung zu erbringen. Leistungsausweitungen sind damit grundsätzlich nicht verbunden.

Darüber hinaus wird es in der Eingliederungshilfe möglich sein, bestimmte Leistungen wie beispielsweise Leistungen zur Beförderung gemeinsam in Anspruch zu nehmen. Die gemeinsame Inanspruchnahme soll jedoch nur möglich sein, soweit dem im Einzelfall keine besonderen Gründe entgegenstehen.

#### II.1.6 Leistungen zur Teilhabe an Bildung als neue Leistungsgruppe

Das Benachteiligungsverbot nach Artikel 3 Absatz 3 Satz 2 GG „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“ ist im Jahr 1994 in Kraft getreten. Das Recht auf Bildung ist in Artikel 24 der UN-BRK verankert. Danach erkennen die Vertragsstaaten das Recht von Menschen mit Behinderungen auf Bildung an. Neben einer allgemeinen Verpflichtung zu einem inklusiven Bildungssystem enthält die UN-BRK spezielle Vorgaben, unter anderem

- dass Menschen mit Behinderungen Zugang zu einem inklusiven und hochwertigen Unterricht an Grund- und weiterführenden Schulen haben,
- angemessene Vorkehrungen für die Bedürfnisse des Einzelnen getroffen werden und
- Menschen mit Behinderungen innerhalb des allgemeinen Bildungssystems die notwendige Unterstützung geleistet wird, um ihre erfolgreiche Bildung zu erleichtern (Artikel 24 Absatz 2 Buchstabe b bis d der UN-BRK).

Die UN-BRK gibt den Vertragsstaaten ferner vor, sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderungen diskriminierungsfrei und gleichberechtigt mit anderen Zugang zu allgemeiner Hochschul- und Berufsausbildung, Erwachsenenbildung und lebenslangem Lernen haben und zu diesem Zweck sicherstellen, dass für Menschen mit Behinderungen angemessene Vorkehrungen getroffen werden (Artikel 24 Absatz 5 der UN-BRK). Ein diskriminierungsfreier Zugang setzt voraus, dass Menschen mit Behinderungen auf die zu ihrer Teilhabe an Bildung erforderlichen behinderungsspezifischen Unterstützungsleistungen wie persönliche Assistenz oder technische Hilfsmittel zugreifen können. Der Anspruch auf Teilhabeleistungen muss sich dabei entsprechend der UN-BRK an den Möglichkeiten nichtbehinderter Menschen orientieren und darf sich insoweit nicht nur auf die Unterstützung ausgewählter Bildungsangebote beschränken. Vor diesem Hintergrund fordern etwa die Deutsche Hochschulrektorenkonferenz und das Deutsche Studentenwerk, an den derzeitigen Leistungen der Eingliederungshilfe zur Unterstützung der schulischen Bildung von Menschen mit Behinderungen nicht nur festzuhalten, sondern die Leistungspflichten der Eingliederungshilfe darüber hinaus auf weitere, bislang von ihr nicht unterstützte schulische Bildungsmaßnahmen auszudehnen und die Leistungen im Übrigen generell bedürftigkeitsunabhängig auszugestalten. Artikel 24 Absatz 2 Buchstabe b bis d der UN-BRK adressiert in erster Linie die für das allgemeine Bildungssystem verantwortlichen Stellen. Soweit sich Ansprüche bei den Hilfen zur Hochschulbildung gegen Rehabilitationsträger richten, liegt der Schwerpunkt der Förderung auf Leistungsfälle mit berufsbezogenen Inhalten.

Daher wird im SGB IX, Teil 1 eine neue Leistungsgruppe „Leistungen zur Teilhabe an Bildung eingeführt“.

In den weit überwiegenden Fällen richten sich Ansprüche gegen den Träger der Eingliederungshilfe. Menschen mit Behinderungen können bereits nach geltendem Recht – bedürftigkeitsabhängig – Hilfen zur schulischen Ausbildung für einen angemessenen Beruf einschließlich des Besuchs einer Hochschule aus Mitteln der Eingliederungshilfe erhalten, wenn kein anderer Leistungsträger für den behinderungsbedingten Mehrbedarf aufkommt. Nach geltendem Recht umfassen die Leistungen der Eingliederungshilfe lediglich die individuellen Hilfen für ein grundständiges Studium, also bis zu einem ersten berufsqualifizierenden Abschluss (Bachelor- und Staatsexamensstudiengänge). Die Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe (BAGüS), unterstützt unter bestimmten Voraussetzungen auch den Zugang zu Masterstudiengängen.

Künftig sollen die Leistungen der Eingliederungshilfe insoweit maßvoll erweitert werden und auch die Unterstützung von Masterstudiengängen umfassen. Der Nachrang der Eingliederungshilfe gegenüber anderen Leistungssystemen und die Bedürftigkeitsunabhängigkeit der Leistungen bleiben unberührt.

Neben den Trägern der Eingliederungshilfe sind auch die öffentlichen Unfallkassen, die Träger der Kriegsopferversorgung und Kriegsopferfürsorge sowie die Träger der öffentlichen Jugendhilfe für die neue Leistungsgruppe zuständig.

#### II.1.7 Stärkung der BAR

Die Bildung einer Bundesarbeitsgemeinschaft Rehabilitation, als einer Arbeitsgemeinschaft i. S. v. § 94 SGB X, wird als Aufgabe der Rehabilitationsträger ins Gesetz aufgenommen. In der gesetzlichen Neuregelung werden zentrale von der bestehenden „Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation“ wahrgenommene Aufgaben, gesetzlich festgeschrieben. Mit dieser Klarstellung soll die Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation in ihrer wesentlichen Aufgabe – darauf hinwirken, dass die Leistungen der Rehabilitation nach gleichen Grundsätzen im Interesse der Menschen mit Behinderungen oder chronischen Krankheiten erbracht werden – gestärkt werden.

Kernaufgabe der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation ist die Erarbeitung Gemeinsamer Empfehlungen und Zusammenführung von Daten der Rehabilitationsträger nach § 6 über das Rehabilitations-Geschehen und die trägerübergreifende Zusammenarbeit, die in einem trägerübergreifenden Teilhabeverfahrensbericht mündet.

#### II.1.8 Präzisierung der gesetzlichen Regelungen zur Komplexleistung Frühförderung

Durch Änderungen im SGB IX, Teil 1 und in der Frühförderungsverordnung werden die Inhalte der Komplexleistung klargestellt. Damit soll den Ländern ermöglicht werden, verbindliche Landesrahmenvereinbarungen mit spezifischen Regelungen unter Beibehaltung der bereits geschaffenen und dem Grunde nach funktionierenden Strukturen zu schaffen. Auf der Grundlage des gemeinsamen Rundschreibens des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) und des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) vom Juni 2009 wird die Frühförderungsverordnung um die Definition der Komplexleistung, sowie verbindlicher Regelungen über deren Inhalte und die Ausgestaltung der Leistungen sowie deren Finanzierung ergänzt.

#### II.1.9 Streichung der Regelungen zu den Gemeinsamen Servicestellen

Die vergangenen Jahre seit Inkrafttreten des SGB IX haben auch gezeigt, dass sich die in Kapitel 3 des SGB IX in der geltenden Fassung normierten Gemeinsamen Servicestellen flächendeckend nicht bewährt haben. Fehlende Verbindlichkeit und Finanzierungsstrukturen haben dazu geführt, dass die Gemeinsamen Servicestellen nicht die gewünschten Ziele erreicht und Aufgaben erfüllt haben. Mit diesem Gesetz entfallen daher die Vorschriften zu den Gemeinsamen Servicestellen. Der Gedanke, zu einer besseren Koordination und Kooperation der Rehabilitationsträger im Sinne der Betroffenen zu kommen wird mit diesem Gesetz jedoch konsequent weiter verfolgt. Insbesondere das trägerübergreifende und partizipative Teilhabeplanverfahren sowie die Einführung eines ergänzenden von Leistungsträgern und Leistungserbringern unabhängigen Teilhabeberatungsangebotes, das auch dem Peer-Prinzip Rechnung trägt, soll für die Menschen mit Behinderungen künftig deutlich bessere Beratung und Unterstützung bieten. Gleichwohl sind die Rehabilitationsträger, wie alle Leistungsträger nach § 14 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch (SGB I), auch weiterhin zur umfassenden Beratung der Leistungsberechtigten verpflichtet und nach § 12 SGB IX nunmehr aufgefordert, hierzu untereinander vernetzte Ansprechstellen einzurichten. Diese Verpflichtung tritt an die Stelle der bisherigen Regelungen zu den Gemeinsamen Servicestellen und ist aufgrund der gesetzlichen Verpflichtung der einzelnen Rehabilitationsträger verbindlicher als die bisherigen Regelungen. Die Verpflichtung nach § 12 SGB IX umfasst zukünftig auch die Jobcenter, obwohl sie keine Rehabilitationsträger sind, um Lücken in der Beratung und Vernetzung zu schließen.

## II.2 Reform der Eingliederungshilfe – Integration der Eingliederungshilfe ins SGB IX, Teil 2

Mit diesem Gesetz erfolgt eine qualitative strukturelle Weiterentwicklung des Rechts der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen. Um das Leitbild einer inklusiven Gesellschaft und in diesem Zusammenhang insbesondere die Herausführung der Eingliederungshilfe aus dem „Fürsorgesystem“ auch sichtbar werden zu lassen, wird die Eingliederungshilfe aus dem SGB XII herausgelöst und als neuer Teil 2 in das SGB IX integriert. Die Neuausrichtung der Eingliederungshilfe erfolgt konsequent personenzentriert. Die Reform des Rechts der Ein-

gliederungshilfe hat auch Auswirkungen auf die Leistungen der Eingliederungshilfe im Sozialen Entschädigungsrecht nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG), da insoweit die Regelungen des Teils 2 des SGB IX entsprechend zur Anwendung gebracht werden.

Die Eingliederungshilfe wird damit zwar formal aus dem Recht der Sozialhilfe ausgegliedert. Inhaltlich werden deren Wesensmerkmale auch in dem neuen Recht erfüllt. Die Eingliederungshilfe bleibt Teil der öffentlichen Fürsorge nach Artikel 74 Absatz 1 Nummer 7 des Grundgesetzes. Auf Grund verfassungsrechtlicher Vorgaben besteht eine staatliche Verpflichtung, jedem Menschen mit Behinderungen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Diesem Auftrag trägt das Recht der Eingliederungshilfe auch künftig Rechnung. Die dem Nachranggrundsatz unterliegenden Leistungen der Eingliederungshilfe stellen das unterste soziale Leistungssystem für Menschen mit erheblichen Teilhabebeeinträchtigungen dar. Unter Wahrung des Individualitätsprinzips bestimmen sich die Leistungen nach den Besonderheiten des Einzelfalls; hierbei sind insbesondere die Art des Bedarfs, die persönlichen Verhältnisse, der Sozialraum und die eigenen Kräfte und Mittel zu berücksichtigen. Das Bedarfsdeckungsprinzip gilt ebenfalls. Die Eingliederungshilfe bleibt bedürftigkeitsabhängig, da Einkommen und Vermögen des Menschen mit Behinderungen und bei minderjährigen Kinder der im Haushalt lebenden Eltern oder des Elternteils im Rahmen des Beitrags zu berücksichtigen sind. Die Finanzierung erfolgt nach wie vor aus Steuermitteln.

Mit der Integration der Eingliederungshilfe in das SGB IX, Teil 2 gehen die folgenden wesentlichen Änderungen gegenüber dem derzeitigen Recht einher:

#### II.2.1 Von der Einrichtungs- zur Personenzentrierung

Nach geltendem Recht beinhalten die Leistungen der Eingliederungshilfe in vollstationären Einrichtungen eine umfassende Versorgung und Betreuung. Sie gliedern sich in Maßnahmen der Eingliederungshilfe, den so genannten Fachleistungen der Eingliederungshilfe, und in die existenzsichernden Leistungen zum Lebensunterhalt einschließlich Wohnen. Die Bedarfe wurden vielfach entlang der Logik stationär versus ambulant ermittelt und dementsprechend die Leistungen gewährt.

Mit diesem Gesetz wird die Eingliederungshilfe von einer überwiegend einrichtungszentrierten zu einer personenzentrierten Leistung neu ausgerichtet. Die notwendige Unterstützung des Menschen mit Behinderungen orientiert sich zukünftig nicht mehr an einer bestimmten Wohnform. Die Charakterisierung von Leistungen in ambulante, teilstationäre und stationäre Maßnahmen der Eingliederungshilfe wird aufgehoben. Die notwendige Unterstützung soll sich – im Lichte insbesondere von Artikel 19 UN-BRK – unter ganzheitlicher Perspektive ausschließlich an dem individuellen Bedarf orientieren. Dieser soll gemeinsam mit dem Menschen mit Behinderung ermittelt, das passende „Hilfepaket“ zusammengestellt und im gewohnten oder gewünschten Lebensfeld organisiert werden. Je nach Bedarf kann dieser auch künftig durch einen Leistungserbringer mit umfassender Versorgung und Betreuung gedeckt werden. Vor dem Hintergrund der personenzentrierten Ausrichtung der Eingliederungshilfe müssen die Leistungsberechtigten in allen Schritten der Leistungsgewährung und -erbringung ganzheitlich in den Blick genommen werden.

Die mit diesem Gesetz vorgeschlagenen Regelungen zu einer konsequent personenzentrierten Ausrichtung der Eingliederungshilfe stellen sicher, dass auch für leistungsberechtigte Menschen mit Behinderungen, die einen umfassenden Unterstützungsbedarf bis hin zu einer rund-um-die-Uhr – Betreuung haben, künftig alle notwendigen Bedarfe in den jeweiligen Lebenslagen gedeckt sind.

#### II.2.2 Optimierung der Gesamtplanung

Die personenzentrierte Neuausrichtung der Eingliederungshilfe erfordert zwingend eine optimierte Gesamtplanung. Sie ist Grundlage einer bedarfsdeckenden Leistungserbringung. Die Regelungen zur Gesamtplanung knüpfen an die Regelungen zur Teilhabeplanung in Teil 1 an und normieren die für die besonderen Leistungen zur selbstbestimmten Lebensführung für Menschen mit Behinderungen notwendigen Spezifika. Der Mensch mit Behinderung wird in das Verfahren aktiv einbezogen und sein Wunsch- und Wahlrecht berücksichtigt.

Die Gesamtplanung erfolgt umfassend unter ganzheitlicher Perspektive. Die Bedarfsermittlung und -feststellung erstreckt sich auf alle Lebenslagen des Menschen mit Behinderungen und erfolgt nach bundeseinheitlichen Maßstäben. Die Verantwortung für die Koordinierung der Leistungen richtet sich auch in der Eingliederungshilfe nach den allgemeinen Vorschriften der Teilhabeplanung im Teil 1, die für alle Rehabilitationsträger gelten. Die Vorschriften für die Gesamtplanung sind ergänzend anzuwenden.

### II.2.3 Neuregelung des Einkommens- und Vermögenseinsatzes

Die Eingliederungshilfe wird aus dem Fürsorgesystem in der Sozialhilfe herausgeführt. Mit der Neuregelung des Einkommens- und Vermögenseinsatzes wird sowohl zur Verbesserung der finanziellen Situation von Menschen mit Behinderungen beigetragen, als auch ein neues transparentes System geschaffen, in dem ohne Unterscheidung der Behinderungsart alle erforderlichen Fachleistungen gewährt werden.

Die bisherige einzelfallbezogene Beurteilung der finanziellen Situation wird durch eine Regelung abgelöst, bei der ein vom Gesamteinkommen abhängiger Beitrag festgelegt wird. Alle Beträge, die für die Bemessung des Beitrages ausschlaggebend sind, unterliegen automatisch einer Dynamisierung.

Es wird sichergestellt, dass kein Leistungsberechtigter im Leistungsbezug durch die Gesetzesänderung schlechter gestellt wird.

Die bisher schon einkommens- und vermögensunabhängigen Leistungen der Eingliederungshilfe (z. B. heilpädagogische Leistungen für Minderjährige sowie Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben in der WfbM) bleiben auch weiterhin einkommens- und vermögensunabhängig.

Ergänzend zu den Verbesserungen beim Einkommenseinsatz wird die Vermögensfreigrenze erhöht. Somit besteht für leistungsberechtigte Menschen mit Behinderungen die Möglichkeit, die Leistungsverbesserung (teilweise) nach und nach einem Vermögensaufbau (z. B. zur Alterssicherung) zuführen zu können.

Einkommen und Vermögen der Partner von Leistungsberechtigten bleiben – auch im Lichte von Artikel 23 UN-BRK – anrechnungsfrei.

Von Verbesserungen bei der Heranziehung von Einkommen aus Erwerbstätigkeit wird relativ zur Gesamtzahl der Eingliederungshilfebezieher nur ein kleiner Anteil profitieren. Der mit Abstand größte Anteil an Eingliederungshilfebeziehern ist jedoch entweder gar nicht erwerbstätig oder arbeitet in einer WfbM. Damit auch diese Menschen künftig ein höheres Netto-Arbeitsentgelt erhalten, wird der Freibetrag in Absatz 3 Satz 2 von 25 Prozent des übersteigenden Betrages des Arbeitsentgeltes auf 50 Prozent erhöht. Somit werden rund 26 Euro des Arbeitsentgeltes monatlich weniger auf die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung angerechnet und sich die Leistungen der Grundsicherung entsprechend erhöhen.

### II.2.4 Weiterentwicklung des Vertragsrechtes

Die Weiterentwicklung des Leistungsrechts der Eingliederungshilfe von einer überwiegend einrichtungszentrierten zu einer personenzentrierten Leistung und die damit verbundene Konzentration der Eingliederungshilfe auf die Fachleistungen erfordern auch eine Weiterentwicklung des bisherigen Vertragsrechts des SGB XII für die besonderen Leistungen zur selbstbestimmten Lebensführung für Menschen mit Behinderungen. Es regelt künftig nur noch die Erbringung von Fachleistungen.

Entsprechend der gestiegenen Verantwortung der Leistungsträger wird ihre Steuerungsfunktion durch die Möglichkeit von effektiveren Wirtschaftlichkeits- und Qualitätsprüfungen gestärkt. Zugleich werden die Sanktionsmöglichkeiten bei Verletzung vertraglicher oder gesetzlicher Pflichten erweitert. Mit der Weiterentwicklung des Vertragsrechts soll das Leitbild „Gute Arbeit“ auch bei den Erbringern von Leistungen der Eingliederungshilfe verankert werden: Künftig gelten tariflich vereinbarte Vergütungen grundsätzlich als wirtschaftlich. Geeignete Leistungsanbieter müssen eine dem Leistungsangebot entsprechende Anzahl an Fachkräften beschäftigen.

### II.2.5 Neudefinition des leistungsberechtigten Personenkreises

Vor dem Hintergrund des gewandelten Verständnisses von Behinderung von einer defizitorientierten zu einer ressourcenorientierten Sichtweise, das insbesondere durch die Aufnahme des bio-psycho-sozialen Modells von Behinderung in die ICF weltweite Anerkennung und durch die Aufnahme in die UN-BRK auch Eingang in das deutsche Rechtssystem gefunden hat, wird der leistungsberechtigte Personenkreis für die Eingliederungshilfe im neuen Teil 2 des SGB IX neu geregelt. Mit der neuen Definition wird der Wechselwirkung von individueller Beeinträchtigung und von der Gesellschaft geschaffenen Barrieren ebenso Rechnung getragen wie dem Ansatz des Klassifikationssystems der ICF, der die Aktivitäts- und Teilhabe einschränkungen sowie die jeweiligen Kontextfaktoren als Beschreibung einer Behinderung berücksichtigt.

Gleichfalls erfolgt die in diesem Zuge fachlich notwendige Weiterentwicklung des bisher für die Leistungsbeziehung in der Eingliederungshilfe erforderlichen Merkmals der „Wesentlichkeit“. Das leistungsauslösende

Moment wird nun nicht mehr an der Person selbst bzw. an Persönlichkeitsmerkmalen festgemacht („er/sie ist wesentlich behindert“), sondern an der Wechselwirkung zwischen Person und Umwelt, d. h. wenn die Fähigkeit zur gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft in erheblichem Maße eingeschränkt ist und deshalb personelle oder technische Unterstützung in an der ICF-orientierten Lebensbereichen notwendig ist.

Vor dem Hintergrund der personenzentrierten Ausrichtung der Eingliederungshilfe müssen die Leistungsberechtigten in allen Schritten der Leistungsgewährung und -erbringung, beginnend bei der Antragsprüfung und beim Zugang zu den Leistungen ganzheitlich in den Blick genommen werden. Daher erfolgt eine Orientierung an allen Lebensbereichen, die auch in die ICF aufgenommen wurden und dort bei der Beurteilung der Teilhabemöglichkeiten eine Rolle spielen.

Die Inhalte der an der ICF orientierten Lebensbereiche und die Regelung, wann eine erhebliche Teilhabebeeinträchtigung vorliegt, werden in der neuen Verordnung der Eingliederungshilfe bestimmt.

### **II.3 Prävention stärken – Ausgabendynamik bremsen**

Die Eingliederungshilfe unterliegt einer erheblichen Ausgabendynamik. Seit 2005 sind die Ausgaben um rund 5 Mrd. Euro von 11,3 auf 16,4 Mrd. Euro in 2014 gestiegen. Nach einer Prognose der *con\_sens* GmbH („Verbesserung der Datengrundlage zur strukturellen Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen“) vom August 2014 werden sich unter Beibehaltung des Status Quo die Ausgaben bis 2020 voraussichtlich um weitere rund 5 Mrd. Euro erhöhen. Wesentliche Ursache für den Ausgabenanstieg ist die weiterhin zunehmende Anzahl von der Leistungsberechtigten. Die gestiegenen durchschnittlichen Fallkosten spielen nur eine untergeordnete Rolle. Mit diesem Gesetz werden daher auch Maßnahmen ergriffen, die Ausgabendynamik in der Eingliederungshilfe nachhaltig zu bremsen.

Die unter II.2 beschriebenen Maßnahmen zur Erhöhung der Steuerungsfähigkeit der Eingliederungshilfe werden von präventiven Maßnahmen in den Rechtskreisen SGB II und SGB VI flankiert, um Zugänge in die Eingliederungshilfe – und hier insbesondere in die WfbM – zu reduzieren. Für die Rechtskreise SGB II und SGB VI werden vom Bund finanzierte, zunächst auf fünf Jahre befristete Programme aufgelegt, die im Lichte der UN-BRK mit dazu beitragen die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen oder von Behinderung bedrohten Menschen zu verbessern und die Zugänge in die Eingliederungshilfe zu reduzieren. Die Programme werden unterstützt durch gesetzliche Öffnungsklauseln, mittels derer befristet von bestehenden gesetzlichen Regelungen abgewichen werden kann, um bestehende Leistungsarten weiterzuentwickeln und neue Leistungsarten modellhaft zu erproben.

### **II.4 Weiterentwicklung des Schwerbehindertenrechts – SGB IX, Teil 3**

Mit der Neufassung des SGB IX wird das nach derzeitigem Recht im SGB IX, Teil 2 verortete Schwerbehindertenrecht in einen neuen Teil 3 gefasst. Neben den rein redaktionellen Folgeänderungen werden dabei auch inhaltliche Veränderungen vorgenommen. Diese umfassen im Wesentlichen

- die Stärkung des ehrenamtlichen Engagements der Schwerbehindertenvertretungen, insbesondere mehr Freistellungen und bessere Fortbildungsmöglichkeiten,
- die Verbesserung der Mitwirkungsmöglichkeiten von Menschen mit Behinderungen in WfbM, insbesondere Mitbestimmung bei wichtigen Angelegenheiten und Wahl von Frauenbeauftragten,
- Regelungen zur Benutzung von Behindertenparkplätzen sowie
- die Schaffung eines Merkzeichens für taubblinde Menschen im Schwerbehindertenausweis.

### **II.5 Änderungen im SGB XII**

Durch die Herauslösung der Eingliederungshilfe aus dem SGB XII und die künftige Konzentration der Eingliederungshilfe auf die Fachleistung sind neben redaktionellen auch inhaltliche Anpassungen im SGB XII erforderlich.

#### **II.5.1 Trennung von Fachleistungen der Eingliederungshilfe und Leistungen zum Lebensunterhalt**

Mit der Neuausrichtung der Eingliederungshilfe von einer überwiegend einrichtungszentrierten zu einer personenzentrierten Leistung kann die notwendige Unterstützung des erwachsenen Menschen mit Behinderung nicht mehr an einer bestimmten Wohnform, sondern nur am notwendigen individuellen Bedarf ausgerichtet sein. Daher

ist es konsequent, den Bedarf des erwachsenen Menschen mit Behinderung an existenzsichernden Leistungen zum Lebensunterhalt und seinen behinderungsbedingten Bedarf an Leistungen der Eingliederungshilfe zu trennen, entsprechend zuzuordnen und umfassend zu decken. Dementsprechend wird für den Lebensunterhalt nach dem Dritten oder Vierten Kapitel des SGB XII nicht mehr nach der Unterbringungsform differenziert, die Sonderregelungen für den Lebensunterhalt in Einrichtungen der Eingliederungshilfe fallen ersatzlos weg.

Die mit der Überführung des alten Bundessozialhilfegesetzes in das SGB XII begonnenen Schritte einer Trennung von Fachleistungen und existenzsichernden Leistungen werden konsequent zum Abschluss gebracht. Die Eingliederungshilfe konzentriert sich ausschließlich auf die Fachleistungen. Entsprechend erfolgt eine Zuordnung ausgehend vom notwendigen Unterstützungsbedarf bei der Alltagsbewältigung (= Fachleistung) oder den existenzsichernden Leistungen zum Lebensunterhalt.

Für minderjährige Menschen mit Behinderung wird durch Sonderregelungen das geltende Recht weitergeführt. Da der weit überwiegende Teil der Leistungsberechtigten der Eingliederungshilfe existenzsichernde Leistungen zum Lebensunterhalt nach dem vierten Kapitel SGB XII erhält, werden die im Zusammenhang mit der Trennung von Fachleistung und Lebensunterhalt notwendigen Änderungen dort verortet. Diese Regelungen gelten jedoch nur für Volljährige und nicht für Kinder und Jugendliche. Die Diskussion zur Reform des SGB VIII bleibt davon unberührt.

Die existenzsichernden Leistungen zum Lebensunterhalt (der notwendige Lebensunterhalt) werden sich für leistungsberechtigte erwachsene Menschen mit Behinderungen ab dem Inkrafttreten der Neuregelungen in SGB IX, Teil 2 sowie im Dritten und Vierten Kapitel des SGB XII wegen des Wegfalls des Unterscheidungsmerkmals stationäre Einrichtung in Zusammensetzung, Höhe und Erbringung nicht mehr von dem unterscheiden, was für alle Leistungsberechtigten außerhalb von Einrichtungen nach dem Dritten und Vierten Kapitel des SGB XII gilt. Der notwendige Lebensunterhalt wird sich deshalb für alle erwachsenen leistungsberechtigten Menschen mit Behinderungen aus den sozialhilferechtlichen Bedarfen zusammensetzen, die bei Erfüllung der jeweiligen Anspruchsvoraussetzungen anzuerkennen sind. Dies sind:

- die Regelsätze (Regelbedarfsstufen im SGB XII, Regelbedarf im SGB II) und
- Mehrbedarfe (z. B. für voll erwerbsgeminderte Menschen mit dem Merkzeichen G), hinzu kommt ein zusätzlicher Mehrbedarf für die gemeinschaftliche Mittagsverpflegung in Werkstätten für behinderte Menschen und bei sonstigen tagesstrukturierenden Maßnahmen,
- einmalige Bedarfe (z. B. Erstausrüstung für die Wohnung oder für Bekleidung oder Anschaffung bzw. Reparatur von orthopädischen Schuhen),
- Beiträge für die Kranken- und Pflegeversicherung, Beiträge für die Vorsorge,
- Bedarfe für Bildung und Teilhabe,
- Bedarfe für Unterkunft und Heizung.

Von besonderer Bedeutung sind die monatlichen Regelsätze. Diese basieren auf der Grundlage statistisch ermittelter durchschnittlicher Verbrauchsausgaben. Dazu werden diejenigen Verbrauchsausgaben eingerechnet (als regelbedarfsrelevant berücksichtigt), die der Deckung der für die Gewährleistung des Existenzminimums erforderlichen Bedarfe dienen, sofern diese Bedarfe pauschalierbar sind. Umfasst sind von den Regelsätzen, die in § 27a Absatz 1 in einer nicht abschließenden Aufzählung genannten Bedarfe für Ernährung, Kleidung, Körperpflege, Hausrat und Wohnungsausstattung einschließlich Fernseher und Computer, Haushaltsenergie ohne die auf Heizung und Erzeugung von Warmwasser entfallenden Anteile sowie persönliche Bedürfnisse des täglichen Lebens, wozu auch in vertretbarem Umfang eine Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft zählt. Die für die seit 2011 geltenden Regelbedarfsstufen als regelbedarfsrelevant berücksichtigten durchschnittlichen Verbrauchsausgaben enthalten die §§ 5 und 6 des Regelbedarfs-Ermittlungsgesetzes 2011 (RBEG 2011 – Artikel 1 des Entwurfs eines Zweiten Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch, Bundestags-Drucksache 18/xxxx). Aus dem über die Regelsätze zur Verfügung gestellten monatlichen Budget sind sowohl die regelmäßig als auch unregelmäßig anfallende Bedarfe zu decken. Eine Ausnahme stellt es dar, wenn im Einzelfall ein oder mehrere Bedarfe, die aus dem monatlichen Regelsatzbudget zu finanzieren sind, unabweisbar in ihrer Höhe erheblich von durchschnittlichen Bedarfen ab-



weichen, wie sie bei der Ermittlung der Regelbedarfsstufen auf der Grundlage von durchschnittlichen Verbrauchsausgaben zugrunde gelegt werden (§ 27a Absatz 4 Satz 1 SGB XII). Dann ist der Regelsatz abweichend, also höher festzusetzen.

Für die aus den Regelsätzen zu finanzierenden Aufwendungen für Ernährung bedeutet dies: Bei der Ermittlung der Regelbedarfsstufen gehen durchschnittliche Verbrauchsausgaben für eine häusliche Ernährung ein. Dabei werden Lebensmittel, alkoholfreie Getränke und weitere Zutaten für Frühstück, Mittagessen und Abendessen von Haushaltsmitgliedern eingekauft und zubereitet. Verbrauchsausgaben für die Bereitstellung von Essen und Getränken in oder außerhalb der Wohnung (außerhäusige Ernährung) durch Dienstleister und Gaststätten, die über die Aufwendungen für den Einkauf von Lebensmitteln und Getränken (sogenannter Warenwert) hinausgehen, sind in den Regelbedarfsstufen nicht enthalten. Aus den Regelsätzen sind deshalb ausschließlich die Aufwendungen für den Warenwert von Nahrungsmitteln und Getränken zu tragen. Dies gilt auch für erwachsene Menschen mit Behinderungen und dies unabhängig von der Wohnform und auch unabhängig davon, wo beispielsweise das tägliche Mittagessen eingenommen wird. Für die gemeinschaftliche Mittagsverpflegung in einer Werkstatt für behinderte Menschen und wird deshalb ein den auf den Warenwert entfallender pauschalierter Eigenanteil sowie ein neuer Mehrbedarf eingeführt. Können daraus im Einzelfall nicht alle über den Warenwert hinausgehenden Kosten (Sach-, Personal- und Investitionskosten) gedeckt werden, ist der ungedeckte Teilbetrag von der Eingliederungshilfe nach dem SGB IX als Fachleistung zu übernehmen. Können Menschen mit Behinderung die Zubereitung ihrer Mahlzeiten aufgrund ihrer Einschränkungen oder wegen der Besonderheiten ihrer Wohnform nicht selbst zubereiten, sind die auf Zubereitung und Bereitstellung entfallenden Kosten von der Eingliederungshilfe zu übernehmen.

Bedeutsam sind ferner die Bedarfe für Unterkunft und Heizung. Hier werden – wie bei allen Leistungsberechtigten außerhalb von stationären Einrichtungen – die tatsächlichen angemessenen Aufwendungen als Bedarf berücksichtigt, in der Regel also die monatliche Miete und die Heizkosten. Im Vierten Kapitel des SGB XII werden dazu Regelungen geschaffen, die Wohnformen definieren und jeweils die Angemessenheitsgrenzen, bis zu denen die monatliche Miete als Bedarf zu berücksichtigen ist. Liegt die tatsächliche Miete im Einzelfall über der jeweils geltenden Angemessenheitsgrenze, weil zusätzlicher Wohnraum für eine Assistentkraft benötigt wird oder aber unmittelbar keine günstigeren Räumlichkeiten zur Verfügung stehen, wird der übersteigende Betrag von der Eingliederungshilfe nach SGB IX, Teil 2 übernommen. Im Ergebnis werden durch diese Ergänzungen in den Vorschriften über die Bedarfe für Unterkunft und Heizung die Voraussetzung für ein an die individuellen Wünsche angepasstes Wohnen und zugleich Rechtssicherheit geschaffen.

Die leistungsrechtliche Gleichstellung hinsichtlich des Lebensunterhalts von Menschen mit Behinderungen unabhängig von der gewählten Wohnform hat zur Folge, dass Bedarfe, die durch den Regelsatz abgedeckt sind, wie bei allen anderen Leistungsberechtigten außerhalb von stationären Einrichtungen aus dem monatlichen Regelsatzbudget finanziert werden müssen. Dies setzt voraus, dass der Regelsatz – anders als der nach heutigem Recht vom Einrichtungsträger ausgezahlte Barbetrag – vom zuständigen Träger nach dem SGB XII auf das Bankkonto der leistungsberechtigten Person überwiesen wird und einem Menschen mit Behinderungen damit auch tatsächlich zur Verfügung steht. Die Überweisung an die leistungsberechtigte Person wird durch Vorschriften im SGB XII. Der geltende Grundsatz, dass vom Regelsatz – anders als beim Barbetrag – nur in konkreten Ausnahmefällen Teilbeträge im Wege einer sogenannten Direktzahlung an Leistungsanbieter oder sonstige Dritte überwiesen werden können, ist auch in dieser Konstellation uneingeschränkt anzuwenden. Dadurch erhalten Menschen mit Behinderungen ein wesentlich höheres Maß an Entscheidungsfreiheit als bislang in stationären Einrichtungen. Sie können im Rahmen der für alle Personen mit geringem monatlichem Budget bestehenden Grenzen selbst entscheiden, wofür sie ihr Geld verwenden. Dies gilt beispielsweise für den Kauf von Kleidung ebenso wie für die Freizeitgestaltung. Daher können Barbetrag, Zusatzbarbetrag und Kleiderpauschale künftig entfallen. Die Funktion des Barbetrags liegt im geltenden Recht darin, dass Leistungsberechtigte in stationären Einrichtungen, weil sie keinen Regelsatz erhalten, einen kleinen Bargeldbetrag zur Verfügung haben.

Bei der Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen hinsichtlich ihres notwendigen Lebensunterhalts wird im Rahmen der Teilhabeplanung berücksichtigt, ob sie alle erforderlichen Tätigkeiten für eine selbständige Lebens- und Haushaltsführung ausüben können. Wird dabei festgestellt, dass ein Mensch mit Behinderungen alle erforderlichen Tätigkeiten nicht oder nicht vollständig selbst ausüben kann und deshalb eine Unterstützung benötigt, ist dieser Unterstützungsbedarf den Fachleistungen der Eingliederungshilfe zuzuordnen. Ein solcher Unterstützungsbedarf besteht beispielsweise, wenn erwachsene Menschen mit Behinderungen nicht in der Lage sind, die Einkäufe von Lebensmitteln und Getränken sowie die Zubereitung der Mahlzeiten selbst zu übernehmen.

Die Neuregelungen beim Lebensunterhalt von Menschen mit Behinderungen führen in ihrer Gesamtwirkung dazu, dass ihnen neue Entscheidungsfreiheiten für die Lebensgestaltung eingeräumt und damit Selbstbestimmung ermöglicht wird.

## II.6 Inkrafttreten/Außerkräftreten

Die mit dem Bundesteilhabegesetz verbundenen Reformen treten grundsätzlich zum 1. Januar 2018 durch Einführung eines neuen SGB IX-Stammgesetzes in Kraft. Die Änderungen im Schwerbehindertenrecht werden auf den frühestmöglichen Zeitpunkt nach Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens, also auf den Tag nach Verkündung des Bundesteilhabegesetzes vorgezogen. Der erste Reformschritt für spürbare Verbesserungen bei der Einkommens- und Vermögensanrechnung in der Eingliederungshilfe und die Erhöhung des Freibetrages für das Arbeitsförderungsgeld treten zum 1. Januar 2017, die neuen Leistungen für ein Budget für Arbeit und die Förderung alternativer Beschäftigungsanbieter treten zum 1. Januar 2018 in Kraft.

Die Übergangszeit bis zum 1. Januar 2020 für die übrigen Rechtsänderungen im SGB XII trägt den notwendigen Umstellungsprozessen für die neue Personenzentrierung der Leistungen in der Eingliederungshilfe Rechnung. Auch der zweite Reformschritt für spürbare Verbesserungen bei der Einkommens- und Vermögensanrechnung in der Eingliederungshilfe tritt zum 1. Januar 2020 in Kraft. Hiermit verbunden ist die Neuverortung der gesamten Eingliederungshilfe als eigenständiges Leistungsgesetz innerhalb des SGB IX Teil 2.

## II.7 Übergangsregelungen

Mit diesem Gesetz werden sowohl strukturelle als auch leistungsrechtliche Veränderungen am geltenden Recht vorgenommen, die – teilweise längere – Übergangszeiträume erforderlich machen. Die künftige personenzentrierte Ausgestaltung der Eingliederungshilfe macht für die Anpassung und Umsetzung der Leistungsvereinbarungen zwischen Leistungsträgern und -erbringern an das neue Recht einen mehrjährigen Übergangszeitraum erforderlich. Daher tritt SGB IX, Teil 2 (Eingliederungshilferecht) erst zum 1. Januar 2020 in Kraft. Diejenigen Inhalte, die den betroffenen Menschen mit Behinderungen zu Gute kommen und kürzere Übergangszeiträume benötigen, sollen jedoch bereits deutlich früher in Kraft treten. Dafür sind folgende Übergangsregelungen im SGB XII vorgesehen:

- Leistungen zur Beschäftigung bei anderen Leistungsanbietern und privaten und öffentlichen Arbeitgebern (Budget für Arbeit) treten für das Eingliederungshilferecht bereits zum 1. Januar 2018 in Kraft.
- Verbesserungen bei der Heranziehung von eigenem Einkommen und Vermögen zum Bezug von Leistungen der Eingliederungshilfe treten teilweise, in einer ersten Stufe bereits zum 1. Januar 2017 in Kraft. Personen, die Hilfe zur Pflege erhalten, profitieren ebenfalls bereits zum 1. Januar 2017 von Verbesserungen bei der Berücksichtigung von Einkommen und Vermögen, wenn dieses aus eigenem Erwerb stammt. Da die Hilfe zur Pflege im SGB XII verbleibt, gelten diese Verbesserungen für diesen Personenkreis dauerhaft.

Insgesamt sollen Bestandsfälle, die von geltenden Regelungen oder dem Übergangsrecht profitieren, nach dem neuen, ab 1. Januar 2020 geltenden Recht nicht schlechter gestellt werden.

## III. Alternativen

Mögliche Inhalte des Bundesteilhabegesetzes wurden in der vom 10. Juli 2014 bis 14. April 2015 tagenden Arbeitsgruppe Bundesteilhabegesetz erörtert. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe wurden in einem Abschlussbericht zusammengefasst. In der Arbeitsgruppe hat sich gezeigt, dass es in nahezu allen Handlungsfeldern, die mit diesem Gesetz aufgegriffen werden, eine Vielzahl von Handlungsalternativen gibt, die je nach Interessenlage der in der Arbeitsgruppe vertretenen Institutionen unterschiedlich präferiert werden. Mit diesem Gesetz wird unter Würdigung der Ergebnisse der Arbeitsgruppe ein Maßnahmenbündel umgesetzt, das insgesamt die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen verbessern und gleichzeitig die Ausgabendynamik in der Eingliederungshilfe bremsen soll.

Im Koalitionsvertrag für die 18. Legislaturperiode wurde vereinbart, die Einführung eines Bundesteilhabegeldes zu prüfen. Die Bundesregierung hat sich nach intensiver Prüfung der vorliegenden Modelle für ein Bundesteilhabegeld (u. a. Beschluss der 90. ASMK vom 27./28. November 2013, Entwurf eines „Gesetzes zur Sozialen Teil-

habe“ vom Forum behinderter Juristinnen und Juristen vom Mai 2013) gegen die Einführung eines Bundesteilhabegeldes entschieden. Ein Bundesteilhabegeld wäre wenig zielgenau, würde den Kreis der Anspruchsberechtigten gegenüber denjenigen in der Eingliederungshilfe deutlich erhöhen, zu erheblichen Mitnahmeeffekten führen und den Bund um mindestens 1 Mrd. Euro zusätzliche Aufwendungen belasten.

#### IV. Gesetzgebungskompetenz

##### **SGB IX Teil 1 – Regelungen für Menschen mit Behinderungen und von Behinderung bedrohte Menschen**

Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes für das SGB IX, Teil 1 folgt aus Artikel 74 Absatz 1 Nummer 7 GG (öffentliche Fürsorge). Von dieser Gesetzgebungskompetenz hatte der Bund bereits für das SGB IX alter Fassung Gebrauch gemacht (Bundestagsdrucksache 14/5074, Seite 93). Die Vorgaben über die Zusammenarbeit der Rehabilitationsträger, insbesondere das hierzu neu verankerte Teilhabeplanverfahren, können nur bundeseinheitlich geregelt werden, da andernfalls eine wirksame Kooperation der kommunalen Träger und der Landesträger einerseits sowie der Sozialversicherungsträger andererseits nicht möglich wäre. Würden die Länder für ihren Zuständigkeitsbereich regional unterschiedliches Verfahrensrecht oder unterschiedliche Bestimmungen zur Leistungsausführung erlassen, müssten die Sozialversicherungsträger ihre Verwaltungsabläufe daran anpassen und dem Bund wäre faktisch die Schaffung einheitlicher Verfahren für die Sozialversicherungsträger verwehrt. Infolge der Zersplitterung der Bestimmungen zur Teilhabeplanung und Zuständigkeitsklärung wären eine effektive Zusammenarbeit und eine wirksame Rechtswahrnehmung durch Menschen mit Behinderungen unzumutbar erschwert. Die bundesgesetzliche Regelung ist damit zur Wahrung der Rechtseinheit im gesamtstaatlichen Interesse erforderlich.

Zusätzlich wird mit der Neuregelung in § 7 Absatz 2 Satz 2 SGB IX zur Abweichungsfestigkeit der Vorschriften zur Koordinierung der Leistungen nach Kapitel 4 (insb. Teilhabeplanverfahren) auf der Grundlage von Artikel 84 Absatz 1 Satz 5 und 6 GG nunmehr sichergestellt, dass die Rehabilitationsträger der Landes- und Kommunalverwaltung den bundesrechtlichen Verfahrensvorschriften ausnahmslos unterworfen sind und abweichendes Landesrecht insoweit unbeachtlich ist. Durch Landesrecht können damit keine Regelungen getroffen werden, nach der kommunale Träger, überörtliche Träger oder die Behörden der Länder als Rehabilitationsträger andere Verfahren der Koordinierung, Beschleunigung und Teilhabeplanung zu befolgen hätten. Das besondere Bedürfnis nach einer bundeseinheitlichen und abweichungsfesten Verfahrensregelung zur Koordinierung der Leistungen ergibt sich aus der Notwendigkeit zur zeitlichen und verfahrensmäßigen Abstimmung der Rehabilitationsträger und zur tragfähigen Kostenerstattung zwischen den Rehabilitationsträgern bei der Bewilligung von Leistungen „wie aus einer Hand“. Die Rechtsprechung des Bundessozialgerichts zur Zuständigkeitsklärung nach dem SGB IX hat über mehrere Jahre hinweg fortlaufend Defizite bei der trägerübergreifenden Leistungserbringung aufgedeckt und mit dem Ziel der nahtlosen Leistungswährung an Leistungsberechtigte korrigiert. Trotz des Bemühens der Rehabilitationsträger, gemeinsame Empfehlungen zu entwickeln, die auch für Träger der Länder und Kommunen gelten, wurden im Bereich der trägerübergreifenden Zusammenarbeit nicht die erforderlichen Verbesserungen im Gesetzesvollzug erreicht. Dabei war nicht eindeutig erkennbar, ob die Rehabilitationsträger schlicht von einer gesetzlich eröffneten Abweichungsbefugnis ausgegangen sind oder ob eine Rechtsunsicherheit bei der Anwendung des bisherigen § 7 SGB IX ausschlaggebend war. Aus diesem Grund ist es nunmehr geboten, ergänzend zu der Neukonzeption der Zuständigkeitsklärung im Rahmen eines Teilhabeplanverfahrens, abweichende landesrechtliche Verfahrensregelungen oder auch die bloße Nichtanwendung des Verfahrensrechts von vorn herein auszuschließen. Im Bereich der Sozialversicherungsträger des Bundes wird der Gesetzesvollzug weiterhin durch Aufsichtsmaßnahmen sichergestellt; hier entfaltet § 7 Absatz 2 Satz 2 SGB IX keine Wirkungen.

##### **SGB IX Teil 2 – Eingliederungshilferecht**

Die Gesetzgebungskompetenz für Teil 2 des Neunten Buches folgt aus Artikel 74 Absatz 1 Nummer 7 GG (öffentliche Fürsorge). Prägend für den Begriff der „öffentlichen Fürsorge“ sind die Grundsätze der Subsidiarität und der Individualisierung der staatlichen Hilfeleistungen. Diesen Anforderungen entsprechen die steuerfinanzierten Leistungen der Eingliederungshilfe mit dem Nachrang-, dem Individualisierungs- und dem Bedarfsdeckungsprinzip. Die Aussage im Koalitionsvertrag, Menschen mit wesentlichen Behinderungen aus der „Fürsorge“ herauszuführen, bringt – losgelöst von der Gesetzgebungskompetenz – das gewandelte Rollenverständnis von Menschen mit Behinderungen zum Ausdruck: Künftig soll nicht mehr über den Menschen mit Behinderungen,

sondern gemeinsam mit ihm gehandelt werden, um seine individuelle Lebensplanung und Selbstbestimmung zu unterstützen.

Dem Bund steht im Rahmen der konkurrierenden Gesetzgebung das Gesetzgebungsrecht für den Bereich der „öffentlichen Fürsorge“ zu, wenn und soweit die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet oder die Wahrung der Rechts- oder Wirtschaftseinheit im gesamtstaatlichen Interesse eine bundesgesetzliche Regelung erforderlich macht (Artikel 72 Absatz 2 GG). Das Recht der Eingliederungshilfe dient sowohl der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse als auch der Wahrung der Rechts- und Wirtschaftseinheit.

Für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist das Recht der Eingliederungshilfe deshalb von Bedeutung, weil es sich um das unterste soziale Leistungssystem für Menschen mit erheblichen Teilhabebeeinträchtigungen handelt. Auf diesem untersten Niveau muss für die Eingliederungshilfe zur Umsetzung verfassungsrechtlicher Vorgaben wie insbesondere der Menschenwürde (Artikel 1 GG), des Gleichheitsgrundsatzes (Artikel 3 GG) sowie des Sozialstaatsprinzips (Artikel 20 GG) ein Mindestmaß an Leistungen geregelt werden. Hierfür sind bundeseinheitliche Regelungen unverzichtbar, damit sich die Lebensverhältnisse in den Ländern nicht in erheblicher Weise auseinander entwickeln.

Auch die Wahrung der Rechtseinheit erfordert eine bundeseinheitliche Regelung. Die vorrangigen (Versicherungs-)Leistungen zur Rehabilitation und Teilhabe sind bundesgesetzlich in Sozialgesetzbüchern geregelt worden. Zur Wahrung der Rechtseinheit ist es daher notwendig, auch die nachrangigen Leistungen einheitlich durch den Bundesgesetzgeber zu regeln. Ansonsten würde die Unterschiedlichkeit der zwei Systeme Versicherungsleistungen und steuer-finanzierte Fürsorgeleistungen noch weiter verstärkt. Bei einer ausschließlichen Gesetzgebungskompetenz der Länder im nachrangigen System würden die gleichen Lebenssachverhalte unterschiedlich geregelt werden. Finanzstärkere Länder könnten umfangreichere Leistungen gewähren als finanzschwächere Länder, die Länder könnten jeweils nach eigenen politischen Schwerpunktsetzungen über die Verwendung ihrer finanziellen Ressourcen entscheiden. Mit gravierenden Unterschiedlichkeiten oder einem verstärkten föderalen Leistungswettbewerb wäre eine Rechtszersplitterung verbunden, die die Erhaltung einer funktionsfähigen Rechtsgemeinschaft bedrohen würde. Mit einer Gesetzgebungskompetenz der Länder würden auch die Ziele des SGB IX, Teil 1 mit übergreifenden Verfahrensregelungen für alle Leistungen zur Rehabilitation und Teilhabe konterkariert, da die Landesgesetze nicht von dessen Regelungsbereich erfasst würden.

### **SGB IX Teil 3 – Schwerbehindertenrecht**

Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes für die Neuregelungen im Schwerbehindertenrecht im Zusammenhang mit der Neufassung des Schwerbehindertenrechts im SGB IX, Teil 3 ergibt sich aus Artikel 74 Absatz 1 Nummer 7 in Verbindung mit Artikel 72 Absatz 2 GG und Artikel 74 Absatz 1 Nummer 12 GG. Der Bund hat für die öffentliche Fürsorge die Gesetzgebungszuständigkeit, wenn und soweit die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet oder die Wahrung der Rechts- oder Wirtschaftseinheit im gesamtstaatlichen Interesse eine bundesgesetzliche Regelung erforderlich macht.

Eine bundesgesetzliche Regelung ist erforderlich. Die vorliegenden Änderungen des Schwerbehindertenrechts und der Teilhabe behinderter und schwerbehinderter Menschen zu den Rechten der Vertretungen der schwerbehinderten Menschen in den Betrieben und den öffentlichen Verwaltungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt, die Verbesserung der Mitwirkungsmöglichkeiten der Interessenvertretungen der in den WfbM beschäftigten Menschen mit Behinderungen und die Einführung von Frauenbeauftragten in allen WfbM, die Neufassung des Anspruchs auf Benutzung von Behindertenparkplätzen und die Einführung eines Merkzeichens für taubblinde Menschen im Schwerbehindertenausweis sind im Interesse gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet und damit zur Wahrung der Rechts- und Wirtschaftseinheit erforderlich.

### **SGB XII – Sozialhilferecht**

Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes für das Sozialhilferecht nach dem SGB XII (Artikel 11, 12 und 13 des Gesetzentwurfs) ergibt sich für das Fürsorgerecht aus Artikel 74 Absatz 1 Nummer 7 des Grundgesetzes (GG) (öffentliche Fürsorge). Diesbezüglich hat der Bund die Gesetzgebungskompetenz, wenn und soweit die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet oder die Wahrung der Rechts- und Wirtschaftseinheit im gesamtstaatlichen Interesse eine bundesgesetzliche Regelung erforderlich macht (Artikel 72 Absatz 2 GG). Das Recht der Sozialhilfe als unterstes soziales Netz dient sowohl der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse als auch der Wahrung der Rechts- und Wirtschaftseinheit. Auf diesem untersten Niveau muss auf Grund

verfassungsrechtlicher Vorgaben wie insbesondere Menschenwürde (Artikel 1 GG), Gleichheitsgrundsatz (Artikel 3 GG) und Sozialstaatsprinzip (Artikel 20 GG) ein Mindestmaß an Leistungen bundeseinheitlich geregelt werden, damit sich die Lebensverhältnisse nicht in erheblicher Weise auseinander entwickeln. Zudem wird eine Rechtszersplitterung, die die Erhaltung einer funktionsfähigen Rechtsgemeinschaft bedrohen würde, verhindert. Daher sind die Regelungen im Recht der Sozialhilfe bundeseinheitlich erfolgt.

Die Erforderlichkeit einer bundeseinheitlichen Regelung ergibt sich für die bei den Leistungen zur Bestreitung des Lebensunterhalts nach dem Dritten und Vierten Kapitel des SGB XII vorzunehmenden Änderungen daraus, dass diese Vorschriften bundeseinheitlich geregelt sind und im Zusammenhang mit der Reform der Eingliederungshilfe stehenden Ergänzungen und Änderungen ebenfalls nur bundeseinheitlich vorgenommen werden können.

Für das zu schaffende Übergangsrecht für die Eingliederungshilfe im Sechsten Kapitel und für die Regelungen der Hilfe zur Pflege im Siebten Kapitel des SGB XII ergibt sich die Notwendigkeit einer bundeseinheitlichen Regelung, einerseits aus der bisherigen Regelung als Bundesrecht, andererseits würde eine nicht bundeseinheitliche Regelung in diesen Bereichen, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse bedrohen. Denn die Deckung dieser Bedarfe, die der Sicherstellung einer menschenwürdigen Existenz dienen, darf nicht vom Wohnort oder regionalen Unterschieden abhängig sein. Regelungen in einzelnen Ländern würden auf Grund ihrer Mängel zu einer mit der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse unvereinbaren Benachteiligung der Einwohner dieser Länder führen und diese deutlich schlechter stellen als die Einwohner anderer Länder.

Die Regelungen zum Einsatz von Einkommen und Vermögen bei diesen Hilfen sowie zukünftig bei gleichzeitigem Bezug von Hilfen nach dem SGB XII und der Eingliederungshilfe nach Teil 2 des SGB IX erfordern als Annex hierzu ebenfalls aus den genannten Gründen bundeseinheitliche Regelungen. Ebenso sind die Änderungen bei der Anrechnung von Erwerbseinkommen bei der Beschäftigung in einer Werkstatt für behinderte Menschen bundeseinheitlich geregelt, eine Verbesserung für die Betroffenen kann deshalb ebenfalls nur durch bundeseinheitliche Regelungen erreicht werden.

Die Änderungen im Zusammenhang mit den Leistungen der Eingliederungshilfe und die übergangsweise bis zum Inkrafttreten sowie die nach Inkrafttreten von Teil 2 des SGB IX erforderlichen Anpassungen beziehungsweise Neuregelungen im Vertragsrecht können aufbauend auf den geltenden bundeseinheitlichen Vorschriften im Zehnten Kapitel des SGB XII ebenfalls nur in bundeseinheitlicher Ausgestaltung vorgenommen werden.

### **Gesetzliche Folgeänderungen außerhalb des SGB IX und des SGB XII**

Die in den übrigen Artikeln enthaltenen Folgeänderungen stützen sich ebenfalls überwiegend, von den nachstehenden Ausnahmen abgesehen, auf die Gesetzgebungskompetenz des Bundes für die öffentliche Fürsorge nach Artikel 74 Absatz 1 Nummer 7 GG.

Die Folgeänderungen im Schwerbehindertenrecht, z. B. die auf das Jahr 2017 vorgezogenen Änderungen im bisherigen SGB IX, Teil 2 sowie weitere damit zusammenhängende Änderungen in den Artikel 15 und 16 stützen sich auf die für den neuen Teil 3 SGB IX oben bereits genannten Kompetenztitel aus Artikel 74 Absatz 1 Nummer 7 und 12 in Verbindung mit Artikel 72 Absatz 2 GG.

Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes für die das soziale Entschädigungsrecht betreffenden Änderungen (§ 6 Absatz 1 Nummer 5 SGB IX, die Änderungen des BVG in Artikel 14 und 15 sowie die Änderungen der Verordnung zur Kriegsofopferfürsorge in Artikel 18 Absatz 17) ergibt sich aus Artikel 73 Absatz 1 Nummer 13 und Artikel 74 Absatz 1 Nummer 7 GG. Soweit diese Gesetzesänderungen Auswirkungen auf die Leistungen der Versorgung und Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und ihre Hinterbliebenen haben, ist die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz des Bundes aus Artikel 73 Absatz 1 Nummer 13 GG einschlägig. Da die durch das vorliegende Gesetz geänderten Vorschriften des BVG auch für weitere Personengruppen des sozialen Entschädigungsrechts (z. B. Opfer von Gewalttaten sowie Impfgeschädigte) entsprechend zur Anwendung kommen, besteht insofern für den Bund die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz aus Artikel 74 Absatz 1 Nummer 7 GG. Die zur Inanspruchnahme der zuletzt genannten Kompetenz im Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung gemäß Artikel 72 Absatz 2 GG erforderlichen Voraussetzungen liegen vor, da eine bundeseinheitliche Regelung zur Wahrung der Rechtseinheit notwendig ist.

Die Änderungen des Umsatzsteuergesetzes in den Artikeln 16, 17 und 20 beruhen auf der Gesetzgebungskompetenz des Bundes nach Artikel 105 Absatz 2 GG.

## V. Vereinbarkeit mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen

Das Gesetz ist mit dem Recht der Europäischen Union vereinbar. Dies gilt insbesondere auch für die Arbeitgeberförderung im Rahmen des neu eingeführten Budgets für Arbeit (siehe Begründung zu § 61 SGB IX) und das neue Vertragsrecht in der Eingliederungshilfe (siehe Begründung vor §§ 80 ff. SGB IX). Die Fördervoraussetzungen für das Budget für Arbeit stellen entsprechend dem Beihilferecht (Artikel 41 Verordnung (EG) Nr. 800/2008) sicher, dass Arbeitgeberzuschüsse nicht geleistet werden, wenn die Förderung der Beschäftigung behinderter Mitarbeiter ursächlich ist für die Entlassung anderer Mitarbeiter. Das Vertragsrecht der Eingliederungshilfe fällt nicht in den Anwendungsbereich des europäischen Vergaberechts, da es an der erforderlichen Konkurrentenauswahl fehlt.

Mit dem Gesetz werden zudem die völkerrechtlichen Verpflichtungen aus der UN-BRK umgesetzt, indem

- die gesetzliche Definition von Behinderung mit den allgemeinen Grundsätzen und Bestimmungen der UN-BRK in Einklang gebracht wird,
- die Voraussetzungen für einen inklusiven Arbeitsmarkt geschaffen werden,
- Menschen mit Behinderungen ihr persönliches Einkommen nur in angemessenem Umfang einsetzen, um ihre Bedarfe zu decken und
- personenzentrierte soziale Dienstleistungen zur Verfügung gestellt werden, die Inklusion, Selbstbestimmung und die Entscheidung, in der Gemeinschaft zu leben, ermöglichen.

## VI. Gesetzesfolgen

### 1. Rechts- und Verwaltungsvereinfachung

Das Bundesteilhabegesetz enthält drei wesentliche Vereinfachungsansätze:

- Mit dem neuen Teilhabeplanverfahren, das für alle Rehabilitationsträger einheitlich und ausnahmslos gilt, wird die trägerübergreifende Zusammenarbeit bei der Leistungsfeststellung und Leistungserbringung erheblich vereinfacht. Durch einheitliche bundesgesetzliche Vorgaben für die Instrumente der Bedarfsermittlung, für die Koordinierung der Leistungen und für die Dokumentation der Verfahrensschritte und für die ärztliche Begutachtung wird sichergestellt, dass sowohl die Kooperation der Behörden untereinander als auch deren Kommunikation mit den Leistungsberechtigten deutlich vereinfacht wird. Ein zusätzlicher Vereinfachungsgewinn entsteht für die Sozialgerichtsbarkeit, da bei der Sachverhaltsaufklärung im Rahmen der Amtsermittlung unabhängig von der Rechtsmaterie stets auf einen vergleichbaren Aktenbestand zurückgegriffen werden kann, der zwingende Dokumentationsanforderungen zu erfüllen hat. Aus diesem Grund steht den Kosten für die Einführung des Teilhabeplanverfahrens, das bei Bund und Ländern je einen Erfüllungsaufwand von ca. 50 Millionen Euro verursacht, mittelfristig ein Gewinn an Effizienz und Verwaltungsvereinfachung gegenüber, wenn die standardisierten Abläufe routiniert praktiziert werden.
- Die Rehabilitationsträger erstellen eine einheitliche Teilhabeplanverfahrensstatistik, die die bisherigen trägerspezifischen Daten an einer Stelle (BAR) zusammenführt. Durch die Vergleichbarkeit und einheitliche Darstellung der Fallzahlen wird die Beurteilung der Wirksamkeit der Zusammenarbeit der Rehabilitationsträger vereinfacht. Der öffentliche Diskurs und die Fachdiskussionen über die Umsetzung des Teilhabeplanverfahrens werden unterstützt und damit ein zusätzliches Element öffentlicher und politischer Kontrolle eingeführt, das aufgrund der hiermit intendierten gesellschaftlichen Partizipation die sozialgerichtliche und die aufsichtsrechtliche Kontrolle der Rehabilitationsträger wirkungsvoll flankiert.
- Die Einkommens- und Vermögensanrechnung in der Eingliederungshilfe wird mit dem neuen Beitragsmodell erheblich vereinfacht, indem ab dem Jahr 2020 nur noch auf die finanzielle Situation des behinderten Menschen abgestellt wird. Die bisherige im Sozialhilferecht verankerte Berücksichtigung der finanziellen Situation der sog. Einstandsgemeinschaft wird mit der neuen Systematik der Einkommensanrechnung aufgegeben. Mit der Regelung, dass der Beitrag sich zudem nach dem Einkommen im Sinne des Einkommensteuergesetzes (EStG) richtet, wird die Inanspruchnahme von Einkommen weitestgehend pauschaliert. Der

daraus resultierende Vereinfachungseffekt begünstigt nicht nur die Verwaltung, sondern insbesondere auch die Leistungsberechtigten, die zukünftig ihren Beitrag zu den Leistungen der Eingliederungshilfe bereits anhand ihrer steuerrechtlichen Angaben berechnen und im Streitfall mit den Behörden auch schnell überprüfen können.

## 2. Nachhaltigkeitsaspekte

Der Gesetzentwurf steht im Einklang mit den Leitgedanken der Bundesregierung zur Nachhaltigkeitspolitik. Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie fordert in der Grundregel der Managementregeln: „Jede Generation muss ihre Aufgaben selbst lösen und darf sie nicht den kommenden Generationen aufbürden. Zugleich muss sie Vorsorge für absehbare zukünftige Belastungen treffen“. Darüber hinaus verlangt Managementregel (9) u. a., dass Armut und soziale Ausgrenzung soweit wie möglich vorzubeugen sind, allen Bevölkerungsschichten Chancen eröffnet werden, sich an der wirtschaftlichen Entwicklung zu beteiligen und dass alle am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Insbesondere diesen Managementregeln wird durch den Gesetzentwurf Rechnung getragen.

Um den zukünftigen Herausforderungen einer wachsenden Anzahl von Leistungsempfängern im Bereich der Eingliederungshilfe entgegenzutreten und die damit verbundene erhebliche Ausgabendynamik nachhaltig zu bremsen und nicht kommenden Generationen aufzubürden, werden eine Vielzahl an Maßnahmen mit dem Bundeteilhabegesetz ergriffen. Die wichtigsten Maßnahmen, die insbesondere die Steuerungsfähigkeit der Eingliederungshilfe erhöhen, sind das in der Eingliederungshilfe ergänzend anzuwendende Gesamtplanverfahren sowie Schärfungen im Vertragsrecht wie beispielsweise Wirtschaftlichkeits- und Qualitätsprüfungen, die zu einer effizienteren Leistungserbringung durch die Leistungsanbieter führen sollen. Darüber hinaus sollen Zugänge in die Eingliederungshilfe durch präventiv wirkende Modellvorhaben in den Rechtskreisen SGB II und SGB VI wirksam gebremst werden.

Um Armut und soziale Ausgrenzung von Menschen mit Behinderungen und von Behinderung bedrohten Menschen vorzubeugen und diese Bevölkerungsschicht an der wirtschaftlichen Entwicklung zu beteiligen, soll mit dem Gesetzesvorhaben nicht nur die Beschäftigungssituation sondern auch die finanzielle Situation von Menschen mit Behinderungen nachhaltig verbessert werden. Hierzu sind vielfältige Regelungen vorgesehen, wie beispielsweise die Erhöhung von Beschäftigungschancen bzw. die Verbesserung von Anreizen zur Aufnahme einer Tätigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt oder die Neuregelung des Einkommens- und Vermögenseinsatzes.

Darüber hinaus wird mit diesem Gesetz die Stärkung der gleichberechtigten gesellschaftlichen Teilhabe und die damit verbundene dauerhafte Verbesserung der Lebenssituation – als eines der Kernziele der Reform – angestrebt. Hierzu dienen u. a. die beschriebenen Maßnahmen zur beruflichen Teilhabe, aber auch die Stärkung der sozialen Teilhabe und die Einführung einer neuen Leistungsgruppe zur Teilhabe an Bildung. Dabei entspricht der Teilhabegedanke gleichzeitig der Leitlinie „sozialer Zusammenhalt“ und die Verbesserung der Lebenssituation der Leitlinie „Lebensqualität“ der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie.

## 3. Demografie-Check

Die demografischen Folgen und Risiken des Gesetzesvorhabens wurden anhand des vom Bundesministerium des Inneren veröffentlichten Demografie-Checks geprüft.

Finanzielle Belastungen für künftige Generationen in Form von Steuer- oder Abgabenerhöhungen bzw. Beitragssteigerungen in der Sozialversicherung werden mit dem Gesetzesvorhaben nicht eintreten.

Das Gesetzesvorhaben steht unter der Maxime des Inklusionsbegriffs der UN-BRK und verfolgt eine vertiefte Umsetzung im gesellschaftlichen Selbstverständnis bereits im Bildungsbereich. Mit Ausweitungen bei den Leistungen zur Teilhabe an Bildung in der Eingliederungshilfe werden die Möglichkeiten für Menschen mit Behinderungen ausgebaut, sich über das bisherige Maß hinaus zu qualifizieren und weiter zu bilden. Diese Maßnahmen kommen mittelbar dem Arbeitsmarkt und damit auch dem Beitragsfundament der Sozialversicherung zu Gute.

Die Neuregelungen bei den Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben werden die Menschen mit Behinderungen und die von Behinderung bedrohten Menschen besser in die Lage versetzen, eine Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt aufzunehmen. Auch diese Maßnahmen kommen dem Arbeitsmarkt und damit dem Beitragsfundament der Sozialversicherung zu Gute.

Verbesserungen bei der Heranziehung von Einkommen und Vermögen in der Eingliederungshilfe erhöhen die Arbeitsanreize für Menschen mit Behinderung und tragen damit ebenfalls zur Stabilisierung der Sozialversicherung bei. Der Wegfall der Anrechnung von Einkommen des Partners eines Eingliederungshilfebeziehers wird für beide Partner die Aufteilung zwischen Erwerbs- und Fürsorgearbeit verändern und Arbeitsanreize erhöhen.

Zur Vermeidung von Erwerbsminderung haben bei den Modellvorhaben in den der Eingliederungshilfe vorgelagerten Sozialleistungssystemen SGB II und SGB VI der Frühzeitlichkeits- und Präventionsgedanke Priorität. Die Entwicklung präventiver Interventionsleistungen und neuer Kooperationsformen zwischen den Rehabilitationsträgern sollen den Erhalt der Erwerbsfähigkeit und damit den Verbleib der Betroffenen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt sichern.

Unmittelbare Auswirkungen auf die Integration von Zuwanderern werden mit dem Gesetz nicht verfolgt. Bei Menschen mit Behinderungen und einem Migrationshintergrund bzw. von Behinderung bedrohte Menschen mit Migrationshintergrund werden die Regelungen zur Stärkung der Selbstbestimmung und Teilhabe auch zu ihrer Integration beitragen.

#### 4. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Die Haushaltsausgaben für den Bund sowie die Länder und Gemeinden sind in der nachfolgenden Tabelle dargestellt:

Finanzielle Auswirkungen Bundesteilhabegesetz in Millionen Euro (+ Belastung, – Entlastung)

	2017	2018	2019	2020
<b>Bund</b>				
Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung <sup>1</sup>	+8,0	+58	+58	+58
Teilhabeverfahrensbericht BAR <sup>1</sup>	+1,3	+1,0	+1,0	+1,0
Untersuchung und Umsetzungsunterstützung des Bundesteilhabegesetzes	+2,2	+3,0	+3,0	+3,0
Präventive Modellvorhaben SGB II	+10,0	+100,0	+100,0	+100,0
Präventive Modellvorhaben SGB VI	+10,0	+100,0	+100,0	+100,0
Zusätzliche Ausgaben der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (GruSi) <sup>2</sup> (umfasst auch die Erhöhung des Freibetrages für Werkstattbeschäftigte)	+126,0	+130,0	+133,0	+431,0
<b>Gesamt Bund</b>	<b>+157,5</b>	<b>+392,0</b>	<b>+395,0</b>	<b>+693,0</b>
<b>Länder/ Gemeinden<sup>3</sup></b>				
Verbesserungen bei der Anrechnung von Einkommen und Vermögen in der Eingliederungshilfe <sup>2, 4</sup>	+91,0	+95,0	+99,0	+355,0
Einführung Budget für Arbeit und andere Leistungsanbieter in der Eingliederungshilfe	0	+33,0	+67,0	+100,0
Verbesserungen bei den Leistungen zur Teilhabe an Bildung in der Eingliederungshilfe	0	0	0	+3
Trennung der Fachleistungen der Eingliederungshilfe von den Leistungen zum Lebensunterhalt <sup>2</sup>	-76,0	-79,0	-82,0	-378,0



Einführung trägerübergreifendes Teilhabeplanverfahren <sup>1</sup>	+10,0	+50,0	+50,0	+50,0
Effizienzrendite in der Eingliederungshilfe durch bessere Steuerung	0	0	0	-100,0
Einführung von Frauenbeauftragten in WfbM und Erhöhung der Zahl der Mitglieder der Werkstatträte in WfbM mit mehr als 700 Beschäftigten <sup>1</sup>	+5,0	+20,0	+20,0	+20,0
<b>Gesamt Länder/ Gemeinden</b>	<b>+30,0</b>	<b>+119,0</b>	<b>+154,0</b>	<b>+50,0</b>

<sup>1</sup> Hier nachrichtlich, da grundsätzlich dem Erfüllungsaufwand (siehe Punkt 5 im Allgemeinen Teil der Begründung) zuzuordnen.

<sup>2</sup> Es wird von einer jährlichen Ausgabensteigerung um 4,17 Prozent ausgegangen. Dies entspricht dem durchschnittlichen Wachstum der Ausgaben für die Eingliederungshilfe in den Jahren 2010 bis 2014.

<sup>3</sup> Auf eine nach Ländern und Kommunen getrennte Darstellung wurde verzichtet, da in der Eingliederungshilfe sowohl die Kostentragung als auch die Zuständigkeiten in den jeweiligen Bundesländern durch Landesrecht unterschiedlich geregelt sind.

<sup>4</sup> Da es zu der Einkommens- und Vermögensverteilung der betroffenen behinderten Menschen wenig belastbare Daten gibt und die möglichen Verhaltensreaktionen der Betroffenen nur schwer eingeschätzt werden können, wird bei den Schätzungen zur Einkommens- und Vermögensanrechnung ein Risikoaufschlag von 20 Prozent vorgenommen.

#### 4.1 Bund

Die Einführung einer flächendeckenden ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung führt für den Bund ab dem Jahr 2018 zu Mehrausgaben in Höhe von rund 58 Millionen Euro jährlich. Grundlage für diesen Betrag ist die Annahme, dass ein unabhängiger Berater/eine unabhängige Beraterin je 100 000 Einwohner in der Bundesrepublik Deutschland im Durchschnitt ausreichend ist. Hochgerechnet auf 80 Millionen Menschen in Deutschland ergeben sich rechnerisch 800 unabhängige Beratungspersonen. Auf der Grundlage der Finanzierung der Koordinierungs- Kontakt- und Beratungsstellen im Rheinland werden Kosten für jede/n Berater/in mit 70 000 EUR je Stelle und Jahr zugrunde gelegt. Für das Jahr 2017 fallen Mehrausgaben in Höhe von 8 Millionen Euro an, da erste vorbereitende Aufgaben wie die Auswahl eines beauftragten Dritten als beliehener Unternehmer sowie die Auswahl der zu fördernden Beratungsstellen bereits im Jahr vor dem Inkrafttreten dieser Regelung durchgeführt werden müssen.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (BAR) erstellt ab dem Jahr 2018 jährlich einen Teilhabeverfahrensbericht. Beschaffungskosten (Hard- und Software) einschließlich Drittunterstützung betragen einmalig 1,3 Millionen Euro. Die dauerhaft jährlich anfallenden Kosten werden auf rund 1 Million Euro geschätzt. Darin enthalten sind Personalkosten, Aufwände für Betriebsmittel und Drittunterstützung. Da die BAR keine Körperschaft sondern ein eingetragener Verein ist und über keine eigenen Finanzmittel verfügt, sind die mit der neuen Aufgabe verbundenen Kosten vom Bund zu erstatten.

Die Evaluation der Instrumente zur Ermittlung des Rehabilitationsbedarfs und der Leistungserbringung durch die Träger der Eingliederungshilfe und die Umsetzungsunterstützung führen ab dem Jahr 2018 zu Mehrausgaben in Höhe von 3 Millionen Euro jährlich. Erste Vorarbeiten der Evaluation wie Auswahl eines Dienstleisters und Verständigung auf ein Untersuchungsdesign sowie die Umsetzungsunterstützung sollen bereits 2017 beginnen und führen in diesem Jahr zu Mehrausgaben in Höhe von 2,2 Millionen Euro, ehe die Evaluation 2018, mit dem Inkrafttreten der Neufassung des Teiles 1 des SGB IX, beginnt. Die Evaluation ist auf fünf Jahre befristet.

Die Modellvorhaben zur Prävention im Rechtskreis SGB II führen ab dem Jahr 2018 zu Mehrausgaben in Höhe von 100 Millionen Euro jährlich. Die Modellvorhaben sind auf fünf Jahre befristet. Mit den Modellvorhaben soll das im Verhältnis zur Eingliederungshilfe vorrangige Leistungssystem Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) gezielt im Hinblick auf die Sicherung von Erwerbsfähigkeit und Beschäftigung unterstützt werden, um frühzeitig vor einem Übergang von Menschen in das System der Eingliederungshilfe geeignete präventive Maßnahmen einleiten zu können. Erste Vorarbeiten wie z. B. die Beauftragung eines Projektträgers und der Evaluation

sollen bereits im Jahr 2017 beginnen, daher fallen in diesem Jahr Aufwendungen in Höhe von rund 10 Millionen Euro an.

Die Modellvorhaben zur Prävention im Rechtskreis SGB VI führen ab dem Jahr 2018 zu Mehrausgaben in Höhe von 100 Millionen Euro jährlich. Die Modellvorhaben sind auf fünf Jahre befristet. Mit den Modellvorhaben soll das im Verhältnis zur Eingliederungshilfe vorrangige Leistungssystem der gesetzlichen Rentenversicherung gezielt im Hinblick auf die Sicherung von Erwerbsfähigkeit und Beschäftigung unterstützt werden, um frühzeitig vor einem Übergang von Menschen in das System der Eingliederungshilfe geeignete präventive Maßnahmen einleiten zu können. Die gesetzliche Rentenversicherung soll stärkere Aktivierungsmaßnahmen entfalten, um den Eintritt einer Behinderung oder einer chronischen Krankheit zu vermeiden und damit mittelbar auch zu einer Entlastung der Eingliederungshilfe beitragen. Erste Vorarbeiten wie z. B. die Beauftragung eines Projektträgers und der Evaluation sollen bereits im Jahr 2017 beginnen, daher fallen in diesem Jahr Aufwendungen in Höhe von rund 10 Millionen Euro an.

Mit der künftig personenzentrierten Ausgestaltung der Eingliederungshilfe und der damit verbundenen Trennung der Fachleistungen der Eingliederungshilfe von den Leistungen zum Lebensunterhalt, steigen die vom Bund zu den Ländern zu erstattenden Nettoausgaben in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Vierten Kapitel des SGB XII. Der Anteil an lebensunterhaltssichernden Leistungen bei Personen in stationärer Unterbringung, der bislang Bestandteil der Fachleistungen ist, wird künftig getrennt ausgewiesen und in der weit überwiegenden Zahl der Fälle der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zugeordnet, in Ausnahmefällen auch der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Dritten Kapitel des SGB XII. Die Trennung der beiden Leistungsbestandteile wird ab 1. Januar 2020 vollzogen. Die dadurch bewirkten Mehrausgaben in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung umfassen die folgenden Elemente, wobei für die Fortschreibung der Ausgangswerte des Jahres 2015 ein Anstieg der Kosten um 4,17 Prozent jährlich angenommen wurde. Dies entspricht dem durchschnittlichen Wachstum der Ausgaben der Eingliederungshilfe 2010 bis 2014:

- Rund 115.000 Leistungsbezieher, die derzeit stationär untergebracht sind und Leistungen nach der Regelbedarfsstufe 3 erhalten, werden ab 2020 Leistungen nach der Regelbedarfsstufe 2 erhalten. Die Mehrkosten hierfür betragen rund 67 Millionen Euro.
- Bisher wurden die Kosten für Unterkunft und Heizung in Einrichtungen teilweise aus dem Lebensunterhalt und teilweise aus der Fachleistung finanziert. Ab 2020 werden diese Kosten über die Lebensunterhaltsleistungen finanziert. Dabei wird angenommen, dass sich für rund 115.000 Leistungsbezieher, die derzeit stationär untergebracht sind, die Bedarfe für Unterkunft und Heizung gegenüber dem bisherigen Durchschnittsbetrag einer Warmmiete um 100 Euro von 387 auf 487 Euro erhöhen. Die Mehrkosten betragen im Jahr 2020 rund 169 Millionen Euro.
- Bereits ab 1. Januar 2017 wird das Mittagessen von rund 151.000 Eingliederungshilfebeziehern in Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) dem Lebensunterhalt und damit der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zugeordnet. Zugrunde gelegt wird ein Betrag von 2,10 Euro je Mittagessen (3,10 Euro abzgl. 1 Euro Eigenbeteiligung) bei 220 Arbeitstagen im Jahr. Die Mehrkosten betragen 2017 rund 76 Millionen Euro, 2018 rund 79 Millionen Euro, 2019 rund 82 Millionen Euro und 2020 rund 86 Millionen Euro.
- Durch die Anhebung der Regelbedarfe und der Wohnkosten um insgesamt 140 Euro pro Fall können rund 30.000 Empfänger von Leistungen nach dem 6. Kapitel SGB XII in einer Wohneinrichtung, die derzeit ausschließlich Leistungen zum Lebensunterhalt nach dem Dritten Kapitel SGB XII erhalten, ab 2020 Anspruch auf die höheren Leistungen nach dem Vierten Kapitel haben. Dies führt ab 2020 zu Mehrausgaben in Höhe von 55 Millionen Euro jährlich.
- Neben der Anhebung der Einkommens- und Vermögensgrenzen in der Eingliederungshilfe erhalten auch viele Beschäftigte in WfbM künftig ein höheres Netto-Arbeitsentgelt. Durch die Erhöhung des Freibetrages (weniger Arbeitsentgelt wird auf die Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung angerechnet) von 25 Prozent des übersteigenden Betrages des Arbeitsentgeltes auf 50 Prozent, werden rund 26 Euro des Arbeitsentgeltes monatlich weniger auf die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung angerechnet, mithin wird sich das verfügbare Einkommen der Werkstattbeschäftigten, die wegen einer dauerhaften vollen Erwerbsminderung Grundsicherung beziehen, entsprechend erhöht. Die Anhebung des Freibetrages führt zu Mehrausgaben in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in Höhe von rund 50 Millionen Euro im Jahr 2017. Für die Folgejahre wird eine Kostensteigerung von rund 2 Prozent

jährlich angenommen. Dies entspricht dem durchschnittlichen Wachstum der Anzahl der Menschen mit Behinderungen in Werkstätten in den Jahren 2009 bis 2014.

Zusammengefasst hat die Trennung von Fachleistung und Leistungen zum Lebensunterhalt sowie die Erhöhung des Freibetrages für Werkstattbeschäftigte in der GruSi für den Bund die in der unten stehenden Tabelle dargestellten Kostenfolgen (in Millionen Euro):

	2017	2018	2019	2020
Ersetzung der bisherigen Regelbedarfsstufe (RBS) 3 durch RBS 2 für Leistungsberechtigte in Einrichtungen	0	0	0	+67
Erhöhung der Bedarfe für Unterkunft und Heizung auf ein für gemeinschaftliche Wohnformen bedarfsdeckendes Niveau	0	0	0	+170
Zuordnung des Mittagessens in WfbM zu den Leistungen zum Lebensunterhalt in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (GruSi)	+76	+79	+82	+86
Mehrausgaben für Leistungsbezieher, die nach heutigem Recht ausschließlich Leistungen nach dem 3. Kapitel SGB XII beziehen, künftig aber die höheren Leistungen nach dem 4. Kapitel SGB XII erhalten	0	0	0	+55
Erhöhung des Freibetrags für Werkstattbeschäftigte in der GruSi	+50	+51	+52	+53
<b>Gesamt</b>	<b>+126</b>	<b>+130</b>	<b>+133</b>	<b>+431</b>

Darüber hinaus können für den Bund sonstige nicht näher bezifferte Ausgaben entstehen:

Die Neuregelung im Artikel 16 dient der Klarstellung und zielgenauen Umsetzung des Artikels 132 Absatz 1 Buchstabe g der MwStSystRL in das nationale Recht und schreibt lediglich die bestehende Rechtslage weitgehend fest.

Nicht bezifferbare Ausgaben bei den Sozialversicherungsträgern infolge der Zulassung anderer Anbieter anstelle der Werkstätten für Menschen mit Behinderungen können dann entstehen, wenn die Leistungen bei den neuen Anbietern von Menschen in Anspruch genommen werden, die bisher keine Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben in Werkstätten bezogen haben. Die Sozialversicherungsträger sind allerdings nur Träger der Leistungen im Eingangsverfahren und im Berufsbildungsbereich der Werkstätten, jedoch nicht im Arbeitsbereich. Mehrausgaben sind somit nur dann möglich, wenn die neuen Anbieter auch Leistungen erbringen, die mit den Leistungen im Eingangsverfahren und im Berufsbildungsbereich der Werkstätten vergleichbar wären. Berechnungen dazu, um wie viele Menschen es sich handelt, die bei der Zulassung anderer Leistungsanbieter dort erstmals Leistungen zur beruflichen Bildung in Anspruch nehmen würden, liegen nicht vor.

Die Erwägungen zu den möglichen Ausgaben infolge der Zulassung anderer Anbieter bei den Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben gelten auch für die rentenrechtliche Gleichbehandlung dieser Leistungen nach § 179 SGB VI. Der Bund erstattet bei einer Beschäftigung im Arbeitsbereich einer Werkstatt die Rentenversicherungsbeiträge nach § 179 SGB VI, künftig wird das auch bei einer Beschäftigung bei einem anderen Leistungsanbieter der Fall sein. Zusätzliche Kosten entstehen dem Bund durch Rentenversicherungsbeiträge in Fällen, in denen Leistungsberechtigte nach Zulassung anderer Leistungsanbieter deren Beschäftigungsangebote wahrnehmen und damit erstmals Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben in Anspruch nehmen. Dem stehen Minderausgaben in vergleichbarem Umfang gegenüber, da angenommen wird, dass rund 1 Prozent der rund 270 000 Beschäftigten im Arbeitsbereich einer WfbM künftig in den allgemeinen Arbeitsmarkt wechseln und das Budget für Arbeit in

Anspruch nehmen. Damit entfällt künftig für rund 2 700 Personen jährlich die Erstattung von Rentenversicherungsbeiträgen durch den Bund. Aufgrund der ungefähren, nicht konkret zu beziffernden Betragsidentität der Be- und Entlastung wurde auf eine Darstellung in der Finanztabelle verzichtet.

#### 4.2 Länder und Gemeinden

Verbesserungen bei der Anrechnung von Einkommen und Vermögen auf die Fachleistungen der Eingliederungshilfe werden in zwei Stufen umgesetzt: Zum 1. Januar 2017 treten Verbesserungen in der bestehenden Systematik des SGB XII in Kraft. Es wird ein zusätzlicher Vermögensfreibetrag für Bezieher von Eingliederungshilfe von 25.000 Euro eingeführt. Außerdem wird der Beitrag von erwerbstätigen behinderten Menschen deutlich abgesenkt. Diese Verbesserungen führen in den Jahren 2017, 2018 und 2019 zu Mehrausgaben in Höhe von 91 Millionen Euro, 95 Millionen Euro und 99 Millionen Euro. Auch hier wird für die Fortschreibung ein Faktor von 4,17 Prozent jährlich verwendet.

Zum 1. Januar 2020 tritt das neue Eingliederungshilferecht im SGB IX, Teil 2 in Kraft. Die derzeitige einzelfallbezogene Beurteilung der finanziellen Situation wird durch eine Regelung abgelöst, bei der ein vom Gesamteinkommen abhängiger Beitrag festgelegt wird. Dieser richtet sich nach der Summe der Einkünfte nach dem Einkommensteuergesetz bzw. nach der Bruttorente. Die Eigenbeiträge nach neuem Recht sind in der Regel deutlich niedriger als nach altem Recht. In vielen Fällen entfällt der Beitrag vollständig. Das Einkommen und das Vermögen der Ehegatten und Partner wird vollständig freigestellt. Der Vermögensfreibetrag wird weiter erhöht auf 150 Prozent der Bezugsgröße (entspricht 52.290 Euro im Jahr 2016). Es wird geschätzt, dass bei den Trägern der Eingliederungshilfe durch diese Maßnahmen im Jahr 2020 Mehrausgaben von insgesamt rund 296 Millionen Euro entstehen. Darin sind auch die Mehrausgaben durch zusätzliche Leistungsbezieher enthalten. Dieser Betrag kann nicht auf die einzelnen Maßnahmen aufgeteilt werden, da viele Personen von mehr als einer dieser Verbesserungen betroffen sind.

Da es zu der Einkommens- und Vermögensverteilung der betroffenen behinderten Menschen kaum Daten gibt und die möglichen Verhaltensreaktionen der Betroffenen nur schwer eingeschätzt werden können, wird bei den Schätzungen zur Einkommens- und Vermögensanrechnung ein Risikoaufschlag von 20 Prozent vorgenommen. Die Gesamtkosten der Änderungen bei der Einkommens- und Vermögensanrechnung betragen somit 355 Millionen Euro im Jahr 2020.

Nach § 103 Absatz 2 erhalten künftig leistungsberechtigte Personen, die sowohl Leistungen der Eingliederungshilfe beziehen als auch auf Leistungen der Hilfe zur Pflege Anspruch haben und sich gleichzeitig im Erwerbsleben befinden, ihre Leistungen einheitlich aus den Händen der Eingliederungshilfe. Es handelt sich hierbei um eine sehr geringe Personenzahl. Es entstehen geringe Mindereinnahmen aus der Einkommensanrechnung bei diesem Personenkreis.

Die Verbesserungen bei der Anrechnung von Einkommen werden bei den Personen, die erwerbstätig sind und gleichzeitig Leistungen der Hilfe zur Pflege beziehen, in der Hilfe zur Pflege nachvollzogen. Dies führt – aufgrund des sehr kleinen Personenkreises – nur zu geringen, nicht bezifferbaren Mehrausgaben bei der Hilfe zur Pflege.

Die flächendeckende Einführung des Budgets für Arbeit und die Zulassung anderer Leistungsanbieter (ergänzend zu WfbM) führen aufgrund der Inanspruchnahme von zusätzlichen Personen, die bislang keine Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben als Fachleistung der Eingliederungshilfe bezogen haben zu Mehrausgaben ab 2018. Dabei wird angenommen, dass im Jahr 2018 zunächst 3 000 Personen, 2019 6 000 Personen und ab 2020 9 000 Personen jährlich das Budget für Arbeit nutzen. Im Jahr 2018 ergeben sich dadurch Mehrausgaben in der Größenordnung von rund 33 Millionen Euro, 2019 von rund 66 Millionen Euro und ab 2020 Mehrausgaben von rund 100 Millionen Euro jährlich.

Verbesserungen bei den Leistungen zur Teilhabe an Bildung als Fachleistung der Eingliederungshilfe führen zu Mehrausgaben ab 1.1.2020 in Höhe von rund 3 Millionen Euro jährlich. Nach der Studie „Beeinträchtigt studieren – Datenerhebung zur Situation Studierender mit Behinderung und chronischer Krankheit 2011“ des Deutschen Studentenwerks erhielten im Studienjahr 2010/2011 im Schnitt rund 1,3 Prozent aller Studierenden mit Beeinträchtigungen Unterstützungsleistungen der Eingliederungshilfe zum Studium oder zur Sicherung ihrer Mobilität. 1,7 Prozent der Befragten gaben an, dass ihr Antrag auf Eingliederungshilfe im Studienjahr 2010/2011 abgelehnt worden sei. Von diesen gaben nach den Ablehnungsgründen befragt 12 Prozent an, nach abgeschlossener Berufs-

ausbildung nicht mehr anspruchsberechtigt zu sein. Weitere 2 Prozent gaben als Ablehnungsgrund an, nach abgeschlossenem Studium nicht mehr anspruchsberechtigt zu sein. Ausgehend von Eingliederungshilfe-Ausgaben von durchschnittlich 15 Millionen Euro/Jahr für Hilfen zur schulischen Ausbildung für einen angemessenen Beruf einschließlich des Besuchs einer Hochschule dürften die mit einer Öffnung der Hilfe verbundenen Mehrkosten einen jährlichen Betrag von 3 Millionen Euro (20 Prozent des für das Jahr 2020 prognostizierten Ausgabenvolumens) nicht überschreiten.

Mit der künftig personenzentrierten Ausgestaltung der Eingliederungshilfe und der damit verbundenen Trennung der Fachleistungen der Eingliederungshilfe von den Leistungen zum Lebensunterhalt, sinken die von den Ländern und Gemeinden zu übernehmenden Ausgaben für die Fachleistungen der Eingliederungshilfe:

- Bisher wurden die Kosten für Unterkunft und Heizung in Einrichtungen teilweise aus dem Lebensunterhalt und teilweise aus der Fachleistung finanziert. Ab 2020 werden diese Kosten grundsätzlich ausschließlich aus der Lebensunterhaltsleistung finanziert. Damit ergibt sich für die Länder und Gemeinden – analog zu den vom Bund zu erstattenden Mehrkosten in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung eine Entlastung ab dem Jahr 2020 in Höhe von rund 170 Millionen Euro.
- Barbeiträge, Zusatzbarbeiträge und Bekleidungs pauschalen gehen künftig in der Regelbedarfsstufe 2 auf. Der sich danach ergebende monatliche Regelsatz wird im Unterschied zum Barbetrag, Zusatzbarbetrag und Bekleidungs pauschale vom zuständigen Träger nachdem SGB XII direkt an die Leistungsberechtigten ausbezahlt und steht ihnen zur Deckung der pauschalierten Lebensunterhaltsbedarfe zur Verfügung. Die Länder und Gemeinden werden dadurch ab 2020 um rund 282 Millionen Euro jährlich entlastet.
- Der Teil der existenzsichernden Leistungen, der im bisherigen System tatsächlich für Fachleistungen verwendet wurde, muss in Zukunft offen als Fachleistung ausgewiesen und von den Ländern erbracht werden. Die Mehraufwendungen für Länder und Gemeinden werden ab 2020 auf rund 160 Millionen Euro jährlich geschätzt. Damit entspricht die bei den Ländern durch die Trennung von Fachleistungen und existenzsichernden Leistungen eintretende Gesamtentlastung in Höhe von 378 Millionen Euro ab 2020 exakt den Mehrbelastungen, die dem Bund durch die Erstattung der erhöhten Nettoausgaben in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung entstehen (431 Millionen Euro abzgl. 53 Millionen Euro für die Erhöhung des Freibetrags für Werkstattbeschäftigte).
- Bereits ab 1. Januar 2017 wird das Mittagessen von rund 150.000 Eingliederungshilfebeziehern in WfbM dem Lebensunterhalt und damit der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zugeordnet. Damit ergibt sich für die Länder und Gemeinden – analog zu den Mehrkosten in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung – eine Entlastung in den Jahren 2018, 2019 und 2020 in Höhe von rund 76, 79, 82 und 86 Millionen Euro jährlich.

Im Einzelnen führt die Trennung von Fachleistung und Leistungen zum Lebensunterhalt für die Länder und Gemeinden zu den in der unten stehenden Tabelle dargestellten Minderausgaben (in Millionen Euro):

	2017	2018	2019	2020
Zuordnung der Bedarfe für Unterkunft und Heizung bei Personen in stationärer Unterbringung zu den Leistungen der GruSi	0	0	0	-170
Zuordnung Barbeiträge, Zusatzbarbeiträge und Bekleidungs pauschale im 3. Kapitel SGB XII (Hilfe zum Lebensunterhalt) zu den Leistungen zum Lebensunterhalt im 4. Kapitel SGB XII	0	0	0	-282
Mehrausgaben bei den Fachleistungen der Eingliederungshilfe durch sachgerecht Zuordnung der Leistungen zum Lebensunterhalt	0	0	0	+160
Zuordnung des Mittagessens in WfbM zu den Leistungen zum Lebensunterhalt in der GruSi	-76	-79	-82	-86
<b>Gesamt</b>	<b>-76</b>	<b>-79</b>	<b>-82</b>	<b>-378</b>

Die Einführung eines trägerübergreifenden verbindlichen Teilhabeplanverfahrens führt zu Mehrausgaben bei allen Rehabilitationsträgern. Für die Träger der Eingliederungshilfe werden diese Mehrausgaben auf rund 50 Millionen Euro geschätzt. Grundlage für diese Schätzung ist die Expertise „Verwaltungskosten der Fallbearbeitung in der Eingliederungshilfe nach Kapitel 6 SGB XII“ des Instituts für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG) vom März 2015. Bei komplexen, insbesondere trägerübergreifenden Bedarfskonstellationen ist künftig ein Teilhabeplan- bzw. ergänzendes Gesamtplanverfahren mit Konferenzen unter Beteiligung aller beteiligten Leistungsträger vorgesehen. In weniger komplexen Fällen soll hingegen zur Minimierung des Erfüllungsaufwandes ein reduziertes Verfahren weiterhin ausreichend sein. In komplexen Leistungsfällen (nach dieser Studie geschätzt 15 bis 20 Prozent aller Leistungsfälle) wird zusätzliches Personal, das zudem fachlicher qualifiziert sein sollte, erforderlich sein. Ausgehend von rund 180 000 neuen Leistungsfällen in der Eingliederungshilfe pro Jahr wären dies bis zu 36.000 komplexe Leistungsfälle im Jahr, zu deren Erledigung 720 (1:50) qualifizierte Mitarbeiter benötigt werden. Das zusätzliche (qualifiziertere) Personal für die Bearbeitung der erwarteten komplexen Leistungsfälle wird nach Schätzungen dieser Expertise des ISG jährliche Mehrausgaben in Höhe von 40 bis 60 Millionen Euro verursachen.

Zudem wird eine Vielzahl von Maßnahmen ergriffen um die Steuerungsfähigkeit der Eingliederungshilfe zu erhöhen. Die wichtigsten Maßnahmen sind das in der Eingliederungshilfe ergänzend anzuwendende Gesamtplanverfahren sowie Regelungen im Vertragsrecht, die zu einer effizienteren Leistungserbringung durch die Leistungsanbieter führen sollen. Durch die beiden präventiv wirkenden Modellvorhaben in den Rechtskreisen SGB II und SGB VI sollen Zugänge in die Eingliederungshilfe wirksam gebremst werden. Es wird angenommen, dass alle Maßnahmen, die die Steuerungsfähigkeit der Eingliederungshilfe erhöhen und die Zugänge verringern, zu einer dauerhaften Reduzierung des Ausgabenanstiegs bei den Trägern der Eingliederungshilfe führen. Es wird pauschalierend von einer aufwachsenden Effizienzrendite im Jahr des Inkrafttretens 2020 und den Folgejahren ausgegangen. Im Jahr des Inkrafttretens wird eine Effizienzrendite im Umfang von 0,5 Prozent der für dieses Jahr prognostizierten Ausgaben in Höhe von 20,9 Mrd. Euro zugrunde gelegt. Bei dieser Prognose wurden die tatsächlichen Bruttoausgaben der Eingliederungshilfe des Jahres 2014 mit der durchschnittlichen Wachstumsrate der Jahre 2010 bis 2014 bis zum Jahr 2020 fortgeschrieben. Es ergeben sich geschätzte Minderausgaben für die Länder und Gemeinden in Höhe von rund 100 Millionen Euro durch die Maßnahmen dieses Gesetzes im Jahr 2020.

Künftig erhalten die Werkstätten für behinderte Menschen Frauenbeauftragte. Der Aufwand für die Tätigkeit der Frauenbeauftragten in Werkstätten für behinderte Menschen gehört zu den sog. „werkstattnotwendigen Kosten“ (§ 39 Absatz 1 WMVO), die von den Trägern der Eingliederungshilfe getragen werden. Für die vergleichbare Arbeit der Werkstatträte in den Einrichtungen sind in den Tageskostensätzen rechnerisch etwa 0,50 Euro je Tag/Beschäftigten enthalten. Da der Werkstattrat ein aus mehreren Personen bestehendes Gremium ist, während es pro Werkstatt nur eine Frauenbeauftragte geben wird, wird hierfür von einem Satz von 0,40 Euro je Tag/weiblichen Beschäftigten ausgegangen. Bei bundesweit 268.000 Werkstattbeschäftigten im Arbeitsbereich und einem Anteil der weiblichen Beschäftigten von 50 Prozent (134 000 weibliche Beschäftigte) ergeben sich Aufwendungen für Frauenbeauftragte in Höhe von rund 19 Millionen Euro jährlich. Die Gesamtkosten durch die Einführung von Frauenbeauftragten, die Erhöhung der Zahl der Mitglieder der Werkstatträte in WfbM mit mehr als 700 Beschäftigten, einen erweiterten Schulungsanspruch sowie durch die Finanzierung der überregionalen Interessenvertretungen der Werkstatträte betragen rund 20 Millionen Euro.

Mit Fokus auf die Leistungen der Eingliederungshilfe nach § 27d Bundesversorgungsgesetz (BVG) werden ab Inkrafttreten Mehrkosten entstehen. Grund ist hierfür, dass durch die Anwendung der Regelungen des Teils 2 des SGB IX Einkommen in geringerer Höhe als nach dem BVG einzusetzen sein wird. Zudem wird es nach diesen Regelungen höhere Vermögensschonbeträge als nach dem BVG geben. Es ist jedoch nicht bekannt, wie viel Einkommen und Vermögen nach dem jetzigen BVG auf die Leistungen der Eingliederungshilfe angerechnet wird, da diese Zahlen derzeit statistisch nicht erfasst werden. Eine Schätzung der Mehrausgaben im Bereich der Eingliederungshilfe nach dem BVG ist daher nicht möglich. Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass sich die Ausgaben im Bereich der Eingliederungshilfe nach dem BVG aufgrund der insgesamt überwiegend rückläufigen Anzahl der Berechtigten in der Sozialen Entschädigung in den kommenden Jahren weiter verringern werden.

## 5. Erfüllungsaufwand

Bei der Berechnung des Erfüllungsaufwandes für die Verwaltung wurden die mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 19. Mai 2015 übermittelten Personalkosten in der Bundesverwaltung für Kostenberechnungen/WU bzw. die Lohnkostentabelle Verwaltung des Leitfadens zur Ermittlung und Darstellung des Erfüllungsaufwands in Regelungsvorhaben der Bundesregierung von Oktober 2012 zugrunde gelegt.

Die Berechnungen können anhand der folgenden Tabellen nachvollzogen werden.

### **Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger**

Die betroffenen Bürgerinnen und Bürger werden jährlich um rund 349.000 Stunden vom Erfüllungsaufwand entlastet.

### **Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft**

Für die Wirtschaft entstehen aus der Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten der ehrenamtlich tätigen Schwerbehindertenvertretungen jährliche Belastungen in Höhe von insgesamt 67,740 Millionen Euro. Bürokratiekosten aus Informationspflichten entstehen nicht.

Mit diesen Regelungen wird ein internationaler Vertrag, das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen der Vereinten Nationen vom 13. Dezember 2006 (UN-Behindertenrechtskonvention) umgesetzt. Die UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet die Vertragsstaaten in Artikel 27 Absatz 1 zur Sicherung und Verwirklichung des Rechts auf Arbeit durch geeignete Schritte, unter anderem um Diskriminierung in allen Angelegenheiten im Zusammenhang mit einer Beschäftigung zu verbieten (Buchstabe a), das gleiche Recht von Menschen mit Behinderung auf gerechte und günstige Arbeitsbedingungen zu schützen (Buchstabe b), zu gewährleisten, dass Menschen mit Behinderungen ihre Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte gleichberechtigt mit anderen ausüben können (Buchstabe c) und sicherzustellen, dass am Arbeitsplatz angemessene Vorkehrungen für Menschen mit Behinderungen getroffen werden (Buchstabe i).

In der Bundesrepublik Deutschland sind die ehrenamtlich tätigen Schwerbehindertenvertretungen seit langem ein wesentliches Instrument zur Umsetzung dieser Ziele. Sie unterstützen Menschen mit Behinderungen konkret bei der Wahrnehmung der oben genannten und weiterer Rechte, indem sie darüber wachen, dass die zugunsten schwerbehinderter Menschen geltenden Gesetze, Verordnungen, Tarifverträge, Betriebs- oder Dienstvereinbarungen und Verwaltungsanordnungen durchgeführt, insbesondere auch die dem Arbeitgeber obliegenden Verpflichtungen erfüllt werden (§ 95 Absatz 1 SGB IX).

Angesichts der stetig steigenden Anforderungen und Belastungen, insbesondere in größeren Betrieben, ist die Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten der Schwerbehindertenvertretungen notwendig. Die vorgesehenen Regelungen dienen dazu, sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderungen auch künftig ihr Recht auf Arbeit im Sinne des Artikels 27 Absatz 1 UN-Behindertenrechtskonvention unter Inanspruchnahme der Unterstützung durch Schwerbehindertenvertretungen verwirklichen und ihre Arbeitnehmerrechte gleichberechtigt mit anderen wahrnehmen können. Die Erweiterung der Schulungsansprüche der Vertrauensperson und ihrer Stellvertreterinnen und Stellvertreter erfolgt darüber hinaus auch in Umsetzung von Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe i der UN-Behindertenrechtskonvention.

Damit sind die Regelungen zur Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten der Schwerbehindertenvertretungen von der „One in, one out“-Regel ausgenommen.

**Erfüllungsaufwand der Verwaltung**

Die Verwaltung wird jährlich um 118,722 Millionen Euro (netto) (davon 43,012 Millionen Euro für Länder/Gemeinden) Erfüllungsaufwand belastet. Etwaiger Mehrbedarf an Sach- und Personalmitteln im Bundeshaushalt soll finanziell und stellenmäßig im jeweiligen Einzelplan ausgeglichen werden. Es entsteht ein einmaliger Umstellungsaufwand in Höhe von 24,300 Millionen Euro (davon 15,000 Millionen Euro für Länder/Gemeinden).

**Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger**

Lfd. Nr.	Vorschrift	Vorgabe	Aufwand pro Fall	Fallzahl	Jährlicher Aufwand
1.	§ 20 (Teilhabepflichtkonferenz)	Teilnahme an Teilhabepflichtkonferenz	3 Stunden	13 000	39 000 Stunden
2.	Teil 2, Kapitel 9 (Einkommen und Vermögen)	Wegfall des detaillierten Nachweises der Einkommens- und Vermögensverhältnisse in der Eingliederungshilfe	-2 Stunden	194 000 (Empfänger von einkommensabhängigen Leistungen der Eingliederungshilfe)	-388 000 Stunden
<b>Summe</b>					<b>-349 000 Stunden</b>



**Erfüllungsaufwand von Verwaltung und Wirtschaft**

A. Änderung bestehender Vorgaben

Lfd. Nr.	Vorschrift	Vorgabe	Aufwand pro Fall (in Std., wenn nichts anderes angegeben)	Fallzahl	Lohnkosten	Jährlicher Aufwand der Verwaltung (davon Aufwand für Länder/Gemeinden)	Einmaliger Aufwand der Verwaltung (Umstellungsaufwand)	Jährlicher Aufwand der Wirtschaft	Einmaliger Aufwand der Wirtschaft
1.	Teil 2, Kapitel 9	Vereinfachung der Prüfung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse in der Eingliederungshilfe	-3	252 200 (194 Empfänger von einkommensabhängigen Leistungen der Eingliederungshilfe zzgl. 30 Prozent Ablehnungen)	41 Euro (E 10)	-31,021 Millionen Euro (-31,021 Millionen Euro)			
2.	§ 178 Absatz 1	Staffelung der Heranziehungregelung für stellvertretende Mitglieder nach oben		95 (Wirtschaft) 6 (öffentlicher Dienst)	50 021 Euro (Wirtschaft) 50 960 Euro (öffentlicher Dienst)	0,306 Millionen Euro		4,752 Millionen Euro	

Lfd. Nr.	Vorschrift	Vorgabe	Aufwand pro Fall (in Std., wenn nichts anderes angegeben)	Fallzahl	Lohnkosten	Jährlicher Aufwand der Verwaltung (davon Aufwand für Länder/Gemeinden)	Einmaliger Aufwand der Verwaltung (Umstellungsaufwand)	Jährlicher Aufwand der Wirtschaft	Einmaliger Aufwand der Wirtschaft
3.	§ 179 Absatz 4	Absenkung der Schwellenwerte für die Freistellung von Schwerbehindertenvertretungen		353 (Wirtschaft)  39 (öffentlicher Dienst)	10 560 Euro (Wirtschaft)  11 648 Euro (öffentlicher Dienst)	0,454 Millionen Euro (45.400 Euro)		3,728 Millionen Euro	
4.	§ 179 Absatz 4	Wegfall der einschränkenden Bedingungen zum Schulungsanspruch der stellvertretenden Mitglieder		20.853 (Wirtschaft)  1.838 (öffentlicher Dienst)	940 Euro (Wirtschaft)  1 033 Euro (öffentlicher Dienst)	1,898 Millionen Euro (0,375 Millionen Euro)		19,602 Millionen Euro	
5.	§ 179 Absatz 8	Unterstützung der Schwerbehindertenvertretung durch Bürokraft		1.620 (Wirtschaft)  180 (öffentlicher Dienst)	24 480 (Wirtschaft)  22 000 (öffentlicher Dienst)	3,960 Millionen Euro (0,990 Millionen Euro)		39,658 Millionen Euro	

Lfd. Nr.	Vorschrift	Vorgabe	Aufwand pro Fall (in Std., wenn nichts anderes angegeben)	Fallzahl	Lohnkosten	Jährlicher Aufwand der Verwaltung (davon Aufwand für Länder/ Gemeinden)	Einmaliger Aufwand der Verwaltung (Umstellungsaufwand)	Jährlicher Aufwand der Wirtschaft	Einmaliger Aufwand der Wirtschaft
<b>Summe: A. Änderung bestehender Vorgaben</b>									
						- 24,403 Millionen Euro (-29,611 Millionen Euro)		67,740 Millionen Euro	

## B. Einführung neuer Vorgaben

Lfd. Nr.	Vorschrift	Vorgabe	Aufwand pro Fall (in Std., wenn nichts anderes angegeben)	Fallzahl	Lohnkosten	Jährlicher Aufwand der Verwaltung (davon Aufwand für Länder/ Gemeinden)	Einmaliger Aufwand der Verwaltung (Umstellungsaufwand für Länder/ Gemeinden)	Jährlicher Aufwand der Wirtschaft	Einmaliger Aufwand der Wirtschaft
<b>Teil 1</b>									
1.	§ 11 (Modelvorhaben)				214 000 Euro pro Jahr (2x A 15)  168 000 Euro pro Jahr (2x A 13)  56 000 Euro pro Jahr (A 9)	0,438 Millionen Euro Personalkosten im BMAS			
2.	§ 13 Absatz 3 (Instrumente zur Ermittlung des Rehabilitationsbedarfs)	Untersuchung der Wirkung			84 000 Euro pro Jahr (A 13) 107 000 Euro pro Jahr (A 15)	0,191 Millionen Euro Personalkosten im BMAS 1,0 Millionen Euro Forschungskosten			

Lfd. Nr.	Vorschrift	Vorgabe	Aufwand pro Fall (in Std., wenn nichts anderes angegeben)	Fallzahl	Lohnkosten	Jährlicher Aufwand der Verwaltung (davon Aufwand für Länder/Gemeinden)	Einmaliger Aufwand der Verwaltung (Umstellungsaufwand (davon Aufwand für Länder/Gemeinden))	Jährlicher Aufwand der Wirtschaft	Einmaliger Aufwand der Wirtschaft
3.	§ 15 (Leistungsverantwortung bei Mehrheit von Rehabilitationsträgern)	Beteiligung weiterer Rehabilitationsträger	1	132.000	31 Euro (E 6)	4,092 Millionen Euro (0,409 Millionen Euro)			
4.	§ 19 ff (Teilhabeplanverfahren) <sup>1</sup>	Kosten für Personal und Qualifizierung				50,0 Millionen Euro (50,0 Millionen Euro)	10,0 Millionen Euro (10,0 Millionen Euro)		
5.	§ 20 (Teilhabeplan-konferenz)	Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Teilhabeplan-konferenz	15 (5 Std., 3 beteiligte Träger)	13 000	46 Euro (E 11)	8,970 Millionen Euro (0,897 Millionen Euro)			
6.	§ 32 (Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung) <sup>1</sup>	Beratungsleistung				58,0 Millionen Euro	8,0 Millionen Euro		
7.	§ 32 Absatz 4 (Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung)	Administration der Teilhabeberatung im BMAS			56 000 Euro pro Jahr (A 9)	0,247 Millionen Euro Personalkosten im BMAS			

Lfd. Nr.	Vorschrift	Vorgabe	Aufwand pro Fall (in Std., wenn nichts anderes angegeben)	Fallzahl	Lohnkosten	Jährlicher Aufwand der Verwaltung (davon Aufwand für Länder/ Gemeinden)	Einmaliger Aufwand der Verwaltung (Umweltungsaufwand) (davon Aufwand für Länder/ Gemeinden)	Jährlicher Aufwand der Wirtschaft	Einmaliger Aufwand der Wirtschaft
					84 000 Euro pro Jahr (A 13) 107 000 Euro pro Jahr (A 15)				
8.	§ 40 (Rechtsaufsicht)	Rechtsaufsicht über die Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation			107 000 Euro pro Jahr (A 15)	0,107 Millionen Euro Personalkosten im BMAS			
9.	§ 41 Absatz 1 und 2 (Teilhabeverfahrensbericht)	Erfassung und Übermittlung der Daten durch die Reha-Träger	0,25	1,7 Millionen (Reha-Fälle)	31 Euro (E 6)	13,175 Millionen Euro (1,317 Millionen Euro)			
10.	§ 41 Absatz 2 <sup>1</sup>	Erstellung des Berichtes durch die BAR				1,0 Millionen Euro	1,3 Millionen Euro		

Lfd. Nr.	Vorschrift	Vorgabe	Aufwand pro Fall (in Std., wenn nichts anderes angegeben)	Fallzahl	Lohnkosten	Jährlicher Aufwand der Verwaltung (davon Aufwand für Länder/ Gemeinden)	Einmaliger Aufwand der Verwaltung (Umstellungsaufwand) (davon Aufwand für Länder/ Gemeinden)	Jährlicher Aufwand der Wirtschaft	Einmaliger Aufwand der Wirtschaft
<b>Teil 2</b>									
11.	§ 94 Absatz 5 (Aufgaben der Länder)	Erfahrungsaustausch zur Evidenzbeobachtung			56 000 Euro pro Jahr (A 9)  107 000 Euro pro Jahr (A 15)	0,163 Millionen Euro Personalkosten im BMAS			

Lfd. Nr.	Vorschrift	Vorgabe	Aufwand pro Fall (in Std., wenn nichts anderes angegeben)	Fallzahl	Lohnkosten	Jährlicher Aufwand der Verwaltung (davon Aufwand für Länder/ Gemeinden)	Einmaliger Aufwand der Verwaltung (Umweltungsaufwand) (davon Aufwand für Ländern/ Gemeinden)	Jährlicher Aufwand der Wirtschaft	Einmaliger Aufwand der Wirtschaft
<b>Teil 3</b>									
12.	§ 222 Absatz 5 (§ 139 Absatz 5 im Übergangsbereich nach Artikel 2) <sup>1</sup>	Einführung von Frauenbeauftragten in Werkstätten für behinderte Menschen, Erhöhung der Zahl der Mitglieder der Werkstattdräte in Werkstätten mit mehr als 700 Wahlberechtigten, Finanzierung der überregionalen Interessenvertretungen der Werkstattdräte				20,0 Millionen Euro (20,0 Millionen Euro)	5,0 Millionen Euro (5,0 Millionen Euro)		
<b>Summe: B. Einführung neuer Vorgaben</b>						<b>157,383 Millionen Euro (72,623 Millionen Euro)</b>	<b>24,300 Millionen Euro (15,000 Millionen Euro)</b>		



C. Abschaffung bestehender Vorgaben

Lfd. Nr.	Vorschrift	Vorgabe	Aufwand pro Fall (in Std., wenn nichts anderes angegeben)	Fallzahl	Lohnkosten	Jährlicher Aufwand der Verwaltung	Einmaliger Aufwand der Verwaltung (Umstellungsaufwand)	Jährlicher Aufwand der Wirtschaft	Einmaliger Aufwand der Wirtschaft
1.	§§ 22,23 Servicestellen	- Abschaffung der Servicestellen		220 (=440 Servicestellen x 0,5 Stellen je Service-stelle)	64 500 pro Jahr (E 10)	-14,190 Millionen Euro			
2.	§ 24 Bericht	- Abschaffung des Berichtes der Reha-Träger				-0,068 Millionen Euro			
<b>Summe: C. Abschaffung bestehender Vorgaben</b>									
Gesamt (A. Änderung bestehender Vorgaben + B. Einführung neuer Vorgaben + C. Abschaffung bestehender Vorgaben)									

Jährlicher Aufwand der Verwaltung (davon Aufwand für Länder/ Gemeinden)	Einmaliger Aufwand der Verwaltung (Umstellungsaufwand) (davon Aufwand für Länder/ Gemeinden)	Jährlicher Aufwand der Wirtschaft	Einmaliger Aufwand der Wirtschaft
118,722 Millionen Euro (43,012 Millionen Euro)	24,300 Millionen Euro (15,0 Millionen Euro)	67,740 Millionen Euro	
<b>Gesamt (A. Änderung bestehender Vorgaben + B. Einführung neuer Vorgaben + C. Abschaffung bestehender Vorgaben)</b>			

<sup>1</sup> Erläuterungen zur Berechnung unter Punkt 4. (Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand)

## 6. Weitere Kosten

Keine.

## 7. Weitere Gesetzesfolgen

Mit der Neuausrichtung der Eingliederungshilfe von einer überwiegend einrichtungszentrierten zu einer personenzentrierten Leistung wird die notwendige Unterstützung des Menschen mit Behinderung künftig nicht mehr an einer bestimmten Wohnform, sondern nur am notwendigen individuellen Bedarf ausgerichtet sein. Als Folge der Personenzentrierung werden Fachleistungen (der Eingliederungshilfe) und existenzsichernde Leistungen (nach dem SGB XII, Kapitel 4) künftig getrennt ausgewiesen und von unterschiedlichen Kostenträgern übernommen. Die Kosten für Unterkunft und Heizung sind künftig Teil der existenzsichernden Leistungen nach dem SGB XII, Kapitel 4 und unterliegen insoweit einer Obergrenze. Als Folge dieser strukturellen Veränderung kann es zu Anpassungen auf dem Wohnungsmarkt für Menschen mit Behinderungen kommen.

Die Regelungen zur Weiterentwicklung des Schwerbehindertenrechts haben keine Auswirkungen auf die Verbraucherinnen und Verbraucher. Von gleichstellungspolitischer Bedeutung ist, dass es in Werkstätten für behinderte Menschen künftig Frauenbeauftragte geben wird.

## VII. Befristung; Evaluation

Das Bundesteilhabegesetz gilt mit Ausnahme der übergangsweise anzuwendenden Vorläuferregelungen für Verbesserungen bei der Einkommens- und Vermögensanrechnung in der Eingliederungshilfe unbefristet. Die Regelungen sollen vier Jahre nach Inkrafttreten hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf den Erfüllungsaufwand und die Erreichung insbesondere folgender Regelungsziele evaluiert werden:

- Verbesserung der trägerübergreifenden Zusammenarbeit der Rehabilitationsträger,
- Stärkung der Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen infolge der neuen Personenzentrierung der Leistungen in der Eingliederungshilfe und
- Verbesserung der Teilhabechancen am Arbeitsleben für Menschen mit Behinderungen.

Darüber hinaus ermächtigt das Bundesteilhabegesetz das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, die neuen Vorschriften zur Verbesserung der Zusammenarbeit der Rehabilitationsträger (Bedarfsermittlung nach § 13 SGB IX) und zur Förderung von Modellvorhaben der Prävention (§ 11 SGB IX) wissenschaftlich untersuchen zu lassen. Diese Evaluation dient vorrangig dem Zweck, die Umsetzung des neuen Rechts mithilfe wissenschaftlicher Expertise und in Ergänzung zur aufsichtsrechtlichen Kontrolle nachzuhalten und auf Basis der Ergebnisse eine Diskussion mit Fachexperten und Betroffenenverbänden anzuregen und zu unterstützen. Zusätzlich werden neue Vorgaben zur statistischen Erfassung der Leistungsverfahren bei den Rehabilitationsträgern (Teilhabeverfahrensbericht nach § 41 SGB IX) und der Leistungserbringung in der Eingliederungshilfe (Bundesstatistik nach § 136 SGB IX) geschaffen, um diesbezüglich die Auswirkungen der Regelungen und den möglichen Bedarf einer Fortentwicklung beurteilen zu können.

## B. Besonderer Teil

### Zu Artikel 1 (Neuntes Buch Sozialgesetzbuch)

#### Zu Teil 1

#### Zu Kapitel 1 (Allgemeine Vorschriften)

#### Zu § 1 (Selbstbestimmung und Teilhabe am Leben in der Gesellschaft)

Die Regelung entspricht der bisherigen Rechtslage und wurde redaktionell um die Anforderung ergänzt, den besonderen Bedürfnissen seelisch behinderter oder von einer solchen Behinderung bedrohter Menschen Rechnung zu tragen. Diese Anforderung an die Leistungserbringung und die Verfahrensausgestaltung war bislang in § 10 alter Fassung geregelt.

Grundsätzlich muss bei der Leistungsgewährung immer der behinderte Mensch in seiner jeweiligen Lebenslage und seiner individuellen Beeinträchtigung berücksichtigt werden. Das gilt auch, wenn Leistungen als Unterstützungsleistungen an Eltern mit Behinderungen gewährt werden, die oftmals als „Elternassistenz“ und „begleitete Elternschaft“ bezeichnet werden.

### **Zu § 2 (Begriffsbestimmungen)**

Absatz 1 Satz 1 definiert den Begriff der Behinderung für das SGB IX neu. Ob bei Vorliegen einer Behinderung auch die für den Rehabilitationsträger jeweils geltenden Leistungsvoraussetzungen erfüllt sind, richtet sich gemäß § 7 unverändert nach den für den Rehabilitationsträger geltenden Leistungsgesetzen.

Die Neufassung des Behinderungsbegriffs entspricht dem Verständnis der UN-BRK. Menschen mit Behinderungen haben langfristige körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen, die sie in Wechselwirkung mit verschiedenen Barrieren an der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft hindern können. Nach dem Wechselwirkungsansatz manifestiert sich die Behinderung erst durch gestörte oder nicht entwickelte Interaktion zwischen dem Individuum und seiner materiellen und sozialen Umwelt. Dabei stoßen Menschen mit Behinderungen nicht nur auf bauliche und technische Barrieren sondern auch auf kommunikative Barrieren und andere Vorurteile. Zu den einstellungsbedingten Barrieren gehören vor allem Vorurteile oder Ängste, die Menschen mit Behinderungen beeinträchtigen. Zu den umweltbedingten Barrieren gehören vor allem bauliche Barrieren wie ein barrierefreier Zugang zum öffentlichen Personennahverkehr und zu öffentlichen und privaten Gebäuden. Z. B. werden Menschen mit Lernschwierigkeiten wegen des mangelnden Gebrauchs leichter Sprache im Alltag an der Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft gehindert. Die UN-BRK stützt ihr Verständnis von Behinderung wesentlich auf die ICF der WHO. Die ICF definiert in ihrem bio-psycho-sozialen Modell Behinderung ebenfalls als Ergebnis der Wechselwirkung zwischen Gesundheitsproblem und den personen- und umweltbezogenen Kontextfaktoren. Der bisherige Wortlaut des § 2 SGB IX kann zwar im Sinne der UN-BRK ausgelegt werden. Zur Rechtsklarheit wird der Behinderungsbegriff durch die Inbezugnahme der Wechselwirkung zwischen der Beeinträchtigung und den Umweltfaktoren deklaratorisch an die UN-BRK angepasst.

Der Hinweis auf die Sinnesbeeinträchtigung führt nicht zu einer Ausweitung des Behinderungsbegriffs, denn er ist dem Wortlaut der UN-BRK nachgebildet und wurde bereits bisher nach geltendem Recht unter die körperliche Funktion subsumiert. Die Änderung dient der Rechtsklarheit. Sie soll das Bewusstsein für das Verständnis von Behinderung im Sinne der UN-BRK weiter schärfen und die Rechtsanwendung in der Praxis unterstützen.

Weiterhin wird in Satz 2 daran festgehalten, dass eine Beeinträchtigung nur vorliegt, wenn der Körper- und Gesundheitszustand von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweicht. Damit soll ausgeschlossen werden, dass z. B. altersbedingte Erkrankungen in der Regel als Behinderung anerkannt werden. Die Zweistufigkeit des Behinderungsbegriffs wird weiterhin aufrecht gehalten, nach der eine mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate andauernde Abweichung vom alterstypischen Zustand vorliegen muss, aus der eine Beeinträchtigung der Teilhabe resultiert. Offensichtlich vorübergehende Störungen werden damit ausgeschlossen. Pflegebedürftigkeit, auch im Sinne von §§ 14 und 15 SGB XI, gilt nicht als alterstypischer Zustand nach Absatz 1 Satz 2. Deshalb findet kein grundsätzlicher Ausschluss Pflegebedürftiger von Teilhabeleistungen statt.

Satz 4 enthält eine Bestimmung des Kreises der Personen, die nach dem Neunten Buch als „von Behinderung bedroht“ anzusehen sind. Eine Ausweitung oder Einengung des bisherigen Personenkreises ist damit nicht verbunden.

Die Absätze 2 und 3 beinhalten ausschließlich redaktionelle Folgeänderungen für den Personenkreis schwerbehinderter Menschen, die sich aus der Neustrukturierung des SGB IX ergeben.

### **Zu § 3 (Vorrang von Prävention)**

Die bisherige Regelung zum Vorrang von Prävention wird konkretisiert, um die praktische Umsetzbarkeit der hiermit verbundenen Zielstellung zu erleichtern. Der Begriff des Vorrangs macht deutlich, dass Prävention in diesem Sinne kein Bestandteil der Rehabilitation ist, sondern ein vorgelagertes Handlungsfeld. Prävention nach § 3 ist auf den frühestmöglichen Ansatzpunkt von Unterstützungsangeboten gerichtet. Die Zielvorgabe nach § 3 setzt damit noch vor der eigentlichen Rehabilitation im Sinne der Erbringung von Leistungen zur Teilhabe an.

Nach Absatz 1 wird der Aufgabenbereich der Rehabilitationsträger und der Integrationsämter umrissen, innerhalb dessen ein zielgerichtetes Einwirken der Leistungsträger im Sinne der Prävention anzustreben ist. Der Bezug zu

den allgemeinen Aufgaben der Aufklärung, Beratung und Auskunft nach den §§ 13 bis 15 SGB I stellt klar, dass sie dem Ziel der Vermeidung des Eintritts von Behinderungen und chronischen Erkrankungen entsprechen. Die Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern nach § 167 SGB IX erhält durch die Erwähnung in der allgemeinen Einweisungsvorschrift des § 3 eine hervorgehobene Bedeutung für die Rehabilitationsträger und die Integrationsämter. Schwerpunkt dieser Zusammenarbeit ist das betriebliche Eingliederungsmanagement, welches die Rehabilitationsträger nach § 167 SGB IX mit eigenen Förderangeboten unterstützen können.

Nach Absatz 2 wird im Sinne einer Klarstellung der Bezug zur nationalen Präventionsstrategie, die mit dem Präventionsgesetz in das SGB V aufgenommen wurde, hergestellt. Die Krankenkassen, die Rentenversicherung und die Unfallversicherung stehen hierbei in der Umsetzungsverantwortung. Die Bundesagentur für Arbeit, die kommunalen Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende und die Träger der öffentlichen Jugendhilfe (vertreten durch die kommunalen Spitzenverbände) werden an den Beratungen der Nationalen Präventionskonferenz beteiligt. Die Entwicklung erfolgreicher Handlungsansätze im Vorfeld der Rehabilitation im Rahmen der nationalen Präventionsstrategie ist die Voraussetzung für die wirksame Umsetzung des Prinzips „Vorrang von Prävention und medizinischer Rehabilitation vor Rente und Pflege“.

Absatz 3 greift ebenfalls klarstellend den bereits nach dem SGB V bestehenden Auftrag zur Zusammenarbeit der Krankenkassen und der Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende auf. Die ausdrückliche Erwähnung der Zusammenarbeitsverpflichtung ist für das SGB IX von Bedeutung, weil insoweit die Aufgaben der Prävention nicht allein von der Bundesagentur für Arbeit wahrgenommen werden sollen. Die kommunalen Jobcenter prüfen in eigener Verantwortung, welche Maßnahmen sie zur Zusammenarbeit mit den Krankenkassen im Sinne der Gesundheitsförderung und Prävention ergreifen, weil es hierbei um Aufgaben geht, die der Rehabilitation in der Regel zeitlich und inhaltlich vorgelagert sind.

#### **Zu § 4 (Leistungen zur Teilhabe)**

Die Absätze 1 bis 3 entsprechen der bisherigen Rechtslage.

Absatz 4 stellt klar, dass die Leistungen zur Teilhabe auch Leistungen für Mütter und Väter mit Behinderungen zur Versorgung und Betreuung ihrer Kinder umfassen.

#### **Zu § 5 (Leistungsgruppen)**

Die bisherigen Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft werden konkretisiert durch die Leistungen zur sozialen Teilhabe nach Kapitel 13. Darüber hinaus wird § 5 ergänzt um die Leistungen zur Teilhabe an Bildung, die im Kapitel 12 näher geregelt sind und denjenigen Rehabilitationsträgern zugeordnet werden, die schon nach bisheriger Rechtslage für alle Leistungsgruppen originär zuständig waren. Die Neuregelungen für die Leistungsgruppen der sozialen Teilhabe und der Teilhabe an Bildung dienen nicht der Ausweitung der bisherigen Leistungen, sondern der Rechtssicherheit bei der Leistungserbringung und damit der Stärkung der Selbstbestimmung und Teilhabe der Leistungsberechtigten.

#### **Zu § 6 (Rehabilitationsträger)**

In Absatz 1 werden die Vorschriften über die Zuständigkeit der Rehabilitationsträger an die Reform der Eingliederungshilfe angepasst. Aufgrund der Neuverortung der Eingliederungshilfe im SGB IX, Teil 2 und der dementsprechenden Streichung aus dem SGB XII treten die Träger der Eingliederungshilfe in Absatz 1 Nummer 5 an die Stelle der dort bislang genannten Träger der Sozialhilfe. Die Träger der Eingliederungshilfe werden durch Landesrecht bestimmt. Die neue Leistungsgruppe der Leistungen zur Teilhabe an Bildung wird den Rehabilitationsträgern zugeordnet, die bereits nach bisheriger Rechtslage Leistungen erbringen, die auch der Teilhabe an Bildung von Menschen mit Behinderungen zugutekommen.

In Absatz 3 wird die bisher in § 6a enthaltene Regelung zur Zuständigkeit der Bundesagentur für Arbeit als Rehabilitationsträger nach dem SGB II aufgrund des engen Sachzusammenhangs mit der Trägerschaft der Bundesagentur für Arbeit nach Absatz 1 neu verortet. Die Aufzählung der unterschiedlichen Formen der Aufgabenwahrnehmung nach dem SGB II erübrigt sich durch die in § 6d SGB II übergreifend verankerte Bezeichnung „Jobcenter“ für die gemeinsamen Einrichtungen nach § 44b SGB II und die zugelassenen kommunalen Träger nach § 6b SGB II. An der bisherigen Rechtsstellung der Jobcenter ändert sich dadurch nichts. Ist nach § 19 ein Teilhabeplan zu erstellen, legt die Bundesagentur für Arbeit diesen ihrem Eingliederungsvorschlag zugrunde. Der Eingliederungsvorschlag kann auf den Teilhabeplan durch Übernahme relevanter Bestandteile Bezug nehmen. Neu ist die Möglichkeit, die Jobcenter am Teilhabeplanverfahren nach § 22 SGB IX zu beteiligen. Damit wird insbesondere

im Aufgabenbereich von zugelassenen kommunalen Trägern das Schnittstellenmanagement zur Bundesagentur für Arbeit und zu anderen Rehabilitationsträgern verbessert.

#### **Zu § 7 (Vorbehalt abweichender Regelungen)**

In § 7 wird das Verhältnis des SGB IX Teil 1 zum Leistungsrecht nach den Sozialgesetzbüchern wesentlich geschärft. Durch den neuen Absatz 2 gelten die Regelungen für das Verfahren der Bedarfsermittlung, für das Teilhabeplanverfahren und für die Zuständigkeitsklärung zwischen den Rehabilitationsträgern bundesweit einheitlich und zwingend. Absatz 2 sieht deshalb vor, dass die Kapitel 2 bis 4 vorrangig gegenüber anderen Leistungsgesetzen anzuwenden sind und hiervon durch Landesrecht nicht abgewichen werden kann. Von diesem Vorrang bleiben die leistungsrechtlichen Bestimmungen der jeweiligen Leistungsgesetze jedoch unberührt. Für die Anspruchsvoraussetzungen und für den Leistungsumfang haben die verfahrensrechtlichen Bestimmungen der Kapitel 2 bis 4 keine Auswirkungen. Im Einzelnen:

Nach Absatz 2 Satz 1 sind die Vorschriften nach den Kapiteln 2 bis 4 von dem schon bislang geltenden Vorrang der Leistungsgesetze der Rehabilitationsträger zukünftig ausgenommen. Die Regelungen zur Einleitung der Rehabilitation von Amts wegen, zur Erkennung und Ermittlung des Rehabilitationsbedarfs und die Verfahrensvorschriften zur Koordinierung der Leistungen gelten damit ihrerseits vorrangig, das heißt unmittelbar und uneingeschränkt. Hiermit wird sichergestellt, dass alle Rehabilitationsträger koordiniert zusammenarbeiten, indem sie die Bedarfe umfassend ermitteln und die Leistungen nahtlos feststellen und erbringen. Darüber hinaus besteht Rechtssicherheit für alle Beteiligten im Verfahren, weil im Rahmen der Ermittlung und Koordinierung der Leistungen ein aufwändiger Abgleich mit anderen Leistungsgesetzen entbehrlich ist. Soweit nach den Kapiteln 2 bis 4 Abweichungen durch die Leistungsgesetze zugelassen werden sollen, sind sie ausdrücklich benannt, wie z. B. im Rahmen der Erbringung vorläufiger Leistungen nach § 24. Kapitel 1 wird von der Vorrangwirkung nicht umfasst, so dass insbesondere der im SGB IX verankerte Behinderungsbegriff den Anwendungsrang des bisherigen Rechts im Verhältnis zu den Leistungsgesetzen beibehält.

Nach Absatz 2 Satz 2 werden die Vorschriften über das Verfahren zur Koordinierung der Leistungen nach Kapitel 4 abweichungsfest im Sinne von Artikel 84 Absatz 1 Satz 5 GG geregelt. Durch Landesrecht können damit keine Regelungen getroffen werden, nach der kommunale Träger, überörtliche Träger oder die Behörden der Länder als Rehabilitationsträger andere Verfahren der Koordinierung, Beschleunigung und Teilhabeplanung zu befolgen hätten. Das besondere Bedürfnis nach einer bundeseinheitlichen Regelung zur Koordinierung der Leistungen ergibt sich aus der Notwendigkeit zur zeitlichen und verfahrensmäßigen Abstimmung der Rehabilitationsträger und zur tragfähigen Kostenerstattung zwischen den Rehabilitationsträgern bei der Bewilligung von Leistungen. Soweit einzelne Regelungen nicht für die Träger Eingliederungshilfe oder der Jugendhilfe gelten, sind diese im Kapitel 4 ausdrücklich benannt.

#### **Zu § 8 (Wunsch- und Wahlrecht der Leistungsberechtigten)**

Die Vorschrift entspricht der bisherigen Regelung für das Wunsch- und Wahlrecht der Leistungsberechtigten. Die Berücksichtigung berechtigter Wünsche kann den Erfolg der Rehabilitationsmaßnahmen beeinflussen und die Wirksamkeit der Leistungen fördern.

#### **Zu Kapitel 2 (Einleitung der Rehabilitation von Amts wegen)**

In einem „aktivierenden Sozialstaat“, in dem die Erlangung und der Erhalt der Erwerbsfähigkeit im Vordergrund stehen, kommt der frühzeitigen Einleitung des Rehabilitationsverfahrens eine entscheidende Bedeutung zu. Zur Verwirklichung dieser Zielsetzung werden in Kapitel 2 die Verpflichtungen der Rehabilitationsträger, der Jobcenter und der Pflegekassen geregelt, die nicht antragsgebunden sind und mit der Prüfung von Ansprüchen auf Sozialleistungen, auch solcher, die nicht der Rehabilitation zuzurechnen sind, stets einhergehen. Mit der Einleitung der Rehabilitation von Amts wegen wird die Erbringung von Leistungen zur Teilhabe von Amts wegen nicht gleichgesetzt. Stattdessen sind in Kapitel 2 vorbereitende Prüfungspflichten geregelt, die einem Antrag auf Leistungen und der Leistungsgewährung vorausgehen.

#### **Zu § 9 (Vorrangige Prüfung von Leistungen zur Teilhabe)**

Die bisherige Regelung in § 8 zum Vorrang von Leistungen zur Teilhabe wird in § 9 Absatz 1 ergänzt durch einen klarstellenden Auftrag zur Beteiligung von weiteren Rehabilitationsträgern im Rahmen der Koordinierung der Leistungen nach Kapitel 4, wenn mehrere Zuständigkeiten für Leistungen zur Teilhabe in Betracht kommen. Die

Prüfungspflicht nach Absatz 1 ersetzt nicht die Antragstellung, jedoch greift bei einem möglichen Teilhabebedarf die Hinwirkungspflicht nach § 12 ein, mit der die Antragstellung unterstützt wird.

Absatz 2 entspricht der bisherigen Rechtslage.

Nach Absatz 3 Satz 2 werden die Aufgaben der Pflegekassen und der Grundsatz „Rehabilitation vor Pflege“ klarstellend in Bezug genommen. Sofern sich zunächst bei den Pflegekassen im Rahmen einer Prüfung der Pflegebedürftigkeit nach § 18 Absatz 6 SGB XI Hinweise auf einen Bedarf auf Leistungen zur medizinischen Rehabilitation ergeben, gilt für die Pflegekassen schon nach bestehender Rechtslage die besondere Hinwirkungspflicht auf eine Antragstellung nach § 18a SGB XI und § 31 SGB XI. Im Fall der Einwilligung der Leistungsberechtigten gilt der Antrag auf Leistungen zur medizinischen Rehabilitation nach § 31 Absatz 3 Satz 3 SGB XI als gestellt, wenn die Pflegekasse eine entsprechende Mitteilung an den zuständigen Rehabilitationsträger weiterleitet. Wird auf diesem Weg ein Antragsverfahren auf Leistungen zur medizinischen Rehabilitation eingeleitet, hat der zuständige Rehabilitationsträger nach § 31 Absatz 3 Satz 4 SGB XI zudem die Pflicht, die Pflegekasse über die Leistungsentscheidung zu informieren.

Nach Absatz 4 wird den Jobcentern eine wichtige originäre Aufgabe zur Verwirklichung des Vorrangs von Leistungen zur Teilhabe zugewiesen, da die Verpflichtung zur umfassenden Prüfung von möglichen Rehabilitationsbedarfen mangels Kenntnis über die bei den Jobcentern auftretenden Bedarfslagen der Antragsteller nicht vollumfänglich durch die Bundesagentur für Arbeit nach § 6 Absatz 3 wahrgenommen werden kann. Die Jobcenter müssen daher zeitgleich mit der Bearbeitung eines Antrages auf Arbeitslosengeld II auch prüfen, ob Rehabilitationsbedarfe in Betracht kommen. Soweit die Bundesagentur für Arbeit Aufgaben als Rehabilitationsträger erfüllt, liegt die Prüfverpflichtung auch im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende unverändert bei ihr.

#### **Zu § 10 (Sicherung der Erwerbsfähigkeit)**

Die Regelung entspricht in den Absätzen 1 bis 3 der bisher in § 11 enthaltenen Vorschrift zum „Zusammenwirken der Leistungen“. Die Verpflichtung der Rehabilitationsträger, flankierend zur medizinischen Rehabilitation weitere Rehabilitationsbedarfe zur Teilhabe am Arbeitsleben zu prüfen, ist eine wichtige Aufgabe zur Umsetzung der gesetzlichen Zielsetzung der Vermeidung von Einschränkungen der Erwerbsfähigkeit und der Sicherung der Teilhabe am Arbeitsleben im Sinne von § 4 Absatz 1.

Der neu hinzugefügte Absatz 4 erweitert die nach § 12 bestehende allgemeine Hinwirkungspflicht der Rehabilitationsträger ausdrücklich auch auf die Beantragung von Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, die nicht in den Zuständigkeitsbereich des Trägers der medizinischen Rehabilitation fallen. Soweit weitere zuständige Rehabilitationsträger durch die Antragstellung betroffen sind, greifen die Vorschriften zur Koordinierung der Leistungen nach Kapitel 4. Die besondere Hervorhebung von Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben im Rahmen der Hinwirkungspflicht folgt aus ihrer Bedeutung für die Prävention und für die Sicherung von Erwerbsfähigkeit. Die Unterstützung des frühestmöglichen Einsatzes von Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben entspricht auch den Zielen von Artikel 27 UN-BRK.

Nach Absatz 5 werden die bisherigen Aufgaben gemeinsamen Servicestellen der Prävention in den Fällen einer konkreten Arbeitsplatzgefährdung nach § 167 unmittelbar den Rehabilitationsträgern zugeordnet und konkretisiert: Soweit die Rehabilitationsträger nach § 167 hinzugezogen wurden, haben sie nach Absatz 5 nunmehr auch auf eine umfassende Antragstellung auf Leistungen zur Teilhabe hinzuwirken.

#### **Zu § 11 (Förderung von Modellvorhaben zur Stärkung der Rehabilitation)**

Jährlich treten ca. 14.000 Personen aus der Trägerschaft der Bundesagentur für Arbeit in die WfbM ein. Die Jobcenter sollen im Rahmen von Modellvorhaben für den im SGB II anspruchsberechtigten Personenkreis dabei unterstützt werden, Menschen mit Rehabilitationsbedarfen frühzeitig anzusprechen und auch mit zusätzlichen und/oder innovativen Maßnahmen und Handlungsansätzen zu fördern, insbesondere um vor einem Übergang in eine WfbM alternative Möglichkeiten zu erproben. Hierzu können z. B. Teams mit qualifizierten Spezialisten in den Jobcentern eingerichtet werden, die erweiterte Ressourcen erhalten, um Rehabilitationsbedarfe früh zu erkennen. Zusätzlich können die Jobcenter ermächtigt und dabei gefördert werden, externe Fachleute zu beauftragen, die als spezialisierte Beratungsfachkräfte erwerbsfähige Personen mit gesundheitlichen Herausforderungen bei der Orientierung innerhalb des Systems der Sozialleistungsträger begleiten und dabei helfen, Unterstützungsangebote im Rahmen der Antragstellung wahrzunehmen sowie gesundheitsfördernde, sportliche oder sozialpsychologische Angebote zu nutzen, noch bevor sich konkrete Rehabilitationsbedarfe manifestieren.

Die gesetzliche Rentenversicherung kann im Wege der geförderten Modellvorhaben Möglichkeiten erproben, wie sie durch neue Leistungen und eine noch frühzeitigere Intervention bei betroffenen Versicherten eine drohende Erwerbsminderung verhindern kann. Die Modellvorhaben sollen vor dem Eintritt von Rehabilitationsbedarfen, von befristeten und dauerhaften Erwerbsminderungsrenten und vor einem Übergang in Werkstätten für behinderte Menschen ansetzen. Ziel ist es, die Grundsätze „Prävention vor Rehabilitation“ und „Rehabilitation vor Rente“ zu stärken und den Zugang in die Erwerbsminderungsrente und in die Eingliederungshilfe zu verhindern.

Die zusätzlichen Fördermittel nach Absatz 1 sollen die Möglichkeit eröffnen, bislang nicht realisierte Maßnahmen, Methoden und Organisationsmodelle zu erproben. Hierzu wird der Bund voraussichtlich Fördermittel im Umfang von 100 Millionen Euro pro Rechtskreis (SGB II und SGB VI) und Jahr zur Verfügung stellen. Die Gesamtförderdauer soll nach Absatz 2 fünf Jahre betragen.

Nach Absatz 3 werden die Jobcenter, die Bundesagentur für Arbeit und die gesetzliche Rentenversicherung im Rahmen einer Programmklausel ermächtigt, mit Fördermitteln des Bundes neue innovative Ansätze der Unterstützung von Menschen mit komplexen gesundheitlichen und seelischen Unterstützungsbedarfen oder beginnenden Rehabilitationsbedarfen in Modellvorhaben zu erproben. Die gesetzlichen Interventionsmöglichkeiten in beiden Rechtskreisen werden damit erweitert. Damit im Rahmen der Modellvorhaben erweiterte Unterstützungsleistungen auf gesetzlicher Grundlage im Sinne von § 31 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch (SGB I) angeboten werden können, kann das Bundesministerium für Arbeit und Soziales durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates von bundesgesetzlichen Leistungsvorschriften abweichende Regelungen treffen.

Nach Absatz 4 werden die Modellvorhaben wissenschaftlich untersucht. Die Untersuchungsergebnisse ermöglichen eine Auswertung und Diskussion der von den Rehabilitationsträgern implementierten Handlungsansätze. Mit der Diskussion der Auswertungsergebnisse kann auch die Entscheidung des Gesetzgebers vorbereitet werden, die Modellprojekte als Maßstab zur Weiterentwicklung der gesetzlichen Grundlagen zur Leistungserbringung im Vorfeld von Rehabilitationsmaßnahmen zu nutzen.

### **Zu Kapitel 3 (Erkennung und Ermittlung des Rehabilitationsbedarfs)**

#### **Zu § 12 (Maßnahmen zur Unterstützung der frühzeitigen Bedarfserkennung)**

Nach Absatz 1 werden die Rehabilitationsträger verpflichtet, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um eine frühzeitige Erkennung eines Rehabilitationsbedarfs ermöglichen. Die Bedarfserkennung ist die Voraussetzung für den Beginn eines Rehabilitationsverfahrens, innerhalb dessen die konkrete Bedarfsermittlung nach den Leistungsgesetzen durchzuführen ist. Die Rehabilitationsträger müssen im Falle der Erkennung des Rehabilitationsbedarfs auf eine Antragstellung hinwirken. Die Erkennung und die Hinwirkung betreffen den Bedarf in seiner Gesamtheit und nicht nur begrenzt auf die jeweiligen Leistungsgesetze. Damit werden die allgemeinen Pflichten der Sozialleistungsträger, die sich aus dem SGB I ergeben, wie z. B. die Aufklärungspflicht nach § 13 SGB I, die Beratungspflicht nach § 14 SGB I, die Auskunftspflicht zu Sozialleistungen nach § 15 SGB I oder die Hinwirkungspflicht auf die Stellung sachdienlicher Anträge nach § 16 Absatz 3, deutlich erweitert. Absatz 1 Satz 1 gibt den Rehabilitationsträgern nicht im Einzelnen vor, welche konkreten Maßnahmen zu ergreifen sind. Denkbar sind organisatorische Vorkehrungen oder Qualifizierungsmaßnahmen, die die frühe Erkennung von Rehabilitationsbedarfen unterstützen. Besonders wichtig sind auch geeignete Antragsformulare, die sowohl den Fallbearbeitern als auch den potenziell Leistungsberechtigten die Inanspruchnahme von Rehabilitationsleistungen nahelegen und erleichtern. Implizit oder direkt leistungsverengende Verfahren, Abläufe und Auskünfte sind demgegenüber pflicht- und rechtswidrig. Auf die Hinwirkungspflicht nach § 12 können sich demnach die Leistungsberechtigten gegenüber die Rehabilitationsträger berufen, falls auf die Möglichkeit einer Antragstellung auf Leistungen zur Teilhabe pflichtwidrig nicht hingewiesen wurde oder wenn Antragsformulare den fehlerhaften Eindruck erwecken würden, die Nichtzuständigkeit eines Leistungsträgers für eine bestimmte Teilhabeleistung sei gleichbedeutend mit einem Leistungsausschluss. Nach Satz 2 werden die Rehabilitationsträger verpflichtet, Informationsangebote bereitzustellen, die über die Leistungen zur Teilhabe des jeweiligen Rehabilitationsträgers, die Möglichkeiten der Inanspruchnahme und die nach § 32 geförderten Stellen der ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung Auskunft geben. Weitergehende Maßnahmen, wie z. B. die Einrichtung von Auskunftsstellen, Beratungsteams oder internetbasierte Informationsangebote liegen im Ermessen der Rehabilitationsträger und sollen auf die Bedürfnisse der Leistungsberechtigten ausgerichtet werden.

Nach Absatz 1 Satz 3 müssen die Rehabilitationsträger innerhalb ihrer Organisationen entscheiden, welche Stelle im Sinne einer Auskunfts- oder Kontaktstelle für die Vermittlung der Informationsangebote verantwortlich ist.

Hiervon wird auch die Kommunikation mit anderen Rehabilitationsträgern und mit Arbeitgebern umfasst. Durch die konkrete Benennung von organisationsinternen Ansprechpartnern wird anstelle der bisherigen Gemeinsamen Servicestellen ein wirksamerer und effizienterer Informationsaustausch sichergestellt. Weitergehende Maßnahmen, wie z. B. die Einrichtung von Beratungsteams oder internetbasierte Informationsangebote liegen im Ermessen der Rehabilitationsträger und sollen auf die Bedürfnisse der Leistungsberechtigten ausgerichtet werden. Die Regelung besonderer Ansprechstellen der Rehabilitationsträger in Satz 3 ist erforderlich, da die allgemeine Auskunftspflicht nach § 15 SGB I nur ausgewählte Leistungsträger betrifft. Durch die Bezugnahme auf § 15 Absatz 3 SGB I werden die Ansprechstellen der Rehabilitationsträger zudem verpflichtet, wirksam zusammenzuarbeiten, um eine umfassende Information durch eine Stelle und die gegenseitige Information sicherzustellen.

Nach Absatz 2 wird klargestellt, dass die Hinwirkungspflicht auch eine originäre Aufgabe der Jobcenter ist, da insoweit die Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitsuchende nicht durch die Bundesagentur für Arbeit nach § 6 Absatz 3 abschließend wahrgenommen werden. Die Hinwirkungspflicht der Integrationsämter ist beschränkt auf die von ihnen im Rahmen der Rehabilitation zu erfüllenden Aufgaben. Für die Pflegekassen wird der Aufgabebereich erweitert, da sie keine Rehabilitationsträger sind und gleichwohl verpflichtet werden, Informationen zu Teilhabeleistungen und zu deren Inanspruchnahme zur Verfügung zu stellen. Weitergehende Verpflichtungen der Pflegekassen zur konkreten Prüfung eines Rehabilitationsbedarfs ergeben sich hieraus jedoch nicht, da diese Aufgaben durch die zuständigen Rehabilitationsträger erfüllt werden. In der Praxis nehmen die Pflegekassen durch das Verfahren zur Feststellung der Pflegebedürftigkeit nach § 18 und das Antragseinleitungsverfahren nach § 31 SGB XI im Bereich der medizinischen Rehabilitation bereits umfangreiche Aufgaben wahr, die eine frühzeitige Erkennung eines Rehabilitationsbedarfs gewährleisten. Darüber hinaus müssen die Pflegekassen zukünftig auch Informationen zu den Leistungen zur Teilhabe und den Möglichkeiten ihrer Inanspruchnahme bereitstellen oder nach Absatz 3 durch die zuständigen Verbände und Vereinigungen nach dem SGB V bereitstellen lassen.

Nach Absatz 3 können die Jobcenter, ungeachtet ihrer Organisationsform, eng mit der Bundesagentur für Arbeit zusammenarbeiten und die Aufgaben im Rahmen der Hinwirkungspflicht von der Bundesagentur für Arbeit wahrnehmen lassen, wenn dies aufgrund der Gegebenheiten des örtlichen Arbeitsmarktes sachdienlich ist. Die gemeinsamen Einrichtungen nach § 44b SGB II müssen dazu in ihrer Trägerversammlung einen Beschluss herbeiführen. Die zugelassenen kommunalen Träger nach § 6a SGB II treffen diese Entscheidung ebenfalls in eigener Verantwortung. Die übrigen Rehabilitationsträger haben die Möglichkeit, in geeignetem Umfang ihre Verbände und Vereinigungen mit der Aufgabenwahrnehmung zu beauftragen. Dies gilt auch für die Pflegekassen, für die nach § 52 und § 53 SGB XI die Regelungen zu den Verbänden nach dem SGB V entsprechend anzuwenden sind.

### **Zu § 13 (Instrumente zur Ermittlung des Rehabilitationsbedarfs)**

Aus den neuen Vorschriften zur Koordinierung der Leistungen in Kapitel 4 erwächst die Notwendigkeit, trägerübergreifend nach möglichst einheitlichen Maßstäben der Ermittlung des Rehabilitationsbedarfs zusammenzuarbeiten. Anderenfalls wären eine nahtlose Leistungserbringung und eine effektive Durchführung des Teilhabeplanverfahrens nicht möglich.

Die Leistungsgesetze können aufbauend auf den Vorgaben von § 13 weitergehende und speziellere Vorgaben regeln, die den Besonderheiten der jeweiligen Leistungssysteme gerecht werden oder auf eine Konkretisierung verzichten und damit den Rehabilitationsträgern weite fachliche Spielräume bei der Entwicklung und Nutzung der Instrumente überlassen. Beispielsweise wird in der Eingliederungshilfe für das Gesamtplanverfahren eine Orientierung an der International Classification of Functioning, Disability and Health (ICF) der Weltgesundheitsorganisation (WHO) gesetzlich vorgegeben, die die Länder durch ihr jeweiliges Landesrecht mittels Rechtsverordnung regional näher ausgestalten können. Ob und inwieweit auch weitere Leistungsgesetze für eine solche ICF-Orientierung in Betracht kommen, soll durch eine wissenschaftliche Untersuchung nach Absatz 3 bis Ende 2019 geklärt werden.

Nach Absatz 1 werden die Rehabilitationsträger verpflichtet, systematische Arbeitsprozesse und standardisierte Arbeitsmittel zu verwenden, aufgrund derer die Ermittlung des Rehabilitationsbedarfs bei dem jeweiligen Rehabilitationsträger einheitlich und nachprüfbar durchgeführt werden kann. Hierfür wird der Begriff der „Instrumente“ als übergeordnete Bezeichnung für Arbeitsprozesse und Arbeitsmittel definiert. Die Ziele der Einheitlichkeit und der Nachprüfbarkeit definieren den Einsatzzweck der Instrumente. Der Bezug zu den jeweiligen Leistungsgesetzen der Rehabilitationsträger stellt klar, dass die Instrumente nicht in allen Rechtskreisen identisch sein müssen und können. Arbeitsprozesse im Sinne von Satz 1 können z. B. sein Erhebungen, Analysen, Dokumentation, Planung und Ergebniskontrolle. Arbeitsmittel sind Hilfsmittel, die die Arbeitsprozesse unterstützen, wie z. B.



funktionelle Prüfungen (Sehtest, Intelligenztest, Hörtest), Fragebögen und IT-Anwendungen. Nach Satz 2 sind die Rehabilitationsträger dafür verantwortlich, dass sie in gemeinsamen Empfehlungen einen Rahmen für Instrumente vorgeben. Diese Grundsätze dienen der Vergleichbarkeit und dem wirkungsvollen Ineinandergreifen, insbesondere in den Fällen der trägerübergreifenden Koordinierung von Leistungen nach Kapitel 4. Satz 2 legt fest, dass diese Instrumente der Gemeinsamen Empfehlung „Grundsätze für Instrumente zur Bedarfsermittlung“ entsprechen sollen. Da die Gemeinsamen Empfehlungen der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation für die Träger der Eingliederungshilfe nicht bindend sind, gilt für die Träger der Eingliederungshilfe ergänzend § 118. Nach Satz 3 können Rehabilitationsträger Instrumente von ihren Verbänden, Vereinigungen oder von Dritten entwickeln lassen, wenn sie diese neu einführen oder bestehende Instrumente modifizieren wollen.

Absatz 2 definiert die Mindestanforderung für den Einsatzbereich der Instrumente, der die Bedarfsermittlung bis zum Erlass des Bewilligungsbescheids abdeckt. Über die in Absatz 2 genannten Einsatzbereiche hinaus können die Rehabilitationsträger auch noch weitere Einsatzbereiche vorsehen, wenn sie dies nach den für sie geltenden Leistungsgesetzen für zweckmäßig erachten, wie z. B. für die Beobachtung der Leistungserbringung und die Wirkungskontrolle der erbrachten Leistungen.

Die vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales nach Absatz 3 durchzuführende Untersuchung dient sowohl dem verwaltungsinternen und trägerübergreifenden Informationsaustausch vorrangig auf der Ebene der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation als auch der öffentlichen und fachlichen Diskussion über die Instrumente unter Zuhilfenahme wissenschaftlicher Expertise. Hierbei kann insbesondere untersucht werden, ob und inwieweit die Klassifikation, die Lebensbereiche oder das bio-psycho-soziale Modell der ICF perspektivisch einen einheitlichen Rahmen für die Bedarfsermittlung nach allen Leistungsgesetzen bilden können. Aus dem Abschlussbericht zu dem vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales geförderten Projekt „Prüfung von aktuellem Stand und Potenzial der Bedarfsermittlung von Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben unter Berücksichtigung der ICF“ (Morfeld u. a., 2014) geht hervor, dass die Rehabilitationsträger bislang eine Vielzahl von Methoden zur Ermittlung des Rehabilitationsbedarfs entwickelt haben und nutzen. Der im Rahmen des Projekts untersuchte Nutzungsgrad der ICF ist unterschiedlich ausgeprägt. Allerdings bergen die ICF – insbesondere deren bio-psycho-soziales Modell – hiernach auch ein hohes praxisrelevantes Standardisierungspotenzial für die Zusammenarbeit der Rehabilitationsträger. Mithilfe der fortlaufenden Untersuchung kann die Übertragbarkeit gemeinsamer Grundsätze auf die jeweiligen Leistungssysteme überprüft werden. Die Rehabilitationsträger werden durch die Untersuchung dazu angehalten, ihre Instrumente im Hinblick auf ihre trägerübergreifenden Standardisierungsmöglichkeiten kritisch zu prüfen und weiterzuentwickeln. Die Länder und Kommunen können sich nach Absatz 4 an der Untersuchung beteiligen. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales wird zum 31. Dezember 2019 die Ergebnisse der Untersuchung vorstellen und auswerten.

#### **Zu Kapitel 4 (Koordinierung der Leistungen)**

Trotz der Bemühungen der Rehabilitationsträger, mithilfe von gemeinsamen Empfehlungen für den Rehabilitationsprozess eine effektive Koordinierung der Leistungen in den Fällen der Trägermehrheit zu erreichen, wird weiterhin von Fachexperten, von der Rechtslehre und von der Rechtsprechung die Notwendigkeit zur Verbesserung der Zusammenarbeit der Rehabilitationsträger in trägerübergreifenden Fallkonstellationen gesehen. Im Rahmen der Sachverständigenanhörung des Deutschen Bundestages vom 10. November 2014 zu behindertenpolitischen Anträgen mehrerer Bundestagsfraktionen wurde insbesondere in den schriftlichen Stellungnahmen der eingeladenen Experten nachdrücklich eine Schärfung der gesetzlichen Regelungen zur Kooperation der Rehabilitationsträger, insbesondere bei der trägerübergreifenden Erbringung von Leistungen gefordert, ohne jedoch die strengen Vorgaben der Zuständigkeitsklärung nach § 14 SGB IX aufzugeben (Bundestags-Ausschussdrucksache 18(11)244, Seiten 7, 44, 51). Diese Forderung steht im Einklang mit der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts, welches mit einem Grundsatzurteil im Jahr 2011 und seit dem mit mehreren Folgeentscheidungen wiederholt die Rehabilitationsträger verpflichtet hat, Leistungsanträge schnell und hinsichtlich aller beantragten Leistungen zu bearbeiten, und zwar auch dann, wenn einzelne Leistungsbestandteile in die Zuständigkeit anderer Rehabilitationsträger fallen (BSG v. 11.05.2011, B 5 R 54/10 R; BSG v. 03.02.2015, B 13 R 261/14 B). Aufbauend auf der klaren und strengen Rechtsprechung zur Zuständigkeitsklärung haben Wissenschaft und Praxis verschiedene Modelle für eine Bedarfsermittlung in einem trägerübergreifenden Teilhabeplanverfahren vorgeschlagen (Luik, Der Teilhabeplan – die Roadmap zum Reha-Erfolg, Sozialrecht aktuell Sonderheft 2014, 11-17; Welti, Teilhabebedarfe im Sozialrecht, RP-Reha 2015, Nr 1, 40-42; Nebe, Koordinierung und Abgrenzung von Gesundheitsversorgung, Pflegeleistungen und Rehabilitationsleistungen für behinderte Menschen – zehn Thesen, Ar-

chsozArb 2014, Nr. 3, 52-55). Auch auf die Notwendigkeit der zwingenden gegenseitigen Verzahnung und Bindung der Rehabilitationsträger unter Wahrung eigenverantwortlicher Aufgabenwahrnehmung wurde hingewiesen (Bieback, Der Weg zur EM-Rente – Abgestimmte und funktionierende Zuständigkeiten?, VSSR 2/2015, 157, 185). In der Arbeitsgruppe Bundesteilhabegesetz wurde zudem deutlich hervorgehoben, dass jedwede gesetzliche Weiterentwicklung der trägerübergreifenden Koordinierung der Leistungen nur dann Wirkung entfalten kann, wenn diese Vorschriften gegenüber den Leistungsgesetzen der Rehabilitationsträger und gegenüber abweichendem Landesrecht vorrangig anzuwenden sind (Protokoll der 5. Sitzung im Abschlussbericht AG BTHG, Teil B, Seiten 262 – 270).

#### **Zu § 14 (Leistender Rehabilitationsträger)**

Die Regelung dient der Verfahrensbeschleunigung bei der Bedarfsfeststellung und der Leistungserbringung. Um zu verdeutlichen, dass § 14 lediglich die Verantwortung für die Leistungsbewilligung und -erbringung gegenüber den Leistungsberechtigten regelt, ohne damit im Innenverhältnis der Leistungsträger Zuständigkeiten festzulegen oder zu verändern, wird mit § 14 der Begriff des „leistenden Rehabilitationsträgers“ verankert, der schon nach bisheriger Rechtslage bei der Koordinierung der Leistungen nach § 10 alter Fassung maßgeblich war. Auf den nach § 14 bestimmten leistenden Rehabilitationsträger nehmen die Folgevorschriften Bezug.

Die Absätze 1 und 2 entsprechen grundsätzlich dem Verfahren der zügigen Zuständigkeitsklärung nach bisheriger Rechtslage. Hiernach ist entweder der erstangegangene oder der zweitangegangene Rehabilitationsträger für die umfassende Feststellung des Bedarfs und für die Leistungserbringung zuständig. Die Bezugnahme auf die Instrumente der Bedarfsermittlung dient der Klarstellung und Verzahnung dieser Instrumente mit den Vorschriften in Kapitel 4. Im Teilhabeplan sind, soweit er nach § 19 zu erstellen ist, die verwendeten Instrumente darüber hinaus zu dokumentieren. Ergänzend zur bisherigen Rechtslage führt auch die weiterhin mögliche Anforderung einer Stellungnahme bei der Bundesagentur für Arbeit nach § 54 durch die anderen Rehabilitationsträger zu einer privilegierten Entscheidungsfrist, so dass die Leistungen innerhalb von zwei Wochen nach Vorliegen des Gutachtens bewilligt werden.

Ist der zweitangegangene Rehabilitationsträger seinerseits für keine der beantragten Leistungen zuständig, ist nach Absatz 3 weiterhin eine schnelle und einvernehmliche Klärung der Leistungsverantwortung innerhalb der bereits in Gang gesetzten Frist möglich („Turbo-Klärung“). Dies gilt zukünftig selbst dann, wenn der zweitangegangene Träger für die betreffende Leistungsgruppe gleichwohl nach § 6 Absatz 1 Rehabilitationsträger sein könnte, er aber nach seinem Leistungsgesetz nicht zuständig ist. Ob von der „Turbo-Klärung“ Gebrauch gemacht wird, steht im Ermessen der Träger.

Absatz 4 entspricht der bisherigen Rechtslage. Absatz 5 stellt klar, dass die allgemeine Vorschrift des § 16 Absatz 2 Satz 1 SGB I zur sachlich ungeprüften Weiterleitung von Anträgen an zuständige Sozialleistungsträger nicht zur Anwendung kommt, wenn eine Leistung zur Teilhabe beantragt wurde. Nach § 14 besteht im Falle des Fristablaufs für die Zuständigkeitsprüfung auch bei Unzuständigkeit eine Pflicht zur umfassenden Bedarfsfeststellung. Eine Weiterleitung nach § 16 Absatz 2 Satz 1 SGB I oder gar keine Antragspaltung kommen nicht mehr in Betracht.

#### **Zu § 15 (Leistungsverantwortung bei Mehrheit von Rehabilitationsträgern)**

Schon nach bisheriger Rechtslage war der erst- oder der zweitangegangene Rehabilitationsträger nach allen in Betracht kommenden Leistungsgesetzen für die umfassende Bedarfsfeststellung und Leistungserbringung zuständig und hatte alle Leistungen zur Teilhabe „wie aus einer Hand“ zu erbringen. Die ständige Rechtsprechung des Bundessozialgerichts hat hierzu das Prinzip der „aufgedrängten Zuständigkeit“ entwickelt, welches unter Beachtung des Gebots der Aufgaben- und Verantwortungsklarheit eine schnelle und im Verhältnis zu den Leistungsberechtigten konfliktfreie Leistungsgewährung in den Fällen der Trägermehrheit ermöglicht (z. B. BSG v. 11.5.2011 – B 5 R 54/10 R; BSG v. 3.2.2015 – B 13 R 261/14 B). Die Leistungsverantwortung erstreckt sich daher im Außenverhältnis zu den Leistungsberechtigten auf alle Rechtsgrundlagen, die in der konkreten Bedarfssituation überhaupt in Betracht kommen (LSG Baden-Württemberg v. 24.4.2015 – L 8 AL 2430/12). An dieser Systematik hält § 15 grundsätzlich fest. § 15 geht den Regelungen über Beauftragungen zwischen Sozialleistungsträgern nach den §§ 88 ff. des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch (SGB X) vor, da der leistende Rehabilitationsträger im Vergleich zum vertraglich oder gesetzlich beauftragten Sozialleistungsträger weitergehende Rechte und Pflichten wahrnimmt.

Absatz 1 erfasst alle Anträge auf Leistungen, bei denen ein nach § 14 leistender Rehabilitationsträger neben den nach seinem Leistungsgesetz zu erbringenden Leistungen zusätzlich Ansprüche auf weitere Leistungen zu prüfen hätte, für die er jedoch nicht Rehabilitationsträger nach § 6 Absatz 1 sein kann. In diesen Fällen wird der zuständige Rehabilitationsträger in seiner originären Trägerverantwortung durch eine teilweise Antragsweiterleitung auch für die Entscheidung über den Antrag zuständig, die innerhalb der mit Antragsingang bei dem nach § 14 leistenden Rehabilitationsträger in Gang gesetzten Frist nach Absatz 4 erfolgen muss. Hiermit wird der einzige zulässige Fall einer Antragssplittung im Rehabilitationsrecht geregelt.

In den Fällen der Beteiligung eines Rehabilitationsträgers nach Absatz 1 bleibt dennoch die Koordinierungsverantwortung für die rechtzeitige Entscheidung über den gesamten Antrag bei dem nach § 14 leistenden Rehabilitationsträger, der nach § 19 das Teilhabeplanverfahren durchzuführen hat. Dies gilt insbesondere auch dann, wenn sich Leistungsberechtigte nach Ablauf der Entscheidungsfrist Leistungen nach § 18 selbst beschaffen und die Erstattung der Aufwendungen von dem nach § 14 leistenden Rehabilitationsträger verlangen. Der nach § 14 leistende Rehabilitationsträger hat sich dann nach § 16 Absatz 5 im Innenverhältnis zu dem beteiligten Rehabilitationsträger schadlos zu halten. Aus diesem Grund ist der nach § 14 leistende Rehabilitationsträger gehalten, die Weiterleitung des Antrags in Bezug auf die weiteren Leistungen nur in sachlich begründeten Fällen zu betreiben, die eine rechtzeitige Bearbeitung durch den beteiligten Träger auch tatsächlich erwarten lassen.

Nach Absatz 2 bleibt – anders als nach Absatz 1 – bei allen anderen Konstellationen der Trägermehrheit nicht nur die Koordinierungsverantwortung, sondern im Verhältnis zu den Leistungsberechtigten auch die Leistungsverantwortung für Leistungen zur Teilhabe bei dem nach § 14 leistenden Rehabilitationsträger. Dies betrifft alle Leistungsanträge, für die der leistende Rehabilitationsträger teilweise zwar nicht nach seinem Leistungsgesetz zuständig ist, jedoch grundsätzlich nach § 6 Absatz 1 Rehabilitationsträger für diese Leistungsgruppe sein könnte. Mit der Beteiligung nach Absatz 2 wird unter Beachtung des Gebots der Aufgaben- und Verantwortungsklarheit das bereits vom Bundessozialgericht in ständiger Rechtsprechung entwickelte Prinzip „aufgedrängter Zuständigkeit“ im Außenverhältnis zum Antragssteller verankert. Sofern die beteiligten Rehabilitationsträger nach ihrem Leistungsgesetz zuständig sind, können sie den nach § 14 leistenden Rehabilitationsträger an ihre Feststellungen binden. Die Bindungswirkung betrifft alle Feststellungen zur Anwendung der Leistungsgesetze, die für den beteiligten Rehabilitationsträger maßgeblich sind. Die Wirksamkeit der Entscheidung des nach § 14 leistenden Rehabilitationsträgers bleibt von der Bindungswirkung unberührt. Innerhalb der im gegliederten System der Rehabilitationsleistungen bestehenden Zuständigkeiten klären die Träger untereinander nach § 16 die Kostenerstattung, deren Umfang sich nach den Feststellungen der beteiligten Rehabilitationsträger richtet, wenn diese rechtzeitig übermittelt wurden.

Absatz 3 Satz 1 regelt den häufig anzunehmenden Fall, dass alle Träger und die Leistungsberechtigten ein im Teilhabeplan festzuhaltendes Einvernehmen darüber herstellen, dass die Leistungserbringung auch durch die jeweils zuständigen Rehabilitationsträger gewährleistet ist, weil die Bedarfsfeststellung im Teilhabeplan umfassend und nahtlos sichergestellt werden konnte. Eine Entscheidung durch die jeweils zuständigen Leistungsträger anstelle des nach § 14 leistenden Rehabilitationsträgers kann in konfliktfreien Leistungsfällen erheblichen Verwaltungsaufwand verringern, zu einer Beschleunigung führen und das Verfahren der Kostenerstattung nach § 16 entbehrlich machen. Diese Möglichkeit war nach dem bisherigen Recht und der hierzu ergangenen Rechtsprechung nicht eröffnet, da sie nicht zwischen „Konfliktfällen“ und „Konsensfällen“ unterschieden hat. Absatz 3 Satz 2 legt demgegenüber in den „Konfliktfällen“ fest, dass der nach § 14 leistende Rehabilitationsträger über die Leistungen, für die er grundsätzlich nach § 6 Absatz 1 Rehabilitationsträger sein kann, ungeachtet der nach den Leistungsgesetzen bestehenden Zuständigkeiten im eigenen Namen entscheidet und den Verwaltungsakt erlässt, wenn die Voraussetzungen für eine getrennte Leistungsbewilligung nicht erfüllt sind. Er hat dann die volle Koordinierungs- und Leistungsverantwortung inne. Die Antragsteller sind von der Last der Klärung der Zuständigkeiten befreit.

Die Leistungsberechtigten können einer getrennten Leistungsbewilligung aus wichtigem Grund widersprechen. Ein wichtiger Grund kann z. B. angenommen werden, wenn Leistungsberechtigte in der Vergangenheit Leistungen von dem Rehabilitationsträger nur mit Schwierigkeiten, etwa nach Widerspruch und Klage, erhalten haben und sie deshalb auf die Leistungserbringung nicht vertrauen oder wenn eine Kommunikation mit dem Rehabilitationsträger für den Leistungsberechtigten erschwert ist, weil keine Geschäftsstelle in der Nähe ist und dies für den Leistungsberechtigten von Bedeutung ist.

Nach Absatz 4 ist bei Mehrheit von Rehabilitationsträgern anstelle der in § 14 geregelten Frist von drei Wochen abweichend innerhalb von sechs Wochen und bei Durchführung einer Teilhabeplankonferenz innerhalb von zwei

Monaten nach Antragseingang zu entscheiden. Die Frist trägt der in § 19 geregelten Verpflichtung Rechnung, unter Beteiligung aller mitbetroffenen Rehabilitationsträger und unter Einbeziehung der Leistungsberechtigten einen Teilhabeplan zu erstellen. Eine privilegierte Entscheidungsfrist für den Fall der Begutachtung ist, anders als in § 14, jedoch nicht vorgesehen. Der nach § 14 leistende Rehabilitationsträger ist demnach gehalten, bereits mit der unverzüglichen Beteiligung der anderen Rehabilitationsträger auch das erforderliche Benehmen über die Beauftragung eines Gutachters herzustellen.

Widerspruch und Klage richten sich nach § 84 Absatz 1 SGG gegen den Rehabilitationsträger, der den Verwaltungsakt erlassen hat, d. h. gegen den leistenden Rehabilitationsträger in den Fällen nach Absatz 3 Satz 1 und gegen die zuständigen Rehabilitationsträger in den Fällen nach Absatz 3 Satz 2. Richtet sich der Widerspruch gegen den leistenden Rehabilitationsträger, so hat er nach § 12 Absatz 2 SGB X die beteiligten Rehabilitationsträger im Widerspruchsverfahren hinzuzuziehen. Die Notwendigkeit der Beiladung im sozialgerichtlichen Verfahren ergibt sich aus § 75 SGG und ist in jedem Einzelfall zu prüfen.

### **Zu § 16 (Erstattungsansprüche zwischen Rehabilitationsträgern)**

Das Verfahren der Kostenerstattung zwischen den Rehabilitationsträgern ist das notwendige Korrelat zu dem in § 15 Absatz 2 und 3 verankerten Prinzip der Leistungserbringung „wie aus einer Hand“. Es greift daher nicht ein, wenn sich alle Rehabilitationsträger im Teilhabeplan mit den Leistungsberechtigten auf eine nach Leistungsgesetzen und Zuständigkeiten getrennte Leistungserbringung verständigt haben. Die Regelungen über die Kostenerstattung ergänzen die allgemeinen Vorschriften nach §§ 102 ff. SGB X, soweit § 16 Abweichungen nicht besonders regelt. § 16 modifiziert nicht das gesamte Erstattungsverfahren zwischen Rehabilitationsträgern, sondern konkretisiert es nur im Hinblick auf das Verfahren zur Koordinierung der Leistungen nach diesem Kapitel. Die Vorschriften zur Kostenerstattung in § 16 gelten für den leistenden Rehabilitationsträger unabhängig davon, ob dieser erst- oder zweitangegangener Träger nach § 14 ist.

Absatz 1 entspricht weitgehend der bisherigen Rechtslage, nach der der zweitangegangene Rehabilitationsträger einen Erstattungsanspruch erhält, wenn eine nochmalige Weiterleitung des Antrages nicht in Betracht kommt und er aus diesem Grund Leistungen nach dem Leistungsgesetz eines anderen Rehabilitationsträgers zu erbringen hat. Damit sind auch solche Fallkonstellationen umfasst, in denen die in § 14 Absatz 3 erweiterten Möglichkeiten der „Turbo-Klärung“ aus Zeitgründen nicht genutzt werden konnten oder in dieser Frist keine einvernehmliche Zuständigkeitsklärung erreicht wurde. Verzichtet der zweitangegangene Rehabilitationsträger von vorn herein auf die Möglichkeit, eine „Turbo-Klärung“ mit dem zuständigen Rehabilitationsträger in Betracht zu ziehen, entsteht der Erstattungsanspruch gleichwohl.

Nach Absatz 2 ist der nach § 14 leistende Rehabilitationsträger besonders geschützt, wenn er nach § 15 ein Beteiligungsverfahren einzuleiten hat. Die Erstattung richtet sich nach den im Teilhabeplan festgehaltenen Feststellungen der nach § 15 Absatz 2 beteiligten Rehabilitationsträger. Wurden die Feststellungen der beteiligten Rehabilitationsträger nicht oder nicht rechtzeitig beigebracht, ist der leistende Rehabilitationsträger besonders geschützt. Der Erstattungsanspruch richtet sich dann nach den für die Leistungsbewilligung maßgeblichen, also der Entscheidung tatsächlich zugrunde gelegten Rechtsvorschriften. Es kommt für die Erstattung in diesen Fällen somit nicht darauf an, ob der leistende Rehabilitationsträger die Zuständigkeiten nach den Leistungsgesetzen richtig bewertet hat.

Absatz 3 regelt den Umfang der Erstattungspflicht zwischen Rehabilitationsträgern. Die Verwaltungskostenpauschale in Höhe von fünf Prozent der nach den Leistungsgesetzen erstattungsfähigen Leistungsaufwendungen dient dem Interessenausgleich der am Verfahren beteiligten Rehabilitationsträger, wenn sie Leistungsverpflichtungen für andere Rehabilitationsträger zu erfüllen haben. Die Höhe der Pauschale hat sich bereits im Rahmen anderer Erstattungsverpflichtungen bewährt, wie z. B. bei der Kostenübernahme für Krankenbehandlungen nach § 264 Absatz 7 SGB V. Der Verschuldensmaßstab der groben Fahrlässigkeit für den Ausschluss der Erstattung trägt dem Umstand Rechnung, dass der leistende Rehabilitationsträger angemessen geschützt werden muss, wenn er anstelle anderer zuständiger Rehabilitationsträger Leistungen zu erbringen hat und ihm dabei im Rahmen der Fallbearbeitung und Leistungserbringung nur versehentlich Verwaltungsfehler unterlaufen.

Nach Absatz 4 greift der allgemeine Erstattungsanspruch für unzuständige Sozialleistungsträger nach § 105 SGB X nicht, wenn es der nach § 14 leistende Rehabilitationsträger versäumt hat, das Teilhabeplanverfahren mit Beteiligung der zuständigen Rehabilitationsträger durchzuführen. Durch die gesetzliche Verankerung des Betei-

ligungs- und Teilhabeplanverfahrens ist der an sich oder in Teilen unzuständige Rehabilitationsträger in ein besonderes und insoweit abschließendes Verfahren der Zuständigkeitsklärung eingebunden. Gleichwohl können die Rehabilitationsträger abweichende Erstattungsregelungen für den Fall der unzuständigen Leistungserbringung vereinbaren, soweit sie dies im Interesse einer beschleunigten Zusammenarbeit für sinnvoll erachten. Eine Ausnahme wird für den Fall geregelt, dass die Ursache der Behinderung nicht innerhalb der Fristen nach § 14 geprüft werden konnte, jedoch Anhaltspunkte für eine Zuständigkeit insbesondere der gesetzlichen Unfallversicherung vorlagen. In diesen Fällen entspricht die weitere Bearbeitung durch einen anderen, wahrscheinlich sachlich unzuständigen Träger nicht den Interessen der Leistungsberechtigten. Sie sollen nicht aus rein formalen Gründen an einen Rehabilitationsträger verwiesen werden, der im Rahmen einer qualifizierten Prognosebetrachtung im Ergebnis nicht zuständig sein wird. Sollte sich diese Prognosebetrachtung dennoch als unzutreffend erweisen, wird der Rehabilitationsträger, der auf die Weiterleitung nach § 14 Absatz 1 Satz 3 verzichtet hat, durch den Erstattungsanspruch nach § 105 SGB X geschützt.

Die Koordinierungsverantwortung des nach § 14 leistenden Rehabilitationsträgers greift nach Absatz 5 auch im Innenverhältnis der Rehabilitationsträger bei der Erstattung selbstbeschaffter Leistungen. In den Fällen der Genehmigungsfiktion nach § 18 ist der leistende Rehabilitationsträger gegenüber den Leistungsberechtigten umfassend zur Erstattung selbstbeschaffter Leistungen verpflichtet. Die Ausgleichspflicht der beteiligten Rehabilitationsträger nach Absatz 5 führt im Innenverhältnis zu einer interessengerechten Risikoverteilung. Dies gilt auch dann, wenn die zu erstattenden selbstbeschafften Leistungen über die gesetzlichen Leistungen hinausgehen. Ausgleichspflichtig ist dann der Rehabilitationsträger, der im Verfahren der Bedarfsfeststellung durch pflichtwidriges Verhalten die maßgeblichen Verzögerungen zu vertreten hat. Im Regelfall wird der leistende Rehabilitationsträger aufgrund seiner Federführung im Verfahren und aufgrund der Verpflichtung, auch anstelle beteiligter Rehabilitationsträger rechtzeitig zu entscheiden, eine Fristversäumnis im Sinne von § 18 abwenden können, so dass ein Vertretenmüssen anderer Rehabilitationsträger zumeist ausscheidet.

Absatz 6 regelt entsprechend § 108 Absatz 2 SGB X einen Zinsanspruch für die auch nach dem SGB X robuster ausgestalteten Erstattungsansprüche der Träger der Sozialhilfe, der öffentlichen Jugendhilfe und der Kriegsgopferfürsorge. Die Verzinsung dient einer beschleunigten Aufwandserstattung zugunsten der nachrangigen Rehabilitationsträger. Die nachrangigen Rehabilitationsträger sind gegenüber den anderen Rehabilitationsträgern besonders schutzbedürftig, da sie eine umfassende Zuständigkeit für die Leistungsgruppen nach § 6 Absatz 1 wahrzunehmen haben und als Träger des existenzsichernden sozialen Netzes nicht auf besondere Leistungsvoraussetzungen verweisen können. Absatz 6 bezweckt damit den Schutz der finanziellen Leistungsfähigkeit der Leistungsträger auf der niedrigsten Stufe des Systems der sozialen Sicherung.

### **Zu § 17 (Begutachtung)**

§ 17 regelt das Verfahren der Begutachtung im Rahmen der Feststellung des Rehabilitationsbedarfs. Die Vorschrift entspricht weitgehend der bisherigen Rechtslage, konkretisiert jedoch die Notwendigkeit der Abstimmung zwischen den Rehabilitationsträgern bei Trägermehrheit.

Absatz 2 regelt hierfür ein zusätzliches Erfordernis für die Beauftragung von Sachverständigen. Insbesondere müssen Sachverständige, vor allem um Mehrfachbegutachtungen zu vermeiden, die von den Rehabilitationsträgern gemeinsam vereinbarten Grundsätze der Bedarfsfeststellung und Begutachtung erfüllen und umsetzen. Die Sollvorschrift trägt dem Umstand Rechnung, dass nach den Leistungsgesetzen der Rehabilitationsträger, wie z. B. nach § 275 ff. SGB V gegebenenfalls besondere Anforderungen an die Begutachtung zu erfüllen sind. So gilt für den Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung, dass ausschließlich die gutachtliche Stellungnahme des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung einzuholen ist. Insoweit sind die Vereinbarung und die Berücksichtigung gemeinsamer Grundsätze nur unter Einschränkungen möglich. Zum Gegenstand der gemeinsamen Grundsätze der Begutachtung kann insbesondere die Anwendung international anerkannter Klassifikationen der Darstellung von Teilhabebeeinträchtigungen zählen, wie z. B. die ICF der WHO. Gegebenenfalls ist eine entsprechende Qualifikation und Weiterbildung durch die Sachverständigen nachzuweisen. Soweit die gemeinsamen Empfehlungen keine Geltung für einzelne Träger entfalten, sollen sie bei der Begutachtung gleichwohl Anwendung finden, wenn nicht besondere Ausschlussgründe vorliegen.

Der nach § 14 leistende Rehabilitationsträger entscheidet nach Absatz 3 über die Beauftragung von Sachverständigen im Benehmen mit den beteiligten Rehabilitationsträgern. Die trägerübergreifende Bedarfsfeststellung im Teilhabeplan führt damit im Regelfall nur zu einem Begutachtungsprozess bei einem einzelnen im Vorfeld bestimmten Sachverständigen, dessen Ergebnis die erforderlichen umfassenden Feststellungen zu allen in Betracht

kommenden Bedarfen enthält und der alle Rehabilitationsträger bindet. Sofern die Möglichkeit tatsächlich und rechtlich eröffnet ist, sollte den Leistungsberechtigten in diesem Rahmen auch angeboten werden, selbst Gutachter vorzuschlagen. Der Sicherstellungsauftrag nach Absatz 4 entspricht der bisherigen Rechtslage.

### **Zu § 18 (Erstattung selbstbeschaffter Leistungen)**

In § 18 wird der bisher in § 15 normierte Anspruch auf Kostenerstattung bei der Selbstbeschaffung von Leistungen zur Teilhabe durch die Leistungsberechtigten gesetzlich weiterentwickelt. Die Weiterentwicklung des Rechts auf Selbstbeschaffung von Leistungen stärkt die Leistungsberechtigten. Sie sollen aufgrund der Vielfalt von Zuständigkeiten im gegliederten System der Leistungen zur Teilhabe zur Verwirklichung ihrer Ansprüche nicht allein auf das Instrument der Untätigkeitsklage verwiesen werden.

Mit der Neufassung von § 18 wird das nach bisheriger Rechtslage beim Leistungsberechtigten liegende Kostenrisiko für fehlerhafte Selbstbeschaffungen in angemessenem Umfang auf die säumigen Rehabilitationsträger verlagert. Als Folge der neuen Genehmigungsfiktion gelten für den Vertrauensschutz der Leistungsberechtigten die allgemeinen Maßstäbe für die Rücknahme rechtswidriger begünstigender Verwaltungsakte. Ausgenommen von der Kostenerstattung sind damit nur Evidenzfälle, die von der sozialgerichtlichen Rechtsprechung bereits zur Konkretisierung der Genehmigungsfiktion nach § 13 Absatz 3a des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V) herausgearbeitet wurden („Urlaub auf Mallorca“).

Absatz 1 verpflichtet die Rehabilitationsträger, den Leistungsberechtigten eine begründete Mitteilung zu machen, wenn die Bearbeitung des Antrags bis zu Entscheidung länger als zwei Monate andauert. Die Regelung erhöht die Rechtssicherheit der Leistungsberechtigten bei der Selbstbeschaffung von Leistungen, indem die Frist für den Eintritt der Genehmigungsfiktion nach Absatz 3 unter Verzicht auf unbestimmte Zeitangaben geregelt wird. Auf die Setzung einer zusätzlichen Nachfrist durch die Leistungsberechtigten kommt es nicht mehr an. Die Leistungsberechtigten tragen im Streitfall lediglich die Beweispflicht für den Antragseingang beim leistenden Rehabilitationsträger.

Begründet der leistende Rehabilitationsträger eine Fristüberschreitung, so kann er sich nach Absatz 2 auf eine Bearbeitungsfrist von zwei Monaten berufen und zusätzlich für sich einen erweiterten Zeitaufwand bei der Beauftragung von Sachverständigen oder bei der Durchführung der Begutachtung in Anspruch nehmen, wenn er dies gegenüber den Leistungsberechtigten in seiner Mitteilung nachweist.

In Absatz 3 wird die Rechtsfolge einer Fristüberschreitung geregelt. Durch den Eintritt der Genehmigungsfiktion gilt die beantragte Leistung als bewilligt. Durch die Genehmigungsfiktion wird keine behördliche Entscheidung ersetzt, sondern eine Rechtsposition *sui generis* geschaffen, die die Leistungsberechtigten in die Lage versetzt, gegenüber dem leistenden Rehabilitationsträger einen Kostenerstattungsanspruch nach Absatz 4 geltend zu machen. Insbesondere vermittelt die Genehmigungsfiktion den Leistungsberechtigten keine Rechtsposition gegenüber Dritten, z. B. gegenüber Leistungserbringern oder anderen Rehabilitationsträgern, die nicht leistender Rehabilitationsträger sind.

Der Anspruch auf Ersatz der Aufwendungen nach Absatz 4 richtet sich gegen den nach § 14 leistenden Rehabilitationsträger und ist grundsätzlich unbeschränkt, soweit nicht ein Ausschlussstatbestand nach Absatz 5 eingreift. Auf die Wirtschaftlichkeit und Rechtmäßigkeit, also insbesondere auf die Erforderlichkeit und Zweckmäßigkeit der selbst beschafften Leistung, kommt es nicht an.

Nach Absatz 5 ist die Einwendung des Rehabilitationsträgers, eine Leistung hätte nicht oder nicht in der selbstbeschafften Art und Weise erbracht werden können, im Grundsatz ausgeschlossen. Gegen die Kostenerstattung kann damit eine fehlende Rechtmäßigkeit oder Erforderlichkeit der Leistung nicht mehr vorgebracht werden, da diese Einwendungen den Sinn und Zweck der Vorschrift leerlaufen lassen würden. Wäre die Erstattung selbstbeschaffter Leistungen von vornherein begrenzt auf die Leistungen, die nach dem jeweiligen Leistungsgesetz hätten erbracht werden dürfen, so wäre das Ergebnis eine faktische Besserstellung des säumigen Rehabilitationsträgers, da er in diesem Fall später erstatten dürfte, als er eigentlich zu leisten verpflichtet gewesen wäre. Die in § 18 geregelte Möglichkeit der Selbstbeschaffung der Leistungen soll jedoch gegenüber den säumigen Rehabilitationsträgern eine wirksame Sanktionswirkung entfalten. Maßgeblich für einen etwaigen Ausschluss der Kostenerstattung ist lediglich der auch nach dem allgemeinen Sozialverfahrensrecht bestehende Verschuldensmaßstab für die Rücknahme rechtswidriger begünstigender Verwaltungsakte, ohne hierbei den Leistungsberechtigten eine besondere Kenntnispflicht des Rehabilitationsrechts aufzubürden. Im Ergebnis wird hierdurch eine Erstattung offensichtlich rechtswidriger Leistungen, die rechtsmissbräuchlich beschafft wurden, ausgeschlossen.

Absatz 6 greift inhaltlich den Selbstbeschaffungsanspruch nach § 15 Absatz 1 Satz 4 alter Rechtslage auf und wird nur aus Gründen der Rechtsklarheit in seinem Wortlaut an § 13 Absatz 3 Satz 1 SGB V angepasst. Mit dem Anspruch auf Selbstbeschaffung werden die Leistungsberechtigten in den Fällen der Unaufschiebbarkeit oder der unberechtigten Ablehnung einer beantragten Leistung nicht lediglich auf einstweiligen Rechtsschutz verwiesen. Die Erstattungsregelung hat den Zweck, den Berechtigten so zu stellen, wie er bei rechtzeitiger oder rechtmäßiger Gewährung einer gesetzlichen Leistung stehen würde. Durch die Selbstbeschaffung nach Absatz 6 haben die Leistungsberechtigten zwar weitgehende Handlungsmöglichkeiten. Allerdings können sich die Leistungsberechtigten in diesen Fällen nicht in gleicher Weise auf einen privilegierten Vertrauensmaßstab berufen, wie bei bloßer Nichttätigkeit der Leistungsträger nach den Absätzen 1 bis 5. Die Leistungsberechtigten können ihre Selbstbeschaffung dem Rehabilitationsträger deshalb nur entgegenhalten, soweit sie sich damit berechtigterweise innerhalb des Systems der Rehabilitationsleistungen bewegen. Der Erstattungsanspruch umfasst nur solche Kosten, von denen der Leistungsberechtigte bei regulärer Leistungserbringung befreit wäre. Anders als in den Fällen der Absätze 1 bis 5 gilt kein privilegierter Maßstab für den Erstattungsumfang. Auf das Wissen oder Kennenmüssen seitens der Leistungsberechtigten kommt es daher nicht an. Die Erforderlichkeit und die Rechtmäßigkeit der selbst beschafften Leistung begrenzen objektiv den Erstattungsumfang.

Der Anspruch richtet sich nach Absatz 6 Satz 2 gegen den Rehabilitationsträger, der den Bescheid über die Leistung erlassen hat. Dies kann der leistende Rehabilitationsträger sein oder im Falle der getrennten Leistungsbewilligung nach § 15 Absatz 1 oder Absatz 3 auch einer der beteiligten Rehabilitationsträger. Liegt zum Zeitpunkt der Beschaffung noch keine Entscheidung vor, ist der leistende Rehabilitationsträger zur Erstattung verpflichtet, um die Leistungsberechtigten von der Last der Zuständigkeitsklärung zu befreien.

Absatz 7 entspricht der bisherigen Rechtslage, ersetzt jedoch die bislang von der Erstattung selbstbeschaffter Leistungen ausgenommenen Träger der Sozialhilfe durch die in § 6 Absatz 1 als Rehabilitationsträger neu bestimmten Träger der Eingliederungshilfe. Wie schon nach bisheriger Intention des Gesetzgebers zu § 15 alter Fassung (Bundestagsdrucksache 14/5531, S. 8) und der hierzu ergangenen Rechtsprechung (BSG v. 9.12.2008, B 8/9b SO 10/07 R) gilt der Ausschluss auch zukünftig nicht für die Selbstbeschaffung wegen Unaufschiebbarkeit oder unberechtigter Ablehnung einer Leistung nach Absatz 6.

### **Zu § 19 (Teilhabeplan)**

Diese Regelung konkretisiert in Gestalt des Teilhabeplans die bislang nur in Grundzügen geregelte Koordinierung der Leistungen. Das Teilhabepanverfahren ist für alle vom SGB IX umfassten leistungsberechtigten Menschen einschlägig und unabhängig von der Art und Schwere der Behinderung. Die vollständigen und nahtlos ineinander greifenden Feststellungen der Rehabilitationsträger eröffnen die für die Praxis relevante Möglichkeit der nach Zuständigkeiten und Leistungsgesetzen getrennten Leistungsbewilligung und Leistungserbringung nach § 15 Absatz 3 Satz 1. Das Teilhabeplanverfahren ist nach den Vorgaben des Absatzes 2 schriftlich zu dokumentieren, im Übrigen jedoch an keine besondere Form gebunden. Die Erstellung ist insbesondere im Umlaufverfahren möglich.

Absatz 1 entspricht weitgehend den bisherigen Vorgaben für die Koordinierung von Leistungen. Zuständig für die Koordinierung und damit für die Erstellung des Teilhabeplans ist der nach § 14 leistende Rehabilitationsträger. Die Vorschrift legt für alle Rehabilitationsträger einheitlich fest, dass die trägerübergreifende Beurteilung von Teilhabebeeinträchtigungen funktionsbezogen und damit grundsätzlich nach dem „bio-psycho-sozialen Modell“ zu erfolgen hat. Hierzu existieren in der Praxis verschiedene Verfahren in unterschiedlicher Ausprägung, die in § 13 als „Instrumente“ näher definiert werden. Die Anwendung international anerkannter Klassifikationen für die Darstellung von Teilhabebeeinträchtigungen erfolgt in der Regel bereits im Rahmen ärztlicher Begutachtung, soweit die Empfehlungen der Rehabilitationsträger oder etwa die Richtlinien des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) dies vorsehen.

Nach Absatz 2 sind die für die Entscheidungen der Rehabilitationsträger maßgeblichen Feststellungen zu dokumentieren. Der Teilhabeplan wird damit zu einem standardisierten Verwaltungsverfahren und regulärer Bestandteil der Aktenführung. Durch die Aufzählung der zu dokumentierenden Elemente des Teilhabeplans wird sichergestellt, dass alle Rehabilitationsträger ihre Dokumentationsanforderungen an den gleichen Maßstäben ausrichten und eine lückenlose Kommunikation zwischen den Rehabilitationsträgern stattfinden kann. Sofern die Pflegekassen nach Absatz 2 Nummer 10 einbezogen werden, sollen auch die Ergebnisse der Begutachtung nach § 18 des Elften Buches, insbesondere die gesonderte Präventions- und Rehabilitationsempfehlung sowie die Empfehlun-

gen zur Hilfsmittel- und zur Heilmittelversorgung dokumentiert werden. Die Dokumentation der Zuständigkeitsklärung ist insbesondere in den Fallkonstellationen hilfreich, in denen Komplexleistungen zu erbringen sind, die die Zuständigkeiten, die Kostenträgerschaft und die Leistungsgesetze mehrerer Rehabilitationsträger betreffen, wie z. B. im Falle der Gewährung von Assistenzleistungen an Eltern mit Behinderungen im Rahmen der Versorgung und Betreuung ihrer Kinder.

Absatz 3 stellt klar, dass der nach § 14 leistende Rehabilitationsträger auch im Rahmen der Fortschreibung des Teilhabeplans eine Koordinierungsverantwortung wahrnimmt. Bedeutsam für die Leistungsberechtigten ist auch das Recht auf Einsicht in den Teilhabeplan nach den allgemeinen Vorschriften. Der Teilhabeplan unterstützt damit sowohl die Rehabilitationsträger bei der trägerübergreifenden Bedarfsermittlung und -feststellung als auch die Leistungsberechtigten im Rahmen der Mitwirkung im Verfahren und ggf. bei einer darüber hinausgehenden Rechtsdurchsetzung.

Der Teilhabeplan ist kein Verwaltungsakt. Er ersetzt nach Absatz 4 nicht die Entscheidung über den Antrag auf Leistungen zur Teilhabe und auch nicht deren Begründung. Stattdessen bereitet der Teilhabeplan die Entscheidungen der Rehabilitationsträger unter Mitwirkung der Leistungsberechtigten vor. Die Entscheidungsbegründung nach § 35 SGB X kann auf den Teilhabeplan durch Übernahme der relevanten Bestandteile Bezug nehmen. Entscheidungen in den Fällen der Trägermehrheit, die ohne ein Teilhabeplanverfahren zustande kommen, sind gleichwohl nach § 39 SGB X wirksam, da kein Fall einer Nichtigkeit nach § 40 SGB X vorliegt. Im Rahmen einer gerichtlichen Überprüfung von Entscheidungen wird eine fehlende oder fehlerhafte Erstellung des Teilhabeplans dahingehend zu würdigen sein, ob die getroffenen Feststellungen zum Bedarf und zu den erforderlichen Leistungen überhaupt verwertbar sind.

Die Federführung für die Durchführung des Teilhabeplanverfahrens kann nach Absatz 5 auch bei einem der beteiligten Rehabilitationsträger liegen, wenn die Leistungsberechtigten dieser Verfahrensweise zustimmen. Hiermit wird insbesondere in allen Fallkonstellationen, in denen die Bedarfsfeststellung lückenlos und im Einvernehmen mit den Leistungsberechtigten stattfindet, die Möglichkeit eröffnet, von der Federführung durch den nach § 14 leistenden Rehabilitationsträger abzusehen und eine den Umständen des Einzelfalls entsprechende Verfahrensleitung zu vereinbaren. In der Praxis wird diese Gestaltungsoption vor allem dann nützlich sein, wenn sich nach § 15 Absatz 3 Satz 2 eine den Zuständigkeiten der Rehabilitationsträger entsprechende und nahtlose Leistungserbringung andeutet.

Nach Absatz 6 lösen unterhaltssichernde Leistungen nicht die Leistungsgruppenmehrheit im Sinne von Absatz 1 aus, wenn sie aufgrund der jeweiligen Leistungsgesetze lediglich akzessorisch zu anderen Leistungen zur Teilhabe gewährt werden. Der Schwerpunkt der Leistungserbringung liegt dann bei der zugrundeliegenden Teilhabeleistung, wie z. B. bei der medizinischen Rehabilitation nach § 20 SGB VI. Erst wenn zusätzlich weitere Leistungen, etwa Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben beantragt werden, liegt eine Mehrheit von Leistungsgruppen vor, die ein Teilhabeplanverfahren nach § 19 erforderlich macht.

### **Zu § 20 (Teilhabeplankonferenz)**

Die Teilhabeplankonferenz ist ein zusätzliches Verfahren der Bedarfsfeststellung in den Fällen der Trägermehrheit, das die Möglichkeiten der Partizipation der Leistungsberechtigten stärkt und in komplexen Leistungsfällen die Zusammenarbeit der Rehabilitationsträger unterstützt.

Der für die Durchführung des Teilhabeplanverfahrens verantwortliche Rehabilitationsträger hat nach Absatz 1 die Pflicht, die Erforderlichkeit und Zweckmäßigkeit einer Teilhabeplankonferenz zu prüfen und bei Bejahung den Leistungsberechtigten diese auch anzubieten. Die Leistungsberechtigten haben ihrerseits einen Anspruch auf Durchführung einer Teilhabeplankonferenz, dem nach pflichtgemäßen Ermessen Rechnung zu tragen ist. Der verantwortliche Rehabilitationsträger übernimmt die Organisation der Teilhabeplankonferenz nach den allgemeinen Verfahrensvorschriften des SGB I und des SGB X. Die Rehabilitationsträger tragen nach § 64 SGB X ihre Verwaltungskosten selbst, wie auch die Leistungsberechtigten, soweit keine besonderen Kostenerstattungsansprüche nach anderen Vorschriften greifen. Wird von der Durchführung einer Teilhabeplankonferenz abgesehen, dürfen die Leistungsberechtigten hierdurch bei der Leistungserbringung keine Nachteile erleiden.

Soll auf eine Teilhabeplankonferenz verzichtet werden, obwohl diese vorgeschlagen wurde, ist den Leistungsberechtigten nach Absatz 2 Satz 1 Gelegenheit zu geben, sich zu den für die Entscheidung maßgeblichen Gründen zu äußern. In den Fällen des Absatzes 2 Satz 2 wird gesetzlich bestimmt, dass die Feststellung des Rehabilitationsbedarfs auf Wunsch der Leistungsberechtigten einer Teilhabeplankonferenz bedarf, da es sich um komplexe



Fördertatbestände handelt, die fast immer die Zuständigkeit und Kostenträgerschaft mehrerer Rehabilitationsträger betreffen. Zu beteiligen sind die Träger der Jugendhilfe als Rehabilitationsträger und auch soweit ihr Aufgabenbereich nach dem Achten Buch im Übrigen berührt ist. Dem Wunsch der Leistungsberechtigten auf Durchführung einer Teilhabepankonferenz ist in diesen Fällen immer Folge zu leisten.

Nach Absatz 3 können die bereits nach § 12 SGB X (Beteiligte) und § 13 SGB X (Bevollmächtigte und Beistände, insbesondere Vertrauenspersonen) zu beteiligenden Stellen und Personen an der Teilhabepankonferenz teilnehmen. Auf Wunsch oder mit Zustimmung der Leistungsberechtigten soll neben Rehabilitationsdiensten und Rehabilitationseinrichtungen auch die Teilnahme von Pflegediensten ermöglicht werden. Der mit der bundesfinanzierten Förderung von Angeboten der ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung einhergehenden Stärkung der Position der Leistungsberechtigten soll im Rahmen von Teilhabepankonferenzen besonders viel Raum eröffnet werden, da es sich bei Teilhabepankonferenzen um anspruchsvolle Gesprächssituationen mit erheblicher Tragweite für das Verfahren der Leistungserbringung handeln kann.

Absatz 4 dient der Klarstellung. Eine Teilhabepankonferenz kann bereits nach Absatz 1 nicht ohne Zustimmung der Leistungsberechtigten durchgeführt werden. Mit Absatz 3 wird zugleich sichergestellt, dass auch die zweimonatige Entscheidungsfrist nach § 15 Absatz 4 für die Fälle der Teilhabepankonferenz nicht ohne Zustimmung der Leistungsberechtigten von den Rehabilitationsträgern in Anspruch genommen wird. Es kommt für die verlängerte Entscheidungsfrist also nicht darauf an, ob eine Teilhabepankonferenz nach den Vorstellungen der Rehabilitationsträger eingeleitet werden soll, sondern ob sie auch tatsächlich unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 eingeleitet wird.

§ 20 erweitert die Handlungsmöglichkeiten der Rehabilitationsträger und der Leistungsberechtigten im Verfahren. Kommt eine Teilhabepankonferenz nicht zustande, bleiben im Bedarfsfall den Rehabilitationsträgern gemeinsame Beratungen zu den Feststellungen zum Rehabilitationsbedarf unbenommen. Hierfür gelten die allgemeinen Regelungen über die Zusammenarbeit der Rehabilitationsträger, die durch die Teilhabepankonferenz nach § 20 nicht abbedungen werden.

Die Teilhabepankonferenz beschränkt nicht die nach dem allgemeinen Verfahrensrecht bestehenden Rahmenbedingungen der Zusammenarbeit. Unberührt bleibt damit zum Beispiel die Möglichkeit, einen Leistungsträger auch schon vor dem Zeitpunkt, in dem er zuständiger Rehabilitationsträger sein kann, nach § 12 SGB X als Beteiligten einzubinden.

### **Zu § 21 (Besondere Anforderungen an das Teilhabepanverfahren)**

Das Gesamtplanverfahren in der Eingliederungshilfe im Teil 2 konkretisiert die erforderlichen Spezifika der Eingliederungshilfe, die an den besonderen Bedürfnissen von Menschen mit wesentlichen Behinderungen ausgerichtet sind. Auch die Besonderheiten des Hilfeplanverfahrens sollen ergänzend Berücksichtigung finden, wenn der Träger der Jugendhilfe leistender Rehabilitationsträger oder der zur Durchführung des Teilhabepanverfahrens vereinbarte Träger ist.

### **Zu § 22 (Einbeziehung anderer öffentlicher Stellen)**

In das Teilhabepanverfahren sollen nach Absatz 1 andere öffentliche Stellen, die keine Rehabilitationsträger sind, einbezogen werden, soweit dies für die Feststellung des Bedarfs erforderlich und ihm Rahmen der Zusammenarbeitsregelungen nach den allgemeinen Vorschriften geboten und möglich ist. Vor dem Hintergrund der Schnittstelle zwischen der Schulbildung und den Leistungen zur Teilhabe für Kinder und Jugendliche mit Behinderung soll soweit erforderlich daher auch eine Beteiligung der Schule erfolgen.

Nach Absatz 2 werden die Rehabilitationsträger angehalten, auf die Pflegekassen zuzugehen, wenn Anhaltspunkte für eine Pflegebedürftigkeit bestehen. Infolge der Hinzuziehung der Pflegekassen kann der Versorgungsplan nach § 7a SGB XI, dessen Qualität im Rahmen des Zweiten Pflegestärkungsgesetzes deutlich verbessert wurde, auch zu einem wichtigen Bestandteil des Teilhabepans werden. Hierbei ist die vorherige Einbindung der Leistungsberechtigten von besonderer Bedeutung, da mit ihnen gemeinsam die Möglichkeiten und Grenzen des Informationsaustausches zwischen den Sozialleistungsträgern besprochen werden müssen. Die für die Pflegekassen geltenden datenschutzrechtlichen Vorgaben werden durch die Einleitung des Teilhabepanverfahrens und der Teilhabepankonferenz nicht berührt.

Sofern sich zunächst bei den Pflegekassen im Rahmen einer Prüfung nach § 18 Absatz 6 SGB XI Hinweise auf einen Bedarf auf Leistungen zur medizinischen Rehabilitation ergeben, gilt für die Pflegekassen die Hinwirkungspflicht auf eine Antragstellung bereits nach § 18a SGB XI und § 31 SGB XI. Im Fall der Einleitung eines Antragsverfahrens auf Leistungen zur medizinischen Rehabilitation durch eine Mitteilung der Pflegekasse hat der zuständige Rehabilitationsträger nach § 31 Absatz 3 Satz 4 SGB XI die Pflicht, die Pflegekasse über seine Leistungsentscheidung zu informieren. Nach § 22 Absatz 2 kann der Rehabilitationsträger zu diesem Zweck nunmehr auch die Pflegekasse in das Teilhabeplanverfahren und in die Teilhabeplankonferenz einbinden.

Wie schon nach bisheriger Rechtslage, sind die Integrationsämter nach Absatz 3 im Rahmen ihrer Zuständigkeit an der Erstellung des Teilhabeplans zu beteiligen. Zusätzlich wird in Satz 2 die Möglichkeit eröffnet, dem Integrationsamt mit Einwilligung der Leistungsberechtigten die Koordinierungsverantwortung für das Teilhabeplanverfahren zu übertragen. Eine Gesamtverantwortung für die Leistungserbringung ist hiermit jedoch nicht verbunden, da die Integrationsämter nach § 6 Absatz 1 keine Rehabilitationsträger sind.

Nach Absatz 4 sind auch die Jobcenter Beteiligte des Teilhabeplanverfahrens, soweit dies zur Feststellung des Rehabilitationsbedarfs erforderlich ist. Die Jobcenter sind keine Rehabilitationsträger und damit nicht in dem Verfahren der Koordinierung der Leistungen nach §§ 14 und 15 beteiligt. Diese Aufgabe wird von der Bundesagentur für Arbeit wahrgenommen. Gleichwohl kann die Beteiligung der Jobcenter im Teilhabeplanverfahren sowohl für die zuständigen Rehabilitationsträger als auch für die Jobcenter selbst von Vorteil sein, wenn für das Rehabilitationsverfahren relevante Sozialdaten ausgetauscht werden müssen. Jobcenter können deshalb ihre Beteiligung am Teilhabeplanverfahren vorschlagen. Insbesondere bei der Betroffenheit kommunaler Jobcenter nach § 6a SGB II ist deren Einbeziehung naheliegend, da sie eigene kommunale IT-Systeme nutzen und nicht auf den zentralen Datenbestand der Bundesagentur für Arbeit zurückgegriffen werden kann.

Nach Absatz 5 hat der für die Durchführung des Teilhabeplanverfahrens verantwortliche Rehabilitationsträger mit Zustimmung der Leistungsberechtigten die zuständige Betreuungsbehörde über die Erstellung des Teilhabeplans zu informieren, wenn im Einzelfall Anhaltspunkte für einen Betreuungsbedarf nach § 1896 Absatz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuches bestehen und soweit die Information zur Vermittlung anderer Hilfen, bei denen kein Betreuer bestellt wird, erforderlich ist. Die Anordnung einer rechtlichen Betreuung nach §§ 1896 ff. BGB setzt voraus, dass die Inanspruchnahme von vorrangigen „anderen Hilfen“ ohne gesetzliche Vertretung (bspw. Leistungen zur Teilhabe) nicht ausreicht, um die Angelegenheiten des Betroffenen zu besorgen (§ 1896 Absatz 2 BGB). Diese Regelung ist Ausprägung des im Betreuungsrecht geltenden Erforderlichkeitsgrundsatzes, mit dem auch den Anforderungen des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK) Rechnung getragen wird. Der Betreuungsbehörde kommt bei der Prüfung, ob betreuungsvermeidende „andere Hilfen“ insbesondere nach dem Sozialrecht vorhanden sind, eine zentrale Bedeutung zu. Im Rahmen ihrer Beratungspflicht nach § 4 Absatz 2 BtBG hat sie dem Betroffenen andere Hilfen, bei denen kein Betreuer bestellt wird, zu vermitteln und dabei mit den zuständigen Sozialleistungsträgern zusammenzuarbeiten. Auch im Rahmen eines gerichtlichen Verfahrens über die Bestellung eines Betreuers hat die Betreuungsbehörde dem Gericht u. a. über die Erforderlichkeit der Betreuung einschließlich geeigneter anderer Hilfen zu berichten (§ 279 Absatz 2 Satz 2 Nummer 2 FamFG). Hierfür ist sie auf Informationen des Leistungsträgers, namentlich des für eine Durchführung des Teilhabeplanverfahrens verantwortlichen Rehabilitationsträgers, angewiesen. Die nunmehr eingeführte Informationspflicht des für die Durchführung des Teilhabeplanverfahrens verantwortlichen Rehabilitationsträgers mit Zustimmung des Leistungsberechtigten dient mithin ausschließlich dem Zweck, die zuständige Betreuungsbehörde in Fällen, in denen grundsätzlich die Anordnung einer rechtlichen Betreuung in Betracht kommt, in die Lage zu versetzen, von „anderen Hilfen“, die zur Vermeidung einer Betreuung geeignet sind, Kenntnis zu erlangen und darauf hinzuwirken, dass eine gesetzliche Betreuung vermieden wird.

### **Zu § 23 (Verantwortliche Stelle für den Sozialdatenschutz)**

Nach Absatz 1 ist der für die Durchführung des Teilhabeplanverfahrens verantwortliche Rehabilitationsträger auch für die Einhaltung der sozialdatenschutzrechtlichen Verpflichtungen bei der Erstellung des Teilhabeplans verantwortlich. Es gelten die allgemeinen Regelungen des SGB X für die Datenerhebung, -verarbeitung und -nutzung. Dies betrifft insbesondere die Zulässigkeit der Datenübermittlung zwischen den Rehabilitationsträgern im Rahmen des Teilhabeplanverfahrens und der trägerübergreifenden Bedarfsfeststellung nach § 15.

Im Rahmen der Erstellung des Teilhabepplans müssen die Rehabilitationsträger stets sicherstellen, dass Sozialdaten nur in dem erforderlichen Umfang erhoben, verarbeitet oder genutzt werden. Da grundsätzlich alle Rehabilitationsträger als Federführer für das Teilhabepplanverfahren in Betracht kommen, sollten möglichst einheitliche Grundsätze und standardisierte Verfahren (z. B. Formulare für das schriftliche Umlaufverfahren) für die Einhaltung sozialdatenschutzrechtlicher Vorgaben erarbeitet werden.

Die Durchführung einer Teilhabepplankonferenz stellt eine besondere Herausforderung für den federführenden Rehabilitationsträger dar. Im Gespräch mit den Leistungsberechtigten und den beteiligten Rehabilitationsträgern über mögliche Teilhabeeinschränkungen, Rehabilitationsbedarfe und die hierfür möglicherweise relevanten personenbezogenen und umweltbezogenen Kontextfaktoren wird eine Prüfung sozialdatenschutzrechtlicher Belange nur im Hinblick auf offensichtliche Grenzen der Datenerhebung und des Datenaustausches möglich sein.

Absatz 2 gestattet daher bei der Durchführung einer Teilhabekonferenz auch die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung solcher Daten, deren Erforderlichkeit für die Erstellung des Teilhabepplans zwar wahrscheinlich ist, aber noch nicht abschließend feststeht, und knüpft dies an die Voraussetzung einer informierten Einwilligung der Leistungsberechtigten. Stellt sich heraus, dass die Daten für die Erstellung des Teilhabepplans nicht benötigt werden, oder widerruft der Betroffene seine datenschutzrechtliche Einwilligung, so entfällt die Grundlage für die Verarbeitung der Daten, und die Daten sind unverzüglich zu löschen. Die Rechtmäßigkeit der Erhebung und Verarbeitung der Daten bis zum Wegfall der Grundlage bleibt davon unberührt.

Absatz 3 stellt – wie schon nach § 10 Absatz 4 SGB IX in der bislang geltenden Fassung – klar, dass die allgemeinen datenschutzrechtlichen Vorschriften des SGB I und des SGB X sowie der jeweiligen Leistungsgesetze der Rehabilitationsträger bei der Zuständigkeitsklärung und bei der Erstellung des Teilhabepplans unberührt bleiben.

#### **Zu § 24 (Vorläufige Leistungen)**

Nach den Vorschriften der Leistungsgesetze der Rehabilitationsträger sind unter den dort geregelten Voraussetzungen Leistungen unter bestimmten Voraussetzungen vorläufig zu erbringen, wie z. B. das Sofortangebot nach § 15a SGB II, die Vorleistungspflicht der Arbeitsförderung nach § 23 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch (SGB III), die Vorleistung der Unfallversicherungsträger nach § 139 des Siebten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VII) oder die Verpflichtung der Jugendämter zum vorläufigen Tätigwerden nach § 86d SGB VIII. Diese besonderen Tatbestände für vorläufige Leistungen bleiben unberührt, damit eilbedürftige Leistungen nicht aufgrund des Teilhabepplanverfahrens oder aufgrund des Wunsches der Leistungsberechtigten nach Durchführung einer Teilhabepplankonferenz versagt werden. Vorläufig erbrachte Leistungen nach diesen Vorschriften binden die Rehabilitationsträger jedoch nicht bei der Feststellung des Rehabilitationsbedarfs im Rahmen der Koordinierung der Leistungen und des Teilhabepplanverfahrens nach diesem Kapitel.

§ 43 SGB I ist nicht anzuwenden, da dieser allgemeinen Vorschrift zur vorläufigen Leistung im Falle streitiger Zuständigkeit insoweit die Regelungen dieses Kapitels zur Zuständigkeitsklärung und Kostenerstattung zwischen Rehabilitationsträgern vorgehen.

#### **Zu Kapitel 5 (Zusammenarbeit)**

##### **Zu § 25 (Zusammenarbeit der Rehabilitationsträger)**

Die Regelung entspricht der bisherigen Rechtslage. Die Ergänzung in der neuen Nummer 6 stellt klar, dass die Verantwortung der Rehabilitationsträger bei der Zusammenarbeit im Sinne dieser Vorschrift auch den Trägerübergang bei einem Zuständigkeitswechsel umfasst, wie er zum Beispiel an der Schnittstelle zwischen Kinder- und Jugendhilfe und Eingliederungshilfe altersbedingt regelmäßig stattfindet.

##### **Zu § 26 (Gemeinsame Empfehlungen)**

Der Gestaltungsauftrag an die Rehabilitationsträger zur Erarbeitung und Anwendung gemeinsamer Empfehlungen wird in der Nummer 3 an das neue Teilhabepplanverfahren und in Nummer 5 an die neuen Vorschriften zur Koordinierung der Leistungen angepasst. In der bisher nicht genutzten Nummer 7 werden die Rehabilitationsträger verpflichtet, gemeinsame Grundsätze für Instrumente der Bedarfsermittlung zu entwickeln. Im Übrigen entspricht die Regelung der bisherigen Rechtslage. Nummer 7 korrespondiert mit § 13 Absatz 1 Satz 2.

Nach Absatz 4 Satz 2 werden auch die Pflegekassen über den Spitzenverband Bund der Krankenkassen in den Geltungsbereich der gemeinsamen Empfehlungen einbezogen. Soweit die Mitwirkung und die Aufgaben der Pflegekassen von den gemeinsamen Empfehlungen berührt sind, entspricht deren Einbeziehung dem Ziel der besseren Verzahnung von Instrumenten und Verfahren zur Überwindung der Schnittstellen der Leistungsträger.

#### **Zu § 27 (Verordnungsermächtigung)**

Die Vorschrift entspricht inhaltlich der bisherigen Rechtslage, wurde jedoch im Hinblick auf die Anforderungen von Artikel 80 GG konkretisiert. Dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales wird im Anwendungsbereich der Gemeinsamen Empfehlungen die Kompetenz eröffnet, zu fachlichen Fragen des Verwaltungsvollzuges verbindliche Regelungen zu treffen, die sonst der Fachaufsicht des Bundes zuzuordnen wären. Gegenüber den selbstverwalteten Versicherungsträgern nimmt der Bund lediglich die Rechtsaufsicht wahr (Beachtung von Gesetz und sonstigem Recht nach § 87 Absatz 1 SGB IV). Durch die Festlegung verbindlicher Vorschriften in Gestalt einer Rechtsverordnung können die fachlichen Gesichtspunkte aus dem Anwendungsbereich der Gemeinsamen Empfehlungen unter den Voraussetzungen des Satzes 1 zukünftig den Rang einer Rechtsvorschrift erhalten, deren Beachtung der Bund dann über die ihm zustehende Rechtsaufsicht nachhalten kann. Durch den in Satz 1 abschließend beschriebenen Anwendungsbereich der Regelungen wird sichergestellt, dass durch die Verordnungsermächtigung nicht in die Selbstverwaltungskompetenz der Versicherungsträger des Bundes unverhältnismäßig eingegriffen wird. Die Herstellung des Einvernehmens mit dem Bundesministerium für Gesundheit entspricht der Zuordnung der Geschäftsbereiche und der Aufsichtskompetenzen innerhalb der Bundesregierung.

#### **Zu Kapitel 6 (Leistungsformen, Beratung)**

##### **Zu Abschnitt 1 (Leistungsformen)**

##### **Zu § 28 (Ausführung von Leistungen)**

Absatz 1 entspricht dem bisherigen § 17 Absatz 1 SGB IX.

Absatz 2 entspricht dem bisherigen § 10 Absatz 1 Satz 2 SGB IX.

##### **Zu § 29 (Persönliches Budget)**

Absatz 1 wird geändert. Seit dem 1. Januar 2008 gibt es statt eines Ermessensanspruchs einen Rechtsanspruch auf die Leistungsform des Persönlichen Budgets gemäß dem bisherigen § 159 Absatz 5. Im Rahmen der Rechtsbereinigung wird nun dieser Rechtsanspruch in den Regelungen zum Persönlichen Budget nach § 29 SGB IX verankert. Satz 4 stellt im Hinblick auf in der Praxis auftretende Probleme klar, dass auch ein einzelner Leistungsträger alleine ein Persönliches Budget erbringen kann.

Absatz 2 entspricht im Wesentlichen dem bisherigen § 17 Absatz 3 SGB IX. Neu wird in die Vorschrift aufgenommen, dass § 35a des Elften Buches unberührt bleibt. § 35a des Elften Buches regelt, dass nach den speziellen Regelungen der sozialen Pflegeversicherung bei Erbringung von Persönlichen Budgets bestimmte Sachleistungen nur in Form von Gutscheinen und nicht als Geldleistung zur Verfügung gestellt werden. Diese Regelung hat weiterhin Bestand. Damit wird dem besonderen Umstand des Teilleistungscharakters der sozialen Pflegeversicherung folgend Rechnung getragen, dass die Leistungen der Pflegeversicherung zudem nicht in jedem Fall dazu dienen, den gesamten individuell feststellbaren Bedarf zu decken, sondern es sind ggf. beispielsweise auch Eigenanteile von den Leistungsberechtigten zu tragen oder ergänzende Leistungen der Hilfe zur Pflege in Anspruch zu nehmen. Dies gilt auch dann, wenn die Leistungen in Form eines Persönlichen Budgets erbracht werden.

Absatz 3 wird neu gefasst. Das bisherige Auftragsverfahren beim Persönlichen Budget wird abgelöst. Neben der Anpassung der Begrifflichkeiten an den § 14 SGB IX wird das bisherige Auftragsverfahren beim Persönlichen Budget abgelöst. Im neuen Kapitel 4 wird die Koordinierung der Leistungen geregelt. Diese allgemeinen Regelungen finden auch auf das Verwaltungsverfahren zum Persönlichen Budget Anwendung. Damit soll auch der Verwaltungsaufwand für das Persönliche Budget reduziert werden. Im Regelfall wird beim Persönlichen Budget eine laufende Sachleistung in eine Geldleistung umgewandelt. Nachdem der Rehabilitationsbedarf ermittelt wurde, wird auf Antrag der Budgetnehmerin oder des Budgetnehmers geprüft, ob die Leistungsberechtigten einen Anspruch auf die Leistungsform des Persönlichen Budgets haben.

Absatz 4 regelt die Zielvereinbarung und greift die bisherigen Regelungen zur Zielvereinbarung in § 4 der Budgetverordnung auf, die aufgehoben wurde. Satz 3 wird neu eingefügt. Darin wird geregelt, dass die Pflegekassen

in den Fällen, in denen sie das Persönliche Budget nach Absatz 1 Satz 4 allein, also nicht trägerübergreifend, erbringen, mit der Budgetnehmerin oder dem Budgetnehmer keine gesonderte Zielvereinbarung abschließen. Gesonderte Vereinbarungen zur Qualitätssicherung sind in diesen Fällen nicht erforderlich, da nach § 35a des Elften Buches bestimmte Leistungsarten nur in Form von Gutscheinen erbracht werden, die bei nach dem Elften Buch zugelassenen Pflegeeinrichtungen eingelöst werden können. Diese Leistungsanbieter unterliegen bereits den Vorschriften zu Qualitätssicherung und -prüfung des Elften Buches. Je nach der Zusammenstellung der Leistungen könnten auch weitere vorgeschriebene Inhalte der Zielvereinbarung ggf. mit der ansonsten stattfindenden Leistungsgewährung nach dem Elften Buch nicht im Einklang stehen, etwa Vereinbarungen zum Nachweis über die Deckung des festgestellten individuellen Bedarfs. Deshalb müssen die Pflegekassen als alleinige Leistungsträger keine Zielvereinbarungen mit den Mindestvorgaben nach Absatz 4 Satz 2 abschließen. Die Regelungen des Elften Buches insbesondere zur Beratung der Anspruchsberechtigten, einschließlich der Erstellung eines individuellen Versorgungsplans, bleiben davon unberührt.

Wird ein trägerübergreifendes Persönliches Budget erbracht, in das auch Leistungen der Pflegeversicherung einfließen, so werden die nicht zur üblichen Leistungsgewährung nach dem Elften Buch passenden Vereinbarungsbestandteile auf die Leistungen der Pflegekasse keine Anwendung finden, die Vereinbarung umfasst dann aber auch Leistungen anderer Träger, die eine entsprechende Zielvereinbarung voraussetzen. Daher findet Absatz 4 Satz 1 in diesen Fällen weiterhin Anwendung. Falls ein anderer Träger als die Pflegekasse der leistende Leistungsträger nach Absatz 3 ist, hat dieser auch sicherzustellen, dass eine den Vorschriften des Elften Buches entsprechende Leistungsbewilligung und Verwendung der Leistungen durch den Pflegebedürftigen gewährleistet ist (§ 35a Satz 2 des Elften Buches).

Die bisherigen Absätze 5 und 6 des § 17 SGB IX (alt) werden aufgehoben. Das Forschungsvorhaben „Begleitung und Auswertung der Erprobung trägerübergreifender Persönlicher Budgets“ wurde im Juli 2007 abgeschlossen. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat dazu den Forschungsbericht 366 „Begleitung und Auswertung der Erprobung trägerübergreifender Persönlicher Budgets“, den Forschungsbericht 367 „Rechtsfragen des Persönlichen Budgets nach § 17 SGB IX“ und den Forschungsbericht 368 „Expertise zu Verwaltungsverfahren beim trägerübergreifenden Persönlichen Budget“ veröffentlicht.

### **Zu § 30 (Verordnungsermächtigung)**

Die Vorschrift entspricht weitestgehend dem bisherigen § 21a SGB IX (alt). Neu wird geregelt, dass bei Erlass einer Rechtsverordnung zum Persönlichen Budget das Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Gesundheit herzustellen ist. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, dass Persönliche Budgets auch sowohl nach dem Recht der gesetzlichen Krankenversicherung als auch der sozialen Pflegeversicherung erbracht werden.

### **Zu § 31 (Leistungsort)**

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 18 SGB IX.

### **Zu Abschnitt 2 (Beratung)**

#### **Zu § 32 (Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung)**

Die Individualisierung von Leistungen macht einen erhöhten Bedarf an Beratung notwendig. Um diesen sicherzustellen, sind die gesetzlichen Voraussetzungen für ein unentgeltliches, allen Menschen mit (drohenden) Behinderungen offenstehendes Angebot zur Beratung über Leistungen zur Rehabilitation und Teilhabe zu schaffen, das nicht an die Voraussetzung einer Beitragspflicht, Mitgliedschaft oder besondere Tatbestandsmerkmale geknüpft ist. Die Einrichtung und Förderung eines niedrigschwelligen Angebotes, das die bestehenden Angebote ergänzt, soll eine unabhängige Beratung und Aufklärung bereits im Vorfeld der Beantragung konkreter Leistungen ermöglichen, die weitgehend frei von ökonomischen Interessen und haushaltsrechtlichen Interessen und Kostenverantwortung insbesondere der Leistungsträger und Leistungserbringer sind. Um eine finanzielle Unabhängigkeit sicherzustellen, ist eine Bundesfinanzierung auf der Grundlage einer Förderrichtlinie am besten geeignet, diese Anforderungen zu erfüllen und Interessenskonflikte zu vermeiden. Fachlich ist eine Finanzierung durch den Bund geboten, weil die Konkretisierung eines Leistungsanspruchs einschließlich der Zuordnung zu einem Träger zu dem hier in Rede stehenden Zeitpunkt noch nicht erfolgen kann und diese Aufgabe somit nicht (allein) in der Verantwortung der Leistungsträger liegt. Daher besteht ein erhebliches Interesse des Bundes an der Sicherstellung einheitlicher Angebote und der Umsetzung bundeseinheitlicher Qualitätsanforderungen auf der Grundlage einer

Förderrichtlinie, um länderübergreifend gleichwertige Lebensverhältnisse für eine schnelle und zielführende Sachverhaltsaufklärung zu schaffen.

Die Schaffung bundeseinheitlicher Standards und Qualitätsanforderungen sichert die Voraussetzungen für eine Evaluation und Nachjustierung. Das neue Angebot stärkt die Eigenverantwortung und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen und setzt die UN-BRK um.

Zu Absatz 1: Die Position der Leistungsberechtigten/Ratsuchenden gegenüber den Leistungsträgern und Leistungserbringern im sozialrechtlichen Dreieck ist durch ein ergänzendes, allein dem Leistungsberechtigten gegenüber verpflichtetes Unterstützungsangebot zu stärken. Die Beratung soll unabhängig von Leistungsträgern und Leistungserbringern erfolgen. Da eine von ökonomischen Interessen freie Beratung in der Praxis kaum vorstellbar ist, sollen durch geeignete Offenlegung möglicher finanzieller und organisatorischer Abhängigkeiten der beratenden Institutionen diese transparent gemacht und damit Interessenskonflikten entgegengewirkt werden. Das Angebot muss niedrigschwellig sein und darf als ergänzendes Angebot nicht im Widerspruch zur gesetzlichen Beratungs- und Unterstützungspflicht der Rehabilitationsträger stehen. Durch das neue Beratungsangebot im Vorfeld der Beantragung konkreter Leistungen werden die bereits bestehenden Beratungsverpflichtungen der Rehabilitationsträger ergänzt. Auch wenn die ergänzende unabhängige Teilhabeberatung überwiegend im Vorfeld der Beantragung konkreter Leistungen erfolgen soll, ist eine darüber hinausgehende Inanspruchnahme des Beratungsangebotes im gesamten Reha- bzw. Teilhabeprozess möglich, sofern im Einzelfall ein entsprechender Bedarf besteht. Dies gilt insbesondere auch für die Teilhabeplanung.

Die Niedrigschwelligkeit des Beratungsangebots stellt sicher, dass die ratsuchenden Menschen wohnortnah und zeitnah eine barrierefreie Beratung erhalten. Die vielfach erhobene Forderung, einen individuellen Rechtsanspruch auf eine ergänzende unabhängige Beratung vorzusehen, wird dagegen nicht aufgegriffen. Sie hätte zur Folge, dass dem ggf. erforderlichen Antrag auf Leistungen der Teilhabe ein Verwaltungsverfahren zur Entscheidung darüber, ob ein solcher Beratungsanspruch besteht, vorangeschaltet werden müsste. Das Ziel, schnell und unbürokratisch eine Vor-Beratung aufsuchen zu können, wäre verfehlt. Vielmehr ist die ergänzende unabhängige Beratung in einem Umfang vorzusehen, dass im Regelfall eine Beratung zeitnah und ortsnah ermöglicht werden kann.

Zu Absatz 2: Das Angebot soll eine qualifizierte neutrale, aber parteiliche Beratung gewährleisten. Es dient nicht der Beratung und Unterstützung bei Widersprüchen oder sozialgerichtlichen Verfahren. Mit der Einführung der neuen Beratungsleistung wird grundsätzlich auch ein positiver Effekt im Verhältnis zu den Leistungsträgern und Leistungserbringern in Bezug auf eine angemessene bedarfsgerechte Leistungserbringung erwartet, der es ermöglicht, Verfahren zu beschleunigen und Leistungen personenzentriert und zielgerichtet anzubieten. Die Beratungsleistung hat sich an den Lebenswelten des ratsuchenden Menschen zu orientieren. Daher muss es auch den Sozialraumbezug und die Offenheit für die Vielfalt der möglichen Leistungen im Fokus haben. Im Zuge der Beratung soll auf sonstige Beratungsstellen wie die Pflegeberatung nach § 7a SGB XI hingewiesen werden. In der Regel verfügen die Leistungsberechtigten nicht über (ausreichendes) Fachwissen über ihre sozialrechtlichen Ansprüche und Zuständigkeitsregelungen im gegliederten System. Daher muss ihre Position gegenüber den Leistungsträgern und Leistungserbringern im sozialrechtlichen Dreieck gestärkt und der Empowermentansatz zur Befähigung der Leistungsberechtigten, selbstbestimmte Entscheidungen zu treffen, gefördert werden.

Durch die Verpflichtung der Rehabilitationsträger, über dieses ergänzende Angebot im Rahmen ihrer bereits bestehenden Auskunft- und Beratungspflichten zu informieren, erhalten die Leistungsberechtigten Kenntnis von dem Angebot der ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung. Die Informationspflicht umfasst auch die Auskunft über qualifizierte zugelassene Beratungsdienste in der Nähe des Leistungsberechtigten und bei Bedarf die Vermittlung von Beratungsterminen.

Zu Absatz 3: Besonderes Augenmerk liegt auf dem sogenannten „Peer Counseling“, der Beratung von Betroffenen für Betroffene. Nach Artikel 26 Absatz 1 UN-BRK treffen die Vertragsstaaten wirksame und geeignete Maßnahmen, einschließlich durch die Unterstützung durch andere Menschen mit Behinderungen, um Menschen mit Behinderungen in die Lage zu versetzen, ein Höchstmaß an Unabhängigkeit, umfassender körperlicher, geistiger, sozialer und beruflicher Fähigkeiten sowie die volle Einbeziehung an allen Aspekten des Lebens zu erreichen und zu bewahren. Die Unterstützung durch andere Menschen mit Behinderungen kann auch Angebote des „Peer Counseling“ umfassen. Da auch betroffene Angehörige, wie zum Beispiel Eltern behinderter Kinder oder pflegende Angehörige das Beratungsangebot in Anspruch nehmen sollen, wird an dieser Stelle von der Begrifflichkeit „Menschen mit Behinderungen“ abgewichen, welche diese Zielgruppe nicht mit einschließen würde.

Zu Absatz 4: Die Förderung aus Bundesmitteln soll auf der Grundlage einer bundeseinheitlichen Förderrichtlinie erfolgen, welche die Voraussetzungen für eine Zuwendung definiert sowie das Antrags- und Bewilligungsverfahren beschreibt. Die administrative Abwicklung der Förderung aufgrund der vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales zu erlassenen Förderrichtlinie kann einem Dritten übertragen werden. Die Einzelheiten hierzu werden in der Förderrichtlinie geregelt. Durch die vorgesehene Beteiligung der zuständigen obersten Landesbehörden haben die Länder Einfluss auf die Auswahl der zu fördernden Beratungsangebote und können damit dem Entstehen von Doppelstrukturen neben den bereits vorhandenen Angeboten entgegenwirken bzw. auf diesen aufsetzen. Den Ländern obliegt es, durch Einholung einer Stellungnahme der Kommunen (Landkreise und kreisfreie Städte) auch mögliche kommunale Strukturen im Auge zu behalten. Für die Etablierung der Beratung von Menschen mit Behinderungen durch Menschen mit Behinderungen als Element vorhandener Strukturen soll die Förderfähigkeit neuer Angebote insbesondere an das Peer-Prinzip (Beratung durch selbst Betroffene) geknüpft werden. Die Quote für Zuwendungen soll neben der Einwohnerzahl auch einen Flächenschlüssel berücksichtigen, um in Flächenländern einen Ausgleich für aufsuchende Angebote zu schaffen. Ein Schutz vor möglicher Überzeichnung ist zu berücksichtigen.

Zu Absatz 5: Die Befristung der Finanzierung erfolgt aus haushaltsrechtlichen Gründen. Über eine Entfristung der Finanzierung ist mit der Vorlage eines Berichts der Bundesregierung an die gesetzgebenden Organe zu entscheiden. Der Bericht soll die Einführung der ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung beschreiben und eine größtmögliche Transparenz über den Einsatz der Fördermittel schaffen. Die Förderung soll die Vorgaben der UN-BRK nach niedrigschwelliger und unabhängiger Beratung bestmöglich umsetzen.

#### **Zu § 33 (Pflichten der Personensorgeberechtigten)**

Folgeänderung zu § 32 und zur Streichung der bisherigen §§ 22 und 23 (Gemeinsame Servicestellen) und redaktionelle Anpassung.

#### **Zu § 34 (Sicherung der Beratung von Menschen mit Behinderungen)**

Folgeänderung zu § 32 und zur Streichung der bisherigen §§ 22 und 23 (Gemeinsame Servicestellen) und redaktionelle Anpassung.

#### **Zu § 35 (Landesärzte)**

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 62 SGB IX und wurde redaktionell angepasst. Im Rahmen der Unterrichtung nach Absatz 2 Nummer 3 ist eine Übermittlung personenbezogener Daten nicht vorgesehen.

#### **Zu Kapitel 7 (Struktur, Qualitätssicherung, Verträge)**

##### **Zu § 36 (Rehabilitationsdienste und -einrichtungen)**

Der Paragraph entspricht dem bisherigen § 19 Absatz 1, 4, 5 und 6 mit redaktionellen Änderungen. Der bisherige § 19 Absatz 2 wurde nicht übernommen, da eine konsequent personenbezogene Bedarfsfeststellung keine Rangfolge von Leistungserbringungsformen (ambulant vor stationär) zulässt. Der bisherige Absatz 3 wurde in § 4 Absatz 3 übernommen.

##### **Zu § 37 (Qualitätssicherung, Zertifizierung)**

Die Absätze 1 und 2 entsprechen den Absätzen 1 und 2 des bisherigen § 20. Der bisherige Absatz 2a wurde Absatz 3. Der bisherigen Absatz 3 wurde in § 26 Absatz 6 aufgenommen. Der bisherige Absatz 4 wurde zu Absatz 6. Die Texte wurden redaktionell angepasst. Im neuen Absatz 4 wird den Rehabilitationsträgern die Möglichkeit gegeben, höhere Qualitätsansprüche festzulegen und damit nur Einrichtungen als geeignet anzuerkennen, die diesen (höheren) Ansprüchen entsprechen.

Zu Absatz 5: Die Vorschrift betrifft Einrichtungen, in denen Vertretungen der Menschen mit Behinderungen gebildet werden müssen. Zu diesen gehören Werkstätten für behinderte Menschen gem. § 216 Absatz 1 oder Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation gem. § 51 Satz 2. Diesen Vertretungen soll die Möglichkeit gegeben werden, die Qualität der Einrichtung und erbrachten Leistungen zu beurteilen. Dies ist ein Beitrag zur Partizipation der Menschen mit Behinderungen, die dadurch qualifiziert an der Gestaltung ihres Lebensumfeldes in Einrichtungen mitgestalten können.

**Zu § 38 (Verträge mit Leistungserbringern)**

Absatz 1 entspricht dem bisherigen § 21 Absatz 1 SGB IX. Die in § 38 Absatz 1 Nummer 6 getroffene Bestimmung dient der Zielsetzung der Gleichstellung der Geschlechter, es soll erreicht werden, dass die Geschlechter entsprechend gleichmäßig als Beschäftigte vertreten sind. Der Begriff „angemessen“ verlangt daher vom Leistungserbringer eine pflichtgemäße Prüfung der Verhältnismäßigkeit in diesem Sinne sowie Berücksichtigung, beispielsweise bei der Anstellung neuer Beschäftigter.

Absatz 2 wurde neu eingefügt. Unter Beachtung der wettbewerblichen Elemente in dem regulierten Markt der Sozialleistungserbringung sind die marktordnenden Regelungselemente so zu gestalten, dass das Ziel der Sicherung von sozialer Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit auch durch die sozialwirtschaftlich geordnete Leistungserbringung ungehindert erreicht werden kann.

Die bisherigen Regelungen stellen eine Anerkennung von Tariflöhnen durch die Rehabilitationsträger bei Vergütungsverhandlungen nicht sicher. Tarifvertragslöhne dürfen nach der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts jedoch nicht wegen Unwirtschaftlichkeit abgelehnt werden (vgl. BSG Urteil vom 29. Januar 2009 – Az. B 3 P 7/08 R). Die Änderung folgt der ständigen Rechtsprechung des Bundessozialgerichtes (zuletzt mit Urteil vom 16. Mai 2013, Aktenzeichen B 3 P 2/12 R).

Zur Sicherstellung der Tarifvertragslohn-Anerkennung, zur Vereinfachung der Darlegungslast der Leistungserbringer sowie zur Vermeidung von Sozialgerichtsverfahren wird geregelt, dass die Bezahlung tarifvertraglich vereinbarter Vergütungen von den Kostenträgern nicht als unwirtschaftlich abgelehnt werden darf.

Für Sozialleistungserbringer sollen damit Anreize gesetzt werden, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entsprechend zu entlohnen. So wurde bereits im Fünften SGB XI-Änderungsgesetz – 5. SGB XI-ÄndG – für die Pflegeversicherung in § 84 Absatz 2 Satz 5 SGB XI eine gleichlautende Regelung aufgenommen und damit ein deutliches Signal gesetzt, dass im sozialrechtlichen Leistungsdreieck angemessene Löhne zu zahlen sind und eine Weitergabe des Kostendrucks an das Personal – gerade vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels – nicht legitim ist.

Der bisherige § 21 Absatz 3 Satz 2 SGB IX wurde in § 37 Absatz 3 Satz 3 aufgenommen. Der neue Absatz 3 entspricht dem bisherigen § 21 Absatz 2 SGB IX. Satz 2 wurde neu eingefügt. Die Aufnahme der Wirksamkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung in die Mindestinhalte der Verträge ist notwendig, da die Kostenträger die Übernahme von Behandlungskosten überwiegend hiervon abhängig machen. Die aus dem bisherigen Recht übernommenen Absätze wurden redaktionell angepasst.

**Zu Kapitel 8 (Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation)****Zu § 39 (Aufgaben)**

Die Bildung einer „Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation“, als einer Arbeitsgemeinschaft i. S. v. § 94 SGB X, wird als Aufgabe der Rehabilitationsträger ins Gesetz aufgenommen. In der gesetzlichen Neuregelung werden zentrale von der bestehenden „Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation“ wahrgenommene Aufgaben gesetzlich festgeschrieben. Die Umsetzung der Aufgaben liegt in der Verantwortung der Rehabilitationsträger, die als Selbstverwaltungskörperschaften organisiert sind.

Nach Absatz 1 gestalten und organisieren die Rehabilitationsträger nach § 6 Nummer 1 bis 5 die trägerübergreifende Zusammenarbeit. Dies ist im Rahmen der bestehenden Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation zu organisieren. Dies bedeutet auch, dass es den anderen Rehabilitationsträgern, den Trägern der öffentlichen Jugendhilfe nach § 6 Nummer 6 und den Trägern der Eingliederungshilfe nach § 6 Nummer 7 möglich ist, sich an der Arbeit der Arbeitsgemeinschaft zu beteiligen oder Mitglied zu werden. Ihre Beteiligung, beispielsweise an der Erstellung der gemeinsamen Empfehlungen nach § 26 Absatz 5, ist gesetzlich vorgegeben.

Bei den Aufgaben in Absatz 2 handelt es sich nicht um eine abschließende Aufzählung. Anforderungen an Maßnahmen der Rehabilitation und Teilhabe unterliegen fortlaufenden Veränderungen. Flexibilität und entsprechende Anpassungen der Aufgaben müssen daher möglich sein. Der Beobachtung der Zusammenarbeit der Rehabilitationsträger und der Aus- und Bewertung der Zusammenarbeit anhand einer differenzierten Datengrundlage wird im Aufgabenkatalog ein erhebliches Gewicht beigemessen. Hieraus soll die Arbeitsgemeinschaft Arbeitsschwerpunkte für eine Weiterentwicklung der Zusammenarbeit entwickeln. Diese müssen im Zusammenhang stehen mit den Zielen nach diesem Buch. Aufgaben können daher sein: die Erstellung von Curricula zur trägerübergreifenden



Beratung, Begleitung des Peer-Prinzips in der Rehabilitation, Forschungsvorhaben über die Qualität der Zusammenarbeit der Rehabilitationsträger, Evaluationen zu Fragen des Reha- und Teilhaberechts, die Vorbereitung von Rechtsverordnungen oder Förderrichtlinien sowie zuwendungsrechtlichen Entscheidungen. Sollten für die Erfüllung dieser Aufgaben hoheitliche Befugnisse erforderlich sein, kann die Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation hierfür beliehen werden. Als eine wichtige Aufgabe soll die Partizipation behinderter oder von Behinderung bedrohter Menschen nach dem Motto: „Nichts über uns ohne uns“ gestärkt werden. Mehr als bisher ist vorgesehen, Betroffene in die konzeptionelle Arbeit der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation mit einzubeziehen.

#### **Zu § 40 (Rechtsaufsicht)**

Bei der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation handelt es sich um eine Arbeitsgemeinschaft gemäß § 94 SGB X. Eine Arbeitsgemeinschaft unterliegt nach § 94 Absatz 2 Satz 1 SGB X der staatlichen Aufsicht durch das zuständige Bundesministerium, wenn, wie bei der Bundesarbeitsgemeinschaft Rehabilitation, die Bundesagentur für Arbeit oder ein Spitzenverband der Krankenkassen Mitglied ist. Abweichend von diesen Vorschriften bestimmt § 40, dass die Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation allein der Rechtsaufsicht des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales untersteht. Für Inhalt und Ausübung der Aufsicht gelten die §§ 85, 88, 90 und 90a. SGB IV.

#### **Zu § 41 (Teilhabeverfahrensbericht)**

Daten zu Anzahl der Anträge, Verfahrensdauer, Weiterleitung, Ablehnung und Rechtsbehelfen wie Widerspruch und Klage werden bisher weder von allen Rehabilitationsträgern nach einheitlichen Vorgaben erhoben noch sind sie untereinander vergleichbar. Grundlage der Erhebungen sind in der Regel allgemeine Verwaltungsvorschriften über die Statistik, welche mit Zustimmung des Bundesrates, soweit landesunmittelbare Versicherungsträger betroffen sind, erlassen werden (z. B. die Allgemeine Verwaltungsvorschrift über die Statistik der Rentenversicherung – RSVwV – oder die Allgemeine Verwaltungsvorschrift über die Statistik der gesetzlichen Krankenversicherung – KSVwV). Diese Erhebungen spiegeln den Reha-Prozess jedoch insbesondere in Bezug auf die trägerübergreifende Zusammenarbeit nicht wider, da sie nicht ausschließlich die Leistungen zur Rehabilitation und Teilhabe im Fokus haben, sondern alle Aufgabenbereiche der Sozialversicherungsträger umfassen. Die auf diesen Datenerhebungen der Träger basierende Veröffentlichung der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation zu den jährlichen Ausgaben der einzelnen Träger für die jeweiligen Leistungsgruppen ist der einzige bestehende trägerübergreifende Bericht über Leistungen zur Rehabilitation und Teilhabe. In dem Zeitraum von 1981 bis 1995 erfolgte über die statistischen Landesämter eine Datenerhebung zu Rehabilitanden und Rehabilitationsmaßnahmen bei den Trägern der gesetzlichen Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung, der Kriegsopferversorgung und Kriegsopferfürsorge, der Arbeitsförderung, der begleitenden Hilfe im Arbeits- und Berufsleben und der Sozialhilfe. Diese Statistik diente vorrangig der Bereitstellung von Daten für die sozialpolitischen Planungen der Sozialleistungsträger und des Staates im Rehabilitationsbereich. Durch das 3. Statistikbereinigungsgesetz vom 19. Dezember 1997 (BGBl. S. 3.158) wurde die Einstellung der Rehabilitationsstatistik ab dem Erhebungsjahr 1996 beschlossen. Die neue gesetzliche Regelung im SGB IX soll die Zusammenarbeit der Träger und das Reha-Leistungsgeschehen transparenter machen und Möglichkeiten der Evaluation und Steuerung eröffnen. Um verfahrenshemmende Divergenzen und Intransparenzen im Rehabilitationsrecht künftig besser zu erkennen, sollen deshalb insbesondere Angaben zu Anzahl der Anträge, Verfahrensdauer, Weiterleitung, Ablehnung und Rechtsbehelfen wie Widerspruch und Klage künftig von allen Rehabilitationsträgern nach einheitlichen Vorgaben erhoben und veröffentlicht werden. Der Bericht ist mithin ein Ausfluss aus dem Demokratie – und Rechtsstaatsprinzip, denn er gibt Einsicht und Transparenz in hoheitliches Handeln. Aus dem Rechtsstaatsprinzip leitet sich die Verpflichtung der Behörde zum neutralen, objektiven und von Klarheit und Transparenz getragenen Handeln ab. Eine Übermittlung personenbezogener Einzelangaben durch die Rehabilitationsträger an die Spitzenverbände ist für die systematische Aufbereitung und Auswertung nicht erforderlich. Die Rehabilitationsträger übermitteln daher ausschließlich die in Absatz 1 genannten aggregierten Ergebnisse.

Die neue gesetzliche Regelung im SGB IX soll die Zusammenarbeit der Träger und das Reha-Leistungsgeschehen transparenter machen und Möglichkeiten der Evaluation und Steuerung eröffnen. Der Vorlauf für die Erfassung der Daten, deren Zusammenführung und Auswertung erfordert bei den Rehabilitationsträgern und der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation einen angemessenen zeitlichen Vorlauf, so dass nach Inkrafttreten der erste Bericht 2019 erwarten werden kann.

Die Neuregelung dient den Zielen der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK), so insbesondere Artikel 26 UN-BRK. Nach Artikel 26 Absatz 1 UN-BRK treffen die Vertragsstaaten wirksame und geeignete Maßnahmen, um Menschen mit Behinderungen ein Höchstmaß an Unabhängigkeit, umfassende körperliche, geistige, soziale und berufliche Fähigkeiten sowie die volle Einbeziehung und Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu ermöglichen. Zu diesem Zweck sollen umfassende Habilitations- und Rehabilitationsdienste und -programme, insbesondere auf dem Gebiet der Gesundheit, der Beschäftigung, der Bildung und der Sozialdienste organisiert, gestärkt und erweitert werden. Diesem Ziel dient bereits die Zuständigkeitsregelung des § 14 SGB IX. Durch die Neuregelung und die mit ihr beabsichtigte bessere Förderung und Steuerung der Zusammenarbeit der Träger wird der Regelung des § 14 zu einer stärkeren Wirksamkeit verholfen. Es handelt sich damit um eine „wirksame Maßnahme“ i. S. v. Artikel 26 Absatz 1 UN-BRK. Der Bericht stellt die Grundlage für die Nachvollziehbarkeit der Entwicklung der Umsetzung der UN-BRK in Bezug auf die Kooperation und Koordination der Rehabilitationsträger dar.

Nach Absatz 1 Nummer 1 sind die Anträge getrennt nach den Leistungsgruppen gemäß § 5 Nummern 1, 2, 4 und 5 in dem Bericht auszuweisen.

Die Angaben nach Absatz 1 Nummer 2 umfassen auch die Anzahl der Weiterleitungen innerhalb der gleichen Trägergruppe.

Unter der durchschnittlichen Zeitdauer zwischen dem Datum des Bewilligungsbescheides und dem Beginn der Leistungen nach Nummer 7 ist die Antrittslaufzeit zu verstehen.

Als Beschäftigung im Sinne von Absatz 1 Nummer 16 sind alle renten-, kranken- und sonstige sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse zu verstehen, die nicht als geringfügige anzusehen sind.

Die gesetzlichen Krankenkassen sind von der Erfassung nach Nummer 7 ausgenommen, soweit das Unterscheidungskriterium „mit und ohne Teilhabeplanung“ erhoben werden soll. Die Erhebung dieses Unterscheidungsmerkmals würde bei den gesetzlichen Krankenkassen zu einem unverhältnismäßigen Mehraufwand durch erforderliche Programmierungsarbeiten in der IT führen.

Die gesetzlichen Krankenkassen sind darüber hinaus von der Erfassung nach Nummer 16 ausgenommen, weil insoweit eine anonymisierte Datenerhebung aufgrund der besonderen sozialdatenschutzrechtlichen Vorgaben im Krankenversicherungsrecht nach den §§ 284 ff. SGB V zu einem unverhältnismäßigen Mehraufwand führen würde.

Mit der Bestimmung im Absatz 3 ist vorgesehen, dass sich der Bund an der zusätzlichen, Kosten verursachenden Aufgabe (§ 39 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1) wegen des erheblichen Bundesinteresses finanziell beteiligt.

### **Zu Kapitel 9 (Leistungen zur medizinischen Rehabilitation)**

#### **Zu § 42 (Leistungen zur medizinischen Rehabilitation)**

Die Absätze 1 bis 3 entsprechen dem bisherigen § 26 SGB IX.

#### **Zu § 43 (Krankenbehandlung und Rehabilitation)**

Redaktionelle Folgeänderung zur Einführung des Teilhabeplanverfahrens. Der Verweis auf § 12 Absatz 1 und 3 sowie § 19 sichert einen reibungslosen Übergang von der akutmedizinischen Krankenbehandlung in die Rehabilitation.

#### **Zu § 44 (Stufenweise Wiedereingliederung)**

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 28 SGB IX.

#### **Zu § 45 (Förderung der Selbsthilfe)**

Die Vorschrift wurde um die Verpflichtung der Rehabilitationsträger, Daten über Art und Höhe der Förderung der Selbsthilfe über ihre Spitzenverbände zusammenzufassen und in den Teilhabeverfahrensbericht nach § 41 mit einfließen zu lassen, ergänzt. Dies dient der Transparenz darüber, ob, wie und in welchem Umfang die Selbsthilfegruppen, -organisationen und -kontaktstellen, die sich die Prävention, Rehabilitation, Früherkennung, Beratung, Behandlung und Bewältigung von Krankheiten und Behinderungen zum Ziel gesetzt haben, von den Rehabilitationsträgern gefördert werden.

**Zu § 46 (Früherkennung und Frühförderung)**

Leistungen der Eingliederungshilfe zur Frühförderung noch nicht schulpflichtiger behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder wurden regelmäßig als heilpädagogische Maßnahmen von Sozialhilfeträgern auf der Grundlage des früheren § 40 Absatz 1 Nummer 2a BSHG oder (zu einem geringeren Teil) von Kinder- und Jugendhilfeträgern nach § 35a SGB VIII erbracht. Außerdem waren auch einige Länder freiwillig an der Finanzierung der Frühförderung beteiligt.

Um die Leistungserbringung in der Frühförderung zu verbessern, wurde mit dem Inkrafttreten des SGB IX die „Komplexleistung Frühförderung“ in den bisherigen §§ 26, 30 SGB IX (Leistungen zur medizinischen Rehabilitation) und § 54 SGB XII (vor dem 1.1.2005 § 40 BSHG, Leistungen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen) festgeschrieben.

Damit sollten aufeinander abgestimmte Leistungen, ggf. mehrerer Leistungsträger und Fachdisziplinen, aus einer Hand unbürokratisch und schnell zur Verfügung gestellt werden und so eine bessere Förderung von Kindern mit Behinderungen oder von Behinderung bedrohter Kinder ermöglichen. Ein bedeutendes Ziel des Gesetzgebers war es, die Heterogenität des Leistungsgeschehens zu minimieren und in allen Bundesländern die Voraussetzungen für eine interdisziplinäre Leistungserbringung zu schaffen. Es entsprach dem allgemeinen Verständnis aller Beteiligten, dass eine dem fachlichen Standard angepasste Förderung die Entwicklung im frühen Kindesalter verbessert und damit langfristig Kosten im Sozialleistungsgeschehen reduziert. Die pädagogische und medizinisch-therapeutische Fachwelt begrüßte die damalige neue Regelung im SGB IX.

Die aktuellen Änderungen schließen an die Zielsetzungen des Gesetzgebers aus 2001 unmittelbar an. Teilweise seit Jahrzehnten gewachsene und bewährte Strukturen der Frühförderung sollen aber nicht gefährdet werden. Die Änderungen im Gesetzestext beschreiben die Inhalte der Komplexleistung und ermöglichen den Ländern spezifische Regelungen vorzunehmen. Für konkretisierende Regelungen sollen verbindliche Landesrahmenvereinbarungen sorgen, bei deren Erstellung die bisherigen Qualitätsanforderungen berücksichtigt werden.

Weitere Impulse ergeben sich aus der UN-Behindertenrechtskonvention; so weist diese insbesondere in Artikel 26 Absatz 1 darauf hin, dass Leistungen und Programme zur (Re)Habilitation „a) im frühestmöglichen Stadium einsetzen und auf einer multidisziplinären Bewertung der individuellen Bedürfnisse und Stärken beruhen; b) die Einbeziehung in die Gemeinschaft und die Gesellschaft in allen ihren Aspekten sowie die Teilhabe daran unterstützen, freiwillig sind und Menschen mit Behinderungen so gemeindenah wie möglich zur Verfügung stehen, auch in ländlichen Gebieten ...“

Zu Absatz 1: Im Sinne einer klaren Definition der Komplexleistung wird der bisherige § 30 Absatz 1 Satz 2 SGB IX in den neuen Absatz 3 verschoben.

Die Leistungen nach den Absätzen 1 und 2 müssen bei Familien mit Migrationshintergrund kultursensibel und, falls erforderlich, unter Zuhilfenahme mehrsprachiger Behandler und/oder Sprachermittler durchgeführt werden.

Zu Absatz 2: Neben den interdisziplinären Frühförderstellen haben sich in den Bundesländern weitere Einrichtungen etabliert, die eine Komplexleistung Frühförderung anbieten und durch Landesrahmenvereinbarungen oder Landesrecht zur Leistungserbringung zugelassen wurden. Die Änderung greift die bestehende Praxis auf. Sie weist ein vergleichbares interdisziplinäres Förder-, Behandlungs- und Beratungsspektrum für die Erbringung der Komplexleistung Früherkennung und Frühförderung als unverzichtbares Qualitätssicherungsmerkmal aus. Die Merkmale der Interdisziplinarität werden in der Frühförderungsverordnung (FrühV) aufgegriffen.

Zu Absatz 3: Bisher wird die Komplexleistung im Gesetz und auch in der Gesetzesbegründung nicht ausreichend definiert. Durch die Verschiebung von Absatz 1 Satz 2 erfolgt an dieser Stelle die Definition der Voraussetzungen einer Komplexleistung. Diese Begriffsklärung der „Komplexleistung Frühförderung“ entspricht der im Gemeinsamen Rundschreiben BMAS/BMG (2009) getroffenen Klarstellung und wurde in der Praxis als zutreffend, aber für die praktische Umsetzung nicht ausreichend beurteilt. Es war daher erforderlich, den Charakter der Komplexleistung Frühförderung, die sich eben nicht in der Addition der Leistungspflichten erschöpft, gesetzlich festzuschreiben. Hierzu gehören unausweichlich die sogenannten Korridorleistungen, durch die Interdisziplinarität ermöglicht und der Lebensweltbezug der Frühförderung gestärkt wird. Als Korridorleistungen sind insbesondere die interne und externe Koordination zur Leistungserbringung, die Vor- und Nachbereitungszeiten und Dokumen-

tation zu verstehen. Die anhaltenden praktischen Schwierigkeiten ergeben sich aus der Abgrenzung, welche konkreten Inhalte der Komplexleistung in welchem Umfang in die Verantwortung welches Leistungssystems fallen. Näheres zu diesen Leistungen wird in § 6a der FrühV geregelt.

Zu Absatz 4 und 6: Die konkrete Ausgestaltung der Leistungen zur Früherkennung und Frühförderung in den fachübergreifend arbeitenden Diensten und Einrichtungen (i. d. R. sozialpädiatrische Zentren und interdisziplinäre Frühförderstellen) wurde weitestgehend auf die Ebene der Länder delegiert. Damit soll sichergestellt werden, dass einheitliche Mindeststandards zu Strukturen und Prozessen bei der Leistungserbringung bestimmt werden können. Interdisziplinäre Frühförderstellen sind familien- und wohnortnahe Dienste und Einrichtungen, die der Früherkennung, Behandlung und Förderung von Kindern dienen, um in interdisziplinärer Zusammenarbeit von qualifizierten medizinisch-therapeutischen und pädagogischen Fachkräften eine drohende oder bereits eingetretene Behinderung zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu erkennen und die Behinderung durch gezielte Förder- und Behandlungsmaßnahmen auszugleichen oder zu mildern. Es gilt die Definition aus § 3 FrühV vom 24. Juni 2003 entsprechend. Gleichen Status wie die interdisziplinären Frühförderstellen erhalten gemäß der Änderung in Absatz 2 nach Landesrecht zugelassene Einrichtungen mit vergleichbarem interdisziplinären Förder-, Behandlungs- und Beratungsspektrum. Hinsichtlich der Konkretisierung der sozialpädiatrischen Zentren wird auf § 119 Absatz 1 in Verbindung mit § 43a des Fünften Buches Sozialgesetzbuch zur ambulanten sozialpädiatrischen Behandlung von Kindern sowie auf § 4 FrühV verwiesen.

Die schwierige Umsetzung, speziell der Komplexleistung Frühförderung, war im Dezember 2010 auch Gegenstand einer Anhörung in der Kinderkommission des Deutschen Bundestages. Aus diesem Anlass hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales das Otto-Blume-Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik beauftragt, eine Untersuchung zu den strukturellen und finanziellen Hindernissen bei der Umsetzung der interdisziplinären Frühförderung durchzuführen. Die Ergebnisse werden im Wesentlichen von den Verbänden der Menschen mit Behinderungen, die häufig auch Träger der Frühfördereinrichtungen sind, geteilt. Interdisziplinäre Frühförderung wird nicht überall in der vom Gesetzgeber gewünschten Form angeboten oder finanziert.

Mittlerweile liegen in nahezu allen Bundesländern Landesrahmenempfehlungen zur Umsetzung der Komplexleistung vor, deren Ausgestaltung, Wirkungskraft und Regelungsdichte erheblich variieren.

Landesrahmenvereinbarungen sollen helfen, unter Berücksichtigung der länderspezifischen Besonderheiten eine höhere Verbindlichkeit und Sicherheit bei der Erbringung der Komplexleistung Frühförderung für die Leistungsträger und Leistungserbringer, vor allem aber für die betroffenen Kinder und ihre Familien zu erreichen.

Landesrahmenvereinbarungen sollen die Erstellung eines Datenschutzkonzeptes und die Beteiligung der Landesbeauftragten für den Datenschutz vorsehen.

Zu Absatz 5: Die Änderung der Quotierung bei der Vereinbarung einer Kostenpauschale erfolgte u. a. auf der Grundlage der durch die vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales in Auftrag gegebenen wissenschaftlichen Untersuchung „Strukturelle und finanzielle Hindernisse bei der Umsetzung der interdisziplinären Frühförderung“ des Instituts für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik e. V. vom März 2012. Nach landesspezifischen Erkenntnissen und Erfahrungswerten ist der Kostenanteil des für die heilpädagogischen Leistungen (§ 6 FrühV) zuständigen Trägers mit bis zu 65 Prozent für die in interdisziplinären Frühförderstellen (IFF) oder in nach Landesrecht zugelassenen Einrichtungen mit vergleichbarem interdisziplinären Förder-, Behandlungs- und Beratungsspektrum erbrachten Komplexleistungen praxisnah beschrieben. Der bisher in § 9 Absatz 3 FrühV festgelegte Anteil in Höhe von bis zu 80 Prozent entspricht nicht den Erfahrungswerten der Praxis.

Der Kostenanteil für die heilpädagogischen Leistungen in den sozialpädiatrischen Zentren (SPZ) in Höhe von bis zu 20 Prozent entspricht geltendem Recht und wurde aus § 9 Absatz 3 FrühV unverändert übernommen.

#### **Zu § 47 (Hilfsmittel)**

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 31 SGB IX und wurde redaktionell angepasst.

#### **Zu § 48 (Verordnungsermächtigungen)**

Die Vorschrift entspricht weitestgehend dem bisherigen § 32 SGB IX. Die Verordnungsermächtigung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales wird künftig im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Gesundheit ausgeübt. Mit der Einvernehmensregelung wird dem Umstand Rechnung getragen, dass Leistungen der Früh-

erkenntnis und Frühförderung sowie Hilfsmittel auch von der Gesetzlichen Krankenversicherung erbracht werden. Geändert wurde Satz 1 Nummer 1. Die Änderung ergibt sich aus den geänderten Regelungsinhalten der Frühförderungsverordnung (FrühV).

Die FrühV enthält nur noch Regelungen zur Abgrenzung der in § 46 genannten Leistungen und der weiteren Leistungen dieser Dienste und Einrichtungen. Die Regelungen zur Übernahme oder Teilung der Kosten zwischen den beteiligten Rehabilitationsträgern, zur Vereinbarung und Abrechnung der Entgelte sowie zur Finanzierung sind nicht (mehr) Bestandteil der FrühV und werden in die Verantwortung der Länder gegeben (§ 46 Absatz 4 bis 6).

Nummer 2 bleibt unverändert.

### **Zu Kapitel 10 (Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben)**

Wesentliche Änderung im Bereich der Teilhabe am Arbeitsleben ist, dass die Beschäftigungsangebote anerkannter Werkstätten für behinderte Menschen durch die Zulassung anderer Leistungsanbieter und die Einführung des „Budgets für Arbeit“ sinnvoll ergänzt werden.

Die bisherige Konzentration auf das Beschäftigungsangebot anerkannter Werkstätten für behinderte Menschen trägt dem heterogenen Personenkreis der leistungsberechtigten Personen nicht in ausreichendem Maße Rechnung. Insbesondere Menschen mit psychischen Behinderungen fühlen sich in Werkstätten für behinderte Menschen oft fehlplatziert.

Mit der Zulassung anderer Leistungsanbieter und der Einführung des „Budgets für Arbeit“ werden nunmehr Wahlmöglichkeiten für dauerhaft voll erwerbsgeminderte Menschen mit Behinderungen geschaffen. Den Menschen mit Behinderungen im erwerbsfähigen Alter wird auch ein Weg in Richtung allgemeiner Arbeitsmarkt eröffnet, ohne zuvor den Nachweis der individuellen Erwerbsfähigkeit führen zu müssen.

Die Beschäftigungsalternativen bauen nicht (zwangsläufig) aufeinander auf. Ein „Budget für Arbeit“ steht auch demjenigen offen, der zuvor nicht bereits in einer Werkstatt für behinderte Menschen oder bei einem anderen Leistungsanbieter erfolgreich beschäftigt war. Voraussetzung ist allerdings, dass der andere Leistungsanbieter oder bei dem „Budget für Arbeit“ ein privater oder öffentlicher Arbeitgeber zuvor seine Bereitschaft zur Beschäftigung außerhalb des Zuständigkeitsbereichs einer anerkannten Werkstatt für behinderte Menschen bekundet hat.

Die Werkstätten für Menschen mit Behinderungen werden auch künftig Garant für die Beschäftigung von behinderten Menschen mit einer dauerhaften vollen Erwerbsminderung sein. Der aus der UN-BRK hergeleitete Anspruch nicht erwerbsfähiger Menschen mit Behinderungen auf Teilhabe am Arbeitsleben wird auch künftig in der Mehrzahl der Fälle nur dadurch eingelöst werden können, dass ihnen ein Platz im Arbeitsbereich einer anerkannten Werkstatt für behinderte Menschen im Wohnumfeld garantiert wird.

### **Zu § 49 (Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, Verordnungsermächtigung)**

Die Vorschrift entspricht mit Ausnahme der Absätze 3 Nummer 6 und 9 der bisherigen Rechtslage.

Zu Absatz 3 Nummer 6: Durch die geänderte Formulierung in Absatz 3 Nummer 6 erfolgt ein Gleichklang mit den Formulierungen der vorgehenden Nummern, die ebenfalls nur allgemein die Leistungen der aktiven Arbeitsförderung benennen und nicht konkret einzelne Vorschriften im Recht der Arbeitsförderung nach dem SGB III in Bezug nehmen.

Zu Absatz 9: Leistungen der Kraftfahrzeughilfe zur Teilhabe am Arbeitsleben werden nach den Bestimmungen der Kraftfahrzeughilfe-Verordnung (KfzHV) erbracht. Die KfzHV beruht ursprünglich auf der Verordnungsermächtigung nach § 9 Absatz 2 des Gesetzes über die Angleichung der Leistungen zur Rehabilitation. Um diese Rechtsverordnung fortschreiben zu können, bedarf es einer entsprechenden Ermächtigungsgrundlage im SGB IX.

### **Zu § 50 (Leistungen an Arbeitgeber) bis § 55 (Unterstützte Beschäftigung)**

Die Vorschriften entsprechen den bisherigen §§ 34 – 38a.

### **Zu § 56 (Leistungen in Werkstätten für behinderte Menschen)**

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 39 SGB IX.

**Zu § 57 (Leistungen im Eingangsverfahren und im Berufsbildungsbereich)**

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 40 SGB IX.

**Zu § 58 (Leistungen im Arbeitsbereich)**

Berufliche Bildung ist für den weiteren beruflichen Werdegang von besonderer Bedeutung für Menschen mit und ohne Behinderungen. Der in Absatz 1 angefügte Satz 2 stellt klar, dass Leistungen zur beruflichen Bildung den Leistungen zur Beschäftigung vorausgehen müssen.

Die Menschen mit Behinderungen sind nach § 220 Absatz 2 SGB IX im Arbeitsbereich der Werkstätten zu beschäftigen, solange die Aufnahmevoraussetzungen (§ 220 Absatz 1 SGB IX in Verbindung mit § 219 Absatz 2 SGB IX) vorliegen. Absatz 1 Satz 3 stellt nun klar, dass die Leistungen zur Beschäftigung längstens bis zum Ablauf des Monats erbracht werden, in dem das für die Regelaltersrente im Sinne des Sechsten Buches erforderliche Lebensalter vollendet wird und damit – wie auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt – endet, weil der spezifische Zweck der Teilhabe am Arbeitsleben mit dem Erreichen der Ruhestandsgrenze entfällt. Abgestellt wird auf die Regelaltersrente, §§ 35 und 235 des Sechsten Buches. In der Praxis der Träger der Eingliederungshilfe wird heute bereits so verfahren. In der Praxis ermöglichen die Träger der Eingliederungshilfe heute bei Menschen mit Behinderungen, die vorzeitig eine Altersrente beziehen, dass das Beschäftigungsverhältnis in der Werkstatt fortgesetzt werden kann, insbesondere wenn der Mensch mit Behinderungen an den Beschäftigungsangeboten der Werkstatt noch sinnvoll teilhaben kann, längstens jedoch bis zum Erreichen der rentenversicherungsrechtlichen Regelaltersgrenze. Dies soll auch künftig weiterhin möglich sein. Deshalb wird in Satz 3 auf die Regelaltersgrenze abgestellt.

**Zu § 59 (Arbeitsförderungsgeld)**

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 43 SGB IX. Der mit dem SGB IX im Jahr 2001 in § 43 eingeführte Satz 4, durch den eine Anrechnung des Erhöhungsbetrages des Arbeitsentgeltes infolge höherer Vergütungen der Rehabilitationsträger auf das Arbeitsförderungsgeld ermöglicht wurde (Bundestagsdrucksachen 14/5786, 14/5800), wurde aufgehoben. In der Praxis wurde diese Möglichkeit in der Vergangenheit nicht angewendet.

**Zu § 60 (Andere Leistungsanbieter)**

Mit der Vorschrift wird für Menschen mit Behinderungen, die Anspruch auf Aufnahme in eine Werkstatt für behinderte Menschen haben, eine Alternative zur beruflichen Bildung und zur Beschäftigung in dieser Werkstatt geschaffen. Anspruch auf Aufnahme in eine Werkstatt haben Menschen mit Behinderungen, die wegen Art oder Schwere der Behinderung nicht, noch nicht oder noch nicht wieder auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt tätig sein können, die aber spätestens nach Teilnahme an Maßnahmen der beruflichen Bildung in der Lage sind, wenigstens ein Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung zu erbringen. Die Alternative besteht darin, dass die Menschen mit Behinderungen die ihnen zustehenden Leistungen nicht nur in der Werkstatt, sondern auch außerhalb bei anderen Leistungsanbietern in Anspruch nehmen können.

Nach Absatz 2 gelten für einen anderen Leistungsanbieter grundsätzlich dieselben Vorschriften, die auch an die Werkstätten für behinderte Menschen gerichtet sind. Dazu zählt insbesondere die Zielsetzung des § 56. Absatz 2 enthält in einer abschließenden Aufzählung Anforderungen an Werkstätten für behinderte Menschen, die ein anderer Leistungserbringer nicht erfüllen muss. Dazu gehören förmliche Anerkennung, Mindestplatzzahl von 120 Plätzen (§ 7 Absatz 1 Werkstättenverordnung) sowie die Anforderungen an die räumliche und sächliche Ausstattung (§ 8 Werkstättenverordnung). Damit sollen auch kleinere Leistungsanbieter sowie solche, die Maßnahmen der beruflichen Bildung oder eine Beschäftigung nicht in eigenen Räumlichkeiten anbieten, sondern solche Maßnahmen auf Plätzen in Betrieben des allgemeinen Arbeitsmarktes in der Form von „ausgelagerten Bildungs- und Arbeitsplätzen“ durchführen, als andere Leistungsanbieter nicht ausgeschlossen sein. Ein anderer Leistungsanbieter hat schließlich anders als eine Werkstatt für behinderte Menschen keine Aufnahmeverpflichtung gegenüber dem Menschen mit Behinderungen. Er muss auch nicht alle Leistungen, also Leistungen zur beruflichen Bildung und Leistungen zur Beschäftigung anbieten. Ist ein Träger der Eingliederungshilfe zuständiger Leistungsträger, ist der andere Leistungsanbieter Leistungserbringer im Sinne von Kapitel 8 des 2. Teils des Gesetzes. Vor Abschluss einer schriftlichen Vereinbarung mit dem anderen Leistungsanbieter vergewissert sich der Träger der Eingliederungshilfe, dass der andere Leistungsanbieter den an ihn nach § 60 zu stellenden Qualitätsanforderungen gerecht wird.

Absatz 3 bestimmt, dass der für die Leistungen zuständige Rehabilitationsträger nicht verpflichtet ist, dem leistungsberechtigten Menschen mit Behinderungen einen anderen Leistungsanbieter nachzuweisen.

Der Verweis auf § 221 in Absatz 4 bedeutet, dass für das Rechtsverhältnis zwischen dem anderen Leistungsanbieter und dem Menschen mit Behinderungen dieselben Regeln gelten wie für das Rechtsverhältnis zwischen einer Werkstatt für behinderte Menschen und einem Werkstattbeschäftigten. Der Mensch mit Behinderungen hat also dieselbe Rechtsstellung, die er auch in der Werkstatt hätte. Er steht, wenn er nicht Arbeitnehmer ist, zu dem anderen Leistungsanbieter in einem arbeitnehmerähnlichen Rechtsverhältnis. Der andere Leistungsanbieter hat dem Menschen mit Behinderungen ein angemessenes Arbeitsentgelt zu zahlen, das insbesondere von der Arbeitsmenge und der Arbeitsgüte abhängig ist. Zu den Leistungen, die der Mensch mit Behinderungen bei einer Beschäftigung bei einem anderen Leistungsanbieter erhält, gehört wie bei einer Beschäftigung in einer Werkstatt für behinderte Menschen auch das Arbeitsförderungsgeld. Der Inhalt des arbeitnehmerähnlichen Rechtsverhältnisses wird wie in einer Werkstatt durch einen Vertrag näher geregelt. Menschen mit Behinderungen, die an Maßnahmen im Eingangsverfahren und im Berufsbildungsbereich bei einem anderen Leistungsanbieter teilnehmen, stehen nicht in einem arbeitnehmerähnlichen Rechtsverhältnis, sondern sind Rehabilitanden, wie sie es auch in der Werkstatt wären.

### **Zu § 61 (Budget für Arbeit)**

Mit der Vorschrift wird für Menschen mit Behinderungen, die Anspruch auf Leistungen im Arbeitsbereich einer Werkstatt für behinderte Menschen haben, eine weitere Alternative zur Beschäftigung in dieser Werkstatt geschaffen. Anspruch auf Leistungen im Arbeitsbereich einer Werkstatt haben Menschen mit Behinderungen, die wegen Art oder Schwere der Behinderung nicht, noch nicht oder noch nicht wieder auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt tätig sein können, die aber in der Lage sind, wenigstens ein Mindestmaß an wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung zu erbringen. Die Alternative besteht darin, dass ein Lohnkostenzuschuss nebst Anleitung und Begleitung ermöglicht wird, der einen Arbeitgeber dazu bewegt, mit dem Menschen mit Behinderungen trotz dessen voller Erwerbsminderung einen regulären Arbeitsvertrag zu schließen. Diese Art der Teilhabeförderung ist bereits in einigen Bundesländern unter der Bezeichnung „Budget für Arbeit“ erfolgreich erprobt worden. Deswegen wird diese eingeführte Bezeichnung beibehalten.

Von einem Budget für Arbeit können nicht nur Werkstattbeschäftigte profitieren, die die Werkstatt verlassen wollen. Es profitieren auch Jugendliche mit Behinderungen, die im Rahmen ihrer beruflichen Orientierung für die Zeit nach ihrer beruflichen Bildung ein Budget für Arbeit in Aussicht nehmen. Nicht zuletzt profitieren Menschen mit einer seelischen Behinderung, die bereits heute dem Grunde nach anspruchsberechtigt sind, aber nicht in der Werkstatt für behinderte Menschen arbeiten wollen und deswegen gar keine Leistungen in Anspruch nehmen. Somit greift die neue Alternative die in den Abschließenden Bemerkungen zur Staatenprüfung nach der UN-Behindertenrechtskonvention seitens der Vereinten Nationen geäußerten Anregungen auf, mehr Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu ermöglichen, ohne die Werkstätten grundsätzlich in Frage zu stellen. Denn Maßstab gesetzgeberischen Handelns müssen die Interessen der Menschen mit Behinderungen sein. Und viele Werkstattbeschäftigte fühlen sich in ihrer Werkstatt wohl. Für diejenigen aber, die lieber einen anderen Weg gehen, darf ein solcher Weg nicht gesetzlich verbaut sein, sondern muss ermöglicht werden. Das erfordert schon der Respekt vor den Menschen mit Behinderungen.

Ein Budget für Arbeit ist eine Alternative zum Arbeitsbereich der Werkstatt für behinderte Menschen, also nachdem der Mensch mit Behinderungen eine berufliche Bildung erhalten hat. Diese kann bei einer Werkstatt für behinderte Menschen oder bei einem anderen Leistungsanbieter stattfinden. Will ein Leistungsberechtigter Leistungen zur beruflichen Bildung dort nicht in Anspruch nehmen, wird die Erbringung der Leistung in der Leistungsform des Persönlichen Budgets in Betracht kommen. Nach der Entscheidung des Bundessozialgerichts vom 30.11.2011 (B 11 AL 7/10R) ist die Förderung einer Leistung der beruflichen Bildung, wie sie in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen erbracht werden, auch außerhalb einer anerkannten Werkstatt möglich, sofern die sonstigen Vorgaben des § 57 SGB IX beachtet werden und im konkreten Fall das Ziel der gesetzlich vorgesehenen Förderung in gleicher Weise erreicht werden kann. Das Persönliche Budget wird in diesem Fall von den im Eingangsverfahren und im Berufsbildungsbereich einer Werkstatt für behinderte Menschen zuständigen Rehabilitationsträgern erbracht.

Absatz 1 bestimmt als Voraussetzung, dass es sich um eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit einer tariflichen oder ortsüblichen Entlohnung handeln muss. Damit wird sichergestellt, dass der Mensch mit Behinderungen seinen Lebensunterhalt oder zumindest einen Großteil davon durch Einkommen bestreiten kann. Sozialversicherungspflicht besteht in der gesetzlichen Rentenversicherung, der gesetzlichen Krankenversicherung und in der Sozialen Pflegeversicherung. Versicherungsfreiheit dagegen besteht in der Arbeitslosenversicherung nach § 28 Absatz 1 Nummer 2 des Dritten Buches. Danach sind Personen versicherungsfrei, die wegen einer Minderung ihrer Leistungsfähigkeit dauernd nicht mehr verfügbar sind, von dem Zeitpunkt an, an dem der zuständige Träger der gesetzlichen Rentenversicherung volle Erwerbsminderung im Sinne der gesetzlichen Rentenversicherung festgestellt hat. Da das Budget für Arbeit einen Personenkreis umfasst, der dem Grunde nach dem allgemeinen Arbeitsmarkt wegen voller Erwerbsminderung nicht zur Verfügung steht, liegen die Voraussetzungen für eine Befreiung in der Arbeitslosenversicherung vor. Da im Übrigen geregelt ist, dass beim Scheitern des Arbeitsverhältnisses ein Aufnahmeanspruch in die Werkstatt für behinderte Menschen besteht, ist der Mensch mit Behinderungen auch nicht auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung angewiesen.

Absatz 2 regelt den Umfang des Budgets für Arbeit im Einzelnen. Zum Budget für Arbeit gehört in erster Linie ein Lohnkostenzuschuss an den Arbeitgeber zum Ausgleich der Minderleistung. Dabei wird es sich in der Regel um einen dauerhaften Lohnkostenzuschuss handeln, der den Unterschiedsbetrag zwischen dem tariflich oder ortsüblich gezahlten Arbeitsentgelt und dem der tatsächlichen Leistungsfähigkeit des voll erwerbsgeminderten Menschen mit Behinderungen entsprechenden Arbeitsentgelt ausgleichen soll. Der Lohnkostenzuschuss ist auf eine Höhe von bis zu 75 Prozent des vom Arbeitgeber regelmäßig gezahlten Arbeitsentgeltes, im Übrigen auf einen Beitrag in Höhe von 40 Prozent der monatlichen Bezugsgröße nach § 18 Absatz 1 des Vierten Buches (1.162 Euro im Jahr 2016) begrenzt. Die Höhe des Lohnkostenzuschusses ist grundsätzlich abhängig von der Höhe des gezahlten Arbeitsentgeltes und damit für den Arbeitgeber überschaubar. Durch die Begrenzung auf einen Betrag in Höhe von 40 Prozent der monatlichen Bezugsgröße ist gewährleistet, dass der Lohnkostenzuschuss in der Regel nicht höher ist als die dem Leistungsträger bei Beschäftigung in einer Werkstatt entstandenen Aufwendungen. Der Lohnkostenzuschuss ist von dem für die Leistung zuständigen Leistungsträger unmittelbar an den Arbeitgeber auszuführen. Darüber hinaus wird der Mensch mit Behinderungen eine möglicherweise dauerhafte persönliche Unterstützung benötigen, um die Tätigkeit ausüben zu können. Auch die hierfür erforderlichen finanziellen Aufwendungen, etwa für eine Arbeitsassistenz oder einen Job-Coach, gehören zu den Leistungen im Rahmen des Budgets für Arbeit. Dauer und Umfang der Leistungen bestimmen sich nach den Umständen des Einzelfalles. Danach können Leistungen auch zeitlich begrenzt und degressiv ausgestaltet werden. Satz 4 ermöglicht es den Ländern, durch Landesrecht auch einen von dem Prozentsatz der Bezugsgröße nach Satz 2 nach oben abweichenden Betrag für den Lohnkostenzuschuss festzulegen.

Entsprechend dem im Beihilferecht der Europäischen Union (Artikel 33 der Verordnung (EG) Nr. 651/2014 der Kommission vom 1. Juli 2014 zur Erklärung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Gemeinsamen Markt in Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag) festgelegten Grundsatz eines generellen Förderausschlusses in bestimmten Fällen bestimmt Absatz 3 auch für das Budget für Arbeit, dass ein Lohnkostenzuschuss ausgeschlossen ist, wenn die Beschäftigung des Menschen mit Behinderungen ursächlich ist für die Entlassung eines anderen Mitarbeiters.

Mit Absatz 4 wird eine rechtliche Grundlage geschaffen, Unterstützungsleistungen, so die wegen der Behinderung erforderliche Anleitung und Begleitung am Arbeitsplatz, gemeinsam in Anspruch zu nehmen. Damit wird ermöglicht, dass mehrere Leistungsberechtigte gemeinsam etwa die Fachdienste zur begleitenden Hilfe im Arbeitsleben in Anspruch nehmen können. Damit werden auch die Arbeitgeber entlastet, die mehrere Menschen mit Behinderungen beschäftigen, weil ansonsten gegebenenfalls mehrere Unterstützer im Betrieb anwesend wären.

Absatz 5 bestimmt, dass der für die Leistungen zuständige Rehabilitationsträger nicht verpflichtet ist, dem leistungsberechtigten Menschen mit Behinderungen einen öffentlichen oder privaten Arbeitgeber nachzuweisen und damit dem Menschen mit Behinderungen eine Alternative zur Teilhabe am Arbeitsleben in einer Werkstatt für behinderte Menschen zur Verfügung zu stellen.

### **Zu § 62 (Wahlrecht des Menschen mit Behinderungen)**

Der Mensch mit Behinderungen hat nach Absatz 1 künftig ein Wahlrecht, bei welchem Anbieter er die Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben in Anspruch nehmen möchte. In Betracht kommt wie bisher die Werkstatt für behinderte Menschen, in deren Einzugsgebiet der Mensch mit Behinderungen seinen Wohnsitz hat. Der Mensch mit



Behinderungen kann auch einzelne Module bei unterschiedlichen Anbietern wählen, etwa Leistungen der beruflichen Bildung in der Werkstatt und Leistungen zur Beschäftigung bei einem anderen Leistungsanbieter und umgekehrt. Ein Wahlrecht, neben Leistungen nach den §§ 57, 58 zur gleichen Zeit Leistungen oder Teilleistungen in der Form des Budgets für Arbeit in Anspruch zu nehmen, besteht nicht. Mit der Aufnahme einer Beschäftigung bei einem öffentlichen oder privaten Arbeitgeber endet das andere Rechtsverhältnis.

Aus dem Wunschrecht des Menschen mit Behinderungen ergibt sich die Verpflichtung der Werkstatt, mit anderen Leistungsanbietern zusammenzuarbeiten und Leistungen anzubieten. Der unmittelbar verantwortliche Leistungsanbieter bleibt in dieser Zeit auch Verantwortlicher für die Entrichtung der Sozialversicherungsbeiträge, soweit diese nicht durch den Leistungsträger zu entrichten sind.

#### **Zu § 63 (Zuständigkeit nach den Leistungsgesetzen)**

Die Vorschrift entspricht dem Grunde nach dem bisherigen § 42 SGB IX. Durch den neu angefügten Absatz 3 wird in Satz 1 klargestellt, dass die für die Leistungen im Eingangsverfahren und im Berufsbildungsbereich einer anerkannten Werkstatt für behinderte Menschen in Absatz 1 genannten zuständigen Rehabilitationsträger auch für die Leistungen zur beruflichen Bildung bei einem anderen Leistungsanbieter im Sinne des § 60 zuständig sind. Die für die Leistungen im Arbeitsbereich einer Werkstatt nach Absatz 2 zuständigen Rehabilitationsträger sind auch für die Leistungen zur Beschäftigung bei einem anderen Leistungsanbieter sowie für die Leistung des Budgets für Arbeit nach § 61 zuständig.

#### **Zu Kapitel 11 (Unterhaltssichernde und andere ergänzende Leistungen)**

##### **Zu § 64 (Ergänzende Leistungen)**

Die Vorschrift entspricht bis auf eine redaktionelle Anpassung dem bisherigen § 44 SGB IX.

##### **Zu § 65 (Leistungen zum Lebensunterhalt)**

Die Regelung entspricht bis auf redaktionelle Anpassungen dem bisherigen § 45 SGB IX. Redaktionell wird der bisherige Absatz 8 zum neuen Absatz 7. Der bisherige Absatz 7 wurde bereits in der Vergangenheit (durch das Dritte Gesetz zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze vom 5.8.2010) aufgehoben. Die Leistungen der Träger der öffentlichen Jugendhilfe und die Träger der Eingliederungshilfe erbringen Leistungen zur Rehabilitation nach § 5 Nummer 1, 2, 4 und 5. Ergänzende Leistungen, wie lebensunterhaltssichernde Leistungen fallen daher nicht in ihren Leistungskatalog. Hilfe zum Lebensunterhalt bestimmen sich nach den Vorschriften des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch.

##### **Zu § 66 (Höhe und Berechnung des Übergangsgelds)**

Die Vorschrift entspricht bis auf redaktionelle Anpassungen dem bisherigen § 46 SGB IX. Mit der Neugliederung von Absatz 1 Buchstaben a) bis c) werden Änderungen vorgenommen, die aus redaktionellen und systematischen Gründen erforderlich sind, die jedoch zu keinen materiellen Folgewirkungen führen.

Beispielrechnung:

#### **Ermittlung des Regelentgelts**

Arbeitsentgelt brutto monatlich	3 865,32 Euro
Geteilt durch 30 Tage	
Kalendertägliches Arbeitsentgelt brutto	128,84 Euro
Einmalig gezahltes Arbeitsentgelt	3 903,09 Euro
Geteilt durch 360 Tage	
Kalendertäglicher Hinzurechnungsbetrag	10,84 Euro

Daraus ergibt sich ein kalendertägliches Regelentgelt von 139,68 Euro.

**Ermittlung des Nettoarbeitsentgelts**

Arbeitsentgelt netto monatlich	2 328,18 Euro
Geteilt durch 30 Tage	
Kalendertägliches Nettoarbeitsentgelt	77,61 Euro

Zuzüglich des Hinzurechnungsbetrags aus einmalig gezahltem Arbeitsentgelt von 6,50 Euro netto (ermittelt aus dem Verhältnis kalendertägliches Arbeitsentgelt brutto zu netto und dem einmalig gezahlten Arbeitsentgelt) ergibt sich ein kalendertägliches Nettoarbeitsentgelt von 84,11 Euro.

Als Berechnungsgrundlage sind 80 Prozent des kalendertäglichen Regelentgelts (111,74 Euro) höchstens jedoch das kalendertägliche Nettoarbeitsentgelt (84,11 Euro) zugrunde zu legen.

Die Berechnungsgrundlage beträgt 80 Prozent des kalendertäglichen Regelentgelts (111,74 Euro und darf das kalendertägliche Nettoarbeitsentgelt (84,11 Euro) nicht übersteigen. Die Berechnungsgrundlage für das Übergangsgeld beträgt demnach 84,11 Euro.

Das kalendertägliche Übergangsgeld beträgt

- in den Fällen nach Absatz 1 Nummer 1 63,08 Euro (75 Prozent von 84,11 Euro)
- in den Fällen nach Absatz 1 Nummer 2 57,19 Euro (68 Prozent von 84,11 Euro).

**Zu § 67 (Berechnung des Regelentgelts)**

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 47 SGB IX.

**Zu § 68 (Berechnungsgrundlage in Sonderfällen)**

Die Berechnung des Übergangsgeldes erfolgt in der Regel auf der Grundlage des vom Rehabilitanden erzielten regelmäßigen Arbeitsentgelts und des Arbeitseinkommens bzw. des Nettoarbeitsentgelts.

§ 68 SGB IX trifft eine Sonderregelung für die Fälle, in denen die Berechnung des vom Rehabilitationsträger zu leistenden Übergangsgeldes nach dem letzten Verdienst zu einem unangemessenen oder zu gar keinem Ergebnis führt. Nach der geltenden Regelung ist in diesen Fällen ist eine Berechnung auf der Basis des tariflichen oder, sofern eine tarifliche Regelung fehlt, auf der Basis des ortsüblichen Arbeitsentgelts durchzuführen.

In der Praxis hat sich gezeigt, dass dieses Verfahren mit einem großen Arbeitsaufwand verbunden ist, da in jedem Einzelfall das tarifvertragliche oder ortsübliche Arbeitsentgelt zu ermitteln ist. Zudem hat der Bundesrechnungshof im Zuge einer Prüfung bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) festgestellt, dass dieses Verfahren sehr fehlerträchtig ist.

Zur Vereinfachung und Vereinheitlichung des Verfahrens wird in Anlehnung an § 152 SGB III eine fiktive Bemessungsgrundlage für die Berechnung des Übergangsgeldes zugrunde gelegt, die das Bemessungsentgelt abhängig von Qualifikation und dem entsprechenden Prozentsatz der Bezugsgröße (§ 18 SGB IV) bestimmt.

**Zu § 69 (Kontinuität der Bemessungsgrundlage)**

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 49 SGB IX.

**Zu § 70 (Anpassung der Entgeltersatzleistungen)**

Die Vorschrift entspricht bis auf redaktionelle Anpassungen dem bisherigen § 50 SGB IX.

**Zu § 71 (Weiterzahlung der Leistungen)**

Die Vorschrift entspricht bis auf redaktionelle Anpassungen dem bisherigen § 51 SGB IX.

**Zu § 72 (Einkommensanrechnung)**

Die Vorschrift entspricht bis auf redaktionelle Anpassungen dem bisherigen § 52 SGB IX.

**Zu § 73 (Reisekosten)**

Die Vorschrift entspricht bis auf redaktionelle Anpassungen dem bisherigen § 53 SGB IX. Mit der Neugliederung von Absatz 1 Nummern 1 bis 4 werden Änderungen vorgenommen, die aus redaktionellen und systematischen Gründen erforderlich sind, die jedoch zu keinen materiellen Folgewirkungen führen.

**Zu § 74 (Haushalts- oder Betriebshilfe und Kinderbetreuungskosten)**

Die Vorschrift entspricht bis auf redaktionelle Anpassungen dem bisherigen § 54 SGB IX. Um eine Dynamisierung der Pauschbeträge zu erhalten bestimmt der bisherige § 54 Absatz 3 Satz 3 in Verbindung mit § 157 Absatz 3 Satz 2, dass die Erhöhung des Grenzbetrages jeweils zum 1. Januar eines Kalenderjahres erfolgt, wenn sich die Bezugsgröße nach § 18 Absatz 1 SGB IV seit der letzten Neubestimmung um wenigstens 10 Prozent erhöht hat. Die letzte Änderung erfolgte 2016 von 145 Euro auf 160 Euro.

**Zu Kapitel 12 (Leistungen zur Teilhabe an Bildung)****Zu § 75 (Leistungen zur Teilhabe an Bildung)**

Leistungen zur Teilhabe an Bildung wird als eigenes Kapitel in das Gesetz aufgenommen, um den hohen Stellenwert herauszustellen, der der Bildung im Sinne des Artikels 24 der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) zukommt. Die Umsetzung inklusiver Bildung ist eine wichtige Voraussetzung für die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft und bildet eine wesentliche Grundlage für eine inklusive Gesellschaft.

Dass der Umsetzung von inklusiver Bildung ein besonderer Stellenwert zukommt, zeigt auch der Nationale Aktionsplan der Bundesregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention „Unser Weg in eine inklusive Gesellschaft“ (NAP), den die Bundesregierung am 15. Juni 2011 beschlossen hat und der derzeit weiterentwickelt wird. Ein zentrales Ziel der 2009 ratifizierten UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) ist das gemeinsame Lernen von Menschen mit und ohne Behinderung von Anfang an. Menschen mit Behinderungen sollen einen gleichberechtigten Zugang zum allgemeinen Bildungssystem haben.

Die UN-BRK gibt den Vertragsstaaten neben Vorgaben zum Schulunterricht ferner unter anderem vor, sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderungen diskriminierungsfrei und gleichberechtigt mit anderen Zugang zu allgemeiner Hochschul- und Berufsausbildung, Erwachsenenbildung und lebenslangem Lernen haben und zu diesem Zweck sicherstellen, dass für Menschen mit Behinderungen angemessene Vorkehrungen getroffen werden (Artikel 24 Absatz 5 der UN-BRK).

Da sich die UN-BRK an alle Teile eines Bundesstaates richtet, sind grundsätzlich sowohl der Bund als auch die Länder und Kommunen Adressaten der völkerrechtlichen Verpflichtung nach Artikel 24 UN-BRK zur Verwirklichung eines inklusiven Bildungssystems. Da die Ausgestaltung und Organisation der schulischen Bildung in den Aufgabenbereich der Länder fällt, sind primär die Länder zur Umsetzung der inklusiven Bildung an Schulen i. S. d. UN-BRK verpflichtet.

Mit der Aufnahme einer neuen Leistungsgruppe „Leistungen zur Teilhabe an Bildung“ wird dem Umstand Rechnung getragen, dass die Rehabilitationsträger der gesetzlichen Unfallversicherung in ihrer Zuständigkeit für den Versicherungsschutz von Kindern in Tageseinrichtungen, Schülern und Schülerinnen sowie Studierenden, der Kriegsopferversorgung und -fürsorge, der öffentlichen Jugendhilfe und der Eingliederungshilfe (Träger der Sozialhilfe nach bisherigen Recht) bereits heute eine Vielzahl von Leistungen erbringen, die auch den Zugang zur Teilhabe an Bildung von Menschen mit Behinderungen unterstützt. Zum Ausgleich des behinderungsbedingten Mehrbedarfs können dem Lernenden kommunikative, technische oder andere Hilfsmittel gewährt werden. Diese individuellen Hilfen werden bisher allerdings allein den Leistungsgruppen Teilhabe am Arbeitsleben oder Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft zugeordnet. Um transparent zu machen, dass mit diesen Leistungen zugleich der Zugang zu Bildung unterstützt wird, nicht aber Bildungsangebote finanziert werden, wird die Leistungsgruppe „Leistungen zur Teilhabe an Bildung“ neu in das Gesetz aufgenommen. Unterstützende Leistungen im Sinne von Absatz 1 sind insbesondere Leistungen, die zur Aufsuchung des Lernortes und/oder zur Teilnahme an der Vermittlung von Bildungsinhalten notwendig sind. Es handelt sich um eine Klarstellung, die das Leitungsspektrum der Rehabilitationsträger zutreffend abbilden soll. Die Regelung begründet keine Leistungsausweitung. Leistungsansprüche folgen wie bisher allein aus den für die jeweiligen Rehabilitationsträger geltenden Leistungsgesetzen. Dies sind nach geltender Rechtslage u. a. für Rehabilitationsträger der gesetzliche Unfallversicherung das SGB VII (insbesondere § 35 Absatz 2), für den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe das SGB VIII (vgl. § 35a

Absatz 1, 4 in Verbindung mit § 54 SGB XII) und für Träger der Eingliederungshilfe das SGB XII (§ 54). Die leistungsrechtlichen Tatbestandsvoraussetzungen sind wie bisher in den für die Rehabilitationsträger geltenden Leistungsgesetzen geregelt und werden durch diese Vorschrift nicht berührt. Der Leistungstatbestand „Leistungen zur Teilhabe an Bildung“ wird in diesem Gesetzentwurf ausdrücklich für die Träger der Eingliederungshilfe geregelt und im Vergleich zur geltenden Rechtslage ausgeweitet, vgl. § 112 des Gesetzentwurfs. Mit der Regelung des Absatzes 2 Satz 2 wird sichergestellt, dass Teilhabeansprüche nach dem Siebten Buch, insbesondere auf die Zahlung von Übergangsgeld (z. B. bei Studierenden, die studienbegleitend beschäftigt sind), durch die neue Klassifikation als Teilhabe an Bildung für die Menschen mit Behinderung weiter gewährleistet sind.

### **Zu Kapitel 13 (Soziale Teilhabe)**

Leistungen zur Sozialen Teilhabe gewinnen insbesondere vor dem Hintergrund der mit den besonderen Leistungen zur selbstbestimmten Lebensführung für Menschen mit Behinderungen verbundenen Zielsetzungen der Ermöglichung einer individuellen Lebensführung sowie der Förderung gleichberechtigter Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zunehmend an Bedeutung. Die Möglichkeiten einer individuellen und den persönlichen Wünschen entsprechenden Lebensplanung und -gestaltung für Menschen mit Behinderungen wird im Lichte der UN-BRK weiter gestärkt. Dabei sind die derzeit in vollstationären Einrichtungen gewährten Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft umfänglich aufgefangen (z. B. Assistenzleistungen).

Die dazu notwendigen Änderungen sollen jedoch nicht auf die Eingliederungshilfe konzentriert werden. Vielmehr soll an der bisherigen Systematik festgehalten werden, wonach diejenigen Regelungen, die für mehrere Sozialleistungsbereiche einheitlich sein können, nur an einer Stelle getroffen werden. Dem trägt das neue Kapitel 13 Rechnung.

Mit der Einführung des BSHG im Jahre 1962 wurden in dem Kapitel „Hilfe in besonderen Lebenslagen“ alle seinerzeit geregelten und in der Praxis gewährten Hilfen, die nicht zum notwendigen Lebensunterhalt gehörten, zusammengefasst. Der besondere Charakter dieser Hilfen in besonderen Lebenslagen bestand darin, dass sie atypische Lebenssituationen betrafen und bei ihnen – anders als bei der weitgehend schematisierten Hilfe für den laufenden Lebensunterhalt – die Notwendigkeit einer individuellen Gestaltung im Vordergrund stand. Dies entsprach der Aufgabe der Sozialhilfe am deutlichsten.

Zu der „Hilfe in besonderen Lebenslagen“ gehörte u. a. auch die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen. Der Schwerpunkt der Leistungen betraf die Bereiche der Medizinischen Rehabilitation und der Teilhabe am Arbeitsleben. Dies änderte sich im Rahmen des Dritten Gesetzes zur Änderung des Bundessozialhilfegesetzes im Jahre 1974. Seinerzeit wurden die „Hilfe zur Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft“, die „Hilfe bei der Beschaffung und Erhaltung einer Wohnung“ sowie „heilpädagogische Maßnahmen für Kinder im noch nicht schulpflichtigen Alter“ in den Leistungskatalog der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen aufgenommen. Die nähere Ausgestaltung der Leistungen erfolgte in der Eingliederungshilfe-Verordnung. Mit einem offenen Leistungskatalog sollte sichergestellt werden, dass über die explizit genannten Leistungstatbestände hinaus weitere Leistungen erbracht werden können, die der Aufgabe der Eingliederungshilfe entsprechen.

Mit dem SGB IX im Jahre 2001 wurden aus dem BSHG die „Hilfe zur Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft“, die „Hilfe bei der Beschaffung und Erhaltung einer Wohnung“, die „heilpädagogische Maßnahmen für Kinder im noch nicht schulpflichtigen Alter“ sowie einzelne, in der Eingliederungshilfe-Verordnung konkretisierte Leistungen in das SGB IX übernommen und dort in einem eigenständigen Kapitel „Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft“ (§§ 55 ff.) mit offenem Leistungskatalog zusammengefasst. Zusätzlich zu den bereits bestehenden Leistungstatbeständen wurde insbesondere die „Hilfe zu selbstbestimmtem Leben in betreuten Wohnmöglichkeiten“ in den Leistungskatalog aufgenommen. Ausweislich der amtlichen Begründung sollte damit eine eindeutige Rechtsgrundlage für Hilfen zur Verselbständigung in betreuten Wohnmöglichkeiten geschaffen werden, die die bis dahin herangezogene Rechtsgrundlage „Hilfe zur Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft“ konkretisierte. Der Leistungskatalog gilt für alle Rehabilitationsträger, die Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft erbringen. Seit dem SGB IX ist, obwohl begrifflich nicht genannt, von „Sozialer Teilhabe“ die Rede.

Der geltende Leistungskatalog „Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft“ sieht Leistungen vor, um Menschen mit Behinderungen bei ihrer Lebensgestaltung und persönlichen Verwirklichung zu unterstützen und ihnen damit eine Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen.

Nunmehr werden die „Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft“ konkreter beschrieben, als „Soziale Teilhabe“ definiert, neu strukturiert und unter Beibehaltung des offenen Leistungskataloges in einem eigenständigen Kapitel „Soziale Teilhabe“ zusammengefasst. Eingeflossen sind auch Konkretisierungen der Eingliederungshilfe-Verordnung in der Fassung vom 27. Dezember 2003 (BGBl. I S. 3022), soweit diese alle betreffenden Rehabilitationsträger betreffen. Eine Leistungsausweitung oder Leistungseinschränkung ist damit nicht verbunden. Die Leistungen knüpfen an Lebensbereiche an und berücksichtigen die entsprechenden ICF-Lebensbereiche.

#### **Zu § 76 (Leistungen zur Sozialen Teilhabe)**

Absatz 1 nimmt zur Herstellung von Rechtsklarheit eine eindeutige Begriffsdefinition von Sozialer Teilhabe und eine Abgrenzung der Leistungen der sozialen Teilhabe von anderen Leistungen vor. Der Vorrang der Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und zur Teilhabe am Arbeitsleben entspricht der geltende Regelung des § 55 Absatz 1 SGB IX. Der Vorrang gilt sachlogisch ebenso für die Leistungen zur Teilhabe an Bildung. Ziel der Leistungen ist eine möglichst selbstbestimmte und eigenverantwortliche Lebensführung sowohl im eigenen Wohnraum als auch im Sozialraum. Die Begrifflichkeit des eigenen Wohnraums bezeichnet die Wohnung des Leistungsberechtigten in Abgrenzung zu den Wohnungen anderer Personen, die dem Sozialraum zuzuordnen sind.

In Absatz 2 werden die bisherigen Leistungen zur Sozialen Teilhabe in einem weiterhin offenen Leistungskatalog neu strukturiert und gelistet. Eine Leistungsausweitung oder Leistungseinschränkung ist damit nicht verbunden. Bei den neuen Leistungstatbeständen „Assistenzleistungen“ und „Leistungen zur Mobilität“ handelt es sich um bisher im Rahmen des offenen Leistungskataloges unbenannte Leistungstatbestände. Die bisherigen Leistungen des § 55 Absatz 2 Nummern 6 (Hilfe zum selbstbestimmten Leben in betreuten Wohnmöglichkeiten) und 7 (Hilfen zur Teilhabe am gemeinschaftlichen und kulturellen Leben) SGB IX gehen in anderen Leistungstatbeständen, insbesondere den Assistenzleistungen, auf oder sind dem Lebensunterhalt zuzuordnen; sie sind deshalb nicht mehr Gegenstand des Leistungskataloges.

#### **Zu § 77 (Leistungen für Wohnraum)**

Absatz 1 entspricht dem bisherigen § 55 Absatz 2 Nummer 5 SGB IX.

Absatz 2 berücksichtigt, dass Menschen mit Behinderungen oftmals einen gesteigerten Wohnraumbedarf haben, beispielweise für Assistenten, deren Anwesenheit rund um die Uhr notwendig ist. Hierbei handelt es sich nicht um einen Bedarf an Wohnraum im Rahmen des Lebensunterhalts, sondern um eine Fachleistung.

#### **Zu § 78 (Assistenzleistungen)**

Mit dem neuen Leistungstatbestand wird zur Rechtssicherheit und Rechtsklarheit in der Sozialen Teilhabe der Begriff der Assistenzleistungen eingeführt. Die Assistenzleistungen dienen dem Ziel der selbstbestimmten Alltagsbewältigung und Tagesstrukturierung. Dabei reicht es aus, dass dieses Ziel längerfristig erreicht werden kann. Alltagsbewältigung und Tagesstrukturierung umfassen. Hierzu gehören insbesondere die Bereiche einer eigenständigen Lebensführung im eigenen Wohnraum bis hin zu den Bereichen Freizeitgestaltung wie beispielsweise Sport, kulturelles Leben und Gestaltung von Beziehungen zu Mitmenschen. In die Leistungen fließen auch die bisherigen Leistungen der nachgehenden Hilfe zur Sicherung der Wirksamkeit der ärztlichen und ärztlich verordneten Leistungen und zur Sicherung der Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben nach § 54 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 SGB XII ein. Assistenzleistungen können auch als Assistenz im Rahmen des Persönlichen Budgets nach § 29 erbracht werden.

Nicht damit verbunden sind neue Leistungen. Die entsprechenden Leistungen werden derzeit über andere Leistungstatbestände wie insbesondere den bisherigen § 55 Absatz 2 Nummer 6 (Hilfe zum selbstbestimmten Leben in betreuten Wohnmöglichkeiten, siehe z. B. LSG Baden-Württemberg vom 30.08.2012, AZ L7 SO 1525/10)) und Nummer 7 (Hilfen zur Teilhabe am gemeinschaftlichen und kulturellen Leben, siehe z. B. BSG vom 25.08.2011, AZ B8 SO 7/10 R) oder im Rahmen des offenen Leistungskataloges gewährt.

Der Begriff der Assistenz bringt in Abgrenzung zu förderzentrierten Ansätzen der Betreuung, die ein Über-/Unterordnungsverhältnis zwischen Leistungserbringern und Leistungsberechtigten bergen, auch ein verändertes Verständnis von professioneller Hilfe zum Ausdruck. Die Leistungsberechtigten sollen dabei unterstützt werden, ihren Alltag selbstbestimmt zu gestalten. Vor diesem Hintergrund wird konsequenterweise auch die Beziehungsgestaltung zwischen Leistungsberechtigten und Leistungserbringern neu bestimmt.

Zu Absatz 1: Die Leistungen für Assistenz werden zur selbstbestimmten und eigenständigen Bewältigung des Alltags einschließlich der Tagesstrukturierung erbracht. Satz 2 konkretisiert die Leistungen für Assistenz. Es geht um die allgemeinen Erledigungen des Alltags wie die Haushaltsführung, die Gestaltung sozialer Beziehungen, die persönliche Lebensplanung, die Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben, die Freizeitgestaltung einschließlich sportlicher Aktivitäten sowie die Sicherstellung der Wirksamkeit der ärztlichen und ärztlich verordneten Leistungen. Dazu gehört auch die Verständigung mit der Umwelt in diesen Bereichen.

Zu Absatz 2: Bei der Gestaltung der Leistungen sind die Wünsche der Leistungsberechtigten zu berücksichtigen, soweit sie angemessen sind. In diesem Rahmen kann die leistungsberechtigte Person entscheiden über den Leistungsanbieter sowie in Absprache mit ihm über die Person des Assistenten oder der Assistentin, über Art, Zeiten, Ort und Ablauf der Assistenzleistungen. Soweit für Assistenzleistungen nach der Nummer 1 eine pauschale Geldleistung in Anspruch genommen wird, können die Leistungsberechtigten auch Personen mit der Assistenz beauftragen, mit denen keine Vereinbarung besteht.

Satz 2 trägt dem Umstand Rechnung, dass Assistenzleistungen eine große Spannbreite mit unterschiedlichen individuellen Zielsetzungen aufweisen können. Damit einhergehen auch Unterschiede in der konkreten Ausführung der Leistungen. Grundsätzlich kann jede Aufgabe bzw. Handlung als Assistenzleistung von einer Assistenzkraft vollständig oder teilweise übernommen werden. Entsprechende Assistenzleistungen können beispielsweise die Erledigung des Haushalts sowie die Hilfe bei der Überwindung von Barrieren beim Einstieg in Bus oder Bahn oder bei der Bedienung von Ticketschaltern sein. Denkbar ist aber auch, dass vor, während oder nach der Übernahme von Aufgaben und Handlungen neben einer Motivation auch eine Anleitung und Begleitung durch die Assistenzkraft erforderlich ist. Dies berücksichtigt der neue Leistungstatbestand, indem pädagogische und psychosoziale Leistungen mit einbezogen werden.

Diese Assistenzleistungen sollen insbesondere die Selbstbestimmung, Selbstverantwortlichkeit, Selbständigkeit und soziale Verantwortung des Menschen mit Behinderungen stärken. Entsprechende qualifizierte Assistenzleistungen können beispielsweise die Beratung und Anleitung zur Lebensgestaltung und Planung bei der Herstellung und Aufrechterhaltung sozialer Beziehungen sowie der Gestaltung der Partnerschaft sein. Die Regelung trägt dieser Bandbreite Rechnung, indem sie in Absatz 1 eine entsprechende Differenzierung in qualitativer Hinsicht bei den Assistenzleistungen vornimmt. Dabei reicht es aus, dass die angestrebten Ziele in weiter Ferne erreichbar sind.

Hinsichtlich der Erledigung des Haushalts ergibt sich eine Schnittstelle zwischen Fachleistung und Hilfe zum Lebensunterhalt. Leistungen zum Lebensunterhalt beinhalten ausschließlich die Verbrauchsausgaben wie zum Beispiel Nahrungsmittel; die Verbrauchsausgaben werden statistisch ermittelt. Wird im Rahmen der Gesamtplanung festgestellt, dass Leistungsberechtigte erforderliche Tätigkeiten wie insbesondere die Zubereitung von Mahlzeiten nicht oder nicht vollständig selbst ausüben können und deshalb eine Unterstützung benötigen, sind hierfür Assistenzleistungen zu gewähren. Diese sind Gegenstand der Fachleistungen und nicht Gegenstand des Lebensunterhaltes. Unerheblich ist dabei, ob die leistungsberechtigte Person in einer Wohnung im Sinne von § 42b Absatz 2 Nummer 1 SGB XII oder in einer Wohnform nach § 42b Absatz 2 Nummer 2 SGB XII lebt.

Die Anforderungen an die Assistenzkräfte sind im Leistungserbringungsrecht geregelt. Sie müssen unter anderem über die Fähigkeit zur Kommunikation mit dem Leistungsberechtigten in einer für die Leistungsberechtigten wahrnehmbaren Form verfügen und nach ihrer Persönlichkeit geeignet sein. Hierdurch wird sichergestellt, dass die spezifischen Bedarfe aller Leistungsberechtigten unabhängig von der der Behinderung gedeckt werden können und beispielsweise auch blinde, taube oder taubblinde Menschen eine für sie geeignete Assistenzkraft erhalten.

Die Leistungen zur Assistenz können auch im Zusammenhang mit anderen Leistungen zur Sozialen Teilhabe erbracht werden. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn bei einer Beförderung mit dem Beförderungsdienst nach § 83 Absatz 1 Nummer 1 eine Begleitung erforderlich ist oder der Leistungsberechtigte am Ankunftsort auf eine Assistenz angewiesen ist.

Für die qualifizierte Assistenz wird geregelt, dass diese von einer Fachkraft zu erbringen ist. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass es sich bei der qualifizierten Assistenz insbesondere um pädagogische und psychosoziale Fachleistungen handelt. Diese qualifizierte Assistenz erfordert, dass mit dem Menschen alltägliche Situationen und Handlungen gemeinsam geplant, besprochen, geübt und reflektiert werden. Es werden Gelegenheiten geschaffen, etwas zu lernen, die Menschen sollen angeregt werden, Handlungen selbständig zu übernehmen.

men. Zur qualifizierten Assistenz gehören beispielsweise die psychosoziale Beratung und Anleitung bei der Herstellung und Aufrechterhaltung sozialer Beziehungen, bei der Gestaltung einer Partnerschaft, bei der Planung der Freizeitgestaltung oder bei der Ernährung. Es geht beispielsweise um die Frage, wie man sich gegenüber Freunden oder Fremden verhält, wie man eine Beziehung gestaltet oder mit Konflikten umgeht, wie man sich gesund ernähren und sich alleine versorgen kann oder wie die Freizeit gestaltet werden kann.

Bei der Gestaltung der Leistungen sind nach § 102 die Wünsche der Leistungsberechtigten zu berücksichtigen, soweit sie angemessen sind. In diesem Rahmen kann die leistungsberechtigte Person entscheiden über den Leistungsanbieter sowie in Absprache mit ihm über die Person des Assistenten oder der Assistentin, über Art, Zeiten, Ort und Ablauf der Assistenzleistungen. Soweit für Assistenzleistungen nach § 78 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 eine pauschale Geldleistung in Anspruch genommen wird, können die Leistungsberechtigten auch Personen mit der Assistenz beauftragen, mit denen keine Vereinbarung besteht.

Pflegebedürftige mit hohem Pflegebedarf, die ihre Pflege durch von ihnen beschäftigte besondere Pflegekräfte sicherstellen, erhalten diese Leistungen der Hilfe zur Pflege auch während eines vorübergehenden Aufenthalts im Krankenhaus. Gleiches gilt auch bei einem Aufenthalt in Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen.

Absatz 3 stellt klar, dass zu den Assistenzleistungen auch entsprechende Leistungen gehören, die Mütter und Väter mit Behinderungen bei der Versorgung und Betreuung ihrer Kinder benötigen, oftmals als „Elternassistenz“ oder „begleitete Elternschaft“ bezeichnet. Bei der „Elternassistenz“ geht es um „einfache“ Assistenzleistungen für Eltern mit körperlichen oder Sinnesbehinderungen nach Absatz 1 Nummer 1, bei der „begleiteten Elternschaft“ um pädagogische Anleitung, Beratung und Begleitung zur Wahrnehmung der Elternrolle, d. h. qualifizierte Assistenz. Im Übrigen werden über die Assistenzleistungen des § 78 hinaus von verschiedenen Leistungsträgern weitere Leistungen gewährt, die der Stärkung der Eltern mit Behinderungen zur Erfüllung ihrer Aufgaben als Eltern dienen.

Damit eine Person, die Assistenzleistungen erbringt, gegebenenfalls beurteilen kann, ob und wann der Träger der öffentlichen Jugendhilfe wegen einer Kindeswohlgefährdung informiert werden muss, kann das Angebot zur Beratung durch den Träger der öffentlichen Jugendhilfe angenommen werden. Dieses Angebot ist Inhalt der Verträge mit Leistungserbringern nach § 38 Absatz 1 Nummer 1.

Absatz 4 übernimmt die für die Eingliederungshilfe in § 22 der Eingliederungshilfe-Verordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Februar 1975 (BGBl. I S. 433), die zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 27. Dezember 2003 (BGBl. I S. 3022) geändert worden ist, enthaltene Regelung, die aber auch jetzt schon für die anderen Rehabilitationsträger gilt.

Mit der neuen Regelung des Absatzes 5 werden auch Menschen mit Behinderungen dabei unterstützt, ein Ehrenamt auszuüben. Satz 1 regelt, dass Aufwendungen für eine notwendige Unterstützung grundsätzlich zu erstatten sind. Dies soll jedoch vorrangig durch Personen aus dem familiären, freundschaftlichen und nachbarschaftlichen Umfeld oder durch Personen, die in einer ähnlichen persönlichen Beziehung zu dem Leistungsberechtigten stehen. Hierunter fallen beispielsweise Personen im gleichen Sportverein, die den Leistungsberechtigten mit zum Sport nehmen oder Chormitglieder, die ihn mit zur Chorprobe nehmen. Ist eine Unterstützung durch diese Personen nicht leistbar, kann die notwendige Unterstützung auch durch eine Assistenzkraft erbracht werden.

Das Ehrenamt, bei dem Bürgerinnen und Bürger freiwillig einen solidarischen Beitrag für die Gemeinschaft leisten, kommt zur Förderung und Stärkung der Zivilgesellschaft eine besondere Bedeutung zu. Unter Verweis auf knappe öffentliche Kassen hat der Gesetzgeber daher beispielsweise mit dem Ehrenamtsstärkungsgesetz vom 21. März 2013 Anreize zur Stärkung der Bereitschaft für ehrenamtliches Engagement geschaffen. Die Vorschrift stellt die Unterstützung von ehrenamtlicher Betätigung als Leistung zur Förderung der Sozialen Teilhabe von Menschen mit einer Behinderung in den Mittelpunkt, wobei sich die Unterstützung auf die Erstattung der durch niederschwellige Assistenzleistungen entstehenden Aufwendungen fokussiert.

Dabei hat sich der Gesetzgeber von der Absicht leiten lassen, das ehrenamtliche Engagement von Menschen mit einer Behinderung dadurch in besonderer Weise zu würdigen, dass in Bedarfsfällen Sozialleistungen in angemessenem Umfang zu dessen Unterstützung bereitgestellt werden, ohne dabei die Ausübung eines Ehrenamts mit einer selbstbestimmten und eigenverantwortlichen Bewältigung des Alltags gleichzusetzen.

Menschen mit insbesondere seelischen Behinderungen benötigen oftmals Sicherheit und Halt, ständig jemanden erreichen zu können, ohne dass ein konkreter Anlass besteht. Dem trägt die Regelung des Absatzes 7 Rechnung.

Diese sogenannten Hintergrundleistungen umfassen insbesondere Rufbereitschaft, in deren Rahmen sicher gestellt ist, dass Menschen mit Behinderungen in krisenhaft erlebten Situationen die Möglichkeit haben, sich telefonisch Rat zu holen. Die Hintergrundbereitschaft kann aber auch so weit gehen, dass bei entsprechendem Bedarf über einen Anruf signalisiert wird, dass die leistungsberechtigte Person einen persönlichen Ansprechpartner zur Krisenbewältigung benötigt.

### **Zu § 79 (Heilpädagogische Leistungen)**

Absatz 1 entspricht dem bisherigen § 55 Absatz 2 Nummer 2 in Verbindung mit § 56 SGB IX.

Absatz 2 greift die seit langem bestehende Forderung insbesondere der Länder (Bundesratsdrucksache 205/03) und Leistungsträger nach einer klaren Abgrenzung von Leistungen der medizinischen Rehabilitation und heilpädagogischen Leistungen auf. Dem wird mit einer Konkretisierung der heilpädagogischen Leistungen Rechnung getragen. Heilpädagogische Leistungen umfassen alle Maßnahmen, die zur Entwicklung des Kindes und Entfaltung seiner Persönlichkeit beitragen einschließlich der jeweils nichtärztlichen therapeutischen, psychologischen, sonderpädagogischen psychosozialen Leistungen und der Beratung der Erziehungsberechtigten, soweit sie nicht unter ärztlicher Verantwortung erbracht werden. Werden die entsprechenden Leistungen in sozialpädiatrischen Zentren und in interdisziplinären Förderstellen neben den medizinischen Leistungen erbracht, sind sie den Leistungen der medizinischen Rehabilitation zuzuordnen. Die Leistungen können auch von Heilpädagogen erbracht werden.

Absatz 3 entspricht dem geltenden Recht. Heilpädagogische Leistungen können als Einzelleistungen erbracht werden, sie können aber auch Bestandteil der übergreifenden Komplexleistung nach § 46 sein. Satz 2 stellt klar, dass die Frühförderungsverordnung Anwendung findet. Satz 3 übernimmt inhaltsgleich § 56 Absatz 2 letzter Halbsatz SGB IX.

### **Zu § 80 (Leistungen zur Betreuung in einer Pflegefamilie)**

Die Regelung entspricht im Wesentlichen dem § 54 Absatz 3 SGB XII. Unter Verzicht auf die bisherige örtliche Anbindung an den Haushaltswird aber auf die Familie als Anknüpfung abgestellt.

Da die Leistungen im Rahmen des offenen Leistungskataloges bisher auch schon an erwachsene Leistungsrechte gewährt werden können und auch gewährt werden, wird die Regelung zur Rechtssicherheit und Rechtsklarheit entsprechend ausgedehnt. Eine Leistungsausweitung ist damit nicht verbunden.

Da die Erlaubnis nach § 44 SGB VIII nur in Bezug auf Kinder und Jugendliche erteilt werden kann, gilt die Regelung zu Sicherstellung der Qualität der Pflegeperson bei Erwachsenen entsprechend.

### **Zu § 81 (Leistungen zum Erwerb und Erhalt praktischer Kenntnisse und Fähigkeiten)**

Die Regelung überträgt inhaltsgleich des bisherigen § 55 Absatz 2 Nummer 3 SGB IX. Sie wird konkretisiert durch Übernahme von Regelungen des § 16 der EinglVO sowie unter Berücksichtigung der Rechtsprechung. Zu den Leistungen gehören insbesondere auch Leistungen in Tagesförderstätten, um für nicht werkstattfähige Leistungsberechtigte eine erreichbare Teilhabe am Arbeitsleben zu ermöglichen (siehe z. B. LSG Berlin-Brandenburg vom 15.04.2010, AZ L 23 SO 277/08).

Es wird ausdrücklich klargestellt, dass die Leistungen auch zum Erhalt dieser Kenntnisse und Fähigkeiten gewährt werden.

### **Zu § 82 (Leistungen zur Förderung der Verständigung)**

Die Regelung überträgt inhaltsgleich den bisherigen § 57 SGB IX zur Förderung der Verständigung aus besonderem Anlass. Soweit es um die Bewältigung des Alltags geht, kommen Leistungen zur Assistenz nach § 78 in Betracht. Neben einer sprachlichen Anpassung wird die bisherige Regelung auch konkretisiert, indem wesentliche Hilfen benannt werden. Dies sind Gebärdensprachdolmetscher, die mit Gebärdensprache und lautsprachbegleitenden Gebärden unterstützen können, und andere geeignete Kommunikationshilfen. Was andere Kommunikationshilfen sind, ergibt sich aus der Kommunikationshilfen-Verordnung. Hierzu gehören insbesondere auch Lippen und taktile wahrnehmbare Gebärden. Die Hilfe kann aber auch anderweitig erfolgen wie beispielsweise durch sonstige geeignete Personen.



**Zu § 83 (Leistungen zur Mobilität)**

Der neue explizite Leistungstatbestand „Leistungen zur Mobilität“ entspricht dem geltenden Recht und der Praxis.

Absatz 1 benennt als Leistungen zur Mobilität die Leistungen zur Beförderung sowie Leistungen für ein Kraftfahrzeug.

Absatz 2 regelt die jeweiligen Voraussetzungen der einzelnen Leistungen. Voraussetzung für beide Leistungen ist, dass die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel nicht zumutbar ist. Dabei muss die Art und Schwere der Behinderung kausal sein für die Unzumutbarkeit; infrastrukturelle Nachteile sind nicht zu berücksichtigen.

An die Leistungen für ein Kraftfahrzeug sind zusätzliche Anforderungen zu stellen. Mit der Voraussetzung, dass der Leistungsberechtigte das Kraftfahrzeug selber führen kann oder gewährleistet ist, dass ein Dritter es für ihn führt, wird ein Gleichklang zu den entsprechenden Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben nach der Kraftfahrzeughilfe-Verordnung geschaffen. Die weiteren Voraussetzungen tragen Wirtschaftlichkeitsaspekten Rechnung.

Absatz 3 regelt die Leistungen für ein Kraftfahrzeug einschließlich Bemessung und Umfang. Aus systematischen Gründen und zur Rechtsklarheit werden alle entsprechenden Leistungen abschließend in einem Leistungstatbestand zusammengefasst. Bemessung und Umfang der Leistungen bestimmen sich nach der Verordnung über die Kraftfahrzeughilfe. Hierdurch wird nicht nur aktuell, sondern auf Dauer eine Parallelität zu den entsprechenden Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben erreicht.

Absatz 4 enthält eine spezifische Regelung für Kinder und Jugendliche in Bezug auf die Leistungen für ein Kraftfahrzeug. Diese umfassen den Mehraufwand für die einen höheren Anschaffungspreis sowie eine notwendige Zusatzausstattung. Ein Mehraufwand für einen höheren Anschaffungspreis kommt insbesondere in Betracht, wenn Eltern allein wegen der Behinderung ihres Kindes ein größeres und damit kostspieligeres Kraftfahrzeug benötigen.

**Zu § 84 (Hilfsmittel)**

Die Regelung übernimmt inhaltlich den bisherigen § 55 Absatz 2 Nummer 1 SGB IX. Der neue Wortlaut stellt jedoch ausdrücklich klar, dass ausschließlich Hilfsmittel erfasst sind, die zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft erforderlich sind; Hilfsmitteln zur medizinischen Rehabilitation bzw. zur Teilhabe am Arbeitsleben sind damit ausgeschlossen. Dies wird auch nochmals an Hand des genannten Beispielsfalls verdeutlicht.

Zu Absatz 2 und 3: Es handelt sich um Konkretisierungen des geltenden Rechts im SGB IX. Für die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen ist diese Klarstellung bereits in § 10 Absatz 2 und 3 der Eingliederungshilfe-Verordnung in der geltenden Fassung erfolgt.

**Zu Kapitel 14 (Beteiligung der Verbände und Träger)****Zu § 85 (Klagerecht der Verbände)**

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 63 SGB IX.

**Zu § 86 (Beirat für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen)**

Die Vorschrift entspricht in Absatz 1 dem bisherigen § 64 SGB IX. In Absatz 2 Satz 1 erfolgte eine Anpassung auf der Grundlage von § 217a SGB V bezüglich des Vorschlagsrechts für die Mitglieder des Beirats aus dem Kreis der gesetzlichen Krankenversicherung redaktionell auf den Spitzenverband Bund der Krankenkassen anstelle der Spitzenverbände der Krankenkassen.

**Zu § 87 (Verfahren des Beirats)**

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 65 SGB IX.

**Zu § 88 (Berichte über die Lage von Menschen mit Behinderungen und die Entwicklung ihrer Teilhabe)**

Die bisherige Regelung des § 66 SGB IX sah eine einmalige Berichtspflicht zum 31. Dezember 2004 vor. Der Teilhabebericht wurde bisher gemäß Beschluss des Deutschen Bundestages vom 25.06.1982 zu Nummer II.1 Buchstabe b der Beschlussempfehlung auf Drs. 9/1753 und Beschluss vom 30.11.2006 zu Nummer II der Beschlussempfehlung auf Drs. 16/2850 erstattet. Der Bericht soll künftig in jeder Legislaturperiode, mindestens

jedoch alle vier Jahre erstattet werden. Mit der Einführung einer einheitlichen und umfassenden Informationssammlung über die Lebenslagen von Menschen mit Behinderungen und von Behinderung bedrohter Menschen werden die Vorgaben nach Artikel 31 UN-Behindertenrechtskonvention erfüllt. Die Querschnittsthemen der Berichterstattung leiten sich aus der UN-Behindertenrechtskonvention ab und wurden im Nationalen Aktionsplan der Bundesregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention definiert. Eine valide Bewertung staatlicher Maßnahmen und der Leistungen der Rehabilitationsträger konnte bisher wegen unzureichender Datennlage nicht erfolgen.

### **Zu § 89 (Verordnungsermächtigung)**

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 67 SGB IX.

## **Zu Teil 2**

### **Konzentration der Eingliederungshilfe auf die Fachleistung**

Das Bundessozialhilfegesetz sah vor, dass die Hilfe in besonderen Lebenslagen (und damit auch die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen) den in einer Einrichtung gewährten Lebensunterhalt mit umfasst (§ 27 Absatz 3). Die Leistungserbringung des notwendigen Lebensunterhalts in vollstationären Einrichtungen war Teil der Eingliederungshilfe als Hilfe in besonderen Lebenslagen. Die Regelung wurde anlässlich der Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch (SGB XII) im Jahre 2005 insoweit modifiziert, als der notwendige Lebensunterhalt in Einrichtungen den darin erbrachten sowie in stationären Einrichtungen zusätzlich den weiteren notwendigen Lebensunterhalt umfasst (jetzt § 27b Absatz 1 Satz 1 SGB XII). Der Umfang des notwendigen Lebensunterhaltes in stationären Einrichtungen entspricht dem Umfang der Leistungen der Grundsicherung (§ 27b Absatz 1 Satz 2 SGB XII). Gesetzgeberisch ist damit der notwendige Lebensunterhalt als eine eigenständige Hilfeart bereits ausgewiesen.

Die Leistungen in vollstationären Einrichtungen beinhalten damit nach geltendem Recht nach wie vor eine umfassende Versorgung und Betreuung; d. h., sie gliedern sich in die Maßnahmen der Eingliederungshilfe, den sogenannten Fachleistungen der Eingliederungshilfe, und in die existenzsichernden Leistungen zum Lebensunterhalt einschließlich Wohnen.

Beim Wohnen werden die existenzsichernden Leistungen zum Lebensunterhalt einschließlich Wohnen bei entsprechendem Bedarf nach den Vorschriften des Vierten Kapitels des SGB XII bzw. nach dem SGB II erbracht. Daneben wird für den behinderungsspezifischen Bedarf die Leistung Eingliederungshilfe erbracht.

Mit der Neuausrichtung der Eingliederungshilfe von einer überwiegend einrichtungszentrierten zu einer personenzentrierten Leistung kann die notwendige Unterstützung des Menschen mit Behinderung nicht mehr an einer bestimmten Wohnform, sondern nur am notwendigen individuellen Bedarf ausgerichtet sein. Dieser soll gemeinsam mit dem behinderten Menschen ermittelt, das passende „Hilfepaket“ zusammengestellt und im gewohnten oder gewünschten Lebensfeld organisiert werden. Daher ist es konsequent, den Bedarf des Menschen mit Behinderung an existenzsichernden Leistungen zum Lebensunterhalt und seinen behinderungsbedingten Bedarf an Leistungen der Eingliederungshilfe zu trennen, entsprechend zuzuordnen und umfassend zu decken. Das Sonder-system Lebensunterhalt in Einrichtungen wird aufgehoben.

Die personenzentrierten Teilhabeleistungen werden nunmehr unabhängig vom Ort der Leistungserbringung einerseits den existenzsichernden Leistungen zum Lebensunterhalt einschließlich Wohnen und andererseits den notwendigen individuellen Fachleistungen zugeordnet. Die mit dem SGB XII begonnenen Schritte einer Trennung von Fachleistung und Lebensunterhalt werden konsequent zum Abschluss gebracht. Die Eingliederungshilfe konzentriert sich ausschließlich auf die Fachleistungen. Entsprechend erfolgt eine Zuordnung ausgehend vom notwendigen Unterstützungsbedarf bei der Alltagsbewältigung (= Fachleistung) oder den existenzsichernden Leistungen zum Lebensunterhalt.

Die Leistungen der bisherigen Eingliederungshilfe fördern als „Fachleistungen“ die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft. Leistungen nach geltendem Recht sind die im Leistungskatalog des § 54 SGB XII aufgeführten Leistungen. Der Leistungskatalog ist nicht abschließend, d. h., im Einzelfall können auch weitere Leistungen erbracht werden.

Der offene Leistungskatalog bleibt in der reformierten Eingliederungshilfe erhalten, wird aber grundlegend überarbeitet, d. h. neu definiert, beschrieben und strukturiert. Entgegen der bisherigen Systematik sind alle Fachleistungen der Eingliederungshilfe in die Eingliederungshilfe – neu – aufgenommen, so dass Verweisungen auf andere Gesetze bzw. Konkretisierungen im Rahmen der Eingliederungshilfe-Verordnung entfallen können. Um eine systematische, transparente und übersichtlichere Strukturierung zu erhalten, werden die Leistungen nicht nur gelistet, sondern auch in verschiedene Lebensbereiche unterteilt.

Die Leistungstatbestände werden zur Erhöhung der Rechtssicherheit und Rechtsklarheit konkreter beschrieben bzw. neu definiert, soweit dies erforderlich ist, um eine umfassende Bedarfsdeckung bei der Neuausrichtung der Eingliederungshilfe zu gewährleisten. Zusätzlich werden auch bisher unbenannte Leistungen, die durch die Praxis ausgefüllt wurden, in den Leistungskatalog aufgenommen. Eine Leistungsausweitung findet dadurch jedoch nicht statt.

### **Soziale Teilhabe**

Leistungen zur Sozialen Teilhabe gewinnen insbesondere vor dem Hintergrund der mit den besonderen Leistungen zur selbstbestimmten Lebensführung für Menschen mit Behinderungen verbundenen Zielsetzungen der Ermöglichung einer individuellen Lebensführung sowie der Förderung gleichberechtigter Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zunehmend an Bedeutung. Vor diesem Hintergrund werden in Teil 1 die bisherigen „Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft“ als „Soziale Teilhabe“ definiert, um bisher unbenannte Leistungstatbestände ergänzt, teilweise konkretisiert, neu strukturiert und unter Beibehaltung des offenen Leistungskataloges im Kapitel „Soziale Teilhabe“ zusammengefasst.

Bereits der Leistungskatalog des BSHG hatte auf die entsprechenden Regelungen des SGB IX verwiesen; zusätzlich enthielt das BSHG lediglich für die Eingliederungshilfe spezifische Regelungen.

Diese Systematik ist anlässlich der Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch (SGB XII) im Jahre 2005 unverändert übernommen worden. Eine Änderung erfolgte nur insoweit, als die im BSHG erfolgte Zweiteilung der Leistungen in Hilfe zum Lebensunterhalt und Hilfe in besonderen Lebenslagen aufgegeben und die einzelnen Leistungsarten der Hilfe in besonderen Lebenslagen als gleichwertige Leistungen in unterschiedlichen Lebenslagen nebeneinander gestellt wurden.

Die Bedeutung der Leistungen zur Sozialen Teilhabe im Vergleich zur Medizinischen Rehabilitation und Teilhabe am Arbeitsleben hat seit Inkrafttreten des BSHG kontinuierlich zugenommen. Die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen als steuerfinanzierte Fürsorgeleistung hat rechtssystematisch die Funktion eines untersten Netzes für Menschen mit Behinderungen. In den Bereichen medizinische Rehabilitation und Teilhabe am Arbeitsleben sind die vorrangigen Sozialversicherungssysteme ausgebaut worden mit der Folge, dass diese Leistungen innerhalb der Eingliederungshilfe relativ an Bedeutung verloren haben. Anders verhält es sich jedoch bei der Sozialen Teilhabe; für diese ist die Eingliederungshilfe weiter in den meisten Fällen (Ausnahmen: gesetzliche Unfallversicherung, Jugendhilfe und Kriegsopferfürsorge) das einzige Leistungssystem. Dies spiegelt sich auch in den Leistungsausgaben wider.

### **Gesamtplanung**

Bereits im BSHG (§ 46) war die Erstellung eines Gesamtplanes durch den Träger der Sozialhilfe zur Durchführung der einzelnen Maßnahmen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen verpflichtend normiert. Der Plan sollte sicherstellen, dass die einzelnen Maßnahmen sinnvoll ineinandergreifen und soweit wie möglich jeweils rechtzeitig eingeleitet werden. Mit der Einordnung des BSHG in ein SGB XII im Jahre 2005 ist die Regelung weitgehend inhaltsgleich übernommen worden (§ 58 SGB XII). Besondere Anforderungen an Instrumente und Verfahren sowie der Inhalt des Gesamtplanes sind gesetzlich nicht festgelegt. In der Sozialhilfepraxis hat sich gezeigt, dass die Erstellung des Gesamtplanes z. T. sehr zurückhaltend erfolgt und der Blick der Leistungsträger auf die eigene Zuständigkeit gerichtet ist. Innerhalb des Bereichs der Eingliederungshilfe besteht auch keine Bundeseinheitlichkeit in Bezug auf die Bedarfsermittlung und -feststellung.

Die vorhandenen bundesgesetzlichen Regelungen gewährleisten keine personenzentrierte Gesamtplanung nach einheitlichen Verfahren und Kriterien. Sie berücksichtigen auch nicht die Auflösung der Grenzen zwischen ambulanter und stationärer Leistungserbringung.

Die personenzentrierte Neuausrichtung der Eingliederungshilfe erfordert zwingend eine optimierte Gesamtplanung. Sie ist Grundlage einer bedarfsdeckenden Leistungserbringung. Die Regelungen zur Gesamtplanung knüpfen an die Regelungen zur Teilhabeplanung in Teil 1 an und normieren die für die besonderen Leistungen zur selbstbestimmten Lebensführung für Menschen mit Behinderungen notwendigen Spezifika. Der Mensch mit Behinderung wird in das Verfahren aktiv einbezogen und sein Wunsch- und Wahlrecht berücksichtigt.

Die Bedarfsermittlung und -feststellung im Rahmen der Eingliederungshilfe erstreckt sich auf alle Lebenslagen des Menschen mit Behinderungen und erfolgt nach bundeseinheitlichen Maßstäben. Die Verantwortung für die Koordinierung der Leistungen richtet sich auch in der Eingliederungshilfe nach den allgemeinen Vorschriften zur Teilhabeplanung im Teil 1, die für alle Rehabilitationsträger gelten. Die Vorschriften für die Gesamtplanung sind ergänzend anzuwenden.

Das Verfahren zur Bedarfsermittlung und -feststellung für die besonderen Leistungen zur selbstbestimmten Lebensführung für Menschen mit Behinderungen ist nicht statisch angelegt, sondern kann flexibel auf veränderte Teilhabeziele aufgrund veränderter Bedarfe und Wünsche der leistungsberechtigten Person reagieren und ermöglicht die Überprüfung bewilligter Leistungen nach Zeitabläufen. Die Bedarfsermittlung erfolgt so umfassend, dass sie notwendige Leistungen zum Lebensunterhalt einschließt.

Praktische Erfahrungen wurden in den Diskussionen zur Normierung der Gesamtplanung berücksichtigt.

### **Einkommen und Vermögen**

Im Sozialhilferecht des BSHG sollte durch das System der Einkommensgrenzen und seiner Bemessung erreicht werden, dass bei der Inanspruchnahme von Hilfen in besonderen Lebenslagen den Betroffenen Eigenmittel in einer Höhe verbleiben, von denen der Lebensunterhalt bestritten werden kann und die die Aufrechterhaltung einer angemessenen Lebensführung ermöglichen. Das BSHG sah zwei verschiedene Einkommensgrenzen vor, für deren Festsetzung vor allem Art und Dauer des Bedarfs sowie die Schwere der Belastung des Hilfesuchenden maßgebend waren. So war z. B. die Einkommensgrenze für die stationäre Eingliederungshilfe und für Pflegefälle höher angesetzt, als für die übrigen Hilfen in besonderen Lebenslagen. Dem lag das sozialpolitische Anliegen zugrunde, die behinderten und pflegebedürftigen Menschen beim Einkommenseinsatz stärker zu schonen.

Im Sozialhilferecht des SGB XII ist für alle Hilfen in besonderen Lebenslagen seit 2005 nur noch eine Einkommensgrenze festgesetzt. Von dem die Einkommensgrenze übersteigenden Einkommen wird in angemessenem Umfang die Aufbringung der Mittel verlangt.

Bei der Prüfung, welche Mittel in angemessenem Umfang zuzumuten sind, sind vor allem die Art des Bedarfs, die Art oder Schwere der Behinderung oder der Pflegebedürftigkeit, die Dauer und Höhe der erforderlichen Aufwendungen sowie besondere Belastungen des Hilfesuchenden zu berücksichtigen. Während für alle Hilfen in besonderen Lebenslagen ein angemessener Einkommenseinsatz von durchschnittlich 75 Prozent des übersteigenden Einkommens von den Ländern normiert wurde, hat der Gesetzgeber für schwerstpflegebedürftige und blinde Menschen maximal einem Umfang von 40 Prozent zugelassen.

Ausweislich des Koalitionsvertrages soll die Eingliederungshilfe zu einem modernen Teilhaberecht weiterentwickelt und aus dem Fürsorgesystem herausgeführt werden. Es wird nun ein neues transparentes System geschaffen, in dem ohne Unterscheidung der Behinderungsart alle erforderlichen Fachleistungen gewährt werden.

Die deutliche Erhöhung des Betrages, ab dem ein Beitrag zu zahlen ist, sorgt dafür, dass eine angemessene Lebensführung in noch größerem Maße als bisher gesichert ist.

### **Pauschale Geldleistung als Leistungsform der Fachleistung**

Es wird eine gesetzliche Grundlage geschaffen für die Gewährung von Fachleistungen als pauschale Geldleistung.

Mit der gesetzlichen Neuordnung des Fürsorgerechts im Rahmen des Bundessozialhilfegesetzes im Jahre 1962 umfasste die Sozialhilfe die „Hilfe zum Lebensunterhalt“ und die „Hilfe in besonderen Lebenslagen“. Tragende Grundsätze des BSHG waren das Individualisierungsprinzip sowie das Bedarfsdeckungsprinzip. Unter der Bezeichnung „Hilfe in besonderen Lebenslagen“ waren alle damals gesetzlich geregelten und in der Praxis entwickelten Fürsorgeleistungen, die nicht zum notwendigen Lebensunterhalt gehörten, zusammengefasst. Zu ihnen gehörte auch die Hilfeart „Eingliederungshilfe für behinderte Menschen“.

Die Leistungen zum Lebensunterhalt wurden von Anfang an weitgehend pauschaliert. Das BSHG regelte hierzu, dass laufende Leistungen zum Lebensunterhalt als Regelsätze gewährt werden. Ausweislich der amtlichen Begründung wurde das Abweichen von einer individuellen Bemessung aus Gründen der Zweckmäßigkeit zugelassen, da der Bedarf allgemein gleich sei; der Besonderheit des Einzelfalls werde durch die Öffnungsklausel Rechnung getragen. Aber auch außerhalb der Regelsätze wurden seinerzeit pauschale Leistungen gewährt wie beispielsweise die Bekleidungshilfe.

Die Pauschalierung von Leistungen zum Lebensunterhalt fand ihre Fortsetzung in der Experimentierklausel des § 101a BSHG (Siebtes Gesetz zur Änderung des Bundessozialhilfegesetzes im Jahre 1999). Als Folge dieser Erprobung wurden mit dem Gesetz zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch im Jahre 2005 die überwiegenden bis dahin bestehenden einmaligen Leistungen zum Lebensunterhalt pauschaliert und in einer Gesamtpauschale als neue Regelsätze zusammengefasst.

Die Hilfen in besonderen Lebenslagen hoben sich von der Hilfe zum Lebensunterhalt von Anfang an insoweit ab, als die Hilfen nur in bestimmten Lebenssituationen zum Tragen kamen und bei ihnen die Notwendigkeit einer individuellen Gestaltung im Vordergrund stand. Für diese Leistungen und damit auch für die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen war nur der im Einzelfall ermittelte Bedarf maßgebend.

Mit der Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch (SGB XII) im Jahre 2005 hat sich daran nichts geändert. Eine Änderung erfolgte nur insoweit, als die im BSHG erfolgte Zweiteilung der Leistungen in Hilfe zum Lebensunterhalt und Hilfe in besonderen Lebenslagen aufgegeben und die einzelnen Leistungsarten der Hilfe in besonderen Lebenslagen als gleichwertige Leistungen in unterschiedlichen Notlagen nebeneinander gestellt wurden.

Das SGB XII kennt als Leistungsformen Geld-, Sach- und Dienstleistung (§ 10). Geldleistungen haben grundsätzlich Vorrang, soweit das SGB XII selbst nichts anderes bestimmt oder mit Gutscheinen oder Sachleistungen das Ziel der Sozialhilfe erheblich besser oder wirtschaftlicher erreicht werden kann. Der nicht abschließende Leistungskatalog des § 54 SGB XII selbst sieht keine pauschalen Geldleistungen vor, die den Leistungsberechtigten gegenüber zu erbringen sind.

In der heutigen Praxis werden auch Leistungen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen pauschaliert. Hierzu gehört insbesondere die Beförderungspauschale für Menschen, die wegen ihrer Behinderung keine öffentlichen Verkehrsmittel nutzen können. Diese erhalten eine (monatliche) Pauschale als festen Geldbetrag, mit dem sie den Fahrdienst selbst bezahlen können. Die Pauschale Geldleistung soll jetzt für alle einfachen wiederkehrenden Leistungen auf eine ausdrückliche gesetzliche Grundlage gestellt werden.

Von den pauschalen Geldleistungen zu unterscheiden ist die Leistungsform des Persönlichen Budgets, das mit dem SGB IX im Jahre 2001 eingeführt und im Rahmen des Gesetzes zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch durch die Schaffung eines trägerübergreifenden Persönlichen Budgets aufgewertet wurde. Mit ihm wurde ausweislich der Gesetzesbegründung das Ziel verbunden, „kranke, behinderte und pflegebedürftige Menschen stärker als bisher zu unterstützen, ein möglichst selbständiges und selbstbestimmtes Leben führen zu können.“ Anders als die o. g. Pauschalen bestimmen sich Höhe und Umfang der Leistung des Persönlichen Budgets nach dem individuellen Bedarf.

## **Zu Kapitel 1 (Allgemeine Vorschriften)**

### **Zu § 90 (Aufgabe der Eingliederungshilfe)**

Die Regelung enthält eine Weiterentwicklung des geltenden Rechts des SGB XII in § 1 zur Aufgabe der Sozialhilfe allgemein und in § 53 speziell zur Aufgabe der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, die noch veraltet ist und auf den defizitorientierten Behinderungsbegriff abstellt. Die neue Definition der Aufgabe der Eingliederungshilfe erfolgt im Lichte des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK). Sie trägt dem neuen gesellschaftlichen Verständnis nach einer inklusiven Gesellschaft im Lichte der UN-BRK und der möglichst weitgehenden Selbstbestimmung und individuellen Lebensplanung der Menschen mit Behinderungen Rechnung.

Absatz 1 definiert übergreifend die Aufgabe der Eingliederungshilfe. Er orientiert sich an den in Artikel 3 Ziffern a und c formulierten allgemeinen Grundsätzen der UN-BRK, auf welche alle Leistungen auszurichten sind. Dies sind insbesondere „individuelle Autonomie einschließlich der Freiheit, eigene Entscheidungen zu treffen, sowie

die Unabhängigkeit“ und „die volle und wirksame Teilhabe an der Gesellschaft und die Einbeziehung in die Gesellschaft“. Die ebenfalls genannte Achtung der Menschenwürde ist zugleich auch ein verfassungsrechtliches Gebot des Artikel 1 Absatz 1 GG, dem bei der Eingliederungshilfe als unterstem sozialen Netz für Leistungen an Menschen mit Behinderungen höchste Bedeutung zukommt. Der Hinweis auf die inklusive Gesellschaft macht die Sichtweise der UN-BRK deutlich, wonach Menschen mit Behinderungen Teil der Gesellschaft sind und nicht erst einbezogen werden müssen. Eine inhaltliche Änderung der Aufgabe der Eingliederungshilfe ist mit der neuen Definition grundsätzlich nicht verbunden.

Zu den Absätzen 2 bis 5: Die Leistungen der Eingliederungshilfe differenzieren sich in Leistungen zur medizinischen Rehabilitation, den Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, den Leistungen Teilhabe an Bildung und den Leistungen zur Sozialen Teilhabe. Die Absätze 2 bis 5 definieren jeweils die besonderen Aufgaben dieser Leistungen. Die Definitionen greifen inhaltlich im Wesentlichen die bisherigen Aufgaben dieser Leistungen unverändert auf; bei der Teilhabe an Bildung wird die Aufgabe der Eingliederungshilfe erweitert.

Absatz 2 definiert aufbauend auf der allgemeinen Definition der Aufgabe der Eingliederungshilfe die spezielle Aufgabe der medizinischen Rehabilitation. Die Regelung entspricht inhaltlich der bisherigen Definition in § 53 Absatz 3 SGB XII.

Absatz 3 definiert die besondere Aufgabe der Teilhabe am Arbeitsleben. Sie entspricht der bisherigen Aufgabe; siehe auch Begründung zu § 111 Absatz 1.

Absatz 4 definiert die Aufgabe der Sozialen Teilhabe in Anlehnung an das geltende Recht. Aufgabe ist es wie auch im geltenden Recht nach dem SGB XII, eine gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen oder zu erleichtern. Siehe auch Begründung Allgemeiner Teil zu Teil 2.

### **Zu § 91 (Nachrang der Eingliederungshilfe)**

Für die steuerfinanzierten Leistungen der Eingliederungshilfe wird grundsätzlich am Nachrangprinzip festgehalten; das Verhältnis zu den eigenen Verpflichtungen (siehe § 92) und den Verpflichtungen anderer ist deshalb zu regeln.

Zu Absatz 1: Die Regelung übernimmt inhaltlich den Gedanken des § 2 Absatz 1 SGB XII, soweit er nicht der neuen Regelung des § 92 unterfällt. In Konkretisierung des Nachrangprinzips können Leistungen nicht gewährt werden, wenn die leistungsberechtigte Person die erforderliche Leistung von anderen oder von Trägern anderer Sozialleistungen erhält.

Zu Absatz 2: Die Sätze 1 und 2 übertragen inhaltsgleich die Regelung des bisherigen § 2 Absatz 2 SGB XII. Satz 2 konkretisiert zusätzlich den Nachrang der Leistungen der Eingliederungshilfe in Bezug auf die gesetzlichen Verpflichtungen der vorrangigen Sozialleistungssysteme. Die Konkretisierung in Bezug auf andere Stellen trägt Artikel 4 Absatz 2 der UN-BRK Rechnung, wonach alle staatlichen Ebenen gefordert sind, in ihrem Verantwortungsbereich die Verwirklichung der Rechte für Menschen mit Behinderungen zu gewährleisten und zu fördern. Neben den aufgezählten Konkretisierungen kommen aber weitere Verpflichtungen anderer in Betracht wie beispielsweise Versicherungsleistungen auf Grund vertraglicher Verpflichtungen.

Zu Absatz 3: Durch die Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs ist vermehrt mit Abgrenzungsfragen zwischen den Leistungen der Eingliederungshilfe und den Leistungen der Pflegeversicherung bzw. Hilfe zur Pflege zu rechnen. Das Verhältnis von Leistungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen und Leistungen der Pflegeversicherung nach dem Elften Buch sowie Leistungen der Hilfe zur Pflege nach dem SGB XII oder dem Bundesversorgungsgesetz wird mit Absatz 3 geregelt. Ziel der Neuregelung ist, eine möglichst klare Abgrenzung zwischen den Leistungen der Eingliederungshilfe und den Leistungen der Pflege zu treffen, um damit die Handhabung der Vorschrift für die Praxis zu erleichtern und ihren Inhalt für die Betroffenen besser verständlich darzustellen. Darüber hinaus werden die bislang bestehenden grundsätzlichen Leistungsverpflichtungen nach den jeweils einschlägigen Rechtsvorschriften der Pflegeversicherung, der Hilfe zur Pflege und der Eingliederungshilfe nicht verändert.

Schnittstellen zwischen den Leistungen der Eingliederungshilfe und den Leistungen der Pflege werden sich künftig vor allem bei den pflegerischen Betreuungsmaßnahmen im häuslichen Umfeld ergeben. Geregelt wird daher, dass die Leistungen der Pflege gegenüber den Leistungen der Eingliederungshilfe im häuslichen Umfeld im Sinne von § 36 SGB XI grundsätzlich vorrangig sind, es sei denn, bei der Leistungserbringung steht die Erfüllung der Aufgaben der Eingliederungshilfe im Vordergrund.

Demgemäß ist zunächst danach abzugrenzen, ob eine zu erbringende Leistung dem häuslichen oder dem außerhäuslichen Umfeld zuzuordnen ist. Ist die Leistungserbringung dem häuslichen Umfeld im Sinne des § 36 SGB XI zuzuordnen, gilt für diese Leistungserbringung grundsätzlich der Vorrang der Pflege, wenn bei der Maßnahme nicht die Eingliederungshilfe im Vordergrund steht. Das bedeutet für das häusliche Umfeld im Sinne des § 36 SGB XI, dass die Leistungen, deren Zweck vor allem in der pflegerischen Versorgung im Sinne des SGB XI, SGB XII oder BVG besteht, in die Leistungssphäre der Pflege fallen und mit den hierfür zur Verfügung stehenden ambulanten Leistungsarten abgedeckt werden.

Bei Leistungen im häuslichen Umfeld, die grundsätzlich im engen sachlichen und zeitlichen Zusammenhang mit der Erfüllung von Aufgaben der Eingliederungshilfe stehen, sind diese abweichend vom Grundsatz des Vorrangs der Pflege insgesamt der Eingliederungshilfe zuzuordnen. Dies gilt insbesondere auch, wenn eine Maßnahme integraler Bestandteil von Leistungen der Eingliederungshilfe ist oder in unmittelbarem Zusammenhang damit steht, diese im Interesse der Betroffenen sachgerecht erbringen zu können. Davon ist auch auszugehen, wenn die Leistung der Eingliederungshilfe schwerpunktmäßig außerhalb des häuslichen Umfelds angesiedelt ist, aber in das häusliche Umfeld hineinreicht (wie etwa bei der Unterstützung bei einem Toilettengang, wenn der Betroffene zum Freizeitausflug von zu Hause abgeholt wird). Des Weiteren kann auch die jeweilige fachliche Qualifikation, die benötigt wird, um die jeweilige Leistung sachgerecht erbringen zu können, ein wichtiges Zuordnungskriterium sein. Sind für die Leistungserbringung vor allem pflegfachliche Kenntnisse erforderlich, so ist diese in der Regel der Leistungssphäre der Pflege zuzuordnen. Sind hingegen teilhabeorientierte Fachkenntnisse, beispielsweise pädagogische oder psychosoziale Kenntnisse erforderlich, ist die Leistungserbringung in der Regel der Sphäre der Eingliederungshilfe zuzuordnen.

Insgesamt soll damit vermieden werden, dass einheitliche Lebenszusammenhänge zerrissen werden. Folge der Regelung soll nicht sein, dass eine bisher praktizierte einheitliche Leistungserbringung durch einen hierfür qualifizierten Leistungserbringer in Zukunft in mehrere Bestandteile aufgesplittet wird, für die die Pflegebedürftigen dann unterschiedliche Leistungserbringer aus unterschiedlichen Leistungssystemen heranziehen müssten. Im Interesse der Betroffenen verbleibt es daher auch in Zukunft insoweit weiterhin bei einem Leistungsbezug „aus einer Hand“. Notwendige Bedarfe der Leistungsberechtigten werden gedeckt.

Zugleich werden – wie bisher – Leistungen, bei denen die Aufgaben der Eingliederungshilfe im Vordergrund stehen, ohne dass auch ein sachlicher Zusammenhang mit einer pflegerischen Versorgung im Sinne des SGB XI oder der Hilfe zur Pflege im Sinne des SGB XII besteht, von der Eingliederungshilfe auch im häuslichen Umfeld weiterhin ungeschmälert erbracht.

Außerhalb des häuslichen Umfelds gehen die Leistungen der Eingliederungshilfe den in Satz 1 genannten Leistungen der Pflegeversicherung bzw. Hilfe zur Pflege vor. Dies betrifft zum einen Leistungen, die außerhalb der häuslichen Umgebung im Sinne des § 36 SGB XI erbracht werden, beispielsweise bei Ausflügen zu Freizeiten oder die Begleitung zu Behördengängen. Zum anderen betrifft dies auch Leistungen in Einrichtungen und Räumlichkeiten im Sinne des § 71 Absatz 4 SGB XI.

Von einer Leistungserbringung innerhalb des „häuslichen Umfelds im Sinne des § 36 SGB XI“ wird in jedem Fall auszugehen sein, soweit ein enger räumlicher Bezug zur Wohnung der Pflegebedürftigen bzw. dem Haushalt, in dem die Pflegebedürftigen in der Regel gepflegt werden, besteht. Von einem Bezug zum häuslichen Umfeld ist auch in den Fällen auszugehen, in denen die Unterstützung in engem sachlichem Bezug zur Bewältigung und Gestaltung des alltäglichen Lebens im Haushalt und dessen räumlichen Umfeld steht und darauf ausgerichtet ist, die körperlichen, geistigen oder seelischen Kräfte der Pflegebedürftigen wiederzugewinnen oder zu erhalten. Keinen solchen Bezug hingegen weisen typischerweise Leistungen auf, die zur Unterstützung beim Besuch von Kindergärten oder Schule, bei der Ausbildung, Berufstätigkeit oder sonstigen Teilhabe am Arbeitsleben, bei der Wahrnehmung von Ämtern oder der Mitarbeit in Institutionen oder in vergleichbaren Bereichen dienen.

Absatz 3 entspricht inhaltsgleich den im Dritten Pflegestärkungsgesetz (PSG III) vorgesehenen Regelungen des § 13 Absatz 3 Satz 3 und 4 SGB XI-E, mit dem der Vorrang bzw. Nachrang zwischen den Leistungen der Pflegeversicherung nach dem Elften Buch und den Leistungen der Eingliederungshilfe geregelt wird, und des § 63b Absatz 1 Satz 1 und 2 SGB XII-E, mit dem der Vorrang bzw. Nachrang zwischen den Leistungen der Hilfe zur Pflege nach dem Siebten Kapitel des Zwölften Buches und den Leistungen der Eingliederungshilfe geregelt wird.

**Zu § 92 (Beitrag)**

Die Leistungen der Eingliederungshilfe sehen neben der Nachrangregelung in § 91 ferner vor, dass im Rahmen der finanziellen Leistungsfähigkeit auch der Leistungsberechtigte einen eigenen Beitrag zu den steuerfinanzierten Leistungen beizutragen hat. Die bisherigen sozialhilferechtlichen Regelungen zum Einkommens- und Vermögenseinsatz werden durch ein neues System ersetzt. Nun wird die finanzielle Inanspruchnahme losgelöst von dem bisherigen fürsorgerechtlichen System geregelt. Anstelle des bisherigen Einsatzes des Einkommens über der Einkommensgrenze ist nun ein Beitrag aufzubringen. Dieser Beitrag richtet sich nur nach der finanziellen Situation des Leistungsberechtigten. Das Nähere dazu wird in den §§ 135 ff. geregelt.

**Zu § 93 (Verhältnis zu anderen Rechtsbereichen)**

Zu Absatz 1: Die Vorschrift regelt das Verhältnis zu den Leistungen zum Lebensunterhalt.

Zu Absatz 2: Mit Inkrafttreten der Eingliederungshilfe -neu- im SGB IX einerseits und einer Regelung der Leistungen für die Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten, die Altenhilfe und die Blindenhilfe andererseits in zwei unterschiedlichen Sozialgesetzbüchern ist es erforderlich, dieses Nebeneinander der Leistungsarten der Sozialhilfe zur Eingliederungshilfe -neu- klarzustellen. Da es bei den Leistungen keine Überschneidungen zwischen den Hilfen nach dem 2. Teil des Neunten Buches und dem Zwölften Buch gibt, ist eine Regelung des Vor-/Nachrangverhältnisses nicht erforderlich. Es sind weiterhin für Personen, bei denen besondere Lebensverhältnisse mit sozialen Schwierigkeiten verbunden sind, Leistungen nach dem Achten Kapitel des Zwölften Buches zu gewähren. Ebenso ist alten Menschen in bisherigem Umfang Altenhilfe zu gewähren. Auch künftig sind blinde Menschen im Sinne der Eingliederungshilfe -neu- wesentlich behindert bzw. erheblich teilhabeeingeschränkt und haben aus diesem Grunde neben der Eingliederungshilfe nach Maßgabe der Vorschriften des Teils 2 des SGB IX zusätzlich einen Anspruch auf Leistungen der Blindenhilfe nach § 72 SGB XII.

Zu Absatz 3: Die Regelung übernimmt inhaltsgleich die Regelung des § 53 Absatz 2 SGB XII.

**Zu § 94 (Aufgaben der Länder)**

Die mit der Reform der Eingliederungshilfe intendierte Umsetzung konsequenter Personenzentrierung und dem damit einhergehenden Wegfall der Charakterisierung von ambulanten, teilstationären und stationären Leistungen der Eingliederungshilfe erfordert eine neue Gewichtung der Aufgaben der Länder und Träger der Eingliederungshilfe. Den individuellen Rechtsansprüchen der Leistungsberechtigten ist Rechnung zu tragen. Länder und Träger müssen die Erbringung bedarfsdeckender Leistungen sicherstellen und dafür die strukturellen Voraussetzungen schaffen.

Zu Absatz 1: Mit der Herauslösung des Rechts der Eingliederungshilfe aus dem Zwölften Buch sind künftig nicht mehr die Träger der Sozialhilfe für die Eingliederungshilfe zuständig. Die Bestimmung der zuständigen Träger der Eingliederungshilfe obliegt den Ländern. Im Unterschied zu den Regelungen des Zwölften Buches darf aufgrund des zwischenzeitlich neu gefassten Artikels 84 Absatz 1 Satz 6 GG keine Festlegung der Träger auf Landesebene erfolgen. Darüber hinaus bestimmt Artikel 84 Absatz 1 Satz 7 GG, dass durch Bundesgesetze Gemeinden und Gemeindeverbänden keine Aufgaben übertragen werden dürfen. Vielmehr haben die Länder in eigener Verantwortung für ihren Zuständigkeitsbereich festzulegen, wer die Aufgaben des Trägers der Eingliederungshilfe wahrzunehmen hat. Durch Satz 2 wird sichergestellt, dass bis zum Zeitpunkt des Umsetzens der Regelung des Satzes 1 die Zuständigkeit rechtssicher geregelt ist.

Zu Absatz 2: Aufgabe der Länder ist es, im Rahmen der Bestimmung des Trägers der Eingliederungshilfe sicherzustellen, dass nur solche Träger bestimmt werden, die aufgrund ihrer Leistungsfähigkeit dazu geeignet sind, die vielfältigen Aufgaben der Eingliederungshilfe zu erfüllen. Soweit das Landesrecht mehrere Träger der Eingliederungshilfe bestimmt, sind die obersten Landessozialbehörden zur Unterstützung der Träger verpflichtet. Satz 2 greift damit die Vorschrift des § 7 Satz 2 SGB XII auf, die anlässlich der Überführung des Sozialhilferechts neu aufgenommen wurde. Damit wurde die bereits bestehende Praxis der obersten Landessozialbehörden, die Träger der Sozialhilfe bei der Durchführung ihrer Aufgaben zu unterstützen, gesetzlich verankert. Diese Verpflichtung hat sich ungeachtet ihrer unterschiedlichen Umsetzung in den Ländern bewährt. Mit Satz 3 wird die Unterstützungsaufgabe der obersten Landessozialbehörden konkretisiert. Soweit die Länder mehrere Träger der Eingliederungshilfe bestimmt haben, wird ein Schwerpunkt der Unterstützungstätigkeiten in der Förderung des Erfahrungsaustausches zwischen den Trägern der Eingliederungshilfe bestehen. Es ist davon auszugehen, dass die zuständigen Träger der Eingliederungshilfe nicht deckungsgleich ihren Aufgaben nachkommen werden. Potentiale zur



weiteren und kontinuierlichen Verbesserung der zielgerichteten Leistungserbringung bietet dabei insbesondere die Kenntnis, wie andere Träger ihre Aufgaben bewältigen. Darüber hinaus werden die obersten Landessozialbehörden im Rahmen ihrer Unterstützungsaufgaben den Fragen der Sicherung der Qualität und Wirksamkeit der Leistungen eine zentrale Bedeutung zukommen lassen.

Zu Absatz 3: Länder und Träger haben bedarfsdeckende Leistungen zu erbringen. Sie müssen flexibel auf die im Rahmen der Einzelfallsteuerung gewonnenen Erkenntnisse reagieren können und zeitnah das individuell erforderliche Angebot bereithalten. Um dem Rechnung zu tragen und künftig die Fachleistungen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Ressourcen effektiv und effizient zur Verbesserung der Situation behinderter Menschen erbringen zu können, ist die Planung und Steuerung der Leistungen der Eingliederungshilfe erforderlich. Angebote müssen flächen- und bedarfsdeckend zur Verfügung stehen und dabei am Sozialraum orientiert und inklusiv ausgerichtet sein. Die Länder werden durch Absatz 3 verpflichtet, auf entsprechende Angebote von Leistungsanbietern hinzuwirken. Darüber hinaus haben sie die Träger der Eingliederungshilfe bei der Umsetzung ihres Sicherstellungsauftrags gemäß § 95 zu unterstützen.

Zu Absatz 4: Über den Erfahrungsaustausch zwischen den Trägern der Eingliederungshilfe in den einzelnen Ländern hinaus sind zur Förderung und Weiterentwicklung der Strukturen der Eingliederungshilfe in Arbeitsgemeinschaften auch die Leistungserbringer sowie Vertreter der Verbände für Menschen mit Behinderungen zu beteiligen. Den Landesregierungen wird durch Satz 3 das Recht eingeräumt, durch Rechtsverordnung das Nähere über die Zusammensetzung der Arbeitsgemeinschaften und das Verfahren zu bestimmen.

Zu Absatz 5: Ausgehend von der Erkenntnis, dass sich die Ausgangssituationen nicht nur in den Ländern selbst sondern darüber hinaus auch zwischen den Ländern unterscheiden und die Eingliederungshilfereform insbesondere in der ersten Phase der Umsetzung des neuen Rechts eine erhebliche Umstellungssituation darstellt, ist eine länderübergreifende Evidenzbeobachtung sowie ein länderübergreifender Erfahrungsaustausch unter fachlichen wie finanziellen Gesichtspunkten sinnvoll, um eine weitgehend bundeseinheitliche Umsetzung des Rechts der Eingliederungshilfe zu erreichen.

Insbesondere betrifft dies die Wirkung und Qualifizierung der Steuerungsinstrumente wie beispielsweise das Vertragsrecht (Ziffer 1), die Wirkungen der neuen Leistungen und Leistungsstrukturen wie beispielsweise die Soziale Teilhabe (Ziffer 2), die Umsetzung des Wunsch- und Wahlrechtes der Leistungsberechtigten in der Praxis (Ziffer 3), die Wirkungen und Qualifizierung der Teilhabe- und Gesamtplanung (Ziffer 4) sowie die Auswirkungen der neuen Regelungen zum Einsatz von Einkommen und Vermögen (Ziffer 5). Da der leistungsberechtigte Personenkreis neu definiert wurde, bedarf dies in besonderer Weise der Beobachtung (Ziffer 2).

Möglichen Umsetzungsproblemen und nicht intendierten Entwicklungen kann so frühzeitig entgegengewirkt werden. Im Rahmen der Evidenzbeobachtung und des Erfahrungsaustausches ist es von zentraler Bedeutung, die genannten Diskussionsgegenstände nicht nur separat für sich zu betrachten, sondern insbesondere auch die Wirkungszusammenhänge aller Reformmaßnahmen und deren Wechselwirkungen mit in den Blick zu nehmen und zusammenzuführen.

Vor diesem Hintergrund wird der Bund mit dem vollständigen Inkrafttreten des Eingliederungshilferechts ausgewählte Träger der Eingliederungshilfe zunächst einmal in den ersten fünf Jahren ab vollständigem Inkrafttreten der Regelungen bei der Umsetzung der Neuregelungen unterstützen.

Sowohl die Verbände der Leistungserbringer als auch die Verbände für Menschen mit Behinderungen können in die Evidenzbeobachtung und den Erfahrungsaustausch hinzugezogen werden.

### **Zu § 95 (Sicherstellungsauftrag)**

Bereits nach § 17 Absatz 1 Nummer 2 SGB I sind die Leistungsträger verpflichtet, darauf hinzuwirken, dass die zur Ausführung der Sozialleistungen erforderlichen sozialen Dienste und Einrichtungen rechtzeitig und ausreichend zur Verfügung stehen. § 95 greift diese Verpflichtung auf und normiert die Verpflichtung des Trägers der Eingliederungshilfe zur Sicherstellung eines (bedarfsgerechten) personenzentrierten Leistungsangebots. Die Vorschrift korrespondiert mit den sich aus § 94 ergebenden Aufgaben der Länder zur Unterstützung der Leistungsträger bei der Umsetzung des Sicherstellungsauftrags. Dabei sind die Erkenntnisse der Strukturplanung (vgl. § 94 Absatz 5) zu berücksichtigen. Der Sicherstellungsauftrag wird grundsätzlich durch den Abschluss von Vereinbarungen mit den Leistungsanbietern nach den Vorschriften des Kapitels 8 erfüllt. Es handelt sich beim Sicherstellungsauftrag um eine objektiv-rechtliche Pflicht des Leistungsträgers, deren Nichtbeachtung keinen subjektiven

klagbaren Anspruch des Einzelnen auslöst; vielmehr ist der Leistungsträger durch die Rechtsaufsicht zur Erfüllung seiner gesetzlichen Pflicht anzuhalten.

Allerdings greift die Verpflichtung des Trägers der Eingliederungshilfe nur insoweit, als dieses Buch nichts Abweichendes bestimmt. Dies ist in Bezug auf Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben der Fall, soweit Berechtigte Leistungen bei einem anderen Leistungsanbieter (§ 60) oder im Rahmen eines Budgets für Arbeit (§ 61) in Anspruch nehmen möchten. Eine Verpflichtung des Trägers der Eingliederungshilfe, Leistungen zur Beschäftigung bei einem anderen Leistungsanbieter oder bei einem privaten oder öffentlichen Arbeitgeber (mittels eines Budgets für Arbeit) zu ermöglichen, besteht nicht, auch wenn dies in letzter Konsequenz dazu führen kann, dass sich der Wunsch Leistungsberechtigter nach einer Beschäftigung außerhalb einer anerkannten Werkstatt für behinderte Menschen nicht erfüllt.“

### **Zu § 96 (Zusammenarbeit)**

Zu Absatz 1: Die Leistungen der Eingliederungshilfe können nur dann den gewünschten Erfolg bei den Leistungsberechtigten erzielen, wenn alle Stellen, deren gesetzliche Aufgaben dem gleichen Ziel dienen, zusammenarbeiten. Die Regelung verpflichtet die Träger der Eingliederungshilfe in Anlehnung an den bisherigen § 4 Absatz 1 Satz 2 SGB XII allgemein zur Zusammenarbeit mit den Leistungsanbietern und anderen Stellen, deren Aufgabe die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen betrifft.

Andere Stellen im Sinne von Satz 1 sind insbesondere die Träger von Leistungen nach dem Zweiten, Achten, Neunten und Elften Buch, andere Träger von Sozialleistungen, die Kirchen und Religionsgesellschaften des öffentlichen Rechts sowie Verbände, insbesondere der freien Wohlfahrtspflege und der Interessenvertretungen von Menschen mit Behinderungen. Die Zusammenarbeit mit den Trägern von Leistungen nach dem Achten Buch umfasst auch einen regelmäßigen Informationsaustausch zur effektiven Unterstützung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen.

Absatz 2 hebt die Stellung der Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie der Verbände der freien Wohlfahrtspflege als Träger eigener sozialer Aufgaben hervor. Die Vorschrift übernimmt damit aus dem bisherigen Fürsorgerecht einen bewährten Grundsatz, dessen Ursprünge in das Jahr 1924 zurückgehen, als der Grundsatz in § 5 der Verordnung über die Fürsorgepflicht geregelt wurde und im Wesentlichen inhaltsgleich von den Nachfolgeregelungen in § 10 BSHG sowie § 5 SGB XII übernommen worden ist.

Absatz 3 normiert für die Träger der Eingliederungshilfe den bisher für die Träger der Sozialhilfe in § 4 Absatz 2 SGB XII enthaltenen inhaltsgleichen Auftrag zur Bildung von Arbeitsgemeinschaften, soweit dies zur Beratung und Sicherung der gleichmäßigen, gemeinsamen oder ergänzenden Erbringung von Leistungen geboten ist. Die Aufgaben der Arbeitsgemeinschaften gehen somit über die Bearbeitung eines konkreten Einzelfalls hinaus. Arbeitsgemeinschaften können sowohl auf Bundes- als auch auf Landes- oder Kommunalebene eingerichtet werden. Da die Bildung von Arbeitsgemeinschaften und deren Zusammensetzung sich weitgehend nach den Bedürfnissen der Praxis richten, ist von einer weitergehenden Regelung abgesehen worden.

Zu Absatz 4: Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass im Rahmen der Zusammenarbeit personenbezogene Daten erhoben, verarbeitet oder genutzt werden. Absatz 4 bestimmt daher zur Sicherstellung des Sozialdatenschutzes, dass Sozialdaten im Rahmen der Zusammenarbeit nur erhoben, verarbeitet oder genutzt werden dürfen, soweit dies zur Aufgabenerfüllung erforderlich ist oder durch Rechtsvorschriften des Sozialgesetzbuches angeordnet oder erlaubt ist. Die Zulässigkeit der Erhebung, Verarbeitung und Nutzung von Sozialdaten soll aber nicht lediglich von der Erforderlichkeit der Aufgabenerfüllung abhängig sein, sondern es soll auch sichergestellt werden, dass datenschutzrechtliche Mindeststandards zu beachten sind. Dem tragen die Sätze 2 und 3 Rechnung. Dies steht auch im Einklang mit der Intention des Gesetzentwurfs, die Selbstbestimmung der Menschen mit Behinderungen zu stärken und ihnen Mitwirkungsrechte einzuräumen.

### **Zu § 97 (Fachkräfte)**

Die für das Recht der Sozialhilfe geltende Vorschrift des § 6 SGB XII ist im Rahmen der Reform der Eingliederungshilfe umfassend weiterzuentwickeln. Die Ziele der Eingliederungshilfe lassen sich in der Praxis nur verwirklichen, wenn geeignete Fachkräfte in ausreichender Zahl hierfür eingesetzt werden. Die personenzentrierte Ausgestaltung der Leistungen der Eingliederungshilfe setzt eine umfassende Qualifikation der Mitarbeiter des Leistungsträgers sowie deren genaue Kenntnis des regionalen Sozialraums voraus. Vor diesem Hintergrund haben

die Leistungsträger Fachkräfte aus unterschiedlichen Fachdisziplinen zu beschäftigen. Das neue Bedarfsermittlungs- und -feststellungsverfahren wird je nach Leistungsträger die Akquise von zusätzlichem Personal und deren weitere Qualifizierung erfordern.

Es ist davon auszugehen, dass der Einsatz entsprechend qualifizierter Mitarbeiter, die auch über Kenntnisse der UN-BRK verfügen, dazu beitragen wird, dass die Leistungen der Eingliederungshilfe zum Wohle des Leistungsberechtigten zielgenau und effektiv erbracht werden. Je qualifizierter die Mitarbeiter der Leistungsträger sind, desto zielgenauer können Leistungen erbracht werden. Eine zielgerichtete Leistungserbringung ist nicht nur für die Leistungsberechtigten vom besonderen Interesse, sondern wird darüber hinaus auch auf Dauer einen Beitrag zur Kostendämpfung leisten können. Soweit die Mitarbeiter des Leistungsträgers bei Einführung des Teils 2 noch nicht über die erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten verfügen, ist ihnen Gelegenheit zur Fortbildung zu geben.

Die Regelung in Satz 4 folgt den gestiegenen Anforderungen an die Fachkräfte. Entsprechend der besonderen Bedeutung der Beratung und Unterstützung gemäß § 106 sowie der Gesamtplanung gemäß Kapitel 7 sollen die Fachkräfte insbesondere in diesen beiden Bereichen fortgebildet werden.

### **Zu § 98 (Örtliche Zuständigkeit)**

Da die Länder im Rahmen ihrer Kompetenz nur Regelungen treffen können, die Geltung für den Bereich des jeweiligen Landes beanspruchen, jedoch länderübergreifende Fallkonstellationen möglich sind, bedarf es einer bundesgesetzlichen Regelung der örtlichen Zuständigkeit.

Die Regelungen entsprechen den bisherigen Regelungen des § 98 SGB XII. Darüber hinaus enthält Absatz 6 eine Übergangsregelung.

### **Zu Kapitel 2 (Grundsätze der Leistungen)**

#### **Zu § 99 (Leistungsberechtigter Personenkreis)**

Die Vorschrift definiert den leistungsberechtigten Personenkreis der besonderen Leistungen zur selbstbestimmten Lebensführung für Menschen mit Behinderungen. Wie auch im geltenden Recht in § 53 SGB XII erfolgt eine Anknüpfung an die (Grund-)Definition des Behinderungsbegriffs in § 2. In Abweichung von diesem „übergeordneten“ Behinderungsbegriff im Teil 1 erfolgt für den leistungsberechtigten Personenkreis des Teils 2 wie auch für die anderen Leistungs- und Rehabilitationsbereiche eine Spezifizierung als Zugangsvoraussetzung.

Seit dem Inkrafttreten des BSHG im Jahre 1962 ist der Personenkreis, der Leistungen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen erhält, weitgehend unverändert geblieben. Der Behinderungsbegriff des BSHG wurde im Jahre 2001 mit einem Verweis auf § 2 SGB IX angepasst. Dieser Behinderungsbegriff wurde im Jahre 2005 in das das BSHG ablösende SGB XII inhaltsgleich übernommen (§ 53). Danach sind Personen leistungsberechtigt, wenn sie infolge einer gesundheitlichen Störung im Sinne von § 2 SGB IX wesentlich in ihrer Fähigkeit, an der Gesellschaft teilzuhaben, eingeschränkt sind oder dies einzutreten droht. In der Eingliederungshilfe muss für einen Rechtsanspruch das Merkmal einer wesentlichen Behinderung („Wesentlichkeit“) als Zugangsvoraussetzung vorliegen. Die Eingliederungshilfe-Verordnung in der derzeit geltenden Fassung konkretisiert dies für bestimmte Personenkreise. Danach gelten bestimmte Gruppen körperlich (einschließlich der Sinne), geistig, seelisch behinderter Menschen kraft Gesetzes als wesentlich behindert; die wesentliche Behinderung bei anderen Personenkreisen ist durch Prüfung im Einzelfall festzustellen.

Der geltende Behinderungsbegriff für die Eingliederungshilfe mit dem Merkmal der Wesentlichkeit ist veraltet und weitgehend defizitorientiert; er definiert sich u. a. über die Abweichung der individuellen Funktion, Fähigkeit oder Gesundheit vom für das Lebensalter eines Menschen typischen, als normal angesehenen Zustand. Er bezieht nur unzulänglich gesellschaftliche Veränderungen sowie das gewandelte Rollenverständnis von Menschen mit Behinderungen ein. Auch ist die Anwendung in der Praxis nicht immer einheitlich.

Mit der im Jahre 2009 in Deutschland in Kraft getretenen UN-BRK wird der Begriff der Behinderung zwar nicht definiert, aber das neue Verständnis von Behinderung in Artikel 1 als Ausgangspunkt dargelegt. Danach zählen zu den Menschen mit Behinderungen Menschen, die langfristige körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, welche sie in Wechselwirkung mit verschiedenen Barrieren an der vollen wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft hindern können.

Für die reformierte Eingliederungshilfe wird der leistungsberechtigte Personenkreis vor diesem Hintergrund neu definiert.

Mit der Neuregelung wird der leistungsberechtigte Personenkreis nicht ausgeweitet und nicht eingeschränkt. Um zu gewährleisten, dass diese Zielstellung auch erreicht wird, ist hierzu eine Evidenzbeobachtung vorgesehen (§ 94 Absatz 5).

Die neue eingrenzende Definition steht im Einklang mit der UN-BRK. Mit ihr wird der Wechselwirkung von individueller Beeinträchtigung und von der Gesellschaft geschaffenen Barrieren ebenso Rechnung getragen wie der ICF als Klassifikationssystem, das die Aktivitäts- und Teilhabeinschränkung sowie Kontextfaktoren als Beschreibung einer Behinderung berücksichtigt. Die neue Definition setzt in Abkehr von der bisherigen Defizitorientierung an den Ressourcen der Menschen mit Behinderungen an.

Mit der Regelung in Absatz 1 wird eine eindeutige Bestimmung des Begriffs „Behinderung“ für die Eingliederungshilfe vorgenommen. Diese geht von der neuen Grunddefinition des Behinderungsbegriffs in Teil 1 aus, die dem Verständnis der UN-BRK von Behinderung Rechnung trägt. Danach ist erforderlich, dass eine langfristige körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigung vorliegt, welche die Menschen in Wechselwirkung mit einstellungs- und umweltbedingten Barrieren an der gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft hindern können. Eine Beeinträchtigung liegt vor, wenn der Körper- oder Gesundheitszustand von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweicht. Langfristig ist nach der Grunddefinition eine Beeinträchtigung, die mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate andauert.

Um den derzeitigen Behinderungsbegriff in der neuen Definition abzubilden, bedarf es auch der Einbeziehung der medizinischen Befunde und Diagnosen. Dies sind in Orientierung an der ICF die Schädigungen von Körperfunktionen und -strukturen. Körperfunktionen sind die physiologischen Funktionen von Körpersystemen wie insbesondere der geistige und seelische Bereich. Körperstrukturen sind die anatomischen Teile des Körpers wie Organe, Gliedmaßen und ihre Bestandteile. Die ICF ergänzt als Teil der von der WHO entwickelten „Familie“ von Klassifikationen die ICD und setzt voraus, dass eine Krankheit oder andere gesundheitliche Störung im Sinne ICD vorliegt. Die nach der UN-BRK geforderte körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigung steht daher im Kontext mit der von der ICF geforderten Schädigung der Körperfunktionen und -strukturen. Dies entspricht auch der bisherigen Praxis, die bereits jetzt Aspekte aus der ICF mit den Kriterien aus der UN-BRK verbindet.

Wie im geltenden Recht soll auch künftig für die Eingliederungshilfe maßgeblich sein, dass die Menschen mit Behinderungen in ihrer Fähigkeit zur Teilhabe an der Gesellschaft eingeschränkt sind.

Die Definition des leistungsberechtigten Personenkreises muss darüber hinaus auch das bisherige Merkmal der „Wesentlichkeit“ aufgreifen. Dem wird dadurch Rechnung getragen, dass die Teilhabe an der Gesellschaft in erheblichem Maße eingeschränkt sein muss. Diese manifestiert sich in der Notwendigkeit personeller oder technischer Unterstützung in an der ICF orientierten Lebensbereichen; sie wird als erhebliche Teilhabeinschränkung legal definiert.

Es ist möglich, dass Aktivitäten noch selbständig, dass sie nur mit personeller oder technischer Unterstützung oder dass sie überhaupt nicht mehr ausgeführt werden können. Ein generelles Ansetzen an der Schwelle, dass alle Aktivitäten überhaupt nicht mehr durchgeführt werden können, ist zu hoch. Sie würde den leistungsberechtigten Personenkreis entgegen der Zielsetzung des Gesetzgebers deutlich einschränken. Deshalb wird auf die Notwendigkeit personeller oder technischer Unterstützung abgestellt, die in gewissem Umfang bei Aktivitäten erforderlich sein muss. Um dem Tatbestandsmerkmal „erhebliches Maß“ Rechnung zu tragen sieht der Gesetzgeber in quantitativer Hinsicht die Notwendigkeit, dass die personelle oder technische Unterstützung mindestens in der Hälfte der Lebensbereiche notwendig ist.

Ein alleiniges Abstellen auf die Notwendigkeit von personeller oder technischer Unterstützung in mindestens fünf Lebensbereichen würde jedoch diejenigen Menschen mit körperlichen, seelischen, geistigen oder Sinnesbeeinträchtigungen benachteiligen, denen trotz personeller oder technischer Unterstützung die Ausführung von Aktivitäten in weniger als der Hälfte der Lebensbereiche nicht möglich ist. Um dem Rechnung zu tragen liegt auch dann eine erhebliche Einschränkung der Fähigkeit zur Teilhabe vor, wenn die Ausführung von Aktivitäten in mindestens drei Lebensbereichen überhaupt nicht mehr möglich ist.

Um sicherzustellen, dass der bisher leistungsberechtigte Personenkreis nicht eingeschränkt wird und keine Lücke entsteht, regelt Satz 4, dass Leistungen der Eingliederungshilfe gewährt werden können, wenn die in Satz 2 geregelten Voraussetzungen nicht vorliegen. Damit steht die Leistungsgewährung im pflichtgemäßen Ermessen des Trägers der Eingliederungshilfe, wenn die Ausführung von Aktivitäten in weniger als fünf Lebensbereichen nicht ohne personelle oder technische Unterstützung oder in weniger als drei Lebensbereichen überhaupt nicht möglich, im Einzelfall aber ein ähnlichem Ausmaß an personeller oder technischer Unterstützung zur Ausführung von Aktivitäten notwendig ist.

Welche Lebensbereiche im Zusammenhang mit der Ausführung von Aktivitäten zu berücksichtigen sind, regelt Absatz 2. Vor dem Hintergrund der Personenzentrierung sollen die Menschen mit allen Lebensbereichen, die ihnen wichtig sind, ganzheitlich in den Blick genommen werden. Um diesem Ansatz gerecht zu werden, werden diejenigen Lebensbereiche geregelt, die auch die ICF als Maßstab für die Beurteilung der Teilhabemöglichkeiten zu Grunde legt. Diese sollen in ihrer Gesamtheit bei der Beurteilung der erheblichen Teilhabebeeinträchtigung eine Rolle spielen. Welche konkreten Aktivitäten der Lebensbereiche eine Rolle spielen und in welcher Art und Weise die einzelnen Lebensbereiche für die Beurteilung der Erheblichkeit der Teilhabebeeinträchtigung zu berücksichtigen sind, wird durch Rechtsverordnung konkretisiert.

Mit dieser Regelung wird auch die heutige Praxis abgebildet, die den Begriff der „Wesentlichkeit“ bereits entsprechend auslegt und operationalisiert. Grundlage für diese Vorgehensweise der Praxis ist die Orientierungshilfe der Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe (BAGüS) „für die Feststellungen der Träger der Sozialhilfe zur Ermittlung der Leistungsvoraussetzungen nach dem SGB XII i. V. m. der Eingliederungshilfe-Verordnung (EHVO)“ vom 24. November 2009.

Mit der Neuregelung wird der leistungsberechtigte Personenkreis nicht ausgeweitet und nicht eingeschränkt. Die neue eingrenzende Definition steht im Einklang mit der UN-BRK. Mit ihr wird der Wechselwirkung von individueller Beeinträchtigung und von der Gesellschaft geschaffenen Barrieren ebenso Rechnung getragen wie der ICF als Klassifikationssystem, das die Aktivitäts- und Teilhabebeeinträchtigung sowie Kontextfaktoren als Beschreibung einer Behinderung berücksichtigt. Die neue Definition setzt in Abkehr von der bisherigen Defizitorientierung an den Ressourcen der Menschen mit Behinderungen an.

Die Definition leistet auch dem verfassungsrechtlich gebotenen Bestimmtheitsgrundsatz genüge, um Rechtssicherheit und Rechtsklarheit zu schaffen und Justiziabilität zu gewährleisten.

Zu Absatz 3: Konkretisiert die personelle Unterstützung. Damit wird beispielsweise ausgeschlossen, dass z. B. eine einmalige oder kurze telefonische Hilfe keine personelle Unterstützung im Sinne der Regelung bedeutet. Satz 2 stellt klar, dass Unterstützungsbedarfe aufgrund des Alters nicht zu berücksichtigen sind. Damit führt beispielsweise ein erhebliches Maß an personeller Unterstützung in den Bereichen Selbstversorgung und häusliches Leben bei Kindern nicht zu einer erheblichen Teilhabebeeinträchtigung.

Zu Absatz 4: Der den Zugang zu Leistungen der Eingliederungshilfe regelnde Absatz 1 ist für die Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben nach Kapitel 4 nicht einschlägig. Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben der Eingliederungshilfe bleiben unverändert Menschen vorbehalten, die infolge der Art oder Schwere ihrer Behinderung nicht, noch nicht oder noch nicht wieder erwerbsfähig im sozialversicherungsrechtlichen Sinne sind, gleichwohl aber in der Lage sind, wenigstens ein Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung zu erbringen.

Die Vorschrift grenzt den leistungsberechtigten Personenkreis von Personen ab, die (gegebenenfalls unterstützt durch Arbeitsförderungsleistungen nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch) eine Erwerbstätigkeit zu den auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt üblicherweise vorherrschenden Bedingungen aufnehmen und ausüben bzw. an hierauf abzielenden beruflichen Bildungsmaßnahmen teilnehmen können. Sie verdeutlicht zudem, dass Menschen mit Behinderungen, die ohne konkreten Bezug zum Arbeitsleben an tagesstrukturierenden Leistungen zur Förderung ihrer sozialen Teilhabe teilnehmen, keine Leistungen nach Kapitel 4 erhalten können.

Absatz 5 schafft die Ermächtigung zum Erlass einer Rechtsverordnung, die das Nähere über die Inhalte der Lebensbereiche nach Absatz 2.

### **Zu § 100 (Eingliederungshilfe für Ausländer)**

§ 100 übernimmt inhaltsgleich die geltende Regelung des § 23 SGB XII. Ggf. notwendige Änderungen sind einem anderen Gesetzgebungsverfahren vorbehalten.

**Zu Absatz 2:**

Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) erhalten keine Leistungen der Eingliederungshilfe nach diesem Buch; das gilt auch wenn sie im Besitz eines Aufenthaltstitels sind. Auf Leistungsrechtigte, die nach 15 Monaten Leistungen nach § 2 Absatz 1 AsylbLG beziehen (sog. „Analogleistungsberechtigte“), sollen allerdings die Regelungen zur Eingliederungshilfe für Ausländer nach Teil 2 des SGB IX-E zukünftig – ebenso wie die Regelungen der Sozialhilfe für Ausländer nach dem SGB XII – entsprechende Anwendung finden; § 2 Absatz 1 AsylbLG soll entsprechend geändert werden. Für die Dauer des Grundleistungsbezugs (erste 15 Monate) bietet § 6 Absatz 1 AsylbLG bereits nach geltendem Recht eine Grundlage für die Gewährung von Leistungen der Eingliederungshilfe. Bei der Auslegung und Anwendung dieser Norm obliegt es den Leistungsbehörden nach dem AsylbLG, europarechtliche Vorgaben einzuhalten und den Wertentscheidungen völkerrechtlicher Verträge, an die Deutschland gebunden ist (UN-Kinderrechtskonvention, UN-Behindertenrechtskonvention), Rechnung zu tragen. Dies kommt insbesondere in Betracht, soweit die Gewährung von Eingliederungshilfe an Kinder betroffen ist, weil hier nicht nur die UN-Behindertenrechtskonvention, sondern auch die UN-Kinderrechtskonvention zu beachten ist.

**Zu § 101 (Eingliederungshilfe für Deutsche im Ausland)**

§ 101 übernimmt inhaltsgleich die Regelung des § 24 SGB XII. Der Anwendungsbereich betrifft ausschließlich Deutsche, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland haben. Nur wenn eine Rückkehr nach Deutschland aus den drei abschließend normierten Gründen nicht möglich ist, sollen Leistungen gewährt werden. Entsprechend steht der Begriff der stationären Betreuung in einer Einrichtung nicht im Zusammenhang mit dem Recht der Eingliederungshilfe, sondern er ist abstrakt zu verstehen als ein Aufenthaltsort im Ausland.

**Zu § 102 (Leistungen der Eingliederungshilfe)**

Absatz 1 benennt entsprechend der Systematik der Sozialgesetzbücher die einzelnen Leistungsgruppen der Eingliederungshilfe. Dies sind zum einen wie im geltenden Recht im Sechsten Kapitel des SGB XII die Leistungen zur Medizinischen Rehabilitation, die Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben und die bisherigen Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft, die jetzt begrifflich als Leistungen zur Sozialen Teilhabe definiert werden. Die bisher den Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft zugehörigen Leistungen im Zusammenhang mit Ausbildung und Schulbildung werden zu einer eigenständigen Leistungsgruppe, da sie von der Definition der Aufgabe der Sozialen Teilhabe in § 76 und § 113 nicht mehr erfasst sind.

Absatz 2 stellt klar, dass die Leistungen zur Medizinischen Rehabilitation, zur Teilhabe am Arbeitsleben und zur Teilhabe an Bildung den Leistungen zur Sozialen Teilhabe vorgehen.

**Zu § 103 (Sonderregelung für pflegebedürftige Menschen mit Behinderungen)**

Es handelt sich um die inhaltliche Übernahme von § 55 SGB XII. Die Regelung wird wegen der Aufgabe der Differenzierung der Eingliederungshilfe nach ambulanten, teilstationären und vollstationären Leistungen § 55 SGB XII angepasst.

Durch die Regelung in Absatz 2 wird erreicht, dass leistungsberechtigte Personen, die sowohl Leistungen der Eingliederungshilfe beziehen als auch auf Leistungen der Hilfe zur Pflege Anspruch haben und sich gleichzeitig im Erwerbsleben befinden, ihre Leistungen einheitlich aus den Händen der Eingliederungshilfe erhalten. In diesen Fällen umfassen die Leistungen der Eingliederungshilfe auch außerhalb des Wohnens in Räumlichkeiten im Sinne von § 43a Satz 3 SGB XI, also insbesondere im häuslichen Umfeld, auch Pflegeleistungen nach dem 7. Kapitel des SGB XII (Hilfe zur Pflege). In einem häuslichen Umfeld im Sinne des § 36 SGB XI von Pflegebedürftigen gehen gemäß § 91 Absatz 3 die Leistungen der sozialen Pflegeversicherung den Leistungen der Eingliederungshilfe vor. Außerhalb eines solchen häuslichen Umfelds gehen die Leistungen der Eingliederungshilfe vor.

Es wird vermieden, dass solche Personen allein aus Gründen der günstigeren Einkommens- und Vermögensheranziehungsregelungen nach dem 9. Kapitel ein Leben im häuslichen Umfeld oder betreutem Wohnen aufgeben und in einer Räumlichkeit im Sinne von § 43a Satz 3 SGB XI leben wollen. Kurzfristiges Erwerbserwerbseinkommen (z. B. Krankengeld, Verletztengeld oder Arbeitslosengeld) wird Einkommen aus selbstständiger oder nicht-selbstständiger Tätigkeit gleichgestellt.

Mit dieser Regelung wird das Selbstbestimmungsrecht von Menschen gestärkt, die trotz erheblicher Behinderungen und gleichzeitiger Pflegebedürftigkeit am Erwerbsleben teilnehmen. Mit der Regelung wird daher die Leistung von pflegebedürftigen Menschen mit Behinderungen anerkannt, die trotz ihrer Einschränkungen einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Es wird insofern aufgrund der Erwerbstätigkeit vermutet, dass die Leistungen der Eingliederungshilfe, als Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gesellschaft, im Vordergrund stehen. Es ist daher gerechtfertigt diesen Personen, die sowohl Leistungen der Eingliederungshilfe als auch die ergänzenden Leistungen der Hilfe zur Pflege insofern einheitlich aus der Hand der Eingliederungshilfe zu gewähren. Es wird damit ein zusätzlicher Anreiz geschaffen, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen und so dem Teilhabegedanken Rechnung getragen.

Durch die Leistungsgewährung der Hilfe zur Pflege nach dieser Regelung wird die Leistungsgewährung nach dem Siebten Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch durch den Träger der Hilfe zur Pflege ausgeschlossen. Eine Bedürftigkeitsprüfung nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch entfällt daher für diesen Personenkreis.

### **Zu § 104 (Leistungen nach der Besonderheit des Einzelfalles)**

Das in § 8 für alle Rehabilitationsträger geregelte Wunsch- und Wahlrecht wird für die Leistungen der Eingliederungshilfe präzisiert. Damit ist die Regelung auch *lex specialis* gegenüber der Vorschrift des § 33 SGB I. Mit der in der Eingliederungshilfe neu verankerten Personenzentrierung der Leistungen entfällt die Unterscheidung zwischen ambulanter, teilstationärer und stationärer Leistungserbringung. Der in der Sozialhilfe verankerte Interessenausgleich zwischen den berechtigten Wünschen der Leistungsberechtigten und dem Ziel der wirtschaftlichen Leistungsbringung ist daher in der Eingliederungshilfe so auszugestalten, dass es auf die bisherige einrichtungsorientierte Abwägung nicht mehr ankommt. In § 104 werden daher drei wesentliche Prinzipien der Leistungserbringung in der Eingliederungshilfe aufgegriffen und zueinander ins Verhältnis gesetzt. Absatz 1 verankert den Grundsatz der einzelfallorientierten Leistungsgewährung. Absatz 2 definiert den Umfang des Wunsch- und Wahlrechts in der Eingliederungshilfe. Absatz 3 greift als übergeordnetes Korrektiv der Einzelfallprüfung das im Sozialrecht bewährte Kriterium der Zumutbarkeit auf. Die Zumutbarkeit ist insbesondere für den Ort der Leistungserbringung relevant.

Absatz 1 überführt das bislang in § 9 Absatz 1 SGB XII geregelte Grundprinzip der Leistungserbringung nach den Besonderheiten des Einzelfalls in die Eingliederungshilfe. Dabei wird der Fokus jedoch auf die Besonderheiten bei Menschen mit erheblich eingeschränkter Fähigkeit zur Teilhabe an der Gesellschaft gerichtet. Neben der Art des Bedarfs und den eigenen Kräften und Mitteln ist bei Menschen mit erheblich eingeschränkter Teilhabefähigkeit insbesondere auch von Bedeutung, wo sie leben, wie sie leben und wie das familiäre, freundschaftliche und nachbarschaftliche Umfeld ist. Dem wird Rechnung getragen, indem in die Einzelfallprüfung auch die Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse sowie des Sozialraums einzubeziehen sind. Satz 2 stellt klar, dass die Leistungen der Eingliederungshilfe unabhängig von dem Erreichen einer bestimmten Altersgrenze so lange zu gewähren sind, wie die Teilhabeziele erreichbar sind.

Nach Absatz 2 Satz 1 ist angemessenen Wünschen der Leistungsberechtigten, die sich auf die Gestaltung der Leistungen richten, zu entsprechen. Das Kriterium der Angemessenheit ist nicht auf Kostengesichtspunkte beschränkt, sondern umfasst auch die Qualität der Leistung und deren Erfolgswahrscheinlichkeit im Hinblick auf die im Gesamtplan festgehaltenen Teilhabeziele. Das Erfordernis der Angemessenheit erfordert eine Bewertung aller Tatbestandsmerkmale des Absatzes 1 im Verhältnis zu den geäußerten Wünschen. In die Bewertung sind daher insbesondere die Art des Bedarfs, die persönlichen Verhältnisse, der Sozialraum und die eigenen Kräfte und Mittel der leistungsberechtigten Person einzubeziehen. Nach Absatz 2 Satz 2 wird dem Umstand Rechnung getragen, dass aufgrund der in der Eingliederungshilfe neu verankerten Personenzentrierung die Differenzierung in ambulante und stationäre Leistungen entfällt und der auf dieser Differenzierung basierende so genannte „Mehrkostenvorbehalt“ des § 13 SGB XII in der neuen Leistungssystematik ins Leere gehen würde. Satz 2 definiert nunmehr eine „Angemessenheitsobergrenze“.

Die Angemessenheitsobergrenze greift wie in der Sozialhilfe auf die „unverhältnismäßigen Mehrkosten“ zurück und bezweckt den notwendigen Ausgleich zwischen den das Wunsch- und Wahlrecht leitenden Vorstellungen des Leistungsberechtigten über die Leistungserbringung und dem den Trägern der Eingliederungshilfe obliegenden Gebot der Wirtschaftlichkeit. Damit die unverhältnismäßigen Mehrkosten messbar sind, soll ein Kostenvergleich

mit geeigneten und bedarfsdeckenden Leistungsalternativen von Leistungserbringern erfolgen, mit denen eine Vereinbarung nach Kapitel 8 besteht. Eine Leistung ist hiernach allerdings nur dann mit einer anderen vergleichbar, wenn beide neben dem Teilhabeziel auch bezüglich der Leistungsform miteinander übereinstimmen und der individuelle Bedarf durch die im Vergleich betrachteten vereinbarten Leistungen gedeckt werden kann und diese wirklich verfügbar wären. Insbesondere können Einzelleistungen mit Gruppenleistungen bei der gemeinsamen Inanspruchnahme (§§ 112 Absatz 4, 116 Absatz 2) nicht bereits nach § 104 miteinander verglichen werden. Dabei stellen die Kosten für vergleichbare Leistungen von Leistungserbringern ihrerseits noch nicht die Angemessenheitsobergrenze dar, sondern erst deren unverhältnismäßige Überschreitung, die gesondert zu prüfen ist. Die unverhältnismäßigen Mehrkosten sind ein rechnerisches Prüfkriterium, bei dem die regional verfügbaren Angebote der Leistungserbringer und übliche Kostenschwankungen in den Blick zu nehmen sind. Im Ergebnis des Vergleichs soll den Wünschen der Leistungsberechtigten nur dann entsprochen werden, wenn diese nicht mit unverhältnismäßigen Mehrkosten verbunden sind.

Nach Absatz 3 wird mit dem Kriterium der Zumutbarkeit ein gesetzliches Korrektiv vorgesehen. Die Zumutbarkeit stellt sicher, dass die an objektivierbaren Kostengesichtspunkten orientierte Angemessenheitsobergrenze nach Absatz 2 im Einzelfall nicht zu unverhältnismäßigen Ergebnissen der Angemessenheitsprüfung führt. Bei einer individuell-konkreten Betrachtung der Lebenssituation der Menschen, müssen alle Umstände gewürdigt werden, die den zuvor in Absatz 2 geregelten Kostenvergleich in den Hintergrund treten lassen. Hierbei sind die persönlichen, familiären und örtlichen Umstände, wie z. B. Alter, berufliche Tätigkeit, Familie und Partnerschaft, besonders zu würdigen, da im Falle einer Unzumutbarkeit des Kostenvergleichs die allgemeine Angemessenheitsprüfung nach Absatz 2 Satz 1 nicht entfällt. Allerdings hat sich die Angemessenheit nach Absatz 2 Satz 1 in diesem Fall nicht mehr auf Kostengesichtspunkte zu erstrecken, sondern auf die Ausgestaltung der Leistung im Übrigen, wie z. B. auf deren Qualität und Geeignetheit zur Erreichung der Teilhabeziele.

Bei der Prüfung der Angemessenheit ist auch die bisherige Leistungsgewährung zu berücksichtigen. Was im geltenden Recht als angemessen angesehen wird, soll auch nach dem neuen Recht angemessen sein. Damit gilt insbesondere, dass eine Gewährung von ambulanten Leistungen der Eingliederungshilfe, die bisher angemessen ist, es auch weiterhin sein wird. Personen, die derzeit ambulante Leistungen der Eingliederungshilfe erhalten, können – sofern sie es wünschen – weiterhin in der bestehenden Wohnform leben.

Absatz 4 übernimmt inhaltlich die Regelung des § 9 Absatz 3 SGB XII, die jedoch im Zusammenhang mit der Personenzentrierung auf Leistungsanbieter abstellt und nicht weiter auf Einrichtungen.

Absatz 5 übernimmt inhaltsgleich die bisherige Regelung von § 23 der Eingliederungshilfe-Verordnung in der derzeit geltenden Fassung.

### **Zu § 105 (Leistungsformen)**

Die Absätze 1 und 2 übernehmen inhaltsgleich die Absätze 1 und 2 von § 10 SGB XII.

Zu Absatz 3: Die Leistungen der Eingliederungshilfe heben sich von den weitgehend pauschalierten Leistungen zum Lebensunterhalt insoweit ab, als sie nur in bestimmten Lebenssituationen zum Tragen kommen und bei ihnen die Notwendigkeit einer individuellen Gestaltung im Vordergrund steht. Daher ist grundsätzlich nur der im Einzelfall ermittelte Bedarf für die Leistungen maßgebend.

Soweit es jedoch um Leistungen zur Deckung regelmäßig wiederkehrender typischer Bedarfe geht, werden diese in der Praxis aber heute schon aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung pauschaliert. Hierzu gehört insbesondere die Beförderungspauschale für Menschen, die wegen ihrer Behinderung keine öffentlichen Verkehrsmittel nutzen können. Diese erhalten einen festen Geldbetrag als (monatliche) Pauschale, mit dem sie den Fahrdienst selbst bezahlen können.

In Anlehnung an diese Praxis wird nunmehr in Absatz 3 eine gesetzliche Grundlage zur Ausführung von Leistungen der Eingliederungshilfe in Form von pauschalen Geldleistungen geschaffen. Mit seiner Zustimmung soll der Leistungsberechtigte einen pauschalen Geldbetrag erhalten, um sich die betreffenden Leistungen selber „einkaufen“ zu können. Dabei ist es nicht notwendig, dass die Leistung bei einem Leistungserbringer „eingekauft“ wird, mit dem eine Vereinbarung nach dem Kapitel 8 besteht. Der leistungsberechtigten Person steht es frei, die Beförderung auch beispielsweise durch Freunde, Bekannte oder Nachbarn durchführen lassen.



Die pauschale Geldleistung setzt ebenso voraus, dass ein Bedarf für die entsprechende Leistung individuell festgestellt worden ist. Der Umfang der Leistungen erfolgt dagegen in typisierender Weise unter Verzicht auf individuelle Besonderheiten. Hierin unterscheidet sich die pauschale Geldleistung auch von dem Persönlichen Budget, bei dem sich auch Höhe und Umfang der Leistungen nach dem individuellen Bedarf bestimmen.

Zur Höhe und Ausgestaltung der Pauschalen nimmt der Gesetzgeber keine Regelungen vor. Diese bleibt den Leistungsträgern vorbehalten, um örtliche Verhältnisse berücksichtigen zu können. Welche konkreten Leistungen pauschaliert werden können, wird bei den Leistungen geregelt.

Absatz 4 übernimmt inhaltsgleich das geltende Recht nach § 57 SGB XII unter Berücksichtigung der Änderung durch den bisherigen § 159 Absatz 5 SGB IX, wonach seit dem 1. Januar 2008 ein Rechtsanspruch auf Leistungen des Persönlichen Budgets besteht.

### **Zu § 106 (Beratung und Unterstützung)**

Die personenzentrierte Neuausrichtung der Eingliederungshilfe setzt erhöhte Anforderungen an eine kompetente umfassende Beratung, Begleitung und Unterstützung von Menschen mit Behinderungen. Sie ist die Grundlage für eine selbstbestimmte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. Diesem Anspruch wird mit der neuen Regelung zur Beratung und Unterstützung durch den Leistungsträger für die Eingliederungshilfe Rechnung getragen. Hierzu wird die bisherige Regelung des § 11 SGB XII, die für alle Leistungen der Sozialhilfe und insbesondere die Hilfe zum Lebensunterhalt Geltung hat, einerseits beschränkt auf die für die Eingliederungshilfe spezifischen Regelungsinhalte. Zum anderen wird aber auch der Aufgabenkatalog konkretisiert, um aus Gründen der Rechtssicherheit und Rechtsklarheit den erhöhten Anforderungen gerecht zu werden.

Absatz 1 übernimmt zum einen inhaltsgleich § 11 Absatz 1 SGB XII. Die Regelung wird aber im Hinblick auf die Besonderheit des zu beratenden Personenkreises der Menschen mit wesentlichen Behinderungen ergänzt. Mit der Regelung, dass auf ihren Wunsch eine Person ihres Vertrauens hinzuzuziehen ist, soll insbesondere erreicht werden, dass ihnen durch die Anwesenheit und Expertise einer Vertrauensperson ein Sicherheitsgefühl vermittelt wird oder/und sie ggf. eine Hilfe zur besseren Verständigung und Kommunikation erhalten. Die Regelung, dass Beratung in einer für den Leistungsberechtigten wahrnehmbaren Form zu erfolgen hat, trägt Artikel 21 der UN-BRK Rechnung. Sie erfasst insbesondere auch die sog. Leichte Sprache.

Absatz 2 konkretisiert in einem nicht abschließenden Aufgabenkatalog die Beratung durch den Träger der Eingliederungshilfe unter Berücksichtigung der Besonderheiten bei dem leistungsberechtigten Personenkreis. Zum einen wird das geltende Recht in § 11 Absatz 2 Satz 1 SGB XII, soweit es die Eingliederungshilfe betrifft, inhaltsgleich übernommen. Des Weiteren werden mögliche Beratungsgegenstände aufgegriffen, die der besonderen Situation der Menschen mit Behinderungen Rechnung tragen. Hierzu gehört zum einen eine Beratung über die Leistungen der Eingliederungshilfe einschließlich des Zugangs zum Leistungssystem. Da Menschen mit Behinderungen oftmals auch (vorrangige) Ansprüche nach anderen Sozialleistungsgesetzen haben, umfasst die Beratung weiterhin die Leistungen der anderen Leistungsträger einschließlich der dazugehörigen Beratung. Die jeweiligen Verwaltungsabläufe gehören ebenfalls zur Beratung. Zur bestmöglichen Förderung einer gleichberechtigten Teilhabe am Leben in einer inklusiven Gesellschaft sind auch Hinweise zur Leistungserbringung und zu Angeboten im jeweiligen Sozialraum Gegenstand der Beratung.

In gleicher Weise konkretisiert Absatz 3 in einem nicht abschließenden Aufgabenkatalog die Unterstützung durch die Träger der Eingliederungshilfe. Diese Regelungen sollen dazu beitragen, dass die Leistungsberechtigten nicht nur informiert werden, sondern zügig und erfolgreich die notwendigen Leistungen zur Förderung einer gleichberechtigten Teilhabe am Leben in einer inklusiven Gesellschaft erhalten. Die Unterstützung hat zum einen während des gesamten Verfahrens zu erfolgen wie beispielsweise bei der Antragstellung oder der Erfüllung von Mitwirkungspflichten. Unterstützung durch den Träger der Eingliederungshilfe ist aber auch im Zusammenhang mit der Leistungserbringung zu leisten, beispielsweise bei der Vorbereitung zur Auswahl von sowie zur Kontaktaufnahme und Begleitung zu Leistungsanbietern oder bei der Entscheidung über Leistungserbringer.

Absatz 4 übernimmt zum einen inhaltsgleich die Regelung von § 11 Absatz 5 Satz 1 SGB XII. Die Hinweispflicht des Trägers der Eingliederungshilfe wird aber darüber hinaus auch auf die ergänzende unabhängige Teilhabeberatung nach § 32 und die in der Praxis gängige Beratung von Menschen mit Behinderungen durch Menschen mit Behinderungen ausgedehnt.

**Zu § 107 (Übertragung, Verpfändung oder Pfändung, Auswahlermessen)**

Die Regelung übernimmt inhaltsgleich § 17 Absatz 1 Satz 2 Absatz 2 Satz 1 SGB XII.

**Zu § 108 (Antragserfordernis)**

Zu Absatz 1, Satz 1: Für Leistungen der Eingliederungshilfe wird in Abweichung zu den bisherigen Regelungen im Recht der Sozialhilfe ein grundsätzliches Antragserfordernis geregelt. Im Zwölften Buch gilt bisher mit Ausnahme der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung die Offizialmaxime, d. h. der Träger hat von Amts wegen tätig zu werden (§ 18 SGB XII). Diese Vorschrift übernahm inhaltsgleich den früheren § 5 BSHG (Bundratsdrucksache 559/03, Seite 185), der wiederum dem bis zum Inkrafttreten des Bundessozialhilfegesetzes geltenden § 2 Absatz 1 der Reichsgrundsätze über Voraussetzung, Art und Maß der öffentliche Fürsorge entsprach (Bundestagsdrucksache 3/1799, Seite 38). Im Sozialhilferecht ist die Regelung mit der Notwendigkeit begründet, die Leistungen zur Behebung einer gegenwärtigen Notlage unverzüglich erbringen zu können, ohne dass ein förmlicher Antrag vorliegen muss.

Bei der Eingliederungshilfe tritt keine „gegenwärtige Notlage“ ein, die mit Notsituationen im Rahmen der Hilfe zum Lebensunterhalt nach den Vorschriften des Zwölften Buches vergleichbar ist und ein Festhalten an der Offizialmaxime rechtfertigen könnte. Zwischen der Hilfe zum Lebensunterhalt und den Leistungen der Eingliederungshilfe besteht vielmehr bereits insoweit ein Unterschied, als ein bestehender Bedarf an Leistungen der Eingliederungshilfe erst im Rahmen eines umfassenden Gesamtplanverfahrens ermittelt werden kann. Es reicht nicht aus, dass die Leistungsberechtigung noch ungewiss ist, sondern die Notlage bzw. der Bedarf an Eingliederungshilfe muss dem Leistungsträger so bekannt sein, dass tatsächlich Hilfe erwartet werden kann. Zugleich wird damit auch ein vorzeitiges Bekanntwerden im Sinne von § 18 Absatz 1 SGB XII, dass die Notwendigkeit der Hilfe dargetan oder sonst wie erkennbar ist, in vielen Fällen nicht vorliegen.

Antragsabhängige Sozialleistungen werden regelmäßig rückwirkend ab Antragstellung gewährt, während die Sozialhilfe frühestens mit Kenntnis des Trägers der Sozialhilfe (Vorliegen der Leistungsvoraussetzungen, dass tatsächlich Hilfe erwartet werden kann) einsetzt. Im Bereich der Eingliederungshilfe fallen beide Zeitpunkte regelmäßig zusammen. Die Einführung des Antragsprinzips korrespondiert darüber hinaus mit dem Anliegen, die Eingliederungshilfe aus dem System der Sozialhilfe herauszulösen. In Konsequenz hat dies auch eine Abkehr der Regelung des § 18 SGB XII zur Folge, der allein in der Besonderheit des Fürsorgerechts begründet ist.

Mit der Einführung des Antragserfordernisses wird zudem Kompatibilität mit den Vorschriften der §§ 14 und 15 in Teil 1 hergestellt.

Zu Absatz 1, Satz 2: Durch die Regelung des Satzes 2 wird sichergestellt, dass für zurückliegende Zeiten keine Leistungen erbracht werden dürfen. Die begrenzte Rückwirkung auf den Ersten des Monats räumt jedoch einen begrenzten Spielraum bis zur Antragstellung ein. Außerdem dient die Regelung der Verwaltungsvereinfachung.

Zu Absatz 2: Das uneingeschränkte Erfordernis eines Antrags für alle Leistungen der Eingliederungshilfe könnte für die Menschen mit Behinderungen erhebliche Nachteile sowohl für die leistungsberechtigten Personen als auch für den Leistungsträger mit sich bringen. So könnten in Unkenntnis der Ansprüche einzelne Leistungen nicht beantragt werden. Würde nach Ablauf des Bewilligungszeitraumes vergessen, einen neuen Antrag zu stellen, könnten keine Leistungen bewilligt werden; die Menschen mit Behinderungen würden – zumindest vorübergehend bis zur Antragstellung – von einer gleichberechtigten Teilhabe am Leben in der Gesellschaft ausgeschlossen. Zudem wäre das uneingeschränkte Antragserfordernis mit einem erheblichen Aufwand sowohl für die leistungsberechtigten Personen als auch für die Leistungsträger verbunden. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass Menschen mit Behinderungen in der Regel dauerhaft und nicht nur vorübergehend auf Leistungen der Eingliederungshilfe angewiesen sind.

Diesen Besonderheiten wird durch die Regelung in Absatz 2 Rechnung getragen. Soweit in dem Gesamtplanverfahren ein Bedarf für Leistungen der Eingliederungshilfe ermittelt worden ist, ist ein Antrag für diese Leistungen nicht notwendig. Dies gilt nicht nur für das anfängliche Gesamtplanverfahren, sondern auch für das Verfahren zur Überprüfung und Fortschreibung des Gesamtplanes.

### **Zu Kapitel 3 (Medizinische Rehabilitation)**

#### **Zu § 109 (Leistungen zur medizinischen Rehabilitation)**

Zu Absatz 1: Die Vorschrift bestimmt in nicht abschließender Weise die Leistungen zur medizinischen Rehabilitation unter Verweis auf entsprechende Regelungen in Teil 1 dieses Buches (§§ 42 und 64).

Zu Absatz 2: Die Vorschrift übernimmt die bisherige Regelung in § 54 Absatz 1 Satz 2 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch. Unverändert gilt, dass die medizinischen Rehabilitationsleistungen der Eingliederungshilfe nach Art und Umfang den Rehabilitationsleistungen entsprechen, die die gesetzlichen Krankenkassen ihren Versicherten erbringen. Medizinische Rehabilitationsleistungen der Eingliederungshilfe können unverändert keine Ausfallbürgschaft für nicht oder nicht bedarfsdeckend erbrachte Krankenkassenleistungen übernehmen.

#### **Zu § 110 (Leistungserbringung)**

Die Vorschrift übernimmt die bisherigen Regelungen in § 52 Absatz 2, 3 und 5 SGB XII. Absatz 1 garantiert die freie Wahl unter den Ärzten, Zahnärzten, Krankenhäusern und Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen entsprechend den Bestimmungen der gesetzlichen Krankenversicherung. Absätze 2 und 3 enthalten Regelungen zu Leistungserbringung, Leistungsvergütung und Abrechnungspflichten der Leistungserbringer unter Verweis auf entsprechende Regelungen in der gesetzlichen Krankenversicherung.

### **Zu Kapitel 4 (Teilhabe am Arbeitsleben)**

#### **Zu § 111 (Leistungen zur Beschäftigung)**

Zu Absatz 1: In Nummern 1 bis 3 werden die Leistungen abschließend benannt, die Leistungsberechtigten zur Förderung ihrer Teilhabe am Arbeitsleben im Rahmen der Eingliederungshilfe erbracht werden können. Bezüglich der Einzelheiten wird auf die einschlägigen Vorschriften in Teil 1 dieses Buches (§§ 58 ff.) verwiesen.

Abweichend vom bisherigen Recht (§ 54 Absatz 1 Satz 1 SGB XII) wird in Absatz 1 nicht mehr auf Vorschriften über Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben in Teil 1 (§ 49, vormals § 33) verwiesen, da sich diese Leistungen – außerhalb des Zuständigkeitsbereichs der Eingliederungshilfe – an erwerbsfähige Personen richten, für die in Bedarfsfällen in der Regel (wenn kein anderer vorrangig zuständiger Leistungsträger wie die gesetzliche Rentenversicherung in der Leistungspflicht steht) die Bundesagentur für Arbeit zuständiger Leistungsträger ist. Deren Leistungen konnten bereits nach bisherigem Recht (§ 54 Absatz 1 Satz 2 SGB XII) von der Eingliederungshilfe weder ersetzt noch ergänzt werden. Eine Ausfallbürgschaft der Eingliederungshilfe für von der Bundesagentur für Arbeit nach eigenem Recht nicht oder nicht bedarfsdeckend erbrachte Leistungen an erwerbsfähige Menschen mit Behinderungen verbietet sich insoweit auch nach neuem Recht. Da bereits der Wortlaut von Absatz 1 diesem Ansinnen Rechnung trägt, erübrigt sich der zusätzliche Hinweis darauf, dass die Leistungen zur Beschäftigung nach § 111 den Teilhabeleistungen der Bundesagentur für Arbeit entsprechen. Vor dem Hintergrund vorstehender Ausführungen erklärt sich im Übrigen, warum auch die bisherige Regelung in § 54 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 „Hilfen zur Ausbildung für eine sonstige angemessene Tätigkeit“ nicht in das neue Recht der Eingliederungshilfe überführt wurde.

Zu Absatz 2: Die für Beschäftigungen im Arbeitsbereich anerkannter Werkstätten für behinderte Menschen geltende Regelung, wonach die Leistungen zur Beschäftigung in Bedarfsfällen Gegenstände und Hilfsmittel einschließen, die zur Aufnahme oder Fortsetzung der Beschäftigung erforderlich sind, wird auf Beschäftigungen bei anderen Leistungsanbietern und bei privaten und öffentlichen Arbeitgebern ausgedehnt.

Zu Absatz 3: Die Vorschrift bestimmt, dass bei Vorliegen der Voraussetzungen neben Werkstattbeschäftigten auch Beschäftigte anderer Leistungsanbieter zusätzlich zu ihrem Arbeitslohn ein Arbeitsförderungsgeld beanspruchen können.

### **Zu Kapitel 5 (Teilhabe an Bildung)**

#### **Zu § 112 (Leistungen zur Teilhabe an Bildung)**

Zu Absatz 1 Satz 1 Nummer 1: Die Vorschrift übernimmt im Kern die bisherige Regelung in § 54 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 SGB XII. Jeder junge Mensch mit einer Behinderung soll – im Bedarfsfall mit (nachrangigen) unterstützenden Leistungen der Eingliederungshilfe – einen allgemeinen Bildungsabschluss zur Erreichung seiner Teil-

habeziele entsprechend der Gesamtplanung erwerben können. Bei Eignung des behinderten Schülers/der behinderten Schülerin unterstützt die Eingliederungshilfe den Besuch einer allgemeinbildenden Schule bis zur Erlangung der Hochschulreife; und zwar unabhängig davon, ob (noch) Schulpflicht besteht oder nicht. Die Hilfen umfassen entsprechend der bisherigen Regelung in § 12 Nummer 1 Eingliederungshilfe-Verordnung auch heilpädagogische sowie sonstige Maßnahmen zugunsten körperlich und geistig behinderter Kinder und Jugendlicher, wenn die Maßnahmen erforderlich und geeignet sind, den Schulbesuch im Rahmen der allgemeinen Schulpflicht zu ermöglichen oder zu erleichtern.

Die Leistungen nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 schließen künftig unter den in Absatz 1 Satz 2 genannten Voraussetzungen Leistungen zur Unterstützung schulischer Ganztagsangebote in der offenen Form ein. Damit wird unter anderem einem besonderen Anliegen der Länder Rechnung getragen; Entschließung des Bundesrates: Rahmenbedingungen für eine gelingende schulische Inklusion weiter verbessern – Poolen von Integrationshilfen rechtssicher ermöglichen – Bundesratsdrucksache 309/15 (Beschluss) vom 16.10.2015.

Zu Absatz 1 Satz 1 Nummer 2: Die Vorschrift erweitert den Anwendungsbereich der Eingliederungshilfe auf den Bereich der schulischen und hochschulischen beruflichen Weiterbildung.

Zu Absatz 1 Satz 3: Die Vorschrift benennt als Voraussetzung für Leistungen zur Teilhabe an Bildung die Fähigkeit des Leistungsberechtigten, das Teilhabeziel zu erreichen, wie es in der Gesamtplanung festgestellt wurde. Die Einschätzung der Fähigkeit zum Besuch einer weiterführenden allgemeinbildenden Schule einerseits sowie zur Absolvierung einer schulischen/hochschulischen Weiterbildung für einen Beruf andererseits orientiert sich dabei an den zuvor gezeigten Leistungen. In Fällen, in denen es um Leistungen der Eingliederungshilfe zur Unterstützung des Besuchs einer weiterführenden allgemeinbildenden Schule (z. B. zum Besuch eines Gymnasiums) geht, kommt der Empfehlung der bisher besuchten Schule eine entscheidungserhebliche Bedeutung zu. Die Regelung orientiert sich am bisherigen Recht (§§ 12 Nummer 3 und 13 Absatz 2 Nummer 1 Eingliederungshilfe-Verordnung).

Zu Absatz 2: Die Vorschrift konkretisiert in Satz 1, unter welchen Voraussetzungen und mit welcher Zielrichtung behinderungsspezifische Hilfen nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 zur schulischen oder hochschulischen beruflichen Weiterbildung erbracht werden. Die neuen Leistungen sollen die Hilfen zu einer schulischen oder hochschulischen Ausbildung für einen Beruf in Bedarfsfällen sinnvoll ergänzen, um Leistungsberechtigten das Erreichen des von ihnen angestrebten Berufsziels zu ermöglichen. Der ergänzende, die Hilfen für eine Ausbildung für einen Beruf in Bedarfsfällen abrundende Charakter der Weiterbildungshilfen wird dadurch deutlich, dass der zeitliche und inhaltliche Anschluss der beruflichen Weiterbildung an die berufliche Erstausbildung Leistungsvoraussetzung ist. Orientierung bezüglich des zeitlichen Anschlusses gibt das Bundesausbildungsförderungsgesetz in § 10 Absatz 3 Satz 1. Danach kommt die Förderung einer weiteren Ausbildung im Anschluss an eine Erstausbildung grundsätzlich in Betracht, wenn der Leistungsberechtigte zu deren Beginn das 30. Lebensjahr, bei Aufnahme eines Masterstudiums, das auf ein zuvor abgeschlossenes Bachelorstudium aufbaut, das 35. Lebensjahr noch nicht vollendet hat.

Möglich ist sowohl die Unterstützung einer schulischen oder hochschulischen beruflichen Weiterbildung im Anschluss an eine duale oder schulische Berufsausbildung (Meisterfortbildung, Bachelor- und Masterstudium) als auch die Unterstützung einer rein akademischen Aus- und Weiterbildung (Masterstudium im Anschluss an ein Bachelorstudium). Satz 2 stellt klar, dass ein Masterstudium, das zu einer interdisziplinären Ergänzung und Vertiefung eines Bachelorstudiums führt, auch dann mit Leistungen der Eingliederungshilfe unterstützt werden kann, wenn es nicht in dieselbe fachliche Richtung weiterführt.

Falls in begründeten Einzelfällen zum Erreichen des angestrebten Berufsziels erforderlich, können die Hilfen zu einer hochschulischen Weiterbildung für einen Beruf Hilfen für eine Promotion einschließen. Unterstützung kann auch geleistet werden für Auslandsstudien, wenn diese verpflichtende Bestandteile einer hochschulischen Aus- oder Weiterbildung für einen Beruf sind. Die Unterstützung einer schulischen oder hochschulischen beruflichen Weiterbildung setzt nicht voraus, dass die zuvor absolvierte Berufsausbildung bereits durch Leistungen der Eingliederungshilfe unterstützt wurde.

Zu Absatz 3: Es wird klargestellt, dass Hilfen nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 auch eine Teilnahme an Fernunterricht unterstützen können und auch für Maßnahmen, die auf eine schulische berufliche Aus- oder Weiterbildung vorbereiten sowie für erforderliche Praktika geleistet werden können.

Zu Absatz 4: Die Regelung ermöglicht die gemeinsame Inanspruchnahme von Leistungen der Eingliederungshilfe im Bildungsbereich, wenn eine gemeinsame Inanspruchnahme für die Leistungsberechtigten zumutbar ist und angemessene Wünsche des Leistungsberechtigten nicht entgegenstehen. Eine gemeinsame Inanspruchnahme ist vorzusehen, wenn die Leistungsberechtigten dies wünschen. Auf die Möglichkeit der Einbeziehung der Schule in das Teilhabeplanverfahren wird verwiesen.

### **Zu Kapitel 6 (Soziale Teilhabe)**

Das geltende Leistungsrecht mit dem offenen Leistungskatalog bietet ausreichende Rechtsgrundlagen, um alle Bedarfe decken zu können. Sowohl die Praxis als auch die Rechtsprechung haben jedoch gezeigt, dass der Leistungskatalog der Sozialen Teilhabe in Verbindung mit der Eingliederungshilfe-Verordnung in der derzeit geltenden Fassung Raum für unterschiedliche Auslegungen lässt und eine bundeseinheitliche Rechtsanwendung oftmals erschwert. Um den mit der Personenzentrierung einhergehenden Anforderungen optimal und so konfliktfrei wie möglich Rechnung zu tragen, wird daher durch eine in Teil 1 geregelte Zusammenführung und Konkretisierung der in verschiedenen Sozialgesetzbüchern und in ergänzenden Verordnungen verorteten Regelungen größtmögliche Transparenz und Rechtssicherheit geschaffen. Dabei werden alle in der Praxis gewährten Leistungen der Sozialen Teilhabe abgebildet, unabhängig davon, ob sie im bisherigen offenen Leistungskatalog benannt oder unbenannt sind. Das Kapitel „Soziale Teilhabe“ in Teil 2 nimmt entsprechend der bisherigen Systematik auf den Teil 1 Bezug und enthält nur abweichende Regelungen.

Nicht mehr Gegenstand der Leistungen zur Sozialen Teilhabe sind Leistungen im Zusammenhang mit der Bildung. Diese werden künftig nicht mehr im Rahmen der Sozialen Teilhabe gewährt, sondern als „Teilhabe an Bildung“ und in einem eigenständigen Kapitel verortet.

Für die bisher in § 54 Absatz 1 Nummer 5 SGB XII enthaltene „nachgehende Hilfe zur Sicherung der Wirksamkeit der ärztlichen und ärztlich verordneten Leistungen und zur Sicherung der Teilhabe der behinderten Menschen am Arbeitsleben“ besteht keine Notwendigkeit mehr. Diese Leistungen dienen ausschließlich dazu, die Wirksamkeit der zuvor erbrachten Leistungen zu sichern. Dieses Ziel wird jedoch jetzt durch den Gesamtplan nach § 121 erreicht, welcher der Steuerung, Wirkungskontrolle und Dokumentation des Teilhabeprozesses dient und regelmäßig zu überprüfen und fortzuschreiben ist. Soweit dort ein entsprechender Bedarf gesehen wird, werden die notwendigen Leistungen weiter sichergestellt.

### **Zu § 113 (Leistungen zur Sozialen Teilhabe)**

Die Regelung des Absatzes 1 nimmt für die Eingliederungshilfe eine eindeutige Begriffsdefinition in Anlehnung an die Regelung von § 76 vor. Auch hier gilt der Nachrang der Leistungen der Sozialen Teilhabe gegenüber den Leistungen zur medizinischen Rehabilitation, zur Teilhabe am Arbeitsleben und zur Teilhabe an Bildung. Die Leistungen basieren auf den Ermittlungen und Feststellungen im Rahmen der Gesamtplanung.

In Absatz 2 werden die bisherigen Leistungen zur Sozialen Teilhabe in einem weiterhin offenen Leistungskatalog neu strukturiert und gelistet. Der Leistungskatalog enthält zum einen alle Leistungstatbestände des § 76. Als spezifischer Leistungstatbestand der Eingliederungshilfe enthält er zusätzlich die Besuchsbeihilfen.

Nach Absatz 3 bestimmen sich die Leistungen grundsätzlich nach den entsprechenden Regelungen in Teil 1. Dies gilt nicht, soweit aufgrund der Besonderheiten der Eingliederungshilfe etwas Abweichendes zu regeln ist.

Zu Absatz 4: Der im Rahmen der Leistungen zum Lebensunterhalt in § 42b Absatz 3 SGB XII geregelte Mehrbedarf für die Mehraufwendungen bei gemeinschaftlicher Mittagsverpflegung legt in Orientierung an die Sozialversicherungsentgeltverordnung den Wert des Sachbezuges für das Mittagessen zugrunde. Die Kosten im Zusammenhang mit der Zubereitung und Bereitstellung des Mittagessens sind den Fachleistungen der Eingliederungshilfe zuzuordnen. Hierzu zählen zum einen die erforderliche sächliche Ausstattung und die erforderlichen betriebsnotwendigen Anlagen des Leistungserbringers wie insbesondere räumliche Ausstattung der Küche, Geräte, Geschirr, Speiseausgabe und Büro. Bei den Personalkosten ist zu berücksichtigen, dass auch Menschen mit Behinderungen bei der Essenszubereitung beteiligt werden.

### **Zu § 114 (Leistungen zur Mobilität)**

Die Regelung enthält für die Leistungen zur Mobilität die Besonderheiten der Eingliederungshilfe. Zur Vermeidung einer Leistungsausweitung wird für die Eingliederungshilfe an dem Kriterium festgehalten, dass die leis-

tungsberechtigte Person zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft ständig, d. h. nicht nur vereinzelt oder gelegentlich, auf die Nutzung des Kraftfahrzeugs angewiesen ist. Diese Voraussetzung ist zwar nicht ausdrücklich im geltenden Recht geregelt, wird aber durch das Tatbestandsmerkmal „insbesondere zur Teilhabe am Arbeitsleben“ in § 8 der Eingliederungshilfe-Verordnung zum Ausdruck gebracht. Dadurch wird deutlich, dass der Schwerpunkt der Versorgung mit einem Kraftfahrzeug im Bereich der Teilhabe am Arbeitsleben liegt. Damit sind andere Gründe nicht von vornerein ausgeschlossen, müssen aber mindestens vergleichbar gewichtig sein. Dazu gehört, wie aus der Bezeichnung des Hauptzwecks geschlossen werden darf auch, dass die Notwendigkeit der Benutzung ständig und nicht nur vereinzelt oder gelegentlich besteht. Dies wird auch durch die Rechtsprechung bestätigt, siehe z. B. BSG vom 12.12.2014, AZ B 9 SO 18/12 R.

Darüber hinaus wird die Verweisung auf die Kraftfahrzeughilfe-Verordnung gegenüber der Regelung in § 83 eingeschränkt. Wegen der auf die Eingliederungshilfe konzipierten Regelung zu Einkommen und Vermögen in Kapitel 9 sollen die entsprechenden Regelungen in der Kraftfahrzeughilfe-Verordnung zur Berechnung der Leistungen nicht anwendbar sein.

#### **Zu § 115 (Besuchsbeihilfen)**

Der bisherige § 54 Absatz 2 SGB XII regelt die Besuchsbeihilfen für den Fall von Leistungen in einer stationären Einrichtung. Im Zusammenhang mit Aufhebung der Charakterisierung von Leistungen in stationäre, teilstationäre und ambulante Maßnahmen bedarf es einer neuen Anbindung dieser Leistungen. Dem wird Rechnung getragen, indem die Leistungen an das Leben außerhalb der Herkunftsfamilie geknüpft werden.

#### **Zu § 116 (Pauschale Geldleistung, gemeinsame Inanspruchnahme)**

Absatz 1 benennt abschließend die Leistungen zur Sozialen Teilhabe, die in Form einer pauschalen Geldleistung nach § 105 Absatz 3 in Anspruch genommen werden können. Es handelt sich hierbei um einfache wiederkehrende Leistungen. Hierzu gehören zum einen Assistenzleistungen zur Übernahme von Handlungen zur Alltagsbewältigung und zur Begleitung des Menschen mit Behinderungen. Da diese keine besondere Qualifikation erfordern, soll die leistungsberechtigte Person damit beispielsweise auch Freunde oder Nachbarn betrauen und ihnen dafür einen kleinen Geldbetrag geben können. Dies gilt in gleicher Weise auch für die Unterstützung bei der Ausübung eines Ehrenamtes, die Verständigung mit der Umwelt sowie die Beförderung.

Die zuständigen Träger der Eingliederungshilfe werden ermächtigt, das Nähere zur Höhe und Ausgestaltung der Leistungen sowie zur Leistungserbringung zu regeln. Im Zusammenhang mit der Leistungserbringung kann beispielsweise das Initiativrecht des Leistungsberechtigten geregelt werden, ebenso der Nachweis über die zweckentsprechende Verwendung der Leistung.

Absatz 2 regelt die gemeinsame Inanspruchnahme von bestimmten explizit genannten Fachleistungen der Eingliederungshilfe. Nicht selten benötigen mehrere Leistungsberechtigte gleiche Leistungen zum gleichen Zeitpunkt und am gleichen Ort. Dies kann beispielsweise der Fall sein bei der Begleitung von Leistungsberechtigten bei der Erledigung von Einkäufen, bei der gemeinsamen Inanspruchnahme von Assistenten im Zusammenhang mit dem Erlernen von Tätigkeiten zur Haushaltsführung wie beispielsweise Kochen oder bei Beförderungen mit einem Fahrdienst. Hier soll die Möglichkeit geschaffen werden, dass die Leistung gleichzeitig an mehrere Leistungsberechtigte erbracht werden kann. Das Recht zur gemeinsamen Inanspruchnahme kann nicht allein in das Ermessen des Leistungsträgers gestellt werden; vielmehr muss der Leistungsberechtigte auf Augenhöhe an der Entscheidung beteiligt werden. Daher muss die gemeinsame Inanspruchnahme von Fachleistungen für die Leistungsberechtigten zumutbar sein. Für die Prüfung der Zumutbarkeit ist die Regelung des § 104 zur Gestaltung der Leistungen der Eingliederungshilfe maßgeblich. Eine gemeinsame Inanspruchnahme ist nur möglich, wenn entsprechend der Besonderheit des Einzelfalls unter Würdigung der Art des Bedarfs, der persönlichen Verhältnisse, des Sozialraums und der eigenen Kräfte und Mittel der Leistungsberechtigten der individuelle Bedarf gedeckt werden kann. Die gemeinsame Inanspruchnahme kommt zudem nur in Betracht, wenn eine entsprechende Vereinbarung mit einem Leistungserbringer besteht. Denkbar ist auch, dass Leistungsberechtigte eine gemeinsame Inanspruchnahme von Leistungen wünschen. Diesem Anliegen soll mit dem neuen Absatz 3 Rechnung getragen werden. Voraussetzung ist jedoch, dass die Teilhabeziele erreicht werden können.

### **Zu Kapitel 7 (Gesamtplanung)**

Der Gesamtplanung kommt im Kontext personenzentrierter Leistungsgewährung und -erbringung eine Schlüssel-funktion zu. Sie ist die Grundlage für die Sicherstellung einer bedarfsdeckenden Leistungserbringung. Die Rege-lungen des Kapitels 7 knüpfen an die Regelungen des Teils 1, Kapitel 3 und 4 zur Bedarfsermittlung bzw. Teil-habepanung an und normieren die für die besonderen Leistungen zur selbstbestimmten Lebensführung für Men-schen mit Behinderungen notwendigen Spezifika:

Um die Bedarfe von leistungsberechtigten Personen nach § 99 umfassend ermitteln zu können, ist es in conse-quenter Umsetzung der Personenzentrierung im Einzelfall erforderlich, über die nach der Teilhabepanung nach Teil 1, Kapitel 4 ggf. einzubeziehenden weiteren Rehabilitationsträger hinaus auch die zuständigen Pflegekassen und/oder Träger der Hilfe zur Pflege sowie die zuständigen Träger der Hilfe zum Lebensunterhalt an der Gesamt-planung zu beteiligen. Dem tragen die Regelungen zur Gesamtplanung Rechnung.

Während der Teilhabepan nach § 19 nur dann zu erstellen ist, soweit Leistungen verschiedener Leistungsgruppen oder mehrerer Rehabilitationsträger erforderlich sind, ist der Gesamtplan für jede leistungsberechtigte Person und auch bei Einzelleistungen zu erstellen. Im Interesse aller Beteiligten wird mit dieser Regelung den Funktionen des Gesamtplans der Steuerung, Wirkungskontrolle und Dokumentation des Teilhabeprozesses adäquat Rechnung getragen und insbesondere auch die Position des Leistungsberechtigten sowohl gegenüber dem Leistungsträger wie auch gegenüber dem Leistungserbringer gestärkt. Vor diesem Hintergrund ist der Gesamtplan explizit auch dann zu erstellen, wenn kein Teilhabepan zu erstellen ist.

Praktische Erfahrungen wurden berücksichtigt und spiegeln sich in den Formulierungen wider.

### **Zu § 117 (Gesamtplanverfahren)**

Zu Absatz 1: Die Vorschrift knüpft an die Regelungen des bisherigen § 58 SGB XII an, erweitert und präzisiert diese. Die Ausgestaltung von Leistungen unter der Maßgabe der Personenzentrierung bedingt hinsichtlich der inhaltlichen Ausgestaltung sowie der verbindlichen Beteiligung der im Einzelfall einzubeziehenden Akteure weit-reichendere Anforderungen an die Bedarfsermittlung und -feststellung als sie der bisherige § 58 SGB XII regelt.

Zur Vereinheitlichung des Verfahrens werden Maßstäbe und Kriterien in Ergänzung zu Teil 1 Kapitel 4 bestimmt. Insbesondere die Position des Leistungsberechtigten erfährt hierdurch eine Stärkung. Durch die Auflistung kon-kreter Kriterien für das Verfahren wird dieses auf eine fachlich fundiertere Basis gestellt. Die trägerübergreifende Zusammenarbeit wird insbesondere durch die Möglichkeit der Durchführung einer Gesamtplankonferenz opti-miert.

Zu Absatz 2: Auf Verlangen des Leistungsberechtigten kann eine Person ihres Vertrauens am Gesamtplanverfah-ren beteiligt werden. Dies kann insbesondere auch ein ihn beratender anderer Mensch mit Behinderung oder eine von den Leistungsträgern so weit wie möglich unabhängige Beratungsinstanz sein.

Zu Absatz 3 und 4: Vielfach haben Leistungsberechtigte nach Teil 2 auch pflegerische Bedarfe und Bedarfe an notwendigem Lebensunterhalt. Auch sind der rehabilitative und der Teilhabebedarf häufig in Wechselwirkung hierzu zu sehen. Vor diesem Hintergrund sollen mit Zustimmung der Leistungsberechtigten die jeweils zuständige Pflegekasse, der zuständige Träger der Hilfe zur Pflege sowie der zuständige Träger der Hilfen zum Lebensun-terhalt am Gesamtplanverfahren beteiligt werden, soweit dies zur Feststellung der Leistungen nach den Kapiteln 3 bis 6 (Medizinische Rehabilitation, Teilhabe am Arbeitsleben, Teilhabe an Bildung, Soziale Teilhabe) erforder-lich ist.

Zu Absatz 5: Bestehen im Einzelfall Anhaltspunkte für einen Betreuungsbedarf nach § 1896 Absatz 1 des Bür-gerlichen Gesetzbuches, informiert der Träger der Eingliederungshilfe analog zu der Regelung für die Teilhabe-planung des § 22 Absatz 5 mit Zustimmung der Leistungsberechtigten die zuständige Betreuungsbehörde über die Erstellung des Gesamtplans, soweit dies zur Vermittlung anderer Hilfen, bei denen kein Betreuer bestellt wird, erforderlich ist.

### **Zu § 118 (Instrumente der Bedarfsermittlung)**

Im Rahmen der Gesamtplanung ist zwischen Verfahren und Instrumenten zur Bedarfsermittlung zu unterscheiden. Die Ermittlung des individuellen Bedarfs erfolgt in einem ersten Schritt mit Hilfe von Instrumenten. Ein Instru-ment ist ein konkretes Werkzeug (z. B. Fragebogen, Checkliste, Leitfaden), das auf einer wissenschaftlichen

Grundlage beruht. Da die Länder die besonderen Leistungen zur selbstbestimmten Lebensführung für Menschen mit Behinderungen als eigene Angelegenheiten ausführen, kann Teil 2 des SGB IX kein konkretes Instrument für die Durchführung der Bedarfsermittlung festlegen, sondern lediglich grundsätzliche Orientierungen mit Blick auf die Instrumente beinhalten.

Zentral steht dabei die Orientierung an der Internationalen Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit (ICF). Das Instrument hat die Beschreibung einer nicht nur vorübergehenden Beeinträchtigung der Aktivität und Teilhabe in neun Lebensbereichen, die sich an denen der ICF orientieren, vorzusehen.

Der Auflösung der Grenzen zwischen ambulanter und stationärer Leistungserbringung wird Rechnung getragen.

Nach Absatz 2 werden die Landesregierungen ermächtigt, durch Rechtsverordnung das Nähere über das Bedarfsermittlungsinstrument zu bestimmen. Mit dem Verweis auf § 7 Absatz 2 wird klargestellt, dass durch die Rechtsverordnung nicht von den Kapiteln 2 bis 4 im Teil 1 – die in § 13 auch die Bedarfsermittlung umfasst – abgewichen werden kann.

### **Zu § 119 (Gesamtplankonferenz)**

Zu Absatz 1: Zur Sicherstellung der Leistungen für die Leistungsberechtigten kann der Träger der Eingliederungshilfe mit Zustimmung der Leistungsberechtigten eine Gesamtplankonferenz als zweiten Schritt der Bedarfsermittlung zu deren Abschluss durchführen. Die Umsetzung des Rechts des betroffenen Menschen mit Behinderung, auf Augenhöhe mit den Leistungsträgern an der Feststellung seines individuellen Bedarfs und an der Gesamtplanung mitwirken zu können, wird dadurch gestärkt.

Wenn der maßgebliche Sachverhalt schriftlich ermittelt werden kann oder der Aufwand für die Durchführung sowie Vor- und Nachbereitung einer Gesamtplankonferenz in keinem angemessenen Verhältnis zum Umfang der beantragten Leistung steht, kann von einer Gesamtplankonferenz abgesehen werden.

Zu Absatz 2: In einer Gesamtplankonferenz beraten der Träger der Eingliederungshilfe, und andere beteiligte Leistungsträger gemeinsam mit dem Leistungsberechtigten in einer für ihn wahrnehmbaren Form umfassend über die Unterstützungsbedarfe und den zu deren Deckung notwendigen Leistungen. Die Beratung über die Leistungserbringung erstreckt sich auch auf die Möglichkeit der Inanspruchnahme einer pauschalen Geldleistung. Grundlage für die Beratung ist das Ergebnis der Bedarfsermittlung anhand von Instrumenten nach § 118.

Die Gesamtplankonferenz kann im Rahmen einer Zusammenkunft aller Beteiligten an einem Ort stattfinden, aber auch als Telefonkonferenz oder virtuelle Konferenz unter Nutzung von neuen Medien („Web-Konferenz“ bzw. „Video-Konferenz“). Die Form der Gesamtplankonferenz muss jedoch für eine adäquate Beteiligung der leistungsberechtigten Person geeignet sein.

Zu Absatz 3: Zur Optimierung der Umsetzung des ermittelten Bedarfes in Leistungen im Rahmen einer Konferenz soll der Träger der Eingliederungshilfe in Fällen, in denen eine Teilhabeplankonferenz nach Teil 1 und eine Gesamtplankonferenz nach Teil 2 durchzuführen ist, diese miteinander verbinden. In Fällen, in denen der Teilhabeplan nur aufgrund der Erforderlichkeit einer Leistungsfeststellung des Trägers der Eingliederungshilfe aus verschiedenen Leistungsgruppen ohne Beteiligung weiterer Rehabilitationsträger erfolgt, ist die Teilhabeplankonferenz regelmäßig durch eine Gesamtplankonferenz nach Teil 2 zu ersetzen. Insbesondere werden Mehraufwand und Reibungsverluste für alle Beteiligten so vermieden. Zudem soll der Träger der Eingliederungshilfe in komplexen Leistungsfällen nach den Kapiteln 3 bis 6 darauf hinwirken, anstelle des leistungsverantwortlichen Rehabilitationsträgers das Teilhabeplanverfahren nach Teil 1 durchzuführen und in diesem Fall die Teilhabeplankonferenz ebenso mit der Gesamtplankonferenz verbinden.

Zu Absatz 4: Die Bedarfe von Müttern und Vätern mit Behinderungen im Kontext der Versorgung und Betreuung ihrer Kinder sind vielfältig und können hinsichtlich ihres Abstimmungsbedarfes komplex sein. Neben Leistungen von vorrangigen Leistungsträgern sind auch die mögliche Unterstützung aus dem familiären, freundschaftlichen oder nachbarschaftlichen Umfeld möglich oder die Unterstützung im Rahmen eines Ehrenamtes in den Blick zu nehmen. Vor diesem Hintergrund ist für diese Fälle mit Zustimmung der Leistungsberechtigten eine Gesamtplankonferenz unter Beteiligung der genannten Leistungsträger, Stellen bzw. Personen durchzuführen.

### **Zu § 120 (Feststellung der Leistungen)**

Zu Absatz 1 und 2: Auf Grundlage der Beratung in der Gesamtplankonferenz nach § 119 werden die Leistungen abgestimmt, ein Gesamtplan erstellt und auf dessen Grundlage der Verwaltungsakt erlassen. In transparenter und



objektiver Art und Weise werden so der individuelle Bedarf von Menschen mit Behinderung zur Erzielung gleichberechtigter Teilhabe abschließend ermittelt und die Leistungen zur Bedarfsdeckung innerhalb der Fristen nach Teil 1 Kapitel 4, d. h. innerhalb von zwei Monaten nach Antragseingang, nach den für die beteiligten Träger geltenden Leistungsgesetzen festgestellt.

Zu Absatz 3: Die im Rahmen der Gesamtplanung festgestellten Leistungen in Leistungsverantwortung anderer Rehabilitationsträger bilden die für den Teilhabeplan erforderlichen Feststellungen nach § 15 Absatz 2.

Zu Absatz 4: In Einzelfällen, beispielsweise wenn ein Angehöriger, mit dem ein Leistungsberechtigter zusammen wohnt, plötzlich verstirbt, kann eine zeitnahe bzw. sofortige Leistungserbringung vor der Durchführung einer Gesamtplankonferenz erforderlich sein. In diesen Fällen erbringt der Träger der Eingliederungshilfe die Leistungen in seinem Zuständigkeitsbereich nach pflichtgemäßem Ermessen vorläufig.

### **Zu § 121 (Gesamtplan)**

Die Vorschrift normiert Funktion und inhaltliche Ausgestaltung des Gesamtplans, die der bisherige § 58 SGB XII offen lässt. Sie leistet somit einen Beitrag zur Rechts- und Verfahrensklarheit.

Zu Absatz 1 und 2: Die Regelungen normieren die Funktion des Gesamtplans. Er dient der Steuerung, Wirkungskontrolle und Dokumentation des Teilhabeprozesses. Er bedarf der Schriftform und soll regelmäßig, spätestens nach zwei Jahren überprüft und fortgeschrieben werden. Damit wird sichergestellt, dass auf veränderte Bedarfe, Wünsche und Teilhabeziele der Leistungsberechtigten zeitnah und flexibel reagiert werden kann.

Absatz 3 übernimmt die Regelung des § 58 SGB XII mit der Ergänzung, dass explizit ggf. eine Person des Vertrauens des Leistungsberechtigten mitwirken kann. Dies kann insbesondere auch ein ihn beratender anderer Mensch mit Behinderung oder eine von den Leistungsträgern so weit wie möglich unabhängige Beratungsinstanz sein.

Absatz 4 definiert die Mindestinhalte eines Gesamtplans und konkretisiert damit die bis dato offene Regelung des bisherigen § 58 SGB XII. Zentraler Stellenwert kommt dabei der Formulierung von individuellen, konkreten Teilhabezielen (vgl. § 19 Teilhabeplan) sowie in Orientierung an der ICF den mit diesen in einem engen Zusammenhang stehenden Aufgaben bzw. zu deren Erreichung notwendigen Handlungen („Aktivitäten“) der Leistungsberechtigten zu, an denen ressourcenorientiert im Rahmen der Bedarfsermittlung und -feststellung angesetzt werden kann.

Nach Absatz 5 hat der Träger der Eingliederungshilfe dem Leistungsberechtigten Einsicht in den Gesamtplan zu gewähren, um dem Kriterium der Transparenz Rechnung zu tragen.

### **Zu § 122 (Teilhabezielvereinbarung)**

Das Verfahren der Gesamtplanung soll die Überprüfung bewilligter Leistungen nach Zeitabläufen ermöglichen. Hierzu gibt die Vorschrift dem Träger der Eingliederungshilfe die Möglichkeit, mit den Leistungsberechtigten eine Teilhabezielvereinbarung abzuschließen. Eine solche Teilhabezielvereinbarung muss nicht zwingend ein eigenständiges Dokument sein. Auch die Unterzeichnung bzw. Vereinbarung von im Rahmen der Bedarfsermittlung und -feststellung formulierten Zielen kann eine Zielvereinbarung in diesem Sinne darstellen.

Auf veränderte Teilhabeziele aufgrund veränderter Bedarfe und Wünsche ist flexibel zu reagieren. Vor diesem Hintergrund hat der Träger der Eingliederungshilfe die Vereinbarung anzupassen, wenn Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die Vereinbarungsziele nicht oder nicht mehr erreicht werden.

### **Zu Kapitel 8 (Vertragsrecht)**

Die Erbringung von Leistungen der Eingliederungshilfe wird durch das sogenannte Dreiecksverhältnis geprägt, d. h. es bestehen unterschiedliche Rechtsbeziehungen zwischen Leistungsberechtigten, Leistungsträgern und Leistungserbringern:

- ein privatrechtlicher Vertrag zwischen Leistungsberechtigten und Leistungserbringern,
- ein öffentlich-rechtliches Verhältnis zwischen Leistungsberechtigten und Leistungsträgern sowie
- ein öffentlich-rechtlicher Vertrag zwischen Leistungsträger und Leistungserbringer.

Der Leistungserbringer hat aufgrund des privatrechtlichen Vertrages gegenüber den Leistungsberechtigten einen Anspruch auf Zahlung einer Vergütung der von ihm erbrachten Leistungen. Darüber hinaus sind noch die Vorschriften des Wohn- und Betreuungsvertragsgesetzes, das die zivilrechtlichen Bestimmungen des Heimgesetzes des Bundes abgelöst hat, zu berücksichtigen. Dieses Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz stellt insbesondere den Schutz der Leistungsberechtigten gegenüber den Leistungserbringern sicher. Weiterer Schutz wird darüber hinaus über die ordnungsrechtlichen Vorschriften der Länder zum Heimrecht gewährleistet, welche auch Regelungen über die Mitbestimmung und Mitwirkung der Bewohner von Einrichtungen enthalten.

Die Vereinbarung zwischen Leistungsträger und Leistungserbringer liegt auch im besonderen Interesse der Leistungsberechtigten:

- Die Vereinbarung dient der Umsetzung des individuellen Leistungsanspruchs der Leistungsberechtigten.
- Die Leistungserbringung muss ausreichend (bedarfsgerecht) und leistungsgerecht vergütet sein.
- Die individuellen Bedarfe und Wünsche der Leistungsberechtigten können durch eine größere Leistungsvielfalt und Trägerpluralität besser berücksichtigt werden.
- Die Vereinbarung stellt ein vergleichbares Leistungsniveau und eine vergleichbare Qualität durch die Festlegung von Leistungsinhalten sicher („gleiche Vergütung für gleiche Leistungen“).
- Die Vereinbarung ermöglicht eine weitgehend transparente Leistungserbringung.

Das Vertragsrecht der Eingliederungshilfe regelt, unter welchen Voraussetzungen der Träger der Eingliederungshilfe die Kosten der Leistungen der Eingliederungshilfe zu übernehmen hat. Im Vergleich zu den Vorschriften des Zehnten Kapitel des Zwölften Buches, die bisher für die Übernahme der Kosten der Eingliederungshilfe durch die Träger der Sozialhilfe maßgeblich sind, werden die Vorschriften im Kapitel 8 anlässlich der Neuausrichtung der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen grundlegend überarbeitet.

Die Neuausrichtung der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen zu einer personenzentrierten Teilhabeleistung hat insbesondere auch zur Folge, dass die bisherige Charakterisierung von Leistungen der Eingliederungshilfe in ambulante, teilstationäre und stationären Maßnahmen entfällt. Dies hat eine Änderung des Vertragsgegenstands zwischen Leistungsträger und Leistungserbringer zur Folge. Umfassen nach dem Recht des SGB XII die Leistungen in vollstationären Einrichtungen der Eingliederungshilfe eine umfassende Versorgung und Betreuung, gegliedert nach Maßnahmen der Eingliederungshilfe (Fachleistungen der Eingliederungshilfe) und nach existenzsichernden Leistungen zum Lebensunterhalt einschließlich Wohnen, wird der Inhalt der Vereinbarungen künftig auf die Fachleistung konzentriert. Die existenzsichernden Leistungen zum Lebensunterhalt werden ebenso wie auch für Menschen ohne Behinderungen nach den Vorschriften des Dritten oder Vierten Kapitels des Zwölften Buches bzw. nach dem Zweiten Buch erbracht und sind nicht mehr Gegenstand der Vereinbarungen zwischen Leistungsträger und Leistungserbringer.

Entsprechend der gestiegenen Verantwortung der Leistungsträger wird die Steuerungsfunktion der Leistungsträger gestärkt. Damit wird zugleich ein Anliegen der Länder zur Änderung des Vertragsrechts im Zwölften Buch insoweit aufgegriffen, als gegenüber dem bisherigen Vertragsrecht nach den Vorschriften des Zwölften Buches eine effektivere Wirtschaftlichkeits- und Qualitätsprüfung ermöglicht werden soll. Eine effektivere Wirtschaftlichkeits- und Qualitätsprüfung in Angelegenheiten der Sozialhilfe war bereits im Jahr 2003 durch den Gesetzgeber mit der Einfügung des § 75 Absatz 3 Satz 3 SGB XII beabsichtigt worden. Soweit die Praxis gezeigt hat, dass in der Umsetzung der bestehenden Vorschriften bzgl. des Abschlusses einer Prüfungsvereinbarung Probleme auftreten, wird dem Rechnung getragen und ein gesetzliches Prüfrecht aus besonderem Anlass für die Träger der Eingliederungshilfe eingeführt.

Das Vertragsrecht der Sozialhilfe unterliegt auch nach Verabschiedung der europäischen Richtlinien 2014/23/EU und 2014/24/EU nicht dem Anwendungsbereich des europäischen Vergaberechts; die Träger der Eingliederungshilfe vergeben weder öffentliche Aufträge im Sinne der RL 2014/24/EU noch Konzessionen im Sinne der RL 2014/23/EU.

„Öffentliche Aufträge“ im Sinne der RL 2014/24/EU sind „zwischen einem oder mehreren Wirtschaftsteilnehmern und einem oder mehreren öffentlichen Auftraggebern schriftlich geschlossene entgeltliche Verträge über die Ausführung von Bauleistungen, die Lieferung von Waren oder die Erbringung von Dienstleistungen“ (Artikel 2 Absatz 1 Nummer 5). Im Erwägungsgrund Nummer 4 der Richtlinie wird ausdrücklich klargestellt, dass der

Begriff der Auftragsvergabe klarer definiert werden sollte, diese Präzisierung aber nicht den Anwendungsbereich dieser Richtlinie im Vergleich zu dem der Richtlinie 2004/18/EG erweitern sollte.

Der Abschluss einer sozialhilferechtlichen Vereinbarung nach den Vorschriften des Zehnten Kapitels des Zwölften Buches ist schon bisher kein vergaberechtlich relevanter Beschaffungsvorgang, da es hier an der hierfür erforderlichen Konkurrenten-Auswahl und definitiven Entgeltzuweisung fehlte. Dies liegt in der vom sog. freien Markt abweichenden Funktionsweise des öffentlich regulierten Marktes begründet. Auf diesem fehlt die preisregulierende Funktion einer Angebots-Nachfrage-Beziehung, weil die Vergütung nicht von demjenigen bezahlt wird, der die Leistung in Anspruch nimmt. Die sozialhilferechtliche Vereinbarung ist daher kein entgeltlicher Vertrag im Sinne des Vergaberechts, sondern regelt lediglich die Leistungsabwicklung, während die Leistungsbeschaffung als vergaberechtlich relevanter Vorgang nicht ein Träger öffentlicher Gewalt, sondern der Leistungsberechtigte im Rahmen seines Wunsch- und Wahlrechts vornimmt (§ 9 Absatz 2 SGB XII). Der Abschluss einer Vereinbarung berechtigt den Leistungserbringer nach geltendem Recht des Zwölften Buches lediglich im Grundsatz zur Erbringung sozialhilferechtlicher Leistungen, d. h. es wird durch die Vereinbarung der Status als Leistungserbringer nach dem SGB XII vermittelt, während sich der Marktwert dieser Berechtigung erst im Wettbewerb mit anderen vergleichbaren Leistungserbringern erweist.

Das Leistungserbringungsrecht der Eingliederungshilfe unterliegt auch nicht dem Anwendungsbereich der Konzessions-Richtlinie 2014/23/EU. Gemäß dem Erwägungsgrund Nummer 11 sind Konzessionen „entgeltliche Verträge, mit denen ein(e) oder mehrere öffentliche Auftraggeber oder Auftraggeber einen oder mehrere Wirtschaftsteilnehmer mit der Erbringung von Bauleistungen oder der Erbringung und der Verwaltung von Dienstleistungen beauftragen. Ziel solcher Verträge ist die Beschaffung von Bau- oder Dienstleistungen durch eine Konzession, wobei die Gegenleistung entweder in dem Recht zur Nutzung des Bauwerks beziehungsweise Verwertung der Dienstleistungen oder in diesem Recht zuzüglich einer Zahlung besteht.“

Die Legaldefinition der „Dienstleistungskonzession“ findet sich in Artikel 5 Nummer 1 Buchstabe b:

„b) „Dienstleistungskonzession“ einen entgeltlichen, schriftlich geschlossenen Vertrag, mit dem ein oder mehrere öffentliche Auftraggeber oder Auftraggeber einen oder mehrere Wirtschaftsteilnehmer mit der Erbringung und der Verwaltung von Dienstleistungen betrauen, die nicht in der Erbringung von Bauleistungen nach Buchstabe a bestehen, wobei die Gegenleistung entweder allein in dem Recht zur Verwertung der vertragsgegenständlichen Dienstleistungen oder in diesem Recht zuzüglich einer Zahlung besteht.“

Mit der Vergabe einer Bau- oder Dienstleistungskonzession geht auf den Konzessionsnehmer das Betriebsrisiko für die Nutzung des entsprechenden Bauwerks beziehungsweise für die Verwertung der Dienstleistungen über, wobei es sich um ein Nachfrage- und/oder ein Angebotsrisiko handeln kann. Das Betriebsrisiko gilt als vom Konzessionsnehmer getragen, wenn unter normalen Betriebsbedingungen nicht garantiert ist, dass die Investitionsaufwendungen oder die Kosten für den Betrieb des Bauwerks oder die Erbringung der Dienstleistung, die Gegenstand der Konzession sind, wieder erwirtschaftet werden können...“

Der Erwägungsgrund Nummer 13 schränkt den Anwendungsbereich der RL ein:

„Regelungen, nach denen ohne gezielte Auswahl alle Wirtschaftsteilnehmer, die bestimmte Voraussetzungen erfüllen, berechtigt sind, eine bestimmte Aufgabe, wie beispielsweise Kundenwahl- und Dienstleistungsgutscheinsysteme, wahrzunehmen, sollten darüber hinaus nicht als Konzession gelten,... Derartige Systeme beruhen typischerweise auf der Entscheidung einer Behörde, mit der transparente und nichtdiskriminierende Voraussetzungen für den kontinuierlichen Zugang von Wirtschaftsteilnehmern zur Erbringung bestimmter Dienstleistungen, wie soziale Dienstleistungen, festgelegt werden, wobei den Kunden die Wahl zwischen den Anbietern freisteht.“

Dementsprechend wird in der Begründung des Gesetzes zur Modernisierung des Vergaberechts (Umsetzung der EU-Vergaberichtlinien) zu § 105 Absatz 1 (Bundratsdrucksache 367/15) festgestellt, dass unter Berücksichtigung des Erwägungsgrunds Nummer 13 davon ausgegangen wird, dass die Auswahl von Dienstleistungserbringern im sozialhilferechtlichen Dreiecksverhältnis nicht der RL 2014/23/EU unterfällt.

Im Hinblick auf das auch im künftigen Eingliederungshilferecht bestehende sozialrechtliche Dreiecksverhältnis sowie die insoweit deckungsgleichen Vorschriften des Vertragsrechts der Eingliederungshilfe im Teil 2 des SGB IX gelten die Feststellungen zur Nichtanwendbarkeit der EU-Vergaberichtlinien auch im künftigen Recht der Eingliederungshilfe.

Gegenüber dem bisherigen Vertragsrecht des Zwölften Buches werden die Vorschriften umfassend und übersichtlich neu geordnet, um dem Rechtsanwender eine praxisgerechte Umsetzung zu ermöglichen. Inhaltliche Änderungen werden dabei insoweit vorgenommen, als sie zur Umsetzung der Neuausrichtung der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen sowie zur optimierten Wahrnehmung der Steuerungsaufgaben des Trägers der Eingliederungshilfe (z. B. durch Einführung eines gesetzlichen Prüfungsrechts für die Träger der Eingliederungshilfe) erforderlich sind.

In § 123 werden künftig die allgemeinen Grundsätze zusammengefasst und um weitere neue allgemeine Grundsätze ergänzt, die bei der Erbringung von Leistungen nach diesem Gesetz zu beachten sind. § 124 enthält ergänzend zu den allgemeinen Grundsätzen weitere allgemeine Grundsätze über geeignete Leistungsanbieter. Im § 125 werden die notwendigen Inhalte der Leistungsvereinbarungen sowie der Vergütungsvereinbarungen gelistet. In § 123 werden die Regelungen zum Verfahren und Inkrafttreten der Vereinbarungen zusammengefasst. Ist eine Vereinbarung abgeschlossen worden, bestimmt sich die Verbindlichkeit der vereinbarten Vergütung nach den Grundsätzen des § 127. Gemäß § 128 wird den Trägern der Eingliederungshilfe das Recht zur Prüfung der Qualität und Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringer eingeräumt. Hält ein Leistungserbringer seine gesetzlichen oder vertraglichen Verpflichtungen nicht ein, kann die Vergütung gemäß den in § 129 festgelegten Bestimmungen gekürzt werden. In schwerwiegenden Fällen einer Verletzung vertraglicher oder gesetzlicher Pflichten besteht gemäß § 130 das Recht zur außerordentlichen Kündigung. Rahmenverträge zur Erbringung von Leistungen nach diesem Gesetz können zwischen den Trägern der Eingliederungshilfe und den Vereinigungen der Leistungserbringer nach Maßgabe des § 131 geschlossen werden. Abweichende Zielvereinbarungen können die Parteien unter den Voraussetzungen des § 132 abschließen. Grundsätzliche Bestimmungen zu den Schiedsstellen enthält § 133.

### **Zu § 123 (Allgemeine Grundsätze)**

Diese Regelung fasst die bisher an verschiedenen Stellen des Zehnten Kapitels des Zwölften Buches festgelegten allgemeinen Grundsätze für die Erbringung von Leistungen durch externe Leistungserbringer in einer Vorschrift zusammen, soweit sie für das Recht der Eingliederungshilfe von Bedeutung sind. Darüber hinausgehende Ergänzungen betreffen insbesondere die nähere Bestimmung des Begriffs der Geeignetheit eines Leistungserbringers sowie die Klarstellung zur Wirtschaftlichkeit tariflich vereinbarter Vergütungen. Weiterhin sind Begrifflichkeiten an das neue Recht angepasst worden: Der Begriff des Leistungserbringers ersetzt die bisherige Unterscheidung zwischen (teilstationären und stationären) Einrichtungen und (ambulanten) Diensten, welche nicht mehr dem personenzentrierten Ansatz entspricht.

Zu Absatz 1: Satz 1 überträgt im Wesentlichen inhaltsgleich die bisherige Regelung des § 75 Absatz 3 Satz 1. Halbsatz SGB XII auf das Recht der Eingliederungshilfe. Eine Leistung darf auch künftig im Recht der Eingliederungshilfe unabhängig vom Ort der Leistungserbringung grundsätzlich nur dann erbracht werden, wenn eine Vereinbarung mit einem Träger der Eingliederungshilfe besteht. Eine Vereinbarung ist nicht erforderlich, soweit die Leistung zur Ausübung eines Ehrenamtes gemäß § 113 Absatz 2 Nummer 2 in Verbindung mit § 78 Absatz 5 oder als pauschale Geldleistung gemäß § 116 Absatz 1 erbracht wird. Mit dem Abschluss individueller Vereinbarungen und der damit zum Ausdruck kommenden Wettbewerbsorientierung sollen Anreize für eine möglichst kostengünstige Leistungserbringung geschaffen werden. Die Vereinbarung besteht aus einer Leistungs- und einer Vergütungsvereinbarung. Hierbei handelt es sich um jeweils selbständige Teile, die unabhängig voneinander geschlossen werden können. Die nach bisherigem Recht der Sozialhilfe zusätzlich abzuschließende Prüfungsvereinbarung wird zugunsten eines gesetzlichen Prüfungsrechts des Trägers der Eingliederungshilfe gemäß § 75 Absatz 3 Satz 1 Nummer 3 SGB XII gestrichen. Für die Vereinbarungen nach Kapitel 8 ist das Schriftformerfordernis ausdrücklich vorgeschrieben.

Satz 2 übernimmt inhaltsgleich die bisherige Regelung des § 75 Absatz 3 Satz 1 2. Halbsatz SGB XII, d. h. die Vereinbarung kann auch zwischen dem Träger der Eingliederungshilfe und dem Verband, dem der Leistungserbringer angehört, geschlossen werden.

Zu Absatz 2: Die mit einem Träger der Eingliederungshilfe geschlossene Vereinbarung ist gemäß Satz 1 für alle übrigen Träger der Eingliederungshilfe entsprechend der bisherigen Regelung im Sozialhilferecht (§ 77 Absatz 1 Satz 2 2. Halbsatz SGB XII) bindend. Satz 2 übernimmt inhaltsgleich die bisherige Regelung des § 75 Absatz 3 Satz 2 SGB XII, wonach die Vereinbarung die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Leistungsfähigkeit beachten muss. Dem Träger der Eingliederungshilfe wird damit die Möglichkeit eingeräumt, auf die Höhe und Ausgestaltung der zu übernehmenden Kosten Einfluss zu nehmen. In diesem Zusammenhang ist zu prüfen,

ob der Leistungserbringer geeignet ist (§ 124) und die wirtschaftliche Verwendung öffentlicher Gelder gewährleistet ist.

Mit Satz 3 wird klargestellt, dass die Vereinbarung entsprechend dem bisher geltenden Recht der Sozialhilfe nur für künftige Zeiträume abgeschlossen werden darf. Bereits 1993 wurde mit dem Zweiten Gesetz zur Umsetzung des Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramms das bis dahin geltende Selbstkostendeckungsprinzip durch ein prospektives Entgeltsystem ersetzt. Ausgangspunkt war die Erkenntnis, dass das Selbstkostendeckungsprinzip mit seinem nachträglichen Ausgleich von Über- oder Unterdeckungen nicht mehr modernen betriebswirtschaftlichen Erfordernissen entsprach. Vielmehr bietet das Selbstkostendeckungsprinzip keinen Anreiz für eine wirtschaftliche Leistungserbringung. Das seitdem geltende System prospektiver Entgelte hat sich bewährt und findet künftig auch im Vertragsrecht der Eingliederungshilfe Anwendung.

Die Vergütung wird zwischen dem Leistungsträger und dem Leistungserbringer oder seinem Verband vereinbart. Ziel ist eine angemessene (leistungsgerechte) Vergütung, die die Eigenverantwortung der Leistungserbringer stärkt und deren wirtschaftliche Betriebsführung honoriert. Die Laufzeit der Vergütungsvereinbarung ist nicht an das Kalenderjahr gekoppelt, sondern durch die Vereinbarungspartner festzulegen. Die Vereinbarungspartner werden so in die Lage versetzt, die Laufzeit der Verträge je nach Bedarf zu bestimmen. Im Falle der Nichteinigung über die Höhe der Vergütung entscheidet gemäß § 126 auf Antrag einer Partei eine unabhängige Schiedsstelle. Aufgabe der Schiedsstelle ist die Herstellung eines weitgehenden Interessenausgleichs zwischen Leistungserbringer und Leistungsträger.

Mit der in Satz 4 normierten Pflicht, die Ergebnisse der Vereinbarungen den Leistungsberechtigten zugänglich zu machen, wird die Position der Leistungsberechtigten, ausdrücklich hervorgehoben und gestärkt. Der Abschluss einer Vereinbarung zwischen Leistungsträger und Leistungserbringer liegt in vielfacher Hinsicht auch im besonderen Interesse der Leistungsberechtigten:

- Die Vereinbarung dient der Umsetzung des individuellen Leistungsanspruchs des Leistungsberechtigten.
- Im Interesse des Leistungsberechtigten wird eine ausreichende (bedarfsgerechte) und leistungsgerechte Vergütung ausgehandelt.
- Die individuellen Bedarfe und Wünsche der Leistungsberechtigten können durch eine größere Leistungsvielfalt und Trägerpluralität besser berücksichtigt werden.
- Die Vereinbarung stellt ein vergleichbares Leistungsniveau und eine vergleichbare Qualität durch die Festlegung von Leistungsinhalten sicher.
- Die Vereinbarung ermöglicht eine weitgehend transparente Leistungserbringung.

Damit alle Leistungsberechtigten unabhängig von der Art ihrer Behinderung die Ergebnisse der Vereinbarungen zur Kenntnis nehmen können, ist sicherzustellen, dass die Zugänglichmachung in einer für die Leistungsberechtigten wahrnehmbaren Form erfolgt. Eine allgemeinverbindliche Vorgabe, welche Form wahrnehmbar ist, ist im Hinblick auf die verschiedenen Lebenslagen nicht möglich; entscheidend für die Entscheidung ist vielmehr der jeweilige Einzelfall.

Absatz 3 stellt klar, dass private und öffentliche Arbeitgeber im Sinne von § 61 keine Leistungserbringer im Sinne dieses Kapitels sind; auf diese finden die Vorschriften des Kapitels 8 keine Anwendung. Ein privater oder öffentlicher Arbeitgeber, der einem Menschen mit Behinderung als Alternative zu einer Beschäftigung in einer Werkstatt für behinderte Menschen ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis anbietet, ist lediglich Nutznießer einer dem Leistungsberechtigten zugeordneten Teilhabeleistung (Lohnkostenzuschuss aus Mitteln der Eingliederungshilfe). Anders als eine Werkstatt für behinderte Menschen erbringt er selbst aber keine Teilhabeleistung, die vom Träger der Eingliederungshilfe nach Abschluss einer Vereinbarung nach § 125 SGB IX vergütet wird. Insoweit kann der Träger der Eingliederungshilfe keinen Einfluss auf die nähere Ausgestaltung des zwischen dem Arbeitgeber und dem Menschen mit Behinderung nach Abschluss des Arbeitsvertrages bestehenden Rechtsverhältnisses nehmen. Auch kann er den Abschluss des aus Mitteln der Eingliederungshilfe zu fördernden Arbeitsvertrages nicht von einer Leistungs- und Entgeltvereinbarung zwischen dem Arbeitgeber und dem Träger der Eingliederungshilfe abhängig machen.

Zu Absatz 4: Satz 1 greift die bisherige Regelung des § 76 Absatz 1 Satz 2 SGB XII auf, nach der in die Vereinbarung die Verpflichtung aufzunehmen ist, im Rahmen des vereinbarten Leistungsangebots den Leistungsberechtigten aufzunehmen und zu betreuen. Durch die Aufnahme in die allgemeinen Grundsätze des Vertragsrechts wird die bisher in jedem Einzelfall zu vereinbarende Verpflichtung überflüssig. Die Aufnahme- und Betreuungspflicht greift insoweit in die Berufsausübungsfreiheit des Leistungserbringers ein. Der Eingriff ist durch den Zweck der Regelung – die Sicherstellung der Versorgung des Leistungsberechtigten – gerechtfertigt. Neu ist die Verpflichtung der Leistungserbringer, dass die Inhalte des Gesamtplanes nach § 121 zu beachten sind.

Mit Satz 2 wird klargestellt, dass die Verpflichtung zur Leistungserbringung auch in den Fällen des § 116 Absatz 2 gilt, in denen Leistungen der Eingliederungshilfe von mehreren Leistungsberechtigten gemeinsam in Anspruch genommen werden.

Zu Absatz 5: In besonderen Einzelfällen darf in Abweichung des in Absatz 1 Satz 1 normierten Grundsatzes eine Leistung auch durch einen Leistungserbringer, mit dem keine schriftliche Vereinbarung geschlossen wurde, erbracht werden. Wie bisher schon im Leistungserbringungsrecht der Sozialhilfe darf der Leistungserbringer nicht bessergestellt werden als ein Leistungserbringer, der eine Vereinbarung mit dem Träger der Eingliederungshilfe geschlossen hat. Der Leistungserbringer hat daher in diesen Fällen ein schriftliches Leistungsangebot vorzulegen, dass den Vorgaben des § 125 entspricht. Darüber hinaus hat sich der Leistungserbringer zu verpflichten, die Grundsätze des Absatz 1 Satz 4 bzgl. der Wirtschaftlichkeit und Qualität der Leistungserbringung zu erfüllen. Ebenso wie die Leistungserbringer, mit denen eine Vereinbarung geschlossen wurde, hat der Leistungserbringer anlässlich der Erbringung der Leistungen der Eingliederungshilfe die Inhalte des Gesamtplanes nach § 121 zu beachten. Die Vergütung darf darüber hinaus nicht höher sein als die Vergütung, die der Träger der Eingliederungshilfe mit anderen Leistungserbringern für vergleichbare Leistungen vereinbart hat. Die Vorschrift greift damit die entsprechende Regelung aus dem Vertragsrecht der Sozialhilfe auf (vgl. § 75 Absatz 4 SGB XII). Im Übrigen finden die Vorschriften der §§ 123 bis 125 und 127 bis 130 auf die Fälle des Absatzes 5 entsprechende Anwendung.

Zu Absatz 6: Aufgrund des sozialhilferechtlichen Dreiecksverhältnisses mit den dabei bestehenden Rechtsbeziehungen zwischen Leistungsberechtigten, Leistungserbringern und Leistungsträgern hat der Leistungserbringer nach bisher geltender Rechtslage keinen unmittelbaren Zahlungsanspruch gegen den Leistungsträger. Vielmehr haben die Leistungserbringer aufgrund der privatrechtlichen Verträge mit den Leistungsberechtigten einen Anspruch auf eine Vergütung der erbrachten Leistung. Auch die Rechtsprechung hat bisher einen unmittelbaren Zahlungsanspruch des Leistungserbringers gegenüber dem Leistungsträger verneint. Im Unterschied zum Recht der Gesetzlichen Krankenversicherung bzw. Sozialen Pflegeversicherung bestehe weder ein gesetzlicher noch ein aus den Normverträgen resultierender Zahlungsanspruch des Leistungserbringers gegen den Träger der Sozialhilfe. Im Vertragsrecht beschränke sich die Verpflichtung des Trägers der Sozialhilfe auf die Schaffung und Gestaltung des im Gesetz umschriebenen vertraglichen Rahmens. Den Anspruch der Leistungsberechtigten gegen die Träger der Sozialhilfe auf Übernahme der Kosten könne der Leistungserbringer nicht einklagen. Erst mit der Leistungsbewilligung erkläre der Träger der Sozialhilfe jedoch im Einzelfall einen Schuldbeitritt zur zivilrechtlichen Verpflichtung des Leistungsberechtigten gegenüber dem Leistungserbringer. Dieser Schuldbeitritt führe zu einem unmittelbaren Zahlungsanspruch des Leistungserbringers gegen den Träger der Sozialhilfe (BSG, Urteil vom 28. Oktober 2008, B 8 SO 22/07 R).

In der Praxis leistete dagegen schon vor der Entscheidung des Bundessozialgerichts dagegen der Träger der Sozialhilfe regelmäßig aus Praktikabilitätsgründen unmittelbar an den Leistungserbringer. Es ist daher sachgerecht, dass sich künftig im Leistungserbringungsrecht der Eingliederungshilfe die bestehende Praxis widerspiegelt und dem Leistungserbringer ein unmittelbarer Zahlungsanspruch gegen den Träger der Eingliederungshilfe eingeräumt wird. Dieser Zahlungsanspruch ist öffentlich-rechtlicher Natur, so dass im Fall von Rechtsstreitigkeiten der Rechtsweg zu den Sozialgerichten eröffnet ist, während bei Klagen aus dem zivilrechtlichen Rechtsverhältnis zwischen Leistungsberechtigten und Leistungserbringer der Zivilrechtsweg eröffnet ist. Der Zahlungsanspruch umfasst nur die vom Träger der Eingliederungshilfe zu erbringenden Leistungen.

#### **Zu § 124 (Geeignete Leistungserbringer)**

Zu Absatz 1: Satz 1 überträgt inhaltsgleich die Regelung des § 75 Absatz 2 Satz 1 SGB XII auf das Vertragsrecht der Eingliederungshilfe. Soweit geeignete gemeinnützige und/oder gewerbliche Leistungserbringer vorhanden sind, sollen wie bisher schon die Träger der Sozialhilfe auch die Träger der Eingliederungshilfe keine eigenen

Angebote neu schaffen. Satz 2 regelt in Erweiterung der bisherigen Regelung für das Leistungserbringungsrecht des Zwölften Buches, wann ein Leistungserbringer im Sinne von Satz 1 geeignet ist. Danach kann ein Leistungserbringer nur dann als geeignet eingestuft werden, wenn er unter Beachtung der Besonderheiten des Einzelfalls (§ 104) in der Lage ist, die Leistungen der Eingliederungshilfe wirtschaftlich und sparsam zu erbringen. Zur Beurteilung der wirtschaftlichen Angemessenheit ist im Rahmen des sog. „externen Vergleichs“ die geforderte Vergütung mit den Vergütungen vergleichbarer Leistungserbringer im Einzugsbereich zu vergleichen. Liegt die geforderte Vergütung im unteren Drittel dieses Vergleichs, ist von der wirtschaftlichen Angemessenheit auszugehen. Mit der Heranziehung des externen Vergleichs wird die vom BSG zum SGB XI ergangene Rechtsprechung aufgegriffen. Es sollen diejenigen Leistungserbringer identifiziert werden, die die im Einzelfall erforderlichen Leistungen für die Leistungsberechtigten auch in wirtschaftlicher Sicht am effektivsten erbringen können, ohne dass damit eine Leistungsver schlechterung zu Lasten der Leistungsberechtigten verbunden ist. Auch eine Vergütungsforderung, die oberhalb des unteren Drittels liegt, kann leistungsgerecht sein, wenn sie nachvollziehbar auf einem höheren Aufwand des Leistungserbringers beruht und dieser wirtschaftlich angemessen ist. Ein solch gerechtfertigter höherer Aufwand kann sich insbesondere aus besonderen Leistungsangeboten ergeben, die einen höheren Personalschlüssel erfordern. Auch die Lage und Größe einer Einrichtung kann eine höhere Vergütungsforderung rechtfertigen, wenn sich wirtschaftliche Nachteile aus der Lage oder dem Zuschnitt der Einrichtung ergeben und die Leistung nicht ohne den im Vergleich teureren Leistungserbringer erbracht werden kann.

Die Einhaltung einer Tarifbindung und ein daraus entstehender höherer Personalkostenaufwand genügen stets den Grundsätzen wirtschaftlicher Betriebsführung. Mit Satz 6 wird daher klargestellt, dass die Bezahlung tariflich vereinbarter Vergütungen sowie entsprechender Vergütungen nach kirchlichen Arbeitsrechtsregelungen auch dann als wirtschaftlich angemessen anzusehen sind, wenn die geforderte Vergütung aus diesem Grunde nicht im unteren Drittel liegt. Höhere Personalkosten der Leistungserbringer, die den überwiegenden Anteil an den Kosten ausmachen, werden damit im Rahmen des externen Vergleichs insoweit nicht zu Lasten der Leistungserbringer berücksichtigt, als diese eine Folge der Tarifgebundenheit des Leistungserbringers sind.

Zu Absatz 2: Geeignete Leistungserbringer müssen nicht nur gemäß Absatz 1 die Leistungen wirtschaftlich und sparsam erbringen können, sondern darüber hinaus eine dem Leistungsangebot entsprechende Anzahl an Fach- und Betreuungskräften beschäftigen.

Ohne eine quantitativ und qualitativ angemessene Personalausstattung kann ein Leistungserbringer nicht als geeignet eingestuft werden.

Die Regelung zur Anforderung an das Personal berücksichtigt, dass die Leistungen der Eingliederungshilfe von unterschiedlicher Zielrichtung und damit einhergehend auch unterschiedlich in der konkreten Ausführung sein können. Dies kommt insbesondere bei den Leistungen zur Assistenz zum Ausdruck, bei denen differenziert wird zwischen einer Assistenz, die sich auf die stellvertretende Übernahme von Handlungen und die Begleitung des Leistungsberechtigten beschränkt und der qualifizierten Assistenz, die auf die Befähigung des Leistungsberechtigten zur eigenständigen Alltagsbewältigung gerichtet ist. Leistungen zur Übernahme von Handlungen und der Begleitung können von einem (angelernten) Mitarbeiter ohne berufsspezifische Ausbildung erbracht werden. Um das Ziel der Eingliederungshilfe zu erreichen, muss er jedoch auf Grund seiner Persönlichkeit zur Leistungserbringung geeignet sein und über die Fähigkeit zur Kommunikation mit dem Leistungsberechtigten verfügen. Die Fähigkeit zur Kommunikation spielt beispielsweise bei blinden, tauben oder taubblinden Menschen eine ganz zentrale Rolle, da sie spezifische Kommunikationsformen wie Gebärdensprache und taktiles Gebärden, Lormen oder schriftliche Kommunikation beispielsweise in Brailleschrift voraussetzt. Die Fachkräfte müssen zusätzlich eine berufsspezifische Ausbildung abgeschlossen und gegebenenfalls Zusatzqualifikationen haben. Im Hinblick auf die Heterogenität der Leistungsangebote der einzelnen Leistungserbringer wird jeweils im Einzelfall zu beurteilen sein, über welche berufsspezifische Ausbildung und Zusatzqualifikationen die Fachkraft verfügen muss. Für die Durchführung der qualifizierten Assistenz ist in der Regel eine einschlägige Ausbildung im pädagogischen, psychosozialen, psychiatrischen oder therapeutischen Bereich erforderlich.

Satz 3 konkretisiert die persönliche Eignung des Fach- und Betreuungspersonals. Zur Gewährleistung eines umfassenden Schutzes von Menschen mit Behinderung sind Personen, die wegen Straftaten gegen die sexuelle und persönliche Selbstbestimmung vorbestraft sind, als ungeeignet für die Erbringung von Leistungen der Eingliederungshilfe einzustufen. Die Überprüfung der Geeignetheit ist dem Leistungserbringer durch die Vorlage eines erweiterten Führungszeugnisses möglich. Das Nähere regeln gemäß Satz 4 die Länder, deren Heimgesetze unberührt bleiben.

Zu Absatz 3: Sind mehrere Leistungserbringer geeignet im Sinne der Absätze 1 und 2, ist eine vergleichende Bewertung erforderlich (externer Vergleich). Die Erforderlichkeit eines externen Vergleichs, also des Vergleichs mit Entgelten, wie sie auch andere Leistungserbringer für vergleichbare Leistungen erheben, folgt bereits aus der Verpflichtung der Träger der Eingliederungshilfe, nur wirtschaftliche und sparsame Pflegesätze zu vereinbaren.

#### **Zu § 125 (Inhalt der schriftlichen Vereinbarung)**

Zu Absatz 1: Die Vorschrift regelt den Inhalt der Vereinbarung mit Erbringern von Leistungen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen. Der Abschluss einer entsprechenden Vereinbarung zwischen Leistungsträger und Leistungserbringer ist mit Ausnahme der Fälle des § 123 Absatz 5 Voraussetzung für eine Übernahme der Kosten durch den Träger der Eingliederungshilfe. Die Neuausrichtung der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen zu einer personenzentrierten Teilhabeleistung mit der Folge, dass insbesondere auch die derzeitige Charakterisierung von Leistungen der Eingliederungshilfe in ambulante, teilstationäre und stationäre Maßnahmen entfällt, erfordert eine Neuregelung der Vereinbarungsinhalte. Die darüber hinaus nach dem bisher geltenden Recht des Zwölften Buches zu treffende Prüfungsvereinbarung wird zu Gunsten eines ausdrücklichen Prüfrechts des Trägers der Eingliederungshilfe (§ 128) gestrichen.

Die Vereinbarung zwischen dem Träger der Eingliederungshilfe und dem Leistungserbringer besteht aus zwei Teilvereinbarungen, einer Leistungsvereinbarung (Nummer 1) und einer Vergütungsvereinbarung (Nummer 2), deren Mindestinhalte in den Absätzen 2 und 3 festgelegt sind.

Regelungsgegenstände der Leistungsvereinbarung nach Nummer 1 sind Inhalt, Umfang und Qualität der Leistungen. Die Qualität der Leistungen umfasst auch die Wirksamkeit der Leistungen. Leistungsträger und Leistungserbringer haben einvernehmlich festzulegen, welche konkreten Leistungen zu erbringen sind. Die Leistungen müssen bedarfsgerecht sein und die Besonderheiten des Einzelfalls berücksichtigen. Im Rahmen der Vergütungsvereinbarung haben sich die Parteien über die Höhe der Vergütung zu verständigen. Grundlage sind die Inhalte der Leistungsvereinbarung.

Die Bezahlung tariflich vereinbarter Vergütungen sowie entsprechender Vergütungen nach kirchlichen Arbeitsrechtsregelungen kann dabei entsprechend der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts grundsätzlich nicht als unwirtschaftlich abgelehnt werden (vgl. § 124 Absatz 1).

In Absatz 2 sind die Mindestinhalte der Leistungsvereinbarungen gemäß Absatz 1 Nummer 1 festgelegt. Diese enthalten die grundlegenden Merkmale für eine qualitative Leistungserbringung. Die Reihenfolge der Mindestinhalte soll keine Wertung des Gesetzgebers über die Bedeutung der Mindestinhalte im Verhältnis zueinander haben. Die Mindestinhalte übertragen weitgehend das geltende Recht des § 76 Absatz 1 SGB XII in das Vertragsrecht der Eingliederungshilfe; zur besseren Übersichtlichkeit für den Rechtsanwender werden die einzelnen Mindestinhalte in Listenform übertragen. Die Inhalte der Leistungsvereinbarung sind nicht abschließend; den Vereinbarungspartnern steht es frei, darüber hinaus weitere Leistungsmerkmale in die Leistungsvereinbarung aufnehmen.

Mit Nummer 4 (Festlegung der personellen Ausstattung) wird zugleich einem Anliegen der Länder, wie es mit der Gesetzesinitiative zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (Bundratsdrucksache 379/10 (Beschluss)) zum Ausdruck gekommen ist, Rechnung getragen. Welche Methode hierbei zur Anwendung kommt, bleibt den Rahmenverträgen vorbehalten. Soweit es sich um die unmittelbar gegenüber dem Leistungsberechtigten zu erbringende Leistung handelt, ist gemäß der Nummer 5 die Qualifikation des Personals in der Vereinbarung zu regeln.

Zu den Kosten für betriebsnotwendige Anlagen gehören insbesondere der Investitionsaufwand für Erst- und Wiederbeschaffung von Anlagegütern sowie Miete bzw. Pacht und Darlehenszinsen. Welche Anlagen betriebsnotwendig sind, richtet sich nach der Aufgabenstellung des Leistungserbringers, insbesondere nach dem Leistungsangebot und dem vom Träger der Eingliederungshilfe zu finanzierenden Standard.

Zu Absatz 3: Die Anrechnung von öffentlichen Förderungen dient der Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen. Hierzu zählen auch verdeckte Subventionen in Form von haushaltsinternen Umschichtungen bei öffentlichen Einrichtungen (vgl. Bundestagsdrucksache 13/2440, S. 30). Die nach Satz 3 zu bildenden Vergleichsgruppen dienen lediglich als Kalkulationsgrundlage für die Leistungspauschale; die Einstufung in eine Vergleichsgruppe stellt daher noch keinen Verwaltungsakt dar (BSG, Urteil vom 2. Februar 2010, Rdn 14). Mit Satz 4 wird den Trägern



der Eingliederungshilfe die Möglichkeit eröffnet, länderspezifische Abrechnungsverfahren anzuwenden. Die Regelung korrespondiert mit der Möglichkeit nach § 126 Absatz 1 Satz 3, dass die Leistungsträger einen unbestimmten Kreis von Leistungserbringern zu Verhandlungen auffordern. Das sozialhilferechtliche Dreiecksverhältnis bleibt unberührt; insbesondere ist der individuelle Leistungsanspruch der Leistungsberechtigten zu beachten.

Zu Absatz 4: Die besonderen Vorschriften über die Vergütungsvereinbarungen mit Werkstätten für behinderte Menschen werden in das Vertragsrecht des Teils 2 integriert, soweit der Träger der Eingliederungshilfe zuständiger Leistungsträger ist. Die Sätze 1 und 2 übernehmen insoweit inhaltsgleich die bisherigen Vorschriften des § 41 Absatz 3 Satz 3 Nummer 2 und Satz 3. Satz 3 übernimmt die bisherige Regelung des § 41 Absatz 4 Satz 3, nach der das Arbeitsergebnis des Leistungserbringers nicht zur Minderung der Vergütung verwendet werden darf.

#### **Zu § 126 (Verfahren und Inkrafttreten der Vereinbarung)**

Zu Absatz 1: Das Verfahren zum Abschluss einer Vereinbarung wird jeweils durch eine schriftliche Verhandlungsaufforderung eingeleitet. Sowohl Leistungserbringer als auch Leistungsträger können die Initiative zum Abschluss einer Vereinbarung ergreifen. Satz 2 bestimmt, dass in der schriftlichen Aufforderung die Verhandlungsgegenstände konkret zu benennen sind, soweit der Abschluss einer Folgevereinbarung angestrebt wird. Mit Satz 3 wird klargestellt, dass die Leistungsträger auch künftig einen unbestimmten Kreis von Leistungserbringern auffordern können, ihr Interesse am Abschluss einer Leistungsvereinbarung zu bekunden. Soweit Leistungserbringer ihr Interesse bekunden, richten sich Verfahren, Abschluss und Inkrafttreten der Vereinbarung nach den Vorschriften dieses Kapitels. Mit Satz 4 wird klargestellt, dass die Parteien auf Verlangen jeweils geeignete Nachweise zu den Verhandlungsgegenständen vorzulegen haben, damit zeitnah nachvollzogen werden kann, ob die Voraussetzungen erfüllt sind.

Zu Absatz 2: Kommt eine Vereinbarung nicht zustande, entscheidet auf Antrag einer Partei eine unabhängige Schiedsstelle mit der Mehrheit ihrer Mitglieder über die strittigen Punkte. Im Unterschied zum bisher geltenden Recht nach den Vorschriften des Zehnten Kapitels des Zwölften Buches sind sowohl die Leistungs- als auch die Vergütungsvereinbarung schiedsstellenfähig. Im Rahmen des Gesetzes zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch 2003 war bereits beabsichtigt gewesen, die Schiedsstellenfähigkeit auf die Leistungsvereinbarung allgemein zu erstrecken. Mit Beschluss des Vermittlungsausschusses wurde diese Regelung jedoch aus dem Gesetzentwurf gestrichen.

Die Erweiterung der Schiedsstellenfähigkeit auch auf die Leistungsvereinbarung dient der gleichgewichtigen Ausgestaltung des Vereinbarungsverfahrens.

Die bisherige Frist von sechs Wochen hat sich in der Praxis vielfach als zu kurz und daher nicht praxismäßig erwiesen, da die Verhandlungen in dieser Zeitspanne angesichts der Komplexität der Materie nicht abgeschlossen werden können. Die Verlängerung auf drei Monate trägt diesem Umstand Rechnung, wahrt aber zugleich die Schutzfunktion der Vorschrift, in dem sie den beteiligten Verhandlungspartnern einen zügigen Abschluss des Verfahrens gewährleisten soll.

Durch die Vorschaltung eines Schiedsstellenverfahrens, welches erstmalig durch das Zweite Gesetz zur Umsetzung des Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramms (2. SKWPG, BGBl. I 1993, 2374) eingeführt worden ist, soll zügig ein weitgehender Interessenausgleich zwischen den Verhandlungspartnern erzielt werden, ohne dass es eines zeitaufwendigen Gerichtsverfahrens bedarf. Die Schiedsstelle hat als neutrale Stelle sowohl dem Interesse der Träger der Eingliederungshilfe an einer ausreichenden und kostengünstigen Versorgung der Leistungsberechtigten als auch dem Interesse der Leistungserbringer an der angemessenen Vergütung ihrer Leistungen Rechnung zu tragen. Wie das Bundesverfassungsgericht in einem Beschluss zum Vertragsrecht nach den Vorschriften des Zwölften Buches festgestellt hat, kommt der Übernahme der Kosten aus Mitteln der Sozialhilfe eine erhebliche wirtschaftliche Bedeutung für den Leistungserbringer zu. Entscheidungen der Schiedsstellen zur Vergütung der Leistungen sind daher aufgrund ihres in die Berufsfreiheit eingreifenden Charakters an Artikel 12 Absatz 1 GG zu messen (BVerfG, Beschluss vom 1. September 2008, Az.: 1 BvR 887/08). Entsprechendes gilt für die Übernahme der Kosten durch die Träger der Eingliederungshilfe. Die Vorschriften des Teils 2 des Neunten Buches bilden die von Verfassung wegen erforderliche gesetzliche Grundlage zur Festsetzung der Vergütung durch die Schiedsstelle. Es besteht ein überragendes Interesse der Allgemeinheit daran, dass staatliche Mittel wirtschaftlich und sparsam eingesetzt werden. Hieraus folgt für die Festsetzung durch die Schiedsstelle auch nach

Ansicht des Bundesverfassungsgerichts ein allgemeinverbindlicher Angemessenheitsmaßstab, der auf den entsprechenden Marktpreis abstellt und nicht an die unternehmerischen Entscheidungen des Leistungserbringers gebunden ist (BVerfG a. o. O.).

Gegen die Entscheidung der Schiedsstelle kann ohne ein weiteres Vorverfahren Klage erhoben werden. Damit ist die Schiedsstellenentscheidung vom Gesetzgeber als Verwaltungsakt ausgestaltet worden (Bundesverwaltungsgericht, Urteil vom 1. Dezember 1998, Az.: 5 C 17/97). Satz 4 hebt hervor, dass die Klage im Unterschied zu den Bestimmungen des Elften Buches Sozialgesetzbuch nicht gegen die Schiedsstelle, sondern gegen den jeweiligen Verhandlungspartner zu richten ist.

Die Gerichte haben sich bei der Überprüfung der dem Schiedsspruch zugrunde liegenden Abwägung zwischen den betroffenen öffentlichen und privaten Belangen auf die Feststellung zu beschränken, ob die Schiedsstelle die widerstreitenden Interessen der Vertragsparteien ermittelt, alle für die Abwägung erforderlichen tatsächlichen Erkenntnisse gewonnen und die Abwägung in einem fairen Verfahren frei von Einseitigkeit vorgenommen hat (BVerwG, a. a. O.).

Zu Absatz 3: Ein für vergangene Zeiträume rückwirkendes Inkrafttreten von Vereinbarungen oder Festsetzen der Schiedsstelle ist in Anlehnung an die entsprechende Vorschrift des Zehnten Kapitels des SGB XII nicht zulässig. Soweit das Bundessozialgericht im Urteil vom 23. Juli 2014 (Az.: B 8 SO 2/13 R) entschieden hat, dass das Rückwirkungsverbot des § 77 Absatz 2 Satz 3 SGB XII nur für den Fall gilt, dass keine Festlegung des Zeitpunkts des Inkrafttretens erfolgt ist und die Vertragsautonomie der Beteiligten bzw. die Gestaltungsfreiheit der Schiedsstelle daher während der laufenden Verhandlungen bzw. während des Schiedsstellenverfahrens nicht eingeschränkt ist, entspricht dies nicht der Intention des Gesetzgebers. Mit Satz 5 wird daher klargestellt, dass in keinem Fall ein rückwirkendes Inkrafttreten einer Vereinbarung oder Festsetzung der Schiedsstelle zulässig ist.

Im Übrigen obliegt die Festlegung des Zeitpunkts des Inkrafttretens den Vertragspartnern bzw. der Schiedsstelle. Für den Fall, dass der Zeitpunkt nicht festgelegt worden ist, richtet sich das Inkrafttreten nach den Sätzen 2 bis 4.

#### **Zu § 127 (Verbindlichkeit der vereinbarten Vergütung)**

Zu Absatz 1: Vergütungsvereinbarungen sind gemäß § 123 Absatz 2 Satz 3 im Voraus abzuschließen. Prospektive Entgelte haben nicht die Funktion, Kosten zu erstatten, sondern konkrete Leistungen angemessen zu vergüten. Der Leistungserbringer erhält damit einerseits die Chance, bei wirtschaftlicher Betriebsführung einen Gewinn zu erzielen. Andererseits verbleibt ihm auch das finanzielle Risiko eines Verlustes bei nicht wirtschaftlicher Betriebsführung. Dadurch wird Eigenverantwortung der Leistungserbringer gestärkt. Absatz 1 stellt daher klar, dass ein nachträglicher Ausgleich auch im Vertragsrecht der Eingliederungshilfe grundsätzlich ausgeschlossen ist.

Mit Absatz 2 wird sichergestellt, dass ohne Zustimmung des Trägers der Eingliederungshilfe vorgenommene Investitionsmaßnahmen nicht zu einer höheren Vergütung führen.

Zu Absatz 3: Die Vorschrift überträgt inhaltsgleich den bisherigen § 77 Absatz 3 SGB XII auf das Vertragsrecht der Eingliederungshilfe. Weiterhin ist ein nachträglicher Ausgleich ausnahmsweise in den Fällen möglich, wenn es zu unvorhergesehenen wesentlichen Änderungen der Annahmen gekommen ist, die der Vergütungsvereinbarung zugrunde lagen.

Absatz 4 überträgt inhaltsgleich die bisherige Regelung des § 77 Absatz 2 Satz 4 SGB XII, nachdem die vereinbarte oder durch die Schiedsstelle festgesetzte Vergütung bis zum Inkrafttreten einer neuen Vergütungsvereinbarung weiter gilt, auf das Vertragsrecht der Eingliederungshilfe.

#### **Zu § 128 (Wirtschaftlichkeits- und Qualitätsprüfung)**

Mit dieser Regelung wird den Trägern der Eingliederungshilfe ein gesetzliches Prüfrecht aus besonderem Anlass hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit und Qualität der vereinbarten Leistungen der Leistungserbringer eingeräumt. Die Vorschrift greift ein Anliegen der Länder aus dem Gesetzentwurf des Bundesrates zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (Bundratsdrucksache 394/10 (Beschluss)), die bestehenden Instrumente der Wirtschaftlichkeits- und Qualitätsprüfung zu optimieren, auf. Eine effektive Wirtschaftlichkeits- und Qualitätsprüfung war bereits 2003 anlässlich der Überführung der Vorschriften des Bundessozialhilfegesetzes in das Zwölfte Buch durch den Bundesgesetzgeber mit der Einfügung des § 75 Absatz 3 Satz 3 SGB XII beabsichtigt worden. So haben im geltenden Recht die Träger der Sozialhilfe als Leistungsträger mit dem Leistungserbringer Grundsätze und Maßstäbe für die Wirtschaftlichkeit und die Qualitätssicherung der Leistungen sowie für den Inhalt und das

Verfahren zur Durchführung von Wirtschaftlichkeits- und Qualitätsprüfungen zu vereinbaren. Leistungsberechtigte werden an dem Prüfverfahren beteiligt, als ihnen das Ergebnis der Wirtschaftlichkeits- und Qualitätsprüfungen in geeigneter Form zugänglich zu machen ist.

Die Praxis hat jedoch gezeigt, dass in der Umsetzung des damals neu eingefügten § 75 Absatz 3 Satz 3 SGB XII Probleme aufgetreten sind, die in vielen Fällen den Abschluss einer entsprechenden Prüfungsvereinbarung verhindern haben.

Zu Absatz 1: Mit Satz 1 wird den Leistungsträgern ein gesetzliches Prüfungsrecht aus besonderem Anlass eingeräumt. Der durch die Vorschrift gestattete Eingriff in die Berufsausübungsfreiheit dient zum einen der Gewährleistung einer qualitativ angemessenen Leistungserbringung und zum anderen einer wirtschaftlichen Verwendung der durch Steuergelder finanzierten Leistungen der Eingliederungshilfe. Es soll sichergestellt werden, dass die finanziellen Mittel nur für den vorgesehenen Zweck eingesetzt werden und der Leistungserbringer seine gesetzlichen und vertraglichen Pflichten erfüllt. Im Hinblick auf den damit verbundenen Eingriff in die Berufsausübungsfreiheit sind Wirtschaftlichkeits- und Qualitätsprüfungen nur dann zulässig, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass der Leistungserbringer seine gesetzlichen oder vertraglichen Pflichten nicht erfüllt. Satz 3 überträgt inhaltsgleich den bisherigen § 77 Absatz 3 Satz 3 SGB XII auf das Leistungserbringungsrecht der Eingliederungshilfe. Durch Landesrecht kann von dem Kriterium „soweit tatsächliche Anhaltspunkte bestehen“ abgewichen werden.

Zu Absatz 2: Die Prüfung erstreckt sich auf Inhalt, Umfang, Wirtschaftlichkeit und Qualität der zwischen Träger der Eingliederungshilfe und Leistungserbringer vereinbarten Leistungen. Da eine unwirksame Leistung nicht wirtschaftlich sein kann, ist die Wirksamkeit der Leistung vom Prüfrecht erfasst. Zur Gewährleistung einer wirksamen Kontrolle können die Prüfungen in geeigneten Fällen gemäß Satz 1 unangemeldet erfolgen.

Zu Absatz 3: Das Prüfungsergebnis ist dem Leistungserbringer in schriftlicher Form mitzuteilen. Darüber hinaus ist das Prüfungsergebnis den Leistungsberechtigten in einer für die Leistungsberechtigten wahrnehmbaren Form zugänglich zu machen.

### **Zu § 129 (Kürzung der Vergütung)**

In Ergänzung des neuen gesetzlichen Prüfungsrechts bestimmt diese Regelung, dass im Falle der teilweisen oder vollständigen Nichterfüllung der gesetzlichen oder vertraglichen Verpflichtungen des Leistungserbringers die vereinbarte Vergütung entsprechend zu kürzen ist. Diese gegenüber dem außerordentlichen Kündigungsrecht vorgeschaltete Möglichkeit der Vergütungsminderung durch den Träger der Eingliederungshilfe gibt diesem ein Sanktionsmittel insbesondere in Fällen, in denen aufgrund der Qualität der Pflichtverletzung eine (außerordentliche) Kündigung nicht in Betracht kommt. Sie dient nicht zuletzt auch den Interessen der Leistungsberechtigten, indem die Leistungserbringer zur Vermeidung der Vergütungskürzung zur Erfüllung der gesetzlichen oder vertraglichen Verpflichtungen angehalten werden.

Zur Vermeidung von rechtlichen Auseinandersetzungen bezüglich der Höhe des Kürzungsbetrags ist zwischen den Vertragsparteien Einvernehmen herzustellen. Nähere Vorgaben, nach welchen Kriterien die Vergütung zu kürzen ist, enthält die Vorschrift nicht. Im Falle der Nichterfüllung der Personalvorgaben wird der Kürzungsbetrag jedoch nach der Höhe der eingesparten Personalkosten zu bemessen sein. Auch für das Schiedsstellenverfahren werden keine konkreten Vorgaben gemacht, nach welchen Kriterien die Höhe des Kürzungsbetrags festzulegen ist.

Der Leistungsträger kann den Kürzungsbetrag nur bis zur Höhe seiner Leistung beanspruchen; im Übrigen steht der Kürzungsbetrag gemäß Absatz 2 dem Leistungsberechtigten zu. Absatz 3 stellt klar, dass der Kürzungsbetrag nicht refinanzierbar ist und die Kürzung der Vergütung gemäß § 129 auch keine unvorhergesehene Änderung der Annahmen im Sinne von § 127 Absatz 3 ist, die einen Anspruch auf Nachverhandlung begründen könnte.

Die Kürzung der Vergütung berechtigt den Leistungserbringer darüber hinaus nicht zur Einschränkung seiner Leistungsverpflichtungen gegenüber den Leistungsberechtigten.

### **Zu § 130 (Außerordentliche Kündigung der Vereinbarungen)**

In Fällen einer groben Verletzung vertraglicher oder gesetzlicher Pflichten durch den Leistungserbringer ist der Träger der Eingliederungshilfe zur vorzeitigen Beendigung der Vereinbarung im Wege der außerordentlichen

Kündigung berechtigt. Die Vorschrift dient insbesondere dem Schutz der Leistungsberechtigten, da in diesen Fällen regelmäßig davon ausgegangen werden muss, dass eine qualitativ angemessene Leistungserbringung nicht mehr gewährleistet ist. In Satz 2 werden fünf Situationen beschrieben, in denen insbesondere eine grobe Pflichtverletzung im Sinne des Satz 1 vorliegt; sie übertragen inhaltsgleich den § 80 Satz 2 SGB XII auf das Vertragsrecht der Eingliederungshilfe. Die Aufzählung ist nicht abschließend, d. h. es können auch weitere Fallgestaltungen dazu führen, dass dem Träger der Eingliederungshilfe ein Festhalten an den Vereinbarungen nicht mehr zumutbar ist.

### **Zu § 131 (Rahmenverträge zur Erbringung von Leistungen)**

Zu Absatz 1: Die Inhalte der Rahmenverträge werden abschließend in Absatz 1 genannt; darüber hinausgehende Inhalte sind nicht vorgesehen. Zur Verwirklichung einer besseren Partizipation der Leistungsberechtigten sind die auf Landesebene maßgeblichen Interessenvertretungen von Menschen mit Behinderungen beratend in das Verfahren und die Beschlussfassung über die Rahmenverträge einzubeziehen.

Zu Absatz 2: Die Position der Leistungsberechtigten wird gestärkt, indem die durch Landesrecht bestimmten maßgeblichen Interessenvertretungen der Menschen mit Behinderungen bei der Erarbeitung und Beschlussfassung der Rahmenverträge mitwirken.

Zu Absatz 3: Im Unterschied zur Landesebene geben die Vereinigung der Leistungsträger und die der Leistungserbringer auf Bundesebene nur Empfehlungen ab und schließen keine für ihre Mitglieder verbindlichen Verträge. Absatz 2 überträgt insoweit inhaltsgleich den bisherigen § 79 Absatz 2 SGB XII auf das Vertragsrecht der Eingliederungshilfe. Die bisherige § 79 Absatz 2 Nummer 4 SGB XII wird insoweit angepasst, als die Prüfungsvereinbarung künftig durch ein gesetzliches Prüfungsrecht des Leistungsträgers ersetzt wird (Nummer 6). Darüber hinaus sind in den Rahmenverträgen künftig auch die Grundsätze des Verfahrens zum Abschluss von Vereinbarungen zu regeln.

Absatz 4 überträgt die für das Vertragsrecht der Sozialhilfe geltende Verordnungsermächtigung gemäß § 81 Absatz 1 SGB XII inhaltsgleich auf das Vertragsrecht der Eingliederungshilfe.

### **Zu § 132 (Abweichende Zielvereinbarungen)**

Absatz 1 ermöglicht den Leistungsträgern und den Trägern der Leistungserbringer zur Erprobung neuer und zur Weiterentwicklung der bestehenden Leistungs- und Finanzierungsstrukturen von den sonstigen Regelungen des Vertragsrechts nach Kapitel 8 abzuweichen. Dies muss im Wege der Vereinbarung erfolgen, d. h. die vom Vertragsrecht abweichenden Inhalte müssen einvernehmlich festgesetzt werden. Die Zielvereinbarung ergänzt insoweit die Inhalte der Vereinbarungen nach Kapitel 8. Die Abweichung setzt voraus, dass das sozialhilferechtliche Dreiecksverhältnis gewahrt bleibt. Insbesondere im Hinblick auf das Wunsch- und Wahlrecht der Leistungsberechtigten und die damit verbundene Auswahlmöglichkeit der Leistungsanbieter ist es erforderlich, dass das Vergaberecht nicht zur Anwendung kommt. In der Begründung des Gesetzes zur Modernisierung des Vergaberichts (Umsetzung der EU-Vergaberichtlinien) zu § 105 Absatz 1 (Bundesratsdrucksache 367/15) wird dementsprechend festgestellt, dass die Auswahl von Dienstleistungserbringern im sozialhilferechtlichen Dreiecksverhältnis nicht der RL 2014/23/EU unterfällt. Damit ist die freie Auswahlmöglichkeit für die Leistungsberechtigten weiterhin auch bei Abschluss von Zielvereinbarungen sichergestellt.

Absatz 2 stellt klar, dass der Abschluss von Zielvereinbarungen den individuellen Leistungsanspruch der Leistungsberechtigten nicht einschränken darf.

Der Abschluss von Zielvereinbarungen ist gemäß Absatz 3 nicht möglich, soweit über die Leistungen der Eingliederungshilfe hinaus auch Leistungen der Hilfe zur Pflege durch die Träger der Sozialhilfe geleistet werden.

### **Zu § 133 (Schiedsstelle)**

Absatz 1 überträgt weitgehend inhaltsgleich die für die Träger der Sozialhilfe geltende Regelung des § 80 Absatz 1 SGB XII auf das Vertragsrecht der Eingliederungshilfe. Zur Regelung von Streitigkeiten im Vertragsrecht der Eingliederungshilfe werden in jedem Land eine oder mehrere Schiedsstellen gebildet. Die Funktion der Schiedsstelle hat sich seit ihrer Einführung bewährt. Die Schiedsstelle hat als neutrale Stelle sowohl dem Interesse der Träger der Eingliederungshilfe an einer ausreichenden und kostengünstigen Versorgung der Leistungsberechtigten als auch dem Interesse der Leistungserbringer an der angemessenen Vergütung ihrer Leistungen Rechnung zu tragen und insoweit einen Interessenausgleich herbeizuführen.

Mit Absatz 2 wird inhaltsgleich die Vorschrift des § 80 Absatz 2 Satz 1 SGB XII auf das Vertragsrecht der Eingliederungshilfe übertragen. Durch die paritätische Besetzung von Vertretern der Leistungsträger und der Leistungserbringer ist beiden Parteien auch im Rahmen des Schiedsstellenverfahrens eine gleiche Einflussmöglichkeit auf die inhaltliche Ausgestaltung der Vereinbarung gegeben.

Absatz 3 überträgt inhaltsgleich die Vorschrift des § 80 Absatz 2 Satz 2 bis 5 SGB XII auf das Vertragsrecht der Eingliederungshilfe. Die Vorgaben über die Bestellung der Schiedsstellen beschränken sich auf die Grundzüge. Die nähere Ausgestaltung bleibt der durch die Landesregierung zu erlassenden Rechtsverordnung gemäß Absatz 5 vorbehalten.

Absatz 4 überträgt inhaltsgleich die Vorschrift des § 80 Absatz 3 SGB XII auf das Vertragsrecht der Eingliederungshilfe. Aufgrund der in gleicher Zahl bestellten Vertreter der Leistungsträger und Leistungserbringer kommt bei Stimmgleichheit der Stimme des unparteiischen Vorsitzenden die entscheidende Bedeutung zu.

Zu Absatz 5: Wie schon im Vertragsrecht der Sozialhilfe werden auch im Vertragsrecht der Besonderen Leistungen zur selbstbestimmten Lebensführung für Menschen mit Behinderungen die Landesregierungen ermächtigt, das Nähere durch Rechtsverordnung zu bestimmen. Die Vorschrift überträgt im Wesentlichen inhaltsgleich die Verordnungsermächtigung des § 81 Absatz 2 SGB XII. Die Landesregierungen werden ausdrücklich ermächtigt, die Zahl der Schiedsstellen durch Rechtsverordnung zu bestimmen.

#### **Zu § 134 (Sonderregelung zum Inhalt der Vereinbarungen zur Erbringung von Leistungen für minderjährige Leistungsberechtigte und in Sonderfällen)**

Soweit die Leistungen der Eingliederungshilfe gegenüber minderjährigen Leistungsberechtigten zu erbringen sind, erfolgt mit der Sonderregelung des § 134 ausnahmsweise keine Trennung zwischen Fachleistung und Lebensunterhalt. Da der weit überwiegende Teil der Leistungsberechtigten der Eingliederungshilfe existenzsichernde Leistungen zum Lebensunterhalt nach dem Vierten Kapitel SGB XII erhält, werden die im Zusammenhang mit der Trennung von Fachleistung und Lebensunterhalt notwendigen Änderungen dort verortet. Diese Regelungen gelten jedoch nur für Volljährige und nicht für Kinder und Jugendliche. Die Diskussion zur Reform des SGB VIII bleibt davon unberührt.

Dementsprechend ist in der Vereinbarung zwischen Leistungsträger und Leistungserbringer nicht nur die Erbringung der Fachleistung, sondern auch die Erbringung der Hilfe zum Lebensunterhalt zu regeln. In Abweichung der Grundregel des § 125 werden in der Sonderregelung die notwendigen Bestandteile der Vereinbarung zwischen Leistungsträger und Leistungserbringer gelistet. Dementsprechend sind in die Vergütungsvereinbarungen auch die Grundpauschalen für Unterkunft und Verpflegung sowie ein Betrag für betriebsnotwendige Anlagen einschließlich ihrer Ausstattung aufzunehmen. Während Absatz 1 inhaltsgleich der Grundregel entspricht, sind die wesentlichen Inhalte sowohl der Leistungs- als auch der Vergütungsvereinbarung anzupassen, als in der Leistungsvereinbarung die betriebsnotwendigen Anlagen und in der Vergütungsvereinbarung eine Grundpauschale für Unterkunft und Verpflegung sowie ein Investitionsbetrag zu berücksichtigen ist. Absatz 2 und 3 entsprechen insoweit inhaltsgleich dem neuen § 76 Absatz 2 und 3 SGB XII (vgl. Artikel 11).

Unabhängig von dieser Sonderregelung und der damit im Zusammenhang stehenden Sonderregelung des § 142 gilt das neue Recht auch für Kinder und Jugendliche. Dies gilt insbesondere auch für das neue Leistungsrecht und die Verbesserungen bei Einkommen und Vermögen.

Zu Absatz 4: Die Sonderregelung für Kinder und Jugendliche ohne Trennung zwischen Fachleistung und Lebensunterhalt wird auf Volljährige ausgedehnt, die eine Internatsschule speziell für Menschen mit Behinderungen besuchen wie beispielsweise eine Internatsschule für blinde oder taubblinde Menschen. Hierdurch wird im Zusammenhang mit der Sonderregelung zur Anrechnung von Einkommen nach § 142 Absatz 3 erreicht, dass für Eltern volljähriger Kinder bei den existenzsichernden Leistungen zum Lebensunterhalt keine Schlechterstellung erfolgt.

#### **Zu Kapitel 9 (Einkommen und Vermögen)**

Die Regelungen zum Einsatz von Einkommen und Vermögen werden neu konzipiert. Es erfolgt ein grundlegender Systemwechsel mit einer ausgewogenen Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit gerade von erwerbstätigen

Menschen mit Behinderungen. Die Neuregelung führt dazu, dass im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten insbesondere diejenigen Menschen mit Behinderungen, die bisher trotz niedriger Einkommen einen Eigenanteil tragen mussten, stärker entlastet werden.

Es wird nicht mehr ein Einsatz des Einkommens verlangt, das über einer individuell festzusetzenden Einkommensgrenze liegt, sondern es wird ab einem bestimmten Einkommen, das oberhalb der bisherigen Einkommensgrenze nach dem SGB XII liegt, ein Beitrag gefordert. Die Festsetzung dieser Beträge erfolgte unter Beachtung der bisherigen durchschnittlichen Einkommenssituation der Leistungsbezieher von Eingliederungshilfe, ihres bisherigen Einkommenseinsatzes und einer ausgewogenen Erhöhung der Einkommensgrenzen unter Berücksichtigung der Höhe der Mittel, die für eine Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderungen zur Verfügung stehen. Die Situation der steuerlichen und abgaberechtlichen Position des Leistungsbezieher wurde ebenso berücksichtigt. Die für diese Einkommenssituation maßgeblichen Bruttoeinkünfte wurden aufgrund von Daten des Bundesministeriums für Finanzen ermittelt. Die Einkommensgrenze, ab der eine Heranziehung mit Beiträgen erfolgt, wurde auf diese Weise bestimmt. Die Anknüpfung an den Begriff der „Summe der Einkünfte“ berücksichtigt die individuellen Werbungskosten und Betriebsausgaben. Somit wird auch ein mit der Einkommenserzielung verbundener höherer Aufwand berücksichtigt. Zudem werden so die steuerlichen Vorteile für Menschen mit Behinderungen nicht wie bisher von der Einkommensregelung der Eingliederungshilfe aufgezehrt. Mit der Regelung, dass der Beitrag sich nach dem Einkommen im Sinne des Einkommensteuergesetzes (EStG) richtet, wird die Inanspruchnahme von Einkommen pauschaliert. Der geforderte Beitrag ist linear so gestaffelt, dass in durchschnittlichen Fällen im Vergleich zum bisherigen Recht eine deutliche Besserstellung erfolgt.

Durch die Ableitung der für die Bemessung des Beitrags ausschlaggebenden Beträge von der Sozialversicherungsbezugsgröße unterliegen diese automatisch einer Dynamisierung (§ 136 Absatz 2 bis 4).

#### **Zu § 135 (Begriff des Einkommens)**

Absatz 1 regelt die Definition des Einkommens, das für den aufzubringenden Beitrag zu Grunde zu legen ist. Durch den Bezug zum EStG und die Zugrundelegung des Einkommens des Vorvorjahres wird die Nachweispflicht im Wesentlichen auf den Einkommensteuerbescheid konzentriert und somit vereinfacht. Gleichzeitig werden z. B. hohe Werbungskosten, die erhebliche Auswirkungen auf das Nettoeinkommen haben, dadurch erfasst, dass diese bei der „Summe der Einkünfte“ bereits berücksichtigt sind, während bestehende Steuervorteile den Betroffenen zu Gute kommen.

Zu Absatz 2: Die Anknüpfung an das Vorvorjahr kann dazu führen, dass zwischenzeitlich durch eine erhebliche Einkommensveränderung ein unzutreffender Beitrag gefordert würde. Dies ist z. B. bei Arbeitslosigkeit, bei Rentenbeginn oder bei einem Wechsel des Arbeitsverhältnisses von Vollzeit- in Teilzeitbeschäftigung, aber auch bei der erstmaligen Aufnahme einer Beschäftigung denkbar. In diesen Fällen ist eine Einkommensermittlung des aktuellen Jahres entsprechend der Regelung des § 135 Absatz 1 durchzuführen. Nicht erfasst werden sollen jedoch reine Veränderungen bzw. Schwankungen des Einkommens bei unveränderter Beschäftigungssituation.

#### **Zu § 136 (Beitrag aus Einkommen zu den Aufwendungen)**

Zu Absatz 1: Die Regelung des Absatzes 1 knüpft für die Einkommensheranziehung neben dem Leistungsbezieher auch an die Unterhaltspflicht nach § 1601 BGB an, wenn Leistungen für minderjährige Kinder erbracht werden.

Zu Absatz 2: Die Pflicht, einen Beitrag aufzubringen, beginnt bei einem Betrag, der oberhalb der bisherigen Einkommensgrenze nach dem SGB XII liegt. Je nach Situation der steuerlichen und abgaberechtlichen Position des Leistungsbezieher werden unterschiedliche Ausgangsbeträge berücksichtigt. Maßgebend ist das „überwiegend“, damit die Zuordnung des Betrages nach der Haupteinkommensquelle erfolgt und nicht z. B. geringfügige Nebeneinkünfte zu einer unzutreffenden Zuordnung führt. Dabei erfolgt durch einen vergleichsweise höheren Grundfreibetrag nach Nummer 1 und 2 im Vergleich zu Nummer 3, eine Privilegierung des Erwerbseinkommens im Vergleich zu anderen Einkünften. So soll auch ein Anreiz geschaffen werden, trotz der bestehenden Behinderung eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen.

Durch die Bezugnahme auf die jährliche Bezugsgröße nach Absatz 1 des § 18 SGB IV ist sichergestellt, dass ein bundeseinheitlich gleicher Betrag als Maßstab gilt. Eine Zugrundelegung der jährlichen Bezugsgröße nach Absatz 2 des § 18 SGB IV (Sozialversicherungsbezugsgröße Ost) ist ausdrücklich nicht vorgesehen.

Die in Absatz 2 genannten Beträge stellen sicher, dass die Leistungsberechtigten nicht nur ihren Lebensunterhalt bestreiten können, sondern Ihnen die Aufrechterhaltung einer angemessenen Lebensführung ermöglicht wird.

Zu Absatz 3: Je nach Familienkonstellation sind für weitere Personen Zuschläge erforderlich, um das o. g. Ziel zu erreichen. Die Beträge berücksichtigen auch die Unterhaltspflicht des Menschen mit Behinderungen gegenüber seinem Partner/Ehegatten sowie seinen Kindern nach §§ 1569 und 1601 BGB.

Durch Absatz 4 wird sichergestellt, dass die Zuschläge nach Absatz 3 nur solange gelten, wie der Partner/Ehegatte eigenes anrechnungsfreies Einkommen bis zu der Höhe erzielt, die sich aus einer entsprechenden Anwendung des Absatz 2 zur überwiegenden Herkunft und Höhe des Einkommens ergeben würde. Erst wenn diese Höhe überschritten wird, erfolgt keine Berücksichtigung nach Absatz 3 mehr. Vom gleichen Zeitpunkt an wird der Zuschlag für gemeinsame minderjährige Kinder halbiert, weil dieser Zuschlag unter sozialrechtlichen Gesichtspunkten nun von beiden Elternteilen aufgebracht werden kann.

Zu Absatz 5: Bei minderjährigen Kindern im Haushalt der Eltern kommt die grundsätzliche Freistellung eines Partnereinkommens nach § 136 nicht zur Wirkung, weil hier das Einkommen beider Elternteile bei der Berechnung des Beitrages berücksichtigt wird. Gerade wenn beide Elternteile erwerbstätig sind, reicht der nach Absatz 3 vorgesehene Zuschlag von 15 Prozentpunkten für den Ehepartner bzw. den Elternteil nicht als Korrektiv: Diese Regelung dient dazu, hier einen angemessenen Ausgleich zu finden und auch bei minderjährigen Kindern einen Beitrag zu ermitteln, der dem eines erwachsenen Leistungsberechtigten gleich kommt. Insofern beschränkt sich die Regelung auf minderjährige Kinder im Haushalt beider Elternteile; bei Alleinerziehenden ist diese Korrektur nicht erforderlich.

#### **Zu § 137 (Höhe des Beitrages zu den Aufwendungen)**

Absatz 1 regelt den Grundsatz, dass Menschen mit Behinderungen entsprechend ihrer persönlichen finanziellen Leistungsfähigkeit zu den steuerfinanzierten Leistungen beizutragen haben.

Absatz 2 regelt, in welcher Höhe vom Einkommen ein Beitrag zu leisten ist. Dabei soll nicht nur eine angemessene Lebensführung gesichert werden, sondern Einkommenserhöhungen sollen auch den Leistungsberechtigten zu Gute kommen. Es erfolgt eine Abwägung zwischen dem Mehreinkommen und dem höheren Beitrag. So soll sich ein höheres Einkommen für den Betroffenen bemerkbar machen.

Absatz 3 stellt klar, dass der Beitrag von der zu erbringenden Leistung abzuziehen ist.

Absatz 4 stellt sicher, dass insbesondere bei Leistungen an Minderjährige der Erfolg der Eingliederungshilfemaßnahme nicht gefährdet wird, weil z. B. ein Elternteil den von ihm zu entrichtenden Beitrag nicht oder nicht vollständig zahlt. Für diesen Fall ist eine Leistungsgewährung in vollem Umfang möglich; ein Kostenersatzanspruch entsteht als Folge aus der Nichtzahlung gegenüber dem zum Beitrag Verpflichteten. Die Regelung greift nicht, wenn der Leistungsberechtigte und der zur Aufbringung des Beitrages Verpflichtete identisch sind.

#### **Zu § 138 (Besondere Höhe des Beitrages zu den Aufwendungen)**

Absatz 1 überträgt im Wesentlichen inhaltsgleich die bisherigen Hilfen, die in § 92 Absatz 2 SGB XII genannt waren. Es erfolgt jedoch eine Anpassung an die neuen Leistungstatbestände der Eingliederungshilfe.

Nummer 1 entspricht dem bisherigen § 92 Absatz 2 Nummer 1, Nummer 2 dem bisherigen § 92 Absatz 2 Nummer 5, Ziffer 3 dem bisherigen § 92 Absatz 2 Nummer 6 und 7, Nummer 4 dem bisherigen § 92 Absatz 2 Nummer 2.

Nummer 5 greift die bisherige Regelung des § 92 Absatz 2 Nummer 4 auf, wobei jedoch auf Grund der Personenzentrierung eine Anbindung an eine besondere Ausbildungsstätte für Menschen mit Behinderungen erfolgt. Nummer 6 entspricht dem bisherigen § 92 Absatz 2 Nummer 8, Ziffer 7 dem bisherigen § 92 Absatz 2 Nummer 3, wobei konkretisiert wird, dass es sich hierbei wie auch im geltenden Recht um Leistungen zur Sozialen Teilhabe handelt.

Durch die Regelung in Absatz 1 Nummer 8 wird sichergestellt, dass die Aufbringung eines Beitrages nicht verlangt wird, wenn dadurch der notwendige Lebensunterhalt nach dem SGB II, SGB XII oder BVG gefährdet wäre.

Absatz 2 stellt sicher, dass nur ein Beitrag aufzubringen ist, auch wenn mehrere Leistungen der Eingliederungshilfe bezogen werden. Dies gilt unabhängig davon, ob ein Mensch mit Behinderungen mehrere Eingliederungshilfeleistungen bezieht oder im Haushalt ein minderjähriges Kind mit Behinderungen Leistungen bezieht.

Absatz 3 entspricht inhaltsgleich dem § 87 Absatz 3 SGB XII, soweit es sich um Bedarfsgegenstände handelt, die der Eingliederungshilfe zuzuordnen sind.

Absatz 4 übernimmt inhaltsgleich die Regelung des bisherigen § 94 Absatz 2 des Zwölften Buches, nach der Eltern für ihre volljährigen Kinder bis zu maximal 32,08 Euro (Wert des Jahres 2016) zu den Leistungen der Eingliederungshilfe beizutragen haben. Diese Regelungen folgen mit dem Verweis auf § 94 Absatz 2 Satz 3 und Absatz 3 sowohl der dort geregelten Anpassung an die Kindergelderhöhung als auch der Sicherstellung, dass nur diejenige Person einen Beitrag aufbringen muss, die finanziell dazu in der Lage ist.

### **Zu § 139 (Begriff des Vermögens)**

Satz 1 umfasst inhaltsgleich den gesamten § 90 SGB XII.

Der Begriff des Vermögens und des geschützten Vermögens wird aus dem SGB XII übernommen. Somit bleiben die bisherigen Verhältnisse zum Vermögensersatz – insbesondere die Auflistung des geschützten Vermögens – unverändert. Dies bringt einerseits Sicherheit für diejenigen Leistungsempfänger, die bisher Leistungen nach dem SGB XII erhielten, andererseits kann auf eine gefestigte Rechtsprechung zurückgegriffen werden. Gerade die Regelungen zur baldigen Beschaffung eines Hausgrundstückes (§ 90 Absatz 2 Nummer 3 SGB XII) als auch zum angemessenen Hausgrundstück (§ 90 Absatz 2 Nummer 8 SGB XII) erfordert somit keine gesonderte Definition aller bisher durch die Rechtsprechung geklärten Aspekte.

Eine Abweichung von § 90 SGB XII erfolgt nur zur Höhe des Barvermögens. Dieses wird der veränderten Ausgangssituation der Eingliederungshilfe -neu- angepasst. Gerade die Herauslösung aus dem Fürsorgesystem und die zunehmende Freistellung vom Einkommenseinsatz haben auch Veränderungen beim Barvermögen zur Folge. Die jetzige Höhe ermöglicht es, von den Leistungsverbesserungen einen Teil anzusparen, ohne dass diese Einsparungen für den eigenen Bedarf wieder eingesetzt werden müssen, weil eine (geringere) Vermögensfreigrenze überschritten wird. Da es hier um Menschen mit erheblicher Teilhabebeeinträchtigung geht, und die Regelung nur für Fachleistungen der Eingliederungshilfe gilt, war eine Erhöhung des bisherigen Betrages angezeigt. Durch die Höhe des Betrages ist zudem eine detaillierte Unterscheidung nach der Anzahl der Angehörigen nicht mehr erforderlich. Damit auch hier – wie beim Einkommen – eine Dynamisierung erfolgt, wurde der Betrag von der Sozialversicherungsbezugsgröße abgeleitet.

### **Zu § 140 (Einsatz des Vermögens)**

Absatz 1 regelt den Grundsatz, dass vor der Inanspruchnahme von Leistungen das vorhandene Vermögen – soweit es nicht zum geschützten Vermögen nach § 139 gehört – einzusetzen ist. Durch die Beschränkung des Satzes 1 auf die antragstellende Person wird klargestellt, dass das Vermögen des Ehepartners oder Partners nicht zum einzusetzenden Vermögen gehört. Die Zuordnung der einzelnen Vermögensteile des Ehe-/Partnerschaftsvermögens muss im Einzelfall erfolgen.

Absatz 2 entspricht inhaltsgleich der bisherigen Regelung des § 91 SGB XII, für den Fall, dass eine sofortige Verwertung des Vermögens nicht möglich ist und dennoch Eingliederungshilfe zu gewähren ist.

Absatz 3 entspricht inhaltsgleich der bisherigen Regelung des § 92 Absatz 2 Satz 2 SGB XII.

### **Zu § 141 (Übergang von Ansprüchen)**

Die Regelung entspricht vollumfänglich der bisherigen Regelung des § 93 SGB XII, soweit sich dieser auf Leistungen nach dem Sechsten Kapitel des Zwölften Buches bezog.

### **Zu § 142 (Sonderregelungen für minderjährige Leistungsberechtigte und in Sonderfällen)**

Die Absätze 1 und 2 übernehmen übernimmt § 92 Absatz 1 und Absatz 2 Satz 3 SGB XII, soweit er Kinder und Jugendliche betrifft. Die Regelung ist eine Folge der Beibehaltung des Rechts der Eingliederungshilfe nach dem SGB XII für minderjährige Leistungsberechtigte (§ 134). Im Zusammenhang mit der Aufbringung der Mittel für die Kosten des Lebensunterhalts sind dabei die Regelungen des SGB XII maßgeblich.



Absatz 3 stellt sicher, dass für Eltern von volljährigen Kindern, die Internatsschule speziell für Menschen mit Behinderungen besuchen wie beispielsweise eine Internatsschule für blinde oder taubblinde Kinder, bei den existenzsichernden Leistungen zum Lebensunterhalt keine Schlechterstellung gegenüber dem geltenden Recht nach dem SGB XII erfolgt.

### **Zu Kapitel 10 (Statistik)**

#### **Zu § 143 (Bundesstatistik)**

Die Vorschrift übernimmt das bisherige Recht. Sie bestimmt, dass über die Leistungsberechtigten und die Ausgaben und Einnahmen in der Eingliederungshilfe eine Bundesstatistik zu führen ist.

#### **Zu § 144 (Erhebungsmerkmale)**

Zu Absatz 1: Die Vorschrift benennt die Erhebungsmerkmale für jeden Leistungsberechtigten, die sowohl personenbezogene Daten als auch Daten zu den erbrachten Leistungen umfassen. Entsprechend der personenzentrierten Neuausrichtung der Eingliederungshilfe, bei der dem Ort der Leistungserbringung keine leistungsrelevante Bedeutung mehr zukommt, wird bei der Erhebung der statistischen Daten nicht mehr zwischen Leistungen „in und außerhalb von Einrichtungen“ unterschieden. Die bisherige Unterscheidung nach dem Ort der Leistungserbringung wird durch das Erhebungsmerkmal „mit anderen Leistungsberechtigten zusammenlebend“ ersetzt. Es wird weiterhin die Erhebung des Bundeslandes des Wohnorts des Leistungsberechtigten angeordnet. Die statistischen Ämter legen unter Federführung des Statistischen Bundesamts für jeden Träger der Eingliederungshilfe zur Erleichterung von Auswertung und Prüfung der Statistik eine eigene Kennnummer fest.

Aus der Höhe der Bedarfe für die einzelnen Leistungsarten und der Höhe des aufgebrachten Beitrages können die tatsächlichen Aufwendungen des Leistungsträgers berechnet werden, so dass diese nicht gesondert erhoben werden müssen. Die Erhebungsmerkmale „Höhe des aufgebrachten Beitrags“ und „Art des angerechneten Einkommens“ werden für die Gesetzesfolgenabschätzungen benötigt. Mit Art des Einkommens ist in erster Linie die Unterscheidung nach § 136 Absatz 2 des Gesetzes gemeint.

Das Erhebungsmerkmal „die für mehrere Leistungsberechtigte erbrachte Leistung“ trägt dem Umstand Rechnung, dass nunmehr Leistungen der Eingliederungshilfe auch von mehreren Leistungsberechtigten gemeinsam in Anspruch genommen werden können. Ein denkbarer Anwendungsfall ist der Einsatz von Schulbegleitern an Regelschulen, die jeweils mehrere Kinder und Jugendliche mit Behinderungen während ihres Schulbesuchs unterstützen.

Das Erhebungsmerkmal „die Leistung als pauschalierte Geldleistung“ trägt dem Umstand Rechnung, dass nunmehr Leistungen der Eingliederungshilfe im Benehmen mit dem Leistungsberechtigten auch als pauschalierte Geldleistung erbracht werden können.

Zu Absatz 2: Die Vorschrift legt die bei den statistischen Erhebungen nach der „Art der Leistung“ zu berücksichtigenden Merkmale fest. Die Merkmale orientieren sich am Katalog der Leistungen, die im Rahmen der Eingliederungshilfe erbracht werden können.

Zu Absatz 3: Das Erhebungsmerkmal „Höhe der aufgebrachten Beiträge insgesamt“ wird für die Gesetzesfolgenabschätzung benötigt.

#### **Zu § 145 (Hilfsmerkmale)**

Zu Absatz 1: Die Vorschrift übernimmt das bisherige Recht, wonach Name und Anschrift des Auskunftspflichtigen, Kennnummer sowie Name und Telefonnummer der für eventuelle Rückfragen zur Verfügung stehenden Person (gemäß § 145 nicht verpflichtend) als Hilfsmerkmale erfasst werden. Da Rückfragen mittlerweile in der Regel per E-Mail erfolgen, wird zusätzlich die E-Mail-Adresse als Hilfsmerkmal erfasst.

Zu Absatz 2: Die Kennnummern werden im Rahmen der Plausibilisierung der Daten für Rückfragen der Statistischen Landesämter bei den Auskunftspflichtigen benötigt und sind somit von zentraler Bedeutung für die Qualität der statistischen Ergebnisse.

#### **Zu § 146 (Periodizität und Berichtszeitraum)**

Die Vorschrift bestimmt in Übernahme des bisherigen Rechts, dass die Bundesstatistik jährlich für das abgelaufene Kalenderjahr zu erstellen ist.

**Zu § 147 (Auskunftspflicht)**

Die Vorschrift bestimmt in Übernahme des bisherigen Rechts, dass die Träger der Eingliederungshilfe auskunftspflichtig sind; eine gesonderte Erwähnung der Gemeinden und Gemeindeverbände ist nicht mehr erforderlich.

**Zu § 148 (Übermittlung, Veröffentlichung)**

Die Vorschrift in § 148 Absatz 1 stellt sicher, dass die Datenübermittlung gemäß dem Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung elektronisch erfolgt. Die angegebene Frist zur Übermittlung der Ergebnisse an die Statistischen Landesämter orientiert sich an der üblichen Vorgehensweise gemäß der Erhebungsunterlagen der aktuellen dezentralen Statistik der Empfänger von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII.

Die Vorschrift in § 148 Absatz 2 übernimmt unverändert das bisherige Recht.

Die Vorschrift in § 148 Absatz 3 übernimmt im Wesentlichen das bisherige Recht. Die bisherige Vorschrift, dass dem Statistischen Bundesamt lediglich eine 25-Prozent-Zufallsstichprobe der Einzeldatensätze zu übermitteln ist, entspricht nicht mehr dem Stand der Datenverarbeitungstechnik und wird ersetzt durch die Übermittlung aller Einzeldatensätze. Dies führt zu erheblicher Arbeitersparnis bei allen Beteiligten. Die gesonderte Ziehung einer Zufallsstichprobe durch die Landesämter entfällt, das Bundesamt muss die Ergebnisse von Sonderauswertungen nicht mehr hochrechnen, und bei unerwarteten Abweichungen sind keine Rückfragen mehr erforderlich, ob eine zufällige Abweichung oder ein Fehler vorliegt. Die bisherige Praxis der Veröffentlichung der Ergebnisse der Länderstatistiken bleibt unverändert.

Die Vorschrift in § 148 Absatz 4 übernimmt unverändert das bisherige Recht.

**Zu Kapitel 11 (Übergangs- und Schlussbestimmungen)****Zu § 149 (Übergangsregelung für ambulant Betreute)**

Die Regelung übernimmt inhaltsgleich § 130 SGB XII.

**Zu § 150 (Übergangsregelung zum Einsatz des Einkommens)**

Die Vorschrift enthält eine Übergangsregelung zum Einsatz des Einkommens. Sie stellt sicher, dass der Leistungsberechtigte durch den aufzubringenden Beitrag nach Kapitel 9 nicht höher belastet wird als nach dem am 31. Dezember 2019 geltenden Recht des SGB XII. Begünstigt sind ausschließlich Leistungsberechtigte, die am 31. Dezember 2019 Leistungen der Eingliederungshilfe nach dem 6. Kapitel des SGB XII bezogen haben. Ergibt sich bei der Einführung der neuen Bestimmungen zum Einkommenseinsatz nach Kapitel 9, dass die Einkommensanrechnung nach dem Recht bis zum 31. Dezember 2019 günstiger wirkt, ist eine Vergleichsberechnung vorzunehmen, solange das Recht zum Einsatz des Einkommens nach Kapitel 9 zu ungünstigeren Folgen führt. Sobald die Bestimmungen zum Einkommenseinsatz nach dem Neunten Kapitel für den Leistungsberechtigten günstiger sind als die Anwendung der Einkommensgrenzen nach dem Elften Kapitel des Zwölften Buches, erfolgt die Ermittlung des Einkommensbeitrages nur noch nach den Bestimmungen des Neunten Kapitels. Schwankendes Einkommen wird über § 135 Absatz 2 berücksichtigt.

**Zu Teil 3**

Teil 3 enthält das Schwerbehindertenrecht, das bisher den Teil 2 des Neunten Buches bildete (§§ 68 ff.). Die Neufassung berücksichtigt die in Artikel 2 enthaltenen und bereits am Tag nach der Verkündung des Gesetzes in Kraft tretenden Änderungen im Schwerbehindertenrecht, außerdem die Änderungen, die sich aus dem Beschluss des Deutschen Bundestages zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD „Integrationsbetriebe fördern – Neue Chancen für schwerbehinderte Menschen auf dem ersten Arbeitsmarkt eröffnen“ (Bundestagsdrucksache 18/5377) vom 2. Juli 2015 (Protokoll der 124. Sitzung des Deutschen Bundestages, zu TOP 6, vom 24. September 2015) ergeben.

**Zu Kapitel 1 (Geschützter Personenkreis)****Zu § 151 (Geltungsbereich)**

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 68, in Absatz 4 in der Fassung der Änderung durch das Neunte Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches. Im Übrigen Anpassung der Verweisungen in Folge der Verschiebung der Paragraphen im Schwerbehindertenrecht in Teil 3.

**Zu § 152 (Feststellung der Behinderung, Ausweise)**

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 69, in Absatz 1 in der Fassung der Änderung durch Artikel 2 dieses Gesetzes. Mit dieser Änderung war bestimmt worden, dass behinderte Jugendliche und junge Erwachsene während der Zeit einer beruflichen Orientierung schwerbehinderten Menschen gleichgestellt sind, um den Integrationsämtern zu ermöglichen, auch Mittel aus der ihnen zur Verfügung stehenden Ausgleichsabgabe zur Unterstützung der beruflichen Orientierung behinderter Jugendlicher einzusetzen. Der Bundesrechnungshof hatte Bedenken geäußert, ob die Förderung nicht schwerbehinderter Menschen aus Mitteln der Ausgleichsabgabe gesetzeskonform sei. Dies wurde in § 68 Absatz 4 gesetzlich klargestellt. In Absatz 1 Änderung der Verweisung auf die bisher in § 14, der Vorschrift über die Zuständigkeitsklärung bestimmten Fristen, die nunmehr in § 14 und in § 17 bestimmt sind.

**Zu § 153 (Verordnungsermächtigung)**

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 70, in Absatz 2 ergänzt um die Bewertung der Hilflosigkeit.

**Zu Kapitel 2 (Beschäftigungspflicht der Arbeitgeber)****Zu § 154 (Pflicht der Arbeitgeber zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen) bis § 161 (Ausgleichsfonds)**

Die Vorschriften entsprechen den bisherigen §§ 71 – 78 mit Anpassung der Verweisungen in Folge der Verschiebung der Paragraphen im Schwerbehindertenrecht in Teil 3.

**Zu § 162 (Verordnungsermächtigungen)**

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 79 unter Berücksichtigung der Umbenennung der Integrationsprojekte in Inklusionsprojekte entsprechend dem Beschluss des Deutschen Bundestages zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD „Integrationsbetriebe fördern – Neue Chancen für schwerbehinderte Menschen auf dem ersten Arbeitsmarkt eröffnen“ (Bundestagsdrucksache 18/5377) vom 2. Juli 2015 (Protokoll der 124. Sitzung des Deutschen Bundestages, zu TOP 6, vom 24. September 2015).

**Zu Kapitel 3 (Sonstige Pflichten der Arbeitgeber; Rechte der schwerbehinderten Menschen)****Zu § 163 (Zusammenwirken der Arbeitgeber mit der Bundesagentur für Arbeit und den Integrationsämtern) bis § 165 (Besondere Pflichten der öffentlichen Arbeitgeber)**

Die Vorschriften entsprechen den bisherigen §§ 80 – 82 mit Anpassung der Verweisungen in Folge der Verschiebung der Paragraphen im Schwerbehindertenrecht in Teil 3.

**Zu § 166 (Inklusionsvereinbarung)**

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 83, in der Überschrift sowie den Absätzen 1 und 2 in der Fassung der Änderungen durch Artikel 2 dieses Gesetzes.

In Absatz 2 Satz 3 sieht die Vorschrift vor, dass bei der Personalplanung besondere Regelungen zur Beschäftigung eines angemessenen Anteils von schwerbehinderten Frauen getroffen werden. Die Bestimmung dient der Zielsetzung der Gleichstellung der Geschlechter. Mit den besonderen Regelungen soll erreicht werden, dass die Geschlechter entsprechend gleichmäßig als Beschäftigte vertreten sind. Der Begriff „angemessen“ verlangt daher von den Beteiligten nach Absatz 1 eine pflichtgemäße Prüfung der Verhältnismäßigkeit in diesem Sinne.

Dies gilt entsprechend, falls in der Inklusionsvereinbarung Regelungen nach Absatz 3 Nummer 2 zu einer anzustrebenden Beschäftigungsquote getroffen werden.

**Zu § 167 (Prävention)**

Absatz 1 entspricht dem bisherigen § 84 Absatz 1.

In Absatz 2 sind nunmehr anstelle der Gemeinsamen Servicestellen, die in Teil 1 nicht mehr vorhanden sind, die Rehabilitationsträger hinzuzuziehen. Dies beinhaltet für die Rehabilitationsträger im Einzelfall auch die Pflicht, auf die Beratungsangebote und Leistungen anderer Träger hinzuweisen, sofern sie selbst keine trägerübergreifende Beratung durchführen. Dies ergibt sich aus der Verpflichtung der Rehabilitationsträger zur Koordination und Kooperation sowie der Anforderung „Leistungen wie aus einer Hand“ zu erbringen.

**Zu Kapitel 4 (Kündigungsschutz)****Zu § 168 (Erfordernis der Zustimmung) bis § 175 (Erweiterter Beendigungsschutz)**

Die Vorschriften entsprechen den bisherigen §§ 85 – 92 mit Anpassung der Verweisungen in Folge der Verschiebung der Paragraphen im Schwerbehindertenrecht in Teil 3.

**Zu Kapitel 5 (Betriebs-, Personal-, Richter-, Staatsanwalts- und Präsidialrat, Schwerbehindertenvertretung, Inklusionsbeauftragter des Arbeitgebers)****Zu § 176 (Aufgaben des Betriebs-, Personal-, Richter-, Staatsanwalts- und Präsidialrates)**

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 93 mit Anpassung der Verweisungen in Folge der Verschiebung der Paragraphen im Schwerbehindertenrecht in Teil 3.

**Zu § 177 (Wahl und Amtszeit der Schwerbehindertenvertretung)**

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 94, in den Absätzen 1, 4 und 8 in der Fassung der Änderungen durch Artikel 2 dieses Gesetzes.

**Zu § 178 (Aufgaben der Schwerbehindertenvertretung)**

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 95, in Absatz 1 Sätze 4 und 5 in der Fassung der Änderungen durch Artikel 2 dieses Gesetzes.

**Zu § 179 (Persönliche Rechte und Pflichten der Vertrauenspersonen der schwerbehinderten Menschen)**

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 96, in Absatz 4, Sätze 2 und 3 und Absatz 8 in der Fassung der Änderungen durch Artikel 2 dieses Gesetzes.

**Zu § 180 (Konzern-, Gesamt-, Bezirks- und Hauptschwerbehindertenvertretung)**

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 97, in den Absätzen 6 und 7 in der Fassung der Änderungen durch Artikel 2 dieses Gesetzes.

**Zu § 181 (Inklusionsbeauftragter des Arbeitgebers) bis § 183 (Verordnungsermächtigung)**

Die Vorschriften entsprechen den bisherigen §§ 98 – 100 mit Anpassung der Verweisungen in Folge der Verschiebung der Paragraphen im Schwerbehindertenrecht in Teil 3. Umbenennung des Beauftragten des Arbeitgebers in Inklusionsbeauftragten in § 181, um die Inklusion von Menschen mit Behinderungen zu verdeutlichen.

**Zu Kapitel 6 (Durchführung der besonderen Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen)****Zu § 184 (Zusammenarbeit der Integrationsämter und der Bundesagentur für Arbeit)**

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 101.

**Zu § 185 (Aufgaben des Integrationsamtes)**

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 102 mit den Anpassungen in Absatz 2 – Herabsetzung des Schwellenwertes von 15 auf zwölf Stunden bei Beschäftigungen in Inklusionsbetrieben entsprechend dem Beschluss des Deutschen Bundestages zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD „Integrationsbetriebe fördern – Neue Chancen für schwerbehinderte Menschen auf dem ersten Arbeitsmarkt eröffnen“ (Bundestagsdrucksache 18/5377) vom 2. Juli 2015 (Protokoll der 124. Sitzung des Deutschen Bundestages, zu TOP 6, vom 24. September 2015). Absatz 3 Nummer 6 gibt den Integrationsämtern die Möglichkeit, im Rahmen ihrer Zuständigkeit für die begleitenden Hilfen im Arbeits- und Berufsleben einen Teil der Aufwendungen für ein Budget für Arbeit (§ 61) übernehmen. Die grundsätzliche Zuständigkeit des Trägers, der für das Budget für Arbeit zuständig ist (in der Regel der Träger der Eingliederungshilfe), wird dadurch nicht berührt. Die bisherigen Absätze 3a bis 7 werden zu den Absätzen 4 bis 8. Durch die Verweisungen in Absatz 7 wird sichergestellt, dass die Integrationsämter wie die Rehabilitationsträger verfahren. Die Verweisung auf § 15 Absatz 1 stellt sicher, dass eine teilweise Weiterleitung für das Integrationsamt dann möglich ist, wenn der überwiegende Teil der Leistungen durch einen Rehabilitationsträger erbracht wird und das Integrationsamt nur einen Teil der Leistungen, so beispielsweise die Übernahme der Kosten für eine notwendige Arbeitsassistenz im Rahmen der begleitenden Hilfe im Arbeitsleben erbringt.

**Zu § 186 (Beratender Ausschuss für behinderte Menschen bei dem Integrationsamt)**

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 103.

**Zu § 187 (Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit)**

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 104 mit Ergänzung in Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe c in Folge der Einführung anderer Leistungsanbieter als Alternative zu Werkstätten für behinderte Menschen in Teil 1; im Übrigen Anpassung der Verweisungen in Folge der Verschiebung der Paragraphen im Schwerbehindertenrecht in Teil 3.

**Zu § 188 (Beratender Ausschuss für behinderte Menschen bei der Bundesagentur für Arbeit) bis § 191 (Verordnungsermächtigung)**

Die Vorschriften entsprechen den bisherigen §§ 105 – 108 mit Anpassung der Verweisungen in Folge der Verschiebung des Schwerbehindertenrechts in Teil 3.

**Zu Kapitel 7 (Integrationsfachdienste)****Zu § 192 (Begriff und Personenkreis) bis § 195 (Fachliche Anforderungen)**

Die Vorschriften entsprechen den bisherigen §§ 109 – 112 mit Anpassung der Verweisungen in Folge der Verschiebung des Schwerbehindertenrechts in Teil 3.

**Zu § 196 (Finanzielle Leistungen)**

Die Vorschrift entspricht in den Absätzen 1 und 3 dem bisherigen § 113. Der neu eingefügte Absatz 2 regelt, dass die Bezahlung tarifvertraglich vereinbarter Vergütungen von den Kostenträgern nicht als unwirtschaftlich abgelehnt werden darf. Die Vorschrift entspricht der Regelung in Teil 1 in § 38 Absatz 2, die dort für Verträge über die Ausführung von Leistungen durch Rehabilitationsdienste und -einrichtungen, getroffen ist.

**Zu § 197 (Ergebnisbeobachtung)**

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 114. In Absatz 2 wurden die bisherigen Sätze 2 und 3 durch das Zweite Rechtsbereinigungsgesetz wegen Zeitablaufs aufgehoben.

**Zu § 198 (Verordnungsermächtigung)**

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 115 mit Anpassung der Verweisung in Folge der Verschiebung des Schwerbehindertenrechts in Teil 3.

**Zu Kapitel 8 (Beendigung der Anwendung der besonderen Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter und gleichgestellter behinderter Menschen)****Zu § 199 (Beendigung der Anwendung der besonderen Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen) bis § 200 (Entziehung der besonderen Hilfen für schwerbehinderte Menschen)**

Die Vorschriften entsprechen den bisherigen §§ 116 – 117 mit Anpassung der Verweisung in § 116 in Folge der Verschiebung des Schwerbehindertenrechts in Teil 3.

**Zu Kapitel 9 (Widerspruchsverfahren)****Zu § 201 (Widerspruch) bis § 204 (Verfahrensvorschriften)**

Die Vorschriften entsprechen den bisherigen §§ 118 – 121 mit Anpassung der Verweisungen in Folge der Verschiebung des Schwerbehindertenrechts in Teil 3.

**Zu Kapitel 10 (Sonstige Vorschriften)****Zu § 205 (Vorrang der schwerbehinderten Menschen) bis § 210 (Beschäftigung schwerbehinderter Menschen in Heimarbeit)**

Die Vorschriften entsprechen den bisherigen §§ 122 – 127 mit Anpassung der Verweisungen in Folge der Verschiebung des Schwerbehindertenrechts in Teil 3.

**Zu § 211 (Schwerbehinderte Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter, Soldatinnen und Soldaten)**

Die Absätze 1 und 2 entsprechen den Regelungen in dem bisherigen § 128. Absatz 2 Satz 1 in der Fassung der Änderung durch Artikel 2 dieses Gesetzes. Durch diese Änderung können nunmehr auch Soldaten und Soldatinnen in ihrer aktiven Dienstzeit schwerbehinderten Menschen gleichgestellt werden.

**Zu § 212 (Unabhängige Tätigkeit) und § 213 (Geheimhaltungspflicht)**

Die Vorschriften entsprechen den bisherigen §§ 129 – 130 mit Anpassung der Verweisung in § 213 Absatz 1 in Folge der Verschiebung des Schwerbehindertenrechts in Teil 3.

**Zu § 214 (Statistik)**

Die Vorschrift entspricht in der Sache dem bisherigen § 131, Absatz 1 in der durch Artikel 2 dieses Gesetzes geänderten Fassung.

**Zu Kapitel 11 (Inklusionsbetriebe)****Zu § 215 (Begriff und Personenkreis)**

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 132 mit den Änderungen, die entsprechend dem Beschluss des Deutschen Bundestages zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD „Integrationsbetriebe fördern – Neue Chancen für schwerbehinderte Menschen auf dem ersten Arbeitsmarkt eröffnen“ (Bundestagsdrucksache 18/5377) vom 2. Juli 2015 (Protokoll der 124. Sitzung des Deutschen Bundestages, zu TOP 6, vom 24. September 2015) vorgenommen wurden, insbesondere der Aufnahme der Personengruppe der langzeitarbeitslosen schwerbehinderter Menschen in die Zielgruppe der Inklusionsprojekte. Die Integrationsprojekte werden nunmehr in Inklusionsbetriebe umbenannt. Damit spiegelt sich der Paradigmenwechsel von der Integration hin zur Inklusion auch in den Begriffen wieder.

In Absatz 3 wird mit der Einordnung des Schwerbehindertenrechts in Teil 3 die Quote von bisher 25 auf 30 Prozent heraufgesetzt. Die Heraufsetzung steht in Zusammenhang mit der in § 224 Absatz 2 geschaffenen Möglichkeit, künftig neben anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen auch Inklusionsbetriebe bei der Vergabe von Aufträgen der öffentlichen Hand bevorzugt zu berücksichtigen. Voraussetzung hierfür ist ein Beschäftigungsanteil von 30 Prozent der Zielgruppe besonders betroffener schwerbehinderter Menschen. Diese Vorgabe entspricht der Richtlinie zur Reform des Vergaberechts auf Europäischer Ebene, die ermöglicht, dass ein öffentlicher Auftraggeber Aufträge sozialen Unternehmen vorbehalten kann. Dazu gehören ausdrücklich Wirtschaftsunternehmen, deren Hauptzweck die Integration von Menschen mit Behinderungen ist. Das Europäische Vergaberecht schreibt hierfür eine Beschäftigungsquote von 30 Prozent von Menschen mit Behinderungen vor. Diese Vorgabe ist in § 118 des Gesetzes über Wettbewerbsbeschränkungen umgesetzt.

Die Anhebung der Mindestbeschäftigungsquote in Absatz 3 auf 30 Prozent ist damit auch im Sinne der Harmonisierung mit dem Vergaberecht geboten und erleichtert die Rechtsanwendung in der Praxis.

**Zu § 216 (Aufgaben)**

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 133 mit den Änderungen, die entsprechend dem Beschluss des Deutschen Bundestages zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD „Integrationsbetriebe fördern – Neue Chancen für schwerbehinderte Menschen auf dem ersten Arbeitsmarkt eröffnen“ (Bundestagsdrucksache 18/5377) vom 2. Juli 2015 (Protokoll der 124. Sitzung des Deutschen Bundestages, zu TOP 6, vom 24. September 2015) erfolgt sind. Die Inklusionsbetriebe haben den beschäftigten schwerbehinderten Menschen sowie aufgrund des neuen Satzes 2 auch den psychisch kranken Menschen im Sinne des § 215 Absatz 4 ausdrücklich Maßnahmen der betrieblichen Gesundheitsförderung anzubieten.

**Zu § 217 (Finanzielle Leistungen)**

Absatz 1 entspricht dem bisherigen § 134. Entsprechend dem Beschluss des Deutschen Bundestages zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD „Integrationsbetriebe fördern – Neue Chancen für schwerbehinderte Menschen auf dem ersten Arbeitsmarkt eröffnen“ (Bundestagsdrucksache 18/5377) vom 2. Juli 2015 (Protokoll der 124. Sitzung des Deutschen Bundestages, zu TOP 6, vom 24. September 2015) wurde mit dem Neunten Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Absatz 2 angefügt. Die Vorschrift bestimmt, dass die Leistungen für

die psychisch kranken Menschen, die für die Erfüllung der Aufgaben des § 216 der Inklusionsbetriebe gegenüber dieser Personengruppe anfallen, von den Rehabilitationsträgern erbracht werden. Diese Leistungen können aufgrund der Zweckbestimmung der Verwendung der Mittel der Ausgleichsabgabe für schwerbehinderte und diesen gleichgestellte behinderte Menschen nicht von den Integrationsämtern erbracht werden.

#### **Zu § 218 (Verordnungsermächtigung)**

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 135.

#### **Zu Kapitel 12 (Werkstätten für behinderte Menschen)**

##### **Zu § 219 (Begriff und Aufgaben der Werkstatt für behinderte Menschen)**

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 136. Der in Absatz 3 neu angefügte Satz 2 ermöglicht den Werkstätten, diejenigen Menschen mit Behinderungen, die nicht in der Lage sind, wenigstens ein Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung zu erbringen und deshalb in Einrichtungen „unter dem verlängerten Dach“ der Werkstatt betreut und gefördert werden und dort Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft erhalten, gemeinsam mit den Werkstattbeschäftigten in der Werkstatt zu betreuen und zu fördern. Die Möglichkeiten der Heranführung schwerstmehrfachbehinderter Menschen an die Angebote der Werkstätten (berufliche Bildung und Beschäftigung) werden hierdurch verbessert. Eine formale Aufnahme dieser Menschen mit Behinderungen ist damit nicht verbunden, das gilt insbesondere für das Rechtsverhältnis von Werkstattbeschäftigten und eine Einbeziehung in die gesetzliche Sozialversicherung und die Unfallversicherung.

##### **Zu § 220 (Aufnahme in die Werkstätten für behinderte Menschen)**

Die Vorschrift entspricht in den Absätzen 1 und 2 dem bisherigen § 137.

Der neue Absatz 3 garantiert das sog. „Rückkehrrecht“. Logisch kann man von einer Rückkehr nur sprechen, wenn man bereits in einer Werkstatt war und dorthin zurück möchte. Vergleichbare Situationen liegen aber vor, wenn jemand bei einem anderen Leistungsanbieter ist und lieber in eine Werkstatt möchte, oder wenn jemand mit Hilfe des Budgets für Arbeit eine reguläre Beschäftigung erreicht hat und die Werkstatt vorzieht. Vergleichbar sind die Situationen deswegen, weil in allen Fällen die Anspruchsvoraussetzungen für eine Werkstattbeschäftigung vorliegen. Deswegen wird für alle drei Fälle ein Aufnahmeanspruch in die Werkstatt ausdrücklich normiert. Die Vorschrift hat im Wesentlichen deklaratorischen Charakter, weil bei Vorliegen der Aufnahmevoraussetzungen ohnehin ein Aufnahmeanspruch in die Werkstatt besteht. Menschen mit Behinderungen haben aber oft von Hemmungen berichtet, den Übergang auf den allgemeinen Arbeitsmarkt zu wagen, weil sie sich nicht sicher waren, ob sie im Falle eines Misserfolges wirklich wieder in die Werkstatt zurück könnten. Um dieses Entscheidungshindernis für die Zukunft definitiv auszuräumen, wird ein entsprechender Aufnahmeanspruch in das SGB IX eingefügt. Der Anspruch gilt ohne zeitliche Beschränkung.

##### **Zu § 221 (Rechtsstellung und Arbeitsentgelt behinderter Menschen)**

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 138.

##### **Zu § 222 (Mitbestimmung, Mitwirkung, Frauenbeauftragte)**

Die Vorschrift entspricht § 139 in der Fassung des Artikels 2 dieses Gesetzes. Im Übrigen Anpassung der Verweisungen in Folge der Verschiebung der Paragraphen in den Teilen 1 und 3.

##### **Zu § 223 (Anrechnung von Aufträgen auf die Ausgleichsabgabe)**

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 140.

##### **Zu § 224 (Vergabe von Aufträgen durch die öffentliche Hand)**

Die Vorschrift entspricht in Absatz 1 dem bisherigen § 141.

Durch den neu angefügten Absatz 2 besteht nun die Möglichkeit, künftig neben anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen auch Inklusionsbetriebe bei der Vergabe von Aufträgen der öffentlichen Hand bevorzugt zu berücksichtigen. Voraussetzung hierfür ist ein Beschäftigungsanteil von 30 Prozent der Zielgruppe besonders betroffener schwerbehinderter Menschen. Diese Vorgabe entspricht der Richtlinie zur Reform des Vergaberechts auf Europäischer Ebene, die ermöglicht, dass ein öffentlicher Auftraggeber Aufträge sozialen Unternehmen vor-

behalten kann. Dazu gehören ausdrücklich Wirtschaftsunternehmen, deren Hauptzweck die Integration von Menschen mit Behinderungen ist. Das Europäische Vergaberecht schreibt hierfür eine Beschäftigungsquote von 30 Prozent von Menschen mit Behinderungen vor. Diese Vorgabe ist in § 118 des Gesetzes über Wettbewerbsbeschränkungen umgesetzt. Diese Voraussetzungen erfüllen Inklusionsbetriebe insgesamt, nachdem in § 215 Absatz 3 im Rahmen dieses Gesetzes die Mindestbeschäftigungsquote für die Anerkennung als Inklusionsunternehmen von 25 auf 30 Prozent angehoben wird.

#### **Zu § 225 (Anerkennungsverfahren) und § 226 (Blindenwerkstätten)**

Die Vorschriften entsprechen den bisherigen §§ 142 und 143, mit Anpassungen der Verweisungen in Folge der Verschiebung der Paragraphen im Schwerbehindertenrecht in Teil 3.

#### **Zu § 227 (Verordnungsermächtigung)**

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 144 mit den sich aus Artikel 2 ergebenden Änderungen.

#### **Zu Kapitel 13 (Unentgeltliche Beförderung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Personenverkehr)**

##### **Zu § 228 (Unentgeltliche Beförderung, Anspruch auf Erstattung der Fahrgeldausfälle)**

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 145. Der dortige Absatz 1 ist nunmehr in fünf Absätze aufgeteilt. Die Formulierung des Absatzes 5 Satz 1 steht in Zusammenhang mit der Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes durch das Zweite Verkehrsteueränderungsgesetz vom 8. Juni 2015 (BGBl. I S. 901). Hiernach tragen die für die Verwaltung der Kraftfahrzeugsteuer zuständigen Hauptzollämter die Inanspruchnahme der Kraftfahrzeugsteuerermäßigung nicht mehr in das Beiblatt zur Wertmarke des anspruchsberechtigten schwerbehinderten Menschen ein.

Die Absätze 6 und 7 entsprechen den bisherigen Absätzen 2 und 3 in § 145 mit den Anpassungen der Verweisungen in Folge der Verschiebung der Paragraphen im Schwerbehindertenrecht in Teil 3.

##### **Zu § 229 (Persönliche Voraussetzungen)**

Die Absätze 1 und 2 entsprechen dem bisherigen § 146. Absatz 3 wurde angefügt durch Artikel 2 dieses Gesetzes.

##### **Zu § 230 (Nah- und Fernverkehr)**

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 147.

##### **Zu § 231 (Erstattung der Fahrgeldausfälle im Nahverkehr)**

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 148 mit den sich aus Artikel 2 ergebenden Änderungen.

##### **Zu § 232 (Erstattung der Fahrgeldausfälle im Fernverkehr) und § 233 (Erstattungsverfahren)**

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 149 mit den Anpassungen der Verweisungen in Folge der Verschiebungen der Paragraphen im Schwerbehindertenrecht.

##### **Zu § 233 (Erstattungsverfahren)**

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 150 mit den Anpassungen der Verweisungen in Folge der Verschiebungen der Paragraphen im Schwerbehindertenrecht in Teil 3 und der sich in Absatz 3 aus Artikel 2 dieses Gesetzes ergebenden Änderung.

##### **Zu § 234 (Kostentragung)**

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 151. Anpassung der Verweisung in Satz Nummer 2 an die in § 228 gegenüber der vorherigen Vorschrift des § 145 neue Zahl der Absätze.

##### **Zu § 235 (Einnahmen aus Wertmarken) bis § 237 (Verordnungsermächtigungen)**

Die Vorschriften entsprechen den bisherigen §§ 152 – 154 mit den Anpassungen der Verweisungen in Folge der Verschiebung der Paragraphen im Schwerbehindertenrecht in Teil 3.



**Zu Kapitel 14 (Bußgeld- und Schlussvorschriften)****Zu § 238 (Bußgeldvorschriften)**

Die bisherige Strafvorschrift des § 155 wird nicht übernommen. Die Strafvorschrift richtete sich ausschließlich gegen die Vertrauenspersonen der schwerbehinderten Menschen (§ 177). Deren Verschwiegenheitspflicht ergibt sich aus § 179 Absatz 7. Eine besondere Strafvorschrift ist entbehrlich, es finden auch für die Vertrauenspersonen der schwerbehinderten Menschen die allgemeinen strafrechtlichen Vorschriften des Strafgesetzbuches Anwendung. In § 238 sind nunmehr die bisher in § 156 enthaltenen Ordnungswidrigkeitstatbestände benannt. Der bisher in § 156 Absatz 1 Nummer 8 aufgeführte Tatbestand, wonach der Arbeitgeber ordnungswidrig handelt, wenn er seine Entscheidung mit der Schwerbehindertenvertretung und der betrieblichen Interessenvertretung erörtern muss, wenn diese mit der Entscheidung des Arbeitgebers im Stellenbesetzungsverfahren nicht einverstanden sind, wird gestrichen. Eine Verletzung dieser Verpflichtung als Ordnungswidrigkeit, die mit einem Bußgeld in Höhe von bis zu zehntausend Euro belegt werden kann, ist im Vergleich zu dem in Nummer 7 aufgeführten Ordnungswidrigkeitstatbestand nicht verhältnismäßig. Bei dem in Nummer 7 aufgeführten Tatbestand geht es um die Verletzung der Pflicht zur Beteiligung der Schwerbehindertenvertretung. In dem in der bisherigen Nummer 8 aufgeführten Tatbestand hat eine Beteiligung der in § 164 Absatz 1 Satz 7 genannten Vertretungen dagegen stattgefunden. Die Verpflichtung zur Erörterung der Entscheidung selbst bleibt in § 164 Absatz 1 Satz 7 bestehen. Im Übrigen hat der Arbeitgeber ohnehin die Schwerbehindertenvertretungen in allen Schwerbehindertenangelegenheiten unverzüglich und umfassend zu unterrichten und vor einer Entscheidung anzuhören (§ 178 Absatz 2 Satz 1). Der Bußgeldtatbestand des Absatz 1 Nummer 8 ist deshalb ausreichend, mit der Streichung der bisherigen Nummer 8 ist keine Abschwächung des Ordnungsrechts verbunden. Bei den neu gestalteten Absätzen 4 und 5 wird dem Grundsatz des Ordnungswidrigkeitenrechts Rechnung getragen, dass die Bußgelder an die Kasse fließen, die den Bußgeldbescheid erlassen hat. Im Übrigen wird auch der Tatsache Rechnung getragen, dass Sonderregelungen zur Vereinnahmung der Geldbuße (§ 90 Absatz 2 Satz 3 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten) nicht nur Begünstigungen umfassen, sondern auch mit einer Verpflichtung zur Ersatzpflicht verbunden werden.

**Zu § 239 (Stadtstaatenklausel)**

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 157.

**Zu § 240 (Sonderregelung für den Bundesnachrichtendienst und den Militärischen Abschirmdienst)**

Absatz 1 entspricht dem bisherigen § 158 mit den sich aus Artikel 2 ergebenden Änderungen in Absatz 2.

**Zu § 241 (Übergangsregelung)**

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 159 mit folgenden Änderungen: Der bisherige Absatz 2 wurde wegen Zeitablaufs gegenstandslos und aufgehoben. Die bisherigen Absätze 3 und 4 sind nun die Absätze 2 und 3. Der bisherige Absatz 5 wurde aufgehoben, weil auf die Leistungsform des Persönlichen Budgets seit dem 1. Januar 2008 ein gesetzlicher Rechtsanspruch besteht und für die seinerzeitige Übergangsvorschrift keine Veranlassung mehr besteht. Der bisherige Absatz 6 ist nun Absatz 4. Absatz 5 entspricht dem bisherigen Absatz 7 in der Fassung des Gesetzes vom 7. Januar 2015 (BGBl. I S. 15). Absatz 6 entspricht dem durch Artikel 2 dieses Gesetzes angefügten Absatz 8. Im Übrigen Anpassungen der Verweisungen in Folge der Verschiebung der Paragraphen im Schwerbehindertenrecht in Teil 3.

**Zu Artikel 2 (Neuntes Buch Sozialgesetzbuch – Übergangsrecht zum Jahr 2017)****Zu Nummer 1 (Inhaltsübersicht)**

Die Änderungen berücksichtigen die Neufassung der §§ 83, 139 und 158.

**Zu Nummer 2a (§ 69)**

Es soll klargestellt werden, von welchem Zeitpunkt an die behördliche Feststellung einer Behinderung sowie des Grades der Behinderung zu treffen ist.

**Zu Nummer 2b (§ 69)**

Die Änderung stellt klar, unter welchen Voraussetzungen rückwirkende Feststellungen möglich sind.

**Zu Nummer 3 (§ 82)**

Folge der Änderung des § 83.

**Zu Nummer 4a (§ 83)**

Die Änderung verdeutlicht den Paradigmenwechsel von der Integration hin zur Inklusion von Menschen mit Behinderung.

**Zu Nummer 4b (§ 83)**

Auf Antrag der Schwerbehindertenvertretung wird mit dem Arbeitgeber über eine Inklusionsvereinbarung verhandelt (§ 83 SGB IX). Dabei können die Schwerbehindertenvertretung oder der Arbeitgeber das Integrationsamt einladen, sich an den Verhandlungen über die Inklusionsvereinbarung zu beteiligen (§ 83 Absatz 1 Satz 4 SGB IX). In diesem Rahmen ist es künftig Aufgabe des Integrationsamts darauf hinzuwirken, dass unterschiedliche Auffassungen über den Inhalt einer Inklusionsvereinbarung möglichst überwunden werden. Aufgrund seiner neutralen Position ist das Integrationsamt besonders geeignet, durch das Aufzeigen von Lösungsvorschlägen Pattsituationen auszuräumen und den Abschluss einer Inklusionsvereinbarung zu befördern. Das wird mit der gesetzlichen Regelung klargestellt.

**Zu Nummer 4c (§ 83)**

Die UN-Behindertenrechtskonvention beinhaltet als zentralen Leitgedanken das Prinzip der Inklusion. Inklusion zielt auf eine gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit und ohne Behinderung in allen Lebensbereichen von Anfang an. Sie beendet das Wechselspiel von Exklusion und Integration und erfordert, dass die Umwelt für alle Menschen gleichermaßen offen, zugänglich und verständlich ist. Mit der Änderung wird die bisherige Integrationsvereinbarung um den Aspekt der möglichst barrierefreien Gestaltung von Arbeitsprozessen und Rahmenbedingungen von Anfang an erweitert. Inklusionsvereinbarungen sollen nicht nur Regelungen umfassen, die aufgrund bestehender Barrieren im Zusammenhang mit der Eingliederung schwerbehinderter Menschen notwendig sind. Vielmehr soll auf eine von vornherein barrierefreie Gestaltung der Arbeitswelt hingewirkt werden, indem die besonderen Belange von Menschen mit Behinderung bereits bei der Konzeption und Umsetzung innerbetrieblicher Strukturen und Prozesse bewusst und umfassend berücksichtigt werden. Potenziell exkludierend wirkende Faktoren sollen frühzeitig erkannt und vermieden werden, um Teilhabebeeinträchtigungen bereits vor deren Entstehen entgegenzuwirken.

**Zu Nummer 5a (§ 94)**

Bisher war die Vertretung der Vertrauensperson durch ein stellvertretendes Mitglied nur in den Fällen der Verhinderung durch Abwesenheit oder Wahrnehmung anderer Aufgaben möglich. Dem Schwerbehindertenrecht fehlte es somit an einer hinreichend offenen Vertretungsregelung (so Bundesarbeitsgericht vom 22. August 2013 – 8 AZR 574/12). Durch die Streichung dieser einschränkenden Gründe ist künftig damit auch eine Vertretung durch ein stellvertretendes Mitglied in Angelegenheiten möglich, in denen die Vertrauensperson individuell und unmittelbar betroffen ist und damit befangen sein könnte. In diesen Fällen war eine Vertretung bisher nicht möglich.

**Zu Nummer 5b (§ 94)**

Mit der Streichung des bisherigen Textteils „bei denen eine Vertretung der Soldaten nach dem Bundespersonalvertretungsgesetz zu wählen ist“ wird nunmehr allen Soldatinnen und Soldaten die Wählbarkeit (passives Wahlrecht) und darüber hinaus den schwerbehinderten Soldatinnen und Soldaten die Wahlberechtigung (aktives Wahlrecht) zu den Schwerbehindertenvertretungen zuerkannt. Bislang hatten dieses Wahlrecht ausschließlich Soldatinnen und Soldaten in sogenannten „personalratsfähigen“ Dienststellen. Voraussetzung für die Ausübung dieses Wahlrechts ist jedoch, dass auch in militärischen Dienststellen für die Wahl einer eigenen örtlichen Schwerbehindertenvertretung mindestens fünf schwerbehinderte Menschen nicht nur vorübergehend dienstlich tätig sein müssen (§ 94 Absatz 1 Satz 1) oder im Fall, dass die Zahl von fünf schwerbehinderten Menschen nicht erreicht wird, die Dienststelle zum Zwecke der Wahl einer gemeinsamen Schwerbehindertenvertretung mit einer räumliche nahen liegenden weiteren Dienststelle zusammengefasst wird (§ 94 Absatz 1 Satz 4).

**Zu Nummer 5c (§ 94)**

Wird ein Betrieb gespalten, hat dessen Betriebsrat ein Übergangsmandat (§ 21a BetrVG). Eine solche Regelung gibt es für die Schwerbehindertenvertretung bisher nicht. Durch die Ergänzung wird in Betrieben ein Übergangsmandat auch für die Schwerbehindertenvertretung geschaffen. Für Arbeitgeber, die nicht unter den Anwendungsbereich des Betriebsverfassungsgesetzes fallen, also insbesondere im öffentlichen Dienst, kommt es nicht zu einem Übergangsmandat der Schwerbehindertenvertretung.

**Zu Nummer 6 (§ 95)**

Die Schwerbehindertenvertretung vertritt die Interessen der schwerbehinderten Menschen in Betrieben und Dienststellen mit wenigstens fünf schwerbehinderten Menschen. Die Schwerbehindertenvertretung besteht aus einer einzelnen Vertrauensperson. Sind wenigstens 100 schwerbehinderte Menschen beschäftigt, kann die Vertrauensperson nach geltendem Recht die erste Stellvertretung zu bestimmten Aufgaben heranziehen, ab 200 schwerbehinderten Beschäftigten auch die zweite Stellvertretung (§ 95 Absatz 1 Satz 4 SGB IX). Diese Heranziehungsregelung hat sich grundsätzlich bewährt. Sie erweist sich aber in größeren Betrieben als unzureichend. Sie wird deshalb dahin gehend fortgeschrieben, dass mit jeweils 100 zusätzlichen schwerbehinderten Menschen im Betrieb jeweils eine weitere Stellvertretung herangezogen werden kann.

**Zu Nummer 7aa (§ 96)**

Die Vertrauensperson der schwerbehinderten Menschen kann sich ab 200 schwerbehinderten Menschen im Betrieb freistellen lassen (§ 96 Absatz 4 Satz 2 SGB IX). Die Belastung der Schwerbehindertenvertretungen steigt stetig an: Auf Grund der demographischen Entwicklung gewinnt die Prävention mehr und mehr an Bedeutung. Hier nimmt die Schwerbehindertenvertretung eine Schlüsselstellung ein, insbesondere beim betrieblichen Eingliederungsmanagement (§ 84 SGB IX). Außerdem hat die Schwerbehindertenvertretung ausdrücklich die Aufgabe, den schwerbehinderten Menschen helfend und beratend zur Seite zu stehen (§ 95 Absatz 1 Satz 1 SGB IX). Das schließt auch z. B. Verhandlungen mit dem Integrationsamt oder Beratung in Widerspruchsverfahren ein, was im Einzelfall sehr aufwendig sein kann. Auch der Aufwand für die Unterstützung bei Anträgen auf Feststellung einer Behinderung oder auf Gleichstellung (§ 95 Absatz 1 Satz 3 SGB IX) weitet sich dadurch aus, dass es immer mehr schwerbehinderte Menschen gibt (2007: 6,9 Millionen, 2009: 7,1 Millionen, 2011: 7,3 Millionen Quelle: Statistisches Bundesamt). Schließlich sind auch zunehmend neue Tätigkeiten zu verzeichnen, etwa die Beteiligung an der Erstellung betrieblicher Aktionspläne. Und in größeren Unternehmen mit mehreren Betriebsstätten ist der Aufgabenzuwachs wegen der zurückzulegenden Entfernungen überdurchschnittlich spürbar. Dieser zunehmenden Belastung wird durch eine Absenkung des Schwellenwertes für die Freistellung von 200 auf 100 schwerbehinderte Menschen Rechnung getragen.

**Zu Nummer 7bb (§ 96)**

Schulungsmöglichkeiten für Stellvertreter sind derzeit nur unter engen gesetzlichen Voraussetzungen möglich: So muss eine ständige Heranziehung, häufige Vertretung der Vertrauensperson auf längere Zeit oder das absehbare Nachrücken in das Amt vorliegen (s. § 96 Absatz 4 Satz 4 SGB IX). Diese eingeschränkten Fortbildungsmöglichkeiten werden den Anforderungen an die Stellvertreter nicht mehr gerecht. Da die Schwerbehindertenvertretung nur aus einer Person besteht, kann der Vertretungsfall jederzeit eintreten. Die Stellvertretung muss dann in der Lage sein, fachkundig aufzutreten. Deswegen erhält die erste Stellvertretung sowie in den Betrieben und Dienststellen, in denen aufgrund der Zahl der schwerbehinderten Beschäftigten weitere stellvertretende Mitglieder herangezogen werden können, auch diese stellvertretenden Mitglieder dieselben Fortbildungsmöglichkeiten wie die Vertrauensperson. Das bedeutet: Es besteht ein Anspruch auf Freistellung zur Teilnahme an Schulungs- und Bildungsveranstaltungen, soweit diese Kenntnisse vermitteln, die für die Arbeit der Schwerbehindertenvertretung erforderlich sind (vgl. § 96 Absatz 4 Satz 3 SGB IX).

**Zu Nummer 7b (§ 96)**

Der neue Satz 3 gibt der Schwerbehindertenvertretung einen Anspruch gegen den Arbeitgeber auf Unterstützung durch eine Bürokraft in angemessenem Umfang. Die gestiegenen Anforderungen an die Schwerbehindertenvertretung erfordern auch eine bessere personelle Ausstattung mit Hilfspersonal, damit die Schwerbehindertenvertretungen ihren Aufgaben besser nachkommen können.

**Zu Nummer 8a (§ 97)**

Folge der Änderung des § 83 SGB IX.

**Zu Nummer 8b (§ 97)**

§ 94 Absatz 6 Satz 3, der aufgrund der Verweisung in Absatz 7 für die Wahl der Konzern-, Gesamt-, Bezirks- und Hauptschwerbehindertenvertretungen entsprechend gilt, bestimmt in seinem zweiten Halbsatz, dass eine Wahl im vereinfachten Verfahren nur dann stattfindet, sofern der Betrieb oder die Dienststelle nicht aus räumlich weit auseinanderliegenden Teilen besteht. Dies hat das Bundesarbeitsgericht in einem Beschluss vom 23. Juli 2014 bestätigt (7 ABR 61/12). Um gleichwohl künftig auch in diesen Fällen ein vereinfachtes Wahlverfahren durchführen zu können, wird die Ergänzung eingefügt.

**Zu Nummer 9 (§ 128)**

Bislang ist die Anwendung des § 2 Absatz 3 SGB IX auf Soldatinnen und Soldaten ausgeschlossen. Mit dieser Änderung können nunmehr auch Soldatinnen und Soldaten bei der zuständigen Behörde beantragen, in ihrer aktiven Dienstzeit gleichgestellt zu werden. Die Dienstfähigkeit der Soldatinnen und Soldaten ist im Vergleich zu den Beamtinnen und Beamten in wesentlich stärkerem Maße an ihre körperliche Leistungsfähigkeit geknüpft. Von daher sind behinderte Soldatinnen und Soldaten wesentlich häufiger von Dienstunfähigkeitsverfahren betroffen als vergleichbare Beamtinnen und Beamte. Mit einer anerkannten Gleichstellung steht betroffenen Soldatinnen und Soldaten in diesen Fällen ein „Nachteilsausgleich“ zur Seite.

Gleiches gilt hinsichtlich der Entscheidungen über die förderliche Verwendung von Soldatinnen und Soldaten im Rahmen von Perspektivkonferenzen und konkreten Stellenbesetzungen: Bei der vergleichenden Betrachtung haben behinderte, aber nicht gleichgestellte Soldatinnen und Soldaten regelmäßig Nachteile, da sie wegen ihrer gesundheitlichen Beeinträchtigungen die hinzugezogenen Vergleichsmerkmale bezüglich der individuellen Grundfertigkeiten (Basic Fitnessstest/Sanitätsausbildung/Neues Schießausbildungskonzept/Deutsches Sportabzeichen/Marschfähigkeiten) nicht oder nur teilweise erfüllen. Während die Schwerbehinderung von Soldatinnen und Soldaten Berücksichtigung bei der Personalentwicklung findet, bleiben anerkannte Behinderungen mit einem Grad der Behinderung (GdB) von lediglich 30 und 40 unberücksichtigt. Die Möglichkeit, schwerbehinderten Menschen gleichgestellt zu werden, stellt insoweit eine Verbesserung der Situation der Betroffenen dar.

**Zu Nummer 10 (§ 131)**

Bereits nach geltendem Recht ist alle zwei Jahre eine Bundesstatistik über schwerbehinderte Menschen durchzuführen. Mit der Ergänzung des § 131 Absatz 1 wird eine Lücke geschlossen und dem Gebot nach § 9 Absatz 1 Bundesstatistikgesetz Rechnung getragen, dass eine Bundesstatistik anordnende Rechtsvorschrift unter anderem Erhebungs- und Hilfsmerkmale festlegen muss. Die Signiernummern für das Versorgungsamt und das Berichtsland sind für die Statistik als Hilfsmerkmale erforderlich, um eine Vollständigkeit der Datenmeldung eindeutig feststellen zu können und bei inhaltlichen Unstimmigkeiten Nachfragen an die Berichtsstellen zu ermöglichen.

**Zu Nummer 11a (§ 139)**

Die Überschrift wird um Mitbestimmung und Frauenbeauftragte ergänzt.

**Zu Nummer 11b (§ 139)**

In Werkstätten für behinderte Menschen soll es in Zukunft Frauenbeauftragte geben. Denn Frauen mit Beeinträchtigung, die in Einrichtungen der Behindertenhilfe leben oder arbeiten, erfahren besonders häufig Gewalt. Zudem erleben sie geschlechtsspezifische Diskriminierungen, Grenzüberschreitungen und Strukturen, die Gewalt begünstigen (Vgl. Studie der Universität Bielefeld „Lebenssituation und Belastungen von Frauen mit Beeinträchtigung und Behinderungen in Deutschland“, 2013). Frauenbeauftragte können dem entgegenwirken, indem sie den Betroffenen als Ansprechpartnerinnen zur Verfügung stehen und sie dabei unterstützen, ihre Rechte selbst wahrzunehmen. Zu diesem Ergebnis kommt auch das von „Weibernetz e.V.“ von Ende 2008 bis Mai 2011 durchgeführte Modellprojekt „Frauenbeauftragte in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen und Wohneinrichtungen“. Es geht ausdrücklich um Frauenbeauftragte, nicht um Gleichstellungsbeauftragte. Denn als Frauenbeauftragte haben die beauftragten Frauen zu den Ratsuchenden einen Zugang „auf gleicher Augenhöhe“ und können somit besonders gut der Diskriminierung von Frauen in Einrichtungen im Sinne des Peer Support entgegen

wirken. Durch die Vorbildfunktion der Frauenbeauftragten werden Frauen in Einrichtungen gestärkt und unterstützt, auch selbst für die Wahrung der Rechte und die Verwirklichung von Gleichberechtigung einzutreten.

Der neue § 139 Absatz 5 SGB IX enthält den Grundsatz, dass Frauenbeauftragte gewählt werden. In großen Einrichtungen wird in Anlehnung an § 19 Absatz 4 des Bundesgleichstellungsgesetzes die Wahl von bis zu drei Stellvertreterinnen vorgesehen, um die wirksame Erfüllung der Aufgaben der Frauenbeauftragten sicherzustellen. Zur Regelung der Einzelheiten enthält der neu gefasste § 144 Absatz 2 SGB IX eine Verordnungsermächtigung. Die Regelung selbst erfolgt dann in der Werkstätten-Mitwirkungsverordnung. In § 14 der Werkstättenverordnung wird die Tätigkeit der Frauenbeauftragten zudem als fachliche Anforderung an die Werkstatt definiert.

#### **Zu Nummer 12 (§ 144)**

Erweiterung der Ermächtigungsgrundlage um Mitbestimmung und Frauenbeauftragte.

#### **Zu Nummer 13 (§ 146)**

Die Berechtigung zur Benutzung eines Behindertenparkplatzes ist derzeit im Straßenverkehrsrecht geregelt. Nach § 45 Absatz 1b Nummer 2 StVO treffen die Straßenverkehrsbehörden die notwendigen Anordnungen im Zusammenhang mit der Kennzeichnung von Parkmöglichkeiten für schwerbehinderte Menschen mit außergewöhnlicher Gehbehinderung (Merkzeichen „aG“), beidseitiger Amelie oder Phokomelie oder vergleichbaren Funktionseinschränkungen sowie für blinde Menschen. Die außergewöhnliche Gehbehinderung wird in der Verwaltungsvorschrift zu § 46 Absatz 1 Nummer 11 StVO Rn 129 und 130 näher beschrieben. Danach sind als schwerbehinderte Menschen mit einer außergewöhnlichen Gehbehinderung „solche Personen anzusehen, die sich wegen der Schwere ihres Leidens dauernd nur mit fremder Hilfe oder nur mit großer Anstrengung außerhalb ihres Kraftfahrzeuges bewegen können. Hierzu zählen: Querschnittsgelähmte, doppeloberschenkelamputierte, doppelunterschenkelamputierte, hüftexartikuliert und einseitig Oberschenkelamputierte Menschen, die dauernd außerstande sind, ein Kunstbein zu tragen, oder nur eine Beckenkorbprothese tragen können oder zugleich unterschenkel- und armamputiert sind sowie andere schwerbehinderte Menschen, die nach versorgungsärztlicher Feststellung, auch auf Grund von Erkrankungen, dem vorstehend aufgeführten Personenkreis gleichzustellen sind.“

Im Rahmen des Feststellungsverfahrens nach § 69 Absatz 4 SGB IX wird versorgungsmedizinisch auch geprüft, ob diese verkehrsrechtlichen Voraussetzungen vorliegen. Ist dies der Fall, wird das Merkzeichen „aG“ zuerkannt und im Schwerbehindertenausweis eingetragen. Auf Vorlage des Schwerbehindertenausweises erteilt die Straßenverkehrsbehörde dann ohne weitere Prüfung die Ausnahmegenehmigung nach § 46 StVO und stellt einen Behindertenparkausweis aus (blau mit Rollstuhlsymbol).

Bei der versorgungsmedizinischen Begutachtung zur Feststellung der Schwerbehinderteneigenschaft nach § 69 Absatz 4 SGB IX wird der internationale Standard angewandt. Dieser hat sich in den letzten Jahrzehnten deutlich weiterentwickelt. Es kommt bei dem biopsychosozialen Modell des modernen Behinderungsbegriffs nicht mehr auf das Vorliegen einer bestimmten Diagnose und auch nicht auf die Anzahl der Diagnosen an, sondern ausschließlich darauf, ob die Auswirkungen einer Gesundheitsstörung in Wechselwirkung mit vorhandenen Barrieren im Einzelfall zur Beeinträchtigung der Teilhabe am Leben in der Gesellschaft und somit zu einer Behinderung führen. Dieser Standard ist niedergelegt in der Internationalen Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit (ICF) der Weltgesundheitsorganisation, die das alte sogenannte Krankheitsfolgenmodell (ICIDH) bereits 2001 ablöste. Er ist auch die Grundlage für das Verständnis von Behinderung, das in der UN-Behindertenrechtskonvention zum Ausdruck kommt (z. B. in Artikel 1 Absatz 2). Auch der Behinderungsbegriff in § 2 SGB IX ist in diesem Sinne final ausgerichtet.

Diesem neuen Standard entspricht die Definition der außergewöhnlichen Gehbehinderung im Verkehrsrecht nicht: Sie stellt zum einen bestimmte Diagnosen in den Mittelpunkt, ohne dass es auf eine daraus resultierende Teilhabebeeinträchtigung ankommt. Zum anderen macht sie nur unzureichend deutlich, dass eine außergewöhnliche Gehbehinderung nicht nur in einer Beeinträchtigung der Beine, sondern auch in einer Störung der Herzfähigkeit, der Lungenfunktion, neurologischen Beeinträchtigungen, weiteren Gesundheitsstörungen oder in einer Kombination derselben begründet sein kann. Zwar lässt es der Wortlaut der Regelung bereits heute zu, auch solche anderen Gesundheitsstörungen in die Begutachtung einzubeziehen. Der derzeitige Text der Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrsordnung legt dies für die begutachtenden Ärztinnen und Ärzte aber nicht nahe, weil für die Beeinträchtigung des Gehvermögens zahlreiche Beispiele aus dem orthopädischen Fachgebiet genannt sind, während für Gesundheitsstörungen aus anderen medizinischen Fachgebieten Beispiele vollständig fehlen.

Die Neuregelung übernimmt den bewährten geltenden Grundsatz, dass das Recht, Behindertenparkplätze zu benutzen, nur unter engen Voraussetzungen eingeräumt werden darf. Dafür spricht insbesondere, dass Parkraum in den Innenstädten nicht beliebig vermehrbar ist, ebenso wie auch der verkehrsrechtliche Ansatz seiner grundsätzlichen Privilegienfeindlichkeit, so dass mit Mitteln des Straßenverkehrsrechts nur ein Nachteilsausgleich eingeräumt werden kann und dieser ausschließlich unter dem Aspekt eines sicheren und geordneten Verkehrsablaufs. Dafür sprechen aber auch behinderungspolitische Erwägungen. Behindertenparkplätze müssen denjenigen schwerbehinderten Menschen vorbehalten bleiben, die sich dauernd nur mit fremder Hilfe oder mit großer Anstrengung außerhalb ihres Kraftfahrzeugs bewegen können. Das sind Menschen, die für ihre mobilitätsbezogene Teilhabebeeinträchtigung einen Grad der Behinderung von mindestens 80 haben. Eine breite Ausweitung des Berechtigtenkreises würde dazu führen, dass die eigentliche Zielgruppe längere Wege zurücklegen müsste, weil dann Parkplätze belegt wären, die heute frei sind.

Durch den neuen Ansatz entfallen die bisherigen sich ausschließlich auf das orthopädische Fachgebiet beziehenden Beispiele. Dies hat den Vorteil, dass dann keine Fallgestaltung von vornherein bevorzugt oder ausgeschlossen wird, auch nicht dem Anschein nach. Denn ganz unterschiedliche Gesundheitsstörungen können dazu führen, dass sich jemand dauernd nur mit fremder Hilfe oder mit großer Anstrengung außerhalb seines Kraftfahrzeuges fortbewegen kann. Die genannten Voraussetzungen können beispielsweise erfüllt sein bei

- zentralnervösen, peripher-neurologischen oder neuromuskulär bedingten Gangstörungen mit der Unfähigkeit, ohne Unterstützung zu gehen oder wenn eine dauerhafte Rollstuhlbenutzung erforderlich ist (insbesondere bei Querschnittlähmung, Multipler Sklerose, Amyotropher Lateralsklerose (ALS), Parkinsonerkrankung, Para- oder Tetraspastik in schwerer Ausprägung),
- einem Funktionsverlust beider Beine ab Oberschenkelhöhe oder einem Funktionsverlust eines Beines ab Oberschenkelhöhe ohne Möglichkeit der prothetischen oder orthetischen Versorgung (insbesondere bei Doppelotherschenkelamputierten und Hüftexartikulierten),
- schwerster Einschränkung der Herzleistungsfähigkeit (insbesondere bei Linksherzschwäche Stadium NYHA IV),
- schwersten Gefäßerkrankungen (insbesondere bei arterieller Verschlusskrankheit Stadium IV),
- Krankheiten der Atmungsorgane mit nicht ausgleichbarer Einschränkung der Lungenfunktion schweren Grades,
- einer schwersten Beeinträchtigung bei metastasierendem Tumorleiden (mit starker Auszehrung und fortschreitendem Kräfteverfall).

Eine weitere Konkretisierung erfolgt – falls notwendig – im Rahmen der Gesamtüberarbeitung der Versorgungsmedizin-Verordnung. Jede vom Ärztlichen Sachverständigenbeirat Versorgungsmedizin eingesetzte Fachgruppe (z. B. Orthopädie, Hämatologie, Neurologie) wird auch darüber beraten, ob in ihrem spezifischen Fachgebiet für Gesundheitsstörungen, die dazu führen, dass sich jemand dauernd nur mit fremder Hilfe oder mit großer Anstrengung außerhalb seines Kraftfahrzeuges fortbewegen kann, weitere Begutachtungsgrundsätze zu entwickeln sind. Diese werden dann in der Versorgungsmedizin-Verordnung ausdrücklich aufgeführt, so dass sich die begutachtenden Ärztinnen und Ärzte danach richten können. Dies gilt auch für spezielle Kombinationen von Gesundheitsstörungen. Damit werden erstmals bundesweite Standards für die Benutzung von Behindertenparkplätzen durch schwerbehinderte Menschen gesetzt, deren Gesundheitsstörung nicht in erster Linie dem orthopädischen Fachbereich zuzuordnen ist. Diese Menschen erhalten dann einen leichteren Zugang zu dem ihnen zustehenden Nachteilsausgleich. Dies gilt insbesondere für zentralnervöse, peripher-neurologische oder neuromuskulär bedingte Einschränkungen des Gehvermögens (wie bei Multipler Sklerose, Amyotropher Lateralsklerose, M. Parkinson) und für Betroffene, die an einer fortgeschrittenen Krebserkrankung leiden.

Für die Menschen mit einer Gehbehinderung, die sich heute in der beispielhaften Aufzählung in der Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrs-Ordnung wieder finden, ist der Wegfall dieser Aufzählung kein grundsätzlicher Nachteil. Dass die Menschen, die auf die Verwendung eines Rollstuhles angewiesen sind, auch künftig zum Berechtigtenkreis zählen, ist ausdrücklich geregelt. Auch bei einem Funktionsverlust beider Beine ab Oberschenkelhöhe oder einem Funktionsverlust eines Beines ab Oberschenkelhöhe ohne die Möglichkeit der prothetischen oder orthetischen Versorgung werden die Voraussetzungen in der Regel vorliegen. Die immer besser werdenden Möglichkeiten prothetischer oder orthetischer Versorgung beeinflussen aber die tatsächliche Teilhabebeeinträchtigung

und können deshalb nicht unberücksichtigt bleiben. Auch Menschen, die sich in der Vergangenheit dauerhaft nur mit fremder Hilfe oder mit großer Anstrengung außerhalb ihres Kraftfahrzeuges bewegen konnten wie insbesondere Doppelunterschenkelamputierte, könnten durch modernere Prothesen oder Orthesen in die Lage versetzt werden, sich ohne fremde Hilfe und ohne Anstrengung außerhalb ihres Kraftfahrzeuges zu bewegen. Ihre Beeinträchtigung verringert sich und ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft ist auch ohne den Nachteilsausgleich „aG“ möglich. Sie gehören dann nicht mehr zum berechtigten Personenkreis. Das ist aber mit Rücksicht auf die stärker beeinträchtigten Menschen angemessen.

Die 89. Arbeits- und Sozialministerkonferenz (2012) hat die Bundesministerin für Arbeit und Soziales gebeten, in einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe Vorschläge für eine Neubestimmung des berechtigten Personenkreises zu erarbeiten. Diese Arbeitsgruppe bestand im Wesentlichen aus Vertreterinnen und Vertretern der Verkehrs- und Sozialressorts von Bund und Ländern, einzelnen Mitgliedern des Ärztlichen Sachverständigenbeirats Versorgungsmedizin und vom Deutschen Behindertenrat benannten Personen. Die Arbeitsgruppe teilt die obigen Erwägungen.

#### **Zu Nummer 14a (§ 148)**

Anpassung an die veränderte Gesetzeslage zur Genehmigung von Beförderungsentgelten im Allgemeinen Eisenbahngesetz.

#### **Zu Nummer 14b (§ 148)**

Redaktionelle Änderung zu der durch das Gesetz zur Änderung des Neunten Buches Sozialgesetzbuch vom 5. Dezember 2012 (BGBl. I S. 2480) erfolgten Änderung der Erstattung von Fahrgeldausfällen im öffentlichen Personennahverkehr.

#### **Zu Nummer 15 (§ 150)**

Durch den neu eingefügten Satz 5 können Rückforderungen von Vorauszahlungen ausgesetzt werden. Unternehmen, die ihre Nahverkehrsleistungen in Verbänden anbieten, können ihre Fahrgeldeinnahmen oft nicht bis zum 31.12. des auf die Vorauszahlung folgenden Kalenderjahres endgültig nachweisen, da in den einzelnen Verkehrsverbänden oder Tarifgemeinschaften die endgültige Aufteilung der Fahrgeldeinnahmen erst nach Zustimmung aller beteiligten Verkehrsunternehmen feststeht. In solchen Fällen kann die Rückforderung von Vorauszahlungen und die nach Vorlage aller Unterlagen notwendige Wiederauszahlung zu hohem Verwaltungsaufwand führen. Die zuständige Behörde erhält deshalb die Möglichkeit, die Rückforderung in begründeten Ausnahmefällen auszusetzen.

#### **Zu Nummer 16 (§ 154)**

Redaktionelle Folge der Änderung des § 70 durch das Gesetz zum Vorschlag für einen Beschluss des Rates über einen Dreigliedrigen Sozialgipfel für Wachstum und Beschäftigung und zur Aufhebung des Beschlusses 2003/174/EG (Artikel 1a des Gesetzes vom 7. Januar 2015, BGBl. 2015 II S. 15).

#### **Zu Nummer 17a-c (§ 158)**

Die Wahrnehmung der Interessen der schwerbehinderten Menschen des Militärischen Abschirmdienstes einschließlich seines Geschäftsbereichs „aus einer Hand“ hat sich in der Vergangenheit bewährt. Dies war jedoch nur über eine äußerst großzügige Auslegung der Vorschriften zur Zusammenfassung von Dienststellen zur Wahl einer Schwerbehindertenvertretung möglich. Insbesondere hat sich wegen der bundesweiten Dislozierung des Militärischen Abschirmdienstes das Herstellen des Benehmens zur Zusammenfassung mit den jeweils zuständigen Integrationsämtern der verschiedenen Bundesländer als besonders schwierig und zeitaufwändig erwiesen. Mit dieser Neuregelung steht die Wahl der Schwerbehindertenvertretung für den Bereich des Militärischen Abschirmdienstes nunmehr auf einer eindeutigen gesetzlichen Grundlage, die auch den besonderen Sicherheitsbedürfnissen des Dienstes Rechnung trägt.

#### **Zu Nummer 18 (§ 159)**

Die Übergangsregelung stellt sicher, dass die Verbindlichkeit bestehender Integrationsvereinbarungen durch die Neufassung des § 83 nicht beeinträchtigt wird. Insbesondere soll die Neufassung nicht bewirken, dass zwingend erneut über bereits bestehende Vereinbarungen zu verhandeln ist.

**Zu Artikel 3 (Änderung des Ersten Buches Sozialgesetzbuch)****Zu Nummer 1 (Inhaltsübersicht)**

Folgeänderung aufgrund der Neufassung des § 28a.

**Zu Nummer 2 (§ 28)**

Bei der Aufhebung von § 28 Absatz 1 Nummer 3 SGB I handelt es sich um eine Folgeänderung durch Herauslösung der Eingliederungshilfe aus dem SGB XII und deren Überführung in das SGB IX als dessen Teil 2.

**Zu Nummer 3 (§ 28a)**

Es handelt sich um eine Folgeänderung durch Herauslösen der Eingliederungshilfe aus dem Recht der Sozialhilfe im SGB XII.

Absatz 2 trägt Artikel 84 des Grundgesetzes in Artikel 84 Rechnung, wonach keine Festlegung der Träger der Eingliederungshilfe auf Länderebene durch den Bund erfolgen darf.

**Zu Nummer 4 (§ 29)**

Es handelt sich um Folgeänderungen auf Grund des neuen „Kapitels Leistungen zur Teilhabe an Bildung“ sowie der Neustrukturierung der Leistungen zur Sozialen Teilhabe in Teil 1 des SGB IX.

**Zu Nummer 5 (§ 35)**

Folgeänderung aus dem Wegfall der bisherigen §§ 22-25 SGB IX (gemeinsame Servicestellen).

**Zu Artikel 4 (Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch)****Zu Nummer 1 (§ 21)**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zu Nummer 2 (§ 23)**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zu Artikel 5 (Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch)****Zu Nummer 1 (Inhaltsübersicht)**

Folgeänderung aus der Zulassung anderer Leistungsanbieter als Alternativen zu Werkstätten für behinderte Menschen im Neunten Buch.

**Zu Nummer 2 (§ 26)**

Redaktionelle Folgeänderungen aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zu Nummer 3 (§ 27)**

Redaktionelle Folgeänderungen aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zu Nummer 4 (§ 46)**

Änderung der Verweisung in Folge der Verschiebung des Schwerbehindertenrechts in Teil 3 des Neunten Buches.

**Zu Nummer 5 (§ 73)**

Änderung der Verweisung in Folge der Verschiebung der Paragraphen im Schwerbehindertenrecht des Neunten Buches.

**Zu Nummer 6a (§ 90)**

Änderung der Verweisung in Folge der Verschiebung der Paragraphen im Schwerbehindertenrecht des Neunten Buches.

**Zu Nummer 6b (§ 90)**

Änderung der Verweisung in Folge der Verschiebung des Schwerbehindertenrechts in Teil 3 des Neunten Buches.



**Zu Nummer 7 (§ 117)**

Folgeänderung aus der Zulassung anderer Leistungsanbieter als Alternativen zu Werkstätten für behinderte Menschen im Neunten Buch.

**Zu Nummer 8 (§ 118)**

Seit dem 1. Januar 2008 gibt es statt eines Ermessensanspruchs einen Rechtsanspruch auf die Leistungsform des Persönlichen Budgets. Im Rahmen der Rechtsbereinigung wird nun dieser Rechtsanspruch in § 118 Satz 2 SGB III verankert.

**Zu Nummer 9a (§ 119)**

Änderung der Verweisung in Folge der neuen Einordnung der Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben in Teil 1 des Neunten Buches.

**Zu Nummer 9b (§ 119)**

Änderung der Verweisung in Folge der Neuordnung der Kapitel in Teil 1 des Neunten Buches.

**Zu Nummer 10 (§ 122)****Zu Nummer 10a**

Änderung der Verweisung in Folge der Neuordnung der Kapitel in Teil 1 des Neunten Buches.

**Zu Nummer 10b**

Folgeänderung aus der Zulassung anderer Leistungsanbieter als Alternativen zu Werkstätten für behinderte Menschen im Neunten Buch.

**Zu Nummer 11a (§ 125)**

Folgeänderung aus der Zulassung anderer Leistungsanbieter als Alternativen zu Werkstätten für behinderte Menschen im Neunten Buch.

**Zu Nummer 11b (§ 125)**

Folgeänderung aus der Zulassung anderer Leistungsanbieter als Alternativen zu Werkstätten für behinderte Menschen im Neunten Buch.

**Zu Nummer 12 (§ 126)**

Folgeänderung aus der Zulassung anderer Leistungsanbieter als Alternativen zu Werkstätten für behinderte Menschen im Neunten Buch.

**Zu Nummer 13 (§ 127)**

Änderung der Verweisungen in Folge der neuen Einordnung der Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben in Teil 1 des Neunten Buches.

**Zu Nummer 14 (§ 346)**

Folgeänderungen aus der Zulassung anderer Leistungsanbieter als Alternativen zu Werkstätten für behinderte Menschen im Neunten Buch und der Verschiebung der Paragraphen im Schwerbehindertenrecht des Neunten Buches.

**Zu Artikel 6 (Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch)****Zu Nummer 1 (§ 2)**

Seit dem 1. Januar 2008 gibt es statt eines Ermessensanspruchs einen Rechtsanspruch auf die Leistungsform des Persönlichen Budgets. Im Rahmen der Rechtsbereinigung wird nun dieser Rechtsanspruch in § 2 Absatz 2 Satz 2 SGB V verankert.

**Zu Nummer 2 (§ 5)**

Folgeänderung aus der Zulassung anderer Leistungsanbieter als Alternativen zu Werkstätten für behinderte Menschen im Neunten Buch. Menschen mit Behinderungen, die bei einem anderen Leistungsanbieter tätig sind, sollen wie Menschen mit Behinderungen, die in einer Werkstatt für behinderte Menschen tätig sind, gleichermaßen zum versicherungspflichtigen Personenkreis nach dem Fünften Buch gehören. Darüber hinaus Änderung der Verweisung in Folge der Verschiebung der Paragraphen im Schwerbehindertenrecht des Neunten Buches.

**Zu Nummer 3 (§ 9)**

Änderung der Verweisung in Folge der Verschiebung der Paragraphen im Schwerbehindertenrecht des Neunten Buches.

**Zu Nummer 4 (§ 11)**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zu Nummer 5a (§ 13)**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung der Vorschriften zur Koordinierung der Leistungen und zur Selbstbeschaffung von Leistungen zur Teilhabe nach Teil 1 Kapitel 4 SGB IX.

**Zu Nummer 5b (§ 13)**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung der Vorschriften zur Koordinierung der Leistungen zwischen den Rehabilitationsträgern nach Teil 1 Kapitel 4 SGB IX.

**Zu Nummer 6 (§ 23)**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zu Nummer 7 (§ 40)**

Redaktionelle Folgeänderungen aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zu Nummer 8 (§ 43)**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zu Nummer 9 (§ 43a)**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zu Nummer 10 (§ 49)**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Aufhebung des § 13 Absatz 2 Nummer 7 SGB IX.

**Zu Nummer 11 (§ 60)**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zu Nummer 12 (§ 137d)**

Redaktionelle Folgeänderungen aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zu Nummer 13 (§ 251)**

Folgeänderung aus der Zulassung anderer Leistungsanbieter als Alternativen zu Werkstätten für behinderte Menschen im Neunten Buch. Für die Menschen mit Behinderungen, die bei einem anderen Leistungsanbieter tätig sind, sollen die Vorschriften zur Beitragstragung und zur Beitragserstattung, die bei einer Tätigkeit in einer Werkstatt für behinderte Menschen Anwendung finden, gleichermaßen gelten.

**Zu Nummer 14 (§ 275)**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung der Vorschriften zur Koordinierung der Leistungen zwischen den Rehabilitationsträgern nach Teil 1 Kapitel 4 SGB IX.

**Zu Nummer 15 (§ 284)**

Die Neuregelung ist eine notwendige Folgeänderung, da insbesondere die mit dem Teilhabeplanverfahren sowie der Teilhabepflichtkonferenz einhergehenden neuen Aufgaben (Krankenkasse als zuständiger Rehabilitationsträger) dem Zwecke der Krankenversicherung dienen und für solche in § 284 die Voraussetzungen für die Erhebung und Speicherung (Absatz 1 und 2) sowie die Verarbeitung und Nutzung (Absatz 3 und 4) von Sozialdaten abschließend geregelt sind.

Mit der Neuregelung werden die Krankenkassen als Rehabilitationsträger grundsätzlich befugt, die für die Erfüllung ihrer Aufgaben nach dem Neunten Buch erforderlichen Daten zu erheben und zu speichern. Das im Neunten Buch vorgesehene Erfordernis einer Einwilligung der Versicherten in den Fällen der Teilhabepflichtkonferenz bleibt unberührt.

**Zu Artikel 7 (Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch)****Zu Nummer 1a (§ 1)**

Folgeänderung aus der Zulassung anderer Leistungsanbieter als Alternativen zu Werkstätten für behinderte Menschen im Neunten Buch. Menschen mit Behinderungen, die bei einem anderen Leistungsanbieter tätig sind, sollen wie Menschen mit Behinderungen, die in einer Werkstatt für behinderte Menschen tätig sind, gleichermaßen zum versicherungspflichtigen Personenkreis nach dem Sechsten Buch gehören.

**Zu Nummer 1b (§ 1)**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zu Nummer 2 (§ 13)**

Seit dem 1. Januar 2008 gibt es statt eines Ermessensanspruchs einen Rechtsanspruch auf die Leistungsform des Persönlichen Budgets. Im Rahmen der Rechtsbereinigung wird nun dieser Rechtsanspruch in § 13 Absatz 1 Satz 2 SGB VI, durch den Verweis auf die Bestimmung des § 29 SGB IX, verankert.

**Zu Nummer 3a-b (§ 15)**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zu Nummer 4 (§ 16)**

Folgeänderung aus der Zulassung anderer Leistungsanbieter als Alternativen zu Werkstätten für behinderte Menschen in § 60 des Neunten Buches. Der Träger der Rentenversicherung kann damit Rehabilitationsträger auch in den Fällen sein, in denen der behinderte Mensch Leistungen der beruflichen Bildung bei einem anderen Leistungsanbieter in Anspruch nimmt. Im Übrigen handelt es sich um eine redaktionelle Anpassung an die nunmehr im 10. Kapitel des Ersten Teils des Neunten Buches geregelten Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben.

**Zu Nummer 5a-b (§ 21)**

Redaktionelle Folgeänderungen aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zu Nummer 6 (§ 28)**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zu Nummer 7 (§ 32)**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zu Nummer 8a-b (§ 162)**

Folgeänderung aus der Zulassung anderer Leistungsanbieter als Alternativen zu Werkstätten für behinderte Menschen im Neunten Buch. Für die Menschen mit Behinderungen, die bei einem anderen Leistungsanbieter tätig sind, sollen die Vorschriften zur Höhe der beitragspflichtigen Einnahmen Beschäftigter, die bei einer Tätigkeit in einer Werkstatt für behinderte Menschen Anwendung finden, gleichermaßen gelten.

**Zu Nummer 9a (§ 168)**

Folgeänderung aus der Zulassung anderer Leistungsanbieter als Alternativen zu Werkstätten für behinderte Menschen im Neunten Buch. Für die Menschen mit Behinderungen, die bei einem anderen Leistungsanbieter tätig sind, sollen die Vorschriften zur Beitragstragung, die bei einer Tätigkeit in einer Werkstatt für behinderte Menschen Anwendung finden, gleichermaßen gelten.

**Zu Nummer 9b (§ 168)**

Folgeänderung aus der Zulassung anderer Leistungsanbieter als Alternativen zu Werkstätten für behinderte Menschen im Neunten Buch. Für die Menschen mit Behinderungen, die im Anschluss an eine Beschäftigung bei einem anderen Leistungsanbieter in einem Inklusionsbetrieb im Sinne des § 215 des Neunten Buches beschäftigt sind, sollen die Vorschriften zur Beitragstragung, die bei einer vorangehenden Tätigkeit in einer Werkstatt für behinderte Menschen Anwendung finden, gleichermaßen gelten.

**Zu Nummer 9c (§ 168)**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zu Nummer 10 (§ 176)**

Folgeänderung aus der Zulassung anderer Leistungsanbieter als Alternativen zu Werkstätten für behinderte Menschen im Neunten Buch.

**Zu Nummer 11a (§ 179)**

Folgeänderungen aus der Zulassung anderer Leistungsanbieter als Alternativen zu Werkstätten für behinderte Menschen im Neunten Buch. Für die anderen Leistungsanbieter sollen die Vorschriften zur Beitragserstattung durch den Bund, die bei einer Tätigkeit in einer Werkstatt für behinderte Menschen Anwendung finden, gleichermaßen gelten.

**Zu Nummer 11b (§ 179)**

Folgeänderung aus der Zulassung anderer Leistungsanbieter als Alternativen zu Werkstätten für behinderte Menschen im Neunten Buch.

**Zu Nummer 12 (§ 180)**

Folgeänderung aus der Zulassung anderer Leistungsanbieter als Alternativen zu Werkstätten für behinderte Menschen im Neunten Buch. Darüber hinaus Änderung der Bezeichnung „Integrationsprojekte“ in „Inklusionsbetriebe“.

**Zu Artikel 8 (Änderung des Siebten Buches Sozialgesetzbuch)****Zu Nummer 1 (§ 2)**

Folgeänderung aus der Zulassung anderer Leistungsanbieter als Alternativen zu Werkstätten für behinderte Menschen im Neunten Buch. Im Übrigen Änderung der Verweisung in Folge der Verschiebung der Paragraphen im Schwerbehindertenrecht des Neunten Buches.

**Zu Nummer 2 (§ 26)**

Seit dem 1. Januar 2008 gibt es statt eines Ermessensanspruchs einen Rechtsanspruch auf die Leistungsform des Persönlichen Budgets. Im Rahmen der Rechtsbereinigung wird nun dieser Rechtsanspruch in § 26 Absatz 1 Satz 2 SGB VII verankert.

**Zu Nummer 3 (§ 27)**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zu Nummer 4 (§ 34)**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zu Nummer 5 (§ 35)**

Folgeänderung aus der Zulassung anderer Leistungsanbieter als Alternativen zu Werkstätten für behinderte Menschen sowie der Schaffung des Leistungstatbestandes des Budgets für Arbeit im Neunten Buch. Der Träger der Unfallversicherung ist heute bereits Träger der Leistungen im Eingangsverfahren und im Berufsbildungsbereich sowie auch im Arbeitsbereich der Werkstätten für behinderte Menschen. Er soll die Leistungen zur beruflichen Bildung und zur Beschäftigung auch erbringen, wenn der leistungsberechtigte behinderte Mensch die jeweilige Leistung nicht in einer Werkstatt für behinderte Menschen, sondern bei einem anderen Leistungsanbieter in Anspruch nehmen will. Der Träger der Unfallversicherung soll auch Leistungen für das Budget für Arbeit erbringen, wenn ein behinderter Mensch anstelle einer Beschäftigung in einer Werkstatt oder bei einem anderen Leistungsanbieter eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt aufnehmen möchte.

**Zu Nummer 6 (§ 39)**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zu Nummer 7 (§ 42)**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zu Nummer 8 (§ 50)**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zu Nummer 9 (§ 58)**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zu Nummer 10 (§ 162)**

Folge der Änderung und Verschiebung des § 83 des Neunten Buches.

**Zu Artikel 9 (Änderung des Achten Buches Sozialgesetzbuch)****Zu Nummer 1 (§ 10)****Zu den Buchstaben a und b**

Es handelt sich um Folgeänderungen aufgrund der Neuregelung der Eingliederungshilfe im Neunten Buch.

**Zu Nummer 2 (§ 35a)**

Es handelt sich um eine Folgeänderung aufgrund der Neuregelung der Eingliederungshilfe im Neunten Buch. Weiter wird ausdrücklich die Anwendung von Kapitel 6 Abschnitt 1 Leistungsformen Teil 1 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch geregelt. Damit gilt die Vorschrift des § 29 Persönliches Budget entsprechend.

**Zu Nummer 3 (§ 45)**

Redaktionelle Folgeänderung aus der Neufassung des 10. Kapitels des SGB XII.

**Zu Artikel 10 (Änderung des Elften Buches Sozialgesetzbuch)****Zu Nummer 1 (Inhaltsübersicht)**

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung zur Übernahme der geänderten Überschrift in die Inhaltsübersicht.

**Zu Nummer 2 (§ 7a)**

Folgeänderung aus dem Wegfall der bisherigen §§ 22 bis 25 SGB IX (gemeinsame Servicestellen).

**Zu Nummer 3 (§ 13)****Zu Buchstabe a**

Es handelt sich um eine Folgeänderung zu der Überführung von Leistungen der Eingliederungshilfe aus dem SGB XII in das SGB IX.

**Zu Buchstabe b**

Es handelt sich um eine Folgeänderung zu der Neufassung des SGB IX durch dieses Gesetz und den damit zusammenhängenden Anpassungen im SGB XI, die mit dem geplanten Dritten Pflegestärkungsgesetz vorgenommen werden sollen.

**Zu Nummer 4 (§ 20)**

Folgeänderung aus der Zulassung anderer Leistungsanbieter als Alternativen zu Werkstätten für behinderte Menschen im SGB IX und der Aufnahme eines entsprechenden Versicherungspflichttatbestandes in das SGB V. Menschen mit Behinderungen, die bei einem anderen Leistungsanbieter tätig sind, sollen wie Menschen mit Behinderungen, die in einer Werkstatt für behinderte Menschen tätig sind, gleichermaßen zum versicherungspflichtigen Personenkreis nach dem SGB V gehören. Dementsprechend wird nach dem Grundsatz „Pflegeversicherung folgt Krankenversicherung“ auch der versicherungspflichtige Personenkreis nach dem SGB XI erweitert.

**Zu Nummer 5 (§ 28)**

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung zu der Überführung der bisher in § 17 SGB IX enthaltenen Regelungen in den neuen § 29 SGB IX.

**Zu Nummer 6 (§ 35a)****Zu Buchstabe a**

Die Überschrift nimmt bislang Bezug auf § 17 SGB IX und wird daher auf Grund der Überführung der bisher in § 17 SGB IX enthaltenen Regelungen in den neuen § 29 SGB IX sprachlich angepasst.

**Zu Buchstabe b**

Seit dem 1. Januar 2008 gibt es statt eines Ermessensanspruchs einen Rechtsanspruch auf die Leistungsform des Persönlichen Budgets. Im Rahmen der Rechtsbereinigung wird nun dieser Rechtsanspruch auch in § 35a Absatz 1 Satz 1 SGB XI verankert.

**Zu Buchstabe c**

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung zu der Überführung der bisher in § 17 SGB IX enthaltenen Regelungen in den neuen § 29 SGB IX. Der Leistungsträger, der das Persönliche Budget nach § 29 Absatz 3 SGB IX durchführt, können der nach § 14 SGB IX leistende Rehabilitationsträger, Pflegekassen oder Integrationsämter sein.

**Zu Artikel 11 (Änderungen des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch zum Jahr 2017)****Zu Nummer 1 (Inhaltsverzeichnis)**

Redaktionelle Folgeänderungen aufgrund der folgenden Änderungen im SGB XII.

**Zu Nummer 2 (§ 30)**

Mit dem neuen Absatz 7 von § 30 wird der in § 42a neu einzuführende Mehrbedarf für gemeinschaftliche Mittagverpflegung auch für die Leistungsberechtigten nach dem Dritten Kapitel für entsprechend anwendbar erklärt.

**Zu Nummer 3 (§ 42a)**

Mit dieser Regelung werden Mehrbedarfe definiert und wird dadurch für die Inanspruchnahme gemeinschaftlicher Mittagessen in Werkstätten für behinderte Menschen oder bei tagesstrukturierenden Angeboten ein neuer Mehrbedarf geschaffen.

In Absatz 1 werden Mehrbedarfe als Ergänzung zu den Regelbedarfen definiert. Dies bedeutet, dass die über die Regelbedarfe nicht abgedeckten Bedarfe unter den in § 30 SGB XII sowie in Absatz 2 enthaltenen Voraussetzungen als Mehrbedarfe anerkannt werden.

Durch Absatz 2 wird ein zusätzlicher Mehrbedarf eingeführt, der einen pauschalierten Zuschuss zu den Mehraufwendungen für eine gemeinschaftliche Mittagverpflegung in einer Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) nach § 39 des Neunten Buches, bei einem anderen Leistungsanbieter nach 56 SGB XII oder im Rahmen ver-

gleichbarer anderer tagesstrukturierender Angebote vorsieht. Für anderweitige Beschäftigungen sowie anderweitige Formen der Mittagsverpflegung, wie beispielweise allen Arbeitnehmern eines Unternehmens zugängliche Kantinen, wird kein entsprechender Mehrbedarf als Bedarf berücksichtigt.

Der notwendige Lebensunterhalt nach dem Dritten und Vierten Kapitel des SGB XII und nach dem SGB II für die Ernährung in den Regelbedarfsstufen nach dem SGB XII beziehungsweise den Regelbedarfen nach dem SGB II basiert auf den darauf entfallenden durchschnittlichen Verbrauchsausgaben von Referenzhaushalten aus den Sonderauswertungen einer Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Darin sind die Aufwendungen für den Einkauf von Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken umfasst (ergibt den sogenannten Warenwert). Für den Mehrbedarf für die gemeinschaftliche Mittagsverpflegung in einer WfbM, bei anderen Leistungsanbietern oder im Rahmen vergleichbarer anderer tagesstrukturierender Angebote bedeutet dies:

- Die in den Regelbedarfsstufen beziehungsweise den Regelbedarfen enthaltenen Ernährungsausgaben beruhen auf einer häuslichen Ernährung und beinhalten deshalb keine über den Warenwert hinausgehende Verbrauchsausgaben für eine außerhäusliche Ernährung. Folglich umfassen die Ernährungsausgaben ausschließlich die von den Haushalten eingekauften Lebensmittel und alkoholfreien Getränke, aber keine Zubereitungskosten, weil die Zubereitung im Haushalt von den Haushaltsmitgliedern vorgenommen wird. Die auf Dienstleistungen für Einkauf, Lagerung von Lebensmitteln, für Zubereitung der Speisen und Servieren, Spülen entfallenden sowie kalkulatorische Kostenbestandteile für Investitionen oder Miete beziehungsweise Pacht für die genutzten Räumlichkeiten (Küche, Vorratsraum, Speiseraum und Ähnliches) sind deshalb in den regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben für Ernährung nicht enthalten.
- Über den monatlichen Regelsatz beziehungsweise den monatlichen Regelbedarf werden die Bedarfe für die häusliche Ernährung einschließlich des täglichen Mittagessens gedeckt. Dies gilt für alle Leistungsberechtigten nach dem Dritten und Vierten Kapitel SGB XII sowie nach dem SGB II und damit auch für alle Menschen mit Behinderungen, unabhängig von der Wohnform und unabhängig davon, wo im konkreten Einzelfall das tägliche Mittagessen eingenommen wird. Für die gemeinschaftliche Mittagsverpflegung in WfbM und den genannten Alternativen entstände deshalb im Falle einer vollständigen Deckung der dafür anfallenden Aufwendungen durch die Anerkennung des neuen Mehrbedarfs ohne die Berücksichtigung der im Regelsatz beziehungsweise im Regelbedarf enthaltenen durchschnittlichen Verbrauchsausgaben für das tägliche Mittagessen eine doppelte Bedarfsdeckung in entsprechender Höhe. Um dies zu vermeiden wird eine pauschale Eigenbeteiligung der Leistungsberechtigten vorgesehen. Dazu ist vorgesehen, dass der von der Bundesregierung vorzulegende Entwurf für ein Regelbedarfs-Ermittlungsgesetz 2017 für die Eigenbeteiligung einen Pauschalbetrag in Höhe von einem Euro enthält. Dies entspricht auch der Regelung zum Eigenanteil beim Bedarf für die gemeinschaftliche Mittagsverpflegung für Schülerinnen und Schüler sowie Kinder, die eine Tageseinrichtung besuchen oder für die Kindertagespflege geleistet wird (Bildungs- und Teilhabeleistungen, § 34 Absatz 6 SGB XII, § 28 Absatz 6 SGB II).

Der anzuerkennende Mehrbedarf hat folglich die Mehraufwendungen als Bedarf zu berücksichtigen, die für die gemeinschaftliche Mittagsverpflegung in einer WfbM, bei einem anderen Leistungsanbieter oder im Rahmen vergleichbarer anderer tagesstrukturierender Angebote je Mittagessen angesetzt werden, abzüglich der Eigenbeteiligung jeder leistungsberechtigten Person. Die Höhe der Mehraufwendungen wird pauschaliert. Dabei ist für ein Mittagessen der dreißigste Teil des sich nach § 2 Absatz 1 Satz 2 Sozialversicherungsentgeltverordnung in der jeweiligen Fassung ergebenden Betrags zugrunde zu legen. Nach der Achten Verordnung zur Änderung der Sozialversicherungsentgeltverordnung vom 18. November 2015 (BGBl. I S. 2075) beläuft sich der monatliche Betrag für das Mittagessen im Jahr 2016 auf 93 Euro. Nach § 2 Absatz 6 der Sozialversicherungsentgeltverordnung ergibt sich der auf einen Tag entfallende Betrag aus einem Dreißigstel des Monatsbetrags, dies sind je Tag 3,10 Euro. Abzüglich in dem von der Bundesregierung vorzulegenden Entwurf für ein RBEG vorgesehenen der Eigenbeteiligung von einem Euro pro Tag betragen die Mehraufwendungen und damit der Mehrbedarf im Jahr 2016 je Arbeitstag 2,10 Euro. Durch die Koppelung der Berechnungsgrundlage des Mehrbedarfs an die Sozialversicherungsentgeltverordnung ist gewährleistet, dass dessen Berechnungsgrundlage jährlich entsprechend des Verbraucherpreisindex für Verpflegung im Bereich Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen fortgeschrieben wird.

Diese Pauschalierung dient einerseits der Verwaltungsvereinfachung bei den für die Leistungen für den Lebensunterhalt zuständigen Trägern nach dem Dritten oder Vierten Kapitel des SGB XII sowie bei den Trägern nach

dem SGB II. Andererseits wird mit der dadurch bewirkten Begrenzung der Höhe des Mehrbedarfs dem Sachverhalt Rechnung getragen, dass der notwendige Lebensunterhalt nach dem SGB XII und dem SGB II keine außerhäusliche Verpflegung umfasst.

Die Finanzierung der im Preis für ein Mittagessen enthaltenen Kosten für dessen Herstellung und Bereitstellung ist deshalb im Rahmen der Lebensunterhaltsleistungen nach SGB XII und SGB II im Sinne einer Ausnahmeregelung nur in begrenztem Umfang möglich. Dementsprechend werden im Einzelfall durch Eigenbeteiligung und Mehrbedarf nicht gedeckte Kosten für die gemeinschaftliche Mittagsverpflegung durch die Eingliederungshilfe nach § 113 Absatz 4 SGB IX übernommen.

Ebenfalls der Verwaltungsvereinfachung dient die Pauschalierung bei der Bestimmung der Anzahl der Arbeitstage. Es sind eine fünftägige Arbeitswoche und 220 Arbeitstage im Jahr für der Inanspruchnahme des Mittagessens zugrunde zu legen.

#### **Zu Nummer 4 (§ 60a)**

Zusätzlich zum bestehenden § 90 Absatz 3 SGB XII gilt für Personen, die Leistungen der Eingliederungshilfe und gegebenenfalls andere Leistungen der Hilfen in besonderen Lebenslagen erhalten, im Vorgriff auf das Inkrafttreten der Neuregelung der Eingliederungshilfe im SGB IX, die einen voraussetzungslosen Freibetrag in Höhe von 50.000 Euro vorsieht, ein zusätzlicher Vermögensfreibetrag von 25.000 Euro zur Sicherstellung einer angemessenen Lebensführung und einer angemessenen Alterssicherung.

Es wird daher pauschalierend angenommen, dass bei Leistungen nach dem Sechsten Kapitel jedenfalls ein Betrag von 25.000 Euro für eine angemessene Lebensführung und für eine angemessene Alterssicherung notwendig ist. Der Einsatz oder die Verwertung eines solchen Vermögens stellt für die Betroffenen und für die unterhaltsberechtigten Angehörigen daher stets eine Härte im Sinne des § 90 Absatz 3 Satz 1 SGB XII dar, so dass es insofern einer Einzelfallprüfung nicht bedarf. Dieser zusätzliche Vermögensfreibetrag ergänzt die bisherige Härtefallregelung des § 90 Absatz 3 SGB XII. Für bisher schon aufgrund dieser Härtefallregelung nicht berücksichtigtes Vermögen, bleibt es bei der bisherigen Regelung, die weiterhin Anwendung findet. Das im Rahmen dessen schon bisher geschützte Vermögen ist nicht auf den pauschalierten Betrag von 25.000 Euro anzurechnen.

Die Sicherstellung einer gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben stellt Personen, die Eingliederungshilfe erhalten, aufgrund ihrer Behinderung oftmals vor erhebliche, insbesondere auch finanzielle Herausforderungen. Es wird daher davon ausgegangen, dass für die Betroffenen pauschal ein Betrag 25.000 € zur Lebensführung bzw. zur Aufrechterhaltung einer Altersvorsorge angemessen ist und dass die Verwertung dieses Vermögens stets eine besondere Härte darstellt.

Im Vorgriff auf die Herauslösung der Eingliederungshilfe aus dem Fürsorgesystem der Sozialhilfe, wird den Betroffenen daher bereits jetzt ermöglicht, einen Teil der Verbesserung bei der Einkommensanrechnung durch die Übergangsregelung anzusparen und Vermögen aufzubauen bzw. bestehen zu lassen. Dies ermöglicht es den Betroffenen, selbstbestimmt und angemessen auf unvorhergesehene Lebensereignisse zu reagieren.

#### **Zu Nummer 5 (§ 66a)**

Zusätzlich zum bestehenden § 90 Absatz 3 SGB XII gilt für Personen, die Leistungen der Hilfe zur Pflege erhalten, ein zusätzlicher Vermögensfreibetrag von 25.000 Euro zur Sicherstellung einer angemessenen Lebensführung und einer angemessenen Alterssicherung, wenn dieses Vermögen ganz oder überwiegend als Einkommen aus selbständiger und nichtselbständiger Tätigkeit im Bezug erworben wird. Es wird daher pauschalierend angenommen, dass bei Leistungen nach dem Siebten Kapitel der Einsatz oder die Verwertung eines Vermögens, das aus eigener Erwerbstätigkeit stammt, jedenfalls in Höhe eines Betrages von 25.000 Euro für die Betroffenen und für die unterhaltsberechtigten Angehörigen stets eine Härte im Sinne des § 90 Absatz 3 Satz 1 SGB XII darstellt, so dass es insofern einer Einzelfallprüfung nicht bedarf.

Personen, die Hilfe zur Pflege erhalten, benötigen für gewöhnliche und regelmäßig wiederkehrende Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens Unterstützung. Sie sind daher in vielen Fällen nicht in der Lage durch eigene Erwerbstätigkeit am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Mit der Regelung wird daher die Leistung von pflegebedürftigen Menschen anerkannt, die trotz ihrer Einschränkung einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Die Verwertung von Vermögen, das der Leistungsberechtigte während des Leistungsbezugs durch eigenen Arbeitseinsatz erworben hat, wird bis zu einem Betrag von 25.000 Euro als Härte definiert. Damit wird für die Betroffenen die Möglichkeit geschaffen, während des Leistungsbezugs durch eigenen Arbeitseinsatz erworbenes Einkommen als



Vermögen behalten zu dürfen und so für sich selbst eine angemessene Alterssicherung bzw. Lebensführung aufrechterhalten zu können.

Es wird damit ein zusätzlicher Anreiz geschaffen, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen und so dem Teilhabegedanken Rechnung getragen. Vermögen aus anderen Quellen, etwa aus Unterhalt, Rente oder aus vor dem Leistungsbezug erworbenem Vermögen, wird deswegen vom Vermögensfreibetrag grundsätzlich nicht umfasst. Mit der Formulierung „ganz oder teilweise“ aus Erwerbseinkommen wird zugleich klargestellt, dass solche Vermögenswerte ausnahmsweise Berücksichtigung im Rahmen des neuen Freibetrags finden können, soweit diesen Vermögenswerten ein jedenfalls übersteigender Betrag aus Erwerbseinkommen gegenübersteht. Dies dient zum einen dazu, unbillige Härten für die Betroffenen im Einzelfall zu vermeiden und zum anderen dazu, die Prüfung hinsichtlich bestehender Vermögenswerte zu vereinfachen.

Der zusätzliche Vermögensfreibetrag ergänzt die bisherige Härtefallregelung des § 90 Absatz 3 SGB XII. Für bisher schon aufgrund dieser Härtefallregelung nicht berücksichtigtes Vermögen, etwa im Hinblick auf bei Erstantragstellung bestehendes Vermögen, bleibt es bei der bisherigen Regelung, die weiterhin Anwendung findet. Das im Rahmen dessen schon bisher geschützte Vermögen ist nicht auf den pauschalierten Betrag von 25.000 Euro anzurechnen. Die Neuregelung sieht insofern lediglich vor, dass von dem betroffenen Personenkreis zusätzlich zum bisher geltenden Recht nicht verlangt werden kann, Vermögenswerte bis zu einer Höhe von 25.000 Euro einzusetzen, wenn diese durch eigene Arbeit während des Bezugs erworben wurden. Das einmal auf diese Weise erworbene Vermögen bleibt für die Betroffenen auch dann anrechnungsfrei, wenn die Erwerbstätigkeit während des Leistungsbezugs unterbrochen oder beendet wird. Dies gilt jedoch nicht für Personen, die Leistungen nach dem Dritten und Vierten Kapitel erhalten, denn in diesem Fall verbleibt kein Raum mehr, um für die angemessene Lebensführung oder für die Aufrechterhaltung einer angemessenen Alterssicherung von der Verwertung eigenen Vermögens, über die allgemeinen Regelungen des § 90 Absatz 3 Satz 1 SGB XII hinaus, abzusehen. Für solche Personen gelten daher wie für alle Leistungsberechtigten der Hilfe zum Lebensunterhalt und der Grundsicherung die allgemeinen Grundsätze.

#### **Zu Nummer 6 (§ 75)**

Der neue Absatz 2 Satz 3 konkretisiert die persönliche Eignung des Personals von Einrichtungen, die Leistungen nach dem Fünften bis Neunten Kapitel erbringen. Insbesondere zur Gewährleistung eines umfassenden Schutzes von Menschen mit Behinderung sind Personen, die wegen Straftaten gegen die sexuelle und persönliche Selbstbestimmung vorbestraft sind, als ungeeignet für die Erbringung von Leistungen der Eingliederungshilfe einzustufen. Die Überprüfung der Geeignetheit ist dem Leistungserbringer durch die Vorlage eines erweiterten Führungszugnisses möglich. Das Nähere regeln gemäß Satz 4 die Länder, deren Heimgesetze unberührt bleiben.

#### **Zu Nummer 7a (§ 82)**

Die Erhöhung des Freibetrages von 25 auf 50 Prozent bewirkt, dass das Arbeitsentgelt in geringerem Umfang als bisher auf die Leistungen der Grundsicherung angerechnet wird. Damit erhält der in einer WfbM Beschäftigte neben dem von der WfbM gezahlten Arbeitsentgelt höhere Leistungen der Grundsicherung nach dem Vierten Kapitel des Zwölften Buches.

Von Verbesserungen bei der Heranziehung von Einkommen aus Erwerbstätigkeit wird relativ zur Gesamtzahl der Eingliederungshilfebezieher nur ein kleiner Anteil profitieren. Der mit Abstand größte Anteil an Eingliederungshilfebezieher ist jedoch entweder gar nicht erwerbstätig oder arbeitet in einer WfbM. Damit auch diese Menschen künftig ein höheres Netto-Arbeitsentgelt erhalten, wird der Freibetrag in Absatz 3 Satz 2 von 25 Prozent des übersteigenden Betrages des Arbeitsentgeltes auf 50 Prozent erhöht. Somit werden rund 26 Euro des Arbeitsentgeltes monatlich weniger auf die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung angerechnet und sich die Leistungen der Grundsicherung entsprechend erhöhen.

#### **Zu Nummer 7b (§ 82)**

Leistungsberechtigte Menschen mit Behinderung und pflegebedürftige Menschen sowie solche Personen, die sowohl Leistungen der Eingliederungshilfe als auch der Hilfe zur Pflege in Anspruch nehmen, werden mit dieser Regelung bereits im Vorgriff auf das Inkrafttreten der Neuregelung der Eingliederungshilfe im Bundesteilhabegesetz besser gestellt. Für Personen, die Leistungen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen erhalten, gilt die Regelung über Satz 2 bis zum Inkrafttreten der Neuregelung der Eingliederungshilfe entsprechend. Danach sind die Regelungen zu Einkommen und Vermögen für diesen Personenkreis abschließend im Neunten Buch

verortet. Für Personen, die ausschließlich oder ergänzend Leistungen der Hilfe zur Pflege nach dem SGB XII in Anspruch nehmen, ist die vorgesehene Regelung dauerhaft.

Menschen mit Behinderung und pflegebedürftige Menschen, die in eigener Person die Leistungsvoraussetzungen der Eingliederungshilfe und/oder der Hilfe zur Pflege erfüllen, können zukünftig einen pauschalen Betrag von 40 von Hundert von Ihrem Erwerbseinkommen, begrenzt auf 65 von Hundert der Regelbedarfsstufe 1, absetzen. Dies stellt zum einen für Personen, die bisher einen Einkommensfreibetrag nach § 82 Absatz 3 Satz 1 nicht in Anspruch nehmen konnten, weil sie ausschließlich Hilfe zur Pflege oder Eingliederungshilfe erhielten, eine Verbesserung der Einkommenssituation dar. Zum anderen profitieren durch die gegenüber § 82 Absatz 3 Satz 1 erhöhten Freibeträge auch Personen, die bereits zuvor in den Genuss eines Einkommensfreibetrags kamen, weil sie Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt oder Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung erhielten, von der Neuregelung. Zudem profitieren von dem vorgesehenen Freibetrag nicht nur die Betroffenen, sondern mittelbar auch die Angehörigen nach § 19 Absatz 3 SGB XII, denn bei der Berechnung der Einkommensgrenze nach § 85 SGB XII bleibt das Einkommen des behinderten oder pflegebedürftigen Partners in Höhe des Freilassungsbetrags zukünftig außer Betracht.

Für Personen, die sowohl die Voraussetzungen eines Einkommensfreibetrags im Rahmen des § 82 Absatz 3 SGB XII als auch im Rahmen des § 82 Absatz 3a SGB XII erfüllen, findet die jeweils im Einzelfall für den Leistungsberechtigten günstigere Regelung Anwendung.

Die Regelung knüpft ebenso wie § 82 Absatz 3 SGB XII an Einkommen aus selbständiger und nichtselbständiger Tätigkeit an. Einkommen aus anderen Quellen, etwa aus Unterhalt oder Rente, werden nicht privilegiert. Damit wird für die Betroffenen ein zusätzlicher Anreiz geschaffen, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen und so dem Teilhabedanken Rechnung getragen.

## **Zu Artikel 12 (Weitere Änderungen des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch zum Jahr 2018)**

### **Zu Nummer 1 (Inhaltsverzeichnis)**

Redaktionelle Folgeänderungen aufgrund der folgenden Änderungen im SGB XII.

### **Zu Nummer 2 (§ 42a)**

In der durch Artikel 11 Nummer 3 neu eingefügten § 42a SGB XII, der Mehrbedarfe im Vierten Kapitel des SGB XII regelt, wird eine redaktionelle Änderung vorgenommen: Werkstätten für behinderte Menschen sind mit Inkrafttreten von Teil 1 des SGB IX zum 1. Januar 2018 in § 39 SGB IX geregelt; die Nachfolgeregelung zu § 56 SGB XII (andere Leistungsanbieter) enthält § 60 SGB IX.

### **Zu Nummer 3 (§ 54)**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des SGB IX.

### **Zu Nummer 4 (§ 56)**

Die Vorschrift ist aufzuheben, weil der Regelungsinhalt von dem neuen Leistungstatbestand zu den Leistungen bei anderen Leistungsanbietern nach § 60 SGB IX mit umfasst wird.

### **Zu Nummer 5 (§ 63)**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des SGB IX.

### **Zu Nummer 6 (§ 82)**

Der bisherige § 43 Satz 4 SGB IX entfällt ersatzlos, da Erhöhungsbeträgen durch Zeitablauf keine praktische Bedeutung mehr zukommt. Die Streichung des Verweises ist eine Folgeänderung hierzu.

### **Zu Nummer 7 (§ 92)**

Die Leistungen bei anderen Leistungsanbietern nach § 141 Absatz 2 Nummer 2 sollen den Leistungen in Werkstätten für behinderte Menschen in Bezug auf die Bedürftigkeitsunabhängigkeit gleichgestellt werden.

### **Zu Nummer 8 (§ 140)**

Das SGB IX Teil 2 enthält im Zusammenhang mit der personenzentrierten Neuausrichtung der Eingliederungshilfe ein neues Leistungserbringungsrecht. Mit der Regelung des Absatzes 1 werden die am 31. Dezember 2017

geltenden Vereinbarungen auf der Basis des geltenden Rechts bis zum Inkrafttreten des neuen Leistungsrechts am 1. Januar 2020 grundsätzlich festgeschrieben. Mit der Übergangsregelung wird erreicht, dass bei den Vertragsparteien ausreichend Kapazitäten für Verhandlungen der Vereinbarungen nach Teil 2 des Neunten Buches zur Verfügung stehen. Mit ihr soll auch erreicht werden, dass während des Umstellungszeitraumes insbesondere mögliche Konflikte über bestehende Verträge ausgeschlossen werden. Leistungserbringern soll auch während der Verhandlungen über die neuen Verträge Sicherheit garantiert werden. Satz 3 regelt den Grundsatz, dass tariflich vereinbarte Vergütungen als wirtschaftlich anzusehen sind.

Obwohl sich die Vertragsparteien bereits im Vorfeld auf die Übergangszeit einstellen und beim Abschluss von Vergütungsvereinbarungen Preis- und Lohnentwicklungen berücksichtigen können, ist nicht auszuschließen, dass gleichwohl Änderungen in den Rahmenbedingungen eintreten können, die eine Vertragsänderung erfordern. Dies kann insbesondere der Fall sein, wenn höhere Personalkosten durch Vergütungshöhen eintreten, als sie bei Vertragsabschluss erwartet wurden. Eine bundeseinheitliche Regelung zur Höhe der Anpassung ist im Hinblick auf die Heterogenität der Sachverhalte nicht möglich. Daher wird mit Absatz 2 jeder Vertragspartei das Recht eingeräumt, auch während der Übergangszeit neue Verhandlungen zu verlangen.

Absatz 3 enthält eine mit Absatz 1 korrespondierende Regelung zu den Rahmenverträgen.

### **Zu Kapitel 17 und 18**

Zu Kapitel 17 Teilhabe am Arbeitsleben: Durch Teil 2 des SGB IX werden im Bereich der Teilhabe am Arbeitsleben für die Zeit ab dem 1. Januar 2020 die Beschäftigungsangebote anerkannter Werkstätten für behinderte Menschen durch die Zulassung anderer Leistungsanbieter und die Einführung des „Budgets für Arbeit“ ergänzt. Diese Regelungen werden durch das Siebzehnte Kapitel mit der Überschrift „Teilhabe am Arbeitsleben“, das § 14 SGB XII umfasst, im Rahmen der Eingliederungshilfe schon ab dem 1. Januar 2018 gelten.

Zu Kapitel 18 Gesamtplanverfahren: Das anzufügende Achtzehnte Kapitel mit den §§ 141 bis 145 SGB XII enthält Vorschriften zum Gesamtplanverfahren. Im SGB IX Teil 2 wird für die Zeit ab dem 1. Januar 2020 ein Gesamtplanverfahren gesetzlich geregelt. Diese Regelungen sollen im Rahmen der Eingliederungshilfe durch die Übergangsvorschriften im Achtzehnten Kapitel schon ab dem 1. Januar 2018 gelten.

### **Zu Artikel 13 (Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch zum Jahr 2020)**

#### **Zu Nummer 1 (Inhaltsverzeichnis)**

Redaktionelle Folgeänderungen aufgrund der folgenden Änderungen im SGB XII.

#### **Zu Nummer 2 (§ 4)**

Folgeänderung aus dem Wegfall der bisherigen §§ 22 bis 25 SGB IX (gemeinsame Servicestellen).

#### **Zu Nummer 3 (§ 8)**

Redaktionelle Folgeänderung zur Aufhebung des Sechsten Kapitels des SGB XII – in der Übersicht der Leistungen nach dem SGB XII in § 8 SGB XII ist Nummer 4 aufzuheben. Diese Nummer benennt die Eingliederungshilfe als Leistung des SGB XII.

#### **Zu Nummer 4 (§ 13)**

Nach § 13 SGB XII hat die Leistungserbringung außerhalb von Einrichtungen Vorrang vor der Erbringung in teilstationären oder stationären Einrichtungen. Durch die Änderung wird klargestellt, dass die Leistungserbringung innerhalb und außerhalb von Einrichtungen nur von Bedeutung ist für Leistungen nach dem Fünften bis Neunten Kapitel des SGB XII. Dies sind nach Aufhebung der Eingliederungshilfe nach dem Sechsten Kapitel des SGB XII zum 31.12.2019 die Hilfe zur Pflege nach dem Sechsten Kapitel, die Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten nach dem Achten Kapitel und die Hilfe in anderen Lebenslagen nach dem Neunten Kapitel des SGB XII.

#### **Zu Nummer 5 (§ 14)**

§ 14 SGB XII regelt den Vorrang von Prävention und Rehabilitation. Absatz 1, der das Verhältnis der Leistungen des SGB XII und des SGB IX zur Prävention und Rehabilitation regelt, wird mit der Überführung der Eingliederungshilfe in das SGB IX obsolet. Für die in Absatz 2 geregelte Unterrichtspflicht bedarf es keiner speziellen Regelung, da diese bereits von der Vorschrift des § 4 SGB XII über die Zusammenarbeit erfasst ist.

**Zu Nummer 6 (§ 15)**

Folgeänderung zur Neuregelung der Eingliederungshilfe im Neunten Buch durch das BTHG.

**Zu Nummer 7 (§ 19)**

Folgeänderung zur Neuregelung der Eingliederungshilfe im Neunten Buch durch das BTHG.

**Zu Nummer 8 (§ 27)**

Die Neufassung von § 27 Absatz 3, der sogenannten kleinen Haushaltshilfe, hat systematische und redaktionelle Gründe. Zum einen wird in Satz 1 klargestellt, dass es um Tätigkeiten im Haushalt geht, für die trotz fehlender Hilfebedürftigkeit Leistungen nach dem Dritten Kapitel SGB XII beantragt werden können. Hierzu gehören Fälle, in denen der Haushalt weitergeführt werden kann, wenn für einzelne Tätigkeiten von Personen, die nicht zum Haushalt gehören, Unterstützung geleistet wird. Dies ist beispielsweise erforderlich, wenn Personen aufgrund körperlicher Einschränkungen größere Einkäufe nicht mehr bewältigen können oder aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen einzelne Verrichtungen im Haushalt nicht mehr allein vornehmen können (zum Beispiel: Fenster putzen, Gardinen ab- und aufhängen).

Durch die Neufassung wird zudem die Formulierung des geltenden Rechts präzisiert und an vergleichbare Regelungen im SGB XII, so zum Beispiel bei der Einkommensgrenze für Leistungen nach dem Fünften bis Neunten Kapitel des SGB XII nach § 85 SGB XII, angeglichen. Diese Leistungsberechtigten erhalten einen angemessenen Zuschuss.

Satz 2 der Neufassung von § 27 Absatz 3 SGB XII enthält eine Präzisierung der Angemessenheit. Die Angemessenheit orientiert sich an finanziellen Anerkennungen für dem Grunde nach unentgeltliche Hilfen, weil die erforderliche Unterstützung vor allem im Rahmen verwandtschaftlicher oder nachbarschaftlicher Hilfen geleistet wird. Aufwendungen für sonstige, insbesondere professionelle Hilfskräfte stellen demnach den Ausnahmefall dar.

Durch die Einführung von Assistenzkräften in § 78 SGB IX für Personen, die Eingliederungshilfe nach Teil 2 des SGB IX erhalten, ist eine Abgrenzung zwischen Unterstützungsleistungen nach dieser Norm und § 27 Absatz 3 SGB XII erforderlich, um Doppelleistungen zu vermeiden. Deshalb sollen nach Satz 3 des neuzufassenden Absatzes 3 von § 27 SGB XII Personen mit einem Anspruch auf Assistenzleistungen nach § 78 SGB IX keinen Anspruch auf die kleine Haushaltshilfe nach § 27 Absatz 3 SGB XII haben. Für alle übrigen Personen bleibt es beim geltenden Recht.

**Zu Nummer 9 (§ 27b)**

§ 27b SGB XII beschreibt den Lebensunterhalt in Einrichtungen. Aufgrund der Verlagerung der Eingliederungshilfe in Teil 2 des SGB IX und der Aufhebung des Sechsten Kapitels des SGB XII gilt der Lebensunterhalt in Einrichtungen nur noch für Leistungsberechtigte nach dem Dritten und Vierten Kapitel des SGB XII, die zugleich Leistungen nach dem Siebten, Achten oder Neunten Kapitel des SGB XII in einer Einrichtung erhalten.

Mit der Neufassung von Absatz 1 werden Änderungen vorgenommen, die aus redaktionellen und systematischen Gründen erforderlich sind, die jedoch zu keinen materiellen Folgewirkungen führen. In Satz 1 werden zur Erleichterung der Zitierbarkeit und wörtlich unverändert der notwendige Lebensunterhalt in Einrichtungen in Nummer 1 übernommen und der notwendige Lebensunterhalt in stationären Einrichtungen in Nummer 2. Darüber hinaus wird in Satz 2 die Formulierung „Leistungen der Grundsicherung nach § 42 Nummer 1, 2 und 4“ durch die Formulierung „Bedarfe nach § 42 Nummer 1, 2 und 4 Buchstabe b“ ersetzt. Durch diese Änderung der Formulierung wird der Begriff „Leistungen“ durch den systematisch korrekten Begriff „Bedarfe“ ersetzt. Der sozialhilferechtliche Bedarf setzt sich aus einzelnen Bedarfen zusammen, es gibt aber keine einzelnen Leistungen für einzelne Bedarfe. Ferner wird entsprechend der im SGB üblichen Systematik nicht auf Bedarfe „der Grundsicherung“ verwiesen, sondern ausschließlich auf die konkrete Norm, also auf § 42 SGB XII. Die Verweisung ist hinsichtlich Nummer 4 an die Neufassung von § 42 Nummer 4 anzupassen. Danach ergeben sich die Bedarfe für Unterkunft und Heizung für Leistungsberechtigte, die in einer stationären Einrichtung untergebracht sind, nach Nummer 4 Buchstabe b.

**Zu Nummer 10 (§ 27c)**

Mit der Neuausrichtung der Eingliederungshilfe von einer überwiegend einrichtungszentrierten zu einer personenzentrierten Leistung wird der Bedarf erwachsener Menschen mit Behinderung an existenzsichernden Leistungen zum Lebensunterhalt und der Bedarf an Leistungen der Eingliederungshilfe aufgrund des Vorliegens einer Teilhabe einschränkung voneinander getrennt. Zugleich hat das Sondersystem Lebensunterhalt in Einrichtungen bei der Erbringung von Leistungen der Eingliederungshilfe durch die Trennung von Fachleistung und Lebensunterhalt ersetzt. Da der weit überwiegende Teil der Leistungsberechtigten der Eingliederungshilfe existenzsichernde Leistungen zum Lebensunterhalt nach dem Vierten Kapitel SGB XII erhält, werden die im Zusammenhang mit der Trennung von Fachleistung und Lebensunterhalt notwendigen Änderungen dort verortet. Diese Regelungen gelten jedoch nur für Volljährige und nicht für Kinder und Jugendliche.

Für minderjährige Menschen mit Behinderung, die zur Bestreitung des notwendigen Lebensunterhalts in der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Dritten Kapitel des SGB XII leistungsberechtigt sind, soll es hingegen durch das BTHG keine Veränderungen geben. Dazu enthält der neu einzufügende § 27c SGB XII in Nummer 1 eine Sonderregelung für minderjährige Leistungsberechtigte, die nicht in einer Wohnung nach § 42b Absatz 2 Nummer 1 und Satz 2 leben, und zugleich Leistungen der Eingliederungshilfe nach Teil 2 des SGB IX erhalten. Dies sind Minderjährige, die weder mit ihren Eltern, Großeltern oder Pflegeeltern noch in einer betreuten Wohngemeinschaft leben.

Mit der personenzentrierten Neuausrichtung der Eingliederungshilfe sollen die Möglichkeiten, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, verbessert werden. Dies betrifft insbesondere die Möglichkeit einer individuellen und den persönlichen Wünschen entsprechende Lebensplanung und -gestaltung. Diese Möglichkeit ist bei Kindern und Jugendlichen unabhängig von dem Vorliegen einer Behinderung stark eingeschränkt: Hier steht den Eltern die elterliche Sorge zu, die sowohl die Personensorge als auch die Vermögenssorge umfasst. Im Rahmen der Personensorge haben die Eltern die Pflicht und das Recht, das Kind zu pflegen, zu erziehen, zu beaufsichtigen und seinen Aufenthalt zu bestimmen. Lebensmittelpunkt ist im Regelfall die elterliche Wohnung.

Aus diesen Gründen lässt sich das mit dem BTHG umzusetzende Ziel einer Verbesserung der Möglichkeiten für eine selbstbestimmte Lebensführung insbesondere in heutigen stationären Einrichtungen für Kinder und Jugendliche nicht erreichen. Für die Deckung der Bedarfe für den Lebensunterhalt und der Bedarfe der Eingliederungshilfe ergeben sich heraus jedoch keine Einschränkungen gegenüber Erwachsenen. Die Diskussion zur Reform des Achten Buches Sozialgesetzbuch (Kinder- und Jugendhilfe – SGB VIII) bleibt davon unberührt.

§ 27c SGB XII enthält zudem in Nummer 2 einer weitere Sonderregelung. Sofern erwachsene Leistungsberechtigte aus der Eingliederungshilfe nach Teil 2 des SGB IX Leistungen der schulischen Bildung in besonderen Ausbildungsstätten in Anwendung von § 142 Absatz 3 SGB IX erhalten und dabei nicht in einer Wohnung nach § 42b Absatz 2 Nummer 1 und Satz 2 SGB XII leben, gilt für den Lebensunterhalt ebenfalls § 27b SGB XII.

**Zu Nummer 11a (§ 30)**

In Absatz 1 wird als redaktionelle Folgeänderung der Neustrukturierung des SGB IX, durch die das Schwerbehindertenrecht einschließlich § 69 SGB IX in Teil 3 des SGB IX verschoben wird, die Verweisung entsprechend angepasst.

**Zu Nummer 11b (§ 30)**

Durch die Neufassung von Absatz 4 wird dessen Inhalt durch eine Verweisung auf Absatz 3 des neu einzufügenden § 42a ersetzt, der den Inhalt als Vorschrift des Vierten Kapitels des SGB XII übernimmt. Weil nach dem Vierten Kapitel des SGB XII nur volljährige Personen leistungsberechtigt sind, werden in Absatz 4 für Leistungsberechtigte nach dem Dritten Kapitel des SGB XII – wie in der geltenden Fassung – zusätzlich Menschen mit Behinderungen ab Vollendung des 15. Lebensjahres einbezogen.

**Zu Nummer 12 (§ 34a)**

Bei dem die Erbringung von Leistungen für Bildung und Teilhabe regelnden § 34a SGB XII ist in Absatz 1 Satz 3 eine Folgeänderung zur Aufhebung des Sechsten Kapitels des SGB XII aufgrund der Überführung der Eingliederungshilfe in das SGB IX vorzunehmen. Nach diesem Satz sind bei der Erbringung des sogenannten Teilhabepakts nach § 34 Absatz 7 SGB XII Leistungen nach dem Sechsten Kapitel des SGB XII nicht zu berücksichtigen. Durch

die Änderung des Satzes sind folgerichtig Leistungen nach Teil 2 des SGB IX nicht zu berücksichtigen. Materielle Auswirkungen ergeben sich hierdurch nicht.

#### **Zu Nummer 13 (§ 39)**

In § 39 Satz 3 Nummer 2 SGB XII (Vermutung der Bedarfsdeckung) ist aufgrund der der Überführung der Eingliederungshilfe in das SGB IX und der Aufhebung des Sechsten Kapitels des SGB XII bei der Bestimmung des Personenkreises das Vorliegen einer Behinderung nach § 53 SGB XII durch die Teilhabeeinschränkung nach § 98 des SGB IX zu ersetzen. Es handelt sich dabei eine Folgeänderung, die keine materiellen Auswirkungen hat.

#### **Zu Nummer 14a (§ 42)**

Die Änderungen in der Übersicht über die Bedarfe nach dem Vierten Kapitel des SGB XII in § 42 SGB XII bauen auf der sich nach dem von der Bundesregierung vorzulegenden Entwurf für ein RBEG ergebenden Fassung von § 42 SGB XII auf (vorgesehenes Inkrafttreten: 1. Januar 2017).

In Buchstabe a wird in § 42 Nummer 2 SGB XII der Verweis auf die Bedarfe nach § 42a SGB XII eingefügt. Damit ergeben sich Ansprüche auf Mehrbedarfe ab Inkrafttreten des BTHG für Leistungsberechtigten nach dem Vierten Kapitel des SGB XII – wie im geltenden Wortlaut – nach der entsprechenden Vorschrift im Dritten Kapitel des SGB XII (§ 30 SGB XII) und ergänzend nach § 42a SGB XII.

#### **Zu Nummer 14b (§ 42)**

Bei der in Buchstabe b enthaltenen Änderung handelt es sich ebenfalls um eine Folgeänderung. In § 42 Nummer 4 Buchstabe b werden die pauschalierten Bedarfe für Unterkunft und Heizung im Zusammenhang mit den Lebensunterhaltsbedarfen bei stationärer Unterbringung übernommen, dazu wird im Unterschied zum geltenden Wortlaut auf den ebenfalls zu ändernden § 27b SGB XII verwiesen. Die Höhe der pauschalierten Bedarfe für Unterkunft und Heizung ergibt sich unverändert aus der durchschnittlichen Warmmiete für einen Einpersonenhaushalt im örtlichen Zuständigkeitsbereich des jeweiligen Trägers.

Darüber hinaus gilt dies für erwachsene Leistungsberechtigte, die nach § 27c Nummer 2 SGB XII Leistungen der Eingliederungshilfe in besonderen Ausbildungsstätten für Menschen mit Behinderungen erhalten.

#### **Zu Nummer 15 (42a)**

Die mit Artikel 11 Nummer 3 neu eingefügte Vorschrift über Mehrbedarfe im Vierten Kapitel des SGB XII wird um einen weiteren Mehrbedarf, der im Zusammenhang mit Leistungen der neu geregelten Eingliederungshilfe steht, ergänzt. Hinzu kommt eine Regelung zur Begrenzung der Höhe der Summe von gleichzeitig gewährten Mehrbedarfen.

#### **Zu Nummer 15a (§ 42a)**

Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung, die daraus folgt, dass in § 42a zukünftig zwei Mehrbedarfe geregelt werden.

#### **Zu Nummer 15b (§ 42a)**

Nach dem neuen Absatz 3 der Norm erhalten Leistungsberechtigte nach dem Vierten Kapitel des SGB XII, die zugleich Leistungen zur Teilhabe an Bildung nach dem SGB IX erhalten, einen Mehrbedarf in angemessener Höhe. Voraussetzung für die Anerkennung des Mehrbedarfs ist der Bezug von Hilfen zur Schulbildung nach § 110 Absatz 1 Nummer 1 SGB IX sowie Hilfen zur schulischen und hochschulischen Ausbildung für einen Beruf nach § 110 Absatz 1 Nummer 2 SGB IX. Damit werden die Voraussetzungen für den Mehrbedarf nach § 30 Absatz 4 SGB XII übernommen; weil die Vorschrift im geltenden Recht in § 30 Absatz 4 SGB XII aufgehoben wird, handelt es sich um eine Verschiebung dieses Mehrbedarfs vom Dritten in das Vierte Kapitel des SGB XII. Grund hierfür ist, dass der leistungsberechtigte Personenkreis vorwiegend nach dem Vierten Kapitel leistungsberechtigt ist. Die inhaltliche Übernahme von § 30 Absatz 4 SGB XII hat zur Folge, dass für berufliche Weiterbildungen nach § 110 Absatz 1 Nummer 2 kein Mehrbedarf zu berücksichtigen ist. Im Unterschied zu § 30 Absatz 4 SGB XII wird die Zeitspanne, für die der Mehrbedarf nach Ende der Ausbildung gewährt wird (Einarbeitungszeit), konkretisiert: Sie beläuft sich auf bis zu drei Monate.

Absatz 4 normiert in Anlehnung an § 30 Absatz 6 für alle Mehrbedarfe nach Absatz 2 und § 30 Absatz 1 bis 5 eine Kappungsgrenze in Höhe der maßgebenden Regelbedarfsstufe.

**Zu Nummer 16 (§ 42b)**

Die in § 42b SGB XII, der Spezialvorschrift über Bedarfe für Unterkunft und Heizung für Leistungsberechtigte nach dem Vierten Kapitel des SGB XII, vorzunehmenden Änderungen bauen auf der sich nach dem von der Bundesregierung vorzulegenden Entwurf für ein RBEG 2017 ergebenden Fassung von § 42b SGB XII auf (vorgesehenes Inkrafttreten: 1. Januar 2017).

**Zu Nummer 16a (§ 42b)**

Durch die Neufassung von Absatz 2 werden die sich in der nach dem von der Bundesregierung vorzulegenden Entwurf für ein RBEG ergebenden Fassung enthaltene Differenzierung nach Wohnung und anderen Wohnformen bei Leistungsberechtigten, die nicht in einer stationären Einrichtung untergebracht sind, durch eine zusätzliche Differenzierung ergänzt. Die bestehende Definition von Wohnung (Satz 1 Nummer 1 und Satz 2) wird unverändert übernommen. Neu hinzu kommt in Satz 1 Nummer 2 als zusätzliche Wohnform der persönliche Wohnraum mit zusätzlichen Räumlichkeiten. Wie sich die zu berücksichtigenden Bedarfe für Unterkunft und Heizung ergeben, enthalten die neu einzufügenden Absätze 5 und 6 (Änderung in Buchstabe c). Die in § 42b Absatz 2 Satz 1 in der sich nach dem von der Bundesregierung vorzulegenden Entwurf für ein RBEG ergebenden Fassung in Nummer 2 enthaltenen sonstigen Unterbringungsformen außerhalb von stationären Einrichtungen werden in Satz 1 zu Nummer 3 und umfassen als Folgeänderung zur neuen Nummer 2 alle Wohnformen, die weder von Nummer 1 und 2 noch von § 42 Nummer 4b umfasst sind. Für Leistungsberechtigte, die in einer stationären Einrichtung untergebracht sind, bestimmt sich der notwendige Lebensunterhalt nach § 27b SGB XII, weshalb sich die Bedarfe für Unterkunft und Heizung nach § 42 Nummer 4 Buchstabe b ergeben.

In Absatz 2 Satz 3 werden persönlicher Wohnraum und zusätzliche Räumlichkeiten zur gemeinschaftlichen Nutzung nach Satz 1 Nummer 2 definiert. Im Unterschied zu Wohnungen handelt es sich dabei um Räumlichkeiten, die keine abgeschlossene Wohnung darstellen, weil neben dem persönlichen Wohnraum auch zusätzliche Räumlichkeiten zur Verfügung stehen, die von weiteren Personen gemeinsam genutzt werden, die nicht gemeinsam mit der leistungsberechtigten Person in einem persönlichen Wohnraum leben. Die zusätzlichen Räumlichkeiten zur gemeinsamen Nutzung sind keine persönlichen Wohnräume anderer Personen und stellen eine notwendige räumliche Ergänzung dar. Es handelt sich dabei nicht oder nicht ausschließlich um Funktionsräume wie Küche oder Bad, weil persönlicher Wohnraum und zusätzliche Räumlichkeiten zusammen nicht alle für eine Wohnung kennzeichnenden Funktionen beziehungsweise Funktionsräume umfassen müssen. Stattdessen dienen die zusätzlichen Räumlichkeiten vorrangig anderen Zwecken. Dies sind vor allem die Freizeitgestaltung und die gemeinsame Einnahme von Mahlzeiten, weil die persönlichen Räumlichkeiten wegen ihrer Größe und Ausstattung hierfür nicht oder nur bedingt geeignet sind.

Diese Wohnform unterscheidet von einer Wohngemeinschaft in einer Wohnung nach Nummer 1 und Satz 2 vor allem dadurch, dass sie kein baulicher Bestandteil von Wohngebäuden ist und deshalb die bauordnungsrechtlichen Vorschriften für Wohngebäude nicht gelten. Hinzu kommen folgende Unterscheidungsmerkmale:

- Es gibt keine einer Wohnung gleichwertige bauliche Abgrenzung zu anderen Wohnungen;
- es müssen nicht alle für eine Wohnung zwingend erforderlichen Funktionen und Ausstattungen vorhanden sein;
- es gibt keine Unterscheidung zwischen Haupt- und Untermieter, da keine Untervermietung von einzelnen Zimmern erfolgt; stattdessen erfolgt die Überlassung stets für den persönlichen Wohnraum und einen Anteil sich aus der Zahl der vorgesehenen Bewohner sich ergebenden Kopfanteil an den Räumlichkeiten zur gemeinschaftlichen Nutzung, wodurch alle Bewohner einander gleichgestellt sind;
- es gibt keinen konkludent zwischen den Bewohnern geschlossenen Gesellschaftsvertrag, der Rechte und Pflichten der Bewohner untereinander regelt, weil dies vom Überlasser der Räumlichkeiten übernommen wird;
- für die sich aus Grundriss und damit aus Flächenanteil sowie Bedeutung für den Alltag ergebende Funktion der zusätzlichen Räumlichkeiten zur gemeinsamen Nutzung gibt es in einer Wohngemeinschaft keine Entsprechung.

Von den sonstigen Unterbringungen nach Satz 1 Nummer 3 unterscheidet sich die Wohnform insbesondere dadurch, dass die Überlassung längerfristig erfolgt, nicht auf eine behelfsmäßige Unterbringung abzielt und deshalb in der Regel nicht einer übergangsweisen Unterbringung, vor allem nicht der akuten Verhinderung von Obdachlosigkeit dient.

#### **Zu Nummer 16b (42b)**

Durch die Einfügung der Absätze 5 und 6 wird der bisherige Absatz 5 (sonstige Wohnformen) zu Absatz 7.

#### **Zu Nummer 16c (§ 42b)**

Die Vorschriften zur Anerkennung von Bedarfen für Unterkunft und Heizung in Wohnformen nach Absatz 2 Nummer 2 enthalten die einzufügenden Absätze 5 und 6.

Der neue Absatz 5 beinhaltet eine spezielle Regelung für die Anerkennung von Bedarfen für Unterkunft und Heizung in Wohnformen nach Absatz 2 Nummer 2. In Satz 1 wird, aufbauend auf der Definition im neuzufassenden Absatz 2 in Nummer 2 sowie in Satz 3, für die persönlichen Räumlichkeiten und die gemeinsam genutzten Räumlichkeiten Folgendes bestimmt: Die tatsächlichen Aufwendungen für die persönlichen Räumlichkeiten sind bei einer diese bewohnenden Person in voller Höhe und bei zwei Personen jeweils hälftig als Bedarf anzuerkennen. Hinzukommen – im Falle einer vollständigen oder teilweisen Möblierung – die darauf entfallenden Aufwendungen. Für die Gemeinschaftsräume (vorrangig zur gemeinschaftlichen Nutzung bestimmten Räumlichkeiten) sieht Satz 1 Nummer 3 eine kopfteilige Aufteilung vor, der Anteil einer leistungsberechtigten Person ergibt sich folglich aus der für die Nutzung der Gemeinschaftsräume vorgesehenen Anzahl an Personen. Dementsprechend sind nach Satz 2 die tatsächlichen angemessenen Aufwendungen für die Heizung zu ermitteln. Dabei gelten Aufwendungen für Unterkunft und Heizung nach Satz 3 als angemessen, wenn sie die durchschnittliche Warmmiete eines Einpersonenhaushalts im Zuständigkeitsbereich des zuständigen Trägers nicht übersteigen. Wird die sich danach ergebende Angemessenheitsgrenze überschritten, sieht Satz 4 vor, dass eine Überschreitung um 25 Prozent zulässig ist, wenn die leistungsberechtigte Person die höheren Aufwendungen durch einen Vertrag nachweisen kann, sofern dieser getrennt die reinen Wohnkosten (vergleichbar der Kaltmiete in einem Mietvertrag) und die Nebenkosten (vergleichbar den Nebenkosten einer Mietwohnung) beziehungsweise weitere Kosten ausweist. Dadurch wird berücksichtigt, dass persönliche Wohnräume und Gemeinschaftsräume in Einzelfällen auch zu höheren monatlichen Aufwendungen führen können als der Vergleichswert nach der durchschnittlichen Warmmiete eines Einpersonenhaushalts. Sofern das Entgelt für die Nutzungsüberlassung zusätzlich Stromkosten (Haushaltsstrom), Gebühren für Telefon oder Gebühren für kabelgebundenen Zugang zu Rundfunk, Fernsehen und Internet beinhaltet, sind diese nach Satz 5 getrennt auszuweisen, um Transparenz hinsichtlich der eingerechneten Kosten zu ermöglichen. Diese Aufwendungen sind für alle in einer baulichen Einheit – in der Regel in einem Gebäude – wohnenden Personen zu gleichen Anteilen aufzuteilen. Dadurch wird dem Sachverhalt Rechnung getragen, dass für ein Gebäude jeweils ein gemeinsamer Anschluss für die genannten Versorgungszugänge vorhanden ist und es keine einzelnen Anschlüsse je Bewohner oder Wohneinheit gibt. Stattdessen ersetzen jeweils eine Hausanlage und ein internes Netzwerk individuelle Lösungen mit Einzelverträgen. Voraussetzung für eine vollständige Berücksichtigung dieser Aufwendungen im Rahmen einer Komplettmiete ist zudem, dass sich durch deren Einrechnung im Verhältnis zu vergleichbaren Wohnformen – dies sind Wohnungen – keine unangemessene Höhe der Gesamtaufwendungen ergibt.

Aus dem ebenfalls einzufügenden Absatz 6 ergeben sich die Rechtsfolgen, wenn die Aufwendungen für Unterkunft und Heizung nach Absatz 4 oder 5 nicht in voller Höhe als angemessen berücksichtigt werden können. Nach Satz 1 hat der zuständige Träger nach dem SGB XII, wenn er im Falle unangemessener Unterkunfts-kosten nach Absatz 4 Anhaltspunkte dafür hat, dass die unangemessenen Unterkunfts-kosten ganz oder teilweise von einem anderen Leistungsträger zu übernehmen sind, auf eine Antragstellung bei diesem Träger hinzuwirken. Dies betrifft vor allem Fälle, in denen die unangemessenen Aufwendungen für die Unterkunft daraus resultieren, dass in der Wohnung ein zusätzlicher Raum für eine Assistenzkraft zur Verfügung stehen muss. Die hierauf entfallenden Kosten sind dann über den Träger der Eingliederungshilfe nach § 78 Absatz 3 des Neunten Buches SGB zu übernehmen. Satz 2 regelt die Folgen einer Überschreitung der durchschnittlichen Warmmiete eines Einpersonenhaushalts bei persönlichem Wohnraum und Gemeinschaftsräumen nach Absatz 5 Satz 4 um 25 Prozent. Eine solche Überschreitung kann angesichts der Besonderheiten dieser Wohnform nicht als Bedarf für den notwendigen Lebensunterhalt berücksichtigt werden, weil Kostenstrukturen vorliegen, die sich einer Steuerung durch die Lebensunterhaltsleistungen nach dem Vierten Kapitel des SGB XII entziehen. Die erforderliche Steuerungswirkung kann



nur im Rahmen der Eingliederungshilfe nach Teil 2 des SGB IX erzielt werden. Deshalb haben im Falle einer in Ausnahmefällen möglichen Überschreitung der 25-Prozentgrenze die Träger von Leistungen nach Teil 2 des SGB IX übergangsweise die übersteigenden Kosten zu übernehmen. Entsprechend den in § 35 Absatz 2 Satz 2 SGB XII normierten Folgen bei einem Überschreiten der Angemessenheitsgrenze für Aufwendungen für die Miete macht dies erforderlich, eine kostengünstigeren Alternative für die Unterbringung zu suchen. Im Unterschied zu § 35 Absatz 2 Satz 2 wird für Menschen mit Behinderungen bei einer Kostenüberschreitung nach § 42b Absatz 5 Satz 4 SGB XII allerdings auf die Vorgabe einer Sechsmonatsfrist verzichtet.

#### **Zu Nummer 17**

Folgeänderung aus § 98 Absatz 1 bis 5 des SGB IX.

#### **Zu Nummer 18 (§ 52)**

In § 52 SGB XII (Leistungserbringung, Vergütung bei den Hilfen zur Gesundheit nach dem Fünften Kapitel des SGB XII) wird in Absatz 5 auf die Leistungen zur medizinischen Rehabilitation nach § 54 Absatz 1 Satz 1 SGB XII verwiesen, einer Vorschrift im aufzuhebenden Sechsten Kapitel des SGB XII. § 52 Absatz 5 SGB XII wird deshalb mit der Überführung der Eingliederungshilfe in Teil 2 des SGB IX obsolet und ist deshalb aufzuheben.

#### **Zu Nummer 19 (Überschrift 6. Kapitel)**

Aufgrund der Aufhebung des Sechsten Kapitels ist die Überschrift „Eingliederhilfe für behinderte Menschen“ durch „weggefallen“ zu ersetzen.

#### **Zu Nummer 20 (§§ 53-60a)**

Die das Sechste Kapitel des SGB XII bildenden §§ 53 bis 60a SGB XII sind wegen der Überführung der Eingliederungshilfe in Teil 2 des SGB IX aufzuheben.

#### **Zu Nummer 21 (§ 63b)**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Überführung der Eingliederungshilfe in das SGB IX.

#### **Zu Nummer 22 (§ 64h)**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Überführung der Eingliederungshilfe in das SGB IX.

#### **Zu Nummer 23 (§ 67)**

Mit der Einfügung wird sichergestellt, dass nach der Neuregelung der Eingliederungshilfe im Neunten Buch die im Rahmen dessen erbrachten Leistungen weiterhin vorrangig gegenüber den Leistungen nach dem Achten Kapitel zu gewähren sind und Leistungen der Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten nur gewährt werden können, soweit diese Leistungen nicht bereits durch Leistungen der Eingliederungshilfe erbracht werden oder erbracht werden können.

#### **Zu Nummer 24a (§ 71)**

Es handelt sich um eine Folgeänderung durch Herauslösen der Eingliederungshilfe aus dem SGB XII.

#### **Zu Nummer 24b (§ 71)**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Überführung der Eingliederungshilfe in das SGB IX.

#### **Zu Nummer 25 (§ 72)**

Es handelt sich um eine Folgeänderung durch Herauslösen der Eingliederungshilfe aus dem SGB XII mit der klar gestellt wird, dass das bisherige Verhältnis zwischen Eingliederungshilfe und Blindenhilfe bestehen bleibt.

#### **Zu Nummer 26 (Kapitel 10 Vertragsrecht)**

##### **Zu Kapitel 10 (Vertragsrecht)**

Mit Artikel 1 des Gesetzentwurfs wird das Leistungsrecht der Eingliederungshilfe, das bisher im Zehnten Kapitel des SGB XII geregelt ist, in Teil 2 des SGB IX übergeleitet und zugleich inhaltlich geändert, soweit dies zur

Umsetzung der Neuausrichtung der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen sowie zur Stärkung der Steuerungsfunktion des Trägers der Eingliederungshilfe (z. B. durch Einführung eines gesetzlichen Prüfungsrechts für die Träger der Eingliederungshilfe) erforderlich ist. Insbesondere im Hinblick auf die Schnittstellen zwischen den Leistungen der Eingliederungshilfe und der Hilfe zur Pflege liegt es im Interesse aller Beteiligten, dass das Vertragsrecht für die jeweiligen Leistungsarten weitgehend einheitlich gestaltet wird.

### **Zu § 75 (Allgemeine Grundsätze)**

§ 75 fasst die bisher an verschiedenen Stellen des Zehnten Kapitels des Zwölften Buches festgelegten allgemeinen Grundsätze für die Erbringung von Leistungen durch externe Leistungserbringer in einer Vorschrift zusammen. Zugleich werden die allgemeinen Grundsätze insoweit ergänzt, als sie für die Praxis von Bedeutung sind. Dies betrifft insbesondere die nähere Bestimmung des Begriffs der Geeignetheit eines Leistungserbringers sowie die Klarstellung zur Wirtschaftlichkeit tariflich vereinbarter Vergütungen. Darüber hinaus sind Begrifflichkeiten angepasst worden: Der Begriff des Leistungserbringers ersetzt die bisherige Unterscheidung zwischen (teilstationären und stationären) Einrichtungen und (ambulanten) Diensten, welche sich aufgrund identischer Regelungen nicht als notwendig erwiesen und in der Praxis zu Unsicherheiten geführt hat.

Zu Absatz 1: Satz 1 übernimmt im Wesentlichen inhaltsgleich die bisherige Regelung des § 75 Absatz 3 Satz 1. Halbsatz. Eine Leistung darf auch künftig unabhängig vom Ort der Leistungserbringung grundsätzlich nur dann erbracht werden, wenn eine Vereinbarung mit einem Träger der Sozialhilfe besteht. Eine Vereinbarung ist nicht erforderlich, soweit die häusliche Pflege gemäß § 63 durch Personen, die dem Pflegebedürftigen nahe stehen, oder als Nachbarschaftshilfe übernommen wird, erbracht wird. Mit dem Abschluss individueller Vereinbarungen und der damit zum Ausdruck kommenden Wettbewerbsorientierung sollen Anreize für eine möglichst kostengünstige Leistungserbringung geschaffen werden. Die Vereinbarung besteht aus einer Leistungs- und einer Vergütungsvereinbarung. Hierbei handelt es sich um jeweils selbständige Teile, die unabhängig voneinander geschlossen werden können. Die nach bisherigem Recht der Sozialhilfe zusätzlich abzuschließende Prüfungsvereinbarung gemäß § 75 Absatz 3 Satz 1 Nummer 3 wird zugunsten eines gesetzlichen Prüfungsrechts des Trägers der Sozialhilfe gestrichen. Für die Vereinbarungen nach dem Zehnten Kapitel ist das Schriftformerfordernis ausdrücklich vorgeschrieben.

Satz 2 übernimmt inhaltsgleich die bisherige Regelung des § 75 Absatz 3 Satz 1 2. Halbsatz, d. h. die Vereinbarung kann auch zwischen dem Träger der Sozialhilfe und dem Verband, dem der Leistungserbringer angehört, geschlossen werden. Die mit einem Träger der Sozialhilfe geschlossene Vereinbarung ist gemäß Satz 3 für alle übrigen Träger der Sozialhilfe entsprechend der bisherigen Regelung des § 77 Absatz 1 Satz 2 2. Halbsatz bindend. Satz 4 übernimmt inhaltsgleich die bisherige Regelung des § 75 Absatz 3 Satz 2, wonach die Vereinbarung die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Leistungsfähigkeit beachten muss. Dem Träger der Sozialhilfe wird damit die Möglichkeit eingeräumt, auf die Höhe und Ausgestaltung der zu übernehmenden Kosten Einfluss zu nehmen. In diesem Zusammenhang ist zu prüfen, ob der Leistungserbringer geeignet ist (Absatz 2) und die wirtschaftliche Verwendung öffentlicher Gelder gewährleistet ist.

Durch Satz 5 wird klargestellt, dass die Vereinbarung entsprechend dem bisher geltenden Recht der Sozialhilfe nur für künftige Zeiträume abgeschlossen werden darf. Bereits 1993 wurde mit dem Zweiten Gesetz zur Umsetzung des Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramms das bis dahin geltende Selbstkostendeckungsprinzip durch ein prospektives Entgeltsystem ersetzt. Ausgangspunkt war die Erkenntnis, dass das Selbstkostendeckungsprinzip mit seinem nachträglichen Ausgleich von Über- oder Unterdeckungen nicht mehr modernen betriebswirtschaftlichen Erfordernissen entsprach. Vielmehr bietet das Selbstkostendeckungsprinzip keinen Anreiz für eine wirtschaftliche Leistungserbringung. Das seitdem geltende System prospektiver Entgelte hat sich bewährt und findet künftig auch Anwendung.

Die Vergütung wird zwischen dem Leistungsträger und dem Leistungserbringer oder seinem Verband vereinbart. Ziel ist eine angemessene und leistungsgerechte Vergütung, die die Eigenverantwortung der Leistungserbringer stärkt und deren wirtschaftliche Betriebsführung honoriert. Die Laufzeit der Vergütungsvereinbarung ist nicht an das Kalenderjahr gekoppelt, sondern durch die Vereinbarungspartner festzulegen. Die Vereinbarungspartner werden so in die Lage versetzt, die Laufzeit der Verträge je nach Bedarf zu bestimmen. Im Falle der Nichteinigung über die Höhe der Vergütung entscheidet gemäß § 77 auf Antrag einer Partei eine unabhängige Schiedsstelle. Aufgabe der Schiedsstelle ist die Herstellung eines weitgehenden Interessenausgleichs zwischen Leistungserbringer und Leistungsträger.

Mit der in Satz 6 normierten Pflicht, die Ergebnisse der Vereinbarungen den Leistungsberechtigten zugänglich zu machen, wird die Position der Leistungsberechtigten, ausdrücklich hervorgehoben und gestärkt. Der Abschluss einer Vereinbarung zwischen Leistungsträger und Leistungserbringer liegt in vielfacher Hinsicht auch im besonderen Interesse der Leistungsberechtigten:

- Die Vereinbarung dient der Umsetzung des individuellen Leistungsanspruchs des Leistungsberechtigten.
- Im Interesse des Leistungsberechtigten wird eine ausreichende (bedarfsgerechte) und leistungsgerechte Vergütung ausgehandelt.
- Die individuellen Bedarfe und Wünsche der Leistungsberechtigten können durch eine größere Leistungsvielfalt und Trägerpluralität besser berücksichtigt werden.
- Die Vereinbarung stellt ein vergleichbares Leistungsniveau und eine vergleichbare Qualität durch die Festlegung von Leistungsinhalten sicher.
- Die Vereinbarung ermöglicht eine weitgehend transparente Leistungserbringung.

Damit alle Leistungsberechtigten unabhängig von der Art ihrer Behinderung die Ergebnisse der Vereinbarungen zur Kenntnis nehmen können, ist sicherzustellen, dass die Zugänglichmachung in einer für die Leistungsberechtigten wahrnehmbaren Form erfolgt. Eine allgemeinverbindliche Vorgabe, welche Form wahrnehmbar ist, ist im Hinblick auf die verschiedenen Lebenslagen nicht möglich; entscheidend für die Entscheidung ist vielmehr der jeweilige Einzelfall.

Zu Absatz 2: Satz 1 übernimmt inhaltsgleich die bisherige Regelung des § 75 Absatz 2 Satz 1 SGB XII. Soweit geeignete gemeinnützige und/oder gewerbliche Leistungserbringer vorhanden sind, sollen auch wie bisher schon die Träger der Sozialhilfe keine eigenen Angebote neu schaffen. Satz 2 regelt in Erweiterung der bisherigen Regelung des § 75 Absatz 2 Satz 2, welche Voraussetzung erfüllt sein muss, damit ein Leistungserbringer geeignet ist. Ein Leistungserbringer kann nur dann als geeignet eingestuft werden, wenn er unter Beachtung der Besonderheiten des Einzelfalls (§ 9) in der Lage ist, die Leistungen wirtschaftlich und sparsam zu erbringen. Zur Beurteilung der wirtschaftlichen Angemessenheit ist im Rahmen des sog. „externen Vergleichs“ die geforderte Vergütung mit den Vergütungen vergleichbarer Leistungserbringer im Einzugsbereich zu vergleichen. Liegt die geforderte Vergütung im unteren Drittel dieses Vergleichs, ist von der wirtschaftlichen Angemessenheit auszugehen. Mit der Heranziehung des externen Vergleichs wird die vom BSG zum SGB XI ergangene Rechtsprechung aufgegriffen. Es sollen diejenigen Leistungserbringer identifiziert werden, die die im Einzelfall erforderlichen Leistungen für die Leistungsberechtigten auch in wirtschaftlicher Sicht am effektivsten erbringen können, ohne dass damit eine Leistungsver schlechterung zu Lasten der Leistungsberechtigten verbunden ist. Auch eine Vergütungsforderung, die oberhalb des unteren Drittels liegt, kann leistungsgerecht sein, wenn sie nachvollziehbar auf einem höheren Aufwand des Leistungserbringers beruht und diese wirtschaftlich angemessen ist. Ein solch gerechtfertigter höherer Aufwand kann sich insbesondere aus besonderen Leistungsangeboten ergeben, die einen höheren Personalschlüssel erfordern. Auch die Lage und Größe einer Einrichtung kann eine höhere Vergütungsforderung rechtfertigen, wenn sich wirtschaftliche Nachteile aus der Lage oder dem Zuschnitt der Einrichtung ergeben und die Leistung nicht ohne den Leistungserbringer erbracht werden kann.

Die Einhaltung einer Tarifbindung und ein daraus entstehender höherer Personalkostenaufwand genügen stets den Grundsätzen wirtschaftlicher Betriebsführung. Mit Satz 7 wird dementsprechend klargestellt, dass die Bezahlung tariflich vereinbarter Vergütungen sowie entsprechender Vergütungen nach kirchlichen Arbeitsrechtsregelungen auch dann als wirtschaftlich angemessen anzusehen sind, wenn die geforderte Vergütung aus diesem Grunde nicht im unteren Drittel liegt.

Absatz 3 übernimmt inhaltsgleich den bisherigen § 75 Absatz 2 Satz 3 SGB XII. Sind mehrere Leistungserbringer geeignet, ist eine vergleichende Bewertung erforderlich. Die Erforderlichkeit eines externen Vergleichs, also des Vergleichs mit Entgelten, wie sie auch andere Leistungserbringer für vergleichbare Leistungen erheben, folgt bereits aus der Verpflichtung der Träger der Sozialhilfe, nur wirtschaftliche und sparsame Pflegesätze zu vereinbaren.

Zu Absatz 4: Satz 1 greift die bisherige Regelung des § 76 Absatz 1 Satz 2 SGB XII auf, nach der in die Vereinbarung die Verpflichtung aufzunehmen ist, im Rahmen des vereinbarten Leistungsangebots den Leistungsberechtigten aufzunehmen und zu betreuen. Durch die Aufnahme in die allgemeinen Grundsätze des Vertragsrechts wird

die bisher in jedem Einzelfall zu vereinbarende Verpflichtung überflüssig. Die Aufnahme- und Betreuungspflicht greift insoweit in die Berufsausübungsfreiheit des Leistungserbringers ein. Der Eingriff ist durch den Zweck der Regelung – die Sicherstellung der Versorgung des Leistungsberechtigten – gerechtfertigt.

Zu Absatz 5: In besonderen Einzelfällen darf in Abweichung des in Absatz 1 Satz 1 normierten Grundsatzes eine Leistung auch durch einen Leistungserbringer, mit dem keine schriftliche Vereinbarung geschlossen wurde, erbracht werden. Wie bisher schon im Vertragsrecht der Sozialhilfe darf der Leistungserbringer nicht bessergestellt werden als ein Leistungserbringer, der eine Vereinbarung mit dem Träger der Sozialhilfe geschlossen hat. Der Leistungserbringer hat daher in diesen Fällen ein schriftliches Leistungsangebot vorzulegen, das den Vorgaben des § 76 entspricht. Darüber hinaus hat sich der Leistungserbringer zu verpflichten, die Grundsätze des Absatz 1 Satz 4 bzgl. der Wirtschaftlichkeit und Qualität der Leistungserbringung zu erfüllen. Die Vergütung darf darüber hinaus nicht höher sein als die Vergütung, die der Träger der Sozialhilfe mit anderen Leistungserbringern für vergleichbare Leistungen vereinbart hat. Im Übrigen finden die Vorschriften der §§ 75, 76, 77a bis 79a auf die Fälle des Absatzes 5 entsprechende Anwendung.

Zu Absatz 6: Aufgrund des sozialhilferechtlichen Dreiecksverhältnisses mit den dabei bestehenden Rechtsbeziehungen zwischen Leistungsberechtigten, Leistungserbringern und Leistungsträgern hat der Leistungserbringer nach bisher geltender Rechtslage keinen unmittelbaren Zahlungsanspruch gegen den Leistungsträger. Vielmehr haben die Leistungserbringer aufgrund der privatrechtlichen Verträge mit den Leistungsberechtigten einen Anspruch auf einer Vergütung der erbrachten Leistung. Auch die Rechtsprechung hat bisher einen unmittelbaren Zahlungsanspruch des Leistungserbringers gegenüber dem Leistungsträger verneint. Im Unterschied zum Recht der Gesetzlichen Krankenversicherung bzw. Sozialen Pflegeversicherung bestehe weder ein gesetzlicher noch ein aus den Normverträgen resultierender Zahlungsanspruch des Leistungserbringers gegen den Träger der Sozialhilfe. Im Vertragsrecht beschränke sich die Verpflichtung des Trägers der Sozialhilfe auf die Schaffung und Gestaltung des im Gesetz umschriebenen vertraglichen Rahmens. Den Anspruch der Leistungsberechtigten gegen die Träger der Sozialhilfe auf Übernahme der Kosten könne der Leistungserbringer nicht einklagen. Erst mit der Leistungsbewilligung erkläre der Träger der Sozialhilfe jedoch im Einzelfall einen Schuldbeitritt zur zivilrechtlichen Verpflichtung des Leistungsberechtigten gegenüber dem Leistungserbringer. Dieser Schuldbeitritt führe zu einem unmittelbaren Zahlungsanspruch des Leistungserbringers gegen den Träger der Sozialhilfe (BSG, Urteil vom 28. Oktober 2008, B 8 SO 22/07 R).

In der Praxis leistete dagegen schon vor der Entscheidung des Bundessozialgerichts dagegen der Träger der Sozialhilfe regelmäßig aus Praktikabilitätsgründen unmittelbar an den Leistungserbringer. Es ist daher sachgerecht, dass sich künftig im Vertragsrecht die bestehende Praxis widerspiegelt und dem Leistungserbringer ein unmittelbarer Zahlungsanspruch gegen den Träger der Sozialhilfe eingeräumt wird. Dieser Zahlungsanspruch ist öffentlich-rechtlicher Natur, so dass im Fall von Rechtsstreitigkeiten der Rechtsweg zu den Sozialgerichten eröffnet ist, während bei Klagen aus dem zivilrechtlichen Rechtsverhältnis zwischen Leistungsberechtigten und Leistungserbringer der Zivilrechtsweg eröffnet ist.

### **Zu § 76 (Inhalt der Vereinbarungen)**

Zu Absatz 1: Die Vorschrift regelt den Inhalt der Vereinbarung zwischen Leistungserbringer und Leistungsträger. Der Abschluss einer entsprechenden Vereinbarung zwischen Leistungsträger und Leistungserbringer ist mit Ausnahme der Fälle des § 75 Absatz 5 Voraussetzung für eine Übernahme der Kosten durch den Träger der Sozialhilfe.

Die darüber hinaus nach dem bisher geltenden Recht des Zwölften Buches zu treffende Prüfungsvereinbarung (§ 75 Absatz 3 Satz 1 Nummer 3) wird zu Gunsten eines ausdrücklichen Prüfrechts des Trägers der Sozialhilfe (§ 78) gestrichen.

Die Vereinbarung zwischen Leistungsträger und Leistungserbringer besteht aus zwei Teilvereinbarungen, einer Leistungsvereinbarung (Nummer 1) und einer Vergütungsvereinbarung (Nummer 2), deren Mindestinhalte in den Absätzen 2 und 3 festgelegt sind.

Regelungsgegenstände der Leistungsvereinbarung nach Nummer 1 sind Inhalt, Umfang und Qualität der Leistungen. Die Qualität der Leistungen umfasst auch die Wirksamkeit der Leistungen. Leistungsträger und Leistungserbringer haben einvernehmlich festzulegen, welche konkreten Leistungen zu erbringen sind. Die Leistungen

müssen bedarfsgerecht sein und die Besonderheiten des Einzelfalls berücksichtigen. Im Rahmen der Vergütungsvereinbarung haben sich die Parteien über die Höhe der Vergütung zu verständigen. Grundlage sind die Inhalte der Leistungsvereinbarung.

Die Bezahlung tariflich vereinbarter Vergütungen sowie entsprechender Vergütungen nach kirchlichen Arbeitsrechtsregelungen kann dabei entsprechend der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts grundsätzlich nicht als unwirtschaftlich abgelehnt werden (vgl. § 75 Absatz 2).

In Absatz 2 sind die Mindestinhalte der Leistungsvereinbarungen gemäß Absatz 1 Nummer 1 festgelegt. Diese enthalten die grundlegenden Merkmale für eine qualitative Leistungserbringung. Die Reihenfolge der Mindestinhalte soll keine Wertung des Gesetzgebers über die Bedeutung der Mindestinhalte im Verhältnis zueinander haben. Die Mindestinhalte entsprechen dem geltenden Recht des § 76 Absatz 1 SGB XII; sie werden zur besseren Übersichtlichkeit für den Rechtsanwender in eine Listenform übertragen.

Zu den Kosten für betriebsnotwendige Anlagen im Sinne der Nummer 1 gehören insbesondere der Investitionsaufwand für Erst- und Wiederbeschaffung von Anlagegütern sowie Miete bzw. Pacht und Darlehenszinsen. Welche Anlagen betriebsnotwendig sind, richtet sich nach der Aufgabenstellung des Leistungserbringers, insbesondere nach dem Leistungsangebot und dem vom Träger der Sozialhilfe zu finanzierenden Standard.

Mit Nummer 4 (Festlegung der personellen Ausstattung) wird einem Anliegen der Länder, wie es mit der Gesetzesinitiative zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (Bundratsdrucksache 379/10 (Beschluss)) zum Ausdruck gekommen ist, Rechnung getragen. Welche Methode hierbei zur Anwendung kommt, bleibt den Rahmenverträgen vorbehalten. Soweit es sich um die unmittelbar gegenüber dem Leistungsberechtigten zu erbringende Leistung handelt, ist gemäß der Nummer 5 die Qualifikation des Personals in der Vereinbarung zu regeln.

Die Inhalte der Leistungsvereinbarung sind nicht abschließend; den Vereinbarungspartnern steht es frei, darüber hinaus weitere Leistungsmerkmale in die Leistungsvereinbarung aufnehmen.

Zu Absatz 3: Die Anrechnung von öffentlichen Förderungen dient der Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen. Hierzu zählen auch verdeckte Subventionen in Form von haushaltsinternen Umschichtungen bei öffentlichen Einrichtungen (vgl. Bundestagsdrucksache 13/2440, S. 30).

Die nach Satz 3 zu bildenden Vergleichsgruppen dienen lediglich als Kalkulationsgrundlage für die Leistungspauschale; die Einstufung in eine Vergleichsgruppe stellt daher noch keinen Verwaltungsakt dar (BSG, Urteil vom 2. Februar 2010, Rdn 14).

Mit Satz 4 wird den Trägern der Sozialhilfe die Möglichkeit eröffnet, länderspezifische Abrechnungsverfahren anzuwenden. Die Regelung korrespondiert mit der Möglichkeit nach § 123 Absatz 1 Satz 3, dass die Leistungsträger einen unbestimmten Kreis von Leistungserbringern zu Verhandlungen auffordern. Das sozialhilferechtliche Dreiecksverhältnis bleibt unberührt; insbesondere ist der individuelle Leistungsanspruch der Leistungsberechtigten zu beachten.

#### **Zu § 76a (Zugelassene Pflegeeinrichtungen)**

Die Vorschrift übernimmt inhaltsgleich den bisherigen § 75 Absatz 5 SGB XII.

#### **Zu § 77 (Verfahren und Inkrafttreten der Vereinbarung)**

Zu Absatz 1: Das Verfahren zum Abschluss einer Vereinbarung wird jeweils durch eine schriftliche Verhandlungsaufforderung eingeleitet. Sowohl Leistungserbringer als auch Leistungsträger können die Initiative zum Abschluss einer Vereinbarung ergreifen. Satz 2 bestimmt, dass in der schriftlichen Aufforderung die Verhandlungsgegenstände konkret zu benennen sind, soweit der Abschluss einer Folgevereinbarung angestrebt wird.

Zu Absatz 2: Kommt eine Vereinbarung nicht zustande, entscheidet auf Antrag einer Partei eine unabhängige Schiedsstelle mit der Mehrheit ihrer Mitglieder über die strittigen Punkte. Im Unterschied zum bisher geltenden Recht nach den Vorschriften des Zehnten Kapitel des Zwölften Buches sind sowohl die Leistungs- als auch die Vergütungsvereinbarung schiedsstellenfähig. Im Rahmen des Gesetzes zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch 2003 war bereits beabsichtigt gewesen, die Schiedsstellenfähigkeit auf die Leistungsvereinbarung allgemein zu erstrecken. Mit Beschluss des Vermittlungsausschusses wurde diese Regelung jedoch aus dem Gesetzentwurf gestrichen.

Die Erweiterung der Schiedsstellenfähigkeit auch auf die Leistungsvereinbarung dient der gleichgewichtigen Ausgestaltung des Vereinbarungsverfahrens. Zugleich wird insoweit das Schiedsstellenrecht des Elften und des Zwölften Buches harmonisiert.

Die bisherige Frist von sechs Wochen hat sich in der Praxis vielfach als zu kurz und daher nicht praxisgerecht erwiesen, da die Verhandlungen in dieser Zeitspanne angesichts der Komplexität der Materie nicht abgeschlossen werden kann. Die Verlängerung auf drei Monate trägt diesem Umstand Rechnung, wahrt aber zugleich die Schutzfunktion der Vorschrift, in dem sie den beteiligten Verhandlungspartnern einen zügigen Abschluss des Verfahrens gewährleisten soll.

Gegen die Entscheidung der Schiedsstelle kann ohne ein weiteres Vorverfahren Klage erhoben werden. Damit ist die Schiedsstellenentscheidung vom Gesetzgeber als Verwaltungsakt ausgestaltet worden (Bundesverwaltungsgericht, Urteil vom 1. Dezember 1998, Az.: 5 C 17/97). Satz 4 hebt hervor, dass die Klage im Unterschied zu den Bestimmungen des Elften Buches Sozialgesetzbuch nicht gegen die Schiedsstelle, sondern gegen den jeweiligen Verhandlungspartner zu richten ist.

Die Gerichte haben sich bei der Überprüfung der dem Schiedsspruch zugrunde liegenden Abwägung zwischen den betroffenen öffentlichen und privaten Belangen auf die Feststellung zu beschränken, ob die Schiedsstelle die widerstreitenden Interessen der Vertragsparteien ermittelt, alle für die Abwägung erforderlichen tatsächlichen Erkenntnisse gewonnen und die Abwägung in einem fairen Verfahren frei von Einseitigkeit vorgenommen hat (BVerwG, a. a. O.).

Zu Absatz 3: Ein für vergangene Zeiträume rückwirkendes Inkrafttreten von Vereinbarungen oder Festsetzen der Schiedsstelle ist in Anlehnung an die entsprechende Vorschrift des Zehnten Kapitels des SGB XII nicht zulässig. Soweit das Bundessozialgericht im Urteil vom 23. Juli 2014 (Az.: B 8 SO 2/13 R) entschieden hat, dass das Rückwirkungsverbot des § 77 Absatz 2 Satz 3 SGB XII nur für den Fall gilt, dass keine Festlegung des Zeitpunkts des Inkrafttretens erfolgt ist, die Vertragsautonomie der Beteiligten bzw. die Gestaltungsfreiheit der Schiedsstelle daher während der laufenden Verhandlungen bzw. des Schiedsstellenverfahrens nicht eingeschränkt ist, entspricht dies nicht der Intention des Gesetzgebers. Mit Satz 5 wird daher klargestellt, dass in keinem Fall ein rückwirkendes Inkrafttreten einer Vereinbarung oder Festsetzung der Schiedsstelle zulässig ist.

Im Übrigen obliegt die Festlegung des Zeitpunkts des Inkrafttretens den Vertragspartnern bzw. der Schiedsstelle. Für den Fall, dass der Zeitpunkt nicht festgelegt worden ist, richtet sich das Inkrafttreten nach den Sätzen 2 bis 4 unter Beachtung der Grenzen des Satzes 5.

#### **Zu § 77a (Verbindlichkeit der vereinbarten Vergütung)**

Zu Absatz 1: Vergütungsvereinbarungen sind gemäß § 75 Absatz 1 Satz 5 im Voraus abzuschließen. Prospektive Entgelte haben nicht die Funktion, Kosten zu erstatten, sondern konkrete Leistungen angemessen zu vergüten. Der Leistungserbringer erhält damit einerseits die Chance, bei wirtschaftlicher Betriebsführung einen Gewinn zu erzielen. Andererseits verbleibt ihm auch das finanzielle Risiko eines Verlustes bei nicht wirtschaftlicher Betriebsführung. Dadurch wird Eigenverantwortung der Leistungserbringer gestärkt. Absatz 1 stellt daher klar, dass ein nachträglicher Ausgleich grundsätzlich ausgeschlossen ist.

Mit Absatz 2 wird sichergestellt, dass ohne Zustimmung des Trägers der Sozialhilfe vorgenommene Investitionsmaßnahmen nicht zu einer höheren Vergütung führen. Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 76 Absatz 2 Satz 3 SGB XII.

Zu Absatz 3: Die Vorschrift übernimmt inhaltsgleich den bisherigen § 77 Absatz 3 SGB XII. Weiterhin ist ein nachträglicher Ausgleich ausnahmsweise in den Fällen möglich, wenn es zu unvorhergesehenen wesentlichen Änderungen der Annahmen gekommen ist, die der Vergütungsvereinbarung zugrunde lagen.

Absatz 4 übernimmt inhaltsgleich die bisherige Regelung des § 77 Absatz 2 Satz 4 SGB XII, nachdem die vereinbarte oder durch die Schiedsstelle festgesetzte Vergütung bis zum Inkrafttreten einer neuen Vergütungsvereinbarung weiter gilt.

**Zu § 78 (Wirtschaftlichkeits- und Qualitätsprüfung)**

Mit dieser Regelung wird den Trägern der Sozialhilfe ein gesetzliches Prüfrecht aus besonderem Anlass hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit und Qualität der vereinbarten Leistungen der Leistungserbringer eingeräumt. Die Vorschrift greift ein Anliegen der Länder aus dem Gesetzentwurf des Bundesrates zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (Bundratsdrucksache 394/10 (Beschluss)), die bestehenden Instrumente der Wirtschaftlichkeits- und Qualitätsprüfung zu optimieren, auf. Eine effektive Wirtschaftlichkeits- und Qualitätsprüfung war bereits 2003 anlässlich der Überführung der Vorschriften des Bundessozialhilfegesetzes in das Zwölfte Buch durch den Bundesgesetzgeber mit der Einfügung des § 75 Absatz 3 Satz 3 SGB XII beabsichtigt worden. So haben im geltenden Recht die Träger der Sozialhilfe als Leistungsträger mit dem Leistungserbringer Grundsätze und Maßstäbe für die Wirtschaftlichkeit und die Qualitätssicherung der Leistungen sowie für den Inhalt und das Verfahren zur Durchführung von Wirtschaftlichkeits- und Qualitätsprüfungen zu vereinbaren.

Die Praxis hat jedoch gezeigt, dass in der Umsetzung des damals neu eingefügten § 75 Absatz 3 Satz 3 SGB XII Probleme aufgetreten sind, die in vielen Fällen den Abschluss einer entsprechenden Prüfungsvereinbarung verhindern haben.

Zu Absatz 1: Mit Satz 1 wird den Leistungsträgern ein gesetzliches Prüfungsrecht aus besonderem Anlass eingeräumt. Der durch die Vorschrift gestattete Eingriff in die Berufsausübungsfreiheit dient zum Einem der Gewährleistung einer qualitativ angemessenen Leistungserbringung und zum anderen einer wirtschaftlichen Verwendung der durch Steuergelder finanzierten Leistungen der Sozialhilfe. Es soll sichergestellt werden, dass die finanziellen Mittel nur für den vorgesehenen Zweck eingesetzt werden und der Leistungserbringer seine gesetzlichen und vertraglichen Pflichten erfüllt. Im Hinblick auf den damit verbundenen Eingriff in die Berufsausübungsfreiheit sind Wirtschaftlichkeits- und Qualitätsprüfungen nur dann zulässig, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass der Leistungserbringer seine gesetzlichen oder vertraglichen Pflichten nicht erfüllt. Satz 3 übernimmt inhaltsgleich den bisherigen § 77 Absatz 3 Satz 3 SGB XII. Durch Landesrecht kann von dem Kriterium „soweit tatsächliche Anhaltspunkte bestehen“ abgewichen werden.

Zu Absatz 2: Die Prüfung erstreckt sich auf Inhalt, Umfang, Wirtschaftlichkeit und Qualität der zwischen Träger der Sozialhilfe und Leistungserbringer vereinbarten Leistungen. Da eine unwirksame Leistung nicht wirtschaftlich sein kann, ist die Wirksamkeit der Leistung vom Prüfrecht erfasst. Soweit es sich um Erbringer von Leistungen nach dem Siebten Kapitel handelt, findet die Vereinbarung über die Qualität und Qualitätssicherung nach § 113 SGB XI bei der Prüfung der Qualität entsprechende Anwendung. Zur Gewährleistung einer wirksamen Kontrolle können die Prüfungen gemäß Satz 1 in geeigneten Fällen unangemeldet erfolgen.

Zu Absatz 3: Das Prüfungsergebnis ist dem Leistungserbringer in schriftlicher Form mitzuteilen. Darüber hinaus ist das Prüfungsergebnis den Leistungsberechtigten in einer für die Leistungsberechtigten wahrnehmbaren Form zugänglich zu machen.

**Zu § 79 (Kürzung der Vergütung)**

In Ergänzung des neuen gesetzlichen Prüfungsrechts bestimmt § 79, das im Falle der teilweisen oder vollständigen Nichterfüllung der gesetzlichen oder vertraglichen Verpflichtungen des Leistungserbringers die vereinbarte Vergütung entsprechend zu kürzen ist. Diese gegenüber dem außerordentlichen Kündigungsrecht vorgeschaltete Möglichkeit der Vergütungsminderung durch den Träger der Sozialhilfe gibt diesem ein Sanktionsmittel insbesondere in Fällen, in denen aufgrund der Qualität der Pflichtverletzung eine (außerordentliche) Kündigung nicht in Betracht kommt. Sie dient nicht zuletzt auch den Interessen der Leistungsberechtigten, indem die Leistungserbringer zur Vermeidung der Vergütungskürzung zur Erfüllung der gesetzlichen oder vertraglichen Verpflichtungen angehalten werden.

Zur Vermeidung von rechtlichen Auseinandersetzungen bezüglich der Höhe des Kürzungsbetrags ist zwischen den Vertragsparteien Einvernehmen herzustellen. Nähere Vorgaben, nach welchen Kriterien die Vergütung zu kürzen ist, enthält die Vorschrift nicht. Im Falle der Nichterfüllung der Personalvorgaben wird der Kürzungsbetrag jedoch nach der Höhe der eingesparten Personalkosten zu bemessen sein. Auch für das Schiedsstellenverfahren werden keine konkreten Vorgaben gemacht, nach welchen Kriterien die Höhe des Kürzungsbetrags festzulegen ist.

Der Leistungsträger kann den Kürzungsbetrag nur bis zur Höhe seiner Leistung beanspruchen; im Übrigen steht der Kürzungsbetrag gemäß Absatz 2 dem Leistungsberechtigten zu. Absatz 3 stellt klar, dass der Kürzungsbetrag

nicht refinanzierbar ist und die Kürzung der Vergütung gemäß § 79 auch keine unvorhergesehene Änderung der Annahmen im Sinne von § 77a Absatz 3 ist, die einen Anspruch auf Nachverhandlung begründen könnte.

#### **Zu § 79a (Außerordentliche Kündigung der Vereinbarungen)**

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 78 SGB XII. Auch künftig ist der Träger der Sozialhilfe in Fällen einer groben Verletzung vertraglicher oder gesetzlicher Pflichten durch den Leistungserbringer zur vorzeitigen Beendigung der Vereinbarung im Wege der außerordentlichen Kündigung berechtigt. Die Vorschrift dient insbesondere dem Schutz der Leistungsberechtigten, da in diesen Fällen regelmäßig davon ausgegangen werden muss, dass eine qualitativ angemessene Leistungserbringung nicht mehr gewährleistet ist. Die Aufzählung von Fallgestaltungen, in denen insbesondere eine grobe Pflichtverletzung im Sinne des Satz 1 vorliegt, ist nicht abschließend, d. h. es können auch weitere Fallgestaltungen dazu führen, dass dem Träger der Sozialhilfe ein Festhalten an den Vereinbarungen nicht mehr zumutbar ist.

#### **Zu § 80 (Rahmenverträge)**

Zu Absatz 1: Die Inhalte der Rahmenverträge werden abschließend in Absatz 1 genannt; darüber hinausgehende Inhalte sind nicht vorgesehen.

Zu Absatz 2: Die Position der Leistungsberechtigten wird gestärkt, indem die durch Landesrecht bestimmten maßgeblichen Interessenvertretungen der Menschen mit Behinderungen bei der Erarbeitung und Beschlussfassung der Rahmenverträge mitwirken.

Zu Absatz 3: Im Unterschied zur Landesebene geben die Vereinigung der Leistungsträger und die der Leistungserbringer auf Bundesebene nur Empfehlungen ab und schließen keine für ihre Mitglieder verbindlichen Verträge. Absatz 2 entspricht dem bisherigen § 79 Absatz 2 SGB XII. Der bisherige § 79 Absatz 2 Nummer 4 SGB XII wird insoweit angepasst, als die Prüfungsvereinbarung künftig durch ein gesetzliches Prüfungsrecht des Leistungsträgers ersetzt wird. Darüber hinaus sind gemäß der neuen Nummer 5 in den Rahmenverträgen künftig auch die Grundsätze des Verfahrens zum Abschluss von Vereinbarungen zu regeln.

Absatz 4 entspricht der bisher geltenden Verordnungsermächtigung gemäß § 81 Absatz 1 SGB XII.

#### **Zu § 81 (Schiedsstelle)**

Absatz 1 übernimmt weitgehend inhaltsgleich die bisher geltende Regelung des § 80 Absatz 1 SGB XII. Zur Regelung von Streitigkeiten im Vertragsrecht der Sozialhilfe werden in jedem Land eine oder mehrere Schiedsstellen gebildet. Die Funktion der Schiedsstelle hat sich seit ihrer Einführung bewährt. Die Schiedsstelle hat als neutrale Stelle sowohl dem Interesse der Träger der Sozialhilfe an einer ausreichenden und kostengünstigen Versorgung der Leistungsberechtigten als auch dem Interesse der Leistungserbringer an der angemessenen Vergütung ihrer Leistungen Rechnung zu tragen und insoweit einen Interessenausgleich herbeizuführen.

Mit Absatz 2 wird inhaltsgleich die bisherige Vorschrift des § 80 Absatz 2 Satz 1 SGB XII übertragen. Durch die paritätische Besetzung von Vertretern der Leistungsträger und der Leistungserbringer ist beiden Parteien auch im Rahmen des Schiedsstellenverfahrens eine gleiche Einflussmöglichkeit auf die inhaltliche Ausgestaltung der Vereinbarung gegeben.

Absatz 3 übernimmt inhaltsgleich die Vorschrift des § 80 Absatz 2 Satz 2 bis 5 SGB XII. Die Vorgaben über die Bestellung der Schiedsstellen beschränken sich auf die Grundzüge. Die nähere Ausgestaltung bleibt der durch die Landesregierung zu erlassenden Rechtsverordnung gemäß Absatz 5 vorbehalten.

Absatz 4 übernimmt inhaltsgleich die Vorschrift des § 80 Absatz 3 SGB XII. Aufgrund der in gleicher Zahl bestellten Vertreter der Leistungsträger und Leistungserbringer kommt bei Stimmengleichheit der Stimme des unparteiischen Vorsitzenden die entscheidende Bedeutung zu.

Zu Absatz 5: Entsprechend dem § 81 Absatz 2 SGB XII werden die Landesregierungen ermächtigt, das Nähere durch Rechtsverordnung zu bestimmen. Zur Klarstellung wird geregelt, dass die Ermächtigung auch die Zahl der Schiedsstellen umfasst.



**Zu Nummer 27 (§ 82)**

Nach der Überführung der Eingliederungshilfe in Teil 2 des SGB IX sind die Regelungen zu Einkommen und Vermögen für diesen Personenkreis abschließend im Neunten Buch verortet. Die bis zum 31. Dezember 2019 geltende Übergangsvorschrift zum Einkommensfreibetrag ist daher aufzuheben.

**Zu Nummer 28 (§ 89)**

Mit der Regelung wird sichergestellt, dass Personen, die Leistungen der Sozialhilfe in besonderen Lebenslagen erhalten und die Einkommen über der Einkommensgrenze erzielen, durch die Verbesserungen beim Einkommenseinsatz bei den Leistungen der Eingliederungshilfe im SGB IX nicht im Gegenzug durch die vollständige Einkommensheranziehung im SGB XII belastet werden.

In Fortschreibung des bisherigen § 89 Absatz 2 Satz 2 wird daher in pauschalierender Betrachtung davon ausgegangen, dass die Einkommensheranziehung für die Eingliederungshilfe nach dem Zweiten Teil des SGB IX aus dem hälftigen Teil des die Einkommensgrenze übersteigenden Einkommens erfolgt. Das Einkommen über der Einkommensgrenze wird daher zukünftig etwa für Personen, die sowohl Bedarfe der Hilfe zur Pflege wie der Eingliederungshilfe nach dem SGB IX haben, zur Berechnung der angemessenen Heranziehung nach § 87 SGB XII nur noch hälftig berücksichtigt. Die Kollision zwischen der Einkommensheranziehung nach dem SGB IX und dem SGB XII wird damit abschließend klargestellt, somit entfällt grundsätzlich auch die Notwendigkeit den Beitrag nach SGB IX darüber hinaus als besondere Belastung zu berücksichtigen.

**Zu Nummer 29 (§ 90)**

Die Neuregelung stellt eine rein redaktionelle Neufassung der Vorschrift dar, die aufgrund der Neuregelung der Eingliederungshilfe im Neunten Buch notwendig ist.

**Zu Nummer 30 (§ 92)**

Mit der Neufassung der Vorschrift werden die bestehenden Regelungen in §§ 92 und 92a zusammengefasst und die redaktionellen Anpassungen vorgenommen, die infolge der Neuregelung der Eingliederungshilfe im Neunten Buch und der damit einhergehenden Trennung der Lebensunterhalts- und Fachleistungen erforderlich sind.

Danach verbleibt es in Absatz 1 beim bestehenden Grundsatz, dass Personen, die bisher in teilstationären und stationären Einrichtungen untergebracht waren, nur im Umfang der häusliche Ersparnis in Anspruch genommen werden können, die aus der auswärtigen Bedarfsdeckung resultiert.

In Absatz 2 wird lediglich die bislang in § 92a Absatz 2 und 3 geregelte stärkere Inanspruchnahme der nach § 19 Absatz 3 verpflichteten Ehepartner und Partner für diejenigen Leistungsberechtigten übernommen, die voraussichtlich längere Zeit in der Einrichtung Lebensunterhaltsleistungen erhalten werden.

In Absatz 3 wird lediglich dies bislang in § 92a Absatz 2 und 3 geregelte stärkere Inanspruchnahme der nach § 19 Absatz 3 verpflichteten Ehepartner und Partner für diejenigen Leistungsberechtigten übernommen, die voraussichtlich längere Zeit in der Einrichtung Lebensunterhaltsleistungen erhalten werden.

**Zu Nummer 31 (§ 92a)**

Streichung infolge der Neufassung in § 92.

**Zu Nummer 32 (§ 93)**

Die Streichung ist eine Folgeänderung zur Neufassung des § 92.

**Zu Nummer 33 (§ 94)**

Nach § 94 SGB XII ergibt sich der Übergang von Ansprüchen gegen einen nach bürgerlichem Recht Unterhaltspflichtigen. Regelungsinhalt von Absatz 2 ist der Übergang des Unterhaltsanspruchs bei volljährigen unterhaltsberechtigten Personen, die behindert oder pflegebedürftig sind, gegenüber ihren Eltern. Wegen der Überführung der Eingliederungshilfe in Teil 2 des SGB IX und der deshalb erfolgenden Aufhebung des Sechsten Kapitels des SGB XII begrenzt sich der Anwendungsbereich der Vorschrift auf unterhaltsberechtigte Erwachsene, die Hilfe zur Pflege nach dem Siebten Kapitel des SGB XII erhalten, gegenüber ihren Eltern. Deshalb ist die Voraussetzung „behindert nach § 53“ ebenso zu streichen wie der Bezug von Leistungen nach dem Sechsten Kapitel des SGB XII.

**Zu Nummer 34 (§ 97)**

Folgeänderung zur Neuregelung der Eingliederungshilfe im Neunten Buch durch das BTHG.

**Zu Nummer 35 (§ 98)**

Folgeänderung aus der Übernahme der Eingliederungshilfe in das SGB IX und der darin erfolgten Neuregelung der örtlichen Zuständigkeit.

**Zu Nummer 36a-c (§ 118)**

Mit der Neuregelung wird sichergestellt, dass der Datenabgleich auch zukünftig zwischen den Trägern der Sozialhilfe und den Trägern der Eingliederungshilfe stattfinden kann.

**Zu Nummer 37 (§ 121)**

In § 121 SGB XII, der die Bundestatistik für das Dritte und Fünfte bis Neunte Kapitel des SGB XII regelt, sind keine Daten über Leistungsberechtigte der Eingliederungshilfe nach dem Sechsten Kapitel des SGB XII mehr zu erheben. Deshalb ist Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe c aufzuheben. Die Statistik für Leistungen der Eingliederungshilfe wird im Zuge der Übertragung der Eingliederungshilfe in das SGB IX dort eigenständig geregelt. Sie bildet in Teil 2 des SGB IX dessen Kapitel 10.

**Zu Nummer 38a-b (§ 122)**

Die Erhebungsmerkmale der Bundestatistik für das Dritte und Fünfte bis Neunte Kapitel des SGB XII ergeben sich aus § 122 SGB XII. Als Folge der Aufhebung des Sechsten Kapitel des SGB XII sind Leistungsberechtigte nach diesem Kapitel bei den in § 122 Absatz 3 SGB XII enthaltenen Erhebungsmerkmalen nicht mehr zu benennen. Deshalb sind in Absatz 3 eine Streichung des Verweises auf Leistungsberechtigte nach dem Sechsten Kapitels in Nummer 2 und eine Aufhebung von Nummer 3 als Folgeänderung erforderlich.

**Zu Nummer 39 (§ 128)**

Soweit Leistungsberechtigte nach dem Vierten Kapitel SGB XII künftig überwiegend in verschiedenen Wohnformen innerhalb und außerhalb von Wohnungen leben, bedarf es besonderer Regelungen zur Angemessenheit der Bedarfe für Unterkunft und Heizung. Dementsprechend besteht ein hohes Bedürfnis die anerkannten Bedarfe für die besonderen Wohnformen zu erfassen, um eine fundierte Auswertung der tatsächlich in Anspruch genommenen Wohnformen zu ermöglichen.

**Zu Nummer 40 (§ 139)**

Durch § 139 SGB XII wird eine Übergangsregelung geschaffen, die bei Inkrafttreten der Änderung des § 42b SGB XII gewährleistet, dass es für Menschen mit Behinderungen im Vergleich zum Rechtsstand am 31. Dezember 2019 keine Veränderung bei der Höhe der anzuerkennenden Bedarfe für Unterkunft und Heizung gibt.

Durch Absatz 1 werden Leistungsberechtigte, die am 31. Dezember 2019 in der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Dritten Kapitel des SGB XII oder der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Vierten Kapitel des SGB XII leistungsberechtigt sind und zugleich Leistungen der Eingliederungshilfe nach dem Sechsten Kapitel des SGB XII erhalten, hinsichtlich ihrer Wohnform geschützt, wenn sie Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Dritten des SGB XII oder der Grundsicherung im Alter und Leistungen der Eingliederungshilfe nach dem Sechsten Kapitel des SGB XII am 31. Dezember 2019 für eine ambulante Wohnform und nicht für eine stationäre Einrichtung erhalten. Für diese Leistungsberechtigten wird auch ab 2020 für die Bestimmung der Höhe der anzuerkennenden Bedarfe für Unterkunft und Heizung davon ausgegangen, dass es sich dabei um eine Wohnung nach § 42b Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 und Satz 2 handelt.

Die zweite Fallgruppe stellen Leistungsberechtigte dar, die nach Absatz 2 am 31. Dezember 2019 ebenfalls Leistungen nach dem Dritten oder Vierten Kapitel des SGB XII beziehen und zugleich Leistungen der Eingliederungshilfe nach dem Sechsten Kapitel des SGB XII erhalten und stationär untergebracht sind (der Lebensunterhalt ergibt sich nach § 27b SGB XII und die Bedarfe für Unterkunft und Heizung nach § 42 Nummer 4 letzter Teilsatz in der bis 31. Dezember 2019 geltenden Fassung in Höhe der durchschnittlichen angemessenen Warmmiete im örtlichen Zuständigkeitsbereich des zuständigen SGB XII-Trägers). Für diese Leistungsberechtigten wird ab 1. Januar 2020 Bedarfe für Unterkunft und Heizung nach § 42b Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 und Satz 3 SGB XII

anerkannt. Diese Unterkunft gilt solange als persönlicher Wohnraum mit Gemeinschaftsräumen, wie durch bauliche und sonstige Änderungen die Voraussetzungen für eine Wohnung nach § 42b Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 und Satz 2 SGB XII nicht erfüllt werden.

Damit gelten die Definitionen von Wohnung einerseits und persönlicher Wohnraum mit Gemeinschaftsräumen andererseits nach § 42b Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 und 2 für Neufälle oder für Umzüge ab 1. Januar 2020. Die Rechtsänderungen wirken sich folglich nicht auf Wohnverhältnisse aus, die vor dem 1. Januar 2020 begründet worden sind und nach dem 31. Dezember 2019 weiter bestehen.

**Zu Nummer 41 (Kapitel 17 und 18)**

Es handelt sich um eine Folgeänderung auf Grund des Inkrafttretens von Teil 2 des SGB IX.

**Zu Artikel 14 (Änderung des Bundesversorgungsgesetzes)**

**Zu Nummer 1 (§ 9)**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des SGB IX und der Aufhebung der Budgetverordnung.

**Zu Nummer 2 (§ 25d)**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zu Nummer 3 (§ 26)**

**Zu Buchstabe a**

Es handelt sich um eine Folgeänderung zur Neufassung des SGB IX sowie aufgrund der Zulässigkeit anderer Leistungsanbieter als Alternativen zu Werkstätten für behinderte Menschen im SGB IX durch Artikel 1 dieses Gesetzes.

**Zu Buchstabe b**

**Zu Doppelbuchstabe aa**

Es handelt sich um eine Folgeänderung zu Nummer 3 Buchstabe a.

**Zu Doppelbuchstabe bb**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zu Doppelbuchstabe cc**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zu Doppelbuchstabe dd**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zu Nummer 4 (§ 26a)**

**Zu Buchstabe a**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zu Buchstabe b**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zu Nummer 5 (§ 27d)**

**Zu Buchstabe a**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zu Buchstabe b**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zu Artikel 15 (Weitere Änderung des Bundesversorgungsgesetzes zum Jahr 2020)****Zu Nummer 1 (§ 26c)**

Bislang waren die besonderen Einkommensgrenzen für die voraussichtlich länger erforderliche Pflege in einer stationären Einrichtung, die häusliche Pflege von Pflegebedürftigen der Pflegegrade 2 und 3 sowie für Pflegegeld für Pflegebedürftige des Pflegegrades 4 in § 27d Absatz 5 Satz 1 Nummer 1 Buchstabe c und Nummer 2 Buchstabe b sowie § 27d Absatz 5 Satz 2 und 3 geregelt. Diese Regelungen wurden in § 26c Absatz 5 für entsprechend anwendbar erklärt. Mit der Neufassung von Absatz 5 werden diese Regelungen in § 26c aufgenommen. Eine inhaltliche Änderung ist hiermit nicht verbunden.

**Zu Nummer 2 (§ 27d)****Zu Buchstabe a**

Der neu gefasste Satz 1 stellt eine Folgeänderung zur Neuregelung der Eingliederungshilfe im SGB IX durch Artikel 1 dieses Gesetzes dar. Der übrige Inhalt des bisherigen Satzes 1 wird in den Sätzen 2 und 3 geregelt; damit ist keine inhaltliche Änderung verbunden. Zudem wird der Verweis auf den bisherigen § 92 Absatz 2 SGB XII gestrichen. Der Inhalt dieser Regelung wird durch den im neu gefassten Absatz 5 (siehe Nummer 2 Buchstabe b) enthaltenen Verweis auf Teil 2 Kapitel 9 des SGB IX, dort §§ 138 und 140, erfasst.

**Zu Buchstabe b**

Es handelt sich um Folgeänderungen zur Neuregelung der Eingliederungshilfe im SGB IX durch Artikel 1 dieses Gesetzes. Die bisherigen Regelungen zum Einsatz von Einkommen und Vermögen bei Leistungen der Eingliederungshilfe im BVG und der KFüV werden durch die in Teil 2 Kapitel 9 des SGB IX für die Eingliederungshilfe hierzu neu geschaffenen Vorschriften ersetzt. Davon ausgenommen sind die Härtevorschriften des § 25c Absatz 3. Die für den Einsatz von Einkommen und Vermögen in der Eingliederungshilfe erforderlichen Berechnungen werden vereinfacht und führen damit zu einer Entlastung der Verwaltung. Um der besonderen Lage der Beschädigten, ihrer Familienangehörigen und Hinterbliebenen im Recht der Sozialen Entschädigung nach dem BVG angemessene Rechnung zu tragen, werden zudem die Absetzbeträge des § 136 Absatz 2 SGB IX angehoben.

Die bisher in § 27d Absatz 5 Satz 1 Nummer 1 Buchstabe c und Nummer 2 Buchstabe b enthaltenen Regelungen sind durch Nummer 1 unmittelbar in § 26c aufgenommen worden. Bei der Festsetzung der Einkommensgrenze in den Fällen der Blindenhilfe nach § 72 SGB XII wird in dem neu gefassten Absatz 6 die bisherige inhaltliche Regelung aus § 27d Absatz 5 Satz 1 Nummer 2 Buchstabe a und Satz 2 und 3 beibehalten. Bei der Änderung des Satzes 3 handelt es sich um eine Folgeänderung zur Neufassung des Satzes 1. Der bisherige Absatz 6 entfällt.

Hinsichtlich der Neufassung des Absatzes 7 wird auf die Begründung zu Artikel 1 zu § 150 SGB IX Bezug genommen. Der bisherige Absatz 7 entfällt.

**Zu Artikel 16 (Änderung des Umsatzsteuergesetzes zum Jahr 2017)**

Die Einfügung des § 4 Nummer 15c UStG dient der zielgenauen Umsetzung des Artikels 132 Absatz 1 Buchstabe g der Richtlinie 2006/112/EG des Rates vom 28. November 2008 über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem (Mehrwertsteuersystemrichtlinie – MwStSystRL) im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung einschließlich der Alterssicherung der Landwirte, der gesetzlichen Unfallversicherung, der Kriegsopferversorgung und Kriegsopferfürsorge sowie der Jugendhilfe. Die Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben nach § 49 SGB IX sowie den spezifischen Leistungsgesetzen sind „eng mit der Sozialfürsorge und der sozialen Sicherheit verbundene Leistungen“ im Sinne des Artikels 132 Absatz 1 Buchstabe g MwStSystRL. Die Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben werden im SGB IX legal definiert. Mit diesen Leistungen werden soziale Zwecke verfolgt, weil damit Menschen mit Behinderungen langfristig der Zugang zum Berufsleben gesichert und Arbeitslosigkeit verhindert wird. Damit wird die Selbständigkeit und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen gesichert und das Selbstbewusstsein gestärkt.

Dementsprechend sollen durch die Neuregelung Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben gemäß § 49 SGB IX von der Umsatzsteuer befreit werden. Die Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben umfassen insbesondere:

- Hilfen zur Erhaltung oder Erlangung eines Arbeitsplatzes einschließlich Leistungen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung,

- eine Berufsvorbereitung einschließlich einer wegen der Behinderung erforderlichen Grundausbildung,
- die individuelle betriebliche Qualifizierung im Rahmen Unterstützter Beschäftigung,
- die berufliche Anpassung und Weiterbildung, auch soweit die Leistungen einen zur Teilhabe erforderlichen schulischen Abschluss einschließen,
- die berufliche Ausbildung, auch soweit die Leistungen in einem zeitlich nicht überwiegenden Abschnitt schulisch durchgeführt werden,
- die Förderung der Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit,
- sonstige Hilfen zur Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben, um den Menschen mit Behinderungen eine geeignete Beschäftigung oder eine selbständige Tätigkeit zu ermöglichen und zu erhalten.

Eng mit der Sozialfürsorge und der sozialen Sicherheit verbundene Leistungen sind insbesondere auch Leistungen für Unterkunft und Verpflegung, wenn sie im Zusammenhang mit den genannten Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben von der begünstigten Einrichtung erbracht werden.

Die Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben sind steuerfrei, wenn sie von juristischen Personen des öffentlichen Rechts oder von anderen Einrichtungen mit sozialem Charakter i. S. des Artikels 132 Absatz 1 Buchstabe g MwSt-SystRL erbracht werden. Andere Einrichtungen mit sozialem Charakter sind die in den §§ 36 und 51 SGB IX genannten Rehabilitationsdienste und -einrichtungen, mit denen Rehabilitationsträger Verträge nach § 38 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch abgeschlossen haben.

### **Zu Artikel 17 (Änderung des Umsatzsteuergesetzes zum Jahr 2018)**

#### **Zu Nummer 1**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des SGB IX.

#### **Zu Nummer 2**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des SGB IX.

#### **Zu Nummer 3a**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des SGB IX.

#### **Zu Nummer 3b**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des SGB IX.

#### **Zu Nummer 3c**

Folgeänderung zur Ausgliederung der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen aus dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch und deren Überführung in das Neunte Buch Sozialgesetzbuch.

#### **Zu Nummer 4**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des SGB IX.

### **Zu Artikel 18 (Änderungen weiterer Vorschriften in Zusammenhang mit Artikel 2)**

#### **Zur Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes**

##### **Zu Nummer 1 (§ 80)**

Mit der Änderung wird die Begrifflichkeit an die des SGB IX angepasst und ergänzend klargestellt, dass zu den allgemeinen Aufgaben des Betriebsrates auch die Förderung des Abschlusses von Inklusionsvereinbarungen nach § 83 SGB IX gehört.

##### **Zu Nummer 2 (§ 88)**

Die Ergänzung stellt klar, dass auch Maßnahmen zur Eingliederung schwerbehinderter Menschen Gegenstand einer freiwilligen Betriebsvereinbarung sein können.

**Zu Nummer 3 (§ 92)**

Durch die Ergänzung wird verdeutlicht, dass Gegenstand der Personalplanung auch Maßnahmen zur Eingliederung schwerbehinderter Menschen sind.

**Zur Änderung der Werkstättenverordnung**

Die Änderung definiert, als Folge der Änderung von § 139 SGB IX, die neu eingeführten Mitbestimmungsrechte der Werkstatträte sowie die Tätigkeit von Frauenbeauftragten in Werkstätten für behinderte Menschen als weitere fachliche Anforderungen an die Werkstatt.

**Zur Änderung der Schwerbehindertenausweisverordnung****Zu Nummer 1 (§ 1)**

Anpassung des Textes infolge des Ablaufs der Übergangsfrist für die Einführung des neuen Schwerbehindertenausweises.

**Zu Nummer 2a (§ 3)**

Folgeänderung zur Einfügung des neuen § 146 Absatz 3 SGB IX.

**Zu Nummer 2b (§ 3)**

Die Neuregelung sieht vor, dass im Schwerbehindertenausweis das Merkzeichen „TBl“ für „taubblind“ einzutragen ist, wenn bei einem schwerbehinderten Menschen wegen einer Störung der Hörfunktion ein Grad der Behinderung von mindestens 70 und wegen einer Störung des Sehvermögens ein Grad der Behinderung von 100 anerkannt ist.

Die Neuregelung geht auf Forderungen der Verbände behinderter Menschen zurück, für die durch diese außergewöhnlich schwerwiegende Behinderung eigener Art betroffenen Menschen ein eigenes Merkzeichen zu schaffen. Das Fachgutachten des gemeinsamen Fachausschusses hörschbehindert/taubblind wurde in die Überlegungen einbezogen.

Die Beeinträchtigungen der Teilhabe der vom Merkzeichen erfassten Personengruppe sind äußerst heterogen, so dass sich einheitliche konkrete Bedarfe nicht ermitteln lassen. Deswegen ist das Merkzeichen mit keinem konkreten bundesrechtlichen Nachteilsausgleich verbunden. Es kommt als Nachweis für die Rundfunkbeitragsbefreiung nach dem Rundfunkbeitragsstaatsvertrag in Betracht, sofern die für das Rundfunkwesen ausschließlich zuständigen Länder dies festlegen. Das Merkzeichen umfasst nicht automatisch die Nachteilsausgleiche für blinde und gehörlose Menschen wie zum Beispiel Landesblindengeld, Landesgehörlosengeld oder steuerliche Nachteilsausgleiche. Deshalb werden die Merkzeichen „Bl“ (blind) und „GL“ (gehörlos) bei Vorliegen der jeweiligen Voraussetzungen zusätzlich zum Merkzeichen „TBl“ in den Schwerbehindertenausweis eingetragen.

**Zur Änderung der Versorgungsmedizin-Verordnung****Zu Nummer 1 (§ 3)**

Der Ärztliche Sachverständigenbeirat Versorgungsmedizin berät das Bundesministerium für Arbeit und Soziales zu allen versorgungsärztlichen Angelegenheiten. Er bereitet insbesondere die Fortentwicklung der Versorgungsmedizinischen Grundsätze vor, die für die medizinische Bewertung des Grades der Behinderung, des Grades der Schädigungsfolgen im Sozialen Entschädigungsrecht, die Grundsätze der Bewertung von Behinderungen und Schädigungsfolgen sowie die Vergabe von Merkzeichen maßgebend sind. Im Beirat sollen künftig auch zwei sachkundige Personen mitberatend tätig sein, die von den Betroffenenverbänden benannt worden sind, also von Verbänden, die für Menschen mit Behinderungen oder im sozialen Entschädigungsrecht tätig sind. Die Formulierung lehnt sich an die Regelungen zum Gemeinsamen Bundesausschuss nach § 140f des Fünften Buches Sozialgesetzbuch an. Damit wird die wichtige Perspektive der Betroffenen und deren Sichtweise auf Teilhabebeeinträchtigungen besser berücksichtigt. Das Benennungsrecht liegt beim Deutschen Behindertenrat, dem es dann obliegt, die Interessen der verschiedenen Verbände zu bündeln. Dabei hat er im Bereich des Sozialen Entschädigungsrechts auch Verbände zu berücksichtigen, die nicht seine Mitglieder sind. Die Benennung erfolgt jeweils für eine Berungsperiode des Beirats, um Kontinuität in der Arbeit zu gewährleisten.

**Zu Nummer 2a (Anlage zu § 2)**

Anpassung des Inhaltsverzeichnisses.

**Zu Nummer 2b (Anlage zu § 2)**

Folgeänderung zur Neuregelung des Merkzeichens „aG“ (außergewöhnliche Gehbehinderung) in § 146 Absatz 3 SGB IX.

**Zu Artikel 19 (Weitere Änderungen zum Jahr 2018)****Zur Änderung des Gesetzes über die Alterssicherung der Landwirte**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zur Änderung des Behindertengleichstellungsgesetzes**

Redaktionelle Folgeänderungen aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zur Änderung des Berufsbildungsgesetzes****Zu Nummer 1 und 2**

Redaktionelle Folgeänderungen aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zur Änderung der Rechtsnormen des Tarifvertrags zur Regelung eines Mindestlohns für pädagogisches Personal**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zur weiteren Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes****Zu Nummern 1-3**

Redaktionelle Folgeänderungen aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zur Änderung des Arbeitsgerichtsgesetzes****Zu Nummer 1 – 4**

Redaktionelle Folgeänderungen aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zur Änderung des Sozialgerichtsgesetzes**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zur Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes****Zu Nummer 1 und 2**

Redaktionelle Folgeänderungen aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zur Änderung des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zur Änderung des Bundesanstalt Post-Gesetzes**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zur Änderung des Gesetzes über das Personal der Bundesagentur für Außenwirtschaft**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zur Änderung der Abgabenordnung**

Neufassung auf Grund der Neubenennung der Integrationsprojekte in „Inklusionsbetriebe“ und redaktionelle Änderung der Verweisung auf Grund der Neufassung des SGB IX. Folgeänderung im zweiten Halbsatz aufgrund der Änderung des § 132 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch, die entsprechend dem Beschluss des Deutschen Bundestages zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD „Integrationsbetriebe fördern – Neue Chancen

für schwerbehinderte Menschen auf dem ersten Arbeitsmarkt eröffnen“ (Bundestagsdrucksache 18/5377) vom 2. Juli 2015 erfolgt ist.

**Zur Änderung des Stromsteuergesetzes**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zur Änderung der Einkommensteuereinführungs-Verordnung**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zur Änderung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zur Änderung der Verordnung zur Kriegsopferfürsorge**

**Zu Nummer 1 (§ 2)**

**Zu Buchstabe a**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zu Buchstabe b**

**Zu Doppelbuchstabe aa**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zu Doppelbuchstabe bb**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zu Doppelbuchstabe cc**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zu Nummer 2 (§ 15)**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zu Nummer 3 (§ 25)**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zur Änderung der Werkstättenverordnung**

**Zu Nummer 1 (§ 1)**

Änderung der Verweisung in Folge der Verschiebung der Paragraphen im Schwerbehindertenrecht im Neunten Buch Sozialgesetzbuch.

**Zu Nummer 2 (§ 2)**

**Zu Buchstabe a**

Die Vorschrift bestimmt, dass eine Stellungnahme des Fachausschusses nicht erforderlich ist, soweit ein Teilhabeplanverfahren erfolgt. Dieses Verfahren ist in den §§ 19 bis 23 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch obligatorisch vorgesehen. In diesem Verfahren, zu dem als zusätzliches Verfahren der Bedarfsfeststellung auch eine Teilhabeplankonferenz gehören kann, an der auch der leistungsberechtigte Mensch mit Behinderungen teilnimmt, werden die Leistungen der jeweiligen Rehabilitationsträger unter Beteiligung des Menschen mit Behinderungen koordiniert. Wird in diesem Verfahren die Erforderlichkeit zur Aufnahme in eine Werkstatt für behinderte Menschen festgestellt und ein entsprechender Teilhabeplan erstellt, ist eine zusätzliche Beteiligung des Fachausschusses zur Abgabe einer Stellungnahme gegenüber dem jeweiligen zuständigen Rehabilitationsträger nicht mehr erforderlich.



**Zu Buchstabe b**

Änderung der Verweisung in Folge der neuen Einordnung der Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben in Teil 1 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch.

**Zu Nummer 3 (§ 3)**

Änderung der Verweisung in Folge der Verschiebung der Paragraphen im Schwerbehindertenrecht im Neunten Buch Sozialgesetzbuch.

**Zu Nummer 4 (§ 4)****Zu Buchstabe a**

Änderung der Verweisung in Folge der Verschiebung der Paragraphen im Schwerbehindertenrecht im Neunten Buch Sozialgesetzbuch.

**Zu Buchstabe b****Zu Doppelbuchstabe aa**

Folgeänderung der Umbenennung der Integrationsprojekte sowie Änderung der Verweisung in Folge der Verschiebung der Paragraphen im Schwerbehindertenrecht in Teil 3 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch.

**Zu Doppelbuchstabe bb**

Änderung der Verweisungen in Folge der neuen Einordnung der Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben in Teil 1 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch.

**Zu Nummer 5 (§ 8)**

Änderung der Verweisung in Folge der Verschiebung der Paragraphen im Schwerbehindertenrecht im Neunten Buch Sozialgesetzbuch.

**Zu Nummer 6 (§ 12)****Zu Buchstabe a**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zu Buchstabe b****Zu Doppelbuchstabe aa**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zu Doppelbuchstabe bb**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zu Buchstabe c**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zu Nummern 7 bis 10 (§§ 13, 14, 15 und 17)**

Redaktionelle Folgeänderungen aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zu Nummer 11 (§ 20)**

Aufhebung wegen Zeitablaufs. Die durch Artikel 1 Nummer 3 der 1. Verordnung zur Änderung der Werkstättenverordnung Schwerbehindertengesetz vom 14.12.1992 (BGBl. I S. 2013) für Werkstätten im Beitrittsgebiet eingeführte Vorschrift hat keine praktische Bedeutung mehr.

**Zur Änderung der Werkstätten-Mitwirkungsverordnung****Zu den Nummer 1 – 3**

Redaktionelle Folgeänderungen aufgrund der Neustrukturierung des SGB IX.

**Zur Änderung der Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung****Zu Nummer 1 (§ 14)**

Folge der Einführung des Budgets für Arbeit als Leistung zur Teilhabe am Arbeitsleben in Teil 1 des Neunten Buches. Die Integrationsämter erhalten die Möglichkeit, im Rahmen ihrer Zuständigkeit für die begleitenden Hilfen im Arbeits- und Berufsleben einen Teil der Aufwendungen für ein Budget für Arbeit zu übernehmen.

**Zu Nummern 2 und 3 (§§ 15 und 16)**

Redaktionelle Folgeänderungen aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zu Nummer 4 (§ 17)****Zu Buchstabe a**

Folgeänderung der Umbenennung der Integrationsprojekte in Teil 3 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch.

**Zu Buchstabe b**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zu Nummern 5 bis 8 (§§ 18, 26, 26a und 26b)**

Redaktionelle Folgeänderungen aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zu Nummer 9 (§ 27)**

Neufassung der Vorschrift in Folge der Zulassung anderer Leistungsanbieter als Alternativen zu anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen in Teil 1 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch. Die Menschen mit Behinderungen, die anstelle einer Beschäftigung in einer anerkannten Werkstatt für behinderte Menschen eine solche Beschäftigung bei einem anderen Leistungsanbieter im Sinne des § 60 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch ausgeübt haben, sollen ebenfalls zu der Personengruppe gehören, denen mit Hilfe der Leistungen bei außergewöhnlichen Belastungen eine Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt ermöglicht werden soll. Im Übrigen Anpassung der Verweisungen in Folge der Verschiebung des Schwerbehindertenrechts in Teil 3 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch.

**Zu Nummer 10 (§ 27a)**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zu Nummer 11 (§ 28a)**

Folgeänderung der Umbenennung der Integrationsprojekte in Teil 3 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch.

**Zu Nummern 12 bis 15 (§§ 29 bis 31 und 41)**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zu Nummer 16 (§ 46)**

Aufhebung der Absätze 1 und 2 wegen Zeitablaufs.

Folgeänderungen auf Grund der Umbenennung der Integrationsbetriebe in Inklusionsbetriebe sowie der Verschiebung des Schwerbehindertenrechts in Teil 3 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch.

**Zur Änderung der Schwerbehindertenausweisverordnung****Zu Nummern 1 und 2 (§§ 1 und 3)**

Redaktionelle Folgeänderungen aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zu Nummer 3 (§ 3a)****Zu Buchstabe a**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zu den Buchstaben b und c**

Mit dem Inkrafttreten des Zweiten Verkehrsteueränderungsgesetz vom 8. Juni 2015 (BGBl. I S. 901) ist die Kraftfahrzeugsteuerermäßigung nicht mehr von den für die Verwaltung der Kraftfahrzeugsteuer zuständigen Hauptzollämtern im Beiblatt zu vermerken. Das Verfahren wurde für die Antragsteller dadurch erleichtert, da Wege zu den Behörden nun entfallen. In Folge dieser Rechtsänderung ist Satz 2 aufzuheben.

**Zu Nummern 4 und 5 (§§ 6 und 7)**

Redaktionelle Folgeänderungen aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zur Änderung der Wahlordnung Schwerbehindertenvertretung****Zu Nummern 1 bis 4**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zur Änderung des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz**

Folgeänderung aus dem Wegfall der bisherigen §§ 22-25 SGB IX (gemeinsame Servicestellen).

**Zu Artikel 20 (Weitere Änderungen zum Jahr 2020)****Zur Änderung des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz**

Redaktionelle Folgeänderung aus der Neufassung des 10. Kapitels des SGB XII.

**Zur Änderung des Sozialgerichtsgesetzes****Zu Nummern 1 bis 4**

Folgeänderung zur Herauslösung der Eingliederungshilfe aus dem SGB XII und der Eingliederung dieses Rechts als neuen Teil 2 in das Neunte Buch Sozialgesetzbuch.

**Zur Änderung des Versicherungsvertragsgesetzes**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Herauslösung des Eingliederungshilferechts aus dem Zwölften Buch und Verortung in Teil 2 des Neunten Buches.

**Zur Änderung des Zweiten Gesetzes über die Krankenversicherung der Landwirte**

Es handelt sich um Folgeänderungen durch Herauslösung der Eingliederungshilfe aus dem SGB XII und Überführung in das SGB IX als Teil 2.

**Zur Änderung des Wohn- und Betreuungsvertragsgesetzes**

Das Gesetz zur Regelung von Verträgen über Wohnraum mit Pflege- und Betreuungsleistungen (Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz – WVBG) regelt Verträge über die Überlassung von Wohnraum zwischen Unternehmern und volljährigen Verbrauchern, wenn sich ein Unternehmen zur Überlassung von Wohnraum und zur Erbringung von Pflege- und Betreuungsdienstleistungen verpflichtet, die der Bewältigung eines durch Alter, Pflegebedürftigkeit oder Behinderung bedingten Hilfebedarfs dienen (§ 1 Absatz 1 Satz 1 WVBG). Es handelt sich bei dem WVBG deshalb um ein Verbraucherschutzgesetz.

Mit Inkrafttreten des neuen Eingliederungshilferechts in Teil 2 des SGB IX und der damit einhergehenden Trennung von Fachleistung (Eingliederungshilfe) und Lebensunterhalt (Drittes und Viertes Kapitel des SGB XII) wird für die als Bestandteil des notwendigen Lebensunterhalt zu berücksichtigenden Bedarfe für Unterkunft und Heizung in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Vierten Kapitel des SGB XII eine neue Wohnform eingeführt (§ 42b Absatz 2 Satz 1 Nr. 2 und Satz 3 SGB XII). Die Verträge über diese Wohnformen werden in der Regel dem WBVG ebenso unterfallen, wie dies bereits nach geltendem Recht für Verträge zur Überlassung von Wohnungen nach § 42b Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 und Satz 2 SGB XII gilt, wenn sich das überlassende Unternehmen zugleich zur Erbringung von Leistungen der Pflege- und Betreuungsdienstleistungen verpflichtet.

Durch die Einfügung von § 15 Absatz 3 WVBG wird die Spezialregelung für Wohn- und Betreuungsverträge zur Überlassung von Wohnraum zum Zwecke der Erbringung von Leistungen der Eingliederhilfe an die Einführung von Teil 2 des SGB IX angepasst.

### **Zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes**

Nach § 2 Absatz 1 des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) erhalten Leistungsberechtigte, die sich seit 15 Monaten ohne wesentliche Unterbrechung im Bundesgebiet aufhalten und die die Dauer ihres Aufenthalts nicht rechtsmissbräuchlich selbst beeinflusst haben, Leistungen entsprechend dem SGB XII (sogenannte „Analogleistungen“). § 2 Absatz 1 AsylbLG verweist auch auf § 23 SGB XII, der näher in Absatz 1 festlegt, unter welchen Voraussetzungen und in welchem Umfang Ausländer Sozialhilfe beziehen können. Nach geltender Rechtslage können Analogleistungsberechtigte hiernach auch Leistungen der Eingliederungshilfe nach dem sechsten Kapitel des SGB XII erhalten; die Erbringung dieser Leistungen liegt dabei gemäß § 2 Absatz 1 AsylbLG einzelfallbezogen im Ermessen der Behörde.

Durch die in Artikel 1 und 11 dieses Gesetzes vorgesehenen Änderungen wird die Eingliederungshilfe aus dem SGB XII herausgelöst und in den Zweiten Teil des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IX) überführt. Die Verweisung in § 2 Absatz 1 auf das SGB XII läuft somit zukünftig hinsichtlich der Leistungen der Eingliederungshilfe ins Leere. Da der neu gefasste § 100 Absatz 2 SGB IX Leistungsberechtigte nach dem AsylbLG zugleich von den Leistungen der Eingliederungshilfe ausschließt, hätte dies zur Folge, dass Analogleistungsberechtigten diese Leistungen zukünftig nicht mehr gewährt werden könnten.

Eine solche Verschlechterung der Rechtsposition von Analogleistungsberechtigten gegenüber dem geltenden Rechtszustand ist jedoch nicht beabsichtigt. Um zu verhindern, dass die Neuregelung des Eingliederungshilfe-rechts für diesen Personenkreis zu einer Leistungslücke im Bereich der Eingliederungshilfe führt, wird der Verweis auf den in Artikel 1 dieses Gesetzes neu gefassten Teil 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IX) erstreckt. Dadurch wird sichergestellt, dass Analogleistungsberechtigte über § 100 Absatz 1 SGB IX auch zukünftig – wie bisher – Zugang zu Ermessensleistungen der Eingliederungshilfe erhalten. Eine weitergehende Änderung gegenüber der geltenden Rechtslage beziehungsweise eine darüber hinausgehende leistungsrechtliche Privilegierung der Bezieher von Leistungen nach § 2 Absatz 1 AsylbLG ist hiermit nicht beabsichtigt.

### **Zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes**

Folgeänderung zur Ausgliederung der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen aus dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch und deren Überführung in das Neunte Buch Sozialgesetzbuch.

### **Zu Artikel 21 (Änderung der Eingliederungshilfe-Verordnung)**

Alle mit diesem Artikel vorgenommenen Änderungen (Nummern 1 bis 6) der Eingliederungs-Verordnung sind redaktionelle Folgeänderungen aufgrund der Neufassung des SGB IX. Die Verordnung tritt zum 31. Dezember 2019 außer Kraft. Ab dem 1. Januar 2020 gilt dann die neue Eingliederungshilfe-Verordnung nach § 98 SGB IX (siehe Artikel 19 dieses Gesetzes).

### **Zu Artikel 22 (Änderung der Werkstätten-Mitwirkungsverordnung)**

#### **Zu Nummer 1 (Inhaltsübersicht)**

Anpassung der Inhaltsübersicht.

#### **Zu Nummer 2 (§ 1)**

Der Anwendungsbereich der Verordnung umfasst künftig die Mitbestimmung und Mitwirkung der Werkstattbeschäftigten durch Werkstatträte und die Vertretung der weiblichen Werkstattbeschäftigten durch Frauenbeauftragte.

#### **Zu Nummer 3 (§ 3)**

Ein Werkstattrat besteht derzeit aus mindestens drei Mitgliedern, bei 200 bis 400 Wahlberechtigten aus fünf Mitgliedern und bei mehr als 400 Wahlberechtigten aus sieben Mitgliedern (§ 3 Absatz 1 WVO). Bei großen Werkstätten (Beispiel: Elbe-Werkstatt Hamburg mit rund 3.000 Beschäftigten) ist diese Regelung unzureichend, weil sich die Werkstatt dann in der Regel auch auf mehrere Betriebsstätten verteilt. Deswegen wird die Zahl der Mitglieder des Werkstatrates in größeren Einrichtungen angemessen erhöht. Alternativ ist die Einführung von

Zweigwerkstatträten in einzelnen Werkstattteilen diskutiert worden. Dieser Weg empfiehlt sich jedoch nicht. Zweigwerkstatträte und ein Gesamtwerkstattrat waren im Schwerbehindertengesetz noch vorgesehen. Sie sind 2001 mit dem SGB IX abgeschafft worden, weil eine unterschiedliche Meinungsbildung in den einzelnen Betriebsstätten die Stellung der Interessenvertreter der Werkstattbeschäftigten gegenüber der Werkstattleitung schwächen würde. Deshalb sollten die Interessen der Beschäftigten durch einen einzigen Werkstattrat gebündelt werden (vgl. Bericht der Bundesregierung über die Lage der Behinderten vom 16. Dezember 2004/Bundestagsdrucksache 15/4575 S. 115). Die Wiedereinführung von Zweigwerkstatträten würde die erreichte Interessenbündelung wieder rückgängig machen und zudem zu einem erheblichen organisatorischen Mehraufwand führen. Zweigwerkstatträte erscheinen auch nicht mehr vordringlich, wenn die Zahl der Werkstatratsmitglieder erhöht wird. Denn dann steigt auch die Chance von Beschäftigten in Zweigwerkstätten, gewählt zu werden und die Interessen ihrer dortigen Kolleginnen und Kollegen zu vertreten.

#### **Zu Nummer 4 (§ 5)**

Künftig wird zwischen Mitwirkung und Mitbestimmung unterschieden. Die aus der Sicht der Werkstatträte besonders wichtigen Bereiche werden zum Gegenstand einer Mitbestimmung gemacht. Im Wesentlichen sind dies Arbeitszeit, Arbeitsentgelte, technische Einrichtungen, Weiterbildung, Verpflegung, Gestaltung von Sanitär- und Aufenthaltsräumen, soziale Aktivitäten der Werkstattbeschäftigten (Absatz 2). Die in der Mitwirkung verbleibenden Bereiche sind in Absatz 1 zusammengefasst. Die Gegenstände, die insgesamt der Mitbestimmung und der Mitwirkung unterliegen, sind im Wesentlichen unverändert. Neu ist, dass die für die Lohnhöhe maßgeblichen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse auch in leichter Sprache darzulegen sind (Absatz 1 Nummer 1). Neu ist auch ein Mitwirkungsrecht bei Umsetzung auf einen anderen Arbeitsplatz (Absatz 1 Nummer 5).

Absatz 3 (Unterrichtungs- und Anhörungsrecht, Anrufung der Vermittlungsstelle) bleibt inhaltlich unverändert.

Nach Absatz 4 verbleibt es für die Mitwirkung beim geltenden Recht, d. h. die Vermittlungsstelle macht einen Einigungsvorschlag, und die Werkstatt entscheidet unter Berücksichtigung dieses Vorschlages endgültig. Sie ist dabei – wie bisher – nicht verpflichtet, den Einigungsvorschlag zu übernehmen.

Bei der Mitbestimmung (Absatz 5) erhält die Vermittlungsstelle eine stärkere Position. In diesen Fällen entscheidet die Vermittlungsstelle wie im Betriebsverfassungsrecht endgültig. In Angelegenheiten, die nur einheitlich für Werkstattbeschäftigte und das Anleitungs- und Betreuungspersonal geregelt werden können und die Gegenstand einer Betriebsvereinbarung sind oder sein sollen, haben Betriebsrat und Werkstattrat unverändert auf eine einvernehmliche Regelung hinzuwirken (Absatz 6 Satz 1).

Absatz 6 Satz 2 entspricht den heutigen Absätzen 2 und 4. Er ermöglicht damit weitergehende, in einer Vielzahl von Werkstätten in der Vergangenheit bereits praktizierte, einvernehmliche Formen der Beteiligung in Mitwirkungsangelegenheiten, so bei Festen, Feiern, Dienstjubiläen und Freizeitveranstaltungen.

#### **Zu Nummer 5a (§ 6)**

Absatz 2 regelt das allgemeine Verfahren der Vermittlungsstelle. Mit dem neuen Satz 1 wird klargestellt, dass die Vermittlungsstelle wie auch die Einigungsstelle nach dem Betriebsverfassungsgesetz unverzüglich, also ohne schuldhaftes Zögern tätig werden muss. Die 12-Tage-Frist für die Mitwirkung wird in Absatz 3 wieder aufgegriffen.

#### **Zu Nummer 5b (§ 6)**

Absatz 3 wird redaktionell so angepasst, dass er auch die neu eingeführte Mitbestimmung berücksichtigt.

#### **Zu Nummer 6 (§ 13)**

Nach § 13 bestellt der Werkstattrat für die nächste Wahl einen Wahlvorstand. Durch die Einfügung wird sichergestellt, dass einem so bestellten Wahlvorstand immer auch eine Frau angehört.

#### **Zu Nummer 7 (§ 32)**

Die Einfügung stellt sicher, dass zu den Sitzungen des Werkstatrats auch die Frauenbeauftragte rechtzeitig unter Mitteilung der Tagesordnung eingeladen wird.

**Zu Nummer 8a (§ 37)**

Der Erhöhung der Zahl der Mitglieder des Werkstattrats in größeren Werkstätten auf bis zu 13 Mitglieder folgend hat durch die Ergänzung des Satzes 3 nun neben der oder dem Vorsitzenden auch die Person, die sie oder ihn vertritt, Anspruch auf Freistellung von der Tätigkeit. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, dass in größeren Werkstätten, die in der Regel mehrere Betriebsstätten haben, die wahrzunehmenden Aufgaben so umfangreich sein, dass die oder der Vorsitzende Unterstützung durch ein weiteres freigestelltes Mitglied des Werkstattrats benötigt.

**Zu Nummer 8b (§ 37)**

Der Anspruch auf Freistellung zur Teilnahme an Schulungs- und Bildungsveranstaltungen wird von zehn auf 15 Tage je Amtszeit erhöht. Dies entspricht der Regelung in § 37 Absatz 7 Satz 1 Betriebsverfassungsgesetz für die Mitglieder des Betriebsrats.

**Zu Nummer 9a (§ 39)**

Der neue Satz 2 regelt, dass neben den Kosten für die Teilnahme an Schulungs- und Bildungsveranstaltungen nach § 37 Absatz 4 auch die Kosten von der Werkstatt zu tragen sind, die durch die Interessenvertretung der Werkstatträte auf Bundes- und Landesebene entstehen. Die durch die Erfüllung dieser Aufgabe entstehenden Kosten werden den Werkstätten im Rahmen der Vergütungen nach § 58 Absatz 3 Satz 2 Nummer 1 SGB IX ersetzt.

**Zu Nummer 9b (§ 39)**

Die Streichung ermöglicht dem Werkstattrat, auch auf eine Vertrauensperson zurückzugreifen, die nicht in der Werkstatt für behinderte Menschen beschäftigt ist, sondern von außen kommt. In der Vergangenheit hatten Werkstatträte darüber geklagt, dass Vertrauenspersonen, die aus dem Fachpersonal der Einrichtung stammen, von der Werkstatteleitung abhängig seien und bei der Wahrnehmung dieser Aufgabe von der Werkstatteleistung beeinflusst werden könnten. Die Möglichkeit, eine Vertrauensperson aus dem Fachpersonal der Werkstatt zu wählen, bleibt aber bestehen.

**Zu Nummer 10 (Abschnitt 4a)**

Abschnitt 4a regelt die Frauenbeauftragten und ihre Stellvertreterinnen näher, die durch den neuen § 139 Absatz 5 SGB IX in den Werkstätten für behinderte Menschen eingeführt worden sind.

**Zu § 39a (Aufgaben und Rechtsstellung)**

Die Frauenbeauftragten sollen den in den Werkstätten beschäftigten behinderten Frauen als Ansprechpartnerinnen zur Verfügung stehen und ihre Interessen gegenüber der Werkstatteleitung vertreten. Zu diesem Zweck sollen Werkstatteleitung und Frauenbeauftragte in der Regel einmal im Monat zu einem Gespräch zusammen kommen (§ 39a Absatz 1).

Wesentlicher Anknüpfungspunkt der Frauenbeauftragten sind die Gleichstellung von Männern und Frauen, die Vereinbarkeit von Familie und Beschäftigung und der Schutz vor körperlicher, sexueller und psychischer Gewalt. Über Maßnahmen der Werkstatteleitung, die in diesen Bereichen Auswirkungen haben können, ist die Frauenbeauftragte deshalb rechtzeitig, umfassend und in angemessener Weise zu unterrichten (§ 39a Absatz 2). Dies entspricht den Unterrichtsrechten des Werkstattrates in § 5 Absatz 3. Zur Schaffung einer niedrigschwelligen Einigungsmöglichkeit ist dem Klagewege die Möglichkeit der Anrufung der Vermittlungsstelle zur Erarbeitung eines Einigungsvorschlages vorangestellt. Darüber hinaus ist der Rechtsweg zu den Arbeitsgerichten gegeben. Die Arbeitsgerichte sind in den Angelegenheiten der Mitwirkung und nunmehr auch der Mitwirkung der Frauenbeauftragten nach § 139 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch zuständig (§ 2a Absatz 1 Nummer 3a Arbeitsgerichtsgesetz).

Um die Belange der behinderten Frauen auch gegenüber dem Werkstattrat und allen Werkstattbeschäftigten deutlich machen zu können, kann die Frauenbeauftragte an den Sitzungen des Werkstattrates und an den Werkstattversammlungen teilnehmen und hat auch das Recht, dort zu sprechen (§ 39a Absatz 3).

Gemäß § 39a Absatz 4 Satz 1 vertreten die Stellvertreterinnen die Frauenbeauftragte im Verhinderungsfall. Zudem kann nach Satz 2 die Frauenbeauftragte ihre Vertreterinnen nach dem Vorbild der Schwerbehindertenvertretung zu bestimmten Aufgaben heranziehen. Insbesondere können die Stellvertreterinnen in den jeweiligen Betriebsstätten die Aufgaben der Frauenbeauftragten vor Ort übernehmen.

Nach § 39a Absatz 5 sind die Frauenbeauftragte und ihre Stellvertreterinnen von ihrer Tätigkeit ohne Minderung des Arbeitsentgeltes zu befreien, wenn und soweit es zur Durchführung ihrer Aufgaben erforderlich ist. In Werkstätten mit mindestens 200 weiblichen Wahlberechtigten ist die Frauenbeauftragte auf Wunsch von der Tätigkeit freizustellen, in Werkstätten mit mehr als 700 weiblichen Wahlberechtigten auch die erste Stellvertreterin.

Freistellung bedeutet, dass die Frauenbeauftragten und ihre Stellvertreterinnen von der regulären Arbeitsleistung befreit sind, um sich ihrem Ehrenamt widmen zu können. In den Werkstätten gibt es neben der Beschäftigung Maßnahmen zur Erhaltung und Erhöhung der Leistungsfähigkeit und zur Weiterentwicklung der Persönlichkeit. Die Freistellung darf nicht dazu führen, dass die Frauenbeauftragten an solchen Maßnahmen nicht mehr teilnehmen können. Dies stellt § 39a Absatz 5 Satz 4 ausdrücklich klar.

Im Übrigen gelten für die persönlichen Rechte und Pflichten der Frauenbeauftragten und ihrer Stellvertreterinnen die für die Werkstatträte geltenden Vorschriften des § 37 entsprechend. Das heißt insbesondere, dass Frauenbeauftragte und ihre Stellvertreterinnen ihr Amt unentgeltlich als Ehrenamt führen und, dass sie in der Ausübung ihres Amtes nicht behindert oder wegen ihres Amtes nicht benachteiligt oder begünstigt werden dürfen. Für erforderliche Schulungs- und Bildungsveranstaltungen besteht pro Amtszeit ein Freistellungsanspruch von 15 Tagen, bei erstmaliger Amtsführung von 20 Tagen. Bei Streitigkeiten in Angelegenheiten der Befreiung von der Werkstatttätigkeit und der Teilnahme an Schulungs- und Bildungsveranstaltungen kann die Vermittlungsstelle angerufen werden. Über in Ausübung des Amtes bekannt gewordene Tatsachen ist Stillschweigen zu bewahren.

Nach § 39a Absatz 5 in Verbindung mit § 38 kann die Frauenbeauftragte Sprechstunden einrichten. Der Besuch dieser Sprechstunden berechtigt die Werkstatt nicht zur Minderung des Arbeitsentgeltes der Werkstattbeschäftigten.

Nach § 39a Absatz 5 in Verbindung mit § 39 trägt die Werkstatt die durch die Tätigkeit der Frauenbeauftragten und ihrer Stellvertreterinnen entstehenden notwendigen Kosten. Dazu gehört auch der Aufwand für die Fortzahlung des Arbeitsentgeltes während der Arbeitsbefreiung und für Fortbildungsveranstaltungen. Da die Mitwirkung durch Frauenbeauftragte zu den von der Werkstatt zu erfüllenden fachlichen Anforderungen gehört (§ 139 Absatz 5 SGB IX, § 14 WVO), hat der Rehabilitationsträger diese Kosten zu übernehmen (§ 58 Absatz 3 Satz 2 Nummer 1 SGB IX). Das Arbeitsergebnis der Werkstatt darf zur Minderung dieser Kosten nicht in Anspruch genommen werden (§ 58 Absatz 4 letzter Satz SGB IX). Weiterhin sind für die Sprechstunden und die laufende Geschäftstätigkeit in erforderlichem Umfang Räume, sächliche Mittel und eine Bürokraft zur Verfügung zu stellen. Je nach Größe der Werkstatt wird es ausreichen, wenn der Frauenbeauftragten eine Bürokraft auf Anforderung, sei es stundenweise oder für bestimmte Tage, zur Verfügung gestellt wird. Schließlich ist der Frauenbeauftragten auf Wunsch eine Person ihres Vertrauens an die Seite zu stellen, die sie bei ihrer Tätigkeit unterstützt (Unterstützerin). Die Frauenbeauftragte kann auch eine Unterstützerin von außerhalb der Werkstatt wählen.

Die Unterstützerinnen befähigen die Frauenbeauftragten, ihre anspruchsvolle Aufgabe im Sinne der weiblichen Beschäftigten mit Behinderungen wahrzunehmen. Sie sollen schon im Vorfeld Überlastungen und Überforderungen der Frauenbeauftragten vorbeugen, indem sie gemeinsam mit den Frauenbeauftragten schwierige Beratungssituation reflektieren und dabei unterstützen, mögliche Lösungswege und Ansprechpersonen zu finden.

Die Unterstützungsleistung richtet sich dabei immer nach den Bedürfnissen und Wünschen der Frauenbeauftragten und kann eine große Bandbreite haben.

Die Stellvertreterin vertritt die Frauenbeauftragte im Verhinderungsfall. Auch sie darf nicht in der Ausübung ihres Amtes behindert oder wegen dieser Tätigkeit benachteiligt oder begünstigt werden. Die Frauenbeauftragte kann ihre Vertreterin nach dem Vorbild der Schwerbehindertenvertretung zu bestimmten Aufgaben heranziehen. Soweit sie in dieser Funktion tätig wird, ist sie ohne Minderung des Arbeitsentgeltes von der Arbeitsleistung zu befreien. Ab 700 wahlberechtigten Frauen ist auch die Stellvertreterin auf Wunsch von ihrer Tätigkeit freizustellen (§ 39a Absatz 5 in Verbindung mit § 37)).

**Zu § 39b (Wahlen und Amtszeit)**

Nach § 39b Absatz 1 sollen die Wahlen der Frauenbeauftragten zusammen mit den Wahlen der Werkstatträte stattfinden, also regelmäßig alle vier Jahre (§ 12). Das hat den Vorteil, dass Werkstattrat und Frauenbeauftragte dann dieselbe Amtszeit haben, in der sie zusammen arbeiten können. Darüber hinaus sprechen auch praktische Gründe dafür, die Wahlen gleichzeitig stattfinden zu lassen. Wahlberechtigung und Wählbarkeit sind wie beim Werkstattrat geregelt. Berechtigt, eine Frauenbeauftragte zu wählen, sind also alle in der Werkstatt beschäftigten behinderten Frauen, die keine Arbeitnehmerinnen sind (§ 10). Wählbar sind alle wahlberechtigten Frauen, die am Wahltag seit mindestens sechs Monaten in der Werkstatt beschäftigt sind. Dabei werden Zeiten des Eingangsverfahrens und der Teilnahme an Maßnahmen im Berufsbildungsbereich angerechnet (§ 11).

Nach § 39b Absatz 2 folgen die Vorbereitung und die Durchführung der Wahl grundsätzlich denselben Regeln wie die Wahl zum Werkstattrat. Der Wahlvorstand für die Werkstattratswahl soll auch die Wahl der Frauenbeauftragten vorbereiten und durchführen. Dies ist bei gleichzeitiger Wahl sinnvoll. Es ist auch deswegen angemessen, weil der neue § 13 Absatz 1 Satz 2 sicherstellt, dass dem vom Werkstattrat bestellten Wahlvorstand in jedem Fall auch eine Frau angehören muss. Trotzdem ist es nicht ausgeschlossen, dass die wahlberechtigten Frauen in einer eigenen Versammlung ihren eigenen Wahlvorstand wählen, wenn sie dies für angebracht halten. Unabhängig davon gelten für Vorbereitung und Durchführung der Wahl die §§ 14 bis 28, die auch für die Wahl des Werkstatrates gelten.

§ 39b Absatz 3 regelt die Amtszeit der Frauenbeauftragten. Wie die Amtszeit des Werkstatrates beträgt sie in der Regel vier Jahre (§ 29). Die Regelungen zum Erlöschen des Amtes und zum Nachrücken lehnen sich an die Regelungen für den Werkstattrat an (vgl. § 30). Wenn die Ämter der Frauenbeauftragten und der Stellvertreterin aus der Vorschlagsliste nicht mehr besetzt werden können, findet für beide Positionen eine außerplanmäßige Wahl statt.

**Zu § 39c (Vorzeitiges Ausscheiden)**

§ 39c regelt das Verfahren bei vorzeitigem Ausscheiden der Frauenbeauftragten und der Stellvertreterinnen und ist angelehnt an die für die Werkstatträte geltenden Regelungen der §§ 30 und 12 Absatz 2.

**Zu Artikel 23 (Änderung der Frühförderungsverordnung)****Zu Nummer 1**

Dies ist eine Folgeänderung aufgrund der Neustrukturierung im SGB IX.

**Zu Nummer 2a**

Dies ist eine Folgeänderung zu § 6a (siehe Nummer 7) wegen der dort aufgelisteten weiteren Leistungen.

**Zu Nummer 2b**

Dies ist eine Folgeänderung zu § 46 Absatz 2 SGB IX, in welchem nach Landesrecht zugelassene Einrichtungen mit vergleichbarem interdisziplinären Förder-, Behandlungs- und Beratungsspektrum als mögliche Leistungserbringer ergänzt wurden.

**Zu Nummer 2c**

Der Abschluss verbindlicher Landesrahmenvereinbarungen wird in § 46 Absatz 4 und 6 SGB IX geregelt. Eine entsprechende Regelung in der FrühV erübrigt sich somit (Folgeänderung).

**Zu Nummer 3a**

Dies ist eine Folgeänderung zu § 46 Absatz 1 SGB IX (siehe Nummer 2b).

**Zu Nummer 3b**

Dies ist eine Folgeänderung zu § 46 Absatz 2 SGB IX (siehe Nummer 2b und 3a).

**Zu Nummer 4a**

Dies ist eine Folgeänderung zu § 46 Absatz 2 SGB IX (siehe Nummer 2b, 3a und 3b).



**Zu Nummer 4b**

Es soll hiermit sichergestellt werden, dass auch durch die sozialpädiatrischen Zentren Leistungen zur Früherkennung und Frühförderung in mobiler Form erbracht werden können, wenn es der Einzelfall erfordert.

**Zu Nummer 5a**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zu Nummer 5b**

Dem Umstand, dass es hier um medizinisch-therapeutische Leistungen im Konzept der interdisziplinären Frühförderung geht, wird die Verwendung des Begriffs „Heilmittel“ nicht gerecht. In der Regel besteht für die therapeutischen Leistungen wegen der umfassenden Einbeziehung der Familie, der Bearbeitung komplexer Sachverhalte, der indirekten Leistungsanteile durch umfangreichere Dokumentation und Teamarbeit, der aufsuchenden Arbeit in der Familie mit besonderen Behandlungsbedingungen sowie ggf. der Beschäftigung mit der Hilfsmittelversorgung ein erhöhter Zeitbedarf.

Vor diesem Hintergrund bildet der in der FrühV verwendete, leistungsrechtlich bereits anderweitig besetzte Begriff „Heilmittel“ die Leistung im Rahmen der interdisziplinären Frühförderung nicht hinreichend ab.

Im Rahmen der Novellierung der Heilmittel-Richtlinie Ende 2003 wurde darin (Ziffer 16.3) festgelegt, dass „Heilmittel nicht anstelle von therapeutischen Leistungen verordnet werden dürfen, wenn diese im Rahmen der Frühförderung nach § 46 SGB IX in Verbindung mit der FrühV vom 24.06.2003 und Verträgen mit der Frühförderstelle von dieser als therapeutische Leistungen zu erbringen sind“. Medizinisch-therapeutische Leistungen durch die Frühförderstellen fallen nicht unter die Heilmittel-Richtlinie und können demnach nicht über das Heilmittelbudget abgerechnet werden. Das heißt: „Heilmittel“ und „medizinisch-therapeutische Leistungen“ sind nicht gleichbedeutend. Trotz erfolgter Erläuterung auch im Gemeinsamen Rundschreiben BMAS/BMG zeigen sich in der Praxis Schwierigkeiten in inhaltlicher und finanzieller Hinsicht. Eine Klarstellung, dass die Heilmittel-Richtlinie in Bezug auf die Erbringung von Frühförderleistungen keine Anwendung findet, ist daher erforderlich.

**Zu Nummer 6**

Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des SGB IX.

**Zu Nummer 7**

Hiermit wird der Forderung Rechnung getragen, wonach die Inhalte des gemeinsamen Rundschreibens BMAS/BMG vom 24.06.2009 rechtsverbindlich festgeschrieben werden sollen. Der mit den Leistungen nach Nummer 1 bis 4 verbundene notwendige zusätzliche Aufwand ist bei der Vereinbarung von Vergütungssätzen angemessen zu berücksichtigen.

Die medizinisch-therapeutischen Leistungen umfassen auch Leistungen zur Beratung, Unterstützung und Begleitung der Erziehungsberechtigten nach § 5 Absatz 2 FrühV. Für die Beratung der Erziehungsberechtigten im Rahmen heilpädagogischer Leistungen gilt gem. § 6 zweiter Halbsatz FrühV § 5 Absatz 2 FrühV entsprechend. Die Beratungs- und Unterstützungsleistungen nach §§ 5 Absatz 2, 6 FrühV sind somit notwendiger Teil der Komplexleistung Frühförderung. Die Beratung bzw. Mitarbeit der Erziehungsberechtigten nach §§ 5 Absatz 2, 6 FrühV ist von besonderer Bedeutung, gerade in den ersten Lebensjahren des Kindes.

Eltern, die ein Entwicklungsrisiko bei ihrem Kind vermuten, sollten Zugang zu einem offenen niedrigschwelligen Beratungsangebot haben. Dieses Beratungsangebot sollte vor der Einleitung einer Eingangsdiagnostik in Anspruch genommen werden können. Ein offenes und niedrigschwelliges Beratungsangebot dient einerseits der Prävention und Früherkennung und verhindert andererseits unnötige diagnostische und therapeutische Maßnahmen. Die Vergütung eines offenen niedrigschwelligen Beratungsangebots stellt sicher, dass dieses unabhängig davon erbracht wird, ob ein Bedarf an Leistungen zur Früherkennung und Frühförderung überhaupt festgestellt wird und wenn der Bedarf besteht, die Leistung(en) einzeln oder als Komplexleistung zu erbringen sind. Hierdurch werden Fehlanreize seitens der Leistungserbringer verhindert. Niedrigschwellige Beratungsangebote bieten die Möglichkeit eines möglichst frühzeitigen Zugangs zu den erforderlichen Leistungen im Sinne der UN-BRK (Artikel 26 Absatz 1, siehe Buchstabe a).

Als interdisziplinäre Leistung beinhaltet die Komplexleistung Frühförderung auch den Austausch der beteiligten Fachrichtungen in Form von Teambesprechungen, die Dokumentation von Daten und Befunden, die Abstimmung und den Austausch mit anderen, das Kind betreuenden Institutionen und gegebenenfalls Fortbildung und Supervision. Diese zusätzlichen Leistungen sichern den Austausch der beteiligten Fachrichtungen und damit den interdisziplinären Charakter der Komplexleistung Frühförderung.

Die Komplexleistung Frühförderung ist grundsätzlich auch in Form mobil aufsuchender Hilfen, d. h. außerhalb von interdisziplinären Frühförderstellen, nach Landesrecht zugelassenen Einrichtungen mit vergleichbarem interdisziplinären Förder-, Behandlungs- und Beratungsspektrum und sozialpädiatrischen Zentren zu erbringen. Dies gilt sowohl in Bezug auf die heilpädagogischen, als auch in Bezug auf die medizinisch-therapeutischen Leistungen; vgl. § 3 Satz 2 und § 4 Satz 3 FrühV. Für die mobile Form der Frühförderung kann es sowohl fachliche als auch organisatorische Gründe geben, etwa unzumutbare Anfahrtswege in ländlichen Gegenden. Eine medizinische Indikation ist somit nicht die alleinige Voraussetzung für die mobile Erbringung der Komplexleistung Frühförderung.

#### **Zu Nummer 8a**

Die Zusammenstellung des Förder- und Behandlungsplans ist ohne nachteilige Folgen für die Beteiligten auch elektronisch möglich. Die gesetzliche Änderung wird den veränderten Rahmenbedingungen von zunehmend digitalisierten Arbeitsabläufen gerecht und folgt dem Programm der Bundesregierung „Digitale Verwaltung 2020“.

#### **Zu Nummer 8b**

Nicht alle Leistungen zur Früherkennung und Frühförderung sind zwingend als Komplexleistung zu erbringen. Durch entsprechende Benennung der Einzelleistungen und Begründung der Notwendigkeit der Leistungserbringung in interdisziplinärer Form soll sichergestellt werden, dass nicht jede Frühförderleistung als Komplexleistung erbracht wird, wenn die Notwendigkeit hierfür nicht besteht.

#### **Zu Nummer 8c**

Folgeänderung zu Nummer b.

#### **Zu Nummer 9a**

Dies ist eine Folgeänderung zu § 46 Absatz 1 SGB IX (siehe Nummern 2b, 3a, 3b, 4a, 7 und 8a).

#### **Zu Nummer 9b**

Dies ist eine Folgeänderung zu § 46 Absatz 2 SGB IX (siehe Nummern 2b, 3a, 3b, 4a, 7, 8a und 9a).

#### **Zu Nummer 10**

Es handelt sich um eine Folgeänderung zu § 46 Absatz 5 SGB IX, welcher die Übernahme oder Teilung der Kosten zwischen den beteiligten Rehabilitationsträgern regelt. Damit erübrigt sich eine Regelung hierzu in der FrühV.

#### **Zu Artikel 24 (Änderung der Aufwendungserstattungs-Verordnung)**

##### **Zu Nummern 1 bis 3**

Folgeänderungen aus der Erweiterung der Verordnungsermächtigung in § 180 des Sechsten Buches aufgrund der Zulassung anderer Leistungsanbieter als Alternativen zu Werkstätten für behinderte Menschen im Neunten Buch Sozialgesetzbuch sowie sprachliche Anpassung an die Umbenennung der Integrationsprojekte in Inklusionsbetriebe in Teil 3 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch.

#### **Zu Artikel 25 (Bekanntmachungserlaubnis und Umsetzungsunterstützung)**

Aufgrund der Aufhebung des Sechsten Kapitels des SGB XII als Folge der Verschiebung der Vorschriften für die Eingliederungshilfe in Teil 2 des SGB IX und der sich in den verbleibenden Kapiteln ergebenden umfangreichen Änderungen sowie der Einfügung des Siebzehnten und Achtzehnten Kapitels mit bis zum 31. Dezember 2019 befristeten Übergangsregelungen im SGB XII nach Absatz 1 wird für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales die Möglichkeit geschaffen, das SGB XII in der ab 1. Januar 2020 geltenden Fassung neu bekannt zu machen.

Der Bundesgesetzgeber muss nachhalten und beurteilen können, ob die mit dem Bundesteilhabegesetz verbundenen gesetzgeberischen Ziele trotz anspruchsvoller Sach- und Rechtsfragen und der Ausführung des Rechts durch die Länder zielgenau erreicht werden. Nach Absatz 2 wird das Bundesministerium für Arbeit und Soziales deshalb ermächtigt, im Einvernehmen mit den Ländern eine Untersuchung zur Implementation der reformierten Eingliederungshilfe durchzuführen. Mit den Erkenntnissen dieser Untersuchung soll der Gesetzgeber Hinweise auf etwaige Veränderungsbedarfe erhalten. Mit der Untersuchung soll insbesondere festgestellt werden, ob die wesentlichen Ziele der Reform der Eingliederungshilfe – Verbesserung der Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen und Bremsen der Ausgabendynamik – erreicht werden. Die Erkenntnisse der Untersuchung sollen mit den Erkenntnissen der Evidenzbeobachtung verknüpft werden, mit welcher die Länder ab dem Inkrafttreten des SGB IX, Teil 2 im Jahr 2020 beginnen.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales wird darüber hinaus ermächtigt, im Einvernehmen mit den Ländern die Einführung der reformierten Eingliederungshilfe zu begleiten. Dies kann z. B. regelmäßige Erfahrungsaustausche, die Einführung eines Internetportals oder die Veröffentlichung und Erstellung von gemeinsamen bundesweiten Handlungsempfehlungen für die Praxis umfassen. Hiermit wird auch der Tatsache Rechnung getragen, dass die Gemeinsamen Empfehlungen der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation nach dem SGB IX nicht für die Eingliederungshilfe verbindlich gelten und in der Einführungsphase gleichwohl von den Trägern der Eingliederungshilfe das Bedürfnis nach gemeinsamen bundesweiten Empfehlungen (z. B. Best Practice) an das Bundesministerium für Arbeit und Soziales herangetragen werden kann. Die Verwaltungskompetenz der Länder für die Durchführung der Eingliederungshilfe bleibt hiervon unberührt.

Mit der Untersuchung und der Unterstützung der Implementation kann bereits im Jahr 2017 begonnen werden, um möglichst frühzeitig Erkenntnisse für die erforderliche Vergleichsbetrachtung bei der Umsetzung von altem Recht und neuem Recht zu gewinnen. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales kann im Benehmen mit den Ländern Dritte mit der Untersuchung und der Umsetzungsunterstützung beauftragen.

#### **Zu Artikel 26 (Inkrafttreten, Außerkrafttreten)**

Absatz 1 regelt das grundsätzliche Inkrafttreten der mit dem Bundesteilhabegesetz verbundenen Reform zum 1. Januar 2018 durch Einführung eines neuen SGB IX-Stammgesetzes. Auch zum 1. Januar 2018 wird das neue Vertragsrecht der Eingliederungshilfe im SGB IX Teil 2 verortet, um bereits im Vorfeld des Inkrafttretens von Artikel 1 Teil 2 Regelungen auf vertraglicher Basis mit Wirkung zum 1. Januar 2020 treffen zu können. § 140 SGB XII (Artikel 11 Nummer 6) enthält die korrespondierende Übergangsregelung, nach der die Leistungen der Eingliederungshilfe bis zum 31. Dezember 2019 auf der Basis des geltenden Vertragsrechtes zu erbringen sind.

Nach Absatz 2 werden die Änderungen im Schwerbehindertenrecht in Artikel 2 sowie die Folgeänderungen in den Artikeln 18 und 22 auf den frühestmöglichen Zeitpunkt nach Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens, also auf den Tag nach Verkündung des Bundesteilhabegesetzes vorgezogen. Auch mit der Untersuchung und der Unterstützung des Implementierungsprozesses für die Reform der Eingliederungshilfe soll bereits im Jahr 2017 begonnen werden, um möglichst frühzeitig Erkenntnisse für die erforderliche Vergleichsbetrachtung bei der Umsetzung von altem und neuem Recht zu gewinnen.

Nach Absatz 3 tritt der erste Reformschritt für spürbare Verbesserungen bei der Einkommens- und Vermögensanrechnung in der Eingliederungshilfe innerhalb des Fürsorgesystems des SGB XII bereits zum 1. Januar 2017 in Kraft. Die Übergangszeit bis zum 1. Januar 2020 für die übrigen Rechtsänderungen im SGB XII trägt den notwendigen Umstellungsprozessen für die neue Personenzentrierung der Leistungen in der Eingliederungshilfe Rechnung.

Nach Absatz 4 tritt der zweite Reformschritt für spürbare Verbesserungen bei der Einkommens- und Vermögensanrechnung in der Eingliederungshilfe zum 1. Januar 2020 in Kraft. Hiermit verbunden ist die Neuverortung der gesamten Eingliederungshilfe als eigenständiges Leistungsgesetz innerhalb des SGB IX.

Durch das Inkrafttreten des Zweiten Teils des Neunten Buches zum 1. Januar 2020 und der damit zusammenhängenden Änderungen des Zwölften Buches ergeben sich auch redaktionelle Folgeänderungen im Elften Buch, die jeweils zeitgleich in Kraft zu treten haben, um ein nahtloses Ineinandergreifen der Regelungen zu gewährleisten.

Die Folgeänderungen zum zweiten Reformschritt in der Eingliederungshilfe in den Artikeln 15 (Bundesversorgungsgesetz) und 20 (Änderungen weiterer Vorschriften) treten ebenfalls am 1. Januar 2020 in Kraft.

Absatz 4 Satz 2 regelt das Außerkrafttreten der Eingliederungshilfe-Verordnung.

## Anlage 2

## Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates gem. § 6 Abs. 1 NKR

## Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen – Bundesteilhabegesetz

## Verordnungsentwurf – Verordnung zur Bestimmung der Inhalte der Lebensbereiche in der Eingliederungshilfe – Eingliederungshilfe-Verordnung

(NKR-Nr. 3726)

Der Nationale Normenkontrollrat hat den Entwurf des oben genannten Regelungsvorhabens geprüft.

## I. Zusammenfassung

<b>Bürgerinnen und Bürger</b> Jährlicher Erfüllungsaufwand	-349.000 Stunden im Saldo (pro Fall jeweils minus 2 Stunden bzw. 3 Stunden neuer Aufwand)
<b>Wirtschaft</b> Jährlicher Erfüllungsaufwand <i>Davon aus Informationspflichten</i>	rund 68 Mio. Euro keine
<b>Verwaltung</b> Bund Jährlicher Erfüllungsaufwand Einmaliger Erfüllungsaufwand Länder Jährlicher Erfüllungsaufwand Einmaliger Erfüllungsaufwand	rund 76 Mio. Euro rund 9,3 Mio. Euro rund 43 Mio. Euro rund 15 Mio. Euro
Evaluierung	Das Ressort wird die Auswirkungen auf den Erfüllungsaufwand und das Erreichen der Regelungsziele vier Jahre nach Inkrafttreten der Regelungen evaluieren.
„One in, one out“-Regel	Der jährliche Erfüllungsaufwand der Wirtschaft in diesem Regelungsvorhaben ist vom Anwendungsbereich der „One in, one out“-Regel ausgenommen, da es sich um die Umsetzung der Vorgaben aus einem internationalen Vertrag handelt. Dem NKR liegen keine Anhaltspunkte vor, dass insoweit über eine 1:1 Umsetzung hinausgegangen wird.
Der Nationale Normenkontrollrat macht im Rahmen seines gesetzlichen Auftrags keine Einwände gegen die Darstellungen der Gesetzesfolgen im vorliegenden Regelungsvorhaben geltend.	

## II. Im Einzelnen

### II.1 Inhalt des Regelungsvorhabens

Das Vorhaben dient der weiteren Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-Behindertenrechtskonvention), das am 26. März 2009 in Deutschland in Kraft getreten ist, sowie der Vorgaben aus dem Koalitionsvertrag. Schwerpunkt des Gesetzesvorhabens ist die Neufassung des Neunten Buches Sozialgesetzbuch – Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen (SGB IX). Das SGB IX hat danach künftig folgende Struktur:

Teil 1: enthält das für alle Rehabilitationsträger geltende Rehabilitations- und Teilhaberecht; vorgesehen sind insbesondere folgende Neuregelungen

- Neudefinition des Behindertenbegriffs;
- Neues Teilhabeplanverfahren, wonach bei einer Mehrheit von leistenden Rehabilitationsträgern ein Rehabilitationsträger die Leistungen koordiniert erbringen soll, mit dem Ziel, Nachteile des gegliederten Systems der Rehabilitationsträger abzubauen;
- Unabhängige Teilhabeberatung (mit dem Augenmerk auf dem sog. „Peer Counseling“, der Beratung von Betroffenen für Betroffene);
- „Budget für Arbeit“ als Leistung zur Teilhabe am Arbeitsleben in Form eines Lohnkostenzuschusses für private oder öffentliche Arbeitgeber.

Teil 2: Eingliederungshilferecht (aus dem SGB XII herausgelöst und reformiert); neu geregelt wird insbesondere

- das Gesamtplanverfahren;
- der Einkommens- und Vermögenseinsatz (Erhöhung der Vermögensfreigrenze und Freistellung der Anrechnung von Einkommen des Partners von Leistungsberechtigten sowie Erhöhung der Vermögensfreigrenze des Partners).

Teil 3: Schwerbehindertenrecht

- Stärkung der Schwerbehindertenvertretung;
- Verbesserung der Mitwirkungsmöglichkeiten von Menschen mit Behinderungen in Werkstätten für behinderte Menschen (u. a. Wahl von Frauenbeauftragten).

In der Alternativendarstellung verweist das Ressort auf die Erörterung möglicher Inhalte des Bundesteilhabegesetzes in der vom 10. Juli 2014 bis 14. April 2015 tagenden Arbeitsgruppe Bundesteilhabegesetz, deren Ergebnisse in einem Abschlussbericht zusammengefasst wurden. In der Arbeitsgruppe habe sich gezeigt, dass es in nahezu allen Handlungsfeldern, die das Gesetz aufgreift, eine Vielzahl von Handlungsalternativen gebe, die je nach Interessenlage der in der Arbeitsgruppe vertretenen Institutionen präferiert würden. Das Ressort weist zudem darauf hin, dass gemäß der Vereinbarung im Koalitionsvertrag die Einführung eines Bundesteilhabegeldes geprüft wurde. Diese Alternative lehnt das Ressort ab, da ein Bundesteilhabegeld wenig zielgenau wäre, den Kreis der Anspruchsberechtigten deutlich erhöhen, zu Mitnahmeeffekten führen und den Bund mit mindestens 1 Mrd. Euro zusätzlichen Aufwendungen belasten würde.

## II.2 Erfüllungsaufwand

### Bürgerinnen und Bürger

Die betroffenen Bürgerinnen und Bürger werden im Saldo jährlich um rund 349.000 Stunden vom Erfüllungsaufwand entlastet. Dabei sollen durch den Wegfall des detaillierten Nachweises der Einkommens- und Vermögensverhältnisse in der Eingliederungshilfe bei einer Fallzahl von 194.000 Empfängern von einkommensabhängigen Leistungen insgesamt 388.000 Stunden an Aufwand entfallen (minus 2 Stunden pro Fall). Für die Teilnahme an der Teilhabekonferenz fallen bei einer Fallzahl von 13.000 jährlich 39.000 Stunden neuer Aufwand an (3 Stunden pro Fall).

### Wirtschaft

Für die Wirtschaft fällt jährlicher Erfüllungsaufwand von insgesamt rund 68 Mio. Euro an.

Dabei entfallen rund 40 Mio. Euro auf die Unterstützung der Schwerbehindertenvertretung durch eine Bürokraft (bei einer angenommenen Fallzahl von 1.620 und jährlichen Kosten pro Fall von 24.480 Euro). Rund 20 Mio. Euro entfallen auf Schulungsveranstaltungen des stellvertretenden Mitglieds der Schwerbehindertenvertretung (Wegfall einschränkender Bedingungen, zugrunde liegen eine Fallzahl von 20.853 und jährliche Kosten pro Fall von 940 Euro). Weitere rund 4 Mio. Euro entfallen auf die Regelung, nach der die Schwerbehindertenvertretung, gestaffelt nach beschäftigten schwerbehinderten Menschen pro Betrieb, stellvertretende bzw. weitere Mitglieder der Schwerbehindertenvertretung zu bestimmten Aufgaben heranziehen kann (Fallzahl von 95, Kosten pro Fall von 50.000 Euro). Zudem entfallen rund 4 Mio. Euro auf die Absenkung der Schwellenwerte für die Freistellung von Schwerbehindertenvertretungen auf 100 beschäftigte schwerbehinderte Menschen pro Betrieb, wobei eine Fallzahl von 353 und jährliche Kosten pro Fall von rund 10.600 Euro zu Grunde gelegt werden.

Bürokratiekosten aus Informationspflichten entstehen nicht.

### Verwaltung

Für die Verwaltung fällt jährlicher Erfüllungsaufwand von im Saldo rund 119 Mio. Euro an sowie einmaliger Aufwand von rund 24 Mio. Euro

Dabei entfallen auf den Bund Kosten von rund 76 Mio. Euro.

Davon fallen ab 2018 jährlich 58 Mio. Euro für die neu einzuführende unabhängige Teilhaberberatung an. Dem liegt die Annahme eines unabhängigen Beraters pro 100.000 Einwohner zu Grunde, so dass sich rechnerisch 800 Beratungspersonen ergeben, für die 70.000 Euro Mehrausgaben pro Jahr und Stelle angenommen werden. Die Beratung durch entsprechende Dienste soll durch Bundesmittel gefördert werden (befristet bis Ende 2022).

Abgeschafft werden die bisher in der Beratung tätigen gemeinsamen Servicestellen der Rehabilitationsträger. Hierdurch kommt es zu einer Entlastung der Verwaltung des Bundes um rund 14 Mio. Euro (440 Servicestellen mit je 0,5 Stellen und Lohnkosten von rund 64.500 Euro jährlich).

Eine Belastung von rund 8 Mio. Euro ergibt sich auf Bundesebene aus der neuen Teilhabekonferenz (Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung) bei einer Fallzahl von rund 12.000, einem Zeitansatz von 15 Stunden (5 Stunden und drei beteiligte Träger) und Lohnkosten von 46 Euro.

Eine Belastung von rund 4 Mio. Euro ergibt sich auf Bundesebene aus der Beteiligung weiterer Rehabilitationsträger bei der Leistungsverantwortung mehrerer Rehabilitationsträger.

Eine Belastung von geschätzt rund 13 Mio. Euro ergibt sich für den Bund aus dem Teilhabeverfahrensbericht (Erfassung und Übermittlung der Daten durch die Rehabilitationsträger). Zugrunde gelegt wurden 1,7 Mio. Fälle, ein Zeiteinsatz von 15 Minuten und Lohnkosten von 31 Euro.

Erstellt wird der Teilhabeverfahrensbericht ab 2018 von der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (BAR). Der hierfür anfallende Aufwand (Personal, Betriebsmittel und Drittunterstützung) wird auf jährlich 1 Mio. Euro geschätzt.

Für die Änderungen bei der Schwerbehindertenvertretung (Absenkung der Schwellenwerte für die Freistellung, Schulungsanspruch und Unterstützung durch Bürokraft) fallen für den öffentlichen Dienst des Bundes geschätzt rund 5 Mio. Euro jährlich an.

Für die Länder und Kommunen fällt Aufwand von im Saldo rund 43 Mio. Euro an.

Eine Entlastung der Verwaltung der Länder von rund 31 Mio. Euro ergibt sich aus der Vereinfachung der Prüfung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse in der Eingliederungshilfe. Zugrunde gelegt wurde eine Fallzahl von 194.000 Leistungsempfängern zzgl. 30 Prozent Ablehnungen, ein Zeiteinsatz von minus 3 Stunden und Lohnkosten von 41 Euro.

Die Einführung des trägerübergreifenden Teilhabeplanverfahrens führt zu jährlichen Mehrausgaben bei den Rehabilitationsträgern von geschätzt rund 50 Mio. Euro für Personal und Qualifizierung ab 2018. Grundlage für diese Schätzung ist eine Expertise des Instituts für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG).

Entsprechend der Darstellung beim Bund entsteht auch Erfüllungsaufwand für die Länder im Hinblick auf die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Teilhabepflichtkonferenz (1 Mio. Euro, Fallzahl 1.300, 15 Stunden je Fall) sowie für die Erfassung und Übermittlung der Daten zum Teilhabeverfahrensbericht (1,3 Mio. Euro).

Weiterhin fällt ab 2018 Aufwand von 20 Mio. Euro an für die Einführung von Frauenbeauftragten in Werkstätten für behinderte Menschen, die Erhöhung der Zahl der Werkstatträte und die Finanzierung der überregionalen Interessenvertretung der Werkstatträte.

Für die Änderungen bei der Schwerbehindertenvertretung (Absenkung der Schwellenwerte für die Freistellung, Schulungsanspruch und Unterstützung durch Bürokraft) fallen für den öffentlichen Dienst der Länder und Gemeinden geschätzt rund 1,4 Mio. Euro jährlich an.

Im Hinblick auf den einmaligen Erfüllungsaufwand entfallen auf den Bund für die unabhängige Teilhabeberatung rund 8 Mio. Euro (u. a. Auswahl der Beratungsstellen) sowie 1,3 Mio. Euro für den Teilhabeverfahrensbericht der BAR (Beschaffung von Hard- und Software).

Auf die Länder und Kommunen entfallen 10 Mio. Euro für das neue Teilhabepflichtverfahren und 5 Mio. Euro für die Einführung von Frauenbeauftragten in Werkstätten für behinderte Menschen und Änderungen bei den Werkstatträten.

Eine Evaluierung der Regelungen wird nach vier Jahren erfolgen.

Der Nationale Normenkontrollrat macht im Rahmen seines gesetzlichen Auftrags keine Einwände gegen die Darstellungen der Gesetzesfolgen im vorliegenden Regelungsvorhaben geltend.

Dr. Ludewig  
Vorsitzender

Dr. Dückert  
Berichterstatlerin



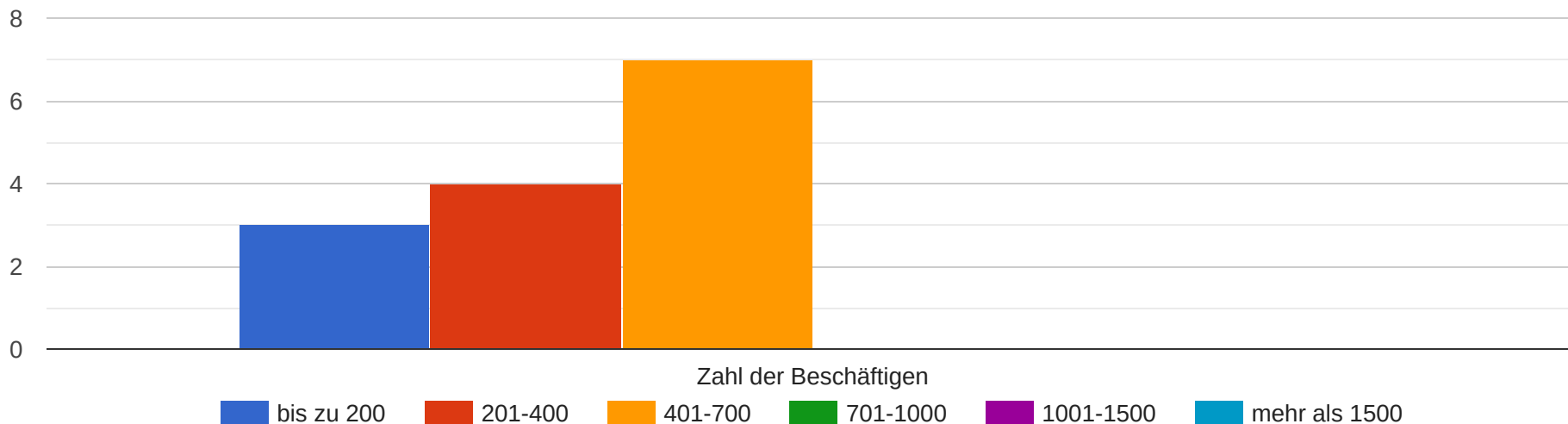


# 1 Wie viele Menschen mit Behinderungen (nachfolgend Beschäftigte genannt) gibt es in der WfbM?

Zu den Beschäftigten zählen alle Menschen mit Behinderungen, die im arbeitnehmerähnlichem Rechtsverhältnis zur Werkstatt stehen. Das heißt es sind keine Gruppenleiter, Mitarbeiter der Verwaltung oder des sozialen Dienstes inbegriffen.

Die Beschäftigten der Hauptwerkstatt und eventueller Zweigstellen sind zusammen zu rechnen.

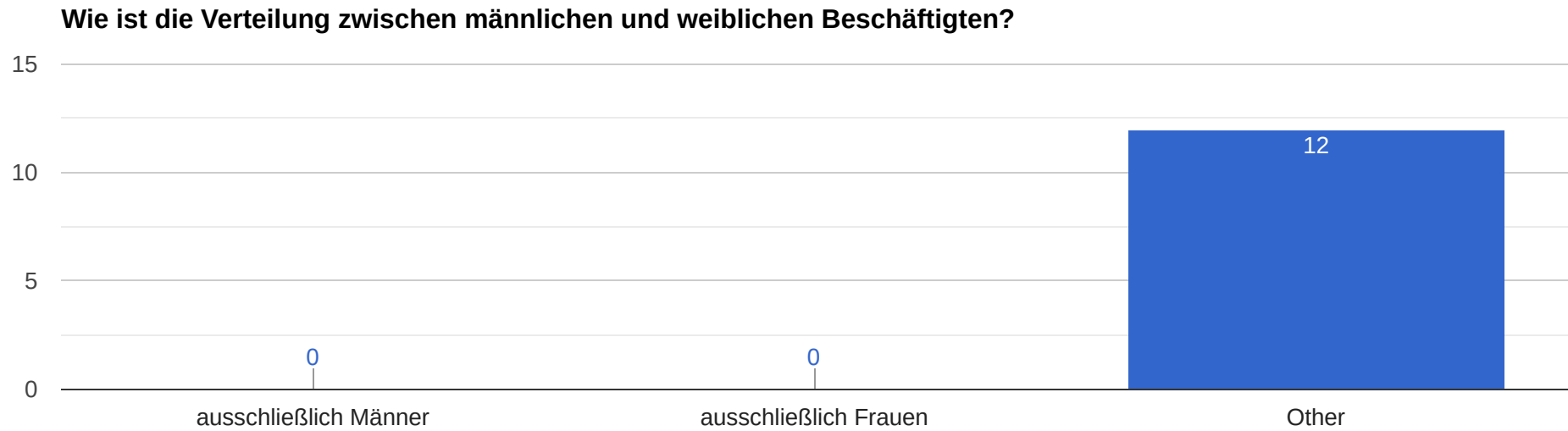
Wie viele Menschen mit Behinderungen (nachfolgend Beschäftigte genannt) gibt es in der WfbM?



	Ø	bis zu 200	201-400	401-700	701-1000	1001-1500	mehr als 1500
		1	2	3	4	5	6
<b>Antworten: 14</b>	<b>Σ: 14</b>	<b>Σ: 3</b>	<b>Σ: 4</b>	<b>Σ: 7</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 0</b>

	$\emptyset$	<b>bis zu 200</b> 1	<b>201-400</b> 2	<b>401-700</b> 3	<b>701-1000</b> 4	<b>1001-1500</b> 5	<b>mehr als 1500</b> 6
<b>▼ Zahl der Beschäftigten</b>	<b><math>\emptyset</math>: 2.29</b> <b><math>\Sigma</math>: 14</b>	<b>3</b> 21.43%	<b>4</b> 28.57%	<b>7</b> 50%			
<b>Antworten: 14</b>	<b><math>\Sigma</math>: 14</b>	<b><math>\Sigma</math>: 3</b>	<b><math>\Sigma</math>: 4</b>	<b><math>\Sigma</math>: 7</b>	<b><math>\Sigma</math>: 0</b>	<b><math>\Sigma</math>: 0</b>	<b><math>\Sigma</math>: 0</b>

## 2 Wie ist die Verteilung zwischen männlichen und weiblichen Beschäftigten?



Option	Prozent	Anzahl
⌵ ausschließlich Männer	0.00%	0
⌵ ausschließlich Frauen	0.00%	0
⌵ Other	100.00%	12
	<b>100%</b>	<b>12</b>

**Teilnehmer**    **Prozentsatz an Frauen (z.B. 30%)**

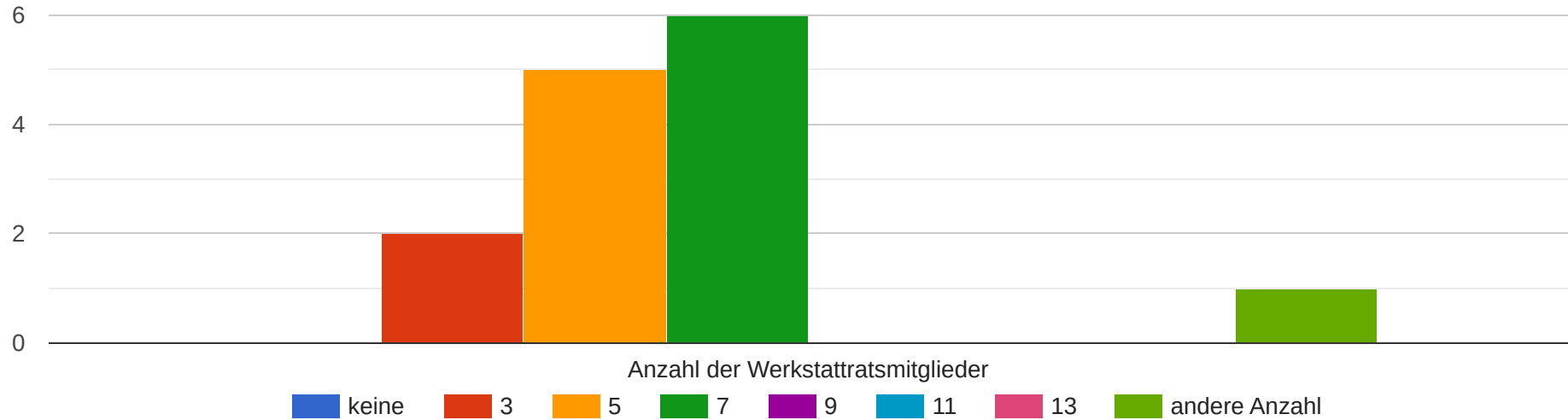
**Teilnehmer** **Prozentsatz an Frauen (z.B. 30%)**

▼ 3229349	40
▼ 3229392	50:50
▼ 3229635	50%
▼ 3229648	45%
▼ 3230517	ca. 40 % Frauen
▼ 3231324	45% Frauen
▼ 3234370	ca. 50% Frauen
▼ 3260276	50
▼ 3268549	ca. 50/50%
▼ 3290723	40%
▼ 3311672	30
▼ 3311684	50

**Eigene Antworten: 12**

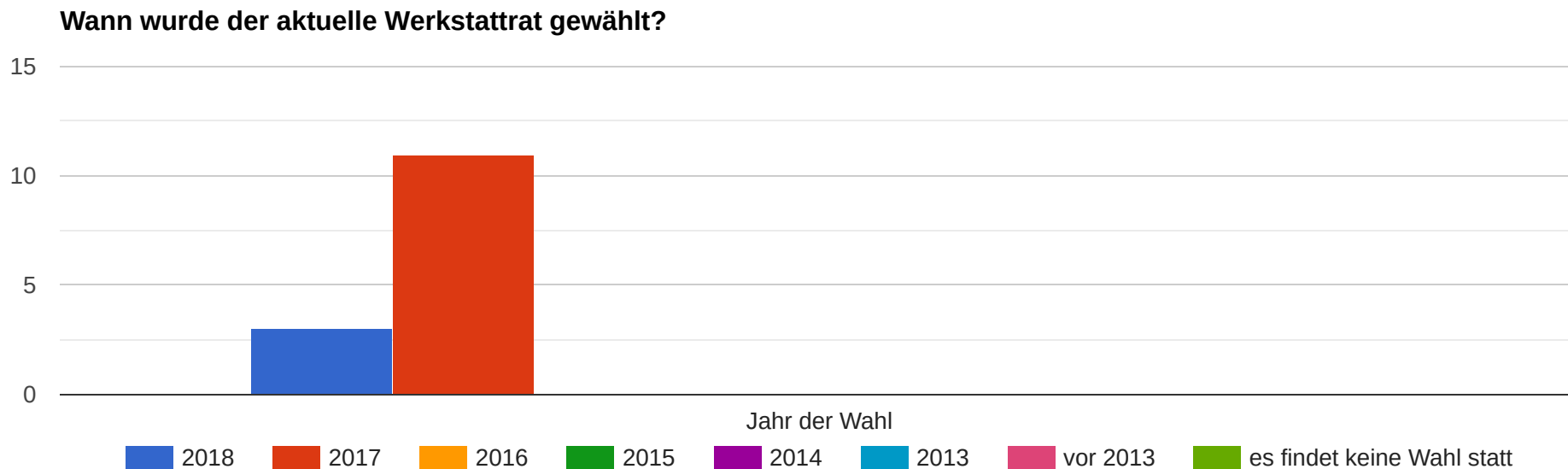
### 3 Wie viele Mitglieder hat der aktuelle Werkstattrat?

Wie viele Mitglieder hat der aktuelle Werkstattrat?



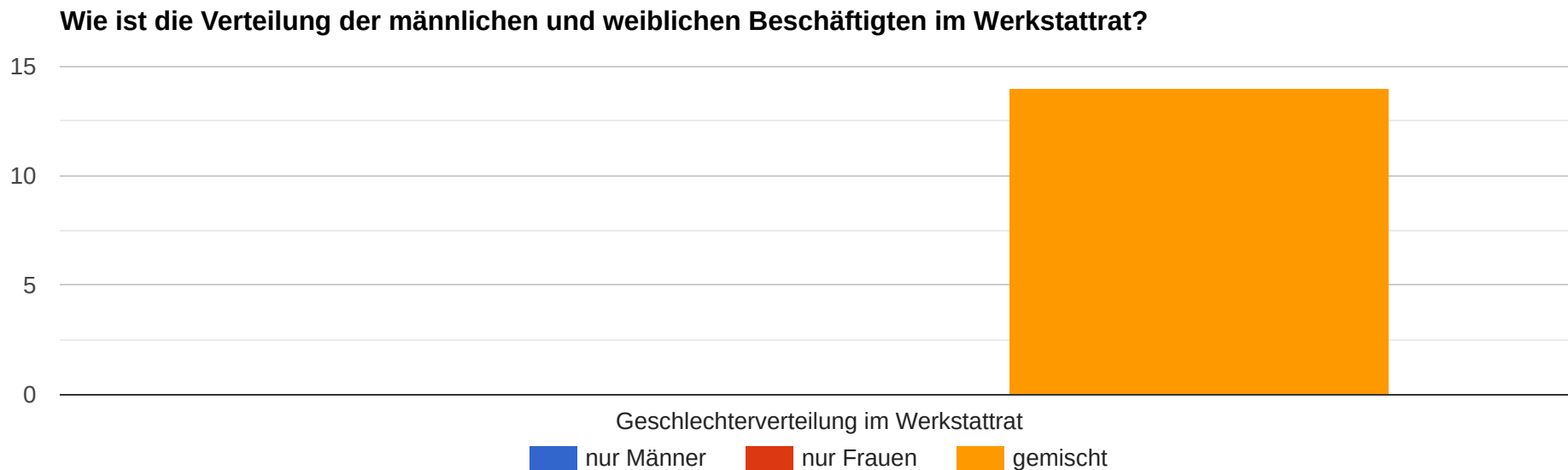
	Ø	keine 1	3 2	5 3	7 4	9 5	11 6	13 7	andere Anzahl N/A
▼ Anzahl der Werkstatratsmitglieder	Ø: 3.31 Σ: 14		2 14.29%	5 35.71%	6 42.86%				1 7.14%
Antworten: 14	Σ: 14	Σ: 0	Σ: 2	Σ: 5	Σ: 6	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 1

#### 4 Wann wurde der aktuelle Werkstattrat gewählt?



	Ø	2018 1	2017 2	2016 3	2015 4	2014 5	2013 6	vor 2013 7	es findet keine Wahl statt 8
▼ Jahr der Wahl	Ø: 1.79 Σ: 14	3 21.43%	11 78.57%						
Antworten: 14	Σ: 14	Σ: 3	Σ: 11	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0

## 5 Wie ist die Verteilung der männlichen und weiblichen Beschäftigten im Werkstattrat?

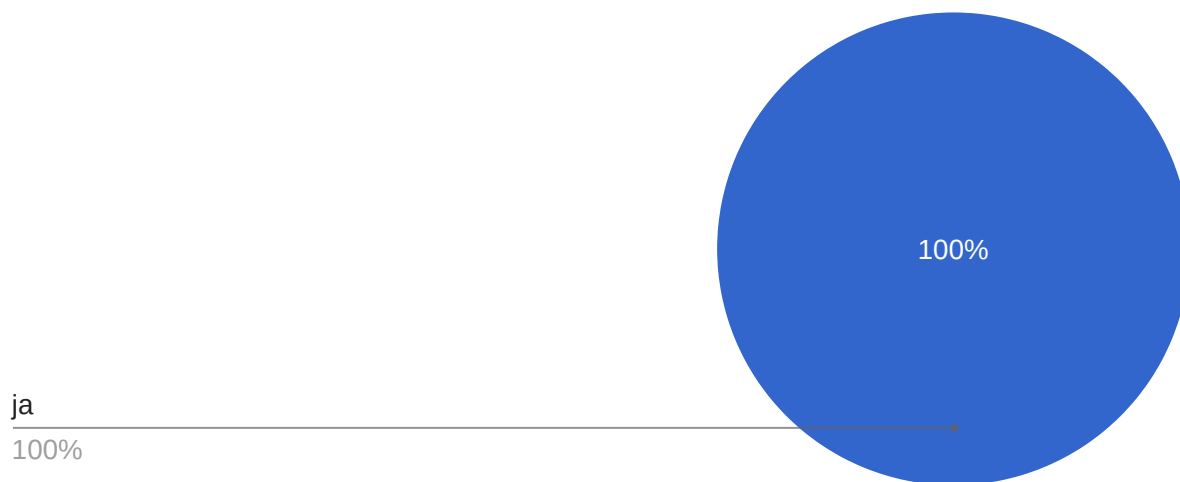


	Ø	nur Männer 1	nur Frauen 2	gemischt 3
▼ Geschlechterverteilung im Werkstattrat	Ø: 3 Σ: 14			<b>14</b> 100%
<b>Antworten: 14</b>	Σ: 14	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 14

## 6 Gibt es eine Person des Vertrauens, die den Werkstattrat bei seiner Arbeit unterstützt?

Unter Vertrauensperson ist eine Person zu verstehen, die auf Wunsch des Werkstatrates diesen bei seinen Tätigkeiten zur Seite steht. Die Vertrauensperson ist weisungsunabhängig.

Gibt es eine Person des Vertrauens, die den Werkstattrat bei seiner Arbeit unterstützt?

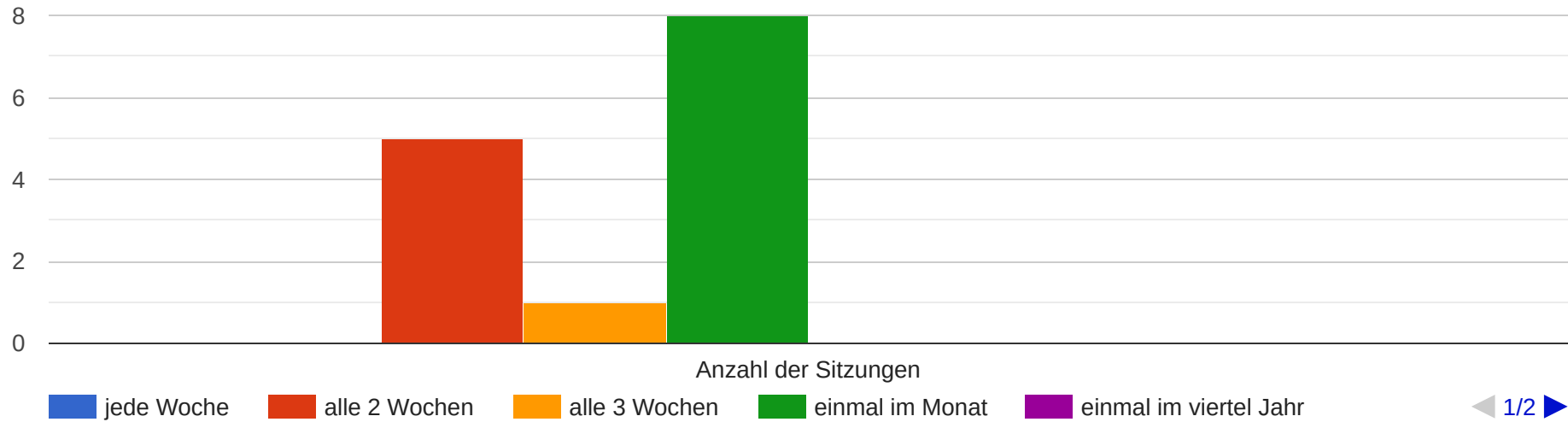


Option	Prozent	Anzahl
ja	100.00%	14
nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>14</b>



## 7 Wie oft hält der Werkstattrat Sitzungen ab?

Wie oft hält der Werkstattrat Sitzungen ab?

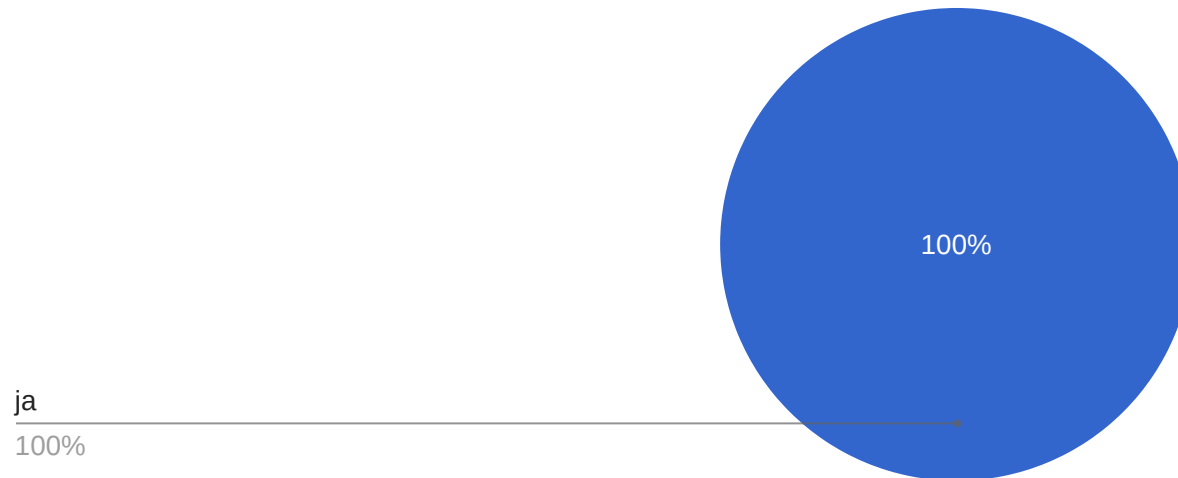


	Ø	jede Woche 1	alle 2 Wochen 2	alle 3 Wochen 3	einmal im Monat 4	einmal im viertel Jahr 5	einmal im halben Jahr 6	einmal im Jahr 7	gar nicht 8
▼ Anzahl der Sitzungen	Ø: 3.21 Σ: 14		5 35.71%	1 7.14%	8 57.14%				
Antworten: 14	Σ: 14	Σ: 0	Σ: 5	Σ: 1	Σ: 8	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0

## 8 Werden alle Sitzungen des Werkstatrates protokolliert?

Unter Protokollierung wird das Verfassen einer Sitzungsniederschrift verstanden, die die gefassten Beschlüsse enthält.

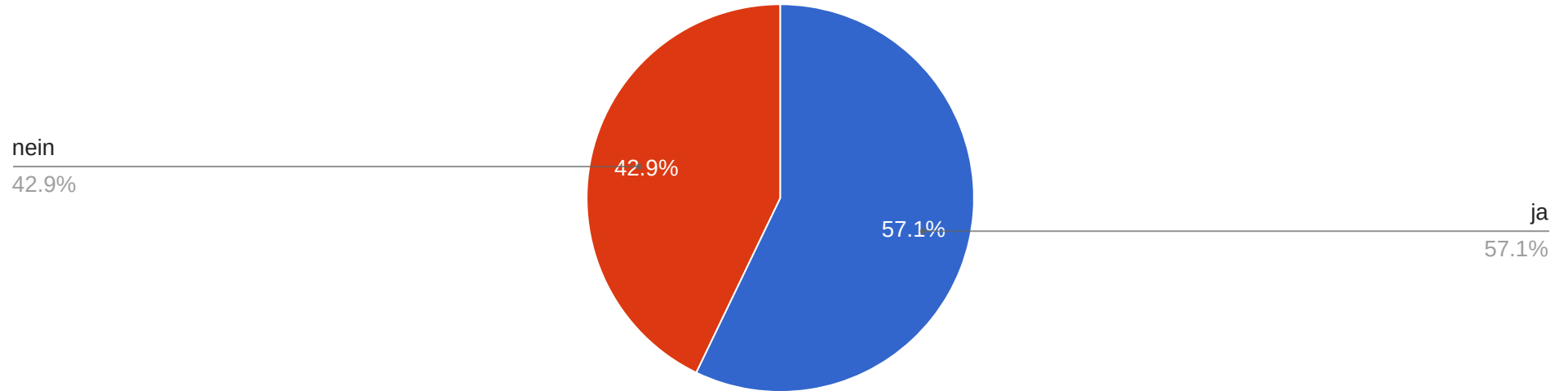
### Werden alle Sitzungen des Werkstatrates protokolliert?



Option	Prozent	Anzahl
ja	100.00%	14
nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>14</b>

## 9 Können die Sitzungsprotokolle durch die Beschäftigten eingesehen werden?

### Können die Sitzungsprotokolle durch die Beschäftigten eingesehen werden?



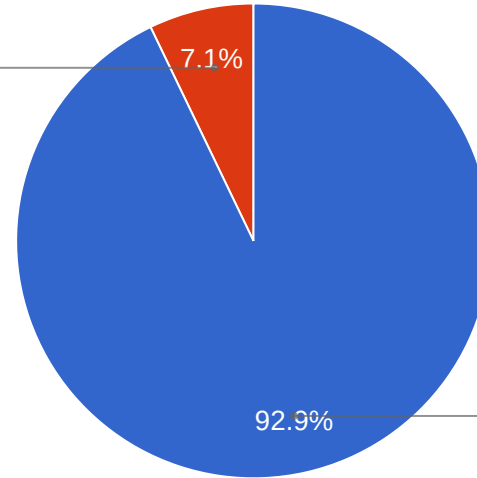
Option	Prozent	Anzahl
ja	57.14%	8
nein	42.86%	6
<b>Total</b>	<b>100%</b>	<b>14</b>

## 10 Hat der Werkstattrat Sprechstunden?

Unter Sprechstunden werden feste Zeiten verstanden, an denen der Werkstattrat für die Beschäftigten ansprechbar ist.

### Hat der Werkstattrat Sprechstunden?

nein  
7.1%



ja  
92.9%

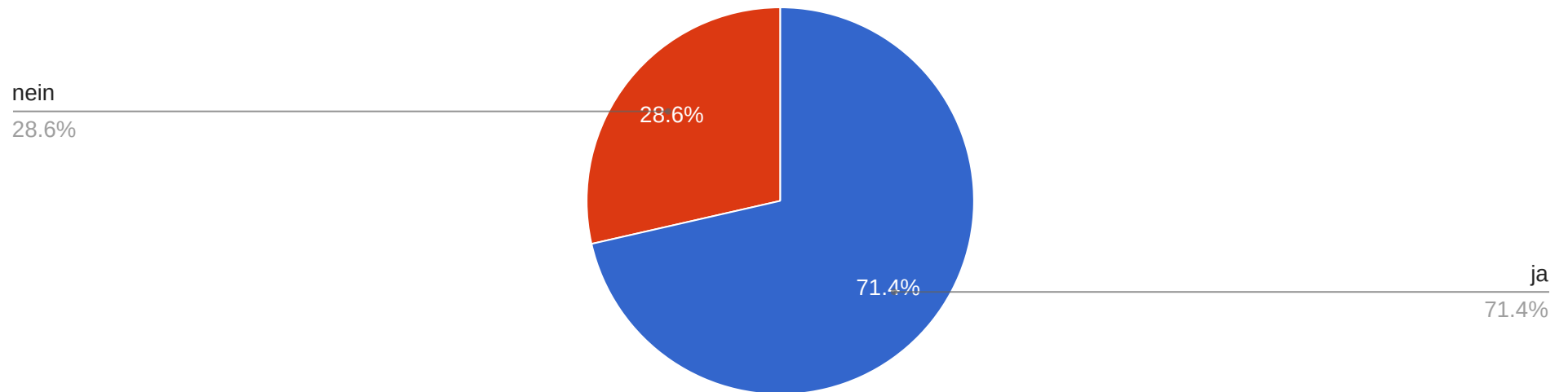
Option	Prozent	Anzahl
ja	92.86%	13
nein	7.14%	1
<b>Gesamt</b>	<b>100%</b>	<b>14</b>

## 11 Besteht Interesse seitens der Beschäftigten an der Arbeit des Werkstattrates?

Unter Interesse wird unter anderem verstanden:

- der Werkstattrat wird bei Problemen kontaktiert
- Sitzungsprotokolle werden eingesehen
- Sprechstunden werden wahrgenommen
- ...

### Besteht Interesse seitens der Beschäftigten an der Arbeit des Werkstattrates?



Option

Prozent

Anzahl

100%

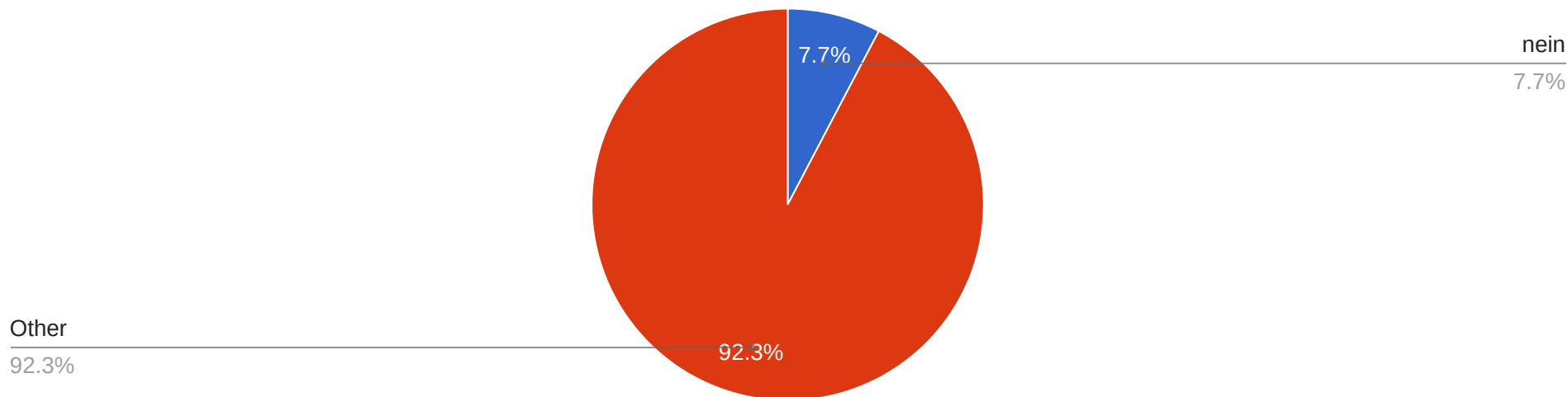
14

Option	Prozent	Anzahl
▼ ja	71.43%	10
▼ nein	28.57%	4
	<b>100%</b>	<b>14</b>

## 12 Hat der aktuelle Werkstattrat an Schulungen bzw. Weiterbildungen teilgenommen?

Der Fokus liegt hier auf Weiterbildungsmöglichkeiten, die Kenntnisse über die Arbeit des Werkstattrats vermitteln.

### Hat der aktuelle Werkstattrat an Schulungen bzw. Weiterbildungen teilgenommen?



Option	Prozent	Anzahl
nein	7.69%	1
Other	92.31%	12
<b>Total</b>	<b>100%</b>	<b>13</b>

**Teilnehmer wenn ja, an wie vielen Tagen?**

3229349	5
3229392	ca. 5 Tage
3229648	3+2+2
3230517	Grundkurs für neue WR Mitglieder
3231324	5
3234097	jährlich 5 bis 8 Tage bisher, dieses Jahr 10 Tage zusätzlich auf Grund der Neuerungen (davon 4 Tage externe Schulung und 6 Tage intern)
3234370	4
3243704	1
3260276	2
3268549	neue Mitglieder 3 Tage, übrige 1 Tag
3311672	6
3311684	2

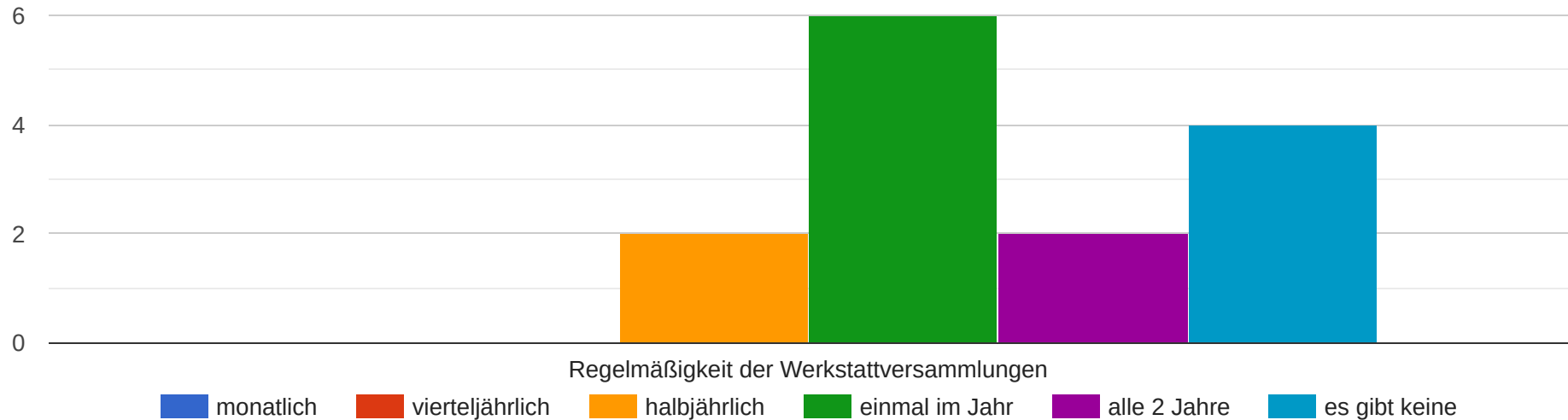
**Eigene Antworten: 12**



## 13 Wie oft gibt es eine Werkstattversammlung?

Hierunter ist die Versammlung aller Beschäftigten unter Leitung des Werkstattrats zu verstehen.

Wie oft gibt es eine Werkstattversammlung?



	Ø	monatlich 1	vierteljährlich 2	halbjährlich 3	einmal im Jahr 4	alle 2 Jahre 5	es gibt keine 6
▼ Regelmäßigkeit der Werkstattversammlungen	Ø: 4.57 Σ: 14			2 14.29%	6 42.86%	2 14.29%	4 28.57%
<b>Antworten: 14</b>	<b>Σ: 14</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 2</b>	<b>Σ: 6</b>	<b>Σ: 2</b>	<b>Σ: 4</b>

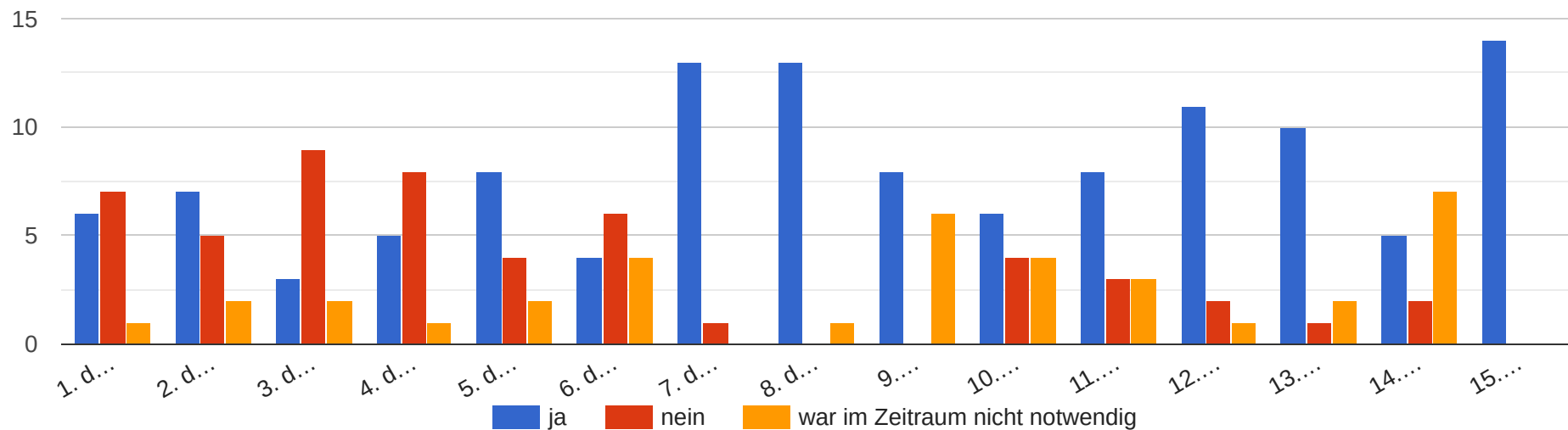
## 14 Hat der aktuelle Werkstattrat in folgenden Angelegenheiten mitgewirkt bzw. mitbestimmt?

Berücksichtigung findet der Zeitraum seit dem 01.01.2017 bis heute.

**Mitwirkung und Mitbestimmung** heißt, dass der Werkstattrat rechtzeitig sowie umfassend informiert wurde. Zudem konnte er zum Thema seine Meinung sagen (wurde angehört). Gegebenenfalls wurden die Vorschläge des Werkstatrates umgesetzt.

**War im Zeitraum nicht notwendig:** Zum Beispiel bei Antwortmöglichkeit 1, weil keine Beschäftigten seit 01.01.2017 umgesetzt wurden.

Hat der aktuelle Werkstattrat in folgenden Angelegenheiten mitgewirkt bzw. mitbestimmt?



∅

ja  
1

nein  
2

war im Zeitraum nicht  
notwendig  
3

	$\emptyset$	ja 1	nein 2	war im Zeitraum nicht notwendig 3
⚡ 1. die dauerhafte Umsetzung Beschäftigter im Arbeitsbereich	$\emptyset$ : 1.64 $\Sigma$ : 14	6 42.86%	7 50%	1 7.14%
⚡ 2. die Umgestaltung von Arbeitsplätzen	$\emptyset$ : 1.64 $\Sigma$ : 14	7 50%	5 35.71%	2 14.29%
⚡ 3. die Einführung neuer Arbeitsverfahren (z.B. Erwerb neuer Maschinen)	$\emptyset$ : 1.93 $\Sigma$ : 14	3 21.43%	9 64.29%	2 14.29%
⚡ 4. die Höhe der Arbeitsergebnisse (Einnahmen) und deren Verwendung (z.B. Steigerungsbeträge)	$\emptyset$ : 1.71 $\Sigma$ : 14	5 35.71%	8 57.14%	1 7.14%
⚡ 5. das Aufstellen von Regeln zum Unfallschutz bzw. Arbeitsschutz der Beschäftigten	$\emptyset$ : 1.57 $\Sigma$ : 14	8 57.14%	4 28.57%	2 14.29%
⚡ 6. die Planung von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie neuer technischer Anlagen	$\emptyset$ : 2 $\Sigma$ : 14	4 28.57%	6 42.86%	4 28.57%
⚡ 7. das Aufstellen von Regeln über Ordnung und Verhalten der Beschäftigten	$\emptyset$ : 1.07 $\Sigma$ : 14	13 92.86%	1 7.14%	
⚡ 8. die Änderung der Werkstattordnung	$\emptyset$ : 1.14 $\Sigma$ : 14	13 92.86%		1 7.14%
<b>Antworten: 209</b>	$\Sigma$ : 209	$\Sigma$ : 121	$\Sigma$ : 52	$\Sigma$ : 36

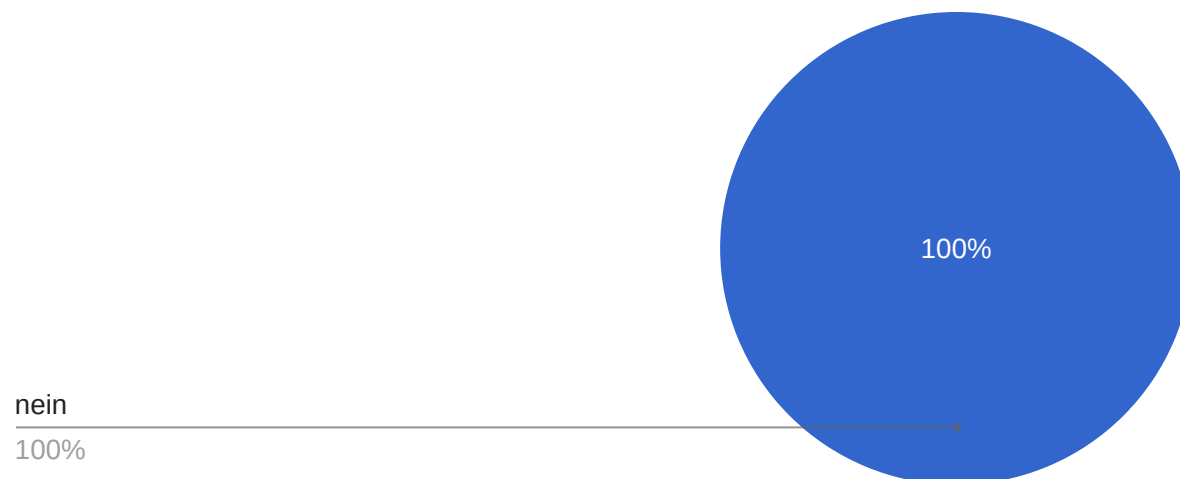
	$\emptyset$	ja 1	nein 2	war im Zeitraum nicht notwendig 3
⚡ 9. Regelungen zu Beginn und Ende der täglichen Arbeits- und Pausenzeiten	$\emptyset$ : 1.86 $\Sigma$ : 14	8 57.14%		6 42.86%
⚡ 10. Regelungen zum Fahrdienst	$\emptyset$ : 1.86 $\Sigma$ : 14	6 42.86%	4 28.57%	4 28.57%
⚡ 11. die Urlaubsplanung (z.B. Betriebsruhezeiten)	$\emptyset$ : 1.64 $\Sigma$ : 14	8 57.14%	3 21.43%	3 21.43%
⚡ 12. Regelungen hinsichtlich Verpflegung (Essensanbieter etc.)	$\emptyset$ : 1.29 $\Sigma$ : 14	11 78.57%	2 14.29%	1 7.14%
⚡ 13. die Fort- und Weiterbildungen der Beschäftigten	$\emptyset$ : 1.38 $\Sigma$ : 13	10 76.92%	1 7.69%	2 15.38%
⚡ 14. den Umbau und die Gestaltung der Sanitär- und Aufenthaltsräume	$\emptyset$ : 2.14 $\Sigma$ : 14	5 35.71%	2 14.29%	7 50%
⚡ 15. die Ausgestaltung sozialer Aktivitäten der Beschäftigten (Feste etc.)	$\emptyset$ : 1 $\Sigma$ : 14	14 100%		
<b>Antworten: 209</b>	$\Sigma$ : 209	$\Sigma$ : 121	$\Sigma$ : 52	$\Sigma$ : 36

## 15 Wurde in letzter Zeit das Handeln der Vermittlungsstelle notwendig?

Es gilt der Zeitraum vom 01.01.17 bis heute.

Die Vermittlungsstelle besteht aus einer unparteiischen Person und je einem Vertreter von Werkstatt und Werkstattrat.

### Wurde in letzter Zeit das Handeln der Vermittlungsstelle notwendig?

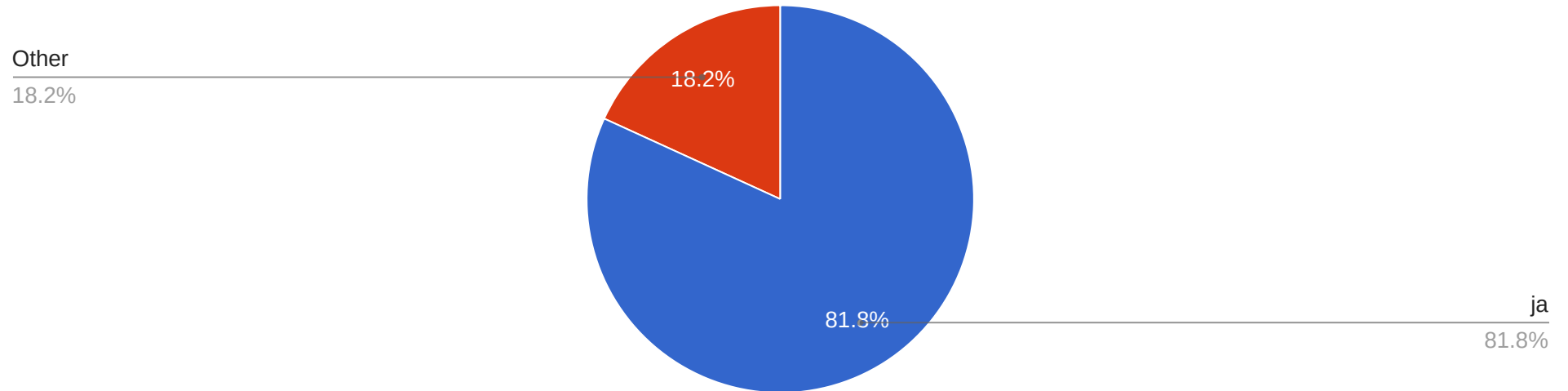


Option	Prozent	Anzahl
nein	100.00%	14
Other	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>14</b>

## 16 Sind Sie der Meinung, dass sich die Mitwirkung/Mitbestimmung des Werkstattrats in letzter Zeit erweitert hat?

betrachtet wird der Zeitraum seit 01.01.2017

Sind Sie der Meinung, dass sich die Mitwirkung/Mitbestimmung des Werkstattrats in letzter Zeit erweitert hat?



Option	Prozent	Anzahl
ja	81.82%	9
Other	18.18%	2
	<b>100%</b>	<b>11</b>

**Teilnehmer** **nein, was könnten Gründe sein?**

▼ 3229648 war bei uns praktisch auch vorher möglich

▼ 3290723 Die Werkstattratsmitglieder werden nach Sympathie und nicht nach ihren Fähigkeiten gewählt. Häufig übersteigen die Möglichkeiten der Mitbestimmung die eigentlichen Kompetenzen der Werkstattratsmitglieder.

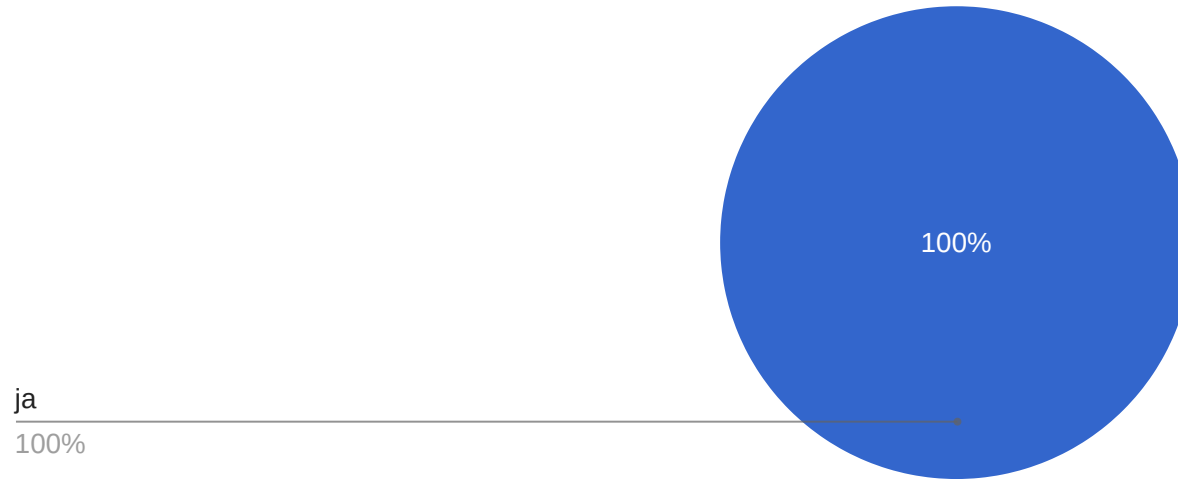
**Eigene Antworten: 2**

1



## 17 Gibt es in der WfbM eine Frauenbeauftragte?

Gibt es in der WfbM eine Frauenbeauftragte?



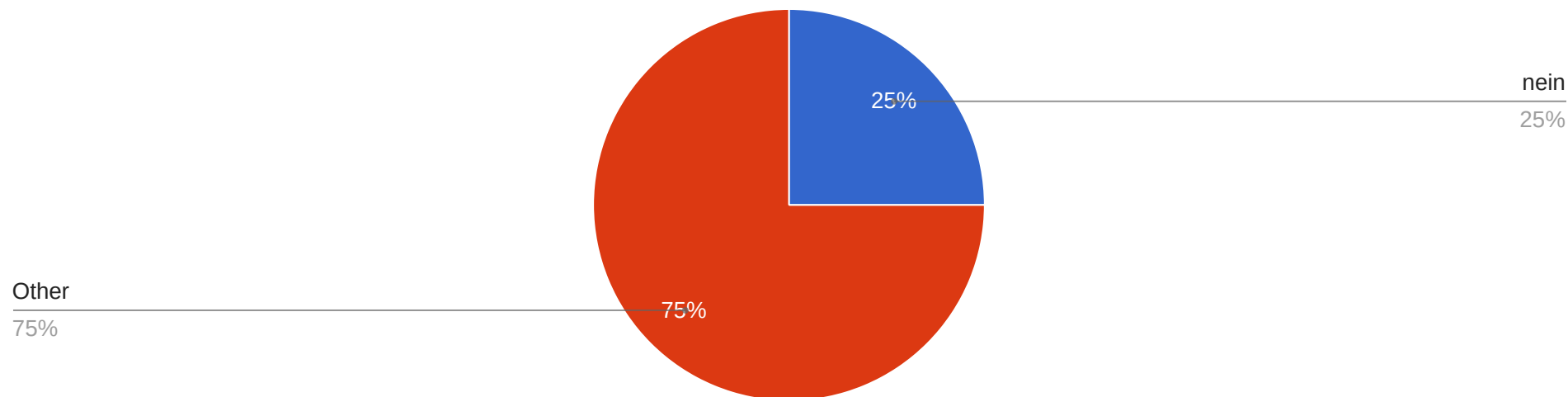
Option	Prozent	Anzahl
ja	100.00%	14
nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>14</b>



## 18 Gibt es regelmäßige Besprechungen zwischen der Werkstatteleitung und der Frauenbeauftragten?

In den Besprechungen werden die Interessen der in der Werkstatt beschäftigten Frauen thematisiert (z.B. Schutz vor sexueller Gewalt)

### Gibt es regelmäßige Besprechungen zwischen der Werkstatteleitung und der Frauenbeauftragten?



Option	Prozent	Anzahl
nein	25.00%	3
Other	75.00%	9
	<b>100%</b>	<b>12</b>

**Teilnehmer wenn ja, wie regelmäßig (z.B. wöchentlich)?**

---

3229349	1 x monatlich
3229635	monatlich
3229648	jederzeit bei Bedarf
3230517	monatlich
3234097	wöchentlich
3234370	1 x monatlich
3260276	alle 2 Monate
3268549	1/4-jährlich
3311684	einmal im Monat

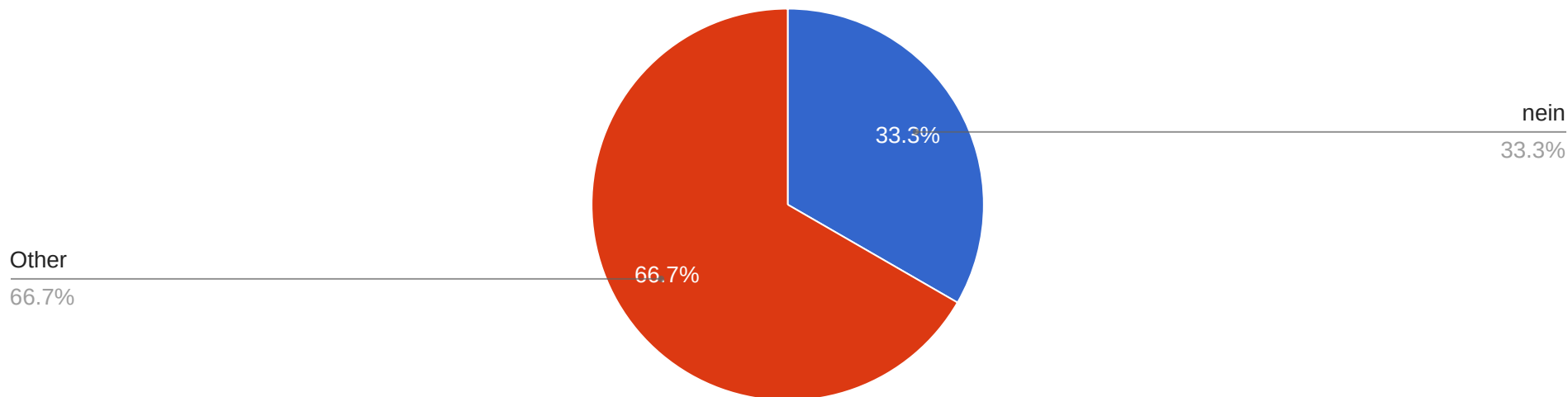
---

**Eigene Antworten: 9**

## 19 Hat die Frauenbeauftragte an Schulungen bzw. Weiterbildungen teilgenommen?

Der Fokus liegt hier auf Weiterbildungsmöglichkeiten, die Kenntnisse über die Arbeit der Frauenbeauftragten vermitteln.

### Hat die Frauenbeauftragte an Schulungen bzw. Weiterbildungen teilgenommen?



Option	Prozent	Anzahl
nein	33.33%	4
Other	66.67%	8
	<b>100%</b>	<b>12</b>

**Teilnehmer wenn ja, an wie vielen Tagen?**

---

3229349	5
3229392	3
3229635	3
3229648	3
3230517	Grundkurse zur netzwerkbildung, Arbeit der Frauenbeauftragten...
3234097	bisher 2 tage, es folgen aber noch weitere
3260276	2
3268549	2 Tage, umfassende Schulung 2019 geplant




---

**Eigene Antworten: 8**

## 20 Gibt es weitere Anmerkungen?

T 

### Teilnehmer Antworten

- 
-  [3234097](#) Der Werkstattrat hat in unserer WfbM bereits vor der neuen Gesetzgebung annähernd soviel Mitwirkung gehabt. Eine gute und konstruktive Zusammenarbeit wird schon seit vielen Jahren gepflegt und hat sich damit sehr positiv auf die Stimmung ausgewirkt.
- 
-  [3290723](#) Die Unterstützung durch eine Vertrauensperson ist oft umfassender als gedacht und damit sehr zeitaufwendig.
- 
-  [3311672](#) aktuell gibt es noch keine Angebote an Weiterbildungen für Frauenbeauftragte
- 

**Antworten: 3**

## 1 Wie viele Menschen mit Behinderungen (nachfolgend Beschäftigte genannt) gibt es in der WfbM?

Zu den Beschäftigten zählen alle Menschen mit Behinderungen, die im arbeitnehmerähnlichem Rechtsverhältnis zur Werkstatt stehen. Das heißt es sind keine Gruppenleiter, Mitarbeiter der Verwaltung oder des sozialen Dienstes inbegriffen.

Die Beschäftigten der Hauptwerkstatt und eventueller Zweigstellen sind zusammen zu rechnen.

	∅	bis zu 200 1	201-400 2	401-700 3	701-1000 4	1001-1500 5	mehr als 1500 6
▼ Zahl der Beschäftigten	∅: 2 Σ: 1		1 100%				
Antworten: 1	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0

## 2 Wie ist die Verteilung zwischen männlichen und weiblichen Beschäftigten?

Option	Prozent	Anzahl
⌵ ausschließlich Männer	0.00%	0
⌵ ausschließlich Frauen	0.00%	0
⌵ Other	100.00%	1
	<b>100%</b>	<b>1</b>

### Teilnehmer Prozensatz an Frauen (z.B. 30%)

⌵ 3229349 40

### Eigene Antworten: 1



1 < >

### 3 Wie viele Mitglieder hat der aktuelle Werkstattrat?

	∅	keine 1	3 2	5 3	7 4	9 5	11 6	13 7	andere Anzahl N/A
▼ Anzahl der Werkstatratsmitglieder	∅: 3 Σ: 1			1 100%					0 0%
Antworten: 1	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0

### 4 Wann wurde der aktuelle Werkstattrat gewählt?

	∅	2018 1	2017 2	2016 3	2015 4	2014 5	2013 6	vor 2013 7	es findet keine Wahl statt 8
▼ Jahr der Wahl	∅: 1 Σ: 1	1 100%							
Antworten: 1	Σ: 1	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0



## 5 Wie ist die Verteilung der männlichen und weiblichen Beschäftigten im Werkstattrat?

	∅	nur Männer 1	nur Frauen 2	gemischt 3
▼ Geschlechterverteilung im Werkstattrat	∅: 3 Σ: 1			1 100%
<b>Antworten: 1</b>	<b>Σ: 1</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 1</b>

## 6 Gibt es eine Person des Vertrauens, die den Werkstattrat bei seiner Arbeit unterstützt?

Unter Vertrauensperson ist eine Person zu verstehen, die auf Wunsch des Werkstatrates diesen bei seinen Tätigkeiten zur Seite steht. Die Vertrauensperson ist weisungsunabhängig.

Option	Prozent	Anzahl
☑ ja	100.00%	1
☑ nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 7 Wie oft hält der Werkstattrat Sitzungen ab?

	∅	jede Woche 1	alle 2 Wochen 2	alle 3 Wochen 3	einmal im Monat 4	einmal im viertel Jahr 5	einmal im halben Jahr 6	einmal im Jahr 7	gar nicht 8
▼ Anzahl der Sitzungen	∅: 4 Σ: 1				1 100%				
Antworten: 1	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0

## 8 Werden alle Sitzungen des Werkstattrates protokolliert?

Unter Protokollierung wird das Verfassen einer Sitzungsniederschrift verstanden, die die gefassten Beschlüsse enthält.

Option	Prozent	Anzahl
ja	100.00%	1
nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 9 Können die Sitzungsprotokolle durch die Beschäftigten eingesehen werden?

Option	Prozent	Anzahl
ja	100.00%	1
nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 10 Hat der Werkstattrat Sprechstunden?

Unter Sprechstunden werden feste Zeiten verstanden, an denen der Werkstattrat für die Beschäftigten ansprechbar ist.

Option	Prozent	Anzahl
ja	100.00%	1
nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 11 Besteht Interesse seitens der Beschäftigten an der Arbeit des Werkstattrates?

Unter Interesse wird unter anderem verstanden:

- der Werkstattrat wird bei Problemen kontaktiert
- Sitzungsprotokolle werden eingesehen
- Sprechstunden werden wahrgenommen
- ...

Option	Prozent	Anzahl
☑ ja	100.00%	1
☑ nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 12 Hat der aktuelle Werkstattrat an Schulungen bzw. Weiterbildungen teilgenommen?

Der Fokus liegt hier auf Weiterbildungsmöglichkeiten, die Kenntnisse über die Arbeit des Werkstattrats vermitteln.

Option	Prozent	Anzahl
nein	0.00%	0
Other	100.00%	1
	<b>100%</b>	<b>1</b>

### Teilnehmer wenn ja, an wie vielen Tagen?

3229349 5

Eigene Antworten: 1



### 13 Wie oft gibt es eine Werkstattversammlung?

Hierunter ist die Versammlung aller Beschäftigten unter Leitung des Werkstattrats zu verstehen.

	Ø	monatlich 1	vierteljährlich 2	halbjährlich 3	einmal im Jahr 4	alle 2 Jahre 5	es gibt keine 6
▼ Regelmäßigkeit der Werkstattversammlungen	Ø: 3 Σ: 1			1 100%			
<b>Antworten: 1</b>	<b>Σ: 1</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 1</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 0</b>



## 14 Hat der aktuelle Werkstattrat in folgenden Angelegenheiten mitgewirkt bzw. mitbestimmt?

Berücksichtigung findet der Zeitraum seit dem 01.01.2017 bis heute.

**Mitwirkung und Mitbestimmung** heißt, dass der Werkstattrat rechtzeitig sowie umfassend informiert wurde. Zudem konnte er zum Thema seine Meinung sagen (wurde angehört). Gegebenenfalls wurden die Vorschläge des Werkstattrates umgesetzt.

**War im Zeitraum nicht notwendig:** Zum Beispiel bei Antwortmöglichkeit 1, weil keine Beschäftigten seit 01.01.2017 umgesetzt wurden.

	∅	ja 1	nein 2	war im Zeitraum nicht notwendig 3
▼ 1. die dauerhafte Umsetzung Beschäftigter im Arbeitsbereich	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
▼ 2. die Umgestaltung von Arbeitsplätzen	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
▼ 3. die Einführung neuer Arbeitsverfahren (z.B. Erwerb neuer Maschinen)	∅: 2 Σ: 1		1 100%	
<b>Antworten: 15</b>	<b>Σ: 15</b>	<b>Σ: 11</b>	<b>Σ: 3</b>	<b>Σ: 1</b>

	∅	ja 1	nein 2	war im Zeitraum nicht notwendig 3
▼ 4. die Höhe der Arbeitsergebnisse (Einnahmen) und deren Verwendung (z.B. Steigerungsbeträge)	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
▼ 5. das Aufstellen von Regeln zum Unfallschutz bzw. Arbeitsschutz der Beschäftigten	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
▼ 6. die Planung von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie neuer technischer Anlagen	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
▼ 7. das Aufstellen von Regeln über Ordnung und Verhalten der Beschäftigten	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
▼ 8. die Änderung der Werkstattordnung	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
▼ 9. Regelungen zu Beginn und Ende der täglichen Arbeits- und Pausenzeiten	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
▼ 10. Regelungen zum Fahrdienst	∅: 2 Σ: 1		1 100%	
▼ 11. die Urlaubsplanung (z.B. Betriebsruhezeiten)	∅: 3 Σ: 1			1 100%
<b>Antworten: 15</b>	<b>Σ: 15</b>	<b>Σ: 11</b>	<b>Σ: 3</b>	<b>Σ: 1</b>

	$\emptyset$	ja 1	nein 2	war im Zeitraum nicht notwendig 3
⚓ 12. Regelungen hinsichtlich Verpflegung (Essensanbieter etc.)	$\emptyset$ : 2 $\Sigma$ : 1		1 100%	
⚓ 13. die Fort- und Weiterbildungen der Beschäftigten	$\emptyset$ : 1 $\Sigma$ : 1	1 100%		
⚓ 14. den Umbau und die Gestaltung der Sanitär- und Aufenthaltsräume	$\emptyset$ : 1 $\Sigma$ : 1	1 100%		
⚓ 15. die Ausgestaltung sozialer Aktivitäten der Beschäftigten (Feste etc.)	$\emptyset$ : 1 $\Sigma$ : 1	1 100%		
<b>Antworten: 15</b>	$\Sigma$ : 15	$\Sigma$ : 11	$\Sigma$ : 3	$\Sigma$ : 1

## 15 Wurde in letzter Zeit das Handeln der Vermittlungsstelle notwendig?

Es gilt der Zeitraum vom 01.01.17 bis heute.

Die Vermittlungsstelle besteht aus einer unparteiischen Person und je einem Vertreter von Werkstatt und Werkstatttrat.

Option	Prozent	Anzahl
☹ nein	100.00%	1
☹ Other	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 16 Sind Sie der Meinung, dass sich die Mitwirkung/Mitbestimmung des Werkstattrats in letzter Zeit erweitert hat?

betrachtet wird der Zeitraum seit 01.01.2017

Option	Prozent	Anzahl
ja	100.00%	1
Other	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 17 Gibt es in der WfbM eine Frauenbeauftragte?

Option	Prozent	Anzahl
ja	100.00%	1
nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 18 Gibt es regelmäßige Besprechungen zwischen der Werkstatteleitung und der Frauenbeauftragten?

In den Besprechungen werden die Interessen der in der Werkstatt beschäftigten Frauen thematisiert (z.B. Schutz vor sexueller Gewalt)

Option	Prozent	Anzahl
☿ nein	0.00%	0
☿ Other	100.00%	1
	<b>100%</b>	<b>1</b>

### Teilnehmer wenn ja, wie regelmäßig (z.B. wöchentlich)?

☿ 3229349 1 x monatlich

### Eigene Antworten: 1



## 19 Hat die Frauenbeauftragte an Schulungen bzw. Weiterbildungen teilgenommen?

Der Fokus liegt hier auf Weiterbildungsmöglichkeiten, die Kenntnisse über die Arbeit der Frauenbeauftragten vermitteln.

Option	Prozent	Anzahl
☿ nein	0.00%	0
☿ Other	100.00%	1
	<b>100%</b>	<b>1</b>

### Teilnehmer wenn ja, an wie vielen Tagen?

☿ 3229349 5

Eigene Antworten: 1



1 < >

## 20 Gibt es weitere Anmerkungen?



Diese Frage hat noch keine Antworten.



## 1 Wie viele Menschen mit Behinderungen (nachfolgend Beschäftigte genannt) gibt es in der WfbM?

Zu den Beschäftigten zählen alle Menschen mit Behinderungen, die im arbeitnehmerähnlichem Rechtsverhältnis zur Werkstatt stehen. Das heißt es sind keine Gruppenleiter, Mitarbeiter der Verwaltung oder des sozialen Dienstes inbegriffen.

Die Beschäftigten der Hauptwerkstatt und eventueller Zweigstellen sind zusammen zu rechnen.

	∅	bis zu 200 1	201-400 2	401-700 3	701-1000 4	1001-1500 5	mehr als 1500 6
▼ Zahl der Beschäftigten	∅: 1 Σ: 1	1 100%					
Antworten: 1	Σ: 1	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0

## 2 Wie ist die Verteilung zwischen männlichen und weiblichen Beschäftigten?

Option	Prozent	Anzahl
⌵ ausschließlich Männer	0.00%	0
⌵ ausschließlich Frauen	0.00%	0
⌵ Other	100.00%	1
	<b>100%</b>	<b>1</b>

### Teilnehmer Prozensatz an Frauen (z.B. 30%)

⌵ 3229392 50:50

### Eigene Antworten: 1



### 3 Wie viele Mitglieder hat der aktuelle Werkstattrat?

	∅	keine 1	3 2	5 3	7 4	9 5	11 6	13 7	andere Anzahl N/A
▼ Anzahl der Werkstatratsmitglieder	∅: 3 Σ: 1			1 100%					0 0%
Antworten: 1	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0

### 4 Wann wurde der aktuelle Werkstattrat gewählt?

	∅	2018 1	2017 2	2016 3	2015 4	2014 5	2013 6	vor 2013 7	es findet keine Wahl statt 8
▼ Jahr der Wahl	∅: 1 Σ: 1	1 100%							
Antworten: 1	Σ: 1	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0

## 5 Wie ist die Verteilung der männlichen und weiblichen Beschäftigten im Werkstattrat?

	∅	nur Männer 1	nur Frauen 2	gemischt 3
▼ Geschlechterverteilung im Werkstattrat	∅: 3 Σ: 1			1 100%
Antworten: 1	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 1

## 6 Gibt es eine Person des Vertrauens, die den Werkstattrat bei seiner Arbeit unterstützt?

Unter Vertrauensperson ist eine Person zu verstehen, die auf Wunsch des Werkstatrates diesen bei seinen Tätigkeiten zur Seite steht. Die Vertrauensperson ist weisungsunabhängig.

Option	Prozent	Anzahl
☑ ja	100.00%	1
☑ nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 7 Wie oft hält der Werkstattrat Sitzungen ab?

	∅	jede Woche 1	alle 2 Wochen 2	alle 3 Wochen 3	einmal im Monat 4	einmal im viertel Jahr 5	einmal im halben Jahr 6	einmal im Jahr 7	gar nicht 8
▼ Anzahl der Sitzungen	∅: 4 Σ: 1				1 100%				
Antworten: 1	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0

## 8 Werden alle Sitzungen des Werkstatrates protokolliert?

Unter Protokollierung wird das Verfassen einer Sitzungsniederschrift verstanden, die die gefassten Beschlüsse enthält.

Option	Prozent	Anzahl
ja	100.00%	1
nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 9 Können die Sitzungsprotokolle durch die Beschäftigten eingesehen werden?

Option	Prozent	Anzahl
ja	100.00%	1
nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 10 Hat der Werkstattrat Sprechstunden?

Unter Sprechstunden werden feste Zeiten verstanden, an denen der Werkstattrat für die Beschäftigten ansprechbar ist.

Option	Prozent	Anzahl
ja	100.00%	1
nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>



## 11 Besteht Interesse seitens der Beschäftigten an der Arbeit des Werkstattrates?

Unter Interesse wird unter anderem verstanden:

- der Werkstattrat wird bei Problemen kontaktiert
- Sitzungsprotokolle werden eingesehen
- Sprechstunden werden wahrgenommen
- ...

Option	Prozent	Anzahl
☑ ja	100.00%	1
☑ nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 12 Hat der aktuelle Werkstattrat an Schulungen bzw. Weiterbildungen teilgenommen?

Der Fokus liegt hier auf Weiterbildungsmöglichkeiten, die Kenntnisse über die Arbeit des Werkstattrats vermitteln.

Option	Prozent	Anzahl
☿ nein	0.00%	0
☿ Other	100.00%	1
	<b>100%</b>	<b>1</b>

### Teilnehmer wenn ja, an wie vielen Tagen?

☿ 3229392 ca. 5 Tage

### Eigene Antworten: 1



1 < >

### 13 Wie oft gibt es eine Werkstattversammlung?

Hierunter ist die Versammlung aller Beschäftigten unter Leitung des Werkstattrats zu verstehen.

	Ø	monatlich 1	vierteljährlich 2	halbjährlich 3	einmal im Jahr 4	alle 2 Jahre 5	es gibt keine 6
▼ Regelmäßigkeit der Werkstattversammlungen	Ø: 4 Σ: 1				1 100%		
<b>Antworten: 1</b>	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0

## 14 Hat der aktuelle Werkstattrat in folgenden Angelegenheiten mitgewirkt bzw. mitbestimmt?

Berücksichtigung findet der Zeitraum seit dem 01.01.2017 bis heute.

**Mitwirkung und Mitbestimmung** heißt, dass der Werkstattrat rechtzeitig sowie umfassend informiert wurde. Zudem konnte er zum Thema seine Meinung sagen (wurde angehört). Gegebenenfalls wurden die Vorschläge des Werkstattrates umgesetzt.

**War im Zeitraum nicht notwendig:** Zum Beispiel bei Antwortmöglichkeit 1, weil keine Beschäftigten seit 01.01.2017 umgesetzt wurden.

	∅	ja 1	nein 2	war im Zeitraum nicht notwendig 3
▼ 1. die dauerhafte Umsetzung Beschäftigter im Arbeitsbereich	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
▼ 2. die Umgestaltung von Arbeitsplätzen	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
▼ 3. die Einführung neuer Arbeitsverfahren (z.B. Erwerb neuer Maschinen)	∅: 2 Σ: 1		1 100%	
▼ 4. die Höhe der Arbeitsergebnisse (Einnahmen) und deren Verwendung (z.B. Steigerungsbeträge)	∅: 2 Σ: 1		1 100%	
<b>Antworten: 14</b>	<b>Σ: 14</b>	<b>Σ: 6</b>	<b>Σ: 4</b>	<b>Σ: 4</b>

	∅	ja 1	nein 2	war im Zeitraum nicht notwendig 3
<p>⚓ 5. das Aufstellen von Regeln zum Unfallschutz bzw. Arbeitsschutz der Beschäftigten</p>	<p>∅: 2 Σ: 1</p>		<p><b>1</b> 100%</p>	
<p>⚓ 6. die Planung von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie neuer technischer Anlagen</p>	<p>∅: 3 Σ: 1</p>			<p><b>1</b> 100%</p>
<p>⚓ 7. das Aufstellen von Regeln über Ordnung und Verhalten der Beschäftigten</p>	<p>∅: 1 Σ: 1</p>	<p><b>1</b> 100%</p>		
<p>⚓ 8. die Änderung der Werkstattordnung</p>	<p>∅: 1 Σ: 1</p>	<p><b>1</b> 100%</p>		
<p>⚓ 9. Regelungen zu Beginn und Ende der täglichen Arbeits- und Pausenzeiten</p>	<p>∅: 3 Σ: 1</p>			<p><b>1</b> 100%</p>
<p>⚓ 10. Regelungen zum Fahrdienst</p>	<p>∅: 3 Σ: 1</p>			<p><b>1</b> 100%</p>
<p>⚓ 11. die Urlaubsplanung (z.B. Betriebsruhezeiten)</p>	<p>∅: 2 Σ: 1</p>		<p><b>1</b> 100%</p>	
<p><b>Antworten: 14</b></p>	<p><b>Σ: 14</b></p>	<p><b>Σ: 6</b></p>	<p><b>Σ: 4</b></p>	<p><b>Σ: 4</b></p>

	$\emptyset$	ja 1	nein 2	war im Zeitraum nicht notwendig 3
⚓ 12. Regelungen hinsichtlich Verpflegung (Essensanbieter etc.)	$\emptyset$ : 1 $\Sigma$ : 1	1 100%		
⚓ 13. die Fort- und Weiterbildungen der Beschäftigten	$\emptyset$ : NaN $\Sigma$ : 0			
⚓ 14. den Umbau und die Gestaltung der Sanitär- und Aufenthaltsräume	$\emptyset$ : 3 $\Sigma$ : 1			1 100%
⚓ 15. die Ausgestaltung sozialer Aktivitäten der Beschäftigten (Feste etc.)	$\emptyset$ : 1 $\Sigma$ : 1	1 100%		
<b>Antworten: 14</b>	$\Sigma$ : 14	$\Sigma$ : 6	$\Sigma$ : 4	$\Sigma$ : 4

## 15 Wurde in letzter Zeit das Handeln der Vermittlungsstelle notwendig?

Es gilt der Zeitraum vom 01.01.17 bis heute.

Die Vermittlungsstelle besteht aus einer unparteiischen Person und je einem Vertreter von Werkstatt und Werkstatttrat.

Option	Prozent	Anzahl
☑ nein	100.00%	1
☑ Other	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 16 Sind Sie der Meinung, dass sich die Mitwirkung/Mitbestimmung des Werkstattrats in letzter Zeit erweitert hat?

betrachtet wird der Zeitraum seit 01.01.2017

Option	Prozent	Anzahl
▼ ja	100.00%	1
▼ Other	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 17 Gibt es in der WfbM eine Frauenbeauftragte?

Option	Prozent	Anzahl
▼ ja	100.00%	1
▼ nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>



## 18 Gibt es regelmäßige Besprechungen zwischen der Werkstatteleitung und der Frauenbeauftragten?

In den Besprechungen werden die Interessen der in der Werkstatt beschäftigten Frauen thematisiert (z.B. Schutz vor sexueller Gewalt)

Option	Prozent	Anzahl
☹ nein	100.00%	1
☹ Other	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 19 Hat die Frauenbeauftragte an Schulungen bzw. Weiterbildungen teilgenommen?

Der Fokus liegt hier auf Weiterbildungsmöglichkeiten, die Kenntnisse über die Arbeit der Frauenbeauftragten vermitteln.

Option	Prozent	Anzahl
☿ nein	0.00%	0
☿ Other	100.00%	1
	<b>100%</b>	<b>1</b>

### Teilnehmer wenn ja, an wie vielen Tagen?

☿ 3229392 3

Eigene Antworten: 1



1 < >

## 20 Gibt es weitere Anmerkungen?



Diese Frage hat noch keine Antworten.

## 1 Wie viele Menschen mit Behinderungen (nachfolgend Beschäftigte genannt) gibt es in der WfbM?

Zu den Beschäftigten zählen alle Menschen mit Behinderungen, die im arbeitnehmerähnlichem Rechtsverhältnis zur Werkstatt stehen. Das heißt es sind keine Gruppenleiter, Mitarbeiter der Verwaltung oder des sozialen Dienstes inbegriffen.

Die Beschäftigten der Hauptwerkstatt und eventueller Zweigstellen sind zusammen zu rechnen.

	∅	bis zu 200 1	201-400 2	401-700 3	701-1000 4	1001-1500 5	mehr als 1500 6
▼ Zahl der Beschäftigten	∅: 2 Σ: 1		1 100%				
Antworten: 1	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0

## 2 Wie ist die Verteilung zwischen männlichen und weiblichen Beschäftigten?

Option	Prozent	Anzahl
⌵ ausschließlich Männer	0.00%	0
⌵ ausschließlich Frauen	0.00%	0
⌵ Other	100.00%	1
	<b>100%</b>	<b>1</b>

### Teilnehmer Prozensatz an Frauen (z.B. 30%)

⌵ 3229635 50%

### Eigene Antworten: 1



### 3 Wie viele Mitglieder hat der aktuelle Werkstattrat?

	∅	keine 1	3 2	5 3	7 4	9 5	11 6	13 7	andere Anzahl N/A
▼ Anzahl der Werkstatratsmitglieder	∅: 3 Σ: 1			1 100%					0 0%
Antworten: 1	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0

### 4 Wann wurde der aktuelle Werkstattrat gewählt?

	∅	2018 1	2017 2	2016 3	2015 4	2014 5	2013 6	vor 2013 7	es findet keine Wahl statt 8
▼ Jahr der Wahl	∅: 2 Σ: 1		1 100%						
Antworten: 1	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0

## 5 Wie ist die Verteilung der männlichen und weiblichen Beschäftigten im Werkstattrat?

	∅	nur Männer 1	nur Frauen 2	gemischt 3
▼ Geschlechterverteilung im Werkstattrat	∅: 3 Σ: 1			1 100%
<b>Antworten: 1</b>	<b>Σ: 1</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 1</b>

## 6 Gibt es eine Person des Vertrauens, die den Werkstattrat bei seiner Arbeit unterstützt?

Unter Vertrauensperson ist eine Person zu verstehen, die auf Wunsch des Werkstatrates diesen bei seinen Tätigkeiten zur Seite steht. Die Vertrauensperson ist weisungsunabhängig.

Option	Prozent	Anzahl
☑ ja	100.00%	1
☑ nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>



## 7 Wie oft hält der Werkstattrat Sitzungen ab?

	∅	jede Woche 1	alle 2 Wochen 2	alle 3 Wochen 3	einmal im Monat 4	einmal im viertel Jahr 5	einmal im halben Jahr 6	einmal im Jahr 7	gar nicht 8
⚓ Anzahl der Sitzungen	∅: 4 Σ: 1				1 100%				
Antworten: 1	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0

## 8 Werden alle Sitzungen des Werkstatrates protokolliert?

Unter Protokollierung wird das Verfassen einer Sitzungsniederschrift verstanden, die die gefassten Beschlüsse enthält.

Option	Prozent	Anzahl
ja	100.00%	1
nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 9 Können die Sitzungsprotokolle durch die Beschäftigten eingesehen werden?

Option	Prozent	Anzahl
ja	100.00%	1
nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 10 Hat der Werkstattrat Sprechstunden?

Unter Sprechstunden werden feste Zeiten verstanden, an denen der Werkstattrat für die Beschäftigten ansprechbar ist.

Option	Prozent	Anzahl
ja	100.00%	1
nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 11 Besteht Interesse seitens der Beschäftigten an der Arbeit des Werkstattrates?

Unter Interesse wird unter anderem verstanden:

- der Werkstattrat wird bei Problemen kontaktiert
- Sitzungsprotokolle werden eingesehen
- Sprechstunden werden wahrgenommen
- ...

Option	Prozent	Anzahl
☑ ja	100.00%	1
☑ nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 12 Hat der aktuelle Werkstattrat an Schulungen bzw. Weiterbildungen teilgenommen?

Der Fokus liegt hier auf Weiterbildungsmöglichkeiten, die Kenntnisse über die Arbeit des Werkstattrats vermitteln.

Diese Frage hat noch keine Antworten.

## 13 Wie oft gibt es eine Werkstattversammlung?

Hierunter ist die Versammlung aller Beschäftigten unter Leitung des Werkstattrats zu verstehen.

	Ø	monatlich 1	vierteljährlich 2	halbjährlich 3	einmal im Jahr 4	alle 2 Jahre 5	es gibt keine 6
▼ Regelmäßigkeit der Werkstattversammlungen	Ø: 6 Σ: 1						1 100%
<b>Antworten: 1</b>	<b>Σ: 1</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 1</b>

## 14 Hat der aktuelle Werkstattrat in folgenden Angelegenheiten mitgewirkt bzw. mitbestimmt?

Berücksichtigung findet der Zeitraum seit dem 01.01.2017 bis heute.

**Mitwirkung und Mitbestimmung** heißt, dass der Werkstattrat rechtzeitig sowie umfassend informiert wurde. Zudem konnte er zum Thema seine Meinung sagen (wurde angehört). Gegebenenfalls wurden die Vorschläge des Werkstattrates umgesetzt.

**War im Zeitraum nicht notwendig:** Zum Beispiel bei Antwortmöglichkeit 1, weil keine Beschäftigten seit 01.01.2017 umgesetzt wurden.

	∅	ja 1	nein 2	war im Zeitraum nicht notwendig 3
▼ 1. die dauerhafte Umsetzung Beschäftigter im Arbeitsbereich	∅: 2 Σ: 1		1 100%	
▼ 2. die Umgestaltung von Arbeitsplätzen	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
▼ 3. die Einführung neuer Arbeitsverfahren (z.B. Erwerb neuer Maschinen)	∅: 2 Σ: 1		1 100%	
<b>Antworten: 15</b>	Σ: 15	Σ: 9	Σ: 3	Σ: 3

	∅	ja 1	nein 2	war im Zeitraum nicht notwendig 3
▼ 4. die Höhe der Arbeitsergebnisse (Einnahmen) und deren Verwendung (z.B. Steigerungsbeträge)	∅: 2 Σ: 1		1 100%	
▼ 5. das Aufstellen von Regeln zum Unfallschutz bzw. Arbeitsschutz der Beschäftigten	∅: 3 Σ: 1			1 100%
▼ 6. die Planung von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie neuer technischer Anlagen	∅: 3 Σ: 1			1 100%
▼ 7. das Aufstellen von Regeln über Ordnung und Verhalten der Beschäftigten	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
▼ 8. die Änderung der Werkstattordnung	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
▼ 9. Regelungen zu Beginn und Ende der täglichen Arbeits- und Pausenzeiten	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
▼ 10. Regelungen zum Fahrdienst	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
▼ 11. die Urlaubsplanung (z.B. Betriebsruhezeiten)	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
<b>Antworten: 15</b>	Σ: 15	Σ: 9	Σ: 3	Σ: 3

	$\emptyset$	ja 1	nein 2	war im Zeitraum nicht notwendig 3
⚓ 12. Regelungen hinsichtlich Verpflegung (Essensanbieter etc.)	$\emptyset$ : 1 $\Sigma$ : 1	1 100%		
⚓ 13. die Fort- und Weiterbildungen der Beschäftigten	$\emptyset$ : 1 $\Sigma$ : 1	1 100%		
⚓ 14. den Umbau und die Gestaltung der Sanitär- und Aufenthaltsräume	$\emptyset$ : 3 $\Sigma$ : 1			1 100%
⚓ 15. die Ausgestaltung sozialer Aktivitäten der Beschäftigten (Feste etc.)	$\emptyset$ : 1 $\Sigma$ : 1	1 100%		
<b>Antworten: 15</b>	$\Sigma$ : 15	$\Sigma$ : 9	$\Sigma$ : 3	$\Sigma$ : 3



## 15 Wurde in letzter Zeit das Handeln der Vermittlungsstelle notwendig?

Es gilt der Zeitraum vom 01.01.17 bis heute.

Die Vermittlungsstelle besteht aus einer unparteiischen Person und je einem Vertreter von Werkstatt und Werkstatttrat.

Option	Prozent	Anzahl
☑ nein	100.00%	1
☑ Other	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 16 Sind Sie der Meinung, dass sich die Mitwirkung/Mitbestimmung des Werkstattrats in letzter Zeit erweitert hat?

betrachtet wird der Zeitraum seit 01.01.2017

Option	Prozent	Anzahl
▼ ja	100.00%	1
▼ Other	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 17 Gibt es in der WfbM eine Frauenbeauftragte?

Option	Prozent	Anzahl
▼ ja	100.00%	1
▼ nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 18 Gibt es regelmäßige Besprechungen zwischen der Werkstatteleitung und der Frauenbeauftragten?

In den Besprechungen werden die Interessen der in der Werkstatt beschäftigten Frauen thematisiert (z.B. Schutz vor sexueller Gewalt)

Option	Prozent	Anzahl
☿ nein	0.00%	0
☿ Other	100.00%	1
	<b>100%</b>	<b>1</b>

Teilnehmer wenn ja, wie regelmäßig (z.B. wöchentlich)?

☿ 3229635 monatlich

Eigene Antworten: 1



## 19 Hat die Frauenbeauftragte an Schulungen bzw. Weiterbildungen teilgenommen?

Der Fokus liegt hier auf Weiterbildungsmöglichkeiten, die Kenntnisse über die Arbeit der Frauenbeauftragten vermitteln.

Option	Prozent	Anzahl
☿ nein	0.00%	0
☿ Other	100.00%	1
	<b>100%</b>	<b>1</b>

### Teilnehmer wenn ja, an wie vielen Tagen?

☿ 3229635 3

Eigene Antworten: 1



## 20 Gibt es weitere Anmerkungen?



Diese Frage hat noch keine Antworten.

## 1 Wie viele Menschen mit Behinderungen (nachfolgend Beschäftigte genannt) gibt es in der WfbM?

Zu den Beschäftigten zählen alle Menschen mit Behinderungen, die im arbeitnehmerähnlichem Rechtsverhältnis zur Werkstatt stehen. Das heißt es sind keine Gruppenleiter, Mitarbeiter der Verwaltung oder des sozialen Dienstes inbegriffen.

Die Beschäftigten der Hauptwerkstatt und eventueller Zweigstellen sind zusammen zu rechnen.

	∅	bis zu 200 1	201-400 2	401-700 3	701-1000 4	1001-1500 5	mehr als 1500 6
▼ Zahl der Beschäftigten	∅: 2 Σ: 1		1 100%				
Antworten: 1	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0

## 2 Wie ist die Verteilung zwischen männlichen und weiblichen Beschäftigten?

Option	Prozent	Anzahl
⌵ ausschließlich Männer	0.00%	0
⌵ ausschließlich Frauen	0.00%	0
⌵ Other	100.00%	1
	<b>100%</b>	<b>1</b>

### Teilnehmer Prozensatz an Frauen (z.B. 30%)

⌵ 3229648 45%

### Eigene Antworten: 1



1 < >

### 3 Wie viele Mitglieder hat der aktuelle Werkstattrat?

	∅	keine 1	3 2	5 3	7 4	9 5	11 6	13 7	andere Anzahl N/A
▼ Anzahl der Werkstatratsmitglieder	∅: 3 Σ: 1			1 100%					0 0%
Antworten: 1	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0

### 4 Wann wurde der aktuelle Werkstattrat gewählt?

	∅	2018 1	2017 2	2016 3	2015 4	2014 5	2013 6	vor 2013 7	es findet keine Wahl statt 8
▼ Jahr der Wahl	∅: 2 Σ: 1		1 100%						
Antworten: 1	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0



## 5 Wie ist die Verteilung der männlichen und weiblichen Beschäftigten im Werkstattrat?

	∅	nur Männer 1	nur Frauen 2	gemischt 3
▼ Geschlechterverteilung im Werkstattrat	∅: 3 Σ: 1			1 100%
<b>Antworten: 1</b>	<b>Σ: 1</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 1</b>

## 6 Gibt es eine Person des Vertrauens, die den Werkstattrat bei seiner Arbeit unterstützt?

Unter Vertrauensperson ist eine Person zu verstehen, die auf Wunsch des Werkstatrates diesen bei seinen Tätigkeiten zur Seite steht. Die Vertrauensperson ist weisungsunabhängig.

Option	Prozent	Anzahl
☑ ja	100.00%	1
☑ nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 7 Wie oft hält der Werkstattrat Sitzungen ab?

	∅	jede Woche 1	alle 2 Wochen 2	alle 3 Wochen 3	einmal im Monat 4	einmal im viertel Jahr 5	einmal im halben Jahr 6	einmal im Jahr 7	gar nicht 8
▼ Anzahl der Sitzungen	∅: 4 Σ: 1				1 100%				
Antworten: 1	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0

## 8 Werden alle Sitzungen des Werkstatrates protokolliert?

Unter Protokollierung wird das Verfassen einer Sitzungsniederschrift verstanden, die die gefassten Beschlüsse enthält.

Option	Prozent	Anzahl
ja	100.00%	1
nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 9 Können die Sitzungsprotokolle durch die Beschäftigten eingesehen werden?

Option	Prozent	Anzahl
⌵ ja	0.00%	0
⌵ nein	100.00%	1
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 10 Hat der Werkstattrat Sprechstunden?

Unter Sprechstunden werden feste Zeiten verstanden, an denen der Werkstattrat für die Beschäftigten ansprechbar ist.

Option	Prozent	Anzahl
⌵ ja	100.00%	1
⌵ nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 11 Besteht Interesse seitens der Beschäftigten an der Arbeit des Werkstattrates?

Unter Interesse wird unter anderem verstanden:

- der Werkstattrat wird bei Problemen kontaktiert
- Sitzungsprotokolle werden eingesehen
- Sprechstunden werden wahrgenommen
- ...

Option	Prozent	Anzahl
☑ ja	100.00%	1
☑ nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 12 Hat der aktuelle Werkstattrat an Schulungen bzw. Weiterbildungen teilgenommen?

Der Fokus liegt hier auf Weiterbildungsmöglichkeiten, die Kenntnisse über die Arbeit des Werkstattrats vermitteln.

Option	Prozent	Anzahl
nein	0.00%	0
Other	100.00%	1
	<b>100%</b>	<b>1</b>

### Teilnehmer wenn ja, an wie vielen Tagen?

3229648 3+2+2

Eigene Antworten: 1



1 < >

### 13 Wie oft gibt es eine Werkstattversammlung?

Hierunter ist die Versammlung aller Beschäftigten unter Leitung des Werkstattrats zu verstehen.

	Ø	monatlich 1	vierteljährlich 2	halbjährlich 3	einmal im Jahr 4	alle 2 Jahre 5	es gibt keine 6
▼ Regelmäßigkeit der Werkstattversammlungen	Ø: 6 Σ: 1						1 100%
<b>Antworten: 1</b>	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 1



## 14 Hat der aktuelle Werkstattrat in folgenden Angelegenheiten mitgewirkt bzw. mitbestimmt?

Berücksichtigung findet der Zeitraum seit dem 01.01.2017 bis heute.

**Mitwirkung und Mitbestimmung** heißt, dass der Werkstattrat rechtzeitig sowie umfassend informiert wurde. Zudem konnte er zum Thema seine Meinung sagen (wurde angehört). Gegebenenfalls wurden die Vorschläge des Werkstattrates umgesetzt.

**War im Zeitraum nicht notwendig:** Zum Beispiel bei Antwortmöglichkeit 1, weil keine Beschäftigten seit 01.01.2017 umgesetzt wurden.

	∅	ja 1	nein 2	war im Zeitraum nicht notwendig 3
▼ 1. die dauerhafte Umsetzung Beschäftigter im Arbeitsbereich	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
▼ 2. die Umgestaltung von Arbeitsplätzen	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
▼ 3. die Einführung neuer Arbeitsverfahren (z.B. Erwerb neuer Maschinen)	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
<b>Antworten: 15</b>	<b>Σ: 15</b>	<b>Σ: 13</b>	<b>Σ: 2</b>	<b>Σ: 0</b>

	Ø	ja 1	nein 2	war im Zeitraum nicht notwendig 3
⚡ 4. die Höhe der Arbeitsergebnisse (Einnahmen) und deren Verwendung (z.B. Steigerungsbeträge)	Ø: 2 Σ: 1		1 100%	
⚡ 5. das Aufstellen von Regeln zum Unfallschutz bzw. Arbeitsschutz der Beschäftigten	Ø: 1 Σ: 1	1 100%		
⚡ 6. die Planung von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie neuer technischer Anlagen	Ø: 2 Σ: 1		1 100%	
⚡ 7. das Aufstellen von Regeln über Ordnung und Verhalten der Beschäftigten	Ø: 1 Σ: 1	1 100%		
⚡ 8. die Änderung der Werkstattordnung	Ø: 1 Σ: 1	1 100%		
⚡ 9. Regelungen zu Beginn und Ende der täglichen Arbeits- und Pausenzeiten	Ø: 1 Σ: 1	1 100%		
⚡ 10. Regelungen zum Fahrdienst	Ø: 1 Σ: 1	1 100%		
⚡ 11. die Urlaubsplanung (z.B. Betriebsruhezeiten)	Ø: 1 Σ: 1	1 100%		
<b>Antworten: 15</b>	<b>Σ: 15</b>	<b>Σ: 13</b>	<b>Σ: 2</b>	<b>Σ: 0</b>

	Ø	ja 1	nein 2	war im Zeitraum nicht notwendig 3
⚓ 12. Regelungen hinsichtlich Verpflegung (Essensanbieter etc.)	Ø: 1 Σ: 1	1 100%		
⚓ 13. die Fort- und Weiterbildungen der Beschäftigten	Ø: 1 Σ: 1	1 100%		
⚓ 14. den Umbau und die Gestaltung der Sanitär- und Aufenthaltsräume	Ø: 1 Σ: 1	1 100%		
⚓ 15. die Ausgestaltung sozialer Aktivitäten der Beschäftigten (Feste etc.)	Ø: 1 Σ: 1	1 100%		
<b>Antworten: 15</b>	Σ: 15	Σ: 13	Σ: 2	Σ: 0

## 15 Wurde in letzter Zeit das Handeln der Vermittlungsstelle notwendig?

Es gilt der Zeitraum vom 01.01.17 bis heute.

Die Vermittlungsstelle besteht aus einer unparteiischen Person und je einem Vertreter von Werkstatt und Werkstatttrat.

Option	Prozent	Anzahl
☑ nein	100.00%	1
☑ Other	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 16 Sind Sie der Meinung, dass sich die Mitwirkung/Mitbestimmung des Werkstattrats in letzter Zeit erweitert hat?

betrachtet wird der Zeitraum seit 01.01.2017

Option	Prozent	Anzahl
ja	0.00%	0
Other	100.00%	1
	<b>100%</b>	<b>1</b>

### Teilnehmer nein, was könnten Gründe sein?

3229648 war bei uns praktisch auch vorher möglich

### Eigene Antworten: 1



## 17 Gibt es in der WfbM eine Frauenbeauftragte?

Option	Prozent	Anzahl
☑ ja	100.00%	1
☑ nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 18 Gibt es regelmäßige Besprechungen zwischen der Werkstatteleitung und der Frauenbeauftragten?

In den Besprechungen werden die Interessen der in der Werkstatt beschäftigten Frauen thematisiert (z.B. Schutz vor sexueller Gewalt)

Option	Prozent	Anzahl
☿ nein	0.00%	0
☿ Other	100.00%	1
	<b>100%</b>	<b>1</b>

**Teilnehmer** wenn ja, wie regelmäßig (z.B. wöchentlich)?

☿ 3229648 jederzeit bei Bedarf

**Eigene Antworten: 1**



## 19 Hat die Frauenbeauftragte an Schulungen bzw. Weiterbildungen teilgenommen?

Der Fokus liegt hier auf Weiterbildungsmöglichkeiten, die Kenntnisse über die Arbeit der Frauenbeauftragten vermitteln.

Option	Prozent	Anzahl
nein	0.00%	0
Other	100.00%	1
	<b>100%</b>	<b>1</b>

### Teilnehmer wenn ja, an wie vielen Tagen?

3229648 3

### Eigene Antworten: 1





## 20 Gibt es weitere Anmerkungen?



Diese Frage hat noch keine Antworten.

## 1 Wie viele Menschen mit Behinderungen (nachfolgend Beschäftigte genannt) gibt es in der WfbM?

Zu den Beschäftigten zählen alle Menschen mit Behinderungen, die im arbeitnehmerähnlichem Rechtsverhältnis zur Werkstatt stehen. Das heißt es sind keine Gruppenleiter, Mitarbeiter der Verwaltung oder des sozialen Dienstes inbegriffen.

Die Beschäftigten der Hauptwerkstatt und eventueller Zweigstellen sind zusammen zu rechnen.

	∅	bis zu 200 1	201-400 2	401-700 3	701-1000 4	1001-1500 5	mehr als 1500 6
▼ Zahl der Beschäftigten	∅: 3 Σ: 1			1 100%			
Antworten: 1	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0

## 2 Wie ist die Verteilung zwischen männlichen und weiblichen Beschäftigten?

Option	Prozent	Anzahl
⌵ ausschließlich Männer	0.00%	0
⌵ ausschließlich Frauen	0.00%	0
⌵ Other	100.00%	1
	<b>100%</b>	<b>1</b>

### Teilnehmer Prozensatz an Frauen (z.B. 30%)

⌵ 3230517 ca. 40 % Frauen

### Eigene Antworten: 1



### 3 Wie viele Mitglieder hat der aktuelle Werkstattrat?

	∅	keine 1	3 2	5 3	7 4	9 5	11 6	13 7	andere Anzahl N/A
▼ Anzahl der Werkstatratsmitglieder	∅: 4 Σ: 1				1 100%				0 0%
Antworten: 1	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0

### 4 Wann wurde der aktuelle Werkstattrat gewählt?

	∅	2018 1	2017 2	2016 3	2015 4	2014 5	2013 6	vor 2013 7	es findet keine Wahl statt 8
▼ Jahr der Wahl	∅: 2 Σ: 1		1 100%						
Antworten: 1	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0

## 5 Wie ist die Verteilung der männlichen und weiblichen Beschäftigten im Werkstattrat?

	∅	nur Männer 1	nur Frauen 2	gemischt 3
▼ Geschlechterverteilung im Werkstattrat	∅: 3 Σ: 1			1 100%
<b>Antworten: 1</b>	<b>Σ: 1</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 1</b>

## 6 Gibt es eine Person des Vertrauens, die den Werkstattrat bei seiner Arbeit unterstützt?

Unter Vertrauensperson ist eine Person zu verstehen, die auf Wunsch des Werkstatrates diesen bei seinen Tätigkeiten zur Seite steht. Die Vertrauensperson ist weisungsunabhängig.

Option	Prozent	Anzahl
☑ ja	100.00%	1
☑ nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 7 Wie oft hält der Werkstattrat Sitzungen ab?

	∅	jede Woche 1	alle 2 Wochen 2	alle 3 Wochen 3	einmal im Monat 4	einmal im viertel Jahr 5	einmal im halben Jahr 6	einmal im Jahr 7	gar nicht 8
▼ Anzahl der Sitzungen	∅: 4 Σ: 1				1 100%				
Antworten: 1	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0

## 8 Werden alle Sitzungen des Werkstatttrates protokolliert?

Unter Protokollierung wird das Verfassen einer Sitzungsniederschrift verstanden, die die gefassten Beschlüsse enthält.

Option	Prozent	Anzahl
☑ ja	100.00%	1
☑ nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>



## 9 Können die Sitzungsprotokolle durch die Beschäftigten eingesehen werden?

Option	Prozent	Anzahl
ja	100.00%	1
nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 10 Hat der Werkstattrat Sprechstunden?

Unter Sprechstunden werden feste Zeiten verstanden, an denen der Werkstattrat für die Beschäftigten ansprechbar ist.

Option	Prozent	Anzahl
ja	0.00%	0
nein	100.00%	1
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 11 Besteht Interesse seitens der Beschäftigten an der Arbeit des Werkstattrates?

Unter Interesse wird unter anderem verstanden:

- der Werkstattrat wird bei Problemen kontaktiert
- Sitzungsprotokolle werden eingesehen
- Sprechstunden werden wahrgenommen
- ...

Option	Prozent	Anzahl
☑ ja	100.00%	1
☑ nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 12 Hat der aktuelle Werkstattrat an Schulungen bzw. Weiterbildungen teilgenommen?

Der Fokus liegt hier auf Weiterbildungsmöglichkeiten, die Kenntnisse über die Arbeit des Werkstattrats vermitteln.

Option	Prozent	Anzahl
nein	0.00%	0
Other	100.00%	1
	<b>100%</b>	<b>1</b>

### Teilnehmer wenn ja, an wie vielen Tagen?

3230517 Grundkurs für neue WR Mitglieder

### Eigene Antworten: 1



1 < >

### 13 Wie oft gibt es eine Werkstattversammlung?

Hierunter ist die Versammlung aller Beschäftigten unter Leitung des Werkstattrats zu verstehen.

	Ø	monatlich 1	vierteljährlich 2	halbjährlich 3	einmal im Jahr 4	alle 2 Jahre 5	es gibt keine 6
⚑ Regelmäßigkeit der Werkstattversammlungen	Ø: 4 Σ: 1				1 100%		
<b>Antworten: 1</b>	<b>Σ: 1</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 1</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 0</b>

## 14 Hat der aktuelle Werkstattrat in folgenden Angelegenheiten mitgewirkt bzw. mitbestimmt?

Berücksichtigung findet der Zeitraum seit dem 01.01.2017 bis heute.

**Mitwirkung und Mitbestimmung** heißt, dass der Werkstattrat rechtzeitig sowie umfassend informiert wurde. Zudem konnte er zum Thema seine Meinung sagen (wurde angehört). Gegebenenfalls wurden die Vorschläge des Werkstattrates umgesetzt.

**War im Zeitraum nicht notwendig:** Zum Beispiel bei Antwortmöglichkeit 1, weil keine Beschäftigten seit 01.01.2017 umgesetzt wurden.

	∅	ja 1	nein 2	war im Zeitraum nicht notwendig 3
▼ 1. die dauerhafte Umsetzung Beschäftigter im Arbeitsbereich	∅: 2 Σ: 1		1 100%	
▼ 2. die Umgestaltung von Arbeitsplätzen	∅: 2 Σ: 1		1 100%	
▼ 3. die Einführung neuer Arbeitsverfahren (z.B. Erwerb neuer Maschinen)	∅: 2 Σ: 1		1 100%	
<b>Antworten: 15</b>	<b>Σ: 15</b>	<b>Σ: 11</b>	<b>Σ: 4</b>	<b>Σ: 0</b>

	∅	ja 1	nein 2	war im Zeitraum nicht notwendig 3
▼ 4. die Höhe der Arbeitsergebnisse (Einnahmen) und deren Verwendung (z.B. Steigerungsbeträge)	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
▼ 5. das Aufstellen von Regeln zum Unfallschutz bzw. Arbeitsschutz der Beschäftigten	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
▼ 6. die Planung von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie neuer technischer Anlagen	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
▼ 7. das Aufstellen von Regeln über Ordnung und Verhalten der Beschäftigten	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
▼ 8. die Änderung der Werkstattordnung	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
▼ 9. Regelungen zu Beginn und Ende der täglichen Arbeits- und Pausenzeiten	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
▼ 10. Regelungen zum Fahrdienst	∅: 2 Σ: 1		1 100%	
▼ 11. die Urlaubsplanung (z.B. Betriebsruhezeiten)	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
<b>Antworten: 15</b>	<b>Σ: 15</b>	<b>Σ: 11</b>	<b>Σ: 4</b>	<b>Σ: 0</b>

	∅	ja 1	nein 2	war im Zeitraum nicht notwendig 3
⚡ 12. Regelungen hinsichtlich Verpflegung (Essensanbieter etc.)	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
⚡ 13. die Fort- und Weiterbildungen der Beschäftigten	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
⚡ 14. den Umbau und die Gestaltung der Sanitär- und Aufenthaltsräume	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
⚡ 15. die Ausgestaltung sozialer Aktivitäten der Beschäftigten (Feste etc.)	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
<b>Antworten: 15</b>	Σ: 15	Σ: 11	Σ: 4	Σ: 0

## 15 Wurde in letzter Zeit das Handeln der Vermittlungsstelle notwendig?

Es gilt der Zeitraum vom 01.01.17 bis heute.

Die Vermittlungsstelle besteht aus einer unparteiischen Person und je einem Vertreter von Werkstatt und Werkstatttrat.

Option	Prozent	Anzahl
☑ nein	100.00%	1
☑ Other	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>



## 16 Sind Sie der Meinung, dass sich die Mitwirkung/Mitbestimmung des Werkstattrats in letzter Zeit erweitert hat?

betrachtet wird der Zeitraum seit 01.01.2017

Option	Prozent	Anzahl
▼ ja	100.00%	1
▼ Other	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 17 Gibt es in der WfbM eine Frauenbeauftragte?

Option	Prozent	Anzahl
▼ ja	100.00%	1
▼ nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 18 Gibt es regelmäßige Besprechungen zwischen der Werkstatteleitung und der Frauenbeauftragten?

In den Besprechungen werden die Interessen der in der Werkstatt beschäftigten Frauen thematisiert (z.B. Schutz vor sexueller Gewalt)

Option	Prozent	Anzahl
☿ nein	0.00%	0
☿ Other	100.00%	1
	<b>100%</b>	<b>1</b>

**Teilnehmer** wenn ja, wie regelmäßig (z.B. wöchentlich)?

☿ 3230517 monatlich

**Eigene Antworten: 1**



## 19 Hat die Frauenbeauftragte an Schulungen bzw. Weiterbildungen teilgenommen?

Der Fokus liegt hier auf Weiterbildungsmöglichkeiten, die Kenntnisse über die Arbeit der Frauenbeauftragten vermitteln.

Option	Prozent	Anzahl
⌵ nein	0.00%	0
⌵ Other	100.00%	1
	<b>100%</b>	<b>1</b>

### Teilnehmer wenn ja, an wie vielen Tagen?

⌵ 3230517 Grundkurse zur netzwerkbildung, Arbeit der Frauenbeauftragten...

Eigene Antworten: 1



## 20 Gibt es weitere Anmerkungen?



Diese Frage hat noch keine Antworten.

## 1 Wie viele Menschen mit Behinderungen (nachfolgend Beschäftigte genannt) gibt es in der WfbM?

Zu den Beschäftigten zählen alle Menschen mit Behinderungen, die im arbeitnehmerähnlichem Rechtsverhältnis zur Werkstatt stehen. Das heißt es sind keine Gruppenleiter, Mitarbeiter der Verwaltung oder des sozialen Dienstes inbegriffen.

Die Beschäftigten der Hauptwerkstatt und eventueller Zweigstellen sind zusammen zu rechnen.

	∅	bis zu 200 1	201-400 2	401-700 3	701-1000 4	1001-1500 5	mehr als 1500 6
▼ Zahl der Beschäftigten	∅: 3 Σ: 1			1 100%			
Antworten: 1	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0

## 2 Wie ist die Verteilung zwischen männlichen und weiblichen Beschäftigten?

Option	Prozent	Anzahl
⌵ ausschließlich Männer	0.00%	0
⌵ ausschließlich Frauen	0.00%	0
⌵ Other	100.00%	1
	<b>100%</b>	<b>1</b>

### Teilnehmer Prozensatz an Frauen (z.B. 30%)

⌵ 3231324 45% Frauen

### Eigene Antworten: 1



1 < >

### 3 Wie viele Mitglieder hat der aktuelle Werkstattrat?

	∅	keine 1	3 2	5 3	7 4	9 5	11 6	13 7	andere Anzahl N/A
▼ Anzahl der Werkstatratsmitglieder	∅: 4 Σ: 1				1 100%				0 0%
Antworten: 1	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0

### 4 Wann wurde der aktuelle Werkstattrat gewählt?

	∅	2018 1	2017 2	2016 3	2015 4	2014 5	2013 6	vor 2013 7	es findet keine Wahl statt 8
▼ Jahr der Wahl	∅: 2 Σ: 1		1 100%						
Antworten: 1	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0

## 5 Wie ist die Verteilung der männlichen und weiblichen Beschäftigten im Werkstattrat?

	∅	nur Männer 1	nur Frauen 2	gemischt 3
▼ Geschlechterverteilung im Werkstattrat	∅: 3 Σ: 1			1 100%
<b>Antworten: 1</b>	<b>Σ: 1</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 1</b>



## 6 Gibt es eine Person des Vertrauens, die den Werkstattrat bei seiner Arbeit unterstützt?

Unter Vertrauensperson ist eine Person zu verstehen, die auf Wunsch des Werkstatrates diesen bei seinen Tätigkeiten zur Seite steht. Die Vertrauensperson ist weisungsunabhängig.

Option	Prozent	Anzahl
☑ ja	100.00%	1
☑ nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 7 Wie oft hält der Werkstattrat Sitzungen ab?

	∅	jede Woche 1	alle 2 Wochen 2	alle 3 Wochen 3	einmal im Monat 4	einmal im viertel Jahr 5	einmal im halben Jahr 6	einmal im Jahr 7	gar nicht 8
▼ Anzahl der Sitzungen	∅: 3 Σ: 1			1 100%					
Antworten: 1	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0

## 8 Werden alle Sitzungen des Werkstatrates protokolliert?

Unter Protokollierung wird das Verfassen einer Sitzungsniederschrift verstanden, die die gefassten Beschlüsse enthält.

Option	Prozent	Anzahl
☑ ja	100.00%	1
☑ nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 9 Können die Sitzungsprotokolle durch die Beschäftigten eingesehen werden?

Option	Prozent	Anzahl
⌵ ja	0.00%	0
⌵ nein	100.00%	1
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 10 Hat der Werkstattrat Sprechstunden?

Unter Sprechstunden werden feste Zeiten verstanden, an denen der Werkstattrat für die Beschäftigten ansprechbar ist.

Option	Prozent	Anzahl
⌵ ja	100.00%	1
⌵ nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 11 Besteht Interesse seitens der Beschäftigten an der Arbeit des Werkstattrates?

Unter Interesse wird unter anderem verstanden:

- der Werkstattrat wird bei Problemen kontaktiert
- Sitzungsprotokolle werden eingesehen
- Sprechstunden werden wahrgenommen
- ...

Option	Prozent	Anzahl
☑ ja	100.00%	1
☑ nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 12 Hat der aktuelle Werkstattrat an Schulungen bzw. Weiterbildungen teilgenommen?

Der Fokus liegt hier auf Weiterbildungsmöglichkeiten, die Kenntnisse über die Arbeit des Werkstattrats vermitteln.

Option	Prozent	Anzahl
nein	0.00%	0
Other	100.00%	1
	<b>100%</b>	<b>1</b>

### Teilnehmer wenn ja, an wie vielen Tagen?

3231324 5

### Eigene Antworten: 1



### 13 Wie oft gibt es eine Werkstattversammlung?

Hierunter ist die Versammlung aller Beschäftigten unter Leitung des Werkstattrats zu verstehen.

	Ø	monatlich 1	vierteljährlich 2	halbjährlich 3	einmal im Jahr 4	alle 2 Jahre 5	es gibt keine 6
▼ Regelmäßigkeit der Werkstattversammlungen	Ø: 4 Σ: 1				1 100%		
<b>Antworten: 1</b>	<b>Σ: 1</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 1</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 0</b>

## 14 Hat der aktuelle Werkstattrat in folgenden Angelegenheiten mitgewirkt bzw. mitbestimmt?

Berücksichtigung findet der Zeitraum seit dem 01.01.2017 bis heute.

**Mitwirkung und Mitbestimmung** heißt, dass der Werkstattrat rechtzeitig sowie umfassend informiert wurde. Zudem konnte er zum Thema seine Meinung sagen (wurde angehört). Gegebenenfalls wurden die Vorschläge des Werkstattrates umgesetzt.

**War im Zeitraum nicht notwendig:** Zum Beispiel bei Antwortmöglichkeit 1, weil keine Beschäftigten seit 01.01.2017 umgesetzt wurden.

	Ø	ja 1	nein 2	war im Zeitraum nicht notwendig 3
▼ 1. die dauerhafte Umsetzung Beschäftigter im Arbeitsbereich	Ø: 1 Σ: 1	1 100%		
▼ 2. die Umgestaltung von Arbeitsplätzen	Ø: 1 Σ: 1	1 100%		
▼ 3. die Einführung neuer Arbeitsverfahren (z.B. Erwerb neuer Maschinen)	Ø: 1 Σ: 1	1 100%		
<b>Antworten: 15</b>	Σ: 15	Σ: 8	Σ: 1	Σ: 6



	∅	ja 1	nein 2	war im Zeitraum nicht notwendig 3
▼ 4. die Höhe der Arbeitsergebnisse (Einnahmen) und deren Verwendung (z.B. Steigerungsbeträge)	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
▼ 5. das Aufstellen von Regeln zum Unfallschutz bzw. Arbeitsschutz der Beschäftigten	∅: 2 Σ: 1		1 100%	
▼ 6. die Planung von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie neuer technischer Anlagen	∅: 3 Σ: 1			1 100%
▼ 7. das Aufstellen von Regeln über Ordnung und Verhalten der Beschäftigten	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
▼ 8. die Änderung der Werkstattordnung	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
▼ 9. Regelungen zu Beginn und Ende der täglichen Arbeits- und Pausenzeiten	∅: 3 Σ: 1			1 100%
▼ 10. Regelungen zum Fahrdienst	∅: 3 Σ: 1			1 100%
▼ 11. die Urlaubsplanung (z.B. Betriebsruhezeiten)	∅: 3 Σ: 1			1 100%
<b>Antworten: 15</b>	Σ: 15	Σ: 8	Σ: 1	Σ: 6

	$\emptyset$	ja 1	nein 2	war im Zeitraum nicht notwendig 3
⚡ 12. Regelungen hinsichtlich Verpflegung (Essensanbieter etc.)	$\emptyset$ : 3 $\Sigma$ : 1			<b>1</b> 100%
⚡ 13. die Fort- und Weiterbildungen der Beschäftigten	$\emptyset$ : 1 $\Sigma$ : 1	<b>1</b> 100%		
⚡ 14. den Umbau und die Gestaltung der Sanitär- und Aufenthaltsräume	$\emptyset$ : 3 $\Sigma$ : 1			<b>1</b> 100%
⚡ 15. die Ausgestaltung sozialer Aktivitäten der Beschäftigten (Feste etc.)	$\emptyset$ : 1 $\Sigma$ : 1	<b>1</b> 100%		
<b>Antworten: 15</b>	$\Sigma$ : 15	$\Sigma$ : 8	$\Sigma$ : 1	$\Sigma$ : 6

## 15 Wurde in letzter Zeit das Handeln der Vermittlungsstelle notwendig?

Es gilt der Zeitraum vom 01.01.17 bis heute.

Die Vermittlungsstelle besteht aus einer unparteiischen Person und je einem Vertreter von Werkstatt und Werkstatttrat.

Option	Prozent	Anzahl
☑ nein	100.00%	1
☑ Other	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 16 Sind Sie der Meinung, dass sich die Mitwirkung/Mitbestimmung des Werkstattrats in letzter Zeit erweitert hat?

betrachtet wird der Zeitraum seit 01.01.2017

Option	Prozent	Anzahl
☿ ja	100.00%	1
☿ Other	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 17 Gibt es in der WfbM eine Frauenbeauftragte?

Option	Prozent	Anzahl
☿ ja	100.00%	1
☿ nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 18 Gibt es regelmäßige Besprechungen zwischen der Werkstatteleitung und der Frauenbeauftragten?

In den Besprechungen werden die Interessen der in der Werkstatt beschäftigten Frauen thematisiert (z.B. Schutz vor sexueller Gewalt)

Option	Prozent	Anzahl
☑ nein	100.00%	1
☑ Other	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 19 Hat die Frauenbeauftragte an Schulungen bzw. Weiterbildungen teilgenommen?

Der Fokus liegt hier auf Weiterbildungsmöglichkeiten, die Kenntnisse über die Arbeit der Frauenbeauftragten vermitteln.

Option	Prozent	Anzahl
☹ nein	100.00%	1
☹ Other	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 20 Gibt es weitere Anmerkungen?

Diese Frage hat noch keine Antworten.

## 1 Wie viele Menschen mit Behinderungen (nachfolgend Beschäftigte genannt) gibt es in der WfbM?

Zu den Beschäftigten zählen alle Menschen mit Behinderungen, die im arbeitnehmerähnlichem Rechtsverhältnis zur Werkstatt stehen. Das heißt es sind keine Gruppenleiter, Mitarbeiter der Verwaltung oder des sozialen Dienstes inbegriffen.

Die Beschäftigten der Hauptwerkstatt und eventueller Zweigstellen sind zusammen zu rechnen.

	∅	bis zu 200 1	201-400 2	401-700 3	701-1000 4	1001-1500 5	mehr als 1500 6
▼ Zahl der Beschäftigten	∅: 2 Σ: 1		1 100%				
Antworten: 1	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0

## 2 Wie ist die Verteilung zwischen männlichen und weiblichen Beschäftigten?

Diese Frage hat noch keine Antworten.

### 3 Wie viele Mitglieder hat der aktuelle Werkstattrat?

	∅	keine 1	3 2	5 3	7 4	9 5	11 6	13 7	andere Anzahl N/A
▼ Anzahl der Werkstatratsmitglieder	∅: 3 Σ: 1			1 100%					0 0%
Antworten: 1	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0

### 4 Wann wurde der aktuelle Werkstattrat gewählt?

	∅	2018 1	2017 2	2016 3	2015 4	2014 5	2013 6	vor 2013 7	es findet keine Wahl statt 8
▼ Jahr der Wahl	∅: 1 Σ: 1	1 100%							
Antworten: 1	Σ: 1	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0



## 5 Wie ist die Verteilung der männlichen und weiblichen Beschäftigten im Werkstattrat?

	∅	nur Männer 1	nur Frauen 2	gemischt 3
▼ Geschlechterverteilung im Werkstattrat	∅: 3 Σ: 1			1 100%
<b>Antworten: 1</b>	<b>Σ: 1</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 1</b>

## 6 Gibt es eine Person des Vertrauens, die den Werkstattrat bei seiner Arbeit unterstützt?

Unter Vertrauensperson ist eine Person zu verstehen, die auf Wunsch des Werkstatrates diesen bei seinen Tätigkeiten zur Seite steht. Die Vertrauensperson ist weisungsunabhängig.

Option	Prozent	Anzahl
☑ ja	100.00%	1
☑ nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 7 Wie oft hält der Werkstattrat Sitzungen ab?

	∅	jede Woche 1	alle 2 Wochen 2	alle 3 Wochen 3	einmal im Monat 4	einmal im viertel Jahr 5	einmal im halben Jahr 6	einmal im Jahr 7	gar nicht 8
▼ Anzahl der Sitzungen	∅: 2 Σ: 1		1 100%						
Antworten: 1	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0

## 8 Werden alle Sitzungen des Werkstatrates protokolliert?

Unter Protokollierung wird das Verfassen einer Sitzungsniederschrift verstanden, die die gefassten Beschlüsse enthält.

Option	Prozent	Anzahl
ja	100.00%	1
nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 9 Können die Sitzungsprotokolle durch die Beschäftigten eingesehen werden?

Option	Prozent	Anzahl
ja	100.00%	1
nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 10 Hat der Werkstattrat Sprechstunden?

Unter Sprechstunden werden feste Zeiten verstanden, an denen der Werkstattrat für die Beschäftigten ansprechbar ist.

Option	Prozent	Anzahl
ja	100.00%	1
nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 11 Besteht Interesse seitens der Beschäftigten an der Arbeit des Werkstattrates?

Unter Interesse wird unter anderem verstanden:

- der Werkstattrat wird bei Problemen kontaktiert
- Sitzungsprotokolle werden eingesehen
- Sprechstunden werden wahrgenommen
- ...

Option	Prozent	Anzahl
☑ ja	100.00%	1
☑ nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 12 Hat der aktuelle Werkstattrat an Schulungen bzw. Weiterbildungen teilgenommen?

Der Fokus liegt hier auf Weiterbildungsmöglichkeiten, die Kenntnisse über die Arbeit des Werkstattrats vermitteln.

Option	Prozent	Anzahl
☿ nein	0.00%	0
☿ Other	100.00%	1
	<b>100%</b>	<b>1</b>

### Teilnehmer wenn ja, an wie vielen Tagen?

☿ 3234097 jährlich 5 bis 8 Tage bisher, dieses Jahr 10 Tage zusätzlich auf Grund der Neuerungen (davon 4 Tage externe Schulung und 6 Tage intern)

### Eigene Antworten: 1



### 13 Wie oft gibt es eine Werkstattversammlung?

Hierunter ist die Versammlung aller Beschäftigten unter Leitung des Werkstattrats zu verstehen.

	Ø	monatlich 1	vierteljährlich 2	halbjährlich 3	einmal im Jahr 4	alle 2 Jahre 5	es gibt keine 6
▼ Regelmäßigkeit der Werkstattversammlungen	Ø: 3 Σ: 1			1 100%			
<b>Antworten: 1</b>	<b>Σ: 1</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 1</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 0</b>



## 14 Hat der aktuelle Werkstattrat in folgenden Angelegenheiten mitgewirkt bzw. mitbestimmt?

Berücksichtigung findet der Zeitraum seit dem 01.01.2017 bis heute.

**Mitwirkung und Mitbestimmung** heißt, dass der Werkstattrat rechtzeitig sowie umfassend informiert wurde. Zudem konnte er zum Thema seine Meinung sagen (wurde angehört). Gegebenenfalls wurden die Vorschläge des Werkstattrates umgesetzt.

**War im Zeitraum nicht notwendig:** Zum Beispiel bei Antwortmöglichkeit 1, weil keine Beschäftigten seit 01.01.2017 umgesetzt wurden.

	∅	ja 1	nein 2	war im Zeitraum nicht notwendig 3
▼ 1. die dauerhafte Umsetzung Beschäftigter im Arbeitsbereich	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
▼ 2. die Umgestaltung von Arbeitsplätzen	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
▼ 3. die Einführung neuer Arbeitsverfahren (z.B. Erwerb neuer Maschinen)	∅: 3 Σ: 1			1 100%
<b>Antworten: 15</b>	Σ: 15	Σ: 9	Σ: 0	Σ: 6

	∅	ja 1	nein 2	war im Zeitraum nicht notwendig 3
▼ 4. die Höhe der Arbeitsergebnisse (Einnahmen) und deren Verwendung (z.B. Steigerungsbeträge)	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
▼ 5. das Aufstellen von Regeln zum Unfallschutz bzw. Arbeitsschutz der Beschäftigten	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
▼ 6. die Planung von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie neuer technischer Anlagen	∅: 3 Σ: 1			1 100%
▼ 7. das Aufstellen von Regeln über Ordnung und Verhalten der Beschäftigten	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
▼ 8. die Änderung der Werkstattordnung	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
▼ 9. Regelungen zu Beginn und Ende der täglichen Arbeits- und Pausenzeiten	∅: 3 Σ: 1			1 100%
▼ 10. Regelungen zum Fahrdienst	∅: 3 Σ: 1			1 100%
▼ 11. die Urlaubsplanung (z.B. Betriebsruhezeiten)	∅: 3 Σ: 1			1 100%
<b>Antworten: 15</b>	Σ: 15	Σ: 9	Σ: 0	Σ: 6

	$\emptyset$	ja 1	nein 2	war im Zeitraum nicht notwendig 3
⚓ 12. Regelungen hinsichtlich Verpflegung (Essensanbieter etc.)	$\emptyset$ : 1 $\Sigma$ : 1	1 100%		
⚓ 13. die Fort- und Weiterbildungen der Beschäftigten	$\emptyset$ : 1 $\Sigma$ : 1	1 100%		
⚓ 14. den Umbau und die Gestaltung der Sanitär- und Aufenthaltsräume	$\emptyset$ : 3 $\Sigma$ : 1			1 100%
⚓ 15. die Ausgestaltung sozialer Aktivitäten der Beschäftigten (Feste etc.)	$\emptyset$ : 1 $\Sigma$ : 1	1 100%		
<b>Antworten: 15</b>	$\Sigma$ : 15	$\Sigma$ : 9	$\Sigma$ : 0	$\Sigma$ : 6

## 15 Wurde in letzter Zeit das Handeln der Vermittlungsstelle notwendig?

Es gilt der Zeitraum vom 01.01.17 bis heute.

Die Vermittlungsstelle besteht aus einer unparteiischen Person und je einem Vertreter von Werkstatt und Werkstattrat.

Option	Prozent	Anzahl
☹ nein	100.00%	1
☹ Other	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 16 Sind Sie der Meinung, dass sich die Mitwirkung/Mitbestimmung des Werkstattrats in letzter Zeit erweitert hat?

betrachtet wird der Zeitraum seit 01.01.2017

Diese Frage hat noch keine Antworten.

## 17 Gibt es in der WfbM eine Frauenbeauftragte?

Option	Prozent	Anzahl
ja	100.00%	1
nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 18 Gibt es regelmäßige Besprechungen zwischen der Werkstatteleitung und der Frauenbeauftragten?

In den Besprechungen werden die Interessen der in der Werkstatt beschäftigten Frauen thematisiert (z.B. Schutz vor sexueller Gewalt)

Option	Prozent	Anzahl
⌵ nein	0.00%	0
⌵ Other	100.00%	1
	<b>100%</b>	<b>1</b>

Teilnehmer wenn ja, wie regelmäßig (z.B. wöchentlich)?

⌵ 3234097 wöchentlich

Eigene Antworten: 1



## 19 Hat die Frauenbeauftragte an Schulungen bzw. Weiterbildungen teilgenommen?

Der Fokus liegt hier auf Weiterbildungsmöglichkeiten, die Kenntnisse über die Arbeit der Frauenbeauftragten vermitteln.

Option	Prozent	Anzahl
⌵ nein	0.00%	0
⌵ Other	100.00%	1
	<b>100%</b>	<b>1</b>

### Teilnehmer wenn ja, an wie vielen Tagen?

⌵ 3234097 bisher 2 tage, es folgen aber noch weitere

### Eigene Antworten: 1




## 20 Gibt es weitere Anmerkungen?

T 

### Teilnehmer Antworten

---

 **3234097** Der Werkstattrat hat in unserer WfbM bereits vor der neuen Gesetzgebung annähernd soviel Mitwirkung gehabt. Eine gute und konstruktive Zusammenarbeit wird schon seit vielen Jahren gepflegt und hat sich damit sehr positiv auf die Stimmung ausgewirkt.

---

### Antworten: 1

1 < >



## 1 Wie viele Menschen mit Behinderungen (nachfolgend Beschäftigte genannt) gibt es in der WfbM?

Zu den Beschäftigten zählen alle Menschen mit Behinderungen, die im arbeitnehmerähnlichem Rechtsverhältnis zur Werkstatt stehen. Das heißt es sind keine Gruppenleiter, Mitarbeiter der Verwaltung oder des sozialen Dienstes inbegriffen.

Die Beschäftigten der Hauptwerkstatt und eventueller Zweigstellen sind zusammen zu rechnen.

	∅	bis zu 200 1	201-400 2	401-700 3	701-1000 4	1001-1500 5	mehr als 1500 6
▼ Zahl der Beschäftigten	∅: 1 Σ: 1	1 100%					
Antworten: 1	Σ: 1	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0

## 2 Wie ist die Verteilung zwischen männlichen und weiblichen Beschäftigten?

Option	Prozent	Anzahl
⌵ ausschließlich Männer	0.00%	0
⌵ ausschließlich Frauen	0.00%	0
⌵ Other	100.00%	1
	<b>100%</b>	<b>1</b>

### Teilnehmer Prozensatz an Frauen (z.B. 30%)

⌵ 3234370 ca. 50% Frauen

### Eigene Antworten: 1



### 3 Wie viele Mitglieder hat der aktuelle Werkstattrat?

	∅	keine 1	3 2	5 3	7 4	9 5	11 6	13 7	andere Anzahl N/A
▼ Anzahl der Werkstatratsmitglieder	∅: 2 Σ: 1		1 100%						0 0%
Antworten: 1	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0

### 4 Wann wurde der aktuelle Werkstattrat gewählt?

	∅	2018 1	2017 2	2016 3	2015 4	2014 5	2013 6	vor 2013 7	es findet keine Wahl statt 8
▼ Jahr der Wahl	∅: 2 Σ: 1		1 100%						
Antworten: 1	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0

## 5 Wie ist die Verteilung der männlichen und weiblichen Beschäftigten im Werkstattrat?

	∅	nur Männer 1	nur Frauen 2	gemischt 3
▼ Geschlechterverteilung im Werkstattrat	∅: 3 Σ: 1			1 100%
<b>Antworten: 1</b>	<b>Σ: 1</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 1</b>

## 6 Gibt es eine Person des Vertrauens, die den Werkstattrat bei seiner Arbeit unterstützt?

Unter Vertrauensperson ist eine Person zu verstehen, die auf Wunsch des Werkstatrates diesen bei seinen Tätigkeiten zur Seite steht. Die Vertrauensperson ist weisungsunabhängig.

Option	Prozent	Anzahl
☑ ja	100.00%	1
☑ nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 7 Wie oft hält der Werkstattrat Sitzungen ab?

	∅	jede Woche 1	alle 2 Wochen 2	alle 3 Wochen 3	einmal im Monat 4	einmal im viertel Jahr 5	einmal im halben Jahr 6	einmal im Jahr 7	gar nicht 8
▼ Anzahl der Sitzungen	∅: 4 Σ: 1				1 100%				
Antworten: 1	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0

## 8 Werden alle Sitzungen des Werkstatrates protokolliert?

Unter Protokollierung wird das Verfassen einer Sitzungsniederschrift verstanden, die die gefassten Beschlüsse enthält.

Option	Prozent	Anzahl
ja	100.00%	1
nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 9 Können die Sitzungsprotokolle durch die Beschäftigten eingesehen werden?

Option	Prozent	Anzahl
ja	100.00%	1
nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 10 Hat der Werkstattrat Sprechstunden?

Unter Sprechstunden werden feste Zeiten verstanden, an denen der Werkstattrat für die Beschäftigten ansprechbar ist.

Option	Prozent	Anzahl
ja	100.00%	1
nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>



## 11 Besteht Interesse seitens der Beschäftigten an der Arbeit des Werkstattrates?

Unter Interesse wird unter anderem verstanden:

- der Werkstattrat wird bei Problemen kontaktiert
- Sitzungsprotokolle werden eingesehen
- Sprechstunden werden wahrgenommen
- ...

Option	Prozent	Anzahl
⌵ ja	0.00%	0
⌵ nein	100.00%	1
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 12 Hat der aktuelle Werkstattrat an Schulungen bzw. Weiterbildungen teilgenommen?

Der Fokus liegt hier auf Weiterbildungsmöglichkeiten, die Kenntnisse über die Arbeit des Werkstattrats vermitteln.

Option	Prozent	Anzahl
nein	0.00%	0
Other	100.00%	1
	<b>100%</b>	<b>1</b>

### Teilnehmer wenn ja, an wie vielen Tagen?

3234370 4

### Eigene Antworten: 1



### 13 Wie oft gibt es eine Werkstattversammlung?

Hierunter ist die Versammlung aller Beschäftigten unter Leitung des Werkstattrats zu verstehen.

	Ø	monatlich 1	vierteljährlich 2	halbjährlich 3	einmal im Jahr 4	alle 2 Jahre 5	es gibt keine 6
▼ Regelmäßigkeit der Werkstattversammlungen	Ø: 6 Σ: 1						1 100%
<b>Antworten: 1</b>	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 1

## 14 Hat der aktuelle Werkstattrat in folgenden Angelegenheiten mitgewirkt bzw. mitbestimmt?

Berücksichtigung findet der Zeitraum seit dem 01.01.2017 bis heute.

**Mitwirkung und Mitbestimmung** heißt, dass der Werkstattrat rechtzeitig sowie umfassend informiert wurde. Zudem konnte er zum Thema seine Meinung sagen (wurde angehört). Gegebenenfalls wurden die Vorschläge des Werkstattrates umgesetzt.

**War im Zeitraum nicht notwendig:** Zum Beispiel bei Antwortmöglichkeit 1, weil keine Beschäftigten seit 01.01.2017 umgesetzt wurden.

	Ø	ja 1	nein 2	war im Zeitraum nicht notwendig 3
▼ 1. die dauerhafte Umsetzung Beschäftigter im Arbeitsbereich	Ø: 2 Σ: 1		1 100%	
▼ 2. die Umgestaltung von Arbeitsplätzen	Ø: 2 Σ: 1		1 100%	
▼ 3. die Einführung neuer Arbeitsverfahren (z.B. Erwerb neuer Maschinen)	Ø: 2 Σ: 1		1 100%	
<b>Antworten: 15</b>	Σ: 15	Σ: 7	Σ: 7	Σ: 1

	∅	ja 1	nein 2	war im Zeitraum nicht notwendig 3
▼ 4. die Höhe der Arbeitsergebnisse (Einnahmen) und deren Verwendung (z.B. Steigerungsbeträge)	∅: 2 Σ: 1		1 100%	
▼ 5. das Aufstellen von Regeln zum Unfallschutz bzw. Arbeitsschutz der Beschäftigten	∅: 2 Σ: 1		1 100%	
▼ 6. die Planung von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie neuer technischer Anlagen	∅: 2 Σ: 1		1 100%	
▼ 7. das Aufstellen von Regeln über Ordnung und Verhalten der Beschäftigten	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
▼ 8. die Änderung der Werkstattordnung	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
▼ 9. Regelungen zu Beginn und Ende der täglichen Arbeits- und Pausenzeiten	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
▼ 10. Regelungen zum Fahrdienst	∅: 2 Σ: 1		1 100%	
▼ 11. die Urlaubsplanung (z.B. Betriebsruhezeiten)	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
<b>Antworten: 15</b>	Σ: 15	Σ: 7	Σ: 7	Σ: 1

	$\emptyset$	ja 1	nein 2	war im Zeitraum nicht notwendig 3
⚓ 12. Regelungen hinsichtlich Verpflegung (Essensanbieter etc.)	$\emptyset$ : 1 $\Sigma$ : 1	1 100%		
⚓ 13. die Fort- und Weiterbildungen der Beschäftigten	$\emptyset$ : 1 $\Sigma$ : 1	1 100%		
⚓ 14. den Umbau und die Gestaltung der Sanitär- und Aufenthaltsräume	$\emptyset$ : 3 $\Sigma$ : 1			1 100%
⚓ 15. die Ausgestaltung sozialer Aktivitäten der Beschäftigten (Feste etc.)	$\emptyset$ : 1 $\Sigma$ : 1	1 100%		
<b>Antworten: 15</b>	$\Sigma$ : 15	$\Sigma$ : 7	$\Sigma$ : 7	$\Sigma$ : 1

## 15 Wurde in letzter Zeit das Handeln der Vermittlungsstelle notwendig?

Es gilt der Zeitraum vom 01.01.17 bis heute.

Die Vermittlungsstelle besteht aus einer unparteiischen Person und je einem Vertreter von Werkstatt und Werkstattrat.

Option	Prozent	Anzahl
☹ nein	100.00%	1
☹ Other	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 16 Sind Sie der Meinung, dass sich die Mitwirkung/Mitbestimmung des Werkstattrats in letzter Zeit erweitert hat?

betrachtet wird der Zeitraum seit 01.01.2017

Diese Frage hat noch keine Antworten.

## 17 Gibt es in der WfbM eine Frauenbeauftragte?

Option	Prozent	Anzahl
ja	100.00%	1
nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>



## 18 Gibt es regelmäßige Besprechungen zwischen der Werkstatteleitung und der Frauenbeauftragten?

In den Besprechungen werden die Interessen der in der Werkstatt beschäftigten Frauen thematisiert (z.B. Schutz vor sexueller Gewalt)

Option	Prozent	Anzahl
☿ nein	0.00%	0
☿ Other	100.00%	1
	<b>100%</b>	<b>1</b>

### Teilnehmer wenn ja, wie regelmäßig (z.B. wöchentlich)?

☿ 3234370 1 x monatlich

### Eigene Antworten: 1



## 19 Hat die Frauenbeauftragte an Schulungen bzw. Weiterbildungen teilgenommen?

Der Fokus liegt hier auf Weiterbildungsmöglichkeiten, die Kenntnisse über die Arbeit der Frauenbeauftragten vermitteln.

Option	Prozent	Anzahl
☑ nein	100.00%	1
☑ Other	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 20 Gibt es weitere Anmerkungen?

Diese Frage hat noch keine Antworten.

## 1 Wie viele Menschen mit Behinderungen (nachfolgend Beschäftigte genannt) gibt es in der WfbM?

Zu den Beschäftigten zählen alle Menschen mit Behinderungen, die im arbeitnehmerähnlichem Rechtsverhältnis zur Werkstatt stehen. Das heißt es sind keine Gruppenleiter, Mitarbeiter der Verwaltung oder des sozialen Dienstes inbegriffen.

Die Beschäftigten der Hauptwerkstatt und eventueller Zweigstellen sind zusammen zu rechnen.

	∅	bis zu 200 1	201-400 2	401-700 3	701-1000 4	1001-1500 5	mehr als 1500 6
▼ Zahl der Beschäftigten	∅: 3 Σ: 1			1 100%			
Antworten: 1	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0

## 2 Wie ist die Verteilung zwischen männlichen und weiblichen Beschäftigten?

Diese Frage hat noch keine Antworten.

### 3 Wie viele Mitglieder hat der aktuelle Werkstattrat?

	∅	keine 1	3 2	5 3	7 4	9 5	11 6	13 7	andere Anzahl N/A
▼ Anzahl der Werkstatratsmitglieder	∅: NaN Σ: 1								1 100%
Antworten: 1	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 1

### 4 Wann wurde der aktuelle Werkstattrat gewählt?

	∅	2018 1	2017 2	2016 3	2015 4	2014 5	2013 6	vor 2013 7	es findet keine Wahl statt 8
▼ Jahr der Wahl	∅: 2 Σ: 1		1 100%						
Antworten: 1	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0

## 5 Wie ist die Verteilung der männlichen und weiblichen Beschäftigten im Werkstattrat?

	∅	nur Männer 1	nur Frauen 2	gemischt 3
▼ Geschlechterverteilung im Werkstattrat	∅: 3 Σ: 1			1 100%
<b>Antworten: 1</b>	<b>Σ: 1</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 1</b>

## 6 Gibt es eine Person des Vertrauens, die den Werkstattrat bei seiner Arbeit unterstützt?

Unter Vertrauensperson ist eine Person zu verstehen, die auf Wunsch des Werkstatrates diesen bei seinen Tätigkeiten zur Seite steht. Die Vertrauensperson ist weisungsunabhängig.

Option	Prozent	Anzahl
☑ ja	100.00%	1
☑ nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 7 Wie oft hält der Werkstattrat Sitzungen ab?

	∅	jede Woche 1	alle 2 Wochen 2	alle 3 Wochen 3	einmal im Monat 4	einmal im viertel Jahr 5	einmal im halben Jahr 6	einmal im Jahr 7	gar nicht 8
▼ Anzahl der Sitzungen	∅: 2 Σ: 1		1 100%						
Antworten: 1	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0

## 8 Werden alle Sitzungen des Werkstatrates protokolliert?

Unter Protokollierung wird das Verfassen einer Sitzungsniederschrift verstanden, die die gefassten Beschlüsse enthält.

Option	Prozent	Anzahl
ja	100.00%	1
nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>



## 9 Können die Sitzungsprotokolle durch die Beschäftigten eingesehen werden?

Option	Prozent	Anzahl
⌵ ja	0.00%	0
⌵ nein	100.00%	1
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 10 Hat der Werkstattrat Sprechstunden?

Unter Sprechstunden werden feste Zeiten verstanden, an denen der Werkstattrat für die Beschäftigten ansprechbar ist.

Option	Prozent	Anzahl
⌵ ja	100.00%	1
⌵ nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 11 Besteht Interesse seitens der Beschäftigten an der Arbeit des Werkstattrates?

Unter Interesse wird unter anderem verstanden:

- der Werkstattrat wird bei Problemen kontaktiert
- Sitzungsprotokolle werden eingesehen
- Sprechstunden werden wahrgenommen
- ...

Option	Prozent	Anzahl
⌵ ja	0.00%	0
⌵ nein	100.00%	1
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 12 Hat der aktuelle Werkstattrat an Schulungen bzw. Weiterbildungen teilgenommen?

Der Fokus liegt hier auf Weiterbildungsmöglichkeiten, die Kenntnisse über die Arbeit des Werkstattrats vermitteln.

Option	Prozent	Anzahl
nein	0.00%	0
Other	100.00%	1
	<b>100%</b>	<b>1</b>

### Teilnehmer wenn ja, an wie vielen Tagen?

3243704 1

Eigene Antworten: 1



### 13 Wie oft gibt es eine Werkstattversammlung?

Hierunter ist die Versammlung aller Beschäftigten unter Leitung des Werkstattrats zu verstehen.

	Ø	monatlich 1	vierteljährlich 2	halbjährlich 3	einmal im Jahr 4	alle 2 Jahre 5	es gibt keine 6
⚓ Regelmäßigkeit der Werkstattversammlungen	Ø: 4 Σ: 1				1 100%		
<b>Antworten: 1</b>	<b>Σ: 1</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 1</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 0</b>

## 14 Hat der aktuelle Werkstattrat in folgenden Angelegenheiten mitgewirkt bzw. mitbestimmt?

Berücksichtigung findet der Zeitraum seit dem 01.01.2017 bis heute.

**Mitwirkung und Mitbestimmung** heißt, dass der Werkstattrat rechtzeitig sowie umfassend informiert wurde. Zudem konnte er zum Thema seine Meinung sagen (wurde angehört). Gegebenenfalls wurden die Vorschläge des Werkstatrates umgesetzt.

**War im Zeitraum nicht notwendig:** Zum Beispiel bei Antwortmöglichkeit 1, weil keine Beschäftigten seit 01.01.2017 umgesetzt wurden.

	∅	ja 1	nein 2	war im Zeitraum nicht notwendig 3
▼ 1. die dauerhafte Umsetzung Beschäftigter im Arbeitsbereich	∅: 3 Σ: 1			1 100%
▼ 2. die Umgestaltung von Arbeitsplätzen	∅: 3 Σ: 1			1 100%
▼ 3. die Einführung neuer Arbeitsverfahren (z.B. Erwerb neuer Maschinen)	∅: 3 Σ: 1			1 100%
<b>Antworten: 15</b>	Σ: 15	Σ: 9	Σ: 0	Σ: 6

	∅	ja 1	nein 2	war im Zeitraum nicht notwendig 3
▼ 4. die Höhe der Arbeitsergebnisse (Einnahmen) und deren Verwendung (z.B. Steigerungsbeträge)	∅: 3 Σ: 1			1 100%
▼ 5. das Aufstellen von Regeln zum Unfallschutz bzw. Arbeitsschutz der Beschäftigten	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
▼ 6. die Planung von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie neuer technischer Anlagen	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
▼ 7. das Aufstellen von Regeln über Ordnung und Verhalten der Beschäftigten	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
▼ 8. die Änderung der Werkstattordnung	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
▼ 9. Regelungen zu Beginn und Ende der täglichen Arbeits- und Pausenzeiten	∅: 3 Σ: 1			1 100%
▼ 10. Regelungen zum Fahrdienst	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
▼ 11. die Urlaubsplanung (z.B. Betriebsruhezeiten)	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
<b>Antworten: 15</b>	Σ: 15	Σ: 9	Σ: 0	Σ: 6

	$\emptyset$	ja 1	nein 2	war im Zeitraum nicht notwendig 3
⚓ 12. Regelungen hinsichtlich Verpflegung (Essensanbieter etc.)	$\emptyset$ : 1 $\Sigma$ : 1	1 100%		
⚓ 13. die Fort- und Weiterbildungen der Beschäftigten	$\emptyset$ : 3 $\Sigma$ : 1			1 100%
⚓ 14. den Umbau und die Gestaltung der Sanitär- und Aufenthaltsräume	$\emptyset$ : 1 $\Sigma$ : 1	1 100%		
⚓ 15. die Ausgestaltung sozialer Aktivitäten der Beschäftigten (Feste etc.)	$\emptyset$ : 1 $\Sigma$ : 1	1 100%		
<b>Antworten: 15</b>	$\Sigma$ : 15	$\Sigma$ : 9	$\Sigma$ : 0	$\Sigma$ : 6

## 15 Wurde in letzter Zeit das Handeln der Vermittlungsstelle notwendig?

Es gilt der Zeitraum vom 01.01.17 bis heute.

Die Vermittlungsstelle besteht aus einer unparteiischen Person und je einem Vertreter von Werkstatt und Werkstatttrat.

Option	Prozent	Anzahl
☑ nein	100.00%	1
☑ Other	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>



## 16 Sind Sie der Meinung, dass sich die Mitwirkung/Mitbestimmung des Werkstattrats in letzter Zeit erweitert hat?

betrachtet wird der Zeitraum seit 01.01.2017

Option	Prozent	Anzahl
ja	100.00%	1
Other	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 17 Gibt es in der WfbM eine Frauenbeauftragte?

Option	Prozent	Anzahl
ja	100.00%	1
nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 18 Gibt es regelmäßige Besprechungen zwischen der Werkstatteleitung und der Frauenbeauftragten?

In den Besprechungen werden die Interessen der in der Werkstatt beschäftigten Frauen thematisiert (z.B. Schutz vor sexueller Gewalt)

Diese Frage hat noch keine Antworten.

## 19 Hat die Frauenbeauftragte an Schulungen bzw. Weiterbildungen teilgenommen?

Der Fokus liegt hier auf Weiterbildungsmöglichkeiten, die Kenntnisse über die Arbeit der Frauenbeauftragten vermitteln.

Diese Frage hat noch keine Antworten.

## 20 Gibt es weitere Anmerkungen?



Diese Frage hat noch keine Antworten.

## 1 Wie viele Menschen mit Behinderungen (nachfolgend Beschäftigte genannt) gibt es in der WfbM?

Zu den Beschäftigten zählen alle Menschen mit Behinderungen, die im arbeitnehmerähnlichem Rechtsverhältnis zur Werkstatt stehen. Das heißt es sind keine Gruppenleiter, Mitarbeiter der Verwaltung oder des sozialen Dienstes inbegriffen.

Die Beschäftigten der Hauptwerkstatt und eventueller Zweigstellen sind zusammen zu rechnen.

	∅	bis zu 200 1	201-400 2	401-700 3	701-1000 4	1001-1500 5	mehr als 1500 6
▼ Zahl der Beschäftigten	∅: 3 Σ: 1			1 100%			
Antworten: 1	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0

## 2 Wie ist die Verteilung zwischen männlichen und weiblichen Beschäftigten?

Option	Prozent	Anzahl
⌵ ausschließlich Männer	0.00%	0
⌵ ausschließlich Frauen	0.00%	0
⌵ Other	100.00%	1
	<b>100%</b>	<b>1</b>

### Teilnehmer Prozentsatz an Frauen (z.B. 30%)

⌵ 3260276 50

### Eigene Antworten: 1



1 < >

### 3 Wie viele Mitglieder hat der aktuelle Werkstattrat?

	∅	keine 1	3 2	5 3	7 4	9 5	11 6	13 7	andere Anzahl N/A
▼ Anzahl der Werkstatratsmitglieder	∅: 4 Σ: 1				1 100%				0 0%
Antworten: 1	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0

### 4 Wann wurde der aktuelle Werkstattrat gewählt?

	∅	2018 1	2017 2	2016 3	2015 4	2014 5	2013 6	vor 2013 7	es findet keine Wahl statt 8
▼ Jahr der Wahl	∅: 2 Σ: 1		1 100%						
Antworten: 1	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0

## 5 Wie ist die Verteilung der männlichen und weiblichen Beschäftigten im Werkstattrat?

	∅	nur Männer 1	nur Frauen 2	gemischt 3
▼ Geschlechterverteilung im Werkstattrat	∅: 3 Σ: 1			1 100%
Antworten: 1	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 1

## 6 Gibt es eine Person des Vertrauens, die den Werkstattrat bei seiner Arbeit unterstützt?

Unter Vertrauensperson ist eine Person zu verstehen, die auf Wunsch des Werkstatrates diesen bei seinen Tätigkeiten zur Seite steht. Die Vertrauensperson ist weisungsunabhängig.

Option	Prozent	Anzahl
☑ ja	100.00%	1
☑ nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>



## 7 Wie oft hält der Werkstattrat Sitzungen ab?

	∅	jede Woche 1	alle 2 Wochen 2	alle 3 Wochen 3	einmal im Monat 4	einmal im viertel Jahr 5	einmal im halben Jahr 6	einmal im Jahr 7	gar nicht 8
▼ Anzahl der Sitzungen	∅: 4 Σ: 1				1 100%				
Antworten: 1	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0

## 8 Werden alle Sitzungen des Werkstatrates protokolliert?

Unter Protokollierung wird das Verfassen einer Sitzungsniederschrift verstanden, die die gefassten Beschlüsse enthält.

Option	Prozent	Anzahl
ja	100.00%	1
nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 9 Können die Sitzungsprotokolle durch die Beschäftigten eingesehen werden?

Option	Prozent	Anzahl
⌵ ja	0.00%	0
⌵ nein	100.00%	1
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 10 Hat der Werkstattrat Sprechstunden?

Unter Sprechstunden werden feste Zeiten verstanden, an denen der Werkstattrat für die Beschäftigten ansprechbar ist.

Option	Prozent	Anzahl
⌵ ja	100.00%	1
⌵ nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 11 Besteht Interesse seitens der Beschäftigten an der Arbeit des Werkstattrates?

Unter Interesse wird unter anderem verstanden:

- der Werkstattrat wird bei Problemen kontaktiert
- Sitzungsprotokolle werden eingesehen
- Sprechstunden werden wahrgenommen
- ...

Option	Prozent	Anzahl
☑ ja	100.00%	1
☑ nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 12 Hat der aktuelle Werkstattrat an Schulungen bzw. Weiterbildungen teilgenommen?

Der Fokus liegt hier auf Weiterbildungsmöglichkeiten, die Kenntnisse über die Arbeit des Werkstattrats vermitteln.

Option	Prozent	Anzahl
nein	0.00%	0
Other	100.00%	1
	<b>100%</b>	<b>1</b>

### Teilnehmer wenn ja, an wie vielen Tagen?

3260276 2

Eigene Antworten: 1



### 13 Wie oft gibt es eine Werkstattversammlung?

Hierunter ist die Versammlung aller Beschäftigten unter Leitung des Werkstattrats zu verstehen.

	Ø	monatlich 1	vierteljährlich 2	halbjährlich 3	einmal im Jahr 4	alle 2 Jahre 5	es gibt keine 6
▼ Regelmäßigkeit der Werkstattversammlungen	Ø: 5 Σ: 1					1 100%	
<b>Antworten: 1</b>	<b>Σ: 1</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 1</b>	<b>Σ: 0</b>

## 14 Hat der aktuelle Werkstattrat in folgenden Angelegenheiten mitgewirkt bzw. mitbestimmt?

Berücksichtigung findet der Zeitraum seit dem 01.01.2017 bis heute.

**Mitwirkung und Mitbestimmung** heißt, dass der Werkstattrat rechtzeitig sowie umfassend informiert wurde. Zudem konnte er zum Thema seine Meinung sagen (wurde angehört). Gegebenenfalls wurden die Vorschläge des Werkstattrates umgesetzt.

**War im Zeitraum nicht notwendig:** Zum Beispiel bei Antwortmöglichkeit 1, weil keine Beschäftigten seit 01.01.2017 umgesetzt wurden.

	∅	ja 1	nein 2	war im Zeitraum nicht notwendig 3
▼ 1. die dauerhafte Umsetzung Beschäftigter im Arbeitsbereich	∅: 2 Σ: 1		1 100%	
▼ 2. die Umgestaltung von Arbeitsplätzen	∅: 2 Σ: 1		1 100%	
▼ 3. die Einführung neuer Arbeitsverfahren (z.B. Erwerb neuer Maschinen)	∅: 2 Σ: 1		1 100%	
<b>Antworten: 15</b>	Σ: 15	Σ: 4	Σ: 8	Σ: 3

	∅	ja 1	nein 2	war im Zeitraum nicht notwendig 3
▼ 4. die Höhe der Arbeitsergebnisse (Einnahmen) und deren Verwendung (z.B. Steigerungsbeträge)	∅: 2 Σ: 1		1 100%	
▼ 5. das Aufstellen von Regeln zum Unfallschutz bzw. Arbeitsschutz der Beschäftigten	∅: 2 Σ: 1		1 100%	
▼ 6. die Planung von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie neuer technischer Anlagen	∅: 2 Σ: 1		1 100%	
▼ 7. das Aufstellen von Regeln über Ordnung und Verhalten der Beschäftigten	∅: 2 Σ: 1		1 100%	
▼ 8. die Änderung der Werkstattordnung	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
▼ 9. Regelungen zu Beginn und Ende der täglichen Arbeits- und Pausenzeiten	∅: 3 Σ: 1			1 100%
▼ 10. Regelungen zum Fahrdienst	∅: 3 Σ: 1			1 100%
▼ 11. die Urlaubsplanung (z.B. Betriebsruhezeiten)	∅: 2 Σ: 1		1 100%	
<b>Antworten: 15</b>	Σ: 15	Σ: 4	Σ: 8	Σ: 3



	∅	ja 1	nein 2	war im Zeitraum nicht notwendig 3
⚓ 12. Regelungen hinsichtlich Verpflegung (Essensanbieter etc.)	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
⚓ 13. die Fort- und Weiterbildungen der Beschäftigten	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
⚓ 14. den Umbau und die Gestaltung der Sanitär- und Aufenthaltsräume	∅: 3 Σ: 1			1 100%
⚓ 15. die Ausgestaltung sozialer Aktivitäten der Beschäftigten (Feste etc.)	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
<b>Antworten: 15</b>	Σ: 15	Σ: 4	Σ: 8	Σ: 3

## 15 Wurde in letzter Zeit das Handeln der Vermittlungsstelle notwendig?

Es gilt der Zeitraum vom 01.01.17 bis heute.

Die Vermittlungsstelle besteht aus einer unparteiischen Person und je einem Vertreter von Werkstatt und Werkstatttrat.

Option	Prozent	Anzahl
☑ nein	100.00%	1
☑ Other	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 16 Sind Sie der Meinung, dass sich die Mitwirkung/Mitbestimmung des Werkstattrats in letzter Zeit erweitert hat?

betrachtet wird der Zeitraum seit 01.01.2017

Option	Prozent	Anzahl
▼ ja	100.00%	1
▼ Other	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 17 Gibt es in der WfbM eine Frauenbeauftragte?

Option	Prozent	Anzahl
▼ ja	100.00%	1
▼ nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 18 Gibt es regelmäßige Besprechungen zwischen der Werkstatteleitung und der Frauenbeauftragten?

In den Besprechungen werden die Interessen der in der Werkstatt beschäftigten Frauen thematisiert (z.B. Schutz vor sexueller Gewalt)

Option	Prozent	Anzahl
☹ nein	0.00%	0
☹ Other	100.00%	1
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 19 Hat die Frauenbeauftragte an Schulungen bzw. Weiterbildungen teilgenommen?

Der Fokus liegt hier auf Weiterbildungsmöglichkeiten, die Kenntnisse über die Arbeit der Frauenbeauftragten vermitteln.

Option	Prozent	Anzahl
☿ nein	0.00%	0
☿ Other	100.00%	1
	<b>100%</b>	<b>1</b>

### Teilnehmer wenn ja, an wie vielen Tagen?

☿ 3260276 2

### Eigene Antworten: 1



## 20 Gibt es weitere Anmerkungen?



Diese Frage hat noch keine Antworten.

## 1 Wie viele Menschen mit Behinderungen (nachfolgend Beschäftigte genannt) gibt es in der WfbM?

Zu den Beschäftigten zählen alle Menschen mit Behinderungen, die im arbeitnehmerähnlichem Rechtsverhältnis zur Werkstatt stehen. Das heißt es sind keine Gruppenleiter, Mitarbeiter der Verwaltung oder des sozialen Dienstes inbegriffen.

Die Beschäftigten der Hauptwerkstatt und eventueller Zweigstellen sind zusammen zu rechnen.

	∅	bis zu 200 1	201-400 2	401-700 3	701-1000 4	1001-1500 5	mehr als 1500 6
▼ Zahl der Beschäftigten	∅: 3 Σ: 1			1 100%			
Antworten: 1	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0

## 2 Wie ist die Verteilung zwischen männlichen und weiblichen Beschäftigten?

Option	Prozent	Anzahl
⌵ ausschließlich Männer	0.00%	0
⌵ ausschließlich Frauen	0.00%	0
⌵ Other	100.00%	1
	<b>100%</b>	<b>1</b>

### Teilnehmer Prozensatz an Frauen (z.B. 30%)

⌵ 3268549 ca. 50/50%

### Eigene Antworten: 1





### 3 Wie viele Mitglieder hat der aktuelle Werkstattrat?

	∅	keine 1	3 2	5 3	7 4	9 5	11 6	13 7	andere Anzahl N/A
▼ Anzahl der Werkstatratsmitglieder	∅: 4 Σ: 1				1 100%				0 0%
Antworten: 1	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0

### 4 Wann wurde der aktuelle Werkstattrat gewählt?

	∅	2018 1	2017 2	2016 3	2015 4	2014 5	2013 6	vor 2013 7	es findet keine Wahl statt 8
▼ Jahr der Wahl	∅: 2 Σ: 1		1 100%						
Antworten: 1	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0

## 5 Wie ist die Verteilung der männlichen und weiblichen Beschäftigten im Werkstattrat?

	∅	nur Männer 1	nur Frauen 2	gemischt 3
▼ Geschlechterverteilung im Werkstattrat	∅: 3 Σ: 1			1 100%
<b>Antworten: 1</b>	<b>Σ: 1</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 1</b>

## 6 Gibt es eine Person des Vertrauens, die den Werkstattrat bei seiner Arbeit unterstützt?

Unter Vertrauensperson ist eine Person zu verstehen, die auf Wunsch des Werkstatrates diesen bei seinen Tätigkeiten zur Seite steht. Die Vertrauensperson ist weisungsunabhängig.

Option	Prozent	Anzahl
☑ ja	100.00%	1
☑ nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 7 Wie oft hält der Werkstattrat Sitzungen ab?

	∅	jede Woche 1	alle 2 Wochen 2	alle 3 Wochen 3	einmal im Monat 4	einmal im viertel Jahr 5	einmal im halben Jahr 6	einmal im Jahr 7	gar nicht 8
▼ Anzahl der Sitzungen	∅: 2 Σ: 1		1 100%						
Antworten: 1	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0

## 8 Werden alle Sitzungen des Werkstatrates protokolliert?

Unter Protokollierung wird das Verfassen einer Sitzungsniederschrift verstanden, die die gefassten Beschlüsse enthält.

Option	Prozent	Anzahl
ja	100.00%	1
nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 9 Können die Sitzungsprotokolle durch die Beschäftigten eingesehen werden?

Option	Prozent	Anzahl
ja	100.00%	1
nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 10 Hat der Werkstattrat Sprechstunden?

Unter Sprechstunden werden feste Zeiten verstanden, an denen der Werkstattrat für die Beschäftigten ansprechbar ist.

Option	Prozent	Anzahl
ja	100.00%	1
nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 11 Besteht Interesse seitens der Beschäftigten an der Arbeit des Werkstattrates?

Unter Interesse wird unter anderem verstanden:

- der Werkstattrat wird bei Problemen kontaktiert
- Sitzungsprotokolle werden eingesehen
- Sprechstunden werden wahrgenommen
- ...

Option	Prozent	Anzahl
☑ ja	100.00%	1
☑ nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 12 Hat der aktuelle Werkstattrat an Schulungen bzw. Weiterbildungen teilgenommen?

Der Fokus liegt hier auf Weiterbildungsmöglichkeiten, die Kenntnisse über die Arbeit des Werkstattrats vermitteln.

Option	Prozent	Anzahl
nein	0.00%	0
Other	100.00%	1
	<b>100%</b>	<b>1</b>

### Teilnehmer wenn ja, an wie vielen Tagen?

3268549 neue Mitglieder 3 Tage, übrige 1 Tag

### Eigene Antworten: 1





### 13 Wie oft gibt es eine Werkstattversammlung?

Hierunter ist die Versammlung aller Beschäftigten unter Leitung des Werkstattrats zu verstehen.

	Ø	monatlich 1	vierteljährlich 2	halbjährlich 3	einmal im Jahr 4	alle 2 Jahre 5	es gibt keine 6
⚑ Regelmäßigkeit der Werkstattversammlungen	Ø: 4 Σ: 1				1 100%		
<b>Antworten: 1</b>	<b>Σ: 1</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 1</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 0</b>

## 14 Hat der aktuelle Werkstattrat in folgenden Angelegenheiten mitgewirkt bzw. mitbestimmt?

Berücksichtigung findet der Zeitraum seit dem 01.01.2017 bis heute.

**Mitwirkung und Mitbestimmung** heißt, dass der Werkstattrat rechtzeitig sowie umfassend informiert wurde. Zudem konnte er zum Thema seine Meinung sagen (wurde angehört). Gegebenenfalls wurden die Vorschläge des Werkstattrates umgesetzt.

**War im Zeitraum nicht notwendig:** Zum Beispiel bei Antwortmöglichkeit 1, weil keine Beschäftigten seit 01.01.2017 umgesetzt wurden.

	∅	ja 1	nein 2	war im Zeitraum nicht notwendig 3
▼ 1. die dauerhafte Umsetzung Beschäftigter im Arbeitsbereich	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
▼ 2. die Umgestaltung von Arbeitsplätzen	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
▼ 3. die Einführung neuer Arbeitsverfahren (z.B. Erwerb neuer Maschinen)	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
<b>Antworten: 15</b>	<b>Σ: 15</b>	<b>Σ: 14</b>	<b>Σ: 1</b>	<b>Σ: 0</b>

	∅	ja 1	nein 2	war im Zeitraum nicht notwendig 3
▼ 4. die Höhe der Arbeitsergebnisse (Einnahmen) und deren Verwendung (z.B. Steigerungsbeträge)	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
▼ 5. das Aufstellen von Regeln zum Unfallschutz bzw. Arbeitsschutz der Beschäftigten	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
▼ 6. die Planung von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie neuer technischer Anlagen	∅: 2 Σ: 1		1 100%	
▼ 7. das Aufstellen von Regeln über Ordnung und Verhalten der Beschäftigten	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
▼ 8. die Änderung der Werkstattordnung	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
▼ 9. Regelungen zu Beginn und Ende der täglichen Arbeits- und Pausenzeiten	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
▼ 10. Regelungen zum Fahrdienst	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
▼ 11. die Urlaubsplanung (z.B. Betriebsruhezeiten)	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
<b>Antworten: 15</b>	<b>Σ: 15</b>	<b>Σ: 14</b>	<b>Σ: 1</b>	<b>Σ: 0</b>

	Ø	ja 1	nein 2	war im Zeitraum nicht notwendig 3
⚓ 12. Regelungen hinsichtlich Verpflegung (Essensanbieter etc.)	Ø: 1 Σ: 1	1 100%		
⚓ 13. die Fort- und Weiterbildungen der Beschäftigten	Ø: 1 Σ: 1	1 100%		
⚓ 14. den Umbau und die Gestaltung der Sanitär- und Aufenthaltsräume	Ø: 1 Σ: 1	1 100%		
⚓ 15. die Ausgestaltung sozialer Aktivitäten der Beschäftigten (Feste etc.)	Ø: 1 Σ: 1	1 100%		
<b>Antworten: 15</b>	Σ: 15	Σ: 14	Σ: 1	Σ: 0

## 15 Wurde in letzter Zeit das Handeln der Vermittlungsstelle notwendig?

Es gilt der Zeitraum vom 01.01.17 bis heute.

Die Vermittlungsstelle besteht aus einer unparteiischen Person und je einem Vertreter von Werkstatt und Werkstatttrat.

Option	Prozent	Anzahl
☒ nein	100.00%	1
☒ Other	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 16 Sind Sie der Meinung, dass sich die Mitwirkung/Mitbestimmung des Werkstattrats in letzter Zeit erweitert hat?

betrachtet wird der Zeitraum seit 01.01.2017

Option	Prozent	Anzahl
▼ ja	100.00%	1
▼ Other	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 17 Gibt es in der WfbM eine Frauenbeauftragte?

Option	Prozent	Anzahl
▼ ja	100.00%	1
▼ nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 18 Gibt es regelmäßige Besprechungen zwischen der Werkstatteleitung und der Frauenbeauftragten?

In den Besprechungen werden die Interessen der in der Werkstatt beschäftigten Frauen thematisiert (z.B. Schutz vor sexueller Gewalt)

Option	Prozent	Anzahl
☿ nein	0.00%	0
☿ Other	100.00%	1
	<b>100%</b>	<b>1</b>

**Teilnehmer** wenn ja, wie regelmäßig (z.B. wöchentlich)?

☿ 3268549 1/4-jährlich

**Eigene Antworten: 1**



## 19 Hat die Frauenbeauftragte an Schulungen bzw. Weiterbildungen teilgenommen?

Der Fokus liegt hier auf Weiterbildungsmöglichkeiten, die Kenntnisse über die Arbeit der Frauenbeauftragten vermitteln.

Option	Prozent	Anzahl
☿ nein	0.00%	0
☿ Other	100.00%	1
	<b>100%</b>	<b>1</b>

### Teilnehmer wenn ja, an wie vielen Tagen?

☿ 3268549 2 Tage, umfassende Schulung 2019 geplant

### Eigene Antworten: 1





## 20 Gibt es weitere Anmerkungen?



Diese Frage hat noch keine Antworten.

## 1 Wie viele Menschen mit Behinderungen (nachfolgend Beschäftigte genannt) gibt es in der WfbM?

Zu den Beschäftigten zählen alle Menschen mit Behinderungen, die im arbeitnehmerähnlichem Rechtsverhältnis zur Werkstatt stehen. Das heißt es sind keine Gruppenleiter, Mitarbeiter der Verwaltung oder des sozialen Dienstes inbegriffen.

Die Beschäftigten der Hauptwerkstatt und eventueller Zweigstellen sind zusammen zu rechnen.

	∅	bis zu 200 1	201-400 2	401-700 3	701-1000 4	1001-1500 5	mehr als 1500 6
▼ Zahl der Beschäftigten	∅: 3 Σ: 1			1 100%			
Antworten: 1	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0

## 2 Wie ist die Verteilung zwischen männlichen und weiblichen Beschäftigten?

Option	Prozent	Anzahl
⌵ ausschließlich Männer	0.00%	0
⌵ ausschließlich Frauen	0.00%	0
⌵ Other	100.00%	1
	<b>100%</b>	<b>1</b>

### Teilnehmer Prozensatz an Frauen (z.B. 30%)

⌵ 3290723 40%

### Eigene Antworten: 1



1 < >

### 3 Wie viele Mitglieder hat der aktuelle Werkstattrat?

	∅	keine 1	3 2	5 3	7 4	9 5	11 6	13 7	andere Anzahl N/A
▼ Anzahl der Werkstatratsmitglieder	∅: 4 Σ: 1				1 100%				0 0%
Antworten: 1	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0

### 4 Wann wurde der aktuelle Werkstattrat gewählt?

	∅	2018 1	2017 2	2016 3	2015 4	2014 5	2013 6	vor 2013 7	es findet keine Wahl statt 8
▼ Jahr der Wahl	∅: 2 Σ: 1		1 100%						
Antworten: 1	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0

## 5 Wie ist die Verteilung der männlichen und weiblichen Beschäftigten im Werkstattrat?

	∅	nur Männer 1	nur Frauen 2	gemischt 3
▼ Geschlechterverteilung im Werkstattrat	∅: 3 Σ: 1			1 100%
<b>Antworten: 1</b>	<b>Σ: 1</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 1</b>

## 6 Gibt es eine Person des Vertrauens, die den Werkstattrat bei seiner Arbeit unterstützt?

Unter Vertrauensperson ist eine Person zu verstehen, die auf Wunsch des Werkstatrates diesen bei seinen Tätigkeiten zur Seite steht. Die Vertrauensperson ist weisungsunabhängig.

Option	Prozent	Anzahl
☑ ja	100.00%	1
☑ nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 7 Wie oft hält der Werkstattrat Sitzungen ab?

	∅	jede Woche 1	alle 2 Wochen 2	alle 3 Wochen 3	einmal im Monat 4	einmal im viertel Jahr 5	einmal im halben Jahr 6	einmal im Jahr 7	gar nicht 8
▼ Anzahl der Sitzungen	∅: 2 Σ: 1		1 100%						
Antworten: 1	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0

## 8 Werden alle Sitzungen des Werkstatrates protokolliert?

Unter Protokollierung wird das Verfassen einer Sitzungsniederschrift verstanden, die die gefassten Beschlüsse enthält.

Option	Prozent	Anzahl
☑ ja	100.00%	1
☑ nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>



## 9 Können die Sitzungsprotokolle durch die Beschäftigten eingesehen werden?

Option	Prozent	Anzahl
ja	0.00%	0
nein	100.00%	1
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 10 Hat der Werkstattrat Sprechstunden?

Unter Sprechstunden werden feste Zeiten verstanden, an denen der Werkstattrat für die Beschäftigten ansprechbar ist.

Option	Prozent	Anzahl
ja	100.00%	1
nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 11 Besteht Interesse seitens der Beschäftigten an der Arbeit des Werkstattrates?

Unter Interesse wird unter anderem verstanden:

- der Werkstattrat wird bei Problemen kontaktiert
- Sitzungsprotokolle werden eingesehen
- Sprechstunden werden wahrgenommen
- ...

Option	Prozent	Anzahl
⌵ ja	0.00%	0
⌵ nein	100.00%	1
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 12 Hat der aktuelle Werkstattrat an Schulungen bzw. Weiterbildungen teilgenommen?

Der Fokus liegt hier auf Weiterbildungsmöglichkeiten, die Kenntnisse über die Arbeit des Werkstattrats vermitteln.

Option	Prozent	Anzahl
nein	100.00%	1
Other	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

### 13 Wie oft gibt es eine Werkstattversammlung?

Hierunter ist die Versammlung aller Beschäftigten unter Leitung des Werkstattrats zu verstehen.

	Ø	monatlich 1	vierteljährlich 2	halbjährlich 3	einmal im Jahr 4	alle 2 Jahre 5	es gibt keine 6
⚓ Regelmäßigkeit der Werkstattversammlungen	Ø: 4 Σ: 1				1 100%		
<b>Antworten: 1</b>	<b>Σ: 1</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 1</b>	<b>Σ: 0</b>	<b>Σ: 0</b>

## 14 Hat der aktuelle Werkstattrat in folgenden Angelegenheiten mitgewirkt bzw. mitbestimmt?

Berücksichtigung findet der Zeitraum seit dem 01.01.2017 bis heute.

**Mitwirkung und Mitbestimmung** heißt, dass der Werkstattrat rechtzeitig sowie umfassend informiert wurde. Zudem konnte er zum Thema seine Meinung sagen (wurde angehört). Gegebenenfalls wurden die Vorschläge des Werkstattrates umgesetzt.

**War im Zeitraum nicht notwendig:** Zum Beispiel bei Antwortmöglichkeit 1, weil keine Beschäftigten seit 01.01.2017 umgesetzt wurden.

	∅	ja 1	nein 2	war im Zeitraum nicht notwendig 3
▼ 1. die dauerhafte Umsetzung Beschäftigter im Arbeitsbereich	∅: 2 Σ: 1		1 100%	
▼ 2. die Umgestaltung von Arbeitsplätzen	∅: 3 Σ: 1			1 100%
▼ 3. die Einführung neuer Arbeitsverfahren (z.B. Erwerb neuer Maschinen)	∅: 2 Σ: 1		1 100%	
<b>Antworten: 15</b>	Σ: 15	Σ: 4	Σ: 6	Σ: 5

	∅	ja 1	nein 2	war im Zeitraum nicht notwendig 3
⚡ 4. die Höhe der Arbeitsergebnisse (Einnahmen) und deren Verwendung (z.B. Steigerungsbeträge)	∅: 2 Σ: 1		1 100%	
⚡ 5. das Aufstellen von Regeln zum Unfallschutz bzw. Arbeitsschutz der Beschäftigten	∅: 3 Σ: 1			1 100%
⚡ 6. die Planung von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie neuer technischer Anlagen	∅: 2 Σ: 1		1 100%	
⚡ 7. das Aufstellen von Regeln über Ordnung und Verhalten der Beschäftigten	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
⚡ 8. die Änderung der Werkstattordnung	∅: 3 Σ: 1			1 100%
⚡ 9. Regelungen zu Beginn und Ende der täglichen Arbeits- und Pausenzeiten	∅: 3 Σ: 1			1 100%
⚡ 10. Regelungen zum Fahrdienst	∅: 2 Σ: 1		1 100%	
⚡ 11. die Urlaubsplanung (z.B. Betriebsruhezeiten)	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
<b>Antworten: 15</b>	Σ: 15	Σ: 4	Σ: 6	Σ: 5

	$\emptyset$	ja 1	nein 2	war im Zeitraum nicht notwendig 3
⚓ 12. Regelungen hinsichtlich Verpflegung (Essensanbieter etc.)	$\emptyset$ : 2 $\Sigma$ : 1		1 100%	
⚓ 13. die Fort- und Weiterbildungen der Beschäftigten	$\emptyset$ : 1 $\Sigma$ : 1	1 100%		
⚓ 14. den Umbau und die Gestaltung der Sanitär- und Aufenthaltsräume	$\emptyset$ : 3 $\Sigma$ : 1			1 100%
⚓ 15. die Ausgestaltung sozialer Aktivitäten der Beschäftigten (Feste etc.)	$\emptyset$ : 1 $\Sigma$ : 1	1 100%		
<b>Antworten: 15</b>	$\Sigma$ : 15	$\Sigma$ : 4	$\Sigma$ : 6	$\Sigma$ : 5

## 15 Wurde in letzter Zeit das Handeln der Vermittlungsstelle notwendig?

Es gilt der Zeitraum vom 01.01.17 bis heute.

Die Vermittlungsstelle besteht aus einer unparteiischen Person und je einem Vertreter von Werkstatt und Werkstatttrat.

Option	Prozent	Anzahl
☑ nein	100.00%	1
☑ Other	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>



## 16 Sind Sie der Meinung, dass sich die Mitwirkung/Mitbestimmung des Werkstattrats in letzter Zeit erweitert hat?

betrachtet wird der Zeitraum seit 01.01.2017

Option	Prozent	Anzahl
⌵ ja	0.00%	0
⌵ Other	100.00%	1
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 17 Gibt es in der WfbM eine Frauenbeauftragte?

Option	Prozent	Anzahl
ja	100.00%	1
nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 18 Gibt es regelmäßige Besprechungen zwischen der Werkstattdleitung und der Frauenbeauftragten?

In den Besprechungen werden die Interessen der in der Werkstatt beschäftigten Frauen thematisiert (z.B. Schutz vor sexueller Gewalt)

Diese Frage hat noch keine Antworten.

## 19 Hat die Frauenbeauftragte an Schulungen bzw. Weiterbildungen teilgenommen?

Der Fokus liegt hier auf Weiterbildungsmöglichkeiten, die Kenntnisse über die Arbeit der Frauenbeauftragten vermitteln.

Diese Frage hat noch keine Antworten.

## 20 Gibt es weitere Anmerkungen?

T 

**Teilnehmer** **Antworten**

---

 **3290723** Die Unterstützung durch eine Vertrauensperson ist oft umfassender als gedacht und damit sehr zeitaufwendig.

---

**Antworten: 1**

1 < >

## 1 Wie viele Menschen mit Behinderungen (nachfolgend Beschäftigte genannt) gibt es in der WfbM?

Zu den Beschäftigten zählen alle Menschen mit Behinderungen, die im arbeitnehmerähnlichem Rechtsverhältnis zur Werkstatt stehen. Das heißt es sind keine Gruppenleiter, Mitarbeiter der Verwaltung oder des sozialen Dienstes inbegriffen.

Die Beschäftigten der Hauptwerkstatt und eventueller Zweigstellen sind zusammen zu rechnen.

	∅	bis zu 200 1	201-400 2	401-700 3	701-1000 4	1001-1500 5	mehr als 1500 6
▼ Zahl der Beschäftigten	∅: 1 Σ: 1	1 100%					
Antworten: 1	Σ: 1	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0

## 2 Wie ist die Verteilung zwischen männlichen und weiblichen Beschäftigten?

Option	Prozent	Anzahl
⌵ ausschließlich Männer	0.00%	0
⌵ ausschließlich Frauen	0.00%	0
⌵ Other	100.00%	1
	<b>100%</b>	<b>1</b>

### Teilnehmer Prozensatz an Frauen (z.B. 30%)

⌵ 3311672 30

### Eigene Antworten: 1



1 < >

### 3 Wie viele Mitglieder hat der aktuelle Werkstattrat?

	∅	keine 1	3 2	5 3	7 4	9 5	11 6	13 7	andere Anzahl N/A
▼ Anzahl der Werkstatratsmitglieder	∅: 2 Σ: 1		1 100%						0 0%
Antworten: 1	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0

### 4 Wann wurde der aktuelle Werkstattrat gewählt?

	∅	2018 1	2017 2	2016 3	2015 4	2014 5	2013 6	vor 2013 7	es findet keine Wahl statt 8
▼ Jahr der Wahl	∅: 2 Σ: 1		1 100%						
Antworten: 1	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0

## 5 Wie ist die Verteilung der männlichen und weiblichen Beschäftigten im Werkstattrat?

	∅	nur Männer 1	nur Frauen 2	gemischt 3
▼ Geschlechterverteilung im Werkstattrat	∅: 3 Σ: 1			1 100%
Antworten: 1	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 1

## 6 Gibt es eine Person des Vertrauens, die den Werkstattrat bei seiner Arbeit unterstützt?

Unter Vertrauensperson ist eine Person zu verstehen, die auf Wunsch des Werkstatrates diesen bei seinen Tätigkeiten zur Seite steht. Die Vertrauensperson ist weisungsunabhängig.

Option	Prozent	Anzahl
☑ ja	100.00%	1
☑ nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>



## 7 Wie oft hält der Werkstattrat Sitzungen ab?

	∅	jede Woche 1	alle 2 Wochen 2	alle 3 Wochen 3	einmal im Monat 4	einmal im viertel Jahr 5	einmal im halben Jahr 6	einmal im Jahr 7	gar nicht 8
▼ Anzahl der Sitzungen	∅: 2 Σ: 1		1 100%						
Antworten: 1	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0

## 8 Werden alle Sitzungen des Werkstatrates protokolliert?

Unter Protokollierung wird das Verfassen einer Sitzungsniederschrift verstanden, die die gefassten Beschlüsse enthält.

Option	Prozent	Anzahl
ja	100.00%	1
nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 9 Können die Sitzungsprotokolle durch die Beschäftigten eingesehen werden?

Option	Prozent	Anzahl
ja	100.00%	1
nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 10 Hat der Werkstattrat Sprechstunden?

Unter Sprechstunden werden feste Zeiten verstanden, an denen der Werkstattrat für die Beschäftigten ansprechbar ist.

Option	Prozent	Anzahl
ja	100.00%	1
nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 11 Besteht Interesse seitens der Beschäftigten an der Arbeit des Werkstattrates?

Unter Interesse wird unter anderem verstanden:

- der Werkstattrat wird bei Problemen kontaktiert
- Sitzungsprotokolle werden eingesehen
- Sprechstunden werden wahrgenommen
- ...

Option	Prozent	Anzahl
⌵ ja	0.00%	0
⌵ nein	100.00%	1
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 12 Hat der aktuelle Werkstattrat an Schulungen bzw. Weiterbildungen teilgenommen?

Der Fokus liegt hier auf Weiterbildungsmöglichkeiten, die Kenntnisse über die Arbeit des Werkstattrats vermitteln.

Option	Prozent	Anzahl
☿ nein	0.00%	0
☿ Other	100.00%	1
	<b>100%</b>	<b>1</b>

### Teilnehmer wenn ja, an wie vielen Tagen?

☿ 3311672 6

Eigene Antworten: 1



### 13 Wie oft gibt es eine Werkstattversammlung?

Hierunter ist die Versammlung aller Beschäftigten unter Leitung des Werkstattrats zu verstehen.

	Ø	monatlich 1	vierteljährlich 2	halbjährlich 3	einmal im Jahr 4	alle 2 Jahre 5	es gibt keine 6
▼ Regelmäßigkeit der Werkstattversammlungen	Ø: 6 Σ: 1						1 100%
<b>Antworten: 1</b>	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 1

## 14 Hat der aktuelle Werkstattrat in folgenden Angelegenheiten mitgewirkt bzw. mitbestimmt?

Berücksichtigung findet der Zeitraum seit dem 01.01.2017 bis heute.

**Mitwirkung und Mitbestimmung** heißt, dass der Werkstattrat rechtzeitig sowie umfassend informiert wurde. Zudem konnte er zum Thema seine Meinung sagen (wurde angehört). Gegebenenfalls wurden die Vorschläge des Werkstattrates umgesetzt.

**War im Zeitraum nicht notwendig:** Zum Beispiel bei Antwortmöglichkeit 1, weil keine Beschäftigten seit 01.01.2017 umgesetzt wurden.

	∅	ja 1	nein 2	war im Zeitraum nicht notwendig 3
▼ 1. die dauerhafte Umsetzung Beschäftigter im Arbeitsbereich	∅: 2 Σ: 1		1 100%	
▼ 2. die Umgestaltung von Arbeitsplätzen	∅: 2 Σ: 1		1 100%	
▼ 3. die Einführung neuer Arbeitsverfahren (z.B. Erwerb neuer Maschinen)	∅: 2 Σ: 1		1 100%	
<b>Antworten: 15</b>	Σ: 15	Σ: 8	Σ: 6	Σ: 1

	∅	ja 1	nein 2	war im Zeitraum nicht notwendig 3
▼ 4. die Höhe der Arbeitsergebnisse (Einnahmen) und deren Verwendung (z.B. Steigerungsbeträge)	∅: 2 Σ: 1		1 100%	
▼ 5. das Aufstellen von Regeln zum Unfallschutz bzw. Arbeitsschutz der Beschäftigten	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
▼ 6. die Planung von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie neuer technischer Anlagen	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
▼ 7. das Aufstellen von Regeln über Ordnung und Verhalten der Beschäftigten	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
▼ 8. die Änderung der Werkstattordnung	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
▼ 9. Regelungen zu Beginn und Ende der täglichen Arbeits- und Pausenzeiten	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
▼ 10. Regelungen zum Fahrdienst	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
▼ 11. die Urlaubsplanung (z.B. Betriebsruhezeiten)	∅: 2 Σ: 1		1 100%	
<b>Antworten: 15</b>	Σ: 15	Σ: 8	Σ: 6	Σ: 1



	∅	ja 1	nein 2	war im Zeitraum nicht notwendig 3
⚓ 12. Regelungen hinsichtlich Verpflegung (Essensanbieter etc.)	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
⚓ 13. die Fort- und Weiterbildungen der Beschäftigten	∅: 3 Σ: 1			1 100%
⚓ 14. den Umbau und die Gestaltung der Sanitär- und Aufenthaltsräume	∅: 2 Σ: 1		1 100%	
⚓ 15. die Ausgestaltung sozialer Aktivitäten der Beschäftigten (Feste etc.)	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
<b>Antworten: 15</b>	Σ: 15	Σ: 8	Σ: 6	Σ: 1

## 15 Wurde in letzter Zeit das Handeln der Vermittlungsstelle notwendig?

Es gilt der Zeitraum vom 01.01.17 bis heute.

Die Vermittlungsstelle besteht aus einer unparteiischen Person und je einem Vertreter von Werkstatt und Werkstattrat.

Option	Prozent	Anzahl
☹ nein	100.00%	1
☹ Other	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 16 Sind Sie der Meinung, dass sich die Mitwirkung/Mitbestimmung des Werkstattrats in letzter Zeit erweitert hat?

betrachtet wird der Zeitraum seit 01.01.2017

Diese Frage hat noch keine Antworten.

## 17 Gibt es in der WfbM eine Frauenbeauftragte?

Option	Prozent	Anzahl
ja	100.00%	1
nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 18 Gibt es regelmäßige Besprechungen zwischen der Werkstatteleitung und der Frauenbeauftragten?

In den Besprechungen werden die Interessen der in der Werkstatt beschäftigten Frauen thematisiert (z.B. Schutz vor sexueller Gewalt)

Option	Prozent	Anzahl
☹ nein	100.00%	1
☹ Other	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 19 Hat die Frauenbeauftragte an Schulungen bzw. Weiterbildungen teilgenommen?

Der Fokus liegt hier auf Weiterbildungsmöglichkeiten, die Kenntnisse über die Arbeit der Frauenbeauftragten vermitteln.

Option	Prozent	Anzahl
☹ nein	100.00%	1
☹ Other	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 20 Gibt es weitere Anmerkungen?

T 

### Teilnehmer Antworten

---

 3311672 aktuell gibt es noch keine Angebote an Weiterbildungen für Frauenbeauftragte

---

### Antworten: 1

1 < >

## 1 Wie viele Menschen mit Behinderungen (nachfolgend Beschäftigte genannt) gibt es in der WfbM?

Zu den Beschäftigten zählen alle Menschen mit Behinderungen, die im arbeitnehmerähnlichem Rechtsverhältnis zur Werkstatt stehen. Das heißt es sind keine Gruppenleiter, Mitarbeiter der Verwaltung oder des sozialen Dienstes inbegriffen.

Die Beschäftigten der Hauptwerkstatt und eventueller Zweigstellen sind zusammen zu rechnen.

	∅	bis zu 200 1	201-400 2	401-700 3	701-1000 4	1001-1500 5	mehr als 1500 6
▼ Zahl der Beschäftigten	∅: 3 Σ: 1			1 100%			
Antworten: 1	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0

## 2 Wie ist die Verteilung zwischen männlichen und weiblichen Beschäftigten?

Option	Prozent	Anzahl
⌵ ausschließlich Männer	0.00%	0
⌵ ausschließlich Frauen	0.00%	0
⌵ Other	100.00%	1
	<b>100%</b>	<b>1</b>

### Teilnehmer Prozensatz an Frauen (z.B. 30%)

⌵ 3311684 50

### Eigene Antworten: 1



1 < >



### 3 Wie viele Mitglieder hat der aktuelle Werkstattrat?

	∅	keine 1	3 2	5 3	7 4	9 5	11 6	13 7	andere Anzahl N/A
▼ Anzahl der Werkstatratsmitglieder	∅: 4 Σ: 1				1 100%				0 0%
Antworten: 1	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0

### 4 Wann wurde der aktuelle Werkstattrat gewählt?

	∅	2018 1	2017 2	2016 3	2015 4	2014 5	2013 6	vor 2013 7	es findet keine Wahl statt 8
▼ Jahr der Wahl	∅: 2 Σ: 1		1 100%						
Antworten: 1	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0

## 5 Wie ist die Verteilung der männlichen und weiblichen Beschäftigten im Werkstattrat?

	∅	nur Männer 1	nur Frauen 2	gemischt 3
▼ Geschlechterverteilung im Werkstattrat	∅: 3 Σ: 1			1 100%
Antworten: 1	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 1

## 6 Gibt es eine Person des Vertrauens, die den Werkstattrat bei seiner Arbeit unterstützt?

Unter Vertrauensperson ist eine Person zu verstehen, die auf Wunsch des Werkstatrates diesen bei seinen Tätigkeiten zur Seite steht. Die Vertrauensperson ist weisungsunabhängig.

Option	Prozent	Anzahl
☑ ja	100.00%	1
☑ nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 7 Wie oft hält der Werkstattrat Sitzungen ab?

	∅	jede Woche 1	alle 2 Wochen 2	alle 3 Wochen 3	einmal im Monat 4	einmal im viertel Jahr 5	einmal im halben Jahr 6	einmal im Jahr 7	gar nicht 8
▼ Anzahl der Sitzungen	∅: 4 Σ: 1				1 100%				
Antworten: 1	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0

## 8 Werden alle Sitzungen des Werkstatrates protokolliert?

Unter Protokollierung wird das Verfassen einer Sitzungsniederschrift verstanden, die die gefassten Beschlüsse enthält.

Option	Prozent	Anzahl
☑ ja	100.00%	1
☑ nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 9 Können die Sitzungsprotokolle durch die Beschäftigten eingesehen werden?

Option	Prozent	Anzahl
⌵ ja	0.00%	0
⌵ nein	100.00%	1
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 10 Hat der Werkstattrat Sprechstunden?

Unter Sprechstunden werden feste Zeiten verstanden, an denen der Werkstattrat für die Beschäftigten ansprechbar ist.

Option	Prozent	Anzahl
⌵ ja	100.00%	1
⌵ nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 11 Besteht Interesse seitens der Beschäftigten an der Arbeit des Werkstattrates?

Unter Interesse wird unter anderem verstanden:

- der Werkstattrat wird bei Problemen kontaktiert
- Sitzungsprotokolle werden eingesehen
- Sprechstunden werden wahrgenommen
- ...

Option	Prozent	Anzahl
☑ ja	100.00%	1
☑ nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 12 Hat der aktuelle Werkstattrat an Schulungen bzw. Weiterbildungen teilgenommen?

Der Fokus liegt hier auf Weiterbildungsmöglichkeiten, die Kenntnisse über die Arbeit des Werkstattrats vermitteln.

Option	Prozent	Anzahl
☿ nein	0.00%	0
☿ Other	100.00%	1
	<b>100%</b>	<b>1</b>

### Teilnehmer wenn ja, an wie vielen Tagen?

☿ 3311684 2

### Eigene Antworten: 1





### 13 Wie oft gibt es eine Werkstattversammlung?

Hierunter ist die Versammlung aller Beschäftigten unter Leitung des Werkstattrats zu verstehen.

	Ø	monatlich 1	vierteljährlich 2	halbjährlich 3	einmal im Jahr 4	alle 2 Jahre 5	es gibt keine 6
▼ Regelmäßigkeit der Werkstattversammlungen	Ø: 5 Σ: 1					1 100%	
<b>Antworten: 1</b>	Σ: 1	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 0	Σ: 1	Σ: 0

## 14 Hat der aktuelle Werkstattrat in folgenden Angelegenheiten mitgewirkt bzw. mitbestimmt?

Berücksichtigung findet der Zeitraum seit dem 01.01.2017 bis heute.

**Mitwirkung und Mitbestimmung** heißt, dass der Werkstattrat rechtzeitig sowie umfassend informiert wurde. Zudem konnte er zum Thema seine Meinung sagen (wurde angehört). Gegebenenfalls wurden die Vorschläge des Werkstattrates umgesetzt.

**War im Zeitraum nicht notwendig:** Zum Beispiel bei Antwortmöglichkeit 1, weil keine Beschäftigten seit 01.01.2017 umgesetzt wurden.

	∅	ja 1	nein 2	war im Zeitraum nicht notwendig 3
▼ 1. die dauerhafte Umsetzung Beschäftigter im Arbeitsbereich	∅: 2 Σ: 1		1 100%	
▼ 2. die Umgestaltung von Arbeitsplätzen	∅: 2 Σ: 1		1 100%	
▼ 3. die Einführung neuer Arbeitsverfahren (z.B. Erwerb neuer Maschinen)	∅: 2 Σ: 1		1 100%	
<b>Antworten: 15</b>	Σ: 15	Σ: 8	Σ: 7	Σ: 0

	∅	ja 1	nein 2	war im Zeitraum nicht notwendig 3
⚡ 4. die Höhe der Arbeitsergebnisse (Einnahmen) und deren Verwendung (z.B. Steigerungsbeträge)	∅: 2 Σ: 1		1 100%	
⚡ 5. das Aufstellen von Regeln zum Unfallschutz bzw. Arbeitsschutz der Beschäftigten	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
⚡ 6. die Planung von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie neuer technischer Anlagen	∅: 2 Σ: 1		1 100%	
⚡ 7. das Aufstellen von Regeln über Ordnung und Verhalten der Beschäftigten	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
⚡ 8. die Änderung der Werkstattordnung	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
⚡ 9. Regelungen zu Beginn und Ende der täglichen Arbeits- und Pausenzeiten	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
⚡ 10. Regelungen zum Fahrdienst	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
⚡ 11. die Urlaubsplanung (z.B. Betriebsruhezeiten)	∅: 1 Σ: 1	1 100%		
<b>Antworten: 15</b>	Σ: 15	Σ: 8	Σ: 7	Σ: 0

	$\emptyset$	ja 1	nein 2	war im Zeitraum nicht notwendig 3
⚓ 12. Regelungen hinsichtlich Verpflegung (Essensanbieter etc.)	$\emptyset$ : 1 $\Sigma$ : 1	1 100%		
⚓ 13. die Fort- und Weiterbildungen der Beschäftigten	$\emptyset$ : 2 $\Sigma$ : 1		1 100%	
⚓ 14. den Umbau und die Gestaltung der Sanitär- und Aufenthaltsräume	$\emptyset$ : 2 $\Sigma$ : 1		1 100%	
⚓ 15. die Ausgestaltung sozialer Aktivitäten der Beschäftigten (Feste etc.)	$\emptyset$ : 1 $\Sigma$ : 1	1 100%		
<b>Antworten: 15</b>	$\Sigma$ : 15	$\Sigma$ : 8	$\Sigma$ : 7	$\Sigma$ : 0

## 15 Wurde in letzter Zeit das Handeln der Vermittlungsstelle notwendig?

Es gilt der Zeitraum vom 01.01.17 bis heute.

Die Vermittlungsstelle besteht aus einer unparteiischen Person und je einem Vertreter von Werkstatt und Werkstatttrat.

Option	Prozent	Anzahl
☒ nein	100.00%	1
☒ Other	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 16 Sind Sie der Meinung, dass sich die Mitwirkung/Mitbestimmung des Werkstattrats in letzter Zeit erweitert hat?

betrachtet wird der Zeitraum seit 01.01.2017

Option	Prozent	Anzahl
☿ ja	100.00%	1
☿ Other	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 17 Gibt es in der WfbM eine Frauenbeauftragte?

Option	Prozent	Anzahl
☿ ja	100.00%	1
☿ nein	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 18 Gibt es regelmäßige Besprechungen zwischen der Werkstatteleitung und der Frauenbeauftragten?

In den Besprechungen werden die Interessen der in der Werkstatt beschäftigten Frauen thematisiert (z.B. Schutz vor sexueller Gewalt)

Option	Prozent	Anzahl
☿ nein	0.00%	0
☿ Other	100.00%	1
	<b>100%</b>	<b>1</b>

### Teilnehmer wenn ja, wie regelmäßig (z.B. wöchentlich)?

☿ 3311684 einmal im Monat

Eigene Antworten: 1



## 19 Hat die Frauenbeauftragte an Schulungen bzw. Weiterbildungen teilgenommen?

Der Fokus liegt hier auf Weiterbildungsmöglichkeiten, die Kenntnisse über die Arbeit der Frauenbeauftragten vermitteln.

Option	Prozent	Anzahl
☹ nein	100.00%	1
☹ Other	0.00%	0
	<b>100%</b>	<b>1</b>

## 20 Gibt es weitere Anmerkungen?

Diese Frage hat noch keine Antworten.